



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



Ausgeschieden





STANFORD UNIVERSITY
SERIES
JUN 1976
LIBRARY

Ausgeschieden





STANFORD UNIVERSITY
STACKS
JUN 1976
LIBRARY

1. The first part of the document is a list of names and addresses of the members of the committee.

2. The second part of the document is a list of names and addresses of the members of the committee.

3. The third part of the document is a list of names and addresses of the members of the committee.

4. The fourth part of the document is a list of names and addresses of the members of the committee.

5. The fifth part of the document is a list of names and addresses of the members of the committee.



Amtsblatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam

und der

Stadt Berlin.

Jahrgang 1885.

Potsdam, 1885.

Zu haben bei den Kaiserlichen Postanstalten der Provinz und in Berlin.
Preis 1 Mark 50 Pfennige.

(Der Preis des Alphabetischen Sach- und Namen-Registers vom ganzen Jahrgange beträgt 38 Pfennige.)

JS 7
C1316
1925

2/4



Jhm.

Chronologische Uebersicht
der in dem Amtsblatte der Königlichen Regierung
zu Potsdam und der Stadt Berlin
im Jahre 1885
ersienenen Verordnungen und Bekanntmachungen.

Anmerkung. Die Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Ministerien sind durch den Buchstaben M., die des Königlichen Ober-Präsidiums durch die Buchstaben O. Pr., die des Königlichen Regierungs-Präsidenten durch die Buchstaben R. Pr., die der Königlichen Regierung durch den Buchstaben R., die des Königlichen Bezirks-Ausschusses durch die Buchstaben B. A., die des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin durch die Buchstaben P. Pr., die des Staats-Sekretärs des Reichs-Post-Amtes durch die Buchstaben St. S. d. R. P. A., die der Kaiserlichen Ober-Post-Direktionen durch die Buchstaben O. P. D., die des Königlichen Konfistoriums der Provinz Brandenburg durch die Buchstaben Ko., die des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums der Provinz Brandenburg durch den Buchstaben S., die der Königlichen Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichsschulden-Verwaltung durch die Buchstaben H. V. und R. S. V., die der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere durch die Buchstaben K. d. S. P., die der Königlichen Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg zu Berlin durch die Buchstaben D. d. R. B., die der Königlichen General-Kommission für die Provinz Brandenburg durch die Buchstaben G. K., die der Königlichen Provinzial-Steuer-Direktion zu Berlin durch die Buchstaben P. St. D., die des Königlichen Ober-Berg-Amtes zu Halle durch die Buchstaben O. B. A., die der Königlichen Eisenbahn-Direktion Berlin durch die Buchstaben E. B. D. B., die der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg durch die Buchstaben E. B. D. Br., die der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg durch die Buchstaben E. B. D. M., die der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Erfurt durch die Buchstaben E. B. D. E., die der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a. M. durch die Buchstaben E. B. D. F., die der Königlichen Direktion der Berlin-Hamburger Eisenbahn durch die Buchstaben B. H. E., die des Herrn Landes-Direktors der Provinz Brandenburg zu Berlin durch die Buchstaben L. D. und die der Kreis-Ausschüsse des Regierungs-Bezirks Potsdam durch die Buchstaben K. A. bezeichnet.

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
1882.				
Juli 13.	— —	Generaldirektion der Königl. allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt zu Berlin, betr. die Aufnahme in die Anstalt.	3	16/18
1884.				
Aug. 16.	— —	Königl. Kredit-Institut für Schlessen zu Breslau, betr. den Umtausch gekündigter Pfandbriefe Littr. B. auf Gut Zaumgarten.	2	8
- 25.	1. H. V.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	1	3
- 27.	2. H. V.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	1	3
Okt. 7.	O. Pr.	Sparkasse der Stadt Putzig	13	127/131
Nov. 15.	2. D. d. R. B.	Verloosung von Rentenbriefen	10	92/93
- 22.	1. D. d. R. B.	Aushändigung von Entlastungsquittungen über abgelöste Renten ...	6	51
Dec. 1.	— —	Königl. Amtsgericht II. Berlin, betr. die Führung der Handels- u. Register für 1885.	1	4
- 8.	1. M.	Polizei-Verordnung, betr. den Verkehr mit explosiven Stoffen	1	1
- 10.	1. O. B. A.	Allgemeine Berg-Polizei-Verordnung für den Verwaltungsbezirk des Königl. Ober-Bergamts zu Halle a. S.	Extrabeilage zum 7ten Stück.	
- 13.	1. P. Pr.	Die Norddeutsche Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg	1	3
- 16.	2. M.	Ergänzung der Anweisung bezüglich der Kranken-Versicherung der Arbeiter.	1	1
- 22.	— —	Königl. Amtsgericht I. Berlin, betr. die Führung der Handels- u. Register für 1885.	1	4
- 23.	4. R. Pr.	Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in der Landarmen- und Korrektions-Anstalt in Prenzlau.	1	3

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Dec. 24.	— —	Allerhöchstes Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Stadt-Anleihecheine der Stadt Pritzwalk im Betrage von 100,000 Mark.	6	41/43
- 24.	1. R.	Versicherung von Gebäuden, auf welchen Renten für den Domainenfiskus haften, gegen Feuergefahr.	1	1/2
- 24.	2.E.B.D.B.	Nachtrag zum Lokal-Güter-Tarif	1	3/4
- 25.	1.E.B.D.E.	Abend-Lokalzüge zwischen Berlin und Groß-Lichterfelde	1	4
- 27.	2. R. Pr.	Verbote von Vereinen und Druckschriften nach dem Deutschen Reichs-anzeiger auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.	1	2/3
- 27.	3. R. Pr.	Ermittelung des Ernte-Ertrages im Jahre 1884	1	3
- 27.	5. R. Pr.	a) Erlöschen der Maul- und Klauenseuche zu Bernau und Mariendorf } b) Tödtung eines tollen Hundes auf der Domaine Hartefeld	1	3
- 27.	11. R. Pr.	Tödtung eines rogvorbächtigen Pferdes zu Kirdorf	2	6
- 27.	3. R.	Turnlehrerinnen-Ausbildung	2	6/7
- 27.	1. K. A.	Kreis-Ausschuß zu Freienwalde a. D. Gemeindebezirks-Veränderung	2	7
- 28.	1. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat November 1884 beobachteten Wasserstände.	1	2
- 28.	2. P. Pr.	Bestimmungen für die Innung „Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister zu Berlin“ bezüglich des Lehrlingswesens.	2	7
- 29.	2. R.	Ministerial-Erlaß über die Beilegung des Amtscharakters „Königl. Rentmeister“.	2	6
- 29.	2. K. A.	Kreis-Ausschuß zu Beeskow. Nachweisung der genehmigten Gemeinde-resp. Gutsbezirks-Veränderungen.	3	16
- 30.	6. R. Pr.	Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in Wustermark	1	3
- 30.	8. R. Pr. u. P. Pr.	Arznei-Taxe für 1885	2	5
- 30.	9. R. Pr.	Ausübung der Fischerei während der Frühjahr-Schonzeit	2	5/6
- 30.	6. P. Pr.	Eröffnung einer Apotheke in dem Hause Müllerstraße Nr. 26a in Berlin.	3	14/15
- 30.	1. E. B. D. Br.	Neue Tarifhefte für den Französisch-Belgisch-Deutsch-Russischen Verband.	2	7
- 30.	— —	Königl. Amtsgericht Angermünde, betr. die Führung der Handels- u. Register für 1885.	2	10
- 31.	10. R. Pr.	Schiffahrtssperre an der Spandauer Schleuse	2	6
1885.	1.E.B.D.B.	Eröffnung der Station Thiergarten für den Lokal-Personen-Verkehr der Berliner Stadt- und Ringbahn.	1	3
Jan. 2.	7. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Pferden u. in Stettin	2	5
- 2.	3.E.B.D.B.	Tarif für den Güter-Verkehr	2	7
- 3.	7. P. Pr.	Eröffnung der in dem Hause Bellealliancestraße Nr. 75 in Berlin eingerichteten Apotheke.	3	15
- 3.	14. P. Pr.	Die Aktien-Gesellschaft für Vermittelung zur Wiedererlangung verlorenen Gegenstände „Eureka“ zu Brüssel.	4	23/29
- 3.	1. Ko.	Eine beabsichtigte Parochial-Veränderung	3	15
- 3.	2. Ko.	Eine beabsichtigte Parochial-Veränderung	4	29
- 3.	3. Ko.	Eine beabsichtigte Parochial-Veränderung	5	34
- 3.	— —	Königl. Amtsgericht Luckenwalde, betr. die Führung der Handels- u. Register für 1885.	2	10
- 3.	— —	Königl. Landrathmeister Wettich zu Friedrich-Wilhelms-Gefäß, betr. die Stationirung der Landbeschäler.	3	18/19



Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Städ des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Jan. 4.	3. M.	Eröffnung der beiden Häuser des Landtages	2	5
- 4.	1. O. P. D.	Anmeldung der herzustellenden neuen Anschlüsse an die Stadtfern- sprech-Einrichtungen in Potsdam, Köpenick und Steglitz.	3	15
	2. O. P. D.		5	34
	7. O. P. D.		7	65
- 6.	18. R. Pr. u. P. Pr.	Form der ärztlichen Atteste der Medicinalbeamten	3	12/13
- 6.	3. P. Pr.	Verbot einer Druckschrift	3	14
- 6.	4. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für December 1884	3	14
- 6.	5. P. Pr.	Verbot des Einsammelns von Geldbeiträgen durch Verkauf von Miniatur-Photographien Cassalle's.	3	14
- 6.	8. P. Pr.	Eröffnung der in dem Hause Köpnickstraße Nr. 143 eingerichteten Apothek.	3	15
- 6.	1. K. d. S. P.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	3	15
- 7.	4. R.	Benennung des Förster-Etablissements Lenzenbude mit dem Namen „Bismarck“.	3	14
- 8.	12. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Pferden 1c. in Frankfurt a. M.	3	11
- 8.	13. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Pferden 1c. in Berlin	3	11
- 8.	14. R. Pr.	Konsulate für Belgien und Portugal	3	11
- 8.	15. R. Pr.	a) Tödtung eines der Tollwuth verdächtigen Hundes in Senzke ... b) Ausbruch des Milzbrandes und der Maulseuche in Döberitz resp. auf Rittergut Kleffen. c) Ausbruch der Maul- und Klauenseuche auf Rittergut Birkenholz und der Räude in Niederschönhausen.	3	11
- 8.	4. E. B. D. B.	Neue Ausnahme-Frachtsätze für Eisen und Stahl 1c.	3	16
- 9.	16. R. Pr.	Erlöschen der Räude in Abbau Herrlichenrath	3	11
- 9.	9. P. Pr.	Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in der Schönhäuser Allee Nr. 44 in Berlin.	3	15
-	-	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 50 und 51 des Centralblatts für 1884.	2	8/10
Jan. 10.	17. R. Pr.	Erlöschen der Maul- und Klauenseuche auf Gut Zichow und in Wilhelmshayn.	3	11
- 10.	13. P. Pr.	Nachtrag zu den Verfassungs-Artikeln der Berliner Lebens-Ver- sicherungs-Gesellschaft.	4	22/23
- 10.	2. K. d. S. P.	Aufgebot eines Staatsschuldscheins	3	15/16
- 10.	3. K. d. S. P.	Aufgebot eines Staatsschuldscheins	3	16
- 10.	1. G. K.	Wahl von Kreisverordneten für den Kreis Angermünde	6	56
- 10.	2. E. B. D. Br.	Ermäßigung der Ausnahmetariffsätze für Cement	4	30
- 12.	6. E. B. D. B.	Deutsch-Ungarischer Eisenbahn-Verband	4	30
- 13.	19. R. Pr.	Nachweisung der Markt- 1c. Preise im Monat December 1884. ...	3	12/13
- 13.	20. R. Pr.	Verloosung von Pferden 1c. in Quedlinburg.	4	21
- 13.	22. R. Pr.	a) Tödtung eines tollen Hundes in Spandau	4	21
		b) Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Dyroß		
		c) Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in Diesdorf.		
- 13.	10. P. Pr.	Verbot von Druckschriften	4	22
- 13.	11. P. Pr.			
- 13.	3. E. B. D. Br.	Tarifänderung	4	30

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Jan. 13.	3. K. A.	Kreisausschuß Teltow'schen Kreises zu Berlin. Nachweisung der ge- nehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirks- grenzen.	4	30
- 14.	— —	Allerhöchster Erlaß, betr. das Statut für die Ent- und Bewässerungs- Genossenschaft der Großen Gemeinde zu Mehlsdorf bei Dahme.	8	69/72
- 14.	5. E. B. D. B.	Anderweite Preise für Personenzug- und Retourbillets	4	29/30
- 15.	23. R. Pr.	Ausbruch der Maul- und Klauenseuche zu Schmerzke	4	21
- 15.	1. B. A.	Gestattung von Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Be- deutung von Briezen a. D. über Alt-Rubitz nach Jachitzendorf.	4	21/22
- 15.	12. P. Pr.	Verbot eines Holzschnittes	4	22
- 15.	— —	Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausitz, betr. Feuerfängengelber-Ausschreiben.	4	32
- 15.	— —	Direktion der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg, betr. Ausschreiben der für das II. Halbjahr 1884 zu entrichtenden Feuer-Societäts-Beiträge.	5	40
- 15.	— —	Königl. Direktion des Friedrich-Wilhelms-Gefüts. Nachweisung der im Jahre 1883 gedeckten Stuten und der im Jahre 1884 nachgewiesenen Fohlen im Regierungsbezirk Potsdam.	6	52
—	— —	Inhaltsverzeichnis von Stück 32 bis einschließlich 34 des Reichsgesetz- blatts für 1884.	3	11
—	— —	Desgl. von Stück 31 bis einschließlich 33 der Gesetz-Sammlung für 1884.	3	11
Jan. 16.	21. R. Pr.	Die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für 1885.	4	21
- 16.	24. R. Pr.	a) Erlöschen der Räude in Niederlehme und Wend.-Buchholz b) Ausbruch der Maul- und Klauenseuche auf Gut Büttnersefelde	4	21
- 16.	1. S.	Die Prüfung der Lehrer an Taubstumm-Anstalten	5	34
- 18.	4. E. B. D. Br.	Neues Ostdeutsches Eisenbahn-Kurzbuch	5	35
- 19.	25. R. Pr.	Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in Götz	4	21
- 19.	— —	Königl. Amtsgericht Dramenburg, betr. die Führung der Handels- u. Register für 1885.	5	36
- 20.	— —	Polizei-Reglement, betr. den Betrieb des Droschken-Fuhrgewerbes in Charlottenburg.	25	244/251
- 21.	28. R. Pr.	Verlegung eines Jahrmarktes	5	33
- 21.	— —	Königl. Landstallmeister Wetlich zu Friedrich-Wilhelms-Gefüt, betr. Verlegung einer Deckstation.	6	53
- 22.	26. R. Pr.	Öffnung der Eisenbahnbrücke über die Havel bei Potsdam	5	33
- 22.	36. R. Pr.	Nachweisung über den Geschäftsbetrieb und die Resultate der städtischen und Kreis-Sparkassen für 1883 und 1884.	6	43/48
- 23.	27. R. Pr.	Apotheker-Gehülfen-Prüfung	5	33
- 23.	30. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Pferden in Königsberg i. Pr.	5	33
- 23.	32. R. Pr.	a) Erlöschen der Rogkrankheit auf Rittergut Rhinow b) Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in Mühlenbeck	5	33/34
- 24.	29. R. Pr.	Durchschleusen von Fahrzeugen zur Nachtzeit durch die Charlotten- burger Schleusen.	5	33
- 24.	33. R. Pr.	a) Rogkrankheit in Zerpenschleuse-Berg b) Tödtung eines roggkranken Pferdes in Rixdorf	5	34
- 24.	38. R. Pr.	Revision der Dampfkessel im Baukreise Templin	6	49
- 24.	7. E. B. D. B.	Ausgabe direkter Tourbillets I. bis III. Klasse für Kourier- und Expresszüge.	5	34

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Jan. 26.	31. R. Pr.	Verloosung von Pferden ic. in Cassel	5	33
—	—	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deut- schen Reichsgebiete nach Nr. 52 des Centralblatts für 1884.	4	31/32
Jan. 26.	34. R. Pr.	Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Tremmen	5	34
- 26.	15. P. Pr.	Verleihung einer Konzession zur Anlegung einer 3. Apotheke in Charlottenburg.	6	50
- 26.	4. K. d. S. P.	Aufgebot einer Schulverschreibung	6	51
- 27.	37. R. Pr.	Verbote von Vereinen und Druckschriften nach dem Deutschen Reichs- Anzeiger auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.	6	49
- 27.	41. R. Pr.	a) Erlöschen der Rogkrankheit auf Gut Herzfelde	6	50
- 27.	3. O. P. D.	b) Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in Rerzdorf und Dalldorf Unbestellbare eingeschriebene Briefe	6	50/51
- 28.	35. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat December 1884 beobachteten Wasserstände.	6	43
- 28.	42. R. Pr.	a) Ausbruch der Maul- und Klauenseuche auf dem Kieselgute Falken- berg und Erlöschen derselben auf dem Kieselgute Malchow.	6	50
- 29.	40. R. Pr.	b) Rogkrankheit in Brandenburg	6	49/50
- 29.	43. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Wegfall zweier Polizei-Verordnungen Erlöschen des Milzbrandes in Döberitz	6	50
- 30.	1. O. Pr.	Einberufung des 11. Provinzial-Landtages	6	43
- 30.	16. P. Pr.	Die den Baugesuchen beizufügenden Situationspläne	6	50
- 30.	—	Verzeichniß der Vorlesungen an der Königl. landwirthschaftlichen Hochschule zu Berlin im Sommer-Semester 1885.	7	66/67
—	—	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 1, 2 und 3 des Centralblatts für 1885.	5	36/40
Jan. 31.	39. R. Pr.	Das Argentinische Consulat	6	49
- 31.	44. R. Pr.	Erlöschen des Bläschen-Auschlages in Streganz	6	50
- 31.	46. R. Pr.	Die in den Weinbaugebieten des Reichs gebildeten Weinbaubezirke.	7	57/59
- 31.	4. O. P. D.	Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt	7	64
—	—	Verzeichniß der Vorlesungen an der Forst-Akademie Eberswalde im Sommer-Semester 1885.	6	53
—	—	Verzeichniß der Vorlesungen am Königl. pomologischen Institut in Potsdam im Sommer-Semester 1885.	6	53
Febr. 2.	18. P. Pr.	Erlöschen einer Konzession zur Vermittelung von Verträgen mit Aus- wanderern.	7	63
- 2.	19. P. Pr.	Ertheilung einer Konzession zur Vermittelung von Verträgen mit Aus- wanderern.	7	63
- 3.	49. R. Pr.	a) Erlöschen der Maul- und Klauenseuche auf Rittergut Birkholz und Rittergut Kleffen.	7	59
- 3.	17. P. Pr.	b) Rogkrankheit in Weißensee	7	60/62
- 3.	5. O. P. D.	Ausführung der Uebereinkunft zwischen Deutschland und Italien über den Schutz an Werken der Literatur und Kunst.	7	64
- 4.	50. R. Pr.	Unanbringliche Postanweisungen	7	59
- 4.	51. R. Pr.	Ausbruch der Schafpocken in Krangen	7	59
- 4.	56. R. Pr.	Erlöschen der Rogkrankheit in Rirsdorf	7	73
- 5.	45. R. Pr.	Erledigte Kreiswundarztsstelle	8	57
- 5.	6. O. P. D.	Deffnung der Eisenbahnbrücke über die Havel bei Potsdam	7	64/65
- 5.	8. E. B. D. B.	Unanbringliche Pakete	7	65
- 5.	5. E. B. D. Br.	Ausnahmetarif für Eisen	7	65
- 5.	5. E. B. D. Br.	Ausgabe von Billets ohne Coupons	7	65

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Febr. 6.	20. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für Januar 1885	7	63
- 6.	11. E. B. D. B.	Nachträge zum Galizisch-Norddeutschen bezw. Galizisch-Niederländischen Eisenbahn-Verband-Tarif.	10	93
- 6.	— —	Königl. Amtsgericht Dahme, betr. die Führung der Handels- u. Re- gister im Jahre 1885.	7	65
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 3 und 4 des Centralblatts für 1885.	6	53/56
Febr. 7.	2. O. Pr.	Die Durchschnitts-Marktpreise in den Normal-Markorten des Re- gierungs-Bezirks Potsdam und in der Stadt Berlin, nach welchen die Vergütung für Weizen, Roggen, Hafer, Heu, Stroh und Weizen- und Roggenmehl für 1. April 1885/86 zu gewähren ist.	8	72
- 8	9. E. B. D. B.	Ausgabe von direkten Tourbillets nach Station Raklo der Rechten Oder-Ufer-Eisenbahn.	8	75
- 9.	48. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von gewerblichen Gegenständen in Gölzig	7	59
- 9.	52. R. Pr.	Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in Schmerzke	7	59
- 9.	54. R. Pr.	Nachweisung der Markts- u. Preise im Monat Januar 1885	7	60/61
- 9.	62. R. Pr. u. P. Pr.	Prüfung der Thierärzte	8	74
- 9.	21. P. Pr.	Änderung des Statuts der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin.	8	74/75
- 9.	6. E. B. D. Br.	Transitsätze für den Transport von Eiern	8	75
- 10.	47. R. Pr.	Aufhebung der Schiffsahrtssperre des Dranienburger Kanals	7	59
- 10.	53. R. Pr.	Erlöschen der Maul- und Klauenseuche auf den Gütern Büfneröfelde und Falkenberg und in Colpin.	7	59
- 10.	57. R. Pr.	Schweizerische Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Winterthur	8	73
- 10.	67. R. Pr.	Bestimmungen über die Vorbereitung der Bühnenmeister im Regierungs- bezirk Potsdam.	9	79/80
- 10.	5. R.	Schulversäumnisse und Schulentlassung	8	74
- 10.	12. E. B. D. B.	Außerkräfttreten von Frachtsätzen	10	93
- 11.	61. R. Pr.	Verbote von Vereinen und Druckschriften nach dem Deutschen Reichs- Anzeiger auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefähr- lichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.	8	73/74
- 11.	5. K. d. S. P.	Wieder zum Vorschein gekommene Schulverschreibung	8	75
- 11.	7. E. B. D. Br.	Tariffsätze für die Beförderung von Delfuchen	8	75
- 11.	— —	Reichs-Versicherungsamt, betr. die Anmeldung unfallversicherungs- pflichtiger Baubetriebe.	8	75/76
- 12.	4. O. Pr.	Ersatzwahl eines Mitgliedes zum Brandenburgischen Provinziallandtag	9	79
- 12.	58. R. Pr.	Neue Märkte in Jossen	8	73
- 13.	8. E. B. D. Br.	Nachtrag zum Lokaltarif für die Beförderung von Personen u. . .	8	75
—	— —	Verzeichniß der Vorlesungen an der Königl. Thierarzneischule in Hannover im Sommer-Semester 1885.	7	66
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 4 des Centralblatts für 1885.	7	67/68
Febr. 14.	55. R. Pr.	Polizei-Verordnungen des Regierungsbezirks Potsdam	8	73
- 14.	10. E. B. D. B.	Inkrafttreten einer Ergänzung der Kontrollvorschriften	9	87

nebst Extrabeilage.

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Städ des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Febr. 15.	5. O. Pr.	Bekanntmachung eines Pastors seitens der von der Gemeinde der Evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheraner-Gemeinde zu Berlin.	10	89
- 16.	3. O. Pr.	Wahl des Vorsitzenden u. des Kommunal-Landtages	8	73
- 16.	59. R. Pr.	Technische Verwaltung der Elbfähren im Regierungsbezirk Potsdam	8	73
- 16.	60. R. Pr.	Aufhebung der Sperre des Ruppiner Kanals	8	73
- 16.	6. K. d. S. P.	Aufgebot von Schuldverschreibungen	9	82
- 17.	63. R. Pr.	Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Flatow	8	74
- 17.	64. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Gold- und Silbersachen, Pferden u.	9	79
- 17.	22. P. Pr.	Anmeldung unfallversicherungsspflichtiger Baubetriebe	9	81/82
- 17.	— —	Königl. Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau, betr. Aufruf ver- looster Pfandbriefe Litt. B.	9	87/88
- 18.	65. R. Pr.	Aufhebung der Schifffahrtssperre des Finow-Kanals und des Wer- bellin-Kanals.	27	271/272
- 18.	8. O. P. D.	Anmeldung zum Anschluß an die Stadtfernsprech-Einrichtungen . . .	9	79
—	— —	Inhalts-Verzeichniß von Stück 1 bis einschließlich 3 des Reichsgesetz- blatts für 1885.	8	82
—	— —	Desgl. von Stück 1 bis einschließlich 3 der Gesetz-Sammlung für 1885	8	69
Febr. 20.	68. R. Pr.	Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Buchow-Karpzow	9	80
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 4 und 5 des Centralblatts für 1885.	8	77/78
Febr. 21.	66. R. Pr.	Verlängerung von Schifffahrtssperren	9	79
- 21.	9. E. B. D. Br.	Ausgabe von Retourbillets mit dreitägiger bzw. achttägiger Gültigkeits- dauer.	10	93
- 22.	69. R. Pr.	Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Garzig und Wachow . . .	9	80
- 23.	6. R.	Aufnahme in die Lehrerinnen-Bildungs-Anstalten zu Droyßig	9	81
- 23.	25. P. Pr.	Polizei-Verordnung, die Dampfschifffahrt auf dem Landwehr- und Louisenstädtischen Kanal betreffend.	11	102/103
- 23.	3. R. S. V.	Ausreichung neuer Zinsscheine zu den Schuldverschreibungen der Reichsanleihen vom Jahre 1877 und 1891.	10	90
- 23.	10. E. B. D. Br.	Ausnahmetarif für die Beförderung von Rübensamen	10	93
- 23.	4. K. A.	Kreisausschuß zu Freienwalde a. D. Kommunalbezirks-Veränderung	10	98
- 25.	7. R.	Ausreichung der Zinsscheine Reihe IX. zu den Schuldverschreibungen	10	89/90
- 25.	11. R.	der Preussischen Staatsanleihe vom Jahre 1853.	16	151/152
- 25.	19. R.	— — — — —	22	211
- 26.	9. O. P. D.	Änderung in der Landbestellung	10	92
- 27.	70. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Pferden u. in Marienburg	10	90
- 27.	71. R. Pr.	a) Roggkrankheit in Lichtenberg b) Räude in Rixdorf c) Räude in Pausin d) Milzbrand in Wentow e) Erlöschen der Klauenseuche auf Rittergut Gork I. Antheils	10	90
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 5, 7 und 8 des Centralblatts für 1885.	9	82/88
Febr. 28.	R. Pr.	Öffentliche Belobigungen	12	109
- 28.	1. E. B. D. M.	Nachtrag zum Tarif für den Postgüterverkehr	11	104
—	— —	Verzeichniß der Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle.	11	105/106

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
März 2.	72. R. Pr.	Änderung von Geschäftskreisen der Baubeamten im Regierungsbezirk Potsdam.	10	90/91
- 2.	73. R. Pr.	Verordnung, betr. die Änderung von Dampffessel-Revisions-Bezirken im Regierungs-Bezirk Potsdam.	10	91/92
- 2.	77. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Kunstwerken	11	100
- 2.	1. O. B. A.	Verleihungs-Urkunde für den Bergwerksbesitzer Wilhelm Eisenmann nebst dessen Ehefrau zu Berlin zur Gewinnung von Braunkohlen in einem Grubenfelde in den Gemarkungen Prädikow und Prögel.	11	103/104
- 2.	13. E. B. D. B.	Ausnahme-Tarif für Eisen und Stahl	11	104
- 3.	2. O. B. A.	Erlöschen der Befugniß des Königl. Markscheiders J. D. Petri zu Fürstenwalde zur Ausführung von Markscheiderarbeiten.	11	104
- 4.	74. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Pferden ic. in Neu-Brandenburg	11	99
- 4.	78. R. Pr.	Ausbruch der Maul- und Klauenseuche auf Gut Brusendorf und in Hoppenrade und Erlöschen derselben in Tremmen.	11	100
- 4.	24. P. Pr.	Verbot einer Druckschrift	11	102
- 4.	7. K. d. S. P.	Aufgebot eines Staatschuldscheins	11	103
- 4.	3. D. d. R. B.	Einlösung von Rentenbriefen ic.	11	103
- 4.	5. K. A.	Kreis-Ausschuß zu Belgig. Nachweisung der genehmigten Kommunalbezirks-Veränderungen.	15	150
- 5.	11. E. B. D. Br.	Außerkräfttreten von Frachtsägen für Holz-, Getreide- und Spritzsendungen.	11	104
-	- -	Inhalts-Verzeichniß von Stück 4 bis einschließlich 8 des Reichsgesetzblatts für 1885.	10	89
März 6.	8. R.	Wahl der Kuratoren und deren Stellvertreter für die Elementar-Lehrer-Wittwen- und Waisen-Kasse des Regierungsbezirks Potsdam.	11	101
- 6.	23. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für Februar 1885.	11	102
-	- -	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 6 und 8 des Centralblatts für 1885.	10	94/98
März 7.	75. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Januar 1885 beobachteten Wasserstände.	11	99
- 7.	79. R. Pr.	Ausbruch der Maul- und Klauenseuche auf Dominium Schönfeld ..	11	100
- 7.	26. P. Pr.	Anlage neuer Apotheken in Berlin.	12	108
- 8.	3. M.	Umwandlung der Schuldverschreibungen der 4 1/2 procentigen konsolidirten Staatsanleihe in solche der 4 procentigen konsolidirten Staatsanleihe.	12	107/108
- 8.	4. M.	Ankauf von Remonten für 1885	14	133
-	5. M.	Desgl.	16	151
-	6. M.	Desgl.	17	161
-	7. M.	Desgl.	18	176
-	9. M.	Desgl.	19	181
-	11. M.	Desgl.	21	201
-	14. M.	Desgl.	28	275
-	15. M.	Desgl.	30	295
-	16. M.	Desgl.	33	315
- 8.	10. O. P. D.	Unbestellbare Postsendungen	12	108
- 9.	76. R. Pr.	Nachweisung der Markt- ic. Preise im Monat Februar 1885.	11	100/101
- 9.	80. R. Pr.	Ausbruch der Maul- und Klauenseuche auf Gut Blankenfelde	11	100



Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
März 9.	— —	Amtsgericht Neu-Ruppin, betr. Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten etc.	12	110
- 10.	81. R. Pr.	a) Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Ribbeck und Piesow, Verbreitung derselben in Hoppenrade und Erlösch den derselben in Buchow-Karpow.	11	100/101
- 10.	R. Pr.	b) Ausbruch der Räude in Weiffensee	12	109
- 10.	9. R.	Öeffentliche Belobigungen	11	101/102
- 10.	4. H. V.	Auflösung der Königl. Forstfasse in Joachimsthal	12	108
- 10.	— —	Einlösung der am 1. April 1885 fälligen Zinscheine von Preussischen Staatsschuldverschreibungen.	12	109
- 10.	— —	Königl. Amtsgericht Nirdorf. Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten etc.	12	109
- 10.	— —	Königl. Amtsgericht Eberswalde. Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten etc.	12	109
- 10.	— —	Königl. Amtsgericht II. Berlin. Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten etc.	13	132
- 11.	M.	Allerhöchster Erlass vom 9. März 1885, betr. die vom 1. April 1885 ab festgesetzten Betriebsamtsbezirke der Staatsseisenbahn-Verwaltung.	12	109
- 11.	8. K. d. S. P.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	12	110
- 11.	— —	Königl. Amtsgericht Potsdam. Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten etc.	12	110
- 12.	82. R. Pr.	General-Konsulat für Guatemala	12	108
- 12.	— —	Königl. Amtsgericht Spandau. Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten etc.	13	132
- 13.	5. H. V.	Verloosung von Schuldverschreibungen der 4 procentigen Staatsanleihen von 1850, 1852 und 1853.	13	115
- 13.	1. L. D.	Haupt-Etat der Verwaltung des Provinzial-Verbandes von Brandenburg für das Jahr vom 1. April 1885/86.	13	123/125
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 9 des Centralblatts für 1885.	11	106
März 14.	2. E. B. D. E.	Verloosung der 4 1/2 procentigen Prioritäts-Obligationen der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn.	13	119/122
- 14.	— —	Königl. Amtsgericht Meyenburg. Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten etc.	13	132
- 15.	13. E. B. D. Br.	Erhebung der Tränkungsgebühr bei Viehsendungen	13	118
- 15.	14. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	13	118
- 15.	— —	Königl. Amtsgericht Mittenwalde. Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten etc.	14	137
- 16.	83. R. Pr.	Erlöschen der Räude in Nirdorf	15	150
- 16.	88. R. Pr.	Das Werk „Die Wohnplätze des Deutschen Reichs“	12	108
- 16.	27. P. Pr.	Barbier- und Friseur-Innung zu Berlin	13	114
- 16.	6. H. V.	Das Preussische Staatsschuldbuch	13	115
- 16.	12. E. B. D. Br.	Das Preussische Staatsschuldbuch	13	115/117
- 16.	— —	Fahrplan-Änderungen	13	118
- 16.	— —	Großherzogl. Flußbau-Verwaltungs-Kommission zu Schwerin. Schiffahrtssperre auf der Elbe.	14	136
- 17.	89. R. Pr.	Die schußfreien Tage auf dem Schießplatz bei Gummersdorf für das Jahr 1885.	13	114

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
März 17.	90. R. Pr.	a) Ausbruch der Roggenkrankheit auf Rittergut Gräfendorf und der Räude zu Nirdorf.	13	114/115
- 17.	10. R.	b) Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in Hoppenrade	13	115
- 17.	3. O. B. A.	Turnlehrerinnen-Prüfung	13	117
- 17.	— —	Berichtigung, das Grubenfeld „Erna“ betreffend	13	132
- 18.	M.	Königl. Amtsgericht Jossen. Erhebung und Veltreibung von Gerichts- kosten zc.	13	132
- 18.	87. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der im § 35 Abs. 2 und 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung ver- zeichneten Gewerbetreibenden.	Extra-Beilage zum 15ten Stück.	
- 18.	15. E. B. D. Br.	Verlosung kunstgewerblicher Gegenstände in Königsberg i. Pr. . . .	13	114
- 19.	1. P. St. D.	Neuer Staatsbahn-Güter-Tarif	13	118/119
- 20.	10. M.	Einziehung des Steueramts zu Oderberg	13	117
- 20.	85. R. Pr.	Revidirte Börsen-Ordnung für Berlin	Extra-Beilage zum 20ten Stück.	
- 20.	86. R. Pr.	Kommunal-Bezirks-Veränderung	13	113
- 20.	16. E. B. D. Br.	Verbote von Vereinen und Druckschriften nach dem Deutschen Reichs- Anzeiger auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefähr- lichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.	13	113/114
—	— —	Inkrafttreten von Nachträgen zu den Lokaltarifen zc.	13	119
März 21.	84. R. Pr.	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 9 des Centralblatts für 1885.	12	110/112
- 21.	R. Pr. u. Pr. St. D.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Februar 1885 beobachteten Wasserstände.	13	113
- 21.	92. R. Pr.	Tarif zur Erhebung der Schleusenfrachten-Gebühren an den beiden Charlottenburger Schleusen.	13	132
- 21.	17. E. B. D. Br.	Polizei-Verordnung, betr. das Schleppen von Floßholz mittelst des Kabeldampfers zwischen den Hohenstaatener Schleusen und dem Unterkanal der Lieper Schleusen.	14	133/134
- 21.	18. E. B. D. Br.	Zug Nr. 321 Küstrin-Kreuz	13	119
- 21.	20. E. B. D. Br.	Ermäßigung von Frachtsätzen im Deutsch-Polnischen Verbande	14	136
- 23.	93. R. Pr.	Nachtrag zum Lokaltarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck.	15	145
- 23.	1. B. H. E.	Ausbruch der Lungenseuche in Börnide und der Maul- und Klauen- seuche auf Rittergut Stolpe.	14	134
- 24.	94. R. Pr.	Auflösung der Berlin-Hamburger Eisenbahn	14	136
- 24.	11. O. P. D.	Erlöschen der Maulseuche in Klatow	14	134
- 24.	1. E. B. D. F.	Verlegung des Postamts in Schöneberg	14	134
- 24.	2. E. B. D. M.	Errichtung einer Auskunftsstelle der Eisenbahn-Direktion Frank- furt a. M.	14	135
- 24.	3. E. B. D. M.	Fahrplan-Änderung	14	135/136
- 25.	— —	Fahrplan-Änderung	15	144
- 25.	— —	Allerhöchster Erlass, betr. den 15. Nachtrag zu dem revidirten Reglement für die Land-Feuersocietät der Kurmark Brandenburg und der Niederlausitz vom 15. Januar 1885.	18	175/176



Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
März 25.	91. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung angekaufter und geschenkter Gegenstände in der Provinz Schlesien.	14	133
- 25.	95. R. Pr.	a) Roggfrankheit in Müggelschlösschen bei Friedrichshagen	14	134
- 25.	12. O. P. D.	b) Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Giesendorf	14	134
- 25.	19. E. B. D. Br.	Verlegung des Postamts Nr. 14 in Berlin nach dem Hause Neue Kosstraße Nr. 6.	15	144/145
- 26.	13. O. P. D.	Nachtrag zum Tarifheft I. des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes	14	134
- 27.	28. P. Pr.	Änderung in der Geldbestellung in Berlin	14	134
—	14. E. B. D. B.	Verbot des Einsammelns von Beiträgen durch Vertrieb von plastischen oder bildlichen Darstellungen von Laffalle oder Marr.	13	117/118
—	— —	Fahrplan-Änderung	13	125/127
März 30.	98. R. Pr.	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 10 des Centralblatts für 1885.	15	141
- 30.	100. R. Pr.	Erhebung einer Abgabe für das Durchschleusen durch die Schleuse bei Prieros.	15	141
- 30.	7. H. V. 11. H. V. 18. H. V.	a) Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Kremen und Erlösch derselben Seuche auf Gut Blankenfelde, sowie der Räude in Niederschönhausen.	15	141/142
- 30.	16. E. B. D. B.	b) Tollwuth im Gutsbezirk Hertefeld	23	226
- 30.	4. E. B. D. E.	Aufgebot einer Schuldverschreibung.	32	309
- 31.	R. Pr.	Neuer Ostdeutsch-Oesterreichischer Verband-Tarif	15	142/143
- 31.	99. R. Pr.	Ausloosung der 4 1/2 procentigen Prioritäts-Obligationen der Berlin- Anhalterischen Eisenbahn.	15	144
- 31.	107. R. Pr.	Änderung der Öffnungszeiten für die Eisenbahnbrücke über die Havel bei Potsdam.	14	138
- 31.	118. R. Pr.	Erledigung eines Kreisphysikats	15	141
- 31.	29. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Regelung des Verkehrs auf der Spre- wasserstraße bei dem Charlottenburger Stau.	17	163/164
- 31.	15. E. B. D. B.	Polizei-Verordnung, betr. das Befahren der dem Regierungspräsi- denten zu Potsdam unterstellten Wasserstraßen mit Fracht- dampfbooten und mit Dampfschleppzügen.	18	177/178
- 31.	— —	Verbot der Annahme von Lehrlingen durch Schornsteinfeger, welche nicht der Innung angehören.	15	141
- 31.	— —	Frachtsätze	15	142
- 31.	— —	Königl. Oberpräsident zu Breslau. Benützung der Leinpfade auf den Oderufern durch das schiffahrttreibende Publikum.	20	199
April 1.	8. R. S. V. 10. R. S. V. 12. R. S. V.	Einlösung der unterm 11. Juli 1874 ausgefertigten Deutschen Reichs- Kassenscheine.	16 19 23	154/155 184 226/227
- 2.	96. R. Pr.	Reichstags-Ersatzwahl im 10. Wahlkreise des Regierungsbezirks Potsdam.	Extra- blatt.	139
- 2.	97. R. Pr.	Technische Verwaltung der Elbfähre bei Gnevesdorf	15	141
- 2.	30. P. Pr.	Verwendung giftiger Farben	16	152/154
- 2.	14. O. P. D.	Errichtung einer neuen Postanstalt in dem Hause Burggrafenstraße Nr. 13 in Berlin.	15	141

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
April 3.	96. R. Pr.	Konsulat für Salvador	15	141
—	3. E. B. D. E.	Fahrplan-Änderung	14	134
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiet nach Nr. 12 des Centralblatts für 1885.	14	137
April 4.	23. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für Vieh und sonstige Gegenstände	16	155/157
- 4.	— —	Regierungspräsident zu Frankfurt a. D. Polizei-Verordnung, betreffend die Dampfschiffahrt und die Beleuchtung der Fahrzeuge auf dem Friedrich-Wilhelms-Kanal, sowie dem Prieskower See und der Spree von Neuhaus bis zur Mündung des Unter-Kanals der Schleuse zu Fürstenwalde.	20	199/200
- 7.	31. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für März 1885	16	154
- 7.	9. K. d. S. P.	Einen angeblich gestohlenen Staatsschuldchein betreffend	16	155
- 7.	10. K. d. S. P.	Einen angeblich abhanden gekommenen Staatsschuldchein betreffend.	16	155
- 7.	— —	Regierungspräsident zu Merseburg. Betr. die noch nicht zur Einlösung präsentirten Steuer-Kredit- und unverzinslichen Kammer-Kredit-Kassenscheine.	17	168/169
- 8.	101. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat März 1885	15	142/143
- 8.	— —	Rönlgl. Amtsgericht Wendisch-Buchholz. Betr. die Erhebung und Vortreibung der Gerichtskostenvorschüsse u.	16	155
- 9.	12. R.	Privatschulen	16	152
- 9	21. E. B. D. Br.	Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs	16	155
- 9.	6. K. A.	Kreis-Ausschuß Teltow'schen Kreises in Berlin. Nachweisung der genehmigten Kommunalbezirks-Veränderungen.	17	169
- 10.	102. R. Pr.	a) Erlöschen der Maul- und Klauenseuche auf Gut Brunsdorf und in Hoppenrade. b) Ausbruch der Räude in Reinickendorf und Budow	16	152
- 10.	— —	c) Rostkrankheit in Dahme	17	174
—	— —	d) Rostkrankheit in Zehdenick	15	145/150
April 11.	33. P. Pr.	Regierungspräsident zu Magdeburg. Kanalsperre	17	161
- 11.	34. P. Pr.	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiet nach Nr. 11, 12 und 13 des Centralblatts für 1885.	17	161
- 11.	24. E. B. D. Br.	Zulassung von Hebammen für Berlin	17	167
- 11.	— —	Ausgabe von Retourbillets mit Bons nach Berlin zum Anschluß an die daselbst zum Verkauf stehenden Rundreise- sowie Saison-Billets.	17	167
- 12.	19. E. B. D. B.	Nachtrag zum Deutsch-Ungarischen Eisenbahn-Verband-Tarif	17	167
- 12.	22. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für die zur Betheiligung an den in Osterburg stattfindenden Konkurrenz-Arbeiten versandten Pflüge und Ackergeräte.	16	155
- 13.	110. R. Pr. u. P. Pr.	Auspielung von Kunst- u. Gegenständen in Weimar	17	164
- 13.	18. E. B. D. B.	Personen- und Gepäck-Beförderung auf der Berlin-Görlitzer Eisenbahn	17	167
- 14.	112. R. Pr.	Erlöschen der Maul- und Klauenseuche auf Gut Schönefeld	17	164
- 14	11. K. d. S. P.	Angeblich gestohlene Schuldverschreibungen der vormalig kurheffischen Anleihe von 1863.	17	166

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
April 14.	25. E. B. D. Br.	Ausgabe von kombinirbaren Rundreise-Billets zu Rundreisen durch Deutschland, Holland, Belgien, Oesterreich, Ungarn und Rumänien zu ermäßigten Preisen.	17	167/168
- 15.	13. R.	Versicherung von Gebäuden, auf denen Renten für den Domainenfiskus haften, gegen Feuergefähr.	17	165
- 15.	26. E. B. D. Br.	Nachtrag 14 zum Tarif für die direkte Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Bromberg und Berlin.	17	168
- 16.	103. R. Pr.	Schiffahrtssperre auf der Spree	17	162
- 16.	104. R. Pr.	Verbot eines sozialdemokratischen Flugblatts	17	162
- 16.	108. R. Pr.	Veranstaltung einer Gelbblotterie für die Zwecke der Deutschen Vereine vom Rothen Kreuz.	17	164
- 16.	111. R. Pr.	Verbote von Vereinen und Druckschriften nach dem Deutschen Reichs-Anzeiger auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.	17	164
- 16.	32. P. Pr.	Verbot einer Flugschrift	17	166
—	—	Inhalts-Verzeichniß von Stück 10 des Reichsgesetzblatts für 1885.	16	151
—	—	Desgl. von Stück 7 bis einschließlich 9 der Gesetz-Sammlung	16	151
April 17.	106. R. Pr.	Änderung der Deffnungszeiten für die Eisenbahnbrücken über die Havel bei Potsdam und Werber.	17	163
- 17.	109. R. Pr. u. P. Pr.	Ausspielung von Kunstgegenständen in Baden-Baden	17	164
- 17.	R. Pr.	Kommunalbezirks-Veränderung	17	174
- 17.	36. P. Pr.	Beförderung von Auswanderern	18	179
- 17.	9. H. V.	Aufgebot von Schuldschreibungen	17	166
- 17.	15. H. V.		26	259
- 17.	19. H. V.		35	331
—	—	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 13 und 14 des Centralblatts für 1885.	16	157/160
April 18.	8. M.	Ründigung der zur Baarzahlung angemeldeten Schuldschreibungen der 4 1/2 procentigen konsolidirten Staatsanleihe.	18	176
- 18.	105. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat März 1885 beobachteten Wasserstände.	17	162
- 18.	113. R. Pr.	a) Aufhebung der Hundesperre in Spandau	17	165
- 18.	4. Ko.	b) Erlöschen der Klauenseuche ebendasselbst.		
- 18.	17. E. B. D. B.	General-Kirchen-Visitation in der Diözese Breskow	19	183
- 19.	17. E. B. D. B.	Nachtrag I. zum Theil II. Heft 1, 2 und 3 des Ostdeutsch-Oesterreichischen Verband-Tarifs.	17	166/167
- 20.	114. R. Pr.	Rogkrankheit in Schweinrich	17	165
- 20.	14. R.	Bestimmungen, den Eintritt in die Königl. Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin betreffend.	17	165/166
- 20.	16. R.		18	179
- 20.	35. P. Pr.	Verbot der Annahme von Lehrlingen durch Perrückenmacher und Friseure in Berlin, welche nicht der dortigen Innung angehören.	18	179
- 20.	—	Ober-Präsident der Provinz Sachsen zu Magdeburg. Einrichtung von Krankenkassen für die Arbeiter im Bereiche der Elbstrom-Bauverwaltung.	19	184
- 21.	120. R. Pr.	Erlöschen der Maul- und Klauenseuche auf Rittergut Stolpe und in Flatow.	18	178
- 21.	4. D. d. R. B.	Ausloosung von Rentenbriefen	18	180
- 22.	115. R. Pr.	Verloosung landwirthschaftlicher und gewerblicher Gegenstände in Zerbst.	18	176/177

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenza des Amts- blatts.
April 22.	2. G. K.	Wahl eines Kreisverordneten für den Kreis Angermünde	18	180
- 23.	116. R. Pr. u. P. Pr.	Berloofung von Pferden u. in Berlin	18	177
-	-	Inhalts-Verzeichniß von Stück 11 bis einschließlich 12 des Reichs- gesetzblatts für 1885.	17	161
-	-	Desgl. von Stück 10 bis einschließlich 13 der Gesetz-Sammlung für 1885.	17	161
-	-	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 14 und 15 des Centralblatts für 1885.	17	170/174
April 25.	119. R. Pr.	General-Konsulat für Honduras	18	178
- 25.	15. R.	Liste der im Laufe des Etatsjahres 1884/85 der Kontrolle der Staats- papiere als aufgerufen und gerichtlich für kraftlos erklärt nach- gewiesenen Staats- und Reichsschuld-Urkunden.	18	178/179
- 25.	37. P. Pr.	Benennung von Straßen in Charlottenburg	19	181
- 26.	28. E. B. D. Br.	Frachtsätze für Holz-, Getreide- und Spirit-SENDUNGEN.	19	184
- 29.	39. P. Pr.	Ertheilung von Prüfungs-Zeugnissen durch die Berliner Schmiede- Innung.	20	191
- 29.	2. S.	Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg	20	194
- 29.	3. S.	Entlassungs-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg	20	194
- 29.	4. S.	Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin	20	194
- 29.	5. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Berlin	20	194
- 29.	6. S.	Zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg	20	194
- 29.	29. E. B. D. Br.	Tarif für die Beförderung von Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren	19	184
- 30.	123. R. Pr.	Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in Gremmen	19	184
- 30.	20. E. B. D. B.	Nachtrag zum Galizisch-Norddeutschen bezw. Galizisch-Niederländischen Eisenbahn-Verband.	19	184
- 30.	31. E. B. D. Br.	Sommer-Fahrplan für den Eisenbahn-Direktions-Bezirk Bromberg.	20	198
- 30.	7. K. A.	Kreis-Ausschuß zu Jüterbog. Nachweisung der genehmigten Guts- bezirks-Veränderungen.	20	198
Mai 1.	38. P. Pr.	Warnung vor 2 Geheimmitteln gegen Trunksucht	20	191
- 1.	43. P. Pr.	Imperial, Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in London	20	192
- 1.	45. P. Pr.	Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der im § 35 Abs. 2 und 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung verzeichneten Gewerbetreibenden.	21	203
- 1.	15. O. P. D.	Unbestellbare eingeschriebene Briefe	19	181/183
- 1.	16. O. P. D.	Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt	20	192
- 2.	122. R. Pr.	Ausbruch der Räudekrankheit in Gremmen	19	184
- 2.	7. S.	Prüfung für Handarbeitslehrerinnen in Berlin	20	194/195
- 2.	35. E. B. D. Br.	Verkauf von Retourbillets mit sechswochentlicher Gültigkeit	21	204/205
- 4.	-	Allerhöchster Erlaß, betr. die Anlage einer Kreis-Chaussee im Kreise Oderbarnim.	26	253
- 4.	123. R. Pr.	Chausseegelderhebung auf der Oderbarnimer Kreis-Chaussee von Schulzendorf nach Bahnhof Biesenthal.	20	191
- 4.	18. O. P. D.	Einrichtung von Postagenturen ohne Telegraphenbetrieb	20	193
- 4.	21. E. B. D. B.	Neuer Tarif für Güter zum Export nach Rumänien	20	196
- 5.	125. R. Pr.	Erlöschen der Räude in Wißensee	20	191
- 5.	41. P. Pr.	Hebammen-Prüfung	20	192



Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Mai	5. 8. S.	Mittelschullehrer-Prüfung in Berlin.....	20	195
-	5. 9. S.	Rektorate-Prüfung in Berlin.....	20	195
-	5. 10. S.	Zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Berlin.	20	195
-	5. 11. S.	Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz....	20	195
-	5. 12. S.	Zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz.	20	195/196
-	5. 13. S.	Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz...	20	196
-	5. 12. K. d. S. P.	Aufgebot einer Schulverschreibung.....	20	196
-	5. 30. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für Thiere und Gegenstände.....	20	196/197
-	6. 121. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat April 1885.....	19	182/183
-	6. 40. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für April 1885.....	20	191/192
-	6. 17. O. P. D.	Unanbringliche Postanweisungen.....	20	193
-	7. 14. S.	Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten.....	21	204
-	7. 32. E. B. D. Br.	Ausgabe von Extra-Retourbillets zum Besuch der internationalen Ausstellung von Betriebs- u. Maschinen in Königsberg i. Pr.	20	198
-	7. 33. E. B. D. Br.	Ausnahme-Tarif für den Transport von Salz aller Art.....	21	204
-	7. — —	Großherzogliche Flußbau-Verwaltungs-Kommission zu Schwerin, betr. Schiffahrtssperre auf der Elbe.	23	228
-	8. 124. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Gegenständen im Architekten-Verein zu Berlin....	20	191
-	8. 126. R. Pr.	Bläschen-Ausschlag in Brüd.....	20	191
-	8. 4. E. B. D. M.	Frachtkredite für Kohlen-Transporte nach Berlin.....	20	196
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 16 und 17 des Centralblatts für 1885.	19	185/189
Mai	9. 42. P. Pr.	Wollmarkt in Berlin.....	20	192
-	44. P. Pr.	Wollmarkt in Berlin.....	21	203
-	47. P. Pr.	Wollmarkt in Berlin.....	22	214
-	11. 34. E. B. D. Br.	Nachtrag V. zum Deutschen Eisenbahn-Güter-Tarif Theil I.	21	204
-	12. 18. R.	Erhebung der direkten Staatssteuern.....	21	202
-	12. 37. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für Thiere, landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe.	21	206
-	13. M.	Allerhöchster Erlaß, betr. Uebertragung des Baues und demnächstigen Betriebes mehrerer neuer Eisenbahnlinien an die einzelnen Betriebsämter.	23	223/224
-	13. 128. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. den Verkehr mit Spiritus auf den dem Regierungs-Präsidenten zu Potsdam unterstellten Wasserstraßen.	21	202/203
-	13. 46. P. Pr.	Auswanderung nach Australien und Amerika.....	21	203
-	13. 49. P. Pr.	Allerhöchster Erlaß, betr. Einrichtung eines durchgehenden Pferdebahn- betriebes aus dem Innern der Stadt Berlin nach dem Stadt- bahnhof „Zoologischer Garten“.	22	214
-	13. 19. O. P. D.	Unanbringliche Päckete.....	21	203/204
-	14. 36. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für Thiere, landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe.	21	205
-	15. 129. R. Pr.	a) Erlöschen der Lungenseuche auf den Rittergütern Bruchhagen und Görksdorf. b) Rostkrankheit in Birkenholz und Friedrichsfelde.....	21	203

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Mai 15.	17. R.	Ausreichung der Zinscheine Reihe IV. zu den Prioritäts-Obligationen der Taunus-Eisenbahn vom Jahre 1844.	21	201/202
	21. R.		27	
	23. R.		33	
- 16.	127. R. Pr.	Die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1885.	21	202
- 16.	5. D. d. R. B.	Verloosung von Rentenbriefen	22	214/215
	7. D. d. R. B.		26	
	9. D. d. R. B.		36	
- 16.	22. E. B. D. B.	Tarif für den Südwestrussisch-Galizisch-Norddeutschen Verkehr	22	216
- 16.	3. L. D.	Reglement der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg. . .	22	217
- 18.	6. D. d. R. B.	Bernichtung von ausgelooften Rentenbriefen	22	215
- 18.	— —	Regierung zu Bromberg. Offene Kreisphysikatsstelle	22	219
- 19.	2. L. D.	Nachtrag zu dem Reglement zur Ausführung der Vorschriften im § 60 des Gesetzes vom 25. Juni 1875, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen in der Provinz Brandenburg.	22	217
- 20.	131. R. Pr.	Allerhöchstes Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Anleihscheine der Gemeinde Neu-Weißensee, Kreis Niederbarnim.	22	211/214
- 20.	39. E. B. D. Br.	Inkrafttreten von Tarifen	22	216
- 20.	8. K. A.	Kreisausschuß Teltow'schen Kreises zu Berlin. Veränderung von Kreisgrenzen.	23	227
- 20.	— —	Königl. Nischungs-Inspektion für die Provinz Brandenburg zu Berlin. Ermittelung des Raumgehalts von Faßkörpern durch das Nischungs- amt zu Oderberg i. M.	23	228
- 21.	4. L. D.	Pferde- und Rinderzählung	22	218
- 21.	10. K. A.	Kreisausschuß zu Belgig. Nachweisung der genehmigten Kommunal- bezirks-Veränderungen.	23	227
- 22.	133. R. Pr.	Chausseegelberhebung auf verschiedenen Kreis-Chausseen des Kreises Dachauelland.	23	225
- 22.	48. P. Pr.	Warnung vor einem Geheimmittel	22	214
- 22.	38. F. B. D. Br.	Ostdeutsches Eisenbahn-Kursbuch	22	216
- 22.	40. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für Thiere, landwirtschaftliche Maschinen und Geräthe.	23	227
- 22.	41. E. B. D. Br.	Ausgabe von Retourbillets	23	227
—	— —	Geschenke an Kirchen u.	21	206/208
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 18 des Centralblatts für 1885.	21	208/210
Mai 23.	— —	Allerhöchstes Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lau- tender Anleihscheine der Stadt Jossen.	26	253/255
- 23.	130. R. Pr.	Verbote von Vereinen und Druckschriften nach dem Deutschen Reichs- Anzeiger auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefähr- lichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.	22	211
- 23.	132. R. Pr.	Ausbruch des Milzbrandes auf dem Gute zu Bögow	22	214
- 25	12. M.	Polizei-Verordnung für die Eisenbahn von Perleberg über Prigwall nach Wittstock.	23	224/225
- 25.	5. E. B. D. E.	Umtausch 5- oder 4 1/2 procentiger Prioritäts-Obligationen mit 4 pro- centigen.	22	216/217



Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Mai 25.	— —	Oberpräsident der Provinz Sachsen zu Magdeburg, betr. die Verwaltung der Strom- und Schifffahrts-Polizei auf dem Plauer Kanal.	25	252
- 26.	— —	Königl. Kredit-Institut für Schlessen zu Breslau, betr. die 38. Verloosung von Pfandbriefen Littra B.	23	227/228
- 27.	134. R. Pr.	General-Konsulat für Amerika	23	225
- 27.	137. R. Pr.	Ausbruch der Lungenseuche auf Gut Falkenberg	23	226
- 27.	9. K. A.	Kreis-Ausschuß zu Naumn. Kommunalbezirks-Veränderung	23	227
- 28.	135. R. Pr.	Erlöschen einer Konzession als Auswanderungs-Unternehmer	23	225/226
- 28.	8. D. d. R. B.	Ausreichung von Entlastungs-Quittungen über abgelöste Renten	30	296
- 29.	6. O. Pr.	Wahl eines Mitgliedes des Brandenburgischen Provinzial-Landtages.	24	231
- 29.	20. R.	Versicherung von Gebäuden, auf denen Renten für den Domainen-Fiskus haften, gegen Feuergefähr.	23	226
- 29.	50. P. Pr.	Verbot eines Flugblatts	23	226
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 19 des Centralblatts für 1885.	22	219/222
—	— —	Geschenke an Kirchen ic.	22	222
Mai 30.	136. R. Pr.	Deffnen der Eisenbahn-Drehbrücke über die Havel bei Spandau	23	226
- 30.	138. R. Pr.	Bläschen-Ausschlag im Brandenburgischen Landgestüt zu Gumlosen, in Lütkenwisch und Muggendorf.	23	226
Juni 1.	4. O. B. A.	Verleihungs-Urkunde für den Königlichen Domainenpächter Walter Bräuner auf Domaine Hammer bei Liebenwalde zur Gewinnung von Braunkohlen in dem Grubenfelde „Ortlieb“.	24	235
- 1.	5. O. B. A.	Desgl. „Ottomar“	24	235
- 1.	44. E. B. D. Br.	Nachtrag zum Deutschen Güter-Tarif	24	236
- 1.	11. L. D.	Nachweisung der vom 1. April 1884 bis zum 31. März 1885 vereinnahmten Wittwen- und Waisengeldbeiträge und gezahlten Wittwen- und Waisengelder.	25	243
- 2.	13. M.	Aufforderung zur Bewerbung um zwei Stipendien der Jacob Saling'schen Stiftung.	26	255/256
- 2.	51. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betreffend die Dampfschifffahrt auf dem Landwehr- und Louisenstädtischen Kanal.	24	232/233
- 2.	23. E. B. D. B.	Ausgabe von direkten Tourbilletts nach Seebad Warnemünde	24	235
- 3.	139. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat April 1885 beobachteten Wasserstände.	24	231
- 3.	20. O. P. D.	Erweiterung von Fernsprech-Einrichtungen in Potsdam, Cöpenick, Groß-Lichterfelde und Steglitz.	24	234
- 3.	22. O. P. D.		25	242
- 3.	25. O. P. D.		26	258
- 3.	21. O. P. D.	Einrichtung einer Postagentur in Schönermark	24	234
- 3.	42. E. B. D. Br.	Kleinvieh-Transport	24	235/236
- 3.	45. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für Ausstellungsgegenstände	24	236
- 4.	141. R. Pr.	Neubau der Charlottenburger Thorbrücke in Spandau	24	232
- 4.	142. R. Pr.	Deffnungszeiten der Eisenbahnbrücken über die Havel bei Potsdam und Werder.	24	232
- 4.	43. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für Thiere, landwirthschaftliche Maschinen und Geräte.	24	236

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stad des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juni 4.	46. E. B. D. Br.	Beförderung von Wollsendungen für den Wollmarkt in Berlin . . .	24	236/237
- 4.	— —	Amtsvorsteher von Schleinitz zu Forsthaus Grunewald. Polizei- Verordnung, betr. das Verbot des Betretens der Schießstände des Garde-Schützen-Bataillons im Grunewald.	25	244
—	— —	Inhalts-Verzeichniß von Stück 13 bis einschließlich 14 des Reichs- gesetzblatts für 1885.	23	223
—	— —	Desgl. von Stück 14 bis einschließlich 19 der Gesetz-Sammlung für 1885.	23	223
Juni 5.	52. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für Mai 1885	24	233/234
- 5.	24. E. B. D. B.	Ausgabe von Tourbillets nach Stationen der Mecklenburgischen Südbahn	24	235
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 20 des Centralblatts für 1885.	23	228/229
Juni 7.	25. E. B. D. B.	Beförderung von Wollsendungen nach dem Berliner Wollmarkt . .	24	235
- 7.	47. E. B. D. Br.	Nachtrag VI. zum Deutschen Eisenbahn-Güter-Tarif	25	243
- 8.	143. R. Pr.	Erlöschen der Rogkrankheit in Gransee	24	232
- 8.	2. B. A.	Die Ferien des Bezirks-Ausschusses in Potsdam	25	242
- 8.	3. B. A.		26	257
- 8.	4. B. A.		27	268
- 9.	140. R. Pr.		24	232/233
- 10.	146. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat Mai 1885	25	242
- 10.	147. R. Pr.	Entrichtung des Brückengeldes	25	242
- 10.	14. H. V.	a) Erlöschen der Räude in Nixdorf und Budow	25	242
- 10.	14. H. V.	b) Lungenseuche auf den Gütern Falkenberg und Büfnersefelde . .	26	259
- 11.	1. St. S. d. R. P. A.	Verloosung von Schulverschreibungen der 4procentigen Staatsanleihe von 1868 A.	26	258
- 11.	13. H. V.	Beitritt von Siam zum Weltpostverein	25	242/243
- 12.	144. R. Pr.	Einlösung der am 1. Juli 1885 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatschuldverschreibungen.	25	241
- 12.	53. P. Pr.	Verbot eines Flugblattes	26	257
- 12.	16. H. V.	Erlöschen von Konzessionen als Auswanderungsagenten	27	267
- 12.	16. H. V.	Einlösung 3 1/2procentiger Staatschuldscheine des Jahres 1842 . .	24	237/240
- 12.	16. H. V.	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 21 des Centralblatts für 1885.	24	237/240
Juni 13.	— —	Haupt-Register zur Gesetz-Sammlung für die Jahrgänge 1806 bis einschließlich 1883.	25	241
- 13.	145. R. Pr.	Verbote von Vereinen und Druckschriften nach dem Deutschen Reichs- Anzeiger auf Grund des Reichs-Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.	25	241/242
- 14.	23. O. P. D.	Errichtung einer Telegraphen-Anstalt in Mühlenbeck	25	242
- 15.	R. Pr.	Ortsbenennung	25	244
- 15.	56. P. Pr.	Invaliden-Pensionen	26	257/258
- 15.	— —	Königl. Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau, betr. den Umtausch von Pfandbriefen Litt. B. auf Bladen und Grzybowitz.	26	262
- 16.	2. St. S. d. R. P. A.	Packetverkehr mit Spanien und Portugal	27	269
- 16.	26. O. P. D.	Unbestellbare Postsendungen	26	258
- 16.	5. Ko.	Generalkirchen- und Schul-Bisitation in der Diözese Jossen	26	258/259

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juni 16.	50. E. B. D. Br.	Nachtrag I. zum Staatsbahn-Verband-Güter-Tarif Bromberg-Breslau	27	270
- 17.	3. St. S. d. R. P. A.	Einführung des Postanweisungs-Verfahrens mit Bulgarien	27	269
- 17.	4. St. S. d. R. P. A.	Einführung des Postanweisungs-Verfahrens für Geld-Sendungen nach Adrianopel und Philippopol.	27	269
- 17.	24. O. P. D.	Verlegung des Postamts in Friedrichsfelde	26	258
- 17.	26. E. B. D. B.	Verschiedene Tarife	26	260
- 17.	48. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für Ausstellungs-Gegenstände	26	261
- 18.	149. R. Pr. 179. R. Pr.	Eintragung der Beschäftigungs- u. Bemerkte in die Pensions- Leistungsbücher der im Civildienst beschäftigten Militär-Inva- liden und die Einsendung der Bücher zur Pensions-Regelung.	26 32	256/257 307
- 18.	13. K. d. S. P.	Aufgebot von Schuldverschreibungen	26	259
—	— —	Inhalts-Verzeichniß von Stück 15 bis einschließlich 20 des Reichs- gesetzblatts für 1885.	25	241
—	— —	Desgl. von Stück 20 bis einschließlich 21 der Gesetz-Sammlung für 1885.	25	241
Juni 19.	150. R. Pr.	a) Noskrankheit in Neu-Ruppin	26	257
- 19.	55. P. Pr.	b) Tollwuth in Prenzlau	26	257
- 19.	58. P. Pr.	Verbot einer Druckschrift	27	269
- 19.	— —	Preussische Renten-Versicherungs-Anstalt zu Berlin	28	284
—	— —	Regierungs-Präsident in Magdeburg, Polizei-Verordnung, betr. das Befahren des „schmalen Grabens“ während der Sperrung der Kanalstrecke Niegripp-Berggow.	25	251/252
Juni 20.	148. R. Pr.	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 22 und 23 des Centralblatts für 1885.	26	256
- 20.	5. St. S. d. R. P. A.	Öffnungszeiten der Drehbrücke der Berlin-Hamburger Eisenbahn über die Havel bei Spandau.	27	270
- 20.	6. Ko.	Postanweisungs-Verkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Canada.	28	278
- 20.	— —	Parochial-Verhältniß der in Berlin neu anziehenden evangelischen Einwohner.	28	280/281
- 22.	151. R. Pr.	Direktion der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg in Berlin. Betr. Uebersicht von den Ergebnissen der Verwaltung im Jahre 1884.	27	267
- 22.	5. B. A.	Erledigte Kreiswundarztstelle	27	268
- 22.	57. P. Pr.	Ferien des Bezirks-Ausschusses in Berlin ...	27	269
- 23.	27. O. P. D.	Allerhöchster Erlaß vom 8ten Juni 1885, betr. Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Berlin behufs Re- gulirung der Greifswalderstraße auf der Strecke von der Friedens- straße bis zur Marienburgerstraße.	27	270
- 23.	14. K. d. S. P.	Errichtung einer Telegraphen-Anstalt in Riez (Elbe)	27	270
- 23.	49. E. B. D. Br.	Aufgebot von Schuldverschreibungen	27	270
- 24.	— —	Ermäßigung der Auslieferungsgebühr für aus Rußland eingehende Gütersendungen.	27	270
- 24.	— —	Königl. Aichungs-Inspektion für die Provinz Brandenburg u. in Berlin. Betr. Dimensionen und Einrichtung von Kummhmaaßen.	29	289/290

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juli 15.	33. O. P. D.	Errichtung einer Postagentur in Laaske	30	296
- 15.	56. E. B. D. Br.	Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Retourbillets	30	297/298
- 15.	— —	Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausitz in Berlin. Ausschreiben der für das I. Halbjahr 1885 zu entrichtenden Beiträge.	31	306
- 16.	166. R. Pr.	Die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Rummersdorf für das Jahr 1885.	30	296
—	— —	Inhalts-Verzeichniß von Stück 23 bis einschließlich 25 des Reichs- gesetzblatts für 1885.	29	285
—	— —	Desgl. von Stück 23 bis einschließlich 26 der Gesetz-Sammlung für 1885.	29	285
Juli 17.	168. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juni 1885 beobachteten Wasserstände.	31	301
- 17.	22. R.	Eröffnung einer permanenten Bienenzucht-Ausstellung im Bienen- garten des H. Gäbler in Pankow.	30	296
- 17.	— —	Regierungs-Präsident zu Frankfurt a. D. Auslegung des Katasters für die Entwässerungs-Korporation des Zehdener Bruchs.	30	300
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 27 des Centralblatts für 1885.	29	292
Juli 18.	57. E. B. D. Br.	Nachtrag VII. zum Deutschen Eisenbahn-Güter-Tarif, Theil I. ...	31	304
- 20.	169. R. Pr.	Page der Ansprüche auf Erbschaften, welche von Reichsangehörigen in den Niederlanden geltend gemacht werden.	31	301/302
- 20.	171. R. Pr.	Kommunalbezirks-Veränderung	31	302
- 20.	172. R. Pr.	Kommunalbezirks-Veränderung	31	302
- 20.	177. R. Pr.	Mißbrand in Lüdersdorf.	31	303
- 20.	36. O. P. D.	Errichtung von Reichs-Telegraphen-Anstalten	31	303
- 21.	175. R. Pr.	a) Ausbruch der Rogkrankheit in Neu-Bornim	31	302
		b) Rogkrankheit in Jüterbog		
		c) Rogkrankheit in Lichterfelde		
- 21.	34. O. P. D.	Unbestellbare eingeschriebene Briefe.	31	303
- 21.	58. E. B. D. Br.	Nachtrag zum Tarifheft Nr. 1 des Deutsch-Polnischen Eisenbahn- Verbandes.	31	304
- 22.	59. E. B. D. Br.	Frachtsätze für Langeisen	31	304
- 23.	64. P. Pr.	Ertheilung einer Konzession zur Vermittelung von Verträgen mit Auswanderern.	31	303
- 23.	6. St. S. d. R. P. A.	Postanweisungsverkehr nach Gibraltar und Malta	32	308
- 23.	37. O. P. D.	Errichtung einer Reichs-Telegraphen-Anstalt in Neu-Rünkendorf. ...	31	303
- 24.	170. R. Pr.	Strom- und Schifffahrtspolizei auf dem Mauer Kanal	31	302
- 24.	173. R. Pr. u. P. Pr.	Einfuhr von Rindvieh zu Zuchtzwecken aus den Königreichen der Niederlande und Belgien.	31	302
- 24.	174. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Gegenständen der bienenwirtschaftlichen Ausstellung	31	302
- 24.	176. R. Pr.	Ausbruch der Räude in Schönefeld	31	303
—	63. P. Pr.	Eröffnung einer Apotheke in dem Hause Kurfürstenstraße Nr. 80 in Berlin.	30	296
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 27 und 28 des Centralblatts für 1885.	30	298/299

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stadt des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Juli 25.	60. E. B. D. Br.	Nachtrag V. zum Tarif für die direkte Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Königlich Ostbahn einerseits und Stationen der Warschau-Wiener und Warschau-Bromberger Eisenbahn andererseits.	32	309/310
- 25.	61. E. B. D. Br.	Nachtrag XV. zum Tarif für die direkte Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktions-Bezirke Bromberg und Berlin.	32	310
- 27.	181. R. Pr.	Mißbrand auf Gut Pareß und auf der Domaine Kienberg	32	308
- 27.	35. O. P. D.	Einrichtung einer zweiten Postzollabfertigungsstelle in Berlin.	31	303
- 27.	62. E. B. D. Br.	Güterverkehr im Herbst	32	310
- 28.	180. R. Pr.	Hebammen-Unterricht	32	307/308
- 28.	64. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für Ausstellungs-Gegenstände	32	310
- 29.	182. R. Pr.	a) Rogkrankheit in Neu-Edgow und Jüterbog .. b) Räube in Nieder-Schönweide ..	32	308
- 29.	7. B. A.	Eröffnung der kleinen Jagd	32	308
- 29.	8. B. A.	Gestattung von Vorarbeiten für eine normalspurige Eisenbahn von Neu-Ruppin nach Wittstock.	32	308
- 30.	183. R. Pr.	Mißbrand auf der Domaine Berge	32	308
- 30.	63. E. B. D. Br.	Nachtrag V. zum Tarifheft 1 des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes.	32	310
- 31.	7. St. S. d. R. P. A.	Postkarten mit Antwort nach den Französischen Kolonien	33	317
- 31.	38. O. P. D.	Unanbringliche Postanweisungen	32	308/309
- 31.	39. O. P. D.	Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt	32	309
- 31.	34. E. B. D. B.	Tarif für die Beförderung von Pferden u. von Wien nach Deutschen Stationen.	32	309
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 28 des Centralblatts für 1885.	31	305/306
—	— —	Verzeichniß der Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle im Winter-Semester 1885/86.	33	320/321
August 1.	35. E. B. D. B.	Böhmisch-Norddeutscher Braunkohlen-Verkehr	32	309
- 3.	66. P. Pr.	Verbot einer Druckschrift	33	317
- 3.	6. O. B. A.	Verleihungs-Urkunde für den Domainen-Pächter W. Brückner auf Domaine Hammer zur Gewinnung von Braunkohlen in dem Grubenfelde „Theodosius“.	33	317/318
- 3.	7. O. B. A.	Desgl. „Pequena“	33	318
- 3.	8. O. B. A.	Desgl. „Kamerun“	33	318
- 4.	178. R. Pr.	Revision der Dampfkessel im Bautreise Wittstock	32	307
- 4.	185. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung kunstgewerblicher Ausstellungs-Gegenstände in Berlin ..	33	315
- 4.	186. R. Pr. u. P. Pr.	Auspielung von Ausstellungs-Gegenständen in Nürnberg	33	316
- 4.	187. R. Pr.	Erlöschen der Rogkrankheit in Bornim	33	316
- 4.	65. E. B. D. Br.	Transport-Begünstigung für Ausstellungs-Gegenstände	33	318
- 6.	188. R. Pr.	Rogkrankheit in Sophiendorf	33	316
- 6.	65. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für Juli 1885.	33	316/317
- 7.	184. R. Pr.	Nachlaß des Deutschen Seemanns R. Vorchmann	33	315

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Aug. 7.	189. R. Pr.	Ausbruch des Milzbrandes in Carolinenhof	33	316
—	—	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 29 und 30 des Centralblatts für 1885.	32	311/313
Aug. 8.	8. O. Pr.	Eröffnung der Jagd auf Rebhühner für den Bezirk des Stadtkreises Berlin.	33	315
- 8.	67. P. Pr.	Verbot eines Flugblatts	33	317
- 10.	40. O. P. D.	Änderung des Bestellbezirks der Postämter Weissensee und Friedrichsfelde	34	325
- 10.	—	Regierungspräsident zu Frankfurt a. O. Betreffend die Sperrung des Friedrich-Wilhelms-Kanals und der Fürstenwalder Schleuse.	34	327
- 11.	19. M.	Völkzählung am 1. December 1885	37	339
- 11.	21. M.	Polizei-Verordnung über die Schifffahrt auf der Oder	45	413/418
- 11.	191. R. Pr.	a) Erlöschen der Milzbrandseuche in Pareß und Bözow	34	325
		b) Erlöschen der Rogkrankheit in Züterbog		
- 12.	194. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat Juli 1885.	34	326/327
- 13.	190. R. Pr.	Chausseegeld-Erhebung auf der Chaussee von Dranienburg über Gernendorf bis zur Grenze mit dem Kreise Osthavelland.	34	325
- 13.	192. R. Pr.	Milzbrand in Tiegow	34	325
- 13.	8. Ko.	Umpfarrungsdekret	35	330/331
- 14.	16. K. d. S. P.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	34	325/326
- 14.	66. E. B. D. Br.	Verband-Güter-Tarif im Deutsch-Polnischen Verbande	35	331/332
—	—	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 31 und 32 des Centralblatts für 1885.	33	321/324
Aug. 15.	41. O. P. D.	Errichtung einer Reichstelegraphen-Anstalt in Karsiedt	34	325
- 15.	—	Königl. Kredit-Institut für Schlesien in Breslau, betreffend den Umtausch gekündigter Pfandbriefe Littra B.	35	332
- 17.	—	Allerhöchster Erlass, betr. Kreis-Chausseen des Kreises Niederbarnim.	37	339
- 17.	193. R. Pr.	Ausbruch der Räube in Neuendorf bei Teupitz und Erlöschen des Milzbrandes auf der Domaine Kienberg.	34	325
- 18.	196. R. Pr.	Standesamtsbezirks-Veränderung	35	330
- 19.	17. M.	Ergänzungs-Bestimmungen zu der zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter erlassenen Anweisung vom 26. November 1883.	36	333
- 19.	42. O. P. D.	Errichtung einer Reichs-Telegraphen-Anstalt in Tasdorf	35	330
- 19.	9. O. B. A.	Verleihungs-Urkunde für den Kaufmann Leopold Falk in Berlin zur Gewinnung von Braunkohlen in dem Grubensfelde „Hammer“.	36	336
- 20.	197. R. Pr.	Benennung einer Eisenbahn-Haltestelle im Kreise Angermünde	35	330
- 20.	69. P. Pr.	Aufgebot der Kauttionen zweier Auswanderungs-Agenten	35	330
- 20.	67. E. B. D. Br.	Ausnahme-Tarif für Spiritus und Sprit zum See-Export	35	332
—	—	Inhalts-Verzeichniß von Stück 27 bis einschließlich 29 der Gesetz-Sammlung für 1885.	34	325
Aug. 21.	18. M.	Anweisung zur Ausführung des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Kranken-Versicherung vom 28. Mai 1885.	36	333/334
- 21.	195. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juli 1885 beobachteten Wasserstände.	35	329
- 21.	198. R. Pr.	Zolltarife	35	330
- 21.	68. P. Pr.	Verbot der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands	35	330
- 21.	68. E. B. D. Br.	Haltestelle Rybno	36	336



Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- Blatts.	Seitenzahl des Amts- Blatts.
—	—	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 33 des Centralblatts für 1885.	34	328
Aug. 22.	17. K. d. S. P.	Aufgebot von Schulverschreibungen	35	331
- 22.	37. E. B. D. B.	Sonntags-Extrazug von Berlin nach Dramienburg	35	331
- 23.	69. E. B. D. Br.	Personenzug Nr. 12 Landsberg-Berlin	36	336
- 24.	202. R. Pr.	Gesuche, deren Erledigung zur Zuständigkeit der Kaiserlichen Konsulate gehört.	37	341
- 25.	38. E. B. D. B.	Personen- und Gepäc-Abfertigung zwischen Lublinis einerseits und Görlitz und Berlin andererseits.	36	336
- 27.	R. Pr.	Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten, betr. das Verbindungswesen, vom 17. Juli 1885.	Extrablatt zum 36ten Stück.	
- 27.	25. R.	Bezeichnung der Feldmesser als Landmesser	37	340/341
—	—	Inhalts-Verzeichniß von Stück 26 des Reichs-Gesetzblatts für 1885	35	329
—	—	Desgl. von Stück 30 der Gesetz-Sammlung für 1885	35	329
Aug. 28.	201. R. Pr.	a) Räube in Sachsenhausen	36	334/335
		b) Erlöschen der Räudekrankheit in Tremen		
		c) Erlöschen des Milzbrandes in Liegow und in Carolinenhof ...		
- 28.	10. D. d. R. B.	Ausloosung von Rentenbriefen u.	37	344
—	36. E. B. D. B.	Eröffnung der Haltestelle Saaten-Neuendorf	35	331
Aug. 28.	70. E. B. D. Br.	Ausnahme-Tarif für den Transport Oberschlesischer Steinkohlen und Kokes.	36	336/337
- 29.	199. R. Pr.	Verbote von Vereinen und Druckschriften nach dem Deutschen Reichs-Anzeiger auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemein-gefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.	36	334
- 29.	200. R. Pr.	Hebammen-Lehrkursus des Jahres 1885/86	36	334
- 30.	43. O. P. D.	Unanbringliche Pakete	37	343/344
- 31.	8. St. S. d. R. P. A.	Paket-Verkehr mit Frankreich	37	342
—	2. E. B. D. F.	Herbst-Verkehr	37	344/345
Sept. 1.	R. Pr.	Belobigung	37	345/346
- 1.	203. R. Pr.	Chemisches Untersuchungsamt zu Brandenburg	37	341
- 1.	72. P. Pr.	Anlage einer neuen Apotheke auf dem Gesundbrunnen in Berlin ..	38	348
- 1.	71. P. Pr.	Eingaben in Markt- und Gewerbe-Angelegenheiten	37	342
- 2.	204. R. Pr.	Chausseegeld-Erhebung auf der Kreis-Chaussee Strausberg-Gielsdorf-Heidekrug.	37	341
- 2.	71. E. B. D. Br.	Transportbegünstigung für Ausstellungs-Gegenstände	37	344
- 2.	71. E. B. D. Br.	Ausnahme-Schnittsätze für Erze, Steine u.	37	344
- 3.	205. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Equipagen, Pferden u. in Inowrazlaw	37	341
- 3.	26. R.	Turnlehrerinnen-Prüfung	37	341
- 3.	21. H. V.	Eintlösung der am 1. Oktober 1885 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschuldverschreibungen.	38	349/350

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Sept. 3.	39. E. B. D. B.	Ausgabe von Retourbillets zwischen Berlin und Böhren	37	344
- 4.	24. R.	Umtausch der Schuldverschreibungen der 4 1/2 procentigen konsolidirten Staatsanleihe gegen solche der 4 procentigen konsolidirten Staatsanleihe.	37	339/340
—	5. E. B. D. M.	Rauch- und Frauen-Koupés.	36	336
—	—	Verzeichniß der Vorlesungen an der Königl. Thierarzneischule in Hannover im Wintersemester 1885/86.	36	338
—	—	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiet nach Nr. 34 des Centralblatts für 1885.	36	337
Sept. 5.	207. R. Pr.	Kochkrankheit in Schwedt	37	342
- 5.	74. P. Pr.	Stroßen- und Brückenbenennung	38	348
- 5.	73. E. B. D. Br.	Frachtsätze im Verkehr mit Preußen	38	350
- 6.	9. St. S. J. R. P. A.	Beförderung von Postpaketen nach Portugal.	38	349
- 7.	R. Pr.	Belobigung	38	351
- 7.	76. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für August 1885.	38	349
- 7.	78. P. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Aufbewahrung und Verabfolgung der Giftwaaren.	39	361/364
- 7.	6. E. B. D. M.	Nachtrag II. zum Tarif für den Lokal-Güter-Verkehr	38	351
- 8.	9. O. Pr.	Allerhöchste Ordre, betr. den Empfang Seiner Majestät des Kaisers auf der Fahrt zur Besichtigung des III. Armee-Korps seitens der Bevölkerung.	37	339
- 8.	206. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat August 1885.	37	342/343
- 8.	75. E. B. D. Br.	Tarif-Nachträge.	38	351
- 9.	27. R.	Zahlungen aus Domainen- und Forst-Veräußerungs- und Ablösungs-Geschäften.	38	348
- 9.	41. E. B. D. B.	Nachtrag zum Ostdeutsch-Oesterreichischen Verband-Tarif	38	351
- 10.	208. R. Pr.	Geld- und Prämien-Lotterie zur Herstellung und Aus schmückung der Marienburg.	38	347
- 10.	76. E. B. D. Br.	Winterfahrplan	39	366
- 11.	210. R. Pr.	Verbote von Vereinen und Druckschriften nach dem Deutschen Reichs-anzeiger auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.	38	347
- 11.	73. P. Pr.	Verbot einer Broschüre	38	348
- 11.	75. P. Pr.	Errichtung von Apotheken	38	348
- 11.	18. K. d. S. P.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	38	350
—	40. E. B. D. B.	Fahrplan-Änderung	37	344
Sept. 11.	77. E. B. D. Br.	Berichtigungsblätter zu den Tarifheften Nr. 2 und 3 des Deutsch-Polnischen Verband-Güter-Tarifs.	39	366
- 11.	16. B. A.	Kommunalbezirks-Veränderung	39	361
—	—	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 35 des Centralblatts für 1885.	37	346
Sept. 12.	211. R. Pr.	Erlöschen der Kochkrankheit in Schwedt	38	347

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Sept. 12.	— —	Königl. Amtsgericht Prenzlau, betr. die Führung der Handels- u. Register für die Bezirke der Amtsgerichte Strassburg i. M. und Brüssow.	39	367
- 13.	212. R. Pr.	Erlöschen des Mißbrandes in Paretz und in Neumarkt	38	347/348
- 14.	42. E. B. D. B.	Nachtrag IV. zum Ostdeutsch-Ungarischen Getreide-Tarif	39	365/366
- 14.	74. E. B. D. Br.	Transport-Begünstigung für Ausstellungs-Gegenstände	38	350
- 14.	78. E. B. D. Br.	Eröffnung des Personen-Haltepunktes Mißke für den gesamten Verkehr.	39	366
- 14.	79. E. B. D. Br.	Getreide-Transport	39	366
- 15.	209. R. Pr.	Einreichung der Berichte der Ortspolizeibehörden durch die Sanitäts-Konzeptions-Urkunde, betr. den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Dahme nach Ucker durch die Dahme-Ucker Eisenbahn-Gesellschaft.	38	347
- 15.	216. R. Pr.		39	356/360
- 15.	77. P. Pr.	Aufblasen der Schlachthiere u.	39	361
- 15.	10. St. S. d. R. P. A.	Einschränkung des Paderverkehrs mit Portugal	39	364
- 15.	22. H. V.	Verloosung von Prioritäts-Obligationen der Taunus-Eisenbahn ...	39	364/365
- 15.	23. H. V.	Serien-Ziehung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855.	39	365
- 16.	214. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Kanarienhähnen in Berlin.	39	355
- 16.	215. R. Pr.	Die schussfreien Tage auf dem Schießplatze bei Kammersdorf für das Jahr 1885.	39	355/356
- 16.	79. P. Pr.	Preussische Hypotheken-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin ..	40	376
- 16.	24. H. V.	Verloosung von Schuldverschreibungen der 4procentigen Staats-Anleihen von 1850, 1852 und 1853.	39	365
- 17.	44. O. P. D.	Änderung in der Geldbestellung	39	364
- 17.	81. E. B. D. Br.	Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs	40	380
—	7. E. B. D. M.		38	351
—	8. E. B. D. M.	Extrazüge zur Magdeburger Messe	39	366
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 35 und 36 des Centralblatts für 1885.	38	352/353
Sept. 19.	213. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat August beobachteten Wasserstände.	39	355
- 19.	82. E. B. D. Br.	Gültigkeitsdauer kombinirbarer Rundreisebillets	40	380
- 19.	9. B. A.	Gestattung von Vorarbeiten zu dem staatsseitigen Ausbau der Eisenbahn von Löwenberg nach Tempzin.	39	361
- 20.	218. R. Pr.	Ausbruch des Mißbrandes in Dyroß	39	361
- 20.	43. E. B. D. B.	Ausgebreiteter Geleise-Anschluß der Berlin-Görlitzer Bahn an die Berliner Ring- und Stadtbahn.	39	366
- 21.	R. Pr.	Erledigte Kreiswundarztsstellen	40	377
- 21.	3. P. St. D.	Eingiehung des Steueramts zu Beelitz	39	365
- 21.	4. P. St. D.	Erhebung von Reichsstempel-Abgaben	40	374/375
- 21.	5. P. St. D.	Vaare Erstattung der Abgaben-Beträge für unversenkbar gewordene Reichsstempelmarken und Schlußnoten-Formulare der bisherigen Art.	40	375

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Sept. 22.	217. R. Pr.	Ausführung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus	39	360
- 22.	6. P. St. D.	Verzeichniß derjenigen Steuerstellen, welche zur Erhebung der in der Tarif-Nummer 4 des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Reichsstempel-Abgaben, angeordneten Abgabe zuständig sind.	40	375/376
- 22.	44. E. B. D. B.	Ausgabe kombinirbarer Rundreisebillets	40	380
- 23.	28. R.	Vorschriften, betreffend die Bescheinigung der Quittungen über die aus Reichsfonds zu beziehenden Pensionen, Wartegelder, Wittwen- und Waisengelder, sowie Unterstützungen und Erziehungsbeihilfen.	40	371/372
- 23.	80. E. B. D. Br.	Spezial-Tarif für die Beförderung von Holz	40	380
- 24.	219. R. Pr.	Schiffahrtssperre an der Eisenbahnbrücke bei Charlottenburg	40	371
- 24.	R. Pr.	Preisverzeichnis der Königl. Landes-Baumschule in Alt-Geltow und bei Potsdam für 1. Oktober 1885/86.	40	377
- 25.	46. O. P. D.	Verlegung des Postamts Nr. 73 in Berlin nach dem Hause Annenstraße Nr. 3.	40	376
- 25.	47. O. P. D.	Desgleichen des Postamts Nr. 92 nach dem Hause Landsberger Allee Nr. 5.	40	376
- 25.	50. O. P. D.	Errichtung von Reichs-Telegraphen-Anstalten in Holzendorf und Schmöln.	40	377
—	—	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 36 und 37 des Centralblatts für 1885.	39	367/368
Sept. 26.	29. R.	Abänderung des Reglements für die öffentlich anzustellenden Land-(Feld-)Wasser vom 2. März 1871 (Ges.-S. 1871 S. 101/112).	40	372/374
- 26.	45. O. P. D.	Errichtung eines Postamts in Nieder-Schönhausen	40	376
- 26.	48. O. P. D.	Verlegung des Postamts Nr. 18 in Berlin nach dem Hause Landsbergerstraße Nr. 93.	40	376/377
- 26.	49. O. P. D.	Verlegung des Postamts in Weißensee bei Berlin	40	377
- 26.	15. K. A.	Nachweisung der genehmigten Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen.	41	392
- 27.	9. E. B. D. M.	Rauch- und Frauen-Koupés	41	392
- 28.	R. Pr. u. P. Pr.	Ausführung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in Berlin, Potsdam und Charlottenburg u. c.	Extra- blatt.	369/370
- 28.	221. R. Pr.	Kochkrankheit in Neu-Weißensee	40	371
- 28.	31. R.	Ermächtigung der Vollziehungsbeamten zur Annahme der beizutreibenden Beträge.	41	390
- 28.	45. E. B. D. B.	Ostdeutsch-Ungarischer Verband-Ausnahme-Tarif für den direkten Transport von Mais (Kukuruz).	41	392
- 29.	51. O. P. D.	Änderung des Bestellbezirks der Postämter Pankow und Schönholz	41	390
- 29.	46. E. B. D. B.	Ablauf der Gültigkeit von Tourbillets u. c.	41	392
- 30.	227. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betr. die Abänderung der Polizei-Verordnung vom 18. April 1874 über den Erlass von Polizei-Verordnungen.	41	389/390
- 30.	R. Pr.	Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militär-Anwärtern.	Extra-Beilage zum 41sten Stüd.	
- 30.	—	Reichs-Versicherungsamt zu Berlin, betr. den von der Krankenkasse in der Zeit von der 5. bis zur 13. Woche nach dem Unfall zu leistenden, seitens des Betriebs-Unternehmers zu erstattenden Mehrbetrag an Krankengeld (§ 5 Absatz 9 des Unfall-Versicherungs-Gesetzes).	45	422/424

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Oktb. 1.	225. R. Pr.	Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze wegen Erhebung von Reichs- stempelabgaben.	41	388
- 1.	228. R. Pr.	Instruktion, betreffend das Hebammenwesen im Regierungsbezirk Potsdam.	41	388
- 1.	30. R.	Notirung versorgungsberechtigter Jäger	41	390
- 2.	R. Pr.	Wahlen zum Hause der Abgeordneten	Extra- Blatt	381/385
- 2.	226. R. Pr.	Verbote von Vereinen und Druckschriften nach dem Deutschen Reichs- Anzeiger auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.	41	388/389
—	—	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 37 und 38 des Centralblatts für 1885.	40	378/380
Oktb. 3.	232. R. Pr.	Ausbruch der Lungenseuche auf Gut Heinersdorf	42	398
- 3.	52. O. P. D.	Die zu Bevollmächtigten bezw. Ersazmännern gewählten Mitglieder der Post-Krankenkasse.	41	390/392
- 5.	20. M.	Die Waaren, für welche an den Börsen des Preussischen Staats Terminpreise notirt werden.	43	401
- 5.	222. R. Pr.	Öffnungszeiten der Berlin-Hamburger Eisenbahndrehbrücke über die Havel bei Spandau.	41	387
- 5.	80. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für September 1885	42	398
- 5.	47. E. B. D. B.	Ausgabe direkter Tourbilletts IV. Klasse nach Station Waren	42	399
- 6.	223. R. Pr.	Neuwahlen zum Hause der Abgeordneten	41	387
- 6.	224. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat September 1885 ..	41	388/389
- 7.	10. O. Pr.	Wahlbezirke und Wahlkommissionen für die Neuwahlen zum Hause der Abgeordneten in der Stadt Berlin.	42	397
- 7.	11. St. S. d. R. P. A.	Postkarten mit Antwort nach Siam	43	402
- 7.	18. K. A.	Kreis-Ausschuß des Teltow'schen Kreises in Berlin. Nachweisung der genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Guts- bezirksgrenzen.	44	409
- 8.	229. R. Pr.	Berlegung von Jahrmärkten	42	397
- 9.	83. E. B. D. Br.	Ausnahme-Tarif für Erze und Steine u.	43	402/403
- 9.	16. K. A.	Kreis-Ausschuß des Niederbarnim'schen Kreises in Berlin. Kommunal- bezirks-Veränderungen.	42	398
- 9.	17. K. A.	Derselbe. Desgleichen	43	403
—	—	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 39 und 40 des Centralblatts für 1885.	41	394/396
Oktb. 10.	230. R. Pr.	Konzessions-Urkunde und Statuten der Hanseatischen Feuer-Versicherungs- Gesellschaft zu Hamburg.	42	397
- 11.	231. R. Pr.	Abänderung der Statuten der Stuttgarter Glasversicherungs-Aktien- Gesellschaft zu Stuttgart.	42	397/398
- 11.	234. R. Pr.	Schiffahrtssperre	43	401
- 12.	233. R. Pr.	Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Jhlow	42	398
- 13.	—	Gesetzsammlungs-Amt. Haupt-Register zur Gesetzsammlung für die Jahrgänge von 1806 bis einschließlich 1883.	43	401
- 13.	237. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Werthgegenständen zur Einrichtung der Kinderheil- stätten in Joppot.	43	401/402
- 13.	238. R. Pr.	a) Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Dahme	43	402
		b) Erlöschen der Rostkrankheit in Dahme		

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Okt. 13.	11. B. A.	Schluß der Jagd auf Rebhühner	43	402
- 13.	53. O. P. D.	Unbefestigte Postsendungen	43	402
- 13.	19. K. d. S. P.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	43	402
- 13.	48. E. B. D. B.	Nachtrag IX. zu Theil II. Heft 1 des Tarifs für den Ostdeutsch- Ungarischen Verband.	43	402
- 13.	— —	Königl. Polizei-Direktion in Charlottenburg. Ortspolizei-Verordnung über die Höhe der Gebäude.	43	403/404
- 14.	235. R. Pr.	Prämien-Lotterie des Dombau-Vereins zu Eln.	43	401
- 14.	236. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Briestauben u. in Elberfeld	43	401
- 14.	— —	Ständische Generaldirektion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausitz in Berlin. Verwaltungss-Resultate für 1884.	44	406/408
- 15.	— —	Königl. Kredit-Institut für Schlesien zu Breslau, betreffend die Aus- reichung der Zinscheine Serie XI. zu den Schlesischen Pfand- briefen Littra B.	44 45	405/406 422
—	— —	Inhalts-Verzeichniß von Stück 27 des Reichs-Gesetzblatts für 1885	42	397
Okt. 16.	239. R. Pr.	Erlöschen der Rogkrankheit in Hönnow	43	402
- 16.	7. P. St. D.	Tarif, nach welchem das Ueberfahrtsgehalt bei der Fahr-Anstalt zu Nieder-Schönweide für den Spree-Uebergang zwischen Berlin und Köpenick zu erheben ist.	44	408
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 40 des Centralblatts für 1885.	42	400
Okt. 17.	240. R. Pr.	Rogkrankheit in Grabow	43	402
- 17.	11. D. d. R. B.	Ausloosung von Rentenbriefen u.	44	408
- 19.	241. R. Pr.	Standesamtsbezirks-Veränderung	44	405
- 19.	242. R. Pr.	Standesamtsbezirks-Veränderung	44	405
- 22.	84. E. B. D. Br.	Nachtrag III. zum Staatsbahn-Güter-Tarif Bromberg-Breslau ...	45	420
- 22.	— —	Königl. Regierung in Bromberg. Erledigte Kreiswundarztsstelle ...	45	425
- 23.	244. R. Pr.	Ausbruch der Klauenseuche in Liebenwalde und Damm-Haß	44	405
- 23.	20. K. A.	Kreis-Ausschuß in Templin. Nachweisung der genehmigten Ver- änderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen.	45	421
- 23.	— —	Königl. Amtsgericht in Perleberg, betreffend die Abhaltung der Gerichtstage in Warnow.	48	460
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 41 des Centralblatts für 1885.	43	404
Okt. 24.	245. R. Pr.	Erlöschen der Rogkrankheit auf Rittergut Gräfenhof	44	405
- 24.	19. K. A.	Kreis-Ausschuß in Neu-Ruppin. Nachweisung der genehmigten Ver- änderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen.	45	421
- 25.	49. E. B. D. B.	Einführung eines neuen Tarifs an Stelle des Galizisch-Norddeutschen bezw. Galizisch-Niederländischen Verband-Tarifs.	45	420
- 25.	50. E. B. D. B.	Einführung eines neuen Tarifs an Stelle des Tarifs für den Galizisch-Norddeutschen Getreide-Verkehr.	45	420
- 26.	12. D. d. R. B.	Versicherung von Gebäuden u. gegen Feuergefahr	46	431
- 26.	8. P. St. D.	Erhebung von Schlacht- und Wildpretsteuer durch das Postamt zu Wildpark.	45	419/420

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Okt. 27.	243. R. Pr.	Einrichtung von Desinfektions-Stationen im Bezirk des Königl. Eisenbahnbetriebsamts Berlin-Lehrte.	44	405
- 27.	21. K. A.	Kreis-Ausschuß in Jüterbog. Kommunalbezirks-Veränderung.	45	422
- 27.	— —	Königl. Amtsgericht in Spandau, betr. die Abhaltung der Gerichtstage in Belten.	45	425
- 27.	— —	Königl. Amtsgericht in Prignitz, betr. die Abhaltung der Gerichtstage in Putzig.	46	436
- 28.	248. R. Pr. u. P. Pr.	Ausspielung von Gegenständen der Kunst in Weimar.	45	419
- 28.	81. P. Pr.	Verbot einer Druckschrift.	45	419
- 28.	85. E. B. D. Br.	Fahrpreis-Ermäßigung.	45	421
- 28.	— —	Königl. Regierung in Bromberg. Schifffahrtssperre auf dem Bromberger Kanal.	47	449
- 29.	247. R. Pr.	Die Sperrung der Storkower Schleuse des Storkower Kanals.	45	419
- 29.	249. R. Pr.	Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in Dahme und Jlow.	45	419
—	— —	Inhalts-Verzeichniß von Stück 28 des Reichs-Gesetzblatts für 1885	44	405
—	— —	Desgl. von Stück 31 bis einschließlich 34 der Gesetz-Sammlung für 1885.	44	405
Okt. 30.	— —	Königl. Amtsgericht in Alt-Landsberg, betr. die Abhaltung von Gerichtstagen in Alte-Grund.	45	425
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 42 und 43 des Centralblatts für 1885.	44	410/412
Okt. 31.	— —	Verbote von Vereinen und Druckschriften nach dem Deutschen Reichs-Anzeiger auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.	45	418/419
- 31.	86. E. B. D. Br.	Fahrplan-Änderung u. auf der Strecke Lasfowitz-Luchel.	45	421
- 31.	87. E. B. D. Br.	Nachtrag VIII. zum Deutschen Eisenbahn-Güter-Tarif, Theil I. ..	46	432
- 31.	88. E. B. D. Br.	Station Oster der Braunschweigischen Eisenbahn.	46	432
- 31.	10. E. B. D. M.	Tarifbestimmungen über die Beförderung von Kindern.	46	432
Nov. 1.	89. E. B. D. Br.	Lagerung von Holz und anderen Rohmaterialien auf den Bahnhöfen	46	432
- 2.	84. P. Pr.	Statut für die Israelitische Synagogen-Gemeinde (Adass Jisroël) zu Berlin.	47	439/444
- 2.	7. E. B. D. E.	Fahrplan-Änderung für die Bahnstrecke Berlin—Groß-Lichterfelde.	46	432
- 3.	22. M.	Ergänzungsbestimmungen zu der zur Ausführung des Reichsgesetzes, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, erlassenen Anweisung vom 26. November 1883.	47	437
- 3.	259. R. Pr.	a) Erlöschen der Räude in Schönfeld. b) desgl. der Klauenseuche in Liebenwalde. c) Ausbruch des Milzbrandes auf dem Rieselgut Malchow und dem Rittergut Lanke.	46	430
- 3.	54. O. P. D.	Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger.	46	431
- 3.	11. E. B. D. M. 13. E. B. D. M.	Konvertirung der 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaften.	47	446/447

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Nov. 4.	251. R. Pr.	Die vereinigte Bäcker-, Konditor- und Pfefferkuchler-Innung zu Oberberg i. M.	46	428/429
- 4.	254. R. Pr.	Apothekergehülfen-Prüfung	46	429
- 4.	258. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Ausstellungsgegenständen in Kaiserswerth	46	430
- 4.	52. E. B. D. B.	Gültigkeitsdauer der Tourbilletts für Erwachsene und für Kinder auf der Berliner Stadt- und Ringbahn.	46	432
- 4.	— —	Kommissar der Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin. Neuwahl von 11 Abgeordneten und 11 Stellvertretern ic.	46	436
- 4.	— —	Königl. Amtsgericht in Brandenburg a. H., betr. die Abhaltung der Gerichtstage in Niemege.	46	436
- 5.	253. R. Pr.	Ertheilung der Konzession zur Auswanderer-Beförderung an den Assistenten des Norddeutschen Lloyd in Bremen, H. Peters.	46	429
- 5.	82. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für Oktober 1885	46	431
- 5.	— —	Ober-Präsident zu Magdeburg, betreffend das Eingehen der Rastenträhn-Anlage an der Eisenbahnbrücke bei Barby.	46	436
- 5.	— —	Königl. Amtsgericht zu Belgig, betreffend die Abhaltung der Gerichtstage in Niemege.	46	436
- 6.	32. R.	Turnlehrerinnen-Prüfung	46	427
- 6.	33. R.	Ausreichung der Zinscheine, Reihe IX., zu den Prioritäts-Obligationen Serie I., II. und III. der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.	46	427/428
- 6.	37. R.		52	491
—	— —	Geschenke an Kirchen ic.	45	425/426
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 43 und 44 des Centralblatts für 1885.	45	426
Nov. 7.	250. R. Pr.	Konzessions-Urkunde und Statuten der Mannheimer Rückversicherungs-Gesellschaft zu Mannheim.	46	428
- 7.	252. R. Pr.	Vice-Konsulat für Peru	46	429
- 7.	53. E. B. D. B.	Regelung der Gültigkeitsdauer der gewöhnlichen Retourbilletts	47	445
- 7.	8. E. B. D. E.	Konvertirung der 4½ prozentigen Thüringer-, Berlin-Anhalter- und Halle-Sorau-Guben-Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.	47	445/446
- 10.	10. E. B. D. E.		50	474/475
- 7.	— —	Königliche Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige zu Berlin, betreffend die Meldung zur Erlangung der Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst.	47	449
- 9.	255. R. Pr.	Nachweisung der Markt- ic. Preise im Monat Oktober 1885.	46	428/429
- 9.	263. R. Pr.	Polizei-Verordnung, betreffend die Ausführung des Feld- und Forstpolizei-Gesetzes.	48	451/454
- 9.	54. E. B. D. B.	Ermäßigung von Retourbilletts mit zweitägiger Gültigkeitsdauer im westlichen Stadtbahn-Vorort-Verkehr.	47	445
- 10.	256. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat September 1885 beobachteten Wasserstände.	46	430
- 10.	257. R. Pr.	Einrichtung einer Desinfektionsstation in Potsdam.	46	430
- 10.	260. R. Pr.	Anweisung für die Polizei- und Gemeindebehörden zur Mitwirkung bei Ausübung der militärischen Kontrolle.	Extra-Beilage zum 47ten Stuck.	
- 10.	262. R. Pr.	Nachtrag zu den Nebensatzungen der Equitable Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu New-York.	47	437/438
- 10.	85. P. Pr.	Verbot einer Broschüre	47	444
- 10.	— —	Königl. Eisenbahn-Direktion zu Altona, betr. Prioritäts-Obligationen	47	447/448

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Nov. 10.	— —	Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin, betr. die Anmeldung von Gebäuden etc.	48	460
- 11.	87. P. Pr.	Verbot einer Druckschrift	47	444
- 11.	— —	Chef der Elbstrom-Bauverwaltung, Ober-Präsident der Provinz Sachsen zu Magdeburg, betr. die Ernennung des Regierungs-Baumeisters Kayser zu Wittenberge zum Wasser-Bau-Inspektor.	50	477
- 12.	83. P. Pr.	Bestimmung, die Schmiede-Zinnung in Berlin betreffend	47	438/439
- 12.	— —	Regierungs-Präsident in Magdeburg, betr. die Sperrung der Strecke Niegripp—Bergzow des Plauer Kanals.	48	460
- 13.	88. P. Pr.	Abänderungen des Statuts der Deutschen Hypothekenbank (Aktien- Gesellschaft) zu Berlin.	48	455/457
- 13.	13. D. d. R. B.	Verloosung von Rentenbriefen	47	444/445
	15. D. d. R. B.		52	493/494
—	51. E. B. D. B.	Fahrplan-Änderung für die Zweigbahn Angermünde-Schwedt	46	432
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 44 und 45 des Centralblatts für 1885.	46	433/435
Nov. 14.	11. O. Pr.	Völkzählung am 1. Dezember 1885	47	437
- 14.	57. E. B. D. B.	Abkempfung von Prioritäts-Obligationen verstaatlichter Eisenbahnen	49	467/468
- 16.	261. R. Pr.	Die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cammersdorf für 1885.	47	437
- 16.	86. P. Pr.	Verbot einer Broschüre	47	444
- 16.	— —	Königl. Amtsgericht zu Eberswalde, betr. die Abhaltung der Gerichts- tage in Joachimsthal im Jahre 1886.	48	460/461
- 17.	267. R. Pr.	Erlöschen der Räudekrankheit in Nieder-Schönweide	48	455
- 17.	55. O. P. D.	Unanbringliche Postanweisungen	48	457
- 17.	56. O. P. D.	Unbestellbare eingeschriebene Briefe	48	457
- 17.	15. S.	Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Coepenick.	48	458
- 17.	16. S.	Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin	48	458
- 17.	17. S.	Zweite Lehrer-Prüfung ebendasselbst	49	464
- 17.	18. S.	Entlassungs-Prüfung ebendasselbst	49	464
- 17.	19. S.	Zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Coepenick	49	464
- 18.	12. St. S. d. R. P. A.	Unterbrechung des Postanweisungs-Verkehrs mit Bulgarien	48	457
- 18.	14. D. d. R. B.	Bernichtung von ausgelooften Rentenbriefen	48	459
- 18.	90. E. B. D. Br.	Beförderung von Kindern	48	459
- 18.	91. E. B. D. Br.	Tarif-Änderungen	48	459/460
- 18.	92. E. B. D. Br.	Erhöhungen im direkten Retourbillet-Verkehr zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Bromberg und Berlin.	49	468
- 19.	20. S.	Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Coepenick .	49	464/465
- 19.	— —	Königl. Amtsgericht zu Angermünde, betr. die Abhaltung der Gerichts- tage in Gramzow.	49	469
- 20.	90. P. Pr.	Anlegen von Fahrzeugen am rechten Ufer der Spree bis zum Mark- grafendamm.	50	473
- 20.	57. O. P. D.	Unbestellbare eingeschriebene Briefe	48	457/458
- 20.	21. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Potsdam	49	465

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stad des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Nov. 20.	22. S.	Rektors-Prüfung in Berlin	49	465
- 20.	23. S.	Mittelschullehrer-Prüfung in Berlin	49	465
—	—	Ansprache an die Bevölkerung über Wesen und Ziele der Volks- zählung am 1. Dezember 1885.	47	449/450
Nov. 21.	264. R. Pr.	Bestimmung, die Schiefer- und Ziegeldecker-Innung zu Angermünde betreffend.	48	454
- 21.	266. R. Pr.	Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Oktober 1885 beobachteten Wasserstände.	48	454
- 21.	268. R. Pr.	Erlöschen des Milzbrandes in Malchow und Lanke	48	455
- 21.	269. R. Pr.	Theilung eines Amtsbezirks im Kreise Oberbarnim	49	463
- 21.	270. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Gold- und Silbergeräthen in Cassel	49	463
- 21.	10. O. B. A.	Verleihungs-Urkunde für den Kaufmann Leopold Falk zu Berlin zur Gewinnung von Braunkohlen in dem Grubensfelde „Zehrendorf“.	48	458
- 21.	11. O. B. A.	Desgl. „Schönaich“	48	459
- 21.	12. O. B. A.	Desgl. „Halbe“	48	459
- 21.	55. E. B. D. B.	Billet-Ausgabe zwischen den Haltestellen Groß-Köris und Groß- Beßen, Petershain und Leuthen.	49	466
- 21.	— —	Königl. Regierung zu Bromberg. Offene Kreiswundarztstelle	50	477
- 23.	— —	Königl. Amtsgericht zu Templin, betr. die Abhaltung der Gerichts- tage in Boizenburg und Gerswalde.	49	469
- 24.	R. Pr. — —	Rechtzeitige Erneuerung der Bestellung auf das Amtsblatt für das Jahr 1886.	48 49 50	451 463 471
- 24.	265. R. Pr.	Artikel im Novemberheft des Deutschen Handels-Archivs	48	454
- 24.	272. R. Pr.	Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Staaken	49	463
- 24.	24. S.	Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Berlin ...	49	465
- 24.	25. S.	Aufnahme-Prüfung ebendasselbst	49	465
- 24.	28. S.	Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin	50	473/474
- 24.	29. S.	Lehrerinnen-Prüfung in Berlin	50	474
- 24.	— —	Unterrichtskurse für praktische Landwirthe an der Königl. landwirth- schaftlichen Hochschule in Berlin.	50	477/478
- 24.	— —	Königl. Amtsgericht zu Eberswalde, betr. die Abhaltung der Gerichts- tage in Diefenthal für das Jahr 1886.	50	478
- 25.	26. S.	Aufnahme-Prüfung im Königl. Lehrerinnen-Seminar zu Berlin ...	49	465/466
- 25.	27. S.	Prüfung für Handarbeits-Lehrerinnen in Berlin	49	466
- 26.	34. R.	Errichtung einer Schule in der Kolonie Johannisthal	49	463
- 26.	58. O. P. D.	Unanbringliche Pakete	49	464
- 26.	58. E. B. D. B.	Ausgabe von Retourbillets zu Weihnachten 1885	49	468
- 26.	93. E. B. D. Br.	Desgl.	49	468
- 27.	273. R. Pr.	Ausbruch der Maulseuche in Gellmersdorf	49	463
- 27.	92. P. Pr.	Konzeptions-Urkunde und Statut der Norddeutschen Feuerversicherungs- Gesellschaft zu Hamburg.	52	492
- 27.	22. K. A.	Kreisausschuß des Niederbarnimer Kreises in Berlin. Kommunal- bezirksveränderung.	51	484
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Reichs- gebiete nach Nr. 45 und 46 des Centralblatts für 1885.	48	461/462
Nov. 28.	271. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Schmutz- und Singvögeln in Berlin	49	463

nebst Extra-Beilage

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Nov. 28.	12. E. B. D. M.	Wiedererlangung von in den Eisenbahnwagen zurückgelassenen Gegen- ständen seitens des Publikums.	49	468
- 28.	— —	Chef der Elbstrom-Bauverwaltung, Oberpräsident der Provinz Sachsen zu Magdeburg, betr. die Sperrung der Drehbrücke bei Hämerten.	51	489
- 29.	56. E. B. D. B.	Nachtrag I. zu dem Güter-Tarif für den Südwestrussisch-Galizisch- Norddeutschen Verkehr.	49	466
- 30.	59. E. B. D. B.	Nachträge zu den Tarifheften 1 und 2 des Galizisch-Norddeutschen Getreide-Verkehrs.	50	474
- 30.	— —	Königl. Amtsgericht zu Perleberg, betr. die Veröffentlichung der Ein- tragungen in das Handels- u. Register.	51	490
Dec. 1.	275. R. Pr.	Rockkrankheit in Groß-Röris	50	472
- 1.	94. E. B. D. Br.	Aufnahme der Station Pniemo der Warschau-Wiener Bahn in den Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verband-Tarif.	50	474
- 1.	— —	Königl. Amtsgericht zu Wittenberge, betr. die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	51	490
- 1.	— —	Königl. Amtsgericht zu Jüterbog. Desgl.	51	490
- 1.	— —	Königl. Amtsgericht zu Lenzen. Desgl.	51	490
- 1.	— —	Königl. Amtsgericht II. zu Berlin. Desgl.	52	496
- 2.	26. H. V.	10. Verloosung von Schuldverschreibungen der vierprozentigen Staats- anleihe von 1868A.	51	482
- 3.	13. St. S. d. R. P. A.	Weihnachtseinforderungen	50	471
- 3.	28. H. V.	Einlösung der am 2. Januar 1886 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatschuldverschreibungen.	52	492/493
- 3.	— —	Königl. Amtsgericht zu Strassburg i. U., betr. die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	51	490
—	23. M.	Bekanntmachungen von Submissions- und Lizitations-Terminen.	49	463
Dec. 4.	12. O. Pr.	Erfass-Wahl eines Mitgliedes des Brandenburgischen Provinzial- Landtages für den Kreis Oberbarnim.	51	479
- 4.	276. R. Pr.	Rockkrankheit in Gadow	50	472
- 4.	35. R.	Turnlehrer-Prüfung in Berlin	50	472
- 4.	36. R.	Uebersicht von dem Zustande der Elementarlehrer-Wittwen-Kasse für das Rechnungsjahr 1. April 1883/84.	50	472
—	9. E. B. D. E.	Einlösung fälliger Zinscoupons	49	468
Dec. 4.	— —	Nachweisung der im Jahre 1884 durch Königl. Brandenburgische Landbesitzer gedeckten Stuten und der im Jahre 1885 nach- gewiesenen Fohlen im Regierungsbezirk Potsdam.	51	487
- 4.	— —	Königl. Amtsgericht zu Rathenow, betr. die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	51	490
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 46 und 47 des Centralblatts für 1885.	49	469/470
Dec. 5.	274. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Pferden, Equipagen u. zu Marienburg	50	471/472
- 5.	89. P. Pr.	Berliner und Charlottenburger Preise für November 1885	50	473
- 5.	91. P. Pr.	Verbot einer Druckschrift	50	473
- 5.	11. E. B. D. E.	Auflösung der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft	51	483/484
- 5.	— —	Königl. Amtsgericht zu Prenzlau, betr. die Veröffentlichung der Ein- tragungen in das Handels- u. Register.	51	490
- 6.	60. E. B. D. B.	Ablauf der Gültigkeitsdauer von Tourbillets	51	483

Datum	Nummer der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stück des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Dec. 7.	27. H. V.	2. Nachtrag zu den unterm 22. Juni 1884 erlassenen Ausführungs- bestimmungen zu dem Gesetz, betr. das Staatsschuldbuch, vom 20. Juli 1883 (Ges.-S. S. 120).	51	482
- 7.	61. E. B. D. B.	Ausnahme-Tarif für den Südwestrussisch-Galizisch-Norddeutschen Ge- treide-Verkehr.	51	483
- 7.	3. G. K.	Nachweisung der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in den Normal-Markttorten des Regierungsbezirks Potsdam für das Jahr 1885.	51	484
- 7.	4. G. K.	Nachweisung der 24-jährigen Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides in den Normal-Markttorten des Regierungsbezirks Potsdam für das Jahr 1885.	51	485
- 7.	— —	Königl. Amtsgericht zu Dahme, betr. die Veröffentlichung der Ein- tragungen in das Handels- u. Register.	51	490
- 8.	277. R. Pr.	Berechnung des Ries bei Papierlieferungen.....	51	479
- 8.	281. R. Pr.	Bestimmung, betr. die Bäcker-, Konditor- und Pfefferkühler-Innung zu Oderberg i. M.	51	480
- 8.	282. R. Pr.	Anderweite Regelung des Verdingungswesens.....	51	480/481
- 9.	11. O. Pr.	Eröffnung des Kommunal-Landtages der Kurmark.....	51	479
- 9.	20. K. d. S. P.	Aufgebot einer Schulverschreibung.....	51	482
- 9.	— —	Königl. Amtsgericht zu Templin, betr. die Veröffentlichung der Ein- tragungen in das Handels- u. Register.	52	496
- 10.	278. R. Pr.	Bestimmung, betr. die Barbier- und Friseur-Innung zu Perleberg	51	479
- 10.	279. R. Pr. u. P. Pr.	Verloosung von Kunstgegenständen in Berlin.....	51	479
- 10.	14. St. S. d. R. P. A.	Beitritt des Kongostaates zum Weltpostverein.....	52	492
- 10.	— —	Königl. Amtsgericht zu Baruth, betr. die Veröffentlichung der Ein- tragungen in das Handels- u. Register.	51	490
- 10.	— —	Königl. Amtsgericht zu Wittstock. Desgl.....	51	490
—	— —	Inhalts-Verzeichnis von Stück 29 bis einschließlich 31 des Reichs- gesetzblatts für 1885.	50	471
—	— —	Desgl. von Stück 35 bis einschließlich 36 der Gesetz-Sammlung für 1885.	50	471
Dec. 11.	280. R. Pr.	Nachweisung der Markt- u. Preise im Monat November 1885...	51	480/481
- 12.	287. R. Pr.	Erlöschen der Lungenseuche auf den Berliner Rieselgütern Falkenberg und Büfnersfelde.	52	492
- 12.	13. O. B. A.	Verleihungs-Urkunde für den Kaufmann Leopold Falk zu Berlin zur Gewinnung von Braunkohlen in dem Grubenfelde „Gallun“.	51	482/483
- 12.	14. O. B. A.	Desgl. „Mogen“.....	51	483
- 12.	15. O. B. A.	Desgl. „Töppchin“.....	51	483
- 12.	62. E. B. D. B.	Ausgabe direkter Tourbillets II. und III. Klasse mit dreitägiger Gültigkeit nach Leterow, Malchin und Stavenhagen.	52	494
- 14.	283. R. Pr.	Erlöschen der Klauenseuche in Damm-Haft.....	51	482
- 14.	93. P. Pr.	Bestellung des Generalbevollmächtigten der „Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank“ für das Königreich Preußen.	52	492
- 14.	94. P. Pr.	Apothekergehülfen-Prüfung.....	52	492
- 14.	— —	Königl. Amtsgericht zu Brandenburg a. H., betr. die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	52	495
- 15.	284. R. Pr.	Verloosung von Pferden u. in Berlin.....	52	491
- 15.	285. R. Pr.	Veranstaltung einer Lotterie vom Unions-Club zu Berlin.....	52	491

Datum der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Stad des Amts- blatts.	Seitenzahl des Amts- blatts.
Dec. 15.	— —	Königl. Amtsgericht zu Regensburg, betr. die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	52	496
- 15.	— —	Königl. Amtsgericht zu Briesen. Desgl.	52	496
- 16.	29. K. d. S. P.	Aufgebot einer Schuldverschreibung	52	493
- 16.	63 E. B. D. B.	Abonnements für die Beförderung von Milch und die Rückbeförderung der leeren Milchgefäße.	52	494
- 16.	14. E. B. D. M.	Nachtrag III. zu dem Tarif für den Lokal-Güter-Verkehr	52	495
- 16.	— —	Königl. Amtsgericht zu Potsdam, betr. die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	52	496
- 17.	9. P. St. D.	Zollfreie Ablassung von Petroleum für gewerbliche Zwecke	52	494
- 17.	— —	Königl. Amtsgericht zu Oranienburg, betr. die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	52	496
- 18.	286. R. Pr.	Abschluß von Beamten-Kautions-Versicherungen durch die Schlesische Lebens-Versicherungs-Aktien Gesellschaft zu Breslau.	52	491/492
- 18.	288. R. Pr.	Erlöschen der Maul- und Klauenseuche in Staaken	52	492
- 18.	16. O. B. A.	Verleihungs-Urkunde für den Kaufmann Leopold Falk zu Berlin zur Gewinnung von Braunkohlen in dem Grubenfelde „Sputendorf“.	52	494
- 18.	— —	Königl. Amtsgericht I. zu Berlin, betr. die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register.	52	496
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 47 und 48 des Centralblatts für 1885.	51	488/489
Dec. 19.	289. R. Pr.	Erlöschen der Maulseuche in Gellmersdorf	52	492
- 20.	290. R. Pr.	Ausbruch des Milzbrandes auf Domaine Rienberg	52	492
—	15. E. B. D. M.	Fahrplan-Änderung	52	495
—	— —	Verzeichniß über die Ausweisung von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete nach Nr. 49 des Centralblatts für 1885.	52	497/498

1. The first part of the document discusses the importance of maintaining accurate records of all transactions. It emphasizes that proper record-keeping is essential for the transparency and accountability of the organization.

2. The second part outlines the specific procedures for recording transactions. It details the steps involved in the accounting process, from the initial entry to the final reconciliation.

3. The third part addresses the role of the accounting department in ensuring compliance with relevant laws and regulations. It highlights the need for regular audits and the importance of staying up-to-date with changes in the regulatory environment.

4. The fourth part discusses the impact of technology on accounting practices. It explores how modern accounting software can streamline processes and reduce the risk of errors.

5. The fifth part provides a summary of the key points discussed in the document. It reiterates the importance of accurate record-keeping and the role of the accounting department in maintaining the integrity of the organization's financial data.

1 Mitsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 1.

Den 2. Januar

1883.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

1. Auf Grund der §§ 136 und 140 des Gesetzes
über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli
1883 erlassen wir die nachstehende

Polizeiverordnung:

Die von uns am 29. August 1879 für die Provinzen
Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schle-
sen und Sachsen erlassene Polizeiverordnung, betreffend
den Verkehr mit explosiven Stoffen, und die denselben
Gegenstand betreffende Polizeiverordnung der Königl.
Regierung zu Sigmaringen vom 21. November 1879
erhalten folgende Zusätze:

1) in § 2 am Schlusse:

Jedoch sind alle zur Versendung auf Eisen-
bahnen jeweilig zugelassenen Stoffe auch zur
Versendung auf Land- und Wasserwegen zu-
zulassen.

2) in § 4 am Schlusse:

Die für den Eisenbahnverkehr jeweilig vor-
geschriebene Verpackung genügt auch für den
Transport auf Land- und Wasserwegen.

Berlin, den 8. Dezember 1884.

Für den Minister für Handel und Gewerbe

g. v. Voetticher.

Der Minister des Innern.

In Vertretung g. Herrfurth.

Ergänzung der Anweisung bezüglich der Krankenversicherung der
Arbeiter betreffend.

2. In Ergänzung der zur Ausführung des Reichs-
gesetzes vom 15. Juni 1883, betreffend die Kranken-
versicherung der Arbeiter (R.-G.-Bl. S. 73 flg.) er-
lassenen Anweisung vom 26. November 1883 bestimmen
wir im Einvernehmen mit dem Herrn Kriegsminister:

1) Zu Nr. 2 Abs. 6 der Anweisung.

Bezüglich der ausschließlich für Betriebe der Militär-
Verwaltung errichteten Betriebs- (Fabrik-) und Bau-
krankenkassen werden die Functionen der höheren Ver-
waltungsbehörde bei:

a. den Krankenkassen der Magazin-, Garnison-
und Montirungsdepot-Verwaltung
von dem Militär-Deconomie-Departement des König-
lichen Kriegsministeriums,

b. den Krankenkassen der Lazareth-Verwaltung
von der Militär-Medicinal-Abtheilung des Königl.
Kriegsministeriums,

c. den Krankenkassen der technischen Institute
der Artillerie und der Gewehr- und Mu-
nitions-Fabriken

von dem Allgemeinen Kriegs-Departement des König-
lichen Kriegsministeriums,

d. den Krankenkassen im Bereiche der Festungs-
bauverwaltungen

von den Festungs-Inspectionen,

e. den Krankenkassen der Remonte-Depots

von dem Königl. Kriegsministerium

mit der Maßgabe wahrgenommen, daß die Festsetzung
des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter
(§ 8 des Gesetzes, Nr. 6 der Anweisung) dem Regierungs-
Präsidenten und die Entscheidung über die Genehmigung
von Abänderungen des Kassenstatutes, falls die genannten
Instanzen die Genehmigung zu erteilen Bedenken tragen,
dem Bezirksausschusse zusteht.

2) Zu Nr. 4 Abs. 2 der Anweisung.

Die Aufsicht über die ausschließlich für Betriebe der
Militärverwaltung errichteten Krankenkassen führen bei

a. den Krankenkassen der Magazin-, Garnison-,
Montirungsdepot- und Lazareth-Verwaltung
die Corps-Intendantur,

b. den Krankenkassen der technischen Institute
der Artillerie

die technische Abtheilung für Artillerie-Angelegenheiten
im Königl. Kriegsministerium,

c. den Krankenkassen der Gewehr- und Mu-
nitions-Fabriken

die Inspection der Gewehr-Fabriken,

d. den Krankenkassen im Bereiche der Festungs-
bauverwaltungen

die Fortificationen,

e. den Krankenkassen der Remonte-Depots

die Abtheilung für das Remontewesen im Königl.
Kriegsministerium.

Berlin, den 16. Dezember 1884.

Für den Minister für Handel und Gewerbe.

v. Voetticher.

Der Minister des Innern.

In Vertretung: Herrfurth.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Versicherung von Gebäuden, auf welchen Renten für den Domainen-
Fiscus haften, gegen Feuergefahr.

1. Die Besitzer von Grundstücken, auf welchen
Renten für den Domainen-Fiscus haften, können bei
ihnen obliegenden Verpflichtung, ihre Gebäude gegen
Feuergefahr zu versichern, auch durch Versicherung bei

Gebäude bei der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Brandenburg a. d. Havel gegen Feuerschaden bis zu dem nach den Grundsätzen derselben zulässigen Werthe, genügen.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Potsdam, den 24. Dezember 1884.

Königl. Regierung,
Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachung des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

1. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat November 1884 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Baumgartenbrück.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.	Plauer Brücke.
	Ober- N. N. Wasser.	Unter- N. N. Wasser.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.			Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.		
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.
1	32,28	30,84	2,60	0,86	1,12	0,64	2,18	0,98	1,62	0,78	1,86	1,48
2	32,28	30,84	2,64	0,78	1,12	0,64	2,18	1,00	1,62	0,78	1,94	1,48
3	32,28	30,84	2,60	0,92	1,12	0,66	2,18	1,00	1,62	0,78	2,04	1,50
4	32,28	30,84	2,62	0,92	1,14	0,68	2,18	1,12	1,62	0,82	2,08	1,50
5	32,28	30,84	2,60	0,92	1,16	0,68	2,20	1,14	1,62	0,86	2,12	1,52
6	32,28	30,88	2,62	0,94	1,16	0,68	2,16	1,20	1,62	0,90	2,12	1,54
7	32,28	30,92	2,62	0,92	1,18	0,70	2,18	1,20	1,62	0,90	2,08	1,56
8	32,28	30,92	2,60	0,92	1,18	0,70	2,18	1,22	1,62	0,92	2,02	1,58
9	32,28	30,92	2,64	0,82	1,18	0,70	2,22	1,20	1,62	0,94	1,96	1,60
10	32,28	30,92	2,58	0,98	1,18	0,70	2,22	1,22	1,62	0,96	1,88	1,62
11	32,28	30,92	2,62	0,92	1,18	0,72	2,22	1,24	1,62	0,96	1,84	1,64
12	32,30	30,92	2,62	0,94	1,18	0,70	2,24	1,26	1,62	0,98	1,80	1,64
13	32,30	30,92	2,62	0,92	1,18	0,72	2,22	1,28	1,62	1,00	1,74	1,64
14	32,30	30,92	2,62	0,92	1,18	0,74	2,22	1,28	1,62	1,00	1,72	1,64
15	32,30	30,92	2,62	0,92	1,19	0,74	2,22	1,28	1,62	1,02	1,68	1,66
16	32,32	30,96	2,62	0,84	1,19	0,76	2,22	1,30	1,62	1,04	1,66	1,66
17	32,32	31,00	2,56	1,02	1,19	0,74	2,22	1,32	1,62	1,06	1,66	1,66
18	32,34	31,02	2,62	1,02	1,20	0,74	2,26	1,22	1,62	1,06	1,64	1,68
19	32,34	31,04	2,62	0,98	1,20	0,74	2,28	1,24	1,62	1,06	1,64	1,68
20	32,34	31,04	2,62	1,04	1,22	0,76	2,26	1,34	1,62	1,08	1,62	1,68
21	32,34	31,06	2,62	1,02	1,24	0,78	2,30	1,38	1,62	1,10	1,62	1,70
22	32,34	31,06	2,64	1,00	1,24	0,78	2,30	1,40	1,62	1,10	1,62	1,70
23	32,34	31,06	2,64	0,92	1,24	0,78	2,26	1,42	1,62	1,10	1,66	1,72
24	32,32	31,06	2,64	0,98	1,24	0,78	2,24	1,38	1,62	1,10	1,64	1,72
25	32,30	31,06	2,62	1,00	1,24	0,80	2,26	1,38	1,62	1,12	1,60	1,74
26	32,30	31,04	2,62	1,02	1,26	0,80	2,26	1,40	1,62	1,12	1,58	1,74
27	32,30	31,04	2,62	1,02	1,26	0,82	2,26	1,40	1,62	1,14	1,56	1,76
28	32,30	31,04	2,62	1,04	1,28	0,84	2,26	1,46	1,62	1,16	1,58	1,76
29	32,30	31,04	2,62	1,02	1,30	0,84	2,28	1,48	1,62	1,20	1,80	1,80
30	32,30	31,04	2,66	0,92	1,28	0,84	2,30	1,48	1,62	1,22	1,94	1,80

Potsdam, den 28. Dezember 1884.

Der Regierungs-Präsident.

Verboten von Vereinen und Druckereien
2. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 sind ferner folgende Bekanntmachungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht worden, welche hierdurch zur Kenntniß gebracht werden.

Potsdam, den 27. Dezember 1884.

Der Regierungs-Präsident.

* * *
Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das von der Schweizerischen Genossenschafts-Druckerei Höttingen-Zürich gedruckte

Flugblatt mit der Überschrift: „Das Reiner zu kurz kommen! Sag zu das Gefohlene.“, enthaltend einen Vermerk auf mehrere Artikel aus der Nr. 25 der in Zürich erscheinenden, durch den Herrn Reichskanzler unter dem 18. Oktober 1879 („Reichs-Anzeiger“ Nr. 242 79) verbotenen Zeitung „Der Sozialdemokrat“ vom 19. Juni 1884, nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten verboten worden ist.

Berlin, den 24. November 1884.

Der Königl. Polizei-Präsident.
von Madai.

* * *
Die Königl. Kreishauptmannschaft als Landes-Polizeibehörde hat das 2. Heft der nichtperiodischen

Druckſchrift: „Vorwärts! Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk.“ Zürich. Verlag der Volksbuchhandlung in Hottingen. 1884. auf Grund von §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.

Leipzig, den 16. Dezember 1884.

Königl. Kreishauptmannſchaft.

Graf zu Münster.

Die Korn't lang des Erntertrages im Jahre 1884 betreffend.

3. Nach Beſchluß des Bundesrathes findet auch für das Jahr 1884 eine Ermittlung des Erntertrages ſtatt, welche den Zweck hat, durch direkte Umfrage möglichſt zuverlässige Angaben über die 1884 wirklich geerntete Menge von Bodenprodukten zu gewinnen.

Die Ermittlung wird in der zweiten Hälfte des Monats Februar f. J. vorgenommen. In Anbetracht der Wichtigkeit, welche dieſe Ermittlung hat, ſpreche ich die Hoffnung aus, daß eine allseitige bereitwillige Mitwirkung zur Beſchaffung des Materials erfolgt, und daß inſoſonderne die Mitglieder der landwirthſchaftlichen Vereine, angeſehene Landwirthe und anſäßige Ortsbewohner durch freiwillige Beihülfe bei den ev. zu bildenden Schätzungskommissionen für ſorgſame und pünktliche Ausfüllung der Erhebungsformulare Sorge tragen werden.

Potsdam, den 27. Dezember 1884.

Der Regierungs-Präsident.

Viehſeuchen.

4. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh der Landarmen- und Correctionsanſtalt zu Prenzlau iſt erloſchen.

Potsdam, den 23. Dezember 1884.

Der Regierungs-Präsident.

5. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Vieh des Aderbürgers Kieselack zu Bernau und des Gutsbesizers Carl Hoest zu Mariendorf im Kreiſe Teltow iſt erloſchen.

Ein toller Hund iſt auf der Domaine Hertefeld im Kreiſe Oſthavelland getödtet worden.

Potsdam, den 27. Dezember 1884.

Der Regierungs-Präsident.

6. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh der Bauergutsbesizers Hecht und Boettcher zu Wustermark im Kreiſe Oſthavelland iſt erloſchen.

Potsdam, den 30. Dezember 1884.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präſidiums zu Berlin.

Die Norddeutsche Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg betreffend.

1. Dieſem Stücke des Amtsblattes iſt eine Beilage, enthaltend die Conceſſion und das Statut der Norddeutschen Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg, beigefügt.

Berlin, den 13. Dezember 1884.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatſchulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Aufgebot einer Schulverſchreibung.

1. Herr Moriz Viſſer in Breslau, Alexanderſtraße Nr. 21 wohnhaft, hat auf Umſchreibung der Schulverſchreibung der konſolidirten 4%igen Staatsanleihe Lit. D. N^o 179809 über 500 M. (Ausfertigung vom 3. Januar 1881) angetragen, weil die Rückſeite derſelben mit Tinte überſchüttet und von der Schulverſchreibung ein Stück abgeriſſen iſt. Auf der beſchädigten Stelle ſind noch die Vermerke:

„W. ¹⁷⁸₄₂₆ Außer Cou“

und ein Siegel (Stempel) des Königl. Preußiſchen Amtsgerichts Breslau erkennbar. In Gemäßheit des § 3 des Geſetzes vom 4. Mai 1843 (Geſ.-S. 177) wird deſhalb Jeder, der an dieſem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, daſſelbe binnen 6 Monaten, und ſpäteſtens am 10. März 1885 uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kaſſirt und dem ic. Viſſer ein neues umlauſsfähiges ausgehändigt werden wird. Berlin, den 25. Auguſt 1884.

Hauptverwaltung der Staatſchulden.

Aufgebot einer Schulverſchreibung.

2. Der Königl. Kreisphyſikus Herr Dr. Freymuth in Danzig, Pfefferſtadt Str. Nr. 45, hat auf Umſchreibung der Schulverſchreibung der konſolidirten 4 1/2%igen Staatsanleihe Lit. E. N^o 31397 über 100 Thlr. angetragen, weil ein auf der Rückſeite derſelben befindlicher Außer- und Inkursſetzungs-Vermerk durch Durchſtreichung unkenntlich gemacht worden iſt. In Gemäßheit des § 3 des Geſetzes vom 4. Mai 1843 (Geſ.-S. 177) wird deſhalb Jeder, der an dieſem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, daſſelbe binnen 6 Monaten, und ſpäteſtens am 10. März 1885 uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kaſſirt und dem ic. Freymuth ein neues, umlauſsfähiges ausgehändigt werden wird.

Berlin, den 27. Auguſt 1884.

Hauptverwaltung der Staatſchulden.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Eröffnung der Station Thiergarten für den Lokal-Personenverkehr der Berliner Stadt- und Ringbahn.

1. Am 5. Januar 1885 wird die für den Lokal-Personenverkehr der Berliner Stadt- und Ringbahn errichtete, zwiſchen den Stationen Bellevue und Zoologiſcher Garten belegene Station Thiergarten eröffnet und werden vom obigen Tage ab die auf den Lokalgleiſen der Stadtbahn couſirenden Stadt- und Stadtringzüge daſelbſt 2 Minuten ſpäter als auf der vorgelegenen Station halten.

Berlin, im Dezember 1884.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag zum Lokal-Güter-Tarif.

2. Am 1. Januar 1885 tritt zum dieſſeitigen Lokal-Güter-Tarif vom 1. April 1883 ein Nachtrag VI. in Kraft; derſelbe enthält neben bereits anderweit

cirten Tarifänderungen auch neue kilometrische Entfernungen für den Verkehr der Stationen der im Bau begriffenen Strecke Dentschen-Meseritz, gültig vom Tage der besonders bekannt zu machenden Betriebseröffnung dieser Strecke, sowie anderweite Entfernungen für die Stationen Berlin, Schles. Bahnhof und Viehhof bei Gesundbrunnen, ferner zwischen Dresden, Friedrichstadt und Rietschen, Aufhebung der Stations-Tariffsätze zwischen Berlin, Görlitzer und Schlesischer Bahnhof, sowie Cöpenick bezw. Erkner, Friedrichshagen und Rummelsburg Rangirbahnhof einerseits und Charlottenbrunn, Dittersbach, Gottesberg und Wüste-Giersdorf andererseits, Aufhebung von Ausnahme-Frachtsätzen und eine anderweitige Zusammenstellung der in Geltung bleibenden Ausnahme-Tarife, Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Ausnahme-Tarifs D. für Steine im Verkehr mit den Stationen Freienwalde a./D., Niederfinow und Ziegelei und endlich einen neuen Ausnahme-Frachtsatz für Braunkohlen u. zwischen Alt-Ranst und Viehhof bei Gesundbrunnen—Berlin. Exemplare des Nachtrags können von den Güter-Expeditionen des diesseitigen Bezirks und dem Ausfunftsbüreau hier bezogen werden. Berlin, den 24. Dezember 1884.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Abend-Lokalzüge zwischen Berlin und Groß-Lichterf. 1b.

1. Vom 1. Januar k. J. ab werden die gegenwärtig zwischen Berlin und Ludwigsfelde verkehrenden Abend-Lokalzüge Nr. 266 und 267 — Abfahrt Berlin 6:20 und Ankunft Berlin 8:3 — nur noch, wie die übrigen Lokalzüge, zwischen Berlin und Groß-Lichterfelde verkehren. Die Fahrzeiten bleiben dieselben. Erfurt, den 25. Dezember 1884.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Bei dem königlichen Provinzial-Schul-Kollegium in Berlin ist der Kanzlei-Diätar Eißermann als Kanzlist angestellt worden.

Dem Oberlehrer Dr. Lüttge am Gymnasium in Charlottenburg ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

Dem Oberlehrer Dr. Raehse am Andreas-Realgymnasium in Berlin ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

Dem Oberlehrer Dr. Paul Schellbach an dem Falk-Realgymnasium in Berlin ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

Der ordentliche Lehrer Dr. Gerstenberg ist am Andreas-Realgymnasium zu Berlin zum Oberlehrer befördert worden.

Vakant sind resp. werden die 4. Lehrerstelle zu

Caputh, Inspektion Potsdam I., königlichen Patronats; die Lehrerstelle zu Schönhagen, Inspektion Jossen; die Lehrerstelle zu Charlottensfelde, Inspektion Baruth, Privat-Patronats. Wiederbesetzt ist: die Lehrerstelle zu Eliebow, Inspektion Jossen.

Vermischte Nachrichten.

Führung des Handels-Registers u. pro 1885.

Die Eintragungen in das Handels- und Genossenschafts-Register des unterzeichneten Amtsgerichts werden im Laufe des Jahres 1885 durch den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeiger, die Berliner Börsen-Zeitung, die Vossische Zeitung, und die das Genossenschafts-Register betreffenden Eintragungen außerdem noch durch den Öffentlichen Anzeiger des Regierungs-Amtesblattes zu Potsdam bekannt gemacht werden. Das Handels- und Genossenschafts-Register wird bei uns geführt für den diesseitigen Bezirk, sowie für die Bezirke der königlichen Amtsgerichte zu Cöpenick, Mittenwalde, Rixdorf, Königs-Wusterhausen und Jossen. Die auf die genannten Register sich beziehenden Geschäfte werden im Jahre 1885 von dem Amtsrichter v. Wolf unter Mitwirkung des Amtsgerichtssekretärs Weichert bearbeitet. Meldungen werden an jedem Mittwoch und Sonnabend Vormittags von 11—1 Uhr in dem Gerichtsgebäude hier selbst, Zimmerstraße 25, entgegen genommen. Berlin, den 1. Dezember 1884.

Königl. Amtsgericht II. Abtheilung VIII.

Diejenigen Geschäfte, welche die Führung des Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Registers betreffen, werden im Jahre 1885 von dem Amtsgerichtsrath Mila bearbeitet werden, und zwar die Handels- und Genossenschafts-Register-Sachen unter Mitwirkung des Amtsgerichtssekretärs Fanner, die Zeichen- und Muster-Register-Sachen unter Mitwirkung des Kanzlei-Direktors Pfauth. Die Bekanntmachungen in Handels- und Genossenschafts-Register-Sachen erfolgen durch den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staats-Anzeiger, die Berliner Börsenzeitung, die Vossische Zeitung und die National-Zeitung, diejenigen Eintragungen aber, welche Aktien-Gesellschaften oder Kommandit-Gesellschaften auf Aktien betreffen, außerdem durch die Bank- und Handels-Zeitung und die Neue Börsen-Zeitung, dagegen die Bekanntmachungen in Zeichen- und Muster-Register-Sachen nur durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger. Die Geschäftsämter befinden sich in der Neuen Friedrichstraße Nr. 13, woselbst Anmeldungen zum Handels- und Genossenschafts-Register im Zimmer Nr. 69, Anmeldungen zum Zeichen- und Muster-Register im Zimmer Nr. 135 entgegen genommen werden. Berlin, den 22. Dezember 1884.

Königl. Amtsgericht I. Abtheilung 56.

(Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend die Concession und das Statut der Norddeutschen Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg, sowie Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf.)

Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (C. Hays, Hof-Buchdrucker).



Extra-Beilage

zum 1sten Stück des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 2. Januar 1885.

Concession zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die Norddeutsche Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg.

Der Norddeutschen Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg wird auf Grund des vorgelegten Statuts die Concession zum Geschäftsbetriebe in Preußen unter nachfolgenden Bedingungen ertheilt:

1) Jede Veränderung des Gesellschafts-Statuts ist anzuzeigen und bei Verlust der ertheilten Concession der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe zu unterbreiten.

2) Die Concession, das Statut und etwaige Aenderungen des letzteren sind in den Amtsblättern und sonstigen amtlichen Publikationsorganen derjenigen Bezirke, in welchen die Gesellschaft durch Agenten Geschäfte betreiben will, auf Kosten der Gesellschaft zu veröffentlichen.

3) Alle Verträge mit Preussischen Staatsangehörigen sind am Wohnorte eines der in Preußen bestellten Agenten abzuschließen.

Die gegenwärtige Concession kann zu jeder Zeit und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermessen des Ministers für Handel und Gewerbe zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

Uebrigens ist durch diese Concession die Befugniß zum Erwerbe von Grundstücken in Preußen nicht ertheilt, vielmehr bedarf es dazu in jedem einzelnen Falle der besonders nachzuforschenden ministeriellen Genehmigung.

Berlin, den 7. November 1884.

(L. S.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage: gez. Wendt.

* * *

Revidirtes Statut der

Norddeutschen Versicherungs-Gesellschaft.

I. Firma, Zweck und Capital der Gesellschaft.

§ 1. Die unter der Firma:

„Norddeutsche Versicherungs-Gesellschaft“ bestehende Aktien-Gesellschaft bezweckt die Versicherung gegen jede Art der See-, Fluß-, Revier-, Hafen- und Landtransportgefahr in Hamburg und an anderen europäischen Plätzen.

§ 2. Domicil der Gesellschaft ist Hamburg.

§ 3. Das Capital der Gesellschaft soll aus Mark 4 500 000 bestehen, vertheilt über 1000 auf

Namen lautende Aktien, eine jede zum Belaufe von Rco. M. 3000 bezw. Mark 4500.

Von diesem Capital sind 500 Lit. A. Aktien mit Rco. M. 1 500 000 = Mark 2 250 000 ausgegeben und 20 % darauf eingezahlt, welcher Einchuß nach § 3 des Statuts vom 1. Mai 1857 bis ultimo 1886 mit 4 % p. a. zu verzinsen ist.

Der Aufsichtsrath beschließt über die Ausgabe der weiteren Aktien — Lit. B. — bis zu 500 Stück, auf welche gleichfalls zunächst 20 % einzuzahlen sind, unter Feststellung der näheren Ausgabe-Bedingungen. Eine Verzinsung dieser neu auszugebenden — Lit. B. — Aktien findet entsprechend der Vorschrift des Handels-gesetzbuches nicht statt. Für jede Aktie zeichnet der Eigenthümer eine Obligation, durch welche er sich zu weiteren Einzahlungen laut § 4 verpflichtet.

Ueber die geleisteten Einzahlungen wird auf der Aktie quittirt.

Bei jeder Emission von neuen Aktien sind die jeweiligen Aktionaire berechtigt, nach Verhältniß ihres Aktienbesitzes die neu zu emittirenden Aktien al pari zu übernehmen. Die von den Aktionairen nicht übernommenen Aktien sind vom Aufsichtsrathe freihändig, jedoch nicht unter dem Nominalwerth, zu begeben. Ein etwaiger Gewinn auf solche Aktien kommt dem Reservefonds der Gesellschaft zu Gute. Das Bezugsrecht der Aktionaire erlischt, soweit es nicht vorkommendenfalls binnen einer vom Aufsichtsrath auf mindestens vierzehn Tage zu bestimmenden Frist, unter Leistung der im einzelnen Fall vom Aufsichtsrath festzustellenden Einzahlungen in Anspruch genommen wird.

§ 4. Etwaige weitere Einchüsse sind zu leisten, sobald solche vom Aufsichtsrath durch öffentliche Bekanntmachung (§ 27), sowie durch Zustellung mittelst eingeschriebenen Briefes werden eingefordert werden. Die vom Aufsichtsrath festzusetzende Einzahlungsfrist soll mindestens einen Monat betragen. Eine Compensation mit Gegenforderung ist unzulässig.

Die Aktionaire unterwerfen sich hinsichtlich der Erfüllung dieser Verbindlichkeit der Gerichtsbarkeit der Hamburgischen Gerichte und Instanzen.

§ 5. Die Aktien lauten auf Namen. Uebertragungen derselben von einem Eigenthümer auf den andern können nur mit Zustimmung des Aufsichtsraths geschehen.

Derselbe ist berechtigt, seine Zustimmung ohne Angabe von Gründen zu verweigern.

Ertheilt er seine Zustimmung und wird demgemäß die Aktie auf einen andern Eigenthümer übertragen, so ist dadurch der frühere Eigenthümer seiner Verbindlichkeit

zur Leistung weiterer Einzahlungen — vorbehaltlich jedoch der gesetzlich vorgeschriebenen subsidiären Haftbarkeit auf ein Jahr, vom Tage der Uebertragung gerechnet — befreit. Die Uebertragung geschieht durch Umschreibung der Aktien.

§ 6. Wenn ein Aktionair seine Zahlungen einstellt, bezw. zahlungsunfähig geworden ist, bevor die Aktie voll eingezahlt worden, so ist der Aufsichtsrath berechtigt, falls nicht binnen 14 Tagen nach dem Tage der Zahlungseinstellung die Aktie oder Aktien auf eine von ihm genehmigte Person übertragen werden, dieselben ohne Weiteres für dessen Rechnung öffentlich zu verkaufen. Wegen ihr zuzählender Forderungen hat die Gesellschaft — unbeschadet ihrer weiteren Gerächtsame — ein Retentions- und Compensationsrecht an dem Werth der Aktien.

§ 7. Stirbt ein Aktionair bevor die Aktie voll eingezahlt worden, so haben die Erben desselben binnen sechs Monaten nach dem Todestage die Uebertragung der Aktien auf eine von dem Aufsichtsrath genehmigte Person zu bewirken, widrigenfalls der Aufsichtsrath berechtigt ist, mit den Aktien, wie in § 6 angegeben, zu verfahren.

§ 8. Wenn auf befalls ergehende Aufforderung des Aufsichtsraths in den in §§ 6 und 7 bezeichneten Fällen, die betreffenden Aktien nicht innerhalb 14 Tagen von den Inhabern ausgeliefert werden, so ist der Aufsichtsrath berechtigt, dieselben durch öffentliche Bekanntmachung zu annulliren und an deren Stelle neue Aktien unter denselben Nummern auszugeben. Verlorene Aktien sind durch ein gerichtliches Proklam zu mortifiziren. Erst nach Beendigung des Proklam-Verfahrens werden dem Eigenthümer — auf seine Kosten — neue Aktien ausgemittelt.

§ 9. Die Dauer der Gesellschaft ist bis ultimo 1886 festgesetzt.

Durch Beschluß der General-Versammlung wird bestimmt, ob und eventuell wie lange die Gesellschaft prolongirt werden soll. (§ 25.)

§ 10. Eine Liquidation der Gesellschaft vor Ablauf der festgesetzten Dauer tritt ein:

- 1) sobald die Jahresbilanz nach Absorbirung sämtlicher Reserven einen Verlust von 40 % des gezeichneten Aktien-Capitals ergibt;
- 2) auf Antrag des Aufsichtsraths durch Beschluß der General-Versammlung, wenn der Aufsichtsrath in Folge erheblicher Capital-Verluste zu solchem Antrage Anlaß findet.

Der Aufsichtsrath ist verpflichtet, der nächsten ordentlichen General-Versammlung die Liquidationsfrage zu stellen, wenn die Jahresbilanz einen Verlust von 20 % des gezeichneten Aktien-Kapitals ausweist, nach Absorbirung sämtlicher Reserven.

Wenn die Stelle des Direktors erledigt wird, hat eine außerordentliche General-Versammlung darüber zu beschließen, ob die Gesellschaft in Liquidation treten soll oder nicht.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen können

durch Mehrheitsbeschluß der General-Versammlung weder aufgehoben noch abgeändert werden.

III. Organisation und Verwaltung der Gesellschaft.

§ 11. Organe der Gesellschaft sind:

der Vorstand,
der Aufsichtsrath,
die General-Versammlung.

1) Vorstand.

§ 12. Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus dem Direktor, bezw. dessen Stellvertretern.

Als Direktor fungirt zunächst Herr Arthur Dunder.

Es bleibt dem Beschlusse des Aufsichtsraths vorbehalten, außerdem einen oder mehrere Stellvertreter zu ernennen und deren Anstellungsbedingungen festzusetzen.

Wird die Stelle des Direktors erledigt, so erwählt bei Fortsetzung der Gesellschaft die General-Versammlung (§ 10) dessen Nachfolger auf Vorschlag des Aufsichtsraths.

Die Legitimation des neu erwählten Direktors bezw. der stellvertretenden Direktoren wird durch das Protokoll der General-Versammlung, bezw. durch einen notariell beglaubigten Auszug aus dem Protokoll des Aufsichtsraths beschafft.

§ 13. Der Direktor zeichnet für die Gesellschaft durch Hinzufügung seiner Unterschrift zu der Firma derselben, dergleichen der oder die stellvertretenden Direktoren, je nach ihren Anstellungs-Bedingungen, einzeln oder gemeinsam.

§ 14. Der Vorstand organisiert und führt das Geschäft der Gesellschaft. Insbesondere schließt er Versicherungsverträge und Rückversicherungsverträge ab, ernannt nach eingeholter Genehmigung des Aufsichtsraths Agenten der Gesellschaft, regulirt die Schäden, kassirt die Prämien ein, belegt die Gelder und beschafft die Anstellung eventuell die Entlassung der Beamten und Agenten. Er vertritt die Gesellschaft vor allen Behörden und Gerichten, insbesondere vor dem Hypothekenbureau.

§ 15. Der Direktor und dessen Stellvertreter dürfen keine Versicherungsgeschäfte für eigene Rechnung machen und sind der Gesellschaft gegenüber verpflichtet, sich der vom Aufsichtsrath ihnen erteilten Instruction gemäß zu verhalten.

Die Remuneration (Gehalt und Tantième) des Direktors wird durch Vertrag zwischen ihm und dem Aufsichtsrath geregelt.

2) Aufsichtsrath.

§ 16. Der Aufsichtsrath besteht aus fünf von der General-Versammlung aus der Zahl der Aktionaire zu erwählenden Mitgliedern. Die Wahl erfolgt das erste Mal auf die Dauer eines Jahres.

In der Folge scheidet alljährlich ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens bestimmt das Loos. Ausscheidende sind wieder wählbar.

Scheidet ein Mitglied vor Ablauf der Amtsdauer aus, so ist für den Rest dieser Amtsdauer von den Verbleibenden demnächst ein neues Mitglied aus der

Zahl der Aktionaire zu erwählen, vorbehaltlich der Bestätigung einer solchen Wahl durch die nächste General-Versammlung.

§ 17. Der Aufsichtsrath hat alle geleglich normirten Rechte und Pflichten; ihm liegt die Oberaufsicht über die Geschäftsleitung ob; er ernennt und entläßt eventuell den oder die Liquidatoren.

§ 18. Dem Aufsichtsrath liegt ob, die jährliche Abrechnung und Bilanz nach den Vorlagen des Direktors und nach geschehener Prüfung derselben durch die Rechnungsrevisoren festzustellen.

Er erstattet der General-Versammlung Bericht über den Gang und die Ergebnisse des Geschäfts.

§ 19. Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Aufsichtsraths ist die Zustimmung mindestens dreier Mitglieder erforderlich. In den Sitzungen des Aufsichtsraths ist ein Protokoll zu führen. — Von mehreren Mitgliedern einer Firma kann zur Zeit nur Einer functioniren.

Um Uebrigen bleibt die Feststellung der Geschäftsordnung und der inneren Organisation des Aufsichtsraths demselben überlassen.

§ 20. Die Bücher, Cassen und Belege der Gesellschaft werden durch zwei alljährlich von der General-Versammlung aus einem vom Aufsichtsrath vorzulegenden Wahlaussage zu erwählende, vorzugsweise der Zahl der Bücherexperten zu entnehmende kaufmännische Revisoren controllirt. Dieselben werden aus der Casse der Gesellschaft nach Ermessen des Aufsichtsraths honorirt.

3) General-Versammlung.

§ 21. Die General-Versammlung wird von dem Vorstande oder von dem Aufsichtsrath berufen. Der Letztere hat Ort und Zeit der Versammlung mindestens 14 Tage und die Tages-Ordnung mindestens 8 Tage vorher öffentlich anzuzeigen (§ 27). Bei der jährlichen ordentlichen General-Versammlung ist die Jahresabrechnung sowie der Jahresbericht 8 Tage vorher den Aktionairen zuzusenden.

§ 22. Alljährlich, vor Ablauf des Monats Juni, findet eine ordentliche General-Versammlung statt.

Der Aufsichtsrath kann jederzeit eine außerordentliche General-Versammlung einberufen; er ist zu solcher Berufung verpflichtet, sobald ein oder mehrere Aktionaire, welche zusammen den zwanzigsten Theil des emittirten Actien-Capitals besigen, solches verlangen. Der ordentlichen, wie der außerordentlichen General-Versammlung kann jeder Actionair beiwohnen, sich dabei auch unter Ertheilung schriftlicher Vollmacht vertreten lassen.

Jede Actie gewährt dem Inhaber eine Stimme.

§ 23. In der General-Versammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsraths oder in dessen Verhinderung sein Stellvertreter oder ein anderes Mitglied des Aufsichtsraths den Vorsitz.

Die General-Versammlung faßt ihre Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Statut ein anderes bestimmt (§ 25).

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Alle Wahlen erfolgen durch Stimmzettel mit relativer Majorität.

Bei Wahlen entscheidet das Loos im Fall der Stimmengleichheit.

In der General-Versammlung führt ein öffentlicher Notar das Protokoll.

§ 24. Auf die Tages-Ordnung der General-Versammlung sind außer dem Geschäftsbericht, den statutenmäßigen Wahlen und den Anträgen des Aufsichtsraths alle Anträge zu bringen, welche von einem oder mehreren im Besitze des zwanzigsten Theils des emittirten Actien-Capitals befindlichen Actionairen so rechtzeitig bei dem Aufsichtsrath angemeldet werden, daß dieselbe bei der Einberufung der General-Versammlung (§ 21) als Gegenstand der Tages-Ordnung bekannt machen kann.

Gegenstände, welche nicht auf der Tages-Ordnung stehen, können nicht zur Beschlußfassung gelangen, den Antrag auf Berufung einer außerordentlichen General-Versammlung ausgenommen.

Wenn sämtliche Actionaire in der General-Versammlung vertreten sind und es einstimmig gutheißen, daß von den Vorschriften der §§ 21 und 24 für ihre Berufung oder in Betreff der Gegenstände der Beratung und Beschlußfassung abgewichen worden und abgewichen werde, so hat es dabei sein Verwenden.

§ 25. Der Beschlußfassung der General-Versammlung vorbehalten sind:

- 1) Die Wahlen der Mitglieder des Aufsichtsraths und der Revisoren, sowie eventuell
- 2) Die Erledigung etwaiger Monitoren der letzteren.
- 3) Die Prolongation der Gesellschaft (§ 9).
- 4) Abänderung der Statuten.
- 5) Die Vermehrung des Actien-Capitals über die Summe von M. 4,500,000 hinaus.
- 6) Erweiterung des Geschäftszwecks auf andere als die in § 1 verzeichneten Geschäfte.
- 7) Auflösung der Gesellschaft.
- 8) Die Uebertragung des Vermögens und der Schulden der Gesellschaft an eine andere Gesellschaft und die Vereinigung der Gesellschaft mit einer andern.

Die unter 5 bis 8 erwähnten Beschlüsse können nur in einer zu diesem Zwecke besonders ausgeschriebenen General-Versammlung, nur auf Antrag des Aufsichtsraths, oder auf Antrag von Actionairen, welche im Besitze von mindestens einem Drittel des emittirten Actien-Capitals sind und nur bei Anwesenheit von Actionairen, welche mindestens drei Viertel des emittirten Actien-Capitals vertreten, mit einer Majorität von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen gefaßt werden. — Ist jedoch eine zu solchem Zwecke angesetzte General-Versammlung beschlußunfähig, weil weniger als drei Viertel des emittirten Actien-Capitals in ihr vertreten sind, so können die Anwesenden mit einfacher Majorität beschließen, daß zu demselben Zwecke eine neue General-Versammlung berufen werde, welche frühestens vier Wochen nach der ersten stattzufinden hat. Diese zweite Versammlung kann ohne Rücksicht auf die Zahl der

vertretenen Aktien mit zwei Drittel Majorität der abgegebenen Stimmen die sub 5 bis 8 erwähnten Beschlüsse fassen.

III. Bilanz und Gewinn-Vertheilung.

§ 26. Die Jahresrechnung wird mit dem 31. Dezember jeden Jahres abgeschlossen. Die Bilanz wird nach den gesetzlichen und im Versicherungsfach üblichen Grundsätzen vom Aufsichtsrath — nach erfolgter Prüfung durch die Revisoren — festgestellt und der General-Versammlung vorgelegt.

Der dieselbe genehmigende Beschluß der General-Versammlung enthält zugleich die Entlastung der Theiligten.

Mit dem nach der Bilanz sich ergebenden Geschäftsgewinn wird nach Absetzung eines, vom Aufsichtsrath auf Vorschlag des Direktors zu bestimmenden Betrages als Reserve für Schäden und laufendes Risiko, sowie nach Abzug der, dem Direktor kontraktlich zukommenden Lantième wie folgt verfahren: Die Aktionaire erhalten vorgängig 4 % auf das von ihnen eingezahlte Kapital, soweit die Lit. A. Aktien dieselben nicht schon nach § 3 erhalten haben.

Von dem dann verbleibenden Saldo werden 25 % zur Bildung eines Kapital-Reservefonds verwandt, von den übrigen 75 % erhält der Aufsichtsrath eine Lantième von 10 %, unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, der Rest wird unter die Aktionaire pro rata ihres Aktienbesitzes vertheilt.

Hat der Kapital-Reservefonds die Höhe des eingezahlten Aktien-Kapitals erreicht, so fällt die Verwendung von 25 % des Gewinnes, wie vorstehend fort.

Der Kapital-Reservefonds dient nach Absorbirung der Reserven für Schäden und laufendes Risiko zur Deckung eines etwaigen Ausfalles. — Bei etwaigen

Entnahmen aus demselben, ist derselbe baldthunlichst durch Verwendung von 25 % des Jahresgewinnes, wie oben, wieder zu kompletiren. Der Kapital-Reservefonds ist zinstragend zu belegen und abgesondert zu verwalten. Die Erträgnisse desselben fließen in die Kasse der Gesellschaft.

§ 27. Die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen in der Form von Zeitungs-Inseraten, welche von dem Direktor, die vom Aufsichtsrath ausgehenden Bekanntmachungen, in der Form von Zeitungs-Inseraten, welche von einem Mitglied des Aufsichtsraths unterzeichnet werden.

Die Bekanntmachungen sind in den „Hamburger Nachrichten“ und der „Hamburger Börsenhalle“, in jedem Blatte mindestens zwei Mal zu veröffentlichen und gelten dann als öffentliche Bekanntmachungen im Sinne des Gesetzes und dieser Statuten.

Es bleibt dem Aufsichtsrath vorbehalten an Stelle der vorgenannten Blätter eventuell ein oder mehrere andere Blätter für die vorgenannten Bekanntmachungen zu bestimmen. In solchem Falle ist die Abänderung in einem der bisherigen Blätter bekannt zu machen.

IV. Transitorische Bestimmungen.

§ 28. Der Aufsichtsrath ist ermächtigt, alle Zusätze und Aenderungen dieser Statuten mit bindender Wirkung für die Aktionaire festzusetzen, welche zum Zwecke der Eintragung der Gesellschaft in das Firmen-Register erforderlich erscheinen möchten.

Zur Beurkundung solcher Abänderungen genügt ein von zwei Mitgliedern des Aufsichtsraths unterzeichneter Auszug aus dem Protokoll des Aufsichtsraths.

Der Vorstand ist beauftragt, die revidirten Statuten auf dem Firmen-Bureau einzureichen.



5

Nachrichtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 2.

Den 9. Januar

1885.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Die Eröffnung der beiden Häuser des Landtages betreffend.

3. Mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 3. d. M., durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, auf den 15. d. M. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen worden sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungs-sitzung in dem Bureau des Herrenhauses und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten am 14. d. M. in den Stunden von 8 Uhr früh bis 8 Uhr Abends und am 15. d. M. in den Morgenstunden von 8 Uhr ab offen liegen wird.

In diesen Büreaus werden auch die Legitimations-karten zu der Eröffnungs-sitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 4. Januar 1885.

Der Minister des Innern.
v. Puttkamer.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Verloosung von Pferden u. in Stettin.

7. Der Herr Minister des Innern hat dem Comité des Pferdemarktes zu Stettin unterm 21. Dezember v. J. die Erlaubniß erteilt in Verbindung mit dem am 16., 17. und 18. Mai 1885 daselbst stattfindenden Pferdemarkte eine öffentliche Verloosung von Equipagen, Pferden, Fahr- und Reitrequisiten zu veranstalten und die betreffenden Loose im ganzen Bereiche der Monarchie abzugeben.

Potsdam und Berlin, den 2. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Arznei-Taxe für 1885.

8. Unter Berücksichtigung der in den Einkaufs-preisen mehrerer Drogen und Chemikalien eingetretenen Veränderungen und der hierdurch nothwendig gewordenen Aenderung in den Taxpreisen der betreffenden Arznei-mittel habe ich eine Revision der Arznei-Taxe angeordnet

und hiernach eine neue Auflage derselben ausarbeiten lassen.

Die demgemäß abgeänderte Taxe tritt mit dem 1. Januar 1885 in Kraft und enthält wiederum im Anhange Vorschriften zur Bereitung einer Anzahl ge-bräuchlicher in die Pharmacopoea Germanica nicht auf-genommener Arzneimittel, wie solche bei der Festsetzung der für diese Arzneimittel ausgeworfenen Preise maß-gehend gewesen sind.

Berlin, den 13. Dezember 1884.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- u. Medicinal-Angelegenheiten.

In Vertretung: Lucanus.

*
Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Arznei-Taxe in der R. Gaertner'schen Verlags-buchhandlung (Hermann Heyfelder) in Berlin er-schienen und in allen inländischen Buchhandlungen zum Preise von 1 M. 20 Pf. zu beziehen ist.

Potsdam und Berlin, den 30. Dezember 1884.

Der Königl.
Regierungs-Präsident.

Der Königl.
Polizei-Präsident.

Ausübung der Fischerei während der Frühjahrs-schonzeit.

9. Auf Grund der durch § 7 der Allerhöchsten Ver-ordnung vom 2. November 1877 erteilten Ermächtigung zur ausnahmsweisen Gestattung des Fischfanges während der Frühjahrs-schonzeit werden auch im kommenden Jahre die hierhalb gestellten Anträge, soweit das öffentliche Interesse an der Erhaltung des Fischbestandes es ge-stattet, Berücksichtigung finden.

Die bezüglichen Gesuche sind bei derjenigen Orts-polizei-Behörde (städtischen Polizei-Verwaltung, bezw. Amtsvorsteher) anzubringen, in deren Bezirk das Ge-wässer liegt, welches besischt werden soll.

Von der Ortspolizeibehörde sind die Anträge an das zuständige Landrathsamt Behufs Aufstellung einer Gesamt-Nachweisung einzureichen.

Die hier etwa direkt eingehenden Gesuche werden den Antragstellern portopflichtig zurückgesandt werden.

Die Gesuche müssen außer der Angabe des Standes, Vor- und Zunamens und Wohnortes des Antragstellers auch darüber Auskunft enthalten, in welchem Gewässer der Fischfang betrieben werden soll, und ob Antrag-steller „Fischereiberechtigter“ oder „Fischereipächter“ ist.

Den Fischereipächtern kann die Erlaubniß nur dann erteilt werden, wenn der Verpächter hierzu seine Zu-

Stimmung giebt. Diese muß schriftlich erteilt und dem Gesuche beigelegt werden.

Potsdam, den 30. Dezember 1884.

Der Regierungspräsident.

Schiffahrtssperre.

10. Die Spandauer Schleuse wird vom 1. bis 15. Februar 1885 gesperrt.

Potsdam, den 31. Dezember 1884.

Der Regierungspräsident.

Siehseuchen.

11. Ein Pferd des Handelsmannes Carl Dierberg zu Rixdorf ist als rogvorbächtig erkannt und getödtet worden.

Potsdam, den 27. Dezember 1884.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

2. Die königliche Regierung tenachrichtige ich, daß des Kaisers und Königes Majestät mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordre vom 10. d. M. zu genehmigen geruht haben, daß fortan den Verwaltern der königlichen Kreiskassen in den östlichen Provinzen der Monarchie und den Verwaltern der königlichen Steuerkassen in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland der Amtscharakter: „Königlicher Rentmeister“ beigelegt werde.

Berlin, den 19. Dezember 1884.

Der Finanz-Minister. Scholz.

Vorstehender Erlaß des Herrn Finanzministers wird hiermit bekannt gemacht.

Potsdam, den 29. Dezember 1884.

Königl. Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

Turnlehrerinnen-Ausbildung.

3. Nachstehende

Bekanntmachung und Bestimmungen:

Zur Ausbildung von Turnlehrerinnen wird im Jahre 1885 ein dreimonatlicher Kursus in der königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin abgehalten werden und ist Termin zur Eröffnung desselben auf **Mittwoch den 8. April k. J.** anberaumt worden.

Die Anmeldung muß spätestens **bis zum 20. Februar k. J.** bei mir erfolgen, und zwar seitens der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen durch die vorgesetzte Dienstbehörde, seitens der andern unmittelbar.

Für die Anmeldung und die Aufnahme sind die nachstehenden Bestimmungen vom 24. November d. J. maßgebend. Besondere Abdrücke dieser Bestimmungen werden auf Antrag die königlichen Provinzial-Schulkollegien und Regierungen (in der Provinz Hannover die königlichen Konsistorien) mittheilen.

Berlin, den 16. Dezember 1884.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

gez. von Götter.

*

*

*

Bestimmungen, betreffend die Aufnahme in die an der königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin abzuhaltenden „Kurse zur Ausbildung von Turnlehrerinnen.“

1) Zur Ausbildung von Turnlehrerinnen wird in der königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin alljährlich (in der Regel von Anfang April bis Ende Juni) ein dreimonatlicher Kursus abgehalten.

2) Zur Theilnahme geeignet sind an erster Stelle Bewerberinnen, welche die Prüfung als wissenschaftliche Lehrerinnen bezw. als Handarbeits- oder Zeichenlehrerinnen abgelegt haben.

3) Andere Bewerberinnen können, soweit es die Verhältnisse der Anstalt gestatten, ebenfalls aufgenommen werden, wenn sie eine genügende Schulbildung nachweisen.

4) Mit der Anmeldung sind einzureichen:

- 1) ein auf besonderen Bogen zu schreibender kurzer Lebenslauf, in welchem auch anzuführen ist, ob Bewerberin bereits turnerische Fertigkeit besitzt;
- 2) ein Zeugniß über normalen Gesundheitszustand, welches von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte ausgestellt werden muß;
- 3) seitens der wissenschaftlichen und der technischen Lehrerinnen:

a. das Befähigungszeugniß,

b. ein Zeugniß über die bisherige amtliche Wirksamkeit, in Ermangelung eines solchen ein Führungszeugniß;

4) seitens der anderen Bewerberinnen:

a. ein Nachweis über die erlangte Schulbildung,

b. ein Führungszeugniß,

c. ein Geburtschein oder anderweiter Nachweis, daß Bewerberin das 18. Lebensjahr vor dem Schlusse des Kursus (gegen Ende Juni) vollendet haben werde.

5) Die für die Aufnahme geeignet befundenen Aspirantinnen werden bei ihrer Aufnahme eventl. einer ärztlichen Untersuchung unterworfen, von deren Ergebnisse die schließliche Entscheidung abhängt.

6) Bewerberinnen über 35 Jahre können nur ausnahmsweise zugelassen werden.

7) Der Unterricht in der Anstalt ist unentgeltlich. Die durch den Aufenthalt in Berlin u. entstehenden Kosten sind von den Teilnehmerinnen selbst aufzubringen.

In dazu geeigneten Fällen können jedoch Unterstützungen aus Centralfonds gewährt werden, indess lediglich für den Unterhalt hier, während Beihilfen zu den Kosten der Her- und Rückreise, der Vertretung im Amte u. nicht bewilligt werden.

Die hier gewährten Unterstützungen werden erst am Ende jedes Monats gezahlt.

8) Eine Kursistin braucht zu ihrem Unterhalte hier selbst — namentlich mit Rücksicht auf das gesteigerte Bedürfnis einer kräftigen Nahrung — etwa 90 Mark monatlich.

Um sogleich bei der Entschlieung über die Aufnahme einen zuverlässigen Ueberblick über die aus Centralfonds zu gewährenden Unterstützungen gewinnen

können, muß jede Bewerberin bei der Anmeldung nach sorgfältiger Prüfung ihrer Verhältnisse bestimmt nachweisen und bezw. amtlich beglaubigen lassen, daß ihr für ihren Unterhalt hier der erwähnte Betrag zur Verfügung steht oder welcher Beihilfe sie dazu bedarf. Jede Bewerberin hat demnach anzugeben, wie viel ihr während ihres hiesigen Aufenthalts von dem Einkommen ihrer Stelle verbleibt, ob und welche Unterstützungen ihr aus der Schulkasse oder sonst gewährt werden und wie viel sie aus eigenen Mitteln aufbringen kann.

Unterstützungsgefuche, welche während des Kurses an das Ministerium gerichtet werden, können nur dann eine Berücksichtigung erfahren, wenn in Folge unvorhergesehener Zwischenfälle das Bedürfnis einer außerordentlichen Beihilfe eingetreten ist.

9) Eine besondere Turnkleidung wird nicht verlangt, nur dürfen die Kleidungsstücke die freie Bewegung des Körpers, besonders der Arme, nicht hemmen. Das Kleid muß die Füße frei lassen; die Absätze an den Lederschuhen müssen breit und dürfen, außen gemessen nicht über 1 1/2 Centimeter hoch sein.

Berlin, den 24. November 1884.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und
Medizinal-Angelegenheiten.
gez. von Gopler.

werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Posdam, den 27. Dezember 1884.

Königl. Regierung, Abtheilung für Kirchen- und
Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Bestimmungen für die Innung „Bund der Bau-, Maurer- und
Zimmermeister zu Berlin“ bezüglich des Lehrlingswesens.

2. Ich bestimme hierdurch für den Bezirk der Innung
„Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister zu
Berlin“ (Stadtgemeinde Berlin), daß

- 1) Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen der im § 120a der Reichsgewerbe-Ordnung bezeichneten Art auf Anrufen eines der streitenden Theile von dem Ausschuss für das Lehrlingswesen (§ 43 der Statuten) und, sobald die genannte Innung dem Innungs-Ausschuss zu Berlin beigetreten ist, von diesem auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er ein in dieser Innung vertretenes Gewerbe betreibt, und selbst zur Aufnahme in dieselbe fähig sein würde, gleichwohl der Innung nicht angehört und
- 2) die von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlings-Wesens (§§ 37—45 der Statuten) auch dann bindend sind, wenn deren Lehrherr zu den unter Nr. 1 bezeichneten Arbeitgebern gehört.

Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Februar 1885 in Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1884.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Tarif für den Güter-Verkehr

3. Der mit Gültigkeit vom 1. Oktober v. J. zunächst bis ultimo Dezember v. J. eingeführte Tarif für den Verkehr von Stationen der Eisenbahn-Direktions-Bezirke Berlin, Breslau, Bromberg, Elberfeld, Erfurt, Hannover, Köln (links- und rechtsrheinisch) und Magdeburg, ferner der Breslau-Freiburger, Berlin-Hamburger und Braunschweigischen Eisenbahn, sowie der sächsischen Staatsbahn nach Myslowitz, Dömitz und Oderberg transit für Güter zum Export nach Rumänien bleibt bis auf Weiteres in Kraft.

Berlin, den 2. Januar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Neue Tariffeste für den Französisch-Belgisch-Deutsch-Russischen
Verband.

1. Vom 13. Januar 1885 n. St. sind die bisherigen Hefte I. und II. des Französisch-Belgisch-Deutsch-Russischen Verband-Gütertarifs nebst zugehörigen Nachträgen aufgehoben und treten an deren Stelle vom gedachten Tage ab die neu herausgegebenen Tariffeste I. und II.

Bromberg, den 30. Dezember 1884.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Gemeindebezirks-Veränderung.

1. Der in der Gutsfelldmark Eunersdorf belegene, zum Gutsbezirk Baglow gehörende sogen. Baglower Elsbusch, eingetragen im Grundbuch der Rittergüter unter Band I. Blatt 2 in einer Größe von 16 Hekt. 25 Ar 70 □ M. ist derartig getheilt, daß der Rittergutsbesitzer Leberecht Hugo v. Barfuß die eine Hälfte als Eigenthum behält, während die andere Hälfte in den Besitz der Frau Rittergutsbesitzer Marianne von Oppen geb. Gräfin von Igenpliz auf Eunersdorf übergeht. Beide Flächen haben eine Größe von je 8 Hekt. 12 Ar 85 □ M. und sind mit den Parzellennummern 93/51, welche im Besitz des Rittergutsbesitzers von Barfuß verbleibt, und 94/51, welche in den Besitz der Frau Rittergutsbesitzer von Oppen übergeht, in der Grundsteuer-Mutterrolle verzeichnet. Die contrahirenden Theile haben gemeinschaftlich den Antrag gestellt, daß

- a. Parzelle 93/51 bei dem Communalverbande des Ritterguts Baglow verbleibt,
- b. Parzelle 94/51 von dem Communalverbande des Rittergutes Baglow getrennt und dem Rittergute Eunersdorf incommunalisirt wird.

Auf Grund des § 25 des Zuständigkeitsgesetzes wird diese Bezirks-Veränderung hiermit von uns genehmigt.

Freienwalde a./D., den 27. Dezember 1884.

Der Kreis-Ausschuss des Kreises Ober-Barnim.

Bekanntmachung des Königl. Kredit-Instituts für Schlesien.

Den Umtausch gekündigter Pfandbriefe lit. B. betreffend.

Die Inhaber nachstehender, von dem Königl. Kredit-Institut für Schlesien ausgefertigten, auf das Gut Baumgarten, Kreis Breslau, lautenden 4 % Pfandbriefe lit. B. und zwar:

N^o 41011 à 1000 Thlr.,

N^o 51674 und 51675 à 200 Thlr.,

N^o 64415, 64423 und 64424 à 100 Thlr.,

N^o 79335 und 79336 à 50 Thlr.,

N^o 82327 à 25 Thlr.

werden hierdurch wiederholt aufgefodert, diese Pfandbriefe in coursfähigem Zustande mit laufenden Zinscoupons an die Königl. Instituten-Kasse hieselbst zum Umtausch gegen andere Pfandbriefe lit. B. von gleichem Betrage und mit gleichen Coupons versehen einzureichen.

Sollte die Präsentation nicht

bis zum 15. Februar 1885

erfolgen, so werden die Inhaber obiger Pfandbriefe nach § 50 der Verordnung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgedrückte Special-Hypothek präcludirt, die Pfandbriefe für vernichtet erklärt, in unserem Register, sowie im Grundbuche gelöscht und die Inhaber mit ihren Ansprüchen lediglich an die in unserem Gewahrsam befindlichen Umtausch-Pfandbriefe verwiesen werden.

Breslau, den 16. August 1884.

Königl. Kredit-Institut für Schlesien.

Personal-Chronik.

Im Kreise Angermünde ist an Stelle des Ritterguts-pächters Schmidt zu Görlsdorf, welcher den Bezirk verlassen hat, der Ritterguts-pächter Boffelman zu Willmersdorf zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk XX. Görlsdorf ernannt worden.

Im Kreise Prenzlau sind an Stelle der aus verschiedenen Gründen wegfällig gewordenen bisherigen

Inhaber der betreffenden Ämter: 1) der Guts-pächter Wilbrandt zu Lauenhagen zum Amtsvorsteher des Bezirks II. Lauenhagen, 2) der Guts-pächter Peters daselbst zum Stellvertreter desselben, 3) der Graf Wilhelm von Schlippenbach zu Schönermark zum Amtsvorsteher des Bezirks XIII. Arendsee, 4) der Administrator Hartmann zu Holzendorf zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk XIV. Debelow und 5) der Reservelieutenant Fischer jun. zu Schönsfeld zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk XXXIII. Schönsfeld ernannt worden.

Der Kataster-Sekretair Trede, bisher in Stettin, ist für die Zeit vom 1. Januar 1885 ab als Kataster-Sekretair im Katasterbureau der hiesigen königlichen Regierung angestellt und als solcher verpflichtet worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Redenthin, Diözese Pignitz, ist durch das Ableben des Pfarrers Grolbt am 14. Dezember 1884 zur Erledigung gekommen.

Der bei der königlichen Direction für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin beschäftigt gewesene Civil-Supernumerar Karstadt ist beauftragt übertritt in das Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten ausgeschieden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirection zu Potsdam.

Statismäßig angestellt sind: a. als Postsekretair: der charakterisirte Postsekretair Gottschalk in Potsdam und der Postpraktikant Heyner in Ludenwalbe; b. als Postassistent: der Postassistent Michael in Dahme.

Ernannt ist: der Postsekretair Schulze in Potsdam zum Ober-Postdirectionssekretair.

Berliehen ist: dem Ober-Postkommisarius Fißau in Potsdam der Charakter als Rechnungsrath.

Verfetzt ist: der Postsekretair Michael von Potsdam nach Berlin.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

1	Isaak Charlupski, Schneidergeselle,	geboren am 17. Mai 1829 zu Smardzew bei Sieradz, Gouvernment Warschau, Russisch-Polen, ortsangehörig in Warschau,	versuchtes Münzverbrechen (5 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 13. Dezember 1879),	Königlich Preussische Regierung zu Posen,	4. Dezember 1884.
2	Josef Piessel, Schmied,	geboren am 17. Januar 1848 zu Georgswalde, Bezirk Schludonau, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig,	schwerer und einfacher Diebstahl (drei Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 19. November 1881),	Königlich Sächsischer Kreishauptmannschaft Baugen,	25. Oktbr. 1884.

Rang. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1	2.	3.	4.	5.	6.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Gabriel Schuhmann, Gärtnergehilfe,	geboren am 24. März 1865 zu Schöndau, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussische Landdrostei Aurich,	28. Oktbr. 1884.
2	Ludwig Philipp Wein, Goldschmied,	geboren am 22. Dezember 1845 zu Langnau, Kanton Bern, Schweiz, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Königlich Preussische Regierung zu Schleswig,	13. Oktbr. 1884.
3	Leopold Suchy, Goldarbeiter,	geboren am 24. Januar 1839 zu Brüx, Böhmen,	Landstreichen, Betteln, Gebrauch falscher Legitimationspapiere,	Königlich Preussische Regierung zu Minden,	21. Novbr. 1884.
4	Heinrich Dietrich Bosch, Regenschirmflicker,	geboren am 28. Februar 1850 zu Zwolle, Niederlande, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen, Betteln, grober Unfug,	Königlich Preussische Regierung zu Düsseldorf,	31. Oktbr. 1884.
5	Alexander Krause, Tagearbeiter,	geboren am 17. Februar 1843 zu Voigtzbach, Bezirk Böhmisches-Leipa, ortsangeh. in Johnsdorf, Bezirk Gabel, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Sächsischer Kreishauptmannschaft Baugen,	18. Novbr. 1884.
6	Josef Frey, Tagner,	geboren am 12. November 1859 zu Paris, Frankreich, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Metz,	21. Oktbr. 1884.
7	Johann Josef Marchal, Putmacher,	geboren am 13. März 1811 zu Epinal, Departement des Vosges, Frankreich,	desgleichen,	derselbe,	25. Novbr. 1884.
8	Walburga Roske, Arbeiterin,	geboren am 9. Februar 1839 zu Rottal, Gemeinde Haugschlag, Bezirk Ritschau, Niederösterreich, ortsangehörig in Haugschlag,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Marienwerder,	24. Novbr. 1884.
9	Josef Dorn, Konditor und Koch,	geboren am 12. März 1834 in Wien, Österreich,	einfacher Diebstahl und Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	17. Novbr. 1884.
10	Ernels Jörgen Henrik Damm, Arbeiter,	geboren am 17. September 1839 in Vastrup auf Jütland, Dänemark,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussische Regierung zu Schleswig,	3. Mai 1884.
11	David Guttmann, Kürschnergehilfe,	22 Jahre, geboren und ortsangehörig in Warschau, Russisch-Polen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussische Landdrostei Stade,	21. Novbr. 1884.

Nr. Laut.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
12	Wilhelm Müller, Messgergeselle,	27 Jahre, geboren zu Dissocsallofozi, Bezirk Duna-Szerdahely, Ko- mitat Pressburg, Un- garn, ortsangehörig in Duna-Szerdahely,	Landstreichen u. Gebrauch falscher Legitimations- papiere,	Königlich Preussische Regierung zu Wies- baden,	17. Septbr. 1884.
13	Admil Bornafy, Glaser,	21. Jahre, geboren und ortsangehörig zu Eco- ny, Gouvernment Ka- lisch, Russisch-Polen,	Betteln unter Drohungen,	dieselbe Behörde,	25. Oktbr. 1884.
14	Anton Muzik recte Schuhmann, Tagelöhner,	29 Jahre, geboren in Budweis, Böhmen, ortsangeh. in Tschernowiz, Bezirk Pilgram, ebendaselbst,	Landstreichen, Angabe falschen Namens und Führung falscher Legiti- mation,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ebers- berg,	21. Novbr. 1884.
15	Johann Rendlner, Braufnecht,	32 Jahre, geboren und ortsangeh. in Schatt- bach, Bezirk St. Jo- hann, Oesterreich,	Landstreichen, Betteln, Gebrauch eines gefälsch- ten Arbeitszeugnisses,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Füssen,	27. Novbr. 1884.
16	Peter Bisá, Tagelöhner,	geboren im Juni 1848 zu Aufezb, Bezirk Ho- henmaut, Böhmen, eben- daselbst ortsangehörig,	Betteln, Landstreichen, Gebrauch eines falschen Namens und eines fal- schen Legitimations- papierses,	Königlich Sächsisches Kreishauptmanns- schaft Zwickau,	27. Oktbr. 1884.
17	Franz Anton Werler, Tagner,	geboren am 16. Juli 1850 zu Schweig- hausen, Kreis Thann, Oberelsaß, Französisch. Staatsangehöriger,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	30. Oktbr. 1884.

Vermischte Nachrichten.

Die Führung des Handels- u. Registers im Jahre 1885
Die auf die Führung der Handels-Register, der
Genossenschafts-Register, der Muster-Register bezüglichen
Geschäfte und der im Handelsgefeßbuch und den Ein-
führungsgefeßen zu demselben, sowie in dem Gezege
vom 4. Juli 1868, betreuend die privatrechtliche
Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
den Gerichten zugewiesenen Angelegenheiten werden im
Jahre 1885 durch den Amtsrichter Hauschild und
den Gerichtsschreiber Hausding, bei deren Behin-
derung durch den Amtsrichter Fregdorff und den
Gerichtsschreibergehilfen Laffahn bearbeitet. Die
Veröffentlichung der Eintragungen in die Register er-
folgt durch den Deutschen Reichs- und Preussischen
Staatsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung, das Amts-

blatt der Königl. Regierung zu Potsdam und die
Angermünder Zeitung und Kreisblatt.

Angermünde, den 30. Dezember 1884.

Königl. Amtsgericht.

Die auf die Führung der Handels-, Genossenschafts-
Zeichen- und Muster-Register sich beziehenden Geschäfte
in dem Bezirk des unterzeichneten Amtsgerichts werden
für das Jahr 1885 durch den Amtsrichter Berde-
meyer unter Mitwirkung des Gerichtsschreibers Hein-
bearbeitet. Die Veröffentlichung der Eintragungen er-
folgt durch den Deutschen Reichs- und Preussischen
Staatsanzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-
Register auch noch durch die Berliner Börsenzeitung
und die Luckenwalder Zeitung.

Luckenwalde, den 3. Januar 1885.

Königl. Amtsgericht.

(Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (C. Hays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 3.

Den 16. Januar

1885.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 32.) № 1572. Handels-, Freundschafts- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen dem Reich und dem Königreich Korea. Vom 26. November 1883.

(Stück 33.) № 1573. Bekanntmachung, betreffend die Erweiterung der Befestigungsanlagen von Pillau. Vom 4. Dezember 1884.

(Stück 34.) № 1574. Gesetz wegen Ergänzung des § 100e. des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 18. Juli 1881 (Reichs-Gesetzbl. S. 233 ff. von 1881). Vom 8. Dezember 1884.

№ 1575. Verordnung, betreffend die anderweite Festsetzung der Kautionshöhe des Rentanten der Patentamtskasse. Vom 8. Dezember 1884.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 31.) № 9025. Allerhöchster Erlaß vom 17. November 1884, betreffend das Stimmrecht der lutherischen Mitglieder des Konsistoriums zu Auriß bei den Beschlüssen über Angelegenheiten der lutherischen Kirche.

(Stück 32.) № 9026. Staatsvertrag zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin wegen Herstellung einer Eisenbahn von Neustadt a./D. über Meyenburg nach Plau. Vom 24. September 1884.

(Stück 33.) № 9027. Verordnung, betreffend die Wiederherstellung verloren gegangener Grundbuchblätter des Amtsgerichts in Fürstenberg a./D. Vom 10. Dezember 1884.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Verloosung von Pferden u. in Frankfurt a. M.

12. Der Herr Minister des Innern hat dem landwirthschaftlichen Vereine zu Frankfurt a. M. die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit der im April und Oktober d. J. daselbst stattfindenden beiden Pferdewerke je eine öffentliche Verloosung von Equipagen, Pferden, Pferdegeschirren und sonstigen einschlagenden Artikeln zu veranstalten und die betreffenden Loose im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 8. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Verloosung von Pferden u. in Berlin.

13. Der Herr Minister des Innern hat dem Verein für Hindernisrennen zu Berlin die Erlaubniß erteilt,

an Stelle der beiden in der Bekanntmachung vom 12. Dezember v. J. — Amtsblatt S. 465 — bezeichneten Verloosungen von Pferden und Equipagen u. nur eine solche Verloosung und zwar am 19. und 20. April d. J., unter Ausgabe von 150000 Loose à 3 M. zu veranstalten und diese Loose im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 8. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Betrifft Konsulate für Belgien und Portugal.

14. Hiermit bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß

1) der bisherige Belgische Konsul G. Goldberger in Berlin zum General-Konsul ernannt,

2) der Kaufmann Samuel Felix Eisenmann in Berlin, Bellevuestraße Nr. 16, zum Portugiesischen Vice-Konsul für Berlin bestellt worden ist.

Potsdam, den 8. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

15. Ein der Tollwuth verdächtiger Hund ist am 29. Dezember v. J. in Senzke, Westhavelländischen Kreises, getödtet, und ist die Festlegung sämtlicher Hunde in den Ortschaften Senzke, Haage, Bräbickow, Wagenitz, Pessin, Kriele und Briesen auf 3 Monate angeordnet worden.

Milchbrand ist unter dem Rindvieh des Bauern Käpernick zu Döberitz, und Maulseuche unter dem Rindvieh des Ritterguts Kleßen im Kreise Westhavelland, ausgebrochen.

Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Ritterguts Birkholz im Kreise Niederbarnim ausgebrochen und an der Räube sind 2 Pferde des Stellmachers Bloch zu Niederschönhausen in demselben Kreise erkrankt.

Potsdam, den 8. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

16. Die Räube bei dem Pferde des Aderwirths Wilhelm König in Abbau Herrlichenrath bei Wendischholz ist erloschen.

Potsdam, den 9. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

17. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Gutes Jichow im Kreise Angermünde und zu Wilhelmshayn im Kreise Prenzlau ist erloschen.

Potsdam, den 10. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die Form der ärztlichen Atteste der Medizinal-Beamten.
18. Durch das Circular-Reskript vom 20. Januar 1853 hat der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten von Rauter, Excellenz, für die ärztlichen Atteste der Medizinal-Beamten vorgeschrieben, daß die amtlichen Atteste und Gutachten der Medizinal-Beamten jedesmal enthalten sollen:

- 1) die bestimmte Angabe der Veranlassung zur Ausstellung des Attestes, des Zweckes, zu welchem dasselbe gebraucht, und der Behörde, welcher es vorgelegt werden soll;
- 2) die etwaigen Angaben des Kranken oder der Angehörigen desselben über seinen Zustand;
- 3) bestimmt gesondert von den Angaben zu 2, die **eigenen** tatsächlichen Wahrnehmungen des Beamten über den Zustand des Kranken;

4) die aufgefundenen wirklichen Krankheits-Erscheinungen;

5) das **thatsächlich** und wissenschaftlich motivirte Urtheil über die Krankheit, über die Zulässigkeit eines Transports oder einer Haft, oder über die sonst gestellten Fragen;

6) die dienstliche Versicherung, daß die Mittheilungen des Kranken oder seiner Angehörigen (ad 2) richtig in das Attest aufgenommen sind, daß die eigenen Wahrnehmungen des Ausstellers (ad 3 und 4) überall der Wahrheit gemäß sind und daß das Gutachten auf Grund der eigenen Wahrnehmungen des Ausstellers nach dessen bestem Wissen abgegeben ist.

Außerdem müssen die Atteste mit vollständigem Datum, vollständiger Namens-Unterschrift, insbesondere mit dem Amts-Charakter des Ausstellers und mit einem Abdruck des Dienstfiegl's versehen sein.

19.

Nachweisung der Markt- 2c.

Laufende Nr.	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Markt-			
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es			
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Gries	Speisebohnen	Einsen	Kartoffeln	Nichtstroh	Krummstroh	Heu	Rindfleisch	von der	Wach-
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
1	Angermünde	14 80	13 09	12 12	12 82	31	35 75	36	5	4 55	2 50	5	1 40	1 10	
2	Beeskow		13 40	14 40	14	30	40	45	4	4		6 50	1 30	1 20	
3	Bernau	15 60	13 85	15 04	14 43	32	37	41	5	4 25		5 20	1 25	1 10	
4	Brandenburg	16 05	14 10	13 75	14 60	25	26	28	4	3 50		5	1 20	1	
5	Dahme	15 37	13 35	13 17	13 50	40	50	50	3 25	3 50	2	7 50	1	1	
6	Eberswalde	16	13 27	16	14 17	23 50	27	35	4	4		5	1 20	1	
7	Friesack		14		14 50	31	34	40	4	3 50		4 50	1 30	1 05	
8	Havelberg	15 75	13 50	13 35	12 50	19	34	35	3 25	3	2 50	6 50	1 20	1	
9	Jüterbog	16	14	14	13 50	31	33	44	5	3 50		6 50	1 20	1 10	
10	Kuckenwalde	16 04	13 98	13 10	12 99	35	35	45	4 38	3 25		4 50	1 20	1 20	
11	Perleberg	15 06	13 94	14	13 47	15 59	33	43	3 75	4 25		5 45	1 40	1 10	
12	Potsdam	15 83	14 25	15 17	14 59	31	36	38	4 53	4 07		4 78	1 40	1 10	
13	Prenzlau	14 94	12 99	13 69	13 07	29 25	34	43	4 50	4 50	3 50	4 25	1 30	1	
14	Prigwitz	14 90	13 29	14	12 27	16	31	32	3 10	3 40	2 75	3 50	1 30	1 10	
15	Rathenow	14 96	13 27	14 03	12 94	32	32 25	40	3 26	3 25		3 75	1 40	1 20	
16	Neu-Ruppin	16	13 34	14 47	13 48	32	30	46	3 47	5		6	1 10	95	
17	Schwedt	16	14 55	12 40	14 70	33 33	40	33 33	4 50	3 55		5 50	1 40	1 20	
18	Spandau		14 95	14 20	15 58	24 50	35	32 50	4 56	4 25		6	1 40	1 20	
19	Strausberg	16	14	16 07	16 29	25	33 50	35	4	5		7	1 20	1 10	
20	Teltow	15 66	13 73	15 53	14 55	32	37	41	5 02			4 76	1 26	1 08	
21	Templin	15	13	13	12	24	40	50	3	3		4	1 20	1	
22	Treuenbriezen	15 85	13 75	13 53	13 58	26	26	30	3 88	3		4	1 20	1	
23	Wittstock	15 43	13 19	14 06	12 19	16	30	36	2 76	3	2	3 81	1 01	90	
24	Briezen a. D.	15 25	13 25	13 14	13 78	23 33	29	34	4 25	3 08	2 20	4 50	1 30	1 10	
Durchschnitt		15 55	13 67	14 01	13 73				4 02	3 76		5 15			

Potsdam, den 13. Januar 1885.



Mittelsst Reskripts vom 11. Februar 1856 ist überdies noch angeordnet, daß die gedachten Atteste in Zukunft jedesmal, außer dem vollständigen Datum der Ausstellung, auch den Ort und den Tag der stattgefundenen ärztlichen Untersuchungen enthalten müssen, und daß obige Bestimmungen auch auf diejenigen Atteste der Medizinal-Beamten Anwendung finden, welche von ihnen in ihrer Eigenschaft als praktische Aerzte zum Gebrauch vor Gerichts-Beörden ausgestellt werden.

Indem wir Vorstehendes hiermit zur Kenntniß bringen, machen wir den Herren Medizinal-Beamten die genaue Befolgung dieser Vorschriften zur Pflicht, indem wir dieselben darauf aufmerksam machen, daß bei Ausstellung von Zeugnissen in Haft-Angelegenheiten die Wahrscheinlichkeit einer Verschlimmerung des Zustandes eines Arrestanten bei sofortiger Freiheits-Entziehung kein genügender Grund ist, die einstweilige

Aussetzung der Strafvollstreckung oder Schuldhast als nothwendig zu bezeichnen.

Es müssen vielmehr die Medizinal-Beamten selbst überzeugt sein und nach den Grundsätzen der Wissenschaft durch die selbst wahrgenommenen Krankheits-Erscheinungen motiviren können, daß von der Haft-Vollstreckung eine nahe, bedeutende und nicht wieder gut zu machende Gefahr für Leben und Gesundheit zu besorgen ist.

Potsdam und Berlin, den 26. März 1856.

Königl. Regierung.

Abtheilung des Innern.

Königl.

Polizei-Präsidium.

Vorstehende Verordnung wird hiermit zur Beachtung wiederholt in Erinnerung gebracht.

Potsdam und Berlin, den 6. Januar 1885.

Der

Regierungs-Präsident.

Der

Polizei-Präsident.

Preise im Monat Dezember 1884.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm													
Schweine- fleisch	Kalbfleisch	Lammfleisch	Speck	Butter	Eier	Mehl		Gersten-		Buchweizen- grüße	Hafergrüße	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee		Speisesalz	Schweine- schmalz, hiesig.		
						Weizen Nr. 1.	Roggen Nr. 1.	Graupe	Grüße					mittlerer gelber in gebr. Bohnen					
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1 10	90	1 10	1 60	2 33	4 80	30	25	45	40	40	50	60	55	2 40	3	20	1 70		
1 20	1	1	2	2 30	4	40	30	60	60	60	80	60	60	3 20	3 60	20	2		
1 20	1 25	1 15	1 70	2 40	3 70	40	25	45	50	50	40	60	45	2 80	2 20	20	1 60		
1 10	90	1 10	1 80	2 40	4 40	40	30	50	50	50	50	50	50	2 40	3 20	20	1 60		
1	75	1	1	2	2 80	32	26	60	60	40		50	50	2 80	3 60	20	1 40		
1 20	1	1	1 80	2 40	4 40	28	26	60	60	50		60	60	3	3 60	20	1 80		
1 25	90	1 25	1 80	2 40	4	40	30	60	60	60	60	60	60	3 20	3 40	20	1 80		
1	1	1	2	2 14	3 80	40	30	80		60	65	60	60	3 80	3 80	20	2		
1 20	95	1 20	1 80	2 40	3 60	26	19	60	65	75	70	60	60	3	3 60	20	1 80		
1 20	85	1 20	1 60	2 20	3 60	36	24	50	40	40	60	36	28	2 60	3 20	20	1 40		
1 30	1 15	1 15	1 95	1 84	3 50	50	36	60	60	50	60	50	55	3 40	3 60	20	2		
1 30	1 20	1 23	1 60	2 13	4 38	37	37	50	50	49	44	49	55	3	3 50	20	1 60		
1 20	85	1 05	1 90	2 30	4 19	32	26	60	40	60	60	60	70	3 20	3 60	20	2		
1 10	87	1	1 65	1 74	3 05	25	20	40	40	40	50	40	60	2 80	3 20	20	1 60		
1 40	1	1 20	1 80	2 60	4 12	26	21	50	50	50	55	50	60	2 90	3 60	20	2		
1 20	1 05	1 18	1 70	2 30	4 58	30	24	50	50	60	53	50	60	3 20	3 60	20	1 60		
1 20	95	1 20	2	2	4 80	30	25	60	40	40	60	50	70	2 70	3 60	20	2		
1 30	1 20	1 30	1 60	2 40	4 40	35	25	60	60	50	60	50	60	2 80	3 20	20	1 60		
1 20	1 10	1 20	1 60	2 40	4 44	40	26	55	50	45	60	50	60	2 40	3 20	20	1 40		
1 18	1 23	1 17	1 79	2 44	3 82	50	40	70	60	50	60	50	63	3 20	3 60	20	1 60		
1 20	80	1	1 60	2 20	3 80	34	30	60	60	50	60	70	50	2 80	3 20	20	2		
1 20	90	1 20	2	2 10	4 35	33	23	46	41	40	60	30	60	2 80	3 40	20	2		
95	68	95	1 80	1 94	3 31	26	21	50	50	40	50	50	60	2 40	2 80	20	1 80		
1 15	1 10	1 15	1 60	2 20	4 40	21	21	50	50	40	60	50	50	3 20	3 60	20	1 60		

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

1. Dem bisherigen Schutzbezirk Lenzenbude in der Oberförsterei Liebenwalde, sowie dem neu erbauten Förster-Etablissement für denselben ist der Name „Bismarck“ beigelegt worden.

Potsdam, den 7. Januar 1885.

Königl. Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Verbot einer Druckschrift.

3. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die in der Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich gedruckte nichtperiodische Druckschrift „Der Normal-Arbeitstag“ von August Geib nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten verboten worden ist.

Berlin, den 6. Januar 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Berliner und Charlottenburger Preise pro Dezember 1884.

A. En gros-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	16	Mark	91 Pf.,
„ „ „ do. (mittel)	15	„	61 „
„ „ „ do. (gering)	14	„	30 „
„ „ „ Roggen (gut)	14	„	19 „
„ „ „ do. (mittel)	13	„	88 „
„ „ „ do. (gering)	13	„	58 „
„ „ „ Gerste (gut)	17	„	74 „
„ „ „ do. (mittel)	15	„	26 „
„ „ „ Gerste (gering)	12	„	48 „
„ „ „ Hafer (gut)	15	„	75 „
„ „ „ do. (mittel)	14	„	48 „
„ „ „ do. (gering)	13	„	27 „
„ „ „ Erbsen (gut)	20	„	63 „
„ „ „ do. (mittel)	18	„	58 „
„ „ „ do. (gering)	16	„	50 „
„ „ „ Nichtstroh	4	„	25 „
„ „ „ Heu	5	„	10 „

B. Detail-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen	31	Mark	28 Pf.,
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	36	„	12 „
„ „ „ Linfen	40	„	60 „
„ „ „ Kartoffeln	4	„	99 „
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	„	26 „
1 „ „ (Bauchfleisch)	1	„	10 „
1 „ „ Schweinefleisch	1	„	20 „
1 „ „ Kalbfleisch	1	„	25 „
1 „ „ Hammelfleisch	1	„	15 „
1 „ „ Speck (geräuchert)	1	„	51 „
1 „ „ Eßbutter	2	„	39 „
60 Stück Eier	3	„	73 „

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen	35	Mark	— Pf.,
„ „ „ Speisebohnen (weiße)	35	„	— „
„ „ „ Linfen	35	„	— „
„ „ „ Kartoffeln	5	„	63 „
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	„	30 „
1 „ „ (Bauchfleisch)	1	„	05 „
1 „ „ Schweinefleisch	1	„	20 „
1 „ „ Kalbfleisch	1	„	25 „
1 „ „ Hammelfleisch	1	„	15 „
1 „ „ Speck (geräuchert)	1	„	50 „
1 „ „ Eßbutter	2	„	31 „
60 Stück Eier	3	„	98 „

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats Dezember 1884:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	40	Pf.,
1 „ „ Roggenmehl N° 1	30	„
1 „ „ Gerstengraupe	60	„
1 „ „ Gerstengröße	40	„
1 „ „ Buchweizengröße	60	„
1 „ „ Hirse	60	„
1 „ „ Reis (Java)	60	„
1 „ „ Java-Kaffee (mittler)	2	Mark — „
1 „ „ (gelb in		
gebr. Bohnen)	3	„ 20 „
1 „ „ Speisesalz		20 „
1 „ „ Schweineeschmalz (hiefiges)	1	„ 60 „

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1	40	Pf.,
1 „ „ Roggenmehl N° 1	30	„
1 „ „ Gerstengraupe	50	„
1 „ „ Gerstengröße	40	„
1 „ „ Buchweizengröße	40	„
1 „ „ Hirse	50	„
1 „ „ Reis (Java)	50	„
1 „ „ Java-Kaffee (mittler)	2	Mark — „
1 „ „ (gelb in		
gebr. Bohnen)	3	„ — „
1 „ „ Speisesalz		20 „
1 „ „ Schweineeschmalz (hiefiges)	1	„ 60 „

Berlin, den 6. Januar 1885.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Verbot des Einsammelns von Geldbeiträgen durch Verkauf von Miniatur-Photographien Lassalle's.

5. Auf Grund des § 16 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird das Einsammeln von Geldbeiträgen durch Verkauf von Miniatur-Photographien Lassalle's, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge für den Polizei-Bezirk von Berlin hierdurch verboten.

Berlin, den 6. Januar 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Eröffnung der in dem Hause Müllerstraße Nr. 26a. in Berlin eingerichteten Apotheke.

6. Die von dem Apotheker Richard Schwerin auf Grund der Genehmigung des Herrn Ober-Präsi-

renten der Provinz Brandenburg vom 14. Mai d. J. in dem Hause „Müllerstraße Nr. 26a.“ eingerichtete Apotheke ist heute nach vorschriftsmäßiger Revision eröffnet worden.

Berlin, den 30. Dezember 1884.

Königl. Polizei-Präsidium.

Eröffnung der in dem Hause Belle-Alliancestraße Nr. 75 in Berlin eingerichteten Apotheke.

7. Die auf Grund der von dem Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg unter dem 14. Mai 1884 erteilten Concession von dem Apotheker Mayors in dem Hause Belle-Alliancestraße Nr. 75 eingerichtete Apotheke ist heute nach stattgehabter vorschriftsmäßiger Revision eröffnet worden.

Berlin, den 3. Januar 1885.

Der Polizei-Präsident.

Eröffnung der in dem Hause Köpenickerstraße Nr. 143 in Berlin eingerichteten Apotheke.

8. Die von dem Apotheker Dorenberg auf Grund der Concession vom 14. Mai 1884 in dem Hause Köpenickerstraße Nr. 143 eingerichtete Apotheke ist heute nach vorschriftsmäßiger Revision eröffnet worden.

Berlin, den 6. Januar 1885.

Der Polizei-Präsident.

Viehseuchen.

9. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß bei den Rügen des Wollereibesizers Plessch, Schönhauser Allee Nr. 44, am 7. d. M. der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden ist.

Berlin, den 9. Januar 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Anmeldung der herzustellenden neuen Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Cöpenick und Steglitz.

1. Um rechtzeitig und in zweckmäßiger Weise die Vorbereitungen zu den vom 1. April d. J. ab auszuführenden Erweiterungen der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Cöpenick und Steglitz, welche sämtlich mit dem Fernsprechnetz in Berlin verbunden sind, treffen zu können, ist es erwünscht, die Zahl der herzustellenden neuen Anschlüsse, sowie die Lage der Gebäude, in welchen Fernsprechkstellen eingerichtet werden sollen, im Voraus zu kennen.

Diesenigen Personen u., welche den Anschluß an die betreffenden Stadt-Fernsprecheinrichtungen zum Frühjahr wünschen, wollen mir die bezüglichen schriftlichen Anmeldungen **spätestens bis zum 1. März** zugehen lassen, da sonst mit Sicherheit auf die Herstellung der Anschlüsse nicht mehr gerechnet werden kann.

Die Bedingungen für die Theilnahme an den Stadt-Fernsprecheinrichtungen in den genannten Städten, sowie für den Anschluß an das Stadt-Fernsprechnetz in Berlin werden auf Wunsch mitgetheilt werden.

Potsdam, den 4. Januar 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheimer Postrath Bahl.

Bekanntmachungen des Königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Eine beabsichtigte Parochialveränderung betreffend

1. Der noch jetzt zu dem Sprengel der Kirche in Lichtenberg gehörige, aber schon mittelst Allerhöchster Ordre vom 30. März 1878 (bekannt gemacht durch Verfügung der Königlichen Regierung in Potsdam vom 23. Mai 1878 — Amtsblatt S. 168 —) unter Abtrennung von dem Gemeindebezirk Lichtenberg mit dem Stadtbezirk Berlin vereinigte Flächenabschnitt, der auf dem bezüglichen, bei dem Magistrate zu Berlin beruhenden Situationsplane vom 15. Juni 1876 dargestellt ist und dessen Grenze im Norden und Osten von der (derzeitigen) äußeren Eigenthumsgrenze der Verbindungsbahn und im Süden von der Südgrenze der südlichen Promenade der Frankfurter Allee gebildet wird, soll jetzt dem Sprengel der St. Marcus-Kirche in Berlin zugelegt werden.

Deshalb werden diejenigen zur Evangelischen Landeskirche gehörigen Bewohner des bezeichneten Gebiets, welche glauben, gegen ihre beabsichtigte Aussparrung aus der Parochie der Kirche zu Lichtenberg und gegen die Einsparrung in die Parochie der St. Marcus-Kirche zu Berlin, gegründete Einwendungen zu haben, hiermit aufgefordert, solche bis zum 1. Februar d. J. während der werktägigen Geschäftsstunden von Vormittags 11 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr, in dem Amtszimmer 9 des Königlichen Konsistoriums, Schützenstraße Nr. 26 eine Treppe hoch bei dem zur Entgegennahme beauftragten Konsistorial-Sekretär Herrn Rechnungs-rath Paucke unter geeigneter Ausweise über ihre Person entweder schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.

Berlin, den 3. Januar 1885.

Königl. Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot von Staatspapieren.

1. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Frau Noack, Marie geb. Reichnow hier, Mariannenplatz Nr. 13, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe lit. E. Nr. 21759 über 300 M. angeblich abhanden gekommen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der zc. Noack anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 6. Januar 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

2. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Kredit- und Spar-Bereit zu Wankenheim der

Staatsschuldschein lit. F. Nr. 49303 über 100 Thlr. angeblich abhanden gekommen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem gedachten Verein anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 10. Januar 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

3. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem früheren Rittergutsbesitzer Emil Kuhlmei hier, Bülowstraße Nr. 36, der Staatsschuldschein lit. F. Nr. 126672 über 100 Thlr. angeblich auf dem Wege von Jersien bis Königs-Wusterhausen abhanden gekommen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Herrn Kuhlmei anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 10. Januar 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Neue Ausnahmefrachtsätze für Eisen und Stahl etc.

4. An Stelle der im Staatsbahn-Verkehr Hannover-Berlin bis ultimo Dezember v. J. bestandenen Frachtsätze des Ausnahme-Tarifs 10 für Eisen und Stahl etc. von Bielefeld, Brackweide, Geseke, Pöppstadt, Dösnabrück, Paderborn und Soest nach den Berliner Bahnhöfen und Ringbahnstationen, sowie nach verschiedenen Berlin-Stettiner und Berliner Nordbahnstationen sind mit dem 1. Januar d. J. neue Ausnahmefrachtsätze in Kraft getreten. Außerdem kommen in den Staatsbahn-Verkehren Hannover und Oldenburg-Berlin Berichtigungen mehrerer Entfernungen und Frachtsätze im Verkehr mit Berliner Bahnhöfen und Ringbahnstationen etc. zur Durchführung; soweit hierdurch Erhöhungen eintreten, finden dieselben erst vom 1. März d. J. ab Anwendung. Nähere Auskunft über die Höhe der neuen Sätze erteilen die beteiligten Stationen sowie das Auskunfts-Bureau hier, Bahnhof Alexanderplatz.

Berlin, den 8. Januar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion,
Namens der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

der von dem Kreis-Ausschusse des Kreises Weesow-Storkow genehmigten Gemeinde- resp. Gutsbezirks-Veränderungen im II. Semester 1884.

Datum der Genehmigung.	Bezeichnung des				Bemerkungen.		
	Grundstücke.	Besitzer.	jetzigen Gemeinde-Verbandes.	künftigen	h	a	qm
17. September 1884.	Schäferer-Etablissement,	Kaufmann Friedeberg, Krausnick,	Gutsbezirk Krausnick,	Gemeindebezirk Krausnick,	1	11	80
17. September 1884.	Dorfstraßen-Parzelle,	Gastwirth Zimmermann, Pfaffendorf,	Fiskus,	Gemeindebezirk Pfaffendorf,	—	04	10
17. September 1884.	Acker-Parzelle,	Gastwirth Edinger, Neubrück,	Gutsbezirk Raßmannsdorf,	Gemeindebezirk Neubrück,	22	22	33
17. September 1884.	Garten-Parzelle,	Kossäth Garmeister, Raßmannsdorf,	desgleichen,	Gemeindebezirk Raßmannsdorf,	—	24	—
19. November 1884.	Dorfauen-Parzelle,	Kossäth Neumann, Glienicke,	Fiskus,	Gemeindeverband Glienicke,	—	01	80
19. November 1884.	desgleichen,	Häusler Krüger, Glienicke,	desgleichen,	desgleichen.	—	—	18

Weesow, den 29. Dezember 1884.

Der Vorsigende des Kreis-Ausschusses:
Landrath v. Heyden.

Bekanntmachung der General-Direktion der Königl. allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt zu Berlin.

1. Nachdem in Folge des Gesetzes vom 20. April v. J., betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten der Civil-Verwaltung (Reichs-Gesetzbl. Nr. 9 S. 85), und

des Gesetzes vom 20. Mai d. J., betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten (Gesetz-Sammlung S. 298), der Beitritt zur Königl. allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt wesentlich eingeschränkt ist und insbesondere die zu einer Pension aus der Reichs- oder Staatskasse berech-

tigten unmittelbaren Staatsbeamten von dem Eintritt in diese Anstalt ausgeschlossen sind, kommen, von einzelnen Beamtenklassen und Hofdienern abgesehen, als aufnahmefähig hauptsächlich noch in Betracht:

- 1) Die im eigentlichen Seelsorger-Amte sowohl unter Königlichem als unter Privat-Patronaten angestellten Geistlichen, sowie die ordinirten und zu einem Seelsorger-Amte berufenen Hilfsgeistlichen;
- 2) die Professoren bei den Universitäten, wenn sie mit einer fixirten Besoldung angestellt sind;
- 3) wirkliche Lehrer an städtischen (nicht staatlichen) Gymnasien und diesen gleichzuachtenden Anstalten, an höheren und an allgemeinen Stadtschulen, mit Ausschluß der Hilfslehrer und der Lehrer an solchen Klassen derselben, welche als eigentliche Elementarklassen nur die Stelle einer mit jenen Anstalten verbundenen Elementarschule ersetzen.

II. Wer der Königlichen allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt beitreten will, hat vorzulegen:

- a. ein Attest seiner vorgesetzten Behörde, daß er zu einer der genannten Klassen gehöre, auch sein nach dem Gesetze vom 27. März 1872 (Gesetz-Sammlung S. 268), beziehungsweise 31. März 1882 (Gesetz-Sammlung S. 133) zur Pension berechtigendes Dienst-Einkommen aus der Staatskasse beziehe, und außerdem wegen der Lehrer, daß er zur Kategorie der nach der Allerhöchsten Kabinetts-Ordnung vom 17. April 1820 rezeptionsfähigen Lehrern gehört.

Die Atteste für Lehrer müssen aber von den königlichen Regierungen oder von den königlichen Provinzial-Schul-Collegien ausgestellt sein.

Heiraths-Consense können nur dann die Stelle solcher Atteste vertreten, wenn in denselben das Verhältniß, welches nach den obigen Bestimmungen zur Aufnahme in unsere Anstalt berechtigt, besonders und bestimmt ausgedrückt ist. Versicherungen, welche die Rezipienden selbst über ihre Stellung abgeben oder einfache Bescheinigungen einzelner Behörden: „daß N. N. berechtigt oder verpflichtet sei, der Königlichen allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt beizutreten“, genügen nicht.

- b. Formliche Geburts-Atteste beider Gatten und einen Copulationschein, beziehungsweise eine Heiraths-Urkunde, die als mit dem Heiraths-register gleichlautend von dem Standesbeamten bestätigt und mit dem Standesamtssiegel versehen ist. Die in den Geburtsattesten vorkommenden Zahlen müssen mit Buchstaben ausgeschrieben sein und die Vor- und Zunamen beider Eheleute in den Geburts-

scheinen müssen mit den Angaben des Copulationscheins oder der Heiraths-Urkunde genau übereinstimmen.

Da die unserer Anstalt beitretenden Ehepaare nicht jünger als 21 beziehungsweise 16 Jahre alt sein können, und da viele ein tretende Mitglieder sich schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (R. G. Bl. S. 23) verheirathet haben, so wird noch eine geraume Zeit vergehen, ehe Tauf- und kirchliche Copulationscheine von uns ausgeschlossen und durchweg nur Geburts- und Heiraths-Urkunden auf Grund jenes Gesetzes gefordert werden dürfen. Es wird daher Folgendes bemerkt:

Blosse Taufscheine ohne bestimmte Angabe der Geburtszeit sind ungenügend; sind solche Angaben im Copulationscheine vorhanden, so können sie als Ersatz etwa fehlender besonderer Geburtsatteste nur dann gelten, wenn die Trauung in derselben Kirche erfolgt ist, in welcher die Taufe vollzogen wurde, und wenn die Copulations- und Geburts-Angaben ausdrücklich auf Grund der Kirchenbücher einer und derselben Kirche gemacht werden.

Der Unterschrift und der Charakterbezeichnung des Ausstellers der Kirchenzeugnisse muß das Kirchensiegel deutlich beige druckt sein. Wenn die Aussteller die Rezipienden selbst sind oder zu dem Rezipienden in verwandtschaftlichen Beziehungen stehen, so muß das betreffende Attest von der Ortsobrigkeit unter Beibringung des Dienstsigels beglaubigt oder von einem anderen Geistlichen unter Beibringung des demselben zustehenden Kirchensiegels mit vollzogen sein. Auch sind diese Dokumente stempelfrei, den Predigern aber ist es nachgelassen, für Ausfertigung eines jeden solcher Zeugnisse kirchliche Gebühren, jedoch höchstens im Betrage von 75 Pfennigen, zu fordern.

- c. Ein ärztliches, von einem approbirten praktischen Arzt ausgestelltes, ebenfalls stempelfreies Attest in folgender Fassung:

„Ich (der Arzt) versichere hierdurch auf meine Pflicht und an Eidesstatt, daß nach meiner besten Wissenschaft Herr N. N. weder mit der Schwindsucht, Wassersucht, noch einer anderen chronischen Krankheit, die ein baldiges Absterben befürchten ließe, befaßt, auch überhaupt nicht krank, noch bettlägerig sondern gesund, nach Verhältniß seines Alters bei Kräften und fähig ist, seine Geschäfte zu verrichten.“

Dieses Attest des Arztes muß von vier

Mitgliedern unserer Anstalt, oder, wenn solche nicht vorhanden sind, von vier anderen bekannten redlichen Männern dahin bekräftigt werden:

„daß ihnen der Aufzunehmende bekannt sei und sie das Gegentheil von dem, was der Arzt attestiert habe, nicht wissen.“

Wohnt der Rezipiend außerhalb Berlin, so ist noch außerdem ein Certifikat hinzuzufügen, dahin lautend:

„daß sowohl der Arzt als die vier Zeugen das Attest eigenhändig unterschrieben haben, auch keiner von ihnen ein Vater, Bruder, Sohn, Schwiegersohn oder Schwager des Aufzunehmenden oder der Frau desselben sei.“

Dieses Certifikat darf nur von Notar und Zeugen, von einem Gerichte oder von der Ortspolizei-Behörde erteilt werden.

Das Attest, die Zeugen-Aussagen und das Certifikat dürfen nie vor dem 16. Januar oder 16. Juli datirt sein, je nachdem die Aufnahme zum 1. April oder 1. Oktober erfolgen soll, und die oben vorgeschriebene Form muß in allen Theilen Wort für Wort genau beobachtet werden.

III. Die Aufnahme-Termine sind der 1. April und 1. Oktober eines jeden Jahres.

Wer also nach I. zur Reception berechtigt ist und diese durch eine Königl. Regierungs- resp. Bezirks-Haupt- oder Instituten-Kasse, oder durch einen unserer Kommissarien bewirken will, hat an dieselben seinen Antrag und die zu II. genannten Dokumente vor dem 1. April oder 1. Oktober so zeitig einzureichen, daß sie spätestens bis zum 15. März oder 15. September von dort aus bei uns eingehen können. Anträge, welche nicht bis zu diesem Zeitpunkte gemacht und bis dahin nicht vollständig belegt worden sind, werden von den Königl. Kassen und Kommissarien zurückgewiesen und können nur noch bis zum Ablaufe der Monate März und September in portofreien Briefen unmittelbar an uns selbst eingesandt werden, dergestalt, daß sie spätestens am 31. März oder 30. September hier eingehen.

In der Zwischenzeit der vorgeschriebenen Termine werden keine Rezeptions-Anträge angenommen und keine Aufnahmen vollzogen.

IV. Den zu II. genannten Attesten sind womöglich gleich die ersten praenumerando zu zahlenden halbjährlichen Beiträge beizufügen, die nach dem Tarife zu dem Gesetze vom 17. Mai 1856 sehr leicht berechnet werden können. Dieser Tarif ist in der Gesetz-Sammlung für 1856 S. 479 ff. abgedruckt und Jedermann zugänglich. Derselbe, in die Reichswährung umgerechnet, ist auch im

Verlage der ehemals Decker'schen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei erschienen und durch den Buchhandel zu beziehen. Bei Berechnung der Alter ist jedoch der § 5 des Reglements zu beachten, wonach einzelne Monate unter Sechß gar nicht, vollendete Sechß Monate aber und darüber als ein ganzes Jahr gerechnet werden.

Stundungen der ersten Beiträge oder einzelne Theilzahlungen zur Tilgung derselben sind unstatthast, und vor vollständiger Einsendung der tarismäßigen Gelder und der vorgeschriebenen Atteste kann unter keinen Umständen eine Reception bewirkt werden.

V. Was die Festsetzung des Betrages der zu versichernden Pensionen betrifft, so haben hierüber nicht wir, sondern die den Rezipienden vorgesetzten Dienstbehörden zu bestimmen. Es kann daher hier nur im Allgemeinen bemerkt werden, daß nach den höheren Orts erlassenen Verordnungen die Pension mindestens dem fünften Theile des Dienst Einkommens gleich sein muß, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Versicherungen nur von 75 Mark bis 1500 Mark inkl., immer mit 75 Mark steigend, stattfinden können.

VI. Bei späteren Pensions-Erhöhungen, die in Beziehung auf die Beiträge, Probejahre u. s. w. als neue, von den älteren unabhängige Versicherungen und nur in sofern mit diesen gemeinschaftlich betrachtet werden als ihr Gesamtbetrag die Summe von 1500 Mark nicht übersteigen darf, ist die abermalige Beibringung der Kirchenzeugnisse, beziehungsweise der Geburts- und Heiraths-Urkunden nicht erforderlich, sondern nur die Anzeige der älteren Rezeptions-Nummer und ein neues vorschriftsmäßiges Gesundheitsattest.

Auch die Beträge der Erhöhungen müssen wie die ersten Versicherungen durch 75 ohne Bruch theilbar sein.

VII. Da wir im Schlußsage der Rezeptions-Dokumente stets förmlich und rechtsgültig über die ersten halbjährlichen Beiträge quittiren, so werden besondere Quittungen über dieselben, wie sie sehr häufig von uns verlangt werden, unter keinen Umständen erteilt.

Berlin, den 13. Juli 1882.

General-Direktion der Königl. allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt.

Stationirung der Landbeschäler pro 1885.

Im Regierungsbezirk Potsdam werden auf den nachstehend genannten Stationen im Jahre 1885 von Mitte Januar resp. Anfang Februar bis Ende Juni Beschäler des Brandenburgischen Landgestüts aufgestellt werden und kann die Bedeckung der Stuten an den bezeichneten Terminen ihren Anfang nehmen:

Stationsort.	Kreis	Anzahl der Beschäler	Tag des	
			Ein- treffens auf Station	Beginns der Stuten- bedeckung
Friedr.-Wilh.	Stuppin	7	—	15. Jan.
Gestüt	do.	3	4. Febr.	6. Febr.
Window	do.	3	2. "	4. "
Wandisow	Ostprignitz	2	4. "	6. "
Frehe	do.	2	3. "	5. "
Ruhbier	do.	2	2. "	4. "
Dannenwalde	do.	2	2. "	4. "
Lenzen	Westprignitz	4	4. "	6. "
Premßlin	do.	2	4. "	6. "
Gumlosen	do.	3	4. "	6. "
Wilsnack	do.	4	2. "	4. "
Rosen	Westhavelland	2	2. "	4. "
Bredow	Osthavelland	1	3. "	5. "
Fehrbellin	do.	2	2. "	4. "
Vornstedt	do.	1	22. Jan.	24. Jan.
Wischendorf	Zauch-Belzig	2	4. Febr.	6. Febr.
Megdorf	Oberbarnim	3	7. "	9. "
Eberswalde	do.	3	5. "	7. "
Bernau	Niederbarnim	2	5. "	7. "
Falkenthal	Templin	3	3. "	5. "
Templin	do.	2	5. "	7. "
Boizenburg	do.	2	6. "	9. "
Angermünde	Angermünde	4	6. "	9. "
Gramzow	do.	3	7. "	9. "
Hohenlandin	do.	1	7. "	9. "
Jüzen	do.	1	7. "	9. "
Prenzlau	Prenzlau	3	7. "	9. "
Lübbenow	do.	2	7. "	9. "
Rosow	do.	3	8. "	10. "
Neuensund	do.	1	8. "	10. "
Malchow	do.	1	7. "	9. "
Borheide	Beeskow-	2	7. "	9. "
	Storkow			
Storkow	do.	2	6. "	9. "
Zossen	Teltow	3	5. "	7. "
Dahme	Jüterbog-	2	9. Jan.	12. Jan.
	Ludowalder			

Hinsichtlich der Bedingungen, unter welchen die Stutenbedeckung stattfinden kann, wird Seitens der Herren Stationshalter die nöthige Auskunft ertheilt werden, im Uebrigen aber noch Folgendes bemerkt:

- 1) Die Nationale der Beschäler unter Angabe der Deckpreise werden im Stationsstalle zur Einsicht aushängen.
- 2) Stuten, welche alt, schwach, mit Erbfehlern behaftet, an Druse oder sonstigen Krankheiten leiden, oder aus Orten sind, in denen ansteckende Krankheiten unter den Pferden herrschen oder unlängst geherrscht haben, dürfen den Beschälern nicht zugeführt werden.
- 3) Falls eine Stute bei Gelegenheit der Bedeckung durch den Hengst verletzt werden sollte, kann

Seitens der Gestüt-Verwaltung in keiner Weise irgend eine Entschädigung gewährt werden, da die Zuführung von Stuten zu den königlichen Landbeschälern auf einen Akt der freien Uebereinkunft beruht und die Stutenbesitzer selbst bei eigener Verantwortlichkeit darauf zu achten haben, daß vor, während und nach dem Deckakte etwaige Unglücksfälle vermieden werden.

- 4) Im Friedrich-Wilhelms-Gestüt selbst werden außer einigen Halbbluthengsten die Vollblutbeschäler

Rustie, Fuchs, v. Stockwell a. d. Villagelass, geb. 1863, und

Mango, braun, v. Mandrak a. d. Fortress, geb. 1874,

aufgestellt werden. Die hier zu bedeckenden Stuten können während der Deckzeit hier in Stallverpflanzung Aufnahme finden. Die Futterkosten werden nach dem Einkaufspreise, sowie für Wartung 40 Pf. pro Tag und Pferd berechnet. Für jede solche hier aufzustellende Stute sind vor deren Aufnahme 150 Mark bei der Gestüt-Kasse zu deponiren.

Friedrich-Wilhelms-Gestüt bei Neustadt a. Dosse, den 3. Januar 1885.

Der Königl. Landstallmeister Wettich.

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben dem Kgl. Rentmeister Mahlow in Beeskow den Charakter als „Rechnungsrath“ zu verleihen geruht.

Der Katastersekretair, Rechnungsrath Smetlage, ist vom 1. Januar 1885 ab auf seinen Wunsch in den Ruhestand versetzt worden.

Der Katasterkontrollleur Farthoefer zu Perleberg ist zum Steuer-Inspktor ernannt worden.

Der Regierungsath Dr. Stirn vom Reichsschatzamt ist der königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Bei der königlichen Ministerial-Militair- und Bau-Kommission zu Berlin sind:

- 1) dem Baurath Stäbe und dem Land-Bauinspktor Koch der Rothe Adlerorden IV. Classe Allerhöchst verliehen;
- 2) ernannt der Gerichts-Assessor von Risselmann zum Regierungs-Assessor und der Regierungs-Baumeister Gerhardt zum Wasser-Bauinspktor und definitiv zum technischen Hülfsarbeiter;
- 3) ausgeschieden aus dem Staatsdienste auf eigenen Antrag der Regierungs-Rath Prausnitzer;
- 4) gestorben der Thiergarten-Förster Schupke.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Stolpe, Diözese Angermünde, ist durch die Versetzung des Pfarrers Lüders am 1. Januar d. J. zur Erledigung gekommen.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Dr. phil. Max Otto Richard Budie ist zum Diaconus bei den Evangelischen Gemeinden zu Treuenbriezen, Niebel und Niebelhorst, Diözese Treuenbriezen, bestellt worden.

Der frühere Rektor, Predigtamts-Kandidat Hermann Johann Ludwig Gengde zu Labes in Pommern, ist zum Rektor an der Stadt- und Bürgerschule in Strassburg i. M. und zum Hilfsprediger an der St. Marien-Kirche daselbst, Diözese Strassburg, bestellt worden.

Dem Oberlehrer am Berlinischen Gymnasium zum grauen Kloster in Berlin, Dr. Neubauer, ist der Professortitel verliehen worden.

Der ordentliche Lehrer Dr. Marcuse am Leibniz-Gymnasium in Berlin ist zum Oberlehrer befördert worden.

Bekannt sind resp. werden: die Lehrer- und Küsterstellen zu Amt Neuendorf, Inspektion Angermünde, zu Stolpe a. D., Inspektion Angermünde, die Lehrer-, Küster- und Organistenstelle zu Belsigsdorf, Inspektion Jüterbog, eine Lehrersstelle zu Lichtenberg, Inspektion Landkreis Berlin, Niederbarnim, Privat-Patronats; die Lehrer- und Küsterstelle zu Bernsdorfe, Inspektion Bernau, die Lehrersstellen zu Nieder-Schönhausen, Inspektion Landkreis Berlin, Niederbarnim, zu Kiez bei Köpenick, Inspektion Köpenick, Königl. Patronats, die zweite Lehrersstelle zu Trampe, Inspektion Eberswalde, die zweite Lehrersstelle zu Alt-Rand, Inspektion Briezen, die Küster- und Lehrersstelle zu Gütow, Inspektion Prenzlau I., eine Lehrersstelle an den Gemeindeschulen zu Potsdam, Privat-Patronats.

Wiederbesetzt sind: eine Lehrersstelle zu Reinickendorf, Inspektion Landkreis Berlin, Niederbarnim, die Lehrer-, Küster- und Organistenstelle zu Ruhlsdorf, Inspektion Bernau, die Lehrer- und Küsterstelle zu Gütow, Inspektion Prenzlau I.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Dezember v. J. sind: angestellt: als Postsekretäre: die Postpraktikanten W. Breithaupt, Eichner, Hammer, Ideler, Jeck, Sasse und Schulten, als Telegraphensekretair: der Telegraphenanwärter Simon, als Postassistent: der Postassistent Behr, als Telegraphenassistent: der Telegraphenanwärter Flüggel; ernannt: zu Ober-Telegraphenassistenten: die Telegraphenassistenten Kahlbaum, v. Kahlben und Kielblock;

versetzt: der Telegraphensekretair Sydow von Berlin nach Köln (Rhein);

in den Ruhestand versetzt: der Ober-Telegraphenassistent Schubog;

gestorben: die Postsekretäre Köhl, Schacht und Wilde.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Oberbergamts zu Halle a./S. im 4. Vierteljahre 1884.

Berghauptmann Dr. Hupfner, bisher Direktor des königlichen Oberbergamts zu Halle, zum Oberberghauptmann und Ministerial-Direktor und Geheimer Oberberggrath Freiherr v. d. Heyden-Rynsch, bisher vortragender Rath bei der Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Abtheilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, zum Berghauptmann ernannt.

Dem Ersteren ist gleichzeitig die Stelle des Direktors der Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Abtheilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und dem Letzteren die Stelle des Direktors des königlichen Oberbergamts zu Halle übertragen worden.

(Hierzu Vier Öffentliche Anzeigen.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. M. Gays'schen Erben (C. Gays, Hof-Buchdrucker).



Nachrichtensblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 4.

Den 23. Januar

1885.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Verlosung von Pferden etc. zu Quedlinburg.
20. Der Herr Minister des Innern hat mittels Erlasses vom 31. Dezember 1884 dem Vereine zur Förderung der Pferde- und Viehzucht in den Harz-Landschaften zu Quedlinburg die Erlaubnis erteilt, im Frühjahr oder im Sommer 1885 eine öffentliche Verlosung von Equipagen, Pferden, Reit-, Fahr- und Jagd-Utensilien, Kunst- und Wirthschafts-Gegenständen etc. zu veranstalten und die betreffenden Loose im ganzen Bereiche der Monarchie abzulösen.

Potsdam, den 13. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für das Jahr 1885 betreffend.

21. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze der Königl. Artillerie-Prüfungs-Kommission bei Cummersdorf für das Jahr 1885, wie folgt, festgesetzt worden sind:

Januar: 25., 26., 27., 28.;

Februar: 1., 3., 4., 5., 8., 9., 10., 11., 15., 16., 17., 18., 22., 24., 25., 26.;

März: 1., 2., 4., 8., 9., 10., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.;

April: 1., 3., 5., 6., 7., 8., 9., 12., 13., 14., 15., 19., 21., 22., 23., 26., 27., 28., 29., 30.;

Mai: 3., 4., 5., 6., 10., 11., 12., 13., 14., 17., 18., 19., 20., 24., 25., 26., 27., 31.;

Juni: 3., 7., 10., 14., 17., 21., 22., 23., 24., 25., 28., 29.;

Juli: 1., 5., 8., 12., 15., 19., 22., 26., 29.;

August: 2., 5., 9., 12., 16., 19., 23., 26., 30., 31.;

September: 2., 6., 9., 13., 14., 15., 16., 17., 20., 23., 27., 30.;

Oktober: 1., 2., 4., 5., 7., 11., 12., 14., 18., 19., 21., 25., 28., 29.;

November: 1., 2., 3., 8., 9., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.;

Dezember: 1., 2., 6., 9., 10., 11., 13., 14., 15., 16., 20., 21., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 30., 31.

Potsdam, den 16. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Siehensachen.

22. Ein von der Tollwuth befallener weißer Hund ist in Spandau angetroffen und getödtet worden.

Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Lehngutsbesizers Danzmann zu Dyroß im Kreise Osthavelland ausgebrochen.

Dieselbe Seuche unter dem Rindvieh des oberen und unteren Dominiums und der Bauern Sieg und Heese zu Wiesdorf im Kreise Niederbarnim ist erloschen.
Potsdam, den 13. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

23. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Bauerngutsbesizers August Häbner zu Schmergke im Kreise Zauch-Belzig ausgebrochen.

Potsdam, den 15. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

24. Die Räude unter den Pferden auf der Sydow'schen Sandshurre zu Niederlehme und des Aderswirts König zu Wend. Buchholz im Kreise Westow-Storkow ist erloschen.

Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Gutes Bütknersfelde im Kreise Niederbarnim ausgebrochen.

Potsdam, den 16. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

25. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Lehnschulzengutsbesizers Schulze zu Goeß im Kreise Zauch-Belzig ist erloschen.

Potsdam, den 19. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Bezirks-Ausschusses.

Betrifft die Gefaltung von Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Wriezen a. D. über Alt-Mädrit nach Jäbickendorf.

1. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat durch Erlass vom 29. Dezember v. J. die Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin mit Anfertigung der generellen Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Wriezen a. D. über Alt-Mädrit nach Jäbickendorf beauftragt.

Auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 und des § 150 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichts-Verfahren vom 1. August 1883 wird demgemäß hierdurch angeordnet, daß die beteiligten Grundeigenthümer den mit der Vornahme jener Vorarbeiten beauftragten Beamten, sowie deren Gehülfsen und Arbeitern sowohl den Zutritt auf ihren Grund und Boden, als auch die Verrichtung sämtlicher zur Erledigung ihres Auftrags erforderlichen Arbeiten zu gestatten haben.

Es muß jedoch von jeder Vorarbeit unter Zeichnung der Zeit und der Stelle, wo sie stattfinden solle mindestens zwei Tage zuvor der Vorstand des betreffenden Gemeinde- oder Ortsbezirks in Kenntniß gesetzt werden, welcher davon die beteiligten Grundbesitzer speziell oder in ortsüblicher Weise generell weiter zu benachrichtigen hat.

Der den Grundbesitzern etwa erwachsende Schaden wird von der Unternehmerin vergütet.

Eine Zerstörung von Baulichkeiten jeder Art, sowie das Fällen von Bäumen ist nur mit besonderer diesseitiger Genehmigung zulässig.

Potsdam, den 15. Januar 1885.

Namens des Bezirks-Ausschusses: Der Vorsigende.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Verbot von Druckschriften.

10. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die in der Buchdruckerei A. Jhrlinger und G. zu Budapest, auß. Trommelgasse Nr. 33, gedruckte und im Verlage der ungarländischen allgemeinen Arbeiterpartei zu Budapest erschienene nicht-periodische Druckschrift: „Allgemeiner Arbeiter-Kalender für das Jahr 1885“ XIII. Jahrgang, nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten verboten worden ist.

Berlin, den 13. Januar 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

11. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die angeblich in der Schweizerischen Genossenschaftsbuchdruckerei zu Hottingen-Zürich 1884 gedruckte nicht-periodische Druckschrift: „Das Recht auf Arbeit oder kritische Beleuchtung unserer kapitalistischen Produktionsweise“. Von einem Sozialdemokraten, nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten verboten worden ist.

Berlin, den 13. Januar 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

12. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das mittelfst Holzschnitts hergestellte Bild, enthaltend zwischen zwei Fahnen eine männliche Büste mit der auf einem verschlungenen Bande befindlichen Ueberschrift: „Stellmacher. Gefallen für die Freiheit 1884“ und einen Sockel, in dessen Mitte ein Aufruf: „An die Proletariat aller Länder“ abgedruckt ist, nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten verboten worden ist.

Berlin, den 15. Januar 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

18.

Nachtrag

zu den Verfassungsartikeln
der Berliner Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Es lauten fortan:

der erste Satz des Artikel 36 dahin:

„Die Aktionaire können in der General-Versammlung persönlich erscheinen, oder sich durch einen anderen Aktionair vertreten lassen, dessen Vollmacht die Direktion zu prüfen berechtigt ist.“

Artikel 37 dahin:

„Zur Ermittlung des Gewinns oder Verlustes der Gesellschaft erfolgt am Jahreschluß zunächst die Vergleichung der Einnahmen und Ausgaben.“

Erfkere bestehen:

in den eingezahlten Prämien, Strafgebern und sonstigen Vorteilen, desgleichen in dem Ertrage der verzinslich benutzten Kapitalien der Gesellschaft:

Legtere:

in den Verwaltungskosten, den Zinsen des Einlage-Kapitals der Aktionaire, den fälligen Zahlungen aus den Versicherungs-Verträgen, den etwaigen Abschreibungen, den von der General-Versammlung für den Spezial-Reservefonds (sfr. Artikel 38) zu bestimmenden Beträgen und der Prämien-Reserve.

Der verbleibende Ueberschuß bestimmt die Summe des Gewinnes des betreffenden Jahres. Von diesem werden die den Vertretern und Beamten der Gesellschaft angewiesenen Gewinn-Lantien abgezogen und der verbleibende Betrag bildet den reinen Gewinn des Geschäftes.“

Artikel 38 dahin:

„Spezial-Reservefonds.“

„Der gemäß Artikel 37 gebildete Spezial-Reservefonds steht zur Verfügung der Direktion, um daraus nach ihrem Ermessen außerordentliche Geschäfts-Unkosten zu bestreiten und event. Zuschüsse zur Ausgleichung von Schwankungen in der Dividende der Versicherten zu leisten.“

Dem vorstehenden, in Folge der Beschlüsse der General-Versammlung vom 30. April d. J. aufgestellten Nachtrage zu den Verfassungs-Artikeln der

Berlinischen

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

wird hierdurch die staatliche Genehmigung erteilt.

Berlin, den 4. August 1884.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

In Vertretung: (gez.) Herrfurth.

Nachtrag

zum Statut der Berlinischen

Renten- und Kapitals-Versicherungs-Bank.

Der erste Satz des Artikel 36 des Statuts der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, welcher nach Artikel 14 des Statuts der Berlinischen Renten-

und Kapitals-Versicherungs-Bank auch für letztere Gesellschaft maßgebend ist, lautet fortan dahin:

„Die Aktionäre können in der General-Versammlung persönlich erscheinen oder sich durch einen andern Aktionär vertreten lassen, dessen Vollmacht die Direktion zu prüfen berechtigt ist.“

Dem vorstehenden, in Folge der Beschlüsse der General-Versammlung vom 30. April d. J. aufgestellten Nachtrage zu dem Statute der Berlinischen Renten- und Kapitals-Versicherungs-Bank wird hierdurch die staatliche Genehmigung erteilt.

Berlin, den 7. November 1884.

(Siegel.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage:

gez. v. Jarkow.

Vorstehende Statuten-Nachträge nebst staatlichen Genehmigungs-Urkunden werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 10. Januar 1885.

Der Polizei-Präsident.

Die Aktiengesellschaft für Vermittelung zur Wiedererlangung verlorener Gegenstände „Eureka“ zu Brüssel betreffend.

14. Nachstehende Concession und das Statut der Aktiengesellschaft für Vermittelung zur Wiedererlangung verlorener Gegenstände „Eureka“ zu Brüssel werden hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Herr Ludwig Wilhelm Siepermann, hieselbst, Unter den Linden Nr. 67, zum General-Bevollmächtigten der Gesellschaft für Preußen ernannt worden ist.

Berlin, den 3. Januar 1885.

Der Polizei-Präsident.

Concession

zum Geschäftsbetriebe im Preussischen Staate für die zu Brüssel unter dem Namen „Eureka“ bestehende Aktiengesellschaft für Vermittelung zur Wiedererlangung verlorener Gegenstände.

N. 14782.

Der zu Brüssel unter dem Namen: „Eureka“ bestehenden Aktiengesellschaft für Vermittelung zur Wiedererlangung verlorener Gegenstände wird die Concession zum Geschäftsbetriebe im Preussischen Staate auf Grund der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 und des Gesetzes vom 22. Juni 1861 (§ 12 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869) hiermit unter folgenden Bedingungen erteilt:

- 1) Das Statut der Gesellschaft ist auf deren Kosten durch das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.
- 2) Zu allen Abänderungen oder Ergänzungen des Statuts ist die Zustimmung des königlich Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe nachzusuchen und es sind dieselben nach erteilter Zustimmung wie das Statut zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

- 3) Die Gesellschaft ist verpflichtet, an einem bestimmten Orte in Preußen eine Hauptniederlassung mit einem Geschäftslokale und einem dort domicilirten General-Bevollmächtigten zu begründen und von diesem Orte aus regelmäßig ihre Verträge mit Preussischen Unterthanen abzuschließen, sowie auch wegen aller aus ihren Geschäften mit solchen entstehenden Verbindlichkeiten bei den Gerichten jenes Ortes als Beklagte Recht zu nehmen.

- 4) Dem königlichen Polizei-Präsidenten hieselbst ist in den drei ersten Monaten eines jeden Geschäftsjahres einzureichen:

- a. die General-Bilanz der Gesellschaft,
- b. eine Special-Bilanz der Preussischen Geschäftsniederlassung, in welcher das in Preußen befindliche Aktivum abge sondert von den übrigen Aktivis nachzuweisen ist.

Dem hiesigen königlichen Polizei-Präsidenten bleibt vorbehalten, nähere Grundsätze für die Aufstellung der Special-Bilanz festzusetzen und nähere Erläuterungen über die darin aufzunehmenden Positionen zu verlangen.

- 5) Der General-Bevollmächtigte hat sich auf das Erfordern des hiesigen königlichen Polizei-Präsidenten zum Vortheil sämmtlicher Preussischen Gläubiger der Gesellschaft persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zulänglicher Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit der eingereichten Special-Bilanz einzustehen.

Die vorstehende Concession kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe der Gründe bedarf, lediglich nach dem Ermessen der Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

Die Befugniß zum Erwerbe von Grundeigentum in Preußen wird nicht schon durch diese Concession, sondern erst durch besondere in jedem einzelnen Falle nachzusuchende landesherrliche Erlaubniß erlangt.

Berlin, den 5. Dezember 1884.

(L. S.)

Für den Minister für Handel und Gewerbe.
gez. von Boetticher.

Das Beiblatt zum Moniteur Belge vom 17. Februar 1884 veröffentlicht in seiner Spezial-Sammlung der auf die Gesellschaften bezüglichen Urkunden und Dokumente die nachfolgenden Statuten:

Nº 283. — **Aktien-Gesellschaft „Eureka“**,
gegründet zu Brüssel.

Statuten.

Vor Herrn Charles Paul Marie van Halteren,
Notar zu Brüssel,

Erschienen:

- 1) Herr Georges Nagelmackers, Ingenieur, wohnhaft zu Brüssel, welcher in seinem persönlichen Namen handelte, und indem er sich verbindlich machte für:

A. Herrn Georges Moreau Chaston, Eigentümer, wohnhaft zu Paris;

- B. Herrn Albert Pechat, Ingenieur, wohnhaft zu Paris;
- 2) Herr Maurice Weil, Eigenthümer, wohnhaft zu Paris, welcher in seinem persönlichen Namen handelte, und indem er sich verbindlich machte für Herrn Paul Wendt, Inspektor der Schlafwagen-Gesellschaft, wohnhaft in Wien;
- 3) Herr Edouard Dremel, Eigenthümer, wohnhaft zu Brüssel;
- 4) Herr Joseph Neuß, Eigenthümer, wohnhaft zu Aachen;
- 5) Herr Wilhelm Diebel, wohnhaft zu Berlin, versehen mit der Vollmacht des Expeditions-Hauses Brasch & Rothenstein in Berlin, für und im Namen des gedachten Hauses;
- 6) Herr Louis Siepermann, Direktor der Schlafwagen-Gesellschaft zu Berlin, wohnhaft in dieser Stadt;

Welche Komparanten den unterzeichneten Notar ersucht haben, eine Verhandlung über die Statuten einer Aktien-Gesellschaft aufzunehmen, welche sie zu gründen erklären, wie folgt:

Abschnitt I.

Gründung und Zweck der Gesellschaft, Benennung, Sitz, Dauer.

Artikel 1. Es wird zwischen den Eigenthümern der nachstehend ausgegebenen Aktien eine Aktien-Gesellschaft gebildet, welche zum Zweck hat, mit Hilfe einfacher und besonderer Mittel das Wiederfinden, die Entdeckung und die Zurückgabe von verlorenen oder gestohlenen Gegenständen, nämlich Werthpapieren, Urkunden und beweglichen Gegenständen aller Art, sowie alle Verrichtungen, welche mittelbar oder unmittelbar mit dem Zwecke, welchen die Gesellschaft beabsichtigt, in Verbindung stehen, zu erleichtern.

Artikel 2. Die Gesellschaft nimmt den Titel „Eureka“ an.

Artikel 3. Sie hat ihren Sitz in Brüssel; nichtsdestoweniger kann der Verwaltungsrath in allen Städten Belgiens und des Auslandes Agenturen errichten und Vertreter ernennen.

Artikel 4. Die Dauer der Gesellschaft ist auf dreißig Jahre, vom Tage der Gründung an gerechnet, festgesetzt. Diese Dauer wird nach und nach in Gemäßheit der für die Statuten-Änderungen getroffenen Vorschriften verlängert werden können.

Abschnitt II.

Beschaffung des Kapitals, Einlagen, Zeichnungen, Aktien.

Artikel 5. Das Gesellschafts-Kapital ist auf 200000 Franken festgesetzt und zerfällt in 800 Aktien zu 250 Franken jede.

Das Kapital soll nur durch Beschluß der General-Versammlung, welche wie bei Abänderungen der Statuten beschließt, vermehrt werden dürfen. Jedoch wird eine erste Vermehrung bis um eine Summe von 300000 Franken, um auf diese Weise das Gesellschafts-Kapital auf 500000 Franken zu bringen, von vornherein durch

die gegenwärtigen Statuten gewährt. Der Verwaltungsrath wird diese Vermehrung in einem oder in mehreren Malen ausführen können und den Zeitpunkt, die Art und die Bedingungen derselben bestimmen.

Es werden außerdem 1200 Genußscheine oder Anttheile ohne Angabe des Nominalwerthes ausgegeben.

Artikel 6. Herr Neuß überliefert der Gesellschaft als Geschäftseinlage seine auf den Zweck der Gesellschaft sich beziehenden Entwürfe, Studien und Arbeiten, ein Uebereinkommen mit dem Oesterreichisch-Deutschen Eisenbahn-Verbande und einen mit der Schlafwagen-Gesellschaft zu demselben Zwecke abgeschlossenen Vertrag.

Als Entschädigung für diese Einlage erhält Herr Neuß 400 Genußscheine oder Anttheile.

Artikel 7. Die 800 Kapital-Aktien sind, wie folgt, gezeichnet:

Von Herrn Nagelmackers	
hundert Aktien	100
Von Herrn Moreau Chaslon	
hundert Aktien	100
Von Herrn Pechat	
funfzig Aktien	50
Von Herrn Weil	
zweihundert Aktien	200
Von Herrn Wendt	
dreißig Aktien	30
Von Herrn Dremel	
hundert Aktien	100
Von Herrn Neuß	
hundertundfunfzig Aktien	150
Von dem Hause Brasch & Rothenstein	
funfzig Aktien	50
Von Herrn Siepermann	
zwanzig Aktien	20
Zusammen	800
achthundert Aktien.	

Es sind auf der Stelle in Gegenwart der Zeugen und des unterzeichneten Notars von den gedachten Zeichnern 25 Franken per Aktie zu Händen des Herrn Nagelmackers für Rechnung der Gesellschaft eingezahlt worden.

Die verbleibenden 800 Genußscheine oder Anttheile sollen unter die Zeichner der Kapitalaktien im Verhältniß von einem Genußschein oder Anttheil auf jede Kapitalaktie vertheilt werden. Diese Genußanttheile sollen auf den Namen lautend verbleiben bis zur vollständigen Einzahlung des Kapitalanttheils, auf welchen jeder von ihnen Bezug hat.

Artikel 8. Der Verwaltungsrath wird je nach den Bedürfnissen der Gesellschaft die Zeitpunkte bestimmen, an welchen die Zeichnungen nach und nach durch die Zahlung der restirenden Beträge verwirklicht werden sollen. Die Ausschreibung der neuen Einzahlung soll durch eingeschriebenes Schreiben wenigstens einen Monat vor der Fälligkeit der Einzahlung erfolgen. Jede Ausschreibung einer neuen Einzahlung soll ein Fünftel des Betrages der Aktien nicht übersteigen dürfen, und es



soll zwischen den auf einanderfolgenden Ausschreibungen der neuen Einzahlungen eine Zwischenzeit von wenigstens zwei Monaten liegen.

Derjenige Aktionär, welcher in seiner Einzahlung eine Verspätung eintreten läßt, soll mit vollem Rechte die Zinsen in Höhe von 6% von dem Tage der Fälligkeit bis zu dem der Zahlung entrichten müssen.

Wenn die Einzahlung nicht innerhalb dreißig Tage bewirkt worden ist, so soll der Verwaltungsrath berechtigt sein, acht Tage nach einer einfachen Aufforderung zur Zahlung an der Börse zu Brüssel durch Vermittelung eines Wechselagenten zum Verkaufe der Aktien, auf welche die Einzahlung versäumt worden ist, im Duplikat für Rechnung und Gefahr der Säumigen schreiten zu lassen. Die Stücke der so verkauften Aktien werden mit vollem Rechte ungültig werden, und es sollen den Erwerbern neue Stück-, welche dieselben Nummern wie die alten tragen, ausgestellt werden.

Alles dies, wenn der Rath es nicht vorzieht, den säumigen Aktionär gerichtlich zur Zahlung zu zwingen, und in jedem Falle unbeschadet der dem Aktionär auf Grund des Artikel 42 des Gesetzes vom 18. Mai 1873 erwachsenen Verantwortlichkeit.

Artikel 9. Die Aktien sind auf den Namen lautend oder auf den Inhaber ausgestellt; sie verbleiben auf den Namen lautend bis zur völligen Einzahlung.

Artikel 10. Es wird am Gesellschafts-Sitze ein Register über die auf den Namen lautenden Aktien geführt, in welches jeder Aktionär Einsicht nehmen können.

Dieses Register enthält:

- Die genaue Bezeichnung jedes Aktionärs und die Angabe der Zahl seiner Aktien;
- die Angabe der bewirkten Einzahlungen;
- die Umschreibung der Aktien in Stücke auf den Inhaber, oder umgekehrt.

Artikel 11. Das Eigenthum an der auf den Namen lautenden Aktie wird durch eine Eintragung in das durch den vorigen Artikel vorgeschriebene Register festgestellt.

Die Abtretung wird durch eine in dasselbe Register eingetragene, mit dem Datum versehene und von dem Abtretenden und dem Uebernehmer oder von ihren Bevollmächtigten unterschriebene Uebertragungs-Erklärung vollzogen.

Bescheinigungen, welche die Eintragungen konstatiren, sollen den Aktionären ausgestellt werden.

Artikel 12. Wenn mehrere Eigenthümer einer auf den Namen lautenden Aktie vorhanden sind, so soll die Ausübung der derselben anhaftenden Rechte aufgehoben sein, bis eine einzige Person als Eigenthümerin der Aktie der Gesellschaft gegenüber bezeichnet wird.

Artikel 13. Die auf den Inhaber lautende Aktie und die Bescheinigung über Eintragung der auf den Namen lautenden Aktie werden von zwei Verwaltungsräthen unterzeichnet. Die eine der Unterschriften der Verwaltungsräthe kann vermittelst eines Stempels mit dem Namenszuge untergezeichnet werden.

Die Aktie auf den Inhaber giebt an:

das Datum der Gründungs-Urkunde der Gesellschaft und ihrer Veröffentlichung;

die Anzahl und Gattung jeder Kategorie von Aktien, sowie den Nominalwerth der Stücke oder des gesellschaftlichen Antheils, welchen sie darstellen;

den summarischen Bestand der Einlagen und die Bedingungen, unter welchen dieselben stattgefunden haben; die den Gründern eingeräumten besondern Vortheile; die Dauer der Gesellschaft;

den Tag und die Stunde der jährlichen General-Versammlung.

Artikel 14. Die Abtretungen von Aktien dürfen in das Register der Gesellschaft erst nach Einzahlung des fünften Theiles vom Betrage dieser Aktien eingetragen werden.

Artikel 15. Der Bestand des Gesellschafts-Kapitals soll im Anhang an die jährliche Bilanz veröffentlicht werden.

Er soll umfassen:

- die Angabe der bewirkten Einzahlungen;
- das Verzeichniß der Aktionäre, welche ihre Aktien noch nicht gänzlich eingezahlt haben werden, mit Angabe der Beträge, welche sie schuldig geblieben sein werden.

Dieses Verzeichniß soll auf Veranlassung des Verwaltungsrathes in den durch das Gesetz vom 18. Mai 1873 vorgeschriebenen Formen und Fristen veröffentlicht werden. In Ermangelung dieser Veröffentlichung sollen die in diesem Verzeichniß konstatirten Abtretungen oder Veränderungen dritten Personen gegenüber nicht als bindend betrachtet werden dürfen.

Artikel 16. Die Abtretenden von Aktien sollen für den Gesamtbetrag ihrer Aktien hinsichtlich der Schulden verantwortlich sein, welche der Veröffentlichung der Abtretung, welche sie darüber veranlaßt haben werden, vorhergehen.

Der frühere Eigenthümer soll gegen denjenigen, welchem er seine Aktie abgetreten haben wird, und gegen die späteren Uebernehmer solidarisch Regreß geltend machen dürfen.

Die Aktionäre sind in der Gesellschaft zu einem Verlust nur bis zum Betrage ihrer Aktien haftbar.

Artikel 17. Die Erben oder Rechtsnachfolger eines Aktionärs dürfen unter keinem Vorwande die Anlegung der Siegel an das Eigenthum und die Papiere der Gesellschaft veranlassen noch sich in irgend einer Weise in ihre Verwaltung mischen; sie müssen zur Ausübung ihrer Rechte die Gesellschafts-Inventarien und die Beschlüsse der General-Versammlung als maßgebend gelten lassen.

Abchnitt III.

Verwaltung, Direktion, Ueberwachung.

Artikel 18. Die Gesellschaft wird von einem aus wenigstens fünf Mitgliedern und höchstens neun Mitgliedern bestehenden Rathe verwaltet; sie werden von der General-Versammlung, welche ihre Zahl innerhalb

der oben angegebenen Grenzen festsetzt, ernannt und abgesetzt.

Jedoch soll dieser Rath zum ersten Male bestehen aus: Den Herren Edouard Dremel, Albert Lechat, Georges Moreau-Chaslon, Georges Nagelmaekers, Joseph Neuf, die Alle oben genannt sind, und Herrn Heinrich Rothenstein von der gedachten Firma Brauch & Rothenstein in Berlin.

Artikel 19. Jedes Jahr, von der ordentlichen General-Versammlung von 1886 an gerechnet, sollen zwei von den Verwaltungs-Räthen in der Reihenfolge, welche durch das Loos festgesetzt werden wird, ihr Amt niederlegen; wenn die Zahl der Verwaltungs-Räthe ungerade ist, so soll im letzten Jahre des Turnus ein einziger Verwaltungs-Rath ausscheiden.

Die ausscheidenden Verwaltungs-Räthe sind wieder wählbar.

Artikel 20. Im Falle einer Vacanz einer Stelle als Verwaltungs-Rath besetzen die verbleibenden Verwaltungs-Räthe in Gemeinschaft mit den Kommissarien dieselbe provisorisch, und die General-Versammlung schreitet bei Gelegenheit ihres ersten Zusammentretens zur definitiven Wahl.

Der so erwählte Verwaltungs-Rath füllt die Zeitdauer desjenigen aus, den er ersetzt.

Artikel 21. Der Verwaltungs-Rath wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und seinen Vice-Präsidenten. Der Präsident ist damit beauftragt, den Rath und die General-Versammlung zu berufen und den Vorsitz darin zu führen. Im Behinderungsfalle wird er durch den Vice-Präsidenten oder den ältesten der anwesenden Verwaltungs-Räthe ersetzt.

Artikel 22. Der Verwaltungsrath tritt wenigstens einmal vierteljährlich in Brüssel zusammen oder, wenn es die Interessen der Gesellschaft nützlich machen, an anderen in den Berufungs-Mittheilungen, welche die Tagesordnung enthalten sollen, zu bezeichnenden Orten.

Der Rath kann gültig nur beschließen, wenn wenigstens drei Mitglieder der Sitzung beizuhören. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt. Im Falle der Stimmengleichheit giebt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

Die Beratungen werden durch Protokolle konstatirt, welche von den Mitgliedern, die an der Beratung Theil genommen haben, unterschrieben werden.

Die Abschriften oder Auszüge werden von zwei Mitgliedern des Verwaltungsrathes unterschrieben.

Artikel 23. Der Rath hat die Befugniß, alle Verwaltungs-Handlungen vorzunehmen. Er ernannt und verabschiedet den Direktor, welchen er aus seiner Mitte wählen kann, bestimmt sein Gehalt und gewährt ihm erforderlichen Falls solche außerordentliche Vergütung, wie er sie für geeignet erachtet.

Der Rath verzichtet auf alle dinglichen Rechte und läßt alle zu Gunsten der Gesellschaft gewährten Vorrechte oder Hypotheken löschen oder kann eine Abtretung dieser Rechte bewilligen, mit oder ohne Zahlung.

Er bestimmt, ob Grund vorliegt, einen Rechtsstreit im Namen der Gesellschaft anzustrengen oder durchzuführen. Alle Zustellungen jedoch geschehen auf Verreiben und Antrag des Direktors.

Artikel 24. Jeder Verwaltungsrath ist gehalten, als Gewährleistung für seine Amtsführung 30 Aktien als Vorzugsrecht zu bestimmen.

Ein Vermerk über diese Bestimmung soll von dem Eigenthümer der Aktien für die auf den Namen lautenden Aktien in dem Register der Aktionäre gemacht werden.

Die Aktien auf den Inhaber sollen bei der Kasse der Gesellschaft oder bei der von der General-Versammlung zu bezeichnenden einer dritten Person hinterlegt werden. Wenn sie nicht dem Verwaltungs-Rathe gehören, dessen Amtsführung sie gewährleisten, so soll der Name des Eigenthümers bei Gelegenheit der Hinterlegung angegeben werden, und es soll der ersten General-Versammlung davon Kenntniß gegeben werden.

Artikel 25. Derjenige Verwaltungsrath, welcher ein dem der Gesellschaft entgegenstehendes Interesse hat, in einer der Genehmigung des Verwaltungsrathes unterliegenden Unternehmung, ist gehalten, dem Rathe davon Mittheilung zu machen und diese Erklärung im Sitzungs-Protokolle vermerken zu lassen. Er darf an dieser Beratung nicht Theil nehmen.

Es wird der ersten General-Versammlung vor jeder Abstimmung über andere Vorschläge speziell von den Unternehmungen Bericht erstattet, an denen einer der Verwaltungsräthe ein dem der Gesellschaft entgegenstehendes Interesse haben wird.

Artikel 26. Die Verwaltungs-Räthe übernehmen keine persönliche Verpflichtung in Betreff der Verpflichtungen der Gesellschaft. Sie sind in Gemäßheit des gemeinen Rechtes für die Ausübung des Mandats verantwortlich, welches sie empfangen haben, und für die bei ihrer Amtsführung begangenen Fehler.

Sie sind sowohl der Gesellschaft gegenüber als auch dritten Personen gegenüber solidarisch für allen Schaden verantwortlich, welcher aus Uebertretungen der Bestimmungen des Gesetzes oder der gegenwärtigen Statuten entsteht.

Sie sollen von dieser Verantwortlichkeit in Betreff der Uebertretungen, an denen sie Theil genommen haben sollten, nur dann entlastet werden, wenn ihnen keine Schuld beigemessen werden kann, und wenn sie der nächsten General-Versammlung, nachdem sie davon Kenntniß erhalten haben werden, die Uebertretungen angezeigt haben.

Artikel 27. Die Verwaltungsräthe werden unter sich, wie sie es für angemessen erachten werden, die Tantieme vertheilen, welche ihnen durch Artikel 47 am Gewinn zugewiesen ist.

Artikel 28. Der Direktor ist mit der täglichen Führung der Geschäfte der Gesellschaft beauftragt. Er führt die Beschlüsse des Verwaltungsrathes aus; er wohnt seinen Sitzungen bei und unterbreitet ihm alle



Vorschläge, welche er im gemeinsamen Interesse für nützlich hält.

Er unterzeichnet die Korrespondenz und die Schriftstücke, welche von der Gesellschaft ausgehen.

Die Gehälter der Beamten werden vom Verwaltungsrathe auf Vorschlag des Direktors festgesetzt.

Artikel 29. Der Verwaltungsrath bestimmt, wenn Veranlassung dazu vorliegt, die Art und die Höhe der vom Direktor zu leistenden Kaution.

Artikel 30. Der Verwaltungsrath kann, wenn er es für geeignet erachtet, einem oder mehreren seiner Mitglieder besondere Befugnisse erteilen und ihnen zu diesem Zwecke eine besondere Vergütung außer derjenigen, welche im Artikel 47 festgesetzt ist, gewähren.

Artikel 31. Die Ueberwachung der Gesellschaft ist wenigstens einem Kommissarius und höchstens drei Kommissarien, welche aus den Gesellschaftern ausgewählt und von der General-Versammlung ernannt werden, anvertraut.

Jedoch wird für das erste Mal der oben genannte Herr Louis Siepermann zu dem Amte eines Kommissarius ernannt.

Jedes Jahr, von der ordentlichen General-Versammlung von 1886 an gerechnet, legt einer der Kommissarien sein Amt nieder.

Artikel 32. Die Kommissarien haben ein unbeschränktes Kontroll- und Ueberwachungsrecht über alle Operationen der Gesellschaft. Sie können, ohne dieselben zu entfernen, von den Büchern, von der Korrespondenz, von den Protokollen und im Allgemeinen von allen Schriftstücken der Gesellschaft Kenntniß nehmen.

Es wird ihnen jedes Halbjahr von der Verwaltung eine Zusammenstellung über die Lage der Aktiva und Passiva übergeben.

Die Kommissarien müssen der General-Versammlung das Ergebnis ihrer Thätigkeit zusammen mit den Vorschlägen, welche sie für geeignet halten, unterbreiten und ihr von der Art und Weise Kenntniß geben, wie sie die Inventare kontrollirt haben.

Sie dürfen in keinem Falle den Beamten oder Arbeitern der Gesellschaft Befehle erteilen. Sie haben das Recht, die General-Versammlung zu berufen.

Artikel 33. Die jährliche General-Versammlung setzt die Zahl der Kommissarien innerhalb der im Artikel 31 vorgesehenen Grenzen fest. Sie setzt ihre Bezüge fest, welche für jeden von ihnen nicht höher sein dürfen als der dritte Theil von demjenigen eines Verwaltungsrathes. Die Kommissarien leisten eine auf 20 Aktien der Gesellschaft festgesetzte Kaution.

Die Bestimmungen des Artikel 24 sind auf diese Kaution anwendbar.

Abchnitt IV.

Von den General-Versammlungen.

Artikel 34. Die General-Versammlung der Aktionaire hat die ausgeübtesten Vollmachten, um die Handlungen, welche die Gesellschaft angehen, auszuführen oder zu bekräftigen.

Artikel 35. Es wird jedes Jahr in Brüssel am

zweiten Dienstag des März, und zum ersten Male im Monat März 1885, um 4 Uhr Nachmittags, eine ordentliche General-Versammlung abgehalten. Die Versammlung tritt außerdem außerordentlich auf Grund der Berufung durch den Verwaltungsrath oder die Kommissarien zusammen, welche auf den Antrag von Aktionären, die den zehnten Theil des Gesellschaftskapitals repräsentiren, sie berufen müssen.

Artikel 36. Die Berufungen für jede General-Versammlung enthalten die Tagesordnung und geschehen durch Ankündigungen, welche zwei Mal in einer Zwischenzeit von wenigstens acht Tagen, und das zweite Mal wenigstens acht Tage vor dem Zusammentreten, im Moniteur belge und in einer Brüsseler Zeitung veröffentlicht werden. Rundschreiben sollen außerdem vierzehn Tage vor der Versammlung auf den Namen der Aktionaire versandt werden, aber ohne daß die Erfüllung dieser Förmlichkeit nachgewiesen zu werden braucht.

Wenn alle Aktien auf den Namen lautend sind, so können die Zusammenberufungen durch eingeschriebene Briefe allein erfolgen.

Artikel 37. Die General-Versammlung kann nicht beschließen, wenn nicht die Aktionäre, welche der Sitzung beizuhören, wenigstens den dritten Theil der ausgegebenen Kapitalaktien repräsentiren.

Wenn diese Zahl nicht erreicht ist, so wird zu einer neuen Zusammenberufung geschritten.

Die zweite Versammlung beschließt gütlich über die der ersten Zusammenberufung vorgelegten Gegenstände, welches auch die Zahl der anwesenden Aktionäre sein mag.

Diese Bestimmungen beeinträchtigen durchaus nicht diejenigen des Artikel 48 der gegenwärtigen Statuten im Falle der Abänderungen der Statuten.

Artikel 38. Um zu den General-Versammlungen zugelassen zu werden, müssen die Besitzer von Aktien auf den Inhaber wenigstens sechs Tage vor dem Zusammentreten dem Direktor die Anzahl und die Nummern ihrer Aktien mittheilen. Sie müssen außerdem am Tage der Versammlung mit ihren Aktien oder mit einer Empfangsbcheinigung über Hinterlegung, welche vom Direktor oder einem von dem Verwaltungsrathe bezeichneten Bankier ausgestellt ist, versehen sein.

Während des gedachten Zeitraumes von sechs Tagen soll keine Eintragung oder Uebertragung von Aktien auf den Namen stattfinden.

Artikel 39. Jeder Inhaber von Kapitalaktien hat das Recht zu stimmen. Er hat soviel Stimmen als Kapitalaktien. Jedoch darf Niemand an der Abstimmung Theil nehmen mit einer Anzahl von Aktien, welche den fünften Theil der Anzahl der ausgegebenen Aktien oder zwei Fünftel der Aktien, mit denen an der Abstimmung Theil genommen wird, übersteigt.

Jeder Eigenthümer von Kapitalaktien kann durch einen unter den Aktionären auszuwählenden Bevollmächtigten stimmen; aber das Schriftstück, welches die Vollmacht enthält, und dessen Form von dem Ver-

waltungs-Rathe wird bestimmt werden können, muß wenigstens zwei Tage vor dem Zusammentreten am Gesellschafts-Sitze hinterlegt werden.

Das Bureau der Versammlung soll indessen durch einstimmigen Beschluß Abweichungen von der festgesetzten Frist für die Hinterlegung dieser Vollmachten zulassen können.

Artikel 40. Bei den Wahlen versehen die beiden am meisten theilhaftigen anwesenden Aktionäre das Amt von Stimmen-sammlern. Mit dem Präsidenten des Verwaltungs-Rathes oder demjenigen, welcher ihn vertritt, bilden sie das Bureau, welches unumschränkt über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen entscheidet und die Ergebnisse der Abstimmung verkündet.

Im Falle der Abwesenheit des Präsidenten des Verwaltungs-Rathes oder eines andern Mitgliedes des Rathes, welches ihn ersetzt, bezeichnet die Versammlung selbst ihren Vorsitzenden.

Artikel 41. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Die Protokolle werden von dem Vorsitzenden und den Stimmen-zählern unterschrieben.

Die an dritte Personen auszustellenden Ausfertigungen werden von zwei Mitgliedern des Verwaltungs-Rathes unterschrieben.

Artikel 42. Eine Präsenzliste wird für jeden Aktionär oder Bevollmächtigten beim Anfange der Sitzung unterschrieben.

Abschnitt V.

Inventuren und Bilanzen.

Artikel 43. Jedes Jahr am 31. Dezember, und zum ersten Male am 31. Dezember 1884, nimmt die Verwaltung ein Inventarium auf, welches die Angabe der beweglichen und unbeweglichen Werthe und aller aktiven und passiven Schuldforderungen der Gesellschaft enthält, nebst einem Anhange, welcher in kurzer Zusammenfassung alle ihre Verbindlichkeiten enthält.

Die Verwaltung stellt die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Conto auf, in welchem die erforderlichen Abschreibungen vorgenommen worden sind.

Sie übergiebt die Schriftstücke mit einem Bericht über die Operationen der Gesellschaft einen Monat vor der ordentlichen General-Versammlung den Kommissarien, welche einen ihre Vorschläge enthaltenden Bericht erstatten müssen.

Artikel 44. Vierzehn Tage vor der General-Versammlung liegen die Bilanz, das Gewinn- und Verlust-Conto, sowie das Verzeichniß der mit Namen eingetragenen Aktionäre, welches die Anzahl ihrer Aktien und ihren Wohnsitz angiebt, am Gesellschafts-Sitze zur Einsicht der Aktionäre aus.

Die Bilanz und das Conto werden den mit Namen eingetragenen Aktionären zu gleicher Zeit mit der Zusammenberufung ebenso wie der Bericht der Kommissarien, wenn er nicht auf vollständige Annahme der Bilanz anträgt, übersandt.

Artikel 45. Die General-Versammlung hört die Berichte der Verwaltungs-Räthe und der Kommissarien an und berathet über die Bilanz.

Der Verwaltungs-Rath hat das Recht, während der Sitzung die Versammlung auf drei Wochen zu vertagen. Diese Vertagung macht jeden gefaßten Beschluß ungültig.

Die zweite Versammlung hat das Recht, die Bilanz endgültig festzustellen.

Artikel 46. Die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Conto sollen innerhalb vierzehn Tage nach ihrer Genehmigung auf Kosten der Gesellschaft und durch Vermittelung der Verwaltungs-Räthe in der durch den Artikel 10 des Gesetzes vom 18. Mai 1873 bestimmten Form veröffentlicht werden.

Artikel 47. Von dem durch die Bilanz nachgewiesenen Reingewinn sollen nach Abrechnung der Abschreibungen und aller gesellschaftlichen Lasten abgerechnet werden:

- 1) 10 % zur Bildung eines Reservefonds; diese Abrechnung wird aufhören obligatorisch zu sein, wenn er den vierten Theil des Kapitals erreicht haben wird, und so lange er sich auf dieser Höhe halten wird;
- 2) die erforderliche Summe, um 6 % vom Betrage der auf die Kapitalaktien ausgeschriebenen Einzahlungen als erste Dividende zu zahlen.

Der Rest soll auf folgende Weise vertheilt werden:

- A. 7 % an die Verwaltungs-Räthe;
- B. 3 % an den Direktor und das Personal;
- C. 45 % an die Eigenthümer der Kapitalaktien;
- D. 45 % an die Eigenthümer der Genußscheine oder Anttheile nach Abrechnung der Bezüge, welche den Kommissarien werden von der General-Versammlung bewilligt werden.

Abschnitt VI.

Statuten-Veränderungen.

Artikel 48. Die General-Versammlung hat das Recht, Statuten-Veränderungen vorzunehmen, aber ohne den wesentlichen Zweck der Gesellschaft verändern zu dürfen.

Wenn es sich darum handelt, über Statuten-Veränderungen zu berathen, so ist die Versammlung nur gültig konstituiert, wenn diejenigen, welche der Versammlung beizuhören, wenigstens zwei Drittel des Gesellschafts-Kapitals vertreten; wenn diese letztere Bedingung nicht erfüllt ist, so wird eine neue Zusammenberufung nothwendig, und die neue Versammlung wird gültig beschließen, welches auch der Theil des in der Versammlung vertretenen Kapitals sein mag. Keine Veränderung ist zulässig, wenn sie nicht drei Viertel der Stimmen vereinigt.

Abschnitt VII.

Auflösung und Liquidation der Gesellschaft.

Artikel 49. Die Gesellschaft wird bei Ablauf des durch den Artikel 4 festgesetzten Termins aufgelöst werden, ausgenommen im Falle der in demselben Artikel vorgesehenen Verlängerung.

Artikel 50. Die Gesellschaft kann zu jeder Zeit durch einfachen Beschluß der General-Versammlung der

Aktionaire, welche wie bei den Statuten-Veränderungen berathet, aufgelöst werden.

Im Falle des Verlustes der Hälfte des Gesellschafts-Kapitals sind die Verwaltungs-Räthe gehalten, die General-Versammlung zusammenzuberufen und ihr die Frage der Auflösung der Gesellschaft zu unterbreiten.

Wenn der Verlust drei Viertel des Kapitals erreicht, so soll die Auflösung von den Aktionairen, welche den vierten Theil der in der Versammlung vertretenen Aktien besitzen, ausgesprochen werden können.

Die Auflösung muß auf Antrag jedes Interessenten ausgesprochen werden, wenn sechs Monate seit dem Zeitpunkte verfloßen sind, zu welchem die Zahl der Gesellschafter auf weniger als sieben herabgesetzt worden ist.

Artikel 51. Welches auch immer die Ursache der Auflösung sein mag, die General-Versammlung wird die Art der Liquidation bestimmen und die Liquidatoren ernennen.

Abschnitt VIII.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 52. In all-n Urkunden, Rechnungen, Anzeigen, Veröffentlichungen und anderen von der Gesellschaft ausgehenden Schriftstücken sollen der gesellschaftlichen Bezeichnung diese Worte: „société anonyme“, leserlich und mit allen Buchstaben geschrieben, unmittelbar vorangehen oder folgen.

Wenn diese Schriftstücke das Gesellschafts-Kapital angeben, so soll dieses Kapital dasjenige sein, welches die letzte Bilanz ergibt.

Artikel 53. Das Handelsgericht wird bei außerordentlichen Veranlassungen auf den Antrag von den fünften Theil der Aktien besitzenden Aktionairen, welcher der Gesellschaft nebst Vorladung zugestellt ist, einen oder mehrere Kommissarien ernennen können, welche den Auftrag haben, die Bücher und Rechnungen der Gesellschaft zu prüfen; es wird sich in dieser Beziehung nach den durch den Artikel 124 des Gesetzes vom 18. Mai 1873 vorgeschriebenen Formalitäten richten.

Artikel 54. Jeder Aktionair soll gehalten sein, in Brüssel für Alles, was sich an die Ausführung der gegenwärtigen Statuten knüpft, Domizil zu erwählen, und für den Fall, daß er dies nicht thut, werden alle Vorladungen und Benachrichtigungen im Bureau des Procurators des Königs rechtsverbindlich ausgeführt sein.

Diese Wahl des Domizils zieht die Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit der zuständigen Gerichte zu Brüssel nach sich.

Besondere Erklärung.

Zum Zweck der Vervollständigung der Zeichnung des Gesellschafts-Kapitals erklären diejenigen von den Erschienenen, welche im Namen Dritter handeln, von jetzt an persönlich als Zeichner der von ihnen im Namen dieser Dritten gezeichneten Aktien für den Fall einzutreten, wenn dieselben den vorstehend in ihrem Namen übernommenen Verpflichtungen nicht zustimmen sollten.

Diese Verpflichtung wird nur zum Ueberfluß und der Ordnung wegen übernommen, ohne diese selben

dritten Personen von irgend einer der in ihrem Namen übernommenen Verpflichtungen zu befreien.

Vorüber diese Verhandlung, geschehen und aufgenommen zu Brüssel, in der Schreibstube, im Jahre 1884, am 29. Januar, in Gegenwart des Léon Archie, wohnhaft zu Grelles, und des Jules César Huysmans, wohnhaft zu Brüssel, zugezogenen Zeugen.

Nach geschehener Verlesung haben die Erschienenen mit den Zeugen und dem Notar unterschrieben.

(Unterzeichnet) Georges Nagelmackers, Niel, Edouard Dremel, J. Neuf, W. Diebel, L. Stepermann, Archie, Huymans, van Halteren.

Bekanntmachungen des Königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Eine beabsichtigte Parochialveränderung betreffend

2. Der noch jetzt zu dem Sprengel der Kirche in Lichtenberg gehörige, aber schon mittelst Allerhöchster Ordre vom 30. März 1878 (bekannt gemacht durch Verfügung der Königl. Regierung in Potsdam vom 23. Mai 1878 — Amtsblatt S. 168 —) unter Abtrennung von dem Gemeindebezirk Lichtenberg mit dem Stadtbezirk Berlin vereinigte Flächenabschnitt, der auf dem bezüglichen, bei dem Magistrate zu Berlin beruhenden Situationsplane vom 15. Juni 1876 dargestellt ist und dessen Grenze im Norden und Osten von der (derzeitigen) äußeren Eigenthumsgrenze der Verbindungsbahn und im Süden von der Südgrenze der südlichen Promenade der Frankfurter Allee gebildet wird, soll jetzt dem Sprengel der St. Marcus-Kirche in Berlin zugelegt werden.

Deshalb werden diejenigen zur Evangelischen Landeskirche gehörigen Bewohner des bezeichneten Gebiets, welche glauben, gegen ihre beabsichtigte Auspfarrung aus der Parochie der Kirche zu Lichtenberg und gegen die Einpfarrung in die Parochie der St. Marcus-Kirche zu Berlin, gegründete Einwendungen zu haben, hiermit aufgefodert, solche bis zum 1. Februar d. J. während der werktägigen Geschäftsstunden von Vormittags 11 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr, in dem Amtszimmer 9 des Königl. Konsistoriums, Schützenstraße Nr. 26 eine Truppe hoch bei dem zur Entgegennahme beauftragten Konsistorial-Sekretair Herrn Rechnungs-rath Paude unter geeigneter Ausweise über ihre Person entweder schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.

Berlin, den 3. Januar 1885.

Königl. Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Andere Preise für Personenzug- und Retourenbillets.

5. Mit dem 1. März d. J. treten im Verkehr zwischen Berlin (Schlesischer Bahnhof, Alexanderplatz und Stadtbahn) einer- und Sorau, sowie Laudan und Hinterstationen der Schlesischen Gebirgsbahn andererseits via Cottbus und via Frankfurt a./O. andere Preise für Personenzug- und Retourenbillets in Kraft.

durch welche die qu. seitherigen Preise in einzelnen Klassen Erhöhungen erfahren.

Berlin, den 14. Januar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Deutsch-Ungarischer-Eisenbahn-Verband.

6. Am 15ten d. M. tritt zum Deutsch-Ungarischen Verbandtarif vom 1. Januar 1880 ein Nachtrag XXIII. in Kraft. Derselbe enthält einen Ausnahmetarif für Wolle aller Art, sowie Sämereien und ist bei unseren Güterkassen Berlin (Schl. Bhf.) und Stettin (Cent.-G.-Bhf.), sowie beim hiesigen Auskunfts-Bureau (Bahnhof (Alexanderplatz)) unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 12. Januar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Ermäßigung der Ausnahmetariffsätze für Cement.

2. Vom 1. Februar 1885 ab werden im Tarifheft Nr. 2 des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes, im Verkehr zwischen Stettin, Station der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin einerseits und den Stationen der Weichselbahn und der Warschau-Terespolder Eisenbahn andererseits die Ausnahmetariffsätze für Cement

in Wagenladungen von 10000 kg ermäßigt. Nähere Auskunft erteilen die Verbandstationen, sowie die unterzeichnete Verwaltung.

Bromberg, den 10. Januar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion

als geschäftsführende Verwaltung.

Tarifänderung.

3. Vom 12. Januar 1885 ab wird im Tarifheft Nr. 1 des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes der direkte Verkehr zwischen Stierniewice, Station der Warschau-Bien-Bromberger Eisenbahn einerseits und den Stationen Danzig und Neufahrwasser andererseits via Alexandrowo auf Artikel der allgemeinen Wagenladungsklassen A. 1 und B. ausgedehnt.

Die Frachtsätze betragen zwischen Stierniewice und Danzig lg. Th. für Klasse A. 1 41,18 Kop. und 1,49 M., für Klasse B. 41,18 Kop. und 1,30 M.; zwischen Stierniewice und Neufahrwasser für Klasse A. 1 41,18 Kop. und 1,55 M., für Klasse B. 41,18 Kop. und 1,36 M. pro 100 Kilogramm.

Bromberg, den 13. Januar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion

als geschäftsführende Verwaltung.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

3. der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit dem § 25 Absatz 1 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen pro IV. Quartal 1884.

in Betracht kommenden Grundstücks.	Bezeichnung des	
	bisherigen	künftigen
	Gemeinde- resp. Gutsbezirks.	
Die domainenfiskalische Dorfaue bezw. Dorfstraße — genannt Wilhelmstraße — zu Deutsch-Wilmersdorf.	Kommunalfrei.	Gemeindebezirk
Die Seitens des Kaufmanns Karl Geist und des Buchdruckereibesizers Georg Bärenstein zu Berlin von dem Forstfiskus aus dem Jagd 80a des Forstreviers Coepenid käuflich erworbene Fläche von 0,793 ha Größe.	Gutsbezirk Coepenider Forst, Teltower Anteil.	Deutsch-Wilmersdorf. Gemeindebezirk Gränau.
Berlin, den 13. Januar 1885.	Namens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow Prinz Handjery, königlicher Landrath.	

Personal-Chronik.

Der Regierungs-Assessor von Bethmann-Hollweg ist der hies. königl. Regierung überwiesen worden und hat seine Dienstgeschäfte übernommen.

Die durch die Versetzung des Kreisbauinspektors Thurmman erlebte Kreisbauinspektorstelle zu Templin, wird vom 1. Januar d. J. ab von dem Regierungsbaumeister Prenzkel kommissarisch verwaltet.

Der Stations-Inspektor beim Königl. Charité-Krankenhaus Gottlob Krüger ist vom 1. April 1884 ab in den Ruhestand versetzt worden.

Der ordentliche Lehrer Buermann an dem Friedrichs-Gymnasium in Berlin ist zum Oberlehrer befördert worden.

Der Hilfslehrer Triller ist als Gemeindefchullehrer in Berlin definitiv angestellt worden.

Die Lehrer Kühn und Kirbis sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Gieskat, Heinrighi, Eins, Bouveron, Illing, Henschel, Holzhauer, Müller, Bernsdorff, von Förster, Stopp und Oldorp sind als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Vakant sind resp. werden: die Lehrer-, Küster- und Organistenstelle zu Steinfurth, Inspektion Eberswalde; eine Lehrerstelle zu Niederfinow, Inspektion Eberswalde, königlichen Patronats; eine Lehrerstelle zu Dornswalde, Inspektion Baruth, Privat-Patronats. Eine Lehrerstelle an den Gemeindefschulen zu Potsdam; die Rektorstelle an der höheren Mädchenschule zu Eberswalde, Privat-Patronats.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete

Sauf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungsbefchlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
	Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:				
1	Stefan Rujan, Müllergefelle,	41 Jahre, geboren und ortsangehörig in Nab- sel, Bezirk Gitschin, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a./D.,	18. Novbr. 1884.
2	Alessandro Denabai, Arbeiter,	geboren am 24. Juli 1861 zu St. Giustina, Venedig, Italien,	Landstreichen,	Königlich Preussische Landdrostei Han- nover,	9. Dezember 1884.
3	Josef Glöckl, Büdergefelle,	19 Jahre, geboren zu Gloggnitz, Bezirk Neu- kirchen, ortsangehörig in Döllitschen, Bezirk Mies, Böhmen,	Landstreichen u. a.,	Stadtmagistrat Straubing, Bayern,	10. Oktbr. 1884.
4	Daniel Lür, Kammacher,	26 Jahre, aus Esch, Luxemburg,	Landstreichen und Betteln,	Großherzoglich Badi- scher Landeskommi- ssär zu Konstanz,	8. Oktbr. 1884.
5	Friedrich Bänzli, Regger,	geboren am 20. Sep- tember 1855 zu Muri, Kanton Bern, Schweiz, ebendasselbst ortsangeh.,	Landstreichen u. Gebrauch und Führung gefälschter Legitimationspapiere,	Magistrat der Herzog- lichen Residenzstadt Coburg,	30. Oktbr. 1884.
6	Louis Frérot, Erdarbeiter,	geboren am 13. Juni 1854 zu Marles, Frankreich, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	4. Novbr. 1884.
7	Jakob Bergheim, Wassenschmied,	geboren am 8. Sep- tember 1864 zu Böller- markt, Kärnten,	Landstreichen,	derselbe,	13. Novbr. 1884.
8	Karl August Pierre, Schuhmacher,	geboren am 27. Mai 1859 zu Bruyères, Departement des Vos- ges, Frankreich, eben- dasselbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	15. Novbr. 1884.
9	Oskar Deprez, Tagner,	geboren am 11. August 1844 zu Marseille, Frankreich,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	2. Dezember 1884.
10	Constant Coanet, Arbeiter,	geboren am 6. Juni 1841 zu Labasse, Frankreich,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	4. Dezember 1884.
11	Paul Marie August Müller, Mechaniker,	geboren am 14. Juli 1861 zu Rupt, Des- partement des Vosges, Frankreich,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
12	Emil Reßler, Arbeiter,	39 Jahre, geboren zu Gondreville, Depart- ement Meurthe, Frank- reich,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
13	Heinrich Truchard, Arbeiter,	geboren am 3. Januar 1839 zu La Conture, Departement Pas de Calais, Frankreich,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	6. Dezember 1884.

Rang.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	des Ausgewiesenen				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
14	Donaventura Papa, Erdarbeiter,	geboren am 23. Juli 1858 zu Oltrona, Bezirk Como, Italien,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Reg,	6. Dezember 1884.
15	Ferdinand Handl, Maler,	geboren am 2. August 1865 zu Graz, Steiermark,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
16	Peter Kliska, Eisenbahnarbeiter,	geboren 1850 zu Bresniz bei Ratowitz, Böhmen, wohnhaft zuletzt in Forbach, Lothringen,	Landstreichen,	derselbe,	8. Dezember 1884.

Bekanntmachung der Ständischen General-Direktion der Land-Feuer-Sozietät der Kurmark und der Niederlausitz. Feuerkassengelder-Ausschreiben

für die Land-Feuer-Sozietät der Kurmark Brandenburg, des Markgrafthums Niederlausitz und der Distrikte Jüterbog und Belgig für das II. Halbjahr 1884.

Für das Jahr 1884 sind von den Sozietäts-Mitgliedern überhaupt aufzubringen: a. Vergütigungsgelder für Immobilial-Brandschäden incl. Abschätzungskosten: 1447 291 M. 40 Pf., b. dergleichen für Mobilial-Brandschäden incl. Abschätzungskosten: 95 621 M. 86 Pf., c. Spritzen-Prämien: 21 863 M., d. Wasserwagen-Prämien: 6 807 M., e. Pertinenzschäden-Vergütungen: 13 730 M. 59 Pf., f. Verwaltungskosten: 100 914 M. 38 Pf., g. Extraordinarien: 41 817 M. 25 Pf., h. Reisekosten: 5 062 M. Summa: 1 733 107 M. 18 Pf.

Dievon kommen in Abzug: a. das nach dem Ausschreiben pro II. Semester 1883 verbliebene Guthaben von 58 810 M. 72 Pf., b. die bereits pro I. Semester 1884 aufgebracht 846 727 M. 58 Pf., c. die Beiträge der Mobilial-Versicherten pro 1884 von 76 413 M. 96 Pf., d. an Zinsen: 21 933 M. 87 Pf., e. an extraordinären Einnahmen: 3 206 M.

10 Pf., zusammen: 1 007 092 M. 23 Pf., so daß aufzubringen bleiben: 726 015 M. 25 Pf. Zur Deckung dieser Summe werden für Gebäude der I. Klasse 7 Pf., der II. Klasse 14 Pf., der III. Klasse 49 Pf., der IV. Klasse 84 Pf. für 100 M. Versicherung ausgeschriben, und sind demnach aufzubringen für Gebäude der I. Klasse von 245 894 200 M. Versicherungskapital 172 125 M. 94 Pf., II. Klasse von 122 358 750 M. Versicherungskapital 171 302 M. 25 Pf., III. Kl. von 79 201 900 M. Versicherungskapital 388 089 M. 31 Pf., IV. Klasse von 339 225 M. Versicherungskapital 2 849 M. 49 Pf., zusammen: von 447 794 075 M. Versicherungskapital 734 366 M. 99 Pf., also gegen obige Bedarfssumme von 726 015 M. 25 Pf. mehr: 8351 M. 74 Pf., welcher Betrag den Sozietätsmitgliedern bei Erlass des Feuerkassengelder-Ausschreibens pro I. Semester 1885 zu Gute gerechnet werden wird.

Die Sozietätsmitglieder werden hierdurch veranlaßt, die von ihnen zu leistenden Beiträge nach Maßgabe der besonderen Aufforderungen der betreffenden Kreis-Feuer-Sozietäts-Direktionen, beziehungsweise Orts-Erheber, ungesäumt zu entrichten.

Berlin, den 15. Januar 1885.

Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Sozietät der Kurmark und der Niederlausitz.

(Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Seiten mit 10 Pf. berechnet.)

Verlag von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (E. Hahn, Hof-Buchdrucker).



Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 5.

Den 30. Januar

1885.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Die Oeffnung der Eisenbahnbrücke
über die Havel bei Potsdam betreffend.

26. Vom 1. Februar d. J. ab wird die bei hiesiger Stadt über die Havel führende Drehbrücke der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn nach Maßgabe des nachstehenden Verzeichnisses für den Schiffsverkehr geöffnet werden und sind daher vom gedachten Tage ab die in meiner Bekanntmachung vom 15. Oktober 1884 — Amtsblatt für 1884 Stück 43 Seite 402 — publizierten Oeffnungszeiten dieser Brücke nicht mehr maßgebend.

In der Zeit vom 15. Oktober bis 15. März wird die Brücke geöffnet sein:

- | | | | | | |
|----|-----|---------------|-----|---------------|-------------|
| 1) | von | 5 Uhr 30 Min. | bis | 6 Uhr 15 Min. | Vormittags, |
| 2) | " | 8 | " | 14 | " |
| 3) | " | 10 | " | 12 | " |
| 4) | " | 11 | " | 46 | " |
| 5) | " | 12 | " | 25 | " |
| 6) | " | 1 | " | 10 | " |
| 7) | " | 2 | " | — | " |
| 8) | " | 4 | " | 55 | " |
- | | | | | | | | | | |
|---|----|---|----|---|----|---|----|---|--------------|
| " | 8 | " | 14 | " | 8 | " | 34 | " | " |
| " | 10 | " | 12 | " | 10 | " | 36 | " | " |
| " | 11 | " | 46 | " | 12 | " | 8 | " | " |
| " | 12 | " | 25 | " | 12 | " | 40 | " | " |
| " | 1 | " | 10 | " | 1 | " | 24 | " | Nachmittags, |
| " | 2 | " | — | " | 2 | " | 26 | " | " |
| " | 4 | " | 55 | " | 5 | " | 24 | " | " |

In der Zeit vom 15. März bis 15. Oktober wird die Brücke offen sein:

- | | | | | | |
|----|-----|---------------|-----|---------------|-------------|
| 1) | von | 3 Uhr 45 Min. | bis | 6 Uhr 15 Min. | Vormittags, |
| 2) | " | 8 | " | 14 | " |
| 3) | " | 10 | " | 12 | " |
| 4) | " | 11 | " | 46 | " |
| 5) | " | 12 | " | 25 | " |
| 6) | " | 1 | " | 10 | " |
| 7) | " | 2 | " | — | " |
| 8) | " | 4 | " | 55 | " |
| 9) | " | 6 | " | 53 | " |
- | | | | | | | | | | |
|---|----|---|----|---|----|---|----|---|--------------|
| " | 8 | " | 14 | " | 8 | " | 34 | " | " |
| " | 10 | " | 12 | " | 10 | " | 36 | " | " |
| " | 11 | " | 46 | " | 12 | " | 8 | " | " |
| " | 12 | " | 25 | " | 12 | " | 40 | " | Nachmittags, |
| " | 1 | " | 10 | " | 1 | " | 24 | " | " |
| " | 2 | " | — | " | 2 | " | 26 | " | " |
| " | 4 | " | 55 | " | 5 | " | 24 | " | " |
| " | 6 | " | 53 | " | 7 | " | 14 | " | " |

Sodern Verspätungen der Züge eintreten oder Extrazüge oder leere Maschinen in den angegebenen Zeiten verkehren sollten, werden letztere entsprechend verkürzt.

Potsdam, den 22. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die Apothekergehülfen-Prüfung betreffend.

27. Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers, betreffend die Prüfung der Apothekergehülfen, vom 13. November 1875 habe ich folgende Herren: den Geheimen Medicinalrath Dr. Kanjow zum Vorsitzenden, den Apotheker Benzel und den Hofapotheker Hoffmann hiersebst zu Mitgliedern, sowie den Apotheker von Glasenapp hiersebst zum stellvertretenden Mitgliede der Apothekergehülfen-Prüfungs-

Kommission im diesseitigen Regierungsbezirke für die Jahre 1885 bis 1887 ernannt. Die Anträge um Zulassung zur Prüfung sind an den Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission zu richten.

Potsdam, den 23. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verlegung eines Jahrmarkts.

28. Der im Kalender auf den 2. April 1885 angesetzte Vieh- und Krammarkt in der Stadt Teltow wird hiermit auf den 26. März 1885 verlegt.

Potsdam, den 21. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung, betreffend das Durchschleusen von Fahrzeugen zur Nachtzeit durch die Charlottenburger Schleusen.

29. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß für die Charlottenburger Schleusen der Nachtdienst in dem durch die Bekanntmachung vom 12. Juli 1881 (Amtsblatt 1881 Seite 297) für die Schleusen der Hohenstaaten—Spandauer Wasserstraßen angeordneten Umfange eingeführt worden ist.

Potsdam, den 24. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung von Pferden u. in Königsberg i. Pr.

30. Der Herr Minister des Innern hat unterm 11. d. M. dem Comité für den Pferdemarkt zu Königsberg i./Pr. die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit des nächsten dortigen Pferdemarktes eine öffentliche Verloosung von Equipagen, Pferden u. zu veranstalten und die betreffenden Loose im ganzen Bereiche der Monarchie abzugeben.

Potsdam und Berlin, den 23. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Verloosung von Pferden u. in Cassel.

31. Der Herr Minister des Innern hat unterm 9. d. Mts. dem Comité des Casseler Pferdemarktes die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit des in der Zeit vom 1. bis 3. Juni d. J. daselbst abzuhaltenden Pferdemarktes eine öffentliche Verloosung von Pferden, Equipagen, Reit- und Fahr-Requisiten, landwirtschaftlichen Geräthen, Kunst- und Gebrauchs-Gegenständen zu veranstalten und die betreffenden Loose im ganzen Bereiche der Monarchie abzugeben.

Potsdam, den 26. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

32. Die Rogkrankheit unter den Pferden des Ritterguts Rhinow im Kreise Westhavelland ist erloschen. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Schweine-

des Rittgutsbesizers Weesow zu Mühlenbeck im Kreise Niederbarnim ist ebenfalls erloschen.

Potsdam, den 23. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

33. Die roßverächtigen beiden Pferde des Fuhrmanns Baumann in Zerpenschulze-Berg, Kreis Niederbarnim, sind nach längerer Observation gesund befunden und die bezüglich derselben angeordneten Maßnahmen aufgehoben worden.

Das Pferd des Rentanten Schmidt zu Nirdorf ist am 16. d. M. roßkrank befunden und getödtet worden.

Potsdam, den 24. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

34. Die Maul- und Klauenseuche ist unter den Rindviehbeständen von 4 Bauerngehöften zu Tremmen im Kreise Westhavelland ausgebrochen.

Potsdam, den 26. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Anm.-kung der herzustellenden neuen Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Cöpenick und Steglitz.

2. Um rechtzeitig und in zweckmäßiger Weise die Vorbereitungen zu den vom 1. April d. J. ab auszuführenden Erweiterungen der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Cöpenick und Steglitz, welche sämtlich mit dem Fernsprechnetz in Berlin verbunden sind, treffen zu können, ist es erwünscht, die Zahl der herzustellenden neuen Anschlüsse, sowie die Lage der Gebäude, in welchen Fernsprechstellen eingerichtet werden sollen, im Voraus zu kennen.

Dieser Personen u., welche den Anschluß an die betreffenden Stadt-Fernsprecheinrichtungen zum Frühjahr wünschen, wollen mir die bezüglichen schriftlichen Anmeldungen **spätestens bis zum 1. März** zugehen lassen, da sonst mit Sicherheit auf die Herstellung der Anschlüsse nicht mehr gerechnet werden kann.

Die Bedingungen für die Teilnahme an den Stadt-Fernsprecheinrichtungen in den genannten Städten, sowie für den Anschluß an das Stadt-Fernsprechnetz in Berlin werden auf Wunsch mitgeteilt werden.

Potsdam, den 4. Januar 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Postrathe Wahl.

Bekanntmachungen des Königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Eine beabsichtigte Parochialveränderung betreffend.

3. Der noch jetzt zu dem Sprengel der Kirche in Lichtenberg gehörige, aber schon mittelst Allerhöchster Ordre vom 30. März 1878 (bekannt gemacht durch Verfügung der Königlichen Regierung in Potsdam vom 23. Mai 1878 — Amtsblatt S. 168 —) unter Abtrennung von dem Gemeindebezirk Lichtenberg mit dem Stadtbezirk Berlin vereinigte Flächenabschnitt, der auf dem bezüglichen, bei dem Magistrate zu Berlin beruhenden Situationsplane vom 15. Juni 1876 dargestellt ist und dessen Grenze im Norden und Osten von der (derzeitigen) äußeren Eigenthumsgrenze der Ver-

bindungsbahn und im Süden von der Südgrenze der südlichen Promenade der Frankfurter Allee gebildet wird, soll jetzt dem Sprengel der St. Marcus-Kirche in Berlin zugelegt werden.

Deshalb werden diejenigen zur Evangelischen Landeskirche gehörigen Bewohner des bezeichneten Gebiets, welche glauben, gegen ihre beabsichtigte Auspfarrung aus der Parochie der Kirche zu Lichtenberg und gegen die Einpfarrung in die Parochie der St. Marcus-Kirche zu Berlin, gegründete Einwendungen zu haben, hiermit aufgefordert, solche bis zum 1. Februar d. J. während der werktägigen Geschäftsstunden von Vormittags 11 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr, in dem Amtszimmer 9 des Königlichen Konsistoriums, Schützenstraße Nr. 26 eine Treppe hoch bei dem zur Entgegennahme beauftragten Konsistorial-Sekretair Herrn Rechnungsrath Paudke unter geeignetem Ausweise über ihre Person entweder schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.

Berlin, den 3. Januar 1885.

Könlgl. Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums zu Berlin.

Die Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten betr.

1. Die Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten beginnt hier **am 17. September d. J.** Zu dieser Prüfung werden zugelassen Geistliche, Candidaten der Theologie oder der Philologie, sowie solche Volksschullehrer, welche die zweite Prüfung bestanden und sich mindestens zwei Jahre mit Taubstummenunterricht beschäftigt haben. Die Anmeldungen sind an uns **bis zum 1. März d. J.** einzureichen und denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Confession und das augenblickliche Amteverhältniß des Bewerbers angegeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung, sowie über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein Zeugnis über die bisherige Thätigkeit des Bewerbers im Taubstummenunterricht, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugnis über normalen Gesundheitszustand.

Berlin, den 16. Januar 1885.

Könlgl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ausgabe direkter Tourbillets 1. III. Cl. für Courir- und Erpreßzüge.

7. Vom 1. Februar d. J. ab werden bei den Billet-Expeditionen Berlin-Schlesischer Bahnhof und den Fernstationen der Stadtbahn direkte Tourbillets 1.—III. Classe für Courir- und Erpreßzüge nach Station Antonin der Breslau-Warschauer Eisenbahn via Mohren-Dele-Kempen, verbunden mit direkter Gepäcksabfertigung, zur Ausgabe gelangen.

Berlin, den 24. Januar 1885.

Könlgl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Neues Süddeutsches Eisenbahn-Kursbuch.

1. Am 1. Februar d. J. erscheint eine neue Ausgabe des Süddeutschen Eisenbahn-Kursbuchs, enthaltend die Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund-Berlin-Dresden, sowie der anschließenden Bahnen in Oesterreich und Rußland. Dasselbe ist bei allen Stationen bezw. Villetexpeditionen des vorbezeichneten Bezirks, sowie im Buchhandel zum Preise von 40 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 18. Januar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Der Bürgermeister Stromeyer in Rheinsberg ist zum Amts-Anwalt bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

An Stelle des Bürgermeisters Fels ist der Stadtrath Schubert in Eberswalde zum Amts-Anwalt bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Der Regierungs-Feldmesser Richter zu Berlin ist auf seinen Antrag zum 1. Februar 1885 in den Ruhestand versetzt.

Bei der königlichen Ministerial-Bau-Kommission in Berlin sind im Laufe des IV. Kalender-Quartals v. J. die Bauführer Martin Paul Max Borgmann und Friedrich Wilhelm Julius Berghaus vereidigt worden.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Groß-Mug. Diözese. Jechenitz, kommt durch die nach neuem Rechte erfolgende Emeritierung ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Wenzel, zum 1. April d. J. zur Erledigung.

Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeindevahl nach Maßgabe der Allerhöchsten Verordnung vom 2. Dezember 1874 (Ges.-Samml. d. 1874 Nr. 28 S. 355).

Der Schulamtskandidat Friedrich Wolff ist als ordentlicher Lehrer an dem Andreas-Realgymnasium zu Berlin angestellt worden.

An der Luisenstädtischen Oberrealschule in Berlin ist der ordentliche Lehrer Dr. Krause I. zum Oberlehrer befördert und sind der bisherige ordentliche Lehrer an der Friedrich-Werderschen Oberrealschule in Berlin, Dr. Tanger und der Schulamtskandidat Dr. von Dreska als ordentliche Lehrer angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Dröge ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Remad ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Keller und Schüge sind als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Martha Friedrich, Elisabeth Peronne, Maria Seidel, Katharina Plenz, Gertrud

Krems, Helene Kollberg, Luise Coler sind als Gemeindefullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen: Mathilde Pundt, Fanny Weyl und Johanna Heilbrun sind als Gemeindefullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Vakant sind resp. werden: Je eine Lehrer- und Küsterstelle zu Ringenwalde, Inspection Briesen; zu Wiepersdorf, Inspection Dahme, Privat-Patronats; je eine Lehrerstelle zu Pankow, Inspection Landkreises Berlin, Niederbarnim, königlichen Patronats; zu Blumberg, Inspection Berlin Land, Privat-Patronats. Eine Lehrerstelle zu Potsdam.

Wiederbesetzt sind: Die Lehrer- und Küsterstelle zu Schwanebeck, Inspection Berlin Land; die Lehrer-, Küster- und Organistenstelle zu Welsigkendorf, Inspection Jüterbog; je eine Lehrerstelle zu Caputh, Inspection Potsdam I., zu Kirz bei Coepenitz, Inspection Landkreis Berlin-Teltow.

Personal-Veränderungen im Bezirk des Kammergerichts im Monat Dezember 1884.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: der General-Auditeur der Armee Dehlschläger zum Präsidenten des Kammergerichts unter Belassung des Charakters als Wirklicher Geheimer Ober-Justizrath mit dem Range eines Rathes I. Klasse und die Gerichtsassessoren Robert Müller, Loewe und Isenbart zu Amtsrichtern bei dem Amtsgerichte zu Danuth bezw. Lippehne und Potsdam.

Versetzt sind: die Amtsrichter Schulgenstein in Nixdorf als Landrichter an das Landgericht Berlin II., Schmidt in Bernau und Dr. Frisichen zu Lyd an das Amtsgericht Berlin I. und Knorr zu Potsdam an das Amtsgericht zu Halle a./S.

Gestorben ist der Amtsgerichtsrath Hammer in Berlin.

II. Gerichtsassessoren.

Ernannt sind: zu Gerichtsassessoren die bisherigen Referendare: Ufert, Dr. Gerson, von Schulz, Großmann, Günther, Balke, Paeske, Grodzinski, v. Wilmowski, Schramme, Apolant und Hobrecht.

Entlassen sind: von Nigelmann und Buchholz behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Zugelassen sind zur Rechtsanwaltschaft: die Rechtsanwälte Dr. Stern aus Breslau und Schend aus Essen, sowie die Gerichtsassessoren Dr. Ratz, Dr. Richard Wolff, Hahn und Dr. Remling bei dem Landgerichte Berlin I., Gaecke bei dem Amtsgerichte zu Croßen, Fehle bei dem Amtsgerichte zu Schwiebus und Gerichtsassessor a. D. Binger bei dem Amtsgerichte zu Brandenburg.

Zu Notaren sind ernannt: die Rechtsanwälte

Aye zu Perleberg und Freiherr von Lynder zu Cäferin mit Anweisung ihres Wohnsitzes daselbst.

Gestorben sind: die Rechtsanwälte und Notare von Uflanski zu Neu-Ruppin und Osterroht zu Spandau.

IV. Referendare.

Ernannt sind zu Referendaren die bisherigen Rechtskandidaten: Stein, Splettkoeper, von Harling, Dr. Gelpke, Dr. Droste, Moser, Pezenburg, Arnheim, Schulz, May, Brauer, Bachmann, Eugen Schmidt, Petersen, Schleier, Paetsch, Hesse, Wegener und von Uchtritz und Steinkirch.

Uebernommen sind: Trautvetter, Baechter, Kuhbaum und Karstedt aus dem Bezirke des Oberlandesgerichts zu Naumburg bezw. Königsberg i./P., Stettin und Frankfurt a./M.

Entlassen sind: Louis Lehmann, Dr. George Sander und Lindenbergh behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind zu etatsmäßigen Gerichtsschreibern:

gepülften: die Militairanwärter Hübner in Sorau und Ragdorff in Lübben bei dem Amtsgerichte zu Frankfurt a./O. bezw. Forst i./L. und der diätarische Gerichtsschreibergehilfe Krausnick hier bei dem Landgerichte Berlin I.

Pensionirt sind: die Gerichtsschreiber Joseph Emanuel Theodor Hoffmann in Berlin und Thalwiger in Brandenburg a./H.

Gestorben ist der Gerichtsschreiber Nithack bei dem Amtsgerichte Berlin I.

Bermischte Nachrichten.

Die Führung des Handels- u. Registers im Jahre 1885.

In dem Geschäftsjahre 1885 werden die auf Führung des Handels-, Zeichen- und Muster-, sowie des Genossenschafts-Registers bezüglichen Geschäfte der Amtsgerichte Dranienburg und Liebenwalde von dem Amtsrichter Lautherius hier unter Mitwirkung des Sekretärs Schmook bearbeitet. Die Eintragungen werden durch den Deutschen Reichsanzeiger, das Regierungs-Amtsblatt zu Potsdam und die Börsen-Zeitung veröffentlicht.

Dranienburg, den 19. Januar 1885.

Königl. Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang.	Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
		des Ausgewiesenen.				
1.		2.	3.	4.	5.	6.
		a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:				
1		Bermittelte Weber Theresie Scholz, geborene Spiller,	geboren am 1. August 1820 zu Johannesthal, Bezirk Jägerndorf, Oesterreichisch-Schlesien, ebendaselbst ortsangehörig,	Diebstahl und Vergehen gegen die Sittlichkeit (1 Jahr 3 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 16. August 1883),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	23. Oktbr. 1884.
2		Franz Exler, Arbeiter,	geboren am 7. Februar 1849 zu Lichtenau, Bezirk Senftenberg, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	1 schwerer, 2 einfache Diebstähle, Landstreicherei und Betteln (2 Jahre 1 Monat Zuchthaus laut Erkenntniß vom 21. Juli 1882),	derselbe,	16. Dezember 1884.
3		Matthias Obermeier, Braumeister,	geboren am 12. Oktober 1838 zu Gutesheim bei Schildorn, Bezirk Nied, Ober-Oesterreich, ortsangehörig in Schildorn, wohnhaft zuletzt in Altstadt Borna bei Leipzig,	vorsätzliche Brandstiftung (8 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 16. Dezember 1876),	Königlich Sächsischer Kreishauptmannschaft Leipzig,	12. Dezember 1884.
4		Luigi Marovelli, Zinngießergehilfe,	geboren im September 1851 zu Inverio superiore, Bezirk Piemont, Provinz Novara, Italien, ebendaselbst ortsangehörig,	Münzverbrechen (1/2 Jahr Gefängniß laut Erkenntniß vom 28. Juni 1884),	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Karlsruhe,	24. Dezember 1884.



Rang.	Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
		des Ausgewiesenen.				
1.		2.	3.	4.	5.	6.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:						
1		Alexander Willy, Kellner,	geboren am 18. August 1861 zu Königgrätz, Böhmen, ebenda selbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	16. Dezember 1884.
2		Johannes Sordo, Arbeiter,	geboren im August 1851 zu Borgo, Tirol,	Landstreichen,	Königlich Preussische Landdrostei Han- nover,	9. Dezember 1884.
3		Johann Baptist Berchem, Tabacksarbeiter,	geboren am 21. April 1848 zu Luxemburg, ebenda selbst ortsangeh.,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussische Regierung zu Düssel- dorf,	11. Novbr. 1884.
4		Johann Smaha, Bindergehilfe,	21 Jahre, geboren und ortsangeh. in Wazau, Bez. Klattau, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Rötting,	26. Novbr. 1884.
5		Rudolf Wittmann, Glaser und Tischler,	geboren am 15. Oktober 1853 zu Bodenbach, Bezirk Tetschen, Böh- men, ebenda selbst orts- angehörig,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Neu- Ulm,	7. Dezember 1884.
6		Adolf Tomaschec, Tapezierergehilfe,	geboren am 9. Juni 1858 zu Brünn, Mäh- ren, ortsangehörig in Raschitz, Bezirk Pilsen, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	dieselbe Behörde,	10. Dezember 1884.
7		Josef Huber, Mechaniker,	geboren am 29. Sep- tember 1846 zu Besen- büren, Kanton Aargau, Schweiz, ebenda selbst ortsangehörig,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	25. Oktbr. 1884.
8		Johann Wüthrich,	geboren am 14. Juli 1861 zu Albligen, Kanton Bern, Schweiz, ortsangehörig in Trubi, ebenda selbst,	Landstreichen,	derselbe,	6. Novbr. 1884.
9		Johann Roman Galmisch,	geboren am 25. März 1843 zu Bal d'Ajol, Departement des Vos- ges, Frankreich,	desgleichen,	derselbe,	2. Dezember 1884.
10		Jakob Degg, Tagner,	geboren am 30. Januar 1854 zu Thayingen, Kanton Schaffhausen, Schweiz, ebenda selbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	3. Dezember 1884.
11		Johann Kaspar Lanter, Metzler,	geboren am 18. Fe- bruar 1848 zu Stei- nach, Kant. St. Gallen, Schweiz, ebenda selbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	6. Dezember 1884.
12		Julius Fevillier, Knecht,	geboren am 14. März 1842 zu Boulogne, Departement Pas de Calais, Frankreich,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	16. Dezember 1884.

Satz. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
13	Franz Benka, Tagearbeiter,	geboren am 7. Juni 1857 zu Fußdorf, Bezirk Hohenstadt, Mähren, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	26. Novbr. 1884.
14	Ferdinand Pärtl, Lohnwebergefelle,	geboren am 2. Juli 1843 zu Mosty, Bezirk Teschen, Böhmen, ortsangehörig in Hoffenz, Bezirk Olmütz, Mähren,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
15	Franz Heinisch, Arbeiter,	geboren am 9. Oktober 1867 zu Schönberg, Mähren, ortsangehörig in Weikersdorf, Bezirk Schönberg,	Betteln im wiederholten Rückfall,	derselbe,	29. Novbr. 1884.
16	Charles Dumont, Lithograph,	geboren am 19. April 1848 zu Paris, Frankreich,	Landstreichen,	Königlich Preussische Regierung zu Cassel,	17. Dezember 1884.
17	Franz Fischer, Fabrikweber,	41 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Rothwasser, Bezirk Hohenstadt, Mähren,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Sonthofen,	11. Dezember 1884.
18	Franz Burggraf, Tagelöhner und Schneidergefelle,	19 Jahre, geboren zu Dobl, Gemeinde Brunnthal, Bezirk Schärding, Ober-Österreich, ortsangehörig in Fürstenhut, Bezirk Prachatis, Böhmen,	Diebstahl, Landstreichen, Betteln und Führung falscher Legitimation,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ebersberg,	13. Dezember 1884.
19	Johann Leithäuser, Schneider,	geboren am 28. April 1859 zu Pest, Ungarn, ortsangehörig in Nirdorf, Bezirk Böhmisches Leipa,	Landstreichen u. Gebrauch falscher Legitimation,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Baugen,	29. Oktbr. 1884.
20	Jakob Baumgartl, Maurer und Steinmetz,	geboren am 11. November 1858 zu Leskau, Bezirk Tepl, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau,	1. Dezember 1884.
21	Stefan (István) Farkas, Buchdrucker,	geboren am 10. Oktober 1854 zu Groß-Emöke, Komitat Neutra, Ungarn, ortsangehörig in Neutra,	Landstreichen,	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Karlsruhe,	23. Dezember 1884.
22	Anton Pallanini, Maurer,	32 Jahre, geboren zu Palazzo sull' Oglio, Provinz Bergamo, Italien,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	25. Oktbr. 1884.

1. Lauf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
2.	3.	4.	5.	6.	
23	David Bilinski, Handelsmann,	56 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Rad- zilow, Gouvernemen- tomsha, Russisch- Polen,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	16. Dezember 1884.
24	Johann Steiner, Bäcker,	geboren am 30. Juni 1860 zu Lyß, Kanton Bern, Schweiz, eben- daselbst ortsangehö- rig,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	26. Novbr. 1884.
25	Friedrich Weiened (Wpeneth), Handarbeiter,	geboren am 27. August 1862 zu Marteretsch, Kanton Bern, Schweiz, ebendaselbst ortsange- hörig,	desgleichen.	derselbe,	3. Dezember 1884.
26	Adolf Blaser, Melker,	geboren am 21. August 1867 zu Langenau, Kanton Bern, Schweiz, ebendaselbst ortsange- hörig,	desgleichen,	derselbe,	10. Dezember 1884.
27	Jakob Fiszler, Schuhmacher,	29 Jahre, geboren zu Chrzanow, Galizien,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	16. Dezember 1884.
28	Alphons Amadeus Ribault, Arbeiter,	geboren am 21. No- vember 1841 zu Athis- Mons, Departement Seine et Oise, Frank- reich,	Landstreichen,	derselbe,	desgleichen.
29	Abrian Boursier, Dreher,	geboren am 4. August 1828 zu Nevers, De- partement Nièvre, Frankreich,	desgleichen,	derselbe,	18. Dezember 1884.
30	Franz Benot, Buchbinder,	geboren am 18. August 1832 zu Norge la Ville, Bezirk Côte d'or, Frankreich,	desgleichen,	derselbe,	19. Dezember 1884.
31	Franz Bizzoli, Maler,	geboren am 10. August 1861 zu Boretto, Provinz Reggio, Ita- lien,	desgleichen,	derselbe,	23. Dezember 1884.
32	Abraham Kornfeld, Arbeiter,	geboren am 15. Juni 1865 zu Wola bei Brzostek, Galizien, ebendaselbst ortsange- hörig,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	24. Dezember 1884.
33	Matthias Schmachowsky, Ziegelarbeiter,	geboren am 15. März 1852 zu Grinad, Ko- mitat Pressburg, Un- garn, ebendaselbst orts- angehörig,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	29. Dezember 1884.

1.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
34	Die Zigeuner: a. Johann Ferko (Ferkow), Schmied, b. Josef Ferko, Schmied, c. Susanna Ferko, d. Pauline Ferko, e. Susanna Ferko, f. Theresia Ferko,	ca. 26 Jahre, geboren zu Jabrzel, Bezirk Mährisch-Strau, ca. 21 Jahre, geboren ebendasselbst, ca. 16 Jahre, ca. 19 Jahre, ca. 18 Jahre, ca. 15 Jahre, geboren und ortsange- hörig zu Schwarz- wasser, Bezirk Bie- lig, Oesterreichisch- Schlesien,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	1. Dezember 1884.
35	Josef Effenberger, Bäckergefelle,	geboren am 17. März 1852 zu Golbenstein, Bezirk Schönberg, Mähren, ebendasselbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	10. Dezember 1884.

Ausschreiben

der von den Theilnehmern der Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Brandenburg für das II. Halbjahr 1884 zu entrichtenden Feuer-Sozietäts-Beiträge.

Die Direktorial-Kommission der Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Brandenburg hat die Beiträge der Theilnehmer der Sozietät für das II. Halbjahr 1884 für 100 Mark Versicherungs-Summe festgesetzt: in Klasse IA. auf 2,10 Pf. (0,21 pro mille), in Klasse I. auf 3 Pf. (0,30 pro mille), in Klasse II. auf 6,30 Pf. (0,63 pro mille), in Klasse III. auf 9 Pf. (0,90 pro mille), in Klasse IV. auf 21 Pf. (2,10 pro mille), in Klasse V. auf 42 Pf. (4,20 pro mille).

Demzufolge werden nunmehr ausgeschrieben: von 27 195 675 M. Versicherungssumme in Klasse IA. 5 711 M. 09 Pf., von 335 661 175 M. Versicherungssumme in Klasse I. 100 698 M. 35,25 Pf., von 387 200 M. Versicherungssumme in Klasse II. 243 M. 93,6 Pf., von 155 326 375 M. Versicherungssumme in Klasse III. 139 793 M. 73,75 Pf., von 23 603 825 M. Versicherungssumme in Klasse IV. 49 568 M. 03,25 Pf., von 4 912 000 M. Versicherungssumme in Klasse V. 20 630 M. 40 Pf., überhaupt von 547 086 250 M. beitragspflichtiger Versicherungssumme 316 645 M. 55 Pf.

Den Associirten in 15 Städten sind, wegen ihrer guten Feuerlösch-Einrichtungen, auf Grund der Ausführungs-Bestimmungen des III. Nachtrags zum Reglement 20

bezw. 15, 12 und 10 % ihrer Beiträge erlassen mit 9 283 M. 37 Pf. bleiben 307 362 M. 18 Pf.

Hiervon stehen den Magisträten 5 % zu mit 15 368 M. 11 Pf., so daß zur Deckung des Bedarfs verfügbar 291 994 M. 07 Pf.

Dieser Bedarf beläuft sich für die in den Monaten Juli bis Dezember 1884 statgefundenen, von der Sozietät zu vergütenden 115 Brand- und 28 Bligschäden, einschließlich der Spritzen- u. Prämien und Abschäufungskosten auf 291 842 M. 27 Pf. und außerdem sind für Schäden an unversicherten Gegenständen, Postporto u. erforderlich 4 234 M. 29 Pf., zusammen also 296 076 M. 56 Pf. Das vorstehende Ausschreiben ergibt 291 994 M. 07 Pf., mithin gegen den nachgewiesenen Bedarf weniger 4 082 M. 49 Pf., welche dem in Höhe von 198 453 M. 85 Pf. vorhandenen Bestande aus den bisherigen Ausschreiben — dem sogen. Betriebsfonds — entnommen werden.

Die Magisträte der associirten Städte wollen hiernach die von den Theilnehmern der Sozietät zu entrichtenden Beiträge ungesäumt einziehen und binnen 4 Wochen — § 21 des revidirten Reglements von 1871 — an die Brandenburgische Landes-Hauptkasse hieselbst abführen lassen.

Berlin, den 15. Januar 1884.

Direktion der Städte-Feuer-Sozietät
der Provinz Brandenburg.

(Hierzu Fünf Leffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (G. Hays, Hof-Buchdrucker).



Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 6.

Den 6. Februar

1885.

Allerböchstes Privilegium

für die Stadt Prigwall zur Ausgabe von 100 000 Mark auf den
Inhaber lautender Anleihescheine vom 24. Dezember 1884.

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

Wir Wilhelm,

von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

Nachdem der Magistrat der Stadt Prigwall im
Einverständnis mit der Stadtverordneten-Versammlung
dieselbst beschlossen hat, die zur Vetheiligung der Stadt
an dem Bau einer Eisenbahn von Perleberg über Prig-
wall nach Wittstock erforderlichen Mittel im Wege einer
Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag des
Magistrats, zu diesem Zweck auf jeden Inhaber lautende,
mit Zinsscheinen versehene, Seitens der Gläubiger
unkündbare Anleihescheine im Betrage von 100 000 M.
ausstellen zu dürfen, da sich hiergegen weder im Inter-
esse der Gläubiger, noch der Schuldner Etwas zu er-
innern gefunden hat, in Gemäßheit des § 2 des
Gesetzes vom 17. Juni 1833 zur Ausstellung von An-
leihescheinen zum Betrage von 100 000 M., in Buch-
staben: „Einhunderttausend Mark“, welche in folgenden
Abschnitten:

35 000 Mark zu 1000 Mark,
35 000 Mark zu 500 Mark,
30 000 Mark zu 200 Mark,

zusammen 100 000 Mark

nach dem anliegenden Muster auszufertigen, mit 4
(Vier) Prozent jährlich zu verzinsen und nach dem fest-
gestellten Tilgungsplane mittelst Verloosung jährlich vom
1. Oktober 1884 ab mit wenigstens zwei Prozent des
Kapitals, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten
Anleihescheinen zu tilgen sind, durch gegenwärtiges
Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung erteilen.

Die Ertheilung erfolgt mit der rechtlichen Wirkung,
daß ein jeder Inhaber dieser Anleihescheine die daraus
hervorgegangenen Rechte geltend zu machen befugt ist, ohne
zu dem Nachweise der Uebertragung des Eigenthums
verpflichtet zu sein.

Durch vorstehendes Privilegium, welches Wir
vorbehaltdlich der Rechte Dritter erteilen, wird für die
Befriedigung der Inhaber der Anleihescheine eine Gewähr-
leistung Seitens des Staats nicht übernommen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unter-
schrift und begedrucktem Königl. Insigne.

Gegeben Berlin, den 24. Dezember 1884.

(L. S.) gez. Wilhelm.

ggg. von Puttkamer. Maybach. von Scholz.

Anleiheschein

der Stadt Prigwall . . . te Ausgabe.

Buchstabe Nr

über Mark Reichswährung.

Ausgefertigt in Gemäßheit des landesherrlichen
Privilegiums vom 24. Dezember 1884 (Amtsblatt der
Königl. Regierung zu Potsdam vom ten
188 Nr Seite und Gesetz-Sammlung für
188 Seite laufende Nummer).

Auf Grund der von dem Bezirksausschusse des
Regierungsbezirks Potsdam genehmigten Stadtverord-
netenbeschlüsse vom 23. Oktober 1883 und 25. August
1884 wegen Aufnahme einer Schuld von 100 000 Mark
bekannt sich der Magistrat der Stadt Prigwall Namens
derselben durch diesen für jeden Inhaber gültigen, Seitens
des Gläubigers unkündbaren Anleiheschein zu einer
Darlehensschuld von Mark, welche an die Stadt-
gemeinde baar gezahlt worden und mit vier Prozent
jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von
100 000 Mark erfolgt nach Maßgabe des genehmigten
Tilgungsplanes mittelst Verloosung der Anleihescheine
in den Jahren 1885 bis spätestens 1912 einschließlich
aus einem Tilgungsfonde, welcher mit wenigstens zwei
Prozent des Kapitals jährlich unter Zuwachs der Zinsen
von den getilgten Anleihescheinen gebildet wird.

Die Ausloosung geschieht in dem Monat März
jeden Jahres.

Der Stadt Prigwall bleibt jedoch das Recht
vorbehalten, den Tilgungsfond zu verstärken, oder auch
sämmliche noch im Umlauf befindliche Anleihescheine auf
einmal zu kündigen.

Die durch die verstärkte Tilgung ersparten Zinsen
wachsen ebenfalls dem Tilgungsfond zu.

Die ausgelosten, sowie die gekündigten Anlei-
hescheine werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben,
Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem
die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht.
Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und
einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem
Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger,
dem Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam
und dem Kreisblatt des Kreises St.-Prigwall.

Geht eins dieser Blätter ein, so wird an dessen Statt von dem Magistrate zu Prigwall mit Genehmigung des königlichen Regierungs-Präsidenten in Potsdam ein anderes Blatt bestimmt.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 1. April und am 1. Oktober, vom 1. Oktober 1884 an gerechnet, mit vier Prozent jährlich verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der fällig gewordenen Zins-scheine, beziehungsweise dieses Anleihescheines bei der Kammereikasse zu Prigwall und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeits-Termins folgenden Zeit. Mit dem zur Empfangnahme des Kapitals eingereichten Anleihescheine sind auch die dazu gehörigen Zins-scheine und Zinserneuerungsscheine der späteren Fälligkeits-Termine zurückzuliefern.

Für die fehlenden Zins-scheine wird der Betrag vom Kapital abgezogen.

Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungs-Termine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchen sie fällig geworden, nicht erhobenen Zinsen verzähren zu Gunsten der Stadt Prigwall.

Das Aufgebot und die Kraftloserklärung verlorener oder vernichteter Anleihescheine erfolgt nach Vorschrift der §§ 838 ff. der Civil-Prozess-Ordnung für das Deutsche Reich vom 30. Januar 1877 — Reichsgesetz-Blatt Seite 83 — bezw. nach § 20 des Ausführungsgesetzes zur Deutschen Civil-Prozess-Ordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281).

Zins-scheine können weder aufgeboten, noch für kraftlos erklärt werden. Doch soll Demjenigen, welcher den Verlust von Zins-scheinen vor Ablauf der vier-jährigen Verjährungsfrist bei dem Magistrate anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zins-scheine durch Vorzeigung der Anleihescheine oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zins-scheine gegen Quittung ausbezahlt werden.

Mit diesem Stadtanleihescheine sind zwanzig halbjährige Zins-scheine bis zum 1. Oktober 1894 ausgegeben; die ferneren Zins-scheine werden für zehnjährige Zeiträume ausgegeben werden. Die Ausgabe einer neuen Reihe von Zins-scheinen erfolgt bei der Kammereikasse in Prigwall gegen Ablieferung des der älteren Zins-scheinreihe beigebrachten Erneuerungsscheines.

Beim Verluste des Erneuerungsscheines erfolgt die Aushändigung der neuen Zins-scheinreihe an den Inhaber des Anleihescheines, sofern dessen Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet die Stadt Prigwall mit ihrem Vermögen und mit ihrer Steuerkraft.

Dessen zur Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift erteilt.

Prigwall, den . . . ten . . . 188 .

Der Magistrat.

(Eigenhändige Unterschrift des Magistrats-Dirigenten und eines zweiten Magistrats-Mitgliedes unter Beifügung der Amtstitel und Abdruck des Magistrats-Siegels.)

Provinz Regierungsbezirk
Brandenburg Potsdam.

Zins-schein

. Reihe

zu dem Anleiheschein der Stadt Prigwall

Buchstabe Nr über Mark

zu vier Prozent Zinsen über Mark.

Der Inhaber dieses Zins-scheines empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom 1. April (beziehungsweise 1. Oktober) 188 . ab die Zinsen des vorgenannten Stadtanleihescheines für das Halbjahr vom ten bis ten mit Mark bei der Kammereikasse zu Prigwall.

Prigwall, den . . . ten 188 .

Der Magistrat.

(Des Magistrats-Vorsitzenden und eines 2ten Magistrats-Mitgliedes Unterschrift.)

Dieser Zins-schein ist ungültig, wenn dessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit erhoben wird.

Anmerkung. Die Namens-Unterschriften der Mitglieder des Magistrats können mit Lettern oder Faksimile-Stempeln gedruckt werden, doch muß jeder Zins-schein mit der eigenhändigen Namens-Unterschrift eines Kontrol-Beamten versehen werden.

Provinz Regierungsbezirk
Brandenburg Potsdam.

Erneuerungsschein

zum Anleiheschein der Stadt Prigwall.

Buchstabe Nr über Mark.

Der Inhaber dieses Erneuerungsscheines empfängt gegen dessen Rückgabe zu dem obigen Anleihescheine die te Reihe von Zins-scheinen für die zehn Jahre 18 . . bis 18 . . bei der Kammereikasse zu Prigwall, sofern nicht rechtzeitig von dem als solchen sich ausweisenden Inhaber des Anleihescheines dagegen Widerspruch erhoben wird.

Prigwall, den . . . ten 188 .

Der Magistrat.

(Unterschriften des Magistrats-Dirigenten und eines zweiten Magistrats-Mitgliedes.)

Anmerkung. Die Namens-Unterschriften der Mitglieder des Magistrats können mit Lettern oder Faksimile-Stempeln gedruckt werden, doch muß jeder Erneuerungsschein mit der eigenhändigen Namens-Unterschrift eines Kontrolbeamten versehen werden.

Der Erneuerungsschein ist zum Unterschiede auf der ganzen Blattbreite unter den beiden letzten Zinsscheinen mit davon abweichenden Lettern in nachstehender Art abzubringen:

ter Zinsschein	ter Zinsschein
Erneuerungsschein.	

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Präsidiums der Provinz Brandenburg.

Einberufung des 11. Provinzial-Landtages betreffend

1. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 24. Dezember v. J. die Einberufung des

11. Provinzial-Landtages der Provinz Brandenburg zum 1. März d. J. zu bestimmen geruht.

Die Mitglieder desselben sind in Folge dessen eingeladen worden, sich an dem gedachten Tage **Mittags 12 Uhr**, im Provinzial-Landtags Hause zu Berlin zur Eröffnungs-Sitzung zu versammeln.

Den Herren Abgeordneten wird, wie früher, Gelegenheit geboten sein, gemeinsam an dem **Sonntags-Gottesdienste** im Dom Theil zu nehmen.

Potsdam, den 30. Januar 1885.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.
Staatsminister Achenbach.

Bekanntmachung des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

35. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Dezember 1884 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Baumgartenbrück.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.	Mauerbrücke.
	Ober-N. N.	Unter-N. N.	Ober-N. N.	Unter-N. N.			Ober-N. N.	Unter-N. N.	Ober-N. N.	Unter-N. N.		
	Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.			Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.		
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.
1	32,32	31,06	2,60	1,00	1,28	0,84	2,24	1,50	1,62	1,22	2,04	1,82
2	32,34	31,08	2,62	1,12	1,28	0,82	2,20	1,56	1,62	1,24	2,04	1,82
3	32,36	31,08	2,62	1,26	1,28	0,84	2,20	1,64	1,62	1,24	2,08	1,84
4	32,36	31,08	2,62	1,10	1,30	0,82	2,22	1,64	1,62	1,28	2,02	1,88
5	32,38	31,10	2,58	1,18	1,32	0,84	2,22	1,66	1,62	1,30	1,98	1,92
6	32,40	31,12	2,60	1,20	1,34	0,86	2,22	1,66	1,62	1,38	1,98	1,96
7	32,42	31,12	2,62	1,02	1,36	0,86	2,22	1,68	1,66	1,44	2,08	2,00
8	32,46	31,20	2,64	1,30	1,36	0,86	2,24	1,76	1,70	1,48	2,24	2,06
9	32,48	31,28	2,64	1,30	1,40	0,88	2,24	1,70	1,72	1,50	2,54	2,10
10	32,52	31,36	2,66	1,36	1,44	0,88	2,20	1,74	1,72	1,50	2,70	2,14
11	32,54	31,44	2,64	1,42	1,46	0,90	2,22	1,76	1,74	1,52	2,92	2,16
12	32,56	31,44	2,70	1,42	1,48	0,94	2,24	1,78	1,76	1,54	3,10	2,18
13	32,58	31,38	2,70	1,44	1,50	0,98	2,24	1,80	1,76	1,54	3,26	2,20
14	32,58	31,44	2,76	1,38	1,54	0,98	2,26	1,86	1,76	1,54	3,42	2,22
15	32,58	31,46	2,78	1,50	1,54	0,98	2,26	1,88	1,76	1,54	3,54	2,24
16	32,60	31,48	2,78	1,52	1,56	1,00	2,22	1,92	1,78	1,56	3,58	2,26
17	32,60	31,48	2,78	1,52	1,58	1,00	2,26	1,94	1,80	1,58	3,70	2,30
18	32,60	31,50	2,78	1,56	1,58	1,02	2,24	1,96	1,82	1,60	3,70	2,34
19	32,62	31,56	2,76	1,58	1,58	1,04	2,22	2,00	1,84	1,62	3,76	2,38
20	32,66	31,62	2,80	1,58	1,60	1,04	2,26	2,02	1,86	1,64	3,76	2,40
21	32,70	31,66	2,84	1,46	1,62	1,06	2,28	2,04	1,86	1,64	3,76	2,42
22	32,74	31,68	2,86	1,56	1,60	1,06	2,30	2,08	1,88	1,66	3,76	2,44
23	32,76	31,76	2,84	1,60	1,62	1,08	2,30	2,08	1,88	1,68	3,74	2,46
24	32,80	31,78	2,84	1,58	1,62	1,08	2,30	2,06	1,88	1,68	3,72	2,48
25	32,82	31,78	2,88	1,54	1,62	1,08	2,30	2,06	1,90	1,70	3,70	2,50
26	32,84	31,84	2,90	1,56	1,62	1,10	2,28	2,08	1,90	1,70	3,62	2,50
27	32,86	31,88	2,92	1,60	1,62	1,10	2,30	2,08	1,92	1,72	3,58	2,50
28	32,90	31,94	2,94	1,60	1,64	1,10	2,30	2,10	1,92	1,72	3,52	2,50
29	32,92	32,00	2,94	1,72	1,64	1,10	2,32	2,06	1,94	1,74	3,46	2,50
30	32,96	32,06	2,86	1,76	1,66	1,10	2,32	2,08	1,94	1,74	3,36	2,50
31	33,00	32,10	2,82	1,78	1,68	1,12	2,32	2,10	1,94	1,74	3,28	2,50

Potsdam, den 28. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Nachweisungen über den Geschäftsbetrieb und die Resultate der Städtischen Sparkassen und der Kreis-Sparkassen im Regierungsbezirk Potsdam pro 1883/84.

36. Nachstehende Nachweisungen werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 22. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Nachweisungen über den Geschäftsbetrieb und die Resultate für das Rechnungsjahr

Laufende Nr.	Domicil der Sparkasse.	Zeit der Errichtung der Kasse.	Zahl ihrer		Einlagen:		Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsjahres.		Zuwachs während des abgelaufenen Rechnungsjahres			
			Filial- oder Neben-kassen.	Sam-mel- oder An-nahme-stellen.	niedrigste auf ein Buch, bei Beginn eines Kontos.	höchste bei Abschluß eines Kontos.	M.	Pf.	durch Zuschreibung von Zinsen des Rechnungsjahres.		durch neue Einlagen.	
									M.	Pf.	M.	Pf.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
A. Städtische												
1	Biesenthal	1859	—	—	1	unbeschr.	273192	71	11471	75	96752	12
2	Brandenburg	1830	—	—	1	1000	2027493	99	70586	84	696573	93
3	Dahme	1877	—	—	0,5	unbeschr.	388615	27	16640	77	194866	92
4	Eberswalde	1877	—	—	0,5	unbeschr.	1038561	37	29165	10	564360	27
5	Fehrbellin	1857	—	—	1	1200	197582	93	6301	12	56495	23
6	Havelberg	1848	—	—	1	unbeschr.	2443547	63	82530	15	856279	79
7	Jüterbog	1878	—	—	1	1500	138128	54	6102	33	67741	98
8	Regin	1880	—	—	1	1200	10439	61	448	01	12390	45
9	Lenzen	1854	—	—	0,5	900	529131	54	18551	99	173818	45
10	Rauen	1857	—	—	1	900	1050465	23	34316	92	242273	35
11	Niemegf	1883	—	—	1	3000	—	—	—	—	15433	33
12	Verleberg	1854	—	—	1	3000	1279510	77	44154	13	326033	99
13	Plaue	1883	—	—	1	1500	—	—	—	—	38824	42
14	Potsdam	1840	—	—	1	900	1988269	89	67541	02	664150	70
15	Prigwall	1882	—	—	0,5	3000	24379	64	201	99	45046	77
16	Rathenow	1852	—	—	1	3000	257834	44	9110	76	86758	30
17	Schwedt	1830	—	—	1	unbeschr.	1306453	87	28065	58	247928	37
18	Spandau	1852	—	—	1	1500	1796206	—	57853	29	410030	81
19	Strasburg	1857	—	—	0,5	1500	275902	30	8779	58	88178	57
20	Straußberg	1872	—	—	1	2000	637495	82	20417	80	157428	82
21	Treuenbriezen	1851	—	—	1	1500	414570	82	13877	02	106484	64
22	Wilsnack	1874	—	—	1	1000	254707	26	9273	15	91950	39
23	Wittenberge	1862	—	—	0,5	600	301230	23	9719	88	99779	64
24	Wittstock	1849	—	—	1	unbeschr.	604942	21	20952	01	262837	56
25	Wriezen	1878	—	—	0,5	1800	177215	68	5229	77	63577	46
26	Zehdenick	1883	—	—	1	unbeschr.	—	—	—	—	48791	78
Summa		—	—	—	—	—	17415877	75	571290	96	5714788	04
B. Kreis-												
1	Angermünde	1856	—	3	0,5	unbeschr.	1253406	48	42656	53	319353	14
2	Ober-Barnim	1851	—	6	1	2000	2373837	42	86580	63	744293	08
3	Nieder-Barnim	1857	—	14	1	1500	2622512	62	86289	43	632526	43
4	Beeskow-Storkow	1855	5	—	1	3000	1395904	89	43084	30	296444	10
5	Jüterbog-Luckenwalde	1848	—	4	1	unbeschr.	7371593	83	242372	07	1134697	66
6	Prenzlau	1842	—	—	0,5	unbeschr.	2081021	31	65688	54	502883	95
7	Ost-Prignitz	1856	5	—	1	9000	932830	70	27761	30	339295	78
8	Ruppin	1848	—	5	1	1500	2179651	29	68436	63	864880	19
9	Teltow	1858	—	22	0,5	unbeschr.	2840635	05	93522	29	1089668	37
10	Templin	1858	—	—	0,5	6000	430993	58	14114	21	100420	15
11	West-Havelland	1857	—	—	1	3000	526217	36	17994	36	169698	75
12	Zauch-Bezig	1858	—	5	1,5	unbeschr.	848533	72	27481	32	161291	96
Summa		—	5	50	—	—	24857138	25	815981	61	6355453	56
C. Vereins-Sparkasse des Spar- und Unterstützungsbereichs												
—	—	1848	—	—	1	300	133291	53	4732	90	50687	80

**tate der Sparkassen im Regierungsbezirk Potsdam
jahr 1883/84.**

Ausgabe während des abgelaufenen Rechnungsjahres für zurückgezogene Einlagen.	Betrag der Einlagen nach dem Abschlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres		Betrag des Separat- oder Sparkassens. (\$ 12 des Reglements v. 12. Dezbr. 1838.)	Betrag des Reservefonds, wie er am Schlusse des abgelaufenen Rechnungs- jahres zu Buche stand.		Betrag der Zins- überschüsse des abgelaufenen Rechnungs- jahres.	Betrag des eigenen Vermögens der Kasse.		Aus dem Reservefonds sind zu öffentlichen Zwecken verwendet: seit dem Bestehen der Kasse.		Zinsen, welche die Kasse für Ein- lagen ge- währt.	
	M.	Pf.		M.	Pf.		M.	Pf.	M.	Pf.	%	%
8.	9.		10.	11.		12.	13.		14.		15.	16.

Sparkassen.

73989	72	307426	86	—	—	20119	34	1853	69	—	—	3,75	4,75
596282	09	2198372	67	—	—	257188	63	31428	84	—	200932	3,50	4,30
88854	46	511268	50	—	—	5728	90	3896	32	—	—	4,00	5,16
377909	34	1254177	40	—	—	24512	51	6473	91	—	—	4,00	4,75
37041	36	223337	92	—	—	19095	42	6092	73	—	—	3,33	5,00
792568	85	2589788	72	—	—	295713	65	31171	64	—	134191	3,60	4,35
32073	41	179899	44	—	—	2380	20	189	67	—	—	4,00	5,16
2184	52	21093	55	—	—	477	73	254	14	—	—	3,33	4,25
203268	03	518233	95	—	—	75562	91	10033	39	—	20287 03	3,33	5,00
174272	41	1152783	09	—	—	143702	84	18312	33	—	7478 69	3,33	4,50
1210	—	14223	33	—	—	—	—	96	47	—	—	3,33	4,75
309153	05	1340545	84	—	—	159576	85	15523	06	—	55682	3,50	4,25
6384	93	32439	49	—	—	258	22	279	77	—	—	3,60	5,00
533483	52	2186478	09	—	—	243677	62	30968	89	—	111000	3,33	4,17
33303	68	36324	72	—	—	112	48	403	18	—	—	3,33	4,75
72019	27	281684	23	—	—	43622	04	3862	41	—	4776 21	3,50	4,25
239765	68	1342682	14	—	—	162723	99	28669	31	—	192563 05	3,33	4,50
350402	65	1913687	45	—	—	283508	38	28456	15	55151 09	110082	3,33	4,50
72908	67	299951	78	—	—	16456	72	4261	16	—	—	3,33	4,50
153370	72	661971	72	—	—	40716	52	10095	45	—	—	3,60	5,00
87641	38	447291	10	—	—	59127	36	2121	05	—	9943 20	3,33	4,25
68981	28	286949	52	—	—	16570	94	2950	65	—	—	3,60	4,80
103293	92	307435	83	—	—	25201	87	5882	33	—	15250 49	3,33	4,50
195967	79	692763	99	—	—	79504	33	7458	61	—	21000	3,60	4,25
58287	40	187735	51	—	—	6113	72	2341	72	—	—	3,33	4,88
2696	10	46095	68	—	—	—	—	143	64	—	—	3,33	4,75
4667314	23	19034642	52	—	—	1981653	17	253220	51	55151 09	883185 67	83161 49	

Sparkassen.

247725	99	1367690	16	—	—	104048	33	17791	29	—	—	3,33	4,46
540233	41	2664477	72	—	—	261809	92	31454	72	—	35000	16000	3,33 4,35
426525	74	2914802	74	—	—	246005	58	46729	96	—	—	—	3,33 4,50
233258	59	1502174	70	—	—	207077	28	22258	76	—	—	—	3,33 4,10
1507091	77	7241571	79	—	—	750683	19	90977	05	60000	—	—	3,60 4,50
460887	31	2188706	49	—	—	244905	78	28541	41	—	67658 83	—	3,33 4,75
303283	94	996603	84	—	—	129260	81	19367	45	—	—	—	3,33 5,00
785276	69	2327691	42	—	—	212014	94	20271	23	—	37475	4608 93	3,33 4,25
729121	54	3294704	17	—	—	217474	84	56210	07	—	13954 86	10738 86	3,33 4,75
67946	51	477581	43	—	—	35730	10	5588	92	—	—	—	3,33 4,33
116053	29	597857	18	—	—	41994	69	6670	46	—	—	—	3,33 4,25
168052	18	869254	82	—	—	56874	41	7139	58	—	—	—	3,33 4,25
5585456	96	26443116	46	—	—	3007879	87	353000	90	60000	154088 69	31382 79	

für Arbeiter zu Brandenburg.

48006	52	140705	71	—	—	27308	79	3698	10	—	—	—	4,00 5,00
-------	----	--------	----	---	---	-------	----	------	----	---	---	---	-----------

Nachweisungen über den Geschäftsbetrieb und die Resultate für das Rechnungsjahr

Laufende Nr.	Domicil der Sparkasse.	An Sparkassen-Büchern (oder Obligationen etc.)								Von dem			
		wurden im Laufe des Jahres		befanden sich am Jahreschlusse im Umlaufe mit Einlagen						auf Hypothek:			
		aus- ge- geben.	zurück- ge- nommen.	bis 60 M. inkl.	von über 60 bis 150 M. inkl.	von über 150 bis 300 M. inkl.	von über 300 bis 600 M. inkl.	von über 600 M.	über- haupt.	auf städtische		auf ländliche	
										Grundstücke.		M.	Pf.
1.		17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.		24.	25.		
A. Städtische													
1	Biesenthal	148	78	163	140	144	148	163	758	209155	—	—	—
2	Brandenburg	3718	1731	3302	1898	1761	1628	1141	9730	816725	—	53075	—
3	Dahme	286	37	268	148	117	132	231	896	285659	50	55150	—
4	Eberswalde	578	255	708	395	362	380	568	2413	464624	90	63324	16
5	Fehrbellin	226	158	509	376	233	148	46	1312	100675	—	94075	—
6	Favelberg	721	583	1783	1330	1090	1107	1202	6512	397470	—	605645	08
7	Jüterbog	109	26	113	67	47	81	87	395	83207	58	17500	—
8	Kögin	75	4	52	51	27	13	5	148	1200	—	—	—
9	Lenzen	157	201	437	295	303	301	322	1658	116004	80	335919	—
10	Nauen	612	349	2420	1176	829	630	375	5430	534692	45	171255	—
11	Niemegk	226	4	144	60	11	7	—	222	8541	—	2600	—
12	Perleberg	670	492	1115	980	895	1130	621	4741	686560	—	190255	—
13	Plaue	184	7	149	64	33	22	10	278	12200	—	2100	—
14	Potsdam	1934	1055	3186	2211	1625	1494	1051	9567	1025425	—	—	—
15	Prigwall	108	24	53	32	29	24	12	150	22800	—	5400	—
16	Rathenow	243	137	927	442	292	215	84	1960	91000	—	—	—
17	Schwedt	361	402	475	418	421	545	871	2730	1038196	50	85925	—
18	Spandau	1105	716	2096	1387	1204	1164	1014	6865	1275055	—	66475	—
19	Strasburg	183	86	416	248	197	192	154	1207	94890	—	41500	—
20	Straußberg	281	171	361	304	273	306	371	1615	257910	—	101400	—
21	Treuenbriezen	296	194	494	511	412	317	174	1908	292575	—	82050	—
22	Wiltsnack	204	225	347	300	234	194	139	1214	97880	—	140530	—
23	Wittenberge	299	107	661	378	271	204	111	1625	245625	—	—	—
24	Wittstock	488	224	949	606	518	436	304	2813	412350	—	74475	—
25	Wriezen	116	70	228	140	111	101	97	677	70100	—	42400	—
26	Zehdenick	188	5	79	32	19	26	27	183	12000	—	2000	—
Im Ganzen		13536	7341	21435	13989	11458	10945	9180	67007	8652521	73	2233053	24
B. Kreis:													
1	Angermünde	663	348	1192	860	749	698	704	4203	424000	—	360100	—
2	Ober-Barnim	1281	749	1874	1344	1150	1269	1531	7168	872150	—	455450	—
3	Nieder-Barnim	1522	773	3137	2340	1751	1627	1279	10134	576150	—	965966	65
4	Beeskow-Storfow	551	316	1375	958	743	726	778	4580	404280	—	311950	—
5	Jüterbog-Puckenwalde	1762	1497	4479	3163	2953	3059	3878	17532	2528444	30	1775289	48
6	Prenzlau	879	655	2096	1563	1364	1263	1054	7340	290790	—	172200	—
7	Ost-Prignitz	546	430	1216	961	710	506	350	3743	258340	—	390730	—
8	Ruppin	1586	1073	2794	2295	1852	1555	1170	9666	285090	03	708275	—
9	Teltow	2710	1137	4474	3025	2148	1738	1407	12792	14100	—	167761	58
10	Templin	251	162	570	426	359	251	202	1808	10000	—	—	—
11	West-Faveland	386	160	1090	797	600	444	189	3120	182050	—	27400	—
12	Zauch-Bezig	413	387	868	859	720	557	369	3373	257425	—	533892	61
Summa		12550	7687	25165	18591	15099	13693	12911	85459	6102819	33	5869015	32
C. Vereins-Sparkasse des Spar- und Unterstützungsbereichs													
—		321	259	844	362	349	—	—	1555	36900	—	—	—

**tate der Sparkassen im Regierungsbezirk Potsdam
jahr 1883/84.**

Vermögen der Sparkassen (Spalten 9 bis 13) sind zinsbar angelegt:

in auf den Inhaber lautenden Papieren:			auf Schuldscheine:				gegen		gegen		bei		überhaupt.	
Nominal- werth.	Kurswerth am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres.		ohne Bürgschaft		gegen Bürgschaft		Wechsel.		Faustpfand.		öffentlichen Instituten und Korporationen.		(Spalte 26 zum Kurswerth eingestellt.)	
M.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
26.			27.		28.		29		30.		31.		32.	
Sparkassen.														
49600	51127	60	—	—	42223	50	—	—	—	—	—	—	302506	10
1533250	1560471	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2430271	—
65200	67266	30	—	—	—	—	58060	—	33309	—	—	—	499444	80
697695	690085	55	—	—	4500	—	30998	15	11200	—	7400	70	1272133	46
24000	24840	—	—	—	5745	50	—	—	7599	—	—	—	232934	50
1694500	1727440	50	40967	—	—	—	—	—	8898	54	50000	—	2830421	12
33600	34410	—	—	—	—	—	29309	—	—	—	10000	—	174426	58
5250	5476	31	—	—	—	—	3900	—	—	—	9000	—	19576	31
76600	76778	50	—	—	—	—	15276	20	9075	—	25886	18	578939	68
484600	494539	75	—	—	20260	—	—	—	30000	—	25451	—	1276198	20
—	—	—	—	—	1750	—	—	—	—	—	—	—	12891	—
485600	494872	05	—	—	—	—	—	—	—	—	113900	—	1485587	05
12800	12861	65	—	—	—	—	1275	—	3700	—	—	—	32136	65
1281938	1299044	11	—	—	—	—	—	—	—	—	100000	—	2424469	11
—	—	—	—	—	1850	—	—	—	—	—	—	—	30050	—
232000	235884	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	326884	25
341200	347659	40	—	—	—	—	—	—	3150	—	—	—	1474930	90
664000	657343	65	—	—	13900	—	—	—	80184	90	—	—	2092958	55
155650	157303	40	—	—	1700	—	—	—	—	—	17600	—	312993	40
216900	222790	80	—	—	—	—	57470	—	7100	—	42040	—	688710	80
120700	123781	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	498406	25
43000	44436	30	—	—	3900	—	—	—	2150	—	—	—	288896	30
4000	4120	—	—	—	—	—	—	—	—	—	72100	—	321845	—
235300	240812	05	—	—	1620	—	—	—	35600	—	—	—	764857	05
77400	78694	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	191194	30
25900	26703	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40703	40
8560683	8678742	12	40967	—	97449	—	196288	35	231966	44	473377	88	20604365	76
Sparkassen.														
625100	633956	50	—	—	167	—	—	—	—	—	55000	—	1473223	50
1119000	1137399	—	—	—	—	—	—	—	—	—	449400	—	2914399	—
1517900	1571997	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3114113	65
805200	822470	20	—	—	49725	—	—	—	4450	—	165210	48	1758085	68
2357000	2395427	75	—	—	—	—	106158	—	—	—	1026868	35	7832187	88
1957075	1979779	38	—	—	—	—	—	—	1000	—	—	—	2443769	38
162600	163766	20	—	—	254200	—	—	—	9800	—	—	—	1076836	20
1112500	1134750	—	—	—	82376	61	—	—	—	—	419969	—	2630460	64
1760250	2241150	40	—	—	1500	—	—	—	—	—	1068077	84	3492589	82
385650	389107	48	—	—	—	—	—	—	—	—	95200	—	494307	48
362100	367632	50	—	—	—	—	—	—	—	—	48350	—	625432	50
450	445	50	18900	—	—	—	—	—	88796	80	10979	—	910438	91
12164825	12837881	91	18900	—	387968	61	106158	—	104046	80	3339054	67	28765844	64
für Arbeiter zu Brandenburg.														
29325	30050	—	—	—	—	—	98850	—	—	—	—	—	—	165800

Nachweisungen über den Geschäftsbetrieb und die Resultate der Sparkassen
im Regierungsbezirk Potsdam für das Rechnungsjahr 1883/84.

Rechnende Nr.	Domicil der Sparkasse.	Im abgelaufenen Rechnungsjahre im Wege der Zwangsversteigerung erworbene Immobilien:				Werth der erworbenen Mobilien am Schluß des Rechnungsjahres.		Betrag des baaren Kassenbestandes am Schluß des Rechnungsjahres:				Betrag der Verwaltungs- kosten im abgelaufenen Rechnungsjahr.	
		Erwerbspreis.		Hypothekarisch darauf haftende Sparkassengelder.		am Schluß des Rechnungsjahres.		im allgemeinen Sparkassens fonds.		im Reservefonds.		im abgelaufenen Rechnungsjahr.	
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
1.		33.	34.			35.		36.		37.		38.	
A. Städtische Sparkassen.													
1	Biesenthal	—	—	—	—	—	—	11917	25	—	—	1374	52
2	Brandenburg	—	—	—	—	—	—	27030	—	—	—	5470	80
3	Dahme	—	—	—	—	—	—	19618	90	—	—	1747	50
4	Eberswalde	—	—	—	—	1160	—	4621	35	—	—	1244	15
5	Fehrbellin	—	—	—	—	—	—	2171	42	—	—	1384	50
6	Havelberg	—	—	—	—	2161	88	120516	28	—	—	4643	05
7	Jüterbog	—	—	—	—	—	—	7317	58	1160	71	—	—
8	Regin	—	—	—	—	—	—	1994	97	—	—	—	—
9	Lenzen	—	—	—	—	945	—	12514	16	—	—	900	—
10	Nauen	—	—	—	—	1055	—	20287	73	—	—	2608	07
11	Niemegf	—	—	—	—	—	—	268	84	—	—	96	47
12	Perleberg	—	—	—	—	600	—	14535	64	—	—	4219	18
13	Plaue	—	—	—	—	—	—	152	10	—	—	21	55
14	Potsdam	—	—	—	—	—	—	5686	60	—	—	7833	45
15	Prignitz	—	—	—	—	—	—	7355	88	—	—	100	40
16	Rathenow	—	—	—	—	—	—	84	23	2222	04	—	—
17	Schwedt	—	—	—	—	—	—	29321	69	—	—	1515	45
18	Spandau	—	—	—	—	—	—	46957	79	—	—	1975	11
19	Strasburg	—	—	—	—	—	—	4766	75	—	—	1130	58
20	Straußberg	—	—	—	—	—	—	12180	56	—	—	3242	30
21	Treuenbrücken	—	—	—	—	—	—	1174	76	—	—	972	56
22	Wilensd	—	—	—	—	—	—	9301	56	—	—	450	—
23	Wittenberge	—	—	—	—	575	50	10233	95	—	—	768	30
24	Wittstock	—	—	—	—	—	—	12723	32	—	—	1408	37
25	Wriezen	—	—	—	—	—	—	8206	63	—	—	656	75
26	Zehdenick	—	—	—	—	—	—	5096	42	—	—	608	95
	Im Ganzen	—	—	—	—	6497	38	396030	36	3382	75	44372	01
B. Kreis-Sparkassen.													
1	Angermünde	—	—	—	—	—	—	5695	24	—	—	2242	01
2	Ober-Barnim	—	—	—	—	—	—	6592	52	410	92	5962	30
3	Nieder-Barnim	—	—	—	—	2316	—	32286	09	14408	58	20117	73
4	Beeskow-Storkow	—	—	—	—	—	—	3736	27	—	—	2432	70
5	Jüterbog-Rudenwalde	—	—	—	—	—	—	156295	21	—	—	12941	71
6	Prenzlau	—	—	—	—	—	—	12547	27	—	—	9477	81
7	Alt-Prignitz	—	—	—	—	—	—	10065	61	—	—	3496	95
8	Ruppin	—	—	—	—	—	—	6167	51	—	—	6437	71
9	Teltow	—	—	—	—	5000	—	11175	11	3587	20	14232	18
10	Templin	—	—	—	—	530	—	17622	61	4838	92	1946	77
11	West-Havelland	—	—	—	—	—	—	12957	18	1462	19	3075	45
12	Zauch-Bezig	—	—	—	—	695	65	15685	82	—	—	2560	65
	Summa	—	—	—	—	8541	65	290826	44	21707	81	84923	97
C. Vereins-Sparkasse des Spar- und Unterstützungs-Vereins für Arbeiter zu Brandenburg.													
	—	—	—	—	—	—	—	2396	86	—	—	938	45



Verbote von Vereinen und Druckschriften.

37. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 sind ferner folgende Bekanntmachungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht worden, welche hierdurch zur Kenntniss gebracht werden.

Potsdam, den 27. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Mit Verfügung vom Heutigen wurden auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie die nachbezeichneten Druckschriften verboten: a. „Christlich atheistische Episteln für gläubige und ungläubige Christen, gesammelt und herausgegeben von R.“, mit dem Motto: „dem Volke zur Belehrung, dem Volke zur Befehrung“. b. „Historische Studien. Jesus von Nazareth“ von Georg Kommel, Nürnberg 1883, Verlag von Wörlein u. Comp., 9. Auflage.

Regensburg, den 28. Dezember 1884.

Königl. Bayer. Regierung der Oberpfalz
u. v. Regensburg,
Kammer des Innern.

Der Königl. Bayer. Regierungs-Präsident.
Pracher.

Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 sind die Nr. 31 und 32 vom 21. und 28. Dezember v. J., sowie das fernere Erscheinen der periodischen Druckschrift „Rheinisches Wochenblatt“ — Verlag: Franz Jöst in Mainz, Redaktion: Dr. Bruno Schönlanck und Druck von M. Ernst (vorm. G. Pollner), Beide in München — durch die unterzeichnete Landes-Polizeibehörde heute verboten worden.

Mainz, am 2. Januar 1885.

Großherzoglich Hessisches Kreisamt Mainz.
J. B.: von Zangen.

Die Königl. Kreishauptmannschaft als Landes-Polizeibehörde hat die nichtperiodische Druckschrift: „Die wahrhaftige Lebensgeschichte des Josua Davidsohn. Aus dem Englischen übersezt von Natalie Liebknecht. Mit einem Vorwort versehen von Wilhelm Liebknecht.“ welche eine Angabe des Druckers und Verlegers nicht enthält, auf Grund von §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.

Leipzig, den 5. Januar 1885.

Königl. Kreishauptmannschaft.
Graf zu Münster.

Die Königl. Kreishauptmannschaft als Landes-Polizeibehörde hat die nichtperiodische Druckschrift: „Briefe einer Nihilistin. Mit erklärenden Anmerkungen versehen. Aus dem Französischen übersezt und nebst einer kurzgefassten Geschichte des Nihilismus heraus-

gegeben von F. Stolz, Rechtsanwalt in Appenzell. Buchdruckerei von Gebr. Meyer in Schaffhausen 1884.“ auf Grund von §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.

Leipzig, den 5. Januar 1885.

Königl. Kreishauptmannschaft.
Graf zu Münster.

Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß die Druckschrift: „Das Verbot der Süddeutschen Post“, Gedicht in 6 Strophen, beginnend mit den Worten: „Ja sie hat stets das Banner hochgehalten“, gemäß § 11 des gedachten Gesetzes Seitens der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

München, den 12. Januar 1885.

Königl. Regierung von Oberbayern,
Kammer des Innern.
Freiherr von Pfeufer, Präsident.

Betrifft Revision der Dampfsessel im Bautreife Templin.

38. Der mit der provisorischen Verwaltung der Kreisbau-Inspektor-Stelle in Templin beauftragte Regierungs-Baumeister Prenzkel ist mit der Revision der Dampfsessel im Bautreife Templin in Gemäßheit meiner Verordnung vom 20. September 1882 (Amtsbl. St. 39, Seite 379) betraut worden.

Potsdam, den 24. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft das Argentinische Konsulat.

39. Hiermit bringe ich zur öffentlichen Kenntniss, daß der Kaufmann Gustav Adolph Schwabe in Berlin zum Argentinischen Vizekonsul ernannt und demselben das Exequatur ertheilt worden ist.

Potsdam, den 31. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Polizei-Verordnung.

betreffend den Wegfall zweier Polizei-Verordnungen.

40. Auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 11. März 1850 und der §§ 138 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 werden hierdurch unter Zustimmung des Bezirks-ausschusses die nachbenannten beiden von der ehemaligen Königl. Regierung Abtheilung des Innern erlassenen Verordnungen aufgehoben:

- 1) Die Polizei-Verordnung, betreffend das Passiren der Brücke der Berlin-Hamburger Eisenbahn über die Spree bei Charlottenburg vom 25. Juni 1870, veröffentlicht im Amtsblatt desselben Jahres St. 26 Seite 175.
- 2) Die Polizei-Verordnung, betreffend das Verbot des Pferdeshwemmens, Viehtränkens und Auflegens von Fahrzeugen am rechten Ufer der Spree unterhalb Charlottenburg zwischen den beiden dort errichteten Mastenrahmen vom 1. Oktober 1870.

veröffentlicht auf Seite 290 des Amtsblatts von demselben Jahre.

Potsdam, den 29. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

41. Die Roggkrankheit unter den Pferden des Gutes Herzfelde im Kreise Templin ist erloschen.

Auch die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Anbauers Claus zu Mergdorf im Kreise Jüterbog-Luckenwalde und des Bauern August Dessin zu Dalldorf im Kreise Niederbarnim ist erloschen.

Potsdam, den 27. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

42. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Berliner Kieselgutes Falkenberg im Kreise Niederbarnim ausgebrochen; dieselbe Seuche ist auf dem Kieselgute Malchow erloschen.

Die wegen Roggverdachts unter polizeiliche Beobachtung gestellten Pferde des Ackerbürgers Schluß und Gärtners Baß zu Brandenburg haben sich als gesund und unverdächtig erwiesen.

Potsdam, den 28. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

43. Der Milzbrand unter dem Rindvieh des Bauern Käpernick zu Döberitz im Kreise Westhavelland ist erloschen.

Potsdam, den 29. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

44. Der Bläschen-Ausschlag der Kuh des Büblers Märker zu Streganz im Kreise Werchow-Storkow ist erloschen.

Potsdam, den 31. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Verleihung einer Concession zur Anlegung einer III. Apotheke in Charlottenburg

15. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat die Concession zur Anlegung einer dritten Apotheke in der Stadt Charlottenburg dem Apotheker Oscar Rothe zu Remscheid verliehen.

Berlin, den 26. Januar 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Die den Baugesuchen beizufügenden Situationspläne betreffend.

16. Nach § 5 der Bau-Polizei-Ordnung vom 21. April 1853 bezw. der Bekanntmachung des Polizei-Präsidiums und der Straßenbaupolizei vom 4. November 1879 (Nr. 266 des Berliner Intelligenzblattes) sind den Baugesuchen die zur Erläuterung und Prüfung derselben erforderlichen Zeichnungen und Situationspläne in drei Exemplaren beizufügen.

Von diesen Vorlagen genügen häufig die Situationspläne nicht, um die bei der betreffenden Bauausführung in Betracht kommenden öffentlichen Interessen genügend wahrnehmen zu können.

Zur Vermeidung der hieraus erwachsenden Unzuträglichkeiten und Weiterungen wird daher Folgendes hierdurch bestimmt:

Die eingureichenden Situationspläne müssen im

Maßstabe 1:500 gefertigt sein, und die Lage des betreffenden Grundstücks zu öffentlichen Straßen und Nachbargrundstücken unter Einzeichnung der festgesetzten Bauflucht, sowie die Entfernung des beabsichtigten Baues von vorhandenen Gebäuden auf demselben Grundstück, von Straßen und von Nachbargrenzen genau erkennen lassen; auch sind die Namen der Besitzer der anliegenden Grundstücke auf den Plänen anzugeben. Dieselben sind ferner in einer die Uebersichtlichkeit erleichternden Weise zu coloriren, und auf Verlangen durch einen vereideten Feldmesser zu beglaubigen.

Entsprechen die eingehenden Situationspläne den vorstehenden Anforderungen nicht, so werden sie den Bauflüchtigen zur Vervollständigung bezw. Abänderung zurückgegeben werden, und haben dieselben die hierdurch entstehenden Verzögerungen sich selbst zuzuschreiben.

Berlin, den 30. Januar 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unbestellbare eingeschriebene Briefe.

3. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende, an den bezeichneten Tagen in dem Jahre 1884 zur Post gegebene unanbringliche Einschreibbriefe.

A. mit dem Bestimmungsorte Berlin:

an Ludwig, 19. Aug., an Schulz bei Hannemann, 31. Aug., an Bergmann, 5. Septbr., an Schönfeld, 10. Septbr., an Sternberg jr., 18. Septbr., an Bauendahl, 20. Septbr., an Smidt, 22. Septbr., an Schmid, 30. Septbr., an Mannheimer, 1. Oktober, an Schulz, 2. Oktober, an Hering, 2. Oktober, an Kochan, 2. Oktober, an Rischmüller, 9. Oktober, an Schweigler, 10. Oktober, an Schulz, Grenzstr. 2, 13. Oktober, an Seiffert, 15. Oktober, an Wegner, 15. Oktober, an Rätig, 27. Oktober, an Vetter, 1. Novbr., an Müller, 2. Novbr., an Gladow, 4. Novbr., an Wichmann, 4. Novbr., an Hilbrandt, 6. Novbr., an Werner, 6. Novbr., an Fürst von Bismark, 8. Novbr., an Preuß, 10. Novbr., an Koch, 10. Novbr., an Voigtlaender, 13. Novbr., an Betriebs-Inspektor der Pferdeisenbahngesellschaft, 18. Novbr., an Schulz, 21. Novbr., an Victoria-Butter-Substitute, 24. Novbr., an Borisch, 1. Dezbr., an Fürst von Bismark, 10. Dezbr., an Fürst von Bismark, 13. Dezbr., an Michel, 16. Dezbr., an Sauter, 27. Dezbr., 28. Dezbr. und 28. Dezbr., an Bohnhof, 28. Dezbr., an Gehrke, 31. Dezbr., ferner 1 Postauftrag an Gehrke, 23. Mai.

B. mit anderen Bestimmungsorten:

an Weis in Mainer Conti in Dakota, 27. April, an Dandey in Angers, 25. Juni, an Reiz in Iquique, 30. Juni, an Steinke in New-York, 3. Juli, an Wachsmann in Wien, 17. Juli, an Hofland in Poln. Krawang (Soebang), 26. Juli, an Krug in New-York, 12. Aug., an Abrahamson in Marienbad, 22. Aug., an Caspar in Klinkow bei Prenzlau, 23. Aug., an Grundemann in Danzig, 26. Aug., an

Kleinschmidt in Neustadt (Dosse), 28. Aug., an Streichhan in Plönssee, 28. Aug., an Piest in Frankfurt (Oder) 29. Aug., an Giller in Joachimsthal, 30. Aug., an Jablonowsky in Lemberg, 5. Septbr., an Daly in London, 6. Septbr., an Hölte in Wolfenbüttel, 11. Septbr., an Dahmer in Gumbinnen, 14. Septbr., an Walbrecht'sche Häuserverwaltung in Hannover, 14. Septbr., an Lieneck in Natal, 16. Septbr., an Kleinschmidt in Neustadt (Dosse), 18. Septbr., an Wisk in Willenburg, 28. Septbr., an Schuld in Weilsburg, 1. Oktober, an Demarscher in Gr. Graben, 5. Oktober, an Boed in Charlottenburg, 5. Oktober, an Prenzlau, 9. Oktober, an Lerke in Badewiese, 13. Oktober, an Ebnig in Genhin, 16. Oktober, an Dick in Solingen, 27. Oktober, an Weiss in Blankensee bei Hamburg, 5. Novbr., an Riedtke in Schwarzenau bei Bischofswerder, 5. Novbr., an Schönfeld in Haynau, 25. Novbr., an Cohnen in Köln, 26. Novbr., ferner eine Drucksache an Romm in Wilna, 22. August, und eine Drucksache an Neymann in Ploß (Polen) 24. August.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Briefe werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion hieselbst sich zu melden, widrigenfalls mit den Briefen nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Berlin C., den 27. Januar 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

Geheime Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot einer Schulverschreibung.

4. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Herrn Gustav Horn zu Ludenwalde die Schulverschreibung der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe (von 1884) lit. C. Nr. 476 594 über 1000 Mark angeblich gestohlen worden ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Hrn. Horn anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 26. Januar 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung der Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Ausföndigung von Entlastungsquittungen über abgelöste Renten.

1. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten am 30. September d. J. durch Kapital-Zahlung abgelöst haben, wird hierdurch bekannt gemacht, daß wir die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 ausfertigten

Entlastungsquittungen den betreffenden Kreis-Kassen zugesandt haben, um sie, soweit die Renten vollständig abgelöst sind, den zuständigen Amtsgerichten Behufs der kostenfreien Löschung des Vermerks der Rentenschuld im Grundbuche zuzustellen, in Fällen der Ablösung von Theilbeträgen dagegen denjenigen unmittelbar auszureichen, welche die Kapital-Zahlung geleistet haben.

Berlin, den 22. November 1884.

Königl. Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Personal-Chronik.

Die unter Königl. Patronat stehende und mit dem Episcopalamte der Diözese Bistumshausen verbundene Ober-Pfarrstelle zu Bistumshausen a./D. ist durch das Ableben des Superintendents und Oberpfarrers D. Pfeiffer am 3. Januar d. J. zur Erledigung gekommen.

Der bisherige Hilfsprediger an der St. Bartholomäus-Kirche zu Berlin Johannes Martin Paul Negker ist zum Pfarrer bei der Evangelischen Gemeinde zu Möblich, Diözese Posen, bestellt worden.

Der Erste Lehrer Dr. Borrasch vom Schullehrer-Seminar in Cöpenick ist an das Schullehrer-Seminar in Drossen versetzt worden.

Besetzt sind resp. werden folgende Schulstellen: zwei Lehrerstellen an der Elementarschule zu Rathenow, Inspektion gleichen Namens, Privat-Patronats; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Wendelin, Inspektion Kyritz, Privat-Patronats; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Kyritz, Inspektion gleichen Namens, Privat-Patronats; eine Lehrerstelle an der Ortschule zu Damm-Hast, Inspektion Zehdenick, Königl. Patronats; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Miltenberg, Inspektion Zehdenick, Königl. Patronats; die Lehrer- und Küsterstelle zu Groß-Wäter, Inspektion Templin, Königl. Patronats; zwei Lehrerstellen an der Stadtschule zu Treuenbriezen, Inspektion gleichen Namens, Privat-Patronats; die Lehrerstelle zu Gornitz, Inspektion Posen, Privat-Patronats; die Lehrer- und Küsterstelle zu Heinrichsdorf, Inspektion Neu-Müppin, Patronats; Königl. Hofkammer; eine Lehrerstelle an der Ortschule zu Lehnin, Inspektion Neustadt Brandenburg, Königl. Patronats; die Lehrer- und Küsterstelle zu Tüchen, Inspektion Prignitz, Privat-Patronats; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Guten-Germendorf, Inspektion Zehdenick, Privat-Patronats; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Regow, Inspektion Dom Brandenburg, Privat-Patronats; die Lehrer- und Küsterstelle zu Mesekow, Inspektion Perleberg, Privat-Patronats; die zweite Lehrerstelle zu Alt-Marlgrappieske, Inspektion Storkow, Königl. Patronats.

Wiederbesetzt sind dagegen: eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Zehdenick, Inspektion gleichen Namens; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Rathenow, Inspektion gleichen Namens; die zweite Lehrerstelle zu Bredbin, Inspektion Dom Havelberg; die Lehrerstelle zu Wilhelmisdorf, Inspektion Neustadt Brandenburg; eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Havelberg, Inspektion Stadt Havelberg.

Verantheimlichungen der Königl. Direction des Friedrich-Wilhelms-Gefüts.
Nachweisung

der im Jahre 1883 durch Königl. Brandenburgische Landbeschäler gedeckten Stuten und der im Jahre 1884 nachgewiesenen Fohlen im Regierungsbezirk Potsdam.

Nr.	Namen der Beschäl-Station.	Dasselbst standen im Jahre 1883 Land-Beschäler			Diese haben Stuten gedeckt	Davon sind			Von den tragend gewordenen Stuten				Im Jahre 1884	
		Alte	4-jährige	Summa		güft ge- blie- ben	tragend ge- worden	verkauft, gestorben und nicht näher nach- gewiesen	sind lebende Fohlen geboren			Es haben verfoßt	standen dasselbst Be- schäler	Diese haben Stuten gedeckt
									Fohlen	Stuten	Summa			
1	Fr.-Wilh.-Gefüt	6	—	6	159	49	98	12	48	46	94	4	6	148
2	Endow	2	1	3	146	51	87	8	40	31	71	16	3	151
3	Blandifow	3	—	3	133	38	81	14	39	41	80	1	3	123
4	Frehne	1	1	2	68	18	47	3	19	24	43	4	2	70
5	Ruhbier	2	—	2	91	44	41	6	20	15	35	6	2	71
6	Dannenwalde	1	—	1	56	19	34	3	14	20	34	—	2	77
7	Lenzen	4	1	5	295	80	196	19	100	82	182	14	4	246
8	Premölin	2	—	2	81	35	44	2	24	17	41	3	2	81
9	Wilsnack ¹	4	—	4	257	65	183	9	96	85	181	3	4	255
10	Müggensbusch	2	—	2	70	9	57	4	23	33	56	1	—	—
11	Gumlosen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	181
12	Rogen	2	—	2	76	25	47	4	26	18	44	3	1	54
13	Bredow	1	—	1	37	13	23	1	12	8	20	3	1	28
14	Bornstedt	1	—	1	43	18	23	2	10	11	21	2	1	41
15	Zebrbellin	1	1	2	69	28	31	10	16	13	29	2	2	84
16	Michendorf	1	1	2	91	25	61	5	29	21	50	11	2	65
17	Regdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	165
18	Sieging	3	—	3	194	67	120	7	57	49	106	14	—	—
19	Eberswalde	1	1	2	96	37	56	3	27	28	55	1	2	139
20	Schmachthagen	1	1	2	78	20	53	5	22	28	50	3	2	56
21	Liebenberg	2	—	2	106	28	74	4	36	33	69	5	—	—
22	Falkenthal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	122
23	Boigeburg	2	—	2	123	35	86	2	36	44	80	6	2	112
24	Ringenwalde	1	1	2	62	19	40	3	16	22	38	2	—	—
25	Templin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	111
26	Angermünde	3	1	4	183	48	130	5	58	54	112	18	4	143
27	Gramzow	3	—	3	120	46	70	4	33	29	62	8	3	116
28	Hohenlandin	1	—	1	38	15	21	2	10	10	20	1	1	43
29	Griewen	1	—	1	26	11	13	2	5	6	11	2	—	—
30	Jägen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	16
31	Prenzlau	3	—	3	104	47	54	3	29	19	48	6	3	150
32	Lübbenow	1	1	2	103	34	63	6	33	24	57	6	2	89
33	Rosfow	3	1	4	149	47	97	5	47	44	91	6	3	118
34	Neuensund	—	1	1	28	10	15	3	6	9	15	—	1	30
35	Malchow	1	—	1	20	9	10	1	3	6	9	1	1	22
36	Borheide	2	1	3	100	50	45	5	25	20	45	—	3	102
37	Storfow	1	1	2	74	26	43	5	22	19	41	2	3	89
38	Zossen	3	—	3	140	58	77	5	28	38	66	11	4	124
39	Dahme	2	—	2	114	68	43	3	20	21	41	2	3	93
Summa		67	14	81	3530	1192	2163	175	1029	968	1997	167	83	3515

Bemerkungen. ¹ 1 lebende Zwillinggeburt.

Friedrich-Wilhelms-Gefüt, den 15. Januar 1885.

Der Königl. Landstallmeister.
(gez.) Wettich.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 3. d. M., betreffend die Stationirung der Landbeschäler pro 1885 werden die beteiligten Pferdezüchter hierdurch benachrichtigt, daß die Deckstation Vorheide im Kreise Beeskow-Storkow nach Kohnsdorf verlegt ist.

Friedrich-Wilhelms-Gefüt, den 21. Januar 1885.
Der Königl. Landkassameister. gez. Wettich.

Bermischte Nachrichten. Forst-Akademie Eberswalde.

Sommer-Semester 1885.

Oberforstmeister Dr. Dandermann: Forsteinrichtungslehre. Forstliche Excursionen, dabei Probeabschätzung eines größeren Waldes.

Forstmeister Vando: Forstschuß. Jagdkunde. Forstliche Excursionen.

Forstmeister Runnebaum: Geodätische Instrumentenkunde. Forstvermessungs-Instruction. Planzeichnen. Feldmessen, Nivelliren und geodätischen Berechnungen.

Oberförster Zeising: Forstpolitik. Forstliche Excursionen.

Forst-Assessor von Alten: Forststatistik. Forstliches Repetitorium. Forstliche Excursionen.

Professor Dr. Müttrich: Arithmetik, Algebra, Planimetrie. Physik. Repetitorium in Physik und Meteorologie.

Professor Dr. Remelé: Mineralogie und Geognosie. Geognostische Excursionen.

Dr. Counciler: Standortlehre. Bodenkundliche Excursionen.

Professor Dr. Luerßen: Systematische Botanik mit besonderer Berücksichtigung der Forstpflanzen. Botanische Excursionen.

Professor Dr. Altum: Allgemeine Zoologie und wirbellose Thiere. Zoologische Excursionen.

Amtsgerichtsrath Raegell: Civilrecht (Allgemeiner Theil, Obligationenrecht).

Das Sommer-Semester beginnt für den I. und II. Cursus am Montag den 13. April d. J. und endet Donnerstag, den 20. August.

Meldungen zur Aufnahme sind baldmöglichst unter Beifügung der Zeugnisse über Schulbildung, forstliche Lehrzeit, Führung, über den Besitz der erforderlichen Substanzmittel, sowie unter Angabe des Militär-Verhältnisses an den Unterzeichneten zu richten.

Eberswalde, im Januar 1885.

Der Director der Forst-Akademie Dr. Dandermann.

Königliches pomologisches Institut zu Proskau.

Das Sommer-Semester am Königlichen pomologischen Institute zu Proskau in Schlesien beginnt Anfang April d. J.

Der Unterricht umfaßt während des zweijährigen Cursus aus dem theoretischen und praktischen Gebiete:
a. Hauptfächer: Bodenkunde, Allgemeiner Pflanzenbau, Obstkultur, insbesondere Obstbaumzucht, Obstkenntniß (Pomologie), Obstbenutzung, Lehre vom Baumschnitt, Weinbau, Gemüsebau, Treiberei, Handelsgewächsbau, Landschaftsgärtnerei, Gehölzzucht und Gehölzkunde, Planzeichnen, Zeichnen und Malen von Früchten und Blumen, Feldmessen und Nivelliren. b. Begründende Fächer: Mathematik, Physik, Chemie, Mineralogie. Botanik, Krankheiten der Pflanzen, mikroskopische Uebungen. c. Nebenfächer: Buchführung, Encyclopädie der Landwirtschaft.

Anmeldungen zur Aufnahme haben unter Beibringung der Zeugnisse schriftlich oder mündlich bei dem unterzeichneten Director zu erfolgen. Derselbe ist auch bereit auf portofreie Anfrage weitere Auskunft zu erteilen.

Proskau, im Januar 1885.

Stoll.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Julian Kzeszotarski (alias Franz Malachowski), Arbeiter,	34—35 Jahre, Russischer Unterthan, Geburts- und Heimathsort unbekannt, wohnhaft in Gr. Czajka, Russisch-Polen,	Diebstahl im wiederholten Rückfalle und Widerstand gegen die Staatsgewalt (2 Jahre 1 Woche Zuchthaus laut Erkenntniß vom 27. Oktober 1882),	Königlich Preussische Regierung zu Bromberg.	3. April 1884.
2	Johann Josef Rohler, Tagelöhner,	geboren am 22. März 1844 zu Münster, Elsaß, ortsangehörig in Petit-Quevilly, Departement Seine inférieure, Frankreich,	Diebstahl im wiederholten Rückfalle und Betteln (3 Jahre Zuchthaus und 6 Wochen Haft laut Erkenntniß vom 24. Oktober 1881),	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	7. November 1884.

1.	2.	3.	4.	5.	6.
	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschloß.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:				
1.	Josef Nyglik, Arbeiter,	geboren am 29. Februar 1856 zu Schlemin, Bezirk Seybusch, Galizien, ortsangehörig in Schlemin, wohnhaft zuletzt in Rattowitz, Regierungsbezirk Oppeln,	Nichtbeschaffung eines Unterkommens u. Erregung ruhestörender Lärms,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	15. Dezember 1884.
2.	Karl Patelsky, Schlächtergeselle,	geboren am 25. September 1853 zu Bagstadt, Bezirk Troppau, Oesterreichisch-Schlesien, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussische Landdrostei Lüneburg,	2. Januar 1885.
3.	Konstant Gussav Chaland, Arbeiter,	31 Jahre, geboren zu St. Menchould, Belgien,	Sachbeschädigung, Landstreichen und Führung falscher Legitimationspapiere,	Königlich Preussische Regierung zu Arnberg,	11. Dezember 1884.
4.	Josef Stelciz, Weißgerber,	18 Jahre, geboren zu Libani, Bezirk Gitschin, Böhmen, ortsangehörig in Staré Praby, ebendasselbst,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Sulzbach,	22. Dezember 1884.
5.	Josef Fischauer, Huf- und Hammereschmiedgeselle,	37 Jahre, geboren und ortsangehörig in Altenstadt, Bezirk Feldkirch, Vorarlberg,	desgleichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Neu-Ulm,	27. Dezember 1884.
6.	Anton Nowotny, Schmiedegeselle,	geboren am 19. September 1844 zu Widim, Bezirk Dauba, Böhmen, ortsangehörig in Melnid, Böhmen, wohnhaft zuletzt in Geising, Bezirk Altenberg, Sachsen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Sächsischer Kreishauptmannschaft Baugen,	29. Novbr. 1884.
7.	Emanuel Müller, Weber,	geboren am 10. Mai 1814 zu Rumburg, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	dieselbe Behörde,	11. Dezember 1884.
8.	Josef Lehny, Müller,	geboren am 27. Oktober 1851 zu Hergiswyl, Bezirk Willisau, ortsangehörig zu Dagmersellen, Bezirk Willisau, Kanton Luzern, Schweiz,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Karlsruhe,	24. Novbr. 1884.
9.	Johann Rudolf Kneubühler, Messer,	geboren am 1. Oktober 1843 zu Bleienbach, Kanton Bern, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg,	18. Dezember 1884.

1. Lauf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
2	3	4	5	6	
10	Friedrich Engler, Händler,	geboren am 2. Februar 1849 zu Reinach, Kanton Basel Land, Schweiz, ortsangehörig in Arlesheim, ebenda- selbst,	Diebstahl, (Landstreichen und Angabe falschen Namens,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	25. Oktbr. 1884.
11	Julius Bussano, Scheerenschleifer,	geboren 1856 zu Einte, Bezirk Borgo, Tirol,	Landstreichen,	derselbe,	10. Dezember 1884.
12	Anton Rastoreff, ohne Stand,	geboren am 24. Juni 1865 zu St. Peters- burg, Rußland, eben- daselbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen.
13	Franz Eicher, Dienst- und Messgerknecht,	geboren am 2. Juli 1854 zu Riggisberg, Kanton Bern, Schweiz, ebendaselbst ortsange- hörig,	desgleichen,	derselbe,	18. Dezember 1884.
14	Josef Molba, Arbeiter,	geboren am 9. Novem- ber 1843 zu Goray, Russisch-Polen,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	25. Dezember 1884.
15	Franz Maggi, Arbeiter,	geboren am 28. Februar 1859 zu Vigenza, Ita- lien,	desgleichen,	derselbe,	28. Dezember 1884. §
16	Karl Favero, Arbeiter,	geboren am 7. Septem- ber 1856 zu Rovigo, Italien,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
17	Johann Doubelon, Arbeiter,	geboren am 28. März 1856 zu Regia, Italien,	desgleichen.	derselbe,	desgleichen,
18	Lorenz Barelair, Tagner,	geboren am 18. März 1843 zu Gerardmer, Departement des Vos- ges, Frankreich,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	29. Dezember 1884. §
19	Josef Fluhr, Schneider,	geboren am 28. März 1864 zu Graz, Steier- mark, ebendaselbst orts- angehörig,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlicher Polizei- präsident zu Berlin,	12. Dezember 1884.
20	Konrad Rossed (Josef), Kellner,	33 Jahre, geboren und ortsangehörig in Josef- stadt, Bezirk Königin- hof, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	desgleichen,
21	Johann Klenner, Weber,	geboren am 28. Mai 1826 zu Schönauf, Bezirk Hohenstadt, Mähren, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	11. Dezember 1884. §
22	Robert Florian, Arbeiter,	geboren am 7. Juni 1836 zu Rohlsdorf, Bezirk Freiwaldbau, Oester- reich-Schlesien, ebenda- selbst ortsangehörig, zu- legt wohnhaft in Mittel- Neuland, Kreis Reiffe,	Betteln im wiederholten Rückfall,	derselbe,	7. Januar 1885.

Satz. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
23	Franziska Adam, geborene Buriansky, Zigeunerin;	ca. 29 Jahre, geboren zu Strzipp, Bezirk Troppau, Oesterreichisch-Schlesien, orts- angehörig in Ratten- dorf, Bezirk Neutit- schen, Mähren,	Landstreichen und wieder- holtcs Beilegen eines falschen Namens,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	5. Novbr. 1884.
24	Eva Stellmandi, geborene Arbei, Zigeunerin,	Alter unbekannt, geboren zu Dwory, Bezirk Dzwicim, Galizien, ebendasselbst ortsange- hörig,	Landstreichen,	derselbe,	17. Novbr. 1884.
25	Stefan Michalski, Schuhmachergeselle,	27 Jahre, geboren und ortsangehörig in Ds- wicim, Galizien,	Sachbeschädigung, Unter- schlagung, Landstreichen und Betteln,	derselbe,	19. Novbr. 1884.
26	Wladislaus Samligki, Sattlerlehrling,	16 Jahre, geboren und ortsangehörig in Ds- wicim, Galizien,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	desgleichen,
27	Paul Fabiszewski, Gold- und Silberarbeiter,	geboren am 10. Januar 1824 zu Hütte Kara- schowska, Bezirk Na- domsk, Russisch-Polen, ortsangehörig in Pa- ris, Frankreich,	desgleichen,	derselbe,	29. Dezember 1884.
28	Josef Gerhards, Tagelöhner,	geboren am 22. Juli 1855 zu Holzberg bei Falken- berg, Provinz Limburg, Niederlande, ebenda- selbst ortsangehörig,	desgleichen,	Königlich Preussische Regierung zu Düssel- dorf,	17. Dezember 1884.
29	Berthold Wächter, Seidenfäbrik,	geboren am 7. Oktober 1866 zu Schönholzers- weilen, Kanton Thur- gau, Schweiz,	desgleichen,	Königlich Preussische Landdrostei Hanno- ver,	31. Dezember 1884.
30	Anthime Lemaire, Hutmacher,	geboren am 29. Dezember 1837 zu Hamon, De- partement du Nord, Frankreich, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Königlich Preussische Regierung zu Schles- wig,	10. Dezember 1884.

Bekanntmachungen der Königl. General-Commission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

1. In der am 13. Dezember v. J. stattgehabten Kreistags-Sitzung sind folgende Herren zu Kreisverordneten für den Kreis Angermünde gewählt: 1) der Ober-Amt- mann Schulze zu Amt Grimnig, 2) der Ober-Amt-

mann Redlich zu Gramzow, 3) der Kreistags-Abge- ordnete Praeger zu Steinhöfel, 4) der Kreistags- Abgeordnete Schmewow zu Lüdersdorf. Die Wahl der Genannten ist bestätigt worden.

Frankfurt a./O., den 10. Januar 1885.

Königl. General-Commission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

(Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (C. Hays, Hof-Buchdrucker).



Amtsblatt

der Königl.ichen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 7.

Den 13. Februar

1885.

Bekanntmachungen des Königl.ichen Regierungs-Präsidenten.

Die Oeffnung der Eisenbahnbrücke über die Havel bei Potsdam betreffend.

45. Die durch meine Bekanntmachung vom 22. Januar d. Js. — Amtsblatt, Stück 5 Seite 33 — publicirten Oeffnungszeiten, während welcher die bei hiesiger Stadt über die Havel führende Eisenbahnbrücke in den frühen Morgenstunden geöffnet werden soll, treten bereits vom 19. Februar d. Js. ab in Kraft. Zu dem Zwecke wird von diesem Zeitpunkte ab auf den Spitzen der Leitwände dieser Brücke je eine in den vorderen Scheiben mit mattem Glase versehene Laterne und außerdem in der Brückenmitte eine Signallaterne angebracht werden. Wenn die Brücke für den Schiffsverkehr geöffnet ist, zeigt die Signallaterne nach beiden Wasserseiten grünes und nach den beiden Bahnseiten (den Fahrgeleisen zugewendet) rothes Licht, während wenn die Brücke für die Schifffahrt geschlossen ist, von der Signallaterne nach den Wasserseiten rothes und nach den Bahnseiten grünes Licht ausgestrahlt wird. Die Laternen an den Leitwänden zeigen beständig weißes mattes Licht.

Potsdam, den 5. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die in den Weinbaugebieten des Reichs gebildeten Weinbaubezirke.

46. Zur Herstellung einer Verbindung zwischen der dem Weinbaubezirk Liegnitz aus der Provinz Brandenburg zugetheilten Feldmark Croffen und dem übrigen Theile dieses Weinbaubezirks, sowie behufs besserer Abgrenzung desselben ist die Einbeziehung noch weiterer Gemarkungen aus der Provinz Brandenburg in den genannten Weinbaubezirk und demzufolge auch eine Verkleinerung des Weinbaubezirks Brandenburg erforderlich geworden. Der Weinbaubezirk Liegnitz — lfd. N^o 2 des bezüglichen Verzeichnisses vom 29. Juni d. Js. — wird demnach nunmehr aus dem Regierungsbezirk Liegnitz und den zur Provinz Brandenburg gehörigen Gemarkungen Croffen a. D., Merzdorf, Berg, Hundsbelle, Ruffdorf, Deutsch- und Wendisch-Sagar, Gersdorf, Tschauendorf, Thiemendorf, Plau, Grunow, Logau und Tschierzig und der Weinbaubezirk Brandenburg — lfd. N^o 8 des Verzeichnisses — aus der Provinz Brandenburg mit Ausschluß der ebengenannten Gemeinden gebildet.

Eure Excellenz setzen wir hiervon mit dem er-

gebensten Ersuchen in Kenntniß, diese Aenderung gefälligst in derselben Weise, wie dies hinsichtlich des schon erwähnten Verzeichnisses in dem Erlaß vom 29. Juni d. J. vorgeschrieben worden, bekannt zu machen, dabei auch zugleich folgende in dem in Rede stehenden Verzeichnisse enthaltene Schreibfehler berichtigen lassen zu wollen. Es muß darin nämlich

unter lfd. N^o 11 anstatt „Frankfurt a. D.“ „Frankfurt a. M.“,

unter lfd. N^o 13 statt „Merrheim“ „Marxheim“,

unter lfd. N^o 14 statt „Messenheim“ „Massenheim“,

unter lfd. N^o 16 statt „Ballen“ „Ballau“,

unter lfd. N^o 18 statt „Rifert“ „Refert“ und statt „Osterspei“ „Osterspai“, endlich

unter lfd. N^o 31 statt „Gemarkungen Runkel, Niederbrechen (Oberlahn-Kreis)“ „Gemarkungen Runkel (Oberlahn-Kreis), Niederbrechen (Unterlahn-Kreis)

heißen.

Wegen der im außerpreussischen Deutschland gebildeten Weinbaubezirke, welche — sofern dies noch nicht von Amtswegen geschehen, — ebenfalls durch die Amtsblätter u. bekannt zu machen sind, wird auf die N^o 41 des Central-Blatts für das Deutsche Reich (herausgegeben am 10. Oktober d. J.) ergebens hingewiesen.

Berlin, den 24. Dezember 1884.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten.
gez. Lucius.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage gez. von Zastrow.

An sämtliche Herrn Oberpräsidenten ercl. Cassel.

M. f. L. 17943. M. d. J. II. 13820.

Vorstehender Erlaß wird im Verfolg der Amtsblatts-Bekanntmachung im 32. Stück sub N^o 19 des Amtsblattes pro 1884 S. 307/308 unter Mittheilung des nachstehenden Auszuges aus der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 8. Oktober 1884 über die im außerpreussischen Deutschland gebildeten Weinbaubezirke zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 31. Januar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bundesstaat bzw. Verwaltungsbezirk.	Nr.	Bestandtheile bzw. Umfang des Weinbaubezirks.	Namen des Weinbaubezirks.
II. Bayern.			
Reg.-Bez. Pfalz.	1	Bezirksämter Neustadt a./H., Landau und Bergzabern, ferner die Gemeinde Lambsheim, Bezirksamts Frankenthal.	Neustadt a./H.—Landau—Bergzabern.
" " "	2	Bezirksämter Germersheim und Speyer.	Germersheim—Speyer.
" " "	3	Bezirksamt Frankenthal mit Ausnahme der Gemeinde Lambsheim, die Bezirksämter Kirchheimbolanden und Kusel, ferner die Amtsgerichtsbezirke Otterberg und Winnweiler.	Frankenthal—Kirchheimbolanden—Kusel.
" " "	4	Bezirksamt Zweibrücken.	Zweibrücken.
" " Unterfranken, bzw. Mittelfranken und Oberfranken.	5	Sämmtliche Bezirksämter und unmittelbaren Städte des Regierungsbezirks Unterfranken und Aschaffenburg, ferner vom Regierungsbezirk Oberfranken: die Stadt Bamberg und die Bezirksämter Bamberg I. und II., Forchheim und Staffelstein, endlich vom Regierungsbezirk Mittelfranken: die Stadt Rothenburg a./T., sowie die Bezirksämter Rothenburg a./T., Scheinfeld und Uffenheim.	Unterfranken.
Reg.-Bez. Schwaben.	6	Bezirksamt Lindau.	Lindau.
III. Königreich Sachsen.			
Kreisauptmannschaft Dresden.	1	Die amtsauptmannschaftlichen Bezirke Großenhain, Meißen, Dresden-Alttadt, Dresden-Neustadt und Pirna, sowie Stadtbezirk Dresden.	
Kreisauptmannschaft Leipzig.	2	Die amtsauptmannschaftlichen Bezirke Döitzsch und Wurzen.	
IV. Württemberg.			
Donaukreis.	1	Die Oberamtsbezirke Ravensburg und Tettnang.	
Jagstkreis.	2	Oberamtsbezirk Mergentheim mit Auschluss der Gemeindemarkung Kengershausen, ferner die zu dem Oberamt Gerabronn gehörigen Gemeindemarkungen Oberstetten, Niederstetten und Wilbentzierbach.	
Verschiedene Kreise.	3	Die Oberamtsbezirke Rottenburg, Tübingen, Herrenberg, Reutlingen, Urach, Nürtingen, Kirchheim, Eßlingen, Cannstadt, Waiblingen, Schorndorf, Welzheim, Backnang, Marbach, Ludwigsburg, Stuttgart Stadt, Stuttgart Amt, Leonberg, Calw, Neuenbürg, Baiingen, Maulbronn, Brackenheim, Besigheim, Heilbronn, Neckarfulm, Weinsberg, Döhringen, Hall, Künzelsau, sowie die Gemeindemarkungen Bächlingen und Langenburg, Oberamts Gerabronn, und die Gemeindemarkung Kengershausen, Oberamts Mergentheim.	
V. Baden.			
	1	Kreis Mosbach.	
	2	Kreise Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe.	
	3	Kreise Baden und Offenburg.	
	4	Kreise Freiburg und Lörrach.	
	5	Kreis Waldshut.	
	6	Kreis Konstanz.	

Bundesstaat bezw. Verwaltungsbezirk.	Land. Nr.	Bestandtheile bezw. Umfang des Weinbaubezirks.	Namen des Weinbaubezirks.
VI. Hessen.	1	Provinz Rheinhessen mit Ausnahme der Gemarkungen Rastel und Rostheim.	
	2	Provinz Starkenburg.	
	3	Provinz Oberhessen.	
	4	Die Gemarkungen Rastel und Rostheim der Provinz Rheinhessen.	
VII. Sachsen-Weimar.	1	Das ganze Gebiet des Großherzogthums.	
VIII. Sachsen-Meiningen. Kreis Saalfeld.	1	Die Gemeinden Oberpreilipp und Unterpreilipp im Amtsgerichtsbezirk Saalfeld.	
	2	Die Gemeinden Lämpfing, Lamburg, Kobameuschel, Wichmar, Döbritschen, Edelstädt, Schmiedebäumen, Raatschen, Unterneufulza, Münchengosserstädt, Stöben und Weichau im Amtsgerichtsbezirk Lamburg.	
IX. Sachsen-Koburg- Gotha.	1	Die Ortsteile Königsberg und Nassach.	Königsberg in Franken.
X. Elsaß-Lothringen.	1	Die Bezirke Ober- und Unter-Elsaß.	
	2	Bezirk Lothringen.	

Berlin, den 8. Oktober 1884.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: v. Boetticher.

Betreffend Aufhebung der Schiffsahrtssperre
des Dranienburger Kanals.

47. Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 31. Oktober 1884 — Amtsblatt Stück 45 Seite 416 — bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß Seitens der Königl. Wasserbauverwaltung die Sperrung des Dranienburger Kanals zwischen den Dranienburger und den Pinnower Schleusen bereits aufgehoben ist.

Potsdam, den 10. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung von gewerblichen Gegenständen in Görlitz.

48. Der Herr Minister des Innern hat dem geschäftsführenden Ausschusse der im Laufe d. J. in Görlitz abzuhaltenden Gewerbe- und Industrie-Ausstellung die Erlaubniß erteilt, in Verbindung mit dieser Ausstellung eine öffentliche Verloosung von gewerblichen und industriellen Gegenständen zu veranstalten und die betreffenden Lose in den Provinzen Schlesien, Brandenburg incl. Berlin, Sachsen, Pommern, Posen und Westpreußen zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 9. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

V i e h s e u c h e n .

49. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Ritterguts Birckholz im Kreise Niederbarnim und des Ritterguts Kleffin im Kreise Westhavelland ist erloschen.

Ein Pferd des Fuhrherrn Kranz und ein Pferd

des Schlächtermeisters Jetschmann, beide zu Neu-Weißensee im Kreise Niederbarnim, sind mit rothkranken Pferden in Berührung gekommen und dadurch der Ansteckung verdächtig geworden.

Potsdam, den 3. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

50. Die Pocken sind unter den Schafen des Bauern Gottschalk zu Krangen im Kreise Ruppin ausgebrochen.

Potsdam, den 4. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

51. Die Rothkrankheit unter den Pferden des Handelsmannes Buxert und des Eigenthümers Schmidt zu Nixdorf bei Berlin ist erloschen.

Potsdam, den 4. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

52. Die Maul- und Kleuenseuche unter dem Rindvieh des Bauergutsbesizers Hübner zu Schmerzke im Kreise Zauch-Belzig ist erloschen.

Potsdam, den 9. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

53. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh der Güter Bücknersfelde und Falkenberg im Kreise Niederbarnim, sowie der Bädnerwitwe Anna Volk zu Colpin im Kreise Deeskow-Storkow ist erloschen.

Potsdam, den 10. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

54.

Nachweisung der Märkte 2c.

Laufende Nr.	Namen der Städte	Getreide										Uebrig e Markt =			
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es			
		Weizen	Reggen	Gerste	Hafer	Erbsen	Speisebohnen	Linzen	Kartoffeln	Nichtstroh	Krummstroh	Heu	Rindfleisch		
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	von der Rente	Handfleisch	
1	Angermünde	15 53	13 60	12 47	13 80	31	34 70	36	5 25	4 76	2 88	5 60	1 40	1 10	
2	Beeßow	—	13 67	14 23	14 70	30	40	45	4 40	4	—	6 20	1 30	1 20	
3	Bernau	15 87	14 16	15 48	14 86	32	37	40	5 22	4 06	—	4 85	1 25	1 10	
4	Brandenburg	16 05	14 26	13 75	14 73	25	26	28	4 20	3 50	—	5	1 20	1	
5	Dahme	15 29	13 09	12 80	13 50	40	50	50	3 25	3 50	2	7 50	1	1	
6	Eberswalde	16	13 34	16 13	14 82	23 50	27	33 22	4 28	4	—	4 56	1 20	1	
7	Friesack	—	14 40	—	14 50	31	34	40	4 20	3 50	—	4 50	1 30	1 05	
8	Havelberg	15 75	13 50	13 35	14 50	19	34	35	3 25	3	2 50	6	1 20	1	
9	Jüterbog	16	14 25	14	14	32	34	44	5	3 75	—	6 50	1 20	1 10	
10	Luderswalde	16 11	13 96	13 11	12 99	35	35	45	4 50	3 25	—	5	1 20	1 20	
11	Perleberg	15 19	13 50	14	13 25	15 50	33	43	4 25	4 46	—	5 46	1 40	1 10	
12	Potsdam	16 28	14 25	16 20	14 88	30	36	37 50	4 55	3 97	—	4 70	1 40	1 10	
13	Prenzlau	15 34	13 21	13 25	13 49	29 25	34	43	4 50	4 50	3 50	4 25	1 15	1	
14	Prigwall	14 96	13 21	13 63	12 29	16	31	32	3 13	3 25	2 75	3 58	1 30	1 06	
15	Rathenow	14 71	13 56	13 72	13	32	32 25	40	3 33	2 88	—	3 50	1 40	1 20	
16	Neu-Muppin	16	13 48	14 40	13 87	32	30	44	3 58	4	—	5	1 10	95	
17	Schwebt	15 50	14 58	12 80	14 71	33 33	40	33 33	5	3 82	—	5 50	1 49	1 20	
18	Spandau	—	15 08	14 25	15 75	24 50	35	32 50	4 53	4 25	—	4 75	1 40	1 20	
19	Strausberg	16 28	14 11	15 64	16 91	25	33 50	35	4	5	—	7	1 20	1 10	
20	Teltow	16 82	14 26	15 49	15 08	32	37	41	5 33	—	—	5	1 16	1 06	
21	Templin	15	13	13	13	24	44	50	3	3	—	4	1 20	1	
22	Treuenbriezen	15 39	13 55	13 23	13 68	26	26	30	4	3	—	4	1 20	1	
23	Wittstock	15 20	13 45	14	12 38	17	30	34	2 88	3 17	2	3 70	1	90	
24	Wriezen a. D.	15 02	13 34	12 62	14 34	24	29	34	4 33	3 25	2 25	4 50	1 30	1 10	
Durchschnitt		15 59	13 78	13 98	14 13	—	—	—	4 17	3 73	—	5 03	—	—	

Potsdam, den 9. Februar 1885.

Bekanntmachungen des Königl.ichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Die Ausführung der Uebereinkunft zwischen Deutschland und Italien über den Schutz an Werken der Literatur und Kunst.

17. In Ausführung der Uebereinkunft zwischen Deutschland und Italien, betreffend den Schutz an Werken der Literatur und Kunst, vom 20. Juni 1884 (Reichsgesetzbl. S. 193) hat der Bundesrath die nachfolgenden

Bestimmungen über die Eintragung und Stempelung der Exemplare von Schriftwerken u., sowie der zur Herstellung jener bestimmten Vorrichtungen erlassen.

§ 1. Gemäß den Bestimmungen des zu der deutsch-italienischen Uebereinkunft vom 20. Juni 1884 gehörigen Protokolls dürfen diejenigen beim Inkrafttreten dieser Uebereinkunft, den 23. November 1884,

erlaubterweise bereits hergestellten Exemplare von Werken der Literatur und Kunst (Schriftwerke, Abbildungen, musikalische Kompositionen, Werke der bildenden Künste), deren Herstellung nach den Vorschriften der Uebereinkunft nicht mehr gestattet sein würde, auch ferner verbreitet und verkauft werden, vorausgesetzt, daß sie innerhalb dreier Monate, vom Inkrafttreten der Uebereinkunft ab gerechnet, amtlich abgestempelt werden.

Unter der gleichen Voraussetzung darf der Druck solcher Exemplare, wenn deren Herstellung beim Inkrafttreten der Uebereinkunft erlaubterweise im Gange ist, vollendet werden.

Wer sich daher im Besitze von Exemplaren der im Absatz 1, 2 erwähnten Art befindet, hat dieselben bis zum 23. Februar 1885 einschließlich der Polizeibehörde seines Wohnortes zur Abstempelung vorzulegen.

Sortimentsbuchhändler, Kommissionäre u., welche

Preise im Monat Januar 1885.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm													
Schweine- fleisch	Rindfleisch	Lammfleisch	Speck	Butter	Eier	Weizen		Gersten-		Buchweizen-	Hafergrüde	Gerste	Reis, Java	Java-Kaffee		Speisesalz	Schweine- schmalz, hiesig.		
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	Nr. 1.	Nr. 1.	Stange	Grüde	grüne					mittlerer gelber in gebr. Bohnen				
1 10	90	1 10	1 60	2 24	4 33	30	25	45	40	40	50	60	55	2 40	3	20	1 60		
1 20	1	1	2	2 20	4	40	30	60	60	60	80	60	60	3 20	3 60	20	2		
1 20	1 25	1 15	1 70	2 40	3 85	40	25	45	50	50	40	60	45	2 80	2 20	20	1 60		
1 10	90	1 10	1 80	2 40	4 48	40	30	50	50	50	50	50	50	2 40	3 20	20	1 60		
1	75	1	1	1 82	2 80	32	26	60		40		50	50	2 80	3 60	20	1 40		
1 20	1	1	1 80	2 40	4 40	28	26	60	60	50		60	60	3	3 60	20	1 80		
1 25	90	1 25	1 80	2 40	4 40	40	30	60	60	60	60	60	60	3 20	3 40	20	1 80		
1	1	1	2	2 03	3 80	40	30	80		60	65	60	60	3 80	3 80	20	2		
1 20	95	1 20	1 80	2 40	4	32	24	60	65	70	70	60	60	3	3 60	20	1 80		
1 10	85	1 20	1 60	2 20	4	36	24	50	40	40	60	36	28	2 20	3 20	20	1 40		
1 30	1 15	1 15	1 95	1 79	3 30	50	36	60	60	50	60	50	55	3 40	3 60	20	2		
1 30	1 20	1 20	1 60	2 04	4 07	37	27	50	50	45	45	45	50	2 90	3 20	20	1 60		
1 10	85	1 05	1 70	2 07	3 97	28	26	60	40	60	60	60	70	3 20	3 60	20	2		
1 10	85	1	1 66	1 62	2 92	25	20	40	40	40	50	40	60	2 80	3 20	20	1 60		
1 40	1	1 20	1 80	2 60	3 75	27	21	50	50	50	55	50	60	2 90	3 60	20	2		
1 20	1 05	1 18	1 70	2 10	3 85	30	24	50	50	60	53	50	60	3	3 40	20	1 60		
1 20	95	1 20	2	1 80	3 60	30	25	60	40	40	60	50	70	2 70	3 60	20	2		
1 30	1 25	1 20	1 60	2 40	4 40	35	25	60	60	50	60	50	60	2 80	3 20	20	1 60		
1 20	1 10	1 20	1 60	2 40	4 80	40	26	55	50	45	60	50	60	2 40	3 20	20	1 40		
1 15	1 14	1 14	1 77	2 57	3 90	50	40	70	60	50	60	50	63	3 20	3 60	20	1 70		
1	80	1	1 60	2	3 80	34	30	60	60	50	60	60	50	2 80	3 20	20	1 50		
1 20	90	1 20	2	2 06	4 40	33	21	46	41		60	40		2 80	3 40	20	2		
95	68	95	1 80	1 74	3 14	26	21	50	50	40	50	50	50	2 40	2 80	20	1 60		
1 15	1 10	1 15	1 60	2 13	3 92	21	21	50	40	40	60	50	50	3 20	3 60	20	1 60		
Der Regierungs-Präsident.																			

Der Regierungs-Präsident.

solche Exemplare fertigen, können dieselben Namens des Verleger oder ihrer Auftraggeber zur Abstempelung vorlegen, ohne daß es einer besonderen Vollmacht bedarf.

§ 2. Die Polizeibehörde stellt ein genaues Verzeichniß der ihr vorgelegten Exemplare nach dem nachstehenden Muster A. auf und bedruckt demnächst jedes einzelne Exemplar mit ihrem Dienstsiegel.

§ 3. Gemäß den im Eingange des § 1 erwähnten Bestimmungen dürfen ferner diejenigen beim Inkrafttreten der Uebereinkunft vorhandenen, bisher erlaubterweise angefertigten Vorrichtungen — wie Stereotypen, Holzstöcke, gestochene Platten aller Art, sowie lithographische Steine —, deren Benutzung nach der Uebereinkunft untersagt sein würde, während eines Zeitraums von vier Jahren von dem Inkrafttreten der Uebereinkunft ab zur Anfertigung von Exemplaren benutzt werden, vorausgesetzt, daß diese Vorrichtungen

innerhalb der im § 1 erwähnten dreimonatlichen Frist amtlich mit einem Stempel versehen werden.

Wer sich daher im Besitze von Vorrichtungen der bezeichneten Art befindet und dieselben noch ferner zur Herstellung von Exemplaren benutzen will, hat die Vorrichtungen bis zum 23. Februar 1885 einschließlich der Polizeibehörde seines Wohnortes vorzulegen.

Die Exemplare selbst, welche mit Hilfe gestempelter Vorrichtungen und innerhalb des vereinbarten Zeitraums hergestellt worden sind, bedürfen eines Stempels nicht. Auf Verlangen sollen sie indessen ebenfalls amtlich abgestempelt werden.

Wer Exemplare der bezeichneten Art abgestempelt zu haben wünscht, hat dieselben bis zum 23. Februar 1885 einschließlich der gedachten Behörde vorzulegen.

§ 4. Die Polizeibehörde stellt ein genaues Verzeichniß der ihr vorgelegten Vorrichtungen nach dem nachstehenden Muster B. auf und bedruckt die Vorrichtungen

tungen demnachst unter thunlichster Schonung derselben mit ihrem Diensthempel, und zwar in einer Weise, welche die Erhaltung des Stempelzeichens möglichst sicherstellt.

Sie stellt ebenso ein genaues Verzeichniß der mit jenen Vorrichtungen hergestellten ihr vorgelegten Exemplare nach dem im § 2 erwähnten Muster A. auf und bedruckt demnachst jedes einzelne Exemplar mit ihrem Diensthempel.

§ 5. Ob die Herstellung der Exemplare oder Vorrichtungen nach dem bisherigen Vertragsrechte erlaubt war, hat die Polizeibehörde nicht zu prüfen; dagegen hat dieselbe die Stempelung zu verweigern, wenn sie ermittelt, daß die im § 1 bezeichneten Exemplare oder die im § 3 bezeichneten Vorrichtungen erst nach dem 23. November 1884 oder die im § 3 bezeichneten

Exemplare mit Hilfe ungestempelter Vorrichtungen oder erst nach dem 23. November 1888 hergestellt worden sind.

§ 6. Die Verzeichnisse (§§ 2, 4) werden binnen 6 Wochen nach ihrem Abschluß von der Polizeibehörde an die zuständige Centralbehörde im Geschäftswege eingereicht und von der letzteren aufbewahrt. Einer Anzeige, daß bei der Polizeibehörde Exemplare oder Vorrichtungen zur Abstempelung überhaupt nicht vorgelegt worden sind, bedarf es nicht.

§ 7. Für die Eintragung und Abstempelung der Exemplare und Vorrichtungen werden Kosten nicht erhoben.

Berlin, den 18. Dezember 1884.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: gez. v. Voetticher.

A.

Verzeichniß

der bei der unterzeichneten Polizeibehörde zur Abstempelung vorgelegten Exemplare.

Nr.	Tag der Vorlage.	Name oder Firma des Vorlegenden.	Titel der Schriftwerke, Abbildungen, Kompositionen etc.	Zahl der abgestempelten Exemplare.

B.

Verzeichniß

der bei der unterzeichneten Polizeibehörde zur Abstempelung vorgelegten Vorrichtungen (Stereotypen, Holzstöcke, Platten, Steine etc.).

Nr.	Tag der Vorlage.	Name oder Firma des Vorlegenden.	Titel des Schriftwerkes, der Abbildung, der Komposition etc., auf welche die Vorrichtung sich bezieht.	Nähere Beschreibung (Platte, Form, Stein, Stereotypabguß etc.) der Vorrichtung und deren Größe.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Die Theiligten werden aufgefordert, die in ihrem Besig befindlichen, nach der obigen Bekanntmachung abzustempelnden Schriftwerke und Vorrichtungen spätestens bis zum 23. Februar d. J., bis zu welchem Zeitpunkt die Stempelung beendet sein muß, anzumelden. Die Anmeldungen der abzustempelnden Schriftwerke etc. sind in der Form der mit der Bekanntmachung abgedruckten Verzeichnisse A. und B.

an den mit der Stempelung beauftragten Kommissar für Markt- und Gewerbe-Angelegenheiten Polizeihauptmann von Wolffsburg, Louise-Ufer Nr. 2b., binnen der vorgedachten Frist einzureichen. Die Abstempelung der angemeldeten Vorräthe wird demnachst in den Geschäftsräumen der Theiligten erfolgen.

Berlin, den 3. Februar 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Erlöschen einer Konzession zur Vermittelung von Verträgen mit Auswanderern.

18. Die dem Kaufmann Richard Gustav Albert von Januszewicz, hieselbst Platz vor dem neuen Thore Nr. 3, als Agenten des von der königlichen Regierung zu Stettin konzessionirten Auswanderer-Beförderungs-Unternehmers E. H. S. Schulz, in Firma Stettiner Lloyd, Stettin-Amerikanische Dampfschiffahrt, unterm 16. Mai 1884 ertheilte und unter dem 5. Juli desselben Jahres erweiterte Konzession zur Vermittelung von Verträgen mit Auswanderern behufs deren Beförderung von Stettin, Swinemünde, Hamburg und Bremen nach den Häfen der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika ist mit dem Tage dieser Bekanntmachung erloschen.

Berlin, den 2. Februar 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Ertheilung einer Konzession zur Vermittelung von Verträgen mit Auswanderern.

19. Dem Kaufmann Max Apel, hieselbst Platz vor dem neuen Thore Nr. 3, ist auf Grund der §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1853 zur Vermittelung von Verträgen mit Auswanderern behufs deren Beförderung von Stettin, Hamburg oder Bremen über die Zwischenhäfen Kopenhagen, Gothenburg, Christiansand und New-Castle upon Tyne nach den Häfen der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika als durch Vollmacht vom 26. Januar 1885 bestellten Agenten des Auswanderer-Beförderungs-Unternehmers E. H. S. Schulz, in Firma Stettiner Lloyd, Stettin-Amerikanische Dampfschiffahrt, die Genehmigung ertheilt worden.

Berlin, den 2. Februar 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Berliner und Charlottenburger Preise pro Januar 1885.

20. A. Engros-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

In Berlin:

für 100 Kgr. Weizen (gut)	17	Mark	21	Pf.
do. (mittel)	15	"	92	"
do. (gering)	14	"	57	"
do. Roggen (gut)	14	"	40	"
do. (mittel)	14	"	12	"
do. (gering)	13	"	88	"
do. Gerste (gut)	17	"	76	"
do. (mittel)	15	"	36	"
do. Gerste (gering)	12	"	55	"
do. Hafer (gut)	15	"	79	"
do. (mittel)	14	"	87	"
do. (gering)	13	"	91	"
do. Erbsen (gut)	20	"	50	"
do. (mittel)	18	"	50	"
do. (gering)	16	"	50	"
do. Nichtstroh	4	"	03	"
do. Senf	4	"	97	"

B. Detail-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen	30	Mark	98	Pf.
do. Speisebohnen (weiße)	36	"	08	"
do. Linzen	40	"	—	"
do. Kartoffeln	5	"	18	"
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	"	25	"
do. (Bauchfleisch)	1	"	10	"
do. Schweinefleisch	1	"	20	"
do. Kalbfleisch	1	"	25	"
do. Hammelfleisch	1	"	15	"
do. Speck (geräuchert)	1	"	51	"
do. Eßbutter	2	"	39	"
60 Stück Eier	3	"	80	"

2) In Charlottenburg:

für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen	35	Mark	—	Pf.
do. Speisebohnen (weiße)	35	"	—	"
do. Linzen	35	"	—	"
do. Kartoffeln	5	"	63	"
1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	"	30	"
do. (Bauchfleisch)	1	"	05	"
do. Schweinefleisch	1	"	20	"
do. Kalbfleisch	1	"	20	"
do. Hammelfleisch	1	"	15	"
do. Speck (geräuchert)	1	"	50	"
do. Eßbutter	2	"	40	"
60 Stück Eier	4	"	04	"

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats Januar 1885:

1) In Berlin:

für 1 Kgr. Weizenmehl N ^o 1	40	Pf.
do. Roggenmehl N ^o 1	36	"
do. Gerstengraupe	60	"
do. Gerstengröße	50	"
do. Buchweizengröße	50	"
do. Hirse	60	"
do. Reis (Java)	80	"
do. Java-Kaffee (mittler)	2	Mark
do. (gelb in	—	"
gebr. Bohnen)	3	"
do. Speisesalz	20	"
do. Schweineschmalz (hiefiges)	1	80

2) In Charlottenburg:

für 1 Kgr. Weizenmehl N ^o 1	40	Pf.
do. Roggenmehl N ^o 1	30	"
do. Gerstengraupe	50	"
do. Gerstengröße	40	"
do. Buchweizengröße	40	"
do. Hirse	50	"
do. Reis (Java)	50	"
do. Java-Kaffee (mittler)	2	Mark
do. (gelb in	—	"
gebr. Bohnen)	3	"
do. Speisesalz	20	"
do. Schweineschmalz (hiefiges)	1	60

Berlin, den 6. Februar 1885.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abteilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt.

4. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende, bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen aufgeliesserte Briefe, in welchen bei der Eröffnung die dabei vermerkten Beträge gefunden worden sind: an Lipke in Berlin M. 0,50, 27. Mai 1884, an Bauer in Berlin M. 1,50, 7. August 1884, an Reiz in Berlin M. 3,00, 25. August 1884, an Prajak in Prag M. 5,00, 3. September 1884, an P. W. postl. Berlin M. 1,30, 21. September 1884, an Waschkau, Schwedeburgstraße, M. 3,00, 25. September 1884, an Schulz in Berlin, Andreasstraße, M. 20,00, 25. September 1884, an Kleemann, Kunststraße (ohne Angabe des Bestimmungsortes), M. 1,50, 12. Oktober 1884, an Kameradschaftliche Verein von 1884 in Berlin M. 2,00, 16. Oktober 1884, an Libbe in Berlin M. 0,50, 18. Oktober 1884, an Scherff in Breslau M. 0,80, 27. Oktober 1884, an Marschall in Alt-Zauer M. 0,20, 2. November 1884, an Krause in Hamburg M. 1,10, 5. November 1884, an Langner in Jurlau bei Freiburg (Schlesien) M. 1,00, 20. November 1884.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Briefe werden ersucht, sich spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung ab gerechnet — bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion hier selbst zu melden, widrigenfalls die in den Sendungen vorgefundenen Beträge der Post-Armenskasse überwiesen werden.

Berlin C., den 31. Januar 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

Geheime Postrath Schiffmann.

Unanbringliche Post-Anweisungen.

5. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern die nachstehend verzeichneten, in Berlin an den angegebenen Tagen aufgeliesserten unanbringlichen Post-Anweisungen: an Pigeon in Paris über M. 10,10, 8. Mai 1884, an das Amtsgericht in Ologau über M. 3,00, 5. Juni 1884, an Kleinschmidt in Berlin über M. 29,80, 6. Juni 1884, an Sarazin in Paris über M. 20,35, 25. Juni 1884, an Rothheim in New-York über M. 63,75, 30. Juni 1884, an Cohn in Berlin über M. 10,00, 5. Juli 1884, an die Polizei-Hauptkasse in Berlin über M. 3,00, 13. Juli 1884, an Schiefer in Berlin über M. 3,66, 21. Juli 1884, an Müller in Berlin über M. 3,00, 2. September 1884, an Passchl in Berlin über M. 5,00, 1. Oktober 1884, an Schmidt in Berlin über M. 5,00, 15. Oktober 1884, an Bittner in Kleinbeeren bei Gellendorf, über M. 6,00, 17. Oktober 1884, an Meyer in Braunschweig über M. 8,00, 20. November 1884, an die Steuerhebestelle in Wornbitt über M. 2,40, 28. November 1884, an Stolzengwald in Breslau über M. 5,00, 3. Dezember 1884.

Die unbekannten Absender der vorstehend aufgeführten Post-Anweisungen werden ersucht, spätestens inner-

halb vier Wochen vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung ab gerechnet bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion hier selbst sich zu melden, widrigenfalls die Beträge dem Post-Armensfonds anheimfallen.

Berlin C., den 3. Februar 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,

Geheime Postrath Schiffmann.

Unanbringliche Pakete.

6. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. Pakete in Berlin zur Post gegeben:

an Wagenknecht in Friedeberg (Neuß) 1 kg, 23. Juli 1884, an Gläser in Charlottenburg $\frac{1}{2}$ kg, 24. September 1884, an Kleibe in Rirsdorf $\frac{1}{2}$ kg, 28. September 1884, an Nachtigall in Ponarth bei Königsberg (Preußen), $8\frac{1}{2}$ kg, 11. Oktober 1884, an Steiner in Hamburg, $\frac{1}{2}$ kg, 28. Oktober 1884, an den Bürgermeister in Tölz (Bayern), 1 kg, 29. Oktober 1884.

B. Gegenstände, welche in Paketen

ohne Aufschrift enthalten gewesen bez. Postsendungen entfallen oder bei hiesigen Postanstalten herrenlos aufgefunden worden sind: 1 Schirmgriff, 1 Ring (anscheinend Talmigold), 1 Manschettenknopf, 1 Damenpaletot, 1 Stück Kleiderstoff und 5 Kopfkissen-Überzüge, 1 Griff zum Petschaft, 2 Dugend Fädnchen zu Stednadeln, 1 Papierbüte mit Mark 4,00, 2 Proben Tuchriemen und 1 Probe Plombenschnur, 1 Uhrschlüssel (anscheinend Gold), 1 Kreisel, 1 Notizbuch, 1 Metallschachtel mit Spielmarken, 1 Paket Stiefelknöpfe, 1 Uhrkette von Stahl, 1 Paar schwarzwollene Strümpfe, 1 Werkzeu mit Holzgriff, 2 Paar Manschetten, 1 Paar baumwollene Strümpfe, 17 kleine Stahlringe, 10 abgetragene Uniformröcke von Postunterbeamten und 1 Soppe, 1 baumwollener Strumpf, 1 Vorhängeschloß, 5 Schrauben nebst Messingbeschlag, 1 Zwirnhandschuh, 2 Paar Herren-Manschetten, 1 Herren-Kragen, 1 Paar Strümpfe, gez. K. W. 2, mehrere Taschenmesser, 1 Paar Schwämme, 1 Rolle mit Spielmarken, 1 Messer, 1 Paar Hausschuhe, 1 Photographie, 3 Pakete Tischgabeln, 2 Pakete Tischmesser, 1 Brille nebst Futteral, 4 Dugend messingene Hufeisen zu Stiefelabsägen, 2 Puppen, 1 Halskette von schwarzen Steinen, weiße Baumwolle und 2 Puppen, 1 Stahlsab, Christbaum-Schmuck, 2 Päckchen Stahlplatten zu Schlupfen, mehrere Vorhängeschlösser, 1 Paar Leder-Stiefeletten, 1 Schlüssel, 6 Stück weiß überponnener Draht, 4 ganze und 2 halbe Nadelbüchsen, 1 Stück Seife, 6 Scheren, 3 Päckchen Nieten und Platten, 24 Thürbeschläge und 24 Haken von Messing, 1 Stück Pappe mit 10 gelben Knöpfen, 1 Rolle Seidendraht, 1 Paar schwarze Glaceehandschuhe, 1 altes Portemonnaie, 1 kleiner Schraubenschlüssel mit Holzgriff, 1 Waarenprobe: Kaffee, Rosinen und Corinthen, 1 Cigarrenspize, 1 Paket mit 6 Paar Fußwärmern, 1 Reispelische, 2 Nummern der „Gazette des Hopital“, 3 Treibriemen, 1 Flasche Riffinger Katorzy-Salz nach Dr. Diruf.



Amtsblatt.

65

Die unbekannten Eigenthümer der vorbezeichneten Gegenstände werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der hiesigen Ober-Postdirektion sich zu melden, widrigenfalls mit den Gegenständen nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Berlin O., den 5. Februar 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.
Geh. Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Anmeldung der herzustellenden neuen Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Cöpenick und Steglitz.

7. Um rechtzeitig und in zweckmäßiger Weise die Vorbereitungen zu den vom 1. April d. J. ab auszuführenden Erweiterungen der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Cöpenick und Steglitz, welche sämmtlich mit dem Fernsprechnetz in Berlin verbunden sind, treffen zu können, ist es erwünscht, die Zahl der herzustellenden neuen Anschlüsse, sowie die Lage der Gebäude, in welchen Fernsprechkstellen eingerichtet werden sollen, im Voraus zu kennen.

Diesenigen Personen u., welche den Anschluß an die betreffenden Stadt-Fernsprecheinrichtungen zum Frühjahr wünschen, wollen mit die bezüglichen schriftlichen Anmeldungen **spätestens bis zum 1. März** zugehen lassen, da sonst mit Sicherheit auf die Herstellung der Anschlüsse nicht mehr gerechnet werden kann.

Die Bedingungen für die Theilnahme an den Stadt-Fernsprecheinrichtungen in den genannten Städten, sowie für den Anschluß an das Stadt-Fernsprechnetz in Berlin werden auf Wunsch mitgetheilt werden.

Potsdam, den 4. Januar 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Bahl.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ausnahmetarif für Eisen.

8. Mit dem 1. d. M. ist ein Ausnahmetarif für Eisen des Spezialtarifs I. und II. von Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Berlin, Breslau, Elberfeld, Erfurt, Köln (links- und rechtsrheinisch) und Magdeburg, ferner der Breslau-Freiburger Eisenbahn, sowie der Sächsischen Staatsbahn nach Oberberg transit zum Export nach Serbien zur Einführung gelangt. Die Frachtsätze finden nur im Rück-Wergütungswege unter Beachtung der im Tarife enthaltenen Control-Vorschriften Anwendung. Exemplare des Tarifs sind bei unseren Güterkassen Berlin Schleißer Bahnhof, Dresden-Friedrichstadt, Frankfurt a./D., Görlitz, Stettin, sowie im hiesigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 5. Februar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Ausgabe von Billets ohne Coupons.

9. Durch die Einführung einheitlicher Biletmuster für das Preussische Staatsbahngebiet treten an die Stelle der im diesseitigen Verwaltungsbezirke z. Z. bestehenden Couponbillets nach und nach Billets ohne Coupons, welche den Reisenden vor Beendigung der Fahrt abgenommen werden. Die allmähliche Ausgabe der Billets ohne Coupon nimmt mit dem 15. Februar d. J. für den Lokalverkehr des diesseitigen Direktionsbezirks ihren Anfang.

Bromberg, den 5. Februar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Im Kreise Westprignitz ist an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesizers Otto zu Quigow der gegenwärtige Besitzer dieses Gutes Fritz Otto, sowie mit Rücksicht auf den Ablauf seiner bisherigen Dienstzeit der Gutsbesitzer Gerloff in Kleinow von Neuem resp. zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XIV. Quigow und zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXIV. Däprow ernannt worden.

Der Bürgermeister Burghardt in Fehrbellin ist zum Amtsanwalt bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt.

Der Gräfliche Rentmeister Burghardt zu Muskau ist gemäß der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Fehrbellin getroffenen Wahl als Bürgermeister der Stadt Fehrbellin für die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer befristet und am 22. Januar 1885 in das ihm übertragene Amt eingeführt worden.

Der Feldmesser Gustav Adolf Bischoff aus Runersdorf bei Frankfurt a./D., zur Zeit hieselbst wohnhaft, ist am 5. Februar d. J. vereidigt worden.

Der bisherige Oberpfarrer zu Eychen, Diözese Templin, Franz Rudolf Otto Stechert ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parodie Behlsanz, Diözese Spandau, bestellt worden.

Der bisherige Predigamt-Kandidat Theodor Ludwig Carl Lehmann ist zum Diakon an der St. Nikolai-Kirche zu Jüterbog und zum Pfarrer bei der Evangelischen Gemeinde zu St. Jacobi in der Vorstadt Neumarkt, Diözese Jüterbog, bestellt worden.

Der Erste Lehrer Dr. Frige vom Schullehrer-Seminar in Drossen ist an das Schullehrer-Seminar in Cöpenick versetzt worden.

Den Oberlehrern Dr. Jahn und Lorenz an dem Könlischen Gymnasium in Berlin ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

Dem Oberlehrer an der Ritterakademie zu Brandenburg a./H. Dr. Hornung ist der Professortitel verliehen worden.

Dem Oberlehrer am Gymnasium in Spandau Dr. Groß ist der Professortitel verliehen worden.

Der Hilfslehrer Dannehl ist als Gemeindefachlehrer in Berlin definitiv angestellt worden.

Vakant ist: die 2. Lehrerstelle zu Meinsdorf, Inspektion Dahme, Privat-Patronats.

Wiederbesetzt sind: die Lehrerstelle zu Nieder-Schönhausen, Inspektion Landkreis Berlin-Niederbarnim, die Lehrer-, Küster- und Organistenstelle zu Steinfurth, Inspektion Eberswalde.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.
Stetsmässig angestellt ist: der Postpraktikant Schönian in Potsdam als Postsecretair.

Ernannt ist: der Ober-Postdirektionssecretair Treutler zum Telegraphen-Inspektor.

Versezt ist: der Postinspektor Kroll nach Hamburg.

Freiwillig ausgeschieden ist: der Postverwalter Engel in Rarstätt.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Januar sind

angestellt: als Postassistent: der Postassistent Ruzer, als Telegraphenassistenten: die Telegraphenanwärter Gerlach und Neumann,

ernannt: zum Telegraphenamtskassirer: der Ober-Postdirektionssecretair v. Albedyll,

versezt: die Postsekretaire Damköhler und Schildkops von Berlin nach Bromberg bezw. Gumbinnen, Heydemann und Michael von Cöln (Rhein) bezw. Potsdam nach Berlin, die Telegraphensekretaire Fischer von Berlin nach Hannover und Schwarz von Straßburg (Elsass) nach Berlin,

in den Ruhestand versezt: der Ober-Telegraphenassistent Billebeck.

Vermischte Nachrichten.

Die Führung des Handels- u. Registers im Jahre 1885.

Die Eintragungen in die Handels-, Genossenschafts- und Muster-Register werden im laufenden Jahre durch den Deutschen Reichsanzeiger und die Berliner Börsen-Zeitung öffentlich bekannt gemacht werden.

Dahme, den 6. Februar 1885.

Königl. Amtsgericht.

Vorlesungen

an der Kgl. Thierarzneischule in Hannover.
Sommersemester 1885.

Beginn 9. April.

Direktor Medicinalrath Dr. Dammann: Allgemeine Chirurgie, Seuchenlehre und Veterinair-Polizei, Diätetik. — Professor Wegemann: Organische Chemie, Receptirkunde, Pharmaceutische Uebungen. — Professor Dr. Lustig: Arzneimittellehre und Toxikologie, Allgemeine Therapie, Spitalklinik für große Hausthiere. — Professor Dr. Rabe: Histologie und Embryologie, Allgemeine Pathologie und allgemeine pathologische Anatomie, Histologische Uebungen, Spitalklinik für kleine Hausthiere, Obduktionen und pathologisch-anatomische Demonstrationen. — Professor Dr. Kaiser: Operationslehre, Geburtshülfe mit Uebungen am Phantom, Geschichte der Thierheilkunde, Ambulatorische Klinik. — Dr. Tereg: Allgemeine Anatomie, Osteologie und

Synthesmologie, Physiologie I. — Professor Dr. Seß: Botanik. — Lehrer Geiß: Uebungen am Hof. — Repetitor Dr. Arnold: Uebungen im chemischen Laboratorium.

Zur Aufnahme als Studirender ist der Nachweis der Reife für die Prima eines Gymnasiums oder einer Realschule I. Ordnung, bei welcher das Latein obligatorischer Unterrichtsgegenstand ist, oder einer durch die zuständige Centralbehörde als gleichstehend anerkannten höheren Lehranstalt erforderlich.

Ausländer und Hospitanten können auch mit geringeren Vorkenntnissen aufgenommen werden, wenn sie die Zulassung zu den thierärztlichen Fachprüfungen in Deutschland nicht beanspruchen.

Nähere Auskunft ertheilt

die Direktion der Königl. Thierarzneischule.

Dr. Dammann.

Verzeichniß der Vorlesungen

an der königlichen landwirthschaftlichen Hochschule zu Berlin, Invalidenstraße Nr. 42, im Sommer-Semester 1885.

1) Landwirthschaft, Forstwirthschaft und Gartenbau. Geheimrath Regierungsrath, Professor Dr. Zettgast: Wirthschaftsorganisation. Pferdezucht. — Professor Dr. Erth: Spezieller Acker- und Pflanzenbau. Allgemeine Ackerbaulehre, II. Theil: Die chemischen Grundlagen des Feldbaues. Bonitirung des Bodens. Ueber Boden und Wasser. Praktische Uebungen im agronomisch-pedologischen Laboratorium. Leitung agronomischer und agrulturchemischer Untersuchungen. — Oekonomierath Dr. Freiherr v. Canstein: Ausgewählte Kapitel aus der landwirthschaftlichen Meliorationslehre. Fischzucht und Teichwirthschaft. — Dr. Grahl: Allgemeiner Acker- und Pflanzenbau. Wiesenbau. — Dr. Hartmann: Rindviehzucht. — Forstmeister Krieger: Spezielle Holzkenntniß und forstliche Bodenkunde. Forstschutz. Forstliche Exkursionen. — Dr. Lehmann: Fütterungslehre, II. Theil (Spezielle Ernährung, Haltung und Pflege der einzelnen Nutzhierklassen; Futterberechnungen.) Ueber Zeugung, Fortpflanzung und Vererbung. — Universitätsgärtner Lindemuth: Gemüosebau. — Benno Martiny: Molkereiwesen, I. Theil: das Wesen der Milch und die dasselbe bedingenden Einflüsse; Gewinnung und Prüfung der Milch. — Ingenieur Schotte: Maschinen und bauliche Anlagen der landwirthschaftlichen Nebengewerbe, speziell Zucker- und Spiritusfabrikation. Landwirthschaftliche Maschinenkunde; Fortsetzung der im Winter-Semester gehaltenen Vorlesung. Feldmessen und Niveliren für Landwirthe. Zeichen- und Konstruktionsübungen.

2) Naturwissenschaften. a. Botanik und Pflanzenphysiologie. Professor Dr. Rny: Grundzüge der Morphologie der Pflanzen. Botanisch-mikroskopischer Kursus für Geübtere, mit besonderer Rücksicht auf Pflanzenkrankheiten. Leitung wissenschaftlicher Untersuchungen im botanischen Institut. — Professor Dr. Frank: Experimentalphysiologie der Pflanzen. Uebungen im pflanzenphysiologischen Institut. Arbeiten für Fortgeschrittenere daselbst. — Professor Dr. Wittmack:



Systematische Botanik. Uebungen im Bestimmen der Pflanzen. Samenkunde. Botanische Exkursionen. — Privatdocent Dr. Tschirsch: Ueber die anatomischen Grundlagen der pflanzlichen Rohstofflehre. Mikroskopische Uebungen im Untersuchen von Pflanzentheilen mit spezieller Berücksichtigung der technisch verwerteten. b. Chemie und Technologie. Geheimer Regierungsrath Professor Dr. Landolt: Organische Experimentalchemie. Großes chemisches Praktikum. Kleines chemisches Praktikum. — Dr. Degener: Repetitorium der anorganischen Chemie. Fabrication des Zuckers. Analyse des Wassers, des Bodens, der Dünges- und Futtermittel. — Professor Dr. Delbrück: Spiritusfabrication mit Uebungen. c. Mineralogie, Geologie und Geognosie. Professor Dr. Gruner: Grundzüge der Mineralogie und Petrographie. Einleitung in die Bodenkunde. Die Bodenverhältnisse des norddeutschen Flachlandes. Uebungen im mineralogisch-pedologischen Institut in Verbindung mit Vorträgen. d. Physik. Professor Dr. Börnstein: Experimentalphysik, II. Theil. Physikalische Uebungen. e. Zoologie und Thierphysiologie. Professor Dr. Nehring: Zoologie und Geschichte der Haustiere. Zoologisches Colloquium. — Dr. Karsch: Ueber Bienenzucht und Seidenbau. Landwirtschaftliche Entomologie. — Professor Dr. Jung: Ueberblick der gesammten Thierphysiologie. Thierphysiologisches Praktikum.

3) Staats- und Rechtswissenschaft. Professor Dr. Schmoller: Theoretische Nationalökonomie. Die neuesten Fragen der deutschen Agrarpolitik. — Kammergerichtsrath Keyßner: Reichs- und preussisches

Recht mit besonderer Rücksicht auf die für den Landwirth und Kulturtechniker wichtigen Rechtsverhältnisse.

4) Veterinairkunde. Professor Diederhoff: Sporadische Krankheiten der Haustiere. — Professor Müller: Anatomie der Haustiere, verbunden mit Demonstrationen. — Ober-Kocharzt Rüttner: Aufschlagslehre.

5) Kulturtechnik und Baukunde. Meliorations-Bauinspektor Köhler: Kulturtechnik. Entwerfen von Ent- und Bewässerungs-Anlagen. — Professor Schlichting: Wasserbau. Entwerfen von Bauwerken des Wasser-, Wege- und Brückenbaues, inkl. einfacher Fundierungen. Erdbau. Baukonstruktionslehre.

6) Geodäsie und Mathematik. Professor Dr. Vogler: Praktische Geometrie. Traciren. Zeichnen und Rechen-Uebungen. Meß-Uebungen im Freien. Während der Pfingstwoche und am Schluß des Sommer-Semesters finden Meßübungen im Zusammenhang statt. — Professor Dr. Börnstein: Analytische Geometrie und Analysis. Mathematische Uebungen. — Oberlehrer Dr. Reichel: Algebra. (Nachträge zur elementaren Algebra, algebraische Analysis.) Geometrie. (Nachträge zur Elementar-Geometrie, Sphärik, sphärische Trigonometrie, Stereometrie, darstellende Geometrie.) Mathematische Uebungen (zur Algebra, algebraischen Analysis und darstellenden Geometrie).

Das Sommer-Semester beginnt am 15. April 1885. — Programme sind durch das Sekretariat zu erhalten.

Berlin, den 30. Januar 1885.

Der Rektor. Settegast.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	August Ohlson, Arbeiter und Schneidergeselle,	geboren am 19. Februar 1843 zu Neplinge, Schweden, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussische Regierung zu Schleswig,	23. Dezember 1884.
2	Wilhelm Arnold Bürgler, Weber,	geboren am 8. Dezember 1860 zu Rohrbach, Bezirk Aarwangen, Kanton Bern, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig,	desgleichen.	dieselbe Behörde,	10. Januar 1885.
3	Isaak Massaud, Rabbiner,	26 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Jerusalem, asiatische Türkei,	desgleichen,	Königlich Preussische Regierung zu Wiesbaden,	12. Dezember 1884.
4	Adolf Esler, Tuchmacher,	23 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Ramionka, Gouvernement Grodno, Rußland,	Landstreichen,	dieselbe Behörde,	7. Januar 1885.

1.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.	4.	5.	6.
5	Emil Foulloy, Weinhändler,	geboren am 6. Dezember 1846 zu Lignières le Nois, Frankreich, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussische Regierung zu Düsseldorf,	18. Dezember 1884.
6	Philipp Kometter, Drüugehilfe,	geboren am 9. April 1849 in Waidmannsdorf, Bezirk Klagenfurt, Kärnten, ebendaselbst ortsangehörig,	Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verurtheilung und Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Niedbach,	26. Novbr. 1884.
7	Josef Stöckeler, Schlossergeselle,	geboren am 27. Dezember 1847 zu Lochau, Bezirk Bregenz, Vorarlberg, ebendaselbst ortsangehörig, zuletzt wohnhaft in Landshut, Niederbayern,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Neu-Ulm,	30. Dezember 1884.
8	Peter Mohr, Schreinereselle,	40 Jahre, geboren zu Maftricht, Niederlande, ebendaselbst ortsangehörig, zuletzt wohnhaft in Böllerrotte (Greifshof), Rheinprovinz,	desgleichen,	Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Mannheim,	4. Januar 1885.
9	Karl Alois Gahn, Barbiergehilfe,	geboren am 3. November 1860 zu Karlsbad, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	desgleichen,	Großherzoglich Sächsischer Direktor des II. Verwaltungsbezirks zu Apolda,	11. Januar 1885.
10	Julius Seemann, Bäckereselle,	geboren am 6. März 1855 zu Neusattl, Bezirk Saaz, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, zuletzt wohnhaft in Gotha,	Landstreichen, Betteln u. Gebrauch gefälschter Legitimationspapiere,	der Stadtrath zu Gotha,	13. Januar 1885.
11	Ferdinand Voff, Uhrmacher,	42—43 Jahre alt, geboren in Seren, Provinz Velluno, Italien,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	19. Dezember 1884.
12	Wilhelm Gür, Fabrikarbeiter,	geboren am 16. Juli 1837 zu Embrach, Kanton Zürich, Schweiz,	Landstreichen,	derselbe,	24. Dezember 1884.
13	Jakob Schmied, Tagelöhner,	geboren am 4. Dezember 1850 zu Mettmistetten, Kanton Zürich, Schweiz,	desgleichen,	derselbe,	27. Dezember 1884.

(Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend die Allgemeine Bergpolizei-Verordnung für den Verwaltungsbezirk des Königl. Oberbergamts zu Halle a. d. S., vom 10. Dezember 1884, sowie Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gahn'schen Erben (G. Gahn, Hof-Buchdrucker).



1

Extra-Beilage

zum 7ten Stück des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 13. Februar 1885.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Bergamts zu Halle.

Allgemeine Bergpolizei-Verordnung für den Verwaltungsbezirk des Königlichen Oberbergamts zu Halle a. d. S. Vom 10. Dezember 1884.

I. Auf Grund der §§ 196 und 197 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 und unter Aufhebung der Allgemeinen Bergpolizei-Verordnung vom 15. Juli 1873 und des Nachtrags dazu vom 15. November 1876 verordnet das unterzeichnete Oberbergamt für den ganzen Umfang seines Verwaltungsbezirks, was folgt:

I. Schutz der Oberfläche im Interesse der persönlichen Sicherheit und des öffentlichen Verkehrs.

§ 1. Beim Bergwerksbetrieb müssen zur Sicherung von Eisenbahnen, Chausseen, öffentlichen Wegen, Flüssen, Kanälen und Bächen Sicherheitspfeiler von angemessener Stärke stehen gelassen werden, sofern die zu schützenden Anlagen nicht auf andere Weise sicher gestellt oder verlegt werden.

§ 2. Die Durchörterung dieser Sicherheitspfeiler, sei es durch Schächte oder Strecken, ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Erlaubnis des Bergrevierbeamten und unter Beobachtung der von letzterem vorgeschriebenen Sicherheitsmaßregeln gestattet.

§ 3. Das Ausrauben und Schwächen dieser Sicherheitspfeiler ist verboten.

§ 4. Bei dauernder Einstellung eines Bergwerks müssen geeignete Vorkehrungen getroffen werden, um die Oberfläche dauernd sicher zu stellen.

Der Vertreter des Bergwerks ist für Ausführung dieser Bestimmung verantwortlich.

§ 5. Tagebaue sind am äußeren Rande sämtlicher Abraumhöfe mit einer mindestens 1 Meter hohen Schutzwehr oder einem mindestens 0,6 Meter tiefen und auf der Sohle gleich breiten Graben mit Dammaufwurf auf der dem Tagebau zugekehrten Seite zu versehen.

§ 6. In gleicher Weise sind die Feldestheile, in welchen Tagebrüche in Folge des Bergbaues vorhanden oder zu erwarten sind, abzusperren.

Das Verbot des Betretens solcher abgesperrter Flächen ist durch Warnungstafeln ersichtlich zu machen.

Ausnahmen dürfen nur bei abgebauten Feldestheilen und auch bei diesen nur mit ausdrücklicher

schriftlicher Genehmigung des Bergrevierbeamten stattfinden.

§ 7. Grenz ein Weg, ein öffentlicher Platz oder ein zum Wohnen eingerichtetes Gebäude an einen solchen Feldestheil oder an einen Tagebau, so ist längs des Weges, Platzes oder Gebäudes eine mindestens 1 Meter hohe, hinreichend starke Schutzwehr anzubringen.

§ 8. Glühende Aschenhaufen oder in Brand gerathene Halden auf Bergwerken sind für die Dauer des Brandes und so lange noch heiße Asche sich vorfindet, gegen das Betreten durch Menschen und Vieh durch genügend hohe, starke und dichte Einfriedigung abzusperren. Auch ist das Verwehen glühender Staubkohle durch Bedeckung mit geeigneten Stoffen zu verhindern.

Das Verbot des Betretens solcher abgesperrter Brandflächen ist außerdem durch Warnungstafeln ersichtlich zu machen.

Das Beseitigen von Halden durch Anzünden ist verboten.

§ 9. Sammelbehälter jeder Art sind, sofern sie nicht mindestens 1 Meter über den Erdboden hervorragen, mit festem Bohlenbelag abzudecken oder mit einer mindestens 1 Meter hohen, starken Einfriedigung zu versehen.

II. Sicherung der Grubenbaue.

§ 10. In Tagebauen darf die Höhe der Abraumstrossen nicht über 6 Meter, die der Kohlenstrossen nicht über 10 Meter, die Breite beider aber nicht unter 3 Meter betragen. Doch ist es gestattet, sowohl das Deckgebirge, als auch die Kohle in höheren Strossen zu gewinnen, wenn für ersteres eine Böschung von nicht über 55 Grad und für letztere von nicht über 65 Grad Neigung innegehalten wird.

Die vorgeschriebene Strossenbreite muß auch an den nicht belegten Strossen stets beibehalten werden.

§ 11. Sämtliche unterirdische Grubenbaue müssen bei ungenügender Festigkeit des Gebirges dauerhaft verzimmert, ausgemauert oder sonst wie gesichert und, so lange sie benutzt werden, in sicherem Zustande unterhalten werden.

Der Vertreter des Bergwerks ist für Ausführung dieser Bestimmung verantwortlich, wenn der Betriebsführer nachzuweisen vermag, daß ihm die dazu erforderlichen Mittel verweigert worden sind.

§ 12. In Grubenräumen, welche zum Verkehr zwischen den Arbeitspunkten und der Tagesoberfläche benutzt werden, insbesondere in Schächten, Querschlägen, Haupt- und Tagesstrecken ist der Einbau von mit Wasser getränkten Hölzern verboten.

Auf Arcosotnatron und diesem ähnliche Präparate bezieht sich das Verbot nicht.

§ 13. Die Braunkohle darf bei unterirdischem Abbau nur bis zu einer Mächtigkeit von 5 Meter auf einmal gewonnen werden.

Zur Betreibung eines Baues mit größeren Bruchhöhen bedarf es der schriftlichen Erlaubnis des Bergrevierbeamten.

§ 14. Bei dem Betriebe von Grubenbauen, in deren Nähe Standwasser, hieße Wetter oder wasserreiches Gebirge bekannt oder zu vermuten sind, muß durch Vorbohren oder andere zweckentsprechende Sicherungsmaßregeln der Gefahr eines plötzlichen Wasser- oder Wetterdurchbruchs vorgebeugt werden. In diesen Fällen müssen besondere Bohrtabellen geführt werden, in welchen die Zahl, Stellung und Tiefe der Bohrlöcher, sowie deren Ergebnis (Wasserergiebigkeit, Beschaffenheit der austretenden Wetter und des durchbohrten Gebirges u. s. w.) täglich einzutragen sind.

Während der Dauer des Vorbohrens haben die Bohrarbeiter stets das Erforderliche mit sich zu führen, um nöthigenfalls sofort die Bohrlöcher verstopfen zu können.

§ 15. Alle Oeffnungen und Zugänge der Schächte, Gesecke, Bremsberge, Bremschächte, flachen Schächte, Rolllöcher, Ueberbauen und Wetterbohrlöcher sind unter und über Tage derartig abzusperren, daß Niemand ohne eigene Schuld in dieselben hinabstürzen oder sonst bei denselben Schaden erleiden kann.

§ 16. Münden solche Grubenbaue direkt in eine Förderstrecke ein, so ist die Befahrung der letzteren durch geeignete Vorrichtungen (Umbruchsort, Verschlag u. s. w.) sicher zu stellen.

§ 17. Gezähnte, Holz, Steine und andere lose Gegenstände dürfen nur in solcher Entfernung von Schächten und Gesecken niedergelegt und gebudelt werden, daß ein Hinabfallen derselben in letztere nicht erfolgen kann.

III. Förderung

1) in Schächten und Gesecken.

§ 18. Allen Haspelvorrichtungen, die zur Förderung benutzt werden, muß eine solche Einrichtung gegeben werden, daß das Fördern, sowie das Abziehen und Einhängen der Fördergefäße ohne Gefahr für die Arbeiter erfolgen kann.

Jeder Haspel muß mit Hängern und eisernen Vorstücken oder einer anderen sicheren Sperrvorrichtung versehen sein.

Beim Abteufen ist das Haspelgeviere stets auf Rüstholzern zu verlagern und der Haspel selbst bei einer Teufe von mehr als 40 Meter mit einer kräftigen Bremsvorrichtung zu versehen.

§ 19. Findet die Förderung mittelst Maschinen statt, so muß an der Seilforbachse eine kräftige Bremsvorrichtung derartig angebracht sein, daß der Maschinenwärter dieselbe, ohne seinen Stand zu verlassen, leicht und sicher handhaben kann.

§ 20. Die Verbindung zwischen Förderseil und

Fördergefäß ist so herzustellen, daß eine zufällige Lösung derselben nicht stattfinden kann.

§ 21. Beim Fördern dürfen nur vorher untersuchte und als brauchbar erkannte Seile benutzt werden.

§ 22. Beim Abteufen dürfen die Fördergefäße nur bis zu einer Hand breit unter dem Rande gefüllt werden.

§ 23. Beim Abteufen müssen die zur Ein- und Ausförderung gelangenden Materialien, wie Gezähnte, Holz und dergleichen, mit Heststricken an das Seil befestigt werden.

§ 24. Bei regelmäßiger Förderung mittelst Maschinen ist ein selbstthätiger Verschuß der Schachtmündung, z. B. durch Fallgitter, anzubringen.

§ 25. Bei der Förderung von Zwischenfüllrörtern aus ist durch Anbringung geeigneter Verschlüsse und Anstellung besonderer Anschläger Vorsorge zu treffen, daß Niemand ohne eigene Schuld in den Schacht stürzen kann.

§ 26. Werden bei dem Einbau von Pumpen oder bei dem Herablassen anderer schwerer Stücke in Schächten Kabel angewandt, so müssen letztere mit Bremse, Sperrklinken und doppeltem Eingriff (zwei Rädern und zwei Getrieben für dasselbe Vorgelege) versehen sein.

§ 27. An den Anschlagpunkten ist nöthigenfalls durch Umbruchsorter eine solche Einrichtung zu treffen, daß Niemand genöthigt ist, unter den Förderseil zu treten oder ihn zu durchschreiten.

§ 28. Das Betreten der Fördertrümmer während der Förderung ist verboten.

§ 29. In Förderseilrörtern, welche eine solche Teufe besitzen, daß die gegenseitige Verständigung der Arbeiter an den Anschlagpunkten und an der Hängebank durch Zurufen nicht deutlich erfolgen kann, müssen Signallvorrichtungen vorhanden sein, welche gestatten, zwischen den einzelnen Anschlagpunkten untereinander und mit der Hängebank Zeichen durch bestimmt abgegrenzte Schläge oder Signale zu wechseln.

In gleicher Weise ist die Hängebank mit der Maschinenstube durch eine derartige Signallvorrichtung in Verbindung zu setzen.

Der Maschinenwärter darf nicht eher aufhören, als bis ihm das Zeichen von der Hängebank aus gegeben ist.

Tafeln, auf welchen die Bedeutung der von dem Betriebsführer festgestellten Signale erklärt ist, sind in der Maschinenstube, an der Schachthängebank und an den Anschlagpunkten anzubringen.

2) in Bremsbergen, Bremschächten und flachen Schächten.

§ 30. Die Zugänge zu den in Betrieb stehenden Bremsbergen, Bremschächten, flachen Schächten und Rolllöchern sind mit einem Verschuß zu versehen, welcher in solcher Höhe anzubringen ist, daß die Fördergefäße nicht unter demselben durchgeschoben werden können.

Diesem, welche zum Zwecke des Betriebes jenen Verschuß geöffnet oder beseitigt haben, sind verpflichtet,



den Verschluß nach Erreichung des Betriebszwecks sofort in der früheren Weise wieder herzustellen.

Unbefugten ist die Deffnung oder Beseitigung solcher Verschlüsse streng untersagt.

§ 31. In Bremsbergen, Bremschächten und flachen Schächten sind, sofern eine gegenseitige Verständigung der Arbeiter durch Zurufen nicht deutlich erfolgen kann, Signalvorrichtungen anzubringen, die gestatten, von jedem Anschlagspunkte aus Zeichen nach oben und unten zu geben.

Bei der Förderung in flachen Schächten sind Tafeln, auf welchen die Bedeutung der vom Betriebsführer festgestellten Signale erklärt ist, in der Maschinenstube und an den An- und Abzugsstellen anzubringen.

§ 32. An den Anschlagspunkten derjenigen Bremsberge und flachen Schächte, in denen die Fördergefäße nicht auf ein Gestell geschoben, sondern unmittelbar an das Seil angeschlagen werden, ist eine Vorrichtung anzubringen, die das Durchgehen der Fördergefäße vor dem Anschlagen verhindert.

§ 33. Vor dem gehenden Zeuge der Bremswerke muß ein hinreichend starker Lattenverschlag angebracht sein, der den Seilen allein einen Durchgang gestattet.

§ 34. Die Bremswerke müssen mit einer selbstwirkenden, d. h. einer solchen Bremsvorrichtung versehen sein, die gelöst werden muß, wenn der Bremskorb umgehen soll, sonst aber geschlossen ist.

§ 35. Der Stand des Abbremsers ist so einzurichten, daß derselbe ohne Gefahr und in bequemer Stellung seine Arbeit verrichten kann.

§ 36. Im Falle die Förderleute das Abbremsen der Fördergefäße selbst besorgen sollen, muß die Bremsvorrichtung von jedem Anschlagspunkte aus leicht und so gehandhabt werden können, daß der Fördermann nicht genötigt ist, in den Bremsberg oder Bremschacht selbst zu treten.

§ 37. Während die Förderung im Gange ist, darf Niemand unter den Bremsberg, Bremschacht oder flachen Schacht treten.

3) über Tage und in Strecken.

§ 38. Im Tagebau darf der Arbeiter beim Füllen der Fördergefäße seine Stellung nicht zwischen Arbeitsstoß und Fördergefäß nehmen.

Werden mehrere Fördergefäße nebeneinander zu gleicher Zeit gefüllt, so muß zwischen je zwei Fördergefäßen ein Zwischenraum von mindestens 3 Meter bleiben.

§ 39. Im Tagebau ist vor demjenigen Theile eines Stößes, der unterschramt wird, das Füllen der Fördergefäße verboten und erst nach vollständigem Hineintreiben der unterschramten Massen gestattet.

In unmittelbarer Nähe einer Schrämarbeit im Tagebau ist überhaupt das Aufstellen von Fördergefäßen oder das Lagern von Gegenständen, die die Flucht der Arbeiter hindern können, verboten.

§ 40. Beim Füllen der Fördergefäße in einem Bruchbau muß der Fördermann eine solche Stellung einnehmen, daß er durch die Zimmerung gehörig ge-

sichert ist, auch ihm zur Flucht der erforderliche Raum frei bleibt.

§ 41. Laufbrücken zur Förderung sind mit einem festen Bodenbelag in der ganzen Breite der Brücke und bei einer Höhe von mehr als 1,5 Meter an beiden Seiten mit einem sichern Geländer zu versehen.

§ 42. In Fahr- und Förderstrecken, deren Sohle unter Wasser steht oder aufgeweicht ist, muß Tragwerk mit festliegenden Laufbrettern vorhanden sein. Schwarten dürfen dazu nicht verwendet werden.

§ 43. Beim Fördern auf geneigter Bahn ist es den Förderleuten verboten, sich auf die Fördergefäße zu setzen oder zu stellen.

§ 44. Die Förderleute dürfen sich nur in Abständen von mindestens 15 Meter auf geneigten und 10 Meter auf söligen Bahnen folgen.

§ 45. In den Strecken, die nicht durch fest angebrachte Beleuchtung erhellt werden, haben die Förderleute vorn am Fördergefäß ein hellleuchtendes Grubenlicht zu führen.

§ 46. Auf Schienenbahnen mit einer solchen Neigung, daß die Fördergefäße auf denselben sich von selbst fortbewegen, müssen letztere gebremst werden können.

Findet die Förderung in Zügen statt, so müssen in jedem Zug so viele mit Bremsen versehene Fördergefäße eingestellt werden, daß derselbe jeder Zeit mit Sicherheit zum Stehen gebracht werden kann.

§ 47. In Strecken, in denen Förderung mittelst Maschinen stattfindet, ist eine Signalvorrichtung anzubringen, die gestattet, von jedem beliebigen Punkte derselben dem Maschinenwärter Zeichen zu geben.

§ 48. Saigere Bremswerke und Aufzüge für Fördergefäße über oder unter Tage sind mit einem selbstthätigen Verschlusse, z. B. Fallgitter, zu versehen.

§ 49. Stillstehende Eisenbahnwagen müssen stets so festgelegt werden, daß sie durch Unbefugte oder durch bewegte Luft nicht ohne Weiteres in Bewegung gesetzt werden können.

IV. Fahrung

1) im Allgemeinen und in Schächten.

§ 50. Jede selbstständig für sich betriebene unterirdische Anlage eines Braunkohlen- oder Alaunbergwerks muß mit zwei fahrbaren Ausgängen nach der Erdoberfläche versehen sein, die nicht in einem und demselben Gebäude zu Tage ausgehen dürfen, aber von allen Punkten des Grubengebäudes ohne Gefahr erreichbar sein müssen. Sind es Schächte, so muß mindestens einer den Vorschriften der §§ 52, 53 und 54 genügen.

§ 51. Auf allen übrigen unterirdisch bauenden Bergwerken, in welchen die Befahrung nicht ausschließlich durch Stollen oder einfallende Strecken stattfindet, muß mindestens ein von allen Punkten des Grubengebäudes ohne Gefahr erreichbarer, mit Fahrten versehener Schacht vorhanden sein.

Wo bei Tiefbauten durch das Aufgehen der Wasser in der tiefsten Sohle eine Abschließung des Fahrschachtes von den Grubenbauen eintreten kann, muß ein Schacht

heit der Arbeiter ein zweiter Zugang zu dem Fahr-
schächte mindestens 4 Meter oberhalb der tiefsten Sohle
vorhanden sein.

§ 52. Bildet der Fahrtschacht nur eine Abtheilung
eines auch zu anderen Zwecken des Betriebes dienenden
Schachtes, so ist derselbe nach der Seite der Förder-
abtheilung hin vollständig, nach der Seite der übrigen
Abtheilungen hin aber wenigstens derartig zu verschlagen,
daß Niemand durch die Zwischenräume den Kopf hin-
durch stecken kann.

Diese Vorschrift findet für Schächte bis zu 10 Meter
Tiefe keine Anwendung, doch ist hier das Fahren
während der Förderung verboten.

§ 53. In den Fahrtschächten über 10 Meter Tiefe
und über 70 Grad Neigung müssen Ruhebahnen an-
gebracht sein, die bei saigeren Schächten nicht über
8 Meter von einander entfernt sein dürfen. Die Fahr-
ten sind dabei nicht steiler als mit 80 Grad Neigung
zu stellen und müssen die Bühnlöcher decken.

§ 54. Sämmtliche Fahrten müssen hinlänglich
stark gebaut und dauerhaft befestigt sein, sowie in gutem
Zustande erhalten werden.

An der Hängebank, sowie an jeder Ruhebahn
müssen entweder die Fahrten wenigstens 1 Meter her-
vorragen oder feste Handgriffe angebracht sein.

§ 55. Die Benutzung des Seiles oder einer Fahr-
kunst zum Ein- und Ausfahren der Belegschaft ist nur
nach ausdrücklicher Genehmigung des Oberbergamts
unter genauer Beobachtung der von diesem für jede
einzelne Anlage erlassenen besonderen Bergpolizei-Ver-
ordnung und nach Abnahme der Anlage durch den Berg-
revierbeamten gestattet.

Anträge auf diese Genehmigung sind dem Berg-
revierbeamten einzureichen.

§ 56. Auf allen Bergwerken, woselbst das Fahren
auf der Fahrkunst oder am Seil nicht erlaubt ist, muß
die Ein- und Ausfahrt in den dazu bestimmten Fahr-
schächten bewirkt werden.

Das Befahren anderer Schächte oder Schacht-Ab-
theilungen ist nur den Aufsichtsbeamten und denjenigen
Personen gestattet, die von dem Betriebsführer mit
der Besichtigung oder Ausbesserung derselben beauf-
tragt sind.

§ 57. Beim Fahren in Schächten ist das Mit-
fahren von Gezäh verboten.

2) in Bremsbergen, Bremschächten, flachen
Schächten und Rolllöchern.

§ 58. Alle in Betrieb stehenden Bremsberge,
Bremschächte, flachen Schächte und Rolllöcher, die für
mehr als einen Betriebspunkt vorgerichtet sind, müssen
besondere Fahrüberhauen oder Fahrabtheilungen, und
zwar nöthigenfalls zwei besitzen, so daß die Arbeiter
nicht gezwungen sind, in den Förderabtheilungen oder
durch dieselben zu fahren, um vor ihre Arbeit zu ge-
langen.

§ 59. Die Fahrtschächte oder Fahrabtheilungen,
die sich in den Bremsbergen, Bremschächten, flachen

Schächten oder Rolllöchern selbst befinden, sind gegen
die Förderabtheilung hin sicher zu verschlagen.

§ 60. Die Fahrüberhauen sind so bequem als
möglich herzustellen und stets in fahrbarem Zustande zu
erhalten.

§ 61. Das Befahren und das Ueberschreiten der
Förderabtheilungen der Bremsberge, Bremschächte,
flachen Schächte und Rolllöcher ist nur den mit ihrer
Besichtigung und Ausbesserung beauftragten Personen,
sowie den Aufsichtsbeamten gestattet.

In einem solchen Falle muß vorher die Förderung
eingestellt bzw. die Bremse stillgesetzt werden und darf
nur auf ein bestimmtes Signal wieder beginnen bzw.
geöffnet werden.

§ 62. Das Fahren auf den Bremsgestellen oder
den Fördergefäßen in den Bremsbergen und flachen
Schächten ist verboten,

3) in Strecken mit maschineller Förderung.

§ 63. Das Fahren in horizontalen oder flach-
geneigten Strecken, in welchen Förderung mittelst Ma-
schinen stattfindet, ist während der Förderung nur den
dabei beschäftigten Arbeitern und den Aufsichtsbeamten
gestattet.

V. Wetterführung und Belüftung.

§ 64. Bei allen Bergwerken muß für ausreichende
den Wetterwechsel derartig gesorgt sein, daß sämmtliche
in Betrieb stehende Arbeitspunkte und die zu befahren-
den Strecken unter gewöhnlichen Umständen sich in
einem zur Arbeit und Befahrung tauglichen Zustande
befinden.

§ 65. Alle Grubenbaue, insbesondere Schächte,
Gesenke und Gesenkbau, welche nicht mit anderen,
frische Wetter zuführenden Bauen in Verbindung stehen,
müssen vor dem jedesmaligen Anfahren der Belegschaft
von einem Aufsichtsbeamten oder einem zuverlässigen
Arbeiter auf das Vorhandensein stichender Wetter mit
brennendem Licht untersucht werden.

Das Betreten solcher Bauen vor der Untersuchung
ist den Arbeitern verboten.

Zeigen sich stichende Wetter, so darf das Einfahren
erst nach deren vollständiger Beseitigung gestattet
werden.

§ 66. Alle Zugänge nicht belegter Grubenräume,
in welchen das Vorhandensein böser Wetter irgend einer
Art zu besorgen ist, müssen derartig abgesperrt werden,
daß Niemand ohne Doffnung des Abchlusses dieselben
betreten kann.

Vor der Wiederbelegung derselben muß die Gefah-
losigkeit von dem Betriebsführer oder einem durch den
letzteren zu bestimmenden Grubenbeamten durch geeignete
Untersuchung festgestellt werden.

§ 67. Das unbefugte Betreten nicht belegter und
abgesperrter Grubenräume ist verboten.

§ 68. Das Kesseln (Einhängen von Gefäßen mit
brennenden Stoffen zum Zwecke des Wetterwechsels) ist
verboten.

§ 69. Auf Stein- und Braunkohlen-, sowie Mann-



bergwerken ist die Anlage von Wetterlösen oder Wetterherden unter Tage nur gestattet, wenn der ausziehende Schacht in festem Gestein oder in Mauerung ohne Holzeinbau steht.

§ 70. Auf jedem Steinkohlenbergwerke sind, so lange sich schlagende Wetter nicht gezeigt haben, mindestens zwei brauchbare Sicherheitslampen vorrätig zu halten.

§ 71. Der Betriebsführer hat das erste Auftreten schlagender Wetter sofort dem Bergrevierbeamten anzuzeigen.

§ 72. Die An- und Abschlagspunkte der saigeren und flachen Schächte, der Bremsberge, Bremschächte und der Strecken, in denen die Förderung mittels Maschinen stattfindet, sowie die Bremswerke sind während der Förderung durch besondere dauernd angebrachte Lampen erleuchtet zu erhalten.

§ 73. Es ist verboten, in Grubenräumen, die nicht durch Tageslicht oder fest angebrachte Beleuchtung erhellt werden, ohne Grubenlicht zu fahren.

§ 74. In unterirdischen Grubenräumen muß, soweit nicht durch besondere Verordnung etwas Anderes bestimmt wird, jeder Arbeiter und Aufsichtsbeamte ein Feuerzeug zum Anzünden des Grubenlichtes bei sich führen.

§ 75. Die Tagebaue, sowie sämtliche Tagesanlagen sind bei Nachtbetrieb durch fest angebrachte Beleuchtungsvorrichtungen derartig zu erhellen, daß die Arbeiter bei ihrer Beschäftigung jede ihnen drohende Gefahr erkennen und ihr ausweichen können.

VI. Sprengstoffe.

1) Allgemeine Bestimmungen.

§ 76. Die Verwendung des reinen Sprengöls und der nicht komprimierten Schießbaumwolle auf den Bergwerken ist verboten.

Bei Verwendung von komprimierter Schießbaumwolle sind die für Sprengölpräparate getroffenen Bestimmungen maßgebend.

§ 77. Die Namen der Steiger oder technischen Aufseher, die den Empfang, den Transport, die Aufbewahrung, die Herausgabe und Wiedervereinigung der Sprengstoffe und Zündmittel, sowie die etwa erforderliche Umarbeitung der Patronen zu leiten und zu beaufsichtigen haben, sind in das Zeichenbuch einzutragen und der Belegschaft durch Aushang in der Kauenstube bekannt zu machen.

§ 78. Bei dem Transport, der Aufbewahrung und der Herausgabe der Sprengstoffe, sowie bei der Umarbeitung der Patronen dürfen nur Leute beschäftigt werden, die das 21. Lebensjahr überschritten haben und den Aufsichtsbeamten als zuverlässig bekannt sind.

§ 79. Bei dem Transport und der Herausgabe der Sprengstoffe, sowie in den Aufbewahrungsräumen derselben ist die Benutzung offener Lampen und das Tabakrauchen verboten.

§ 80. Es ist verboten die auf der Grube empfangenen Sprengstoffe mit nach Hause zu nehmen.

2) Anschaffung der Sprengstoffe.

§ 81. Die Anschaffung der zum Betriebe eines Bergwerks benötigten Sprengstoffe und Zündmittel ist nur dem Bergwerksbesitzer oder dessen Beauftragten gestattet. Sie dürfen diese Stoffe nur von dem Fabrikanten oder von polizeilich genehmigten und überwachten Niederlagen kaufen. Dem Bergrevierbeamten ist auf Verlangen der Nachweis hierüber und über die von der zuständigen Behörde erteilte Erlaubnis zum Besitze von Sprengstoffen zu führen.

§ 82. Sprengpulver und Sprengsalpeter dürfen nur in Packeten bis zu 5 Kilogramm Inhalt und verpackt in Kisten oder Fässern bis zu 50 Kilogramm Inhalt, Sprengölpräparate aber nur in Patronen und Packeten bis zu 2,5 Kilogramm Inhalt der Packete und in Kisten oder Fässern bis zu 25 Kilogramm Inhalt bezogen werden.

Bei der Verpackung in Fässern muß deren ganzer Raum vollständig ausgefüllt sein.

Ist eine Umarbeitung der Sprengölpräparate Patronen erforderlich, so darf dies nur unter Aufsicht eines vom Betriebsführer hierzu bestimmten Aufsehers über Tage und nur in Räumen erfolgen, die mit anderen Gebäuden nicht im Zusammenhange stehen.

§ 83. Die Bergarbeiter sind verpflichtet, ihren Bedarf an Sprengmaterialien ausschließlich von der Verwaltung desjenigen Bergwerks zu beziehen, auf welchem sie angelegt sind.

3) Aufbewahrung der Sprengstoffe.

A. Aufbewahrungsräume über Tage.

§ 84. Die Erlaubnis zur Errichtung von Vorrathshäusern für Sprengstoffe auf Bergwerken über Tage ist, sofern sie im Haldbereich erfolgen soll, bei der Bergbehörde nachzusuchen. Wird diese Errichtung aber außerhalb des Haldbereichs beabsichtigt, so ist dazu die Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde einzuholen. (Polizeiverordnung der Minister des Innern und für Handel und Gewerbe vom 29. August 1879. § 31).

Das Gesuch ist bei dem Bergrevierbeamten unter Vorlegung einer Situationszeichnung in zwei Ausfertigungen, aus der die Lage des zu errichtenden Vorrathshauses zu den sonstigen in der Nähe befindlichen Gebäulichkeiten, öffentlichen Wegen und Eisenbahnen zu ersehen sein muß, einzureichen.

Die Erlaubnis wird von der Erfüllung der nachstehenden Bedingungen abhängig gemacht:

- 1) Die Vorrathshäuser müssen mindestens 60 Meter von allen mit Feuerungen versehenen oder zum Aufenthalte von Menschen dienenden Gebäuden, öffentlichen Wegen und Eisenbahnen entfernt sein.
- 2) Die Umfassungswände der Vorrathshäuser müssen massiv sein.
- 3) Das Dach muß so leicht als möglich, jedoch feuersicher sein; unter demselben darf sich keine gewölbte Decke befinden.
- 4) Die Vorrathshäuser sind mit einer Erde oder

Bergeumwallung bis zur Höhe der Dachfirste zu umgeben.

- 5) Der Zugang zu dem Vorrathshause durch die Umwallung muß entweder eine gebrochene Linie bilden oder durch einen die Oeffnung völlig bedeckenden Schutzwall gesichert sein.
An dem Zugange ist eine Tafel mit der Aufschrift: „Warnung! Sprengstoffe!“ anzubringen.
- 6) Jedes Vorrathshaus muß mit einem freistehenden Bligableiter versehen sein, dessen Gebrauchsfähigkeit in Zeitabschnitten von längstens drei Jahren durch sachverständige Untersuchung festzustellen und nachzuweisen ist.
- 7) Die Vorrathshäuser müssen zwei von einander getrennte, verschließbare Abtheilungen enthalten, von denen die eine von außen zugängliche zur Vertheilung der Sprengstoffe, die andere nur vom vorerwähnten Vorräume aus zugängliche zur Aufbewahrung der Sprengstoffvorräthe dient.
Ist letztere zur Aufnahme von Sprengölpräparaten bestimmt, so darf ihre Temperatur nicht unter $+ 8$ Grad Celsius ($+ 6\frac{1}{2}$ Grad Réaumur) und nicht über $+ 50$ Grad Celsius ($+ 40$ Grad Réaumur) betragen.
- 8) Nur der Vorraum darf seitwärts vom äußeren Eingang vergitterte Fenster, die mit Zinkblech beschlagene Läden haben müssen, erhalten. Die Vorrathsräume selbst dürfen Licht nur durch die geöffnete Thür des Vorraumes empfangen.
- 9) Alles Nagelwerk muß von Kupfer, Zink oder Holz, der Schlüssel und der Riegel im Thürschloß des inneren Raumes von Bronze oder Messing sein. Alles Eisenwerk muß an Stellen, wo es mit Eisen in Berührung kommen kann oder der Betretung ausgesetzt ist, mit Kupfer oder Zinkblech überzogen sein.
- 10) Die Thürschweller sind von Holz herzustellen und die Fußböden beider Abtheilungen mit Haardecken zu belegen.
- 11) Der Vorrathsraum darf nur bei Tageslicht durch die Aufsicht führenden Beamten und die zum Transport bestimmten Arbeiter und nur barfuß oder mit Filzschuhen, die über die gewöhnliche Fußbekleidung gezogen werden, betreten werden.
Vor dem Eintritt in den gedachten Raum sind alle eisernen und feuerfangenden Gegenstände, wie Streichschwamm, Streichhölzer, Tabakspfeife und dergleichen, abzulegen.
- 12) In einem Haldevorrathshause dürfen entweder nur Sprengölpräparate bis höchstens 300 Kilogramm, oder Sprengpulver bis höchstens 1000 Kilogramm oder Sprengsalpeter bis höchstens 2500 Kilogramm aufbewahrt werden.
- 13) Sprengpulver und Sprengsalpeter dürfen mit Sprengölpräparaten in einem und demselben Vorrathshause nur in besonderen, von einander getrennten Verschlägen aufbewahrt werden, deren Inhalt durch eine deutliche Aufschrift zu bezeichnen ist.

In diesem Falle darf der Gesamtvorrath die Höhe von 1000 Kilogramm, darunter der der Sprengölpräparate die Höhe von 300 Kilogramm nicht übersteigen.

- 14) Die Kisten oder Fässer dürfen nicht unmittelbar auf den Fußboden aufgestellt werden, sie müssen vielmehr auf Holzunterlagen ruhen.
Zwischen jeder Kistenreihe und der darüber stehenden müssen glatt gehobelte Latten eingelegt werden. Bis zu sechs Kistenreihen über einander sind zulässig. Fässer sind außerdem festzulegen.
- 15) Das Oeffnen der Kisten oder Fässer darf nur unter Anwendung eines hölzernen oder messingenen, mit Talg bestrichenen Reises und eines hölzernen Schlägels stattfinden.
- 16) Eine angebrochene Kiste oder ein angebrochenes Faß darf niemals wieder zugeschlagen werden und leer gewordene müssen aus dem Vorrathshause sofort entfernt werden.
- 17) Zündmittel jeder Art, besonders Zündhütchen, dürfen weder unverschlossen, noch in denselben Räumen mit den Sprengstoffen aufbewahrt werden. Die Aufbewahrung hat in vollständig trockenen Räumen zu erfolgen.
- 18) Ein Steiger oder anderer technischer Aufseher hat zu den Aufbewahrungsräumen der Sprengstoffe und Zündmittel allein den Schlüssel zu führen und ist für Befolgung der sämtlichen auf Transport, Aufbewahrung und Herausgabe der Sprengstoffe und Zündmittel bezüglichen Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung besonders verantwortlich zu machen. Ihm liegt außerdem die Verpflichtung ob, über die Einnahme und Ausgabe von Sprengstoffen für jeden Aufbewahrungsraum ein besonderes Einnahme- und Ausgabebuch zu führen, aus dem der augenblickliche Bestand eines solchen Aufbewahrungsraumes jeder Zeit mit Zuverlässigkeit ersehen werden kann.

B. Aufbewahrungsräume unter Tage.

Die Erlaubniß zur Errichtung von Aufbewahrungsräumen für Sprengstoffe unter Tage ist bei dem Bergrevierbeamten nachzusuchen und wird von diesem unter den nachstehenden Bedingungen erteilt:

- 1) Sprengölpräparate, Sprengpulver und Sprengsalpeter dürfen nicht in ein und demselben Raume aufbewahrt werden.
- 2) Die Aufbewahrungsräume müssen von den nächsten Fahr- oder Förderstrecken und Schächten mindestens 50 Meter entfernt und seitlich der Zugangsstrecken hergestellt sein.
Sind sie zur Aufnahme von Sprengölpräparaten bestimmt, so darf ihre Temperatur nicht unter $+ 8$ Grad Celsius ($+ 6\frac{1}{2}$ Grad Réaumur) und nicht über $+ 50$ Grad Celsius ($+ 40$ Grad Réaumur) betragen.
- 3) Die Aufbewahrungsräume unter sich dürfen in geringerer Entfernung als 50 Meter von einander angelegt werden, doch derartig, daß Mauern oder



- Vergessen die Gefahr ausschließen, daß eine etwaige Entzündung der Vorräthe des einen Raumes sich den Vorräthen in dem anderen Raume mittheilt.
- 4) Die Aufbewahrungsräume müssen aus zwei von einander getrennten, verschließbaren Abtheilungen bestehen. Die eine Abtheilung soll nur als Vorrathsdienst dienen, durch den allein die zweite Abtheilung, der eigentliche Vorrathraum, zugänglich ist. An der Außenseite des Verschlusses sind in leicht erkennbarer Weise die Worte: „Warnung! Sprengstoffe!“ anzubringen.
 - 5) Der Vorrathraum ist zu dielen und die Wände desselben sind mit Brettern zu verschlagen; auch ist der Fußboden mit Haardecken zu belegen.
 - 6) Der Vorrath in jedem Aufbewahrungsraume darf bei Sprengölpräparaten oder Sprengpulver die Höhe von 500 Kilogramm, bei Sprengsalpeter die von 2500 Kilogramm nicht übersteigen.
 - 7) Zur Beleuchtung dürfen nur Laternen, die durch ein starkes Messingdrahtgitter gegen das Zerschlagen gesichert sind, benutzt werden.
 - 8) Das Betreten des Vorrathshauses mit einer Laterne ist verboten. Derselbe darf daher Licht nur durch die geöffnete Thür empfangen.
 - 9) Die Ergänzung der Vorräthe und die Herausnahme von Sprengstoffen zur Verausgabe an die Belegschaft darf nicht während der Hauptschichtzeit erfolgen.
 - 10) Der Vorrathraum darf nur barfuß oder mit Filzschuhen, die über die gewöhnliche Fußbekleidung gezogen werden, betreten werden. Vor dem Eintritte in den gedachten Raum sind alle eisernen und feuerfangenden Gegenstände, wie Streichschwamm, Streichhölzer, Tabackspfeife und dergleichen, abzulegen.
 - 11) Ebenso gelten die vorstehenden, unter A. 9 und 14 bis 18 einschließlic für die Aufbewahrungsräume über Tage aufgestellten Bedingungen auch hier.

4) Transport der Sprengstoffe.

§ 85. Der Transport der Sprengstoffe nach den Aufbewahrungsräumen hat auf der Grube in den von der Fabrik gelieferten, wohl verschlossenen Originalverpackungen unter Aufsicht eines Steigers oder technischen Aufsehers zu erfolgen.

§ 86. Sprengstoffe im Gesamtgewicht von mehr als 5 Kilogramm müssen in der Nähe der Schächte und Grubengebäude, sowie unter Tage stets für sich transportirt werden, und hat der beim Transport beschäftigte Arbeiter durch den Ruf: „Pulver kommt!“ die in der Nähe befindlichen Personen hiervon in Kenntniß zu setzen.

Diejenigen Leute, welche Sprengstoffe transportiren, dürfen keine Laternen tragen, dies dürfen nur ihre Begleiter. Zum Transport von Mengen über 25 Kilogramm sind stets zwei Mann zu verwenden.

§ 87. Sprengstoffe dürfen nicht mit Zündmitteln,

anderen Stoffen und Geräthen gleichzeitig in demselben Fördergefäße transportirt werden.

Sprengölpräparate dürfen auf letzterem nur in verschlossenen, mit lodernen Kassen (Sägeespänen, Heu, Stroh u. s. w.) ausgefüllten Holzkästen bewegt werden.

Die Förderung der Sprengstoffe im Schachte darf nur außer der Hauptschichtzeit und nicht ohne vorherige Benachrichtigung des Maschinenwärters und des Anschlägers auf dem Füllorte erfolgen.

Der Maschinenwärter darf nicht schnell fördern und das Fördergefäß nicht hart aufsetzen lassen.

Der Anschläger muß dasselbe von der Förderseile vorsichtig abziehen und darf die Sprengstoffe nur von den dazu bestimmten Personen aus den Gefäßen entnehmen lassen.

5) Verausgabe der Sprengstoffe.

§ 88. Sprengölpräparate, welche sich zu zerlegen beginnen (was durch stehenden Geruch oder Entwicklung rothbrauner Dämpfe zu erkennen ist) dürfen nicht ausgegeben werden. Sie müssen unter Aufsicht eines Grubenbeamten oder Aufsehers im offenen Feuer verbrannt werden.

§ 89. Ebenso dürfen gefrorene Sprengölpräparate nicht zum Sprengen gebraucht, auch nicht mit festen Körpern bearbeitet werden.

Sie sind in diesem Zustande nicht auszugeben, sondern vorher aufzutauen.

Das Auftauen darf nur in Gefäßen mit lauwarmem Wasser, in welchen die Sprengölpräparate mit letzterem nicht in direkte Berührung treten (Nobel'scher Topf), oder durch mehrstündige Aufbewahrung in einem mäßig erwärmten Raume geschehen.

Niemals dürfen die Sprengölpräparate an die Flamme eines Lichtes oder in die Nähe von offenem Feuer, Ofen oder Herden, Dampfkesseln oder Dampfheizungen und dergleichen, überhaupt an Orte gebracht werden, welche wärmer werden können, als die Hand verträgt.

Um ein Gefrieren der Patronen nach der Ausgabe zu vermeiden, sind die Behälter mit denselben von dem Arbeiter dicht am Körper zu tragen.

§ 90. Die Verausgabe der Sprengstoffe darf nur außerhalb des Aufbewahrungsraumes in dem Vorrathsaume erfolgen. Die nach dem Aufbewahrungsraume führende Thür ist während der Verausgabe verschlossen zu halten.

§ 91. Die Verausgabe der Sprengstoffe darf nur durch die im § 84 unter A. 18 genannten Steiger oder Aufseher und unter der besonderen Aufsicht derselben an die Drittelführer oder Schichtkameradschaftsführer erfolgen. (§ 97).

§ 92. Sprengpulver darf nur in Mengen von höchstens 10 Kilogramm, Sprengsalpeter in Mengen von höchstens 50 Kilogramm auf einmal an eine Kameradschaft verausgabt werden, während die Menge der Sprengölpräparate den Bedarf der Kameradschaft für eine Schicht nicht übersteigen darf.

§ 93. Der Transport der Sprengstoffe von der

Ausgabe stelle nach dem Arbeitsorte und der Rücktransport des nicht verbrauchten Sprengstoffes muß in metallenen oder hölzernen mit festem Verschlusse versehenen Behältern erfolgen.

§ 94. Die in einer Schicht nicht zur Verwendung gekommenen Sprengölpräparate und die zum Transport derselben benutzten Behälter müssen nach Beendigung der Schicht dem ausgebenden Beamten zurückgegeben werden.

§ 95. Ueber die Herausgabe der Sprengstoffe sind Listen zu führen, aus denen die an die einzelnen Drittel- oder Schießkameradschaftsführer verausgabten und bezüglich der Sprengölpräparate auch die nach Beendigung der Schicht zurückgegebenen Mengen zu ersehen sein müssen.

VII. Häuerarbeiten.

1) Schießarbeit.

§ 96. Der Betriebsführer hat in angemessener Entfernung von den Orten, wo geschossen wird, eine Stelle anzuweisen und nöthigenfalls herzurichten, an welcher die Arbeiter vor den Wirkungen der Schüsse gesichert sind.

§ 97. In jeder Kameradschaft, welche Schießarbeit betreibt, muß mindestens ein Häuer als „Drittelführer“ sich befinden, der mit dieser Arbeit vollkommen vertraut und zuverlässig, auch als solcher in der Arbeiterliste ausdrücklich bezeichnet ist. Ihm liegt die Verpflichtung ob, die Ausführung der für die Schießarbeit bestehenden Vorschriften zu überwachen. Seinen Befehlen haben die übrigen Mitarbeiter unweigerlich Folge zu leisten.

Sind diese Kameradschaften so groß, daß eine Ueberwachung der sämtlichen derselben angehörigen Arbeiter durch einen Drittelführer nicht möglich ist, dann sind diese Kameradschaften in besondere Schießkameradschaften zu theilen und für jede dieser letzteren ein „Schießkameradschaftsführer“ mit den Rechten und Pflichten eines Drittelführers, soweit sie auf die Schießarbeit Bezug haben, zu ernennen.

§ 98. Die Drittelführer (Schießkameradschaftsführer) sind für die Beobachtung der Bestimmungen in den §§ 93 und 94 und der nachstehenden Vorschriften besonders verantwortlich:

- a. Die Sprengstoffe sind in einer angemessenen Entfernung vom Arbeitspunkte an einem sicheren, trockenen und im Bereiche des ordentlichen Wetterzuges befindlichen Orte in verschlossenen Schießlisten aufzubewahren, zu denen der Drittelführer (Schießkameradschaftsführer) allein den Schlüssel führen darf.
- b. Die Zündmittel sind für sich in Büchsen oder Kapseln sicher aufzubewahren.
- c. Sprengstoffe und Zündmittel dürfen nur zum Zweck der unmittelbaren Verwendung vor Ort mitgenommen werden.
- d. Die Sprengstoffe dürfen nur in Form von Patronen verwendet werden. Zu den Patronen von Sprengpulver und diesem in den Eigenschaften

ähnlichen Sprengstoffen (Sprengsalpeter) darf nur gut geleimtes Papier oder ein solcher Stoff, der nicht fortglimmt, verwendet werden.

- e. Als Besagmaterial sind für Sprengölpräparate nur Wasser, lose aufgeschütteter Sand oder weiche Letten zu benutzen. Bei der Verwendung von Sprengpulver und diesem in den Eigenschaften ähnlichen Sprengstoffen können milde Gesteinsarten, welche keine Funken reizen, benutzt werden.
- f. Die Anwendung eiserner Schieß- oder Räumnadeln ist unbedingt untersagt, ebenso die Anwendung von Zündschwamm oder faulem Holz zur Entzündung des Zündstoffes.
- g. Bei Anwendung von Sprengölpräparaten dürfen die Patronen nur vermittelt eines hölzernen Stampfers in das Bohrloch eingeführt werden.
- h. Bei Anwendung von Sprengölpräparaten sind die Schlag- oder Zündpatronen erst vor ihrer unmittelbaren Verwendung durch Einbringung der mit dem Zündhütchen versehenen Zündschnur fertig zu stellen.
- i. Die Einführung der Schlagpatrone in das Bohrloch und das Wegthun eines mit Sprengölpräparaten geladenen Schusses darf nur von dem Drittelführer (Schießkameradschaftsführer) oder solchen Arbeitern geschehen, die von Ersterem dazu die Erlaubniß erhalten haben.
- k. Vor dem Anzünden eines jeden Schusses ist den in der Nähe befindlichen Arbeitern durch den lauten Ruf: „es brennt!“ Kenntniß zu geben.
- l. Sollen mehrere Schüsse gleichzeitig abgethan werden, so darf das Anzünden nur durch den Drittelführer (Schießkameradschaftsführer) erfolgen, während die übrigen Arbeiter sich in Sicherheit zu begeben haben.
- m. Beim Versagen eines Schusses darf das Ort nicht vor Ablauf von 10 Minuten nach dem Anzünden betreten werden.
- n. Das Ausbohren von Schüssen, welche einmal versagt haben, ist verboten.

Bei Anwendung von Sprengölpräparaten ist auch das Tieferbohren stehengebliebener Pfeifen untersagt. Den in der Nähe solcher Pfeifen oder versagter Bohrlöcher angelegten Bohrlöchern muß eine solche Richtung gegeben werden, daß sie mit ersteren nicht in Berührung kommen.

- o. Beim Fertigen der Patronen, beim Besetzen und Wegthun der Bohrlöcher ist das Tabakrauchen verboten.

2) Sonstige Arbeiten.

§ 99. Das Unterschrämen rolliger (locker, loser und deshalb leicht herabrollender) Massen im Tagebau ist verboten.

§ 100. Bei allen Schrämarbeiten müssen die unterschrämten Stöße durch Verspreizung oder durch Stehenlassen kleiner Pfeiler im Schrame hinreichend gegen ein vorzeitiges Niedergehen gesichert werden.

In Tagebauen, woselbst sich diese Sicherheitsmaß-



regeln nicht ausführen lassen, muß während des Schrämens ein zuverlässiger Mann angestellt werden, der von oben beobachtet, ob „es aufmacht“ oder sich sonst Anzeichen bemerkbar lassen, daß nicht ferner geschrämt werden darf. Auf seinen Warnungsruf haben die Arbeiter die unterschränte Strosse sofort zu verlassen.

Bei Eintritt von starkem Schneefall oder Schneetreiben ist in Tagebauen die Fortsetzung von Schrämarbeiten nicht mehr gestattet und es sind die bereits unterschränten Massen schleunigst zum Niedergehen zu bringen.

§ 101. Alle Tagebaustöße, vor denen Förderung oder andere Arbeiten umgehen, müssen vor dem jedesmaligen Anfahren der Belegschaft, sowie vor Beendigung der Mittagspause von einem Aufsichtsbeamten oder einem von diesem dazu bestimmten, zuverlässigen Arbeiter auf das Vorhandensein von Einsturz drohenden Massen, insbesondere von Frosschalen, untersucht werden.

Zeigen sich derartige gefährliche Massen, so muß der Betrieb vor dem Stöße so lange eingestellt werden, bis deren Beseitigung unter Aufsicht eines Beamten oder eines dazu zu bestimmenden, zuverlässigen Arbeiters erfolgt ist.

§ 102. Auf den unterirdischen Kohlenbergwerken darf das Rauben der Zimmerung und das Werfen eines Bruches nur unter Aufsicht und Leitung eines Grubenbeamten oder eines zuverlässigen, mit dieser Arbeit vertrauten Häuers ausgeführt werden.

§ 103. Nach Ausraubung eines Bruches muß derselbe mit einem Schutz versehen und dürfen Kohlen aus ihm nicht mehr gefördert werden.

VIII. Maschinen.

§ 104. Alle Arbeiter, welche ihre Beschäftigung in die Nähe umgehender Maschinenteile führt, dürfen während der Arbeit nur solche Kleider tragen, deren Theile sich dem Körper eng anschließen.

§ 105. Alle sich bewegenden Theile einer jeden maschinellen Anlage sind, so weit sich in ihrer Nähe Menschen bewegen müssen, mit einer Schutzvorrichtung derartig zu umgeben, daß durch sie eine Verunglückung ohne Verschulden des Betroffenen nicht herbeigeführt werden kann.

§ 106. Alle Abstürzvorrichtungen, Quetsch-, Walz- und Mahlwerke sind durch geeignete Schutzvorrichtungen für die Annäherung ungefährlich zu machen.

§ 107. Alle Räume, in welchen sich Maschinen, Aufzüge, Abstürzvorrichtungen, Quetsch-, Walz- und Mahlwerke oder Transmissionen befinden, müssen während der Arbeitszeit durch Tageslicht oder künstliche Beleuchtung so erhellt sein, daß die vorbezeichneten Anlagen, besonders die bewegten Theile, gut erkennbar sind.

§ 108. Das Fugen und Schmieren der während des Betriebes nur mit Gefahr zugänglichen Theile der Maschinen, sowie die Vornahme von Ausbesserungen an

Maschinen und den von ihnen betriebenen maschinellen Vorrichtungen während des Ganges derselben ist verboten.

§ 109. Das Auflegen der Riemen auf die Riemenscheibe während des Ganges der Maschine ist verboten, soweit dabei nicht Vorrichtungen benutzt werden, welche die Gefahr für den Arbeiter ausschließen.

§ 110. Die Schwungräder der Maschinen sind so einzurichten, daß das Andrehen derselben gefahrlos bewirkt werden kann.

§ 111. Elektrische Maschinen jeder Art und elektrische Leitungen sind derartig anzubringen und zu verwalten, daß durch sie eine Verunglückung ohne Verschulden des Betroffenen nicht herbeigeführt werden kann.

§ 112. Das Verühren der elektrischen Leitungen, der elektrischen Maschinen und Apparate jeder Art ist verboten und nur dem Dienst- und Aufsichtspersonal unter Anwendung der geeigneten Sicherheitsmaßregeln gestattet.

IX. Arbeiter.

§ 113. Personen männlichen Geschlechts, welche das sechszehnte, und Frauenpersonen, welche das einundzwanzigste Lebensjahr nicht überschritten haben, dürfen beim Bergbau nur in einer Weise beschäftigt werden, welche ihrer körperlichen Entwicklung nicht nachtheilig ist. Besonders ist es verboten, sie mit Haspelziehen, mit Karrenlaufen über das Kreuz oder mit solchem auf ansteigenden Bahnen zu beschäftigen.

§ 114. Beim unterirdischen Grubenbetriebe darf ein Arbeiter in einer Temperatur von $+ 29$ Grad Celsius ($+ 23$ Grad Réaumur) oder mehr nicht länger als sechs Stunden täglich beschäftigt werden.

§ 115. Maschinen- und Kesselwärter dürfen zu einer längeren Arbeitszeit, als die gewöhnliche Schichtzeit beträgt, nicht angehalten werden.

§ 116. In der Häuerarbeit unerfahrene Arbeiter dürfen bei dieser nicht allein angelegt werden.

§ 117. Auf jedem in Betrieb befindlichen Bergwerke müssen Einrichtungen bestehen, welche es ermöglichen, die auf demselben angefahrne Mannschaft nach Zahl und Person jederzeit genau zu ermitteln.

Der Vertreter des Bergwerks hat die Art dieser Einrichtung und die zur Handhabung derselben erforderlichen Pflichten der Grubenbeamten und Arbeiter mittelst Aushanges in der Kauenstube öffentlich bekannt zu machen.

§ 118. Die Grubenbeamten und Arbeiter sind verpflichtet, die Vorschriften der in § 117 bezeichneten Bekanntmachung genau zu befolgen.

§ 119. Jeder belegte Arbeitspunkt (beim Kupferschieferbergbau: jeder Streblügel) muß in jeder Schicht mindestens ein Mal von einem Aufsichtsbeamten befahren werden.

Bei Arbeitspunkten, an welchen nur Ein Mann arbeitet, ist Vorkehrung zu treffen, daß ausserdem mindestens ein Mal in der Schicht Jemand nach ihm sieht.

§ 120. Auf jeder selbstständig für sich betriebenen

Anlage eines Bergwerks muß eine heizbare, der Stärke der Belegschaft entsprechend große Kauenstube vorhanden sein, in der sich die Arbeiter ausruhen und umkleiden können. Ebenso muß durch eine ausreichend große, im Winter heizbare Badeanstalt denjenigen Arbeitern, deren Beschäftigung mit großer Hitze oder Staub verbunden ist, Gelegenheit geboten werden, sich gründlich zu reinigen.

§ 121. Ein die §§ 3, 14, 17, 20, 22, 23, 28, 29, 30, 37, 38, 39, 40, 43, 44, 45, 46, 49, 56, 57, 61, 62, 63, 65, 67, 68, 73, 74, 79, 80, 83, 86, 87, 89, 91, 92, 93, 94, 96 bis 104 einschließlich, 108, 109, 112 bis 120 einschließlich, 125, 133, 134, 135 und 141 umfassender Auszug dieser Polizei-Verordnung ist in der Kauenstube in Anschlagform auszuhängen, und überdies jedem Bergarbeiter ein Exemplar desselben in Buchform bei seiner Annahme gegen Empfangsbescheinigung auszuhändigen.

Bei der Annahme von Arbeitern, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ist Vorkehrung zu treffen, daß sie mit den auf ihre Beschäftigung bezüglichen Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung bekannt gemacht werden.

Der Vertreter des Bergwerks ist für Ausführung dieser Bestimmung verantwortlich.

X. Markscheiderwesen.

§ 122. Für jedes Bergwerk ist eine Orientierungslinie von einem angemessen zu wählenden und zu fixierenden Standpunkte aus durch Kirchtürme oder ähnliche unverrückbare Gegenstände festzulegen.

Der Vertreter des Bergwerks ist für Ausführung dieser Bestimmung verantwortlich.

Mit Genehmigung des Oberbergamtes kann eine solche Orientierungslinie auch für eine Gruppe von Bergwerken Gültigkeit haben.

§ 123. Der Betriebsführer ist für die Erhaltung und nöthigenfalls Neufestlegung der Festpunkte dieser Orientierungslinie verantwortlich.

Ist eine Gruppe von Bergwerken nur im Besitze einer Orientierungslinie, so ist derjenige Betriebsführer, in dessen Grubenfeld die Festpunkte der Orientierungslinie sich befinden, für Erhaltung derselben verantwortlich.

§ 124. Der Betriebsführer ist für Erhaltung der von dem Markscheider bei seinen Zügen unter und über Tage geschlagenen Zeichen verantwortlich.

§ 125. Das Verrücken und Beschädigen von Markscheiderzeichen ist verboten.

§ 126. Die regelmäßige Nachtragung der Grubenbilder muß erfolgen:

- a. bei Bergwerken mit einer Jahresförderung bis zu 1000 Tonnen oder 20000 Hektoliter in Zeitabschnitten von längstens zwei Jahren,
- b. bei unterirdisch bauenden Bergwerken mit einer Jahresförderung bis zu 3000 Tonnen oder 60000 Hektoliter und bei allen Bergwerken mit Tagebau, die nicht unter a. fallen, in Zeitabschnitten von längstens einem Jahre,

c. bei allen Steinsalz- und Kalisalzbergwerken in Zeitabschnitten von längstens einem Vierteljahre,

d. bei allen übrigen Bergwerken in Zeitabschnitten von längstens einem halben Jahre.

Bei jeder Nachtragung muß auch das amtliche Exemplar des Grubenbildes nachgetragen werden.

§ 127. Die Aufnahme der Baue und die Nachtragung beider Exemplare des Grubenbildes hat sich stets über das ganze Grubengebäude bis zu den demaligen Orts- und Betriebspunkten, sowie über die ganze im Bereiche des Baufeldes gelegene Tagesituation auszudehnen.

§ 128. Der Betriebsführer ist dafür verantwortlich, daß dem Markscheider bei Aufnahme und Nachtragung der Grubenbaue nichts was auf dem Grubenbilde zur Darstellung gelangen muß, verheimlicht wird. Insbesondere hat er dafür zu sorgen, daß Baue, welche bei der Nachtragung des Grubenbildes nicht mehr zugänglich sind, nach seinen Angaben so genau als möglich verzeichnet werden und daß, wenn sich hinlänglich zuverlässige Angaben nicht mehr machen lassen, dies dabei bemerkt wird.

§ 129. Die auf den Betrieb der Baue bezüglichen Eintragungen des Markscheiders in das Zeichenbuch sind zu beachten.

§ 130. Unverzüglich und unabhängig von den im § 126 für die Nachtragung der Grubenbilder festgesetzten Fristen müssen:

- a. alle Gebäude (die einzelnen Wohnhäuser mit Bezeichnung des Namens des derzeitigen Besitzers), alle Wasserläufe und Wasserbehälter, alle Eisenbahnen, Chaussees, Communal- und anderen größeren Wege, welche im Bereiche des Baufeldes gelegen sind,
- b. alle Gegenstände der Tagesoberfläche, zu deren Schutz besondere polizeiliche Anordnungen zu treffen sind,
- c. alle Betriebspunkte, bei deren Fortgang der Durchbruch von Standwässern oder bösen Wettern u. s. w. oder der Eintritt einer ähnlichen Gefahr bezüglich der im § 196 des Allgemeinen Berggesetzes bezeichneten Gegenstände zu besorgen ist,
- d. alle Markscheiden, sowie alle durch Polizeiverordnungen oder durch besondere Anordnung bestimmten Bau- und Sicherheitspfeiler-Grenzen,
- e. alle zur Untersuchung und weiteren Ausrichtung der Lagerstätte in das frische Feld geführten Betriebe bei ihrer Einstellung

auf das Grubenbild, und zwar, soweit dies thunlich, auf die sämtlichen Grundrisse und Profile aufgetragen werden.

§ 131. Alle Betriebe, mit denen voraussichtlich Sicherheitspfeiler-Grenzen angefahren oder alte Baue und Wasserläufe gelöst werden sollen, dürfen nur nach markscheiderischer Angabe aufgefahren werden.

§ 132. Wenn auf einem Bergwerke oder einer selbstständig für sich betriebenen Anlage eines solchen (sogenannten Separatbau) der Betrieb vorläufig oder

für die Dauer eingestellt wird, so muß jedesmal vorher die vollständige Nachtragung der beiden Exemplare des Grubenbides erfolgen.

Der Vertreter des Bergwerks ist für Ausführung dieser Bestimmung verantwortlich.

XII. Schlußbestimmungen.

§ 133. Das unbefugte Eindringen in die Eingriedigungen der Tagebaue und Bruchfelder, sowie das unbefugte Betreten der Schachtgebäude und aller derjenigen Räume über und unter Tage, in welchen Maschinen oder Dampfkessel aufgestellt sind, ist verboten.

Das Verbot ist durch Warnungstafeln ersichtlich zu machen.

§ 134. Niemand darf in die Grubenbaue eindringen oder zu denselben zugelassen werden, wenn er sich in trunkenem Zustande befindet oder mit einer Krankheit oder einem Gebrechen behaftet ist, welche bei der Grubensfahrt sein Leben gefährden könnten. Abgesehen von den Organen der Staatsbehörde und den mit amtlichem Fahrschein versehenen Personen, dürfen nur diejenigen, welche die Erlaubniß des Betriebsführers erhalten haben, in Begleitung eines erfahrenen Bergmanns die Grube befahren.

§ 135. Niemand darf die zur Sicherheit der Baue und des Lebens der Arbeiter, sowie zum Schutze der Oberfläche, insbesondere die zur Wetterversorgung, zur Erleuchtung, zum Signalisiren und Bremsen getroffenen Einrichtungen beschädigen oder solche ohne ausdrückliche Anweisung oder Erlaubniß des Betriebsführers oder seines Stellvertreters abändern, versetzen oder unbrauchbar machen.

§ 136. Auf jedem Bergwerke oder einer selbstständig für sich betriebenen Anlage eines solchen ist ein Zeichenbuch zu halten, dessen Blattzahl durch den Bergrevierbeamten festgestellt und bescheinigt sein muß.

§ 137. Die gegenwärtige Verordnung tritt am 1. April 1885 in Kraft.

§ 138. Zur Ausführung der in dem § 84 unter A. und B. vorgeschriebenen Einrichtungen und der im § 120 vorgesehenen Badestube wird die Frist von sechs Monaten, vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung ab gerechnet, bewilligt.

§ 139. Für die von der Bergbehörde bereits genehmigten Sprengpulververteilungshäuser auf den Werken der Mansfeld'schen Gewerkschaft, in denen der Vorrath an Sprengpulver höchstens 75 Kilogramm betragen darf, bleiben die bisherigen Bestimmungen in Kraft, nur findet auch auf sie die Vorschrift im § 84 unter A. 6 wegen Anbringung eines Blitzableiters Anwendung.

§ 140. Wo in der gegenwärtigen Verordnung der Ausdruck „Vertreter des Bergwerks“ gebraucht ist, soll darunter stets der Repräsentant beziehungsweise der Grubenvorstand oder der Alleinbesitzer und bei Gesellschaften oder Korporationen der gesetzliche Vertreter derselben verstanden sein.

§ 141. Uebertretungen der gegenwärtigen Verordnung werden, sofern nicht in Folge anderer strafgesetzlicher Vorschriften höhere Strafen verwirkt sind, auf Grund des § 208 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 mit Geldstrafe bis zu Einhundertfünfzig Mark bestraft.

Für die Ausführung der nach derselben auf dem Bergwerke zu treffenden sicherheitspolizeilichen Einrichtungen und betrieblichen Vorschriften ist, sofern darin nicht anders bestimmt ist, nach § 76 des Allgemeinen Berggesetzes insbesondere der Betriebsführer verantwortlich, wegen Uebertretung der übrigen Vorschriften aber jeder Zuwiderhandelnde strafbar.

Halle, den 10. Dezember 1884.

Königl. Oberbergamt.

gez. Huppsen. Cramer. von Rohr. Pinno.
Stein. Eskens. Täglichsbed. Arndt.



Amtsblatt

der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 8.

Den 20. Februar

1885.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 1.) Nr 1576. Bekanntmachung, betreffend den Beitritt Grossbritanniens, Serbiens und Rumäniens zu der unterm 20. Mai 1875 abgeschlossenen internationalen Meterkonvention. Vom 30. Dezember 1884.

Nr 1577. Bekanntmachung, betreffend eine Abänderung des Verzeichnisses der gewerblichen Anlagen, welche einer besonderen Genehmigung bedürfen. Vom 4. Januar 1885.

(Stück 2.) Nr 1578. Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1884/85. Vom 23. Januar 1885.

Nr 1579. Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 1883 über die Krankenversicherung der Arbeiter. Vom 28. Januar 1885.

(Stück 3.) Nr 1580. Gesetz, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsass-Lothringen für das Etatsjahr 1884/85. Vom 26. Januar 1885.

Nr 1581. Bekanntmachung, betreffend eine Abänderung des Verzeichnisses der gewerblichen Anlagen, welche einer besonderen Genehmigung bedürfen. Vom 31. Januar 1885.

Gesetz-Sammlung

für die Königlich Preussischen Staaten.

(Stück 1.) Nr 9028. Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages. Vom 3. Januar 1885.

(Stück 2.) Nr 9029. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Melbork, Schleswig und Kiel. Vom 30. Dezember 1884.

(Stück 3.) Nr 9030. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Bremervörde, Dannenberg, Lühow, Moringen, Neustadt am Rübenberge, Otterndorf und Sögel. Vom 14. Januar 1885.

Statut

für die Ent- und Bewässerungs-Genossenschaft der Großen Gemeinde bei Mehlsdorf zu Dahme im Kreise Jüterbog-Ludenwalde.

Wir Wilhelm,

von Gottes Gnaden König von Preussen etc.,
verordnen auf Grund des Gesetzes vom 1. April 1879,

betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften, nach erfolgter Zustimmung der Mehrheit der Betheiligten, was folgt:

§ 1. Die in dem beigelegten beglaubigten Kataster-Auszüge aufgeführten Eigenthümer der daselbst näher bezeichneten Grundstücke in den Gemeinde-Bezirken Dahme, Jhlow, Illmersdorf, Niendorf, Mehlsdorf und Hohen-Seefeld werden zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des mit den zugehörigen beglaubigten Karten abgeschlossenen Meliorationsplans des Kultur-Ingenieurs Luedcke vom 24. Juli 1882 durch Ent- und Bewässerung zu verbessern.

Abänderungen des Projektes, welche im Laufe der Ausführung sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschafts-Ausschusse beschlossen werden. Der Beschluß bedarf jedoch der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Vor Ertheilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die veränderte Anlage berührt werden.

§ 2. Die Genossenschaft führt den Namen „Große Gemeinde“ und hat ihren Sitz in Dahme.

§ 3. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen. Dagegen bleibt der Umbau, die Besamung und sonstige Unterhaltung der einzelnen Wiesenparzellen, die Anlage und Unterhaltung der Gräben innerhalb der Parzellen den betreffenden Eigenthümern überlassen. Dieselben sind jedoch gehalten, den im Interesse der ganzen Melioration getroffenen Anordnungen des Vorstehers Folge zu leisten.

§ 4. Außer der Herstellung der im Projekte und im § 3 vorgesehenen Anlagen liegt dem Verbands ob, Binnen-, Ent- und Bewässerungs-Anlagen innerhalb des Meliorations-Gebietes, welche nur durch Zusammenwirken mehrerer Grundbesitzer ausführbar sind, zu vermitteln und nöthigenfalls, nachdem der Plan und das Beitragsverhältniß von der Aufsichtsbehörde festgestellt ist, auf Kosten der dabei betheiligten Grundbesitzer durchzuführen zu lassen.

Die Unterhaltung derartiger Anlagen, die, soweit erforderlich, in regelmäßige Schau zu nehmen sind, untersteht der Aufsicht des Vorstehers.

§ 5. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung des von dem Vorsteher auf Beschluß des Genossenschafts-Ausschusses angenommenen Meliorations-Technikers in der Regel in Tagelohn ausgeführt und

unterhalten. Indessen können die Arbeiten nach Bestimmung des Ausschusses in Afford gegeben werden.

§ 6. Die Genossenschaftslasten werden von den Genossen nach Maßgabe des Flächenraums der beheizten Grundstücke aufgebracht.

Die hiernach festzustellenden Beitragslisten sind von dem Genossenschaftsvorstande anzufertigen und nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung (§ 17) vier Wochen lang in der Wohnung des Vorstehers zur Einsicht der Genossen auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Beitragslisten sind an keine Frist gebunden. Jedem Genossen steht es frei, mit der Behauptung, daß er einen geringeren Vortheil von dem Unternehmen habe, als die übrigen Genossen, zu verlangen, daß ihm gegenüber der gesetzliche Maßstab für die Vertheilung der Genossenschaftslasten in Anwendung komme und daß demgemäß die Höhe seines Beitrages nach Maßgabe der ihm aus den Genossenschaftsanlagen erwachsenden Vortheile bemessen werde. Ueber beschalligte Anträge wird von dem Vorstande entschieden, gegen dessen Ausspruch die Berufung an das nach § 18 zu bildende Schiedsgericht zulässig ist.

§ 7. Im Falle einer Parzellirung sind die Genossenschaftslasten auf die Trennstücke nach dem Verhältnisse des Flächenraumes von dem Genossenschaftsvorstande zu vertheilen. Gegen die Festsetzung des Vorstandes ist innerhalb 21 Tagen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§ 8. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen.

Bei versäumter Zahlung hat der Vorsteher die fälligen Beträge beizutreiben.

§ 9. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundstück davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vortheile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsteher nicht gütlich verständigen sollte, das nach § 18 zu bildende Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§ 10. Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im Uebrigen richtet sich das Stimmverhältniß nach dem Verhältnisse der Theilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß bis zu 50 Nr beitragspflichtigen Grundbesitzes eine Stimme, und für jede weiteren angefangenen 50 Nr eine weitere Stimme gerechnet wird.

Die Stimmliste ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung (§ 17) 4 Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmliste sind an keine Frist gebunden.

§ 11. Der Genossenschaftsvorstand besteht aus einem Vorsteher, welchem ein Ausschuß der Genossen von sechs Mitgliedern zur Seite steht. Der Vorsteher und die Ausschußmitglieder bekleiden ein Ehrenamt.

Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsteher eine jährliche, von der Generalversammlung von drei zu drei Jahren festzusetzende Entschädigung. Im Behinderungsfalle wird der Vorsteher durch das an Lebenszeit älteste Ausschuß-Mitglied vertreten.

Der Vorsteher und die Mitglieder des Ausschusses nebst drei Stellvertretern werden von der Generalversammlung auf drei Jahre nach absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Wahl des Vorstehers bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Wählbar ist jeder Genosse, welcher den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte nicht durch rechtskräftiges Erkenntnis verloren hat. Die Wahl der Vorsteher und der Ausschußmitglieder wie der Stellvertreter erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jedes Mitglied.

Wird im ersten Wahlgange eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorstehenden zu ziehende Loos.

Im Uebrigen gelten die Vorschriften für Gemeinde-Wahlen.

Die erste General-Versammlung beruft der Kommissar des Oberpräsidenten, die folgenden der Vorsteher.

§ 12. Die Gewählten werden vom Kreislandrath durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation des Vorstehers und des Stellvertreters dient das vom Kreislandrath aufgenommene Verpflichtungsprotokoll.

Soll der Stellvertreter sich darüber ausweisen, daß der Fall der Stellvertretung eingetreten ist, so dient dazu ein Zeugnis des Kreislandraths.

Der Ausschuß hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht hat, wie die Ausschußmitglieder, und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefaßten Beschlüsse ist es erforderlich, daß sämtliche Ausschußmitglieder unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen und daß mindestens zwei Drittel anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen Stellvertreter zu laden.

§ 13. Soweit nicht in diesem Statute einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Ausschusse oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbesondere liegt ihm ob:

- a. die Ausführung der gemeinschaftlichen Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplane zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
- b. über die Unterhaltung der Anlagen, sowie über die



Stauung, die Grabenräumung, die Heuwerbung und die Hütung auf den Wiesen mit Zustimmung des Ausschusses die nöthigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungs-Vorschriften zu erlassen;

- c. die vom Ausschusse festgesetzten Beiträge auszu-schreiben und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassen-Verwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidiren;
- d. die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Ausschusse zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
- e. den Wiesenwärter und die sonstigen Unterbeamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen, die Unterhaltung der Anlagen zu kontrolliren und im Frühjahr und im Herbst jeden Jahres unter Zustimmung von zwei Ausschussmitgliedern die Wiesen- und Grabenschau abzuhalten;
- f. die Genossenschaft nach Außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und die Urkunden derselben zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung des Ausschusses einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist die Genehmigung nicht erforderlich;
- g. die nach Maßgabe dieses Statuts und der Ausführungsvorschriften § 13b. von ihm angeordneten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 M. jedoch nicht übersteigen dürfen, zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§ 14. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Ausschusse auf 3 Jahre gewählt und dessen Remuneration vom Ausschusse festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen.

§ 15. Zur Bewachung und Bedienung der Wiesen stellt der Vorsteher auf Beschluß des Ausschusses einen Wiesenwärter auf dreimonatliche Kündigung an und stellt den Lohn für denselben fest.

Der Wiesenwärter ist allein befugt zu flauen. Kein Eigenthümer darf die Schleusen öffnen oder zusetzen oder überhaupt die Ent- oder Bewässerungs-Anlagen eigenmächtig verändern, bei Vermeidung einer vom Vorstande festzusetzenden Ordnungsstrafe bis zu 30 M. für jeden Kontraventionsfall.

Der Wiesenwärter muß den Anordnungen des Vorstehers pünktlich Folge leisten und kann von demselben mit Verweis oder mit Ordnungsstrafe bis zu 3 M. bestraft werden.

§ 16. Der gemeinsamen Beschlußfassung der Genossen unterliegen:

- 1) die Wahl des Vorstehers, der Ausschussmitglieder und deren Stellvertreter (§ 11);
- 2) die Festsetzung der dem Vorsteher zu gewährenden Entschädigung (§ 11);
- 3) die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter (§ 18);
- 4) die Abänderung des Statuts.

§ 17. Die General-Versammlung ist in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§ 60 des Gesetzes vom

1. April 1879), mindestens aber alle Jahre einmal, durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ein Ausschreiben in den für die Veröffentlichungen der Genossenschaft bestimmten Blättern (§ 19) und außerdem durch ortsübliche Bekanntmachung in denjenigen Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiet ganz oder theilweise angehört.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens 14 Tagen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die General-Versammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt der von der letzteren ernannte Kommissar den Vorsitz.

§ 18. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern des Verbandes über das Eigenthum an Grundstücken, über die Zuständigkeit oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über besondere, auf speziellen Rechtsmitteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten des Verbandes oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach Maßgabe dieses Statuts oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Instanz zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern es sich nicht um eine der ausschließlichen Zuständigkeit anderer Behörden unterliegende Angelegenheit handelt, jedem Theile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichts frei, welche binnen 14 Tagen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten des Verfahrens sind dem unterliegenden Theile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernannt, und aus zwei Beisitzern. Die Letzteren werden nebst zwei Stellvertretern von der General-Versammlung nach Maßgabe der Vorschriften des § 11 gewählt.

Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnorts zu den öffentlichen Gemeinbedämtern wählbar und nicht Mitglied des Verbandes ist. Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichen Falls aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§ 19. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter der Bezeichnung: Meliorations-Genossenschaft für die Große Gemeinde bei Mehlsdorf zu Dahme zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in das Kreisblatt zu Jüterbog und in die Dahmen'ser Blätter aufgenommen.

§ 20. Die Aufnahme neuer Genossen findet lediglich statt, insofern die Genossenschaft nach § 69 des Gesetzes vom 1. April 1879 verpflichtet ist, die Aufnahme zu gewähren.

Die Aufnahme kann von dem Vorsteher ohne vor-

gängige Entscheidung im Verwaltungsstreitverfahren nur auf Beschluß des Genossenschaftsausschusses und nach Einholung eines zustimmenden Beschlusses der Aufsichtsbehörde gewährt werden.

Urkundlich unter Unserer Hochsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insigne.

Gegeben Berlin, den 14. Januar 1885.

gez. **Wilhelm.**

gegez. Lucius. Friedberg.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidiums der Provinz Brandenburg.

Die Durchschnitts-Marktpreise in den Normal-Markttorten des hiesigen Regierungsbezirks und in der Stadt Berlin, nach welchen die Vergütung für Weizen, Roggen, Hafer, Heu, Stroh und Weizen- und Roggenmehl pro 1. April 1885/86 zu gewähren ist, betreffend.

2. Mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 14. Februar v. J. (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin für 1884, Seite 69/70) bringe ich hierdurch in Gemäßheit des § 19 des Gesetzes über die Kriegseinstellungen vom 13. Juni 1873 (Reichs-Gesetzblatt Seite 129 u. folg.) die Nachweisung der Durchschnitts-Marktpreise in den Normal-Markttorten des Regierungsbezirks Potsdam und der Stadt Berlin, nach welchen die Vergütung für Weizen, Roggen, Hafer, Heu, Stroh und Weizen- und Roggenmehl für das Jahr vom 1. April 1885/86 zu gewähren ist, zur öffentlichen Kenntniss.

In den Vergütungspreisen für das etwa zu liefernde Weizen- und Roggenmehl ist bei den Normal-Markttorten Berlin, Prenzlau, Schwedt, Beeskow, Ludenwalde, Potsdam, Brandenburg a./H., Neu-Ruppin und Perleberg das ortsübliche Mahllohn mitenthalten, während dasselbe bei dem Normal-Markttorte Wittstock nicht mitberechnet ist, da dort bei den jetzt bestehenden Verhältnissen kein Mahllohn mehr erhoben wird.

Potsdam, den 7. Februar 1885.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

In Vertretung: Schulze.

Nachweisung

der Jahres-Durchschnitts-Marktpreise für Weizen, Roggen, Hafer, Heu, Stroh und Weizen- und Roggenmehl in den Normal-Markttorten des Regierungsbezirks Potsdam für die Jahre 1875 bis 1884 mit der Gültigkeitsdauer vom 1. April 1885 bis dahin 1886.

Preise für 100 kg

Weizen		Roggen		Hafer		Heu		Stroh		Weizenmehl incl. Mahllohn		Roggenmehl incl. Mahllohn	
M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Stadt Berlin, Normal-Markttort für die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Teltow und Havelland:													
19	79	15	57	14	97	6	33	5	62	23	93	20	43
Stadt Prenzlau, Normal-Markttort für die Kreise Prenzlau und Templin:													
19	48	15	89	14	55	5	51	6	02	23	32	20	57
Stadt Schwedt Normal-Markttort für den Kreis Angermünde:													
19	73	16	79	15	75	6	52	5	38	23	60	21	55
Stadt Beeskow, Normal-Markttort für den Kreis Beeskow-Storkow:													
19	37	16	07	16	44	7	—	5	63	23	69	20	93
Stadt Ludenwalde, Normal-Markttort für den Kreis Jüterbog-Ludenwalde:													
19	46	16	58	15	28	5	79	4	61	23	28	21	14
Stadt Potsdam, Normal-Markttort für den Kreis Zauch-Belzig und den Stadtkreis Potsdam:													
20	10	16	14	16	09	5	70	5	22	23	99	20	67
Stadt Brandenburg, Normal-Markttort für den Kreis Westhavelland und den Stadtkreis Brandenburg:													
20	15	16	36	15	95	5	71	4	68	23	99	21	04
Stadt Neu-Ruppin, Normal-Markttort für den Kreis Ruppin:													
19	23	16	12	15	61	5	99	5	34	23	04	20	57
Stadt Wittstock, Normal-Markttort für den Kreis Ostprignitz:													
20	13	15	62	14	82	4	04	4	36	22	55	18	74
Stadt Perleberg, Normal-Markttort für den Kreis Westprignitz:													
20	34	16	08	15	69	6	66	5	48	24	49	20	72



Die Wahl des Vorsitzenden etc. des Communal-Landtages betreffend.
3. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 4. d. M. die von dem Communal-Landtage der Kurmark vollzogenen Wahlen des Masors a. D. von Nochow auf Plessow zum Vorsitzenden und des Landraths Geheimen Regierungs-Raths von Winterfeld zu Prenzlau zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Communal-Landtages für den Zeitraum vom 3. October 1884 bis dahin 1887 zu bestätigen geruht.

Potsdam, den 16. Februar 1885.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

In Vertretung: Schulze.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Die Polizei-Verordnungen des Regierungsbezirks Potsdam betreffend.

55. Das vom Herrn Geheimen Regierungs-Rath von Wichert verfaßte Handbuch „Die Polizei-Verordnungen des Regierungs-Bezirks Potsdam“ ist in sechster vermehrter und verbesserter Ausgabe im Verlage der Buchhandlung von A. W. Hayn's Erben in Berlin SW., Zimmerstraße Nr. 29, erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Der Preis des Buches beträgt ungebunden 6 Mark, gebunden 7 Mark 50 Pf.

Potsdam, den 14. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Erlebigte Kreis-Bundarzstellen.

56. Die Kreis-Bundarzstellen der Kreise Templin, Osthavelland und Westprignitz sind unbesetzt. Bewerbungen, bei welchen bezüglich der Wohnsignahme in einem Orte der genannten Kreise auf die Wünsche der Bewerber möglichst gerücksichtigt werden soll, nehme ich bis zum 15. Mai entgegen.

Potsdam, den 4. Februar 1885.

Der Regierungspräsident.

Die Schweizerische Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Winterthur betreffend.

57. Der heutigen Nummer des Amtsblattes liegt das revidirte Statut der Schweizerischen Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Winterthur bei, worauf ich im Verfolg der Amtsblattsbekanntmachung vom 23. Januar 1879 — Amtsblatt Stück 5 vom 31. Januar 1879 S. 38 — noch besonders aufmerksam mache.

Potsdam, den 10. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Neue Märkte in Jossen.

58. In der Stadt Jossen sind mit Genehmigung des Provinzialrathes zwei neue Viehmärkte eingerichtet, welche für das Jahr 1885 auf Montag, den 13. April und den 12. October angesetzt worden sind. Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 12. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die technische etc. Verwaltung der Elbfähren im Regierungsbezirk Potsdam betreffend.

59. In Folge ministerieller Anordnung wird hiermit im Einverständnisse mit dem Herrn Chef der Elb-

strom-Bauverwaltung die technische Verwaltung der Räbelschen Fähre bei Havelberger Mühlenholz dem der Elbstrom-Bauverwaltung unterstellten Wasser-Bauinspektor Baurath Heyn zu Stendal, die technische Verwaltung der Elbfähren zu Wittenberge, der Elbfähre bei Gnevedorf, Wahrenberg, Schnadenberg-Lütkefisch, Goorleben-Klein-Moos und bei Penzen dagegen dem Wasser-Bauinspektor Fischer zu Wittenberge übertragen.

Potsdam, den 16. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Betreffend die Aufhebung der Sperre des Ruppiner Kanals.

60. Die durch meine Bekanntmachung vom 31. October 1884 — Amtsblatt des vorigen Jahres Seite 416 — angeordnete Sperre des Ruppiner Kanals wird hiermit vom 16. d. M. ab aufgehoben.

Potsdam, den 16. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verbote von Vereinen und Druckschriften.

61. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. October 1878 sind ferner folgende Bekanntmachungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht worden, welche hierdurch zur Kenntniß gebracht werden.

Potsdam, den 11. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Nr. 238 der periodischen Druckschrift: „Münchener Extrablatt und Gerichtszeitung“, ferner die Nr. 4 der periodischen Druckschrift „Harzer Post“, beide in Verlag und Redaktion von Dr. Bruno Schönlanck, Druck von M. Ernst in München, sowie das fernere Erscheinen dieser beiden Druckschriften, gemäß § 11 des gedachten Gesetzes Seitens der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

München, den 29. Januar 1885.

Königl. Regierung von Oberbayern,

Kammer des Innern.

Freiherr von Pfeufer.

Die Königl. Kreishauptmannschaft als Landes-Polizeibehörde hat die nichtperiodischen Druckschriften: 1) „Die Fliegen und die Spinnen.“ Herausgegeben von dem National-Executiv-Committee der Sozialistischen Arbeiter-Partei; 2) „Reporter und Sozialist.“ Ein Gespräch über Ziele und Wege des Sozialismus. Von Alexander Jonas. Herausgegeben vom National-Executiv-Comité der Sozialistischen Arbeiter-Partei. New-York 1884, auf Grund von §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. October 1878 verboten.

Leipzig, den 30. Januar 1885.

Königl. Kreishauptmannschaft.

Gumprecht.

Die unterzeichnete Königlich sächsische Kreishauptmannschaft hat auf Grund von § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 die Nummer 1 des 1. Jahrgangs der zu New-York erscheinenden periodischen Druckschrift: „Der Sozialist“, Centralorgan der sozialistischen Arbeiterpartei von Nord-Amerika, herausgegeben vom National-Executiv-Comité, verboten.

Dresden, am 5. Februar 1885.

Königl. sächsische Kreishauptmannschaft.
von Koppenfels.

Prüfung der Thierärzte.

62.

Nachtrag

zum Regulativ vom 19. Juni 1876

für die

Prüfung der Thierärzte, welche das Fähigkeitszeugniß für die Anstellung als beamteter Thierarzt zu erwerben beabsichtigen.

Der erste Absatz des § 12 des Regulativs erhält folgende Fassung:

„Im Falle eines ungenügenden Ergebnisses darf die Prüfung der Regel nach nur einmal und zwar nicht vor Ablauf eines Jahres wiederholt werden. Dem ungenügenden Ergebnisse der Prüfung gleich geachtet wird die Versäumung der für die Bearbeitung der schriftlichen Arbeiten festgesetzten Frist, beziehungsweise der bewilligten Nachfrist. (§ 7.)“

Berlin, den 29. Januar 1885.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten
Lucius.

Vorstehendes wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam und Berlin, den 9. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Viehseuchen.

63. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Hindvieh der Bauernwitwe Pleßow zu Flatow im Kreise Osthavelland ausgebrochen.

Potsdam, den 17. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Betreffend Schulversäumnisse und Schul-Entlassung.

5. In verschiedenen Kreis- und Lokalblättern des Bezirks ist die Nachricht verbreitet worden, daß ein Goldschmied A. J. E. Graf, der wegen Schulversäumnis seines am 3. Mai 1884 vierzehn Jahr alte gewordenen Sohnes von dem Schöffengericht zu 18 Mk. Strafe verurtheilt worden, bei der Berufung von dem Landgericht zu Berlin kostenlos freigesprochen worden sei, angeblich, weil jeder Vater sein Kind, sobald dasselbe das vierzehnte Lebensjahr vollendet habe, aus der Schule fortnehmen könne. Diese Nachricht ist, wie vorauszu sehen, unwahr, weil nach den angestellten Ermittlungen eine solche Entscheidung bei den Landgerichten zu Berlin nicht ergangen ist. Es hat daher hinsichtlich der Schul-

versäumnisse und der Schulentlassung bei unsern Verordnungen vom 12. Juli 1869 und vom 24. Juli 1880 sein Bestehen.

Potsdam, den 10. Februar 1885.

Königl. Regierung.

Abtheilung für Kirchen und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Die Abänderung des Statuts

der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin betreffend.

21. Auf Ihren Bericht vom 13. November 1884 will ich bei Rücksendung der Anlagen desselben genehmigen, daß das der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin unter dem 18. Mai 1864 ertheilte Privilegium auch bei Abänderung der §§ 16, 17, 26, 37 und 38 des Gesellschafts-Statuts, wie solche laut der notariellen Verhandlungen vom 28. März 1883 und 20. März 1884 beschlossen worden, in Kraft bleibe, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Eintragung jener Statutenänderungen in das Handels-Register unbeanstandet erfolgt.

Berlin, den 24. November 1884.

gez. Wilhelm.

gez. von Puttkamer. Lucius. von Scholz.

An die Minister des Innern, für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und an den Finanzminister.

Die §§ 16, 17, 26, 37 und 38 des Statuts der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin sind, wie folgt geändert worden.

§ 16. Der Absatz 3 fällt fort. Absatz 4 erhält folgende Fassung:

Rückzahlungen, welche über den Betrag der stipulirten Amortisationsrate hinausgehen, ist die Preussische Hypotheken-Aktien-Bank berechtigt, in unkündbaren Pfandbriefen nebst den laufenden Coupons und Talons zum Nennwerth zu fordern, welche zu denselben Serien gehören, wie die betreffenden Hypotheken, an deren Stelle die Pfandbriefe ausgestellt sind.

§ 17. In folgenden Fällen können die unkündbaren hypothekarischen Darlehne ausnahmsweise Seitens der Gesellschaft gekündigt werden:

- a. wenn die zu zahlenden Zinsen, Amortisationsbeiträge und Geschäftsunkosten-Beiträge nicht innerhalb eines Monats, sonstige Kosten nicht innerhalb dreier Monate nach dem Fälligkeits-Termin an die Gesellschaft berichtet sind;
- b. ic.

§ 26 erhält den Zusatz:

Der Betrag, um welchen sich das Kapital der als Garantie dienenden Hypotheken-Forderungen durch Amortisation oder durch Rückzahlung oder in anderer Weise vermindert, muß entweder zur Zurückziehung und Vernichtung von Pfandbriefen verwendet oder durch andere Hypotheken-Forderungen ersetzt werden. Auch darf die Gesamtverzinsung der

Pfandbriefe niemals den Betrag der Zinsen aus den dafür haftenden Hypotheken-Forderungen übersteigen.

§ 37. Absatz 2 lautet:

Behufs Vornahme der ordentlichen, in jedem Jahre mindestens vier mal wiederkehrenden Revisionen werden zwei Mitglieder des Kuratoriums von diesem auf die Dauer eines Jahres ernannt.

Dieselben sind verpflichtet, zu den von ihnen vorzunehmenden Revisionen ein Mitglied der Hauptdirektion zuzuziehen. Ueber die Revision ist stets ein Protokoll aufzunehmen und dasselbe von den Revisoren und dem Mitgliede der Hauptdirektion zu vollziehen. Abschrift dieses Protokolles ist jedesmal auf kürzestem Wege dem Präsesenten zuzustellen.

§ 38 Absatz 5 erhält folgende Fassung:

Je fünf Aktien bilden eine Stimme. Mehr als zwanzig Stimmen darf ein Aktionär weder für sich, noch als Vertreter resp. Bevollmächtigter anderer Aktionäre in sich vereinigen.

Vorstehender Allerhöchster Erlass wird nebst den dadurch genehmigten Statutänderungen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 9. Februar 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Wieder zum Vorschein gekommene Schuldverschreibung.

5. Die nach unserer Bekanntmachung vom 7. August 1883 angeblich abhanden gekommene Schuldverschreibung der konsolidirten 4 % igen Staatsanleihe lit. C. Nr. 15167 über 1000 M. ist zum Vorschein gekommen.

Berlin, den 11. Februar 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ausgabe von direkten Tourbilletts.

9. Vom 15. d. M. ab werden auf Station Berlin, Schleifischer Bahnhof, und den Fernstationen der Berliner Stadtbahn direkte Tourbilletts I., II. und III. Klasse, gültig für alle Züge, verbunden mit direkter Gepäckabfertigung, nach Station Raklo der Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn via Rochbern-Dels zur Ausgabe gelangen.

Berlin, den 8. Februar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Transitsätze für den Transport von Eiern.

6. Mit dem 1. März d. J. treten für den Transport von Eiern in Wagenladungen à 5000 und 10000 kg ab Eybifuhnen trans. nach Berlin Ostbahnhof im diesseitigen Lokalverkehr Transitsätze der Klasse A. 1. und B. in Höhe von 5,06 Mark resp. 4,51 Mark pro 100 kg in Kraft.

Bromberg, den 9. Februar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Tariffsätze für die Beförderung von Delfachen

7. Vom 15. Februar 1885 wird im Deutsch-Polnischen Verbands im Verkehr zwischen Stationen

der Weichselbahn einerseits und den Deutschen Stationen andererseits der Artikel „Delfachen“ zu denselben Tariffsätzen befördert wie der Artikel „Kleie“.

Bromberg, den 11. Februar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag zum Lokaltarif für die Beförderung von Personen u. s. Aus Veranlassung der Ueberleitung der Bahnstrecke Posen-Thorn aus dem Bezirke der Königlichen

Eisenbahn-Direktion Breslau in den der Königlichen Eisenbahn-Direktion Bromberg wird mit Gültigkeit vom 1. April 1885 der Nachtrag 12 zum Lokal-Tarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg vom 1. August 1881 herausgegeben. Durch diesen Nachtrag werden außer Kraft gesetzt:

a. sämtliche in dem Tarif für die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Hunden im Lokalverkehre der Oberschlesischen Eisenbahn vom 1. Juni 1878 bezüglich des Verkehrs der Stationen und Halte-

stellen der Bahnstrecken Posen-Thorn untereinander enthaltenen Tariffsätze, sowie

b. sämtliche in dem Tarif für die direkte Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Oberschlesischen Eisenbahn einerseits und Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg andererseits vom 1. bezw. 15. August 1881 enthaltenen Tariffsätze, insoweit dieselben den Verkehr zwischen den Stationen der Strecke

Posen-Thorn einerseits und Ostbahnstrecken andererseits über Thorn bezw. über Bromberg bezw. über Posen Plotnick betreffen.

Geringfügige Erhöhungen bezw. Ermäßigungen einzelner Billetpreise und Gepäckfrachtsätze treten zufolge Berichtigung der Entfernungen bezw. anderweitiger Ab- rundung der Beträge ein.

Bis zum Definitivdruck des Kilometerzeigers erteilt das Verkehrs-Bureau der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg, Abtheilung für Tariffsachen, die gewünschte Auskunft.

Bromberg und Breslau, den 13. Februar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktionen.

Bekanntmachung des Reichs-Versicherungsamts,
betreffend die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Baubetriebe.
Laut Bekanntmachung im Reichs-Gesetzblatt Nr. 5 Seite 13, hat der Bundesrath auf Grund des § 1 Abs. 8 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884, Reichs-Gesetzblatt Seite 69 beschlossen:

Arbeiter und Betriebsbeamte, welche von einem Gewerbetreibenden, dessen Gewerbebetrieb sich auf die Ausführung von Ländher-, Verputzer- (Weißbinder-), Gypfer-, Studateur-, Maler- (Anstreicher-), Glaser-, Klempner- und Lackirer-Arbeiten bei Bauten, sowie auf die

Anbringung, Abnahme, Verlegung und Reparatur von Bligableitern erstreckt, in diesem Betriebe beschäftigt werden, für versicherungspflichtig zu erklären.

Gemäß § 11 des Unfallversicherungsgesetzes hat daher jeder Unternehmer eines der vorgenannten Betriebe denselben unter Angabe des Gegenstandes und der Art des Betriebes, sowie der Zahl der durchschnittlich darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen binnen einer vom Reichs-Versicherungsamt zu bestimmenden Frist bei der unteren Verwaltungsbehörde anzumelden.

Diese Frist wird hiermit auf die Zeit bis zum **2. März d. J. einschließlich** festgesetzt.

Welche Staats- oder Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörden im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes anzusehen sind, ist von den Centralbehörden der Bundesstaaten in Gemäßheit des § 109 des genannten Gesetzes seiner Zeit bestimmt und öffentlich bekannt gemacht worden.

Im Uebrigen wird wegen der Anmeldung auf den nachstehend abgedruckten § 11 des genannten Gesetzes, sowie auf das beigelegte Anmeldeformular hingewiesen.

Berlin, den 11. Februar 1885.

Das Reichs-Versicherungsamt.
Vöbiker.

§ 11 des Unfallversicherungsgesetzes.

Jeder Unternehmer eines unter d. n. § 1 fallenden Betriebes hat den letzteren binnen einer von dem Reichs-Versicherungsamt zu bestimmenden und öffentlich bekannt zu machenden Frist unter Angabe des Gegenstandes und der Art desselben, sowie der Zahl der durchschnittlich darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen bei der unteren Verwaltungsbehörde anzumelden.

Für die nicht angemeldeten Betriebe hat die untere Verwaltungsbehörde die Angaben nach ihrer Kenntniß der Verhältnisse zu ergänzen.

Dieselbe ist befugt, die Unternehmer nicht angemeldeter Betriebe zu einer Auskunft darüber innerhalb einer zu bestimmenden Frist durch Geldstrafen im Betrage bis zu einhundert Mark anzuhalten.

Die untere Verwaltungsbehörde hat ein nach den Gruppen, Klassen und Ordnungen der Reichs-Berufs-Statistik geordnetes Verzeichniß sämtlicher Betriebe ihres Bezirks unter Angabe des Gegenstandes und der Art des Betriebes, sowie der Zahl der darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen aufzustellen. Das Verzeichniß ist der höheren Verwaltungsbehörde einzureichen und von dieser erforderlichenfalls hinsichtlich der Einreihung der Betriebe in die Gruppen, Klassen und Ordnungen der Reichs-Berufs-Statistik zu berichtigen.

Die höhere Verwaltungsbehörde hat ein gleiches Verzeichniß sämtlicher versicherungspflichtigen Betriebe ihres Bezirks dem Reichs-Versicherungsamt einzureichen.

Formular für die Anmeldung.

Staat Kreis (Amt)
Regierungsbezirk Gemeinde- (Guts-) Bezirk

Anmeldung

auf Grund des § 11 des Unfallversicherungsgesetzes.

Name des Unternehmers (Firma).	Gegenstand des Betriebes. *)	Zahl der durchschnittlich beschäftigten versicherungspflichtigen Personen. **)	Bemerkungen.

. den 1885.
(Unterschrift des zur Anmeldung Verpflichteten.)

*) Nur solche Betriebe, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken, sind anzumelden; doch ist nicht erforderlich, daß die Arbeiter ausschließlich bei Bauarbeiten beschäftigt werden.

**) Die Anmeldung hat auch dann zu erfolgen, wenn weniger als 10 versicherungspflichtige Personen (Arbeiter und solche Betriebsbeamte, deren Jahresarbeitsverdienst an Gehalt oder Lohn Zweitausend Mark nicht übersteigt) beschäftigt werden.

Personal-Chronik.

Im Kreise Templin sind an Stelle der aus den betreffenden Ämtern ausgeschiedenen früheren Inhaber derselben der Amtmann Voetmann zu Ringenwalde und der Gemeindevorsteher Schönfeld zu Groß-Doelln zu Amtsvorsteher-Stellvertretern der Bezirke VIII. Ringenwalde resp. XIV. Reiersdorf ernannt worden.

Im Kreise Ruppın ist der Mühlenbesitzer Rost zu Kunstförspring zum Stellvertreter des Amtsvorstehers des Bezirks XVI. Neu-Glienide ernannt worden.

Der Bürgermeister Thiede in Lindow ist zum Amts-Anwalt bei dem königlichen Amts-Gericht daselbst ernannt.

Der bisherige Regierungsbaumeister Plüddemann hier selbst ist zum königlichen Landbauinspektor ernannt, und ist demselben die von ihm bisher kommissarisch verwaltete technische Hilfsarbeiterstelle für den Hochbau bei der hiesigen königlichen Regierung vom 1. d. M. ab definitiv verliehen worden.

Der bisherige Pfarrer zu Krenzlin, Diözese Neu-Ruppın, George Christoph Eberhard Paul Schmidt, ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Elsholz, Diözese Beelzig, bestellt worden.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle Langenlippsdorf, Diözese Jüterbog, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Scheer zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Die Wiederbesetzung erfolgt im vorliegenden Falle auf Grund des § 12 der Verordnung vom 2. Dezember 1874 durch das Kirchen-Regiment.

Die Schulamtskandidaten Dr. Hendreich und Schmidt sind am Leibniz-Gymnasium in Berlin als ordentliche Lehrer angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirk des Kammergerichts im Monat Januar 1885.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: zu Amtsrichtern die Gerichts-Assessoren Bach, Büniger, Dr. Schönberg, Wieser und Könnemann bei den königlichen Amtsgerichten zu Neustadt-Magdeburg bezw. Nixdorf, Bernau, Templin und Schubin.

Ausgeschieden ist aus dem Justizdienste der Landrichter Bierhaus in Berlin in Folge der Ernennung zum Regierungsrath und ständigen Hilfsarbeiter im Reichsjustizamt.

II. Gerichtsassessoren.

Ernannt sind zu Gerichtsassessoren die bisherigen Referendare Dr. Béringuer, Dr. Thielemann, Haenschke, Otto Müller, Seeber, Schück, Kade, Bischoff, Holz, Rentzmann, Ruttner, Kanold, Loefer und Heimbach.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Zugelassen sind zur Rechtsanwaltschaft der bisherige Amtsrichter Visioli aus Dortmund und der Gerichtsassessor Schiemang bei dem Landgerichte Berlin I.

Ernannt ist zum Notar der Rechtsanwalt Bernstein zu Spremberg mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst.

Entlassen ist der Justizrath Frenzel auf seinen Antrag aus dem Amte als Notar.

IV. Referendare.

Ernannt sind zu Referendaren die bisherigen Rechtskandidaten: Appelbaum, Bleyberg, Jahn, Keglaff, Kleinschmidt, Hengstenberg, Stolzenberg, Nimbach, Wagner, Platho, Schönermark, Jordan und Steinhausen.

Entlassen sind: Dr. Immiß, von Eisenhart-Rothe, Schuhmann und Rögel behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst und Dr. Beermann, von Schlözer und Dr. Wengers auf ihren Antrag.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind: der Militäranwärter Daftig zum etatsmäßigen Bureau-Assistenten am Strafgefängnis bei Berlin und der Militäranwärter Schorß zum etatsmäßigen Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgerichte Berlin II.

Pensionirt ist der Gerichtsvollzieher Griebe bei dem Amtsgerichte Berlin II.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Alexander Wossylus, Knecht,	38 Jahre, geboren zu Jablonowo, Gouvernement Nowgorod, Rußland, zuletzt wohnhaft in Inse, Regierungsbezirk Königsberg,	2 Diebstähle im Rückfalle (1 Jahr 7 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 25. Mai 1883),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Königsberg,	6. Dezember 1884.
2	Felix von Salacki, Tischler,	geboren am 20. November 1840 zu Ramenez, Gouvernement Podolien, Rußland, ebendaselbst ortsangehörig,	versuchter Betrug und wiederholter Diebstahl (1 1/4 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 19. April 1883),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	12. Januar 1885.
3	Karl Jecho, Pferdehändler,	geboren am 12. Juni 1847 in Wien (Josefsstadt), Oesterreich, ortsangeh. in Krumau, Böhmen,	Verbrechen und Vergehen des Diebstahls (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 4. September 1882),	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ansbach,	24. Novbr. 1884.
4	Josef Reiseber, Tagelöhner und Lumpensammler,	44 Jahre, geboren zu Moosbach, Bezirk Braunau, Böhmen, ebenda. ortsangehörig,	schwerer Diebstahl (1 1/2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 7. Juni 1883),	dieselbe Behörde,	1. Dezember 1884.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Corbelli, Erbarbeiter,	geboren am 23. Juli 1842 zu Cramont, Lombardien, Italien,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar,	27. Dezember 1884.

1. Lauf. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
2.	3.	4.	5.	6.	
2	Ludwig Riboli, Erbarbeiter,	geboren am 3. Mai 1857 zu Casteldibone, Lombardien,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	27. Dezember 1884.
3	Felix Biano, Handelsmann,	geboren am 15. Mai 1848 zu St. Es- bastiano-Po, Provinz Turin, Italien,	desgleichen,	derselbe,	30. Dezember 1884.
4	Josef Galetti, Erbarbeiter,	geboren am 19. März 1850 zu Revarosofori, Provinz Mantua, Ita- lien,	Landstreichen,	derselbe,	31. Dezember 1884.
5	Paul Balon, Stuhlflechter,	geboren am 20. März 1861 zu Paris, Frank- reich, ebendasselbst orts- angehörig,	desgleichen,	derselbe,	3. Januar 1885.
6	Jakob Rohr, Drucker,	geboren am 27. April 1866 zu Hunzenschwil, Kanton Aargau, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
7	Anton Knapp, Knecht,	geboren am 6. August 1845 zu Rheinfelden, Kanton Aargau, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	desgleichen,
8	Louis Robert, Knecht,	geboren am 25. Februar 1870 zu Val d'Ajol, Departement des Vos- ges, Frankreich, eben- dasselbst ortsangehörig,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	desgleichen,
9	Johann Bourkel, Arbeiter,	geboren am 25. April 1850 zu Lampach, Luxemburg,	Landstreichen,	derselbe,	3. Januar 1885.
10	Adam Wohl, Tagelöhner,	geboren im Oktober 1834 zu Rospert, Luxemburg,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	7. Januar 1885.
11	Viktor August Maujeau, Eisen Schmied,	geboren am 20. August 1853 zu Agivolle, Bezirk Sedan, Frank- reich,	Landstreichen,	derselbe,	9. Januar 1885.
12	Katharina Binder, ohne Stand,	geboren am 21. Juni 1847 zu Zöbding, Kreis Rems, Oester- reich, ebendasselbst orts- angehörig,	gewerbsmäßige Unzucht,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	10. Januar 1885.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend die Genehmigungs-Urkunde und die Revidirten Statuten der Schweizerischen Unfallversicherungs-Aktiengesellschaft in Winterthur, sowie Vier Oeffentliche Anzeiger).

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der W. B. Gahn'schen Erben (L. Gahn, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage

zum

Königl. Preussischen Regierungs-Blatt.

Genehmigungs-Urkunde.

Dem nachstehenden, Seitens der Generalversammlung vom 30. April d. J. beschlossenen und von dem Regierungsrathe des Cantons Zürich unter dem 30. August cr. genehmigten

Revidirten Statute der
Schweizerischen

Unfallversicherungs-Actiengesellschaft
zu Winterthur

wird die in der Concession zum Geschäftsbetriebe in Preußen vom 18. December 1878 vorbehaltene Genehmigung hiermit erteilt.

Berlin, den 16. December 1884.

(L. S.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung

(gez.) von Moeller.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage

(gez.) von Jastrow.

M. f. H. etc. 15272.

M. d. I. I. A. 9523.

Revidirte Statuten

der

Schweizerischen

Unfallversicherungs-Actiengesellschaft

in

Winterthur.

I.

Firma, Sitz und Gegenstand des Unternehmens.

§ 1.

Die „Schweizerische Unfallversicherungs-Actiengesellschaft“ in Winterthur ist eine Actiengesellschaft und hat den Zweck, in der Schweiz und im Ausland Versicherungen abzuschließen gegen jede Art von körperlichen Unfällen, in Form von directen Versicherungen, Rückversicherungen, und Mitversicherungen.

Die Gesellschaft beruht auf den Bestimmungen des Bundesgesetzes über das eidgen. Obligationenrecht vom 14. Juni 1881, Tit. XXVI, Actiengesellschaft (Anonyme Gesellschaft), soweit die vorliegenden Statuten nicht weitergehende Vorschriften oder gesetzlich zulässige Änderungen enthalten.

§ 2.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz, und, soweit nicht auswärtige staatliche Concessionen zc. eine Abweichung bedingen, auch ihren Gerichtsstand in Winterthur.

§ 3.

Die Gesellschaft kann jeden Versicherungsantrag, ohne Angabe von Gründen, ablehnen.

II.

Gesellschaftscapital, Actien und Actionäre.

§ 4.

Das Actiencapital der Gesellschaft beträgt fünf Millionen Franken, eingetheilt in 5000 Actien zu je 1000 Franken.

§ 5.

Die Actie lautet auf den Namen des Eigenthümers; sie ist nicht theilbar; die Gesellschaft anerkennt für jede Actie nur Einen Eigenthümer. Stehen Actien im Eigenthum von Handelsfirmen mit mehreren Theilhabern, so haften diese Letzteren neben der Firma persönlich und solidarisch, und es ist nur Einer derselben stimmberechtigt.

Das Eigenthum an einem Actientitel schließt die Anerkennung der Statuten in sich.

§ 6.

Die Actien, denen jährliche Dividenden-Coupons bis zum Jahr 1900 nebst Talon beigegeben sind, werden mit fortlaufenden Nummern in das Actienregister eingetragen.

Das Actienregister steht den Actionären und den Rechnungsrevisoren jederzeit zur Einsicht offen; Dritten kann die Einsichtnahme durch motivirten Beschluß des Aufsichtsrathes gestattet werden.

Sofern neue Actien ausgegeben werden sollten, bedürfen dieselben der Unterzeichnung durch den Präsidenten des Verwaltungsrathes und den Director.

§ 7.

Die Actionäre sind nur bis auf den Nominalbetrag ihrer Actien haftbar, für diesen jedoch persönlich und für den vollen Betrag.

Auf jede Actie sind 20% oder 200 Franken in baar einbezahlt.

Für den Rest von 80% oder 800 Franken haben die Actionäre, mit Domicil in Winterthur, für jede Actie eine Obligation ausgestellt, welche im Tresor der Gesellschaft deponirt ist und die von der Gesellschaft weiter an Dritte veräußert, noch in irgend einer Weise befaßt werden darf.

So lange die Actien nicht voll einbezahlt sind, ist auf jedem Titel der wirklich einbezahlte Betrag deutlich anzugeben.

§ 8.

Die Einforderung weiterer Actien-Einzahlungen über die ersten 20% hinaus findet statt, wenn die verfügbaren Mittel nicht ausreichen zur Ausdehnung der Geschäfte, oder wenn und soweit die angemeldeten Schäden, sonstige Verluste oder die allgemeine Lage der Gesellschaft dies nöthig machen.

Ueber das Bedürfnis, den Zeitpunkt und die Höhe der Nachschüsse entscheidet auf den Antrag des Verwaltungsraths der Aufsichtsrath; doch hat derselbe in einem solchen Falle sofort die General-Versammlung einzuberufen, um sich über die Nothwendigkeit der eingeforderten Einzahlung auszuweisen.

Es können jedoch innerhalb zweier Monate nicht mehr als 20% des Actienbetrages eingefordert werden. Die neue Einzahlung wird auf dem Actien-Titel vorgemerkt und der Actionär durch entsprechende Abschreibung auf der deponirten Obligation für den einbezahlten Betrag entlastet.

Verspätete Einzahlungen unterliegen außer dem gesetzlichen Verzugszins einer Conventionalstrafe von 5 Fr. per Actie.

§ 9.

Das vom Aufsichtsrath bevollmächtigte Verwaltungsrathescomité labet die Actionäre zur Leistung der beschlossenen Einzahlungen schriftlich ein.

Die Aufforderung zur Zahlung hat mindestens drei Mal durch recommandirte Briefe an die einzelnen Actionäre zu geschehen, das letzte Mal mindestens vier Wochen vor dem für die Einzahlungen gesetzten Schlusstermine. Einer öffentlichen Bekanntmachung bedarf es nicht.

§ 10.

Die Actien können nur mit Genehmigung des Verwaltungsrathescomités übertragen werden, das, so lange die Actien nicht voll einbezahlt sind, das Recht hat, ohne Angabe von Gründen die Uebertragung zu verweigern.

Wenn ein und derselbe Actionär mehr als 50 Actien erwirbt, so hat derselbe für die nicht einbezahlten Quoten des Mehrbetrages hinreichende Personal- oder Realdeckung zu leisten.

Die Uebertragung wird sowohl im Actienregister als auf dem Actientitel selbst durch die Direction, mit Gegenzeichnung durch ein Mitglied des Verwaltungsrathescomités, vorgemerkt.

Nach genehmigter Cession und erfolgter Deponirung der neuen Verpflichtungsscheine des Cessionaren wird die alte Obligation dem Cedenten ausgingegeben. Damit gehen alle Rechte und Verbindlichkeiten des bisherigen Actionärs auf den neuen Erwerber über, mit einzigem Vorbehalt der subsidiären Haftbarkeit gemäß Art. 637, letzter Absatz des Schweiz. Obligationenrechts.*)

*) Der Art. 637, letzter Absatz des Schweiz. Obligationenrechts lautet:

So lange der Nominalbetrag der Actie nicht vollständig eingezahlt ist, wird der Actionär durch Uebertragung seines Anrechtes von der Verbindlichkeit zur Zahlung des Rückstandes nur dann befreit, wenn die Gesellschaft den neuen Erwerber an seiner Stelle als Schuldner annimmt und ihn der Verbindlichkeit entläßt; doch auch in diesem Fall haftet der ursprüngliche Zeichner, wenn die Gesellschaft innerhalb eines Jahres seit seiner Entlassung in Concurs geräth, subsidiär für den ganzen Rückstand bis zum Nominalbetrage.

§ 11.

Das Recht, ganze oder theilweise Deckung für den nicht einbezahlten Theil der Actien zu verlangen, steht dem Verwaltungsrathescomité, außer dem Fall der Uebertragung, auch zu:

- a) wenn ein Actionär stirbt, eine Actie besitzende Corporation in Liquidation tritt oder eine Firma oder juristische Person zu existiren aufhört, und wenn die Erben resp. Rechtsnachfolger, Firmainhaber oder Liquidatoren sich nicht innerhalb zweier Monate nach Eintritt des Ereignisses mit dem Verwaltungsrathescomité über einen genehmen Erwerber verständigt haben; doch können auch mit genügendem Ausweis versehenen Testamentvollstrecker oder Administratoren der unvertheilten Erbmasse eines verstorbenen Actionärs als die zur Actie Berechtigten angenommen werden.
- b) Wenn ein Actionär nach einem Lande übersiedelt, in dem für eine nach schweizerischem Gesetze klagbare Forderung kein Recht gehalten wird, oder in dem die allfällige Belangung auf Bezahlung des Obligo mit unverhältnismäßigen Kosten oder Schwierigkeiten verbunden wäre;
- c) Wenn der Actionär den statutengemäßen Verpflichtungen nicht nachkommt;
- d) Wenn gegen den Actionär eine Execution vollstreckt ist, ohne daß der Gläubiger volle Befriedigung gefunden hat;
- e) Wenn der Actionär mit seinen Creditoren einen Nachlaßvertrag abschließt;
- f) Wenn er in Concurs geräth;
- g) Wenn ihm die freie Verfügung über sein Vermögen ganz oder theilweise entzogen wird;
- h) Wenn bei der vom Aufsichtsrath jährlich vorzunehmenden Prüfung der Pontität der Actienobligati diese zweifelhaft erscheint.

§ 12.

Wird eine Einzahlung binnen der festgesetzten Frist nicht geleistet (§ 9), oder dem Begehren um Deckung nicht entsprochen (§ 11), so ist das Verwaltungsrathescomité berechtigt, die Actien des betreffenden Actionärs aus freier Hand zu verkaufen und auch alle sonstigen Rechte der Gesellschaft gegenüber dem Actionär geltend zu machen.

Tritt den vorstehenden Bestimmungen entsprechend ein Verkauf von Actien ein, dann hat der Inhaber der Actien diese nebst Dividendenscheinen und Talons innerhalb vier Wochen nach geschehener Aufforderung zurückzuliefern. Der Gesellschaft steht das Recht auf Rückforderung zu, sie ist aber auch befugt, die Actien mit Hinzufügung dreimalige Insertion in den Gesellschaftsblättern für ungültig zu erklären und eine gleiche Anzahl neuer Actien unter neuen Nummern herauszugeben.

§ 13.

Mehrerrlöse, welche der Gesellschaft aus den in § 12 behandelten Vorkehrungen zufallen, sind dem Eigenthümer der verkauften beziehungsweise annullirten Actien unter Anzeige zur Verfügung zu halten, wie umgekehrt alle Kosten und Verluste von ihm zu ersetzen sind. Das Actienobligo haftet auch für diese Accessorien.

Für jede Uebertragung einer Actie, ausgenommen wenn es sich um eine Uebertragung vom Erblasser an die Erben oder von einer aufgelösten Firma an einen bis-

herigen Firmainhaber handelt, bezieht die Gesellschaft eine feste Gebühr von 5 Fr. per Actie.

§ 14.

Jeder Actionär hat während der Dauer seines Actienbesitzes und bei jedem Domicilwechsel der Direction stets seinen Wohnort und seine genaue Adresse aufzugeben; im Unterlassungsfall gilt für ihn in allen Fällen, also auch über die Bestimmung des § 7, Absatz 3 hinaus, der Sitz der Gesellschaft, d. h. Winterthur als rechtl. Domicil, und es tritt an die Stelle der statutengemäß vorgeschriebenen Mittheilungen an den Actionär die Publication durch die jeweiligen Publications-Organen der Gesellschaft.

§ 15.

Die Amortisation von verlorenen oder auf andere Weise dem Eigenthümer abhanden gekommenen Actien, Coupons, Talons, etc. erfolgt auf Kosten des Gesuchstellers nach den Bestimmungen des Schweizerischen Obligationenrechts.

III.

Organisation der Gesellschaft.

§ 16.

Die Organe der Gesellschaft sind:

- A. Die Generalversammlung der Actionäre;
- B. Der Aufsichtsrath;
- C. Die Verwaltung, nämlich:
 - a) das Verwaltungscomitée;
 - b) die Direction.

- D. Die Censoren als Controlstelle.

Die Sitzungen finden am Sitze der Gesellschaft statt.

A. Die Generalversammlung.

§ 17.

Die Generalversammlungen werden vom Aufsichtsrath einberufen.

Die ordentliche Generalversammlung findet regelmäßig innerhalb der ersten sechs Monate nach Schluß eines jeden Rechnungsjahres statt.

Außerordentliche Generalversammlungen werden veranstaltet, wenn eine Generalversammlung es beschließt, der Aufsichtsrath, das Verwaltungscomitée oder die Controlstelle es für nöthig halten, oder wenn ein oder mehrere Actionäre, welche zusammen mindestens 300 Actien repräsentiren, schriftlich, unter Anführung des Zweckes, bei der Verwaltung darauf antragen.

§ 18.

In jeder Generalversammlung sollen die Actionäre wenigstens 8 Wochen vor dem Versammlungstage, unter genauer Angabe des Zweckes und Bezeichnung der Tractanden, eingeladen werden.

Der Aufsichtsrath ist verpflichtet, jeden Antrag, der ihm wenigstens zehn Tage vor der Generalversammlung von einem oder mehreren Actionären schriftlich eingereicht worden ist, mit seinem Gutachten der Generalversammlung zu unterbreiten.

Ueber Gegenstände, deren Verhandlung nicht in der bezeichneten Weise angekündigt ist, können Beschlüsse nicht gefaßt werden; hievon ist jedoch der Beschluß über den in einer Generalversammlung gestellten Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung ausgenommen.

§ 19.

Stimmberechtigt in der Generalversammlung sind die im Register der Gesellschaft vierzehn Tage vor Abhaltung der Versammlung eingetragenen Eigenthümer der Actien.

Das Stimmrecht wird vom Actionär entweder persönlich ausgeübt oder durch Uebertragung mittelst schriftlicher Vollmacht an einen andern Actionär.

Handelsfirmen können sich durch einen Bevollmächtigten, Gemeinben, Corporationen und öffentliche Institute durch einen ihrer gesetz- oder statutengemäßen Vertreter, Bevormundete durch ihre Vormünder vertreten lassen, auch wenn diese Personen selbst nicht Actionäre sind.

Mitglieder des Aufsichtsraths, des Verwaltungscomitée und der Direction dürfen kein Mandat zur Vertretung in der Generalversammlung annehmen. Ueberdies haben die Mitglieder des Verwaltungscomitée und der Direction bei Beschlüssen über die Entlastung der Verwaltung betreffend die Geschäftsführung und Rechnungsablegung kein Stimmrecht.

Jede Actie hat eine Stimme; doch darf für eine oder vertretene Actien Niemand mehr als 100 Stimmen geltend machen.

§ 20.

Zur Beschlußfähigkeit der Generalversammlung ist, die im § 21 behandelten Fälle ausgenommen, die Anwesenheit von wenigstens 20 Actionären, welche mindestens 500 Actien vertreten, erforderlich.

Sie faßt ihre Beschlüsse mit absoluter Mehrheit der vertretenen Actien. Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet der Präsident.

Sollte auf eine erste Zusammenberufung die vorgeschriebene Zahl der anwesenden Actionäre oder diejenige der vertretenen Actien nicht erreicht werden, so findet in kürzester Frist die Einberufung einer neuen Generalversammlung in der durch § 18 vorgeschriebenen Form statt. Die in dieser zweiten Versammlung mit einfacher Mehrheit der Stimmen gefaßten Beschlüsse sind gültig, ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Actionäre und der vertretenen Actien.

§ 21.

Handelt es sich um Abänderung der Statuten, so ist die Versammlung nur dann beschlußfähig, wenn die anwesenden Mitglieder wenigstens einen Vierteltheil der ausgegebenen Actien auf sich vereinigen, während wenigstens zwei Dritteltheile aller emittirten Actien repräsentirt sein müssen, wenn über die Auflösung oder Fortsetzung der Gesellschaft Beschluß gefaßt werden soll.

Fehlt die genannte Actienzahl, so soll unter Hinweisung auf gegenwärtige Vorschrift in der durch § 18 vorgeschriebenen Form eine zweite Generalversammlung einberufen werden. In dieser neuen Versammlung können, ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Actionäre und der vertretenen Actien, durch eine Mehrheit von wenigstens drei Viertel der anwesenden Stimmen gültige Beschlüsse über die genannten Fragen gefaßt werden.

§ 22.

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Präsident oder Vicepräsident des Aufsichtsrathes oder in deren Verhinderung das an Jahren älteste anwesende Mitglied des Aufsichtsrathes.

Der Protocollführer des Aufsichtsrathes ist zugleich Protocollführer der Generalversammlung.

Die Generalversammlung wählt durch offenes Hand-
meist aus den anwesenden Actionären, jedoch mit Aus-
schluß der Mitglieder des Aufsichtsrathes, des Verwaltungs-
comitès und der Censoren, die Stimmenzähler.

Die Protocolle der Generalversammlung sind von dem
jeweiligen Vorsitzenden, dem Protocollführer und den
Stimmenzählern zu unterzeichnen.

§ 23.

Die Generalversammlung ist das oberste Organ der
Actiengesellschaft und hat folgende besondere Befugnisse:

- a) Die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrathes und
des Verwaltungscomitès (durch Scrutinium);
- b) Die Wahl (durch Scrutinium) von drei Censoren
und zwei Suppleanten, die nicht Actionäre zu sein
brauchen;
- c) Die Abberufung der sub a) und b) bezeichneten
Mitglieder des Aufsichtsrathes, der Verwaltung und
der Controlstelle, sowie anderer von ihr gewählter
Bevollmächtigter und Beauftragter, gemäß Art. 647
des Schweiz. Obl.-Rechtes.
- d) Die Prüfung und event. Abnahme des von der
Direction gestellten, vom Verwaltungscomitè ge-
nehmigten und vom Aufsichtsrath begutachteten Ge-
schäftsberichtes, der Jahresrechnung und der Bilanz,
sowie des Prüfungsberichtes der Censoren und die
Beschlussfassung über die Verwendung des Jahres-
gewinnes;
- e) Die Beschlussfassung über die Verwendung des Re-
servefonds;
- f) Die Beschlussfassung über die Erwerbung und Ver-
äußerung von Immobilien;
- g) Die Berathung und Beschlussfassung über Anträge
des Aufsichtsrathes und einzelner Actionäre;
- h) Die Abänderung der Statuten;
- i) Die Auflösung (resp. Fortsetzung) der Gesellschaft;
- k) Die Beschlussfassung über andere ihr durch gesetzliche
Bestimmungen oder durch die Statuten vorbehaltene
Gegenstände.

B. Der Aufsichtsrath.

§ 24.

Der Aufsichtsrath besteht aus 11 Mitgliedern, welche
auf die Dauer von 3 Jahren durch die Generalversam-
mlung gewählt werden. Nach Ablauf jeden dritten Jahres
findet Integralerneuerung des ganzen Aufsichtsrathes statt.

Der Aufsichtsrath kann die während der Amtsdauer
ledig gewordenen Stellen von sich aus vorläufig besetzen
unter Vorbehalt der definitiven Wahl durch die nächste
Generalversammlung.

Die Entschädigung der Aufsichtsräthe besteht in einem
Sitzungsgeld, dessen Höhe von der Generalversammlung
festgesetzt wird. Die Reisepesen und Auslagen in Amts-
geschäften werden den Mitgliedern besonders vergütet.

§ 25.

Der Aufsichtsrath wählt den Präsidenten und Vice-
Präsidenten auf die gleiche Amtsdauer aus seiner Mitte.
Im Falle der Abwesenheit Beider hat das an Jahren
älteste anwesende Mitglied den Vorsitz zu übernehmen.

§ 26.

Verwandte in auf- und absteigender Linie und Brüder,
sowie mehrere Theilhaber der nämlichen Firma und

Vertreter anderer Unfallversicherungs-Gesellschaften können
nicht Mitglieder des Aufsichtsrathes sein. Dieselben Aus-
schließungsgründe gelten auch für das Verwaltungscomitè
und für die beiden Collegien unter sich.

§ 27.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrathes hat, so lange es
diese Stelle bekleidet, zehn auf seinen Namen lautende
Actien in die Gesellschaftskasse zu deponiren, welsch' erstere
während dieser Zeit weder veräußert, noch in irgend einer
Weise belastet werden dürfen.

§ 28.

Der Aufsichtsrath versammelt sich auf die Einladung
seines Präsidenten, so oft die Geschäfte dies erfordern, in
der Regel alle zwei Monate; außerordentlich auf Ver-
langen dreier Mitglieder oder des Verwaltungscomitès oder
des Directors.

Die Einladungen zu einer Sitzung des Aufsichtsrathes
sind, bringende Fälle ausgenommen, wenigstens drei Tage
vor der Sitzung zu erlassen und sollen eine kurze Bezeich-
nung der Verhandlungsgegenstände enthalten.

Zur Fassung eines gültigen Beschlusses ist die An-
wesenheit eines Vorsitzenden und von wenigstens fünf
weiteren Mitgliedern erforderlich.

Die Mitglieder der Direction haben in den Sitzungen
des Aufsichtsrathes überall nur beratende Stimme, die
Mitglieder des Verwaltungscomitès dagegen stimmen mit,
die Fälle ausgenommen, in denen es sich um seine eigene
Bestellung und Entlastung oder um die Bestellung des
Bureau und der Sectionen des Aufsichtsrathes handelt.

Bei Beschlüssen und Wahlen entscheidet die absolute
Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder.

Wahlen werden durch geheime Abstimmung getroffen.
Der Vorsitzende stimmt und entscheidet bei offener Ab-
stimmung nur im Falle der Stimmengleichheit.

§ 29.

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrathes
wird ein Protocoll aufgenommen, dessen Wichtig-
keit von dem Vorsitzenden und dem Protocollführer zu
bescheinigen ist.

Die Erlasse des Aufsichtsrathes werden von dem Vor-
sitzenden, dem Protocollführer und dem Director gezeichnet.

§ 30.

Alle der Generalversammlung nicht ausdrücklich vor-
behaltenen Angelegenheiten gehören zur Competenz des
Aufsichtsrathes.

In seinen Geschäftskreis fallen insbesondere:

- a) Die Einberufung der Generalversammlungen (§ 17)
und die Vorberathung, Begutachtung und Antrag-
stellung betreffend alle Tractanden, welche an jene
gebracht werden sollen;
- b) Die Wahl eines Protocollführers innerhalb oder
außerhalb seiner Mitte;
- c) Die Ersatzwahl von Mitgliedern des Aufsichtsrathes
bei Eintritt von Vacanzen während des Jahres,
welche Wahlen dann der Bestätigung der nächsten
Generalversammlung bedürfen;
- d) Die provisorische Ergänzung des Verwaltungscomitès
gemäß § 32 Abs. 1;
- e) Die Bestimmung der Entschädigungen für die Mit-
glieder des Verwaltungscomitès, sowie der Protocoll-
führer der beiden Collegien;

- f) Die Wahl und Entlassung des Directors und seiner Stellvertreter, sowie die Regulirung ihrer Anstellungsbedingungen durch Vertrag oder Beschlüsse;
- g) Die Festsetzung sämtlicher Cautionen der Angestellten, sowie die Bestätigungswahl solcher Beamten, welche über 5000 Fr. jährlichen Gehalt beziehen;
- h) Die Einforderung von weiteren Actien-Einzahlungen gemäß den §§ 8 und 9 dieser Statuten.
- i) Die jährliche Prüfung der Bonität der von den Actionären hinterlegten Actienobligati und die Verfügung allfälliger Sicherstellung.
- k) Die Genehmigung der Anträge des Verwaltungsausschusses über territoriale Ausdehnung des Geschäftsbetriebes oder Aufhebung des Betriebes in einem Lande, wo die Gesellschaft schon operirt;
- l) Die Prüfung der Geschäftsführung des Verwaltungsausschusses durch Einsichtnahme seiner Protocolle;
- m) Die Begutachtung der von der Direction gestellten und vom Verwaltungsausschuss genehmigten jährlichen Rechnungsabschlüsse, Bilanzen und Geschäftsberichte und Antragstellung über die Verwendung des Reingewinnes an die Generalversammlung.
- n) Die Festsetzung und allfällige Repartition der Taxen gemäß § 44 c 2 der Statuten;
- o) Die jährliche Prüfung der Fondsanlagen.
- p) Die Bezeichnung der Publicationsorgane;
- q) Die endgültige Entscheidung über die Miete der für die Gesellschaft erforderlichen Geschäftslocalitäten.

§ 31.

Der Aufsichtsrath ist befugt, jederzeit ihm gutschheinende Ausschüsse zu bestellen und besondere Commissäre oder Sachverständige beizuziehen.

C. Die Verwaltung.

a. Das Verwaltungsausschuss.

§ 32.

Das Verwaltungsausschuss besteht aus drei Mitgliedern und wird auf den Vorschlag des Aufsichtsrathes von der Generalversammlung bestellt. — Bei Vacanzen, die im Laufe des Jahres eintreten, ist der Aufsichtsrath von sich aus zur vorläufigen Wiederbesetzung befugt.

Die ordentliche Neuwahl des Verwaltungsausschusses tritt jeweilen in dem der Integralerneuerung des Aufsichtsrathes nächstfolgenden Jahre ein.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses erhalten eine vom Aufsichtsrathe zu bestimmende Entschädigung.

Die Bestimmung des § 27 gilt auch für die Mitglieder des Verwaltungsausschusses.

§ 33.

Das Verwaltungsausschuss ist einerseits selbstständiges Verwaltungsorgan innerhalb der Grenzen nachstehender Bestimmungen, andererseits überwacht es die Geschäfte und Operationen der Direction nach ihren formellen und materiellen Grundlagen.

Als Verwaltungsorgan stehen ihm zu:

- a) die Genehmigung der Capital-Anlagen;
- b) die Wahl, Entlassung und Besoldung der Angestellten, auf den Vorschlag des Directors, und die Festsetzung allfälliger Gratifikationen für dieselben.
- c) die Genehmigung des von der Direction aufgestellten

Geschäftsberichtes, der Jahresrechnung und der Bilanz.

- d) die Genehmigung der Anträge der Direction über Festsetzung der eigenen Maxima der Versicherungen, über allgemeine Abänderung der Versicherungstarife und Versicherungsbedingungen, sowie Einführung neuer Versicherungsarten;
- e) die Genehmigung der Anträge der Direction über Abschluß von Rück- und Mitversicherungsverträgen sowie auch von anderen Verträgen, welche die Gesellschaft in außergewöhnlichem Maße engagiren.
- f) die Genehmigung von Anträgen des Directors über Bestellung und Aufhebung von Agenturen;
- g) die Genehmigung von Actienübertragungen;
- h) Genehmigung der vom Director an die General-Agenten zu erlassenden Circulare;
- i) Entgegennahme der Berichte und Anträge des Directors betreffend wichtigere Schadensfälle und die Beschlussfassung über Einleitung oder Aufnahme von Processen;
- k) die Begutachtung aller ihr vom Aufsichtsrath zugewiesenen Fragen, sowie der vom Director zu Händen des Aufsichtsrathes vorgelegten Anträge.

Die Thätigkeit des Verwaltungsausschusses als Aufsichtsorgan wird durch ein vom Aufsichtsrath zu erlassendes Pflichtenheft normirt.

§ 34.

Das Verwaltungsausschuss versammelt sich in der Regel einmal wöchentlich, im Uebrigen so oft es die Geschäfte erheischen, auf Einladung des Präsidenten oder auf Verlangen eines der Mitglieder oder der Direction. Ueber die Verhandlungen wird ein, die gefaßten Beschlüsse enthaltendes Protocoll geführt.

Die Mitglieder der Direction wohnen den Sitzungen des Verwaltungsausschusses mit beratender und antragstellender aber nicht beschließender Stimme bei.

b. Die Direction.

§ 35.

Der Director, welcher ohne Bewilligung des Verwaltungsausschusses weder ein anderes Geschäft betreiben, noch in einem anderen Geschäft activ theilhaftig sein darf, wird durch den Aufsichtsrath gewählt.

Er führt seine Legitimation durch Ausfertigung des Wahllactes oder durch ein auf Grund desselben notariell ausfertigten Attestes.

Der Aufsichtsrath bestimmt seine Besoldung, die Cautions- und die übrigen Bedingungen seiner Anstellung durch Vertrag.

Der Director kann durch motivirten Beschluß des Aufsichtsrathes unter Vorbehalt allfälliger Entschädigungsansprüche jederzeit seiner Stellung enthoben werden.

§ 36.

Der Director hat die unmittelbare Leitung der Geschäfte der Gesellschaft. Er sorgt für die Beobachtung und Vollziehung der Statuten, sowie der Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und des Aufsichtsrathes.

Es ist der unmittelbare Vorgesetzte aller Beamten und Angestellten, der Bevollmächtigten, Agenten und Inspectoren der Gesellschaft, deren Verrichtungen er beaufsichtigt oder beaufsichtigen läßt.

Ihm liegt ob, die nöthigen Anordnungen für die

Organisation des Geschäftsberichts zu treffen. Er hat die dem Verwaltungsrath vorzulegenden Geschäfte zu prüfen und vorzubereiten.

Er unterzeichnet im Namen der Gesellschaft, und seine Unterschrift verpflichtet die Gesellschaft für alle Acten und Geschäfte, für welche nicht ausnahmsweise besondere Vorschriften bestehen. Eine solche besteht für alle Tractanden, die gemäß dieser Statuten in die Competenz des Aufsichtsrathes oder des Verwaltungsrathes gehören, in welchen Fällen die Ausfertigungen, die Unterschriften des Präsidenten und Protocollführers des Aufsichtsrathes resp. die Gegenzeichnung des Präsidenten oder, in Stellvertretung, eines Mitgliedes des Verwaltungsrathes bedürfen. Die letztgenannte Gegenzeichnung ist im Besonderen auch erforderlich für alle Verträge und Actenstücke, durch welche die Gesellschaft in außergewöhnlichem Maße engagirt wird, sowie für alle auf Capitalanlagen sich beziehende Schriftstücke.

Er vertritt die Gesellschaft in allen Beziehungen nach Außen gegenüber Dritten, sofern nicht für einen einzelnen Gegenstand eine besondere Delegation stattfindet.

§ 37.

Auf Vorschlag des Verwaltungsrathes kann der Aufsichtsrath je nach Gutfinden einen oder mehrere Subdirectoren ernennen, oder auch einen oder mehrere Directions-Beamte, sei es auf unbestimmte Zeit, sei es ein für alle Mal, sei es als Vorstand einer bestimmten Geschäftsabtheilung, mit der Stellvertretung betrauen und denselben entweder die Einzel- oder die Collectiv-Procura erteilen.

Das Nähere hierüber wird entweder durch bloße Beschlüsse des Aufsichtsrathes oder durch besondere Verträge mit den betreffenden Beamten oder durch vom Aufsichtsrath auf Vorschlag des Verwaltungsrathes zu erlassende Reglemente festgesetzt.

D. Die Controlstelle.

§ 38.

Die ordentliche Generalversammlung bezeichnet alljährlich mit Wiederwählbarkeit drei Censoren und zwei Suppleanten mit dem Auftrage, die nächste Jahresrechnung und die Bilanz zu prüfen und der nächsten Generalversammlung einen schriftlichen Rapport über die Bilanz, die von der Verwaltung vorgelegten Rechnungen und den Geschäftsbericht zu unterbreiten.

Die Censoren sind berechtigt, die Vorlage der Bücher, Belege, des Actionärbuches, Protocolle und Geschäftsacten zu begehren und den Cassen- und Werthschriften-Beitrag festzustellen.

Wenn ein einzelner oder mehrere Actionäre von ihrem gesetzlichen Rechte, die Controlstelle auf zweifelhafte Ansätze der der Generalversammlung gemachten Vorlagen hinzuweisen, rechtzeitig, d. h. spätestens acht Tage vor der Generalversammlung Gebrauch machen, so sind die Censoren verpflichtet, der Versammlung über die angezogenen Punkte ihren Befund abzugeben.

§ 39.

Der Bericht der Revisoren soll möglichst detaillirt gehalten sein und sich ganz besonders auch darüber ausdrücken, ob den vom Gesetz und den Statuten für die Aufmachung der Bilanz gestellten Anforderungen Genüge geleistet sei.

§ 40.

Die Entschädigung der Censoren wird von der Generalversammlung bestimmt.

IV.

Jahresrechnung, Gewinn, Reservefond.

§ 41.

Die Jahresrechnung wird alljährlich auf den 31. December abgeschlossen.

Die Rechnungen, die Bilanz und der Geschäftsbericht müssen jedes Jahr bis spätestens 15. Mai vom Verwaltungsrath genehmigt sein und den Censoren zur Prüfung offen stehen.

Die Prüfung der Censoren hat sodann im Laufe der nächsten 3 Wochen zu geschehen, worauf Bilanz und Rechnung über Gewinn und Verlust, sowie der Bericht der Censoren sofort gedruckt an die Actionäre zu versenden sind, mit der gleichzeitigen Mittheilung, daß die Original-Acten im Bureau der Direction zur Einsicht auflegen.

§ 42.

Durch Genehmigung des Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung wird den Mitgliedern der Verwaltung und den Censoren für alle Geschäfte des abgelaufenen Rechnungsjahres, welche aus den, der Generalversammlung gemachten Vorlagen ersichtlich sind, volle Decharge erteilt, vorbehaltlich derjenigen Postulate, welche in dem Beschluß über Abnahme der Rechnung ausdrücklich von der Generalversammlung aufgestellt worden sind.

Die Dechargeerteilung soll in der bezüglichen Beschlussesformel jeweilen bestimmt ausgesprochen werden.

§ 43.

Bei Feststellung der Jahresrechnung und der Bilanz sind außer den speciellen Vorschriften des Gesetzes*) noch

*) Art. 656 des Schweiz. Obligationenrechts: Die Bilanz ist so klar und übersichtlich aufzustellen, daß die Actionäre einen möglichst sicheren Einblick in die wirkliche Vermögenslage der Gesellschaft erhalten.

Insbetondere sind dabei folgende Grundsätze zu beachten:

1) Gründungs-, Organisations- und Verwaltungskosten sind in der Jahresrechnung vollständig in Ausgabe zu bringen. Ausnahmsweise dürfen Organisationskosten, welche in den Statuten oder in den Beschlüssen der Generalversammlung, sei es für die ursprüngliche Einrichtung, sei es für einen später hinzugekommenen Geschäftszweig oder eine Geschäftsausdehnung, vorgesehen sind, auf einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren in dem Sinne vertheilt werden, daß in jedem Jahre mindestens der entsprechende Bruchtheil als Ausgabe zu verrechnen ist.

2) Grundstücke, Gebäude, Maschinen sind höchstens nach den Anschaffungskosten mit Abzug der erforderlichen und den Umständen angemessenen Abschreibungen anzusetzen. Uebrigens ist, wenn dieselben versichert sind, die Versicherungssumme anzunehmen.

3) Courshabende Papiere dürfen höchstens zu dem Coursverthe angelegt werden, welchen dieselben durchschnittlich in dem letzten Monate vor dem Bilanztage gehabt haben.

4) Waarenvorräthe dürfen höchstens zum Kostenpreis und falls dieser höher als der Marktpreis stehen sollte, höchstens zu diesem angelegt werden.

5) Die Gesamtsumme der zweifelhaften Posten und die Gesamtsumme der vorgenommenen Abschreibungen sind anzugeben.

6) Der Betrag des Grundcapitals und der Reserve- und Erneuerungsfonds ist unter die Passiven aufzunehmen.

7) Von der Gesellschaft ausgegebene Obligationen sind zu dem vollen Betrage, zu welchem sie zurückbezahlt werden müssen, anzusetzen. Dagegen kann die Differenz zwischen dem Emissionscours und dem Rückzahlungsbetrage, welche durch jährliche Abschreibungen bis zum Verfalltage zu amortisiren ist, unter die Activen aufgenommen werden.



folgende Grundsätze zu beobachten: Es sollen die am 31. December jeweiligen noch schwebenden Verbindlichkeiten aus den Versicherungsgeschäften und zwar die Prämien für laufende Risiken im Verhältnis der Zeit der noch nicht abgelaufenen Versicherungsdauer, ferner die angemeldeten und bekannt gewordenen Schäden und Verluste entweder mit den vollen Leistungsansprüchen oder mit angemessenen Schätzungen, ebenso auch das Deckungs-Capital für Renten an dem jährlichen Brutto-Ueberschuß als Vortrag abgeschrieben werden.

§ 44.

Der nach Abzug der Passiven sich ergebende Ueberschuß der Activen bildet den Reingewinn der Gesellschaft. Der Reingewinn wird nach folgenden Grundsätzen verwendet:

- a) zuerst sind 20% dem Reservefonds einzuverleihen;
- b) vom dann noch verbleibenden Reingewinn wird den Actionären für den auf ihren Actien einbezahlten Betrag eine ordentliche Dividende, bis auf 5% ausgeteilt;
- c) von dem alsdann sich ergebenden Rest sollen — nach vorgängigem Abzug eines etwaigen Vortrages auf neue Rechnung —:
 1. 20 % einer „Special-Reserve“ zugewiesen werden;
 2. 10—20 % der Direction zufallen;
 3. 60—70 % als Superdividende an die Actionäre verteilt werden.

§ 45.

Wenn der in § 44 erwähnte Reservefonds die Höhe von 10 % des Actienkapitals erreicht hat, so bestimmt die Generalversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrathes, ob und eventuell welche weiteren Beiträge demselben zugewiesen werden sollen.

Hat die in § 44 aufgeführte Specialreserve die Höhe von 5 % des Actienkapitals erreicht, so wird dieselbe jedesmal, wenn sie diese Höhe erreicht hat, als neue Einzahlung auf die Actien verwendet und behandelt, bis auf diese Weise die Actien liberirt sind.

Der fällige Betrag ist auf den Actientiteln als Einzahlung und auf den Obligationen der Actionäre als Verminderung der Obligation in geeigneter Form vorzutragen.

§ 46.

So lange die Vollenziehung der Actien auf diesem Wege nicht erreicht ist, darf die den Actionären zukommende Gesamt-Dividende inclusive der 5 % ordentliche Dividende (§ 44 b) 10 % des einbezahlten Capitals nicht übersteigen. Ein den Actionären nach § 44 c 3 zufallender Mehrbetrag am Reingewinn gelangt daher bis zu jenem Zeitpunkte nicht zur Vertheilung, sondern fließt der Specialreserve zu.

Art. 657. Zeigt die letzte Bilanz, daß sich das Grundcapital um die Hälfte vermindert hat, so muß die Verwaltung unverzüglich eine Generalversammlung berufen und dieser von der Sachlage Anzeige zu machen.

Sobald die Forderungen der Gesellschaftsgläubiger nicht mehr durch die Activen gedeckt sind, hat die Verwaltung hievon das Gericht behufs Eröffnung des Concurres zu benachrichtigen.

Dem Gerichte bleibt jedoch überlassen, auf Antrag der Gläubiger oder eines zur Wahrung der gemeinsamen Interessen bestimmter Gläubigerklassen bestellten Curators die Eröffnung des Concurres auszuschieben und inzwischen andere zur Erhaltung des Vermögens dienliche Anordnungen zu treffen.

§ 47.

Der Reservefonds, wie auch die Specialreserve, letztere jeweiligen bis zu dem in § 45 Absatz 2 in Aussicht genommenen Zeitpunkt, sind vom Betriebscapital gesondert zu halten und anzulegen (§ 50); ihre Erträge fließen dem Fonds selbst zu.

Der Reservefonds ist dazu bestimmt, Verluste zu decken, welche durch Prämien und die gewöhnlichen Einnahmen nicht gedeckt werden können.

§ 48.

Zins und Dividenden werden den Actionären je am 1. Juli ausbezahlt.

Dividenden, welche fünf Jahre nach Verfall nicht bezogen worden sind, fallen dem Reservefonds zu. Die betreffenden Coupons werden ungültig.

§ 49.

Stellt ein Rechnungsjahr Verlust am Actiencapital heraus, so ist so lange keine Dividende an die Actionäre mehr zu bezahlen, bis das Actiencapital wieder ergänzt ist; ebenso lange bleibt auch jeder Ländere-Bezug sistirt.

V.

Capitalanlagen und Verwahrung der Werthpapiere.

§ 50.

Die Gelder der schweizerischen Unfallversicherungs-Actiengesellschaft dürfen erst nur angelegt werden:

- a) in Pfandschuldbriefen (Werthtitel mit Grundversicherung);
- b) in Staats- und Gemeinde-Obligationen;
- c) in Obligationen solider fundirter Banken;
- d) in Eisenbahn-Obligationen solider Gesellschaften und in Betrieb gesetzter Linien.

Diese Titel sollen den gesetzlichen Vorschriften über pupillarisches Sicherheiten entsprechen.

Capital-Anlagen auf industrielle Etablissements (Fabriken, Kurhotels etc.), sowie auf Actien jeder Art sind unzulässig.

§ 51.

Sämmtliche der Gesellschaft gehörende Werthpapiere und Documente sind entweder bei einer öffentlichen und mit den nöthigen Garantien umgebenen Depositenstelle zu hinterlegen oder in der eigenen Werthpapiere-Kasse der Gesellschaft unter doppeltem Verschluss aufzubewahren.

Der eine Schlüssel soll in der Hand des Präsidenten des Verwaltungsrathes oder seines hierfür bezeichneten Stellvertreters, der andere in der des Directors liegen.

Obige Vorschrift gilt auch für die Obligationen der Actionäre und die von diesen hinterlegten Cautionen.

VI.

Bekanntmachungen.

§ 52.

Die Bekanntmachungen sind vom Präsidenten des Aufsichtsrathes, beziehungsweise des Verwaltungsrathes, dem Protocollführer und dem Director zu unterzeichnen.

§ 53.

Der Aufsichtsrath bezeichnet die Publications-Organ der Gesellschaft. Alle durch dieselben veröffentlichten Aufforderungen, Einladungen und Bekanntmachungen sind

für die Betheiligten rechtsverbindlich und begründen den Eintritt der durch die Statuten festgesetzten Rechtswirkungen.

Obligatorische Publications-Organen sind:

- a) das Schweizerische Handelsamtsblatt;
- b) die in den der Gesellschaft erteilten Concessionen vorgeschriebenen Publications-Organen.

§ 54.

Bei allen öffentlichen Kundmachungen der Gesellschaft (Annoncen, Circularen, Berichten u. s. w.), in welchen auf das Actiencapital hingewiesen wird, ist deutlich hervorgehoben, wie viel von demselben einbezahlt ist.

VII.

Auflösung und Liquidation der Gesellschaft.

§ 55.

Die Auflösung der Gesellschaft kann von der Generalversammlung nur nach Maßgabe des Gesetzes und in allen Fällen nur unter Beobachtung der Vorschriften des § 21 der Statuten beschloffen werden.

Die Liquidation richtet sich nach den Vorschriften des Gesetzes.

VIII.

Erledigung von Streitigkeiten.

§ 56.

Alle Streitigkeiten, welche entweder über die Auslegung der Statuten oder andere Gesellschafts-Angelegenheiten zwischen der Gesellschaft, ihren Organen (§ 16) und Actionären, sei es unter einander oder gegen einander entstehen könnten, sind, sofern der Werth des Streitgegenstandes den Betrag von 3000 Fr. nicht übersteigt, endgültig durch das Handelsgericht des Cantons Zürich und, wenn ein solches nicht mehr bestehen sollte, durch das ge-

meinhafte zuständige zürcherische Gericht, sonst aber vom Schweizerischen Bundesgericht als Schiedsgericht zu entscheiden.

Bei Streitigkeiten über die Auslegung der Statuten ist der deutsche Text derselben maßgebend.

IX.

Uebergangs- und Vollzugsbestimmungen.

§ 57.

Die revidirten Statuten treten vom 1. Januar 1885 an in Kraft, nachdem die von den Artikeln 615, 621, 622 und 626 des Bundesgesetzes über das Obligationenrecht geforderten Bestimmungen erfüllt und die erforderlichen staatlichen Concessionen eingeholt sind. Die Verwaltung ist beauftragt, die nöthigen Schritte zur Erfüllung der erwähnten Formalitäten zu thun.

Die Neubestellung der Organe erfolgt durch eine spätestens im December 1884 einzuberufende außerordentliche Generalversammlung.

Die erste Integralerneuerung des Aufsichtsrathes findet alsdann in der ordentlichen Generalversammlung des Jahres 1887, diejenige des Verwaltungsrathes in derjenigen des Jahres 1888 statt.

Winterthur, den 30. April 1884.

Namens der Generalversammlung der Actionäre:

Der Präsident:	Der Protocollführer:	Der Director:
Dr. Sahler.	J. H. Dengler, Notar.	H. Langsdorf.

Die Stimmzähler:

H. Steiner. J. J. Rudolf.



Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Stück 9.

Den 27. Februar

1885.

Bekanntmachungen des Königl. Ober- Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Ersatzwahl eines Mitgliedes zum Brandenb. Provinzial-Landtag.
4. An Stelle des Landraths von Heyden in
Beeskow, welcher das Mandat niedergelegt hat, ist vom
Kreistage des Kreises Beeskow-Storkow der Rittersguts-
besitzer Osterroht zu Hartmannsdorf zum Mitgliede
des Brandenburgischen Provinzial-Landtages gewählt
worden, was gemäß § 21 der Provinzialordnung hier-
durch bekannt gemacht wird.

Potsdam, den 12. Februar 1885.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

Staatsminister Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Verloosung von Gold- und Silbersachen, Pferden etc.

64. Der Herr Minister des Innern hat dem Vereine
zur Förderung der Hannoverischen Landespolizei die
Erlaubnis erteilt, bei Gelegenheit des in diesem Jahre
stattfindenden großen Sommer-Kennens eine öffentliche
Verloosung von Gold- und Silbersachen, Pferden und
für Pferdebesitzer brauchbaren Gegenständen zu veran-
stalten und die betreffenden Loose im ganzen Bereiche
der Monarchie abzuliegen.

Potsdam und Berlin, den 17. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Betreffend Aufhebung der Schiffahrts-Sperre des Finow-Kanals
und des Werbellin-Kanals.

65. Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom
31. Oktober v. J. — Amtsblatt Stück 45 Seite 416 —
bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniss, daß die
bauliche Sperre des Werbellin-Kanals und des Finow-
Kanals mit dem Ablauf des 26. Februar d. J.
aufhören wird. Potsdam, den 18. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die Verlängerung von Schiffahrts-Sperren betreffend.

66. Die durch meine Bekanntmachung vom 31. Ok-
tober 1884 — Amtsblatt Seite 416 — angeordnete
Sperre des Wentowkanals sowie der Rannenburg-
Schleuse im Templiner Kanal wird hiermit bis zum
1. April d. J. verlängert. Sollte es indessen möglich
werden, die diese Maßnahme bedingenden Aufräumungs-
arbeiten im Wentowkanal resp. den Reparaturbau der
Rannenburg-Schleuse früher fertig zu stellen, so wird
die Benutzung der betreffenden Kanalfreden dem Schif-
fahrt und Flößerei betreibenden Publikum bereits vor
diesem Zeitpunkt ohne Weiteres freigegeben.

Potsdam, den 21. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die Bestimmungen über die Vorbereitung der Bühnenmeister im
Regierungsbezirk Potsdam betreffend.

67. Die Bestimmungen über die Vorbereitung der
Bühnenmeister im Regierungsbezirk Potsdam vom
6. Dezember 1882 (Amtsblatt 1884 Stück 22 Seite
199 u. ff.) werden hiermit aufgehoben. An deren Stelle
treten folgende Bestimmungen:

§ 1. Der Anwärter muß die Berechtigung zu
seiner Versorgung im Civildienst erworben und min-
destens die Charge eines Unteroffiziers bekleidet haben;
auch darf er bei seiner Meldung zum Lehrling das
vierzigste Lebensjahr nicht überschritten haben.

§ 2. Der Anwärter hat sein Gesuch um Annahme
als Lehrling schriftlich an den Regierungspräsidenten in
Potsdam zu richten, und dem Gesuch seine Militair-
papiere im Original und einen selbstverfaßten und selbst-
geschriebenen Lebenslauf, auch, wenn er bereits länger
als drei Monate aus dem aktiven Militairdienst aus-
geschieden ist, ein Führungszeugnis seiner Ortspolizei-
Behörde beizufügen.

Werden die Vorlagen als genügend befunden, so
beauftragt der Regierungspräsident einen Wasserbau-
inspektor mit der Abhaltung der Annahmeprüfung.

§ 3. Die Annahmeprüfung soll sich auf die et-
waige Fachbildung und außerdem auf die allgemeine
Schulbildung des Anwärters erstrecken und feststellen,
ob derselbe befähigt ist, Gedrucktes und Geschriebenes
gelaufig und richtig zu lesen, seine Gedanken über eine
einfache Aufgabe in einem kurzen Aufsatze oder Berichte
oder in einer Meldung verständlich und ohne erhebliche
Fehler in der Rechtschreibung mit gut leserlicher Hand-
schrift niederzuschreiben, und in den vier Species mit
benannten und unbenannten Zahlen, in der Regelbetrif-
fung sowie mit einfachen und Decimalbrüchen richtig zu
rechnen. Hat der Anwärter mindestens ein Jahr lang
den vollen Dienst eines Compagniefeldwebels oder eine
ähnliche Stellung zur Zufriedenheit versehen, so kann
die Prüfung auf etwaige Fachbildung und auf die Vor-
bildung im Rechnen beschränkt werden.

Ueber die Prüfung nimmt der Wasserbauinspektor
ein Protokoll auf und reicht dasselbe unter Angabe
seines Urtheils über die Befähigung des Geprüften und
unter Beifügung der von demselben in der Prüfung
gefertigten schriftlichen Arbeiten dem Regierungsprä-
sidenten ein, welcher darüber entscheidet, ob der Anwärter
zurück zu weisen oder als Lehrling anzunehmen ist.

§ 4. Der Dienst der Bühnenmeister im Regierungs-
bezirk Potsdam erstreckt sich auf

- a. den eigentlichen Bühnenmeisterdienst,
- b. den Dienst als Bauaufseher,
- c. den Dienst als Strom- und Schifffahrtspolizeiaufseher,
- d. die Ueberwachung der innerhalb seines Bezirks befindlichen Unterbeamten der Wasserbauverwaltung in der Ausübung ihres Dienstes.

Der Lehrling muß in jeder dieser dienstlichen Vorrichtungen ausgebildet werden. In der Regel wird mit der Ausbildung zu a. begonnen, und muß dieselbe acht Monate dauern. Alsdann erfolgt die übrige Ausbildung während 4 Monaten, wovon wenigstens 2 auf den Dienst als Hilfsbauaufseher und 1 auf die Erlernung des Baggermeisterdienstes auf einem Dampfbagger verwendet werden müssen. Die Lehrzeit umfaßt somit in der Regel 12 Monate, wobei diejenigen Zeiten, während welchen eine Ausbildung des Lehrlings wegen Krankheit, Beurlaubung, Ruhen der Bauten im Winter u. etwa nicht stattgefunden hat, nicht mitgerechnet werden dürfen. Die Lehrzeit wird jedoch durch den Regierungspräsidenten kürzer bemessen werden, wenn der Anwärter in der Aufnahmeprüfung Fachkenntnisse nachgewiesen hat.

Die Lehrzeit darf von dem Wasserbauinspektor nur mit Genehmigung des Regierungs-Präsidenten über das angegebene Maß ausgedehnt werden.

§ 5. Während der Lehrzeit darf dem Lehrling ein seinen Leistungen entsprechender Tagelohnsatz bis zu dem Höchstbetrage von 2,50 Mark gewährt werden.

§ 6. Der Wasserbauinspektor hat den Lehrling sorgfältig zu beobachten, um baldmöglichst ein Urtheil über dessen Qualifikation zu erlangen. Er hat, wenn er nach seiner Wahrnehmung über die Befähigung und die dienstlichen Leistungen oder über die dienstliche oder außerdienstliche Führung des Lehrlings zu der Ansicht gelangt, daß die Ausbildung desselben zu einem in jeder Beziehung tüchtigen, brauchbaren und zuverlässigen Bühnenmeister nicht zu erwarten steht, bei dem Regierungs-Präsidenten die Entlassung desselben zu beantragen.

§ 7. Der Lehrling hat nach Ablauf der Lehrzeit vor dem Wasserbauinspektor und auf dessen Aufforderung die Prüfung zum Bühnenmeister abzulegen.

Diese Prüfung zerfällt in eine zweitägige schriftliche und eine unmittelbar darauf folgende eintägige mündliche Prüfung.

In der schriftlichen Prüfung, welche unter Aufsicht erfolgt, hat der Prüfling durch Bearbeitung einiger Aufgaben darzuthun, daß er sich Kenntniß von dem Dienst und den dienstlichen Verrichtungen erworben hat, und ob er sich richtig und ziemlich gewandt auszubilden versteht.

Die Prüfung hat sich auf alle Dienstszweige zu erstrecken, in welchen der Prüfling gemäß § 4 dieser Bestimmungen auszubilden war. Gegenstände der Prüfung sind namentlich:

- 1) der eigentliche Bühnenmeisterdienst in seinem vollen Umfange, also die Pflanzungsarbeiten mit den dabei vorkommenden Nebenarbeiten als Anfertigung von Spreutlagen, Uferbedungen, Weiden- und Schiffs-

pflanzungen, die Kenntniß der üblichen Pflanzmaterialien und die Beurtheilung ihrer Beschaffenheit, die Berechnung der zu den Pflanzwerken nebst Zubehör erforderlichen Materialien, die Aufstellung und Abnahme solcher Materialien, die Kenntniß der Geräthe, die Führung der Tage-, Materialien- und Arbeitsbücher, die Absteckung der Baulinien für Stromregulirungen, Bühnen, Parakelwerke, Uferbedungen u., das Ausführen und Auftragen von Peilungen und von kleinen mit einfachen Instrumenten auszuführenden Messungen und Nivellements u. s. w.;

- 2) der Bauaufseherdienst;
- 3) der Baggermeisterdienst und einige Kenntniß von den Einrichtungen der Baggermaschinen und Geräthe;
- 4) die allgemeine Kenntniß von dem Dienst der Schleusenmeister und Brückenwärter;
- 5) der Dienst des Strom- und Schifffahrtspolizeiaufsehers einschließlich der Kenntniß der Strom- und schifffahrtspolizeilichen Verordnungen, soweit dieselben für sämtliche dem Regierungs-Präsidenten zu Potsdam unterstellte Wasserstraßen gültig sind.

Ueber den Ausfall dieser Prüfung ist ein Protokoll aufzunehmen und nebst den schriftlichen Probearbeiten, einem Nachweis über die vorschriftsmäßige Dauer der Lehrlingszeit und einem Gutachten über das Ergebnis der Prüfung dem Regierungs-Präsidenten zur Entscheidung einzureichen.

Wird der Ausfall der Prüfung für genügend erachtet, so stellt der Regierungs-Präsident dem Kandidaten ein Befähigungszeugniß aus und läßt ihn als Bühnenmeister-Aspirant für den Regierungsbezirk Potsdam in der Anwärterliste verzeichnen.

Anderen Falls wird der Kandidat auf ein Jahr behufs Wiederholung der Prüfung zurückgestellt. Es ist nur eine einmalige Wiederholung gestattet.

§ 8. Der Bühnenmeister-Aspirant wird in der Zeit zwischen dem Bestehen der Prüfung bis zu seinem Einrücken in eine etatsmäßige Stelle, soweit thunlich, als Hilfsbühnenmeister, Bauaufseher, Vorarbeiter oder in einer sonstigen seiner Ausbildung und Befähigung entsprechenden Stellung unter Gewährung eines angemessenen Lohnsatzes beschäftigt werden. Einen Anspruch auf eine solche Beschäftigung hat derselbe jedoch nicht.

Potsdam, den 10. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Siehseuchen.

68. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Schmiedemeisters David zu Buchow-Carpzow im Kreise Westhavelland ausgebrochen.

Potsdam, den 20. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

69. Die Maul- und Klauenseuche ist unter den Rindviehbeständen der Bauern Krause zu Garlig und Reinecke zu Buchow im Kreise Westhavelland ausgebrochen.

Potsdam, den 22. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Aufnahme in die Lehrerinnen-Bildungsanstalten zu Droyßig betr.
6. Nachstehende

Bekanntmachung.

Die diesjährige Aufnahme von Jöglingen in die evangelischen Lehrerinnen-Bildungsanstalten zu Droyßig bei Zeitz wird in der ersten Hälfte des Monats August stattfinden.

Die Meldungen für das Gouvernanten-Institut sind bis zum **1. Juni d. J.** unmittelbar bei mir, diejenigen für das Lehrerinnen-Seminar bis zum **1. Mai d. J.** bei der betreffenden Königl. Regierung, bezw. zu Berlin und in der Provinz Hannover bei den Königl. Provinzial-Schul-Kollegien anzubringen.

Der Eintritt in die Erziehungsanstalt für evangelische Mädchen (Pensionat) daselbst soll in der Regel zu Ostern oder zu Anfang August erfolgen. Die Meldungen sind an den Seminar-Direktor Krißinger zu Droyßig zu richten.

Die Aufnahme-Bedingungen ergeben sich aus den im Centralblatte für die Unterrichts-Verwaltung pro 1880 Seite 454 veröffentlichten Nachrichten über die Anstalten zu Droyßig, von welchen besondere Abdrücke von dem Direktor Krißinger auf portofreie Anfragen mitgeteilt werden.

Berlin, den 10. Februar 1885.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage: gez. Barthhausen.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Die Einreichung der Gesuche muß durch den zuständigen Herrn Kreis-Schulinspektor erfolgen. Die den Gesuchen beizufügenden Mittheilg. sind im Amtsblatt von 1882, Seite 104, speziell angegeben.

Potsdam, den 23. Februar 1885.

Königl. Regierung,
 Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Bekanntmachung,
 betreffend die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Baubetriebe
 Vom 11. Februar 1885

22. Laut Bekanntmachung im Reichs-Gesetzblatt Nr. 5 Seite 13, hat der Bundesrath auf Grund des § 1 Abs. 8 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884, Reichs-Gesetzblatt Seite 69, beschlossen:

Arbeiter und Betriebsbeamte, welche von einem Gewerbetreibenden, dessen Gewerbebetrieb sich auf die Ausführung von Läger-, Verputzer- (Weißbinder-), Gypser-, Stuckateur-, Maler- (Anstreicher-), Glaser-, Klempner- und Radierer-Arbeiten bei Bauten, sowie auf die Anbringung, Abnahme, Verlegung und Reparatur von Flügelleitern erstreckt, in diesem Be-

triebe beschäftigt werden, für versicherungspflichtig zu erklären.

Gemäß § 11 des Unfallversicherungsgesetzes hat daher jeder Unternehmer eines der vorgenannten Betriebe denselben unter Angabe des Gegenstandes und der Art des Betriebes, sowie der Zahl der durchschnittlich darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen binnen einer vom Reichs-Versicherungsamt zu bestimmenden Frist bei der unteren Verwaltungsbehörde anzumelden.

Diese Frist wird hiermit auf die Zeit bis zum

2. März d. J. einschließlich

festgesetzt.

Welche Staats- oder Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörden im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes anzusehen sind, ist von den Centralbehörden der Bundesstaaten in Gemäßheit des § 109 des genannten Gesetzes seiner Zeit bestimmt und öffentlich bekannt gemacht worden.

Im Uebrigen wird wegen der Anmeldung auf den nachstehend abgedruckten § 11 des genannten Gesetzes, sowie auf das beigefügte Anmeldeformular hingewiesen.

Berlin, den 11. Februar 1885.

Das Reichs-Versicherungsamt.

Böckler.

§ 11 des Unfallversicherungsgesetzes.

Jeder Unternehmer eines unter den § 1 fallenden Betriebes hat den letzteren binnen einer von dem Reichs-Versicherungsamt zu bestimmenden und öffentlich bekannt zu machenden Frist unter Angabe des Gegenstandes und der Art desselben, sowie der Zahl der durchschnittlich darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen bei der unteren Verwaltungsbehörde anzumelden.

Für die nicht angemeldeten Betriebe hat die untere Verwaltungsbehörde die Angaben nach ihrer Kenntniß der Verhältnisse zu ergänzen.

Dieselbe ist befugt, die Unternehmer nicht angemeldeter Betriebe zu einer Auskunft darüber innerhalb einer zu bestimmenden Frist durch Geldstrafen im Betrage bis zu einhundert Mark anzuhalten.

Die untere Verwaltungsbehörde hat ein nach den Gruppen, Klassen und Ordnungen der Reichs-Berufs-Statistik geordnetes Verzeichniß sämtlicher Betriebe ihres Bezirks unter Angabe des Gegenstandes und der Art des Betriebes, sowie der Zahl der darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen aufzustellen. Das Verzeichniß ist der höheren Verwaltungsbehörde einzureichen und von dieser erforderlichenfalls hinsichtlich der Einreichung der Betriebe in die Gruppen, Klassen und Ordnungen der Reichs-Berufs-Statistik zu berichtigen.

Die höhere Verwaltungsbehörde hat ein gleiches Verzeichniß sämtlicher versicherungspflichtigen Betriebe ihres Bezirks dem Reichs-Versicherungsamt einzureichen.

Formular für die Anmeldung.
 Staat Kreis (Amt)
 Regierungsbezirk Gemeinde- (Guts-) Bezirk
 Anmeldung
 auf Grund des § 11 des Unfallversicherungsgesetzes.

Name des Unternehmers (Firma).	Gegenstand des Betriebes. *)	Zahl der durchschnittlich beschäftigten versicherungspflichtigen Personen. **)	Bemerkungen.

., den 1885.
 (Unterschrift des zur Anmeldung Verpflichteten.)

*) Nur solche Betriebe, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken, sind anzumelden; doch ist nicht erforderlich, daß die Arbeiter ausschließlich bei Bauarbeiten beschäftigt werden.

**) Die Anmeldung hat auch dann zu erfolgen, wenn weniger als 10 versicherungspflichtige Personen (Arbeiter und solche Betriebsbeamte, deren Jahresarbeitsverdienst an Gehalt oder Lohn Zweitausend Mark nicht übersteigt) beschäftigt werden.

Auf Ansuchen des Reichs-Versicherungsamts wird die vorstehende Bekanntmachung mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß die Unternehmer der vorstehend bezeichneten versicherungspflichtigen Gewerbebetriebe binnen obiger Frist die Anmeldung bei der mit den Obliegenheiten der unteren Verwaltungsbehörde im Sinne des oben gedachten Gesetzes betrauten Abtheilung II. des Polizei-Präsidiums und zwar durch Vermittelung desjenigen Polizei-Revisors, in welchem die Betriebe liegen, zu bewirken haben. Berlin, den 17. Februar 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Die Anmeldungen zum Anschluß an die Stadtfernsprecheinrichtungen betreffend.

S. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 4. Januar, betreffend die Anmeldungen zum Anschluß an die Stadtfernsprecheinrichtungen, mache ich noch besonders darauf aufmerksam, daß Anmeldungen, welche mir nach dem 1. März dieses Jahres zugehen, sofern nicht besondere Umstände eine Ausnahme gerechtfertigt erscheinen lassen, erst mit Beginn der nächstjährigen Bauperiode ausgeführt werden können.

Potsdam, den 18. Februar 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
 Oecheime Postsrath Bahl.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot von Schulverschreibungen.

G. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß in dem Nachlasse des zu Leipzig verstorbenen Oekonomien Ludwig Hering aus Schlenitz die Schulverschreibungen der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe lit. B. Nr. 203 596, 203 597 und 203 598 über je 2000 M. angeblich vermist werden. Es werden Diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt Elze zu Halle a./S. anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 16. Februar 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josef Fleischer, Tagearbeiter,	geboren am 14. März 1854 zu Goldenöls, Bezirk Trautenau, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig,	schwere Diebstähle im Rückfall (5 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 8. Oktober 1879),	Königlich Preussischer Regierungs-Präsident zu Liegnitz,	6. Oktbr. 1884.
2	Peter Jakob Jürgensen, Dienstknecht,	geboren am 8. Februar 1846 zu Hagenbrup auf Fühnen, Dänemark, ebendasselbst ortsangehörig,	zweimaliger Diebstahl im Rückfall (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 2. November 1882),	Königlich Preussische Regierung zu Schleswig,	7. November 1884.
3	Stanislaus Roslowski, ohne Stand,	27 Jahre, geboren und ortsangehörig in Moylag, Gouvernement Wilna, Rußland,	vorsätzliche Brandstiftung (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 17. Februar 1882),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Königsberg,	28. Januar 1885.

1. Sam. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
2.	3.	4.	5.	6.	
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Friedrich Jedlicka, Bäcker,	geboren am 9. April 1857 zu Böhmisch- Leipa, Bezirk Leitmer- itz, Böhmen, eben- daselbst ortsangehörig,	Nichtbeschaffung eines Un- terkommens	Königlicher Polizei- präsident zu Berlin,	12. Novbr. 1884.
2	Augustin Blayda, Arbeiter	geboren im Februar 1866 zu Eipel, Bezirk Jaromer, Böhmen, ebendaselbst ortsange- hörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	14. Januar 1885.
3	Anton Haller, Arbeiter,	geboren im April 1866 zu Chota, Bezirk Neu- stadt a. Mettau, Böh- men, ebendaselbst orts- angehörig,	desgleichen.	derselbe,	desgleichen,
4	Martin Seifert, Gärtner,	geboren am 2. Februar 1861 zu Bufarest, Rumänien, ebendaselbst ortsangehörig,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Dppeln,	27. Dezember 1884.
5	Paul Jatzla, Müller,	26 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Mi- litsau, Bezirk Jablunka, Oesterreich-Schlesien,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	2. Januar 1885.
6	Jens Christian Hesseldahl, Hornbrechler,	34 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Thi- sted, Dänemark,	desgleichen,	Königlich Preussische Landdrostei Stade,	18. Dezember 1884.
7	Wolfgang Guttman, Religionslehrer,	60 Jahre, geboren und ortsangehörig, in Sal- go, Komitat Saros, Ungarn,	Landstreichen,	Königlich Preussische Regierung zu Wies- baden,	7. Januar 1885.
8	Anton Babinsky, Schiffbauer,	geboren am 15. August 1846 zu Krammel, Bezirk Böhmisch-Lei- pa, ortsangehörig in Oberleditz, ebenda- selbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Baugen,	31. Dezember 1884.
9	Franz Josef Felder, Weller,	geboren 1834 zu Escholz- matt, Kanton Luzern, Schweiz,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	27. Dezember 1884.
10	Vittore Garcella, Schuhmacher,	geboren am 1. März 1859 zu St. Antonio di Luja, Italien,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	3. Januar 1885.
11	Julius Ferdinand Marillier, Kommiß,	geboren am 24. Mai 1856 zu Mornay, De- partement côte d'or, Frankreich,	Landstreichen und Fäl- schung des Arbeitsbuchs,	derselbe,	6. Januar 1885.
12	Siewel Griliches, Fleischer,	geboren am 18. Juni 1844 zu Wilna, Ruß- land, ortsangehörig in Petersburg, ebenda- selbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungs-Präsi- dent zu Marienwer- der.	27. Januar 1885.

Formular für die Anmeldung.
 Staat Kreis (Amt)
 Regierungsbezirk Gemeinde- (Guts-) Bezirk
 Anmeldung
 auf Grund des § 11 des Unfallversicherungsgesetzes.

Name des Unternehmers (Firma).	Gegenstand des Betriebes. *)	Zahl der durchschnittlich beschäftigten versicherungspflichtigen Personen. **)	Bemerkungen.

den 1885.

(Unterschrift des zur Anmeldung Verpflichteten.)

*) Nur solche Betriebe, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken, sind anzumelden; doch ist nicht erforderlich, daß die Arbeiter ausschließlich bei Bauarbeiten beschäftigt werden.

**) Die Anmeldung hat auch dann zu erfolgen, wenn weniger als 10 versicherungspflichtige Personen (Arbeiter und solche Betriebsbeamte, deren Jahresarbeitsverdienst an Gehalt oder Lohn Zweitausend Mark nicht übersteigt) beschäftigt werden.

Auf Ansuchen des Reichs-Versicherungsamts wird die vorstehende Bekanntmachung mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß die Unternehmer der vorstehend bezeichneten versicherungspflichtigen Gewerbebetriebe binnen obiger Frist die Anmeldung bei der mit den Obliegenheiten der unteren Verwaltungsbehörde im Sinne des oben gedachten Gesetzes betrauten Abtheilung II. des Polizei-Präsidiums und zwar durch Vermittelung desjenigen Polizei-Reviers, in welchem die Betriebe liegen, zu bewirken haben. Berlin, den 17. Februar 1885.
 Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Die Anmeldungen zum Anschluß an die Stadtfernsprecheinrichtungen betreffend.

8. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 4. Januar, betreffend die Anmeldungen zum Anschluß an die Stadtfernsprecheinrichtungen, mache ich noch besonders darauf aufmerksam, daß Anmeldungen, welche mir nach dem 1. März dieses Jahres zugehen, sofern nicht besondere Umstände eine Ausnahme gerechtfertigt erscheinen lassen, erst mit Beginn der nächstjährigen Bauperiode ausgeführt werden können.

Potsdam, den 18. Februar 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
 Geheime Postrath Bahl.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot von Schuldschreibungen.

6. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G. S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G. S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß in dem Nachlasse des zu Leipzig verstorbenen Defonon Ludwig Hering aus Schlenzig die Schuldschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe Nr. 203 596, 203 597 und 203 598 über je 200 Thaler angeblich vermißt werden. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt Elze zu Potsdam anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebot behufs Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Berlin, den 16. Februar 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reich.

Zauf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung
	des Ausgewiesenen.		
1.	2.	3.	4.
1	Josef Fleischer, Tagearbeiter,	a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs geboren am 14. März 1854 zu Goldensils, Bezirk Trautenau, Böhmen, ebendaortsangehörig,	
2	Peter Jakob Jürgensen, Dienstknecht,	geboren am 8. Februar 1846 zu Hagenau auf Fühnen, Danemark, ebendaortsangehörig,	
3	Stanislaus Roslowski, ohne Stand,	27 Jahre, geboren in Warschau, Polnisch-Litwa, Stadt.	



		Datum des Ausweilungs- Beschlusses. 6.
	Königliche Bezirksamt Düsseldorf	26. Januar 1885.
	Königlich Bayerisches Bezirksamt Gries- bach	5. Januar 1885.
	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ebers- berg,	9. Januar 1885.
	dieselbe Behörde,	13. Januar 1885.
	Königlich Bayerisches Bezirksamt Eggen- felden,	25. Januar 1885.
	Königlich Sächsische Kreishauptmann- schaft Zwickau,	27. Dezember 1884.
	Königlich Sächsische Kreishauptmann- schaft Baugen,	14. Januar 1885.
	dieselbe Behörde,	17. Januar 1885.
	Großherzoglich Badi- scher Landeskommis- sär zu Freiburg,	31. Januar 1885.
	Großherzoglich Säch- sischer Direktor des V. Verwaltungsbe- zirks zu Neustadt a./Oria,	22. Dezember 1884.
	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	17. Januar 1885.
	dieselbe,	21. Januar 1885.

Rang. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
13	Josef Richter, Schuhmacher,	geboren am 17. October 1858 in Hirschberg, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	27. Januar 1885.
14	Josef Meier, Schneider,	geboren am 22. Juni 1846 zu Sezdorf, Bezirk Freiwaldau, Oesterreichisch-Schlesien, ebendaselbst ortsangehörig,	öffentliche Beleidigung, Landstreichen, Betteln u.	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	3. Februar 1885.
15	Josef Korbatsch, Arbeiter,	geboren 1854 zu Morawa, Bezirk Friedek, Oesterreichisch-Schlesien, ebendaselbst ortsangehörig,	Betteln und Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	21. Januar 1885.
16	Anton Großmann, Stellmacher,	geboren am 11. Februar 1853 zu Branna, Bezirk Hohenelbe, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Merseburg,	4. Dezember 1884.
17	Jens Frederiksen, Lohgerber,	geboren am 25. Mai 1845 zu Grönbeck, Jütland, ortsangehörig in Kopenhagen, Dänemark,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussische Landdrostei Hannover,	30. Januar 1885.
18	Samuel Kantorowicz, Kaufmannslehrling,	geboren am 3. November 1866 zu Warschau, Russisch-Polen, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	dieselbe Behörde,	2. Februar 1885.
19	Moriz Bordsstein, Kaufmannslehrling,	geboren am 1. Dezember 1867 zu Warschau, Russisch-Polen, ebendaselbst ortsangehörig,	desgleichen,	dieselbe Behörde,	desgleichen.
20	Karl Richter (genannt Altmann), Müllergefelle,	geboren am 12. November 1840 zu Christophsgrund, Bezirk Reichenberg, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	desgleichen,	Königlich Preussische Landdrostei Hildesheim,	28. Januar 1885.
21	Heinrich Swiekarls (fälschlich Leonhard Hour), Tagelöhner,	geboren 1859 zu Roermond, Niederlande, ebendaselbst ortsangehörig,	Diebstahl, Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussische Regierung zu Düsseldorf,	2. Januar 1885.
22	Josef Portmann, Grundarbeiter,	geboren am 11. Januar 1826 zu Beek bei Maastricht, Niederlande, ebendaselbst ortsangehörig, wohnhaft zuletzt in Grefeld, Regierungsbezirk Düsseldorf,	Betteln im wiederholten Rückfall,	dieselbe Behörde,	9. Januar 1885.

Rauf. Nr. 1.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses. 6.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
23	Julius Buxley, Kellner,	geboren am 26. Mai 1862 zu Reichenberg, Böhmen, ortsange- hörig zu Halifax, England,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussische Regierung zu Düssel- dorf,	26. Januar 1885.
24	Johann Erl, Kutscher,	geboren am 18. Dezem- ber 1856 zu Weissen- fuß, Bezirk Bischofs- teinig, Böhmen, eben- daselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Gries- bach,	5. Januar 1885.
25	Franz Mimra, Schuhmachergeselle,	40 Jahre, geboren und ortsangehörig in Ga- menice, Bez. Pilgram, Böhmen,	Landstreichen und grober Unfug,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Ebers- berg,	9. Januar 1885.
26	Franz Trecek, Bergmann und Tagelöhner,	40 Jahre, geboren und ortsangehörig in No- vaves (Neudorf), Be- zirk Jglau, Mähren,	Landstreichen,	dieselbe Behörde,	13. Januar 1885.
27	Lampert Robym, Schlosser,	45 Jahre, geboren und ortsangehörig in Hum- poles, Bezirk Deutsch- Brod, Böhmen,	Landstreichen und Führen gefälschter Zeugnisse und eines zur Fälschung von Zeugnissen selbst ge- fertigten Siegels,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Eggen- felden,	25. Januar 1885.
28	Josef Müller, landwirthschaftlicher Tagelöhner,	geboren 1862 zu Kuners- dorf, Bezirk Böhmisches Leipa, ebendaselbst orts- angehörig,	Betteln im wiederholten Rückfall und Gebrauch eines falschen Zeugnisses,	Königlich Sächsische Kreishauptmann- schaft Zwickau,	27. Dezember 1884.
29	Josef Rny, Tagearbeiter,	geboren 1839 zu Groß- Wöhlen, Bezirk Tet- schen, Böhmen, eben- daselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Sächsische Kreishauptmann- schaft Baugen,	14. Januar 1885.
30	Ignaz Wilpert, Schieferbedeker,	geboren 1823 zu Tyssa, Bezirk Tettschen, Böh- men, ebendaselbst orts- angehörig,	desgleichen,	dieselbe Behörde,	17. Januar 1885.
31	Karl Dunkel, Schuhmacher,	24 Jahre, geboren zu Basel, ortsangehörig in Bottmingen, Kanton Basel-Land, Schweiz,	Landstreichen und uner- laubte Rückkehr in das Badische Staatsgebiet,	Großherzoglich Badi- scher Landeskommissär zu Freiburg,	31. Januar 1885.
32	Gustav Peter Bent, Schneider,	geboren am 23. Sep- tember 1854 zu Bräur, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	Betteln im wiederholten Rückfall und Gebrauch falscher Legitimations- papiere,	Großherzoglich Säch- sischer Direktor des V. Verwaltungsbe- zirks zu Neustadt a./Orla,	22. Dezember 1884.
33	Johann Baptist Beszkovi, Tagner,	geboren am 22. August 1858 zu Asgiago, Italien,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	17. Januar 1885.
34	Heinrich Lambert, Tagner,	geboren am 6. August 1856 zu Epinal, De- partement Vosges, Frankreich, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	derselbe,	21. Januar 1885.

Zahl. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
1.	2.	3.	4.	5.	6.
35.	Emil Püg, Eisenarbeiter,	geboren am 8. August 1861 zu Paris, ebenda- selbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	22. Januar 1885.
36.	Adolf Franz, Bürstenmacher,	geboren am 14. Februar 1840 zu Kruman, Böh- men, ebenda- selbst orts- angehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Stettin,	12. Dezember 1884.
37.	Ferdinand Haude, Hutmacher,	geboren am 14. Novem- ber 1853 zu Seefeld, Bezirk Freiwaldau, Oesterreichisch-Schlesi- en, ebenda- selbst orts- angehörig,	desgleichen,	derselbe,	4. Februar 1885.
38.	Josef Bernert, Weber,	geboren am 25. Oktober 1840 zu Thomastorf, Bezirk Freiwaldau, Oesterreichisch-Schlesi- en, ebenda- selbst orts- angehörig,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	29. Januar 1885.
39.	Johann Kerschne, Schmied,	24 Jahre, geboren und ortsangehörig in Wip- rach, Bezirk Adelsberg, Oesterreich,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussische Landronci Etade,	7. Januar 1885.
40.	Casimir Klimajewski, Tagelöhner,	geboren am 30. März 1854 zu Marienpoll bei Jurewitten, Russisch- Polen, ebenda- selbst ortsangehörig, zuletzt wohnhaft in Ruhrort, Kreis Mülheim an der Ruhr,	Landstreichen,	Königlich Preussische Regierung zu Düsseldorf,	16. Januar 1885.
41.	Franz Karöie, Sprenglergehilfe,	angeblich geboren 1850 zu Szegedin, Ungarn,	Diebstahl, Landstreichen, Gebrauch falscher Le- gitimationspapiere,	Stadtmagistrat Am- berg, Bayern,	18. Dezember 1884.
42.	Adalbert Emetana, Binder,	geboren am 25. März 1859 zu Wien, Oe- sterreich, ortsangehörig zu Rejnau, Bezirk Stra- konie, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Degg- dorf,	17. Januar 1885.
43.	Josef Bloquet, Tagelöhner,	39 Jahre, geboren und ortsangehörig in Stras, Frankreich, wohnhaft zuletzt in Aichaffen- burg,	Diebstahl u. Landstreichen,	Großherzoglich Ba- discher Landeskom- missär zu Mannheim,	7. Februar 1885.
44.	Sergius Postawsky, Handlungsgeselle,	geboren im April 1855 zu Golubine, Kreis Kaukas, Russland, orts- angehörig in St. Pe- tersburg, ebenda- selbst,	Landstreichen,	Großherzoglich Mosk- lenburgisches Mi- nisterium des In- nern zu Sankt Petersburg,	20. Januar 1885.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Inkrafttreten einer Ergänzung der Controlvorschriften betreffend
10. Zu dem Tarif für den Verkehr von Stationen der Eisenbahn-Direktions-Bezirke Berlin, Breslau, Bromberg, Elberfeld, Erfurt, Hannover, Köln (links- und rechtsrheinisch) und Magdeburg, ferner der Breslau-Freiburger, Berlin-Hamburger und Braunschweigischen Eisenbahn, sowie der Sächsischen Staatsbahn nach Myslowitz, Dönnitz und Oberberg transit für Güter zum Export nach Rumänien vom 1. Oktober 1884 tritt mit sofortiger Gültigkeit eine Ergänzung der Controlvorschriften in Kraft. Die bezüglichen Bestimmungen sind auf den Verband-Stationen zu erfahren.

Berlin, den 14. Februar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung des Königl. Kredit-Instituts für Schlesien.

Ausruf verloofter Pfandbriefe Lit. B. betreffend.

Die Inhaber der nachbezeichneten, in der 37. Verloosung gezogenen und infolge dessen durch die öffentliche Bekanntmachung vom 3. Juni v. J. zur Baarzahlung am 2. Januar d. J. gekündigten 4 % Schlesischen Pfandbriefe Lit. B., und zwar:

à 1000 Thlr.

- N^o 210 Carolath-Deuthener Maj.-Güter,
- N^o 41140 Polnisch Krawarn ic.,
- N^o 41228 Med. Herz. Ratibor,
- N^o 41354 Giesmannsdorf ic.

à 500 Thlr.

- N^o 45074 Polnisch Krawarn ic.,
- N^o 45253 Med. Herz. Ratibor.

à 50 Thlr.

- N^o 11423 Bladen,
- N^o 11637 Roschentin ic.,
- N^o 79055 Elend,
- N^o 79232 Herrsch. Groß-Stein ic.,
- N^o 79248 do.,
- N^o 79280 Herrsch. Fürstenstein ic.,
- N^o 79286 Niclasdorf,
- N^o 79461 Poln. Krawarn ic.
- N^o 79506 Giesmannsdorf ic.

à 25 Thlr.

- N^o 22336 Grzybowitz,
- N^o 22674 Roschentin ic.,
- N^o 22680 do.,
- N^o 82225 Herrsch. Gr. Stein ic.,
- N^o 82256 " Fürstenstein ic.,
- N^o 82265 do.,
- N^o 82319 D. und N. Michowiz,
- N^o 82321 do.,
- N^o 82322 do.,
- N^o 82466 Med. Herz. Ratibor,
- N^o 82498 Giesmannsdorf ic.,
- N^o 82500 do.,

werden hierdurch wiederholt aufgefordert, diese Pfandbriefe bei der Königl. Institutentasse hiersebst (im Regierungs-Gebäude) zu präsentiren und dagegen die Baluta derselben in Empfang zu nehmen.

Sollte die Präsentation nicht bis zum

15. August dieses Jahres

erfolgen, so werden die Inhaber der fraglichen Pfandbriefe nach § 50 der Allerhöchsten Verordnung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgebrachte Spezial-Hypothek präkludirt und mit ihren Ansprüchen lediglich an die bei der Königl. Institutentasse hiersebst deponirte Kapitals-Baluta verwiesen werden.

Aus früheren Verloosungen sind Pfandbriefe Lit. B. noch rückständig und bereits präklucirt:

à 3 1/2 %

aus der 20. Verloosung:

N^o 18581 Hausdorf à 100 Thlr.,

à 4 %

aus der 32. Verloosung:

N^o 79460 Poln. Krawarn ic. 50 Thlr.,

aus der 34. Verloosung:

N^o 8150 Roschentin ic. à 100 Thlr.,

aus der 35. Verloosung:

à 500 Thlr.

N^o 2504 Siemianowiz ic.

N^o 43159 Med. Schönan,

N^o 45252 Med. Herz. Ratibor,

à 200 Thlr.

N^o 15017 Siemianowiz ic.,

N^o 50389 Herrsch. Groß-Stein ic.,

N^o 50410 do.,

N^o 51570 D. u. N. Michowiz,

N^o 51595 do.,

N^o 52157 Med. Herz. Ratibor,

N^o 52659 Giesmannsdorf ic.

à 100 Thlr.

N^o 10433 Siemianowiz ic.,

N^o 61240 Elend,

N^o 62452 Cantersdorf ic.,

N^o 62797 Herrsch. Gr. Stein ic.,

N^o 62836 do.,

N^o 63466 Herrsch. Fürstenstein ic.,

N^o 64866 Poln. Krawarn ic.

à 50 Thlr.

N^o 11421 Grzybowitz,

N^o 11627 Roschentin ic.,

N^o 11634 do.,

N^o 12498 Siemianowiz ic.

N^o 12511 do.,

N^o 12558 do.,

N^o 79246 Herrsch. Groß-Stein ic.,

N^o 79275 " Fürstenstein ic.,

N^o 79276 " do.,

- № 79456 Poln. Krawarn z.,
 № 79462 do.,
 № 79467 Med. Herz. Ratibor,
 à 25 Thlr.
 № 22693 Roschentin z.,
 № 23607 Siemianowicz z.,
 № 23672 do.,
 № 23673 do.,
 № 23685 do.,
 № 82020 Bonoschan c. p.,
 № 82082 Nbr. Schönau,
 № 82257 Herrsch. Fürstenstein z.,
 aus der 36. Verloosung:
 à 1000 Thlr.
 № 40711 Herrsch. Fürstenstein z.,
 à 500 Thlr.
 № 45162 Med. Herz. Ratibor,
 à 200 Thlr.
 № 51574 D. u. N. Michowicz,
 № 51612 do.,
 № 52094 Med. Herz. Ratibor,
 № 52279 do.,
 à 100 Thlr.
 № 61404 Nbr. Schönau,
 № 62367 Pogarell z.,
 № 62383 do.,
 № 62799 Herrsch. Gr. Stein z.,
 № 62926 do.,
 № 63480 Fürstenstein z.,
 № 64388 D. u. N. Michowicz,
 № 64932 Med. Herz. Ratibor,
 à 50 Thlr.
 № 79257 Herrsch. Groß-Stein z.,
 № 79465 Med. Herz. Ratibor,
 № 79468 do.,
 à 25 Thlr.
 № 22683 Roschentin z.,
 № 22685 do.,
 № 82457 Med. Herz. Ratibor,
 Breslau, den 17. Februar 1885.
 Königl. Kredit-Institut für Schlessen.

Personal-Chronik.

Dem Oberamtmann Wilhelm Fied zu Kerkow ist der Titel Königlich Amts Rath verliehen worden.

Im Kreise Westhavelland ist an Stelle des verstorbenen Staatsministers a. D. und Dombachanten von Selchow zu Dom Brandenburg der Rittmeister a. D. von Loebell daselbst zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXII. Dom Brandenburg ernannt worden.

Im Kreise Angermünde ist an Stelle des verstorbenen Oberförsters a. D. Staevie zu Forst Joachimsthal der Königl. Oberförster von Hövel zu Grömmig zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XVII. Amt Joachimsthal ernannt worden.

Der Förster Schelp zu Forsthaus Zedlig in der Oberförsterei Potsdam ist vom 1. Mai d. J. ab nach der Försterei Bornstädt in demselben Forstreviere versetzt worden.

Die unter Königlichem Patronat stehende, mit der Superintendenturstelle zu Dahme organisch verbundene Oberpfarrstelle zu Dahme, Diözese Dahme, ist durch das Ableben des Superintendents und Oberpfarrers Fittbogen am 20. Dezember 1884 zur Erledigung gekommen.

Der bisherige Pfarrer an der St. Bartholomäus-Kirche zu Berlin Maximilian Otto Vorberg ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Schöneberg, Diözese Köln-Land, bestellt worden.

Der bisherige Prediger Traugott Johannes Hermann Peronne in Gramzow Ufm. ist zum Pfarrer bei den französisch-reformirten Gemeinden zu Franz-Buchholz und Bernau bestellt worden.

Vakant sind resp. werden: je eine Lehrerstelle zu Riez bei Cöpenick, Inspektion Landkreis Berlin-Teltow, zu Märtensmühle, Inspektion Lützenwalde, Königl. Patronats, zu Fürstenwerder, Inspektion Prenzlau I, Privat-Patronats.

Wiederbesetzt ist: eine Lehrerstelle zu Pankow, Inspektion Landkreis Berlin-Niederbarnim.

Personalveränderungen im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Der Eisenbahn-Güter-Kassirer Heiber in Brandenburg ist definitiv als solcher angestellt worden.

Der Eisenbahn-Güter-Expedient Zahnert in Brandenburg ist definitiv als solcher angestellt.

(Hierzu Vier Oeffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (C. Hays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 10.

Den 6. März

1885.

Reichs-Gesetzblatt.

- (Stück 4.) **Nr. 1582.** Allerhöchster Erlaß, betreffend die Einführung eines vereinfachten Liquidationsverfahrens hinsichtlich des Servises für Kantonnements- und Marschquartier. Vom 29. Januar 1885.
- (Stück 5.) **Nr. 1583.** Bekanntmachung, betreffend die Unfallversicherungspflicht von Arbeitern und Betriebsbeamten in Betrieben, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken. Vom 22. Januar 1885.
- Nr. 1584.** Der gegenwärtigen Nummer des Reichs-Gesetzblatts sind als besondere Beilagen 1) die Anordnung für das Deutsche Reich vom 27. Dezember 1884, 2) die Rückgebühren-Taxe vom 28. Dezember 1884, 3) die Bekanntmachung, betreffend die Zulassungsfristen für ältere Waagen, Meßwerkzeuge, Gewichte und Waagen, vom 30. Dezember 1884 beigelegt.
- (Stück 6.) **Nr. 1585.** Gesetz, betreffend die vorläufige Einführung von Änderungen des Zolltarifs. Vom 20. Februar 1885.
- Nr. 1586.** Bekanntmachung, betreffend die vorläufige Einführung von Eingangszöllen auf Weizen, Roggen, Buchweizen und Gerste. Vom 20. Februar 1885.
- (Stück 7.) **Nr. 1587.** Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1884/85. Vom 18. Februar 1885.
- Nr. 1588.** Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Gartenbaues. Vom 8. Februar 1885.
- (Stück 8.) **Nr. 1589.** Bekanntmachung, betreffend die vorläufige Einführung von Eingangszöllen auf Malz, Schaumweine und Mühlenfabrikate aus Getreide u. Vom 21. Februar 1885.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidiums der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

S. Der bisherige Pastor und Superintendent Johannes Nagel an der Gemeinde der von der Gemeinschaft der Evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheraner zu Rothenburg, dessen Qualifikation nach **Nr. 4** der General-Concession vom 23. Juli 1845 nachgewiesen ist, ist von der Gemeinde eben dieser Lutheraner zu Berlin zum Pastor vocirt und dessen Colation von dem Oberkirchencollegium zu Breslau bestätigt worden.

Potsdam, den 15. Februar 1885.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

Staatsminister Achenbach.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe IX. zu den Schuldverschreibungen der Preussischen Staatsanleihe vom Jahre 1853 betreffend

7. Die Zinscheine Reihe IX. **Nr. 1** bis **8** zu den Schuldverschreibungen der Preussischen Staatsanleihe vom Jahre 1853 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1885 bis 31. März 1889 nebst den Anweisungen zur Abhebung der Reihe X. werden vom 16. März d. J. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hieselbst, Dranienstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichniß zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserl. Postamt Nr. 2 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in

- a. den eigentlichen Bühnenmeisterdienst,
- b. den Dienst als Bauaufseher,
- c. den Dienst als Strom- und Schiffsahrtspolizeiaufseher,
- d. die Ueberwachung der innerhalb seines Bezirks befindlichen Unterbeamten der Wasserbauverwaltung in der Ausübung ihres Dienstes.

Der Lehrling muß in jeder dieser dienstlichen Vorrichtungen ausgebildet werden. In der Regel wird mit der Ausbildung zu a. begonnen, und muß dieselbe acht Monate dauern. Alsdann erfolgt die übrige Ausbildung während 4 Monaten, wovon wenigstens 2 auf den Dienst als Hülfsbauaufseher und 1 auf die Erlernung des Baggermeisterdienstes auf einem Dampfbagger verwendet werden müssen. Die Lehrzeit umfaßt somit in der Regel 12 Monate, wobei diejenigen Zeiten, während welchen eine Ausbildung des Lehrlings wegen Krankheit, Beurlaubung, Ruhen der Bauten im Winter u. etwa nicht stattgefunden hat, nicht mitgerechnet werden dürfen. Die Lehrzeit wird jedoch durch den Regierungspräsidenten kürzer bemessen werden, wenn der Anwärter in der Aufnahmeprüfung Fachkenntnisse nachgewiesen hat.

Die Lehrzeit darf von dem Wasserbauinspektor nur mit Genehmigung des Regierungs-Präsidenten über das angegebene Maß ausgedehnt werden.

§ 5. Während der Lehrzeit darf dem Lehrling ein seinen Leistungen entsprechender Tagelohnsatz bis zu dem Höchstbetrage von 2,50 Mark gewährt werden.

§ 6. Der Wasserbauinspektor hat den Lehrling sorgfältig zu beobachten, um baldmöglichst ein Urtheil über dessen Qualifikation zu erlangen. Er hat, wenn er nach seiner Wahrnehmung über die Befähigung und die dienstlichen Leistungen oder über die dienstliche oder außerdienstliche Führung des Lehrlings zu der Ansicht gelangt, daß die Ausbildung desselben zu einem in jeder Beziehung tüchtigen, brauchbaren und zuverlässigen Bühnenmeister nicht zu erwarten steht, bei dem Regierungs-Präsidenten die Entlassung desselben zu beantragen.

§ 7. Der Lehrling hat nach Ablauf der Lehrzeit vor dem Wasserbauinspektor und auf dessen Aufforderung die Prüfung zum Bühnenmeister abzulegen.

Diese Prüfung zerfällt in eine zweitägige schriftliche und eine unmittelbar darauf folgende eintägige mündliche Prüfung.

In der schriftlichen Prüfung, welche unter Aufsicht erfolgt, hat der Prüfling durch Bearbeitung einiger Aufgaben darzuthun, daß er sich Kenntniß von dem Dienst und den dienstlichen Verrichtungen erworben hat, und ob er sich richtig und ziemlich gewandt auszubilden versteht.

Die Prüfung hat sich auf alle Dienstzweige zu erstrecken, in welchen der Prüfling gemäß § 4 dieser Bestimmungen auszubilden war. Gegenstände der Prüfung sind namentlich:

- 1) der eigentliche Bühnenmeisterdienst in seinem vollen Umfange, also die Pflanzungsarbeiten mit den dabei vorkommenden Nebenarbeiten als Anfertigung von Spreutlagen, Uferbedeckungen, Weiden- und Schiffs-

pflanzungen, die Kenntniß der üblichen Pflanzmaterialien und die Beurtheilung ihrer Beschaffenheit, die Berechnung der zu den Pflanzwerken nebst Zubehör erforderlichen Materialien, die Aufstellung und Abnahme solcher Materialien, die Kenntniß der Geräthe, die Führung der Tage-, Material- und Arbeitsbücher, die Absteckung der Baulinien für Stromregulirungen, Bühnen, Parallelwerke, Uferbedeckungen u., das Ausführen und Auftragen von Peilungen und von kleinen mit einfachen Instrumenten auszuführenden Messungen und Nivellements u. s. w.;

- 2) der Bauaufseherdienst;
- 3) der Baggermeisterdienst und einige Kenntniß von den Einrichtungen der Baggermaschinen und Geräthe;
- 4) die allgemeine Kenntniß von dem Dienst der Schleusenmeister und Brückenwärter;
- 5) der Dienst des Strom- und Schiffsahrtspolizeiaufsehers einschließlich der Kenntniß der Strom- und schiffsahrtspolizeilichen Verordnungen, soweit dieselben für sämtliche dem Regierungs-Präsidenten zu Potsdam unterstellte Wasserstraßen gültig sind.

Ueber den Ausfall dieser Prüfung ist ein Protokoll aufzunehmen und nebst den schriftlichen Probenarbeiten, einem Nachweis über die vorschriftsmäßige Dauer der Lehrlingszeit und einem Gutachten über das Ergebnis der Prüfung dem Regierungs-Präsidenten zur Entscheidung einzureichen.

Wird der Ausfall der Prüfung für genügend erachtet, so stellt der Regierungs-Präsident dem Kandidaten ein Befähigungszeugniß aus und läßt ihn als Bühnenmeister-Aspirant für den Regierungsbezirk Potsdam in der Anwärterliste verzeichnen.

Anderen Falls wird der Kandidat auf ein Jahr behufs Wiederholung der Prüfung zurückgestellt. Es ist nur eine einmalige Wiederholung gestattet.

§ 8. Der Bühnenmeister-Aspirant wird in der Zeit zwischen dem Bestehen der Prüfung bis zu seinem Einrücken in eine etatsmäßige Stelle, soweit thunlich, als Hülfsbühnenmeister, Bauaufseher, Vorarbeiter oder in einer sonstigen seiner Ausbildung und Befähigung entsprechenden Stellung unter Gewährung eines angemessenen Lohnsatzes beschäftigt werden. Einen Anspruch auf eine solche Beschäftigung hat derselbe jedoch nicht.

Potsdam, den 10. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Z i e h e n.

68. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Schmiedemeisters David zu Buchow-Carpzow im Kreise Westhavelland ausgebrochen.

Potsdam, den 20. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

69. Die Maul- und Klauenseuche ist unter den Rindviehbeständen der Bauern Krause zu Garlig und Reineke zu Buchow im Kreise Westhavelland ausgebrochen.

Potsdam, den 22. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Aufnahme in die Lehrerinnen-Bildungsanstalten zu Droyßig betr.

6. Nachstehende

Bekanntmachung.

Die diesjährige Aufnahme von Zöglingen in die evangelischen Lehrerinnen-Bildungsanstalten zu Droyßig bei Zeitz wird in der ersten Hälfte des Monats August stattfinden.

Die Meldungen für das Gouvernanten-Institut sind bis zum 1. Juni d. J. unmittelbar bei mir, diejenigen für das Lehrerinnen-Seminar bis zum 1. Mai d. J. bei der betreffenden königlichen Regierung, bezw. zu Berlin und in der Provinz Hannover bei den königlichen Provinzial-Schul-Kollegien anzubringen.

Der Eintritt in die Erziehungsanstalt für evangelische Mädchen (Pensionat) daselbst soll in der Regel zu Ostern oder zu Anfang August erfolgen. Die Meldungen sind an den Seminar-Direktor Krüßinger zu Droyßig zu richten.

Die Aufnahme-Bedingungen ergeben sich aus den im Centralblatte für die Unterrichts-Verwaltung pro 1880 Seite 454 veröffentlichten Nachrichten über die Anstalten zu Droyßig, von welchen besondere Abdrücke von dem Direktor Krüßinger auf portofreie Anfragen mitgetheilt werden.

Berlin, den 10. Februar 1885.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage: gez. Barthausen.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Die Einreichung der Gesuche muß durch den zuständigen Herrn Kreis-Schulinspektor erfolgen. Die den Gesuchen beizufügenden Atteste u. sind im Amtsblatt von 1882, Seite 104, speziell angegeben.

Potsdam, den 23. Februar 1885.

Königl. Regierung,
Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Bekanntmachung.

betreffend die Anmeldung unfallversicherungsspflichtiger Vaubetriebe
Vom 11. Februar 1885

22. Laut Bekanntmachung im Reichs-Gesetzblatt Nr. 5 Seite 13, hat der Bundesrath auf Grund des § 1 Abs. 8 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884, Reichs-Gesetzblatt Seite 69, beschlossen:

Arbeiter und Betriebsbeamte, welche von einem Gewerbetreibenden, dessen Gewerbebetrieb sich auf die Ausführung von Läger-, Verputzer- (Weißbinder-), Gypfer-, Stuckateur-, Maler- (Anstreicher-), Glaser-, Klempner- und Lackirer-Arbeiten bei Bauten, sowie auf die Anbringung, Abnahme, Verlegung und Reparatur von Abzuleitern erstreckt, in diesem Be-

triebe beschäftigt werden, für versicherungspflichtig zu erklären.

Gemäß § 11 des Unfallversicherungsgesetzes hat daher jeder Unternehmer eines der vorgenannten Betriebe denselben unter Angabe des Gegenstandes und der Art des Betriebes, sowie der Zahl der durchschnittlich darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen binnen einer vom Reichs-Versicherungsamt zu bestimmenden Frist bei der unteren Verwaltungsbehörde anzumelden.

Diese Frist wird hiermit auf die Zeit bis zum

2. März d. J. einschließlich

festgesetzt.

Welche Staats- oder Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörden im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes anzusehen sind, ist von den Centralbehörden der Bundesstaaten in Gemäßheit des § 109 des genannten Gesetzes seiner Zeit bestimmt und öffentlich bekannt gemacht worden.

Im Uebrigen wird wegen der Anmeldung auf den nachstehend abgedruckten § 11 des genannten Gesetzes, sowie auf das beigelegte Anmeldeformular hingewiesen.

Berlin, den 11. Februar 1885.

Das Reichs-Versicherungsamt.

Böökler.

§ 11 des Unfallversicherungsgesetzes.

Jeder Unternehmer eines unter den § 1 fallenden Betriebes hat den letzteren binnen einer von dem Reichs-Versicherungsamt zu bestimmenden und öffentlich bekannt zu machenden Frist unter Angabe des Gegenstandes und der Art desselben, sowie der Zahl der durchschnittlich darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen bei der unteren Verwaltungsbehörde anzumelden.

Für die nicht angemeldeten Betriebe hat die untere Verwaltungsbehörde die Angaben nach ihrer Kenntniß der Verhältnisse zu ergänzen.

Dieselbe ist befugt, die Unternehmer nicht angemeldeter Betriebe zu einer Auskunft darüber innerhalb einer zu bestimmenden Frist durch Geldstrafen im Betrage bis zu einhundert Mark anzuhalten.

Die untere Verwaltungsbehörde hat ein nach den Gruppen, Klassen und Ordnungen der Reichs-Berufs-Statistik geordnetes Verzeichniß sämtlicher Betriebe ihres Bezirks unter Angabe des Gegenstandes und der Art des Betriebes, sowie der Zahl der darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen aufzustellen. Das Verzeichniß ist der höheren Verwaltungsbehörde einzureichen und von dieser erforderlichenfalls hinsichtlich der Einreichung der Betriebe in die Gruppen, Klassen und Ordnungen der Reichs-Berufs-Statistik zu berichtigen.

Die höhere Verwaltungsbehörde hat ein gleiches Verzeichniß sämtlicher versicherungspflichtigen Betriebe ihres Bezirks dem Reichs-Versicherungsamt einzureichen.

Formular für die Anmeldung.
 Staat Kreis (Amt)
 Regierungsbezirk Gemeinde- (Guts-) Bezirk
 Anmeldung
 auf Grund des § 11 des Unfallversicherungsgesetzes.

Name des Unternehmers (Firma).	Gegenstand des Betriebs. *)	Zahl der durchschnittlich beschäftigten versicherungspflichtigen Personen. **)	Bemerkungen.

den 1885.
 (Unterschrift des zur Anmeldung Verpflichteten.)

*) Nur solche Betriebe, welche sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken, sind anzumelden; doch ist nicht erforderlich, daß die Arbeiter ausschließlich bei Bauarbeiten beschäftigt werden.

**) Die Anmeldung hat auch dann zu erfolgen, wenn weniger als 10 versicherungspflichtige Personen (Arbeiter und solche Betriebsbeamte, deren Jahresarbeitsverdienst an Gehalt oder Lohn Zweitausend Mark nicht übersteigt) beschäftigt werden.

Auf Ansuchen des Reichs-Versicherungsamts wird die vorstehende Bekanntmachung mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß die Unternehmer der vorstehend bezeichneten versicherungspflichtigen Gewerbebetriebe binnen obiger Frist die Anmeldung bei der mit den Obliegenheiten der unteren Verwaltungsbehörde im Sinne des oben gedachten Gesetzes betrauten Abtheilung II. des Polizei-Präsidiums und zwar durch Vermittelung desjenigen Polizei-Revisors, in welchem die Betriebe liegen, zu bewirken haben. Berlin, den 17. Februar 1885.
 Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Die Anmeldungen zum Anschluß an die Stadtfernsprecheinrichtungen betreffend.

S. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 4. Januar, betreffend die Anmeldungen zum Anschluß an die Stadtfernsprecheinrichtungen, mache ich noch besonders darauf aufmerksam, daß Anmeldungen, welche mir nach dem 1. März dieses Jahres zugehen, sofern nicht besondere Umstände eine Ausnahme gerechtfertigt erscheinen lassen, erst mit Beginn der nächstjährigen Bauperiode ausgeführt werden können.

Potsdam, den 18. Februar 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
 Geheime Postrath Bahl.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot von Schulverschreibungen.

G. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß in dem Nachlasse des zu Leipzig verstorbenen Defonomen Ludwig Hering aus Schönditz die Schulverschreibungen der konsolidirten 4 %igen Staatsanleihe lit. B. Nr. 203 596, 203 597 und 203 598 über je 2000 M. angeblich vermißt werden. Es werden Diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt Elze zu Halle a./S. anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 16. Februar 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Josel Fleischer, Tagearbeiter,	geboren am 14. März 1854 zu Goldendöls, Bezirk Trautenau, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig,	schwere Diebstähle im Rückfall (5 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 8. Oktober 1879),	Königlich Preussischer Regierungs-Präsident zu Liegnitz,	6. Oktbr. 1884.
2	Peter Jakob Jürgensen, Dienstknecht,	geboren am 8. Februar 1846 zu Hagenbrup auf Fühnen, Dänemark, ebendasselbst ortsangehörig,	zweimaliger Diebstahl im Rückfall (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 2. November 1882),	Königlich Preussische Regierung zu Schleswig,	7. November 1884.
3	Stanislaus Koslowski, ohne Stand,	27 Jahre, geboren und ortsangehörig in Moylag, Gouvernement Wilna, Rußland,	vorsätzliche Brandstiftung (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 17. Februar 1882),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Königsberg,	28. Januar 1885.

1. Lauf. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
2.	3.	4.	5.	6.	
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Friedrich Jeklika, Bäder,	geboren am 9. April 1857 zu Böhmisch- Leipa, Bezirk Leitme- rig, Böhmen, eben- daselbst ortsangehörig,	Nichtbeschaffung eines Un- terkommens	Königlicher Polizei- präsident zu Berlin,	12. Novbr. 1884.
2	Augustin Blayda, Arbeiter	geboren im Februar 1866 zu Eipel, Bezirk Jaromer, Böhmen, ebendaselbst ortsange- hörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	14. Januar 1885.
3	Anton Haller, Arbeiter,	geboren im April 1866 zu Pösta, Bezirk Neu- stadt a. Mettau, Böh- men, ebendaselbst orts- angehörig,	desgleichen.	derselbe,	desgleichen,
4	Martin Seifert, Gärtner,	geboren am 2. Februar 1861 zu Bukarest, Rumänien, ebendaselbst ortsangehörig,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Duppeln,	27. Dezember 1884.
5	Paul Jatta, Müller,	26 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Mi- llau, Bezirk Jablunka, Oesterreich-Schlesien,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	2. Januar 1885.
6	Jens Christian Pesseldahl, Horndrechsler,	34 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Thi- sted, Dänemark,	desgleichen,	Königlich Preussische Landdrostei Stade,	18. Dezember 1884.
7	Wolfgang Guttman, Religionslehrer,	60 Jahre, geboren und ortsangehörig, in Sal- go, Komitat Saros, Ungarn,	Landstreichen,	Königlich Preussische Regierung zu Wies- baden,	7. Januar 1885.
8	Anton Babinsky, Schiffbauer,	geboren am 15. August 1846 zu Krammel, Bezirk Böhmisch-Lei- pa, ortsangehörig in Oberseblitz, ebenda- selbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Sächsische Kreishauptmann- schaft Dautzen,	31. Dezember 1884.
9	Franz Josef Felder, Keller,	geboren 1834 zu Escholz- matt, Kanton Luzern, Schweiz,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	27. Dezember 1884.
10	Vittore Garcella, Schuhmacher,	geboren am 1. März 1859 zu St. Antonio di Lusa, Italien,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	3. Januar 1885.
11	Julius Ferdinand Marillier, Kommis,	geboren am 24. Mai 1856 zu Mornay, De- partement côte d'or, Frankreich,	Landstreichen und Fäl- schung des Arbeitsbuchs,	derselbe,	6. Januar 1885.
12	Etwel Griliches, Fleischer,	geboren am 18. Juni 1844 zu Wilna, Ruß- land, ortsangehörig in Petersburg, ebenda- selbst,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungs-Präsi- dent zu Marienwer- der.	27. Januar 1885.

Vermischte Nachrichten.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Rang. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:					
1	Johann Bawol, Arbeiter	geboren 1859 zu Porabla, Bezirk Biala, Galizien, ebendaselbst ortsangehörig,	schwerer Diebstahl (1 Jahr Zuchthaus laut Erkenntniß vom 12. Januar 1884),	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	2. Dezember 1884.
b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Fedor Smirnow, Schlosser,	geboren im November 1858 zu Sifagist, Gouvernement Kasan, Rußland, ebendaselbst ortsangehörig,	Diebstahl, Sachbeschädigung und Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Gumbinnen,	19. Januar 1885.
2	Ernst Kortlau, Büchsenmacher,	geboren am 23. Oktober 1858 in Saffmarfen, Rußland, ortsangehörig in Riga, ebendaselbst, zuletzt wohnhaft in Adl. Liebenau bei Pelpin, Regierungsbezirk Danzig,	Landstreichen,	derselbe,	22. Januar 1885.
3	Julius Pachonski, Kaufmann,	geboren am 16. Februar 1855 zu Skawina, Kreis Wadowice, Bezirk Wieliczka, Galizien, ebendaselbst ortsangehörig,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlicher Polizeipräsident zu Berlin,	12. Januar 1885.
4	Benzel Richter, Schuhmacher,	33 Jahre, geboren und ortsangehörig in Pettau, Böhmen,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg,	21. Januar 1885.
5	Die Zigeuner: a. Aloysia und b. Raymund Burianski,	zu a. 19 Jahre, zu b. 16 Jahre, beide geboren und ortsangehörig in Strzyp, Bezirk Troppau, Oesterreichisch-Schlesien,	a. Landstreichen und Betteln, b. Landstreichen und falsche Namensangabe,	Königl. Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	24. Januar 1885.
6	Franz Koschusky, Arbeiter,	geboren am 20. Mai 1867 zu Przeglaw, Bezirk Radomisz, Galizien, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	27. Januar 1885.
7	Franz Kopista, Arbeiter,	33 Jahre, geboren in Grabowo, Gouvernement Bendzin, Russisch-Polen,	Diebstahl, Landstreichen und Führung falschen Namens,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	13. Dezember 1884.

Zanf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
8	Robert Raabe, Seilergeselle,	geboren am 20. Juli 1845 zu Jauernig, Bezirk Freiwaldau, Oesterreichisch-Schlesien, ebendaselbst orts- angehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	30. Dezember 1884.
9	Ludwig Alexander Lisi, Goldarbeiter und Zahntechniker,	geboren am 23. März 1851 zu Puos, Pro- vinz Venedig, Italien, ebendaselbst ortsange- hörig,	Landstreichen,	derselbe,	9. Januar 1885.
10	der Zigeuner Franz Thomande, Schuljunge,	ca. 16 Jahre, geboren und ortsangehörig in Dworz, Bezirk Os- wiecim, Galizien,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	10. Januar 1885.
11	Karl Ruszkowski, Schornsteinfeger,	geboren am 13. Juni 1849 zu Drocyno, Bezirk Petrikau, Ruf- fisch-Polen,	desgleichen.	derselbe,	17. Januar 1885.
12	Ludwig Koszkowski, Bierbrauergehülfe,	39 Jahre, geboren und ortsangehörig in Tom- rowisch, Gouvernement Ploß, Russisch-Polen,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussische Landdrostei Stade,	20. Novbr. 1884.
13	Kaspar Dechselin, Dachdecker-Geselle,	22 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Ein- siedeln, Kanton Schwyz, Schweiz,	Landstreichen und Betteln,	derselbe Behörde,	7. Januar 1885.
14	Gottlieb Lienhard, Landwirth,	27 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Buchs, Kanton Nar- gan, Schweiz,	desgleichen,	Königlich Preussische Regierung zu Wies- baden,	20. Januar 1885.
15	Josef Spätchen, Handlanger,	geboren am 8. Februar 1863 zu Baubach, Gemeinde Bruchhau- sen, Niederlande, eben- daselbst ortsangehörig, zuletzt wohnhaft in Neuwert, Kreis M. Glabbe,	desgleichen,	Königlich Preussische Regierung zu Düsseldorf,	6. Januar 1885.
16	Adolf Knöbel, Schreiner,	geboren am 18. Sep- tember 1844 zu Neu- stadt, Böhmen, eben- daselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	derselbe Behörde,	desgleichen.
17	August Pilsner, Tagelöhnersohn,	geboren am 20. Juni 1872 zu Seebach, Amtsgericht Hengers- berg, Bayern, orts- angehörig in Berg- reichenstein, Bezirk Schüttenhofen, Böh- men,	Diebstahl, Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Regen,	10. Oktbr. 1884.

Auf. Nr. 1.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.	4.	5.	6.
18	Andreas Harrant, Tagelöhnerssohn,	geboren am 11. Februar 1872 zu Bergreichen- stein, Böhmen, ebenda- selbst ortsangehörig,	Diebstahl, Landstreichen, Betteln und falsche Na- mensangabe,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Regen,	10. Oktobe 1884.
19	Stefan Häbwer, Bergolber,	30 Jahre, geboren und ortsangehörig in Press- burg, Ungarn,	Landstreichen und Betteln,	Stadtmagistrat Deg- gendorf, Bayern,	23. Dezemb 1884.
20	Theresa Rieb, Tagelöhnerin,	geboren am 15. Oktober 1846 zu Grafenrieb, Bezirk Bischofteinitz, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, zuletzt wohnhaft in Lands- hut, Bayern,	Hehlerei und Landfrei- den,	Stadtmagistrat Landsbut, Bayern,	12. Januar 1885.
21	Anton Michel, Tagearbeiter,	geboren am 6. März 1847 zu Tannendorf bei Jedlina, Bezirk Jicin, Böhmen, eben- daselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Dautzen,	10. Januar 1885.
22	Gottfried Mettler, Handlungskomtorist,	geboren am 8. Novem- ber 1856 zu Hall, Vorarlberg, Tirol, ortsangehörig in St. Johann, Bezirk Ritz- bühl, Tirol,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich Hessi- sches Kreisamt Mainz,	5. Dezemb 1884.
23	Josef Dedek, Bädergehilfe,	geboren am 1. Mai 1861 zu Baezowec, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	17. Januar 1885.
24	Adrian Hanselmann, Knecht,	geboren am 23. Sep- tember 1850 zu St. Gallen, Schweiz, eben- daselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	3. Januar 1885.
25	Lazarus Gutmann, Maler,	geboren im Oktober 1847 zu Minsk, Ruß- land,	Landstreichen,	derselbe,	9. Januar 1885.
26	Johann Emil Bullschläger, Schuhmacher,	geboren am 29. Januar 1853 zu Jofingen, Kan- ton Aargau, Schweiz,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	desgleichen,
27	Giovanni Loner, Erbarbeiter,	46 Jahre, geboren zu Giovio, Bezirk Trento, Tirol,	Landstreichen,	derselbe,	13. Januar 1885.
28	Angelo Pelegriani, Erbarbeiter,	46 Jahre, geboren zu Giovio, Bezirk Trento, Tirol,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
29	Jakob Binstans (Bingtemp), Schlosser,	geboren am 15. Mai 1849 zu Paris, Frank- reich,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
30	Heinrich Alexis Guedon, Knecht,	geboren am 21. Januar 1861 zu Fleurance, Departement Gers, Frankreich,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	20. Januar 1885.

Nr. 1.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungsbefchlusses.
	2.	3.	4.	5.	6.
31	Josef Charton, ohne Gewerbe,	geboren im April 1826 zu Foulcrey, Bezirk Lothringen, durch Op- tion Franzose, ortsan- gehörig in Villeneuve le Roy, Departement Yonne, Frankreich,	Landstreichen und Betteln,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	20. Januar 1885.
32	Karl Gerhardt, Schneidergeselle,	geboren am 17. August 1864 zu Brittnau, Kanton Aargau, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	23. Januar 1885.
33	Karl Hermann Emil Stande, Handschuhmacher,	geboren am 8. Mai 1856 zu Kopenhagen, Dänemark,	Landstreichen,	derselbe,	27. Januar 1885.
34	Andreas Frei, Schlosser,	geboren am 26. De- zember 1849 zu Annen- stein, Bezirk Brugg, Kanton Aargau, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Großherzoglich Säch- sischer Direktor des III. Verwaltungsbe- zirks zu Eisenach,	10. Februar 1885.
35	Karl Lemmel, Kellner und Tagelöhner,	geboren am 18. Fe- bruar 1847 zu Wint- tersfeld, Bezirk Mureck, Steiermark, ortsan- gehörig in Liffenberg, Oesterreich,	Landstreichen und Ge- brauch eines falschen Namens,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	3. Dezember 1884.
36	Josef Zarembecke, Gärtner,	geboren am 4. Juli 1827 zu Tournée, Belgien,	Landstreichen,	derselbe,	9. Januar 1885.
37	Franz Anton Gschwend, Schlosser,	geboren am 26. April 1851 zu St. Fiden, Kanton St. Gallen, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	20. Januar 1885.
38	Johann Baptist Hausberg, Tagelöhner,	geboren am 1. Mai 1849 zu Giromagny, Bezirk Velfort, Frank- reich,	Landstreichen,	derselbe,	26. Januar 1885.
39	Louis Mund, Bäder,	geboren am 13. Novem- ber 1855 zu Zürich in Algerien (Frank- reich), ortsangehörig in Algier,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
40	Peter Berta, Maurer,	geboren am 23. De- zember 1842 zu San Marino, Italien, eben- dasselbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
41	Jeannette Biret, ohne Stand,	geboren am 16. Fe- bruar 1853 zu Scey sur Saône, Frankreich,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,

Zanf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
42	Alois Rübesch, Kellner,	geboren am 26. Juni 1867 zu Mählfhausen, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg,	2. Januar 1885.
43	Johann Leuenberger, Schneider,	geboren am 15. Februar 1844 zu Eriswyl, Gemeinde Urfenbach, Kanton Bern, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	6. Februar 1885.
44	Christian Richard, Kellner,	geboren am 28. September 1846 zu Affoltern, Kanton Bern, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
45	Johann Riffer, Tagelöhner,	geboren am 25. Januar 1821 zu Ettingen, Eurenburg,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Reg,	4. Februar 1885.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Communalbezirks-Veränderung.

A. Die Schulgemeinde Wilmersdorf hat die Kartenblatt **Nr. 4** Parzelle **N. 181/18** verzeichnete, in Wilmersdorf belegene domainenfiskalische Dorfstraßenparzelle in Größe von 16 □ M. von dem königlichen Domainenfiskus erworben. Auf Antrag der königlichen Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten zu Potsdam und mit Zustimmung der Betheiligten, genehmigen wir auf Grund des § 25 des Zuständigkeitsgesetzes die Ausscheidung dieser Parzelle aus dem domainenfiskalischen Gutsbezirk Löhmke und deren Einverleibung in den Bezirk der Gemeinde Wilmersdorf. Freientwalde a./D., den 23. Februar 1885.
Der Kreis-Ausschuss des Kreises Ober-Barnim.

(Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gahn'schen Erben (G. Gahn, Hof-Buchdrucker).



Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 11.

Den 13. März

1885.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Verloosung von Pferden u. in Neubrandenburg.

74. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 11. Februar d. J. dem Comité für den Zuchtmarkt für edlere Pferde zu Neubrandenburg im Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz die Erlaubniß

zu ertheilen geruht, zu der in Verbindung mit dem diesjährigen Zuchtmarke von ihm zu veranstaltenden, seitens der Großherzoglichen Landesregierung genehmigten öffentlichen Verloosung von Equipagen, Pferden u. auch im diesseitigen Staatsgebiete und zwar im ganzen Umfange desselben Loose vertreiben zu dürfen.

Potsdam und Berlin, den 4. März 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

75. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Januar 1885 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Potsdam.	Baumgartenbrück.	Brandenburg.		Rathenow.		Havelberg.	Mauerbrücke.
	Ober-N. N.	Unter-N. N.	Ober-N. N.	Unter-N. N.			Ober-N. N.	Unter-N. N.	Ober-N. N.	Unter-N. N.		
	Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.			Wasser.	Wasser.	Wasser.	Wasser.		
Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.
1	32,96	32,14	2,80	1,76	1,70	1,14	2,34	2,10	1,94	1,74	3,20	2,50
2	32,92	32,18	2,78	1,84	1,70	1,16	2,36	2,10	1,96	1,76	3,14	2,50
3	32,86	32,04	2,72	1,82	1,72	1,16	2,36	2,16	1,96	1,76	3,06	2,50
4	32,80	31,96	2,70	1,70	1,72	1,18	2,34	2,14	2,16	1,82	2,88	2,50
5	32,74	31,90	2,68	1,74	1,72	1,20	2,30	2,12	2,12	1,86	2,84	2,50
6	32,74	31,80	2,62	1,72	1,72	1,20	2,28	2,12	2,20	1,86	2,80	2,50
7	32,74	31,82	2,58	1,70	1,72	1,20	2,32	2,14	2,04	1,84	2,78	2,50
8	32,74	31,84	2,62	1,66	1,70	1,20	2,34	2,16	2,00	1,80	2,80	2,50
9	32,72	31,84	2,68	1,62	1,68	1,18	2,32	2,14	2,00	1,80	2,86	2,52
10	32,72	31,84	2,60	1,70	1,68	1,18	2,32	2,10	2,00	1,80	2,86	2,52
11	32,74	31,82	2,60	1,60	1,68	1,18	2,30	2,12	1,98	1,78	2,82	2,54
12	32,76	31,82	2,58	1,70	1,68	1,18	2,34	2,14	1,96	1,76	2,76	2,54
13	32,78	31,82	2,60	1,66	1,68	1,18	2,36	2,16	1,96	1,76	2,76	2,56
14	32,76	31,84	2,60	1,68	1,68	1,18	2,38	2,18	1,94	1,74	2,76	2,56
15	32,74	31,86	2,60	1,70	1,68	1,16	2,36	2,20	1,96	1,76	2,74	2,58
16	32,72	31,88	2,62	1,70	1,68	1,16	2,38	2,20	1,98	1,78	2,72	2,58
17	32,72	31,72	2,60	1,70	1,66	1,16	2,42	2,18	2,00	1,80	2,70	2,60
18	32,72	31,56	2,62	1,56	1,66	1,16	2,36	2,18	2,00	1,80	2,68	2,60
19	32,74	31,40	2,60	1,66	1,68	1,16	2,30	2,18	1,90	1,70	2,66	2,62
20	32,70	31,64	2,60	1,70	1,68	1,16	2,28	2,14	1,78	1,58	2,60	2,62
21	32,60	31,90	2,60	1,78	1,68	1,16	2,26	2,10	1,80	1,58	2,52	2,62
22	32,56	31,84	2,60	1,78	1,68	1,16	2,26	2,10	1,94	1,74	2,42	2,60
23	32,52	31,74	2,60	1,72	1,68	1,14	2,26	2,10	2,00	1,80	2,32	2,58
24	32,50	31,68	2,60	1,70	1,68	1,14	2,26	2,10	2,04	1,84	2,30	2,56
25	32,50	31,66	2,62	1,58	1,66	1,12	2,30	2,12	2,04	1,84	2,28	2,54
26	32,50	31,64	2,64	1,74	1,64	1,12	2,34	2,12	2,04	1,84	2,32	2,52
27	32,48	31,60	2,66	1,64	1,64	1,12	2,34	2,16	2,02	1,82	2,78	2,52
28	32,46	31,56	2,60	1,66	1,60	1,12	2,34	2,16	2,00	1,80	2,80	2,52
29	32,46	31,54	2,56	1,66	1,60	1,12	2,34	2,18	2,00	1,80	2,82	2,52
30	32,44	31,52	2,66	1,54	1,60	1,12	2,32	2,16	2,00	1,80	3,14	2,54
31	32,44	31,50	2,60	1,56	1,60	1,12	2,30	2,14	2,00	1,80	2,94	2,54

Potsdam, den 7. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

76.

Nachweisung der Marktpreise.

Raufende Nr.	Namen der Städte	Getreide										Uebrige Marktpreise			
		Es kosten je 100 Kilogramm										Es			
		Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen	Grünebohnen	Linfen	Kartoffeln	Nichtstroh	Krummstroh	Heu	Rindfleisch		
		M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	von der	Hand-	fleisch
1	Angermünde	16 50	13 75	12 67	14 42	31	34 50	36	5 16	4 75	3	6	1 40	1 10	
2	Beeskow	—	13 67	15 20	15	30	40	45	4 40	4	—	6 20	1 30	1 20	
3	Bernau	16 23	14 49	15 50	15 11	29	36	39	5 32	4 13	—	5	1 25	1 10	
4	Brandenburg	16 11	14 68	14 13	15 13	25	26	28	4 18	3 50	—	5	1 20	1	
5	Dahme	15 71	13 28	12 85	13 93	40	50	50	3 25	3 50	2	7 50	1	1	
6	Eberswalde	16	13 50	16 17	15	23 50	27	33	4 50	4	—	4 50	1 28	1	
7	Kriesack	—	14 25	—	14 50	31	34	40	3 75	3 25	—	4	1 30	1 05	
8	Havelberg	15 30	13 50	13 35	14 50	19	34	35	3 75	3	2 50	4 50	1 20	1	
9	Jüterbog	16 25	14 75	14	14 50	32	34	44	5	3 75	—	6 50	1 20	1 10	
10	Luderswalde	15 92	13 97	12 86	13 99	35	35	45	4 50	3 25	—	5	1 20	1 20	
11	Perleberg	16 13	13 94	14 13	13 75	15 78	33	43	3 50	4 15	—	5 23	1 40	1 10	
12	Potsdam	16 17	14 57	15 83	15 30	29 50	36 25	37 75	4 41	3 90	—	4 46	1 40	1 10	
13	Prenzlau	16 21	13 79	13 91	13 92	29 25	34	43	4 50	4 50	3 50	4 25	1 15	1	
14	Prignitz	15 40	13 40	14 13	12 79	16 50	31	32	3 04	3 25	2 75	3 80	1 30	1 05	
15	Rathenow	15 22	13 81	13 69	13 47	32	32 25	40	3 21	2 88	—	3 50	1 40	1 20	
16	Neu-Müppin	16	13 75	14 35	14 25	32	30	44	3 56	4	—	5	1 10	95	
17	Schwedt	16	14 75	13	15	33 33	40	33 33	4 50	3 90	—	5 50	1 40	1 20	
18	Spandau	—	15 28	14 75	15 95	24 50	35	32 50	4 50	4 25	—	4 75	1 40	1 20	
19	Strasberg	16 17	14 20	15 25	16 42	25	33 50	35	4	5	—	7	1 20	1 10	
20	Teltow	16 42	14 49	15 47	15 02	31	37	39	5 25	4 50	—	4 90	1 23	1 08	
21	Templin	15	13	13	14	24	44	50	3	3	—	4	1 20	1	
22	Treuenbrietzen	15 60	13 75	12 23	14 13	26	26	30	4	3	—	4	1 20	1	
23	Wittstock	15 75	13 79	13 67	13 63	16 25	30	34	2 97	3 06	2	3 71	1	90	
24	Wriezen a. D.	15 32	13 64	13 34	14 50	24	29	34	3 99	3 10	2 10	4 50	1 30	1 10	
Durchschnitt		15 88	14	15 06	14 51	—	—	—	4 09	3 73	—	4 92	—	—	—
Potsdam, den 9. März 1885.															

Verlosung von Kunstwerken.

77. Der Herr Minister des Innern hat unterm 20. Februar d. J. dem Berliner Comité zur Unterstützung der Opfer der Erdbeben in Spanien die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit einer Ausstellung eigenhändiger Arbeiten deutscher Künstler, bestehend in Deliskizzen, Aquarellen, Handzeichnungen, Albumblättern und plastischen Kunstgegenständen, eine öffentliche Verlosung der gedachten Kunstwerke zu veranstalten und die bis zur Höhe von 20000 Stück à 1 M. auszugebenden Lose im diesseitigen Staatsgebiete abzusetzen.

Potsdam und Berlin, den 2. März 1885.

Der Regierungspräsident. Der Polizei-Präsident.

Viehseuchen.

78. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Gutes Brunsdorf im Kreise Teltow und des Bauerntumsbesizers Lieside zu Hoppenrade im Kreise Osthavelland ausgebrochen, in den bäuerlichen Rindvieh-

beständen zu Tremmen im Kreise Westhavelland dagegen erloschen. Potsdam, den 4. März 1885.

Der Regierungspräsident.

79. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Dominiums Schönfeld im Kreise Teltow ausgebrochen.

Potsdam, den 7. März 1885.

Der Regierungspräsident.

80. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Gutes Blankenfelde im Kreise Niederbarnim ausgebrochen.

Potsdam, den 9. März 1885.

Der Regierungspräsident.

81. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Schmiedemeisters Deuster zu Ribbeck und des Domainenpächters Stolze zu Liegow im Kreise Westhavelland ausgebrochen, hat sich in Hoppenrade im Kreise Osthavelland von dem Vieh des Bauern Lieside



Preise im Monat Februar 1885.

Artikel						Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats													
kostet je 1 Kilogramm						Es kostet je 1 Kilogramm													
Schweine- fleisch	Kalbfleisch	Lammfleisch	Speck	Butter	Ein Schiff Gier	Mehl		Gersten =		Buchweizen- grübe	Hafergrübe	Hirse	Reis, Java	Java-Kaffee mittler gelber in gebr. Bohnen		Speisefalz	Schweine- schmalz, hiesig.		
						Weizen Nr. 1.	Roggen Nr. 1.	Granne	Grübe					M. Pf.	M. Pf.				
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
1 10	— 90	1 10	1 60	2 10	3 20	30	25	45	40	40	50	60	55	2 40	3 —	20	1 60		
1 20	1 —	1 —	2 —	2 20	4 —	40	30	60	60	60	80	60	60	3 20	3 60	20	2 —		
1 20	1 25	1 15	2 40	1 70	3 45	40	25	45	50	50	40	60	45	2 80	2 20	20	1 60		
1 10	— 90	1 10	1 80	2 40	3 75	40	30	50	50	50	50	50	50	2 40	3 20	20	1 60		
1 —	— 80	1 —	1 —	1 80	2 80	32	26	60	60	40	—	50	50	2 80	3 60	20	1 40		
1 20	1 —	1 —	1 80	2 40	3 45	28	26	60	60	50	—	60	60	3 —	3 60	20	1 80		
1 25	— 90	1 25	1 80	2 40	4 —	40	30	60	60	60	60	60	60	2 60	3 40	20	1 80		
1 —	1 —	1 —	1 60	2 —	2 70	40	30	80	—	60	65	60	60	3 80	3 80	20	1 80		
1 20	— 95	1 20	1 80	2 20	4 —	26	20	60	65	70	70	60	60	3 —	3 60	20	1 80		
1 10	— 85	1 20	1 60	1 90	3 20	36	24	50	40	40	60	36	28	2 60	3 20	20	1 40		
1 30	1 15	1 15	1 95	1 81	3 —	50	36	60	60	50	60	50	55	3 40	3 60	20	2 —		
1 30	1 20	1 20	1 60	2 05	3 54	37	27	50	50	45	45	45	50	2 90	3 20	20	1 60		
1 10	— 85	1 10	1 70	2 —	3 20	28	26	60	40	60	60	60	70	3 20	3 60	20	2 —		
1 10	— 85	1 —	1 65	1 73	2 51	25	20	40	40	40	50	40	60	2 80	3 20	20	1 60		
1 40	1 —	1 20	1 80	2 60	2 80	27	21	50	50	50	55	50	60	2 90	3 60	20	2 —		
1 20	1 05	1 18	1 70	2 10	3 18	30	24	50	50	60	50	50	60	3 —	3 40	20	1 60		
1 20	— 95	1 20	2 —	1 80	3 20	30	25	60	40	40	60	50	70	2 70	3 60	20	2 —		
1 30	1 20	1 30	1 60	2 40	3 —	35	25	60	60	50	60	50	60	2 80	3 20	20	1 60		
1 20	1 10	1 20	1 60	2 40	4 10	40	26	55	50	45	60	50	60	2 40	3 20	20	1 40		
1 20	1 30	1 15	1 80	2 53	3 91	50	40	70	60	50	60	50	63	3 20	3 60	20	1 70		
1 —	— 80	1 —	1 60	1 80	3 —	34	30	60	60	50	60	60	50	2 80	3 20	20	1 50		
1 20	— 90	1 20	2 —	2 —	3 70	33	21	46	41	—	60	40	—	2 80	3 40	20	2 —		
— 95	— 69	— 95	1 80	1 81	2 58	26	21	50	50	40	50	50	50	2 40	2 80	20	1 60		
1 15	1 10	1 15	1 60	2 05	3 15	21	21	50	40	50	60	50	50	3 20	3 60	20	1 60		
Der Regierungs-Präsident.																			

Der Regierungs-Präsident.

auf dasjenige des Bauern Kleffen verbreitet und ist in dem Viehbestande des Schmiedemeisters David zu Buchow-Carpzow in demselben Kreise erloschen.

Mit der Räude befallen ist ein Pferd des Droschkensuhrmanns Wartenberg zu Weissensee bei Berlin, ein zweites Pferd desselben ist dieser Krankheit verdächtig. Potsdam, den 10. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Wahl der Kuratoren und deren Stellvertreter für die Elementar-Lehrer-Wittwen- und Waisenklasse des Regierungsbezirks Potsdam.

S. Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß zu Kuratoren der Elementar-Lehrer-Wittwen- und Waisenklasse für den Regierungsbezirk Potsdam auf die drei Etatsjahre vom 1. April 1885 bis Ende März 1888 in Gemäßheit des § 14 der revidirten Statuten dieser Klasse

1) der Hauptlehrer Gertz in Potsdam,

2) der Lehrer Zemlin in Friedrichsfelde bei Berlin,

3) der Lehrer Knape in Potsdam

und zu Stellvertretern der Kuratoren auf die gleiche Periode

1) der Lehrer Rüdiger in Schwedt a. D.,

2) der Lehrer Lahn in Stolpe bei Hennigsdorf,

3) der Hauptlehrer Hennig in Potsdam

gewählt bzw. wiedergewählt worden sind.

Potsdam, den 6. März 1885.

Königl. Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Die Auflösung der Königl. Forstkasse in Joachimsthal betreffend.

S. Die bisherige Königl. Forstkasse in Joachimsthal wird mit dem heutigen Tage aufgelöst und werden die Rendantur-Geschäfte für die Oberförstereien Grimnig, Glambach und Reiersdorf fortan S. itens der Königl. Kreiskasse in Angermünde wahrgenommen. Zur Erleichterung des Kassens-Verkehrs mit dem Publikum

wird für die genannten Oberförstereien eine Unter-Receptur mit dem Siege in Joachimsthal eingerichtet werden.
Potsdam, den 10. März 1885.

Königl. Regierung,
Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise pro Februar 1885.

23. A. Engros-Marktpreise im Monats-Durchschnitt. In Berlin:

für 100 Rgr. Weizen (gut)	17	Mark	67	Pf.
" " " do. (mittel)	16	"	23	"
" " " do. (gering)	14	"	73	"
" " " Roggen (gut)	14	"	74	"
" " " do. (mittel)	14	"	50	"
" " " do. (gering)	14	"	25	"
" " " Gerste (gut)	18	"	—	"
" " " do. (mittel)	15	"	41	"
" " " Gerste (gering)	12	"	60	"
" " " Hafer (gut)	15	"	80	"
" " " do. (mittel)	15	"	09	"
" " " do. (gering)	14	"	36	"
" " " Erbsen (gut)	20	"	50	"
" " " do. (mittel)	18	"	50	"
" " " do. (gering)	16	"	50	"
" " " Nichtstroh	4	"	13	"
" " " Heu	5	"	03	"

B. Detail-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

1) In Berlin:

für 100 Rgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen	29	Mark	46	Pf.
" " " Speisebohnen (weiße)	35	"	94	"
" " " Linsen	39	"	21	"
" " " Kartoffeln	5	"	24	"
" 1 Rgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	"	25	"
" 1 " " (Bauchfleisch)	1	"	10	"
" 1 " Schweinefleisch	1	"	20	"
" 1 " Kalbfleisch	1	"	25	"
" 1 " Hammelfleisch	1	"	16	"
" 1 " Speck (geräuchert)	1	"	49	"
" 1 " Eßbutter	2	"	39	"
" 60 Stück Eier	3	"	59	"

2) In Charlottenburg:

für 100 Rgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen	35	Mark	—	Pf.
" " " Speisebohnen (weiße)	35	"	—	"
" " " Linsen	35	"	—	"
" " " Kartoffeln	5	"	63	"
" 1 Rgr. Rindfleisch v. d. Keule	1	"	30	"
" 1 " " (Bauchfleisch)	1	"	05	"
" 1 " Schweinefleisch	1	"	20	"
" 1 " Kalbfleisch	1	"	20	"
" 1 " Hammelfleisch	1	"	15	"
" 1 " Speck (geräuchert)	1	"	50	"
" 1 " Eßbutter	2	"	20	"
" 60 Stück Eier	3	"	72	"

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats Februar 1885:

1) In Berlin:

für 1 Rgr. Weizenmehl N° 1	40	Pf.
" 1 " Roggenmehl N° 1	36	"
" 1 " Gerstengraupe	60	"
" 1 " Gerstengröße	50	"
" 1 " Buchweizengröße	50	"
" 1 " Hirse	60	"
" 1 " Reis (Java)	80	"
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	2	Mark
" 1 " " (gelb in	—	"
" 3 " gebr. Bohnen)	—	"
" 1 " Speisesalz	20	"
" 1 " Schweineschmalz (hiefiges)	1	80

2) In Charlottenburg:

für 1 Rgr. Weizenmehl N° 1	40	Pf.
" 1 " Roggenmehl N° 1	30	"
" 1 " Gerstengraupe	50	"
" 1 " Gerstengröße	40	"
" 1 " Buchweizengröße	40	"
" 1 " Hirse	50	"
" 1 " Reis (Java)	50	"
" 1 " Java-Kaffee (mittler)	2	Mark
" 1 " " (gelb in	—	"
" 2 " gebr. Bohnen)	80	"
" 1 " Speisesalz	20	"
" 1 " Schweineschmalz (hiefiges)	1	60

Berlin, den 6. März 1885.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Verbot einer Druckschrift.

24. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die nichtverlobte Druckschrift „Gott und der Staat, Dieu et l'etat“. Von Michael Bakunin. Uebersetzt von Moritz Bachmann. Philadelphia. Verlag der Gruppe II. J. A. A. (H. Grau, 2146 N. 2. Str.) nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten als Landespolizeibehörde verboten worden ist.

Berlin, den 4. März 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Polizei-Verordnung.

die Dampfschiffahrt auf dem Landwehr- und Luisenstädtischen Kanal betreffend.

25. Auf Grund der §§ 138, 139 und 43 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-Samml. S. 195 ff.) verordne ich mit Zustimmung des Ober-Präsidenten für den Stadtkreis Berlin, was folgt:

§ 1. Der Betrieb der Schleppdampfschiffahrt auf dem Landwehrkanal, vorläufig auf der Strecke zwischen der Einmündung des Luisenstädtischen Kanals in den Landwehrkanal und der Mündung des letzteren in die Spree bei Charlottenburg, wird hiermit gestattet.

§ 2. Die Zahl der Rähne, welche einem Schleppdampfer angehängt werden, darf nicht mehr als zwei

betragen. Eine Abänderung dieser Zahl kann durch strompolizeiliche Bekanntmachung angeordnet werden.

§ 3. Die zur Zeit meistens zur Verwendung kommenden kleinen Dampfschiffe, welche zum Schleppen benutzt werden, müssen mit einem Steuermann (Schiffsführer), einem Maschinisten, der zugleich den Dienst als Heizer versteht und mit einem Bootsmann besetzt sein. Bei größeren Dampfschiffen muß außer dem Maschinisten ein Heizer vorhanden sein.

Jedes angehängte Fahrzeug muß mit einem Steuermann und mindestens mit einem Bootsmann besetzt sein.

§ 4. Die Fahrgehwwindigkeit darf 7,5 km und unter den Brücken 3,75 km in der Stunde nicht übersteigen.

§ 5. Liegen Fahrzeuge oder Floßholz in den Krümmungen des Kanals oder sind andere Verkehrs-Hindernisse vorhanden, welche ein sicheres Vorbeifahren des ganzen Schleppzuges durch die beengte Fahrstraße erschweren, so haben die Schleppzüge so lange zu warten, bis das Hindernis beseitigt ist.

Die betreffenden Schiffs- und Floßführer sind verpflichtet, Letzteres so schnell als möglich zu bewirken.

§ 6. Der Gebrauch der Dampfpfeife zum Signalgeben wird unter der Bedingung gestattet, daß der Schall der Dampfpfeife wesentlich anders lautet, als die Signale der Lokomotiven.

§ 7. Die Feuerungsanlage bei dem Dampfkessel muß derartig eingerichtet sein, daß Belästigungen der Anwohner des Kanals und der auf den angrenzenden Straßen verkehrenden Personen durch Rauchentwicklung thätlichst vermieden werden.

§ 8. Den Dampfschleppschiffen nebst ihrem Anhang steht das Vorschleuserecht an der unteren Schleuse und das Vorfahrtsrecht bei den Kanalbrücken zu.

Bei der Annäherung an die einschiffigen Brücken ist der Schiffsführer eines Schleppzuges oder Dampfschiffes verpflichtet, langsam zu fahren und das Signal mit der Dampfpfeife oder Glocke zu geben. Falls zwei Schleppzüge oder Dampfschiffe sich in entgegengesetzter Richtung einer solchen Brücke gleichzeitig nähern, steht dem zu Thal fahrenden Schleppzuge oder Dampfschiffe das Recht zu, zunächst die Brückenöffnung zu durchfahren.

Das gleiche Recht steht einem Segelfahrzeuge zu, wenn es bei der Brückenöffnung überhaupt bereits angekommen ist, oder wenn es zu Thal fährt und der Brückenöffnung sich bereits auf Rahnestlänge (40 m) genähert hat. Ist dieses nicht der Fall, so muß der Segelfahrer die Weiterfahrt einstellen und soweit zur Seite ausweichen, daß der Schleppzug oder Dampfer die Brückenstelle ohne Anstand passieren kann.

§ 9. Der Durchgang einzelner Personen-Dampfer durch den ganzen Landwehr- und Luisenstädtischen Kanal wird gestattet.

Dagegen sind regelmäßige Tourfahrten von Personen-Dampfern auch ferner untersagt.

§ 10. Im Uebrigen finden die betreffs der Schifffahrt und der Dampfschifffahrt auf den Kanälen im Allgemeinen erlassenen Verordnungen Anwendung.

§ 11. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizei-Verordnung werden, falls nicht nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften höhere Strafen verurteilt sind, mit einer Geldbuße bis zu sechzig Mark bestraft, an deren Stelle im Falle des Unvermögens entsprechende Haft tritt.

§ 12. Der § 19 des Reglements für den Landwehr- und Luisenstädtischen Kanal vom 27. August 1850 tritt außer Kraft.

Berlin, den 23. Februar 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot eines Staatschuldscheins.

7. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Arbeiterin Marie Franke hier, Mariannenstraße Nr. 6, der Staatschuldschein lit. F. Nr. 88917 über 100 Thlr. angeblich abhanden gekommen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der ic. Franke anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 4. März 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung der Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Erlösung von Rentenbriefen ic.

3. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße 76 hiersebst, wird

- a. die am 1. April d. J. fällig werdenden Zins-Coupons der Rentenbriefe aller Provinzen schon vom 17. bis einschließlich den 24. März d. J.,
- b. die ausgelassen und am 1. April d. J. fällig werdenden Rentenbriefe der Provinz Brandenburg vom 21. bis einschließlich den 26. März d. J. einzulösen und demnachst vom 1. April d. J. ab mit der Einlösung fortzufahren.

Berlin, den 4. März 1885.

Königl. Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Bergamts zu Halle.

1. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Auf Grund der am 13. November 1884 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Bergwerksbesitzer Wilhelm Eisenmann und dessen Ehefrau Emma Eisenmann, geborene Schloß, in Berlin das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriß mit den Buchstaben: A. B. C. D. E. F. G. H. J. K. A. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 178 273,64 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertachtundsiebzigtausend zweihundertdreißig und sechshundertachtundvierzig Tausendstel Quadratmeter

umfassend, in den Gemarkungen Prädifow und Prögel im Kreise Oberbarnim des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen."

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a./S., den 2. März 1885.

Königl. Oberbergamt.

Bekanntmachung.

2. Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Königl. Markscheider z. D. Petri zu Fürstwalde am 1. April d. J. in den Ruhestand treten wird und die ihm ertheilte Befugniß zur Ausführung von Markscheiderarbeiten am genannten Tage erlischt.

Halle a./S., den 3. März 1885.

Königl. Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ausnahmetarif für Eisen und Stahl.

13. Mit dem 1. April d. J. tritt an Stelle des vom 1. Februar d. J. gültigen Ausnahmetarifs für Eisen und Stahl des Spezialtarifs I. und II. von Deutschen Stationen nach Oberberg transit zum Export nach Serbien ein anderweiter Ausnahmetarif in Kraft, welcher erhöhte Frachtsätze für Eisen des Spezialtarifs I. im Verkehr von Stationen der Direktions-Bezirke Elberfeld, Köln (links- und rechtsrheinisch) enthält. Die Frachtsätze finden nur auf die mit direkten Frachtbriefen nach Serbien beförderten Eisensendungen, unter Beachtung der im Tarife enthaltenen Control-Vorschriften im Rückvergütungswege Anwendung. Exemplare des Tarifs sind bei unseren Güterkassen Berlin, Schles. Bhf., Dresden Friedr., Frankfurt a./D., Görlitz, Stettin, sowie im hiesigen Auskunfts-Bureau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 2. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Nachtrag zum Tarif für den Lokal-Güterverkehr.

1. Am 1. April d. J. tritt der Nachtrag I. zu dem Tarif für den Lokal-Güterverkehr des Bezirks der unterzeichneten Direktion in Kraft. Derselbe enthält Ergänzungen und Aenderungen der speziellen Tarifvorschriften, des Kilometerzeigers und der Stations- und Ausnahmetarif-Tabellen, sowie einige theils mit geringen Erhöhungen verbundene Berichtigungen des Haupttarifs. Exemplare des Nachtrages sind bei den diesseitigen Expeditionen zu haben.

Magdeburg, den 28. Februar 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Außerkräfttreten

von Frachtsätzen für Holz-, Getreide- und Spreihsendungen.

11. Vom 1. April d. J. treten im Deutsch-Französischen Verlande (Verkehr via Elßaß-Lothringen) die am 1. November v. J. eingeführten Frachtsätze für Holz-, Getreide- und Spreihsendungen in Wagenladungen außer Kraft.

Bromberg, den 5. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben dem Ritterguts-pächter Ferd. Lehmann zu Rabenstein im Kreise Zauch-Belzig die Führung des ihm von Seiner Hoheit dem Herzoge von Anhalt verliehenen Titels „Ober-Amtmann“ in den Preuß. Staaten zu gestatten geruht.

Dem Stabsarzte Dr. Strung, Abtheilungsarzt der 2. Abtheilung 1. Brandenburgischen Feldartillerie-Regiments Nr. 3 zu Jüterbog ist die Kreisphysikatsstelle des Kreises Jüterbog-Ludenwalde einstweilen kommissarisch übertragen worden.

Der Bürgermeister Petersson, bisher in Birzig, ist gemäß der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Dranienburg getroffenen Wahl als Bürgermeister der Stadt Dranienburg auf die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt und am 2. März 1885 in das Amt eingeführt worden.

Der bisherige Supernumerariats-Anwärter Buchner ist zum Kataster-Supernumerarius bei der Königl. Regierung zu Potsdam ernannt worden.

Die Försterstelle Jedlig in der Oberförsterei Potsdam ist dem Förster Witte zu Lieve in der Oberförsterei Chorin, vom 1. Mai d. J. ab übertragen worden.

Der civilversorgungsberechtigte frühere Zahlmeister-Aspirant im 2. Garde-Regiment und Feldwebel, jetzige Bureau-Diätar Carl Wilhelm Julius Oskar Ehardt ist vom 1. April d. J. ab zum Stations-Inspektor am Königl. Charité-Krankenhaus zu Berlin ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer Robert Rudolf Alexander Melger in Kargow, Diözese Potsdam II., ist zum Pfarrer bei der Evangelischen Gemeinde zu Krenzlin, Diözese Neu-Muppin, bestellt worden.

Der Pfarrer Joseph Wilhelm Bernhards in Krenzlin ist zum Pfarrer auch bei der Evangelischen Gemeinde zu Lückfeld, Diözese Neu-Muppin, bestellt worden.

Der bisherige Diakonus Richard Albert Schmidt zu Ludenwalde, Diözese Ludenwalde, ist zum Oberpfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Jossen, Diözese Jossen, bestellt worden.

Vakant sind resp. werden: je eine Lehrerstelle zu Regdorf, Insp. Briezen, zu Wuschewier, Insp. Briezen, Privat-Patronats; zu Ragel, Insp. Strausberg, Königl. Patronats; die Lehrer- und Küsterstelle zu Dedelow, Insp. Prenzlau I.; je eine Lehrer-, Organisten-

und Küsterstelle zu Belfigkendorf, Insp. Jüterbog, zu Falkenwalde, Insp. Prenzlau II., Privat-Patronats; eine Lehrersstelle zu Alt-Landsberg, Insp. Straußberg.

Wiederbesetzt sind: die Lehrer- und Küsterstelle zu Stolpe a./D., Insp. Angermünde, die Lehrer- und Küsterstelle zu Ringenwalde, Insp. Briesen, eine Lehrersstelle zu Meinsdorf, Insp. Dahme; die Lehrer- und Küsterstelle zu Weggun, Insp. Prenzlau I.; drei Lehrersstellen zu Potsdam.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Februar sind **angestellt**: als Postsekretäre: die Postpraktikanten Bundschuh, Gieseke, Kohn, Magendanz und Nicolai, als Telegraphensekretäre: die Telegraphenassistenten Becker und Werner, als Postassistenten: der Postassistent D. Richter und der Postanwärter Zahn;

ernannt: zum Postinspektor: der Postassistent Engelberg, zum Telegrapheninspektor: der Ober-Telegraphensekretär Pinkert, zum Postassistent: der Ober-Postdirektionssekretär Nidlasch, zum Ober-Postsekretär: der Postsekretär Grebs, zum Ober-Telegraphensekretär: der Telegraphensekretär Lüders, zu Ober-Telegraphenassistenten: die Telegraphenassistenten: Boldt, Günther, Marquardt und Niersch;

verliehen: der Charakter als Rechnungsrath: dem Ober-Postsekretär Kulze;

versetzt: der Ober-Postdirektionssekretär Görlig von Berlin nach Potsdam, die Postsekretäre H. R. Schneider und Skalley von Berlin nach Oppeln bezw. Schwerin i./M., die Telegraphensekretäre v. d. Mülbe und Müller von Berlin nach Erfurt bezw. Stettin, der Ober-Telegraphenassistent Gräzmaier von Kreuznach nach Berlin, die Telegraphenassistenten Becker, Krause und Werner von Darmstadt bezw. Köln und Mainz nach Berlin.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Staatmäßig angestellt ist: der Postpraktikant Sens in Havelberg als Postsekretär.

Ernannt ist: der Postsekretär Thiel in Potsdam zum Ober-Postdirektionssekretär.

Versetzt ist: der Postassistent Wagner von Stettin nach Potsdam.

In den Ruhestand getreten ist: der Postsekretär Hoffmann in Havelberg.

Vermischte Nachrichten.

Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle.

Das Sommersemester beginnt am 16. April.

Von den für das Sommersemester 1885 angezeigten Vorlesungen der hiesigen Universität sind für die Studirenden der Landwirtschaft folgende hervorzuheben:

a. In Rücksicht auf fachwissenschaftliche Bildung. **Spezielle Pflanzenbaulehre**: Geh. Reg.

Nath Prof. Dr. Kühn. **Allgemeine Landwirtschaftslehre (Betriebslehre)**: Derselbe. — **Ausgewählte Abschnitte der allgemeinen Thierzuchtlehre**: Prof. Dr. Freitag. — **Praktische Übungen in der Abschätzung landwirtschaftlicher Objekte**: Derselbe. — **Landwirtschaftliche Bodenkunde, verbunden mit Exkursionen und Übungen im Bonitiren**: Prof. Dr. Kirchner. — **Geschichte der Landwirtschaft**: Derselbe. — **Forstwissenschaft**, 1. Theil: Prof. Dr. Ewald. — **Feldgärtnerei und Samenbau**: Dr. Heyer. — **Landwirtschaftliches Repetitorium**: Derselbe. — **Äußere Krankheiten der Haus-thiere in Verbindung mit klinischen Demonstrationen und mit Rücksicht auf das Exterieur der Pferde**: Prof. Dr. Püg. — **Ueber die Fortpflanzung unserer Haus-thiere mit Rücksicht auf die thierärztlichen Hilfsleistungen vor, bei und nach der Geburt, sowie auf die Krankheiten der neugeborenen Thiere**: Derselbe. — **Ausgewählte Kapitel aus der landwirtschaftlichen Maschinen- und Geräthekunde**: Prof. Dr. Büß. — **Praktische Geometrie und Übungen im Feldmessen, Niveliren und Zeichnen**: Derselbe. — **Experimentalphysik**, 2. Theil (Lehre von dem Licht und der Wärme): Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Knoblauch. — **Ausgewählte Kapitel der Mechanik und Maschinenlehre**: Prof. Dr. Cornelius. — **Organische Chemie, der Experimentalchemie zweiter Theil**: Prof. Dr. Bolhard. — **Einführung in das Studium der Chemie**: Dr. Baumert. — **Agrikulturchemie, zweiter Theil (die Grundzüge der thierischen Ernährung)**: Prof. Dr. Maercker. — **Ausgewählte Kapitel der Agrikulturchemie**: Derselbe. — **Geologie**: Prof. Dr. v. Fritsch. — **Die hauptsächlichsten Mineralien**: Dr. Lübede. — **Geognose Mitteldeutschlands**: Prof. Dr. v. Fritsch. — **Bodenkunde**: Prof. Dr. Brauns. — **Petrographie**: Prof. Dr. Lübede. — **Grundzüge der Botanik**: Prof. Dr. Kraus. — **Naturgeschichte der Zellkryptogamen (Pilze, Algen, Flechten, Moose)**: Dr. Zopf. — **Pflanzenpathologie**: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — **Elemente der allgemeinen Zoologie**: Prof. Dr. Grenacher. — **Ueber Protozoen**: Derselbe. — **Systematische Zoologie der Wirbelthiere**: Dr. Taschenberg. — **Allgemeine Insektenkunde**: Prof. Dr. Taschenberg. — **Ueber Schmetterlinge**: Derselbe. — **Nationalökonomie**: Prof. Dr. Eisenhart. — **Volkswirtschaftspolitik (zweiter praktischer Theil der politischen Oekonomie)**: Prof. Dr. Conrad. — **Theorie der Steuern**: Prof. Dr. Eisenhart. — **Handels- und Wechselrecht**: Prof. Dr. Boretius. — **Ueber die Deutschen Kolonien**: Prof. Dr. Kirchhoff.

b. In Rücksicht auf staatswissenschaftliche und allgemeine Bildung, insbesondere für Studirende höherer Semester. Vorlesungen aus dem Gebiete der Philosophie, Geschichte, Literatur und ethischen Wissenschaften halten die Prof. Prof. Dr. Dr. Erdmann, Haym, Böhmer, Stumpf, Dümmler, Droysen, Ewald, Gösche, Schlottmann, Upphus.

c. **Theoretische und praktische Übungen**: Staatswissenschaftliches Seminar: Prof. Dr. Conrad.

ad. Ständige Übungen: Derselbe. — Experimentelle Übungen im physikalischen Laboratorium: Prof. Dr. Zuberbach. — Übungen im chemischen Laboratorium: Prof. Dr. Wetliard. — Mineralogie, geologische und paläontologische Übungen: Prof. Dr. v. Fritsch und Prof. Dr. Rudeke. — Übungen im Bestimmen der Pflanzen: Dr. Zopp. — Mikroskopisches Praktikum: Prof. Dr. Kraus. — Zootomische Übungen: Dr. Taschberg. — Übungen im Bestimmen der Insekten: Prof. Dr. Taschberg. — Übungen im landwirthschaftlich-physiologischen Laboratorium: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — Übungen im mathematischen und naturwissenschaftlichen Seminar: Prof. Dr. Rosenberger, Cantor, Knoblauch, v. Fritsch, Kraus, Grenacher, Kühn. — Praktische Übungen im Volkswesen: Prof. Dr. Kirchner. — Landwirthschaftliche Exkursionen und Demonstrationen: Prof. Dr. Freitag. — Demonstrationen auf dem Versuchsz-

felde des landwirthschaftlichen Instituts: Prof. Dr. Kirchner. — Landwirthschaftliche und gärtnerische Demonstrationen: Dr. Meyer. — Demonstrationen in der Thierklinik: Prof. Dr. Büg. — Geognostische Exkursionen: Prof. Dr. v. Fritsch. — Botanische Exkursionen: Prof. Dr. Kraus. — Technische Exkursionen und Demonstrationen: Prof. Dr. Büß. — Unterricht im Zeichnen und Malen: Zeichenlehrer Schenk.

Nähere Auskunft über das Studium der Landwirthschaft an dieser Universität ertheilt die Schrift: „Nachrichten über das Studium der Landwirthschaft an der Universität Halle. Berlin, Wiegandt, Hempel & Parey.“ Briefliche Anfragen wolle man an den Unterzeichneten richten.

Halle a./S., im Februar 1885.

Dr. Julius Kühn, Geh. Regierungsrath, ordentl. öffentl. Professor und Direktor des landwirthschaftlichen Instituts an der Universität.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Zur. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlüsse.
	des Ausgewiesenen.				
1	2	3	4	5	6
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Gregers Henri Gregersen, Gärtner,	geboren am 29. April 1861 zu Tingsted, Insel Falster, Dänemark,	geboren am 29. April 1861 zu Tingsted, Insel Falster, Dänemark,	geboren am 29. April 1861 zu Tingsted, Insel Falster, Dänemark,	geboren am 29. April 1861 zu Tingsted, Insel Falster, Dänemark,
2	Marie Kanpowa, (Kanpa), ohne Stand,	geboren am 1. August 1864 zu Leitomischl, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	geboren am 1. August 1864 zu Leitomischl, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	geboren am 1. August 1864 zu Leitomischl, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	geboren am 1. August 1864 zu Leitomischl, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,
3	Marie Pawlikowska, ohne Stand,	ca. 30 Jahre, geb. zu Dobrzisowo, Bez. Warschau, Russisch-Polen,	ca. 30 Jahre, geb. zu Dobrzisowo, Bez. Warschau, Russisch-Polen,	ca. 30 Jahre, geb. zu Dobrzisowo, Bez. Warschau, Russisch-Polen,	ca. 30 Jahre, geb. zu Dobrzisowo, Bez. Warschau, Russisch-Polen,
4	Johann Mrwa, Fleischergehilfe,	geboren am 10. Mai 1861 zu Muglinau, Oesterreich, ebendaselbst ortsangehörig,	geboren am 10. Mai 1861 zu Muglinau, Oesterreich, ebendaselbst ortsangehörig,	geboren am 10. Mai 1861 zu Muglinau, Oesterreich, ebendaselbst ortsangehörig,	geboren am 10. Mai 1861 zu Muglinau, Oesterreich, ebendaselbst ortsangehörig,
5	Georg Niedoba, Schmiedegehilfe,	geboren August 1857 zu Fröhlichhof, Bezirk Schwarzwasser, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	geboren August 1857 zu Fröhlichhof, Bezirk Schwarzwasser, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	geboren August 1857 zu Fröhlichhof, Bezirk Schwarzwasser, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	geboren August 1857 zu Fröhlichhof, Bezirk Schwarzwasser, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,

(Hierzu Vier Öffentliche Anzeigen.)

(Die Infectionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilagsblätter werden der Gegen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. B. Gann'schen Erben (K. Gann, Hof-Buchdrucker).



Stm t s b l a t t

der Königl. i ch en Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 12.

Den 20. März

1885.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 9.) № 1590. Handels- und Schiffsahrts-
vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Griechen-
land. Vom 9. Juli 1884.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. i ch en Preussischen Staaten.

(Stück 4.) № 9031. Gesetz, betreffend den weiteren
Erwerb von Privat-Eisenbahnen für den Staat.
Vom 23. Februar 1885.

№ 9032. Gesetz, betreffend den Erwerb des Halle-
Sorau-Gubener Eisenbahnunternehmens für den
Staat. Vom 23. Februar 1885.

(Stück 5.) № 9033. Verordnung, betreffend die
Kantionen der Rechnungsführer bei den Staats-
Richtungsämtern. Vom 2. Februar 1885.

(Stück 6.) № 9034. Gesetz, betreffend die Ründi-
gung und Umwandlung der 4 1/2 prozentigen konso-
lidirten Staatsanleihe. Vom 4. März 1885.

№ 9035. Verfügung des Justizministers, betreffend
die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des
Bezirks des Amtsgerichts Flensburg. Vom
3. März 1885.

Bekanntmachungen der Kgl. Ministerien.

Die Umwandlung der Schulverschreibungen der 4 1/2 prozentigen
konsolidirten Staatsanleihe in solche der 4 prozentigen konsolidirten
Staatsanleihe, betreffend.

3. Das Gesetz vom 4. März 1885 (Ges.-S.
S. 55), betreffend die Ründigung und Umwandlung
der 4 1/2 prozentigen konsolidirten Staatsanleihe, giebt
dem Finanzminister die Befugniß, die Schulverschrei-
bungen der 4 1/2 prozentigen konsolidirten Staatsanleihe
vom 1. April 1885 ab zur Einlösung gegen Baar-
zahlung des Kapitalbetrages binnen einer Frist von
drei Monaten zu kündigen.

Bevor diese Ründigung erfolgt, soll den Inhabern
jener Schulverschreibungen durch öffentliche Bekannt-
machung des Finanzministers die Umwandlung der
4 1/2 prozentigen Schulverschreibungen in solche der
4 prozentigen konsolidirten Staatsanleihe angeboten
werden. Dieses Angebot gilt gesetzlich ohne Weiteres
für angenommen, wenn nicht binnen einer auf min-
destens Einen Monat vom Tage der Bekanntmachung
ab zu bemessenden Frist unter Einreichung der Staats-
schulverschreibungen die Baarzahlung des Kapitals
beantragt wird. Außerdem haben die Inhaber der
4 1/2 prozentigen Schulverschreibungen das Recht, den
Betrag ihrer Schulverschreibungen kostenfrei in das
Staatsschulbuch eintragen zu lassen.

Indem das eben erwähnte Angebot der Umwand-
lung hierdurch erfolgt, wird die vorgesehene Frist zur
Forderung des Baarbetrages der Art festgesetzt, daß
dieselbe mit dem 10. April 1885 abläuft. Von
denjenigen Inhabern von Schulverschreibungen der
4 1/2 prozentigen konsolidirten Staatsanleihe, welche die
Baarzahlung des Kapitalbetrages zum Nennwerth nicht
spätestens am 10. April 1885 bei der Kontrolle der
Staatspapiere hiersebst (Dranienstraße Nr. 92/93) oder
bei einer der Königl. i ch en Regierungs- oder Bezirks-
Hauptkassen unter Einreichung der Schulverschreibungen
schriftlich beantragen, wird gemäß der Bestimmung im
§ 2 des gedachten Gesetzes ohne weitem Antrag an-
genommen, daß sie mit der Umwandlung dieser Schul-
verschreibungen in solche der 4 prozentigen konsolidirten
Staatsanleihe einverstanden sind.

Wegen des Umtausches werden die ent-
sprechenden Bekanntmachungen später er-
folgen.

Den etwaigen Anträgen auf Baarzahlung des
Kapitalbetrages ist außer den Schulverschreibungen ein
Verzeichniß, welches Littera, Nummer und Nennwerth
der Verschreibungen enthält, in doppelter Ausfertigung
beizufügen; das eine Exemplar wird mit einer Empfangs-
bescheinigung versehen dem Einreichenden sofort zurück-
gegeben, und ist von demselben bei Rückgabe der ab-
gestempelten Schulverschreibungen wieder abzuliefern.

Diejenigen Inhaber 4 1/2 prozentiger Schulverschrei-
bungen der konsolidirten Staatsanleihe, welche die
kostenfreie Eintragung eines dem Nennwerth der Schul-
verschreibungen gleichen, vom 1. Oktober 1885 ab zu
4 Prozent verzinslichen Betrages in das Staatsschul-
buch wünschen, haben die desfalligen Anträge unter
Anschluß der Staatsschulverschreibungen sowie des
letzten (am 1. April 1886 fälligen) Zinscheins und der
Zinscheinanweisung (Talon) in der Zeit vom 1. April
d. J. bis einschließlich den 31. März 1886 an die
Hauptverwaltung der Staatsschulden (Staatsschulbuch-
bureau) in Berlin, Dranienstraße Nr. 94, oder bei
einer der Königl. i ch en Regierungs- oder Bezirks-Haupt-
kassen einzureichen, welche letztere sie an das Staats-
schulbuchbureau befördert. — Hierbei wird insbesondere
darauf aufmerksam gemacht, daß Privataußerfurssetzungs-
vermerke auf den einzureichenden Schulverschreibungen
zum Zwecke der Eintragung in das Staatsschulbuch
nicht aufgehoben zu werden brauchen.

Schließlich wird bemerkt, daß eine Abstempelung
der umzuwandelnden Schulverschreibungen nicht nöthig ist.

sichtigt wird, diese, soweit eine Eintragung in das Staatsschuldbuch nicht beantragt wird, vielmehr gegen neu auszufertigende Schuldschreibungen der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe werden umgetauscht werden.

Die weiteren Anordnungen werden von der Hauptverwaltung der Staatsschulden, soweit sie die Eintragung in das Staatsschuldbuch betreffen, im Laufe des Monats März d. J., soweit sie den Umtausch gegen neu auszufertigende Schuldschreibungen betreffen, im Laufe des Monats September d. J. zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Berlin, den 8. März 1885.

Der Finanz-Minister v. Scholz.

Bekanntmachungen des Königlich-Regierungs-Präsidenten.

Betrifft das General-Konsulat für Guatemala.

82. Der bisherige Konsul der Republik Guatemala in Hamburg, Dr. Ramon A. Salazar ist zum General-Konsul des genannten Freistaates in Berlin ernannt und demselben das Exequatur ertheilt worden.

Potsdam, den 12. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

83. Das an Räude erkrankte Pferd des Handelsmanns Horste zu Rixdorf ist geodtet worden und damit die bezügliche Seuche erloschen.

Potsdam, den 16. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlich- Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Die Anlage neuer Apotheken in Berlin betreffend.

26. Nachdem die Anlage neuer Apotheken an folgenden Punkten der Stadt Berlin:

- 1) in der Chausseestraße an der Ecke der Tiefstraße,
- 2) am Wörther Plage, im Zuge der Wörtherstraße,
- 3) an der Adalbert- und Naunynstraßen-Ecke,
- 4) in der Doppelnerstraße an der Ecke der Brangelstraße,

durch den Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg genehmigt worden ist, werden geeignete Bewerber zur Meldung binnen einer Präklusivfrist von 6 Wochen mit dem Bemerkten aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung, welche zunächst auf eine bestimmte Apotheke aus der oben aufgeführten Anzahl zu richten ist, sind beizufügen:

- a. der Lebenslauf,
- b. die Approbation und die übrigen Zeugnisse des Bewerbers,
- c. der amtlich beglaubigte Nachweis der zur Uebernahme beziehungsweise Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel,
- d. ein polizeiliches Führungs-Attest.

Der Bewerber hat außerdem pflichtmäßig zu versichern, daß er eine Apotheke bisher nicht bebesen hat,

oder, sofern dies der Fall sein sollte, die Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zur abermaligen Bewerbung um Apotheken-Neuanlagen vorzulegen. Gleichzeitig bringt das Polizei-Präsidium zur öffentlichen Kenntniß, daß die beabsichtigte Errichtung einer neuen Apotheke in der Frankfurter Allee, an der Ecke der Thierstraße, nur vorläufig ausgesetzt ist.

Berlin, den 7. März 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober- Post-Direktion zu Potsdam.

Unbefestigte Postsendungen.

10. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam lagern folgende, unbefestigte Postsendungen, welche den Absendern bz. den Eigenthümern nicht haben zurückgegeben werden können:

1) ein gewöhnliches Packet im Gewichte von 1 kg an Fräulein A. Moriz in Williams bei Bischofsburg, eingeliefert bei dem Postamte in Wittstock am 8. Oktober v. J., Absender Otto Moriz, 2) ein gewöhnliches Packet, 5 kg schwer, an J. H. Schröder in Lüneburg postlagernd, eingeliefert bei dem Postamte in Karstädt am 2. Juli v. J.

Die unbekannten Absender bzw. Eigenthümer der vorstehend aufgeführten Postsendungen werden aufgefordert, ihr: Ansprache binnen vier Wochen geltend zu machen, widrigenfalls mit den Gegenständen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, den 8. März 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Geheime Post Rath Vahl.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Die Einlösung der am 1. April d. J. fälligen Zinscheine von Preussischen Staatsschuldschreibungen betreffend.

1. Die am 1. April d. J. fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschuldschreibungen werden bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hieselbst — Taubenstraße 29 —, bei der Reichsbank-Hauptkasse, bei den schon früher zur Zinszahlung benutzten Kassen und bei den in unserer Bekanntmachung vom 16. Mai 1883 bezeichneten Reichsbank-Anstalten vom 24. d. M. ab in den gewöhnlichen Geschäftstagen eingelöst.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse ist für die Zinszahlung nur an dem vorletzten Geschäftstage eines jeden Monats geschlossen, dagegen an dem letzten Geschäftstage von 11 Uhr ab geöffnet.

Die Zinscheine sind, nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet, den Einlösungstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die Stückzahl und den Betrag für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Berlin, den 10. März 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot einer Schulverschreibung.

S. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-
gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879
(G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom
16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht,
daß dem Kaufmann Friedrich Chartier zu Cassel,
Töpfermarkt Nr. 21, die Schulverschreibung der kon-
solidirten 4%igen Staatsanleihe lit. E. Nr. 11660
über 300 M. angeblich verloren gegangen ist. Es
wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde
befindet, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle
der Staatspapiere oder dem zc. Chartier anzuzeigen,
widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs
Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.
Berlin, den 11. März 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Reichsbank-Direktoriums.

Die Verwaltung der Reichsbanknebenstelle in Brandenburg a. H.
betreffend.

1. Die Verwaltung der Reichsbanknebenstelle in
Brandenburg a. H. ist vom 15. d. M. ab, an Stelle
des Herrn Albert Hinge, dessen Sohne, Herrn Max
Hinge, übertragen worden.

Berlin, den 10. März 1885.

Reichsbank-Direktorium.

Personal-Chronik.

Im Kreise Beeskow-Storkow ist an Stelle des
Premier-Lieutenants Rittergutsbesizers Schmidt zu
Münchehofe, welcher den Kreis verlassen hat, der
Domainenrath Fischer zu Amt Wendisch-Buchholz zum
kommissarischen Amtsvorsteher des Amtsbezirks XV.
Neu-Schladow ernannt worden.

Der Oberförster Meyer in Grünau ist zum Forst-
amts-Anwalt für den Forstbezirk Grünau vom 1. April
d. J. ab ernannt worden.

Der frühere Feldwebel August Binder ist als
Aufseher bei der Königl. Strafanstalt zu Brandenburg
angestellt worden.

Die unter dem Patronat der Königlichen Hof-
kammer der Königlichen Familiengüter stehende Pfarrstelle
zu Klein-Glinde, Diözese Potsdam I., kommt durch die
Versetzung des Pfarrers Lind zum 1. Juli d. J. zur
Erledigung.

Der Oberlehrer Dr. Mewes an dem Friedrich-
Werderschen Gymnasium in Berlin ist das Prädicat
„Professor“ verliehen worden.

Der Schulanfänger Wiesner ist als ordentl.
Lehrer an dem Gymnasium zu Wittstock angestellt worden.

Den Oberlehrern Dr. Junghahn und Dr.
Schmidt am Luisenstädtischen Gymnasium in Berlin
ist das Prädicat „Professor“ verliehen worden.

Die Lehrerin Alette Rauch ist als Gemeindefchul-
lehrerin in Berlin angestellt worden.

Vermischte Nachrichten. Öffentliche Belobigungen.

Der Fischermeister August Dinsie und der Privat-
sekretair Hermann Rüster zu Rhelnsberg haben am
2. Januar 1884 bei der von ihnen in Gemeinschaft
mit dem Arbeiter August Find ausgeführten Lebens-
rettung des in das Eis des Grienerid-Sees bei Rhelns-
berg eingebrochenen Königl. Postdirners Gottge. zu
und dessen beider Kinder sich in umsichtiger und ent-
schlossener Weise thätig gezeigt. Dies wird hiermit
belobigend zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 28. Februar 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Am Sonntag, den 1. Dezember 1884 haben der
Aderbürger August Grunad und dessen Sohn zwei
beim Schlittschuhlaufen auf den Wiesen bei der Vog-
schen Mühle in Veeltz in das Eis eingebrochene kleine
Mädchen mit Umsicht und Entschlossenheit vom Tode
des Ertrinkens gerettet. Diese muthvolle Handlung
wird hiermit belobigend zur öffentlichen Kenntniß ge-
bracht.

Potsdam, den 10. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Öffentliche Bekanntmachungen.

Die Geschäfte, welche die Erhebung und Beitrei-
bung der Gerichtskosten, Kostenvorschüsse und Geld-
strafen betreffen, gehen mit dem 1. April d. J. an die
Gerichtskassen über, welche zufolge Instruktion für die
Verwaltung der Kassen bei den Justizbehörden vom
1. Dezember 1884 am 1. April d. J. errichtet werden.
An Stelle des Königlichen Steueramts zu Nirdorf als
bisherige Gerichtskostenhebestelle dieses Gerichtsbezirks
tritt vom 1. April d. J. ab die Gerichtskasse des
Königlichen Amtsgerichts Nirdorf. Dies wird hiermit
zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Nirdorf, den 10. März 1885.

Königl. Amtsgericht.

Die Geschäfte, welche die Erhebung und Beitrei-
bung der Gerichtskosten, Kostenvorschüsse und Geldstrafen
betreffen, gehen für den Geschäftsbereich des hiesigen
Amtsgerichts mit dem 1. April d. J. von dem Königl.
Hauptsteueramt hier auf die hiesige Gerichtskasse
über.

Eberswalde, den 10. März 1885.

Der aufsichtsführende Richter des Königl. Amtsgerichts.

Die seither von dem Königlichen Hauptsteueramt
für die Gerichtskosten-Erhebung Hebestelle X. zu Berlin
bewirkten Erhebungen und Beitreibungen der Gerichts-
kosten, Kostenvorschüsse und Geldstrafen gehen vom
1. April 1885 ab an die Königliche Gerichtskasse Ber-
lin II. über, während die Erhebung derjenigen vor-
läufig niedergeschlagenen Kosten, welche dem gedachten
Hauptsteueramt aus dem Geschäftsbereich des Königl.
Landgerichts II. und Amtsgerichts II. überwiesen
sind, durch die Königliche Gerichtskasse Berlin I., Jüden-
straße 59, Portal II., Zimmer 45, nach Erlaß einer
neuen Zahlungsaufforderung an die betreffenden Schuld-
ner erfolgt.

Durch die Errichtung der Gerichtskassen ist die
Einrichtung getroffen, daß Kosten und Vorschüsse bei

zur Höhe von 30 M. einschließlich von den Zahlungspflichtigen abgeholt werden können.

In diesem Falle muß die Kostenrechnung noch den Zusatz enthalten, daß die Zahlungen an den in der Aufforderung bezeichneten Gerichtsvollzieher gegen dessen Quittung gültig erfolgen kann.

In jedem anderen Falle ist die Kostenschuld entweder unter Angabe des Kassenzeichens an die königliche Gerichtskasse Berlin II., Zimmerstraße 25, franco einzusenden oder aber in dem Kassenlokale selbst unter Vorlegung der Rechnung gegen gemeinschaftliche Quittung des Rentanten und Controleurs, deren Namen durch Aushang an dem Eingange des Kassenzimmers bekannt gemacht sind, einzuzahlen.

Berlin, den 10. März 1885.

Der aufsichtsführende Richter des Rgl. Amtsgerichts II.,
Dr. Bleich.

Die Geschäfte, welche die Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten, Kostenvorschüsse und Geldstrafen

betreffen, gehen mit dem 1. April d. J. an die Gerichtskassen über. Die zum Bezirke des hiesigen Amtsgerichts gehörigen Eingekessenen werden hierdurch in Kenntniß gesetzt, daß alle Gerichtskosten, Kostenvorschüsse und Geldstrafen vom 1. April d. J. ab nicht mehr an das hiesige königl. Hauptsteuer-Amt, sondern an die Kasse des hiesigen königl. Amtsgerichts zu zahlen sind.

Potsdam, den 11. März 1885.

Der aufsichtsführende Richter des königl. Amtsgerichts.

Die Geschäfte, welche die Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten, Kostenvorschüsse und Geldstrafen betreffen, gehen in dem Umfange, in welchem sie zur Zeit Seitens des hiesigen königlichen Hauptsteueramtes geführt werden, vom 1. April ab auf die alsdann hier zu eröffnende königliche Gerichtskasse über, deren Geschäftslokal sich im Amtsgerichtsgebäude, Zimmer 17, befinden wird.

Neu-Stuppin, den 9. März 1885.

Der aufsichtsführende Amtsrichter Pelzer.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Nr. auf.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurteilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Die Zigeuner:				
	a.	a. ca. 30 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Grabowka, Bezirk Mährisch-Ostau,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	23. Januar 1885.
	Juliana Burianski, unverheiratet,				
	b.	b. ca. 28 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Polanka, Bezirk Troppau, Oesterreichisch-Schlesien,			
	Jakob Dupuz, Schmied,				
	c.	c. ca. 19 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Polanka, Bezirk Troppau, Oesterreichisch-Schlesien,			
	Karl Burianski, Schmied,				
2	Josef Partsch, Färbergeselle,	geboren am 18. August 1828 zu Sonneberg, Bezirk Leipzig, Böhmen, ebenda ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	26. Januar 1885.
3	Martin Friedländer, Arbeiter,	geboren 1868 zu Gézény, Komitat Ungvár, Ungarn, ebenda selbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	27. Januar 1885.
4	Wilhelm Kober, Webergeselle,	geboren am 10. Februar 1859 zu Ober-Hermersdorf, Bezirk Schönberg, Mähren, ebenda ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	31. Januar 1885.

Rang. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum der Ausweisungs-Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
5	Franz Krocze, Arbeiter,	geboren am 17. März 1841 zu Lettschen, Böhmen, ortsangehörig in Ostrau, Mähren,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	2. Februar 1885.
6	Otto recte Gottfried Mischler, Barbiergehülfe,	geboren am 18. November 1864 zu Nüschegg, Kanton Bern, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Königlich Preussische Landdrostei Stade,	31. Dezember 1884.
7	Karl Frys (Fries), Scharfrichter,	26 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Domastin, Bezirk Betschau, Böhmen,	Landstreichen und Betteln,	dieselbe Behörde,	12. Januar 1885.
8	Adolf Steinberg, Apothekergehülfe,	23 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Bauske bei Mitau, Rußland,	desgleichen,	Königlich Preussische Landdrostei Dönnabrück,	8. Dezember 1884.
9	Jan Nyte, Arbeiter,	36 Jahre, geboren zu Soubourg, Niederlande,	Landstreichen und Führung eines falschen Namens,	dieselbe Behörde,	13. Dezember 1884.
10	Anton Lang, Müller,	geboren am 11. September 1861 zu Schlaggenwald, Bezirk Falkenau, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Königlich Preussische Landdrostei Hildesheim,	17. Februar 1885.
11	Anton Aiberli, Ziegler,	27 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Champigneulle, Departement Meurthe, Frankreich,	desgleichen,	Königlich Preussische Regierung zu Wiesbaden,	11. Februar 1885.
12	Johann Woller, Tagelöhner,	geboren am 21. April 1869 zu Lichtenstadt, Bezirk Karlsbad, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig,	Versuch des schweren Diebstahls und Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Neuburg a. D.,	17. Januar 1885.
13	Karl Fröhlich, Tagelöhner,	geboren am 17. Januar 1867 zu Bergreichenstein, Bezirk Schüttenhofen, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Deggenborn,	31. Januar 1885.
14	Matthias Cejka, Schuhmachergehülfe,	geboren 1846 zu Blatniz, Bezirk Strakoniz, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig,	desgleichen,	dieselbe Behörde,	31. Januar 1885.
15	Johann Pes, Dienstknecht,	geboren am 13. Juli 1859 zu Schönwald, Bezirk Tachau, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Kelheim,	9. Februar 1885.
16	Johann Watschischek, Schuhmacher und Tagelöhner,	geboren am 2. September 1860 zu Wien, Oesterreich, ebendasselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Führung eines falschen Zeugnisses,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Neuulm,	14. Februar 1885.

Zanf. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1.	2.	3.	4.	5.	6.
17	Karl Tholander, Arbeiter,	geboren am 17. Juli 1848 zu Werio, Be- zirk Kronoberg, Schwed- en, wohnhaft zulez- t in Neuhoß, Bezirk Ahrensböök, Oldenburg,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Großherzoglich Med- lenburgisches Mi- nisterium des In- nern zu Schwerin,	31. Januar 1885.
18	Gain Philipowsky, Gärtner,	geboren am 17. März 1865 zu Philipowen, Russisch-Polen, eben- daselbst ortsangehörig, wohnhaft zuletzt in Mühlhausen i. E.,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg,	3. Februar 1885.
19	Elise Katharine Finninger, Mäherin,	geboren am 22. März 1831 zu Egerkingen, Kanton Solothurn, Schweiz,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	6. Januar 1885.
20	Johann Schmidt, Messer,	geboren am 24. Novem- ber 1838 zu Bollin- gen, Kanton Bern, Schweiz, ebendaselbst ortsangehörig,	Landstreichen und Betteln,	derselbe,	31. Januar 1885.
21	Julie Monika August-Cassieres, Arbeiterin,	geboren am 15. August 1856 zu Moncin, De- partement Basses-Py- rénées, Frankreich,	desgleichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Metz,	13. Februar 1885.
22	Ernst Franke, Messgerbursche,	geboren am 18. April 1859 zu Leipa, Böh- men, ebendaselbst orts- angehörig,	Landstreichen,	derselbe,	14. Februar 1885.
23	Josef Lauze, Messgerbursche,	geboren am 27. Februar 1868 zu Brooklin, Vereinigte Staaten von Amerika, ebenda- selbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,

(Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belegblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Sahn'schen Erben (G. Sahn, Hof-Buchdrucker).



113

Nachrichtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 13.

Den 27. März

1885.

Bekanntmachung des Königl. Regierungs-Präsidenten.

84. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Februar 1885 beobachteten Wasserstände.

Datum.	Berlin.		Spandau.		Pots- dam.	Baum- garten- brück.	Brandenburg.		Rathenow.		Havel- berg.	Mauer- Brücke.
	Ober- N. N.	Unter- N. N.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.			Ober- Wasser.	Unter- Wasser.	Ober- Wasser.	Unter- Wasser.		
	Meter.	Meter.	Meter.	Meter.			Meter.	Meter.	Meter.	Meter.		
1	32,44	31,48	2,60	1,42	1,60	1,12	2,30	2,14	2,02	1,82	2,86	2,56
2	32,44	31,46	2,60	1,46	1,58	1,10	2,32	2,16	2,02	1,82	2,82	2,56
3	32,46	31,44	2,60	1,50	1,58	1,10	2,32	2,16	2,06	1,86	2,72	2,56
4	32,48	31,42	2,60	1,48	1,56	1,06	2,30	2,12	2,06	1,86	2,72	2,56
5	32,50	31,42	2,58	1,46	1,56	1,06	2,30	2,12	2,04	1,84	2,72	2,56
6	32,52	31,42	2,58	1,46	1,56	1,06	2,30	2,14	2,02	1,82	2,74	2,54
7	32,52	31,42	2,60	1,44	1,54	1,06	2,30	2,12	2,00	1,80	2,76	2,54
8	32,52	31,42	2,62	1,34	1,52	1,04	2,30	2,12	2,00	1,80	2,80	2,54
9	32,52	31,42	2,60	1,46	1,50	1,00	2,28	2,10	1,98	1,78	2,82	2,54
10	32,50	31,40	2,60	1,44	1,50	1,00	2,30	2,08	1,96	1,76	2,84	2,54
11	32,50	31,38	2,58	1,40	1,50	1,00	2,24	2,08	1,94	1,74	2,84	2,54
12	32,50	31,38	2,60	1,42	1,50	1,00	2,24	2,06	1,96	1,76	2,82	2,54
13	32,50	31,38	2,64	1,36	1,48	0,98	2,28	2,06	2,12	1,76	2,76	2,52
14	32,50	31,38	2,66	1,36	1,48	0,98	2,26	2,06	1,94	1,74	2,72	2,52
15	32,48	31,36	2,72	1,22	1,46	0,96	2,24	2,04	1,92	1,72	2,74	2,50
16	32,48	31,36	2,66	1,40	1,44	0,96	2,22	2,02	1,90	1,70	2,74	2,50
17	32,48	31,38	2,60	1,44	1,46	0,96	2,20	2,02	1,90	1,70	2,74	2,50
18	32,48	31,38	2,60	1,42	1,48	0,96	2,24	2,02	1,88	1,68	2,74	2,48
19	32,48	31,38	2,60	1,46	1,50	0,96	2,24	2,02	1,88	1,66	2,72	2,46
20	32,50	31,42	2,60	1,42	1,48	0,96	2,24	2,02	1,88	1,66	2,72	2,44
21	32,52	31,42	2,60	1,40	1,50	0,96	2,24	2,02	1,88	1,68	2,72	2,44
22	32,54	31,46	2,62	1,34	1,48	0,98	2,24	2,02	1,90	1,70	2,72	2,44
23	32,54	31,46	2,60	1,46	1,46	0,98	2,24	2,02	1,92	1,72	2,72	2,44
24	32,54	31,46	2,60	1,44	1,46	0,96	2,22	2,02	1,88	1,68	2,86	2,44
25	32,56	31,46	2,60	1,44	1,46	0,96	2,22	2,02	1,88	1,68	3,00	2,44
26	32,56	31,46	2,58	1,44	1,48	0,96	2,22	2,02	1,88	1,66	3,06	2,42
27	32,56	31,46	2,64	1,40	1,48	0,96	2,24	2,00	1,88	1,66	3,06	2,42
28	32,56	31,46	2,60	1,42	1,46	0,96	2,22	2,00	1,88	1,66	3,04	2,42

Potsdam, den 21. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Communalbezirks-Veränderung.

85. Seitens des Bezirksausschusses ist unterm 4. März d. J. genehmigt, daß die im Grundbuche von Dahme Band XVI. Nr. 730 Blatt 193 verzeichnete, im sogenannten Rehhaine belegene Wiesenfläche von 1,25 ha aus dem Communalverbande der Stadt Dahme entlassen und die im Grundbuche von Dahme Nr. 719 Blatt 61 verzeichnete, bisher zu dem Gutsbezirke der

Domaine Dahme gehörige Ackerfläche von 1 ha mit dem Communalverbande der Stadt Dahme vereinigt werde.

Potsdam, den 20. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verbote von Vereinen und Druckschriften.

86. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie

vom 21. Oktober 1878 sind ferner folgende Bekanntmachungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht worden, welche hierdurch zur Kenntniß gebracht werden.

Potsdam, den 20. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die königliche Kreishauptmannschaft als Landes-Polizeibehörde hat die nichtperiodische Druckschrift: „An die jungen Leute.“ Von Peter Krapotkin. Aus dem Französischen übersetzt von Frau J. Schülge. New-York, Verlag von Moritz Bachmann, auf Grund von §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.

Leipzig, den 31. Januar 1885.

Königl. Kreishauptmannschaft.

Graf zu Münster.

Mit Entschließung vom Heutigen haben wir auf Grund des § 11 des Sozialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 verboten: die bei Wörlein und Comp. in Nürnberg erschienene Druckschrift von Karl Frohme „Die nationale Mission der Deutschen Sozialdemokratie.“

Ansbach, den 11. Februar 1885.

Königl. Regierung von Mittelfranken,

Kammer des Innern.

Freiherr von Herman,

Königl. Regierungs-Präsident.

Die königliche Kreishauptmannschaft als Landes-Polizeibehörde hat das 3. Heft der nichtperiodischen Druckschrift: „Vorwärts! Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk.“ Zürich. Verlag der Volksbuchhandlung in Hottingen. 1885, auf Grund von §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.

Leipzig, den 16. Februar 1885.

Königl. Kreishauptmannschaft.

Graf zu Münster.

Nachdem durch die Bekanntmachung der königlich sächsischen Kreishauptmannschaft zu Dresden vom 5. d. M. (Reichs-Anzeiger Nr. 32) die Nummer 1 des 1. Jahrgangs der in New-York erscheinenden periodischen Druckschrift: „Der Sozialist, Centralorgan der sozialistischen Arbeiterpartei von Nordamerika“ verboten worden ist, wird auf Grund der §§ 11 und 12 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 die fernere Verbreitung des Blattes „Der Sozialist“ im Reichsgebiete hierdurch verboten.

Berlin, den 21. Februar 1885.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: von Voetticher.

Verloosung kunstgewerblicher Gegenstände in Königsberg i. Pr.
87. Der Herr Minister des Innern hat unterm 6. d. M. dem Comité der im Sommer d. J. zu

Königsberg i. Pr. stattfindenden internationalen Ausstellung von Betriebs-, Arbeits- und Hilfsmaschinen für Handwerk und Klein-Industrie die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit der gedachten Ausstellung eine öffentliche Verloosung kunstgewerblicher und anderer Gegenstände zu veranstalten und die betreffenden Lose in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Pomern, Schlesien und Brandenburg, mit Einschluß der Stadt Berlin, zu vertreiben.

Potsdam, den 18. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Das Werk „Die Wohnplätze des Deutschen Reichs“ betreffend.
88. Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 16. Januar 1884 (Amtsblatt Seite 26) bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß der gegenwärtig in Steglitz, Albrechtstraße Nr. 21a. wohnende Lieutenant a. D. D. Brunkow den Preis des von ihm herausgegebenen Werkes „Die Wohnplätze des Deutschen Reichs“ nunmehr

auf 50 M. für die 1. Abtheilung (Königreich Preußen), auf 60 M. für die 2. Abtheilung (die übrigen Deutschen Staaten) und auf 100 M. für beide Abtheilungen zusammen, herabgesetzt hat.

Potsdam, den 16. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Summersdorf für das Jahr 1885 betreffend.

89. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze der königlichen Artillerie-Prüfungs-Kommission bei Summersdorf für das Jahr 1885, wie folgt, festgesetzt worden sind:

März: 29., 30.;

April: 1., 3., 5., 6., 7., 8., 9., 12., 13., 14., 15., 19., 21., 22., 23., 26., 27., 28., 29., 30.;

Mai: 3., 4., 5., 6., 10., 11., 12., 13., 14., 17., 18., 19., 20., 24., 25., 26., 27., 31.;

Juni: 3., 7., 10., 14., 17., 21., 22., 23., 24., 25., 28., 29.;

Juli: 1., 5., 8., 12., 15., 19., 22., 26., 29.;

August: 2., 5., 9., 12., 16., 19., 23., 26., 30., 31.;

September: 2., 6., 9., 13., 14., 15., 16., 17., 20., 23., 27., 30.;

Oktober: 1., 2., 4., 5., 7., 11., 12., 14., 18., 19., 21., 25., 28., 29.;

November: 1., 2., 3., 8., 9., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.;

Dezember: 1., 2., 6., 9., 10., 11., 13., 14., 15., 16., 20., 21., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 30., 31.

Potsdam, den 17. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

90. Die Hockkrankheit ist unter den Pferden des Ritterguts Gräfenhof im Kreise Jüterbog-Ludowalbe und die Räude unter den Pferden des Fuhrherrn Kracht zu Rixdorf bei Berlin ausgebrochen.

Die Maul- und Klauenseuche hat sich in Hoppenrade im Kreise Niederbarnim auf das Rindvieh von vier Bauerngütern verbreitet.

Potsdam, den 17. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Turnlehrerinnen-Prüfung.

10. Nachstehende

Bekanntmachung:

Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Frühjahr 1885 zu Berlin abzuhalten ist, habe ich Termin auf Dienstag, den 19. Mai d. J., und folgende Tage anberaumt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde, spätestens 6 Wochen, Meldungen anderer Bewerberinnen unmittelbar bei mir spätestens 4 Wochen vor dem Prüfungstermine unter Einreichung der im § 4 des Prüfungs-Reglements vom 21. August 1875 bezeichneten Schriftstücke anzubringen.

Berlin, den 28. Februar 1885.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage: Berthausen.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 17. März 1885.

Königl. Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Bestimmung.

27. Ich bestimme hierdurch auf Grund des § 100e. Ziffer 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung für den Bezirk der Barbier- und Friseur-Innung zu Berlin, daß diejenigen Arbeitgeber, welche ein in dieser Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören, vom 1. Juli 1885 an Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Berlin, den 16. März 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Die Verloosung von Schuldverschreibungen der 4^o/_o Staatsanleihen von 1850, 1852 und 1853 betreffend.

5. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten Verloosung von Schuldverschreibungen der 4prozentigen Staatsanleihen von 1850, 1852 und 1853 sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelosten Nummern verzeichneten Kapitalbeträge vom 1. Oktober 1885 ab, gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der nach dem 1. Oktober 1885 fällig werdenden Zinscheine nebst Zinscheinanweisungen,

bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, Taubenstraße Nr. 29 hieselbst, zu erheben.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a./M. bei der Kreiskasse.

Zu diesem Zwecke können die Schuldverschreibungen nebst Zinscheinen und Zinscheinanweisungen einer dieser Kassen schon vom 1. September d. J. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. Oktober 1885 ab bewirkt.

Mit den verloosten Schuldverschreibungen sind unentgeltlich abzuliefern und zwar: von den Anleihen von 1850 und 1852 die Zinscheine Reihe IX. Nr. 7 und 8 nebst Anweisungen zur Abhebung der Reihe X. und von der Anleihe von 1853 die Zinscheine Reihe IX. Nr. 2 bis 8 und Anweisungen zur Abhebung der Reihe X. Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird von dem Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Oktober 1885 hört die Verzinsung der verloosten Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Schuldverschreibungen wiederholt und mit dem Bemerken aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit den einzelnen Ründigungsterminen aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von den sämtlichen oben gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 13. März 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Das Preussische Staatsschuldbuch betreffend.

I.

6. Durch das Gesetz vom 4. März 1885 (G. S. 55), betreffend die Ründigung und Umwandlung der 4¹/₂ prozentigen konsolidirten Staatsanleihe, ist den Inhabern von Schuldverschreibungen dieser Anleihe die Befugniß erteilt worden, die kostenfreie Einfügung eines dem Nennwerth der Schuldverschreibungen gleichen, vom 1. Oktober 1885 ab zu 4 Prozent verzinslichen Betrages in das Staatsschuldbuch nachzusuchen. Nach der Bekanntmachung des Herrn Finanzministers vom 8. d. M. — Deutscher Reichs- und Preussischer Staats-Anzeiger Nr. 58 — können die desfallsigen Anträge schon vom 1. April d. J. ab an uns oder bei einer der königlichen Regierungs- oder Bezirkshauptkassen eingereicht werden, welche letztere sie an das Staatsschuldbuchbureau befördert.

Zu den Anträgen und den ihnen beizulegenden Verzeichnissen der Schuldverschreibungen sind dieselben

Formulare zu benutzen, welche nach Seite 6 der von uns herausgegebenen „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“ (Verlag von J. Guttentag (D. Collin) Berlin und Leipzig, 1884) bei Einlieferung 4prozentiger Konfols zu verwenden sind und bei den dort bezeichneten Stellen unentgeltlich verabsolgt werden. Wer 4½prozentige und 4prozentige Konfols zur gleichzeitigen Eintragung des Gesamtbetrages auf ein Konto einreicht, wolle sich zur Erleichterung der Uebersicht für jede dieser beiden Arten eines besonderen Formulars bedienen.

Jeder 4½prozentigen Schuldverschreibung ist der am 1. April 1886 fällige Zinsschein (Reihe IV. Nr. 8) und die Anweisung zur Abhebung der Reihe V. beizufügen. Fehlt der Zinsschein, so muß dessen Nennbetrag baar eingezahlt werden. Der am 1. Oktober 1885 fällige Zinsschein ist zurückzubehalten. Die Anträge sind auch wenn sie mit den Effekten und Verzeichnissen bei einer der Königlichen Regierungs- oder Bezirkshauptkassen eingereicht werden, an uns zu adressiren. Sie sind neben unserer Adresse mit dem Zusatz zu versehen:

„Durch Vermittelung der Königlichen Hauptkasse in N. N.“

und im Kassenlokal abzugeben. Die Kasse stellt über die Ablieferung sofort den Empfangsschein aus und befördert die Anträge an uns, ohne daß dem Antragsteller dadurch Kosten entstehen. Anträge und Effekten, welche mit der Post gesendet werden, sind direkt an die „Hauptverwaltung der Staatsschulden (Staatsschuldbuchbureau in Berlin S. W., Oranienstraße 94 — frei“

zu befördern.

Nach dem 31. März 1886 werden derartige Anträge nicht mehr zugelassen.

II.

Die Zinsen der nach dem Gesetz vom 4. März 1885 in das Staatsschuldbuch eingetragenen Kapitalien werden, wie bisher die Zinsen der Schuldverschreibungen der 4½prozentigen konsolidirten Staatsanleihe, in den April- und Oktober-Terminen berichtigt. Die Berichtigung kann erfolgen:

- 1) durch Zusendung mittels der Post Seitens der Staatsschulden-Tilgungskasse zwischen dem 18. März und 8. April und zwischen dem 17. September und 8. Oktober; — oder
- 2) bei einer der nachstehend angegebenen Königlichen Kassen:
 - a. bei der Staatsschulden-Tilgungskasse zu Berlin — W. Taubenstraße 29 — vom 18. März und 17. September ab, entweder baar oder durch Gutschrift auf dem Girokonto des Berechtigten bei der Reichsbank,
 - b. bei den Regierungs-Hauptkassen vom 24. März und 24. September ab,
 - c. bei den mit der Annahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen

(Kreisstellen, Steuerstellen u. s. w.) vom 1. April und 1. Oktober ab.

Zu den gleichen Terminen werden fortan die Zinsen derjenigen Buchforderungen gezahlt werden, welche in Folge Einlieferung von Staatsschuldverschreibungen der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe eingetragen worden sind, sofern den letzteren Zinsscheine für den April- und Oktober-Termin beigelegt waren. Es wird dies bei den seit Beginn des Jahres 1885 neu ausgefertigten Schuldverschreibungen dieser Anleihe der Fall sein.

Im Staatsschuldbuch werden demgemäß künftig in der Spalte 4, welche den zum Zinsempfang Berechtigten, den Betrag der Zinsen und den Zahlungsweg für dieselben angiebt, auch die Fälligkeitstermine (Januar-Juli, April-Oktober) ausdrücklich angegeben werden.

Der Nachtrag, welchen in Folge Eintritts dieser Vermehrung der Zinszahlungstermine für die Buchschulden der Herr Finanzminister unterm 6. d. M. zu den Ausführungsbestimmungen vom 22. Juni 1884 — Deutscher Reichs- und Preussischer Staats-Anzeiger Nr. 154 — erlassen hat, wird unter A. zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

III.

Die Besitzer 4- und 4½prozentiger Preussischer Konfols, welche sich über die Einrichtung des Staatsschuldbuchs näher zu unterrichten wünschen, verweisen wir auf die oben erwähnten „Amtlichen Nachrichten“, welche durch jede Buchhandlung für 25 J., per Post franko für 30 J., zu beziehen sind. Zweck der Einrichtung ist, das Forderungsrecht des Gläubigers aus der Staatsanleihe dadurch zu sichern, daß es von dem Besitz der über die Forderung ausgestellten Urkunde unabhängig wird. Es soll der Gläubiger dadurch in vollem Umfange gegen die Gefahr geschützt werden, durch den zufälligen Verlust der Schuldverschreibung oder der Zinsscheine das Forderungsrecht selbst einzubüßen. Berlin, den 16. März 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Sybow. Merlefer. Rüdorff. Liba. Müde. v. Cuny.

A.

Nachtrag

zu den unterm 22. Juni 1884 erlassenen Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz, betreffend das Staatsschuldbuch, vom 20. Juli 1883

(G. S. S. 120).

Mit dem Zeitpunkte der Herausgabe solcher Schuldverschreibungen der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe, deren Zinsscheine am 1. April und 1. Oktober fällig werden, treten in den Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz, betreffend das Staatsschuldbuch, vom 20. Juli 1883 (G. S. S. 120), folgende Aenderungen ein:

- 1) An die Stelle des Schlusssatzes im Art. 1 Nr. 2 der Ausführungsbestimmungen, wonach den in den Monaten Juni oder Dezember eingerichteten Schuld-

verschreibungen der nächstfällige Zinschein nicht beizufügen ist, tritt nachfolgende Bestimmung:

„Nur den Schuldverschreibungen, welche in einem dem Fälligkeitstermine der Zinsen vorangehenden Monat eingereicht werden, sind die nächstfälligen Zinscheine nicht beizufügen.“

Demgemäß wird der Vermerk zu dem Nummern-Verzeichniß (vergl. die folgende Bestimmung unter 2) gleichfalls abgeändert.

- 2) In dem, dem Antrage auf Eintragung einer Buchschuld nach Art. 2 Nr. 6 beizufügenden Verzeichniß (Anlage 3 der Ausführungsbestimmungen) sind die Schuldverschreibungen fortan nach den verschiedenen Zinstermen (Januar-Juli, April-Oktober) und innerhalb dieser beiden Arten nach den Litern, für jede Litte aber nach der Nummernfolge zu ordnen.
- 3) Nach Art. 3 der Ausführungsbestimmungen müssen bei Theilübertragungen und Theillösungen sowohl die Beträge, deren Uebertragung oder Lösung beantragt wird, als auch die Restbeträge, über welche eine Verfügung nicht stattfinden soll, in Schuldverschreibungen der 4prozentigen konsolidirten Anleihe darstellbar sein. Dies gilt künftig für jeden Posten besonders, falls es sich um Ein-

tragungen handelt, welche aus mehreren zu verschiedenen Terminen verzinslichen Posten zusammenge-
setzt sind.

Berlin, den 6. März 1885.

Der Finanz-Minister. (gez.) v. Scholz.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors. Bekanntmachung.

1. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Steueramt zu Oberberg zum 1. April d. J. zur Einziehung gelangt und von diesem Zeitpunkte ab der Hebebezirk desselben dem Hebebezirk des Steueramtes zu Freienwalde zugelegt worden ist.

Berlin, den 19. März 1885.

Der Provinzial-Steuer-Direktor Hellwig.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Bergamts zu Halle. Berichtigung

der im Stüd 11 Seite 103/4 des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Potsdam veröffentlichten Verleihungs-Urkunde vom 2. März d. J.

In Zeile 4 sind hinter dem Worte Berlin die Worte: „unter dem Namen **Erna**“ einzuschalten.

Halle, den 17. März 1885.

Königl. Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Fahrplan-Änderung.

14. Vom 1. April d. J. ab werden im Berliner Vorortverkehre folgende Züge neu eingelegt bzw. verändert:

A. Strecke: Potsdam—Berlin—Erfner.

* 903 2—3	907 2—3	909 2—3	Stationen	* 902 2—3	* 904 2—3	910 2—3	948 2—3
Bm. 55 510 518 524 531 536 540 551 558 64 611 620 Bm.	Bm. 550 553 61 69 624 631 636 644 650 659 74 78 719 725 732 739 748 Bm.	Bm. 641 646 652 70 717 725 730 740 747 756 81 85 816 822 827 an Bm.	Abf. Potsdam Neuendorf Neubabelsberg Wannsee Grünwald Charlottenburg Berlin Stralau—Rummelsburg Kiez—Rummelsburg Sadowa Cöpenick Friedrichshagen Rahnsdorf Anf. Erfner	Anf. 633 629 623 615 60 551 538 529 522 515 57 54 454 449 443 Bm.	Bm. 739 735 729 721 77 70 654 645 639 633 627 623 614 69 62 553 546 Bm.	Bm. an 1219 1215 126 120 932 927 923 914 99 92 Bm.	Bm. 1219 1215 126 120 1154 1148 1144 1135 1130 1124 An.

*) Die mit Stern bezeichneten Züge führen zwischen Stadtbahnstationen und östlichen Vorortstationen an Wochentagen auch 4. Wagenklasse.

B. Strecke: Berlin—Bernau.

425 2—4	Stationen				426 2—4
Bm. 450 53 512 519 525 534 543 —	Abf. Ben oben nach unten zu lesen! Anf.	Berlin, Stettiner Bahnhof Pankow Blankenburg Carow Buch Zepernitz Bernau	Anf. Ben unten nach oben zu lesen! Abf.	Bm. 644 632 625 618 612 63 553 —	
Berlin, im März 1885.		Königl. Eisenbahn-Direktion.			

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Fahrplanänderungen.

12. Mit dem 15. April d. J. treten im Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg die in der Beilage aufgeführten Fahrplanänderungen ein.

Bromberg, den 16. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Erhebung der Tränkungsgebühr bei Viehsendungen betreffend.

13. Viehsendungen, welche aus Ostpreußen in der Richtung über Schneidemühl nach Berlin sich bewegen und deren Transport auf der Eisenbahn fahrplanmäßig länger als 36 Stunden dauert, unterliegen der Tränkung auf der Viehtränkungsanstalt des Bahnhofes Schneidemühl. Die bei der Aufgabe-Expedition zu entrichtende Tränkungsgebühr beträgt 2 M für den Wagen ohne Unterschied zwischen ganzen und halben Ladungen.

Bei Viehsendungen aus Ost- und Westpreußen, welche fahrplanmäßig über 24 Stunden, aber weniger als 36 Stunden auf der Eisenbahn verbleiben, wird widerruflich von der bis dahin vorgeschriebenen Tränkung in Schneidemühl und von der Erhebung der Tränkungsgebühr abgesehen, sofern die Thiere vor der Verladung getränkt worden sind. Ueberschreitet die Transportdauer jedoch 30 Stunden, so haben die Viehbegleiter den Thieren während der heißen Jahreszeit außerdem während des Transports einmal eine kleine Quantität Wasser im Wagen auf einer der Stationen Korschau, Dt. Eylau, Thorn, Dirschau oder Schneidemühl zu verabfolgen, wozu die nöthigen Einrichtungen einschließlich des Wassers eisenbahnseitig unentgeltlich bereit gehalten werden.

Bromberg, den 15. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Transportbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

14. Für diejenigen Volkereiprodukte, sowie Maschinen und Geräte zum Betriebe der Milchwirtschaft, welche auf der am 27., 28. und 29. März d. J. in Greifswald stattfindenden Ausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Preussischen Staats- und unter Staatsverwaltung stehende Bahnen eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller aber frachtfrei erfolgt,

wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes für die Hinfahrt, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungs-Comité's nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb acht Tagen nach Schluß der Ausstellung stattfindet.

Bromberg, den 15. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Neuer Staatsbahn-Gütertarif.

15. Am 1. April d. J. tritt für die Beförderung von Gütern aller Art ein neuer Staatsbahn-Gütertarif (Theil II, die besonderen Bestimmungen, sowie Kilometerzeiger und Ausnahmetarife enthaltend) für den Verkehr zwischen den Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg einschließlich der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn einerseits und den Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Breslau andererseits in Kraft, durch welchen folgende Tarife aufgehoben werden:

- 1) Der Preussisch-Oberschlesische Verband-Gütertarif vom 1. April 1881 mit sämtlichen Nachträgen mit Ausschluß der Stationen der bisherigen Breslau-Freiburger Eisenbahn südlich von Breslau und Randten und des Anhangs, enthaltend den Ausnahmetarif für Oberschlesische Steinkohlen;
- 2) der Lokal-Gütertarif der ehemaligen Oberschlesischen Eisenbahn vom 1. Oktober 1881, soweit derselbe den Verkehr mit den Stationen der Strecken Kobelnitz—Thorn resp. Bromberg betrifft;
- 3) der Tarif für den direkten Güterverkehr zwischen den Stationen der ehemaligen Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn und den Stationen der Strecken Gnesen—Thorn resp. Bromberg, vom 1. Dezember 1881 nebst sämtlichen zu diesen Tarifen erschienenen Nachträgen;
- 4) der gemeinschaftliche Tarif für den Transport von Salz u. von Inowrazlaw und Klausaschacht vom 1. April 1883, soweit derselbe den Verkehr mit den sub II. aufgeführten Stationen der Strecke Schmiedefeld—Grünberg i./Schl. und die sub III., V. und VI. aufgeführten Stationen betrifft.

Der neue Gütertarif enthält theils Ermäßigungen, theils Erhöhungen gegen die bisherigen Frachtsätze, letztere insbesondere für einzelne Relationen in den Ausnahmetarifen für Getreide, Hülsenfrüchte, Delsamen und

Mühlensfabrikate, für Holz des Spezial-Tarifs II. und für Flachs und Hanf im Verkehr mit Breslau D.-S. Bfj.

Durch Aufnahme sämtlicher Stationen der ehemaligen Posen-Creuzburger, Dels-Gnesener und Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn ist der neue Tarif wesentlich erweitert; die Stationen der Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn sind unter diejenigen des Direktions-Bezirks Bromberg eingereiht. Für den Verkehr mit den Stationen der ehemaligen Breslau-Freiburger Eisenbahn südlich Breslau und Randten und bis zum Inkrafttreten des neurevidirten Staatsbahn-Gütertarifs Bromberg-Berlin, in welchem diese Stationen für den Verkehr mit denselben des Direktions-Bezirks Bromberg und der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn Aufnahme finden werden, behalten bis dahin die in dem Preussisch-Oberschlesischen Verband-Tarif und in dessen Nachträgen enthaltenen Frachtsätze Gültigkeit.

Die Entfernungen des Kilometerzeigers für den neuen Gütertarif werden vom 1. April d. J. ab auch der Berechnung der nach dem Tarif für die Beförderung von Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren für den Staatsbahnverkehr Bromberg-Breslau vom 1. Oktober 1884 zur Erhebung gelangenden Transportpreise, des Frachtszuschlages, sowie der Fahrgelder für Begleiter zu Grunde gelegt, wobei jedoch vorläufig der Verkehr mit den Berliner Bahnhöfen und Lichtenberg-Friedrichsfelde ausgeschlossen bleibt.

Die Erhöhungen des neuen Tarifs, welche sich gegen die Sätze des Preussisch-Oberschlesischen Verbandtarifs ergeben, treten erst mit dem 1. Mai d. J. in Kraft, bis zu welchem Zeitpunkte die bisherigen Sätze des genannten Verbandtarifs bestehen bleiben.

Bis zur Herausgabe des neuen Tarifs, am 25. d. M., erhält unser Tarifbureau hieselbst Auskunft über die neuen Frachtsätze.

Bromberg, den 18. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion
als geschäftsführende Verwaltung.

Inkrafttreten von Nachträgen zu den Tarifstellen 16.

16. In Folge Uebergangs der Bahnstrecken Posen-Thorn

Bromberg aus dem Bezirke der königlichen Eisenbahn-Direktion Breslau in den der königlichen Eisenbahn-Direktion Bromberg treten vom 1. April 1885 ab für den Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg

- a. der Nachtrag III. zum Lokaltarif für die Beförderung von Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren vom 1. Januar 1880, II. Auflage,
- b. der Nachtrag V. zum Lokal-Gütertarif vom 1. Juli 1880, II. Auflage,
- c. der Nachtrag VII. zum Kilometerzeiger zur Berechnung der Preise für die Beförderung von
 - a. Personen, Reisepack und Hunden,
 - b. Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren,
 - c. Eil- und Frachtgütern,
 vom 15. August 1883

in Kraft; dieselben können durch die Billet-Expeditionen

unseres Verwaltungsbezirks bezogen werden und enthalten außer bereits bestehenden und früher publicirten Tarifänderungen und Ergänzungen:

- 1) die Einbeziehung der Stationen der Bahnstrecken Posen-Thorn Bromberg sowohl für den Verkehr unter sich als auch mit sämtlichen übrigen Stationen des Bezirks Bromberg,
- 2) Aenderungen bezw. Ergänzungen der Tarifvorschriften für die Beförderung von Fahrzeugen und lebenden Thieren,
- 3) Ausnahme-Frachtsätze für Flachs ab Guttstadt und Tilsit.

Durch die qu. Nachträge treten gegen die bestehenden Tarifsätze theils Ermäßigungen theils Erhöhungen ein, welche letztere erst mit dem 15. Mai d. J. in Kraft treten.

Durch die Einführung der vorbezeichneten Nachträge werden folgende Tarife aufgehoben:

- 1) der Lokaltarif der Oberschlesischen Eisenbahn für die Beförderung von Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren vom 1. Januar 1880;
- 2) der Tarif für die Beförderung von Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren für den Verkehr zwischen den Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg und der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn einerseits und den Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Breslau andererseits vom 15. Oktober 1884;
- 3) der Lokal-Gütertarif der Oberschlesischen Eisenbahn vom 1. Oktober 1881;
- 4) der Preussisch-Oberschlesische Verband-Gütertarif vom 1. April 1881 nebst sämtlichen zu diesen Tarifen erschienenen Nachträgen, soweit sie sich (zu 1—4) auf den Verkehr der Stationen der Strecken

Posen-Thorn unter sich, sowie mit den übrigen Stationen des Direktionsbezirks Bromberg beziehen. Ueber die Höhe der neuen Tarifsätze geben sämtliche Expeditionen unseres Verwaltungs-Bezirks Auskunft.

Bromberg und Breslau, den 20. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktionen.

Bekanntmachung.

17. Vom 1. April d. J. ab findet in dem gemischten Zuge Nr. 321 Cüstrin-Kreuz (aus Cüstrin 4 Uhr 10 Minuten Morgens) Personenbeförderung auch in IV. Wagenklasse statt.

Bromberg, den 21. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

2. Am 11. d. M. hat die Verlosung der 4 1/2 % Prioritäts-Obligationen der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn stattgefunden und sind die gezogenen Nummern unten aufgeführt.

Die Verzinsung dieser Prioritäts-Obligationen hört mit dem 30. Juni d. J. auf, weshalb deren Inhaber ersucht werden, solche vom 1. Juli d. J. ab

- 1) bei der Königl. Eisenbahn-Haupt-Kasse in Erfurt,
- 2) bei der Königl. vereinigten Eisenbahnbetriebskassen Berlin (Eisenbahn-Direktions-Bezirk Erfurt) Alsterischer Platz 5,
- 3) bei der Königl. Eisenbahnbetriebskasse Dessau, nebst den vom 1. Juli d. J. ab laufenden Zinscoupons, gegen Empfangnahme des Nennwerthes der Prioritäts-Obligationen, einzuliefern.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscoupons wird bei der Einlösung in Abzug gebracht.

In Betreff derjenigen Obligationen, welche bis zum 1. Dezember d. J. nicht zur Einlösung gelangen, tritt das Hinterlegungs-Verfahren ein.

Gezogen sind am 11. d. M. folgende Nummern:

I. 4 1/2 % Prioritäts-Obligationen

I. Emission vom 2. Januar 1856:

17 Stüd à 500 Thlr. = 1500 Mark.

Nr 39 74 87 91 134 248 385 409 476 485 488 663 699 762 848 861 868.

79 Stüd à 100 Thlr. = 300 Mark.

Nr 14 57 82 318 398 450 546 719 725 745 1041 1407 1495 1519 1595 1640 1677 1695 1752 1765 1767 1771 1814 1820 1826 1874 2062 2075 2165 2177 2302 2312 2328 2349 2466 2487 2575 2597 2717 2720 2745 2801 2813 2840 2855 2961 2991 3024 3025 3041 3131 3207 3276 3390 3526 3653 3684 3783 3812 3838 3839 3948 3989 4055 4119 4177 4178 4216 4292 4319 4371 4407 4423 4488 4522 4573 4627 4827 4966.

Sämmtliche Obligationen sind mit je 1 Coupon Nr 10 und Talon zurückzugeben.

Rückständig und daher noch einzulösen sind:

- 1) aus der Verlosung vom Jahre 1881, mit 9 Coupons Nr 2 bis 10 und Talon, à 100 Thlr. = 300 Mark Nr 1549 2624 3032 3567;
- 2) aus der Verlosung vom Jahre 1882, mit 7 Coupons Nr 4 bis 10 und Talon, à 500 Thlr. = 1500 Mark Nr 450. à 100 Thlr. = 300 Mark Nr 258 1891 2114 3988;
- 3) aus der Verlosung vom Jahre 1883, mit 5 Coupons Nr 6 bis 10 und Talon, à 500 Thlr. = 1500 Mark Nr 192. à 100 Thlr. = 300 Mark Nr 687 1233 2614 3128 3191 4891;
- 4) aus der Verlosung vom Jahre 1884, mit 3 Coupons Nr 8 bis 10 und Talon, à 500 Thlr. = 1500 Mark Nr 169 180 803. à 100 Thlr. = 300 Mark Nr 993 1499 1881 1913 1972 2837 3199 3409 3598 3695 4462 4481 4482 4534 4567 4882.

II. 4 1/2 % Prioritäts-Obligationen

II. Emission vom 2. Januar 1887.

65 Stüd à 500 Thlr. = 1500 Mark.

Nr 1044 1225 1387 1395 1429 1658 1680 1712 1969 2046 2133 2159 2197 2232 2238 2333 2364 2411 2466 2489 2564 2639 2704 2815 2819 2889 3006 3028 3103 3330 3347 3360 3411 3477 3624 3709 3721 3894 3912 4025 4118 4158 4210 4222 4386 4438 4462 4536 4728 4758 4770 4791 4850 4887 4905 4949 5012 5053 5103 5155 5263 5360 5394 5424 5450.

322 Stüd à 100 Thlr. = 300 Mark.

Nr 5054 5086 5122 5126 5262 5273 5390 5547 5578 5691 5698 5740 5775 5820 5871 5880 5932 5942 6038 6157 6286 6406 6436 6520 6565 6576 6663 6781 6924 6962 7006 7058 7092 7142 7194 7280 7464 7475 7490 7512 7515 7517 7531 7671 7684 7812 7907 7936 7972 8052 8193 8210 8343 8407 8567 8719 8751 8766 8834 8943 9146 9211 9246 9274 9305 9426 9463 9496 9529 9590 9595 9609 9736 9756 9763 9858 9863 9890 9925 9929 9975 10013 10322 10370 10425 10534 10578 10724 10734 10901 10933 10938 10978 11068 11115 11312 11346 11394 11406 11476 11477 11665 11777 11784 11876 11881 11920 11953 11956 12036 12037 12059 12127 12195 12249 12261 12294 12328 12376 12429 12623 12701 12748 12795 12894 12911 13009 13017 13028 13040 13198 13235 13353 13357 13401 13601 13662 14028 14078 14093 14108 14117 14154 14319 14362 14456 14553 14595 14618 14643 14693 14721 14733 14737 14743 14778 14810 14911 14912 14921 14968 15072 15303 15345 15546 15555 15705 15728 15825 15947 16004 16111 16146 16192 16257 16279 16475 16613 16680 16714 16889 16941 16997 17073 17077 17129 17235 17310 17416 17483 17539 17596 17611 17821 17842 17886 17895 18019 18157 18190 18247 18301 18487 18489 18523 18527 18545 18552 18583 18671 18796 18906 18955 19010 19094 19157 19254 19283 19524 19626 19656 19777 19844 19882 19948 19973 20130 20155 20170 20192 20202 20344 20353 20680 20762 20850 20855 20878 20945 21032 21194 21441 21604 21700 21793 21805 21823 21905 21942 22072 22140 22205 22239 22401 22487 22491 22505 22626 22755 22801 22864 23029 23085 23171 23236 23323 23325 23386 23498 23572 23655 23674 23776 23798 23835 23870 23955 24024 24033 24050 24057 24065 24131 24332 24480 24687 24717 24718 24931 25124 25456 25462 25477 25556 25606 25706 25796 25957 26013 26017 26070 26072 26231 26239 26251 26383 26434 26543 26570 26694 26832 26849 26878 26881 26951 26964 26995 27076 27135 27177 27294 27300.

Sämmtliche Obligationen sind mit je 1 Coupon Nr 10 und Talon zurückzugeben.



- Rückständig und daher noch einzulösen sind:
- 1) aus der Verloosung vom Jahre 1881 mit 9 Coupons *Nr* 2 bis 10 und Talon, à 100 Thlr. = 300 Mark *Nr* 5357 5658 8359 9428 9640 9936 10905 14338 16054 19024 19901 21058 24894 26048 26178 26657;
 - 2) aus der Verloosung vom Jahre 1882 mit 7 Coupons *Nr* 4 bis 10 und Talon, à 500 Thlr. = 1500 Mark *Nr* 3720; à 100 Thlr. = 300 Mark *Nr* 7728 8772 9514 12547 12661 13239 15228 15350 16046 17227 18622 18818 18918 20097 22254 23396 23657 23908 25412 27003;
 - 3) aus der Verloosung vom Jahre 1883 mit 5 Coupons *Nr* 6 bis 10 und Talon, à 500 Thlr. = 1500 Mark *Nr* 1023 1620; à 100 Thlr. = 300 Mark *Nr* 5125 5954 6292 6989 7729 8178 8854 9389 9676 10225 14461 14832 14959 14983 15076 15999 17146 19965 20870 21223 23491 23764 24070 24369 24957 25376 25933 26101;
 - 4) aus der Verloosung vom Jahre 1884 mit 3 Coupons *Nr* 8 bis 10 und Talon, à 500 Thlr. = 1500 Mark *Nr* 1187 1298 2124 2194 3743 3782 5019; à 100 Thlr. = 300 Mark *Nr* 5082 5817 6374 6710 7920 8176 8406 8440 8582 8701 8783 9004 9251 10779 10862 11076 11266 11812 12047 12591 12632 13269 13989 14050 15339 15573 15942 16401 16677 17183 17574 17787 17857 18398 18642 18903 19271 19964 20382 20395 20662 21229 21337 21843 22717 22962 23267 23488 24155 24487 24523 24766 25369 26592 26943 27325 27379.

III. 4 1/2 % Prioritäts-Obligationen Litr. B.

vom 2. Januar 1866:

- 17 Stück à 500 Thlr. = 1500 Mark:
Nr 92 172 218 315 397 429 688 898 946
1067 1190 1217 1290 1328 1361 1411 1448.
81 Stück à 100 Thlr. = 300 Mark:
Nr 1736 1756 1840 1850 1997 2188 2347
2393 2411 2684 2728 2899 3157 3277 3288 3324
3445 3607 3610 3636 3885 4086 4181 4227 4260
4374 4383 4473 4498 4577 4609 4729 4762 4810
4840 4944 5013 5041 5108 5324 5559 5684 6037
6063 6089 6120 6492 6627 6885 6897 6930 7249
7250 7256 7271 7334 7399 7465 7473 7565 7714
8045 8107 8109 8159 8251 8270 8293 8463 8591
8654 8710 8734 8758 8762 8850 8854 8864 8881
8909 9000.

Sämmtliche Obligationen sind mit je 1 Coupon *Nr* 10 und Talon zurückzugeben.

- Rückständig und daher noch einzulösen sind:
- 1) aus der Verloosung vom Jahre 1881 mit 9 Coupons *Nr* 2 bis 10 und Talon,

- à 500 Thlr. = 1500 Mark *Nr* 100,
à 100 Thlr. = 300 Mark *Nr* 5328 8316;
- 2) aus der Verloosung vom Jahre 1882 mit 7 Coupons *Nr* 4 bis 10 und Talon, à 100 Thlr. = 300 Mark *Nr* 2476 4025 4289 4628 7775 7817;
- 3) aus der Verloosung vom Jahre 1883 mit 5 Coupons *Nr* 6 bis 10 und Talon, à 100 Thlr. = 300 Mark *Nr* 4471 4961 5101 6092 6325 7046 7063 7371;
- 4) aus der Verloosung vom Jahre 1884 mit 3 Coupons *Nr* 8 bis 10 und Talon, à 100 Thlr. = 300 Mark *Nr* 3124 3330 4887 5216 5579 6294 8760.

IV. 4 1/2 % Prioritäts-Obligationen Litr. C.

vom 1. Oktober 1875:

186 Stück à 500 Mark.

- Nr* 133 337 458 459 500 556 598 692 1059
1069 1217 1739 1939 2006 2255 2522 2523 2804
2890 4191 4479 4538 4637 4757 4882 5035 5200
5258 5353 5528 5561 5652 5686 6305 6615 6697
6768 6769 6786 6802 7001 7116 7293 7445 7503
7531 7814 7929 8008 8029 8141 8404 8464 8701
8890 9196 9269 9377 9469 9517 9610 9722 9858
9896 9908 9917 9921 9969 10015 10112 10120
10130 10181 10295 10310 10321 10873 11027
11173 11360 11759 11846 11912 10938 12024
12657 12692 12934 12984 13076 13081 13757
13771 13939 14311 14313 14367 14547 14803
15110 15409 15563 15580 15676 15810 15974
15990 16061 16102 16152 16316 16327 16499
16712 16728 17136 17242 17377 17958 18054
18221 18318 18459 18537 18619 19070 19247
19412 20348 20474 21098 21550 21699 21728
21901 21974 22007 22074 22748 22772 22811
23253 23256 23695 23732 23764 23840 24096
24212 24339 24373 24675 24720 24924 25043
25181 25193 25267 25319 25449 25562 25571
25829 25926 25950 26001 26026 26112 26287
26314 26386 26739 26774 26858 27152 27360
27722 28623 28910 28914 28977 29357 29715
29760 29909 29997.

49 Stück à 1000 Mark.

- Nr* 30018 30088 30089 30356 30449 30592
30605 30728 30753 31048 31251 31356 31935
32183 32658 32731 32830 32950 33124 33465
34108 34392 34425 34510 34557 34706 34782
34864 34963 35192 35421 35522 35616 35802
35991 36113 36150 36171 36188 36197 36347
36456 36568 36628 37007 37091 37129 37290
37439.

9 Stück à 5000 Mark.

- Nr* 37591 37817 38227 38304 38558 38625
38791 38849 38944.

Sämmtliche Obligationen sind mit je 1 Coupon *Nr* 10 und Talon zurückzugeben.

Rückständig und daher noch einzulösen sind:

- 1) aus der Verloosung vom Jahre 1881, mit 9 Coupons N^o 2 bis 10 und Talon, à 500 Mark N^o 3508 4648 4900 8477 8935 9711 12395 12582 17457 23884.
à 1000 Mark N^o 32383;
- 2) aus der Verloosung vom Jahre 1882, mit 7 Coupons N^o 4 bis 10 und Talon, à 500 Mark N^o 1241 3513 5513 5638 8645 11206 11948 11960 15377 19954 23962 26361 26892 28437.
à 1000 Mark N^o 31183 36524
à 5000 Mark N^o 38836;
- 3) aus der Verloosung vom Jahre 1883 mit 5 Coupons N^o 6 bis 10 und Talon, à 500 Mark N^o 1073 4027 5089 5090 5160 5689 8830 9601 10259 11431 12392 15831 21919 22113 22711 24450 24827 25508 28126
à 1000 Mark N^o 31365 31787 33179 33816 34141 34750.
- 4) aus der Verloosung vom Jahre 1884 mit 3 Coupons N^o 8 bis 10 und Talon, à 500 Mark N^o 530 1768 2604 4126 5746 10584 12208 12446 13773 14498 16198 16448 18969 19454 20279 20357 25411 26169 26482 28531 29434,
à 1000 Mark N^o 31919 33336 33799 34409 35638 36164 36561 37458.

Rückständig ist ferner:

aus der Verloosung vom Jahre 1856 mit 1 Coupon N^o 8 und Talon, die 4% Prioritäts-Aktie vom 2. Januar 1841 N^o 3711 à 100 Thlr. = 300 Mark, — welcher Betrag deponirt ist. —

Alle bis zum Schluß des Rechnungs-Jahres 1883/4 eingelösten, verloosten Obligationen u. nebst Coupons sind vorschriftsmäßig vernichtet worden.

Erfurt, den 14. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Der Feldmesser Rudolf Schwanhäuser zu Berlin ist am 24. Februar d. J. vereidigt worden.

Dr. Dietrich, bisher ordentlicher Lehrer am Königl. Gymnasium in Charlottenburg, ist in gleicher Eigenschaft am Königl. Französischen Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Raehn, Fraustaedter, Jacoby, Kraemer, Gabischewsky, Schwandt und Dietrich sind als Gemeindefullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Anna Rahmlow ist als Gemeindefullehrerin in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Wolf, Pape und Neubauer sind als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Vakant sind resp. werden folgende Schulstellen:
Eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Lenz, Inspektion gleichen Namens, Privat-Patronats; die Lehrerstelle zu Petersdorf, Insp. Storkow, Königl. Patronats; die Lehrerstelle zu Lenzersilge, Insp. Lenz, Königl. Patronats; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Nauen, Insp. gleichen Namens, Privat-Patronats; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Zehdenick, Insp. gleichen Namens, Privat-Patronats.

Wiederbesetzt sind dagegen: Die Lehrer- und Küsterstelle zu Tüchen, Insp. Prigwall; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Friesack, Insp. Rathenow; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Fehrbellin, Insp. gleichen Namens; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Wendelin, Insp. Kyritz; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Lünow, Insp. Altstadt Brandenburg; die 2te Lehrerstelle zu Gleden Zechlin, Insp. Wittstock; die Lehrer- und Küsterstelle zu Heinrichsdorf, Insp. Ruppin; die 2te Lehrerstelle zu Alt Markgrafspitze, Insp. Storkow; die 2te Lehrerstelle zu Schmergom, Insp. Neustadt Brandenburg; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Rathenow, Insp. gl. Namens; die Lehrer- und Küsterstelle zu Groß Wäter, Insp. Templin; eine Lehrerstelle an der Ortschule zu Lehnin, Insp. Neustadt Brandenburg; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Treuenbriegen, Insp. gl. Namens; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Görden, Insp. Beeskow; die 2te Lehrerstelle zu Berge, Insp. Dom Brandenburg; die 2te Lehrerstelle zu Brederiche, Insp. Templin; die 2te Lehrerstelle zu Strohbehn, Insp. Rathenow; die 2te Lehrerstelle zu Groß Leppin, Insp. Dom Havelberg; die Lehrer- und Küsterstelle zu Tangerdorf, Insp. Templin; die Lehrerstelle zu Görden, Insp. Lenz.

Personal-Veränderungen im Bezirk des Kammergerichts im Monat Februar 1885.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt ist der Rechtsanwalt Paschmann in Forst i. L. zum Amtsrichter in Adelnau. Gestorben ist der Amtsrichter Viber in Liebenwalde.

II. Gerichtsassessoren.

Ernannt sind zu Gerichtsassessoren die bisherigen Referendare von Pochhammer, Wasserfall, Reschelsohn, Haad, Oppermann, Schlichter, Siber und Priebe.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Zugelassen sind zur Rechtsanwaltschaft die Gerichtsassessoren Dr. Thielemann bei dem Kammergerichte, Schramme bei dem Amtsgerichte zu Ludenwalde und Holz und Apolant bei dem Landgerichte Berlin I. Ernannt ist der Rechtsanwalt Paelegrimm zu Neu-Ruppin zum Notar mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst.

IV. Referendare.

Ernannt sind zu Referendaren die bisherigen Rechtskandidaten Horwig, Augustin, Voehner, Dahl,

mann, Gayl und Baumann. Uebernommen sind von Röhl und Bruno Schulze aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts zu Raumburg a./S. Versetzt ist Dr. Pusch in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Marienwerder. Entlassen sind Stümer auf seinen Antrag und Lessing, Reichert und Mandel behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst.

V. Subalternbeamte.

Versetzt ist der Gerichtsschreiber Jantke in Freien-

walde a./D. an das Amtsgericht in Beetz. Pensionirt sind die Gerichtsschreiber Schneider in Beetz und Koch in Landsberg a./W.

Personal-Veränderungen
im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion
Erfurt pro Monat Februar 1885.

Versetzt: Die Stations-Vorsteher II. Classe Ritter von Deligsch nach Jüterbog und Morietzki von Jüterbog nach Falkenberg.

1. Bekanntmachungen des Landesdirektors der Provinz Brandenburg.

Haupt-Etat der Verwaltung des Provinzialverbandes von Brandenburg für das Jahr vom 1. April 1885—86.

Kapitel.		Titel.		Einnahme.		Betrag für das Etatsjahr 1. April 1885—86. Mk.		Pf.	
A. Laufende Einnahmen.									
Aus der Staatskasse:									
I.	1.	Dotationsrente (§ 2 des Gesetzes vom 8. Juli 1875 und Allerhöchste Verordnung vom 12. September 1877)				1549077			
	2.	Für die Verwaltung und Unterhaltung der früheren Staatschauffeen (§ 20 dess. Ges. u. dies. Verord.)				1335047	—		
	3.	Zuschuß für die Hebammen-Lehranstalt in Frankfurt a./D. (§ 13 dess. Ges.)				7548	—		
	4.	Zuschuß zur Unterstützung niederer landwirthschaftlicher Lehranstalten (§ 14 das.)				5400	—		
						Sa. I.	2897072	—	
Aus den Kapitalien und Beständen der Provinz:									
II.	1. 2.	Zinsen				169000	—		
Aus den Nebensfonds der Provinz:									
III.	1—8.	Zinsen				95900	—		
Vom Landschaftshaufe, Miethen:									
IV.						4860	—		
Aus der Chauffee-Verwaltung:									
V.	1—8.	Beiträge von Kreisen zu den Besoldungen der Provinzialbeamten, Renten, Miethen, Pächte, Erträge aus den Baumpflanzungen und sonstigen Einnahmen				56200	—		
Aus der Verwaltung des Landarmen-, Korrigenden- und Irrenwesens:									
VI.	1.	Erstattete Kur-, Verpflegungs-, Erziehungs- und Detentionskosten				270150	—		
	2.	Provinzialsteuern für die Zwecke des Landarmen- u. Wesens (6 % der Staatssteuern)				764800	—		
	3.	Sonstige Einnahmen				25	—		
						Sa. VI.	1034975	—	
Aus der Verwaltung des Taubstummen-, Blinden- und Idiotenwesens:									
VII.	1. 2.	Erstattete Ausbildungs- und Verpflegungskosten, sowie sonstige Einnahmen				28310	—		
Aus der Zwangserziehung verwahrloster Kinder:									
VIII.	1. 2.	Erstattete Erziehungs- und Unterhaltungskosten, sowie sonstige Einnahmen				56810	—		
Aus der Verwaltung des Viehverversicherungswesens (Gesetz vom 25. Juni 1875):									
IX.						2940	—		
X.	Für die Verwaltung von Institutencassen:					6500	—		
XI.	Insgesamt:					333	—		
Summa der laufenden Einnahmen (A.)						4352900	—		
B. Außerordentliche Einnahmen						100	—		
Summa der Einnahmen						4353000	—		

Kapitel.	Titel.	Ausgabe.	Betrag für das Etatsjahr 1. April 1885—86.	
			RM.	Pf.
		A. Laufende Ausgaben.		
I.		Kosten des Provinzial-Landtages und seiner Organe:		
	1. 2.	Reisekosten und Tagegelber, sowie Büreaufkosten	29000	—
II.		Reisekosten und Tagegelber der gewählten Mitglieder des Provinzialraths	500	—
III.		Kosten der Landes-Direktion:		
	1.	Gehälter der Provinzial-Beamten nebst Reise-Entschädigungen bezw. Wohnungsgeldzuschüssen	128302	—
	2—9.	Andere persönliche und sächliche Ausgaben	44735	—
		Sa. III.	173037	—
IV.		Beihilfe zur Durchführung der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 (§ 5 Nr 1 des Gef. v. 8. Juli 1875)	291983	84
V.		Für den Neubau chaussirter Wege (§ 4 Nr 1 das.)	440000	—
VI.		Für die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausséen (§ 18 ff. daselbst):		
	1—13 und 15.	Gehälter der Baubeamten und Chaussée-Aufseher, sowie andere per- sönliche und sächliche Ausgaben	157303	—
	14.	Kosten der materiellen Unterhaltung der ca. 1400 km Provinzial-Chausséen Sa. VI.	875000	—
			1032303	—
VII.		Unterstützungen für den Gemeindegewebau (§ 4 Nr 1 b. Gef. v. 8. Juli 1875)	180000	—
VIII.	1. 2.	Zur Beförderung von Landesmeliorationen (§ 4 Nr 2 das.)	90300	—
IX.	1.	Zur Förderung des Baues von Sekundäreisenbahnen	31950	—
X.		Für die Verwaltung des Landarmen-, Korrigenden- und Irrenwesens (§ 4 Nr 3 daselbst und Verordnung vom 23. Februar 1878).		
	1. 2.	Zuschüsse zur Unterhaltung der 9 Provinzial-Anstalten	1084500	—
	3.	Aufwendungen für Landarme außerhalb der Provinzial-Anstalten . .	160000	—
	4.	Beihilfen an Ortsarmenverbände	7000	—
	5.	Sonstige Ausgaben	300	—
		Sa. X.	1251800	—
XI.		Für die Verwaltung des Taubstummen-, Blinden- und Idiotenwesens (§ 4 Nr 4 b. Gef. vom 8. Juli 1875):		
	1—3.	Für Ausbildung und Verpflegung von Taubstummen, Blinden und Idioten, sowie für die Ausbildung von Taubstummen-Lehrern	145900	—
XII.	1—3.	Für die Zwangserziehung verwahrloster Kinder (§ 12 des Gef. v. 13. März 1878)	113400	—
XIII.		Zur Unterstützung milder Stiftungen (§ 4 Nr 5 des Gef. v. 8. Juli 1875)	15000	—
XIV.		Zuschüsse für Kunst- und wissenschaftliche Vereine, für Landesbibliotheken und Unterhaltung von Denkmälern (§ 4 Nr 6 das.)	6000	—
XV.	1—4.	Für das Hebammenwesen (§ 4 des Gef. v. 28. Mai 1875 und § 13 des Gef. v. 8. Juli 1875)	17100	—
XVI.	1—4.	Zur Unterstützung niederer landwirtschaftlicher Lehranstalten (§ 14 b. Gef. v. 8. Juli 1875), nämlich der Ackerbauschulen in Schöllnig, Dranienburg und Dahme, sowie der Wiesenbauschule in Dahme und der Acker- und Obstbauschule in Wittstock	10700	—
XVII.	1—6.	Bisher vom Staate geleistete fortdauernde Zahlungen	31923	44
XVIII.		Für die Verwaltung und Unterhaltung des Landschaftshauses	2800	—
XIX.		Zur bestimmungsmäßigen Verwendung der Nebenfonds	48822	—

Kapitel.	Titel.	Ausgabe.	Betrag für das Etatsjahr 1. April 1885—86. Mk. Pf.	
XX.		Insgemein	130	72
XXI.		Zur Disposition des Provinzial-Ausschusses zur Bestreitung nicht vor- gesehener unvermeidlicher Ausgaben	22500	—
		Summa der laufenden Ausgaben	3935100	—
		B. Außerordentliche Ausgaben.		
	1.	Für Neuvermessung der Chaussees und Aufstellung neuer Chaussee- Inventarien (sechste Rate)	2000	—
	2.	Für den chausseemäßigen Ausbau des Dammes zwischen Driesen und Bordamm im Zuge der Birnbaum-Driesener Provinzialchaussee und den Neubau zweier Brücken in demselben	55000	—
	3.	Zur Nachpflanzung auf den Aurither Sandschollen	1400	—
	4.	Für Erweiterungs- und Verbesserungsbauten in den Anstalten der Provinz	71500	—
	5.	Zur Errichtung der neuen Landbirrenanstalt zu Landsberg a./B. (2. Rate)	282000	—
	6.	Zur Unterstützung der Arbeiterkolonie Friedrichswille	6000	—
		Summa der Ausgaben	4353000	—
		Die Einnahmen betragen	4353000	—
			Balancirt.	

Vorstehender Etat ist von dem Brandenburgischen Provinziallandtage in den Sitzungen vom 7. und 10. März d. J. festgestellt worden und wird hierdurch in Gemäßheit des § 101 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 13. März 1885.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg. v. Levetzow.

Bermischte Nachrichten.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

Seri. Nr.	Name und Stand	Alter und Heimath	Grund der Verurtheilung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	des Ausgewiesenen.				
1	2	3	4	5	6
Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:					
1	Mathias Gogeditzsch, Kellner,	geboren am 1. Sep- tember 1861 zu Au bei Wien, Oesterreich, ebendasselbst ortsange- hörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam,	16. Februar 1885.
2	Josef Polke, Damaschweber,	geboren im Februar 1864 zu Oßersdorf, Bezirk Jägerndorf, Oesterreichisch-Schle- sien, ebendasselbst orts- angehörig,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	18. Februar 1885.
3	Franz Fritsch, Arbeiter,	34 Jahre, geboren und ortsangehörig in Ditt- terndorf, Bezirk Freu- denenthal, Oesterreichisch- Schlesien, wohnhaft zu- legt in Löwen, Kreis Brieg,	desgleichen,	derselbe,	21. Februar 1885.

1.	2.	3.	4.	5.	6.
	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
4	Emanuel Fleischer, Tagearbeiter,	geboren am 26. April 1863 zu Kragdorf, Bezirk Schönberg, Mähren, ortsangehö- rig in Nieder-Mohrau, Bezirk Römerstadt, ebendaselbst,	Landstreichen,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau,	21. Februar 1885.
5	Philipp Podleiski, Arbeiter,	37 Jahre, geboren und ortsangehörig zu Va- lin, Bezirk Chrzanow, Galizien,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln,	15. Januar 1885.
6	August Jarkowski, Arbeiter,	geboren im August 1849 zu Skalitz, Böhmen,	desgleichen,	derselbe,	31. Januar 1885.
7	Mathilde Wolff, unverehelichte Arbeiterin,	24 Jahre, geboren in Römerstadt, Mähren, ortsangehörig in Al- tendorf, Kreis Olmütz, ebendaselbst,	desgleichen,	Königlich Preussischer Regierungs-Präsi- dent zu Liegnitz,	10. Dezember 1884.
8	Josef Haberer, Töpfer,	geboren am 25. Juni 1842 zu Elbogen, Kreis Eger, Böhmen, eben- daselbst ortsangehörig,	Betteln im wiederholten Rückfall,	Königlich Preussische Regierung zu Schles- wig,	12. Januar 1885.
9	Schalke Jazowski, Kaufmann,	19 Jahre, geboren in Butromanz, Gouverne- ment Wilna, Rußland, ortsangehörig in Libau, Kurland,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Preussische Landdrostei Hanno- ver,	19. Februar 1885.
10	Coloman Friedrich Liegusch, Schneidergesehr,	geboren am 15. April 1867 zu Resmark, Kom- itat Zips, Ungarn, ebendaselbst ortsange- hörig,	Landstreichen,	Königlich Preussische Landdrostei Lüne- burg,	20. Februar 1885.
11	Johann Rozsypala, Tagelöhner,	geboren am 3. April 1864 zu Schwibau, Bezirk Klattau, Böh- men, ebendaselbst orts- angehörig,	Landstreichen und Betteln,	Königlich Bayerisches Bezirksamt Regensburg,	3. Februar 1885.
12	Thomas Rejdl, Tagelöhner,	geboren 1838 zu Schwi- hau, Bezirk Klattau, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig,	desgleichen,	derselbe Behörde,	desgleichen,
13	Vincenz Tauschmann, Müller,	geboren am 3. Januar 1856 in Eiland bei Tetschen, Böhmen, ebendaselbst ortsange- hörig,	vorsätzliche gemeinschaft- liche Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Bet- teln unter Drohungen etc.,	Fürstliches Landraths- amt zu Gera,	29. Novbr. 1884.
14	Heinrich Meister, Maler,	geboren am 3. Novem- ber 1851 zu Schaff- hausen, Schweiz, eben- daselbst ortsangehörig,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	20. Januar 1885.



1. Rauf. Nr.	Name und Stand des Ausgewiesenen.	Alter und Heimath	Grund der Bestrafung.	Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat.	Datum des Ausweisungs- Beschlusses.
	2.	3.			
15	Angelo Franzesco Corti, Schlosser,	geboren am 21. April 1852 zu Varese, Pro- vinz Como, Italien, ebendasselbst ortsange- hörig,	Landstreichen,	Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Colmar,	4. Februar 1885.
16	Christian Joder, Bäder,	geboren am 17. Novem- ber 1856 zu Muri, Schweiz,	desgleichen,	derselbe,	11. Februar 1885.
17	Johann Jakob Sigrift, Schlosser,	geboren am 11. Mai 1864 zu Henau bei Schaffhausen, Schweiz, ebendasselbst ortsange- hörig,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
18	Heinrich Schoch, Schreiner,	geboren am 15. Juni 1862 zu Kämerli, Kan- ton Zürich, Schweiz,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
19	Ludwig August Robert, Tagner,	geboren am 30. Oktober 1841 zu Les Blanche- tes, Schweiz,	desgleichen,	derselbe,	desgleichen,
20	Jakob Kreienbühl, Maurer,	geboren am 20. Februar 1856 zu Rothen- burg, Kanton Luzern, Schweiz,	desgleichen,	derselbe,	12. Februar 1885.

Sparkasse der Stadt Puttlig betreffend.

Am 1. Februar 1885 wird in Puttlig für Stadt Puttlig und Umgegend mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten eine städtische Sparkasse eröffnet werden.

Dieselbe führt den Namen:

Sparkasse der Stadt Puttlig.

Gemäß § 19 gewährt die Sparkasse für jede volle Mark, jedoch mit Ausschluss der Beiträge unter 3 M., dem Einleger $3\frac{1}{2}$ Prozent jährliche Zinsen.

Die Mitglieder des Kuratoriums der Sparkasse sind folgende:

- 1) Beigeordneter E. Güssmer Vorsitzender,
- 2) Rathmann Adolf Liebknecht Stellvertreter des Vorsitzenden und Controleur,
- 3) Stadtverordneter und Maurermeister Fritz Kalbow,
- 4) Stadtverordneter und Apothekenbesitzer Eduard Hermann,
- 5) Stadtverordneter und Färbereibesitzer Ernst Heyl,
- 6) Klempnermeister Ernst Triloff und
- 7) Schuhmachermeister Fritz Schumann.

Zum Rentanten ist der Kaufmann Albert Abel vom Magistrat gewählt.

Das Kassenlokal befindet sich in der Wohnung des Rentanten.

Puttlig, den 28. Januar 1885.

Der Magistrat.

*

*

*

Bekanntmachung.

1) Die regelmäßigen Versammlungen des Kuratoriums für das Jahr 1885 sind auf den letzten Sonntabend jeden Monats Abends 8 Uhr festgesetzt.

2) Die Sparkasse der Stadt Puttlig ist für das Publikum vom 1. Februar 1885 wöchentlich 2 mal und zwar am Montag Vormittag von 10 bis 12 Uhr und am Donnerstag Nachmittag von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Puttlig, den 28. Januar 1885.

Namens des Kuratoriums der städtischen Sparkasse.

E. Güssmer, Vorsitzender.

*

*

*

Statut für die Sparkasse der Stadt Puttlig.**§ 1. Einleitung.**

Die von den städtischen Behörden zu Puttlig gegründete Sparkasse führt den Namen

„Sparkasse der Stadt Puttlig“

und als Geschäftsiegel das Siegel des Magistrats zu Puttlig.

§ 2. Zweck der Sparkasse.

Die Sparkasse bezweckt, zur sicheren verzinslichen Anlegung von Ersparnissen und zur Erlangung von Darlehen Gelegenheit zu bieten.

§ 3. Sitz derselben.

Dieselbe hat ihren Sitz in Puttlig.

§ 4. Von der Sicherheit derselben.

Die Sparkasse besteht als ein selbstständiges In-

stitut unter Garantie der Stadtgemeinde Putzig. Ihre Bestände dürfen mit anderen Fonds nicht vereinigt werden. Alle Verbindlichkeiten derselben bilden eine Last der Stadtgemeinde und werden wie diese getragen, wenn ihr eigenes Vermögen jemals nicht ausreichen sollte.

§ 5. Verwaltung der Sparkasse. Curatorium.

Die Verwaltung wird durch ein Curatorium geführt, welches

- a. aus 2 Magistratsmitgliedern,
 - b. aus 3 Stadtverordneten und
 - c. aus 2 stimmbfähigen Bürgern
- der Stadt Putzig besteht.

Die beiden Magistratsmitglieder, von denen das eine den Vorsitz führt und bei dessen Behinderung das andere diesen übernimmt, werden vom Bürgermeister auf die Dauer ihrer Amtszeit ernannt unter gleichzeitiger Bestimmung, welches derselben den Vorsitz im Curatorium führt und welches die Funktion als Stellvertreter auszuüben hat.

Die 3 Stadtverordneten werden auf gleiche Zeitdauer und die 2 Bürger auf 6 Jahre von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt.

Scheiden Mitglieder vor Ablauf jener Zeitperiode aus, so sind an Stelle derselben auf den Rest der Wahlperiode Ersatzmänner zu ernennen, bez. zu wählen.

§ 6. Veröffentlichung der Namen der Mitglieder des Curatorii.

Sobald die Ernennung bzw. die Wahl der Mitglieder des Curatorii stattgefunden haben, werden die Namen derselben durch das in Perleberg erscheinende Kreisblatt des Westpreussischer Kreises, und wenn dasselbe dereinst eingeht sollte, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

§ 7. Wirkungskreis des Curatorii.

Das Curatorium vertritt die Sparkasse bei allen gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften, auch bei solchen, zu denen die Gesetze eine Spezialvollmacht verlangen.

Dasselbe hat die Befugnis, nicht nur sich für einzelne Fälle andere Personen zu substituieren, sondern auch gewisse, häufig wiederkehrende Rechtshandlungen ein für allemal dem Vorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter allein zu überlassen.

§ 8. Alle von dem Curatorium ausgestellten Urkunden müssen, wenn sie die Sparkasse verpflichten sollen, mit der aus § 7 sich ergebenden Maßgabe von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und von wenigstens noch zwei Mitgliedern des Curatorii vollzogen und mit dem Siegel des Magistrats versehen sein.

§ 9. Beschlussnahme des Curatorii.

Das Curatorium fasst seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit.

Es kann überhaupt nur beschließen, wenn außer dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter wenigstens noch 3 Mitglieder anwesend sind.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 10. Von dem Vorsitzenden und den regelmäßigen Versammlungen des Curatorii.

Der Vorsitzende leitet den Geschäftsgang und führt in allen Versammlungen des Curatorii den Vorsitz.

Die regelmäßigen Versammlungen finden mindestens in jedem Monate einmal statt. Die Tage für dieselben werden vom Curatorium für eine gewisse Zeit im Voraus bestimmt und bekannt gemacht.

Der Rendant ist zu jeder regelmäßigen Sitzung des Curatorii zuzuziehen.

§ 11. Außerordentliche Versammlungen des Curatorii.

Außerordentliche Versammlungen des Curatorii finden statt, sobald sie von dem Vorsitzenden für nötig erachtet oder von einem anderen Mitgliede des Curatorii beantragt werden. In letzterem Falle sind dieselben innerhalb 8 Tagen nach Eingang des Antrages beim Vorsitzenden abzuhalten.

Zu allen außerordentlichen Versammlungen ladet der Vorsitzende ein.

Der Rendant ist zu denselben nur dann zuzuziehen, wenn dies nothwendig erscheint.

§ 12. Revision der Sparkasse.

Die Sparkasse wird vom Curatorium regelmäßig allmonatlich revidirt und zwar an demselben Tage, an welchem Seitens des Magistrats die Revision der städtischen Kassen stattfindet. Außerordentliche Revisionen werden vom Curatorium in gleicher Weise mindestens einmal im Jahre abgehalten.

Die Revisionsverhandlungen nebst zugehörigen Abschlüssen verbleiben in Urschrift beim Magistrat, in Abschrift beim Curatorium der Sparkasse.

§ 13. Ueberwachung der Geschäftsführung des Curatorii.

Die ganze Geschäftsführung der Sparkassen-Verwaltung wird von dem Magistrat der Stadt Putzig überwacht. Derselbe hat die Jahresrechnung (§ 15) zu revidiren, jährlich mindestens einmal eine außerordentliche unvermuthete Revision der Sparkasse abzuhalten und wenigstens halbjährlich einmal die Schulddokumente derselben hinsichtlich ihrer Sicherheit unter Zuziehung des Stadtverordneten-Vorsiehers zu prüfen. Das Resultat dieser Prüfung muß in allen Fällen der Stadtverordneten-Versammlung mitgetheilt werden.

§ 14. Von den Kassengeschäften. Rendantur.

Die Kassengeschäfte besorgt ein Rendant in Gemäßheit des Statuts und der ihm zu ertheilenden Instruction unter Leitung des Curatorii.

Der Rendant wird vom Magistrat gewählt unter Anhörung der Stadtverordneten-Versammlung.

Ueber die Anstellungsbedingungen und die Besoldung desselben beschließen beide städtische Behörden; dagegen wird die von dem Rendanten zu leistende Caution von dem Magistrat nach Anhörung der Stadtverordneten-Versammlung bestimmt.

Die Instruction für denselben entwirft der Magistrat.

Die Controle wird von einem Mitgliede des Curatorii durch Führung eines Gegenbuchs im Kassenlokal ausgeübt. Das bezeichnete Mitglied hat alle Ausgaben und Einnahmen der Sparkasse in das erwähnte Gegenbuch einzutragen und erhält über seine sonstigen Obliegenheiten eine vom Magistrat zu ertheilende Instruction. Das Curatorium bestimmt dieses Mitglied, welches eine von den städtischen Behörden zu bemessende Entschädigung aus der Sparkasse erhält.

§ 15. Rechnungslegung.

Nach jedem Jahreschlusse ist, geschieden nach Verwaltung- und Reservefonds, Rechnung zu legen. Hinsichtlich ihrer Aufstellung, Revision und Dechargirung gelten im Allgemeinen die für das städtische Rechnungswesen erlassenen Vorschriften (cfr. § 69 der Städte-Ordnung.)

§ 16. Verwaltungsbericht.

Bis zum 1. April des folgenden Jahres wird eine vom Rentanten angefertigte und vom Curatorium geprüfte und bescheinigte Nachweisung über den Geschäftsbetrieb und die Ergebnisse der Sparkasse durch die im § 6 zur Publikation bezeichneten Blätter veröffentlicht. In diese Nachweisung werden die Nummern und die Beträge der Sparkassenbücher — nicht auch die Namen der Inhaber — aufgenommen.

§ 17. Wann die Sparkasse geöffnet ist.

Das Curatorium bestimmt und macht bekannt, wo und zu welcher Zeit die Sparkasse dem Publikum geöffnet ist.

§ 18. Annahme von Einlagen.

Die Sparkasse nimmt Einlagen in Reichsmünze von 1 bis 3000 Mark an. Die Annahme höherer Einlagen, gleichviel, ob diese auf einmal angeboten werden, oder ob der Betrag von 3000 Mark durch Nachzahlung bzw. durch Zinszuschreibung überschritten werden soll, hängt von dem Ermessen des Curatorii ab.

§ 19. Verzinsung der Einlagen.

Für jede volle Mark, jedoch mit Ausschluß der Beträge unter 3 Mark, werden dem Einleger 3 1/2 pCt. jährliche Zinsen gewährt.

Die städtischen Behörden sind jedoch ermächtigt, diesen Zinsfuß bis auf 5 pCt. zu erhöhen.

Eine Herabsetzung des einmal eingeführten Zinsfußes darf sich niemals auf die Vergangenheit erstrecken. Jede Veränderung des Zinsfußes ist gemäß der §§ 38 und 40 bekannt zu machen.

§ 20. Zinsberechnung.

Die Zinsen werden vom ersten Tage des auf den Tag der Einzahlung folgenden Monats ab berechnet. Eben so werden bei Rückzahlungen, sie mögen das ganze Guthaben oder nur einen Theil desselben umfassen, die Zinsen für die zurückgenommene Summe nur bis zum Schlusse des dem Tage der Rückgewähr vorausgegangenen Monats berechnet.

§ 21. Zinsenauszahlung.

Die Auszahlung der Zinsen erfolgt in der Zeit vom 2. bis 15. Januar jeden Jahres. Werden dieselben während dieser Zeit nicht abgehoben, so werden

sie dem Kapitale zugeschrieben und wie dieses vom 1. Januar ab verzinst.

Meldet sich ein Interessent innerhalb 30 Jahren seit der letzten Eintragung in sein Sparkassenbuch nicht bei der Sparkasse, so hört mit dem Ablaufe dieser 30 Jahre die weitere Verzinsung seines Guthabens auf.

§ 22. Von den Sparkassenbüchern.

Wer Geld in die Sparkasse einlegt, erhält ein seinen Namen, Stand und Wohnort enthaltendes Sparkassen-Quittungsbuch. Dieses Buch wird auf dem Titelblatte von dem Vorsitzenden des Curatorii, sowie von dem Rentanten vollzogen und mit dem Magistratsiegel versehen. In dasselbe trägt der Rentant unter Beilegung des Datums und seiner eigenhändigen Unterschrift jede Ein- und Rückzahlung, sowie den Betrag der zugeschriebenen Zinsen in Zahlen und Buchstaben ein.

Die Eintragungsvermerke hat das als Controleur fungierende Mitglied des Curatorii mit zu bescheinigen.

Jeder Einleger erhält nur ein Quittungsbuch, und werden ihm für das Letztere 25 Pfennig bei der Auszahlung des letzten Guthabens in Abzug gebracht.

§ 23. Wie die Quittungsbücher ausgestellt werden.

Die Quittungsbücher werden unter fortlaufenden Nummern ausgestellt und vollständig paginirt. Denselben wird das vorliegende Statut und eine Tabelle beige druckt, aus welcher zu ersehen ist, welchen Ertrag jede Einlage von 3 bis 3000 Mark in jedem der nächsten 10 Jahre unter Hinzurechnung der Zinsen und Zinseszinsen nach dem gemäß § 19 festgestellten Prozentsatze zu 3 1/2 pCt. gewährt.

§ 24. Rückzahlung der Einlagen.

Die Sparkasse ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, jedem Inhaber des Sparkassen-Quittungsbuchs ohne Legitimationsprüfung den Betrag, auf welchen es verlaute, theilweise oder ganz auszuzahlen, ohne dem Einleger oder dessen Erben zur Gewährleistung verpflichtet zu sein, wenn nicht vor der Auszahlung ein Protest gegen dieselbe angebracht und in die Bücher der Kasse eingetragen ist.

§ 25. Verlust von Quittungsbüchern.

Derjenige, welchem durch Zufall sein Quittungsbuch gänzlich vernichtet worden oder verloren gegangen ist, hat den Verlust unverzüglich dem Curatorium anzuzeigen, welches denselben, ohne sich um die Legitimation des Verlierers zu kümmern, in den Büchern der Sparkasse vermerkt.

§ 26. Von der Ausfertigung neuer Sparkassenbücher und wann ein gerichtliches Aufgebot erfolgen muß.

Bermag der Verlierer die gänzliche Vernichtung des Quittungsbuchs auf eine, nach dem Ermessen des Curatorii überzeugende Weise darzuthun, so wird ihm ohne Weiteres ein neues Buch auf Grund der Kassenbücher ausgestellt.

In allen übrigen Fällen muß das verloren gegangene Quittungsbuch nach dem im 9. Buch der Civil-Process-Ordnung für das deutsche Reich und im § 22

des Ausführungs-Gesetzes vom 24. März 1879 vorgeschriebenen Verfahren aufgeboten und amortisiert werden.

§ 27. Fristen zur Rückzahlung von Einlagen.

Der Rendant zahlt die von der Sparkasse zurückgeforderten Beträge ohne Mitwirkung des Curatorii, jedoch unter Zuziehung des als Controleur fungirenden Mitgliedes desselben aus.

Es erfolgt auf ein Sparkassenbuch die Rückzahlung von Beträgen:

- a. bis einschließlich 30 Mark sofort, bis zu weiteren 30 Mark nur in Zwischenräumen von mindestens 14 Tagen,
- b. über 30 Mark bis einschließlich 150 Mark nach 14 Tagen,
- c. über 150 Mark bis einschließlich 300 Mark nach 4 Wochen,
- d. über 300 Mark bis einschließlich 1500 Mark nach 3 Monaten,
- e. über 1500 Mark nach 6 Monaten nach erfolgter Kündigung.

Die Kündigung wird im Quittungsbuche vermerkt. Die zurückgeforderten Beträge werden stets in baarem Gelde ausgezahlt.

Der Sparkasse steht frei, schon vor Ablauf der Kündigungsfrist Zahlung zu leisten, wenn der Einleger damit einverstanden ist. Die oben festgesetzten Kündigungsfristen können durch Beschluß der städtischen Behörden zu Pultiß abgeändert werden. (Vergl. §§ 19 und 38.)

Das von dem Einleger gekündigte, aber bei Ablauf der Kündigungsfristen nicht abgehobene Guthaben wird nicht weiter verzinst.

§ 28. Verpflichtung zur Vorlegung des Sparkassenbuchs bei Rückzahlung von Einlagen.

Theilweise Rückzahlung von Einlagen und Auszahlung von Zinsen kann nur gegen Vorlegung des Sparkassen-Quittungsbuches gefordert werden. Ueber jeden ausgezahlten Betrag hat der Empfänger der Kasse Quittung auszustellen.

Bei theilweisen Rückzahlungen wird die abgehobene Summe durch den Rendanten unter Mitzeichnung des als Controleur fungirenden Mitgliedes des Curatorii im Quittungsbuche abgeschrieben und letzteres dem Vorzeiger sodann zurückgegeben.

Wird das ganze Guthaben zurückgezahlt, so hat der Empfänger das Quittungsbuch quittirt an den Rendanten auszuhandigen.

§ 29. Ausleihung der Gelder der Sparkasse durch das Curatorium.

Die Gelder der Sparkasse werden durch das Curatorium ausgeliehen:

- a. gegen hypothekarische Verpfändung städtischer und ländlicher Grundstücke, soweit solche pupillarisches Sicherheit bieten (§ 30);
- b. durch Ankauf von Schulverschreibungen, welche von dem deutschen Reiche oder von einem deutschen Bundesstaate mit gesetzlicher Ermächtigung ausge-

stellt sind; oder von Schulverschreibungen, deren Verzinsung von dem deutschen Reiche oder von einem deutschen Bundesstaate gesetzlich garantirt ist; oder von Rentenbriefen der zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Preußen bestehenden Rentenbanken; oder von Schulverschreibungen, welche von deutschen kommunalen Korporationen (Provinzen, Kreisen, Gemeinden) oder von deren Kreditanstalten ausgestellt und entweder Seitens der Inhaber kündbar sind oder einer regelmäßigen Amortisation unterliegen;

c. durch Darlehen an die Stadtgemeinde Pultiß mit Genehmigung des Regierungs-Präsidenten, gegen Schuldschein;

d. durch zeitweise, vorübergehende Ausleihungen gegen Pfandschuldschein unter Verpfändung von Hypotheken- oder Grundschuldbforderungen aus dem Kreise West-Prignitz mit der vorstehend zu a. und näher im § 30 verlangten Sicherheit, oder von Inhaberpapieren der vorstehend zu b. gedachten Art oder von Quittungsbüchern der Sparkasse selbst;

e. auf Wechsel oder Schuldschein, wenn zwei als sicher anerkannte Personen für Kapital, Zinsen und Kosten als Bürgen oder Selbstschuldner solidarisches mit eintreten.

Zur Ausleihung gegen Wechsel oder Schuldschein mit Bürgschaft dürfen nicht mehr als $\frac{2}{3}$ des Gesamtbestandes der Sparkasse verwendet werden.

§ 30. Für die vorstehend § 29 zu a. gedachten hypothekarischen Ausleihungen wird pupillarisches Sicherheit angenommen, sowohl bei städtischen wie ländlichen Grundstücken, innerhalb der ersten Hälfte des durch eine gerichtliche Taxe festgestellten Werthes oder bei Liegenschaften, innerhalb des 20fachen Grundsteuer-Reinertrages und bei Gebäuden innerhalb des 10- bis 12 $\frac{1}{2}$ -fachen Gebäudesteuer-Nutzungswerthes, beziehentlich innerhalb der ersten Hälfte der Summe, mit welcher dieselben bei einer öffentlichen Societät gegen Feuergefahr versichert sind.

§ 31. Bei Verpfändungen von Inhaberpapieren (§ 29 zu d.) sind diese nur zu $\frac{2}{3}$ des Courswerthes, niemals aber höher als bis zu $\frac{2}{3}$ des Nennwerthes zu beleihen.

Beim Sinken des Courswerthes hat das Curatorium entweder Rückzahlung des Darlehns oder entsprechende Ergänzung des Unterpfandes zu fordern. Sorgt der Schuldner weder für das Eine noch das Andere, so sind die verpfändeten Werthpapiere ohne Weiteres für seine Rechnung zu verkaufen. Davon, daß dies geschehen, ist er zu benachrichtigen, und zugleich, wenn aus dem Erlöse ein Ueberschuß verblieben, zu dessen Abholung aufzufordern. Bei trotzdem nicht erfolgter Rücknahme wird der Ueberschuß für den früheren Schuldner unverzinslich aufbewahrt oder auf dessen Kosten bei der Hinterlegungsstelle hinterlegt.

Sollte einmal der Erlös die dargeliehene Summe nicht erreichen, so ist wegen des noch fehlenden Betrages gegen den Schuldner unverweilt gerichtliche Klage zu

erheben. Darlehne auf Sparfassenbücher der Sparkasse selbst bleiben 10 % unter deren Nennwerthe zurück.

§ 32. Die Bürgschaft-Darlehne an eine Person (§ 29 zu e.) dürfen in ihrem Gesamtbetrage die Höhe von 3000 Mark nicht übersteigen.

Kein Schuldner, welcher einen Bürgen in die Lage versetzte, daß dieser für ihn Zahlung leisten mußte, kann wieder ein Darlehn aus der Sparkasse erhalten oder als Bürge eines Anderen zugelassen werden.

§ 33. In den § 29 zu d. und e. bezeichneten Fällen werden die Darlehne auf bestimmte Fristen bis zu 3 Monaten gewährt, doch kann nach Ablauf der Frist das Schuldverhältnis höchstens auf noch 3 Monate prolongirt werden.

§ 34. Die Bedingungen der Ausleihung und namentlich der Zinsfuß werden in den § 29 zu a., c., d. und e. gedachten Fällen durch das Curatorium mit den Schuldnern vereinbart.

§ 35. Die Außercourssetzung der bei der Sparkasse eingehenden Inhaber-Papiere ist durch den Magistrat zu bewirken.

§ 36. Reserve-Fonds.

Die Ueberschüsse, welche aus den Zinsen von den Kapitalien der Sparkasse gegen die auf die Einlagen gezahlten Zinsen und nach Bestreitung der Verwaltungskosten sich ergeben, bilden den Reserve-Fonds zur Deckung etwaiger Ausfälle.

Sobald der Reserve-Fonds eine Höhe von 10 % der Passiv-Masse, also der Einlagen und der Zinsen, erreicht hat, kann der weitere Reingewinn auf Beschluß der städtischen Behörden unter Genehmigung des Regierungs-Präsidenten zu gemeinnützigen öffentlichen Zwecken im Interesse der Stadt Putzig verwendet werden.

§ 37. Rückzahlung von Guthaben in ungewöhnlich starkem Umfange.

Für den Fall, daß die Rückzahlung von Guthaben in ungewöhnlich starkem Umfange verlangt wird, der Courswert der in Besitz der Sparkasse befindlichen Inhaber-Papiere aber eine Veräußerung derselben ohne unverhältnismäßigen Verlust nicht gestattet, die nöthigen Deckungsmittel auch nicht durch Kündigung und Einziehung ausstehender Forderungen oder durch Verpfändung von Effecten oder auf anderem Wege rechtzeitig zu erlangen sind, können die städtischen Behörden das Curatorium ermächtigen, zur Beschaffung der erforderlichen Mittel Anleihen unter Garantie der Stadtgemeinde für die Sparkasse aufzunehmen und zu verzinsen. Das Curatorium ist alsdann verpflichtet, auf die ungesäumte Tilgung der Schuld Bedacht zu nehmen, sobald der Zustand der Sparkasse die Abtragung irgend gestattet.

§ 38. Zulässigkeit der Abänderung des Statuts.

Das vorliegende Statut kann durch Beschluß der städtischen Behörden abgeändert werden. Die Änderungen bedürfen aber der Genehmigung des Ober-Präsidenten und müssen ebenso, wie die nach den

§§ 19, 27 ohne solche Genehmigung zulässigen Beschlüsse, zweimal in einem Zwischenraum von 4 Wochen bekannt gemacht werden, bevor sie verbindliche Kraft erlangen.

In dieser Bekanntmachung ist zugleich ausdrücklich hervorzuheben, daß die Aenderung mit einem bestimmt zu bezeichnenden Tage in Kraft trete und von da ab auch für alle seitherigen Sparfassen-Interessenten Anwendung finde, welche nicht vorher ihre Einlagen gemäß § 27 gekündigt bzw. zurückerhalten haben.

§ 39. Zulässigkeit der Aufhebung der Sparkasse.

Die städtischen Behörden sind auch ermächtigt, die Aufhebung der Sparkasse zu beschließen. Ein solcher Beschluß unterliegt der Genehmigung des Ober-Präsidenten und ist nach Ertheilung derselben dreimal von 4 zu 4 Wochen unter Auffündigung der Guthaben zu einem vom Tage der ersten Publication mindestens 3 Monate entfernten Zeitpunkte bekannt zu machen.

Die Guthaben, welche in Folge solcher Kündigung bei Ablauf der gestellten Frist nicht zurückgenommen sind, werden nicht weiter verzinst, sondern auf Gefahr und Kosten der Empfangsberechtigten hinterlegt.

Die Bestände des Reserve-Fonds aber werden nach Beschluß der städtischen Behörden, mit Genehmigung des Regierungs-Präsidenten, für öffentliche Zwecke im Interesse der Stadt verwendet.

§ 40. Publikationsorgane der Sparkasse.

Diesenigen öffentlichen Bekanntmachungen, welche in den §§ 19, 27, 38, 39 dieses Statuts vorgeschrieben sind, erfolgen durch das im § 6 zur Publication bezeichnete öffentliche Blatt.

§ 41. Oberaufsichtsrecht über die Sparkasse.

Den Staatsbehörden verbleibt das durch Reglement vom 12. Dezember 1838 verliehene Aufsichtsrecht über die Sparkasse.

§ 42. Schlußbestimmungen.

Das vorstehende Statut wird durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und das Kreisblatt des Kreises West-Prignitz bekannt gemacht und tritt von dem noch näher bekannt zu machenden Tage ab in Kraft.

Urkundlich ausgefertigt.

Putzig, den 12. September 1884.

Der Magistrat.

Frhr. v. Stein, Bürgermeister.

E. Gümmer, Beigeordneter.

* * *

Dem vorstehenden Statut für die Sparkasse der Stadt Putzig, Kreis West-Prignitz, vom 12. September 1884 wird hierdurch die erforderliche Bestätigung erteilt.

Potsdam, den 7. Oktober 1884.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg.

In Vertretung Schulze.

Bestätigung O. P. 9618.



Verzeichniß

durch die Bekanntmachung der unterzeichneten Hauptverwaltung
zur baaren Einlösung am 1. Oktober 1885 gekündigten
vom Jahre 1850, 1852 u

I. Staatsanleihe vom Jahr 22. Verloofung.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IX Nr. 7 und 8 nebst Anweisung

Verlag, gedruckt in der Reichsdruckerei

Verwaltung der Staatsanleihen.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IX Nr. 7 und 8 nebst Anweisung
vom 1. März 1885.

62. 81.
107. 2524. 609. 3049.

Reihe VIII Nr. 8 und Anweisungen zur Reihe IX.
gekündigt zum 1. Oktober 1884.

91. 200. 4. 728. 3458.

Reihe VIII Nr. 7/8 und Anweisungen zur Reihe IX.
gekündigt zum 1. April 1884.

743. 2581. 855. 945 3161. 65. 217.

Reihe VIII Nr. 6/8 und Anweisungen zur Reihe IX.
gekündigt zum 1. Oktober 1883.

Lit. A. zu 1000
" B. " 500
" C. " 200

" D. " 100

Lit. A. zu 1000
" B. " 500
" C. " 200

" D. " 100

Lit. A. zu 1000
" B. " 500
" C. " 200

" D. " 100

Lit. D. zu 100

Lit. A. zu 1000
" B. " 500
" C. " 200
" D. " 100

Lit. B. zu 500
" C. " 200
" D. " 100

Lit. B. zu 500

54

0Rt6[r.

№ 682. 84. 85. 734. 923. 25. 2794. 899. 903. 3056. 57. 61. 686. 746. 4781. 802. 5616. 6669. 781.
937. 57. 59. 8291. 356. 10712.

- 1)
- 2)
- 3)

10778. 80. 91. 804. 15. 20. 23. 46. 47. 56. 65. 76. 94. 918. 39. 11495. 502. 24. 30. 660. 70. 71. 80. 705. 18
39. 41. 43. 44. 50. 14266. 72. 98. 310. 12. 17. 26. 33. 37. 46. 48. 49. 54. 58. 83. 92. 95. 403. 4. 12

a,
b,

Rthlr.

430. 31. 47. 48. 50. 62. 73. 502. 678. 3506. 40. 5049. 50. 257 bis 59. 377. 6123. 7178. 79. 82 bis
84. 224. 364. 88. 421. 25. 9289. 424. 10514. 29. 36. 46. 889 bis 91. 906. 7. 34

C.

№ 2. 6. 11. 22. 24. 52. 58. 59. 66. 67. 78. 87. 91. 93. 107. 47. 16950. 59. 75. 93. 97. 17013. 19. 20. 22. 38. 42.

entry

Rt6(r.

749. 53. 63. 65. 1853. 2636. 64. 68. 87. 88. 91. 92. 94. 4425 bis 28. 41. 42. 44. 70. 94. 97. 5900.
6220. 7038. 41. 49. 50. 52. 53. 84. 729. 35. 47. 8613. 15. 91. 9104. 824. 62. 92. 94. 10938. 50.

Step 1

720. 22. 40. 41. 46. 47. 59. 60. 64. 65. 78. 79. 88. 90. 803. 5. 14 bis 16. 22 bis 24. 35. 7336. 8377 bis 79.
88. 11781. 814. 21. 25. 26. 30. 34. 36. 43. 45 bis 48. 64. 71. 74. 84. 87. 902. 11 bis 13. 14786. 93. 95.
828. 29. 33. 35. 37. 62. 71. 75. 78. 81. 93. 904. 7. 19. 21. 26. 30. 40. 42. 44. 46.

bung
betre
Punkte
licher
über.
Der

bung
schiff
lichen
Tasse
Erheb
erste

1511

Mar. No 1985.

4. Verloofung: gefündigt zum 1. April 1882.

451r.

\mathcal{N}^2 595. 1673. 74. 846. 59. 2296. 664. 3197.
 \mathcal{N}^2 2396. 3388. 89. 405. 8.
 \mathcal{N}^2 31. 269. 314. 15. 22. 25. 4815. 21. 27. 40. 49. 50.

(Hier
Haupt
fündf
ber a
und f

61r

\mathcal{N} 304. 622. 1360. 2022. 3158.
 \mathcal{N} 1325. 33. 42. 43. 3261.
 \mathcal{N} 4607. 29.

15

Fr. 72 990 1970 9900 3.685 07 3320 41 50.61



133

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 14.

Den 3. April

1885.**Bekanntmachungen der Kgl. Ministerien.****Bekanntmachung.**

den Ankauf von Remonten pro 1885 betreffend.
Regierungsbezirk Potsdam.

4. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, **Morgens 8 Uhr** beginnende Märkte anberaumt werden und zwar:

| | |
|-----------|-----------------------|
| am 7. Mai | Briezen a./Oder, |
| 12. " | Beeskow, |
| 22. " | Jüterbog, |
| 23. " | Dranienburg, |
| 27. " | Nauen, |
| 28. " | Neustadt a./Dosse, |
| 29. " | Rathenow, |
| 2. Juni | Wilsnack, |
| 20. Juli | Angermünde, |
| 4. August | Strasburg in/Alt., |
| 5. " | Prenzlau, |
| 6. " | Templin, |
| 18. " | Meyenburg in/Priegn., |
| 19. " | Wittstock, |
| 21. " | Prigwitz, |
| 22. " | Perleberg, |
| 24. " | Lenzen a. d. Elbe, |
| 25. " | Havelberg, |
| 26. " | Kyritz, |
| 27. " | Neu-Müppin, |
| 28. " | Lindow. |

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt. Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseger (Kopper), welche sich innerhalb der ersten 28 Tage nach dem Eintreffen in den Depots als solche zeigen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht gehörig legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Ankauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind ferner verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens 2 Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgestellten Pferde feststellen zu können, ist es erwünscht, daß die Deckheine möglichst mitgebracht werden. Auch werden die Verkäufer ersucht die Schweife der Pferde nicht zu coupiren, oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 8. März 1885.

Kriegs-Ministerium,

Abtheilung für das Remonte-Weesen.

gez. Frhr. v. Troschke. Graf v. Rindowstroem.

**Bekanntmachungen
des Königl. Regierungs-Präsidenten.**

Verloosung angekaufter und geschenkter Gegenstände in der Provinz
Schlesien.

91. Der Herr Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat dem Central-Comité für die Schleffischen Russfeste unterm 18. d. M. die Erlaubniß erteilt, die Loose zu 1 Mark für die von dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien genehmigte öffentliche Verloosung angekaufter und geschenkter Gegenstände Behufs der Ermöglichung des Fortbestehens der Schleffischen Russfeste auch in der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin absetzen zu dürfen.

Potsdam und Berlin, den 25. März 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Polizeiverordnung,

betreffend das Schleppen von Floßholz mittelst des Kabeldampfers zwischen den Hohenstaatener Schleusen und dem Unterkanal der
Kieper Schleusen.

92. Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und des § 138 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 verordne ich unter Zustimmung des Bezirksausschusses folgendes bezüglich des Schleppens von Floßholz durch die von dem Herrn Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten unterm 30. September 1872 concessionierte Kabelschleppschiffahrt auf der Wasserstraße zwischen den Hohenstaatener Schleusen und dem Unterkanal der Kieper Schleusen.

§ 1. Die zulässigen größten Abmessungen der von einem Kabeldampfer geschleppten Holzzüge sind:

- zwischen den Hohenstaatener Schleusen und der 560 m unterhalb der Oberberger Eisenbahnbrücke belegenen Station 5 der Hohenstaaten-Spandauer Wasserstraße 400 m Länge und 16,5 m Breite,
- von der unter a. bezeichneten Station 5 bis zur Kieper Brücke 400 m Länge und 9 m Breite,
- von der Kieper Brücke bis zu dem Unterkanal der

Lieber Schleusen 120 m Länge und 3 m (9½ Fuß) Breite.

§ 2. Weder die Plögen noch die Triften der Holzzüge dürfen der Länge nach steif mit einander verbunden werden.

§ 3. Die Bemannung der Holzzüge muß wenigstens betragen:

- a. für Züge bis 100 m Länge 3 Mann.
- b. für Züge von über 100 m bis 200 m Länge 4 Mann,
- c. für Züge von über 200 m bis 300 m Länge 5 Mann,
- d. für Züge von über 300 m bis 400 m Länge 6 Mann.

Die Bemannung des Kabeldampfers wird hierbei nicht mitgerechnet.

§ 4. Während der Fahrt ist auf einer Seite des Kabeldampfers durch eine rote Flagge diejenige Seite des Zuges zu bezeichnen, neben welcher die Schifffahrt frei ist.

§ 5. Während der nächtlichen Dunkelheit dürfen Holzzüge nicht geschleppt werden. Dieselben müssen vielmehr in gut besetzter Lage außerhalb der eigentlichen Schifffahrtsstraße und möglichst nahe dem Ufer übernachten.

§ 6. Für Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 1 bis einschließlich 5 dieser Verordnung ist der Führer des Kabeldampfers an erster Stelle verantwortlich. Solche Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldbuße von 5 bis 60 Mark oder im Falle des Unvermögens mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

Potsdam, den 21. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

93. Die Lungenseuche ist unter dem Rindvieh des Bauern und Gemeindevorsehers Hermann Becker zu Börnick im Kreise Niederbarnim und die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Ritterguts Stolpe in demselben Kreise ausgebrochen.

Potsdam, den 23. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

94. Die Maulseuche ist unter dem Rindvieh in Flatow im Kreise Osthavelland mit Ausnahme des Falkenberg'schen Gehöfts erloschen.

Potsdam, den 24. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

95. Die Observation der Pferde der Brauerei Mäggeschlößchen zu Friedrichshagen im Kreise Niederbarnim, welche der Ansteckung mit der Roggkrankheit verdächtig waren, jedoch von dieser Krankheit verschont geblieben sind, ist aufgehoben worden.

Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh und den Schweinen des Bauern Friedrich Meyer zu Giesendorf im Kreise Ost-Prignitz ausgebrochen.

Potsdam, den 26. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Das Verbot des Einsammelns von Beiträgen durch Vertrieb von plastischen oder bildlichen Darstellungen von Lassalle oder Marr betreffend.

28. Auf Grund des § 16 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird das Einsammeln von Beiträgen durch Vertrieb von plastischen oder bildlichen Darstellungen von Lassalle oder Marr, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge für den Polizei-Bezirk von Berlin hiedurch verboten.

Berlin, den 27. März 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung eines Postamts.

11. Am 3. April wird das Postamt in Schöneberg bei Berlin aus dem Gebäude „Bahnhofstraße 1“ nach dem Hause „Hauptstraße 72“ verlegt.

Berlin C., den 24. März 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheimer Postrath Schiffmann.

Verlegung des Postamts Nr. 14 (Dresdenerstraße Nr. 65).

12. Am 1. April wird das Postamt Nr. 14 aus dem Gebäude „Dresdenerstraße Nr. 65“ nach dem Hause „Neue Poststraße Nr. 6“ verlegt.

Das Postamt führt künftig die Bezeichnung: „Postamt Nr. 14“ (Neue Poststraße).

Berlin C., den 25. März 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheimer Postrath Schiffmann.

Änderung in der Geldbestellung.

13. Vom 1. April ab bis Ende September d. J. wird hieselbst die vierte wochentägliche Geldbestellung, welche um 5 Uhr Nachmittags beginnt, wie im vorigen Sommerhalbjahr, wieder eingerichtet.

Gleichzeitig wird die dritte Geldbestellung von 3½ auf 2 Uhr Nachmittags verlegt.

Berlin C., den 26. März 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheimer Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Fahrplanänderung.

3. Vom 13. April d. J. ab werden statt der jetzigen beiden Früh-Lokalzüge 252 und 253 zwischen Berlin, Südende und Groß-Lichterfelde vier solcher Züge folgendermaßen verkehren:

| Zug Nr. 252 | | 252a. |
|-------------------|--------|-------|
| Berlin | ab 530 | 650 |
| Südende | an 542 | 72 |
| Groß-Lichterfelde | an 548 | 78 |
| Zug Nr. 253 | | 253a. |
| Groß-Lichterfelde | ab 620 | 715 |
| Südende | ab 626 | 721 |
| Berlin | an 638 | 733 |

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a./M.

Errichtung einer Auskunftsstelle der Eisenbahn-Direktion Frankfurt a./M. betreffend,

1. Mit dem 1. April d. J. wird in Frankfurt a./M., und zwar im Börsegebäude am Börsenplatz, eine der unterzeichneten Direktion unterstellte Auskunftsstelle der Königlich Preussischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung in Wirksamkeit treten.

Die Auskunftsstelle hat die Bestimmung, auf Anfragen des Publikums sowohl in örtlichen, mit dem Betriebe der Staats-Eisenbahn-Verwaltung und der Main-Neckar-Bahn zusammenhängenden Verkehrsverhältnissen, als über Reise- und Transportverhältnisse im Verkehr von und nach den Königlich Preussischen Eisenbahnstationen sowie den Stationen der Reichseisenbahnen und der Main-Neckar-Bahn in Frankfurt a./M., soweit thunlich aber auch über alle sonstigen auf den genannten Bahnen zurückzulegenden Reisen und zu befördernde Transporte selbst oder durch Vermittelung des Auskunftsbüreaus in Berlin Auskunft unentgeltlich zu erteilen. Größere Arbeiten, wie die Eintragung von Tariffägen in umfangreiche Tabellen sind ausgeschlossen.

Eine rechtliche Gewährleistung für die erteilte Auskunft wird mit Rücksicht auf die Veränderlichkeit der Transportverhältnisse nicht übernommen.

Die Geschäftsstunden sind bis auf Weiteres auf die Zeit von 9 Uhr bis 1/21 Uhr Vormittags und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags festgesetzt.

Frankfurt a./M., den 24. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Fahrplan-Änderung.

2. Vom 1. April d. J. ab werden zwischen Berlin-Zehlendorf und Potsdam, resp. Potsdam und Werder außer den bisherigen täglich noch folgende Züge befördert.

A. Berlin-Zehlendorf-Potsdam resp. Potsdam-Werder.

1) Zug № 172 Potsdam-Werder:

ab Potsdam 439 Bm.
an Werder 51 "

2) Zug № 170 Berlin-Zehlendorf:

ab Berlin 524 Bm.
" Friedenau 533 "
" Steglitz 539 "
" Lichterfelde 544 "
an Zehlendorf 550 "

3) Zug № 176 Berlin-Wildpark:

ab Berlin 645 Bm.
" Zehlendorf 72 "
" Schlachtensee 78 "
" Wannsee 714 "
" Neubabelsberg 721 "
" Neuenhof 727 "
" Potsdam 733 "
an Wildpark 742 "

4) Zug № 236 Berlin-Potsdam:

ab Berlin 915 Bm.
an Potsdam 949 "

5) Zug № 188a Berlin-Zehlendorf:

ab Berlin 1035 Bm.
" Friedenau 1044 "
" Steglitz 1049 "
" Lichterfelde 1054 "
an Zehlendorf 1059 "

6) Zug № 214a. wird von Berlin bis Potsdam durchgeführt, derselbe bleibt bis Zehlendorf unverändert und fährt dann:

ab Zehlendorf 538 Bm.
" Schlachtensee 544 "
" Wannsee 551 "
" Neubabelsberg 60 "
" Neuenhof 66 "
an Potsdam 610 "

B. Werder-Potsdam resp. Potsdam-Zehlendorf-Berlin.

1) Zug № 559 Zehlendorf-Berlin:

ab Zehlendorf 450 Bm.
" Lichterfelde 459 "
" Steglitz 57 "
" Friedenau 515 "
" Schöneberg 523 "
an Berlin 533 "

2) Zug № 169 Zehlendorf-Berlin:

ab Zehlendorf 62 Bm.
" Lichterfelde 69 "
" Steglitz 645 "
" Friedenau 621 "
" Schöneberg 627 "
an Berlin 633 "

3) Zug № 171 Werder-Berlin:

ab Werder 517 Bm.
" Wildpark 529 "
" Potsdam 542 "
" Neuenhof 547 "
" Neubabelsberg 554 "
" Wannsee 61 "
" Schlachtensee 67 "
" Zehlendorf 615 "
" Lichterfelde 621 "
" Steglitz 627 "
" Friedenau 633 "
" Schöneberg 639 "
an Berlin 645 "

4) Zug № 235 Potsdam-Berlin:

ab Potsdam 824 Bm.
an Berlin 90 "

5) Zug № 183a. Zehlendorf-Berlin:

ab Zehlendorf 102 Bm.
an Berlin 1018 "

6) Zug № 215a. Potsdam-Berlin:

ab Potsdam 70 Bm.
" Neuenhof 75 "
" Neubabelsberg 711 "

ab Wannsee 718 Nm.
 = Schlachtensee 721 "
 = Zehlendorf 732 "

und dann weiter in dem bisherigen Fahrplan.

7) Zug № 179 hält fortan in Zehlendorf:

ab Zehlendorf 830 Nm.
 an Berlin 845 "

Alles Nähere werden die Plakat-Fahrpläne ergeben.
 Berlin, den 24. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Betriebs-Amt Berlin-Magdeburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Ermäßigung von Frachtsätzen im Deutsch-Polnischen Verbands.

18. Behufs Gleichstellung der Artellgebühren auf dem Grenzübergangspunkte Mlawka mit denen in Grajewo bezw. Alexandrowo werden vom 1. April 1885 ab die Frachtsätze für alle im Deutsch-Polnischen Verbands auf dem Grenzübergangspunkte Mlawka beförderten Zolltransitsendungen um $\frac{1}{2}$ Koppek pro Pud oder 3,05 Koppek pro 100 Kilogramm im Kartirungswege ermäßigt. Bromberg, den 21. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Direktion der Berlin-Hamburger Eisenbahn.

Betreffend die Auflösung der Berlin-Hamburger Eisenbahn etc.

1. Auf Grund der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 9. März d. J. (Gesetzsammlung S. 62) stellt die unterzeichnete Königl. Direktion der Berlin-Hamburger Eisenbahn am 1. April d. J. ihre Funktionen ein. Von dem gedachten Zeitpunkt ab geht die Verwaltung der ihr unterstellten Bahnlinsen auf die mitunterzeichnete Königl. Eisenbahn-Direktion zu Altona über. Der Bezirk der letzteren Direktion umfasst vom 1. April d. J. ab:

die Bahnstrecken des Berlin-Hamburger, Hamburg-Bergeborfer, Altona-Kieler, sowie des Schleswigischen Eisenbahn-Unternehmens, die bisher zum Bezirk der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Hannover gehörigen Bahnstrecken Lüneburg-Lauenburg und Echem-Hohnstorf, den dem Hamburgischen Staate gehörigen Theil der Hamburg-Altonaer Verbindungsbahn und die der Kreis Oldenburger Eisenbahn-Gesellschaft gehörige Bahnstrecke von Neustadt nach Oldenburg in Holstein.

Für die unmittelbare Verwaltung und Betriebsleitung der vorgeordneten Bahnstrecken treten am 1. April d. J. vier von der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Altona ressortirende Königl. Eisenbahn-Betriebsämter mit den Sigen in Berlin, Hamburg, Kiel und Flensburg und mit den denselben nach der unter dem 24. November 1879 Allerhöchst genehmigten Organisation der Staats-Eisenbahn-Verwaltung zustehenden Befugnissen in Function.

Die Eisenbahn-Betriebsämter haben in Angelegenheiten der ihnen übertragenen Geschäfte alle Befugnisse und Pflichten einer öffentlichen Behörde. Es obliegt ihnen die Erledigung aller Geschäfte der laufenden

Bau- und Betriebsverwaltung, soweit dieselben nicht in einzelnen Fällen der Direktion vorbehalten sind, was im Wesentlichen nur bezüglich der generellen Angelegenheiten, sowie bei der Feststellung der Fahrpläne und Tarife geschehen ist. Das Publikum wird daher in Angelegenheiten der laufenden Bau- und Betriebsverwaltung in der Regel alle Gesuche an die zuständigen Betriebsämter zu richten haben.

Dem Betriebsamte in Berlin sind zugetheilt die Bahnstrecken:

Berlin (Hamburger Bahnhof) -Wittenberge (incl. Bahnhof Wittenberge),

Wittenberge-Buchholz (excl. Bahnhöfe Lüneburg und Buchholz) und

der Anschluß an die Berliner Ringbahn bei Moabit,

dem Betriebsamte in Hamburg die Bahnstrecken:

Wittenberge (excl. Bahnhof) -Büchen-Hamburg, Büchen-Lauenburg-Lüneburg (excl. Bahnhof Lüneburg),

Echem-Hohnstorf,

Hamburg-Altona,

Altona-Blankenese-Bebel und

Altona-Dittensen (incl. Bahnhof),

dem Betriebsamte in Kiel die Bahnstrecken:

Dittensen (excl. Bahnhof) -Neumünster-Kiel,

Neumünster-Oldesloe (excl. Bahnhof),

Neumünster-Eutin-Neustadt,

Kiel-Mischeberg und

Neustadt-Oldenberg in Holstein, und

dem Betriebsamte in Flensburg die Bahnstrecken:

Neumünster (excl. Bahnhof) -Rendsburg-Dänische Landesgrenze (Wamdrup),

Jübed-Ödning,

Nord-Schleswigsche Weiche-Flensburg,

Lingleff-Londern,

Rothenkrug-Apenrade und

Woyens-Hadersleben.

Die Bahnhöfe in Lüneburg und Buchholz gehören zum Bezirk der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Hannover und der Anschluß der Berlin-Hamburger Bahn an die Berliner Stadtbahn von Charlottenburg bis Ruhleben zum Bezirk der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Altona und Berlin, den 23. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion zu Altona.

Königl. Direktion der Berlin-Hamburger Eisenbahn.

Vermischte Nachrichten.

Schiffahrtssperre auf der Elbe betreffend.

Zwecks Reparaturbau der Schleusen zu Plau, Bobzin und Eldena wird die Schiffahrt durch diese Schleusen voraussichtlich auf die Dauer von 4 bis 6 Wochen vom 8. Juni d. J. an gesperrt werden. Näheres über diese Sperre wird demnächst durch weitere Bekanntmachung erfolgen.

Schwerin, den 16. März 1885.

Die Großhagl. Flußbau-Verwaltungs-Kommission.

(gez.) R. Menck.



Erhebung und Beitreibung der Gerichtskostenvorschüsse u. betr.
Vom 1. April 1885 ab gehen die Geschäfte, welche die Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten, Kostenvorschüsse und Geldstrafen für den Bezirk des Königl. Amtsgerichts zu Mittenwalde betreffen, von dem Königl. Steueramt zu Jossen auf die Königl. Gerichtskasse zu Mittenwalde über. Eine Ausnahme findet hiervon nur für die vorläufig niedergeschlagenen Kosten statt. Die Erhebung und Beitreibung derselben erfolgt durch die Gerichtskasse des Königl. Amtsgerichts zu Jossen; der Beitreibung derselben wird aber eine neue Zahlungsaufforderung vorhergehen.

Durch die Errichtung der Gerichtskassen ist die Einrichtung getroffen, daß Kosten und Vorschüsse bis

zur Höhe von 30 M. einschließlich von den Zahlungspflichtigen abgeholt werden können. In diesem Falle muß die gleichzeitig zu übergebende Kostenrechnung den Zusatz enthalten, daß die Zahlung an den in der Aufforderung bezeichneten Gerichtsvollzieher gegen dessen Quittung gültig erfolgen kann.

In jedem anderen Falle ist die Kostenschuld entweder unter genauer Angabe des Kassenzeichens an die Königl. Gerichtskasse zu Mittenwalde postfrei einzusenden, oder in dem Kassenlokal gegen Quittung des Rentanten, dessen Namen durch Aushang an der Gerichtstafel bekannt gemacht werden wird, einzuzahlen.

Mittenwalde, den 15. März 1885.

Königl. Amtsgericht.

Der aufsichtführende Amtsrichter. Hauchecorne.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimat | Grund der Verurteilung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlusses. |
|--|---|---|--|---|------------------------------------|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Josef Michalkowski, Stellmachergeselle, | 32 Jahre, geboren und ortsangehörig in Dgonowo, Gouvernement Plock, Rußland, wohnhaft zuletzt in Rywoczyn, Kreis Reidenburg, | Straßenraub (5 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 10. März 1880), | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Königsberg, | 27. Februar 1885. |
| 2 | Peter Drzechowski, Knecht, | 28 Jahre, geboren in Potrzynica, Kreis Mlawka, Gouvernement Plock, ortsangehörig in Misewsko, ebenda, wohnhaft zuletzt in Rywoczyn, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 3 | Franz Matuschewski, Knecht, | 29 Jahre, geboren in Mierzysz, Kreis Rawoniz, Gouvernement Plock, ortsangehörig in Drittken, Rußland, wohnhaft zuletzt in Rywoczyn, | desgleichen, | derselbe, | 28. Februar 1885. |
| 4 | Ermengildo Cumino, Musiker, | geboren im Dezember 1862 in Turin, Italien, ebendasselbst ortsangehörig, | versuchter schwerer Diebstahl und intellektuelle Urkundensäufung (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 22. Februar 1883), | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 19. Januar 1885. |
| 5 | Pietro Bollone, Schmied, | geboren am 17. April 1858 zu Turin, Italien, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 6 | Franzesko Fumia, Schirmmacher, | geboren am 30. April 1859 zu Turin, Italien, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |

Die Aenderung der Öffnungszeiten für die Eisenbahnbrücke über die Havel bei Potsdam betreffend.

Die durch meine Amtsblatt-Bekanntmachung vom 22. Januar 1885 — Amtsblatt Stüd 5 Seite 33 — für die Zeit vom 15. März bis 15. Oktober unter Nummer 1 publizierte Öffnungszeit der bei hiesiger Stadt über die Havel führenden Eisenbahndrehbrücke wird wegen Einlegung von zwei Zügen zwischen Potsdam und Werder vom 1. April d. J. ab aufgehoben.

Es sind dafür folgende Öffnungszeiten festgesetzt:

- | | |
|----|---|
| 1) | von 3 Uhr 45 Minuten bis 4 Uhr 26 Minuten Vormittags, |
| 2) | 4 : 45 : 5 : 20 : und |
| 3) | 5 : 39 : 6 : 15 : |

Die übrigen in jener Bekanntmachung bekannt gemachten Öffnungszeiten bleiben unverändert.

Potsdam, den 31. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Personal-Chronik.

An Stelle des verstorbenen Försters Siegloch zu Bornim ist die Aufsicht über die in der der Graben-schau-Ordnung vom 16. Januar 1782 angefügten Grabenrolle vom Ost-Havelländischen Kreise verzeich-neten Brücken, Gräben und Dämme, dem Förster Wollante zu Gaisberg vom 1. Februar d. J. ab übertragen.

Dem versorgungsberechtigten Jäger Karl Kühne, zur Zeit Forstausseher in der Oberförsterei Woltersdorf, ist die interimistische Verwaltung der Försterstelle Bärenklau in der Oberförsterei Dranienburg, vom 1. April d. J. ab übertragen worden.

Der Schleusenmeister Böhme ist von den Malzer-an die Dranienburger-, und der Schleusenmeister Hartwig von der Kummerdorfer- an die Malzer-Schleusen versetzt.

Die Schleusenmeisterstelle zu Kummerdorf ist dem Wachmeister Degar und die neugebildete Schleusen-meisterstelle an den Charlottenburger Schleusen dem Gendarm Mellenthin zunächst auf Probe verliehen worden.

Die Bühnenmeisterstelle zu Eberswalde ist dem Bühnenmeisteraspiranten Kleemann und die neu gebildete Bühnenmeisterstelle zu Brabitz dem Bühnen-meisteraspiranten Wussow auf Probe verliehen worden.

Diese Veränderungen treten am 1. April d. J. ein. Dem Oberpfarrer Spieß zu Prigwall ist vom 1. April d. J. ab bis auf Weiteres die Kreisschul-inspektion über die Schulen des Inspektionskreises „Prigwall“ übertragen worden.

Der bisherige Pfarrverweser Heinrich Adolf Petrus Johannes Stobwasser ist zum Oberpfarrer bei der Evangelischen Gemeinde in Lyden, Diözese Templin, bestellt worden.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarr-stelle zu Friedrichswalde, Diözese Templin, kommt durch

die Versetzung ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Köhler, zum 1. Mai d. J. zur Erledigung.

Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeindevahl nach Maßgabe der Allerhöchsten Ver-ordnung vom 2. Dezember 1874 (Ges.-Samml. de 1874 Nr 28 S. 355).

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Pechüle, Diözese Ludenwalde, ist durch das Ableben des Pfarrers Hülßen am 4. März d. J. zur Er-ledigung gekommen. Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeindevahl nach Maßgabe der Aller-höchsten Verordnung vom 2. Dezember 1874 (Gesetz-Sammlung de 1874 Nr 28 Seite 355.).

An dem königlichen Gymnasium in Berlin ist der ordentliche Lehrer Dr. Hinrichs zum Oberlehrer befördert worden.

An dem Joachimsthalschen Gymnasium bei Berlin ist der Oberlehrer Dr. Ritter zum Professor ernannt und der ordentliche Lehrer und Adjunkt Dr. Schneider zum Oberlehrer befördert worden.

An dem königlichen Luisengymnasium in Berlin ist der Oberlehrer Dr. Weber vom Städtischen Gymnasium in Zeitz in gleicher Eigenschaft angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dumbey in Berlin ist als Hülfslehrer an dem Schullehrer-Seminar in Neu-Muppia angestellt worden.

Wiederbesetzt sind folgende Schulstellen: die 2te Lehrerstelle zu Hardenbeck, Inspektion Templin; eine Lehrerstelle an der Ortschule zu Damm Haff, Inspektion Zehdenick; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Wildenberg, Inspektion Zehdenick; je eine Lehrerstelle an den Stadtschulen zu Zehdenick, Treuenbriegen, Putzig, Rathenow und Lenzen; die Lehrerstelle zu Rütten-dorf, Inspektion Putzig; die Lehrer-, Organisten- und Küster-stelle zu Guten-Hermendorf, Inspektion Zehdenick; die 2te Lehrerstelle zu Herzberg, Inspektion Gransee.

(Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (C. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Extrablatt zum Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben den 4. April 1885.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

Die Reichstags-Ersatzwahl im 10. Wahlkreis des Regierungsbezirks Potsdam betreffend.

96. Nachdem durch die Ernennung des Landraths Prinzen Hansery zum Regierungs-Präsidenten in Pienitz das Mandat desselben als Mitglied des Reichstages für den 10. diesseitigen Wahlkreis — Landkreise Beeskow-Storkow und Teltow, sowie Stadtkreis Charlottenburg — erloschen ist, hat in dem vorbezeichneten Wahlkreis eine Ersatzwahl nach Maßgabe des 3. Absatzes im § 34 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 stattzufinden.

In Folge dessen habe ich den Termin zur Vornahme der Ersatzwahl auf

Mittwoch, den 15. April d. J.,

anberaumt und den Herrn Landrath von Heyden zu Beeskow zum Wahlkommissar ernannt, was ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringe.

Potsdam, den 2. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.



Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 15.

Den 10. April

1885.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Konsulat für Salvador.

96. Der Kaufmann William Schönlanf ist zum Konsul der Republik Salvador in Berlin ernannt und demselben das Trequatur erteilt worden.

Potsdam, den 3. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die technische Verwaltung der Elbfähre bei Gnevesdorf betreffend.

97. Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 16. Februar d. J. — Amtsblatt Stück 8 Seite 73 — bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die technische Verwaltung der Elbfähre bei Gnevesdorf vorläufig noch nicht durch den Wasserbauinspektor Fischer zu Wittenberge, sondern bis auf Weiteres im Einverständniß mit dem Herrn Chef der Elbstrombauverwaltung durch den Wasserbauinspektor Daurath Heyn zu Stendal, ausgeübt wird.

Potsdam, den 2. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die Erhebung einer Abgabe für das Durchschleusen durch die Schleuse bei Prieros betreffend.

98. Im Einverständniß mit dem Herrn Provinzial-Steuerdirektor bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der Allerhöchsten Orts unter dem 29. Dezember 1879 festgesetzte Tarif für die Erhebung der Schleusenabgabe an der Prieroser Schleuse vorläufig auf fernere fünf Jahre unverändert fortbestehen bleibt.

Potsdam, den 30. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Erledigung eines Kreis-Physikats.

99. Die Stelle des Kreis-Physikus des Kreises Oberbarnim mit dem Amtssitze in Freienwalde a.D. ist durch das Ableben des bisherigen Inhabers erledigt.

Geeignete Bewerber wollen sich unter Vorlegung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufes binnen 6 Wochen bei mir melden.

Potsdam, den 31. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Riefenfuchen.

100. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Aderwirts Carl Bathe zu Gremmen ausgebrochen. Derselbe Seuche unter dem Vieh des Gutes Blauenfelde, sowie die Rinde unter den Pferden des Stellmachers Bloch zu Niederböhlen im Kreise Niederbarnim ist erloschen.

Die wegen vorgekommener Tollwuth im Dezember v. J. für den Gemeinde- und Ortsbezirk Hertefeld im

Kreise Osthavelland angeordnete Festlegung aller Hunde ist aufgehoben. Potsdam, den 30. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Verbot der Annahme von Lehrlingen durch Schornsteinfeger, welche nicht der Innung angehören.

29. Ich bestimme hierdurch auf Grund des § 100e, Ziffer 3 der Reichsgewerbe-Ordnung für den Bezirk der Schornsteinfeger-Innung der Reichshauptstadt Berlin, daß

diesem Arbeitgeber, welche das in dieser Innung vertretene Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören, vom 1. Mai 1885 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen. Berlin, den 31. März 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Errichtung einer neuen Postanstalt betreffend.

14. Vom 9. April d. J. ab tritt in Berlin W., Burggrafenstraße Nr. 13, eine neue Postanstalt in Wirksamkeit, welche die Bezeichnung Postamt 69 (Burggrafenstraße) erhält.

Bei dieser Postanstalt können Postsendungen jeder Art — mit Ausnahme der Paketsendungen mit und ohne Werthangabe, sowie der Telegramme und Kofferpostsendungen — eingeliefert werden.

Die Annahme von Bestellungen auf Zeitungen und Zeitschriften, sowie die Ausgabe von Zeitungen findet dort nicht statt.

Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum werden festgesetzt:

an Wochentagen: von 8 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Nachmittags;

an Sonn- und Festtagen: von 8 bis 9 Uhr Vormittags und von 5 bis 7 Uhr Nachmittags.

Berlin C., den 2. April 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,

Geheimer Post Rath Schiffmann.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Aufgebot einer Schuldverschreibung.

7. Die Deutsche Bank hierselbst hat auf Umschreibung der Schuldverschreibung der konsolidirten vierprozentigen Staatsanleihe Lit. E. Nr. 60077 über

300 M. (Ausfertigung vom 3. Oktober 1878) angetragenen, weil die rechte obere Ecke derselben durch Feuer zerstört ist. In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (G.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens **am 15. Oktober d. J.** uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kassirt und der Deutschen Bank ein neues, umlaufsfähiges ausgehändigt werden wird.

Berlin, den 30. März 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Frachtsätze betreffend.

15. Mit dem 1. April d. J. tritt zu Theil II. des Rumänisch-Deutschen Verband-Gütertarifs ein Heft 2 mit neuen Ausnahmefrachtsätzen für Eisen und Stahl,

ferner für landwirthschaftliche Maschinen und für Güter aller Art zwischen Deutschen Stationen und Stationen der Lemberg-Czernowig-Jassy Eisenbahn (Rumänische Linie) in Kraft. Inwieweit hierdurch z. Zt. bestehende Frachtsätze außer Kraft gesetzt werden, erhellt aus den Vorbemerkungen Seite 2 dieses Tarifs. Druckeremplare sind bei unseren Güterkässen Berlin (Schlesischer Bahnhof), Dresden Fr. Frankfurt a./O., Gdelsk, Stettin (C. G. K.), sowie im hiesigen Auskunftsbureau Stadtbahnhof Alexanderplatz unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 31. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Neuer Ostdeutsch-Österreichischer Verbandstarif.

16. Am 15. April d. J. gelangt für den direkten Güter-Verkehr mit Stationen der Böhmisches Nordbahn, der Kaiser Ferdinands-Nordbahn, der Mährisch-Schlesischen Centralbahn, der Österreichischen Nord-

Bekanntmachung des Königl. Nachweisung der Marktpreise.

101.

| Laufende Nr. | Namen der Städte | Getreide | | | | | | | | | | Uebrige Markt: | | | |
|--------------|------------------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------------|--------|------------|------------|-----------|----------------|-------------|--------|---------|
| | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | Es | | | |
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen | Speisebohnen | Linsen | Kartoffeln | Nichtstroh | Streuholz | Hen | Rindfleisch | Schaf- | fleisch |
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| 1 | Angermünde | 16 47 | 13 77 | 12 67 | 14 64 | 31 — | 36 50 | 37 — | 5 13 | 5 13 | 3 — | 6 — | 1 40 | 1 10 | |
| 2 | Beesow | — | 13 73 | 15 60 | 15 — | 30 — | 40 — | 45 — | 4 40 | 4 — | — | 6 50 | 1 30 | 1 20 | |
| 3 | Bernau | 16 74 | 14 38 | 15 50 | 15 20 | 29 — | 36 — | 39 — | 5 — | 4 — | — | 5 — | 1 30 | 1 10 | |
| 4 | Brandenburg | 16 35 | 14 55 | 14 50 | 15 30 | 24 — | 26 50 | 28 — | 3 88 | 3 50 | — | 5 — | 1 20 | 1 — | |
| 5 | Dahme | 15 88 | 13 35 | 12 85 | 14 — | 40 — | 50 — | 50 — | 3 25 | 3 50 | 2 — | 7 50 | 1 — | 1 — | |
| 6 | Eberswalde | 16 69 | 13 81 | 16 73 | 15 47 | 23 50 | 27 — | 33 — | 4 25 | 4 — | — | 4 50 | 1 20 | 1 — | |
| 7 | Friesack | — | 14 50 | — | 15 — | 30 — | 34 — | 38 — | 3 80 | 3 50 | — | 4 50 | 1 30 | 1 05 | |
| 8 | Havelberg | 15 30 | 13 50 | 13 35 | 14 50 | 19 — | 34 — | 35 — | 3 75 | 3 — | 2 50 | 4 50 | 1 20 | 1 — | |
| 9 | Jüterbog | 16 25 | 14 75 | 14 — | 14 50 | 32 — | 34 — | 44 — | 5 — | 3 75 | — | 6 50 | 1 20 | 1 10 | |
| 10 | Luderswalde | 16 01 | 13 96 | 13 86 | 14 99 | 35 — | 35 — | 45 — | 4 50 | 3 25 | — | 5 — | 1 20 | 1 20 | |
| 11 | Perleberg | 16 — | 14 53 | 14 50 | 14 38 | 16 13 | 33 — | 43 — | 3 50 | 4 14 | — | 5 20 | 1 40 | 1 10 | |
| 12 | Potsdam | 16 50 | 14 21 | 15 50 | 15 98 | 32 33 | 36 — | 38 — | 4 31 | 3 89 | — | 4 48 | 1 40 | 1 10 | |
| 13 | Prenzlau | 16 52 | 13 90 | 14 07 | 14 10 | 29 25 | 34 — | 43 — | 4 50 | 4 50 | 3 50 | 4 25 | 1 15 | 1 — | |
| 14 | Prignitz | 15 78 | 13 77 | 14 61 | 13 62 | 16 97 | 31 — | 32 — | 2 88 | 3 25 | 2 75 | 3 68 | 1 30 | 1 05 | |
| 15 | Rathenow | 15 89 | 14 17 | 14 78 | 14 91 | 32 — | 32 25 | 40 — | 3 15 | 2 88 | — | 3 25 | 1 40 | 1 20 | |
| 16 | Neu-Ruppin | 16 — | 14 13 | 14 10 | 15 04 | 32 — | 30 — | 42 — | 3 39 | 4 — | — | 5 — | 1 10 | 95 | |
| 17 | Schwedt | 17 — | 14 92 | 13 — | 15 44 | 33 33 | 40 — | 33 33 | 4 — | 3 80 | — | 5 50 | 1 40 | 1 20 | |
| 18 | Spandau | — | 15 18 | 14 75 | 16 05 | 24 50 | 35 — | 32 50 | 4 47 | 4 25 | — | 4 75 | 1 40 | 1 20 | |
| 19 | Strausberg | 16 57 | 14 45 | 15 44 | 16 53 | 25 — | 33 50 | 35 — | 4 — | 5 — | — | 6 63 | 1 20 | 1 10 | |
| 20 | Teltow | 16 71 | 14 32 | 15 41 | 14 99 | 29 — | 34 — | 39 — | 4 71 | 4 50 | — | — | 1 25 | 1 11 | |
| 21 | Templin | 15 — | 13 — | 13 — | 13 — | 24 — | 44 — | 50 — | 3 — | 3 — | — | 4 — | 1 20 | 1 — | |
| 22 | Treuenbriezen | 15 41 | 14 18 | — | 15 20 | 26 — | 26 — | 30 — | 4 20 | 2 50 | — | 4 — | 1 20 | 1 — | |
| 23 | Wittstock | 16 50 | 13 75 | 14 50 | 14 28 | 15 64 | 30 — | 34 — | 2 94 | 3 04 | 2 — | 3 88 | 1 03 | 91 | |
| 24 | Wriezen a. D. | 16 70 | 13 91 | 13 40 | 14 70 | 24 — | 29 — | 34 — | 3 90 | 3 17 | 2 — | 4 50 | 1 30 | 1 10 | |
| Durchschnitt | | 16 20 | 14 11 | 14 37 | 14 87 | — | — | — | 4 — | 3 73 | — | 4 96 | — | — | — |

Potsdam, den 8. April 1885.



weßbahn, der R. R. Oesterreichischen Staatsbahnen und der Oesterreichisch-Ungarischen Staats-Eisenbahn-Gesellschaft ein neuer Oßdeutsch-Oesterreichischer Verbandtarif in 3 Hefen zur Einführung.

Hest 1 umfaßt die Stationen des Direktionsbezirks Breslau einschließlich Breslau N.-M. bezw. V.-F.-E. Vhf., Hest 2 die Stationen des Direktionsbezirks Berlin einschließlich Berlin-Anhalter und Dresdener Bahnhof und Hohenboda D.-R.-B., sowie Görlitz S.-St.-B. und Hest 3 die Stationen des Direktionsbezirks Bromberg. Durch diese Tarife werden theils Verkehrs-Erweiterungen und Tarif-Ermäßigungen, welche letzteren, soweit sie die Ausnahme-Tarife für Getreide u. und Holz betreffen, auf Herabsetzungen der ausländischen Antheilsätze beruhen, theils Verkehrsbeschränkungen und Tarif-Erhöhungen eingeführt.

Durch die neuen Tarife werden folgende Tarife

ganz, bezw. in dem auf den Tarifheften speziell angegebenen Umfange aufgehoben:

Der Oßdeutsch-Oesterreichische Tarif vom 1. Januar 1880, der Oßdeutsch-Böhmische Tarif, Hest 1 vom 1. Mai 1880 und Hest 3 vom 1. Dezember 1880, der Deutsch-Oesterreichische Tarif vom 1. Januar 1880, die Glasfandtarife mit Hohenboda vom 15. Mai 1878 und 10. April 1878 und mit Hausdorf vom 1. November 1878, sowie der Ausnahmetarif für Ralf vom 1. Juni 1884.

Druckeremplare der neuen Tarifhefte sind bei unseren Güterkassen in Berlin (Schlef. Vhf.), Breslau (N.-M. Vhf.), Frankfurt a./O., Görlitz und Breslau (V.-F. Vhf.), sowie im hiesigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz käuflich zu haben.

Berlin, den 30. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

lichen Regierungs-Präsidenten. Preise im Monat März 1885.

| Artikel | | | | | | Vadenpreise in den letzten Tagen des Monats | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------|-------------|---------------|--------|--------|-----------------------|---|------------------|----------|-------|----------------------|------------|--------|------------|---|--------|------------|-------------------------------|--------|--|
| kostet je 1 Kilogramm | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | |
| Schweine-
fleisch | Rathfleisch | Gammelfleisch | Speck | Butter | Ein
Schaff
Gier | Wehl | | Gersten- | | Buchweizen-
grüße | Safergrüße | Hirse | Reis, Java | Java-Kaffee
mittler gelber
in gebr.
Bohnen | | Speisefalz | Schweine-
schmalz, hiesig. | | |
| M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | Weizen
Nr. 1. | Reggen
Nr. 1. | Graupe | Grüße | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | |
| 1 10 | 90 | 1 10 | 1 60 | 2 20 | 3 03 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 50 | 60 | 55 | 2 40 | 3 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 1 | 1 | 2 | 2 20 | 3 | 40 | 30 | 60 | 60 | 60 | 80 | 60 | 60 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 20 | 1 25 | 1 15 | 1 70 | 2 40 | 2 96 | 40 | 25 | 45 | 50 | 50 | 40 | 60 | 45 | 2 80 | 2 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 10 | 90 | 1 10 | 1 80 | 2 40 | 2 85 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 45 | 50 | 50 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 | 86 | 1 | 1 | 1 80 | 2 80 | 32 | 26 | 60 | | 40 | | 50 | 50 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 40 | | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 80 | 2 40 | 3 08 | 28 | 26 | 60 | 60 | 50 | | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 25 | 90 | 1 25 | 1 80 | 2 40 | 2 80 | 40 | 30 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 3 20 | 3 50 | 20 | 1 80 | | |
| 1 | 1 | 1 | 1 60 | 2 | 2 60 | 40 | 30 | 80 | | 60 | 65 | 60 | 60 | 3 80 | 3 80 | 20 | 1 80 | | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 1 80 | 2 40 | 2 80 | 26 | 20 | 60 | 65 | 70 | 70 | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 10 | 85 | 1 20 | 1 60 | 2 | 3 20 | 36 | 24 | 50 | 40 | 40 | 60 | 36 | 55 | 2 60 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 30 | 1 15 | 1 15 | 1 95 | 1 95 | 3 | 50 | 36 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 55 | 3 40 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 30 | 1 20 | 1 20 | 1 60 | 2 13 | 2 96 | 37 | 28 | 50 | 50 | 45 | 45 | 45 | 50 | 2 90 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 10 | 85 | 1 10 | 1 70 | 2 03 | 3 03 | 28 | 26 | 60 | 40 | 60 | 60 | 60 | 70 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 10 | 85 | 1 | 1 65 | 1 86 | 2 29 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 40 | 1 | 1 20 | 1 80 | 2 60 | 2 80 | 25 | 20 | 50 | 50 | 50 | 55 | 50 | 60 | 2 90 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 20 | 1 05 | 1 18 | 1 70 | 2 20 | 2 83 | 30 | 24 | 50 | 50 | 60 | 50 | 50 | 60 | 3 | 3 40 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 2 | 2 | 2 80 | 30 | 25 | 60 | 40 | 40 | 60 | 50 | 70 | 2 70 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 25 | 1 20 | 1 30 | 1 60 | 2 20 | 3 | 35 | 25 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 3 07 | 40 | 26 | 55 | 50 | 45 | 60 | 50 | 60 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 20 | 1 32 | 1 17 | 1 72 | 2 58 | 2 92 | 50 | 40 | 70 | 60 | 50 | 60 | 50 | 63 | 3 20 | 3 60 | 20 | 1 70 | | |
| 1 | 80 | 1 | 1 60 | 1 40 | 2 80 | 34 | 30 | 60 | 60 | 50 | 60 | 60 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 90 | 1 20 | 1 98 | 2 | 3 05 | 33 | 21 | 46 | 41 | | 60 | 40 | | 2 80 | 3 40 | 20 | 1 80 | | |
| 95 | 66 | 95 | 1 80 | 1 89 | 2 30 | 26 | 21 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 2 40 | 2 80 | 20 | 1 60 | | |
| 1 15 | 1 10 | 1 15 | 1 60 | 2 20 | 2 70 | 21 | 21 | 50 | 40 | 50 | 60 | 50 | 50 | 3 20 | 3 60 | 20 | 1 60 | | |

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Die Auslösung der 4 1/2 pCt. Prioritäts-Obligationen der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn betreffend.

4. Wir bringen hiermit zur Kenntniss, daß bei der am 11. d. M. stattgehabten Auslösung der 4 1/2 pCt. Prioritäts-Obligationen der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn von den Obligationen I. Emission à 100 Thlr. nicht, wie unterm 14. d. M. bekannt gemacht worden, die Nr 1640 sondern die Nr 1614 gezogen worden ist. Erfurt, den 30. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Fahrplan-Änderung.

3. Vom 1. April d. J. ab werden zwischen Berlin-Zehlendorf und Potsdam, resp. Potsdam und Werder außer den bisherigen täglich noch folgende Züge befördert.

A. Berlin-Zehlendorf-Potsdam resp. Potsdam-Werder.

1) Zug Nr 172 Potsdam-Werder:
ab Potsdam 439 Vm.
an Werder 51 "

2) Zug Nr 170 Berlin-Zehlendorf:
ab Berlin 524 Vm.
" Friedenau 533 "
" Steglitz 539 "
" Lichterfelde 544 "
an Zehlendorf 550 "

3) Zug Nr 176 Berlin-Wildpark:
ab Berlin 645 Vm.
" Zehlendorf 72 "
" Schlachtensee 78 "
" Wannsee 714 "
" Neubabelsberg 721 "
" Neuenhof 727 "
" Potsdam 733 "
an Wildpark 742 "

4) Zug Nr 236 Berlin-Potsdam:
ab Berlin 915 Vm.
an Potsdam 949 "

5) Zug Nr 188a Berlin-Zehlendorf:
ab Berlin 1035 Vm.
" Friedenau 1044 "
" Steglitz 1049 "
" Lichterfelde 1054 "
an Zehlendorf 1059 "

6) Zug Nr 214a. wird von Berlin bis Potsdam durchgeführt, derselbe bleibt bis Zehlendorf unverändert und fährt dann:
ab Zehlendorf 538 Nm.
" Schlachtensee 544 "
" Wannsee 551 "
" Neubabelsberg 60 "
" Neuenhof 66 "
an Potsdam 610 "

B. Werder-Potsdam resp. Potsdam-Zehlendorf-Berlin.

1) Zug Nr 559 Zehlendorf-Berlin:

ab Zehlendorf 450 Vm.
" Lichterfelde 459 "
" Steglitz 57 "
" Friedenau 515 "
" Schöneberg 523 "
an Berlin 533 "

2) Zug Nr 169 Zehlendorf-Berlin

ab Zehlendorf 62 Vm.
" Lichterfelde 69 "
" Steglitz 615 "
" Friedenau 621 "
" Schöneberg 627 "
an Berlin 633 "

3) Zug Nr 171 Werder-Berlin:

ab Werder 517 Vm.
" Wildpark 529 "
" Potsdam 542 "
" Neuenhof 547 "
" Neubabelsberg 554 "
" Wannsee 61 "
" Schlachtensee 67 "
" Zehlendorf 615 "
" Lichterfelde 621 "
" Steglitz 627 "
" Friedenau 633 "
" Schöneberg 639 "
an Berlin 645 "

4) Zug Nr 235 Potsdam-Berlin:

ab Potsdam 824 Vm.
an Berlin 90 "

5) Zug Nr 183a. Zehlendorf-Berlin:

ab Zehlendorf 102 Vm.
an Berlin 1018 "

6) Zug Nr 215a. Potsdam-Berlin:

ab Potsdam 70 Nm.
" Neuenhof 75 "
" Neubabelsberg 711 "
" Wannsee 718 "
" Schlachtensee 724 "
" Zehlendorf 732 "

und dann weiter in dem bisherigen Fahrplan.

7) Zug Nr 179 hält fortan in Zehlendorf:

ab Zehlendorf 830 Vm.
an Berlin 845 "

Alles Nähere werden die Plakat-Fahrpläne ergeben Berlin, den 24. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Betriebs-Amt Berlin-Magdeburg

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Nachtrag zum Tarifheft I. des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes.

19. Mit dem 1. April 1885 tritt in dem Tarifheft I. des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes gültig vom 1. Juni 1881, der Nachtrag III. in Kraft. Derselbe enthält:



- 1) Frachtsätze für Getreide von Stationen der Iwan-gorod-Dombrowaer Eisenbahn nach Braunsberg, Danzig, Dirschau, Elbing, Königsberg i./Pr., Neustadt i./Weßpr. und Neufahrwasser,
 - 2) Frachtsätze für Getreide von Stationen der Weichselbahn nach Braunsberg, Danzig, Dirschau, Elbing, Königsberg i./Pr., Neufahrwasser und Neustadt i./Weßpr.
 - 3) Neue Ausnahmefrachtsätze für Cement von den Stationen Danzig, Neufahrwasser und Neustadt i./Weßpr. nach Stationen der Weichselbahn.
- Tariseremplare sind bei den Verbandstationen zu haben.

Bromberg, den 25. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag zum Lokaltarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck.

20. Mit Gültigkeit vom 1. Juni 1885 ist der Nachtrag 13 zum Lokal-Tarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg vom 1. August 1881 herausgegeben worden.

Nach demselben tritt am 1. Juni 1885 bei denjenigen 2-tägigen Retourbillets, bei welchen die Courier- bzw. Schnellzüge der Bahnstrecken

„Berlin-König-Lybitz-Kuhnen,
Schneidemühl-Thorn-Insterburg,
Bromberg-Dirschau,
Posen-Thorn und
Thorn-Alexandrowa“

benutzt werden können eine Erhöhung der Preise durch deren Verdrängung nach den Schnellzugtarifen ein.

Vom selbigen Tage findet zufolge Berichtigung auch eine geringfügige Erhöhung bzw. Ermäßigung der Preise einzelner drei- bis achttägiger Retourbillets statt. Der Nachtrag 13 kann durch die Billet-Expeditionen unseres Verwaltungsbezirks bezogen werden.

Bromberg, den 21. März 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des verstorbenen Gutbesizers Jordan zu Riefelde der bis-

herige Stellvertreter, Gemeinde-Vorsteher Bredered zu Lichtenow zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks X. Riefelde ernannt worden.

Im Kreise Osthavelland ist der Königl. Oberförster Forstmeister Kopp zu Falkenhagen zum Amtsvorsteher des zuletzt interimistisch von dem verstorbenen Major von Risselmann zu Schoenwalde verwalteten Amtsbezirks XII. Falkenhagen ernannt worden.

Der pr. Arzt Dr. med. Franz Gottfried Stäler ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Zauch-Belzig mit dem Wohnsitz in Belzig ernannt worden.

Der bisherige Regierungsbaumeister Tollmatt ist zum Königl. Wasserbau-Inspektor ernannt und es ist demselben die technische Hilfsarbeiterstelle für den Wasserbau bei der Königl. Regierung zu Potsdam vom 1. d. M. ab definitiv verliehen worden.

Der bisherige Regierungs-Kanzlei-Diätar Lindner ist zum Regierungs-Kanzlisten ernannt worden.

Der Militär-Anwärter Bernhard Bagler ist zum Regierungs-Kanzlei-Diätarius ernannt worden.

Bei der Königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin ist der Vollziehungsbeamte Heiter entlassen.

Die unter Königlichem Patronat stehende und mit der Superintendentur verbundene Ober-Pfarrstelle zu Jechenitz, Diözese gleichen Namens, kommt durch die Versetzung des Oberpfarrers, Superintendenten Lic. Saran, in nächster Zeit zur Erledigung.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam. **Statismäßig angestellt sind:** a. als Postassistent der Postassistent Rohden in Potsdam, b. als Postverwalter der Postassistent Schöneberg in Paulinenaue.

Ernannt ist: der Postsekretair Drosowski in Potsdam zum Ober-Postdirektionssekretair.

Versezt sind: der Ober-Postrath Blindow von Breslau nach Potsdam, der Postrath Meine von Potsdam nach Halle (Saale), der Ober-Postassistent Buchhalter Schröder von Bromberg nach Potsdam, die Postverwalter Emke von Baruth (Mark) nach Königs-Wusterhausen und Wähler von Rhinow nach Baruth (Mark).

Vermischte Nachrichten.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Auf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Verurtheilung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. |
|----------|-------------------------------|--|---|--|-----------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1. | Sirisch Brucki, Baararbeiter, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 17. Januar 1855 in Lody, Russisch-Polen, ebenfalls ortsangehörig, | schwerer Diebstahl im Wiederholten Rückfall (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 7. Juni 1882), | Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Karlsruhe, | 6. Februar 1885. |

| 1.
Zauf. Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------------|--------------------------------------|----|-------------------|-----------------------------|---|--|
| | 2. | 3. | | | | |

b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

| | | | | | | |
|----|--|--|--|---|--|----------------------|
| 1 | Morig Lewinsohn
alias Mendel
Leimendt,
Händler, | 21 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Ver-
bischen, Gouvernement
Kiew, Rußland, wohn-
haft zuletzt in Berlin, | geboren am 11. März
1868 zu Freiheit, Be-
zirk Gitschin, Böhmen,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung zu Brom-
berg, | 11. Februar
1885. |
| 2 | Josef Thamm,
Arbeiter, | geboren am 31. Dezem-
ber 1849 zu Discupice,
Bezirk Bielitzka, Ga-
lizien, ebendasselbst
ortsangehörig, | geboren am 10. März
1863 zu Alland, Be-
zirk Baden, Oesterreich,
ortsangehörig in Neu-
Widschow, Böhmen, | Landstreichen und Betteln,
wissenschaftlicher Gebrauch
eines falschen Attestes u. | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 14. Februar
1885. |
| 3 | Stephan Slonjof
(Slezak),
Kesselschmied, | geboren am 1. Oktober
1850 zu Rothwasser,
Bezirk Landekron,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | geboren am 6. Juni
1858 zu Witczina, Be-
zirk Chrzanow, Galizien,
ebendasselbst orts-
angehörig, wohnhaft
zuletzt in Schweidnitz,
Schlesien, | Hausfriedensbruch, Land-
streichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen, |
| 4 | Franz Lurek,
Schlosser, | geboren am 1. Oktober
1850 zu Rothwasser,
Bezirk Landekron,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | geboren am 6. Juni
1858 zu Witczina, Be-
zirk Chrzanow, Galizien,
ebendasselbst orts-
angehörig, wohnhaft
zuletzt in Schweidnitz,
Schlesien, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 26. Februar
1885. |
| 5 | Josef Spiwak,
Arbeiter, | geboren am 1. Oktober
1850 zu Rothwasser,
Bezirk Landekron,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | geboren am 6. Juni
1858 zu Witczina, Be-
zirk Chrzanow, Galizien,
ebendasselbst orts-
angehörig, wohnhaft
zuletzt in Schweidnitz,
Schlesien, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen, |
| 6 | Radislaus Kopp,
Arbeiter, | geboren am 1. Oktober
1850 zu Rothwasser,
Bezirk Landekron,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | geboren am 6. Juni
1858 zu Witczina, Be-
zirk Chrzanow, Galizien,
ebendasselbst orts-
angehörig, wohnhaft
zuletzt in Schweidnitz,
Schlesien, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 1. März
1885. |
| 7 | Anton Kretschmer,
Müllergefelle, | 23 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Ober-
brennisch, Böhmen, | geboren am 13. Mai
1846 zu Georgenthal,
Bezirk Rumburg, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Magdeburg, | 25. Februar
1885. |
| 8 | Heinrich Grub,
Müllergefelle, | geboren am 13. Mai
1846 zu Georgenthal,
Bezirk Rumburg, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, | geboren am 13. Mai
1846 zu Georgenthal,
Bezirk Rumburg, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung zu Cassel, | 12. Januar
1885. |
| 9 | Josephine Mour,
Dienstmagd, | 26 Jahre, geboren und
ortsangehörig zu les
Fournets, Departement
Puy de Dôme,
Frankreich, | geboren am 17. Fe-
bruar 1867 in Gais,
Kanton Appenzell, orts-
angehörig in Senn-
wald, Kanton St.
Gallen, Schweiz, | Landstreichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Co-
blenz, | 15. Januar
1885. |
| 10 | August Heeb,
Ziegler, | geboren am 17. Fe-
bruar 1867 in Gais,
Kanton Appenzell, orts-
angehörig in Senn-
wald, Kanton St.
Gallen, Schweiz, | geboren am 17. Fe-
bruar 1867 in Gais,
Kanton Appenzell, orts-
angehörig in Senn-
wald, Kanton St.
Gallen, Schweiz, | desgleichen. | derselbe Behörde, | 9. Februar
1885. |



| 1.
Rang. | 2.
Name und Stand
des Ausgewiesenen. | 3.
Alter und Heimath | 4.
Grund
der
Verurtheilung. | 5.
Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | 6.
Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------|---|---|--|---|--|
| | | | | | |
| 11 | Wenzel Hafner,
Hafnergeselle, | 34 Jahre, geboren zu
Budweis, Böhmen,
ortsangehörig in Cho-
tovin, Bezirk Tabor,
ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Strau-
bing, | 24. Januar
1885. |
| 12 | Blasius
Aschenbrenner,
Tagelöhner, | 18 Jahre, geboren in
Dollnstein, Bezirk Eich-
stätt, Bayern, ortsan-
gehörig in Bollnau,
Bezirk Lais, Böhmen, | Landstreichen und Fäl-
schung von Legitima-
tionspapieren, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Eggen-
felden, | 9. Februar
1885. |
| 13 | Wenzel Hann,
Schlossergeselle, | geboren am 25. August
1840 in Budweis,
Böhmen, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Neuulm, | 13. Februar
1885. |
| 14 | Anna Bernhardt,
ledig, | 38 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Ka-
schitz, Bezirk Pödersam,
Böhmen, | Betrug, Landstreichen und
Betteln u., | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Nab-
burg, | desgleichen, |
| 15 | Martin Matouschek,
Schuhmacher, | geboren im Oktober
1855 zu Litoradlic,
Bezirk Moldauthein,
Böhmen, ebendaselbst
ortsangehörig, wohn-
haft zuletzt in Fried-
berg, Oberbayern, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Fried-
berg, | 16. Februar
1885. |
| 16 | Franz Beringer,
Bäder, | geboren am 11. Juni
1866 in Reitern, Be-
zirk Gröbening,
Steiermark, ebenda-
selbst ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Nies-
bach, | 20. Februar
1885. |
| 17 | Franz Ballenta
(Valenta)
Kellner, | geboren am 20. April
1863 zu Frankfurt a.
M., ortsangehörig in
Lieberschlag, Bezirk
Neuhäus, Böhmen, | desgleichen, | Königlich Sächsische
Kreishauptmann-
schaft Leipzig, | 12. Februar
1885. |
| 18 | Michael Ferdinand
Melzer,
Zuckerbäcker, | geboren am 16. April
1831 zu Liebau, Ruß-
land, ortsangehörig in
Bürgstein, Bezirk Leit-
meritz, Böhmen, wohn-
haft zuletzt in Zwidau,
Sachsen, | desgleichen, | Königlich Sächsische
Kreishauptmann-
schaft Bautzen, | desgleichen, |
| 19 | Hermann Sasse,
Kellner, | 25 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Arn-
heim, Niederlande, | desgleichen, | Großherzoglich Ba-
discher Landeskom-
missär zu Mannheim, | 28. Februar
1885. |
| 20 | Johannes Geiser,
Knecht, | geboren am 18. Fe-
bruar 1842 zu Rog-
wyl, Schweiz, eben-
daselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 20. Januar
1885. |

| Nr.
auf. Nr. | Name und Stand | Alter und Geburtsort | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------------|--|--|-------------------------------|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 21 | Emil Asper,
Schuhmacher, | geboren am 5. März
1862 zu Bollschafen,
Kanton Zürich,
Schweiz, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Cohnat, | 4. Februar
1885. |
| 22 | Johann Epp,
Kücher, | geboren 1843 zu Sile-
nen, Kanton Uri,
Schweiz, ortsangehörig
in Altdorf, ebendasselbst, | Landstreichen, | derselbe, | 9. Februar
1885. |
| 23 | Friedrich Boesinger,
Müllerbursche, | geboren am 28. April
1857 zu Unterstetholz,
Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 24 | Ulysses Leo Perret,
Schuhmacher, | geboren am 11. Fe-
bruar 1849 zu Chaur
de fonds, Schweiz, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 9. Februar
1885. |
| 25 | Johann Blanc,
Lagner, | geboren am 11. Juni
1867 zu Yvon, Frank-
reich, | Landstreichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 26 | Bictor Barthès,
Handarbeiter, | geboren am 17. April
1860 zu Marseille,
Frankreich, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 27 | Anton Julius André,
Eisenarbeiter, | geboren am 19. März
1842 zu Autry, Frank-
reich, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 11. Februar
1885. |
| 28 | Michael Fabioli,
Erbarbeiter, | geboren 1857 zu Care-
ma, Italien, | Landstreichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 29 | Ludwig Huguet,
Erbarbeiter, | 27 Jahre, geboren in
Feret, Departement
Nord, Frankreich, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 30 | Peter Basoli,
Erbarbeiter, | geboren 1844 Balma-
brera, Lombardei, Ita-
lien, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 31 | David Baselto,
Zimmermann, | geboren am 18. März
1858 zu Vusto, Pro-
vinz Mailand, Italien, | desgleichen, | derselbe, | 13. Februar
1885. |
| 32 | Heinrich Louis
Théart,
Maler, | geboren am 4. Juli
1851 zu Paris, Frank-
reich, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen, |
| 33 | Elestin Bianchi,
Maurer, | geboren am 25. August
1852 zu Olgiato, Ita-
lien, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 34 | Dimitre Karacostoff,
Gärtner, | geboren am 25. Sep-
tember 1854 zu Sofia,
Bulgarien, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 35 | Rudolf Furter,
Maurer, | geboren am 18. Sep-
tember 1863 zu Stau-
fen, Kanton Aargau,
Schweiz, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |



| 1
Rauf. Nr. | 2. Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | 3. Alter und Heimath | 4. Grund
der
Verurtheilung. | 5. Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | 6. Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|----------------|---|--|----------------------|---|--|---|
| | | | | | | |
| 36 | Anton Barisco,
Erbarbeiter, | geboren am 25. Sep-
tember 1862 zu Mai-
land, Italien, | | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 16. Februar
1885. |
| 37 | Nicolaus Laederach,
Landarbeiter, | geboren am 17. August
1855 zu Widen, Kan-
ton Bern, Schweiz,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 20. Februar
1885. |
| 38 | Karl Johann
Wittwer,
Landarbeiter, | geboren am 11. Sep-
tember 1844 zu Bern,
Schweiz, ebendasselbst
ortsangehörig, | | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 39 | Dominik Ferrare,
Erbarbeiter, | geboren am 14. Februar
1847 zu Moncalieri,
Provinz Turin, Ita-
lien, ebendasselbst orts-
angehörig, | | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Stras-
burg, | 23. Februar
1885. |
| 40 | Martin Karl Ludwig
Baudamme,
Erbarbeiter, | geboren am 28. Juni
1860 zu Ardoye, Be-
zirk West-Flandern,
Belgien, | | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 24. Februar
1885. |
| 41 | Anton Peter,
Nagelschmied, | geboren am 15. Novem-
ber 1854 zu Lodz,
Russisch-Polen, eben-
dasselbst ortsangehörig,
wohnhaft zuletzt in
Breslau, | | Obdachlosigkeit und Bet-
teln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 7. März
1885. |
| 42 | Wingens Scharm,
Arbeiter, | geboren am 2. Juni
1853 zu Mohren,
Bezirk Hohenelbe,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, zuletzt
wohnhaft in Ditters-
bach, Kreis Walden-
burg, Schlesien, | | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 8. März
1885. |
| 43 | Ignaz Humhal,
Schlossergeselle, | geboren am 6. Dezem-
ber 1857 zu Mährisch-
Odrau, ebendasselbst
ortsangehörig, | | desgleichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Posen, | 23. Januar
1885. |
| 44 | Amalie Schwamm,
unverehelicht, | geboren 1857 zu Konin,
Russisch-Polen, eben-
dasselbst ortsangehörig, | | Landstreichen und Beile-
gung eines falschen
Namens, | derselbe Behörde, | 6. März
1885. |
| 45 | Niels Johann
Lindström,
Arbeiter, | geboren am 2. Mai
1853 zu Melby, Schwe-
den, ebendasselbst orts-
angehörig, | | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussische
Regierung zu Schles-
wig, | 31. Januar
1885. |
| 46 | Michael Schmid,
Tagelöhner, | geboren 1815 zu Sta-
beln, Bezirk Schütten-
hofen, Böhmen, eben-
dasselbst ortsangehörig, | | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Grafen-
au, | 18. Februar
1885. |

| Rang. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Beirufung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|-----------|-------------------------------|--|-----------------------------------|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 47 | Benzl Pais,
Schneider, | geboren am 5. Juli 1851 zu Unter-Schota, Bezirk Klattau, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Deggen-dorf, | 20. Februar 1885. |
| 48 | Johann Kummel,
Gelbgießer, | geboren am 25. Juni 1839 zu Schwarzbach, Bezirk Bischofteinitz, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | dieselbe Behörde, | 22. Februar 1885. |
| 49 | Adolf Hoffmann,
Bader, | 32 Jahre, geboren zu Krivoser, Amt Anan-jew, Gouvernement Cherson, Rußland, ortsangehörig in Odes-sa, ebendasselbst, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Stadtmagistrat Do-nauwörth, | 1. März 1885. |

Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten vorschüsse u. betr.

Vom 1. April 1885 ab gehen die Geschäfte, welche die Erhebung und Beitreibung der Gerichts-kosten, Kostenvorschüsse und Geldstrafen für den Bezirk des königlichen Amtsgerichts zu Mittenwalde betreffen, von dem königlichen Steueramt zu Jossen auf die königliche Gerichtskasse zu Mittenwalde über. Eine Ausnahme findet hiervon nur für die vorläufig niedergeschlagenen Kosten statt. Die Erhebung und Beitreibung derselben erfolgt durch die Gerichtskasse des königlichen Amtsgerichts zu Jossen; der Beitreibung derselben wird aber eine neue Zahlungsaufforderung vorhergehen.

Durch die Errichtung der Gerichtskassen ist die Einrichtung getroffen, daß Kosten und Vorschüsse bis zur Höhe von 30 M. einschließlich von den Zahlungs-pflichtigen abgeholt werden können. In diesem Falle muß die gleichzeitig zu übergebende Kostenrechnung den Zusatz enthalten, daß die Zahlung an den in der Auf-forderung bezeichneten Gerichtsvollzieher gegen dessen Quittung gültig erfolgen kann.

In jedem anderen Falle ist die Kostenschuld ent-weder unter genauer Angabe des Kassenzeichens an die königliche Gerichtskasse zu Mittenwalde postfrei ein-zufenden, oder in dem Kassenlokal gegen Quittung des

Rebanten, dessen Namen durch Aushang an der Gerichtstafel bekannt gemacht werden wird, einzuzahlen. Mittenwalde, den 15. März 1885.

Königl. Amtsgericht.

Der aussichtsführende Amtsrichter. Hauchecorne.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

der von dem Kreis-Ausschusse des Kreises Zauch-Belzig auf Grund des § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit § 1 des Land-Gemeinde-Verfassungsgesetzes vom 14. April 1856 genehmigten Communalbezirks-Veränderungen.

Bezeichnung des in Betracht kommenden Grund-stücks: Ein bisher der Frau Oberamtmann Große zu Michendorf gehörig gewesener, von dem königlichen Forstfiskus angekaufter Heideplan von ca. 49 ha Größe, welcher in den Grundsteuer-Gemarkungskarten von Michendorf Blatt 2 verzeichnet ist und die Nummern 35, 257/34 und 256/34 führt.

Seitheriger Guts- resp. Gemeindebezirk: Gemeinde-bezirk Michendorf.

Künftiger Guts- resp. Gemeindebezirk: Gutsbezirk königliches Forstrevier Cünersdorf.

Belzig, den 4. März 1885.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Zauch-Belzig.
von Stülpnagel.

(Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend eine Polizei-Verordnung, betreffend Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der im § 35 Abs. 2 und 3 der Reichsgewerbeordnung verzeichneten Gewerbetreibenden, sowie Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (C. Hahn, Hof-Buchdrucker).



1

Extra-Beilage

zum 15ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben den 10ten April 1885.

Polizei-Verordnung,

betr. Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der im § 35 Absf. 2 und 3 der Reichsgewerbe-Ordnung verzeichneten Gewerbetreibenden.

Auf Grund des § 38 Absf. 2 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 und des § 136 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird für den Geltungsbereich des letzteren verordnet, was folgt:

Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der im § 35 Absf. 2 und 3 der Reichsgewerbe-Ordnung verzeichneten Gewerbetreibenden.

1. Wer den Trödelhandel (Handel mit gebrauchten Kleidern, gebrauchten Betten oder gebrauchter Wäsche, Kleinhandel mit altem Metallgeräth, mit Metallbruch oder dergleichen) betreibt, ist verpflichtet, ein nach dem beigelegten Schema A eingerichtetes Buch über seine Ein- und Verkäufe zu führen. Das Buch muß dauerhaft gebunden und durchweg mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein. Dasselbe ist, bevor es in Gebrauch genommen wird, von der Orts-Polizeibehörde unter Beglaubigung der Seitenzahl abzustempeln. In dem Buche dürfen weder Rasuren vorgenommen noch Eintragungen unleserlich gemacht werden; dasselbe darf weder ganz noch theilweise vernichtet werden.

2. Alle Einkaufs- und Verkaufsgeschäfte sind im Laufe des Tages, an welchem sie abgeschlossen sind, in das Geschäftsbuch einzutragen.

Die Eintragung der Einkaufsgeschäfte erfolgt in der Reihenfolge ihres Abschlusses unter fortlaufenden Nummern. Die eingekauften Gegenstände sind nach Art, sowie nach Zahl, Maß oder Gewicht genau zu bezeichnen.

Die Eintragung der Verkäufe ist in den dafür bestimmten Spalten des Geschäftsbuchs neben den entsprechenden Einkaufseintragungen zu bewirken.

3. Bei allen Eintragungen sind Namen, Stand und Wohnort, auf Anordnung der Orts-Polizeibehörde auch die Wohnung desjenigen, mit welchem der Tröbler das betreffende Einkaufs- oder Verkaufsgeschäft abgeschlossen hat, genau anzugeben. Ueber die Richtigkeit der gemachten Angaben hat sich der Tröbler in glaubhafter Weise zu vergewissern.

Mit minderjährigen Personen darf sich der Tröbler ohne ausdrückliche Genehmigung der Eltern oder Vormünder in Geschäfte nicht einlassen.

4. Für die ordnungsmäßige Führung des Geschäftsbuches ist der Tröbler auch dann persönlich verantwortlich, wenn er dieselbe durch einen Dritten bewirken läßt.

5. Der Tröbler ist verpflichtet, alle ihm von Behörden oder Privatpersonen zugehenden Benachrichtigungen über verlorene oder dem Eigenthümer widerrechtlich entnommene Gegenstände nach der Zeitfolge geordnet aufzubewahren.

6. Die im Betriebe des Trödelhandels erworbenen Gegenstände müssen stets mit einer der Nummer des Geschäftsbuchs entsprechenden Bezeichnung versehen sein. Sie sind in gesonderten Räumen oder Behältnissen aufzubewahren oder doch, wo dies nicht zu ermöglichen ist, von anderen gleichartigen Gegenständen äußerlich getrennt zu halten. Werden sie in anderen, als den unmittelbar für den Trödelhandel benutzten Geschäftsräumen aufbewahrt, so ist ihr Aufbewahrungsort im Geschäftsbuch zu bezeichnen.

7. Geschäftsbücher, welche nicht mehr benutzt werden sollen, sind unter Angabe des Datums abzuschließen und der Orts-Polizeibehörde zur Bestätigung des Abschlusses vorzulegen. Sie sind so lange aufzubewahren, bis ihre Vernichtung von der Polizeibehörde genehmigt ist. Nach dem Abschluß dürfen weitere Eintragungen in die Geschäftsbücher nicht mehr gemacht werden.

Dasselbe gilt, wenn der Geschäftsbetrieb eingestellt wird.

8. Die Polizeibehörde und deren Organe sind befugt, von dem gesammten Geschäftsbetrieb des Tröblers jederzeit Einsicht zu nehmen. Den hiermit betrauten Beamten ist der Zutritt zu den Geschäfts- und Lageräumen, sowie die Einsicht und Prüfung der Geschäftsbücher zu gestatten. Auf Verlangen sind denselben die für den Trödelhandel angekauften Gegenstände vorzulegen; auch ist ihnen jede verlangte Auskunft über den Geschäftsbetrieb wahrheitsgetreu zu ertheilen.

9. Die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Verordnung für den Trödelhandel bereits erworbenen und noch im Besitze des Tröblers befindlichen Gegenstände sind unter fortlaufenden Nummern in das neu anzulegende Geschäftsbuch einzutragen, bevor dasselbe zu anderweitigen Eintragungen benutzt wird. Bei der Eintragung sind die Vorschriften unter Nr. 2 und 3, soweit möglich, zu befolgen. Bezüglich der Bezeichnung und Aufbewahrung

diese Gegenstände finden die Vorschriften unter Nr. 6 Anwendung.

10. Vorstehende Bestimmungen finden auf den Kleinhandel mit Garnabfällen oder Dräusen von Seide, Wolle, Baumwolle oder Leinen gleichmäßig Anwendung.

11. Wer das Gewerbe eines Gesindevermiethers oder eines Stellenvermittlers betreibt, ist verpflichtet, ein nach dem beigelegten Schema B eingerichtetes Buch über die einen Dienst oder eine Stellung suchenden und ein nach dem beigelegten Schema C eingerichtetes Buch über die Gesinde, Arbeiter oder sonstige Verdienende suchenden Personen zu führen. Für männliche und weibliche Dienst- und Stellungsfinder können getrennte Bücher geführt werden.

Auf Anlegung, Beglaubigung, Führung und Abschluß der Bücher finden die Bestimmungen unter Nr. 1, 4, 7 sinngemäße Anwendung.

12. Die dem Gesindevermiether (Stellenvermittler) ertheilten Aufträge sind im Laufe des Tages, an welchem sie eingehen, in der Reihenfolge des Eingangs unter fortlaufenden Nummern nach Maßgabe der im Schema vorgesehenen Rubriken vollständig einzutragen. Ueber die Erledigung der Aufträge sind neben der ersten Eintragung in den entsprechenden Spalten die weiteren Vermerke zu machen.

13. Die Polizeibehörden und deren Organe sind befugt, jederzeit von den Geschäftsbüchern des Gesindevermiethers (Stellenvermittlers) und von den den Gewerbebetrieb desselben betreffenden Schriftstücken Einsicht zu nehmen. Der Gesindevermiether ist verpflichtet, den damit betrauten Beamten auf Verlangen seine Geschäftsbücher und die gesammten auf seinen Gewerbebetrieb bezüglichen Schriftstücke vorzulegen oder zu verabsorgen,

sowie jede gewünschte Auskunft über den Geschäftsbetrieb wahrheitsgetreu zu ertheilen.

14. Personen, welche die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmender Geschäfte, insbesondere die Abfassung der darauf bezüglichen schriftlichen Aufträge gewerbmäßig betreiben, sowie die gewerbmäßigen Vermittlungsagenten für Immobilienverträge, Darlehen und Heirathen sind verpflichtet, den zuständigen Polizeibehörden und deren Organen auf Erfordern ihre Geschäftsbücher und die gesammten auf ihren Geschäftsbetrieb bezüglichen Schriftstücke zur Einsicht vorzulegen und den betreffenden Beamten jede auf den Geschäftsbetrieb bezügliche Auskunft wahrheitsgetreu zu ertheilen.

15. Denjenigen vorstehend aufgeführten Gewerbetreibenden, die auf Grund früherer Vorschriften Geschäftsbücher zu führen verpflichtet sind, welche den gegenwärtigen Vorschriften nicht entsprechen, kann auf Antrag von der zuständigen Polizeibehörde die Weiterbenutzung dieser Bücher bis zum Abschluß derselben widerruflich gestattet werden, sofern daraus Unzuträglichkeiten nicht zu besorgen sind. Die Bücher sind vor dem Gebrauch in Gemäßheit der Nr. 1 von der Polizeibehörde abzustempeln.

16. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, sofern nicht nach den Strafgesetzen eine höhere Strafe verurtheilt ist, mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

17. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Juni 1885 in Kraft.

Berlin, den 12. März 1885.

Für den Minister für Handel und Gewerbe.
v. Boetticher.



151

Nr. 151 Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 16.

Den 17. April

1885.**Reichs-Gesetzblatt.**

(Stück 10.) Nr. 1591. Gesetz, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1885/86. Vom 16. März 1885.

Nr. 1592. Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen. Vom 16. März 1885.

Nr. 1593. Bekanntmachung, betreffend das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen. Vom 13. März 1885.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 7.) Nr. 9036. Verordnung, betreffend die Rationen der Beamten in dem Bereiche der Justizverwaltung. Vom 2. März 1885.

Nr. 9037. Allerhöchster Erlaß vom 9. März 1885, betreffend Einsetzung einer Königl. Direktion für die Verwaltung des durch das Gesetz vom 23. Februar 1885 auf den Preussischen Staat übergehenden Braunschweigischen Eisenbahn-Unternehmens, anderweite Abgrenzung der Eisenbahndirektionsbezirke und Errichtung von Betriebsämtern in den Eisenbahndirektionsbezirken Berlin, Breslau, Altona und Köln (rechtsrheinisch).

(Stück 8.) Nr. 9038. Gesetz, betreffend die Vertretung des Fiskus in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Justizverwaltung. Vom 14. März 1885.

(Stück 9.) Nr. 9039. Verordnung, betreffend die Organisation der Verwaltungsbehörden für das Schulwesen und der Disziplinarbehörden für die Lehrer und die Beamten an den öffentlichen Unterrichtsanstalten in den Fürstenthümern Waldeck und Pyrmont. Vom 25. März 1885.

Bekanntmachungen der Kgl. Ministerien.**Bekanntmachung.**

den Ankauf von Remonten pro 1885 betreffend.
Regierungsbezirk Potsdam.

5. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt werden und zwar:

| | |
|-----------|------------------|
| am 7. Mai | Briegen a./Oder, |
| 12. " | Beeskow, |
| 22. " | Jüterbog, |
| 23. " | Dranienburg, |
| 27. " | Rauen, |

| | |
|------------|------------------------|
| am 28. Mai | Neustadt a./Dosse, |
| 29. " | Rathenow, |
| 2. Juni | Wilsnack, |
| 20. Juli | Angermünde, |
| 4. August | Strasburg in/Udr., |
| 5. " | Prenzlau, |
| 6. " | Templin, |
| 18. " | Meppenburg in/Priegn., |
| 19. " | Wittstock, |
| 21. " | Prigwall, |
| 22. " | Perleberg, |
| 24. " | Lenzen a. d. Elbe, |
| 25. " | Havelberg, |
| 26. " | Kyritz, |
| 27. " | Neu-Ruppin, |
| 28. " | Linow. |

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt. Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenfeger (Kopper), welche sich innerhalb der ersten 28 Tage nach dem Eintreffen in den Depots als solche zeigen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht gehörig legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Ankauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind ferner verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens 2 Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgestellten Pferde feststellen zu können, ist es erwünscht, daß die Deckheine möglichst mitgebracht werden. Auch werden die Verkäufer ersucht die Schweife der Pferde nicht zu coupiren, oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 8. März 1885.

Kriegs-Ministerium,

Abtheilung für das Remonte-Wesen.

gez. Frhr. v. Troschke. Graf v. Rindowstroem.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.
Ausreichung der Zinscheine Reihe IX. zu den Schulverschreibungen der Preussischen Staatsanleihe vom Jahre 1853 betreffend

11. Die Zinscheine Reihe IX. Nr. 1 bis 8 zu den Schulverschreibungen der Preussischen Staatsanleihe vom Jahre 1853 über die Zinsen für die Zeit vom

1. April 1885 bis 31. März 1889 nebst den Anweisungen zur Abhebung der Reihe X. werden vom 16. März d. J. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Dranienstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechnigten Zinsscheinanweisungen mit einem Verzeichnis zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserl. Postamt Nr. 2 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Auerückung der neuen Zinsscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinsscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinsscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Zinsscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 16. Februar 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Kreis- und Fortskassen, sowie den Haupt-Steuer-Aemtern bezogen werden können.

Potsdam, den 25. Februar 1885.

Königl. Regierung.

Privatschulen betreffend.

12. Es ist zu unserer Kenntniss gelangt, daß Leiter von Privatschulen, insbesondere von Militär-Vorberei-

tungs-Instituten ihre Anstalten in den diesseitigen Bezirk verlegt haben, ohne daß sie zu deren weiteren Fortführung die Ertheilung einer neuen Konzession bei uns nachgesucht haben.

Unter Verweisung auf die Amtsblatt-Verordnung vom 22. Februar 1882 bringen wir deshalb zur allgemeinen Kenntniss, daß die Leiter von Privatschulen bezw. Militär-Vorbereitungsanstalten, welche dieselben in den diesseitigen Bezirk verlegen, zu deren Fortführung die Ertheilung einer neuen Konzession in der durch die Instruktion vom 31. Dezember 1839 vorgeschriebenen Weise bei uns nachzusuchen haben.

Diesjenigen Vorsteher der bezeichneten Institute, welche dies bisher unterlassen haben, werden hiedurch aufgefordert, zur Vermeidung der Schließung derselben, diese Konzession durch die zuständige Ortsschulbehörde sofort bei uns nachzusuchen.

Potsdam, den 9. April 1885.

Königl. Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten. Viehseuchen.

102. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh die Gutes Brunsdorf im Kreise Teltow, sowie des Bauerngutsbesizers Liebske zu Hoppenrade im Kreise Ostbavelland ist erloschen.

Die Räude ist unter den Pferden des Fuhrherrn Kämmerer zu Reinickendorf im Kreise Niederbarnim ausgebrochen; auch das Pferd des Schlächtermeisters Becker zu Budow im Kreise Teltow ist mit dieser Seuche befallen.

Ein Pferd des Seilermeisters A. Beuchling zu Dahme ist rothkrank befallen und getödtet worden, das zweite Pferd desselben Besitzers ist der Ansteckung mit der Rothkrankheit verdächtig.

An dem rothverdächtigen Pferdebestande des Pferdehändlers Jöllner zu Zehdenitz sind während einer sechsmonatlichen Beobachtung keinerlei Krankheitserscheinungen wahrgenommen und sind demnach die bezüglichen polizeilichen Schutzmaßregeln aufgehoben worden.

Potsdam, den 10. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Die Verwendung giftiger Farben betreffend.

30. Die Kaiserliche Verordnung, betreffend die Verwendung giftiger Farben, vom 1. Mai 1882 wird mit Auslassung der durch Kaiserliche Verordnung vom 5. März 1883 außer Kraft gesetzten §§ 2 und 3 hierdurch wiederholt zur öffentlichen Kenntniss gebracht:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden
Deutscher Kaiser, König von Preußen
u. s. w.,

verordnen im Namen des Reichs, auf Grund des § 5 des Gesetzes vom 14. Mai 1879, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchs-



gegenständen, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths, was folgt:

§ 1. Giftige Farben dürfen zur Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln, welche zum Verkauf bestimmt sind, nicht verwendet werden. Giftige Farben im Sinne dieser Verordnung sind alle diejenigen Farbstoffe und Zubereitungen, welche Antimon (Spießglanz), Arsenik, Baryum, ausgenommen Schwerspath (schwefelsauren Baryt), Blei, Chrom, ausgenommen reines Chromoxyd, Cadmium, Kupfer, Quecksilber, ausgenommen Zinnober, Zink, Zinn, Gummigutti, Pikrinsäure enthalten.

§ 4. Die Verwendung der mit Arsenik dargestellten Farben zur Herstellung von Tapeten, ingleichen der mit Arsenik dargestellten Kupferfarben und der solche Farben enthaltenden Stoffe zur Herstellung von Bekleidungsgegenständen ist verboten.

§ 5. Das gewerbmäßige Verkaufen und Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln, welche den Vorschriften der §§ 1, 2 zuwider hergestellt, aufbewahrt oder verpackt sind, sowie von Spielwaaren, Tapeten und Bekleidungsgegenständen, welche den Vorschriften der §§ 3, 4 zuwider hergestellt sind, ist verboten.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem 1. April 1883 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 1. Mai 1882.

(L. S.) **Wilhelm.**
v. Boetticher.

Neben den Bestimmungen dieser Kaiserlichen Verordnung bleiben bis auf Weiteres die in der nachfolgenden Polizei-Verordnung vom 25. November 1878 fettgedruckten Sätze und Bestimmungen auch fernerhin in Kraft:

Polizei-Verordnung,

betreffend die Verwendung schädlicher Farben zum Färben von Spielwaaren.

Auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizei-Verwaltung verordnet das Polizei-Präsidium für die Polizei-Bezirke von Berlin und von Charlottenburg, was folgt:

§ 1. Zum Färben von Spielwaaren und Genußmitteln dürfen Präparate und Farben, welche Antimon (Spießglanz), Arsenik, Baryum (mit Ausnahme von Schwerspath), Blei, Chrom (mit Ausnahme von Chromoxyd), Cadmium, Kobalt, Kupfer, Molybdän, Nidel, Quecksilber (mit Ausnahme des reinen Zinnober), Uran, Wismuth, Wolfram, Zink (mit Ausnahme von Zinkweiß in Form von Gelb- und Lackfarbe), Zinn, sowie Gummigutti, Pikrinsäure und arsenikhaltige Anilin- und Naphthalinfarben enthalten, nicht verwendet werden.

§ 2. Ebenso dürfen Papiere und andere Stoffe, welche mit den im § 1 genannten Präparaten und Farben gefärbt sind, zur

Einhüllung von Genußmitteln nicht verwendet werden.

§ 3. Wer die im § 1 bezeichneten Präparate und Farben zum Färben von Spielwaaren und Genußmitteln, welche zum öffentlichen Verkauf oder Verbrauch bestimmt sind, verwendet, ingleichen, wer Spielwaaren und Genußmittel, welche mit diesen Präparaten oder Farben gefärbt sind, verkauft oder feilhält, und wer Genußmittel, welche mit derartig gefärbten Einhüllungen versehen sind, verkauft oder feilhält, wird, wofern nicht andere strafgesetzliche Bestimmungen zur Anwendung kommen, mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder im Falle des Unvermögens mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

Berlin, den 25. November 1878.

Königl. Polizei-Präsidium.

Zugleich wird nachstehend ein Verzeichniß der gebräuchlichsten schädlichen Farben, sowie der an Stelle derselben zu verwendenden unschädlichen Farben veröffentlicht:

A. Schädliche Farben.

1) **Blaue:** Bergblau, blauer Strenglanz, Bremerblau, Eschel, Kobaltultramarin, unreine Smalte, Königsblau, Leithnerblau, Mineralblau, Neuwiederblau (Kalkblau), Sächsischblau, unreines Thénardsblau.

2) **Gelbe:** Antimongelb, Bleigelb, Chromgelb (chromsaures Blei), Englischgelb, Gummigutti, Jaune brillant, Kasselergelb, Kölnergelb, Massikot, Mineralgelb, Citronengelb, Neapelgelb, Neugelb, Opermert (auripigmentum), Rauschgelb, Persischgelb, Patentgelb, Parisergelb, Pikrinsäure, Schwefelcadmium (Cadmiumgelb), gelber Ultramarin, Zinkgelb.

3) **Grüne:** Berggrün, Braunschweigergrün, Bremergrün, Casselmanngrün, Chromgrün (mit Ausnahme von Chromoxyd), Englischgrün, Gelbholzgrün, Grünspan, Kaisergrün, Kasselergrün, Laubgrün, Mineralgrün, Nitigrün, Moosgrün, Neapelgrün, Neuwiedergrün, Papageigrün, Parisergrün, Patentgrün, Delgrün, Quercitrongrün, Scheele'sches Grün, Schweinfurtergrün, Seidengrün, Wienergrün, Zinkgrün, grüner Zinnober (Berlinerblau mit chromsaurem Blei).

4) **Rothe:** Antimonzinnober (rother Spießglanz), arsenhaltiges Fuchsin (Anilinroth), Amaranthroth, Berlinerroth, Cochenilleroth, Chromroth, Kupferroth, Rennige (Minium), Pariserroth, Realgar, Chromorange, Wienerroth, bleihaltige Farblade (sogenannter Geraniumlack, Eosinlack).

5) **Weisse:** Bleiweiß, Kremsersweiß, Schieferweiß, Schneeweiß, Silberweiß, Zinkweiß (Zinkoxyd als Leimfarbe).

6) **Metallfarben:** Goldbronce, unechtes Blattgold und Blattsilber (Schaumgold und Schaum Silber), bleihaltiger Staniol.

B. Unschädliche Farben.

1) **Blaue:** Alkaliblau, Anilinblau, Berlinerblau.

Diesbacherblau, Indigo, Indigocarmin, Indigoblau (Blautinctur), Lapis, Neublau, Pariserblau, Safftblau, reine Smalte, Stahlblau, Ultramarin, blauer Lack.

2) **Braune:** Bister, Eölnische Erde, Mahagonibraun, Mangandbraun, Kiehlbraun, Umbra.

3) **Gelbe:** Ambergergelb, Gelberde, Goldoder, Ocker, Schüttgelb, Saffran-Eurrogat, Lack und Safftarten aus Abkochungen von Berberitzenwurzel, Curcuma, Fisetholz, Gelbbeeren, Ginkler, Gelbfischen, Martinsgelb, Quercitron, Ringelblume (Calendula officinalis), Saffran, Bau.

4) **Grüne:** Berlinergrün, Grünerde, Saffgrün, reines Chromoxyd, Ultramarin, grüner Carmin, Aniligrün, Malachitgrün, Eickoriengrün, sowie Mischungen von nicht schädlichen gelben und blauen Farben.

5) **Roth:** Armenischer (rother) Bolus, Berliner- roth, Braunroth, Blutstein (Caput mortuum), Eisen- Mennige, Carmin, Colcothar, Drachenblut, Englischroth, Hausroth, Preussischroth, Polierroth, arsenfreie Lacke und Safftarten, dargestellt aus Abkochungen von Alkermes (Scharlachbeeren), Cochenille, Fernambukholz, Krapp, Sandelholz, Rubin, Zinnober.

6) **Weisse:** Gyps, Kreideweiss, Schlemmkreide, präparirter Speck und Talkstein, Schwerspath, Permanente Weiss (Blanchix), weisser Thon, Zinkweiss als Gelb- oder Lackfarbe.

7) **Metallfarben:** Echtes Blattgold und Blatt- silber, Graphit.

Berlin, den 2. April 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Berliner und Charlottenburger Preise pro März 1885.

31. A. Engros-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

In Berlin:

| | |
|---------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Weizen (gut) | 18 Mark 38 Pf. |
| do. (mittel) | 16 " 71 " |
| do. (gering) | 14 " 98 " |
| do. Roggen (gut) | 14 " 61 " |
| do. (mittel) | 14 " 37 " |
| do. (gering) | 14 " 10 " |
| do. Gerste (gut) | 18 " 32 " |
| do. (mittel) | 15 " 46 " |
| do. (gering) | 12 " 60 " |
| do. Hafer (gut) | 16 " 03 " |
| do. (mittel) | 15 " 23 " |
| do. (gering) | 14 " 36 " |
| do. Erbsen (gut) | 20 " 50 " |
| do. (mittel) | 18 " 50 " |
| do. (gering) | 16 " 50 " |
| do. Nichtstroh | 4 " 13 " |
| do. Heu | 5 " 11 " |

B. Detail-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

1) In Berlin:

| | |
|---------------------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen | 29 Mark 23 Pf. |
| do. Speisebohnen (weiße) | 36 " 17 " |
| do. Linsen | 39 " — " |

| | |
|------------------------------------|---------------|
| für 100 Kgr. Kartoffeln | 4 Mark 94 Pf. |
| do. 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 " 29 " |
| do. 1 " " (Bauchfleisch) | 1 " 10 " |
| do. 1 " Schweinefleisch | 1 " 20 " |
| do. 1 " Kalbfleisch | 1 " 24 " |
| do. 1 " Hammelfleisch | 1 " 15 " |
| do. 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 49 " |
| do. 1 " Eibutter | 2 " 35 " |
| do. 60 Stück Eier | 2 " 95 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|---------------------------------------|---------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen | 35 Mark — Pf. |
| do. Speisebohnen (weiße) | 35 " — " |
| do. Linsen | 35 " — " |
| do. Kartoffeln | 5 " 60 " |
| do. 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 " 30 " |
| do. 1 " " (Bauchfleisch) | 1 " 05 " |
| do. 1 " Schweinefleisch | 1 " 20 " |
| do. 1 " Kalbfleisch | 1 " 20 " |
| do. 1 " Hammelfleisch | 1 " 15 " |
| do. 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 50 " |
| do. 1 " Eibutter | 2 " 11 " |
| do. 60 Stück Eier | 2 " 97 " |

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats März 1885:

1) In Berlin:

| | |
|------------------------------------|------------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 | 40 Pf. |
| do. 1 " Roggenmehl N° 1 | 36 " " |
| do. 1 " Gerstengraupe | 60 " " |
| do. 1 " Gerstengröße | 50 " " |
| do. 1 " Buchweizengröße | 50 " " |
| do. 1 " Hirse | 60 " " |
| do. 1 " Reis (Java) | 80 " " |
| do. 1 " Java-Kaffee (mittler) | 2 Mark — " |
| do. 1 " " (gelb in gebr. Bohnen) | 3 " — " |
| do. 1 " Speisesalz | 20 " " |
| do. 1 " Schweinefleisch (hiefiges) | 1 " 80 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|------------------------------------|-------------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 | 40 Pf. |
| do. 1 " Roggenmehl N° 1 | 30 " " |
| do. 1 " Gerstengraupe | 50 " " |
| do. 1 " Gerstengröße | 40 " " |
| do. 1 " Buchweizengröße | 40 " " |
| do. 1 " Hirse | 50 " " |
| do. 1 " Reis (Java) | 50 " " |
| do. 1 " Java-Kaffee (mittler) | 1 Mark 80 " |
| do. 1 " " (gelb in gebr. Bohnen) | 3 " — " |
| do. 1 " Speisesalz | 20 " " |
| do. 1 " Schweinefleisch (hiefiges) | 1 " 40 " |

Berlin, den 7. April 1885.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abteilung.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Einlösung der unterm 11. Juli 1874 ausgefertigten Deutschen Reichs-Kassenscheine.

8. Die Besitzer der unterm 11. Juli 1874 aus-

gefertigten Deutschen Reichsscheine werden daran erinnert, daß dieselben nur noch bis Ende Juni d. J. bei einer der Reichskassen und der Kasse eines Bundesstaates in Zahlung angenommen, oder bei der Reichshauptkasse gegen baares Geld eingelöst werden. Vom 1. Juli d. J. ab ist nur noch die königlich Preussische Kontrolle der Staatspapiere in Berlin, SW. Oranienstraße 92, ermächtigt, solche Scheine anzunehmen und einzulösen. Berlin, den 1. April 1885.

Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachungen der

Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Den angeblich gestohlenen Staatschuldschein Lit. G. Nr. 37903 über 50 Thlr. betreffend.

9. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Invaliden, ehemaligen Bauwächter Gustav Schroedel zu Spanbau, früher zu Frankfurt a./D., der Staatschuldschein Lit. G. Nr. 37903 über 50 Thlr. angeblich zu Frankfurt a./D. im Jahre 1878 gestohlen worden ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem H. Schroedel anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird. Berlin, den 7. April 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Den angeblich abhanden gekommenen Staatschuldschein Lit. G. Nr. 36900 über 50 Thlr. betreffend.

10. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Kirchspielschultheiße zu Rheinfeld, Kreis Carthaus, der Staatschuldschein Lit. G. Nr. 36900 über 50 Thlr. angeblich abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Pfarrer Plath zu Rheinfeld anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird. Berlin, den 7. April 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bermischte Nachrichten.

Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten vorläufige betr.

Mit dem 1. April 1885 sind die Geschäfte, welche die Erhebung und Beitreibung der Gerichtskosten, Kostenvorschüsse und Geldstrafen betreffen, von der hiesigen Steuerbehörde auf die Gerichtskasse des hiesigen königlichen Amtsgerichts übergegangen. Zum Rentanten, welcher zur alleinigen Quittungsleistung Namens der Gerichtskasse befugt ist, ist der Amtsgerichts-Sekretär Herr Netto ernannt. Ausnahmsweise können Kosten und Vorschüsse bis zur Höhe von 30 M. — dreißig Mark — einschließlich von den Zahlungspflichtigen durch den Gerichtsvollzieher, welcher die Kostenrechnung überbringt, abgeholt werden und ist dieser alsdann auch zur

Quittungsleistung befugt. In diesem Fall muß die gleichzeitig zu übergebende Kostenrechnung den Zusatz enthalten, daß die Zahlung an den in der Aufforderung bezeichneten Gerichtsvollzieher gegen dessen Quittung gültig erfolgen kann. In jedem andern Fall ist die Kostenschuld entweder unter genauer Angabe des Kassenscheins an die königliche Gerichtskasse zu Wendisch-Buchholz postfrei einzusenden oder in dem Kassenscheine gegen Quittung des Rentanten einzuzahlen.

Wendisch-Buchholz, den 8. April 1885.

Königl. Amtsgericht. Der aufsichtsführende Amtsrichter.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs betreffend.

21. Am 15. April erscheint eine neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs, enthaltend die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund-Berlin-Dresden, sowie der anschließenden Bahnen in Oesterreich und Rußland. Dasselbe ist bei allen Stationen bezw. Billetterpeditionen des vorbezeichneten Bezirks, sowie auch im Buchhandel zum Preise von 40 Pf. zu beziehen. Bromberg, den 9. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Transportbegünstigung für die zur Betheiligung an den in Osterburg stattfindenden Konkurrenz-Arbeiten versandten Pflüge und Ackergeräte betreffend.

22. Für diejenigen Pflüge und Ackergeräte, welche zur Betheiligung an den am 15. April d. J. in Osterburg stattfindenden Konkurrenzarbeiten nach Osterburg gesandt, dort ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Preussischen Staatsbahnen eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes für die Hintour bezw. des Duplikat-Transportcheines, sowie durch eine Bescheinigung des Vorstandes des landwirtschaftlichen Vereins zu Osterburg nachgewiesen wird, daß die Pflüge und Ackergeräte ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb 8 Tagen nach Schluß der Ausstellung stattfindet.

Bromberg, den 12. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Transportbegünstigungen für Vieh und sonstige Gegenstände.

23. Für diejenigen Thiere und Gegenstände, welche auf den unten bezeichneten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den nachstehend aufgeführten Bahnstrecken eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller dagegen frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportcheines für die Hintour, sowie durch eine Bescheinigung der unten bezeichneten Comités u. nachgewiesen wird, daß die Thiere oder Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

| Nr. | Art der Ausstellung | Ort | Zeit 1885 | Die Transportbegünstigung wird gewährt | | Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind legitimirt | Der Rücktransport muß erfolgen innerhalb |
|-----|---|--------------------------|-------------------------|---|--|--|--|
| | | | | für | auf den Strecken der | | |
| 1 | Pferde-Ausstellung. | Königsberg i./Pr. | 18. bis 21. April. | Lurus- und Zuchtpferde. | Sämmtlichen Preussischen Staatsbahnen. | Das Ausstellungs-Comité. | 8 Tage |
| 2 | Landwirthschaftliche Ausstellung. | Berlin. | 1. bis 8. Mai. | Pferde, Wagen, landwirthschaftliche Maschinen und Geräte. | Sämmtlichen Preussischen Staatsbahnen und der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen. | do. | 14 Tage |
| 3 | Allgemeine internationale Ausstellung. | Budapest. | 1. Mai bis 15. Oktober. | Gegenstände Deutschen Ursprungs. | Sämmtlichen Preussischen Staatsbahnen. | do. | 3 Wochen |
| 4 | Rastvieh-Ausstellung. | Berlin. | 6. und 7. Mai. | Landwirthschaftliche Maschinen und Geräte des Schlächtergewerbes. | do. | do. | 14 Tage |
| 5 | Landwirthschaftliche Ausstellung. | Neidenburg. | 15. Mai. | Thiere, landwirthschaftliche Maschinen und Geräte. | Königlichen Eisenbahn-Direktion Bromberg. | do. | 8 Tage |
| 6 | do. | Körsel. | 16. Mai. | | | | |
| 7 | do. | Rastenburg. | 18. Mai. | | | | |
| 8 | do. | Saalfeld. | 20. Mai. | | | | |
| 9 | do. | Metgethin. | 21. Mai. | | | | |
| 10 | do. | Lapiau. | 22. Mai. | | | | |
| 11 | do. | Magidow (bei Heydekrug). | 27. Mai. | | | | |
| 12 | Internationale Ausstellung für feingewerbliche Technik. | Königsberg i./Pr. | 24. Mai bis 2. August. | Betriebs-, Arbeits- und Hilfsmaschinen für Handwerk und Kleingewerbe. | Sämmtlichen Preussischen Staatsbahnen. | do. | 14 Tage |
| 13 | Distriktschau. | Stolp. | 2. und 3. Juni. | Thiere, landwirthschaftliche Maschinen und Geräte. *) | Königlichen Eisenbahn-Direktionen Berlin, Bromberg und Breslau. | do. | 8 Tage |
| 14 | Internationaler Maschinen-Markt. | Breslau. | 9. bis 11. Juni. | Land-, forst- und hauswirthschaftliche Maschinen und Geräte. | Sämmtlichen Preussischen Staatsbahnen. | Die Markt-Kommission. | 14 Tage |

nach Schluß der Ausstellung.

*) Für Rennpferde werden bei der Beförderung in Stallungswagen beim Transport nach



dem Ort des Rennens und beim Rücktransport $\frac{2}{3}$ der tarismäßigen Säge erhoben, wenn bei der Aufgabe durch ein Attest des das Rennen leitenden Comité nachgewiesen wird, daß die Pferde zu dem Rennen angemeldet sind bezw. daran Theil genommen haben. Eine weitere Ermäßigung, namentlich freien Rücktransport für die zum Pferderennen nach Stolp gesandten Pferde wird nicht gewährt.

Bromberg, den 4. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Im Kreise Niederbarnim ist an Stelle des Amtmanns Eyssenhardt zu Lichtenberg, welcher am 1. April d. J. den Bezirk verlassen hat, der Rittergutsbesitzer Roeder daselbst zum Amtsvorsteher des I. Bezirks Lichtenberg ernannt worden.

Im Kreise Osthavelland ist an Stelle des verstorbenen Domainenraths Schulze zu Spandau der Amtsanwalt Göhring daselbst zum kommissarischen Amtsvorsteher des Amtsbezirks XVII. Spandau Land ernannt worden.

Im Kreise Beeskow-Storkow sind nach Ablauf ihrer bisherigen Dienstzeit die Amtspächter Otto zu Trebatzsch und Marsch zu Stremmen von Neuem zum Amtsvorsteher bezw. Amtsvorstehers-Stellvertreter für den Amtsbezirk XX. Trebatzsch ernannt worden.

Der Förster Steiner zu Beerenbusch ist zum Revierförster ernannt und demselben die bereits probeweise von ihm verwaltete Revierförsterstelle Beerenbusch in der Oberförsterei Meng vom 1. d. M. ab definitiv übertragen worden.

In Stelle des Försters Witte zu Forsthaus Lieve ist der Förster Fischer zu Forsthaus Bismard, Ober-

försterei Liebenwalde, zum 1. Mai d. J. nach der Försterstelle Jedlig, Oberförsterei Potsdam, versetzt worden.

Bei der königlichen Ministerial-Militär- und Bau-Kommission zu Berlin sind:

allerhöchst verliehen: dem Ranzleirath Wilberg der Kronen-Orden III. Classe,

überwiesen und eingetreten: der Regierungs-Assessor Dr. Spieß,

definitiv angestellt: der bisherige Bureau-Diätarius Louis van Lamoën als Sekretariats-Assistent, der Gärtner Wilhelm Riemann als Thiergartengärtner, der Obergärtner Felix Freudenmann als Obergärtner,

angenommen: der Studiosus Otto Peters und der Primaner Eberhard Bock als Civilsupernumerare,

ausgeschieden: der Sekretariats-Assistent Hanson und der Civil-Supernumerar Busch in Folge Anstellung resp. als Geheimer Registrator im königlichen Finanzministerium und als Kassen-Sekretair bei der königlichen General-Staatskasse, die Buchhalter Lewettag und Roeypen, der Kassenassistent Winkel und der Bureau-Diätarius Dallwitz, in Folge Uebertritts in das Ressort der Justizverwaltung aus Anlaß der Einrichtung selbstständiger Gerichtskassen, **pensionirt:** Ranzleirath Wilberg.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats März sind

angestellt: als Telegraphenassistent: der Telegraphenassistent Freitag;

versetzt: der Postassirer Nagels von Oera, R. i. L. nach Berlin und der Postsekretair Liebe von Berlin nach Liegnitz.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------|--|--|---|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1. | Leon Skalski,
Tischler, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:
geboren am 29. September 1849 in Gieczki, Kreis Rypin, Russisch-Polen, ortsangehörig in Kottow, ebendaselbst, zuletzt wohnhaft in Briesen, Regierungsbezirk Marienwerder, | Diebstahl im wiederholten Rückfall ($1\frac{1}{2}$ Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 5. Oktober 1883), | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Marienwerder, | 19. März 1885. |
| 2. | Ludwig Wilhelm,
genannt Schierz,
Schlossergeselle, | geboren am 17. September 1856 zu Oberhennersdorf, Bezirk Rumburg, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, zuletzt wohnhaft zu Seiffenhennersdorf, Bezirk Zittau, Sachsen, | schwerer Diebstahl ($2\frac{1}{2}$ Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 9. Dezember 1882), | Königlich Sächsischer Kreishauptmannschaft Dangen, | 18. Februar 1885. |

| Rang. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|--|---|--|---|--|------------------------------------|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Anton Wiesinger, Ziegelarbeiter, | geboren am 9. Juni 1866 zu Altheim, Bezirk Braunau, Ober-Oesterreich, ortsangehörig zu Henhart, Bezirk Braunau, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Sächsischer Kreishauptmannschaft Leipzig, | 6. Februar 1885. |
| 2 | Ludwig Biegler, Baumwollspinner, | geboren am 25. August 1862 zu Ober-Waltersdorf, Bezirk Wiener-Neustadt, Oesterreich, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Karlsruhe, | 6. März 1885. |
| 3 | Christian Eberwein, Gießer, | geboren am 2. November 1839 zu Thann, Ober-Elsass, durch Option Franzose, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 9. Februar 1885. |
| 4 | Samuel Ryburg, Maurer, | geboren 1828 zu Jofingen, Kanton Aargau, Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 5 | Johann Viktor Bouffartique, Mechaniker, | geboren am 5. Juni 1860 zu Marignac-Laspeyres, Frankreich, | Landstreichen, | derselbe, | 11. Februar 1885. |
| 6 | Kaver Minour, Schreiner, | geboren am 13. September 1841 zu Zell, Ober-Elsass, durch Option Franzose, | desgleichen, | derselbe, | 12. Februar 1885. |
| 7 | Martin Stauffer, Spinner, | geboren am 15. Februar 1853 zu Birrwyl, Kanton Aargau, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 20. Februar 1885. |
| 8 | Georg Reinhard, Schuhmacher, | geboren am 12. August 1854 zu Selzach, Kanton Solothurn, Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | 25. Februar 1885. |
| 9 | Samuel Hunziker, Tagner, | geboren 1828 zu Moosleerau, Kanton Aargau, Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | 26. Februar 1885. |
| 10 | Adolf Franz Josef Philipp, Tagner, | geboren am 22. August 1845 zu Wiesmes, Provinz Namur, Belgien, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 11 | Anna Ostrowska, geb. Demblinska, Arbeiterwitwe, | ca. 30 Jahre, geboren und ortsangehörig in Kasjuba, Russisch-Polen, wohnhaft zuletzt in Gollub, Regierungsbezirk Marienwerder, | Landstreichen, Betteln und Annahme eines falschen Namens, | Königlich Preussischer Regierungs-Präsident zu Marienwerder. | 19. Februar 1885. |

| 1. Lauf. Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|---|--|--|--|--|
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| 12 | Franz Petmanek,
Tagearbeiter, | geboren am 2. April
1848 zu Bohutin, Be-
zirk Schönberg, Mäh-
ren, ebendaselbst orts-
angehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 12. Februar
1885. |
| 13 | Albert Zacher,
Schlosser, | geboren am 20. Novem-
ber 1851 zu Nieder-
grund, Bezirk Frei-
waldau, Oesterreichisch-
Schlesien, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 28. Februar
1885. |
| 14 | Mois Ringel,
Kutscher, | geboren am 31. De-
zember 1866 zu Trau-
tenau, Böhmen, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 1. März
1885. |
| 15 | Theodor Müller,
Handlungsgehilfe, | geboren am 23. Februar
1850 zu Kninitz, Be-
zirk Aussig, Böhmen,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, Fälschung eines
Zeugnisses, | derselbe, | 12. März
1885. |
| 16 | Karl Gittler,
Gerber, | geboren am 19. Juni
1845 zu Sörgsdorf,
Bez. Jauernig, Oester-
reichisch-Schlesien, eben-
daselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | derselbe, | 14. März
1885. |
| 17 | Johann Kutscher,
Schafwollenspinner, | geboren am 10. Dezem-
ber 1856 zu Pilsan,
Bezirk Jägerndorf,
Oesterreichisch-Schle-
sien, ebendaselbst orts-
angehörig, | desgleichen, | derselbe, | 16. März
1885. |
| 18 | Josef Koch,
Arbeiter, | geboren am 21. Juli
1867 zu Weidenau,
Bezirk Freiwaldau,
Oesterreich-Schlesien,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 11. Februar
1885. |
| 19 | Wenzel Brabez,
Tischlergehilfe, | ca. 35 Jahre, geboren
und ortsangehörig in
Mzany, Bezirk König-
grätz, Böhmen, | Landstreichen, Betteln und
Gebrauch eines falschen
Führungszeugnisses, | derselbe, | 14. Februar
1885. |
| 20 | Michael Staskowan,
Drahtbinder, | geboren 1866 zu Ra-
kova, Bezirk Trent-
schin, Ungarn, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 24. Februar
1885. |
| 21 | Johann Konrad,
Töpfergehilfe, | geboren im November
1851 zu Plocl, Auf-
sisch-Polen, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, Gebrauch
eines gefälschten Dienst-
zeugnisses, | Königlich Preussische
Regierung zu Posen, | 13. März
1885. |
| 22 | Ignaz Mathäus Ivan
Jeschinski, | angeblich 25 Jahre, ge-
boren zu Drewno,
Rußland, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Landdrostei Hanno-
ver, | 11. März
1885. |

| Nr.
1. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------|--|---|---|---|--|
| | | | | | |
| 23 | Norbert Broncef,
Galanteriewaaren-
Arbeiter, | geboren am 5. Juni
1843 zu Prag, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Roding, | 4. März
1885. |
| 24 | Ignaz Selle
(Schelle),
Schuhmacher, | 23 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Unter-
Louda, Bezirk Bränn,
Mähren, | Urfundenfälschung, Land-
streichen, Betteln, falsche
Namens- und Legiti-
mationsführung, | Königliche Polizei-
Direktion München, | 5. März
1885. |
| 25 | Johann Georg Leupp,
Dienstknecht, | 46 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Beg-
gingen, Kanton Schaff-
hausen, Schweiz, | Landstreichen, | Großherzoglich Badi-
scher Landeskommissär
zu Konstanz, | 26. Februar
1885. |
| 26 | Wenzel Logathuber,
Maler, | geboren 1851 zu Man-
den, Steiermark, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 3. Februar
1885. |
| 27 | Heinrich Deastale,
Handlungsbdiener, | geboren am 6. De-
zember 1852 zu Mil-
waukee, Vereinigte
Staaten von Amerika, | Landstreichen, | derselbe, | 11. Februar
1885. |
| 28 | Philogen Taupin,
Ziegler, | geboren am 2. Februar
1863 zu Blennet,
Frankreich, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 14. Februar
1885. |
| 29 | Alexander Josef
Ginnary,
Dienstknecht, | geboren 1865 zu Lille,
Frankreich, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 30 | Heinrich
Schaufelberger,
Tagner, | geboren am 24. De-
zember 1860 zu Walb,
Schweiz, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 31 | August Müller,
Tagner, | geboren am 2. Mai
1861 zu Niedholz,
Kanton Solothurn,
Schweiz, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 20. Februar
1885. |
| 32 | Josef Konstantin
Racordon, Knecht, | geboren am 5. April
1863 zu Allé, Kanton
Bern, Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | 27. Februar
1885. |
| 33 | Emil Ryser, Küfer, | geboren am 10. De-
zember 1858 zu Basel,
Schweiz, ebendasselbst
ortsangehörig, wohn-
haft zuletzt zu Mes, | Diebstahl, Landstreichen
und grober Unfug, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Mes, | 10. März
1885. |
| 34 | Josef Aron, Schmied, | geboren am 21. Oktober
1852 zu Syrakowitz,
Böhmen, | Landstreichen, | derselbe, | desgleichen, |

(Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend eine Bekanntmachung, betreffend die vom 1. April 1885 ab festgesetzten Betriebsamtsbezirke der Staatseisenbahn-Verwaltung, sowie vier öffentliche Anzeiger.)

(Die Insektionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. B. Gays'schen Erben (G. Gays, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage

zum 16ten Stück des Amtsblattes

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben den 17ten April 1885.

Bekanntmachung,

betr. die vom 1. April 1885 ab festgesetzten Betriebsamtsbezirke der Staatseisenbahn-Verwaltung.

Auf Ihren Bericht vom 7. März d. J. bestimme Ich, daß vom 1. April d. J. ab: A. in Ausführung des Gesetzes vom 23. Februar 1885, betreffend den weiteren Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat (G.-S. S. 11 ff.), für die Verwaltung des Braunschweigischen Eisenbahnunternehmens eine unmittelbar von Ihnen ressortirende Behörde in Braunschweig unter der Firma: „Königliche Direktion der Braunschweigischen Eisenbahn“ eingesetzt wird, B. in Ausführung des Gesetzes vom 24. Januar 1884, betreffend den weiteren Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat (G.-S. S. 11 ff.), und des Gesetzes vom 17. Mai 1884, betreffend den weiteren Erwerb von Eisenbahnen für den Staat (G.-S. S. 129 ff.): I. die durch Meine Erlasse vom 24. Januar und 17. Mai 1884 (G.-S. S. 59, 270) für die Verwaltung, einerseits des Breslau — Schweidnitz — Freiburger, andererseits des Berlin — Hamburger und des Hamburg — Bergedorfer Eisenbahnunternehmens unter der Firma: „Königliche Direktion der Breslau — Freiburger“ beziehungsweise „der Berlin — Hamburger Eisenbahn“ in Breslau beziehungsweise Berlin eingesetzten Behörden wieder aufgelöst, II. a) die zu dem Breslau — Schweidnitz — Freiburger Eisenbahnunternehmen gehörenden Linien: 1. Breslau — Sorgau — Landesgrenze (Halbstadt) mit den Zweigbahnen Sorgau — Altwasser — Hermsdorf und Jellhammer — Gottesberg, Raudten — Liegnitz — Frankenstein und Stettin — Podelsuch nebst der Zweigbahn nach dem Dünzighafen, 2. Breslau — Glogau — Stettin (Podelsuch) und Schmiedefeld — Mochbern, b) die zu dem Berlin — Hamburger und Hamburg — Bergedorfer Eisenbahnunternehmen gehörenden Linien: 1. Berlin — Wittenberge — Hamburg mit dem Anschluß an die Berliner Ringbahn bei Moabit, Hamburg — Altonaer Verbindungsbahn, Büchen — Lauenburg und Wittenberge — Buchholz, 2. Charlottenburg — Ruhleben, ad a) 1. und b) 2. mit den zum Bezirk der Eisenbahndirektion zu Berlin, ad a) 2. mit den zum Bezirk der Eisenbahndirektion zu Breslau, ad b) 1. mit den zum Bezirk der Eisenbahndirektion zu Altona gehörenden Linien zu einer gemeinsamen Verwaltung vereinigt, C. I. die zum Eisenbahn-

direktionsbezirk Breslau gehörenden Strecken: a) Posen (Glowno) — Thorn, Inowrazlaw — Bromberg und Inowrazlaw — Montwy, b) Sagan — Sorau und Camenz — Frankenstein, II. die zum Eisenbahndirektionsbezirk Hannover gehörenden Strecken: Lüneburg — Lauenburg und Ehem — Hohnstorf, III. die zum Eisenbahndirektionsbezirk Frankfurt a. M. gehörende Strecke: Limburg — Hadamar, von ihren bisherigen Bezirken abgetrennt und: ad I. a) dem Bezirk der Eisenbahndirektion zu Bromberg, ad I. b) dem Bezirk der Eisenbahndirektion zu Berlin, ad II. dem Bezirk der Eisenbahndirektion zu Altona, ad III. dem Bezirk der Eisenbahndirektion (rechtsrheinischen) zu Köln zugetheilt werden, D. das durch Meinen Erlaß vom 21. Februar 1880 (G.-S. S. 49) im Bezirk der Eisenbahndirektion zu Breslau errichtete Königliche Eisenbahnbetriebsamt zu Posen aus diesem Bezirk ausgeschieden und der Eisenbahndirektion zu Bromberg unterstellt wird, E. Königliche Eisenbahn-Betriebsämter, ressortirend von derjenigen Eisenbahndirektion, zu deren Bezirk sie gehören, neu errichtet werden: I. im Bezirk der Eisenbahndirektion zu Berlin: eins in Breslau, II. im Bezirk der Eisenbahndirektion zu Breslau: je eins in Breslau und Oppeln, III. im Bezirk der Eisenbahndirektion zu Altona: je eins in Berlin, Hamburg, Kiel und Flensburg, IV. im Bezirk der Eisenbahndirektion (rechtsrheinischen) zu Köln: eins in Neuwied. Die hiernach zu errichtenden Behörden sollen in Angelegenheiten der ihnen übertragenen Geschäfte alle Befugnisse und Pflichten einer öffentlichen Behörde haben. Dieser Erlaß ist durch die Gesetzsammlung zu veröffentlichen.

Berlin, den 9. März 1885.

gez. Wilhelm.
8883. Maybach.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Unter Bezugnahme auf den Allerhöchsten Erlass vom 9. März d. J., betreffend Einsetzung einer königlichen Direktion für die Verwaltung des durch das Gesetz vom 23. Februar 1885 auf den Preussischen Staat übergehenden Braunschweigischen Eisenbahnunternehmens, anderweite Abgrenzung der Eisenbahndirektionsbezirke und Errichtung von Betriebsämtern in den Eisenbahndirektionsbezirken Berlin, Breslau, Altona und

Cöln (rechtsrheinisch), wird anliegend eine Uebersicht der vom 1. April 1885 ab festgesetzten Betriebsamtsbezirke der Staatseisenbahnverwaltung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 11. März 1885.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.
Maybach.

U e b e r s i c h t
der vom 1. April 1885 ab festgesetzten Betriebsamts-Bezirke der
Staatseisenbahn-Verwaltung.

| Direktion. | Betriebsamt. | Zu verwaltende Strecken,
einschließlich der zugehörigen Zweig- und Anschlußbahnen
und der im Bau befindlichen Strecken. |
|----------------------|------------------------------------|--|
| I. Berlin. | Berlin
(Stadt- und Ringbahn). | Berliner Stadtbahn, Berliner Ringbahn, Charlottenburg — Wannsee und Charlottenburg — Ruhleben. |
| | Berlin
(Berlin — Sommerfeld). | Berlin — Sommerfeld, Frankfurt a. D. — Küstrin und Frankfurt a. D. — Cottbus. |
| | Breslau
(Breslau — Sommerfeld). | Sommerfeld — Sagan — Breslau, Breslauer Verbindungsbahn, Gassen — Kohnfurt — Arnsdorf, Sagan — Sorau und Liegnitz — Goldberg. |
| | Görlitz. | Kohnfurt — Görlitz — Zittau, Rixdorf — Seidenberg, Kohnfurt — Lauban — Dittersbach — Glas, Görlitz — Lauban, Löwenberg — Greiffenberg, Greiffenberg — Friedeberg, Hirschberg — Schmiedeberg, Ruhbank — Liebau, Dittersbach — Sorgau und Altwasser — Hermsdorf. |
| | Stralsund. | Berlin — Stralsund und Stralsund — Bergen. |
| | Stettin
(Berlin — Stettin). | Berlin — Stettin — Stargard i. P., Eberswalde — Frankfurt a. D., Angermünde — Freienwalde, Angermünde — Schwedt und Stettin — Podesuch. |
| | Stettin
(Stettin — Stralsund). | Stettin — Pasewalk — Mecklenburgische Landesgrenze, Angermünde — Stralsund, Jagnick — Ueckermünde, Duderow — Swinemünde und Jüßow — Wolgast. |
| | Guben. | Guben — Posen, Frankfurt a. D. — Bentschen, Dyaleniga — Grätz, Bentschen — Meseritz und Bentschen — Wollstein ¹⁾ |
| | Cottbus. | Berlin — Görlitz, Cottbus — Großenhain, Ruhland — Lauchhammer, Lübbenau — Camenz und Weißwasser — Muskau. |
| | Breslau
(Breslau — Halbstadt). | Breslau — Sorgau — Landesgrenze (Halbstadt), Zellhammer — Gottesberg und Raudten — Liegnitz — Camenz. |
| II. Bromberg. | Berlin
(Berlin — Dresden). | Berlin — Dresden (für Rechnung der Berlin — Dresdener Eisenbahn-Gesellschaft). |
| | Berlin. | Berlin — Küstrin — Schneidemühl und Fredersdorf — Müdersdorf. |
| | Schneidemühl. | Schneidemühl — Königs — Dirschau, Posen — Neu-Stettin und Schneidemühl — Dt.-Krone. |
| | Stolp. | Ruhnow (Wangerin) — Neu-Stettin — Königs, Neu-Stettin — Belgard, Neu-Stettin — Zollbrück — Stolpmünde und Rügenwalde — Zollbrück — Bütow. |
| | Danzig. | Dirschau — Seepothen (vor Königsberg), Dirschau — Danzig — Neufahrwasser, Galdenboden — Mohrunen — Göttendorf und Hohenstein — Sobbowitz — Berent. ²⁾ |

¹⁾ Bentschen — Wollstein: Neubaustrecke.

²⁾ Sobbowitz — Berent: nach Betriebsöffnung.

| Direktion. | Betriebsamt. | Zu verwaltende Strecken,
einschließlich der zugehörigen Zweig- und Anschlußbahnen
und der im Bau befindlichen Strecken. |
|---------------------|---------------------------------------|---|
| III. Hannover. | Königsberg. | Seepothen — Königsberg — Insterburg — Eydisbuhnen (Landesgrenze), Insterburg — Lyck und Insterburg — Tilsit — Memel. |
| | Allenstein. | Allenstein — Insterburg, Allenstein — Ortelsburg — Johannisburg — Lyck ¹⁾ , Allenstein — Wormditt — Kobbelbude und Braunsberg — Mehlsack ¹⁾ . |
| | Thorn. | Thorn — Allenstein, Thorn — Dittelschön (Landesgrenze), Thorn — Graudenz — Marienburg und Kornatowo — Culm. |
| | Bromberg. | Schneidemühl — Bromberg — Thorn, Bromberg — Laschkowitz — Dirschau, König — Laschkowitz — Graudenz — Jablonowo und Bromberg — Fordon. ²⁾ |
| | Stettin.
Posen. | Stargard i. P. — Köslin — Danzig und Belgard — Colberg. Posen (Głowno) — Thorn, Inowrazlaw — Bromberg und Inowrazlaw — Montwy. |
| | Bremen. | Bunstorf — Bremen — Geestemünde — Bremerhaven und Burglesum — Grohn-Begeßack. |
| | Hannover
(Hannover — Rheine). | Braunschweigische Landesgrenze — Hannover — Bunstorf — Löhne — Osnabrück — Rheine, Löhne — Hamm, Herford — Detmold und Bedum (Ennigerloh) — Bedum (Stadt). |
| | Hannover
(Hannover — Altenbeken). | Hannover — Altenbeken, Linden (Fischerhof) — Linden (Rüchergarten), Weenzen — Haste, Elze — Löhne und Grauhof — Hildesheim. |
| | Paderborn. | Soest — Paderborn — Northeim — Nordhausen, Herzberg — Grenze (Badenhausen), Otterbergen — Hörter (Grenze), Altenbeken — Warburg und Schwarzfeld — St. Andreasberg. |
| | Harburg. | Lehrte — Lüneburg — Harburg und Bremen — Harburg — Hamburg mit Verbindungsbahn Kirchweyhe — Sagehorn. |
| IV. Frankfurt a. M. | Cassel
(Hannover — Cassel). | Hannover — Cassel und Lehrte — Hildesheim — Nordstemmen. |
| | Cassel
(Main — Weserbahn). | Cassel — Frankfurt a. M., Friedberg — Hanau, Cassel (Wilhelms Höhe) — Waldfappell, Eßbe — Laasphe, Walburg — Gr. Almerode und Wabern — Wildungen. |
| | Berlin. | Wannsee — Blankenheim. |
| | Nordhausen. | Halle — Nordhausen — Münden, Leinefelde — Treysa und Oberröblingen — Quersfurt. |
| | Wiesbaden. | Kollar — Weßlar — Niederlahnstein — Koblenz, Diez — Jollhaus, Niederlahnstein — Oberlahnstein — Wiesbaden — Frankfurt a. M. nebst Zweigbahnen, sowie Höchst — Soben und Curve — Diebrich. |
| V. Magdeburg. | Frankfurt a. M. | Frankfurt a. M. — Bebra — Niederhone — Göttingen, Bodenheim — Homburg, Elm — Gemünden, Sachsenhausen — Offenbach und Louisa. |
| | Berlin
(Berlin — Lehrte). | Berlin — Lehrte und Stendal — Uelzen — Langwedel. |
| | Berlin
(Berlin — Magdeburg). | Berlin — Potsdam — Magdeburg (Biederitz), Zehlendorf — Neubabelsberg und Biederitz — Jerbst. |
| | Magdeburg
(Wittenberge — Leipzig). | Wittenberge — Magdeburg, Biederitz — Magdeburg — Sudenburg, Magdeburg — Cöthen — Halle — Leipzig und Schönebeck — Staßfurt nebst Zweigbahnen. |

¹⁾ Johannisburg — Lyck und Wormditt — Kobbelbude: nach Betriebseröffnung; bis zur Betriebseröffnung der Verbindungstrecke Wormditt — Mehlsack wird die Verwaltung und der Betrieb der Strecke Braunsberg — Mehlsack von dem Betriebsamt Danzig für Rechnung des Betriebsamtes Allenstein geleitet.

²⁾ Bromberg — Fordon: nach Betriebseröffnung.

| Direktion. | Betriebsamt. | Zu verwaltende Strecken,
einschließlich der zugehörigen Zweig- und Anschlußbahnen
und der im Bau befindlichen Strecken. |
|------------------------------------|--|---|
| VI. Köln (links-
rheinische). | Magdeburg
(Magdeburg — Halber-
stadt). | Magdeburg (Barleben) — Debitzfelde, Magdeburg (Sudent
— Schöningen, Eilsleben — Helmstedt, Magdeburg (Bu
— Halberstadt, Cöthen — Aschersleben, Viendorf — G
bogg, Blumenberg — Staßfurt — Gütten, Sangerhe
— Erfurt, Blumenberg — Eilsleben und Cönnern — E
burg — Nienburg a. S. — Calbe a. S. ¹⁾ |
| | Halberstadt. | Halle — Aschersleben — Langelsheim — Clausthal (Zeller-
Kroße — Ballenstedt, Wegeleben — Thale, Heubeke
Wernigerode — Isenbürg und Queblinburg — Sud-
— Ballenstedt. ²⁾ |
| | Trier. | Coblenz (Güls) — Trier (r. U.) — Perl (Landesgrenze), Hilles-
— Ehrang — Trier (l. U.) — Konz, Ehrang — L
Karthaus — Wasserbillig (Grenze), Karthaus —
Pünderich (Reil) — Traben (Trarbach), Wengeroch
Lues — Berncastel, Wengeroch — Wittlich, Gerolstein
Prüm und Prüm — Bleialf. ³⁾ |
| | Coblenz. | Kalscheuren — Coblenz — Bingerbrück, Bonn — Euskir-
chen — Obercaffel, Remagen — Ahrweiler, Andernach
Mayen und Coblenz — Ehrenbreitstein. |
| | Köln. | Köln — Langerwehe, Köln — Neuß, Neuß — Düren — Euskir-
chen — Kalscheuren — Hillesheim und Call — Hellen-
— Neuß — Erefeld — Rymwegen, Kempen — Venlo, Cleve
Jevernaar, Erefeld — Glabbach — Rheydt, Erefeld —
— Hochfeld, Neuß — Neersen — Biersen — Kalbenk-
— M. Glabbach — Homberg und Homberg — Mörz. |
| | Erefeld. | Neuß — Erefeld — Rymwegen, Kempen — Venlo, Cleve
Jevernaar, Erefeld — Glabbach — Rheydt, Erefeld —
— Hochfeld, Neuß — Neersen — Biersen — Kalbenk-
— M. Glabbach — Homberg und Homberg — Mörz. |
| VII. Köln (rechts-
rheinische). | Saarbrücken. | Konz — Saarbrücken — Neunkirchen — Landesgrenze (Bei-
nebst Zweigbahnen, Saarbrücken — Saargemünd, E
brücken — Scheidt — Landesgrenze, Saarbrücken — La-
grenze (Stieringen), Saarbrücken — Schleismühle —
kirchen, Bingerbrück — Neunkirchen und Birkenfeld (B
brücke) — Birkenfeld (Stadt) [für Rechnung der
Birkenfeld]. |
| | Aachen. | Landesgrenze — Aachen — Neuß — Obercaffel, Aachen (M
Aachen (L.), Rheydt — Dalheim (Landesgrenze), M. (B
bach — Jülich — Stolberg, Jülich — Düren, Langerwe
Herbesthal — Eupen, Stolberg — Alsdorf, Stolbe
Stolberg (Hammer), Eschweiler-Aue — Stolberg und
Erde — Montjoie — Malmédy. ⁴⁾ |
| | Münster
(Münster — Emden). | Münster — Emden und Emden — Landesgrenze (Jever)
Georgsheil — Aurich, außerdem Münster — Gron-
Landesgrenze. |
| | Münster
(Banne — Bremen). | Banne — Haltern — Bremen. |
| | Dortmund. | Münster — Hamm — Soest, Herne — Dortmund — S
Herne — Castrop (Stadt) — Dortmund, Mengede — E
schwingham — Hückarde, Langendreer — Dortmund — W
Langendreer — Löttringhausen, Marten (B. M.) — I
feld (Rh.) — Hückarde (W.) — Dortmund (E. M.)
Verbindungsbahn bei Dortmund. |

¹⁾ Cönnern — Bernburg — Nienburg a. S. — Calbe a. S.: } Neubaustrecken.

²⁾ Queblinburg — Suderode — Ballenstedt:

³⁾ Prüm — Bleialf: nach Betriebseröffnung.

⁴⁾ Rote Erde — Montjoie — Malmédy: nach Betriebseröffnung.



| Direktion. | Betriebsamt. | Zu verwaltende Strecken,
einschließlich der zugehörigen Zweig- und Anschlußbahnen
und der im Bau befindlichen Strecken. |
|------------------|--------------|---|
| VIII. Elberfeld. | Essen. | Oberhausen — Herne, Altenessen — Essen — Bergeborbeck, Oberhausen — Ruhrort, Wanne — Sterkrade, Sterkrade — Neumühl — Ruhrort, Osterfeld — Neumühl, Oberhausen — Bottrop, Gelsenkirchen — Ueckendorf-Wattenscheid — Wanne, Hochfeld — Essen — Bochum — Langendreer, Hochfeld — Duisburg, Heissen — Osterfeld, Heissen — Steele — Alten-
dorf a. d. R., Kray — Gelsenkirchen, Kray — Wanne, Alten-
dorf — Altenessen, Bochum — Weimar, Bismarck i. W. —
Forst ¹⁾ und Verbindungsstrecken: Schalke — Bismarck
i. W. u. |
| | Düsseldorf. | Deuz — Düsseldorf — Oberhausen — Emmerich, Speldorf —
Düsseldorf — Troisdorf, Lintorf (Webbau) — Duisburg
und Duisburg — Hochfeld. |
| | Wesel. | Haltern — Wesel — Benlo, Wesel — Bocholt und Duisburg —
Rheine — Quakenbrück. |
| | Cöln. | Cöln (Deuz) — Gießen, Dillenburg — Oberfeld — August-
stollen und Nikolausstollen, Troisdorf — Friedrich-Wilhelms-
hütte, Siegburg — Runderoth und Runderoth — Derschlag ²⁾ . |
| | Neuwied. | Friedrich-Wilhelmshütte — Niederlahnstein, Engers — Altenkirchen,
Grenau — Höhr (Grenzhausen), Siershahn — Staffell
(Limburg), Limburg — Hadamar und Altenkirchen — Hachen-
burg ³⁾ . |
| | Düsseldorf. | Neuß — Schwelm, Oberbilk (Düsseldorf) — Kupferdreh — Ueber-
ruhr — Dahlhausen, Bohnwinkel — Kupferdreh, Ueberruhr —
Steele, Haan — Deuz, Ohligswald — Solingen, Mühl-
heim a. Rh. — Bensberg, Barmen (Rittershausen) —
Lennep — Remscheid (Hasten), Lennep — Wipperfurth,
Born — Wermelskirchen — Opladen, Düsseldorf (Rh.) —
Rettmann — Schwelm (Rh.), Oberbarmen (Wichling-
hausen) — Hattingen, Deuz — Ralf ⁴⁾ , Lennep — Krebs-
böge — Dahlerau ⁴⁾ und Aprath — Wülfrath ⁴⁾ . |
| | Hagen. | Schwelm — Hagen — Schwerte — Soest, Unna — Hamm,
Hagen — Witten, Dahlhausen — Herbede — Hengst-
fel (Cabel), Hohenlyburg — Cabel, Hagen — Brügge — Lüden-
scheid, Hagen — Haufe — Boerde und Schwelm (Rh.) —
Dortmund (Rh.). |
| | Essen. | Ruhrort — Steele — Bochum — Dortmund — Holzwickede,
Styrum — Oberhausen — Caterberg, Styrum — Duisburg,
Reitwieg (Brücke) — Mülheim a. d. R., Essen — Watten-
scheid — Bochum — Herne, Essen — Caterberg — Bis-
marck i. W. — Herne, Werden — Essen, Steele — Dahl-
hausen — Langendreer, Langendreer — Witten, Witten —
Dortmund, Dortmundfeld — Hückarde, Bismarck i. W. —
Winterswyk und Winterswyk — Bocholt. |
| | Cassel. | Schwerte — Warburg — Cassel, Scherfede — Holzminnen und
Hümme — Carlshafen. |

¹⁾ Auf den Strecken Bodelschwingh — Bismarck i. W. und Forst — Sterkrade der Linie Dortmund — Sterkrade ist der Betrieb eingestellt.

²⁾ Runderoth — Derschlag: Neubaustrecke.

³⁾ Altenkirchen — Hachenburg: Neubaustrecke.

⁴⁾ Deuz — Ralf, Lennep — Krebsböge — Dahlerau und Aprath — Wülfrath: nach Betriebsöffnung.

| Direktion. | Betriebsamt. | Zu verwaltende Strecken,
einschließlich der zugehörigen Zweig- und Anschlußbahnen
und der im Bau befindlichen Strecken. |
|-------------|-----------------------------------|---|
| IX. Erfurt. | Altena. | Hengst (Cassel) — Siegen — Bieddorf, Letmathe — Iserlohn — Hemer — Fröndenberg, Fimmentrop — Olpe — Rothemühle, Kreuzthal — Hilschenbach, Altenhundem — Schmallenberg ¹⁾ und Kirchen — Freudenberg ¹⁾ . |
| | Cassel. | Guntershausen (Cassel) — Neu-Dietendorf, Malsfeld — Brise-
försch, Gotha — Leinefelde (Dingelsbühl) und Gotha —
Dhrubai [für Rechnung der Gotha-Dhrubai Eisenbahn-
Gesellschaft]. |
| | Erfurt. | Neu-Dietendorf — Erfurt — Weissenfels, Neu-Dietendorf —
Plaue — Ritschenhausen und Plaue — Ilmenau. |
| | Weissenfels. | Weissenfels — Halle, Merseburg — Mächeln ²⁾ , Corbetta — Leipzig,
Weissenfels — Zeitz, Barneck (Leipzig) — Gera — Eichicht
und Eichicht — Probstzella ³⁾ . |
| | Berlin. | Berlin — Jüterbog — Wittenberg — Bitterfeld — Halle, Jüter-
bog — Köderau und Bitterfeld — Leipzig. |
| | Dessau. | Jerbst — Bitterfeld, Dessau — Cöthen, Kossau — Wittenberg —
Falkenberg — Kossau und Bitterfeld — Stumsdorf ⁴⁾ . |
| | Halle. | Halle — Cottbus — Sorau, Cottbus — Guben und Eisenburg —
Leipzig. |
| X. Breslau. | Breslau
(Brieg — Posen). | Brieg — Breslau — Lissa — Posen, Dürrgoy (Breslau) — Zobten —
Ströbel, Trachenberg — Herrnsdorf ⁵⁾ , Wojanowo — Gubrau ⁶⁾
und Czempin — Schrimm. |
| | Breslau
(Breslau — Tarnowitz). | Breslau — Borsowka — Tarnowitz, Kreuzburg — Lublin —
Tarnowitz und Hundsfeld — Trebnitz ⁷⁾ . |
| | Dppeln. | Brieg — Cosel (Randzin), Dppeln — Borsowka, Groschowitz —
Borsigwerk, Weiskretscham — Laband und Dppeln — Neisse
mit Abzweigung von Schiedlow nach Leipe ⁸⁾ . |
| | Rattowitz. | Cosel (Randzin) — Myslowitz — Oswiecim, Gleiwitz — Guido-
grube — Morgenroth, Gleiwitz — Beuthen — Schwientochlowitz,
Morgenroth — Tarnowitz, Schoppinitz — Landesgrenze
(Sosnowice), Tarnowitz — Beuthen — Schoppinitz —
Emanuelstegen und Schoppinitz (Kosbzin) — Landesgrenze
(Sosnowice) nebst Grubenbahnen etc. |
| | Katibor. | Cosel (Randzin) — Landesgrenze — Oderberg, Mendz — Rattowitz,
Katibor — Leobschütz — Landesgrenze — Jägerndorf, Leob-
schütz — Rastowitz, Idawitz — Emanuelstegen, Emanuel-
stegen — Dziesitz, Drzesche — Sobrau, Drzesche — Gleiwitz ⁹⁾ ,
Friedrichsgrube — Lazisek — Martha-Balschlaggrube, Tichau
— Lazisek — Trautscholdstegengrube und Niedobschütz —
Loslau — Annaberg ⁹⁾ . |
| | Neisse. | Breslau — Mittelwalde, Strehlen — Nimptsch, Camenz — Neisse
— Cosel (Randzin), Brieg — Neisse und Deutsch-Wette —
Ziegenhals. |

¹⁾ Altenhundem — Schmallenberg und Kirchen — Freudenberg: nach Betriebseröffnung.

²⁾ Merseburg — Mächeln: Neubaustrecke.

³⁾ Eichicht — Probstzella: nach Betriebseröffnung.

⁴⁾ Bitterfeld — Stumsdorf: Neubaustrecke.

⁵⁾ Trachenberg — Herrnsdorf, Wojanowo — Gubrau: Neubaustrecken.

⁶⁾ Hundsfeld — Trebnitz: Neubaustrecke.

⁷⁾ Dppeln — Neisse etc.: Neubaustrecke.

⁸⁾ Drzesche — Gleiwitz: Neubaustrecke.

⁹⁾ Loslau — Annaberg: nach Betriebseröffnung.



| Direktion. | Betriebsamt. | Zu verwaltende Strecken,
einschließlich der zugehörigen Zweig- und Anschlußbahnen
und der im Bau befindlichen Strecken. |
|-------------|---------------------------------|---|
| XI. Altona. | Glogau. | Lissa — Glogau — Sagan — Hansdorf, Lissa — Jarotschin ¹⁾ und Lissa — Ostrowo ¹⁾ . |
| | Posen. | Stargard i. P. — Posen — Kreuzburg und Dels — Gnesen ²⁾ . |
| | Breslau
(Breslau — Stettin). | Breslau — Stettin (Podejuch) und Schmiedefeld — Rochbern. |
| | Berlin. | Berlin — Wittenberge — Lüneburg — Buchholz mit dem Anschluß an die Berliner Ringbahn bei Moabit. |
| | Hamburg. | Wittenberge — Büchen — Hamburg, Büchen — Lüneburg, Echem — Hohnstorf, Hamburg — Altona (Ottensen) und Altona — Blankenese — Wedel. |
| | Kiel. | Altona (Ottensen) — Kiel, Neumünster — Oldesloe, Neumünster — Neustadt, Neustadt — Oldenburg i. S. ³⁾ und Kiel — Ascheberg. |
| | Flensburg. | Neumünster — Rendsburg — Landesgrenze (Bamdrup), Zübed — Tönning, Nordschleswigsche Weiche — Flensburg, Tingleff — Tondern, Rothenfrug — Apenrade und Woyens — Hadersleben. |

¹⁾ Lissa — Jarotschin und Lissa — Ostrowo: Neubaufrecken.

²⁾ Dels — Gnesen: bis 31. Dezember 1885 für Rechnung der Dels — Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft.

³⁾ Neustadt — Oldenburg i. S. für Rechnung der Kreis-Oldenburger Eisenbahn-Gesellschaft.

| Direktion. | Betriebsamt. | Zu verwaltende Strecken,
einschließlich der zugehörigen Zweig- und Anschlussbahnen
und der im Bau befindlichen Strecken. |
|-------------|-----------------------------------|---|
| IX. Erfurt. | Altena. | Hengst (Cabel) — Siegen — Vögdorf, Leimathe — Iserlohn — Hemer — Fröndenberg, Finnerup — Olpe — Rothemühle, Kreuzthal — Hilchenbach, Altenhundem — Schmallenberg ¹⁾ und Kirchen — Freudenberg ¹⁾ . |
| | Cassel. | Guntershausen (Cassel) — Neu-Dietendorf, Malsfeld — Brise-
föth, Gotha — Leinefelde (Dingelstädt) und Gotha —
Dhruf [für Rechnung der Gotha-Dhruf Eisenbahn-
Gesellschaft]. |
| | Erfurt. | Neu-Dietendorf — Erfurt — Weisensfeld, Neu-Dietendorf —
Plaue — Ritschenhausen und Plaue — Ilmenau. |
| | Weisensfeld. | Weisensfeld — Halle, Merseburg — Mücheln ²⁾ , Corbetta — Leipzig,
Weisensfeld — Zeig, Barneck (Leipzig) — Gera — Eichicht
und Eichicht — Probstzella ³⁾ . |
| | Berlin. | Berlin — Jüterbog — Wittenberg — Bitterfeld — Halle, Jüter-
bog — Köberau und Bitterfeld — Leipzig. |
| | Deffau. | Zerbst — Bitterfeld, Deffau — Cöthen, Kossau — Wittenberg —
Falkenberg — Kölsfurt und Bitterfeld — Stumsdorf ⁴⁾ . |
| X. Breslau. | Halle. | Halle — Cottbus — Sorau, Cottbus — Guben und Eilenburg —
Leipzig. |
| | Breslau
(Brieg — Posen). | Brieg — Breslau — Lissa — Posen, Dürrgoy (Breslau) — Jochen-
Ströbel, Trautenberg — Herrnsdorf ⁵⁾ , Wojanowo — Gubrau ⁶⁾
und Czempin — Schrimm. |
| | Breslau
(Breslau — Tarnowitz). | Breslau — Borsowka — Tarnowitz, Kreuzburg — Lublin —
Tarnowitz und Hundsfeld — Trebnitz ⁷⁾ . |
| | Oppeln. | Brieg — Cosel (Kandzin), Oppeln — Borsowka, Groschowitz —
Borsigwerk, Peiskretscham — Laband und Oppeln — Neisse
mit Abzweigung von Schiedlow nach Leipzig. |
| | Rattowitz. | Cosel (Kandzin) — Myslowitz — Demiecin, Gleiwitz — Guido-
grube — Morgenroth, Gleiwitz — Beuthen — Schwientochlowitz,
Morgenroth — Tarnowitz, Schoppinitz — Landesgrenze
(Sosnowice), Tarnowitz — Beuthen — Schoppinitz
Emanuelstegen und Schoppinitz (Kosbzin) — Landesgrenze
(Sosnowice) nebst Grubenbahnen etc. |
| | Ratibor. | Cosel (Kandzin) — Landesgrenze — Oberberg, Mendz — Rattowitz,
Ratibor — Leobschütz — Landesgrenze — Jägerndorf, Leob-
schütz — Rastowitz, Idawitz — Emanuelstegen, Emanuel-
stegen — Dziesitz, Drzesche — Sobrau, Drzesche — Gleiwitz ⁸⁾ ,
Friedrichsgrube — Lazisek — Martha-Balschagrube, Tichau
— Lazisek — Trautscholdstegengrube und Niedobschütz —
Loslau — Annaberg ⁹⁾ . |
| | Neisse. | Breslau — Mittelwalde, Strehlen — Nimptsch, Camenz — Neisse
— Cosel (Kandzin), Brieg — Neisse und Deutsch-Wette —
Ziegenhals. |

¹⁾ Altenhundem — Schmallenberg und Kirchen — Freudenberg: nach Betriebsöffnung.

²⁾ Merseburg — Mücheln: Neubaustrecke.

³⁾ Eichicht — Probstzella: nach Betriebsöffnung.

⁴⁾ Bitterfeld — Stumsdorf: Neubaustrecke.

⁵⁾ Trautenberg — Herrnsdorf, Wojanowo — Gubrau: Neubaustrecken.

⁶⁾ Hundsfeld — Trebnitz: Neubaustrecke.

⁷⁾ Oppeln — Neisse etc.: Neubaustrecke.

⁸⁾ Drzesche — Gleiwitz: Neubaustrecke.

⁹⁾ Loslau — Annaberg: nach Betriebsöffnung.



| Direktion. | Betriebsamt. | Zu verwaltende Strecken,
einschließlich der zugehörigen Zweig- und Anschlußbahnen
und der im Bau befindlichen Strecken. |
|-------------|---|--|
| XI. Altona. | Glogau. | Lissa — Glogau — Sagan — Hansdorf, Lissa — Jarotschin ¹⁾ und Lissa — Ostrowo ¹⁾ . |
| | Posen.
Breslau
(Breslau — Stettin). | Stargard i. P. — Posen — Kreuzburg und Dels — Gnesen ²⁾ .
Breslau — Stettin (Podejuch) und Schmiedefeld — Moßbern. |
| | Berlin. | Berlin — Wittenberge — Lüneburg — Buchholz mit dem Anschluß an die Berliner Ringbahn bei Moabit. |
| | Hamburg. | Wittenberge — Büchen — Hamburg, Büchen — Lüneburg, Echem — Hohnstorf, Hamburg — Altona (Ottenfen) und Altona — Blankenese — Wedel. |
| | Kiel. | Altona (Ottenfen) — Kiel, Neumünster — Oldesloe, Neumünster — Neustadt, Neustadt — Oldenburg i. H. ³⁾ und Kiel — Ascheberg. |
| | Flensburg. | Neumünster — Rendsburg — Landesgrenze (Bamdrup), Jübeck — Tönning, Nordschleswigsche Weiche — Flensburg, Tingleff — Tondern, Rothenkrug — Apenrade und Woyens — Hadersleben. |

¹⁾ Lissa — Jarotschin und Lissa — Ostrowo: Neubaulinien.

²⁾ Dels — Gnesen: bis 31. Dezember 1885 für Rechnung der Dels — Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft.

³⁾ Neustadt — Oldenburg i. H. für Rechnung der Kreis-Oldenburger Eisenbahn-Gesellschaft.



Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 17.

Den 24. April

1885.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 11.) № 1594. Gesetz, betreffend den Beitrag des Reichs zu den Kosten des Anschlusses der freien Hansestadt Bremen an das deutsche Zollgebiet. Vom 31. März 1885.

№ 1595. Gesetz, betreffend Aenderungen des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874. Vom 31. März 1885.

№ 1596. Bekanntmachung, betreffend die Zulassung als Schiffer auf kleiner Fahrt mit Hochsee-Fischerei-Fahrzeugen. Vom 12. März 1885.

(Stück 12.) № 1597. Gesetz, betreffend Abänderung der §§ 12, 16 und 19 des Gesetzes, betreffend die Erhebung der Tabaksteuer (Reichs-Gesetzbl. S. 245). Vom 5. April 1885.

№ 1598. Gesetz, betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern. Vom 6. April 1885.

№ 1599. Allerhöchster Erlaß, betreffend die Aufnahme einer Anleihe auf Grund der Gesetze vom 16. Februar 1882 (Reichs-Gesetzbl. S. 39) und vom 16. März 1885 (Reichs-Gesetzbl. S. 74). Vom 30. März 1885.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 10.) № 9040. Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr vom 1. April 1885/86. Vom 30. März 1885.

№ 9041. Gesetz, betreffend die Ergänzung der Einnahmen in den Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1885/86. Vom 30. März 1885.

(Stück 11.) № 9042. Allerhöchster Erlaß vom 3. September 1884, betreffend die Ueberweisung der gewerblichen und kunstgewerblichen Fachschulen u. an den Minister für Handel und Gewerbe.

(Stück 12.) № 9043. Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes zur Verhütung der Weiterverbreitung der Reblaus vom 27. Februar 1878. Vom 23. März 1885.

№ 9044. Gesetz, betreffend eine Schadloshaltung des Herzoglich Schleswig-Holsteinischen Hauses. Vom 1. April 1885.

(Stück 13.) № 9045. Gesetz zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Landestreditkasse in Kassel, vom 25. Dezember 1869 (Gesetz-Samml. S. 1279). Vom 18. März 1885.

№ 9046. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der

Bezirke der Amtsgerichte Bodenem, Duderstadt, Harburg, Hoya, Meinersen, Neppen und Wennigsen. Vom 25. März 1885.

Bekanntmachungen der Kgl. Ministerien.

Bekanntmachung,

den Ankauf von Remonten pro 1885 betreffend.
Regierungsbezirk Potsdam.

6. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt werden und zwar:

| | |
|-----------|-----------------------|
| am 7. Mai | Briesen a./Oder, |
| 12. " | Beeskow, |
| 22. " | Jüterbog, |
| 23. " | Dranienburg, |
| 27. " | Nauen, |
| 28. " | Neustadt a./Dosse, |
| 29. " | Rathenow, |
| 2. Juni | Wilsnack, |
| 20. Juli | Angermünde, |
| 4. August | Strasburg in/Udr., |
| 5. " | Prenzlau, |
| 6. " | Templin, |
| 18. " | Meyenburg in/Priegn., |
| 19. " | Wittstock, |
| 21. " | Prigwall, |
| 22. " | Perleberg, |
| 24. " | Lenzen a. d. Elbe, |
| 25. " | Havelberg, |
| 26. " | Kyritz, |
| 27. " | Neu-Ruppin, |
| 28. " | Linow. |

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt. Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenleger (Kopper), welche sich innerhalb der ersten 28 Tage nach dem Eintreffen in den Depots als solche zeigen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht gehörig legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgeführt werden, sind vom Ankauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind ferner verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindeleberne Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhalter von Leder abzu-

Hanf mit 2 mindestens 2 Meter langen Striden ohne besondere Begünstigung mitzugeben.

Um die Abkammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, ist es erwünscht, daß die Deckheine möglichst mitgebracht werden. Auch werden die Verkäufer ersucht die Schweife der Pferde nicht zu couviren, oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 8. März 1885.

Kriegs-Ministerium,

Abtheilung für das Remonte-Weien.

gez. Frhr. v. Troschke. Graf v. Rindowstroem.

Bekanntmachungen

des Königlich-Preussischen-Präsidenten.

Die Schiffahrtssperre auf der Spree betreffend.

103. Die Spree von der oberen Spitze der Insel der Charlottenburger Schleusen bis zum Unterhaupt dieser Schleusen ist von einschließlic dem 25. April d. J. ab bis zur Beendigung d. s. dort in der Ausführung begriffenen Wehrbaues für die Schifffahrt und die

Flößerei gesperrt. Die Fahrzeuge und Flöße müssen ihre Fahrt durch die Charlottenburger Schleusen nehmen.

Potsdam, den 16. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verbot eines sozialdemokratischen Flugblattes.

104. Das am 13. d. M. während des Gottesdienstes in Zehlendorf dießseitigen Regierungsbezirks verbreitete, mit den Worten: „Auf zum Wahlkampf!“ „Die Erbschaft steht bevor“ beginnende und mit Beschlag belegte Flugblatt: „Wähler des Zeltow-Beetzow-Storkow-Charlottenburger Reichstagswahlkreises“, herausgegeben und verlegt von Hermann Raumann in Kirdorf bei Berlin und gedruckt von D. Dehring zu Berlin, Anhaltstraße 8, wird hiermit auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.

Potsdam, den 16. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

105. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat März 1885 beobachteten Wasserstände.

| Datum. | Berlin. | | Spandau. | | Potsdam. | Baumgartenbrück. | Brandenburg. | | Rathenow. | | Havelberg. | Mauernbrück. |
|--------|------------|-------------|------------|-------------|----------|------------------|--------------|-------------|------------|-------------|------------|--------------|
| | Ober-N. N. | Unter-N. N. | Ober-N. N. | Unter-N. N. | | | Ober-N. N. | Unter-N. N. | Ober-N. N. | Unter-N. N. | | |
| | Wasser. | Wasser. | Wasser. | Wasser. | | | Wasser. | Wasser. | Wasser. | Wasser. | | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. |
| 1 | 32,56 | 31,46 | 2,62 | 1,32 | 1,45 | 0,96 | 2,22 | 2,00 | 1,96 | 1,64 | 3,02 | 2,42 |
| 2 | 32,58 | 31,50 | 2,62 | 1,46 | 1,48 | 0,97 | 2,20 | 2,00 | 1,96 | 1,64 | 2,98 | 2,42 |
| 3 | 32,58 | 31,50 | 2,62 | 1,46 | 1,48 | 0,98 | 2,24 | 2,00 | 1,96 | 1,64 | 2,96 | 2,42 |
| 4 | 32,60 | 31,56 | 2,60 | 1,50 | 1,48 | 0,98 | 2,22 | 2,00 | 1,96 | 1,64 | 2,94 | 2,42 |
| 5 | 32,60 | 31,58 | 2,60 | 1,52 | 1,50 | 0,99 | 2,22 | 2,00 | 1,96 | 1,64 | 2,92 | 2,42 |
| 6 | 32,62 | 31,60 | 2,60 | 1,56 | 1,52 | 0,99 | 2,22 | 2,00 | 1,96 | 1,64 | 2,94 | 2,42 |
| 7 | 32,62 | 31,62 | 2,62 | 1,56 | 1,54 | 0,99 | 2,22 | 2,02 | 1,98 | 1,66 | 2,94 | 2,42 |
| 8 | 32,62 | 31,62 | 2,64 | 1,50 | 1,54 | 1,00 | 2,22 | 2,02 | 1,98 | 1,66 | 2,98 | 2,42 |
| 9 | 32,62 | 31,62 | 2,68 | 1,60 | 1,54 | 1,02 | 2,22 | 2,02 | 2,00 | 1,68 | 3,00 | 2,42 |
| 10 | 32,62 | 31,62 | 2,66 | 1,58 | 1,56 | 1,02 | 2,24 | 2,02 | 2,00 | 1,68 | 3,04 | 2,42 |
| 11 | 32,64 | 31,62 | 2,66 | 1,56 | 1,56 | 1,03 | 2,24 | 2,04 | 2,00 | 1,68 | 3,12 | 2,42 |
| 12 | 32,62 | 31,64 | 2,66 | 1,60 | 1,56 | 1,03 | 2,22 | 2,04 | 2,00 | 1,68 | 3,20 | 2,42 |
| 13 | 32,62 | 31,64 | 2,64 | 1,58 | 1,58 | 1,03 | 2,26 | 2,04 | 1,98 | 1,66 | 3,32 | 2,42 |
| 14 | 32,62 | 31,64 | 2,64 | 1,58 | 1,58 | 1,03 | 2,26 | 2,04 | 1,98 | 1,66 | 3,44 | 2,42 |
| 15 | 32,62 | 31,62 | 2,66 | 1,46 | 1,58 | 1,04 | 2,26 | 2,04 | 1,98 | 1,66 | 3,52 | 2,42 |
| 16 | 32,60 | 31,60 | 2,66 | 1,56 | 1,58 | 1,04 | 2,24 | 2,04 | 1,98 | 1,66 | 3,54 | 2,42 |
| 17 | 32,60 | 31,60 | 2,64 | 1,56 | 1,58 | 1,04 | 2,24 | 2,04 | 1,98 | 1,66 | 3,54 | 2,42 |
| 18 | 32,58 | 31,60 | 2,62 | 1,56 | 1,58 | 1,05 | 2,24 | 2,02 | 1,98 | 1,66 | 3,50 | 2,42 |
| 19 | 32,58 | 31,60 | 2,64 | 1,56 | 1,58 | 1,06 | 2,22 | 2,02 | 1,98 | 1,66 | 3,44 | 2,42 |
| 20 | 32,58 | 31,60 | 2,60 | 1,56 | 1,58 | 1,06 | 2,22 | 2,04 | 1,98 | 1,66 | 3,32 | 2,42 |
| 21 | 32,58 | 31,58 | 2,62 | 1,56 | 1,60 | 1,06 | 2,20 | 2,06 | 1,96 | 1,64 | 3,24 | 2,42 |
| 22 | 32,58 | 31,58 | 2,62 | 1,50 | 1,60 | 1,05 | 2,26 | 2,06 | 1,96 | 1,64 | 3,20 | 2,42 |
| 23 | 32,58 | 31,58 | 2,64 | 1,52 | 1,58 | 1,05 | 2,28 | 2,08 | 1,96 | 1,64 | 3,14 | 2,42 |
| 24 | 32,58 | 31,58 | 2,64 | 1,52 | 1,56 | 1,04 | 2,28 | 2,06 | 1,98 | 1,66 | 3,08 | 2,42 |
| 25 | 32,58 | 31,56 | 2,62 | 1,52 | 1,56 | 1,03 | 2,28 | 2,06 | 1,98 | 1,66 | 3,02 | 2,44 |
| 26 | 32,58 | 31,56 | 2,60 | 1,50 | 1,56 | 1,02 | 2,26 | 2,06 | 1,98 | 1,66 | 2,96 | 2,44 |
| 27 | 32,58 | 31,56 | 2,58 | 1,50 | 1,54 | 1,02 | 2,28 | 2,06 | 1,98 | 1,66 | 2,92 | 2,44 |
| 28 | 32,56 | 31,56 | 2,58 | 1,50 | 1,54 | 1,02 | 2,28 | 2,06 | 1,98 | 1,66 | 2,88 | 2,46 |
| 29 | 32,56 | 31,52 | 2,58 | 1,42 | 1,54 | 1,01 | 2,28 | 2,06 | 1,98 | 1,66 | 2,84 | 2,46 |
| 30 | 32,56 | 31,50 | 2,58 | 1,50 | 1,52 | 1,01 | 2,28 | 2,08 | 2,00 | 1,68 | 2,82 | 2,46 |
| 31 | 32,56 | 31,48 | 2,56 | 1,46 | 1,52 | 1,00 | 2,26 | 2,04 | 2,00 | 1,68 | 2,78 | 2,46 |

Potsdam, den 18. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.



Die Aenderung der Öffnungszeiten für die Eisenbahnbrücken über die Havel bei Potsdam und Werder.

106. Die durch meine Bekanntmachungen vom 15. Oktober 1884, 22. Januar und 31. März 1885 — Amtsblatt de 1884 Stück 43 Seite 402, sowie Amtsblatt de 1885 Stück 5 Seite 33 und Stück 14 Seite 138 — publizierten Öffnungszeiten bezüglich der über die Havel bei Potsdam und Werder führenden Eisenbahndrehbrücken erfahren vom 13. April d. J. ab verschiedene Aenderungen. Von dem gebachten Tage an gelten nämlich allein folgende Öffnungszeiten für den betreffenden Schiffahrts- u. Verkehr:

A. Für die Eisenbahnbrücke bei Potsdam:

- 1) von 3 Uhr 45 Min. Vm. bis 4 Uhr 26 Min. Vm.,
- 2) " 4 " 43 " " " 5 " 20 " "
- 3) " 5 " 39 " " " 6 " 15 " "
- 4) " 8 " 14 " " " 8 " 34 " "
- 5) " 10 " 14 " " " 10 " 36 " "
- 6) " 11 " 51 " " " 12 " 9 " Nm.,
- 7) " 12 " 25 " Nm. " 12 " 40 " "
- 8) " 1 " 10 " " " 1 " 24 " "

an denjenigen Tagen, an welchen keine Probemaschinen fahren,

- 9) " 2 Uhr — Min. Nm. bis 2 Uhr 18 Min. Nm.,
- 10) " 4 " 9 " " " 4 " 36 " "
- 11) " 5 " — " " " 5 " 25 " "
- 12) " 6 " 53 " " " 7 " 14 " "

B. Für die Eisenbahndrehbrücke bei Werder:

- 1) von 5 Uhr 30 Min. Vm. bis 6 Uhr 10 Min. Vm.,
- 2) " 8 " 10 " " " 8 " 40 " "
- 3) " 10 " 10 " " " 10 " 45 " "
- 4) " 11 " 50 " " " 12 " 30 " Nm.,
- 5) " 1 " 26 " Nm. " 1 " 50 " "
- 6) " 3 " — " " " 3 " 30 " "
- 7) " 4 " 25 " " " 5 " — " "
- 8) " 5 " 30 " " " 6 " 5 " "
- 9) " 7 " — " " " 7 " 40 " "

Potsdam, den 17. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Polizeiverordnung,

betreffend die Regelung des Verkehrs auf der Spreewasserstraße bei dem Charlottenburger Stau.

107. Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 u. d. der §§ 138 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird zur Regelung des Verkehrs auf der Spreewasserstraße bei dem Charlottenburger Stau unter Zustimmung des Bezirksausschusses hiermit Folgendes verordnet:

§ 1. Die auf der Bergfahrt befindlichen Fahrzeuge und Flöße, sowie die zu Thal schwimmenden beladenen Fahrzeuge dürfen zur Durchfahrt des Staues nur die Schleusen benutzen.

§ 2. Der in dem Wehr zunächst dem rechten Spreeufer eingerichtete Durchlaß darf beziehentlich muß auf der Thalfahrt von den leeren Fahrzeugen und von den Flößen zum Passiren des Staues so lange benutzt

werden, als die auf der Charlottenburger Schloßbrücke befindliche Signalvorrichtung das Zeichen hierzu giebt.

Diese Signalvorrichtung besteht aus zwei beweglichen, an aufrecht stehendem Ständer befestigten Armen.

Durch die horizontale Stellung beider Arme wird angezeigt, daß leere Fahrzeuge thalwärts den Durchlaß benutzen dürfen.

Durch die horizontale Stellung eines Armes oder beider Arme wird angezeigt, daß die Flöße thalwärts den Durchlaß benutzen müssen.

Bei niederhängenden Armen und zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang ist das Durchfahren des Durchlasses verboten.

§ 3. Die Führer derjenigen Fahrzeuge und Flöße, welche den Wehrdurchlaß benutzen wollen oder müssen, haben die Fahrzeuge und Flöße an den oberhalb des Wehres längs dem rechten Spreeufer stehenden Haltepfählen festzulegen und sich bei dem Schleusenmeister zu melden.

Diese Fahrzeuge und Flöße dürfen erst dann von den Haltepfählen gelöst und in die Strömung hinein gefahren werden, wenn der Schleusenmeister durch Zuruf hierzu auffordert.

Diese Fahrzeuge und Flöße dürfen zu ihrer Hinfahrt nach dem Wehr nur — vom rechten Ufer ab gerechnet — die erste und die dritte Öffnung der Charlottenburger Eisenbahnbrücke durchfahren.

Sowohl Fahrzeuge als auch Flöße dürfen nicht neben, sondern nur hinter einander den Durchlaß passiren.

§ 4. Das zum Passiren des Durchlasses etwa nöthige Auflösen der Flöße in Plößen muß oberhalb der Eisenbahnbrücke oder neben den im § 3 bezeichneten Haltepfählen und das Zusammenkuppeln der gelösten Flöße darf nur am linken Spreeufer unterhalb des Wehres geschehen.

§ 5. Von dem unteren Ende des zunächst oberhalb der Eisenbahnbrücke am rechten Spreeufer befindlichen Bohlwerks ab bis 200 m unterhalb der Schleusen dürfen auf der Spree und in dem Schleusenkanal nur solche Fahrzeuge und Flöße sich aufhalten, welche auf das Durchschleusen oder auf das Passiren des Wehrdurchlasses warten.

Auf dieser Strecke ist auch das Aus- und Einladen verboten.

§ 6. Die Bestimmungen des § 5 dieser Verordnung finden auf die Fahrzeuge, Flöße, Geräte und Materialien der Königl. Wasserbauverwaltung keine Anwendung.

§ 7. Auf der im § 5 dieser Verordnung bezeichneten Flußstrecke und in den Schleusen und dem Schleusenkanal dürfen die Fahrzeuge keinen stehenden Mast führen.

§ 8. Soweit in den §§ 1 bis 7 dieser Verordnung nicht andere Bestimmungen getroffen sind, bleiben hier alle diejenigen allgemeinen Polizeiverordnungen in Anwendung, welche für den Verkehr auf den Wasserstraßen des Regierungsbezirks Potsdam in Kraft be-
stehen.

§ 9. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit einer Geldbuße von 3 bis 60 Mark oder entsprechender Haft bestraft.

Potsdam, den 31. März 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Veranstaltung einer Gelbblotterie für die Zwecke der Deutschen Vereine vom Rothen Kreuz.

108. Von dem Herrn Minister des Innern ist gemäß Allerhöchster Bestimmung vom 5. Februar d. J. dem Central-Comité des Preussischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger die Erlaubniß erteilt worden, für die Zwecke der Deutschen Vereine vom Rothen Kreuze während dreier Jahre je eine Gelbblotterie, zu welcher 250000 Loose à 5 M., unter Aussetzung von 3569 Gewinnen im Gesamtbetrage von 625000 M., ausgegeben werden dürfen, zu veranstalten und die betreffenden Loose im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Potsdam, den 16. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Auspielung von Kunstgegenständen in Baden-Baden.

109. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 18. März d. J. der Stadtgemeinde Baden-Baden die Erlaubniß zu erteilen geruht, zu der mit Genehmigung des Großherzoglich Badischen Ministeriums des Innern zum Besten der diesjährigen Baden-Iffezheimer Rennen von ihr zu veranstaltenden Auspielung von Gegenständen der Kunst, der Industrie und des Gewerbes auch im diesseitigen Staatsgebiete und zwar im ganzen Bereiche desselben Loose zu vertreiben. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß der Vertrieb der Loose nicht beanstandet werde.

Potsdam und Berlin, den 17. April 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Auspielung von Kunst- u. Gegenständen in Weimar.

110. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 18. März d. J. zu gestatten geruht, daß zu der in Verbindung mit der permanenten Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe in Weimar für das Jahr 1885 beabsichtigten, von der Großherzoglich Sächsischen Staatsregierung genehmigten Auspielung von Kunst- und kunstgewerblichen Gegenständen auch im diesseitigen Staatsgebiete, und zwar im ganzen Bereiche desselben, Loose vertrieben werden dürfen. Der Preis der Loose ist auf 1 M. für das Stück festgesetzt worden. Der Vertrieb der Loose wird hiernach nicht zu beanstanden sein.

Potsdam und Berlin, den 13. April 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Verbote von Vereinen und Druckschriften.

111. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 sind ferner folgende Bekanntmachungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht worden, welche hierdurch zur Kenntniß gebracht werden.

Potsdam, den 16. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

* * *

Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das ohne Angabe des Druckers, Verlegers und Verfassers erschienene, „Arbeiter“ überschriebene Flugblatt, welches mit den Worten beginnt: „Als durch die Verhandlungsberichte über das Niederwaldattentat“ und schließt „Niemand gezwungen werden“, nach § 11 des genannten Gesetzes von der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde verboten ist.

Hamburg, den 21. März 1885.

Die Polizeibehörde:

Senator Kunhardt.

* * *

Das von der Königlich Bayerischen Regierung der Oberpfalz und von Regensburg, Kammer des Innern, zu Regensburg unter dem 28. Dezember 1884 erlassene Verbot der Druckschrift: „Historische Studie. Jesus von Nazareth“ von Georg Kommel, Nürnberg 1883, Verlag von Boerlein und Comp. 9. Auflage, ist durch Entscheidung der Reichs-Kommission vom heutigen Tage aufgehoben worden.

Berlin, den 23. März 1885.

Die Reichs-Kommission.

Herrfurth.

* * *

Auf Grund des § 12 Abs. 2 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das angeblich in der Schweizerischen Genossenschafts-Druckerei Hottingen-Zürich hergestellte Flugblatt mit der Ueberschrift „Im Bismarck-Feier!“, welches mit den Worten beginnt: „Ha, wie es wirbelt, tobt und saust!“ und mit dem Sage endigt: „Auferstehen aber wird Freiheit und Gerechtigkeit am Tage der Befreiung des Volkes!“ gemäß § 11 des gedachten Gesetzes Seitens der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

München, den 30. März 1885.

Königl. Regierung von Oberbayern,

Kammer des Innern.

Freiherr von Pfeufer.

* * *

Die Königliche Kreishauptmannschaft als Landes-Polizeibehörde hat die nichtperiodische Druckschrift: „August Reinsdorf und die Propaganda der That. Von Johann Most. 50 Erste Straße, New-York, 1885. Im Selbstverlage des Verfassers,“ auf Grund von §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.

Leipzig, den 31. März 1885.

Königl. Kreishauptmannschaft.

Graf zu Münster.

Biehseuchen.

112. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Gutes Schoenefeld im Kreise Teltow ist erloschen.

Potsdam, den 14. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

113. Die für Spandau wegen eines daselbst betroffenen der Tollwuth verdächtigen Hundes auf drei Monate angeordnet gewesene Hundesperre ist aufgehoben.

Die Klauenseuche unter dem Vieh des Ackerbürgers Friedrich Grunow zu Spandau ist erloschen.

Potsdam, den 18. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

114. Die der Ansteckung mit der Rogkrankheit verdächtig gewesenen Pferde des Bauern Frieze zu Schweinrich im Kreise Ostprignitz sind nach sechsmonatlicher Beobachtung gesund befunden und die bezüglich derselben angeordneten Schutzmaßregeln aufgehoben worden.

Potsdam, den 20. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Versicherung von Gebäuden, auf denen Renten für den Domainenfiskus haften, gegen Feuergefahr.

13. Die Besitzer von Grundstücken, auf welchen Renten für den Domainenfiskus haften, können der ihnen obliegenden Verpflichtung, ihre Gebäude gegen Feuergefahr zu versichern, auch durch Versicherung der Gebäude bei der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Londoner Phönix gegen Feuer Schaden bis zu den nach den Grundrissen derselben zulässigen Werthe genügen. Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 15. April 1885.

Königl. Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen u. Forsten.
Kursus für Lehrer in der königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin.

14. Nachstehendes Ministerialrescript:

Bestimmungen,

den Eintritt in die königliche Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin betreffend.

Für den Eintritt in die königliche Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin gelten folgende Bestimmungen:

1) Die Anstalt ist zur Ausbildung von Turnlehrern für öffentliche Unterrichts-Anstalten aller Art — zunächst im Ressort des Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten — bestimmt.

2) Bedingung für den Eintritt als Elevation ist, daß der Aufzunehmende bereits Lehrer einer öffentlichen Unterrichts-Anstalt, oder daß er Kandidat des höheren Schulamtes ist. Hinsichtlich der Volksschullehrer wird Werth darauf gelegt, daß sie die zweite Lehrerprüfung bereits bestanden haben, und daß sie nach ihrer Stellung geeignet erscheinen, neben Erlangung einer größeren Befähigung zur Ertheilung des Turnunterrichtes an ihrer Schule zugleich für die Ausbreitung dieses Unterrichtes in weiteren Kreisen des Schulwesens thätig zu sein.

3) Andere Bewerber können, soweit es die Verhältnisse der Anstalt gestatten, auf bestimmte Zeit als Hospitanten in die Anstalt eintreten, wenn sie einen genügenden Grad wissenschaftlicher Bildung und turnerischer Fertigkeit nachweisen und die Verpflichtung

eingehen, sich der nächsten gemäß der Prüfungs-Ordnung vom 10. September 1880 (Centralblatt der Unterrichts-Verwaltung, Jahrg. 1880, S. 654 — Monatsschrift f. d. Turnwesen 1882, S. 24) stattfindenden Turnlehrer-Prüfung zu unterziehen.

4) Die definitive Aufnahme wird durch eine Prüfung bestimmt, in welcher eine gewisse körperliche Kraft und einige turnerische Fertigkeit nachzuweisen ist (Armbeugen und -strecken im Hang und im Stütz, Hangeln, Felgausschwung, Wende, Kehre, ein mäßig hoher Sprung u. s. w.).

5) Mit der Anmeldung ist ein Lebenslauf, das Prüfungszeugniß bezw. das Zeugniß über das abgelegte Probefahr und ein ärztliches Zeugniß darüber einzureichen, daß der Körperzustand und die Gesundheit des Bewerbers die mit großer Anstrengung verbundene Ausbildung zum Turnlehrer gestatten. — Bei dem Eintritt in die Anstalt werden die Aufzunehmenden hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes durch den Anstaltsarzt noch einer Superrevision unterworfen, von deren Ausfall die definitive Aufnahme ebenfalls abhängig ist.

6) Nur Lehrern in noch nicht vorgerücktem Lebensalter, vorzugsweise unverheiratheten, ist die Meldung zu empfehlen. Verheiratheten Lehrern ist jedenfalls ernstlich abzurathen, ihre Familie mit hierher zu bringen.

7) Der Unterricht in der Anstalt ist unentgeltlich. Die durch den Aufenthalt in Berlin u. entstehenden Kosten sind von den Lehrern selbst aufzubringen. In dazu geeigneten Fällen können jedoch den Elevationen Unterstützungen aus Centralfonds gewährt werden, insofern lediglich für den Unterhalt hier, während Beihilfen zu den Kosten der Her- und Rückreise, der Vertretung im Amt, für den Unterhalt der zurückbleibenden Familien u. s. w. nicht bewilligt werden.

Die hier gewährten Unterstützungen werden erst am Ende jedes Monats gezahlt.

8) Ein Elevation braucht zu seinem Unterhalt hieselbst erfahrungsmäßig — namentlich mit Rücksicht auf das gesteigerte Bedürfniß einer kräftigen Nahrung — etwa 120 M monatlich.

Um meinerseits sogleich bei der Entschliebung über die Aufnahme einen zuverlässigen Ueberblick über die aus Centralfonds zu gewährenden Unterstützungen gewinnen zu können, muß jeder Bewerber bei der Anmeldung nach sorgfältiger Prüfung seiner Verhältnisse bestimmt nachweisen und bezw. amtlich beglaubigen lassen, daß ihm für seinen Unterhalt hier der erwähnte Betrag zur Verfügung steht, oder welcher Beihilfe er dazu bedarf. Jeder Bewerber hat demnach anzugeben, wie viel ihm während seines hiesigen Aufenthaltes von dem Einkommen seiner Stelle verbleibt, und welche Unterstützungen ihm aus der Schulkasse oder sonst gewährt werden, und wie viel er aus eigenen Mitteln aufbringen kann. Wenn ein verheiratheter Lehrer die Aufnahme nachsucht, sind die Unterhaltungskosten für seine Familie in Anrechnung zu bringen, und wenn einem Bewerber nachweisbar die Unterstützung naher Verwandten obliegt und solche bisher von ihm gewährt

worden ist, so kann auch dieser Umstand bei Feststellung seiner Unterstützungsbedürftigkeit nicht außer Acht bleiben. Den Kursisten müssen während ihres Aufenthaltes hier selbst pekuniäre Verlegenheiten, welche nachtheilig auf ihre Ausbildung im Turnen und auf die Benützung der gleichzeitig gebotenen Gelegenheiten zu anderweiter Fortbildung einwirken, nach Möglichkeit erspart werden. Unterstützungsgesuche, welche während des Kursus an das Ministerium gerichtet werden, können nur dann eine Berücksichtigung erfahren, wenn in Folge unvorhergesehener Zwischenfälle das Bedürfnis einer außerordentlichen Beihilfe eingetreten ist.

Berlin, den 6. Juni 1884.

Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.

In Vertretung: Lucanus.

U III b 6607.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß die Gesuche um Zulassung zu diesem Kursus, wie bisher, **durch die vorgesetzten Schulbehörden bis spätestens zum 15. Juli d. J. an uns einzureichen sind.**

Direkt oder später eingehende Gesuche können keine Berücksichtigung finden.

Die vorgedachten Bestimmungen sind in unserm Amtsblatt de 1884 Seit: 241/2 abgedruckt.

Potsdam, den 20. April 1885.

Königl. Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Verbot einer Flugschrift

32. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Flugblatt mit der Ueberschrift: „Wähler des Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburger Reichstags-Wahlkreises. Auf zum Wahlkampf! Die Erstwahl steht bevor.“ und der Unterschrift: „Das Wahl-Comité.“ Verantwortlich für Redaktion und Verlag Hyronimus Raumann, Kirdorf. — Druck von D. Dehring, Berlin SW., Anhaltstraße 8. — nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespoliciewegen verboten worden ist.

Berlin, den 16. April 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

33. Die bisherigen Hebammen-Schülerinnen:

- 1) Frau Sophie Schmidt geb. Schulz,
 - 2) Frau Auguste Wallies geb. Müller,
 - 3) Frau Amalie Klewe geb. Meyer,
 - 4) Frau Johanna Borchert geb. Lübecke,
 - 5) Frau Anna Goldschmidt geb. Bartenwerfer,
 - 6) Frau Helene Schifner geb. Paegold,
- sind für Berlin als Hebammen zugelassen worden.

Berlin, den 11. April 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachung.

34. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß: 1) Fräulein Anna Sörensen, 2) Fräulein Anna Rauch, 3) Fräulein Elisabeth Bundesen, 4) Frau Blittersdorf, geb. Sellin, als Hebammen vorchriftsmäßig geprüft und für Berlin als solche zugelassen worden sind.

Berlin, den 11. April 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Aufgebot von Schuldverschreibungen

9. Die Herren Schirmer und Schlid — Bankgeschäft — zu Leipzig, haben auf Umschreibung der Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4 1/2 procentigen Staatsanleihe Lit. C. Nr. 57854 und 57855 über je 500 Thlr. angetragen, weil dieselben vom früheren königlichen Kreisgericht Quersfurt am 9. März 1875 außer Kurs gesetzt, von diesem Gericht aber oder von einem an dessen Stelle getretenen oder von dem höheren Gericht nicht wieder in Kurs gesetzt sind. In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Gef.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesen Papieren ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten, und spätestens am **1. November 1885** uns anzuzeigen, widrigenfalls die Papiere kassirt und den Herren Schirmer und Schlid neue unlaufsähige ausgehändigt werden.

Berlin, den 17. April 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der

Königlichen Kontrolle der Staatspapiere. Angebliß gestohlene Schuldverschreibungen der vormals kurhessischen Anleihe von 1853.

11. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281), des § 2b. des Gesetzes vom 29. Februar 1868 (G.-S. S. 169) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß aus dem Nachlaß der verstorbenen Wittwe des Probators A. Frochlich, Barbara geb. Stock zu Kulda, die Schuldverschreibungen der vormals kurhessischen Anleihe von 1863 Lit. B. Nr. 2187 und 2323 über je 500 Thlr. angeblich gestohlen worden sind. Es werden Diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Rechtsanwalt Dr. Rocholl zu Cassel anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 14. April 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Nachtrag I. zum Theil II. Heft 1, 2 und 3 des Sächsisch-Preussischen Verbandsarifs vom 15. April d. J. betreffend.

17. Zum Theil II. Heft 1, 2 und 3 des Österreichisch-Preussischen Verbandsarifs vom 15. April d. J. ist



an demselben Tage ein gemeinschaftlicher Nachtrag I. zur Einführung gelangt. Derselbe enthält Abänderungen der Nomenclatur für Holz des Specialtarifs II. (Ausnahmetarif 2A. des Hefts 2), Ermäßigungen von Frachtsätzen zufolge Herabsetzung der ausländischen Antheile, sowie Berichtigungen und Ergänzungen. Exemplare dieses Nachtrags sind bei unseren Güterkassen Berlin Schlej. Bf., Breslau N./M. Bf., Frankfurt a./M., Görlitz, Breslau Freib. Bf., sowie im hiesigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 19. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personen- und Gepäckbeförderung auf der Berlin-Görlitzer Eisenbahn.
18. Vom 1. Mai d. J. ab findet zwischen der Haltestelle Neuhausen der Berlin-Görlitzer Eisenbahn einerseits und den Stationen Berlin, Lübbenau, Betschau, Weißwasser, Rietschen, Horka und Görlitz andererseits direkte Personen- und Gepäckabfertigung statt. Näheres ist bei den betreffenden Billet-Expeditionen zu erfahren.

Berlin, den 13. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag zum Deutsch-Ungarischen Eisenbahn-Verband-Tarif.

19. Am 15. April d. J. tritt zum Deutsch-Ungarischen Verbandtarif vom 1. Januar 1880 ein Nachtrag XXIV. in Kraft. Derselbe enthält Bestimmungen über die Aufhebung der direkten Frachtsätze für Berlin, sowie über die Aufnahme des Artikels Wollabfälle in den Ausnahmetarif Nr. 22 (Wolle aller Art) und ist bei unseren Güterkassen Berlin (Schiefischer Bahnhof) und Stettin (Central-Güterbahnhof), sowie beim hiesigen Auskunftsbureau, Bahnhof Alexanderplatz, unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 12. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlich Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Ausgabe von Retourbillets mit Vons nach Berlin zum Anschlusse an die daselbst zum Verkaufe stehenden Rundreise- sowie Saison-Billets betreffend.

24. Vom 1. Mai bis inkl. 20. September d. J. werden Retourbillets mit Vons nach Berlin zum Anschlusse an die daselbst zum Verkaufe stehenden Rundreise- (feste oder kombinirbare) sowie Saison-Billets wie folgt ausgegeben werden.

a. nach Berlin Stadtbahn: von Allenstein, Braunsberg, Bromberg, Czernikof, Danzig lege Thor, Dt.-Eylau, Dirschau, Elbing, Gnesen, Graudenz, Insterburg, Jablonowo, Königsberg i./Pr., Königs, Kroschen, Kreuz, Landsberg a./W., Lasowig, Marienburg, Marienwerder, Memel, Neustettin, Osterode, Pr.-Stargard, Schneidemühl, Thorn, Tilsit und Warlubien mit sechszigtägiger und von Breslau, Pleschen und Posen mit zwei und vierzigtägiger Gültigkeitsdauer;

b. nach Berlin Stettiner Bahnhof: von Belgard, Cöslin, Goldberg, Ruhnow, Schlawa und Stolp mit sechszigtägiger und von Anklam, Greifswald, Pasewalk, Prenzlau, Stargard i./Pom.,

Stettin und Stralsund mit zwei und vierzigtägiger Gültigkeitsdauer;

c. nach Berlin Görlitzer Bahnhof: von Cottbus und Görlitz mit zwei und vierzigtägiger Gültigkeitsdauer.

Im Anschlusse an Rundreisebillets nach Italien werden die Retourbillets mit sechszigtägiger Gültigkeitsdauer während des ganzen Jahres verkauft. 25 kg Gepäckfreigewicht.

Bestellungen von Retourbillets mit Vons werden durch umgehende Zusendung derselben mit der Post auf Gefahr und Kosten der Besteller ausgeführt, wenn gleichzeitig mit der Bestellung der Betrag für die Billets und Vons portofrei der Billetterpedition zugesandt wird. Retourbillet und Vons werden in solchem Falle mit dem Datum des Tages der Absendung abgestempelt und gilt dieser als der Anfangstag der Gültigkeitsdauer beider. Prospekte können zum Preise von 10 Pf. pro Stück durch Vermittelung der Billet-Expeditionen bezogen werden und werden den Käufern der Retourbillets mit Vons ohne besondere Bezahlung verabfolgt. Näheres ist bei den Stationen zu erfahren.

Bromberg und Berlin, den 11. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktionen.

Ausgabe von kombinirbaren Rundreisebillets zu Rundreisen durch Deutschland, Holland, Belgien, Oesterreich, Ungarn und Rumänien zu ermäßigten Preisen betreffend.

25. Vom 1. Mai bis 30. September d. J. werden bei unseren Billet-Expeditionen zu Bromberg, Danzig lege Thor und Königsberg i./Pr. wiederum kombinirbare Rundreisebillets zu Rundreisen durch Deutschland, Holland, Belgien, Oesterreich, Ungarn und Rumänien zu ermäßigten Preisen ausgegeben, welche nach Wahl der Reisenden aus den losen Strecken-Coupons zusammengestellt werden.

Die kombinirbaren Billets werden nur für solche Reisen verabfolgt, welche einschließlich der etwa mit einbezogenen Dampfschiffstrecken eine oder mehrere in sich geschlossene und zusammenhängende Rundreisen von zusammen mindestens 600 Kilometern bilden, wobei jedoch die Ausgangsstation vor Vollendung der Reise nicht wieder berührt werden darf. Es ist ferner zulässig, auch solche Touren zu kombiniren, bei welchen das Gebiet des Vereins Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen an einem Punkte verlassen und an einem anderen Punkte wieder betreten wird; Voraussetzung ist jedoch, daß die innerhalb des Vereinsgebietes zurückzulegenden Strecken zusammen immer noch mindestens 600 Kilometer umfassen. Die 35tägige Gültigkeitsdauer der Rundreisebillets wird hierdurch nicht verlängert. Gepäckfreigewicht wird nicht gewährt. Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte.

Das Hauptverzeichnis enthält die Preise der aufliegenden Strecken-Coupons, sowie die näheren Bedingungen für die Benützung der kombinirbaren Rundreisebillets. Die Verabfolgung kombinirbarer Rundreisebillets kann während der gewöhnlichen Billetaussgabegzeit

nicht verlangt, vielmehr bei den Ausgabestellen nur innerhalb der durch Anschlag am Schalter bekannt gemachten Geschäftsstunden beansprucht werden. Außerdem sind die Bestellungen am Orte der Ausgabestellen mindestens 6 Amtsstunden vor Abgang des betreffenden Zuges zu machen. Eine gleiche Frist muß auch bei Bestellungen von auswärts den Ausgabestellen stets gewahrt bleiben.

Nähere Auskunft ist bei sämtlichen diesseitigen Stationen zu erhalten. Bei denselben ist das oben erwähnte Hauptverzeichnis einzusehen oder zum Preise von 40 Pf. zu beziehen. Auch werden von diesen Stationen Bestellungen von kombinirbaren Rundreisebilletts entgegengenommen und wird der Bezug der Billets von den Ausgabestellen besorgt, so daß der Antritt der Reise nicht von letzteren aus zu erfolgen braucht.

Die Bestellungen sind schriftlich unter genauer Bezeichnung der einzelnen zu durchzufahrenden Strecken zu machen. Bestellformulare werden von allen Stationen unentgeltlich verabfolgt.

Bromberg, den 14. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag 14 zum Tarif für die directe Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Eisenbahn-Directionsbezirke Bromberg und Berlin vom 1. Mai 1880.

26. Am 1. Juni 1885 tritt zum Tarif für die directe Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Eisenbahn-Directionsbezirke Bromberg und Berlin vom 1. Mai 1880 der Nachtrag 14 in Kraft. Durch denselben werden die in den nachbezeichneten Tarifen für die directe Beförderung von Personen und Reisegepäck für den Verkehr zwischen Stationen der vorgenannten Eisenbahn-Directionsbezirke enthaltenen Sätze aufgehoben:

- a. zwischen Stationen der Berlin-Stettiner Eisenbahn einerseits und der Oberschlesischen Eisenbahn andererseits vom 1. April 1878;
- b. zwischen den Stationen Berlin und Thorn über Frankfurt a./O., Benschen-Posen vom 15. Mai 1878;
- c. zwischen Stationen der Oberschlesischen und Märkisch-Posener Eisenbahn vom 1. Mai 1878 und
- d. zwischen Stationen der Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn einerseits und der Oberschlesischen und Königl. Ostbahn andererseits vom 1. Mai 1878.

Geringsfügige Erhöhungen bezw. Ermäßigungen einzelner Billetpreise und Gepäckfrachtsätze finden zufolge Berichtigung der Entfernungen bezw. anderweitiger Ab- und Rundung statt. Gleichzeitig tritt am 1. Juni d. J. bei denjenigen Retourbilletts, bei welchen die Kourierzüge der Strecken des Eisenbahn-Directionsbezirks Bromberg benutzt werden können, eine Erhöhung der Preise durch Erhebung der Schnellzugtaxen ein. Bis zum Definitivbrud des Nachtrags 14 ertheilt das Verkehrsbureau der unterzeichneten Direction, Abtheilung für Tariffachen, Auskunft.

Bromberg, den 15. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Transportbegünstigung für Ausstellungsgegenstände.

27. Für diejenigen Gegenstände, welche auf der vom 6. April bis 31. Mai d. J. in Glatz stattfindenden landwirthschaftlichen Ausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Königl. Eisenbahn-Directionen Breslau, Berlin und Bromberg eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes für die Hinfahrt, bezw. des Duplikat-Transportscheines, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungs-Comités nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb acht Tagen nach Schluß der Ausstellung stattfindet.

Bromberg, den 17. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung.

die noch nicht zur Einlösung präsentirten Steuer-Credit- und unverzinslichen Kammer-Credit-Kassenscheine betreffend.

Nachdem die letzte Verloosung der Steuer-Credit-Kassenscheine bereits Michaelis 1873 stattgefunden und die Verzinsung schon mit dem Oftertermine 1874 angeführt hat, sind bis jetzt die nachfolgenden Steuer-Credit-Kassenscheine und unverzinslichen Kammer-Credit-Kassenscheine noch immer nicht zur Einlösung präsentirt:

A. Steuer-Credit-Kassenscheine.

I. Vom Jahre 1764.

Lit. A. à 1000 Thlr. N^o 5557.

Lit. D. à 100 Thlr. N^o 864, 1941, 2055, 2206, 3616.

II. Vom Jahre 1836.

Lit. A. à 1000 Thlr. N^o 144.

B. Unverzinsliche Kammer-Credit-Kassenscheine.

Lit. E. à 43 Thlr. N^o 1110, 2649, 3675, 6186.

6495, 8102, 8179, 8231, 8649, 8745, 9175, 9508, 9908, 10144, 10362, 10364, 10534, 10540, 10867, 11577, 11704, 12260, 12691, 13234, 13678, 13727, 14516, 14657.

Lit. E. à 45 Thlr. N^o 828, 1474, 1912, 2245.

5497, 6944, 8180, 8203, 8512, 8577, 8586, 8612, 8663, 8724, 8899, 8900, 8901, 9298, 9336, 9342, 9443, 9471, 9927, 10387, 10568, 10801, 10809, 11291, 11542, 11593, 11629, 12192, 12301, 12602, 12603.

Lit. E. à 47 Thlr. N^o 283, 1581, 1653, 2853.

4850, 4852, 6255, 6533, 7933, 8093, 8101, 8563, 8608, 8630, 8697, 8717, 8753, 9187, 9299, 9489, 9941, 10100, 10479, 10563, 10624, 10742, 10906, 12482, 14412, 14483, 14601, 14652.

Lit. E. à 49 Thlr. N^o 272, 1240, 1725, 3242.

3244, 3782, 4100, 4390, 5357, 5599, 5600, 5685, 6160, 6161, 6333, 6899, 8216, 8447, 8457, 8473, 8686, 9041, 9259, 9439, 9451, 10235, 10343, 11417, 12385, 12515, 14289, 14702.



Die Besitzer dieser Scheine werden an die baldige Abhebung dieser Kapitalbeträge erinnert. Die Abhebung erfolgt bei der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse gegen Quittung, zu welchen Formulare von der genannten

Kasse unentgeltlich verabfolgt werden und gegen Rückgabe der Scheine.

Merseburg, den 7. April 1885.

Der Königl. Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

6. Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit dem § 25 Absatz 1 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkgrenzen pro 1. Viertelsjahr 1885.

| Bezeichnung des | | |
|--|--|--|
| in Betracht kommenden Grundstücks. | bisherigen | künftigen |
| | Gemeinde- resp. Gutsbezirks. | |
| Die zwischen der Berlin-Börliger Eisenbahn und der Berlin-Coepenicker Chaussee belegene, zum Jagd 137 der Königl. Oberförsterei Coepenick gehörige, Seitens des Fabrikbesizers Dr. Hugo Kunheim zu Berlin von dem Forstfiskus käuflich erworbene Fläche von 3,93 ha. | Gutsbezirk
Coepenicker Forst,
Teltower Anteil. | Gemeindebezirk
Nieder-Schönweide. |
| Eine 1,56 a große Parzelle der domainenfiskalischen Dorf-
aue zu Rudow, welche der Rostäth Karl Friedrich Julius
Schulze zu Rudow von dem Domainenfiskus käuflich erwor-
ben hat. | Kommunalfrei. | Gemeindebezirk
Rudow. |
| Die Seitens des Tischlermeisters Hermann Pant zu
Königs-Wusterhausen von dem Königl. Hausbesitzkommis-
sion käuflich erworbene, hinter dem Pant'schen Gehöfte zu Königs-
Wusterhausen belegene, 7 a 47 qm große Parzelle. | Gutsbezirk
Königs-Wusterhausen
(Amt). | Gemeindebezirk
Königs-Wusterhausen. |
| Eine 1,04 a große Parzelle der domainenfiskalischen Dorf-
straße zu Groß-Schulzendorf, welche der Schmiedemeister Fried-
rich Samelky zu Groß-Schulzendorf von dem Domainen-
fiskus käuflich erworben hat. | Kommunalfrei. | Gemeindebezirk
Groß-Schulzendorf. |

Berlin, den 9. April 1885.

Namens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow.

Der Königl. Landrath. J. B.: Stubenrauch, Regierungs-Assessor.

Personal-Chronik.

Im Kreise Westhavelland ist an Stelle des ver-
storbenen Majors von Bredow auf Stechow der bis-
herige Stellvertreter, Rittmeister der Landwehrcavallerie
von Stechow auf Rogen, und an dessen Stelle der
Major a. D. von Knoblauch auf Fercheshar bezw.
zum Amtsvorsteher und Amtsvorsteher-Stellvertreter für
den Bezirk VIII. Stechow ernannt worden.

Die Försterstelle zu Sarnow in der Oberförsterei
Neuholland ist vom 1. Juli d. J. ab dem Förster
Seydlitz in Colpin übertragen worden.

Die Försterstelle Bismarck in der Oberförsterei
Liebenwalde ist dem versorgungsberechtigten Oberförster
Richard Winkler, zur Zeit Forstkaufmann in der Ober-
försterei Zinna, unter Ernennung zum Königl. Förster,
vom 1. Mai d. J. ab übertragen worden.

Der Schleusenbedient Wilhelm Puhlmann ist
zum stellvertretenden Schleusenmeister an der Schleuse
zu Woltersdorf verpflichtet und ihm die Erlaubniß
erteilt worden, das Dienstabzeichen des Schleusenmeisters
zu tragen.

Der bisherige Pfarrer zu Lähnitz, Diözese Belgig,
Carl Daniel Pfeiffer ist zum Diaconus an der St.
Gothardt-Kirche zu Brandenburg a./H. und Pfarrer

bei den Evangelischen Gemeinden zu Brielow und
Radewege, Diözese Altstadt-Brandenburg, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Stolpe, Diözese Anger-
münde, Theodor Heinrich Lüders, ist zum Pfarrer bei
den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Gohnow,
Diözese Eberswalde, bestellt worden.

Der bisherige Diaconus an der St. Gotthardt-
Kirche zu Brandenburg a./H. Johannes Oskar Müller
ist zum Archidiaconus an derselben Kirche und Pfarrer
bei den Evangelischen Gemeinden zu Brielow und Ra-
dewege, Diözese Altstadt-Brandenburg, bestellt worden.

Die unter Königlichem Patronat stehende Pfarr-
stelle zu Frankensöhre, Diözese Ludenwalde, kommt
durch die Versetzung des Pfarrers Wagner zum
1. Juni d. J. zur Erledigung. Die Wiederbesetzung
der Stelle erfolgt im vorliegenden Falle durch das
Kirchenregiment.

Die unter Königl. Patronat stehende Pfarrstelle zu
Körzig, Diözese Wusterhausen, kommt durch die nach
neuem Rechte erfolgende Emeritierung ihres bis-
herigen Inhabers, des Pfarrers Gehardt, zum
1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch
Gemeindevahl nach Maßgabe der Vorschriften.

nung vom 2. Dezember 1874 (Ges.-Samml. de 1874 Nr. 28 S. 355).

Die Schulamtskandidaten Sündermann, Ball, Schmalz und Dr. Koch sind als ordentliche Lehrer und Adjunkten an dem Joachimsthalschen Gymnasium zu D.-Wilmerdorf bei Berlin angestellt worden.

An dem mit der Augusta-Schule verbundenen Königlichen Lehrerinnen-Seminar zu Berlin ist der bisherige ordentliche Lehrer Dr. Saure zum Ersten Lehrer befördert und die Lehrerin Waegoldt als ordentliche Lehrerin angestellt worden.

Der Dr. Otto Hempel ist als Rector an dem Progymnasium in Gr. Lichterfelde bei Berlin angestellt worden.

Der Gemeindefchullehrer Julius Folz ist als Gemeindefchul-Rector in Berlin angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dr. Lütke ist als ordentlicher Lehrer an dem städtischen Progymnasium zu Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirk des Kammergerichts im Monat März 1885.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt ist: der Landgerichtsrath Broicher aus Bonn zum Kammergerichtsrath. Versetzt ist: der Landgerichtsrath Zachariae in Bromberg an das Landgericht Berlin I. Pensionirt ist: der Kammergerichtsrath von Windheim.

II. Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die bisherigen Referendare Jaehne, Hintelen, Laue, Schmiele, Bengel, Schmilinsky, Bohm, Dr. Kürwiz, Dr. Kunkel, Schreyer, Landsberg, Nibel, Fritzsche, Ganz, Lenke und Dr. Albrecht. Entlassen sind: Kaehler und Hartmann behufs Uebernahme in die Verwaltung der indirekten Steuern.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Zugelassen sind zur Rechtsanwaltschaft: die Gerichtsassessoren Henschke bei dem Kammergerichte, Dr. Sally Friedländer, Wasserfall und Lustig bei dem Landgerichte Berlin I. und Ludwig Koehler bei dem Amtsgerichte zu Driesen und dem Landgerichte zu Landsberg a./B. Der Justizrath Andrießen zu

Labes ist in seiner Eigenschaft als Notar in den Kammergerichtsbezirk mit Anweisung seines Wohnsitzes in Spandau versetzt. Gelöscht ist in der Liste der Rechtsanwälte bei dem Kammergerichte der Justizrath Caspar. Gestorben ist der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Oberbeck zu Potsdam.

IV. Referendare.

Ernannt sind zu Referendaren die bisherigen Rechtskandidaten Franc, Stutte, von Loeper, Meyer, Engelhard, Jöschmann, Prinz von Schönau, Carolath und Dressel. Versetzt ist: von der Heyden-Rynsch in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Naumburg a/S. Entlassen sind: Bernhard von Puttkamer, von Thiele-Windler, Otto Schulze und Heggemann behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst, Reiken behufs Uebertritts in den elsass-lothringischen Justizdienst und Schenke, Hengstenberg und von Hanseemann auf ihren Antrag. Gestorben ist: Eugen Jordan.

V. Subalternbeamte.

Versetzt ist der Gerichtsschreiber Lengin-Aachen als Sekretär an die Staatsanwaltschaft Berlin I. Pensionirt sind: der Gerichtsschreiber, Kanzleirath Schreiber zu Beeskow, der etatsmäßige Gerichtsschreiber-Gehülfe Braag zu Eberswalde und der etatsmäßige Gerichtsvollzieher Plath bei dem Amtsgerichte Berlin I. Entlassen ist der Gerichtsschreiber Witt bei dem Amtsgerichte Berlin I. behufs Uebertritts zur Verwaltung der Staatsschulden. Gestorben sind: der Rechnungs-Revisor Rechnungsrath Lahn bei dem Landgerichte in Potsdam und der Gerichtsschreiber Wielig bei dem Amtsgerichte in Charlottenburg.

Personal-Veränderungen beim Königl. Oberbergamt zu Halle im 1. Vierteljahre 1885.

Der Oberberggrath Eskens versieht seit 1. Februar d. J. austragsweise die Geschäfte eines rechtskundigen vortragenden Raths in der Abtheilung für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, dem 2. Justitiar beim Oberbergamt, Kreisrichter a. D. und Privatdocent Dr. jur. Arndt ist der Charakter als Berggrath verliehen.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Rang. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|--|---|--|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1 | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Samuel Ejeschlaf
(Symul Abraham
Ejeslaf)
alias Epstein,
Bäckergehülfe, | geboren am 1. März
1860 zu Kutno, Gou-
vernement Warschau,
Russisch-Polen, eben-
tasselbst ortsangehörig, | Diebstahl im Rückfall und
Hehlerei (3 Jahre Zucht-
haus laut Erkenntnisse
vom 5. und 19. April
1882 und vom 16. August
1883), | Königlich Preussische
Regierung zu Posen, | 26. März
1885. |

| 1.
Rangf. Nr. | Name und Stand

des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|--|---|--------------------------------------|---|--|
| 2. | | 3. | 4. | 5. | 6. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Franziska Rutkowska,
verwitwete Arbeiterin, | ca. 66 Jahre, geboren
und ortsangehörig in
Pionno, Kreis Rypin,
Russisch-Polen, zuletzt
wohnhaft in Hofleben,
Kreis Thorn, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Marienwerder, | 9. Februar
1885. |
| 2 | Peter Bepirius
recte Vincenz
Melonies, Arbeiter, | geboren im Sommer
1847 in Wiskowischken
oder Buderzede bei
Wiskowischken, Rus-
sisch-Polen, | desgleichen. | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Gumbinnen, | 4. Februar
1885. |
| 3 | Josef Cernohorsky,
Schuhmachergeselle, | geboren am 28. März
1858 zu Neu-König-
grätz, Böhmen, eben-
daselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Potsdam, | 21. März
1885. |
| 4 | Anton Snaschil,
Schuhmacher, | geboren am 12. Juni
1845 zu Blanda, Be-
zirk Schönberg, Mäh-
ren, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 12. Februar
1885. |
| 5 | Vincenz Profsch,
Schneider, | geboren am 5. April
1855 zu Schildberg,
Bezirk Hohenstadt,
Mähren, ebendasselbst
ortsangehörig, wohn-
haft zuletzt in Schweid-
nitz, Regierungsbezirk
Breslau, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | derselbe, | 27. Februar
1885. |
| 6 | Franz Vogel,
Tagelöhner, | geboren am 27. Fe-
bruar 1847 zu Ober-
Ullersdorf, Bezirk
Senftenberg, Böhmen,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 18. März
1885. |
| 7 | Wilhelm Socha,
Bäckergeselle, | 32 Jahre, geboren zu
Stramberg, Bezirk
Neutitschein, Mähren, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 18. Februar
1885. |
| 8 | Liebe Ruß,
Arbeiterfrau, | ca. 50 Jahre, geboren
und ortsangehörig in
Bendzin, Russisch-
Polen, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 7. März
1885. |
| 9 | Eßer Weige, Wittwe, | ca. 70 Jahre, geboren
und ortsangehörig in
Bendzin, Russisch-
Polen, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 10 | Heimann Nerberg,
ohne Stand, | ca. 60 Jahre, geboren
und ortsangehörig in
Dawicim, Galizien, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 11 | Johann Praesenz
(Praesenz), Weber, | geboren am 16. April
1838 zu Kömerstadt,
Mähren, | desgleichen, | derselbe, | 10. März
1885. |

| 1.
Rang. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------|--|--|---|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| 12 | Armand Eugen
Dantine (Dantin),
Schlossergeselle, | geboren am 28. Oktober
1850 zu Bialystok,
Gouvernement Grod-
no, Rußland, | Diebstahl und Betteln im
wiederholten Rückfall, | Königlich Preussische
Landdrostei Lüne-
burg, | 2. Februar
1885. |
| 13 | Jakob Scheublin,
Posamentier, | geboren am 23. März
1863 zu Bennwil,
Kanton Basel, Schweiz,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung zu Düsseldorf, | 28. Februar
1885. |
| 14 | Franz Rehacek,
Goldarbeiter, | geboren 1856 zu Tur-
nau, Böhmen, eben-
daselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Burg-
lengenfeld, | 7. März
1885. |
| 15 | Adolf Franz Döhnel,
Schuhmachergeselle, | geboren am 10. De-
zember 1863 zu Ober-
leutensdorf, Bezirk
Brüx, Böhmen, eben-
daselbst ortsangehörig, | Fausfriedensbruch, Land-
streichen, Betteln und
Gebrauch falscher Legi-
timationspapiere und
falschen Namens, | Königlich Sächsische
Kreishauptmann-
schaft Zwickau, | 4. Februar
1885. |
| 16 | Valentin Rupallek,
Tagelöhner, | geboren am 14. Fe-
bruar 1867 zu Avenay,
Arrondissement Calva-
dos, Frankreich, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Großherzoglich Ba-
discher Landeskomis-
sär zu Karlsruhe, | 19. März
1885. |
| 17 | August Douell,
Uhrenvergoldner, | geboren am 7. Mai
1844 zu Congenay,
Kanton Bern, Schweiz, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 20. Februar
1885. |
| 18 | Franz Josef Goetz,
Bäcker, | geboren am 27. Mai
1861 zu Gempen,
Kanton Solothurn,
Schweiz, | Landstreichen und grober
Unfug, | derselbe, | 20. Februar
1885. |
| 19 | Franz Nowak,
Maschinenschlosser, | geboren am 8. April
1843 zu Freiberg,
Mähren, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungs-Präsi-
dent zu Frankfurt
a./D., | 17. März
1885. |
| 20 | Johann Poppe,
Schuhmachergeselle, | geboren am 26. Oktober
1851 zu Hosenplog,
Bezirk Jägerndorf,
Oesterreich.-Schlesien,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | desgleichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 12. März
1885. |
| 21 | Johann Siegel,
Tagelöhner, | geboren am 31. De-
zember 1856 zu Ober-
Grund, Bezirk Zud-
mantel, Oesterreichisch-
Schlesien, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | derselbe, | 13. März
1885. |
| 21 | Mois Skuhersky,
Gerbergeselle, | geboren am 3. Januar
1823 zu Opocno, Be-
zirk Königgrätz, Böh-
men, ebendaselbst orts-
angehörig, wohnhaft
zulezt in Striegau,
Schlesien | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 23. März
1885. |

| Auf. Nr.
1. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|----------------|--|--|---|--|--|
| | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 22 | Anton Heinsch,
Arbeiter, | geboren im August 1836
zu Rothfuß, Bezirk
Senftenberg, Böhmen,
ortsangehörig in Ober-
Möhrau, ebendasselbst,
wohnhast zuletzt in
Möhen, Kreis Reife, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 25. März
1885. |
| 23 | Conrad Neuweiler,
Maler, | 40 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Tae-
gerweiler, Bezirk Kreuz-
lingen, Kanton Thurgau,
Schweiz, | desgleichen, | Königlich Preussische
Regierung zu
Coblenz, | 17. Januar
1885. |
| 24 | Heinrich Emil
Wysling, Bäcker, | geboren am 26. Oktober
1853 zu Staefa, Kan-
ton Zürich, Schweiz,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen, | dieselbe Behörde, | 26. Februar
1885. |
| 25 | Franz Pöffler,
Luchmacher, | geboren am 18. August
1861 zu Habendorf,
Bezirk Reichenberg,
Böhmen, ortsange-
hörig in Altpaulsdorf,
ebendasselbst, | Körperverletzung, Be-
drohung, Landstreichen
und Betteln, | Königlich Sächsischer
Kreisshauptmann-
schaft Baugen, | 20. August
1884. |
| 26 | Wilhelm Konrad,
Handarbeiter, | geboren 1852 zu Peters-
wald, Bezirk Auffsig,
Böhmen, ortsange-
hörig in Neßchwitz,
Bezirk Tetschen, eben-
dasselbst, | Landstreichen und Betteln, | dieselbe Behörde, | 14. Februar
1885. |
| 27 | Franz Fürst, Radirer, | geboren am 23. Mai
1860 zu Reichenberg,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | dieselbe Behörde, | 23. Februar
1885. |
| 28 | Franz Ferl,
Steindrucker, | geboren am 21. De-
zember 1856 zu Lem-
berg, Galizien, eben-
dasselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Großherzoglich Ba-
discher Landeskom-
missär zu Karlsruhe, | 11. März
1885. |
| 29 | Johann Baptist
Durain,
Marmorpolierer, | geboren am 2. August
1830 zu Combrimont,
Frankreich, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg, | 19. März
1885. |
| 30 | Johann Jakob Berger,
Koch, | geboren am 25. Juni
1847 zu Basel,
Schweiz, ortsange-
hörig in Arlesheim,
Kanton Baselland,
ebendasselbst, | Betrug u. Landstreichen, | derselbe, | 22. März
1885. |
| 31 | Johann Fürstel,
Weber, | geboren am 19. August
1832 zu Kersfeld,
Kanton Bensfeld, Unter-
Elßaß, durch Option
Franzose, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen, |

| Nr.
auf.
1. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------------|---------------------------------------|--|---|---|--|
| | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 32 | Emil Haefelfinger,
Tagner, | geboren am 24. Sep-
tember 1851 zu Niehen,
Kanton Basel, Schweiz,
ortsangehörig in Diet-
gen, Schweiz, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 14. Februar
1885. |
| 33 | Josef Anton Stöckly,
Küfer, | geboren am 6. De-
zember 1823 zu Aesch,
Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 34 | Paul Baumann,
Tagner und Melker, | geboren 1847 zu Luzern,
Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | 2. März
1885. |
| 35 | Johann Baptist
Boisard, Uhrmacher, | geboren am 28. März
1846 zu Vois, Kanton
Bern, Schweiz, orts-
angehörig in Besançon,
Frankreich, | Landstreichen und Fäl-
schung seines Arbeits-
buches, | derselbe, | 16. März
1885. |
| 36 | Eugen Saunier,
Tagner, | geboren am 6. De-
zember 1866 zu Pont-
à-Mousson, Frankreich,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 19. März
1885. |
| 37 | Johann Birrer,
Mellertnecht, | geboren am 24. Juni
1844 zu Basel,
Schweiz, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Unfug, | derselbe, | desgleichen, |
| 38 | Josef Aubry,
Weber, | geboren am 24. April
1843 zu Nancy, Frank-
reich, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen, | derselbe, | 21. März
1885. |

Vermischte Nachrichten.

Communalbezirks-Veränderung.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 25. März d. J. die Forstreviere Biesenthal und Eberswalde im Kreise Oberbarnim, unter Auflösung des fiskalischen Gutsbezirks „Biesenthaler Forst“, zu zwei selbstständigen Gutsbezirken zu erklären geruht, was hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.

Potsdam, den 17. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Canalsperre.

Wegen Umbaus der Schleusen zu Niegripp, Zbleburg und Vergzow wird die Canalsstraße Niegripp, Vergzow des Plauer Kanals vom 15. August d. J. bis 15. Mai l. J. für den Schiffsverkehr gesperrt und haben die betreffenden Fahrzeuge während dieser Zeit ihren Weg über Parey durch den „schmalen Graben“ zu nehmen. Ueber die Regelung des Verkehrs auf dieser Strecke wird seiner Zeit eine besondere Verord-
nung erlassen werden.

Magdeburg, den 10. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

(Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (C. Hahn, Hof-Buchdrucker).



Amtsblatt

der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 18.

Den 1. Mai

1885.

Fünftehnter Nachtrag zu dem Revidirten Reglement für die Land-
Feuersozietät der Kurmark Brandenburg und der Niederlausitz
vom 15. Januar 1855

Auf den Bericht vom 18. März d. J. will Ich
dem anliegenden, in Folge der Beschlüsse des 57. Kom-
munallandtages der Kurmark aufgestellten Fünftehnten
Nachtrag zu dem Revidirten Reglement für die Land-
Feuersozietät der Kurmark Brandenburg und der Nieder-
lausitz vom 15. Januar 1855 hierdurch Meine Geneh-
migung ertheilen.

Berlin, den 25. März 1885.

(gez.) Wilhelm.

(885.) von Puttkamer.

An den Minister des Innern.
ad I. A. 2476.

XV. Nachtrag

zu dem Revidirten Reglement der Land-Feuersozietät
für die Kurmark Brandenburg (mit Ausschluß der Alt-
mark), für das Markgraftenthum Niederlausitz und die
Distrikte Jüterbog und Belgig vom 15. Januar 1855
(G.-S. S. 73).

Vergl. Allerh. Erlaß v. 18. Juli 1856 (G.-S. S. 722).

= " " " 13. Februar 1865 (G.-S. S. 94).

= " " " 24. Mai 1869 (G.-S. S. 774).

= " " " 6. Juli 1870 (G.-S. S. 438).

= " " " 20. März 1874 — Amtsbl. d. Reg.

zu Potsdam vom 24. April 1874.
zu Frankfurt a./D. vom 22.

Vergl. Allerh. Erlaß v. 5. März 1875 — Amtsbl. d. Reg.

zu Potsdam vom 2. April 1875.
zu Frankfurt a./D. vom 7.

Vergl. Allerh. Erlaß v. 10. April 1876 — Amtsbl. d. Reg.

zu Potsdam vom 26. Mai 1876.
zu Frankfurt a./D. vom 17.

Vergl. Allerh. Erlaß v. 9. April 1877 — Amtsbl. d. Reg.

zu Potsdam vom 11. Mai 1877.
zu Frankfurt a./D. vom 9.

Vergl. Allerh. Erlaß v. 6. Mai 1878 — Amtsbl. d. Reg.

zu Potsdam vom 31. Mai 1878.
zu Frankfurt a./D. vom 5. Juni

Vergl. Allerh. Erlaß v. 21. Juli 1879 — Amtsbl. d. Reg.

zu Potsdam vom 29. August 1879.
zu Frankfurt a./D. vom 27.

Vergl. Allerh. Erlaß v. 19. März 1880 — Amtsbl. d. Reg.

zu Potsdam vom 23. April 1880.
zu Frankfurt a./D. vom 5. Mai

Vergl. Allerh. Erlaß v. 5. April 1882 — Amtsbl. d. Reg.

zu Potsdam vom 5. Mai 1882.
zu Frankfurt a./D. vom 3.

Vergl. Allerh. Erlaß v. 23. April 1883 — Amtsbl. d. Reg.

zu Potsdam vom 25. Mai 1883.
zu Frankfurt a./D. vom 23.

Die §§ 62 und 71 lauten fortan, wie folgt:

§ 62. Die Geschäftsführung der Sozietät beruht
auf einer Zeiteintheilung in Semester und sechsjährige
Versicherungsperioden. Die reglementsmäßigen Termine
für den Eintritt in die Sozietät und eine nach § 59
zulässige Erhöhung der bestehenden Versicherung sind der
Tagesbeginn des 1. Januar und des 1. Juli eines
jeden Jahres. Wer von diesem Termine ab der
Sozietät beitreten oder eine Versicherung erhöhen will,
muß dies bei der Ortspolizeibehörde so zeitig anzeigen,
daß der Versicherungsantrag (§ 53) spätestens am
1. November oder 1. Mai in die Hände des Kreis-
Direktors gelangt.

Wer in die Sozietät neu eintritt, ist verpflichtet,
derselben ein volles Serennium anzugehören; wer im
Laufe seines Serenniums

- a. seine Versicherung ändern läßt,
- b. ganz oder theilweise entschädigt wird,
- c. eine bauliche Beihilfe oder Unterstützung von
der Sozietät erhält,

muß von Anfang des darauf folgenden Semesters ab
auf ein neues Serennium mit der genommenen Ver-
sicherung Mitglied der Sozietät bleiben.

Für bestehende Versicherungen beginnt das erste
Serennium erst mit Ablauf des dem Inkrafttreten des
Nachtrages folgenden Semesters.

§ 71. Wer aus der Sozietät ausscheiden will,
kann das durch eine zwei Monate vor Beginn des
Semesters, mit welchem seine sechsjährige Mitgliedschaft
abläuft, also bis spätestens 1. November oder 1. Mai
desselben, bei dem Kreis-Feuersozietäts-Direktor schriftlich
anzubringende Kündigung bewirken. Geschieht die Kän-
digung nicht rechtzeitig, so gilt die Versicherung als
auf ein neues Serennium eingegangen, bezüglich pro-
longirt. Wer eine genommene Versicherung ermäßigen
oder wegen einer in der Bauart oder Bestimmung eines
Gebäudes vorgenommenen Veränderung dasselbe in eine
bessere Klasse versetzt wissen will, kann dies nur zwei-
mal im Jahre, nämlich mit dem Tagesbeginn des
1. Januar oder des 1. Juli, unter den im § 62 (Nach-
trag) vorbezeichneten Folgen, bewirken und muß zwei-

Monate vorher, also spätestens am 1. November oder 1. Mai bei dem Kreisdirector darauf antragen.

Bekanntmachungen der Kgl. Ministerien.

Bekanntmachung,

den Ankauf von Remonten pro 1885 betreffend.
Regierungsbezirk Potsdam.

7. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, **Morgens 8 Uhr** beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

| | |
|-----------|--------------------|
| am 7. Mai | Briesen a./Oder, |
| 12. " | Beeskow, |
| 22. " | Jüterbog, |
| 23. " | Oranienburg, |
| 27. " | Nauen, |
| 28. " | Neustadt a./Dosse, |
| 29. " | Rathenow, |
| 2. Juni | Wiltsdorf, |
| 20. Juli | Angermünde, |
| 4. August | Strasburg in/Udr., |
| 5. " | Prenzlau, |
| 6. " | Templin, |
| 18. " | Meppen in/Priegn., |
| 19. " | Wittstock, |
| 21. " | Prigwitz, |
| 22. " | Perleberg, |
| 24. " | Lenzen a. d. Elbe, |
| 25. " | Havelberg, |
| 26. " | Kyritz, |
| 27. " | Neu-Müppin, |
| 28. " | Linow. |

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt. Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenleger (Kopper), welche sich innerhalb der ersten 28 Tage nach dem Eintreffen in den Depots als solche zeigen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht gehörig legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind ferner verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhalter von Leder oder Hans mit 2 mindestens 2 Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, ist es erwünscht, daß die Deckheine möglichst mitgebracht werden. Auch werden die Verkäufer ersucht die Schweife der Pferde nicht zu coupiren, oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 8. März 1885.

Kriegs-Ministerium,

Abtheilung für das Remonte-Wesen.

geh. Frhr. v. Troschke. Graf v. Klinkowstroem.

Die Kündigung der zur Baarzahlung angemeldeten Schuldverschreibungen der 4½ prozentigen konsolidirten Staatsanleihe.

8. Diejenigen Schuldverschreibungen der 4½ prozentigen konsolidirten Staatsanleihe, welche zufolge meiner Bekanntmachung vom 8. März d. J. (Staatsanzeiger Nr. 58) binnen der dort bezeichneten Präklusivfrist mit dem Antrage auf Baarzahlung des Kapitalbetrages eingereicht worden sind, werden auf Grund des § 1 des Gesetzes, betreffend die Kündigung und Umwandlung der 4½ prozentigen konsolidirten Staatsanleihe, vom 4. März d. J. (Ges.-S. 55) zur Einlösung durch Baarzahlung des Nominalbetrages am 1. August d. J. hierdurch gekündigt.

Die durch diese Schuldverschreibungen verbrieften Kapitalbeträge können vom 1. August d. J. ab täglich, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der Kassarevisionstage, von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags bei der Staatsschulden-Zilgungskasse hieselbst, Taubenstraße Nr. 29, gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibung baar in Empfang genommen werden. Die Schuldverschreibungen müssen mit den vom 1. April d. J. ab laufenden Zinscheinen (Reihe IV. Nr. 7 und 8) und den Zinschein-Anweisungen (Talons) versehen sein, und werden den Inhabern für die Monate April bis einschließlich Juli neben dem Kapitalbetrage Stückzinsen gezahlt. Der Gelbbetrag etwa fehlender Zinscheine wird von dem Betrage der zu leistenden Zahlung gekürzt.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen kann auch bei den Königl. Regierungs- und Bezirks-Hauptkassen, sowie bei der Königl. Kreiskasse in Frankfurt a./M. bewirkt werden. Zu diesem Zweck sind die Schuldverschreibungen nebst Zinscheinen und Zinschein-Anweisungen einer dieser Kassen einzureichen, welche sie der Staatsschulden-Zilgungskasse zur Prüfung vorzulegen und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung zu besorgen hat.

Uebrigens können die gekündigten Schuldverschreibungen auch schon vor Ablauf der Kündigungsfrist von den bezeichneten Kassen in der angegebenen Weise eingelöst werden; in diesem Falle werden Stückzinsen nicht für die Zeit vom 1. April bis zum 1. August d. J. sondern nur bis zum Tage der Einlösung gezahlt.

Berlin, den 18. April 1885.

Der Finanz-Minister von Scholz.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Verlosung landwirthschaftlicher und gewerblicher Gegenstände a. Zerbst.

113. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 1. d. M. dem landwirthschaftlichen Vereine zu Zerbst die Erlaubniß zu ertheilen geruht, zu der mit Genehmigung der Herzoglichen Landesregierung im Monat August d. J. von ihm zu veranstaltender öffentlicher Verlosung landwirthschaftlicher und gewerblicher Gegenstände auch im diesseitigen Staatsgebiete und zwar in den Regierungsbezirken Magdeburg und Potsdam Loose zu vertreiben.

Indem ich dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringe, weise ich die Polizeibehörden zugleich an, dafür Sorge zu tragen, daß der Vertrieb der Loose nicht beeinträchtigt werde. Potsdam, den 22. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung von Pferden etc. in Berlin.

116. Der Herr Minister des Innern hat unterm 17. d. M. dem Comité der großen Berliner Pferde-Ausstellung die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit der diesjährigen Ausstellung eine einmalige Verloosung von Pferden, Equipagen, Reit- und Fahrrequisiten, zu welcher 100000 Loose à 3 M. ausgegeben werden dürfen, zu veranstalten und die betreffenden Loose in dem ganzen Bereiche der Monarchie abzugeben.

Potsdam und Berlin, den 23. April 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Polizeiverordnung.

betreffend das Befahren der dem Regierungs-Präsidenten zu Potsdam unterstellten Wasserstraßen mit Frachtdampfschiffen und mit Dampfschleppzügen.

117. Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 138 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird im Anschluß an die Polizeiverordnung, betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen der Vorschriften über die Benutzung der Wasserstraßen zur Dampf- und Dampfschleppschiffahrt, vom 2. Mai 1878 (Amtsblatt 1878 Seite 148) unter Zustimmung des Bezirksausschusses folgendes verordnet:

§ 1. Mit Frachtdampfschiffen ohne Anhang dürfen nur folgende Wasserstraßen und die mit ihnen in unmittelbarer schiffbarer Verbindung stehenden Seen:

- a. die Havel,
 - b. die Spree,
 - c. die Dahme,
 - d. die Rüdersdorfer Gewässer,
 - e. die direkte Wasserstraße Sakrow-Pareß,
 - f. die Wasserstraße des Rhins, des Ruppiner Kanals und der Dranienburger Havel von dem Eintritt des Rhins in den Zermügelsee bis zur unteren Mündung des Dranienburger Kanals in die Havel,
 - g. die Hohensaaten-Spandauer Wasserstraße,
 - h. der Rheinsberger Kanal,
 - i. der Bockkanal,
 - k. der Werbellinkanal,
 - l. die alte Oder von der Dammbrücke bei Briezen bis zur Hohensaaten-Spandauer Wasserstraße,
 - m. die Wasserstraße Riewendtssee-Beegsee,
- befahren werden.

§ 2. Mit Dampfschleppzügen dürfen nur die in diesen Paragraphen 2 bezeichneten Wasserstraßen einschließlich der mit denselben in unmittelbarer schiffbarer Verbindung stehenden Seen befahren werden.

Die Zahl der Fahrzeuge, welche in einem Zuge geschleppt werden dürfen, ist folgende:

- 1) auf der Havel:
 - a. von der Spreemündung bis einschließlich dem Pichelsdorfer Gemeinde zu Berg 6 zu Thal 3,

b. von dem Pichelsdorfer Gemeinde bis zu den Brandenburger Schleusen 6,

c. von den Brandenburger Schleusen bis zur Elbe 4,

2) auf der Spree:

a. von einschließlich dem Damerigsee bis zur oberen Berliner Weichbildsgrenze 4,

b. von der Berlin-Charlottenburger Weichbildsgrenze bis zu den Charlottenburger Schleusen zu Berg 3 und zu Thal 2, jedoch mit der Einschränkung, daß auf der Strecke von diesen Schleusen bis 150 m oberhalb der Charlottenburger Eisenbahnbrücke keine Schleppzüge neu gebildet, sondern nur diejenigen Fahrzeuge, welche gleichzeitig mit dem Schleppdampfer geschleppt sind, und höchstens 3 Fahrzeuge, geschleppt werden dürfen,

c. von den Charlottenburger Schleusen bis zur Mündung in die Havel bis einschließlich den 31. Juli 1885 zu Berg 3 und zu Thal 2 und nachher zu Berg 6 und zu Thal 2,

3) auf der Dahme von dem Dorfe Bindow bis zur Mündung in die Spree 4,

4) auf der direkten Wasserstraße Sakrow-Pareß 6,

5) auf der Hohensaaten-Spandauer Wasserstraße:

a. von den Hohensaaten-Spandauer Schleusen bis einschließlich dem Pieper See 6,

b. vom Pieper See bis zur Seeartig verbreiterten Havelstrecke zwischen Hennigsdorf und Spandau 2,

c. auf der Seeartig verbreiterten Havelstrecke zwischen Hennigsdorf und Spandau 6,

6) auf der Havel und dem Bockkanal von der Dammbrücke in Zehdenick bis zum Finowkanal 2,

7) auf der alten Oder von der Briezener Dammbrücke bis zur Hohensaaten-Spandauer Wasserstraße 2,

8) auf dem Beegsee 6.

§ 3. Das Befestigen eines Fahrzeuges an der Seite des Schleppdampfers, das sogenannte Kuppeln ist nur auf

- a. den Seen der Oberspree und der Dahme,
- b. der Seeartig verbreiterten Havelstrecke zwischen Hennigsdorf und Spandau einschließlich des Tegeler Sees,
- c. den Seen der Havel zwischen Pichelswerder und Plaue,
- d. dem Beegsee

erlaubt.

§ 4. Flößholz darf nur auf der Wasserstraße zwischen den Hohensaaten-Spandauer Schleusen und dem Unterkanal der Pieper Schleusen geschleppt werden. Für dieses Holzschleppen sind die Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 21. März 1885 (Amtsblatt 1885 Seite 133/4) maßgebend.

§ 5. Die Königliche Wasserbauverwaltung darf zu ihren Zwecken sämtliche dem Regierungspräsidenten zu Potsdam unterstellten Wasserstraßen mit Dampfschiffen und Dampfschleppzügen jeder Art befahren und durch ihre Bauunternehmer befahren lassen.

Die zulässige Zahl der Anhänge und die zulässige

Länge der Holzzüge bestimmen in solchen Fällen die Wasserbauinspektoren unter Berücksichtigung der Beschaffenheit und Frequenz der von den Dampfschleppzügen zu benutzenden Wasserstraßen.

§ 6. Jedes Güterdampfboot und jeder Schleppdampfer muß an Mannschaft einen Steuermann (Schiffsführer), einen Maschinisten, einen Heizer und einen Mann zur Bedienung der Schiffsclode haben.

Der Regierungspräsident ist befugt, für sehr kleine Dampfboote eine geringere Mannschaft zu gestatten.

Jedes geschleppte Fahrzeug muß zwei erwachsene Personen als besondere Bedienungsmannschaft haben.

§ 7. Liegen Fahrzeuge oder Floßholz in den scharfen Krümmungen der Wasserstraße beziehentlich in den Schleusenkanälen, so muß der Führer des Schleppzuges zunächst anhalten und sich die Ueberzeugung verschaffen, ob mit sämtlichen anhängenden Fahrzeugen die Fahrt fortgesetzt werden kann. Wenn dies nicht ganz unbedenklich erscheint, sind die Anhänge einzeln durch die bewegten Passagen zu führen.

§ 8. Schleppzüge mit mehr als drei Anhängen, welche ganz oder theilweise nicht im Stande sind, die Eisenbahndrehbrücken bei geschlossener Drehbrücke zu passieren, müssen bei dem Durchfahren solcher Brücken sofort, wenn der Brückenvorwärter das Zeichen zum Schließen der Drehbrücke giebt, so getheilt oder so gestellt werden, daß sie das Schließen der Drehbrücke nicht hindern.

§ 9. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung werden mit einer Geldbuße von 3 bis 60 Mark oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 10. Folgende Polizeiverordnungen, betreffend die Dampfschleppschiffahrt auf der untern Spree, der untern Havel und der direkten Wasserstraße Sakrow-Pareß,

a. vom 4. April 1874 (Amtsblatt 1874 Seite 117),

b. vom 30. November 1882 (Amtsblatt 1882 Seite 505),

c. vom 16. April 1883 (Amtsblatt 1883 Seite 145) werden hiermit aufgehoben.

§ 11. Die über die Dampfschiffahrt und Dampfschleppschiffahrt erlassenen Polizeiverordnungen bleiben, soweit sie nicht aufgehoben sind oder mit den Bestimmungen dieser Verordnung in Widerspruch stehen, hier in Anwendung.

Potsdam, den 31. März 1885.

Der Regierungspräsident.

General-Konsulat für Honduras betreffend.

119. Der bisherige Konsul des Freistaates Honduras in Berlin, Kaufmann E. W. Schiersmann ist zum General-Konsul von Honduras für Deutschland mit dem Amtesitze in Berlin ernannt worden.

Potsdam, den 25. April 1885.

Der Regierungspräsident.

Viehseuchen.

120. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Ritterguts zu Stolpe im Kreise Nieder-

barnim und des Bauergutsbesizers Falkenberg i Flatow im Kreise Osthavelland ist erloschen.

Potsdam, den 21. April 1885.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung

15.

L i s t e

der im Laufe des Etatsjahres 1884/85 der Kontrolle der Staat Variere als aufgerufen und gerichtlich für kraftlos erklärt und gewiesenen Staats- und Reichsschuldscheine.

I. Staatschuldscheine.

Lit. E. № 11339 über 200 Thlr.

| | | | | | |
|------|---|--------|---|-----|---|
| - E. | = | 18745 | = | 200 | = |
| - F. | = | 37471 | = | 100 | = |
| - F. | = | 38280 | = | 100 | = |
| - F. | = | 53797 | = | 100 | = |
| - F. | = | 70098 | = | 100 | = |
| - F. | = | 86935 | = | 100 | = |
| - F. | = | 90089 | = | 100 | = |
| - F. | = | 159287 | = | 100 | = |
| - F. | = | 160763 | = | 100 | = |
| - F. | = | 177994 | = | 100 | = |
| - F. | = | 179423 | = | 100 | = |
| - F. | = | 183618 | = | 100 | = |
| - F. | = | 202788 | = | 100 | = |
| - G. | = | 10012 | = | 50 | = |
| - G. | = | 16063 | = | 50 | = |
| - H. | = | 36995 | = | 25 | = |
| - H. | = | 52107 | = | 25 | = |
| - H. | = | 52318 | = | 25 | = |

II. Staatsanleihe von 1853.

Lit. D. № 1359 über 100 Thlr.

III. Staats-Prämienanleihe von 1855.

Ser. 1140 № 113999 über 100 Thlr.

IV. Normal Kurheftische Prämienanleihe von 1845.

Ser. 764 № 19100 über 40 Thlr.

| | | | | | | |
|--------|---|--------|---|----|---|-----------|
| - 3413 | = | 85306 | = | 20 | = | II. Abth. |
| - 3947 | = | 98657 | = | 20 | = | do. |
| - 4424 | = | 110585 | = | 40 | = | |

V. Normal Nassauische Prämienanleihe von 1837.

№ 493 über 25 Gld.

| | | | | |
|---|-------|---|----|---|
| = | 51913 | = | 25 | = |
| = | 51914 | = | 25 | = |
| = | 57230 | = | 25 | = |
| = | 62726 | = | 25 | = |

VI. Stammaktien der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

№ 1743 über 100 Thlr.

| | | | | |
|---|-------|---|-----|---|
| = | 8916 | = | 100 | = |
| = | 9440 | = | 100 | = |
| = | 24848 | = | 100 | = |
| = | 31784 | = | 100 | = |
| = | 47085 | = | 100 | = |
| = | 67033 | = | 100 | = |
| = | 67034 | = | 100 | = |
| = | 79761 | = | 100 | = |

**VII. Prioritätsaktien
der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.**

Ser. I. № 10116 über 100 Thlr.

- I. № 10117 = 100 "

**VIII. Prioritätsobligationen
der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.**

Ser. II. № 7054 über 50 Thlr.

- II. № 14271 = 50 "

**IX. Konsolidirte 4½ prozentige
Staatsanleihe.**

Lit. D. № 5330 über 200 Thlr.

- D. № 35367 = 200 "

- E. № 16615 = 100 "

- E. № 36417 = 100 "

- E. № 86397 = 100 "

- E. № 90037 = 100 "

- E. № 108864 = 100 "

- K. № 28718 = 500 Mark.

- K. № 28719 = 500 "

- L. № 4614 = 300 "

X. Konsolidirte 4 prozentige Staatsanleihe.

Lit. C. № 28516 über 1000 Mark.

- C. = 28517 = 1000 "

- C. = 28518 = 1000 "

- D. = 28487 = 500 "

XI. Reichsanleihe von 1877.

Lit. A. № 1212 über 5000 Mark.

- A. = 1213 = 5000 "

- A. = 1216 = 5000 "

- B. = 3524 = 2000 "

- C. = 3026 = 1000 "

XII. Reichsanleihe von 1878.

Lit. C. № 3678 über 1000 Mark.

- C. = 3679 = 1000 "

- C. = 3680 = 1000 "

- C. = 3681 = 1000 "

- C. = 3682 = 1000 "

- C. = 3683 = 1000 "

- C. = 3684 = 1000 "

- C. = 3685 = 1000 "

- C. = 3686 = 1000 "

- C. = 3687 = 1000 "

- C. = 3688 = 1000 "

- C. = 3689 = 1000 "

- C. = 3690 = 1000 "

- C. = 3691 = 1000 "

- C. = 3692 = 1000 "

- C. = 3693 = 1000 "

- C. = 5132 = 1000 "

- D. = 18943 = 500 "

XIII. Reichsanleihe von 1879.

Lit. C. № 11054 über 1000 Mark.

Berlin, den 4. April 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

* * *

Die vorstehende Liste wird nach Vorschrift des

§ 22 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (Gesetz-S. 157) zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 25. April 1885.

Königl. Regierung.

Kursus für Lehrer in der königlichen Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin.

16. Nachstehendes Ministerialrescript:

In der königlichen Turnlehrerbildungsanstalt hier selbst wird zu Anfang Oktober d. J. wiederum ein sechsmonatlicher Kursus zur Ausbildung von Turnlehrern eröffnet werden. Für den Eintritt in die Anstalt sind die Bestimmungen vom 6. Juni 1884 maßgebend.

Berlin, den 27. März 1885.

Ministerium der geistlichen,
Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage Barkhausen.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht mit dem Bemerken, daß die Gesuche um Zulassung zu diesem Kursus, wie bisher, durch die vorgesetzten Schulbehörden bis spätestens zum 15. Juli d. J. an uns einzureichen sind.

Direkt oder später eingehende Gesuche können keine Berücksichtigung finden.

Die vorgedachten Bestimmungen sind in unserm Amtsblatt de 1884 Seite 241/2 abgedruckt.

Potsdam, den 20. April 1885.

Königl. Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

**Bekanntmachungen des königlichen
Polizei-Präsidiums zu Berlin.**

Bestimmung.

Verbot der Annahme von Lehrlingen durch Perrückenmacher und Friseure, welche nicht der Innung angehören.

35. Ich bestimme hierdurch auf Grund des § 100e. Nr. 3 der Reichsgewerbe-Ordnung für den Bezirk der Perrückenmacher- und Friseur-Innung zu Berlin, daß Arbeitgeber, welche ein in dieser Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören,

vom 1. Juli dieses Jahres ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Berlin, den 20. April 1885.

Der Polizei-Präsident.

Beförderung von Auswanderern betreffend.

36. Die dem Auswanderungs-Unternehmer Friedrich Mattfeldt, hier selbst Platz vor dem Neuen Thore Nr. 1a. wohnhaft, unterm 20. Mai 1880 Seitens der königlichen Regierung zu Stettin ertheilte, diesseits auf das Kalenderjahr 1885 verlängerte Erlaubniss zur Beförderung von Auswanderern über Bremen bezw. Bremerhaven und Hamburg nach Amerika — mit Ausschluß von Brasilien und Venezuela — ist dahin ausgedehnt worden, daß Inhaber befugt ist, aus Deutschen Häfen auch Auswanderer nach Asien, Afrika und Australien zu befördern.

Berlin, den 17. April 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachung der Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Die Auslosung von Rentenbriefen betreffend.

1. Nach Vorschrift der §§ 39, 41, 46 und 47 des Gesetzes vom 2. März 1850 über die Errichtung von Rentenbanken (Gesetz-Sammlung 1850 Seite 119) wird **am 16. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr**, in unserem Geschäftsfokale, Klosterstraße 76 hiersebst, die halbjährliche Auslosung von Rentenbriefen, sowie die Vernichtung früher ausgeloster und eingelieferter Rentenbriefe nebst Coupons unter Zuziehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 21. April 1885.

Königl. Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

General-Commission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Betrifft die Wahl eines Kreisverordneten für den Kreis Angermünde.

2. In der am 13. Dezember v. J. stattgehabten Kreistagsitzung ist der Rittergutspächter Vosselmann zu Schöneberg zum Kreisverordneten für den Kreis Angermünde gewählt. Die Wahl ist bestätigt worden.

Frankfurt a. O., den 22. April 1885.

Königl. General-Commission

für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Personal-Chronik.

Im Kreise Niederbarnim ist der Gemeinde-Vorsteher Schrod zu Werder zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk X. Nefselde ernannt worden.

Im Kreise Templin sind an Stelle des Gutbesizers Gralow zu Bogelsang, welcher den Bezirk verlassen hat, und des schon seit längerer Zeit aus dem Amte ausgeschiedenen Rittergutbesizers Berger zu Alt-Placht der königliche Revierförster Koch zu Forsthaus Cappe und der Rittergutbesizer Graf Matuschka

von Toppolezau Freiherr von Spättingen zu Alt-Placht zu Amtsvorsteher-Stellvertretern bezw. für den Bezirk XV. Forsthaus Zehdenid und den Bezirk XXIII. Annenwalde ernannt worden.

Im Kreise Oberbarnim sind an Stelle des verstorbenen Rittergutbesizers Karbe zu Budow und des Amtsekretärs Schmidt zu Kerstenbruch, dessen Dienstzeit abgelaufen ist, der Oberinspektor, Premierlieutenant der Reserve Ad. Karbe zu Lichterfelde bezw. der Amtsekretär Brunkow zu Kerstenbruch zu Amtsvorsteher-Stellvertretern für die Bezirke bezw. VI. Lichterfelde und XXIV. Kerstenbruch ernannt worden.

Im Kreise Zauch-Belzig ist an Stelle des Kaufmanns Vossdorf zu Caputh, welcher das Amt niederzulegen beabsichtigt, der Hauptmann a. D. Behn baselbst zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk XVII. Caputh ernannt worden.

Bei der königl. Ministerial-Bau-Kommission in Berlin sind im Laufe des I. Kalender-Quartals d. J. die Bauführer: 1) Gustav Adolf Paul Rodstein, 2) Julius Eduard Alexander Rohde, 3) Franz Friedrich Carl Engelbrecht, 4) Louis Heinrich Gustav Werner, 5) Paul Friedrich Eifelen vereidigt worden.

An dem Humboldts-Gymnasium zu Berlin ist der ordentliche Lehrer Dr. Denticke zum Oberlehrer befördert und der Schulamtskandidat Dr. Mahlow als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Simon ist als ordentlicher Lehrer an dem Gymnasium zum grauen Kloster in Berlin angestellt worden.

Dem Küster, Organisten und 1. Lehrer Karl August Julius Nöhning zu Sieversdorf, Diözele Wusterhausen a. O. ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Der Gemeindefchullehrer Ziebarth I. ist als Gemeindefchul-Rektor in Berlin angestellt worden.

(Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einbaltige Druckzeile 20 Pf. Belageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).



181

N i t s b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 19.

Den 8. Mai

1885.**Bekanntmachungen der Kgl. Ministerien.****Bekanntmachung,**

den Ankauf von Remonten pro 1885 betreffend.
Regierungsbezirk Potsdam.

9. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, **Morgens 8 Uhr** beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

| | |
|-------------|-----------------------|
| am 12. Mai | Beesow, |
| „ 22. „ | Jüterbog, |
| „ 23. „ | Dranienburg, |
| „ 27. „ | Nauen, |
| „ 28. „ | Neustadt a./Dosse, |
| „ 29. „ | Rathenow, |
| „ 2. Juni | Wiltsdorf, |
| „ 20. Juli | Angermünde, |
| „ 4. August | Strasburg in/Udr., |
| „ 5. „ | Prenzlau, |
| „ 6. „ | Templin, |
| „ 18. „ | Weyenburg in/Priegn., |
| „ 19. „ | Wustrow, |
| „ 21. „ | Prigwitz, |
| „ 22. „ | Perleberg, |
| „ 24. „ | Lenzen a. d. Elbe, |
| „ 25. „ | Havelberg, |
| „ 26. „ | Krzig, |
| „ 27. „ | Neu-Müppin, |
| „ 28. „ | Lindow. |

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt. Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenfehler (Kopper), welche sich innerhalb der ersten 28 Tage nach dem Eintreffen in den Depots als solche zeigen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigentümlich gehören, oder durch einen nicht gehörig legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind ferner verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhälfte von Leder oder Hans mit 2 mindestens 2 Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgestellten Pferde feststellen zu können, ist es erwünscht, daß die Deckheine möglichst mitgebracht werden. Auch werden die Verkäufer ersucht die Schweife der Pferde nicht zu coupiren, oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 8. März 1885.

Kriegs-Ministerium,

Abtheilung für das Remonte-Wesen.

gez. Frhr. v. Troschke. Graf v. Klindowstroem.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Benennung von Straßen in Charlottenburg betreffend.

37. Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, den Straßen 21 und 21a. in der Abtheilung IV. des Bebauungsplanes von Charlottenburg die Benennungen „**Kettelbeck**“ beziehungsweise „**Courbière-Straße**“, den Straßen 25 und 17 in derselben Abtheilung des Bebauungsplanes die gemeinsame Benennung „**Luther-Straße**“, den Straßen 6c., 6d. und 18 in Section I., den Straßen 26, 28 und 29a. in Section III. der Abtheilung V. desselben Bebauungsplanes die Benennungen „**Wieland**“ beziehungsweise „**Gerder**“, „**Uhlend**“, „**Sophie**“, „**Charlotten**“, „**Dankelmann**“ und „**Christ**“, sowie dem Platz D. gleichfalls in Section I. der Abtheilung V. des Bebauungsplanes die Benennung „**Stein-Platz**“ beizulegen.

Berlin, den 25. April 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unbestellbare eingeschriebene Briefe.

15. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende, an den bezeichneten Tagen in Berlin, bezw. in Charlottenburg zur Post gegebene unanbringliche Einschreibbriefe,

A. aufgeliefert in Berlin

mit dem Bestimmungsorte Berlin:

an Bartsch, 26. November 1884, an Joachim, 5. Dezember 1884, an Kessler, 12. Dezember 1884, an Burckhardt, 18. Dezember 1884, an Schulze & Kornemann, 27. Dezember 1884, an Dieß, 28. Dezember 1884 (Briefumschlag), an Deuer, 28. Dezember 1884, an Bohnhof, 29. Dezember 1884, an Lampe, 31. Dezember 1884, an Gerike, 31. Dezember 1884, an Glinder, 31. Dezember 1884, an Krafemann, 1. Januar 1885, an Rickmann.

6. Januar 1885, an v. Bismarck, 9. Januar 1885, an Brandenburg, 12. Januar 1885, an Vers, 13. Januar 1885, an Wulf, 14. Januar 1885, an Henig, 19. Januar 1885, an Schifowsky, 22. Januar 1885, an v. Bismarck, 25. Januar 1885, an Jochens, 28. Januar 1885, an Hadrian, 31. Januar 1885, an Manasse, 31. Januar 1885, an Helzer, 5. Februar 1885, an Krause, 14. Februar 1885, an Groß, 16. Februar 1885, an Kading, 17. Februar 1885, an Seifert, 19. Februar 1885, an Kade, 19. Februar 1885, 1 Postauftrag an v. Görne, 21. November 1884;

B. mit anderen Bestimmungsorten:

1) 1 Einschreibepaket an Rönneberg in Brandenburg (Havel), 20. April 1884, 2) Briefe: an Picotkiewicz in Warschau, 25. September 1884, an Frosch in Leipzig, 18. Oktober 1884, an Schulz

Bei Klose in Cottbus, 25. November 1884, an
Guagli in Kopenhagen, 4. Dezember 1884, an
Wörtschke in Wildenbruch bei Bahn, 10. Dezember
1884, an Guylan in Paris, 13. Dezember 1884, an
Hörner in Glauchau, 20. Dezember 1884, an
Benede in Strassburg (Elsass), 21. Dezember 1884,
an Rigot in Paris (Waarenprobe), 22. Dezember
1884, an Moyschel in Friedenau, 29. Dezember
1884, an Franzfeld in Petersburg, 31. Dezember
1884, an Eschner in Prag, 2. Januar 1885, an
Barclay in Liverpool, 3. Januar 1885, an Divaz
& Co. in Hamburg, 5. Januar 1885, an Palede in
Marhausen bei Boban, 9. Januar 1885, an Muhl-
flaht in Budapest, 12. Januar 1885, an Babc in
Breslau, 22. Januar 1885, an Winterfeld in Bres-
lau, 27. Januar 1885, an Aldazab & Co. in Paris
(Kreuzbandsendung), 28. Januar 1885, an Lehmann

**Bekanntmachung des König:
Nachweisung der Markt: u.**

121.

| | | Getreide | | | | | | | | | | Uebrige Markte | | | |
|---------------------------|------------------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|----------------|--------|------------|------------|------------|----------------|---------------|--------------|--|
| | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | Es | | | |
| Tausende M. | Namen der Städte | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen | Schwefelbohnen | Linsen | Kartoffeln | Nichtstroh | Krautstroh | Heu | Rindfleisch | | |
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | von der Keule | Bauchfleisch | |
| 1 | Angermünde | 16 70 | 13 96 | 13 63 | 15 40 | 30 22 | 35 10 | 36 20 | 4 35 | 4 75 | 3 — | 6 — | 1 40 | 1 10 | |
| 2 | Beeskow | — | 13 73 | 15 60 | 15 — | 30 — | 40 — | 45 — | 4 40 | 4 — | — | 6 50 | 1 30 | 1 20 | |
| 3 | Bernau | 16 87 | 14 41 | 15 50 | 15 07 | 29 — | 34 75 | 40 — | 4 87 | 4 37 | — | 5 20 | 1 35 | 1 10 | |
| 4 | Brandenburg | 16 35 | 14 48 | 14 50 | 15 45 | 24 — | 26 50 | 28 — | 3 70 | 3 50 | — | 4 50 | 1 20 | 1 — | |
| 5 | Dahme | 15 88 | 13 35 | 12 85 | 15 67 | 40 — | 50 — | 50 — | 3 25 | 3 50 | 2 — | 7 50 | 1 — | 1 — | |
| 6 | Eberswalde | 17 59 | 14 25 | 17 56 | 15 78 | 23 50 | 27 — | 33 — | 4 — | 4 — | — | 4 11 | 1 20 | 1 — | |
| 7 | Friesack | — | 14 50 | — | 15 25 | 30 — | 34 — | 38 — | 3 30 | 3 50 | — | 4 — | 1 30 | 1 05 | |
| 8 | Havelberg | 15 30 | 13 80 | 13 35 | 14 50 | 19 — | 34 — | 35 — | 3 53 | 3 — | 2 50 | 4 50 | 1 20 | 1 — | |
| 9 | Jüterbog | 16 50 | 15 — | 14 — | 16 — | 32 — | 34 — | 44 — | 4 75 | 3 75 | — | 6 50 | 1 20 | 1 10 | |
| 10 | Kudenwalde | 16 01 | 13 96 | 14 28 | 15 99 | 35 — | 35 — | 45 — | 4 50 | 3 25 | — | 5 — | 1 20 | 1 20 | |
| 11 | Perleberg | 16 — | 14 55 | 15 — | 14 50 | 16 — | 33 — | 43 — | 3 25 | 4 25 | — | 5 — | 1 40 | 1 10 | |
| 12 | Potsdam | 16 90 | 14 35 | 16 07 | 16 18 | 30 — | 36 50 | 38 50 | 4 36 | 3 89 | — | 4 56 | 1 40 | 1 10 | |
| 13 | Prenzlau | 16 52 | 13 97 | 13 92 | 14 30 | 29 25 | 34 — | 43 — | 4 50 | 4 50 | 3 50 | 4 25 | 1 20 | 1 — | |
| 14 | Prigwitz | 16 60 | 13 77 | 15 — | 14 01 | 17 50 | 31 — | 32 — | 2 87 | 3 25 | 2 82 | 3 73 | 1 30 | 1 10 | |
| 15 | Rathenow | 15 78 | 14 03 | 14 98 | 15 37 | 32 — | 32 25 | 40 — | 3 04 | 2 88 | — | 3 25 | 1 40 | 1 20 | |
| 16 | Neu-Ruppin | 16 — | 14 44 | 15 — | 15 57 | 32 — | 30 — | 40 — | 3 48 | 4 — | — | 5 — | 1 10 | 95 | |
| 17 | Schwedt | 17 — | 14 95 | 14 — | 15 53 | 33 33 | 40 — | 33 33 | 4 — | 3 80 | — | 5 50 | 1 40 | 1 20 | |
| 18 | Spandau | — | 15 42 | 14 75 | 16 45 | 24 50 | 35 — | 32 50 | 4 68 | 4 75 | — | 5 75 | 1 40 | 1 20 | |
| 19 | Strausberg | 16 78 | 14 45 | 15 43 | 16 63 | 25 — | 33 50 | 35 — | 4 — | 5 — | — | 7 — | 1 20 | 1 10 | |
| 20 | Teltow | 16 80 | 14 49 | 15 54 | 15 21 | 29 — | 35 — | 39 — | 5 31 | — | — | — | 1 27 | 1 13 | |
| 21 | Templin | 16 — | 14 — | 14 — | 14 — | 24 — | 44 — | 50 — | 3 — | 3 — | — | 4 — | 1 20 | 1 — | |
| 22 | Treuenbriecken | 15 97 | 14 24 | 13 57 | 15 67 | 26 — | 26 — | 30 — | 4 50 | 2 50 | — | 3 50 | 1 20 | 1 — | |
| 23 | Wittstock | 16 24 | 13 94 | 13 67 | 14 88 | 16 — | 30 — | 34 — | 2 82 | 3 17 | 2 — | 3 65 | 1 05 | 93 | |
| 24 | Wriezen a. D. | 16 87 | 13 59 | 13 04 | 15 05 | 24 — | 29 — | 34 — | 3 67 | 3 25 | 2 — | 4 50 | 1 30 | 1 10 | |
| Durchschnitt | | 16 41 | 14 23 | 14 58 | 15 31 | — | — | — | 3 92 | 3 73 | — | 4 93 | — | — | |
| Potsdam, den 6. Mai 1885. | | | | | | | | | | | | | | | |



in Königsberg (Neumark), 31. Januar 1885, an Altonaer Spiegelglas-Verföcherungsgeſellſchaft in Altona, 31. Januar 1885, an Mahke in Gesundbrunnen, 12. Februar 1885, an Koppenfeld in Preſt-Litowſki, 13. Februar 1885, an Fuchs in Zürich, 20. Februar 1885, an Buſſebaum in Antwerpen, 24. Februar 1885, an Deitner in Wien, 24. Februar 1885, an Grüne in St. Pauli bei Hamburg, 28. Februar 1885;

C. ausgeliefert in Charlottenburg:

1) an Meyer in Hamburg, 12. Januar 1885, 2) an Muckhoff in Deſtinghaufen, 14. Januar 1885.

Die unbekannten Abſender der vorbezeichneten Briefe ſ. werden erſucht, zur Empfangnahme derſelben ſpäteſtens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erſcheinens gegenwärtiger Bekanntmachung ab gerechnet — bei der Kaiſerlichen Ober-Postdirektion hierſelbſt ſich zu melden, widrigenfalls mit den Briefen

nach den geſetzlichen Beſtimmungen verfahren werden wird. Berlin C., den 1. Mai 1885.

Der Kaiſerl. Ober-Postdirektor.

Geheime Poſtrath Schiffmann.

Bekanntmachungen des Königlichen Konſiſtoriums der Provinz Brandenburg.

General-Kirchenviſitation in der Diözeſe Beeskow.

4. Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß in der Zeit vom 1. bis zum 12. Mai d. J. in der Diözeſe Beeskow eine General-Kirchenviſitation unter Leitung des General-Superintendenten D. Bögel abgehalten werden wird, über deren Plan die Geiſtlichen und Gemeinde-Kirchenräthe der Diözeſe nähere Auskunft erteilen können.

Berlin, den 18. April 1885.

Königl. Konſiſtorium der Provinz Brandenburg.

Hegel.

lichen Regierungs-Präſidenten. Preiſe im Monat April 1885.

| Artikel | | | | | Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------|------------------|------------------|--------|--------|---|--------|--------|--------|-------|----------------------|------------|--------|------------|-------------|--------|------------|-------------------------------|--------|
| kostet je 1 Kilogramm | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | |
| Schweine-
fleisch | Kalb-
fleisch | Lamm-
fleisch | Speck | Butter | Eier | Weizen | | Gerste | | Buchweizen-
grübe | Hafergrübe | Gerste | Reis, Java | Java-Kaffee | | Speisesalz | Schweine-
schmalz, hiesig. | |
| M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | Mr. 1. | Mr. 1. | Grünze | Grüne | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| 1 20 | 90 | 1 10 | 60 | 2 34 | 3 09 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 50 | 60 | 55 | 2 40 | 3 | 20 | 1 60 | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 80 | 2 30 | 2 80 | 40 | 30 | 60 | 60 | 60 | 80 | 60 | 60 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | |
| 1 20 | 1 25 | 1 15 | 1 70 | 2 25 | 2 76 | 40 | 25 | 45 | 50 | 50 | 40 | 60 | 45 | 2 80 | 2 20 | 20 | 1 60 | |
| 1 10 | 90 | 1 10 | 1 80 | 2 40 | 2 85 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 45 | 50 | 50 | 2 | 3 20 | 20 | 1 60 | |
| 1 | 90 | 1 | 1 | 2 | 2 80 | 32 | 26 | 60 | 60 | 40 | 40 | 50 | 50 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 40 | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 80 | 2 40 | 3 04 | 28 | 26 | 60 | 60 | 25 | 25 | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 80 | |
| 1 25 | 90 | 1 25 | 1 80 | 2 40 | 2 80 | 40 | 30 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 3 20 | 3 50 | 20 | 1 80 | |
| 1 04 | 1 | 1 | 1 60 | 2 10 | 2 53 | 40 | 30 | 80 | 60 | 60 | 65 | 60 | 60 | 3 80 | 3 80 | 20 | 1 60 | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 1 80 | 2 40 | 2 80 | 26 | 20 | 60 | 60 | 70 | 70 | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 80 | |
| 1 10 | 85 | 1 20 | 1 60 | 2 10 | 2 80 | 36 | 24 | 50 | 40 | 40 | 60 | 36 | 60 | 2 60 | 3 20 | 20 | 1 40 | |
| 1 30 | 1 15 | 1 15 | 1 95 | 2 04 | 2 80 | 50 | 36 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 55 | 3 40 | 3 60 | 20 | 2 | |
| 1 30 | 1 20 | 1 20 | 1 60 | 2 15 | 2 92 | 38 | 28 | 50 | 50 | 45 | 45 | 45 | 45 | 2 90 | 3 20 | 20 | 1 60 | |
| 1 10 | 89 | 1 10 | 1 70 | 2 10 | 2 94 | 28 | 26 | 60 | 40 | 60 | 60 | 60 | 70 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | |
| 1 10 | 85 | 1 | 1 65 | 1 87 | 2 23 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | |
| 1 40 | 1 | 1 20 | 1 80 | 2 60 | 2 44 | 26 | 21 | 50 | 50 | 50 | 55 | 50 | 60 | 2 90 | 3 60 | 20 | 2 | |
| 1 20 | 1 05 | 1 18 | 1 70 | 2 20 | 2 91 | 30 | 24 | 50 | 50 | 60 | 50 | 50 | 60 | 3 | 3 40 | 20 | 1 60 | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 2 | 2 | 2 40 | 30 | 25 | 60 | 40 | 40 | 60 | 50 | 70 | 2 70 | 3 60 | 20 | 2 | |
| 1 30 | 1 20 | 1 20 | 1 60 | 2 20 | 3 | 35 | 25 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 2 98 | 40 | 26 | 55 | 50 | 45 | 60 | 50 | 60 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 40 | |
| 1 23 | 1 25 | 1 18 | 1 79 | 2 20 | 2 85 | 50 | 40 | 70 | 60 | 50 | 60 | 50 | 63 | 3 20 | 3 60 | 20 | 1 70 | |
| 1 | 80 | 1 | 1 60 | 2 40 | 2 80 | 34 | 30 | 60 | 60 | 50 | 60 | 60 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | |
| 1 20 | 90 | 1 20 | 1 80 | 2 04 | 2 80 | 33 | 21 | 46 | 41 | 60 | 40 | 40 | 40 | 2 80 | 3 40 | 20 | 1 80 | |
| 95 | 70 | 95 | 1 80 | 1 93 | 2 28 | 26 | 21 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 2 40 | 2 80 | 20 | 1 60 | |
| 1 15 | 1 10 | 1 15 | 1 60 | 2 18 | 2 68 | 21 | 21 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | |

Der Regierungs-Präſident.

Viehseuchen.

122. Die Räudekrankheit ist unter den Pferden in der Stadt Gremmen ausgebrochen.

Potsdam, den 2. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

123. Die Maul- und Klauenseuche ist auf dem Bathe'schen Gehöft in Gremmen erloschen.

Potsdam, den 30. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

**Bekanntmachungen
der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden
und Reichs-Schulden-Verwaltung.**

Einführung der unterm 11. Juli 1874 ausgefertigten Deutschen Reichs-Kassenscheine.

10. Die Befiger der unterm 11. Juli 1874 ausgefertigten Deutschen Reichskassenscheine werden daran erinnert, daß dieselben nur noch bis Ende Juni d. J. bei einer der Reichskassen und der Kasse eines Bundesstaates in Zahlung angenommen, oder bei der Reichshauptkasse gegen bares Geld eingelöst werden. Vom 1. Juli d. J. ab ist nur noch die königlich Preussische Kontrolle der Staatspapiere in Berlin, SW. Kranienstraße 92, ermächtigt, solche Scheine anzunehmen und einzulösen. Berlin, den 1. April 1885.

Reichsschuldenverwaltung.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahn-Direktion zu Berlin.**

Den Nachtrag V. Heft 1 zum Galizisch-Norddeutschen bezw. Galizisch-Niederländischen Eisenbahn-Verband betreffend.

20. Mit dem 1. Mai d. J. tritt zum Galizisch-Norddeutschen bezw. Galizisch-Niederländischen Eisenbahn-Verband der Nachtrag V. zu Heft 1 in Kraft. Derselbe enthält eine Verichtigung des Vorwortes, Ergänzung der Waaren-Klassifikation, Reaktivierung von Frachtsätzen, sowie Ausnahme-Frachtsätze für den Transport von Samereien. Exemplare des Nachtrags sind bei unserer Güterkasse in Stettin (Central-Güter-Bahnhof) sowie im hiesigen Auskunfts-Bureau, Bahnhof Alexanderplatz, unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 30. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.**

Frachtsätze für Holz-, Getreide- und Spirit-SENDUNGEN.

28. Die nach unserer Bekanntmachung vom 5. März d. J. im Deutsch-Französischen Verbanke (Verkehr via Elßaß-Lothringen) mit dem 1. April aufgehobenen Frachtsätze für Holz-, Getreide- und Spirit-SENDUNGEN treten nicht außer Kraft, bleiben vielmehr bis auf Weiteres in Gültigkeit.

Bromberg, den 26. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Tarif für die Beförderung von Leichen, Fahrzeugen und lebenden Tieren.

29. Am 15. Mai 1885 tritt der Nachtrag I. zum Tarif für die Beförderung von Leichen, Fahrzeugen und lebenden Tieren für den Verkehr zwischen den Stationen des Direktionsbezirks Bromberg und der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn einerseits und den Stationen des Direktionsbezirks Breslau andererseits, in Kraft. Derselbe enthält:

- 1) Änderungen und Ergänzungen des Haupttarifs,
- 2) Aufhebung einzelner Verkehrs-Relationen und zwar:
 - a. im Tarif für die Beförderung von Leichen u. zwischen Stationen der Bahnstrecken Posen-Inowrazlaw u. einer- und den Berliner Viehhöfen u. andererseits via Frankfurt a./O. und via Kreuz u. vom 1. Januar 1882 nebst Nachträgen, soweit dieselben den Verkehr zwischen Stationen der Strecke Posen-Kreuzburg und Posen-Alt-Posen einerseits und Berlin O-Bahnhof andererseits betreffen;
 - b. im Tarif für die Beförderung von Leichen u. zwischen Stationen der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn einerseits und Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg bezw. Berlin andererseits, via Gützin, vom 1. Dezember 1881 nebst Nachträgen, soweit dieselben den Verkehr zwischen Stationen der ehemaligen Breslau-Freiburger Eisenbahn einerseits und Berlin O-Bahnhof andererseits betreffen, da die Abfertigung des bezeichneten Verkehrs auf Grund des im Ein gange bezeichneten Tarifs stattfindet.

Exemplare des Nachtrages können durch Vermittlung der Billet-Expeditionen bezogen werden.

Bromberg, den 29. April 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion
im Namen der beteiligten Verwaltungen.

Bekanntmachung.

Einrichtung von Krankenlätzen für die Arbeiter im Bereiche der Elbstrom-Bauverwaltung.

Ich bringe hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß in Gemäßheit der Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 im Bereiche der Elbstrombauverwaltung für die bei den Strombauten u. beschäftigten Arbeiter 5 Krankenlätzen und zwar in Lorgau, Ragdeburg, Tangermünde, Wittenberge und Lauenburg a./E. errichtet worden und solche am 1. d. M. ins Leben getreten sind, sowie daß nach § 20 des bezüglichen Statuts vom 23. Februar d. J. die Aufsicht über die Krankenverwaltung von den betreffenden Bezirks-Wasserbauinspektoren unter meiner Oberg Aufsicht wahrgenommen wird.

Magdeburg, den 20. April 1885.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung,
Ober-Präsident der Provinz Sachsen
v. Wolff.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1.
Sauf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|--|---|---|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Josef Rogowski,
Arbeiter, | geboren im März 1835
in Poniatowo, Gouver-
nement Plock, Russi-
sch-Polen, ebendaselbst
ortsangehörig, wohn-
haft zuletzt in Jellen,
Kreis Strassburg, Re-
gierungsbezirk Marien-
werder, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Marienwerder, | 18. Februar
1885. |
| 2 | Josef Marudi,
Arbeiter, | ca. 27 Jahre, geboren
in Mrogi, Gouverne-
ment Kalisch, Russisch-
Polen, ortsangehörig
in Dsichow, ebenda-
selbst, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 1. April
1885. |
| 3 | Karl Szczerbowski,
Schneider, | geboren am 5. Mai
1866 zu Dsiewicz,
Galizien, ebendaselbst
ortsangehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlicher Polizei-
Präsident zu Berlin, | 24. Februar
1885. |
| 4 | Rudolf Bernhard
Ditlevsen,
Kaufmann, | geboren am 5. Sep-
tember 1858 zu Kol-
bing, Dänemark, eben-
daselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Potsdam, | 4. April
1885. |
| 5 | Hermann Florian
Niedel, Weißgerber, | geboren am 19. April
1865 zu Kopenhagen,
Dänemark, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen. |
| 6 | Florian Jaitner,
Seilergefelle, | geboren am 3. März
1861 zu Markt Ros-
wald, Bezirk Jägers-
dorf, Oesterreichisch-
Schlesien, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen. | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 5. März
1885. |
| 7 | Ferdinand Schlusche,
Webergefelle, | geboren am 2. Januar
1851 zu Liebenthal,
Bezirk Hogenplog, Oe-
sterreichisch-Schlesien,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | desgleichen, | derselbe, | 9. März
1885. |
| 8 | Wenzel Hoffmann,
Arbeiter, | geboren am 19. März
1834 zu Schmiedeberg,
Bezirk Pless, Böh-
men, ebendaselbst orts-
angehörig, | Betteln unter Drohungen, | derselbe, | desgleichen, |
| 9 | Franz Niesner,
Schmiedegefelle, | geboren am 5. November
1849 zu Dief (oder
Wosch), Bezirk Leip-
nitz, Böhmen, eben-
daselbst ortsangehörig, | Sachbeschädigung, Land-
streichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen, |

| 1. Lauf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|---|---|---|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 10 | Hugo Wojaczek,
Glasergehülfe, | geboren am 1. April
1845 zu Rabun, Be-
zirk Troppau, De-
sterreichisch-Schlesien,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 16. März
1885. |
| 11 | Andreas Schneiderka,
Arbeiter, | geboren am 24. August
1858 zu Engelswald,
Bezirk Neutitschein,
Mähren, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 17. März
1885. |
| 12 | Karoline Majeski,
Zigeunerin-Wittwe, | ca. 50 Jahre, geboren
und ortsangehörig in
Pribor, Bezirk Frei-
berg, Mähren, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 13 | Anton Král,
Tuchseccrer, | geboren am 13. Juni
1846 zu Senftenberg,
Böhmen, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 2. April
1885. |
| 14 | Adolf Dich,
Kupferschmied, | geboren am 23. Mai
1860 zu Randers,
Nord-Jütland, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung zu Posen, | 31. März
1885. |
| 15 | Konrad Bornhauser,
Weber, | geboren am 14. Januar
1854 zu Weinfelden,
Kanton Thurgau,
Schweiz, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Merseburg, | 5. April
1885. |
| 16 | Eduard Heinz,
Schlosser, | geboren am 9. August
1855 zu Braunseifen,
Mähren, ebendaselbst
ortsangehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussische
Regierung zu Schles-
wig, | 12. März
1885. |
| 17 | Hendrik Petersen,
Arbeiter, | geboren am 9. August
1852 zu Gothenburg,
Schweden, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe Behörde, | 13. März
1885. |
| 18 | Emil Smal,
Grubenarbeiter, | geboren am 23. Ok-
tober 1849 zu Tihange,
bei Lüttich, Belgien, | Landstreichen und Führung
gefälschter Legitimations-
papiere, | Königlich Preussische
Landdrostei Han-
nover, | 31. März
1885. |
| 19 | Louis Guazzoni,
Schmied, | geboren am 26. Juni
1859 zu Gola-Secca
bei Mailand, Italien,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen, | derselbe Behörde, | 1. April
1885. |
| 20 | Wilhelm Zemann,
Kupferschmiedegeselle, | geboren am 16. Februar
1852 zu Scharbicz bei
Butschowitz, Bezirk
Bischau, Mähren,
ebendaselbst ortsange-
hörig, Wohnhaft zuletzt
zu Warenborn, Re-
gierungsbez. Münster, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussische
Regierung zu
Münster, | 3. März
1885. |

| Lauf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------|---|--|--|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 21 | Kaspar Klänzer,
Schneider, | geboren 1834 zu Nowate
bei Krems, Oesterreich,
ebendaselbst ortsange-
hörig, wohnhaft zuletzt
in Frankfurt a./M., | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussische
Regierung zu Düssel-
dorf, | 10. März
1885. |
| 22 | Henri Comsa,
Tagelöhner, | 27 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Fou-
ron-le Comte, Provinz
Lüttich, Belgien, | Betteln und Landstreichen, | Königlich Preussische
Regierung zu
Aachen | 28. Februar
1885. |
| 23 | Johann Capellini,
Erbarbeiter, | 22 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Feltre,
Provinz Belluno,
Italien, | desgleichen, | dieselbe Behörde, | 3. März
1885. |
| 24 | Josef Kosowi,
Sattlergefelle, | geboren am 16. Juni
1842 zu Kobylis, Be-
zirk Karolinenthal,
Böhmen, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, Betteln und
grober Unfug, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Bertin-
gen, | 9. März
1885. |
| 25 | Martin Schindelar,
Maurer, | 35 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Neu-
Pösskau, Bezirk Laus,
Böhmen, wohnhaft zu-
letzt in Nürnberg,
Bayern, | Landstreichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Hilpolt-
stein, | 10. März
1885. |
| 26 | Daniele Zanolini,
Steinhauer, | geboren am 7. Sep-
tember 1856 zu Prie-
micro, Provinz Como,
Italien, ortsangehörig
in Oggiono, ebenda-
selbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Neuulm, | 20. März
1885. |
| 27 | Josef Kraus,
Sattlergefelle, | geboren am 28. Sep-
tember 1845 zu Kore-
nig, Bezirk Kolin,
Böhmen, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, Betteln und
Gebrauch eines falschen
Zeugnisses, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Gries-
bach, | 24. März
1885. |
| 28 | Josef Stunal,
ohne Stand, | geboren 1839 zu Au-
borska, Bezirk Klattau,
Böhmen, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, Betteln und
grober Unfug, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Regen, | 31. März
1885. |
| 29 | Johann Ludwig
Lippert,
Schuhmacher, | geboren 1856 zu Neu-
gedein, Bezirk Laus,
Böhmen, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | dieselbe Behörde, | 31. März
1885. |
| 30 | Vincenz Minarcst,
Drahtbinder, | geboren 1869 zu Bis-
zoka, Komitat Trencsin,
Ungarn, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Potsdam, | 10. April
1885. |
| 31 | Anton Drost,
Schneiderlehrling, | geboren am 21. Januar
1868 zu Frankstadt,
Bezirk Mistek, Mäh-
ren, ebendaselbst orts-
angehörig, | Diebstahl u. Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 23. März
1885. |

| Nr.
Lanf. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|--|--|--------------------------------------|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 32 | Benzel Koudelka,
Schuhmachergeselle, | geboren am 28. Sep-
tember 1852 zu Star-
kenbach, Bezirk Güt-
schin, Böhmen, eben-
daselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 8. April
1885. |
| 33 | Anne Marie Lobidel,
ohne Stand, | 66 Jahre, geboren in
Avion, Departement
Pas de Calais, Frank-
reich, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung zu Düssel-
dorf, | 24. Februar
1885. |
| 34 | Adolf Barlemont,
Kettenschmiedegeselle, | 42 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Dour,
Provinz Hennegau,
Belgien, | desgleichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Aachen, | 2. März
1885. |
| 35 | Ignaz Hanschel,
Eisenbahnarbeiter, | 39 Jahre, geboren in
Schöna, Bezirk Ba-
den, Oesterreich, orts-
angehörig in Jung-
Bunzlau, Böhmen, | desgleichen, | dieselbe Behörde, | desgleichen, |
| 36 | Alexander Denadai,
Arbeiter, | geboren am 14. August
1861 zu Ginfina,
Norditalien, | Landstreichen, | Königlich Preussische
Regierung in Trier, | 2. April
1885. |
| 37 | Franz Dvorak,
Klempner, | geboren am 9. März
1861 zu Saar, Mäh-
ren, ebendaselbst orts-
angehörig, | Betteln und Landstreichen, | Königlich Sächsische
Kreishauptmann-
schaft Bautzen, | 26. Februar
1885. |
| 38 | Anton Peipal,
Schlossergeselle, | geboren am 29. Mai
1838 zu Leipa, Bezirk
Leitmeritz, Böhmen,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | desgleichen, | Königlich Sächsische
Kreishauptmann-
schaft Leipzig, | 24. März
1885. |
| 39 | Karl Alois de Bag,
Kaufmann und Koch, | geboren am 1. De-
zember 1858 zu
Brüssel, Belgien, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Großherzoglich Ba-
vischer Landeskomis-
sär zu Karlsruhe, | 1. April
1885. |
| 40 | Heinrich Weidanz,
Bäcker, | geboren am 23. Juli
1836 in Hamburg,
Englischer Staatsan-
gehöriger, | Landstreichen, | Großherzoglich Sadi-
scher Landeskommissär
zu Freiburg, | desgleichen. |
| 41 | Antoine Derroches,
Wagner, | geboren am 21. Ok-
tober 1851 zu Paris,
ortsangehörig in Che-
vanne, Departement
Yonne, Frankreich, | Landstreichen und Betteln, | Großherzoglich Hessi-
sches Kreisamt Bü-
dingen, | 31. März
1885. |
| 42 | Gottlieb Stawojad,
Zimmermann, | 36 Jahre, geboren zu
Warschau, Russisch-
Polen, ebendaselbst
ortsangehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Großherzoglich Ol-
denburgisch. Staats-
ministerium, Depar-
tement des Innern
zu Oldenburg,
Polizeibehörde in
Hamburg, | 16. März
1885. |
| 43 | Alexander Duane
(Douane), Matrose, | geboren am 17. Februar
1842 zu Manchester,
England, | desgleichen, | | 13. März
1885. |

| Auf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath: | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|----------|---|---|-----------------------------|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1 | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 44 | Samuel Gösseli,
Dienstknecht, | geboren am 25. März
1838 zu Hunzenschwyl,
Kanton Aargau,
Schweiz, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 20. Februar
1885. |
| 45 | Franz Gerber,
Schreiner, | geboren am 22. April
1862 zu Burgdorf,
Kanton Bern, Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | 16. März
1885. |
| 46 | Natel Isig Iskowiz,
Knecht, | geboren am 18. Mai
1864 zu Tauroggen,
Rußland, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 19. März
1885. |
| 47 | Giovanni Fracassetti,
Maurer, | geboren am 18. Juli
1862 zu Sebrina,
Provinz Bergamo,
Italien, | desgleichen, | derselbe, | 25. März
1885. |
| 48 | Johann Mayer,
Tagner, | geboren am 11. No-
vember 1836 zu Mül-
hausen, Elsaß, durch
Option Franzose, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 49 | Simon Pesenti,
Erdarbeiter, | geboren am 22. Oktober
1868 in Tremezzo,
Italien, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 50 | Wenzel
Schimeránschel,
Bergmann, | geboren am 20. Oktober
1849 zu Hadorf, Be-
zirk Presnitz, Böhmen, | desgleichen, | derselbe, | 25. März
1885. |
| 51 | Johann Baptist
Dorigo,
Erdarbeiter, | geboren am 30. Oktober
1859 zu Alimos, Pro-
vinz Udine, Italien, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 52 | Bernhard Sütterlin,
Tagner, | geboren am 15. Sep-
tember 1862 zu Tur-
gi, Kanton Aargau,
Schweiz, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 26. März
1885. |
| 53 | Friedrich Haas,
Tuchmacher, | geboren am 12. Oktober
1857 zu Oberhofen,
Niederelsaß, durch
Option Franzose, | desgleichen, | derselbe, | 28. März
1885. |
| 54 | Karl Oskar Lindquist,
Matrose, | geboren am 8. Sep-
tember 1861 zu Go-
thenburg, Schweden, | desgleichen, | derselbe, | 1. April
1885. |
| 55 | Ludwig Lecroart,
ohne Stand, | geboren am 23. Mai
1847 zu Lille, Frank-
reich, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 28. März
1885. |

Die durch Beschluß des Königlich Preussischen Regierungs-Präsidenten zu Breslau unterm 23. März d. J. verfügte Ausweisung des Gerbergelassen Alois Skuhersky aus dem Reichsgebiet (Amtsblatt S. 172. sub Nr. 21) ist zurückgenommen worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß Skuhersky die Preussische Staatsangehörigkeit besitzt.

Personal-Chronik.

Im Kreise Oberbarnim ist an Stelle des Premier-Lieutenants der Reserve von Oppen zu Gunersdorf,

welcher das Amt niedergelegt hat, der General-Lieutenant z. D. von Oppen auf Alt-Friedland zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XIX. Alt-Friedland ernannt worden.

Die Verwaltung der durch den Tod des Kreisbauinspektors Berner erledigten Kreisbauinspektorsstelle in Wittstock ist vorläufig dem Regierungsbaumeister Lamy übertragen.

Der bisherige Kanzlei-Diätar Wilh. Euer ist zum
Regierungs-Kanzlisten ernannt worden.

Der Militär-Anwärter Klehn ist zum Regierungs-Rathleibdiätar ernannt worden.

Die neu gebildete Försterstelle Cappe II. in der Oberförsterei Zehdenick ist dem versorgungsberechtigten Jäger Wilhelm Tadmänn in derselben Oberförsterei unter Ernennung zum Königl. Förster vom 1. Mai d. J. ab übertragen worden.

Die neu gebildete Försterstelle Vogelsang in der Oberförsterei Zehdenick, ist dem versorgungsberechtigten Oberförster Rudolph Wehr in derselben Oberförsterei unter Ernennung zum Königl. Förster vom 1. Mai d. J. ab übertragen worden.

Bei der Königlichen Direktion für die Verwaltung
der direkten Steuern in Berlin ist dem Steuererheber
Ludwig Wüst zu Frankfurt a. M. eine etatsmäßige

Steuererheberstelle, und dem Vollziehungsbeamten Johann Heinrich Schmidt zu Höchst a./M. eine etatsmäßige Vollziehungsbeamtenstelle verliehen worden.

Der bisherige Divisionspfarrer Karl Heinrich Boenisch in Stade ist zum Diaconus bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Schöneberg, Diözese Cöln-Land, bestellt worden.

Dem Seminarbibliothekar Schaller in Epenid ist der Charakter als Schulrath mit dem Range eines Rathes vierter Klasse verliehen worden.

Die Lehrer Kutsche und Zerbß sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Bruns, Hänert, Hähnel, Hains, Hüttemann, Mahler, Nowka und Ramprich sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Marie Batzer, Jenny Hertel, Clara Grüneberg, Malwine Reich, Marie Rüster, Clara Ketzynski, Gertrud Voche, Antonie Hauptner, Albertine Johansen, Martha Lehmann und Johanna Steffin sind als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

(Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einbaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Notdamm, Buchdruckerei der H. W. Papp'schen Erben (G. Papp, Hof-Buchdrucker).



191

W e i t e r b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 20.

Den 15. Mai

1885.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Die Chauffeegelberhebung auf der Oberbarnimer Kreis-Chaussee von Schulzendorf nach Bahnhof Biesenthal betreffend.

123. Dem Kreise Oberbarnim ist Seitens des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten durch Erlass vom 17. April d. J. die Genehmigung erteilt worden, daß an der Hebestelle Sydow der Oberbarnimschen Kreis-Chaussee von Schulzendorf nach Bahnhof Biesenthal von dem Verkehr aus den Ortschaften Beiersdorf und Schönfeld statt des bisherigen Chauffeegelbes für eine bezw. eine halbe Meile ein solches für anderthalb Meilen, von dem Verkehr aus der Ortschaft Tempel-
felde statt des bisherigen Chauffeegelbes für eine halbe Meile dagegen ein solches für eine Meile erhoben werde.
Potsdam, den 4. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung von Gegenständen im Architekten-Verein zu Berlin.

124. Der Herr Oberpräsident hat dem Architekten-Verein in Berlin für den Umfang der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg die Erlaubnis zu einer am 5. Januar 1886 zu veranstaltenden fünften Verloosung von Gegenständen der stiftendenen Gutsaus-
stellung auf Grund des vorgelegten Verloosungsplans, nach welchem 100000 Lose, à 1 Mark, ausgegeben werden und 1273 Gewinne zum Werthe von 60000 Mark zur Verloosung gelangen sollen, erteilt.
Potsdam und Berlin, den 8. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Biehfeuchten.

125. Die Hände unter den Pferden des Droschken-
fahrmanes Wartenberg zu Weissensee im Kreise Niederbarnim ist erloschen.

Potsdam, den 5. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

126. Am Bläschenauschlag ist ein dem Weber-
meister Litz zu Brüd gehöriger Stier erkrankt.

Potsdam, den 8. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Warnung vor 2 Geheimmitteln gegen Trunksucht.

38. Die amtlich veranlaßte, sachverständige Unter-
suchung der beiden Geheimmittel, welche der Reiner
Marx Fallenberg hierselbst, Rosenthalerstraße Nr. 62
wohnt, gegen Trunksucht in der Tagespresse empfiehlt
und in zwei angestrichenen Blechbüchsen zum Preise

von zusammen 10 Mark verkauft, hat ergeben, daß die
größere Büchse 313 Gramm Enzianwurzelpulver, die
kleinere Büchse 68 Gramm Calmuswurzelpulver ent-
hält, und daß der Werth der Mittel nicht 10 Mark,
sondern nur 61 Pfennige (52 Pfennige Enzianwurzel-
pulver und 9 Pfennige Calmuswurzelpulver) beträgt.

Da die beiden obenbezeichneten Mittel keinerlei
Heilkraft gegen Trunksucht besitzen, so wird solches zur
Warnung des Publikums hierdurch zur öffentlichen
Kenntniß gebracht.

Berlin, den 1. Mai 1885.

Königl. Polizei-Präsident.

Ertheilung von Prüfungsgewisheiten durch die Berliner
Schmiede-Innung.

39. Der hiesigen Schmiede-Innung ist auf Grund
der §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 18. Juni 1884,
betreffend den Betrieb des Hufschlaggewerbes von
mir die Berechtigung zur Ertheilung von Prüfungs-
Zeugnissen beigelegt worden.

Berlin, den 29. April 1885.

Der Polizei-Präsident von Mahai.

Berliner und Charlottenburger Preise vom April 1885.

40. A. Engrs Marktpreise
im Monats-Durchschnitt.

In Berlin:

| | |
|---------------------------|-----------------|
| für 100 Kgr. Weizen (gut) | 18 Mark 35 Pf., |
| " " " do. (mittel) | 16 " 84 " |
| " " " do. (gering) | 15 " 37 " |
| " " " Roggen (gut) | 14 " 72 " |
| " " " do. (mittel) | 14 " 40 " |
| " " " do. (gering) | 14 " 10 " |
| " " " Gerste (gut) | 13 " 30 " |
| " " " do. (mittel) | 15 " 50 " |
| " " " do. (gering) | 12 " 60 " |
| " " " Hafer (gut) | 16 " 24 " |
| " " " do. (mittel) | 15 " 31 " |
| " " " do. (gering) | 14 " 16 " |
| " " " Erbsen (gut) | 20 " 50 " |
| " " " do. (mittel) | 18 " 50 " |
| " " " do. (gering) | 16 " 50 " |
| " " " Nichtstrop | 4 " 48 " |
| " " " Hen | 5 " 19 " |

B. Detail-Marktpreise
im Monats-Durchschnitt.

1) In Berlin:

| | |
|---------------------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen | 29 Mark — Pf., |
| " " " Spelzbohnen (weiße) | 36 " 04 " |
| " " " Linsen | 38 " 41 " |

| | |
|----------------------------------|---------------|
| für 100 Kgr. Kartoffeln | 5 Mark 01 Pf. |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 " 30 " |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 " 10 " |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 " 20 " |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 " 25 " |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 " 15 " |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 45 " |
| " 1 " Eßbutter | 2 " 28 " |
| " 60 Stück Eier | 2 " 84 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|---------------------------------------|---------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen) | 35 Mark — Pf. |
| " " " Speisebohnen (weiße) | 35 " — " |
| " " " Linfen | 35 " — " |
| " " " Kartoffeln | 5 " 38 " |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 " 30 " |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 " 05 " |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 " 20 " |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 " 20 " |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 " 15 " |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 50 " |
| " 1 " Eßbutter | 2 " 10 " |
| " 60 Stück Eier | 2 " 84 " |

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats April 1885:

1) In Berlin:

| | |
|--|------------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N ^o 1 | 40 Pf. |
| " 1 " Roggenmehl N ^o 1 | 36 " " |
| " 1 " Gerstengraupe | 60 " " |
| " 1 " Gerstengröße | 50 " " |
| " 1 " Buchweizengröße | 50 " " |
| " 1 " Hirse | 60 " " |
| " 1 " Reis (Java) | 80 " " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 2 Mark — " |
| " 1 " " (gelb in | " " |
| " 1 " gebr. Bohnen) | 3 " — " |
| " 1 " Speisesalz | 20 " " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 " 80 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|--|-------------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N ^o 1 | 40 Pf. |
| " 1 " Roggenmehl N ^o 1 | 30 " " |
| " 1 " Gerstengraupe | 50 " " |
| " 1 " Gerstengröße | 40 " " |
| " 1 " Buchweizengröße | 40 " " |
| " 1 " Hirse | 50 " " |
| " 1 " Reis (Java) | 50 " " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 1 Mark 80 " |
| " 1 " " (gelb in | " " |
| " 1 " gebr. Bohnen) | 3 " — " |
| " 1 " Speisesalz | 20 " " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 " 60 " |

Berlin, den 6. Mai 1885.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Gebammen-Prüfung betr.

41. Alljährlich müssen Personen, welche das zulässige Alter (jetzt 30 Jahre) überschritten haben, hiesseits mit ihren Anträgen, die Hebammenkunst zu erlernen, zurückgewiesen werden. Bielsach versuchen dann die abgeklagt Beschiedenen ihre Ausbildung auf

einer außerpreussischen Hebammen-Lehranstalt zu gewinnen in der Hoffnung, nachträglich die Genehmigung zu erlangen, vor einer preussischen Prüfungs-Commission sich prüfen zu lassen. Da eine derartige Genehmigung jetzt nicht mehr erteilt wird, so bringt das Polizei-Präsidium dies behufs Warnung der Betheiligten hiermit zur öffentlichen Kenntniss.

Berlin, den 5. Mai 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Wollmarkt betreffend.

42. In Gemäßheit der Allerhöchster Ordre vom 7. März 1860 wird der diesjährige Wollmarkt hier selbst in den Tagen vom 19. bis 21. Juni und zwar auf dem Terrain der Berliner Viehmarkt-Altkien-Gesellschaft abgehalten werden. Vor den bezeichneten Markttagen darf der Wollmarkt nicht beginnen. Die Verkaufsstellen und Lagerplätze werden durch die Verwaltung der vorgenannten Gesellschaft angewiesen.

Berlin, den 9. Mai 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Imperial Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

43. Die unter der Firma **Imperial Feuer-Versicherungs-Gesellschaft** in London domicilierte Aktien-Gesellschaft hat ihren Geschäftsbetrieb in Preußen aufgegeben.

Die der Gesellschaft unter dem 24. November 1867 erteilte Concession zu diesem Geschäftsbetriebe wird deshalb hierdurch für erloschen erklärt.

Berlin, den 21. April 1885.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: gez. v. Jaström.

Vorstehendes wird unter Hinweis auf **Stück 7** dieses Blattes vom 14. Februar 1868, welchem die obengedachte Concession als Beilage beigelegt ist, hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Berlin, den 1. Mai 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt.

16. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende, bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen aufgeliessene Briefe, in welchen bei der Eröffnung die dabei vermerkten Beträge gefunden worden sind: an Filomena St. in Tyrol M. 3,50, 31. Oktober 1884, an Schwibber, Hermannstraße 5, M. 0,50, 23. Novbr. 1884, an Nidel in Berlin M. 5,00, 5. Decbr. 1884, an Grünert in Frauensee bei Gr. Beeßen M. 0,40, 10. Decbr. 1884, an Chumer in Wien M. 26,00, 15. Decbr. 1884, an Jorisch in Charlottenburg M. 10,00, 17. Decbr. 1884, an Jorisch in Charlottenburg M. 40,00, 20. Decbr. 1884, an Stubenrath in Breslau 1,40, 25. Decbr. 1884, an Lohweg, Hermannstraße M. 15,00, 10. Jan. 1885, an Lokal-Anzeiger in Berlin 1,60, 16. Jan. 1885, an Find in Preußen Ober-Schlesien M. 0,60, 24. Jan.

1885, an Hensel, Gassstraße 2, M. 5,00, 30. Jan.
1885, an Hansen in Londern M. 0,60, 14. Febr.
1885, an Kolrep in Berlin M. 2,50, 17. Febr. 1885,
an Weiland in Bremen M. 1,50, 17. Febr. 1885,
an Eckardt in Sump, Gouv. Charkow, M. 45,00,
28. Febr. 1885, an Tages in Uelzen M. 0,60,
16. März 1885, an Bindener in Berlin M. 1,00,
16. März 1885.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Briefe werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung ab gerechnet — bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion sich zu melden, widrigenfalls die in den Sendungen vorgefundenen Beträge der Post-Armenskasse überwiesen werden.

Berlin C., den 1. Mai 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.
Geheime Postrath Schiffmann.

Unanbringliche Post-Anweisungen.

17. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern die nachstehend verzeichneten, in Berlin an den angegebenen Tagen ausgelieferten unanbringlichen Post-Anweisungen: an Miller in Sittingbourne über M. 43,05, 23. Juni 1884, an Kornig in Roßsuthen über M. 20,00, 16. Oktober 1884, an Große in Hamburg über M. 16,10, 29. November 1884, an Jorisch in Charlottenburg über M. 3,05, 17. Dezember 1884, an Jorisch in Charlottenburg über M. 3,00, 17. Dezember 1884, an Jorisch in Charlottenburg über M. 3,00, 17. Dezember 1884, an Jorisch in Charlottenburg über M. 3,00, 17. Dezember 1884, an Jorisch in Charlottenburg über M. 2,00, 17. Dezember 1884, an Boltmann in Berlin über M. 6,00, 17. Dezember 1884, an Jorisch in Charlottenburg über M. 2,00, 18. Dezember 1884, an Jorisch in Charlottenburg über M. 5,00, 18. Dezember 1884, an Jorisch in Charlottenburg über M. 3,00, 21. Dezember 1884, an Jorisch in Charlottenburg über M. 3,00, 22. Dezember 1884, an Jorisch in Charlottenburg über M. 5,00, 23. Dezember 1884, an Winter in Halle (Saale) über M. 20,00, 26. Dezember 1884, an Thomas in Paris über M. 24,42, 26. Dezember 1884, an Seiffert in Berlin über M. 2,05, 1. Januar 1885, an Reusfeld, Judenstraße, über M. 50,00, 24. Januar 1885, an Bausch in Breslau über M. 5,00, 30. Januar 1885, an Colsmann & Eracht in Geislingen über M. 3,00, 3. Februar 1885, an Hansen in Londern über M. 0,60, 14. Februar 1885, an Amtsgericht in Bollstein über M. 60,00, 22. Februar 1885, an Petermann in Reg über M. 3,00, 27. Februar 1885, an Traiteur der Bodbrauerei Lwoli in Berlin über M. 0,25, 27. Februar 1885, sowie die Nachnahme-Post-Anweisungen an Feldmann in Berlin über M. 3,50, 25. Dezember 1884, an Richter in Berlin über M. 30,00, 13. Januar 1885.

Die unbekannten Absender der vorstehend aufgeführten Post-Anweisungen werden ersucht, innerhalb vier Wochen vom Tage des Erscheinens gegen-

wärtiger Bekanntmachung ab gerechnet bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion hier selbst sich zu melden, widrigenfalls die Beträge dem Post-Armensfonds anheimfallen.
Berlin C., den 6. Mai 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Einrichtung von Postagenturen ohne Telegraphenbetrieb.

18. In den nachbezeichneten Orten gelangen Postagenturen ohne Telegraphenbetrieb zur Einrichtung:

- 1) in Sachsenhausen, Kreis Niederbarnim,
- 2) = Teschenhof, = Ruppin,
- 3) = Wansdorf, = Osthavelland,
- 4) = Drense, = Prenzlau,
- 5) = Dietikow, = Prenzlau,
- 6) = Schönwerder, = Prenzlau,

Die unter 1—3 erwähnten Postagenturen sind bereits seit 1. d. M. in Wirksamkeit.

Die Postagentur in Sachsenhausen erhält im postdienstlichen Verkehr die zusätzliche Bezeichnung „Markt“. Dem Bestellbezirke der neuen Postanstalten sind folgende Orte z. zugeheilt:

- 1) zu Sachsenhausen (Markt): Rassenheide mit Mühle, Birkenhof, Blumenhof, Seiler's Theerofen, Freienhagen Dorf;
- 2) zu Teschenhof: Neuendorf und Neuhof;
- 3) zu Wansdorf: keine Landorte;
- 4) zu Drense: Damme, Eickstedt, Ziemendorf und Grenz;
- 5) zu Dietikow: Weselitz und Seeläbke, Dorf, sowie die Eisenbahn-Wärterhäuser Nr. 29, 30 und 31 der Strecke Angermünde-Pasewalk;
- 6) zu Schönwerder: Bandelow Dorf mit Ausbauten.

Die Postverbindungen werden hergestellt für:

- 1) Sachsenhausen (Markt) durch eine zwischen Oranienburg und Sachsenhausen zweimal täglich verkehrende Landpostfahrt;
- 2) Teschenhof durch eine zweimal täglich zwischen Löwenberg (Markt) Bahnhof und Teschenhof verkehrende Landpostfahrt;
- 3) Wansdorf durch eine zwischen Seegesfeld und Wansdorf einmal täglich fuhrende Landpostfahrt und eine Botenpost;
- 4) Drense durch die bereits bestehende Landpostfahrt: Prenzlau-Schmölln (Udermark) und durch eine Botenpost „Prenzlau-Drense“;
- 5) Dietikow durch die zwischen Prenzlau und Gramzow fuhrende Personenpost und durch eine Botenpost „Prenzlau-Dietikow“;
- 6) Schönwerder durch eine zwischen Prenzlau und Schönwerder täglich zweimal verkehrende Landpostfahrt.

Potsdam, den 4. Mai 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Bahl.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums zu Berlin.

Aufnahme-Prüfung am Kgl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg.

2. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg wird **am 10., 11. und 12. September d. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum **25. August d. J.** an den Herrn Seminar-Direktor Holtz einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nachsverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarfurjus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 29. April 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Entlassungs-Prüfung im Kgl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg.

3. Die Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg wird **vom 2. bis 9. September d. J.** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulanwärter-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum **15. August d. J.** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugnis eines zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung.

Berlin, den 29. April 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin betreffend.

4. Die Schulvorsteherinnen-Prüfung wird hier **am 16. November d. J.** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Lehrerinnen zugelassen, welche den Nachweis einer mindestens fünfjährigen Lehrthätigkeit zu führen vermögen und mindestens zwei Jahre in Schulen unterrichtet haben. Die Anmeldungen sind an uns bis zum **16. August d. J.** einzureichen und denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein Zeugnis über die Lehrthätigkeit, 6) ein von einem zur Führung eines Amtsfieglers berechtigten Arzte ausgestellttes Attest über normalen Gesundheitszustand.

Berlin, den 29. April 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Lehrerinnen-Prüfung in Berlin betreffend.

5. Die Lehrerinnen-Prüfung wird hier **vom 12. Oktober d. J.** abgehalten werden. Zu dieser

Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen angegeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind spätestens bis zum **20. September d. J.** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte ausgestellttes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probefchrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 29. April 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Zweite Lehrerprüfung im Kgl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg.

6. Die zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Dranienburg wird **vom 22. bis 29. August d. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum **24. Juli d. J.** durch die zuständigen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugnis, 2) ein Zeugnis des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit der Versicherung, daß er keine anderen als die angegebenen Quellen dazu benutzt habe, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift. Erfolgt auf die Meldung kein abweisender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der Prüfung bei dem Herrn Seminar-Direktor zu melden.

Berlin, den 29. April 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Prüfung für Handarbeitslehrerinnen in Berlin.

7. Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird in Berlin vom **3. September d. J.** ab stattfinden. Die Anmeldungen zu derselben sind bis zum **3. August d. J.** an uns einzureichen und denselben beizufügen: A. von solchen, welche bereits eine Prüfung als Lehrerinnen bestanden haben: 1) das Zeugnis über diese Prüfung, 2) ein amtliches Zeugnis über ihre bisherige Thätigkeit als Lehrerinnen; B. von den übrigen Bewerberinnen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession, der Wohnort der Bewerberin und die Art der gewünschten Prüfung (ob für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für Volksschulen) angegeben ist, 2) ein Tauf- bezw. ein Geburtschein, 3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem Arzte, der zur Führung eines Dienstfieglers berechtigt ist, 4) ein Zeugnis über die von der Bewerberin erwerbte Schulbildung und die Zeugnisse über die etwa schon

abgelegte Prüfung als Turnlehrerin, Zeichenlehrerin u. s. w., 5) ein Zeugniß über die erlangte Ausbildung als Handarbeitslehrerin, 6) ein amtliches Führungszeugniß, ausgestellt von einem Geistlichen oder von der Ortsbehörde. Diejenigen Bewerberinnen, welche die Befähigung für den Handarbeitsunterricht in den mittleren und höheren Mädchenschulen erwerben wollen, haben folgende Arbeiten, in schulgerechter Weise angefertigt, beim Eintritt in die Prüfung vorzulegen: a. ein Mannsoberhemd, b. ein gewöhnliches Mannshemd, c. ein Frauenhemd, d. ein Fließtuch, e. ein Paar Strümpfe, wovon der eine mit einem eingestrickten Haden und einer Strickstopfe, f. ein Häkeltuch, g. ein Zeidentuch, h. ein Stüdtuch, i. ein Stopftuch mit verschiedenen Stopfen. Solche Bewerberinnen, welche nur die Befähigung zum Handarbeitsunterricht an Volksschulen nachsuchen, haben a. ein gewöhnliches Mannshemd (nicht Oberhemd), b. ein Frauenhemd, c. ein Fließtuch, d. ein Paar Strümpfe, wovon der eine mit einem eingestrickten Haden und einer Gitterstopfe, e. ein Zeidentuch, f. ein Stopftuch mit einer Leinensstopfe einzureichen.

Die Arbeiten werden durch die Einreichung von den Bewerberinnen ausdrücklich als selbstgefertigt bezeugt, sie sind indessen nicht ganz zu vollenden, damit nach Anweisung der Prüfungs-Kommission und unter Aufsicht derselben an der Arbeit fortgefahren werden kann.

Beim Eintritt in die Prüfung sind 5 Mark Prüfungs- und 1 Mark 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten.

Berlin, den 2. Mai 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Mittelschullehrer-Prüfung in Berlin.

8. Die Mittelschullehrer-Prüfung wird hier vom **3. bis 7. November** eventuell vom **24. bis 28. November d. J.** abgehalten werden.

Die Anmeldungen sind an uns bis zum **15ten August d. J.** spätestens, von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren, einzureichen und ist denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist; 2) das Zeugniß über die bisher empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest. Diejenigen, welche noch kein öffentliches Amt bekleiden, haben noch einzureichen: 4) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte ausgestellttes Attest über normalen Gesundheitszustand, 5) Angabe, in welchen Fächern der Examinand die Befähigung zu erlangen wünscht. Berlin, den 5. Mai 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Aktorats-Prüfung in Berlin.

9. Die Aktorats-Prüfung wird hier am **10. November**, resp. **1. Dezember d. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind an uns spätestens

bis zum **15. September d. J.** einzureichen und zwar von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren und ist denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest, 4) Angabe, ob Examinand die absolute (auf Grund einer für zwei fremde Sprachen abzulegenden Prüfung) oder nur die beschränkte Befähigung für ein Rektorat an einer bestimmten Schule zu erlangen wünscht. Berlin, den 5. Mai 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Berlin.

10. Die zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Berlin wird vom **21. bis 25. August d. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen der in Berlin amtierenden Lehrer sind bis zum **10. August d. J.** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit der Versicherung, daß er keine anderen als die angegebenen Quellen dazu benutzt habe, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probechrift. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor vorzustellen.

Berlin, den 5. Mai 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz.

11. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird vom **24. bis 26. September d. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum **15. September d. J.** an den Herrn Seminar-Direktor Doyé einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminar-Kurses gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge. Berlin, den 5. Mai 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz.

12. Die zweite Lehrerprüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird vom **11. bis 15. August dieses Jahres** abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die in dem Regierungs-Bezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind bis zum **5. Juli d. J.** durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns

einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit der Versicherung, daß er keine anderen als die angegebenen Quellen dazu benutzt habe, 4) eine Probezeichnung, 5) eine Probefchrift. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am Tage vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor vorzustellen. Berlin, den 5. Mai 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz. 13. Die Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Kyritz wird vom 17. bis 24. September d. J. abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Kandidaten, welche das 20ste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum 1. September d. J. an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfiegers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung. Erfolgt kein abweisender Bescheid, so haben sich die betreffenden Schulamts-Kandidaten am Tage vor Beginn der Prüfung dem Herrn Seminar-Direktor vorzustellen.

Berlin, den 5. Mai 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot einer Schulverschreibung.

12. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281), und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Bankgeschäft Wendelssohn & Co., hier, Jägerstraße Nr. 52, die Schulverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe Lit. A. Nr. 67010 über 5000 Mark angeblich abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Justizrath J. Simson hier, Mohrenstraße Nr. 43/44, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 5. Mai 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Neuer Tarif für Güter zum Export nach Rumänien

21. Vom 1. Mai d. J. ab tritt für den Verkehr von Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Altona, Berlin, Braunschweig, Breslau, Bromberg, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a./Main, Köln (links- und rechtsrh.),

sowie der Sächsischen Staatsbahnen nach Döwicz, Oberberg und Halbstadt transito für Güter zum Export nach Rumänien ein neuer Tarif in Kraft. Die Frachtsätze desselben finden nur auf die von den Deutschen Verbandstationen mit direkten Frachtbriefen nach Rumänien beförderten Güter im Rückvergütungswege und unter Beachtung der im Tarife enthaltenen Controlvorschriften Anwendung.

Durch den neuen Tarif werden die im Gütertarif für den Verkehr von Deutschen Stationen nach Warschau, Oberberg und Döwicz transito vom 1. Oktober 1884 enthaltenen Frachtsätze für Wagenladungen a. 5000 und 10000 kg nach Döwicz und Oberberg transito aufgehoben.

Soweit durch den Tarif Erhöhungen eintreten, bzw. in demselben für einige Relationen direkte Sätze nicht enthalten sind, bleiben die bezüglichen Frachtsätze des Tarifes vom 1. Oktober 1884 noch bis zum 15. Juni 1885 in Kraft.

Exemplare des Tarifes sind bei unseren Güter-Kassen Berlin (B.-G. Bf. und Schles. Bf.) Dresden-Fr., Frankfurt a./M., Görlitz, Stettin (E.-G. Bf.), sowie im hiesigen Auskunfts-Bureau, Bahnhof Alexanderplatz, zum Preise von 0,30 M. zu haben.

Berlin, den 4. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Frachtkredite für Kohlen-Transporte nach Berlin.

4. Vom 1. Oktober d. J. ab werden Frachtkredite mit längerer als einmonatiger Frist im hiesigen Verwaltungsbezirk nur noch für die nach Berlin bestimmten Kohlen-Transporte unter den bisherigen Bedingungen gewährt werden. Die Gewährung von Frachtkrediten mit einmonatiger Zahlungsfrist erfolgt auch künftig in der bisherigen Weise.

Magdeburg, den 8. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Transportbegünstigung für Thiere und Gegenstände.

30. Für diejenigen Thiere und Gegenstände, welche auf den unten bezeichneten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den nachstehend aufgeführten Bahnstrecken eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller dagegen frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes bzw. des Duplikat-Transportcheines für die Hintour, sowie durch eine Bescheinigung der unten bezeichneten Ausstellungs-Comités nachgewiesen wird, daß die Thiere oder Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet:

| Nr. | Art der Ausstellung | Ort | Zeit
1885 | Die Transportbegünstigung wird gewährt | | Zur Ausfertigung der Bescheinigung und Legitimiert | Der Rücktransport muß erfolgen innerhalb |
|-----|--|------------|----------------------------------|--|--|--|--|
| | | | | für | auf den Strecken der | | |
| 1 | Welt-Ausstellung | Antwerpen | Mai bis Oktober *) | Gegenstände Deutscher, Russischer und Oesterreichisch-Ungarischer Herkunft | sämtlichen Preussischen Staatsbahnen und Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen | Ausstellungs-Commission | 4 Wochen |
| 2 | Gewerbe- und Industrie-Ausstellung | Goerlig | Mitte Mai bis Mitte September *) | Gegenstände | dto. | Ausstellungs-Ausschuß | 14 Tage |
| 3 | Pferde-Ausstellung | Stettin | 16. bis 18. Mai | Pferde | Königlichen Eisenbahn-Direktionen Berlin, Bromberg und Breslau | Ausstellungs-Comité | 8 Tage |
| 4 | Concurrenzarbeiten | Ostereburg | 20. Mai **) | Pflüge und Ackergeräte | sämtlichen Preussischen Staatsbahnen | Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins zu Ostereburg | 8 Tage |
| 5 | Landwirtschaftliche Ausstellung und Thierschau | Fürstwalde | 30. Mai und 1. Juni | Thiere, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte | Königlichen Eisenbahn-Direktionen Berlin, Bromberg, Breslau, Erfurt, Magdeburg, Frankfurt a./M. und Altona | Ausstellungs-Commission | 8 Tage |
| 6 | Thierschau | Elft | 1. Juni | dto. | Königlichen Eisenbahn-Direktion Bromberg | Hauptvorstand des landwirtschaftlichen Central-Vereins in Insterburg | 8 Tage |
| 7 | dto. | Trempen | 2. Juni | dto. | dto. | dto. | |
| 8 | dto. | Gumbinnen | 4. Juni | dto. | dto. | dto. | |
| 9 | dto. | Pillkallen | 5. Juni | dto. | dto. | dto. | |
| 10 | dto. | Rhein | 8. Juni | dto. | dto. | dto. | |
| 11 | dto. | Lydt | 9. Juni | dto. | dto. | dto. | |
| 12 | Internationale Ausstellung von Arbeiten aus edlen Metallen und Legierungen | Nürnberg | 15. Juni bis 30. September | Gegenstände aus edlen Metallen und Legierungen | sämtlichen Preussischen Staatsbahnen und Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen | Ausstellungs-Comité | 14 Tage |
| 13 | Bienenwirtschaftliche Ausstellung | Liegnitz | 8. bis 11. September | Bienenwirtschaftliche Geräte und Erzeugnisse | sämtlichen Preussischen Staatsbahnen | dto. | 8 Tage |

*) Der Schlußtermin der Ausstellungen in Antwerpen und Goerlig wird später noch genau bekannt gegeben werden.

**) Die durch Bekanntmachung vom 12. April d. J. angekündigten Concurrenzarbeiten in Ostereburg haben nicht stattgefunden und sind auf den 20. Mai d. J. verlegt worden.

Bromberg, den 5. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nach Schluß der Ausstellung.

Fahrplan für den Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg.

31. Mit dem 1. Juni d. J. tritt für den Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg der dieser Nummer beiliegende Fahrplan in Kraft. Bromberg, den 30. April 1885.
Königl. Eisenbahn-Direktion.

Angabe von Extra-Retourbilletts zum Besuch der internationalen Ausstellung von Betriebs- u. Maschinen in Königsberg i. Pr.

32. Zur Erleichterung des Besuchs der in der Zeit vom 24. Mai bis Ende Juli d. J. in Königsberg i. Pr. stattfindenden internationalen Ausstellung von Betriebs-, Arbeits- und Hilfsmaschinen für Handwerk und Klein-Industrie werden vom 23. d. M. bis zum Schlusse der Ausstellung Extra-Retourbilletts für die II. und III. Wagenklasse mit einer fünftägigen Gültigkeitsdauer zu ermäßigten Preisen nach Königsberg i. Pr. auf folgenden Stationen verkauft werden: Allenstein, Belgard, Braunsberg, Bromberg, Cöslin, Colberg, Custrin, Custriner Vorstadt, Danzig lege Thor, Dt. Eylau, Dirschau, Elbing, Eythuhnen, Gnesen, Gadow, Graudenz, Gumbinnen, Heydekrug, Jablonowo, Inowrazlaw, Insterburg, Johannisburg, König, Landsberg a./W., Lauenburg i. Pomm., Marggrabowa, Marienburg, Marienwerder, Memel, Rafel, Neustadt i. Westpr., Neustettin, Ortelsburg, Osterode, Posen, Pr. Holland, Pr. Stargard, Schlawa, Schneidemühl, Stolz, Thorn, Tilsit, Wartenburg und Wehlau. Diese Retourbilletts berechtigen nur zur Fahrt mit den Personenzügen, jedoch können auf den Bahnstrecken Posen-Inowrazlaw und Thorn-Korschen auch die Courierzüge bzw. Schnellzüge benutzt werden. Zur Rückfahrt gelten die in Rede stehenden Billets nur, wenn sie mit dem Stempel des Ausstellungs-Comités versehen worden sind. Außerdem ist die Abstempelung der Billets Seitens der Billet-Expedition zu Königsberg i. Pr. beim Antritt der Rückreise erforderlich. Fahrunterbrechung und Fahrpreis-Ermäßigungen für Kinder wie im übrigen Retourbilletverkehr. 25 kg Gepäckfreigewicht werden gewährt. Näheres ist bei allen Stationen des diesseitigen Bezirks zu erfahren. Bromberg, den 7. Mai 1885.
Königl. Eisenbahn-Direktion.

Benachrichtigungen der Kreis-Ausschüsse.

7. Nachweisung
der Seitens des Kreis-Ausschusses des Jüterbog-Ludowalder Kreises auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit dem § 25 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen von Gutsbezirks-grenzen.

1) Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke: Parzellen Kartenblatt 1 N° 13/4 und 15/5 von 1,151 ha Größe. Bezeichnung des bisherigen Gutsbezirks: Gebersdorf. Bezeichnung des künftigen Gutsbezirks: Heinsdorf.

2) Bezeichnung der in Betracht kommenden Grundstücke: Parzellen Kartenblatt 4 N° 24/1 und 27/10 von 1,3750 ha Größe. Bezeichnung des bisherigen Gutsbezirks: Heinsdorf. Bezeichnung des künftigen Gutsbezirks: Gebersdorf. Jüterbog, den 30. April 1885.

Der Kreis-Ausschuß Jüterbog-Ludowalder Kreises.

Personal-Chronik.

Im Kreise Zauch-Belzig ist nach Ablauf seiner bisherigen Dienstzeit der Hauptmann a. D. von Rochow zu Redahn von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks II. Redahn ernannt worden.

Dem bisherigen Katastersekretair, Strueringsspektor Ulrich zu Berlin, ist unter Ernennung desselben zum Katasterkontroleur für die Zeit vom 1. Mai d. J. ab die Verwaltung des erledigten Katasteramts Berlin III. daselbst übertragen worden.

Der bisherige Anstaltsgeistliche der Stadtwoigtri zu Berlin Prediger Johann Friedrich Louis Wittwebe ist zum Evangelischen Prediger bei dem Städtischen Arbeitshaufe zu Rummelsburg bei Berlin, Diözese Berlin I., bestellt worden.

Der bisherige Diakonus zu Griesaß, Diözese Rathenow, Johannes Wilhelm Ferdinand Schmidt ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Welfigendorf, Diözese Jüterbog, bestellt worden.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Linow, Diözese Neu-Ruppin, kommt durch die nach neuem Rechte erfolgende Emeritierung ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Trepte zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeinbewahl nach Maßgabe der Allerhöchsten Verordnung vom 2. Dezember 1874 (Ges.-Samml. d. 1874 Nr. 28. S. 355.)

Die unter königlichem Patronat stehende reformirte Schlosspredigerstelle zu Cöpenick, Diözese Cöln-Land, ist durch die Versetzung ihres bisherigen Inhabers, des Schlosspredigers Riebusch, zum 1. Mai d. J. zur Erledigung gekommen. Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeinbewahl nach Maßgabe der Allerhöchsten Verordnung vom 2. Dezember 1874 (Ges.-Sammlung d. 1874 Nr. 28 Seite 355.)

Die Lehrer Hähnel, Haing, Hüttemann, Mahler, Nowka und Rauprich sind als Gemeindevorschullehrer in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirk der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Der Stations-Aufsicher Eue ist vom 1. Mai d. J. ab nach Gommern versetzt und ihm die Verwaltung dieser Station übertragen. Der bisherige Verwalter der Station Gommern ist am 1. Mai d. J. nach Helldorf versetzt. Dem Stations-Aufsicher Bähr, bisher in Berlin, ist vom 1. Mai d. J. ab die Verwaltung der Station Lichterfelde übertragen.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats April sind angestellt: als Postsekretaire die Postpraktikanten de Convent, Fißau, Frömsdorf, Hüne, Raupisch, Rehr, Preisigke, Ronge, die charakterisirten Postsekretaire Altergott, Bahr, Brosowsky, Dührsen, Greunuß, Hecht, Hoffmann, Kleiß, Langhammer, Marsch, Mayr, H. A. F. Müller, Rinke, Reimann, R. Schulz, Sparfeld, v. Studzienski und Tenhertz als

Telegraphensekretär: der Telegraphenassistent Reimann; als Postassistenten: die Postassistenten Ammon, Dienau, Döhlert, Etter, Er, Freier, D. Friße, Gallert, Geide, Gerlach, Gruner, Hammermeister, Helne, Hieber, Jänichen, v. Jaworski, Jürgens, Korth, Kuchowicz, Losch, Maigatter, Mars, Joh. Müller, A. Müller, Rabau, Riddlefs, Rogge, Rossmann, Schnell, Sommer, Stahlbusch, Stryder, Szabelski, Tolz, Wiazowski und Wingerling; als Telegraphenassistenten: die Postassistenten Knoll, Scherler und Thiele, sowie der Telegraphenanwärter Colbe;

ernannt: zum Postrath der Geheime expedirende Sekretär Heymann, zum Ober-Postassistenten: der Postassistent Cavalier, zu Ober-Telegraphenassistenten: die Telegraphenassistenten Blanke, Bollmann, Brose, de Clerc, Conradt, Ehrentraut, Erfert, A. D. E. Fischer, Gaedeke, Ganz, Gauger, Giese, Grabarsch, Hartung, Haß, Herper, Höst, Hädler, Kintischer, Kiskner, Klast, Kolrep, Liepe, Lindner, Mehlhorn, Meister, Murrmann, Otto, Riebe, Saabe, Schicht, E. H. Schmidt, Schumach, E. F. W. Schulz, L. H. Schulz, E. D. F. Schulz, Vogel, Vorbed, Wegner, Wigmann, Winkelmann, Wisnesky, Wunderlich;

versetzt: der Ober-Postrath Schulze von Halle (Saale) nach Berlin, die Postinspektoren Schönhaas von Arnberg nach Berlin und Wschura von Berlin nach Köln (Rhein), die Postassistenten Diedmann und Dobler von Berlin nach Königsbütte (Oberschlesien) bzw. Gumbinnen, die Ober-Postdirektionssekretäre v. Borries von Bromberg, Colas von Hannover und Schulze von Düsseldorf nach Berlin, der Ober-Postsekretär Brandt von Bromberg nach Berlin, der Ober-Telegraphensekretär Lüders von Berlin nach Hamburg, die Postsekretäre Ammon von Berlin nach Münster (Westfalen), F. H. Bartsch von Berlin nach Frankfurt (Oder), Eberhard von M. Glabbach, Klingenberg von Hamburg und Raupert von Stargardt (Pommern) nach Berlin, Runk und Zimdars von Berlin nach Köln (Rhein) bzw. Königsberg (Preußen), der Ober-Telegraphenassistent Thalwiger von Berlin nach Mannheim, die Telegraphenassistenten Krösing und Möller von Berlin nach Rülhausen i./Elsas bzw. Danzig, Landmeyer von Dortmund nach Berlin;

in den Ruhestand getreten: der Ober-Postrath Wengel;

gestorben: die Ober-Telegraphenassistenten Nitardy und Stangenberg.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.
Stetsmäßig angestellt sind: die charakterisirten Postsekretäre Demel in Dranienburg, Ludwig in Beeskow und Weber in Potsdam als Postsekretäre.

Ernannt ist: der Postsekretär G. R. D. Schulze in Prenzlau zum Ober-Postsekretär.

Versetzt sind: der Ober-Postassistent Buchhalter Schröder als c. Ober-Postassistent-Kassirer von Bromberg nach Potsdam, der Postassistent Brandt von Jüterbog nach Potsdam.

Gestorben sind: der Postsekretär Casparby in Bernau (Mark), die Postverwalter Knocke in Buschow und Schüge in Rhinow.

Vermischte Nachrichten.

Benutzung der Leinpfade auf den Oberuferu durch das Schiffsahrt treibende Publikum.

Wiederholte Beschwerden des Schiffsahrt treibenden Publikums über Störungen Seitens der Uferbesitzer bei Benutzung der Leinpfade auf den Oberuferu geben mir Veranlassung darauf hinzuweisen, daß nach § 98 Th. I. Tit. 8, sowie nach § 57. Th. II. Tit. 15 A. L. R. die Eigenthümer der Ufer öffentlicher Flüsse den Schiffsahrenden nicht wehren können, sich des Leinpfades an selbigen zu bedienen, vielmehr verpflichtet sind, den zur Einrichtung des Leinpfades erforderlichen Theil des Ufers herzugeben, ohne dafür Entschädigung von dem Staate verlangen zu können.

Die Polizei-Behörden sind angewiesen die Instandhaltung der Flußufer insofern, als dieselben zu Zwecken des Treibels geeignet erhalten werden müssen, event. im Wege des Zwanges durchzuführen.

Breslau, den 31. März 1885.

Der Ober-Präsident,

Wirkl. Geheime Rath von Seydewitz.

Polizei-Verordnung,

betreffend die Dampfschiffsahrt und die Beleuchtung der Fahrzeuge auf dem Friedrich-Wilhelms-Kanal, sowie dem Briesower See und der Spree von Neuhaus bis zur Mündung des Unterkanals der Schleuse zu Fürstenwalde.

Auf Grund der §§ 138 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff.) wird über das Befahren des Friedrich-Wilhelms-Kanals, sowie des Briesower Sees und der Spree von Neuhaus bis zur Mündung des Unterkanals der Schleuse zu Fürstenwalde mit Dampfschiffen, und über die Beleuchtung der Fahrzeuge auf diesen Wasserstraßen, unter Vorbehalt der Zustimmung des Bezirksausschusses verordnet, was folgt:

§ 1. Dampfschiffen über 41 m Länge und 5,1 m Breite ist das Befahren des Friedrich-Wilhelms-Kanals und der Spree von Neuhaus bis zur Mündung des Unterkanals der Schleuse zu Fürstenwalde verboten.

Dampfschiffen über 40,16 m Länge und 4,55 m Breite (128 Fuß Länge und 14 1/2 Fuß Breite: § 2 der Polizei-Verordnung für den Friedrich-Wilhelms-Kanal v. vom 3. Oktober 1865, Amtsbl. S. 365) ist das Befahren dieser Strecke nur widerruflich gestattet.

§ 2. Die Fahrgeschwindigkeit darf auf dem Briesower See und dem Friedrich-Wilhelms-Kanale bis zur Hammerschleuse 4 km in der Stunde und auf der weiteren Kanalsstrecke 7,50 km in der Stunde nicht übersteigen.

§ 3. Auf dem Kanale ist das Schleppen von mehr als einem Fahrzeuge verboten.

Auf der Spree von Neuhaus bis zur Mündung des Unterkanals der Schleuse zu Fürstenwalde darf ein zu Berg fahrender Dampfer nicht mehr als zwei Fahrzeuge, ein zu Thal fahrender Dampfer nur ein Fahrzeug im Schlepptau führen.

§ 4. 1. Das Vorfahrrecht bei den Brücken ist allen Dampfschiffen einschließlich des etwaigen Anhangs,

2. das Vorschleuserecht allen Dampfschiffen, sowie allen Schleppzügen, bei welchen das Schleppschiff mit seinem Anhang in einer Schleusenkammer gleichzeitig Platz findet, sowie allen Dampfschiffen, einschließlich ihres Anhangs, welche regelmäßige Fahrten auf dem Kanale unternehmen und bezüglich derselben der Wasserbauinspektion einen bestimmten, von der letzteren als ausreichend anerkannten Fahrplan vorgelegt haben, gewährt.

§ 5. Die Annäherung der Dampfschiffe an die Schleusen und Brücken muß langsam geschehen. Beim Passiren der Schleusen muß die Maschine gestoppt sein.

§ 6. Begegnen Dampfschiffe anderen Fahrzeugen oder Flößen oder wollen sie an denselben vorbeifahren, so müssen sie mindestens 50 m vorher ein laut tönendes Glockensignal geben und die Fahrgeschwindigkeit so vermindern, daß den betreffenden Fahrzeugen oder Flößen durch den Wellenschlag kein Schaden erwächst.

Treibenden Fahrzeugen oder Flößen muß von den Dampfschiffen die Leinpfadseite zur Fahrt überlassen werden.

§ 7. Dampfschiffe, Lastfahrzeuge und Flöße, welche sich auf dem Friedrich-Wilhelms-Kanale, dem Briesower See oder der Spree von Neuhaus bis zur Mündung des Unterkanals der Schleuse zu Fürstenwalde befinden, während der Verkehr auf denselben nicht durch den Winter oder durch Anordnungen der Wasserbauverwaltung gesperrt ist, müssen in der Zeit von Sonnenuntergang bis zum Eintritt der Tageshelle beleuchtet werden.

§ 8. Die Beleuchtung (§ 7) ist in folgender Art zu bewirken:

1. Dampfschiffe aller Art, einschließlich der zu Schlepp-, Tauer- und Vergnügungszwecken benutzten, haben während der Fahrt eine hellleuchtende, nach allen Seiten sichtbare Laterne mit weißem Licht, und ferner an der rechten Seite (Steuerbord) ein grünes, und an der linken Seite (Backbord) ein roth es Licht zu führen. Die letzteren beiden Lichter sind derartig mit Blenden zu versehen, daß man von vorn beide zugleich, von der rechten Seite nur das grüne, von der linken Seite nur das rothe und von hinten keins der farbigen Lichter sehen kann. Während des Stillliegens sind die Dampfschiffe in derselben Weise zu beleuchten, wie andere Schiffe (vergl. Nr. 2).

2. Lastfahrzeuge aller Art, einschließlich der in Schleppzügen befindlichen, haben sowohl während der Fahrt als während des Stillliegens eine nach allen Seiten leuchtende Laterne mit weißem Licht in solcher Höhe zu führen, daß das Licht von allen Seiten deutlich gesehen werden kann.

Die mit explosiven Stoffen, Heu oder Stroh beladenen Fahrzeuge müssen statt der Laterne mit weißem Licht sowohl während der Fahrt als während des Liegens auf dem vorderen wie auf dem hinteren Ende mit einer Tafel von mindestens 30 cm im Quadrat versehen sein, welche mit selbstleuchtender Malmaisfarber Lackfarbe angestrichen ist.

3. Flöße haben sowohl während der Fahrt als während des Stillliegens an jedem Ende entweder ein Feuer mit heller Flamme oder eine nach allen Seiten leuchtende Laterne mit weißem Licht in angemessener Höhe zu führen.

Für Flöße von weniger als 4 Fößen Länge genügt jedoch ein Feuer oder eine Laterne.

§ 9. Mit der Schiffsglocke ist auf Dampfschiffen zu läuten:

- 1) bei der Abfahrt,
- 2) bei der Annäherung an Brücken, Schleusen, Fahr- anstalten und Anlegeplätze,
- 3) bei der Annäherung an Schiffe und andere Fahrzeuge im Fahrwasser (§ 6),
- 4) nach eingetretener Dunkelheit, sowie bei nebligem Wetter und zwar muß die Signalglocke von 3 p 3 Minuten je 5 mal angeschlagen werden.

§ 10. Der Gebrauch der Dampfschiffe ist auf den Kanalstrecken Müllrose—Hammer, sowie Weißenberg—Sinkenheerd—Brieskow untersagt.

§ 11. Die Dampfschiffsführer haben den Anordnungen der Kanalbeamten in jeder Hinsicht Folge zu leisten, namentlich auf deren Aufforderung die Fahrgeschwindigkeit zu mäßigen und, sofern es den Verkehr erforderlich erscheinen sollte, auf deren Anruf die Fahrt ganz zu hemmen.

§ 12. Der § 9 der Polizei-Verordnung für den Friedrich-Wilhelms-Kanal und für die Spree-Schiffe bei Fürstenwalde vom 3. Oktober 1865 (Amtsbl. S. 365) wird aufgehoben.

Die sonstigen Bestimmungen dieser Verordnung finden, soweit sie im Vorstehenden eine Abänderung nicht erfahren haben, auch auf die Dampfschiffahrt Anwendung.

§ 13. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden, sofern nicht anderweit höhere Strafen bewirkt sind, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft.

§ 14. Diese Polizei-Verordnung tritt sofort in Kraft Frankfurt a. O., den 4. April 1885.

Der Regierungs-Präsident.

(Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend die revidirte Börsen-Ordnung für Berlin, und eine Beilage, enthaltend den Fahrplan des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg vom 1. Juni 1885 ab, sowie Vier Öffentliche Anzeigen.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf.)

Bezugsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Verlags- und Buchdruckerei.

Extra-Beilage

zum 20ten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 15. Mai 1885.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

10. Neuverordnete Börsen-Ordnung für Berlin.

§ 1. Die Börse zu Berlin hat zum Zwecke die Erleichterung des Betriebes von Handelsgeschäften in

- 1) Münzen und Edelmetallen, Banknoten, Papiergeld, Wechseln, Staats- oder anderen für den Handelsverkehr geeigneten Werthpapieren, Aktien, Coupons und Dividendenscheinen (Fonds-Börse);
- 2) Getreide und Mehl, Braumalz, Stärke, Zucker, Saat, Rüböl, Petroleum, Spiritus, Holz und anderen Produkten und Waaren (Produkten-Börse);
- 3) den für die Textilbranche in Betracht kommenden Fabrikaten, Halbfabrikaten und Rohprodukten (Waaren-Börse).

Ueber die Zuteilung der in Nr 2 und 3 nicht benannten Fabrikate, Halbfabrikate und Rohprodukte an die Abtheilungen 2 oder 3 entscheidet das Ältesten-Kollegium der Kaufmannschaft von Berlin.

§ 2. Es soll in Berlin nur eine Börse zugelassen werden.

Die Versammlungen der Fonds- und Produkten-Börse finden in dem der Korporation der Kaufmannschaft zu Berlin gehörigen Börsenhaus statt, die Versammlungen der Waaren-Börse dagegen in dem zu diesem Zwecke von Privaten besonders hergerichteten Saale des dem Börsenhaus gegenüber liegenden Gebäudes an der Burgstraße. Bei künftig in diesen Versammlungs-Räumen etwa eintretenden Hindernissen wird der Versammlungsort von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin mit Genehmigung der vorgesetzten Behörde bestimmt, insofern das Fortbestehen des Bedürfnisses nach börsenmäßigem Verkehr in der betroffenen Gattung von Handelsobjekten von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin anerkannt werden sollte.

§ 3. Der Zutritt zu den Börsen-Versammlungen steht nur denjenigen Personen frei, welche von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin eine Börsen-Eintrittskarte erhalten haben.

Telegraphische Depeschen, Rohrpostbriefe und Rohrpostkarten, welche in den Börsenräumen an Börsenbesucher zur Bestellung gelangen sollen, werden durch Börsendiener, welche diese Sendungen im Post- und Telegraphenamte der Börse in Empfang nehmen, an die Adressaten bestellt.

§ 4. Die Börsen-Eintrittskarte darf nicht erteilt werden an

- 1) Minderjährige,
- 2) Personen weiblichen Geschlechts,
- 3) solche Personen, welche sich nicht im Vollgenuss der bürgerlichen Ehrenrechte befinden,
- 4) solche Personen, welche wegen Verschwendung oder Geisteschwäche entmündigt sind,
- 5) solche Personen, über deren Vermögen der Konkurs schwebt,
- 6) solche Personen, welche wegen betrügerlichen Bankrutschts rechtskräftig verurtheilt worden sind.

Großjährigen Personen männlichen Geschlechts darf, insoweit nicht die vorstehend unter 3—6 aufgeführten Fälle vorliegen, die Börsen-Eintrittskarte nicht versagt werden, wenn sie entweder

- a. Mitglieder der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin sind, oder
- b. als Inhaber, Theilnehmer oder Prokuristen einer Handlungs-Firma, oder als Vorsteher einer Aktiengesellschaft, oder einer Genossenschaft in das Handels- oder Genossenschafts-Register Berlins oder seiner Vororte eingetragen stehen, oder
- c. als Handlungsgehilfen bei einer der unter a. oder b. bezeichneten Personen oder Firmen in Diensten stehen und ihre Zulassung zum Börsenbesuche durch den Prinzipal beantragt wird, oder
- d. vermöge ihrer Amts- oder Dienstpflicht die Börse zu besuchen haben.

Jeder Beschluß, durch welchen die Ertheilung einer Börsen-Eintrittskarte aus einem der oben unter Nr 1, 3—6 aufgeführten Gründe, oder weil die vorstehend ad a.—d. bezeichneten Voraussetzungen nicht zutreffen, versagt wird, ist unter Angabe des Grundes schriftlich auszufertigen und dem Betheiligten zu behändigen. Gegen einen solchen Beschluß steht dem Betheiligten die Klage bei dem Bezirksauschusse gemäß § 137 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs-Behörden vom 1. August 1883 offen.

Die Eintrittskarte darf ferner nach dem Ermessen der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin, und ohne daß gegen den bezüglichen Beschluß derselben der Rekurs an eine Behörde zulässig ist, erteilt und wieder entzogen werden:

- e. solchen selbstständigen Kaufleuten oder Prokuristen, welche nicht in Berlin oder seinen Vororten wohnen (Fremden),
- f. solchen Personen, welche ein dem börsenmäßigem

Produkten- oder Waarenhandel dienendes Hilfs-
gewerbe betreiben,

g. Berichterstattem der Presse.

Diejenigen, welche nicht Mitglieder der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin sind, können die Börsen-Eintrittskarte nur erhalten, wenn sie eine schriftliche Empfehlung Seitens dreier Korporations-Mitglieder vorlegen.

Für vorübergehende Einführung Fremder genügt die Empfehlung durch ein Korporations-Mitglied.

§ 5. Der Verlust des Zutrittsrechts zu den Börsen-Versammlungen tritt von selbst ein gegen solche Personen, welche in eines der im § 4 unter Nr. 3, 4, 5 oder 6 bezeichneten Verhältnisse gerathen.

Es sind ferner mittelst schriftlich auszufertigenden Beschlusses der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin von den Börsen-Versammlungen auszuschließen:

- 1) diejenigen, welche erweislich nicht des Börsenhandels sondern anderer demselben fremder Zwecke wegen sich einfinden,
- 2) diejenigen, gegen welche der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte durch ein noch nicht rechtskräftiges Erkenntniß ausgesprochen ist,
- 3) diejenigen, gegen welche bei dem zuständigen Gerichte wegen Verschwendung oder Geisteschwäche der Antrag auf Entmündigung gestellt ist,
- 4) diejenigen, welche wegen einfachen Bankerotts rechtskräftig verurtheilt worden sind, oder welche sich im Zustande der Zahlungsunfähigkeit befinden.

Dieser Zustand gilt bei einem Börsenbesucher insbesondere dann schon als eingetreten, wenn er seinen Gläubigern Aufforderungen macht, oder wenn er eine liquide und fällige Schuldverbindlichkeit unberichtigt gelassen hat,

- 5) diejenigen, welche in den Börsensälen oder den zugehörigen Nebenräumen von dem Zeitpunkte der Oeffnung bis zu dem der Schließung der Eingangsthüren sich einer der nachstehend bezeichneten Handlungen schuldig machen:

- a. der Beleidigung oder Verleumdung eines anderen Börsenbesuchers oder eines Beamten der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin,
- b. der Erregung von Lärm, der Verletzung des Anstandes oder der Zuwiderhandlung gegen eine Anordnung eines Börsen-Kommissars,
- c. der Verbreitung falscher Gerüchte, — es sei denn, daß derselben ein unverschuldeter Irrthum über die Wahrheit des Gerüchts zu Grunde liegt,

- 6) diejenigen, welche einer nach 3 Uhr erlassenen Aufforderung des Börsendiener's zum Verlassen der Börse nicht Folge geleistet haben.

In den Fällen zu Nr. 1 bis 3 dauert die Ausschließung so lange, bis der Ausschließungsgrund beseitigt ist. In den Fällen zu Nr. 4 ist die Ausschließungsfrist auf mindestens 3 Monate bis höchstens 3 Jahre zu bemessen. Auch nach Ablauf der festgesetzten Frist darf dem Ausgeschlossenen eine neue Börsen-

Eintrittskarte nur dann ertheilt werden, wenn das Aeltesten-Kollegium den Nachweis einer mit sämmtlichen Gläubigern durch Zahlung, Erlaß oder Stundung erfolgten Regulirung für geführt erachtet. In den Fällen zu Nr. 5 und 6 ist die Ausschließungsfrist auf mindestens 3 Tage bis höchstens 1 Jahr zu bestimmen. Gegen Rückfällige und unter sonst erschwerenden Umständen kann die Ausschließung als eine lebenslängliche verhängt werden.

In den Fällen zu Nr. 5 wird der Tenor des Beschlusses durch mindestens 14tägigen Aushang an der Börse bekannt gemacht.

§ 6. Vor Abfassung des im § 5. erwähnten Beschlusses wird der Beschuldigte von einer aus zwei Mitgliedern des Aeltesten-Kollegiums und dem Syndikus oder aus drei Mitgliedern des Aeltesten-Kollegiums bestehenden Kommission mit seiner Verteidigung gehört. Erscheint er auf schriftliche Vorladung nicht, so wird gegen ihn in contumaciam verfahren. An denjenigen, dessen Aufenthalt nicht bekannt ist, gilt die Vorladung und die Mittheilung des Beschlusses für rechtsverbindlich bewirkt, wenn dieselben während zehn Tagen an der Börse ausgehangen haben.

Gegen die Entscheidung der Aeltesten steht dem Beschuldigten die Klage bei dem Bezirksauschuß gemäß § 137 des Gesetzes vom 1. August 1883 über die Zuständigkeit der Verwaltungs-Behörden offen. Durch die Berufung wird in den Fällen Nr. 1 bis 4 des § 5 die Vollstreckung des Beschlusses nicht aufgehalten.

§ 7. Die Eintrittskarte ist nur für diejenige Person gültig, auf deren Namen sie lautet. Sie wird kostenfrei ertheilt an die Beamten der Kaufmannschaft, sowie an alle diejenigen Personen, welche nach den bestehenden Vorschriften vermöge ihres Amtes den Börsen-Versammlungen beizuwohnen berechtigt oder verpflichtet sind, mit Ausnahme der Handelsmakler.

Für Personen, welche nicht in Berlin oder dessen Vororten wohnen (Fremde) kann durch Beschluß der Aeltesten der Kaufmannschaft ein Eintrittsgeld für jeden einzelnen Besuch der Börsen-Versammlungen festgesetzt werden.

§ 8. Die Mitglieder der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin erhalten die Eintrittskarte gegen Entrichtung ihrer in den Art. 38 bis 40 des revidirten Statuts der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin vom 26. Februar 1870 geordneten Beiträge. Die übrigen Börsenbesucher, mit Ausnahme der Handlungsgehilfen, werden alljährlich durch die Finanz-Kommission der Korporation nach dem Umfange ihres Börsengeschäfts klassenweise zu den Beiträgen eingeschätzt.

Diese Einschätzung erfolgt nach der im Artikel 40 des revidirten Statuts der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin normirten Skala, welcher aber in jeder Klasse derjenige Betrag von jährlich 18 Mark zuzuschlagen ist, welchen die Korporations-Mitglieder nach Artikel 38 des gedachten Statuts vorweg zu entrichten haben. Für die Eintrittskarten von Handlungsgehilfen hat diejenige Firma, welche deren Zulassung

Extra-Beilage

zum 20ten Stüd des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 15. Mai 1885.

Bekanntmachungen der Königlichen Ministerien.

10. **Revidirte Börsen-Ordnung für Berlin.**

§ 1. Die Börse zu Berlin hat zum Zwecke die Erleichterung des Betriebes von Handelsgeschäften in

- 1) Münzen und Edelmetallen, Banknoten, Papiergeld, Wechseln, Staats- oder anderen für den Handelsverkehr geeigneten Wertpapieren, Aktien, Coupons und Dividendenscheinen (Fonds-Börse);
- 2) Getreide und Mehl, Braumalz, Stärke, Zucker, Saat, Rüböl, Petroleum, Spiritus, Holz und anderen Produkten und Waaren (Produkten-Börse);
- 3) den für die Textilbranche in Betracht kommenden Fabrikaten, Halbfabrikaten und Rohprodukten (Waaren-Börse).

Ueber die Zuteilung der in № 2 und 3 nicht benannten Fabrikate, Halbfabrikate und Rohprodukte an die Abtheilungen 2 oder 3 entscheidet das Ältesten-Kollegium der Kaufmannschaft von Berlin.

§ 2. Es soll in Berlin nur eine Börse zugelassen werden.

Die Versammlungen der Fonds- und Produkten-Börse finden in dem der Korporation der Kaufmannschaft zu Berlin gehörigen Börsen Hause statt, die Versammlungen der Waaren-Börse dagegen in dem zu diesem Zwecke von Privaten besonders hergerichteten Saale des dem Börsen Hause gegenüber liegenden Gebäudes an der Burgstraße. Bei künftig in diesen Versammlungsräumen etwa eintretenden Hindernissen wird der Versammlungsort von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin mit Genehmigung der vorgesetzten Behörde bestimmt, insofern das Fortbestehen des Bedürfnisses nach börsenmäßigem Verkehr in der betroffenen Gattung von Handelsobjekten von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin anerkannt werden sollte.

§ 3. Der Zutritt zu den Börsen-Versammlungen steht nur denjenigen Personen frei, welche von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin eine Börsen-Eintrittskarte erhalten haben.

Telegraphische Depeschen, Rohrpostbriefe und Rohrpostkarten, welche in den Börsenräumen an Börsenbesucher zur Bestellung gelangen sollen, werden durch Börsendiener, welche diese Sendungen im Post- und Telegraphenamte der Börse in Empfang nehmen, an die Adressaten befehlen.

§ 4. Die Börsen-Eintrittskarte darf nicht erteilt werden an

- 1) Minderjährige,
- 2) Personen weiblichen Geschlechts,
- 3) solche Personen, welche sich nicht im Vollgenusse der bürgerlichen Ehrenrechte befinden,
- 4) solche Personen, welche wegen Verschwendung oder Geisteschwäche entmündigt sind,
- 5) solche Personen, über deren Vermögen der Konkurs schwebt,
- 6) solche Personen, welche wegen betrügerischen Bankerutts rechtskräftig verurtheilt worden sind.

Großjährigen Personen männlichen Geschlechts darf, insoweit nicht die vorstehend unter 3—6 aufgeführten Fälle vorliegen, die Börsen-Eintrittskarte nicht versagt werden, wenn sie entweder

- a. Mitglieder der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin sind, oder
- b. als Inhaber, Theilnehmer oder Prokuristen einer Handlungs-Firma, oder als Vorsteher einer Aktiengesellschaft, oder einer Genossenschaft in das Handels- oder Genossenschafts-Register Berlins oder seiner Vororte eingetragen stehen, oder
- c. als Handlungsgehilfen bei einer der unter a. oder b. bezeichneten Personen oder Firmen in Diensten stehen und ihre Zulassung zum Börsenbesuche durch den Prinzipal beantragt wird, oder
- d. vermöge ihrer Amts- oder Dienstpflicht die Börse zu besuchen haben.

Jeder Beschluß, durch welchen die Ertheilung einer Börsen-Eintrittskarte aus einem der oben unter № 1, 3—6 aufgeführten Gründe, oder weil die vorstehend ad a.—d. bezeichneten Voraussetzungen nicht zutreffen, versagt wird, ist unter Angabe des Grundes schriftlich auszufertigen und dem Betheiligten zu behändigen. Gegen einen solchen Beschluß steht dem Betheiligten die Klage bei dem Bezirksausschusse gemäß § 137 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs-Behörden vom 1. August 1883 offen.

Die Eintrittskarte darf ferner nach dem Ermessen der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin, und ohne daß gegen den bezüglichen Beschluß derselben der Rekurs an eine Behörde zulässig ist, erteilt und wieder entzogen werden:

- e. solchen selbstständigen Kaufleuten oder Prokuristen, welche nicht in Berlin oder seinen Vororten wohnen (Fremden),
- f. solchen Personen, welche ein dem börsenmäßigem

das Effekt einführenden Firma durch Aushang an der Börse und Insertion in Berliner Zeitungen bekannt gemacht worden sind. Bei Zulassung von Effekten zum Handel hat das Börsen-Kommissariat der Fonds-Börse provisorisch bis zur Entscheidung des Aeltesten-Kollegiums diejenigen Makler zu bestimmen, welchen die amtliche Vermittlung von Geschäften in diesem Effekte zugewiesen wird.

Gegen die Anordnungen der Sektion des Börsen-Kommissariats findet die Beschwerde an das Aeltesten-Kollegium statt.

Kein verleideter Makler darf in einem noch nicht zum Börsenverkehr zugelassenen Effekte Geschäfte vermitteln.

§ 14. Die amtliche Coursfeststellung und die Notirung im amtlichen Courszettel ist betreffs der Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs und des Preussischen Staats zu bewirken. Den Aeltesten der Kaufmannschaft bleibt vorbehalten, nach dem obwaltenden Bedürfnis zu bestimmen, auf welche anderen Gegenstände sich die amtliche Cours- und Preisfeststellung und die Notirung in dem amtlichen Courszettel bezw. Preis-Courant erstrecken soll. Die Sektion des Börsen-Kommissariats der Fonds-Börse ist jedoch ermächtigt, die nichtamtliche Publikation von Coursen solcher Effekten, welche zur amtlichen Notirung noch nicht zugelassen sind, für den nichtamtlichen Theil des Courszettels (cf. § 18) zuzulassen.

Zur amtlichen und nichtamtlichen Notirung werden nur solche Effekten verstatet, bei denen der Nominalbetrag der Gesamt-Emission die Summe von einer Million Mark erreicht.

§ 15. Die amtliche Feststellung der Börsen-Course der Wechsel, Fonds und Effekten, sowie der Börsen-Preise für Produkte und Waaren geschieht durch die Börsen-Kommissarien; sie erfolgt:

- 1) für Fonds und Geldsorten an einem jeden Börsen-Tag,
- 2) für Wechsel mindestens dreimal wöchentlich,
- 3) für Getreide, Spiritus, Del, Delstaaten, Petroleum, Mehl und Kartoffelstärke an einem jeden Börsen-Tag; außerdem werden
 - a. an jedem Donnerstage die Preise für Spiritus loco ohne Faß, und zwar für jeden einzelnen Börsentag der mit dem Donnerstag ablaufenden Woche besonders,
 - b. am letzten Börsentage jedes Monats die Durchschnittspreise der an dem gedachten Tage über Lieferung auf laufenden Monat an der Produkten-Börse geschlossenen Geschäfte festgesetzt;
- 4) für alle übrigen Waaren wöchentlich einmal am Freitag.

Findet an einem für die Cours- und Preisfeststellung bestimmten Wochentage keine Börsen-Versammlung statt, so erfolgt die Feststellung am nächst vorhergehenden Tage.

Anmerkungen, welche die Bedürfnisse des Verkehrs

bezüglich der Wahl der zu den Cours- und Preisfestsetzungen vorstehend bestimmten Tage nöthig machen sollten, werden von den Aeltesten der Kaufmannschaft angeordnet und in der durch § 9 bezeichneten Weise bekannt gemacht.

§ 16. Die amtliche Feststellung der Course und Preise durch den Börsen-Kommissar geschieht unmittelbar nach 2 Uhr in den besonders dazu bestimmten Räumen. Dort haben die bei der Korporation angestellten Handelsmakler, die in den betreffenden Artikeln Geschäfte vermitteln, an denselben Tagen, an denen für ihren Geschäftszweig Course oder Preise festzustellen sind, pünktlich um 2 Uhr zu erscheinen und müssen bis zur Entfernung des betreffenden Börsen-Kommissars dort anwesend bleiben. Der Börsen-Kommissar ist berechtigt, von den Maklern wahrheitsgetreue und nach seinem Ermessen ausdrücklich auf ihren Amtseid zu nehmende Auskunft darüber zu fordern, zu welchen Coursen und Preisen im Effektiv- und Kassa-, sowie im Zeitgeschäfte Waaren, Fonds, Effekten, Geldsorten und Wechsel geordert oder angeboten, und zu welchem Course und Preise, und über welche Quantitäten Geschäfte durch ihre Vermittlung abgeschlossen sind. Die Makler sind auch verpflichtet, dem Börsen-Kommissar die Einsicht in ihr Börsen-Notizbuch zu gestatten und ihm auf Erfordern gutachtliche Auskunft über die festzustellenden Course und Preise zu geben. Die Entscheidung über die Höhe des amtlich festzustellenden Courses oder Preises steht indeß dem Börsen-Kommissarius allein zu und bleibt es ihm überlassen, auf welchem Wege er die zu dieser Entscheidung erforderliche Information sich sonst noch verschaffen will. Er hat Course und Preise danach festzusetzen, wie der einzelne Artikel in der Zeit, für welche die Feststellung erfolgt, im regelmäßigen Verkehr an hiesiger Börse einerseits auf sofortige, andererseits auf spätere Lieferung zu kaufen beziehungsweise zu verkaufen gewesen ist.

§ 17. Die Protokolle über Feststellung der Fonds-, Geld- und Wechselcourse und der Waarenpreise sind von einem der bei der Korporation der Kaufmannschaft angestellten Börsen-Sekretaire zu führen.

In Behinderungsfällen der Börsen-Sekretaire kann deren Stelle durch einen zweiten Börsen-Kommissar vertreten werden.

Die Börsen-Kommissare haben darauf zu halten, daß bei Feststellung der Course und Preise außer den Börsen-Sekretairen und den betheiligten Handelsmaklern Niemand zugegen ist; sie haben Jeden, der sich etwa ungerufen einfinden möchte, sofort entfernen zu lassen und überhaupt das ganze Geschäft zu leiten, auch die zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung bei demselben erforderlichen Anordnungen zu treffen, denen ein Jeder der Anwesenden sich zu fügen verpflichtet ist.

§ 18. Der amtliche Courszettel für Fonds, Geldsorten und Wechsel, sowie der amtliche Preis-Courant für Waaren, welcher mit dem nach § 17 aufzunehmenden Protokoll genau übereinstimmen muß, wird sofort nach geschehener Feststellung der im § 15 gedachten



Börsencourse und Börsenpreise gedruckt, zur Beglaubigung mit dem Stempel der Korporation der Kaufmannschaft und der Ueberschrift „Börse zu Berlin“ versehen und noch an demselben Nachmittag ausgegeben. Dem amtlichen Courszettel für Fonds, Geldsorten und Wechsel wird ein nichtamtlicher Theil hinzugefügt zum Zwecke der in § 14 Satz 2 bezeichneten Notirungen. Die nichtamtlichen Notirungen werden nicht durch Börsen-Kommissarien festgestellt; die vereideten Makler haben aber ihre Coursansage dem Börsen-Kommissar behufs Niederlegung in der Börsenregistratur zu übergeben. Ob und in welcher Weise noch außerdem amtliche Bekanntmachungen über festgestellte Course und Preise von den Aeltesten der Kaufmannschaft zu erlassen sind, bestimmen diese selbst nach den Bedürfnissen des Verkehrs.

§ 19. Besondere Atteste über Course und Preise, die nach den Bestimmungen der §§ 15—17 festgestellt sind, werden auf Verlangen von den Aeltesten der Kaufmannschaft unter ihrer Unterschrift und dem Korporations-Siegel erteilt.

§ 20. Öffentliche Bekanntmachungen werden durch Aushang im Börsen-Lokal bewirkt.

Außer den Bekanntmachungen der Aeltesten der Korporation können auf diese Weise auch andere amtliche und Privat-Bekanntmachungen veröffentlicht werden.

Amtliche Bekanntmachungen werden auf Requisition der betreffenden Behörde stets in der angegebenen Form veröffentlicht. Daß dies geschehen, wird demnächst von den Aeltesten bescheinigt.

Der Aushang von Privat-Bekanntmachungen erfolgt nur dann, wenn die Aeltesten der Kaufmannschaft oder

im Falle des § 13 Absatz 2 oder sonst in sehr eiligen Fällen die Börsen-Kommissarien dieselben nach Form und Inhalt zur Publikation geeignet und dem Zwecke des Börsenverkehrs oder dem Interesse des Handelsstandes überhaupt entsprechend finden.

§ 21. Die gegenwärtige Börsen-Ordnung tritt mit dem 1. Juli 1885 in Wirksamkeit mit Ausnahme der Bestimmungen betreffs der Waarenbörse, welche erst von dem Tage an in Kraft treten, welcher vorher durch eine seitens des Aeltesten-Kollegiums der Kaufmannschaft von Berlin an der Börse mindestens 14 Tage lang auszuhängende, zur Kenntniß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe zu bringende Bekanntmachung als der Eröffnungstag der Waarenbörse bezeichnet wird.

Vom 1. Juli 1885 ab treten die Börsen-Ordnung vom 20. April 1866 und die zusätzlichen Bestimmungen zu derselben vom 17. August 1872, vom 12. August 1874 und vom 29. August 1876 außer Kraft.

Berlin, den 15. Juli 1884.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

F. Mendelssohn. G. Dietrich. B. Liebermann.

*

*

*

Vorstehende Börsenordnung wird hierdurch genehmigt.

Berlin, den 20. März 1885.

(L. S.)

Für den Minister für Handel und Gewerbe
von Boetticher.

1841.

2

—

—

2

**Bekanntmachungen
der Königl. Ministerien.****Bekanntmachung,**

den Ankauf von Remonten pro 1885 betreffend.
Regierungsbezirk Potsdam.

11. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, **Morgens 8 Uhr** beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

| | |
|-------------|----------------------|
| am 23. Mai | Dranienburg, |
| „ 27. „ | Rauen, |
| „ 28. „ | Neustadt a./Dosse, |
| „ 29. „ | Rathenow, |
| „ 2. Juni | Wilsnack, |
| „ 20. Juli | Angermünde, |
| „ 4. August | Strasburg in/Udr., |
| „ 5. „ | Prenzlau, |
| „ 6. „ | Templin, |
| „ 18. „ | Weyenburg in/Priegu, |
| „ 19. „ | Burkhard, |
| „ 21. „ | Prigwall, |
| „ 22. „ | Perleberg, |
| „ 24. „ | Lenzen a. d. Elbe, |
| „ 25. „ | Havelberg, |
| „ 26. „ | Kyritz, |
| „ 27. „ | Neu-Ruppin, |
| „ 28. „ | Bindow. |

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt. Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippensieger (Kopper), welche sich innerhalb der ersten 28 Tage nach dem Eintreffen in den Depots als solche zeigen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht gehörig legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind ferner verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederne Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens 2 Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, ist es erwünscht, daß die Deckheine möglichst mitgebracht werden. Auch werden die Ver-

käufer ersucht die Schweife der Pferde nicht zu coupiren, oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 8. März 1885.

Kriegs-Ministerium,

Abtheilung für das Remonte-Wesen.

gez. Frhr. v. Troschke. Graf v. Rindowstroem.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung:

Ausreichung der Zinsheine Reihe IV. zu den Prioritäts-Obligationen der Taunus-Eisenbahn vom Jahre 1844 betreffend

17. Die Zinsheine Reihe IV. Nr. 1 bis 7 zu den Prioritäts-Obligationen der Taunus-Eisenbahn vom Jahre 1844 über die Zinsen für die Zeit vom 30. Juni 1885 bis 30. Dezember 1888 werden vom 8. Juni d. J. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Dranienstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, beziehungsweise durch die Kreisassen in Frankfurt a./M., auch bis zum 30. Juni d. J. durch die Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinsheinanweisungen mit einem Verzeichniß zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserl. Postamt Nr. 2 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinsheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinsheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinsheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und bei Aushändigung der Zinsheine wieder abgeliefert. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gewählten

Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Prioritäts-Obligationen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Prioritäts-Obligationen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 6. Mai 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königl. Kreis- und Forstkassen und Haupt-Steuer-Ämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 15. Mai 1885.

Königl. Regierung.

Die Erhebung der direkten Staatssteuern etc. betreffend.

18. Auf Anordnung der Herren Minister für Landwirtschaft, Domainen und Forsten und der Finanzen wird bestimmt, daß fortan im ganzen Umfange des Regierungsbezirks Potsdam die Erhebung der in monatlichen Raten fälligen direkten Staatssteuern, nämlich der Grund- und Gebäudesteuer, der Gewerbesteuer, der Klassensteuer und der klassifizierten Einkommensteuer, sowie der Domainen-Amortisations- und Rentenbank-Renten — bei diesen die Zustimmung der Rentenzahlungspflichtigen vorausgesetzt — vierteljährlich erfolgt.

Diese Bestimmung tritt schon für das laufende erste Vierteljahr des Etatsjahres 1885/86 in Kraft. Sie hat zur Folge, daß fortan die bezeichneten Steuern und Renten für das ganze Vierteljahr bis zum 8ten Tage jedes dritten Quartalmonats entrichtet werden müssen und unverzüglich nach diesem Tage im Nichtzahlungsfalle die mit Kosten verbundene Mahnung und zwangsweise Beitreibung eintritt.

Die gesetzlichen Fälligkeitsstermine werden hierdurch nicht berührt, und bleibt es den Pflichtigen daher, wenn sie es vorziehen, unbenommen, die Steuern und Renten in monatlichen Raten im Voraus innerhalb der ersten acht Monatstage zu zahlen, auch steht ihnen nach wie vor frei, dieselben auf längere Zeiträume bis zum ganzen Jahresbetrage im Voraus zu entrichten.

Potsdam, den 12. Mai 1885.

Königl. Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

Die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Gummersdorf für das Jahr 1885 betreffend.

127. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze der Königl. Artillerie-Prüfungs-Kommission bei Gummersdorf

für das Jahr 1885, wie folgt, festgesetzt worden sind:

Mai: 24., 25., 26., 27., 31.;

Juni: 3., 7., 10., 14., 17., 21., 22., 23., 24., 25., 28., 29.;

Juli: 1., 5., 8., 12., 15., 19., 22., 26., 29.;

August: 2., 5., 9., 12., 16., 19., 23., 26., 30., 31.;

September: 2., 6., 9., 13., 14., 15., 16., 17., 20., 23., 27., 30.;

Oktober: 1., 2., 4., 5., 7., 11., 12., 14., 18., 19., 21., 25., 28., 29.;

November: 1., 2., 3., 8., 9., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.;

Dezember: 1., 2., 6., 9., 10., 11., 13., 14., 15., 16., 20., 21., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 30., 31.

Potsdam, den 16. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Polizei-Verordnung.

betreffend den Verkehr mit Spiritus auf den dem Regierungs-Präsidenten zu Potsdam unterstellten Wasserstraßen.

128. Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 138 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 werden hiermit unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses folgende Bestimmungen getroffen:

§ 1. Die Polizeibehörde des Einladeortes hat zu bestimmen, ob Spiritus in besonderen Fahrzeugen geführt werden muß, oder ob derselbe mit anderen Gütern zusammen verladen werden darf. Im letzteren Falle hat sie die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln, denen sich der Schiffer zu unterwerfen hat, anzuordnen.

§ 2. Der Führer eines Fahrzeuges, welches Spiritus an Bord hat, darf mit seinem Fahrzeuge nur in einer Entfernung von mindestens 200 Schritt von anderen Fahrzeugen oder von bewohnten Gebäuden anlegen. Erreicht er den Bestimmungsort, so hat er der Polizei-Behörde anzuzeigen, daß das Fahrzeug Spiritus geladen hat und die Menge desselben genau anzugeben.

Das Fahrzeug ist sodann auf den von der Polizei-Behörde bestimmten Liegeplatz zu führen und darf diesen ohne Erlaubniß der Polizei-Behörde nicht verlassen.

§ 3. Die Löschung der Spiritusladung muß innerhalb der von der Polizeibehörde bestimmten Frist bewirkt werden.

§ 4. Schiffer, welche Spiritus in ihre Fahrzeuge einladen oder überladen, dürfen dies nur an der von der Polizeibehörde bestimmten Stelle bewirken und müssen den Hafen oder Ladeplatz binnen der vorgeschriebenen Frist verlassen.

§ 5. Auf Schiffen, welche Spiritus an Bord haben oder einnehmen, sowie bei der Löschung, Lagerung und Einladung von Spiritus darf Feuer oder Licht nicht gemacht und Tabak nicht geraucht werden.

§ 6. Die Ausladung und Lagerung von Spiritus darf nur auf dem von der Polizeibehörde dazu bestimmten Plage stattfinden.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen

werden mit einer Geldstrafe von 6 bis 60 Mark oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.
Potsdam, den 13. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

129. Die Lungenseuche unter dem Rindvieh der Rittergüter Bruchhagen und Görlsdorf im Kreise Angermünde ist erloschen.

Die Pferde des Schmiedemeisters Schulze zu Birchholz im Kreise Niederbarnim sind der Ansteckung durch die Kropfkrankheit verdächtig und dieserhalb unter Observation gestellt worden. Dagegen ist das der gleichen Ansteckung verdächtig gewesene Pferd des Adre-pächters Selchow zu Friedrichsfelde, im Kreise Niederbarnim, gesund befunden worden.

Potsdam, den 15. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Wollmarkt betreffend.

44. In Gemäßheit der Allerhöchsten Ordre vom 7. März 1860 wird der diesjährige Wollmarkt hierseits in den Tagen vom 19. bis 21. Juni und zwar auf dem Terrain der Berliner Viehmarkt-Aktien-Gesellschaft abgehalten werden. Vor den bezeichneten Markttagen darf der Wollmarkt nicht beginnen. Die Verkaufsstellen und Lagerplätze werden durch die Verwaltung der vorgenannten Gesellschaft angewiesen.

Berlin, den 9. Mai 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der im § 35 Abs. 2 und 3 der Reichsgewerbe-Ordnung verzeichneten Gewerbetreibenden.

45. Unter Hinweis auf die in der Extra-Beilage zum 15. Stück des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 10. April d. J. bereits publicirte, mit dem 1. Juni d. J. in Kraft tretende Polizei-Verordnung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 18. März 1885, betreffend Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der im § 35 Abs. 2 und 3 der Reichsgewerbe-Ordnung verzeichneten Gewerbetreibenden wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Polizei-Verordnung vom 20. Juli 1870, betreffend die Beaufsichtigung des Erdblergewerbes und die Polizei-Verordnung vom 25. August 1870, betreffend den Geschäftsbetrieb der Gefinde-Vermiether, durch folgenden Beschluß des Herrn Ministers des Innern vom 21. April d. J. vom 1. Juni 1885 ab außer Kraft gesetzt worden sind:

Ministerium des Innern.

Berlin, den 21. April 1885.

Nach Einsicht der von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe unter dem 18. März d. J. erlassenen, mit dem 1. Juni d. J. in Kraft tretenden Polizei-Verordnung, betreffend

Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der im § 35 Absatz 2 und 3 der Reichs-Gewerbeordnung verzeichneten Gewerbetreibenden, habe ich auf Grund des § 145 Absatz 2 des Gesetzes

über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung S. 195) beschlossen

a. die vom dem Königl. Polizei-Präsidium zu Berlin unter dem 20. Juli 1870 für den engeren und weiteren Polizeibezirk von Berlin und für den Polizeibezirk von Charlottenburg erlassene Polizei-Verordnung, betreffend die Beaufsichtigung des Erdblergewerbes (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin 1870 S. 215),

b. die von dem Königl. Polizei-Präsidium zu Berlin unter dem 25. August 1870 für den engeren Polizeibezirk von Berlin und den Polizeibezirk von Charlottenburg erlassene Polizeiverordnung, betreffend den Geschäftsbetrieb der Gefindevermiether (a. a. O. S. 250)

vom 1. Juni 1885 ab, wie hiermit geschieht, außer Kraft zu setzen.

Der Minister des Innern.

gez. von Puttkamer.

Beschluß II. 3962.

Berlin, den 1. Mai 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Auswanderung nach Australien und Amerika.

46. Dem Kaufmann Wilhelm Mahler hierseits, Invalidenstraße Nr. 121, ist auf Grund der §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1853 zur Vermittelung von Verträgen mit Auswanderern behufs deren Beförderung von Hamburg nach Australien und Amerika — mit Ausnahme von Brasilien — als durch Vollmacht vom 8. Mai d. J. bestellten Agenten des Auswanderer-Beförderungs-Unternehmers Carl Dieblich Müller, in Firma Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft zu Hamburg, die Genehmigung erteilt worden.

Berlin, den 13. Mai 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Pakete.

19. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. Pakete in Berlin zur Post gegeben:
an Groh in Berlin $\frac{1}{2}$ kg, 23. Dezember 1884, an Letellier in Berlin $\frac{1}{2}$ kg, 31. Dezember 1884, an Baumann in Hannover $\frac{1}{2}$ kg, 31. Dezember 1884, an Bahninspektor in Webra $\frac{1}{2}$ kg, 6. Januar 1885.

B. Gegenstände, welche in Paketen ohne Aufschrift enthalten gewesen bez. Postsendungen entfallen oder bei hiesigen Postanstalten herrenlos aufgefunden worden sind:
10 Stück Maasse aus Pappe zu Handschuhen, 1 Maschinenteil mit 1 Gummiring, 2 alte Taschmesser, 1 Schnur, 1 Kinder-Unterrock, 1 Plaid und 1 wollenes Unterhemde, 3 Riemen, 1 Unter- und 1 zerbrochene Oberlatte, 6 Ketten zu Wanduhren, 100 Stück Cigaretten, 2 Pakete gesponnenes Garn, weiße Seife, 1 Paar wollene Strümpfe, 1 Schuh, schwarzes Futterzeug.

1 lebernes Nähkästchen, 1 Cigarrentasche und 2 Portemonnaies, helles Futterzeug, 2 angefangene Stidereien, 2 Taschentücher, 1 Schleife, gesponnenes Hanfgarn, 1 Talmifette und 1 Schachtel mit Fischfutter, 4 Cigarren, Exemplare des Jährigen Anzeigers, 11 Stück Schürzenband und 1 Maschinenteil, 1 Bilderbuch, 1 Taschenmesser, mehrere Vorhängeschlösser, 1 Etui mit 1 Cigarrenspitze, 12 Stück eiserne Bänder und 1 Uhrgehänge, 1 Rolle Packpapier, 1 Päckchen mit broncirten Eisenteilen, 1 Revolver, 1 kleine leberne Börse, 1 Pferdebock von Messing, 1 Pappkästchen mit 1 Zeitbroche, 1 Paar leberne Hauschuhe, 2 Päckchen Titelschilder, 1 Stück Gummischnur, 2 Lörensfüße von Holz, 1 Schlüssel, 15 Stück gebrauchte Hefebüchel, 1 Beist in Lederfütteral (Messer und Gabel), 1 Bund Glasperlen, 3 seidene Shawls und 1 Stück weiße Spitze, 1 Feilloben, 4 Metallstücke, 3 Päckchen Blanketschienen zu Schnürleibern, 3 Scheren, 1 Knäuel Wolle, 6 Hefte der Universalbibliothek von Reclam, 1 Schlüssel, 1 Knäuel hellblaue Seide, 1 Carton mit 50 Stück Radirgummi, 1 Hammer, 1 Glische, 53 Chemisettknöpfe von Metall, 1 Päckchen mit 12 Rollen Nähmaschinen-garn, 2 Blechhüllen (Schirmhieb), 1 Päckchen mit Schlosserteilen und Schrauben, 1 Buch (Post-Incasso), 1 Päckchen Perlen, 1 Glasbassin zu einer Petroleumlampe, 1 Kiste, $\frac{1}{2}$ Dugend Messer, $\frac{1}{2}$ Dugend Gabeln, $\frac{1}{2}$ Dugend Eßlöffel, $\frac{1}{2}$ Dugend Theelöffel, 2 Sahnenlöffel, 1 Theesieb, 6 kleine Becher, 1 Salz-büchsen, 1 Teller, 6 Messerbänke von Glas enthaltend, 1 Kiste Cigarren, 1 pharmaceutischer Kalender, 1 Stempelapparat in Medaillonform, 1 Paket mit 12 Centrumsböhrern, 1 Schraubenbohrer, Luthers Katechismus, Biblische Geschichte, 1 Gummiprobe, 1 Trauring, 2 Stück Theerseife, 12 Stück Nügenschirme.

Die unbekannten Eigenthümer der vorbezeichneten Gegenstände werden ersucht, spätestens innerhalb 4 Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung ab gerechnet — bei der hiesigen Ober-Postdirektion sich zu melden, widrigenfalls mit den Gegenständen nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Berlin C., den 13. Mai 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums zu Berlin.

Die Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten betr.

14. Die Prüfung der Lehrer an Taubstummen-Anstalten beginnt hier am 17. September d. J. Zu dieser Prüfung werden zugelassen Geistliche, Candidaten der Theologie oder der Philologie, sowie solche Volksschullehrer, welche die zweite Prüfung bestanden und sich mindestens zwei Jahre mit Taubstummenunterricht beschäftigt haben. Die Anmeldungen sind an uns bis zum 15. Juni d. J. einzureichen und denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das

Alter, die Confession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Bewerbers anzugeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung, sowie über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein Zeugniß über die bisherige Thätigkeit des Bewerbers im Taubstummenunterricht, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Zeugniß über normalen Gesundheitszustand. Berlin, den 7. Mai 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Ausnahme-Tarif für den Transport von Salz aller Art.

33. Am 20. Mai d. J. tritt im Lokal-Güterverkehr unseres Bezirks ein Ausnahme-Tarif für den Transport von Salz aller Art von Inowrazlaw und Klausaschacht nach den Stationen der Strecken Standau-Insterburg—Memel, Wehlau—Eydubunen und Insterburg—Kiöwn, bei Aufgabe in Sendungen von je 10000 kg pro Wagen, in Kraft. Mit demselben Tage werden die im Nachbarverkehr mit der Ostpreussischen Südbahn von Inowrazlaw und Klausaschacht nach Elb-Grasewo und Proßken bestehenden Ausnahme-Tarisse für Salz etc., bei Aufgabe von je 10000 kg pro Wagen, ermäßigt. Die zur Erhebung gelangenden Frachtkönnen bei den vorbenannten Stationen erhoben werden, auch ertheilen letztere, sowie unser Tarif-Büreau auf schriftliche Anfrage Auskunft.

Bromberg, den 7. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag V. zum deutschen Eisenbahn-Gütertarif Theil I.

34. Der Nachtrag V. zum deutschen Eisenbahn-Gütertarif, Theil I., giltig vom 1. April 1885, enthaltend neben einer Aenderung der Zusatzbestimmung zu § 47 3a. des Betriebs-Reglements die neu redigirten Tarifvorschriften nebst Güter-Classification, findet vom 15. Mai 1885 ab auch für den Deutsch-Polnischen Verband Anwendung. Ausgeschlossen bleibt auch jetzt die Classification der Artikel „Cement, sowie Steine, Platten, Fliesen, Krippen, Tröge, Brunnen, Gassen- und Spülsteine, Rinnen, Röhren und hohl gearbeitete Steine zu Durchlässen aus Cement“ und „Kleie, auch Grieskleie und Reiskleie (Reisabfall, Reiskraut, Reiskülsen)“. Soweit für diese Artikel nicht besondere Ausnahmetarife bestehen, bleiben dieselben von der direkten Beförderung im Deutsch-Polnischen Verbande ausgeschlossen.

Bromberg, den 11. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion

als geschäftsführende Verwaltung.

Verkauf von Retourbilletts mit sechswochentlicher Gültigkeit.

35. Vom 20. Mai bis 15. September d. J. werden Retourbilletts mit sechswochentlicher Gültigkeitsdauer für die I., II. und III. Classe zum Versuch der Dampfbäder wie folgt verkauft werden:

a. nach Colberg von den Billet-Expeditionen Bromberg, Danzig b. Th., Königs, Landsberg a. B., Schneidemühl, Thorn;

- b. nach **Elbing** für **Kahlberg** von den Billet-Expeditionen Berlin-Charlottenburg, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schleifischer Bahnhof, Bromberg, Thorn;
- c. nach **Königsberg i./Pr.** für **Crang** und **Neuhäuser** von den Billet-Expeditionen Allenstein, Berlin-Charlottenburg, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schleifischer Bahnhof, Bromberg, Cüstrin, Cüstriner Vorstadt, Goldap, Graudenz, Landsberg a./B., Lyd (nur nach Königsberg), Marggrabowa, Ortelsburg, Osterode, Posen, Schneidemühl, Thorn;
- d. nach **Rügenwalde** und **Stolpmünde** von den Billet-Expeditionen Bromberg, Thorn, Schneidemühl;
- e. nach **Poppot** oder **Neufahrwasser** von den Billet-Expeditionen Berlin-Charlottenburg, Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schleifischer Bahnhof, Bromberg, Cüstrin, Cüstriner Vorstadt, Graudenz, Insterburg, Königsberg i./Pr., Königs, Landsberg a./B., Posen, Schneidemühl, Thorn.
- Diese Billets sind zur Rück- resp. Weiterreise nur für diejenigen Personen gültig, welche mit denselben die Reise begonnen haben und berechtigen zur Benutzung sämtlicher die betreffende Wagenklasse führenden Züge. Einmalige Unterbrechung der Fahrt in jeder Richtung auf beliebige Zeit innerhalb der Geltungsdauer des Retourbillets ist gestattet und zwar auch dann, wenn die Weiterreise nicht von der Unterbrechungsstation, sondern von einer anderen, dem Reiseziele näher gelegenen Station derselben Linie fortgesetzt werden soll.
- Beim Antritt der Rückreise unterliegen sämtliche Billets der Abstempelung auf derjenigen Eisenbahn-Station, von welcher die Rückfahrt angetreten wird. Außerdem haben die Inhaber von Retourbillets nach Königsberg (für Crang) eine Bescheinigung der königlichen Badeverwaltung zu Crang, die Inhaber von Retourbillets nach Elbing (für Kahlberg) eine Bescheinigung des Herrn A. Grünwald in Kahlberg und die Inhaber von Retourbillets nach Neuhäuser eine Bescheinigung des Amtsvorstandes in Schäferai, daß der Aufenthalt in Crang, bezw. in Kahlberg, bezw. in Neuhäuser länger als acht Tage gewährt hat, vorzuzeigen; andernfalls haben die Billets zur Rückreise keine Gültigkeit.
- Im Verkehre mit Neuhäuser findet vom Ostbahnhofe in Königsberg i./Pr. zum Eigenbahnhofe daselbst und umgekehrt nur die Ueberführung des Reisegepäcks, nicht aber auch der Personen statt.
- Pro Billet 25 kg Freigepäd. Näheres ist bei den oben genannten Stationen zu erfahren.
- Bromberg, den 2. Mai 1885.
Königl. Eisenbahn-Direktion.

Transportbegünstigung für Thiere, landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe.

36. Für diejenigen Thiere, landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthe, welche auf den unten bezeichneten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den nachstehend ausgeführten Bahnstrecken eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller dagegen frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheins für die Hinfahrt, sowie durch eine Bescheinigung der unten bezeichneten Comités u. nachgewiesen wird, daß die Thiere oder Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet:

| Nr. | Art der Ausstellung | Ort | Zeit 1885 | Die Transportbegünstigung wird gewährt für | | Zur Ausfertigung der Bescheinigung sind legitimirt | Der Rücktransport muß erfolgen innerhalb |
|-----|--|-----------|-------------------|---|--|--|--|
| | | | | für | auf den Strecken der | | |
| 1 | Landwirthschaftliche Ausstellung, | Mauen, | 11. und 12. Mai, | Thiere, landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe, | Königlichen Eisenbahn-Direktionen Altona, Magdeburg, Berlin, Bromberg, Erfurt und Frankfurt a./M., | der Vorstand des landwirthschaftlichen Vereins für das Havelland zu Mauen, das Ausstellungs-Comité, die Ausstellungs-Kommission. | 8 Tage |
| 2 | Thierschau und landwirthschaftliche Ausstellung, | Jüterbog, | 21. Mai, | desgleichen, | desgleichen, | | 8 Tage |
| 3 | Internationaler Maschinenmarkt. | Leipzig. | 19. bis 21. Juni. | landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe. | sämtlichen Preussischen Staatsbahnen und der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen. | | 14 Tage |

Bromberg, den 14. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Schluß der einzelnen Ausstellungen.

Transportbegünstigung für Thiere, landwirtschaftliche Maschinen und Geräthe.

37. Für diejenigen Thiere, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräthe, welche auf der Thierschau am 19. Mai d. J. in Prenzlau und am 6. und 7. Juni d. J. in Dranienburg ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der königlichen Eisenbahn-Direktion Berlin eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes für die Hinfahrt bezw. des Duplikat-Transportcheines, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungs-Comités nachgewiesen wird, daß die Thiere und sonstigen Gegenstände ausgeführt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb 8 Tage nach Schluß der Ausstellungen stattfindet.

Die gleichen Transportbegünstigungen werden für die auf der Thierschau in Dranienburg ausgestellten Thiere, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräthe bezüglich der Strecken Berlin-Wittenberge, Berlin-Stendal, Berlin-Magdeburg, Berlin-Halle und Berlin-Landsberg a/W. gewährt.

Bromberg, den 12. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Der bisherige Regierungsbaumeister Prenzkel in Templin ist zum königlichen Kreisbauinspektor ernannt und demselben die bisher von ihm ausstrageweise verwaltete Kreisbauinspektorstelle zu Templin vom 1. April d. J. ab definitiv verliehen worden.

Die erledigte Försterstelle Colpin in der Oberförsterei gleichen Namens ist dem Förster Sommerfeld zu Damsdorf in derselben Oberförsterei vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Der Baggermeister Lardong ist zum 1. Juli d. J. von Sachsenhausen nach Potsdam versetzt worden.

Dem Fräulein Anna Grammeltsdorf aus Perleberg ist die Erlaubniß zur Annahme von Stellen als Hauslehrerin im diesseitigen Regierungsbezirk ertheilt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Tottleben, Provinz Sachsen, Ernst Theodor Schlaaff ist zum Pfarrer bei der Evangelischen Gemeinde der Parochie Vossdorf, Diözese Treuenbriezen, bestellt worden.

Der bisherige Superintendent und Oberpfarrer zu Schwerin a/W., Diözese Mecklenburg, Provinz Vosen, Theodor August Großmann, ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Dorf Zinna, Diözese Lützenwalde, bestellt worden.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Archidiaconat an der St. Marien-Kirche zu Berlin, Diözese Berlin Stadt I., kommt durch die Emeritierung des Archidiaconus D. Müllensiefen zum 1. October d. J. zur Erledigung.

Die Lehrer Schneider, Schumann, Frommont, Steinhauer, Lange, Müller, Dräsig,

Gaebde, Hiltmann, Klug, Köhnen, Koneffke, Korn, Risch, Schlag, Schmidt, Wenglaß, Wettstaedt, Hübner, Tilgner, Fietkau, Wiedermann und Rabus sind als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Taubstummenlehrer Töpfer aus Breslau ist als erster ordentlicher Lehrer an der königlichen Taubstummen-Anstalt zu Berlin angestellt worden.

Der Schulamts-Kandidat Dr. Balke ist als ordentlicher Lehrer an dem Realprogymnasium zu Strausberg angestellt worden.

Der Lehrer Battre ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen
im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion
Erfurt pro Monat April 1885.

Abgang: der Stations-Vorsteher I. Classe Semmler in Berlin am 1. April 1885 pensionirt.

Berfahrt: der Stations-Vorsteher II. Classe Schramm von Landsberg nach Trebbin; der Stations-Assistent Meyer unter Ernennung zum Güter-Expediten vom Betriebs-Amt Magdeburg (Wittenberge-Leipzig) nach Berlin.

Geschenke an Kirchen etc.

Bei dem königlichen Konsistorium der Provinz Brandenburg sind in neuerer Zeit folgende an Kirchen u. im Regierungsbezirke Potsdam gemachten Geschenke zur Anzeige gebracht worden:

Diözese Beelitz: der Kirche zu Schlunkenhof 1 Choralbuch von A. W. Bach (Werth 9 M.) von einer ungen. Erblasserin zu Tempelhof, 1 Bibel zum kirchlichen Gebrauch (Werth 7 M.) von der Gemeinde; der Kirche zu Beelitz 1 Legat von 300 M. für Zweck der inneren Mission von der Wittwe Schulze, Franziska geb. Mielenz, 4 Wandleuchter (Werth 30 M.) von 1 ungen.

Diözese Belgig: der Kirche zu Buchholz ein blauesammetnes Kissen mit weißer Stickerei (Werth 18 M.) von dem Hüfner Peter Lange zu Buchholz; der Kirche zu Bergholz 1 Barockkronleuchter mit 30 Lichtern (Werth 206 M.) vom Kossäthen Frohnsdorf, 1 größeren Broncekronleuchter mit 25 Lichtern und 1 kleineren Kronleuchter mit 12 Lichtern (Werth zusammen 184 M.) vom Auszugshüfner Martin Sternberg, 1 Altar- und Kanzelbekleidung von schwarzem Tuch mit Silberfransen (Werth 137 M.) von den Wirthen der Gemeinde, zum Ausbau der Orgel 300 M. und zum Kästen der Kirche eine Drathgitterthür mit Verschluss (Werth 20 M.) vom Pfarrer Stammer in Borne.

Diözese Berlin Land: der Kirche zu Hermsdorf zur Beschaffung einer Orgel durch freiwillige Gaben 163 M. vom Pfarrer und Gemeinde daselbst; der Kirche zu Pinnow 1 Kanzel- und Altarbekleidung, sowie 1 Altar-Teppich (Werth zusammen 130 M.) von Frauen und Jungfrauen der Gemeinden Borgsdorf und Pinnow; der Kirche zu Malschow 3000 M. Stiftungs-Kapital, dessen Zinsen in erster Linie zur



- Pflege der Gräber der Familie Simon, dann aber zu gleichen Theilen zur Begründung eines Pfarrwittwenfonds und zur Verschönerung der Kirche dienen, und 1 Altar-Deibild (der einladende Christus nach Pfannschmidt) in ornamentaler Umrahmung von Eichenholz (Werth 1200 M.) von dem Rittergutsbesitzer Simon als früherer Patron; der Kirche zu Wartenberg ein Geschenk von 1500 M. zum Ausbau der Kirche bezw. Beschaffung einer Orgel, von dem Grafen von Wost-Buch als früherer Patron, ein Geschenk von 1500 M. zur Beschaffung einer Orgel und 1 Wandleuchter und $\frac{1}{2}$ Dugend eisener Stühle für den Patronatsitz (Werth zusammen 123 M.) von dem Magistrat von Berlin als jetziger Patron, 1 bronzene Krone und desgl. Leuchter (Werth zusammen 138 M. 50 Pf.) von den Frauen der Gemeinde Wartenberg, 1 Taufstein von terra cotta (Werth 110 M.) von dem Verein für christliche Kunst, 1 hohes Kreuz von Eichenholz für den Altar von dem Ortspfarrer.
- Diözese Bernau: der Kirche zu Schönsfeld 1 Altarraum-Teppich (Werth 80 M.) von der konfirmirten Jugend der Gemeinde, 1 gestickte weiße Decke für das Bibelpult auf dem Altar (Werth 30 M.) von der Sup.-Wittwe Grießer zu Berlin.
- Diözese Neustadt-Brandenburg: der Kirche zu Fersch 1 Altarbekleidung mit 1 Paar Leuchtern mit Kerzen (Werth 20 M.) von der Frau Fr. Behrendt in Fersch, 30 M. von dem Ingenieur von Niglass in Potsdam, 1 Kanzelpultdecke und 1 Altarbehang, 1 Decke für die Altarkruse (Werth zusammen 60 M.) von dem Tapeziermeister Hirsland in Potsdam; der Kirche zu Nachel 1 bronzener Kronleuchter mit 12 Leuchtern (Werth 100 M.) und 30 M. von einem Gemeindeglied; der Kirche zu Lehnin 1 Taufstischdecke mit goldener Stickerei (Werth 100 M.) von einem Unbekannten.
- Diözese Cöln-Land: der Schlosskirche zu Köpenick 1 gestickter Altar-Teppich (Werth 200 M.) von den Frauen und Jungfrauen der Gemeinde, 1 Schutzdecke für die Altarbekleidung von feiner Leinwand mit gestickter Bordüre und geklöppelter Spigenkante (Werth 35 M.) von der Frau Prediger E. Rifebusch, geb. Knuth, daselbst, 2 hölzerne, künstlerisch bemalte Untersätze für die Altarleuchter (Werth 20 M.) von dem Fräulein Gertrud Bretschneider in Spandau, die Wiederherstellung der rothsammetnen Altar- und Kanzelbekleidung (Werth 100 M.) von dem Commerzienrath Spindler in Köpenick; der Kirche zu Rudow 1 3armiger Lichthalter aus Bronze mit Glasverzierung (Werth 10 M.) von den Konfirmanden daselbst.
- Diözese Grawow: der Kirche zu Poggrow 1 Kronleuchter von Goldbronce (Werth 110 M.) von der Kirchengemeinde; der Kirche zu Grünow 1 gewirkter Altar-Teppich (Werth 30 M.) von einem Ungenannten; der Kirche zu Pölßen 1 silberplattirte Abendmahlstanne (Werth 35 M.) von dem Lieutenant von Wedell-Parlow; der Kirche zu Schmiedeberg eine Altarbibel (Werth 5 M.) von dem Pfarrer.
- Diözese Havelberg-Bilsnack: der Kirche zu Groß-Belle 1 kleines Orgelwerk ohne Pedal (Werth 800 M.) von den Gemeindegliedern.
- Diözese Zülpzig: der Kirche zu Fröhden 1 Altar-Teppich (Werth 20 M.) von dem Fräulein Bertha Schneider in Potsdam.
- Diözese Luckenwalde: der St. Johanniskirche in Luckenwalde 1 massiv silberne, innen stark vergoldete Altarstanne (Werth 375 M.) von der verwitweten Frau Apotheker Anwandter, geb. Doyé zu Neu-Ruppin, 1 neuer Altar aus französischem Kalkstein und sarrasischem und pyrenäischem Marmor und 1 Anzenpodium mit violetter Sammet mit einer Goldstickerei (Werth 3000 M.) von dem Rentier Fr. Steinberg, 1 Kanzelbibel (Werth 8 M.) von einem Ungenannten, 6 Stühle (Werth 30 M.) von einem Ungenannten, 1 massiv silberner, innen vergoldeter Kelch mit Patene (Werth 175 M.) von einem Ungenannten, 1 kleiner Altar-Teppich von Plüsch (Werth 60 M.) von der Frau Marie Steinberg, geb. Gödel, 300 M. für Pflege der Gräber der Geschenkgeberin und ihres Ehemannes bis 30 Jahre nach ihrem Tode von der Wittwe Volle, 5 künstlerisch ausgeführte Glasfenster für die Apfis der St. Johanniskirche (Werth 3500 M.) von den Fabrikbesitzern Gebr. Heinrich.
- Diözese Potsdam I.: der Kirche zu Ahrensdorf aus freiwilligen Gaben ein neuer messingener Kronleuchter (Werth 80 M.) von der Gemeinde.
- Diözese Prenzlau I.: der Kirche zu Rugerow 1 gestickte Decke für die vasa sacra, sowie eine Altardecke (Werth zusammen 40 M.) von der Frau Patronin von Wedell-Rugerow.
- Diözese Prenzlau II.: der Kirche zu Baumgarten 1 stark versilberter Kelch von Alfenide nebst ebensolcher Patene (Werth 40 M.) von einem Mitglied der Gemeinde, eine neue Kanzelbekleidung von schwarzem Tuch mit silbernen Franzen und ein Tuch von feiner weißer Leinwand mit schwarzer Stickerei zum Bedecken der Abendmahlgefäße (Werth 20 M.) von den Töchtern der verwitweten Frau Rittergutsbesitzer Menz zu Freienwalde a./D.
- Diözese Neu-Ruppin: der Kirche zu Progen 1 Altar-Teppich (Werth 30 M.) von einem Ungenannten; der Kirche zu Linow 1 Kanzel- und Altarbekleidung von grünem Tuche mit Kreuz aus Goldborde (Werth 100 M.) von Geschwister Fr. A. und H. Trepte daselbst; der Kirche zu Krenzlín 1 großer Teppich vor dem Altare (Werth 100 M.) von dem Kirchenpatron, Oekonomierath Scherz und dessen Gemahlin Elisabeth geb. Kernst, zu Krenzlín, eine neue schwarze tuchene Altar- und Kanzelbekleidung mit Goldfranzen (Werth 100 M.) von dem Hauptmann Freiherrn von Eberstein zu Rosack, Premier-Lieutenant Winklose zu Cassel und Stadtkommandant Dr. König in Potsdam.

Diözese Erandau: der St. Johannis Kirche zu Spandau 900 M. zum Zwecke der Verfertigung von Gräbern von der Frau Kreisgerichtsrath Kletschke, Henr. geb. Baerenroth zu Potsdam; der Kirche zu Bockow 2 Stühle zur Benutzung bei Trauungen (Werth 12 M.) von dem Kirchenältesten Cunow; der Kirche zu Wandorf 1 große Altarbibel (Werth 15 M.) von dem Patron Gen.-Lieutenant z. D. von Hedern Erz. und Geschwistern, 1 seidenes gesticktes Lesenzeichen (Werth 3 M.) von Otto von Hedern auf Wandorf; der Kirche zu Pausin 1 Altarbibel mit Liegepult (Werth 45 M.) von dem Pehnschulzengutsbesitzer Kolberg, 1 Kanzelbibel (Werth 5 M.) von dem Kriegerverein zu Pausin; der St. Nicolais Kirche zu Spandau 1 sammetne Kanzelpulstende (Werth 20 M.), 1 Kofosläufer für die Hauptgänge in der Kirche (Werth 40 M.) von einem Mitglied des Gemeinde-Kirchenraths; der Kirche zu Schwante 1 Krucifix mit versilbertem corpus (Werth 75 M.) von dem cand. theol. Otto Higer.

Diözese Strassburg: der Kirche zu Lübbenow Altar- und Kanzelbekleidung von rothem Tuche mit echt goldener Borte und Canille, desgleichen Antependien (Werth 150 M.) von dem Patron, Rittergutsbesitzer von Stülpnagel zu Dargitz; der Kirche zu Pavendorf 2 dreiarmlige Wandleuchter aus Goldbronze mit Weinlaub (Werth 40 M.) von dem Bauerhofsbesitzer Christian Kraude und dessen Ehefrau Ernestine; der Kirche zu Hegdorf Abendmahlsgeräte für Kranken- und Privatkommunionen (Werth 20 M.) von dem past. em. Funke zu Prenzlau.

Diözese Straußberg: der Kirche zu Garzau 1 Orgel mit 5 klingenden Stimmen, 2 Koppeln und Pedal (Werth 1500 M.) von der Mutter des Patrons.

Diözese Treuenbriezen: der Kirche zu Freienthal 1 Altarbekleidung (Decke und Behang) aus blauem Tuche (Werth 50 M.) von Frau Schulze Caroline Korte.

Diözese Wriezen: der Kirche zu Baglow 1 Altarbekleidung von hellblauem Tuche mit Silberfransen (Werth 120 M.) von 2 Familien der Gemeinde; der Kirche zu Biesdorf 1 silb. Abendmahlsfeld (Werth 96 M.) von der Gemeinde, 1 Kanzel- und Altarbekleidung von violettem Tuche mit schwarzseidenen Franzen, Kreuz von echter Silberhorte und echt silbernen Quasten (Werth 135 M.) von der Patr. Frau Rittergutsbesitzer Böse-Kögel, 1 Krucifix von schwarzem Holze mit Corpus von Elfenbeinmasse (Werth 27 M.) von einem Gemeindegliede; der Kirche zu Haselberg völlige Renovirung der Kirche, bestehend in Herstellung eines hölzernen Plafonds, Anstrich der Gesimse, Altar- und Kanzelbekleidung von braunem Tuche mit Goldfransen und Kreuzen von echter Goldhorte, farbigen Glaskienstern, von denen 2 die Apostel Petrus und Paulus darstellen (Werth 3500 M.) von dem Patron Herrn Baron von Edardstein; der Kirche zu Lüderdorf 1 silbernes, innen vergolbtes Ciborium (Werth 40 M.) von dem Ortspfarrm Böse; der Kirche zu Neu-Redewitz 1 Kronleuchte zu 15 Lichtern (Werth 300 M.) von einem Gemeindegliede; der Kirche zu Schulzenborn 1 Altar- und Kanzelbekleidung von blauem Tuche mit gleichfarbigen wollenen Franzen (Werth 120 M.) von den Dominierrath Ribbach'schen Erben, 1 gußeisernes Krucifix mit vergolbtem Corpus (Werth 45 M.) von einem früheren Bauerhofsbesitzer Aue.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. |
|---|-----------------------------------|--|--|--|-----------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Christian Dehnke, Müllergeselle, | geboren am 19. März 1855 zu Gompolino, Kreis Kolo, Russisch-Polen, ebendasselbst ortsangehörig, zuletzt wohnhaft in Brzesce, Kreis Inowrazlaw, | vorsätzliche Brandstiftung (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 24. April 1882), | Königlich Preussische Regierung zu Posen, | 16. April 1885. |
| 2 | Marie Therese Kiebel, Dienstmagd, | geboren am 15. Oktober 1857 zu Schönalinde, Bezirk Rumburg, Böhmen, ortsangehörig in Altschrenberg, Bezirk Schludena, ebendasselbst, | Diebstahl im Rückfall, Hehlerei und Landstreichen (1 1/2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 2. Februar 1884), | Königlich Sächsischer Kreishauptmannschaft Baugen, | 13. März 1885. |



| 1
Zanf. Nr. | 2
Name und Stand
des Ausgewiesenen. | 3
Alter und Heimath | 4
Grund
der
Bestrafung. | 5
Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | 6
Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|--|---|--|--|---|
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Edmund Stiller,
Kommis, | geboren am 17. Januar 1856 in Oderberg, Bezirk Freistadt, Oesterreichisch-Schlesien, | Betteln, Anfertigung und Gebrauch falscher Legitimationspapiere, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Danzig, | 20. April 1885. |
| 2 | Andreas Gregorczyk,
Tagelöhner, | geboren 1859 in Jarz, Bezirk Chrzanow, Galizien, ebendasselbst orts- angehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussische Regierung zu Bromberg, | 16. April 1885. |
| 3 | Josef Pypus,
Schauspieler, | geboren im März 1866 zu Malhotig, Bezirk Weiskirchen, Mähren, | desgleichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 4. März 1885. |
| 4 | Alois Burianski,
Musiker, | geboren im Januar 1867 zu Domstahl, Bezirk Sternberg, Mähren, | Landstreichen u. Gewerbe- steuer-Defraudation, | derselbe, | desgleichen, |
| 5 | Johann Zimmer,
Zimmermann, | geboren am 15. Februar 1844 zu Einsiedel, Bezirk Freudenthal, Oesterreichisch-Schlesien, ebendasselbst orts- angehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 30. März 1885. |
| 6 | Julianna Arwei,
unverehelichte
Zigeunerin, | circa 20 Jahre, geboren und ortsangehörig in Pieschowitz, Mähren, | Landstreichen, | derselbe, | 1. April 1885. |
| 7 | Michael Malin,
Arbeiter, | geboren am 23. Oktober 1844 zu Moskau, Rußland, wohnhaft zuletzt in Oppeln, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen. |
| 8 | Katharina
Kwiatkowski,
unverehelichte
Zigeunerin, | ca. 20 Jahre, geboren und ortsangehörig in in Dzwiczim, Galizien, wohnhaft zuletzt in Bobref, Kreis Beuthen D./S., | desgleichen, | derselbe, | 10. April 1885. |
| 9 | Georg Theodor
Erickson,
Arbeiter, | geboren am 3. März 1855 zu Gothenburg, Schweden, ebendasselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlich Preussische Regierung zu Schleswig, | 11. April 1885. |
| 10 | Johann Beckmann,
Maurer, | 34 Jahre, geboren in Georgsdorf, Bezirk Troppau, Oesterreichisch-Schlesien, | desgleichen, | Königlich Preussische Regierung zu Arnberg, | 13. März 1885. |
| 11 | Gerhard Heinrich
Lenhogen,
Schäfer, | geboren am 25. April 1848 zu Winterswyd, Niederlande, ebendasselbst ortsangehörig, | Widerstand gegen die Staatsgewalt, öffentliche Beleidigung, Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische Regierung zu Münster, | 14. März 1885. |
| 12 | Johann Bachta,
Hammerschmiedgeselle, | 38 Jahre, geboren und ortsangehörig in Baran, Bezirk Pilsen, Böhmen, | Majestätsbeleidigung, Landstreichen u. Betteln, | Stadtmagistrat Amberg, Bayern, | 27. März 1885. |

| Name und Stand
des Angezwungenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | welche die
beschlossen hat. | 6. |
|--|--|-----------------------------|---|----------------|
| 2. | 3. | 4. | 5. | |
| Anzigt Graefle,
Fabrikarbeiter, | geboren am 17. April 1846 zu Wermang, Bezirk Reutte, Tirol, ebenda selbst ortsangehörig. | Landstreichen, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Sonthofen, | 30. März 1885. |
| Georg Heindl,
Maurer, | geboren im August 1845 zu Klentsch, Bezirk Laus, Böhmen, ebenda selbst ortsangehörig. | desgleichen, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Cham, | 31. März 1885. |
| 15 Josef Böhmer,
Tagearbeiter, | geboren am 1. April 1861 zu Ober-Hanischen, Bezirk Reichenberg, Böhmen, ortsangehörig in Christophsgrund, Bezirk Krassau, ebenda selbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Baugen, | 25. März 1885. |
| 16 Florian Urban,
Seiler, | geboren am 28. April 1865 zu Altenbuch, Bezirk Trautenau, Böhmen, ebenda selbst ortsangehörig, | desgleichen, | dieselbe Behörde, | 2. April 1885. |
| 17 Martin Wilhelm
Herbahl,
Schriftfeger, | geboren am 4. März 1849 zu Kopenhagen, Dänemark, ebenda selbst ortsangehörig, | desgleichen, | Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Konstanz, | 14. März 1885. |
| 18 Alfred Weingartner,
Schreiner, | geboren am 17. Oktober 1861 zu Luzern, Schweiz, ebenda selbst ortsangehörig, | Betrug und Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg, | 12. ? 1885. |
| 19 Alois Portmann,
Dienstknecht, | geboren am 1. November 1823 zu Escholz-matt, Kanton Luzern, Schweiz, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 4. 1 |
| 20 Antonio Caselli,
Tagner, | geboren im September 1855 zu Quantgate, Provinz Como, Italien, | desgleichen, | derselbe, | 10 |
| 21 Julie Kallemann,
verwitwete Bouley,
ohne Stand, | geboren am 18. April 1816 zu Vincay, Departement Vosges, Frankreich, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Metz, | 1 |
| 22 Johann Lefter,
Sänger, | geboren am 29. Oktober 1852 zu Pinone, Irland, | desgleichen, | derselbe, | b |

Die durch Beschluß des Großherzoglich Badischen Landeskommissärs zu Karlsruhe vom 1881 verfügte Ausweisung des Schneiders Josef Weintraub aus dem Deutschen Reichsgebiet Beschluß des Königlich Preussischen Regierungs-Präsidenten zu Merseburg vom 9. November Ausweisung des Barbiers Emil Fink aus dem Deutschen Reichsgebiet sind zurückgezogen worden.

(Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.)
 Die Infektionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
 Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)
 Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.
 Verlagsanstalt der A. W. Hahn'schen Erben (U. Hahn, Hof-Druckbrucker).

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.
Ausreichung der Zinscheine Reihe IX. zu den Schuldschreibungen der Preussischen Staatsanleihe vom Jahre 1853 betreffend.

19. Die Zinscheine Reihe IX. Nr. 1 bis 8 zu den Schuldschreibungen der Preussischen Staatsanleihe vom Jahre 1853 über die Zinsen für die Zeit vom 1. April 1885 bis 31. März 1889 nebst den Anweisungen zur Abhebung der Reihe X. werden vom 16. März d. J. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Dranienstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, die Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg oder die Kreiskasse in Frankfurt a./M. bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichnis zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserl. Postamt Nr. 2 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerierte Marke als Empfangsbcheinigung, so ist das Verzeichnis einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. In letzterem Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der obengenannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnis einzureichen. Das eine Verzeichnis wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in

diesem Falle sind die Schuldschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.
Berlin, den 16. Februar 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Kreis- und Bezirkskassen, sowie den Haupt-Steuer-Ämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 25. Februar 1885.

Königl. Regierung.

**Bekanntmachungen
des Königl. Regierungs-Präsidenten.**

Verbote von Vereinen und Druckschriften.

130. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 ist ferner folgende Bekanntmachung im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht worden, welche hierdurch zur Kenntniss gebracht wird.
Potsdam, den 23. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (R.-G.-Bl. S. 351) wird hierdurch die Druckschrift der Kommission der Tischler Königsbergs, beginnend mit den Worten:

„Anruf an die Tischler Deutschlands!

Kollegen, Arbeiter, Genossen!

Die erste Auszahlung, die uns gegen 4000 Mark gekostet hat, ist vorbei u. s. w.“ (Verlag und Verantwortlichkeit von W. Wohlfromm; Druck von E. Erlatis in Königsberg) durch die unterzeichnete Landes-Polizeibehörde verboten.

Königsberg i. Pr., den 11. Mai 1885.

Der Königl. Regierungs-Präsident.
Stadt.

Ausgabe auf den Inhaber lautender Anleihecheine der Gemeinde Neu-Weissensee, Kreis Niederbarnim, betreffend.

131. Wir Wilhelm,
von Gottes Gnaden König von Preussen etc.
Nachdem von der Gemeinde-Vertretung zu Neu-Weissensee unterm 18. Februar 1885 mit Genehmigung

des Kreis Ausschusses des Kreises Niederbarnim beschlossen worden ist, zur Abtragung der Seitens der Gläubiger unkündbaren Kapitalschulden der Gemeinde Neu-Weißensee, sowie zur Bestreitung der Kosten des Neubaus von Schulgebäuden und zum Ankauf von Grundstücken für Gemeindebezwecke, insbesondere zur Abhaltung von Märkten und zu den dazu erforderlichen Einrichtungen ein Darlehn von Zweihundert Fünfzig Tausend Reichsmark aus dem Reichs-Invalidenfonds zu entnehmen, wollen Wir auf Antrag der gedachten Gemeinde-Vertretung,

zu diesem Zweck auf Verlangen der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds bzw. dessen Rechtsnachfolgers auf jeden Inhaber lautende, mit Zinscheinen versehene, sowohl Seitens der Gläubiger, als auch Seitens des Schuldners unkündbare Anleihescheine in einem Gesamt-Nennbetrage, welcher dem noch nicht getilgten Betrage der Schuld gleichkommt, also höchstens im Betrage von 250000 Mark ausstellen zu dürfen, — da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger, noch des Schuldners Etwas zu erinnern gefunden hat, —

in Gemäßheit des § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1833 zur Ausstellung von Anleihescheinen zum Betrage von höchstens 250000 Mark, in Buchstaben: „Zweihundert Fünfzig Tausend Mark“ Reichswährung, welche in Abschnitten von 2000, 1000, 500 und 200 Mark, nach der Bestimmung des Darleihers bzw. dessen Rechtsnachfolgers über die Zahl der Schuldscheine jeder dieser Gattungen nach dem anliegenden Muster auszufertigen, mit Vier Prozent jährlich zu verzinsen und nach der durch das Loos zu bestimmenden Folgeordnung vom Jahre der Ausgabe der Anleihescheine ab mit jährlich mindestens Einem und höchstens Sechs vom Hundert des Nennwerthes der ursprünglichen Kapitalschuld, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldbeträgen zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirkung ertheilen, daß ein jeder Inhaber dieser Anleihescheine die daraus hervorgehenden Rechte geltend zu machen befugt ist, ohne zu dem Nachweise der Uebertragung des Eigenthums verpflichtet zu sein.

Durch vorstehendes Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen, wird für die Befriedigung der Inhaber der Anleihescheine eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen.

Urkundlich unter Unserer Höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insigne.

Gegeben Berlin, den 22. April 1885.

(L. S.) gez. Wilhelm.

gez. von Puttkamer. von Scholz.

Privilegium

wegen eventueller Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihescheine der Gemeinde Neu-Weißensee, Kreis Niederbarnim bis zum Betrage von 250000 Mark Reichswährung.

Provinz Brandenburg.
Regierungsbezirk Potsdam. Kreis Niederbarnim.

Anleiheschein
der Gemeinde Neu-Weißensee
... te Ausgabe.

Buchstabe N° ...
über

.... Mark Reichswährung.

Ausgefertigt in Gemäßheit des landesherrlichen Privilegiums vom 22. April 1885 (Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam vom ... ten ... 18 ... N° ... Seite ... und Gesetz-Sammlung für 18 ... N° ... Seite ...).

Auf Grund des von dem Kreis Ausschusse Niederbarnimer Kreises unterm ... genehmigten Beschlusses der Gemeinde-Vertretung Neu-Weißensee vom ... ten Februar 1885 wegen Aufnahme einer Schuld von 250000 Mark aus dem Reichs-Invalidenfonds bekennt sich der Gemeinde-Vorstand Namens der Gemeinde Neu-Weißensee durch diese für jeden Inhaber gültige, sowohl Seitens des Gläubigers als auch Seitens des Schuldners unkündbare Verschreibung zu einer Darlehnschuld von ... Mark Reichswährung, welche an die Gemeinde Neu-Weißensee baar gezahlt worden und mit vier Prozent jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 250000 Mark erfolgt vom Jahre 1886 ab aus einem zu diesem Behufe gebildeten Tilgungsfond von Einem Prozent des Nennwerthes des ursprünglichen Schuldkapitals jährlich, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldbeträgen. Der Gemeinde Neu-Weißensee bleibt jedoch das Recht vorbehalten, den Tilgungsfond durch größere Ausloosungen um höchstens Fünf vom Hundert des Nennwerthes des ursprünglichen Schuldkapitals für jedes Jahr zu verstärken. Die durch die verstärkte Tilgung ersparten Zinsen wachsen ebenfalls dem Tilgungsfond zu.

Die jährlichen Tilgungsbeträge werden auf 500 beziehungsweise 200 Mark abgerundet.

Die Folgeordnung der Einlösung der Anleihescheine wird durch das Loos bestimmt.

Die Ausloosung erfolgt vom Jahre 18 ... ab im Monat Dezember jedes Jahres, die Auszahlung des Nennwerthes der ausgelooften Stücke an dem auf die Ausloosung folgenden 1. Juli.

Die ausgelooften Anleihescheine werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt spätestens sechs, drei, zwei und einen Monat vor dem Fälligkeitstermine in dem Deutschen Reichs- und königlich Preussischen Staats-Anzeiger, oder dem an dessen Stelle tretenden Organ, dem Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam, oder dem an dessen Stelle tretenden Organe, in je einem in Neu-Weißensee und in Berlin erscheinenden öffentlichen Blatte. Sollte eines dieser Blätter eingehe, so wird von der

Gemeinde Neu-Weißensee mit Genehmigung des Königlich-Preussischen Regierungs-Präsidenten zu Potsdam ein anderes Blatt bestimmt und die Veränderung in dem Deutschen Reichs- und Königlich-Preussischen Staats-Anzeiger bekannt gemacht. Durch die vorbezeichneten Blätter erfolgen auch die sonstigen diese Anleihe betreffenden Bekanntmachungen, insbesondere die Bezeichnung der Einlösestellen für die Zinsscheine und die ausgelosten Anleihescheine.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 1. Januar und am 1. Juli, von heute an gerechnet, mit vier Prozent jährlich in Reichsmünze verzinst.

Der Zinsenlauf der ausgelosten Anleihescheine endigt an dem für die Einlösung bestimmten Tage.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zinsscheine, bzw. dieses Anleihescheines in Neu-Weißensee bei der Gemeindefasse und in Berlin bei der in den vorbezeichneten Blättern bekannt gemachten Einlösestelle und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeits-Termins folgenden Zeit.

Mit dem zur Empfangnahme des Kapitals eingereichten Anleihescheine sind auch die dazu gehörigen Zinsscheine der späteren Fälligkeits-Termine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zinsscheine wird der Betrag vom Kapital abgezogen. Die durch Auslösung zur Rückzahlung bestimmten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungs-Termine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren vom Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit an gerechnet, nicht erhobenen Zinsen verfahren zu Gunsten der Gemeinde Neu-Weißensee.

Das Aufgebot und die Kraftloserklärung verlorener und vernichteter Anleihescheine erfolgt nach Vorschrift der §§ 838 und ff. der Civil-Prozess-Ordnung für das Deutsche Reich vom 30. Januar 1877 — Reichsgesetz-Blatt Seite 83 — bzw. nach § 20 des Ausführungsgesetzes zur Deutschen Civil-Prozess-Ordnung vom 24. März 1879 — G.-G. S. 281. —

Zinsscheine können weder aufgeboden, noch für kraftlos erklärt werden. Doch soll Demjenigen, welcher den Verlust von Zinsscheinen vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei dem Gemeinde-Vorstand zu Neu-Weißensee anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinsscheine durch Vorzeigung des Anleihescheines oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinsscheine gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit diesem Anleihescheine sind zehn halbjährliche Zinsscheine bis zum Schlusse des ausgegeben; die ferneren Zinsscheine werden für fünfjährige Zeiträume ausgegeben werden.

Die Ausgabe einer neuen Reihe von Zinsscheinen erfolgt bei den mit der Zinsenzahlung betrauten Stellen gegen Ablieferung der der älteren Zinsscheinreihe beigedruckten Anweisung. Beim Verluste der Anweisung

erfolgt die Aushändigung der neuen Zinsscheinreihe an den Inhaber des Anleihescheines, sofern dessen Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet die Gemeinde Neu-Weißensee mit ihrem gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Vermögen und mit ihrer Steuerkraft.

Urkundlich ausgefertigt unter Beifügung des Abdruckes des mit der Urschrift übereinstimmenden und hiermit beglaubigten Abdruckes des Beschlusses der Gemeinde-Vertretung vom und der Genehmigung des Kreis-Ausschusses des Kreises Niederbarnim vom

Neu-Weißensee, den
Der Gemeinde-Vorstand.
(Stempel).

Anmerkung. Die Unterschriften sind eigenhändig zu unterzeichnen.

Es folgen umseitig der Abdruck

- a. des Beschlusses der Gemeinde-Vertretung vom . . . Februar 1885 mit dem Zusage:
„Der in Bezug genommene Entwurf zum Anleihescheine ist mit der vorstehenden Ausfertigung völlig gleichlautend“.
- b. der Genehmigung des Kreis-Ausschusses des Kreises Niederbarnim.

Provinz Brandenburg.
Regierungsbezirk Potsdam. Kreis Niederbarnim.

Anweisung
zum Anleiheschein der Gemeinde Neu-Weißensee
. . . Ausgabe, Buchstabe . . . Nr. . . .
über Mark Reichswährung.

Der Inhaber dieser Anweisung empfängt gegen deren Rückgabe zu dem Anleiheschein der Gemeinde Neu-Weißensee Buchstabe . . . Nr. . . . über Mark Reichswährung zu vier Prozent Zinsen die . . . te Reihe Zinsscheine für die fünf Jahre vom bis bei der Gemeindefasse zu Neu-Weißensee und bei der mit der Zinsenzahlung betrauten Stelle in Berlin, sofern dagegen Seitens des als solcher legitimierten Inhabers des Anleihescheines kein Widerspruch erhoben ist.

Neu-Weißensee, den
Der Gemeinde-Vorstand.

Provinz Brandenburg.
Regierungsbezirk Potsdam. Kreis Niederbarnim.

Zinsschein Reihe
zu dem
Anleiheschein der Gemeinde Neu-Weißensee
. . . Ausgabe, Buchstabe . . . Nr. . . .
über Mark Reichswährung zu vier Prozent Zinsen
über . . . Mark . . . Pfennig.

Der Inhaber dieses Zinsscheines empfängt gegen dessen Rückgabe am und späterhin die

Zinsen des vorbenannten Anleihscheines für das Halbjahr vom . . . ten bis mit (in Tausenden) Mark . . Pfennig bei der Gemeindefasse zu Neu-Weissensee und bei der bekannt gemachten Einlösestelle in Berlin.

Neu-Weissensee, den

Der Gemeinde-Vorstand.

Dieser Zinsschein ist ungültig, wenn dessen Geldebetrag nicht innerhalb vier Jahren nach der Fälligkeit, vom Schluß des betreffenden Kalenderjahres an gerechnet, erhoben wird.

* * *

Vorstehendes Allerhöchstes Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Anleihscheine der Gemeinde Neu-Weissensee, Kreis Niederbarnim, bis zum Betrage von 250000 Mark wird hierdurch nebst Anlagen zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 20. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

132. Der Milzbrand ist unter dem Rindvieh des Gutes zu Bögow im Kreise Osthavelland ausgebrochen.

Potsdam, den 23. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Wollmarkt betreffend.

47. In Gemäßheit der Allerhöchsten Ordre vom 7. März 1860 wird der diesjährige Wollmarkt hier selbst in den Tagen vom 19. bis 21. Juni und zwar auf dem Terrain der Berliner Viehmarkt-Altkien-Gesellschaft abgehalten werden. Vor den bezeichneten Markttagen darf der Wollmarkt nicht beginnen. Die Verkaufsstellen und Lagerplätze werden durch die Verwaltung der vorgenannten Gesellschaft angewiesen.

Berlin, den 9. Mai 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Warnung vor einem Geheimmittel.

48. In der Tagespresse wird gegenwärtig unter dem Namen „Pomeriana-Thee“ ein angeblich gegen Lungen-, Halsleiden und Asthma wirksames Geheimmittel angepriesen, welches von dem Agenten A. Wolffsky, Alte Jacobestraße Nr. 93 hier selbst wohnhaft, in Päckchen mit 65 gramm Inhalt bei einem Werthe von 5 bis 6 Pfennigen für den Preis von 1,20 Mark verkauft wird und nach dem Ergebnis der amtlich veranlaßten sachverständigen Untersuchung lediglich aus Vogelfußröhrchen besteht, wie er auf allen Wegen und namentlich auch oft in wenig verkehrreichen städtischen Straßen zwischen den Pflastersteinen wächst. Eine spezifische Heilwirkung hat das obengenannte Kraut nicht. Solches wird hierdurch zur Warnung für das Publikum zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Berlin, den 22. Mai 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

In Vertretung: Friedheim.

Einrichtung eines durchgehenden Pferdebahnbetriebes aus dem Innern der Stadt Berlin nach dem Stadtbahnhof „Zoologischer Garten“.

49. Auf Ihren Bericht vom 6. April d. J. will Ich auf Grund der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 der „Großen Berliner Pferdeisenbahn-Altkien-Gesellschaft“ zu Berlin behufs Einrichtung eines durchgehenden Pferdebahnbetriebes aus dem Innern der Stadt Berlin nach dem Stadtbahnhof „Zoologischer Garten“ auf die Dauer der für das Hauptunternehmen erteilten Konzessionen, also bis zum 31. Dezember 1911 das Recht zur Einlegung von Pferdebahnschienen in den Straßenkörper des der Stadtgemeinde Charlottenburg gehörigen Theils des an die Kurfürstenstraße zu Berlin sich anschließenden Straßenzuges hiermit verleißen. Die eingelegten Pläne erfolgen anbei zurück.

Berlin, den 15. April 1885.

gez. Wilhelm.

Für den Minister
für Handel und Gewerbe.

gez. Maybach. gez. von Böttcher.

An den Minister für Handel und Gewerbe und den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Vorstehender Allerhöchster Erlass wird gemäß der Schlussbestimmung in § 2 des erwähnten Gesetzes zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Berlin, den 13. Mai 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Bekanntmachung der Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Verlosung von Rentenbriefen.

5. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 21. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

Litt. A. zu 1000 Thlr. = 3000 Mark.

113 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|
| 329 | 457 | 518 | 557 | 739 | 786 | 1094 | 1102 | 1128 | 1311 |
| 1361 | 1426 | 1766 | 1808 | 2122 | 2277 | 2284 | 2410 | 2615 | |
| 3175 | 3491 | 3693 | 3778 | 3857 | 4005 | 4182 | 4464 | 4615 | |
| 4743 | 5043 | 5081 | 5157 | 5288 | 5360 | 5436 | 5454 | 5584 | |
| 6514 | 6523 | 6871 | 7072 | 7531 | 7554 | 7501 | 7582 | 7764 | |
| 7859 | 8096 | 8217 | 8338 | 8575 | 8620 | 8824 | 8829 | 8957 | |
| 9075 | 9474 | 10084 | 10141 | 10390 | 10413 | 10649 | 10642 | | |
| 11124 | 11183 | 11452 | 11498 | 11560 | 11617 | 11817 | | | |
| 12688 | 12868 | 12987 | 12989 | 13019 | 13208 | 13225 | | | |
| 13303 | 13360 | 13390 | 13485 | 13526 | 13619 | 13753 | | | |
| 13754 | 13948 | 14019 | 14085 | 14338 | 14639 | 15109 | | | |
| 15180 | 15230 | 15304 | 15590 | 15988 | 16368 | 16416 | | | |
| 16735 | 16752 | 16758 | 17100 | 17124 | 17196 | 17353 | | | |
| 17457 | 17574 | 17606 | 18326 | 18474 | 18478 | 18526 | | | |
| 18531 | | | | | | | | | |

Litt. B. zu 500 Thlr. = 1500 Mark.

40 Stück und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--|
| 677 | 905 | 1290 | 1438 | 1510 | 1707 | 2408 | 2650 | 2652 | |
| 2746 | 2761 | 2773 | 2847 | 3074 | 3096 | 3242 | 3278 | 3354 | |

3615 3636 3657 4001 4408 4419 4479 4532 4698
4817 4838 5028 5223 5269 5538 5575 5731 6031
6223 6358 6455 6561.

Litt. C. zu 100 Thlr. = 300 Mark.

147 Stück und zwar die Nummern:

435 541 727 732 975 1590 2026 2368 2578 2595
2778 2874 2896 4158 4245 4951 5139 5230 5306
5319 5781 5848 5894 6430 6921 7017 7572 7645
7723 7750 8010 8597 8727 9053 9078 9082 9489
9621 9788 10146 10174 10250 10281 10401 10465
10480 10644 11154 11200 11318 11394 11418
11421 11960 12075 12421 12702 12978 13439
13471 13525 13607 14097 14293 14320 14321
14707 14930 15352 15491 15535 15677 15885
15687 15838 15896 15907 16266 16339 16561
16572 16789 17149 17248 17379 17500 17937
17954 18176 18283 18431 18499 19186 19278
19280 19356 19381 19589 19609 19664 19858
19966 20016 20065 20113 20137 20176 20335
20340 20402 20503 20509 20550 20624 20786
20802 20807 20910 20957 21087 21231 21341
21366 21536 21631 21716 21727 21765 21855
21863 21885 22210 22300 22303 22408 22442
22469 22919 23131 23133 23218 23274 23298
23327 23345 23372 23528.

Litt. D. zu 25 Thlr. = 75 Mark.

120 Stück und zwar die Nummern:

716 796 1110 1231 1465 1812 2367 2769 2952
3125 3195 3198 3216 3399 3465 3801 3817 4142
4182 4416 4444 4495 4649 4917 5052 5224 5263
5494 5881 6001 6019 6301 6338 6496 7035 7310
7349 7521 7684 7769 7967 8044 8197 8224 8229
8598 8718 8849 8953 8988 9411 9668 9719 9785
9862 10563 10954 10968 11074 11364 11515 11699
11826 11877 11879 11949 12601 12720 13158
13225 13576 13632 13671 13815 13944 13983
14223 14235 14623 14873 14932 15172 15341
15455 15680 15689 15929 15968 16023 16312
16367 16405 16486 16682 17027 17084 17447
17466 17475 17789 17845 17860 17870 17917
17995 18100 18119 18774 18778 18816 18927
18969 18972 18991 19019 19052 19107 19118
19198 19441.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. V. Nr. 7—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76, vom 1. Oktober d. J. ab an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Oktober d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe auf.

Von den früher verloosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind nachstehend genannte Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verfloßen sind:

Zum 1. Oktober 1877 Litt. D. Nr. 5241
über 25 Thlr. = 75 M.

Zum 1. Oktober 1882 Litt. C. Nr. 2124 7637
über 100 Thlr. = 300 M.

Zum 1. April 1883 Litt. A. Nr. 15744
über 1000 Thlr. = 3000 M.

Litt. C. Nr. 185 11409 über 100 Thlr. = 300 M.

Litt. D. Nr. 4309 über 25 Thlr. = 75 M.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mit abzuliefernden Coupons eines fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen. Wegen der Verzinsung der ausgelosten Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 § 44 zu beachten.

Die Einlieferung ausgelostener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei, und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelbbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 16. Mai 1885.

Königl. Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Vernichtung von ausgelosten Rentenbriefen u. betreffend.

G. Die nachstehende Verhandlung

Geschehen

Berlin, den 16. Mai 1885.

Auf Grund der §§ 46, 47 und 48 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 wurden an ausgelosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg, welche nach dem vom mitunterzeichneten Provinzial-Rentmeister vorgelegten Verzeichnisse gegen Baarzahlung zurückgegeben sind und zwar:

| | |
|--------------------------------|------------|
| 103 Stück Litt. A. à 3000 M. = | 309000 M., |
| 37 " " B. à 1500 M. = | 55500 " |
| 130 " " C. à 300 M. = | 39000 " |
| 120 " " D. à 75 M. = | 9000 " |

zus. 390 Stück über 412500 M.
nebst den dazu gehörigen, im vorgeordneten Verzeichnisse aufgeführten 4314 Stück Coupons und 390 Talons heute in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

B.

G.

u.

gez. Witte, Provinzial-Landtags-Abgeordneter.

gez. Witt, Provinzial-Landtags-Abgeordneter.

gez. Kremnitz, Notar.

a.

u.

s.

gez. Küfel,

gez. Schreiber,

Provinzial-Rentmeister.

Rechnungs-Rath.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 18. Mai 1885.

Königl. Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Tarif für den Südwestrussisch-Galizisch-Norddeutschen Verkehr.

22. Am 1. d. M. ist ein neuer Tarif für den Südwestrussisch-Galizisch-Norddeutschen Verkehr in Kraft getreten. Derselbe enthält allgemeine Classengutfrachten und Ausnahmesätze für verschiedene Artikel zwischen Deutschen Stationen und den Galizisch-Russischen Uebergangsstationen Podwoloczyska, Brody, Tarnopol, Sokal, sowie der Station Krakau (Sammelstelle) für Sendungen, welche nach Russland bestimmt sind resp. aus Russland herkommen. Exemplare des Tarifs sind zum Preise von 1 M. pro Exemplar bei unseren Güterkästen Berlin, Schlesischer Bf., Dresden-Friedrichstadt, Frankfurt a. O., Görlitz, Stettin, sowie im hiesigen Auskunfts-Bureau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz zu haben.

Berlin, den 16. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Eisenbahnen-Kursbuch.

38. Am 1. Juni d. J. erscheint eine neue Ausgabe des Ost-Deutschen Eisenbahn-Kursbuchs, enthaltend die Sommerfahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Straßburg-Berlin-Dresden, sowie der anschließenden Bahnen in Österreich und Russland, die Dampfschiff- und Postanschlüsse, Angaben über Rundreise- und Saison-Billets, wie auch die wichtigeren reglementarischen, bahnpolizeilichen und lokalen Bestimmungen etc. Dieses Kursbuch ist bei allen Stationen bezw. Billet-Expeditionen des vorbezeichneten Bezirks, sowie auch im Buchhandel zum Preise von 40 Pf. zu beziehen.

Bromberg, den 22. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Inkrafttreten von Tarifen.

39. Mit dem 1. Juli 1885 treten für den Eisenbahn-Direktions-Bezirk Bromberg:

- a. eine neue Auflage des Lokal-Güter-Tarifs, Theil II., enthaltend die bis zum 1. Juli d. J. eingetretenen Tarif-Änderungen, sowie eine neue Uebersufgeführung von 2 M. pro beladenen Wagen von Güstrierer Vorstadt nach dem Warthebrange,
- b. ein neuer Kilometerzeiger zur Berechnung der Preise für die Beförderung von:
 - 1) Personen und Reisegepäck,
 - 2) Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren,
 - 3) Eil- und Frachtgütern,
- c. der Nachtrag XIV. zum Lokaltarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck vom 1. August 1881, zugleich auch für die neu zu eröffnende Bahnstrecke Kobbelbude-Wormditt (Allenstein)

in Kraft. Durch Abförmung der Entfernung vermittelst der neuen Strecke treten gegen die bisherigen Tarifsätze Ermäßigungen, in Folge Berichtigung von Fehlern einige Erhöhungen ein, welche letztere erst mit dem 5. Juli d. J. Gültigkeit erhalten.

Durch die Einführung des neuen Lokal-Gütertarifs gelangen vom 1. Juli d. J. ab zur Aufhebung:

- 1) der Lokal-Gütertarif für den Eisenbahn-Direktions-Bezirk Bromberg vom 1. Juli 1880 II. Auflage nebst Nachtrag I. bis V.,
- 2) der Kilometerzeiger zur Berechnung der Preise für die Beförderung von:
 - 1) Personen, Reisegepäck und Hunden,
 - 2) Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren,
 - 3) Eil- und Frachtgütern

vom 15. August 1883 nebst Nachtrag I. bis VII.

Die vorbezeichneten Druckfachen sind vom 25. Juni d. J. ab durch unsere Billet-Expeditionen käuflich zu beziehen. Bis dahin wird die unterzeichnete Direktion auf etwaige Anfragen über die Höhe der einzelnen Tarifsätze Auskunft ertheilen.

Bromberg, den 20. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Bekanntmachung.

5. Durch das Gesetz vom 8. d. M. (S. 117) ist der Finanz-Minister ermächtigt worden, den Inhabern von Schuldverschreibungen (Prioritäts-Obligationen) 5- oder 4 1/2-prozentiger Anleihen verstaatlichter Eisenbahnen, deren Kündigung nach den Anleihebedingungen erfolgen kann, vor der Kündigung die Befassung dieser Schuldverschreibungen unter Herabsetzung des Zinsfußes auf 4 Prozent, im Uebrigen aber unter Aufrechterhaltung der bisherigen Anleihe-Bedingungen durch öffentliche Bekanntmachung mit der Wirkung anzubieten, daß das Angebot für angenommen gilt, wenn nicht binnen einer in der Bekanntmachung festzusetzenden Frist unter Einreichung der Schuldverschreibungen die Baarzahlung des Kapitals beantragt wird.

Von dieser Ermächtigung mache ich in Betreff der nachfolgend bezeichneten Schuldverschreibungen der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft Gebrauch, nämlich:

- a. der viereinhalbprozentigen Prioritäts-Obligationen I. Emission (Privilegium vom 4. Februar 1856),
- b. der viereinhalbprozentigen Prioritäts-Obligationen II. Emission (Privilegium vom 25. Juni 1856),
- c. der viereinhalbprozentigen Prioritäts-Obligationen Lit. B. (Privilegium vom 1. Juli 1865) und
- d. der viereinhalbprozentigen Prioritäts-Obligationen Lit. C. (Privilegium vom 25. August 1875).

Indem ich den Inhabern das Angebot der Befassung dieser Obligationen unter Herabsetzung des Zinsfußes derselben auf vier Prozent vom 1. Januar 1886 ab, im Uebrigen unter Aufrechterhaltung der bisherigen Anleihe-Bedingungen hierdurch mache, bestimme ich für diejenigen Inhaber, welche dieses Angebot nicht annehmen wollen, die Frist zur Stellung des dann ihrerseits erforderlichen Antrages auf Baarzahlung des verbrieften Kapitalbetrages zum Nennwerth dahin, daß dieselbe mit dem 9. Juni d. J. abläuft. Bis zu diesem Tage ist der bezeichnete Antrag schriftlich bei der Königl. Eisenbahn-Hauptkass. zu Erfurt oder bei der

Königlichen Eisenbahn-Betriebskasse zu Berlin — Askanischer Platz 5 — Dessau, Halle oder Weissenfels unter Einreichung der Obligationen anzubringen.

Berlin, den 25. Mai 1885.

Der Finanz-Minister.
gez. von Scholz.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers wird hierdurch mit dem Bemerken veröffentlicht, daß den etwaigen Anträgen auf Baarzahlung des Kapitalbetrages außer den Schuldverschreibungen (Obligationen) selbst ein Verzeichniß, welches Nummer und Nennwerth der letzteren enthält, für jede Gattung von Obligationen besonders, in doppelter Ausfertigung beizufügen ist. Das eine Exemplar wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, dem Einreichenden sofort wieder ausgehändigt und ist von demselben bei Wiederausantwortung der von der Annahmestelle mit einem Vermerk zu versendenden Obligationen zurückzugeben.

Hinsichtlich derjenigen Obligationen, deren Baarzahlung zum Nennwerth nicht beantragt ist, wird wegen Einreichung derselben zur Abstempelung auf 4 Prozent Zinsen und wegen Ausreichung neuer Coupons zu denselben über Zinsen zu 4 Prozent für die Zeit vom 1. Januar 1886 ab oder wegen Abstempelung der bisherigen Coupons auf diesen Zinssatz später das Erforderliche von uns bekannt gemacht werden.

Erfurt, den 25. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen des Landes-Direktors der Provinz Brandenburg.

2. Folgender

N a c h t r a g

zu dem Reglement zur Ausführung der Vorschriften im § 60 des Gesetzes vom 25. Juni 1875, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen in der Provinz Brandenburg (mit Ausschluß der Stadt Berlin) de confirmato den 3. Februar 1876 (Amtsblatt de 1876 Stück 6 Seite 47).

1) Die Ueberschrift des vorerwähnten Reglements lautet:

Reglement zur Ausführung der Vorschriften in den §§ 57 bis 64 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, sowie der Vorschriften in den §§ 12 bis 22 des Preussischen Gesetzes vom 12. März 1881, betreffend die Ausführung dieses Reichsgesetzes in der Provinz Brandenburg (mit Ausschluß der Stadt Berlin).

2) In den § 5 des Reglements werden hinter den Worten „auf polizeiliche Anordnung getödteten“ die Worte

„oder nach dieser Anordnung an der Seuche gefallenen“
eingeschaltet.

3) Der § 6 des Reglements wird aufgehoben. An dessen Stelle tritt folgender neuer § 6:

Zur Befreiung der zu leistenden Ent-

schädigungen für das mit der Lungenseuche behaftete, auf polizeiliche Anordnung getödtete oder nach dieser Anordnung an der Seuche gefallene Rindvieh und zur Befreiung der Verwaltungskosten wird für jedes in der Provinz (mit Ausschluß der Stadt Berlin) vorhandene Stück Rindvieh (Ochsen, Bullen, Kühe, Kinder und Kälber) von dem Besitzer desselben alljährlich eine nach dem Bedürfniß des Vorfalles bemessene Abgabe nach einem Einheitsfusse erhoben.

Den Einheitsfuss zahlen die Besitzer von 1 bis 10, das Doppelte desselben die Besitzer von 11 bis 50, das Dreifache desselben die Besitzer von 51 bis 100 und das Vierfache desselben die Besitzer von mehr als 100 zur Zeit der Aufnahme des Rindvieh- und Pferdebestandes (§ 11) in einer Gemeinde oder in einem Gutsbezirke vorhandenen Stücken Rindvieh (Ochsen, Bullen, Kühe, Kinder und Kälber).

Der Provinzialausschuß ist befugt, die Sätze der Beiträge bis auf das Vierfache für solche Gemeinden, Gutsbezirke oder Wirthschaften zu erhöhen, in welchen innerhalb der letzten drei Jahre Lungenseuchefälle von besonderem Umfange vorgekommen sind.

Vorstehender, von dem Brandenburgischen Provinzial-Landtage in der Sitzung vom 9. bezw. 10. März d. J. beschlossene Nachtrag zu dem unterm 3. Februar 1876 genehmigten Reglement wird hiermit gemäß § 16 des Gesetzes vom 12. März 1881, betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, genehmigt.

Berlin, den 3. Mai 1885.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: gez. Jastrow.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

In Vertretung: gez. Manau.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 19. Mai 1885.

Der Landes-Direktor der Provinz Brandenburg von Levetzow.

Reglement der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg. 3. In der Extra-Beilage zu diesem Stück des Amtsblatts wird das von dem Brandenburgischen Provinzial-Landtag in der Sitzung vom 6. März d. J. beschlossene, von dem Herrn Minister des Innern unter dem 23. April d. J. genehmigte revidirte Reglement der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß dasselbe nach der Bestimmung des Herrn Landes-Präsidenten am 1. Juli d. J. in Kraft tritt.

Berlin, den 16. Mai 1885.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg von Levetzow.

Pferde- und Rinderzählung.

A. In Gemäßheit des § 5 des in Kraft gebliebenen Reglements vom 25. Februar 1876 — Amtsblatt Stadt 10 (Potsdam S. 91, Frankfurt a./O. S. 65) — betreffend die Vorschriften zur Ausführung des § 58 des Viehschutzes vom 23. Juni 1880 — Reichsgesetz-Blatt S. 153 — und der §§ 15 und 16 des Gesetzes vom 12. März 1881 — Gesetz-Sammlung S. 128 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die am 1. November v. J. stattgefundenen Zählung der abgabepflichtigen Pferde und Rinder der Provinz 233750 resp. 696389 ergeben hat.

Die im Jahre 1883 gezahlte Entschädigung beträgt insgesamt .
wovon auf Rinder
und auf Pferde
entfallen.

Hinzu treten als Verwaltungskosten 3 % mit
Dagegen kommen von diesen
in Abzug die aus dem Vorjahre zu berücksichtigenden 14 Mark
60 Pf. resp. 4475 Mark 02 Pf. und durch Ab- und Zugänge ander-
weit festgesetzten

Es verbleiben demnach
welchen die den Ortsbehörden zc. bewilligten 3 % Hebegebühren hinzu-
treten mit
so daß zusammen
anzubringen sind.

Zur Deckung dieser Summe sollen pro Pferd zc. rund 12 Pf. oder
pro Rind 13 Pf. oder
zusammen also
erhoben werden, was gegen obige Bedarfssumme einen Mehrbetrag von
ergiebt, welcher bei dem Ausschreiben pro 1885 Berücksichtigung finden
wird.

| Mark | Pf. | Mark | Pf. | Mark | Pf. |
|-------|-----|-------|-----|--------|-----|
| | | 84432 | 69 | 108945 | 44 |
| 24512 | 75 | | | | |
| 735 | 38 | 2532 | 98 | 3268 | 36 |
| 25248 | 13 | 86965 | 67 | 112213 | 80 |
| 158 | 26 | 4091 | 39 | 4249 | 65 |
| 25089 | 87 | 82874 | 28 | 107964 | 15 |
| 752 | 69 | 2486 | 23 | 3238 | 92 |
| 25842 | 56 | 85360 | 61 | 111203 | 07 |
| 28050 | — | 90530 | 57 | 118580 | 57 |
| 2207 | 44 | 5170 | 06 | 7377 | 50 |

Berlin, den 21. Mai 1885.

Der Landes-Direktor der Provinz Brandenburg
von Levetzow.

Personal-Chronik.

Die Verwaltung der Kreisbauinspektorstelle in
Wittstock ist vom 9. d. M. ab bis ultimo Juli d. J.
dem Regierungsbaumeister E. Schulz übertragen. Vom
1. August d. J. ab wird die genannte Dienststelle von
dem königlichen Bausrath Süßmann definitiv über-
nommen werden.

Der Regierungsbauführer Friedrich Schulz, z. J.
in Potsdam, ist am 9. Mai d. J. als solcher ver-
eibigt worden.

Dem Fräulein Louise Schoeffler zu Steglitz ist
die Concession zur Weiterführung, Leitung und Ver-
waltung der bisherigen zweiten höheren Privat-Mädchen-
schule daselbst erteilt worden.

Dem Oekonomie-Kommissions-Rath Engel zu
Potsdam ist die nachgesuchte Entlassung aus dem
Staatsdienste zum 1. Juli d. J. erteilt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle
zu Zaake, Diözese Wittstock, kommt durch die Ver-
setzung des Pfarrers Gottschick zum 1. Juli d. J.
zur Erledigung.

Der bisherige Superintendentur-Verweser, Pfarrer
an der reformirten St. Johannis-Gemeinde zu Branden-
burg a./H. Rudolf Immanuel Traugott Todt ist zum
Superintendenten der Diözese Altstadt-Brandenburg a./H.
ernannt worden.

Der bisherige Archidiaconus Ernst Friedrich

Immanuel Jungk zu Werdaun in Sachsen ist zum
Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie
Halenbeck, Diözese Prignitz, bestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dr. Kraetsch ist als
ordentlicher Lehrer am Altkönigischen Gymnasium zu Berlin
angestellt worden.

Der Lehrer Carl Schulz ist als Gemeindefschul-
lehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Anna Hoge und Gertrud Frenzel
sind als Gemeindefschullehrerinnen in Berlin angestellt
worden.

Der Lehrer Bachmeyer ist als Gemeindefschullehrer
in Berlin angestellt worden.

Dem Oberlehrer Dr. Braumann am Königl.
Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin ist das Prä-
dikat „Professor“ verliehen worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke des
Kammergerichts im Monat April 1885.

I. Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die bisherigen
Referendare: Ziegel, Paul Meyer, Schönfeld,
Joachim, Schulz, Dr. Loewy, Lau, Froehlich.
Entlassen ist: von Bischoffshausen Deßauß Ueber-
tritts in die allgemeine Staatsverwaltung.

II. Rechtsanwälte und Notare.

Der Charakter als Justizrath ist dem Rechtsanwalt
und Notar Jabel in Seelow aus Anlaß seines Dienst-

jubiläums verliehen. Zugelassen sind zur Rechtsanwaltschaft: Der Rechtsanwalt Justizrath Andrichen aus Labes bei dem Amtsgericht in Spandau, die Gerichtsassessoren Bernstein und Heimbach bei dem Landgericht II. zu Berlin, die Gerichtsassessoren Sally Friedländer, Dr. Gerson, Berliner und Reichenbach bei dem Landgericht I. zu Berlin, der Rechtsanwalt Sander aus Guben bei dem Kammergericht, der Rechtsanwalt Redlich aus Berlin bei dem Amtsgericht zu Ludau, der Gerichtsassessor Schmilinski bei dem Amtsgericht zu Charlottenburg. Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte: der Rechtsanwalt Redlich bei dem Landgericht Berlin I., der Rechtsanwalt Sander bei dem Landgericht zu Guben. Zum Notar ist ernannt der Rechtsanwalt Redlich in Berlin im Bezirke des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Ludau. Der Notar Sander, bisher in Guben, hat das Notariat niedergelegt.

III. Referendare.

Ernannt sind zu Referendaren die bisherigen Rechtskandidaten: Ray, Hiersemengel, Stieme, von Quast, von Lucke. Uebernommen ist: Collmann aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Cassel. Versetzt sind: Simon und Kopp in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Raumburg a./S. bezw. Stettin. Entlassen sind: Ernst Bischoff auf seinen Antrag, v. Lucke, Weitz und Hedemann behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst.

IV. Subalternbeamte.

Dem Rentanten Seefluth bei der Gerichtskasse II. ist der Charakter als Rechnungsrath verliehen. Ernannt sind: Der Gerichtsschreiber bei dem Kammergericht, Kanzleirath Klehmet, zum Justiz-Hauptkassen-Rendanten, der Rechnungsrevisor bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin I. Langner zum Rentanten der Gerichtskasse Berlin I., der Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht I. zu Berlin Eichberg zum Oberbuchhalter derselben Kasse, der Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht I. zu Berlin Hoffmann zum Vorsteher des Einziehungsamts der Gerichtskasse Berlin I. Zu Rentanten bei den Gerichtskassen: in Berlin II.: der Hauptsteueramtsrentant Seefluth, in Cottbus: der Gerichtsschreiber Eckelt, in Frankfurt a./D.: der Gerichtsschreiber Richter, in Guben: der Gerichtsschreiber Kobley, in Landsberg a./B.: der Gerichtsschreiber

Philippi, in Potsdam: der Gerichtsschreiber Wederth. — Die Gerichtsschreiber Kiemer und Schneiderreit in Berlin zu Rechnungsrevisoren bei dem Landgericht Berlin I. bezw. Berlin II. Zu Gerichtsschreibern bei dem Kammergericht: Der Rechnungsrevisor beim Landgericht II. Berlin, Rechnungsrath Nagel, zugleich zum Kassirer bei der Justiz-Hauptkasse, der Revisions-Inspektor Buchholz, die Regierung-Hauptkassen-Buchhalter Köppen und Leweslag, der Gerichtsschreiber beim Amtsgericht Potsdam Reiniger, die Assistenten bei der Ober-Staatsanwaltschaft zu Berlin Niccius, Liegmann und Hildebrandt, der Gerichtsschreibergehilfe Sasse zu Berlin. Zu etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen beim Kammergericht: die geprüften Justizanwärter Rudolph zu Berlin und Sempff zu Charlottenburg, die Bureau-Assistenten bei der Provinzial-Steuer-Direktion zu Berlin: Treptow und Harypers; zum etatsmäßigen Assistenten bei der Oberstaatsanwaltschaft zu Berlin der geprüfte Justizanwärter Langhoff zu Berlin, zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Neuwedell der etatsmäßige Gerichtsschreibergehilfe Scheffler aus Berlin, der Lehrer Thöns aus Spandau zum Lehrer am Strafgefängnis bei Berlin. Versetzt ist der Gerichtsschreiber Dürrkopf in Neuwedell an das Amtsgericht zu Liebenwalde. Entlassen sind: der Gerichtsschreiber Schlüter zu Wend.-Buchholz in Folge seiner Ernennung zum Geheimen Calculator im Justizministerium, der Gerichtsschreiber Zimmermann zu Veelitz in Folge seiner Ernennung zum Geheimen Registrator im Justizministerium, die etatsmäßigen Gerichtsvollzieher Kindfleisch beim Amtsgericht I. zu Berlin und Rusloff in Lützenau in Folge strafrechtlicher Verurtheilung. Gefördert ist: der Gerichtsschreiber Philipp bei dem Amtsgericht I. zu Berlin.

Vermischte Nachrichten.

Offene Kreisphysikatsstelle.

Die mit einem jährlichen Gehalte von 900 M. verbundene Kreisphysikatsstelle des Kreises Czarnikau mit dem Wohnsitz in Czarnikau ist sofort zu besetzen.

Geeignete Bewerber fordern wir auf, sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufes binnen 4 Wochen bei uns zu melden.

Bromberg, den 18. Mai 1885.

Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Satz. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Befragung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|-----------|-----------------------------|--|--|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1. | Michael Pazar, Handelsmann, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 6. September 1824 zu Saarunion, Nieder-Elsass, durch Option Franzose, | Diebstahl im wiederholten Rückfall (4 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 11. April 1881), | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 6. März 1885. |

| Rang. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschloffen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschloffen. |
|--|---|---|---|--|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Wilhelm Hedert, Arbeiter, | geboren am 7. September 1861 zu Nurenhof, Bezirk Hasenpoth, Kurland, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 14. Februar 1885. |
| 2 | Josef Hartmann, Arbeiter, | geboren am 10. März 1850 zu Hauptmannsdorf, Bezirk Braunau, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 22. April 1885. |
| 3 | Robert Krasowsky, Maurer und Arbeiter, | geboren am 13. März 1820 zu Bennisch, Bezirk Troppau, Oesterreichisch Schlesien, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 4 | Franziska Bergmann, Weber'sfrau, | geboren 1844 zu Jamney, Bezirk Senftenberg, Böhmen, ortsangehörig in Lichtenau, Bezirk Senftenberg, | desgleichen, | derselbe, | 23. April 1885. |
| 5 | Josef Schwab, Arbeiter, | geboren am 19. Februar 1869 zu Bantisch, Bezirk Sternberg, Mähren, ebendaselbst ortsangehörig, wohnhaft zuletzt in Breslau, | Nichtbeschaffung eines Unterkommens, | derselbe, | desgleichen. |
| 6 | Beate Wagner, Handelsfrau, | geboren am 1. Mai 1845 zu Hosterlig, Bezirk Schönberg, Mähren, ortsangehörig in Hermersdorf, ebendaselbst, | Landstreichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 7 | Johannes Rauch, Conditorgehilfe, | geboren am 11. August 1850 zu Filisur, Kanton Graubünden, Schweiz, ebendaselbst ortsangehörig, wohnhaft zuletzt in Breslau, | Bedrohung, Sachbeschädigung, Landstreichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen. |
| 8 | Die Zigeuner:
a. Anton Arwei,
b. Eva Arwei,
c. Matthias Arwei, | a. 49 Jahre,
b. 43 Jahre,
c. 14 Jahre,
sämmlich geboren und ortsangehörig in Przeschowiz, Bezirk Kromau, Mähren, | Landstreichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 1. April 1885. |

| Rang. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------|---|--|--------------------------------------|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1 | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 9 | Karl Just,
Bäcker, | geboren am 25. Oktober
1832 zu Hogenplog,
Bezirk Troppau,
Oesterreichisch-Schle-
sien, ortsangehörig in
Glonnig, Bezirk
Troppau, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 1. April
1885. |
| 10 | Eduard Jauernig,
Müllergefelle, | geboren am 18. Mai
1835 zu Nieder-Hil-
lersdorf, Bezirk Jä-
gerndorf, Oesterrei-
chisch-Schlesien, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 4. April
1885. |
| 11 | Moses Brandes,
Kaufmann, | geboren 1821 zu Janow,
Bezirk Czestochow,
Gouvernement Petro-
kow, Russisch-Polen,
ortsangehörig in Wy-
dawe, ebendaselbst, | desgleichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Posen, | 21. April
1885. |
| 12 | Nikolas Bailen,
Bergmann | 46 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Char-
leroi, Belgien | Landstreichen, | Königlich Preussische
Regierung zu
Wiesbaden, | 25. April
1885. |
| 13 | Peter Jaumar,
Tagelöhner, | geboren im August 1851
in Kerpen in Egypten, | desgleichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Trier, | 22. April
1885. |
| 14 | Wilhelm Feigl,
Schneibergehilfe, | geboren am 8. Mai
1859 zu Oberla bei
Wien, Oesterreich, orts-
angehörig in Schön-
hof, Bezirk Pödersam,
Böhmen, wohnhaft zu-
legt in Schönau,
Königreich Sachsen, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Neumün, | 17. April
1885. |
| 15 | Rudolf Mladý,
Gärtner, | geboren am 24. Fe-
bruar 1833 zu Woborn,
Bezirk Raaben, Böh-
men, ortsangehörig in
Woborn-Turisch, eben-
daselbst, | desgleichen, | Königlich Sächsische
Kreishauptmann-
schaft Zwickau, | 11. April
1885. |
| 16 | Iwan Samelitsch
Piratskowa,
Arbeiter, | ca. 28 Jahre, geboren
zu Selo-Bisotoi,
Gouvernement Resan,
Rußland, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | Großherzoglich sächsi-
scher Direktor des
III. Verwaltungsbe-
zirks zu Eisenach, | 19. März
1885. |
| 17 | Johann Bleicher,
Schuhmacher, | geboren am 15. April
1864 zu Winterberg bei
Pilsen, Böhmen, eben-
daselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Herzoglich sächsisches
Landrathsamt Dyr-
druf, | 24. April
1885. |
| 18 | Josef Marty,
Maurer, | geboren am 19. Sep-
tember 1865 zu
Schwyz, ortsangehörig
zu Iberg, Kanton
Schwyz, Schweiz, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 8. April
1885. |

| Rang. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------|-----------------------------------|---|-----------------------------|---|--|
| 1. | des Ausgewiesenen. | | 4. | 5. | 6. |
| 19 | Jacob Hygar,
Färber, | geboren am 6. März
1842 zu Birsfelden,
Kanton Baselstadt,
Schweiz, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 8. April
1885. |
| 20 | Michael Koeffler,
Korbmacher, | 40 Jahre, geboren in
Nancy, Frankreich, | Landstreichen, | derselbe, | 10. April
1885. |
| 21 | Jakob Herder,
Holzschnitzer, | 48 Jahre, geboren in
Paris, Frankreich. | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 22 | Emil Galli,
Maurer, | geboren am 27. Dezem-
ber 1845 in Molteno,
Provinz Como, Italien, | desgleichen, | derselbe, | 14. April
1885. |
| 23 | Regina Borner,
unverheirathet, | geboren am 8. Oktober
1857 zu Rickenbach,
Kanton Solothurn,
Schweiz, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 17. April
1885. |
| 24 | Emil Meyer,
Seiler, | geboren am 2. Oktober
1865 zu Sittard, Be-
zirk Maastricht, Nieder-
lande, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 20. April
1885. |
| 25 | Ludwig Lichtenstein,
Müller, | geboren am 29. Mai
1863 zu Herlen, Be-
zirk Maastricht, Nieder-
lande, wohnhaft zuletzt
in Frankfurt a./M., | desgleichen, | derselbe, | 20. April
1885. |
| 26 | Emil Meyer,
Schlosser, | geboren am 1. März
1857 in Paris, Frank-
reich. | desgleichen, | derselbe, | 28. April
1885. |

Die durch Beschluß des Kaiserlichen Bezirks-Präsidenten zu Strassburg vom 11. Dezember 1883 ver-
fügte Ausweisung der ledigen Elise Rosée aus dem Reichsgebiet ist zurückgezogen worden.

Geschenke an Kirchen etc.

Bei dem Königl. Konsistorium der Provinz
Brandenburg sind in neuerer Zeit folgende an Kirchen etc.
im Regierungsbezirk Potsdam gemachten Geschenke zur
Anzeige gebracht worden:

Diözese Königs-Wusterhausen: der Kirche zu Königs-
Wusterhausen 1 weiße Altardecke für die Abendmahls-
feier (Werth 20—25 M.) von einem Unbekannten;
der Kirche zu Deutsch-Wusterhausen 1 Taufschüssel
von schwarzem Stoff mit Goldstickerei etc. (25—30 M.)
von einem Unbekannten; der Kirche zu Leupzig 1 Re-
paratur an der Kirchenorgel (Werth 449 M.),
2) 1 neue Thurmuhr (Werth 336 M.) von der

Königl. Hofkammer der Königl. Familiengüter,
1 Botivotafel mit Verglasung zur Aufbewahrung von
Kriegsdenkmälen verstorbenen Gemeindeglieder (Werth
20 M.) von der Gemeinde, 1 Taufstein nebst 1 Tauf-
schüssel in Kunststeinguss (Werth 40 M.) von dem
Stadtverordneten Herrn Henri de Nève zu Berlin,
Kanzel- und Altarbekleidung von violetterm Plüsch
von Beiträgen aus der Pfarodie, 1 Altarkinnich
mit echter Spitze und 1 Taufschüssel aus violetterm
Plüsch nebst Schutzdecke für den Taufstein (Werth
66 M.) von einem Gemeindeglied.

Diözese Zehdenitz: der Kirche zu Zehdenitz ein Kron-
leuchter aus polirtem Messingguss (Werth 250 M.)
von der Gemeinde daselbst.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend das revidirte Reglement der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg,
und eine Beilage, enthaltend den Sommer-Fahrplan der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin, sowie
Drei öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (G. Hays, Hof-Buchdrucker).



Beilage zum Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam.

Revidirtes Reglement der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.

Für die am 19. September 1838 gegründete Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg wird an Stelle des revidirten Reglements von 1871, de confirm. 18. September 1871 (G. S. S. 413 ff.) und der zu demselben ergangenen Nachträge, de confirm. 11. Mai 1877, 7. Mai 1880 und 3. April 1883 (Stücke der Amtsblätter der Königl. Regierungen zu Frankfurt a. O. und Potsdam: 25 de 1877, 25 bezw. 26 de 1880 und 17 de 1883) das nachstehende Reglement erlassen:

A. Umfang, Zweck und Berechtigungen der Societät.

§ 1.

Das Societätsgebiet umfaßt sämtliche innerhalb der Provinz Brandenburg belegenen Städte.

In den zufolge § 1 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875 aus dem provincialständischen Verbande der Mark Brandenburg und des Markgrafthums Niederlausitz ausgeschiedenen Städten sind zwar die bei der Societät Versicherten aus derselben auszutreten nicht genöthigt, doch dürfen daselbst von der Societät Gebäude zur Versicherung gegen Feuergefahr nicht mehr aufgenommen, auch Erhöhungen bestehender Versicherungen nicht mehr zugelassen werden.

So lange in diesen Städten Versicherungen noch fortbestehen, behalten daselbst die Magistrate die ihnen nach § 21 obliegenden Funktionen.

§ 2.

Zweck der Societät ist die gegenseitige Versicherung von Gebäuden gegen Feuergefahr in der Weise, daß jedes Mitglied sich zugleich in dem Verhältniß eines Versicherers und eines Versicherten befindet, als Versicherer jedoch nur mit den ihm nach seiner Versicherungssumme obliegenden Beiträgen verhaftet ist.

Die als Pertinenzien von Gebäuden zu betrachtenden beweglichen Sachen, sofern sie nicht zum Gewerbebetriebe dienen, dürfen zur Versicherung mit angenommen werden.

§ 3.

Die der Societät auf Grund der früheren Reglements zustehenden Ansprüche auf Stempel- und Kostenfreiheit, wie auf Mitwirkung von Behörden und Beamten und das ihr dort gewährte Recht der administrativen Exekution bleiben, soweit die allgemeinen Landesgesetze dies gestatten, unverändert bestehen. *)

*) Das revidirte Reglement von 1871 bestimmt:

§ 3.

Die Verhandlungen, welche die Verwaltung der Societät betreffen, die darauf bezügliche Korrespondenz zwischen den Behörden und Mitgliedern der Societät, sowie zwischen den Behörden der Societät und anderen öffentlichen Behörden, die Beschreibungen der zu versichernden Gebäude, die amtlichen Atteste für die Versicherungen und die Quittungen über empfangene Schadensvergütung sind vom tarifmäßigen Stempel und von Sporeln entbunden.

Zu Verträgen mit einer stempelpflichtigen Partei ist der tarifmäßige Stempel in dem halben Betrage, zu den Nebene Exemplaren der Stempel beglaubigter Abschriften zu verwenden.

Bei Prozessen ist die Societät von der Zahlung der Gerichtskosten und Vorschüsse unter der im § 6 des Gesetzes vom 10. Mai 1851 (Gesetz-Samml. S. 622) bestimmten Maßgabe befreit.

§ 21.

Die Einzahlung dieser Beiträge ist innerhalb vier Wochen nach der Ausschreibung zu bewirken. Diese Frist beginnt mit dem Tage, an welchem das Stück des Amtsblattes, das die Ausschreibung enthält, ausgegeben ist.

Wird dieselbe nicht inne gehalten, so findet die exekutive Einziehung der Beiträge in gleicher Art, wie bei den öffentlichen Steuern, statt.

§ 68.

Die Verwaltung der Angelegenheiten der Societät erfolgt unter Aufsicht des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg durch eine Direction, welche in Berlin ihren Sitz hat.

Unter ihr werden die einschlagenden Geschäfte von Amtswegen durch die Magistrate besorgt.

B. Verfassung und Verwaltung der Societät.

§ 4.

Die Societät wird von dem Provinzialverbande von Brandenburg als ein Provinzialinstitut nach den Bestimmungen der Provinzialordnung verwaltet und hat ihren Sitz am Sitze des Provinzialverbandes. *)

§ 5.

Die unmittelbare Verwaltung der Societät wird am Sitze des Provinzialverbandes unter dem Namen „Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg“ von einem Direktor geführt, welcher die Societät nach Außen in allen Angelegenheiten, insbesondere auch da, wo die Gesetze eine Spezialvollmacht verlangen, vertritt. Derselbe steht zu dem Provinzialverbande in dem Verhältniß eines Provinzialkommissars (§ 99 Prov.-Ordnung).

§ 6.

Der Direktor wird von dem Provinziallandtage auf zwölf Jahre oder auf Lebenszeit gewählt. In dringenden Fällen erfolgt die Wahl durch den Provinzialausschuß an Stelle des Provinziallandtages. Alsdann ist dem letzteren bei seinem nächsten Zusammentritt von der erfolgten Wahl Kenntniß zu geben.

§ 74.

In Betreff dieser Lagerbuchsführung und der den Magisträten obliegenden sonstigen Societätsgeschäfte, zu welchen auch die Erhebung der Feuer-Societäts-Beiträge und deren Einzahlung an die Städte-Feuer-Societäts-Hauptkasse gehört, ertheilt die Direktion denselben eine Instruktion.

§ 75.

Außer einer Hebegebühr von fünf Prozent der ausgeschriebenen Feuer-Societäts-Beiträge wird den Magisträten keine Entschädigung für die Besorgung der Societätsgeschäfte zu Theil.

*) cfr. Allerh. Erlaß vom 11. Mai 1877 (Ges. S. S. 221).

Auf den Bericht vom 6. Mai d. J. will Ich dem anliegenden, in Folge der Beschlüsse des Provinzial-Landtages der Provinz Brandenburg vom 15. März cr. aufgestellten

Ersten Nachtrage zu dem revidirten Reglement für die Städte-Feuer-Societät der Kur- und Neumark, der Niederlausitz und der Ämter Senftenberg und Finsterwalde von 1871

hierdurch Meine landesherrliche Genehmigung ertheilen.

Berlin, den 11. Mai 1877.

gez. Wilhelm,
ggz. Graf Eulenburg.

An den Minister des Innern.

Erster Nachtrag zu dem revidirten Reglement für die Städte-Feuer-Societät der Kur- und Neumark, der Niederlausitz und der Ämter Senftenberg und Finsterwalde von 1871,
de conf. 18. September 1871 (G.-S. S. 413 ff.)

§ 1.

Die Societät heißt fortan:
Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.

§ 2.

Zur Societät gehören sämtliche innerhalb der Provinz Brandenburg belegenen Städte.

§ 3.

In den zufolge § 1 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875 aus dem provinzialständischen Verbande der Mark Brandenburg und des Markgrafthums Niederlausitz ausgeschiedenen Städten dürfen von der Societät Gebäude zur Versicherung gegen Feuergefahr nicht mehr aufgenommen, auch Erhöhungen bestehender Versicherungen nicht mehr zugelassen werden.

So lange in diesen Städten solche Versicherungen, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Nachtrages (§ 4 des Gesetzes vom 10. April 1872 G.-S. S. 357) bereits abgeschlossen waren, fortbestehen, behalten daselbst die Magisträte die ihnen nach § 68 A. 2 des Reglements obliegenden Funktionen.

§ 4.

Die Verwaltung der Societät wird dem Provinzial-Verbande der Provinz Brandenburg nach Maßgabe der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 übertragen.

Die nach dem Reglement den Provinzial-Landtags-Abgeordneten der associirten Städte (§§ 14, 31, 70, 72), sowie den Kommunal-Landtagen der Kurmark, der Neumark und der Niederlausitz obliegenden Funktionen (§ 78) gehen auf den Provinzial-Landtag der Provinz Brandenburg über.

Die Städte-Feuer-Societäts-Direktion bleibt bis zur Beschlussfassung des Provinzial-Landtages über ihren Fortbestand und ihre Zusammensetzung in ihrer bisherigen Verfassung mit der Maßgabe in Wirksamkeit, daß von ihren Mitgliedern nur zwei Associirte sein müssen.

Dieselbe tritt jedoch zu dem Provinzial-Verbande in das Verhältniß einer nach § 99 der Provinzial-Ordnung eingereichten Kommission.

Im Uebrigen bleibt bis zum Erlaß eines neuen Reglements das bestehende Reglement in Geltung.

§ 7.

Für den Fall einer Behinderung des Direktors, sowie im Falle der Erkrankung desselben, bestellt der Provinzialauschuß einen Stellvertreter bis zur Aufnahme der Geschäfte durch den Direktor.

§ 8.

Dem Direktor wird zur Mitwirkung bei Erledigung der Geschäfte der Societät ein vom Provinzialauschuß auf 6 Jahre zu wählender Syndikus mit beratender Stimme zugeordnet, welchem zugleich — bis zur Bestimmung des Provinzialauschusses (§ 7) — die Vertretung des Direktors obliegt.

§ 9.

Der Direktor und der Syndikus haben die Rechte und Pflichten der Provinzialbeamten. Die Bestimmungen des Reglements, betreffend die dienstlichen Verhältnisse der Provinzialbeamten, im § 14 Abs. 1 und 2, § 15 Abs. 7, § 24, § 40 finden jedoch auf den Syndikus, dessen Amt nur als Nebenamt anzusehen ist, keine Anwendung. Ihre Geschäftsanweisung empfangen sie von dem Provinzialauschuß.

Der Direktor und der Syndikus werden von dem Landesdirektor in ihr Amt eingeführt und vereidigt. Sie erhalten Tagegelde und Fuhrkosten für auswärtige Dienstgeschäfte gleich den oberen Provinzialbeamten (§ 23 No. 2 a. a. O.).

§ 10.

Zur Mitwirkung in der Verwaltung der Societätsangelegenheiten wird ein Direktorialrath — als Provinzialkommission (§ 99 Prov.-Ordn.) — bestellt, welcher außer dem Direktor als Vorsitzenden und dem Syndikus aus fünf von dem Provinziallandtage zu wählenden Associirten besteht. Für diese Mitglieder sind in gleicher Weise fünf Stellvertreter zu wählen, welche nach der Reihenfolge ihrer Wahl einzuberufen sind. Die Gewählten werden von dem Landesdirektor durch Handschlag verpflichtet und in ihre Stellen eingeführt.

§ 11.

Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre, jedoch bleiben die Ausscheidenden bis zur Einführung der Neugewählten in Thätigkeit. Für die im Laufe der Wahlperiode ausscheidenden Mitglieder und Stellvertreter haben Ersatzwahlen stattzufinden. Die Ersatzmänner bleiben nur bis zum Ende desjenigen Zeitraumes in Thätigkeit, für welchen die Ausscheidenden gewählt waren.

§ 12.

Wählbar sind nur solche Associirte, welche zum Mitgliede des Provinziallandtages wählbar sind. Jede Wahl verliert dauernd oder vorübergehend ihre Wirkung mit dem gänzlichen oder zeitweisen Aufhören einer der für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen. Ob einer dieser Fälle eingetreten ist, darüber hat der Provinzialauschuß endgültig zu beschließen.

Die Gewählten können aus Gründen, welche die Entfernung eines Beamten aus seinem Amte rechtfertigen, vom Provinzialauschuße ihrer Stellen enthoben werden. Gegen den Beschluß des Provinzialauschusses findet die Beschwerde an den Provinziallandtag statt.

§ 13.

Der Direktorialrath versammelt sich, so oft es die ihm überwiesenen Geschäfte erfordern, alljährlich mindestens zweimal. Die Berufung zu den Versammlungen erfolgt durch den Direktor. Der Direktorialrath kann nur beschließen, wenn mit Einschluß des Vorsitzenden mindestens fünf Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 14.

Betrifft der Gegenstand der Verhandlung einzelne Mitglieder oder deren Verwandte und Verschwägerte in auf- und absteigender Linie oder bis zu dem dritten Grade der Seitenlinie, so dürfen dieselben an der Berathung und Abstimmung nicht Theil nehmen.

§ 15.

Der Landesdirektor, sowie die zu seiner Vertretung abgeordneten oberen Beamten sind befugt, den Sitzungen des Direktorialrathes mit beratender Stimme beizuwohnen.

§ 16.

Der Direktorialrath regelt seinen Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung. Dieselbe bedarf der Genehmigung des Provinzialauschusses.

§ 17.

Der Direktorialrath hat zu beschließen:

1) auf werben über den Direktor (§ 33),

2) krenzen, innerhalb welcher dem Direktor Rückversicherung für die Societät zu nehmen

- 3) über die Gebühren der Sachverständigen für die Aufnahme oder Prüfung der Gebäudebeschreibungen und für die Abschätzung der Schäden (§ 24),
- 4) über die Höhe der anzuschreibenden Societätsbeiträge (§ 70),
- 5) über Abänderung des Verzeichnisses der von der Versicherung ausgeschlossenen Gebäude und Anlagen (§ 37), sowie über Abänderung der Klasseneinteilung und des Beitragsverhältnisses der verschiedenen Klassen (§ 55),
- 6) über die Ermäßigung und die Erhöhung der Beiträge in einzelnen Städten bezw. Stadtbezirken (§ 65),
- 7) über die Gewährung von Zuschüssen an Feuerwehren (§ 115),
- 8) über die Niederschlagung von Forderungen der Societät,
- 9) über die Verstärkung des eisernen Bestandsfonds aus dem laufenden Fonds (§ 29),
- 10) über die ihm vom Direktor überwiesenen Societätsangelegenheiten.

§ 18.

Der Direktorialrath hat sein Gutachten abzugeben:

- 1) über den vom Direktor entworfenen Haushaltsetat, sowie über Etatsüberschreitungen und außerordentliche Ausgaben (§ 30),
- 2) über die gelegten Jahresrechnungen (§ 31),
- 3) über Abänderungen des Reglements,
- 4) über alle ihm zu dem Ende vom Provinzialausschuß überwiesenen Societäts-Angelegenheiten.

§ 19.

In den Sitzungen des Direktorialrathes hat der Direktor von den wichtigsten Vorkommnissen der Verwaltung Mittheilung zu machen und die Mitglieder in fortlaufender Kenntniß von dem Gange der Geschäfte zu erhalten.

Der Direktorialrath ist befugt, von dem Stande der Verwaltung der Angelegenheiten der Societät und Einsicht der Akten und Bücher der Societätsverwaltung Kenntniß zu nehmen. Der vom Direktor zu erstattende Jahresbericht (§ 32) ist zunächst dem Direktorialrath vorzulegen und mit dessen Bemerkungen dem Provinzialausschuß einzureichen.

§ 20.

Die Wahlen des Direktors, bezw. seines Stellvertreters, des Syndikus und der übrigen Mitglieder des Direktorialrathes sind von dem Landesdirektor durch die Amtsblätter der Provinz zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

§ 21.

Die örtlichen Geschäfte der Societät mit Einschluß der Erhebung der Feuersocietätsbeiträge und deren Einbringung an die Hauptkasse werden in den Städten des Societätsgebiets nach Maßgabe der vom Provinzialausschuß erteilten Geschäftsanweisung durch die Magistrate von Amtswegen besorgt. Insbesondere haben dieselben Duplikate der Lagerbücher zu führen, welche bei dem Direktor Behufs Eintragung aller bei der Societät genommenen Versicherungen gehalten werden.

§ 22.

Zur Prüfung der Gebäudebeschreibungen und Taxen (§ 56), sowie zur Ermittlung und Abschätzung der Schäden (§§ 96, 101) wird von den Magistraten eine ständige Kommission (Ortskommission) gebildet, bestehend aus einem Magistratsmitgliede als Vorsitzenden, zwei zu den Gemeindegliedern gehörigen Societätsmitgliedern und zwei Sachverständigen. Für jedes Mitglied ist für den Behinderungsfall ein Stellvertreter zu ernennen.

Die Mitglieder der Ortskommission, sowie die zur Aufnahme der Gebäude-Beschreibungen und Taxen bestimmten Sachverständigen (§ 23) dürfen zu dem Versicherungsnehmer bezw. dem Beschädigten nicht in einem Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnisse stehen, das sie nach § 348 Nr. 1—3 der ReichsSchulprozeßordnung zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigen würde.

§ 23.

Für die Aufnahme und Prüfung der Gebäudebeschreibungen und Taxen (§§ 40, 56), sowie für die Ermittlung und Abschätzung der Schäden (§§ 96, 101) sind von den Magistraten Sachverständige aus der Zahl der selbstständigen Bauhandwerker — möglichst der geprüften Maurer- und Zimmermeister des Ortes — ein für alle Male eiblich zu verpflichten. Dieselben sind dem Direktor zu bezeichnen und auf dessen Antrag, wenn sie sich einer Pflichtwidrigkeit schuldig machen, ihres Amtes zu entheben. Mit jenen Geschäften der Sachverständigen können auch technische Beamte der Gemeindeverwaltung betraut werden.

§ 24.

Die Sachverständigen erhalten für ihre Mühewaltung Entschädigung nach einer von dem Direktorialrath aufgestellten (§ 17 Nr. 3) und vom Provinzialausschuß zu genehmigenden Gebührentaxe und ebenso wie die Mitglieder der Kommission (§ 22) für ihre etwaigen baaren Auslagen (Fuhrkosten) Entschädigung.

§ 25.

Daß mit der Bearbeitung der Societätsgeschäfte betraute Magistratsmitglied, die Mitglieder der Ortskommission, sowie die zur Aufnahme der Gebäudebeschreibungen und Taxen bestellten Sachverständigen (§§ 22, 23) dürfen nicht als Agenten oder in anderer Eigenschaft an der Verwaltung einer Privatfeuersicherungs-Gesellschaft theilhaftig sein.

§ 26.

Für die Besorgung ihrer örtlichen Geschäfte hat die Societät den Magisträten fünf Prozent der ausgeschriebeneneu Feuersocietätsbeiträge zu gewähren.

§ 27.

Die Stellen der zur Wahrnehmung der Bureau-, Kassen- und sonstigen Geschäfte der Societätsverwaltung erforderlichen Beamten werden nach Maßgabe des Haushaltsetats der Societät (§ 30) vom Provinzialausschuß nach Anhörung des Direktors besetzt. Die Beamten werden als Provinzialbeamte von dem Direktor als ihrem Dienstvorgesetzten in ihre Ämter eingeführt und vereidigt. Ihre Geschäftsinstruktionen werden vom Provinzialausschuß nach Anhörung des Direktors erlassen. Hilfsarbeiter im Bureau- und Kassendienst sind von dem Direktor auf Zeit, auf Kündigung oder unter Vorbehalt des Widerrufs anzunehmen und zur gewissenhaften Wahrnehmung der ihnen übertragenen Dienstgeschäfte mittelst Handschlags zu verpflichten. Soll ihnen die einstweilige Verwaltung einer vakanten Dienststelle oder die Vertretung behinderter Beamten übertragen werden, so ist zu ihrer Annahme die Genehmigung des Landesdirektors einzuholen.

§ 28.

Die Geschäfte der Hauptkasse der Societät werden als Kassengeschäfte des Provinzialverbandes nach den für diese geltenden Bestimmungen von der Landeshauptkasse verwaltet. Dieselbe hat die zeitweilig entbehrlichen Bestände gleich ihren sonstigen Beständen zu belegen.

Die hierfür an den Provinzialverband alljährlich abzuführende Entschädigung wird von dem Provinziallandtag festgesetzt.

§ 29.

Die Verwaltungskosten werden nach Maßgabe des Haushaltsetats aus den Zinsen des eiserneu Bestandsfonds der Societät bestritten. Dieser Fonds, dessen Bestände nach den für die Belegung der Provinzialfonds geltenden Bestimmungen anzulegen sind, wird von dem Direktor abgesondert von den übrigen Einnahmen und Ausgaben der Societät — dem laufenden Fonds — verwaltet. Demselben verbleiben die sich ergebenden Ueberschüsse, wogegen das etwa Fehlende aus dem laufenden Fonds zu decken ist.

Werden bisher aus dem laufenden Fonds geleistete Ausgaben auf den Etat des eiserneu Bestandsfonds übernommen, so sind diesem die entsprechenden Beträge aus dem laufenden Fonds zuzuführen. Zur Ausgleichung solcher Zuschüsse kann jedoch vom Direktorialrath (§ 17 Nr. 9), unter Genehmigung des Provinzialausschusses, eine Verstärkung des eiserneu Bestandsfonds aus dem laufenden Fonds beschlossen werden.

§ 30.

Der Haushaltsetat wird von drei zu drei Jahren vom Direktor entworfen und mit den Aeußerungen des Direktorialrathes dem Provinzialausschuß eingereicht. Die Feststellung desselben erfolgt durch den Provinziallandtag. Der festgestellte Etat bleibt bis zur Feststellung des neuen Etats in Kraft.

Der Direktor hat dafür zu sorgen, daß der Haushalt der Societät nach dem Etat geführt werde. Er erläßt die Einnahme- und Ausgabeanweisungen an die Hauptkasse, welche dem Landesdirektor zur Kenntnisknahme vorzulegen sind.

Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßige Ausgaben dürfen nur unter Verantwortung des Provinzialausschusses stattfinden und bedürfen der Genehmigung des Provinziallandtags.

§ 31.

Die Jahresrechnungen der Societät sind nach erfolgter Revision durch den vom Provinzialausschuß dazu bestimmten Provinzialbeamten dem Direktor vorzulegen, welcher dieselben alsdann mit den gutachtlichen Aeußerungen des Direktorialrathes dem Provinzialausschuß einzureichen hat. Die Prüfung, Feststellung und Entlastung der Rechnungen durch den Provinziallandtag.

§ 32.

Sobald die Ergebnisse des Geschäftsjahres zu übersehen sind, hat der Direktor über die Verwaltung und den Stand der Angelegenheiten der Societät dem Provinzialausschuß Bericht zu erstatten.

Nach dem Abschluß der Jahresrechnungen sind Auszüge aus denselben mit einer Uebersicht von den Ergebnissen der Verwaltung der Societät von dem Direktor durch die Amtsblätter der Provinz zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

§ 33.

Auf Beschwerden über das Verfahren der Magistrate in Societätsangelegenheiten entscheidet der Direktor, auf Beschwerden über den Direktor der Direktorialrath (§ 17 Nr. 1).

Entscheidungen des Direktorialrathes, welche die Ablehnung oder Beschränkung einer beantragten Versicherung oder die Veretzung versicherter Gebäude in eine andere Klasse betreffen, sowie Beschlüsse desselben nach § 17 Nr. 2, 4, 6, 7 und 8 sind endgültig; im Uebrigen entscheidet auf Beschwerde über den Direktorialrath endgültig der Provinzialausschuß.

Bei den Entscheidungen des Direktorialrathes auf Beschwerden über den Direktor darf der letztere an der Abstimmung nicht Theil nehmen. Dasselbe gilt für den Syndikus, sofern dieser bei der angegriffenen Entscheidung mitgewirkt hat. Sind hiernach der Direktor und der Syndikus von der Abstimmung ausgeschlossen, so giebt bei Stimmengleichheit die Stimme des dem Lebensalter nach ältesten Mitgliedes den Ausschlag.

Im Uebrigen darf an der Beschlussfassung im Direktorialrathe und im Provinzialausschuß nicht Theil nehmen, wer in der Sache amtlich thätig gewesen ist, oder an der Vorentscheidung Theil genommen hat, oder wer selbst oder durch Verwandte oder Verschwägernte in auf- oder absteigender Linie oder bis zum dritten Grade der Seitenlinie an der Sache theilhaftig ist.

§ 34.

Beschwerden über Verfügungen des Direktors sind bei demselben binnen 6 Wochen ausschließender Frist nach Empfang der angefochtenen Verfügung anzubringen.

Beschwerden im Berufungsfalle — weitere Beschwerden — sind binnen 2 Wochen ausschließender Frist nach Empfang der Entscheidung bei dem Direktor anzubringen. Dies ist dem theilhaftigen Societätsmitglied bei der Zustellung der Entscheidung zu eröffnen. Der Direktor kann zur Rechtfertigung solcher Beschwerden eine weitere Frist bis zu 4 Wochen bewilligen. Die Berufungsschrift ist mit den Akten von dem Direktor dem Direktorialrathe bezw. dem Provinzialausschuß vorzulegen.

Die angefochtenen Verfügungen und Entscheidungen bleiben so lange in Kraft, bis dieselben im Beschwerdewege endgültig abgeändert werden.

Wird im Beschwerbewege eine andere Entscheidung über die Aufhebung oder Herabsetzung der Versicherung oder die Klassifikation der versicherten Gebäude herbeigeführt, so ist sie auch für die Zwischenzeit maßgebend, sowohl hinsichtlich der Entschädigung für einen in dieser Zeit etwa vorgefallenen Brandschaden, als auch der für diese Zeit zu entrichtenden Beiträge.

Wird eine Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen, so sind die dadurch veranlaßten Kosten vom Beschwerdeführer zu tragen.

§ 35.

Der ordentliche Rechtsweg ist nur zulässig gegen solche Verfügungen des Direktors, durch welche die von einem Societätsmitglied verlangte Entlassung aus der Societät oder die Vergütung eines eingetretenen Brandschadens verweigert worden ist, und in dem letzteren Falle nur dann, wenn die Klage darauf gestützt wird, daß hinsichtlich des Brandschadens das Bestehen einer Versicherung des Klägers bei der Societät überhaupt zu Unrecht verneint oder bei bestehender Versicherung des Klägers die Gewährung der Brandschadenvergütung überhaupt zu Unrecht verweigert worden.

Die Klage muß zur Vermeidung der Ausschließung innerhalb sechs Monate nach dem Empfange der angefochtenen Verfügung bei dem zuständigen Gericht angebracht sein. Ist in einem Falle, in welchem die Klage zulässig ist, die Beschwerde einmal eingelegt, so ist der Rechtsweg ausgeschlossen.

C. Theilnahme an der Societät.

1. Versicherungsfähigkeit der Gebäude.

§ 36.

Nur innerhalb des Societätsgebietes belegene Gebäude können bei der Societät versichert werden. Die Versicherung muß angenommen werden, soweit nicht die folgenden Bestimmungen die Ablehnung zulassen.

§ 37.

Von der Versicherung sind ausgeschlossen:

1. Pulvermühlen, Pulvermagazine und Feuerwerkslaboratorien;
2. Gebäude zur Fabrikation oder Niederlage von Dynamit, Schießbaumwolle oder anderer, dem Schießpulver in der Wirkung und der Entzündlichkeit ähnlicher Stoffe;
3. Glas- und Schmelzöfen, Eisen-, Kupfer- und Messinghämmer;
4. Stückgießereien;
5. Schwefelraffinerien;
6. Theeröfen und Rußhütten;
7. Salzwerke;
8. Holzsäure- und Schwefelsäurefabriken;
9. Pottaschbrennereien;
10. Zucker-, Syrup- und Cichorienfabriken;
11. Papier- und Lackwaarenfabriken mit Ofentrocknung;
12. Fabriken oder Niederlagen für Terpentin, Firniß, Lack, Aether, Leuchtgas, ätherische und Mineralöle,

Das vorstehende Verzeichniß kann von Zeit zu Zeit einer neuen Prüfung durch den Direktorialrath unterworfen werden. Dabei beschlossene Aenderungen unterliegen der Genehmigung des Provinzialausschusses und sind durch die Amtsblätter der Provinz bekannt zu machen.

Treten hinsichtlich eines versicherten Gebäudes solche Veränderungen ein, daß dessen Versicherung bei der Societät unzulässig wird, so erlischt die Versicherung. Der Versicherte hat keinen Anspruch auf Schadensvergütung im Falle eines vor der Löschung der Versicherung etwa erfolgten Brandes, jedoch bis zum Ablauf des Halbjahrs, in welchem die Löschung von ihm beantragt oder ohne seinen Antrag verfügt worden ist, den vollen Beitrag zu zahlen.

Ebenso erlischt die Versicherung eines Gebäudes, sobald dasselbe zum Abbruch verkauft oder nach einer anderen Stelle verlegt worden ist.

§ 38.

Der Direktor ist befugt, Versicherungen abzulehnen,

- A. wenn ein Gebäude
 - a. durch feuerpolizeiwidrige Einrichtungen, schlechte Bauart, vernachlässigte Unterhaltung, schlechte Feuerungsanlagen oder durch sonstige Umstände — welche auch in der Persönlichkeit oder in der Handlungsweise des Versicherten bezw. der Bewohner des Gebäudes ihre Begründung finden können — einen außergewöhnlichen Grad von Feuergefährdung oder des Verfalls darbietet,
 - b. zum Abbruch bestimmt ist,
 - c. zu einem zur Zwangsversteigerung gestellten Grundstücke oder zu einer Konkursmasse gehört,
 - d. zu einem Gehöfte gehört, von welchem andere Gebäude bei einer anderen Versicherungsanstalt versichert sind;
- B. während der Zeit eines über das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges, d. i. vom Erlaß der Kriegserklärung oder vom Beginne der Feindseligkeiten bis zur Bekanntmachung des Friedensschlusses. In dieser Zeit kann auch die Erhöhung einer bestehenden Versicherung abgelehnt werden.

§ 39.

Kein Gebäude, welches bei einer anderen Versicherungsanstalt versichert ist, darf bei der Societät aufgenommen, und kein Gebäude, welches bei der Societät versichert ist, bei einer anderen Versicherungsanstalt versichert werden.

Auch darf ohne Genehmigung des Direktors kein Gebäude innerhalb eines Gehöfts, von welchem ein anderes Gebäude bei der Societät versichert ist, bei einer anderen Versicherungsanstalt versichert werden.

Findet sich, daß ein bei der Societät ganz oder zum Theil versichertes Gebäude oder Gehöft der vorstehenden Bestimmung zuwider anderweit versichert ist, so ist die Versicherung bei der Societät sofort zu löschen. Der Versicherte hat aus einer solchen Versicherung keine Rechte gegen die Societät, ist jedoch bis zum Ablauf des Halbjahrs, in welchem die Löschung erfolgt, zur Zahlung der Beiträge verpflichtet.

Ist, in diesen Fällen, der Verdacht eines versuchten Betruges nicht ausgeschlossen, so hat der Direktor der Staatsanwaltschaft Anzeige zu machen.

Essenzen, Phosphor, Knallgold, Knallsilber, Knallquecksilber, Anilin, Salmiak und Zündmaterialien aller Art;

13. Flachs- und Hanfbarren;
14. Freistehende Backöfen ohne Ueberbau und vor-schriftsmäßige Vorgelege;
15. Theater;
16. Gebäude, welche nach ihrer Bauart zur 4. Hauptklasse gehören würden, aber wegen ihrer Benutzungsart eine Klassenverschlechterung erfahren müßten — § 53 —;
17. Gebäude, welche mit den vorgedachten im Zusammenhang stehen oder, ohne gegen dieselben durch eine Brandmauer vollständig gedeckt zu sein, nicht mindestens 11 m von ihnen entfernt liegen;
18. Schiffmühlen;
19. Schuppen, deren Deckenwert nur auf eingegrabenem Stangen oder schwachen Rundhölzern ruht.

2. Werthermittelung, Versicherungssumme und Klasseneintheilung.

§ 40.

Jedes einzelne Gebäude, welches bei der Societät versichert oder dessen Versicherungssumme bei der Societät erhöht werden soll, muß zuvor auf Kosten des Versicherungsnehmers, abgeschätzt werden.

Der Taxator ist, auf den Antrag des Versicherungsnehmers, vom Magistrat aus der Zahl der nach § 23 verpflichteten Sachverständigen zu bestimmen.

§ 41.

Die Abschätzung der Gebäude ist auf den zeitigen gemeinen Werth zu richten. Zu dem Ende ist zunächst mit Rücksicht auf die örtlichen Preise der Materialien und Bauarbeiten der Werth zu ermitteln, welchen die Gebäude im neuen Zustande zur Zeit der Abschätzung haben würden und sodann der Theil des Neubauwerths, welcher der Abnutzung des Gebäudes zur Zeit der Abschätzung entspricht, festzustellen und in Abzug zu bringen.

Die von allen Seiten in der Erde befindlichen Grundmauern gelten als von der Versicherung ausgeschlossen, wenn der Versicherungsnehmer sie nicht ausdrücklich mit versichert hat.

§ 42.

Ist der Eigenthümer eines abzuschätzenden Gebäudes berechtigt, im Falle eines Brandes zum Wiederaufbau Bauholz oder andere Baumaterialien, ingleichen Fuhren oder ähnliche Hilfsleistungen unentgeltlich oder gegen eine den wirklichen Werth nicht erreichende Vergütung in Anspruch zu nehmen, so ist die Quantität und Qualität dieser Erleichterungen zu ermitteln und der Geldwerth derselben von der Taxe in Abzug zu bringen.

Wer im Falle eines Brandes für den Wiederaufbau eines Gebäudes zur Gewährung von Baumaterialien oder zu anderweiten Leistungen verpflichtet ist, kann den Schätzungswerth seiner aufgewendeten Leistungen bei der Societät versichern, wenn und so lange das Gebäude bei derselben versichert ist.

Scheidet ein solches Gebäude bei der Societät aus, so ist gleichzeitig die Versicherung der Leistungen zu lösen und dem Versicherungsnehmer hiervon Kenntniß zu geben.

§ 43.

Der Abschätzung muß eine Beschreibung des abzuschätzenden Gebäudes zu Grunde liegen, deren Form der Direktor vorschreibt. In dieser Beschreibung, zu welcher die Formulare unentgeltlich von der Societät geliefert werden, ist namentlich die Größe des Gebäudes nach Länge, Tiefe und Höhe, ingleichen das Material, woraus es gebaut ist, die Art seiner Bedachung und endlich — unter Bezeichnung der Anlagen in der Umgebung, welche auf die Feuergefährlichkeit von Einfluß sind — seine Bestimmung oder Benutzungsweise genau anzugeben und sodann die Klasse vorzuschlagen, in welche das Gebäude nach §§ 46—53 zu setzen ist.

§ 44.

Der aus der Abschätzung sich ergebende Werth bildet die höchste zulässige Versicherungssumme.

Unter dieser Beschränkung hängt die Bestimmung der Summe, auf welche ein Gebäudeeigenthümer bei der Societät Versicherung nehmen will, von ihm selbst ab; nur muß die Summe in Beträgen, welche durch die Zahl hundert theilbar sind, abgerundet und in Reichswährung ausgedrückt sein.

§ 45.

Die versicherungsfähigen Gebäude werden, nach ihrer baulichen Beschaffenheit und Lage, ihrer inneren Einrichtung und Benutzung, mit Rücksicht auf ihre größere oder geringere Feuergefährlichkeit in verschiedene Klassen getheilt. Nach dieser Klasseneintheilung richten sich die Beiträge, welche von dem Versicherten zur Bestreitung der Aufwendungen der Societät zu leisten sind (§ 64 ff.).

§ 46.

Nach ihrer Bauart zerfallen die Gebäude in 4 Klassen. Es gehören

I. zur ersten Klasse

a. Gebäude mit feuersicherer Bedachung, wenn dieselben

aa. ganz massiv erbaut sind,

bb. in den Frontwänden massiv erbaut und an den Giebelseiten entweder durch eigene auf mindestens einen halben Stein verblendete Giebel ohne Oeffnungen, oder durch Brandmauern angrenzender Gebäude vollständig gedeckt sind,

cc. in den Frontwänden aus Fachwerk bestehen und entweder durch eigene Brand- oder auf mindestens einen halben Stein verblendete Giebel ohne Oeffnungen, oder durch Brandmauern angrenzender Gebäude vollständig gedeckt werden,

b. Dampfchornsteine;



II. zur zweiten Klasse

- a. Gebäude der unter Ia beschriebenen Bauart, wenn dieselben mit hölzernen Geschoß-Überbauten oder an den Außenwänden mit besonders feuergefährlichen hölzernen Gallerien oder solchen hölzernen Freitreppen versehen, oder wenn die äußeren Wände ganz oder theilweise mit Brettern beschlagen oder mit Holzstücken ausgelegt — gehöhlt — oder offen sind, oder wenn das zu ihrem Bau verwendete Material nicht den Bestimmungen im § 47 entspricht,
- b. Gebäude mit feuerstärkerer Bedachung, wenn dieselben in den Giebelwänden aus Fachwerk erbaut sind und nicht unter Ia^{bb} oder Ia^{cc} fallen,
- c. Treibhäuser mit massiver Hinterwand, massiven Giebeln und Glasbedachung;

III. zur dritten Klasse

- a. Gebäude der unter IIb bezeichneten Art, wenn bei denselben die unter IIa aufgeführten, gefahrerhöhenben Umstände zutreffen,
- b. Gebäude mit feuerstärkerer Bedachung, welche hölzerne oder mit Holz unterstützte Schornsteine haben,
- c. Treibhäuser mit Fachwerkwänden und Glasbedachung;

IV. zur vierten Klasse

Gebäude, die mit Rohr, Stroh, Holz oder einem anderen nicht feuerstärkeren Materiale gedeckt sind.

§ 47.

Als massiv im Sinne des § 46 gelten Gebäude, wenn dieselben in den Front- und den Giebelwänden von Feld-, Bruch- oder gebrannten Ziegelfsteinen mit Kalkmörtel gemauert sind.

Für die Frontwände ist auch Kalkpise gestattet.

Fachwerkwände sind solche, deren hölzerne Fachwerke mit Mauer- oder Luftsteinen ausgemauert oder gestakt und gelehnt sind.

§ 48.

Ein Dach wird für feuerstärker erachtet, wenn es mit Ziegeln, Metall, Schiefer oder einem anderen Material gedeckt ist, dessen Feuerstärkerheit von der Landespolizeibehörde festgestellt oder vom Direktor anerkannt ist.

§ 49.

Unter Brandmauern (§ 46 Ia^{bb}. cc. 52) sind solche Mauern und unter Brandgiebeln § 46 Ia^{cc}. solche Giebel zu verstehen, die von Grund auf durchweg massiv und mindestens 1 Stein stark aus Feld-, Bruch- oder gebrannten Ziegelfsteinen ohne Oeffnungen aufgeführt und mit Kalkmörtel gemauert sind.

An Stelle des Steinmauerwerkes ist bis zur Dachballenlage auch Kalkpise gestattet.

Die Verblendung eines Giebels (§ 46 Ia^{bb}. cc.) muß aus gebrannten Ziegelfsteinen mit Kalkmörtel durchweg in Stärke eines halben Steines aufgeführt sein.

Als Abmessungen des Ziegelfsteines sind hierbei mindestens diejenigen des Normalformates (25 cm lang, 12 cm breit) angenommen.

§ 50.

Bei Gebäuden von gemischter Bau- oder Bedachungsart bestimmt der feuergefährlichere Theil derselben die Klasse, zu welcher sie gehören.

§ 51.

Wenn ein Gebäude wegen seiner oder seiner Nachbargebäude ungebräuchlichen Bauart einen erhöhten Grad von Feuerstärkerheit darbietet, so kann es auf die Unterstufe (§ 53) derjenigen Klasse, zu welcher es an sich gehört, oder auch in die nächstschlechteren Klasse gesetzt werden.

§ 52.

Von den nach ihrer Bauart zur Iten oder IIten Klasse gehörenden Gebäuden werden die Wohngebäude — das sind Gebäude, welche hauptsächlich zu Wohnzwecken dienen — zur Oberstufe ihrer Klasse (IA bezw. IIA) gerechnet, wenn sie

- a. entweder mindestens 5,50 m, sofern sie zur Iten Klasse gehören, und mindestens 11 m, sofern sie zur IIten Klasse gehören, von jedem anderen Gebäude entfernt sind,
- b. oder gegen jedes nähere Gebäude durch eine Brandmauer vollständig gedeckt sind.

Der Direktor ist jedoch befugt, unter Berücksichtigung besonderer, die Anstärkerungsstärkerheit erhöhender oder vermindernder Verhältnisse die Versicherung eines Gebäudes in der Oberstufe abzulehnen oder schon bei geringerer Entfernung desselben von anderen Gebäuden zuzulassen.

Den Wohngebäuden gleichgestellt sind:

- a. öffentliche oder Privatgebäude, deren Räume zum Schulunterricht oder als Schreibstuben, Sitzungs- und dergleichen dienen,
- b. Turn-, Rebe- und Leichenhallen, Spritzenhäuser und dergleichen, vermöge der Art ihrer Benutzung ausnahmsweise gefahrlose Gebäude.

Findet aber in einem Wohn- oder diesem gleichgestellten Gebäude entweder ein die Feuergefährlichkeit erhöhender Gewerbebetrieb statt, oder werden in demselben feuergefährliche Stoffe, sei es in größeren Mengen, sei es aus Anlaß eines Gewerbebetriebes, aufbewahrt, so gehört das Gebäude nicht in die Oberstufe (sfr. § 53). — Welche Gewerbe, wenn sie in einem Gebäude betrieben, und welche Stoffe, wenn sie darin aufbewahrt werden, die Feuergefährlichkeit erhöhen, bestimmt der Direktor.

§ 53.

In die Unterstufe der durch ihre Bauart bedingten Klasse₂ (IB, IIB, IIIB, IVB) gehören diejenigen Gebäude, welche

- a. entweder einem fabrikmäßigen Gewerbebetriebe,
- b. oder zur Lagerung oder Aufbewahrung von feuergefährlichen Stoffen in größerer Menge, insbesondere zu gewerblichen oder landwirthschaftlichen Zwecken

dienen oder in feuergefährlicher Nähe von einem diesen Zwecken dienenden Gebäude liegen.

Ist in diesen Fällen (a und b) die Feuergefährlichkeit erhöht, sei es durch die Art des Betriebes oder die Beschaffenheit der benutzten, bearbeiteten oder gewonnenen Stoffe, sei es durch die Gefährlichkeit oder die Menge der aufbewahrten Stoffe, oder durch die baulichen Einrichtungen, gefährliche Nachbarschaft, oder aus andern Gründen, so ist das Gebäude in die nächstschlechtere Klasse zu versetzen.

Unter Berücksichtigung der die Feuergefährlichkeit erhöhenden oder vermindernden Verhältnisse ist jedoch der Direktor befugt, das Gebäude in eine ungünstigere Klasse oder Klassenstufe zu versetzen, oder von der Versetzung in die Unterstufe bezw. die nächstschlechtere Klasse Abstand zu nehmen, oder auch statt der Versetzung in die nächstschlechtere Klasse die Versetzung in die Oberstufe derselben zu bewirken, jedoch dürfen Gebäude, welche einem fabrikmäßigen, die Feuergefährlichkeit bedeutend erhöhenden Gewerbebetriebe dienen und nach ihrer Bauart in Iten Klasse gehören, niemals günstiger, als in der Oberstufe IIA versichert werden.

§ 54.

Bewirkt der Versicherungsnehmer durch wahrheitswidrige Beantwortung der über Benutzung und Einrichtung seiner Gebäude gestellten Fragen die Aufnahme derselben in eine günstigere Klasse, als die, welche nach dem Bekanntwerden der vorhandenen Verhältnisse festgesetzt wird, so findet auf ihn die Strafbestimmung des § 68 Anwendung.

§ 55.

Die vorbestimmte Klasseneintheilung (§ 46—53) und das Beitragsverhältniß der verschiedenen Klassen und Stufen (§ 64) können von Zeit zu Zeit einer neuen Prüfung durch den Direktorialrath (§ 17 Nr. 6) unterworfen werden.

Dabei beschlossene Abänderungen unterliegen der Genehmigung des Provinzialausschusses und sind durch die Amtsblätter der Provinz bekannt zu machen.

3. Abschluß der Versicherung.

§ 56.

Der Versicherungsantrag, sowohl für Neuversicherung, als für Erhöhung einer bestehenden Versicherung, ist von dem Versicherungsnehmer mit der nach §§ 40 ff. aufgenommenen Gebäudebeschreibung und Taxe dem Magistrat einzureichen.

Der Antrag muß von dem Versicherungsnehmer unterschrieben sein und die gewünschte Versicherungssumme sowie die Erklärung enthalten, ob die Versicherung zum nächsten regelmäßigen Aufnahmetermine (§ 59) oder zu einem anderen Zeitpunkte bezw. sogleich in Kraft treten soll.

§ 57.

Der Magistrat veranlaßt die Prüfung der von dem Versicherungsnehmer eingereichten Gebäudebeschreibung und Taxe durch die Ortscommission (§ 22) unter Benachrichtigung des Versicherungsnehmers.

§ 58.

Hat die Commission gegen die vorgelegte Beschreibung, gegen die Versicherungssumme und gegen die beantragte Klasse keine Einwendungen zu machen oder unterwirft sich der Eigenthümer den von derselben für nöthig erachteten Abänderungen, so wird solches von der Commission auf der Beschreibung bescheinigt und die

letztere vom Magistrate, mit seinen etwaigen Bemerkungen, unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Versicherungsnehmers mittelst eingeschriebenen Briefes oder gegen Behändigungsschein, falls die sofortige Versicherung beantragt ist (§ 56 al. 2), dem Direktor eingesandt.

Findet die Commission Bedenken gegen die in Antrag gebrachte Versicherung und insbesondere gegen die Höhe der Versicherungssumme, und ist der Eigenthümer nicht gemeint, sich bei dem Ausspruche der Commission zu beruhigen, oder war derselbe bei der Prüfung nicht anwesend oder vertreten, so ist dies von der Commission auf der Beschreibung zu vermerken und diese dem Magistrate einzureichen, welcher dieselbe, unter Beifügung seiner etwaigen Bemerkungen, dem Direktor einsendet und gleichzeitig den Eigenthümer, falls derselbe bei der Prüfung nicht anwesend oder vertreten war, mittelst eingeschriebenen Briefes oder gegen Behändigungsschein benachrichtigt, daß gegen die beantragte Versicherung Seitens der Ortscommission Bedenken erhoben werden.

Im letzteren Falle und wenn der bei der Prüfung nicht anwesend oder vertreten gewesene Eigenthümer nicht nachträglich dem Ausspruche der Commission sich unterwirft, kann die endgültige Feststellung der Versicherungssumme nur auf Grund einer von einem Bauverständigen, welcher die höhere Staatsprüfung bestanden haben muß, aufgenommenen förmlichen Lage des betreffenden Gebäudes herbeigeführt werden. Die Kosten einer solchen Lage treffen den Gebäudeeigenthümer, wenn die Lage um mehr als 10 Prozent hinter der beantragten Versicherungssumme zurückbleibt; andernfalls sind dieselben von der Societät zu tragen.

Auch abgesehen von diesem Falle ist der Direktor befugt, die den Versicherungsanträgen zu Grunde liegenden Gebäudebeschreibungen und Abschätzungen durch einen Bauverständigen der bezeichneten Art revidiren zu lassen und auf Grund des Gutachtens desselben festzusetzen. Soll von der Seitens der Ortscommission nicht beanstandeten oder im Einverständniß mit dem Versicherungsnehmer abgeänderten Lage abgegangen werden, so bedarf es einer förmlichen Lage des Bauverständigen. — Von der Verfügung einer solchen Revision ist der Versicherungsnehmer sofort mittelst eingeschriebenen Briefes zu benachrichtigen.

§ 59.

Der regelmäßige Termin für den Eintritt in die Societät ist der Tagesbeginn des 1. Januar eines jeden Jahres. Soll jedoch die beantragte Versicherung zu diesem Termine beginnen, so muß der Versicherungsantrag (§ 56) spätestens am 30. November beim Magistrat eingegangen sein.

Für Versicherungen, welche nicht an diesem Termine in Kraft treten, ist der volle Beitrag für das Halbjahr zu entrichten, innerhalb dessen die Versicherung beginnt.

Der Direktor ist befugt, ausnahmsweise den Beitrag für das laufende Halbjahr bis auf denjenigen Betrag zu ermäßigen, welcher auf die Zeit der Versicherung entfällt.

§ 60.

Ueber die Feststellung und Annahme der Versicherung entscheidet der Direktor.

Durch Vollziehung der Annahmeverfügung, welche den Termin enthalten muß, von welchem ab die Versicherung läuft, Seitens des Direktors in der Urschrift wird der Versicherungsvertrag abgeschlossen.

Der Versicherte erhält über die Annahme der Versicherung kostenfrei eine Bescheinigung des Direktors.

§ 61.

Rechtzeitig für den regelmäßigen Eintrittstermin beantragte Versicherungen (§ 59 Abs. 1) gelten zu diesem Termine nach dem Antrage abgeschlossen, falls bis dahin dem Versicherungsnehmer nicht eröffnet worden ist, daß die Ortscommission gegen den Antrag Bedenken erhoben (§ 58 Abs. 2) oder der Direktor eine Revision der Abschätzung angeordnet (§ 58 Abs. 4) oder den Antrag abgelehnt hat.

Unter der gleichen Voraussetzung gelten Anträge auf sofortige Versicherung für angenommen mit dem Ablaufe des dritten Tages nach demjenigen, an welchem dem Versicherungsnehmer die Absendung des Antrages an den Direktor eröffnet worden ist (§ 58 Abs. 1).

In beiden Fällen wird die Versicherung aufgehoben bzw. abgeändert mit der Zustellung der die beantragte Versicherung ablehnenden oder abändernden Verfügung des Direktors.

§ 62.

Hat der Direktor die Versicherung unter Abänderung des Antrages angenommen, so ist der Versicherungsnehmer berechtigt, binnen 2 Wochen nach dem Tage der Zustellung der Entscheidung des Direktors die beantragte Versicherung zurückzunehmen. In dem Falle können für die Zeit des Bestandes der Versicherung die Beiträge, in der Höhe des letzten Ausschreibens nach der Festsetzung der Versicherung durch den Direktor, gefordert werden.

§ 63.

Tritt bei versicherten Gebäuden ein Wechsel des Eigenthümers ein, so bleibt die Versicherung unverändert bestehen, so daß alle Rechte und Pflichten aus der Versicherung auf den neuen Eigenthümer übergehen. Der

bisherige, sowie der neue Eigentümer sind verpflichtet, den Wechsel bei dem Magistrate binnen 14 Tagen anzuzeigen und nachzuweisen. So lange dies nicht geschieht, bleibt der bisherige Eigentümer für die Zahlung der Beiträge mit verhaftet.

4. Beitragsleistung der Versicherten.

§ 64.

Das Beitragsverhältniß der einzelnen Klassen und Stufen zu einander wird durch folgende Zahlen ausgedrückt:

| | |
|---------------------------|------|
| 1. Oberstufe I A . . . | 0,70 |
| 2. Klasse I . . . | 1 |
| 3. Unterstufe I B . . . | 1,30 |
| 4. Oberstufe II A . . . | 2 |
| 5. Klasse II . . . | 3 |
| 6. Unterstufe II B . . . | 4 |
| 7. Klasse III . . . | 7 |
| 8. Unterstufe III B . . . | 10 |
| 9. Klasse IV . . . | 14 |
| 10. Unterstufe IV B . . . | 22 |

Kirchen und Kirchtürme sind nur mit der Hälfte der Beiträge derjenigen Klasse, zu welcher sie nach ihrer Bauart gehören, heranzuziehen (während ihnen ein Anspruch auf die Oberstufe nicht zusteht).

§ 65.

In Städten, welche eine, nach dem Ermessen des Direktors, gut organisirte und tüchtige, von der Gemeinde entweder selbst unterhaltene, oder mit erheblichen Beiträgen dauernd unterstützte Feuerwehr haben, wird den Associirten ein Nachlaß an den Beiträgen in Höhe von 10% gewährt. Der Nachlaß kann mit Zustimmung des Direktorialrathes bis auf 20% erhöht werden, je nachdem auch der Nachtdienst bei der Feuerwehr gesichert ist.

Dagegen können durch Beschluß des Direktorialrathes, für die Gebäude einer Stadt oder eines Stadtbezirkes, oder für einzelne Klassen derselben die regelmäßigen Beiträge erhöht werden, wenn nachweislich in diesen Ortschaften oder Bezirken die Feuerschäden das gewöhnliche Maß, welches für einen Zeitraum von 10 Jahren durch vergleichende Berechnung festzustellen ist, erheblich übersteigen.

Solche Beitragserhöhungen sind in den betreffenden Städten in ortsüblicher Weise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

§ 66.

Treten hinsichtlich eines versicherten Gebäudes Veränderungen ein, nach welchen dasselbe in eine günstigere oder ungünstigere Klasse oder Stufe zu versetzen ist, so hat der Magistrat die Versetzung zu beantragen.

Zur Begründung des Antrages genügt die von dem Magistrate beglaubigte Bescheinigung der Ortscommission über die stattgehabte Veränderung.

§ 67.

Dasselbe gilt, wenn sich herausstellt, daß die Klassifikation eines Gebäudes beim Abschluß der Versicherung auf thatsächlich unrichtigen Voraussetzungen beruht. Die Societät ist berechtigt, von dem Versicherten jederzeit die Vorlegung der in seinem Besitze befindlichen Situationspläne und Bauzeichnungen, sowie sonstige Mittheilungen über Einrichtung und Benutzung seiner Gebäude zu fordern und deren Richtigkeit nöthigenfalls prüfen zu lassen.

Bei wahrheitswidriger Beantwortung der gestellten Fragen findet die Strafbestimmung des § 68 Anwendung.

§ 68.

Nimmt ein Versicherter in dem baulichen Zustande oder der Bestimmung seiner Gebäude eine Veränderung vor, oder wird in der Nachbarschaft eine Veränderung oder Anlage gemacht, welche eine Versetzung der Gebäude in eine minder günstige Klasse oder Stufe bedingt, so ist derselbe verpflichtet, binnen 2 Wochen, nachdem die Veränderung von ihm ausgeführt, bezw. ihm bekannt geworden ist, dem Magistrate davon Anzeige zu machen.

Wird die Anzeige nicht rechtzeitig gemacht, so kann dem Versicherten auferlegt werden, den vierfachen Betrag des Unterschiedes zwischen dem bisherigen und dem der Klassenveränderung der Gebäude entsprechenden Beitrage als Konventionalstrafe zur Societätsklasse zu zahlen.

Dieser Strafbeitrag wird von dem Anfange des Halbjahres, in welchem die Anzeige hätte gemacht werden sollen, bis zum Ende desjenigen Halbjahres, in welchem dieselbe nachträglich gemacht oder die Entdeckung der Veränderung geschehen ist, jedoch nicht über den Zeitraum von 5 Jahren hinaus berechnet.

§ 69.

Die durch die Klassenversetzung bedingte Erhöhung der Beiträge tritt ein in den Fällen der §§ 66 und 68 mit dem Beginne des Halbjahres, in welchem die Veränderung, die zur Klassenversetzung geführt hat, erfolgt ist, im Falle des § 67 mit dem Halbjahre, in welchem die Versicherung abgeschlossen worden.

Die Minderung der Beiträge in Folge der Versetzung eines Gebäudes in eine günstigere Klasse oder Stufe tritt von dem Beginn des Halbjahres an ein, in welchem die Klassenversetzung vom Magistrat beantragt worden ist. Von einem solchen Antrage ist dem Versicherten sofort Anzeige zu machen.

§ 70.

Die Beiträge der Associirten sind zur Deckung der Brandschäden und aller sonstigen Ausgaben der Societät, welche nicht aus dem eisernen Bestandsfonds zu bestreiten sind (§ 29) bezw. aus diesem nicht bestritten werden können, bestimmt.

Dieselben werden unmittelbar nach dem Ablaufe eines jeden Halbjahres, nach Maßgabe des Bedarfs, welcher sich in demselben herausgestellt hat, unter Zugrundelegung des am Schlusse des Halbjahres vorhandenen Versicherungsbestandes, nach dem durch die §§ 64, 65 bestimmten Verhältnisse festgesetzt und durch die Amtsblätter der Provinz — in den nicht zur Provinz Brandenburg gehörigen Städten, in welchen Versicherungen bei der Societät noch bestehen (§ 1) durch ortsübliche Bekanntmachung oder durch schriftliche Mittheilung an die einzelnen Versicherten — ausgeschrieben. Außerdem sind die Ausschreiben den Magisträten sämmtlicher Städte, in welchen Versicherungen bei der Societät bestehen, im Auszuge zuzustellen.

Die Beiträge müssen binnen 4 Wochen nach dem Tage der Veröffentlichung bezw. der Zustellung des Ausschreibens bei dem Magistrate eingezahlt werden. Die nach Ablauf dieser Frist noch rückständigen Beiträge sind im Wege der administrativen Execution einzuziehen.

5. Beendigung der Versicherung.

§ 71.

Die Versicherung eines Gebäudes wird ganz oder zum Theil beendet durch

1. Austritt des Versicherten oder freiwillige Herabsetzung der Versicherungssumme — §§ 72 ff. —
2. Aufhebung der Versicherung oder Herabsetzung der Versicherungssumme Seitens der Societät — §§ 75 ff. —
3. Untergang des versicherten Gebäudes — §§ 79 ff. —

Mit dem freiwilligen wie mit dem unfreiwilligen Ausscheiden aus der Societät verliert der Ausscheidende jeden Anspruch an das Vermögen derselben.

§ 72.

Der Austritt aus der Societät und die freiwillige Herabsetzung der Versicherungssumme ist in der Regel nur zum Ablaufe eines Kalenderjahres gestattet. Ausnahmsweise kann der Direktor den sofortigen Austritt gestatten, sofern demselben Hindernisse nicht entgegenstehen. Die Beiträge für das laufende Jahr hat jedoch der Ausscheidende in jedem Falle zu entrichten.

§ 73.

Der Versicherte hat seinen Austritt bezw. die Herabsetzung der Versicherungssumme, unter genauer Bezeichnung seiner Versicherung, vor dem 1. November des Jahres, mit dessen Ablauf das Eine oder das Andere in Kraft treten soll, dem Magistrate zu Protokoll oder schriftlich zu erklären.

Sodann, und zwar vor dem 1. December desselben Jahres, sind beizubringen:

1. eine beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, die jedoch nicht vor dem 1. November des Jahres ausgefertigt sein darf,
2. die von einem zur Führung eines Dienstfiegels berechtigten öffentlichen Beamten bescheinigten Einwilligungserklärungen der in der III. Abtheilung des Grundbuchs eingetragenen Gläubiger. Ist die Hypothek oder Grundschuld auf einen in das Grundbuch nicht eingetragenen Gläubiger übergegangen, so ist dessen Zustimmungserklärung nur dann erforderlich, wenn derselbe sich bei der Societät angemeldet hat (§ 83). Der Zustimmungserklärung eines eingetragenen Gläubigers bedarf es nicht, wenn von der Ortsbehörde seines im Grundbuche vermerkten Wohnsitzes bescheinigt ist, daß er dort seinem Aufenthalte nach unbekannt ist.

§ 74.

Alle Abmeldungen, welche diesen Vorschriften (§§ 72, 73) nicht entsprechen, sind wirkungslos.

Die Zurückweisung sowohl wie die Genehmigung des Austritts oder der Ermäßigung der Versicherung ist dem Versicherten mittelst eingeschriebenen Briefes oder zu Protokoll zu eröffnen.

§ 75.

Zur Aufhebung einer Versicherung ist die Societät aus eben den Gründen berechtigt, aus welchen sie nach § 38 A die Annahme der Versicherung abzulehnen befugt wäre, aus den zu b—d daselbst aufgeführten Gründen jedoch nur auf vierwöchentliche Aufkündigung.

Außerdem kann die Societät die Versicherung aufheben, wenn die Execution wegen rückständiger Beiträge fruchtlos ausgefallen ist (§ 70), unbeschadet ihres Rechts zur Geltendmachung ihrer Beitragsforderung (§ 76) bei der Zwangsvollstreckung in das Grundstück (§ 28, Ges. vom 13. Juli 1883).

§ 76.

Die Versicherung erlischt mit der Zustellung der die Aufhebung erklärenden Verfügung des Direktors bezw. mit dem Ablaufe der vierwöchentlichen Kündigungsfrist, in welche der Tag der Zustellung nicht eingerechnet wird.

Der Ausgeschlossene hat jedoch noch für das laufende Halbjahr die zur Ausschreibung gelangenden Beiträge zu zahlen.

§ 77.

Eritt eine Verminderung des Werthes eines versicherten Gebäudes ein, so ist deren Feststellung durch die Ortskommission (§ 22) bezw. den Bauverständigen (§ 58 Abs. 3) und danach die Herabsetzung der Versicherungssumme auf das nach § 44 zulässige Maß zu bewirken.

Die Herabsetzung der Beiträge erfolgt für das auf die Feststellung der Werthverminderung folgende Halbjahr.

§ 78.

Nimmt ein Versicherter in dem baulichen Zustande seiner Gebäude eine Veränderung vor, welche eine Herabsetzung der Versicherungssumme begründet, so muß er binnen zwei Wochen nach Ausführung der Veränderung zur Vermeidung einer von dem Magistrat festzusetzenden Conventionalstrafe von 3 bis 30 Mark diesem davon Anzeige machen.

Wird ein Gebäude nach der Ausführung einer solchen Veränderung durch Feuer zerstört oder beschädigt, so darf, mag die vorgeschriebene Anzeige zur Zeit des Brandes schon gemacht sein oder nicht, niemals eine höhere Entschädigung gezahlt werden, als nach Maßgabe der nach der Veränderung noch zulässigen Versicherungssumme gewährt werden kann.

§ 79.

Wenn ein bei der Societät versichertes Gebäude abbrannt, einstürzt oder abgetragen wird, so erlischt die Versicherung,

1. wenn der Versicherte auf deren Wöschung anträgt,
2. wenn das an die Stelle tretende neue Gebäude von der Versicherung bei der Societät ausgeschlossen ist (§ 37) oder wegen seiner Beschaffenheit oder Lage nach § 38 zurückgewiesen werden kann,
3. wenn das neue Gebäude weder auf demselben Grundstück noch auf einem andern, in gleicher Weise wie die Brand- oder frühere Baustelle denselben Gläubigern der III. Abtheilung des Grundbuchs verhafteten Grundstücke errichtet wird.

Der Versicherte hat in allen Fällen die bisherigen Beiträge bis zum Ablauf des Halbjahres zu zahlen, in welchem die Wöschung der Versicherung von ihm beantragt oder ohne seinen Antrag verfügt worden ist.

§ 80.

Ist die Versicherung nicht gemäß § 79 erloschen, so tritt das an Stelle des abgebrannten, eingestürzten oder abgetragenen Gebäudes tretende Gebäude, mit Vorbehalt der später zu regelnden neuen Versicherung ohne Rücksicht auf seine Größe, Bauart und Benutzungsart in die Versicherung des früheren Gebäudes ein. Wenn das neue Gebäude daher vor seiner anderweitigen Versicherung abbrannt, so wird dafür, insoweit der Bauwerth den des früheren Gebäudes erreichte oder überstieg, die frühere Versicherungssumme nach Maßgabe der §§ 88 ff. vergütigt.

§ 81.

Nach diesen Vorschriften wird auch bei fortbestehender Versicherung nach dem Brande, dem Einsturz oder der Abtragung eines Gebäudes, wenn die zum Wiederaufbau desselben angeschafften, auf der Baustelle selbst oder auf einem Bauplätze im Orte oder in dessen unmittelbarer Nähe befindlichen Materialien verbrennen, deren erweislicher Werth in soweit vergütigt, als er die frühere Versicherungssumme nicht übersteigt.

6. Revision der Versicherungen.

§ 82.

Der Direktor ist befugt, jederzeit eine örtliche Revision der bei der Societät versicherten Gebäude durch einen von ihm abzuordnenden Bauverständigen der im § 58 Abs. 3 bezeichneten Art vorzunehmen.

Die Revision erfolgt unter Zuziehung der sachverständigen Mitglieder der Ortskommission (§ 22).

Sie erstreckt sich auf die Prüfung:

- a. ob ein Gebäude als von der Versicherung bei der Societät ausgeschlossen (§§ 37, 39, 79) zu löschen,
- b. ob eine Versicherung aufzuheben oder herabzusetzen (§§ 75 ff.),
- c. oder ob ein versichertes Gebäude in eine andere Klasse zu versetzen ist (§§ 66 ff.).

Wenn der Versicherte der Herabsetzung der Versicherungssumme widerspricht, so muß der versicherungsmäßige Werth des Gebäudes durch eine förmliche Taxe festgestellt werden. Bleibt letztere um mehr als 10 Prozent unter dem von dem Versicherten behaupteten versicherungsfähigen Werthe, so fallen die Kosten demselben Last.

Alle sonst durch die Revisionen entstehende Kosten trägt die Societät.

7. Besondere Bestimmungen in Betreff der Realgläubiger.

§ 83.

Nur zum freiwilligen Austritt und zur freiwilligen Herabsetzung der Versicherungssumme — außer dem Falle des § 79 Nr. 1 — ist die Zustimmung der in der III. Abtheilung des Grundbuchs eingetragenen Gläubiger erforderlich (§ 73 Nr. 2).

Diejenigen dieser Gläubiger, welche sich bei der Societät angemeldet haben, sind ungesäumt zu benachrichtigen, wenn die Versicherung als unzulässig gelöscht (§§ 37, 39, 79 Nr. 2 u. 3) oder gemäß §§ 75 ff. gehoben oder herabgesetzt wird. Einer Empfangsbefcheinigung bedarf es nicht.

Die Anmeldung muß bei dem Direktor unter Vorlegung des Hypotheken- oder Grundschuldbriefes, bezw. amtlichen Benachrichtigung von der Eintragung im Grundbuch, und, falls der Gläubiger in das Grundbuch eingetragen ist, unter Vorlegung der Erwerbungsurkunde, erfolgen und ist im Kataster zu vermerken. Vor der Eintragung in das Kataster ist eine Bescheinigung zu erteilen.

§ 84.

Wenn der Versicherte des Anspruchs auf die Brandschadens-Vergütung ganz oder zum Theil verlustig ist (§§ 92 ff.), so ist die letztere den zur Zeit des Brandes in der III. Abtheilung des Grundbuchs eingetragenen Gläubigern auf deren Antrag, gegen Cession ihrer Rechte insoweit zu gewähren, als sie aus dem Grundgrundstück oder, wenn ihnen zugleich ein persönliches Recht gegen den Eigenthümer des Grundstücks zusteht, auch aus dessen sonstigem Vermögen ihre Befriedigung nicht erlangen können.

Der Antrag muß zur Vermeidung der Ausschließung binnen drei Jahren nach dem Tage des Brandes gestellt werden.

Die Zahlung erfolgt nach der den Gläubigern zustehenden Priorität oder, wenn sich die Societät mit der Zahlung nicht befassen will, zur gesetzlichen Hinterlegungsstelle für Berlin. Zinsen von der Brandschadenvergütung zu zahlen ist die Societät nicht verpflichtet.

§ 85.

In gleicher Weise (§ 84) wird die Brandschadens-Vergütung den in der III. Abtheilung des Grundbuchs eingetragenen Gläubigern gewährt, wenn ein bei der Societät versichertes Gebäude, dessen Versicherung als unzulässig zu löschen ist (§§ 37, 39), ehe die Löschung verfügt ist, vom Feuer zerstört oder beschädigt worden ist.

§ 86.

Ist die Aufhebung der Versicherung wegen Nichtzahlung der Beiträge erfolgt (§ 75, Abs. 2), so bleibt die Versicherung zu Gunsten der bei der Societät angemeldeten Gläubiger bis zum Ablauf von zwei Wochen nach dem Tage der Zustellung der Mittheilung (§ 83) mit der Wirkung bestehen, daß im Falle eines Brandes die Vergütung nach der Bestimmung des § 84 zu gewähren ist.

Innerhalb dieser Frist steht es jedem dieser Gläubiger frei, durch Zahlung der rückständigen Beiträge von der Verpflichtung zur Zahlung der weiteren Beiträge für sein Interesse, als welches das eingetragene Kapital nebst zweijährigen Zinsen und die voraussichtlichen Beitreibungskosten angenommen wird, die Versicherung abzusetzen. Der Direktor kann jedoch die sofortige Kündigung und Beitreibung der Forderung den Gläubigern Bedingung machen. Wird die Versicherung von mehreren Gläubigern fortgesetzt, so wird ihnen die Brandschadenvergütung in der Reihenfolge ihrer Priorität nach dem Grundbuch gemäß § 84 gewährt.

§ 87.

Will der Versicherte die Brandschadenvergütung erheben, ohne dieselbe zur Wiederherstellung der durch den Brand vernichteten oder beschädigten Gebäude auf demselben Grundstück oder einem anderen in gleicher Weise: die Brandstelle den Gläubigern der III. Abtheilung des Grundbuchs verhafteten Grundstücke zu verwenden, muß er durch Vorbringung einer beglaubigten Abschrift des Grundbuchblattes nachweisen, daß zur Zeit des

Brandes in der III. Abtheilung des Grundbuchs Gläubiger nicht eingetragen waren oder die beglaubigten Erklärungen (§ 73) der zu dieser Zeit eingetragenen Gläubiger beibringen, daß sie in die Auszahlung willigen.

Die beizubringende beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes muß nach dem Tage des Brandes ausgefertigt sein. Ist die Hypothek oder Grundschuld auf einen in das Grundbuch nicht eingetragenen Gläubiger übergegangen, so muß mit dessen Einwilligungserklärung der Hypotheken- oder Grundschuldbrief und die Erwerbungs- urkunde vorgelegt werden.

D. Schadensvergütung Seitens der Societät.

1. Umfang der Ersatzverbindlichkeit der Societät.

§ 88.

Die Societät vergütet jede Beschädigung der bei ihr versicherten Gegenstände, welche durch Feuer oder in Folge der von den Leitern der Löschanstalten Behufs der Löschung oder zur Verhütung der Weiterverbreitung eines Feuers getroffenen Anordnungen entstanden ist.

§ 89.

Auch die durch einen Krieg veranlaßten Feuerschäden an Gebäuden, ohne Unterschied, ob sie durch den Feind oder durch befreundete Truppen veranlaßt sind, werden reglementsmäßig vergütet.

§ 90.

Beschädigungen, welche durch Einschlagen des Blitzes entstanden sind, werden auch dann vergütet, wenn der Blitz nicht gezündet hat.

Die Uebernahme der Versicherung gegen Feuergefährdung schließt die Vergütungspflicht für Schäden aus solchen Explosionen, die Ursache oder Folge eines Brandes gewesen sind, ohne Weiteres ein. Andere Explosionschäden werden nur dann vergütet, wenn die Explosionsgefährdung ausdrücklich, unter Vereinbarung eines Zuschlages zu den sonstigen Versicherungsbeiträgen, übernommen worden ist. Verpflichtet zu dieser Uebernahme ist die Societät nicht.

§ 91.

Für unversicherte Gegenstände, welche während eines Brandes in Folge der von den Leitern der Löschanstalten getroffenen Anordnungen beschädigt worden sind, kann von der Societät eine Entschädigung gewährt werden, wenn jene Anordnungen den Schutz bei der Societät versicherter Gegenstände zum Zwecke gehabt haben und aus den Umständen nicht hervorgeht, daß der entstandene Verlust oder Nachtheil auch ohne die getroffenen Anordnungen durch das Feuer selbst würde herbeigeführt worden sein. Auch kann für Zugthiere, die erweislich bei der Löschung eines Brandes durch Heranschaffung der Löscheräthschaften erheblich beschädigt worden, eine Entschädigung nach billigen Grundsätzen gewährt werden.

Feuerlöscheräthe bleiben von der Entschädigung ausgeschlossen.

§ 92.

Ist das Feuer von dem Versicherten vorsätzlich verursacht oder auf sein Geheiß oder nur mit seinem Willen und Wissen von einem Dritten angelegt, so hat die Societät dem Versicherten eine Brandschadensvergütung nicht zu gewähren. Eine gerichtliche Verurtheilung des Versicherten ist in dieser Beziehung maßgebend.

Ebenso geht der Versicherte des Anspruchs auf Brandschadensvergütung verlustig, wenn er den Brand durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt hat. Eine solche wird angenommen, wenn der Versicherte deshalb wegen fahrlässiger Brandstiftung mit Gefängniß bestraft worden ist.

Ist der Versicherte wegen fahrlässiger Brandstiftung mit einer Geldstrafe belegt worden, so kann die Brandschadensvergütung bis auf die Hälfte herabgesetzt werden.

Hat der Versicherte durch Verletzung einer feuerpolizeilichen Vorschrift den Brand herbeigeführt, so kann die Brandschadensvergütung um ein Zehntel gekürzt werden.

§ 93.

Wenn nicht die Versicherten selbst, sondern deren Gatten, Kinder, Enkel, Hausgenossen oder Dienstboten wegen vorsätzlicher oder fahrlässiger Brandstiftung bestraft werden, so hat dies dieselbe Wirkung, als wenn die Versicherten selbst bestraft werden, wenn den Ersteren eine grobe Fahrlässigkeit in ihren eigenen Handlungen oder in der Beaufsichtigung der vorgedachten Personen zur Last fällt. Unter dieser Voraussetzung treten die Wirkung des § 92 auch dann ein, wenn der Brand von einer jugendlichen Person herbeigeführt worden ist, welche strafrechtlich nicht verfolgt werden kann oder von der Anklage freigesprochen worden ist, weil sie bei Begehung That die zur Erkenntniß ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besaß.

§ 94.

So lange die amtliche Untersuchung über die Entstehung des Brandes schwebt, kann die Brandentschädigung zurückgehalten werden, sofern nicht der Versicherte eine Erklärung des Staatsanwalts beibringt, daß die Untersuchung weder gegen ihn, noch gegen seinen Ehegatten, seine Verwandte, Hausgenossen oder Dienstboten gerichtet ist.

§ 95.

Alle Rechte auf Schadenersatz, welche dem Versicherten gegen einen Dritten zustehen, gehen bis zu dem Betrage der von der Societät geleisteten Brandschadens-Vergütung kraft der Versicherung auf die Societät über.

2. Anzeige und Feststellung der Brandschäden.

§ 96.

Von einem eingetretenen Brandschaden, sowie von einem durch Blitzschlag oder Explosion verursachten Schaden, für welchen Vergütung verlangt wird, hat der Versicherte unverzüglich dem Magistrate Anzeige zu machen. Der Letztere bewirkt ebenso unverzüglich die Besichtigung und die Abschätzung des Schadens durch die Ortscommission (§ 22) nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen.

§ 97.

Der Versicherte ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß an den vom Brande betroffenen Gebäuden vor beendeteter Schadensfestsetzung ohne Erlaubniß des Direktors keine unnöthigen Veränderungen vorgenommen und daß die vom Brande übrig gebliebenen Theile vor weiterem Schaden und Entwendung geschützt werden.

Als schuldbare Vernachlässigung dieser Pflichten ist insbesondere zu rechnen, wenn der Versicherte die zur Rettung und Erhaltung der Gebäude zu Gebote stehenden Mittel nicht anwendet oder deren Anwendung verhindert oder zu verhindern versucht; wenn durch ihn selbst oder mit seinem Wissen und Willen durch Andere ungerechtfertigte Zerstörungen an den versicherten Gegenständen während oder nach dem Brande absichtlich vorgenommen, wenn Ueberbleibsel derselben bei Seite geschafft, oder bei der Abschätzung verheimlicht werden.

Der Versicherte, welcher diesen Bestimmungen zuwider handelt, oder die Anzeige von dem stattgehabten Brande über 24 Stunden verzögert, erleidet von der festgesetzten Schadensvergütung einen Abzug, welcher bis zu 25 Prozent der letzteren betragen darf.

§ 98.

Ist ein versichertes Gebäude vollständig zerstört (Totalschaden), so ist die Versicherungs-Summe unter Anrechnung des die Kosten der Schuttaufräumung und der Ebenung der Brandstätte übersteigenden Werthes der verbliebenen Materialien zu zahlen.

§ 99.

Ist dagegen ein versichertes Gebäude nur theilweise zerstört (Partialschaden), so richtet sich die Abschätzung eines solchen Schadens zunächst nicht auf eine bestimmte Geldsumme, sondern auf die Ermittlung des zerstörten Theiles des Gebäudes. Derselbe Theil der Versicherungssumme bildet alsdann die zu zahlende Vergütung.

Wenn aber das Ergebnis dieser Ermittlung entweder von dem Versicherten angegriffen wird, oder dem Direktor Bedenken erregt, so hat der Letztere eine anderweite Abschätzung zu veranlassen, durch welche unter Zugrundelegung des Preises der Baumaterialien und Arbeitslöhne zur Zeit des Brandes der Neuwerth des beschädigten Gebäudes und der vorhandenen, zur Wiederherstellung desselben noch verwendbaren Gebäudetheile speziell veranschlagt wird. Das Verhältniß der durch Abrechnung des letzteren von dem ersten Werthe ermittelten Wiederherstellungskosten zu dem Neuwerthe des Gebäudes ergibt denjenigen Theil der Versicherungssumme, welcher dem Beschädigten zu zahlen ist.

Auf die Vergütung anzurechnen ist in jedem Falle der Werth der verbliebenen Materialien — bezw. der zur Wiederherstellung des Gebäudes nicht verwendbaren Gebäudetheile — insoweit derselbe die Kosten der Schuttaufräumung übersteigt.

§ 100.

Die Versicherungssumme kommt bei dieser Berechnung (§§ 98, 99) nur so weit in Betracht, als sie nach §§ 77, 78 zulässig ist.

§ 101.

Ist die Abschätzung unversicherter Gegenstände (§ 91) nicht von der Ortscommission bei Abschätzung des Schadens an den versicherten Gebäuden erfolgt, (§ 96) so ist dieselbe, wenn es sich um Baulichkeiten handelt, durch einen Sachverständigen der Ortscommission (§ 23), sonst aber durch einen anderen Sachverständigen, soweit möglich, aus der Zahl der am Orte wohnenden Societätsgenossen zu entnehmen ist, zu bewirken.

§ 102.

Der Direktor ist befugt, die Schadens-Abschätzungs-Verhandlungen (§ 96) durch einen von ihm abgeordneten Bauverständigen der im § 58 bezeichneten Art leiten oder nachträglich revidiren zu lassen. Er setzt die zu gewährende Schadensvergütung fest.

§ 103.

Gleichzeitig mit den Schadensermittlungs-Verhandlungen hat der Magistrat festzustellen, was über die Entstehung, Entdeckung, Ausbreitung und Löschung des Brandes, die Anwesenheit und Thätigkeit der Spritzen, die Versicherung des Beschädigten bei anderen Feuerversicherungsanstalten, den Werth der zerstörten Gebäude vor dem Brande und den baulichen Zustand derselben, sowie über sonstige die Societät angehende Gegenstände bekannt ist. Mit den Abschätzungs-Verhandlungen ist auch das Ergebnis dieser Feststellungen einzusenden.

3. Auszahlung der Brandschadenvergütung.

§ 104.

Die Entschädigungsgelder für Brandschäden an Gebäuden sind zunächst zur Wiederherstellung der durch den Brand zerstörten oder beschädigten Gebäude oder doch zum Wiederaufbau wesentlich gleichartigen Zwecken dienender Gebäude auf demselben Grundstücke zu verwenden.

§ 105.

Die Auszahlung der Entschädigungsgelder erfolgt nach Maßgabe des Fortschreitens des Baues.

Das erste Drittel darf gezahlt werden, sobald Anstalten zur Wiederherstellung des Gebäudes getroffen sind, das zweite Drittel, wenn der Neubau unter Dach gebracht, bezw. das theilweise zerstörte Gebäude zu zwei Dritteln fertig gestellt ist und das letzte Drittel, wenn der Bau beendet und der ganze Betrag der Entschädigungsgelder zu demselben verwendet worden ist.

Der Nachweis über das Fortschreiten bezw. die Beendigung des Baues und die Verwendung der Entschädigungsgelder zu dem letzteren wird durch Erklärungen des Magistrats geführt.

§ 106.

In außerordentlichen Fällen können Vorschüsse auf die Vergütungsgelder, sowohl bei Total- als Partialschäden, gegen eine von dem Direktor als annehmlich anerkannte Sicherheit geleistet werden.

Es bleibt jedoch lediglich der Beurtheilung des Direktors überlassen, welche Fälle er zu dergleichen Vorschußzahlungen für geeignet hält.

§ 107.

Will der Besitzer das Gebäude überhaupt nicht, oder nicht auf demselben Grundstücke wieder aufbauen, oder wird demselben der Wiederaufbau überhaupt oder auf demselben Grundstück von der zuständigen Behörde untersagt, so erfolgt die Auszahlung der Brandentschädigungsgelder nach Maßgabe der Bestimmung des § 87.

§ 108.

Von den Auszahlungsbefchränkungen der §§ 105 und 107 kann der Direktor absehen, wenn die Schadensvergütung nicht mehr als 5 Procent der Gesamtsumme beträgt, mit welcher die Gebäude auf dem vom Brande betroffenen Grundstücke bei der Societät versichert sind und eine Schädigung der Realgläubiger ausgeschlossen erscheint.

§ 109.

Die Zahlung der Brandentschädigungsgelder erfolgt an den jedesmaligen Eigenthümer des versicherten Gebäudes.

Geht das Eigenthum des Grundstücks, auf welchem das versicherte Gebäude steht oder gestanden hat, durch Veräußerung, Vererbung u. s. w. auf einen Anderen über, so gelten damit zugleich alle aus dem Versicherungs-Vertrage entspringenden Rechte und Pflichten für übertragen, so weit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

Die Societät ist berechtigt, an den im Kataster eingetragenen Versicherten zu zahlen, so lange ihr der Nachweis des Eigenthumsüberganges an einen Dritten nicht geführt ist.

§ 110.

Der Beschädigte hat die ihm zustehenden Vergütungsgelder binnen zehn Jahren, vom Tage der Beschädigung ab, zu erheben. Unterläßt er dies, so erlischt sein Anspruch darauf.

E. Bewilligung von Prämien und Vergütungen Seitens der Societät.

§ 111.

Für Wassermagen und fahrbare Feuerspritzen aus einem nicht zum Stadtbezirke gehörigen Orte, welche zuerst auf der Brandstelle erscheinen und demnächst beim Löschen des Feuers erweislich ordnungsmäßig im Interesse der Societät thätig gewesen sind, kann der Direktor Prämien bewilligen nach der Reihenfolge ihrer Anmeldung bei dem Dirigenten der Löschanstalten, und zwar für

- a) die erste Spritze 18 Mark,
- b) die zweite Spritze 12 Mark,
- c) die dritte Spritze 6 Mark,
- d) den ersten Wassermagen 9 Mark,
- e) den zweiten Wassermagen 6 Mark,
- f) den dritten Wassermagen 3 Mark.

Diese Prämien werden an die Vorsteher derjenigen Gemeinde- bezw. Gutsbezirke, zu welchen die Spritzen oder Wassermagen gehören, gezahlt, und es bleibt denselben überlassen, darüber herkömmlich oder nach Gemeindebeschuß weiter zu bestimmen.

§ 112.

Sind bei einem Brande noch andere Versicherungsanstalten oder unversicherte Gebäude theilhaftig, so kann der Direktor die Prämien nach Maßgabe der theilhaftigen Werthe herabsetzen.

§ 113.

Der Direktor ist befugt, Prämien bis zu 1000 Mark für die Entdeckung eines Brandstifters auszusetzen und zur Zahlung anzuweisen, sobald der Letztere wegen vorsätzlicher oder fahrlässiger Brandstiftung rechtskräftig verurtheilt worden ist.

Auch Personen, welche sich im Interesse der Societät bei einem Brande durch Hülfsleistung mit Gefahr für Leib und Leben auszeichnen, können Prämien bis zu 150 Mark bewilligt werden.

§ 114.

Sind bei der Abhülfe eines Brandes, die den Schutz bei der Societät versicherter Gegenstände zum Zwecke hatte, Personen erheblich verunglückt, so sollen denselben Kur- und Veräumniskosten nach billigen Grundätzen gewährt werden.

§ 115.

Der Direktorialrath ist befugt, Zuschüsse zu den Kosten militärisch organisirter Feuerwehren aus Societätsfonds zu bewilligen.

F. Schlußbestimmungen.

§ 116.

Der Direktor ist unter Zustimmung des Direktorialraths befugt, bei Versicherungsanstalten, welche zu vergleichenden Geschäften im Preussischen Staate ermächtigt sind, Rückversicherung zu nehmen, auch die Societät an dem durch Allerhöchsten Erlaß vom 22. Mai 1872 (G.-G. S. 531) genehmigten Rückversicherungs-Verbände der öffentlichen Societäten Deutschlands zu theilhaben.

§ 117.

Die Bestimmungen des Reglements sind in zweifelhaften Fällen stets zu Gunsten des Beschädigten auszuulegen.

In allen Fällen, in denen ein Versicherter durch Veräumnis oder Verletzung der ihm nach dem Reglement obliegenden Verpflichtungen in Konventionalstrafe verfallen oder der Entschädigung verlustig gegangen ist, kann der Provinzialausschuß auf Antrag des Direktorialraths aus Billigkeitsrücksichten die Strafe ganz oder theilweise erlassen, oder die Entschädigung ganz oder theilweise gewähren.

§ 118.

Das vorstehende Reglement tritt mit dem von dem Ober-Präsidenten zu bestimmenden Zeitpunkte an die Stelle des Revidirten Reglements von 1871 (Ges. S. 1871, S. 413) und aller zu demselben ergangenen Nachträge.

Unter den aus den Bestimmungen des ersteren sich ergebenden Bedingungen bleiben alle bisherigen bei der Societät bestehenden Versicherungen in voller Wirksamkeit.

Ebenso bleibt die bisherige Versicherung solcher Gebäude, welche nach § 37 von der Aufnahme ausgeschlossen sind, bestehen, jedoch darf die Versicherungssumme bei solchen nicht erhöht werden.

Die Versicherten haben das Recht, zum 1. Juli 1885 auszuscheiden, sofern sie ihre Absicht binnen Wochen nach dem Tage der Bekanntmachung dieses Reglements durch die Amtsblätter der Provinz bei Magistrate ihrer Stadt anzeigen.

§ 119.

Abänderungen des vorstehenden Reglements sind durch die Amtsblätter der Provinz bekannt zu machen. Sie treten vierzehn Tage nach der Veröffentlichung in Kraft, sofern nicht ein anderer Zeitpunkt ausdrücklich festgesetzt worden ist. Betreffen die Abänderungen des Reglements die Bestimmungen über die Betheiligung der Societät (C) oder die Vergütung des Brandschadens (D), so sind die Versicherten binnen vier Wochen dem Inkrafttreten der Abänderungen auszutreten berechtigt, insofern in dieser Frist ihre Austrittserklärung dem Magistrate ihrer Stadt eingeht. Die Versicherung gilt als erloschen mit dem Ablauf des Tages, an welchem die Austrittserklärung beim Magistrate eingegangen ist.

§ 120.

Zum freiwilligen Austritte aus der Societät (§§ 83, 118, 119) ist die Zustimmung der nach früheren Reglement im Lagerbuche vermerkten Realgläubiger auch dann erforderlich, wenn deren Rechte nicht in der III. Abtheilung des Grundbuchs eingetragen stehen.

§ 121.

Im Falle des Austritts nach den Bestimmungen der §§ 118, 119 sind die Beiträge nur für die bis zum Ablauf der Versicherungen nach Maßgabe der bisherigen Vorschriften und des letzten Ausschusses zu zahlen.

Vorstehendes Reglement ist von dem Brandenburgischen Provinzial-Landtage in seiner Sitzung 6. März 1885 — vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Ministers des Innern — beschlossen worden.

Berlin, den 23. März 1885.

Der Landes-Direktor der Provinz Brandenburg

(L. S.) gez. von Levetzow.

J. No. 875 C.

Genehmigung.

Das vorstehende, Seitens des Provinzial-Landtags der Provinz Brandenburg in der Sitzung 6. März d. J. beschlossene

Revidirte Reglement der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg wird auf Grund des § 120 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875 hierdurch genehmigt.

Berlin, den 23. April 1885.

(L. S.)

Der Minister des Innern

gez. von Puttkamer

L. A. 2617.

Amtsblatt

**der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.**

Stück 23.

Den 5. Juni

1885.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 13.) Nr. 1600. Gesetz, betreffend die Befugnis von Seefahrzeugen, welche der Gattung der Raufahrtschiffe nicht angehören, zur Führung der Reichsflagge. Vom 15. April 1885.

(Stück 14.) Nr. 1601. Gesetz, betreffend die Steuer- vergütung für Zucker, sowie die Verlängerung der Frist für die Entrichtung der im Betriebsjahre 1884/85 kreditirten Rübensteuer. Vom 13. Mai 1885.

Nr. 1602. Bekanntmachung, betreffend eine Abänderung des Verzeichnisses der gewerblichen Anlagen, welche einer besonderen Genehmigung bedürfen. Vom 24. April 1885.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 14.) Nr. 9047. Gesetz, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch das Hochwasser der Weichsel in der Provinz Westpreußen und im Landkreise Bromberg, Provinz Posen, herbeigeführten Verheerungen. Vom 8. April 1885.

(Stück 15.) Nr. 9048. Gesetz, die Errichtung eines Amtsgerichts zu Seehausen, die Vereinigung des Amtsgerichtsbezirks Genthin mit dem Landgerichtsbezirk Magdeburg und die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken betreffend. Vom 7. April 1885.

Nr. 9049. Gesetz über die Abstellung von Verletzungen zum Hauen oder Stechen von Plaggen, Haide u. s. w. für die Provinz Hannover. Vom 13. April 1885.

Nr. 9050. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Heide. Vom 17. April 1885.

(Stück 16.) Nr. 9051. Gesetz, betreffend die Einführung der Gesetze vom 3. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 145) und vom 27. Juni 1860 (Gesetz-Samml. S. 384) über den erleichterten Abverkauf und Austausch kleiner Grundstücke in den Regierungsbezirk Cassel — ausschließlich der vormals Großherzoglich Hessischen Gebietstheile — und in die Hohenzollernschen Lande. Vom 12. April 1885.

Nr. 9052. Gesetz, betreffend die Versorgung der Hinterbliebenen des Polizeiraths Kumpff. Vom 17. April 1885.

Nr. 9053. Gesetz, betreffend eine Erweiterung der dem Finanzminister erteilten Ermächtigungen in

Bezug auf die Anleihen verstaatlichter Eisenbahnen. Vom 8. Mai 1885.

Nr. 9054. Allerhöchster Erlaß vom 13. April 1885, betreffend die künftige Gestaltung der Konfiskations- Behörden der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover.

(Stück 17.) Nr. 9055. Gesetz, betreffend die Beschaffung von Mitteln für die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes. Vom 7. Mai 1885.

(Stück 18.) Nr. 9056. Verordnung, betreffend die Tagelöhner von Branten der Lokalverwaltung der Zölle und indirekten Steuern. Vom 22. April 1885.

Nr. 9057. Allerhöchster Erlaß vom 11. Mai 1885, betreffend den Bau und demnächstigen Betrieb der durch das Gesetz vom 7. Mai 1885 (Gesetz-Samml. S. 119) zur Ausführung genehmigten Eisenbahnen.

(Stück 19.) Nr. 9058. Gesetz zur Ergänzung des § 7 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883. Vom 27. April 1885.

Nr. 9059. Gesetz, betreffend Ueberweisung von Beiträgen, welche aus landwirtschaftlichen Zöllen einge- gehen, an die Kommunalverbände. Vom 14. Mai 1885.

Nr. 9060. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Freiburg a. d. E., Herz- berg a. H. und Neustadt a. R. Vom 8. Mai 1885.

Allerhöchster Erlaß.

Auf Ihren Bericht vom 8. Mai d. J. bestimme Ich, daß bei demnächstiger Ausführung der in dem Gesetz vom 7. Mai d. J., betreffend die Beschaffung von Mitteln für die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes, vorgesehenen Eisenbahnlinien die Leitung des Baues und auch des Betriebes derselben und zwar: 1) der Bahnen: a. von Rogasen nach Inowrazlaw, b. von Deutsch-Grone nach Callies, der Königl. Eisenbahndirektion zu Bromberg, 2) der Bahnen: a. von Loewenberg nach Templin, b. von Stralsund nach Rostock mit Abzweigung von Belgast nach Barth, der Königl. Eisenbahndirektion zu Berlin, 3) der Bahnen: a. von Oppeln nach Ramlau, b. von Glas nach Rüders, der Königl. Eisenbahndirektion zu Breslau, 4) der Bahnen: a. von Hildesheim nach Braunschweig, b. von Hannover nach Bielefeld, der

Königlichen Eisenbahndirektion zu Hannover, 5) der Bahn von Neustadt a. d. Dosse über Meyenburg nach der Landesgrenze der Königlichen Eisenbahndirektion zu Altona, 6) der Bahnen: a. von Warburg nach Arolsen, b. von Schœe nach Silschede, der Königlichen Eisenbahndirektion zu Elberfeld, 7) der Bahn von Fulda nach Gersfeld, der Königlichen Eisenbahndirektion zu Frankfurt a. Main, 8) der Bahn von Witten nach Morsbach, der Königlichen Eisenbahndirektion (rechtsrheinischen) zu Köln, 9) der Bahn von Hochneukirch nach Grevenbroich, der Königlichen Eisenbahndirektion (linksrheinischen) zu Köln übertragen wird. Zugleich bestimme Ich, daß für sämtliche vorbezeichnete Eisenbahnen — bezüglich der unter Nr. 2 litt. b., Nr. 4 litt. a. und Nr. 6 litt. a. ausgeführten Linien Stralsund-Rostock mit Abzweigung von Belgast nach Barth, Hildesheim-Braunschweig und Warburg-Arolsen für den im diesseitigen Staatsgebiet belegenen Theil desselben — das Recht zur Enteignung und dauernden Beschränkung derjenigen Grundstücke, welche zur Bauausführung nach den von Ihnen festgestellten Plänen nothwendig sind, nach den gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden soll. Diese Verordnung ist in der Gesefsammlung zu veröffentlichen.

Berlin, den 11. Mai 1885.

gez. Wilhelm.

gez. Maybach.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

*

*

Verfügung

des Ministers der öffentlichen Arbeiten,

betreffend Uebertragung des Baues und demnächstigen Betriebes mehrerer neuer Eisenbahnlinien an die einzelnen Betriebsämter.

Es wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Leitung des Baues und demnächstigen Betriebes der durch das Gesetz vom 7. Mai d. J. (G.-S. S. 119) zur Ausführung genehmigten Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung:

- a. von Loewenberg nach Templin und von Stralsund nach Rostock mit Abzweigung von Belgast nach Barth dem von der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin ressortirenden Königlichen Eisenbahn-Betriebsamte zu Stralsund,
- b. von Oppeln nach Ramlau und von Olaz nach Müders den von der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Breslau ressortirenden Königlichen Eisenbahn-Betriebsämtern zu Oppeln beziehungsweise Reife,
- c. von Neustadt a. d. Dosse über Meyenburg nach der Landesgrenze dem von der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Altona ressortirenden Königlichen Eisenbahn-Betriebsamte zu Berlin,
- d. von Warburg nach Arolsen und von Schœe nach Silschede den von der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Elberfeld ressortirenden Königlichen Eisenbahn-Betriebsämtern zu Cassel beziehungsweise Düsseldorf,
- e. von Fulda nach Gersfeld dem von der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a. Main ressort-

irenden Königlichen Eisenbahn-Betriebsamte zu Frankfurt a. Main,

- f. von Witten nach Morsbach dem von der Königlichen Eisenbahn-Direktion (rechtsrheinischen) zu Köln ressortirenden Königlichen Eisenbahn-Betriebsamte zu Köln,

innerhalb der den Königlichen Eisenbahn-Betriebsämtern durch die unter dem 24. November 1879 ~~Minister~~ genehmigte Organisation der Staatsbahnverwaltung zugewiesenen Ressortbefugnisse übertragen worden ist.

Berlin, den 13. Mai 1885.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Maybach.

II. a. (h.) 8102.

Bekanntmachungen der Königlichen Ministerien.

12. Polizei-Verordnung

für die Eisenbahn von Perleberg über Prigwall nach Wittstock, auf welche die Bahnordnung für Deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung vom 12. Juni 1878, publicirt in Nr. 24 des Centralblattes für das Deutsche Reich vom 14. Juni 1878 und in Nr. 29 des Regierungs-Amtsblattes vom 19. Juli 1878 vom Tage der Betriebs-Eröffnung ab Anwendung findet, werden in Gemäßheit des § 45 dieser Bahnordnung, die nachstehenden Anordnungen getroffen, deren Uebertretung der Strafanordnung des § 45 unterliegt.

§ 1. Das Betreten des Planums der Bahn, der dazu gehörigen Böschungen, Dämme, Gräben, Brücken und sonstigen Anlagen ist ohne Erlaubnißkarte nur der Aufsichtsbehörde und deren Organen, den in der Ausübung ihres Dienstes befindlichen Forstschützern, Zoll-, Steuer-, Telegraphen-, Polizeibeamten, den Beamten der Staatsanwaltschaften und den zur Recognition dienstlich entsendeten Offizieren gestattet; dabei ist jedoch die Bewegung wie der Aufenthalt innerhalb der Fahr- und Rangir-Gleise zu vermeiden.

Das Publikum darf die Bahn nur an den zu Ueberfahrten und Uebergängen bestimmten Stellen überschreiten und zwar nur so lange, als sich kein Zug nähert. Dabei ist jeder unnöthige Verzug zu vermeiden.

Es ist untersagt, die Barrieren oder sonstigen Einfriedigungen eigenmächtig zu öffnen, zu überschreiten oder zu übersteigen, oder etwas darauf zu legen oder zu hängen.

§ 2. Außerhalb der bestimmungsmäßig dem Publikum für immer oder zeitweise geöffneten Räume darf Niemand den Bahnhof ohne Erlaubnißkarte betreten, mit Ausnahme der in Ausübung ihres Dienstes befindlichen Chefs der Militär- und Polizeibehörde, sowie der im § 1 gedachten und der Postbeamten.

Den Festungs-Kommandanten, Fortifikations-Offizieren und den durch ihre Uniform kenntlichen Fortifikations-Beamten ist gestattet, auch den Bahnkörper wie die Bahnhöfe innerhalb des Festungsrayons zu betreten.

Die Wagen, welche Reisende zur Bahn bringen oder daher abholen, müssen auf den Vorplätzen der

üsse an den dazu bestimmten Stellen auffahren. Ueberwachung der Ordnung auf den für diese n bestimmten Vorplätzen, soweit dies den Verkehr Reisenden und deren Gepäck betrifft, steht den Polizei-Beamten zu, insofern in dieser Beziehung besondere Vorschriften ein Anderes bestimmen.

3. Das Hinüberschaffen von Pflügen, Eggen, anderen Geräthen, sowie von Baumstämmen und schweren Gegenständen über die Bahn darf, solche nicht getragen werden, nur auf Wagen untergelegten Schleifen erfolgen.

4. Für das Betreten der Bahn und der dazu gen Anlagen durch Vieh bleibt Derjenige verantwortlich, welchem die Aufsicht über dasselbe obliegt.

5. Alle Beschädigungen der Bahn und der dazu gen Anlagen, mit Einschluß der Telegraphen, sowie Betriebsmittel nebst Zubehör, ingleichen das an von Steinen, Holz und sonstigen Sachen auf lanum, oder das Anbringen sonstiger Fahrhindernd verboten, ebenso die Erregung falschen Alarms, Nachahmungen von Signalen, die Verstellung von sich-Vorrichtungen und überhaupt die Vornahme den Betrieb störenden Handlungen.

6. Das Einsteigen in einen bereits in Gang n Zug, der Versuch, sowie die Hülfeleistung dazu, jen das eigenmächtige Öffnen der Wagenthüren, id der Zug sich noch in Bewegung befindet, ist n.

7. Die Bahnpolizei-Beamten sind befugt, einen vorläufig festzunehmen, der auf der Uebertretung den §§ 43—45 der Bahnordnung für deutsche n untergeordneter Bedeutung, sowie der in dieser i-Berordnung enthaltenen Bestimmungen betroffen nmittelbar nach der Uebertretung verfolgt wird ch über seine Person nicht auszuweisen vermag. derselbe ist mit der Festnahme zu verschonen, wenn : angemessene Sicherheit besteht. Die Sicherheit en Höchstbetrag der angedrohten Strafe nicht gen.

ntfällt die strafbare Handlung ein Verbrechen oder en, so kann sich der Schuldige durch eine Sicherstellung der vorläufigen Festnahme nicht entziehen. eder Festgenommene ist ungesäumt an die nächste behörde oder an das zuständige Amtsgericht abn.

8. Den Bahnpolizei-Beamten ist gestattet, die ommenen Personen durch Mannschaften aus dem r Eisenbahn befindlichen Arbeitspersonale in Beig nehmen und an den Bestimmungsort abliefern sen. In diesem Falle hat der Bahnpolizei-e eine, mit seinem Namen und seiner Dienst-it bezeichnete Festnehmungskarte mitzugeben, welche sig die Stelle der aufzunehmenden Verhandlungen t, die in der Regel an demselben Tage, an dem ebertretung konstatiert wurde, spätestens aber am ttage des folgenden Tages an die Polizei-e oder das zuständige Amtsgericht eingefendet : muß.

§ 9. Ein Abdruck der §§ 43—46 der Bahnordnung für deutsche Bahnen untergeordneter Bedeutung, der §§ 13, 14, 22 al. 2 und 5 und § 23 des Betriebs-Reglements, sowie der vorstehenden Polizei-Berordnung ist in jedem Passagier-Zimmer auszuhängen.

Mit Bezug auf § 136 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. 195 u. ff.) wird diese Polizei-Berordnung hierdurch zur öffentlichen Kenntnisaufnahme gebracht.

Berlin, den 25. Mai 1885.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierung-Präsidenten.

Die Chausseegelberhebung auf verschiedenen Kreis-Chausseen des Kreises Osthavelland betreffend.

133. Dem Kreise Osthavelland ist Seitens des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten durch Erlaß vom 20. Februar 1882 die Genehmigung erteilt worden, auf nachbenannten Kreis-Chausseen Chausseegelberhebungen zu errichten und zwar

- a. eine Hebestelle in Station Nr. 2,74 bei Markee mit der Berechtigung zur Erhebung des tarifmäßigen Zolles für 1 Meile und mit der Vergünstigung für die Becturanten aus den Ortschaften Markee und Markau, daß dieselben beim Passiren der genannten Hebestelle auf der Rückfahrt von Zahlung des gedachten Zolles frei sind,
- b. eine Hebestelle in Station Nr. 15,25 bei Reßin, an der Einmündung der Falkenriede-Regnier Chaussee, mit Doppelschlagbaum und mit der Berechtigung zur Erhebung des tarifmäßigen Zolles für 1 Meile auf jeder der beiden letztgenannten Chausseen.

Potsdam, den 22. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

General-Konsulat für Amerika betreffend.

134. Herr Frederik Raine ist an Stelle des Herrn Mark S. Brewer zum General-Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin ernannt und demselben das Exequatur erteilt worden.

Potsdam, den 27. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Erlöschen einer Concession

als Auswanderungs-Unternehmer betreffend.

135. Nachdem der Schiffsmakler August Volten zu Hamburg aus seiner Stellung als Agent der Hamburg-Amerikanischen Packetschiffahrtsgesellschaft ausgeschieden ist und hierdurch die ihm unter dem 25. März 1859 und 5. Dezember 1877 erteilten Concessionen zum Betriebe des Geschäfts der Auswanderungsbeförderung innerhalb des Preussischen Staates erloschen, sind gemäß § 9 des Gesetzes vom 7. Mai 1853 auch die Concessionen der bisherigen Agenten des r. Volten erloschen und zwar für den diesseitigen Bezirk:

- 1) des Kaufmanns Louis Schmidt in Strassburg u./M.,
- 2) des Dachbedeckers Franz Bagke in Gramzow,
- 3) des Kaufmanns Abt in Perleberg,
- 4) des Banquiers Herz in Prenzlau,

5) des Buchdruckerbesizers C. Windloff in Angermünde.

Gemäß § 14 des Reglements vom 6. September 1853, betreffend die Geschäftsführung der zur Förderung von Auswanderern concessionirten Personen und die von denselben zu bestellenden Kauttionen, wird solches hiermit mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß etwaige, aus der Geschäftsführung der vorbezeichneten Agenten herzuleitende Ansprüche an die für dieselben bestellten Kauttionen binnen einer zwölfmonatlichen Frist bei mir anzumelden sind, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist über die Kauttionen anderweitig verfügt werden wird.

Potsdam, den 28. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Das Deffnen der Eisenbahndrehbrücke über die Havel bei Spandau betreffend.

136. Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 15. Oktober 1884 — Amtsblatt Städt. Nr. 43 Seite 402 — veröffentliche ich nachstehend ein Verzeichniß derjenigen Zeiten, während welcher die Eisenbahndrehbrücke der Berlin-Lehrter Eisenbahn über die Havel bei Spandau nach Maßgabe des diesjährigen Sommer-Fahrplans vom 1. Juni d. J. ab für die Durchfahrt der Schiffe o. geöffnet sein wird:

Vormittags von 12 Uhr 42 Min. bis 12 Uhr 58 Min.,

| | | | | | | | | | | |
|---|---|----|---|----|---|---|----|---|----|---|
| " | " | 1 | " | 55 | " | " | 2 | " | 52 | " |
| " | " | 3 | " | 12 | " | " | 4 | " | 58 | " |
| " | " | 6 | " | 4 | " | " | 6 | " | 36 | " |
| " | " | 9 | " | 2 | " | " | 9 | " | 31 | " |
| " | " | 11 | " | 48 | " | " | 12 | " | 8 | " |

Nachmittags,

Nachmittags von 2 Uhr 19 Min. bis 2 Uhr 49 Min.,

| | | | | | | | | | | |
|---|---|----|---|----|---|---|----|---|----|---|
| " | " | 3 | " | 9 | " | " | 3 | " | 25 | " |
| " | " | 3 | " | 48 | " | " | 4 | " | 18 | " |
| " | " | 6 | " | 1 | " | " | 6 | " | 22 | " |
| " | " | 6 | " | 42 | " | " | 6 | " | 59 | " |
| " | " | 8 | " | 45 | " | " | 9 | " | 43 | " |
| " | " | 10 | " | 35 | " | " | 11 | " | 22 | " |

Potsdam, den 30. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Riebsenchen.

137. Die Lungenseuche ist unter dem Rindvieh des Gutes Falkenberg im Kreise Niederbarnim ausgebrochen.

Potsdam, den 27. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

138. Am Bläschenauschlag ist der am Brandenburgischen Landgestüt zu Gumlosen im Kreise Westprignitz stationirte Beschäler Gregor, außerdem eine Stute des Bauern Hoger in Lütkenwisch erkrankt, ferner ist eine Stute des Bauern Reinke in Muggendorf derselben Krankheit verdächtig.

Potsdam, den 30. Mai 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Versicherung von Gebäuden, auf denen Renten für den Domainenfiskus haften, gegen Feuergefahr.

20. Die Besitzer von Grundstücken, auf welchen

Renten für den Domainenfiskus haften, können der ihnen obliegenden Verpflichtung, ihre Gebäude gegen Feuergefahr zu versichern, auch durch Versicherung der Gebäude bei der Feuer-Versicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank gegen Feuer-schaden bis zu dem nach den Grundsätzen derselben zulässigen Werthe genügen.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 29. Mai 1885.

Königl. Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domainen u. Forsten.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Verbot eines Flugblatts.

30. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das ohne Angabe des Druckers und Verlegers erschienene, in Form eines Plakats gedruckte Flugblatt mit der Ueberschrift: „An die Arbeiter der ganzen Erde!“ und der Unterschrift: „Die anar-chistischen Gruppen in London: „Franzosen, Italiener, Spanier, Russen, Polen, Oesterreicher, Engländer, Schweden, Dänen und Deutsche“ nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landes-polizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 29. Mai 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Aufgebot einer Schuldverschreibung.

11. Die Deutsche Bank hier selbst hat auf Umschreibung der Schuldverschreibung der konsolidirten vierprozentigen Staatsanleihe Lit. E. Nr. 60077 über 300 M. (Ausfertigung vom 3. Oktober 1878) angetragen, weil die rechte obere Ecke derselben durch Feuer zerstört ist. In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (G.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens am 15. Oktober d. J. uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kassirt und der Deutschen Bank ein neues, umlaufsfähiges ausgehändigt werden wird.

Berlin, den 30. März 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Einlösung der unterm 11. Juli 1874 ausgefertigten Deutschen Reichs-Kassenscheine.

12. Die Besitzer der unterm 11. Juli 1874 ausgefertigten Deutschen Reichs-Kassenscheine werden daran erinnert, daß dieselben nur noch bis Ende Juni d. J. bei einer der Reichskassen und der Kasse eines Bundesstaates in Zahlung angenommen, oder bei der Reichshauptkasse gegen baares Geld eingelöst werden. Vom 1. Juli d. J. ab ist nur noch die Königlich Preussische Kontrolle der Staatspapiere in Berlin, SW.,



Dranienstraße Nr. 92, ermächtigt, solche Scheine anzunehmen und einzulösen.

Berlin, den 1. April 1885.

Reichsschuldenverwaltung.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Transportbegünstigung für Thiere, landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe.

40. Für diejenigen Thiere, landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthe, welche auf der Thierschau und Ausstellung in

- | | |
|-------------------|--------------------|
| 1) Marienwerder | am 8. Juni d. J., |
| 2) Warlubin | am 9. Juni d. J., |
| 3) Culm | am 10. Juni d. J., |
| 4) Neumark B./Pr. | am 12. Juni d. J., |
| 5) Venzien a./E. | Ende August d. J. |

ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Transportbegünstigung und zwar für die Ausstellungen ad 1 bis 4 auf den Strecken der Königl. Eisenbahn-Direktion Bromberg, ad 5 auf den Strecken der Königl. Eisenbahn-Direktionen Altona, Magdeburg, Berlin, Bromberg, Erfurt und Frankfurt a./M. in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheins für die Hintour, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungsgesamtes nachgewiesen wird, daß die Thiere, Maschinen und Geräthe ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb acht Tagen nach Schluß der Ausstellung stattfindet.

Gleichzeitig bemerken wir, daß die durch unsere Bekanntmachung vom 14. Mai d. J. angekündigte Ausstellung in Rauen nicht am 11. und 12. Mai d. J., sondern am 26. Mai d. J. stattfindet.

Bromberg, den 22. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausgabe von Retourbillets.

41. Vom 1. Juni d. J. ab werden im Verkehre zwischen Memel und Danzig lege Thor Retourbillets mit viertägiger Gültigkeitsdauer und im Verkehre zwischen Königsberg und Berlin, Schleißer Bahnhof, Alexanderplatz und Stadtbahn (Friedrichstraße, Zoologischer Garten und Charlottenburg) Retourbillets mit achttägiger Gültigkeitsdauer für die I., II. und III. Wagenklasse ausgegeben. Dieselben berechtigen zur Benutzung sämtlicher fahrplanmäßigen, die betreffende Wagenklasse führenden Züge und müssen vor dem Antritte der Rückfahrt der Billet-Expedition zur nochmaligen Abstempelung vorgelegt werden. Näheres ist auf den genannten Stationen zu erfahren.

Bromberg, den 22. Mai 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Veränderung von Kreisgrenzen.

8. Durch Abtrennung der dem Königl. Professor Degen zu Wannsee und den Gutshofwischen

Erben zu Berlin in der Gemarkung Havelstrom gehörigen Parzellen von resp. 5 a 48 qm und 12 a 03 qm Flächeninhalt von dem Gemeindebezirke Gladow im Kreise Osthavelland und deren Vereinigung mit dem Gemeindebezirke Zehlendorf im Kreise Teltow sind die Grenzen der Kreise Osthavelland und Teltow verändert worden, was wir gemäß § 3 der Kreis-Ordnung hierdurch bekannt machen.

Berlin, den 20. Mai 1885.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Teltow:
Stubenrauch, Regierungs-Assessor.

Kommunalbezirks-Veränderung.

9. Die von dem Maurer Carl Heibed und Genossen von der domainenfiskalischen Dorfaue in Bornim käuflich erworbene Parzelle von zusammen 44 qm ist durch Beschluß des Kreis-Ausschusses vom 17. Januar 1884 aus dem domainenfiskalischen Gutsverband Bornim ausgeschieden und in den Gemeindeverband Bornim aufgenommen worden.

Rauen, den 27. Mai 1885.

Namens des Kreis-Ausschusses:

Der Landrath Graf von Königsmarck.

10.

Nachweisung

der von dem Kreis-Ausschuße des Kreises Zauch-Belzig auf Grund des § 25 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit § 1 des Landgemeinde-Verfassungsgesetzes vom 14. April 1856 genehmigten Veränderungen von Guts- und Gemeindebezirksgrenzen.

Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks: Die in der Grundsteuer-Mutterrolle des Gemeindebezirks Wiesenburg unter Artikel 89 eingetragene, auf Kartenblatt 17 als Parzelle Nr. 6 verzeichnete, dem Rittergutsbesitzer Brandt von Lindau auf Schmerwitz gehörige sogenannte Bäderwiese von 61,50 a Flächeninhalt. Seitheriger Guts- resp. Gemeindebezirk: Gemeindebezirk Wiesenburg. Künftiger Guts- resp. Gemeindebezirk: Gutsbezirk Reegerhütten.

Belzig, den 21. Mai 1885.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Zauch-Belzig.
von Stälpnagel.

Bekanntmachung

des Königl. Kredit-Instituts für Schlesien.

Die 38. Verloosung von Pfandbriefen Lit. B. betreffend.

In der 38. Verloosung von
Schleßischen Pfandbriefen Lit. B. à 4 %
sind nachbezeichnete Stücke gezogen worden, und zwar:
Carolath-Bentherer Majorats-Güter zc.:

Nr. 1426, 1443 und 1447 à 500 Thlr.,

Nr. 3803 à 200 Thlr.,

Nr. 6740 à 100 Thlr.

Canterisdorf und Klein-Neudorf:

Nr. 43647 à 500 Thlr.,

Nr. 50110 und 50143 à 200 Thlr.,

Nr. 62465 à 100 Thlr.

Glend:

Nr. 49176 à 200 Thlr.,

Nr. 61237 à 100 Thlr.

Kaj. und Erbl. Herrsch. Fürstenstein re.:

Nr. 40716 à 1000 Thlr.,
 Nr. 44270, 44279 und 44315 à 500 Thlr.,
 Nr. 50775, 50793, 50794, 50800 und 50803 à 200 Thlr.,
 Nr. 63338, 63411, 63443, 63452, 63467 und 63473 à 100 Thlr.

Giesmannsdorf c. p. und Jentsch:

Nr. 52648 und 52650 à 200 Thlr.,
 Nr. 65548 und 65563 à 100 Thlr.

Roschentin und Zworog c. p.:

Nr. 497 à 1000 Thlr.,
 Nr. 1901, 1950 und 1952 à 500 Thlr.,
 Nr. 4654 und 4667 à 200 Thlr.,
 Nr. 8065, 8172 und 8190 à 100 Thlr.

Polnisch-Brawarn und Radkau:

Nr. 45030, 45038, 45043, 45057, 45068, 45079 und 45094 à 500 Thlr.,
 Nr. 51957, 51959, 51963, 51968, 51970 und 52002 à 200 Thlr.,
 Nr. 64776, 64808, 64809, 64815, 64838, 64851 und 64861 à 100 Thlr.,
 Nr. 79455 à 50 Thlr.

O. und R. Niechowitz:

Nr. 40973 und 40975 à 1000 Thlr.,
 Nr. 44798 und 44840 à 500 Thlr.,
 Nr. 51634 à 200 Thlr.,
 Nr. 64331, 64344, 64355, 64361 und 64381 à 100 Thlr.

Nielasdorf:

Nr. 44415 à 500 Thlr.

Vogarell und Algenau:

Nr. 43586 à 500 Thlr.,
 Nr. 50033 à 200 Thlr.,
 Nr. 62321, 62339 und 62342 à 100 Thlr.

Med. Herz. Ratibor:

Nr. 41173 und 41208 à 1000 Thlr.,
 Nr. 45116, 45164, 45167, 45168, 45177, 45179, 45227, 45279 und 45282 à 500 Thlr.,
 Nr. 52083, 52084, 52139, 52151, 52156, 52167, 52176, 52185, 52189, 52203, 52234, 52245, 52273, 52298 und 52300 à 200 Thlr.,
 Nr. 64913, 64966, 65013, 65085, 65092 und 65095 à 100 Thlr.

Ob. Schreibendorf:

Nr. 50952 à 200 Thlr.,

Nr. 63575 à 100 Thlr.

Herrsch. Gr. Stein re.:

Nr. 43806, 43821, 43897, 43911 und 44397 à 500 Thlr.,
 Nr. 50448, 50906, 50916 à 200 Thlr.,
 Nr. 62759, 62906 und 63512 à 100 Thlr.,
 Nr. 82226 à 25 Thlr.

Diese Pfandbriefe, im Gesamtbetrage von 35475 Thlr. oder 106425 Mk. werden ihren Inhabern mit dem Bemerken gekündigt, daß die Rückzahlung des Nennwertes derselben

vom 2. Januar 1886 ab

bei der Königl. Institutencasse hierselbst (im Regierungsgebäude) erfolgen wird und mit diesem Tage die weitere Verzinsung der gezogenen Pfandbriefe aufhört. Breslau, den 26. Mai 1885.

Königl. Kredit-Institut für Schlesien.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Die Schiffsahrtssperre auf der Elbe betreffend.

Für die Schifffahrt und die Filderei werden gesperrt werden:

- 1) die Schleusen zu **Plau** und **Bobzin** vom 8. Juni bis zum 11. Juli;
- 2) die Schleuse zu **Warchin** vom 8. Juni bis zum 27. Juni;
- 3) die Schleuse zu **Eldena** vom 8. Juni bis zum 18. Juli;
- 4) die Schleuse zu **Wallis** vom 8. Juni bis zum 11. Juli, jedoch in der Weise, daß diese Schleuse in den Wochentagen von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr für den Schiffsahrtsverkehr gesperrt wird und ein Durchschleusen von Rähnen in der Mittagszeit von 12 bis 1 Uhr nur ausnahmsweise gestattet werden kann.

Schwerin, den 7. Mai 1885.

Großherzogliche Flußbau-Verwaltungs-Commission.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Rechnungsamt zu Oederberg i./M. auf die Befugniß zur Ermittlung und Beglaubigung des Raumgehalts von Kaskörnern verzichtet hat und daß in Folge dessen diese Befugniß hiermit aufgehoben wird. Berlin, den 20. Mai 1885.

Königl. Rechnungs-Inspektion
für die Provinz Brandenburg.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------|--------------------------------------|--|--|--|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1 | Raspar Josef
Brändli, Bäcker, | 52 Jahre, geboren und
ortdangebörig in Gol-
dingen, Kanton St.
Gallen, Schweiz. | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:
Versuch des schweren
Diebstahls (1 1/2 Jahre
Zuchthaus laut Erkennt-
niß vom 14. Nov. 1883), | Königlich württember-
gische Regierung für
den Donaufreis zu
Ulm, | 24. April
1885. |

| Seri.
Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungsbefchlusses. |
|--|---|--|--|--|---|---|
| | 1. | 2. | | | | |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | | |
| 1 | Johann Weßer,
Arbeiter, | geboren am 25. Oktober
1865 zu Eisdorf,
Bezirk Biskupsteinitz,
Böhmen, ebendaselbst
ortsangehörig, | Nichtbeschaffung eines Un-
terkommens. | Königlicher Polizei-
Präsident zu Berlin, | 23. März
1885. | |
| 2 | Johann Schröfl,
Tischler, | geboren am 12. Juli
1866 zu Hall a./Inn,
Tirol, ebendaselbst orts-
angehörig, wohnhaft
zuletzt in Berlin, | desgleichen, | derselbe, | 2. April
1885. | |
| 3 | Anton Winter,
Tagearbeiter, | geboren am 25. Juli
1846 zu Skalkau, Be-
zirk Braunau, Böhmen,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen und Betteln | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 28. April
1885. | |
| 4 | Emil Jahn,
ehemals Kaufmann, | geboren am 29. Oktober
1858 zu Kalisch,
Russisch-Polen, eben-
daselbst ortsangehörig,
wohnhaft zuletzt in
Breslau, | Obdachlosigkeit, | derselbe, | 1. Mai
1885. | |
| 5 | Karoline Schneider,
underehelichte | geboren 1861 zu Dorf-
dorf bei Niemec, Be-
zirk Leipa, Böhmen,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 2. Mai
1885. | |
| 6 | Anna Hartmann,
underehelichte | geboren am 12. Oktober
1858 zu Zudmantel,
Bezirk Jägerndorf,
Oesterreichisch-Schle-
sien, ebendaselbst orts-
angehörig, | schwerer Diebstahl und
Landstreichen (5 Monate
Gefängnis u. laut Er-
kenntnis vom 21. Okto-
ber 1884), | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 6. November
1884. | |
| 7 | Josef Lucera,
Bäckergehilfe, | geboren am 22. April
1838 zu Kupperndorf,
Bezirk Starzenbach,
Böhmen, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 8. April
1885. | |
| 8 | Josef Lichownik,
Bäckergehilfe, | geboren am 6. Juni
1839 zu Melisch, Be-
zirk Troppau, Oester-
reichisch-Schlesien, | Gotteslästerung, Betteln
im wiederholten Rück-
fall, | derselbe, | 22. April
1885. | |
| 9 | Frantisek (Franz)
Kabrna,
Bäcker, | geboren 1829 zu Mjeno,
Bezirk Melnik, Böh-
men, ebendaselbst orts-
angehörig, | Landstreichen, Betteln und
verbotswidrige Rückkehr, | Königlich Sächsischer
Kreishauptmann-
schaft Bautzen, | 30. März
1885. | |
| 10 | Maria Heidrich,
Fabrikarbeiterin, | geboren am 9. Juli 1870
zu Großmergthal, Be-
zirk Gabel, Böhmen,
ortsangehörig zu Nie-
derlichtenwalde, Bezirk
Gabel, | Landstreichen und Betteln, | derselbe Behörde, | 2. April
1885. | |

Personal-Chronik.

An Stelle des ausscheidenden Amtsanwalts Petersen in Dranienburg ist der Bürgermeister a. D. Pfigner zum Amtsanwalt bei dem Königlichen Amtsgericht in Dranienburg vom 1. Juni d. J. ab ernannt worden.

Im Kreise Westprignitz sind der Bauergutsbesitzer Fenz zu Dalmin, der Rentier Erfert zu Strehlen und der Rittergutsbesitzer von Winterfeld zu Neuhoß von Neuem bezw. zum Amtsvorsteher des Bezirks VII. Dalmin, zu dessen Stellvertreter und zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk VIII. Berge ernannt worden.

Die Försterstelle Zerpenschleuse in der Oberförsterei Liebenwalde ist dem Förster Schulz zu Eiserbude in der Oberförsterei Biesenthal vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Die Försterstelle Castaven in der Oberförsterei Neu-Thymen ist dem Förster Siegfried zu Grams in der Oberförsterei Himmelpfort vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger, Waldwärter Walter zu Marienthal in der Oberförsterei Lüdersdorf ist zum Königl. Förster ernannt und demselben die Försterstelle Grams in der Oberförsterei Himmelpfort vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Feldwebel, Forstausseher Carl Graßmann zu Saugartenhaus in der Oberförsterei Günersdorf, ist zum Königl. Förster ernannt und demselben die Försterstelle Hütendorf zu Voigts- wiese in der Oberförsterei Grimnitz, vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger Otto Wolff, z. Z. Forstausseher in der Oberförsterei Gramzow, ist zum Königl. Förster ernannt und demselben die erledigte Försterstelle Damsdorf in der Oberförsterei Colpin vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Dem Superintendenten Todt zu Brandenburg a./H. ist vom 27. Mai d. J. ab die seither interimistisch verwaltete Kreis Schulinspektion über die Schulen des Inspektionskreises „Altstadt Brandenburg“ definitiv übertragen worden.

Der bisherige Pfarrer Leonhard Heimbach in Halenbeck, Diözese Prignitz, ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Jernitz, Diözese Wusterhausen, bestellt worden.

Die unter Königlichem und privatem Patronate stehende Pfarrstelle zu Brunne, Diözese Fehrbellin, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Gräbner in nächster Zeit zur Erledigung.

Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Premnitz, Diözese Rathenow, kommt durch die nach neuem Rechte erfolgende Emeritierung des Pfarrers Seemann zum 1. Oktober 1885 zur Erledigung.

Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Stülpe, Diözese Luckenwalde, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Pieroth voraussichtlich zum 1. Juli d. J. zur Erledigung.

Das unter Königlichem Patronat stehende Diaconat zu Trebbin mit der damit verbundenen Pfarrstelle zu Thyrow, Diözese Zossen, kommt durch die Versetzung seines bisherigen Inhabers, des Diaconus Franke, zum 1. Juli d. J. zur Erledigung. Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeinbewahl nach Maßgabe der Allerhöchsten Verordnung vom 2. Dezember 1874 (Ges.-Samml. d. 1874 Nr. 28 S. 355.)

Der Schulamtskandidat Dr. Heinrich Meyer ist als ordentlicher Lehrer an dem Andreas-Realgymnasium in Berlin angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Dr. Breittreuz ist als ordentlicher Lehrer an dem Königl. städtischen Realgymnasium in Berlin angestellt worden.

Der ordentliche Lehrer Dr. Wolter am Sophien-Realgymnasium ist in gleicher Eigenschaft an der städtischen höheren Bürgerschule in Berlin angestellt worden.

Der Schulamtskandidat Mellmann ist als ordentlicher Lehrer an der städtischen höheren Bürgerschule in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Homuth, Klose, Knispel, Koeppen, Kramm, Loof, Quast, Splettschöfer, Stubbe und Thiele sind als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Alwine Wolter ist als Gemeindefullehrerin in Berlin angestellt worden.

(Hierzu Drei Öffentliche Anzeigen.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).



231

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 24.

Den 12. Juni

1885.**Bekanntmachungen des Königl. Ober-
Präsidenten der Provinz Brandenburg.**

Bekanntmachung.

6. An Stelle des verstorbenen Majors a. D.
von Kiffelmann-Schönwalde ist vom Kreistage
des Kreises Rhodensand der Rittergutsbesitzer Ritt-

meister a. D. von Bredow-Buchow-Carpzow
zum Mitgliede des Brandenburgischen Provinzialland-
tages gewählt worden, was gemäß § 21 der Provinzial-
Ordnung hierdurch bekannt gemacht wird.

Potsdam, den 29. Mai 1885.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.
In Vertretung: Schulze.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

139.

Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat April 1885 beobachteten Wasserstände.

| Datum. | Berlin. | | Spanbau. | | Pots-
dam. | Baum-
garten-
brück. | Brandenburg. | | Rathenow. | | Havel-
berg. | Mauer
Brücke. |
|--------|----------------|-----------------|------------------|-------------------|---------------|----------------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|-----------------|------------------|
| | Ober-
N. N. | Unter-
N. N. | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | | | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | |
| 1 | 32,56 | 31,48 | 2,64 | 1,42 | 1,50 | 1,00 | 2,26 | 2,04 | 2,00 | 1,68 | 2,74 | 2,44 |
| 2 | 32,54 | 31,46 | 2,60 | 1,44 | 1,48 | 0,99 | 2,24 | 2,06 | 2,00 | 1,68 | 2,74 | 2,44 |
| 3 | 32,52 | 31,46 | 2,60 | 1,32 | 1,48 | 0,99 | 2,24 | 2,04 | 2,00 | 1,68 | 2,70 | 2,44 |
| 4 | 32,50 | 31,46 | 2,60 | 1,36 | 1,46 | 0,98 | 2,26 | 2,02 | 2,00 | 1,68 | 2,68 | 2,44 |
| 5 | 32,50 | 31,44 | 2,60 | 1,30 | 1,46 | 0,96 | 2,28 | 2,00 | 2,00 | 1,68 | 2,66 | 2,42 |
| 6 | 32,48 | 31,42 | 2,60 | 1,28 | 1,44 | 0,93 | 2,26 | 2,02 | 2,00 | 1,68 | 2,64 | 2,42 |
| 7 | 32,48 | 31,40 | 2,60 | 1,38 | 1,44 | 0,94 | 2,26 | 2,02 | 2,00 | 1,68 | 2,62 | 2,42 |
| 8 | 32,48 | 31,38 | 2,56 | 1,38 | 1,44 | 0,94 | 2,22 | 2,02 | 2,00 | 1,68 | 2,60 | 2,42 |
| 9 | 32,48 | 31,36 | 2,64 | 1,32 | 1,44 | 0,95 | 2,22 | 2,00 | 2,00 | 1,68 | 2,58 | 2,40 |
| 10 | 32,48 | 31,38 | 2,68 | 1,36 | 1,44 | 0,98 | 2,24 | 2,04 | 2,00 | 1,68 | 2,58 | 2,40 |
| 11 | 32,50 | 31,42 | 2,70 | 1,52 | 1,50 | 0,99 | 2,26 | 2,04 | 2,00 | 1,68 | 2,62 | 2,40 |
| 12 | 32,52 | 31,46 | 2,76 | 1,40 | 1,52 | 1,00 | 2,26 | 2,04 | 2,02 | 1,70 | 2,68 | 2,42 |
| 13 | 32,56 | 31,48 | 2,80 | 1,52 | 1,52 | 1,01 | 2,26 | 2,04 | 2,06 | 1,74 | 2,70 | 2,44 |
| 14 | 32,58 | 31,46 | 2,80 | 1,52 | 1,52 | 1,01 | 2,26 | 2,04 | 2,08 | 1,76 | 2,74 | 2,46 |
| 15 | 32,60 | 31,46 | 2,80 | 1,52 | 1,52 | 1,01 | 2,28 | 2,06 | 2,08 | 1,76 | 2,80 | 2,48 |
| 16 | 32,62 | 31,48 | 2,84 | 1,52 | 1,54 | 1,01 | 2,28 | 2,06 | 2,08 | 1,76 | 2,86 | 2,50 |
| 17 | 32,62 | 31,50 | 2,76 | 1,52 | 1,54 | 1,02 | 2,30 | 2,08 | 2,08 | 1,76 | 2,88 | 2,52 |
| 18 | 32,62 | 31,50 | 2,72 | 1,52 | 1,54 | 1,02 | 2,28 | 2,08 | 2,08 | 1,76 | 2,88 | 2,52 |
| 19 | 32,60 | 31,48 | 2,74 | 1,42 | 1,56 | 1,02 | 2,28 | 2,08 | 2,08 | 1,76 | 2,88 | 2,52 |
| 20 | 32,58 | 31,48 | 2,72 | 1,52 | 1,56 | 1,02 | 2,26 | 2,08 | 2,08 | 1,76 | 2,82 | 2,50 |
| 21 | 32,58 | 31,48 | 2,68 | 1,56 | 1,56 | 1,02 | 2,26 | 2,10 | 2,08 | 1,76 | 2,74 | 2,50 |
| 22 | 32,58 | 31,48 | 2,64 | 1,56 | 1,56 | 1,03 | 2,26 | 2,10 | 2,08 | 1,76 | 2,72 | 2,48 |
| 23 | 32,54 | 31,48 | 2,62 | 1,54 | 1,56 | 1,03 | 2,26 | 2,08 | 2,06 | 1,74 | 2,68 | 2,48 |
| 24 | 32,50 | 31,46 | 2,60 | 1,52 | 1,58 | 1,03 | 2,26 | 2,10 | 2,06 | 1,74 | 2,64 | 2,48 |
| 25 | 32,48 | 31,46 | 2,58 | 1,50 | 1,56 | 1,04 | 2,28 | 2,10 | 2,06 | 1,74 | 2,62 | 2,48 |
| 26 | 32,48 | 31,42 | 2,60 | 1,36 | 1,56 | 1,04 | 2,28 | 2,08 | 2,06 | 1,74 | 2,58 | 2,48 |
| 27 | 32,48 | 31,38 | 2,60 | 1,46 | 1,54 | 1,04 | 2,30 | 2,08 | 2,06 | 1,74 | 2,56 | 2,48 |
| 28 | 32,48 | 31,36 | 2,58 | 1,46 | 1,54 | 1,03 | 2,28 | 2,08 | 2,06 | 1,74 | 2,52 | 2,48 |
| 29 | 32,48 | 31,34 | 2,58 | 1,32 | 1,52 | 1,02 | 2,28 | 2,08 | 2,06 | 1,74 | 2,50 | 2,48 |
| 30 | 32,48 | 31,32 | 2,60 | 1,40 | 1,50 | 1,00 | 2,30 | 2,10 | 2,06 | 1,74 | 2,48 | 2,48 |

Potsdam, den 3. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

140.

Nachweisung der Marktpreise

| Laufende Nr. | Namen der Städte | Getreide | | | | | | | | | | Uebrige Markt | | |
|----------------------------|------------------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------------|--------|------------|------------|------------|---------------|---------------|------|
| | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | | |
| | | Weizen | Reggen | Gerste | Hafser | Erbsen | Speisebohnen | Linien | Kartoffeln | Nichtstroh | Krummstroh | Heu | Rindfleisch | |
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | von der Rente | sch. |
| 1 | Angermünde | 17 06 | 14 41 | 13 78 | 15 45 | 28 — | 33 — | 35 — | 3 80 | 4 35 | 3 — | 6 — | 1 40 | 1 |
| 2 | Beeskow | — | 13 73 | 15 60 | 15 — | 30 — | 40 — | 45 — | 4 50 | 4 — | — | 6 50 | 1 30 | 1 |
| 3 | Bernau | 17 22 | 14 44 | 15 50 | 15 20 | 29 — | 35 — | 39 — | 5 — | 4 22 | — | 5 31 | 1 25 | 1 |
| 4 | Brandenburg | 16 35 | 14 82 | 14 50 | 15 45 | 25 — | 26 — | 28 — | 3 60 | 3 60 | — | 4 50 | 1 20 | 1 |
| 5 | Dahme | 16 38 | 14 57 | 13 25 | 16 — | 40 — | 50 — | 50 — | 3 25 | 3 50 | 2 — | 7 50 | 1 — | 1 |
| 6 | Eberswalde | 17 81 | 14 53 | 17 53 | 15 95 | 23 50 | 27 — | 33 — | 4 — | 4 — | — | 4 — | 1 20 | 1 |
| 7 | Friesack | — | 14 50 | — | 15 25 | 30 — | 34 — | 38 — | 3 80 | 3 50 | — | 4 — | 1 30 | 1 |
| 8 | Havelberg | 15 30 | 14 10 | 13 35 | 14 50 | 19 — | 34 — | 35 — | 3 25 | 3 — | 2 50 | 2 75 | 1 20 | 1 |
| 9 | Jüterbog | 16 50 | 15 — | 14 — | 16 — | 32 — | 34 — | 44 — | 4 50 | 3 70 | — | 6 50 | 1 20 | 1 |
| 10 | Kuckenwalde | 16 72 | 14 92 | 14 28 | 16 89 | 35 — | 35 — | 45 — | 4 21 | 3 25 | — | 5 — | 1 20 | 1 |
| 11 | Perleberg | 16 16 | 14 68 | 15 — | 14 81 | 16 — | 33 — | 43 — | 3 25 | 4 13 | — | 5 31 | 1 40 | 1 |
| 12 | Potsdam | 17 50 | 14 46 | 16 50 | 16 14 | 29 — | 36 — | 37 50 | 4 12 | 3 75 | — | 4 43 | 1 40 | 1 |
| 13 | Prenzlau | 16 96 | 14 17 | 14 10 | 14 63 | 29 25 | 34 — | 43 — | 4 50 | 4 50 | 3 50 | 4 25 | 1 25 | 1 |
| 14 | Prigwitz | 17 51 | 14 10 | 15 — | 14 14 | 17 50 | 31 — | 32 — | 2 65 | 3 25 | 3 — | 3 60 | 1 30 | 1 |
| 15 | Rathenow | 16 50 | 14 78 | 15 42 | 16 — | 32 — | 32 25 | 40 — | 2 93 | 2 88 | — | 3 25 | 1 40 | 1 |
| 16 | Neu-Ruppin | 16 — | 14 75 | 14 70 | 15 57 | 32 — | 30 — | 40 — | 3 19 | 4 — | — | 5 — | 1 10 | — |
| 17 | Schwedt | 17 — | 14 93 | 14 40 | 15 26 | 33 33 | 40 — | 33 33 | 4 — | 3 80 | — | 5 50 | 1 40 | 1 |
| 18 | Spandau | — | 15 08 | 15 — | 16 65 | 24 50 | 35 — | 32 50 | 4 52 | 4 75 | — | 4 50 | 1 40 | 1 |
| 19 | Strassberg | 17 16 | 14 39 | 15 26 | 16 91 | 25 — | 33 50 | 35 — | 4 — | 5 — | — | 7 — | 1 20 | 1 |
| 20 | Teltow | 17 28 | 14 56 | 14 28 | 16 06 | 29 — | 36 — | 39 — | 4 91 | 4 39 | — | 5 61 | 1 29 | 1 |
| 21 | Templin | 15 — | 14 — | 14 — | 14 — | 22 — | 50 — | 50 — | 4 — | 3 50 | — | 4 50 | 1 20 | 1 |
| 22 | Treuenbriezen | 16 18 | 14 37 | — | 16 — | 26 — | 26 — | 30 — | 4 20 | 2 74 | — | 3 25 | 1 20 | 1 |
| 23 | Wittstock | 16 40 | 14 31 | 14 58 | 14 79 | 17 — | 30 — | 34 — | 2 35 | 3 09 | 2 — | 3 55 | 1 04 | — |
| 24 | Briezen a. D. | 16 97 | 13 96 | 13 — | 15 50 | 24 — | 29 — | 34 — | 3 44 | 3 — | 2 — | 4 50 | 1 30 | 1 |
| Durchschnitt | | 16 66 | 14 48 | 14 68 | 15 51 | — | — | — | 3 83 | 3 75 | — | 4 85 | — | — |
| Potsdam, den 9. Juni 1885. | | | | | | | | | | | | | | |

Potsdam, den 9. Juni 1885.

Den Neubau der Charlottenburgerthorbrücke in Spandau betreffend
141. Während des jetzt begonnenen Neubaus der in Spandau über die Havel führenden Charlottenburgerthorbrücke werden von dem Beginn des Baues der Mittelpfeiler an bis nach geschehenem theilweisen Abbruch der alten Brücke, welcher erst nach völliger Herstellung der neuen Brücke erfolgen kann, Fahrzeuge von mehr als 5 m Breite die Brückenbaustelle nicht passieren können. Potsdam, den 4. Juni 1885.
 Der Regierungs-Präsident.

Die Öffnungszeiten der Eisenbahnbrücken über die Havel bei Potsdam und Werder betreffend.

142. In Folge des vom 1. Juni d. J. gültigen Sommerfahrplanes der Berlin-Magdeburger Eisenbahn treten Änderungen der durch meine Bekanntmachung vom 17. April d. J. — Amtsblatt Stüd 17 Seite 163 — publizierten Öffnungszeiten der Eisenbahndrehbrücken über die Havel bei Potsdam und Werder nicht ein

Die qu. Öffnungszeiten bleiben vielmehr bis Weiteres in Gültigkeit.

Potsdam, den 4. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

143. Die Rostkrankheit unter den Pferden Ackerbürgers Maas zu Gransee ist erloschen.

Potsdam, den 8. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.**Polizei-Verordnung,**

betreffend die Dampfschiffahrt auf dem Landwehr- und Kr. städtischen Kanal.

§1. Auf Grund der §§ 138, 139 und 43 Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung v. 30. Juli 1883 (Ges.-Samml. S. 195 ff.) verordnet

Preise im Monat Mai 1885.

| Artikel | | | | | Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------|------------------|------------------|--------|--------|---|------------------|------------------|----------|-------|----------------------|------------|-------|------------|---|--------|------------|-------------------------------|--------|--------|
| kostet je 1 Kilogramm | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | |
| Schweine-
fleisch | Kalb-
fleisch | Lamm-
fleisch | Speck | Butter | Ein
Hoch
Gier | Wehl | | Gersten- | | Buchweizen-
grüße | Hafergrüße | Hirse | Reis, Java | Java-Kaffee
mittler gelber
in gebr.
Bohnen | | Speisesalz | Schweine-
schmalz, hiesig. | | |
| M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | Weizen
Nr. 1. | Roggen
Nr. 1. | Grauve | Grüße | | | | | M. Pf. | M. Pf. | | | M. Pf. | M. Pf. |
| 1 20 | 90 | 1 10 | 1 60 | 2 33 | 3 05 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 50 | 60 | 55 | 2 40 | 3 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 80 | 2 30 | 2 40 | 40 | 30 | 60 | 60 | 60 | 80 | 60 | 60 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 20 | 1 25 | 1 15 | 2 33 | 1 70 | 2 50 | 40 | 25 | 45 | 50 | 50 | 40 | 60 | 45 | 2 80 | 2 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 10 | 90 | 1 10 | 1 80 | 2 48 | 2 92 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 45 | 50 | 50 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 | 80 | 1 | 1 | 2 | 2 80 | 32 | 26 | 60 | | 40 | | 50 | 50 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 40 | | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 80 | 2 40 | 3 | 28 | 26 | 60 | 60 | 50 | | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 25 | 90 | 1 25 | 1 80 | 2 40 | 2 80 | 40 | 30 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 3 20 | 3 50 | 20 | 1 80 | | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 60 | 2 10 | 2 60 | 40 | 30 | 80 | | 60 | 65 | 60 | 60 | 3 80 | 3 80 | 20 | 1 80 | | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 1 80 | 2 40 | 2 80 | 26 | 20 | 60 | 60 | 70 | 70 | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 10 | 85 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 2 80 | 36 | 24 | 50 | 40 | 40 | 60 | 36 | 55 | 2 60 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 30 | 1 15 | 1 15 | 1 95 | 1 98 | 2 70 | 50 | 36 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 55 | 3 40 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 29 | 1 20 | 1 20 | 1 60 | 2 20 | 2 69 | 38 | 28 | 50 | 50 | 45 | 45 | 45 | 65 | 2 80 | 3 50 | 20 | 1 50 | | |
| 1 10 | 95 | 1 10 | 1 70 | 2 10 | 2 69 | 30 | 26 | 60 | 50 | 60 | 60 | 60 | 70 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 30 | 85 | 1 | 1 69 | 1 84 | 2 18 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 40 | 1 | 1 20 | 1 80 | 2 60 | 2 63 | 27 | 21 | 50 | 50 | 50 | 55 | 50 | 60 | 2 90 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 20 | 1 05 | 1 18 | 1 70 | 2 15 | 2 71 | 30 | 24 | 50 | 50 | 60 | 50 | 50 | 60 | 3 | 3 40 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 2 | 2 | 2 80 | 30 | 25 | 60 | 40 | 40 | 60 | 50 | 70 | 2 70 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 30 | 1 20 | 1 25 | 1 60 | 2 20 | 2 80 | 35 | 25 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 2 80 | 40 | 26 | 55 | 50 | 45 | 60 | 50 | 60 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 21 | 1 28 | 1 21 | 1 73 | 2 48 | 2 56 | 50 | 40 | 70 | 60 | 50 | 60 | 50 | 63 | 3 20 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 | 80 | 1 | 1 60 | 2 20 | 2 80 | 34 | 30 | 60 | 60 | 50 | 60 | 60 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 90 | 1 20 | 1 80 | 2 14 | 2 80 | 33 | 21 | 46 | 41 | | 60 | 40 | | 2 80 | 3 40 | 20 | 1 80 | | |
| 95 | 80 | 93 | 1 80 | 1 86 | 2 29 | 26 | 21 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 2 40 | 2 80 | 20 | 1 60 | | |
| 1 15 | 1 10 | 1 15 | 1 60 | 2 14 | 2 70 | 21 | 21 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Der Regierungs-Präsident.

mit Zustimmung des Herrn Ober-Präsidenten für den Stadtkreis Berlin, was folgt:

Die Erlaubnis zum Betriebe der Schleppdampfschiffahrt auf dem Landwehrkanal wird unter den in der Polizei-Verordnung vom 23. Februar d. J. enthaltenen Vorschriften hiermit auch auf den Luisenstädtischen Kanal ausgedehnt.

Die §§ 1 und 8 Absatz 1 der letztgedachten, im Stück 11 des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin vom 13. März d. J. veröffentlichten Polizei-Verordnung erhalten hiernach folgende Fassung:

§ 1. Der Betrieb der Schleppdampfschiffahrt auf dem Luisenstädtischen Kanal, sowie auf dem Landwehrkanal vorläufig auf der Strecke zwischen der Einmündung des ersteren in den Landwehrkanal und der Mündung des letzteren in die Spree bei Charlottenburg wird hiermit gestattet.

§ 8. Abs. 1. Den Dampfschleppschiffen nebst ihrem Anhang steht das Vorschleuserecht an der unteren und der an der Köpnicker Brücke belegenen Schleuse, sowie das Vorfahrtsrecht bei den Kanalbrücken zu.

Berlin, den 2. Juni 1885.

Der Polizei-Präsident.

Berliner und Charlottenburger Preise pro Mai 1885.

52. A. Engros-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

In Berlin:

| | | |
|--------------|--------------|----------------|
| für 100 Kgr. | Weizen (gut) | 18 Mark 47 Pf. |
| " | do. (mittel) | 17 " 15 " |
| " | do. (gering) | 15 " 88 " |
| " | Roggen (gut) | 14 " 90 " |
| " | do. (mittel) | 14 " 46 " |
| " | do. (gering) | 13 " 98 " |
| " | Gerste (gut) | 18 " 13 " |
| " | do. (mittel) | 15 " 46 " |

| | | | | |
|------------------------------|----|------|----|-----|
| für 100 Kgr. Gerste (gering) | 12 | Mark | 60 | Pf. |
| " " " Hafer (gut) | 16 | " | 29 | " |
| " " " do. (mittel) | 15 | " | 28 | " |
| " " " do. (gering) | 14 | " | 29 | " |
| " " " Erbsen (gut) | 20 | " | 31 | " |
| " " " do. (mittel) | 17 | " | 79 | " |
| " " " do. (gering) | 15 | " | 15 | " |
| " " " Nichtstroh | 4 | " | 32 | " |
| " " " Heu | 5 | " | 23 | " |

**B. Detail-Marktpreise
im Monats-Durchschnitt.**

1) In Berlin:

| | | | | |
|---------------------------------------|----|------|----|-----|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen | 29 | Mark | — | Pf. |
| " " " Speisebohnen (weiße) | 35 | " | 79 | " |
| " " " Linzen | 38 | " | 56 | " |
| " " " Kartoffeln | 4 | " | 95 | " |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 | " | 26 | " |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 | " | 10 | " |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 | " | 21 | " |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 | " | 25 | " |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 | " | 15 | " |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 | " | 44 | " |
| " 1 " Eßbutter | 2 | " | 30 | " |
| " 60 Stüd Eier | 2 | " | 55 | " |

2) In Charlottenburg:

| | | | | |
|---------------------------------------|----|------|----|-----|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen) | 35 | Mark | — | Pf. |
| " " " Speisebohnen (weiße) | 35 | " | — | " |
| " " " Linzen | 35 | " | — | " |
| " " " Kartoffeln | 4 | " | 75 | " |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 | " | 25 | " |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 | " | 05 | " |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 | " | 20 | " |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 | " | 20 | " |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 | " | 15 | " |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 | " | 50 | " |
| " 1 " Eßbutter | 2 | " | 16 | " |
| " 60 Stüd Eier | 2 | " | 38 | " |

**C. Ladenpreise in den letzten Tagen
des Monats Mai 1885:**

1) In Berlin:

| | | |
|----------------------------------|----|------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 | 40 | Pf. |
| " 1 " Roggenmehl N° 1 | 36 | " |
| " 1 " Gerstengraupe | 60 | " |
| " 1 " Gerstengröße | 50 | " |
| " 1 " Buchweizengröße | 50 | " |
| " 1 " Hirse | 60 | " |
| " 1 " Reis (Java) | 80 | " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 2 | Mark |
| " 1 " " (gelb in | | " |
| " 1 " gebr. Bohnen) | 3 | " |
| " 1 " Speisesalz | 20 | " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 | 80 |

2) In Charlottenburg:

| | | |
|----------------------------|----|-----|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 | 40 | Pf. |
| " 1 " Roggenmehl N° 1 | 30 | " |
| " 1 " Gerstengraupe | 50 | " |
| " 1 " Gerstengröße | 40 | " |
| " 1 " Buchweizengröße | 40 | " |

| | | |
|----------------------------------|----|------|
| für 1 Kgr. Hirse | 50 | Pf. |
| " 1 " Reis (Java) | 50 | " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 1 | Mark |
| " 1 " " (gelb in | | " |
| " 1 " gebr. Bohnen) | 3 | " |
| " 1 " Speisesalz | 20 | " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 | 60 |

Berlin, den 5. Juni 1885.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-
Post-Direktion zu Potsdam.**

Erweiterung von Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Cöpenick
Groß-Lichterfelde und Steglitz.

20. Um rechtzeitig und in zweckmäßiger Weise die Vorbereitungen zu den im Laufe dieses Jahres noch auszuführenden Erweiterungen der Stadt-Fernsprech-einrichtungen in **Potsdam, Cöpenick, Groß-Lichterfelde und Steglitz**, welche sämmtlich mit dem Berliner Fernsprechnetz verbunden sind, treffen zu können, ist es nothwendig, die Anzahl der neuen Anschlüsse, sowie die Lage der Gebäude, in welchen die Fernsprechstellen eingerichtet werden sollen, im Voraus zu kennen.

Diesjenigen Personen u., welche den Anschluß an eine der genannten Stadt-Fernsprecheinrichtungen **noch für dieses Jahr** wünschen, wollen mir die bezüglichen schriftlichen Anmeldungen **spätestens bis zum 1. Juli** zugehen lassen.

Verspätet angemeldete Anschlüsse können, sofern nicht besondere Umstände eine Ausnahme gerechtfertigt erscheinen lassen, erst mit Beginn der nächstjährigen Bauperiode ausgeführt werden.

Die einschläglichen Bedingungen werden auf Wunsch mitgetheilt werden.

Potsdam, 3. Juni 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

In Vertretung Blindow.

Einrichtung einer Postagentur.

21. Am 10. d. M. tritt in dem Orte **Schönermark** (Kreis Angermünde) eine Postagentur ohne Telegraphenbetrieb in Thätigkeit. Dem Landbestellbezirke derselben werden die Ortschaften

Biesenbrow, Dorf und Gut,
Frauenhagen, Dorf und Gut,
Grünow, Dorf und Gut,
Schönermark, Dorf und Gut,
Zietzen'sche Mühle,
Dreitenteich Mühle und
Hintere Mühle

zugeheilt werden.

Die Postverbindungen der neuen Postanstalt werden durch die Züge der Eisenbahn „Angermünde-Stettin“ hergestellt werden.

Potsdam, 3. Juni 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

In Vertretung: Blindow.



Bekanntmachungen des Königl. Oberbergamts zu Halle.

4. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Auf Grund der am 27. März 1885 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Königl. Domänenpächter Walter Brückner auf Domäne Hammer bei Liebenwalde unter dem Namen **Ortlieb** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriss mit den Buchstaben A. B. C. D. E. F. G. A. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2188993,4 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertachtundachtzig Tausend neunhundertdreißundneunzig und Vier Zehntel Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Hammer Dorf und Domäne und Liebenwalde im Kreise Niederbarnim des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.“

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerkten, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Halle a./S., den 1. Juni 1885.

Königl. Oberbergamt.

5. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Auf Grund der am 20. Februar 1885 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Königl. Domänenpächter Walter Brückner auf Domäne Hammer bei Liebenwalde unter dem Namen **Ottomar** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriss mit den Buchstaben A. B. C. D. E. A. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2189 000 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertneunundachtzig Tausend Quadratmetern umfassend, in den Gemarkungen Hammer Dorf und Domäne und Liebenwalde im Kreise Niederbarnim des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.“

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerkten, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Halle a./S., den 1. Juni 1885.

Königl. Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ausgabe von direkten Tour-Billets nach Seebad Warnemünde.

28. Vom 25. Juni bis 15. September d. J. werden bei der hiesigen Billetterpedition auf dem Stettiner

Bahnhofe direkte Tour-Billets I., II. und III. Klasse nach dem Seebade Warnemünde via Neubrandenburg-Rostock, verbunden mit direkter Gepäcksabfertigung, zur Ausgabe gelangen.

Berlin, den 2. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausgabe von Tourbillets nach Stationen der Mecklenburgischen Südbahn betreffend.

24. Vom 15. d. M. ab werden bei den Billetterpeditionen in Berlin (Stettiner Bf.), Stettin und Pasewalk direkte Personenzug-Tourbillets II. und III. Cl. sowie Billets für Hunde nach Stationen der Mecklenburgischen Südbahn via Neubrandenburg—Penzlin zur Ausgabe gelangen.

Berlin, den 5. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Beförderung von Wollsendungen nach dem diesjährigen Berliner Wollmarkt.

25. Für den diesjährigen, in der Zeit vom 19. bis 21. Juni auf dem hiesigen Viehhofe der Berliner Viehmarkt-Aktiengesellschaft abzuhaltenden Wollmarkt wird die Beförderung der Wollsendungen von den hiesigen Bahnhöfen nach diesem Viehhofe resp. in umgekehrter Richtung mittels der Berliner Ringbahn und des Geleisanschlusses der Viehmarkt-Aktiengesellschaft unter folgenden Bedingungen eintreten:

1) Die auf den hier mündenden Eisenbahnen eingehenden Wollsendungen werden über die Ringbahn nach dem Viehhofe befördert, falls die Frachtbriele die Adresse der Viehmarkt-Aktiengesellschaft tragen, an welche resp. an deren Beauftragte allein die Wollen ausgeliefert werden können.

2) Ebenso werden nur diejenigen auf dem Viehhofe zum Versand kommenden Wollen auf dem Schienenwege den betreffenden Anschlußbahnen zugeführt, welche von der Viehmarkt-Aktiengesellschaft als Versenderin ausgeliefert werden.

Tragen die ursprünglichen Frachtbriele der hier ankommenden Wollsendungen eine andere Adresse, so bleibt es dem Adressaten überlassen, nach Einigung mit der Viehmarkt-Aktiengesellschaft die Weiterbeförderung und Aushändigung der Sendungen an diese bei der hiesigen Güter-Expedition der zuführenden Bahn, an welche zunächst die Fracht bis Berlin zu zahlen ist, zu beantragen, und werden die Sendungen alsdann in gewünschter Weise mit der Ringbahn befördert werden.

3) Für die Beförderung der Wollsendungen nach und von dem Viehhofe kommen die tarifmäßigen Gebühren zur Erhebung.

Berlin, den 7. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Kleinviehtransport betreffend.

42. Mit dem 1. Juli d. J. wird die für den diesseitigen Lokalverkehr, sowie für den Verkehr mit den Stationen der Marienburg-Mlawkaer und Hinterpommerschen Bahn s. J. aus Betriebsrückständen eingeführte Bestimmung, daß zu Kleinviehtransporten nach

dem Städtischen Central-Viehhofo in Berlin in Ermäßigung eines Etagerwagens zu dem Tariffage eines solchen zwei einbödige Wagen verwendet werden können, mit der Maßgabe, daß der Frachtberechnung die durchschnittliche Flächengröße der beiden einbödigen Wagen zu Grunde gelegt wird, aufgehoben.

Versender von Kleinvieh haben auf Bestellung von Etagerwagen unter 16 qm Bodenfläche keinen Anspruch.
Bromberg, 3. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Transportbegünstigung für Thiere, landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe

43. Für diejenigen Thiere, landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthe, welche auf der am 5. und 6. d. M. in Uelzen stattfindenden Thierschau und landwirthschaftlichen Ausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Königl. Preussischen Eisenbahn-Direktionen eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hin-

transport die volle tarismäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller dagegen frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für die Hintour, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungs-Comités nachgewiesen wird, daß die Thiere und sonstigen Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb 14 Tagen nach Schluß der Ausstellung stattfindet. Bromberg, den 4. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag zum Deutschen Gütertarif.

44. Der Nachtrag V. zum Deutschen Gütertarif, welcher laut Bekanntmachung vom 11. Mai d. J. vom 15. Mai 1885 auch auf den Deutsch-Polnischen Tarif Anwendung findet, gilt soweit durch denselben Frachterhöhungen eingeführt sind, erst vom 1. Juli 1885 ab.
Bromberg, den 1. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Transportbegünstigung für Ausstellungs-Gegenstände.

45. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Gegenstände, welche auf der daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für den Hintransport die volle tarismäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller dagegen frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheines für die Hintour, sowie durch eine Bescheinigung des betreffenden Ausstellungs-Comités nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

| Nr. | Art der Ausstellung | Ort | Zeit | Die Transportbegünstigung wird gewährt für | Der Rücktransport muß erfolgen innerhalb |
|-----|---|-----------|-------------------------------|---|--|
| 1 | Thierschau und Ausstellung. | Jaklowo. | 11. Juni d. J. | Thiere, landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe. | 8 Tage |
| 2 | Ausstellung von Kraft- und Arbeitsmaschinen, sowie von Werkzeugen für das Kleingewerbe. | Nürnberg. | 15. Juli bis 1. Oktober d. J. | Gegenstände. | 14 Tage |

nach Schluß der Ausstellung.

Bromberg, den 3. Juni 1885. Königl. Eisenbahn-Direktion.

Beförderung von Wollsendungen für den diesjährigen Wollmarkt in Berlin.

46. Für den diesjährigen, in der Zeit vom 19. bis 21. Juni auf dem Viehhofo der Viehmarkt-Aktien-Gesellschaft in Berlin stattfindenden Wollmarkt übernehmen wir die Beförderung der auf den diesseitigen Bahnstrecken eintreffenden, für den Markt bestimmten Wollsendungen nach dem Viehhofo mittelst der Verbindungsbahn und des Geleisanschlusses der Viehmarkt-Aktien-Gesellschaft unter folgenden Bedingungen.

Die Frachtbrieft müssen die Adresse: „An die Berliner Viehmarkt-Aktien-Gesellschaft in Berlin“ tragen und, auch wenn die Sendung tarismäßig als Wagenladung behandelt wird, die Bezeichnung der einzelnen Ballen nach Zeichen und Nummer (insoweit es möglich, auch nach Brutto-Gewicht) enthalten. Diese spezielle Bezeichnung der Kollis kann auch auf einem

besonderen, dem Frachtbrieft anzuhängenden oder anstehenden Blatte bewirkt werden.

Der Rücktransport bezw. die Ueberführung der zum Export bestimmten Wolle findet nur dann auf dem Schienenwege statt, wenn die Viehmarkt-Aktien-Gesellschaft im Frachtbrieft als Versenderin bezeichnet ist.

Die Versendung vom Viehhofo in Francofracht und die Ueberschreibung von Nachnahmen ist ausgeschlossen.

Tragen die Frachtbrieft der in Berlin eingehenden Sendungen eine andere Adresse, als die der Viehmarkt-Aktien-Gesellschaft, so bleibt es den Adressaten überlassen, nach Einigung mit der genannten Gesellschaft die Weiterbeförderung und Aushändigung der Sendungen an dieselbe bei unserer dortigen Güter-Expedition, an welche zunächst die Fracht bis Berlin zu zahlen ist, zu beantragen. Die Sendungen werden alsdann, wenn



dem Antrage entsprochen werden kann, mit der Verbindungsbahn zur Weiterbeförderung gelangen.

Für die Beförderung der Sendungen zwischen dem Berliner Nordbahnhofe und dem Viechhofe werden außer den tarifmäßigen Gebühren bis resp. ab Nordbahnhof 4 Mark pro Achse und zwar 3 Mark als Gebühr für die Benützung des Anschlußgleises à Conto der Viechmark-Aktien-Gesellschaft und 1 Mark als Transportkosten für Rechnung der Verbindungsbahn erhoben.

Bromberg, den 4. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Der bisherige Gerichts-Referendarius Hr. v. Ledebur ist zum Regierungs-Referendarius ernannt worden.

Der Förster Schulz zu Grafenbrück ist zum Revier-Förster ernannt, und demselben die bereits bisher provisorisch von ihm verwaltete Revierförsterstelle Grafenbrück in der Oberförsterei Biesenthal vom 1. Juni d. J. ab definitiv übertragen worden.

Die erledigte Försterstelle Eiserbude in der Oberförsterei Biesenthal ist dem versorgungsberechtigten Feldwebel Ritschke zu Grafenbrück in derselben Oberförsterei, unter gleichzeitiger Ernennung zum königlichen Förster, vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Der Superintendent und bisherige Oberpfarrer zu Arnswalde Lic. Gustav Friedrich Wilhelm Kreibitz ist zum Pfarrer an der St. Bartholomäus-Kirche in Berlin bestellt worden.

Der zum Pfarrer an der hiesigen St. Bartholomäus-Kirche berufene Superintendent Lic. Gustav Friedrich Wilhelm Kreibitz aus Arnswalde ist zum Superintendenten der Diözese Berlin I. ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer Julius Eduard Friedrich Berlin in Groß-Kiesow bei Greifswald ist zum Diaconus bei der St. Elisabeth-Kirchengemeinde hieselbst, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Malchow, Diözese Berlin-Land, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Hofemann demnächst zur Erledigung.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Rinkow, Diözese Prenzlau I., kommt durch die Versetzung des Pfarrers Krüger zum 1. Juli d. J. zur Erledigung.

Die eine der beiden Predigerstellen an der Jerusalems-Kirche zu Berlin, Diözese Friedrichswerder, Magistratualischen Patronats, ist durch den Tod des Predigers Hingmann zur Erledigung gekommen.

Der bisherige Diaconus zu Baruth, Diözese Baruth, Paul Friedrich Gustav Scheele, ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Lübnitz, Diözese Pommern, bestellt worden.

Der Lehrer Gerike ist als Gemeindegemeinschafts-Lehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerinnen Stechert, Billroth, Grese, Jollet, Kaeßner, Krüger, Schultze und Violet sind als Gemeindegemeinschafts-Lehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Vakant sind resp. werden folgende Schulstellen: die Lehrerstelle zu Blossin, Inspektion Storkow, Patronats: Königl. Hofkammer; die Lehrerstelle zu Treskow, Inspektion Ruppin, Privat-Patronats; die 2te Lehrerstelle zu Staaken, Inspektion Spandau, Privat-Patronats; die Lehrer- und Küsterstelle zu Breitenfeld, Inspektion Prignitz, Privat-Patronats; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Dallmin, Inspektion Pustitz, Privat-Patronats; die 2te Lehrerstelle zu Wildberg, Inspektion Ruppin, Königl. Patronats; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Regin, Insp. Dom. Brandenburg, Privat-Patronats; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Raben, Insp. Pommern, Königl. Patronats; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Fehrbellin, Insp. gleichen Namens, Königl. Patronats.

Wiederbesetzt sind je eine Lehrerstelle an den Stadtschulen zu Kyritz, Rauen, Templin und Treuenbrietzen; die 2te Lehrerstelle zu Schmolde, Insp. Kyritz; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Seebin, Insp. Beelitz; die Lehrer- und Küsterstelle zu Wittenwalde, Insp. Templin; die 2te Lehrerstelle zu Beeg, Insp. Zehdenitz; die Lehrerstelle zu Petersdorf, Insp. Storkow.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Statemäßig angestellt sind: a. als Postverwalter der Postassistent Dumzlaß in Tegel, b. als Postassistent: der Postassistent Hartmann in Storkow.

Besetzt ist: der Ober-Telegraphenassistent Krause von Schleswig nach Brandenburg (Havel).

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschließung. |
|-----|---|--|---|---|-------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1. | Eduard Pender, Gütler und Silberarbeiter, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 22. Januar 1843 in Wien, orts-angehörig in Groß-Ronndorf, Bezirk Zweittl, Nieder-Österreich, wohnhaft zuletzt in Mainz, | Münzverbrechen (sechsjähriges Zuchthaus laut Erkenntnis vom 28. November 1878), | Großherzoglich Hessisches Kreisamt Mainz, | 2. Mai 1885. |

| 1.
Ser.
Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweises
Beschluß. |
|--|--|--|--|---|---|--|
| | 2. | 3. | | | | |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | | |
| 1 | Josef Scheuer,
Handarbeiter, | geboren am 12. März
1854 zu Komotau,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Sächsischer
Kreishauptmann-
schaft Leipzig, | 4. Apr
1885. | |
| 2 | Mois Sidar,
Schuhmacher, | circa 41 Jahre, geboren
und ortsangehörig in:
Gonodig, Bezirk Villi,
Steiermark, | Widerstand gegen die
Staatsgewalt, Sachbe-
schädigung, Landstreichen
und Betteln, | Großherzoglich Badi-
scher Landeskommissär
zu Freiburg, | 27. Mi
1885. | |
| 3 | Franz Saliaschi,
Erdarbeiter, | geboren 1855 zu Ori-
quasco, Bezirk Romag-
nano, Italien, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 24. Apr
1885. | |
| 4 | Franz Sir,
Bierbrauer, | geboren am 23. Oktober
1857 zu Chinic-Zettau,
Kreis Pilsen, Böhmen,
ebendasselbst ortsan-
gehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 25. Apr
1885. | |
| 5 | Franzisko Mazucco,
Erdarbeiter, | geboren am 4. Oktober
1851 zu Castet a vasso,
Italien, ebendasselbst
ortsang.hörig, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg, | 4. Mi
1885. | |
| 6 | Karl Kiengel,
Bäckergeselle, | geboren am 11. Juli
1867 zu Rodern, Kreis
Rappoltsweiler, Ober-
Elfaß, ortsangehörig
in St. Die, Frankreich, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 1. Mi
1885. | |
| 7 | Julie Stange,
unverehelichte, | geboren am 12. April
oder August 1865 zu
Wien, Oesterreich, eben-
dasselbst ortsangehörig, | Hehlerei, Landstreichen
und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 7. Mi
1885. | |
| 8 | Stanislaus
Kowalsky,
Zuckerbäcker, | geboren am 15. Oktober
1865 zu Plogk, Bezirk
Ploß, Russisch-Polen,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen, | derselbe, | 12. Mi
1885. | |
| 9 | Karl Haiter,
Schneidergeselle, | geboren am 20. No-
vember 1864 zu Lud-
dorf, Bezirk Hohenstedt,
Oesterreich, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 2. Apr
1885. | |
| 10 | Johann Pawlik,
Schuhmachergeselle, | geboren am 28. Januar
1857 zu Grabin, Be-
zirk Troppau, Oester-
reichisch-Schlesien,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | desgleichen, | derselbe, | 25. Apr
1885. | |
| 11 | Paul Grzesick,
Schneider und Weber, | geboren 1843 zu Mrow-
la, Bezirk Rzeszkow,
Galizien, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Schles-
wig, | 8. Mi
1885. | |

| 1. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|----|---|--|--------------------------------------|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| 12 | Franz Friedrich,
Tagelöhner, | 44 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Salz-
burg, Oesterreich, | Landstreichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Laufen, | 15. April
1885. |
| 13 | August Wenzel,
Handarbeiter, | geboren am 26. Januar
1839 zu Weigsdorf,
Bezirk Friedland, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Sächsische
Kreishauptmann-
schaft Dauen, | 17. April
1885. |
| 14 | Josef Strauß,
Handschuhmacher und
Handarbeiter, | geboren am 26. Sep-
tember 1855 zu Gabel,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | dieselbe Behörde, | 22. April
1885. |
| 15 | Josef Gonsiorowski,
Gärtner, | geboren am 19. März
1841 zu Peterko,
Rußland, | Landstreichen, Betteln und
Unfug, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 10. März
1885. |
| 16 | Samuel Haerry,
Zimmermann, | geboren am 25. Juni
1842 zu Birrwyl,
Kanton Aargau,
Schweiz, | Landstreichen, | derselbe, | 25. April
1885. |
| 17 | Jakob Ulrich
Leuenberger,
Küfer, | geboren am 3. Dezem-
ber 1843 zu Walter-
wyl, Kanton Bern,
Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 18 | Sebastian Riebiel,
Eisengießer, | geboren am 27. März
1849 zu Flachslanden,
Bezirk Mühlhausen,
Elsass, durch Option
Franzose, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 19 | Kaspar Lacher,
Müller, | geboren am 14. Juni
1866 zu Einsiedeln,
Kanton Schwyz,
Schweiz, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 29. April
1885. |
| 20 | Hirsch Levy,
Spinner, | geboren am 26. Januar
1850 zu Hartmanns-
weiler, Kreis Geb-
weiler, Elsass, durch
Option Franzose, | desgleichen, | derselbe, | 8. Mai
1885. |
| 21 | Katharine Eugen,
Dienstmagd, | geboren am 13. August
1862 zu Besort,
Luxemburg, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 12. Mai
1885. |
| 22 | Wilhelm Ritsche,
Tagearbeiter, | geboren am 14. Dezem-
ber 1844 zu Thomas-
dorf, Bezirk Frei-
waldau, Oesterreichisch-
Schlesien, ebendasselbst
ortsangehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 14. Mai
1885. |
| 23 | Josef Bartusch,
Töpfergefelle, | geboren im Dezember
1847 zu Linisch, Be-
zirk Reichenau, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen, | derselbe, | 16. Mai
1885. |

| Seri-
Nr.
1 | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisung
Beschlossen |
|-------------------|--|---|--|--|---|
| | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 24 | Die Zigeuner
(Musiker)
Katalofsky:
a. Anton,
b. Raimund,
c. Pauline,
d. Marie, | 19 Jahre,
18 Jahre,
15 Jahre,
15 Jahre,
sämmlich geboren und
ortsangehörig in Po-
lum, Bezirk Troppau,
Oesterreichisch-Schle-
sien, | Landsfreichen,
Landsfreichen und Betteln, | Königl. Preussischer
Regierungspräsi-
dent zu Breslau, | 18. Ma
1885. |
| 25 | Franz Blecha,
Müller und
Bäckergehilfe, | geboren am 18. Februar
1834 zu Reichenau,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landsfreichen, | derselbe, | desgleichen |
| 26 | Johann Swagke
(Swatschke),
Weber, | geboren am 31. August
1839 zu Neustadt,
Mähren, ebendasselbst
ortsangehörig, | Diebstahl und Betteln
im wiederholten Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 4. Mai
1885. |
| 27 | Franz Prossch,
Fleischergehilfe, | geboren am 5. März
1852 zu Krönau, Be-
zirk Trübau, Mähren,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landsfreichen und Betteln, | derselbe, | 15. Mai
1885. |
| 28 | August Kellerhals,
Schiffsheizer, | geboren am 3. Januar
1863 zu Olten, Kan-
ton Solothurn,
Schweiz, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Schles-
wig, | 18. Mai
1885. |
| 29 | Franz Pöll,
Commis, | geboren am 25. August
1866 zu Pinkafeld,
Ungarn, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landsfreichen und Füh-
rung falscher Legitima-
tionspapiere, | Stadtmagistrat Kauf-
beuren, Bayern, | 27. Mai
1885. |
| 30 | Anna Endres,
Müllersfrau, | 66 Jahre, geboren und
ortsangehörig in
Adamsfreiheit, Bezirk
Neuhauß, Böhmen, | Ruhestörung und Land-
freichen, | Stadtmagistrat Ro-
senheim, Bayern, | desgleichen |
| 31 | Jacob Schreiner,
Drehstler, | geboren 1852 zu
Braunbusch, Bezirk
Lauts, Böhmen, eben-
dasselbst ortsangehörig, | Landsfreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Kehlheim, | 9. Mai
1885. |

Die durch Beschluß des Kaiserlichen Bezirks-Präsidenten zu Metz vom 14. Februar d. J. verfi Ausweisung des Metzgerburschen Josef Lauze aus dem Reichsgebiet ist zurückgenommen worden, nachdem herausgestellt hat, daß der Genannte deutscher Reichsangehöriger ist.

(Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gays'schen Erben (G. Gays, Hof-Buchdrucker).

M t s b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 25.

Den 19. Juni

1885.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 15.) Nr 1603. Gesetz, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879. Vom 22. Mai 1885.

Nr 1604. Bekanntmachung, betreffend die Einlösung der Banknoten der Kommerzbank in Lübeck. Vom 18. Mai 1885.

(Stück 16.) Nr 1605. Gesetz, betreffend die Abänderung des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1867. Vom 27. Mai 1885.

(Stück 17.) Nr 1606. Bekanntmachung, betreffend die Redaktion des Zolltarifgesetzes. Vom 24. Mai 1885.

(Stück 18.) Nr 1607. Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1885/86. Vom 23. Mai 1885.

(Stück 19.) Nr 1608. Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung. Vom 28. Mai 1885.

(Stück 20.) Nr 1609. Gesetz, betreffend den Schutz des zur Anfertigung von Reichskassenscheinen verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmung. Vom 26. Mai 1885.

Nr 1610. Konvention zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Madagaskar. Vom 15. Mai 1883.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 20.) Nr 9061. Gesetz, betreffend Änderungen der Kirchenverfassung der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 6. Mai 1885.

Nr 9062. Gesetz über die Veräußerung und hypothekarische Belastung von Grundstücken im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts. Vom 20. Mai 1885.

(Stück 21.) Nr 9063. Gesetz, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke, Ablösung der Servituten und Theilung der Gemeinden für die Hohenzollernschen Lande. Vom 23. Mai 1885.

Nr 9064. Gesetz, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsgebiet des Rheinischen Rechts. Vom 24. Mai 1885.

Bekanntmachung.

Zur Gesetzsammlung für die Königl. Preussischen Staaten ist im Verlage des unterzeichneten Amtes ein neues Hauptregister erschienen, welches die Jahrgänge von 1806 bis einschließlich 1883 gemeinsam umfaßt. Dasselbe wird auf vorherige Bestellung

zum Preise von M. 6,25 für das Exemplar ohne jede Nebenkosten durch die Postanstalten innerhalb des Deutschen Reichs-Postgebiets geliefert werden.

Berlin W., 13. Juni 1885.

Königl. Gesetzsammlungs-Amt.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Verbot eines Flugblattes.

144. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das am 10. d. M. in Rathenow, Kreis Westhavelland, verbreitete, von G. Kresse in Rathenow verlegte und in Form eines Plakats von J. H. B. Diez in Hamburg gedruckte Flugblatt, welches die Ueberschrift „An die Bürger Rathenows!“ führt, mit den Worten „Bürger von Rathenow!“ beginnt und die Unterschrift „Die strickenden Maurer und Zimmerer Rathenows“ trägt, nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist
Potsdam, den 12. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verbote von Vereinen und Druckschriften.

145. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 sind ferner folgende Bekanntmachungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht worden, welche hierdurch zur Kenntniß gebracht werden.
Potsdam, den 13. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

* * *
Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie ist die Probenummer der periodischen Druckschrift „Kleine Zeitung“, datirt Mainz, den 17. Mai 1885, Druck und Verlag von E. Ulrich in Offenbach, verantwortlicher Redakteur Franz Jöst in Mainz, sowie das fernere Erscheinen des genannten Blattes durch die unterzeichnete Landes-Polizeibehörde unter dem Heutigen verboten worden.

Mainz, den 22. Mai 1885.

Großherzogl. Hessisches Kreisamt Mainz.

Rückler.

* * *
Die von dem Großherzoglichen Bezirksamt Mannheim unterm 2. Juni d. J. mit Beschlag belegte Druckschrift, betitelt: „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“

lands, gegründet zu Gera im Dezember 1884. Abrechnung der Hauptkasse für das 1. Quartal 1885. Mannheim, Verlag von Wilhelm Hänsler 1885", gedruckt in der Dr. Haas'schen Buchdruckerei dahier, wird wegen des dem Kassenerichte beigelegten Aufrufes, beginnend mit den Worten: „Mit Vorbehaltendem veröffentlichten wir die Abrechnung für das 1. Quartal“, und schließend mit den Worten: „Der Ausschuss der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“, auf den Grund der §§ 11 und 12 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie verboten.

Mannheim, den 3. Juni 1885.

Der Großherzog. Badische Landeskommissär
für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach.
Frech.

Die unterzeichnete Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft hat auf Grund von § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 die Druckschrift: „Sozialdemokratische Lieder und Deklamationen. Siebente vermehrte und verbesserte Auflage. Zürich. Verlag der Volksbuchhandlung. 1883. Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich“ verboten.

Dresden, am 4. Juni 1885.

Königl. Sächsische Kreishauptmannschaft.
von Koppensfeld.

Die Entrichtung des Bräutenaufzugsgeldes betreffend.

146. Das an die Bräutewärter zu zahlende Aufzugsgeld ist diesen Beamten richtig abgezahlt einzuhändigen.

Potsdam, den 10. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

147. Die Räude unter den Pferden des Fuhrherrn Krafft zu Nixdorf und bei dem Pferde des Schlächtermeisters Becker zu Budow im Kreise Teltow ist erloschen.

Die Lungenseuche herrscht unter den Rindviehbeständen der Güter Falkenberg und Bürtnerseide im Kreise Niederbarnim.

Potsdam, den 10. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirks-Ausschüsse.

Die Ferien des Bezirks-Ausschusses zu Potsdam betreffend.

2. Die Ferien des Bezirks-Ausschusses beginnen nach § 5 des Regulativs zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Bezirks-Ausschüssen vom 28. Februar 1884 mit dem 21. Juli d. J. und dauern bis zum 1. September d. J.

Dies wird hierdurch mit dem Eröffnen bekannt gemacht, daß schleunige Gesuche als solche zu begründen und als

„Feriensache“

zu bezeichnen sind.

Die Herren Landräthe werden ergebenst ersucht,

für die Weiterverbreitung dieser Bekanntmachung gefälligst Sorge tragen zu wollen.

Potsdam, den 8. Juni 1885.

Namens des Bezirks-Ausschusses der Vorsigende.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Erweiterung von Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Cöpenick, Groß-Lichterfelde und Steglitz.

22. Um rechtzeitig und in zweckmäßiger Weise die Vorbereitungen zu den im Laufe dieses Jahres noch auszuführenden Erweiterungen der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Cöpenick, Groß-Lichterfelde und Steglitz, welche sämmtlich mit dem Berliner Fernsprechnetz verbunden sind, treffen zu können, ist es nothwendig, die Anzahl der neuen Anschlüsse, sowie die Lage der Gebäude, in welchen die Fernsprecheinrichtungen eingerichtet werden sollen, im Voraus zu kennen.

Diesem Personen etc., welche den Anschluß an eine der genannten Stadt-Fernsprecheinrichtungen noch für dieses Jahr wünschen, wollen mir die bezüglichen schriftlichen Anmeldungen spätestens bis zum 1. Juli zugehen lassen.

Verspätet angemeldete Anschlüsse können, sofern nicht besondere Umstände eine Ausnahme gerechtfertigt erscheinen lassen, erst mit Beginn der nächstjährigen Bauperiode ausgeführt werden.

Die einschläglichen Bedingungen werden auf Wunsch mitgetheilt werden.

Potsdam, 3. Juni 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

In Vertretung Blindow.

Errichtung einer Telegraphenanstalt betreffend.

23. In Mühlenbeck (Bz. Potsdam) wird am 15. d. M. eine Reichs-Telegraphenanstalt in Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 14. Juni 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

In Vertretung Blindow.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Die Einlösung der am 1. Juli 1885 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschuldverschreibungen.

13. Die am 1. Juli 1885 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschuldverschreibungen, der Aktien und Obligationen der Niederschlesisch-Märkischen, sowie der Obligationen der Münster-Hammer und der Taunus-Eisenbahn werden bei der Staatsschulden-Zilgungskasse — Taubenstraße Nr. 29 hierselbst — bei der Reichsbank-Hauptkasse, bei den schon früher zur Zinszahlung benutzten Kassen und bei den in unserer Bekanntmachung vom 16. Mai 1883 bezeichneten Reichsbankanstalten vom 24. d. M. ab in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingelöst. Die Staatsschulden-Zilgungskasse ist für die Zinszahlungen werktäglich mit Auschluss des vorletzten Tages in jedem Monat von 9 bis 1 Uhr und am letzten Tage im Monat von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die Zinscheine sind, nach den einzelnen Schulden

gattungen und Werthabschnitten geordnet, den Einlösungsstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die **Stückzahl** und den **Betrag** für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der Zinsen für die in das **Staats-Schuldbuch** eingetragenen Forderungen nehmen wir auf den Artikel 8 der Ausführungsbestimmungen des Herrn Finanz-Ministers vom 22. Juni v. J. — N^o 154 des Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeigers für 1884 — mit dem Bemerkten Bezug, daß die **Zufendung** dieser Zinsen, soweit sie am 1. Juli fällig, mittels der Post, sowie ihre Gutschrift auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem 17. Juni und 8. Juli erfolgt; die **Baarzahlung** aber bei der Staatsschulden-Eilungskasse am 17. Juni, bei den Regierungs- und Bezirkshauptkassen am 24. Juni und bei den mit der Annahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen am 1. Juli beginnt.

Die Inhaber der vierprozentigen und viereinhalbprozentigen Preussischen Konsols, welche von der Einrichtung des Staatsschuldbuchs Gebrauch machen wollen, ersuchen wir, von den durch uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“ Kenntniß zu nehmen, welche durch jede Buchhandlung

für 25 Pfennig oder von dem Verleger J. Guttentag (D. Collin) in Berlin per Post für 30 Pfennig franko bezogen werden können. Es sind darin außer dem Gesetz vom 20. Juli 1883 über das Staatsschuldbuch die oben erwähnten Ausführungsbestimmungen, der Gebühren-Tarif, eine Mittheilung über Zweck und Bedeutung der Einrichtung, sowie unsere Bekanntmachung vom 8. Juli v. J. über die zur Eintragung erforderlichen Anträge u. s. w. abgedruckt.

Berlin, den 11. Juni 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Den Nachtrag VI. zum Deutschen Eisenbahn-Güter-Tarif betreffend.

47. Der Nachtrag VI. zum Deutschen Eisenbahn-Güter-Tarif Theil I. findet vom 15. Juni 1885 und soweit durch denselben Frachterschwernisse publicirt sind, vom 1. August 1885 auch auf den **Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verband** Anwendung. Derselbe enthält Abänderungen und Ergänzungen des § 48 und der Anlage D., sowie des § 50 des Betriebs-Reglements.

Bromberg, den 7. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen des Landes-Direktors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

11. Die Brandenburgische Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt hat in dem Etatsjahre 1884/85 an Wittwen- und Waisengeld-Beiträgen 56237 M. 94 Pf., an Zinsen von den Beständen des laufenden Fonds 780 M. 50 Pf.,

zusammen 57018 M. 44 Pf.

vereinnahmt und an Wittwen- und Waisengeldern 2294 M. 33 Pf.

gezahlt, so daß 54724 M. 11 Pf.

als Ueberschuß dem Eisernen Fonds zu überweisen waren.

Dieser betrug am 31. März v. J. 319155 M. 38 Pf.

und vereinnahmte im Etatsjahre 1884/85 an Zinsen von seinen Beständen 12662 M. 10 Pf.

und an Einkaufsgeld 3879 M. 69 Pf.

und erreichte, somit am 31. März 1885 eine Höhe von 390421 M. 28 Pf.

Verausgabt sind für den Ankauf von Werthpapieren über 354900 M. 360691 M. 80 Pf.,

so daß ein Bestand verblieben ist von 29729 M. 48 Pf.,

der inzwischen gleichfalls in Werthpapieren angelegt ist.

Die Werthpapiere des Fonds sind

317900 M. 4 % Landschaftliche Centralpfandbriefe,

37000 M. 4 % Preussische konsolidirte Staatsanleihe.

Dies wird gemäß § 27 des Reglements der Anstalt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 1. Juni 1885.

Der Landes-Direktor der Provinz Brandenburg

von Levetzow.

Personal-Chronik.

Dem Dr. philos. Karl Lorenz zu Friedenau ist die Erlaubniß zur Anlegung resp. Fortführung einer höheren Privat-Knabenschule zu Friedenau mit dem Zwecke und Ziele der Vorbereitung von Knaben für die unteren Klassen höherer Lehranstalten ertheilt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Friedrichsvalde, Diözese Templin, Burghard Ottomar Theodor August Köhler, ist zum Diaconus zu Friesack und zum Pfarrer bei den

Evangelischen Gemeinden zu Biegnitz und Warsow, Diözese Rathenow, bestellt worden.

Umpfarrung.

Der Gutsbezirk Adlig Neu-Reetz wird im Einverständnisse aller Betheiligten aus der Kirchengemeinde Alt-Reetz, Parochie und Diözese Briezen a./D., ausgekircht beziehungsweise ausgepfarrt und in die Kirchengemeinde und Parochie Neu-Lüstrinchen, Diözese Königsberg Amf. I., eingekircht beziehungsweise eingepfarrt.

Das unter königlichem Patronat stehende mit der Pfarrstelle zu Buchholz verbundene Diakonat zu Alt-Landsberg, Diözese Strausberg, kommt nebst der zuletzt mit diesen Stellen vereinigt gewesenen Superintendentur der Diözese Strausberg durch die nach neuem Rechte erfolgende Emeritierung des Diakonus und Superintendenten Deegener zum 1. Oktober 1885 zur Erledigung. Die Wiederbesetzung erfolgt im vorliegenden Falle durch das Kirchenregiment.

Der bisherige wissenschaftliche Hilfslehrer am Gymnasium in Charlottenburg, Dr. Kunert, ist als ordentlicher Lehrer am Gymnasium in Spandau angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Mai sind:

angestellt: als Postsekretäre die Postpraktikanten Jürgens, Krause, Seltam, Winkel, als Telegraphen-Assistent der Telegraphen-Anwärter Schüler-Baudesson,

ernannt: zum Ober-Postsekretär der Postsekretär Buschberg,

versetzt: der Postsekretär F. L. Meyer von Berlin nach Terespol,

in den Ruhestand getreten: der Ober-Telegraphen-Assistent E. B. Schubert,

gestorben: der Postdirektor Tied.

Vermischte Nachrichten.

Ortsbenennung.

Dem auf der Feldmark des Dorfes Münchhofe, Kreis Niederbarnim, 925 m nordwestlich von der Dorflage, 600 m südlich vom Dorfe Dahlwig, 167 m östlich vom Dahlwiger Fließ, unweit des Münchhofe-Dahlwiger Weges entstandenen, zur Zeit aus drei Stellen bestehenden Anbau (auf den Karten als „Trainir-Anstalt“ bezeichnet) ist der Name „**Münchshof**“ beigelegt worden. Potsdam, den 15. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Polizei-Verordnung.

betreffend das Verbot des Betretens der Schießstände des Garde-Schützen-Bataillons im Grunewald.

Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und § 62 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 wird unter Zustimmung des Amtsausschusses des Amtsbezirks Spandauer Forst die nachstehende Polizei-Straf-Verordnung veröffentlicht:

Das Betreten der im Jag. 82 (Jag. 5 und 6 neuer Einteilung) belegenen mit einem Drahtzaun eingegrenzten Schießstände des königl. Garde-Schützen-Bataillons Seitens Unbefugter ist bei einer Geldstrafe von 3 Mark bis 20 Mark, welcher im Unvermögensfalle eine verhältnismäßige Gefängnisstrafe substituiert werden kann, untersagt.

Forstb. Grunewald, den 4. Juni 1885.

Der Amtsvorsteher von Schleinitz.

Polizei-Reglement,

betreffend den Betrieb des

Droschken-Fuhrgewerbes in Charlottenburg.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. 3. 50 (G.-S. S. 265), sowie der §§ 143 und 144 des Ges. über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 83 (G.-S. S. 232) und auf Grund der §§ 37 und 76 der Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. 6. 69 (Bundesgesetzblatt S. 245) verordnet die kgl. Polizei-Direktion in Uebereinstimmung mit dem Magistrat für den Polizeibezirk von Charlottenburg, was folgt:

§ 1. Wer auf öffentlichen Straßen und Plätzen, Droschken zu Jedermanns Gebrauch in Betrieb setzen will, bedarf hierzu einer auf seine Person lautenden Konzession der kgl. Polizei-Direktion und für jeden einzelnen in Betrieb zu setzenden Wagen eines von derselben zu ertheilenden Erlaubniß-Scheines, welcher die dem Wagen zugetheilte Nummer erhält, und welcher bei jeder Revision der Droschke abgestempelt wird.

Die in Gemäß des Reglements d. d. Berlin, 20. 1. 1873 für Berlin ertheilten Konzessionen und Erlaubnißscheine haben auch für den hiesigen Polizeibezirk Geltung und finden auf die betreffenden Konzessionäre und Droschkenführer die Bestimmungen des gedachten Reglements auch im hiesigen Polizeibezirk entsprechende Anwendung.

Beschaffenheit der Wagen.

§ 2. Die Wagen müssen von gefälliger Form, dauerhaft und bequem gebaut, sauber lackirt, anständig ausgeschlagen sein und stets in einem vorschriftsmäßigen, wie auch reinlichen Zustande erhalten werden. Die Wagen müssen nach folgenden Maßen gebaut sein:

- 1) Höhe der Wagen.
 - a. vom Erdboden bis zum Austritt . . . 0,31 Mtr.
 - b. vom Austritt bis oberen Theil der Schwelle . . . 0,26 Mtr.
 - c. vom Fußboden der Wagen bis zur Sitzschwinge . . . 0,31 Mtr.
 - d. von der Sitzschwinge bis zur Decke . . . 1,20 Mtr.
 - e. Höhe der Thür von der Schwelle bis zur Fensterflange . . . 1,25 Mtr.
- 2) Äußere Breite der Wagen, über den Sitzen von Armlehne zu Armlehne . . . 1,25 Mtr.
- 3) Länge der Wagen,
 - a. äußere hintere Armlehne . . . 0,60 Mtr.
 - b. äußere vordere Armlehne . . . 0,36 Mtr.
 - c. von Sitzschwinge zu Sitzschwinge . . . 0,52 Mtr.
 - d. Breite der Thüröffnung . . . 0,55 Mtr.
 - e. Diagonal-Entfernung der Sitzschwingen nach dem gegenüberliegenden Fußboden . . . 0,63 Mtr.

Es können die vorhandenen Droschken auch mit Schmierachsen, noch für die Dauer zweier Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Reglements in Betrieb bleiben, zu dieser Frist aber müssen die zur Zeit noch belassenen



Droschken außer Dienst gestellt werden. Neu einzustellende Droschken müssen in Patentachsen gehen, auf Federn ruhen oder in Federn hängen und ganz oder halb verdeckt sein.

Thüren und Fenster, sowie das Verdeck müssen sicher schließen. Zu den Fenstern darf nur geschliffenes oder Doppelglas verwendet werden. Falls die Wagenthüren nach der Zugseite aufschlagen, müssen die Wagen mit Kothflügeln versehen, und zur Verständigung zwischen Fahrgast und Kutscher zweckentsprechende Vorrichtungen vorhanden sein.

Der Fußboden muß mit einer reinlichen Fußdecke belegt sein. Im Winter müssen die Auftritte der Wagen mit einem die Glätte beseitigenden Stoffe umwickelt sein.

In jeder Droschke muß am Rückfuge ein nach Vorschrift der Polizei-Direktion ausgefertigter, mit der betreffenden Droschken-Nummer versehener, amtlich beglaubigter Tarif angebracht sein, welcher sich stets in einem guten und leserlichen Zustande befinden muß.

§ 3. Es wird nur eine Gattung von Fuhrwerken als Droschken für den öffentlichen Fuhrbetrieb zugelassen, welche im Bau, in der Ausstattung, sowie in der Bespannung den Droschken I. Klasse in Berlin gleichkommt.

Bei Schlittenbahn dürfen statt der Wagen, Schlitten in Betrieb gesetzt werden, auf welche die für die Wagen gegebenen Bestimmungen Anwendung finden.

Zu jedem Schlitten ist eine warme, anständige, farbige Decke zu liefern.

Die Gespanne der Schlitten müssen mit helltönendem, auf dem Kammedeckel anzuschraubenden Geläute von mindestens 3 Glocken versehen sein. Anstatt des Geläutes Gurte mit Schellen über den Rücken des Pferdes zu legen, ist nur statthaft, wenn sie auf jeder Seite mindestens mit zehn Schellen versehen sind.

§ 4. Jede Droschke ist mit zwei hellleuchtenden Wagenlaternen, deren Scheiben im Lichte mindestens 14 Ctm. hoch und 13 Ctm. breit sind, zu versehen.

Die Laternen erhalten Scheiben von grünem Glase, auf deren Seitenflächen die dem Wagen zugetheilte Nummer weiß eingeschiffen sein muß.

§ 5. Keine Droschke darf früher in Betrieb gestellt werden, bevor sie von der Polizei-Direktion geprüft, mit der ihr zugetheilten Nummer versehen und der Erlaubnißschein (§ 1) für dieselbe ausgefertigt ist.

Die dem Wagen zugetheilte Nummer ist am hinteren Theil des Wagenkastens und zu beiden Seiten des Bodens in schwarzer Farbe in rothem Felde und in einer Höhe von 8 Ctm. anzubringen.

§ 6. Jed. als brauchbar befundene Droschke wird mit dem Prüfungstempel versehen. Der Prüfungstempel besteht aus einem Farbensiegel mit heraldischem Adler und der Umschrift „Königliche Polizei-Direktion“, welcher auf den Nummern am hinteren Theil des Wagens angebracht und in einer alljährlich wechselnden Farbe erneuert wird.

Die Stempel, sowie die Wagen-Nummern dürfen

weder eigenmächtig entfernt, noch verändert, noch verdeckt werden.

Beschaffenheit der Pferde.

§ 7. Die Pferde müssen kräftig, zum Dienst geschickt, von schädlichen Fehlern frei sein, sich in gutem Futterzustande befinden, ein lebhaftes Gangwerk haben und gut und sicher eingefahren sein.

Als schädliche Fehler sind besonders anzusehen: alle ansteckenden Krankheiten, Lahmheit, Struppirtigkeit, offene Wunden, Koller, Stetigsein, Blindheit auf einem oder auf beiden Augen, ekelerregender Ausschlag u. s. w.

Ueber die Brauchbarkeit eines Pferdes entscheidet die königliche Polizei-Direktion.

Beschaffenheit der Geschirre.

§ 8. Die Geschirre müssen dauerhaft, von gutem Ansehen, völlig unversehrt sein und stets in einem reinlichen, geschwänzten Zustande erhalten werden.

Für die Bespannung der Droschken sind Rummgeschirre und Sielengeschirre mit Sattel-Kamm-Deckel (Silleis) Umlauf (Hinterzeug) und Randare, Hebe- oder Knebeltrense zulässig.

Zum Zudecken der Pferde auf den Halteplätzen dürfen nur reinliche, nicht zerrissene oder auffällig gefärbte Decken benutzt werden; im Betrieb sind dagegen je nach der Witterung Lederdecken oder eingefasste Decken von farbigem, wollenem Stoffe zulässig.

Anzug der Kutscher.

§ 9. Während des Dienstes auf öffentlichen Straßen und Plätzen haben die Kutscher einen von der königl. Polizei-Direktion noch vorzuschreibenden und öffentlich bekannt zu machenden, konformen Anzug zu tragen und haben stets in dem vorgeschriebenen Anzuge in reinlichem und ordentlichem Zustande zu erscheinen.

Außerdienststellung der Droschken.

§ 10. Droschken, deren Ausstattung, Bespannung und Beschirrung sich nicht in der vorstehend angeordneten Beschaffenheit befinden, oder deren Kutscher nicht in dem vorgeschriebenen Anzuge in gutem Zustande bekleidet sind, werden durch die königl. Polizei-Direktion außer Dienst gestellt.

Die Außerdienststellung kann erfolgen:

- a. für immer,
- b. auf Zeit.

Die Außerdienststellung der Droschken für immer erfolgt durch Entfernung des Prüfungstempels, Abnahme des Tarifs (§ 2) und Einziehung des Erlaubnißscheins (§§ 1 und 5).

Die Außerdienststellung auf Zeit durch Abnahme des Tarifs.

Die Außerdienststellung von Pferden und Geschirren geschieht durch schriftliche Verfügung der königl. Polizei-Direktion.

Koncessionare, welche Fuhrwerke aus dem Betriebe zurückziehen wollen, haben solche zuvor, behufs Entfernung der Stempel der königl. Polizei-Direktion vorzustellen und an dieselbe gleichzeitig den Erlaubnißschein und den Tarif abzuliefern.

Wagen, welche 3 Monate lang nicht in Betrieb

gekommen sind, werden in den Registern gestrichen, die bezügl. Erlaubnißscheine eingezogen und die Wagennummern anderen Verwerbern überwiesen.

Pflichten der Konzeßionare.

§ 11. Der Konzeßionar ist verpflichtet, von jeder Veränderung seiner Wohnung, der Stallung der Pferde und des Orts, wo die Wagen untergebracht sind, der Königl. Polizei-Direktion binnen 24 Stunden Anzeige zu machen.

§ 12. Die Konzeßionare dürfen sich nur solcher Kutscher zum Fahren der Droschken bedienen, welche mit dem polizeilichen, auf den Namen des Inhabers lautenden Erlaubnißscheine hierzu (Fahrscheine) nebst Legitimationschild (§§ 18 bis 21) versehen sind. Dieselben dürfen insbesondere solche Kutscher nicht verwenden, deren Legitimationschild durch polizeiliche Bekanntmachung für ungültig erklärt oder für das laufende Kalenderjahr nicht abgestempelt ist.

Konzeßionare, welche ihre Droschken selbst fahren wollen, müssen den an die Droschkenkutscher gestellten Anforderungen genügen und sind allen in diesem Reglement, bezüglich der Droschkenkutscher, enthaltenen Bestimmungen unterworfen.

§ 13. Der Konzeßionar ist dafür verantwortlich, daß seine Fuhrwerke und Pferde den Vorschriften dieses Reglements entsprechen, daß die Droschken wohl gereinigt ausfahren, daß der Tarif im Wagen angebracht ist, sowie, daß die Kutscher mit einer ausreichenden Zahl von Fahrmarken (§ 46) und mit den sonstigen in § 23 bezeichneten Gegenständen versehen sind.

§ 14. Jeder Konzeßionar ist verpflichtet, über sein Personal und Betriebsmaterial nach Anleitung der von der Königl. Polizei-Direktion vorzuschreibenden Formulare Nachweisungslisten zu führen.

Dieselben müssen in Hesten gebunden, durchweg mit Seitenzahl versehen und deutlich und leserlich geschrieben sein.

Die Richtigkeit der in denselben enthaltenen Angaben hat der Konzeßionar zu vertreten.

Die betreffenden Heste müssen nach deren Schluß mindestens ein Jahr aufbewahrt und den Polizei-Beamten auf Verlangen jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden.

§ 15. Die Konzeßionare sind bis auf Weiteres verpflichtet, monatlich mindestens 4 Mal ihre Droschken in der Zeit vom 1. April bis 30. September entweder von 11 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens, oder von 7 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends, und in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März entweder von 11 Uhr Abends bis 8 Uhr Morgens, oder von 8 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends nach Maßgabe der in der Liste der Halteplätze (§ 28) deshalb getroffenen Bestimmungen in Betrieb zu setzen und zu erhalten.

§ 16. Der Konzeßionar ist verpflichtet, der Königl. Polizei-Direktion auf Verlangen sein gesamtes Leibes, wie todt's Material jederzeit vorzustellen, den an ihn ergangenen polizeilichen Vorladungen oder einer durch das „Neue Intelligenzblatt“ zur Vorstellung des

Materials erlassenen Aufforderung, **pünktlich** nach kommen, und die an sein Fahrpersonal ergangenen Vorladungen demselben einzuhändigen.

§ 17. Werden Vorherbestellungen auf Droschken zu Frühfahrten, welche vor 8 Uhr Morgens ausgeführt sind, bei dem Konzeßionar gemacht, so müssen solche, falls sie angenommen, **pünktlich** ausgeführt werden.

Qualifikation und Pflichten der Kutscher im Allgemeinen.

§ 18. Die Führung einer Droschke als Kutscher darf nur derjenige übernehmen, welchem die in § 12 erwähnten polizeilichen Fahrlegitimationen, nämlich Fahrschein und Legitimationschild, erteilt sind.

Zur Erlangung sind unbedingt erforderlich:

Das Alter von 18 Jahren, der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte, körperliche Tüchtigkeit, der Nachweis ausreichender Kenntniß im Fahren, in der Wartung und Pflege der Pferde. Kenntniß der Bestimmungen dieses Reglements, wie der Bestimmungen über den Fahrverkehr im Allgemeinen, ausreichende **Pollaskant** auch in Berlin und der Nachweis eines Dienstes in einem Konzeßionar.

Personen, welche diesen Bestimmungen zwar entsprechen, aber zum Trunke oder zu Erressen neigen, wegen Verbrechen und Vergehen wider das Eigenthum oder die Sittlichkeit, oder das Leben, oder wiederholt wegen Körperverletzung bestraft sind, kann die Ertheilung der Fahr-Legitimation versagt werden.

§ 19. Das Legitimationschild (§ 18) trägt die Nummer des Fahrscheins und den Stempel der Königl. Polizei-Direktion und ist am Hute stets sichtbar zu tragen.

§ 20. Fahrschein und Legitimationschild dürfen nur von denjenigen Personen benutzt werden, für welche dieselben von der Königl. Polizei-Direktion erteilt sind und dürfen anderen Personen nicht überlassen werden.

Für ungültig erklärte Fahrscheine und Legitimationschilder dürfen nicht benutzt, sondern müssen der Königl. Polizei-Direktion sofort zurückgeliefert werden.

§ 21. Kutscher, welche den in Vorstehendem (§ 18) gestellten Anforderungen nicht genügen, insbesondere solchen, welche Vorbestrafungen wegen der in § 18 aufgeführten Verbrechen und Vergehen erleiden, oder sich dem Trunke ergeben, oder zu begründeten Beschwerden des Publikums wegen Unhöflichkeit, unangemessenen Benehmens, oder Ueberforderung Veranlassung geben, oder sonst den Vorschriften dieses Reglements, oder sonstigen polizeilichen Bestimmungen wiederholt zuwiderhandeln, wird neben der sonst anzuwendenden Strafe der Fahrschein und das Legitimationschild wieder entzogen.

§ 22. Jeder Kutscher hat während seines Dienstverhältnisses der Königl. Polizei-Direktion, wie auch dem Konzeßionar, in dessen Dienst er steht, jede Veränderung seiner Wohnung, sowie der Ersteren den Dienstwechsel innerhalb 24 Stunden anzuzeigen.

Ebenso ist jeder Kutscher verpflichtet, bei an ihn

ergangenen polizeilichen Vorladungen pünktlich nachzukommen.

Scheiden die Kutscher aus dem öffentlichen Fuhrwesen aus, so haben sie das Schild und den Fahrchein binnen 24 Stunden an die Königl. Polizei-Direktion abzuliefern.

§ 23. Jeder Kutscher ist verpflichtet, während er die Droschke führt, ein Exemplar dieses Reglements, einen amtlich beglaubigten Wegemesser für Berlin und einen ebensolchen für die Umgebung von Berlin (in der jeweilig neußen, von dem Polizei-Präsidium zu Berlin veranstalteten Ausgabe), ferner ein Exemplar der Liste der Droschken-Halteplätze, eine ausreichende Anzahl Fahrmarken (sfr. § 46), eine Blechmarke mit eingeschlagener Wagennummer und eine richtig gehende Taschenuhr bei sich zu führen, auch gehalten, diese Gegenstände, sowie den Fahrchein den Polizei-Beamten jederzeit zur Prüfung einzuhändigen. Reglement, Droschken-Wegemesser, Fahrchein, Fahrmarken, Blechmarke und Halteplatzliste sind in einer um den Leib zu tragenden Ledertasche aufzubewahren.

§ 24. Die Kutscher sind verpflichtet, sich im Dienste stets nützlich zu erhalten, sich eines ruhigen und höflichen Betragens gegen das Publikum, insbesondere gegen die Fahrgäste zu befleißigen und diesen auf Verlangen das Reglement, sowie den amtlich beglaubigten Droschken-Wegemesser zur näheren Begründung des Fahrpreises vorzulegen. Auf Verlangen des Fahrgastes ist der Kutscher verpflichtet, unentgeltlich beim Ein- und Aussteigen die Thür zu öffnen und zu schließen, sowohl vor dem Beginn der Fahrt, wie während derselben das Dach des Wagens auf- resp. niederzuschlagen und die Fenster zu öffnen und resp. zu schließen.

Endlich ist der Kutscher verpflichtet, soweit dies mit der ihm obliegenden Leitung und Beaufsichtigung des Fuhrwerkes zu verbinden ist, dem Fahrgast beim Auslegen und Abnehmen des Gepäcks hülfreiche Hand zu leisten.

§ 25. Kein Kutscher darf mit seinem Gefährt auf einem Halteplatz Aufstellung nehmen, oder sonst im Betriebe verbleiben, falls dasselbe in einen reglementswidrigen Zustand gekommen sein sollte; der Kutscher ist vielmehr in solchem Falle gehalten, wenn sich die Mängel nicht sofort beseitigen lassen, auf dem nächsten Wege nach Hause zu fahren.

§ 26. Kein Kutscher darf, sobald er mit seinem Gefährt auf einem Halteplatz Aufstellung genommen hat, eine Fahrt verweigern, muß vielmehr solche sofort und unweigerlich leisten. Außerhalb der Halteplätze darf kein Kutscher in den Straßen halten, wenn er nicht den Nachweis führen kann, daß er bestellt ist, und muß derselbe in diesem Falle auf dem Bode verbleiben.

Verhalten auf den Halteplätzen.

§ 27. Diejenigen Plätze, auf denen die Droschken unbestellt, um Fahrgäste zu erwarten, auffahren dürfen, werden von der Polizei-Direktion bestimmt.

Eine Liste dieser Halteplätze wird durch das „Neue Intelligenz-Blatt“ bekannt gemacht und jede Abänderung

in derselben auf gleiche Weise zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

§ 28. In dieser Liste wird für jeden Halteplatz die Anzahl der Droschken bestimmt werden, welche auf denselben auffahren dürfen, sowie die Art, in welcher die Aufstellung gestattet ist, ob hintereinander oder nebeneinander u. s. w.

In den Monaten vom 1. April bis 30. September ist in der Zeit von 11 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens und in den Monaten vom 1. Oktober bis 31. März in der Zeit von 11 Uhr Abends bis 8 Uhr Morgens den Droschken gestattet, auf anderen Stellen, als den bestimmten Halteplätzen, soviel es mit der öffentlichen Ordnung vereinbar ist, sich aufzustellen.

Die sämtlichen in den Halteplatz-Listen enthaltenen Vorschriften sind als Bestimmungen dieses Reglements anzusehen. (§§ 15, 27 und 32.)

§ 29. Kein Kutscher darf mit unbefestigter Droschke in den Monaten vom 1. April bis 30. September in der Zeit von 7 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends und in den Monaten vom 1. Oktober bis 31. März in der Zeit von 8 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends bei einem Halteplatz vorüberfahren, auf welchem noch nicht die festgesetzte Anzahl der Droschken aufgefahren ist, sondern muß auf dem noch nicht vollbesetzten Halteplatz auffahren.

§ 30. Auf den Halteplätzen, auf welchen die Wagen nach der Halteplatz-Liste hintereinander aufzufahren haben, muß dies in der Weise bewirkt werden, daß jedes Fuhrwerk augenblicklich und ohne Hinderniß aus der Reihe biegen und wegfahren kann.

Da wo Stein-Brücken den Weg zwischen dem Straßenbamm und dem Bürgersteig vermitteln, muß stets ausreichend Raum zur Durchfahrt oder Anfahrt eines Fuhrwerks offen gelassen werden; in gleicher Weise sind auch die Einfahrten zu den Häusern frei zu halten.

Im Uebrigen hat sich jede später hinzukommende Droschke der letzten in der Reihenfolge unmittelbar anzuschließen und, sobald eine vorstehende Droschke abfährt, in den frei gewordenen Raum sofort hineinzurücken.

Bei einer Aufstellung der Droschken nebeneinander ist zwischen jeder Droschke ein Zwischenraum von 1 Mtr. zu lassen und ist der rechte Flügel, als der Anfang der Reihe zu betrachten.

Das Füttern und Tränken der Droschken-Bespannung.

§ 31. Nur auf den Halteplätzen darf die Bespannung der Droschken während der Betriebszeit gefüttert und getränkt werden. Das Füttern darf jedoch nur mittelst umgehängten Futterbeutels oder Gefäßes geschehen.

Diese Beutel oder Gefäße, sowie alle Futtergeräthschaften sind während des Nichtgebrauchs und während der Fahrt unterm Kutscherfß derart unterzubringen, daß sie nicht sichtbar sind.

Im Uebrigen darf, so lange das Gefährt im

Betriebe ist, weder die Verspannung abgeschirrt, noch der Wagen in einen Zustand versetzt werden, der seinen augenblicklichen Gebrauch verhindert.

§ 32. Während des Verweilens der Droschken auf den Halteplätzen ist den Kutschern das Zusammen-treten auf den Bürgersteigen und der Aufenthalt im Innern, sowie das Verlassen der Droschken verboten, soweit nicht in letzterer Hinsicht Ausnahmen in der Halteplatz-Liste (§§ 27 und 28) gestattet werden.

§ 33. Der Kutscher ist nicht verpflichtet in eine zweisitzige Droschke mehr als zwei, in eine viersitzige mehr als vier erwachsene Personen und ein in deren Begleitung befindliches Kind unter zehn Jahren aufzunehmen.

Sollten mehr Kinder an der Fahrt Theil nehmen, so gelten zwei Kinder unter zehn Jahren einer, und drei oder vier Kinder zwei erwachsenen Personen gleich.

Eine zur Bedienung des Fahrgastes gehörende Person, ist der Kutscher verpflichtet, mit auf den Bod zu nehmen.

Wer als Fahrgast zugelassen ist.

§ 34. Jede reinlich gekleidete Person ist als Fahrgast zugelassen. Zum Transport von Personen, welche mit ansteckenden Krankheiten befallen sind, dürfen die Droschken nicht benutzt werden. Betrunkene Personen kann die Fahrt verweigert werden. Ohne Zustimmung des Fahrgastes darf dritten Personen die Mitfahrt nicht gestattet werden.

§ 35. Von mehreren Fahrgästen hat Derjenige, welcher die Droschke zuerst besteigt, den Vorrang. Im Zweifel geht derjenige Fahrgast vor, welcher von der rechten Seite eingestiegen ist.

Vorrang unter den Droschken auf den Halteplätzen.

§ 36. Wenn eine von mehreren auf dem Halteplatz befindlichen Droschken verlangt wird, ohne daß vom Fahrgast eine bestimmte Droschke bezeichnet ist, so hat der vorderste Kutscher in der Reihe oder der erste auf dem rechten Flügel die Verpflichtung, die verlangte Fahrt auszuführen.

Transport von Sachen in Droschken.

§ 37. Zur Fortschaffung von Sachen ohne Begleitung eines Fahrgastes dürfen Droschken in der Regel nicht benutzt werden.

§ 38. Kleine Reisekoffer und Reisetaschen, Päckete, in denen Werthsachen oder zerbrechliche Gegenstände verpackt sind, Reisebetten und andere den Wagenausschlag nicht beschädigende Gegenstände können auf Wunsch des Fahrgastes im Innern der Droschken, andere Gegenstände müssen auf dem Boden, dem Kutschersitz oder, falls ein Oberdeck vorhanden ist, auf diesem untergebracht werden. Gegenstände, die Schmutz oder Abgang hinterlassen, dürfen nicht auf die Sitze gestellt oder gelegt werden.

Fahrgäste, welche Hunde mit sich führen, dürfen dieselben nicht auf den Sitzen placiren, ebenso ist es den Fahrgästen nicht gestattet, die Füße auf die Sitze zu legen.

Aufsicht der Kutscher über die Effekten des Fahrgastes.

§ 39. Der Kutscher ist verpflichtet, während der Fahrt auf die ihm übergebenen Sachen des Fahrgastes Acht zu geben und jedem Verlust daran, soweit es ihm möglich ist, vorzubeugen.

In den Droschken zurückgelassene Sachen

§ 40. Unmittelbar nach dem Aussteigen des Fahrgastes aus dem Wagen hat der Kutscher das Innere des Wagens zu durchsuchen, ob von dem Fahrgast Sachen zurückgelassen worden sind. Findet er dergleichen so hat er, sofern dies noch ausführbar ist, dieselbe sofort dem Fahrgast auszuhandigen. Hat sich der Fahrgast bereits entfernt, so muß der Kutscher die zurückgelassenen Sachen binnen 24 Stunden bei der Polizei-Direktion abliefern.

Droschkenfahrten innerhalb des Polizei-Bezirks von Charlottenburg.

§ 41. Jede Fahrt, welche dem Kutscher aufgegeben wird, ist, sofern nicht eine langsamere Gangart verlangt wird, in einem Trabtempo von durchschnittlich wenigstens 160 Meter in der Minute auszuführen, selbst wenn durch vorübergehende Verkehrs-Hindernisse Verzögerung der Fahrt eintreten.

Auf ungesperrten und ungesperrten Wegen hat der Kutscher nur in der Gangart zu fahren, welche die Beschaffenheit des Weges gestattet.

Bei Streitigkeiten über die Geschwindigkeit der ausgeführten Fahrt entscheidet, soweit nicht der erwähnte Ausnahmefall vorliegt, der amtliche Zeitmesser in der Weise, daß für jede Minute Fahrzeit ein Farbenabschnitt des Wegemessers gerechnet, jedoch derjenige, in welchem die Fahrt begonnen, und derjenige, in welchem die Fahrt beendet worden ist, zusammen nur einmal in Ansatz gebracht werden.

Die Bezahlung der Droschkenfahrten erfolgt auf Maßgabe der Zeitdauer, während welcher die Einhaltung der vorgeschriebenen Fahrgeschwindigkeit vorgelegt, die Droschke in Anspruch genommen wurde ist, entsprechend den nachstehenden Bestimmungen:

A. Tagesfahrten innerhalb des Polizei-Bezirks von Charlottenburg, in der auf dem Wegemesser amtlich gemachten Umgrenzung.

| Für die Dauer der Benutzung | Droschke für Person 1 oder 2 3 etc. | |
|--|-------------------------------------|------|
| | M. | Pf. |
| bis 15 Minuten einschließlich | 1,00 | 1,50 |
| für jede ferneren angefangenen 15 Minuten ein Zuschlag von | 0,50 | 0,50 |
| mithin die erste volle Stunde | 2,50 | 3,00 |
| und jede folgende volle Stunde | 2,00 | 2,00 |

B. Tagesfahrten außerhalb des Polizei-Bezirks von Charlottenburg. Wird eine Droschke (innerhalb oder außerhalb des Polizei-Bezirks) von dem Fahrgast mit dem ausdrücklichen Hinzufügen angenommen, daß die Fahrt innerhalb des Polizei-Bezirks enden soll



so ist auch bei zeitweiligem Verlassen des Polizei-Bezirks lediglich nach dem Tarif A. zu bezahlen.

In allen übrigen Fällen ist die außerhalb des Polizei-Bezirks verwendete Fahrzeit (nicht auch Wartezeit) doppelt in Ansatz zu bringen und die so berechnete Gesamtfahrzeit nach dem Tarif A., und wenn mehr als zwei Personen an der Fahrt theilgenommen haben, noch ein Zuschlag von 50 Pf. zu bezahlen. Ist die Grenze des Polizei-Bezirks mehrmals überschritten worden, so findet jene Verdopplung nur für die seit dem letzten Verlassen des Polizei-Bezirks verwendete Fahrzeit statt.

Etwaige Wege- und Brückengelber fallen dem Fahrgast zur Last.

C. Für Nachtfahrten, d. h. solche, welche in der Zeit vom 1. April bis zum 30. September zwischen 11 Uhr Abends und 7 Uhr Morgens und in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März zwischen 11 Uhr Abends und 8 Uhr Morgens ausgeführt werden, ist die Fahrzeit (nicht auch eine etwaige Wartezeit) doppelt in Ansatz zu bringen und demgemäß nach den Bestimmungen unter A. und B. zu bezahlen. — Bei Fahrten, welche theils in der Tages-, theils in der Nachtzeit ausgeführt werden, wird nur die in die Nachtzeit fallende Fahrzeit verdoppelt.

D. Für Frühdroshken (vergl. § 17 des Regl.), welche im Hause des Konzeffionars zum Abholen des Fahrgastes in der Stunde von 7 bis 8 Uhr Morgens bestellt werden, ist ein Zuschlag von 50 Pf. zu bezahlen.

E. Für Fahrten von Eisenbahnhöfen wird, wenn die Droschke daselbst durch die Blechmarke erlangt ist, zu den Sätzen A., B. und C. ein Zuschlag von 25 Pf. gezahlt.

F. Fahrten von Theatern und Vergnügungsorten. Wenn während des letzten Zwischenaktes an Theatern oder vor Beendigung eines Vergnügens für den Schluß der Vorstellung p. p. Droschken vorherbestellt werden, so sind für das Warten 25 Pfennige zu entrichten.

G. Für ein Kind unter 10 Jahren in Begleitung Erwachsener ist Fahrgeld nicht zu entrichten, zwei solcher Kinder gelten einer, drei oder vier aber zwei erwachsenen Personen gleich.

H. Gepäc. Kutschachteln, Stöcke, Schirme, Kellertaschen, kleine Packete, Handtaschen, Handkoffer und dergleichen bis zu einem Gesamtgewicht von 10 Kilogramm werden unentgeltlich mitbefördert. Für Gepäck im Gesamtgewicht von mehr als 10 bis einschließlich 25 Kilogramm werden 25 Pf., für mehr als 25 bis einschließlich 50 Kilogramm werden 50 Pf., für jede weiteren, wenn auch nur angefangenen 50 Kilogramm weitere 50 Pf. bezahlt.

J. Für die Mitnahme eines Hundes werden 25 Pfennige bezahlt.

Zahlungen über den Tarif hinaus, insbesondere Trinkgelder, zu verlangen, ist den Kutschern verboten, esgleichen Vereinbarungen mit dem Fahrgaste zu

schließen, durch welche ein höherer, als der tarifmäßige Fahrpreis festgesetzt wird.

Wird von dem Fahrgaste nicht der zu befahrende Weg, sondern nur das Ziel der Fahrt angegeben, so hat der Kutscher den zu dem Ziele führenden kürzesten fahrbaren Weg einzuschlagen.

Will der Kutscher bei einer solchen Fahrt für mehr als 15 Minuten Fahrzeit Bezahlung beanspruchen, so muß er, bei Verlust des höheren Anspruches, vor Beginn der Fahrt dem Fahrgast ansagen, daß dieselbe mehr als 15 Minuten erfordern werde. Unrichtiges Ansagen einer zu langen Zeit ist strafbar.

Ist der Fahrpreis vor Antritt der Fahrt bezahlt, so sind Nachforderungen seitens des Kutschers nur dann zulässig, wenn die Fahrt durch nicht bloß vorübergehende Verkehrshindernisse (Absatz 1) oder durch Anordnung des Fahrgastes solche Verzögerungen erlitten hat, daß der bezahlte Preis hinter dem tarifmäßigen Betrage zurückbleibt.

Wird eine Droschke von der Stelle, wo sie sich befindet, nach einem anderen Punkte hin zur Ausführung einer Fahrt bestellt oder abgeholt, so ist der Kutscher verpflichtet, die hierzu erforderliche Fahrt und das etwaige Warten zusammen bis zur Dauer von 5 Minuten unentgeltlich zu leisten und den Bestellenden auf Wunsch nach dem Anfangspunkte der Fahrt mitzunehmen.

Abgesehen hiervon fallen Wartezeiten dem Fahrgast zur Last.

Nach einer ununterbrochenen Fahrt von 1½ Stunden Dauer kann der Kutscher, falls der Fahrgast die Droschke noch länger behalten will, für das Pferd eine Ruhepause von 15 Minuten auf Rechnung des Fahrgastes verlangen.

Bei Beginn und bei Beendigung jeder Fahrt und jeder in der Nachtzeit vorkommenden Wartezeit, desgleichen, wenn eine Droschke vom Halteplatz zur Ausführung einer Fahrt bestellt oder abgeholt wird, hat der Kutscher dem Fahrgast bzw. dem Bestellenden seine Uhr vorzuzeigen.

Droschkenfahrten außerhalb des Polizei-Bezirks von Charlottenburg.

§ 42. Nach folgenden in der Umgebung von Charlottenburg belegenen Ortschaften:

Berlin, Biesdorf, Blankenburg, Borsig, Borsig, Dalldorf, Friedenau, Friedrichsberg, Friedrichsfelde, Heinersdorf, Hohen-Schönhausen, Lichtenberg, Malchow, Mariendorf, Nieder-Schönhausen, Pankow, Reinickendorf, Rixdorf, Rummelsburg, Schmargendorf, Schöneberg, Steglitz, Stralau, Tegel, Tempelhof, Treptow, Weißensee, Wilmersdorf,

ferner nach den Etablissements bei Plögensee, sowie nach jedem von der Grenze des Polizei-Bezirks von Charlottenburg nicht weiter als 7,5 Kilometer (gemessen nach der Länge des zu befahrenden Weges) entfernten Punkte sind die Droschkenkutscher verpflichtet, Fahrten auszuführen, sofern das Ziel auf gepflasterten oder chaussierten Wegen erreichbar ist.

Im Uebrigen, insbesondere auch, wenn ein Kutscher

andere als die vorstehend bezeichneten Fahrten außerhalb des Polizei-Bezirks von Charlottenburg und Berlin (§ 40) übernimmt, sind für Ausführung und Bezahlung der Fahrt die Bestimmungen dieses Reglements und des Tarifs maßgebend. Die auf den Wegemesser für den Polizei-Bezirk von Charlottenburg und Berlin bezüglichen Bestimmungen finden auf den Wegemesser für die Umgegend entsprechende Anwendung.

In Fällen, wo für Fahrten außerhalb des Polizei-Bezirks erhöhte Fahrpreise zu zahlen sind (vergl. Tarif B.), hat der Kutscher bei jeder Ueberschreitung der Grenzen des Polizei-Bezirks (auf Hin- und Rückfahrt), sowie beim Beginn und Schluß jeder Wartezeit dem Fahrgast seine Uhr vorzuzeigen.

Zurückverstattung des Fahrgeldes.

§ 43. Wird die Fahrt durch die Schuld des Kutschers oder durch einen in seiner Person sich ereignenden Unfall oder durch Beschädigung des Fuhrwerks unterbrochen, so hat der Kutscher das erhaltene Fahrgeld zurückzuerstatten.

§ 44. Ohne Anweisung des Fahrgastes darf der Kutscher, wenn nicht besondere, außer seiner Person liegende Veranlassung vorliegt, nicht anhalten und nicht vom Bod. steigen. — Auch darf er weder die Zügel und die Peitsche aus den Händen lassen, noch die Führung des Fuhrwerks dritten Personen gestatten.

§ 45. Das Rauchen während der Fahrt, gleichviel, ob die Droschke besetzt ist oder nicht, ist dem Kutscher untersagt.

§ 46. Der Kutscher ist berechtigt, von dem Fahrgast oder von Demjenigen, der die Droschke vom Halteplatz abholt oder bestellt, vor Antritt der Fahrt die Bezahlung des niedrigsten, nach dem Tarif möglichen Fahrgeldes zu verlangen. Verpflichtet aber ist er, den vollen Fahrpreis vor Ankunft am Ziele einzuziehen bei allen Fahrten nach den Theatern, den Eisenbahnhöfen, größeren Vergnügungslokalen und sonstigen Orten, an welchen ein größerer Wagenverkehr stattfindet.

Fahrmarken.

§ 47. Die Fahrmarken müssen nach Maßgabe der im Bureau der Königlichen Polizei-Direktion ausliegenden Probe angefertigt sein und außer Höhe des Fahrgeldes, der Nummer des Wagens, des Namens und der Wohnung des Konzeßionars den Vermerk:

Beschwerden sind bei der Königlichen Polizei-Direktion anzubringen.

Königliche Polizei-Direktion.
(gez.) von Calbern.

enthalten.

Sonstige Vermerke auf den Fahrmarken sind nicht gestattet.

§ 48. Der Fahrgast ist nur verpflichtet, das Fahrgeld gegen Aushändigung einer Fahrmarke zu entrichten. — Jeder Kutscher ist verpflichtet vor Antritt der Fahrt dem Fahrgaste unaufgefordert eine Fahrmarke von 1 Mark, nach beendeter Fahrt aber event. Fahrmarken in Höhe des erhobenen Fahrgeldes auszuhandigen;

unterläßt er es, so macht er sich strafbar und hat auf keinen Anspruch auf Zahlung des Fahrgeldes.

Vorschriften für den Droschken-Verkehr auf den Bahnhöfen.

§ 49. 1. Jeder Kutscher, welcher sich mit seinem Fuhrwerk auf einem Eisenbahnhofe zur Aufnahme mit den Zügen ankommender Reisender aufstellt, hat die Blechmarke mit der Wagennummer an den dieselben einsammelnden Beamten nach genommener Aufstellung abzugeben.

Kutscher, welche nach beendeter Abnahme der Marke noch auffahren, haben sich zuvor bei dem betreffenden Beamten unter Abgabe der Marke zu melden.

2. Nur gegen Wiederaushändigung dieser Blechmarken dürfen die Kutscher Fahrgäste zur Beförderung von den Bahnhöfen annehmen.

3. Auf den Eisenbahnhöfen darf höchstens eine Stunde vor der festgesetzten Ankunftszeit eines Zuges aufgefahen werden.

Die Kutscher dürfen sich baselbst von ihrem Wagen nicht entfernen und müssen den Wagenbod. besetzen, sobald die Ankunft des Zuges signalisiert ist.

4. Beim Auflegen des Passagier-Gepäcks hat der Kutscher, soweit dies mit der ihm obliegenden Leitung und Beaufsichtigung des Fuhrwerks zu verbinden ist, hilfsreiche Hand zu leisten.

5. Kein Kutscher darf vom Bahnhofe ohne Fahrgast eher abfahren, als die Aufsichts-Beamten die Beendigung der Expedition der Reise-Effekten an die Fahrgäste angezeigt haben.

6. Für das Warten auf den Bahnhöfen aus Veranlassung einer Verspätung der Züge und bis zur Fertigstellung der Reisenden ist keine Entschädigung zu beanspruchen.

7. Nach beendeter Expedition wird den Kutschern, welche Fahrgäste nicht erhalten haben, die abgegebenen Blechmarken von den Beamten zurückgegeben.

8. Auf und an den Bahnhöfen darf nur auf polizeilich genehmigten Plätzen Aufstellung genommen werden.

9. Die Gepäcdroschken erhalten auf den Bahnhöfen besondere Aufstellung und werden den Kutschern derselben zunächst die mit Gepäcd ankommenden Reisenden überwiesen.

Beaufsichtigung der öffentlichen Fuhrwerke.

§ 50. Die Beaufsichtigung und Kontrolle der Konzeßionare, sowie der Kutscher, die Entscheidung über die Brauchbarkeit des Materials, die Untersuchung der Beschwerden und Streitigkeiten liegt der Königl. Polizei-Direktion ob, und ist den Anordnungen der Exekutiv-Beamten unbedingt Folge zu leisten.

Strafbestimmung.

§ 51. Sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt werden, sind Uebertretungen dieses Reglements mit Geldduße bis zu 30 Mark im Falle des Unvermögens mit entsprechender Haft zu bestrafen. Mit Geldduße nicht unter 15 Mark wird bestraft:

a. wer Wagen in Betrieb setzt, ohne die im § 1 vorgeschriebene Erlaubniß erlangt zu haben;

b. wer dem § 12 bzw. den §§ 18 und 19 des Reglements zuwider Kutscher verwendet, welche nicht im Besitze eines gültigen Fahrscheins und Legitimations-schildes sind;

c. wer dem § 10 des Reglements zuwider, außer Betrieb gesetzte Wagen, Pferde oder Geschirre ohne vorherige Erlaubniß wieder in Betrieb setzt;

d. wer ohne gültigen, für seine Person erteilten Fahrschein und Legitimationschild (§§ 12, 18—20) eine Droschke fährt;

e. wer Fahrschein und Legitimationschild auf polizeiliches Erfordern nicht herausgibt, oder solche nicht abliefert, oder solche verleiht oder veräußert.

Geldbuße nicht unter 9 Mark tritt ein: gegen die Konzeßionare, wegen unrichtiger Führung der im § 14 vorgeschriebenen Register und gegen Kutscher, welche sich Unhöflichkeit, unziemliches Betragen, Tarifs-Überhebungen oder ungerechtfertigte Fahrt-Verweigerungen gegen das Publikum zu Schulden kommen lassen, oder den Anordnungen der Exekutiv-Polizei-Beamten nicht Folge leisten.

Konzeßions-Entziehung.

§ 52. Entziehung der Konzeßion wird gegen solche Konzeßionare verfügt, welche den Bestimmungen dieses

Reglements zuwider handeln und ohne Erfolg amtlich verwahrt worden sind.

Inkrafttreten dieses Reglements.

§ 53. Die gegenwärtige Polizei-Verordnung tritt mit dem 1. März 1885 in Kraft.

Charlottenburg, den 20. Januar 1885.

Königliche Polizei-Direktion

von Salbern.

Benachrichtigung.

betreffend den Anzug der Droschkenkutscher.

Unter Bezugnahme und in Ausführung des § 9 des Polizei-Reglements, betreffend den Betrieb des Droschken-Fahrgewerbes für Charlottenburg vom 20. Januar d. J. wird über die Kleidung der Droschkenfürer bis auf Weiteres das Nachstehende bestimmt:

Während des Dienstes auf öffentlichen Straßen und Plätzen haben die Kutscher der Droschken einen dunklen Ueberrock, dunkle Tuchhose, schwarzen Hut in Cylinderform und gegebenen Falls einen dunkelblauen Tuchmantel zu tragen. Im Winter ist das Tragen einer hohen Pelzmütze, bei Regenwetter das Tragen eines Ueberziehers von gummirtem Stoffe gestattet.

Charlottenburg, den 20. Januar 1885.

Königliche Polizei-Direktion

von Salbern.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
Lauf. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|--------------------------------------|--|---|--|--|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Alexander Pizzini,
Erdarbeiter, | geboren am 8. Juli 1850 zu Patone, Tyrol, ebendasselbst ortsangehörig, wohnhaft zuletzt in Straßburg i./E., | Diebstahl (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 6. Mai 1882), | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 21. März 1885. |
| 2 | Jakob Bayer,
Erdarbeiter, | geboren 1854 zu Gramsch, Tyrol, ebendasselbst ortsangehörig, wohnhaft zuletzt in Straßburg i./E., | desgleichen; | derselbe, | desgleichen, |
| 3 | Josef Radešky,
Weber, | geboren am 28. Dezember 1833 zu Tassau, Kreis Olag, Preußen, ortsangehörig in Olagshäbel, Bezirk Neustadt a./M., Oesterreich, ist Ausländer, | einfacher Diebstahl im Rückfall (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 1. Mai 1883), Landstreichen und Beteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 17. Mai 1885. |
| 4 | Jakob Thomann,
Weber, | geboren am 13. Februar 1843 zu Märwil, Kanton Thurgau, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig, | Diebstahl im wiederholten Rückfall (1 Jahr Zuchthaus laut Erkenntniß vom 18. Juli 1884) und Bruch der Landesverweisung, | Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Karlsruhe, | 22. Mai 1885. |

| Rang | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschließung. |
|--|--------------------------------------|---|-----------------------------------|--|-------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Regina Seibel, ledige Dienstmagd, | geboren am 17. September 1846 zu Hallein, Salzburg, ortsangehörig in Glasbütten, Bezirk Mattau, Böhmen, | Landstreichen, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Regensburg, | 9. Mai 1885. |
| 2 | Giovanni De Biasio, Tagelöhner, | geboren 1850 zu Falcade, Provinz Belluno, Italien, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 2. Mai 1885. |
| 3 | Johann Baptist Dames, Tagner, | geboren am 5. Mai 1858 zu Aulnoy, Departement Nord, Frankreich, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 4 | Georg Theodor Wiggauer, Arbeiter, | geboren am 21. Juli 1861 zu St. Petersburg, Rußland, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Danzig, | 22. Mai 1885. |
| 5 | Franz Lepic, Schuhmacher und Rusfus, | geboren am 24. Juli 1861 in Bezdekov, Bezirk Raubnic, Böhmen, ortsangehörig in Rohatec, Bez Raubnic, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlicher Polizeipräsident zu Berlin, | 23. Mai 1885. |
| 6 | Michael Lebowitz, Ziegelfreier, | 45 Jahre, geboren und ortsangehörig in Wilkomierz, Gouvernement Kowno, Rußland, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam, | 19. Mai 1885. |
| 7 | Johann Schuster, Ziegler, | geboren 1846 zu Laatsch, Bezirk Meran, Tirol, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 8 | Michael Schlader, Bäcker, | 19 Jahre, geboren zu Steyr, Oesterreich, ortsangehörig in Asten, Bezirk Linz a./Donau, ebendasselbst, | desgleichen, | Königlich Preussische Regierung zu Wiesbaden, | desgleichen. |

Die Verwaltung der Strom- und Schiffs-Polizei auf dem Plauer Kanal betreffend.

Die Herren Minister für Handel und Gewerbe, des Innern und der öffentlichen Arbeiten haben mittelst Erlasses vom 14. d. M. die Verwaltung der Strom- und Schiffs-Polizei auf dem Plauer Kanal in dessen gesammter Ausdehnung dem Königl. Regierungs-Präsidenten zu Magdeburg als besonderer Behörde

im Sinne des § 138 des Landesverwaltungs-Gesetzes vom 30. Juli 1883 übertragen. Solches wird hierunter Abänderung der diesseitigen Bekanntmachung vom 21. Oktober 1878 — D.-P. 5526 — zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 25. Mai 1885.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen.
von Wolff.

(Hierzu vier öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. B. Geyerschen Erben (K. Geyer, Hof-Buchdrucker).



253

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 26.

Den 26. Juni

1885.**Reichs-Gesetzblatt.**

- (Stück 21.) **Nr 1611.** Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes wegen Erhebung von Reichsstempelabgaben vom 1. Juli 1881. Vom 29. Mai 1885.
- Nr 1612.** Bekanntmachung, betreffend die Redaktion des Gesetzes wegen Erhebung von Reichsstempelabgaben. Vom 3. Juni 1885.
- (Stück 22.) **Nr 1613.** Verordnung wegen Ergänzung der Verordnung vom 16. August 1876, betreffend die Rationen der bei der Militär- und Marineverwaltung angestellten Beamten. Vom 4. Juni 1885.
- Nr 1614.** Verordnung zur Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze vom 13. Juni 1873 über die Kriegsteilnahmen, vom 1. April 1876 und 18. April 1892. Vom 6. Juni 1885.
- Nr 1615.** Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn wegen Herstellung der Eisenbahnverbindungen von Mittelsteine nach Dittendorf (Braunau), von Hannsdorf über Lindewiese nach Ziegenhals, von Lindewiese über Barzdorf (Heinersdorf) nach Dittmachau und von Ratibor nach Troppau. Vom 14. März 1885.

Gesetz-Sammlung**für die Königl. Preussischen Staaten.**

- (Stück 22.) **Nr 9065.** Gesetz, betreffend den Rechtszustand der von dem Königreich Württemberg an Preußen abgetretenen Gebietstheile, sowie die Abtretung Preussischer Gebietstheile an das Königreich Württemberg. Vom 27. Februar 1884.
- Nr 9066.** Gesetz, betreffend die Dotation der Amtsverbände in den Hohenzollernschen Landen. Vom 19. Mai 1885.
- Nr 9067.** Gesetz, betreffend Ergänzung und Abänderung der Bestimmungen über die Aussonderung des steuerartigen Theils aus den sogenannten stehenden Gefällen in der Provinz Schleswig-Holstein. Vom 25. Mai 1885.
- Nr 9068.** Verordnung, betreffend die Gewerbesteuer der Klasse A. I. in der Provinz Hannover. Vom 18. Mai 1885.

Anlage einer Kreis-Chaussee im Kreise Oberbarnim.

Auf Ihren Bericht vom 30. April d. J. will Ich dem Kreise Oberbarnim im Regierungsbezirk Potsdam für die Chausseeanlage, welche derselbe von der Berlin-Proegeler Kreis-Chaussee bei Straußberg bis zur Ränkeberg-Eberswalder Provinzial-Chaussee hergestellt

hat, gegen Uebernahme der künftigen Chausseemäßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des Chausseegeld-Tarifs vom 29. Februar 1840 (G.-S. S. 94) einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften — vorbehaltlich der Abänderung der sämtlichen vorausgeführten Bestimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeld-Tarifs vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizei-Vergehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen.

Berlin, den 4. Mai 1885.

gez. Wilhelm.

gez. Maybach.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Wir Wilhelm,

von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

Nachdem die Stadtverordneten-Versammlung zu Jossen unter Zustimmung des dortigen Magistrats unterm 24. Februar 1885 beschlossen hat, behufs Entschädigung der Besitzer der zum Bezuge von Bau- und Reparaturholz aus der Königl. Jossen'er Forst berechtigten dortigen Bürgerstellen für die Aufhebung dieser ihrer Nützungen am Bürgervermögen, ferner zur Deckung des von der Stadt zum chausseemäßigen Ausbau der Straße von Jossen nach Rosen an den Kreis Teltow zu zahlenden Kostenbeitrages,

auf jeden Inhaber lautende, mit Zinsscheinen versehene, Seitens der Gläubiger unkündbare Anleihscheine in einem, die Herstellungskosten der letzteren mitbedeckenden Betrage von 234 600 Mark auszustellen

so wollen Wir, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger, noch der Schuldner Etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1833 zur Ausstellung von Anleihscheinen zum Betrage von 234 600 Mark, in Buchstaben: Zweihundertvierunddreißig Tausend Sechshundert Mark, welche in folgenden Abschnitten:

170 000 Mark zu 500 M.

64 600 „ „ 200 „

zusammen 234 600 Mark

nach dem anliegenden Muster auszufertigen, mit vier Prozent jährlich zu verzinsen und nach dem festgestellten Tilgungsplane mittels Verloosung jährlich vom 1. April 1885 ab mit wenigstens einem Prozent des Kapitals,

unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Anleihe-scheinen, zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung ertheilen. Die Ertheilung erfolgt mit der rechtlichen Wirkung, daß ein jeder Inhaber dieser Anleihe-scheine die daraus hervor-gegangenen Rechte geltend zu machen befugt ist, ohne zu dem Nachweise der Uebertragung des Eigenthumes verpflichtet zu sein.

Durch vorstehendes Privilegium, welches Wir vor-behalten die Rechte Dritter ertheilen, wird für die Befriedigung der Inhaber der Anleihe-scheine eine Gewährleistung Seitens des Staates nicht übernommen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unter-schrift und beigeschriebenem Königlichem Insignel.

Gegeben Berlin, den 23. Mai 1885.

(L. S.) gez. Wilhelm.

gez. von Puttkamer. von Scholz.

Privilegium

wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihe-scheine der Stadt Jossen im Betrage von 234600 Mark.

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

(Stadt-Wappen.)

Anleihe-schein

der Stadt Jossen

Buchstabe Nr

über

..... Mark.

Ausgefertigt auf Grund des landesherrlichen Privi-legiums vom 23. Mai 1885 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam vom 10. Juni 1885. St. 188. Seite 100) und Gesetz-Sammlung von 188. Seite 100 laufende Nr. 100).

Wir, Magistrat der Stadt Jossen, urkunden und bekennen hierdurch, daß die hiesige Stadtgemeinde dem Inhaber dieses Anleihe-scheines die Summe von Mark geschrieben: Mark

verschuldet.

Diese Schuld, welche Seitens des Gläubigers nicht gekündigt werden kann, bildet einen Theil der zur Entschädigung der bau- und reparaturholzberechtigten Bürger der Stadt Jossen für die in Wegfall gekommene Bau- und Reparaturholz-Verechtigung, sowie zur Deckung von Chausseebaukosten u. durch das Allerhöchste Privi-legium vom 10. Juni 1885 in Höhe von 234 600 Mark genehmigten Anleihe.

Die Rückzahlung der ganzen Anleihe erfolgt nach Maßgabe des genehmigten Tilgungsplanes vom 1. April 1885 ab binnen spätestens 41 Jahren aus einem zu diesem Behufe gebildeten Tilgungskasse, welcher mit wenigstens Einem Prozent des Kapitalbetrages der aus-gegebenen Anleihe-scheine jährlich unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Anleihe-scheinen gebildet wird;

die Stadt behält sich indes das Recht vor, den Til-gungskasse zu verpfänden oder auch sämtliche noch im Umlaufe befindliche Stadtanleihe-scheine auf einmal zu kündigen.

Die Folgeordnung der Einlösung der Stadtanleihe-scheine wird durch das Loos bestimmt.

Die ausgelosten, sowie die gekündigten Anleihe-scheine werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht.

Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, dem Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam, sowie im hiesigen Lokalblatte. Geht eins dieser Blätter ein, so wird an dessen Statt von dem Magistrat in Jossen mit Genehmigung des Königl. Regierungspräsidenten zu Potsdam ein anderes Blatt bestimmt.

Bis zu dem Tage, an welchem solchergestalt das Kapital zurückgegeben ist, wird dasselbe in halbjährlichen Terminen am 1. April und 1. Oktober, vom 1. April 1885 an gerechnet, mit 4% (Vier Prozent) jährlich verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zins-scheine, beziehungsweise dieses Anleihe-scheines, bei der Kammerei-Kasse zu Jossen und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit.

Mit dem zur Empfangnahme des Kapitals einge-reichten Anleihe-scheine sind auch die dazu gehörigen Zins-scheine der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zins-scheine wird der Betrag vom Kapital abgezogen. Die eingelösten Anleihe-scheine und Zins-scheine hat der Magistrat ungültig zu machen resp. zu vernichten. Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb 30 Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem sie fällig geworden, nicht erhobenen Zinsen verfallen zu Gunsten der Stadtgemeinde Jossen.

Das Aufgebot und die Kraftloserklärung verlorener oder vernichteter Anleihe-scheine erfolgt nach Vorschrift der §§ 838 ff. der Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 30. Januar 1877 (R.-G.-Bl. S. 83) be-ziehungsweise nach § 20 des Ausführungsgesetzes zur Deutschen Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281).

Zins-scheine können weder aufgeboden noch für kraftlos erklärt werden; doch soll Demjenigen, welcher den Verlust an Zins-scheinen vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei dem Magistrat anmeldet und den statt-gehabten Besitz der Zins-scheine durch Vorzeigung des Anleihe-scheines oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der ange-meldeten und bis dahin anderweit nicht vorgekommenen Zins-scheine gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit diesem Anleihe-scheine sind 20 halbjährliche Zins-scheine bis zum 1. April 1895 ausgegeben, die

ferneren Zinscheine werden für fünfjährige Zeiträume ausgegeben werden.

Die Ausgabe einer neuen Reihe von Zinscheinen erfolgt bei der Kammerei-Kasse in Zossen gegen Auslieferung der, der älteren Zinscheinreihe beigebrachten Anweisung. Beim Verlusse der Anweisung erfolgt die Aushändigung der neuen Zinschein-Reihe an den Inhaber des Anleihscheines, sofern dessen Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet die Stadtgemeinde Zossen mit ihrem gesamten Vermögen und mit ihrer Steuerkraft.

Dessen zu Urkund haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift erteilt.

Zossen, den ten 188 .

(Trodenener Stempel.) Der Magistrat.

(Eigenhändige Unterschrift des Magistrats-Dirigenten und eines anderen Magistrats-Mitgliedes.)

Eingetragenes Controllbuch Hierzu sind die Zinscheine
Seite . . . N^o . . . 1 bis einschließlich N^o 20

Der Kassensurator. nebst der Anweisung zur
neuen Zinscheinreihe aus-
gegeben.

Stadtkassen-Rendant.

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

Zinschein N^o

. . . . Reihe

über Mark Zinsen

des Zossen'er Stadtanleihscheines

Buchstabe . . N^o . . . über Mark.

Der Inhaber dieses Zinscheines empfängt gegen dessen Rückgabe am 1. April (beziehungsweise 1. Oktober) 18 . . . die Zinsen des vorbenannten Stadtanleihscheines für das Halbjahr vom 1. ten bis 1. ten mit Mark . . . Pfennig bei der Kammerei-Kasse zu Zossen.

Zossen, den ten 18 . .

(Trodenener Stempel.) Der Magistrat.

(Unterschrift des Magistrats-Dirigenten und eines anderen Magistrats-Mitgliedes.)

Controllbuch Seite N^o

.
Rendant.

Dieser Zinschein wird ungültig, wenn dessen Gelbbetrag nicht innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem er fällig geworden, erhoben wird.

Anmerkung. Die Unterschriften des Magistrats-Dirigenten und des zweiten Magistrats-Mitgliedes können mit Lettern oder Facsimile-Stempeln gedruckt werden, doch muß jeder Zinschein mit der eigenhändigen Unterschrift eines Controllbeamten versehen werden.

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

Anweisung

zum

Stadtanleihschein der Stadt Zossen.

Buchstabe . . . N^o . . . über Mark.

Der Inhaber dieser Anweisung empfängt gegen deren Rückgabe zu dem vorgenannten Anleihscheine der Stadt Zossen die . . . Reihe von Zinscheinen für die fünf Jahre 18 . . bis 19 . . bei der Kammerei-Kasse zu Zossen, sofern nicht rechtzeitig von dem als solchen sich ausweisenden Inhaber des Anleihscheines dagegen Widerspruch erhoben wird.

Zossen, den ten 18

(Trodenener Stempel.) Der Magistrat.

(Unterschrift des Dirigenten und eines anderen Magistrats-Mitgliedes.)

Controllbuch Seite N^o . . .

Rendant.

Anmerkung. Die Unterschriften des Magistrats-Dirigenten und des zweiten Magistrats-Mitgliedes können mit Lettern oder Facsimile-Stempeln gedruckt werden, doch muß jede Anweisung mit der eigenhändigen Unterschrift eines Controllbeamten versehen werden.

Die Anweisung ist zum Unterschiede auf der ganzen Blattbreite unter den beiden letzten Zinscheinen mit davon abweichenden Lettern in nachstehender Art abdruckten.

| | |
|-----------------------|-----------------------|
| ter Zinschein | ter Zinschein |
| Anweisung | |

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Aufforderung

zur Bewerbung um zwei Stipendien
der Jacob Saling'schen Stiftung.

13. Aus der unter dem Namen „Jacob Saling'sche Stiftung“ für Studierende der Königl. Gewerbe-Akademie, jetzt Fach-Abtheilung III. und IV. der Königl. technischen Hochschule in Berlin begründeten Stipendien-Stiftung sind vom 1. Oktober d. J. ab zwei Stipendien in Höhe von je 600 Mark zu vergeben.

Nach dem durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam vom 9. Dezember 1864 veröffentlichten Statute sind die Stipendien dieser Stiftung von dem früheren Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, und nachdem das technische Unterrichtswesen vom 1. April 1879 ab auf das Ressort des Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten übergegangen ist, von dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten an bedürftige, fähige und fleißige, dem Preussischen Staatsverbanke angehörige Studierende der genannten Anstalt auf die Dauer von drei Jahren unter denselben Bedingungen zu verleihen, unter welchen die Staats-

Stipendien an Studierende dieser Anstalt bewilligt werden.

Es können daher nur solche Bewerber zugelassen werden, welchen, wenn sie die Abgangsprüfung auf einer Gewerbeschule abgelegt haben, das Prädikat „mit Auszeichnung bestanden“ zu Theil geworden ist, oder wenn sie von einer Realschule oder einem Gymnasium mit dem Zeugniß der Reife versehen sind, zugleich nachzuweisen vermögen, daß sie sich durch vorzügliche Leistungen und hervorragende Fähigkeiten ausgezeichnet haben.

Bewerber um die vom 1. Oktober d. J. ab zu vergebenden Stipendien werden aufgefordert, ihre desfallsigen Gesuche an diejenige königliche Regierung resp. Landdrostei zu richten, deren Verwaltungsbezirke sie ihrem Domizil nach angehören.

Dem Gesuche sind beizufügen:

- 1) der Geburtschein,
- 2) ein Gesundheitsattest, in welchem ausgedrückt sein muß, daß der Bewerber die körperliche Tüchtigkeit für die praktische Ausübung des von ihm erwählten Gewerbes und für die Anstrengungen des Unterrichts in der Anstalt besitze,
- 3) ein Zeugniß der Reife von einer zu Entlassungsprüfungen berechtigten Gewerbe- oder Realschule oder von einem Gymnasium,
- 4) die über die etwaige praktische Ausbildung des Bewerbers sprechenden Zeugnisse,
- 5) ein Führungsattest,
- 6) ein Zeugniß der Ortsbehörde resp. des Vormundschaftsgerichts über die Bedürftigkeit mit specieller Angabe der Vermögens-Verhältnisse des Bewerbers,
- 7) die über die militairischen Verhältnisse des Bewerbers sprechenden Papiere, aus welchen hervorgehen muß, daß die Ableistung seiner Militairpflicht keine Unterbrechung des Unterrichts herbeiführen werde,
- 8) falls der Bewerber bereits Studirender der Gewerbe-Akademie bezw. der III. und IV. Fach-Abtheilung der hiesigen königlichen technischen Hochschule ist, ein von dem Rector der Anstalt auszustellendes Attest über Fleiß, Fortschritte und Fähigkeiten des Bewerbers.

Berlin, den 2. Juni 1885.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- u. Medicinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage: gez. Greiff.

Bekanntmachungen

des königlichen Regierungs-Präsidenten.

Die Öffnungszeiten der Drehbrücke der Berlin-Hamburger Eisenbahn über die Havel bei Spandau betreffend.

148. Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 21. Oktober 1884 — Amtsblatt Stück 43 Seite 402 — bringe ich hiermit das Verzeichniß derjenigen Zeitabschnitte zur Veröffentlichung, während welcher die Drehbrücke der Berlin-Hamburger Eisenbahn über die Havel bei Spandau für den Schiffsverkehr während der Öff-

tigkeitsdauer des diesjährigen Sommerfahrplans in der Regel geöffnet sein wird:

| | Von | bis |
|-----|-------------|------|
| | Uhr | Uhr |
| 1) | 315 | 515 |
| | Vormittags | |
| 2) | 539 | 620 |
| 3) | 640 | 654 |
| 4) | 745 | 813 |
| 5) | 833 | 916 |
| 6) | 951 | 1045 |
| 7) | 1105 | 1122 |
| 8) | 1142 | 1210 |
| 9) | 1240 | 149 |
| | Nachmittags | |
| 10) | 240 | 338 |
| 11) | 420 | 458 |
| 12) | 557 | 811 |

Die Zeiten ändern sich entsprechend dadurch, daß die Brücke nicht vor Sonnenaufgang geöffnet wird.

An Sonn- und Festtagen wird die Brücke von 10 Uhr 16 Min. bis 1036 geschlossen gehalten.

Diese Öffnungszeiten verlängern sich entsprechend, je nachdem die betreffenden nur für den Bedarfssall abzulaufenden Züge in Ausfall kommen.

An Sonn- und Festtagen ist die Brücke bis 257 Uhr geschlossen.

Dieser Zeitabschnitt ändert sich entsprechend dadurch, daß die Brücke stets mit Sonnenuntergang geschlossen wird.

Potsdam, den 20. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die Eintragung der Beschäftigungs- u. Vermerte in die Pensions-Quittungsbücher der im Civildienst beschäftigten Militair-Invaliden und die Einlegung der Bücher zur Pensions-Regelung.

149. Wie aus den in den letzten Jahren hierher eingereichten Anträgen auf Niederschlagung überhöhter Invalidenpensionsbeiträge ersieht werden, sind in den meisten Fällen die Pensionsüberhebungen dadurch veranlaßt worden, daß seitens der anstellenden Behörden die zur Verhütung solcher Ueberhebungen in den Ausfühungs-Bestimmungen des Bundesraths vom 22. Februar 1875 zu dem Militairpensionsgesetz vom 27. Juni 1871 gegebenen Vorschriften — publicirt in dem Centralblatt für das Deutsche Reich vom 26. Februar 1875, Nr. 9, Seite 142 u. f. — nicht genügende Beachtung gefunden haben.

Die königliche Regierung wird daher ergebenst ersucht, die unterstellten Behörden auf die stricte Beachtung der erwähnten Vorschriften gefälligst hinzuweisen und dieselben anzuhalten, bei etwaigen Anstellungen von Militair-Invaliden in ihren Ressorts das Pensions-Quittungsbuch in jedem Falle sofort abzunehmen, dasselbe mit den vorgezeichneten Bemerkungen über die Beschäftigung u. zu versehen und demnachst der königlichen Regierung zur Regelung des Pensionsbezuges ungesäumt vorzulegen. Es dürfte vielleicht sich ferner empfehlen, durch eine bezügliche Publikation in dazu geeigneten öffentlichen Blättern auch die übrigen beteiligten Behörden auf die genaueste Beachtung der

Vorschriften des Bundesraths — insbesondere sub II. C. 1. zu § 102 l. c. — aufmerksam zu machen resp. mit den betreffenden außerpreussischen Ressort-Ministerien diesbezüglich in Kommunikation zu treten. —

Sollten fernerhin hier Fälle zur Vorlage kommen, bei denen die Pensions-Ueberhebung auf die Nichtbeachtung der erwähnten Vorschriften Seitens der anstellenden Behörden zurückzuführen ist und die indebiten gezahlten Pensionsbeträge von den Empfängern nicht wieder zu erlangen sind, würde nur erübrigen, den Regress gegen diejenigen Beamten der anstellenden Behörden zu nehmen, durch deren vertretbares Verschlen die Reichskasse geschädigt worden ist.

Berlin, den 5. Juni 1885.

Kriegsministerium,

Departement für das Invaliden-Wesen.

gez. von Grolman. gez. Wischhusen.
An die königliche Regierung in Potsdam.

Nr 401 6 85 D. f. J. B.

Vorstehenden Erlaß theile ich hierdurch den **sämmtlichen Reichs-, Staats-, Kommunal- und sonstigen Behörden** zur gefälligen Kenntnissnahme und Beachtung mit dem ergebenden Bemerkungen mit, daß der vorbezeichnete Bundesraths-Beschluß im Amtsblatt für 1875, Seite 294 und folg. abgedruckt worden ist. Potsdam, den 18. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Biehseuchen.

150. Die wegen Roggverdahts unterm 15. Dezember 1884 bezüglich der Pferde des Pferdehändlers Böllner in Neu-Ruppin polizeilich angeordnete Observation ist aufgehoben.

Der Hund des Klempnermeisters Husabel in Prenzlau ist am 8. d. M. von der Tollwuth befallen und an demselben Tage getödtet worden; demzufolge ist für die Stadt Prenzlau eine Hundesperre auf drei Monate angeordnet worden.

Potsdam, den 19. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirks-Ausschüsse.

Die Ferien des Bezirks-Ausschusses zu Potsdam betreffend.

3. Die Ferien des Bezirks-Ausschusses beginnen nach § 5 des Regulativs zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Bezirks-Ausschüssen vom 28. Februar 1884 mit dem 21. Juli d. J. und dauern bis zum 1. September d. J.

Dies wird hierdurch mit dem Eröffnen bekannt gemacht, daß schleunige Gesuche als solche zu begründen und als

„Feriensache“

zu bezeichnen sind.

Die Herren Landräthe werden ergebenst ersucht, für die Weiterverbreitung dieser Bekanntmachung gefälligst Sorge tragen zu wollen.

Potsdam, den 8. Juni 1885.

Namens des Bezirks-Ausschusses der Vorsigende.

Bekanntmachungen des königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Erlöschen von Concessionen als Auswanderungs-Agenten.

53. Nachdem der Schiffsmakler August Volten zu Hamburg aus seiner Stellung als Agent der Hamburg-Amerikanischen Packet-Schiffahrts-Gesellschaft ausgeschieden ist und in Folge dessen die ihm unter dem 25. März 1859 und 5. Dezember 1877 erteilten Concessionen zum Betriebe des Geschäfts der Auswandererbeförderung innerhalb des Preussischen Staates außer Kraft getreten sind, sind in Gemäßheit des § 9 des Gesetzes vom 7. Mai 1853 (G.-S. S. 729) auch die den bisherigen Agenten des Volten und zwar für den diesseitigen Bezirk

- 1) dem Buchhändler Carl August Hofmann, genannt „Langer“,
- 2) dem Kaufmann Wilhelm Carl Emil Leopold Mahler

unterm 31. März und 3. August 1875 erteilten Concessionen nebst deren Nachträgen erloschen.

Vorstehendes wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen vom 31. März und 3. August 1875, abgedruckt im Stück 15 und Stück 33 dieses Blattes vom 9. April bezw. 13. August 1875 hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Berlin, den 12. Juni 1885.

Der Polizei-Präsident.

Gröfnung einer Apotheke.

54. Die von dem Apotheker Oscar Nothe in dem Hause Spandauerstraße Nr. 25 zu Charlottenburg auf Grund der Concession des Herrn Ober-Präsidenten vom 16. Januar 1885 eingerichtete Apotheke ist nach vorschriftsmäßiger Revision eröffnet worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.

Der Polizei-Präsident.

Verbot einer Druckschrift.

55. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß die im Verlage der Volks-Buchhandlung zu Zürich erschienene nichtperiodische Druckschrift „Sozialdemokratisches Lieberbuch“, Achte veränderte Auflage, Druck der Schweiz. Genossenschafts-Buchdruckerei Hottingen-Zürich, 1885, nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 19. Juni 1885.

Der königl. Polizei-Präsident.

Invaliden-Pensionen betreffend.

56. Wie aus den in den letzten Jahren hierher eingereichten Anträgen auf Niederschlagung überhöbener Invalidenpensionsbeträge erschen worden, sind in den meisten Fällen die Pensions-Ueberhebungen dadurch veranlaßt worden, daß seitens der anstellenden Behörden die zur Verhütung solcher Ueberhebungen in den Ausführungs-Bestimmungen des Bundesraths vom 22. Februar 1875 zu dem Militärpensionsgesetz vom 27. Juni 1871 gegebenen Vorschriften — publizirt in dem Central-

blatt für das Deutsche Reich vom 26. Februar 1875 Nr. 9 Seite 142 u. f. — nicht genügende Beachtung gefunden haben.

Sollten fernerhin hier Fälle zur Vorlage kommen, bei denen die Pensions-Ueberhebung auf die Nichtbeachtung der erwähnten Vorschriften seitens der anstellenden Behörden zurückzuführen ist und die indehite gezahlten Pensionsbeträge von den Empfängern nicht wieder zu erlangen sind, würde nur erübrigen, den Regreß gegen diejenigen Beamten der anstellenden Behörden zu nehmen, durch deren vertretbares Verschöen die Reichskasse geschädigt worden ist.

Berlin, den 5. Juni 1885.

Kriegsministerium.

Departement für das Invaliden-Wesen.

gez. von Grolman. gez. Wischhusen.

An das Königl. Polizei-Präsidium hier.

Nr. 401/6 85 D. F. J. B.

*

Vorstehender Erlaß wird hiermit zur Kenntniß der beteiligten Behörden gebracht.

Berlin, den 15. Juni 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Beitritt von Siam zum Weltpostverein.

1. Zum 1. Juli d. J. tritt das Königreich Siam dem Weltpostverein bei. Von diesem Zeitpunkte beträgt das Porto für Briefsendungen nach Siam: für frankirte Briefe 20 Pfennig für je 15 Gramm; für Postkarten 10 Pfennig; für Drucksachen, Geschäftspapiere und Waarenproben 5 Pfennig für je 50 Gramm, jedoch für die einzelne Sendung mindestens 20 Pfennig bei Geschäftspapieren und 10 Pfennig bei Waarenproben. Für unfrankirte Briefe aus Siam werden 40 Pfennig für je 15 Gramm erhoben.

Berlin W., den 11. Juni 1885.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
von Stephan.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Verlegung eines Postamts.

24. Am 22. d. M. wird das Postamt in Friedrichsfelde bei Berlin aus dem Hause Berlinerstraße Nr. 79 in das Haus Berlinerstraße Nr. 36 (Ecke der Schloßstraße) verlegt.

Berlin C., den 17. Juni 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Erweiterung von Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Cöpenick, Groß-Lichterfelde und Steglitz.

25. Um rechtzeitig und in zweckmäßiger Weise die Vorbereitungen zu den im Laufe dieses Jahres noch auszuführenden Erweiterungen der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Potsdam, Cöpenick, Groß-Lichterfelde und Steglitz, welche sämmtlich mit

dem Berliner Fernsprechnetz verbunden sind, treffen zu können, ist es nothwendig, die Anzahl der neuen Anschlüsse, sowie die Lage der Gebäude, in welchen die Fernsprecheinrichtungen eingerichtet werden sollen, im Voraus zu kennen.

Dieserigen Personen u., welche den Anschluß an eine der genannten Stadt-Fernsprecheinrichtungen noch für dieses Jahr wünschen, wollen mir die bezüglichen schriftlichen Anmeldungen spätestens bis zum 1. Juli zugehen lassen.

Ver spätet angemeldete Anschlüsse können, sofern nicht besondere Umstände eine Ausnahme gerechtfertigt erscheinen lassen, erst mit Beginn der nächstjährigen Bauperiode ausgeführt werden.

Die einschläglichen Bedingungen werden auf Wunsch mitgetheilt werden.

Potsdam, 3. Juni 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

In Vertretung Blindow.

Unbestellbare Postsendungen.

26. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Potsdam lagern folgende unbestellbare Postsendungen, welche den Absendern bezw. den Eigenthümern nicht haben zurückgegeben werden können: 1) ein am 11. Dezember v. J. bei dem Kaiserlichen Postamt in Steglitz aufgeliessener Einschreibbrief an Herrn Kleinschmit in Neustadt (Dosse); 2) ein am 19. Januar bei dem Kaiserlichen Postamt in Potsdam eingelieferter Einschreibbrief an Herrn Barthonie Nowa in Atomowo bei Wollstein, Kreis Bomm; 3) ein am 7. Juni bei dem Kaiserlichen Postamt in Potsdam aufgeliessenes gewöhnliches Packet an Fräulein Th. Neberg in Berlin, Corneliusstraße Nr. 9; 4) ein am 13. Februar bei dem Kaiserlichen Postamt in Brandenburg eingelieferter Einschreibbrief an Herrn Rentier Feuerherdt in Carow bei Genthin; 5) eine am 14. März bei dem Kaiserlichen Postamt in Spandau 1 aufgeliessene Postanweisung über M. 2,95 an Herrn Hotelier Mansfeld in Genthin; 6) eine am 16. April bei der Kaiserlichen Postagentur in Börnick (Kreis Osthavelland) aufgeliessene Postanweisung über M. 6,00 an F. Duast in Dalldorf; 7) eine am 31. Dezember v. J. bei dem Kaiserlichen Postamt in Rüdersdorf aufgeliessene Postanweisung über M. 6,00 an Herrn Rudolph in Halle (Saale).

Die unbekannten Absender bezw. Eigenthümer der vorstehend aufgeführten Postsendungen werden aufgefordert, ihre Ansprüche binnen 4 Wochen geltend zu machen, widrigenfalls mit den Gegenständen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, den 16. Juni 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

In Vertretung: Blindow.

Bekanntmachungen des Königl. Konistoriums der Provinz Brandenburg.

General-Kirchen- und Schulvisitation in der Diözese Posen.

5. In der Zeit vom 25. Juni bis zum 6. Juli d. J. findet in der Diözese Posen unter dem Vorfige des

General-Superintendenten, Oberhofpredigers D. Kögel, eine General-Kirchen- und Schul-Bisitation statt, über deren Plan die Geistlichen und Gemeinde-Kirchenräthe der Diözese Auskunft ertheilen können.

Berlin, den 16. Juni 1885.

Königl. Consistorium der Provinz Brandenburg.

**Bekanntmachungen
der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden
und Reichs-Schulden-Verwaltung.**

Verloosung von Schuldverschreibungen der vierproz. Staatsanleihe von 1868 A. betreffend.

14. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 9. Verloosung von Schuldverschreibungen der vierprozentigen Staatsanleihe von 1868 A. sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden.

Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelosten Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 1. Januar 1886 ab gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der nach dem 1. Januar l. J. fällig werdenden Zinscheine Reihe V. Nr. 5 bis 8 nebst Anweisungen zur Reihe VI. bei der Staatsschulden-Zilgungskasse hiersebst, Taubenstraße Nr. 29, zu erheben.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungs-Hauptkassen, und in Frankfurt a./M. bei der Kreiskasse.

Zu diesem Zwecke können die Schuldverschreibungen nebst Zinscheinen und Zinscheinanweisungen einer dieser Kassen schon vom 1. Dezember d. J. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Zilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. Januar 1886 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird von dem Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Januar 1886 hört die Verzinsung der verloosten Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Schuldverschreibungen wiederholt und mit dem Bemerkten aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit dem Tage ihrer Kündigung aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Zilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von den oben gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 10. Juni 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Aufgebot von Schuldverschreibungen

15. Die Herren Schirmer und Schlid — Bankgeschäft — zu Leipzig, haben auf Umschreibung der Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4½ prozentigen Staatsanleihe Lit. C. Nr. 57854 und 57855 über je 500 Thlr. angetragen, weil dieselben vom früheren Königl. Kreisgericht Quersfurt am

9. März 1875 außer Kurs gesetzt, von diesem Gericht aber oder von einem an dessen Stelle getretenen oder von dem höheren Gericht nicht wieder in Kurs gesetzt sind. In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesen Papieren ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten, und spätestens am 1. November 1885 uns anzuzeigen, widrigenfalls die Papiere kassirt und den Herren Schirmer und Schlid neue umlaufsfähige ausgehändigt werden.

Berlin, den 17. April 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

**Bekanntmachungen der
Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.**

Aufgebot von Schuldverschreibungen.

13. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Kaufmann Berthold Koch zu Bad Kösen die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4prozentigen Staatsanleihe Lit. B. Nr. 217395 über 2000 M. und Lit. D. Nr. 208099 über 500 M. angeblich gestohlen worden sind. Es werden diejenigen, welcher sich im Besitze dieser Urkunden befinden, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Kaufmann Berthold Koch zu Bad Kösen anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 18. Juni 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

**Bekanntmachung der Direktion der
Rentenbank der Provinz Brandenburg.**

Verloosung von Rentenbriefen.

7. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 21. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verloosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

Litt. A. zu 1000 Thlr. = 3000 Mark.

113 Stück und zwar die Nummern:

329 457 518 557 739 786 1094 1102 1128 1311
1361 1426 1766 1808 2122 2277 2284 2410 2815
3175 3491 3693 3778 3857 4005 4182 4464 4815
4743 5043 5081 5157 5288 5380 5436 5454 5584
6514 6523 6871 7072 7531 7554 7561 7582 7764
7859 8096 8217 8338 8575 8620 8824 8829 8957
9075 9474 10084 10141 10390 10413 10649 10842
11124 11183 11452 11498 11560 11617 11817
12688 12868 12987 12989 13019 13208 13285
13303 13360 13390 13485 13526 13619 13753
13754 13948 14019 14085 14338 14639 15109
15180 15230 15304 15590 15988 16368 16446
16735 16752 16758 17100 17124 17196 17353
17457 17574 17606 18326 18474 18478 18526
18531.

Litt. B. zu 500 Thlr. = 1500 Mark.

40 Stück und zwar die Nummern:

677 905 1290 1438 1510 1707 2288 2888 2882.

2746 2761 2773 2847 3074 3096 3242 3278 3354
3615 3656 3826 4001 4408 4419 4479 4532 4698
4817 4865 5028 5223 5269 5538 5575 5731 6031
6223 6358 6455 6561.

Litt. C. zu 100 Thlr. = 300 Mark.

147 Stück und zwar die Nummern:

435 541 727 732 975 1590 2026 2368 2578 2595
2778 2874 2896 4158 4245 4951 5139 5230 5306
5319 5781 5848 5894 6430 6921 7017 7572 7645
7723 7750 8010 8597 8727 9053 9078 9082 9489
9621 9788 10146 10171 10250 10281 10401 10465
10480 10644 11154 11200 11318 11394 11418
11421 11960 12075 12421 12702 12978 13439
13471 13525 13607 14097 14293 14320 14321
14707 14930 15352 15491 15535 15677 15685
15687 15838 15896 15907 16266 16339 16561
16572 16789 17149 17248 17379 17500 17937
17954 18176 18283 18431 18499 19186 19278
19280 19356 19381 19569 19609 19664 19858
19966 20016 20065 20113 20137 20176 20335
20340 20402 20503 20509 20550 20624 20786
20802 20807 20910 20957 21087 21231 21341
21366 21536 21631 21716 21727 21765 21855
21863 21885 22210 22300 22303 22408 22442
22469 22919 23131 23133 23218 23274 23298
23327 23345 23372 23528.

Litt. D. zu 25 Thlr. = 75 Mark.

120 Stück und zwar die Nummern:

716 796 1110 1231 1465 1812 2367 2769 2952
3125 3195 3198 3216 3399 3465 3801 3817 4142
4182 4416 4444 4495 4649 4917 5052 5224 5263
5494 5881 6001 6019 6301 6338 6496 7035 7310
7349 7521 7684 7769 7967 8044 8197 8224 8229
8598 8718 8849 8953 8988 9411 9668 9719 9785
9862 10563 10954 10968 11074 11364 11515 11699
11826 11877 11879 11949 12601 12720 13158
13225 13576 13632 13671 13815 13944 13983
14223 14235 14623 14873 14932 15172 15341
15455 15680 15689 15929 15968 16023 16312
16367 16405 16486 16682 17027 17084 17447
17466 17475 17789 17845 17860 17870 17917
17995 18100 18119 18774 18778 18816 18927
18969 18972 18991 19019 19052 19107 19118
19198 19441.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. V. N^o 7—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76, vom 1. Oktober d. J. ab an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Oktober d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf.

Von den früher verloosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind nachstehend genannte Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vor-

gelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verfloßen sind:

Zum 1. Oktober 1877 Litt. D. N^o 5241
über 25 Thlr. = 75 M.

Zum 1. Oktober 1882 Litt. C. N^o 2124 7637
über 100 Thlr. = 300 M.

Zum 1. April 1883 Litt. A. N^o 15744
über 1000 Thlr. = 3000 M.

Litt. C. N^o 185 11409 über 100 Thlr. = 300 M.
Litt. D. N^o 4309 über 25 Thlr. = 75 M.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mit abzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen. Wegen der Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 § 44 zu beachten.

Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei, und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelbbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 16. Mai 1885.

Königl. Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Tarife betreffend.

26. Mit dem 20. Juli d. J. tritt der Anhang zu Theil II., Heft 1 des Rumänisch-Deutschen Verband-Tarifs vom 10. Oktober 1884 außer Kraft, da durch den am 1. Mai d. J. eingeführten Transit-Tarif von verschiedenen Deutschen Stationen nach Oberberg, Döwicz und Halbstadt für Sendungen nach Rumänien sich bei Umkartirung in den vorbezeichneten Stationen durchweg niedrigere Gesamtfrachten, als bei Anwendung der direkten Frachtsätze, ergeben.

Berlin, den 17. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Fahrplan-Änderung.

27. Vom 1. Juli d. J. wird behufs Herbeiführung einer direkten Verbindung zwischen Danzig und Berlin über Stolz und Stargard der Personenzug 412 der Strecke Stargard—Berlin in folgendem Fahrplan verkehren:

Stargard ab 8²⁸ Nm., Carolinenhof ab 8²³, Altdamm an 9¹¹ ab 9¹⁰, Stettin an 9³⁵ ab 9⁴¹, Colbitzow ab 10⁰⁰, Tantiow ab 10¹⁵, Caselow ab 10³⁰, Passow ab 10⁴⁵, Angermünde an 11¹⁵ ab 11¹², Ehorin ab 11²⁷, Eberswalde an 11⁴⁵ ab 11⁴⁵, Biesenthal ab 12¹⁵, Bernau ab 12¹⁰, Berlin an 12⁴⁰ Nm.,

ferner werden zum Anschluß in Angermünde bezw. Eberswalde die Züge 488 von Pasewalk bis Angermünde, und 450 von Freienwalde a./D. bis Eberswalde wie folgt verlegt:

Zug 488: Pasewalk an 8⁵⁶ ab 9¹⁶ Nm., Rechlin ab 9³¹, Dauer ab 9⁴¹, Prenzlau an 9⁵² ab 9⁵⁷, Seehausen ab 10¹⁴, Wilmerdorf ab 10²⁴, Greiffenberg ab 10⁴³, Angermünde an 10⁵⁷ Nm., Zug 450: Freienwalde a./D. ab 10⁵⁴ Nm., Falkenberg 11¹, Niederfinow ab 11¹², Eberswalde an 11²⁷ Nm.

Berlin, im Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Einlösung fälliger Zins-Coupons.

6. Vom 1. Juli d. J. ab werden in der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse hieselbst und in der Königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kasse in Berlin, am Köpenicker Platz Nr. 5, sowie in Dessau, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr jeden Wochentages eingelöst werden:

- 1) die zum 1. Juli 1885 fälligen Zins-Coupons der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft und zwar:

- a. Nr 9 Ser. IV. der 4½ % Prioritäts-Obligationen **I. und II. Emission;**
- b. Nr 9 Ser. IV. der 4½ % Prioritäts-Obligationen **Litr. B.;**
- c. Nr 9 Ser. II. der 4½ % Prioritäts-Obligationen **Litr. C.;**

- 2) die Zins-Coupons Nr 20 der 4½ % Prioritäts-Obligationen der Oberlausitzer Eisenbahn-Gesellschaft.

Es wird ersucht, getrennte Nachweisungen einzureichen:

- 1) über Coupons zu Berlin-Anhaltischen Prioritäts-Obligationen,
- 2) über Coupons zu Oberlausitzer Prioritäts-Obligationen, welche je die Stückzahl und den Werth, nach ihren verschiedenen Kategorien geordnet, enthalten.

In Leipzig erfolgt die Einlösung an den Wochentagen in der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1885, Vormittags von 9—12 Uhr bei der Königl. Stationskasse (Thüringer Bahnhof) hieselbst. Außerdem erfolgt die Einlösung der Coupons zu den 4½ % Prioritäts-Obligationen **Litr. C.** vom 1. bis 15. Juli 1885 in Frankfurt a. M.

- a. bei Herren M. A. von Rothschild & Söhne,
- b. bei der Filiale der Bank für Handel und Industrie.

Erfurt, im Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Transportbegünstigung für Ausstellungs-Gegenstände.

48. Für diejenigen Gegenstände, welche auf den unten bezeichneten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den nachstehend aufgeführten Bahnstrecken eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller dagegen frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes bezw. des Duplikat-Transportscheins für die Hintour, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungs-Comités nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

| Nr. | Art der Ausstellung | Ort | Zeit | Die Transportbegünstigung wird gewährt auf den Strecken der | Der Rücktransport muß erfolgen innerhalb |
|-----|--|------------|--------------------------|---|--|
| 1 | Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, sowie von Erzeugnissen des Kleingewerbes. | Schlochau. | 18. Juni d. J. | Königlichen Eisenbahn-Direktion Bromberg, Breslau und Berlin. | 8 Tage |
| 2 | Ausstellung von Feuerlöschgerätschaften u. | Cassel. | 4. bis 6. Juli d. J. | sämmtlichen Preussischen Staatsbahnen, | 14 Tage |
| 3 | Ausstellung von Bienen, bienenwirtschaftlichen Geräten und anderen Gegenständen der Bienenzucht. | Tilsit. | 10. bis 12. August d. J. | Königlichen Eisenbahn-Direktion Bromberg. | 8 Tage |

nach Schluß der Ausstellung.

Bromberg, den 17. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung des Königl. Kredit-Instituts für Schlesien.

Umtausch von Pfandbriefen Lit. B.

Die Inhaber nachbezeichneter, von dem Königl. Kredit-Institut für Schlesien ausgefertigter 4% Pfandbriefe Lit. B., hastend:

1) auf Bladen, Kreis Leobschütz:

Nr. 155 und 156 à 1000 Thlr.,
Nr. 1322 bis 1327 à 500 Thlr.,
Nr. 3624 bis 3633 à 200 Thlr.,
Nr. 6498 bis 6517 à 100 Thlr.,
Nr. 11423 und 11424 à 50 Thlr.,
Nr. 22338 bis 22340 à 25 Thlr.,

2) auf Grzybowitz, Kreis Tost:

Nr. 154 à 1000 Thlr.,
Nr. 1319 bis 1321 à 500 Thlr.,
Nr. 3620 bis 3623 à 200 Thlr.,
Nr. 6490 bis 6496 à 100 Thlr.,
Nr. 11422 à 50 Thlr.,
Nr. 22334, 22335 und 22337 à 25 Thlr.,

werden hierdurch aufgefordert, diese Pfandbriefe in coursfähigem Zustande mit laufenden Zinscoupons

bis zum 15. August d. J.

gegen Empfangnahme anderer Pfandbriefe Lit. B. von gleichem Betrage und mit gleichen Zinscoupons versehen an die Königl. Institutenskasse hierselbst (im Regierungsgebäude) zum Umtausche einzureichen.

Breslau, den 15. Juni 1885.

Königl. Kredit-Institut für Schlesien.

Personal-Chronik.

Im Kreise Templin ist wegen seines stattgehabten Ausscheidens aus dem städtischen Bürgermeisterrat der Bürgermeister a. D. Becker zu Lyden, welcher seither den Amtsbezirk XXII. Lyden zeitweilig nach § 58 Abs. 1 der Kreisordnung verwaltet hatte, zum kommissarischen Amtsvorsteher desselben ernannt worden.

Im Kreise Osthavelland sind an Stelle des verstorbenen Majors a. D. von Risselmann zu Schönwalde und des Amtmanns Beyer daselbst, welcher von dem bisher geträgten Amte entbunden zu werden wünschte, der Amtmann Jarnack zu Wansdorf und der Gemeindevorsteher Gutfeld daselbst zum Amtsvorsteher bezw. Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk XIII. Schönwalde, sowie ferner der Gemeindevorsteher Lausmann in Bornstedt und der Bauerngutbesitzer Hornemann in Dyrog zu Amtsvorsteher-Stellvertretern für die Bezirke XXIV. Bornstedt und XXVIII. Dyrog ernannt worden.

Die Waldwärterstelle für den Forstheil Trotscheide zu Marienthal, in der Oberförsterei Lüdersdorf, ist dem Forsthausföhrer Rhode zu Sperenberg vom 1. Juli d. J. ab interimistisch übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger Karl Scholz, zur Zeit Forsthausföhrer in der Oberförsterei Falkenhagen, ist zum Königl. Förster ernannt und demselben die erledigte Försterstelle Torgelow in der Oberförsterei Freienwalde vom 1. Juli d. J. ab übertragen worden.

Dem Fräulein Frida Franke aus Anclam, jetzt

in Albertshof bei Dranienburg, ist die Erlaubnis erteilt, im diesseitigen Regierungsbezirk Stellen als Hauslehrerin anzunehmen.

Der Superintendentur-Berwieser, Oberpfarrer Karl Wilhelm Eduard Kiebusch in Zehdenick, ist zum Superintendenten der Diözese Zehdenick ernannt worden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Gladow, Diözese Potsdam II., ist durch das Ableben des Pfarrers Brandenburg am 5. Juni d. J. zur Erledigung gekommen.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Archidiafonat zu Charlottenburg, Diözese Cöln-Land, ist durch das Ableben des Archidiafonus Geyer am 28. April d. J. zur Erledigung gekommen.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Archidiafonat an der Pfarrkirche zu Neu-Müppin, Diözese gleichen Namens, kommt durch die Versetzung des Archidiafonus Hofmann zum 1. Juli d. J. zur Erledigung.

Vacant sind resp. werden: je eine Lehrer- und Küsterstelle zu Cüstrinchen, Inspektion Templin, zu Herzprung, Inspektion Wittstock, eine Lehrerstelle zu Schneeberg, Inspektion Beeskow, Privat-Patronat; eine Lehrerstelle zu Fehrbellin, Königl. Patronat.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion Erfurt pro Monat Mai 1885.

Versetzt: die Stations-Vorsteher von Mayer von Groß-Richterfelde nach Berlin, Formey von Möderau nach Berlin und Ide von Berlin nach Groß-Richterfelde.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Kammergerichts im Monat Mai 1885.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: der Kaufmann Sulzer in Berlin zum Handelsrichter bei der Kammer für Handelsachen in Berlin. Der Gerichtsassessor Zweig zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Liebenwalde. Versetzt ist: der Amtsrichter Parisius zu Ludenwalde an das Amtsgericht in Glog. Verstorben ist: der Landgerichtspräsident Schulze zu Prenzlau.

II. Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt: die bisherigen Referendare Seler, Aronsohn, Plinzner, Hermann Schulze, Reis, Unger, Pießsch, Tschmar, Menzel, Wagner, Biermann. Entlassen sind: Arlt, Behufs Uebernahme in die Verwaltung der indirekten Steuern, Dr. Erdmann auf seinen Antrag.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Zugelassen sind zur Rechtsanwaltschaft: die Gerichtsassessoren Paul Meyer und Joachim bei dem Kammergericht, die Gerichtsassessoren Schönsfeld und Landsberg bei dem Landgericht I. zu Berlin, der Gerichtsassessor Schiller bei dem Landgericht II. zu Berlin, der Gerichtsassessor Loeser bei dem Amtsgericht zu Storkow. Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte: Der Rechtsanwalt Engel bei dem Landgericht II. zu Berlin. Zu Notaren sind ernannt: Der

Rechtsanwalt Gersdorf II. in Guben im Bezirke des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Guben, der Rechtsanwalt, Justizrath Asmy und der Rechtsanwalt Meyer, beide in Potsdam im Bezirke des Kammergerichts mit Anweisung ihres Wohnsitzes in Potsdam. Gestorben ist: der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Licht in Potsdam.

IV. Referendare.

Ernannt sind zu Referendaren: die bisherigen Rechtskandidaten Korth, Wölferling, von Treslow, Rehsfeld, Wurm, Loewe, Arnim, Schilasky, Heyne, Kubale. Uebernommen ist: Franke aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg a./S. Entlassen sind: Ernst, Prinz von Sachsen-Meinungen auf seinen Antrag, Sayffaerth und Dr. jur. Hermann Schulz, Behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind: zu Gerichtsschreibern beim Kammergericht: der etatsmäßige Gerichtsschreibergehilfe Rehsender in Charlottenburg und der Gerichtsschreiber Paul Zimmermann beim Amtsgericht I. in Berlin. Zum Rechnungsrevisor bei dem Landgericht Potsdam der Gerichtsschreiber Walter zu Wittstock. Zu Gerichtsschreibern: der Oberrevisor beim Hauptsteueramt für die Gerichtskosten-Erhebung zu Berlin Schäfer und der Steuerinspektor Düvert bei dem Amtsgericht I. zu Berlin, der Steuerinspektor Ebert zu Neu-Ruppin bei dem Amtsgericht zu Neu-Ruppin, die etatsmäßigen Gerichtsvollzieher Jenichen in Dranienburg bei dem Amtsgericht zu Werder und Krell in Eberswalde bei dem Amtsgericht zu Freienwalde a./D., die Hauptsteueramtsassistenten Brandin, Marx, Grimm, Grundmann, Schmidt, Voeshin, Meißner, Geglaff, Gusinde, Zimmermann, Wangerin, Engelmann, Joachim Berg zu Berlin, die Provinzial-Steuerdirektions-Assistenten Kohlweß, Krause, Becker zu Berlin, der Assistent in der Ministerial-Militär- und Baukasse Winkel zu Berlin, die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen Schlüter, Ebel, Bayer, William, Wasmund, Engel, Otto Neumann, Koch, Daecke, Schaale, Pipping, Wichmann, Bogula, Kolwasky, J. A. E. Schulze, Wiersing, Düring, Blüthgen, Kuhl, Thon, Krämmel, Meyer, Luther, Fischer, Krausnick zu Berlin, die etatsmäßigen Assistenten Dehlke, Riedbach, Petersdorf, Klinkert, Triepfe zu Berlin, der etatsmäßige Gerichtsschreibergehilfe Lassahn zu Angermünde, die diätarischen Gerichtsschreibergehilfen von Grand, Peske, Hinke, Höhle, Morig, Gleich, Kerger, Giese, Bode zu Berlin, die Bureau-Hülfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft des Amtsgerichts I. Peters und Villain zu Berlin, bei dem Amtsgericht I. zu Berlin der Steuereinnahmer Lehmann zu Driesen bei dem Amtsgericht daselbst, die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen Wegel in Spanbau bei dem Amtsgericht zu Cremen, Heise in Schwedt bei dem Amtsgericht zu Treuenbriegen, Schröder in Lübben bei dem Amtsgericht zu Kirchheim, Rente in Jossen bei dem Amtsgericht daselbst, Perfarth

in Landsberg a./B. bei dem Amtsgericht zu Friedeberg N./M., Paul Wegel, Tetting, Couvreur in Potsdam bei dem Amtsgericht daselbst, J. G. A. Müller in Cossen bei dem Amtsgericht zu Triebel, Gröschke in Frankfurt a./D. bei dem Landgericht zu Frankfurt a./D., Hildebrandt in Schwiebus bei dem Amtsgericht zu Königsberg N./M., Krafad in Sommerfeld bei dem Amtsgericht zu Zehden, Bode in Cottbus bei dem Amtsgericht zu Oberberg i./M., Voigt in Kyritz bei dem Amtsgericht zu Rheinsberg, Dessow in Sorau bei dem Amtsgericht zu Boldenberg, Soveaux in Alt-Landsberg bei dem Amtsgericht daselbst, Kellermann in Cüstrin bei dem Amtsgericht daselbst, Bode in Nixdorf bei dem Amtsgericht zu Cöpenick, Lehmann in Cottbus bei dem Amtsgericht zu Dahme, Schauer in Guben bei dem Amtsgericht daselbst, Sabler in Spremberg bei dem Amtsgericht zu Baruth, Hildemann in Zielenzig bei dem Amtsgericht zu Forst, Kolpin in Fürstenwalde bei dem Amtsgericht zu Drossen, Kolbe in Cöpenick bei dem Amtsgericht daselbst, Becker in Wusterhausen a./D. bei dem Amtsgericht zu Gransee, die Hauptsteueramts-Assistenten Thieme in Cossen bei dem Amtsgericht daselbst, Boese in Eberswalde bei dem Amtsgericht zu Seelow, Schulze in Jossen bei dem Amtsgericht zu Freienwalde a./D., die Steuereinnahmer Plog in Zehden bei dem Amtsgericht zu Fürstenberg a./D., Krakewitz in Züllichau bei dem Amtsgericht zu Triebel, der etatsmäßige Assistent Wagner zu Frankfurt a./D. bei dem Amtsgericht zu Mittenwalde, der diätarische Assistent Altsch in Landsberg a./B. bei dem Amtsgericht zu Drossen, die diätarischen Gerichtsschreibergehilfen Kappengst in Prignitz bei dem Amtsgericht daselbst, Liegmann in Berlin beim Landgericht I. daselbst. Zu Sekretären: der etatsmäßige Gerichtsschreibergehilfe Scheffler in Charlottenburg, der Hauptsteueramtsassistent Knick in Landsberg a./B. und der diätarische Gerichtsschreibergehilfe Tiege in Guben bei den Staatsanwaltschaften zu Berlin II. bezw. Landsberg a./B. und Guben. Zu etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen: die Hauptsteueramtsassistenten Meyrid, Triebel, Schacht, Kühn, Erüger, Ehrhardt, Eichel, Rache, Nürnberg, Richter, Lood, Mehropp, Krenke, Thon, Sudrow, Dittberner, Adrian, Hegner, Kruppa, Stambke, Müdley, Dobrag, Sommer, Dietrich in Berlin, Rabisch in Frankfurt a./D., die geprüften Justizanwärter Laege, Boche, Schindler, Höpne, Ribbcke, Andre, Pauling, Steffen und der Militär-Anwärter Viele bei dem Amtsgericht I. zu Berlin, die geprüften Justizanwärter Warmbier, von Göllich, Roster, Düring, Drachholz und der Militär-Anwärter Schlutius beim Landgericht I. zu Berlin, die geprüften Justiz-Anwärter Rippe beim Landgericht zu Landsberg a./B., Schlegel beim Amtsgericht zu Fürstenberg a./D., Thomas beim Amtsgericht zu Havelberg, Stein beim Landgericht zu Potsdam, Janowsky beim Amtsgericht zu Angermünde, Haupt-

vogel beim Amtsgericht zu Schwiebus, Meißner beim Amtsgericht II. zu Berlin, Behne beim Landgericht II. zu Berlin, Holland beim Amtsgericht zu Bernau, Kehlender beim Amtsgericht zu Charlottenburg, Jenne beim Amtsgericht zu Sorau, Sattler beim Amtsgericht zu Sommerfeld, Maerder beim Amtsgericht zu Freienwalde a./D., Landt beim Landgericht zu Cottbus, Pankow beim Amtsgericht zu Dranienburg, Fürstenberg beim Amtsgericht zu Neuwedell, Schirmmeister beim Amtsgericht zu Jossen, die Hauptsteuerramtsassistenten Wardjaad in Cossen bei dem Amtsgericht daselbst, Hirsch und Kucher zu Brandenburg a./H. bei dem Amtsgericht daselbst, Weber in Potsdam bei dem Amtsgericht daselbst, Rienow in Potsdam bei dem Landgericht daselbst, Rampe in Neu-Müppin bei dem Amtsgericht zu Lindow, Arlt in Cottbus bei dem Amtsgericht daselbst, der Gerichtsvollzieher Redor zu Cottbus bei dem Amtsgericht daselbst, die Steuereinnnehmer Menzel zu Neppen beim Amtsgericht daselbst, Neumann zu Calau beim Amtsgericht zu Lübbenau, Erdmann zu Drossen beim Amtsgericht zu Zielenzig, Schmah zu Sonnenburg beim Amtsgericht zu Müncheberg, Dahl zu Bräussow beim Amtsgericht zu Strassburg II./M., Rämzig zu Bessow beim Amtsgericht zu Fürstenwalde, die Militäranwärter Schumann beim Amtsgericht zu Mittenwalde, Eichholz beim Amtsgericht zu Landsberg a./W., Lehmann beim Amtsgericht II. zu Berlin, Henke beim Amtsgericht zu Charlottenburg, Wendorff beim Amtsgericht zu Lübben, Lindemann beim Amtsgericht zu Dahme, Rania beim Amtsgericht zu Treuenbriegen, F. M. A. Lehmann beim Amtsgericht zu Eberswalde, Wedig beim Amtsgericht zu Schwedt, Sandrock beim Amtsgericht zu Nirdorf, A. F. W. Voigt beim Amtsgericht zu Alt-Landsberg, Posemann beim Amtsgericht zu Königs-Wusterhausen, Dubro beim Amtsgericht zu Dobrilugk, Thielemann beim Amtsgericht zu Liebesroße, Hellpap beim Amtsgericht zu Kyritz, May beim Amtsgericht zu Zehden, Krieg beim Amtsgericht zu Lenzen, Abelsberger beim Amtsgericht zu Wittenberge, Joël beim Amtsgericht zu Frankfurt a./D., Henke beim Landgericht zu Frankfurt a./D., Wagner und Strehlow beim Amtsgericht zu Gäßrin, Züchner beim Amtsgericht zu Meyenburg, Kiefesmann beim Amtsgericht zu Wusterhausen a./D., Hamann beim Amtsgericht zu Pförten, Kuhse beim Amtsgericht zu Bärwalde N./M., Freiwald beim Amtsgericht zu Spandau, Huhn beim Amtsgericht zu Senftenberg, Diekmann beim Amtsgericht zu Lippehne, Glos beim Amtsgericht zu Peitz, Murawski beim Amtsgericht zu Spremberg, Gruber beim Amtsgericht zu Sorau. Zu etatsmäßigen Assistenten: die geprüften Justizanwärter Otto bei der Staatsanwaltschaft II. zu Berlin, Gottfried, Schüler und Granzow bei der Staatsanwaltschaft I. zu Berlin, der Militäranwärter Luther bei der Staatsanwaltschaft zu Frankfurt a./D., zum Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht zu Lübben der Militäranwärter Bär in Königsberg N./M. Versetzt sind: die Gerichtsschreiber Thomas in Driesen, Spornberg in Charlottenburg, Haberland in Alt-Landsberg, Thiede in Dahme, Grassow in Treuenbriegen, Hildebrandt in Drossen, Bergemann in Cöpenick, Jandke in Baruth, Adam in Zehden, Sonnenburg in Wolkenburg, an das Amtsgericht I. zu Berlin, Milow in Freienwalde a./D. an das Amtsgericht zu Prenzlau, Marquardt in Prenzlau an das Amtsgericht zu Neubrandenburg, Jantke in Freienwalde a./D. an das Amtsgericht zu Beelitz, Niedermeyer in Seelow an das Amtsgericht zu Frankfurt a./D., Brechert in Oderberg i./M. und Benke in Mittenwalde an das Amtsgericht zu Brandenburg a./H., Raumann vom Amtsgericht I. an das Landgericht I. zu Berlin, Eder vom Landgericht I. an das Amtsgericht I. zu Berlin, Balzer vom Landgericht zu Guben an das Amtsgericht daselbst, die Sekretäre Hötter von der Staatsanwaltschaft zu Landsberg a./W. und Bombe von der Staatsanwaltschaft II. zu Berlin als Gerichtsschreiber an die Landgerichte zu Landsberg a./W. bezw. Berlin II. — Die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen Albrecht in Friedeberg N./M. an das Amtsgericht I. zu Berlin und Bohnenkengel in Forst an das Amtsgericht zu Spandau. — Die Gerichtsvollzieher Masch in Oderberg i./M. an das Amtsgericht in Eberswalde, Hüllmann in Lübben an das Amtsgericht zu Lübbenau. Gestorben ist: der erste Gerichtsschreiber, Kanzleirath Rutscher beim Amtsgericht I. zu Berlin.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|---|---------------------------|--|---|--|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Anders Nilsson, Arbeiter, | geboren am 24. Juni 1854 zu Wankstad, Bezirk Nådab, Schweden, wohnhaft zuletzt in Hohen-Schwarz, Bezirk Rostock, Mecklenburg-Schwerin, | Diebstahl (5 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 17. Februar 1880), | Großherzoglich Mecklenburgisches Ministerium des Innern zu Schwerin, | 20. Januar 1885. |

| 1. Rang. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. |
|--|---|---|--|--|-----------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| h. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Josef Houska, Bädergeselle, | geboren am 21. November 1862 zu Wardy, Böhmen, ortsangehörig in Unter-Buciz, Bezirk Czaslau, ebendasselbst, | desgleichen, | Königlich Preussische Regierung zu Köln, | 18. Mai 1885. |
| 2 | Rudolf Manter, Gerbergeselle, | geboren am 5. März 1856 zu Graz, Steiermark, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen, Fälschung falscher Zeugnisse, Sachbeschädigung, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Traunstein, | 30. April 1885. |
| 3 | Ernst Tögl, Schuhmacher, | geboren am 6. Januar 1846 zu Landeck, Bezirk Tepl, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Legitimationsfälschung, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Deggendorf, | 2. Mai 1885. |
| 4 | Franz Neuhofer, Müller, | 36 Jahre, geboren in Rubensdorf, Gemeinde Berg, Bezirk Böckla-brud, Oesterreich, ortsangehörig in Berg, | Landstreichen, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Füssen, | 3. Mai 1885. |
| 5 | Karl August Michel, Tagner, | geboren am 2. April 1842 zu Minorville, Departement Meurthe et Moselle, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Straßburg, | 21. Mai 1885. |
| 6 | Gottlieb Häbischer (Hipscher), Bädergeselle, | geboren am 10. Oktober 1853 zu Bogubiloff, Bezirk Petrikau, Russisch-Polen, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 29. Mai 1885. |
| 7 | Franz Langer, Arbeiter, | 34 Jahre, geboren zu Kamig, Kreis Neisse, Schlesien, ortsangehörig in Weiswasser, Oesterreichisch-Schlesien, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 30. Mai 1885. |
| 8 | Die Zigeunerinnen:
a. Agnes Saraly, verheiratete,
b. Pauline Saraly, verheiratete,
c. Julianne Saraly, unverheiratete, | a. 35 Jahre,
b. 24 Jahre,
c. 22 Jahre, sämtlich geboren und ortsangehörig in Przyschowiz, Bezirk Kromau, Mähren, | Landstreichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 20. März 1885. |
| 9 | Sylvester Kapper, Tischlergeselle, | geboren am 12. September 1834 zu Endersdorf, Bezirk Freiwaldau, Oesterreichisch-Schlesien, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 5. Mai 1885. |

| Rang-Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|----------|---|---|--------------------------------------|--|--|
| 1. | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| 10 | Anton Hnif,
Steinarbeiter, | geboren am 17. Februar
1845 zu Ober-Rochlitz,
Bezirk Starkenbach,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichern und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Liegnitz, | 5. Mai
1885. |
| 11 | Franz Varesch
(Vares),
Fleischergeselle, | geboren am 22. April
1841 zu Liban, Bezirk
Gitschin, Böhmen,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | desgleichen, | derselbe, | 8. Mai
1885. |
| 12 | Vincenz Spacil,
(alias Misfur),
Metallbruder, | geboren am 9. Juli 1853
zu Jaroschnowitz, Be-
zirk Kremsier, Mähren,
ortsangehörig zu Krem-
sier, Bezirk ebenda, | Landstreichern, | Königlich Preussische
Landdrostei Han-
nover, | 7. Mai
1885. |
| 13 | Vincenz Hofer,
Buchbinder, | geboren am 28. Januar
1858 zu Brixen, Tirol,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landstreichern und Betteln, | derselbe, | 30. Mai
1885. |
| 14 | Johann Wilhelm
Cloop (Cloots),
ohne Stand, | 50 Jahre, geboren und
ortsangeh. in Geleen
bei Maastricht, Nieder-
lande, wohnhaft zuletzt
in Eilendorf, Kreis
Aachen, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussische
Regierung zu Aachen | 25. April
1885. |
| 15 | Josef Maier,
Schneider, | geboren am 2. Februar
1847 zu Neulerchenfeld
bei Wien, Oesterreich, | desgleichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Sigmaringen, | 25. Januar
1885. |
| 16 | Floribert Dufacquier,
Schreiner, | geboren am 2. Sep-
tember 1852 zu Jette,
Belgien, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichern, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg, | 26. Mai
1885. |

Die durch Beschluß des Königlich Preussischen Regierungs-Präsidenten zu Breslau vom 1. bezw. 7. Mai d. J. verfügten Ausweisungen des ehemaligen Kaufmanns Emil Jähn und der unverheirateten Julie Stange (Amtsblatt für 1885 Seite 229 unter Ziffer 4 und Seite 238 unter Ziffer 7) sind zurückgenommen worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Genannten Deutsche Reichsangehörige sind. — Der auf Seite 222 des Amtsblatts für 1885 unter Ziffer 19 aufgeführte Ausgewiesene heißt nicht Hygar, sondern Gygar.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend das Verzeichniß der in der 9ten Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 10. Juni 1885 zur baaren Einlösung am 1. Januar 1886 gekündigten Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe vom Jahre 1868 A. und das Verzeichniß der aus früheren Verloosungen noch rückständigen Schuldverschreibungen derselben, sowie Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (G. Hays, Hof-Buchdrucker).

Verzeichniß

in der 9ten Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der unterzeichneten Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 10. Juni 1885 zur baaren Einlösung am 1. Januar 1886 gekündigten Schuldverschreibungen der

Staats-Anleihe vom Jahre 1868 A.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 5 bis 8 und Anweisungen zur Abhebung der Zinscheinreihe VI.

Lit. A. zu 1000 Rthlr.

102 bis 105. 107. 108. 291 bis 296. 417 bis 422. 429 bis 434. 1088 bis 1093. 1469 bis 1474. 1529. 1530. 1532 bis 1535. 1656. 1658 bis 1662. 1761 bis 1766. 1905. 1906. 1926. 1933 bis 1935. 2023 bis 2028. 2101 bis 2106. 2253 bis 2258. 3116 bis 3121. 3202 bis 3204. 3222 bis 3224. 4968 bis 4973. 5612 bis 5617. 6636 bis 6641. 6786 bis 6791. 6942 bis 6947. 7194 bis 7199. 7302 bis 7307. 7698 bis 7703. 7800 bis 7805. 7884 bis 7889. 7896 bis 7901. 8472 bis 8477. 8670 bis 8675. 8814 bis 8819. 9146 bis 9151. 9378. 10001 bis 10005. 10300 bis 10305. 10358. 10360 bis 10364. 10790 bis 10795. 12106 bis 12117. 12154 bis 12159. 12239 bis 12244. 12289 bis 12294. 12328 bis 12333. 12544. 12549 bis 12553. 12682 bis 12687. 12853 bis 12855. 12858 bis 12860. 13073 bis 13078. 13331 bis 13336. 13349 bis 13354. 13481 bis 13486. 13587 bis 13592. 13647 bis 13652. 13725 bis 13730. 13977 bis 13982.

Summa 306 Stück über 306 000 Rthlr. = 918 000 Mark.

Lit. B. zu 500 Rthlr.

161 bis 167. 169. 170. 199 bis 201. 702 bis 713. 922. 923. 935. 936. 942. 943. 945 bis 947. 949 bis 951. 1700. 1709 bis 1716. 1821 bis 1823. 3771 bis 3782. 3967. 4028. 4043. 4044. 4051 bis 4058. 5479 bis 5490. 5515 bis 5526. 5827 bis 5838. 6116 bis 6127. 7021 bis 7032. 7347 bis 7354. 7377 bis 7380. 7632 bis 7643. 7915 bis 7925. 7927. 8281 bis 8292. 8723 bis 8728. 8730 bis 8735. 10056 bis 10067. 10284 bis 10295. 10944 bis 10955. 11304 bis 11315. 11472 bis 11483.

Summa 252 Stück über 126 000 Rthlr. = 378 000 Mark.

Lit. C. zu 300 Rthlr.

1526 bis 1545. 2225 bis 2244.

Summa 40 Stück über 12 000 Rthlr. = 36 000 Mark.

Lit. D. zu 100 Rthlr.

477 bis 489. 491 bis 505. 507. 508. 510 bis 539.

Summa 60 Stück über 6 000 Rthlr. = 18 000 Mark.

Lit. E. zu 50 Rthlr.

138 bis 140. 142 bis 144. 147. 148. 151 bis 153.

Summa 11 Stück über 550 Rthlr. = 1 650 Mark.

Zusammen 669 Stück über 450 550 Rthlr. = 1 351 650 Mark.

Verzeichniß

übergeben, zu welchem Behufelare ebenda und in
enburg bei dem Kaiserl. Postamt Nr. 2 unentgeltlich
haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerirte
rte als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß
ach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so
s doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten
Einreicher das eine Exemplar mit einer Em-
ngsbescheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke

Kreisphysikalische bis zum 31. August an mich ein-
zureichen. Potsdam, den 22. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verbote von Vereinen und Druckschriften.
132. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die
gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie
vom 21. Oktober 1878 sind ferner folgende Bekannt-
machungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht

Verzeichniß

der aus früheren Verloosungen noch rückständigen Schuldverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1868 A.

1. Verloosung.

Gefündigt zum 1. Januar 1882. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IV Nr. 5/8 und Anweisungen zur Reihe V.
Lit. B. zu 500 Rthlr. Nr. 721.

2. Verloosung.

Gefündigt zum 1. Juli 1882. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IV Nr. 6/8 und Anweisungen zur Reihe V.
Lit. B. zu 500 Rthlr. Nr. 2267.
„ E. „ 50 „ Nr. 285. 86.

4. Verloosung.

Gefündigt zum 1. Juli 1883. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IV Nr. 8 und Anweisungen zur Reihe V.
Lit. A. zu 1000 Rthlr. Nr. 10799.

5. Verloosung.

Gefündigt zum 1. Januar 1884. Abzuliefern nur mit Zinscheinanweisungen zur Reihe V.
Lit. A. zu 1000 Rthlr. Nr. 1357.
„ C. „ 300 „ Nr. 1463.

6. Verloosung.

Gefündigt zum 1. Juli 1884. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 2/8 und Anweisungen zur Reihe VI.
Lit. A. zu 1000 Rthlr. Nr. 2590.
„ E. „ 50 „ Nr. 535.

7. Verloosung.

Gefündigt zum 1. Januar 1885. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 3/8 und Anweisungen zur Reihe VI.
Lit. A. zu 1000 Rthlr. Nr. 16 bis 18. 135. 39. 237. 74. 76. 80. 1494. 96. 3769. 844. 4966. 5476. 10058. 59. 211.
12. 12735. 36.
„ B. „ 500 „ Nr. 416 bis 18. 782. 86. 1145. 52. 54. 2203. 3867. 7039 bis 44. 8466. 69.
„ C. „ 300 „ Nr. 617. 55 bis 57. 61. 1837 bis 39. 49 bis 52.
„ D. „ 100 „ Nr. 726 bis 42. 45. 47. 48. 53. 56. 58 bis 61. 75 bis 77. 79. 80. 84.
„ E. „ 50 „ Nr. 323. 24. 31. 34. 35. 37. 39. 40.

(Wegen der in der 8ten Verloosung gezogenen Schuldverschreibungen siehe das Verzeichniß vom 10. Dezember 1884.)

Berlin, den 10. Juni 1885.

Königliche Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Erbdow.

Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.

machung der Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 10. Juni 1885 zur baaren Einlösung am 1. Januar 1886 gefündigten Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe vom Jahre 1868 A. und das Verzeichniß der aus früheren Verloosungen noch rückständigen Schuldverschreibungen derselben, sowie Vier öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 27.

Den 3. Juli

1885.

Bekanntmachungen

der Hauptverwaltung der Staatsschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Einlösung 34 8iger Staatsschuldscheine des Jahres 1842.

16. Von den in der 1. Verlosung gezogenen, durch unsere Bekanntmachung vom 17. September 1884 zur baaren Einlösung am 1. Januar 1885 gekündigten 8271 Stück 3½ prozentigen Staatsschuldscheinen des Jahres 1842 sind die in der anliegenden Restanten-Liste aufgeführten 1617 Stück auch bis jetzt noch nicht der Staatsschulden-Eilungskasse zur Einlösung vorgelegt worden. Die Besitzer dieser Scheine werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Verzinsung derselben mit dem 1. Januar d. J. aufgehört hat und die überhobenen Zinsen bei Zahlung des Kapitals in Abzug gebracht werden müssen.

Berlin, den 12. Juni 1885.

Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Ausreichung der Zinscheine Reihe IV. zu den Prioritäts-Obligationen der Taunus-Eisenbahn vom Jahre 1844 betreffend

21. Die Zinscheine Reihe IV. Nr. 1 bis 7 zu den Prioritäts-Obligationen der Taunus-Eisenbahn vom Jahre 1844 über die Zinsen für die Zeit vom 30. Juni 1885 bis 30. Dezember 1888 werden vom 8. Juni d. J. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Drahnenstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, beziehungsweise durch die Kreiskasse in Frankfurt a./M., auch bis zum 30. Juni d. J. durch die Bezirks-Hauptkassen in Hannover, Osnabrück und Lüneburg bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichniß zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserl. Postamt Nr. 2 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher eine nummerirte Marke als Empfangsbcheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke

oder Empfangsbcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Prioritäts-Obligationen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheine nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Prioritäts-Obligationen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, den 6. Mai 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Formulare zu den Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königl. Kreis- und Forstkassen und Haupt-Steuer-Ämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 15. Mai 1885.

Königl. Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Erledigte Kreiswundarztsstellen.

151. Die Kreiswundarztsstellen der Kreise Templin, Osthavelland und Westprignitz sind unbesetzt. Bewerbungen, bei welchen Wünsche bezüglich der Wohnsignahme in einem Orte der genannten Kreise die möglichste Berücksichtigung finden werden, sind mit Beifügung des Zeugnisses über die Qualifikation zur Verwaltung einer Kreisphysikatsstelle bis zum 31. August an mich einzureichen. Potsdam, den 22. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verbote von Vereinen und Druckschriften.

152. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 sind ferner folgende Bekanntmachungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht

worden, welche hierdurch zur Kenntniß gebracht werden.
Potsdam, den 29. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

*

*

*

Das jüngst in hiesiger Stadt verbreitete Flugblatt: „Arbeiter, warum seid Ihr arm? oder: Wie kann Euch am Sichersten aus Eurer Bedrängniß geholfen werden?“ ist als Abdruck eines in Nr. 16 der in Hottingen-Zürich erscheinenden periodischen Druckschrift „Die Arbeiterstimme“, vom 18. April d. J. enthaltenen Artikels, in Vollzug des gegen diese letztere Druckschrift längst ergangenen Verbots mit Beschlagnahme gesetzt worden, was hiermit bekannt gegeben wird.

Konstanz, den 9. Juni 1885.

Der Großherzoglich badische Landeskommissär für die Kreise Konstanz, Bültingen und Balbsbühl.
Engelhardt.

*

*

*

Gemäß § 12, 2 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch bekannt gemacht, daß von der unterzeichneten Landes-Polizeibehörde auf Grund des § 11 desselben Gesetzes nachstehend genannte, in holländischer Sprache abgefaßte, nicht periodische Druckschriften verboten worden sind:

- 1) De Pylatus type of de Twijfelaar.
Voordracht van F. Domela Nieuwenhuis.
 - 2) De Petratype of de Zwakke.
Een Vordracht van F. Domela Nieuwenhuis (uitgegeven door de Vereeniging Ter bevordering der Vrije Gedachte te 's-Gravenhage).
 - 3) De Fransche Burgeroorlog van het Jahr 1871.
Door F. Domela Nieuwenhuis, Haarlem — W. C. de Graaff.
 - 4) Eene Social-Demokratische Republiek. Door Erik. Den Haag — Firma B. Liebers 1884.
 - 5) Door Algemeen Stemrecht tot Beterschap uit Druk en Ellende.
Door P. van der Stadt Jhs. Preis 10 Cents.
Den Haag. B. Liebers & Co. 1884.
 - 6) Karl Marx (in memoriam). Door F. Domela Nieuwenhuis. Gedrukt bij Gebroeders Binger, Amsterdam.
 - 7) Stenografisch Verslag van het Debat tusschen F. Domela Nieuwenhuis. En A. B. Cohen Stuart, gevoert te Alkmaar, op Zondag, 11. Mai 1884. Den Haag — B. Liebers, 1884.
- Röln, den 12. Juni 1885.
Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.
von Guionneau.

*

*

*

Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die im Verlage der Volks-Buchhandlung in Zürich erschienene nicht periodische Druckschrift: „Sozialdemokratisches Lieber-

buch“, Achte veränderte Auflage, Druck der Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich, 1885, nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 19. Juni 1885.

Der Königliche Polizei-Präsident.
von Madai.

*

*

*

Die Königliche Kreishauptmannschaft als Landes-Polizeibehörde hat das 4. Heft der nichtperiodischen Druckschrift: „Vorwärts! Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk.“ Zürich. Verlag der Volksbuchhandlung in Hottingen, 1885, auf Grund von §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.

Leipzig, den 19. Juni 1885.

Königliche Kreishauptmannschaft.
Graf zu Münster.

Bekanntmachungen der Bezirks-Ausschüsse.

Die Ferien des Bezirks-Ausschusses zu Potsdam betreffend.

A. Die Ferien des Bezirks-Ausschusses beginnen nach § 5 des Regulativs zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Bezirks-Ausschüssen vom 28. Februar 1884 mit dem 21. Juli d. J. und dauern bis zum 1. September d. J.

Dies wird hierdurch mit dem Eröffnen bekannt gemacht, daß schleunige Gesuche als solche zu begründen und als

„Feriensache“

zu bezeichnen sind.

Die Herren Landräthe werden ergebenst ersucht, für die Weiterverbreitung dieser Bekanntmachung gefällige Sorge tragen zu wollen.

Potsdam, den 8. Juni 1885.

Ramens des Bezirks-Ausschusses der Vorsitzende.

Ferien des Bezirks-Ausschusses zu Berlin.

B. Der unterzeichnete Bezirks-Ausschuß zu Berlin hält Ferien während der Zeit vom 21. Juli bis zum 1. September d. J.

Während der Ferien dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung der Regel nach nur in schleunigen Sachen abgehalten werden. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

Dies wird hierdurch unter Bezugnahme auf die Bestimmungen im § 5 des Regulativs zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Bezirks-Ausschüssen vom 28. Februar 1884 (Potsdamer Amtsblatt von 1884, I. Extra-Beilage zum 13. Städt. Seite 3 fgd.) zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin C., den 22. Juni 1885.

Der Bezirks-Ausschuß zu Berlin.

Verlegung der Geschäftsräume des Bezirks-Ausschusses zu Berlin.

C. Die bisher im Eölnischen Rathhause „Breite-straße Nr. 20a“ befindlich gewesenen Geschäftsräume des unterzeichneten Bezirks-Ausschusses werden am 30. Juni d. J. nach dem fiskalischen Gebäude in der

Markgrafenstraße Nr. 47, part., hier selbst verlegt, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Berlin C., den 25. Juni 1885.

Der Bezirksausschuß zu Berlin.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Allerhöchster Erlaß.

57. Auf Ihren Bericht vom 31. Mai d. J. will Ich der Stadtgemeinde Berlin behufs Erwerbung der zur Regulirung der Greifswalderstraße auf der Strecke von der Friedensstraße bis zur Marienburgerstraße erforderlichen Flächen, sowie des zum Zwecke des Anschlusses des oberhalb der Langen Brücke belegenen Theils der Burgstraße an die städtische Canalisation nothwendigen, unter dem Straßendamme der Burgstraße vor der sogenannten alten Post, Burgstraße Nr. 7, befindlichen Kellers das Enteignungsrecht hiermit verleihen. Die eingereichten Pläne erfolgen anbei zurück.

Berlin, den 8. Juni 1885.

gez. Wilhelm.

gez. Maybach.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Vorstehender Allerhöchster Erlaß wird in Gemäßheit des § 2 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 23. Juni 1885.

Der Polizei-Präsident.

Die Preussische Renten-Versicherungs-Anstalt zu Berlin betreffend. 58. Es wird hierdurch bescheinigt, daß die Direktion der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt zu Berlin seit dem 1. Juni d. J. aus folgenden Personen:

- 1) dem Justizrath Reinhold Stämmeler als ersten Direktor,
- 2) dem Amtsrichter Georg Schlawe als zweiten Direktor, und
- 3) dem Mathematiker Paul Hartung als dritten Direktor

besteht, und daß diese Personen die genannte Anstalt in allen deren Angelegenheiten nach Maßgabe des § 51 Nr. 1. Abs. 2 des Anstalts-Statuts rechtsverbindlich nach Außen vertreten.

Berlin, den 11. Juni 1885.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

In Vertretung: gez. Herrfurth.

Vorstehendes Attest wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 19. Juni 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Paketverkehr mit Spanien und Portugal.

2. Vom 1. Juli ab tritt Spanien dem Uebereinkommen des Weltpostvereins in Betreff des Austausches von Postpaketen bei. Die Postanstalten in Deutschland nehmen demgemäß von diesem Tage ab Postpakete

(kleine Pakete ohne Werthangabe bis 3 kg) zur Beförderung nach Spanien gegen das voranzubehaltende Porto von M. 1,40 an. Vom gleichen Zeitpunkte ab werden auch schwerere Pakete, sowie Pakete mit Werthangabe, nach Spanien und, im Durchgange durch Spanien, nach Portugal zur Beförderung als Paketversendungen der gewöhnlichen Art auf dem Wege über Frankreich bei den Postanstalten wieder zugelassen, jedoch müssen solche Pakete an einen Commissionär in den an der Französisch-Spanischen Grenze belegenen Orten Hendaye bezw. Cerbère, zur Vermittelung der Weiterbeförderung nach Spanien etc., adressirt werden. Ueber das Nähere ertheilen die Postanstalten Auskunft.

Berlin W., den 16. Juni 1885.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

In Vertretung: Sachse.

Einführung des Postanweisungsverfahrens mit Bulgarien.

3. Vom 1. Juli ab können nach Bulgarien Zahlungen bis zum Betrage von 500 Franken im Wege der Postanweisung durch die Deutschen Postanstalten vermittelt werden. Auf den Postanweisungen, zu deren Ausstellung Formulare der für den internationalen Postanweisungsverkehr vorgeschriebenen Art zu verwenden sind, ist der dem Empfänger zu zahlende Betrag vom Absender in Franken und Centimen anzugeben; die Umrechnung auf den in der Marktwährung einzuzahlenden Betrag wird durch die Ausgabe-Postanstalt bewirkt. Die Postanweisungsgebühr beträgt 20 Pfennig für je 20 Mark, mindestens jedoch 40 Pfennig. Der Abschnitt der Postanweisung darf nur die Angabe des Zahlungsbetrages, die Bezeichnung des Absenders und das Datum der Einzahlung enthalten. Ueber die sonstigen Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Erfordern Auskunft.

Berlin W., den 17. Juni 1885.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

In Vertretung: Sachse.

Einführung des Postanweisungsverfahrens für Geld-Sendungen nach Adrianopel und Philippopel.

4. Vom 1. Juli ab können aus Deutschland nach Adrianopel und Philippopel, sowie umgekehrt, Zahlungen bis zum Betrage von 500 Franken im Wege der Postanweisung bewirkt werden. In Deutschland erfolgt die Einzahlung — wie nach Salonik, Beirut und Smyrna — unter Anwendung des für den internationalen Verkehr vorgeschriebenen Postanweisungsformulars. Der auszahlende Betrag ist auf dem Formular in der Frankentwährung anzugeben; die Umrechnung auf den in der Marktwährung einzuzahlenden Betrag wird durch die Ausgabe-Postanstalt besorgt. Die im Voraus zu entrichtende Postanweisungsgebühr beträgt 20 Pfennig für je 20 Mark oder einen Theil von 20 Mark, mindestens jedoch 40 Pfennig. Der Abschnitt der Postanweisung kann zu schriftlichen Mittheilungen jeder Art benutzt werden.

Berlin W., den 17. Juni 1885.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

In Vertretung: Sachse.

Postanweisungsverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Canada

5. Vom 1. Juli d. J. ab kommt bei Postanweisungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika und nach Canada das Umrechnungsverhältnis von 100 Dollars gleich 424 Mark in Anwendung.

Berlin W., 20. Juni 1885.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

In Vertretung: Sachse.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Errichtung einer Telegraphenanstalt.

27. In Riez (Elbe) wird am 28. d. M. eine Reichstelegraphenanstalt in Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 23. Juni 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Bahl.

Errichtung einer Postagentur mit Telegraphenbetrieb in Dammhast bei Zehdenick.

28. Am 1. Juli wird in dem Orte Dammhast bei Zehdenick, Kreis Templin, eine Postagentur mit Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit treten.

Zur näheren Unterscheidung ist für diese neue Postagentur im postdienstlichen Verkehr die Bezeichnung Zehdenick-Dammhast gewählt worden. Die Postagentur wird eine dreimal tägliche Postverbindung mit dem Postamt in Zehdenick in jeder Richtung erhalten, ein besonderer Bestellbezirk wird derselben nicht zugetheilt.

Potsdam, den 26. Juni 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Bahl.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot von Schulverschreibungen.

14. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Commis Leo Dyperrmann hier, Dranienstraße Nr. 45, die Schulverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe lit. E. Nr. 261216 und 261217 über je 300 M. angeblich abhanden gekommen sind. Es werden Diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem H. Dyperrmann anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 23. Juni 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ablassen eines Extra-Personenzuges

auf der Strecke Berlin (Stettiner Bahnhof)—Dranienburg.

28. Vom Sonntag, den 28. d. M. ab, wird bis auf Weiteres an allen Sonntagen auf der Strecke Berlin (Stettiner Bahnhof)—Dranienburg in jeder Richtung ein

Extra-Personenzug

abgelassen, welcher auf allen Haltepunkten nach Bedarf anhält.

| | |
|--|-------|
| Abfahrt von Berlin, Stett. Bf., Nachm. | 200, |
| Ankunft in Dranienburg | 308, |
| Abfahrt von Dranienburg Abends | 910, |
| Ankunft in Berlin, Stett. Bf. | 1018. |

Die Preise der Billets zu diesen Zügen entsprechen den gewöhnlichen; die gelösten Retourbillets berechtigen innerhalb ihrer Gültigkeitsdauer auch zur Rückfahrt mit allen fahrplanmäßigen Personenzügen. Ebenso haben die zu den fahrplanmäßigen Personenzügen vorausgegebenen Retourbillets Gültigkeit zur Rückfahrt mit den Ertrazügen.

Stralsund, den 25. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Betriebsamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Die Ermäßigung der Auslieferungsgebühr für aus Rußland eingehende Gütersendungen.

49. Die Gebühr für die Auslieferung der mit direkten Frachtbriefen aus Rußland eingehenden Gütersendungen an die Inhaber der Russischen Duplikat-Frachtbriefe wird vom 1. Juli 1885 ab für den diesseitigen Bezirk von 2 M. auf 0,50 M. pro 10000 kg ermäßigt.

Bromberg, den 23. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag I. zum Staatsbahn-Verband-Güter-Tarif
Bromberg-Breslau.

50. Am 1. Juli d. J. tritt der Nachtrag I. zum Staatsbahn-Verband-Güter-Tarif Bromberg-Breslau in Kraft. — Derselbe enthält:

- a. die Aenderung der Vorbemerkung 2 zum Kilometerzeiger;
- b. die Einbeziehung der Grenzstation Dzierżys des Direktions-Bezirks Breslau für den Transitverkehr;
- c. Aufnahme der neueröffneten Stationen der Strecke Allenstein-Kobbelbude des Direktions-Bezirks Bromberg;
- d. Aenderung des Kilometerzeigers;
- e. Neue Frachtsätze des Ausnahmetarifs I. für Getreide u. zwischen den neu zu eröffnenden Stationen der sub c. bezeichneten Stationen und Posen;
- f. Aenderung der Kilometertariftabelle D. des Ausnahmetarifs 5 für Holz des Spezial-Tarifs II. und der Bemerkung zu derselben;
- g. Uebernahme der Frachtsätze des Ausnahmetarifs für Eisenwaaren u., Eisen façonnirt u. und Holz des Spezial-Tarifs II. für die Gemeinschafts-Stationen Güttriner Vorstadt, Gnesen und Kreuz aus dem Lokal-Güter-Tarif Breslau in den Verband-Tarif;
- h. das Inkrafttreten eines Ausnahme-Frachtsatzes für gemahlenes Steinsalz von Inowrazlaw und Krasnischacht nach Sosnowice transito;

i. Erhöhung der Frachtsätze des Ausnahme-Tarifs 7 für Flach und Hanf im Verkehre mit Breslau Oberöhl. Bahnhof.

Die Frachtsätze für den Verkehr mit den zu eröffnenden Stationen Górnica und Schönau der Strecke Hohenstein-Verent treten erst mit dem Tage der, voraussichtlich am 1. August d. J. stattfindenden Betriebseröffnung, die durch die Aenderungen des Kilometer-tarifs und der Ausnahme-Frachtsätze für Flach ein- tretenden Erhöhungen mit dem 15. August d. J. in Wirksamkeit.

Exemplare des Nachtrags sind durch Vermittelung unserer Billet-Expeditionen zu beziehen.

Bromberg, den 16. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion
als geschäftsführende Verwaltung.

Bekanntmachung des Königl. Kredit-Instituts für Schlesien.

Ausruf verloofter Pfandbriefe Lit. B. betreffend.

Die Inhaber der nachbezeichneten, in der 37. Ver- loosung gezogenen und infolge dessen durch die öffent- liche Bekanntmachung vom 3. Juni v. J. zur Baar- zahlung am 2. Januar d. J. gekündigten 4 % Schle- sischen Pfandbriefe Lit. B., und zwar:

à 1000 Thlr.

N^o 210 Carolath-Deuthener Maj.-Güter,
N^o 41140 Polnisch Krawarn ic.,
N^o 41228 Med. Herz. Ratibor,
N^o 41354 Giesmannsdorf ic.

à 500 Thlr.

N^o 45074 Polnisch Krawarn ic.,
N^o 45253 Med. Herz. Ratibor.

à 50 Thlr.

N^o 11423 Bladen,
N^o 11637 Roschentin ic.,
N^o 79055 Elend,
N^o 79232 Herrsch. Groß-Stein ic.,
N^o 79248 do.,
N^o 79280 Herrsch. Fürstenstein ic.,
N^o 79286 Niclasdorf,
N^o 79461 Poln. Krawarn ic.,
N^o 79506 Giesmannsdorf ic.

à 25 Thlr.

N^o 22336 Grzybowski,
N^o 22674 Roschentin ic.,
N^o 22680 do.,
N^o 82225 Herrsch. Gr. Stein ic.,
N^o 82256 " Fürstenstein ic.,
N^o 82265 do.,
N^o 82319 D. und R. Niechowiz,
N^o 82321 do.,
N^o 82322 do.,
N^o 82466 Med. Herz. Ratibor,
N^o 82498 Giesmannsdorf ic.,
N^o 82500 do.,

werden hierdurch wiederholt aufgesordert, diese Pfand- briefe bei der Königl. Institutencasse hieselbst (im

Regierungs-Gebäude) zu präsentiren und dagegen die Baluta derselben in Empfang zu nehmen.

Sollte die Präsentation nicht bis zum

15. August dieses Jahres

erfolgen, so werden die Inhaber der fraglichen Pfand- briefe nach § 50 der Allerhöchsten Verordnung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgedrückte Spezial-Hypothek präkludirt und mit ihren Ansprüchen lediglich an die bei der Königl. Institutencasse hieselbst deponirte Kapitals- Baluta verwiesen werden.

Aus früheren Verloosungen sind Pfandbriefe Lit. B. noch rückständig und bereits präkludirt:

à 3 1/2 %

aus der 20. Verloosung:

N^o 18581 Hausdorf à 100 Thlr.,

à 4 %

aus der 32. Verloosung:

N^o 79460 Poln. Krawarn ic. 50 Thlr.,

aus der 34. Verloosung:

N^o 8150 Roschentin ic. à 100 Thlr.,

aus der 35. Verloosung:

à 500 Thlr.

N^o 2504 Siemianowiz ic.

N^o 43159 Ndr. Schönau,

N^o 45252 Med. Herz. Ratibor,

à 200 Thlr.

N^o 15017 Siemianowiz ic.,

N^o 50389 Herrsch. Groß-Stein ic.,

N^o 50410 do.,

N^o 51570 D. u. R. Niechowiz,

N^o 51595 do.,

N^o 52157 Med. Herz. Ratibor,

N^o 52659 Giesmannsdorf ic.

à 100 Thlr.

N^o 10433 Siemianowiz ic.,

N^o 61240 Elend,

N^o 62452 Cantersdorf ic.,

N^o 62797 Herrsch. Gr. Stein ic.,

N^o 62836 do.,

N^o 63466 Herrsch. Fürstenstein ic.,

N^o 64866 Poln. Krawarn ic.

à 50 Thlr.

N^o 11421 Grzybowski,

N^o 11627 Roschentin ic.,

N^o 11634 do.,

N^o 12498 Siemianowiz ic.

N^o 12511 do.,

N^o 12558 do.,

N^o 79246 Herrsch. Groß-Stein ic.,

N^o 79275 " Fürstenstein ic.,

N^o 79276 do.,

N^o 79456 Poln. Krawarn ic.,

N^o 79462 do.,

N^o 79467 Med. Herz. Ratibor,

à 25 Thlr.

N^o 22693 Roschentin ic.,

- № 23607 Siemianowicz z.,
 № 23672 do.,
 № 23673 do.,
 № 23685 do.,
 № 82020 Bonoschau c. p.,
 № 82082 Rdr. Schönau,
 № 82257 Herrsch. Fürstenstein z.,
 aus der 36. Verlosung:
 à 1000 Thlr.
 № 40711 Herrsch. Fürstenstein z.,
 à 500 Thlr.
 № 45162 Med. Herz. Ratibor,
 à 200 Thlr.
 № 51574 D. u. N. Niechowitz,
 № 51612 do.,
 № 52094 Med. Herz. Ratibor,
 № 52279 do.,
 à 100 Thlr.
 № 61404 Rdr. Schönau,
 № 62367 Pogarell z.,
 № 62383 do.,
 № 62799 Herrsch. Gr. Stein z.,
 № 62926 do.,
 № 63480 „ Fürstenstein z.,
 № 64388 D. u. N. Niechowitz,
 № 64932 Med. Herz. Ratibor,
 à 50 Thlr.
 № 79257 Herrsch. Groß-Stein z.,
 № 79465 Med. Herz. Ratibor,
 № 79468 do.,
 à 25 Thlr.
 № 22683 Roschentin z.,
 № 22685 do.,
 № 82457 Med. Herz. Ratibor,
 Breslau, den 17. Februar 1885.

Königl. Kredit-Institut für Schlesien.

Personal-Chronik.

Seine Majestät der Kaiser und König haben den Kreis-Bauinspektoren Köhler in Brandenburg a./H. und Bohl in Berlin den Charakter als „Bau-Rath“ Allergnädigst zu verleihen geruht.

Im Kreise Beeskow-Storkow ist mit Rücksicht auf den Ablauf seiner bisherigen Dienstzeit der Rittergutsbesitzer Osterroht zu Hartmannsdorf von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XVIII. Glienide ernannt worden.

Der bisherige Superintendentur-Vorwieser der Diözese Alsfeld-Brandenburg, Pfarrer Rudolf Immanuel Traugott Lohd zu Brandenburg a./H. ist zum Superintendenten der Diözese Alsfeld-Brandenburg ernannt worden.

Der bisherige Hausgeistliche an der Strafanstalt zu Graubenz Johann Karl Hermann Theodor Laasch ist zum Evangelischen Prediger und Hausgeistlichen an der Stadtvoigtei-Gefangenen-Anstalt zu Berlin berufen worden.

Das unter Königlichem Patronat stehende neugegründete Diaconat an der Zionskirche zu Berlin, Diözese Berlin II., dessen Jahreseinkommen aus einem Gehalt von 2400 M. und einem Wohnungsgeldzuschuß von 600 M. besteht, ist in nächster Zeit durch das Königl. Konsistorium zu besetzen.

Das unter Privat-Patronat stehende Diaconat zu Baruth, Diözese Baruth, ist durch die Versetzung des Diaconus Scheele zum 15. Mai d. J. zur Erledigung gekommen.

Der Schulamtskandidat Dr. Karbe ist als ordentlicher Lehrer an dem Königsstädtischen Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Wesentliche Belobigung.

Die Büdner Fritz Stein und Hermann Koll, sowie der Otto Lenz, sämtlich aus Flecken Zechlin, haben zur Löschung des am 29. Mai d. J. im Jagd 157 des Forstreviers Zechlin stattgefundenen gefährlichen Waldbrandes durch ihr energisches und thatkräftiges Eingreifen wesentlich beigetragen, was hiermit lobend anerkannt wird.

Potsdam, den 17. Juni 1885.

Königl. Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|--|---|---|---|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Konstantin
Kalinowski,
Arbeiter, | 42 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Lipno,
Gouvernement Ploß,
Russisch-Polen, | schwerer und einfacher
Diebstahl im wieder-
holten Rückfall (3 Jahre
Zuchthaus laut Er-
kenntnis vom 16. Juni
1882), | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Marienwerder, | 11. April
1885. |

| Nr.
Lauf. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|---|--|---|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Leiser Bstuschad,
Schneider, | geboren im Juni 1855
zu Gubernialstadt, Be-
zirk Lomza, Russisch-
Polen, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg, | 29. Mai
1885. |
| 2 | Regina Borner,
Tagnerin, | geboren August 1829 zu
Nidenbach, Kanton
Solothurn, Schweiz, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 17. April
1885. |
| 3 | Margaretha Hasler
Kellnerin, | geboren am 6. Januar
1863 zu Basel, Schweiz,
ortsangehörig in Gel-
berkinden, Kanton
Basel-Land, Schweiz, | gewerlmäßige Unzucht, | derselbe, | 19. Mai
1885. |
| 4 | Andreas Kowalczyk,
Bäckergeselle, | geboren 1854 zu Mu-
hary, Bezirk Wado-
wice, Galizien, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen, Betteln,
Gebrauch falschen Na-
mens und falscher Legi-
timationspapiere, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 20. Februar
1885. |
| 5 | Karl Nozicka,
Handlungscommis, | geboren am 6. Februar
1859 zu Königgrätz,
Böhmen, ortsangehö-
rig in Sobfic, König-
grätz, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 30. Mai
1885. |
| 6 | Agnes Christoph,
Musikerin, | 19 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Ma-
bin, Bezirk Troppau,
Oesterreichisch-Schle-
sien, | vollendeter und versuchter
Diebstahl, Landstreichen,
Betteln und Gewerbe-
steuerkontravention, | derselbe, | 3. Juni
1885. |
| 7 | Eduard Roci,
Schneidergeselle, | geboren am 16. Februar
1842 zu Podoub, Be-
zirk Gitschin, Böhmen,
ebendaselbst ortsange-
hörig, wohnhaft zuletzt
in Lüben, Schlesien, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | derselbe, | 6. Juni
1885. |
| 8 | Simon Cohn, recte
Eduard Kral,
Handlungscommis, | geboren am 12. Juni
1855 zu Reichenau,
Böhmen, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Duppeln, | 11. Mai
1885. |
| 9 | Josef Matter,
Drahtbinderlehrling, | circa 14 Jahre, gebo-
ren und ortsangehörig
in Cziczau (Czicza),
Ungarn, | Landstreichen, | derselbe, | 18. Mai
1885. |
| 10 | Moses Bierenfeld
(Birnfeld),
Goldschmied, | geboren im Mai 1866
zu Ologow, Bezirk
Nieszow, Galizien,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 11 | Simon Langer,
Arbeiter, | geboren im Oktober
1814 zu Nieszow, Ga-
lizien, ebendaselbst orts-
angehörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |

| Zur. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|----------|---------------------------------------|--|--|--|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 12 | Salomon Verckohn-Sonnenberg, Kommiss, | geboren am 30. September 1855 zu Warschau, Russisch-Polen, ebendasselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlich Preussische Regierung zu Posen, | 4. Juni 1885. |
| 13 | Johann Kofial, Bildhauer, | geboren am 4. November 1852 zu Wien, Oesterreich, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussische Landdrostei Hannover, | 5. Juni 1885. |
| 14 | Johann Witomsky, Bäcker, | 28 Jahre, geboren und ortsangehörig in Warschau, Russisch-Polen, wohnhaft zuletzt in Frankfurt a./M., | Landstreichen und Führung eines falschen Namens, | Großherzoglich Badischer Landeskommissär zu Mannheim, | 2. Juni 1885. |
| 15 | Johannes Simonson, Arbeiter, | 34 Jahre, geboren und ortsangehörig in Söllerød, Dänemark, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Großherzoglich Oldenburgisch. Staatsministerium, Departement des Innern, | 22. April 1885. |
| 16 | Leopold Alexander Junicz, Schlosser, | 34 Jahre, geboren und ortsangehörig in Mautbeuge, Departement du Nord, Frankreich, | Landstreichen und Betteln, | dasselbe, | 22. Mai 1885. |
| 17 | Bernhard Gros, Tagner, | geboren 1817 zu Pfaffenau, Schweiz, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | desgleichen. |
| 18 | Josef Merz, Tagner, | geboren am 27. September 1838 zu Richenthal, Kanton Luzern, Schweiz, | Landstreichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 19 | Abraham Gabler, Schneider, | geboren am 24. Dezember 1858 zu Ramenez, Gouvernement Pskowien, Russland, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg, | 29. Mai 1885. |
| 20 | Herupel Gasner, Gerber, | 44 Jahre, geboren in Wischnitz, Böhmen, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Reg., | 1. Juni 1885. |

Die durch Beschluß des Königlich Preussischen Regierungs-Präsidenten zu Danzig vom 22. Mai d. J. verfügte Ausweisung des Arbeiters Georg Theodor Wiszbauer (Amtsblatt für 1885 S. 252 unter Nr. 4) ist zurückgenommen worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß der Genannte Deutscher Reichsangehöriger ist.

(Hierzu zwei Beilagen, die eine enthaltend die Bekanntmachung des Königl. Regierung-Präsidenten, betreffend die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe, die andere enthaltend die Restanten-Liste der in der 1. Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung vom 17. September 1884 zur baaren Einlösung am 1. Januar 1885 gekündigten, noch nicht eingelieferten 3½ prozentigen Staatsschuldsscheine von 1842, welche von diesem Tage ab nicht mehr verzinst werden, sowie Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben (L. Hagen, Hof-Buchdrucker).

Beilage

zum 27ten Stüd des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 3. Juli 1885.

Bekanntmachungen

des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

Die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe betreffend.

133. In Gemäßheit der §§ 1 und 11 des Reichs-Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Kranken-Versicherung vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzblatt Seite 159) und des § 11 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzblatt Seite 69) hat jeder Unternehmer eines unter den § 1 des erstgenannten Gesetzes fallenden, in die berufsgenossenschaftliche Organisation aufzunehmenden Betriebes binnen einer vom Reichsversicherungsamt zu bestimmenden Frist diesen Betrieb unter Angabe des Gegenstandes und der Art desselben und der Zahl der durchschnittlich darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen bei der unteren Verwaltungsbehörde anzumelden.

In Ausführung dieser gesetzlichen Vorschrift hat das Reichsversicherungsamt eine Anmeldefrist bis zum **20. Juli d. J. einschließlich** festgesetzt und diese Frist durch Bekanntmachung im Centralblatt für das Deutsche Reich und im amtlichen Theile des Reichs-anzeigers veröffentlicht.

Die Behörden des Bezirkes sind mit besonderer Anweisung versehen. — Zur Anleitung über die Anmeldung der unfallversicherungsverpflichteten Betriebe dient die nachstehende Bekanntmachung des Kaiserlichen Reichsversicherungsamtes nebst der Nachweisung der beteiligten versicherungspflichtigen Gruppen und des Formulars für die einzureichenden Nachweisungen.

Bekanntmachung,
betreffend die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe.

Vom 5. Juni 1885.

In Gemäßheit des § 11 des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzblatt Seite 159) in Verbindung mit § 11 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzblatt Seite 69) hat jeder Unternehmer eines unter den § 1 des erstgenannten Gesetzes fallenden Betriebes —

mit Ausnahme des gesamten Betriebes der Post- und Telegraphenverwaltungen, sowie der Betriebe der Marine- und Heeresverwaltungen, endlich der vom Reich oder von einem Bundesstaate für Reichs- bzw. Staatsrechnung verwalteten Eisenbahn-, Waggerei-, Binnenschiffahrt-, Flößerei-, Prahm- und Fährbetriebe — binnen einer vom Reichs-Präsidenten zu bestimmenden Frist den versicherungspflichtigen Betrieb unter

Angabe des Gegenstandes desselben und der Zahl der durchschnittlich darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen bei der unteren Verwaltungsbehörde anzumelden.

Die Frist für die Anmeldung wird hiermit auf die Zeit bis zum 20. Juli 1885 einschließlich festgesetzt.

Welche Staats- oder Gemeindebehörden als untere Verwaltungsbehörden im Sinne der genannten Gesetze anzusehen sind, ist von den Centralbehörden der Bundesstaaten in Gemäßheit des § 109 des Unfallversicherungsgesetzes seiner Zeit bestimmt und öffentlich bekannt gemacht worden.

Im Uebrigen wird wegen der Anmeldung auf die beigelegte Anleitung hingewiesen.

Berlin, den 5. Juni 1885.

Das Reichs-Präsidentenamt.

Böckler.

Anleitung,

betreffend die Anmeldung der versicherungspflichtigen Betriebe. (§ 1 des Gesetzes vom 28. Mai 1885 und § 11 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884).

1) Die Anmeldepflicht erstreckt sich auf

- a. den gewerbsmäßigen Fuhrwerksbetrieb,
- b. den gewerbsmäßigen Speditions-, Speicher- und Kellereibetrieb,
- c. den Gewerbebetrieb der Güterpäder, Güterlader, Schaffer, Bräder, Wäger, Messer, Schauer und Stauer,
- d. den Gewerbebetrieb des Schiffsziehens (Treibeisen), endlich
- e. auf die folgenden Betriebe, sofern deren Verwaltung nicht vom Reich oder von einem Bundesstaat für Reichs- beziehungsweise Staatsrechnung geführt wird:
 - α. den Betrieb der Eisenbahnverwaltungen einschließlich der Bauten, welche von diesen Verwaltungen für eigene Rechnung ausgeführt werden,
 - β. den Waggereibetrieb,
 - γ. den Binnenschiffahrts-, Flößerei-, Prahm- und Fährbetrieb.

2) Gewerbsmäßig ist ein Fuhrwerksbetrieb, wenn aus dem Betriebe des Fuhrwerks ein Gewerbe gemacht wird, das Fuhrwerk also zu Zwecken des Erwerbs, als unmittelbare Einnahmequelle, für einige Dauer betrieben wird. Hierher gehören insbesondere die Betriebe der Droschken- und Omnibushaber, der Posthalter und Frachtfuhrleute, auch die sogenannten Hotelwagen, welche

gegen Entgelt die Reisenden von den Gasthöfen nach den Bahnhöfen bringen und von dort abholen.

Ein Fuhrwerk dagegen, welches von einem Gewerbetreibenden (Kaufmann, Arzt, Metzger, Bäcker) zu Zwecken seines sonstigen Gewerbebetriebes verwandt wird und nicht als unmittelbare Einnahmequelle dient, ist nicht als gewerbsmäßig betrieben im Sinne des Gesetzes aufzufassen. Ebenfalls gehören hierher die zum persönlichen Gebrauche dienenden Kutschfuhrwerke von Privatpersonen, sowie das Fuhrwerk eines Landmanns, welcher gelegentlich gegen Entgelt Personen befördert oder etwa zur Winterszeit seine für die Landwirtschaft entbehrlichen Gespanne vorübergehend zu Steinfuhren für einen Chausseebau oder dergleichen gegen Entgelt darbietet, es sei denn, daß er für einen solchen Erwerb besondere Einrichtungen trifft, aus denen sich die Kriterien eines gewerbsmäßigen Fuhrwerksbetriebes ergeben.

3) Der Speicher- und Kellereibetrieb muß gleich dem Speditionsbetrieb, mit welchem derselbe im unmittelbaren Zusammenhang im Gesetz genannt wird, ebenfalls ein gewerbsmäßiger sein, wenn der Unternehmer zu dessen Anmeldung verpflichtet sein soll. Auch hier kommt es also darauf an, daß der Betrieb zu Zwecken des Erwerbs für einige Dauer erfolgt, sei es, indem aus der Speicherei oder Kellerei ein selbständiges Gewerbe gemacht wird, wie beim Docht- und Pachtbrennbetrieb in großen Städten, bei Aktienspeichern u., sei es, indem der übrige Gewerbebetrieb des Speicherei- oder Kellereibefizers so wesentlich mit dem Betriebe der Speicherei oder Kellerei zusammenhängt, oder von diesem so sehr abhängt, daß der Speicherei- oder Kellereibetrieb einen hervorragenden Bestandtheil, wenn nicht den Hauptbestandtheil des gesamten Unternehmens bildet, wie bei den Kornspeichern der Getreidegroßhändler und den Kellereien der Weingroßhandlungen.

Trifft keine dieser Voraussetzungen zu, so kann es sich wohl um einen im Besitze eines Gewerbetreibenden befindlichen „Speicher“ oder „Keller“, nicht aber um einen gewerbsmäßigen „Speicher“ oder „Kellereibetrieb“ handeln.

Inbesondere fallen die gewöhnlichen Keller der Krämer und Händler, der Gast- und Bierwirthe nicht unter den Begriff der gewerbsmäßigen Kellerei, und die Lagerräume, wie sie die Manufakturwaaren- oder Kolonialwaarenhändler zu besorgen pflegen, nicht unter den Begriff des gewerbsmäßigen Speicherebetriebes.

4) Der Begriff „Eisenbahn“ ist im weitesten Sinne zu verstehen. Derselbe umfaßt alle zur Beförderung von Personen oder Sachen auf Schienen mittelst elementarer oder thierischer Kraft bestimmten Transportmittel, also nicht nur die Lokomotivbahnen, sondern auch die Pferde- und elektrischen Bahnen. Es ist nicht nothwendig, daß die Eisenbahn dem öffentlichen Verkehr dient.

Eisenbahnbetriebe, welche wesentliche Bestandtheile eines nach dem Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 versicherungspflichtigen Betriebes sind (vergleiche § 1 Absatz 6 jenes Gesetzes) fallen nicht unter das neue Gesetz und sind daher nicht anzumelden.

5) Zur Binnenschifffahrt gehört auch die gewerbsmäßige Kleinschifffahrt mittelst Rähnen und Gondeln.

Das vorstehend zu Ziffer 4 Absatz 2 Gesagte gilt auch von den Schifffahrtsbetrieben.

6) Nicht versicherungspflichtig und daher nicht anzumelden sind Betriebe aller Art, in welchen der Unternehmer allein und ohne Gehülfen, Lehrlinge oder sonstige Arbeiter thätig ist. So ist ein Fuhrwerksbesitzer, welcher gewerbsmäßig Personen oder Sachen befördert, nicht zur Anmeldung seines Betriebes verpflichtet, wenn er den letzteren allein versteht und keinen Kutscher, Postillon, Knecht in demselben beschäftigt.

Dagegen ist die Versicherungspflicht begründet, wenn ein Familienangehöriger des Unternehmers als Gehülfe, Lehrling oder sonstiger Arbeiter in dem Betriebe beschäftigt wird: mit Ausnahme der Beschäftigung der Ehefrau, welche niemals als eine von ihrem Ehemanne beschäftigte Arbeiterin gilt.

Im Uebrigen ist die Anmeldungspflicht weder von der Zahl der in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter, noch von der Art desselben (Handbetrieb, Motorenbetrieb u.) abhängig.

7) Zur Anmeldung verpflichtet ist der Unternehmer des Betriebes oder sein gesetzlicher Vertreter. Als Unternehmer gilt derjenige, für dessen Rechnung der Betrieb erfolgt, demnach bei verpachteten Betrieben der Pächter, bei Betrieben, welche im Nießbrauch befaßt werden, der Nießbraucher.

Für die Anmeldungspflicht ist es einflusslos, ob der Betrieb im Besitze von physischen oder juristischen Personen, des Reichs, eines Bundesstaats, eines Kommunalverbandes oder einer Privatperson ist (vorbehaltlich der zu Ziffer 1 e. hinsichtlich der vom Reiche oder von einem Bundesstaate verwalteten Eisenbahnen u. gemachten Ausnahmen).

8) Die unter das neue Gesetz fallenden Betriebe sind auch dann anzumelden, wenn sie in Gemäßheit des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 schon früher angemeldet worden waren, z. B. Eisenbahn-Reparaturwerkstätten, mit Motoren betriebene Aufzüge in Speichereien und Kellereien, Dampfstrahlbetriebe auf Pachtbrennen. In solchen Fällen ist in der neuen Anmeldung auf die frühere Anmeldung Bezug zu nehmen.

9) Bei der Anmeldung ist der Gegenstand des Betriebes genau zu bezeichnen.

Umfaßt ein Betrieb wesentliche Bestandtheile verschiedenerartiger Gewerbebranche, z. B. Speditions- und Fuhrwerksbetrieb, so sind die sämtlichen Bestandtheile anzugeben, dabei der Hauptbetrieb besonders hervorzuheben.

10) Die Zahl aller in dem Betriebe durchschnittlich beschäftigten versicherungspflichtigen Personen muß in der Anmeldung angegeben werden, einerlei ob dieselben Inländer oder Ausländer, männlichen oder weiblichen Geschlechts, ob sie erwachsene Arbeiter, junge Leute oder Lehrlinge mit oder ohne Lohn sind, ob sie dauernd oder vorübergehend beschäftigt werden. Beamte mit mehr als 2000 M. Jahresverdienst sind nicht mitzugählen.

Lantiemen und Naturalbezüge, letztere nach Ortsdurchschnittspreisen berechnet, bilden einen Theil des Jahresverdienstes.

11) Bei Betrieben, welche regelmäßig nur eine bestimmte Zeit des Jahres arbeiten, ist die anzumeldende „durchschnittliche“ Arbeiterzahl diejenige, welche sich für die Zeit des regelmäßigen vollen Betriebes ergibt.

12) Als in dem Betriebe beschäftigt sind diejenigen anzumelden, welche in dem Betriebsdienste stehen und Arbeiten, welche zu dem Betriebe der Spicerei zc. gehören, zu verrichten haben, ohne Rücksicht darauf, ob die Verrichtung innerhalb oder außerhalb der etwa vorhandenen Betriebsanlage (der Padohöfe zc.) erfolgt.

13) Für die Anmeldung wird die Benutzung des nachstehenden Formulars empfohlen.

14) Ist ein Unternehmer zweifelhaft, ob er seinen Betrieb anzumelden habe oder nicht, so wird derselbe gut thun, die Anmeldefrist nicht unbenutzt verstreichen zu lassen, wenn er sicher sein will, den aus der Nichtanmeldung eines versicherungspflichtigen Betriebes sich ergebenden Nachtheilen zu entgehen. Hierbei bleibt ihm unbenommen, in dem Formulare, Spalte „Bemerkungen“ die Gründe anzugeben, aus denen er die Anmeldepflicht bezweifelt.

15) Schließlich werden die beteiligten Betriebsunternehmer noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn sie die vorgeschriebene Anmeldung nicht bis zum 20. Juli 1885 bewirken, sie hierzu durch Geldstrafen im Betrage bis zu einhundert Mark angehalten werden können.

Formular für die Anmeldung.

Staat Regierungsbezirk Kreis (Amt)

Gemeinde- (Guts-) Bezirk Straße Nr.

Anmeldung

auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 28. Mai 1885 in Verbindung mit § 11 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884.

| Name des Unternehmers (Firma). | Gegenstand des Betriebes*.) | Art des Betriebes**.) | Zahl der durchschnittlich beschäftigten versicherungspflichtigen Personen. | Bemerkungen***.) |
|--------------------------------|-----------------------------|-----------------------|--|------------------|
| | | | | |

....., den 1885.

(Unterschrift des zur Anmeldung Verpflichteten.)

*) 3. B. Spedition- und Fuhrwerksbetrieb.

Bei mehreren Betriebszweigen ist der Hauptbetrieb zu unterstreichen.

**) 3. B. Betrieb mit Dampfkraft, Gasmotoren.

***) 3. B. Bereits angemeldet auf Grund des Gesetzes vom 6. Juli 1884.

Nachweisung

der Gruppen, Klassen und Ordnungen der Reichs-Berufs- (Gewerbe-) Statistik, zu welchen die im § 1 des Gesetzes vom 28. Mai 1885 bezeichneten Betriebszweige gehören.

| | Gruppe. | Klasse | Ordnung. |
|---|---------------------|--------|----------|
| | nicht klassifiziert | | |
| 1 Eisenbahn-Verwaltungen (größere Verkehrsbahnen) | aus XIX | a | 1 |
| 2 Straßenbahnen und andere kleinere Eisenbahnen | XIV | a | 1 |
| 3 Baggereibetrieb | XIX | a | 1 |
| 4 Posthalterei und Personen-Fuhrwerksbetrieb | XIX | a | 2 |
| 5 Fracht- (auch Roll-) Fuhrwerksbetrieb, Güterbeförder | XIX | a | 2 |
| 6 Binnenschifffahrt, Flößerei, Prahm-, Fährbetrieb, Schiffeziehen (Treibelei) | XIX | b | — |
| 7 Expedition | XVII | c | — |
| 8 Speicher- und Kellereibetrieb | XVII | g | 4 |
| 9 Güterpader, Güterlader, Schaffer | aus XIX | a | 2 |
| 10 Bräder | XVII | e | — |
| 11 Wäger, Messer, Stauer, Schauer | XVII | f | — |

Staat:

Bezirk der höheren Verwaltungsbehörde:

Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde:

Nachweisung

der zur vorstehend bezeichneten Ordnung gehörenden Betriebe.

(§ 11 des Unfallversicherungsgesetzes.)

| Laufende
Nr. | Gemeinde- (Guts-) Bezirk,
Benennung der Straße
und Angabe der
Hausnummer. | Name
des
Unternehmers
(Firma) | Gegenstand
des Betriebes.
(Bei mehreren Betriebs-
zweigen ist der Hauptbetrieb
zu unterstreichen.) | Art
des Betriebes.
(Dampfkr.,
Wasserkraft u.
Handbetrieb.) | Zahl der
durchschnittlich
beschäftigten
versicherungsg-
pflichtigen
Personen. | Bemerkungen. |
|-----------------|--|--|--|--|--|--------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| | | | | | | |

✱

✱

*

Indem ich dies zur Kenntniß der theilhaftigen Kreise bringe, fordere ich die Herren Unternehmer unfallversicherungspflichtiger Betriebe auf, die oben gestellte Frist streng innezuhalten und den K. Landrathsämtern des Bezirkes bezw. den Polizeiverwaltungen in Städten mit

Indem ich dies zur Kenntniß der theilhaftigen Kreise bringe, fordere ich die Herren Unternehmer unfallverweisungen pünktlich einzureichen.

Potsdam, den 30. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

M t s b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 28.

Den 10. Juli

1885.

Bekanntmachungen der Kgl. Ministerien.

Bekanntmachung.

den Ankauf von Remonten pro 1885 betreffend.
Regierungsbezirk Potsdam.

14. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, **Morgens 8 Uhr** beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

| | |
|-------------|-----------------------|
| am 20. Juli | Angermünde, |
| „ 4. August | Strasburg in/Udr., |
| „ 5. „ | Prenzlau, |
| „ 6. „ | Templin, |
| „ 18. „ | Repenburg in/Priegn., |
| „ 19. „ | Wittstock, |
| „ 21. „ | Prigwitz, |
| „ 22. „ | Perleberg, |
| „ 24. „ | Lenzen a. d. Elbe, |
| „ 25. „ | Havelberg, |
| „ 26. „ | Kyritz, |
| „ 27. „ | Neu-Ruppin, |
| „ 28. „ | Linow. |

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt. Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseger (Kopper), welche sich innerhalb der ersten 28 Tage nach dem Eintreffen in den Depots als solche zeigen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht gehörig legitimirten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind ferner verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederne Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens 2 Meter langen Striden ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, ist es erwünscht, daß die Deckheine möglichst mitgebracht werden. Auch werden die Verkäufer ersucht die Schweife der Pferde nicht zu coupiren, oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 8. März 1885.

Kriegs-Ministerium,

Abtheilung für das Remonte-Wesen.

gez. Fthr. v. Troschke. Graf v. Klindowstroem.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Die Chausseegelddererhebung auf verschiedenen Kreis-Chausseen des Kreises Osthavelland betreffend.

154. Dem Kreise Osthavelland ist Seitens des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten durch Erlass vom 20. Februar 1882 die Genehmigung erteilt worden, auf nachbenannten Kreis-Chausseen Chausseegeldderbestellen zu errichten und zwar

- 1) auf der Chaussee von Nauen nach Gremmen:
 - a. eine Hebestelle bei Nauen mit der Berechtigung zur Erhebung des tarifmäßigen Zolles für 1 Meile,
 - b. eine Hebestelle in Station Nr 9,21 bei Börnide, an der Einmündung der von dem sogenannten Hoppebung bei Linum nach Börnide führenden Chaussee, mit Doppelschlagbaum und mit der Berechtigung zur Erhebung des tarifmäßigen Zolles für 1 1/2 Meile auf jeder der genannten Chausseen,
- 2) auf der Chaussee von Börnide nach Spanbau:
 - a. eine Hebestelle in Station Nr 15,1 bei Pausin mit der Berechtigung zur Erhebung des tarifmäßigen Zolles für 2 Meilen,
 - b. eine Hebestelle in Station Nr 8,05 beim Schwanenfrüge mit der Berechtigung zur Erhebung des tarifmäßigen Zolles für 1 Meile,
- 3) auf der Chaussee von Fehrbellin nach dem Hoppebung eine Hebestelle in Station Nr 28,15 zwischen Tarnow und Fehrbellin mit der Berechtigung zur Erhebung des tarifmäßigen Zolles für 1 Meile,
- 4) auf der Chaussee von Nauen nach Regin:
 - a. eine Hebestelle in Station Nr 2,74 bei Markee mit der Berechtigung zur Erhebung des tarifmäßigen Zolles für 1 Meile, und mit der Vergünstigung für die Vecturanten aus den Ortschaften Markee und Markau, daß dieselben beim Passiren der genannten Hebestelle auf der Rückfahrt von Zahlung des gedachten Zolles frei sind,
 - b. eine Hebestelle in Station Nr 15,25 bei Regin, an der Einmündung der Falkenrehde-Reginer Chaussee, mit Doppelschlagbaum und mit der Berechtigung zur Erhebung des tarifmäßigen Zolles für 1 Meile auf jeder der beiden letztgenannten Chausseen.

Potsdam, den 30. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Communalbezirks-Veränderung betreffend.

155. Der Bezirksausschuß für den Regierungsbezirk Potsdam hat unterm 10. Juni d. J. genehmigt, daß die dem Tischlermeister Gustav Henkel zu Alt-Landsberg gehörigen, im Grundbuche von Alt-Landsberg Band XIII. Blatt 570 und 571 verzeichneten beiden Wassergrundstücke von 1 ha 63 ar 90 qm bezw. 45 ar 20 qm Flächeninhalt von dem domainenfiskalischen Gutsbezirke Alt-Landsberg abgetrennt und mit dem Stadtbezirke Alt-Landsberg vereinigt werden.

Potsdam, den 1. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung geschenkter Gegenstände in Seelow.

156. Der Herr Oberpräsident hat dem Vaterländischen Frauen-Zweig-Verein des Kreises Seeburg für den Umfang der Provinz Brandenburg die bis zum 1. November d. J. gültige Erlaubniß zur Veranstaltung einer öffentlichen Verloosung von geschenkten Gegenständen zum

Besten des in Seelow errichteten Vereins-Krankenhauses auf Grund des vorgelegten Plans, nach welchem 2500 Loose zu 50 Pfennigen ausgegeben werden sollen, erteilt. Die Polizeibehörden werden angewiesen, dem Vertriebe der Loose nicht entgegenzutreten.

Potsdam, den 3. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

157. Die Räude unter den Schafbeständen in Pausin und die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Lehnshulzenautbesizers Dansmann zu Dyrog im Kreise Osthavelland ist erloschen.

Der Hengst Gregor zu Gumlosen und die Stuten der Bauern Hoeger zu Rüttenwisch und Reinke zu Rüggenhof im Kreise Westprignitz sind vom Bläschen-ausschlage frei.

Potsdam, den 30. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

159.

Nachweisung der Marktpreise.

| Laufende Nr. | Namen der Städte | Getreide | | | | | | | | | | Uebrige Markt | | | |
|--------------|------------------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|-------------|--------|------------|-----------|-------------|---------------|---------------|-------------|--|
| | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | Es | | | |
| | | | | | | | | | | | | Rindfleisch | | | |
| | | Weizen | Reggen | Gerste | Hafers | Erbsen | Spreibohnen | Linsen | Kartoffeln | Rübspross | Krummspross | Hen | von der Keule | Wandfleisch | |
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | |
| 1 | Angermünde | 16 60 | 14 25 | 12 98 | 15 12 | 28 — | 33 — | 35 — | 3 50 | 4 25 | 3 — | 6 — | 1 40 | 1 10 | |
| 2 | Beeskow | — | 13 46 | — | 15 17 | 30 — | 40 — | 45 — | 4 80 | 4 — | — | 6 50 | 1 30 | 1 20 | |
| 3 | Bernau | 17 07 | 14 40 | 15 08 | 15 44 | 29 — | 36 — | 37 — | 4 75 | 4 41 | — | 5 15 | 1 30 | 1 10 | |
| 4 | Brandenburg | 16 35 | 15 15 | 14 50 | 15 45 | 23 — | 26 — | 28 — | 3 80 | 4 — | — | 4 50 | 1 20 | 1 — | |
| 5 | Dahme | 16 94 | 14 80 | 13 27 | 16 — | 40 — | 50 — | 50 — | 3 25 | 3 50 | 2 — | 7 50 | 1 — | 1 — | |
| 6 | Eberswalde | 17 63 | 14 53 | 17 07 | 15 77 | 23 50 | 27 — | 33 — | 4 44 | 4 31 | — | 4 44 | 1 20 | 1 — | |
| 7 | Friesack | — | 14 50 | — | 15 25 | 28 — | 32 — | 38 — | 3 80 | 4 — | — | 4 — | 1 30 | 1 05 | |
| 8 | Havelberg | 15 30 | 14 70 | 13 35 | 14 50 | 19 — | 34 — | 35 — | 2 75 | 3 — | 2 50 | 3 — | 1 10 | 1 — | |
| 9 | Jüterbog | 16 50 | 15 — | 14 — | 16 — | 32 — | 34 — | 44 — | 4 75 | 3 50 | — | 6 — | 1 20 | 1 10 | |
| 10 | Ludowalbe | 16 58 | 14 68 | — | 16 98 | 35 — | 35 — | 45 — | 4 50 | 3 25 | — | 4 50 | 1 20 | 1 20 | |
| 11 | Perleberg | 16 25 | 14 75 | 15 — | 15 — | 16 — | 33 — | 43 — | 3 25 | 4 20 | — | 4 75 | 1 40 | 1 10 | |
| 12 | Potsdam | 15 30 | 14 42 | 16 — | 16 43 | 29 — | 35 50 | 39 — | 4 71 | 3 94 | — | 4 21 | 1 40 | 1 10 | |
| 13 | Prenzlau | 17 23 | 14 39 | 13 99 | 14 70 | 29 25 | 34 — | 43 — | 4 50 | 4 50 | 3 50 | 4 25 | 1 25 | 1 — | |
| 14 | Prigwall | 17 98 | 14 20 | 15 — | 14 48 | 17 50 | 31 — | 32 — | 2 52 | 3 25 | 3 — | 3 46 | 1 30 | 1 11 | |
| 15 | Rathenow | 16 50 | 14 69 | 14 38 | 16 16 | 32 — | 32 25 | 40 — | 3 14 | 2 88 | — | 3 25 | 1 40 | 1 20 | |
| 16 | Neu-Ruppin | 17 — | 14 50 | 15 — | 15 91 | 32 — | 30 — | 40 — | 3 65 | 4 — | — | 5 — | 1 10 | 95 | |
| 17 | Schwedt | 18 — | 14 80 | 14 40 | 15 07 | 33 33 | 40 — | 33 33 | 4 — | 3 80 | — | 5 50 | 1 40 | 1 20 | |
| 18 | Spandau | — | 15 05 | 14 75 | 16 12 | 24 50 | 35 — | 32 50 | 4 47 | 4 75 | — | 4 25 | 1 40 | 1 20 | |
| 19 | Strausberg | 17 20 | 14 36 | 15 14 | 16 90 | 25 — | 33 50 | 35 — | 4 — | 5 — | — | 7 — | 1 20 | 1 10 | |
| 20 | Teltow | 17 15 | 14 32 | 14 48 | 14 81 | 29 — | 35 — | 39 — | 5 53 | 4 25 | — | 4 75 | 1 19 | 1 09 | |
| 21 | Templin | 17 — | 15 — | 14 — | 16 — | 23 — | 50 — | 50 — | 4 — | 5 — | — | 5 — | 1 20 | 1 — | |
| 22 | Treuenbriezen | 16 43 | 14 76 | — | 16 — | 26 — | 26 — | 30 — | 4 20 | 3 — | — | 3 25 | 1 20 | 1 — | |
| 23 | Wittstock | 17 — | 14 52 | 15 50 | 14 85 | 17 — | 30 — | 34 — | 2 71 | 3 — | 2 — | 3 50 | 1 08 | 95 | |
| 24 | Wriezen a. D. | 16 97 | 14 18 | 12 77 | 15 50 | 24 — | 29 — | 34 — | 3 71 | 3 10 | 2 — | 4 50 | 1 30 | 1 10 | |
| Durchschnitt | | 16 81 | 14 56 | — | 15 57 | — | — | — | 3 95 | 3 87 | — | 4 76 | — | — | |

Potsdam, den 7. Juli 1885.

Die Schmiede-Innung zu Brandenburg a. S. betreffend.

158. Der Schmiede-Innung zu Brandenburg a./S. ist auf Grund der §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 18. Juni 1884, betreffend den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes und der Ministerialanweisung vom 23. Januar 1885, von mir widerruflich die Berechtigung zur Ertheilung von Prüfungszeugnissen für den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes beigelegt worden. Die Prüfungs-Kommission besteht aus folgenden Herren:

- 1) dem Kreis-Thierarzt Drewien als Vorsitzender,
- 2) dem Schmiedemeister Bauerfeind,
- 3) dem Spediteur J. A. A. Rend.

Die genannte Kommission tritt in Wirksamkeit für den Stadtkreis Brandenburg a./S. und den Kreis Zauch-Belzig.

Für den übrigen Theil des diesseitigen Bezirkes tritt vorläufig die Prüfungs-Kommission der Berliner Schmiede-Innung, bestehend aus:

- 1) dem R. Professor und Lehrer an der Thierarzneischule Dr. Möller als Vorsitzenden,
 - 2) dem Obermeister der Schmiede-Innung Warnde,
 - 3) dem Schmiedemeister Konerding,
- in Wirksamkeit.

Ein Schema für das Prüfungszeugniß ist unten abgedruckt.

Denjenigen, welche sich für die Ablegung der Hufschmiedeprüfung vorbereiten wollen, empfehle ich das im Verlage bei Paul Parey in Berlin SW., Wilhelmstraße Nr. 32, erschienene Werkchen: „Anleitung zum Befehen der Hufschmiedeprüfung für angehende Hufschmiedemeister, bearbeitet von Dr. H. Möller, Professor an der Königl. Thierarzneischule in Berlin. Der Preis des Werkchens beträgt 1 Mark.

Potsdam, den 30. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

* * *

Preise im Monat Juni 1885.

| A r t i k e l | | | | | | Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------|-------------|-------------|--------|--------|-----------------------|---|------------------|----------|--------|----------------------|------------|--------|------------|-------------------------------------|--------|------------|--------------------------------|--------|--|
| kostet je 1 Kilogramm | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | |
| Schweine-
fleisch | Kalbsteisch | Lammsteisch | Speck | Butter | Ein
Schock
Eier | Wehl | | Gersten- | | Buchweizen-
grübe | Hafergrübe | Hirse | Reis, Java | Java-Kaffee | | Speisefalz | Schweine-
schmalz, fließig. | | |
| | | | | | | Weizen
Nr. 1. | Roggen
Nr. 1. | Graupe | Grübe | | | | | mittler gelber
in geb.
Bohnen | | | | | |
| M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | |
| 1 20 | — 90 | 1 10 | 1 75 | 2 31 | 3 50 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 50 | 60 | 55 | 2 40 | 3 — | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 1 — | 1 — | 1 80 | 2 30 | 2 80 | 40 | 30 | 60 | 60 | 60 | 80 | 60 | 60 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 — | | |
| 1 20 | 1 25 | 1 20 | 1 70 | 2 35 | 2 50 | 40 | 25 | 45 | 50 | 50 | 40 | 60 | 45 | 2 80 | 2 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 10 | — 90 | 1 10 | 1 80 | 2 40 | 3 — | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 45 | 50 | 50 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 — | — 80 | 1 — | 1 — | 2 — | 2 40 | 32 | 26 | 60 | — | 40 | — | 50 | 50 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 40 | | |
| 1 20 | 1 — | 1 — | 1 80 | 2 40 | 3 — | 28 | 26 | 60 | 60 | 50 | — | 60 | 60 | 3 — | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 25 | — 90 | 1 25 | 1 80 | 2 40 | 2 80 | 40 | 30 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 3 — | 3 20 | 20 | 1 80 | | |
| 1 — | 1 — | 1 — | 1 60 | 2 10 | 2 68 | 40 | 30 | 80 | — | 60 | 65 | 60 | 60 | 3 80 | 3 80 | 20 | 1 80 | | |
| 1 20 | — 95 | 1 20 | 1 80 | 2 40 | 2 80 | 26 | 20 | 60 | 60 | 70 | 70 | 60 | 60 | 3 — | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 10 | — 85 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 2 80 | 36 | 24 | 50 | 40 | 40 | 60 | 36 | 63 | 2 60 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 30 | 1 15 | 1 15 | 1 95 | 1 69 | 2 70 | 50 | 36 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 55 | 3 40 | 3 60 | 20 | 2 — | | |
| 1 25 | 1 20 | 1 20 | 1 60 | 2 05 | 2 71 | 38 | 28 | 50 | 50 | 45 | 45 | 45 | 50 | 3 — | 3 50 | 20 | 1 60 | | |
| 1 10 | — 95 | 1 10 | 1 70 | 2 10 | 2 85 | 30 | 26 | 60 | 50 | 60 | 60 | 60 | 70 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 — | | |
| 1 15 | — 85 | 1 — | 1 70 | 1 71 | 2 19 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 40 | 1 — | 1 20 | 1 80 | 2 40 | 2 80 | 27 | 21 | 50 | 50 | 50 | 55 | 50 | 60 | 2 90 | 3 60 | 20 | 2 — | | |
| 1 20 | 1 05 | 1 18 | 1 70 | 2 15 | 2 89 | 30 | 24 | 50 | 50 | 60 | 50 | 50 | 60 | 3 — | 3 40 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | — 95 | 1 20 | 2 — | 2 — | 3 20 | 30 | 25 | 60 | 40 | 40 | 60 | 50 | 70 | 2 70 | 3 60 | 20 | 2 — | | |
| 1 30 | 1 20 | 1 25 | 1 60 | 2 20 | 3 — | 35 | 25 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 1 — | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 2 80 | 40 | 26 | 55 | 50 | 45 | 60 | 50 | 60 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 24 | 1 30 | 1 24 | 1 81 | 2 02 | 2 56 | 50 | 40 | 70 | 60 | 50 | 60 | 50 | 63 | 3 20 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 — | — 80 | 1 — | 1 60 | 2 40 | 2 80 | 35 | 30 | 60 | 60 | 50 | 60 | 60 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | — 90 | 1 20 | 1 80 | 2 10 | 3 — | 33 | 21 | 46 | 41 | — | 60 | 40 | — | 2 80 | 3 40 | 20 | 1 80 | | |
| 1 01 | — 83 | — 96 | 1 60 | 1 82 | 2 35 | 26 | 21 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 2 40 | 2 80 | 20 | 1 60 | | |
| 1 15 | 1 10 | 1 15 | 1 60 | 2 16 | 2 96 | 21 | 21 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| Der Regierungs-Präsident. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Der Regierungs-Präsident.

Der geboren
aus zu
..... hat vor der unter-
zeichneten Prüfungs-Kommission die durch das
Gesetz vom 18. Juni 1884 eingeführte Prüfung
zum Nachweis der Befähigung zum Betriebe des
Hufbeschlaggewerbes

bestanden.

....., den ..ten 18 ..

Die Prüfungs-Kommission.

..... Vorsitzender.

.....

Bekanntmachungen des Königl.ichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Die den Baugefuchen beizufügenden Zeichnungen und Pläne betr.
59. Mit den Anträgen auf Ertheilung von Bau-
Erlaubnißscheinen gehen beim Polizei-Präsidium häufig
Zeichnungen und Pläne ein, welche auf Lichtpauspapier
oder einem ähnlichen unhaltbaren Material gefertigt
sind, und schon bei kurzem Gebrauch zerreißen be-
ziehungsweise brechen, mithin zur Aufbewahrung in den
Grundstücksakten völlig unbrauchbar sind.

Das bauende Publikum wird hierdurch darauf
aufmerksam gemacht, daß für die Folge derartige un-
genügende Vorlagen von vorn herein werden zurück-
gewiesen und daß nur auf dauerhaftem Material ge-
fertigte Zeichnungen und Pläne zur Annahme gelangen
werden.

Berlin, den 29. Juni 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober- Post-Direktion zu Potsdam.

Die Errichtung einer Reichs-Telegraphen-Anstalt betr.

29. In Lohm (Mark) wird am 4. Juli eine Reichs-
Telegraphenanstalt in Wirksamkeit treten, welche mit
der dortigen Postagentur verbunden wird.

Potsdam, den 1. Juli 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Wahl.

Bekanntmachungen des Königl.ichen Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Das Parochial-Verhältniß der in Berlin neu anziehenden
evangelischen Einwohner betr.

6. Durch das auf Grund der Allerhöchsten
Cabinets-Ordre vom 30. April 1830 erlassene Rescript
des Königl.ichen Ministeriums der geistlichen u. An-
gelegenheiten vom 5. Mai desselben Jahres ist den

evangelischen Glaubensgenossen, welche an einem Orte
ihren Wohnsitz nehmen, wo mehrere der Union bei-
getretene Kirchengemeinden sich befinden, das Recht ver-
liehen worden, die Gemeinde, welcher sie angehören
wollen, zu wählen. Dieses Recht findet nach Maßgabe
der angeführten Verordnung, in Folge des Beitritts
der evangelischen Kirchengemeinden in Berlin zur Union
und unter Beziehung der allgemeinen Bestimmungen
auf die besonderen Verhältnisse dieser Gemeinden, hier-
selbst in der Weise Anwendung, daß die den von aus-
wärts zuziehenden Personen zustehende Wahl getroffen
werden kann zwischen, einerseits der betreffenden, mit
einem örtlich abgegrenzten Kirchsprengel versehenen
Gemeinde und andererseits der Dom- oder der Parochial-
Kirche.

Da die Ausübung dieses Wahlrechts bisher an
eine Frist nicht gebunden gewesen ist, so hat sich das
Bedürfnis ergeben, den aus einer oft lange verschobenen
Feststellung der Gemeindeangehörigkeit erwachsenden
Uebelständen für die Zukunft vorzubeugen.

In Folge der auf Grund Allerhöchsten Erlasses
vom 6. September v. J. von dem Herrn Minister der
geistlichen Angelegenheiten im Einverständnisse mit dem
Evangelischen Ober-Kirchenrath und erteilten Ermächti-
gung wird demnach hierdurch Folgendes bestimmt:

- 1) Alle von auswärts nach Berlin ziehenden evan-
gelischen Glaubensgenossen haben ohne Rücksicht
auf ihr besonderes Confessionsverhältniß die Wahl,
sich entweder derjenigen Lokalparochie, innerhalb
deren sie ihre Wohnung nehmen, oder der Gemeinde
der Dom-Kirche resp. der Parochial-Kirche anzu-
schließen, deren Mitglieder an keinen bestimmten
Wohnort in der Stadt gebunden sind und daher
durch die Veränderung der Wohnung innerhalb
der Stadt die Gemeinde und Kirche nicht wechseln.
- 2) Diese Wahl muß jedoch binnen Jahresfrist von
der Niederlassung in Berlin ab gerechnet, durch
eine ausdrückliche Erklärung bei dem Kirchen-
Ministerium und dem Vorstande der gewählten
Kirche zu erkennen gegeben werden.
- 3) Wird diese Wahl in der bezeichneten Frist nicht
ausgeübt, so werden solche evangelische Einwohner
als pflichtige Glieder derjenigen Lokalparochie,
innerhalb deren sie ihre Wohnung genommen haben,
angesehen und behandelt, und gehen bei jeder Ver-
änderung der letzteren in dieselbe Parochie als
Mitglieder über, in welcher die neugewählte
Wohnung belegen ist.

Berlin, den 21. November 1859.

Königl. Konfistorium der Provinz Brandenburg.
gez. E. von Bos.

*

*

*

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch von
neuem veröffentlicht.

Berlin, den 20. Juni 1885.

Königl. Konfistorium der Provinz Brandenburg.
D. Hegel.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Angebot einer Schuldverschreibung.

17. Herr Louis Maniewicz hier selbst — Dranienburgerstraße Nr. 4 — hat auf Umschreibung der Schuldverschreibung der konsolidirten vierprozentigen Staatsanleihe Lit. F. Nr. 64680 über 200 M. (Ausfertigung vom 3. Oktober 1878) angetragen, weil auf der Rückseite derselben sich ein Dintensfleck befindet, unter welchem anscheinend zwei Namen mit dem Zusatz „Eigenthum“ gestanden haben.

In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens am 15. Januar k. J. uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kassirt und dem r. Maniewicz ein neues, umlaufsfähiges ausgehändigt werden wird.

Berlin, den 29. Juni 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Angebot von Schuldverschreibungen.

18. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Handlungskommis Albert Ludwig, früher zu Cassel, jetzt in Mittenberg wohnhaft, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe Lit. B. Nr. 12361 und 12362 über je 2000 Mark angeblich am 16. Mai 1885 zu Cassel gestohlen worden sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder den Rechtsanwältin E. Israel & R. Schmuch zu Cassel anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 30. Juni 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen des Landes-Direktors der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachung.

12. Nach dem Hauptetat der Verwaltung des Brandenburgischen Provinzial-Verbandes sind im laufenden Etatsjahre für die Zwecke des Landarmen- u. Wesens 6 % der in den einzelnen Land- und Stadtkreisen aufkommenden direkten Staatssteuern nach Maßgabe der §§ 106 bis 108 der Provinzial-Ordnung als Provinzial-Abgaben aufzubringen und zwar zur Hälfte am 1. Juli d. J. und zur anderen Hälfte am 2. Januar 1886.

Demgemäß hat der Provinzial-Ausschuß die aufzubringenden Provinzial-Abgaben auf die einzelnen Land- und Stadtkreise folgendermaßen vertheilt:

| Nr. | Kreis. | Steuer-
aufkommen
M. | 6 % Provinzial-
Abgabe
M. |
|-------|----------------------|----------------------------|---------------------------------|
| 1 | Prenzlau | 473944,09 | 28436,64 |
| 2 | Templin | 235486,58 | 14129,19 |
| 3 | Angermünde | 421279,72 | 25276,78 |
| 4 | Ober-Barnim | 514036,48 | 30842,19 |
| 5 | Nieder-Barnim | 787763,09 | 47265,79 |
| 6 | Teltow | 916366,08 | 54981,97 |
| 7 | Beeskow-Storkow | 170656,52 | 10239,39 |
| 8 | Jüterbog-Luckenwalde | 325112,47 | 19506,75 |
| 9 | Zauch-Belzig | 361034,45 | 21662,07 |
| 10 | Ost-Havelland | 499520,06 | 29971,20 |
| 11 | West-Havelland | 314190,96 | 18851,46 |
| 12 | Ruppin | 432088,03 | 25925,28 |
| 13 | Ost-Prignitz | 357654,83 | 21459,29 |
| 14 | West-Prignitz | 465024,08 | 27901,45 |
| 15 | Lebus | 571956,48 | 34317,39 |
| 16 | Charlottenburg | 444507,41 | 26670,44 |
| 17 | Brandenburg a./H. | 221621,76 | 13297,31 |
| 18 | Königsberg | 561503,30 | 33690,20 |
| 19 | Soldin | 270122,23 | 16207,33 |
| 20 | Arnsvalde | 195361,91 | 11721,72 |
| 21 | Friedeberg | 236415,17 | 14184,91 |
| 22 | Landsherg | 464012,23 | 27840,73 |
| 23 | Ost-Sternberg | 211075,53 | 12664,53 |
| 24 | West-Sternberg | 206630,74 | 12397,84 |
| 25 | Jülichau-Schwiebus | 223832,77 | 13429,97 |
| 26 | Grossen | 244953,51 | 14697,21 |
| 27 | Cottbus | 360899,62 | 21653,98 |
| 28 | Guben | 178977,08 | 10738,63 |
| 29 | Lützen | 116747,40 | 7004,84 |
| 30 | Ludau | 270282,48 | 16216,95 |
| 31 | Calau | 221353,00 | 13281,18 |
| 32 | Sorau | 385944,43 | 23156,67 |
| 33 | Spremburg | 102413,36 | 6144,80 |
| 34 | Frankfurt a./D. | 462356,40 | 27741,38 |
| 35 | Potsdam | 471875,16 | 28312,51 |
| 36 | Guben Stadt | 167031,85 | 10021,91 |
| Summa | | 12864031,26 | 771841,87 |

Berlin, den 29. Juni 1885.

Der Landes-Direktor der Provinz Brandenburg
von Lebegow.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Fahrplan-Änderung.

29. Vom 16. Juli d. J. ab wird der von Berlin, Schleißer Bahnhof, um 5⁰ Nm. abgehende Personenzug Nr. 207 in Erkner um 5³⁰ halten, um Personen abzusetzen und aufzunehmen.

Berlin, im Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausgabe von Tourbillets nach Koshentia via Rochberg-Dels-Enklitz.

30. Vom 10. d. M. ab werden auf Station Berlin Schleißer Bahnhof und den Fernstationen der Berliner Stadtbahn direkte Tourbillets I., II. und III. Klasse

gültig für alle Züge und Personenzugbillets I., II. und III. Klasse, verbunden mit direkter Gepäc-Abfertigung nach Station Roschentin via Nothberg-Dels-Lublinig zur Ausgabe gelangen.

Berlin, den 3. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Nachtrag V. zum Verband-Gütertarif zwischen Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg und Stationen der Marienburg-Mlawkaer Bahn betreffend.

1. Mit dem 1. Juli 1885 tritt zum Verband-Gütertarif zwischen Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg einerseits und Stationen der Marienburg-Mlawkaer Bahn andererseits vom 25. März 1882 der Nachtrag V. in Kraft; derselbe enthält:

- a. Einbeziehung der Stationen der Strecken Posen—Thorn Bromberg,
- b. ermäßigte Frachtsätze für die Stationen Berlin R. D. und Lichtenberg-Friedrichsfelde,
- c. direkte Frachtsätze für kaukasisches Petroleum ab Mowow trs. nach Roder,
- d. Ausnahme-Frachtsätze für mehrere Artikel des Sp. T. III., sowie für Kartoffelmehl u. zum Export, für Cement und für Holz des Sp. T. II.,
- e. früher bereits publicirte Tarifveränderungen und kann durch die Billet-Expeditionen der Verband-Stationen beider Verwaltungen bezogen werden.

Durch vorbezeichneten Nachtrag wird der Preussisch-Oberschlesische Verband-Gütertarif vom 1. April 1881 nebst Nachträgen, soweit er den Verkehr zwischen Stationen der Strecken Posen—Thorn Bromberg einerseits und den Stationen der Marienburg-Mlawkaer Bahn andererseits betrifft, aufgehoben.

Bromberg, den 30. Juni 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

11. Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses Jüterbog-Ludenwalde'schen Kreises auf Grund des § 1. des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit dem § 25. des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen von Guts- resp. Gemeindegrenzen.

- 1) Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks: Parzelle: Kartenblatt 5 N^o $\frac{329}{248}$ von 3 ar 41 qm Größe. Bezeichnung des bisherigen Gemeindebezirks: domainenfiskalischer Gutsbezirk Felgentreu. Bezeichnung des künftigen Gemeindebezirks: Gemeindebezirk Felgentreu.
- 2) Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks: Parzelle: Kartenblatt 5 N^o $\frac{330}{248}$ von 0,0287 ha Größe. Bezeichnung des bisherigen Gemeindebezirks: domainenfiskalischer Gutsbezirk Felgentreu.

Bezeichnung des künftigen Gemeindebezirks: Gemeindebezirk Felgentreu.

Jüterbog, den 25. Juni 1885.

Der Kreis-Ausschuss Jüterbog-Ludenwalde'schen Kreises.

Bekanntmachung der Direktion der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.

U e b e r s i c h t

von den Ergebnissen der Verwaltung der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg im Jahre 1884.

I. Versicherungssummen.

Am Schlusse des Jahres 1884 betragen die beitragspflichtigen Versicherungssummen in Klasse IA. 27,195,675 M., in Klasse I. 335,661,175 M., in Klasse II A. 387,200 M., in Klasse II. 155,326,375 M., in Klasse III. 23,603,825 M., in Klasse IV. 4,912,000 M., zusammen 547,086,250 M. Gegen 533,997,875 M. am Schlusse des Jahres 1883, also mehr 13,088,375 M. Wird der Hauptversicherungssumme von 547,086,250 M. noch hinzugerechnet die beitragsfreie Hälfte der Versicherungssummen für Kirchen und Thürme mit 7,163,875 M., so ergibt sich eine Gesamt-Versicherungssumme bei der Societät von 554,250,125 M.

II. Brand- und Blitzschäden.

Die Zahl der von der Societät zu vergütenden Brandschäden belief sich auf 230 (114 im I. Semester und 116 im II. Semester). Von denselben wurden in 88 Städten 503 Gebäude betroffen. Durch Einschlagen des Blitzes, ohne daß derselbe gezündet, fanden in 44 Fällen Beschädigungen an 53 Gebäuden statt.

Von den 230 Schadenfeuern sind 7 durch Gewitter, 3 durch Explosion und 4 durch fehlerhafte Bauart entstanden, 2 vorzüglich, 5 durch Fahrlässigkeit und 7 durch unzurechnungsfähige Personen verursacht worden. In 187 Fällen sind die Entstehungsurachen der Brände unaufgeklärt und in 15 Fällen fehlen noch die Nachrichten vom Ergebnis der Untersuchung. Verurtheilt wurden wegen vorsätzlicher Brandstiftung: 3 und wegen fahrlässiger Brandstiftung, bezw. Uebertretung feuerpolizeilicher Vorschriften 5 Personen.

III. Schadensvergütungen, Prämien und Kosten.

Aus Anlaß der vorausgeführten Brand- und Blitzschäden und je zweier Brandschäden aus den Jahren 1882 und 1883 sind festgesetzt: A. Schadensvergütungen in Klasse IA.: 143 M., in Klasse I. 229,027 M. 57 Pf., in Klasse II A. — M., in Klasse II. 218,809 M. 80 Pf., in Klasse III. 118,876 M. 37 Pf., in Klasse IV. 39,905 M. 08 Pf., zusammen 606,761 M. 82 Pf. B. Spritzen- und Wasserwagenprämien 3,879 M. C. Schadensabschätzungskosten 3,591 M. 36 Pf. Summa 614,232 M. 18 Pf.

IV. Beiträge der Theilnehmer der Societät.

An Beiträgen wurden ausgeschrieben vom Hundert der Versicherungssumme in Klasse IA. 4,2 Pf., in Klasse I. 6 Pf., in Klasse II A. 12,6 Pf., in Klasse II. 18 Pf., in Klasse III. 42 Pf. und in Klasse IV. 84 Pf., und zwar in jedem Semester die Hälfte dieser Sätze.

V. Ergebnisse der Jahres-Rechnungen.

A. Auszug aus der Rechnung vom laufenden Verwaltungsfonds für das Jahr 1884.

| E i n n a h m e. | | Soll | | Haben | |
|---|-----------------------|-----------|-----|---------|-----|
| | | M. | Pf. | M. | Pf. |
| A. Bestand aus voriger Rechnung | | 184,873 | 75 | 184,873 | 75 |
| B. Einnahme-Reste ult. 1883: | 272,730 M. — Pf. | | | | |
| Abgang: | 5 = 92 = | 272,724 | 08 | 272,494 | 08 |
| C. Aus dem laufenden Rechnungsjahre: | | | | | |
| 1) Beiträge für das Jahr 1884 | | 581,276 | 42 | 314,986 | 03 |
| 2) Beiträge aus Vorjahren und Strafbeiträge | | 3,449 | 06 | 3,449 | 06 |
| 3) Wiedererstattete Vergütungsgelder | | 9 | 60 | 9 | 60 |
| 4) Zinsen von Kassenbeständen | | 8,112 | — | 8,112 | — |
| Summa | | 1,050,444 | 91 | 783,924 | 52 |
| A u s g a b e. | | | | | |
| A. Ausgabe-Reste ult. 1883: | 226,548 M. 98 Pf. | | | | |
| Abgang: | 1,985 = 42 = | 224,563 | 56 | 201,283 | 19 |
| B. Aus dem laufenden Rechnungsjahre: | | | | | |
| 1) Prüfungs- und Tax-Gebühren | | 9,570 | 91 | 9,570 | 91 |
| 2) Vergütungen: | | | | | |
| a. für Brand- und Bligschäden u. | | 614,232 | 18 | 478,962 | 83 |
| b. für Schäden an unversicherten Gegenständen | | 4,480 | 24 | 4,263 | 74 |
| 3) Außerordentliche Prämien | | 75 | — | 75 | — |
| 4) Kur- und Versäumniskosten | | 1,581 | 40 | 1,581 | 40 |
| 5) Postporto | | 1,432 | 65 | 1,432 | 65 |
| 6) Zinsen für Darlehne zur Bestreitung der laufenden Ausgaben | | 420 | 55 | 420 | 55 |
| 7) Außerordentliche Ausgaben | | 3,827 | 56 | 3,821 | 97 |
| Summa | | 860,184 | 05 | 701,412 | 24 |
| Die Einnahme beträgt | | | | 783,924 | 52 |
| mithin bleibt Bestand | | | | 82,512 | 28 |
| - und zwar in Werthpapieren | 150,000 M. — Pf. | | | | |
| bei | 67,487 = 72 = Vorfuß. | | | | |

B. Auszug aus der Rechnung vom eisernen Fonds für das Jahr vom 1. April 1884 bis 31. März 1885.

| E i n n a h m e. | | M. | | Pf. | |
|--|------------------|---------|----|---------|----|
| | | | | | |
| A. Bestand aus voriger Rechnung | | 746,700 | — | | |
| B. Erlös für ausgegebene Werthpapiere und an neu erworbenen dergl. | | 800 | — | | |
| C. Zinsen von Werthpapieren und Hypotheken-Kapitalien | | 31,007 | 20 | | |
| Summa | | 778,507 | 20 | | |
| A u s g a b e. | | | | | |
| A. Rechnungsvorfuß | | 930 | 74 | | |
| B. An ausgegebenen Werthpapieren und für neu erworbene dergl. | | 811 | 90 | | |
| C. Laufende Ausgaben: | | | | | |
| 1) Reisekosten und Tagegelber der Mitglieder der Direktorial-Kommission der Societät | | 813 | 20 | | |
| 2) Besoldungen und Remunerationen der Beamten | | 21,135 | — | | |
| 3) Pensionen | | 300 | — | | |
| 4) Für Bureau- und Kassenbedürfnisse | | 4,523 | 95 | | |
| 5) Sonstige Ausgaben | | 1,148 | 58 | | |
| D. Außerordentliche Ausgaben | | 550 | — | | |
| Summa | | 30,213 | 37 | | |
| Die Einnahme beträgt | | | | 778,507 | 20 |
| mithin bleibt Bestand | | | | 748,293 | 83 |
| und zwar: in Werthpapieren | 737,900 M. — Pf. | | | | |
| in Hypothekenkapitalien | 9,000 = — = | | | | |
| in baar | 1,393 = 83 = | | | | |

Berlin, den 20. Juni 1885.

Direktion der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1.
Rang. | Name und Stand | | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|--|---|--------------------------------------|---|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | | |
| 1. | Karl Zwerina,
Töpfergeselle und
Schreiber, | geboren am 25. Ok-
tober 1834 zu Krem-
sier, Mähren, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 9. Juni
1885. | |
| 2. | Chaim Loser,
Mühenmacher, | geboren 1840 zu Konin
bei Kalisch, Russisch-
Polen, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Liegnitz, | 9. Mai
1885. | |
| 3. | Johann Knopp,
Tagelöhner, | geboren am 6. Juli
1846 zu Königsberg-
Langenau, Bezirk
Troppau, Oesterreich-
Schlesien, ebendasselbst
ortsangehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 13. Mai
1885. | |
| 4. | Franz Böse,
ohne Stand, | geboren im Oktober
1870 zu Neuwillms-
dorf, Bezirk Janowitz,
Oesterreichisch-Schle-
sien, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 26. Mai
1885. | |
| 5. | Johann Harenzlat
(Harenzlat),
Arbeiter, | geboren 1865 in Nied-
zbrodzie ad Lipnik,
Bezirk Biala, Galiz-
ien, ebendasselbst orts-
angehörig, | desgleichen, | derselbe, | 28. Mai
1885. | |
| 6. | Karl Christensen,
Handlanger, | geboren am 14. Juli
1847 in Kopenhagen,
Dänemark, ebendasselbst
ortsangehörig, wohn-
haft zuletzt in Grefeld,
Preußen, | Landstreichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Düsseldorf, | 8. Mai
1885. | |
| 7. | Wenzel Kolár,
Schmiedegeselle, | geboren 1852 zu Kur-
pic, Bezirk Pilsen,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | Stadtmagistrat Kauf-
beuren, Bayern, | 17. April
1885. | |
| 8. | Andreas Ruchler,
Bäder, | geboren im Juli 1847
in Altnepomuk, Böh-
men, ortsangehörig in
Storitz, Bezirk Ro-
tignan, ebendasselbst, | desgleichen, | Großherzoglich Säch-
sischer Landeskommissär
zu Freiburg, | 5. Juni
1885. | |
| 9. | Johann Ekmann,
Arbeiter, | geboren am 26. April
1836 zu Hinnsefin,
Bezirk Jönköping,
Schweden, ortsange-
hörig in Bernamo,
desselben Bezirks, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Großherzoglich Meck-
lenburgisches Mi-
nisterium des In-
nern zu Schwerin, | 1. Mai
1885. | |
| 10. | Ludwig Finger,
Müllergeselle, | geboren am 2. Septem-
ber 1849 zu Wien,
ortsangeh. in Königin-
hof, Oesterreich u. d. E. | Landstreichen und Betteln, | derselbe Behörde, | 7. Mai
1885. | |

| Nr.
auf-
1. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------------|---|--|--------------------------------------|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| 11 | Heinrich Karl Freund,
Destillateur, | 32 Jahre, geboren und
ortsangehörig zu
Innsbruck, Tyrol, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Großherzogl. Staats-
ministerium, Depar-
tement des Innern,
in Oldenburg, | 12. Mai
1885. |
| 12 | Andreas Schulz,
Tagner und Nebmann, | geboren am 30. No-
vember 1811 zu Orsch-
weiler, Kreis Schleis-
stadt, Niederelsaß, orts-
angehörig in Leßvig-
nes, Frankreich, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 1. Mai
1885. |
| 13 | Omobono
Bergamaschi,
Erbarbeiter, | geboren 1842 zu Cre-
mona, Italien, | desgleichen, | derselbe, | 2. Mai
1885. |
| 14 | Vincenz Hubert,
Grubenarbeiter, | geboren am 20. Juli
1859 zu Mont St.
Martin, Departement
Ardenne, Frankreich, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 11. Juni
1885. |
| 15 | Adrian Michel,
Grubenarbeiter, | geboren am 2. Juli
1857 zu Bonnieux,
Departement Vaucluse,
Frankreich, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |

Personal-Chronik.

Die durch den Staats-Haushalts-Etat pro 1885/6 neu creirte dritte Schul-Raths-Stelle bei der Königl. Regierung ist vom 1. Juli d. J. ab dem Regierungs- und Schul-Rath Böckler, bisher in Hannover, übertragen worden. Derselbe hat seine Dienst-Geschäfte übernommen. Die Bearbeitung der internen Schul-Angelegenheiten bei der Regierung erfolgt nunmehr

a. durch den Regierungs-, Schul- und Consistorial-Rath Eismann: außer den Generalien — die Sachen der Inspektionen Malchow und Bernau, sowie des Bezirks des Kreis-Schul-Inspektors, Schul-Raths Lieg im Kreise Nieder-Barnim, — der Inspektionen Eberswalde, Briesen, Strausberg im Kreise Ober-Barnim, — der Inspektionen Charlottenburg, Potsdam I., Saarmund und des Bezirks des Kreis-Schul-Inspektors Tyska, sowie der Inspektion Eöln-Land im Kreise Teltow, — der Inspektion Dahme im Kreise Jüterbog und der Stadt Spandau,

b. durch den Regierungs- und Schul-Rath Trinius die Sachen der Inspektionen Beelitz, Belgig und Trenenbriegen im Kreise Zauch-Belzig, — der Schulen in Stadt und Dom Brandenburg, — der Inspektion Rathenow, — der Inspektionen Nauen, Potsdam II. und Fehrbellin im Kreise Ost-Havelland, — der Inspektionen Neu-Ruppin und Wusterhausen a./D. im Kreise Ruppin, — der Inspektionen Kyritz, Prignitz und Wittstock in der Ost-Prignitz, der Inspektionen Perleberg, Putzig, Pabelberg und Lengen in der West-Prignitz,

c. durch den Regierungs- und Schul-Rath Böckler die Sachen der Inspektionen Königs-Wusterhausen und Jossen im Kreise Teltow, — der Inspektionen Prenzlau Ia., Ib. und II. und Strassburg U./M. im Kreise Prenzlau, — der Inspektionen Angermünde, Gramzow und Schwedt im Kreise Angermünde, — der Inspektionen Templin und Jechenid im Kreise Templin, — der Inspektion Lindow-Gransee im Kreise Ruppin, — der Inspektionen Storkow und Beeskow im Kreise Beeskow-Storkow, — der Inspektionen Baruth, Jüterbog und Lützenwalde im Kreise Jüterbog — der Landtschulen im Inspektionsbezirk Spandau, Kreis Ost-Havelland.

Dem nach dem Ableben des Kreis-Physikus Dr. Krebs — Inhalts der Bekanntmachung vom 1. März d. J., Amtsbl. Seite 104 — kommissarisch zum Kreis-Physikus des Kreises Jüterbog-Lützenwalde ernannten Stabsarzt vom 1. Brandenburgischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 3. Dr. Carl Gustav Hermann Strung ist die Physikatstelle, mit Beibehaltung des Amtssitzes in Jüterbog, jetzt definitiv übertragen worden.

Im Kreise Angermünde sind an Stelle des Kreis-deputirten, Rittmeisters und Oberförsters a. D. von Risselmann zu Grussow, welcher das Amt niedergelegt hat, der bisherige Stellvertreter, Kammerherr und Rittergutsbesitzer von Buch zu Schloß Stolpe und an dessen Stelle der Rittergutsbesitzer und Landwehr-Lieutenant Vosselmann zu Schöneberg bezw. zum Amtsvorsteher und zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk IX. Stolpe-Grussow ernannt worden.

Im Kreise Templin ist an Stelle des Rittergutsbesizers Graf Matuszka von Toppolzan Freiherrn von Spättgen zu Alt-Placht, welcher den Bezirk verlassen hat, der Rittergutsbesizer Oscar Jaeger zu Neu-Placht zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk XXIII. Annenwalde ernannt worden.

Dem Superintendenten Rikebusch zu Zehdenick ist vom 24. Juni d. J. ab die bisher interimistisch verwaltete Kreisschulinspektion über die Schulen des Inspektionskreises „Zehdenick“ definitiv übertragen worden.

Der bei der Königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin beschäftigt gewesene Regierungs-Assessor Fernow ist an die Königl. Regierung zu Schleswig versetzt.

Ferner sind bei der genannten Direktion:

- a. die Sekretariats-Assistenten Adelberg, Burdhardt II. und Ruhland II. zu Regierungs-Sekretären, und
- b. der Kataster-Supernumerar Schmidt zum Kataster-Assistenten befördert;
- c. der Civilsupernumerar Rothenstein Behufs Uebertritts in das Auswärtige Amt ausgeschieden.

Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Cöthen, Diözese Eberswalde, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Schulte zum 25. August d. J. zur Erledigung.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Diaconat an St. Nikolai zu Jüterbog, Diözese Jüterbog, und das damit verbundene Pfarramt an St. Jacobi in der Vorstadt Neumarkt, Königl. Patronats, kommt durch die Versetzung des Diaconus Lehmann in nächster Zeit zur Erledigung.

Der Schulamts-Candidat Schund ist als ordentlicher Lehrer an dem Friedrichs-Gymnasium in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Hedwig Laubann ist als Gemeindegemeindeführerin in Berlin angestellt worden.

Die unter Privat-Patronat stehende Rektorats- und Diaconatsstelle zu Gremmen, Diözese Rauen, kommt durch die Versetzung ihres gegenwärtigen Inhabers am 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Eine Dienstwohnung ist nicht vorhanden.

Vakant sind resp. werden: die Lehrer-, Küster- und Organistenstelle zu Pewesin, Inspektion Altstadt-Brandenburg; die Lehrer- und Küsterstelle zu Bräbifow, Inspektion Rathenow, Privat-Patronats; die Lehrer- und Küsterstelle zu Gremendorf, Inspektion Spandau, eine Lehrersstelle zu Belten, Inspektion Spandau, Königl. Patronats.

Wiederbesetzt ist: die 2. Lehrersstelle zu Staaken, Inspektion Spandau.

Im Verwaltungs-Bezirke der Königlichen Hofkammer der Königlichen Familiengüter ist der Förster Schall zu Semmler, Oberförsterei Staakow, unter

Verleihung des Charakters als „Königlicher Begemeister“ pensionirt, der Förster Charon von Birbusch, Oberförsterei Klein-Wasserburg, nach Semmler, der Förster Drzymalla von Klein-Peezig, Oberförsterei Peezig, nach Birbusch, der Förster Puchert II. von Massow, Oberförsterei Staakow, nach Klein-Peezig, versetzt und der bisherige Forsthausseher Callenbach zum Königl. Förster in Massow ernannt.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam. **Statsmäßig angestellt ist:** als Postverwalter der Postassistent Weise in Pfaffendorf (Mark).

Ernannt ist: der Ober-Postdirektions-Sekretär Bischoff in Brandenburg (Havel) zum Postassistenten. **Versetzt sind:** der Ober-Postsekretär Gerhards von Neu-Muppin nach Schwerin (Mecklenburg), der Post-Sekretär John von Brandenburg (Havel) nach Neurode und der Postsekretär Gasmann von Zeitz nach Neu-Muppin.

Vermischte Nachrichten.

13. Nachdem die Herren Minister für Handel und Gewerbe, des Innern und für öffentliche Arbeiten mit der Verwaltung der Schiffsahrtspolizei auf dem Plauer Canal beauftragt haben, verordne ich auf Grund der §§ 6 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und des § 138 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, was folgt:

Polizei-Verordnung.

betreffend das Befahren des „schmalen Grabens“ während der Sperrung der Canalstraße Riegripp-Berggow.

- 1) Der Verkehr durch den „schmalen Graben“ wird für die Zeit der Sperrung der Canalstraße Riegripp-Berggow vom 15. August 1885 bis zum 15. Mai 1886 in der Weise geregelt, daß die Wasserstraße von Mittags 12 Uhr bis Abends 10 Uhr in der Richtung Magdeburg—Berlin, von Nachts 12 Uhr bis Vormittags 10 Uhr in der Richtung Berlin—Magdeburg befahren werden darf.
- 2) Fahrzeuge von mehr als 1,0 Meter Tiefgang sind ausgeschlossen.
- 3) Die Straße ist ohne Aufenthalt zu passieren.
- 4) Ungenügend bemannte Fahrzeuge sind von dem Befahren des „schmalen Grabens“ ausgeschlossen. Die Entscheidung darüber, ob die Bemannung ausreichend ist, steht den Canalbeamten zu, deren Anordnungen unbedingt Folge zu leisten ist.
- 5) Die Schiffsahrt durch die Hareyer Schleuse hört mit 3,76 Meter Ober-Pegel auf.
- 6) Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, event. Haft bestraft.

Magdeburg, den 19. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

(Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gays'schen Erben (G. Gays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 29.

Den 17. Juli

1885.

Reichs-Gesetzblatt.

- (Stück 23.) **Nº 1616.** Uebereinkunft zwischen dem Deutschen Reich und der Internationalen Gesellschaft des Kongo. Vom 8. November 1884.
Nº 1617. General-Akte der Berliner Konferenz. Vom 26. Februar 1885.
(Stück 24.) **Nº 1618.** Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Spanien, betreffend einige Abänderungen des Tarifs A des deutsch-spanischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 12. Juli 1883. Vom 10. Mai 1885.
(Stück 25.) **Nº 1619.** Vertrag zwischen Deutschland und Belgien, betreffend die Bestrafung der auf den beiderseitigen Gebieten begangenen Forst-, Feld-, Fischerei- und Jagdsfrevel. Vom 29. April 1885.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten.

- (Stück 23.) **Nº 9069.** Gesetz, betreffend die Ergänzung des Gesetzes vom 29. Mai 1873 über das Grundbuchwesen in dem Bezirk des Appellationsgerichts zu Cassel mit Ausschluß des Amtsgerichtsbezirks Wöhl. Vom 28. Mai 1885.
(Stück 24.) **Nº 9070.** Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Einbeck, Gesehmünde und Uelzen. Vom 16. Juni 1885.
(Stück 25.) **Nº 9071.** Kreisordnung für die Provinz Hessen-Nassau. Vom 7. Juni 1885.
Nº 9072. Gesetz über die Einführung der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 in der Provinz Hessen-Nassau. Vom 8. Juni 1885.
Nº 9073. Bekanntmachung, betreffend die Provinzialordnung für die Provinz Hessen-Nassau. Vom 8. Juni 1885.
(Stück 26.) **Nº 9074.** Gesetz, betreffend die Aufhebung der Rentenbank für den Kreis Herzogthum Lauenburg in Radeburg. Vom 10. Juni 1885.
Nº 9075. Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staates gegenüber der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 24. Juni 1885.
Nº 9076. Allerhöchster Erlaß vom 24. Juni 1885, betreffend die Ausübung der kirchlichen Aufsichtsrechte über die evangelische Kirchengemeinde Freren, Provinz Hannover.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Die Strom- und Schiffahrtspolizei des Landgrabens von Freienwalde bis zur Hohensaathen-Spandauer Wasserstraße betreffend.
160. Nachdem die Verwaltung der Strom- und Schiffahrtspolizei auf dem Landgraben von Freienwalde bis zur Hohensaathen-Spandauer Wasserstraße, welche bisher unter Oberaufsicht des Königl. Regierungs-Präsidenten zu Frankfurt a./O. der Deichverwaltung des Niederoderbruchs zu stand — cfr. Bekanntmachung vom 31. Juli 1862 im Amtsblatt von 1862 Seite 234 —, mit Genehmigung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten auf den Regierungs-Präsidenten zu Potsdam übergegangen ist, habe ich meinerseits die gedachte Verwaltung dem Königl. Wasserbau-Inspector zu Eberswalde übertragen.

Potsdam, den 6. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft das General-Consulat für Guatemala.

161. Der bisherige General-Consul der Republik Guatemala in Berlin, Herr Dr. Ramon A. Salazar ist seines Amtes enthoben worden.

Potsdam, den 9. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Auspielung von Erzeugnissen der Zweigvereine des vaterländischen Frauen-Vereins.

162. Der Herr Minister des Innern hat der Frau von Möllendorff geb. Gräfin v. d. Schulenburg-Lieherose zu Berlin gestattet, zum Besten der Central-Verkaufs-Stelle der Zweigvereine des vaterländischen Frauen-Vereins eine öffentliche Auspielung von Erzeugnissen der gedachten Zweigvereine zu veranstalten und die betreffenden Loose in den Provinzen Hessen-Nassau, Westfalen, Hannover, Sachsen, Preußen, Brandenburg, Schlesien und Pommern, in der Rheinprovinz, sowie in der Stadt Berlin zu vertreiben.

Die Polizeibehörden werden angewiesen, dem Vertriebe der Loose nicht entgegenzutreten.

Potsdam und Berlin, den 6. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Communalbezirks-Veränderung.

163. Seitens des Bezirksausschusses ist unter dem heutigen Datum genehmigt worden, daß das gegenwärtig einen Theil des Gutsbezirks Amt Goldbeck bildende Etablissement „die Scharfenberger Mühle“ in einer Größe von 9,8680 ha mit dem Stadtbezirk Wittke vereinigt wird.

Potsdam, den 11. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

| Datum. | Berlin. | | Spandau. | | Potsdam. | Baumgartenbrück. | Brandenburg. | | Rathenow. | | Havelberg. | Plauer Brücke. |
|--------|----------------|-----------------|------------------|-------------------|----------|------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|------------|----------------|
| | Ober-
N. N. | Unter-
N. N. | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | | | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | |
| 1 | 32,48 | 31,32 | 2,54 | 1,36 | 1,48 | 1,00 | 2,26 | 2,06 | 2,04 | 1,72 | 2,44 | 2,48 |
| 2 | 32,46 | 31,30 | 2,50 | 1,36 | 1,46 | 0,98 | 2,26 | 2,08 | 2,04 | 1,72 | 2,42 | 2,48 |
| 3 | 32,44 | 31,28 | 2,52 | 1,26 | 1,46 | 0,97 | 2,26 | 2,08 | 2,04 | 1,72 | 2,42 | 2,48 |
| 4 | 32,44 | 31,30 | 2,50 | 1,34 | 1,46 | 0,96 | 2,26 | 2,10 | 2,06 | 1,74 | 2,42 | 2,50 |
| 5 | 32,44 | 31,30 | 2,50 | 1,36 | 1,46 | 0,96 | 2,24 | 2,10 | 2,08 | 1,76 | 2,42 | 2,50 |
| 6 | 32,42 | 31,30 | 2,48 | 1,40 | 1,46 | 0,96 | 2,20 | 2,06 | 2,08 | 1,76 | 2,42 | 2,52 |
| 7 | 32,42 | 31,30 | 2,46 | 1,40 | 1,46 | 0,96 | 2,16 | 2,04 | 2,10 | 1,78 | 2,42 | 2,52 |
| 8 | 32,40 | 31,28 | 2,46 | 1,36 | 1,46 | 0,95 | 2,26 | 2,06 | 2,10 | 1,78 | 2,42 | 2,50 |
| 9 | 32,38 | 31,28 | 2,46 | 1,32 | 1,46 | 0,95 | 2,24 | 2,04 | 2,10 | 1,78 | 2,42 | 2,50 |
| 10 | 32,40 | 31,22 | 2,48 | 1,22 | 1,44 | 0,94 | 2,20 | 2,04 | 2,10 | 1,78 | 2,42 | 2,48 |
| 11 | 32,40 | 31,20 | 2,50 | 1,30 | 1,44 | 0,93 | 2,18 | 2,04 | 2,08 | 1,76 | 2,40 | 2,48 |
| 12 | 32,40 | 31,20 | 2,48 | 1,32 | 1,42 | 0,93 | 2,16 | 2,04 | 2,08 | 1,76 | 2,38 | 2,46 |
| 13 | 32,38 | 31,18 | 2,48 | 1,28 | 1,42 | 0,92 | 2,20 | 2,02 | 2,06 | 1,74 | 2,38 | 2,46 |
| 14 | 32,38 | 31,16 | 2,50 | 1,16 | 1,40 | 0,92 | 2,20 | 2,02 | 2,06 | 1,74 | 2,38 | 2,46 |
| 15 | 32,36 | 31,14 | 2,50 | 1,22 | 1,40 | 0,91 | 2,18 | 2,00 | 2,06 | 1,74 | 2,36 | 2,44 |
| 16 | 32,36 | 31,14 | 2,50 | 1,26 | 1,38 | 0,90 | 2,18 | 2,00 | 2,06 | 1,74 | 2,34 | 2,44 |
| 17 | 32,38 | 31,12 | 2,50 | 1,16 | 1,36 | 0,88 | 2,18 | 1,98 | 2,04 | 1,72 | 2,32 | 2,42 |
| 18 | 32,38 | 31,10 | 2,48 | 1,22 | 1,36 | 0,86 | 2,16 | 1,98 | 2,04 | 1,72 | 2,30 | 2,42 |
| 19 | 32,38 | 31,06 | 2,46 | 1,20 | 1,34 | 0,85 | 2,14 | 1,96 | 2,04 | 1,72 | 2,30 | 2,40 |
| 20 | 32,38 | 31,06 | 2,42 | 1,18 | 1,34 | 0,83 | 2,14 | 1,96 | 2,02 | 1,70 | 2,28 | 2,38 |
| 21 | 32,38 | 31,04 | 2,40 | 1,16 | 1,32 | 0,82 | 2,12 | 1,94 | 2,00 | 1,68 | 2,28 | 2,38 |
| 22 | 32,34 | 31,02 | 2,36 | 1,12 | 1,30 | 0,82 | 2,10 | 1,90 | 2,00 | 1,68 | 2,26 | 2,36 |
| 23 | 32,34 | 31,02 | 2,32 | 1,12 | 1,30 | 0,81 | 2,10 | 1,88 | 2,00 | 1,68 | 2,24 | 2,36 |
| 24 | 32,32 | 30,96 | 2,36 | 1,02 | 1,28 | 0,80 | 2,10 | 1,86 | 2,00 | 1,68 | 2,22 | 2,34 |
| 25 | 32,30 | 30,92 | 2,40 | 1,00 | 1,26 | 0,79 | 2,10 | 1,84 | 2,00 | 1,68 | 2,20 | 2,32 |
| 26 | 32,30 | 30,88 | 2,40 | 0,98 | 1,24 | 0,77 | 2,08 | 1,84 | 1,98 | 1,66 | 2,20 | 2,30 |
| 27 | 32,30 | 30,82 | 2,40 | 1,04 | 1,24 | 0,75 | 2,06 | 1,82 | 1,96 | 1,64 | 2,20 | 2,30 |
| 28 | 32,32 | 30,80 | 2,36 | 1,02 | 1,22 | 0,74 | 2,04 | 1,82 | 1,96 | 1,64 | 2,20 | 2,28 |
| 29 | 32,32 | 30,78 | 2,32 | 0,96 | 1,20 | 0,73 | 2,02 | 1,80 | 1,96 | 1,64 | 2,18 | 2,28 |
| 30 | 32,30 | 30,78 | 2,28 | 0,98 | 1,20 | 0,73 | 2,02 | 1,80 | 1,94 | 1,62 | 2,16 | 2,26 |
| 31 | 32,32 | 30,72 | 2,32 | 0,86 | 1,18 | 0,72 | 2,00 | 1,80 | 1,94 | 1,62 | 2,14 | 2,24 |

Potsdam, den 13. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

165. Die Räude unter den Schafen des Gutes Obergreifenberg im Angermünder Kreise ist erloschen.

Potsdam, den 11. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe betreffend.

60. In Gemäßheit des § 11 des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzblatt Seite 159) in Verbindung mit § 11 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzblatt Seite 69) hat jeder Unternehmer eines unter den § 1 des erstgenannten Gesetzes fallenden Betriebes

mit Ausnahme des gesamten Betriebes der Post- und Telegraphenverwaltungen, sowie der Betriebe der Marine- und Seeverwaltungen, endlich der vom Reich oder von einem Bundesstaate für

Reichs- beziehungsweise Staatsrechnung verwalteten Eisenbahn-, Baggerei, Binnenschiffahrts-, Flößerei-, Prähm- und Fährbetriebe

binnen einer vom Reichs-Versicherungsamt zu bestimmenden Frist den versicherungspflichtigen Betrieb unter Angabe des Gegenstandes desselben und der Zahl der durchschnittlich darin beschäftigten versicherungspflichtigen Personen bei der unteren Verwaltungsbehörde anzu-melden.

In Ausführung dieser gesetzlichen Vorschrift hat das Reichs-Versicherungsamt eine Anmeldefrist bis zum 20. Juli d. J. einschließlich festgesetzt und diese Frist durch Bekanntmachung vom 5. Juni 1885 im Centralblatt für das deutsche Reich und im amtlichen Theile des Reichsanzeigers veröffentlicht.

Demgemäß werden die Unternehmer der unter den § 1 des Gesetzes vom 28. Mai 1885 fallenden, in die berufsgenossenschaftliche Organisation aufzunehmenden, im Stadtkreise Berlin vorhandenen Betriebe hierdurch

aufgefordert, binnen obiger Frist die Anmeldung bei der mit den Obliegenheiten der unteren Verwaltungsbehörde im Sinne des Gesetzes betrauten Abtheilung II. des Polizei-Präsidiums und zwar

durch Vermittelung desjenigen Polizei-Revisors, in welchem der Betrieb beziehungsweise die Betriebsleitung stattfindet,

zu bewirken.

Eine Anleitung zur Anmeldung, sowie das zur Benutzung empfohlene Anmelde-Formular sind bereits in der Beilage zum 27. Stüd des Amtsblattes vom 3. d. M. abgedruckt.

Auf Ziffer 14 und 15 der Anleitung wird besonders aufmerksam gemacht.

Berlin, den 7. Juli 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Berliner und Charlottenburger Preise pro Juni 1885.

61. A. Engros-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

In Berlin:

| | |
|---------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Weizen (gut) | 18 Mark 01 Pf. |
| „ „ „ do. (mittel) | 17 „ 05 „ |
| „ „ „ do. (gering) | 16 „ 10 „ |
| „ „ „ Roggen (gut) | 14 „ 85 „ |
| „ „ „ do. (mittel) | 14 „ 38 „ |
| „ „ „ do. (gering) | 13 „ 90 „ |
| „ „ „ Gerste (gut) | 17 „ 49 „ |
| „ „ „ do. (mittel) | 14 „ 98 „ |
| „ „ „ do. (gering) | 12 „ 42 „ |
| „ „ „ Hafer (gut) | 16 „ 10 „ |
| „ „ „ do. (mittel) | 14 „ 92 „ |
| „ „ „ do. (gering) | 13 „ 81 „ |
| „ „ „ Erbsen (gut) | 19 „ 94 „ |
| „ „ „ do. (mittel) | 17 „ 38 „ |
| „ „ „ do. (gering) | 14 „ 77 „ |
| „ „ „ Nichtstrop | 4 „ 32 „ |
| „ „ „ Heu | 5 „ 06 „ |

B. Detail-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

1) In Berlin:

| | |
|---------------------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen | 28 Mark 65 Pf. |
| „ „ „ Speisebohnen (weiße) | 35 „ 02 „ |
| „ „ „ Linsen | 38 „ 54 „ |
| „ „ „ Kartoffeln | 4 „ 93 „ |
| „ 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 „ 23 „ |
| „ 1 „ „ (Bauchfleisch) | 1 „ 11 „ |
| „ 1 „ Schweinefleisch | 1 „ 23 „ |
| „ 1 „ Kalbfleisch | 1 „ 21 „ |
| „ 1 „ Hammelfleisch | 1 „ 18 „ |
| „ 1 „ Speck (geräuchert) | 1 „ 43 „ |
| „ 1 „ Eßbutter | 2 „ 23 „ |
| „ 60 Stüd Eier | 2 „ 54 „ |

2) In Charlottenburg:

| | |
|---------------------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen | 27 Mark 50 Pf. |
| „ „ „ Speisebohnen (weiße) | 27 „ 50 „ |
| „ „ „ Linsen | 35 „ — „ |
| „ „ „ Kartoffeln | 4 „ 75 „ |

| | |
|------------------------------------|---------------|
| für 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 Mark 25 Pf. |
| „ 1 „ „ (Bauchfleisch) | 1 „ 05 „ |
| „ 1 „ Schweinefleisch | 1 „ 20 „ |
| „ 1 „ Kalbfleisch | 1 „ 20 „ |
| „ 1 „ Hammelfleisch | 1 „ 15 „ |
| „ 1 „ Speck (geräuchert) | 1 „ 50 „ |
| „ 1 „ Eßbutter | 2 „ 15 „ |
| „ 60 Stüd Eier | 2 „ 20 „ |

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats Juni 1885:

1) In Berlin:

| | |
|--|------------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N ^o 1 | 36 Pf. |
| „ 1 „ Roggenmehl N ^o 1 | 30 „ |
| „ 1 „ Gerstengraupe | 50 „ |
| „ 1 „ Gerstengröße | 50 „ |
| „ 1 „ Buchweizengröße | 50 „ |
| „ 1 „ Hirse | 50 „ |
| „ 1 „ Reis | 60 „ |
| „ 1 „ Java-Kaffee (mittler) | 2 Mark — „ |
| „ 1 „ „ (gelb in | — „ |

| | |
|----------------------------------|----------|
| gebr. Bohnen) | 3 „ — „ |
| „ 1 „ Speisesalz | 20 „ |
| „ 1 „ Schweineschmalz (hiefiges) | 1 „ 40 „ |

2) In Charlottenburg:

| | |
|--|------------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N ^o 1 | 40 Pf. |
| „ 1 „ Roggenmehl N ^o 1 | 30 „ |
| „ 1 „ Gerstengraupe | 50 „ |
| „ 1 „ Gerstengröße | 50 „ |
| „ 1 „ Buchweizengröße | 50 „ |
| „ 1 „ Hirse | 50 „ |
| „ 1 „ Reis (Java) | 60 „ |
| „ 1 „ Java-Kaffee (mittler) | 2 Mark — „ |
| „ 1 „ „ (gelb in | — „ |

| | |
|----------------------------------|----------|
| gebr. Bohnen) | 2 „ 80 „ |
| „ 1 „ Speisesalz | 20 „ |
| „ 1 „ Schweineschmalz (hiefiges) | 1 „ 20 „ |

Berlin, den 11. Juli 1885.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Die Stelle des Direktors der Königl. Schutzblattern-Impfungs-Anstalt zu Berlin betreffend.

62. Der Königl. Bezirks-Physikus Dr. Matthias Schulz ist an Stelle des verstorbenen Geheimen Sanitätsrath Dr. Feiler vom 1. Juli dieses Jahres ab zum Direktor der hiesigen Königl. Schutzblattern-Impfungs-Anstalt ernannt worden.

Berlin, den 3. Juli 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Errichtung einer Postagentur in Altwriezen.

30. In Altwriezen wird am 12. d. M. eine mit der Postagentur daselbst vereinigte Reichs-Telegraphen-Anstalt in Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 9. Juli 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,

Geheimer Postrath Bahl.

Errichtung von Reichstelegraphen-Anstalten.

31. In den Ortschaften Walsleben (Mark) und

Dabergog werden am 15. d. M. Reichs-Telegraphenanstalten in Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 11. Juli 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Bahl.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Retourbillets zwischen Sagan und Sorau einerseits und Berlin andererseits betreffend.

31. Retourbillets zwischen Sagan und Sorau einer- und Berlin andererseits gelten vom 1. August d. J. ab beliebig über die Routen via ^{Vena} — Frankfurt a. O. oder Cottbus mit der Maßgabe, daß die qu. Billets zwischen Berlin (Hörliger Bhf.) und Sorau bei der Fahrt via Frankfurt a. O. nur ab bezw. bis Schleifischer Bahnhof Gültigkeit haben.

Berlin, den 10. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Extra-Wichzug von Demmin nach Gesundbrunnen.

32. Vom 11. d. M. ab bis inkl. 22. August d. J. soll an jedem Sonnabend ein

Extra-Wichzug
von Station Demmin nach Gesundbrunnen
abgelassen werden.

| | |
|----------------------|----------------------|
| Abfahrt von Demmin | 6 Uhr 22 Min. Morg., |
| " " Neubrandenburg | 7 " 55 " " |
| Ankunft in Hermsdorf | 12 " 50 " Nachm., |
| " " Gesundbrunnen | 1 " 17 " " |

Der vollständige Fahrplan dieses Zuges kann auf jeder der diesseitigen Stationen eingesehen werden. Mit dem Personenzuge Nr. 554 wird an den Tagen, an welchen der Extrazug verkehrt, kein Vieh befördert.

Die Transporte müssen möglichst frühzeitig angemeldet werden.

Stralsund, den 7. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Neue Ausgabe des Ostdeutschen Kursbuchs.

32. Soeben erschien eine neue Ausgabe des Ostdeutschen Kursbuchs, enthaltend die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund-Berlin-Dresden, sowie der anschließenden Bahnen in Oesterreich und Rußland. Dasselbe ist bei allen Stationen bezw. Billeterpeditionen des vorbezeichneten Bezirks, sowie auch im Buchhandel zum Preise von 40 Pf. zu beziehen.

Bromberg, den 4. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

12. Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Angermünde im 2. Quartal 1885 genehmigten Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen.

- 1) Bezeichnung des Grundstücks: die der verheirateten Müller Trebbin, geb. Wölfe, zu Blankenburg gehörige, am Blankenburg-Mieschower Wege gelegene Forstaderparzelle mit einem Flächeninhalt

von 4 ha 19 ar Band IV. Nr. 2 des Grundbuchs von Gramzow, sowie die angrenzende Strecke des genannten Weges, bisher zum Communal-Verbande der Königl. Gramzow'er Forst gehörig. Künftiger Gemeinde-Verband: Gemeinde Blankenburg. Bemerkung: Die in Rede stehende Parzelle ist seit ca. 8 Jahren nach Band II. Blatt Nr. 54 des Grundbuchs von Blankenburg übertragen, bisher aber in diesen Communal-Verband nicht formell incommunalisirt worden.

- 2) Bezeichnung des Grundstücks: Fiskalische Dorfaueparzelle von Gramzow mit einem Flächeninhalt von 0,0011 ha. Name des Erwerbers: Gemeinde Gramzow. Künftiger Gemeinde-Verband: Gemeindebezirk Gramzow.

- 3) Bezeichnung des Grundstücks: Parzelle von 0,0024 ha der zur Schäferei der Domaine Gramzow gehörigen Trift. Name des Erwerbers: Königl. Domainen-Fiskus. Künftiger Guts-Verband: Gutsbezirk Gramzow.

Angermünde, den 30. Juni 1885.

Namens des Kreis-Ausschusses der Landrath.

J. B.: der Kreisdeputirte von Nisselmann.

13.

Nachweisung

der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit dem § 25 Absatz 1 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkegrenzen pro II. Vierteljahr 1885.

- 1) Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks: Eine 1 a 80 qm große Parzelle der Selchow'schen Dorfaue, welche der Kaufmann Salomon Heymann zu Selchow von dem Königl. Hausfideikommiß käuflich erworben hat. Bisheriger Gemeindebezirk: kommunalfrei. Künftiger Gemeindebezirk: Selchow.

- 2) Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks: Die Seitens des Gutsbesizers Lichtenberger zu Miersdorf von dem Königl. Hausfideikommiß erworbene, 2 ha 5 a 60 qm große Parzelle, Kartenblatt Nr. 2 Parzelle Nr. $\frac{22}{1}$ der Gemarkung Königs-Wusterhausen Forst. Bisheriger Gutsbezirk: Königs-Wusterhausen Forst. Künftiger Gemeindebezirk: Hoherlöhm.

- 3) Bezeichnung des in Betracht kommenden Grundstücks: Die Seitens des Königl. Hausfideikommisses von dem Gutsbesizer Lichtenberger zu Miersdorf erworbene, 2 ha 5 a 60 qm große Parzelle, Kartenblatt Nr. 1 Parzelle Nr. $\frac{86}{2}$ der Gemarkung Hoherlöhm. Bisheriger Gemeindebezirk: Hoherlöhm. Künftiger Gutsbezirk: Königs-Wusterhausen Forst.

Berlin, den 3. Juli 1885.

Namens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow: Stubenrauch, Regierungs-Assessor.

Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben dem Landrath des Kreises Ober-Barnim von Bethmann-Hollweg zu Freienwalde a./D. die nachgesuchte Dienstentlassung zu ertheilen geruht. Die Verwaltung des Landraths-Amtes im Kreise Ober-Barnim ist bis auf Weiteres dem Kreis-Deputirten von Tettensborn übertragen bezw. belassen worden.

Der bisherige Schlossprediger Karl Wilhelm Eduard Rikebusch in Eßpenid ist zum Oberpfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Zehdenid, Diözese gleichen Namens, bestellt und als Superintendent dieser Diözese eingeführt worden.

Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Söllenthin, Diözese Havelberg-Wilsnack, kommt durch die nach neuem Recht erfolgende Emeritirung des Pfarrers Runert zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Die Lehrerinnen Bertha Nicolaus und Luise Brede sind als Gemeindegemeinschaftslehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Dem Fräulein Caroline Jung aus Börnick ist die Erlaubniß zur Annahme von Stellen als Hauslehrerin im Regierungs-Bezirk Potsdam ertheilt worden.

Dem Fräulein Amalie Galka aus Brandenburg a./H. ist die Erlaubniß zur Annahme von Stellen als Hauslehrerin im Regierungs-Bezirk Potsdam ertheilt worden.

Bekant sind resp. werden: die Lehrer-, Küster- und Organistenstelle zu Hohenbruch, Inspektion Ruppin, Königl. Patronats, die Lehrer- und Küsterstelle zu Regelschin, Inspektion Wusterhausen a./D., Privat-Patronats, eine Lehrersstelle zu Wittenberge, die Conrectorsstelle zu Weeskow, je eine Lehrersstelle zu Gossensblatt, Inspektion Weeskow, zu Gersdorf, Inspektion Eberswalde, je eine Küster- und Lehrersstelle zu Hegdorf, Inspektion Strassburg, zu Krausnick, Inspektion Königs-Wusterhausen, eine Lehrersstelle an der Stadtschule zu Strassburg U./M., Privat-Patronats.

Wiederbesetzt ist: die Lehrersstelle zu Treßow, Inspektion Ruppin, die Lehrer- und Küsterstelle zu Gernsdorf, Inspektion Spandau.

Personalveränderungen im Bezirke der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Juni sind:

angestellt: als Postsekretäre die Postpraktikanten E. Breithaupt und Daunert, als Telegraphen-Sekretär der Telegraphen-Assistent Schiche, als Postassistenten die Postassistenten Ahmann, J. W. Engel, Reimann, Sommerburg, Gerich, Sibelski, Kerin, Dombrowsky, Scharffenstein und Klein, als Telegraphen-Assistenten die Postassistenten E. A. Müller und Bannasch, die Telegraphen-Anwärter Quindt und C. H. Schulz; **ernannt:** zum Ober-Telegraphenassistenten der Telegraphenassistent Langner;

versetzt: der Postsekretär Demoll von Berlin nach Düsseldorf, der Telegraphenassistent Schiche von Breslau nach Berlin;

gestorben: der Ober-Postsekretär Steltner, der Postsekretär Feist, der Ober-Postassistent Ruhnke.

Vermischte Nachrichten.

Ferien beim Königl. Amtsgericht Templin betreffend.

Vom 15. Juli bis einschließlich 15. September d. J. finden bei dem unterzeichneten Amtsgerichte Ferien statt. Während derselben werden nur die in den §§ 202 und 204 des Gerichtsverfassungsgesetzes und im § 91 des Ausführungsgesetzes vom 24. April 1878 verzeichneten Feriensachen bearbeitet, welche als solche zu bezeichnen sind. In allen anderen Sachen haben sich Parteien und Rechtsanwälte aller Anträge und Besuche zu enthalten.

Templin, den 6. Juli 1885.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Dimensionen und Einrichtungen von Kummmtmaßen.

Zur Ausführung der Vorschrift des § 29 II. der Anordnung für das Deutsche Reich vom 27. Dezember 1884 (Besondere Beilage zu Nr. 5 des Reichsgesetzblattes für 1885), betreffend die zum Transport von Brennmaterialien u. bestimmten Kummmtmaasse, wird die den Aufsichtsbehörden vorbehaltene nähere Bestimmung über die Dimensionen und Einrichtungen solcher Kummmtmaasse hierdurch für den Bezirk der Königl. Eichungs-Inspektion dahin getroffen, daß nur Kummmtmaasse der nachstehenden Art für aichfähig zu erachten sind:

A. Kummmtmaasse aus Eisen zum Transport von zwei Kubikmeter Maetel bestimmt.

Dieselben sind mit rechteckiger Bodenfläche und Randfläche und bei rechtwinklig zur Bodenfläche gestellter Vorder- und Hinterwand auszuführen.

Der Abstand der lothrechten Vorder- und Hinterwand beträgt im Lichten 3 Meter. Die beiden Seitenwände stehen bis zu einer lothrechten Höhe von 40 Millimeter im rechten Winkel zur Bodenfläche, von da ab bis zu einer lothrechten Höhe von 360 Millimeter, vom Boden ab gerechnet, sind sie gleichmäßig nach Außen geneigt. Darüber hinaus stehen die Seitenwände wieder rechtwinklig zur Bodenfläche.

Die Seitenwände haben am Boden einen Abstand im Lichten von 1150 Millimeter. Der Abstand des oberen senkrechten Theiles der Seitenflächen beträgt im Lichten 1420 Millimeter. Die Begrenzung des Raumgehaltes findet unterhalb der Randfläche statt und zwar an den Seitenwänden durch Leisten, an der Vorder- und Rückwand durch Böcher. Die lothrechte Entfernung der unteren Fläche der Leisten resp. des tiefsten Punktes der Böcher von der Bodenfläche beträgt 512 Millimeter. Die Maasse sollen an ersichtlicher Stelle ein Schild tragen, auf welchem in deutlicher Schrift die Bezeichnung „2 Kubikmeter“ (cbm) enthalten ist.

Der Eichungsstempel befindet sich am unteren Rande der den Raumgehalt begrenzender Böcher, sowie an einer geeigneten Stelle des Schildes und an der Verbindungsstelle des Bodens mit den Seitenwänden.

B. Kummmtmaasse aus Holz.

Dieselben sind mit rechteckiger Bodenfläche und Randfläche und mit geneigten Seitenwänden bei rechtwinklig zur Bodenfläche gestellter Vorder- und Hinterwand versehen. Vorder- und Hinterwand, sowie die Scheidewände einzelner Abtheilungen des Maasses, dürfen nach Art von Schügen, welche in Ruthen zwischen den Seitenwänden beweglich sind, hergestellt sein. Die Vorder- und Hinterwand können auch die Form von Thüren oder Klappen erhalten. Der Raumgehalt der Maasse wird durch die Randfläche begrenzt.

Durch die außerhalb des Kastens befestigten Ueberwurfsketten werden die Kästen zusammengehalten.

Die oberen Kanten der Seitenwände und Aufschlagbretter sind durch eine Eisenschiene vor zu schneller Abnutzung zu schützen.

Die Bezeichnung der Maasse erfolgt nach Kubikmetern oder Hektolitern unter Anwendung dieser Worte oder der Abkürzungen „cbm“ beziehungsweise „hl“.

Die Stempelung geschieht durch Einbrennen je eines Stempels an jeder Kante des Kastens, sowie dicht an den Leisten, welche die Rute für die Schügen bilden.

Zur Aichung und Stempelung werden zugelassen:

- 1) Hölzerne Kummmtmaasse von 4 Kubikmeter oder 40 Hektoliter Inhalt, welche durch eine Scheidewand (Schügenwand) in 2 Abtheilungen (Kästen) à 2 Kubikmeter oder 20 Hektoliter getheilt sind. Werden die Seitenwände durch Aufschlagbretter erhöht, so enthält das Kummmtmaass 5 Kubikmeter Fassungsraum.

Der Abstand der lothrechten Vorder- und Hinterwand eines Kastens beträgt im Lichten 1735 Millimeter. Der Abstand der gleichmäßig geneigten Seitenwände beträgt im Lichten am Boden 1020 Millimeter und an der oberen offenen Fläche 1300 Millimeter und zwar bei einer lothrechten Höhe von 1000 Millimeter vom Boden ab gerechnet. Die Breite jeder Seitenwand von der oberen bis zu der an den Boden stehenden Kante muß 1010 Millimeter betragen. Dabei ist angenommen, daß die 4 Leisten, welche die Ruten für die beweglichen Wände bilden, eine Breite von 100 Millimeter und eine Stärke von 30 Millimeter haben. Die oberste seitliche Entfernung der Aufschlagbretter von einander beträgt 1360 Millimeter, die Breite jedes Aufschlagbrettes 220 Millimeter und der lothrechte Abstand der obersten Kanten vom Boden 1218 Millimeter.

- 2) Hölzerne Kummmtmaasse von 2 Kubikmeter oder 20 Hektoliter Inhalt, welche durch eine Scheidewand in 2 Abtheilungen (Kästen) à 10 Hektoliter getheilt sind. Der Abstand der lothrechten Vorder- und Hinterwand eines Kastens beträgt im Lichten 1500 Millimeter. Der Abstand der gleichmäßig geneigten Seitenwände beträgt im Lichten am Boden 1000 Millimeter und an deren oberen offenen Rande 1200 Millimeter und zwar bei einer lothrechten Höhe von 610 Millimeter vom Boden ab gerechnet. Die Breite jeder Seitenwand von der

oberen bis zu der an den Boden stossenden Kante muß 618 Millimeter betragen. Dabei ist angenommen, daß die 4 Leisten, welche die Rute für die beweglichen Wände bilden, eine Breite von 80 Millimeter und eine Stärke von 30 Millimeter haben.

Außerdem sind Kummmtmaasse von derselben Größe und Einrichtung zulässig, bei welchen der Abstand der Seitenwände im Lichten am Boden 650 Millimeter und an dem oberen offenen Rande 1100 Millimeter und zwar bei einer lothrechten Höhe von 768 Millimeter vom Boden ab gerechnet, beträgt. Die Breite jeder Seitenwand von der oberen bis zu der an den Boden stossenden Kante muß hier 806 Millimeter betragen. Breite und Stärke der Leisten, sowie Abstand der Vorder- und Hinterwand eines Kastens stimmen mit den zuerst beschriebenen Maassen dieser Größe überein.

- 3) Die in der Beilage zu Nr. 11 des Bundesgesetzblattes vom Jahre 1871 beschriebenen Torf-Kummmtmaasse, welche bisher im Reich der Provinz Brandenburg allein aichfähig waren.

Jeder Kasten eines solchen Maasses hat fest mit dem Boden verbundene und durch Aufschlagbretter zu erhöhende Seitenwände. Werden 2 solcher Kästen mit einander verbunden, so ist die mittlere Schügenwand beiden gemeinschaftlich; im letzteren Falle enthält das Maass ohne Aufschlagbretter 4 und mit Aufschlagbrettern 6 Kubikmeter Fassungsraum. Der Abstand der lothrechten Vorder- und Hinterwand eines Kastens beträgt im Lichten 2000 Millimeter. Der Abstand der gleichmäßig geneigten Seitenwände beträgt im Lichten am Boden 650 Millimeter und an deren oberen offenen Rande 1370 Millimeter und zwar bei einer lothrechten Höhe von 1000 Millimeter vom Boden ab gerechnet, wobei die Breite jeder Seitenwand von der oberen bis zu der an den Boden stossenden Kante 1063 Millimeter betragen muß. Dabei ist angenommen, daß die 6 Leisten (4 an den Wänden, 2 am Boden), welche die Ruten für die beweglichen Wände bilden, eine Breite von 100 Millimeter und eine Stärke von 30 Millimeter haben.

Durch Aufschlagbretter soll der Inhalt jedes Kastens um 1 Kubikmeter vergrößert werden. Die oberste Entfernung der Aufschlagbretter von einander beträgt 1613 Millimeter, die Breite jedes Aufschlagbrettes 358 Millimeter und der lothrechte Abstand der obersten Kanten vom Boden 1337 Millimeter.

Auch Kummmtmaasse von 3 Kubikmeter Inhalt sind dann für aichfähig zu erachten, wenn die Dimensionen des Querschnitts dem Vorstehenden entsprechen. Der Abstand der lothrechten Vorder- und Hinterwand würde bei diesen Maassen 3 Meter betragen.

Berlin, den 24. Juni 1885.

Königl. Aichungs-Inspektion für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin.

Verzeichniß der Vorlesungen

an der Königl. landwirthschaftlichen Hochschule in Berlin, Invalidenstr. Nr. 42, im Winter-Semester 1885/86.

- 1) Landwirthschaft, Forstwirthschaft und Gartenbau. Geheimer Regierungsrath, Professor Dr. Settegast: Geschichte und Literatur der deutschen Landwirthschaft. Zucht, Haltung und Ernährung des Fleischschafes. Allgemeine Thierzucht. — Professor Dr. Orth: Allgemeine Ackerbaulehre, Theil I.: Bodenkunde, Urbarmachung, Ent- und Bewässerung; nebst praktischen Uebungen zur Bodenkunde. Landwirthschaftliche Betriebslehre. Praktische Uebungen im agronomisch-pedologischen Laboratorium. Leitung agronomischer und agrulturchemischer Arbeiten für Vorgerückte. — Oekonomierath Dr. Freiherr v. Canstein: Spezieller Pflanzenbau. — Dr. Grahl: Landwirthschaftliche Exarationslehre. Prinzipien und Methode der landwirthschaftlichen Buchführung. Landwirthschaftliches Seminar. — Dr. Hartmann: Rindviehzucht. Zucht des Wollschafes und Wollkunde. — Forstmeister Krieger: Waldbau. Jagdverwaltung und Jagdberufung. — Dr. Lehmann: Landwirthschaftliche Fütterungslehre, Theil I.: Lehre von den Nährstoffen, Futtermittel und die Grundlagen der Fütterungsnormen. Schweinezucht. Molkereiwesen. — Universitätsgärtner Lindemuth: Obstbau. — Ingenieur Schotte: Landwirthschaftliche Maschinenkunde. Prinzipien der Mechanik und Maschinenlehre. Zeichen- bezw. Konstruktionsübungen.
- 2) Naturwissenschaften. a. Botanik und Pflanzenphysiologie. Professor Dr. Kny: Anatomie und Entwicklungsgeschichte der Pflanzen in Verbindung mit mikroskopischen Demonstrationen. Botanisch-mikroskopischer Kursus, im Anschlusse an vorstehende Vorlesung. Leitung der Arbeiten im botanischen Institut. — Professor Dr. Frank: Krankheiten der Kulturpflanzen. Ernährung der Pflanzen. Uebungen im pflanzenphysiologischen Institut. Arbeiten für Fortgeschrittenere daselbst. — Professor Dr. Wittmack: Systematische Botanik mit besonderer Berücksichtigung der landwirthschaftlichen und officinellen Pflanzen. Ueber Verfälschung der Nahrungs- und Futtermittel. — Privatdocent Dr. Tschirch: Botanisch-mikroskopische Uebungen mit besonderer Berücksichtigung praktischer Fragen. Angewandte Pflanzenanatomie (in Verbindung mit vorstehenden Uebungen). Repetitorium der Botanik. b. Chemie und Technologie. Geheimer Regierungsrath, Professor Dr. Landolt: Anorganische Experimentalchemie. Großes chemisches Praktikum. Kleines chemisches Praktikum. — Dr. Degener: Organische Chemie. Repetitorium der anorganischen Chemie. — Prof. Dr. Delbrück: Brennerei, Brauerei, Stärke- und Essigfabrikation nebst Uebungen. c. Mineralogie, Geologie und Geognosie. Professor Dr. Gruner: Bodenkunde. Geognosie und Geologie. Mineralogisch-pedologisches Praktikum. d. Physik. Professor Dr. Börnstein: Experimentalphysik, I. Theil. Wetterkunde. Physikalische Uebungen. e. Zoologie und Thierphysiologie. Professor Dr. Rehring: Zoologie

und vergleichende Anatomie mit besonderer Berücksichtigung der Wirbelthiere. Zoologisches Colloquium. — Dr. Karsch: Ueber Bienenzucht und Seidenbau. Ueber die der Landwirthschaft schädlichen und nützlichen Insekten. — Professor Dr. Jung: Physiologie des thierischen Stoffwechsels. Gesundheitspflege der Hausthiere. Thierphysiologische Uebungen in Gemeinschaft mit Dr. Lehmann.

3) Staats- und Rechtswissenschaft. Professor Dr. Schmoller: Agrarwesen und Agrarpolitik Deutschlands im 19. Jahrhundert. — Kammergerichtsrath Keyßner: Reichs- und preussisches Recht mit besonderer Rücksicht auf die für den Landwirth und Landmesser wichtigen Rechtsverhältnisse.

4) Veterinairkunde. Professor Diederhoff: Seuchen und parasitische Krankheiten der Hausthiere. — Professor Müller: Anatomie der Hausthiere (Eingeweide), verbunden mit Demonstrationen. — Ober-Rosarzt Rüttner: Hufbeschlagslehre.

5) Kulturtechnik und Baukunde. Meliorations-Bauinspektor Köhler: Kulturtechnik. Kulturtechnisches Seminar. Entwerfen kulturtechnischer Anlagen. — Professor Schlichting: Wege- und Brückenbau. Entwerfen von Bauwerken des Wasser-, Wege- und Brückenbaues. Wasserbau. Landwirthschaftliche Baulehre (Wirthschaftsgebäude und Gebäude der landwirthschaftlichen Gewerbe).

6) Geodäsie und Mathematik. Professor Dr. Bogler: Praktische Geometrie. Landesvermessung. Ausgleichungsrechnung. Zeichen- und Rechen-Übungen. Meß- und Rechen-Übungen. — Professor Dr. Börnstein: Analytische Geometrie und höhere Analysis. Mathematische Uebungen. — Oberlehrer Dr. Reichel: Mathematik (Ergänzungen zur Algebra, algebraischen Analysis und darstellenden Geometrie). Mathematische Uebungen zur Algebra, Analysis und darstellenden Geometrie.

Das Winter-Semester beginnt am 16. Oktober 1885. — Programme sind durch das Sekretariat zu erhalten.

Berlin, den 3. Juli 1885.

Der Rektor der Königl. landwirthschaftlichen Hochschule Orth.

Ausschreiben

der von den Mitgliedern der Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Brandenburg für das I. Halbjahr 1885 zu entrichtenden Feuer-Sozietäts-Beiträge.

Der Direktorialrath der Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Brandenburg hat die Beiträge der Mitglieder der Sozietät für das I. Halbjahr 1885 für 100 Mark Versicherungs-Summe festgesetzt: in Klasse IA. auf 2,10 Pf. (0,21 pro mille), in Klasse I. auf 3 Pf. (0,30 pro mille), in Klasse II A. auf 6,3 Pf. (0,63 pro mille), in Klasse II. auf 9 Pf. (0,9 pro mille), in Klasse III. auf 21 Pf. (2,1 pro mille), in Klasse IV. auf 42 Pf. (4,2 pro mille).

Demzufolge werden nunmehr ausgeschrieben: von 28 425 875 M. Versicherungssumme in Klasse IA.

5 969 M. 43,37 Pf., von 336 953 750 M. Versicherungssumme in Klasse I. 101 686 M. 12,5 Pf., von 404 100 M. Versicherungssumme in Klasse II A. 254 M. 58,3 Pf., von 155 384 275 M. Versicherungssumme in Klasse II. 139 845 M. 84,75 Pf., von 23 372 825 M. Versicherungssumme in Klasse III. 49 082 M. 93,25 Pf., von 4 822 575 M. Versicherungssumme in Klasse IV. 20 254 M. 81,5 Pf., überhaupt von 551 363 400 M. beitragspflichtiger Versicherungssumme 317 093 M. 74 Pf.

Den Associirten in 16 Städten sind, wegen der guten Vörschreibungen der letzteren, auf Grund der Ausführungs-Bestimmungen des III. Nachtrags zum Reglement von 1871 20 bezw. 15, 12 und 10 % ihrer Beiträge erlassen mit 9 833 M. 55 Pf., bleiben 307 260 M. 19 Pf.

Hiervon stehen den Magistraten 5 % zu mit 15 363 M. — Pf., so daß zur Deckung des Bedarfs verfügbar sind 291 897 M. 19 Pf.

Dieser Bedarf beläuft sich für die in den Monaten Januar bis Juni 1885 stattgefundenen, von der Societät zu vergütenden 103 Brand- und 24 Blig-

schäden, einschließlich der Spritzen- u. Prämien und Abschäufungskosten auf 290 316 M. 41 Pf. und außerdem sind für Schäden an unversicherten Gegenständen, Postporto u. erforderlich 3 064 M. 71 Pf., zusammen also 293 381 M. 12 Pf.

Das vorseitige Ausschreiben ergibt 291 897 M. 19 Pf., mithin gegen den nachgewiesenen Bedarf weniger 1 483 M. 93 Pf., welche dem in Höhe von 190 335 M. 86 Pf. vorhandenen Bestande aus den bisherigen Ausschreiben — dem sogen. Betriebsfonds — entnommen werden.

Die Magisträte der associirten Städte wollen hiernach die von den Mitgliedern der Societät zu entrichtenden Beiträge ungesäumt einziehen und binnen 4 Wochen — § 21 des revidirten Reglements von 1871 — an die Brandenburgische Landes-Hauptkasse hieselbst abführen lassen.

Berlin, den 6. Juli 1885.

Direktion der Städte-Feuer-Societät
der Provinz Brandenburg.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
Zahl. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|----------------------------------|---|--|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Porenz Choinski,
Stellmacher, | 36 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Ro-
kitniga, Kreis Rypin,
Gouvernement Ploß,
Rußland, wohnhaft zu-
legt in Gr. Kruschin,
Kreis Strassburg,
Preußen, | schwerer und einfacher
Diebstahl (3 Jahre
1 Monat Zuchthaus
laut Erkenntniß vom
12. Mai 1882), | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Marienwerder, | 10. Juni
1885. |
| 2 | Abraham Becker,
Maler, | geboren im Mai 1864
zu Wilna, Rußland,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Versuch der vorsätzlichen
Brandstiftung (1 Jahr
Zuchthaus laut Er-
kenntniß vom 1. Juli
1884), | Königlich Preussische
Regierung zu Posen, | 18. Juni
1885. |
| 3 | Michael Wozniak,
Arbeiter, | geboren 1859 in Rogo-
lin, Kreis Niezawa,
Gouvernement War-
schau, Russisch-Polen,
ebendasselbst ortsange-
hörig, wohnhaft zuletzt
in Losowo, Kreis Ino-
wrazlaw, Preußen, | schwerer Diebstahl (ein
Jahr Zuchthaus laut
Erkenntniß vom 27. Juni
1884). | Königlich Preussische
Regierung in Brom-
berg, | ebengleichen. |

(Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Geyer'schen Erben (E. Geyer, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 30.

Den 24. Juli

1885.

Ausfertigung auf den Inhaber lautender Stadt-Anleiheſcheine der Stadt Charlottenburg im Betrage von Sechs Millionen Mark.

Wir Wilhelm,
von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

Nachdem der Magistrat der Stadt Charlottenburg im Einverständniß mit der Stadtverordneten-Versammlung daselbst beschlossen hat, die zur Tilgung der im Jahre 1874 von dem Reichsinvalidenfonds aufgenommenen Anleihe, für Zwecke der städtischen Kanalisation einschließlich der Abfuhr, zu Grunderwerb für verschiedene Gemeinbeanlagen, zu Vollwerk und Brückenbauten, zu Neubauten für Schulzwecke (ausschließlich der Volksschulhäuser nebst Zubehör), zur baulichen Erweiterung beziehungsweise zum Neubau eines Krankenhauses, Armen- und Siechenhauses, zu Dienstgebäuden der städtischen Central-Verwaltung, endlich zur Erweiterung der Gasanstalt erforderlichen Mittel im Wege einer Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag der genannten städtischen Körperschaften,

zu den vorstehend angegebenen Zwecken auf jeden Inhaber lautende, mit Zinsscheinen versehene, Seitens der Gläubiger unkündbare Anleiheſcheine im Betrage von 6000000 Mark, in Buchstaben sechs Millionen Mark, ausstellen zu dürfen, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner Etwas zu erinnern gefunden hat, gemäß § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1833 zur Ausfertigung von Anleiheſcheinen im Betrage von 6000000 Mark

in Buchstaben Sechs Millionen Mark, welche in folgenden Abschnitten

500 zu 2000 M. 1000000 M. Buchstabe A.

Nr 1 bis 500,

1500 zu 1000 M. 1500000 M. Buchstabe B.

Nr 501 bis 2000,

4000 zu 500 M. 2000000 M. Buchstabe C.

Nr 2001 bis 6000,

5000 zu 200 M. 1000000 M. Buchstabe D.

Nr 6001 bis 11000,

5000 zu 100 M. 500000 M. Buchstabe E.

Nr 11001 bis 16000,

zusammen 16000 Abschnitte 6000000 Mark,

nach dem anliegenden Muster auszufertigen, mit vier Prozent jährlich zu verzinsen und nach dem festgestellten Tilgungsplane mittelst Verloosung oder Ankaufs jährlich vom 1. April 1886 an mit wenigstens einem Prozent des Kapitals, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Anleiheſcheinen zu tilgen sind, durch gegenwärtiges

Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung erteilen. Die Ertheilung erfolgt mit der rechtlichen Wirkung, daß ein jeder Inhaber dieser Anleiheſcheine die daraus hervorgegangenen Rechte geltend zu machen befugt ist, ohne zu dem Nachweise der Uebertragung des Eigenthumes verpflichtet zu sein.

Durch vorstehendes Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter erteilen, wird für die Befriedigung der Inhaber der Anleiheſcheine eine Gewährleistung seitens des Staates nicht übernommen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insigne.

Gegeben Berlin, den 20. April 1885.

(L. S.) (gez.) **Wilhelm.**

ggz. von Puttkamer. Maybach. von Scholz.

Privilegium

wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Stadt-Anleiheſcheine der Stadt Charlottenburg im Betrage von Sechs Millionen Mark.

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

Buchstabe (Stadtwappen) Nr . . .

Anleiheſchein

des Stadtkreises Charlottenburg
über

. Mark Reichswährung.

Ausgefertigt gemäß des landesherrlichen Privilegiums vom 20. April 1885 (Amtsblatt der Königl. Regierung in Potsdam vom 188 Seite und Gesetz-Sammlung für 188 laufende Nummer).

Auf Grund des von dem Bezirksausschuß des Regierungsbezirks Potsdam am 23. November 1884 genehmigten Gemeindebeschlusses vom 11./20. August 1884 wegen Aufnahme einer Schuld von 6 Millionen Mark bekennt sich der Magistrat des Stadtkreises Charlottenburg Namens des letzteren durch diese für jeden Inhaber gültige, seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Darlehensschuld von Mark, welche an den Stadtkreis baar gezahlt worden und mit 4 Prozent jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 6 Millionen Mark erfolgt, nach Maßgabe des genehmigten Tilgungsplanes, mittelst Verloosung oder Ankaufs der Anleiheſcheine in den Jahren vom 1. April 1886 bis spätestens 1927 einschließlich, aus einem Tilgungskapital, welches

mit wenigstens einem Prozent des Kapitals jährlich unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Anleihscheinen gebildet wird. Die Auslosung erfolgt in dem Monat Juni jeden Jahres. Dem Stadtkreise Charlottenburg bleibt jedoch das Recht vorbehalten, den Tilgungskost zu verstärken, oder auch sämtliche noch im Umlauf befindliche Anleihscheine auf einmal zu kündigen.

Die durch die verstärkte Tilgung ersparten Zinsen wachsen ebenfalls dem Tilgungskost zu.

Die ausgelooften, sowie die gekündigten Anleihscheine werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und einen Monat vor dem Zahlungstermine durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, durch das Amtsblatt der königlichen Regierung in Potsdam und der Stadt Berlin, sowie durch zwei Berliner Zeitungen und eine Charlottenburger Zeitung. Die Namen der letzteren und etwaige Veränderungen werden im Reichsanzeiger bekannt gemacht.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 1. Juli und 2. Januar von heute an gerechnet, mit vier Prozent jährlich verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der fällig gewordenen Zinscheine, beziehungsweise dieses Anleihscheines bei der Stadt-Hauptkasse in Charlottenburg und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitsstermines folgenden Zeit. Mit dem zur Empfangnahme des Kapitals eingereichten Anleihscheine sind auch die dazu gehörigen Zinscheine der späteren Fälligkeitsstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zinscheine wird der Betrag vom Kapital abgezogen. Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem sie fällig geworden, nicht erhobenen Zinsen, verjähren zu Gunsten des Stadtkreises Charlottenburg. Das Aufgebot und die Kraftloserklärung verlorener oder vernichteter Anleihscheine erfolgt nach Vorschrift der §§ 838 ff. der Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 30. Januar 1877 (R.-G.-Bl. S. 83) bzw. nach § 20 des Ausführungsgesetzes zur Deutschen Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-G. S. 281).

Zinscheine können weder aufgehoben, noch für kraftlos erklärt werden. Doch soll Demjenigen, welcher den Verlust von Zinscheinen vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei dem Magistrat anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinscheine durch Vorzeigung des Anleihscheines oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinscheine gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit den Anleihscheinen werden halbjährige Zinscheine für einen fünfjährigen Zeitraum und eine Anweisung zur Erneuerung der Zinscheine ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Reihe von Zinscheinen erfolgt bei der Stadt-Hauptkasse in Charlottenburg gegen Ablieferung der, der älteren Zinscheinreihe beigebrachten Anweisung. Beim Verlust der Anweisung erfolgt die Ausbändigung der neuen Zinscheinreihe an den Inhaber des Anleihscheines, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Stadtkreis Charlottenburg mit seinem Vermögen und mit seiner Steuerkraft.

Dessen zu Urkund haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift erteilt.

Charlottenburg, den 188 .

(Stadtsegel)

Der Magistrat.

(Unterschrift des Vorstehenden und eines Mitgliedes des Magistrates unter Beifügung des Amts-Titels.)

Hierzu sind Zinscheine
N^o bis
Anweisung ausgereicht.

Controllbuch

Seite

(Unterschrift des
Control-Beamten.)

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

Charlottenburger Stadtanleihe

(Stadtwappen)

Zinschein N^o

über

zum Anleihschein des Stadtkreises Charlottenburg.

Buchstabe N^o

über Mark Reichswährung.

Der Inhaber dieses Zinscheines empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom ten ab an halbjährlichen Zinsen des vorbenannten Anleihscheines aus der Stadt-Hauptkasse in Charlottenburg

. Mark Pf. Reichswährung

Charlottenburg,

Der Magistrat.

Stempel. Unterschriften des Magistrats-Vorstehenden und eines Mitgliedes des Magistrats.

(Unterschrift des
Controlbeamten).

Verjährt nach dem Gesetze vom 31. März 1838

am ten Dezember

Ungültig wenn die Vorder- Ungültig, wenn eine Ecke
seite durchkreuzt ist. abgetrennt oder der Zins-
schein durchlocht ist.

Provinz
Brandenburg.

Regierungsbezirk
Potsdam.

Anweisung

zum

Anleihschein des Stadtkreises Charlottenburg

Buchstabe N^o

über Mark Reichswährung.

Inhaber empfängt gegen diese Anweisung die
Reihe Zinscheine für die Zeit vom bis

... bei der Stadthauptkasse in Charlottenburg, sofern von dem Inhaber des Anleihscheines nicht rechtzeitig Widerspruch erhoben ist.

Charlottenburg,

Der Magistrat.

(Unterschriften des Vorsitzenden
und eines Mitgliedes
des Magistrats).

(Unterschrift des Controlbeamten).

Anmerkung zu den Schemas für die Zinscheine und Anweisungen.

Die Namens-Unterschriften des Magistrats-Vorsitzenden und des zweiten Magistrats-Mitgliedes können mit Lettern oder Facsimile-Stempeln gedruckt werden, doch muß jeder Zinschein oder Anweisung mit der Namens-Unterschrift eines Controlbeamten versehen werden.

Wir Wilhelm,

von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

Nachdem der Magistrat der Stadt Charlottenburg im Einverständniß mit der Stadtverordneten-Versammlung daselbst beschlossen hat, daß in unserem Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Stadt-Anleihscheine der Stadt Charlottenburg im Betrage von Sechs Millionen Mark vom 20. April 1885 resp. in dem Muster eines Anleihscheines der Stadt vorbehaltene Recht, den Tilgungsstock zu verstärken oder auch sämtliche noch im Umlauf befindliche Anleihscheine auf einmal zu kündigen, vor dem 1. April 1896 nicht auszuüben, wollen Wir auf den Antrag der genannten städtischen Körperschaften

diese zeitliche Beschränkung des Rechts zur Verstärkung des Tilgungsstockes und zur Kündigung in den auf Grund Unseres Privilegiums vom 20. April 1885 auszufertigenden Anleihscheinen auf jeden Inhaber zum Ausdruck bringen zu dürfen, Unsere landesherrliche Genehmigung dazu ertheilen, daß der letzte Satz des zweiten Absatzes des Unserem Privilegium vom 20. April 1885 anliegenden Musters eines Anleihscheines folgende Fassung erhält:

„Dem Stadtkreise Charlottenburg bleibt jedoch das Recht vorbehalten, vom 1. April 1896 an den Tilgungsstock zu verstärken, oder auch sämtliche noch im Umlauf befindliche Anleihscheine auf einmal zu kündigen.“

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insigne.

Gegeben Bad Ems, den 25. Juni 1885.

(L. S.) gez. Wilhelm.

gez. Puttkamer. Maybach. von Scholz.

Nachtragsprivilegium
wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Stadtanleihscheine der Stadt Charlottenburg im Betrage von Sechs Millionen Mark.

Bekanntmachungen der königlichen Ministerien.

Bekanntmachung,

den Ankauf von Remonten pro 1885 betreffend.
Regierungsbezirk Potsdam.

15. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der königlichen Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, **Morgens 8 Uhr** beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

| | |
|--------------|-----------------------|
| am 4. August | Strasburg in/Üdr., |
| 5. | Prenzlau, |
| 6. | Templin, |
| 18. | Weyenburg in/Priegn., |
| 19. | Wittstock, |
| 21. | Prigwall, |
| 22. | Perleberg, |
| 24. | Lenzen a. d. Elbe, |
| 25. | Havelberg, |
| 26. | Kryz, |
| 27. | Neu-Ruppin, |
| 28. | Bindow. |

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufte Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt. Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippenseger (Kopper), welche sich innerhalb der ersten 28 Tage nach dem Eintreffen in den Depots als solche zeigen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht gehörig legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgeführt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind ferner verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens 2 Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeschführten Pferde feststellen zu können, ist es erwünscht, daß die Deckscheine möglichst mitgebracht werden. Auch werden die Verkäufer ersucht die Schweife der Pferde nicht zu coupiren, oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 8. März 1885.

Kriegs-Ministerium,

Abtheilung für das Remonte-Wesen.

gez. Frhr. v. Troschke. Graf v. Rindowstroem.

Bekanntmachungen des königlichen Ober- Präsidenten der Provinz Brandenburg.

7. An Stelle des verstorbenen Schulzen Ebert zu Göritz ist der Schulze Bettac zu Rossow zum Mitgliede des Brandenburgischen Provinziallandtags für den Kreis Prenzlau gewählt worden, was gemäß § 21 der Provinzialordnung hierdurch bekannt gemacht wird. Potsdam, den 14. Juli 1885.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

In Vertretung Schulze.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für das Jahr 1885 betreffend.

166. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze der Königl. Artillerie-Prüfungs-Kommission bei Cummersdorf für das Jahr 1885, wie folgt, festgesetzt worden sind:

Juli: 26., 29.;

August: 2., 5., 9., 12., 16., 19., 23., 26., 30., 31.;

September: 2., 6., 9., 13., 14., 15., 16., 17., 20., 23., 27., 30.;

Oktober: 1., 2., 4., 5., 7., 11., 12., 14., 18., 19., 21., 25., 28., 29.;

November: 1., 2., 3., 8., 9., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.;

Dezember: 1., 2., 6., 9., 10., 11., 13., 14., 15., 16., 20., 21., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 30., 31.

Potsdam, den 16. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

167. Die Observation der der Ansteckung durch Rog verdächtigen Pferde des Fuhrherrn Kranz in Neu-Weissensee ist aufgehoben, da weder das von dem Gute Hönnow stammende Pferd, noch die übrigen vier Pferde rogvordächtige Erscheinungen gezeigt haben.

Potsdam, den 13. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Gröfßnung einer permanenten Bienenzucht-Ausstellung im Bienen-garten des H. Gähler in Pankow betreffend.

22. Der Vorsteher des Märkischen Central-Vereins für Bienenzucht H. Gähler hat zu Pankow, Breitenstraße 47b., einen größeren „Bienengarten“ eingerichtet, der unter Betheiligung in- und ausländischer Imker als permanente Bienenzucht-Ausstellung für die Sommermonate am 14. Mai d. J. eröffnet worden ist. Derselbe ist täglich von 10—7 Uhr geöffnet, der Eintrittspreis beträgt 25 Pf., am Donnerstag 50 Pf. Für Schüler und Schülerinnen, die unter Führung von Lehrern erscheinen, ist die Ausstellung mit Ausnahme des letzten Tages für 10 Pf. zugänglich. Die Mitglieder des Deutschen bienenwirtschaftlichen Central-Vereins haben bei Vorzeigung ihrer Mitgliedskarten freien Eintritt. Am Donnerstag Nachmittags zwischen 4—6 Uhr wird Herr H. Gähler öffentliche Vorträge über Bienenzucht halten. Da dies Unternehmen geeignet erscheint, zur Förderung der Bienenzucht und zur Verbreitung besserer Kenntniß der modernen Methoden derselben beizutragen, so nehmen wir Veranlassung, die Schulinspektoren, Schulvorstände und Lehrer des Bezirks auf dasselbe aufmerksam zu machen.

Potsdam, den 17. Juli 1885.

Königl. Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Gröfßnung einer Apotheke betr.

63. Die auf Grund der Concession des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg vom 14. Mai 1884 durch den Oberstabsapotheker a. D. Herrmann Stein in dem Hause Kurfürstenstraße 80 eingerichtete Apotheke ist nach vorchriftsmäßiger Revision eröffnet worden.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Errichtung einer Reichs-Telegraphen-Anstalt.

32. In Altfriedland wird am 20. d. M. eine mit der Postagentur vereinigte Reichs-Telegraphen-Anstalt in Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 15. Juli 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,

Geheime Postsrath Bahl.

Errichtung einer Postagentur in Laaske.

33. In dem zum Kreise Ostprignitz gehörigen Orte Laaske tritt am 1. August d. J. eine Postagentur ohne Telegraphenbetrieb in Thätigkeit. Dem Landbesitzbezirke derselben werden die Ortschaften Taden, Mandfeld und Lohstedt zugetheilt. Die Verbindung der neuen Postanstalt wird mit dem Postamte in Putzig durch die zwischen diesen beiden Orten bereits bestehende wochentäglich zweimal verkehrende Landpostfahrt hergestellt.

Potsdam, den 15. Juli 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,

Geheime Postsrath Bahl.

Bekanntmachung der Direction der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Ausreichung von Entlastungs-Quittungen über abgelöste Renten betreffend.

S. Denjenigen Grundbesitzern, welche die an die Rentenbank zu entrichtenden Renten am 31. März d. J. durch Kapitalzahlung abgelöst haben, wird hierdurch bekannt gemacht, daß wir die gemäß § 27 des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 ausfertigten Entlastungs-Quittungen den betreffenden Kreis-Kassen zugesandt haben, um sie, soweit die Renten vollständig abgelöst sind, den zuständigen Amtsgerichten Behufs der kostenfreien Löschung des Vermerks der Rentepflicht im Grundbuche zuzustellen, in Fällen der Ablösung von Theilrenten dagegen denselben unmittelbar auszureichen, welche die Kapitalzahlung geleistet haben.

Berlin, den 28. Mai 1885.

Königl. Direction der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Abänderungen des amtlichen Waaren-Verzeichnisses.

2. Im Auftrage des Herrn Finanz-Ministers und unter Bezugnahme auf § 12 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai d. J. — R.-G.-Bl. S. 93 — betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1878,

festgestellten Abänderungen des amtlichen Baaren-Verzeichnisses erschienen sind und bei den Amtsstellen des diesseitigen Bezirks eingesehen werden können.

Berlin, den 10. Juli 1885.

Der Provinzial-Steuer-Direktor Hellwig.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Nachtrag zum Österreichisch-Deutschem Verbands-Tarif.

33. Am 20. Juli d. J. kommt zum Österreichisch-Deutschem Verbands-Tarif Theil II. Heft 1, 2 und 3 vom 15. April 1885 ein Nachtrag II. zur Einführung. Derselbe enthält die Aufnahme von Wien Lagerhaus, Aufnahme der Station Klettendorf im Verkehr mit Wien für Güter des Spezialtarifs III. Erweiterung der Ausnahmetarife № 11 A. für Steine zc., № 17 für Eisen zc., № 18 für Eisenerze zc. des Heftes 1 und № 4 für Güter der Stückgutklasse I. in Wagenladungen des Heftes 2, Aufnahme eines Ausnahmetarifs für Palmkernöl zc. für Heft 2 und Berichtigungen zu Heft 1, 2 und Nachtrag I. vom 15. April 1885. Diejenigen Berichtigungen, welche Erhöhungen enthalten und daher erst am 10. August in Geltung treten, sind im Nachtrag II. ersichtlich gemacht. Exemplare dieses Nachtrages sind bei unseren Güterkassen Berlin Schles. Bhf., Breslau N. N. Bhf., Frankfurt a./D., Götting, sowie im hiesigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 14. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Transportbegünstigung betreffend.

33. Für diejenigen Gegenstände, welche bei dem am 3. August d. J. in Amsterdam stattfindenden 5ten Blindenlehrer-Congress ausgestellt werden und unverkauft bzw. unverloost bleiben, wird auf den Strecken der Königlich Preussischen Staatsbahnen, sowie der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes für die Hintour, sowie durch eine Bescheinigung des Congress-Ausschusses nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft bzw. unverloost geblieben sind, und wenn der Rücktransport bis zum 1. September d. J. stattfindet.

Bromberg, den 9. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Fahrplan-Änderung.

34. Vom 1. August d. J. ab werden die auf der Bahnstrecke Berlin—Fredericksdorf fahrenden Züge № 7, 9, 11, 943, 44, 10 und 8 auf dem zwischen Lichtenberg—Friedrichsfelde und Kaulsdorf eingerichteten Personen-Haltepunkte Diesdorf zur Vermittelung des Personen-Verkehrs nach Bedarf anhalten und werden Tour-, Retour-, Militär- und Hundebillets für den Verkehr zwischen Diesdorf einerseits und Berlin Stadtbahn

(Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße), Alexanderplatz, Schlesischer Bahnhof, Stralau—Rummelsburg, Lichtenberg—Friedrichsfelde, Kaulsdorf, Hoppegarten, Neuenhagen und Müncheberg andererseits zum Verkauf gestellt werden.

Die Züge werden von Diesdorf wie folgt abfahren.

Nichtung nach Kaulsdorf.

| | | | | | | | |
|-----|-----|----|----|-----|----|---------|--------------|
| Zug | 7 | um | 2 | Uhr | 48 | Minuten | Nachmittags, |
| " | 9 | " | 12 | " | 3 | " | Mittags, |
| " | 11 | " | 6 | " | 19 | " | Abends, |
| " | 943 | " | 10 | " | 58 | " | Nachts. |

Nichtung nach Lichtenberg—Friedrichsfelde.

| | | | | | | | |
|-----|----|----|---|-----|----|---------|--------------|
| Zug | 44 | um | 5 | Uhr | 33 | Minuten | Morgens, |
| " | 10 | " | 9 | " | 37 | " | Vormittags, |
| " | 8 | " | 2 | " | 0 | " | Nachmittags. |

Die Berechnung der Beförderungspreise erfolgt auf Grund nachstehender Entfernungen:

| | |
|--------------------------------------|---------|
| Diesdorf—Berlin Schlesischer Bahnhof | 8,8 km, |
| " — Stralau—Rummelsburg | 6,5 " |
| " — Lichtenberg—Friedrichsfelde | 4,1 " |
| " — Kaulsdorf | 2,2 " |
| " — Hoppegarten | 8,1 " |
| " — Neuenhagen | 9,9 " |
| " — Müncheberg | 38 " |

Etwaige Gepäckstücke werden von Diesdorf unexpedirt mitgenommen und wird die Fracht hierfür auf den Endstationen erhoben.

Näheres ist bei den vorgenannten Stationen zu erfahren.

Bromberg, den 10. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Transportbegünstigung.

35. Für diejenigen Gegenstände, welche auf der vom 18. bis 21. August d. J. in Königsberg i./Pr. stattfindenden pharmazeutischen Ausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Königlich-Preussischen Staatsbahnen eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes für die Hintour, sowie durch eine Bescheinigung des Lokal-Comités nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb 14 Tagen nach Schluß der Ausstellung stattfindet.

In dem Original-Frachtbrief über die Hin- und Rücksendung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit demselben aufgebene Sendung durchweg aus Ausstellungs-gut besteht.

Bromberg, den 11. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Retourbillets betreffend.

36. Vom 1. August d. J. ab tritt im diesseitigen Lokalverkehr eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Retourbillets für Entfernungen über 100 km, sowie im Verkehr nach Berlin bei Entfernungen über 50 km

ein. Dagegen werden vom 1. September d. J. ab Tariffachtrages wird Auskunft von unserm Verkehrs-
Retourbillet nur noch in denjenigen Relationen auf- Bureau Abtheilung für Tariffachen erteilt.
gelegt werden, bezüglich deren ein allgemeines Verkehrs- Bromberg, den 15. Juli 1885.
Interesse anzuerkennen ist. Bis zur Herausgabe des Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

14. Nachweisung
der von dem Kreis-Ausschusse des Kreises Beeskow-Storkow genehmigten Gemeinde- resp. Gutsbezirks-
Veränderungen im I. Semester 1885.

| Datum
der Genehmigung | Grundstücks | Bezeichnung des | | Bemerkungen. | ha | a | qm |
|--------------------------|---------------------------------|---|--|-----------------------------|----|----|----|
| | | Besizers | jetzigen
Gemeindeverbandes | fünftigen
Gemeindebezirk | | | |
| 21. Januar
1885 | Forst-Etablissements
Sabrodt | Forst-Fiskus | fiskalischer
Gutsbezirk
Obersförsterei
Schwenow | Gemeindebezirk
Sabrodt | — | 32 | 68 |
| 22. April
1885 | Wiese | Bauergutsbesitzer
Carl
Freudenberg
Pfaffendorf | Diensdorf | Pfaffendorf | — | — | — |

Beeskow, den 2. Juli 1885.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, Landrath von Heyden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
Zust. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|--|---|-------------------------------|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Josef Swatosch,
Schlosser, | geboren am 5. Juni
1851 zu Triebau, Be-
zirk Landstreu, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreu, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 18. Juni
1885. |
| 2 | Andreas Jasiniacki,
Müllergeselle, | 30 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Wie-
chow, Gouvernement
Ploß, Rußland, | Landstreu und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung in Brom-
berg, | 16. Juni
1885. |
| 3 | Benoit Baptistin
Theodor Nikolas,
Matrose, | geboren am 13. Januar
1860 zu Sir-Fours,
Departement du Var,
Frankreich, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreu, | Königlich Preussische
Landdrostei Aurich, | 28. April
1885. |
| 4 | Jean Eisenhauer,
Segelmacher, | geboren am 2. Januar
1862 zu Triest, De-
sterreich, | Landstreu und Betteln, | Königlich Preussische
Landdrostei in Na-
barrüß, | 24. März
1885. |
| 5 | Charles
Stirnemann,
Etudeur, | geboren am 4. Mai
1854 zu Altkirch, Elsaß. | desgleichen, | die selbe Behörde, | 27. April
1885. |
| 6 | Bernardus Pünt,
Arbeiter, | 38 Jahre, geboren und
ortsangehörig in En-
schede, Provinz Over-
ijssel, Niederlande, | desgleichen, | die selbe Behörde, | 20. Mai
1885. |
| 7 | Dagobert Duda,
Mühenmacher, | geboren am 11. No-
vember 1867 zu Kladno,
Böhmen, ortsangeh. in
Bradlowitz, ebendaß., | Landstreu, | Königlich Preussische
Regierung zu Schles-
wig, | 21. Mai
1885. |

| Zunf. Nr.
1. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------------|--|--|--|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 8 | Franz Gimidy,
Drechslergehülfe, | geboren 1859 zu Hurka,
Bezirk Klattau, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen und Ge-
brauch eines gefälschten
Legitimationspapiere, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Deggen-
dorf, | 5. Juni
1885. |
| 9 | Johann Nitsche,
Fleischer, | geboren im Februar
1817 in Großmergthal,
Bezirk Rumburg, Böh-
men, ortsangehörig in
Niedergrund, eben-
dasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Sächsischer
Kreisauptmann-
schaft Dautzen, | 22. Mai
1885. |
| 10 | Samuel Szmuk,
Händler, | geboren 1846 in M.
Sziget, Ungarn, eben-
dasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Großherzoglich Badi-
scher Landeskommis-
sär zu Freiburg, | 19. Juni
1885. |
| 11 | Loeb Sundalowitz,
Handelsmann, | 67 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Neu-
stadt, Rußland, wohn-
haft zuletzt in Reichs-
hofen, N.-Elfaß, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg, | 17. Juni
1885. |
| 12 | Joel Meyer Urwitsch,
Handelsmann, | 63 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Sta-
wiszk, Rußland, wohn-
haft zuletzt in Ober-
bronn, N.-Elfaß, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 13 | Josef Toussaint
Perdrisch,
Blechschnied, | geboren am 29. August
1829 zu Autonne bei
Dijon, Frankreich,
ebendasselbst ortsange-
hörig, wohnhaft zuletzt
in Illkirch, N.-Elfaß, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen. |
| 14 | Benjamin Horn,
Tagner, | geboren 1868 zu Ro-
galen, Borarlberg,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 1. Juni
1885. |
| 15 | Gustav Emil
Parvilles,
Arbeiter, | geboren am 7. April
1860 zu Paris, Frank-
reich, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 15. Juni
1885. |
| 16 | Franz Raiba,
Arbeiter, | geboren 1866 zu Nie-
gersdorf, Bezirk Bie-
lig, Oesterreichisch-
Schlesien, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 11. Juni
1885. |
| 17 | Alois Schneider,
Maler, | geboren am 20. Juni
1858 zu Krasna, Be-
zirk Meseritsch B.,
Mähren, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 13. Juni
1885. |
| 18 | Stephan Schlenzaf,
Klempner, | etwa 30 Jahre, geboren
und ortsangehörig in
Kadola, Bezirk Sillein,
Ungarn, | Landstreichen, | derselbe, | desgleichen. |

Personal-Chronik.

Der Herr Ober-Regierungs-Rath Goeschel aus Breslau ist an die Regierung in Potsdam versetzt und nach § 20 des Gesetzes über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 mit der Stellvertretung des Regierungs-Präsidenten in Behinderungsfällen betraut. Der Herr Ober-Regierungs-Rath Goeschel hat seine Dienstgeschäfte am 21. Juli d. J. übernommen.

Im Kreise Niederbarnim sind mit Rücksicht auf den Ablauf ihrer bisherigen Dienstzeit der königliche Oberförster Mannig zu Rehforst und der Holzhändler Wendt zu Groß-Schönebeck von Neuem zum Amtsvorsteher des Bezirks XLVI. Liebenwalde Forst bezw. Amtsvorsteher-Stellvertreter des Bezirks XLVIII. Groß-Schönebeck ernannt worden.

Die erledigte Ober-Försterstelle Zechlin ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Oberförster Biedermann zu Dippmannsdorf übertragen worden.

Dem Herrn Propst und Fürstbischöflichen Delegaten Ahmann zu Berlin ist vom 15. d. M. ab die Kreis-schulinspektion über die Schulen des katholischen Inspektionskreises „Potsdam“ übertragen worden.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Diaconat zu Angermünde, mit welchem das Pfarramt von Wessow verbunden ist, Diözese Angermünde, kommt durch die Versetzung des Diaconus Thoelbtau in nächster Zeit zur Erledigung.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Niederfinow, Diözese Eberswalde, kommt nebst der mit dieser Stelle zuletzt vereinigt gewesenen Superintendentur der Diözese Eberswalde durch die Versetzung des Superintendenten Büchse zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Die Wiederbesetzung erfolgt durch das Kirchenregiment.

Der bisherige Pfarrverweser Heinrich Karl Gisbert August Voigt ist zum Prediger bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie der Schlosskirche in Coepenick, Diözese Cöln-Land, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrverweser Paul Otto Erdmann Jaenisch zu Hakenwalde in der Provinz Pommern ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Rutenberg, Diözese Templin, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Erdmann Leopold Stephanus Emanuel Felke zu Beek in der Rheinprovinz ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden in Watide und Wulkow, Diözese Kyritz, bestellt worden.

Der Lehrer Straube ist als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Der bisherige ordentliche Lehrer am Gymnasium

zu Freienwalde Dr. Maerfel ist in gleicher Eigenschaft an dem Dorotheenstädtischen Realgymnasium in Berlin angestellt worden.

Am königlichen Lützen-Gymnasium zu Berlin ist der ordentliche Lehrer Dr. Rahn zum Oberlehrer befördert worden.

Personal-Veränderungen
im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion
Erfurt pro Monat Juni 1885.

Versetzt: die Güter-Expedienten Sturm von Berlin nach Wittenberg und Alberg von Berlin nach Delitzsch.

Personal-Veränderungen
des königlichen Oberbergamts zu Halle
im Bezirke der Königl. Regierung zu Potsdam
während des 2. Vierteljahres 1885.

Oberbergamts Rath zum Geheimen Bergrath und vortragenden Rath in der Abtheilung für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten ernannt. Oberbergamts Broja von Dortmund zu dem oberbergamtlichen Collegium nach Halle, Schichtmeister Hoffmeyer von der königlichen Berginspektion zu Erfurt an diejenige nach Müdersdorf versetzt.

Bermischte Nachrichten.

**Auslegung des Katasters
für die Entwässerungs-Korporation des
Zehdener Bruches.**

Das Kataster für die Entwässerungs-Korporation des Zehdener Bruches ist entworfen und dem Magistrat der Stadt Zehden und den Vorständen der sonst theiligten Gemeinden, sowie den Besitzern, resp. deren Stellvertretern der besonderen Gutsbezirke Schawin, Neuendorf, Hohen-Lübbichow, Jachow und Carlstein extractweise mitgetheilt worden. Dasselbe wird außerdem vom 27. Juli d. J. ab auf dem Rathhause zu Zehden unter Aufsicht des Herrn Rämmerers Zugle in den Dienststunden vier Wochen öffentlich ausgelegt werden. Ich bringe dies gemäß § 7 der Verordnung vom 21. Januar 1861 (Gesetz-Sammlung, Stüd 4, Seite 59) und § 15 des Reichstatuts für das Ober- und Nieder-Oberbruch einschließlich des Zehdener Bruchs, vom 19. April 1869 (Gesetz-Sammlung, Stüd 38, Seite 666) mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß etwaige Beschwerden gegen das Kataster bei dem Kommissarius der Sache, Herrn Oekonomie-Kommissar Freiherrn von Bietinghoff hiersebst, Halbestadt Nr. 2, bis spätestens zum 24. August d. J. Abends 6 Uhr, anzubringen sind.

Frankfurt a./D., den 17. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

(Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Wogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gays'schen Erben (G. Gays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 31.

Den 31. Juli

1885.

Bekanntmachungen des Königlich Preussischen Regierungs-Präsidenten.

168. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juni 1885 beobachteten Wasserstände.

| Datum. | Berlin. | | Spandau. | | Pots-
dam. | Baum-
garten-
brück. | Brandenburg. | | Rathenow. | | Havel-
berg. | Plauer
Brücke. |
|--------|----------------|-----------------|------------------|-------------------|---------------|----------------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|-----------------|-------------------|
| | Ober-
N. N. | Unter-
N. N. | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | | | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | |
| 1 | 32,30 | 30,66 | 2,30 | 0,96 | 1,16 | 0,70 | 2,00 | 1,76 | 1,92 | 1,60 | 2,12 | 2,22 |
| 2 | 32,30 | 30,64 | 2,30 | 0,88 | 1,16 | 0,68 | 1,98 | 1,74 | 1,88 | 1,56 | 2,10 | 2,22 |
| 3 | 32,34 | 30,62 | 2,36 | 0,84 | 1,14 | 0,65 | 2,00 | 1,72 | 1,86 | 1,54 | 2,08 | 2,20 |
| 4 | 32,34 | 30,62 | 2,34 | 0,86 | 1,12 | 0,64 | 2,04 | 1,72 | 1,86 | 1,54 | 2,06 | 2,18 |
| 5 | 32,34 | 30,62 | 2,36 | 0,82 | 1,10 | 0,64 | 2,04 | 1,68 | 1,84 | 1,52 | 2,04 | 2,16 |
| 6 | 32,34 | 30,62 | 2,36 | 0,80 | 1,08 | 0,62 | 2,04 | 1,66 | 1,84 | 1,52 | 2,04 | 2,14 |
| 7 | 32,34 | 30,62 | 2,36 | 0,70 | 1,08 | 0,60 | 2,02 | 1,64 | 1,82 | 1,50 | 2,02 | 2,12 |
| 8 | 32,34 | 30,62 | 2,36 | 0,80 | 1,06 | 0,59 | 2,08 | 1,60 | 1,80 | 1,48 | 2,00 | 2,10 |
| 9 | 32,34 | 30,60 | 2,32 | 0,80 | 1,06 | 0,59 | 2,00 | 1,56 | 1,78 | 1,46 | 1,98 | 2,06 |
| 10 | 32,26 | 30,58 | 2,30 | 0,76 | 1,06 | 0,59 | 1,96 | 1,54 | 1,76 | 1,44 | 1,94 | 2,02 |
| 11 | 32,28 | 30,54 | 2,30 | 0,72 | 1,06 | 0,58 | 2,00 | 1,48 | 1,72 | 1,40 | 1,88 | 2,00 |
| 12 | 32,28 | 30,54 | 2,30 | 0,72 | 1,04 | 0,58 | 2,02 | 1,44 | 1,70 | 1,38 | 1,88 | 1,96 |
| 13 | 32,28 | 30,54 | 2,30 | 0,62 | 1,02 | 0,57 | 2,00 | 1,40 | 1,68 | 1,36 | 1,86 | 1,92 |
| 14 | 32,30 | 30,56 | 2,34 | 0,58 | 1,00 | 0,56 | 1,98 | 1,38 | 1,64 | 1,32 | 1,86 | 1,90 |
| 15 | 32,30 | 30,60 | 2,34 | 0,64 | 0,98 | 0,55 | 1,98 | 1,36 | 1,60 | 1,28 | 1,84 | 1,86 |
| 16 | 32,30 | 30,58 | 2,34 | 0,68 | 0,98 | 0,54 | 2,00 | 1,34 | 1,56 | 1,24 | 1,82 | 1,82 |
| 17 | 32,30 | 30,54 | 2,34 | 0,62 | 0,98 | 0,53 | 2,02 | 1,32 | 1,54 | 1,22 | 1,80 | 1,80 |
| 18 | 32,30 | 30,56 | 2,32 | 0,52 | 0,98 | 0,52 | 2,00 | 1,30 | 1,52 | 1,20 | 1,76 | 1,78 |
| 19 | 32,30 | 30,62 | 2,32 | 0,64 | 0,98 | 0,51 | 1,98 | 1,26 | 1,50 | 1,18 | 1,72 | 1,78 |
| 20 | 32,30 | 30,64 | 2,30 | 0,66 | 0,96 | 0,50 | 1,98 | 1,24 | 1,48 | 1,16 | 1,68 | 1,76 |
| 21 | 32,30 | 30,64 | 2,34 | 0,56 | 0,96 | 0,49 | 1,98 | 1,20 | 1,46 | 1,14 | 1,68 | 1,72 |
| 22 | 32,30 | 30,64 | 2,36 | 0,62 | 0,96 | 0,49 | 1,98 | 1,22 | 1,44 | 1,12 | 1,68 | 1,70 |
| 23 | 32,30 | 30,64 | 2,36 | 0,60 | 0,94 | 0,48 | 1,98 | 1,20 | 1,42 | 1,10 | 1,66 | 1,68 |
| 24 | 32,30 | 30,64 | 2,36 | 0,58 | 0,94 | 0,47 | 1,98 | 1,20 | 1,38 | 1,06 | 1,64 | 1,68 |
| 25 | 32,30 | 30,64 | 2,36 | 0,56 | 0,92 | 0,46 | 1,98 | 1,16 | 1,36 | 1,04 | 1,60 | 1,64 |
| 26 | 32,30 | 30,64 | 2,32 | 0,58 | 0,92 | 0,44 | 1,98 | 1,12 | 1,34 | 1,02 | 1,60 | 1,62 |
| 27 | 32,28 | 30,64 | 2,32 | 0,60 | 0,92 | 0,44 | 1,96 | 1,12 | 1,32 | 1,00 | 1,58 | 1,62 |
| 28 | 32,30 | 30,62 | 2,34 | 0,48 | 0,92 | 0,43 | 1,98 | 1,10 | 1,32 | 0,98 | 1,54 | 1,60 |
| 29 | 32,30 | 30,62 | 2,36 | 0,52 | 0,90 | 0,43 | 1,98 | 1,08 | 1,32 | 0,96 | 1,52 | 1,60 |
| 30 | 32,30 | 30,60 | 2,36 | 0,60 | 0,92 | 0,42 | 1,96 | 1,06 | 1,32 | 0,94 | 1,50 | 1,58 |

Potsdam, den 17. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die Lage der Ansprüche auf Erbschaften, welche von Reichsangehörigen in den Niederlanden geltend gemacht werden, betreffend.

169. In der letzten Zeit haben sich bei dem Auswärtigen Amt die Gesuche um amtliche Vermittelung zur Geltendmachung von Ansprüchen auf Erbschaften, welche in den Niederlanden beruhen sollen, in erheblicher Weise vermehrt. Hierbei ist es öfters zu Tage getreten, daß von den vermeintlichen Erbberechtigten zur Be-

gründung ihrer Ansprüche nicht unbedeutende Kosten aufgewendet wurden. Auch sind nicht selten dergleichen Ansprüche zur Verübung von Betrügereien benutzt worden, welche vielfach eine bedeutende Vermögensbeschädigung der Getäuschten zur Folge hatten.

Die noch in allerneuester Zeit veranlaßten amtlichen Ermittlungen lassen jene Erbschaftsansprüche als aussichtslos erscheinen.

Sowohl in dem Königreich der Niederlande selbst, wie in den Indischen Kolonien verfahren die Ansprüche auf Erbschaften in dreißig Jahren von dem Tage der Eröffnung der Nachfolge und diese tritt sowohl bei der gesetzlichen wie bei der testamentarischen Vererbung mit dem Augenblicke des Todes des Erblassers ein.

Bzüglich des Königreiches der Niederlande selbst und aller bis zum Jahre 1811 in die Verwaltung der ehemaligen Waisen- und Vormundschaftskammern gelangten Vermögensmassen und Erbschaften ist aber seit dem 3. 1880 überhaupt jeder Anspruch ausgeschlossen.

Durch Gesetz vom 5. März 1852 wurde nämlich eine Kommission eingesetzt, welche diese Massen und Erbschaften zu liquidiren hatte. Dieselbe hat zufolge Artikel 8 des erwähnten Gesetzes die vorgeschriebenen Aufgebote im Niederländischen Staatsanzeiger ergehen lassen. Denen, welche sich rechtzeitig auf Grund dieser Aufgebote gemeldet hatten und ihre Berechtigung nachweisen konnten, wurde der ihnen gebührende Erbtheil ausgeantwortet. Nach Ablauf der gesetzlichen Frist von fünf Jahren wurde sodann der verbleibende Rest dieser Massen dem Niederländischen Staate überwiesen.

Im 3. 1880 hat die Kommission ihre Aufgabe erledigt und seit dieser Zeit ist in Bezug auf die erwähnten Massen und Erbschaften jeder Anspruch endgültig und unwiderruflich ausgeschlossen.

Seit dem 3. 1811 sind in dem Königreich der Niederlande überhaupt keine Nachlassenschaften mehr bei den Waisenkammern eingebracht.

Vorstehende Darstellung, die Lage der Ansprüche auf Erbschaften, welche von Reichsangehörigen in den Niederlanden geltend gemacht werden, betreffend, wird auf Anordnung des Herrn Ministers des Innern hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 20. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die Strom- und Schiffsahrtspolizei auf dem Plauer Canal betreffend.
170. Seitens des königlichen Regierungs-Präsidenten zu Magdeburg ist die nach der Bekanntmachung des königlichen Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen vom 25. Mai d. J. — Amtsblatt Stück 25 Seite 252 — auf ihn übergegangene Verwaltung der Strom- und Schiffsahrtspolizei auf dem Plauer Canal in dessen ganzer Ausdehnung dem Wasserbauinspektor, Baurath Schuke in Rathenow übertragen worden.

Potsdam, den 24. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Communalbezirks-Veränderung.

171. Von dem Bezirksausschusse ist unter dem heutigen Datum genehmigt worden, daß die beiden, gegenwärtig einen Theil des Gutsbezirks Coepenider Forst, Teltower Antheil, bildenden, von der St. Laurentius-Stadtkirchengemeinde und der Stadtgemeinde zu Coepenid erworbenen Parzellen in einer Größe von 1,049 resp. 0,71 ha mit dem Stadtbezirk Coepenid vereinigt werden.

Potsdam, den 20. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Communalbezirks-Veränderung.

172. Von dem Bezirksausschusse ist unter dem heutigen Datum genehmigt worden, daß die gegenwärtig einen Theil des Gutsbezirks Coepenider Forst, Teltower Antheil, bildende, dem Zimmermeister Holm gehörige Parzelle in einer Größe von 14 a mit dem Stadtbezirk Coepenid vereinigt wird.

Potsdam, den 20. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Einfuhr von Rindvieh zu Zuchtzwecken aus dem Königreich der Niederlande und Belgien betreffend.

173. Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Stieren aus den Niederlanden vom 13. Juli v. J. — Amtsblatt S. 279 — bringen wir den Viehzüchtern hiermit zur Kenntniss, daß wir höheren Orts ermächtigt worden sind, vom 20. d. M. ab unter den in jener Bekanntmachung angegebenen Bedingungen auch die Einfuhr von weiblichem Rindvieh einschließlich der Kälber aus dem Königreich der Niederlande und ebenso von Rindvieh beiderlei Geschlechts zu Zuchtzwecken aus dem Königreich Belgien auf Antrag der Betheiligten zu gestatten. Die Ortspolizeibehörden des Regierungsbezirks Potsdam werden hiermit zugleich angewiesen, das Verbleiben auch der hiernach eingeführten Thiere an dem Bestimmungsorte während der Dauer von 6 Monaten sorgfältig zu überwachen.

Potsdam und Berlin, den 24. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Verloosung von Gegenständen der bienenwirtschaftlichen Ausstellung.

174. Der Herr Oberpräsident hat unterm 16. d. M. für den Umfang der Provinz Brandenburg einschließlich der Stadt Berlin die Genehmigung zu der von dem Deutschen bienenwirtschaftlichen Centralverein beabsichtigten Veranstaltung einer öffentlichen Verloosung von Gegenständen der in den Tagen vom 4. bis 7. September d. J. in Charlottenburg stattfindenden bienenwirtschaftlichen Ausstellung, zu welcher 8000 Loose à 50 Pfennige ausgegeben werden sollen, unter der Bedingung erteilt, daß mindestens zwei Dritttheile des Bruttoertrages der Loose zum Ankauf von Gewinnen verwendet werden.

Potsdam und Berlin, den 24. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Viehsuchen.

175. Die Rogkrankheit ist unter den Pferden des Fuhrherrn Carl Kühne zu Neu-Bornim im Kreise Osthavelland ausgebrochen.

Auch ein Pferd des Fuhrmanns Fr. Schulze zu Jüterbog ist rokrank befunden worden.

Die polizeiliche Observation der beiden der Ansetzung mit der Rogkrankheit verdächtig gewesenen beiden Pferde der Frau Rentiere Dotti zu Lichterfelde im Kreise Niederbarnim ist, nachdem die Pferde im Laufe dieses Jahres andauernd gesund befunden worden sind, aufgehoben worden.

Potsdam, den 21. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

176. Die Räube ist unter den Pferden des Schlächtermeisters Kretschmar zu Schoenefeld im Kreise Teltow ausgebrochen.

Potsdam, den 24. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

177. Am Milzbrand sind am 4. d. M. zwei Kühe des Obersförsters Simon zu Lüdersdorf im Kreise Ruppin verendet.

Potsdam, den 20. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Ertheilung einer Concession zur Vermittelung von Verträgen mit Auswanderern.

64. Dem Kaufmann August Langer, hierselbst Invalidenstr. Nr. 100, als bevollmächtigten Agenten des Auswanderer-Beförderung-Unternehmers Carl Dieblich Müller, Direktors der Hamburg-Amerikanischen Packet-Schiffahrts-Gesellschaft in Hamburg, ist auf Grund der §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1853 die Erlaubnis zur Vermittelung von Verträgen mit Auswanderern behufs deren Beförderung von Hamburg nach Australien und Amerika mit Ausnahme von Brasilien und Venezuela ertheilt worden.

Berlin, den 23. Juli 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unbefestigte eingeschriebene Briefe.

34. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern nachstehend verzeichnete, an den daneben vermerkten Tagen in Berlin aufgegebenen unanbringliche Einschreib-Briefe.

A. In Berlin aufgelieferte, für Berlin bestimmte Briefe:

an Heier 3./3., Itzig 10./3., Herz 13./3., Behrenstein 17./3., Weber 23./3., Pisch 23./3., Neumann 27./3., Hesse 28./3., Piepenburg 30./3., Schröder 31./3., v. Bismarck 1./4., Baufeld 4./4., Reife 19./4., Wolffsohn 21./4., Jampke 26./4., v. Bismarck 27./4., Ruhrie 27./4., Hank 28./4., Stälpnagel 28./4., Pripke 30./4., Schröder 12./5., Schacht jr. 15./5., Christucat 16./5., Schieweck 20./5., Wille Erben 3./6., Lehmann 27./6., Franke 30./6., Postkarte an Marcuson 19./5.

B. In Berlin aufgebene,

nach anderen Orten bestimmte Briefe:

an Berg in Westmünster 29./10. 84, Weber in Belleville U. S. 21./11. 84, Horn in Philadelphia 11./12. 84, Lang in Wien 12./1. 85, Madigan in Moskau 16./2., Gallert in Dresden 3./3., Altonaer Spiegelglas-Fabrik-Gesellschaft 10./3. in Altona, Roth in Niedergründau bei Gelsenhausen 11./3., Lynker in Eöln (Rh.) 26./3., George in Charlottenburg 27./3., Lehmann in Winterberg (Sachsen) 1./4., Elemente in Paris 1./4., Zeitmann in Baißen (Kr. Merseburg)

1./4., Körner in Niederlehme bei Königs-Wusterhausen 13./4., Taftelbaum in Rethory (Russisch-Polen) 14./4., Marren in Altona 15./4., Seelig in Thorn 16./4., George in Charlottenburg 23./4., Fürst v. Hohenlohe in München 24./4., Gänther in Hainholz bei Hannover 28./4., Weidner in Zerbst 5./5., Arends in Rummelsburg 9./5., Rinze in Hohenleipisch bei Eßterwerda 17./5., Freund in Dresden 19./5., Sperling in Charlottenburg 23./5., Jandke in Altstätten 23./5., Strud in Nerchau 27./5., Postauftrag nach Marienburg (Westpr.) 29./4., Waarenprobe an Reimers in Moskau (ohne Datum).

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Briefe u. s. w. werden aufgefordert, zur Empfangnahme derselben sich innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung ab gerechnet — bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu melden, widrigenfalls mit den Sendungen nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Berlin C., den 21. Juli 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

In Vertretung Kabe.

Einrichtung einer zweiten Post-Zollabfertigungsstelle in Berlin betr.

35. Am 1. August d. J. wird in dem Lagerhause, Klosterstr. Nr. 76 hierselbst, eine zweite Post-Zollabfertigungsstelle eröffnet, bei welcher die Schlussabfertigung der für Bewohner der Postbezirke C., O., NO., N. und NW. eingehenden zollpflichtigen Postsendungen erfolgen soll.

Die Post-Zollabfertigungsstelle in der Ritterstr. Nr. 7 wird von demselben Zeitpunkt ab nur noch die Schlussabfertigung der zollpflichtigen Postsendungen nach den Postbezirken S., SO., SW. und W. vornehmen.

An welche der beiden Abfertigungsstellen die Empfänger zollpflichtiger Postsendungen sich zu wenden haben, wird aus den auf die Paketadressen geklebten Hinweiszetteln ersichtlich sein.

Berlin C., den 27. Juli 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,

Geheimer Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Errichtung von Reichs-Telegraphen-Anstalten betreffend.

36. In den Ortschaften Gühlen-Glinde und Lunow werden am 25. d. M. mit den Postagenturen daselbst vereinigte Reichs-Telegraphen-Anstalten in Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 20. Juli 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

In Vertretung Bindow.

Errichtung einer Reichs-Telegraphen-Anstalt.

37. In Neufankendorf wird am 25. d. M. eine mit der Postagentur daselbst vereinigte Reichs-Telegraphen-Anstalt in Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 23. Juli 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

In Vertretung Bindow.

Bekanntmachungen des Königl. Konfistoriums der Provinz Brandenburg.

Die Einfügung der Anstaltsparochie Joachimsthal in die Diözese Friedrichswerder betreffend.

7. Mit Genehmigung des Evangelischen Oberkirchenraths und des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten wird die Anstaltsparochie Joachimsthal aus der Diözese und der Kreissynode Coeln-Land ausgeschieden und in die Diözese und Kreissynode Friedrichswerder hieselbst eingefügt. Die Provinzialsynode der Provinz Brandenburg hat zu der Veränderung der Kreissynodalverbände ihre Zustimmung ertheilt. Die Organisationsveränderungen treten am 1. April k. J. ins Leben.

Berlin, den 8. Juli 1885.

Königl. Konfistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Nachtrag VII. zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif Theil I.

57. Der Nachtrag VII. zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif Theil I. findet hinsichtlich der sub I. und II. A. daselbst verzeichneten Bestimmungen vom 1. August 1885 und hinsichtlich der übrigen Bestimmungen vom 1. Oktober 1885 ab auch auf den Deutsch-Polnischen Verband Anwendung. Derselbe enthält Abänderungen und Ergänzungen des § 48 und der Anlage D. des Betriebs-Reglements.

Bromberg, den 18. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag zu dem Tarifheft Nr. 1 des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes.

58. Mit dem 1. August 1885 tritt zu dem Tarifheft Nr. 1 des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes, gültig vom 1. Juni 1881, der Nachtrag 4 in Kraft. Derselbe enthält ermäßigte Frachtsätze für den Transport von Holz, Europäisches, des Spezial-Tarifs II. zwischen Stationen der Weichselbahn einerseits und Stationen der Königl. Eisenbahn-Direktionen zu Bromberg bezw. Breslau andererseits.

Tarifexemplare werden bei den Verbandstationen, sowie bei der unterzeichneten Verwaltung verabfolgt.

Bromberg, den 21. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Namens der Verbands-Verwaltungen.

Frachtsätze für Langleisen.

59. Vom 1. August 1885 ab wird im diesseitigen Lokalverkehr und in den Staatsbahnverkehren, sowie im Verkehr der Staatsbahnen mit den Reichsbahnen in Elsaß-Lothringen versuchsweise bis Ende dieses Jahres die Fracht für Langleisen (Schienen, Röhren, Konstruktions-eisen etc.), welches wegen des Gewichts oder der Länge auf einem gewöhnlichen Güterwagen von 10000 kg Tragkraft nicht verladen werden kann, sofern zur Verladung ein Paar Schmelz- oder Ruppelwagen von je 10000 kg Tragkraft gestellt werden, nach den Sätzen des betreffenden Spezialtarifs oder der Ausnahmetarife

für Eisen für das wirkliche Gewicht der Ladung, mindestens aber für 10000 kg erhoben.

Bromberg, den 22. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Der frühere Sergeant Adolph Schmidt ist als Aufseher bei der Strafanstalt zu Brandenburg angestellt worden.

Bei der Königl. Ministerial-Bau-Kommission zu Berlin sind im Laufe des II. Kalender-Quartals d. J. die Bauführer Oscar Emil Leopold Tiege, Albert August Wilhelm Friedrich Kullrich, Maximilian Wilhelm Gottlieb Eduard Knopff, Egon Roffenbaum und August Benno Carl Ludwig Paulsdorff vereidigt worden.

Bei der Königl. Ministerial-Militär- und Bau-Kommission zu Berlin sind

angenommen: der Forstausseher Max Banger als interimistischer Thiergarten-Fürster; der invalide Biegefeldweibel Karl Kliche als Kanzlei-Diätar; der Sergeant der Militär-Moskatar-Schule Richard Neumann als Bureau-Diätar; die Primaner Theodor Schmidt, Karl Reymans, Paul Sterling, Johannes Ditt, Hermann Vorstorff und Max Jung, sämtlich als Civil-Supernumerare.

Entlassen ist auf seinen Antrag der Civil-Supernumerar Otto Peters.

Der Gemeindefchullehrer Scheer ist als Gemeindefschul-Rektor in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Knüpfer ist an der städtischen Taubstummen-Schule in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Hoepner, Seiffert und Burm sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Löwa ist als Gemeindefschul-Rektor in Berlin angestellt worden.

Die Gemeindefchullehrer Wartenberg und Albrecht sind als Gemeindefschul-Rektoren in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Kleinert ist als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Vakant sind resp. werden: je eine Lehrer- und Küsterstelle zu Nietwerder, Inspektion Ruppia, zu Hindenberg, Inspektion Lindow, Königl. Patronats, zu Hülsebeck, Inspektion Putzig, zu Guten-Paaren, Inspektion Dom Brandenburg, Privat-Patronats; je eine Lehrerstelle zu Angermünde, Privat-Patronats, zu Friedersdorf, Inspektion Storkow, Königl. Patronats.

Wiederbesetzt sind: die Lehrerstelle zu Blossia, Inspektion Storkow, die Lehrer- und Küsterstelle zu Breitenfeld, Inspektion Prigwall, die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Dallmin, Inspektion Putzig, die Lehrer-, Küster- und Organistenstelle zu Petzsch, Inspektion Altk. Brandenburg.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Auf-
Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|---|---|---|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Herrmann Altscher,
Arbeiter, | Geburtszeit, Geburts-
und Heimathsort un-
bekannt, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 13. Juni
1885. |
| 2 | Moses Ruda,
Arbeiter, | etwa 24 Jahre, geboren
in Kollenszow, Bezirk
Tarnow, Galizien, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen, |
| 3 | Elias Silberstein,
Schreiber, | geboren im Dezember
1846 in Tauroggen,
Gouvernement Kowno,
Rußland, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, Angabe
falschen Namens und
Führung falscher Legiti-
mationspapiere, | Königlich Preussische
Regierung zu Posen, | 24. Juni
1885. |
| 4 | Karl Mayngbhusen,
Handlungskommiss, | geboren am 7. Juli
1853 zu Aalborg,
Dänemark, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Landdrostei Hildes-
heim, | 23. Juni
1885. |
| 5 | Jacob Jarolim,
Tagelöhner, | 60 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Mar-
schowitz, Bezirk Schüt-
tenhofen, Böhmen, | Landstreichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Rotten-
burg, | 22. April
1885. |
| 6 | Johann Delschmidt,
Tagelöhner, | 54 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Mot-
towitz, Bezirk Klattau,
Böhmen, | Diebstahl u. Landstreichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Kock-
ting, | 22. Mai
1885. |
| 7 | Wenzel Gröger,
Schuhmacher
und Dienstknecht, | 23 Jahre, geboren zu
Dörflitz, Bezirk Dup-
pau, Böhmen, orts-
angehörig in Hart-
mannsgrün, Bezirk
Luditz, ebendaselbst, | Landstreichen u. Gebrauch
eines falschen Namens, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Sulz-
bach, | 17. Juni
1885. |
| 8 | Leonardo Greatti,
Tagelöhner, | 30 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Pa-
sian = Schiavonesco,
Provinz Udine, Italien, | Landstreichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Schro-
benhausen, | 18. Juni
1885. |
| 9 | Anders Johann
Dlauffson
(Ohlsson),
Handarbeiter, | geboren am 25. Mai
1853 zu Gatebo, Be-
zirk Kalmar, Schweden, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Großherzoglich Med-
lenburgisches Mi-
nisterium des In-
nern zu Schwerin, | 16. Mai
1885. |
| 10 | Wenzel Strupf,
Strumpfwirker, | geboren am 5. August
1849 zu Mariakulm,
Bezirk Falkenau, Böh-
men, ebendaselbst orts-
angehörig, | Landstreichen und Betteln, | Fürstliches Landraths-
amt zu Schleiz, | 30. Mai
1885. |
| 11 | Aron Dement,
Schneider, | geboren am 16. Oktober
1868 in Russ-Polen, | Nichtbeschaffung eines
Unterkommens, | Polizeikommission des
Senats zu Bremen, | 1. Mai
1885. |
| 12 | Johann Baptist
Petitde mangle,
Holzschuhmacher, | geboren am 14. Februar
1827 zu Bau f. Neure-
the, Frankreich, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 24. April
1885. |
| 13 | Christian Kämpf,
Schiffer, | geboren am 10. Mai
1861 zu Basel, Schweiz,
ebendaselbst ortsangeh. | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 22. Mai
1885. |

| Zahl. Nr. | Name und Stand | Alter und Geburtsort | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. |
|-----------|-------------------------------------|---|----------------------------|---|-----------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 14 | Jos. Gance, Tagner, | geboren am 24. Juni 1837 zu Vertrambois bei Luneville, Frankreich, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar, | 12. Juni 1885. |
| 15 | Jos. Cermal, Eisarbeiter, | geboren am 24. November 1840 zu Prag, Böhmen, ortsangehörig in Benešchau bei Prag, wohnhaft zuletzt in Markolsheim, Nieder-Elsaß, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Straßburg, | 23. Juni 1885. |
| 16 | Euzian Viktor Rivaille, Tagelöhner, | geboren am 10. Januar 1854 zu Paris, Frankreich, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Metz, | 25. Juni 1885. |

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachung der Ständischen General-Direktion der Land-Feuer-Sozietät der Kurmark und der Niederlausiz.

Feuerkassengelder-Ausschreiben

für die Land-Feuer-Sozietät der Kurmark Brandenburg, des Markgrafthums Niederlausiz und der Distrikte Jüterbog und Belzig für das I. Halbjahr 1885.

Für das I. Halbjahr 1885 sind von Sozietäts-Mitgliedern überhaupt aufzubringen: a. Vergütungskassengelder für Immobilien-Brandschäden incl. Abschätzungskosten: 670 878 M. 83 Pf., b. dergleichen für Mobiliar-Brandschäden incl. Abschätzungskosten: 28 657 M. 84 Pf., c. Spritzen-Prämien: 11 135 M., d. Wasserwagen-Prämien: 3 626 M., e. Pertinenzschäden-Vergütungen: 11 873 M. 96 Pf., f. Verwaltungskosten: 46 466 M. 46 Pf., g. Extraordinarien: 5 629 M. 85 Pf. Summa: 778 267 M. 94 Pf.

Hiervon kommen in Abzug: a. das nach dem Ausschreiben pro II. Semester 1884 verbliebene Guthaben von 7 991 M. 74 Pf., b. die Beiträge der Mobiliar-Versicherten pro I. Semester 1885: 33 474 M. 07 Pf., c. an Zinsen: 8 420 M. 88 Pf., d. an extraordinären Einnahmen: 5 829 M. 49 Pf.

Zusammen: 55 716 M. 18 Pf., so daß noch aufzubringen bleiben: 722 551 M. 76 Pf. Zur Deckung dieser Summe werden für Gebäude der I. Klasse 7 Pf., der II. Klasse 14 Pf., der III. Klasse 49 Pf., der IV. Klasse 84 Pf. für 100 M. Versicherung ausgeschrieben, und sind demnach aufzubringen für Gebäude der I. Klasse von 246 440 050 M. Versicherungskapital 172 508 M. 04 Pf., II. Klasse von 122 215 600 M. Versicherungskapital 171 101 M. 84 Pf., III. Kl. von 78 266 300 M. Versicherungskapital 383 504 M. 87 Pf., IV. Klasse von 340 650 M. Versicherungskapital 2 861 M. 46 Pf., zusammen: von 447 262 600 M. Versicherungskapital 729 976 M. 21 Pf., also gegen obige Bedarfssumme von 722 551 M. 76 Pf. mehr: 7424 M. 45 Pf., welcher Betrag den Sozietätsmitgliedern bei Erlaß des Feuerkassengelder-Ausschreibens pro II. Semester 1885 zu Gute gerechnet werden wird.

Die Sozietätsmitglieder werden hierdurch veranlaßt, die von ihnen zu leistenden Beiträge nach Maßgabe der besonderen Aufforderungen der Kreis-Feuer-Sozietäts-Direktionen, beziehungsweise Orts-Erheber, ungesäumt zu entrichten.

Berlin, den 15. Juli 1885.

Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Sozietät der Kurmark und der Niederlausiz.

(Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gays'schen Erben (E. Gays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 32.

Den 7. August

1885.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Revision der Dampfessel im Baukreise Wittstock betreffend.

178. Der auf die Kreisbauinspektor-Stelle in Wittstock versetzte Königl. Baurath Sächmann ist mit der Revision der Dampfessel im Baukreise Wittstock in Gemäßheit meiner Verordnung vom 20. September 1882 (Amtsbl. St. 39 Seite 379) betraut worden.

Potsdam, den 4. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft die Eintragung der Beschäftigungs- u. Bemerkte in die Pensions-Quittungsbücher der im Civildienst beschäftigten Militair-Invaliden und die Einsehung der Bücher zur Pensions-Regelung.

179. Wie aus den in den letzten Jahren hierher eingereichten Anträgen auf Niederschlagung überhöbener Invalidenpensionsbeträge ersehen worden, sind in den meisten Fällen die Pensionsüberhebungen dadurch veranlaßt worden, daß seitens der anstellenden Behörden die zur Verhütung solcher Ueberhebungen in den Ausführung-Bestimmungen des Bundesraths vom 22. Februar 1875 zu dem Militairpensionsgesetz vom 27. Juni 1871 gegebenen Vorschriften — publicirt in dem Centralblatt für das Deutsche Reich vom 26. Februar 1875, Nr. 9, Seite 142 u. f. — nicht genügende Beachtung gefunden haben.

Die Königl. Regierung wird daher ergebenst ersucht, die unterstellten Behörden auf die stricte Beachtung der erwähnten Vorschriften gefälligst hinzuweisen und dieselben anzuhalten, bei etwaigen Anstellungen von Militair-Invaliden in ihren Ressorts das Pensions-Quittungsbuch in jedem Falle sofort abzunehmen, dasselbe mit den vorgeschriebenen Bemerkungen über die Beschäftigung u. zu versehen und demnächst der Königl. Regierung zur Regelung des Pensionsbezuges ungefäumt vorzulegen. Es dürfte vielleicht sich ferner empfehlen, durch eine bezügliche Publication in dazu geeigneten öffentlichen Blättern auch die übrigen betheiligten Behörden auf die genaueste Beachtung der Vorschriften des Bundesraths — insbesondere sub II. C. 1. zu § 102 l. c. — aufmerksam zu machen resp. mit den betreffenden außerpreussischen Ressort-Ministerien diesbezüglich in Kommunikation zu treten.

Sollten fernerhin hier Fälle zur Vorlage kommen, bei denen die Pensions-Ueberhebung auf die Nichtbeachtung der erwähnten Vorschriften Seitens der anstellenden Behörden zurückzuführen ist und die indebit gezahlten Pensionsbeträge von den Empfängern nicht

wieder zu erlangen sind, würde nur erübrigen, den Regreß gegen diejenigen Beamten der anstellenden Behörden zu nehmen, durch deren vertretbares Versehen die Reichskasse geschädigt worden ist.

Berlin, den 5. Juni 1885.

Kriegsministerium,

Departement für das Invaliden-Wesen.

gez. von Grolman.

gez. Wischhusen.

An die Königl. Regierung in Potsdam.

Nr 401 6 85 D. f. J. B.

Vorstehenden Erlaß theile ich hierdurch den **sämmtlichen Reichs-, Staats-, Kommunal- und sonstigen Behörden** zur gefälligen Kenntnissnahme und Beachtung mit dem ergebenen Bemerkten mit, daß der vorbezeichnete Bundesraths-Beschluß im Amtsblatt für 1875, Seite 294 und folg. abgedruckt worden ist.

Potsdam, den 18. Juni 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Den Hebammenunterricht betreffend.

180. 1) In der Königl. Hebammenlehranstalt in der Charité zu Berlin wird der Lehrkursus fortan 6 Monate lang dauern, am 1. Oktober beginnen und Ende März aufhören.

Schülerinnen, welche auf ihre eigenen Kosten an dem Kursus theilnehmen, haben für Wohnung und Verpflegung in der Lehranstalt für die Dauer des Lehrkursus 260 Mark zu entrichten und diesen Betrag vor dem Beginn des Lehrkursus an die hiesige Königl. Regierungshaupt-Kasse zu bezahlen. Die darüber erhaltene Quittung haben sie dem Direktor der Hebammenlehranstalt bei ihrem Eintritt in diese zu übergeben; ohne dieselbe abgegeben zu haben, werden sie nicht zum Unterricht zugelassen werden.

2) In der Hebammenlehranstalt zu Frankfurt a./D. wird der Lehrkursus fortan am 2. Oktober beginnen und acht Monate dauern, also Ende Mai des folgenden Jahres endigen.

Schülerinnen, welche zu Bezirkshebammen aus-
ersuchen sind, haben in dieser Anstalt Unterricht, Wohnung und Unterhalt frei; sofern ihnen dafür Kosten berechnet werden müßten, werden diese auf mindestens 250 Mark festgesetzt. Solche Schülerinnen, welche zur Ausbildung als frei practicirende Hebammen auf eigene Kosten in derselben zugelassen werden, haben für Unterricht, Wohnung und Verpflegung während des Lehrkursus 320 Mark zu bezahlen.

Die von Vorstehendem abweichenden Bestimmungen

in § 5 und 7 der Instruktion, betreffend das Bekammenwesen im hiesigen Bezirke, werden hiermit aufgehoben.

Potsdam, den 25. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

181. Der Milzbrand ist unter dem Rindvieh des Gutes Pareß, im Kreise Lihavelland, ausgebrochen. Auch auf der Domaine Kienberg in demselben Kreise sind eine Kuh und zwei Pferde an dieser Seuche verendet. Potsdam, den 27. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

182. Die Kopfschmerzkrankheit ist bei einem Pferde des Bauern Engel zu Neu-Lögow im Kreise Ruppın, ferner bei den drei Pferden des Fuhrmanns Schulze und dem Pferde des Handelsmanns Liefeld zu Jüterbog constatirt worden.

Das Pferd des Handelsmanns Pauliä zu Nieder-Schönweide im Kreise Teltow ist von der Räude befallen. Potsdam, den 29. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

183. Am Milzbrand ist am 28. d. M. eine Kuh auf der Domaine Berge im Kreise Lihavelland gefallen. Potsdam, den 30. Juli 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirks-Ausschüsse.

Eröffnung der kleinen Jagd.

7. Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870 (Ges. S. 98) in Verbindung mit § 107 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Ges. S. 237) wird für den Regierungsbezirk Potsdam als Tag der Eröffnung der diesjährigen Jagd auf **Nebhühner Montag, der 24. August, auf Hasen Montag, der 14. September**, hierdurch festgesetzt.

Die Jagd auf Auer-, Wirs-, Hasenhenken, Haselwild und Bachstelze hat dagegen bis zu dem gesetzlichen Eröffnungstermin (1. September) zu ruhen.

Potsdam, den 29. Juli 1885.

Namens des Bezirksausschusses:

der Vorsigende v. Neefe.

Die Gestattung von Vorarbeiten für eine normalspurige Eisenbahn von Neu-Ruppın nach Wittstock betreffend.

8. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat durch Erlaß vom 12. Juni d. J. dem Comité für den Bau einer Eisenbahn von Neu-Ruppın nach Wittstock die Erlaubniß zur Anfertigung der generellen Vorarbeiten für eine normalspurige Eisenbahn von Neu-Ruppın nach Wittstock bis zum 1. Januar 1886 erteilt.

Auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 und des § 150 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 wird demgemäß hierdurch angeordnet, daß die beteiligten Grundbesitzer den mit der Vornahme jener Vorarbeiten beauftragten Beamten, sowie deren Gehülfen und Arbeitern sowohl den Zutritt

auf ihren Grund und Boden, als auch die zur Erledigung der fraglichen Vorarbeiten erforderlichen Maßnahmen zu gestatten haben.

Der Unternehmer hat jedoch von jeder Vorarbeit unter Bezeichnung der Zeit und der Stelle, wo sie stattfinden soll, mindestens zwei Tage zuvor den Vorstand des betreffenden Gemeinde- oder Gutsbezirks in Kenntniß zu setzen, welcher davon die beteiligten Grundbesitzer speziell oder in ortsüblicher Weise generell weiter zu benachrichtigen hat.

Der den Grundbesitzern etwa erwachsende Schaden wird von dem Unternehmer vergütet.

Eine Zerstörung von Pauslichkeiten jeder Art sowie das Fällen von Bäumen ist nur mit besonderer diesseitiger Genehmigung zulässig.

Potsdam, den 29. Juli 1885.

Namens des Bezirksausschusses:

der Vorsigende v. Neefe.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Postanweisungsverkehr nach Gibraltar und nach Malta.

6. Vom 1. August d. J. ab können im Verkehr zwischen Deutschland einerseits und Gibraltar und Malta andererseits, durch Vermittelung der Britischen Postverwaltung, Postanweisungen ausgetauscht werden. Auf den Postanweisungsaustausch mit Gibraltar finden die gleichen Bedingungen, wie für den Verkehr mit Großbritannien und Irland, für den Postanweisungsaustausch mit Malta dagegen die für den Verkehr mit den Britischen Kolonien allgemein festgesetzten Bedingungen Anwendung. Die Postanstalten erteilen nähere Auskunft.

Berlin W., 23. Juli 1885.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

v. Stephan.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Post-Anweisungen.

38. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern die nachstehend verzeichneten, in Berlin an den angegebenen Tagen aufgeliesserten unanbringlichen Post-Anweisungen: an Langguth in Eßlingen über M. 15,00, 5. Januar 1885, an Becker in Köln (Rhein) über M. 142,00, 24. Januar 1885, an Steueramt für Gerichtskosten-Erhebung in Berlin über M. 5,60, 3. März 1885, an Wochmann in Berlin über M. 1,00, 10. März 1885, an Schondorf in Berlin über M. 0,85, 16. März 1885, an das Steueramt in Pölsin über M. 15,00, 16. März 1885, an Feinze in Neustadt-Leipzig über M. 3,00, 18. März 1885, an Levin in Rostock über M. 9,00, 31. März 1885, an die Gerichtskasse in Berlin über M. 4,00, 7. April 1884, an Wertheim in Berlin über M. 1,50, 13. April 1884, an Thun in Berlin über M. 20,00, 17. April 1885, an Wertheim in Berlin über M. 1,50, 20. April 1885, an Schulz in Berlin über M. 5,00, 22. Mai 1885, an Nowka in Berlin über

M. 4,45, 9. Juni 1885, sowie die Nachnahme-Post-Anweisungen an Feldmann in Berlin über M. 2,50, 23. Dezember 1884, an Pesner in Berlin über M. 4,00, 1. April 1885, an Gaiser & Co. in Ottensen über M. 3,60, 25. April 1885.

Die unbekannten Absender der vorstehend aufgeführten Post-Anweisungen werden ersucht, innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung ab gerechnet — bei der Ober-Postdirektion hiersebst sich zu melden, widrigenfalls die Beträge dem Post-Armensfonds anheimfallen.

Berlin C., den 31. Juli 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Schiffmann.

Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt.

39. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende, bei hiesigen Postanstalten an den bezeichneten Tagen ausgelieferte Briefe, in welchen bei der Eröffnung die dabei vermerkten Beträge gefunden worden sind: an J. F. J. in Wien, 1 fl., 18. November 1884; an Burghardt in Antwerpen, M. 10,00, 26. Januar 1885; an Ziebsdorf in Bockwig bei Müdenberg, M. 1,50, 2. Februar 1885; an A. T. 10 in Berlin, M. 20,00, 18. Februar 1885; an Reinert in Hirschberg (Schlesien) M. 0,60, 28. Februar 1885; an A. M. 100 in Marburg, M. 5,00, 17. März 1885; an Rittsche in Sellenhof b. Gölßen, M. 3,00, 19. März 1885; an Wischmann in Berlin, M. 10,00, 20. März 1885; an Schwemann in Tempelhof, M. 0,50, 23. März 1885; an Guse in Warschau, M. 15,00, 26. März 1885; an Foll in Antwerpen, M. 0,50, 6. Apr. 1885; an Fehner in Berlin, M. 1,00, 6. Apr. 1885; an Rosenberg in Berlin, M. 5,00, 14. Apr. 1885; an Targowska in Posen, M. 5,00, 16. Apr. 1885; an Heinrich in Berlin, M. 5,00, 18. Apr. 1885; an Passel in Berlin, M. 1,00, 25. Apr. 1885; an Wolff in Benninghausen, M. 5,00, 27. Apr. 1885; an das Intelligenzblatt in Berlin, M. 0,80, 27. Apr. 1885.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Briefe werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion sich zu melden, widrigenfalls die in den Sendungen aufgefundenen Beträge der Post-Armenskasse überwiesen werden.

Berlin C., den 31. Juli 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung der Staatsschulden und Reichsschuldenverwaltung.

Angebot einer Schuldverschreibung.

18. Die Deutsche Bank hiersebst hat auf Umschreibung der Schuldverschreibung der konsolidirten vierprozentigen Staatsanleihe Lit. E. N° 60077 über 300 M. (Ausfertigung vom 3. Oktober 1878) ange-

tragen, weil die rechte obere Ecke derselben durch Feuer zerstört ist. In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (G.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens am 15. Oktober d. J. uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kassirt und der Deutschen Bank ein neues, umlaufsfähiges ausgehändigt werden wird.

Berlin, den 30. März 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Tarif für die Beförderung von Pferden u. von Wien nach Deutschen Stationen

34. Mit dem 1. August d. J. tritt für die Beförderung von Pferden, Hornvieh, Borstenvieh, Schafen und Ziegen von Wien nach verschiedenen Deutschen Stationen ein neuer Tarif in Kraft.

Exemplare dieses Tarifs sind im hiesigen Auskunfts-Bureau, Bahnhof Alexanderplatz, käuflich zu haben.

Berlin, den 31. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Böhmisch-Norddeutscher Braunkohlen-Verkehr.

35. Am 1. August d. J. ist für den Transport Böhmischer Braunkohlen u. in Wagenladungen zu 10000 kg nach Norddeutschland ein neuer Tarif in Kraft getreten. Durch denselben wird der Tarif für den Böhmisch-Norddeutschen Kohlenverkehr via Reichenhain bezw. via Franzensbad vom 1. April 1884 nebst Nachträgen und der Tarif für den Transport Böhmischer Braunkohlen nach Deutschland via Bodenbach bezw. Mittelgrund vom 1. April 1884 nebst Nachträgen, letzterer mit Ausnahme der Frachtsätze für die Stationen der Sächsischen Staatsbahnen und Böhmischen Nordbahn, aufgehoben. Exemplare des Tarifs sind durch die betheiligten Gütererpeditionen und das Auskunfts-Bureau, hier, Bahnhof Alexanderplatz, zu beziehen.

Berlin, den 1. August 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Nachtrag V. zum Tarif für die direkte Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Königl. Ostbahn einerseits und Stationen der Warschau-Wiener und Warschau-Bromberger Eisenbahn andererseits.

60. Am 1. August 1885 tritt zum Tarif für die direkte Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Königl. Ostbahn einerseits und Stationen der Warschau-Wiener und Warschau-Bromberger Eisenbahn andererseits vom 1. August 1879 der Nachtrag V. in Kraft. Durch denselben gelangen combinirte Billets für den Verkehr von Warschau nach Berlin, Schlesischer Bahnhof, Alexanderplatz und Stadtbahn (Friedrichstraße, Zoologischer Garten und Charlottenburg) zur Einführung, welche zur Benützung der Personenzüge von Warschau bis Schneidemühl und ab Schneidemühl zur Benützung des Schnellzugs 2 be-

rechten. Näheres ist auf den Verbandstationen zu erfahren. Bromberg, den 25. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag 15 zum Tarif für die direkte Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Bromberg und Berlin betreffend.

61. Am 1. August d. J. tritt zum Tarif für die direkte Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Bromberg und Berlin vom 1. Mai 1880 der Nachtrag 15 in Kraft, durch welchen die Gültigkeitsdauer der Retourbillets in verschiedenen Relationen verlängert wird. Näheres ist bei den Verbandstationen zu erfahren. Bromberg, den 26. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Den Güterverkehr im Herbst betreffend.

62. Für die erfahrungsmäßig im Herbst eintretende erhebliche Steigerung des Güterverkehrs auf den Eisenbahnen sind zwar seitens der Eisenbahn-Verwaltung bereits Vorkehrungen getroffen, um den erhöhten Anforderungen an den Wagenpark nach Möglichkeit zu genügen, doch wird der Erfolg aller Seitens der Eisenbahnen zu treffenden Maßregeln nur gesichert sein, wenn auch das verkehrtreibende Publikum frühzeitig mit der Anfuhr des Herbst- und Winterbedarfs beginnt.

Wir ersuchen daher das Publikum und namentlich die Inhaber von Fabriken u. im eigenen Interesse, die Eisenbahn-Verwaltung in dem Bestreben, dem Mangel an Wagen vorzubeugen, dadurch zu unterstützen, daß, soweit als irgend thunlich, mit dem Bezug der für den Winter erforderlichen Materialien, namentlich Kohlen, Kokes u. auch für den Hausbedarf bereits mit Anfang August begonnen wird.

Bromberg, den 27. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag 5 zum Tarifheft 1 des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes.

63. Mit dem 1. August 1885 tritt zu dem Tarifheft 1 des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes, gültig vom 1. Juni 1881, der Nachtrag 5 in Kraft. Derselbe enthält ermäßigte Frachtsätze für den Transport von Holz des Spezial-Tarifs III. zwischen Stationen der Weichselbahn einerseits und Stationen der Königl. Eisenbahn-Direktionen zu Bromberg bezw. Breslau andererseits. Tarifieremplare werden bei den Verbandstationen, sowie bei der unterzeichneten Verwaltung verabfolgt.

Bromberg, den 30. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion
Namens der Verbandsverwaltungen.

Transportbegünstigung für Ausstellungs-Gegenstände.

64. Für die in der nachstehenden Zusammenstellung näher bezeichneten Gegenstände, welche auf den daselbst erwähnten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß nur für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller dagegen frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbrieves bezw. des Duplikat-Transportscheins für die Hintour, sowie durch eine Bescheinigung nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In dem Original-Frachtbrieve bezw. Duplikat-Transportschein für die Hintour ist ausdrücklich zu vermerken, daß die Sendung durchweg aus Ausstellungsgut besteht.

| Nr. | Art der Ausstellung | Ort | Zeit 1885 | Die Transportbegünstigung wird gewährt | | Zur Anfertigung der Bescheinigung sind legitimirt | Der Rücktransport muß erfolgen innerhalb | nach Schluß der Ausstellung. |
|-----|-----------------------------------|-----------------|-----------------------|---|--|---|--|------------------------------|
| | | | | für | auf den Strecken der | | | |
| 1 | Bienenzucht-Ausstellung, | Charlottenburg, | 4. bis 7. September, | Gegenstände, | sämmtlichen Preussischen Staatsbahnen, | Landes-Direktor der Provinz Brandenburg, Ausstellungs-Ausschuß, | 8 Tage | |
| 2 | Allgemeine Gartenbau-Ausstellung, | Berlin, | 5. bis 15. September, | desgleichen, | sämmtlichen Preussischen Staatsbahnen und Eisenbahnen in Elßaß-Lothringen, | Ausstellungs-Ausschuß, | 14 Tage | |
| 3 | Thierschau und Ausstellung. | Graubenz. | 5. September. | Thiere, landwirthschaftliche Maschinen, Geräthe und Produkte. | Königlichen Eisenbahn-Direktion Bromberg. | Ausstellungs-Comité. | 8 Tage | |

Bromberg, den 28. Juli 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bermischte Nachrichten.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1.
Zanf. Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|--|--|-------------------|--|--|--|
| | 2. | 3. | | | | |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | | |
| 1 | Michael
Sobiesniewski,
Arbeiter, | geboren am 20. Sep-
tember 1826 zu Ma-
lanow, Gouvernemen-
t Ploß, Rußland, eben-
dasselbst ortsangehörig, | | schwerer Diebstahl im
wiederholten Rückfall
(2 Jahre Zuchthaus laut
Erkenntniß vom 15ten
Juni 1883), | Königlich Preussische
Regierung zu Posen, | 7. Juli
1885. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | | |
| 2 | Aron Margules,
Arbeiter, | geboren 1829 in Boro-
wagora, Bezirk Eisza-
now, Galizien, eben-
dasselbst ortsangehörig, | | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 2. Juli
1885. |
| 3 | Franz Langer,
Dachbedergehülfe, | geboren am 25. De-
zember 1860 zu Wal-
tersdorf, Bezirk Olmütz,
Mähren, ortsangehörig
in Stubenseifen, Bezirk
Altstadt, ebendasselbst,
zuletzt wohnhaft in
Pilschowitz, Kreis Glei-
witz, Preußen, | | Betteln im wiederholten
Rückfall, | dieselbe, | 3. Juli
1885. |
| 4 | Franz Bloch,
Schneider, | geboren am 20. No-
vember 1856 zu Ja-
debnia, Bezirk Wado-
wice, Galizien, eben-
dasselbst ortsangehörig, | | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Frankfurt a./D., | 11. Juni
1885. |
| 5 | Magnus Persson,
Landarbeiter, | geboren am 22. August
1850 zu Mersult, Be-
zirk Kronoberg, Schwe-
den, ebendasselbst orts-
angehörig, | | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussische
Landdrostei Lüne-
burg, | 23. April
1885. |
| 6 | Eduard Anton
Sacher,
Goldarbeiter, | geboren am 24. De-
zember 1866 zu Prag,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | | Betrug, Betrugsversuch
und Landstreichen, | Königlich Preussische
Landdrostei Hildes-
heim, | 22. Juni
1885. |
| 7 | Benzel Gadosky,
Töpfergeselle, | geboren am 25. April
1838 zu Prag, Böh-
men, ortsangehörig in
Raditz, Bezirk Smi-
chow, ebendasselbst, | | Landstreichen, | dieselbe Behörde, | 1. Juli
1885. |
| 8 | Franz Maara
(oder Mara),
Schuhmachergehülfe, | geboren am 15. Novem-
ber 1862 zu Langendorf,
Bezirk Schüttenhofen,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | | Sachbeschädigung, Ruhe-
störung, Landstreichen,
Betteln, Legittimations-
fälschung, | Stadtmagistrat Ro-
senheim, Bayern, | 19. Juni
1885. |

| Nr.
Satz. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|--|---|---|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 9 | Edmund Mayer,
Schlossergehülfe, | geboren am 16. Okto-
ber 1858 zu Prerau,
Bezirk Olmütz, Mäh-
ren, ortsangehörig in
Platten, Bezirk Jo-
achimsthal, Böhmen, | Widerstand, Beleidigung,
Ruhestörung u. Betteln
im wiederholten Rückfall, | Königlich Sächsischer
Kreisshauptmann-
schaft Zwickau, | 7. März
1885. |
| 10 | Alfred Wilbaur,
Arbeiter, | 32 Jahre, geboren in
Tournay, Belgien, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 28. Juni
1885. |
| 11 | Nikolaus Keschbach,
Färber, | geboren am 15. Januar
1853 zu Basel,
Schweiz, | Landstreichen, | derselbe, | 29. Juni
1885. |
| 12 | Johann Keschbach,
Färber, | geboren am 8. August
1855 zu Basel,
Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 13 | August Heinrich
Kohmann,
Druckergehülfe, | geboren am 26. Februar
1866 zu Basel,
Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 14 | Maximilian Morin,
Feiger, | geboren am 13. Februar
1862 zu Montluçon,
Departement Allier,
Frankreich, | desgleichen, | derselbe, | 1. Juli
1885. |
| 15 | Georg
Buhlschlager,
Buchbinder, | geboren am 5. Juni
1865 zu Wilschingen,
Kanton Schaffhausen,
Schweiz, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 24. Juni
1885. |
| 16 | Adolf de Porter,
Tagelöhner, | geboren am 20. März
1861 in Altre, Belgien,
ebendaf. ortsangehörig, | Landstreichen, | derselbe, | 25. Juni
1885. |
| 17 | Eduard Schlefer,
Bautechniker, | geboren am 5. August
1858 zu Engelsberg,
Bezirk Freudenthal,
Oesterreich-Schlesien,
ebendasselbst ortsange-
hörig, wohnhaft zuletzt
in Breslau, | Diebstahl und Nichtbe-
schaffung eines Unter-
kommens, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 8. Juli
1885. |
| 18 | Andreas Samiecha,
ohne Stand, | 38 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Ro-
race, Bezirk Warschau,
Russisch-Polen, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 22. Juni
1885. |
| 19 | Abraham Peller,
Handelsmann, | 22 Jahre, geboren an-
geblich in Jedlowa,
Bezirk Pilsno, Ga-
lizien, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen, | derselbe, | 23. Juni
1885. |
| 20 | Karl Friedrich Kreide,
Töpfergehilfe, | geboren am 17. April
1861 zu Dux, Bezirk
Teplic, Böhmen, eben-
dasselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Eilenburg, | 4. Juli
1885. |
| 21 | Franz Haway,
Tagelöhner, | 69 Jahre, geboren zu
Marneff, Belgien, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussische
Regierung zu Arn-
berg, | 18. Mai
1885. |

| Satz. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------|---|---|---|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 22 | Karl Brasse,
Gärtnergehilfe, | geboren 1859 zu Say-
busch, Galizien, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Stadtmagistrat Kauf-
beuren, Bayern, | 19. Juni
1885. |
| 23 | Murachelli Bettino,
Minenarbeiter, | geboren am 7. Juli 1845
zu Ono St. Pietro,
Provinz Brescia, Ita-
lien, ebendaselbst orts-
angehörig, | Diebstahl, Landstreichen
und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Col-
mar, | 28. Mai
1885. |
| 24 | Johann Anton Ephrem
Dardenne,
Heizer, | geboren am 14. März
1845 zu Cologne,
Departement Gers,
Frankreich, ebendaselbst
ortsangehörig, | Hausfriedensbruch, Ver-
leumdung, Landstreichen, | derselbe, | 16. Juni
1885. |
| 25 | Johann Pizanini,
Erdarbeiter, | geboren am 15. August
1828 zu Rivaro-Darret,
Italien, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 26 | Peter Pascal,
Erdarbeiter, | geboren am 29. De-
cember 1850 zu Trient,
Tirol, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 27. Juni
1885. |
| 27 | Jakob Siegrist,
Anseger, | geboren am 19. De-
cember 1866 zu Meisters-
schwanden, Kanton
Aargau, Schweiz,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | desgleichen, | derselbe, | 3. Juli
1885. |
| 28 | Tobias Pfister,
ohne Stand, | 21 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Tur-
ka, Gouvernement Ka-
lisch, Russisch-Polen,
wohnhaft zuletzt in
Straßburg i./E., | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg, | 8. Juli
1885. |
| 29 | Chane Stein,
verheiratete Arbeiterin, | 50 Jahre, geboren und
ortsangeh. in Stschut-
schin, Russisch-Polen,
wohnhaft zuletzt in
Westhausen, Elßaß, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 30 | Laib Perlstein,
Schuhmacher, | 56 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Won-
sos, Russisch-Polen,
wohnhaft zuletzt in
Westhausen, Elßaß, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 31 | Adolf Michel,
ohne Stand, | geboren am 10. No-
vember 1863 zu Nan-
cy, Departement Meur-
the et Moselle, Frank-
reich, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 6. Juli
1885. |
| 32 | Emil Schärer,
Sattler, | geboren am 6. Sep-
tember 1865 zu Bern,
Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | 7. Juli
1885. |

Personal-Chronik.

Dem Herrn Regierungs-Assessor Dr. von Bethmann-Hollweg, welcher bisher bei der hiesigen kgl. Regierung beschäftigt war, ist die interimistische Verwaltung des erledigten Landrathsamts des Kreises Oberbarnim zu Freienwalde a./O. vom 5. August d. J. ab übertragen worden.

Im Kreise Oberbarnim ist nach Ablauf seiner bisherigen Dienstzeit der Rittergutsbesitzer, Königl. Major a. D. von Jena zu Goethen von Neum zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks I. Goethen ernannt worden.

Im Kreise Westprignitz ist an Stelle des Gutsbesizers C. Wendt in Breez, welcher das Amt wegen häufiger Abwesenheit aus dem Bezirke niedergelegt hat, der Gutsbesitzer Ernst Wendt in Breez zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk II. Elbenburg ernannt worden.

In Stelle des verstorbenen Kreis-Physikus Dr. Senfius ist der Kreis-Physikus Dr. Richard Großmann, bisher zu Dornitz, zum Kreis-Physikus des Kreises Oberbarnim mit dem Amtssitze in Freienwalde ernannt worden.

Der Superintendent und Pfarrer Heinrich Julius Hermann Büchsel zu Niederfinow, Diözese Eberswalde, ist zum Superintendenten der Diözese Wusterhausen ernannt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Stülpe, Diözese Lüdowalke, Emil Adolph Hieroth, ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Werder, Diözese Lüdowalke, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer August Konrad Gottschid in Zaagle, Diözese Wittstock, ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Garmsow, Diözese Prenzlau II., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Werder, Diözese Lüdowalke, Johann Friedrich Wilhelm Franz Jungmann, ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Heidelberg, Diözese Eberswalde, bestellt worden.

Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Schmötzke, Diözese Dom-Brandenburg, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Diez demnachst zur Erledigung.

Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Carlis, Diözese Dom-Brandenburg, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Heydler demnachst zur Erledigung.

Die unter Privat-Patronat stehende Diakonat- und Rektorstelle zu Gremmen, Diözese Rauen, kommt durch die Versetzung des Diakonat- und Rektorats-Verwesers Petersen zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Eine Dienstwohnung ist nicht vorhanden.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Grüneberg, Diözese Jeydenitz, ist durch das Ableben des Pfarrers Pictsch am 25. Juni d. J. zur Erledigung gekommen.

Von der Parochie Grüneberg wird das Filial Hoppenrade abgezweigt werden, wodurch sich das Pfarr-einkommen um die aus Hoppenrade fließenden Einkommenstheile im Gesamtbetrage von ca. 300 Mark jährlich verringern wird.

(Hierzu Zwei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einhaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Verlag, Buchdruckerei der H. W. Gays'schen Erben (H. Gays, Hof-Buchdrucker).

M t s b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 33.

Den 14. August

1885.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachung.

den Ankauf von Remonten pro 1885 betreffend.
Regierungsbezirk Potsdam.

16. Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche der Königl. Regierung zu Potsdam für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am 18. August Meyenburg in/Priegn.,

- 19. Wittstock,
- 21. Prignitz,
- 22. Perleberg,
- 24. Penzen a. d. Elbe,
- 25. Havelberg,
- 26. Kyritz,
- 27. Neu-Stuppin,
- 28. Lindow.

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkaufenen Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt. Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, ebenso Krippensetzer (Kopper), welche sich innerhalb der ersten 28 Tage nach dem Eintreffen in den Depots als solche zeigen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht gehörig legitimierten Bevollmächtigten der Kommission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind ferner verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke rindlederene Trense mit starkem Gebiß und einer Kopfhälfte von Leder oder Hanf mit 2 mindestens 2 Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abkammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, ist es erwünscht, daß die Deckheine möglichst mitgebracht werden. Auch werden die Verkäufer ersucht die Schweife der Pferde nicht zu coupiren, oder übermäßig zu verkürzen.

Berlin, den 8. März 1885.

Kriegs-Ministerium,

Abtheilung für das Remonte-Wesen.

gez. Febr. v. Troschke. Graf v. Rindow-Proem.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Die Eröffnung der Jagd auf Rebhühner für den Bezirk des Stadtkreises Berlin betreffend.

8. Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Schonzeit des Wildes vom 26. Februar 1870 in Verbindung mit dem § 107 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 und dem § 43 Abs. 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird für den Bezirk des Stadtkreises Berlin als Tag der Eröffnung der diesjährigen Jagd auf Rebhühner Montag, der 24. August, hierdurch festgesetzt.

Potsdam, den 8. August 1885.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

In Vertretung: Schulze.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Den Nachlaß des Deutschen Seemanns R. Borchmann betreffend.

184. Der Deutsche Seemann R. Borchmann, dessen Wohn- oder Geburtsort nicht zu ermitteln war, ist im Dienste des Britischen Schiffs „Alumina“ am 22. Dezember 1882 im Alter von 25 Jahren ertrunken. Der Nachlaß des Verstorbenen besteht aus 57 L 17 sh 8 d (ungefähr 1160 M.) in baarem Gelde und einigen Effekten von geringem Werthe.

Etwaige Erbansprüche an diesen Nachlaß sind bei dem Kaiserlichen General-Konsulate in London geltend zu machen.

Vorstehender Aufruf, den Nachlaß des Deutschen Seemanns R. Borchmann betreffend, wird hierdurch auf Anordnung des Herrn Ministers des Innern zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 7. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung kunstgewerblicher Ausstellungs-Gegenstände in Berlin.

185. Der Herr Ober-Präsident hat dem geschäftsführenden Ausschuss der Aussteller der Deutschen Kunstgewerbehalle zu Berlin für den Umfang der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg die Erlaubniß zu einer am 2. und 4. Januar 1886 zu veranstaltenden öffentlichen Verloosung kunstgewerblicher Ausstellungs-Gegenstände auf Grund des vorgelegten Verloosungsplans, nach welchem 10000 Loose zu 1 M. ausgegeben und 5000 Gewinne zum Werthe von 62900 M. zur Verloosung gelangen sollen, ertheilt.

Potsdam und Berlin, den 4. August 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Vize-Präsident.

gierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen."

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a./S., den 3. August 1885.

Königl. Oberbergamt.

7. Nachstehende Verleihungsurkunde:

"Auf Grund der am 14. April 1885 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Domänenpächter W. Brückner auf Domäne Hammer bei Liebenwalde unter dem Namen „Pequena" das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriß mit den Buchstaben: f. g. h. i. k. p. q. f. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 166 874,5 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhundertsechszigtausend achthundertvierundsiebzig einhalb Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Liebenwalde und Königl. Forst Liebenwalde im Kreise Niederbarnim des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen."

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a./S., den 3. August 1885.

Königl. Oberbergamt.

8. Nachstehende Verleihungsurkunde:

"Auf Grund der am 2. Mai 1885 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Domänenpächter W. Brückner auf Domäne Hammer bei Liebenwalde unter dem Namen „Kamerun" das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriß mit den Buchstaben: k. l. m. n. o. p. k. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2 171 597 qm, geschrieben: Zwei Millionen einhunderteinundsiebzigtausend fünfhundertfiebenundneunzig Quadratmeter umfassend, innerhalb des Königl. Forstes Liebenwalde im Kreise Niederbarnim des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen."

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36

des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a./S., den 3. August 1885.

Königl. Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Transportbegünstigung für Ausstellungsgegenstände betreffend.

63. Für diejenigen Gegenstände, welche auf der vom 19. bis 27. September d. J. in Colmar i./El. stattfindenden Weinbau-, Gartenbau-, Bienenzucht- und Geflügel-Ausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifräßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes für die Hinfahrt, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungs-Comités nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb acht Tage nach Schluß der Ausstellung stattfindet.

In dem Original-Frachtbriefe über die Einsendung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit demselben aufgegebenen Sendung durchweg aus Ausstellungsgut besteht.

Bromberg, den 4. August 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, den Forstmeister Kunnebaum zu Eberswalde zum Forstmeister mit dem Range der Regierungsräthe zu ernennen.

Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, dem Schäferei-Direktor Carl Schulz zu Prenzlau den Charakter als „Oeconomie-Rath" zu verleihen.

Dem Betriebs-Kassen-Adjunkten Darske in Balle (beim Betriebs-Amt Berlin-Schneidemühl) ist der Charakter als Rechnungsrath Allerhöchst verliehen worden.

Das unter Königlichem Patronat stehende, am gegründete Diaconat zu Nowawes, Diözese Potsdam I., soll demnächst besetzt werden.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Diaconat zu Neu-Ruppin, Diözese Neu-Ruppin, kommt durch das Aufrücken des Diaconus Spiegel demnächst zur Erledigung.

An dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Berlin ist der ordentliche Lehrer Dr. Schneider zum Oberlehrer befördert und der Schulamts-Kandidat Gänther als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Duth ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Dem Oberlehrer Dr. Zaurig an dem Königl. Realgymnasium in Berlin ist das Prädikat „Professor" verliehen worden.

Der Gemeindefullehrer Müller ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Dem Küster und 1. Knaben-Lehrer Franz Heinrich Rudolf Candler zu Rallberge-Rüdersdorf, Diözese Strausberg, ist der Titel „Rantor“ verliehen worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Kammergerichts
in den Monaten Juni und Juli 1885.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: Der Landrichter Kinkel in Berlin zum Oberlandesgerichtsrath in Breslau, der Gerichtsassessor Dr. Krönig zum Amtsrichter beim Amtsgericht in Lützenwalde, der Landgerichtsdirektor Lettgau in Meiningen zum Präsidenten des Landgerichts in Prenzlau, der Landgerichtsrath Humbert in Berlin zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht I. in Berlin, der Landrichter Dr. Dischhausen in Berlin zum Landgerichtsdirektor bei dem Landgericht in Schneidemühl.

Versetzt sind: Der Amtsrichter Kersandt in Bongrowitz an das Amtsgericht zu Landsberg a./W., Amtsrichter Dr. Kroneder in Berlin als Landrichter an das Landgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Steinkopf in Gollnow an das Amtsgericht I. in Berlin.

Versorben ist: Der Landgerichtsdirektor Saling in Berlin.

Pensionirt sind: Der Amtsgerichtsrath Strud in Landsberg a./W., der Amtsgerichtsrath von Nordenskiöld in Berlin, Kammergerichtsrath Freiherr von Lügow.

II. Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt die bisherigen Referendare: Rothes, Wegener, Dr. Herrmann, Cohen, Richter, Lewinsky, Dr. Schubert, Krande, Meß, Dr. Engel, Loesener, Dr. Resmak, Teschendorf, von Schudmann, Dr. Krebs, von Eisenhart-Rothe, Dr. Felix Lewald, Colomb, Dr. Sarre, Dr. Otto Lewald, Dieckel, Otto Krüger, Kroner, von Schelling, Ahlemeyer, Kobligk, Dieterici.

Entlassen: Peschke in Folge seiner Wahl zum besoldeten Stadtrath zu Frankfurt a./D., von Sydow behufs Uebertritts in die Allgemeine Staatsverwaltung.

Versetzt: Dr. Krebs in den Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Zugelassen sind zur Rechtsanwaltschaft: Die Gerichtsassessoren Loeser beim Amtsgericht zu Storkow, Landsberg beim Landgericht I. zu Berlin, Reißner, Aronsohn und Dr. Loewy daselbst, Pietsch beim Amtsgericht zu Neppen, Plinzner beim Landgericht I. zu Berlin, der Gerichts-Assessor a. D. Zudermann beim Amtsgericht zu Forst, der Rechtsanwalt Voelling aus Schwiebus beim Amtsgericht zu Charlottenburg, der Rechtsanwalt Dinger aus Brandenburg beim Amtsgericht in Tangermünde.

Gelöscht ist in der Liste der Rechtsanwälte: Der Rechtsanwalt Dinger beim Amtsgericht zu Brandenburg.

Zu Notaren sind ernannt im Bezirke des Kammergerichts: Der Rechtsanwalt Justizrath Asmy mit Anweisung seines Wohnsitzes in Potsdam, der Rechtsanwalt Meyer daselbst, der Rechtsanwalt Dr. Heymann und der Rechtsanwalt Hans Hoffmann mit Anweisung ihres Wohnsitzes in Berlin.

Gestorben sind: Die Rechtsanwälte und Notare, Justizräthe Licht in Potsdam und Kremnitz in Berlin.

Der Rechtsanwalt und Notar Voelling in Schwiebus hat das Notariat niedergelegt.

IV. Referendare.

Ernannt sind zu Referendaren die bisherigen Rechtskandidaten: Wagener, Schneider, Frige, Wähle, Raegell, Appel, Fischer, Bosse, Rosenthal, von Ullanski, Wilke, Brendel, Scherz, Persius, Marcard, Schallehn, Freiherr von Richtenhofen, Gieblow, de Weerth, Wengel, Dosing, von Pobjascki, Weber, Krens, Boschau, Sydow, Vuber, von Buch.

Uebgenommen: Graf York von Wartenburg aus dem Bezirke Breslau;

von Harling in den Bezirk Celle, Stute in den Bezirk Naumburg.

Entlassen: von Mellenthin im Disciplinarwege, Heese, Richter und Spendelin behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst.

Gestorben: Karstedt.

V. Subalternbeamte.

Versetzt sind die Gerichtsschreiber Fischer in Peitz an das Amtsgericht zu Cottbus, Fürle in Templin an das Amtsgericht zu Charlottenburg, Schölke in Templin an das Amtsgericht zu Beeskow, der etatsm. Gerichtsschreibergehilfe Ehrenreich aus Templin an das Amtsgericht zu Fürstenberg a./D., die Gerichtsvollzieher Kramme aus Friedeberg NmK. an das Amtsgericht zu Neubamm, Pohlant von dort an das Amtsgericht zu Friedeberg NmK., Baumann vom Amtsgericht Berlin II. an das Amtsgericht Berlin I., Ruchy aus Berlinchen an das Amtsgericht in Cottbus, Vocker aus Landsberg a./W. an das Amtsgericht zu Berlinchen, die Gerichtsschreibergehilfen Geißler vom Landgericht in Guben als Assistent an die Staatsanwaltschaft daselbst, Jank aus Calau an das Landgericht in Guben.

Zu Gerichtsschreibern sind ernannt: Gradewitz, Bureau-Hülfsarbeiter aus Cottbus, beim Amtsgericht Berlin I., Seyler, desgl. aus Berlin beim Amtsgericht daselbst, Paag, etatsm. Gerichtsschreibergehilfe aus Driesen beim Amtsgericht in Templin, Kleszewsky, desgl. aus Sonnenburg beim Amtsgericht in Peitz, Hartung, etatsm. Gerichtsvollzieher aus Berlin beim Amtsgericht zu Wend.-Buchholz, Schlegel, etatsm. Gerichtsschreibergehilfe aus Fürstenberg beim Amtsgericht zu Wittstock, Schmidt, etatsm. Gerichtsvollzieher aus Rathenow beim Amtsgericht zu Beelitz, Otto, etatsm. Assistent bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin II. bei

dem Amtsgericht Berlin I., Nippe, etatsm. Gerichtsschreibergehilfe aus Landsberg a./B. beim Amtsgericht daselbst, Thomas, desgl. aus Havelberg beim Amtsgericht in Templin;

zu etatsmäßigen Gerichtsvollziehern: die Militairanwärter Fischer beim Amtsgericht in Sonnenburg, Diezel und Moese beim Amtsgericht I. in Berlin und der Gerichtsvollzieher fr. Auftrages Julius Richter beim Amtsgericht zu Forst i./A.;

zu etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen: der Militairanwärter Hase beim Amtsgericht Berlin II., der blätarische Gerichtsschreibergehilfe Rahz aus Senftenberg beim Amtsgericht in Eberswalde, der Militairanwärter Zahn aus Berlin beim Amtsgericht in Sonnenburg, der geprüfte Justizanwärter Drogolin beim Amtsgericht in Templin, der Militairanwärter Braun aus Berlin beim Amtsgericht in Driesen, der geprüfte Justizanwärter Dammann aus Berlin beim Amtsgericht zu Havelberg, der Militairanwärter Brutschke aus Berlin beim Amtsgericht zu Calau, der Gerichtsvollzieher Linkersdorf aus Prenzlau beim Landgericht zu Landsberg a./B. und der Militairanwärter Schulze aus Neu-Ruppin beim Amtsgericht in Charlottenburg.

Personen: der Gerichtsschreiber Grassow beim Amtsgericht in Potsdam, die etatsm. Gerichtsvollzieher Schumann zu Brandenburg a./H. und Schulz zu Finsterwalde, die Gerichtsschreiber Anhalt beim Amtsgericht in Königs-Wusterhausen und Kolschorn beim Amtsgericht zu Havelberg, König, etatsm. Ranglist bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts zu Frankfurt a./D.

Gestorben: Vog, Inspektor bei dem Untersuchungsgefängnis zu Berlin, Carl, etatsm. Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Berlin I., Splitt, Gerichtsschreiber beim Amtsgericht I. zu Berlin.

Personal-Veränderungen
im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirektion Berlin.

Im Laufe des Monats Juli sind:

versetzt: Postdirektor Hildebrandt von Gotha nach Berlin, Ober-Postsekretair Leonhardt von Berlin nach Dresden, Postsekretair Gängel von Berlin nach Hamburg, Postsekretair Belling von Berlin nach Tarnowitz, Postsekretair Berg von Stettin nach Berlin, Postsekretair Hawrda von Halle (Saale) nach Berlin, Telegraphen-Sekretair Stassen von Gotha nach Berlin.

in den Ruhestand getreten: der Postdirektor Matthe, der Postsekretair Reiz, der Telegraphen-Sekretair Stier, der Ober-Telegraphenassistent Thomas.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.
Statemäßig angestellt ist: der Postpraktikant Dir in Potsdam als Postsekretair.

Versetzt ist: der Postverwalter Beckmann von Filschewall nach Rhinow.

Vermischte Nachrichten.

Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle.

Das Wintersemester beginnt am 16. Oktober.

Von den für das Wintersemester 1885/86 angezeigten Vorlesungen der hiesigen Universität sind für die Studirenden der Landwirtschaft folgende hervorzuheben:

a. In Rücksicht auf fachwissenschaftliche Bildung. Einleitung in das Studium der Landwirtschaft: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. Allgemeine Ackerbaulehre: Derselbe. Allgemeine Thierzuchtlehre: Derselbe. — Spezielle Thierzuchtlehre: Prof. Dr. Freytag. Landwirthschaftliches Rechnungswesen: Derselbe. — Mollereiwesen: Prof. Dr. Kirchner. — Forstwissenschaft, 2. Theil: Prof. Dr. Ewald. — Obstbaulehre: Dr. Heyer. Landwirthschaftliches Repetitorium: Derselbe. — Grundzüge der Thieranatomie und Physiologie: Prof. Dr. Püg. Ueber die wichtigsten Thierkrankheiten mit besonderer Berücksichtigung der Seuchen und Heerdekrankheiten, sowie der auf den Menschen übertragbaren Thierkrankheiten: Derselbe. Ueber Veterinärtherapie: Derselbe. — Elemente der Mechanik und Maschinenlehre: Prof. Dr. Cornelius. — Landwirthschaftliche Maschinen- und Geräthekunde: Prof. Dr. Wüst. Drainage und Wiesenbau: Derselbe. — Landwirthschaftliche Baukunde: Reglerungsbaumeister Knoche. — Experimentalchemie: Prof. Dr. Bolhard. — Agrikulturchemie, 1. Theil: Prof. Dr. Maerder. Technologie der Kohlenhydrate: Derselbe. — Mineralogie: Prof. Dr. Lübeck. — Geologie: Prof. Dr. Brauns. — Gesteinslehre als Grundlage der Bodenkunde: Prof. Dr. v. Fritsch. Ueber das Diluvium und die Urzeit des Menschengeschlechts: Derselbe. — Technische Geologie: Prof. Dr. Brauns. — Pflanzenphysiologie: Prof. Dr. Kraus. — Pflanzenanatomie: Dr. Zopf. Naturgeschichte der Pilze: Derselbe. — Zoologie als Morphologie und Systematik: Prof. Dr. Brenner. Ausgewählte Kapitel aus der Entwicklungsgeschichte der Thiere: Derselbe. — Landwirthschaftliche Insektenkunde: Prof. Dr. Taschenberg. Ueber Käfer: Derselbe. Parasiten des Menschen und der Hausthiere: Dr. Taschenberg. Zeugung der Thiere: Derselbe. Die Entstehung der Arten und die Lehre Darwins: Derselbe. — Außerordentliche Landwirthschaft: Prof. Dr. Kirchhoff. — Physiologie der vegetativen Prozesse: Prof. Dr. Bernstein. — Nationalökonomie: Prof. Dr. Conrad. — Geschichte der Nationalökonomie: Prof. Dr. Conrad und Prof. Dr. Eisenhart. — Finanzwissenschaft: Prof. Dr. Eisenhart. — Innere Verwaltungslehre: Prof. Dr. Friedberg. Geld-, Kredit- und Börsenwesen: Derselbe. — Landwirthschaftsrecht: Prof. Dr. Schollmeyer. — Handels- und Wechselrecht: Prof. Dr. Lafig.

b. In Rücksicht auf staatswissenschaftliche und allgemeine Bildung, insbesondere für Studirende höherer Semester. Vorlesungen aus dem Gebiete der Philosophie, Geschichte, Literatur und

ethischen Wissenschaften halten die Prof. Prof. Dr. Dr. Erdmann, Haym, Dümmler, Droyßen, Ewald, Gösche, Heydemann, Stumpf, Gering, Baisinger.

c. Theoretische und praktische Uebungen: Staatswissenschaftliches Seminar: Prof. Dr. Conrad. — Statistische Uebungen: Derselbe. — Praktische Uebungen im chemischen Laboratorium: Prof. Dr. Bolhard. — Mineralogische, geologische und paläontologische Uebungen: Prof. Dr. v. Fritsch und Prof. Dr. Luedke. — Phytotomische Uebungen und botanische Demonstrationen: Prof. Dr. Kraus. — Klinische Demonstrationen und Uebungen im Thierhospital, verbunden mit chirurgischen Operationen: Prof. Dr. Püg. — Uebungen im Bestimmen der Insekten: Prof. Dr. Taschenberg. — Uebungen im landwirthschaftlich-physiologischen Laboratorium: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — Uebun-

gen im Untersuchen und Beurtheilen der Wolle: Prof. Dr. Freytag. — Demonstrationen und Uebungen im Molkereiwesen: Prof. Dr. Kirchner. — Uebungen im Bestimmen der Obstsorten: Dr. Hoyer. — Technische Excursionen und Demonstrationen: Prof. Dr. Wüß. — Technologische Excursionen: Prof. Dr. Maeder. — Unterricht im Zeichnen und Malen: Zeichenlehrer Schenk.

Nähere Auskunft über das Studium der Landwirtschaft an hiesiger Universität erteilt die Schrift: „Nachrichten über das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle. Berlin, Wiegandt, Hempel & Parey.“

Halle a./S., im Juli 1885.

Dr. Julius Kühn, Geh. Regierungsrath, ordentl. öffentl. Professor und Direktor des landwirthschaftlichen Instituts an der Universität.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1. Ser. | 2. Name und Stand | 3. Alter und Heimath | 4. Grund der Verurtheilung. | 5. Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | 6. Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. |
|---|--|--|--|---|--------------------------------------|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Michael Pietrowski
alias Raston,
Arbeiter, | ca. 31 Jahre, geboren zu Sietce, Bezirk Petrikau, Russisch-Polen, | schwere, 3 einfache Diebstähle, (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 17. Mai 1881 bezw. 25. Februar 1882), | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 11. Mai 1885. |
| 2 | Johann Löw,
Reisgereselle, | geboren am 3. Juni 1852 zu Kaltenbach, Bezirk Prachatis, Böhmen, ebendaselbst orts- angehörig, | schwerer Diebstahl und Raub (6 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 10. Dezember 1879), | Königlich Preussische Regierung zu Köln, | 20. Juli 1885. |
| 3 | Sante Antonio
Colombo,
Erbarbeiter, | geboren am 17. März 1850 zu Serravalle, Provinz Venedig, Italien, ebendaselbst orts- angehörig, | Beihilfe zum schweren Diebstahl (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 5. Juli 1883), | Kaiserlicher Bezirks- präsident zu Colmar, | 9. Juni 1885. |
| 4 | Michael Senf,
Knecht, | 21 Jahre, geboren zu Stoll, Kreis Mlawka, Russisch-Polen, ebendaselbst orts- angehörig, wohnhaft zuletzt in Dialutten, Kreis Reichenburg, Preußen, | schwerer Diebstahl (ein Jahr Zuchthaus laut Erkenntnis vom 15ten August 1884), | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Königsberg, | 17. Juli 1885. |
| 5 | Marie Anna
Leubner,
Näherin, | geboren am 5. Juni 1841 zu Zahna, Bezirk Friedland, Böhmen, ebendaselbst orts- angehörig, | schwerer und leichter Diebstahl, Widerstand gegen die Staatsgewalt (5 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 15. September 1880), | Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Bangen, | 17. Juni 1885. |

dem Amtsgericht Berlin I., Nippe, etatsm. Gerichtsschreibergehilfe aus Landsberg a./W. beim Amtsgericht daselbst, Thomas, desgl. aus Havelberg beim Amtsgericht in Templin;

zu etatsmäßigen Gerichtsvollziehern: die Militairanwärter Fischer beim Amtsgericht in Sonnenburg, Diegel und Moese beim Amtsgericht I. in Berlin und der Gerichtsvollzieher fr. Auftrages Julius Richter beim Amtsgericht zu Forst i./L.;

zu etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen: der Militairanwärter Hasse beim Amtsgericht Berlin II., der diätarische Gerichtsschreibergehilfe Rahz aus Senftenberg beim Amtsgericht in Eberswalde, der Militairanwärter Zahn aus Berlin beim Amtsgericht in Sonnenburg, der geprüfte Justizanwärter Drogolin beim Amtsgericht in Templin, der Militairanwärter Braun aus Berlin beim Amtsgericht in Oriesen, der geprüfte Justizanwärter Dammann aus Berlin beim Amtsgericht zu Havelberg, der Militairanwärter Brutsche aus Berlin beim Amtsgericht zu Calau, der Gerichtsvollzieher Linkersdorf aus Prenzlau beim Landgericht zu Landsberg a./W. und der Militairanwärter Schulze aus Neu-Ruppin beim Amtsgericht in Charlottenburg.

Personen: der Gerichtsschreiber Grassow beim Amtsgericht in Potsdam, die etatsm. Gerichtsvollzieher Schumann zu Brandenburg a./H. und Schulz zu Finsterwalde, die Gerichtsschreiber Anhalt beim Amtsgericht in Königs-Busterhausen und Kolsborn beim Amtsgericht zu Havelberg, König, etatsm. Kanlist bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts zu Frankfurt a./D.

Gestorben: Bof, Inspektor bei dem Untersuchungsgefängnis zu Berlin, Carl, etatsm. Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Berlin I., Splitt, Gerichtsschreiber beim Amtsgericht I. zu Berlin.

Personal-Veränderungen
im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirektion Berlin.

Im Laufe des Monats Juli sind:
versetzt: Postdirektor Hildebrandt von Gotha nach Berlin, Ober-Postsekretair Leonhardt von Berlin nach Dresden, Postsekretair Gängel von Berlin nach Hamburg, Postsekretair Belling von Berlin nach Tarnowitz, Postsekretair Berg von Stettin nach Berlin, Postsekretair Hawrda von Halle (Saale) nach Berlin, Telegraphen-Sekretair Stassen von Goitbus nach Berlin.

in den Ruhestand getreten: der Postdirektor Matthe, der Postsekretair Reiz, der Telegraphen-Sekretair Stier, der Ober-Telegraphenassistent Thomas.

Personalveränderungen im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.
Etatsmäßig angestellt ist: der Postpraktikant Dir in Potsdam als Postsekretair.

Versetzt ist: der Postverwalter Bedmann von Fischerswall nach Rhinow.

Vermischte Nachrichten.

Vorlesungen für das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle.

Das Wintersemester beginnt am 16. Oktober.

Von den für das Wintersemester 1885/86 angezeigten Vorlesungen der hiesigen Universität sind für die Studirenden der Landwirtschaft folgende hervorzuheben:

a. In Rücksicht auf fachwissenschaftliche Bildung. Einleitung in das Studium der Landwirtschaft: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. Allgemeine Ackerbaulehre: Derselbe. Allgemeine Thierzuchtlehre: Derselbe. — Spezielle Thierzuchtlehre: Prof. Dr. Freytag. Landwirtschaftliches Rechnungswesen: Derselbe. — Mollereiwesen: Prof. Dr. Kirchner. — Forstwissenschaft, 2. Theil: Prof. Dr. Ewald. — Obstbaulehre: Dr. Heyer. Landwirtschaftliches Repetitorium: Derselbe. — Grundzüge der Thieranatomie und Physiologie: Prof. Dr. Püg. Ueber die wichtigsten Thierkrankheiten mit besonderer Berücksichtigung der Seuchen und Heerdekrankheiten, sowie der auf den Menschen übertragbaren Thierkrankheiten: Derselbe. Ueber Veterinärtherapie: Derselbe. — Elemente der Mechanik und Maschinenlehre: Prof. Dr. Cornelius. — Landwirtschaftliche Maschinen- und Geräthekunde: Prof. Dr. Wäff. Drainage und Wiesenbau: Derselbe. — Landwirtschaftliche Baukunde: Regierungsbaumeister Knoke. — Experimentalchemie: Prof. Dr. Bolhard. — Agrikulturchemie, 1. Theil: Prof. Dr. Maercker. Technologie der Kohlenhydrate: Derselbe. — Mineralogie: Prof. Dr. Lücke. — Geologie: Prof. Dr. Brauns. — Gesteinslehre als Grundlage der Bodenkunde: Prof. Dr. v. Fritsch. Ueber das Diluvium und die Urzeit des Menschengeschlechts: Derselbe. — Technische Geologie: Prof. Dr. Brauns. — Pflanzenphysiologie: Prof. Dr. Kraus. — Pflanzenanatomie: Dr. Zopf. Naturgeschichte der Pflanze: Derselbe. — Zoologie als Morphologie und Systematik: Prof. Dr. Brenner. Ausgewählte Kapitel aus der Entwicklungsgeschichte der Thiere: Derselbe. — Landwirtschaftliche Insektenkunde: Prof. Dr. Taschenberg. Ueber Käfer: Derselbe. Parasiten des Menschen und der Haustiere: Dr. Taschenberg. Zeugung der Thiere: Derselbe. Die Entstehung der Arten und die Lehre Darwins: Derselbe. — Außerdeutsche Landwirtschaft: Prof. Dr. Kirchhoff. — Physiologie der vegetativen Prozesse: Prof. Dr. Bernstein. — Nationalökonomie: Prof. Dr. Conrad. — Geschichte der Nationalökonomie: Prof. Dr. Conrad und Prof. Dr. Eisenhart. — Finanzwissenschaft: Prof. Dr. Eisenhart. — Innere Verwaltungslehre: Prof. Dr. Friedberg. Geld-, Kredit- und Börsenwesen: Derselbe. — Landwirtschaftsrecht: Prof. Dr. Schollmeyer. — Handels- und Wechselrecht: Prof. Dr. Laßig.

b. In Rücksicht auf staatswissenschaftliche und allgemeine Bildung, insbesondere für Studirende höherer Semester. Vorlesungen aus dem Gebiete der Philosophie, Geschichte, Literatur und

ethischen Wissenschaften halten die Prof. Prof. Dr. Dr. Erdmann, Haym, Dümmler, Droyßen, Ewald, Gösche, Heydemann, Stumpf, Gering, Baisinger.

c. Theoretische und praktische Uebungen: Staatswissenschaftliches Seminar: Prof. Dr. Conrad. — Statistische Uebungen: Derselbe. — Praktische Uebungen im Chemischen Laboratorium: Prof. Dr. Bolhard. — Mineralogische, geologische und paläontologische Uebungen: Prof. Dr. v. Fritsch und Prof. Dr. Lübeck. — Phytotomische Uebungen und botanische Demonstrationen: Prof. Dr. Kraus. — Klinische Demonstrationen und Uebungen im Thierhospital, verbunden mit chirurgischen Operationen: Prof. Dr. Püg. — Uebungen im Bestimmen der Insekten: Prof. Dr. Taschenberg. — Uebungen im landwirthschaftlich-physiologischen Laboratorium: Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Kühn. — Uebun-

gen im Untersuchen und Beurtheilen der Wolle: Prof. Dr. Freytag. — Demonstrationen und Uebungen im Vollerweihen: Prof. Dr. Kirchner. — Uebungen im Bestimmen der Obstsorten: Dr. Hoyer. — Technische Excursionen und Demonstrationen: Prof. Dr. Büß. — Technologische Excursionen: Prof. Dr. Maeder. — Unterricht im Zeichnen und Malen: Zeichenlehrer Schenk.

Nähere Auskunft über das Studium der Landwirtschaft an hiesiger Universität ertheilt die Schrift: „Nachrichten über das Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle. Berlin, Wiegandt, Hempel & Parey.“

Halle a./S., im Juli 1885.

Dr. Julius Kühn, Geh. Regierungsrath, ordentl. öffentl. Professor und Direktor des landwirthschaftlichen Instituts an der Universität.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Rang. | Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. |
|---|-----|--|---|--|---|-----------------------------------|
| | | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | | |
| 1 | | Michael Pietrowski alias Raston, Arbeiter, | ca. 31 Jahre, geboren zu Sietce, Bezirk Petrikau, Russisch-Polen, | 3 schwere, 3 einfache Diebstähle, (3 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 17. Mai 1881 bezw. 25. Februar 1882), | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 11. Mai 1885. |
| 2 | | Johann Löw, Metzgergeselle, | geboren am 3. Juni 1852 zu Kaltenbach, Bezirk Prachatis, Böhmen, ebendaselbst orts- angehörig, | schwerer Diebstahl und Raub (6 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 10. Dezember 1879), | Königlich Preussische Regierung zu Cöln, | 20. Juli 1885. |
| 3 | | Sante Antonio Colombo, Erbarbeiter, | geboren am 17. März 1850 zu Serravalle, Provinz Venedig, Italien, ebendaselbst orts- angehörig, | Beihilfe zum schweren Diebstahl (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 5. Juli 1883), | Kaiserlicher Bezirks- präsident zu Colmar, | 9. Juni 1885. |
| 4 | | Michael Senf, Knecht, | 21 Jahre, geboren zu Stoll, Kreis Mlawka, Russisch-Polen, ebendaselbst orts- angehörig, wohnhaft zuletzt in Bialutten, Kreis Neidenburg, Preußen, | schwerer Diebstahl (ein Jahr Zuchthaus laut Erkenntniß vom 15ten August 1884), | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Königsberg, | 17. Juli 1885. |
| 5 | | Marie Anna Leubner, Näherin, | geboren am 5. Juni 1841 zu Zahna, Bezirk Friedland, Böhmen, ebendaselbst orts- angehörig, | schwerer und leichter Diebstahl, Widerstand gegen die Staatsgewalt (5 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 15. September 1880), | Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Bangen, | 17. Juni 1885. |

| Nr.
1. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungsbefehls |
|-----------|--------------------------------------|-------------------|--------------------------------|---|------------------------------------|
| | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |

h. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

| | | | | | |
|----|--------------------------------------|--|---|--|----------------|
| 1 | Josef Pokorny,
Weber, | geboren am 1. März 1856 zu Deutsch-Petersdorf, Bezirk Senftenberg, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 15. Juli 1885. |
| 2 | Josef Ertelt,
Arbeiter, | geboren am 1. Januar 1816 zu Johannesburg, Bezirk Freiwaldau, Oesterreichisch-Schlesien, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Preussischer Regierungs-Präsident zu Liegnitz, | 6. Juni 1885. |
| 3 | Ferdinand Reinold,
Bäckergehilfe, | geboren am 30. März 1844 zu Rothwasser, Bezirk Freiwaldau, Oesterreichisch-Schlesien, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 22. Juni 1885. |
| 4 | Franz Sperl,
Malergehilfe, | geboren am 1. Juli 1863 zu Gmunden, Oesterreich, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Stade, | 4. Juli 1885. |
| 5 | Josef Motruba,
Handschuhmacher, | 38 Jahre, geboren und ortsangehörig in Taus, Böhmen, | Landstreichen, Betteln und Führung falschen Namens, | Stadtmagistrat Degendorf in Bayern, | 26. Juni 1885. |
| 6 | Wenzel Zenker,
Schneider, | 42 Jahre, geboren und ortsangehörig in Enzgan, Bezirk Leitmeritz, Böhmen, | Landstreichen, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Jüßen, | 27. Juni 1885. |
| 7 | Josef Treball,
Porzellanmaler, | 24 Jahre, geboren und ortsangehörig in Wolfsthal, Bezirk Böhmisches-Leipa, | Landstreichen, Betteln und Fälschen von Legitimationspapieren, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Gernmersheim, | 6. Juli 1885. |
| 8 | Josef Krejci,
Schuhmachergehilfe, | geboren am 4. September 1851 zu Sobietusch, Bezirk Nechanitz, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig, wohnhaft zuletzt in Neukirchen, Bezirk Chemnitz, Sachsen, | Widerstand gegen die Staatsgewalt, Betteln im wiederholten Rückfall und ruhestörendes Lärmen, | Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau, | 13. Juni 1885. |
| 9 | Josef August Zein,
Bäckergehilfe, | geboren am 26. September 1854 zu Oberdorf, Bezirk Komotau, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Leipzig, | 29. Juni 1885. |
| 10 | Matthias Rasch,
Buchbinder, | geboren am 3. Juni 1859 zu Klatow, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig, | Diebstahl u. Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 9. Juni 1885. |

| Nr.
auf. 1. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|----------------|--|--|--------------------------------|--|--|
| | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 11 | Georg
Maringowitsch,
Bärentreiber, | 36 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Bar-
nalska, Oesterreich, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 9. Juni
1885. |
| 12 | Fritz Pfister,
Schneider, | geboren am 19. Dezem-
ber 1845 zu Wallis-
wyl, Bezirk Wangen,
Schweiz, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 20. Juni
1885. |
| 13 | Heinrich Großfeld,
Koch und Kellerer, | geboren am 9. April
1839 zu Teschen, Oe-
sterreichisch-Schlesien,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen, | derselbe, | 8. Juli
1885. |
| 14 | Peter Siercler,
Korbmacher, | geboren am 7. Oktober
1862 zu La Charité,
Departement Nièvre,
Frankreich, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg, | 15. Juli
1885. |
| 15 | Stephan Klekner,
Seifenfabrikant, | geboren am 20. August
1863 zu Szegedin,
Ungarn, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Potsdam, | 25. Juli
1885. |
| 16 | Franz Sperner,
Schmiedegeselle, | geboren am 4. Juni
1823 zu Groß-Kunzen-
dorf, Bezirk Freiwal-
dau, Oesterreichisch-
Schlesien, ebendaselbst
ortsangehörig, wohn-
haft zuletzt in Kunzen-
dorf, Kreis Habel-
schwerdt, Preußen, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 24. Juli
1885. |
| 17 | Mois Marek,
Tagelöhner, | geboren am 21. Juni
1852 zu Böhmisch-
Rothwasser, Bezirk
Landstern, Böhmen,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 27. Juli
1885. |
| 18 | Franz Kuziel,
Schuhmacher, | geboren am 27. Januar
1848 oder 1849 zu
Chota-Chwalcow, Be-
zirk Wislitz, Mähren,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | desgleichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 6. Juli
1885. |
| 19 | Josef Kupferstein,
Handelsmann, | geboren 1831 zu Dzia-
toszyn, Bezirk Wielun,
Russisch-Polen, eben-
daselbst ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 17. Juli
1885. |
| 20 | Johann Jassch,
Buchbindergehilfe, | geboren am 10. Februar
1849 zu Wernsdorf,
Bezirk Leitmeritz, Böh-
men, ebendaselbst orts-
angehörig, | desgleichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Posen, | 24. Juli
1885. |

| Conf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Verurtheilung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisung Beschlossen. |
|-----------|---|--|--|--|-----------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 21 | Gustav Berglund, Gärtnergehilfe, | geboren am 31. Mai 1852 zu Landskrona, Schweden, ebendaselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlich Preussische Regierung zu Schleswig, | 29. Jun 1885. |
| 22 | Anton Cermak, Schuhmacher, | geboren am 16. Juni 1857 zu Schlan, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | desgleichen, | dieselbe Behörde, | 27. Jul 1885. |
| 23 | Josef Schlegel (Schlögel), Weber, | geboren am 7. Juni 1849 zu Pöhlertbau, Bezirk Paida, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beamtenbeleidigung, Betteln im wiederholten Rückfall u. Führung falsch. Namens, | Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Leipzig, | 2. Juli 1885. |
| 24 | Franz Dusanek, Schieferbedeker, | geboren am 19. August 1853 zu Reichenau, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau, | 8. Juli 1885. |
| 25 | Franz Malik, Fleischergehilfe und Tagelöhner, | geboren 1845 zu Brezno, Bezirk Jungbunzlau, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Dauen, | 17. Jul 1885. |
| 26 | Mathias Eduard Grettich, Schreiner, | geboren am 21. Dezember 1850 zu Remich, Luxemburg, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Großherzoglich Hessisches Kreisamt Büdingen, | 23. Jun 1885. |
| 27 | Daniel Laufer, Hausfrier, | geboren am 15. Juni 1841 zu Larnow, Galizien, ebendaselbst ortsangehörig, wohnhaft zuletzt in Reichshofen, Nieder-Elß, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg, | 25. Jul 1885. |

(Hierzu Drei Deffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Belageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gays'schen Erben (G. Gays, Hof-Buchdrucker).

M t s b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 34.

Den 21. August

1885.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.
(Stück 27.) № 9077. Verordnung, betreffend die

Anlagen zur Destillation oder zur Verarbeitung
von Theer und von Theerwasser. Vom 11. Mai
1885.

№ 9078. Staatsvertrag zwischen Preußen und Med-
lenburg-Schwerin wegen Herstellung einer Eisen-
bahn von Stralsund über Damgarten und Ribnitz
nach Rostock. Vom 15. Dezember 1884.

(Stück 28.) № 9079. Gesetz, betreffend wegepoli-
zeiliche Vorschriften für die Provinz Schleswig-
Holstein, mit Ausnahme des Kreises Herzogthum
Lauenburg. Vom 15. Juni 1885.

№ 9080. Gesetz, betreffend die Pensionirung der
Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volks-
schulen. Vom 6. Juli 1885.

№ 9081. Verordnung, betreffend den Sitz der
Generalkommission für die Rheinprovinz. Vom
20. Juni 1885.

(Stück 29.) № 9082. Verordnung, betreffend die
Kauttionen der Beamten aus dem Bereiche des
Ministeriums für Landwirthschaft, Domänen und
Forsten. Vom 14. Januar 1885.

№ 9083. Staatsvertrag zwischen Preußen und Hessen,
betreffend die Rheinstromstrecke zwischen Mainz
und Bingen. Vom 30. Januar 1884.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.
Die Chausseegelverbeugung auf der Chaussee von Dranienburg über
Germendorf bis zur Grenze mit dem Kreise Osthavelland.

190. Dem Kreise Niederbarnim ist Seitens des
Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten durch Erlaß
vom 30. Juli d. J. die Genehmigung erteilt worden,
in Station № 4, 1 + 10 der Chaussee von Dranien-
burg über Germendorf bis zur Grenze mit dem Kreise
Osthavelland in der Richtung auf Gremmen zu eine
Hebestelle zu errichten und an derselben das tarifmäßige
Chausseegeld für eine Meile mit der Maßgabe zu er-
heben, daß für Fuhrwerke und Thiere der Einwohner
von Germendorf das Chausseegeld nur für eine halbe
Meile zu entrichten ist.

Potsdam, den 13. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

191. Die Milzbrandseuche unter dem Rindvieh in
Pareß und in Bögow, Osthavelländischen Kreises, ist
erloschen.

Auch die Rogkrankheit unter den Pferden des
Fuhrmanns Friedrich Schulze und des Handelsmanns
Liefelbt zu Jüterbog ist erloschen.

Potsdam, den 11. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

192. Am Milzbrand ist am 2. d. M. eine Kuh
des Bauern Wilhelm Schulz zu Tiegow im Kreise
Osthavelland verendet.

Potsdam, den 13. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

193. Die Räude ist unter den Pferden des Bauer-
gutsbesizers Henricke zu Neuendorf bei Teupitz im
Kreise Teltow ausgebrochen. Der Milzbrand unter
dem Vieh der Domäne Kienberg im Kreise Osthavelland
ist erloschen.

Potsdam, den 17. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-
Postdirektion zu Berlin.**

Änderung des Bestellbezirks der Postämter Weißensee und
Friedrichsfelde.

40. Das zur Zeit zum Landbestellbezirke des Post-
amts in Weißensee gehörige Gehöft Neu-Ahrensfelde
wird vom 1. September ab dem Landbestellbezirke des
Postamts in Friedrichsfelde zugetheilt.

Berlin C., den 10. August 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Schiffmann.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-
Post-Direktion zu Potsdam.**

Errichtung einer Reichs-Telegraphenanstalt in Karstädt.

41. Am 21. d. M. wird bei dem Kaiserlichen
Postamt in Karstädt eine Reichs-Telegraphenanstalt in
Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 15. August 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

In Vertretung: Blindow.

**Bekanntmachungen der
Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.**

Angebot einer Schuldverschreibung.

16. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes
zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S.
S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni
1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem
Eisenbahn-Sekretair A. Hoffrichter zu Dortmund die
Schuldverschreibung der Staatsanleihe von 1850 Lit. D.
№ 19903 über 100 Thlr. angeblich am 3. d. M.
auf dem Bahnhofe zu Breslau abgegeben worden.

| Satz. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschloffen hat. | Datum der Ausweisung, Beschlüsse |
|-----------|---|--|--|---|----------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 21 | Gustav Berglund, Gärtnergehilfe, | geboren am 31. Mai 1852 zu Landskrona, Schweden, ebendaselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlich Preussische Regierung zu Schleswig, | 29. Jun 1885. |
| 22 | Anton Germaß, Schuhmacher, | geboren am 16. Juni 1857 zu Schlan, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | desgleichen, | dieselbe Behörde, | 27. Jul 1885. |
| 23 | Josef Schlegel (Schlögel), Weber, | geboren am 7. Juni 1849 zu Pihlerbau- stellen, Bezirk Paida, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beamten- beleidigung, Betteln im wiederholten Rückfall u. Führung falsch. Namens, | Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Leipzig, | 2. Jul 1885. |
| 24 | Franz Dusanek, Schieferbedeker, | geboren am 19. August 1853 zu Reichenau, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln | Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Zwickau, | 8. Juli 1885. |
| 25 | Franz Malik, Fleischergehilfe und Tagelöhner, | geboren 1845 zu Brez- no, Bezirk Jungbunz- lau, Böhmen, ebenda- selbst ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Sächsischer Kreishauptmann- schaft Dautzen, | 17. Jul 1885. |
| 26 | Mathias Eduard Gretsch, Schreiner, | geboren am 21. De- zember 1850 zu Re- mich, Luxemburg, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Großherzoglich Hessi- sches Kreisamt Bü- dingen, | 23. Jun 1885. |
| 27 | Daniel Laufer, Hausfitter, | geboren am 15. Juni 1841 zu Tarnow, Galizien, ebendaselbst ortsangehörig, wohn- haft zuletzt in Reichs- hofen, Nieder-Elfaß, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks- Präsident zu Straß- burg, | 25. Jul 1885. |

(Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Gays'schen Erben (G. Gays, Hof-Buchdrucker).

M t s b l a t t

der Königl. i ch en Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 34.

Den 21. August

1885.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. i ch en Preuss. i sch en Staaten.
(Stück 27.) N^o 9077. Verordnung, betreffend die

Anlagen zur Destillation oder zur Verarbeitung
von Theer und von Theerwasser. Vom 11. Mai
1885.

N^o 9078. Staatsvertrag zwischen Preußen und Med-
lenburg-Schwerin wegen Herstellung einer Eisen-
bahn von Stralsund über Damgarten und Ribnis
nach Rostock. Vom 15. Dezember 1884.

(Stück 28.) N^o 9079. Gesetz, betreffend wegepoli-
zeiliche Vorschriften für die Provinz Schleswig-
Holstein, mit Ausnahme des Kreises Herzogthum
Lauenburg. Vom 15. Juni 1885.

N^o 9080. Gesetz, betreffend die Pensionirung der
Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volks-
schulen. Vom 6. Juli 1885.

N^o 9081. Verordnung, betreffend den Sitz der
Generalkommission für die Rheinprovinz. Vom
20. Juni 1885.

(Stück 29.) N^o 9082. Verordnung, betreffend die
Kationen der Beamten aus dem Bereiche des
Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und
Forsten. Vom 14. Januar 1885.

N^o 9083. Staatsvertrag zwischen Preußen und Hessen,
betreffend die Rheinstromstrecke zwischen Mainz
und Bingen. Vom 30. Januar 1884.

Bekanntmachungen

des Königl. i ch en Regierungs-Präsidenten.
Die Chausseegeldderhebung auf der Chaussee von Dranienburg über
Germendorf bis zur Grenze mit dem Kreise Osthavelland.

190. Dem Kreise Niederbarnim ist Seitens des
Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten durch Erlaß
vom 30. Juli d. J. die Genehmigung ert heilt worden,
in Station N^o 4, 1 + 20 der Chaussee von Dranien-
burg über Germendorf bis zur Grenze mit dem Kreise
Osthavelland in der Richtung auf Gremmen zu eine
Hebestelle zu errichten und an derselben das tarifmäßige
Chausseegeld für eine Meile mit der Maßgabe zu er-
heben, daß für Fuhrwerke und Thiere der Einwohner
von Germendorf das Chausseegeld nur für eine halbe
Meile zu entrichten ist.

Potsdam, den 13. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

191. Die Milzbrandseuche unter dem Rindvieh in
Pareß und in Bögow, Osthavelländischen Kreises, ist
erloschen.

Auch die Rogkrankheit unter den Pferden des
Fuhrmanns Friedrich Schulze und des Handelsmanns
Liesfeldt zu Jüterbog ist erloschen.

Potsdam, den 11. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

192. Am Milzbrand ist am 2. d. M. eine Kuh
des Bauern Wilhelm Schulz zu Tiegow im Kreise
Osthavelland verendet.

Potsdam, den 13. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

193. Die Räude ist unter den Pferden des Bauer-
gutsbesizers Henide zu Neuendorf bei Teupitz im
Kreise Teltow ausgebrochen. Der Milzbrand unter
dem Vieh der Domäne Kienberg im Kreise Osthavelland
ist erloschen.

Potsdam, den 17. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-
Postdirektion zu Berlin.**

Änderung des Bestellbezirks der Postämter Weißensee und
Friedrichsfelde.

40. Das zur Zeit zum Landbestellbezirke des Post-
amts in Weißensee gehörige Gehöft Neu-Ahrensfelde
wird vom 1. September ab dem Landbestellbezirke des
Postamts in Friedrichsfelde zugetheilt.

Berlin C., den 10. August 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Schiffmann.

**Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-
Post-Direktion zu Potsdam.**

Errichtung einer Reichs-Telegraphenanstalt in Karstädt.

41. Am 21. d. M. wird bei dem Kaiserlichen
Postamt in Karstädt eine Reichs-Telegraphenanstalt in
Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 15. August 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

In Vertretung: B l i n d o w.

**Bekanntmachungen der
Königl. i ch en Kontrolle der Staatspapiere.**

Angebot einer Schuldverschreibung.

16. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes
zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S.
S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni
1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem
Eisenbahn-Sekretair A. Hoffrichter zu Dortmund die
Schuldverschreibung der Staatsanleihe von 1850 Lit. D.
N^o 19903 über 100 Thlr. angeblich am 3. d. M.
auf dem Bahnhose zu Breslau abgehoben worden.

ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem 2c. Hoffrichter anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 14. August 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Personal-Chronik.

Im Kreise Prenzlau ist an Stelle des Ritterguts-pächters Mehl zu Gollmig, welcher das Amt krankheits-halber niedergelegt hat, der Guts-pächter Flügge zu Groß-Sperrenwalde zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XVI. Gollmig ernannt worden.

Die Civil-Anwärter Paul Flemming, Otto Paul und Otto Kluwe sind zu Regierungs-Civil-Supernumeraren ernannt worden.

Der jetzige Bureau-Diätar, frühere Civil-Supernumerar Leberecht Richard Otto Traue ist vom 1. September d. J. ab zum Sekretair am Königl. Charité-Krankenhaus zu Berlin ernannt worden.

Der bisherige Diakonus in Wolmirstedt, Provinz Sachsen, Johannes Heinrich Gottlieb Winter ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Lehnin, Diözese Neustadt-Brandenburg, bestellt worden.

Die unter magistratualischem Patronat stehende Ober-Pfarrstelle an der St. Katharinen-Kirche zu Brandenburg a./H., Diözese Neustadt-Brandenburg, kommt durch die Versetzung des Oberpfarrers und

Bekanntmachungen des Königs

Nachweisung der Markt- 2c.

194.

| Raufende N ^o | Namen der Städte | Getreide | | | | | | | | | | Uebrige Markt = | | | | |
|-------------------------|------------------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------------|--------|------------|------------|------------|-----------------|---------------|--------------|--|--|
| | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | Es | | | | |
| | | | | | | | | | | | | Rindfleisch | | | | |
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbſen | Speisebohnen | Kiſen | Kartoffeln | Nichtstroh | Krummstroh | Heu | von der Seite | Bruchfleisch | | |
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | | |
| 1 | Angermünde | 16 21 | 14 04 | 12 68 | 14 62 | 27 90 | 32 80 | 34 60 | 3 50 | 4 05 | 2 80 | 5 60 | 1 40 | 1 10 | | |
| 2 | Berſow | — | 13 53 | — | 15 16 | 30 — | 40 — | 45 — | 4 80 | 4 — | — | 6 50 | 1 30 | 1 20 | | |
| 3 | Bernau | 17 — | 14 35 | 14 08 | 14 70 | 29 — | 35 — | 38 — | 6 40 | 4 41 | — | 4 90 | 1 25 | 1 10 | | |
| 4 | Brandenburg | 16 35 | 15 15 | 14 50 | 15 45 | 23 — | 26 — | 26 — | 4 75 | 4 — | — | 5 — | 1 20 | 1 — | | |
| 5 | Dahme | 17 06 | 15 — | 12 80 | 16 — | 40 — | 50 — | 50 — | 3 25 | 3 50 | 2 — | 7 50 | 1 — | 1 — | | |
| 6 | Eberswalde | 17 53 | 14 53 | 16 11 | 15 73 | 23 50 | 27 — | 33 — | 4 — | 4 — | — | 4 50 | 1 20 | 1 — | | |
| 7 | Frieſack | — | 15 — | — | 15 50 | 28 — | 32 — | 38 — | 5 — | 4 — | — | 4 50 | 1 30 | 1 05 | | |
| 8 | Havelberg | 15 30 | 14 70 | 13 35 | 14 50 | 19 — | 34 — | 35 — | 3 19 | 3 — | 2 50 | 3 — | 1 10 | 1 — | | |
| 9 | Jüterbog | 16 50 | 15 — | 14 — | 16 — | 32 — | 34 — | 44 — | 5 50 | 3 50 | — | 6 — | 1 20 | 1 10 | | |
| 10 | Ludenwalde | 17 14 | 14 68 | 14 28 | 16 98 | 35 — | 35 — | 45 — | 4 50 | 3 17 | — | 4 50 | 1 20 | 1 20 | | |
| 11 | Perleberg | 16 25 | 14 75 | 15 — | 15 — | 19 — | 33 — | 43 — | 3 25 | 4 — | — | 4 44 | 1 40 | 1 10 | | |
| 12 | Potsdam | 17 — | 14 68 | 15 77 | 16 35 | 29 — | 36 — | 38 — | 6 34 | 3 96 | — | 4 22 | 1 40 | 1 10 | | |
| 13 | Prenzlau | 16 78 | 14 37 | 13 67 | 14 52 | 29 25 | 34 — | 43 — | 6 28 | 4 50 | 3 50 | 4 25 | 1 25 | 1 — | | |
| 14 | Prigwall | 17 93 | 14 31 | 15 — | 14 48 | 17 50 | 31 — | 32 — | 3 30 | 3 22 | 2 92 | 3 04 | 1 30 | 1 15 | | |
| 15 | Rathenow | 16 83 | 14 56 | 15 — | 16 08 | 32 — | 32 25 | 40 — | 4 31 | 2 88 | — | 3 25 | 1 40 | 1 20 | | |
| 16 | Neu-Ruppin | 17 — | 14 37 | 14 — | 15 78 | 32 — | 32 — | 42 — | 5 07 | 4 — | — | 5 — | 1 30 | 1 05 | | |
| 17 | Schwedt | 18 — | 14 80 | 14 — | 15 25 | 33 33 | 40 — | 33 33 | 4 — | 3 80 | — | 5 23 | 1 40 | 1 20 | | |
| 18 | Spandau | — | 15 08 | 14 75 | 16 02 | 24 50 | 35 — | 32 50 | 8 04 | 4 70 | — | 4 25 | 1 40 | 1 20 | | |
| 19 | Strausberg | 17 08 | 14 38 | 14 22 | 16 98 | 25 — | 33 50 | 35 — | 4 — | 5 — | — | 7 — | 1 20 | 1 10 | | |
| 20 | Teltow | 17 15 | 14 58 | 14 25 | 14 24 | 29 — | 34 — | 38 — | 5 77 | — | — | — | 1 22 | 1 09 | | |
| 21 | Templin | 17 — | 13 — | 14 — | 16 — | 23 — | 50 — | 50 — | 5 — | 3 — | — | 5 — | 1 20 | 1 — | | |
| 22 | Treuenbriezen | 16 47 | 14 97 | — | — | 26 — | 26 — | 30 — | 4 37 | 3 — | — | 3 50 | 1 20 | 1 — | | |
| 23 | Wittſtock | 17 — | 14 33 | 15 — | 15 10 | 15 50 | 30 — | 34 — | 3 32 | 2 58 | 1 — | 2 40 | 1 01 | 91 | | |
| 24 | Wriezen a. D. | 16 97 | 13 98 | 12 75 | 15 32 | 24 — | 29 — | 34 — | 4 59 | 3 — | 2 — | 4 50 | 1 30 | 1 10 | | |
| Durchſchnitt | | 16 88 | 14 51 | 14 25 | 15 47 | — | — | — | 4 69 | 3 71 | — | 4 70 | — | — | | |

• Potsdam, den 12. August 1885.



Superintendenten Wegener voraussichtlich zum 1. September d. J. zur Erledigung.

Die Gemeindefullehrer Streichan, Nürnberg und Gerloff sind als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Krebs, Schulz und Wegener sind als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Vakant sind resp. werden: Je eine Lehrers- und Küsterstelle zu Gröbden, Inspektion Züterbog, zu Tornow, Inspektion Prenzlau II., zu Wend. Wilmersdorf, Inspektion Jossen, Privat-Patronats, je eine Lehrersstelle zu Spreenhagen, Inspektion Storkow, Königl. Patronats, zu Lunow, Inspektion Angermünde, Privat-Patronats.

Wiederbesetzt sind: Die Conrectorstelle zu Beersow, je eine Lehrers- und Küsterstelle zu Heydorf, In-

spektion Strassburg, zu Hindenberg, Inspektion Lindow, eine Lehrersstelle zu Strassburg U./M., eine Lehrersstelle zu Angermünde.

Bermischte Nachrichten.

Sperrung des Friedrich-Wilhelms-Kanals und der Fürstenwalder Schleuse.

Hierdurch bringe ich zur öffentlichen Kenntniss, dass der Friedrich-Wilhelms-Kanal und die Fürstenwalder Schleuse wegen Reparatur-Arbeiten an der letzteren in der Zeit vom 24. August d. J. bis einschließlich den 16. September d. J. für den Schifffahrtsverkehr gesperrt sind.

Frankfurt a./D., den 10. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

lichen Regierungs-Präsidenten.

Preise im Monat Juli 1885.

| Artikel | | | | | | Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------|-------------|---------------|--------|--------|--------|---|------------------|----------|--------|----------------------|------------|--------|------------|--------------------------------------|--------|------------|---------------------------------|--|--|
| kostet je 1 Kilogramm | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | |
| Schweine-
fleisch | Kalbfleisch | Hammelfleisch | Speck | Butter | Eier | Weizen
Nr. 1. | Roggen
Nr. 1. | Gersten= | | Buchweizen=
grüne | Hafergrüne | Hirse | Reis, Java | Java-Kaffee | | Speisefalz | Schweine=
schmalz, fleischg. | | |
| | | | | | | | | Grobe | Feine | | | | | mittler gelber
in gebr.
Bohnen | | | | | |
| M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | | |
| 1 20 | — 90 | 1 10 | 1 60 | 2 31 | 3 54 | — 30 | — 25 | 50 | 40 | 40 | 50 | 60 | 55 | 2 40 | 3 — | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 1 — | 1 — | 1 80 | 2 30 | 2 80 | — 40 | — 30 | 60 | 60 | 60 | 80 | 60 | 60 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 — | | |
| 1 20 | 1 25 | 1 20 | 1 70 | 2 20 | 2 58 | — 40 | — 25 | 45 | 50 | 50 | 40 | 60 | 45 | 2 80 | 2 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 10 | — 90 | 1 10 | 1 80 | 2 40 | 3 15 | — 30 | — 25 | 50 | 40 | 40 | 45 | 50 | 50 | 2 — | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 — | — 70 | 1 — | 1 — | 2 — | 2 40 | — 32 | — 20 | 60 | — | 40 | — | 50 | 50 | 2 80 | 3 — | 20 | 1 40 | | |
| 1 20 | 1 — | 1 — | 1 80 | 2 40 | 3 — | — 28 | — 26 | 60 | 60 | 50 | — | 60 | 60 | 3 — | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 25 | — 90 | 1 25 | 1 80 | 2 40 | 2 80 | — 38 | — 28 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 3 — | 3 30 | 20 | 1 80 | | |
| 1 20 | 1 — | 1 10 | 1 60 | 2 10 | 2 80 | — 40 | — 30 | 80 | — | 60 | 65 | 60 | 60 | 3 80 | 3 80 | 20 | 1 80 | | |
| 1 20 | — 95 | 1 20 | 1 80 | 2 40 | 3 20 | — 26 | — 20 | 60 | 60 | 70 | 70 | 60 | 60 | 3 — | 3 60 | 20 | 1 70 | | |
| 1 10 | — 85 | 1 20 | 1 60 | 2 20 | 2 80 | — 36 | — 24 | 50 | 20 | 40 | 60 | 36 | 63 | 2 60 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 30 | 1 15 | 1 15 | 1 95 | 1 83 | 2 70 | — 50 | — 36 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 55 | 3 40 | 3 60 | 20 | 2 — | | |
| 1 26 | 1 19 | 1 20 | 1 60 | 2 08 | 2 87 | — 35 | — 27 | 50 | 50 | 45 | 45 | 45 | 50 | 3 — | 3 50 | 20 | 1 60 | | |
| 1 10 | — 95 | 1 10 | 1 70 | 2 10 | 3 01 | — 30 | — 26 | 60 | 50 | 60 | 60 | 60 | 70 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 — | | |
| 1 15 | — 85 | 1 — | 1 70 | 1 88 | 2 46 | — 25 | — 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 40 | 1 — | 1 20 | 1 80 | 2 40 | 2 80 | — 27 | — 21 | 50 | 50 | 50 | 60 | 50 | 60 | 2 90 | 3 60 | 20 | 2 — | | |
| 1 20 | 1 05 | 1 20 | 1 70 | 2 24 | 3 20 | — 30 | — 24 | 50 | 50 | 60 | 50 | 50 | 60 | 3 — | 3 40 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | — 95 | 1 20 | 2 — | 2 20 | 3 20 | — 30 | — 25 | 60 | 40 | 40 | 60 | 50 | 70 | 2 70 | 3 60 | 20 | 2 — | | |
| 1 30 | 1 20 | 1 30 | 1 60 | 2 20 | 3 60 | — 35 | — 25 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 1 — | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 2 80 | — 40 | — 26 | 55 | 50 | 45 | 60 | 50 | 60 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 25 | 1 16 | 1 16 | 1 79 | 2 20 | 2 69 | — 50 | — 40 | 70 | 60 | 50 | 60 | 50 | 63 | 3 20 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 — | — 80 | 1 — | 1 60 | 2 40 | 2 80 | — 35 | — 30 | 60 | 60 | 50 | 60 | 60 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | — 90 | 1 20 | 1 80 | 2 20 | 3 — | — 33 | — 21 | 46 | 41 | — | 60 | 40 | — | 2 80 | 3 40 | 20 | 1 80 | | |
| 1 03 | — 71 | 1 — | 1 80 | 1 84 | 2 66 | — 26 | — 21 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 2 40 | 2 80 | 20 | 1 60 | | |
| 1 15 | 1 10 | 1 15 | 1 60 | 2 20 | 3 03 | — 21 | — 21 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |

Der Regierungs-Präsident.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Satz. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisung Beschlusses |
|---|---|--|---|---|----------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Bertha Lur, unverehelichte, | 19 Jahre, geb. und ortsang. in Kuttelberg, Bez. Troppau, Oesterreichisch-Schlesien, | Landstreichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 25. Juli 1885. |
| 2 | Aron Raczkowski (Konischkowski), ohne Stand, | 35 Jahre, geboren und ortsanghörig in Kletschow, Bezirk Slupca, Russisch-Polen, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 1. August 1885. |
| 3 | Selo Schaffrainski (Schaspainski), Kunstreiter, | geboren im März 1860 zu Saloschin, Bezirk Peterkau, Russisch-Polen, | Landstreichen, | Königlich Preussische Regierung zu Minden, | 20. April 1885. |
| 4 | Josef Goliasch, Schmiedegeselle, | geboren am 18. November 1836 zu Frankstadt, Bezirk Schönberg, Nöhren, ebenda selbst ortsanghörig, zuletzt wohnhaft in Scheuring, Bayern. | Landstreichen und Ruhestörung, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Landsberg, | 6. Juli 1885. |
| 5 | Heinrich Willei, Sattler, | 52 Jahre, geboren und ortsanghörig in Lobenhof, Rußland, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Großherzogl. Staatsministerium, Departement des Innern, zu Oldenburg, | 3. Juli 1885. |
| 6 | Emanuel Twerdeck, Tagner, | geboren am 5. Januar 1859 zu Budkow, Galizien, ebenda selbst ortsanghörig, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar, | 16. Juli 1885. |
| 7 | Josef Gomez, Maurer, | geboren im November 1863 in Barcelona, Spanien, ebenda selbst ortsanghörig, | Landstreichen, | derselbe, | 21. Juli 1885. |
| 8 | Rene Omer Paret, Arbeiter, | 33 Jahre, aus Bredden, Belgien, | Landstreichen, Feldpolizei-Übertretung, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Metz, | 31. Juli 1885. |

(Hierzu Zwei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der W. W. Hays'schen Erben (G. Hays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 35.

Den 28. August

1885.

| Reichs-Gesetzblatt. | Gesetz-Sammlung |
|---|--|
| (Stück 26.) № 1620. Verordnung, betreffend die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichs-Versicherungsamts. Vom 5. August 1885. | (Stück 30.) № 9084. Bekanntmachung, die Dauer der Messen in Frankfurt a./D. betreffend. Vom 21. Juli 1885. |
| № 1621. Bekanntmachung, betreffend die äußersten Grenzen der im öffentlichen Verkehr noch zu duldbenden Abweichungen der Maße und Meßwerkzeuge, Gewichte und Waagen von der absoluten Richtigkeit. Vom 27. Juli 1885. | № 9085. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlage des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Hildesheim. Vom 4. August 1885. |

Bekanntmachungen des Königlich Preussischen Regierungs-Präsidenten.
195. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Juli 1885 beobachteten Wasserstände.

| Datum. | Berlin. | | Spandau. | | Potsdam. | Baumgartenbrück. | Brandenburg. | | Rathenow. | | Havelberg. | Mauerbrücke. |
|--------|-------------------------------------|---------------------------|----------------------------|-----------------------------|----------|------------------|----------------------------|-----------------------------|----------------------------|-----------------------------|------------|--------------|
| | Ober-
N. N.
Wasser.
Meter. | Unter-
N. N.
Meter. | Ober-
Wasser.
Meter. | Unter-
Wasser.
Meter. | | | Ober-
Wasser.
Meter. | Unter-
Wasser.
Meter. | Ober-
Wasser.
Meter. | Unter-
Wasser.
Meter. | | |
| 1 | 32,24 | 30,74 | 2,36 | 0,66 | 0,92 | 0,42 | 1,94 | 1,06 | 1,32 | 0,92 | 1,48 | 1,56 |
| 2 | 32,24 | 30,66 | 2,34 | 0,62 | 0,94 | 0,42 | 1,94 | 1,06 | 1,32 | 0,88 | 1,44 | 1,54 |
| 3 | 32,24 | 30,60 | 2,34 | 0,56 | 0,94 | 0,41 | 1,94 | 1,04 | 1,32 | 0,86 | 1,42 | 1,52 |
| 4 | 32,24 | 30,64 | 2,34 | 0,54 | 0,92 | 0,41 | 1,96 | 1,00 | 1,32 | 0,84 | 1,40 | 1,50 |
| 5 | 32,22 | 30,64 | 2,38 | 0,46 | 0,92 | 0,42 | 1,94 | 1,00 | 1,32 | 0,82 | 1,38 | 1,48 |
| 6 | 32,22 | 30,64 | 2,34 | 0,60 | 0,90 | 0,43 | 1,94 | 1,00 | 1,32 | 0,78 | 1,36 | 1,48 |
| 7 | 32,22 | 30,62 | 2,32 | 0,60 | 0,90 | 0,44 | 1,94 | 0,98 | 1,32 | 0,76 | 1,34 | 1,46 |
| 8 | 32,22 | 30,62 | 2,34 | 0,56 | 0,90 | 0,44 | 1,94 | 0,96 | 1,32 | 0,74 | 1,30 | 1,46 |
| 9 | 32,22 | 30,58 | 2,34 | 0,52 | 0,88 | 0,45 | 1,94 | 0,96 | 1,32 | 0,72 | 1,28 | 1,44 |
| 10 | 32,22 | 30,58 | 2,32 | 0,52 | 0,88 | 0,44 | 1,94 | 0,96 | 1,32 | 0,70 | 1,24 | 1,44 |
| 11 | 32,24 | 30,56 | 2,32 | 0,48 | 0,88 | 0,44 | 1,94 | 0,94 | 1,32 | 0,70 | 1,26 | 1,44 |
| 12 | 32,24 | 30,58 | 2,32 | 0,44 | 0,86 | 0,43 | 1,94 | 0,94 | 1,32 | 0,68 | 1,26 | 1,42 |
| 13 | 32,24 | 30,58 | 2,32 | 0,46 | 0,86 | 0,43 | 1,92 | 0,92 | 1,32 | 0,68 | 1,24 | 1,42 |
| 14 | 32,22 | 30,58 | 2,30 | 0,52 | 0,88 | 0,41 | 1,92 | 0,92 | 1,32 | 0,66 | 1,22 | 1,42 |
| 15 | 32,22 | 30,58 | 2,34 | 0,58 | 0,94 | 0,41 | 1,94 | 0,92 | 1,32 | 0,66 | 1,24 | 1,40 |
| 16 | 32,22 | 30,60 | 2,34 | 0,58 | 0,94 | 0,41 | 1,94 | 0,90 | 1,32 | 0,68 | 1,24 | 1,40 |
| 17 | 32,22 | 30,58 | 2,34 | 0,56 | 0,94 | 0,40 | 1,94 | 0,92 | 1,32 | 0,70 | 1,24 | 1,40 |
| 18 | 32,22 | 30,58 | 2,34 | 0,56 | 0,92 | 0,40 | 1,92 | 0,94 | 1,32 | 0,70 | 1,24 | 1,38 |
| 19 | 32,22 | 30,58 | 2,38 | 0,46 | 0,92 | 0,41 | 1,94 | 0,94 | 1,32 | 0,68 | 1,22 | 1,38 |
| 20 | 32,22 | 30,58 | 2,30 | 0,62 | 0,90 | 0,41 | 1,94 | 0,96 | 1,32 | 0,68 | 1,20 | 1,38 |
| 21 | 32,20 | 30,58 | 2,36 | 0,56 | 0,92 | 0,39 | 1,92 | 0,98 | 1,32 | 0,68 | 1,20 | 1,38 |
| 22 | 32,20 | 30,58 | 2,38 | 0,56 | 0,92 | 0,39 | 1,92 | 0,96 | 1,32 | 0,66 | 1,18 | 1,38 |
| 23 | 32,20 | 30,58 | 2,36 | 0,56 | 0,90 | 0,38 | 1,92 | 0,94 | 1,32 | 0,64 | 1,14 | 1,38 |
| 24 | 32,18 | 30,58 | 2,36 | 0,52 | 0,90 | 0,38 | 1,90 | 0,92 | 1,32 | 0,64 | 1,10 | 1,38 |
| 25 | 32,16 | 30,58 | 2,38 | 0,42 | 0,90 | 0,38 | 1,90 | 0,90 | 1,32 | 0,64 | 1,10 | 1,38 |
| 26 | 32,16 | 30,58 | 2,38 | 0,52 | 0,88 | 0,39 | 1,88 | 0,90 | 1,32 | 0,62 | 1,10 | 1,36 |
| 27 | 32,16 | 30,58 | 2,38 | 0,52 | 0,86 | 0,39 | 1,88 | 0,88 | 1,32 | 0,62 | 1,10 | 1,36 |
| 28 | 32,16 | 30,58 | 2,36 | 0,52 | 0,86 | 0,39 | 1,88 | 0,88 | 1,32 | 0,62 | 1,10 | 1,34 |
| 29 | 32,16 | 30,58 | 2,36 | 0,52 | 0,86 | 0,40 | 1,88 | 0,88 | 1,32 | 0,62 | 1,08 | 1,34 |
| 30 | 32,16 | 30,58 | 2,36 | 0,52 | 0,86 | 0,40 | 1,88 | 0,90 | 1,32 | 0,62 | 1,08 | 1,34 |
| 31 | 32,16 | 30,58 | 2,36 | 0,52 | 0,86 | 0,39 | 1,86 | 0,86 | 1,32 | 0,60 | 1,06 | 1,32 |

Potsdam, den 21. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Standesamtsbezirksveränderung.

196. Der Herr Ober-Präsident hat unterm 6. d. M. genehmigt, daß vom 1. Januar 1886 ab die Gemeinde Gernsdorf vom Standesamtsbezirk „N^o 44 Sachsenhausen“ im Kreise Niederbarnim abgezweigt und aus derselben ein selbstständiger Standesamtsbezirk unter der Bezeichnung „N^o 44a. Gernsdorf“ gebildet wird.

Potsdam, den 18. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Benennung einer Eisenbahnhaltstelle im Kreise Angermünde betr.

197. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten wird der beim Wärrerhaus 13 der Eisenbahnstraße „Angermünde—Freienwalde“ angelegten Haltestelle die Benennung „Saaten-Neuendorf“ gegeben.

Potsdam, den 20. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Zolltarife betreffend.

198. Ich mache die Handel- und Gewerbetreibenden des Bezirkes auf die neuen Zolltarife für Mexiko (Deutsches Handels-Archiv für 1885 August-Heft S. 512 ff.), für Rußland (ebend. 535), für Norwegen (ebend. S. 546) und für Rumänien (ebend. S. 549) aufmerksam.

Potsdam, den 21. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Verbot der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands.

68. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Geheiß des Großherzoglich Badischen Landeskommisars zu Mannheim unter dem 19. August 1885 erlassene, in N^o 194 des Deutschen Reichsanzeigers veröffentlichte Verbot der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands sich auch auf die hiesigen Mitgliedschaften dieser Vereinigung, und zwar: 1) Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands, Mitgliedschaft Berlin I., 2) Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands, Mitgliedschaft Berlin im Osten, 3) Vereinigung Deutscher Metallarbeiter, Mitgliedschaft Berlin Süden und 4) freie Vereinigung der Former Berlins und Umgegend, Mitgliedschaft der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands, erstreckt.

Berlin, den 21. August 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Aufgebot der Kautionen zweier Auswanderungs-Agenten.

69. Der Buchhändler Carl August Hofmann genannt „Langer“ und der Kaufmann Wilhelm Carl Emil Leopold Mahler, deren Concessionen als Agenten des Auswanderungs-Unternehmers Volten Inhalts meiner Bekanntmachung vom 12. Juni dieses Jahres, veröffentlicht im Stüd 26 dieses Blattes vom 26. Juni dieses Jahres, erloschen sind, haben die Rückgabe der zur Sicherstellung ihres Geschäftsbetriebs als Agenten des r. Volten seiner Zeit bei der königlichen Polizei-Haupt-Kasse hinterlegten Kautionen beantragt.

Nach § 14 des Reglements vom 6. September 1853, betreffend die Geschäftsführung der zur Förderung von Auswanderern concessionirten Personen

und die von denselben zu bestellenden Kautionen, wird dies hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß etwaige aus der Geschäftsführung der Genannten in deren Eigenschaft als Agenten des Schiffbauers Volten herzufließende Ansprüche an die bestellten Kautionen binnen einer zwölfmonatlichen Frist bei dem Polizei-Präsidium angemeldet werden müssen, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist über die Kautionen anderweitig verfügt werden wird.

Berlin, den 20. August 1885.

Der Polizei-Präsident.

Das Revidirte Statut und die Genehmigungs-Urkunde der Leipziger Kranken-, Invaliden- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Gegenseitigkeit“ zu Leipzig betreffend.

70. Diesem Stüd des Amtsblattes ist eine Beilage, enthaltend das Revidirte Statut und die Genehmigungs-Urkunde der Leipziger Kranken-, Invaliden- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Gegenseitigkeit“ zu Leipzig, beigelegt, worauf hierdurch mit dem Bemerken hingewiesen wird, daß die Concession und das frühere Statut der Gesellschaft, beziehungsweise der I. und II. Statut-Nachtrag als Beilage zum Stüd 51 dieses Blattes vom 17. Dezember 1875 durch Bekanntmachung der königlichen Regierung zu Potsdam vom 9. desselben Monats zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden sind.

Berlin, den 15. Juli 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Errichtung einer Reichs-Telegraphenanstalt.

42. In Tasdorf wird am 21. d. M. eine mit der Postagentur daselbst vereinigte Reichs-Telegraphenanstalt in Wirksamkeit treten.

Potsdam, den 19. August 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

In Vertretung: Bismarck.

Bekanntmachungen des Königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg.

Umsparungsbezirk.

8. Mit der — nach vorgängig erklärtem Einverständnis des Evangelischen Oberkirchenraths erteilten — Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten wird der bisher zum Sprengel der Kirche in Lichtenberg gehörige, aber schon mittelst Allerhöchster Ordre vom 30. März 1878 (bekannt gemacht durch Verfügung der königlichen Regierung in Potsdam vom 23. Mai 1878 Amtsblatt S. 168) von dem Gemeindebezirk Lichtenberg abgetrennt und mit dem Stadtbezirk Berlin vereinigte Flächenabschnitt, der auf dem bezüglichen, bei dem Magistrat zu Berlin beruhenden Situationsplane vom 15. Juni 1876 dargestellt ist und dessen Grenze im Norden und Osten von der (derzeitigen) äußeren Eigenthumsgrange der Verbindungsbahn und im Süden von der Südgrenze der südlichen Promenade der Frankfurter Allee gebildet wird, unter Ausparrung der darin wohnenden Evangelischen aus der Kirche in Lichtenberg und Einsparrung derselben bei der St. Mariuskirche in Berlin, dem Sprengel dieser Kirche zugelegt.

Diese Verfügung tritt mit dem 1. Oktober 1885 in Kraft. Berlin, den 13. Mai 1885.

Der Polizei-Präsident.

I. B. 1471. gez. von Madai.
Potsdam, den 25. Mai 1885.

Königl. Regierung,
Abtheilung für Kirchen und Schulwesen.

II. K. 1285. gez. Vergius.

Berlin, den 13. August 1885.

Königl. Konsistorium der Provinz Brandenburg
und des Stadtkreises Berlin.

In Vertretung: gez. Brückner.

Vorstehendes Umpfarrungsdekret bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 13. August 1885.

Königl. Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Aufgebot von Schuldverschreibungen.

19. Die Herren Schirmer und Schlid — Bankgeschäft — zu Leipzig, haben auf Umschreibung der Schuldverschreibungen der Preussischen konsolidirten 4 1/2 procentigen Staatsanleihe Lit. C. Nr. 57854 und 57855 über je 500 Thlr. angetragen, weil dieselben vom früheren Königl. Kreisgericht in Quedlinburg am 9. März 1875 außer Kurs gesetzt, von diesem Gericht aber oder von einem an dessen Stelle getretenen oder von dem höheren Gericht nicht wieder in Kurs gesetzt sind. In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesen Papieren ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten, und spätestens am 1. November 1885 uns anzuzeigen, widrigenfalls die Papiere kassirt und den Herren Schirmer und Schlid neue umlaufsfähige ausgehändigt werden.

Berlin, den 17. April 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot von Schuldverschreibungen.

17. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (Ges.-S. S. 281), und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (Ges.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Herrn A. Hefter hier, Leipzigerstraße 97/98, die Schuldverschreibungen der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe Lit. C. Nr. 147523, 147524 und 147525 über je 1000 Mark angeblich verloren gegangen sind. Es werden diejenigen, welche sich im Besitze dieser Urkunden befinden, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder den Herren Georg Fromberg & Co. hier, Charlottenstraße 25/26, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftlosklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 22. August 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Eröffnung der Haltestelle Saaten-Neuendorf.

36. Am 1. September d. J. wird die an der Eisenbahnstrecke Angermünde-Freienwalde a./D. in Kilometerstation 16,48 bei dem Wärrerhause Nr. 13 zwischen Lüdersdorf und Oberberg-Bralsig belegene Haltestelle **Saaten-Neuendorf** für den Personen-, Gepäc- und Güter-Verkehr eröffnet, für letzteren nur in Wagenladungen mit alleiniger Ausnahme von Milch und leeren Milchgefäßen, wofür Abfertigung zu Stückgutplätzen zulässig ist. Sendungen nach der Haltestelle können nur frankirt, von dort nur unfrankirt, in beiden Fällen ohne Nachnahme-Belastung aufgegeben werden. — Dasselbst werden

in der Richtung:

nach Angermünde

Zug 462 um 847 Vm.

„ 464 „ 606 Nm.

regelmäßig und

Zug 454 um 206 Nm.

„ 456 „ 800 Nm.

nach Bedarf

nach Freienwalde a./D.

Zug 463 um 527 Vm.

„ 455 „ 237 Nm.

regelmäßig und

Zug 453 um 1102 Vm.

„ 461 „ 829 Nm.

nach Bedarf

halten, um Personen aufzunehmen und abzugeben.

Personenbillets werden von und nach den Stationen Angermünde, Neu-Künkendorf, Lüdersdorf, Oberberg-Bralsig und Freienwalde a./D. ausgegeben. Die Tarifsätze sind auf den genannten Stationen, sowie in dem Auskunftsbüreau, Bahnhof Alexanderplatz hiersebst zu erfahren.

Berlin, im August 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Sonntags-Extrazug von Berlin nach Dranienburg.

37. Der Sonntags-Extrazug von Berlin (Stettiner Bahnhof) nach Dranienburg und zurück,

Abfahrt von Berlin 2 Uhr Nachm.,

Ankunft in Dranienburg 3 Uhr 8 Min.

Abfahrt von Dranienburg 9 Uhr 10 Min. Abends,

Ankunft in Berlin 10 Uhr 18 Min.

verkehrt am Sonntag, den 30. August, zum letzten Mal in diesem Jahr.

Stralsund, den 22. August 1885.

Königl. Eisenbahn-Betriebsamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Verbandgütertarif im Deutsch-Polnischen Verbands.

38. An Stelle des bisherigen Gütertariffs im Deutsch-Polnischen Verbands tritt mit dem 1. Oktober 1885 ein neuer Verbandgütertarif in Kraft. Derselbe besteht aus dem Theil II., enthaltend besondere Bestimmungen und Tarifsätze für den Güterverkehr und fünf einzelnen Tariffesten. Letztere umfassen:

a. Heft Nr. 1 den Verkehr mit Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Bromberg und Breslau,

b. Heft Nr. 2 den Verkehr mit Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Altona, Berlin und Hannover, sowie der Lübeck-Büchener und Mecklenburgischen Friedrich-Franz-Eisenbahn (Verkehr mit Schweden).

c. Heft Nr. 3 den Verkehr mit Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Elberfeld, Hannover, Köln, (rechts rheinisch), Köln (links rheinisch) und Magdeburg, sowie der Aachen-Jülicher und Braunschweigischen Eisenbahn,

d. Heft Nr. 4 den Verkehr mit Stationen der Sächsischen Staatseisenbahnen,

e. Heft Nr. 5 den Verkehr mit Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Berlin, Erfurt, Frankfurt a. M., Hannover und der Hessischen Ludwigsbahn.

Der neue Tarif enthält wesentliche Verkehrsvereinfachungen, sowie auch einige Tarifierhöhungen und die Verkehrsbeschränkung, daß diejenigen Stationen der Königlich Eisenbahn-Direktionen zu Elberfeld, Köln (links rheinisch) und Köln (rechts rheinisch), welche bisher für den direkten Verkehr eine Bedeutung nicht gehabt haben, aus dem Verbande ausgeschlossen worden sind.

Der gesammte Tarif wird zum Preise von 2,65 M. bei den Verbandstationen, sowie bei der unterzeichneten Verwaltung verabfolgt. Einzelne Tarifhefte zu den darauf verzeichneten Preisen sind ebendasselbst zu haben.

Bromberg, den 14. August 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion
als geschäftsführende Verwaltung.

Ausnahmetarif für Spiritus und Sprit zum Seerexport.

67. Der vorläufig nur bis zum 31. August 1885 im Lokalverkehr des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg, sowie im Staatsbahnverkehr Bromberg-Breslau und im Südostpreussischen Verband-Verkehr eingeführte Ausnahmetarif für Spiritus und Sprit zum Seerexport bleibt bis zum 31. August 1886 in Kraft.

Bromberg, den 20. August 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung

des Königl. Kredit-Instituts für Schlessen.

Umtausch gekündigter Pfandbriefe Lit. B. betreffend

Die Inhaber nachbezeichneter, von dem Königl. Kredit-Institut für Schlessen ausgefertigter 4% Pfandbriefe Lit. B. hastend:

I. auf Bladen, Kreis Leobschütz:

Nr 1323 und 1324 à 500 Thlr.

„ 6500, 6506, 6508 und 6513 à 100 „

II. auf Grzybowitz, Kreis Tost:

Nr 22334 und 22335 à 25 Thlr.

werden hierdurch wiederholt aufgefordert, diese Pfandbriefe in koursfähigem Zustande mit laufenden Zinscoupons an die Königl. Institute-Kasse hiersebst zum Umtausche gegen andere Pfandbriefe Lit. B. von gleichem Betrage und mit gleichen Coupons versehen einzureichen.

Sollte die Präsentation nicht

bis zum 15. Februar 1886

erfolgen, so werden die Inhaber dieser Pfandbriefe nach § 50 der Verordnung vom 8. Juni 1835 mit ihrem Realrechte auf die in den Pfandbriefen ausgebrachte Spezial-Hypothek präkludirt, die Pfandbriefe für vernichtet erklärt, in unserm Register, sowie im Grundbuche gelöscht und die Inhaber mit ihren Ansprüchen lediglich an die in unserm Gewahrsam befindlichen Umtausch-Pfandbriefe verwiesen werden.

Breslau, den 15. August 1885.

Königl. Kredit-Institut für Schlessen.

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben den Königl. Kammerherrn und Haupt-Ritterschafts-Direktor von Risselmann zu Grussow zum Landrath des Kreises Angermünde Allergnädigst zu ernennen geruht. Die definitive Uebergabe der landrathlichen Geschäfte an den Landrath von Risselmann hat am 22. August d. J. stattgefunden.

Der Oberförster Biedermann ist vom 1. Oktober d. J. ab zum Forst-Amts-Anwalt für den Königl. Forst-Bezirk Zechlin bei dem Königl. Amts-Gericht in Rheinsberg und zugleich zum Stellvertreter der Forst-Amts-Anwälte der Königl. Forstbezirke Merg und Rheinsberg, ferner der Oberförster Rosenthal von dem gleichem Tage ab zum Forst-Amts-Anwalt bei dem Amts-Gericht Belzig für den Königl. Forstbezirk Dippmannsdorf bestellt worden.

Im Kreise Jüterbog-Ludenwalde sind an Stelle des verstorbenen kommissarischen Amtsvorstehers Beder in Jüterbog die bisherigen Stellvertreter Gutsbesitzer Sernow zu Bockow und Kammergutsbesitzer Kessler zu Reinsdorf zu Amtsvorstehern der Bezirke V. Bockow und VI. Graefendorf ernannt worden. Ferner ist der Amtmann Hauffe zu Graefendorf zum Amtsvorstehers Stellvertreter im Bezirk Graefendorf ernannt.

Im Kreise Osthavelland ist an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesizers Wegener zu Groß-Zietzen der Rittergutspächter Schrader zu Schwane zum Amtsvorstehers des Bezirks VIII. Groß-Zietzen ernannt worden.

Dem Schulvorsteher Paul Ulich ist die Erlaubnis zur Fortführung der von ihm bisher geleiteten und in Berlin nach Charlottenburg verlegten Militär-Vorbereitungs-Anstalt erteilt worden.

An dem der Stadt Berlin gehörigen Waisenhaus in Rummelsburg ist der bisherige Erziehungsgehilfe Gruel als Erzieher und Lehrer angestellt worden.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend das Revidirte Statut und die Genehmigungs-Urkunde der Leipziger Kranken-, Invaliden- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Gegenseitigkeit“ zu Leipzig, sowie Drei Öffentliche Anzeigen.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. M. Hays (den Sohn) (C. Hays, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage z. Amtsbl. d. Kgl. Reg. z. Potsdam u. d. Stadt Berlin.

Ministerium des Innern.

Den eingesehenen, in Folge der Beschlüsse der Generalversammlung vom 21. Juni d. Js. aufgestellten „Revidirten Statuten“ der

Leipziger Kranken-, Invaliden- und Lebens-Versicherungsgesellschaft „Gegenseitigkeit“ zu Leipzig,

welche an die Stelle der in der Generalversammlung vom 21. September 1884 festgestellten Revidirten Statuten treten, wird hierdurch die unter No. 1 der Concession vom 13. August 1875 vorbehaltene Genehmigung erteilt.

Berlin, den 3. Juli 1885.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

In Vertretung: Herrfurth.

Genehmigungsurkunde.

Auszug

aus dem vormaligen Genossenschaftsregister für die Stadt Leipzig, nunmehr fortgeführt vom Königl. Amtsgericht Leipzig. Band I. Seite 183.

Fol. 20.

Die Leipziger Kranken-, Invaliden- und Lebens-Versicherungsgesellschaft „Gegenseitigkeit“ zu Leipzig betr.

3. December 1884. An Stelle der unter No. 1 bezeichneten, außer Kraft getretenen Statuten sammt Nachträgen, treten die in der Generalversammlung vom 21. September 1884 festgestellten Revidirten Statuten vom 28. November 1884, laut Anzeigen vom 10. October und 1. December 1884.

Spec. Acten Bl. 76 f.

Extrahirt den 3. December 1884.

Königliches Amtsgericht Leipzig.

Auszug

aus dem vormaligen Genossenschaftsregister für die Stadt Leipzig, nunmehr fortgeführt vom Königl. Amtsgericht Leipzig. Band I. Seite 184.

Fol. 20.

Die Leipziger Kranken-, Invaliden- und Lebens-Versicherungsgesellschaft „Gegenseitigkeit“ zu Leipzig betr.
Name bei 4: Revidirte Statuten,

f. No. 5.

5, ad No. 4. 24. Juni 1885. An Stelle der unter No. 4 bezeichneten, außer Gültigkeit getretenen Statuten treten die in der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. Juni 1885 festgestellten revidirten Statuten vom 22. Juni 1885, laut Anzeige vom nämlichen Tage.

Spec. Acten Bl. 151 f.

Extrahirt den 24. Juni 1885.

Königliches Amtsgericht Leipzig.

Act. Georgi.
Genossensch.-Reg.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die bereits seit 1855 unter dem Namen „Leipziger Krankencasse“ bestandene und laut Bestätigungs-Decret des Königl. Sächs. Ministeriums des Innern vom 6. April 1861 unter der Firma:

Leipziger Kranken-, Invaliden- und Lebens-Versicherungsgesellschaft „Gegenseitigkeit“

fortbestehende Gesellschaft beruht auf Gegenseitigkeit, hat ihren Sitz in Leipzig und regelt ihre Geschäftsthätigkeit nach Maßgabe der nachstehenden revidirten Statuten.

§. 2. Die Thätigkeit der Gesellschaft ist auf Abschluß von Versicherungsverträgen sowohl mit einzelnen Personen als auch ganzen Gesellschaften gerichtet, wonach sie

- 1) im Falle des Todes oder bei Erreichung eines bestimmten Lebensalters einer versicherten Person, ein Capital,
- 2) im Falle der Erkrankung einer versicherten Person, ein wöchentliches Krankengeld,
- 3) im Falle der Invalidität einer versicherten Person, eine Leibrente zu zahlen hat.

Diese Verträge können sowohl auf Lebenszeit, als auch auf eine bestimmte Reihe von Jahren abgeschlossen werden.

§. 3. Mitglied der Gesellschaft ist, wer sich durch eine oder durch zwei oder durch alle drei der §. 2 genannten Arten versichert hat und in Deutschland wohnt.

§. 4. Die für die verschiedenen Versicherungsarten zu zahlenden Prämien (Beiträge) sind unter Annahme der in Beilage A angeführten Sterblichkeitstafel, Krankheitsdauer- und Invaliditätswahrscheinlichkeit, sowie eines Zinsfußes von $3\frac{1}{2}$ Procent und einer Minimalerhöhung der normalen terminlichen Prämien von 5 Procent nach den Principien der Wahrscheinlichkeitsrechnung durch einen vereideten Sachverständigen festzustellen.

Alle terminlichen Prämien (Beiträge) sind *praenumerando* an den im Versicherungsscheine angegebenen Terminen zu entrichten.

§. 5. Die Rechnung der Gesellschaft, welche für die drei §. 2 genannten Versicherungsarten getrennt zu führen ist, wird mit dem 31. December jeden Jahres geschlossen und muß das Directorium diesen Abschluß spätestens bis zum 30. Juni des nächsten Jahres dem Ausschusse zur Prüfung und Justification zustellen.

Hierbei ist nicht bloß eine kaufmännische Bilanz vorzunehmen, sondern auch nach den Principien der Wahrscheinlichkeitsrechnung unter Annahme der §. 4 genannten Grundzahlen durch einen vereideten Sachverständigen der Fond (Reservefond) zu bestimmen, welcher zur Deckung der durch die abgeschlossenen Versicherungen übernommenen Verbindlichkeiten nothwendig vorhanden sein muß.

Durch Vergleichung dieses Reservefonds mit dem wirklichen Vermögen der Gesellschaft ist der Ueberschuß oder das Deficit des Geschäftes zu bestimmen.

§. 6. So lange ein Deficit besteht, sind die Theilhaber der betreffenden Versicherungsart zu einem verhältnißmäßig höheren Beitrage verpflichtet.

§. 7. Die Rückgabe der Ueberschüsse an die betreffenden, zu dieser Zeit noch bei der Gesellschaft Versicherten des jedesmaligen Versicherungsjahres muß erfolgen, sobald sich mit Wahrscheinlichkeit erwarten läßt, daß das Geschäft erheblichen Schwankungen nicht mehr unterworfen ist und hat hierüber ein vom Directorium und

Ausschuß zu erwählender vereideter Sachverständiger zu entscheiden. Doch darf eine Rückgabe dieser Ueberschüsse in keinem Falle bei der Lebensversicherung vor 5 Jahren

bei der Krankenversicherung „ 10 „
bei der Invalidenversicherung „ 15 „

nach Abschluß der ersten Versicherung stattfinden.

Diesenigen Mitglieder, welche im Laufe des betreffenden Rechnungsjahres mehr Krankengeld erhalten haben, als sie für die Krankenversicherung Prämien gezahlt, sind von der darauf bezüglichen Dividendenvertheilung ausgeschlossen.

§. 8. Die nicht zu nahe bevorstehenden Ausgaben zu verwendenden Gelder der Gesellschaft sind hypothekarisch oder in guten, erheblichen Courschwankungen nicht unterliegenden Werthpapieren, oder sonst sicher anzulegen.

§. 9. Die Hauptcasse der Gesellschaft wird von dem Vorsitzenden des Directoriums, dem Vorsitzenden des Ausschusses und dem Cassirer unter Verschuß gehalten.

§. 10. Jede Zahlung von der Gesellschaft oder an dieselbe ist in Reichswährung zu entrichten.

§. 11. Die Gesellschaft hat die Rechte einer juristischen Person und ihren Gerichtsstand vor dem Amtsgerichte, bez. Landgerichte Leipzig.

Denjenigen Versicherten gegenüber, welche außerhalb Sachsens wohnen, gelten die von den betreffenden Regierungen zu erlassenden Vorschriften.

§. 12. Die administrative Aufsicht über die Gesellschaft steht dem Stadtrathe von Leipzig zu.

Es bleibt aber auch der Staatsregierung unbenommen, zur Ausübung ihres Obergewaltrechtes einen Commissar zu bestellen, welcher berechtigt ist, von allen Angelegenheiten der Gesellschaft durch Einsicht der Bücher, Rechnungen u. s. w. oder sonst Kenntniß zu nehmen und den Generalversammlungen beizuwohnen.

§. 13. Alle Bekanntmachungen der Gesellschaft an ihre Mitglieder und die sonst bei ihr versicherten Personen sind jedenfalls in der Königlich Leipziger Zeitung, nach Ermessen des Directoriums auch in andern Blättern, und insofern sich an deren Nichtbeachtung Rechtsnachtheile knüpfen, zweimal mit einer dazwischenliegenden monatlichen Frist zu bewirken und zwar dergestalt, daß der Termin, nach welchem der Rechtsnachtheil eintreten soll, zwei Monate nach der letzten Insertion in der Königlich Leipziger Zeitung fallen muß. (Vergl. aber §. 28.)

§. 14. Die Angelegenheiten der Gesellschaft werden nach Maßgabe der §§. 15–34 durch

- 1) ein Directorium und die von demselben anzustellenden Beamten, deren erster als Bureauchef den Titel „Bevollmächtigter“ führt,
- 2) einen Ausschuß und
- 3) die Generalversammlung

geleitet, beziehentlich geordnet.

Das Directorium sowohl als der Ausschuß und die einzelnen Mitglieder beider, ingleichen jeder Beamte der Gesellschaft ist für alle seine Beschlüsse, Handlungen oder Unterlassungen der Gesellschaft in Gemäßheit der bestehenden Gesetze verantwortlich und ersatzpflichtig. Für gemeinsame Beschlüsse, Handlungen und Unterlassungen haften die schuldigen Mitglieder des Directoriums und Ausschusses solidarisch.

Ausschuß.

§. 15. Die Aufsicht über die Geschäftsleitung führt ein Ausschuß, gebildet aus 15 männlichen Mitgliedern der Gesellschaft,

welche disponitionsberechtigt und in oder nicht weiter als eine Stunde von Leipzig wohnhaft sein müssen. Nicht wählbar sind diejenigen, denen der Genuß der bürgerlichen Ehrenrechte entzogen worden ist, oder nach den bestehenden Vorschriften entzogen werden könnte. Wer die Wählbarkeit verliert, hat aus dem Ausschuss sofort auszuscheiden.

Die Ausschussmitglieder werden durch die Generalversammlung jedes auf drei Jahre gewählt und haben alljährlich fünf in der bisherigen Ordnung auszuscheiden. Die Ausgeschiedenen sind wieder wählbar.

Scheidet ein Ausschussmitglied im Laufe des Jahres aus, so wählen die übrigen ein neues, das vollständig in die Rechte und Pflichten des Ausgeschiedenen eintritt.

§. 16. Der Ausschuss hat alljährlich einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben aus seiner Mitte zu wählen, sowie diejenigen zwei Mitglieder des Ausschusses zu bestimmen, welche nebst dem Vorsitzenden den engeren Ausschuss bilden.

§. 17. Die Befugnisse und Verpflichtungen des Ausschusses sind:

- 1) das Directorium zu wählen und die Gesellschaft gegen dasselbe allenthalben zu vertreten, wo dies nicht in den Statuten der Generalversammlung vorbehalten ist,
- 2) die Geschäftsführung und das Cassenwesen zu beaufsichtigen, und für Beobachtung der Statuten Sorge zu tragen,
- 3) die Gehalte und Remunerationen der Directorialmitglieder festzusetzen und Cautionen zu bestimmen,
- 4) Beschwerden von Seiten der Mitglieder entgegen zu nehmen und darüber Erörterungen anzustellen,
- 5) die jährlichen Rechnungen zu prüfen,
- 6) dieselben zu justificiren,
- 7) Directorialmitglieder wegen statigehabter Pflichtverletzung nach Befinden zu suspendiren oder zu entlassen.

Mit Ausübung der unter 2, 5 und 6 genannten Pflichten kann der Ausschuss auch den engeren Ausschuss (§. 16) beauftragen.

§. 18. Der Ausschuss versammelt sich auf Einladung seines Vorsitzenden. Zur Gültigkeit der gefassten Beschlüsse müssen mindestens fünf Ausschussmitglieder gegenwärtig sein. In den Fällen des §. 17 Nr. 1, 3 und 7 ist jedoch die Anwesenheit von zwei Drittheilen der Ausschussmitglieder erforderlich, um einen gültigen Beschluss fassen zu können. Der engere Ausschuss kann nur Beschlüsse fassen, wenn alle Mitglieder desselben zugegen sind.

Bei Stimmengleichheit entscheidet in allen Fällen die Stimme des Vorsitzenden.

Das Directorium kann zu diesen Versammlungen eingeladen werden, hat aber dabei keine Stimme. Die Verhandlungen sind stets zu Protokoll zu nehmen und von dem Vorsitzenden und einem Mitgliede zu unterzeichnen.

Directorium.

§. 19. Das Directorium besteht aus sieben männlichen, bei der Gesellschaft wenigstens mit zwei der §. 2 genannten Versicherungsarten theilhaftigen und in Leipzig wohnhaften Mitgliedern, welche disponitionsberechtigt sein müssen. Nicht wählbar sind diejenigen, denen der Genuß der bürgerlichen Ehrenrechte entzogen worden ist, oder nach den bestehenden Vorschriften entzogen werden könnte. Wer die Wählbarkeit verliert, hat aus dem Directorium sofort auszuscheiden.

Die Directorialmitglieder werden vom Ausschuss jedes auf sieben Jahre gewählt und hat alljährlich eins in der bisherigen Ordnung auszuscheiden, welches wieder wählbar ist. Das Directorium

wählt alljährlich aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben. Jede im Directorium erledigte Stelle ist durch den Ausschuss sofort zu besetzen.

§. 20. Die Thätigkeit des Directoriums besteht

- 1) in der activen und passiven Vertretung der Gesellschaft nach Innen und nach Außen bei allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten; bei ersteren hat es die erkannten Eide Namens der Gesellschaft zu leisten;
- 2) in der Leitung der Bureauarbeiten (s. auch §. 5) und Verwaltung des Vermögens;
- 3) in der Annahme und Zurückweisung von Versicherungsanträgen und Feststellung der Prämien nach den §. 4 enthaltenen Vorschriften;
- 4) in der Abschließung und Zurückziehung, beziehentlich Kündigung von Rückversicherungen und Rückversicherungsverträgen;
- 5) in der Anstellung der Beamten der Gesellschaft und Ertheilung der Instruction an dieselben.

§. 21. Das Directorium versammelt sich auf Einladung seines Vorsitzenden. Zur Gültigkeit der gefassten Beschlüsse müssen mindestens vier Mitglieder zugegen sein. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Ueber die Verhandlungen sind Protokolle abzufassen.

§. 22. Alle vom Directorium ausgehenden Urkunden, als Policen, Contracte u. a. müssen, sofern sie Gültigkeit haben sollen, vom Vorsitzenden des Directoriums, oder in dessen Behinderung vom Stellvertreter desselben, und einem anderen Mitgliede des Directoriums unterzeichnet und mit dem die in §. 1 genannte Firma enthaltenden Siegel der Gesellschaft besiegelt oder abgestempelt sein.

Legitimation des Ausschusses und Directoriums.

§. 23. Nach jeder Wahl sind die Mitglieder des Ausschusses und Directoriums durch eine Bekanntmachung nach §. 13 namhaft zu machen. Einer weiteren Legitimation bedarf es nicht.

Agenten.

§. 24. Die Agenten werden vom Directorium bestellt und erhalten ihre Instructionen von demselben.

§. 25. Die Gesellschaft ist nur für instructionsgemäße Handlungen der Agenten verantwortlich.

Generalversammlung.

§. 26. Alljährlich spätestens im September wird eine vom Directorium einzuberufende Generalversammlung abgehalten.

§. 27. Außerordentliche Generalversammlungen sind einzuberufen

- 1) auf Beschluss des Directoriums,
- 2) auf Beschluss des Ausschusses,
- 3) auf Antrag von zwanzig volljährigen männlichen Mitgliedern der Gesellschaft (§. 3).

Im letzteren Falle ist dieser Antrag schriftlich unter Angabe des Grundes von allen zwanzig Mitgliedern eigenhändig unterzeichnet beim Directorium einzureichen und zur Deckung der durch die außerordentliche Generalversammlung entstehenden Kosten eine Caution von fünfundvierzig Mark zu hinterlegen. Darüber, ob letztere Summe den Antragstellern zurückzugeben ist, entscheidet die außerordentliche Generalversammlung selbst.

§. 28. Die Einladung zu allen Generalversammlungen erfolgt zweimal in der Königl. Leipziger Zeitung wie auch im Leipziger Tageblatte und im Dorfanzelger unter Angabe der Tagesordnung und des Locals. Zwischen dem Tage der ersten Bekanntmachung und dem Tage der Generalversammlung muß wenigstens ein Zeitraum von 7 Tagen liegen.

Den Vorsitz in den Generalversammlungen führt mit Ausnahme der §. 29 und §. 30 genannten Fälle, der Vorsitzende des Directoriums oder in dessen Behinderungsfälle ein für den einzelnen Fall vom Directorium zu wählendes Mitglied desselben.

§. 29. Wird eine Generalversammlung auf Beschluß des Ausschusses einberufen, so hat die Einladung durch den Ausschuß zu erfolgen, dessen Vorsitzender oder ein anderes vom Ausschusse zu wählendes Ausschußmitglied den Vorsitz zu führen hat.

§. 30. Wird dem in §. 27 unter Nr. 3 gestellten Antrage weder vom Directorium noch Ausschusse entsprochen, oder soll in einer Generalversammlung über eine gegen Directorium und Ausschuß zusammen zu erhebende Klage Beschluß gefaßt werden, so haben sich die Antragsteller an das Königl. Ministerium des Innern mit dem Antrage um Feststellung eines Commissars zu wenden, welchem letzteren sowohl die Berufung der Generalversammlung als auch der Vorsitz in derselben zusteht.

§. 31. Zur Theilnahme an der Generalversammlung sind alle männlichen volljährigen Mitglieder der Gesellschaft (§. 3) berechtigt. Beim Eintritt haben sie sich durch ihre Police und die letzte Beitragsquittung unter Berücksichtigung der §. 40 gestatteten Frist zu legitimiren.

§. 32. Die Art der Abstimmung in den Generalversammlungen bleibt dem Ermessen des Vorsitzenden überlassen. Nur bei Wahlen wird stets durch Stimmzettel abgestimmt. Jeder Stimmberechtigte hat nur eine Stimme. Vertretung durch Bevollmächtigte ist nicht gestattet.

Bei der Abstimmung entscheidet Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Bei Wahlen ist absolute Stimmenmehrheit nicht erforderlich und entscheidet, wenn mehrere Personen gleichviel Stimmen erhalten haben, das Loos.

Die von der Generalversammlung statutengemäß gefaßten Beschlüsse sind für alle Mitglieder verbindlich.

§. 33. Zum Geschäftskreis der Generalversammlung gehören

- 1) die Wahl der Mitglieder des Ausschusses,
- 2) Entgegennahme des Jahresberichtes und der Rechnungsablegung,
- 3) Beschlußfassung über Beschwerden gegen den Ausschuß,
- 4) Beratung über alle vom Directorium oder durch dieselben an die Generalversammlung gebrachten Gegenstände,
- 5) alle von zwanzig männlichen und volljährigen Gesellschaftsmitgliedern gestellten Anträge, welche schriftlich und dergestalt rechtzeitig anzumelden sind, daß sie noch in der ersten Einladung zur Generalversammlung erwähnt werden können,
- 6) Abänderung der Statuten,
- 7) Auflösung der Gesellschaft.

§. 34. Die Generalversammlung kann nur über Gegenstände Beschlüsse fassen, welche auf der in der Einladung veröffentlichten Tagesordnung gestanden haben.

Ueber alle Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlungen ohne Unterschied ist ein Protokoll von einem öffentlichen Notar aufzunehmen.

Allgemeine Versicherungsbedingungen.

§. 35. Die Anmeldung zur Versicherung geschieht durch Einreichung des vom Antragsteller eigenhändig zu unterzeichnenden Formulars, womit derselbe die selbst abgegebene, gewissenhafte und wahrheitsgetreue Beantwortung der in demselben enthaltenen Fragen beurkundet. Das dergestalt vollzogene Formular hat als Grundlage und ergänzender Bestandteil für den Versicherungsvertrag zu gelten.

Bei Einreichung des vollzogenen Formulars ist vom Antragsteller gleichzeitig das nach §. 53, 61 oder 70 bestimmte Eintrittsgeld zu hinterlegen. Wird der Antrag vom Directorium zurückgewiesen, so wird ihm der deponirte Betrag ohne Abzug zurückgegeben, anderenfalls verbleibt er der Gesellschaft.

§. 36. Das Directorium kann entweder vor Annahme der Versicherung oder vor Auszahlung irgend einer Versicherungssumme oder Rückkaufssumme oder wenn es ihm sonst erforderlich scheint, einen legalen Altersnachweis verlangen.

§. 37. Nachversicherungen werden mit Ausnahme der in §. 40 Absatz 3 gedachten Fälle wie neue Versicherungen behandelt. Bei Verminderung einer Versicherung wird der nach §. 5 den vom Versicherten bezahlten Prämien entsprechende Theil des Reservefonds bei Feststellung des neuen Beitrags mit in Anrechnung gebracht, oder wenn die Versicherung bereits drei Jahre bestanden, auf $\frac{1}{2}$ des Versicherten $\frac{1}{2}$, der auf die Verminderungssumme entfallenden Reserve zurückgezahlt.

§. 38. Findet die Annahme der Versicherung statt, so erhält die betreffende Person einen Versicherungsschein (Police). Die Versicherung tritt aber erst nach Zahlung der ersten Prämie in Kraft.

Durch Annahme des Versicherungsscheines bekundet der Versicherte sich stillschweigend als einverstanden mit allen Bestimmungen dieser Statuten und verzichtet vorkommenden Falles auf die Rechte im Nichtgemüßhabens.

Wird die Annahme abgelehnt, so ist das Directorium nicht gehalten, die Gründe dafür anzugeben.

§. 39. Hat ein Versicherter die im Versicherungsantrage vorgelegten Fragen wahrheitswidrig beantwortet, oder hat er sonst während des Bestehens seiner Versicherung absichtlich oder durch grobe Fahrlässigkeit die Gesellschaft benachtheiligt, so ist das Directorium, auch wenn der Versicherte noch keine Zahlungen von der Gesellschaft empfangen hat, berechtigt, einzelne oder alle seine Versicherungen für ungültig zu erklären, wovon es den Betreffenden zu benachrichtigen hat.

Erhebt der Beteiligte gegen solchen Beschluß des Directoriums binnen 4 Wochen von Zufertigung desselben gerechnet keine Einsprache (§. 11), so begiebt er sich aller seiner Ansprüche. Hat ein Versicherter auf Grund falscher Angaben oder Unterlassungen, welche auf Irrthum oder Unkenntniß beruhen, zu hohe Zahlungen geleistet, so ist die Gesellschaft das zuviel Erhobene zurückzuerstatten.

§. 40. Die zu zahlenden Prämien (Beiträge) können zwei Monate im Rückstande verbleiben. Nach Ablauf dieser Frist erlischt die Versicherung und damit jede daraus abzuleitende Forderung an die betreffende Person an die Gesellschaft.

§. 41. Wer 2 oder 3 der §. 2 genannten Versicherungen gleichzeitig abschließt, hat von den nach §. 53, 61 und 70 zu zahlenden Eintrittsgeldern, wenn sie für jede Versicherung gleich viel betragen, nur das einfache, sonst aber jedesmal das doppelte Eintrittsgeld zu zahlen.

§. 42. Wer freiwillig eine Versicherung aufstellt, erhält, falls sie wenigstens drei Jahre lang bestanden hat, zwei Drittel der Reserve zurück, und zwar bei der Kranken- und Invalidenversicherung

abzüglich dessen, was er bereits als Krankengeld oder Rente empfangen hat, sowie überhaupt unter Abzug der etwa rückständig gelassenen Prämien.

Die Anzeige der freiwilligen Aufgabe muß aber noch vor Ablauf der §. 40 festgesetzten Frist stattfinden (s. §. 36).

§. 43. Wer in Seebienste tritt, oder seinen Wohnsitz außerhalb Deutschland verlegt, hört auf Mitglied der Gesellschaft zu sein, es sei denn, daß das Directorium gleichwohl den Fortbestand der Versicherung genehmigt; ist Letzteres nicht der Fall, so wird der Versicherte, wenn seine Versicherung bereits 3 Jahre bestanden hat, wie ein freiwillig Ausscheidender behandelt (s. §. 42).

§. 44. Wendet ein Versicherter seinen Wohnsitz oder Beruf, so ist dies dem Directorium binnen zwei Monaten anzuzeigen. Erscheint eine Aenderung der Art gefährlich für die Gesellschaft, so hat das Directorium zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen die Versicherung fortbestehen soll. Wird Auflösung der Versicherung nötig, so hat der Versicherte, falls seine Versicherung bereits drei Jahre bestanden, dieselben Ansprüche wie ein freiwillig Ausscheidender (s. §. 42).

§. 45. Beschäftigt in Versicherter Land- oder Seereisen in einen anderen Welttheil oder in außerdeutsche Gegenden, welche besonders unsicher oder epidemischen Krankheiten unterworfen sind, zu unternehmen, so hat er vorher dem Directorium Anzeige zu machen und sich mit demselben wegen der Bedingungen zu einigen, unter welchen die Versicherung fortbestehen kann. Kommt eine Vereinbarung nicht zu Stande und wird in Folge dessen die Versicherung aufgelöst, so hat der Versicherte, sofern die Versicherung drei Jahre bestanden hat, dieselben Ansprüche, wie ein freiwillig Ausscheidender (s. §. 42).

§. 46. Unterläßt der Versicherte die in den beiden vorhergehenden §§. vorgeschriebene Anzeige, so kann das Directorium die Versicherung für ungültig erklären und falls die Versicherung bereits drei Jahre bestanden hat, wie bei der freiwilligen Aufgabe einer Versicherung nach §. 42 verfahren.

§. 47. Wer Leben oder Gesundheit durch Hülfsleistung Nothleidender, oder durch das Bestreben die gesellschaftliche Ordnung zu erhalten und wieder herzustellen verliert oder gefährdet, geht seiner Ansprüche an die Gesellschaft nicht verlustig.

§. 48. Wer auf widerrechtliche oder betrügerische Weise irgend eine Versicherungssumme von der Gesellschaft erhoben hat, ist gehalten, die empfangene Summe mit den üblichen Zinsen zurückzugeben.

§. 49. Vor Auszahlung jeder Versicherungssumme oder Rückkaufssumme oder der nach §. 7 zu vertheilenden Ueberschüsse werden restirende Prämien (Beiträge) in Abzug gebracht.

Wird eine derartige Summe drei Jahre nach ihrer Fälligkeit nicht erhoben, so verfällt sie der Gesellschaft.

Im Falle beanstandeter Zahlung einer Versicherungs- oder Rückkaufssumme, findet eine Zinsvergütung nicht statt, ebensowenig wie für verspätet abgehobene Dividendenbeträge.

§. 50. Ist der Versicherte Militär oder Militärbeamter, so wird die Versicherung von dem Tage an, mit welchem die Heeresabtheilung, zu der er gehört, mobil gemacht wird, suspendirt, tritt aber nach Beendigung seiner Theilnahme am Kriege unter Voraussetzung, daß der Gesundheitszustand des Versicherten nicht gelitten hat, wieder in Kraft und zwar gegen Entrichtung desjenigen Betrags, um welchen die Reserve seiner Versicherung während der Ruhezeit derselben gewachsen sein würde. Stirbt der Versicherte während der Suspension oder wird die Erneuerung der Versicherung vom Directorium abge-

lehnt, so wird die beim Eintritt der Suspension vorhandene und während der Dauer derselben mit 3 1/2 % verzinst Reserve zurückgewährt, bei der Kranken- und Invalidenversicherung abzüglich dessen, was er bereits als Krankengeld oder Invalidenrente empfangen hat.

Die Einführung der Kriegsversicherung gegen erhöhte Prämien bleibt eintretenden Falles dem Ermeßsen des Directoriums vorbehalten.

Versicherungsbedingungen für die Lebensversicherung.

§. 51. Das zu versichernde Capital kann beliebig gewählt werden, nur muß die Summe durch 10 theilbar sein.

§. 52. Lebensversicherungen können je nach Wunsch des Antragstellers so abgeschlossen werden, daß das versicherte Capital entweder an eine bestimmte Person, oder auch an den Inhaber des Versicherungsscheins gezahlt werden soll. In der Police muß deutlich ausgesprochen werden, welcher dieser Fälle stattfinden soll.

Lautet die Police zu Gunsten einer dritten Person, so liegt für die Gesellschaft eine Verpflichtung gegen diese dritte Person vor Fälligkeit der Versicherungssumme nur dann vor, wenn diese dritte Person dem Directorium ihren Beitritt zu dem Versicherungsantrag durch eine amtlich beglaubigte Erklärung kund gegeben hat. So lange dies nicht geschehen, ist die Gesellschaft berechtigt, dem Verlangen des Versicherungsnehmers auf Abänderung der Zahlungsbestimmung, Verminderung der Versicherungssumme, sowie Rückkauf oder Beilegung der Police jederzeit zu entsprechen.

§. 53. Als Eintrittsgeld (§. 41) ist zu zahlen für eine Versicherung

| | |
|------------------------------------|--|
| bis 300 Mark: | 1 Mark |
| von über 300 Mark „ 2000 „ | 4 „ |
| „ „ 2000 „ | für jede weiteren 1000 Mark: 2 Mark mehr |
| bis zum höchstbetrage von 20 Mark. | |

§. 54. Nach erfolgtem Tode einer auf ihr Leben bei der Gesellschaft versicherten Person ist dem Directorium oder dem betreffenden Agenten möglichst bald Anzeige zu machen und ein ärztliches Attest über die Todesursache, beziehentlich über den Verlauf der letzten Krankheit, nach Befinden auch ein Todtenschein beizubringen.

Das Directorium hat nach Eingang dieser Anzeige für den Fall des begründeten Verdachtes, der Versicherte könne früher eine falsche Angabe gemacht oder etwas Wesentliches anzugeben unterlassen haben, die Maßregeln zur Aufhellung dieses Verdachtes anzuordnen.

§. 55. Sind Bedenken nicht vorhanden, oder sind die aufgestellten vollständig erledigt, so erfolgt die Auszahlung der Versicherungssumme gegen Rückgabe des Versicherungsscheins und gegen Quittung auf dem Bureau der Gesellschaft und zwar bei Versicherungen bis zu 300 Mark in ungetheilter Summe, bei höheren Versicherungssummen jedoch in der Weise, daß 300 Mark zunächst gezahlt werden, der Rest aber drei Monate nach Zahlung dieser ersten Rate.

Mehrere Versicherungen eines und desselben Versicherten gelten hierbei bezüglich der Versicherungssumme nur als eine Versicherung.

Wird die Auszahlung der Versicherungssumme vom Directorium verweigert und erhebt der Betreffende binnen 4 Wochen, von Zurechtweisung des Directorialbeschlusses an gerechnet, keine Klage (s. §. 11), so begiebt er sich aller Ansprüche.

§. 56. Die aus einer Lebensversicherung entspringenden Ansprüche an die Gesellschaft gehen für denjenigen vollständig verloren, welcher den Tod des Versicherten durch Mord, Todtschlag oder schwere körperliche Verletzung absichtlich herbeigeführt hat.

§. 57. Der Anspruch auf Zahlung der Versicherungssumme geht verloren, wenn an dem Versicherten die ~~Krankheit~~ ~~Verletzung~~ ~~oder~~ ~~andere~~ ~~Ursache~~ ~~des~~ ~~Todes~~ ~~vorhanden~~ ~~war~~.

wird, sowie wenn derselbe am delirium tremens stirbt, oder wenn er durch muthwillige Begehung in Lebensgefahr oder durch selbstverschuldete geschlechtliche Krankheiten in die Lage versetzt wird, daß er oder der Policeninhaber Ansprüche an die Gesellschaft erheben können.

In allen diesen Fällen ist der Versicherte, wenn die Versicherung bereits 3 Jahre bestanden hat, wie ein freiwillig Ausgeschiedener zu betrachten (s. §. 42).

Wird Straf- oder Correctionshaft an dem Versicherten vollstreckt, so ist die Versicherung vom Tage der Inhaftierung an zu suspendiren, tritt aber nach Verbüßung der Strafbast unter der Voraussetzung, daß der Gesundheitszustand des Versicherten nicht gelitten hat, wieder in Kraft und zwar gegen Entrichtung desjenigen Betrages, um welchen die Reserve seiner Versicherung während der Abwesenheit derselben gewachsen sein würde.

Stirbt der Versicherte während der Suspension, oder wird die Erneuerung der Versicherung vom Directorium abgelehnt, so wird die beim Eintritt der Suspension vorhandene und während der Dauer derselben mit $3\frac{1}{2}$ Procent verzinst Reserve zurückgewährt.

Stirbt der Versicherte durch Selbstmord oder in Folge versuchten Selbstmords, wie in Folge des Duells, so wird wie bei der freiwilligen Aufgabe der Versicherung verfahren (s. §. 42).

Es kann aber im Selbstmordsfalle auch mehr, ja selbst die volle Versicherungssumme gezahlt werden, wenn das Directorium die Ueberzeugung gewinnt, daß der Selbstmord in Folge eines krankhaften Zustandes, als Geistesstörung oder übermäßiger körperlicher Schmerzen stattgefunden hat.

Bei denjenigen Versicherten, welche bereits zwanzig Jahre hindurch der Gesellschaft angehört haben, wird auch im Selbstmordsfalle die volle Versicherungssumme dann ausgezahlt, wenn der Selbstmord in Folge eines durch ärztliches Zeugniß nachgewiesenen krankhaften Zustandes stattgefunden hat.

§. 58. Policen auf das eigene Leben, welche wenigstens ein Jahr vor dem Tode des Versicherten durch Cession an einen Gläubiger, der nicht zu den Blutsverwandten oder Verschwägerten des Versicherten gehört, übertragen worden sind, verlieren, soweit ein bona fide Interesse des Gläubigers vorhanden, auch dann ihre Gültigkeit nicht, wenn der Versicherte das Leben durch die in §. 44, 45, 47 und 57 genannten Fälle verliert.

Vorgedachtes Jahr beginnt jedoch erst mit dem Tage, an welchem die Anzeige der Cession bei dem Directorium erfolgt ist.

§. 59. Wenn von dem Directorium der Gesellschaft ausgestellte Versicherungsscheine, welche auf den Inhaber lauten (s. §. 52), vernichtet werden oder sonst abhanden kommen, so ist auf Antrag und Kosten der Interessenten vom Directorium an den dermaligen Policeninhaber nach §. 13 eine Aufforderung zu erlassen, sein Anrecht an die Police bei dessen Verlust binnen sechs Monaten nach der letzten Insertion in der Leipziger Zeitung dem Directorium nachzuweisen. Nach Ablauf dieser Frist hat das Directorium, dafern Niemand als Besitzer der Police sich gemeldet, eine neue Police auszufertigen und an den Antragsteller auszuhandigen, die vermisste Police aber öffentlich nach §. 18 für ungültig zu erklären.

Reidet sich innerhalb der gesetzten Frist ein Policeninhaber, so ist die Sache zur rechtlichen Entscheidung an das §. 11 genannte Gericht abzugeben.

Wenn von dem Directorium der Gesellschaft ausgestellte Pfand- oder Depostenscheine, gegen deren Rückgabe die Gesellschaft zu einer Leistung verpflichtet ist, vernichtet werden oder sonst abhanden kommen, so haben die auf diesen Pfand- oder Depostenscheinen über *Verfallenen verlaubten Bestimmungen Anwendung.*

Versicherungsbedingungen für die Krankenversicherung.

§. 60. Das zu versichernde Krankengeld kann bis 20 Mark wöchentlich gewährt werden.

Personen, welche nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 versicherungspflichtig sind, haben an wöchentlichem Krankengeld mindestens zu versichern:

- | | |
|--|---------------|
| I. bei einem Alter von über 16 Jahren: | |
| a. männliche Personen | 9 Mark 50 Pf. |
| b. weibliche | 6 50 |
| II. bei einem Alter unter 16 Jahren | |
| (Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen) | 4 50 |
| III. Lehrlinge | 4 50 |

Denjenigen Versicherten, welche nach dem Reichsgesetz vom 15. Juni 1883 versicherungspflichtig sind, aber die Erfüllung ihrer Versicherungspflicht als Mitglieder einer anderen genehmigten Casse nachweisen, ist bezüglich der Höhe des Krankengeldes der Fortbestand ihrer Versicherung in der bisherigen Weise gestattet, es ist aber das versicherte Krankengeld derjenigen, deren Krankengeldversicherung die obigen Sätze nicht erreicht, im Falle des Auscheidens aus der anderen Casse, sowie derjenigen, die nachträglich versicherungspflichtig werden, ohne alle Weiterungen, gegen Entrichtung der ihrem Alter und der Erhöhung des Krankengeldes entsprechenden Prämien, mindestens auf die obigen Sätze zu erhöhen.

§. 61. Als Eintrittsgeld (§. 41) ist zu zahlen: bei einem Krankengelde bis zu 10 Mark: 1 Mark, über 10 Mark dagegen 2 Mark.

§. 62. Das Krankengeld wird für ein und dieselbe Krankheit längstens 78 Wochen ($1\frac{1}{2}$ Jahr) gezahlt und zwar:

- bei Krankheiten mit völliger Erwerbsunfähigkeit 26 Wochen lang im vollen versicherten Betrage, weitere 26 Wochen zur Hälfte und wenn die Krankheit länger andauert noch weitere 26 Wochen zu einem Fünftel des versicherten Betrages;
- bei Erkrankungen, die zwar ärztliche Behandlung, aber nicht völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, wird längstens ein Jahr lang die Hälfte und bei noch längerer Dauer im dritten Halbjahre das Fünftel des versicherten Krankengeldes gezahlt.

Die Erkrankung, bezw. Erwerbsunfähigkeit ist durch Vorbringung eines Zeugnisses eines approbirten Arztes festzustellen; auch ist der Kranke zu wiederholter Einreichung eines ärztlichen Zeugnisses auf seine Kosten verpflichtet, wenn dies dem Directorium erforderlich scheint.

Die Zahlung des Krankengeldes geschieht wöchentlich, die Berechnung desselben tageweise, die Woche zu sechs Arbeitstagen gerechnet.

Diejenigen Mitglieder, welche sich nach §. 62, I der früheren Statuten versichert haben, erhalten auch ferner das Krankengeld im vollen versicherten Betrage.

§. 63. Treten im Verlauf ein und derselben Krankheit eines Versicherten Unterbrechungen von kürzerer Dauer als einem Jahre ein, so sind die einzelnen Perioden der Krankheitsdauer, für welche Krankengeld gezahlt worden ist, zu summiren und hört die Zahlung für eine solche Krankheit auf, wenn die Summe von 78 Wochen ($1\frac{1}{2}$ Jahr) erreicht ist. Eine weitere Zahlung des Krankengeldes für eine solche Krankheit erfolgt erst dann wieder, wenn zwischen dem letzten Unterstützungstage und der neuen Krankenmeldung ein Zeitraum von wenigstens einem Jahre liegt.

§. 64. Frauen, gleichviel ob sie verheirathet sind oder nicht, erhalten innerhalb der ersten drei Wochen nach der Niederkunft oder dem Eintritt der Fehlgeburt das versicherte Krankengeld ausgezahlt.

§. 65. Der Bezug des Krankengeldes beginnt mit dem Tage der Anmeldung, wenn sie noch vor Mittag 12 Uhr erfolgt, und endigt mit dem Tage vor der Abmeldung.

Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt gegen Quittung des Versicherten oder seines Ehegatten oder seines rechtlichen Vertreters. Wird der Versicherte ganz oder theilweise auf Kosten öffentlicher Anstalten verpflegt, so darf deren Verlaß oder das für sie geltende Verpflegungsgeld an letztere bezahlt werden und es gilt deren Quittung nach Höhe derselben dem Versicherten gegenüber.

§. 66. Alle terminlichen Prämien (Beiträge) sind von denjenigen Versicherten, welche überhaupt noch beitragspflichtig sind, auch während der Krankheit unverändert fortzuzahlen.

§. 67. Wenn ein als krank und erwerbsunfähig bezeichneter Versicherter ohne schriftliche Erlaubniß des Arztes ausgeht, öffentliche Orte besucht, den Vorschriften des Arztes zuwiderhandelt, oder die vom Directorium verfügte Controle zu verhindern sucht, so verfällt er in eine dem einfachen Betrage des versicherten wöchentlichen Krankengeldes gleichkommende Ordnungsstrafe.

Wer sich ferner vorsätzlich oder durch schuldhafte Theilnahme bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen Krankheiten zugezogen hat, erhält nur den dritten Theil des versicherten Krankengeldes.

Wendet ein Versicherter auf Anrathen seines Arztes zur Wiederherstellung seiner Gesundheit seinen Wohnort, so erfolgt die Zahlung des Krankengeldes auf Kosten und Gefahr des Betreffenden und ist derselbe verpflichtet, alle 14 Tage ein ärztliches Zeugniß über den Verlauf der Krankheit kostenfrei einzusenden, wenn dies vom Directorium verlangt wird.

§. 68. In zweifelhaften Fällen ist es dem Directorium gestattet, eine ärztliche Untersuchung des Kranken durch einen von ihm beauftragten Arzt vornehmen zu lassen. Erhebt der Betreffende gegen den hieraus folgenden Beschluß des Directoriums innerhalb 4 Wochen vom Tage der Zufertigung gerechnet keine Klage (§. 11), so begiebt er sich aller Einwendungen.

Versicherungsbedingungen für die Invalidenrentenversicherung.

§. 69. Die zu versichernde Rente kann zwischen 80 und 900 Mark jährlich beliebig gewählt werden.

§. 70. Als Eintrittsgeld (§. 41) für eine Rente bis zu 450 Mark ist 4 Mark 50 Pf., über 450 Mark dagegen 9 Mark zu zahlen.

§. 71. Die Rente beginnt mit einem bestimmten, der freien Wahl des Versicherenden zu überlassenden Altersjahre, aber auch schon früher, wenn der Versicherte durch Krankheit oder körperliche Unfälle aller Art, überhaupt ohne sein Verschulden (§. 47) arbeitsunfähig geworden ist, und endigt mit dem Tode oder dem Wiedereintritte der Arbeitsfähigkeit.

§. 72. Die Versicherung kann übrigens auch so abgeschlossen werden, daß die Rente außer nach Eintritt des im Voraus bestimmten Altersjahres

- 1) nur im Falle vorübergehender Arbeitsunfähigkeit,
- 2) nur im Falle bleibender Arbeitsunfähigkeit,
- 3) sowohl bei bleibender als auch bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit gezahlt wird.

§. 73. Als Ursachen bleibender Arbeitsunfähigkeit werden solche angesehen, durch welche Fähigkeiten des menschlichen Körpers oder Geistes verloren gehen, die zur Verrichtung jeder Arbeit nothwendig sind.

Als Ursachen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit sind alle schweren Krankheiten anzusehen, welche wenigstens einen Monat lang ununterbrochen gedauert haben.

Alterschwäche oder bei Frauen auch Krankheiten, welche in Folge der Schwangerschaft, Geburt oder Menstruation eintreten, werden in keinem Falle als Ursachen bleibender oder vorübergehender Arbeitsunfähigkeit betrachtet, und können daher zu einem Bezug der Rente vor dem Altersjahre, wo sie in jedem Falle zu beginnen hat, nicht berechtigen.

Mangel an Arbeit kann in gleicher Weise zum Rentengenuß nicht berechtigen.

§. 74. Die nach §. 72 Nr. 1 Versicherten können die Rente in keinem Falle länger als ein Jahr genießen; ein neuer Rentengenuß tritt erst dann wieder ein, wenn sie in Folge einer neuen Erkrankung arbeitsunfähig werden.

§. 75. Wenn der Zustand eines im Rentengenuß befindlichen Versicherten sich in der Weise ändert, daß er durch Verrichtung irgend welcher Arbeit sich seinen Lebensunterhalt theilweise verdienen kann, so bleibt es dem Ermessen des Directoriums überlassen, den Betrag der ihm fernereit zu gewährenden Rente entsprechend festzusetzen.

Kommt der neue Arbeitsverdienst dem früheren gleich, so wird dem Versicherten die Rente ganz entzogen.

Hat der Betreffende gegen derartige Beschlüsse des Directoriums innerhalb 4 Wochen vom Tage der Zufertigung gerechnet keine Klage erhoben (§. 11), so begiebt er sich aller Einwendungen.

§. 76. Die Renten werden am Schlusse jeden Monats auf die Tage, während welcher die Rentenberechtigung bestanden hat, auf dem Bureau der Gesellschaft gegen Quittung des Versicherten oder seines rechtlichen Vertreters und gegen Vorweis des Versicherungsscheines ausgezahlt.

Im Falle vorübergehender Arbeitsunfähigkeit wird der Anfang dieses Zustandes gemäß §. 73 angenommen und für den dort erwähnten Monat Rente nicht gezahlt.

§. 77. Wird ein Versicherter vor dem Zeitpunkte, mit welchem die Rente in jedem Falle anzufangen hat, bleibend oder vorübergehend arbeitsunfähig, so hat er dies dem Directorium möglichst bald anzuzeigen und ein ärztliches Attest beizufügen.

Dies letztere hat sich über die Ursache der Arbeitsunfähigkeit, ob diese vorübergehend oder bleibend ist, und im ersteren Falle wie lange sie mit Wahrscheinlichkeit andauern dürfte, ausführlich zu verbreiten und darf allgemeine, unbestimmte und ausweichende Ausdrücke nicht enthalten.

Darauf hin hat das Directorium längstens in 14 Tagen, vom Eingange dieser Anzeige an gerechnet, Beschluß zu fassen und solchen dem betreffenden Versicherten zuzufertigen.

Erhebt der Betheilte gegen solche Beschlüsse des Directoriums binnen 4 Wochen vom Tage der Zufertigung gerechnet keine Klage (§. 11), so begiebt er sich aller Einwendungen.

§. 78. Das Directorium hat zur Verhütung von Mißbrauch auf jede ihm geeignet scheinende, jedoch humane Weise diejenigen Rentenempfänger, welche noch nicht das Alter erreicht haben, mit welchem die Rente in jedem Falle beginnen muß, so oft als nöthig zu controliren, namentlich auch mit Rücksicht auf §. 74 und 75. Es kann auch von den Rentenempfängern Nachweise darüber verlangen, daß sie noch am Leben und arbeitsunfähig sind.

Diejenigen Rentenempfänger jedoch, welche das eben genannte Alter erreicht oder überschritten haben, unterliegen einer solchen Controle nicht mehr und es darf von ihnen nur noch so oft als nöthig der Nachweis verlangt werden, daß sie noch am Leben sind.

§. 79. Die zu zahlenden terminlichen Prämien (Beiträge) hören jedenfalls mit Beginn des Lebensjahres auf, welches für den Anfang

der Rente gewählt worden ist. Tritt der Versicherte schon vor dieser Zeit noch während der Dauer der Prämienzahlung in Bezug der Rente, so entbindet ihn dies nicht von der Fortentrichtung der Prämien (Beiträge).

Auflösung der Gesellschaft.

§. 80. Die Auflösung der Gesellschaft muß erfolgen, wenn Concurs zum Vermögen derselben ausbricht, und es unterliegt dann der einzuleitende Liquidationsproceß den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

Die Auflösung kann erfolgen, wenn es wahrscheinlich ist, daß in näherer oder fernerer Zukunft Concurs ausbrechen werde. In diesem Falle ist solches vom Directorium der nächsten ordentlichen oder einer außerordentlichen Generalversammlung anzuzeigen, welche beschlußfähig ist, wenn drei Viertel der stimmberechtigten Mitglieder darin erschienen sind. Lehnt dieselbe die zur Verhütung des Concurses vorgeschlagenen Maßregeln ab, so ist die Auflösung des Vereins als beschlossen zu erachten.

Die Auflösung kann endlich erfolgen, wenn ein Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder schriftlich darauf anträgt und wenn die nächste ordentliche oder eine außerordentliche Generalversammlung, in welcher drei Viertel der stimmberechtigten Mitglieder erschienen sein müssen, durch zwei Drittel der Anwesenden diesen Antrag zu ihrem Beschluß erhebt.

§. 81. Ist eine der im vorliegenden §. erwähnten Generalversammlungen um deswillen beschlußunfähig, weil die vorgeschriebene Anzahl von Mitgliedern nicht erschienen ist, so muß binnen Monatsfrist

eine anderweitige außerordentliche Generalversammlung zusammenberufen werden, in welcher dann ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder Beschluß gefaßt werden kann. Auf die letztere Bestimmung ist in der Einladung aufmerksam zu machen.

§. 82. In allen Fällen muß, sobald die Auflösung beschlossen und von der zuständigen Behörde genehmigt worden ist, solches sofort dreimal in mindestens einmonatlichen Zwischenräumen in der Königl. Leipziger Zeitung und nach Ermessen des Directoriums auch in anderen Blättern bekannt gemacht und mit Feststellung des Vermögensbestandes der Gesellschaft versehen, auch die Ansprüche jedes einzelnen Mitgliedes an die zur Verteilung kommende Masse nach den Principien der Wahrscheinlichkeitsrechnung von einem vereideten Sachverständigen ermittelt werden.

Nach Prüfung und Justification der Abrechnung durch den Ausschuß findet die Verteilung des Gesellschaftsvermögens statt, was nicht vor Ablauf von sechs Monaten, vom Tage der ersten Bekanntmachung der Auflösung der Gesellschaft an gerechnet, geschehen darf. Hat ein Mitglied drei Monate nach dieser Zeit seinen Anteil noch nicht erhoben, so wird derselbe unter Beifügung eines Exemplars der Abrechnung auf Kosten und Gefahr des Empfängers bei dem Gerichte deponirt, wo die Gesellschaft ihren Verichtsstand hat (§. 11).

Abänderung der Statuten.

§. 83. Zur Abänderung der Statuten ist die Zustimmung von mindestens zwei Drittel der in einer Generalversammlung Anwesenden erforderlich.

Leipzig, den 22. Juni 1885.

Das Directorium der Leipziger Kranken-, Invaliden- und Lebens-Versicherungsgesellschaft „Gegenseitigkeit“.

Beilage A. (Siehe §. 4 u. 5.)

| Mitgl. | Stirblich-
keitsanteil. | Wahrscheinlich-
keit noch
ein Jahr zu
leben. | Krankheits-
dauer
in Tagen. | Wahrscheinlich-
keit invalid
zu werden. | Mitgl. | Stirblich-
keitsanteil. | Wahrscheinlich-
keit noch
ein Jahr zu
leben. | Krankheits-
dauer
in Tagen. | Wahrscheinlich-
keit invalid
zu werden. | Mitgl. | Stirblich-
keitsanteil. | Wahrscheinlich-
keit noch
ein Jahr zu
leben. | Krankheits-
dauer
in Tagen. | Wahrscheinlich-
keit invalid
zu werden. | Mitgl. | Stirblich-
keitsanteil. | Wahrscheinlich-
keit noch
ein Jahr zu
leben. | Krankheits-
dauer
in Tagen. | Wahrscheinlich-
keit invalid
zu werden. |
|--------|----------------------------|---|-----------------------------------|---|--------|----------------------------|---|-----------------------------------|---|--------|----------------------------|---|-----------------------------------|---|--------|----------------------------|---|-----------------------------------|---|
| 20 | 6415 | 0,99261 | 6,7174 | 0,00102 | 39 | 5415 | 0,98874 | 7,9314 | 0,00165 | 58 | 3838 | 0,96812 | 14,3582 | 0,02226 | 77 | 849 | 0,84844 | 57,0834 | 0,59398 |
| 21 | 6368 | 0,99261 | 6,5798 | 0,00102 | 40 | 5354 | 0,98839 | 7,9522 | 0,00178 | 59 | 3716 | 0,96556 | 15,7819 | 0,02654 | 78 | 720 | 0,83886 | 61,4667 | 0,83345 |
| 22 | 6321 | 0,99261 | 6,5483 | 0,00103 | 41 | 5292 | 0,98801 | 8,2733 | 0,00194 | 60 | 3588 | 0,96256 | 17,1143 | 0,03168 | 79 | 604 | 0,82776 | 65,0819 | 1,00000 |
| 23 | 6274 | 0,99261 | 6,4765 | 0,00103 | 42 | 5229 | 0,98748 | 8,4248 | 0,00213 | 61 | 3453 | 0,95989 | 18,4646 | 0,03786 | 80 | 500 | 0,81508 | 66,7644 | |
| 24 | 6228 | 0,99261 | 6,4603 | 0,00104 | 43 | 5163 | 0,98689 | 8,5554 | 0,00236 | 62 | 3315 | 0,95609 | 19,5975 | 0,04527 | 81 | 407 | 0,80945 | 73,0500 | |
| 25 | 6182 | 0,99232 | 6,4540 | 0,00105 | 44 | 5096 | 0,98619 | 8,7833 | 0,00263 | 63 | 3169 | 0,95190 | 21,0383 | 0,05418 | 82 | 330 | 0,79423 | 78,4260 | |
| 26 | 6134 | 0,99202 | 6,5602 | 0,00106 | 45 | 5025 | 0,98542 | 8,9553 | 0,00296 | 64 | 3017 | 0,94724 | 21,9169 | 0,06489 | 83 | 262 | 0,77759 | 82,2489 | |
| 27 | 6085 | 0,99181 | 6,7281 | 0,00107 | 46 | 4952 | 0,98487 | 9,0630 | 0,00335 | 65 | 2858 | 0,94217 | 22,8208 | 0,07775 | 84 | 204 | 0,75940 | 86,0696 | |
| 28 | 6035 | 0,99161 | 6,8341 | 0,00109 | 47 | 4877 | 0,98449 | 9,4276 | 0,00383 | 66 | 2692 | 0,93713 | 24,1958 | 0,09319 | 85 | 155 | 0,73969 | 89,8918 | |
| 29 | 5985 | 0,99138 | 6,9088 | 0,00110 | 48 | 4801 | 0,98385 | 9,8492 | 0,00440 | 67 | 2523 | 0,93199 | 25,8923 | 0,11175 | 86 | 114 | 0,71781 | 93,7152 | |
| 30 | 5933 | 0,99115 | 6,9142 | 0,00113 | 49 | 4724 | 0,98299 | 10,3338 | 0,00508 | 68 | 2351 | 0,92621 | 27,3558 | 0,13404 | 87 | 82 | 0,69398 | 97,5371 | |
| 31 | 5881 | 0,99072 | 6,9648 | 0,00115 | 50 | 4643 | 0,98195 | 10,7021 | 0,00590 | 69 | 2178 | 0,91981 | 29,9771 | 0,16081 | 88 | 57 | 0,66887 | 101,3535 | |
| 32 | 5826 | 0,99042 | 6,9357 | 0,00118 | 51 | 4560 | 0,98093 | 11,2019 | 0,00689 | 70 | 2003 | 0,91279 | 33,2040 | 0,19298 | 89 | 38 | 0,64247 | 105,1817 | |
| 33 | 5770 | 0,99013 | 7,1287 | 0,00122 | 52 | 4473 | 0,97944 | 11,6348 | 0,00808 | 71 | 1829 | 0,90296 | 36,3748 | 0,23162 | 90 | 24 | 0,61477 | 109,0034 | |
| 34 | 5713 | 0,98981 | 7,2394 | 0,00126 | 53 | 4381 | 0,97775 | 11,8336 | 0,00950 | 72 | 1651 | 0,89452 | 40,2041 | 0,27803 | 91 | 15 | 0,59451 | 112,8262 | |
| 35 | 5655 | 0,98946 | 7,5675 | 0,00131 | 54 | 4283 | 0,97584 | 11,9366 | 0,01121 | 73 | 1477 | 0,88540 | 43,2733 | 0,33379 | 92 | 9 | 0,56459 | 116,6487 | |
| 36 | 5595 | 0,98930 | 7,6301 | 0,00138 | 55 | 4180 | 0,97371 | 12,3615 | 0,01327 | 74 | 1308 | 0,87567 | 46,2307 | 0,40077 | 93 | 5 | 0,53330 | 120,4703 | |
| 37 | 5536 | 0,98917 | 7,7378 | 0,00145 | 56 | 4070 | 0,97192 | 12,8136 | 0,01573 | 75 | 1145 | 0,86529 | 49,4550 | 0,48122 | 94 | 3 | 0,50065 | 124,2911 | |
| 38 | 5476 | 0,98899 | 7,7877 | 0,00154 | 57 | 3956 | 0,97022 | 13,3110 | 0,01870 | 76 | 991 | 0,85643 | 52,6963 | 0,57787 | 95 | 1 | 0,46656 | 128,1150 | |

Anmerkung. Nachweise über die vorstehenden Zahlen finden sich in mehreren von Dr. Sehm verfaßten Abhandlungen, welche in dem Journal für Versicherungs-
wesen „Die Kranken-“ Jahrgang 1863, 1865, 1866 und 1869 enthalten sind.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 36.

Den 4. September

1885.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ergänzungsbestimmungen zu der zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter erlassenen Anweisung vom 26. November 1883, betreffend.

17. In Ergänzung der zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter (R.-G.-Bl. S. 73 ff.), erlassenen Anweisung vom 26. November 1883 bestimmen wir im Einvernehmen mit dem Herrn Kriegsminister:

1) Zu Nr. 2 Abs. 6 der Anweisung:

Bezüglich der ausschließlich für Betriebe der Militärverwaltung errichteten Betriebs- (Fabrik-) und Bau-Krankenkassen werden die Funktionen der höheren Verwaltungsbehörde bei

a. den Krankenkassen bei Bauten im Ressort der Corps-Intendanturen mit Anschluß der Bauten im Geschäftsbereich der Garnison-, Magazin- und Lazareth-Verwaltungen und der Montirungs-Depots

von dem Allgemeinen Kriegs-Departement des Kriegs-Ministeriums,

b. den Krankenkassen bei Bauten im Ressort des Ingenieur-Komitees, welche in Berlin zur Ausführung kommen,

von dem Abteilungs-Chef des Ingenieur-Komitees, welcher der Depot- und Rassenverwaltung desselben vorgelegt ist,

c. den Krankenkassen bei Bauten im Ressort des Ingenieur-Komitees, welche außerhalb Berlin ausgeführt werden,

von dem Abteilungs-Chef des Ingenieur-Komitees, welcher dem mit der selbstständigen Leitung des bezüglichen Baues beauftragten Offiziere desselben vorgelegt ist,

d. den Krankenkassen bei Bauten und Betrieben der Artillerie-Depots

von dem Allgemeinen Kriegs-Departement des Kriegs-Ministeriums,

e. den Krankenkassen bei Bauten und Betrieben der Depot-Verwaltung der Artillerie-Prüfungs-Commission

von dem Allgemeinen Kriegs-Departement im Kriegs-Ministerium

mit der Maßgabe wahrgenommen, daß die Festsetzung des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner (§ 8 des Gesetzes, Nr. 6 der Anweisung) dem Regierungs-Präsidenten und die Entscheidung über die Genehmigung von Abänderungen des Rassenstatus,

falls die genannten Instanzen die Genehmigung zu erteilen Bedenken tragen, dem Bezirksausschusse zusteht.

2) Zu Nr. 4 Abs. 2 der Anweisung:

Die Aufsicht über die ausschließlich für Betriebe der Militärverwaltung errichteten Krankenkassen führen bei:

a. den Krankenkassen bei Bauten im Ressort der Corps-Intendanturen mit Anschluß der Bauten im Geschäftsbereich der Garnison-, Magazin- und Lazareth-Verwaltungen und der Montirungs-Depots

die Corps-Intendanturen,

b. den Krankenkassen bei Bauten im Ressort des Ingenieur-Komitees, welche in Berlin zur Ausführung kommen,

die Depot- und Rassenverwaltung des Ingenieur-Komitees,

c. den Krankenkassen bei Bauten im Ressort des Ingenieur-Komitees, welche außerhalb Berlin ausgeführt werden,

der mit der selbstständigen Leitung des bezüglichen Baues beauftragte Offizier des Ingenieur-Komitees,

d. den Krankenkassen bei Bauten und Betrieben der Artillerie-Depots

die Artillerie-Depot-Inspectionen

e. den Krankenkassen bei Bauten und Betrieben der Depot-Verwaltung der Artillerie-Prüfungs-Commission

die Versuchs-Abteilung der Artillerie-Prüfungs-Commission

Berlin, den 19. August 1885.

Der Minister des Innern.

In Vertretung Herrfurth.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage: Wendt.

Anweisung

zur Ausführung des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885.

18. Zur Ausführung des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 (R.-G.-Bl. S. 159) wird in Betreff der Krankenversicherung Folgendes bestimmt:

I. Bei der Durchführung der Krankenversicherung für die in Folge des Gesetzes vom 28. Mai 1885 versicherungspflichtig gewordenen Betriebe kommen die Vorschriften der am 26. November 1883 ergangenen Anweisung zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 zur Anwendung.

II. Als Beschäftigungsort der in der Dinnenschiffahrt und der Fischerei beschäftigten Personen gilt derjenige Ort, von welchem aus das Gewerbe betrieben

wird; als solcher ist im Zweifelsfalle der Wohnort des Betriebsunternehmers oder in dessen Ermangelung derjenige Ort anzunehmen, an welchem derselbe zur Gewerbesteuer von dem in Frage kommenden Betriebe veranlagt ist.

Berlin, den 21. August 1885.

Der Minister des Innern. In Vertretung: Herrfurth.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage: Wendt.

Bekanntmachungen des Königlichen Regierungs-Präsidenten.

Verbote von Vereinen und Druckschriften.

199. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 sind ferner folgende Bekanntmachungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht worden, welche hierdurch zur Kenntniß gebracht werden.

Potsdam, den 29. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Broschüren: 1) Karola Marxa. Wojna domowa we Francyi. Genewa w drukarni „Przedswitu“ rue Berger, 5. 1884, und 2) Wskazówki dla agitatorów pod zaborem pruskim. Genewa, wydawnictwo „Walki klas“ i „Przedswitu“ 1884 nach § 11 des vorgedachten Gesetzes durch die unterzeichnete Landespolizeibehörde verboten worden sind.

Posen, den 3. August 1885.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

GaebeL.

Mit Entschließung vom 12. Juli l. J. haben wir auf Grund des § 11 des Sozialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 verboten: Nr. 25 des ersten Jahrganges der in Milwaukee erscheinenden „Amerikanischen Turnzeitung, turnerische Ausgabe des Freidenkers.“

Ansbach, den 11. August 1885.

Königl. Regierung von Mittelfranken,

Kammer des Innern.

In Stellvertretung: Meinel.

Die unterzeichnete Königl. Kreishauptmannschaft hat die Druckschrift: „Revolutionäre Kriegswissenschaft“ von Johann Most, Verlag und Druck des internationalen Zeitungsvereins zu New-York, auf Grund § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.

Dresden, den 14. August 1885.

Königl. sächsische Kreishauptmannschaft.

Sperber.

Durch Verfügung der unterzeichneten Landespolizeibehörde vom heutigen Tage ist das 5. Heft der nichtperiodischen Druckschrift: „Vorwärts! Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk.“ Zürich.

Verlag der Volksbuchhandlung in Höttingen, 1885, auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten worden.

Ludwigsburg, den 18. August 1885.

Königl. württembergische Regierung des Neckarkreises.
Krauß.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 und des § 6 Abs. 3 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, wird verfügt: Es wird die Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands, mit dem Sitz Mannheim, verboten, welches Verbot die dormalß bestehenden Mitgliedschaften zu Altenburg, Berlin, Bielefeld, Breslau, Bremerhaven, Braunschweig, Chemnitz, Köln, Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Eßlingen, Gera, Gießen, Göppingen, Hagen, Haspe bei Hagen, Hanau, Hannover, Herfort, Höchst a. M., Kall, Karlsruhe, Liegnitz, Lübeck, Mainz, Magdeburg, Mannheim, Mühlheim a. D., Mühlheim a. Rh., Neumünster, Offenbach, Ottersleben, Reddinghausen, Siegen, Staßfurt, Wiblingen, Wolfenbüttel und Zeig umfaßt.

Mannheim, den 19. August 1885.

Der Großherzogl. badische Landeskommissär
für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach.
J. B.: Siegel, Großherzogl. Stadtdirektor.

Der hierorts bestehende, das Buchdruckerei- und Verlagsgeschäft: Silesia, B. Kuhnert u. Comp., betreibende Verein ist auf Grund des § 1 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 von der unterzeichneten Landespolizeibehörde verboten worden.

Breslau, den 16. August 1885.

Königl. Regierungs-Präsident.

Freiherr Jander von Ober-Conrent.

Gebammenlehrcursus des Jahres 1885/86.

200. Der diesjährige Lehrcursus in der Königl. Hebammenlehranstalt zu Berlin beginnt am 1. Oktober und in der Hebammenlehranstalt zu Frankfurt a./D. am 2. Oktober. Schülerinnen, welche zur Theilnahme an den Lehrcursen berufen, jedoch nicht an jenen Tagen vor 9 Uhr Morgens in den Lehranstalten eingetroffen sind, haben zu gewärtigen, daß sie nicht mehr zugelassen werden. Bezüglich der Dauer der Lehrurse und der Kostenbeträge verweise ich auf meine den Hebammenunterricht betreffende Bekanntmachung vom 28. Juli d. J. im Stück 32 Seite 307 des Amtsblatts.

Potsdam, den 29. August 1885.

Der Regierungspräsident.

Viehseuchen.

201. An der Mäule ist ein Pferd des Handelsmanns Christian Lur in Sachsenhausen im Kreise Niederbarnim erkrankt.

Die Mäulekrankheit unter den Pferden in Gremmen ist erloschen.

Der Milzbrand unter dem Rindvieh in Liegow und in Carolinenhof im Kreise Osthavelland ist erloschen.
Potsdam, den 28. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Aufgebot einer Schuldverschreibung.

20. Herr Louis Maniewicz hiersebst — Dranienburgerstraße Nr. 4 — hat auf Umschreibung der Schuldverschreibung der konsolidirten vierprozentigen Staatsanleihe Lit. F. Nr. 64680 über 200 M. (Ausfertigung vom 3. Oktober 1878) angetragen, weil auf der Rückseite derselben sich ein Dintenstich befindet, unter welchem anscheinend zwei Namen mit dem Zusätze „Eigenthum“ gestanden haben.

In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens am 15. Januar k. J. uns anzuzeigen, widrigenfalls das Papier lasset und dem H. Maniewicz ein neues, umlaufsfähiges ausgehändigt werden wird.

Berlin, den 29. Juni 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachung der Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Verlosung von Rentenbriefen.

9. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 21. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Stücke gezogen worden:

Litt. A. zu 1000 Thlr. = 3000 Mark.

113 Stück und zwar die Nummern:

329 457 518 557 739 786 1094 1102 1128 1311
1361 1426 1766 1808 2122 2277 2284 2410 2815
3175 3491 3693 3778 3857 4005 4182 4464 4615
4743 5043 5081 5157 5288 5380 5436 5454 5584
6514 6523 6871 7072 7531 7554 7561 7582 7764
7859 8096 8217 8338 8575 8620 8824 8829 8957
9075 9474 10084 10141 10390 10413 10649 10842
11124 11183 11452 11498 11560 11617 11817
12688 12868 12987 12989 13019 13208 13225
13303 13360 13390 13485 13526 13619 13753
13754 13948 14019 14085 14338 14639 15109
15180 15230 15304 15590 15988 16368 16416
16735 16752 16758 17100 17124 17196 17353
17457 17574 17606 18326 18474 18478 18526
18531.

Litt. B. zu 500 Thlr. = 1500 Mark.

40 Stück und zwar die Nummern:

677 905 1290 1438 1510 1707 2408 2650 2652
2746 2761 2773 2847 3074 3096 3242 3278 3354
3615 3656 3826 4001 4408 4419 4479 4532 4698
4817 4865 5028 5223 5269 5538 5575 5731 6031
6223 6358 6455 6561.

Litt. C. zu 100 Thlr. = 300 Mark.

147 Stück und zwar die Nummern:

435 541 727 732 975 1590 2026 2368 2578 2595
2778 2874 2896 4158 4245 4951 5139 5230 5306
5319 5781 5848 5894 6430 6921 7017 7572 7645
7723 7750 8010 8597 8727 9053 9078 9082 9489
9621 9788 10146 10171 10250 10281 10401 10465
10480 10644 11154 11200 11318 11394 11418
11421 11960 12075 12421 12702 12978 13439
13471 13525 13607 14097 14293 14320 14321
14707 14930 15352 15491 15535 15677 15685
15687 15838 15896 15907 16266 16339 16561
16572 16789 17149 17248 17379 17500 17937
17954 18176 18283 18431 18499 19186 19278
19280 19356 19381 19589 19609 19664 19858
19966 20016 20065 20113 20137 20176 20335
20340 20402 20503 20509 20550 20624 20786
20802 20807 20910 20957 21087 21231 21341
21366 21536 21631 21716 21727 21765 21855
21863 21885 22210 22300 22303 22408 22442
22469 22919 23131 23133 23218 23274 23298
23327 23345 23372 23528.

Litt. D. zu 25 Thlr. = 75 Mark.

120 Stück und zwar die Nummern:

716 796 1110 1231 1465 1812 2367 2769 2952
3125 3195 3198 3216 3399 3465 3801 3817 4142
4182 4416 4444 4495 4649 4917 5052 5224 5263
5494 5881 6001 6019 6301 6338 6496 7035 7310
7349 7521 7684 7769 7967 8044 8197 8224 8229
8598 8718 8849 8953 8988 9411 9668 9719 9785
9862 10563 10954 10968 11074 11364 11515 11699
11826 11877 11879 11949 12601 12720 13158
13225 13576 13632 13671 13815 13944 13983
14223 14235 14623 14873 14932 15172 15341
15455 15680 15689 15929 15968 16023 16312
16367 16405 16486 16682 17027 17084 17447
17466 17475 17789 17845 17860 17870 17917
17995 18100 18119 18774 18778 18816 18927
18969 18972 18991 19019 19052 19107 19118
19198 19441.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. V. Nr. 7—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76, vom 1. Oktober d. J. ab an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. Oktober d. J. ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf.

Von den früher verloosten Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind nachstehend genannte Stücke noch nicht zur Einlösung bei der Rentenbank-Kasse vorgelegt worden, obwohl seit deren Fälligkeit 2 Jahre und darüber verlossen sind:

Zum 1. Oktober 1877 Litt. D. Nr. 5241
über 25 Thlr. = 75 M.

Zum 1. Oktober 1882 Litt. C. № 2124 7637
über 100 Thlr. = 300 M.

Zum 1. April 1883 Litt. A. № 15744
über 1000 Thlr. = 3000 M.

Litt. C. № 185 11409 über 100 Thlr. = 300 M.
Litt. D. № 4309 über 25 Thlr. = 75 M.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden wiederholt aufgefordert, den Nennwerth derselben nach Abzug des Betrages der von den mit abzuliefernden Coupons etwa fehlenden Stücke bei unserer Kasse in Empfang zu nehmen. Wegen der Verjährung der ausgelosten Rentenbriefe ist die Bestimmung des Gesetzes über die Errichtung der Rentenbanken vom 2. März 1850 § 44 zu beachten.

Die Einlieferung ausgeloster Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei, und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldebetrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen.

Berlin, den 16. Mai 1885.

Königl. Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Bergamts zu Halle.

9. Nachstehende Verleihungsbefunde:
„Auf Grund der am 8. Mai 1885 mit Präsentationvermerk versehenen Rührung wird dem Kaufmann Leopold Falk zu Berlin unter dem Namen **Hammer** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriß mit den Buchstaben: A. B. C. D. E. F. A. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2188851,45 qm, geschrieben: zwei Millionen einhundert achtundachtzig Tausend achthundert einundfünfzig 0,45 Quadratmetern umfassend, in den Gemarkungen Halbe, Königliche Forst Hammer, Tornow und Teupitz Gut, im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirk Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.“

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a./S., den 19. August 1885.

Königl. Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Rauch- und Frauen-Coupons betreffend.

8. Mit Genehmigung des Herren Ministers der

öffentlichen Arbeiten nach Benehmen mit dem Reichs-Eisenbahnamt wird vom 1. September d. J. ab in Abweichung von den Bestimmungen der §§ 12 und 22 des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands in den Lokalpersonenzügen zwischen Berlin und Potsdam bezw. Wildpark das Tabakrauchen in der dritten Wagenklasse unbeschränkt, dagegen in der zweiten Wagenklasse nur in den als „Rauch-Coupons“ bezeichneten Wagen-Abtheilungen gestattet. Von diesem Tage ab werden ferner in den genannten Zügen in der zweiten Wagenklasse keine besonderen Frauen-Coupons und in der dritten Wagenklasse weder Frauen-Coupons noch Coupons für Nichtraucher geführt werden.

Königl. Eisenbahn-Betriebsamt Berlin-Magdeburg.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Personen- und Gepäckabfertigung zwischen Lublinitz einerseits und Görlitz und Berlin andererseits.

38. Vom 1. September d. J. ab findet zwischen Lublinitz einerseits und Görlitz bezw. Berlin, Schlesiener Bahnhof, Alexanderplatz und Stadtbahn andererseits über Dels-Nochbern in beiden Richtungen direkte Personen- und Gepäckabfertigung statt.

Berlin, den 25. August 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Die Haltestelle Rybno betreffend.

68. Mit dem 1. September d. J. wird die Haltestelle Rybno der Marienburg-Mlawkaer Bahn für Eil-, Stück- und Wagenladungsgüter in den direkten Verkehr mit den Verbandstationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg (Tarif vom 25. März 1882) unter Anwendung der Frachtsätze für Gr. Roschlau einbezogen.

Bromberg, den 21. August 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Den Personenzug Nr. 12 Landsberg-Berlin betreffend.

69. Der Personenzug Nr. 12 Landsberg-Berlin wird fortan auch auf der Haltestelle Diesdorf bei Bedarf zum Absetzen und Aufnehmen von Reisenden halten. Abfahrt von Diesdorf 9:56 Uhr Abends.

Bromberg, den 23. August 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausnahmetarif

für den Transport Oberschlesischer Steinkohlen und Kokes.

70. Am 1. September 1885 tritt ein neuer Ausnahmetarif für den Transport Oberschlesischer Steinkohlen und Kokes nach den Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg, der Ostpreussischen Südbahn und Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn mit theils ermäßigten, theils erhöhten Frachtsätzen in Kraft.

Durch denselben werden die bezüglichen Kohlentarife vom 15. November 1883, sowie die für den Verkehr nach den Stationen der Strecke Posen (exkl.) — Thorn—Bromberg im Lokal-Kohlentarif des Direktionsbezirks Breslau bestehenden Frachtsätze aufgehoben. Für den Verkehr von Oberberg nach Stationen der

Strecke Posen (inkl.) — Thorn — Bromberg werden bis zum 15. Oktober d. J. Anwendung. — Druckerem-
direkte Frachtsätze nicht wieder eingeführt. Die jetzt plare des Tarifs sind auf den Verband-Stationen un-
hierfür bestehenden Sätze treten am 15. Oktober d. J. entgeltlich zu haben.
außer Kraft. Soweit durch den neuen Tarif Erhöhungen
eintreten, finden die jetzt bestehenden Frachtsätze noch
Bromberg, den 28. August 1885.
Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimat | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----|---|---|--|--|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1 | Andreas Geiger,
Tagelöhner, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:
43 Jahre, geboren und
ortsangeh. in Wasser-
suppen, Bezirk Taus,
Böhmen, | schwerer Diebstahl (ein-
Jahr Zuchthaus laut Er-
kenntnis vom 28. Juli
1884), | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Ansbach, | 16. Juli
1883. |
| 1 | Anton Rossel,
Schuhmacher, | b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:
geboren am 9. August
1849 in Glaserndorf,
Bezirk Starfenbach,
Böhmen, ortsangehörig
in Passet, Bezirk Star-
fenbach, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungs-Präsi-
dent zu Liegnitz, | 11. Juli
1885. |
| 2 | Emanuel Felzmann,
Arbeiter, | geboren am 9. Januar
1850 in Qualisch, Be-
zirk Trautenau, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | derselbe, | 14. Juli
1885. |
| 3 | Ernst Schrot,
Arbeiter, | geboren am 10. Januar
1838 in Petersdorf,
Bezirk Weidenau, De-
sterreichisch-Schlesien,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Diebstahl und Betteln im
wiederholten Rückfall, | derselbe, | 25. Juli
1885. |
| 4 | Josef Svoboda,
Schneider, | geboren am 22. Mai
1851 in Glana, Be-
zirk Gitschin, Böhmen,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussische
Regierung zu Schles-
wig, | 6. August
1885. |
| 5 | Leo von Arendont,
Bildhauer, | 29 Jahre, geboren in
Antwerpen, Belgien, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung zu Arnsh-
berg, | 8. Juli
1885. |
| 6 | Georg Hallady
(Halady),
Seifenfieber
und Handlungs-kommis, | geboren am 4. April
1860 in Agram, Un-
garn, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Hildesheim, | 8. August
1885. |
| 7 | Johann Heinrich
Benz,
Buchbinder, | geboren am 4. Juli
1849 in Dietlikon,
Kant. Zürich, Schweiz,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Wies-
baden, | 11. August
1885. |
| 8 | Franz Svoboda,
Tagelöhner, | geboren 1866 in Wisla,
Bezirk Chotebor, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, | Landstreichen und ver-
botenes Waffentragen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Ebers-
berg, | 10. Juli
1885. |

Personal-Chronik.

Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, den bisherigen Regierungs-Assessor Stubenrauch zum Landrath zu ernennen. Dem nunmehrigen Landrath Stubenrauch ist Seitens des Herrn Ministers des Innern das bisher kommissarisch verwaltete Landrathsamt im Kreise Teltow vom 1. September d. J. ab definitiv übertragen.

Der der hiesigen königlichen Regierung überwiesene Regierungs-Assessor Voetticher ist in das Regierungs-Collegium eingeführt worden.

Dem königlichen Landbauinspektor L. Krüger zu Berlin ist die durch das Ausscheiden des Landbauinspektors Plüddemann zum 1. September d. J. vakant werdende technische Hilfsarbeiterstelle für den Hochbau bei der hiesigen königlichen Regierung von dem vorgenannten Tage ab verliehen worden.

Der bisherige Regierungs-Civil-Supernumerar Großmann ist zum Regierungs-Sekretariats-Assistenten ernannt worden.

Dem Paul Franz Moritz Buty in Wilhelmsthal bei Dranienburg ist die Erlaubniß erteilt worden, im diesseitigen Regierungsbezirk Stellen als Hauslehrer anzunehmen.

Dem Fräulein Clara Auguste Sophie Marie Fittbogen in Bernau ist die Erlaubniß erteilt worden, im diesseitigen Regierungsbezirk Stellen als Hauslehrerin anzunehmen.

Die bisherige Gemeindefullehrerin Elisabeth Heinrich ist als ordentliche Lehrerin an der Sophien-schule (höhere Mädchenschule) in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Casel, Diözese Ludau, Karl Friedrich August Jaenichen, ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Heinsdorf, Diözese Danzig, bestellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Vorlesungen
an der Königl. Thierarzneischule in Hannover.
Winter-Semester 1885/86.
Beginn 5. Oktober 1885.

Direktor Professor Dr. Dammann: Encyclopädie und Methodologie der Thierheilkunde, Spezielle Chirurgie, Gerichtliche Thierheilkunde, Uebungen im Anfertigen von schriftlichen Gutachten und Berichten. — Professor N. N.: Anorganische Chemie, Pharmacognosie, Pharmaceutische Uebungen. — Professor Dr. Lustig: Spezielle Pathologie und Therapie, Propädeutische Klinik, Spitalklinik für größere Hausthiere. — Professor Dr. Nabe: Spezielle pathologische Anatomie, Pathologisch-histologischer Coursus, Pathologisch-anatomische Uebungen und Obduktionen, Spitalklinik für kleine Hausthiere. — Professor Dr. Kaiser: Exterieur des Pferdes und der übrigen Arbeitsthiere, Thierzuchtlehre und Geflüstunde, Operationsübungen, Ambulatorische Klinik. — Lehrer Tereg: Anatomie der Hausthiere, Physiologie II., Anatomische Uebungen. — Professor Dr. Heß: Zoologie. — Dr. Ehrlenholz: Physik. — Lehrer Geiß: Theorie des Fußbeschlages. — Repetitor Dr. Arnold: Physikalische und chemische Repetitorien. — Repetitor Baerst: Anatomische und physiologische Repetitorien.

Zur Aufnahme als Studirender ist der Nachweis der Reife für die Prima eines Gymnasiums oder einer Realschule I. Ordnung, bei welcher das Latein obligatorischer Unterrichtsgegenstand ist, oder einer durch die zuständige Centralbehörde als gleichstehend anerkannten höheren Lehranstalt erforderlich.

Ausländer und Hospitanten können auch mit geringeren Vorkenntnissen aufgenommen werden, wenn sie die Zulassung zu den thierärztlichen Prüfungen in Deutschland nicht beanspruchen.

Nähere Auskunft erteilt
die Direktion der Königl. Thierarzneischule.
Dr. Dammann.

(Hierzu vier öffentliche Anzeiger, sowie ein Extrablatt, welches am 5. September d. J. zur Ausgabe gelangt, enthaltend den Erlaß des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten, betreffend das Verdingungsweise.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gays'schen Erben (E. Gays, Hof-Buchdrucker).

Extrablatt zum Amtsblatt

(Stück 36)

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben den 5. September 1885.

E r l a ß des Ministers der öffentlichen Arbeiten betreffend das Verdingungswesen.

Berlin, den 17. Juli 1885.

An Stelle der durch Erlaß vom 24. Juni 1880 — II. a. (b.) 6596/I. 3215/III. 11394 (E.-B.-Bl. S. 310 ff.) — eingeführten „Allgemeinen Bestimmungen, betreffend die Vergebung von Leistungen und Lieferungen im Bereiche des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten“ treten die nachstehenden anderweit festgestellten „Allgemeinen Bestimmungen, betreffend die Vergebung von Leistungen und Lieferungen“ in Kraft.

An Stelle der durch Erlaß von demselben Tage — II. a. (b.) 8403/III. 11390/I. 3211 — den Provinzialbehörden zugefertigten „Allgemeinen Bedingungen, betreffend die Ausführung von Arbeiten und Lieferungen bei den Hochbauten der Staatsverwaltung“ sind die nachstehend unter II. folgenden „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Hochbauten“ in Anwendung zu bringen.

Die durch denselben Erlaß mitgetheilten „Submissionsbedingungen für die öffentliche Vergebung von Arbeiten und Lieferungen bei den Hochbauten der Staatsverwaltung“ kommen mit Rücksicht auf die unter II. 5 der Allgemeinen Bestimmungen festgestellten „Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen“ in Wegfall.

Der Erlaß vom 5. August 1880 — II. a. 9477/III. 13235/I. 4076 (E.-B.-Bl. S. 434), betreffend das Verfahren des Abbietens nach Prozenten, wird aufgehoben.

Im Uebrigen wird Folgendes bemerkt:

- 1) Bei Lieferungen darf ein bestimmter Produktionsort nicht vorgeschrieben, insbesondere nicht der ausländische Ursprung der Waare zur Bedingung gemacht werden.
- 2) Die genaue Beachtung der Vorschrift unter II. 1. Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen ist im Interesse der Staatskasse geboten, insofern die Beschaffung von Waaren, welche in Abmessung und Beschaffenheit von den im Handel üblichen abweichen, mit besonderen Schwierigkeiten verbunden und deshalb in der Regel nur gegen Bewilligung höherer Preise zu erreichen sein wird.
- 3) Der Aufnahme einer Bemerkung über den Vorbehalt der Auswahl unter mehreren Mindestfordernden oder unter sämtlichen Bewerbern in die Be-

kanntmachungen, welche bezüglich öffentlicher Ausschreibungen erlassen werden, bedarf es nicht.

- 4) Für die Ermittlung des Mindestgebotes bei Lieferungen für die Eisenbahnverwaltung — mit Rücksicht auf die frachtfrei oder zu ermäßigten Sätzen erfolgende Beförderung des Eisenbahndienstgutes — sind die Bestimmungen des an die Königl. Eisenbahn-Direktionen gerichteten Erlasses vom 20. April 1885 — II. a. (b.) 4699 — maßgebend.
- 5) Diejenigen Fälle, in welchen bei einem öffentlichen oder engeren Ausschreibungsverfahren die gewählten Unternehmer nicht die Mindestfordernden waren, sind in einer besonderen Anlage zu der Abnahmeverhandlung über die betreffende Rechnung zusammenzustellen, wobei die Stellung der Forderungen dieser Unternehmer zu den abgegebenen Minderforderungen zu bezeichnen ist und kurz die Gründe anzugeben sind, welche für die Wahl der betreffenden Unternehmer unter Ausschluß der Minderfordernden ausschlaggebend waren.
- 6) Sofern Änderungen der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Hochbauten in Fällen, in welchen nicht ausdrücklich eine abweichende Regelung durch die besonderen Vertragsbedingungen als zulässig bezeichnet ist, angezeigt erscheinen, ist meine Genehmigung dazu einzuholen.

Mit Bezug auf § 14 letzter Absatz der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Hochbauten steht nichts entgegen, auch ferner eine ständige Unterasse der Kasse der bauleitenden Behörde durch die besonderen Vertragsbedingungen zur zahlenden Kasse zu bestimmen. Die Zahlungsleistung durch eine Spezialbaukasse darf dagegen, wie ich mit Bezug auf den Erlaß vom 21. April 1881 — II. a. (b.) 2583/III. 6466/I. 957 — und den nur an die Königl. Eisenbahn-Direktionen gerichteten Erlaß vom 12. November 1881 — II. a. (b.) 14747 — bemerke, nur bei Bauten von neuen Eisenbahnen zugesichert werden. In allen andern Fällen bedarf es hierzu meiner Genehmigung.

- 7) Die Frage, ob ein zur Kautionsbestellung angebotener Wechsel als sicher zu erachten, ist von der zuständigen Behörde unter sorgfamer Erwägung aller in dem gegebenen Falle in Betracht kommenden Umstände — insbesondere mit Rücksicht auf die Höhe der Wechselsumme und die Dauer

der durch die Kaution zu sichernden Verpflichtungen sowie die Kreditwürdigkeit der Wechselverpflichteten — nach pflichtmäßigem Ermessen zu entscheiden.

- 8) In den der Verbindung von Bauten zu Grunde zu legenden Verbindungsanschlüssen ist, soweit erforderlich, auch über die für die Berechnung der ausgeführten Leistungen in Anwendung zu bringenden Grundsätze (bezüglich der Stärke der Backsteinmauern, Durchführung von Dezimalstellen etc.) Bestimmung zu treffen.

An die Königl. Eisenbahn-Direktionen, die Königl. Regierungen-Präsidenten, die Königl. Regierungen, die Königl. Ministerial-Baukommission, die Königl. Ober-Bergämter, sowie zur Kenntnissnahme und gleichmäßigen Beachtung an die Königl. Ober-Präsidenten der Provinzen Sachsen, Schlesien, der Rheinprovinz und Westpreußen.

II. a. (b.) 12252/III. 12142/I. 3763.

I.

Allgemeine Bestimmungen, betreffend die Vergebung von Leistungen und Lieferungen.

Inhalts-Übersicht.

| | |
|--|---|
| I. Arten der Vergebung | 2 |
| II. Verfahren bei Ausschreibungen | 2 |
| 1) Gegenstand der Ausschreibung | 2 |
| 2) Bekanntmachung der Ausschreibung | 2 |
| 3) Bestimmung des Eröffnungstermins | 3 |
| 4) Zuschlagsfrist | 3 |
| 5) Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen | 3 |
| 6) Termin zur Eröffnung der Angebote | 3 |
| 7) Zuschlagsertheilung | 3 |
| III. Form und Fassung der Verträge | 4 |
| 1) Form der Verträge | 4 |
| 2) Fassung der Verträge | 4 |
| IV. Inhalt und Ausführung der Verträge | 4 |
| 1) Zahlung | 4 |
| 2) Sicherheitsstellung | 5 |
| 3) Mehr- oder Minderaufträge | 5 |
| 4) Konventionalstrafen | 5 |
| 5) Kontrolle der Ausführung | 5 |
| 6) Meinungsverschiedenheiten | 5 |
| 7) Kosten und Stempel der Verträge | 5 |

Anlage:

Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen 6

I. Arten der Vergebung.

Leistungen und Lieferungen sind in der Regel öffentlich auszuschreiben.

Mit Ausschluß der Öffentlichkeit zu engerer Bewerbung können ausgeschrieben werden:

- 1) Leistungen und Lieferungen, welche nur ein beschränkter Kreis von Unternehmern in geeigneter Weise ausführt;
- 2) Leistungen und Lieferungen, bezüglich deren in einer

abgehaltenen öffentlichen Ausschreibung ein geeignetes Ergebnis nicht erzielt worden ist.

Unter Ausschluß jeder Ausschreibung kann die Vergebung erfolgen:

- 1) bei Gegenständen, deren überschläglicher Werth den Betrag von 1000 M. nicht übersteigt;
- 2) bei Dringlichkeit des Bedarfs;
- 3) bei Leistungen und Lieferungen, deren Ausführung besondere Kunstfertigkeit erfordert;
- 4) bei Nachbestellung von Materialien zur Ergänzung des für einen bestimmten Zweck ausgeschriebenen Gesamtbedarfs, sofern kein höherer Preis vereinbart wird, als für die Hauptlieferung.

III. Verfahren bei Ausschreibungen.

1. Gegenstand der Ausschreibung.

Der Gegenstand der Ausschreibung ist in allen wesentlichen Beziehungen bestimmt zu bezeichnen.

Ueber alle für die Preisberechnung erheblichen Nebenumstände sind vollständige, eine zutreffende Beurtheilung der Bedeutung derselben ermöglichende, Angaben zu machen.

Für Bauarbeiten sind zur Verabsolung an die Bewerber bestimmte Verbindungs-Anschlüsse aufzustellen, in welchen sämtliche Hauptleistungen sowie die erheblicheren Nebenleistungen in besonderen Positionen aufzuführen sind.

Dieselben dürfen von der Behörde ermittelte Preisansätze nicht enthalten.

Die Zeitperioden für Lieferungen zur Deckung eines fortlaufenden Bedarfs sind nach den besonderen Verhältnissen des einzelnen Falles zu bemessen.

Umfangreichere Ausschreibungen sind derart zu zerlegen, daß auch kleineren Gewerbetreibenden und Handwerkern die Theilnahme an der Bewerbung ermöglicht wird. Bei größeren Hochbauten hat daher die Vergebung nach den einzelnen Titeln des Anschlages — den verschiedenen Gewerbs- und Handwerkszweigen entsprechend — zu erfolgen. Besonders umfangreiche Anschlagstitel sind in mehrere Lose zu theilen.

Bezüglich der Beschaffenheit zu liefernder Waaren und der Abmessung zu liefernder Gegenstände sind ungewöhnliche, im Handel nicht übliche, Anforderungen nur insoweit zu stellen, als dies unbedingt nothwendig ist.

Ist bei Lieferungen von Fabrikaten der Kenntniss der Bezugsquelle (der Fabrik) eine besondere Bedeutung für die Beurtheilung der Güte beizumessen, so ist von dem Bewerber die Namhaftmachung des Fabrikanten, von welchem die Waaren bezogen werden sollen, zu verlangen.

Für die Ausführung der Arbeiten oder Lieferungen sind ausreichend bemessene Fristen zu bewilligen.

Muß bei dringendem Bedarf die Frist für eine Lieferung ausnahmsweise kurz gestellt werden, so ist die besondere Beschleunigung nur für die zunächst erforderliche Menge vorzuschreiben.

2. Bekanntmachung der Ausschreibung.

Bei der Bekanntmachung öffentlicher Ausschreibungen

durch die Zeitungen sind die bezüglich der Benützung amtlicher Blätter ergangenen Vorschriften zu beachten.

Die Bekanntmachungen müssen in gedrängter Form diejenigen Angaben vollständig enthalten, welche für die Entscheidung der Interessenten, ob sie einer Theilnahme an der Bewerbung näher treten wollen, von Wichtigkeit sind. Insbesondere sind darin aufzuführen:

Gegenstand und Umfang der Leistung oder Lieferung nach den wesentlichsten Beziehungen, wobei die Theilung des Gegenstandes nach Handwerkszweigen, Loosen u. hervorzuheben ist;
der Termin zur Eröffnung der Angebote;
die für den Zuschlag vorbehaltene Frist;
der Preis der Verbindungsanschlüsse, Zeichnungen, Bedingungen u. und die Gelegenheit für die Einsichtnahme und den Bezug derselben.

Die Insertionskosten werden von der ausschreibenden Behörde getragen.

3. Bestimmung des Eröffnungs-Termins.

Um den Bewerbern die notwendige Zeit zur sachgemäßen Vorbereitung der Angebote zu gewähren, ist — vorbehaltlich einer durch besondere Umstände gebotenen größeren Beschleunigung — der Termin zur Eröffnung bei kleineren Arbeiten und leicht zu beschaffenden Lieferungen unter Bestimmung einer Frist von 14 Tagen, bei größeren Arbeiten mit einer solchen von 4—6 Wochen anzuberaumen.

4. Zuschlagsfrist.

Die Zuschlagsfristen sind in allen Fällen, insbesondere aber bei Lieferungen solcher Materialien, deren Preise häufigen Schwankungen unterliegen, möglichst kurz zu bemessen.

Dieselben dürfen den Zeitraum von 14 Tagen, bezw. wenn die Genehmigung höherer Instanzen einzuholen ist, von 4 Wochen in der Regel nicht überschreiten.

5. Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen.

Den öffentlichen Ausschreibungen sind die in der Anlage zusammengestellten, von Zeit zu Zeit öffentlich bekannt zu machenden, Bedingungen zu Grunde zu legen.

In den Ausschreibungen selbst ist demnach nur auf diese Bekanntmachungen zu verweisen.

Auf das Verfahren bei engeren Ausschreibungen finden diese Bedingungen mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß für die Verbindungsanschlüsse, Zeichnungen, Bedingungen u. (S 2), welche den zur Bewerbung aufgeforderten Unternehmern zugestellt werden, eine Erstattung von Kosten nicht beansprucht wird.

6. Termin zur Eröffnung der Angebote.

Zu dem Termin zur Eröffnung der Angebote haben nur die Bewerber und deren Bevollmächtigte, nicht aber unbetheiligte Personen Zutritt.

Die eingegangenen Angebote werden im Termin eröffnet und — mit Ausschluß der darin enthaltenen Angaben über Bezugsquellen — gelesen.

Ueber den Gang der Verhandlungen wird ein

Protokoll aufgenommen, in welchem die Angebote nach dem Namen der Bewerber und dem Datum aufzuführen sind. Die Angebotschreiben selbst werden dem Protokolle beigelegt und von dem den Termin leitenden Beamten mit einem entsprechenden Vermerke versehen.

Das Protokoll wird gelesen und von den erschienenen Bewerbern und Bevollmächtigten mit vollzogen. Eine Veröffentlichung der Angebote sowie des Terminsprotokolls ist nicht statthaft.

Sosern die Feststellung des annehmbarsten Gebotes (vergl. unter 7) besondere Ermittlungen nicht erfordert, und der den Termin abhaltende Beamte zur selbstständigen Entscheidung über den Zuschlag zuständig ist, kann die Ertheilung des Zuschlages im Termin zu dem von dem gewählten Unternehmer mit zu vollziehenden Protokoll erfolgen.

7. Zuschlagsertheilung.

Die niedrigste Geldforderung als solche ist bei der Zuschlagsertheilung keineswegs vorzugsweise zu berücksichtigen.

Der Zuschlag darf nur auf ein in jeder Beziehung annehmbares, die tüchtige und rechtzeitige Ausführung der betreffenden Arbeit oder Lieferung gewährleistendes, Gebot ertheilt werden.

Ausgeschlossen von der Berücksichtigung sind solche Angebote:

- welche den der Ausschreibung zu Grunde gelegten Bedingungen oder Proben nicht entsprechen;
- welche nach den von den Bewerbern eingereichten Proben für den vorliegenden Zweck nicht geeignet sind;
- welche eine in offenbarem Mißverhältniß zu der betreffenden Leistung oder Lieferung stehende Preisforderung enthalten, so daß nach dem geforderten Preise an und für sich eine tüchtige Ausführung nicht erwartet werden kann.

Nur ausnahmsweise darf in dem letzteren Falle (zu c.) der Zuschlag ertheilt werden, sofern der Bewerber als zuverlässig und leistungsfähig bekannt ist, und ausreichende Gründe für die Abgabe des ausnahmsweise niedrigen Gebotes beigebracht sind, oder auf Befragen beigebracht werden.

Im Uebrigen ist bei öffentlichen Ausschreibungen der Zuschlag demjenigen der drei Mindestfordernden zu ertheilen, dessen Angebot unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände als das annehmbarste zu erachten ist.

Bei engeren Ausschreibungen hat unter sonst gleichwerthigen Angeboten die Vergebung an den Mindestfordernden zu erfolgen. Sind ausnahmsweise den Bewerbern die näheren Vorschläge in Betreff der im Einzelnen zu wählenden Konstruktionen und Einrichtungen überlassen worden, so ist der Zuschlag auf dasjenige Angebot zu ertheilen, welches für den gegebenen Fall als das geeignetste und zugleich in Abwägung aller in Betracht kommenden Umstände als das preiswürdigste erscheint.

Ist keines der hiernach in Betracht kommenden

Mindestgebote für annehmbar zu erachten, so sind sämtliche Gebote abzulehnen.

Bei der Vergebung von Bauarbeiten sind im Falle gleicher Preisstellung die am Orte der Ausführung oder in der Nähe desselben wohnenden Gewerbetreibenden vorzugsweise zu berücksichtigen.

III. Form und Fassung der Verträge.

1. Form der Verträge.

Ueber den durch die Ertheilung des Zuschlags zu Stande gekommenen Vertrag ist der Regel nach eine schriftliche Urkunde zu errichten.

Hiervon kann, unter der Voraussetzung, daß die Rechtsgültigkeit des Uebereinkommens dadurch nicht in Frage gestellt wird, abgesehen werden:

- a. bei Gegenständen bis zum Werth von 1000 M. einschließlich;
- b. bei Zug um Zug bewirkten Leistungen und Lieferungen;
- c. bei einfachen Vertragsverhältnissen, über welche eine alle wesentlichen Bedingungen vereinbarende Korrespondenz vorliegt.

Wird in solchen Fällen von der Aufstellung eines schriftlichen Vertrages Abstand genommen, so ist in anderer geeigneter Weise — z. B. durch Bestellzettel, schriftliche gegenseitig anerkannte Notizen u. — für die Sicherung der Beweisführung über den wesentlichen Inhalt des Uebereinkommens Vorkehrung zu treffen.

2. Fassung der Verträge.

Die Fassung der Vertragsbedingungen muß knapp, aber bestimmt und deutlich sein.

Für die einzelnen Gruppen von häufiger vorkommenden Arbeiten oder Lieferungen sind allgemeine Vertragsbedingungen ein für allemal festzustellen und in geeigneter Weise bekannt zu machen.

Bei der Anwendung solcher Vertragsbedingungen auf Vertragsgegenstände anderer Art sind die durch die Verschiedenheit des Gegenstandes bedingten Änderungen vorzunehmen.

In der Vertragsurkunde müssen außer der Bezeichnung der vertragschließenden Parteien, und der Angabe, ob dem Vertragsabschlusse ein öffentliches oder ein engeres Ausschreibungsverfahren vorangegangen ist oder nicht, — zutreffendenfalls auch ob der gewählte Unternehmer in einem solchen Verfahren Mindestfordernder geblieben, die besonderen der Verbindung zu Grunde gelegten Bedingungen enthalten sein.

Hierbei kommen namentlich in Betracht:

- a. der Gegenstand der Verbindung unter Bezeichnung der Bezugsquelle, falls eine derartige Angabe verlangt ist;
- b. die Vollendungsfrist und die etwaigen Theilfristen;
- c. die Höhe der Vergütung und die Kasse, durch welche die Zahlungen zu erfolgen haben;
- d. die Höhe einer etwaigen Konventionalstrafe, sowie die Voraussetzungen, unter welchen dieselbe fällig wird;

e. die Höhe einer etwa zu bestellenden Kaution unter genauer Bezeichnung derjenigen Verbindlichkeiten, für deren Erfüllung dieselbe haften soll, sowie derjenigen Voraussetzungen, unter welchen die Rückgabe zu erfolgen hat;

f. das Nähere in Betreff der Abnahme der Arbeiten oder Lieferungen, sowie der Dauer und des Umfangs der von dem Unternehmer zu leistenden Garantie;

g. das zur Ergänzung der allgemeinen Vertragsbedingungen Erforderliche in Betreff der Ernennung der Schiedsrichter und der Wahl eines Obmanns.

Die auf den Gegenstand der Verbindung bezüglichen Verbindungs-Anschläge und Zeichnungen, sowie umfangreichere technische Vorschriften sind dem Vertrage als Anlagen beizufügen und als solche beiderseits anzuerkennen.

Die allgemeinen Vertragsbedingungen sind, insofern nicht bei einfachen Vertragsverhältnissen zweckmäßiger die Aufnahme der wesentlichsten Bestimmungen derselben in den Vertrag selbst erfolgt, der Vertragsurkunde beizufügen und im Vertrage selbst — unter Hervorhebung derjenigen Änderungen und Streichungen, welche in den zur Verwendung gelangenden Druck- oder Umbrud-Formularen vorgenommen sind, — in Bezug zu nehmen.

IV. Inhalt und Ausführung der Verträge.

Die Verbindlichkeiten, welche den Unternehmern auferlegt werden, dürfen dasjenige Maas nicht übersteigen, welches Privatpersonen sich in ähnlichen Fällen auszubedingen pflegen. In den Verträgen sind nicht nur die Pflichten, sondern auch die denselben entsprechenden Rechte der Unternehmer zu verzeichnen.

Im Einzelnen.

1. Zahlung.

Die Zahlungen sind aufs Aeusserste zu beschleunigen.

Die Abnahme hat alsbald nach Fertigstellung oder Ablieferung der Arbeit oder Lieferung zu erfolgen.

Verzögert sich die Zahlung in Folge der notwendigen genauen Feststellung des Geleisteten oder Gelieferten, oder erstreckt sich die Ausführung über einen längeren Zeitraum, so sind angemessene Abschlagszahlungen zu bewilligen.

Abschlagszahlungen haben sich auf die ganze Höhe des jeweilig verdienten Guthabens zu erstrecken.

Ist die genaue Feststellung des Umfangs und der Güte des Geleisteten ohne weitläufige Ermittlungen nicht angängig, so sind Abschlagszahlungen bis zu demjenigen Betrage zu leisten, welchen der abnehmende Beamte nach pflichtmäßigem Ermessen zu vertreten vermag.

Zur Verstärkung der Kaution dürfen Abschlagszahlungen nur insoweit einbehalten werden, als bereits Ansprüche gegen den Unternehmer entstanden sind, für welche die in der Kaution gebotene Deckung nicht ausreicht.

Auf Antrag der Unternehmer sind Zahlungen an dieselben durch Vermittelung der Reichsbank zu leisten.

2. Sicherheitsstellung.

Die Zulassung zu dem Ausschreibungsverfahren ist von einer vorgängigen Sicherheitsstellung nicht abhängig zu machen; dagegen kann in den hierzu geeigneten Fällen vor der Ertheilung des Zuschlages die ungesäumte Sicherheitsstellung verlangt werden.

Die Sicherheit kann durch Bürgen oder durch Kauttionen gestellt werden.

Bei Bemessung der Höhe der Kaution und der Bestimmung darüber, ob dieselbe auch während der Garantiezeit ganz oder theilweise einbehalten wird, ist über dasjenige Maaß nicht hinauszugehen, welches geboten ist, um die Verwaltung vor Schaden zu bewahren.

Der Regel nach ist die Kaution nicht höher als auf 5 Prozent der Vertragssumme zu bemessen.

Wenn die Vertragssumme 1000 Mark nicht erreicht, oder die zu hinterlegende Kaution den Betrag von 50 Mark nicht erreichen würde, so kann auf Sicherheitsstellung überhaupt verzichtet werden.

Kauttionen bis zu 300 Mark können durch Einbehaltung von den Abschlagszahlungen eingezogen werden.

Die Kautionsbestellung kann nach Wahl des Unternehmers in baarem Gelde oder in guten Werthpapieren oder in sicheren (gezogenen) Wechseln oder Sparcassenbüchern erfolgen.

Die vom Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate ausgestellten oder garantirten Schuldverschreibungen, sowie die Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien und die Prioritäts-Obligationen derjenigen Eisenbahnen, deren Erwerb durch den Preussischen Staat gesetzlich genehmigt ist, sind zum vollen Kurswerthe als Kaution anzunehmen. Auch die übrigen bei der Deutschen Reichsbank beleihbaren Effekten sind zu dem daselbst beleihbaren Bruchtheile des Kurswerthes als Kaution zuzulassen.

Eine Ergänzung der Kaution ist für den Fall vorzubehalten, daß demnächst in Folge Sinkens des Kurses der Kurswerth bzw. der entsprechende Bruchtheil desselben für den Betrag der Kaution nicht mehr Dedung bieten sollte.

Die Zinsscheine der Werthpapiere für denjenigen Zeitraum, während dessen voraussichtlich die Leistung oder Lieferung noch in der Ausführung begriffen sein wird, können in den geeigneten Fällen den Unternehmern belassen werden; die Talons zu den Kautioneffekten sind regelmäßig mit einzufordern.

Baar gestellte Kautionen werden nicht verzinst.

Die Rückgabe der Kaution hat, nachdem die Verpflichtungen, zu deren Sicherung dieselbe gebient hat, sämmtlich erfüllt sind, ohne Verzug zu erfolgen.

3. Mehr- und Minderaufträge.

Von dem Vorbehalt einer einseitigen Vermehrung oder Verminderung der verbundenen Lieferungen und Leistungen unter Beibehaltung der bedungenen Preiseinheitsätze ist Abstand zu nehmen.

4. Konventionalstrafen.

Konventionalstrafen sind nur auszubedingen, wenn ein erhebliches Interesse an der rechtzeitigen Vertragserfüllung besteht.

Die Höhe der Konventionalstrafsätze ist in angemessenen Grenzen zu halten.

Von der Vereinbarung derselben ist ganz abzusehen, wenn der Verdingungsgegenstand vorkommendenfalls ohne Weiteres in der bedungenen Menge und Güte anderweit zu beschaffen ist.

5. Kontrolle der Ausführung.

Der Verwaltung ist das Recht vorzubehalten, in geeigneter Weise die Ausführung verbundener Arbeiten auf den Werken, in den Werkstätten, auf den Arbeitsplätzen etc. zu überwachen.

Die Kontrolle bei Bauarbeiten hat sich auch darauf zu erstrecken, daß der Unternehmer seine Verbindlichkeiten aus dem Arbeitsvertrage gegenüber den von ihm beschäftigten Handwerkern und Arbeitern pünktlich erfüllt. Für den Fall, daß der Unternehmer diesen Verbindlichkeiten nicht nachkommen, und hierdurch das angemessene Fortschreiten der Arbeiten in Frage gestellt werden sollte, ist das Recht vorzubehalten, Zahlungen für Rechnung des Unternehmers unmittelbar an die Betheiligten zu leisten.

Die Kosten der Kontrolle und Abnahme der Arbeiten trägt die Verwaltung.

Von dem Lieferanten als Bezugsquelle bezeichneten Fabrikanten ist Mittheilung zu machen, wenn sich Anstände bezüglich der Ausführung der betreffenden Lieferungen ergeben.

6. Meinungsverschiedenheiten.

Für die Entscheidung über etwaige den Inhalt oder die Ausführung des Vertrages betreffende Meinungsverschiedenheiten ist die Bildung eines Schiedsgerichts zu vereinbaren.

Ueber eine Ergänzung des Schiedsgerichts für den Fall, daß unter den erwählten Schiedsrichtern Stimmengleichheit sich ergeben sollte, ist ausdrücklich Bestimmung zu treffen.

Gegen Anordnungen, welche die Art der Ausführung eines Baues betreffen, ist die Anrufung eines Schiedsgerichts nur wegen der dadurch etwa begründeten Entschädigungsansprüche zuzulassen.

7. Kosten und Stempel der Verträge.

Die Kosten des Vertragsabschlusses sind von jedem Theile zur Hälfte zu tragen.

Bezüglich der Uebernahme von Stempellosten auf die Verwaltung sind die gesetzlichen Vorschriften maßgebend.

Briefe, Depeschen und andere Mittheilungen im Interesse des Abschlusses und der Ausführung der Verträge sind beiderseits zu frankiren.

Bedingungen für die Bewerbung um Arbeiten und Lieferungen.

§ 1. Persönliche Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Bewerber.

Bei der Vergebung von Arbeiten oder Lieferungen hat Niemand Aussicht als Unternehmer angenommen zu werden, der nicht für die tüchtige, pünktliche und vollständige Ausführung derselben — auch in technischer Hinsicht — die erforderliche Sicherheit bietet.

§ 2. Einsicht und Bezug der Verbindungsanschlüsse.

Verbindungsanschlüsse, Zeichnungen, Bedingungen etc. sind an den in der Ausschreibung bezeichneten Stellen einzusehen und werden auf Ersuchen gegen Erstattung der Selbstkosten verabfolgt.

§ 3. Form und Inhalt der Angebote.

Die Angebote sind unter Benützung der etwa vorgeschriebenen Formulare, von den Bewerbern unterschrieben, mit der in der Ausschreibung geforderten Überschrift versehen, versiegelt und frankirt bis zu dem angegebenen Termine einzureichen.

Die Angebote müssen enthalten:

- a. die ausdrückliche Erklärung, daß der Bewerber sich den Bedingungen, welche der Ausschreibung zu Grunde gelegt sind, unterwirft;
- b. die Angabe der geforderten Preise nach Reichswährung, und zwar sowohl die Angabe der Preise für die Einheiten als auch der Gesamtforderung; stimmt die Gesamtforderung mit den Einheitspreisen nicht überein, so sollen die letzteren maßgebend sein;
- c. die genaue Bezeichnung und Adresse des Bewerbers;
- d. Seitens gemeinschaftlich bietender Personen die Erklärung, daß sie sich für das Angebot solidarisch verbindlich machen, und die Bezeichnung eines zur Geschäftsführung und zur Empfangnahme der Zahlungen Bevollmächtigten; letzteres Erforderniß gilt auch für die Gebote von Gesellschaften;
- e. nähere Angaben über die Bezeichnung der etwa mit eingereichten Proben. Die Proben selbst müssen ebenfalls vor dem Bietungstermine eingesandt und derartig bezeichnet sein, daß sich ohne Weiteres erkennen läßt, zu welchem Angebot sie gehören;
- f. die etwa vorgeschriebenen Angaben über die Bezugsquellen von Fabrikaten.

Angebote, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, insbesondere solche, welche bis zu der festgesetzten Terminsstunde bei der Behörde nicht eingegangen sind, welche bezüglich des Gegenstandes von der Ausschreibung selbst abweichen, oder das Gebot an Sonderbedingungen knüpfen, haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Es sollen indessen solche Angebote nicht ausgeschlossen sein, in welchen der Bewerber erklärt, sich nur während einer kürzeren als der in der Ausschreibung

Anlage.

angegebenen Zuschlagsfrist an sein Angebot gebunden halten zu wollen.

§ 4. Wirkung des Angebots.

Die Bewerber bleiben von dem Eintreffen des Angebotes bei der ausschreibenden Behörde bis zum Ablauf der festgesetzten Zuschlagsfrist bzw. der von ihnen bezeichneten kürzeren Frist (§ 3 letzter Absatz) an ihre Angebote gebunden.

Die Bewerber unterwerfen sich mit Abgabe des Angebotes in Bezug auf alle für sie daraus entstehenden Verbindlichkeiten der Gerichtsbarkeit des Ortes, an welchem die ausschreibende Behörde ihren Sitz hat und woselbst auch sie auf Erfordern Domizil nehmen müssen.

§ 5. Zulassung zum Eröffnungstermin.

Den Bewerbern und deren Bevollmächtigten steht der Zutritt zu dem Eröffnungstermine frei. Eine Veröffentlichung der abgegebenen Gebote ist nicht gestattet.

§ 6. Ertheilung des Zuschlags.

Der Zuschlag wird von dem ausschreibenden Beamten oder von der ausschreibenden Behörde oder von einer dieser übergeordneten Behörde entweder im Eröffnungstermin zu dem von dem gewählten Unternehmer mit zu vollziehenden Protokoll oder durch besondere schriftliche Mittheilung ertheilt.

Letzterenfalls ist derselbe mit bindender Kraft erfolgt, wenn die Benachrichtigung hiervon innerhalb der Zuschlagsfrist als Depesche oder Brief dem Telegraphen- oder Postamt zur Beförderung an die in dem Angebot bezeichnete Adresse übergeben worden ist.

Trifft die Benachrichtigung trotz rechtzeitiger Sendung erst nach demjenigen Zeitpunkt bei dem Empfänger ein, für welchen dieser bei ordnungsmäßiger Beförderung den Eingang eines rechtzeitig abgesandten Briefes erwarten darf, so ist der Empfänger an sein Angebot nicht mehr gebunden, falls er ohne Verzug nach dem verspäteten Eintreffen der Zuschlagsbekanntmachung von seinem Rücktritt Nachricht gegeben hat.

Nachricht an diejenigen Bewerber, welche den Zuschlag nicht erhalten, wird nur dann ertheilt, wenn dieselben bei Einreichung des Angebots unter Beifügung des erforderlichen Frankaturbetrages einen besondern Wunsch zu erkennen gegeben haben. Proben werden nur dann zurückgegeben, wenn dies in dem Angebot ausdrücklich verlangt wird, und erfolgt alsdann die Rücksendung auf Kosten des betreffenden Bewerbers. Eine Rückgabe findet im Falle der Annahme des Angebots nicht statt; ebenso kann im Falle der Ablehnung desselben die Rückgabe insoweit nicht verlangt werden, als die Proben bei den Prüfungen verbraucht sind.

Eingereichte Entwürfe werden auf Verlangen zurückgegeben.

Den Empfang des Zuschlagschreibens hat der Unternehmer umgehend schriftlich zu bestätigen.

§ 7. Vertragsabschluss.

Der Bewerber, welcher den Zuschlag erhält, ist verpflichtet, auf Erfordern über den durch die Ertheilung des Zuschlages zu Stande gekommenen Vertrag eine schriftliche Urkunde zu vollziehen.

Sofern die Unterschrift des Bewerbers der Behörde nicht bekannt ist, bleibt vorbehalten, eine Beglaubigung derselben zu verlangen.

Die der Ausschreibung zu Grunde liegenden Verbindungsansätze, Zeichnungen u., welche bereits durch das Angebot anerkannt sind, hat der Bewerber bei Abschluß des Vertrages mit zu unterzeichnen.

§ 8. Kautionsstellung.

Innerhalb 14 Tagen nach der Ertheilung des Zuschlages hat der Unternehmer die vorgeschriebene Kautionsstellung zu bestellen, widrigenfalls die Behörde befugt ist, von dem Vertrage zurückzutreten und Schadensersatz zu beanspruchen.

§ 9. Kosten der Ausschreibung.

Zu den durch die Ausschreibung selbst entstehenden Kosten hat der Unternehmer nicht beizutragen.

II.

Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Hochbauten.

§ 1. Gegenstand des Vertrages.

Den Gegenstand des Unternehmens bildet die Herstellung der im Vertrage bezeichneten Bauwerke. Im Einzelnen bestimmt sich Art und Umfang der dem Unternehmer obliegenden Leistungen nach den Verbindungsansätzen, den zugehörigen Zeichnungen und sonstigen als zum Vertrage gehörig bezeichneten Unterlagen. Die in den Verbindungsansätzen angenommenen Vordrucke unterliegen jedoch denselben näheren Feststellungen, welche — ohne wesentliche Aenderung der dem Vertrage zu Grunde gelegten Bau-Entwürfe — bei der Ausführung der betreffenden Bauwerke sich ergeben.

Abänderungen der Bau-Entwürfe anzuordnen, bleibt der bauleitenden Behörde vorbehalten. Leistungen, welche in den Bau-Entwürfen nicht vorgesehen sind, können dem Unternehmer nur mit seiner Zustimmung übertragen werden.

§ 2. Berechnung der Vergütung.

Die dem Unternehmer zustehende Vergütung wird nach den wirklichen Leistungen bzw. Lieferungen unter Zugrundelegung der vertragmäßigen Einheitspreise berechnet.

Die Vergütung für Tagelohnsarbeiten erfolgt nach den vertragmäßig vereinbarten Lohnsätzen.

Ausschluß einer besonderen Vergütung für Nebenleistungen, Vorhalten von Werkzeug und Geräthen, Rüstungen u.

Insofern in den Verbindungs-Ansätzen für Nebenleistungen, sowie für das Vorhalten von Werkzeug und Geräthen, Rüstungen u. nicht besondere Preisansätze vorgesehen sind, umfassen die vereinbarten Preise und Tagelohnsätze zugleich die Vergütung für die zur planmäßigen Herstellung des Bauwerks gehörenden Nebenleistungen aller Art, insbesondere auch für die Heran-

schaffung der zu den Bauarbeiten erforderlichen Materialien aus den auf der Baustelle befindlichen Lagerplätzen nach der Verwendungsstelle am Bau, sowie die Entschädigung für Vorhaltung von Werkzeug, Geräthen u.

Auch die Bestellung der zu den Abmessungen, Höhenmessungen und Abnahmevermessungen erforderlichen Arbeitskräfte und Geräthe liegt dem Unternehmer ob, ohne daß demselben eine besondere Entschädigung hierfür gewährt wird.

§ 3. Mehrleistungen gegen den Vertrag.

Ohne ausdrückliche schriftliche Anordnung oder Genehmigung des bauleitenden Beamten darf der Unternehmer keinerlei vom Vertrage abweichende oder im Verbindungsansatz nicht vorgesehene Arbeiten oder Lieferungen ausführen.

Diesem Verbot zuwider einseitig von dem Unternehmer bewirkte Leistungen ist der bauleitende Beamte ebenso wie die bauleitende Behörde befugt, auf dessen Gefahr und Kosten wieder beseitigen zu lassen; auch hat der Unternehmer nicht nur keinerlei Vergütung für derartige Arbeiten und Lieferungen zu beanspruchen, sondern muß auch für allen Schaden aufkommen, welcher etwa durch diese Abweichungen vom Vertrage für die Staatskasse entstanden ist.

§ 4. Minderleistung gegen den Vertrag.

Bleiben die ausgeführten Arbeiten oder Lieferungen zufolge der von der bauleitenden Behörde oder dem bauleitenden Beamten getroffenen Anordnungen unter der im Vertrage festverdingenen Menge zurück, so hat der Unternehmer Anspruch auf den Ersatz des ihm nachweislich hieraus entstandenen wirklichen Schadens.

Nöthigenfalls entscheidet hierüber das Schiedsgericht (§ 19).

§ 5. Beginn, Fortführung und Vollendung der Arbeiten u., Konventionalstrafe.

Der Beginn, die Fortführung und Vollendung der Arbeiten und Lieferungen hat nach den in den besonderen Bedingungen festgesetzten Fristen zu erfolgen.

Ist über den Beginn der Arbeiten u. in den besonderen Bedingungen eine Vereinbarung nicht enthalten, so hat der Unternehmer spätestens 14 Tage nach schriftlicher Aufforderung seitens des bauleitenden Beamten mit den Arbeiten oder Lieferungen zu beginnen.

Die Arbeit oder Lieferung muß im Verhältniß zu den bedungenen Vollendungsfristen fortgesetzt angemessen gefördert werden.

Die Zahl der zu verwendenden Arbeitskräfte und Geräthe, sowie die Vorräthe an Materialien müssen allezeit den übernommenen Leistungen entsprechen.

Eine im Vertrage bedungene Konventionalstrafe gilt nicht für erlassen, wenn die verspätete Vertragserfüllung ganz oder theilweise ohne Vorbehalt angenommen worden ist.

Eine tageweise zu berechnende Konventionalstrafe für verspätete Ausführung von Bauarbeiten bleibt für die in die Zeit einer Verzögerung fallenden Sonntage und allgemeinen Feiertage außer Ansatz.

§ 6. Hinderungen der Bauausführung.

Glaubt der Unternehmer sich in der ordnungsmäßigen Fortführung der übernommenen Arbeiten durch Anordnungen der bauleitenden Behörde oder des bauleitenden Beamten oder durch das nicht gehörige Fortschreiten der Arbeiten anderer Unternehmer behindert, so hat er bei dem bauleitenden Beamten oder der bauleitenden Behörde hiervon Anzeige zu erstatten.

Andernfalls werden schon wegen der unterlassenen Anzeige keinerlei auf die betreffenden, angeblich hindernden, Umstände begründete Ansprüche oder Einwendungen zugelassen.

Nach Beseitigung derartiger Hinderungen sind die Arbeiten ohne weitere Aufforderung ungesäumt wieder aufzunehmen.

Der bauleitenden Behörde bleibt vorbehalten, falls die bezüglichen Beschwerden des Unternehmers für begründet zu erachten sind, eine angemessene Verlängerung der im Vertrage festgesetzten Vollendungsfristen — längstens bis zur Dauer der betreffenden Arbeits-hinderung — zu bewilligen.

Für die bei Eintritt einer Unterbrechung der Bauausführung bereits ausgeführten Leistungen erhält der Unternehmer die den vertragsmäßig bedungenen Preisen entsprechende Vergütung. Ist für verschiedenwerthige Leistungen ein nach dem Durchschnitt bemessener Einheitspreis vereinbart, so ist unter Berücksichtigung des höheren oder geringeren Werthes der ausgeführten Leistungen gegenüber den noch rückständigen ein von dem verabredeten Durchschnittspreis entsprechend abweichender neuer Einheitspreis für das Geleistete besonders zu ermitteln und darnach die zu gewährende Vergütung zu berechnen.

Außerdem kann der Unternehmer im Fall einer Unterbrechung oder gänzlichen Abstinenz von der Bauausführung den Ersatz des ihm nachweislich entstandenen wirklichen Schadens beanspruchen, wenn die die Fortsetzung des Baues hindernden Umstände entweder von der bauleitenden Behörde und deren Organen verschuldet sind, oder — insoweit zufällige, von dem Willen der Behörde unabhängige, Umstände in Frage stehen, — sich auf Seiten der bauleitenden Behörde zugetragen haben.

Eine Entschädigung für entgangenen Gewinn kann in keinem Falle beansprucht werden.

In gleicher Weise ist der Unternehmer zum Schadenersatz verpflichtet, wenn die betreffenden, die Fortführung des Baues hindernden, Umstände von ihm verschuldet sind, oder auf seiner Seite sich zugetragen haben.

Auf die gegen den Unternehmer geltend zu machenden Schadenersatzforderungen kommen die etwa eingezogenen oder verwirkten Konventionalstrafen in Anrechnung. Ist die Schadenersatzforderung niedriger als die Konventionalstrafe, so kommt nur die letztere zur Einziehung.

In Ermangelung gütlicher Einigung entscheidet über die bezüglichen Ansprüche das Schiedsgericht (§ 19).

Dauert die Unterbrechung der Bauausführung

länger als 6 Monate, so steht jeder der beiden Vertragsparteien der Rücktritt vom Vertrage frei. Die Rücktrittserklärung muß schriftlich und spätestens 14 Tage nach Ablauf jener 6 Monate dem anderen Theile zugestellt werden; andernfalls bleibt — unbeschadet der inzwischen etwa erwachsenen Ansprüche auf Schadenersatz oder Konventionalstrafe — der Vertrag mit der Maßgabe in Kraft, daß die in demselben ausbedungenen Vollendungsfrist um die Dauer der Bau-Unterbrechung verlängert wird.

§ 7. Güte der Arbeitsleistungen und der Materialien.

Die Arbeitsleistungen müssen den besten Regeln der Technik und den besonderen Bestimmungen des Verbindungs-Anschlages und des Vertrages entsprechen.

Bei den Arbeiten dürfen nur tüchtige und geübte Arbeiter beschäftigt werden.

Arbeitsleistungen, welcher der bauleitende Beamte den gedachten Bedingungen nicht entsprechend findet, sind sofort, und unter Ausschuß der Anrufung eines Schiedsgerichts, zu beseitigen und durch untadelhafte zu ersetzen. Für hierbei entstehende Verluste an Materialien hat der Unternehmer die Staatskasse schadlos zu halten.

Arbeiter, welche nach dem Urtheile des bauleitenden Beamten untüchtig sind, müssen auf Verlangen entlassen und durch tüchtige ersetzt werden.

Materialien, welche dem Anschlage, bezw. den besonderen Bedingungen oder den dem Vertrage zu Grunde gelegten Proben nicht entsprechen, sind auf Anordnung des bauleitenden Beamten innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist von der Baustelle zu entfernen.

Behufs Ueberwachung der Ausführung der Arbeiten steht dem bauleitenden Beamten oder den von demselben zu beauftragenden Personen jederzeit während der Arbeitsstunden der Zutritt zu den Arbeitsplätzen und Werkstätten frei, in welchen zu dem Unternehmer gehörige Arbeiten angefertigt werden.

§ 8. Erfüllung der dem Unternehmer, Handwerkern und Arbeitern gegenüber obliegenden Verbindlichkeiten.

Der Unternehmer hat der bauleitenden Behörde und dem bauleitenden Beamten über die mit Handwerkern und Arbeitern in Betreff der Ausführung der Arbeit geschlossenen Verträge jederzeit auf Erfordern Auskunft zu ertheilen.

Sollte das angemessene Fortschreiten der Arbeiten dadurch in Frage gestellt werden, daß der Unternehmer Handwerkern oder Arbeitern gegenüber die Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrage nicht oder nicht pünktlich erfüllt, so bleibt der bauleitenden Behörde das Recht vorbehalten, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu zahlen. Der Unternehmer hat die hierzu erforderlichen Unterlagen, Lohnlisten u. dergleichen, der bauleitenden Behörde bezw. dem bauleitenden Beamten zur Verfügung zu stellen.

§ 9. Entziehung der Arbeit etc.

Die bauleitende Behörde ist befugt, dem Unternehmer die Arbeiten und Lieferungen ganz oder theilweise zu entziehen und den noch nicht vollendeten Theil auf seine Kosten ausführen zu lassen oder selbst für seine Rechnung auszuführen, wenn

- a. seine Leistungen untüchtig sind, oder
- b. die Arbeiten nach Maßgabe der verlaufenen Zeit nicht genügend gefördert sind, oder
- c. der Unternehmer den von der bauleitenden Behörde gemäß § 8 getroffenen Anordnungen nicht nachkommt.

Vor der Entziehung der Arbeiten etc. ist der Unternehmer zur Beseitigung der vorliegenden Mängel, bezw. zur Befolgung der getroffenen Anordnungen unter Bewilligung einer angemessenen Frist aufzufordern.

Von der verfügten Arbeitsentziehung wird dem Unternehmer durch eingeschriebenen Brief Eröffnung gemacht.

Auf die Berechnung der für die ausgeführten Leistungen dem Unternehmer zustehenden Vergütung und den Umfang der Verpflichtung desselben zum Schadenersatz finden die Bestimmungen im § 6 gleichmäßige Anwendung.

Nach beendeter Arbeit oder Lieferung wird dem Unternehmer eine Abrechnung über die für ihn sich ergebende Forderung und Schuld mitgetheilt.

Abzlagszahlungen können im Falle der Arbeitsentziehung dem Unternehmer nur innerhalb desjenigen Betrages gewährt werden, welcher als sicheres Guthaben desselben unter Berücksichtigung der entstandenen Gegenansprüche ermittelt ist.

Ueber die in Folge der Arbeitsentziehung etwa zu erhebenden vermögensrechtlichen Ansprüche entscheidet in Ermangelung gütlicher Einigung das Schiedsgericht (§ 19).

§ 10. Ordnungsvorschriften.

Der Unternehmer oder dessen Vertreter muß sich zufolge Aufforderung des bauleitenden Beamten auf der Baustelle einfinden, so oft nach dem Ermessen des Letzteren die zutreffenden baulichen Anordnungen ein mündliches Benehmen auf der Baustelle erforderlich machen. Die sämtlichen auf dem Bau beschäftigten Bevollmächtigten, Gehülfen und Arbeiter des Unternehmers sind bezüglich der Bauausführung und der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Bauplätze den Anordnungen des bauleitenden Beamten bezw. dessen Stellvertreters unterworfen. Im Falle des Ungehorsams kann ihre sofortige Entfernung von der Baustelle verlangt werden.

Der Unternehmer hat, wenn nicht ein Anderes ausdrücklich vereinbart worden ist, für das Unterkommen seiner Arbeiter, insoweit dies von dem bauleitenden Beamten für erforderlich erachtet wird, selbst zu sorgen. Er muß für seine Arbeiter auf eigene Kosten an den ihm angewiesenen Orten die nöthigen Abtritte herstellen, sowie für deren regelmäßige Reinigung, Desinfektion und demnächstige Beseitigung Sorge tragen.

Für die Bewachung seiner Gerüste, Werkzeuge, Geräte etc., sowie seiner auf der Baustelle lagernden Materialien Sorge zu tragen, ist lediglich Sache des Unternehmers.

Mitbenutzung von Rüstungen.

Die von dem Unternehmer hergestellten Rüstungen sind während ihres Bestehens auch anderen Bauhandwerkern unentgeltlich zur Benutzung zu überlassen. Änderungen an den Rüstungen im Interesse der bequemeren Benutzung Seitens der übrigen Bauhandwerker vorzunehmen, ist der Unternehmer nicht verpflichtet.

§ 11. Beobachtung polizeilicher Vorschriften; Haftung des Unternehmers für seine Angestellten etc.

Für die Befolgung der für Bauausführungen bestehenden polizeilichen Vorschriften und der etwa besonders ergehenden polizeilichen Anordnungen ist der Unternehmer für den ganzen Umfang seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen verantwortlich. Kosten, welche ihm dadurch erwachsen, können der Staatskasse gegenüber nicht in Rechnung gestellt werden.

Der Unternehmer trägt insbesondere die Verantwortung für die gehörige Stärke und sonstige Tüchtigkeit der Rüstungen. Dieser Verantwortung unbeschadet ist er aber auch verpflichtet, eine von dem bauleitenden Beamten angeordnete Ergänzung und Verstärkung der Rüstungen unverzüglich und auf eigene Kosten zu bewirken.

Für alle Ansprüche, die wegen einer ihm selbst oder seinen Bevollmächtigten, Gehülfen oder Arbeitern zur Last fallenden Vernachlässigung polizeilicher Vorschriften an die Verwaltung erhoben werden, hat der Unternehmer in jeder Hinsicht aufzukommen.

Ueberhaupt haftet er in Ausführung des Vertrages für alle Handlungen seiner Bevollmächtigten, Gehülfen und Arbeiter persönlich. Er hat insbesondere jeden Schaden an Person oder Eigentum zu vertreten, welcher durch ihn oder seine Organe Dritten oder der Staatskasse zugefügt wird.

§ 12. Aufmessungen während des Baues und Abnahme.

Der bauleitende Beamte ist berechtigt, zu verlangen, daß über alle später nicht mehr nachzumessenden Arbeiten von den beiderseits zu bezeichnenden Beauftragten während der Ausführung gegenseitig anzuerkennende Notizen geführt werden, welche demnach der Berechnung zu Grunde zu legen sind.

Von der Vollenbung der Arbeiten oder Lieferungen hat der Unternehmer dem bauleitenden Beamten durch eingeschriebenen Brief Anzeige zu machen, worauf der Termin für die Abnahme mit thunlichster Beschleunigung anberaumt und dem Unternehmer schriftlich gegen Behändigungschein oder mittelst eingeschriebenen Briefes bekannt gegeben wird.

Ueber die Abnahme wird in der Regel eine Verhandlung aufgenommen; auf Verlangen des Unternehmers muß dies geschehen. Die Verhandlung ist von

dem Unternehmer bezw. dem für denselben etwa ersetzten Stellvertreter mit zu vollziehen.

Von der über die Abnahme aufgenommenen Verhandlung wird dem Unternehmer auf Verlangen beglaubigte Abschrift mitgetheilt.

Erscheint in dem zur Abnahme anberaumten Termine gehöriger Benachrichtigung ungeachtet weder der Unternehmer selbst noch ein Bevollmächtigter desselben, so gelten die durch die Organe der bauleitenden Behörde bewirkten Aufnahmen, Notirungen u. als anerkannt.

Auf die Feststellung des von dem Unternehmer geleisteten im Falle der Arbeitsentziehung (§ 9) finden diese Bestimmungen gleichmäßige Anwendung.

Müssen Theillieferungen sofort nach ihrer Anlieferung abgenommen werden, so bedarf es einer besonderen Benachrichtigung des Unternehmers hiervon nicht, vielmehr ist es Sache desselben, für seine Anwesenheit oder Vertretung bei der Abnahme Sorge zu tragen.

§ 13. Rechnungsaufstellung.

Bezüglich der formellen Aufstellung der Rechnung, welche in der Form, Ausdrucksweise, Bezeichnung der Räume und Reihenfolge der Positionsnummern genau nach dem Verbindungs-Anschlage einzurichten ist, hat der Unternehmer den von der bauleitenden Behörde, bezw. dem bauleitenden Beamten gestellten Anforderungen zu entsprechen.

Etwasige Mehrarbeiten sind in besonderer Rechnung nachzuweisen, unter deutlichem Hinweis auf die schriftlichen Vereinbarungen, welche bezüglich derselben getroffen worden sind.

Tagelohnrechnungen.

Werden im Auftrage des bauleitenden Beamten Seitens des Unternehmers Arbeiten im Tagelohn ausgeführt, so ist die Liste der hierbei beschäftigten Arbeiter dem bauleitenden Beamten oder dessen Vertreter behufs Prüfung ihrer Richtigkeit täglich vorzulegen. Etwasige Ausstellungen dagegen sind dem Unternehmer binnen längstens 8 Tagen mitzutheilen.

Die Tagelohnrechnungen sind längstens von 2 zu 2 Wochen dem bauleitenden Beamten einzureichen.

§ 14. Zahlungen.

Die Schlusszahlung erfolgt auf die vom Unternehmer einzureichende Kostenrechnung alsbald nach vollendeter Prüfung und Feststellung derselben.

Abschlagszahlungen werden dem Unternehmer in angemessenen Fristen auf Antrag, nach Maßgabe des jeweilig Geleisteten, bis zu der von dem bauleitenden Beamten mit Sicherheit vertretbaren Höhe gewährt.

Bleiben bei der Schluss-Abrechnung Meinungsverschiedenheiten zwischen dem bauleitenden Beamten oder der bauleitenden Behörde und dem Unternehmer bestehen, so soll das dem Letzteren unbefristet zustehende Guthaben demselben gleichwohl nicht vorenthalten werden.

Verzicht auf spätere Geltendmachung aller nicht ausdrücklich vorbehaltenen Ansprüche.

Vor Empfangnahme des von dem bauleitenden

Beamten oder der bauleitenden Behörde als Resignat haben zur Auszahlung angebotenen Betrages muß der Unternehmer alle Ansprüche, welche er aus dem Vertragsverhältnis über die behördlicherseits anerkannten hinaus etwa noch zu haben vermeint, bestimmt bezeichnen und sich vorbehalten, widrigenfalls die Geltendmachung dieser Ansprüche später ausgeschlossen ist.

Zahlende Kasse.

Alle Zahlungen erfolgen, sofern nicht in den besonderen Bedingungen etwas anderes festgesetzt ist, auf der Kasse der bauleitenden Behörde.

§ 15. Gewährleistung.

Die in den besonderen Bedingungen des Vertrages vorgesehene, in Ermangelung solcher nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften sich bestimmende, Frist für die dem Unternehmer obliegende Gewährleistung für die Güte der Arbeit oder der Materialien beginnt mit dem Zeitpunkte der Abnahme der Arbeit oder Lieferung.

Der Einwand nicht rechtzeitiger Anzeige von Mängeln gelieferter Waaren (Art. 347 des Handelsgesetzbuches) ist nicht statthaft.

§ 16. Sicherheitsstellung. Bürgen.

Bürgen haben als Selbstschuldner in den Vertrag mit einzutreten.

Kautionen.

Kautionen können in baarem Gelde oder guten Werthpapieren oder sicheren — gezogenen — Wechseln oder Sparkassenbüchern bestellt werden.

Die Schuldverschreibungen, welche von dem Deutschen Reiche, oder von einem Deutschen Bundesstaat ausgestellt oder garantirt sind, sowie die Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien und die Prioritäts-Obligationen derjenigen Eisenbahnen, deren Erwerb durch den Preussischen Staat gesetzlich genehmigt ist, werden zu vollen Kurswerthe als Kautiön angenommen. Die übrigen bei der Deutschen Reichsbank beleihbaren Effekten werden zu dem daselbst beleihbaren Bruchtheil des Kurswerthes als Kautiön angenommen.

Die Ergänzung einer in Werthpapieren bestellten Kautiön kann gefordert werden, falls in Folge eines Kursrückganges der Kurswerth bezw. der zulässige Bruchtheil desselben für den Betrag der Kautiön nicht mehr Deckung bietet.

Baar hinterlegte Kautiön werden nicht verzinst. Zinstragenden Werthpapieren sind die Talons und Zinsscheine, insoweit bezüglich der letzteren in den besonderen Bedingungen nicht etwas Anderes bestimmt wird, beizufügen. Die Zinsscheine werden so lang, als nicht eine Veräußerung der Werthpapiere zur Deckung entstandener Verbindlichkeiten in Aussicht genommen werden muß, an den Fälligkeitsterminen dem Unternehmer ausgehändigt. Für den Umtausch der Talons, die Einlösung und den Ertrag ausgelieferter Werthpapiere sowie den Ertrag abgelaufener Wechsel hat der Unternehmer zu sorgen.

Falls der Unternehmer in irgend einer Beziehung seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommt, kann die

hörde zu ihrer Schadloshaltung auf dem einfachsten gesetzlich zulässigen Wege die hinterlegten Werthpapiere und Wechsel veräußern bezw. einkaufren.

Die Rückgabe der Kaution, soweit dieselbe für Verbindlichkeiten des Unternehmers nicht in Anspruch zu nehmen ist, erfolgt, nachdem der Unternehmer die ihm obliegenden Verpflichtungen vollständig erfüllt hat, und insoweit die Kaution zur Sicherung der Garantieverpflichtung dient, nachdem die Garantiezeit abgelaufen ist. In Ermangelung anderweiter Verabredung gilt als bedungen, daß die Kaution in ganzer Höhe zur Deckung der Garantieverbindlichkeit einzubehalten ist.

§ 17. Uebertragbarkeit des Vertrages.

Ohne Genehmigung der bauleitenden Behörde darf der Unternehmer seine vertragmäßigen Verpflichtungen nicht auf Andere übertragen.

Berfällt der Unternehmer vor Erfüllung des Vertrages in Konkurs, so ist die bauleitende Behörde berechtigt, den Vertrag mit dem Tage der Konkursöffnung aufzuheben.

Bezüglich der in diesem Falle zu gewährenden Vergütung, sowie der Gewährung von Abschlagsabzahlungen finden die Bestimmungen des § 9 sinngemäße Anwendung.

Für den Fall, daß der Unternehmer mit Tode abgehen sollte, bevor der Vertrag vollständig erfüllt ist, hat die bauleitende Behörde die Wahl, ob sie das Vertragsverhältnis mit den Erben desselben fortsetzen oder dasselbe als aufgelöst betrachten will.

§ 18. Gerichtsstand.

Für die aus diesem Vertrage entspringenden Streitigkeiten hat der Unternehmer — unbeschadet der im § 19 vorgesehenen Zuständigkeit eines Schiedsgerichts — bei dem für den Ort der Bauausführung zuständigen Gerichte Recht zu nehmen.

§ 19. Schiedsgericht.

Streitigkeiten über die durch den Vertrag begründeten Rechte und Pflichten, sowie über die Ausführung des Vertrages sind, wenn die Beilegung im Wege der Verhandlung zwischen dem bauleitenden Beamten und dem Unternehmer nicht gelingen sollte, zunächst der bauleitenden Behörde zur Entscheidung vorzulegen.

Gegen die Entscheidung dieser Behörde wird die Anrufung eines Schiedsgerichtes zugelassen. Die Fortführung der Bauarbeiten nach Maßgabe der von der bauleitenden Behörde getroffenen Anordnungen darf hierdurch nicht aufgehalten werden.

Für die Bildung des Schiedsgerichts und das Verfahren vor demselben kommen die Vorschriften der Deutschen Zivil-Prozess-Ordnung vom 30. Januar 1877 §§ 851—872 in Anwendung. Bezüglich der Ernennung der Schiedsrichter sind abweichende, in den besonderen Vertragsbedingungen getroffene, Bestimmungen in erster Reihe maßgebend.

Falls die Schiedsrichter den Parteien anzeigen, daß sich unter ihnen Stimmengleichheit ergeben habe, wird das Schiedsgericht durch einen Obmann ergänzt. Die Ernennung desselben erfolgt — mangels anderweiter Festsetzung in den besonderen Bedingungen — durch den Präsidenten oder Vorsitzenden einer benachbarten Provinzialbehörde desjenigen Verwaltungszweiges, welchem die vertragschließende Behörde angehört.

Ueber die Tragung der Kosten des schiedsrichterlichen Verfahrens entscheidet das Schiedsgericht nach billigem Ermessen.

§ 20. Kosten und Stempel.

Briefe und Depeschen, welche den Abschluß und die Ausführung des Vertrages betreffen, werden beiderseits frankirt.

Die Portokosten für solche Geld- und sonstige Sendungen, welche im ausschließlichen Interesse des Unternehmers erfolgen, trägt der Letztere.

Die Kosten des Vertragsstempels trägt der Unternehmer nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Die übrigen Kosten des Vertragsabschlusses fallen jedem Theile zur Hälfte zur Last.

* * *

Der vorstehende Erlaß des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten, betreffend die anderweite Regelung des Verbindungswesens, wird hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die darin gegebenen Vorschriften auch für die Ressorts des Königl. Ministeriums für Handel und Gewerbe, des Königl. Ministeriums des Innern und des Königl. Finanz-Ministeriums gleichmäßige Anwendung zu finden haben. Die im Extrablatt zum Amtsblatt vom 2. Oktober 1882 Seite 385—390 enthaltenen Submissions-Bedingungen u. vom 27. September 1882 treten bezüglich der Bauten in den vorbezeichneten vier Ministerialressorts hiermit außer Kraft.

Potsdam, den 27. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 37.

Den 11. September

1885.

Allerhöchster Erlass.

Kreis-Chauffeen des Kreises Niederbarnim betreffend.

Auf Ihren Bericht vom 10. August d. J. will Ich dem Kreise Niederbarnim im Regierungsbezirke Potsdam, welcher den Bau einer Chauffee vom Bahnhofe Friedrichshagen über Schöneiche nach der Berlin-Frankfurter Provinzial-Chauffee zum Anschlusse an die von dieser Straße über Döllensdorf und Neuenhagen führende Kreis-Chauffee mit einer Abzweigung von Schöneiche nach Klein-Schönebeck beschlossen hat, gegen Uebernahme der künftigen chauffeemäßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chauffeegelbes nach den Bestimmungen des Chauffeegelb-Tarifs vom 29. Februar 1840 (G.-S. S. 97) einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden ausführlichen Vorschriften — vorbehaltlich der Abänderung der sämtlichen vorausgeführten Bestimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chauffeegelb-Tarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chauffee-Polizei-Vergehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen. Zugleich genehmige Ich, daß die hinsichtlich der Chauffee von der Berlin-Stralsunder Chauffee über Ahrensdorf und Ranke nach der Biesenthaler Grenze den Besitzern des Rittergutes Ranke, Grafen von Redern, mit Meinem Erlasse vom 18. Juni 1866 verliehenen gleichen Rechte auf den Kreis Niederbarnim übertragen werden.

Die eingereichte Karte erfolgt anbei zurück.
Schloß Babelsberg, den 17. August 1885.

gez. **Wilhelm.**

ggz. **Maybach.**

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Volkszählung

am 1. Dezember 1885.

19. Bei der am 1. Dezember d. J. stattfindenden Volkszählung werden die Militärpersonen in derselben Weise aufgenommen, wie die Civilpersonen. Für die militärischen Anstalten — Kasernen, Militär-Lazarethe etc. — liegt die Eintheilung der Zählbezirke den Kommandanten bzw. den Garnison-Altkleken ob, welchen seitens der Lokal-Civilbehörden die erforderlichen Formulare und sonstigen Mittheilungen rechtzeitig zugehen werden.

Den von diesen Behörden bezüglich der Volks-

zählung eingehenden Requisitionen ist thunlichst zu entsprechen.

Berlin, den 11. August 1885.

Kriegsministerium.

gez. Bronsart von Schellendorff.

Nr 30. 8. A. 2.

Bekanntmachungen des Königl. Ober- Präsidenten der Provinz Brandenburg.

9. Allerhöchste Ordre.

Ich bin auf Meiner Fahrt zur Befichtigung des 3. Armer-Corps durch den Mir überall — und namentlich auch in den Städten Pritzwalk und Perleberg bereiteten Empfang, sowie durch die ganze Haltung der Bevölkerung so angenehm berührt worden, daß Ich gern Veranlassung nehme, Ihnen dies hierdurch auszusprechen und Sie mit der weiteren Bekanntmachung Meines Dankes zu beauftragen.

Berlin, den 5. September 1885.

Wilhelm.

An den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg.

Indem ich den vorstehenden Allerhöchsten Erlass veröffentliche, bin ich gewiß, daß derselbe in den Herzen aller Brandenburger das Gefühl innigster Freude hervorrufen wird.

Potsdam, den 8. September 1885.

Der Oberpräsident, Staatsminister Achenbach.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung. Den Umtausch der Schuldverschreibungen der 4-prozentigen konsolidirten Staatsanleihe gegen solche der 4-prozentigen konsolidirten Staatsanleihe betreffend.

24. Die Inhaber von Schuldverschreibungen der 4 1/2-prozentigen konsolidirten Staatsanleihe, welche nach § 2 des Gesetzes vom 4. März 1885 (Ges.-S. S. 55) die Umwandlung dieser Schuldverschreibungen in solche der 4-prozentigen konsolidirten Staatsanleihe angenommen haben, sind nach der Bekanntmachung des Herrn Finanzministers vom 8. März d. J. (Reichs- und Staatsanzeiger Nr 58) befugt, entweder

bis zum 31. März 1886 die **kostenfreie** Eintragung eines dem Nennwerth der Schuldverschreibungen gleichen, vom 1. Oktober 1885 ab zu 4 Prozent verzinslichen Betrages in das Staatsschuldbuch zu beantragen

oder

die 4 1/2-prozentigen Schuldverschreibungen gegen neu auszufertigende Schuldverschreibungen der 4-prozentigen konsolidirten Staatsanleihe umzutauschen.

Die näheren Anordnungen wegen der Eintragung in das Staatsschuldbuch sind von uns in der Bekanntmachung vom 16. März d. J. (Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 65) getroffen. In Betreff des Umtausches gegen neu auszufertigende Schuldverschreibungen ist Folgendes zu beachten.

- 1) Die $4\frac{1}{2}$ prozentigen Schuldverschreibungen sind vom **21. September d. J.** ab bei der Kontrolle der Staatspapiere, Dranienstraße Nr. 92/93 hier selbst oder bei einer der Regierungs-Hauptkassen, sowie bei der Kreiskasse zu Frankfurt a./M. einzureichen.
- 2) Jeder Schuldverschreibung muß, da nach § 3 des Gesetzes vom 4. März d. J. ihre Verzinsung zu $4\frac{1}{2}$ Prozent mit dem 30. September 1885 aufhört, der noch im Verkehr befindliche, am 1. April 1886 fällige Zinschein (Reihe IV. Nr. 8) und die Zinscheinanweisung zur Reihe V. beigelegt sein. Fehlt der Zinschein, so ist sein Werthbetrag baar einzuzahlen.
- 3) Wer die neuen Schuldverschreibungen der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe hier bei der Kontrolle der Staatspapiere in Empfang nehmen will, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zu 1 und 2 genannten Effekten mit einem Verzeichnisse zu übergeben. Formulare zu dem Verzeichnisse sind vom 14. September d. J. ab ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 2 unentgeltlich zu haben. Genügt dem Einreicher der Effekten eine numerirte Marke als Empfangsbefcheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Befcheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Fall erhält der Einreicher das eine Exemplar sofort mit einer Empfangsbefcheinigung zurück.
- 4) Wer die neuen Schuldverschreibungen durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die zu 1 und 2 genannten Effekten mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbefcheinigung versehen sogleich zurückgegeben. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind vom 14. September d. J. ab bei den gedachten Provinzialkassen und den von den königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.
- 5) Die Verzeichnisse sind für die auf Thalerwährung und die auf Markwährung lautenden Schuldverschreibungen gesondert aufzustellen. In jedem Verzeichniß sind die Schuldverschreibungen nach Littern, Nummern und Werthabschnitten geordnet aufzuführen. Die Effekten selbst sind ebenso zu ordnen. Jede Klasse derselben ist mit einem Papierstreifen zu umgeben, auf welchem die Stückzahl vermerkt wird.
- 6) Ist eine $4\frac{1}{2}$ prozentige Schuldverschreibung von einer öffentlichen Behörde außer Kurs gesetzt und erfolgt die Einlieferung von einer Privatperson

oder einer anderen Behörde, so muß dem Umtausch die ordnungsmäßige Wiederinkurssetzung vorausgehen. Privataufsertigungsvermerke hindern den Umtausch nur dann, wenn derjenige, zu dessen Vortheil die Schuldverschreibung außer Kurs gesetzt worden ist, vorher den Verlust des Papiers hierher angezeigt hat.

- 7) Die Ausreichung der neuen Schuldverschreibungen der 4prozentigen konsolidirten Staatsanleihe erfolgt nur gegen Rückgabe der Marke oder Empfangsbefcheinigung (Nr. 3 und 4). Die neuen Schuldverschreibungen sind in Werthabschnitten zu 5000 M., 3000 M., 2000 M., 1000 M., 500 M., 300 M., 200 M. und 150 M. auszufertigt worden. Sie werden am 1. April und 1. Oktober jeden Jahres verzinst und mit Zinscheinen Reihe I. Nr. 3 bis 20 für die Zeit vom 1. Oktober 1885 bis 30. September 1894 nebst Anweisungen zur Abhebung der Reihe II. ausgereicht.

Die Ausreichung geschieht nach Feststellung der eingelefertten Dokumente und soweit angängig, in den, den Legteren entsprechenden Werthabschnitten. Auf besondere Wünsche der Einreicher wird nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden.

- 8) Ueber den Empfang der neuen Dokumente ist unter einem, von der Kontrolle der Staatspapiere aufgestellten Verzeichnisse Seitens der Einreicher der $4\frac{1}{2}$ prozentigen Effekten besonders zu quittiren.

Berlin, den 1. September 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Vermerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Formulare zu den Verzeichnissen, mit welchen die umzutauschenden Schuldverschreibungen von den Besitzern einzureichen sind, von unserer Haupt-Kasse, den Königl. Kreis- und Forstkassen und Haupt-Steuer-Ämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 4. September 1885.

Königl. Regierung.

Die Bezeichnung der Feldmesser als „Landmesser“ betreffend.

25. Unter Feldmessern sowohl, wie bei einzelnen Behörden ist die Meinung hervorgetreten, als liege es in der Absicht der Prüfungs-Ordnung für Landmesser vom 4. September 1882, zwischen den nach ihren Vorschriften geprüften Landmessern und den nach den Vorschriften der älteren Prüfungs-Ordnung geprüften Feldmessern einen Unterschied zu begründen, welcher insbesondere auch dadurch zum Ausdruck gelange, daß nur für die ersteren die Amtsbezeichnung „Landmesser“ gelte, während die Bezeichnung „Feldmesser“ für die letzteren festzuhalten sei. Eine solche Absicht hat bei Erlass der neuen Prüfungs-Ordnung nicht obgewaltet. Unter den übrigens synonymen Bezeichnungen der Vermessungstechniker als Feld- oder Landmesser ist der letzteren Bezeichnung der Vorzug gegeben worden, ohne daß beabsichtigt worden wäre, damit einen Gegensatz zum Ausdruck zu bringen. Nachdem dadurch die Bezeich-

nung Landmesser vielmehr zur amtlichen geworden ist, würde es an jeder Begründung dafür fehlen, den Gebrauch derselben denjenigen, welche bisher als Feldmesser bezeichnet wurden, zu untersagen.

Berlin, den 12. August 1885.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Im Auftrage: (gez.) Schulz.

Der Minister für Landwirtschaft,
Domainen und Forsten.

In Vertretung: (gez.) Marcard.

Der Finanz-Minister. Im Auftrage: (gez.) Gauß.

An den Königl. Regierungs-Präsidenten
Herrn von Neefe Hochwohlgeboren Potsdam.
III. 12541. M. d. d. A. — I. 12118. M. f. L. —
II. 7978. F. M.

Vorstehender Ministerial-Erlaß wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 27. August 1885.

Königl. Regierung, Abtheilung für direkte Steuern,
Domainen und Forsten.

Turnlehrerinnen-Prüfung.

26. Nachstehende

Bekanntmachung:

Für die Turnlehrerinnen-Prüfung, welche im Herbst 1885 zu Berlin abgehalten ist, habe ich Termin auf **Montag, den 16. November d. J., und folgende Tage** anberaumt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens 6 Wochen, Meldungen anderer Bewerberinnen unmittelbar bei mir spätestens 4 Wochen vor dem Prüfungstermine unter Einreichung der im § 4 des Prüfungs-Reglements vom 21. August 1875 bezeichneten Schriftstücke anzubringen.

Berlin, den 25. August 1885.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten.

In Vertretung: Lucanus.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 3. September 1885.

Königl. Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Gesuche, deren Erledigung zur Zuständigkeit der Kaiserlichen Konsulate gehört, betreffend.

202. An das Auswärtige Amt gelangen zahlreiche Gesuche, deren Erledigung zur Zuständigkeit der Kaiserlichen Konsulate gehört und die deshalb zweckmäßiger unmittelbar an das betreffende Konsulat zu richten wären. Nach dem Konsulatsgesetze vom 8. November 1867 (Bundesgef.-Bl. S. 137) sind die Kaiserlichen Konsulen berufen, den Angehörigen der Bundesstaaten in ihren Angelegenheiten Rath und Beistand zu gewähren. Es steht deshalb jedem Reichsangehörigen frei, sich unmittelbar mit seinem Gesuche an das zu-

ständige Konsulat zu wenden. Das Auswärtige Amt ist weder verpflichtet, noch bei der vorhandenen Geschäftslast in der Lage, dergleichen, zum amtlichen Wirkungskreise der Konsulen gehörende Gesuche zu beantworten oder zu prüfen; es kann dieselben höchstens an das zuständige Konsulat befördern, und es geht dem Bittsteller hierbei diejenige Zeit verloren, welche bei einer umfangreichen Behörde auf die geschäftliche Behandlung der einzelnen Sache verwendet werden muß.

Ueber die im Auslande bestehenden Konsulate des Reiches und die Abgrenzung ihrer Amtsbezirke gewährt das alljährlich durch das Auswärtige Amt veröffentlichte und im Buchhandel erscheinende „Verzeichniß der Kaiserlich Deutschen Konsulate“ den erforderlichen Aufschluß.

Vorstehende Darstellung wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß den Königl. Landrathsämtern, Stadtmagistraten u. die Anschaffung des vorerwähnten Verzeichnisses empfohlen ist, so daß es jedem Betheiligten ermöglicht wird, durch Anfrage bei diesen Behörden die nöthige Auskunft zu erlangen.

Potsdam, den 24. August 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft das Chemische Untersuchungsamt zu Brandenburg.

203. Dem städtischen Chemischen Untersuchungsamte zu Brandenburg ist der Charakter einer öffentlichen Anstalt zur Untersuchung von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen verliehen worden mit der Maßgabe, daß nach § 17 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 — R.-G.-Bl. S. 145 — die auf Grund desselben auferlegten Geldstrafen, soweit dieselben dem Staate zustehen, nunmehr der Stadt-Hauptkasse zu Brandenburg zufallen sollen.

Potsdam, den 1. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die Chausseegeld-Erhebung auf der Kreis-Chaussee Strausberg-Gielsdorf-Heidekrug betreffend.

204. Dem Kreise Oberbarnim ist Seitens des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten durch Erlaß vom 26. August d. J. die Genehmigung erteilt worden, in Station Nr. 44 der neu erbauten Kreis-Chaussee, welche von der Berlin-Prögeler Kreis-Chaussee bei Strausberg abweigend über Gielsdorf und Heidekrug bis zur Müncheberg-Eberswalder Provinzial-Chaussee fährt, eine Hebestelle zu errichten und an derselben das tarifmäßige Chausseegeld für 1½ Meile zu erheben.

Potsdam, den 2. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung von Equipagen, Pferden u. in Inowrazlaw.

205. Der Herr Minister des Innern hat unterm 24. August d. J. dem Comité für den Pferdemarkt zu Inowrazlaw die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit des im Frühjahr 1886 daselbst abzuhaltenden Pferdemarktes eine öffentliche Verloosung von Equipagen, Reit- und Wagenpferden u. zu veranstalten und die betreffenden Loose im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 3. September 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

206.

Nachweisung der Märkte 2c.

| Laufende Nr. | Namen der Städte | Getreide | | | | | | | | | | Uebrige Märkte | | | |
|--------------|------------------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------------|--------|------------|----------|------------|----------------|---------------|--------------|--|
| | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | Es | | | |
| | | Weizen | Reggen | Gerste | Safer | Getten | Speisebohnen | Linfen | Kartoffeln | Nichtroh | Krummstroh | Sen | Rindfleisch | | |
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | von der Keule | Bruchfleisch | |
| 1 | Angermünde | 15 41 | 13 23 | 12 57 | 13 82 | 27 25 | 31 50 | 33 50 | 4 75 | 3 75 | 2 50 | 4 38 | 1 40 | 1 10 | |
| 2 | Beeskow | — | 13 40 | — | 14 44 | 30 — | 40 — | 45 — | 4 — | — | — | 6 — | 1 30 | 1 20 | |
| 3 | Bernau | 16 32 | 13 88 | 14 10 | 14 46 | 29 — | 33 — | 38 — | 4 62 | 4 41 | — | 5 04 | 1 25 | 1 10 | |
| 4 | Brandenburg | 16 11 | 14 43 | 13 50 | 14 49 | 23 50 | 27 — | 28 50 | 3 72 | 3 70 | — | 4 60 | 1 20 | 1 — | |
| 5 | Dahme | 17 72 | 13 84 | 12 80 | 14 06 | 40 — | 50 — | 50 — | — | 3 50 | 2 — | 7 50 | 1 — | 1 — | |
| 6 | Eberswalde | 16 90 | 14 14 | 16 — | 15 73 | 23 50 | 27 — | 33 — | 4 — | 4 — | — | 4 50 | 1 20 | 1 — | |
| 7 | Kriesack | — | 14 — | — | 14 25 | 28 — | 32 — | 38 — | 4 25 | 3 50 | — | 4 25 | 1 30 | 1 05 | |
| 8 | Havelberg | 15 24 | 13 22 | 13 35 | 13 28 | 19 — | 34 — | 35 — | 3 67 | 3 — | 2 50 | 3 — | 1 10 | 1 — | |
| 9 | Zülpelberg | 16 — | 14 50 | 14 — | 14 — | 30 — | 32 — | 42 — | 4 — | 3 50 | — | 6 — | 1 20 | 1 10 | |
| 10 | Fackenwalde | 16 01 | 14 57 | 13 11 | 14 43 | 35 — | 35 — | 45 — | 3 50 | 3 17 | — | 4 25 | 1 20 | 1 20 | |
| 11 | Perleberg | 16 31 | 13 36 | 14 — | 13 77 | 19 — | 33 — | 43 — | 3 50 | 4 — | — | 4 50 | 1 40 | 1 10 | |
| 12 | Potsdam | 16 89 | 13 58 | 16 — | 14 79 | 29 — | 36 — | 38 — | 3 53 | 3 90 | — | 4 12 | 1 40 | 1 10 | |
| 13 | Prenzlau | 15 49 | 13 09 | 12 48 | 12 88 | 28 25 | 33 50 | 38 — | 6 17 | 4 — | 3 — | 4 — | 1 30 | 1 — | |
| 14 | Prignitz | 15 79 | 13 20 | 14 10 | 12 75 | 15 50 | 31 — | 32 — | 4 53 | 3 18 | 2 88 | 2 88 | 1 30 | 1 15 | |
| 15 | Rathenow | 15 88 | 13 81 | 13 92 | 13 36 | 32 — | 32 25 | 40 — | 3 52 | 2 50 | — | 3 25 | 1 40 | 1 20 | |
| 16 | Neu-Ruppin | 17 — | 13 32 | 14 21 | 14 48 | 32 — | 32 — | 42 — | 3 52 | 4 — | — | 5 — | 1 35 | 1 10 | |
| 17 | Schwedt | 17 20 | 14 20 | 13 50 | 14 43 | 33 33 | 40 — | 33 33 | 4 — | 3 60 | — | 5 — | 1 40 | 1 20 | |
| 18 | Spandau | — | 14 72 | 14 25 | 15 65 | 24 50 | 35 — | 32 50 | 4 45 | 3 75 | — | 3 75 | 1 40 | 1 20 | |
| 19 | Strausberg | 16 52 | 14 01 | 14 21 | 16 89 | 25 — | 33 50 | 35 — | 4 — | 5 — | — | 7 — | 1 20 | 1 10 | |
| 20 | Teltow | 16 37 | 13 65 | 14 29 | 14 62 | 29 — | 34 — | 38 — | 3 99 | 4 25 | — | — | 1 30 | 1 10 | |
| 21 | Templin | 17 — | 13 — | 14 — | 16 — | 23 — | 50 — | 50 — | 5 — | 3 — | — | 5 — | 1 20 | 1 — | |
| 22 | Treuenbriege | 15 49 | 14 — | 12 63 | 14 — | 26 — | 26 — | 30 — | 4 61 | 3 — | — | 3 50 | 1 20 | 1 — | |
| 23 | Wittstock | 15 52 | 12 92 | 15 50 | 12 29 | 15 50 | 30 — | 34 — | 3 74 | 3 — | 2 — | 3 — | 1 03 | 93 | |
| 24 | Wriezen a. D. | 16 24 | 13 48 | 12 70 | 13 29 | 22 50 | 28 75 | 34 — | 4 50 | 3 10 | 2 — | 4 50 | 1 30 | 1 10 | |
| Durchschnitt | | 16 26 | 13 73 | 13 87 | 14 26 | — | — | — | 4 16 | 3 60 | — | 4 57 | — | — | |

Potsdam, den 8. September 1885.

Viehseuchen.

207. Ein Pferd des Kaufmanns Simon Reinhardt zu Schwedt ist am Rog erkrankt und getödtet, zwei andere Pferde sind wegen Rogverdachts unter Observation gestellt worden.

Potsdam, den 5. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Eingaben in Markt- und Gewerbeangelegenheiten betr.

71. Im Interesse des beteiligten Publikums wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Eingaben in Markt- und Gewerbeangelegenheiten an das Kommissariat für Markt- und Gewerbeangelegenheiten, Louise-Platz Nr. 2b., zu richten sind. Persönliche Adressirungen sind zur Umgehung von Verzögerungen zu vermeiden. Insbesondere wird auch darauf aufmerksam gemacht,

daß der frühere Kommissarius, Polizei-Direktor von Wolffsburg, in den Ruhestand getreten ist und daher die Verwendung von dessen persönlicher Adresse, — die noch vielfach vorkommt, — ganz besonders geeignet ist, die Verzögerung solcher Eingaben herbeizuführen.

Berlin, den 1. September 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Paketverkehr mit Frankreich betreffend.

8. Vom 1. Oktober ab ist das Porto für Pakete ohne und mit Werthangabe bis zum Gewicht von 5 kg im Verkehr zwischen Deutschland und Frankreich durchweg vom Absender im Voraus zu entrichten.

Berlin W., den 31. August 1885.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
von Stephan.

Preise im Monat August 1885.

| Artikel | | | | | | Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------|-------------|-------------|--------|--------|---------------------|---|--------|------------------|--------|--------------------|--------|-----------------------|-------------|--------|------------|--|--------|------------|-------------------------------|--------|
| kostet je 1 Kilogramm | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | |
| Schweine-
fleisch | Rathfleisch | Lammfleisch | Speck | Butter | Ein
Hoch
Tier | Weizen
Nr. 1. | | Roggen
Nr. 1. | | Gersten-
Grünze | | Buchweizen-
Grünze | Hafergrünze | Gerste | Weiz, Java | Java-Kaffee
mittler Igelber
in gebr.
Bohnen | | Speisefalz | Schweine-
schmalz, tiefig. | |
| M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| 124 | 95 | 110 | 169 | 230 | 350 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 50 | 60 | 55 | 240 | 3 | 20 | 180 | | | |
| 120 | 1 | 1 | 180 | 230 | 3 | 40 | 30 | 60 | 60 | 60 | 80 | 60 | 60 | 320 | 360 | 20 | 2 | | | |
| 120 | 125 | 120 | 170 | 220 | 270 | 40 | 25 | 45 | 50 | 50 | 40 | 60 | 45 | 280 | 220 | 20 | 160 | | | |
| 110 | 90 | 110 | 180 | 240 | 320 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 45 | 50 | 50 | 2 | 320 | 20 | 160 | | | |
| 120 | 70 | 1 | 1 | 207 | 240 | 32 | 26 | 60 | | 40 | | 50 | 50 | 280 | 360 | 20 | 140 | | | |
| 120 | 1 | 1 | 180 | 240 | 3 | 28 | 26 | 60 | 60 | 50 | | 60 | 60 | 3 | 360 | 20 | 180 | | | |
| 125 | 90 | 125 | 180 | 240 | 320 | 38 | 28 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 3 | 330 | 20 | 180 | | | |
| 120 | 1 | 110 | 160 | 210 | 3 | 40 | 30 | 80 | | 60 | 65 | 60 | 60 | 380 | 380 | 20 | 160 | | | |
| 120 | 95 | 120 | 180 | 240 | 320 | 25 | 19 | 60 | 50 | 60 | 70 | 60 | 60 | 3 | 360 | 20 | 180 | | | |
| 110 | 85 | 120 | 160 | 230 | 280 | 36 | 24 | 50 | 40 | 40 | 60 | 40 | 63 | 260 | 320 | 20 | 140 | | | |
| 130 | 115 | 115 | 195 | 214 | 3 | 50 | 36 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 55 | 340 | 360 | 20 | 2 | | | |
| 128 | 122 | 121 | 160 | 216 | 317 | 35 | 27 | 50 | 50 | 45 | 45 | 45 | 50 | 280 | 330 | 20 | 160 | | | |
| 110 | 1 | 110 | 170 | 216 | 313 | 28 | 24 | 60 | 50 | 60 | 60 | 60 | 70 | 320 | 360 | 20 | 2 | | | |
| 115 | 85 | 1 | 170 | 186 | 269 | 25 | 20 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 280 | 320 | 20 | 160 | | | |
| 140 | 1 | 120 | 180 | 240 | 3 | 26 | 21 | 50 | 50 | 50 | 60 | 50 | 60 | 290 | 360 | 20 | 2 | | | |
| 120 | 105 | 120 | 170 | 240 | 320 | 30 | 24 | 50 | 50 | 60 | 50 | 50 | 60 | 3 | 340 | 20 | 160 | | | |
| 120 | 95 | 120 | 2 | 2 | 320 | 30 | 25 | 60 | 40 | 40 | 60 | 50 | 70 | 270 | 360 | 20 | 2 | | | |
| 130 | 120 | 125 | 160 | 220 | 360 | 35 | 25 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 60 | 280 | 320 | 20 | 160 | | | |
| 120 | 1 | 120 | 160 | 240 | 298 | 40 | 26 | 55 | 50 | 45 | 60 | 50 | 60 | 240 | 320 | 20 | 140 | | | |
| 125 | 130 | 125 | 177 | 220 | 308 | 50 | 40 | 70 | 60 | 50 | 60 | 50 | 63 | 320 | 360 | 20 | 180 | | | |
| 120 | 80 | 1 | 160 | 240 | 3 | 35 | 30 | 60 | 60 | 50 | 60 | 60 | 50 | 280 | 320 | 20 | 160 | | | |
| 120 | 90 | 120 | 180 | 220 | 320 | 33 | 21 | 46 | 41 | | 60 | 40 | | 280 | 340 | 20 | 180 | | | |
| 115 | 87 | 1 | 180 | 196 | 280 | 26 | 20 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 240 | 280 | 20 | 160 | | | |
| 115 | 110 | 115 | 160 | 223 | 310 | 21 | 21 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 50 | 280 | 320 | 20 | 160 | | | |

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-
Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Pakete.

43. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. Pakete in Berlin zur Post gegeben:
an Müller in Wien, 200 gr, 23. Dezember 1884,
an Rosenberg in Breslau, 2 1/2 kg, 10. März 1885,
an Schmidt in Berlin, 1/2 kg, 23. März 1885, an
Fris in Berlin, 1/2 kg, 23. März 1885, an Schmidt
in Chemnitz, 1/2 kg, 12. April 1885, an Walther in
Berlin, 1/2 kg, 18. April 1885.

B. Gegenstände, welche in Paketen
ohne Aufschrift enthalten gewesen bez. Post-
sendungen entfallen oder bei hiesigen Post-
anstalten hienlos aufgefunden worden sind:

Mehrere Schlüssel, 1 Hammer ohne Stiel, 1 Re-
volver, 3 Stempel, 1 Zirkel mit Reißfeder, 2 Taschen-
messer, 1 Gasschlüssel, 1 Päckchen seidene Bänder,

Typen, 1 Päckchen Mauersteife, 1 Päckchen Schnallen,
2 Vorhängeschlösser, 1 silberner Fingerring, 1 Blech-
kasten, weißes Pulver, Holzhüllen, 8 Hornknöpfe, schwarze
Borde, Hosenknoöpfe, 1 Schnur Bernsteinperlen, 1 Paar
braune Strümpfe, Kleiderösen und Haken, 2 Strümpfe,
1 Paket Plomben, 1 Kragen, 2 Stahlplatten, 1 Ordens-
band, 1 Paar Strümpfbänder, 1 Exemplar der Nr 2071
der „Liegenden Blätter“, 1 Exemplar der Nr 27 des
„Dahme“, 1 Uhrschlüssel, anscheinend von Gold,
21 Bleigefäße, 1 Buch: Santena E. Suoi Sintorni,
1 Exemplar der Nr 23 „Il Cittadino“ von 1885,
1 Kalzbein, 2 Gummibälle, 1 Serviettenhalter, 2 Feder-
halter, 2 Treibriemen, 1 Flasche Salz auch Vieh,
3 Talmi-Uhrketten, 1 Schachtel Pillen, 3 metallene
Knöpfe, 1 Luftkissen-Ventil, 1 Schiffsrad, 1 Mappe
mit Briefbogen und Umschläge, 10 Prospekte der Lebens-
Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg, 4 Rollen
Draht, 6 Platten mit Angabe der 6 Wochentage,

4 Exemplare Nr. 9 der Zeitschrift für Therapie Wien, 1885, 1 Gliche Anlagen zum Haupt-Etat 1885/86 1 Pappschachtel mit 2 seidenen Bändern, 2 Feilen, mehrere Schlüssel, 1 Kreuz mit Aufschrift „Deutsche Ehrenlegion“.

Die unbekannten Absender b. j. Eigenthümer der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion sich zu melden, widrigenfalls die Gegenstände zum Besten des Post-Armen-Fonds werden versteigert werden.

Berlin C., den 30. August 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Schiffmann.

**Bekanntmachung der Direktion der
Rentenbank der Provinz Brandenburg.**
Auslösung von Rentenbriefen etc.

10. Die Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76 hiersebst, wird:

- a. die am 1. Oktober d. J. fälligen Zins-Coupons der Rentenbriefe aller Provinzen schon vom 17. bis einschließlich den 24. September d. J.,
- b. die ausgelooften und am 1. Oktober d. J. fälligen Rentenbriefe der Provinz Brandenburg vom 21. bis einschließlich den 25. September d. J. einlösen und demnächst vom 1. Oktober d. J. ab mit der Einlösung fortfahren.

Berlin, den 28. August 1885.

Königliche Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahn-Direktion zu Berlin.**

Ausgabe von Retourbillets zwischen Berlin und Bützow.

39. Vom 15. September d. J. ab kommen zwischen Berlin (Stettiner Bahnhof) und Bützow bezw. Güstrow via Neubrandenburg direkte Retourbillets II. und III. Klasse zur Ausgabe.

Berlin, den 3. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Fahrplan-Änderung betr.

40. Am **Sonnabend, den 5. September** d. J. wird der um 4 Uhr 10 Min. Nachm. von Berlin, Stettiner Bahnhof, über Pasewalk nach Swinemünde nur des Sonnabends verkehrende Personenzug Nr. 539 zum letzten Mal in diesem Jahre abgelassen.

Berlin, September 1885.

**Bekanntmachungen der Königlichen
Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.**

Transportbegünstigung für Ausstellungsgegenstände betreffend.

71. Für diejenigen Thiere, Maschinen, Geräte und Erzeugnisse, welche auf der vom 11. bis 13. September d. J. in Greifswald stattfindenden landwirthschaftlichen, Gewerbe- und Industrie-Ausstellung ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den Strecken der Königlichen Eisenbahn-Direktionen Berlin und Bromberg eine Transportbegünstigung in der Art

gewährt, daß für den Hintransport die volle tarismäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller aber frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes bezw. des Duplicat-Transportscheines für die Hinfahrt, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungs-Comités nachgewiesen wird, daß die Thiere und sonstigen Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb acht Tagen nach Schluß der Ausstellung stattfindet.

In den Original-Frachtbriefen bezw. den Duplicat-Transportscheinen über die Hinfahrt ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit demselben aufgegebenen Sendung durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

Bromberg, den 2. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausnahme-Schnittsätze für Erze, Steine etc.

72. In dem neuen vom 1. Oktober 1885 ab gültigen Deutsch-Polnischen Verbandstarif gelten die ab Schnittpunkt östlich im Verkehr mit der Warschau—Bromberger Eisenbahn ausgeführten Ausnahme-Schnittsätze für Erze, Steine etc. auch für die Artikel Erz und Thon mit Ausnahme von Farbe, Erde und Thon und japanischer Erde.

Bromberg, den 2. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

**Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-
Direktion zu Frankfurt a. M.**

Herbst-Verkehr betreffend.

2. Wie im vorigen Jahre, so ist auch für den bevorstehenden Herbst eine bedeutende Steigerung des Güterverkehrs und somit eine erhöhte Inanspruchnahme des Güterwagenbestandes der Eisenbahnen zu erwarten. Nach den bisher gemachten Erfahrungen sind es namentlich die in der Kürze beginnenden Massentransporte von Obst, Getreide, Kartoffeln, Rüben, Zucker u. s. w., sowie die mit Beginn der kälteren Jahreszeit namentlich in größerem Maße stattfindenden Kohlentransporte, welche den vorhandenen Wagenpark der Eisenbahn-Verwaltungen ganz bedeutend in Anspruch nehmen.

Wenngleich seitens der Eisenbahn-Verwaltungen durch Neubeschaffung von Lokomotiven und Wagen, durch vermehrte Zugverbindungen, Verbesserungen der Einrichtungen auf den Stationen, sowie durch zweckmäßige Dispositionen über das vorhandene Wagenmaterial alles Mögliche aufgeboten wird, um den Ansprüchen des Verkehrs gerecht zu werden und Wagenmangel vorbeugen, können diese Bestrebungen doch nur dann von durchschlagendem Erfolge sein, wenn dieselben entsprechende Unterstützung durch das Publikum selbst finden.

In wirksamer Weise kann solches dadurch geschehen, daß die Konsumenten von Kohlen und Roark ihren Herbst- und Winterbedarf so früh wie möglich beziehen. Ferner ist es erwünscht, daß der Bedarf an Hausbrandkohlen für den Winter thunlich schon jetzt gedeckt wird und die Kohlenhändler ihre Verkaufsvorräthe soviel wie möglich frühzeitig beschaffen. Dringend zu empfehlen ist allen größeren Kohlenkonsumenten, namentlich den

Gasfabriken und sonstigen industriellen Werken, rechtzeitig entsprechende Vorräthe anzusammeln, damit dieselben bei etwaigen vorübergehenden Störungen im Eisenbahnbetriebe sicher gestellt sind.

Endlich ersuchen wir das verkehrstreibende Publikum, sich die schnelle Be- und Entladung der Wagen angelegen sein zu lassen, um den Eisenbahn-Verwaltungen zu ermöglichen, so lange solches irgend angänglich ist, von einer allgemeinen Einschränkung der Ladefristen abzusehen.

Frankfurt a./M., im August 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Von des Kaisers und Königs Majestät ist den Domainenpächtern Oberamtmann Theodor Schrader zu Alt-Landsberg und Oberamtmann Otto Eisleben zu Caselow der Charakter „Königlicher Amtrath“ Allergnädigst verliehen worden.

Der Gerichts-Assessor Karl Hugo Kneisel aus Sangerhausen ist der von der Stadtverordneten-Versammlung in Perleberg getroffenen Wahl gemäß als Bürgermeister der Stadt Perleberg für die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer bekräftigt und am 1. September d. J. in das Amt eingeführt worden.

Dem Erzpriester Ginella zu Perleberg ist vom 1. September d. J. ab die Kreisschulinspektion über die Schulen des katholischen Inspektionskreises Wittenberge übertragen worden.

Die Försterstelle Rothebach in der Oberförsterei Dippmannsdorf ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Ehlert zu Birchholzgrund, Oberförsterei Rätzsch, übertragen worden.

Die Försterstelle Bischofsstuhl in der Oberförsterei Zinna, ist vom 1. Oktober d. J. ab dem Förster Find zu Langendam, Oberförsterei Golpin, übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger Forstausseher Carl Willmann zu Grunewald, in der Oberförsterei Meiersdorf, ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die Försterstelle Birchholzgrund in der Oberförsterei Rätzsch, vom 1. Oktober d. J. ab übertragen worden.

Der versorgungsberechtigte Jäger Forstausseher Gottlieb Schulz zu Mögensee, in der Oberförsterei Tegel, ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die Försterstelle Langendam, in der Oberförsterei Golpin, vom 1. Oktober d. J. ab übertragen worden.

Die unter dem Patronat der königlichen Hofkammer der königlichen Familiengüter stehende Pfarrstelle zu Rheinsberg, Diözese Neu-Ruppin, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Riething zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Der bisherige ord. Lehrer an der Friedrich-Werder-schen Oberrealschule, Dr. Palm, der bisherige ord. Lehrer am Sophien-Realgymnasium, Dr. Becker, der bisherige ord. Lehrer an der Luisenschule, Klacmbt, der bisherige ord. Lehrer an der Charlottenschule, Zörn, die bisherige Lehrerin an der Charlottenschule, Fräulein Pfaffe, die bisherige Lehrerin an der Victoriafschule, Fräulein von Reichenbach, die bisherige

Gemeindefchullehrerin, Fräulein Huot, die bisherige Lehrerin an der städtischen Blindenschule, Fräulein Berger, die bisherige Lehrerin an der Sophiensschule, Fräulein Steinbrück und die bisherige Hülfslehrerin an der Luisenschule, Fräulein Gehler, sämmtlich zu Berlin, sind an der neu zu eröffnenden städtischen höheren Mädchenschule in der Iflandstraße zu Berlin, der Margarethenschule, als ordentliche Lehrer bezw. ordentliche Lehrerinnen angestellt worden.

Vakant sind resp. werden folgende Schulstellen: die 2te Lehrersstelle zu Golgow, Inspektion Neustadt Brandenburg, Privat-Patronats; die Lehrer- und Küsterstelle zu Kribbe, Insp. Nutlig, Privat-Patronats; die 2te Lehrersstelle zu Wiesenburg, Insp. Veltz, Privat-Patronats; die 2te Lehrersstelle zu Friedrichsdorf, Insp. Wusterhausen a./D., Königl. Patronats; die Lehrersstelle zu Rähnisdorf, Insp. Veeltz, Königl. Patronats; eine Lehrersstelle an der Ortschule zu Freyenstein, Insp. Prigwall, Privat-Patronats; die 3te Lehrersstelle zu Köritz, Insp. Wusterhausen a./D. Königl. Patronats.

Wiederbesetzt sind folgende Stellen: die Lehrer- und Küsterstelle zu Regelsbin, Insp. Wusterhausen a./D.; die Lehrer- und Küsterstelle zu Mesekow, Insp. Perleberg; die Lehrer- und Küsterstelle zu Bräbikow, Insp. Rathenow; die 3te Lehrersstelle zu Köritz, Insp. Wusterhausen a./D.; eine Lehrersstelle an der Ortschule zu Freyenstein, Insp. Prigwall; eine Lehrersstelle an der Stadtschule zu Fehrbellin.

Personal-Veränderungen
im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirektion
Berlin.

Im Laufe des Monats August sind:
angestellt: als Postsekretair die Postpraktikanten Gloodt, Meyhoff, Keller, Tieg, Schwensky, Zander, Hoffmann und Grawinkel; als Telegraphenassistent die Telegraphenanzwärter Scherff und Koss, die Postassistenten Hartmann und Nege; als Postassistent die Postassistenten Kunge, Borchmann, Leitte, Reinede, Gänther, Payer, Peters, Klebba, Fischer, Heinroth, Ihme, Fittte, Lehr, Köppler, Salomon, Neugebauer, Hirsland und Stein;
versetzt: Postsekretair Died von Berlin nach Hamburg, Postsekretair Fellmann von Berlin nach Magdeburg;

ernannt: zum Ober-Postdirektionssekretair der Telegraphensekretair Ehrcke, zu Ober-Telegraphenassistenten die Telegraphenassistenten Richter, von Heugel und Kabe;

in den Ruhestand versetzt: die Ober-Telegraphenassistenten Deventer und Reich.

Bermischte Nachrichten.

Belobigung.

Am 25. Juni d. J. ist der des Schwimmens nur wenig kundige Fällier About vom Hannoverschen Fällier-Regiment Nr 73 beim Baden in der Havel

untergegangen. Die Söhne des königlichen Oberförsters Koch hier selbst, Gymnasiasten Wilhelm und Karl Koch, sind dem Verunglückten zunächst zu Hülfe geeilt und haben denselben vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Diese mutige That wird hierdurch belobigend ; öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 1. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf. Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--|--|--|---|---|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Johann Raaf,
Cigarrenarbeiter, | geboren am 14. Januar 1850 zu Doehing-
ham, Niederlande,
ortsangehörig in Heer-
enberg, ebendaselbst,
zuletzt wohnhaft in
Duisburg, Regierungs-
bezirk Arnberg, | Münzverbrechen (2 1/2
Jahre Zuchthaus laut
Erkenntniß vom 16. Ja-
nuar 1883), | Königlich Preussische
Regierung zu Arn-
berg, | 30. Juni
1885. |
| 2 | Paul Langer,
Regger
und Eisenbahnarbeiter, | geboren am 24. De-
zember 1842 zu
Wischelab, Bezirk
Dux, Böhmen, orts-
angehörig in Lang-
gest, Bezirk Teplitz,
ebendaselbst, zuletzt
wohnhaft zu Ehlens-
bogen, Bezirk Obern-
dorf, Württemberg, | schwerer und einfacher
Diebstahl (1 Jahr 1 Tag
Zuchthaus laut Erkennt-
niß vom 30. Juli 1884), | Königlich Württem-
bergische Kreisregie-
rung Reutlingen, | 28. Juli
1885. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Therese Reßler,
Tagearbeiterin, | geboren am 10. Januar
1845 zu Johannesthal,
Bezirk Jägerndorf,
Oesterreichisch-Schle-
sien, ebendaselbst orts-
angehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 25. Juli
1885. |
| 2 | Altor Friedmann,
Farbenfabrikant, | geboren und ortsange-
hörig in Stobniez,
Bezirk Kielce, Russisch-
Polen, | Landstreichen, | derselbe, | 27. Juli
1885. |
| 3 | Johann Sobotta,
Kommis, | geboren am 8. Mai
1833 zu Deutschbrod,
Böhmen, ortsangehörig
in Polna, ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung zu Brom-
berg, | 11. Juli
1885. |
| 4 | Jens Peter Hansen,
Schmiedegeselle, | geboren am 6. Juli
1851 zu Roskilde,
Dänemark, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Lüneburg, | 14. August
1885. |
| 5 | Johann van Korb,
Tagelöhner, | geboren am 29. Mai
1829 zu Amsterdam,
Niederlande, eben-
daselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Düssel-
dorf, | 25. Juni
1885. |

(Hierzu Drei Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Gays'schen Erben (H. Gays, Hof-Buchdrucker).

Nachrichtensblatt

der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 38.

Den 18. September

1885.

Bekanntmachungen

des Königlich Preussischen Regierungs-Präsidenten.

Geld- und Prämien-Lotterie zur Herstellung und Ausschmückung der Marienburg.

208. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 21. August d. J. dem Vereine für die Herstellung und Ausschmückung der Marienburg zu gestatten geruht, in den Jahren 1886 bis einschließlich 1890 je eine Geldlotterie, zu welcher 350000 Loose à 3 Mark ausgegeben werden dürfen und Prämien im Gesamtbetrage von 375000 Mark zur Verlosung kommen, zu veranstalten und die betreffenden Loose im ganzen Bereiche der Monarchie zu verreiben, mit der Maßgabe, daß für die baulichen Zwecke die eine und für die Zwecke der Ausschmückung der Marienburg die andere Hälfte des jedesmal zu erzielenden Reinertrages verwandt wird.

Potsdam, den 10. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Eingereichte

der Berichte der Ortspolizei-Behörden durch die Landräthe.

209. In neuerer Zeit habe ich wiederholt wahrgenommen, daß verschiedene Ortspolizei-Behörden, namentlich Amtsvorsteher, die an mich zu erstattenden Berichte nicht, wie dies vorgeschrieben ist, durch die Landräthe, sondern unmittelbar an mich eingereicht haben.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung der ehemaligen Abtheilung des Innern der Königlich Preussischen Regierung vom 23. August 1845 — Amtsblatt S. 269 — bringe ich den Ortspolizei-Behörden die obige Vorschrift zur genauen Beachtung hierdurch in Erinnerung.

Potsdam, den 15. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verbote von Vereinen und Druckschriften.

210. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 sind ferner folgende Bekanntmachungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht worden, welche hierdurch zur Kenntniß gebracht werden.

Potsdam, den 11. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die unterzeichnete Königlich Kreisshauptmannschaft hat die Nummern 9 und 10 der periodischen, in czechischer Sprache erscheinenden Druckschrift, „Proletár, Organ Radikální Socialistů Cesky“, New-York 25. Cervence 1885 und 2. Sepna 1885“, auf Grund von § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefähr-

lichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.

Dresden, den 22. August 1885.

Königl. Kreishauptmannschaft.
von Koppelsfeld.

Durch Entschliebung vom 27. Juli l. J. wurde die bei Börlein und Cie. in Nürnberg erschienene Broschüre: „Demagogie und Sozialdemokratie“, verfaßt von Karl Frohme, Reichstagsabgeordneten, verboten.

Ansbach, den 25. August 1885.

Königl. Regierung von Mittelfranken,
Kammer des Innern.

In Stellvertretung: Meinel.

Ich gebe hiermit bekannt, daß ich mit Verfügung vom Heutigen das unter dem 19. d. M. Nr. 3088 (R. A. Nr. 194) ausgesprochene Verbot, insofern es die Mitgliedschaft zu Ottersleben umfaßt, zurückgenommen habe, da die gemachten Erhebungen ergeben haben, daß der Fachverein für Groß-Ottersleben und Umgegend mit Unrecht als Mitgliedschaft der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands in den von dem Ausschusse herausgegebenen Rechenschaftsbericht aufgenommen wurde.

Mannheim, den 30. August 1885.

Der Großherzogliche Landeskommissar
für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Rossbach.
J. B.: Siegel.

Auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird das Flugblatt ohne Datum, Druck der Schweizerischen Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich, welches mit den Worten beginnt: „Freunde, Bürger und Arbeiter in Stadt und Land“ und auf der zweiten Seite die Worte enthält: „Arbeiter! Bürger! denkt an Frankfurt a. M., wo ein abgekartetes Spiel.“ hierdurch verboten.

Merseburg, den 1. September 1885.

Der Königl. Regierungs-Präsident. von Dieß.

Viehseuchen.

211. Die Roggkrankheit unter den Pferden des Kaufmanns Simon Reinhardt zu Schwedt ist erloschen.

Potsdam, den 12. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

212. Der Milzbrand unter dem Vieh in Pares im

Kreise Osthavelland und in Neumarkt im Kreise Jüterbog-Ludenwalde ist erloschen.

Potsdam, den 13. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Zahlungen aus Domainen- und Forst-Veräußerungs- und Ablösungs-Geschäften betreffend.

27. Wie zuletzt durch unsere Amtsblatt-Bekanntmachung vom 9. September 1884 — Amtsblatt St. 38 Seite 361 — veröffentlicht worden ist, haben die Einzahlungen aus Domainen- und Forst-Veräußerungs- und Ablösungs-Geschäften ohne Unterschied des Betrages an die Regierungs-Haupt-Kasse hieselbst unmittelbar zu erfolgen und dürfen derartige Zahlungen ausnahmsweise nur dann bei einer Spezialkasse stattfinden, wenn dies auf den besonderen Antrag des Zahlungspflichtigen von der unterzeichneten Regierung ausdrücklich genehmigt ist.

Auf Beachtung dieser Bestimmung wird das betheiligte Publikum zur Wahrung des eigenen Interesses wiederholt aufmerksam gemacht.

Potsdam, den 9. September 1885.

Königl. Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Die Anlage einer neuen Apotheke auf dem Gesundbrunnen in Berlin betreffend.

72. Nachdem die Anlage einer neuen Apotheke auf dem Gesundbrunnen hieselbst an dem Plage, wo die Colonie-, Schweden-, Exercier- und Badstraße zusammenstreffen, durch den Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg genehmigt worden ist, werden geeignete Bewerber zur Meldung binnen einer Präklusivfrist von 6 Wochen mit dem Bemerkten aufgefordert, daß persönliche Vorstellungen zwecklos sind und die Bewerbungen lediglich schriftlich zu geschehen haben.

Der Meldung sind beizufügen:

- a. der Lebenslauf,
- b. die Approbation und die übrigen Zeugnisse des Bewerbers,
- c. der amtlich beglaubigte Nachweis der zur Uebernahme bezw. Einrichtung einer Apotheke erforderlichen Mittel,
- d. ein polizeiliches Führungs-Zeugniß.

Der Bewerber hat außerdem pflichtmäßig zu versichern, daß er eine Apotheke bisher nicht besessen hat, oder, sofern dies der Fall sein sollte, die Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zur abermaligen Bewerbung um Apotheken-Neuanlagen vorzulegen.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Gesuche von Bewerbern, welche seit 10 und mehr Jahren sich von dem Apothekersach vollständig abgewandt haben, oder welche erst nach dem Jahre 1872 approbirt sind, bei der großen Zahl mehr berechtigter Bewerber zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben.

Die zu obigen Kategorien gehörenden Personen

werden daher gut thun, zur Vermeidung von zwecklosem Schreibwerk und Ersparung von Kosten, von der Bewerbung abzusehen.

Berlin, den 1. September 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Verbot einer Broschüre.

73. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die unter dem Titel: „Himmel, Herrgott, Sakrament, oder: Fort mit den Gespenkern! von Julian Apostata Popengiesel, Pfarrer. Im Selbstverlage des Verfassers.“ ohne Angabe des Druckortes in gelbem Umschlage erschienene, 26 Oktav-Druckseiten umfassende Broschüre nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 11. September 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Straßen- und Brückenbenennung betreffend.

74. Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, der im Zuge der Hohenzollernstraße über den Schiffahrtskanal nach dem Lützower Ufer führenden Fußgängerbrücke den Namen Lützow-Brücke, der zwischen der Burgstraße und der Heiligegeiststraße vorlängs des Anbaues am Börsegebäude neu angelegten Verbindungsstraße den Namen St. Wolfgang-Strasse, der Straße Nr. 3 der Abtheilung II. des Bebauungsplans von den Umgebungen Berlins den Namen Jahr-Strasse, der Straße Nr. 10 der Abtheilung IV. des Bebauungsplans zwischen der Potsdamer- und der Maassenstraße den Namen Winterfeldtstraße, der Straße Nr. 33 der Abtheilung XII. des Bebauungsplans den Namen Colmarer-Strasse, der Straße Nr. 33a. den Namen Mühlhausener-Strasse und der Straße Nr. 34 den Namen Dienenhofener-Strasse beizulegen.

Berlin, den 5. September 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Die Errichtung von Apotheken betreffend.

75. Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat die unter dem 27. Februar 1885 für die Stadt Berlin genehmigten vier Apotheken-Neuanlagen den nachbenannten Apothekern durch Erlaß vom 4. September dieses Jahres zuertheilt:

- 1) die Neuanlage an der Adalbert- und Rumpfsstraßen-Ecke dem Corpskassapotheker Herman Hayn aus Breslau,
- 2) die Neuanlage am Börtherplage im Zuge der Börtherstraße dem Apotheker Johann Gottlieb Sachtleben aus Berlin,
- 3) die Neuanlage in der Chausseestraße an der Ecke der Tiedstraße dem Apotheker Karl Richard Hermann Seidel aus Berlin,
- 4) die Neuanlage in der Doppelnerstraße an der Ecke der Brangelstraße dem Apotheker Oscar Göttiler aus Wartha.

Berlin, den 11. September 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Berliner und Charlottenburger Preise pro August 1885.

**76. A. Engros-Marktpreise
im Monats-Durchschnitt.**

In Berlin:

| | |
|---------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Weizen (gut) | 17 Mark 24 Pf. |
| " " " do. (mittel) | 16 " 28 " |
| " " " do. (gering) | 15 " 29 " |
| " " " Roggen (gut) | 14 " 15 " |
| " " " do. (mittel) | 13 " 81 " |
| " " " do. (gering) | 13 " 52 " |
| " " " Gerste (gut) | 16 " 77 " |
| " " " do. (mittel) | 14 " 08 " |
| " " " do. (gering) | 11 " 35 " |
| " " " Hafer (gut) | 16 " 01 " |
| " " " do. (mittel) | 14 " 37 " |
| " " " do. (gering) | 12 " 73 " |
| " " " Erbsen (gut) | 19 " 75 " |
| " " " do. (mittel) | 17 " 25 " |
| " " " do. (gering) | 14 " 75 " |
| " " " Nichtstroh | 4 " 33 " |
| " " " Heu | 5 " 09 " |

**B. Detail-Marktpreise
im Monats-Durchschnitt.**

1) In Berlin:

| | |
|---------------------------------------|---------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen) | 29 Mark — Pf. |
| " " " Speisebohnen (weiße) | 34 " 31 " |
| " " " Linsen | 38 " 23 " |
| " " " Kartoffeln | 4 " 40 " |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 " 24 " |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 " 10 " |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 " 21 " |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 " 24 " |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 " 20 " |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 43 " |
| " 1 " Eßbutter | 2 " 21 " |
| " 60 Stück Eier | 2 " 86 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|---------------------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen) | 27 Mark 50 Pf. |
| " " " Speisebohnen (weiße) | 27 " 50 " |
| " " " Linsen | 35 " — " |
| " " " Kartoffeln | 4 " 14 " |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 " 12 " |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 " 01 " |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 " 23 " |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 " 11 " |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 " 11 " |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 39 " |
| " 1 " Eßbutter | 2 " 07 " |
| " 60 Stück Eier | 2 " 57 " |

**C. Ladenpreise in den letzten Tagen
des Monats August 1885:**

1) In Berlin:

| | |
|----------------------------|--------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 | 36 Pf. |
| " 1 " Roggenmehl N° 1 | 30 " |
| " 1 " Gerstengraupe | 50 " |
| " 1 " Gerstengröße | 50 " |
| " 1 " Buchweizengröße | 50 " |
| " 1 " Hirse | 50 " |

| | |
|----------------------------------|-------------|
| für 1 Kgr. Reis | 60 Pf. |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 2 Mark — " |
| " 1 " " (gelb in | " " — " |
| " 1 " gebr. Bohnen) | 3 " — " |
| " 1 " Speisesalz | 20 " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 " 40 " |
| 2) In Charlottenburg: | |
| für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 | 50 Pf. |
| " 1 " Roggenmehl N° 1 | 30 " |
| " 1 " Gerstengraupe | 50 " |
| " 1 " Gerstengröße | 50 " |
| " 1 " Buchweizengröße | 50 " |
| " 1 " Hirse | 50 " |
| " 1 " Reis (Java) | 80 " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 1 Mark 80 " |
| " 1 " " (gelb in | " " — " |
| " 1 " gebr. Bohnen) | 2 " 20 " |
| " 1 " Speisesalz | 20 " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 " 20 " |

Berlin, den 7. September 1885.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

**Bekanntmachungen des Staatssekretärs
des Reichs-Postamts.**

Beförderung von Postpaketen nach Portugal.

9. Nach einer Mittheilung der Portugiesischen Postverwaltung dürfen Postpakete (colis postaux) nach Portugal auf dem Wege über Frankreich nicht eingeführt werden. Derartige Sendungen werden daher bis auf Weiteres nur zur Beförderung auf dem Wege über Hamburg angenommen.

Berlin W., den 6. September 1885.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts. v. Stephan.

**Bekanntmachungen
der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden
und Reichs-Schulden-Verwaltung.**

Die Einlösung der am 1. Oktober 1885 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschuldverschreibungen u. betreffend.

21. Die am 1. Oktober 1885 fälligen Zinscheine der Preussischen Staatsschuldverschreibungen werden bei der Staatsschulden-Zilgungskasse — Taubenstraße Nr. 29 hiersebst —, bei der Reichsbank-Hauptkasse, bei den schon früher zur Zinszahlung benutzten Kassen und bei den in unserer Bekanntmachung vom 16. Mai 1883 bezeichneten Reichsbankanstalten vom **24. d. M.** ab in den gewöhnlichen Geschäftsstunden eingelöst. Die Staatsschulden-Zilgungskasse ist für die **Zinszahlungen** werktäglich mit Ausschluß des vorletzten Tages in jedem Monat von 9 bis 1 Uhr und am letzten Tage im Monat von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die Zinscheine sind, nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet, den Einlösungstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die **Stückzahl und den Betrag** für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der Zinsen für die in das **Staatsschuldbuch** eingetragenen Forderungen derjenigen Schuldverschreibungen der konsolidirten

4^{er}igen Staatsanleihe, welche mit am 1. April und 1. Oktober jeder Jahres fälligen Zinsweihen verleiher sind, nehmen wir auf den Artikel 6 der Ausführungsbestimmungen des Herrn Finanz-Ministers vom 22. Juni v. J. — Nr. 154 des Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeigers für 1854 — mit dem Bemerkten Bezug, daß demselben analog die **Zinsen** dieser Zinsen, soweit sie am 1. Oktober fällig, mittels der Post, sowie ihre Quittung auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem 17. September und 1. Oktober erfolgt; die **Barzahlung** aber bei der Staatsschulden-Einlagekasse am 17. September, bei den Regierungshauptkassen am 24. September und bei den mit der Annahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen am 1. Oktober beginnt.

Die Inhaber der vierprozentigen und viereinhalbprozentigen Preussischen Konsols, welche von der Einrichtung des Staatsschuldbuchs Gebrauch machen wollen, ersuchen wir, von der durch uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“ Kenntniss zu nehmen, welche durch jede Buchhandlung für 25 Pfennig oder von d-m Verleger J. Guttentag (D. Collin) in Berlin per Post für 30 Pfennig franco bezogen werden können. Es sind darin außer dem Gesetz vom 20. Juli 1853 über das Staatsschuldbuch die oben erwähnten Ausführungs-Bestimmungen, der Gebühren-Tarif, eine Mittheilung über Zweck und Bedeutung der Einrichtung, sowie unsere Bekanntmachung vom 6. Juli v. J. über die zur Eintragung erforderlichen Anträge u. s. w. abgedruckt.

Berlin, den 3. September 1855.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Ausgabe einer Schulden-Einlage.

18. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-Gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-E. S. 251) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-E. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Kranken-Unterstützungskasse selbstständiger Schuhmacher Berlins hier die Schulden-Einlage der konsolidirten 4^{er}igen Staatsanleihe Lit. F. Nr. 192671 über 200 Mark angeblich abhandelt gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Vorstehenden der genannten Kasse, Schuhmachermeister Herr Pörsch hier, Alte Schönhauserstraße Nr. 19, anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunden beantragt werden wird.

Berlin, den 11. September 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Anstöße im Verkehr mit Preußen.

73. Die im Tarif-Nr. 1 des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Vertrages, gültig vom 1. Oktober 1855 aufgeführten Frachträte des Special-Tarifs III. im Verkehr mit Preußen treten bereits mit dem 5. September 1855 in Kraft.

Bromberg, den 5. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Transportbegünstigung für Ausstellungs-Gegenstände

74. Für diejenigen Erzeugnisse, Geräthschaften und sonstigen Gegenstände, welche auf den unten bezeichneten Ausstellungen ausgestellt werden und unverkauft bleiben, wird auf den nachstehend aufgeführten Bahnhöfen eine Transportbegünstigung in der Art gewährt, daß für den Hintransport die volle tarifmäßige Fracht berechnet wird, der Rücktransport auf derselben Route an den Aussteller dagegen frachtfrei erfolgt, wenn durch Vorlage des Original-Frachtbriefes für die Hinfahrt, sowie durch eine Bescheinigung des Ausstellungs-Comités nachgewiesen wird, daß die Gegenstände ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, und wenn der Rücktransport innerhalb der unten angegebenen Zeit stattfindet.

In den Original-Frachtbriefen über die Hinfahrt ist ausdrücklich zu vermerken, daß die mit denselben angegebenen Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

| Nr. | Mit der Ausstellung | Ort | Zeit | Die Transportbegünstigung wird gewährt auf den Strecken der | Der Rücktransport muß erfolgen innerhalb |
|-----|----------------------------------|-------------------|-----------------------------|---|--|
| 1 | Obst- und Gartenbau-Ausstellung, | Koblenz, | 12. bis 15. September d. J. | Königlichen Eisenbahn-Direktionen Breslau, Bromberg und Berlin, | 8 Tage |
| 2 | desgleichen, | Eberswalde, | 19. bis 25. September d. J. | Königlichen Eisenbahn-Direktionen Berlin, Erfurt, Magdeburg, Breslau, Bromberg, Altona und Frankfurt a./M., sämmtlichen | 8 Tage |
| 3 | Gartenbau-Ausstellung. | Königsberg i./Pr. | 13. bis 16. September d. J. | Königlichen Eisenbahn-Direktionen. | 14 Tage |

Bromberg, den 14. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

nach Schluß der Ausstellung.

Tarif-Nachträge betreffend.

75. Mit dem 1. November 1885 treten für den Eisenbahn-Direktions-Bezirk Bromberg:

- 1) der Nachtrag II. zum Kilometerzeiger zur Berechnung der Preise für die Beförderung von
 - a. Personen und Reisegepäck,
 - b. Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren,
 - c. Eil- und Frachtgütern
 vom 1. Juli 1885,
- 2) der Nachtrag XVI. zum Lokaltarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck vom 1. August 1881,

in Kraft, enthaltend:

- 1) neue Entfernungen für die Stationen der Strecken Lyd — Johannisburg, Schöned — Vereut und Bromberg — Fördou,
- 2) anderweitige Entfernungen für diejenigen Relationen, welche durch die neu zu eröffnende Strecke Lyd — Johannisburg eine Abkürzung erfahren haben,
- 3) Berichtigungen.

In Folge Berichtigung von Druckfehlern treten in einigen Relationen Erhöhungen ein.

Die qu. Nachträge können durch die Billet-Expeditionen unseres Verwaltungsbezirks bezogen werden.

Auf Seite 29 des Lokalgütertarifs vom 1. Juli 1885 beträgt vom 1. November d. J. ab der Getreide-Ausnahmesatz in der Relation Amstel-Kreuz nicht 0,58 sondern 0,85 Mark.

Bromberg, den 8. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Nachtrag zum Oesterreich-Deutscher-Verband-Tarif betreffend.

41. Am 1. Oktober 1885 gelangt zu den Heften 1, 2 und 3 des Oesterreich-Deutscher-Verband-Tarifs Theil II. vom 15. April 1885 je ein Nachtrag Nr. 1 zur Einführung.

Durch diese Nachträge, welche alle in den gemeinschaftlichen Nachträgen Nr. I. und II. vom 15. April 1885 und 20. Juli 1885 enthaltenen Änderungen umfassen, werden letztere Nachträge vollständig aufgehoben.

Die neuen Nachträge enthalten:

Änderung und Ergänzung der besonderen Bestimmungen bezüglich Wien Lagerhaus, Klosterneuburg und Kornenburg, Änderung von Frachtsätzen des Klassentarifs und der Ausnahme-Tarife, Aufnahme neuer Stationen und Einführung neuer Ausnahme-Tarife

- für Thonerde (Kaolin) (Heft 1 und 2)
- „ Eisen und Stahl (Heft 1)
- „ Thon (Klebsand) (Heft 2)
- „ Salzburger Bitriol (Heft 2)
- „ Getreide (Heft 3)

fernere Tarifberichtigungen.

Durch die Änderung der besonderen Bestimmungen und durch einige Berichtigungen zu Heft 2 und 3 treten Erhöhungen der bisherigen Frachtsätze ein.

Druckeremplare sind bei unseren Güter-Kassen in Berlin (Schles. Bhf.), Breslau (N./M. Bhf.), Frankfurt a./D. und Gdrlitz, sowie im hiesigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 9. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Nachtrag II. zum Tarif für den Lokal-Güter-Verkehr.

6. Am 1. Oktober d. J. tritt der Nachtrag II. zu dem Tarif für den Lokal-Güter-Verkehr des Bezirks der unterzeichneten Direktion in Kraft. Derselbe enthält Ergänzungen und Änderungen des Kilometerzeigers, sowie der Stations- und Ausnahmetaristabellen etc. Exemplare des Nachtrages sind bei den diesseitigen Expeditionen vom 25. d. M. ab zu haben.

Magdeburg, den 7. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

7. Extrazüge zur Magdeburger Messe Sonntag, den 20. und 27. September d. J.

- 1) von Berlin Potsdamer Bahnhof 5 Uhr 20 Min. Vm.
 „ Potsdam 6 „ 2 „ „
 in Magdeburg 8 „ 45 „ „
- 2) von Magdeburg 10 „ Abends,
 in Berlin 1 „ 30 „ Nachts.

Der Zug hält im Bedarfsfall in Steglitz und Zehlendorf. Billets, welche zur Rückfahrt innerhalb 2 Tagen, den Lösungstag mitgerechnet, bei allen fahrplanmäßigen Personenzügen (ausschließlich Courier- und Schnellzüge) ab Magdeburg, sowie bei dem am Tage der Einfahrt 10 Uhr Abends von Magdeburg abgehenden Extrazüge gelten, können von jetzt ab bis zum Abgange der Züge in

Berlin und Potsdam

für 6 Mark zur II. Klasse und
 „ 4 „ „ III. „

gelöst werden.

Freigepäck wird nicht gewährt.

Königl. Eisenbahn-Betriebsamt
 (Berlin—Magdeburg.)

Bermischte Nachrichten.

Belobigung.

Der Schiffseigner Johann Gersdorf aus Hango-Schleuse hat am 10. Juni d. J. mit Hilfe des Bootsmanns Hellmuth Fielitz aus Bergluch den Restaurateur Albert Wulff, den Kellner Wilhelm Remus und den Tanzlehrer Otto Reißner aus Berlin, welche mit einem Segelboot auf dem Havelsee bei Erkner gekentert und in das Wasser gestürzt waren, mit Muth und Entschlossenheit gerettet.

Dies wird hierdurch belobigend zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 7. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Zur.
Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisung
Beschluß: |
|---|---|--|--|---|---|
| 1 | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Johann Albert
Wiffing,
Färbertagelöhner, | geboren am 19. Januar
1832 zu Eppe bei
Arnhem, Niederlande,
ortsangehörig in Om-
mel, ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung zu Düssel-
dorf, | 24. Jul
1885. |
| 2 | Adam Wictora,
Binder und Tagelöhner, | geboren am 1. Januar
1866 zu Liefing, Be-
zirk Schönbach, De-
sterreich, ortsangehörig
in Dobrowa, Bezirk
Bischofstein, Böhmen, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Schro-
benhausen, | 29. Jul
1885. |
| 3 | Moses
Abramowitsch,
Handelsmann, | geboren am 5. August
1839 zu Wilna, Ruß-
land, ebendaselbst orts-
angehörig, | Landstreichen und Betteln, | Stadtmagistrat Er-
langen, Bayern, | 31. Jul
1885. |
| 4 | Josef Müller,
Weber, | geboren am 16. März
1866 zu Fulda, Be-
zirk Reuttschein,
Mähren, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Kelheim, | 13. Aug.
1885. |
| 5 | Wikt. Fichtenholz,
Handschuhmacher, | geboren im Juli 1834
zu Warschau, Russisch-
Polen, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | Großherzoglich Badi-
scher Landeskommissär
zu Freiburg, | 14. Aug.
1885. |
| 6 | Jakob Raecher,
Dreher, | geboren am 10. August
1836 zu Cuville, Be-
zirk Frankreich, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 24. Jan
1885. |
| 7 | Lucie Cernier,
Polirerin, | geboren am 7. Mai
1863 zu Chambery,
Frankreich, | Landstreichen, | derselbe, | 17. Jul
1885. |
| 8 | Maria Spieß,
geborene Weber,
Maurerwitwe, | 78 Jahre, aus Willis-
au, Kanton Luzern,
Schweiz, | Unfug und Landstreichen, | derselbe, | 23. Jul
1885. |
| 9 | Franz Roussel,
Mechaniker, | geboren am 24. März
1861 zu Blanz, Be-
zirk Frankreich, ebendaselbst
ortsangehörig, zuletzt
wohnhaft in Schirmer,
Nieder-Elfaß, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg, | 13. Aug.
1885. |
| 10 | Georg Johann Baptist
Grosfiter,
Fuhrknecht, | geboren am 22. März
1833 zu Provençères,
Frankreich, ortsange-
hörig zu St. Stail,
ebendaselbst, zuletzt
wohnhaft in Schirmer,
Nieder-Elfaß, | Betrug, Betrugsversuch
und Landstreichen, | derselbe, | desgleichen |
| 11 | Jeannette Biler,
ohne Stand, | geboren am 16. Fe-
bruar 1853 zu Pont
sur Seine, Departement
Aube, Frankreich, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 15. Aug.
1885. |

| Nr.
auf. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------|---|--|---|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 12 | Anna Dorothea
Andresen,
Dienstmagd, | geboren am 12. Sep-
tember 1862 zu Eltang,
Dänemark, ebendaselbst
ortsangehörig, | gewerbmäßige Unzucht, | Königlich Preussische
Regierung zu Schles-
wig, | 6. August
1885. |
| 13 | Johann Hubert
Collardin,
Ackerknecht, | geboren am 8. März
1861 zu Grathem,
Provinz Limburg in
Holland, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Düssel-
dorf, | 24. Juli
1885. |
| 14 | Nicolaus Molitor,
Eisenbahnarbeiter
(Bergmann), | geboren am 19. Januar
1846 zu Obereisen-
bach, Kanton Oltervain,
Großherzogth. Luxem-
burg, ebendaselbst orts-
angehörig, | Betteln unter Drohungen, | Königlich Preussische
Regierung zu Aachen, | 22. Juli
1885. |
| 15 | Franz Goldhammer,
Färbergeselle, | 40 Jahre, geboren und
ortsangeh. in Sagau,
Bezirk Rutenberg in
Böhmen, | Betteln und Landstreichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Schön-
gau, | 28. Juli
1885. |
| 16 | Edw. Singermann,
Handelsmann, | 39 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Kol-
no, Russisch-Polen, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg, | 18. Juli
1885. |
| 17 | Moriz Vogelhut,
Bäcker, | geboren 1825 zu Wis-
nicz, Galizien, | desgleichen, | derselbe, | 19. Mai
1885. |
| 18 | Genesva Colin,
geborene Kremer,
Wittve, Tagnerin, | geboren im November
1828 zu Fregiecourt,
Schweiz, ebendaselbst
ortsangehörig, | Unterschlagung, Landfrei-
hen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Colmar, | 8. Juli
1885. |
| 19 | Johann Widmer, | geboren am 17. Mai
1845 zu Oberburg,
Schweiz, | Diebstahl, Betteln und
Landstreichen, | derselbe, | 16. Juli
1885. |
| 20 | Alexander Fasnacht,
Tagner, | geboren im November
1854 zu Montelier,
Kanton Freiburg,
Schweiz, ebendaselbst
ortsangehörig, | Betteln und Landstreichen, | derselbe, | 27. Juli
1885. |
| 21 | Friedrich Herling,
Kommis, | geboren am 18. Februar
1856 zu Paris, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | derselbe, | 8. August
1885. |
| 22 | Heinrich Leutwyler,
Weber | geboren am 7. Mai
1839 zu Reinach,
Kanton Aargau,
Schweiz, ebendaselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 12. August
1885. |
| 23 | Josephine
Bourgeois,
ledig, | geboren 1819 zu Gric
in Frankreich, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Neuchâ-
tel, | 20. August
1885. |
| 24 | Johann Marschall,
Schneider, | 41 Jahre, geboren zu
Prag, ortsangehörig
zu Neustadt, Böh-
men, | Landstreichen, | derselbe, | 21. August
1885. |

Personal-Chronik.

Im Kreise Ostprignitz ist an Stelle des verstorbenen Mühlenbesizers Scherz zu Fregdorf der Rittergutsbesitzer Achim von Karstedt zu Ganz zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks VIII. Fregdorf ernannt worden.

Der Regierungs-Assessor von Podewils ist der hiesigen königlichen Regierung überwiesen worden und hat seine Dienstgeschäfte übernommen.

Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, den Regierungs-Assessor Kolleher zu Eberswalde zum Regierungs-Rath zu ernennen.

Der Oberpfarrer Ernst Wilhelm Hermann Spieh in Prigwall ist zum Superintendenten der Diözese Prigwall ernannt worden.

Der Prediger Franz Eduard Basche ist zum zweiten Diakonus an der Zionskirche in Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle zu Dobbriskow, Diözese Luckenwalde, kommt durch die Veretzung ihres bisherigen Inhabers, des Pfarrers Bartusch, zum 15. Oktober d. J. zur Erledigung.

Die Wiederbesetzung dieser Stelle erfolgt durch Gemeindevahl nach Maßgabe der Allerhöchsten Verordnung vom 2. Dezember 1874 (Gesetz-Sammlung de 1874 Nr 28 S. 355).

Der ordentliche Lehrer Dr. Penzler am Progymnasium in Schalle ist in gleicher Eigenschaft an dem Gymnasium in Freienwalde a./D. angestellt worden.

Dem Fräulein Friederike Wilhelmine Henriette Jenrich zu Pankow bei Berlin ist die Concession zur Weiterführung, Leitung und Verwaltung der höheren Privat-Mädchenschule daselbst erteilt worden.

Dem Fräulein Elisabeth, Minna Clara Marie Herzberg zu Schwedt a./D. ist die Erlaubniß zur Leitung und Verwaltung einer höheren Privat-Mädchenschule daselbst erteilt worden.

Vakant sind resp. werden: die Lehrer- und Rectoratsstelle zu Friedensfelde, Inspektion Prenzlau I., Privat-Patronats.

Wiederbesetzt sind: die Lehrer- und Rectoratsstelle zu Güttrichen, Inspektion Templin, je eine Lehrers- und Rectoratsstelle zu Belten, Inspektion Spandau, zu Friedersdorf, Inspektion Storkow, zu Spreenhagen, Inspektion Storkow, zu Lunow, Inspektion Angermünde.

(Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend das Statut für die Sparkasse der Stadt Kyritz, sowie drei öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einbaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (A. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage

zum Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam.

Statut

für die

Spar-Kasse der Stadt Kyritz.

§ 1.

Die von den städtischen Behörden zu Kyritz errichtete Sparkasse führt den Namen

„Sparkasse der Stadt Kyritz“

und bedient sich eines Siegels mit dieser Bezeichnung.

§ 2.

Zweck der Sparkasse ist, zur sicheren verzinslichen Anlage von Ersparnissen und zur Erlangung von Darlehen Gelegenheit zu bieten.

§ 3.

Die Sparkasse hat ihren Sitz in Kyritz und befindet sich im Rathhause daselbst.

§ 4.

Dieselbe besteht als ein selbstständiges Institut unter Garantie der Stadt Kyritz. Ihre Bestände dürfen nicht mit anderen Fonds vereinigt werden. Alle Verbindlichkeiten der Sparkasse bilden eine Stadtschuld und werden wie diese getragen, wenn ihr eigenes Vermögen jemals nicht ausreichen sollte.

§ 5.

Die Verwaltung wird durch ein Curatorium geführt, welches aus dem jedesmaligen Bürgermeister der Stadt Kyritz als Director und aus zwei von der Stadtverordneten-Versammlung auf je sechs Jahre gewählten Beisitzern besteht. Zum Beisitzer ist jeder unbescholtene Bürger wählbar. Ihre Namen werden nach der Wahl bekannt gemacht.

§ 6.

Der Director wird in Behinderungsfällen durch den Beigeordneten des Magistrats vertreten. Für die beiden Beisitzer wählt die Stadtverordneten-Versammlung zwei Stellvertreter.

Wegen deren Wahlperiode, Wählbarkeit und Bekanntmachung gelten die Vorschriften des § 5.

§ 7.

Das Curatorium vertritt die Sparkasse bei allen gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften, auch bei solchen, zu denen die Gesetze eine Special-Vollmacht verlangen. Dasselbe hat die Befugnis, nicht nur sich, für einzelne Fälle andere Personen zu substituieren, sondern auch gewisse, häufig

wiederkkehrende Rechtshandlungen ein für alle Male dem Director oder einem Beisitzer allein zu überlassen.

§ 8.

Alle Urkunden, welche von dem Curatorium ausgestellt werden, müssen, wenn sie die Sparkasse verpflichten sollen, mit der aus § 7 sich ergebenden Maßgabe von dem Director, oder dessen Vertreter, und von wenigstens einem Beisitzer, oder dessen Vertreter, vollzogen und mit dem Siegel der Sparkasse versehen sein.

§ 9.

Das Curatorium faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Es kann überhaupt nur beschließen, wenn drei Mitglieder beisammen sind. Wer zu erscheinen verhindert ist, hat seinen Stellvertreter einzuladen.

§ 10.

Der Director leitet den Geschäftsgang und führt in allen Versammlungen des Curatoriums den Vorsitz. Die regelmäßigen Versammlungen finden mindestens in jedem Monat ein Mal im Rathhause statt. Die Tage dazu werden durch das Curatorium für eine gewisse Zeit im Voraus bestimmt und bekannt gemacht. In jeder regelmäßigen Versammlung, in welcher auch der Rendant anwesend sein muß, wird das Journal desselben mit den Hauptbüchern verglichen, der Kassenbestand festgestellt und revidiert, endlich die Bilanz gezogen und unterzeichnet.

§ 11.

Benigstens ein Mal in jedem Jahre hat das Curatorium eine außerordentliche Kassenrevision vorzunehmen. Außerordentliche Versammlungen desselben finden statt, sobald sie von dem Director für nöthig erachtet, oder von einem Beisitzer beantragt werden. Im letzteren Falle sind dieselben innerhalb dreier Tage nach Eingang des Antrages abzuhalten. Zu allen außerordentlichen Versammlungen ladet der Director besonders ein.

§ 12.

Die ganze Geschäftsführung der Sparkassen-Verwaltung wird von einer besonderen Deputation überwacht, welche aus drei von der Stadtverordneten-Versammlung aus deren Mitte und auf je sechs Jahre gewählten Mitgliedern besteht.

Diese Deputation hat die Jahresrechnung zu revidiren (§ 15), jährlich mindestens ein Mal eine außerordentliche Revision der Sparkasse abzuhalten und wenigstens halbjährlich ein Mal die Schulddocumente derselben hinsichtlich ihrer Sicherheit zu prüfen.

§ 13.

Die Kassengeschäfte besorgt ein Rendant nach Anleitung des Statuts und der ihm zu ertheilenden Instruction unter Leitung des Curatoriums. Der Rendant wird von dem Magistrat, nachdem die Stadtverordneten darüber vernommen sind, gewählt, welcher auch die Anstellungsbedingungen und die Instruction, die Besoldung und die Caution desselben bestimmt, letztere gleichfalls unter eingeholter Zustimmung der Versammlung der Stadtverordneten. Außer dem Rendanten kann ein Controleur angestellt werden, bei dessen Wahl und wegen dessen Anstellungsbedingungen zc. zc. die vorstehenden Vorschriften gleichfalls zur Anwendung kommen. Auch der Controleur erhält seine Instruction durch den Magistrat.

§ 14.

Der Rendant nimmt die Einlagen der Sparer und die Zinsen für die ausgeliehenen Kapitalien in Empfang, klagt diese Zinsen nöthigenfalls bei Gericht ein und leistet die Zahlungen aus der Sparkasse. Ausgeliehene Kapitalien, mit Ausnahme der Wechselforderungen, darf er nur auf Grund einer speciellen Autorisation des Curatoriums erheben.

§ 15.

Für jedes Jahr hat der Rendant nach Ablauf desselben eine besondere Rechnung aufzustellen und dem Curatorium einzureichen. Die Rechnung wird von dem Curatorium begutachtet und nachdem sie kalkulatorisch geprüft worden, von der im § 12 erwähnten Deputation revidirt. Nach Erledigung der gezogenen Erinnerungen gelangt dieselbe an den Magistrat, welcher in Gemeinschaft mit der Stadtverordneten-Versammlung über Ertheilung der Decharge beschließt.

Die Ergebnisse der Rechnung werden alljährlich öffentlich bekannt gemacht (§ 34).

Außerdem wird alljährlich eine Nachweisung, aus welcher die Nummern (nicht Namen) und der Stand der einzelnen Conten am Schlusse des Vorjahres zu ersehen sind, durch das Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam, durch den in Kyritz erscheinenden „Stadt- und Landboten“ und durch das „Kreisblatt der Ostprignitz“ veröffentlicht.

§ 16.

Das Curatorium bestimmt und macht bekannt, wo und zu welcher Zeit die Sparkasse dem Publikum geöffnet ist.

§ 17.

Die Sparkasse nimmt Einlagen von einer Mark bis zu dreitausend Mark an. Die Annahme höherer Einlagen, gleichviel ob diese auf einmal angeboten werden, oder ob der Betrag von dreitausend Mark durch Nachzahlung überschritten werden soll, sowie die Annahme von Einlagen der nicht in der Stadt Kyritz wohnenden Personen, hängt von dem Ermessen des Curatoriums ab. Die städtischen Behörden können beschließen, daß, wenn Kapital und Zinsen eines Einlegers zusammen den Betrag von dreitausend Mark erreicht haben, eine Verzinsung des Ueberschusses nicht mehr

stattfinden soll. Ein solcher Beschluß darf jedoch erst drei Monate nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft treten.

§ 18.

Einlagen unter drei Mark werden nicht verzinst. Für jede Einlage von drei Mark an werden unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 19 dem Einleger drei ein Drittel Procent jährliche Zinsen gewährt.

§ 19.

Die Zinsen werden vom ersten Tage des auf den Tag der Einzahlung folgenden Monats ab berechnet. Ebenso werden bei Rückzahlungen, sie mögen das ganze Guthaben, oder nur einen Theil desselben umfassen, die Zinsen für die zurüdgekommene Summe nur bis zum Schlusse des dem Tage der Rückgewähr vorausgegangenen Monats berechnet.

§ 20.

Die Auszahlung der Zinsen erfolgt in der Zeit vom 2. bis 15. Januar jeden Jahres. Werden dieselben während dieser Zeit nicht abgehoben, so werden sie dem Kapitale zugeschrieben und wie dieses vom 1. Januar ab verzinst. Meldet sich ein Interessent innerhalb dreißig Jahren, seit der letzten Eintragung in sein Sparkassenbuch, nicht bei der Sparkasse, so hört mit dem Ablaufe dieser dreißig Jahre die weitere Verzinsung seines Guthabens auf.

§ 21.

Wer Geld in die Sparkasse einlegt, erhält ein auf seinen Namen lautendes Sparkassen-Quittungsbuch. Dieses Buch wird auf dem Titelblatte von dem Curatorium, sowie von dem Rendanten vollzogen und mit dem Siegel der Sparkasse versehen. In dasselbe trägt der Rendant, unter Beisetzung des Datums und seiner eigenhändigen Unterschrift, jede Ein- und Rückzahlung, sowie den Betrag der zugeschriebenen Zinsen ein.

Nach etwaiger Anstellung eines Controleurs sind die Eintragungsvermerke von diesem mit zu bescheinigen.

Jeder Einleger erhält nur ein Quittungsbuch und hat dasselbe bei allen weiteren Einzahlungen, sowie bei Auszahlungen (vergl. § 27) vorzulegen.

§ 22.

Die Quittungsbücher werden unter fortlaufenden Nummern ausgestellt.

Denselben wird das vorliegende Statut und eine Tabelle beigegeben, aus welcher zu ersehen ist, welchen Betrag jede Einlage von drei bis dreihundert Mark in jedem der nächsten zehn Jahre unter Hinzurechnung der Zinsen und Zinseszinsen nach dem gemäß § 18 festgesetzten Procentfusse gewährt.

§ 23.

Die Sparkasse ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, jedem Inhaber des Sparkassen-Quittungsbuches gegen Vorzeigung resp. Rückgabe desselben den Betrag, worauf es lautet, theilweise oder ganz auszuzahlen, ohne dem Einleger oder dessen Erben zur Gewährleistung verpflichtet zu sein, wenn nicht vor der Auszahlung ein Protest dagegen angebracht und in die Bücher der Kasse eingetragen ist.

§ 24.

Derjenige, welchem durch Zufall sein Quittungsbuch gänzlich vernichtet worden, oder verloren gegangen ist, hat den Verlust unverzüglich dem Curatorium anzuzeigen, welches

denselben, ohne sich um die Legitimation des Verlierers zu kümmern, in den Büchern der Sparkasse vermerkt.

§ 25.

Vermag der Verlierer die gänzliche Vernichtung des Quittungsbuches auf eine nach dem Ermessen des Curatoriums überzeugende Weise darzuthun, so wird ihm ohne Weiteres ein neues Buch auf Grund der Kassenbücher ausgefertigt. In allen übrigen Fällen muß das verloren gegangene Quittungsbuch nach Vorschrift der Civil-Prozeß-Ordnung für das Deutsche Reich gerichtlich aufgeboden und amortisiert werden.

§ 26.

Der Rendant zahlt die von der Sparkasse zurückgeforderten Beträge, ohne Mitwirkung des Curatoriums, jedoch unter Zuziehung des Controleurs, falls solcher angestellt wird, aus.

Es erfolgt auf ein Sparkassenbuch die Rückzahlung von Beträgen:

- a) bis einschließlich fünfzig Mark sofort, bis zu weiteren fünfzig Mark aber nur in Zwischenräumen von mindestens vierzehn Tagen;
- b) über einhundert Mark bis einschließlich einhundert und fünfzig Mark, drei Wochen;
- c) über einhundert und fünfzig Mark bis einschließlich dreihundert Mark, sechs Wochen;
- d) über dreihundert Mark nach drei Monaten nach erfolgter Kündigung.

Die Kündigung wird im Quittungsbuche vermerkt.

Die zurückgeforderten Beträge werden stets in baarem Gelde ausgezahlt.

Der Sparkasse steht frei, schon vor Ablauf der Kündigungsfrist Zahlung zu leisten und die Gläubiger sind verbunden, solche anzunehmen. Im Falle einer Weigerung der früheren Annahme verlieren die Gläubiger die Zinsen vom Tage der angebotenen Rückzahlung an.

Die oben festgesetzten Kündigungsfristen können durch Beschluß der städtischen Behörden abgeändert werden (vergl. § 18 und § 32).

§ 27.

Rückzahlung von Einlagen und Auszahlung von Zinsen kann nur gegen Vorlegung des Sparkassen-Quittungsbuches gefordert werden. Ueber jeden ausgezahlten Betrag hat der Empfänger eine der Kasse verbleibende, zur Controle dienende Quittung auszustellen. Bei theilweisen Rückzahlungen wird die abgehobene Summe durch den Rendanten und nach etwaiger Anstellung eines Controleurs unter dessen Mitzeichnung im Quittungsbuche abgeschrieben und letzteres dem Vorzeiger sodann zurückgegeben.

Wird das ganze Guthaben zurückgezahlt, so hat der Empfänger das Quittungsbuch quittirt an den Rendanten auszuhandigen.

§ 28.

Dem Einleger fallen bei Ein- und Auszahlung seiner Gelder keine Kosten zur Last. Nur diejenigen Gläubiger, deren Einlagen fünfzehn Mark und mehr betragen, haben für das Quittungsbuch zehn Pfennige zu entrichten, welche bei Auszahlung des letzten Guthabens in Abzug gebracht werden.

§ 29.

Die Gelder der Sparkasse werden durch das Curatorium ausgeliehen:

- a) gegen hypothekarijche Verpfändung von ländlichen und städtischen Grundstücken, soweit solche pupillarische Sicherheit bieten. Diese Sicherheit wird angenommen bei Grundstücken oder bei Liegenschaften innerhalb des 20fachen Grundsteuer-Reinertrages, bei Gebäuden aber innerhalb des 10- bis 12¹/₂fachen Gebäudesteuer-Nutzungswerthes, resp. innerhalb der ersten Hälfte der Summe, mit welcher dieselben bei einer öffentlichen Societät gegen Feuergefährdung versichert sind; ausgeschlossen von der Beleihung sind ländliche Gebäude ohne dazu gehörigen Grund- und Bodenwerth;
- b) auf Wechsel oder Schuldscheine ohne hypothekarijche Sicherheit, wenn zwei als wohlhabend anerkannte Bürger für Kapital, Zinsen und Kosten als Bürgen und Selbstschuldner solidarijch mit eintreten.

Zu Darlehen dieser Art (Litr. b) dürfen übrigens niemals mehr als zwei Drittel des Gesamtbestandes der Sparkasse verwendet werden.

Ueber den Zinsfuß und die Höhe der einzelnen Darlehne, sowie über die Annahme der vorgeschlagenen Bürgen entscheidet das Curatorium;

- c) durch Ankauf von Inhaber-Papieren, welche von dem Deutschen Reiche oder von dem Preussischen Staate emittirt oder garantirt, oder welche unter Autorität des Preussischen Staates von Korporationen oder Kommunen ausgestellt und mit einem ein für alle Male bestimmten Satze verzinslich sind;
- d) gegen Handscheine unter Verpfändung von Hypotheken- oder Grundschuldforderungen mit der unter Litr. a verlangten Sicherheit oder von Inhaber-Papieren der unter Litr. c gedachten Art, oder von Quittungsbüchern der Sparkasse.

Die verpfändeten Hypotheken- oder Grundschuldforderungen müssen der Kasse cedirt werden.

Die Beleihung der Inhaber-Papiere ist nur bis zu ²/₃ des Courswerthes, niemals aber höher als bis zu ²/₃ des Nominalwerthes zulässig. Auch muß bei einem Herabgehen des Courses das Unterpfand entsprechend ergänzt werden;

- e) an die Gemeinde Kyritz gegen ordnungsmäßige Schuldschreibungen mit jedesmaliger Genehmigung des Regierungs-Präsidenten.

Auch können die disponiblen Gelder

- f) bei der Provinzial-Hülfskasse oder bei der Deutschen Reichsbank angelegt werden.

Bei Entnahme von Darlehen auf Wechsel sind die Entnehmer verpflichtet, bei jeder vierteljährlichen Prolongation zehn Procent des ursprünglichen Darlehn-Kapitals abzugeben.

In Ausnahmefällen entscheidet das Curatorium.

Die Bedingungen der Ausleihung werden in den ad a, d und e gedachten Fällen durch das Curatorium mit den Schuldnern vereinbart, doch kann den letzteren stets gestattet werden, die empfangenen Darlehne in vierteljährlichen

Abschlagszahlungen von mindestens dem zehnten Theile der ursprünglichen Schuld oder im Wege der Amortisation zurückzahlen.

Die Außercourssetzung der bei der Sparkasse eingehenden Inhaber-Papiere ist durch den Magistrat zu bewirken.

§ 30.

Die nach Bestreitung der Verwaltungskosten verbleibenden Zinsüberschüsse, über welche der Rendant besondere Rechnung führt, bilden einen Reservefond behufs Deckung etwaiger Ausfälle. Sobald der Reservefond eine Höhe von 10% der Passivmasse, also der Einlagen und Zinsen erreicht hat, kann der weitere Reingewinn auf Beschluß der städtischen Behörden unter Genehmigung des Regierungs-Präsidenten zu gemeinnützigen Zwecken im Interesse der Stadt verwendet werden.

§ 31.

Für den Fall, daß die Rückzahlung von Guthaben in ungewöhnlich starkem Umfange verlangt wird, der Cours- werth der im Besitze der Sparkasse befindlichen Inhaber-Papiere aber eine Veräußerung derselben ohne unverhältnißmäßigen Verlust nicht gestattet, die nöthigen Deckungsmittel auch nicht durch Kündigung und Einziehung ausstehender Forderungen oder durch Verpfändung von Effecten oder auf anderem Wege rechtzeitig zu erlangen sind, können die städtischen Behörden das Curatorium ermächtigen, zur Beschaffung der erforderlichen Mittel Anleihen unter Garantie der Stadt für die Sparkasse aufzunehmen und zu verzinsen.

Das Curatorium ist alsdann verpflichtet, auf die ungesäumte Tilgung der Schuld Bedacht zu nehmen, sobald der Zustand der Sparkasse die Abtragung irgend gestattet.

§ 32.

Das vorliegende Statut kann durch Beschluß der städtischen Behörden abgeändert werden, die Aenderungen bedürfen aber der Genehmigung des Ober-Präsidenten und müssen, ebenso wie die nach den §§ 17, 18 und 26 ohne solche Genehmigung zulässigen Beschlüsse, zweimal in Zwischenräumen von je vier Wochen bekannt gemacht werden, bevor sie verbindliche Kraft erlangen.

In dieser Bekanntmachung ist zugleich ausdrücklich hervorzuheben, daß die Aenderungen mit einem bestimmten zu bezeichnenden Tage in Kraft treten und von da ab auch für alle seitherigen Sparkassen-Interessenten Anwendung finden, welche nicht vorher ihre Einlagen gemäß § 26 gekündigt resp. zurückgezogen haben würden.

§ 33.

Die städtischen Behörden sind auch ermächtigt, die Aufhebung der Sparkasse zu beschließen. Ein solcher Beschluß

unterliegt der Genehmigung des Ober-Präsidenten und ist nach Ertheilung derselben drei Mal unter Aufkündigung der Guthaben zu einem vom Tage der ersten Publikation mindestens drei Monate entfernten Zeitpunkte bekannt zu machen.

Die Guthaben, welche in Folge dieser Kündigung bei Ablauf der gestellten dreimonatlichen Frist nicht zurückgenommen sind, werden nicht weiter verzinst, sondern auf Gefahr und Kosten der Empfangsberechtigten nach Maßgabe der Hinterlegungs-Ordnung vom 14. März 1879 hinterlegt. Die Bestände des Reservefonds aber werden nach Beschluß der städtischen Behörden mit Genehmigung des Regierungs-Präsidenten für öffentliche Zwecke im Interesse der Stadt verwendet.

§ 34.

Alle öffentliche Bekanntmachungen, welche in diesem Statut vorgeschrieben sind, erfolgen durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, durch den in Kyritz erscheinenden Stadt- und Landboten und durch das Kreisblatt der Ostprignitz.

§ 35.

Den Staatsbehörden verbleibt das durch das Reglement vom 12. December 1838 verliehene Aufsichtsrecht über die Sparkasse.

§ 36.

Das vorstehende Statut wird durch die im § 34 genannten Zeitungen bekannt gemacht und tritt mit dem 1. Januar 1886 in Kraft.

Kyritz, den 1. September 1884.

Der Magistrat.

Speer. Markurth. Dahms. Rilcke. Conrad. Schrader.

Dem vorstehenden Statut für die Sparkasse der Stadt Kyritz vom 1. September 1884 wird hierdurch die erforderliche Genehmigung zc. ertheilt.

Potsdam, den 6. Juli 1885.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg.

Staatsminister
Dr. Achenbach.

Genehmigung.
O. P. 2111 II.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 39.

Den 25. September

1885.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

213. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat August 1885 beobachteten Wasserstände.

| Datum. | Berlin. | | Spandau. | | Pots-
dam. | Baum-
garten-
brück. | Brandenburg. | | Rathenow. | | Havel-
berg. | Plauer
Brücke. |
|--------|----------------|-----------------|------------------|-------------------|---------------|----------------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|-----------------|-------------------|
| | Ober-
N. N. | Unter-
N. N. | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | | | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | |
| 1 | 32,16 | 30,60 | 2,36 | 0,52 | 0,84 | 0,39 | 1,90 | 0,86 | 1,32 | 0,60 | 1,06 | 1,32 |
| 2 | 32,16 | 30,60 | 2,38 | 0,42 | 0,86 | 0,39 | 1,86 | 0,86 | 1,32 | 0,60 | 1,06 | 1,30 |
| 3 | 32,12 | 30,60 | 2,38 | 0,52 | 0,86 | 0,40 | 1,84 | 0,86 | 1,32 | 0,60 | 1,06 | 1,30 |
| 4 | 32,12 | 30,60 | 2,38 | 0,52 | 0,84 | 0,40 | 1,90 | 0,84 | 1,32 | 0,58 | 1,04 | 1,30 |
| 5 | 32,14 | 30,60 | 2,36 | 0,50 | 0,84 | 0,41 | 1,88 | 0,82 | 1,32 | 0,58 | 1,02 | 1,30 |
| 6 | 32,12 | 30,58 | 2,36 | 0,48 | 0,84 | 0,42 | 1,88 | 0,82 | 1,32 | 0,58 | 1,02 | 1,30 |
| 7 | 32,12 | 30,58 | 2,34 | 0,48 | 0,82 | 0,41 | 1,90 | 0,84 | 1,32 | 0,58 | 1,02 | 1,30 |
| 8 | 32,12 | 30,60 | 2,36 | 0,52 | 0,82 | 0,39 | 1,82 | 0,80 | 1,32 | 0,58 | 1,04 | 1,30 |
| 9 | 32,12 | 30,58 | 2,36 | 0,44 | 0,84 | 0,38 | 1,84 | 0,82 | 1,32 | 0,58 | 1,04 | 1,30 |
| 10 | 32,12 | 30,58 | 2,34 | 0,54 | 0,84 | 0,38 | 1,84 | 0,82 | 1,32 | 0,56 | 1,04 | 1,28 |
| 11 | 32,16 | 30,58 | 2,30 | 0,56 | 0,82 | 0,38 | 1,86 | 0,82 | 1,32 | 0,56 | 1,02 | 1,28 |
| 12 | 32,14 | 30,58 | 2,32 | 0,48 | 0,82 | 0,39 | 1,86 | 0,80 | 1,32 | 0,56 | 1,04 | 1,28 |
| 13 | 32,14 | 30,58 | 2,30 | 0,46 | 0,82 | 0,39 | 1,88 | 0,80 | 1,32 | 0,56 | 1,00 | 1,26 |
| 14 | 32,12 | 30,58 | 2,30 | 0,46 | 0,82 | 0,40 | 1,84 | 0,80 | 1,32 | 0,54 | 0,98 | 1,26 |
| 15 | 32,10 | 30,58 | 2,30 | 0,46 | 0,82 | 0,41 | 1,84 | 0,80 | 1,32 | 0,54 | 0,98 | 1,26 |
| 16 | 32,10 | 30,56 | 2,32 | 0,34 | 0,80 | 0,42 | 1,84 | 0,76 | 1,32 | 0,54 | 0,98 | 1,24 |
| 17 | 32,10 | 30,56 | 2,32 | 0,46 | 0,80 | 0,42 | 1,82 | 0,74 | 1,32 | 0,52 | 0,96 | 1,24 |
| 18 | 32,10 | 30,58 | 2,30 | 0,46 | 0,80 | 0,42 | 1,84 | 0,76 | 1,32 | 0,52 | 0,96 | 1,24 |
| 19 | 32,10 | 30,58 | 2,34 | 0,46 | 0,82 | 0,41 | 1,86 | 0,76 | 1,32 | 0,50 | 0,96 | 1,22 |
| 20 | 32,10 | 30,58 | 2,34 | 0,50 | 0,82 | 0,41 | 1,88 | 0,80 | 1,32 | 0,50 | 0,98 | 1,22 |
| 21 | 32,12 | 30,58 | 2,34 | 0,48 | 0,82 | 0,40 | 1,86 | 0,80 | 1,32 | 0,50 | 0,98 | 1,22 |
| 22 | 32,12 | 30,60 | 2,34 | 0,52 | 0,82 | 0,41 | 1,86 | 0,82 | 1,32 | 0,50 | 1,00 | 1,22 |
| 23 | 32,12 | 30,60 | 2,38 | 0,44 | 0,82 | 0,41 | 1,86 | 0,82 | 1,32 | 0,52 | 1,04 | 1,24 |
| 24 | 32,12 | 30,60 | 2,36 | 0,58 | 0,84 | 0,42 | 1,86 | 0,80 | 1,32 | 0,54 | 1,06 | 1,24 |
| 25 | 32,12 | 30,60 | 2,32 | 0,58 | 0,84 | 0,43 | 1,88 | 0,84 | 1,32 | 0,54 | 1,04 | 1,24 |
| 26 | 32,12 | 30,60 | 2,30 | 0,58 | 0,86 | 0,44 | 1,88 | 0,84 | 1,32 | 0,56 | 1,04 | 1,26 |
| 27 | 32,12 | 30,64 | 2,36 | 0,52 | 0,86 | 0,43 | 1,90 | 0,82 | 1,32 | 0,56 | 1,04 | 1,26 |
| 28 | 32,12 | 30,64 | 2,32 | 0,60 | 0,86 | 0,42 | 1,90 | 0,84 | 1,32 | 0,58 | 1,02 | 1,26 |
| 29 | 32,10 | 30,64 | 2,30 | 0,60 | 0,86 | 0,40 | 1,88 | 0,82 | 1,32 | 0,58 | 1,02 | 1,28 |
| 30 | 32,10 | 30,64 | 2,28 | 0,50 | 0,86 | 0,40 | 1,88 | 0,84 | 1,32 | 0,56 | 1,02 | 1,28 |
| 31 | 32,10 | 30,64 | 2,28 | 0,56 | 0,86 | 0,40 | 1,88 | 0,84 | 1,32 | 0,56 | 1,02 | 1,28 |

Potsdam, den 19. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung von Kanarienhähnen in Berlin.
214. Der Herr Oberpräsident hat dem Verein für Liebhaber und Züchter des Kanarienvogels „Canaria“ in Berlin für den Umfang der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg die nachgesuchte Erlaubnis zur Veranstaltung einer öffentlichen Verloosung von lebenden Kanarienhähnen im Anschluß an die in den Tagen vom 4. bis 8. Dezember d. J. stattfindende Ausstellung des

Vereins mit der Maßgabe erteilt, daß 4000 Loosje zu je 1 M. ausgegeben werden dürfen.

Potsdam und Berlin, den 16. September 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Die schaffstieren Lage auf dem Schießplatze bei Gummerdorf für das Jahr 1885 betreffend.

215. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt S. 366 —

bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze der Königlich-königlichen Artillerie-Prüfungs-Kommission bei Cummersdorf für das Jahr 1885, wie folgt, festgesetzt worden sind:

September: 27., 30.;

Oktober: 1., 2., 4., 5., 7., 11., 12., 14., 18., 19., 21., 25., 28., 29.;

November: 1., 2., 3., 8., 9., 11., 15., 16., 18., 22., 23., 25., 29., 30.;

Dezember: 1., 2., 6., 9., 10., 11., 13., 14., 15., 16., 20., 21., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 30., 31.

Potsdam, den 16. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Dahme nach Uckermark betreffend.

216. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

Nachdem von dem Comité, welches sich zur Gründung einer Aktien-Gesellschaft unter der Firma: Dahme-Uckermark's Eisenbahn-Gesellschaft gebildet hat, darauf angetragen worden ist, dieser Gesellschaft die Konzession zum Bau und Betriebe einer, für den Betrieb mittelst Dampfkraft und für die Beförderung von Personen und Gütern im öffentlichen Verkehre bestimmten, den Bestimmungen der Bahnordnung für Deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung unterworfenen Bahn von Dahme nach Uckermark zu erteilen, wollen Wir diese Konzession, sowie das Recht zur Entziehung und Beschränkung des Grundeigentums nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen unter den nachstehenden Bedingungen hierdurch erteilen.

I.

Die Gesellschaft bildet sich unter der Firma: Dahme-Uckermark's Eisenbahn-Gesellschaft und nimmt ihr Domizil und den Sitz ihrer Verwaltung in Dahme oder unter Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten an einem anderen, an der Bahn gelegenen Orte.

Die Gesellschaft ist den bestehenden, wie den künftigen ergehenden Reichs- und Landes-Gesetzen ohne Weiteres unterworfen.

II.

Das zur plan- und anschlagsmäßigen Vollenbung und Ausrüstung der Bahn erforderliche Anlagekapital wird auf den Betrag von 700000 Mark festgesetzt.

Der Nominalbetrag der von der Gesellschaft auszugebenden Aktien darf den Betrag des festgesetzten Anlagekapitals nicht übersteigen. Es bleibt der Gesellschaft überlassen, einem Theil der auszugebenden Aktien ein Vorzugsrecht vor den übrigen Aktien hinsichtlich der Vertheilung des jährlichen Reinertrages des Unternehmens bis zum Verlaufe von 5 Prozent des Nominalbetrages dieser bevorzugten Aktien sowie für den Fall der Liquidation der Gesellschaft hinsichtlich der Vertheilung des Gesellschaftsvermögens einzuräumen. Im Uebrigen dürfen den Inhabern derselben keine anderen Rechte, als den Inhabern der übrigen Aktien eingeräumt werden.

Bis zum Ablaufe desjenigen Kalenderhalbjahres,

in welchem die unter VIII. Nr. 3 festgesetzte Baufrist abläuft, kann den Inhabern der Aktien bis zum Verlaufe von 5 Prozent des Nominalbetrages ihrer Aktien die Gewährung von Bauzinsen zugesichert werden.

III.

Die gesammte Leitung der Bau- und Betriebsverwaltung ist einem Vorstande zu übertragen, welcher die Gesellschaft mit den gesetzlichen Befugnissen und Verpflichtungen des Vorstandes einer Aktiengesellschaft vertritt und für die Geschäftsführung, insoweit dieselbe der staatlichen Beaufsichtigung unterliegt, der Aufsichtsbehörde verantwortlich ist.

Die Wahl des Vorstandes oder, falls derselbe aus mehreren Personen bestehen soll, die Wahl des Vorsitzenden und der technischen Mitglieder, bedarf der Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten.

Die Geschäftsinstruktion für den Vorstand unterliegt der Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten.

Sofern die oberste Betriebsleitung nicht durch den Vorstand selbst erfolgt, finden die vorstehenden Bestimmungen auch auf die Wahl und die Geschäftsinstruktion des oder der obersten Betriebsdirigenten Anwendung.

IV.

Von den Mitgliedern des Aufsichtsraths müssen wenigstens zwei Drittel ihren Wohnsitz im Deutschen Reichsgebiete haben. Der Vorsitzende des Aufsichtsrathes und dessen Stellvertreter sind stets aus den im Deutschen Reichsgebiete wohnhaften Mitgliedern zu wählen.

V.

Die Staatsregierung ist berechtigt, sich in den Fällen, wo sie das staatliche Interesse für betheiligt erachtet, bei den Versammlungen und den Verhandlungen des Aufsichtsrathes und der Generalversammlung der Aktionäre durch einen Kommissar vertreten zu lassen. Um die Ausübung dieses Rechtes zu ermöglichen, ist der Regierung von allen diesen Versammlungen und Zusammenkünften rechtzeitig unter Vorlage einer die vollständige Angabe der Berathungsgegenstände enthaltenden Tagesordnung Anzeige zu machen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist berechtigt, in den Fällen, in welchen er es für nöthig erachtet, die Berufung außerordentlicher Generalversammlungen zu verlangen.

VI.

Alle die juristische Persönlichkeit der Eisenbahngesellschaft, welcher die in Rede stehende Konzession als ein an ihre Person gebundenes Recht erteilt ist, abändernden Beschlüsse der Gesellschaft, überhaupt alle Abänderungen ihres Gesellschaftsvertrages, welche nach dem in dieser Hinsicht lediglich und allein entscheidenden Ermessen der Staatsregierung den Voraussetzungen nicht entsprechen, unter denen die Konzession erteilt ist, erlangen nur durch die Genehmigung der Staatsregierung Gültigkeit. Insbesondere bedürfen Beschlüsse der Gesellschaft, welche die Uebernahme des Betriebes auf anderen Eisenbahnen, die Uebertragung des Betriebes

der eigenen Bahn an eine andere Gesellschaft oder die Fusion mit einer anderen Gesellschaft aussprechen, zu ihrer Gültigkeit der Befätigung der Königl. Staatsregierung.

Diese Befätigung ist auch zur Aufhebung der Beschlüsse früherer Generalversammlungen überall dann erforderlich, wenn dieselben vom Staate genehmigt waren.

VII.

Für den Bau und Betrieb der Bahn sind die Bahnordnung für Deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung vom 12. Juni 1878 (publiziert im Centralblatt für das Deutsche Reich Nr. 24 vom 14. Juni 1878) und die dazu ergehenden ergänzenden und abändernden Bestimmungen (s. § 55 daselbst) maßgebend. Die Spurweite der Bahn soll 1,435 Meter betragen.

VIII.

Für den Bau insbesondere gelten folgende Bestimmungen:

- 1) Der Staatsregierung bleibt vorbehalten:

die Feststellung der Bahnlinie in ihrer vollständigen Durchführung durch alle Zwischenpunkte,

die Bestimmung der Zahl und der Lage der Stationen und Haltestellen,

die Feststellung der Projekte aller für den Betrieb der Bahn bestimmten baulichen Anlagen und Einrichtungen, sowie die Feststellung der Projekte für die Betriebsmittel und ihrer Anzahl vor und nach Inbetriebnahme der Bahn.

Für alle durch die Ausführung der genehmigten Projekte bedingten Benachtheiligungen des Eigentums oder sonstiger Rechte des Staates bleibt demselben der Anspruch auf vollständige Entschädigung nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen gegen den Konzessionar vorbehalten.

- 2) Der Konzessionar hat allen Anordnungen, welche wegen polizeilicher Beaufsichtigung der beim Bahnbau beschäftigten Arbeiter getroffen werden mögen, nachzukommen.

- 3) Die Vollenbung und Inbetriebnahme der Bahn muß — längstens — innerhalb zwei Jahren nach Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister in Gemäßheit des nachstehenden Artikels XIX. erfolgen. Für die Vorlage der speziellen Bauprojekte, sowie für die Inangriffnahme, die Fortführung, die Vollenbung und Inbetriebnahme der einzelnen Strecken und Bauwerke der Bahn können vom Minister der öffentlichen Arbeiten besondere Fristen festgesetzt werden.

- 4) Für den Fall, daß der Konzessionar mit der Erfüllung der ihm bezüglich des Bahnbaues obliegenden Verpflichtungen, insbesondere der rechtzeitigen plan- und anschlagsmäßigen Ausführung und Ausrüstung der Bahn in Verzug kommen sollte, ist derselbe zur Zahlung einer Konventionalstrafe von 5 % des auf 700 000 Mark festgesetzten Baukapitals mit der Maßgabe verpflichtet, daß die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage

die Konventionalstrafe als verfallen anzusehen ist, mit Ausschluß des Rechtsweges, dem Minister der öffentlichen Arbeiten zusteht.

Zur Sicherstellung dieser Verpflichtungen hat der Konzessionar bei der General-Staatskasse den Betrag von 35 000 Mark, in Worten: Fünf und dreißig tausend Mark, in baar oder in Preussischen Staats- oder vom Staate garantirten Papieren oder in inländischen Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen, unter Berechnung aller dieser Effekten nach dem Kurswerthe, nebst den noch nicht fälligen Zinskoupons und Talons zu hinterlegen und in gerichtlicher oder notarieller Urkunde mit der Maßgabe zum Pfande zu bestellen, daß dem Minister der öffentlichen Arbeiten die Befugnis zusteht, durch Verwertung derselben bezw. durch Veräußerung der verpfändeten Effekten zum jeweiligen Börsenkurse die verfallenen Strafbeträge einzuziehen. — Die Rückgabe der zur Kaution etwa gehörigen Zinskoupons erfolgt in deren Verfall-Terminen, kann jedoch von dem bezeichneten Minister inhibirt werden, wenn nach dessen lediglich maßgebendem Urtheile der Konzessionar den Bau verzögern sollte. Auch ist der bezeichnete Minister ermächtigt, nach Maßgabe des Fortschritts des Baus und der Ausrüstung der Bahn einen entsprechenden Theil der Kaution schon vor völliger Vollenbung des Baues und der Ausrüstung der Bahn zurückgeben zu lassen.

- 5) Falls die oben festgesetzte allgemeine Baufrist oder eine der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festgesetzten besonderen Baufristen nicht inne gehalten wird, kann nicht bloß die bezeichnete Konventionalstrafe eingezogen, sondern auch die ertheilte Konzession durch landesherrlichen Erlaß zurückgenommen und die im § 21 des Gesetzes vom 3. November 1838 vorbehaltene Verfeigerung der vorhandenen Bahnanlagen eingeleitet werden. Sofern die Regierung von dem Vorbehalte der Verfeigerung der Bahnanlagen Gebrauch zu machen beabsichtigt, soll jedoch die Zurücknahme der Konzession nicht vor Ablauf der in dem allegirten § 21 festgesetzten Schlußfrist erfolgen.

IX.

Für den Betrieb insbesondere gelten folgende Bestimmungen:

- 1) Der Konzessionar ist verpflichtet, zur Vermittelung des Personenverkehrs mindestens 2 Wagenklassen einzustellen und dieselben der Bestimmung der staatlichen Aufsichtsbehörde entsprechend einzurichten.

Die Feststellung und Abänderung des Fahrplans erfolgt durch die staatliche Aufsichtsbehörde. Innerhalb der ersten acht Jahre, vom Beginn des auf die Betriebsöffnung folgenden Kalenderjahres soll der Konzessionar nur dann angehalten werden können, mehr als drei der Personenbeförderung dienende Züge in jeder Richtung zu befördern, wenn die Bruttoeinnahme der Bahn im Durch-

schnitt der drei letzten Jahre mindestens 8000 M. pro Kilometer betragen hat oder wenn dem Unternehmer für die mehr einzustellenden Züge von den Interessenten ein nach dem Ermessen des Ministers der öffentlichen Arbeiten ausreichender Zuschuß zu den Kosten gewährt wird.

- 2) Der Tarif für den Personen- und Güterverkehr, sowie die Abänderung des Tarifs unterliegt der Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten.

In Betreff des Güterverkehrs werden jedoch für den oben unter Nr. 1 bezeichneten Zeitraum Maximaltariffsätze für die einzelnen Güterklassen von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festgesetzt und ist dem Unternehmer (unbeschadet des allgemeinen staatlichen Aufsichtsrechts) überlassen, nach Maßgabe der reichs- resp. Landesgesetzlichen Vorschriften innerhalb der Grenzen dieser Maximalsätze die Sätze für die Tarifklassen nach eigenem Ermessen festzusetzen bzw. Erhöhungen wie Ermäßigungen der Tarifklassensätze ohne die Zustimmung der Aufsichtsbehörde vorzunehmen.

Auch ist der Konzessionar verpflichtet, das jeweilig auf den Preussischen Staatsbahnen bestehende Tariffsystem anzunehmen und hinsichtlich der Einrichtung direkter Tarife die für die Preussischen Staatsbahnen jeweilig bestehenden generellen Grundsätze zu befolgen, wenn und soweit solches vom Minister der öffentlichen Arbeiten für erforderlich erachtet wird.

- 3) Der Konzessionar hat mit der Eröffnung des Betriebes der ganzen Bahn einen Erneuerungsfonds und neben dem gesetzlichen Reservefonds (Artikel 185h. des Handelsgesetzbuchs) noch einen Spezial-Reservefonds nach den für Eisenbahnen bestehenden Normativbestimmungen und dem zur Ausführung der letzteren unter Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten aufzustellenden, periodisch zu revidierenden Regulative zu bilden.

Dieser Erneuerungsfonds und Spezial-Reservefonds sind sowohl von einander, als auch von anderen Fonds der Gesellschaft getrennt zu halten.

Der Erneuerungsfonds dient zur Bestreitung der Kosten der regelmäßig wiederkehrenden Erneuerung des Oberbaues und der Betriebsmittel.

In den Erneuerungsfonds fließen:

- der Erlös aus den entsprechenden abgängigen Materialien;
- die Zinsen dieses Fonds;
- eine den Betriebseinnahmen alljährlich zu entnehmende Rücklage.

Die Höhe dieser Rücklage wird durch das Regulativ festgesetzt.

Der Reservefonds dient zur Bestreitung von solchen durch außergewöhnliche Elementarereignisse und größere Unfälle hervorgerufenen Ausgaben, welche erforderlich werden, damit die Beförderung mit Sicherheit und in der, der Bestimmung des Unternehmens entsprechenden Weise erfolgen kann.

In den Reservefonds fließen:

- etwaige Ersparnisse an dem Baukapitale, in soweit solches von dem Minister der öffentlichen Arbeiten für erforderlich erachtet werden soll;
- der Betrag der statutenmäßig verfallenen, nicht abgehobenen Dividenden und Zinsen;
- die Zinsen des Reservefonds;
- eine im Regulative festzusetzende, alljährlich den Betriebseinnahmen zu entnehmende Rücklage.

Erreicht der Reservefonds die Summe von 50000 Mark, so können mit Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten die Rücklagen so lange cessiren, als der Fonds nicht um ein volle Jahresrücklage wieder vermindert ist. Die Wertpapiere, welche zur einströmenden Anlage der vereinnahmten und nicht sofort zu verwendenden Summen zu beschaffen sind, werden durch das Regulativ bestimmt.

Läßt der Ueberschuß eines Jahres die Deckung der Rücklagen zum Erneuerungsfonds oder Reservefonds nicht oder nicht vollständig zu, so ist das Fehlen aus den Ueberschüssen des bzw. der folgenden Betriebsjahre zu entnehmen. Abweichungen hiervon sind mit Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten zulässig.

Für die Rücklagen geht der Erneuerungsfonds dem Reservefonds vor.

X.

Der Konzessionar ist verpflichtet:

- seine Betriebsrechnung nach den vom Minister der öffentlichen Arbeiten zu erlassenden Vorschriften einzurichten, der Regierung zu der im letzteren zu bestimmenden Zeit den jährlichen Betriebs-Rechnungs-Abschluß einzureichen und seine Kassenbücher vorzulegen;
- der Aufstellung der Rechnung den Zeitraum von Anfang April jeden Jahres bis Ende März des folgenden Kalenderjahres als Rechnungsjahr zum Grunde zu legen;
- die von den Aufsichtsbehörden zu statischen Zwecken für nötig erachteten Nachweisungen, sowie deren Unterlagen auf seine Kosten zu beschaffen und der Aufsichtsbehörde in den von derselben festgesetzten Fristen einzureichen.

XI.

Nach Eröffnung des Betriebes ist der Konzessionar zur Vermehrung der Geleise auf Bahnhöfen und auf der freien Strecke und zum Betriebe derselben, zum Umbau und zur Erweiterung vorhandener Bahnhöfe und zur Herstellung neuer Anlagen auf denselben, zur Anlage neuer Bahnhöfe, zur Beseitigung der Niveau-Untergänge der Bahn und der Niveau-Kreuzungen derselben mit anderen Bahnen, sowie zur Vermehrung der Betriebsmittel verpflichtet, wenn und soweit solches der Minister der öffentlichen Arbeiten im Interesse des Eisenbahnverkehrs oder im Interesse der Sicherheit des Betriebes oder im Interesse der Landesverteidigung für erforderlich erachtet sollte. Soweit diese Anfor-

rungen lediglich im Interesse der Landesverteidigung erfolgen, sind die desfalligen Kosten dem Konzessionar zu erstatten, wenn nicht im Wege der Gesetzgebung andere, für den Konzessionar alsdann maßgebende Bestimmungen — cfr. oben Nr. 1 in fine — getroffen werden. Im Uebrigen fallen die betreffenden Kosten dem Konzessionar zur Last.

Im Verkehrsinteresse soll jedoch der Konzessionar zur Herstellung des durchgehenden zweiten Geleises auf freier Strecke erst dann angehalten werden können, wenn die Bruttoeinnahme im Durchschnitt dreier aufeinander folgender Jahre mindestens 16000 Mark pro Kilometer beträgt.

Zur Errichtung neuer Stationen oder Haltestellen im Verkehrsinteresse soll der Konzessionar erst nach Verlauf von acht Jahren, vom Beginn des auf die Betriebseröffnung folgenden Kalenderjahres gerechnet und auch dann nur angehalten werden können, wenn die Bruttoeinnahme im Durchschnitt der drei letzten Jahre mindestens 12000 Mark pro Kilometer betragen hat oder wenn dem Konzessionar von den Interessenten ein nach dem Ermessen des Ministers der öffentlichen Arbeiten ausreichender Zuschuß zu den ihm erwachsenden Bau- und Betriebskosten geleistet wird.

XII.

Der Konzessionar ist verpflichtet, hinsichtlich der Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militärtramwärttern, insoweit dieselben das 40ste Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, die für den Staats-Eisenbahndienst in dieser Beziehung — und insbesondere bezüglich der Ermittlung der Militärtramwärter — bestehenden und noch zu erlassenden Vorschriften zur Anwendung zu bringen.

Für seine Beamten hat der Konzessionar auf Verlangen des Ministers der öffentlichen Arbeiten nach Maßgabe der Grundsätze, welche bis zum Erlaß des Gesetzes, betreffend die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten v. vom 27. März 1872 für die Staats-Eisenbahnen bestanden haben, für seine Arbeiter nach Maßgabe der jetzt und künftig für die Staatsbahnen bestehenden Grundsätze, Pensions-, Wittwen- und Unterstützungslagen einzurichten und zu denselben die erforderlichen Zuschüsse zu leisten.

XIII.

Die Verpflichtungen des Konzessionars zu Leistungen für die Zwecke des Postdienstes regeln sich nach dem Eisenbahn-Postgesetze vom 20. Dezember 1875 (Reichs-Gesetzblatt für 1875 S. 318) und den dazu gehörigen Vollzugsbestimmungen, jedoch mit der Erleichterung, daß für die Zeit bis zum Ablauf von acht Jahren vom Beginne des auf die Betriebseröffnung folgenden Kalenderjahres an Stelle der Artikel 2, 3 und 4 des Gesetzes die im Erlaße des Reichskanzlers vom 28. Mai 1879 (Centralblatt für das Deutsche Reich S. 380) getroffenen Bestimmungen treten.

Sofern innerhalb des vorbezeichneten Zeitraums in den Verhältnissen der Bahn in Folge von Erweiterungen

des Unternehmens oder durch den Anschluß an andere Bahnen oder aus anderen Gründen eine Aenderung eintreten sollte, durch welche nach der Entscheidung der obersten Reichsaufsichtsbehörde die Bahn die Eigenschaft als Eisenbahn untergeordneter Bedeutung verliert, tritt das Eisenbahnpostgesetz mit den dazu gehörigen Vollzugsbestimmungen ohne Einschränkung in Anwendung.

XIV.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, sich den bezüglich der Leistungen für militärische Zwecke bereits erlassenen oder künftig für die Eisenbahnen im Deutschen Reich ergehenden gesetzlichen Bestimmungen zu unterwerfen.

XV.

Der Telegraphenverwaltung gegenüber hat der Konzessionar diejenigen Verpflichtungen zu übernehmen, welche für die Eisenbahnen im Gebiete des ehemaligen Norddeutschen Bundes festgesetzt sind oder später für dieselben anderweit festgesetzt werden mögen.

XVI.

Anderen Unternehmern bleibt sowohl der Anschluß an die Bahn mittelst Zweigbahnen, als die Mitbenutzung der Bahn ganz oder theilweise gegen zu vereinbarende, event. vom Minister der öffentlichen Arbeiten festzusetzende Fracht- oder Bahngeld-Sätze vorbehalten.

XVII.

Der Konzessionar ist verpflichtet, den Betrieb seiner Bahn der Verwaltung einer anschließenden Bahn gegen Gewährung einer jährlichen Rente, welche der im Durchschnitt der letzten fünf Jahre erzielten Reineinnahme gleichkommt und mindestens jährlich $4\frac{1}{2}$ Prozent ihres Anlagekapitals (cfr. II.) beträgt, zu überlassen, falls der Minister der öffentlichen Arbeiten diese Betriebsüberlassung im öffentlichen Verkehrsinteresse für erforderlich erachtet. Als Reineinnahme ist diejenige Summe anzusehen, um welche die Betriebs-Mohneinnahme die in dem betreffenden Rechnungsjahre aufgewendeten Verwaltungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten einschließlich der vorgeschriebenen Rücklagen in den Erneuerungs- und Reservefonds, jedoch ausschließlich der aus diesen Fonds zu befreienden Ausgaben übersteigt.

XVIII.

Sollten nach dem Ermessen des Ministers der öffentlichen Arbeiten resp. der obersten Reichsaufsichtsbehörde die Voraussetzungen wegfallen, unter denen auf die Bahn bei ihrer Konzessionierung die Anwendung der Bahnordnung für Deutsche Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung für statthaft erklärt ist (cfr. Artikel XIII. in fine), so muß der Konzessionar auf Erfordern des bezeichneten Ministers sich bereit finden lassen, nach seiner Wahl entweder selbst die baulichen Einrichtungen und den Betrieb der Bahn nach Maßgabe der für Hauptbahnen bestehenden Bestimmungen umzuändern, falls die finanziellen Verhältnisse des Unternehmens ihm diese Umwandlung nach dem Ermessen des Ministers gestatten, oder zu diesem Zwecke einem etwaigen anderen Unternehmer entweder das Eigenthum und den Betrieb der Bahn gegen Erstattung des Anlagekapitals oder

blos den Betrieb der Bahn gegen Gewährung der vorhin am Schlusse des Artikels XVII. bezeichneten Rente abzutreten.

XIX.

Die Aushändigung einer Ausfertigung dieser Konzessions-Urkunde an das Eingangsbetragene Gründungs-Comité erfolgt erst, nachdem die Zeichnung des gesammten Aktienkapitals durch Vorlegung beglaubigter Zeichenscheine dem Minister der öffentlichen Arbeiten nachgewiesen und zugleich die Kreditfähigkeit der Zeichner von demselben als genügend bescheinigt befunden ist, nachdem ferner der Staatsregierung der mit den Konzessionsbedingungen in volle Uebereinstimmung zu setzende Gesellschaftsvertrag vorgelegt und diese Uebereinstimmung nachgewiesen ist und nachdem endlich die Hinterlegung der unter VIII. 4 vorgeschriebenen Kaution und Verpfändungs-Urkunde stattgefunden hat.

Binnen einer von heute ab zu berechnenden zwölfmonatlichen Präklusivfrist muß die Eintragung jenes von der Staatsregierung als mit der Konzession übereinstimmend befundenen Gesellschaftsvertrages in das Handelsregister bewirkt werden, zu welchem Zwecke dem Handelsgerichte die Ausfertigung der Konzessions-Urkunde und die Erklärung der Regierung bezüglich jener Uebereinstimmung vom Gründungs-Comité vorzulegen sind.

Nachdem jene Eintragung rechtzeitig erfolgt und unter Beifügung von Druckeremplaren des Gesellschaftsvertrages nachgewiesen ist, soll die gegenwärtige Urkunde in Gemäßheit des Gesetzes vom 10. April 1872 veröffentlicht werden.

Wird dagegen jene Eintragung binnen der vorbezeichneten Frist nicht herbeigeführt, so ist die gegenwärtig ertheilte Konzession ohne Weiteres erloschen, in welchem Falle jedoch die hinterlegte Kaution zurückgegeben werden soll.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insigne.

Gegeben Berlin, den 18. Mai 1885.

(L. S.) gez. **Wilhelm.**
gez. von Bismarck. von Puttkamer. Maybach.
Lucius. Friedberg. v. Boetticher. v. Scholz.
Gf. Hagfeldt. Bronsart v. Schellendorf.

Concessions-Urkunde,
betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn
von Dahme nach Ucker durch die Dahme-Ucker
Eisenbahn-Gesellschaft.

* * *

Im Anschluß an vorstehende Allerhöchste Urkunde bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechtes über den Bau und Betrieb der Bahn (§ 46 des Eisenbahn-Gesetzes vom 3. November 1838) dem Königlich Eisenbahn-Kommissariate zu Berlin übertragen ist.

Potsdam, den 15. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Ausführung der Wahlen zum Abgeordnetenhanse betreffend

Nachtrag

zu dem Reglement über die Ausführung der Wahlen zum Hause der Abgeordneten für den Umfang der Monarchie mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande vom 4. September 1882.

217. Auf Grund des § 32 der Verordnung vom 30. Mai 1849, des § 3 des Gesetzes vom 11. März 1869 und des § 2 des Gesetzes vom 23. Juni 1876 wird hierdurch bestimmt, was folgt:

- 1) Der Absatz 2 des § 1 (Hannover) fällt fort.
- 2) An die Stelle des Absatzes 3 des § 4 tritt mit Rücksicht auf die Provinz Hannover Folgendes:
„die Entscheidung darüber erfolgt in den Städten durch die Gemeinde-Verwaltungsbehörde, auf dem Lande durch den Landrath, mit der Maßgabe, daß dieselbe

im Regierungsbezirk Wiesbaden in allen Gemeinden von über 1750 Seelen,

in Hannover in denjenigen Städten, auf welche die hannoversche revidirte Städteordnung vom 24. Juni 1858 (hannoversche Gesetz-Sammlung Seite 141) Anwendung findet,

den Gemeinde-Verwaltungsbehörden zusteht“.

- 3) Die in den §§ 12, 21, 24, 31 und 32 den vormaligen Landdrosten in Hannover übertragenen Funktionen sind von den Regierungs-Präsidenten wahrzunehmen.

- 4) Der § 13 erhält folgenden Zusatz:

„Die Anwesenheit solcher nicht stimmberechtigter Personen, ohne deren Thätigkeit der zweckentsprechende und ordnungsmäßige Verlauf der Wahlverhandlung nach dem Ermessen des Wahlvorsichters nicht möglich ist, ist vorübergehend zulässig.“

- 5) Der § 27 erhält folgenden Zusatz:

„Bei der Entscheidung der Versammlung über die von dem Wahlkommissar für ungültig erachteten Urwahlen (§ 27 der Verordnung) sind auch diejenigen Wahlmänner stimmberechtigt, deren Wahl von dem Wahlkommissar beanstandet wird.“

Berlin, den 22. August 1885.

Königl. Staatsministerium.

gez. von Puttkamer. Maybach. Lucius.
Friedberg. von Boetticher. von Götter.
von Scholz. Graf von Hagfeldt.

Bronsart von Schellendorf.

* * *

Vorstehender Nachtrag zu dem — im Extrablatt zum Amtsblatt für 1882 Seite 347 u. ff. publicirten — Reglement über die Ausführung der Wahlen zum Hause der Abgeordneten u. wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 22. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehsenchen.

218. Milzbrand ist unter dem Rindvieh des Bauer-
gutsbesizers Lieside zu Dyrog im Kreise Osthavelland
ausgebrochen.

Potsdam, den 20. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirks-Ausschüsse.

Betrifft die Gestattung von Vorarbeiten zu dem staatsseitigen
Ausbau der Eisenbahn von Loewenberg nach Templin.

9. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten
hat durch Erlaß vom 31. v. M. — IIa. (h.) 14887 —
das königliche Eisenbahn-Betriebs-Amt zu Stralsund
mit der Anfertigung der erforderlichen speziellen Vor-
arbeiten zum staatsseitigen Ausbau einer Eisenbahn von
Loewenberg nach Templin beauftragt.

Auf Grund des § 5 des Enteignungsgesetzes vom
11. Juni 1874 und des § 150 des Gesetzes über die
Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichts-
Behörden vom 1. August 1883 wird demgemäß hierdurch
angeordnet, daß die beteiligten Grundeigentümer den
mit der Vornahme jener Vorarbeiten beauftragten
Beamten, sowie deren Gehülfen und Arbeitern sowohl
den Zutritt auf ihren Grund und Boden, als auch die
Verrichtung sämtlicher zur Erledigung ihres Auftrages
erforderlichen Arbeiten zu gestatten haben.

Es muß jedoch von jeder Vorarbeit unter Bezeich-
nung der Zeit und der Stelle, wo sie stattfinden soll,
mindestens zwei Tage zuvor der Vorstand des be-
treffenden Gemeinde- oder Ortsbezirks in Kenntnis
gesetzt werden, welcher davon die beteiligten Grund-
besitzer speziell oder in ortsüblicher Weise generell weiter
zu benachrichtigen hat.

Der den Grundbesitzern etwa erwachsende Schaden
wird von dem Unternehmer vergütet.

Eine Zerstörung von Baulichkeiten jeder Art, sowie
das Fällen von Bäumen ist nur mit besonderer dies-
seitiger Genehmigung zulässig.

Potsdam, den 19. September 1885.

Namens des Bezirks-Ausschusses.
der Vorsitzende.

In Vertretung: Neuhäus.

Kommunalbezirks-Veränderung.

10. Seitens des Bezirksauschusses ist unterm
heutigen Tage genehmigt worden, daß die Seitens der
Stadtgemeinde Havelberg im Jahre 1884 käuflich er-
worbene, in dem Gemeindebezirk Benkelin belegene und
im Grundbuche desselben Orts Band V. Blatt 144
Nr 122 verzeichnete Waldparzelle — Kartenblatt Nr 1
Flächenabschnitt 21' 22' 23' 24' und 25 — in der
Größe von 9 ha 2 ar 40 qm mit dem Stadtbezirk
Havelberg vereinigt wird.

Potsdam, den 11. September 1885.

Namens des Bezirksauschusses.
Der Vorsitzende.

In Vertretung: Neuhäus.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.**Polizei-Verordnung.**

betreffend das Aufblasen der Schlachthiere etc.

77. Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes
über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli
1883 (G.-S. S. 195 ff.) und der §§ 5 ff. des Gesetzes
über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850
(Gef.-S. S. 265) wird unter Zustimmung des Gemeinde-
Vorstandes für den Stadtkreis Berlin verordnet,
was folgt:

§ 1. Das Aufblasen geschlachteter Thiere oder
einzelner Theile derselben, sowohl mittelst des Mundes,
als mittelst eines Blasebalges oder andern Werkzeuges,
ebenso die Einführung, das Feilbieten und der Verkauf
aufgeblasener Schlachthiere oder einzelner aufgeblasener
Theile derselben ist verboten.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht
nach allgemeinen Strafbestimmungen, insbesondere des
§ 263 des Reichs-Strafgesetzbuches, eine härtere Strafe
verwirkt ist, mit einer Geldstrafe von 5 bis zu 30 Mark
bestraft, an deren Stelle im Falle des Unvermögens
eine entsprechende Haftstrafe tritt.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 1. Oktober
1885 in Kraft.

Berlin, den 15. September 1885.

Königl. Polizei-Präsidium.

Polizei-Verordnung.

betreffend die Aufbewahrung und Verabfolgung der Gistwaaren.

78. Auf Grund der §§ 5, 6 und 11 des Gesetzes
über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 ver-
ordnet das Polizei-Präsidium, nach Verathung mit dem
Gemeinde-Vorstande, für den Polizei-Bezirk von Berlin,
was folgt:

§ 1. Die in der Anlage A. namhaft gemachten
Giste und alle anderen, denselben gleich wirkenden
Stoffe dürfen von den zum Handel mit Gisten befugten
Personen nur in eigenen abgeschlossenen Räumen in
festen Gefäßen aufbewahrt werden. Die Gefäße, welche
die Giste enthalten, sind in verschlossenen Behältnissen,
und zwar so aufzustellen, daß jede der fünf Arten der
Giste, welche in der Anlage A. unterschieden werden,
in einem besonderen verschlossenen Behältnisse enthalten
ist. Die Gefäße müssen mit einer ihrem Inhalte ent-
sprechenden deutlichen Signatur versehen sein, welche in
Delfarbe ausgeführt oder eingebrannt sein muß. Die
Farbe der Signaturen muß von der aller anderen auf
sonstigen Gefäßen befindlichen Signaturen verschieden
sein. Die Thür eines jeden der erwähnten fünf Be-
hältnisse muß an ihrer äußeren Fläche die Signatur
„Gist“ und das Bild eines Totenkopfes tragen.

§ 2. Der Phosphor ist in Gefäßen von starkem
Glas mit gläsernem Stöpsel unter Wasser aufzu-
bewahren. Die Gläser müssen mit Sand umschüttet in
Kapseln aus Eisenblech stehen, und letztere sind in einem
feuersicheren, verschlossenen Behältnisse im Keller aufzu-
bewahren.

§ 3. Für jede der fünf Arten der Giste, welche

in der Anlage A. unterschieden werden, müssen eigene signirte Waageschalen, Gewichte, Mörser, Löffel und sonst etwa erforderliche Geräthe gehalten und bei den betreffenden Giften aufbewahrt werden.

§ 4. Diese Gifte (§ 1) dürfen nur gegen einen Giftschein und an Niemand anders, als an Kaufleute, Apotheker und an Fabrikanten, Künstler und Handwerker, die solche Waaren zu ihrem Gewerbe bedürfen und dem Verkäufer als zuverlässig bekannt sind oder sich durch ein Zeugniß des Vorstandes desjenigen Polizei-Reviers ausweisen, in welchem sie wohnen, verabsolgt werden. Nur die zur Vertilgung von Ungeziefer dienenden Zubereitungen der Gifte dürfen auch an andere Personen (als Kaufleute, Apotheker u. s. w.) verkauft werden, jedoch gleichfalls nur, wenn diese Personen dem Verkäufer als zuverlässig bekannt sind, oder sich durch ein Zeugniß des Vorstandes desjenigen Polizei-Reviers, in welchem sie wohnen, ausweisen.

§ 5. Die eingehenden Giftscheine müssen von dem Verkäufer numerirt, in ein Giftbuch eingetragen und aufbewahrt werden.

§ 6. Das Giftbuch muß die Nummer und das Datum jedes Giftscheines, den Namen und Stand des Bestellers, den Namen und Stand der Person, welche das Gift in Empfang genommen hat, die Art und das Quantum des verabsolgt Giftes und die Angabe, zu welchem Zweck dasselbe verlangt worden ist, enthalten.

§ 7. Die Gifte dürfen nicht in Papierhüllen, sondern müssen in festen, gut verschlossenen, versiegelten und mit dem Namen des Giftes, der Aufschrift „Gift“ und drei in die Augen fallenden schwarzen Kreuzen bezeichneten Gefäßen verabsolgt werden. Sie dürfen nicht Kindern und anderen unzuverlässigen Personen ausgehändigt werden.

§ 8. Die in der Anlage B. namhaft gemachten, heftig wirkenden Stoffe und alle übrigen Stoffe von gleich heftiger Wirkung dürfen nur in eigenen abgetheilten und verschlossenen Behältnissen oder in eigenen Räumen aufbewahrt werden, jedoch nicht in demjenigen Raume, wo die Gifte der Anlage A. aufbewahrt sind. Die Gefäße, in denen sie enthalten sind, müssen fest und mit einer dem Inhalte entsprechenden Signatur versehen sein. Die Signatur muß in derselben Farbe ausgeführt oder eingebrannt sein und die Farbe derselben von der aller anderen auf sonstigen Gefäßen befindlichen Signaturen verschieden sein.

§ 9. Für die auf der Anlage B. aufgeführten Stoffe müssen eigene signirte Waageschalen, Gewichte, Mörser und sonst etwa erforderliche Geräthe gehalten und bei den Stoffen dieser Art aufbewahrt werden.

§ 10. Diese Stoffe (§ 8) dürfen zwar ohne Giftschein, aber nur an Personen, welche dem Verkäufer als zuverlässig bekannt oder von dem Vorstande desjenigen Polizei-Reviers, in welchem sie wohnen, legitimirt sind und nur unter guter, mit dem Namen des Stoffes bezeichneter Umhüllung verabsolgt werden.

§ 11. Konzentrirte Schwefelsäure (Vitrioleum, Oleum), konzentrirte Salpetersäure (Scheidewasser) und

konzentrirte Aetzlauge (Flaschenlauge, Pfundlauge), Zuckersäure (Drallsäure, Keesäure) und Keesalz dürfen in kleinen Quantitäten, d. h. in Mengen von weniger als einem Pfund nur wie die Gifte der Anlage A. gegen Giftschein und unter Beobachtung der Vorschriften der §§ 4, 5 und 6 dieser Verordnung verkauft werden. — Die konzentrirte Schwefel- und Salpetersäure, sowie die konzentrirte Aetzlauge dürfen nur in Gefäßen, welche mittelst eines Stöpsels fest verschlossen und mit der Aufschrift „Gift“ bezeichnet sind, Zuckersäure und Keesalz niemals in Papierbüten, sondern nur in Eisenkrufen, welche die Aufschrift „Gift“ tragen und fest zugebunden sind, verabsolgt werden.

§ 12. Verbünnte Schwefel- und Salpetersäure, sowie verbünnte Aetzlauge, worunter Mischungen von einem Theile konzentrirter Säure oder Lauge mit mindestens fünf Theilen Wasser zu verstehen sind, dürfen in jeder beliebigen Menge ohne Legitimation des Käufers verkauft werden.

§ 13. Wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, oder den durch diese Verordnung auferlegten Verpflichtungen nachzukommen unterläßt, wird, wofern er nicht nach den vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen eine schwerere Strafe verwirkt hat, mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 14. Die Polizei-Verordnung, betreffend die Aufbewahrung und Verabsolgtung von Giftwaaren, vom 20. Dezember 1873 (Amtsblatt S. 24, Jahrgang 1874 und Intelligenzblatt für 1874 Nr. 8) wird hiermit aufgehoben. In wie weit der Handel mit den in Anlage A. und Anlage B. angeführten Stoffen in Apotheken vorbehalten ist, ergibt sich aus der k. k. Verordnung vom 4. Januar 1875.

Berlin, den 6. Dezember 1876.

Königl. Polizei-Präsidium.

* * *

Anlage A

Verzeichniß

der direkten Gifte, welche nur in besonders abgeschlossenen Räumen (Giftkammern) aufbewahrt werden dürfen:

1) Alcaloide und deren Salze: Aconitin; Atropin; Cantharidin; Coniin; Digitalin; Strychnin; Veratrin u. ähnliche.

2) Arsenicalia (Arsen und dessen Verbindungen): Scherbenkobalt; Fliegenstein; Acidum arsenicosum (arsenige Säure); Acidum arsenicicum (Arsensäure); Pulvis arsenicosus Cosmii (Cosme'sches Pulver); Arsenhaltige Farben; Auripigmentum (Opferstein); Realgar (Rauschgelb); Schweinfurter, Schwebel'sches, Wiener, Kaiser-, Mittels- oder Pappe'sches Grün; Arsenhaltige Anilin-Farben u. s. w. zur Vertilgung von Ungeziefer mit Arsen bereitete Mittel wie Fliegenpapier, Fliegenwasser und dergl.

3) Mercurialia (Quecksilber-Verbindungen): Hydrargyrum bichloratum corrosivum (Aepfelstein-Quecksilber-Chlorid oder Sublimat); Hydrargyrum biiod-

rubrum (Roths Quecksilber-Jodid); Hydrargyrum jodatum flavum (Gelbes Jod-Quecksilber); Hydrargyrum praecipitatum album (Weißes Quecksilber-Präcipitat); Hydrargyrum nitricum oxydulatum (Salpetersaures Quecksilber-Dryd); Hydrargyrum oxydatum rubrum (Roths Quecksilber-Dryd oder rother Präcipitat); Hydrargyrum oxydatum via humida paratum (Präcipitirtes Quecksilber-Dryd); Turpethum minerale (Basisch-schwefelsaures Quecksilber-Dryd).

4) Phosphor und die zum Vertilgen von Ungeziefer damit zubereiteten Gifte.

5) Cyanata (Blausäure und deren Salze, blausäurehaltige Stoffe); Hydrargyrum cyanatum (Cyan-Quecksilber); Kalium cyanatum (Cyankali); Zincum cyanatum (Cyan-Zink); Oleum amygdalarum aethereum (Bittermandel-Öl); Oleum laurocerasi aethereum (Kirschlorbeer-Öl).

Anlage B.

Verzeichnis

der heftig wirkenden Stoffe, welche von den übrigen abzusondern und vorsichtig aufzubewahren sind.

1) Alkalien und Laugen: Kalium: Kali causticum fustum (Aeskali); Liquor Kali caustici (Aeskali-Lauge); Natrium; Natrium causticum (Aegnatron); Liquor Natri caustici (Aegnatron-Lauge).

2) Alcaloide und deren Salze: Codein; Morphin; Narcein; Narcotin etc.

3) Antimonialia (Spiegglang-Präparate); Liquor stibii chlorati (Spiegglang-Butter); Tartarus stibiatus (Bleichweinstein).

4) Bleipräparate und bleihaltige Farben: Liquor plumbi subacetici (Blei-Essig); Plumbum aceticum (Bleizucker); Plumbum jodatum (Jod-Blei); Cerussa (Bleiweiß); Lithargyrum (Bleiglätte, Silberglätte oder Rassicot); Minium (Mennige); Plumbum chromicum (Chromsaures Bleioryd, Bleigelb, Chromgelb, Chromorange oder Chromroth).

5) Brom und dessen Verbindungen, wie Kalium bromatum (Bromkali) u. A.

6) Cadmium-Verbindungen: Cadmium oxydatum (Cadmium-Dryd); Cadmium carbonicum, hydrochloratum, sulfuricum (kohlen-saures, salzsaures, schwefelsaures Cadmium-Dryd).

7) Drogen und die aus denselben bereiteten Essige, Extrakte, Pulver, Säfte, Tinkturen, Weine: Anarcadia (Elephanten-Räuse); Aqua amygdalarum amararum (Bittermandel-Wasser); Aqua laurocerasi (Kirschlorbeer-Wasser); Cantharides (Spanische Fliegen); Cardol, Chloroformium (Chloroform); Chloratum hydratum crystallisatum (Chloralhydrat); Euphorbium, Faba Calabarica (Calabar-Bohne); Faba St. Ignatii (Ignatius-Bohne); Folia Belladonnae (Tollkirschen-Blätter); Folia Digitalis (Fingerhut-Blätter); Folia Hyoscyami (Bilsenfraut); Folia Stramonii (Stechapfel-Blätter); Folia Toxicodendri (Giftsumach-Blätter);

Fructus Colocynthis (Coloquinten); Fructus Sabadillae (Sabadilla-Saamen); Guttii (Gummigutt); Herba Aconiti (Eisenhut-Kraut); Herba Cicutae virosae (Wasserschierling); Herba Conii (Schierlingstrauch); Herba gratiolae (Gottesgnadenkraut); Kreosotum (Kreosot); Natrium santonicum (Santonin-Natron); Nitrobenzolum (Nirban-Öl); Oleum Crotonis (Croton-Öl); Oleum Sabinae (Sadebaum-Öl); Oleum Sinapis (Senf-Öl); Opium, Oxalium (Kleesalz); Radix Belladonnae (Belladonna-Wurzel); Radix Hellebori viridis (Grüne Nieswurz); Radix Ipecacuanhae (Brech-wurzel); Rhizoma Veratri (Weiße Nieswurz); Santoninum (Santonin); Semen Cocculi Indici (Koddel-Körner); Semen Colchici (Zeitlosen-Saamen); Semen Hyoscyami (Bilsen-Saamen); Semen Stramonii (Stechapfel-Saamen); Semen Strychni (Krähen-Augen); Summitates Sabinae (Sadebaum-Spizen); Tubera Aconiti (Eisenhut-Knollen); Tubera Jalapae (Jalapen-Knollen).

8) Goldsalze: Aurum chloratum (Chlorgold); Auro Natrium chloratum (Chlorgold-Natrium).

9) Jod und seine Präparate; Jodium (Jod); Ferrum jodatum saccharatum (Zuckerhaltiges Jodeisen); Jodoformium (Jodoform); Kalium jodatum (Jodkali); Sulfur jodatum (Jodschwefel).

10) Kupfersalze und kupferhaltige Farben: Aerugo (Grünspan); Cuprum aceticum (krystallisirter Grünspan); Cuprum aluminatum (Kupfer-Alaun); Cuprum oxydatum (Kupfer-Dryd); Cuprum sulfuricum (Kupfer-vitriol); Cuprum sulfuricum ammoniatum.

11) Quecksilbersalze: Hydrargyrum chloratum mite (Kalomel); Hydrargyrum chloratum mite vapore paratum (durch Dampf bereitetes Quecksilberchlorid); Hydrargyrum phosphoricum (phosphorsaures Quecksilber-Dryd); Hydrargyrum bisulfuricum (doppelschwefelsaures Quecksilber-Dryd).

12) Säuren: Acidum carbolicum (Karbolsäure); Acidum chromicum (Chromsäure); Acidum hydrochloricum (Salzsäure); Acidum nitricum (Salpetersäure, Scheidewasser); Acidum oxalicum (Kleesäure); Acidum picricum (Pikrinsäure); Acidum sulfuricum (Schwefelsäure, Vitriol-Öl).

13) Silbersalze: Argentum aceticum (essigsaures Silber-Dryd); Argentum nitricum (Höllenstein); Argentum nitricum cum Kali nitrico (salpeterhaltiger Höllenstein); Argentum chloratum (Chlor Silber); Argentum sulfuricum (schwefelsaures Silber-Dryd).

14) Zinksalze: Zincum aceticum (essigsaures Zink-Dryd); Zincum chloratum (Chlorzink); Zincum lacticum (milchsaures Zink-Dryd); Zincum sulfocarbolicum (karbolschwefelsaures Zink-Dryd); Zincum sulfuricum (Zink-Vitriol); Zincum valerianicum (valeriansaures Zink-Dryd).

15) Zinnsalze: Stannum chloratum fumans (Zinnchlorid, Zinngeist); Stannum chloratum crystallisatum (Chlorzinn, Zinnkalz); Stannum ammoniacatum chloratum (Zinnkalz).

Polizei-Verordnung.

betreffend die Aufbewahrung, das Feilhalten und den Verkauf von
Zuckeräure (Kleefäure, Dralsäure) und Kleefalz.

Auf Grund der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.) und der §§ 5 ff. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) wird hierdurch nach Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Berlin Folgendes verordnet:

Einziger Paragraph.

Der § 11 der Polizei-Verordnung vom 6. Dezember 1876, betreffend die Aufbewahrung und Verabfolgung der Gistwaaren, lautet vom Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung folgendermaßen:

Konzentrierte Schwefelsäure (Vitriolum, Oleum), konzentrierte Salpetersäure (Scheidewasser) und konzentrierte Aetzlauge (Flaschenlauge, Pfundlauge), Zuckeräure (Dralsäure, Kleefäure) und Kleefalz dürfen in kleinen Quantitäten, d. h. in Mengen von weniger als einem Pfund nur wie die Giste der Anlage A. gegen Giftschein und unter Beobachtung der Vorschriften der §§ 4, 5 und 6 dieser Verordnung verkauft werden. — Die konzentrierte Schwefel- und Salpetersäure, sowie die konzentrierte Aetzlauge dürfen nur in Gefäßen, welche mittelst eines Stöpsels fest verschlossen und mit der Aufschrift „Gift“ bezeichnet sind, Zuckeräure und Kleefalz niemals in Papierbüten, sondern nur in hölzernen Krufen, welche die Aufschrift „Gift“ tragen und fest zugebunden sind, verabfolgt werden.

Berlin, den 7. September 1885.

Der Polizei-Präsident.

* * *

Republication.

Die Polizei-Verordnung vom 6. Dezember 1876, betreffend die Aufbewahrung und Verabfolgung der Gistwaaren, wird mit vorstehender Zusatz-Verordnung des § 11 derselben hierdurch wieder zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 7. September 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Einschränkung des Paketverkehrs mit Portugal.

10. Bis auf Weiteres können auf dem Wege über Frankreich Pakete mit oder ohne Werthangabe nach Portugal nicht befördert werden. Dagegen sind für Paketsendungen nach diesem Lande die Wege über Belgien und England bz. über Hamburg noch benutzbar. Ueber das Nähere ertheilen die Postanstalten Auskunft.

Berlin W., den 15. September 1885.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
von Stephan.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Änderung in der Gelbbestellung.

44. Vom 1. Oktober ab bis Ende März n. J. kommt in Berlin die vierte wochentägliche, um 5 Uhr Nachm. beginnende Gelbbestellung, wie im vorigen Winterhalbjahr, in Fortfall. Der Beginn der dritten Gelbbestellung wird in dieser Zeit von 2 Uhr auf 3 1/2 Uhr Nachm. verlegt.

Berlin C., den 17. September 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Verlosung von Prioritäts-Obligationen der Taunus-Eisenbahn.
22. Bei der heute in unserem Sitzungszimmer vor Notar und Zeugen stattgehabten Auslosung der am 31. Dezember 1885 zur Rückzahlung gelangenden Prioritäts-Obligationen der Taunus-Eisenbahn sind folgende Nummern gezogen worden:

1) von dem 3 1/2 prozentigen Anlehen von 1844

— 41. Rückzahlungsrate —

Lit. A. zu 1000 fl. № 4, 14, 51, 111, 115, 133, 138, 179, 204, 230, 249 = . . . 11 Obligationen über 11000 fl.,

Lit. B. zu 500 fl. № 30, 60, 78, 81, 100, 145, 149, 193, 204, 228, 277, 283 = 12 Obligationen über 6000 fl.,

Lit. C. zu 250 fl. № 20, 58, 106, 128, 151, 181, 245, 284, 347, 365, 372 = 11 Obligationen über 2750 fl.;

zusammen . . . 34 Obligationen über 19750 fl.
= 33857 M. 14 Pf.

2) von dem 4 prozentigen Anlehen von 1862

— 23. Rückzahlungsrate —

Lit. A. zu 1000 fl. № 153, 214, 277 = 3 Obligationen über 3000 fl.,

Lit. B. zu 500 fl. № 10, 28, 270, 318, 550, 560 = . . . 6 Obligationen über 3000 fl.;

zusammen . . . 9 Obligationen über 6000 fl.
= 10285 M. 71 Pf.

Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag vom 31. Dezember 1885 ab bei der Staatsschulden-Eilungskasse hieselbst, Taubenstraße Nr. 29, gegen Quittung und Rückgabe der Obligationen nebst den dazu gehörigen, nach dem 31. Dezember 1885 fällig werdenden Zinscheinen und zwar:

von dem Anlehen von 1844, Reihe IV. № 2 bis 7 und von dem Anlehen von 1862, Reihe II. № 8 bis 20 nebst Anweisungen zur Reihe III. zu erheben.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Einlösung geschieht auch bei der Hauptkasse

der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a./M. und bei der Königl. Kreiskasse daselbst, sowie ferner bei den Königl. Regierungs-Hauptkassen.

Zu diesem Zwecke können die Obligationen nebst Zinscheinen und Zinscheinanweisungen einer dieser Kassen schon vom 1. Dezember d. J. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung vom 31. Dezember 1885 ab die Auszahlung bewirkt.

Der Gelbbetrag der etwa fehlenden, unentgeltlich mit abzuliefernden Zinscheine wird von dem zu zahlenden Kapitalbetrage zurückbehalten.

Vom 1. Januar 1886 ab hört die Verzinsung dieser Obligationen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelooften, noch rückständigen Obligationen des 3 1/2 % igen Anleihe vom Jahre 1844 und zwar:

aus der 38. Verloosung, gekündigt zum 31. Dezember 1882, abzuliefern mit Zinscheinen Reihe III. Nr. 4/8 und Anweisungen zur Reihe IV.,

Lit. B. zu 500 fl. Nr. 143, 183, 200.

aus der 39. Verloosung, gekündigt zum 31. Dezember 1883, abzuliefern mit Zinscheinen Reihe III. Nr. 6/8 und Anweisungen zur Reihe IV.,

Lit. C. zu 250 fl. Nr. 103.

hierdurch mit dem Bemerken aufgerufen, daß die Verzinsung derselben bereits mit den einzelnen Kündigungs-terminen aufgehört hat.

Formulare zu den Quittungen werden von den gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 15. September 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Die Serienziehung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855. **23.** Bei der heute öffentlich bewirkten 31. Serien-Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 sind die 40 Serien: 26. 30. 47. 60. 104. 109. 110. 135. 193. 231. 271. 351. 404. 418. 437. 450. 473. 565. 647. 783. 784. 794. 826. 910. 951. 957. 969. 1004. 1031. 1038. 1054. 1138. 1214. 1222. 1294. 1317. 1351. 1359. 1427. 1477. gezogen worden.

Die zu diesen Serien gehörigen 4000 Schuldverschreibungen und die für dieselben am 1. April f. J. zu zahlenden Prämien werden am 15. Januar f. J. und an den folgenden Tagen öffentlich ausgelooft worden.

Berlin, den 15. September 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Die Verloosung von Schuldverschreibungen der 4 % Staatsanleihen von 1850, 1852 und 1853 betreffend.

24. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten Verloosung von Schuldverschreibungen der 4prozentigen Staatsanleihen von 1850, 1852 und 1853 sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelooften Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 1. April 1886 ab, gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der nach dem 1. April 1886 fällig werdenden Zinscheine nebst Zinscheinanweisungen,

bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, Taubenstraße Nr. 29 hiersebst, zu erheben.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungs-Hauptkassen und bei der Kreiskasse in Frankfurt a./M.

Zu diesem Zwecke können die Schuldverschreibungen nebst Zinscheinen und Zinscheinanweisungen einer dieser Kassen schon vom 1. März f. J. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. April 1886 ab bewirkt.

Mit den verloosten Schuldverschreibungen sind unentgeltlich abzuliefern und zwar: von den Anleihen von 1850 und 1852 die Zinscheine Reihe IX. Nr. 8 nebst Anweisungen zur Abhebung der Reihe X. und von der Anleihe von 1853 die Zinscheine Reihe IX. Nr. 3 bis 8 und Anweisungen zur Abhebung der Reihe X.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird von dem Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. April 1886 hört die Verzinsung der verloosten Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelooften, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Schuldverschreibungen wiederholt und mit dem Bemerken aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit den einzelnen Kündigungs-terminen aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von den sämtlichen oben gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 16. September 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Einziehung des Steuer-Amtes zu Beelitz.

3. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Steuer-Amt zu Beelitz im Bezirke des Haupt-Steuer-Amtes zu Potsdam zum 1. Oktober d. J. zur Einziehung gelangt und von diesem Zeitpunkte ab die Betriebsanstalten zu Beelitz dem Spezialhebezirk des genannten Hauptamtes und die Betriebsanstalten zu Blankensee und Stangenhagen dem Hebezirk des Steueramtes zu Trebbin zugetheilt worden sind.

Berlin, den 21. September 1885.

Der Provinzial-Steuer-Direktor Hellwig.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Den Nachtrag IV. zum Ostdeutsches-Ungarischen Getreidetarif betr. **42.** Am 1. Oktober d. J. tritt zum Ostdeutsches-Ungarischen Getreidetarif (Theil II., Heft 2 des Verbandes) der Nachtrag IV. in Kraft. Derselbe enthält unter Anderem: Neue Frachtsätze für Getreide und Kleie im Verkehr mit Berlin, Cottbus, Custrin, Finken-

beerd, Frankfurt a./D., Fürstentwalde, Görlitz, Guben, Müllrose und Penzig, Aufnahme neuer Stationen der Königlich Ungarischen Staats-Eisenbahnen, neue Sätze für einige Stationen der Budapest-Künstlicher Eisenbahn mit Druckfehlerberichtigungen. Exemplare dieses Nachtrages sind bei den Güter-Kassen Berlin Schles. Bf., Breslau N./M. Bf., Frankfurt a./Oder und Görlitz, sowie bei dem hiesigen Auskunftsbureau Bf. Alexanderplatz unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 14. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Neuerer Geleiseanschluss der Berlin-Görlitzer Bahn an die Berliner Ring- und Stadtbahn.

43. Am 1. Oktober d. J. wird der äußere Geleiseanschluss der Berlin-Görlitzer Bahn an die Berliner Ring- und Stadtbahn bei Treptow für den Personen- und Gepäc-Verkehr dem Betriebe übergeben. Die vermittelst dieses Anschlussgeleises von der Berlin-Görlitzer Bahn auf die Berliner Ring- und Stadtbahn und umgekehrt von dieser auf die Berlin-Görlitzer Bahn übergehenden Personenzüge ergibt der vom 1. Oktober d. J. ab gültige Fahrplan des Eisenbahn-Direktionsbezirks Berlin.

Berlin, den 20. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Den Winterfahrplan betreffend.

76. Mit dem 1. Oktober d. J. tritt für den Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg der dieser Nummer beiliegende Fahrplan in Kraft.

Bromberg, den 10. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Berichtigungsblätter zu den Tarifheften Nr. 2 und 3 des Deutsch-Polnischen Verbands-Gütertarifs.

77. Zu den Tarifheften Nr. 2 und 3 des mit dem 1. Oktober 1885 in Kraft tretenden Deutsch-Polnischen Verbands-Gütertarifs ist je ein Berichtigungsblatt herausgegeben, das bei den Verbandstationen, sowie bei der unterzeichneten Verwaltung verabsolgt wird. Soweit durch die eintretenden Änderungen Frachterschwernisse bzw. Vertheuerungen publicirt werden, treten dieselben mit dem 1. November 1885 in Kraft.

Bromberg, den 11. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion

Namens der Verbands-Verwaltungen.

Eröffnung des Personenhaltepunktes Rischke für den gesamten Verkehr.

78. Vom 1. Oktober 1885 ab wird der bisherige Personenhaltepunkt Rischke für den gesamten Personen-, Gepäc-, Güter-, Leichen-, Fahrzeug- und Viehverkehr mit der Einschränkung eröffnet, daß schwer wiegende Fahrzeuge daselbst nicht verladen werden können, da eine feste Laderampe nicht vorhanden ist. Näheres ist auf sämtlichen Stationen zu erfahren.

Bromberg, den 14. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Getreidetransporte betreffend.

79. Bei Getreidetransporten von Stationen der Zwangorod-Dombrowaer Eisenbahn laut Nachtrag III. des Tarifheftes Nr. 1 im Deutsch-Polnischen Verbands, gültig vom 1. März 1885, wird, falls die Verladung vom Versender bewirkt wird, die Fracht pro 10000 kg im Kartirungswege um 2 Rubel 12 Kopelen ermäßigt.

Bromberg, den 14. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion,
Namens der Verbandsverwaltungen.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

8. **Extrazüge**
zur Magdeburger Messe
Sonntag, den 20. und 27. September d. J.

| | |
|-------------------------|-------------------|
| 1) von Berlin Potsdamer | |
| Bahnhof | 5 Uhr 20 Min. Vm. |
| " Potsdam | 6 " 2 " " |
| in Magdeburg | 8 " 45 " " |
| 2) von Magdeburg | 10 " Abends, |
| in Berlin | 1 " 30 " Nachts. |

Der Zug hält im Bedarfsfall in Steglitz und Zehlendorf. Billets, welche zur Rückfahrt innerhalb 2 Tagen, den Löbungsstag mitgerechnet, bei allen fahrplanmäßigen Personenzügen (ausschließlich Courier- und Schnellzüge) ab Magdeburg, sowie bei dem am Tage der Einfahrt 10 Uhr Abends von Magdeburg abgehenden Extrazuge gelten, können von jetzt ab bis zum Abgange der Züge in Berlin und Potsdam

für 6 Mark zur II. Classe und
" 4 " " III. "

gelöst werden.

Freigepäc wird nicht gewährt.

Königl. Eisenbahn-Betriebsamt
(Berlin—Magdeburg.)

Personal-Chronik.

Der Bürgermeister Kneisel in Perleberg ist zum Amts-Anwalt bei dem Königl. Amts-Gericht daselbst vom 1. Oktober d. J. ab ernannt worden.

Im Kreise Beeskow-Storkow sind nach Ablauf ihrer bisherigen Dienstzeit der Gutsbesitzer Mark zu Charlottenhof und der Oberinspektor Frige zu Ragow von Neuem zu Amtsvorsteher-Stellvertretern für die Bezirke XXI. Beeskow und XXII. Merz ernannt worden.

Im Kreise Niederbarnim ist nach erfolgtem Ableben des kommissarischen Amtsvorstehers Häbner zu Erkner der Landwirth Oskar von Basse daselbst für die Zeit bis zum 18. Juli 1886 zum kommissarischen Amtsvorsteher des Amtsbezirks IX. Erkner ernannt worden.

Im Kreise Teltow sind wegen Ablauf ihrer bisherigen Dienstzeit der Rittergutsbesitzer Berend zu Klein-Beeren und der Amtmann Fischer zu Klein-Diebersdorf von Neuem zum Amtsvorsteher bzw. Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk XXXVI. Groß-Beeren ernannt worden.

Dem Pfarrer Bartusch zu Niederfinow ist vom 1. Oktober d. J. ab die Kreisschulinspektion über die Schulen des Inspektionskreises Eberswalde provisorisch übertragen worden.

Der bisherige Superintendent der Diözese Neustadt-Brandenburg und Oberpfarrer an St. Katharinen in Brandenburg a./H. Karl Eduard Wilhelm Wegener ist zum 2. Prediger an der St. Georgenkirche in Berlin bestellt worden.

Der bisherige Diaconus Paul Gotthold Oskar Thoesdtau in Angermünde ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Rarow, Diözese Potsdam II., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Karl Heinrich Johannes Krause zu Schwenda bei Stolberg (Harz) ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden in Groß-Mug und Reheberg, Diözese Jeydenich, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Paul Martin Reinhold Morgenroth ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Steinhöfel, Diözese Angermünde, bestellt worden.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Diaconat zu Beeskow, Diözese gleichen Namens, kommt durch die Versetzung des Diaconus Kirchner zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Der Gemeindegeschullehrer Reinhold Schulz und die Gemeindegeschullehrerin Flora Brutschke sind an der Charlottenschule (höhere Mädchenschule) in Berlin als ordentlicher Lehrer bezw. ordentliche Lehrerin angestellt worden.

Die bisherige Gemeindegeschullehrerin Emilie Neusbrink ist als ordentliche Lehrerin an der Luisenschule (höhere Mädchenschule) in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen

im Bezirk der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt pro August 1885.

Befördert: der Stationsvorsteher II. Klasse Formey in Berlin zum Stations-Vorsteher I. Klasse.

Versetzt: der Stationsvorsteher II. Klasse von Deughem von Torgau nach Jüterbog.

Vermischte Nachrichten.

Die Führung der Handels- u. Register für die Bezirke der Amtsgerichte Strassburg Ufm. und Brüssow.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß vom 16. September d. J. ab den Amtsgerichten Strassburg Ufm. und Brüssow die Führung der Handels-, Genossenschafts-, Gesellschafts-, Firmen-, Prokuren-Register u. für ihre Bezirke übertragen worden ist.

Prenzlau, den 12. September 1885.

Königl. Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
Ser. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------|--|---|--|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1 | Bernhard Raaf,
Fabrikarbeiter, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:
geboren am 3. Novem-
ber 1846 zu Doeting-
hem, Provinz Gelder-
land, Holland, eben-
dasselbst ortsangehörig, | Münzverbrechen (2½
Jahre Zuchthaus laut
Erkenntniß vom 16. Ja-
nuar 1883), | Königlich Preussische
Regierung zu Düssel-
dorf, | 24. Juni
1885. |
| 2 | Anton Fux,
Diurnist, | geboren am 9. Oktober
1855 zu Hopfgarten,
Bezirk Rißbüchel, De-
sterreich, ebendasselbst
ortsangehörig, | Verbrechen des Diebstahls
(1½ Jahre Zuchthaus
laut Erkenntniß vom
22. Februar 1884), | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Ansbach, | 13. August
1885. |
| 3 | Gustav Moberg
(alias Johansson,
Martinson),
Knecht, | geboren am 22. Juni
1849 zu Alesb, Bezirk
Skaraborg, Schweden,
zuletzt wohnhaft in
Badendorf, Provinz
Schleswig-Holstein, | schwerer und einfacher
Diebstahl (2 Jahre Zucht-
haus laut Erkenntniß
vom 10. Januar 1882), | Großherzoglich Meck-
lenburgisches Mi-
nisterium des Innern
zu Schwerin, | 20. Juni
1885. |
| 4 | Martin Kruppa,
Drahtbinder, | b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:
geboren 1861 zu Wis-
czola, Kreis Trentschin,
Ober-Ungarn, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Danzig, | 26. August
1885. |

| 1.
Zahl. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------|--|---|--------------------------------------|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
| 5 | Fierrenze Botario,
Kastträger, | 56 Jahre, angeblich aus
Lugeraeco bei Rom,
Italien, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Potsdam, | 24. August
1885. |
| 6 | Franz Witt,
Schneidergeselle, | geboren am 15. Sep-
tember 1853 zu Sa-
jest, Bezirk Skaliß,
Böhmen, ortsangehö-
rig zu Wolsknice,
Böhmen, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 23. August
1885. |
| 7 | Theresa Komstaedt,
geborene Philipp,
verehel. Kosschlächter, | geboren am 17. Oktober
1852 zu Jamnei, Be-
zirk Senftenberg, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, wohnhaft
zuletzt in Breslau, | Unterkommenemangel, | derselbe, | 24. August
1885. |
| 8 | Aron Müg,
Handelsmann, | geboren am 1. Oktober
1865 zu Kopyyce,
Galizien, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungs-Präsi-
dent zu Liegnitz, | 30. Juni
1885. |
| 9 | Josef Plonka,
Arbeiter, | geboren 1828 zu Kop-
czow, Oesterreich, | desgleichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 5. August
1885. |
| 10 | Piotr Zatuski
(Peter Saluski),
Händler, | geboren 1843 zu Sas-
low, Bezirk Wolin,
Rußland, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | derselbe, | 12. August
1885. |
| 11 | Dora Werfowiz,
Wittwe, | geboren 1836 oder 1837
zu Krzeczef, Bezirk Wier-
lun, Russ.-Polen, eben-
dasselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 15. August
1885. |
| 12 | Max Schneider,
Posamentierlehrling, | geboren am 6. Sep-
tember 1869 zu Skot-
schau, Bezirk Biliß,
Oesterreich.-Schlesien,
ortsangeh. zu Teschen,
ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung zu Schles-
wig, | 1. September
1885. |
| 13 | Adolf Brogli,
Uhrmacher, | 35 Jahre, geboren und
ortsangehörig zu Ra-
meneß, Rußland, wohn-
haft zuletzt zu Pober-
num, Regierungsbezirk
Posen, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Stade, | 27. Juli
1885. |

(Hierzu zwei Beilagen, die eine enthaltend das Verzeichniß der am 16. September 1885 ausgelosten, zur baaren Einlösung am 1. April 1886 gekündigten Schuldverschreibungen der 4prozentigen Staatsanleihen von 1850, 1852 und 1853, sowie das Verzeichniß der bereits früher ausgelosten und noch rückständigen Schuldverschreibungen derselben Anleihen, die andere enthaltend den Fahrplan des Eisenbahn-Direktions-Bereichs Bromberg vom 1. Oktober 1885 ab, sowie Vier Deffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Hays'schen Erben (C. Hays, Hof-Buchdrucker).

Dem Pfarrer Bartusch zu Niederfinow ist vom 1. Oktober d. J. ab die Kreisschulinspektion über die Schulen des Inspektionskreises Eberswalde provisorisch übertragen worden.

Der bisherige Superintendent der Diözese Neustadt-Brandenburg und Oberpfarrer an St. Katharinen in Brandenburg a./H. Karl Eduard Wilhelm Wegener ist zum 2. Prediger an der St. Georgenkirche in Berlin bestellt worden.

Der bisherige Diaconus Paul Gottlieb Oscar Thoeneltau in Angermünde ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Rargow, Diözese Potsdam II., bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Karl Heinrich Johannes Krause zu Schwenda bei Stolberg (Harz) ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden in Groß-Mug und Meiseberg, Diözese Jendisch, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Paul Martin Reinhold Morgenroth ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Steinhöfel, Diözese Angermünde, bestellt worden.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Diaconat zu Beeskow, Diözese gleichen Namens, kommt durch die Versetzung des Diaconus Kirchner zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung.

Der Gemeindefchullehrer Reinhold Schulz und die Gemeindefchullehrerin Flora Brutschke sind an der Charlottenschule (höhere Mädchenschule) in Berlin als ordentlicher Lehrer bezw. ordentliche Lehrerin angestellt worden.

Die bisherige Gemeindefchullehrerin Emilie Meubring ist als ordentliche Lehrerin an der Luisenschule (höhere Mädchenschule) in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen

im Bezirk der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt pro August 1885.

Befördert: der Stationsvorsteher II. Klasse Formey in Berlin zum Stations-Vorsteher I. Klasse.

Versetzt: der Stationsvorsteher II. Klasse von Beugheim von Torgau nach Jüterbog.

Vermischte Nachrichten.

Die Führung der Handels- u. Register für die Bezirke der Amtsgerichte Strassburg Ufm. und Brüssow.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß vom 16. September d. J. ab den Amtsgerichten Strassburg Ufm. und Brüssow die Führung der Handels-, Genossenschafts-, Gesellschafts-, Firmen-, Prokuren-Register u. für ihre Bezirke übertragen worden ist. Prenzlaw, den 12. September 1885. Königl. Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|---|---|--|--|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Bernhard Raaf,
Fabrikarbeiter, | geboren am 3. Novem-
ber 1846 zu Doeting-
hem, Provinz Gelder-
land, Holland, eben-
daselbst ortsangehörig, | Münzverbrechen (2 1/2
Jahre Zuchthaus laut
Erkenntnis vom 16. Ja-
nuar 1883), | Königlich Preussische
Regierung zu Düssel-
dorf, | 24. Juni
1885. |
| 2 | Anton Fur,
Diurnist, | geboren am 9. Oktober
1855 zu Hopfgarten,
Bezirk Rißbichl, De-
sterreich, eben daselbst
ortsangehörig, | Verbrechen des Diebstahls
(1 1/2 Jahre Zuchthaus
laut Erkenntnis vom
22. Februar 1884), | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Ansbach, | 13. August
1885. |
| 3 | Gustav Moberg
(alias Johansson,
Martinsson),
Knecht, | geboren am 22. Juni
1849 zu Åsleby, Bezirk
Skaraborg, Schweden,
zuletzt wohnhaft in
Badendorf, Provinz
Schleswig-Holstein, | schwerer und einfacher
Diebstahl (2 Jahre Zucht-
haus laut Erkenntnis
vom 10. Januar 1882), | Großherzoglich Med-
lenburgisches Mi-
nisterium des Innern
zu Schwerin, | 20. Juni
1885. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 4 | Martin Kruppa,
Drahthinder, | geboren 1861 zu Wis-
czoka, Kreis Trentschin,
Ober-Ungarn, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Danzig, | 26. August
1885. |

| 1.
Satz. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------|--|---|--------------------------------------|--|--|
| | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 5 | Fierrenze Notario,
Kastträger, | 56 Jahre, angeblich aus
Lugeraeco bei Rom,
Italien, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Potsdam, | 24. August
1885. |
| 6 | Franz Witt,
Schneidergeselle, | geboren am 15. Sep-
tember 1853 zu Sa-
jeß, Bezirk Skalitz,
Böhmen, ortsangehö-
rig zu Wolesnice,
Böhmen, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 23. August
1885. |
| 7 | Theresa Komstaedt,
geborene Philipp,
verehel. Kofschlächter, | geboren am 17. Oktober
1852 zu Jamnei, Be-
zirk Senftenberg, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, wohnhaft
zuletzt in Breslau, | Unterkommensmangel, | derselbe, | 24. August
1885. |
| 8 | Aron Müß,
Handelsmann, | geboren am 1. Oktober
1865 zu Kopyyce,
Galizien, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungs-Präsi-
dent zu Liegnitz, | 30. Juni
1885. |
| 9 | Josef Plonka,
Arbeiter, | geboren 1828 zu Kop-
czow, Oesterreich, | desgleichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 5. August
1885. |
| 10 | Piotr Zatuski
(Peter Saluski),
Händler, | geboren 1843 zu Sas-
low, Bezirk Wolin,
Rußland, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | derselbe, | 12. August
1885. |
| 11 | Dora Berkowicz,
Witwe, | geboren 1836 oder 1837
zu Krzeczef, Bezirk Wic-
lun, Russ.-Polen, eben-
dasselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 15. August
1885. |
| 12 | Max Schneider,
Posamentierlehrling, | geboren am 6. Sep-
tember 1869 zu Skot-
schau, Bezirk Bilitz,
Oesterreich.-Schlesien,
ortsangeh. zu Teschen,
ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung zu Schles-
wig, | 1. September
1885. |
| 13 | Adolf Brogli,
Uhrmacher, | 35 Jahre, geboren und
ortsangehörig zu Ra-
menek, Rußland, wohn-
haft zuletzt zu Pober-
num, Regierungsbezirk
Posen, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Stade, | 27. Juli
1885. |

(Hierzu zwei Beilagen, die eine enthaltend das Verzeichniß der am 16. September 1885 ausgelosten, zur baaren Einlösung am 1. April 1886 gekündigten Schuldverschreibungen der 4prozentigen Staatsanleihen von 1850, 1852 und 1853, sowie das Verzeichniß der bereits früher ausgelosten und noch rückständigen Schuldverschreibungen derselben Anleihen, die andere enthaltend den Fahrplan des Eisenbahn-Direktions-Bezirks Bromberg vom 1. Oktober 1885 ab, sowie Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der H. W. Hahn'schen Erben (G. Hahn, Hof-Buchdrucker).

Verzeichn

der durch die Bekanntmachung der unterzeichneten Hauptverwaltung
zur baaren Einlösung am 1. April 1886 gekündigten Schulds
1850, 1852 und 18

I. Staatsanleihe vom Jahr

23. Verloofung.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IX Nr. 8 und Anweisung

Lit. A. zu 1000

Nr 109 bis 112. 114. 117. 121. 131 bis 133. 4337. 4338. 4348. 4351 bis

Werte, geteilt in der Reihe

verwaltung der Staatsanleihen.

Erhöht.

, den 16. September 1885.

in Schuldscheinen siehe das Verzeichnis vom 13. März 1885.)

Lit. C. zu 200 Stück. Nr 1099 bis 1103. 2971. 73. 74. D. , 100 , Nr 5430.

1885. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe IX zur Abhebung der Reihe IX.

Lit. C. zu 200 Stück. Nr 763. 74. 78. D. , 100 , Nr 1120.

84. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe VIII Nr. 8 und Anweisungen zur Reihe IX.

Lit. C. zu 200 Stück. Nr 1462. 66. 72.

1. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe VIII Nr. 7/8 und Anweisungen zur Reihe IX.

Lit. C. zu 200 Stück. Nr 2834. D. , 100 , Nr 5002.

13. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe VIII Nr. 6/8 und Anweisungen zur Reihe IX.

Lit. D. zu 100 Stück. Nr 1197. 237.

3. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe VIII Nr. 5/8 und Anweisungen zur Reihe IX.

Lit. D. zu 100 Stück. Nr 4629.

52. Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe VIII Nr. 4/0 und Anweisungen zur Reihe IX.

14.

Lit. D. zu 100 Stück

1

Lit. C. zu 200 Stück

16.

Lit. B. zu 500 Stück

, C. , 200 ,

, D. , 100 ,

17.

Lit. A. zu 1000 Stück

, B. , 500 ,

, C. , 200 ,

, D. , 100 ,

18.

Lit. A. zu 1000 Stück

, B. , 500 ,

, C. , 200 ,

, D. , 100 ,

19.

Lit. A. zu 1000 Stück

, B. , 500 ,

, C. , 200 ,

, D. , 100 ,

20.

Lit. A. zu 1000 Stück

, B. , 500 ,

, C. , 200 ,

, D. , 100 ,

II. Staatsanleihe vom Jahre 1852.

Verloofung; gekündigt zum 1. April 1882. Abzuliefern mit Zinsſcheinen Reihe VIII Nr. 8 und Anweisung zur Reihe IX.
 Nr 2226.

Verloofung; gekündigt zum 1. Oktober 1882. Abzuliefern mit Zinsſcheinanweisungen zur Abhebung der Reihe IX.
 Nr 6808. | Lit. D. zu 100 Rthlr. Nr 13197. 15369.

Verloofung; gekündigt zum 1. April 1883. Abzuliefern mit Zinsſcheinen Reihe IX Nr. 2/8 und Anweisungen zur Reihe X.
 Nr 1919. 24. 6339 bis 43. 8804. 11478.
 Nr 3210. 7446. 48. 521. 16546.
 Nr 5643. 15817.

Verloofung; gekündigt zum 1. Oktober 1883. Abzuliefern mit Zinsſcheinen Reihe IX Nr. 3/8 und Anweisungen zur Reihe X.
 Nr 3212. 21.

Nr 682. 84. 85. 923. 25. 2899. 3056. 57. 61. 686. 4781. 802. 6669. 781. 957. 59. 8356. 10712.
 Nr 2883. 88. 90. 992. 94. 97. 3035. 37. 52. 63. 4649. 50. 53. 62. 701. 29. 5609. 913. 62. 68. 7929. 8021. 14246. 54.
 68. 809. 15163. 200. 9. 11. 42. 45. 49. 17069 bis 83. 88. 91. 95. 99. 107. 69. 77. 266. 67. 71. 73 bis 75. 79. 91. 92. 18000.
 11. 23. 25. 36. 38 bis 40. 48. 51. 55.
 Nr 10778. 80. 91. 804. 15. 20. 23. 46. 47. 56. 65. 76. 918. 39. 11495. 524. 30. 660. 70. 71. 80. 705. 18. 39. 43. 44. 50. 14266.
 72. 98. 312. 17. 26. 33. 37. 49. 54. 58. 83. 95. 403. 4. 12.

Verloofung; gekündigt zum 1. April 1884. Abzuliefern mit Zinsſcheinen Reihe IX Nr. 4/8 und Anweisungen zur Reihe X.
 Nr 2672.

Nr 430. 31. 47. 50. 62. 73. 502. 3540. 5049. 50. 257 bis 59. 377. 6123. 7178. 79. 82 bis 84. 224. 364. 88. 421. 25. 9289.
 424. 10529. 46. 891. 906. 7. 34.
 Nr 770. 79. 826. 42. 1201. 9. 12. 13. 15. 61. 5387. 404. 11. 13. 30. 43. 52. 58. 7603. 7. 10. 19. 85. 702. 11. 52. 10327. 28.
 11340. 43. 71. 402. 12693. 94. 701. 23. 34. 35. 51. 60. 14276. 96. 341. 44. 52. 55. 57. 16857. 75. 83. 903. 11. 18827.
 31. 34. 71. 940. 61. 75. 95.
 Nr 2. 6. 11. 22. 24. 58. 59. 67. 78. 87. 91. 147. 16950. 59. 75. 93. 17013. 19. 20. 22. 38. 42.

Verloofung; gekündigt zum 1. Oktober 1884. Abzuliefern mit Zinsſcheinen Reihe IX Nr. 5/8 und Anweisungen zur Reihe X.
 Nr 2418.

Nr 749. 53. 63. 65. 1853. 2636. 64. 68. 87. 88. 91. 92. 94. 4425 bis 28. 41. 44. 94. 97. 6220. 7038. 41. 49. 50. 52. 53.
 84. 729. 47. 8615. 9862. 92. 94. 10938. 50.
 Nr 452. 56. 70. 521. 5490. 508. 6677. 83. 90. 722. 7769. 808. 31. 8147. 52. 59. 67. 69. 70. 72. 99. 200. 21. 946. 53. 64.
 73. 9166. 82. 92. 240. 43. 890. 12022. 30. 955. 68. 92. 96. 13032 bis 34. 51. 53. 191. 92. 214. 26. 29. 62. 14377. 80.
 408. 9. 34. 36. 37. 43. 52. 65. 70. 15922. 49. 51. 95. 16014. 24. 958. 71. 93. 17001. 7. 35. 39. 54. 64 bis 68. 19382 bis
 84. 408. 9. 26. 41. 43. 51. 930. 32. 33. 20003. 5. 6.
 Nr 722. 41. 47. 59. 60. 64. 65. 78. 79. 88. 90. 805. 15. 16. 23. 24. 35. 7336. 8377. 78. 88. 11781. 814. 21. 26. 30. 36. 43.
 45 bis 48. 71. 74. 84. 87. 902. 11 bis 13. 14786. 95. 828. 29. 33. 37. 62. 75. 81. 93. 904. 7. 19. 21. 26. 30. 42. 44. 46.

Verloofung; gekündigt zum 1. April 1885. Abzuliefern mit Zinsſcheinen Reihe IX Nr. 6/8 und Anweisungen zur Reihe X.
 Nr 130. 2642.

Nr 795. 831. 67. 68. 80. 86. 94. 1991. 2357. 3884. 922. 23. 26. 36. 4285 bis 87. 308. 41. 78. 805. 12. 955. 81. 84. 89.
 5833. 54. 6020. 469.
 Nr 242. 46. 49. 52. 55. 80. 82. 88. 91. 94. 303. 1263. 65. 68. 72. 73. 91. 99. 340. 56. 58. 64. 70. 74. 75. 81. 88. 90. 3396. 400.
 38. 39. 41. 42. 5169. 74. 203. 13. 14. 20. 30. 36. 43. 319. 21. 28. 6825. 26. 31. 92. 93. 913. 33. 34. 40 bis 42. 59. 73.
 10101. 6 bis 8. 12. 18. 19. 25. 34. 43 bis 45. 49. 58. 82. 203. 6. 7. 11. 12. 661. 80. 703. 8. 10. 17. 12785. 92. 93. 801. 7. 12.
 37. 38. 43. 53. 55. 17298 bis 300. 13. 18. 26. 36. 40. 43. 53. 57. 66. 67. 75. 77. 86. 87. 904. 10. 13. 14. 17. 28. 35. 43. 48. 49.
 62. 65. 67. 69. 75. 82 bis 84. 86. 18906. 11. 13. 18. 19. 19192. 96. 208. 10. 16. 23. 31. 48. 52. 55. 56. 831. 40. 52. 55. 63. 65.
 Nr 3756. 60. 71. 77. 93. 99. 801. 2. 5. 6. 11. 12. 23. 27. 28. 34. 46. 49. 50. 4497. 510. 12. 18. 19. 21. 29. 33. 34. 36. 46. 66. 68.
 80. 90. 92. 604. 9. 10. 13. 19. 53. 59. 62. 63. 65 bis 67. 69. 87. 16705. 8. 824. 40. 49. 57. 70. 74. 90. 96. 907. 8. 23. 25. 38.
 (Wegen der in der 21. Verloofung gezogenen Schulverschreibungen ſiehe das Verzeichniß vom 13. März 1885.)

III. Staatsanleihe vom Jahre 1853.

Extrablatt zum Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben den 30. September 1885.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (R.-Bl. S. 351 ff.) wird mit Genehmigung des Bundesraths für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis zum 30. September 1886 angeordnet, was folgt:

§ 1. Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist, kann der Aufenthalt in dem die Stadt Berlin, die Stadtkreise Potsdam und Charlottenburg, sowie die Kreise Teltow, Niederbarnim und Havelland umfassenden Bezirke für den ganzen Umfang desselben von der Landespolizeibehörde versagt werden.

§ 2. In der Stadt Berlin und den Stadtkreisen Potsdam und Charlottenburg ist das Tragen von Stoß-, Fuch- oder Schusswaffen, sowie der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Sprenggeschossen, soweit es sich nicht um Munition des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine handelt, verboten.

Von letzterem Verbote werden Gewehrpatronen nicht betroffen. Ausnahmen von dem Verbote des Waffentragens finden statt:

- 1) für Personen, welche kraft ihres Amtes oder Berufes zur Führung von Waffen berechtigt sind, in Betreff der letzteren;
- 2) für die Mitglieder von Vereinen, welchen die Befugniß, Waffen zu tragen, beizubehalten, in dem Umfange dieser Befugniß;
- 3) für Personen, welche sich im Besitze eines Jagdscheines befinden, in Betreff der zur Ausübung der Jagd dienenden Waffen;
- 4) für Personen, welche einen für sie ausgestellten Waffenschein bei sich führen, in Betreff der in demselben bezeichneten Waffen.

Ueber die Ertheilung des Waffenscheines befindet sich die Landespolizeibehörde. Er wird von derselben kostenfrei und stempelfrei ausgestellt und kann zu jeder Zeit wieder entzogen werden.

Berlin, den 25. September 1885.

Königl. Staats-Ministerium.

gez. v. Puttkamer. Maybach. Friedberg.
v. Voetticher. v. Gögler.

Vorstehende Anordnung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht unter Hinweisung darauf, daß, wer dieser Anordnung oder den auf Grund derselben zu erlassenden Verfügungen zuwiderhandelt, nach § 28 Absatz 4 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen

Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft wird. Zugleich wird hierdurch bestimmt, daß Anträge auf Ertheilung von Waffenscheinen gemäß § 2 Nr. 4 vorstehender Anordnung in Berlin bei den Polizei-Revieren, in den Städten Potsdam und Charlottenburg bei den Königl. Polizei-Direktionen daselbst anzubringen sind. Die auf Grund der staatsministeriellen Anordnung vom 19. September 1884 ausgestellten Waffenscheine gelten nur bis zum 30. September dieses Jahres.

Etwaige Anträge auf Erneuerung derselben sind unter Einreichung des abgelaufenen Waffenscheines bei den obengenannten Stellen anzubringen.

Berlin und Potsdam, den 28. September 1885.

Der Königl.
Polizei-Präsident.
J. B.: Friedheim.

Der Königl.
Regierungs-Präsident.
von Neefe.

Bekanntmachung.

Auf Grund der nach § 28 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 von dem Königl. Staatsministerium unter dem 25. September 1885 getroffenen Anordnung wird allen denjenigen Personen, welchen auf Grund der gleichlautenden Anordnung des Königl. Staatsministeriums vom 19. September 1884 der Aufenthalt in dem die Stadt Berlin, die Stadtkreise Charlottenburg und Potsdam sowie die Kreise Teltow, Nieder-Barnim und Havelland umfassenden Bezirke versagt worden ist, der Aufenthalt innerhalb des ganzen vorerwähnten Bezirkes von den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen hierdurch fernerweit untersagt.

Ausgenommen hiervon sind nur diejenigen Personen, welchen der Aufenthalt in Berlin und den erwähnten Kreisen durch besondere Verfügungen ohne Vorbehalt wieder gestattet ist.

Berlin und Potsdam, den 28. September 1885.

Der Königl. Polizei-
Präsident.

J. B.: Friedheim.

Der Königl. Regierungs-
Präsident

von Neefe.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (Reichsgesetzblatt Seite 351) wird mit Genehmigung des Bundesraths für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis 30. September 1886 angeordnet, was folgt:

Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, kann der Aufenthalt in dem

den Stadtkreis Altona,

die Kirchspielvogteibezirke Blantensee und Pinneberg und die Städte Pinneberg und Wedel des Kreises Pinneberg,

die Kirchspielvogteibezirke Reinbeck und Bargteheide, die gutsobrigkeitlichen Bezirke Ahrensburg, Langstedt, Holsbüttel, Wellingsbüttel, Wulfsfelde und Sill, sowie die Stadt Wandersbeck des Kreises Stormarn,

die Landvogteibezirke Schwarzenbeck und Lauenburg, die gutsobrigkeitlichen Bezirke Bockhorst, Lanken, Wotersen, Müssen, Gollnow und Dalborn, sowie die Stadt Lauenburg des Kreises Herzogthum Lauenburg,

die Stadt und das Amt Harburg umfassenden Bezirke von der Landespolizeibehörde ver-
sagt werden.

Berlin, den 25. September 1885.

Königl. Staatsministerium.

v. Puttkamer. Maybach. Friedberg.

v. Boetticher. v. Gögler.

M t s b l a t t

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 40.

Den 2. Oktober

1885.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Die Schiffsahrtsperrre an der Eisenbahnbrücke bei Charlottenburg betr.
219. Wegen der Ausführung baulicher Veränderungen wird vom 1. Oktober d. J. ab zunächst die rechte und demnächst die linke Durchfahrtsöffnung der bei Charlottenburg über die Spree führenden Eisenbahnbrücke für die Schiffsahrt und Flößerei bis auf Weiteres gesperrt werden. Potsdam, den 24. September 1885.

Der Regierungs-Präsident

Die Deffnungszeiten der Eisenbahnbrücken der Berlin-Lehrter und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn über die Havel bei Spandau und Werder betreffend.

220. Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachungen vom 30. Mai und 4. Juni d. J. — Amtsblatt Seite 226 resp. 232 — veröffentliche ich nachstehend das Verzeichniß derjenigen Zeiten, während welcher die Drehbrücken der Berlin-Lehrter und der Berlin-Magdeburger Eisenbahn über die Havel bei Spandau, Potsdam und Werder vom 1. Oktober d. J. ab für die Durchfahrtsdauer des neuen Winterfahrplanes für die Durchfahrts der Schiffe ic. geöffnet sein werden.

I. Brücke der Berlin-Lehrter Eisenbahn bei Spandau:

| | |
|--|--|
| 1) Vormitt. von 12 Uhr 42 Min. bis 12 Uhr 58 Min., | |
| 2) " " 1 " 55 " " 2 " 52 " | |
| 3) " " 3 " 12 " " 4 " 58 " | |
| 4) " " 6 " 4 " " 6 " 36 " | |
| 5) " " 9 " 2 " " 9 " 16 " | |
| 6) " " 11 " 48 " " 12 " 8 " | |
| 7) Nachmitt. von 2 Uhr 19 Min. bis 2 Uhr 49 Min., | |
| 8) " " 3 " 9 " " 3 " 25 " | |
| 9) " " 3 " 48 " " 4 " 18 " | |
| 10) " " 6 " 1 " " 6 " 22 " | |
| 11) " " 6 " 42 " " 6 " 57 " | |
| 12) " " 8 " 40 " " 9 " 43 " | |
| 13) " " 10 " 35 " " 11 " 22 " | |

II. Brücke der Berlin-Magdeburger Eisenbahn.

A. bei Potsdam:

| | |
|--|--|
| 1) Vormittags von 5 Uhr 30 Min. bis 6 Uhr 15 Min., | |
| 2) " " 8 " 14 " " 8 " 35 " | |
| 3) " " 10 " 12 " " 10 " 35 " | |
| 4) " " 11 " 47 " " 12 " 9 " | |
| 5) Nachmittags " 12 " 26 " " 12 " 43 " | |
| 6) " " 1 " 10 " " 1 " 22 " | |
| 7) " " 2 " — " " 2 " 20 " | |
| 8) " " 4 " 4 " " 4 " 36 " | |

B. Bei Werder:

| | |
|--|--|
| 1) Vormittags von 5 Uhr 30 Min. bis 6 Uhr 10 Min., | |
| 2) " " 8 " 10 " " 8 " 40 " | |
| 3) " " 10 " 10 " " 10 " 45 " | |
| 4) " " 11 " 50 " " 12 " 30 " | |
| 5) Nachmittags " 1 " 26 " " 1 " 50 " | |
| 6) " " 3 " — " " 3 " 30 " | |
| 7) " " 3 " 53 " " 5 " — " | |
| 8) " " 5 " 39 " " 6 " — " | |
| 9) " " 7 " — " " 7 " 40 " | |

Die Deffnungszeiten unter A 5 und 6 bei H.A. sind vorzugsweise für Werdersche und sonstige Dampfer bestimmt. Nur ausnahmsweise können während derselben andere Fahrzeuge durchgelassen werden.

Potsdam, den 29. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Ziehseuchen.

221. Die polizeiliche Observation des rothverdrähtigen gewesenen Pferdes des Schlächtermeisters Gettschmann zu Neu-Weißensee bei Berlin ist aufgehoben worden.

Potsdam, den 28. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

28. Vorschriften,

betreffend die Bescheinigung der Quittungen über die aus Reichsfonds zu beziehenden Pensionen, Wartegelder, Wittwen- und Waisengelder, sowie Unterstützungen und Erziehungsbeiträgen.

1) Von denjenigen Bezugsberechtigten, welche die ihnen zustehenden Pensionen, Wartegelder oder Unterstützungen an der Zahlungsstelle persönlich erheben, ist zu den Spezial- (Interims-) Quittungen über die einzelnen (monatlichen) Hebungen die Beibringung von Bescheinigungen darüber, daß sie die Quittungen eigenhändig unterschrieben haben, noch am Leben sind und das deutsche Indigenat besitzen, nicht mehr zu erfordern.

Von den erwähnten Bescheinigungen ist weiter auch dann abzusehen, wenn die Zahlung nicht von dem Bezugsberechtigten, sondern von einem hiervon verschiedenen Empfangsberechtigten oder von einem gesetzlichen Vertreter des Bezugsberechtigten an der Zahlungsstelle persönlich erhoben wird. Dem zahlenden Beamten ist jedoch erforderlichenfalls glaubhaft nachzuweisen, daß der Bezugsberechtigte am Tage der Fälligkeit des in Frage kommenden Bezuges noch gelebt hat.

Die Vorschriften Absatz 1 und 2 finden auch Anwendung bezüglich der Bescheinigungen, die unter Abschnitt II. A 7 der Vorschriften über die Erhebung und Berechnung der Wittwen- und Waisengeldbeiträge,

sowie die Zahlung und Verrechnung der Wittwen- und Waisengelder vom 25. Mai 1881 (Centralblatt für das Deutsche Reich S. 183)* angeordnet sind, sofern dem zahlenden Beamten die in Betracht kommenden Verhältnisse hinlänglich bekannt sind, so daß Erhebungen zur Ungebühr nicht vorkommen können. Auch ist unter gleichen Voraussetzungen den Empfängerinnen von gnadenweise bewilligten Unterstüzungen die Beibringung des Attestes über ihren lebigen Stand zu erlassen.

Unberührt hiervon bleibt die Vorschrift, daß die Identität des dem zahlenden Beamten unbekannten Empfängers mit dem Bezugs- bzw. Empfangsberechtigten gehörig festzustellen ist, da der zahlende Beamte dafür, daß die Zahlung an den Berechtigten erfolgt, verantwortlich ist.

2) Die für Gnadenbewilligungen vorgeschriebene Bescheinigung betreffs der Bedürftigkeit und Würdigkeit des Empfängers ist fortan überall nur zu den General- (Jahres-) Quittungen zu erfordern.

3) Die Beibringung der Lebensatteste zu den Spezial- (Interims-) Quittungen über die einzelnen (monatlichen) Hebungen wird ferner denselben Personen erlassen, welche die ihnen zukommenden Pensionen, Wartegelder und Unterstüzungen durch Andere auf Grund solcher unbedenklichen und vorschriftsmäßigen Vollmachten erheben lassen, aus welchen sich zweifellos ergibt, daß zur Zeit der Fälligkeit der einzelnen Bezüge die dazu Berechtigten sich noch am Leben befunden haben. Ebenso bedarf es in derartigen Fällen zu den Quittungen über Wittwen- und Waisengelder weder eines Lebensattestes noch der Bescheinigungen über die nicht erfolgte Wiederverheirathung der Wittwen bzw. den lebigen Stand der zum Bezuge von Waisengeld berechtigten Mädchen von mehr als 16 Jahren, sofern die vorgelegten Vollmachten das Erforderliche ungewisselhaft ergeben.

4) Die Beschaffung der Bescheinigungen über die Eigenhändigkeit der Unterschrift, das Leben bzw. den lebigen Stand ist auch künftighin erforderlich zu den Spezial- (Interims-) Quittungen in allen vorstehend nicht ausgeschlossenen Fällen, insbesondere bei Zahlungen, welche an dritte Personen ohne Beibringung schriftlicher Vollmachten auf Grund der denselben von den Berechtigten anvertrauten Quittungen geleistet werden.

5) Die nach den vorstehenden Bestimmungen angeordnete bzw. zugelassene Vereinfachung des Quittungs-

wesens erstreckt sich nicht auf die den Jahresrechnungen beizufügenden General-Quittungen.

Berlin, den 26. August 1885.

Königl. Finanz-Ministerium.

*

Die vorstehenden, von der Reichsverwaltung erlassenen Vorschriften werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 23. September 1885.

Königl. Regierung.

Abänderung des Reglements für die öffentlich anzustellenden Land- (Feld-)messer vom 2. März 1871 (Gesetz-Samml. 1871 S. 101 bis 112) vom 26. August 1885.

29. Die Bestimmungen sub Nr. IV. des Feldmesser-Reglements vom 2. März 1871, §§ 36 bis 57, betreffend die Bezahlung der Feldmesserarbeiten, werden vom 1. Juli d. J. ab aufgehoben und treten an Stelle derselben nachfolgende Bestimmungen in Kraft.

IV. Bezahlung der Land(Feld)messer- Arbeiten.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 36. Für die Bezahlung der Arbeiten der von den Auseinanderseßungsbehörden ausschließlich und dauernd beschäftigten Vermessungsbeamten, nicht minder für die Bezahlung der Vermessungsarbeiten im Bereiche der Verwaltung des Grund- und Gebäudesteuer-Katasters sind die dafür bestehenden besonderen Vorschriften maßgebend.

Hinsichtlich der Gebühren des Landgeometers in Frankfurt a./M. verbleibt es bei der Verordnung, betreffend die Bildung der Feldgerichte u. s. w. vom 10. März 1825 — (Frankfurter Gesetz- und Statuten-Sammlung Band IV., S. 7 bis 27).

Im Uebrigen gelten für die Bezahlung der im Auftrage der Staatsbehörden angefertigten Land(Feld)messerarbeiten, sofern nicht besondere Entschädigungssätze von der zuständigen Behörde festgestellt, oder von den Beteiligten vereinbart worden sind, nachstehende Bestimmungen:

Art der Bezahlung.

§ 37. Die Bezahlung der Land(Feld)messerarbeiten soll in der Regel und Mangels anderweiter Vereinbarung durch Diäten stattfinden. Insbesondere tritt die Bezahlung nach Gebührensätzen, außer in dem Falle der Vereinbarung, nur insoweit ein, als für den einen oder

* Anmerkung zu 1. Absatz 3 Nr. 7 Abschnitt II. der Vorschriften vom 25. Mai 1881 lautet:

Die Quittungen über Wittwen- und Waisengeld bedürfen einer Beglaubigung der Unterschrift des Empfängers, sofern nicht die zahlende Stelle nach ihrer Kenntniß der Verhältnisse unter eigener Vertretung davon absehen will.

Die Quittungen über die Wittwen- und Waisengelder sind mit einer Bescheinigung darüber zu versehen, daß die Berechtigte noch lebt und nach dem Tode des Beamten, von welchem sie ihr Recht herleitet, nicht wieder geheirathet hat.

Unter den Quittungen über Waisengelder, welche an Mädchen von mehr als 16 Jahren zu zahlen sind, ist zu bescheinigen, daß die Berechtigte unverheirathet ist.

Für die Quittungen der Waisen im Allgemeinen genügt dagegen ein Attest darüber, daß die Waisengeldberechtigten am Leben sind.

Das Attest muß von einem öffentlichen Beamten, welcher ein Dienstiegel zu führen berechtigt ist, unter deutscher Bezeichnung des letzteren ausgestellt sein.

Quittungen, welche außerhalb des Deutschen Reichs ausgestellt werden, bedürfen in Beziehung auf die Unterschrift zu dem Atteste der Beglaubigung eines deutschen Gesandten oder eines deutschen Konsuls.

anderen Zweig des Staatsdienstes diese Art der Bezahlung besonders vorgeschrieben werden sollte.

Dauer der täglichen Arbeit.

§ 38. Die Bezahlung durch Diäten setzt eine Arbeitsdauer von mindestens 8 Stunden voraus.

Diäten der Vermessungsrevisoren.

§ 39. Vermessungsrevisoren werden für die Geschäfte und Reisen, welche sie behufs Feststellung der Richtigkeit von Feldmesserarbeiten auszuführen haben, sowie für die ihnen übertragenen Rektifikationen als unrichtig erkannter Arbeiten nach denselben Bestimmungen bezahlt, welche nach Inhalt des gegenwärtigen Reglements für die übrigen Land(Feld)messer gelten.

Diätensätze.

§ 40. Für jeden Arbeits- und für jeden Reisetag, ohne Unterschied, ob an den letzteren auch gearbeitet worden ist, oder nicht, wird ein Diätensatz von 8 Mark gewährt.

Bei Arbeiten außerhalb des Wohnorts des Land(Feld)messers können die Diäten auch liquidirt werden

1) für solche Tage, an denen die Witterung das Arbeiten im Felde verhindert,

2) für die zwischen den Arbeitstagen liegenden Sonn- und Festtage, mit Ausschluß derjenigen Fälle, in denen ein Sonn- und ein Festtag oder mehrere Festtage unmittelbar auf einander folgen, insoweit diese Tage von dem Land(Feld)messer außerhalb seines Wohnortes haben zugebracht werden müssen.

Dagegen darf neben den Diäten (für die volle Zahl der Kalendertage) mit den Ausnahmen, welche sich aus § 36 dieses Reglements ergeben, keine Bezahlung für Ueberstunden in Rechnung gestellt werden.

Feld- und Reisezulage.

§ 41. Außer den Diäten erhält der Land(Feld)messer für jeden Kalendertag, welchen er im Interesse der Arbeiten ganz oder theilweise und zwar in nicht weniger als zwei Kilometer Entfernung außerhalb seines Wohnortes zubringen mußte, eine Feld- oder Reisezulage von 4,50 Mark, bei mehrtägiger Abwesenheit und dadurch bedingter Uebernachtung außerhalb des Wohnortes von 8 Mark, worin die Entschädigung für die Zurücklegung des Weges zwischen Nachtquartier und Arbeitsstelle mitenthalten ist.

Die im Staatsdienste angestellten Land(Feld)messer, welche für ihr dienstliches Amt eine volle Besoldung aus der Staatskasse beziehen, erhalten in beiden Fällen nur eine Feld- oder Reisezulage von 1,50 Mark neben den ihnen nach § 40 zustehenden Tagegeldern.

Auslagen.

§ 42. Wenn den Land(Feld)messern die zu den Arbeiten auf dem Felde erforderlichen, brauchbaren und geübten Handarbeiter nicht gestellt werden, so können sie dieselben für Rechnung der Interessenten in der erforderlichen Zahl annehmen und denselben je nach der Schwierigkeit der Arbeit einen den ortsüblichen bis zu dreißig Prozent übersteigenden Tagelohn bewilligen. Die Anschaffungskosten der zu den Vermessungen und Nivellements erforderlichen Pfähle, Stangen u., sowie

baare Auslagen für Rahnmiethe, Botengänge u. s. w. werden, sofern die Betheiligten ablehnen, ihrerseits Lieferungen und Leistungen dieser Art unmittelbar zu übernehmen, gegen quittirte Beläge vergütet.

Reisekosten.

§ 43. Die Land(Feld)messer erhalten an Reisekosten, um sich von ihrem Wohnsitz, oder von ihrem derzeitigen Aufenthaltsorte an den Ort der Vermessung und zurück zu begeben, einschließlich der Entschädigung für die Fortschaffung des Gepäcks, der Karten und Instrumente

a. bei Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen für das Kilometer 13 Pfennig und außerdem für jeden Zu- und Abgang nach und von der Eisenbahn je 3 Mark,

b. bei Reisen, welche nicht auf Dampfschiffen oder Eisenbahnen zurückgelegt werden können, für das Kilometer 40 Pfennig.

Die Reisekosten werden für die Hin- und Rückreise besonders berechnet. Hat jedoch ein Land(Feld)messer Geschäfte an verschiedenen Orten nach einander ausgerichtet, so ist der von Ort zu Ort wirklich zurückgelegte Weg ungeachtet der Berechnung der Reisekosten zu Grunde zu legen.

Für Geschäfte in geringerer Entfernung als 2 Kilometer vom Wohnsitz, beziehungsweise Aufenthaltsorte, werden Reisekosten nicht gezahlt.

Bei Berechnung der Entfernungen wird jedes angefangene Kilometer für ein volles Kilometer gerechnet. Bei Reisen von nicht weniger als 2 Kilometer, aber unter 8 Kilometer, sind die Fuhrkosten für 8 Kilometer zu gewähren.

Haben erweislich höhere Reisekosten als vorstehend bestimmte aufgewendet werden müssen, so werden diese erstattet.

Vergütung für Zeichenpapier.

§ 44. Für das zu den Karten und Zeichnungen zu verwendende Zeichenpapier bester Qualität werden für 0,1 Quadratmeter 25 Pfennig, wenn dasselbe aber auf Rattun oder Leinwand aufgezogen ist, 50 Pfennig vergütet.

Andere Auslagen für Schreib- und Zeichenmaterialien können nicht liquidirt werden.

Tage- und Feldbücher.

§ 45. Das Tagebuch, welches von dem Land(Feld)messer zu führen und jeden Abend pflichtmäßig zu vervollständigen ist, und die Feldbücher, Nivellementstabellen, die trigonometrischen, die Flächen- und Eintheilungsberechnungen müssen am Schlusse jeden Tages das Geleistete vollständig nachweisen.

Das Tagebuch ist den einzelnen Diäten-Liquidationen jedesmal beizufügen.

§ 46. Der Land(Feld)messer ist für die Richtigkeit der Angaben im Tagebuche, im Feldbuche und in den Berechnungen verantwortlich und hat für den Fall absichtlich unrichtiger Angaben die Einleitung des Verfahrens wegen Zurücknahme der Bestallung (§ 4) zu gewärtigen.

Abzuliefernde Arbeiten.

§ 47. Nach Vollendung seiner Arbeiten hat der Land(Feld)messer, sofern nicht bei Ertheilung des Auftrages andere Bestimmungen oder Vereinbarungen getroffen worden sind, folgende Gegenstände gehörig geordnet abzuliefern:

- a. die nach § 12 aufgenommenen Verhandlungen und Erläuterungen, sowie die bei Ausführung des Geschäfts geführten Akten;
- b. die sämtlichen im § 13 bezeichneten Vermessungs- und Nivellements-Manuale (Feldbücher), desgleichen die Messprotokolle, überhaupt alle Arbeiten, die zur Auftragung gebührt haben, ebenso die etwaigen Berechnungen, trigonometrischen Sätze, sowie die speciellen Flächenberechnungen, dieselben mögen nach Original- oder Zirkel-Maassen oder mit besonderen zur Flächenberechnung geeigneten Instrumenten bewirkt sein;
- c. die Urchrift des Vermessungsregisters in der für die Auseinandersetzungsarbeiten erforderlichen Form und eine Reinschrift desselben;
- d. einen nach § 16 vorchriftsmäßig aufgetragenen und deutlich ohne Färbung zu großer Flächen gezeichneten Ur- (Brouillon) Plan;
- e. eine Kopie des Ur- (Brouillon) Plans, als Reinkarte gezeichnet, ohne Eintragung der Stationslinien, jedoch mit Angabe und Eintheilung der gemessenen, oder trigonometrisch berechneten Hauptlinien und Dreiecke.

Sowohl zum Ur- (Brouillon) Plan als zur Reinkarte muß Velinpapier guter Qualität genommen werden, welches auf seine Leinwand oder Kattun so lange Zeit vor dem Gebrauche sorgfältig aufzuziehen ist, daß ein nachtheiliges Vergleichen nicht mehr stattfinden kann.

Festsetzung der Liquidationen.

§ 48. Entstehen Zweifel über die Richtigkeit der von den Land(Feld)messern für die Ausführung von Aufträgen der Staatsbehörden aufgestellten Liquidationen der Diäten, Gebühren oder Auslagen, sei es, weil die angenommenen Sätze bestritten, oder weil die ungenügende Beschaffung der abzuliefernden Gegenstände oder ungenügende Leistungen in der verwendeten Zeit behauptet werden, so erfolgt die Festsetzung der Liquidation durch den Regierungspräsidenten (Regierung) oder die betreffende Auseinandersetzungsbehörde nach Einholung des Gutachtens eines Beamten, welcher die Land(Feld)messerprüfung bestanden hat. Dieser Beamte ist verpflichtet, die Arbeiten des Land(Feld)messers mit den Feldbüchern, Tagebüchern und Berechnungen genau zu vergleichen und sodann die etwa für nöthig erachteten Reduktionen gehörig zu begründen.

Die Kosten dieser Revision trägt die extrahirende Behörde, unbeschadet ihres etwaigen Regresses an den Feldmesser, sofern die Liquidationen desselben in wesentlichen Punkten unrichtig befunden werden sollten.

Vernunft.

§ 49. Gegen diese Festsetzung § 48 ist binnen

sechs Wochen die Berufung zulässig, welche bei Arbeiten, die im Auftrage einer Auseinandersetzungsbehörde ausgeführt sind, an das Ministerium für Landwirtschaft, Domainen und Forsten, in allen anderen Fällen an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu richten ist.

Die Entscheidung des Ministeriums ist endgültig.

§ 50. Die obigen Bestimmungen über das Verfahren bei Prüfung und Festsetzung der Land(Feld)messer-Liquidationen (§§ 48, 49) für Aufträge, welche von Staatsbehörden erteilt sind, greifen auch dann Platz, wenn andere, als die in diesem Reglement festgesetzten Diäten, Reisekosten- und Entschädigungssätze zwischen den Behörden und den Land(Feld)messern vereinbart sein sollten, es sei denn, daß durch rechtsgültige Abmachung zwischen der beteiligten Behörde und dem Land(Feld)messer ein Sachverständiger, welchem die Festsetzung der Liquidationen mit Ausschluß der für den Streitfall getroffenen Bestimmungen dieses Reglements obliegen soll, ausdrücklich bestimmt worden wäre.

Berlin, den 26. August 1885.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

gez. Maybach.

Der Minister für Landwirtschaft, Domainen u. Forsten.

In Vertretung gez. Marcard.

Der Finanz-Minister.

Im Auftrage (gez.) Gauß.

*

*

*

Vorstehende Abänderung des Reglements für die öffentlich anzustellenden Feldmesser beziehungsweise Landmesser vom 2. März 1871 wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 26. September 1885.

Königl. Regierung,

Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Die Erhebung von Reichsstempelabgaben betreffend.

A. Unter Bezugnahme auf die von dem Bundesrath erlassenen Ausführungsvorschriften vom 15. d. M. zu dem Gesetze betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben (R.-G.-Bl. 1885 S. 179) und auf die Bestimmungen über die Erhebung und Verrechnung dieser Abgaben, welche von dem Herrn Reichsfinanzminister durch das Centralblatt für das Deutsche Reich (Nachtrag Nr. 37 desselben) veröffentlicht sind, wird hierdurch auf Anordnung des Herrn Finanz-Ministers zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Steuerpflichtigen, deren Bedarf an amtlich gestempelten Schlussnotenformularen voraussichtlich einen Steuerwerth von jährlich wenigstens 1000 M. erreicht, Kredit gegen vollständige Sicherstellung unter den im Folgenden näher angegebenen Bedingungen gewährt werden kann.

Die zu kreditirenden Abgabebeträge

- a. für gekaufte gestempelte Formulare zu Schlussnoten (Nr. 12a. 1 der Ausführungsvorschriften),
- b. für die Herstellung gestempelter Formulare zu Schlussnoten mittels Abstempelung von Marken

durch die Steuerstelle (Nr 12a. 2, Nr 12c, Absatz 2 und 4),

c. für die Stempelung von Privatformularen durch die Reichs-Druderei (Nr 12c. Absatz 2 und 3), müssen im Einzelfalle einer Abfertigung zusammen mindestens 50 M. betragen.

Reichsstempelmarken werden nicht auf Kredit verabfolgt.

Die kreditirten Beträge sind bis zum 25. Tage des dritten auf den Monat der Anschreibung folgenden Monats einzuzahlen.

Im Uebrigen finden auf die Behandlung des Kredits die wegen der Zollkredite schon ergangenen und noch zu treffenden Bestimmungen sinngemäße Anwendung.

Berlin, den 21. September 1885.

Der Provinzial-Steuer-Direktor. Hellwig.

Die baare Erstattung der Abgaben-Beträge für un verwendbar ge wordene Reichsstempelmarken und Schlussnotenformulare der bisherigen Art betreffend.

5. Unter Bezugnahme auf Nr 27a. Absatz 3, 27b. und 31 der vom Bundesrath erlassenen Ausführungs-Vorschriften vom 15. d. M. zu dem Gesetz betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben (R.-G.-Bl. 1885 S. 179), welche von dem Herrn Reichskanzler in dem Centralblatt für das Deutsche Reich (Nachtrag Nr 37) veröffentlicht worden sind, wird hierdurch auf Anordnung des Herrn Finanz-Ministers zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß bei sämmtlichen Haupt-Ämtern meines Verwaltungsbezirks Seitens der betreffenden Steuerpflichtigen in der Zeit vom 1. Oktober d. J. bis 31. März f. J. die baare Erstattung der Abgabenbeträge für etwa noch in ihren Besitz befindliche un verwendbar gewordene Reichsstempelmarken und gestempelte Schlussnotenformulare der bisherigen Art beantragt werden kann, und daß bei denselben Ämtern vom 1. Oktober d. J. an der Umtausch der neuen Reichsstempelmarken und amtlich gestempelten Schlussnotenformulare des Modells d., wenn sie unbeschädigt sind, gegen Marken oder gestempelte Schlussnotenformulare zu anderen Steuerbeträgen erfolgen kann.

Berlin, den 21. September 1885.

Der Provinzial-Steuer-Direktor. Hellwig.

Das Verzeichniß derjenigen Steuerstellen, welche zur Erhebung der in der Tarifnummer 4 des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben angeordneten Abgabe zuständig sind, betr. 6. Auf Anordnung des Herrn Finanz-Ministers wird hiermit in der Anlage das Verzeichniß derjenigen Steuerstellen, welche zur Erhebung der in der Tarifnummer 4 des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben angeordneten Abgabe zuständig sind, bekannt gemacht.

Gleichzeitig wird zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß mit dem Verkauf der Reichsstempelmarken und Schlussnotenformulare Seitens der zuständigen Steuerstellen nach Empfang der Materialien, spätestens aber am 1. Oktober d. J. begonnen werden wird.

Berlin, den 22. September 1885.

Der Provinzial-Steuer-Direktor. Hellwig.

Verzeichniß

derjenigen Steuerstellen, welche zur Erhebung der in der Tarifnummer 4 des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben angeordneten Abgabe mit der nachstehenden Maßgabe zuständig sind:

Die Befugniß

a. umfaßt den Verkauf von Reichsstempelmarken und von gestempelten Formularen zu Schlussnoten, auch die Verabfolgung ungestempelter Formulare;

die Befugniß

b. erstreckt sich auf die Herstellung gestempelter Schlussnotenformulare durch Verwendung von Reichsstempelmarken zum verlangten Betrage und auf die Abstempelung von Vertragsurkunden (§ 14 des Gesetzes);

die Befugniß

c. ist beschränkt auf den Verkauf von Reichsstempelmarken und auf die Verabfolgung ungestempelter Formulare.

Die Befugniß, Anmeldungen zur Stempelung von Privatformularen durch die Reichsdruderei anzunehmen, steht den sämmtlichen im Verzeichniß genannten Steuerstellen zu.

| Reihe Nr. | Direktiv-
Behörde. | Der Steuerstelle | | | Bemerkungen |
|-----------|---|--------------------------|---|-----------|-------------|
| | | Amtssitz. | Firma. | Befugniß. | |
| 1 | Pro-
vinzial-
Steuer-
Direk-
tion | Berlin, | Hauptsteueramt
für inl. Gegenstände, | a. b. | |
| 2 | | Bernau, | Untersteueramt I. Kl., | a. | |
| 3 | | Charlotten-
burg, | " | a. | |
| 4 | in Berlin | Cöpenick, | " | a. | |
| 5 | | Rixdorf, | " | a. | |
| 6 | | Zossen, | " | a. | |
| 7 | | Branden-
burg, | Hauptsteueramt, | a. b. | |
| 8 | | Belzig, | Untersteueramt I. Kl., | a. b. | |
| 9 | | Fehrbellin, | " | a. b. | |
| 10 | | Friesack, | " | a. b. | |
| 11 | | Rathenow, | " | a. b. | |
| 12 | | Treuen-
briegen, | Untersteueramt II. Kl., | a. b. | |
| 13 | | Wuster-
hausen a./D., | Untersteueramt I. Kl., | a. b. | |
| 14 | | Cottbus, | Hauptsteueramt, | a. b. | |
| 15 | | Korff, | Untersteueramt I. Kl., | a. | |
| 16 | | Guben, | " | a. b. | |
| 17 | | Sorau, | " | a. | |
| 18 | | Sommer-
feldt, | " | a. | |
| 19 | | Spremberg, | " | a. | |
| 20 | | Croßsen, | Hauptsteueramt, | a. b. | |
| 21 | | Schwiebus, | Untersteueramt I. Kl., | a. b. | |
| 22 | | Sonnen-
burg, | " | a. b. | |

| Senfende Nr. | Direktiv-
Behörde. | Der Steuerstelle | | | Bemerkungen. |
|--------------|--|-------------------------|-------------------------|---------------------|--------------|
| | | Amtstg. | Firma. | Be-
fug-
niß. | |
| 23 | Pro-
vinzial-
Steuer-
Direk-
tion
in Berlin | Zielenzig, | Untersteueramt I. Kl., | a, b | |
| 24 | | Züllichau, | " | a, b. | |
| 25 | | Eberswalde, | Hauptsteueramt, | a, b. | |
| 26 | | Freienwalde, | Untersteueramt I. Kl., | a. | |
| 27 | | Briezen, | " | a. | |
| 28 | | Frankfurt
a./D., | Hauptsteueramt, | a, b | |
| 29 | | Baerwalde, | Untersteueramt I. Kl., | a. | |
| 30 | | Eüßrin, | " | a. | |
| 31 | | Fürsten-
walde, | " | a. | |
| 32 | | Königsberg
N./M., | " | a. | |
| 33 | | Petschin, | " | a. | |
| 34 | | Müncheberg, | " | a. | |
| 35 | | Neudamm, | " | a. | |
| 36 | | Schoensief, | " | a. | |
| 37 | | Seelow, | " | a. | |
| 38 | | Zehden, | " | a. | |
| 39 | | Landesberg
a./B., | Hauptsteueramt, | a, b. | |
| 40 | | Lübben, | " | a, b. | |
| 41 | | Finsters-
walde, | Untersteueramt I. Kl., | a, b. | |
| 42 | | Luckau, | " | a, b. | |
| 43 | | Senftenberg, | " | a, b. | |
| 44 | | Potsdam, | Hauptsteueramt, | a, b. | |
| 45 | | Cremmen, | Untersteueramt I. Kl., | a, b. | |
| 46 | | Zülpert, | " | a, b. | |
| 47 | | Ludenwalde, | " | a, b. | |
| 48 | | Nauen, | " | a, b. | |
| 49 | | Drantsen-
burg, | " | a, b. | |
| 50 | | Spandau, | " | a, b. | |
| 51 | | Prenzlau, | Hauptsteueramt, | a, b. | |
| 52 | | Anger-
münde, | Untersteueramt I. Kl., | a. | |
| 53 | | Lyßen, | " II. " | a. | |
| 54 | | Schwedt
a./D., | " I. " | a. | |
| 55 | | Strasburg
N./M., | " II. " | a. | |
| 56 | | Templin, | " I. " | a. | |
| 57 | | Neu- | Hauptsteueramt, | a, b. | |
| 58 | | Ruppin, | " | a. | |
| 59 | | Havelberg, | Untersteueramt I. Kl., | a. | |
| 60 | | Kröppin, | " | a, b. | |
| 61 | | Perleberg, | " | a, b. | |
| 62 | | Prigwall, | " | a. | |
| 63 | | Wittstock, | " | a, b. | |
| 64 | | Wittenberge,
Penzen, | Untersteueramt II. Kl., | a. | |

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Die Preussische Hypotheken-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin betreffend.

79. Diesem Stüde des Amtsblattes ist eine Beilage, enthaltend das neue Statut der Preussischen Hypotheken-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin vom 30. April 1885, genehmigt durch Erlass der Herren 1. Juni 1885, Minister des Innern und für Landwirtschaft vom 30. Juli 1885 N. d. J. I. B. 5739. N. f. Landw. I. 9614. beigefügt.

Berlin, den 16. September 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Einrichtung eines Postamtes in Nieder-Schönhausen.

45. Am 1. Oktober d. J. tritt in dem Orte Nieder-Schönhausen (Kaiser Wilhelmstraße Nr. 3) ein Postamt mit Telegraphenbetrieb in Wirksamkeit. Dasselbe wird sich mit der Annahme und Befestigung von Postsendungen jeder Art befassen.

Die Dienststunden des Postamtes für den Verkehr mit dem Publikum werden, wie folgt, festgesetzt:

a. an Wochentagen: im Sommerhalbjahr von 7 Uhr Vorm. bis 12 Uhr Mitt. und von 2 Uhr Nachm. bis 8 Uhr Abends;

b. an Sonn- und Festtagen: von 7 bis 8 Uhr Vorm. bis 9 Uhr Vorm. und von 5 Uhr Nachm. bis 6 Uhr Abends.

Außerdem wird das Postamt mit Rücksicht auf den Telegraphenbetrieb an Sonntagen von 11 bis 12 Uhr Vorm. geöffnet sein.

Berlin C., 26. September 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,

Geheimer Postrath Schiffmann.

Verlegung des Postamtes Nr. 73 (Wallstraße).

46. Am 1. Oktober wird das Postamt Nr. 73 aus dem Hause Wallstraße Nr. 76 nach dem Hause Annenstraße Nr. 3 verlegt.

Das Postamt führt künftig die Bezeichnung: „Postamt Nr. 73 (Annenstraße).“

Berlin C., 25. September 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,

Geheimer Postrath Schiffmann.

Verlegung des Postamtes Nr. 92 (Landesbergerstraße).

47. Das gegenwärtig im Hause Landesbergerstraße Nr. 40 untergebrachte Postamt Nr. 92 befindet sich vom 1. Oktober ab in dem Hause Landesberger-Allee Nr. 5.

Das Postamt führt künftig die Bezeichnung: „Postamt Nr. 92 (Landesberger Allee).“

Berlin C., 25. September 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,

Geheimer Postrath Schiffmann.

Verlegung des Postamtes Nr. 18 (Wahmannstraße).

48. Am 1. Oktober wird das Postamt Nr. 18 aus dem Hause „Wahmannstraße Nr. 35“ nach dem Hause „Landesbergerstraße Nr. 93“ verlegt.

Das Postamt führt künftig die Bezeichnung:
„Postamt Nr. 18 (Landsbergerstraße).“

Berlin C., 26. September 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Schiffmann.

Verlegung des Postamtes in Weissensee bei Berlin.

Am 1. Oktober wird das Postamt in Weissensee bei Berlin aus dem Hause „Königschauffee Nr. 15“ nach dem Hause „Königschauffee Nr. 31“ verlegt.

Berlin C., 26. September 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Errichtung von Reichstelegraphenanstalten in Holzenborn und Schmölln.

In Holzenborn (Mark) und Schmölln (Uckermark) werden am 28. d. M. mit den Postagenturen vereinigte Reichstelegraphenanstalten in Wirksamkeit treten.

Potsdam, 25. September 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

Im Vertretung Pennrich.

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 6. September d. J. geruht, den Regierungs-Assessor von Podewils in Potsdam zum zweiten Stellvertretenden Mitgliede des Bezirks-Ausschusses daselbst auf die Dauer seines Hauptamtes am Siege des letzteren zu ernennen.

An Stelle des ausscheidenden früheren Beigeordneten Rörchen ist der Gemeinde-Einnehmer Suckau in Gransee zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Königl. Amtsgericht daselbst ernannt worden.

Im Kreise Oberbarnim ist nach Ablauf seiner bisherigen Dienstzeit der Amtsraih Eger zu Frankensfelde von Neuem zum Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks Haselberg ernannt worden.

Der frühere berittene Schutzmann Seelow ist an dem Königl. Französischen Gymnasium in Berlin als Kassellan angestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Schmerze, Johannes Jacobus Melchior Diez, ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Berchtesgarn, Diözese Dom Brandenburg, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Immanuel Wilhelm Krüger in Klinkow ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Klein-Olienitz, Diözese Potsdam I., bestellt worden.

Der bisherige Archidiaconus Johannes Ehrenfried Hofmann in Neu-Ruppin ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Hohenbruch, Diözese Neu-Ruppin, bestellt worden.

Das unter magistratualischem Patronat stehende Diaconat zu Prigwall mit dem damit verbundenen Pfarramte von Sarnow-Bobbin, Diözese Prigwall, kommt durch die Versetzung des Diaconus und Pfarrers Kühn zum 1. November d. J. zur Erledigung.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Zachow, Diözese Dom Brandenburg, ist durch das Ableben des Pfarrers Rühnick am 24. August d. J. zur Erledigung gekommen.

Am Königl. Luisen-Gymnasium in Berlin ist der Schulamts-Kandidat Dr. Thiemann als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Die Lehrerin Frau Dr. Bahnsen ist als Lehrerin an der Königl. Blindenanstalt in Steglitz angestellt worden.

Dem ordentlichen Lehrer Dr. Hohenberg am Königl. Realgymnasium in Berlin ist der Titel „Oberlehrer“ verliehen worden.

Der Lehrerin Fräulein Dillmann ist die Erlaubnis zur Fortführung der Dr. Neßler'schen höheren Mädchenschule zu Berlin, Heiligegeiststraße Nr. 15, erteilt worden.

Vakant sind resp. werden: Eine Lehrerstelle zu Beeskow, Privat-Patronats, die Lehrer- und Küsterstelle zu Beeg, Inspektion Zehdenitz, Königl. Patronats.

Wiederbesetzt sind: Die 2. Lehrerstelle zu Cossenblatt, Inspektion Beeskow, die Lehrer und Küsterstelle zu Krausnick, Inspektion Königs-Wusterhausen, die Lehrer- und Küsterstelle zu Fröhden, Inspektion Jüterbog.

Bermischte Nachrichten.

Erledigte Kreiswundarzt-Stellen.

Die Kreiswundarzt-Stellen der Kreise Templin, Osthavelland und Westprignitz sind unbesetzt. Bezüglich der Wohnsignahme in einem Orte dieser Kreise wird auf die Wünsche der Bewerber möglichst Rücksicht genommen werden und sind die Bewerbungen mit Beifügung des Zeugnisses über die Qualifikation zur Verwaltung einer Physikatstelle bis zum 15. Dezember an mich einzureichen.

Potsdam, den 21. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Preis-Verzeichniß

der Königl. Landesbaumschule in Alt-Geltow und bei Potsdam pro 1. Oktober 1885/86.

Das Preisverzeichnis der Königl. Landesbaumschule in Alt-Geltow und bei Potsdam pro 1. Oktober 1885/86 liegt zur Einsicht bei sämtlichen Landrathsämtern diesseitigen Bezirks, sowie bei den Magisträten zu Brandenburg, Spandau, Luckenwalde, Schwedt und Wriezen a./D. aus.

Potsdam, den 24. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|---|---|--|---|--|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 2. | | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Niels Charles Victor
Kundberg,
Leichtmatrose, | geboren am 1. November
1868 zu Kopenhagen,
Dänemark, ebenda selbst
ortsangehörig, | Diebstahl, Landstreichen
und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Auriich, | 24. August
1885. |
| 2 | Jakob Goldschmid,
Handelsmann, | 40 Jahre, geboren und
ortsangehörig zu Ma-
kowa, Russisch-Polen,
wohnhaft zuletzt zu
Burgsteinfurt, Regie-
rungsbezirk Münster, | Betteln im wiederholten
Mafsstab, | Königlich Preussische
Regierung zu Mün-
ster, | 6. Juli
1885. |
| 3 | Wilhelm Wegmann,
Schuhmacher, | geboren am 27. August
1859 zu Rohr, Kanton
Solothurn, Schweiz,
ebenda selbst ortsange-
hörig, | Landstreichen u. wissent-
licher Gebrauch eines
gefälschten Arbeitszeug-
nisses, | Königlich Preussische
Regierung zu Düsseldorf, | 17. Juli
1885. |
| 4 | Franz Kaufmann,
Kellner, | geboren am 1. Oktober
1864 zu Linz, De-
sterreich, ortsangehörig
zu Wels, Bezirk Wels,
Desterreich, | Betteln und Landstreichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Schro-
benhausen, | 20. August
1885. |
| 5 | Franziska Du Blau, | geboren am 6. Mai
1861 zu Rotterdam,
Niederlande, ebenda-
selbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Großherzoglich Hessi-
sches Kreisamt
Mainz, | 26. August
1885. |
| 6 | Claude Terrier,
Photograph, | geboren am 14. Juli
1862 zu Lyon, Frank-
reich, | Landstreichen und Angabe
eines falschen Namens, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Col-
mar, | 17. Juli
1885. |
| 7 | Eziz Mandelskern,
Kürschner, | geboren am 7. Sep-
tember 1860 zu Ku-
roff, Gouvernement
Lublin, Russisch-Polen,
ebenda selbst ortsange-
hörig, | Landstreichen, | derselbe, | 8. August
1885. |
| 8 | Martin Sieffert,
Korbmacher, | geboren am 28. Oktober
1834 zu Restenholz,
Bezirk Colmar, durch
Option französischer
Staatsangehöriger, | Diebstahl, Landstreichen
und Betteln, | derselbe, | 22. August
1885. |
| 9 | Julius Bagiet,
Arbeiter, | geboren am 8. Juni
1846 zu Saintes,
Bezirk Charente in-
férieure, Frankreich, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 31. August
1885. |
| 10 | Josef Egan,
Schmied, | geboren am 9. März
1847 zu Ocah, Be-
zirk Morbihan, Frank-
reich, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 11 | Ludwig Alfred
Songis,
Gärtner, | geboren am 10. No-
vember 1853 zu Se-
zanne, Bezirk Marne,
Frankreich, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen. |

| Zanf. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Verurtheilung. | Behörde, welche die Ausweisung beschloffen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschloffen. |
|-----------|---|--|---|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5. | 6. |
| 12 | Leiwel Berkowicz, Handelsmann, | etwa 40 Jahre, geboren zu Tzchanowo, Rußland, ebendaselbst orts-angehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Marienwerder, | 5. September 1885. |
| 13 | Wiktoria Langer, unverehelichte, | geboren am 5. April 1856 zu Wien, orts-angehörig zu Segdorf, Bezirk Freiwaldau, De-sterreichisch-Schlesien, zu a. 72 Jahre, | Landstreichen, Betteln und Führung eines falschen Namens, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 15. August 1885. |
| 14 | a. Juba Krzuz, Schuhmacher,
b. dessen Ehefrau Laja, geborene Golosky, | zu b. 60 Jahre, beide geboren zu Krzypice, Russisch-Polen, ortsangehörig zu Pras-yska, Bezirk Wielun, ebendaselbst, | Landstreichen, | derselbe, | 24. August 1885. |
| 15 | Gustav Wámos, Schneider, | geboren 1852 zu Kis-Bárda, Komitat Szabolcs, Ungarn, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Rünzburg, | 8. September 1885. |
| 16 | Felix Braschmann, Handlungsdiener, | 23 Jahre, geboren zu Holics, Komitat Neu-tra, Ungarn, ebenda-selbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussische Regierung zu Wies-baden, | 7. August 1885. |
| 17 | Siegfried Bondy, | geboren am 27. Juni 1858 zu Prag, orts-angehörig zu Hlubok, Böhmen, | Landstreichen, Betteln, Führung eines falschen Namens, verbotswidrige Rückkehr in das Landes-gebiet u. Gebrauch falsch. Legitimationspapiere, | derselbe Behörde, | 21. August 1885. |
| 18 | Josef Banjean, Färbergesele, | 44 Jahre, geboren zu Baals, Provinz Lim-burg, Niederlande, ebendaselbst ortsange-hörig, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlich Preussische Regierung zu Aachen, | 15. August 1885. |
| 19 | a. Jules Lefebvre, Buchdruckersele (Tagelöhner),
b. Eugen Lefebvre, Chokoladenbädersele, | zu a. geboren am 1. März 1865,
zu b. geboren am 24. April 1864, zu Amiens, Departement Somme, Frank-reich, ebendaselbst orts-angehörig, | Landstreichen, | derselbe Behörde, | 18. August 1885. |
| 20 | Josef Pavlik, Fabrikarbeiter und Bädersele, | geboren am 19. März 1863 zu Chrasch, Böh-men, ortsangehörig zu Pugenried, Bezirk Taus, ebendaselbst, | Landstreichen u. Führung eines gefälschten Legiti-mationspapiers, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Bilsbi-burg, | 10. Juli 1885. |

| Rang. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|-----------|-------------------------------|---|----------------------------|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 21 | Josef Lucca, Steinhauer, | geboren am 6. September 1838 zu Cognigliano, Provinz Treviso, Italien, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Neu-Ulm, | 22. August 1885. |
| 22 | Georg Lott, Buchdrucker, | geboren am 11. März 1822 zu Graz, Steiermark, Oesterreich, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Reg, | 2. September 1885. |
| 23 | Antonio Ferrari, Erbarbeiter, | geboren am 17. Februar 1858 zu Rouvigno, Oesterreich, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-präsident zu Colmar, | 24. August 1885. |

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Die Ausgabe kombinirbarer Rundreisebilletts betreffend.

44. Die seither in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September im Bereiche des Vereins Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen zur Ausgabe gelangenden kombinirbaren Rundreisebilletts werden fortan während des ganzen Jahres ausgegeben unter der Voraussetzung, daß die Summe der Entfernungen sämtlicher Couponstrecken mindestens 600 km beträgt. Die Gültigkeitsdauer dieser Billets beträgt 45 Tage, bei Rundreisen von über 2000 km 60 Tage.

Berlin, den 22. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Spezial-Tarif für die Beförderung von Holz.

80. Für die Beförderung von Holz von Stationen der Russischen Südwestbahn nach Königsberg, Pillau, Memel und Elbing ist im Preussisch-Russischen Verbande seit dem 1./13. September d. J. ein direkter Spezial-Tarif in Kraft getreten, welcher auf den genannten Deutschen Stationen zu haben ist.

Bromberg, den 23. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kurzbuchs betreffend.

81. Am 1. Oktober d. J. erscheint eine neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kurzbuchs, enthaltend die Winter-Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund-Berlin-Dresden, sowie der anschließenden Bahnen in Oesterreich und Rußland. Dasselbe ist bei allen Stationen bezw. Billeterpeditionen des vorbezeichneten Bezirks, sowie im Buchhandel zum Preise von 40 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 17. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Die Gültigkeitsdauer kombinirbarer Rundreisebilletts.

82. Die bei unseren Billet-Ausgabestellen zu Königsberg i. P., Danzig, Lege Thor und Bromberg zum Verfaufe stehenden kombinirbaren Rundreisebilletts werden fortan während des ganzen Jahres mit einer Gültigkeitsdauer von 45 und bei Rundreisen von über 2000 km von 60 auf einander folgenden Tagen, den Tag der Abstempelung mitgerechnet, ausgegeben. Die Gültigkeit erlischt um Mitternacht des 45. bezw. 60. Tages, der auf der Vorderseite des Billets genau bezeichnet wird. Eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer findet unter keinen Umständen statt. Nähere Auskunft erteilen alle Stationen des diesseitigen Bezirks.

Bromberg, den 19. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

(Hierzu zwei Beilagen, die eine enthaltend das Statut der Preussischen Hypotheken-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin, die andere enthaltend den Winterfahrplan der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin, sowie vier öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf. Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (G. Hays, Hof-Buchdrucker).

Beilage

zum 40sten Stüd des Amtsblatts

der Königlischen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 2. Oktober 1885.

Statut

der
Preussischen Hypotheken-Versicherungs-
Aktien-Gesellschaft

zu
Berlin

vom 30. April 1885.
1. Juni

Genehmigt durch Ministerial-Erlaß
vom 30. Juli 1885.

Abtheilung I.

Firma. Zweck. Sitz. Grundkapital.
Dauer.

Art. 1.

Unter der Firma: „Preussische Hypotheken-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft“ ist eine Aktien-Gesellschaft mit kaufmännischen Rechten und Pflichten zusammengetreten. Sie hat den Zweck, den Realkredit durch Versicherung hypothekarischer Forderungen und durch Vermittelung hypothekarischer Darlehne zu heben und zu fördern.

Art. 2.

Der Sitz der Gesellschaft ist zu Berlin und ihr Gerichtsstand bei dem zuständigen Gerichte daselbst.

Wegen Ansprüche aus Versicherungsverträgen kann die Gesellschaft auch vor den Gerichten desjenigen Orts belangt werden, wo diese Verträge durch ihre Bevollmächtigten unterzeichnet sind. Diese Befugniß der Versicherten ist in dergleichen Versicherungspolizen anzunehmen.

Art. 3.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 5 Millionen Thaler = 15 Millionen Mark in 10,000 auf den Namen lautenden Aktien zu 500 Thlr. = 1500 Mark. Dasselbe kann durch Beschluß der Generalversammlung mit Genehmigung der Königlischen Ministerien bis auf 30 Millionen Mark in 20,000 Aktien erhöht werden. Jede weitere Vermehrung des Grundkapitals bedarf der landesherrlichen Genehmigung.

Art. 4.

Die Dauer der Gesellschaft ist auf 100 Jahre vom 21. Juni 1862 (dem Tage der landesherrlichen Bestätigung des ersten Statuts) festgesetzt und kann durch Beschluß der Generalversammlung mit landesherrlicher Genehmigung verlängert werden.

Abtheilung II.

Aktien. Einzahlung. Uebertragung.
Kraftloserklärung.

Art. 5.

Die Aktien werden (Formular A.) mit laufender Nummer im Namen des Aufsichtsraths ausgestellt. Mit jeder Aktie werden Dividendenscheine (Formular B.) nebst Talon (Formular C.) jedesmal auf fünf Jahre ausgegeben, welche nach Ablauf des letzten Jahres gegen Einreichung des Talons durch neue ersetzt werden.

Art. 6.

Von dem Nennwerth der Aktien werden 375 M. (25 %) baar eingezahlt und 1125 M. (75 %) in drei Solawechseln über je 375 M., an die Ordre der Gesellschaft lautend und einen Monat nach Sicht in Berlin zahlbar (Formular D.), hinterlegt. Anstatt der Wechsel kann auch deren Betrag baar hinterlegt werden. Aktien, auf welche solche Zahlung geleistet ist, werden als vollgezahlte bezeichnet. Diese sowie die nach den Artikeln 15 und 16 etwa erfolgende Baarzahlung wird, so lange und soweit nicht von allen Aktionären die Einlösung der Wechsel gefordert ist, mit 4 % jährlich verzinst, soweit der Jahresgewinn dazu ausreicht.

Art. 7.

Jede Aktie hat in dem Aktienbuche der Gesellschaft ein Blatt, auf welchem Namen, Wohnort und Stand des jedesmaligen Eigenthümers eingetragen werden. Wenn das Eigenthum der Aktie auf einen Anderen übergeht, so ist dies unter Vorlegung der Aktie und des Nachweises des Ueberganges bei der Gesellschaft anzumelden und im Aktienbuche zu vermerken. Falls die Aktien nicht vollgezahlt sind, darf die Eintragung des neuen Eigenthümers erst erfolgen, nachdem dieser seine Solawechsel hinterlegt und der Vorstand die Uebertragung genehmigt hat. Demnachst erhält der bisherige Eigenthümer seine Solawechsel zurück.

Art. 8.

Der Vorstand kann die Genehmigung zur Uebertragung von Aktien, sowie bei künftigen Aktien-Emissionen die Annahme von Aktienzeichnern verweigern, ohne zur Angabe von Gründen verpflichtet zu sein.

Art. 9.

Sind Aktien, Interimscheine, Dividendenscheine oder Talons beschädigt oder unbrauchbar geworden, jedoch in ihren wesentlichen Theilen noch dergestalt erhalten, daß über ihre Richtigkeit kein Zweifel obwaltet, so ist der Vorstand mit Genehmigung des Aufsichtsraths ermächtigt, gegen Einreichung der beschädigten Papiere auf Kosten des Inhabers neue gleichartige Papiere unter der gleichen Nummer auszufertigen und auszureichen.

Außer diesem Fall ist die Ausfertigung und Ausreichung von neuen Aktien oder Interimscheinen an Stelle von beschädigten oder verlorenen nur nach rechtskräftiger gerichtlicher Kraftloserklärung (Amortisation) derselben zulässig. Die Ausfertigung erfolgt auf Kosten des Antragstellers unter der alten Nummer mit Hinzufügung eines auf die rechtskräftige Kraftloserklärung bezüglichen Vermerks.

Das Amortisationsverfahren unterbricht nicht die Wechselverbindlichkeit des Aktionärs und hält die in den Artikeln 14 bis 16 bezeichneten Maßregeln nicht auf.

Beschädigte oder verlorene Dividendenscheine oder Talons können nicht für kraftlos erklärt werden.

Art. 10.

Dividenden, welche binnen 4 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem sie fällig wurden, nicht erhoben sind, verfallen zu Gunsten der Gesellschaft. Wird jedoch vor Ablauf dieser Frist der Verlust eines Dividendenscheines bei der Gesellschaft schriftlich angemeldet, so erfolgt dessen Auszahlung an den Anmelnden nach Ablauf dieser Frist, wenn bis dahin der Dividendenschein nicht zur Einlösung producirt ist. Die Gesellschaft wird durch Annahme der Anzeige von dem Verluste eines Dividendenscheines nicht verpflichtet, die Legitimation eines etwaigen Präsentanten desselben zu prüfen oder die Einlösung des Scheines zu vertagen. Dem Verlierer und dem Inhaber des Scheines bleibt vielmehr die Ausführung ihrer Ansprüche auf den Betrag desselben gegen einander lediglich überlassen.

Wenn ein Talon nicht spätestens bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der erste Dividendenschein einer neuen Serie zahlbar ist, bei der Gesellschaft präsentirt wird, so werden die Dividendenscheine der neuen Serie mit dem nächsten Talon dem Eigentümer der Aktie gegen Vorzeigung derselben bei Fälligkeit des zweiten Dividendenscheines dieser Serie verabsolgt.

Abtheilung III.

Rechtsverhältnisse der Aktionäre.

Art. 11.

Im Verhältnisse zu der Gesellschaft werden nur diejenigen als die Eigentümer von Aktien angesehen, welche als solche im Aktienbuche verzeichnet sind.

Art. 12.

Jeder Aktionär hat einen verhältnismäßigen Antheil an dem Vermögen, dem Gewinn und Verlust der Gesellschaft.

Kein Aktionär haftet über den Nennwerth seiner Aktie hinaus für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

Art. 13.

Es dürfen auf keinen Namen mehr als 200 Aktien in das Aktienbuch eingetragen werden.

Art. 14.

Jeder Eigentümer einer nicht vollgezahlten Aktie ist verpflichtet, einer durch das Gesellschaftsblatt veröffentlichten Aufforderung des Vorstandes zur gänzlichen oder theilweisen Einzahlung oder einer an ihn gerichteten Aufforderung zur Erneuerung seiner Wechsel sofort Folge zu leisten, widrigenfalls er zur Zahlung von Verzugs-

zinsen für die geforderte Einzahlung verpflichtet ist, und außerdem je nach Ermessen des Aufsichtsrathes entweder die Wechsel geltend gemacht werden oder das Verfahren nach den Bestimmungen des Deutschen Handelsgesetzbuches zur Anwendung gebracht wird. Auch im letzteren Falle können die Wechsel zur Beitreibung des etwa der Gesellschaft entstehenden Ausfalls geltend gemacht werden.

Art. 15.

Wenn der Eigentümer nicht vollgezahlter Aktien in Konkurs verfällt oder gegen ihn eine Zwangsvollstreckung fruchtlos erfolgt, oder wenn ihm die selbstständige Verwaltung seines Vermögens entzogen wird, so hat er nach Aufforderung des Vorstandes in der ihm bestimmten Frist einen annehmbaren Rechtsnachfolger zu stellen oder den Betrag seiner Wechsel baar einzuzahlen, widrigenfalls nach Ermessen des Aufsichtsrathes entweder seine Wechsel geltend gemacht werden oder das Verfahren nach den Bestimmungen des Deutschen Handelsgesetzbuches zur Anwendung gebracht wird.

Art. 16.

Im Falle des Ablebens eines Aktionärs und im Falle der Auflösung einer in das Aktienbuch als Aktionär eingetragenen Handelsgesellschaft tritt das gleiche Verfahren (Art. 15) gegenüber den Rechtsnachfolgern des Verstorbenen oder der Handelsgesellschaft ein, wenn diese der Aufforderung des Vorstandes zur Stellung eines annehmbaren Rechtsnachfolgers oder zur vollen Einlösung der hinterlegten Wechsel nicht innerhalb sechs Monate entsprechen.

Abtheilung IV.

Geschäftskreis.

Art. 17.

Die Gesellschaft ist befugt, zur Erfüllung ihres Zwecks und zur Verwaltung ihres Vermögens:

- 1) Bürgschaft oder Versicherung zu übernehmen für die Erfüllung der in einer hypothekarischen Schuldverschreibung eingegangenen Verbindlichkeiten, bedingt oder unbedingt, mit oder ohne Vorbehalt, sowohl zu Gunsten des Gläubigers als aller Rechtsnachfolger desselben;
- 2) Kapitalien verzinslich oder unverzinslich anzunehmen, sowie deren hypothekarische Unterbringung zu vermitteln;
- 3) innerhalb des Betrages, welcher auf den betreffenden Grundstücken versichert werden kann, Darlehne gegen Hypothek oder Grundschuld zu gewähren, Hypotheken- oder Grundschuld-Forderungen zu beileihen, zu erwerben, zu verpfänden und zu veräußern, sowie auf Grund solcher ihr gehöriger Forderungen Antheilscheine (Certifikate) auszugeben;
- 4) Hypotheken- und Grundschuld-Verschreibungen zu verwahren und die Einziehung und Auszahlung von Kapital und Zinsen zu übernehmen;
- 5) außer den etwa für ihre Verwaltungszwecke nöthigen Gebäuden auch zur Sicherstellung der ihr gehörigen oder durch sie versicherten oder verbürgten Forderungen unbewegliches Eigenthum ohne besondere Einwilligung der Behörden zu erwerben, ver-

miethen, verpachten, bewirtschaften, veräußern oder zu verpfänden;

- 6) zur Nugbarmachung flüssiger Geldmittel Wechsel mit höchstens drei Monat Verfallzeit und mindestens zwei guten Unterschriften oder entsprechenden Unterpfändern zu diskontiren, Rohprodukte und Effekten zu beleihen, Effekten, welche nach den Gesetzen für vormundschaftliche Verwaltung zu Gelddanlagen benutzt werden dürfen, eigenthümlich zu erwerben und zu veräußern, endlich den kommissionstweisen An- und Verkauf von Effekten zu betreiben;
- 7) Zweiganstalten, Subdirektionen und Agenturen zum Betriebe ihrer Geschäfte zu errichten.

Abtheilung V.

Bilanz. Gewinnvertheilung. Reserven.

Art. 18.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Die Bilanz wird am Ende jedes Kalenderjahres von dem Vorstande aufgestellt.

Die Aufstellung erfolgt in Gemäßheit der gesetzlichen Bestimmungen. Unter die Passiva sind insbesondere aufzunehmen:

- eine aus den erzielten Prämien und Provisionen zu entnehmende Reserve für die in das neue Jahr übergehenden Versicherungen, Bürgschaften und Beleihungen nach Verhältnis der noch nicht abgelaufenen Zeitdauer;
- der Kapital-Reservefonds (Art. 20);
- der außerordentliche Reservefonds (Art. 20a.) einschließlich der zur Deckung schon bekannter oder mutmaßlicher Schäden bestimmten Beträge.

Im Laufe der ersten sechs Monate des Kalenderjahres ist für das verlossene Geschäftsjahr die Bilanz, die Gewinn- und Verlust-Rechnung, sowie ein den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwerfender Bericht vom Vorstande der Revisions-Kommission (Art. 37) und dem Aufsichtsrathe, sowie mit deren Bemerkungen der Generalversammlung vorzulegen.

Art. 19.

Von dem Jahresgewinn werden zunächst nicht unter 10 % dem Reservefonds überwiesen, und zwar mindestens 5 % dem Kapital-Reservefonds (Art. 20) und der Rest dem außerordentlichen Reservefonds (Art. 20a.). So lange der Kapital-Reservefonds die im Art. 20 bezeichnete Höhe hat, fließt der ganze Betrag dem außerordentlichen Reservefonds zu.

Der Mehrbetrag des Reingewinns wird wie folgt verwendet:

8 % als Tantième für den Aufsichtsrath,
8 % als Tantième für den Vorstand und die Beamten, vertheilt in Gemäßheit der bestehenden Verträge und nach Bestimmung des Aufsichtsraths, der Rest als Dividende für die Aktionäre, abgerundet auf fünfstel Prozente.

Die Festsetzung der Dividende erfolgt auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsraths durch die Generalversammlung nach Genehmigung der Jahres-

rechnungen, und die Auszahlung, — falls der Aufsichtsrath nicht einen früheren Zeitpunkt bestimmt — am 1. Juli jedes Jahres an den Ueberbringer des Dividendscheines; die Legitimation desselben zu prüfen, ist die Gesellschaft berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Nach erfolgter Genehmigung durch die Generalversammlung ist die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung ohne Verzug durch den Vorstand in dem Gesellschaftsblatte bekannt zu machen und zum Handelsregister einzureichen.

Art. 20.

Der Kapital-Reservefonds dient zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes.

Er wird gebildet:

- durch den im Art. 19 bezeichneten Antheil am Jahresgewinn,
- durch die nach Art. 10 präkludierten Dividenden, und
- durch die Bruchtheile, welche bei Abrundung der Dividende übrig bleiben.

Er wird nicht abgesondert verwaltet, sondern bildet einen Theil des werbenden Vermögens der Gesellschaft.

Sobald und so lange dieser Fonds 25 Prozent des baar eingezahlten Aktienkapitals beträgt, finden fernere Zuschreibungen zu demselben nicht statt.

Art. 20 a.

Der außerordentliche Reservefonds dient zur Deckung eintretender Schäden und zur Bestreitung ungewöhnlicher Ausgaben jeder Art, namentlich auch des Disagios bei Begebung von Hypotheken-Antheilscheinen (Certifikaten) und der Stempel und Kosten bei Erhöhung des Grund- oder baar eingezahlten Kapitals. Auch dieser Fonds wird nicht abgesondert verwaltet, sondern ist werbendes Vermögen der Gesellschaft.

Er wird gebildet:

- durch diejenigen Beträge, welche zur Deckung schon bekannter oder mutmaßlicher Schäden zurückgestellt werden;
- durch den im Art. 19 bezeichneten Antheil am Jahresreingewinn;
- durch die im Artikel 20 unter b und c gedachten Beträge, falls und so lange der Kapital-Reservefonds 25 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals enthält;
- durch etwaige besondere Zuweisungen.

Ueber Verwendungen aus diesem Fonds beschließt der Aufsichtsrath in Gemeinschaft mit dem Vorstande.

Abtheilung VI.

Organisation und Geschäftsführung.

Art. 21.

Die Organe der Gesellschaft sind der Vorstand der Aufsichtsrath und die Generalversammlung.

A. Vorstand.

Art. 22.

Der Vorstand, welcher die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich vertritt, besteht aus zwei oder mehr Direktoren. Sie werden vom Aufsichtsrathe gewählt und mittels eines von diesem mit ihnen zu errichtenden

Vertrages angesetzt, durch welchen ihnen ein festes Gehalt und ein Antheil an der Lantième bestimmt wird. Die Direktoren müssen ihren Wohnsitz in Berlin haben und bei ihrem Amtsantritt jeder eine Kaution von 20 Stück auf ihren Namen lautenden Aktien der Gesellschaft hinterlegen, über welche sie vor erfolgter Entlastung nicht verfügen können.

Art. 23.

Der Aufsichtsrath kann stellvertretende Direktoren bestellen.

Der Vorstand ist befugt, mit Zustimmung des Aufsichtsraths Prokuristen zu bestellen.

Art. 24.

Die Legitimation der Direktoren, der stellvertretenden Direktoren und Prokuristen wird durch einen Auszug aus dem Handelsregister und, soweit dieser nicht ausreicht, durch eine Bescheinigung des Aufsichtsraths in gerichtlicher oder notarieller Form geführt.

Art. 25.

Der Vorstand kann für besondere Geschäftszweige oder zur Ausführung einzelner Geschäfte jeden Direktor allein oder Dritte als Bevollmächtigte mit der Befugnis zur Substitution bestellen. Eine solche Vollmacht bleibt auch bei eintretenden Aenderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes so lange in Kraft, bis sie durch den Vorstand widerrufen wird.

Art. 26.

Zu allen für die Gesellschaft rechtsverbindlichen Erklärungen genügt die Unterschrift zweier Direktoren beziehentlich stellvertretenden Direktoren oder eines Direktors beziehentlich stellvertretenden Direktors und eines Prokuristen.

Dritten Personen kann niemals der Einwand entgegen gesetzt werden, daß die Nothwendigkeit der Stellvertretung eines Direktors nicht vorgelegen habe.

Art. 27.

Der Vorstand kann Beamte mit einem Jahresgehalte über 3000 Mark nur mit Genehmigung des Aufsichtsraths anstellen. Alle Beamten kann er suspendiren oder entlassen.

Art. 28.

Der Vorstand hat bei seiner Geschäftsführung die ihm vom Aufsichtsrathe erteilten Instruktionen zu beobachten und den Beschlüssen desselben Folge zu leisten. Der Vorstand beschließt nach Stimmenmehrheit und hat das Recht, die Beschlussfassung des Aufsichtsraths in allen Fällen zu fordern, wo die von letzterem erteilten Instruktionen nicht hinreichend oder zweifelhaft sind. Jedes Mitglied des Vorstandes ist befugt, zu verlangen, daß die Ausführung eines Vorstandsbeschlusses suspendirt und die Entscheidung des Aufsichtsraths darüber eingeholt werde.

Die Mitglieder des Vorstandes nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsraths mit beratender Stimme theil.

B. Aufsichtsrath.

Art. 29.

Der Aufsichtsrath besteht aus zwölf Mitgliedern, welche von der Generalversammlung gewählt werden.

Ihre Funktion dauert von der ordentlichen Generalversammlung, in welcher die Wahl erfolgt ist, bis zum Schluß der vierten darauf folgenden ordentlichen Generalversammlung. In jeder ordentlichen Generalversammlung scheiden drei Mitglieder aus und werden drei gewählt. Ausscheidende können wieder gewählt werden.

Die Reihenfolge des Ausscheidens wird durch das Dienstalter und, so lange sich hiernach ein Turnus nicht gebildet hat, durch das Loos bestimmt. Wenn Mitglieder vor Ablauf ihrer Wahlzeit ausscheiden, so erfolgt die Wahl von Ersatzmännern nur für die Wahlzeit der Ausgeschiedenen. So lange die Zahl der Mitglieder nicht unter drei sinkt, kann die Ersatzwahl nach Ermessen des Aufsichtsraths bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung ausgesetzt werden.

Die Legitimation der Mitglieder des Aufsichtsraths, sowie des Vorsitzenden und seines Stellvertreters wird durch ein auf Grund der Wahlverhandlungen gefertigtes gerichtliches oder notarielles Attest geführt.

Jedes Mitglied hat 10 Aktien der Gesellschaft zu hinterlegen und kann über dieselben erst verfügen, wenn dem Aufsichtsrathe für das Jahr, in welchem das betreffende Mitglied ausgeschieden ist, Entlastung erteilt ist.

Die Mitglieder erhalten für jede Sitzung, welcher sie beiwohnen, eine Anwesenheitsmarke, der jedesmalige Vorsitzende zwei. Diese Marken werden mit einem verhältnismäßigen Antheil aus der Lantième des Aufsichtsraths (Art 19) nach Festsetzung der Bilanz eingelöst.

Art. 30.

Der Aufsichtsrath hat die Rechte und Pflichten, welche sich aus dem Gesetz und diesem Statut ergeben, sowie folgende besondere Obliegenheiten:

- a. Er stellt die Mitglieder des Vorstandes und deren Stellvertreter an; er ist befugt, dieselben zu suspendiren und zu entlassen unbeschadet ihrer Ansprüche aus bestehenden Verträgen.
- b. Er ist befugt, dem Vorstande Geschäfts-Instruktionen zu erteilen.
- c. Seine Zustimmung ist erforderlich zur Bestellung von Prokuristen und zur Anstellung von Beamten mit einem Jahresgehalte über 3000 Mark.
- d. Er bestimmt Tag und Stunde sowie die Tagesordnung der Generalversammlungen.
- e. Er bestimmt Zeitpunkt und Größe der auf die Sola-Wechsel der Aktionäre zu leistenden Einzahlungen unter gleichmäßiger Vertheilung auf alle Aktionäre.
- f. Er ist befugt, einzelne seiner Mitglieder zu bestimmten Funktionen gegen Vergütungen, welche als Geschäftsunkosten zu buchen sind, abzuordnen.
- g. Er bestimmt die Gratifikationen der Gesellschaftsbeamten und deren Antheile an der nach Artikel 19 festgesetzten Lantième.
- h. Er nimmt in jeder seiner Sitzungen von den im Aktienbuche vorgefallenen Aenderungen Kenntniß und veranlaßt nöthigenfalls die Aus-

führung der in den Artikeln 14 bis 16 bezeichneten Maßregeln.

Art. 31.

Der Aufsichtsrath wählt für einen jedesmal bestimmten Zeitraum eines seiner Mitglieder, welches die Thätigkeit des Vorstandes überwacht, von den laufenden Geschäften Kenntniß nimmt und die Kasse, sowie die Bestände an Wechseln, Effekten und Hypotheken untersucht.

Art. 32.

Der Aufsichtsrath versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden. Letzterer ist zur Einladung verpflichtet, wenn drei Mitglieder des Aufsichtsraths oder ein Direktor dies verlangen.

Der Vorsitzende und ein Stellvertreter desselben werden aus den Mitgliedern des Aufsichtsraths von diesen alljährlich gewählt und zwar sofort nach der ordentlichen Generalversammlung zu notariellem Protokoll.

Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden übt sein Stellvertreter und in dessen Verhinderung das den Jahren nach älteste der anwesenden Mitglieder dessen Befugnisse aus.

Der Aufsichtsrath ist beschlußfähig, wenn mindestens sieben Mitglieder anwesend sind.

Bei allen Beschlüssen und Wahlen entscheidet die Mehrheit der Anwesenden. Im Falle der Stimmengleichheit wird die Stimme des Vorsitzenden doppelt gezählt.

In den Sitzungen des Aufsichtsraths wird ein Protokoll geführt und von allen anwesenden Mitgliedern unterzeichnet.

Ausfertigungen im Namen des Aufsichtsraths, insbesondere Anstellungsverträge müssen von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter und einem Mitgliede des Aufsichtsraths unterzeichnet werden.

C. Generalversammlung.

Art. 33.

Zur Theilnahme an der Generalversammlung sind alle Aktionäre berechtigt, welche als solche bis zum Ablauf des vierten Werktages vor der Generalversammlung in das Aktienbuch der Gesellschaft eingetragen sind. Sie haben Stimmrecht für die hiernach auf ihren Namen lautenden Aktien und zwar

für 1 bis 5 Aktien eine Stimme,

für je 5 Aktien mehr eine Stimme.

Niemand kann mehr als 40 Stimmen, einschließlich der eigenen, in seiner Person vereinigen.

Eine Ausnahme hiervon findet nur statt bei einer Abstimmung über die Auflösung der Gesellschaft (Art. 38).

Jeder stimmberechtigte Aktionär kann sich auf Grund schriftlicher Vollmacht durch einen andern stimmberechtigten Aktionär vertreten lassen. Außerdem können vertreten werden: Ehefrauen durch ihre Ehemänner, Pflegebefohlene durch ihre Vormünder und Kuratoren, Pandlungshäuser, Aktiengesellschaften, Korporationen, Vereine und Klassen durch einen ihrer gesetzmäßigen Vertreter.

Die Prüfung der Vollmachten, welche in Verwahrung der Gesellschaft bleiben, steht dem Vorstande zu.

Der Eintritt in die Generalversammlung ist nur gegen eine Eintrittskarte gestattet, deren Ausfertigung spätestens am letzten Werktag vor der Generalversammlung bis 6 Uhr Abends bei der Gesellschaft nachzusuchen ist.

Art. 34.

Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich in den ersten sechs Monaten des Kalenderjahres zu Berlin statt. Ebendahin muß eine außerordentliche Generalversammlung — außer den im Handelsgesetzbuch vorgesehenen Fällen — dann berufen werden,

a. wenn der Vorstand oder der Aufsichtsrath es für erforderlich erachtet;

b. wenn Aktionäre, deren Antheile mindestens den zwanzigsten Theil des Grundkapitals darstellen, in einer von ihnen unterzeichneten Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Berufung der Generalversammlung verlangen.

Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch den Vorstand unter Angabe der Tagesordnung durch mindestens einmalige Bekanntmachung, welche spätestens drei Wochen vor dem anberaumten Termine in dem Gesellschaftsblatte (Art. 40) veröffentlicht sein muß. Diese Frist ist derart zu bemessen, daß das Datum der Bekanntmachung enthaltenden Blattes und das Datum des Versammlungstages nicht mit eingerechnet werden darf. Anträge der Aktionäre, welche in der Generalversammlung zur Beschlußfassung gelangen sollen, müssen mindestens zwei Wochen vor derselben bei dem Vorstande schriftlich unter Angabe der Gründe eingereicht und mindestens eine Woche vor dem Tage der Generalversammlung in dem Gesellschaftsblatte angekündigt werden.

Art. 35.

Die Generalversammlung beschließt über die Gegenstände ihrer Tagesordnung. Die ordentliche Generalversammlung insbesondere trifft die nöthigen Wahlen der Mitglieder des Aufsichtsraths und der Revisionskommission; ihr werden die Geschäftsberichte des Aufsichtsraths und Vorstandes sowie die von der Revisionskommission geprüften Rechnungsabschlüsse vorgelegt, sie entscheidet über etwaige gegen die Rechnungen gezogene Monita.

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung gilt als genehmigt und die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsraths als erfolgt, soweit nicht einer der Fälle des Artikel 239a. des Deutschen Handelsgesetzbuchs eingetreten ist.

Art. 36.

In allen Generalversammlungen führt der Vorsitzende des Aufsichtsraths, dessen Stellvertreter oder ein anderes von dem Aufsichtsrathe zu bestimmendes Mitglied desselben den Vorsitz. Der Vorsitzende ernannt die Stimmgähler und leitet die Verhandlung. Zu Wahlen und Beschlüssen ist, soweit nicht Anderes bestimmt ist, absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Die Abstimmung erfolgt, wenn nicht Einstimmigkeit festgesetzt wird, durch Stimmzettel.

Falls bei einer Wahl eine Konkurrenz mehrerer Kandidaten stattfindet und die erste Abstimmung keine absolute Majorität für einen derselben ergibt, so sind bei einer zweiten Abstimmung nur die beiden Kandidaten in Betracht zu ziehen, welche die meisten Stimmen erhalten hatten. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet bei Wahlen das Loos, in allen übrigen Fällen die Stimme des Vorsitzenden.

Die Beschlüsse der Generalversammlung bedürfen der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. Das aufzunehmende Protokoll ist gültig, wenn es außer vom Richter oder Notar auch nur vom Vorsitzenden unterschrieben ist. Das Protokoll hat für die Mitglieder der Gesellschaft sowohl unter einander als in Beziehung auf ihre Vertreter volle Beweiskraft.

Art. 37.

Die Revisions-Kommission besteht aus drei Aktionären. Sie hat die Rechnungen des Kalenderjahres, in welchem sie gewählt ist, zu prüfen. Die Mitglieder, sowie drei Stellvertreter derselben werden von der Generalversammlung gewählt. Wenn eines der Mitglieder verhindert ist oder aufhört Aktionär zu sein, so hat sich die Kommission aus der Zahl der Stellvertreter und, falls auch diese nicht hinreichen sollte, aus der Zahl der Aktionäre nach ihrer Wahl zu ergänzen.

Die Revisions-Kommission wird vom Vorstande spätestens vier Wochen vor der ordentlichen Generalversammlung zur Ausübung ihres Amtes berufen, hat die Rechnungsabschlüsse, welche der Generalversammlung vorgelegt werden sollen, zu prüfen und etwaige Monita, deren Erledigung nicht vorher erfolgt, dieser vorzutragen.

Sie hat auch die Liste der Aktionäre und die Sicherheit der von diesen hinterlegten Wechsel zu prüfen und über den Besund der Generalversammlung zu berichten.

Abtheilung VII.

Auflösung der Gesellschaft. Aenderung des Statuts oder Grundkapitals.

Art. 38.

Ueber die Auflösung der Gesellschaft, über Aenderung des Statuts und über Erhöhung oder Herabsetzung des Grundkapitals kann ein Beschluß nur durch eine Mehrheit von drei Vierteln des in der Generalversammlung vertretenen Grundkapitals gefaßt werden.

Zu einem gültigen Beschluß über die Auflösung der Gesellschaft ist außerdem erforderlich, daß in der Generalversammlung mindestens zwei Drittel des Grundkapitals vertreten sind. Anderenfalls gilt der Antrag als abgelehnt, es sei denn, daß er durch den Fall des Artikels 240 des Deutschen Handelsgesetzbuches veranlaßt ist. Ist letzteres der Fall, so muß über den Antrag in einer neuen, binnen vier Wochen zu berufenen Generalversammlung endgültig abgestimmt werden, und ist deren Beschluß gültig, auch wenn weniger als zwei Drittel des Grundkapitals vertreten sind.

Bei jeder Abstimmung über die Auflösung der Gesellschaft gewährt jede Aktie eine Stimme.

Abtheilung VIII.

Aufsicht der Staatsregierung.

Art. 39.

Die Staatsregierung kann einen Kommissarius zur Wahrnehmung des Aufsichtsrechts für beständig oder für einzelne Fälle bestellen. Dieser Kommissarius hat das Recht, nicht nur allen Sitzungen des Aufsichtsraths und der Generalversammlung beizuwohnen, sondern auch solche Sitzungen und Versammlungen, sowie Sitzungen des Vorstandes zu berufen und jederzeit in allen Bureaux der Gesellschaft von deren Büchern, Rechnungen und anderen Skripturen, sowie auch von den Kassen Einsicht zu nehmen.

Abtheilung IX.

Oeffentliche Bekanntmachungen.

Art. 40.

Veröffentlichungen des Aufsichtsraths oder des Vorstandes haben für die Aktionäre Rechtswirkung, wenn sie durch den Deutschen Reichsanzeiger oder ein in Folge der an dessen Stelle tretendes Blatt statgefunden haben.

Uebergangsbestimmung.

Art. 41.

Die zur Zeit vorhandene höhere Mitgliederzahl des Aufsichtsraths soll auf die in diesem Statut festgesetzte niedrigere Zahl allmählig zurückgeführt werden. Zu diesem Behufe wird bestimmt, daß folgende Vorschriften des Art. 29. des revidirten Statuts (landesherrlich bestätigt am 10. Februar 1868):

„Der Verwaltungsrath besteht aus 24 Mitgliedern, welche wenigstens zur Hälfte in Berlin oder Umgegend ihren Wohnsitz haben. Zur Zeit jeder ordentlichen Generalversammlung scheiden alljährlich 6 Mitglieder aus und werden durch Wahl der Generalversammlung ersetzt. Die ausscheidenden Mitglieder können wieder gewählt werden.“

Die Reihenfolge des Austritts wird durch das Dienstalter und, solange sich hiernach ein Turnus noch nicht gebildet hat, durch das Loos bestimmt.“

so lange in Geltung bleiben, bis die Mitgliederzahl sich auf zwölf verringert hat, jedoch mit der Maßgabe, daß bis dahin für die außerhalb der gewöhnlichen Reihenfolge ausgeschiedenen oder ausscheidenden Mitglieder keine Neuwahlen stattfinden. Wenn die Mitgliederzahl auf zwölf gesunken ist, so treten die Vorschriften dieses Statuts in Kraft und wird die Reihenfolge des Ausscheidens, soweit sie sich alsdann nicht schon gebildet hat, durch das Loos bestimmt.

Berlin, den 30. April 1885.

A. Formular der Actie.

Nr.

Baar-Einzahlung Thlr.

Actie

der
Preussischen Hypotheken-Versicherungs-Actien-Gesellschaft
 zu Berlin

über

Fünfhundert Thaler Preussisch Courant.

Herr in nimmt nach Bestimmung des Gesellschafts-Statuts verhältnismässigen Antheil an dem gesammten Eigenthume, dem Gewinne und Verluste der unterzeichneten Gesellschaft. Diese Actie kann ohne Genehmigung der Direktion nicht veräußert oder verpfändet werden.

Berlin, den 18

(L. S.) **Die Preussische Hypotheken-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.**

N. N.

N. N.

(Facsimile der Unterschrift des Vorsitzenden
des Verwaltungsraths.)(Unterschrift eines Mitgliedes des
Verwaltungsraths.)

Eingetragen in das Actienbuch Fol.

Die Direktion.

(Unterschrift eines Direktors.)

B. Formular eines Dividendenscheins.

(Vorderseite.)

Am 1. Juli 18 zahlt die unterzeichnete Actien-Gesellschaft dem Ueberbringer die auf die Actie
 Nr. für das Jahr treffende Dividende.

Berlin, den 18

Preussische Hypotheken-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

(L. S.)

Der Verwaltungsrath.

(Facsimile der Unterschrift des Vorsitzenden.)

(Rückseite.)

Dividendenscheine, deren Betrag 4 Jahre nach deren Fälligkeit nicht erhoben ist, werden ungültig und ihr Betrag verfällt dem Reservefonds der Gesellschaft.

C. Formular des Talons.

(Vorderseite.)

Talon zur Actie Nr.

Die fünfjährige Serie von Dividendenscheinen wird dem Eigenthümer obiger Actie gegen
 Rückgabe des gegenwärtigen Talon verabsfolgt.

Berlin, den 18

Preussische Hypotheken-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

Der Verwaltungsrath.

(Facsimile der Unterschrift des Vorsitzenden.)

(Rückseite.)

Wenn ein Talon weder in dem Dividendenzahlungstermine, in welchem die neuen Dividendenscheine ausgehändigt werden, noch in dem nächstfolgenden bei der Direktion präsentiert wird, so werden die Dividendenscheine der neuen Serie dem Eigenthümer der Actie gegen Vorzeigung derselben bei Fälligkeit des zweiten Dividendenscheines dieser Serie verabsfolgt.

D. Formulare der Sola-Wechsel.

Einen Monat nach Sicht zahle ich in Berlin gegen diesen meinen Sola-Wechsel an die Ordre
 der **Preussischen Hypotheken-Versicherungs-Actien-Gesellschaft** die Summe von
Dreihundert und fünfundsiebenzig Mark Deutsche Reichswährung.

Die Präsentation des Wechsels muß spätestens am 31. Dezember 1962 erfolgen.

(Ort und Datum des Ausstellers.)

.....

(Namensunterschrift, Stand und Wohnort.)

.....

Berlin, den 30. Juli 1885.

In Folge des gefälligen Berichts Euer Hochwohlgeboren vom 14. Juni d. J. ertheilen wir hierdurch den laut notarieller Verhandlung vom 30. April d. J. von der General-Versammlung der Preussischen Hypotheken-Ver sicherungs-Actien-Gesellschaft beschlossenen Aenderungen des unterm 10. Februar 1868 Allerhöchst bestätigten Gesellschafts-Statuts unsere Genehmigung.

Der Minister des Innern.

Der Minister für Landwirtschaft, Domainen und Forsten.

In Vertretung: gez. Herrfurth.

Im Auftrage: gez. Michelly.

An den Königl. Polizei-Präsidenten, Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath Herrn von Madai.
Hochwohlgeboren hier.

M. d. J. I. B. 5739.

Minist. f. Landw. I. 9614.

Extrablatt zum Amtsblatt

der Königlich Preussischen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben den 5. Oktober 1885.

Die Wahlen zum Hause der Abgeordneten betreffend.

Nachstehende

Bekanntmachung

Für die nach Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses vorzunehmenden Neuwahlen habe ich auf Grund der §§ 17 und 28 der Verordnung über die Ausführung der Wahl zum Hause der Abgeordneten vom 30. Mai 1849 (Gesetz-Samml. S. 265) als Wahltermin und zwar für die Wahl der Wahlmänner

den 29. Oktober d. J.

und für die Wahl der Abgeordneten

den 5. November d. J.

festgesetzt, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.

Berlin, den 1. Oktober 1885.

Der Minister des Innern.
von Puttkamer.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 2. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Reglement

über die Ausführung der Wahlen zum Hause der Abgeordneten für den Umfang der Monarchie mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande.

Unter Aufhebung des Reglements vom 11. Juli 1879 werden zur Ausführung der Verordnung vom 30. Mai 1849, des Gesetzes vom 11. März 1869 und des § 2 des Gesetzes vom 23. Juni 1876 für den Umfang der Monarchie mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande die folgenden näheren Bestimmungen getroffen.

I. Wahl der Wahlmänner.

§ 1. Die Landräthe oder, im Falle des § 6 der Verordnung vom 30. Mai 1849, die Gemeinde-Verwaltungs-Behörden haben die Aufstellung der Urwähler-Listen zu veranlassen (§ 15 der Verordnung).

In der Provinz Hannover versehen die Funktionen der Landräthe:

in den Amtsbezirken die Amtshauptmänner,
in den selbstständigen Städten die Gemeinde-Verwaltungs-Behörden.

Dieselben Behörden haben gleichzeitig die Urwahl-Bezirke (§§ 5, 6, 7 der Verordnung) abzugrenzen und die Zahl der auf jeden derselben fallenden Wahlmänner (§§ 4, 6, 7 der Verordnung) festzusetzen.

Die Zahl der Wahlmänner des Urwahl-Bezirks und dessen allgemeine Abgrenzung ist auf der Urwähler-Liste (§ 3 des Reglements) anzugeben.

§ 2. Kein Urwahl-Bezirk darf weniger als 750 und mehr als 1749 Seelen umfassen.

Bei Berechnung der Seelenzahl sind die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen der Civilbevölkerung hinzuzuzählen.

Maßgebend ist die bei der letzten allgemeinen Volkszählung ermittelte ortsanwesende Bevölkerung.

Wird danach bei der Bildung der Urwahl-Bezirke die Zusammenlegung von Gemeinden (Orts-Kommunen, selbstständigen Gutsbezirken u. s. w.) aus verschiedenen Amtsbezirken der im § 1 des Reglements bezeichneten Behörden erforderlich, so sind hierüber die näheren Anordnungen durch die nächst höhere Verwaltungs-Behörde zu treffen.

Die Bewohner der von ihrem Hauptlande getrennt liegenden Gebietstheile müssen, soweit sie in sich keinen Urwahl-Bezirk bilden können, mit nächstgelegenen Gemeinden ihres Hauptlandes zusammen gelegt werden.

Sonst muß jeder Urwahl-Bezirk ein möglichst zusammenhängendes und abgerundetes Ganzes bilden.

§ 3. Die Aufstellung der Urwähler-Liste, in welcher bei jedem einzelnen Namen der Steuerbetrag anzugeben ist, den der Urwähler in der Gemeinde oder in dem aus mehreren Gemeinden zusammengesetzten Urwahl-Bezirk zu entrichten hat, liegt der Gemeinde-Verwaltungs-Behörde (in selbstständigen Gutsbezirken dem Besitzer) ob.

In Gemeinden, die in mehrere Urwahl-Bezirke getheilt sind, erfolgt die Aufstellung der Urwähler-Listen nach den einzelnen Bezirken.

§ 4. Die Urwähler-Liste ist von der Gemeinde-Verwaltungs-Behörde in jeder Gemeinde (Orts-Kommune, selbstständigem Gutsbezirk u. s. w.) drei Tage lang öffentlich auszulegen. Daß und in welchem Lokale dies geschieht, ist beim Beginne der Auslegung in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Innerhalb drei Tagen nach dieser Bekanntmachung steht es Jedem frei, gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste bei der Behörde, welche die Auslegung bewirkt hat, oder dem von dieser zu bezeichnenden Kommissar oder der dazu niedergesetzten Kommission seine Einwendungen schriftlich anzubringen oder zu Protokoll zu geben.

Die Entscheidung darüber erfolgt in den Städten durch die Gemeinde-Verwaltungs-Behörde, auf dem Lande durch den Landrath, mit der Maßgabe, daß dieselbe

im Regierungsbezirk Wiesbaden in allen Gemeinden von über 1750 Seelen,

in Hannover nur in den selbstständigen Städten den Gemeinde-Verwaltungs-Behörden zusteht.

Die Urwählerlisten sind mit einer Bescheinigung über die nach ortsüblicher Bekanntmachung während drei Tagen erfolgte öffentliche Auslegung, sowie darüber zu versehen, daß innerhalb der Reklamationsfrist keine Reklamationen erhoben oder die erhobenen erledigt sind.

Beide Bescheinigungen liegen der Behörde ob, welche die Auslegung bewirkt hat. In dem Falle aber, daß dieser Behörde nicht auch die Entscheidung über die Reklamationen zusteht, und solche erhoben werden, hat sie die Urwählerlisten nur rücksichtlich der Auslegung zu bescheinigen und sofort nach Ablauf der Reklamationsfrist nebst den eingegangenen Reklamationen sowie dem Atteste, daß keine weiteren, als die beigelegten Reklamationen angebracht sind, der zur Entscheidung über dieselben berufenen Behörde einzureichen, welche nach Erledigung der Reklamationen die bezügliche Bescheinigung auszustellen hat.

§ 5. Nach Auslegung der Urwählerlisten wird die Aufstellung der Abtheilungslisten in folgendem Verfahren bewirkt:

Nach Anleitung des anliegenden Formulars A. werden die Urwähler in der Ordnung verzeichnet, daß mit dem Namen des Höchstbesteuerten angefangen wird, dann derjenige folgt, welcher nächst jenem die höchsten Steuern entrichtet, und so fort bis zu denjenigen, welche die geringste oder gar keine Steuer zu zahlen haben.

Alsdann wird die Gesamtsumme aller Steuern berechnet, und endlich die Grenze der Abtheilungen dadurch gefunden, daß man die Steuersumme der einzelnen Urwähler so lange zusammenrechnet, bis das erste und dann das zweite Drittel der Gesamtsumme aller Steuern erreicht ist.

Die Urwähler, auf welche das erste Drittel fällt, bilden die erste, diejenigen, auf welche das zweite Drittel fällt, die zweite, und alle übrigen die dritte Abtheilung. In die erste, beziehungsweise zweite Abtheilung gehört auch derjenige, dessen Steuerbetrag nur theilweise in das erste, beziehungsweise zweite Drittel fällt. Wird bei Bildung der ersten Abtheilung das erste Drittel hierdurch überschritten, so wird bei Bildung der beiden folgenden Abtheilungen nur derjenige Theil der Gesamtsteuer zu Grunde gelegt, welcher nicht von den Urwählern der ersten Abtheilung getragen wird, dergestalt, daß diejenigen, welche die Hälfte dieses Restes der Gesamtsteuer tragen, die zweite und alle übrigen die dritte Abtheilung bilden. Kein Wähler kann zwei Abtheilungen zugleich angehören.

Läßt sich, bei gleichen Steuer- oder Schätzungsbeträgen, nicht entscheiden, welcher unter mehreren Wählern zu einer bestimmten Abtheilung zu rechnen ist, so giebt die alphabetische Ordnung der Familiennamen, event. das Loos, den Ausschlag.

§ 6. In Gemeinden, welche für sich einen Urwahl-Bezirk bilden, und in Urwahl-Bezirken, welche aus mehreren Gemeinden bestehen, wird nur eine Abtheilungsliste angefertigt.

Im ersteren Falle stellt dieselbe die Gemeinde-Verwaltungs-Behörde, im letzteren Falle der Landrath auf. Ist aber eine Gemeinde in mehrere Bezirke getheilt, so wird zunächst eine allgemeine Abtheilungsliste für die ganze Gemeinde angelegt und dann aus dieser für jeden einzelnen Bezirk ein Auszug gemacht, welcher für diesen Bezirk die Abtheilungsliste bildet. Fällt hierbei eine Abtheilung ganz aus, so ist für diesen Urwahlbezirk unter Zugrundelegung der Gesamtsteuer, welche der Bezirk aufbringt, eine abgesonderte Abtheilungsbildung vorzunehmen. In der allgemeinen Liste muß bei jedem Urwähler die Nummer des Bezirks angegeben sein.

§ 7. Steuerfreie Urwähler, welche auf Grund des § 13 der Verordnung ihr Stimmrecht auszuüben wünschen, müssen der Behörde, welche die Urwählerliste aufstellt, vor Auslegung derselben oder spätestens im Wege des Reklamationsverfahrens gegen die Urwählerliste die Grundlage der für sie anzukellenden Steuerberechnung an die Hand geben. Steuerfreie Urwähler, welche es unterlassen, eine solche Angabe rechtzeitig zu machen, werden ohne weitere Prüfung der dritten Abtheilung zugezählt.

§ 8. Die Feststellung der Abtheilungslisten erfolgt durch die im § 1 des Reglements bezeichneten Behörden.

Dieselben Behörden haben auch die im zweiten Absatz des § 16 der Verordnung gedachten Funktionen wahrzunehmen.

§ 9. Nach Feststellung der Abtheilungsgrenzen bleibt für die Reihenfolge der Urwähler innerhalb der Abtheilungen dieselbe Ordnung nach den Steuerfögen maßgebend, in welcher die Urwähler bei Aufstellung der Abtheilungsliste verzeichnet worden sind (§ 5 des Reglements). Die gleichbesteuerten oder gleichgeschözten Urwähler derselben Abtheilungen und die steuerfreien Urwähler werden alphabetisch nach Familiennamen und bei gleichen Namen durch das Loos geordnet.

§ 10. In Betreff des Reklamationsverfahrens gegen die Abtheilungsliste, insbesondere auch in Betreff der Auslegung und der Bescheinigung derselben, kommen die Vorschriften des § 4 des Reglements mit der Maßgabe zur Anwendung, daß die öffentliche Auslegung der Abtheilungslisten in dem betreffenden Urwahl-Bezirk, oder doch in dem Gemeinde-Bezirk, wenn solcher aus mehreren Urwahl-Bezirken besteht, stattzufinden hat, sowie daß die vorgeschriebenen Bescheinigungen der Abtheilungsliste durch diejenige Behörde zu bewirken sind, welche über die Reklamationen zu entscheiden hat. In Gemeinden, welche in mehrere Bezirke getheilt sind, ist die allgemeine Abtheilungsliste (§ 6 Absatz 2) ebenfalls öffentlich auszulegen.

Nachdem die Abtheilungsliste durch die Bescheinigung, daß keine Reklamationen gegen dieselbe erhoben

oder die erhobenen erledigt sind, abgeschlossen worden, ist jede spätere Aufnahme von Urwählern in dieselbe untersagt.

Sie ist demnach dem Wahlvorsteher Behufs Benutzung bei der Wahl zuzustellen.

§ 11. Die sämtlichen Urwähler des Urwahlbezirks werden zu einer von den im § 1 des Reglements bezeichneten Behörden zu bestimmenden Stunde des Tages der Wahl in ortsüblicher Weise zusammenberufen, wobei zugleich das Wahllokal und der Name des Wahlvorstehers, sowie seines Stellvertreters bekannt zu machen ist.

Darüber, daß dieses geschehen, haben die Behörden, welche die Auslegung der Urwählerlisten bewirkt haben (§ 4 des Reglements), spätestens im Wahltermine dem Wahlvorsteher eine Bescheinigung einzureichen, welche dem Protokolle (§ 23 des Reglements) beizufügen ist.

§ 12. In den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover kann für solche Wahlbezirke, welche ganz oder theilweise aus Inseln bestehen, je nach der Dichtigkeit und dem Bedürfnisse von einer Wahlversammlung für den ganzen Bezirk abgesehen und von der Regierung (Landdrostei) die Abhaltung von Wahlversammlungen für einen Theil des Bezirks oder für jede einzelne Insel angeordnet werden (§ 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 11. März 1869).

Der Wahlvorsteher ist dann verpflichtet, die Wahlen an den verschiedenen Orten in einem Zeitraume von höchstens drei Tagen, mit Einschluß des von dem Minister des Innern bestimmten Tages der Wahl, in Ausführung zu bringen. In einer gleich langen Frist ist die etwa erforderliche engere Wahl zu bewirken.

Der Wahlvorsteher ernannt an jedem Orte, wo er eine Wahlversammlung abhält, neue Beisitzer, erforderlichen Falls auch einen neuen Protokollführer.

Von dem Wahlvorstande desjenigen Ortes, wo die letzte Wahlversammlung stattfindet, wird die Wahlverhandlung abgeschlossen und das Resultat verkündet.

Wird eine engere Wahl nöthig, so stellt der Wahlvorsteher die Kandidatenliste für dieselbe nach § 18 dieses Reglements fest. Er läßt alsdann sogleich die Versammlung, in welcher die erste Wahlhandlung geschlossen wurde, durch weitere Abstimmung den neuen Wahlakt beginnen, und führt denselben demnach in den anderen Orten, nach den oben gegebenen Bestimmungen, zum Schluß.

§ 13. Die Wahlverhandlung wird mit Vorlesung der §§ 18—25 der Verordnung und der §§ 13—19 dieses Reglements durch den Wahlvorsteher eröffnet.

Alsdann werden die Namen aller stimmberechtigten Urwähler aller Abtheilungen in der Reihenfolge vorgelesen, wie sie in der Abtheilungsliste verzeichnet sind (§§ 5 und 9 des Reglements), wobei mit den Höchstbesteuerten angefangen wird.

Jeder nicht stimmberechtigte Anwesende wird zum Abtreten veranlaßt und so die Versammlung konstituiert. Später erscheinende Urwähler melden sich bei

dem Wahlvorsteher und können an den noch nicht geschlossenen Abstimmungen Theil nehmen.

Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl Theil nehmen.

§ 14. Der Wahlvorsteher ernannt den Protokollführer und 3 bis 6 Beisitzer (§ 20 der Verordnung). Er beauftragt den Protokollführer mit Eintragung der Wahlstimmen in die Abtheilungsliste.

Sind bei einer von einer einzelnen Abtheilung vorzunehmenden Nachwahl weniger als 4 Urwähler vorhanden, so kann die Zahl der Beisitzer aus den Urwählern einer andern Abtheilung desselben Wahlbezirks ergänzt werden.

§ 15. Die dritte Abtheilung wählt zuerst; die erste zuletzt. Sobald die Wahlverhandlung einer Abtheilung geschlossen ist, werden die Mitglieder derselben zum Abtreten veranlaßt.

§ 16. Der Protokollführer ruft die Namen der Urwähler abtheilungsweise in derselben Folge, wie bei deren Vorlesung auf (§ 13 des Reglements). Jeder Aufgerufene tritt an den zwischen der Versammlung und dem Wahlvorsteher aufgestellten Tisch und nennt unter genauer Bezeichnung den Namen des Urwählers, welchem er seine Stimme geben will. Sind mehrere Wahlmänner zu wählen, so nennt er gleich so viel Namen, als deren in der Abtheilung zu wählen sind. Die genannten Namen trägt der Protokollführer neben den Namen des Urwählers und in Gegenwart desselben in die Abtheilungsliste ein oder läßt sie, wenn derselbe es wünscht, von dem Urwähler selbst eintragen.

§ 17. Die Wahl erfolgt nach absoluter Mehrheit der Stimmenden.

Ungültig sind, außer dem Falle des § 22 der Verordnung, solche Wahlstimmen, welche auf andere, als die nach § 18 der Verordnung, oder nach § 18 dieses Reglements wählbaren Personen fallen.

Ueber die Gültigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet der Wahlvorstand.

§ 18. Soweit sich bei der ersten oder einer folgenden Abstimmung absolute Stimmenmehrheit nicht ergibt, kommen diejenigen, welche die meisten Stimmen haben, in doppelter Anzahl der noch zu wählenden Wahlmänner auf die engere Wahl.

Ist die Auswahl der hiernach zur engeren Wahl zu bringenden Personen zweifelhaft, weil auf zwei oder mehrere eine gleiche Stimmenzahl gefallen ist, so entscheidet zwischen diesen das Loos, welches durch die Hand des Vorstehers gezogen wird.

Eine engere Wahl findet auch dann statt, wenn bei der ersten Abstimmung die Stimmen zwischen zwei oder — wenn es sich um die Wahl von zwei Wahlmännern handelt — zwischen vier Personen ganz gleich getheilt sind. Tritt dieser Fall dagegen bei einer späteren Abstimmung ein, so entscheidet das Loos zwischen den zwei beziehungsweise vier Personen.

Wenn bei einer Abstimmung die absolute Stimmenmehrheit auf mehrere, als die noch zu wählen-

Diese §§ sind im Urwahltermin zu verlesen.

den Wahlmänner gefallen ist, so sind diejenigen derselben gewählt, welche die höchste Stimmenzahl haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet auch hier das Loos. Ist aber die Stimmengleichheit bei der ersten Abstimmung eingetreten, so findet zunächst zwischen denen, welche eine gleiche Stimmenzahl erhalten haben, eine engere Wahl statt.

§ 19. Die gewählten Wahlmänner müssen sich, wenn sie im Wahltermine anwesend sind, sofort, sonst binnen 3 Tagen, nachdem ihnen die Wahl angezeigt ist, erklären, ob sie dieselbe annehmen, und, wenn sie in mehreren Abtheilungen gewählt sind, für welche derselben sie annehmen wollen.

Annahme unter Protest oder Vorbehalt, sowie das Ausbleiben der Erklärung binnen drei Tagen, gilt als Ablehnung.

Jede Ablehnung hat für die Abtheilung eine neue Wahl zur Folge.

§ 20. Erfolgt die Ablehnung sofort im Wahltermine, und bevor die Wahlverhandlung der betreffenden Abtheilung geschlossen ist (§ 15 des Reglements), so hat der Wahlvorsteher sofort eine neue Wahl vorzunehmen.

Erfolgt die Ablehnung später oder geht binnen 3 Tagen (§ 19 des Reglements) keine Erklärung des Gewählten ein, so hat der Wahlvorsteher die betreffende Abtheilung unter Beobachtung der im § 11 gegebenen Bestimmungen unverzüglich und, wenn möglich, so zeitig zu einer neuen Wahl zusammen zu rufen, daß der zu erwählende Wahlmann noch an der Wahl des Abgeordneten Theil nehmen kann.

§ 21. Ist in einem Urwahl-Bezirk die Wahl eines Wahlmannes wegen Nichterscheinens der Urwähler nicht zu Stande gekommen oder die Wahl für ungültig erklärt worden, so ist, ebenso wie bei sonstigem Ausscheiden von Wahlmännern (§ 18 der Verordnung), vor der nächsten Wahl eines Abgeordneten eine Ersatzwahl durch die Regierung (Landdrostei), beziehungsweise den Regierungs-Präsidenten und für Berlin durch den Ober-Präsidenten anzuordnen.

§ 22. Wird die Ersatzwahl eines Wahlmannes nach Ablauf eines Jahres seit der letzten Wahl eines Abgeordneten erforderlich, so ist derselben eine neue Urwähler- und Abtheilungsliste, bei deren Aufstellung und Auslegung die Vorschriften dieses Reglements zu beobachten sind, zum Grunde zu legen.

§ 23. Ueber die Verhandlung ist ein Protokoll nach dem anliegenden Formular B. aufzunehmen.

III. Wahl der Abgeordneten.

§ 24. Die Regierungen (Landdrosteien), beziehungsweise Regierungs-Präsidenten und für Berlin der Ober-Präsident haben die Wahlkommissare für die Wahl der Abgeordneten zu bestimmen, und davon, daß dies geschieht, die Wahlvorsteher zu benachrichtigen.

§ 25. Die Wahlvorsteher reichen die Urwahl-Protokolle dem Wahlkommissar ein. Der Wahlkommissar stellt aus den eingereichten Urwahl-Protokollen ein nach

Kreisen, obrigkeitlichen Bezirken oder in sonst geeigneter Weise geordnetes Verzeichniß der Wahlmänner seines Wahlbezirks auf und veranlaßt, daß dieses Verzeichniß durch Auslegung in den Geschäftstokalen der Landräthe, beziehungsweise der nach § 1 des Reglements an deren Stelle tretenden Behörden, sowie der Magistrate der einen eigenen Kreis oder Wahlbezirk bildenden Städte, und durch Abdruck in den zu amtlichen Publikationen dienenden Blättern veröffentlicht wird.

§ 26. Der Wahlkommissar ladet die Wahlmänner schriftlich zur Wahl der Abgeordneten ein. Die Insinuation ist durch einen vereideten Beamten zu bescheinigen.

Die Vorladung der Wahlmänner kann auch sofort im Urwahltermine durch die Wahlvorsteher bewirkt werden. Die Wahlvorsteher erhalten in diesem Falle seitens des Wahlkommissars die erforderliche Anzahl von Einladungs-Formularen und Behändigungscheine. Sie haben die ersteren mit der Adresse der Wahlmänner zu versehen und gegen Vollziehung der Behändigungscheine auszuhändigen, auf den letzteren aber die richtig erfolgte Insinuation zu bescheinigen und dieselben gleichzeitig mit den Urwahlprotokollen dem Wahlkommissar einzureichen.

§ 27. Die Wahlverhandlung wird mit Vorlesung der §§ 26 bis 31 der Verordnung, sowie der §§ 28 bis 31 dieses Reglements eröffnet.

Alsdann werden die Namen der Wahlmänner nach dem aufgestellten Verzeichnisse (§ 25 des Reglements) vorgelesen.

Im Uebrigen kommen die Bestimmungen der §§ 13 und 14 zur Anwendung, soweit sie nicht nachstehend modificirt sind.

§ 28. Jeder Abgeordnete wird in einer besonderen Wahlhandlung gewählt. Die Wahl selbst erfolgt, indem der ausgerufene Wahlmann an den zwischen der Wahlversammlung und dem Wahlkommissarius aufgestellten Tisch tritt und den Namen desjenigen nennt, dem er seine Stimme giebt.

Den vom Wahlmann genannten Namen trägt der Protokollführer neben den Namen des Wahlmannes in die Wahlmännerliste ein, wenn der Wahlmann nicht verlangt, den Namen selbst einzutragen.

§ 29. Hat sich auf keinen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten.

Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur eine Stimme gehabt hat.

Die zweite Abstimmung wird unter den übrigen Kandidaten in derselben Weise, wie die erste, vorgenommen.

Jede Wahlstimme, welche auf einen andern als die in der Wahl gebliebenen Kandidaten fällt, ist ungültig.

Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergiebt, so fällt in jeder der folgenden

Diese §§ sind im Wahlmännertermin zu verlesen.

Abstimmungen derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat. Stehen sich Mehrere in der geringsten Stimmenzahl gleich, so entscheidet das Loos, welcher aus der Wahl fällt.

Wenn die Abstimmung nur zwischen zwei Kandidaten noch stattfindet, und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet ebenfalls das Loos.

In beiden Fällen ist das Loos durch die Hand des Wahlkommissars zu ziehen.

§ 30. Ueber die Gültigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet der Wahlvorstand.

§ 31. Der Gewählte ist von der auf ihn gefallenen Wahl durch den Wahlkommissar in Kenntniß zu setzen und zur Erklärung über die Annahme, sowie zum Nachweise, daß er nach § 29 der Verordnung wählbar sei, aufzufordern.

Annahme unter Protest oder Vorbehalt, sowie das Ausbleiben der Erklärung binnen 8 Tagen von der Zustellung der Benachrichtigung gilt als Ablehnung.

In Fällen der Ablehnung oder Nichtwählbarkeit hat die Regierung (Landdrostei), beziehungsweise der Regierungs-Präsident und für Berlin der Ober-Präsident sofort eine neue Wahl zu veranlassen, bei welcher nöthigenfalls eine neue Abschrift der Wahlmännerliste zur Eintragung der Abstimmung zu benutzen ist.

§ 32. Sämmtliche Verhandlungen, sowohl über die Wahl der Wahlmänner, als die Wahl der Abgeordneten, werden von dem Wahlkommissar der Regierung (Landdrostei), beziehungsweise dem Regierungs-Präsidenten und für Berlin dem Oberpräsidenten gehörig geheset, eingereicht, und hiernächst dem Minister des Innern zur weiteren Mittheilung an das Haus der Abgeordneten vorgelegt.

Berlin, den 4. September 1882.

Königliches Staatsministerium.

Fürst v. Bismarck. v. Puttkamer. v. Kampe.
Raybach. Lucius. Friedberg. v. Boetticher.
v. Gösler. Scholz.

Nachtrag

zu dem

Reglement über die Ausführung der Wahlen zum Hause der Abgeordneten für den Umfang der Monarchie mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande vom 4. September 1882.

Auf Grund des § 32 der Verordnung vom 30. Mai 1849, des § 3 des Gesetzes vom 11. März

1869 und des § 2 des Gesetzes vom 23. Juni 1876 wird hierdurch bestimmt, was folgt:

1) Der Absatz 2 des § 1 (Hannover) fällt fort.

2) An die Stelle des Absatzes 3 des § 4 tritt mit Rücksicht auf die Provinz Hannover Folgendes:

„Die Entscheidung darüber erfolgt in den Städten durch die Gemeinde-Verwaltungs-Behörde, auf dem Lande durch den Landrath, mit der Maßgabe, daß dieselbe

im Regierungsbezirk Wiesbaden in allen Gemeinden von über 1750 Seelen,

in Hannover in denjenigen Städten, auf welche die hannoversche revidirte Städteordnung vom 24. Juni 1858 (hannoversche Gesetz-Samml. S. 141) Anwendung findet,

den Gemeinde-Verwaltungs-Behörden zusteht.“

3) Die in den §§ 12, 21, 24, 31 und 32 den vor-maligen Landdrosteien in Hannover übertragenen Funktionen sind von den Regierungs-Präsidenten wahrzunehmen.

4) Der § 13 erhält folgenden Zusatz:

„Die Anwesenheit solcher nicht stimmberechtigten Personen, ohne deren Thätigkeit der zweckentsprechende und ordnungsmäßige Verlauf der Wahlverhandlung nach dem Ermessen des Wahlvorstehers nicht möglich ist, ist vorübergehend zulässig.“

5) Der § 27 erhält folgenden Zusatz:

„Bei der Entscheidung der Versammlung über die von dem Wahlkommissar für ungültig erklärten Urwahlen (§ 27 der Verordnung) sind auch diejenigen Wahlmänner stimmberechtigt, deren Wahl von dem Wahlkommissar beanstandet wird.“

Berlin, den 22. August 1885.

Königl. Staatsministerium.

v. Puttkamer. Maybach. Lucius. Friedberg.
v. Boetticher. v. Gösler. v. Scholz.
Gr. v. Hasselst. Bronsart v. Schellendorf.

Vorstehendes Reglement, sowie der zu demselben ergangene Nachtrag wird hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß die zu dem Reglement gehörigen Formulare zu den Abtheilungslisten und Wahlprotokollen im Extrablatt zum Amtsblatt für 1882 Seite 347 ic. publicirt worden sind.

Potsdam, den 2. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 41.

Den 9. Oktober

1885.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Die Öffnungszeiten der Berlin-Hamburger Eisenbahndrehbrücke über die Havel bei Spandau betreffend

222. Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 20. Juni d. J. im Amtsblatt Stück 26 Seite 256 bringe ich hiermit das Verzeichniß derjenigen Zeiten zur Veröffentlichung, während welcher die bei Spandau über die Havel führende Drehbrücke der Berlin-Hamburger Eisenbahn für den Schiffsverkehr während der Gültigkeitsdauer des Winterfahrplans vom 1. Oktober d. J. ab in der Regel geöffnet sein wird:

| | | |
|-----|-----------|-------------------------------------|
| 1) | Vormitt. | von 6 Uhr 7 Min. bis 6 Uhr 16 Min., |
| 2) | " | " 6 " 36 " " 7 " 35 " |
| 3) | " | " 8 " 31 " " 9 " 17 " |
| 4) | " | " 9 " 52 " " 10 " 47 " |
| 5) | " | " 11 " 7 " " 11 " 21 " |
| 6) | " | " 11 " 41 " " 12 " 11 " |
| 7) | Nachmitt. | " 12 " 41 " " 1 " 47 " |
| 8) | " | " 2 " 8 " " 2 " 21 " |
| 9) | " | " 2 " 41 " " 3 " 59 " |
| 10) | " | " 4 " 20 " " 5 " 3 " |
| 11) | " | " 5 " 23 " " 5 " 38 " |
| 12) | " | " 5 " 58 " " 7 " 23 " |
| 13) | " | " 7 " 43 " " 8 " 10 " |

Die unter 4, 5 und 6 angegebenen Öffnungszeiten

zeiten verlängern sich eventuell, wenn die betreffenden nur für den Bedarfsfall abzulassenden Züge in Anfall kommen. Die Öffnungszeiten der Brücke in den Morgen- und Abendstunden verändern sich im Laufe der Zeit in so fern, als vor Sonnenaufgang nicht geöffnet und stets mit Sonnenuntergang geschlossen wird.

Potsdam, den 5. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die Neuwahlen zum Hause der Abgeordneten betreffend.

223. Mit Bezug auf die Bekanntmachung des Herrn Ministers des Innern vom 1. d. M., wonach der Tag der Wahl der Wahlmänner auf den 29. Oktober d. J. und der Tag der Wahl der Abgeordneten auf den 5. November d. J. festgesetzt worden ist, bringe ich die durch das Gesetz vom 27. Juni 1860 (G. S. 357) festgestellten Wahlbezirke für den Regierungsbezirk Potsdam, die Zahl der zu wählenden Abgeordneten und die Wahlorte, sowie die von mir auf Grund des § 26 der Verordnung vom 30. Mai 1869 bezw. § 24 des Wahlreglements vom 4. September 1882 (Extrablatt zum Amtsblatt, ausgegeben den 5. Oktober d. J.) ernannten Wahlkommissare nachstehend zur öffentlichen Kenntniß.

Potsdam, den 6. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

| Nr. | Wahlbezirke. | Wahlorte. | Zahl der zu wählenden Abgeordneten. | Wahlkommissare. |
|-----|---|--------------|-------------------------------------|--|
| 1 | Kreis West-Prignitz,
Kreis Ost-Prignitz, | Prignitz, | 3 | Landrath Geh. Reg.-Rath von Graevenitz. |
| 2 | Kreis Ruppin,
Kreis Templin, | Gransee, | 2 | Landrath von Arnim zu Templin. |
| 3 | Kreis Prenzlau,
Kreis Angermünde, | Prenzlau, | 2 | Reg.-Rath Bodenstern zu Potsdam. |
| 4 | Kreis Ober-Barnim,
Kreis Nieder-Barnim, | Barnau, | 3 | Landrath Geh. Reg.-Rath Scharnweber zu Berlin. |
| 5 | Stadt Potsdam, | Potsdam, | 1 | Reg.-Rath. von Zastrow zu Potsdam. |
| 6 | Kreis Ost-Flämland,
Kreis West-Flämland, | Rauen, | 1 | Landrath Graf Königsmarck. |
| 7 | Kreis Zant-Bezig und
Stadt Brandenburg, | Brandenburg, | 3 | Landrath v. d. Hagen zu Rathenow. |
| 8 | Kreis Jüterbog-Ludowalder, | Jüterbog, | 1 | Reg.-Rath Rober zu Potsdam. |
| 9 | Kreis Teltow,
Kreis Beeskow-Storkow und
Stadt Charlottenburg. | Beeskow, | 2 | Landrath von Heyden zu Beeskow. |

| Laufende Nr. | Namen der Städte | Getreide | | | | | | | | | | | Uebrige Markt | |
|--------------|------------------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------------|--------|------------|------------|------------|--------|---------------|--------------|
| | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | Es | |
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen | Speisebohnen | Linsen | Kartoffeln | Richtstroh | Krummstroh | Heu | Rindfleisch | |
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | von der Seele | Bauchfleisch |
| 1 | Angermünde | 14 99 | 12 88 | 12 20 | 12 98 | 25 88 | 31 — | 31 14 | 4 10 | 3 75 | 2 50 | 4 — | 1 40 | 1 10 |
| 2 | Beeskow | — | 13 80 | 14 67 | 14 33 | 30 — | 40 — | 45 — | 4 — | 4 — | — | 6 50 | 1 30 | 1 20 |
| 3 | Bernau | 16 — | 13 52 | 14 12 | 14 37 | 29 — | 37 — | 39 — | 3 99 | 4 31 | — | 5 05 | 1 25 | 1 10 |
| 4 | Brandenburg | 15 81 | 13 94 | 13 33 | 14 46 | 25 — | 28 — | 35 — | 2 80 | 3 50 | — | 4 50 | 1 20 | 1 — |
| 5 | Dahme | 16 03 | 13 69 | 12 80 | 12 50 | 40 — | 50 — | 50 — | — | 3 50 | 2 — | 7 50 | 1 — | 1 — |
| 6 | Eberswalde | 16 60 | 13 67 | 16 60 | 15 67 | 23 — | 27 — | 31 — | 3 50 | 4 — | — | 4 — | 1 20 | 1 — |
| 7 | Friesack | — | 13 50 | — | 14 — | 28 — | 32 — | 38 — | 2 70 | 3 50 | — | 4 — | 1 30 | 1 05 |
| 8 | Havelberg | 15 — | 13 05 | 13 35 | 11 83 | 19 — | 34 — | 35 — | 3 50 | 3 — | 2 50 | 3 — | 1 10 | 1 — |
| 9 | Jüterbog | 16 — | 14 50 | 14 — | 14 — | 30 — | 32 — | 42 — | 3 50 | 3 50 | — | 6 — | 1 20 | 1 10 |
| 10 | Luckenwalde | 15 69 | 14 57 | 12 52 | 13 99 | 33 — | 35 — | 45 — | 2 90 | 3 17 | — | 4 50 | 1 20 | 1 20 |
| 11 | Perleberg | 16 50 | 12 75 | 13 — | 12 75 | 19 — | 33 — | 43 — | 3 50 | 3 80 | — | 4 50 | 1 40 | 1 10 |
| 12 | Potsdam | 15 50 | 13 31 | 15 33 | 14 96 | 29 — | 35 — | 39 — | 3 52 | 3 96 | — | 4 03 | 1 40 | 1 10 |
| 13 | Prenzlau | 14 55 | 12 94 | 12 49 | 12 34 | 26 44 | 33 50 | 38 — | 4 78 | 4 — | 3 — | 4 — | 1 30 | 1 — |
| 14 | Prignitz | 15 06 | 12 65 | 13 13 | 12 06 | 15 — | 31 — | 32 — | 3 38 | 3 14 | 2 81 | 3 19 | 1 30 | 1 12 |
| 15 | Rathenow | 15 11 | 13 26 | 13 75 | 13 42 | 32 — | 32 25 | 40 — | 3 24 | 2 50 | — | 3 25 | 1 40 | 1 20 |
| 16 | Neu-Ruppin | 17 — | 13 22 | 12 85 | 13 86 | 32 — | 32 — | 42 — | 3 18 | 4 — | — | 5 — | 1 35 | 1 10 |
| 17 | Schwedt | 18 — | 13 89 | 13 — | 14 25 | 33 30 | 40 — | 33 33 | 3 50 | 3 60 | — | 5 — | 1 40 | 1 20 |
| 18 | Spandau | — | 14 12 | 14 — | 16 02 | 24 50 | 35 — | 32 50 | 4 10 | 3 75 | — | 8 75 | 1 40 | 1 20 |
| 19 | Strausberg | 16 10 | 13 73 | 14 21 | 16 69 | 25 — | 30 50 | 35 — | 4 — | 5 50 | — | 7 — | 1 20 | 1 10 |
| 20 | Teltow | 16 32 | 13 61 | 14 20 | 15 05 | 29 — | 36 50 | 39 — | 4 10 | 4 50 | — | 5 30 | 1 28 | 1 11 |
| 21 | Templin | 16 — | 13 — | 13 — | 16 — | 18 — | 40 — | 40 — | 3 — | 3 — | — | 5 — | 1 20 | 1 — |
| 22 | Treuenbriezen | 15 — | 13 74 | 12 52 | 14 — | 26 — | 26 — | 30 — | 3 74 | 3 — | — | 3 50 | 1 20 | 1 — |
| 23 | Wittstock | 15 52 | 12 34 | 12 50 | 12 — | 16 — | 30 — | 34 — | 2 99 | 3 — | 2 — | 3 — | 1 09 | 97 |
| 24 | Briezen a. D. | 15 28 | 12 96 | 13 14 | 13 50 | 22 — | 28 — | 34 — | 3 79 | 3 — | 2 — | 4 50 | 1 30 | 1 10 |
| Durchschnitt | | 15 81 | 13 44 | 13 51 | 13 96 | — | — | — | 3 56 | 3 62 | — | 4 59 | — | — |

Potsdam, den 6. Oktober 1885.

Die Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze wegen Erhebung von Reichsstempelabgaben betreffend.

225. Die dem Städt. Amtsbüro sind die Ausführungsvorschriften zum Gesetze, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben in einem Druckeremplare beigelegt worden, worauf hierdurch noch besonders aufmerksam gemacht wird.

Potsdam, den 1. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verbote von Berichten und Druckchriften.

226. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 sind ferner folgende Bekanntmachungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht worden, welche hierdurch zur Kenntnis gebracht werden.

Potsdam, den 2. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Nachdem durch die Bekanntmachung der Königlich Bayerischen Regierung von Mittelfranken vom 11. August d. J. (Reichs-Anzeiger Nr. 190) die Nummer 25 des 1. Jahrgangs der in Milwaukee erscheinenden „Amerikanischen Turnzeitung, turnerische Ausgabe des Freidenker“ verboten worden ist, wird auf Grund der §§ 11 und 12 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 die fernere Verbreitung des Blattes „Amerikanische Turnzeitung, turnerische Ausgabe des Freidenker“ im Reichsgebiete hierdurch untersagt.

Berlin, den 6. September 1885.

Der Stellvertreter des Reichsanwalters.
von Boetticher.

Auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie

Preise im Monat September 1885.

| Artikel | | | | | | Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------|-------------|-------------|--------|--------|--------|---|--------------|--------|--------|------------|------------|--------|--------|-------------|------------|-----------------|--------|--------|--------|
| koffet je 1 Kilogramm | | | | | | Es koffet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | |
| Schweinefleisch | Rindfleisch | Lammfleisch | Ged. | Butter | Ein | Weizen Nr. 1. | Regen Nr. 1. | Graupe | Gerste | Buchweizen | Hafergrübe | Gerste | Java | Java-Kaffee | Speisefalz | Schweinefleisch | | | |
| M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| 1 25 | 95 | 1 10 | 1 70 | 2 31 | 3 45 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 50 | 55 | 50 | 2 40 | 3 | 20 | 1 80 | | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 80 | 2 30 | 3 | 40 | 30 | 60 | 60 | 60 | 80 | 60 | 60 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 20 | 1 25 | 1 20 | 1 70 | 2 20 | 3 20 | 40 | 25 | 45 | 50 | 50 | 40 | 60 | 45 | 2 80 | 2 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 10 | 90 | 1 10 | 1 80 | 2 40 | 3 20 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 45 | 50 | 50 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 70 | 1 | 1 | 2 20 | 2 80 | 32 | 26 | 60 | | 40 | | 50 | 50 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 40 | | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 80 | 2 40 | 3 22 | 28 | 26 | 60 | 60 | 50 | | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 25 | 90 | 1 25 | 1 80 | 2 40 | 3 20 | 38 | 28 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 3 | 3 30 | 20 | 1 80 | | |
| 1 20 | 1 10 | 1 10 | 1 60 | 2 27 | 3 | 40 | 30 | 80 | | 60 | 65 | 60 | 60 | 3 80 | 3 80 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 1 80 | 2 40 | 3 20 | 25 | 19 | 60 | 50 | 60 | 70 | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 70 | | |
| 1 10 | 85 | 1 20 | 1 60 | 2 30 | 3 20 | 36 | 24 | 50 | 40 | 40 | 60 | 38 | 55 | 2 60 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 30 | 1 15 | 1 15 | 1 95 | 2 02 | 3 | 50 | 36 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 55 | 3 40 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 30 | 1 25 | 1 25 | 1 60 | 2 14 | 3 48 | 38 | 28 | 50 | 50 | 45 | 45 | 45 | 50 | 3 10 | 3 50 | 20 | 1 60 | | |
| 1 10 | 1 | 1 10 | 1 70 | 2 20 | 3 30 | 28 | 24 | 60 | 50 | 60 | 60 | 60 | 70 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 08 | 89 | 1 | 1 66 | 1 78 | 2 71 | 22 | 18 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 40 | 1 | 1 20 | 1 80 | 2 60 | 3 75 | 25 | 20 | 50 | 50 | 50 | 60 | 50 | 60 | 2 90 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 20 | 1 05 | 1 20 | 1 70 | 2 40 | 3 42 | 30 | 24 | 50 | 50 | 60 | 50 | 50 | 60 | 3 | 3 40 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 2 | 2 20 | 3 60 | 30 | 25 | 60 | 40 | 40 | 60 | 50 | 70 | 2 70 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 30 | 1 20 | 1 25 | 1 60 | 2 20 | 3 60 | 35 | 25 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 3 42 | 40 | 26 | 55 | 50 | 45 | 60 | 50 | 60 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 28 | 1 34 | 1 19 | 1 73 | 2 26 | 3 07 | 50 | 40 | 70 | 60 | 50 | 60 | 50 | 63 | 3 20 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 20 | 80 | 1 | 1 60 | 2 40 | 3 60 | 35 | 30 | 60 | 60 | 50 | 60 | 60 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 90 | 1 20 | 1 80 | 2 20 | 3 20 | 30 | 22 | 50 | 40 | 40 | 60 | 40 | 50 | 3 | 3 40 | 20 | 1 80 | | |
| 1 11 | 87 | 1 | 1 80 | 1 99 | 2 80 | 26 | 20 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 2 40 | 2 80 | 20 | 1 60 | | |
| 1 15 | 1 10 | 1 15 | 1 60 | 2 20 | 3 20 | 21 | 21 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |

Der Regierungs-Präsident.

vom 21. Oktober 1878 (M.-G.-B. S. 352) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nachstehende Druckschriften:

- 1) La société au lendemain de la révolution; Paris 1882,
- 2) Organisation de la propagande révolutionnaire Johann le Vagre. Paris 1883.
- 3) Le Glaneur anarchiste No. 1 und 2, Paris, den 1. Januar 1885 und Mai 1885,
- 4) Revue anarchiste internationale; imprimerie A. Bapin, 3, rue des Argentiers, Bordeaux,
- 5) L'Affamé, organe communiste-anarchiste No. 4, Marseille, quai de Rive-Neuve, 1a,
- 6) L'insurgé, No. 3, 5, 7, 8 und 9, Bruxelles, rue des Alexiens, 6.
- 7) Le droit social, organe anarchiste No. 1 und 2, Marseille, Grand'rue No. 84,
- 8) Le drapeau rouge, organe révolutionnaire, anarchiste,

international, No. 1, 2 und 4, Paris, rue Geoffroy-Lasnier 25,

- 9) Le révolté, organe communiste-anarchiste No. 1, 2, 3, 4 und 5, Paris, rue Saint-Sabin 3,
- 10) Ni dieu ni maître, organe communiste-anarchiste, No. 1, 2, 4 und 6, Bruxelles, rue de la vierge — Noire 28,

durch die unterzeichnete Landes-Polizeibehörde verboten worden sind.

Köln, den 7. September 1885.

Königl. Regierung, Abteilung des Innern.
von Güttenberg.

Polizei-Berordnung.

betreffend die Abänderung der Polizei-Berordnung vom 18. April 1874 über den Erlaß von Polizei-Verordnungen.

227. Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und des § 144 Absatz 2 des Gesetzes über die allgemeine

Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 verordne ich hiermit in Abänderung der Verordnung vom 18. April 1874 — Amtsbl. S. 136 — was folgt:

1) Die Gültigkeit der von den Kreis-, Amts- und Ortspolizeibehörden erlassenen Polizei-Verordnungen beginnt, sofern für den Beginn der Gültigkeit nicht ein anderer Zeitpunkt in der Verordnung selbst ausdrücklich festgesetzt, am dritten Kalendertage nach dem Tage, an welchem das den Abdruck der Verordnung enthaltende Kreis- oder sonstige amtliche Publikationsblatt ausgegeben und deren öffentlicher Anschlag oder Aushang am Raths- oder Gemeindehause oder dem zu den Gemeinde-Versammlungen benutzten Lokale erfolgt ist.

2) Die in Nummer 1 der Verordnung vom 14. April 1874 vorgeschriebene Bezugnahme auf § 78 der Kreisordnung fällt fort, nachdem dieser Paragraph inzwischen aufgehoben ist.

3) Im Uebrigen verbleibt es bei den Vorschriften der gedachten Verordnung, insbesondere aus Zweckmäßigkeitsrücksichten bei dem unter Nr. 2 angeordneten 14tägigen Aushange oder Anschläge der Verordnungen, ohne daß die Gültigkeit derselben von diesem 14tägigen Zeitraume fortan abhängt.

Potsdam, den 30. September 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Notirung versorgungsberechtigter Jäger betreffend.

30. Auf Grund des § 26 des Regulativs über Ausbildung, Prüfung und Anstellung für die unteren Stellen des Forstdienstes in Verbindung mit dem Militärdienst im Jägerkorps vom 15. Februar 1879 werden bei den königlichen Regierungen zu Cöslin, Stralsund, Posen, Oppeln, Magdeburg, Cöln und Trier und bei der königlichen Postkammer zu Berlin neue Notirungen forstversorgungsberechtigter Jäger der Klasse A1. bis auf Weiteres bergefahrt ausgeschlossen, daß bei jeder der vorgenannten Behörden nur die Meldungen solcher, im laufenden Jahre den Forstversorgungsschein erhaltenden Jäger angenommen werden dürfen, welche zur Zeit des Empfangs des Forstversorgungsscheines bereits länger als 2 Jahre im Bezirke derselben Behörde im königlichen Forstdienste beschäftigt sind. Die Zahl der Anwärter ist gegenwärtig am geringsten in den Regierungsbezirken Arnberg, Cassel, Naumburg, Marienwerder, Frankfurt a./O. und Minden, ferner in Osnabrück und Stade, welche beiden letzteren Bezirke allerdings nur eine geringe Zahl von Förstern enthalten.

Berlin, den 23. September 1885.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage: gez. Donner.

An die königliche Regierung zu Potsdam.

*

*

*

Vorstehender Erlaß wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 1. Oktober 1885.
Königl. Regierung.

Ermächtigung der Vollziehungsbeamten zur Annahme der bezugtreibenden Beträge.

31. Durch Erlaß des Herrn Finanz-Ministers vom 12. August 1885 ist in Abänderung des Art. 25 der Ausführungs-Anweisung vom 15. September 1879 zur Verordnung über das Verwaltungszwangsverfahren vom 7. September 1879 bestimmt, daß fortan die sämtlichen bei den königlichen Kreis-Kassen beschäftigten Vollziehungsbeamten bei der Ausführung von Pfändungen stets zur Annahme der vollen bezugtreibenden Beträge ermächtigt sind.

Diese Ermächtigung erstreckt sich aber nur auf die Ausführung von Pfändungen und Versteigerungen und ist im Uebrigen, insbesondere auch bei Mahnungen und Zustellungen, den Vollziehungsbeamten die Annahme von Zahlungen nach wie vor unbedingt untersagt.

Potsdam, den 28. September 1885.

Königl. Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Änderung des Bestellbezirks der Postämter Pankow und Schönholz.

31. Die bisher zum Landbestellbezirke des Postamts in Pankow bei Berlin gehörig gewesenen Ortschaften Rosenthal und Schönholz (Dorf und Schloß) werden vom 1. Oktober ab dem Landbestellbezirke des Postamts in Niederschönhausen zugetheilt.

Berlin C., 29. September 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,

Geheime Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Die zu Bevollmächtigten bezw. Ersagmännern gewählten Mitglieder der Post-Krankenkasse betreffend.

32. Nachdem gemäß der Kaiserlichen Verordnung vom 25. September 1885 (Reichs-Gesetzblatt S. 271) und des Gesetzes vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzblatt S. 159 ff.) mit dem 1. Oktober d. J. die Wirksamkeit der Post-Krankenkassen begonnen hat, sind aus der Zahl der Kassenmitglieder die nachbenannten als Bevollmächtigte bezw. Ersagmänner der Kasse zum Zwecke der Theilnahme an den Unfalluntersuchungen für die nachgenannten Bezirke gewählt worden:

für Voigtburg (Udarmark) und Umgegend:

der nichtständige Posthülfsbote Aug. Berlin als Bevollmächtigter, die nichtständigen Posthülfsboten Gustav Fahrenholz und Carl Muchow, sämtlich in Voigtburg (Udarmark) als Ersagmänner;

für Beeskow und Umgegend:

der nichtständige Posthülfsbote Aug. Rasche in Beeskow, als Bevollmächtigter, der nichtständige Posthülfsbote Ferd. Bentow in Beeskow und der Privat-Posthülfsbote Wilh. Grund in Glienicke bei Beeskow, als Ersagmänner;

für Belgig und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Gottfr. Ernst Schulze in Belgig, als Bevollmächtigter, die Privat-Postunter-

beamten Alb. Schlunke und Fr. Wilh. Gärtner, Beide in Belgig, als Ersagmänner;

für Bernau (Mark) und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Franz Haase in Bernau (Mark), als Bevollmächtigter, die Privat-Postunterbeamten Hugo Kluge und Louis Hübner, Beide in Bernau (Mark), als Ersagmänner;

für Brandenburg (Havel) und Umgegend:

der nichtständige Posthülfsbote Aug. Glamm in Brandenburg (Havel) als Bevollmächtigter, die nichtständigen Posthülfsboten Carl Nehl und Joh. Schlunke, Beide in Brandenburg (Havel), als Ersagmänner;

für Eöpenick und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Carl Bauser in Eöpenick, als Bevollmächtigter, die Privat-Postunterbeamten Herm. Schätzke und Ad. Schmidt, Beide in Eöpenick, als Ersagmänner;

für Eberswalde und Umgegend:

der Telegraphen-Vorarbeiter Wilh. Kriess in Eberswalde als Bevollmächtigter, der Telegraphen-Vorarbeiter Wilh. Ruger und der Telegraphenarbeiter E. Gottfr. Kriess, Beide in Eberswalde, als Ersagmänner;

für Gransee und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Alb. Wöller in Gransee, als Bevollmächtigter, die Privat-Postunterbeamten Herm. Dandelow und Herm. Köhler, Beide in Gransee, als Ersagmänner;

für Dahme und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Fr. Aug. Fink in Dahme, als Bevollmächtigter, die Privat-Postunterbeamten Herm. Kusfel und Fr. Wilh. Müller, Beide in Dahme, als Ersagmänner;

für Rauen und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte W. Carl Fr. Schulze in Rauen, als Bevollmächtigter, die Privat-Postunterbeamten E. Gott. Aug. Stage und Joh. Fr. Maschke, Beide in Rauen, als Ersagmänner,

für Königs-Wusterhausen und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Ernst Hoffmann in Königs-Wusterhausen, als Bevollmächtigter, der Privat-Postunterbeamte Rob. Schröder und der Privat-Posthülfsbote Rob. Fensky, Beide in Königs-Wusterhausen, als Ersagmänner,

für Trebbin und Umgegend:

der Privat-Postgehülfe Dsc. Geiseler in Trebbin, als Bevollmächtigter, die Privat-Postunterbeamten Gustav Brauer und Herm. Allobi, Beide in Trebbin, als Ersagmänner;

für Neustadt (Dosse) und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Aug. Hans in Neustadt (Dosse), als Bevollmächtigter, der Privat-Postunterbeamte Wilh. Eod und der Privat-Posthülfsbote Rich. Müller, Beide in Neustadt (Dosse) als Ersagmänner;

für Potsdam und Umgegend:

der nichtständige Posthülfsbote Sumpf in Potsdam, als Bevollmächtigter, der nichtständige Posthülfsbote Carl Borgmann und der Telegraphen-Vorarbeiter Wilh. Seiler, Beide in Potsdam, als Ersagmänner;

für Dranienburg und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Chrst. Fr. Mewes in Dranienburg, als Bevollmächtigter, die Privat-Postunterbeamten Lott und Schmidt, Beide in Dranienburg, als Ersagmänner;

für Rathenow und Umgegend:

der nichtständige Posthülfsbote Beyer in Rathenow, als Bevollmächtigter, die nichtständigen Posthülfsboten Ulrich in Renthhausen und Witte in Schollene, als Ersagmänner;

für Altruppin und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Aug. Muschow in Altruppin, als Bevollmächtigter, der Privat-Postgehülfe Matthes in Altruppin und der Privat-Postunterbeamte Gtfr. Liese in Lindow (Mark) als Ersagmänner;

für Rheinsberg (Mark) und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Wilh. Fuchs in Rheinsberg (Mark), als Bevollmächtigter, der Privat-Postunterbeamte Gtfr. Westphal und der Privat-Posthülfsbote Carl Krüger, Beide in Rheinsberg (Mark), als Ersagmänner;

für Strausberg und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Otto Boigt in Strausberg, als Bevollmächtigter, die Privat-Postunterbeamten Wilh. Neugebauer und Gtfr. Förster, Beide in Strausberg, als Ersagmänner;

für Wittenberge (Bj. Potsdam) und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Joh. Ruff in Wittenberge, als Bevollmächtigter, die Privat-Postunterbeamten Fr. Lopp und J. Ruhblank, Beide in Wittenberge, als Ersagmänner;

für Putzig und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Hrch. Trumpp in Putzig, als Bevollmächtigter, der Privat-Postunterbeamte Frd. Hoppe und der Privat-Posthülfsbote Wilh. Kayas, Beide in Putzig, als Ersagmänner;

für Wriezen und Umgegend:

der nichtständige Posthülfsbote Carl Schulz in Wriezen, als Bevollmächtigter, die Privat-Postunterbeamten Fr. W. Schröder und Aug. Schuch, Beide in Neutrebbin, als Ersagmänner;

für Templin und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Janed in Templin, als Bevollmächtigter, die Privat-Postunterbeamten E. Fr. Wilh. Arndt und F. Ant. Simon, Beide in Templin, als Ersagmänner;

für Treuenbriezen und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Wilh. Baumgarten in Treuenbriezen, als Bevollmächtigter, der Privat-Postunterbeamte Fr. Wiemann und der Privat-Postgehülfe Emil Kluth, Beide in Treuenbriezen, als Ersagmänner;

für Zossen und Umgegend:

der Privat-Postunterbeamte Nicol in Zossen, als Bevollmächtigter, die Privatunterbeamten Aug. Geride und Rich. Lehmann, Beide in Zossen, als Ersagmänner.

Vorstehendes bringe ich hierdurch zur Kenntniß der Ortspolizeibehörden mit dem Hinzufügen, daß eintretende

Veränderungen den beteiligten Behörden durch die am Orte befindlichen kaiserlichen Postämter werden mitgeteilt werden.

Potsdam, den 3. Oktober 1885.

Der kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Bahl.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ostdeutsch-ungarischer Verband.

Ausnahmetarif für den direkten Transport von Mais (Kukuruz).

46. Am 1. Oktober d. J. tritt im vorbezeichneten Verbands ein neuer Ausnahmetarif für den direkten Transport von Mais (Kukuruz) in Sendungen von mindestens 10000 kg pro Frachtbrief und Wagen, bezw. bei Zahlung der Fracht für dieses Quantum pro Wagen, in Kraft. Exemplare dieses Tarifs (Theil II. Heft 3) sind bei unseren Güter-Kassen Berlin Schleifischer Bahnhof, Frankfurt a. O., Breslau N./M. Bahnhof und Gdansk, sowie im hiesigen Auskunftsbureau, Bahnhof Alexanderplatz, käuflich zu haben.

Berlin, den 28. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ablauf der Gültigkeit von Tourbilletts etc.

46. Mit dem Ablauf des 31. Dezember d. J. verlieren die für den inneren Verkehr der Berliner Stadtbahn und der Berliner Ringbahn sowie die für den Stadtring-Verkehr bestehenden Tourbilletts für Erwachsene und für Kinder, einschließlich der Bündelbilletts, welche mit dem Ausdruck:

„Gültig bis 31. Dezember 1885“

versehen sind, ihre Gültigkeit. Die mit demselben Ausdruck versehenen Billets für Hunde werden mit Ablauf des bezeichneten Termins ebenfalls ungültig.

Berlin, den 29. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Rauch- und Frauen-Coupees betreffend

9. Vom 1. Oktober d. J. ab werden die Lokals-Personenzüge zwischen Berlin und Potsdam bezw. Wiltpart in II. und III. Wagenklasse wieder Frauen-Coupees und zwar in jedem Zuge je eins führen.

Außerdem werden in III. Wagenklasse besondere Abtheilungen für Raucher eingerichtet und als solche bezeichnet werden.

In den übrigen Abtheilungen der II. und III. Wagenklasse ist das Rauchen fortan nur mit Zustimmung aller in denselben befindlichen Reisenden gestattet.

Berlin, den 27. September 1885.

Königl. Eisenbahn-Betriebsamt
(Berlin-Magdeburg.)

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Angermünde im 3ten Quartal 1885 genehmigten Gemeinde- und Gutsbezirks-Veränderungen.

15. Bezeichnung des Grundstücks: Zwei Parzellen der königl. Gutsbezirks Forst, a. Polung im Osten-

werder, Kartenblatt 8, Parzelle 39/1 mit 25,9160 ha, b. desgleichen Parzelle 48/1 mit 0,4110 ha, zusammen 26,3270 ha, bisher dem königl. Forst-Fiskus gehörig. Name des Erwerbers: Rittergutsbesitzer von Wedell-Parlow auf Parlow. Künftiger Gemeinde- oder Gutsverband: Gutsbezirk Parlow.

Angermünde, den 26. September 1885.

Namens des Kreis-Ausschusses:

Der Landrath von Risselmann.

Personal-Chronik.

Der bei der königl. Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin beschäftigt gewesene Regierungsrath Dr. Stirn ist an die königl. Regierung zu Trier versetzt.

Ferner sind bei der genannten Direktion: der Sekretariats-Assistent Böcke, Schiller, Poppe, Krohn und Karg zu Regierungsssekretären befördert und der Privat-Sekretair Eisenach als Civil-Supernumerar eingetreten; der Regierungsssekretair Baumgarten zu Aachen ist der genannten Direktion und der Regierungsssekretair Nieb der königl. Regierung zu Aachen überwiesen; der Sekretariats-Assistent Knoll, sowie der Militair-Supernumerar Schulz III. sind nach Verent beziehungsweise Gnesen als Rentmeister versetzt.

Der Pfarrer Behrens zu Präditzow wird vom 1. Oktober d. J. ab zum Kreisschulinspektions-Assistenten ernannt und wird ihm gleichzeitig die Vertretung in der Schulaufsicht des Inspektionskreises Strausberg einstweilen übertragen.

Nachdem der Evangelische Ober-Kirchenrath die Erhebung des ersten Diaconats an der Zionkirche in Berlin zum Archidiaconat genehmigt hat, wird der jetzige erste Diaconus an dieser Kirche Dr. Wachsmann fortan den Amtstitel „Archidiaconus“, der zweite Diaconus Basche lediglich den Amtstitel „Diaconus“ führen.

Die unter privatem Patronat stehende Pfarrstelle zu Hohen-Landin, Diözese Schwerin, kommt durch die Versetzung des Pfarrers Heimbach zum 1. April 1886 zur Erledigung.

Die unter königl. Patronat stehende Pfarrstelle zu Alt-Marzgrassee, Diözese Stettin, ist durch das Ableben des Pfarrers Lange am 17. September d. J. zur Erledigung gekommen. Die Wiederbesetzung erfolgt durch das Kirchenregiment.

An dem königl. Realgymnasium in Berlin ist der ordentliche Lehrer, Lic. Dr. Kirchner zum Oberlehrer befördert und sind die Schulanwärter-Kandidaten Müller und Dammholz als ordentliche Lehrer angestellt worden.

Der provisorische Hülfslehrer Meyer ist als vollbeschäftigter Hülfslehrer an der königl. Blinden-Anstalt in Steglitz angestellt worden.

Der bisherige Oberlehrer an der Viktoria-Schule (höhere Mädchenschule) zu Berlin, Dr. Band, ist in gleicher Eigenschaft an der neu zu eröffnenden städt. höheren Mädchenschule in der Zissandstraße (Margarethen-Schule) zu Berlin angestellt worden.

Sakane ist eine Lehrerstelle an der Elementarschule zu Neu-Ruppin, Privatpatronats.

Wiederbesetzt sind folgende Schulstellen: die 2te Lehrerstelle zu Golzow, Inspektion Neustadt Brandenburg; die Lehrer- und Küsterstelle zu Nietwerder, Insp. Neu-Ruppin; die 2te Lehrerstelle zu Friedrichsdorf Insp. Wusterhausen a./D.; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Regin; die Lehrerstelle zu Rähnisdorf, Insp. Belzig; die Lehrer-, Organisten- und Küsterstelle zu Guten Haaren, Insp. Dom Brandenburg; eine Lehrerstelle an der Elementarschule zu Neu-Ruppin; die 2te Lehrerstelle zu Wiesenburg, Insp. Belzig; eine Lehrerstelle an der Stadtschule zu Rehrbellin; die 2te Lehrerstelle zu Wildberg, Insp. Neu-Ruppin; die Lehrer- und Küsterstelle zu Hergsprung, Insp. Wittkott; eine Lehrerstelle an den Stadtschulen zu Wittenberge; die 2te Lehrerstelle zu Bäd, Insp. Perleberg; die Lehrer- und Küsterstelle zu Schönermark, Insp. Dom Havelberg.

Personalveränderungen im Bezirk der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg. Der Güter-Expedient Dobrindt ist von Berlin nach Allenstein versetzt.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirektion in Potsdam.

Stattmäßig angestellt ist: der charakterisirte Postsecretar Jahnke in Kyritz (Prignitz) als Postsecretair.

Ernannt ist: der Postassistent Wagner in Potsdam zum Kaiserlichen Postinspektor.

Versetzt sind: der Postmeister Gerike von Seelow nach Nauen, die Postsecretaire Benke von Rathenow nach Dahme, Gittermann von Prigwall nach Seelow und Schulze von Inowrazlaw nach Brandenburg (Havel), die Ober-Telegraphenassistenten Hof von Berlin nach Neu-Ruppin und Sommer von Neu-Ruppin nach Berlin, die Postverwalter Dominik von Falkenberg (Mark) nach Gremmen und Proß von Sperenberg nach Falkenberg (Mark).

In den Ruhestand getreten sind: die Postmeister Kariß in Nauen und Raud in Dahme, die Postverwalter von Albedyll in Gremmen und Eude in Liepe.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Kammergerichts

im Monat August 1885.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: der Geheime Ober-Justizrath und Senatspräsident bei dem Kammergericht von Holleben zum Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Königsberg; der Landgerichtsrath Randelhardt zu Berlin zum Kammergerichtsrath; der Geheime Kommerzienrath Carl Ed. Friedrich Gelpke, die Kommerzienräthe Anton Wolff, Hermann Otto Dellschau, Samuel Kron, die Kaufleute Julius Bleichröder, Edmund Helfft, Louis Grabenwig, Johannes Raempf, Albert Kochmann, Moriz Heilmann, Siegfried Sobersheim, Simon Lipmann, Louis

Boeger, Richard Roefide, Wilhelm Ropetzky, Richard Pintsch, Hermann Sternberg, Eugen Landau, Gottlieb Salomon, Carl Simon Meyer, Theodor Lassally, Heinrich Wilhelm Zinde, Julius Ad. Emil Klose, Jean Rudolph George zu Wittglicdern und die Kaufleute Isaac Baswig, Ernst Mendelssohn-Bartholdy, Hugo Lissauer, Julius Grelling, Carl Zimmermann, E. F. Wilhelm Jacobs, Bernhard Craner, Ernst Jacoby, Gustav Rettner, Ernst Behrens, Aug. Rud. Hermann Rauff sen., Heinrich König, Eugen Schlieper, Hermann Loewenherz, Julius Adolf Friedländer, Heinr. Carl Caspary, Felix Anton Franz Colant, Carl Fried. Albert Buggenhagen, Emil Gehride, Johannes Jeserich, Hermann Landsberger, Friedrich Wilh. Max Schramm, Leonhard Cahn, Bendix Bernhard, Fabrikbesitzer Dr. Max Weigert, Stadtrath Alexander Wolff, Direktor des Invalidendankes Wilhelm Brenken, Bankier Ludwig von Kaufmann zu stellvertretenden Mitgliedern bei der Kammer für Handelsachen beim Landgericht I. zu Berlin.

Versetzt sind: der Amtsrichter John in Sorau N./L. an das Amtsgericht I. zu Berlin, der Senatspräsident Lessendorff in Naumburg a./S. an das Kammergericht.

Pensionirt sind: der Landgerichtsrath von Schweinig beim Landgericht I. zu Berlin, der Amtsgerichtsrath Klemming zu Belzig.

Verstorben ist: der Kammergerichtsrath, Geheimer Justizrath Graf von Rittberg.

II. Assessoren.

Zum Gerichtsassessor ist ernannt: der Referendar Dr. Köhrer.

Uebgenommen ist aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Breslau: der Gerichtsassessor Neumann.

Entlassen sind: Colomb Behufs Uebertritts in die Verwaltung der indirekten Steuern; Dr. phil. Hirsfohn in Folge seiner Wahl zum besoldeten Stadtrath in Charlottenburg.

III. Rechtsanwalte und Notare.

Zugelassen sind zur Rechtsanwaltschaft: die Gerichtsassessoren Fröhlich, Dr. Carl Engel, Kragenstein, Dr. Herrmann, Graul und Lewinski bei dem Landgericht I. zu Berlin.

Gelöscht ist in der Liste der Rechtsanwalte der Rechtsanwalt Eberhard beim Landgericht I. zu Berlin.

Zum Notar ist ernannt: der Rechtsanwalt Fahlé in Schwiebus im Bezirke des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schwiebus.

Entlassen ist aus dem Amte als Notar der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Neumann zu Brandenburg auf seinen Antrag.

Verstorben ist der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Jansen zu Berlin.

IV. Referendare.

Ernannt sind zu Referendaren die bisherigen Rechtskandidaten: Abrahamsohn, Pothmann, Alexander, Dr. Schille, Rumland.

Entlassen ist: Theodor Lewald Zwecks Uebertritts in den Verwaltungsdienst.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind zu Gerichtsschreibern die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen Hirsch in Potsdam beim Amtsgericht daselbst, Redor aus Cottbus in Königs-Wusterhausen, Arendt aus Landberg a./B. in Briezen, der etatsmäßige Gerichtsvollzieher Lüdike aus Eberswalde in Havelberg zu etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen, der etatsmäßige Gerichtsvollzieher Tregel aus Gransee bei dem Amtsgericht zu Cottbus, die Militair-Anwärter Kresschmar beim Amtsgericht zu Potsdam und Benn beim Amtsgericht zu Landsberg a./B., zum etatsmäßigen Assistenten der bürgerlichen Anwaltschaft des Landgerichts II. daselbst, zu etatsmäßigen Gerichtsvollziehern: die Militairanwärter Schöne-mann beim Amtsgericht II. zu Berlin und Bedt beim Amtsgericht zu Dranienburg.

Versetzt sind: der Gerichtsschreiber Carl Becker in Briezen an das Amtsgericht I. zu Berlin, der etatsmäßige Gerichtsvollzieher Seidel in Cottbus nach Rathenow.

Pensionirt sind: der Gerichtsschreiber Heinholdt beim Amtsgericht I. zu Berlin, die etatsmäßigen Gerichtsvollzieher Rathke beim Amtsgericht I. zu Berlin und Pawlowski zu Croßen a./D.

Verstorben sind: die Kreisgerichts-Secretaire J. D. Possin zu Frankfurt a./D. und Elsholz zu Landsberg a./B., der Secretair bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. zu Berlin Strufe, der Gerichtsschreiber Soyeaux zu Alt-Landsberg.

Entlassen ist aus dem Justizdienste der Inspektor bei dem Untersuchungsgefängnis zu Berlin Grosebert in Folge seiner Wahl zum Director der Provinzial-Versorgungs- und Landarmenanstalt zu Königs.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
auf. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-------------|--------------------------------------|-------------------|--------------------------------|---|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

| | | | | | |
|---|---|---|--|---|---------------------|
| 1 | Konrad Kononienko,
Russischer Grenzsoldat, | 23 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Ofse-
ranow, Bezirk Pochwig,
Gouvernement Pultaw,
Rußland, | versuchter Raub (1 1/2
Jahre Zuchthaus laut
Erkenntniß vom 22. Sep-
tember 1884), | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Königsberg, | 24. Januar
1885. |
|---|---|---|--|---|---------------------|

b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

| | | | | | |
|---|------------------------------------|---|-----------------------------------|--|-----------------------|
| 1 | Gottlieb Kuba,
Bäckergehilfe, | geboren am 1. Mai
1849 zu Spiel, Kanton
Bern, Schweiz, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 9. September
1885. |
| 2 | Georg Pösch,
Fleischergehilfe, | geboren 1854 zu So-
pron, Bezirk Deben-
burg, Ungarn, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen. |
| 3 | Karl Benisch,
Luchmacher, | geboren am 20. Oktober
1845 zu Jägerndorf,
Oesterreichisch-Schle-
sien, ebendaselbst orts-
angehörig, | desgleichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Frankfurt a./D., | 26. August
1885. |
| 4 | Rosalie Ulrich,
unverehelichte, | geboren am 5. Sep-
tember 1852 zu Lody,
Russisch-Polen, wohn-
haft zuletzt in Stettin, | Sittenpolizei-Kontraven-
tion, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Stettin, | 29. Juli
1885. |
| 5 | Vincenz Mniaciel,
ohne Stand, | geboren am 11. No-
vember 1869 zu Wic-
zocla, Ungarn, eben-
daselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | derselbe, | 30. Juli
1885. |

| 1.
Satz. Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------------|---------------------------------------|--|-----------------------------|--|---|--|
| | 2. | 3. | | | | |
| 6. | Gustav Gottfried Hoppe, Stellmacher, | geboren am 8. Oktober 1854 zu Prosuda bei Lipno, Gouvernement Warschau, Russisch-Polen, ebendaselbst ortsangehörig, | | Landstreichern und Betteln, | Königlich Preussische Regierung zu Schleswig, | 25. März 1885. |
| 7. | Franz Gregorak, Messerschmiedgeselle, | 25 Jahre, geboren und ortsangehörig in Brezovec, Bezirk Laibach, Krain, Oesterreich, | | Landstreichern u. Führung falscher Legitimationspapiere, | Stadtmagistrat Kaufbeuren, Bayern, | 4. September 1885. |
| 8. | Adolf Richter, Handarbeiter, | geboren am 31. August 1843 zu Jonsdorf, Bezirk Teitschen, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, wohnhaft zuletzt in Mittenwalde, Bezirk Potsdam, | | Landstreichern und Betteln, | Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau, | 21. August 1885. |
| 9. | August Almy, Tagner und Weber, | geboren am 11. Mai 1836 zu Hartmannsweiler, Ober-Elfaß, durch Option Franzose, ortsangeh. in Paris, | desgleichen, | | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 19. Juni 1885. |
| 10. | Delphine Fréchin, ohne Stand, | geboren am 4. Dezember 1834 zu St. Maurice, Departement des Vosges, Frankreich, ebendaselbst ortsangehörig, | desgleichen, | | derselbe, | 18. August 1885. |
| 11. | Raimund Frei, Tagner, | geboren 1864 zu Losdorf, Kanton Solothurn, Schweiz, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichern, | | derselbe, | 24. August 1885. |
| 12. | Anton Royal, Tagner, | geboren am 5. Oktober 1844 zu Siegen, Unter-Elfaß, durch Option Franzose, ortsangehörig in Belfort, Frankreich, | Landstreichern und Betteln, | | derselbe, | 28. August 1885. |
| 13. | Viktor Le Gall, Schlosser, | geboren am 19. Dezember 1862 zu Quimper, Frankreich, | desgleichen, | | derselbe, | 31. August 1885. |
| 14. | Eduard Mallet, Barbier, | geb. am 14. Aug. 1856 zu Saulxis-l'Étrée, Departement Pas de Calais, Frankreich, ebendaselbst ortsangehörig, | desgleichen, | | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Metz, | 9. September 1885. |
| 15. | Jakob David, Glaser, | geboren am 20. Dezember 1863 oder 1864 zu Gyzzewo, Gouvernement Tomza, Russisch-Polen, | Landstreichern und Betteln, | | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Marienwerder, | 15. September 1885. |

| Zus. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschloffen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlusses. |
|----------|--|--|---|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 16 | Hermann Muthwill, Müllergeselle, | geboren am 25. April 1863 zu Graetz, Bezirk Freiwaldau, Österreichisch-Schlesien, ortsangehörig in Judmantel, Bezirk Jägerndorf, ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 17. August 1885. |
| 17 | Franz Hausmann, Müllergeselle, | 27 Jahre, geboren und ortsangehörig in Cronstadt, Böhmen, | desgleichen, | Königlich Preussische Regierung zu Posen, | 18. Septemb. 1885. |
| 18 | Franz Swoboda, Weber, | geboren am 3. Januar 1844 zu Szegedin, Ungarn, ebendaselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Hannover, | 15. August 1885. |
| 19 | Johann Walder, Arbeiter, | geboren am 6. März 1842 zu Wetzikon, ortsangehörig in Oberhofen, Kanton Thurgau, Schweiz, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Lüneburg, | 11. Septemb. 1885. |
| 20 | Johann Lübeck, Ziegelarbeiter, | geboren am 28. Januar 1852 zu Sittard, Niederlande, ebendaselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Preussische Regierung zu Düsseldorf, | 28. August 1885. |
| 21 | Rudolf Heindl, Glaser, | geboren am 4. April 1862 zu Krums, Österreich, ebendaselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten Rückfall und Abweichen von der vorgeschriebenen Reiseroute, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Mühlendorf, | 27. Juli 1885. |
| 22 | Samaritano Feiß (Faes), Metzger, Bierbrauer und Gymnastiker, | 26 Jahre, geboren und ortsangehörig in Bezgano, Bezirk Trient, Tirol, | Versuch des Betrugs und Landstreichen, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Krumbach, | 10. Septemb. 1885. |

Die durch Beschluß des Königlich Preussischen Regierungs-Präsidenten zu Breslau vom 24. August d. J. verfügte Ausweisung der aus Böhmen gebürtigen Theresia Komstaedt, geborenen Philipp, aus dem Reichsgebiet ist zurückgenommen worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Komstaedt durch Verheirathung mit einem Preußen die Preussische Staatsangehörigkeit erlangt hat.

Die durch Beschluß des Kaiserlichen Bezirks-Präsidenten zu Colmar vom 10. April d. J. verfügte Ausweisung des Holzschnitzers Jakob Herder aus dem Reichsgebiet ist zurückgenommen worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß Herder Deutscher Reichsangehöriger ist.

(Hierzu zwei Beilagen, die eine enthält 1) die Allerhöchste Ordre vom 30. Juni 1885 nebst dem darin genehmigten Verzeichnisse der den Militär-Anwärtern im Preussischen Staatsdienste vorbehaltenen Stellen, 2) das Verzeichniß der Privat-Eisenbahnen, welchen die Verpflichtung auferlegt worden ist, bei Besetzung der Beamtenstellen Militär-Anwärter vorzugsweise zu berücksichtigen, 3) die von dem Königl. Kriegs-Ministerium am 20. März 1885 getroffenen Bestimmungen, betr. die Kommandirung bezw. Beurlaubung der im aktiven Militärdienste befindlichen Militär-Anwärter im Interesse ihrer Civil-Versorgung; die andere enthält die Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze wegen Erhebung von Reichsstempelabgaben, sowie drei öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. W. Gays'schen Erben (G. Gays, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage

zum Amtsblatt Stück 41.

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Ausgegeben am 9. Oktober 1885.

Potsdam, den 30. September 1885.

Im Anschluß an die in der außerordentlichen Beilage zum Stück 21 des Amtsblatts de 1882 veröffentlichten „Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unter-Beamten-Stellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militär-Anwärtern“,

sowie die zur Ausführung jener Grundsätze ergangene Allerhöchste Ordre vom 10. September 1882, nebst den darin genehmigten Zusätzen (Extra-Beilage zum 46. Stück des Amtsblatts de 1882), werden zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

- 1) Die Allerhöchste Ordre vom 30. Juni 1885 nebst dem darin genehmigten Verzeichnisse der den Militär-Anwärtern im Preussischen Staatsdienste vorbehaltenen Stellen,
- 2) Das Verzeichniß der Privat-Eisenbahnen, welchen die Verpflichtung auferlegt worden ist, bei Besetzung der Beamtenstellen Militär-Anwärter vorzugsweise zu berücksichtigen,
- 3) Die von dem Königl. Kriegs-Ministerium am 20. März 1885 getroffenen Bestimmungen, betr. die Kommandirung bezw. Beurlaubung der im aktiven Militärdienste befindlichen Militär-Anwärter im Interesse ihrer Civil-Versorgung.

Dieselben bilden die in den Zusätzen vom 10. September 1882 zu den §§ 8 und 14 der Grundsätze vom 7./21. März 1882 erwähnten Anlagen J., K. und L.

Die bisher noch in Geltung gewesenen §§ 8 und 9, sowie die Anlage A des Reglements vom 20. Juni 1867 über die Civil-Versorgung und die Civil-Anstellung der Militär-Personen des Heeres und der Marine vom Feldwebel abwärts sind durch die Allerhöchste Ordre vom 30. Juni 1885 außer Kraft gesetzt worden.

Der Regierungs-Präsident.

Anlage J.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 22. d. M. genehmige Ich das anliegende Verzeichniß der den Militäranwärtern im Preussischen Staatsdienste vorbehaltenen Stellen. Gleichzeitig bestimme Ich unter Bezugnahme auf Meine Ordre vom 10. September 1882, daß die §§ 8 und 9, sowie die Anlage A des von Mir unter dem 20. Juni 1867 bestätigten Reglements über die Civilversorgung und Civilanstellung der Militärpersonen des Heeres und der Marine vom Feldwebel abwärts nebst den ergangenen Nachträgen nunmehr ebenfalls außer Kraft treten. Das Staatsministerium hat das Weitere zu veranlassen.

Emß, den 30. Juni 1885.

(gez.) Wilhelm.

(gggez.) von Puttkamer. Maybach. Lucius. Friedberg. von Boetticher.
von Götter. von Scholz. Bronsart von Schellendorff.

An
das Staatsministerium.

Verzeichniß

der den Militäranwärtern im Preussischen Staatsdienste vorbehaltenen Stellen.

Anmerkung. Diejenigen Stellen, welche den Militärämtern vorbehalten, aber denselben nur im Wege des Aufrückens bezw. der Beförderung zugänglich sind, sind mit einem * bezeichnet.

| Bezeichnung
der
Stellen. | Angabe
bei den für Militär-
anwärter nicht aus-
schließlich bestimmten
Stellen, in welchem
Umfange dieselben
vorbehalten sind. | Bezeichnung
der Behörden, an welche
die Bewerbungen zu
richten sind, wenn es
nicht die Behörde selbst
ist, bei welcher die An-
stellung gewünscht wird. | Bemerkungen. |
|--------------------------------|--|---|--------------|
|--------------------------------|--|---|--------------|

I. Bei sämtlichen Verwaltungen.

| | | |
|--|---|-------------------------|
| Ranzleibeamte (Ranzleifekretäre, Ranzlisten,
Ranzleiaffistenten, Ranzleibüchtere, Ko-
pisten, Lohnschreiber u. s. w.), | — | Bei der Eisenbahn- |
| Botenmeister, | — | verwaltung an die- |
| Aufscher (Magazin-, Haus-, Bau- und
andere Aufscher), | — | jenigen Eisenbahn-Di- |
| Diener (Büreau-, Haus-, Ranzlei-, Kassen-,
Amts-, Oberamts-, Archiv-, Bibliothek-,
Gallerie-, Gerichts-, Instituts-, Labo-
ratorien-, Museums-, Polizei-, Schul-
und andere Diener, Wärter und Boten), | — | rektionen und Eisen- |
| Exekutoren, | — | bahnbetriebsämter, in |
| Gärtner, | — | deren Bezirk die be- |
| Hausknechte, | — | treffende Stelle zu be- |
| Kastellane, Hausinspektoren, Inspektoren,
soweit sie den Dienst als Kastellane
versehen, Hauswarte, Hausverwalter,
Hausmeister, | — | setzen ist. |
| Ofenheizer, | — | Wegen der Amts- |
| Portiers, Pförtner, Haushälter, Pedelle,
Wächter, Instituts-, Magazin-, Nacht-
und andere Wächter. | — | dienerstellen bei der |
| | — | Allgemeinen Bau- |
| | — | verwaltung an den |
| | — | betreffenden Regie- |
| | — | rungs-Präsidenten. |
| | — | Bei der Bezirks-, |
| | — | Kreis- und Amts- |
| | — | verwaltung an die Re- |
| | — | gierungs-Präsidenten |
| | — | und Regierungen. |
| | — | Bei den Gerichten |
| | — | und Staatsanwalt- |
| | — | schaften an den Ober- |
| | — | landesgerichts-Präsi- |
| | — | denten und den Ober- |
| | — | Staatsanwalt des Be- |
| | — | zirks. |
| | — | Bei der Domänen- |
| | — | verwaltung an die |
| | — | betreffenden Regie- |
| | — | rungen. |

Mit Ausnahme der
Stellen dieser Art bei
den Gesandtschaften.

II. Staatsministerium.

| | | |
|---|------------------------|---|
| Expedienten bei der Verwaltung des Deutschen Reichs und Königlich Preussischen Staatsanzeigers. | mindestens zur Hälfte. | — |
|---|------------------------|---|

III. Finanzministerium.

| | | |
|--|-----------------------------------|----------------------|
| <p>1. Ober-Präsidenten, Regierungen,
Ministerial-, Militär- und San-
tkommission zu Berlin:
Sekretariatsassistenten,
Kassirerassistenten,
Kassenassistenten,</p> | <p>mindestens zur
Hälfte.</p> | <p>—
—
—</p> |
|--|-----------------------------------|----------------------|

1°

| Bezeichnung
der
Stellen. | Angabe
bei den für Militär-
anwärter nicht aus-
schließlich bestimmten
Stellen, in welchem
Umfange dieselben
vorbehalten sind. | Bezeichnung
der Behörden, an welche
die Bewerbungen zu-
richten sind, wenn es
nicht die Behörde selbst
ist, bei welcher die An-
stellung gewünscht wird. | Bemerkungen. |
|--|--|--|--------------|
| b) Aufseher im ausübenden Grenz-
aufsichtsdienst; | unter Konkurrenz
der Steuer-
supernumerare. | Provincial-
Steuerdirektion. | |
| c) *Revisions- und *Steueraufseher; | sämmtlich für die
zu a und b auf-
geführten Beamten.
zusammengerechnet
mindestens zu
zwei Dritttheilen. | desgl. | |
| d) *Thorcontroleure,
*Zoll- und *Steuerempfänger,
*Einnehmer und *Erheber der
Kommunikationsabgaben,
*Einnehmer bei Nebenzollämtern
2. Klasse,
*Einnehmer und *Assistenten bei
Nebenzollämtern 1. Klasse, Unter-
und Salzsteuerämtern,
*Maschinisten und *Assistenten
auf Zollkreuzern und Wacht-
schiffen,
*Assistenten bei dem Haupt-
stempelmagazin; | | desgl. | |
| e) *Hauptzoll- und *Hauptsteuer-
amtsassistenten, *Bureauass-
istenten bei den Provincial-
Steuerdirektionen, nicht aber
bei den Erbschaftsteuerämtern. | zusammengerechnet
mindestens zu
einem Dritttheil. | desgl. | |
| 10. Allgemeine Wittwen-Verpflegungs-
anstalt zu Berlin, Hof- und Civil-
diener-Wittwenklasse zu Hannover.
Bureau- und Kassenbeamte. | mindestens zur
Hälfte. | — | |

IV. Ministerium der öffentlichen Arbeiten.

| | | | |
|--|---------------------------|-----|--|
| 1. Berg-, Hütten- und Salinenver-
waltung: | | | |
| *Sekretäre und *Buchhalter, sowie
etatmäßige Assistenten und Bü-
reaudiätarien bei den Provincial-
und Lokalverwaltungen, | | / — | |
| *Faktoren, *Schichtmeister und
etatmäßige Assistenten auf den
fiskalischen Berg-, Hütten- und
Salzwerken, | mindestens zur
Hälfte. | — | |
| Verwaltungsbeamte bei der geo-
logischen Landesanstalt und
Bergakademie in Berlin, soweit
für dieselben eine besondere
technische oder wissenschaftliche
Vorbildung nicht erfordert wird, | | — | |

[illegible]

Figure 1 consists of two scatter plots. The left plot shows a positive correlation between the number of children and the number of mothers, with a regression line indicating a positive slope. The right plot shows a negative correlation between the number of children and the number of mothers, with a regression line indicating a negative slope.

| Bezeichnung
der
Stellen. | Angabe
bei den für Militär-
anwärter nicht aus-
schließlich bestimmten
Stellen, in welchem
Umfange dieselben
vorbehalten sind. | Bezeichnung
der Behörden, an welche
die Bewerbungen zu
richten sind, wenn es
nicht die Behörde selbst
ist, bei welcher die An-
stellung gewünscht wird. | Bemerkungen. |
|--|--|---|--------------|
| und des Schiffsfuhrers in An-
klam.
Schulwärter bei den Navigationschulen. | — | Regierungs-
Präsident in Stettin.
Regierungs-
Präsidenten
in Königsberg,
Danzig, Stettin,
Stralsund, Stade,
Aurich, Regierung
in Schleswig.
Regierungs-
Präsidenten
in Königsberg,
Danzig, Stettin,
Cöslin, Stralsund. | |
| Bootsenamtsassistenten, Seelootsen, See-
hülfslootsen, Stromlootsen, Revier-
lootse. | ausschließlich für
Militäranwärter
der Marine; diese
Stellen können auch
mit Nichtanwärtern
besetzt werden, falls
die sich bewerbenden
Militäranwärter
der Marine
das 36. Lebensjahr
überschritten haben.
mindestens die
Hälfte. | | |
| Rechnungsführer und Barcaubeamte bei
den Aichungsämtern. | — | Aichungsinspektoren
von Berlin, Kiel,
und Köln.
Regierungs-
Präsident
in Hildesheim. | |
| Bleichschreiber bei der Musterbleiche in
Sohlingen. | — | | |

VI. Justizministerium.

[illegible]



| Bezeichnung
der
Stellen. | Angabe
bei den für Militär-
anwärter nicht aus-
schließlich bestimmten
Stellen, in welchem
Umfange dieselben
vorbehalten sind. | Bezeichnung
der Behörden, an welche
die Bewerbungen zu-
richten sind, wenn es
nicht die Behörde selbst
ist, bei welcher die An-
stellung gewünscht wird. | Bemerkungen. |
|--------------------------------|--|---|--------------|
| Röthe,
Assistenten. | —
mindestens zur
Hälfte. | werden von dem
betreffenden Ober-
staatsanwalt, die
Stellen bei den
übrigen Gefängnissen
von dem Oberlandes-
gerichts-Präsidenten
und dem Oberstaats-
anwalt gemeinschaft-
lich besetzt. | |

VII. Ministerium des Innern.

1. Statistisches Bureau:

Büreaubeamte, mit Einschluß des
Plankammerinspektors.

mindestens die
Hälfte.

Der Direktor
des Statistischen
Büreaus.

2. Polizei-Präsidium in Berlin und Polizei-Direktion in Charlottenburg:

Büreau- und Rassenbeamte (*Po-
lizeisekretäre und Bureau-
assistenten, *Oberbuchhalter,
Kassierer und *Buchhalter),

mindestens die eine
Hälfte, unter An-
rechnung der von
der Bezeichnung mit
Militär-Anwärtern
ausgeschlossenen
Stellen des Stenographen
der Polizeihauptkassie,
des Vorstehers der
Kassulatur und
des Vorstehers des
Präsidialbüreaus
auf die andere Hälfte.
sämmlich, jedoch unter
Ausschluß derjenigen
Stellen für Wacht-
meister und Schut-
zmänner, welche im
Kriminaldienste
verwendet werden.

Polizei-Präsident
in Berlin.

Abteilungswachtmeister, Polizei-
wachtmeister und Schutzmänner.

Polizei-Präsident
in Berlin.

Die Anzahl der aus-
zuschließenden Stellen
wird durch den Minister
des Innern nach vor-
gängiger Vernehmung
mit dem Kriegsminister
bestimmt.

3. Uebrigc Königliche Polizeiverwal- tungen:

Büreaubeamte * 1. und 2. Klasse
(* Polizeisekretäre und Bureau-
assistenten),
Polizei-wachtmeister und Schut-
zmänner.

mindestens die
Hälfte.

Der Vorsteher der
betreffenden
Polizeiverwaltung.
desgl.

sämmlich, jedoch mit
Ausschluß derjenigen
Stellen für Wacht-
meister und Schut-
zmänner, welche im
Kriminaldienste
verwendet werden.

Die Anzahl der aus-
zuschließenden Stellen
wird durch den Minister
des Innern nach vor-
gängiger Vernehmung
mit dem Kriegsminister
bestimmt.

| Bezeichnung
der
Stellen. | Angabe
bei den für Militär-
anwärter nicht aus-
schließlich bestimmten
Stellen, in welchem
Umfange dieselben
vorbehalten sind. | Bezeichnung
der Behörden, an welche
die Bewerbungen zu
richten sind, wenn es
nicht die Behörde selbst
ist, bei welcher die An-
stellung gewünscht wird. | Bemerkungen. |
|---|--|---|--|
| 4. Straf- und Gefängnisanstalten:
Sekretäre und Bureauassistenten,

Hausväter,
Oberaufseher und Aufseher. | mindestens die
Hälfte.

sämmlich, jedoch
unter Auschluss
derjenigen Stellen,
in welchen Beamte
zu technischen
Dienstleistungen
und zur Leitung
oder Beaufsichtigung
von handwerks-
mäßiger Arbeit
verwendet werden. | Minister des
Innern.
Der Vorsteher der
betreffenden
Straf- oder
Gefängnisanstalt. | Die Anzahl der aus-
zuschließenden Stellen
wird durch den Minister
des Innern nach vor-
gängiger Vernehmung
mit dem Kriegsminister
bestimmt. |

VIII. Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten.

| | | | |
|---|--|--|--|
| 1. Oberlandeskulturgericht und Generalkommissionen:
* Sekretäre und Bureauassistenten
(Expedienten, Kalkulatoren, Registratoren),
* Kassenbeamte,

Drucker (in der Kanzlei). | mindestens zur
Hälfte, jedoch mit
Auschluss der
Vorstandsbeamten
(Rendanten bei
den General-
kommissionen),
aber unter
Anrechnung der
von der Besetzung
durch Militär-
anwärter aus-
geschlossenen Stellen
auf die andere Hälfte. | — | |
| 2. Landwirthschaftliche Lehranstalten:
* Rechnungsführer (Rendanten) und
Sekretäre. | mindestens zur
Hälfte. | Ministerium für
Landwirthschaft,
Domänen und
Forsten. | |
| 3. Thierarzneischulen:
* Rendanten, * Rechnungsführer und
* Sekretäre (Registratoren),
Oekonomieinspektor,
Futtermeister, Anatomiewärter,
Schuldiener, Hundewärter. | mindestens zur
Hälfte. | Ministerium für
Landwirthschaft, Do-
mänen und Forsten. | |
| 4. Meliorations- und Deichbeamte:
Deichvögte in der Provinz Han-
nover,
Dünenplanteur, Dünenaufseher,
Dammbauverwalter, | —
—
— | Die betreffende
Regierung oder
der Regierungs-
Präsident. | |



| Bezeichnung
der
Stellen. | Angabe
bei den für Militär-
anwärter nicht aus-
schließlich bestimmten
Stellen, in welchem
Umfange dieselben
vorbehalten sind. | Bezeichnung
der Behörden, an welche
die Bewerbungen zu
richten sind, wenn es
nicht die Behörde selbst
ist, bei welcher die An-
stellung gewünscht wird. | Bemerkungen. |
|--|--|---|--------------|
| Dammmeister, Wallmeister,
Wasserbauaufseher.
5. Gestütverwaltung:
Rentanten der Hauptgestüte,
Rechnungsführer und Sekretäre
der Landgestüte,
Futter- und Sattelmeister bei
sämtlichen Gestütanstalten. | —

mindestens zur
Hälfte.
zu drei Fünfteln! | Ministerium für
Landwirthschaft, Do-
mänen und Forsten.
desgl. | |
| 6. Domänenverwaltung:
a) Domänial-Bade- und Mineral-
brunnen-Verwaltungen:
Bademeister, Brunnenmeister,
Pachhofsaufseher, Zähler, Brun-
nen diener, Brunnenwächter. | — | Die betreffenden
Regierungen. | |
| b) Schloßverwaltung zu Cassel:
Schloßverwalter, Saalwärter,
Schloßdiener. | — | Die Regierung
zu Cassel. | |
| c) Gartenverwaltung zu Cassel:
Gartenaufseher, Parkaufseher. | — | desgl. | |
| d) Sonstige der Domänenverwal-
tung unterstellte Verwaltungen:
Domänen-Rentamtsdiener,
Schloßwarte, Gartenaufseher,
Weideaufseher (einschließlich der
früheren Hirten in der Provinz
Schleswig-Holstein), Busch-
wärter, Wiesenaufseher, Kanal-
und Schleusenaufseher und
-Wärter, Röhrlitungsaufseher,
Mooraufseher, Stadtmeister,
Damm-, Graben- und Fehn-
meister, Fischereiaufseher. | — | Die betreffenden
Regierungen. | |
| 7. Forstverwaltung:
Waldwärter, Torf-, Wiesen-,
Wege- und Flößwärter. | Soweit diese
Stellen nicht mit
Forstversorgungs-
berechtigten
bezw. mit auf
Forstversorgung
dienenden
Anwärtern der
Jäger-Bataillone
besetzt werden können. | Die betreffenden
Regierungen. | |

IX. Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

| | | | |
|---|---|---|--|
| 1. Bei sämtlichen Verwaltungen:
Maschinisten, Heizer, Röhrrmeister
und sonstige gleichartige Stellen. | — | — | |
|---|---|---|--|

| Bezeichnung
der
Stellen. | Angabe
bei den für Militär-
anwärter nicht aus-
schließlich bestimmten
Stellen, in welchem
Umfange dieselben
vorbehalten sind. | Bezeichnung
der Behörden, an welche
die Bewerbungen zu-
richten sind, wenn es
nicht die Behörde selbst
ist, bei welcher die An-
stellung gewünscht wird. | Bemerkungen. |
|---|--|--|--------------|
| 2. Evangelische und katholische Kon-
sistorien:
*Büreaubeamte. | mindestens zur
Hälfte. | Die königlichen
Konsistorien incl.
Landeskonsistorium
zu Hannover und
der königliche Ober-
Kirchenrath der
Grafschaft Bentheim
zu Nordhorn. | |
| 3. Provinzial-Schulkollegien:
*Büreaubeamte. | mindestens zur
Hälfte. | — | |
| 4. Universitäten:
*Bureau- und *Kassenbeamte. | drei Viertel mit Aus-
nahme der Stellen
der Rendanten und
Quästoren. | Rektor und Senat der
Universität zu Berlin,
sowie die Kuratorien
der übrigen
Universitäten. | |
| 5. Königl. Nationalgalerie:
Büreaubeamter. | alternirend,
d. h. zwischen
Militär- und Civil-
anwärter abwechselnd. | — | |
| 6. Lehrerinnen-Seminar zu Droyßig:
Rendant. | alternirend,
d. h. zwischen
Militär- und Civil-
anwärter abwechselnd. | Der Seminar-
Direktor. | |
| 7. Königl. Porzellan-Manufaktur
in Berlin:
*Sekretäre und *Magazinverwal-
ter. | mindestens zur
Hälfte. | — | |
| 8. Königl. Bibliothek:
*Büreaubeamte. | mindestens zur
Hälfte. | Königlicher Ober-
Bibliothekar zu
Berlin. | |
| 9. Kunstakademie und Zeichenakademie
in Hanau:
*Büreaubeamte. | mindestens zur
Hälfte, mit Aus-
nahme der Stellen
der beiden ständigen
Sekretäre bei der
Akademie der
Künste zu Berlin. | Das Kuratorium der
betreffenden
Akademien. | |
| 10. Akademie der Wissenschaften:
*Büreaubeamte. | mindestens zur
Hälfte. | — | |

| Bezeichnung
der
Stellen. | Angabe
bei den für Militär-
anwärter nicht aus-
schließlich bestimmten
Stellen, in welchem
Umfange dieselben
vorbehalten sind. | Bezeichnung
der Behörden, an welche
die Bewerbungen zu-
richten sind, wenn es
nicht die Behörde selbst
ist, bei welcher die An-
stellung gewünscht wird. | Bemerkungen. |
|---|--|--|--------------|
| 11. Technische Hochschulen:
*Büreaubeamte. | mindestens zur
Hälfte. | Die Direktoren der
königlichen technischen
Hochschulen. | |
| 12. Königliche Charité in Berlin:
*Büreaubeamte. | mindestens zur
Hälfte. | — | |
| *Oekonomie- und *Stationsbeamte. | drei Viertel. | — | |
| 13. Unter Staatsverwaltung stehende
Stiftungsfonds:
*Büreaubeamte. | mindestens zur
Hälfte. | Die Verwaltungen
der betreffenden
Stiftungen. | |
| 14. Kirchliche Institute, welche aus
staatlichen oder städtischen Fonds
unterhalten werden:
Die Stellen der Küster und Or-
ganisten, sofern solche nicht zu-
gleich öffentliche Lehrer sind,
der Kassanten, Kirchendiener,
Glöckner, Todtengräber und
andere niedere Kirchenbediente. | — | — | |

X. Kriegs-Ministerium.

| | | | |
|--|--------------------------------------|--|--|
| 1. Verwaltung des Zeughauses in
Berlin:
Expedient und Registrator,
*Oberzeugwart,
Zeugwart,
Maschinist und Heizer. | —
—
—
— | —
—
—
— | |
| 2. Potsdamsches großes Militärwaisen-
haus: | | | |
| a) Hauptkasse in Berlin:
*Rendant,
Kontroleur und Kassirer. | —
— | Direktorium
des Potsdamschen
großen Militär-
Waisenhauses
in Berlin. | |
| b) Militär-Waisenhaus in
Potsdam:
*Sekretär und Kassulator,
*Rendant,
*Registrator,
*Oekonomieinspektor,
*Hausinspektor,
*Bekleidungsinspektor,
*Lazarethinspektor,
Oekonomieassistent, | —
—
—
—
—
—
—
— | Direktion des
Militär-Waisen-
hauses in Potsdam. | |

| Bezeichnung
der
Stellen. | Angabe
bei den für Militär-
anwärter nicht aus-
schließlich bestimmten
Stellen, in welchem
Umfange dieselben
vorbehalten sind. | Bezeichnung
der Behörden, an welche
die Bewerbungen zu
richten sind, wenn es
nicht die Behörde selbst
ist, bei welcher die An-
stellung gewünscht wird. | Bemerkungen. |
|--|--|---|--------------|
| Beflebungsassistent,
Heilgehilfe,
Brodtschneider.
c) Militär-Mädchen-Waisen-
haus zu Schloß Preßsch:
• Rendant,
Inspektor. | —
—
—
—
— | Direktion des
Militär-Waisen-
hauses in Potsdam.

Direktion
des Militär-
Waisenhauses
in Potsdam. | |

Anlage K.**Verzeichnis**

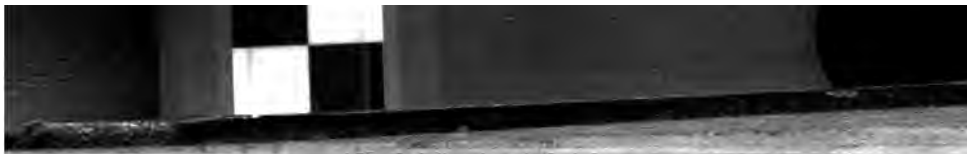
der Privat-Eisenbahnen, welchen die Verpflichtung auferlegt worden ist, bei Besetzung von Beamten-
stellen Militäranwärter vorzugsweise zu berücksichtigen.

| Nr. | Bezeichnung
der
Eisenbahn. | Bezeichnung
der Stellen, welche
vorzugsweise mit
Militäranwärtern
zu besetzen sind. | Altergrenze,
bis zu welcher
Militär-
anwärter
berücksichtigt
werden
müssen. | Bemerkungen. |
|-----|--------------------------------------|--|---|--|
| 1. | Aachen-Zülicher Eisenbahn. | Subaltern- und
Unterbeamte. | 35 Jahre. | Bei Besetzung sind die für den Staats-
Eisenbahndienst in dieser Beziehung
gültigen Vorschriften in Anwendung zu
bringen. |
| 2. | Altbamn-Colberger Eisenbahn. | desgl. | 40 = | desgl. |
| 3. | Altenburg-Zeitzer Eisenbahn. | Bahnwärter, Schaff-
ner und sonstige
Unterbeamte, mit
Ausnahme der
einer technischen
Vorbildung bedür-
fenden. | 35 = | Für die Preussische Strecke. |
| 4. | Altona-Raltenkircher Eisen-
bahn. | wie zu 1. | 40 = | Wie zu 1. |
| 5. | Angermünde-Schwedter Eisen-
bahn. | wie zu 3. | 35 = | |
| 6. | Braunschweigische Eisenbahn. | desgl.
Subaltern- und
Unterbeamte für
die Strecken Gos-
lar—Langelsheim
und Grauhof —
Goslar. | 35 = | Auch für die im Braunschweigischen Staats-
gebiet belegenen Strecken, für die neben-
bezeichneten Strecken wie zu 1. |



| Nr. | Bezeichnung
der
Eisenbahn. | Bezeichnung
der Stellen, welche
vorzugsweise mit
Militär-anwärtern
zu besetzen sind. | Altersgrenze,
bis zu welcher
Militär-
anwärter
berücksichtigt
werden
müssen. | Bemerkungen. |
|-----|---|--|--|--|
| 7. | Breslau = Warschauer Eisen-
bahn (preussische Abtheilung). | wie zu 3. | 35 Jahre. | |
| 8. | Bröltalbahn. | desgl. | 35 " | |
| 9. | Crefelder Eisenbahn. | wie zu 1. | 35 " | Wie zu 1. |
| 10. | Eronberger Eisenbahn. | wie zu 3. | 35 " | |
| 11. | Dortmund = Gronau = Enscheder
Eisenbahn. | desgl. | 35 " | |
| 12. | Eisenberg = Grossener Eisenbahn. | Subaltern- und
Unterbeamte. | 35 " | Wie zu 1. |
| 13. | Eisern = Haardter Eisenbahn. | desgl. | 40 " | desgl. |
| 14. | Glasow = Berlinener Eisen-
bahn. | wie zu 1. | 40 " | desgl. |
| 15. | Halberstadt = Blankenburger
Eisenbahn. | Unterbeamte, Sub-
alternbeamte für die
Strecke Langenstein
— Derenberg. | 35 " | Wie zu 1 für die Strecke Langenstein —
Derenberg. |
| 16. | Hessische Ludwigsbahn. | wie zu 3. | 35 " | Für die Strecken Frankfurt a. M. —
Camberg — Eschhofen, Mainz — Wies-
baden, Frankfurt a. M. — Riedbahn,
Hanau — Babenhäusen. |
| 17. | Holsteinische Marschbahn. | wie zu 1. | 35 " | Wie zu 1 für die Strecke St. Michaelis-
donn — Marne und für die Stammbahn
von Iphoe über Wülper ic. nach Heide. |
| 18. | Hoyaer Eisenbahn. | desgl. | 35 " | Wie zu 1. |
| 19. | Ilme = Bahn. | desgl. | 40 " | Für die Strecke Einbeck — Dassel; wie zu 1. |
| 20. | Kerkerbachbahn (Heckholz-
hausen = Dehrn). | desgl. | 40 " | Wie zu 1. |
| 21. | Kiel = Flensburg = Eckernförder
Eisenbahn. | desgl. | 35 " | desgl. |
| 22. | Marienburg = Mlawkaer Eisen-
bahn. | wie zu 3.
wie zu 1. | 35 "
40 " | Für die Strecke Zajonskowo — Lötzen; wie
zu 1. |
| 23. | Niederländisch = Westfälische
Eisenbahn. | Subaltern- und
Unterbeamte. | 35 " | Bezüglich der in Preußen belegenen Strecken
von Iphypphen über Winterswyf und
Borken nach Gelsenkirchen nebst Ab-
zweigung nach Bocholt. |
| 24. | Nordbrabant = Deutsche Eisen-
bahn. | wie zu 3,
außerdem:
*) Stations- Vor-
steher, Aufseher
und Assistenten,
Telegraphisten,
Materialienver-
walter, Magazin-
aufseher. | 35 " | Für die Preussische Strecke Goch — Wesel,
nach der von der Preussischen Regierung
bezüglich der Ermittlung ic. der Militär-
anwärter zu ertheilenden Instruktion.
*) Nur im Wege des Aufrückens
bezw. der Beförderung den Militär-
anwärtern zugänglich. |
| 25. | Nordhausen = Erfurter Eisen-
bahn. | wie zu 3.
wie zu 1. | 35 "
40 " | Für die Strecke Straußfurt — Groß-
heringen; die Besetzung erfolgt ebenfalls
wie zu 1. |
| 26. | Oberlausitzer Eisenbahn. | wie zu 3. | 35 " | |

| Nr. | Bezeichnung
der
Eisenbahn. | Bezeichnung
der Stellen, welche
vorzugsweise mit
Militär-anwärtern
zu besetzen sind. | Altersgrenze,
bis zu welcher
Militär-
anwärter
berücksichtigt
werden
müssen. | Bemerkungen. |
|-----|-------------------------------------|--|--|--|
| 27. | Kreis Oldenburger Eisenbahn. | wie zu 1. | 35 Jahre. | Wie zu 1 für die Strecke Neustadt — Oldenburg. |
| 28. | Osterwied-Wasserleberer Eisenbahn. | desgl. | 40 " | Wie zu 1. |
| 29. | Ostpreussische Südbahn. | wie zu 3.
wie zu 1. | 35 "
40 " | Für die Eisenbahn von Fischhausen nach Palmnicken, wie zu 1. |
| 30. | Paulinenaue-Neuruppiner Eisenbahn. | desgl. | 35 " | Wie zu 1. |
| 31. | Pfälzische Ludwigsbahn. | wie zu 3. | 35 " | Nur für die Strecken Wellesweiler — Grube König bei Neuenkirchen, St. Ingert — St. Johann (Saarbrücken) innerhalb des Preussischen Gebiets. |
| 32. | Rhena-Diementhal-Eisenbahn. | wie zu 1. | 40 " | Wie zu 1. |
| 33. | Saal-Unstrutbahn. | wie zu 3. | 35 " | |
| 34. | Schleswig-Angler Eisenbahn. | wie zu 1. | 40 " | Für die Strecke Schleswig — Süder-
Darup; wie zu 1. |
| 35. | Schmallalben-Wernshäuser Eisenbahn. | wie zu 3. | 35 " | |
| 36. | Stargardt-Güsterner Eisenbahn. | wie zu 1. | 40 " | Wie zu 1. |
| 37. | Unterelbische Eisenbahn. | wie zu 3. | 35 " | |
| 38. | Warstein-Lippstädter Eisenbahn. | wie zu 1. | 40 " | Wie zu 1. |
| 39. | Westholsteinische Eisenbahn. | desgl.
desgl. | 35 "
40 " | desgl.
Für die Strecke Wesselburen — Büsum.
Bei Besetzung der Stellen sind die für das Reich erlassenen oder noch zu erlassenden Bestimmungen maßgebend. |
| 40. | Wittenberge-Perleberger Eisenbahn. | desgl. | 40 " | Wie zu 1. |

**Anlage L.****Bestimmungen,**

betreffend die Kommandirung bezw. Beurlaubung der im aktiven Militärdienst befindlichen Militäranwärter*) im Interesse ihrer Civilversorgung.**)

(Die im Text in (—) gestellten Zahlen weisen auf die betreffenden Paragraphen der „Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern“ hin.)

A. Civildienstliche Beschäftigung in den, Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen.**I. Allgemeines.**

1. Die Militäranwärter sind bei Erlangung des Civilversorgungsscheines anzuweisen, etwaige Bewerbungen um eine ihnen vorbehaltene Stelle nur auf dem militärischen Dienstwege anzubringen (12). Andererseits ist die Bewerbung eines Militäranwärters um Anstellung im Civildienst von dem Truppentheil zc. ***) sofort der betreffenden Anstellungsbehörde zu übersenden.

2. Die Anstellungsbehörden sind zur Annahme von Bewerbungen nur dann verpflichtet, wenn die Bewerber eine genügende — körperliche wie sonstige — Qualifikation für die fragliche Stelle bezw. den fraglichen Dienstzweig nachweisen (14).

Die Beibringung dieses Nachweises bezw. die Zulassung zu der für diesen Zweck etwa vorgeschriebenen Prüfung kann von einer vorgängigen „informatorischen Beschäftigung“ in dem betreffenden Dienstzweig abhängig gemacht werden (14).

3. Ist die Qualifikation vorhanden oder nachgewiesen, so kann die Uebernahme in eine bestimmte Stelle von einer vorgängigen Anstellung auf Probe oder von einer Probeprobefleistung abhängig gemacht werden (19).

4. Zum Zwecke der vorerwähnten civildienstlichen Beschäftigungen (vergl. Nr. 2 und 3) werden die Militäranwärter kommandirt.

5. Die Einberufung hierzu soll seitens der Anstellungsbehörden stets durch Vermittelung des zuständigen Truppentheils zc. erfolgen; an denselben sind auch etwaige an eine andere Militärbehörde oder an einen Militäranwärter direkt gelangende Requisitionen (Einberufungsschreiben zc.) unverzüglich auf dem Dienstwege abzugeben (20).

6. Zur Vermeidung von Ueberhebungen an Militärgelehrnissen haben die Truppentheile zc. bei Einberufungen von Anwärtern genau zu ermitteln, ob in dem gegebenen Falle eine informatorische Beschäftigung von der Anstellungsbehörde gefordert wird, oder ob es sich um eine Anstellung auf Probe oder eine Probeprobefleistung bezw. um eine vorübergehende Beschäftigung als Hilfsarbeiter oder Vertreter (vergl. Nr. 25) handelt.

Falls die Einberufungsschreiben zc. der Anstellungsbehörde in dieser Beziehung Zweifel zulassen, so sind die Truppentheile zc. gehalten, dieselben sich mit jener Behörde in Verbindung zu setzen und dieselbe zu einer ganz bestimmten Erklärung darüber zu veranlassen, welcher Art die Beschäftigung eines Anwärters ist.

Die Anstellungsbehörden sind ihrerseits verpflichtet, jede zur Sache gehörige Auskunft zu geben.

II. Probeprobefleistung und Anstellung auf Probe.

7. Die Kommandirung von Militäranwärtern zur Probeprobefleistung bezw. Anstellung auf Probe kann nur in solche Stellen stattfinden, welche den Militäranwärtern vorbehalten sind und wenn das im §. 21 der Grundsätze vorgesehene Einkommen gewährt wird.

8. Ein solches Kommando hat zur Voraussetzung, daß der Militäranwärter, wenn er sich während der Probezeit bewährt, bezw. die etwa vorgeschriebene Prüfung besteht, seine endgültige Anstellung oder dauernde Beschäftigung gegen Entgelt seitens der Anstellungsbehörde zu gewärtigen hat.

*) Einschließlich der im Besiz von Anstellungsbescheinigungen befindlichen Militärpersonen (vergl. §. 10, 6 der Grundsätze).

**) Zeugfeldwebel, Zeugsergeanten und Ballmeister dürfen zum Zweck der Erlangung einer Civilanstellung nicht kommandirt, sondern nur nach Maßgabe der hierfür bestehenden besonderen Bestimmungen beurlaubt werden.

***) Unter Truppentheil zc. ist hier und im Nachfolgenden das Regiment bezw. selbstständige Bataillon, Behörde, Anstalt zu verstehen.

Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Stellen dauernd oder nur zeitweise bestehen, ob mit denselben ein etatsmäßiges Gehalt oder nur eine diätarische oder andere Remuneration verbunden ist, ob die Anstellung auf Lebenszeit, auf Kündigung oder sonst auf Widerruf geschieht.

Die unfreiwillige Entlassung eines kommandirten Militärانwärter wird nur wegen Nichtbewährung desselben eintreten, niemals wegen mangelnder Befähigung.

Der freiwillige Rücktritt zum Truppentheil kann dem Militärانwärter seitens der Anstellungsbehörde — vorbehaltlich der Einhaltung einer etwa vorher festgestellten Kündigungsfrist — nicht verweigert werden.

9. Die Kommandirung des Militärانwärter findet auf die Dauer der Probezeit (19) statt;*) eine Verlängerung des Kommandos über die gestatteten Fristen hinaus ist unzulässig (20).

Der Kommandirte muß nach Ablauf des Kommandos, falls nicht nach Nr. 11 eine wiederholte Kommandirung erfolgt, entweder in den Dienst zurücktreten, oder aus dem Etat des Truppentheils zc. ausscheiden. In letzterem Falle hört mit dem Tage des Ausscheidens jede Gewährung von Militärgeldern auf,**) wobei es ohne Einfluß ist, ob der Ausscheidende dann ein Civileinkommen bezieht oder nicht.

10. Zur Vermeidung von Ueberhebungen hat der Truppentheil zc. des kommandirten Militärانwärter die Anstellungsbehörde zu ersuchen, ihm unmittelbar, nachdem sie darüber Beschluß gefaßt hat, ob der Militärانwärter von ihr zu übernehmen oder zu entlassen ist, Mittheilung hiervon zu machen (19).

11. Ein wiederholtes Kommando zur Probefähigkeitsleistung oder Anstellung auf Probe in demselben Dienstzweig ist nur dann zulässig, wenn der Militärانwärter von einer früheren derartigen Beschäftigung vor deren Beendigung zurückgetreten bezw. entlassen ist, oder nach Beendigung einer solchen die Qualifikation für die betreffende Stelle nicht erworben hat.

Im Uebrigen ist eine wiederholte Kommandirung zu verschiedenen Ressorts, bezw. Dienstzweigen nicht ausgeschlossen, jedoch unter Wahrung der in Betracht kommenden dienstlichen Interessen lediglich von dem Ermessen des Truppentheils zc. abhängig.

III. Informativische Beschäftigung.

12. Wenn die Eigenthümlichkeit eines Dienstzweiges es erheischt, kann die Zulassung des Militärانwärter zu der für gewisse Dienststellen oder für gewisse Kategorien von Dienststellen vorgeschriebenen und demgemäß von dem Militärانwärter abzulegenden besonderen Prüfung — Vorprüfung — oder auch die Annahme der Bewerbung überhaupt von einer vorgängigen informativischen Beschäftigung in dem betreffenden Dienstzweig abhängig gemacht werden (14).

Ein Recht, eine informativische Beschäftigung für sich in Anspruch zu nehmen, hat der Militärانwärter nicht.

Eine informativische Beschäftigung in Stellen, für welche der betreffende Militärانwärter bereits als „qualifizirt“ befunden und dementsprechend als Stellenanwärter anerkannt ist, ist unzulässig.

13. Während der informativischen Beschäftigung kann der Militärانwärter von der Anstellungsbehörde jederzeit entlassen werden oder seinerseits zurücktreten.

14. Die informativische Beschäftigung ist nicht über 3 Monate auszudehnen, eine Ausdehnung darüber hinaus nur für den Gerichts-, Wegebau-Aufsichtsdienst, für den Dienst als Kribs- und Bühnenmeister, Wasserbauaufseher, sowie innerhalb der Militärverwaltung gestattet.

Inwieweit bei den anderen Verwaltungszweigen auf Grund besonderer Vereinbarungen ein über die Dauer von 3 Monaten hinausgehendes Kommando zur informativischen Beschäftigung eintreten kann, wird durch das Kriegsministerium bestimmt (14).

15. In vielen Fällen wird die informativische Beschäftigung der Anstellung auf Probe oder der Probefähigkeitsleistung unmittelbar vorangehen; es ist dies aber keineswegs nothwendig, sondern kann zwischen beiden ein längerer, selbst mehrere Jahre umfassender Zeitraum liegen.

Ausnahmsweise wird auch, wenn die Anstellungsbehörde eine Probezeit nicht für nothwendig erachtet, die endgültige Uebernahme des Militärانwärter in den Civildienst schon in Folge einer informativischen Beschäftigung erfolgen können.

16. Die Truppentheile zc. haben die Anstellungsbehörden zu ersuchen, ihnen sofort mitzutheilen, wann die informativische Beschäftigung des Militärانwärter ihr Ende findet, um, falls an dieselbe sich eine Anstellung auf Probe oder Probefähigkeitsleistung anschließt, mit Rücksicht auf die dadurch veränderte Zeitausdehnung dem entsprechend das Kommando umzuwandeln bezw. das Ausscheiden des Militärانwärter aus dem aktiven Militärdienst veranlassen zu können, wenn dessen definitive Anstellung erfolgt.

*) Diese Bestimmungen finden auch sinngemäße Anwendung auf alle hier nicht aufgeführten, aber den Militärانwärtern vorbehaltenen Stellen.

**) Hinsichtlich der unter Umständen gestatteten Beurlaubungen s. Nr. 25.

17. Die wiederholte Kommandirung zur informatorischen Beschäftigung in demselben Dienstzweige ist unzulässig, doch kann auf Antrag der Anstellungsbehörde eine solche dann eintreten, wenn die informatorische Beschäftigung behufs Zulassung des Militäranwärters zu einer Prüfung — Vorprüfung — gefordert war, letzterer diese Prüfung nicht bestanden hat, nach den allgemeinen Vorschriften für den betreffenden Dienstzweig aber eine Wiederholung der Vorprüfung gestattet ist und die Anstellungsbehörde sich dahin ausspricht, daß sich unter Berücksichtigung aller Verhältnisse erwarten lasse, der Anwärter werde die wiederholte Prüfung bestehen und in dem betreffenden Dienstzweige sein Fortkommen finden.

Ob im Uebrigen eine wiederholte Kommandirung zum Zweck einer informatorischen Beschäftigung bei verschiedenen Behörden bzw. in verschiedenen Ressorts erfolgen darf, unterliegt der Beurtheilung des Truppentheils *ic.*

B. Civildienstliche Beschäftigung in Stellen, welche den Militäranwärtern nicht vorbehalten sind, und Beurlaubung zur Erlangung von Stellen.

18. Zur Erlangung von Stellen im öffentlichen Dienst, welche den Militäranwärtern nicht vorbehalten sind, sowie im Privatdienst, können Militäranwärter von der zuständigen Militärbehörde nach den allgemeinen Bestimmungen über die Befugniß zur Urlaubsertheilung für den bestimmten Fall bis zu drei Monaten beurlaubt werden.

Eine Kommandirung findet dagegen zu diesem Zwecke niemals statt.

19. Ob die Beurlaubung in solche, den Militäranwärtern nicht vorbehaltene Stellen nur einmal oder mehrfach erfolgen darf, unterliegt unter Wahrung der in Betracht kommenden dienstlichen Interessen lediglich der Beurtheilung der zuständigen Militärbehörde. Die wiederholte Beurlaubung in dieselbe Stelle ist unstatthaft.

20. Ein Urlaub von gleicher Dauer darf erteilt werden, um dem Militäranwärter Gelegenheit zu geben, sich während des Urlaubs eine Stelle bzw. eine Beschäftigung behufs demnächstiger Erlangung einer Stelle zu suchen und zu dem Zweck an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen oder sich persönlich vorzustellen. Gleichgültig ist hierbei, ob diese in Aussicht genommene Stelle den Militäranwärtern vorbehalten ist oder nicht.

21. Findet der Militäranwärter während seiner Beurlaubung eine Beschäftigung bzw. Stelle, so hat er seinem Truppentheile *ic.* unverzüglich Meldung davon zu erstatten und gleichzeitig über die Art der Beschäftigung bzw. der Stelle und seine event. Remuneration oder Besoldung in derselben eingehend zu berichten; dasselbe gilt, sobald eine Veränderung in seiner Beschäftigung oder ein Stellenwechsel eintritt.

Der Truppentheil *ic.* wird alsdann zu erwägen bzw. zu ermitteln haben, ob es sich etwa um eine Stelle, welche den Militäranwärtern vorbehalten ist, und gegebenenfalls um eine Anstellung auf Probe, eine Probeleistung oder eine informatorische Beschäftigung handelt, in welchen Fällen der Urlaub in ein entsprechendes Kommando umzuwandeln ist. Ueberhaupt hat der Truppentheil *ic.* sich über die Art der Beschäftigung des beurlaubten Militäranwärters in geeigneter Weise dauernd informiert zu halten und zu dem Zwecke erforderlichenfalls mit der betreffenden Civilbehörde, Anstalt, Gesellschaft *ic.* in Verbindung zu treten.

C. Schlußbestimmungen.

22. Vor Antritt ihres Kommandos bzw. ihres Urlaubs nach den im Vorstehenden unter A und B enthaltenen Bestimmungen ist den Militäranwärtern zur Pflicht zu machen, dem Truppentheile *ic.* unverzüglich zu melden, sobald eine Aenderung in ihrer Beschäftigung oder in ihren Einkommensverhältnissen eintritt.

Auch sind dieselben darauf hinzuweisen, daß sie sich durch Versäumniß dieser Anzeigepflicht, insbesondere durch etwaige Forterhebung ihnen nicht zuständiger Militärgebühren, strafbar machen.

23. Erkrankt der Militäranwärter während der Probezeit (vergl. AII), der informatorischen Beschäftigung (vergl. AIII), oder der Beurlaubung behufs Erlangung anderweiter Stellen *ic.* (vergl. B), so kann derselbe entsprechend längere Zeit kommandirt bzw. beurlaubt bleiben.

24. Beim Eintritt einer Mobilmachung hat der Militäranwärter in allen Fällen unverzüglich zu seinem Truppentheile zurückzukehren.

25. Die Befugniß der Militär-Vorgesetzten zu Beurlaubungen gemäß § 34, 1 und 4b des Geldverpflegungs-Reglements für das Preussische Heer im Frieden werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht eingeschränkt.

Ist unter den dort angegebenen Bedingungen ein Militäranwärter zu einer vorübergehenden Beschäftigung bei einer Civilbehörde beurlaubt worden, so muß es dem Ermessen der Anstellungsbehörde überlassen bleiben, ob und inwieweit diese vorübergehende Beschäftigung eines Militäranwärters auf eine etwa späterhin eintretende Probezeit bzw. informatorische Beschäftigung in Anrechnung zu bringen ist.

Für den Bereich der Militärverwaltung ist diese Anrechnung der vorübergehenden Beschäftigung grundsätzlich gestattet.

Im Interesse des Militäranwärters liegt es, sich seitens der betreffenden Civilbehörde über die vorübergehende Beschäftigung eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, um diese event. bei späterer Beschäftigung im Civildienst — bei derselben oder einer anderen Behörde — vorzulegen.

Berlin, den 20ten März 1885.

Kriegsministerium.
Bronsart v. Schellendorff.

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom 15. September 1885 zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben, die nachstehend unter A und B abgedruckten Bestimmungen beschlossen.

A.

Ausführungsvorschriften

zu

dem Gesetze, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben.

(Reichs-Gesetzbl. 1885 S. 179.)

1. Die Steuerstellen, welche zur Erhebung der Stempelabgabe von Aktien, Renten- und Schuldschreibungen (Nr. 1 bis 3 des Tarifs), von inländischen und ausländischen Lotterielosen (Nr. 5 des Tarifs) und zur Abstempelung dieser Urkunden zuständig sind, werden ebenso, wie die Beamten zur Wahrnehmung der im §. 38 Absatz 2 bezeichneten Geschäfte und deren Geschäftsbezirke, gemäß §. 37 des Gesetzes von den Landesregierungen bestimmt und öffentlich bekannt gemacht. — Dem Reichskanzler wird ein Verzeichniß dieser Steuerstellen und ihrer Zuständigkeit behufs Veröffentlichung im Reichs-Centralblatt mitgetheilt, auch von allen Veränderungen alsbald Kenntniß gegeben.

I. Zust.
keit der S
behörd.

Die mit der Erhebung der in der Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe und insbesondere mit dem Verkauf der gestempelten Formulare und der Reichsstempelmarken beauftragten Amtsstellen bestimmt gleichfalls die Landesregierung und macht dieselben öffentlich bekannt.

Zu §. 2 des Gesetzes.

2a. Die zu versteuernden Werthpapiere sind mit einer nach den anliegenden Mustern a oder b doppelt ausgefertigten, von dem Steuerpflichtigen unterzeichneten und mit genauer Angabe seines Standes und Wohnorts versehenen Anmeldung einer zuständigen Steuerstelle vorzulegen. Lose oder von den Werthpapieren getrennte Zinskupons und Talons sind nicht mit vorzulegen. In der Anmeldung sind die Werthpapiere nach Gattung (Aktie, Interimsschein zu solcher, Schuldschreibung zc.) und Benennung, sowie nach Serien, Littera und Nummern geordnet, aufzuführen.

II. Akt
Renten-
Schuldschreibun
Muster a.

2b. Nach Prüfung der Anmeldung setzt die Steuerstelle den Abgabebetrag fest und zieht ihn ein. Bei der Berechnung der Abgabe von ausländischen Werthpapieren, in welchen der Kennwerth in der fremden und in deutscher Währung angegeben ist, bildet die letztere die Grundlage; bei Werthpapieren, deren Kennwerth nicht in deutscher Währung, sondern in mehreren fremden Währungen angegeben ist, hat die Umrechnung in die deutsche Währung unter Zugrundelegung der höchstgültigen fremden Währung zu erfolgen.

Die Abstempelung der Werthpapiere erfolgt erst, nachdem die festgestellte Abgabe gegen Quittung bezw. Interimssquittung eingezahlt oder deponirt worden ist. Die Deponirung tritt ein, wenn die Abstempelung der Papiere am Tage der Einzahlung der Steuer nicht mehr bewirkt bezw. beendet werden kann. Jede Quittung muß, um gültig zu sein, von zwei Beamten vollzogen und in derselben der Tag der Buchung der Steuer und die Nummer des Hebe- oder Anmeldebregisters, unter welcher die Buchung erfolgt ist, von der Steuerstelle angegeben sein. Die definitive Quittung ist auf ein Exemplar der Anmeldung zu schreiben.

Kann die Abstempelung nicht sofort vorgenommen werden, so ist dem Ueberbringer das eine Exemplar der Anmeldung, mit Empfangsbefcheinigung versehen, zurückzugeben.

Nach erfolgter Abstempelung erhält der Steuerpflichtige die Werthpapiere gegen Rückgabe der Empfangsbefcheinigung bezw. der Interimssquittung, welche als Registerbeläge bei der Steuerstelle verbleiben, und das mit definitiver Quittung versehene Exemplar der Anmeldung ausgehändigt.

2c. Die Abstempelung erfolgt ausschließlich durch Aufdrücken des Reichsstempels auf der Vorderseite des Werthpapiers. Der vermittelst Maschine aufzudrückende Stempel besteht in einem verzierten aufrecht stehenden Rechteck, auf welchem sich der Reichsadler und um denselben in kreisrunder Einfassung die Aufschrift „REICHS-STEMPEL-ABGABE“ und das Unterscheidungszeichen der betreffenden Abstempelungsstelle, darunter aber auf einem gebogenen Bande die Angabe des Steuerfußes: „FÜNF bezw. ZWEI oder EINS VOM TAUSEND“ befinden.“)

Eine Verwendung von Stempelmarken zu Werthpapieren findet nicht statt.

2d. Auf Antrag und auf Kosten des Steuerpflichtigen kann der Ausdruck des Reichsstempels auf die Werthpapiere auch bei der Reichsdruckerei erfolgen. Der Antrag ist in der Anmeldung (Nr. 2a) zu stellen. Die Steuerstelle zieht den Abgabebetrag und einen die Kosten der Abstempelung bedeckenden Vorschuß von dem Steuerpflichtigen ein, und ersucht unter Beifügung eines, gemäß der Vorschriften unter Nummer 2b mit Quittung über Abgabe und Vorschuß versehenen Exemplars der Anmeldung die Reichsdruckerei um Abstempelung der Werthpapiere. Der Antragsteller hat für die Einsendung der Werthpapiere an die Reichsdruckerei zu sorgen und empfängt dieselben von dort unmittelbar zurück. Hin- und Rücksendung erfolgen auf seine Gefahr und Kosten.

Der Steuerstelle theilt die Reichsdruckerei eine Bescheinigung, daß die Abstempelung in Uebereinstimmung mit der zurückzusendenden Anmeldung erfolgt ist, unter Benachrichtigung von dem Betrage der Kosten der Abstempelung mit. Die Steuerstelle nimmt diese Bescheinigung zu den Belägen ihres Registers und rechnet nunmehr mit dem Steuerpflichtigen über den Vorschuß unter Rückzahlung des etwaigen Ueberschusses ab. Nach Berücksichtigung der Kosten erhält der Steuerschuldner ein mit Quittung (Nr. 2b) versehenes Exemplar der Anmeldung zurück.

Erfieht die Reichsdruckerei aus der übersandten Quittung, daß der Vorschuß die Kosten nicht deckt, so hat sie die Steuerstelle hiervon alsbald und vor der Rücksendung der abgestempelten Werthpapiere behufs unverzüglicher Einziehung des fehlenden Betrages zu benachrichtigen.

2e. Nach jeder Einzahlung auf die in den Tarifnummern 1 bis 3 bezeichneten Werthpapiere sind die Interimsscheine nach den Vorschriften unter Nummer 2a bis 2d zur Abstempelung vorzulegen. Die letztere erfolgt nach den für die Abstempelung der vollgezählten Werthpapiere getroffenen Bestimmungen unter Aufdruck desselben Stempels (2c) bei dem Quittungsvermerk über die jeweilige Einzahlung; dabei ist zugleich der Ort und die Zeit der Abgabenerhebung vermittelst eines Stempels ersichtlich zu machen.

Der wiederholten Vorlegung und Abstempelung der Interimsscheine bedarf es indessen bei inländischen Werthpapieren nicht, wenn bei der erstmaligen Vorlegung der Interimsscheine die volle tarifmäßige Abgabe für die voll gezahlten Stücke und die ganze Emission im voraus entrichtet worden ist. In Fällen

*) Der oben bezeichnete Stempel ist durch Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. Januar 1883 (Centralbl. S. 8) eingeführt. Nach den Ausführungs Vorschriften vom 7. Juli 1881 (Centralbl. S. 283) bestand früher der Stempel in einem verzierten aufrecht stehenden Rechteck, auf welchem sich der Reichsadler und um denselben in kreisrunder Einfassung die Aufschrift „Reichs-Stempel-Abgabe“ befand; unter dem Adler ruhte ein kleiner, ebenfalls kreisrunder Schild mit dem Unterscheidungszeichen der betreffenden Abstempelungsstelle; der Stempel enthielt keine Werthangabe.

Nach den letztbezeichneten Vorschriften haben die nach Maßgabe der Bestimmung unter „Ausnahme“ zur Tarifnummer 1 und 2 abgestempelten Werthpapiere einen Stempelabdruck erhalten, welcher in einem von einem Kreise umgebenen Vierpaß die deutsche Kaiserkrone, sowie ein Band mit der Werthbezeichnung zeigt, und dessen Einfassung die Aufschrift „Reichs-Stempel-Abgabe“ und die Unterscheidungsnummer der betreffenden Abstempelungsstelle trägt.

derartiger Vorauszahlungen der Steuer sind die Interimscheine über dem Reichsstempelabdruck mit folgendem Vermerk zu versehen:

Vollzahlung ist vorausbesteuert.

..... den ten 18

(Firma, Unterschrift und Amtsstempel der abstempelnden Steuerstelle).

Zu §. 2 und Satz 2 bezw. 3 der letzten Spalte der Tarifnummern 1 und 2.

3. Für die zur Besteuerung angemeldeten Aktien und sonstigen Werthpapiere ist der volle tarifmäßige Betrag der Reichsstempelabgabe von der Steuerstelle auch dann zu berechnen und festzustellen, wenn für die ausgegebenen Interimscheine schon eine Reichsstempelabgabe entrichtet worden ist. Behufs Anrechnung der letzteren auf die Steuer für die definitiven Stücke hat der Steuerpflichtige in der Anmeldung den Betrag der einzelnen auf die Interimscheine geleisteten Einzahlungen und die dafür gezahlten Abgabebeträge, sowie den Ort und die Zeit der stattgehabten Steuererhebungen anzugeben und die abgestempelten Interimscheine mit den abzustempelnden Werthpapieren vorzulegen. Findet sich gegen die Zulässigkeit der beantragten Anrechnung nichts zu erinnern, so erfolgt die Einzahlung des für die Aktien zc. etwa noch zu erlegenden Abgabebetrages, die Quittungsleistung und die Abstempelung der Papiere nach den Bestimmungen unter Nummer 2 b bis 2 d. Auf der Anmeldung (Nr. 2 a) hat die Steuerstelle

- a) den Betrag der nach dem Nennwerth der einzelnen Stücke und dem Tarif überhaupt zu entrichtenden Abgabe,
 - b) die für die Interimscheine bereits entrichteten Abgabebeträge und
 - c) die zur Ergänzung der tarifmäßigen Abgabe eingezahlte Summe
- erlässlich zu machen.

Auf den Interimscheinen sind vor deren Rückgabe die Stempelzeichen durch Ausschneiden oder Durchlöchen, mit Genehmigung der Direktivbehörde auch in anderer sichernder Art, zu vernichten; die Vernichtung ist auf der Anmeldung zu bescheinigen.

Unter den von der Steuerstelle vorzuschreibenden Bedingungen dürfen die abgestempelten Interimscheine behufs Feststellung der anzurechnenden Abgabebeträge und Vernichtung der Stempelzeichen auch vor der Vorlegung der abzustempelnden definitiven Stücke vorgelegt werden.

Insofern die abgestempelten Interimscheine nicht spätestens gleichzeitig mit den abzustempelnden definitiven Stücken vorgelegt werden können, darf der Steuerpflichtige, unter Angabe des auf die betreffenden Interimscheine zur Einzahlung gelangten Kapitals und des hierfür bereits entrichteten Steuerbetrages, sich die Vorlegung der abgestempelten Interimscheine zum Zweck der Anrechnung der gezahlten Steuer in der Anmeldung vorbehalten. Die Steuer ist in Höhe desjenigen Betrages, dessen Anrechnung in Anspruch genommen wird, sicherzustellen oder auf Verlangen der Steuerbehörde zu deponiren. Die Sicherstellung erfolgt durch Niederlegung kurrehabender inländischer Werthpapiere; Schuldschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten werden zum Nominalwerth, bei niedrigerem Kurse aber zum Kurswerth, sonstige Werthpapiere der bezeichneten Art aber in Höhe des bei der Reichsbank beleihbaren Theilbetrages als Kaution angenommen werden. Den Papieren sind die Talons und Zinscheine beizufügen; es steht jedoch den Steuerpflichtigen frei, die innerhalb des ersten Jahres fälligen Zinscheine zurückzubehalten. Seitens der Steuerstelle ist auf dem, dem Anmeldenden zurückzugebenden Exemplare der Anmeldung unter Bezugnahme auf den gemachten Vorbehalt die erfolgte Sicherheitsbestellung bezw. Deposition zu bescheinigen und ein entsprechender Vermerk im Anmeldeungsregister zu machen, im übrigen aber nach der Bestimmung im ersten Absatz dieser Ziffer zu verfahren. Die Vorlegung der Interimscheine hat innerhalb eines Jahres nach der Rückgabe der abgestempelten definitiven Stücke, den Tag der Rückgabe nicht mitgerechnet, bei der Steuerstelle zu erfolgen. Aus besonderen Gründen kann die Steuerbehörde eine Verlängerung dieser Frist bewilligen. Bei der Vorlegung der Interimscheine hat der Steuerpflichtige den Betrag der einzelnen auf die letzteren geleisteten Einzahlungen und die darauf gezahlten Abgabebeträge, sowie den Ort und die Zeit der stattgehabten Steuererhebungen anzugeben, auch das oben bezeichnete Exemplar der Anmeldung mit beizufügen. Findet sich gegen die Zulässigkeit der Anrechnung nichts zu erinnern, so hat die Steuerstelle wegen der Vernichtung der Stempelzeichen auf den Interimscheinen (Absatz 2 dieser Ziffer) und wegen entsprechender Rückgabe der bestellten Sicherheit bezw. des deponirten Steuerbetrages das Weitere zu veranlassen, insbesondere auch die zugestandene

Anrechnung auf dem mitvorgelegten und zurückzugebenden Exemplar der Anmeldung, sowie auf dem als Belag bei der Steuerstelle verbliebenen Exemplar und im Anmeldungsregister zu vermerken. Nach Ablauf der Frist ist der rückständige durch Anrechnung nicht getilgte Theil der Steuer zur Erhebung zu bringen.

Insofern in Folge der früheren Art der Abstempelung aus den auf den Interimscheinen befindlichen Steuerstempeln der Ort und die Zeit der stattgehabten Abgabenerhebung nicht ersichtlich sind, bedarf es einer bezüglichen Angabe seitens des Steuerpflichtigen nicht. Auf Verlangen der Steuerstelle sind indessen vor Bewilligung der Anrechnung des tarifmäßigen Abgabebetrages die Quittungen über die anzurechnenden Beträge beizubringen.

Zu §. 2 und zur Tarifnummer 1, Befreiung.

4. Wird beansprucht, daß für inländische Aktien, auf welche vor dem 1. Oktober 1881 Einzahlungen stattgefunden haben, die Reichsstempelabgabe nur für die von dem genannten Tage ab geleisteten Einzahlungen erhoben werde, so ist in der Anmeldung der Aktien zur Besteuerung (Nr. 2a) außer dem Nennwerthe der einzelnen Stücke auch der Betrag und die Zeit der auf dieselben geleisteten Einzahlungen anzugeben und sind zugleich die Beweise für diese Angaben beizubringen. Der Beweis ist namentlich auch darauf zu richten, daß die Einzahlungen auf alle nunmehr zur Ausgabe gelangenden Aktien geleistet wurden und nicht etwa ein Theil derselben noch unbegeben in den Händen des Emittenten war.

Die Direktivbehörde bestimmt über die Höhe der zu versteuernden Einzahlungen und der Abgabe.

Wegen der Quittung über die erhobene Abgabe, der Abstempelung und der Rückgabe der abgestempelten Aktien finden die Bestimmungen unter Nummer 2b bis 2d sinngemäße Anwendung. In der Quittung über den gezahlten Abgabebetrag ist außer dem Nennwerthe der Aktien auch der Betrag der, der Abgabe nicht unterworfenen Einzahlungen anzuführen. Ist die Vollzahlung des Interimscheins vollständig bereits vor dem 1. Oktober 1881 erfolgt und über einen Abgabebetrag nicht zu quittiren, so ist das zurückzugebende Exemplar der Anmeldung mit entsprechender Bescheinigung zu versehen.

Auf ausländische Aktien und auf inländische Renten- und Schuldverschreibungen findet die Befreiung der vor dem 1. Oktober 1881 geleisteten Einzahlungen keine Anwendung.

Zu §. 2 und zur Tarifnummer 2, Spalte „Berechnung der Stempelabgabe“ Satz 2.

5. Wenn die Anrechnung eines, für inländische, nach dem 30. September 1881 ausgegebene Renten- oder Schuldverschreibungen vor dem 1. Oktober 1881 bereits erhobenen Landesstempels auf die Reichsstempelabgabe beansprucht wird, so sind mit der Anmeldung (Nr. 2a) die Beweisstücke (Steuerquittungen u.) über die Höhe des gezahlten landesgesetzlichen Stempels beizubringen, falls diese nicht aus den verwendeten Stempelzeichen zweifellos hervorgeht. Jene Beweisstücke verbleiben als Beläge bei der Steuerstelle.

In der Anmeldung (Nr. 2a) ist der für die einzelnen Stücke gezahlte Landesstempelbetrag anzugeben und das Sachverhältniß darzulegen. Die Steuerstelle zieht den Stempelbetrag ein, um welchen der Reichsstempel für jede einzelne Renten- oder Schuldverschreibung den dafür gezahlten Landesstempel übersteigt. Wegen der Abstempelung, der Rückgabe der abgestempelten Wertpapiere und der Quittung über die Abgabe finden die Bestimmungen unter Nummer 2b bis 2d sinngemäße Anwendung. In der Quittung über die erhobene Reichsstempelabgabe ist auch der Betrag der für jedes Stück entrichteten Landesabgabe nachrichtlich zu vermerken.

Zu §. 2 und zur Tarifnummer 2cc und 3b.

6. Wird für inländische Renten- oder Schuldverschreibungen auf Grund der Tarifnummer 2cc oder 3b Befreiung von der Stempelabgabe beansprucht, so ist in der Anmeldung (Nr. 2a) das Sachverhältniß anzugeben und überdies der Beweis zu führen, daß die auszugebenden Obligationen in der That nur zum Zweck des Umtausches ausgestellt werden, also ohne Veränderung des durch die zurückziehenden Stücke beurkundeten Rechtsverhältnisses. Insbesondere findet die Befreiung keine Anwendung, wenn die neu auszugebenden Renten- oder Schuldverschreibungen von einem anderen Schuldner, allein oder mit dem bisherigen Schuldner, ausgestellt werden, zu einem anderen Zinssatze verzinslich sind, auf den Inhaber lauten, während die aus dem Verkehr tretenden Stücke auf den Namen lauten und dergleichen mehr.

Ist der Beweis erbracht, so verfügt die Direktivbehörde Abstempelung der neuen Stücke ohne Abgabenerhebung. Die Verfügung wird Registerbelag. Wegen der Vorlegung der eingezogenen Stücke und der Vernichtung der auf denselben etwa befindlichen Stempelzeichen finden die Vorschriften unter Nummer 3,



wegen der Anmeldung der Obligationen und der Abstempelung die Vorschriften unter Nummer 2a bis 2d sinngemäße Anwendung.

Sind die einzuziehenden Stücke versteuert, so ist die Quittung über die gezahlte Abgabe vorzulegen und als Belag zum Register zu nehmen.

Zu §. 4 des Gesetzes.

7. Die im §. 4 Absatz 1 des Gesetzes vorgeschriebenen Anzeigen sind nach dem anliegenden Formular c zu erstatten und an diejenige Steuerstelle abzugeben, bei welcher die Versteuerung der Werthpapiere erfolgen soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Werthpapiere demnächst bei einer anderen Steuerstelle versteuert werden; in diesem Falle hat der Steuerpflichtige derjenigen Steuerstelle, bei welcher die vorläufige Anmeldung erfolgt ist, von der bei der betreffenden anderen Steuerstelle erfolgten Versteuerung alsbald nach Vornahme der letzteren unter Vorlage der erforderlichen Beweismaterialien Anzeige zu erstatten.

Muster

8. Den im §. 4 Absatz 2 des Gesetzes vorgeschriebenen Vermerk hat der Emittent auf den Werthpapieren so anzubringen, daß der Reichsstempel neben, über oder unter demselben aufgedruckt werden kann.

Zur Tarifnummer 4 B.

9. Für welche Waaren an den einzelnen inländischen Börsen Terminpreise notirt werden, wird von den Landesregierungen nach Anhörung der betreffenden Handelsvorstände festgestellt und öffentlich bekannt gemacht, sowie dem Reichsanzler behufs Veröffentlichung im Reichs-Centralblatt mitgetheilt.

III. Kauf
sonstige
Schaffun
geschäf

Zu §. 7 Absatz 1 des Gesetzes.

10. Bei sogenannten Circa-Geschäften ist die Abgabe nach dem handelsüblichen Maximum der Lieferung zu berechnen; es bleibt den Handelsvorständen überlassen, auf Grund des §. 40 Absatz 2 des Gesetzes die betreffenden Maxima festzustellen.

Zu §. 8 des Gesetzes.

11. Ueber die mehreren in Betreff der Besteuerung als ein Geschäft geltenden Geschäfte ist nach Maßgabe des §. 10 des Gesetzes eine Schlußnote auszustellen. Sind über einzelne der betreffenden Geschäfte bereits vorher besteuerte Schlußnoten ausgestellt worden, so kann die Erstattung des zu diesen entrichteten Abgabebetrages beansprucht werden; die Prüfung und Entscheidung steht der Direktivbehörde zu. Die erfolgte Erstattung ist auf beiden Theilen der betreffenden Schlußnoten von der Steuerstelle zu vermerken.

Zu §§. 10, 11 und 30 des Gesetzes.

12a. Zur Entrichtung der in der Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe werden Reichsstempelmarken und gestempelte Formulare zu Schlußnoten zum Preise des auf denselben angegebenen Steuerbetrages zum Verkauf gestellt.

Die Reichsstempelmarken sind 24 mm hoch und 61 mm breit; dieselben haben einen gelblichen Untergrund, welcher rechts und links den Reichsadler und in der Mitte ein Schild mit der Inschrift „REICHS-STEMPEL-ABGABE“ zeigt; eine Lochreihe macht die Marke in zwei gleiche Theile zerlegbar, von denen jeder die Werthbezeichnung und den Vordruck „den“ für das Datum der Verwendung in rothem Aufdruck und außerdem die fortlaufende Nummer der Marke enthält. Die Marken lauten auf Steuerbeträge von 0,10; 0,20; 0,30; 0,40; 0,50; 0,60; 0,80; 1,00; 2,00; 3,00; 4,00; 5,00; 6,00; 7,00; 8,00; 9,00; 10,00; 15,00; 20,00 und 30,00 M.

Die gestempelten Formulare zu Schlußnoten entsprechen in Form und Vordruck dem Muster d. Dieselben sind entweder

Muster

1. mit einem Stempelaufdruck versehen, welcher dem Muster der Reichsstempelmarken gleicht, indessen den Vordruck „den“ und die fortlaufende Nummer nicht enthält, oder
2. von der Steuerstelle dadurch herzustellen, daß vorrätzig zu haltende ungestempelte Formulare des Musters d durch Verwendung von Reichsstempelmarken zu dem verlangten Betrage gestempelt werden; die Marken sind hierbei von der Steuerstelle in ungetheiltem Zustande auf der durch den Vordruck bezeichneten Stelle, insoweit diese aber ausreichenden Raum nicht darbietet, auf einer freien Stelle des Formulars in der Art aufzukleben, daß bei der späteren Trennung der beiden Theile der Schlußnote je eine Hälfte der Marke auf jedem dieser Theile sich befindet, und sodann

durch mindestens je einen auf das Formular übergreifenden Aufdruck des Amtsstempels in schwarzer Farbe, sowie durch Eintragung des Datums der Abstempelung auf jeder Hälfte der Marke zu entwerthen.

Die vorstehend zu Ziffer 1 bezeichneten Formulare tragen auf jedem ihrer beiden Theile die gleiche fortlaufende Nummer.

Mit Stempelaufdruck versehene Formulare werden zum Steuerbetrage von 0,20; 0,40; 0,60; 0,80; 1,00; 2,00; 3,00; 4,00; 5,00; 6,00; 7,00; 8,00; 9,00 und 10,00 *M.* zum Verkauf gestellt; unter Verwendung von Marken gestempelte Formulare können zu jedem Steuerbetrage von den Steuerstellen hergestellt und verabfolgt werden.

12b. Von den Steuerstellen werden ferner ungestempelte Formulare des Musters d ausgegeben, für welche der Betrag der Herstellungskosten als Preis erhoben werden darf. Die Verwendung von Reichsstempelmarken auf denselben seitens der Steuerpflichtigen ist in folgender Weise zu bewirken.

Die Marken sind, soweit die durch den Vorbruck bezeichnete Stelle Raum darbietet, auf dieser, im übrigen an einer beliebigen Stelle in der Art aufzulegen, daß je eine Hälfte jeder Marke auf jedem der beiden Theile des ausgefüllten oder unausgefüllten Formulars sich befindet; die auf dem einen dieser Theile befindlichen halben Marken müssen also die gleichen fortlaufenden Nummern enthalten, wie die auf dem anderen Theile befindlichen; die Marken dürfen vor der Aufklebung getheilt werden. In jeder Markenhälfte ist das Datum der Verwendung der letzteren auf dem Formular, und zwar der Tag und das Jahr mit arabischen Ziffern, der Monat mit Buchstaben an der durch den Vorbruck bezeichneten Stelle niederzuschreiben. Allgemein übliche und verständliche Abkürzungen der Monatsbezeichnung mit Buchstaben, sowie die Weglassung der beiden ersten Zahlen der Jahresbezeichnung sind zulässig (z. B. 8. Oktbr. 85, 7. Septbr. 87).

Außerdem ist die Firma oder der Name des Ausstellers der Schlußnote auf jeder Hälfte der einzelnen Marken niederzuschreiben. Es genügt jedoch, wenn nur ein Theil der Firma oder des Namens auf jeder halben Marke zu stehen kommt, der andere Theil aber auf das Formular oder auf andere halbe Marken, welche sich auf demselben Theile des letzteren befinden, oder auf beide hinüberreicht.

Das Datum, sowie die Firma oder der Name sind mittelst deutlicher Schriftzeichen, ohne jede Rasur, Durchstreichung oder Ueberschreibung niederzuschreiben.

Es ist zulässig, den vorgeschriebenen Entwerthungsvermerk ganz oder theilweise durch Stempelaufdruck herzustellen. In diesem Falle braucht das Datum nicht an der durch den Vorbruck bezeichneten Stelle zu stehen, es muß aber in seinem ganzen Umfang (Monatsbezeichnung, Tages- und Jahreszahl mit den zulässigen Abkürzungen) vollständig auf jeder einzelnen halben Marke aufgedruckt sein.

Nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendete Marken werden als nicht verwendet angesehen (§. 81 des Gesetzes).

12c. Es ist zulässig, andere als die von den Steuerstellen zum Verkauf gestellten Formulare (Privatformulare) zu Schlußnoten für die Entrichtung der Abgabe zu benutzen, vorausgesetzt, daß dieselben dem Muster d entsprechend aus zwei demnächst zu trennenden gleichen Theilen bestehen, und daß jeder dieser Theile einen Vorbruck mindestens für die Angabe des Namens und des Wohnorts des Vermittlers und der Kontrahenten, des Gegenstandes und der Bedingungen des Geschäfts, insbesondere des Preises, sowie der Zeit der Lieferung enthält; insofern die Formulare nicht in der nachstehend bezeichneten Weise zur Stempelung durch die Reichsdruckerei gelangen, müssen dieselben ferner an dem oberen Theile der Vorderseite einen über beide Theile des Formulars greifenden Vorbruck haben, durch den die für die Aufnahme der Marke bestimmte Stelle bezeichnet wird. Die Formulare können amtlich gestempelt oder von dem Aussteller der Schlußnote mit Reichsstempelmarken versehen werden.

Die amtliche Stempelung derselben erfolgt nach dem Antrage der Beteiligten entweder durch Aufdruck des in Nummer 12a unter Ziffer 1 bezeichneten Stempels und einer für beide Theile des Formulars gleichen fortlaufenden Nummer durch die Reichsdruckerei, und zwar auf Kosten des Antragstellers, oder unter Verwendung von Reichsstempelmarken durch die Steuerstellen.

Die Stempelung durch die Reichsdruckerei erfolgt nur, wenn mindestens je hundert Formulare zu demselben Steuerbetrage gestempelt werden sollen; die Formulare sind in glattem Zustande (nicht aufgerollt) unter Beifügung eines überschüssigen Exemplars für je zwanzig Stück (als Ersatz für etwaige Abgänge bei der Abstempelung) und, wenn dem Antragsteller nicht Kredit bewilligt ist, unter Deponirung des Steuerbetrages mit einer doppelt aufzustellenden Anmeldung nach dem Muster e der Steuerstelle vorzulegen. Das eine Exemplar der Anmeldung erhält der Antragsteller, nachdem dasselbe mit der Quittung über den Empfang

der Formulare und des Steuerbetrages versehen worden, zurück. Die Steuerstelle veranlaßt die Stempelung der Formulare durch die Reichsdruckerei, welche letztere die gestempelten und die nicht verdorbenen überschüssigen Formulare unter Bescheinigung der erfolgten Vernichtung der verdorbenen Exemplare und unter Mittheilung der entstandenen Kosten an die erstere zurücksendet. Die Steuerstelle erstattet der Reichsdruckerei die Kosten und händigt die gestempelten und die überschüssigen ungestempelten Formulare, nachdem sie sich auch ihrerseits von der richtigen Stempelung der ersteren überzeugt hat, dem Antragsteller unter Einziehung der verauslagten Kosten aus; über den Rückempfang der Formulare läßt sie sich auf dem bei ihr zurückgebliebenen Exemplar der Anmeldung Quittung geben. Postsendungen zwischen den Steuerstellen und der Reichsdruckerei, welche die Abstempelung derartiger Formulare durch die Reichsdruckerei betreffen, sind mit dem Vermerk „Reichsdienstsache“ zu versehen und portofrei.

Soll die Stempelung der Formulare unter Verwendung von Reichsstempelmarken erfolgen, so bedarf es einer besonderen Anmeldung nicht; die Steuerstelle hat nach der Bestimmung unter Nummer 12 a₂ zu verfahren; neben der Steuer werden Kosten für die Stempelung nicht erhoben.

Die Verwendung von Reichsstempelmarken zu den fraglichen Formularen seitens der Aussteller der Schlußnoten ist nach Maßgabe der unter Nummer 12 b getroffenen Bestimmungen zu bewirken.

12 d. Die Verwendung von Reichsstempelmarken auf gestempelten Formularen zur Ergänzung eines fehlenden Betrages ist zulässig und gleichfalls nach den Bestimmungen unter Nr. 12 b zu bewirken.

12 e. Wenn im Falle des §. 11 Absatz 1 und 2 des Gesetzes auf einer zu niedrig versteuerten Schlußnote der fehlende Stempelbetrag nachträglich zu verwenden ist, so sind die erforderlichen Marken von dem zur Entrichtung dieses Betrages Verpflichteten in ungetheiltem Zustande an einer beliebigen Stelle der Schlußnote aufzukleben und nach Maßgabe der Bestimmung unter Nummer 12 b zu entwerthen; insbesondere ist das Datum der Verwendung der Marken auf jeder Hälfte derselben in der vorgeschriebenen Weise ersichtlich zu machen.

12 f. Es ist unzulässig, die Stempelzeichen aus gestempelten Formularen abzutrennen und anderweit zur Entrichtung der Abgabe zu verwenden.

12 g. Bei Geschäften, für welche die Abgabe nur im halben Betrage zu entrichten ist (§. 6 Abs. 2 des Gesetzes), bedarf es der Zusendung der Hälfte der Schlußnote an den ausländischen Kontrahenten nicht. In diesem Falle hat der inländische Kontrahent das Doppel-Formular der Schlußnote in der vorgeschriebenen Weise gestempelt ungetheilt aufzubewahren. Die nicht beschriebene Hälfte der Schlußnote ist zu durchstreichen.

Zu §. 11 Absatz 3 des Gesetzes.

13. Ueber die Zurückerstattung der Abgabe im Falle des §. 11 Absatz 3 des Gesetzes entscheidet die Direktivbehörde desjenigen Bezirks, in welchem der die Zurückerstattung Verlangende zur Zeit der Entrichtung der Abgabe seinen Wohnort, eventuell aber seinen Aufenthaltsort gehabt hat. Die erfolgte Zurückerstattung ist auf beiden Theilen der betreffenden Schlußnote von der Steuerstelle zu vermerken.

Zu §. 14 des Gesetzes.

14. Die Abstempelung der Vertragsurkunde erfolgt seitens der Steuerstelle durch Verwendung von Reichsstempelmarken. Die letzteren sind in ungetheiltem Zustande thunlichst auf der ersten Seite der Urkunde aufzukleben und durch Eintragung des Datums der Verwendung und Aufdruck des Amtsstempels in der unter Nummer 12 a₂ vorgeschriebenen Weise zu entwerthen. Ist die Vertragsurkunde in mehreren Exemplaren ausgestellt, so ist von der Steuerstelle auf dem zweiten Exemplar und eventuell auch auf den weiteren Exemplaren mit Unterschrift und unter Beidrückung des Amtsstempels zu vermerken, welcher Reichsstempelbetrag zu dem ersten Exemplar verwendet ist.

Bei gerichtlich oder notariell aufgenommenen Verträgen, deren Urschriften den Kontrahenten nicht ausgehändigt werden, sind der Steuerstelle die Ausfertigungen vorzulegen.

Zu §. 15 des Gesetzes.

15. Ueber Geschäfte, für welche eine rechtzeitige Berechnung der Steuer nicht möglich ist, weil der Werth des Gegenstandes des Geschäfts auch nicht nach seinem höchstmöglichen Betrage (§. 7 Abs. 1 des Gesetzes) berechnet werden kann, ist gleichwohl nach Maßgabe der §§. 10 und 11 des Gesetzes eine Schlußnote auszustellen, auf jedem der beiden Theile derselben aber zu vermerken, daß die Besteuerung so lange ausgesetzt bleibt, bis die Steuerberechnung möglich wird. Abschrift der Schlußnote einschließlich dieses Vermerks

ist gleichzeitig der Direktivbehörde zu übersenden. Sobald die Berechnung der Steuer möglich, hat deren Entrichtung nach Maßgabe der §§. 10 und 11 des Gesetzes unter Ausstellung einer neuen Schlußnote, in welcher auf die erstausgestellte Schlußnote Bezug zu nehmen ist, zu erfolgen. Die Direktivbehörde ist berechtigt, sich die rechtzeitige Erfüllung dieser Verpflichtung nachweisen zu lassen.

Handelt es sich in einem solchen Falle um ein Geschäft, das nach §. 14 des Gesetzes unter steueramtlicher Abstempelung der beiderseits unterschriebenen Vertragsurkunde zu versteuern ist, so hat gleichwohl die Vorlegung der Vertragsurkunde bei der Steuerstelle nach Maßgabe der bezeichneten Vorschrift zu erfolgen; die Steuerstelle vermerkt auf der Urkunde, eventuell auf den mehreren Exemplaren derselben mit Unterschrift und unter Beibrückung des Amtsstempels, daß die Erhebung der Reichsstempelabgabe wegen zeitiger Unmöglichkeit der Berechnung derselben ausgesetzt sei, und behält Abschrift der Urkunde oder mindestens der für das Steuerinteresse wesentlichen Theile derselben zurück. Sobald die Berechnung der Steuer möglich wird, hat die anderweite Vorlegung der Vertragsurkunde zur Abstempelung bei einer Steuerstelle nach der Vorschrift im §. 14 des Gesetzes zu erfolgen; falls mehrere Exemplare dieser Urkunde bestehen, genügt die Vorlegung eines Exemplars. Die erstbezeichnete Steuerstelle überwacht in geeigneter Weise die rechtzeitige Erfüllung dieser Verpflichtung.

Bezüglich der in den §§. 10 und 11 sowie im §. 14 des Gesetzes bestimmten Fristen gilt hierbei der Tag, an welchem die Steuerberechnung ausführbar geworden ist, als Tag des Geschäftsabschlusses.

Die Direktivbehörde bezw. im Falle des Absatzes 2 dieser Nummer die Steuerstelle kann, wenn die Berechnung eines Theils der zu entrichtenden Abgabe möglich ist, die Entrichtung dieses Theils anordnen.

16. Ist das Geschäft zwischen Kontrahenten, welche nicht an demselben Orte befindlich sind, durch briefliche oder telegraphische Annahmeerklärung zu Stande gekommen, so beträgt die Frist zur Ausstellung der Schlußnote

1. für den zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichteten (§. 9 Abs. 1 und §. 10 des Gesetzes) zehn Tage,

2. für den zur Entrichtung der Abgabe in zweiter Reihe Verpflichteten drei Wochen.

Die Frist beginnt für den die Annahmeerklärung abgebenden Kontrahenten am Tage nach der Abgabe der Annahmeerklärung behufs der Absendung (Art. 321 des Handelsgesetzbuchs), für den die Annahmeerklärung empfangenden Kontrahenten am Tage nach dem Eingange dieser Erklärung und zwar auch im Falle einer brieflichen Bestätigung der telegraphischen Annahmeerklärung nach dem Eingange der letzteren.

Bei Geschäften, welche während eines zeitweiligen Aufenthaltes im Auslande dortselbst abgeschlossen (§. 6 Abs. 2 und 3 des Gesetzes) oder vermittelt sind, beginnt der Lauf der zur Entrichtung der Abgabe festgesetzten Fristen für den betreffenden Verpflichteten erst mit dem Tage nach seiner Rückkehr in das Inland; die Frist für die im Inlande befindlichen Steuerpflichtigen wird hierdurch nicht geändert.

Zu §. 16 des Gesetzes.

17. Nach Maßgabe der von den Landesregierungen zu treffenden näheren Bestimmungen, insbesondere auch rücksichtlich der zu bestellenden Sicherheit dürfen gestempelte Formulare (Nr. 12a) auf Kredit verabsolgt und eigene Formulare der Steuerpflichtigen auf Kredit amtlich gestempelt werden (Nr. 12c). Abgabebeträge unter 50 M. werden nicht kreditirt. Die kreditirten Beträge sind bis zum fünfundzwanzigsten Tage des dritten auf den Monat der Anschriftung folgenden Monats einzuzahlen.

Reichsstempelmarken werden nicht auf Kredit verabsolgt.

Zum Tarif, Nummer 5.

Lotterie-
loose.

18. Behufs Berechnung der Abgabe von Lotterieloose sind alle für den Erwerb eines Looses an den Unternehmer oder dessen Beauftragte zu leistenden Zahlungen zum Preise des Looses zu rechnen, insbesondere auch die sogenannten Schreibgebühren, Kollektionsgebühren u. a. m.

Zu §§. 21, 22 und 24 des Gesetzes.

19a. Wer im Bundesgebiete Lotterien oder Auspielungen veranstalten will, hat der zuständigen Steuerbehörde spätestens am siebenten Tage nach dem Empfange der obrigkeitlichen Erlaubniß schriftlich unter Beifügung einer Doppelschrift anzumelden:

Namen, Gewerbe und Wohnung des Unternehmers, die planmäßige Anzahl (die Nummern) und den planmäßigen Preis der Loose,

den Zeitpunkt, wo mit dem Vertrieb der Loose begonnen werden soll,
die Gegenstände, die Zeit und den Ort der Auspielung,
die Namen und Wohnungen der unmittelbar von dem Unternehmer mit dem Vertrieb der Loose
betrauten Personen.

Der Anmeldung ist als Anlage ein amtlich beglaubigtes Exemplar des obrigkeitlich genehmigten Plans
der Lotterie oder Auspielung anzuschließen.

Mit der Anmeldung ist die Abgabe für die gesammte planmäßige Anzahl der Loose einzuzahlen.
Wird Stundung der Abgabe bis nach dem Beginn des Vertriebes der Loose gegen Sicherstellung des Abgaben-
betrags oder ohne solche beansprucht, so ist der Antrag mit der Anmeldung vorzulegen.

19b. Wird Befreiung von der Abgabe in Anspruch genommen, so ist mit der Anmeldung der Nach-
weis zu führen, daß der Erlös des Unternehmens zu mildthätigen Zwecken Verwendung finden wird. Ueber
die Anwendbarkeit der Befreiung und insbesondere über die Frage, ob ein mildthätiger Zweck vorliegt, ent-
scheidet die Direktivbehörde. Die obersten Landes-Finanzbehörden sind ermächtigt, die Abgabe in solchen
Fällen aus Billigkeitsrücksichten zu erlassen, in welchen die Befreiung nicht rechtzeitig mit der Anmeldung in
Anspruch genommen ist.

20. Die Behörde, welche die obrigkeitliche Erlaubniß zur Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie
oder Auspielung erteilt, hat hiervon ohne Verzug der zur Erhebung der Abgabe für die Loose zuständigen
Steuerbehörde unter Bezeichnung des Unternehmens und seines Zweckes, des Namens und der Wohnung des
Unternehmers, und des Zeitpunkts, an welchem dem letztern die obrigkeitliche Erlaubniß behändigt worden,
schriftlich Mittheilung zu machen.

Auf Grund dieser Mittheilung hat die Steuerbehörde sogleich nach Ablauf der unter Nr. 19a für
die Anmeldung vorgeschriebenen Frist wegen Feststellung und Beitreibung der Abgabe, sowie nach Umständen
wegen der Verhinderung des Loosabfages und Einleitung des Strafverfahrens das Erforderliche zu ver-
anlassen.

21. Nachdem der Abgabebetrag festgestellt, gebucht und entweder eingezahlt oder gestundet, be-
ziehentlich nachdem die Stempelfreiheit der Loose von der zuständigen Behörde anerkannt worden ist, erfolgt
die Abstempelung der Loose durch die zuständige Steuerstelle vermittlest Stempelaufdrucks. Der Stempel ist
von runder oder ovaler Form und führt den Reichsadler und über demselben die Aufschrift „Vorsteuort“
bzw. „Stempelfrei“, darunter das Unterscheidungszeichen der Abstempelungsstelle. Die Loose oder Spielaus-
weise sind in einer solchen Form und Beschaffenheit herzustellen, daß sie sich zur Abstempelung eignen.

Ungestempelte Loose dürfen nicht ausgegeben werden.

Nach näherer Vorschrift der Landesregierung kann indessen bei den unter obrigkeitlicher Aufsicht statt-
findenden Waarenverloosungen von der Abstempelung der abgabefreien Loose Umgang genommen werden,
wenn mit Rücksicht auf die Zahl und den Preis der Loose die Abstempelung unverhältnißmäßige Mühwaltung
verursachen würde.

Die abgestempelten Loose werden gegen Empfangsbcheinigung auf dem einen Exemplar der An-
meldung zurückgegeben. Das andere bleibt nebst seinen Anlagen (Nr. 19a) Belag zum Register. Wenn
Stundung der Abgabe bewilligt ist, darf die Genehmigung zum Beginn des Loosabfages vor Entrichtung
der Abgabe erst nach Abstempelung der Loose ausgehändigt werden.

22. Der Abgabe nach der Tarifnummer 5 unterliegen auch diejenigen Spielausweise, welche bei
den auf Jahrmärkten und bei Gelegenheit von Volksbelustigungen üblichen öffentlichen Auspielungen gering-
werthiger Gegenstände ausgegeben werden.

In der Quittung über die für derartige Spielausweise entrichtete Reichsstempelabgabe sind die ver-
steuerten Spielausweise nach ihren Nummern und eventuell auch nach ihrer Serienbezeichnung anzugeben.
Findet Stundung der Abgabe statt, so ist hierüber eine Bescheinigung zu erteilen, in welcher gleichfalls die
Nummern und eventuell die Serienbezeichnung der Spielausweise ersichtlich zu machen sind.

Mit Genehmigung der zuständigen Steuerbehörde dürfen die für unausgeführt gebliebene Auspie-
lungen bestimmt gemessenen Spielausweise zu einer anderen Zeit, bzw. bei einer anderen Gelegenheit zur
Ausgabe gelangen, sofern bei der Steuerbehörde ein hierauf bezüglicher Antrag unter Vorlegung der Spielaus-
weise und der Quittung über die für dieselben gezahlte Abgabe, bzw. der Bescheinigung über die erfolgte
Stundung dieser Abgabe, mit der neuen Anmeldung gemäß der Nummer 19a gestellt wird. Ueber die
Genehmigung ist eine schriftliche Bescheinigung zu erteilen.

Bei Auspielungen der bezeichneten Art können die Steuerstellen auf die Abstempelung des ersten und des letzten Looses jeder Serie, oder jedes zusammenhängenden Bogens sich beschränken; dieselben haben alsdann die Art der Abstempelung in der auszustellenden Quittung anzugeben. Die Veranstalter der Auspielung sind in solchen Fällen verpflichtet, die Quittung der Steuerstelle während der Auspielung bei sich zu führen und beim Verkauf der Loose genau nach der Reihenfolge der Serien und der einzelnen Nummern sich zu richten; auch dürfen sie am Orte der Auspielung (in der Spielbude u.) keine anderen Loose vorrätig haben, als die zu den abgestempelten Serien oder Bogen gehörigen.

Zu §. 22 des Gesetzes.

23. Die Landesregierungen bestimmen, in welchen Fällen und unter welchen Modalitäten die Genehmigung zum Absatz der Loose vor der Entrichtung der Abgabe gegen Sicherstellung der letzteren oder ohne solche erteilt, oder sonst die Abgabe gestundet werden kann.

Zu §§. 23 und 24 des Gesetzes.

24. ^{nach f.} Ausländische Loose und Ausweise über Spieleinlagen sind der zuständigen Steuerstelle mit einer nach dem anliegenden Muster f doppelt auszustellenden Anmeldung unter Einzahlung des Abgabetrags innerhalb der im §. 23 des Gesetzes bezeichneten Frist zur Abstempelung vorzulegen. Wegen der Buchung der Abgabe, der Beläge und wegen der Abstempelung der Loose gelten die Bestimmungen unter Nummer 21. Stundung der Steuer findet nicht statt.

Zu §. 26 des Gesetzes.

25. Für unabgesetzt gebliebene Loose u. einer zu stande gekommenen Auspielung wird die Reichsstempelabgabe nicht erstattet.

Zu §. 27 des Gesetzes.

26. Die Verwaltungen der Staatslotterien haben spätestens am fünfzehnten Tage nach Ablauf der Ziehung jeder Klasse dem Reichsschatzamt die Zahl der unabgesetzten Loose und den Preis der Loose (Nr. 18) anzuzeigen. Diese Anzeigen sind unter Benutzung eines von dem Reichsschatzamt vorzuschreibenden Formulars doppelt zu erstatten. Das Reichsschatzamt setzt die zu entrichtende Steuer fest.

Zu §. 30 des Gesetzes.

Allgemeine
Be-
merkungen.

27 a. Für verborbene Reichsstempelmarken und für Reichsstempelzeichen, mit welchen demnächst verborbene Formulare oder Werthpapiere versehen sind, kann Erstattung beansprucht werden, wenn von den Stempelzeichen, Formularen und Werthpapieren noch kein oder doch kein solcher Gebrauch gemacht worden ist, dem gegenüber durch die Erstattung das Steuerinteresse gefährdet erscheint.

Der Erstattungsanspruch ist bei der Direktivbehörde des Bezirks unter Vorlegung der verborbenen Marken, Formulare und Werthpapiere anzumelden; auf Erfordern sind die quittirten Anmeldungen, welche den Betrag der für die verborbenen Werthpapiere entrichteten Abgabe ergeben, beizufügen.

Eine baare Zurückzahlung der entrichteten Reichsstempelabgabe findet solchenfalls nicht statt. Bei Formularen und Marken erfolgt die Erstattung im Wege des Umtausches, und zwar werden in der Regel für verborbene Formulare gestempelte Formulare, für verborbene Marken Marken abgabefrei verabfolgt. Der Verabfolgung gestempelter Formulare steht die Abstempelung von Privatformularen gleich. Den Wünschen des Antragstellers hinsichtlich des Abgabetrages der einzelnen Stücke ist thunlichst Rechnung zu tragen. Die Landesregierungen können anordnen, daß in solchen Fällen, in denen gestempelte Formulare des Modells d in größerer Menge im Umtausch gegen verborbene Formulare oder Marken beansprucht werden, die Herstellungskosten für die erstbezeichneten Formulare zu erstatten seien.

An Stelle der verborbenen Werthpapiere hat die betreffende Steuerstelle nach näherer Anweisung der Direktivbehörde dem Berechtigten auf Grund vorheriger Anmeldung nach den Vorschriften unter Nummer 2 a neu ausgestellte Werthpapiere von demselben Steuerwerth abgabefrei abzustempeln.

Die etwa entstehenden Portokosten trägt der Antragsteller.

Die verborbenen Marken und Formulare, sowie die aus den Werthpapieren herausgeschnittenen Stempelzeichen werden bei der Direktivbehörde in Gegenwart zweier Beamten vernichtet.

27 b. Reichsstempelmarken und amtlich gestempelte Formulare des Modells d können, wenn sie unbeschädigt sind, bei den von den Landesregierungen bestimmten Steuerstellen gegen gestempelte Formulare

oder Marken zu anderen Steuerbeträgen umgetauscht werden; indessen findet auch hier in der Regel der Umtausch von Formularen nur gegen gestempelte Formulare, der Umtausch von Marken nur gegen Marken statt. Der Verabfolgung gestempelter Formulare steht die Abstempelung von Privatformularen des Antragstellers gleich.

Zu §. 38 des Gesetzes.

28. Die Beamten zur Wahrnehmung der im §. 38 Absatz 2 des Gesetzes bezeichneten Geschäfte werden nach Maßgabe der ihnen erteilten näheren Anweisung selbständig davon Ueberzeugung nehmen, ob den Vorschriften des Gesetzes gemäß verfahren worden ist. Die Vorstände der zu revidirenden Anstalten, an welche der revidirende Beamte bei Beginn der Revision sich wenden wird, haben ihm die zu diesem Zweck gewünschten Werthpapiere, Schlußnoten, Beläge und sonstige Schriftstücke, sowie Geschäftsbücher zur Einsicht vorlegen zu lassen, Auskunft zu erteilen und ihm einen angemessenen Raum für die Erledigung seiner Obliegenheiten zur Verfügung zu stellen.

Zu §. 40 des Gesetzes.

29. Wenn im Laufe eines administrativen Strafverfahrens die kaufmännischen Geschäftsformen zu Zweifeln in Betreff der Beurtheilung des Sachverhältnisses Anlaß geben oder für die Anwendung der Tarifnummer 4 B Zweifel darüber bestehen, ob das Geschäft als ein solches anzusehen ist, das unter Zugrundelegung der Usancen einer Börse abgeschlossen ist, oder ob es sich um börsenmäßig gehandelte Waaren handelt, so sind über die zweifelhaften Fragen geeignete Sachverständige zu hören. In Bezirken, für welche Handelsvorstände bestehen, haben diese der Steuerbehörde für die verschiedenen Geschäftsbranchen Sachverständige zu bezeichnen.

Uebergangsbestimmungen.

30. Die Landesregierungen werden Vorkehrung treffen, daß mit der Abstempelung von Privatformularen zu Schlußnoten nach den Bestimmungen unter Nummer 12c sowie mit dem Verlaufe gestempelter und ungestempelter Formulare zu Schlußnoten und neuer Reichsstempelmarken (Nr. 12a und 12b) vor dem 1. Oktober 1885 begonnen werden kann.

31. Vom 1. Oktober 1885 ab verlieren die bisherigen gestempelten Formulare zu Schlußnoten und die bisherigen Reichsstempelmarken (Centralbl. für das Deutsche Reich 1881 S. 286 und 287, 1882 S. 108 und 422) ihre Gültigkeit; es ist mithin die weitere Verwendung derselben einer Nichtverwendung gleich zu achten. Für die dann noch im Besitz der Steuerpflichtigen sich befindenden Formulare zu Schlußnoten und Reichsstempelmarken der bisherigen Art wird die dafür entrichtete Stempelabgabe auf Anweisung der Direktivbehörde baar erstattet. Die Landesregierungen bestimmen die Steuerstellen, bei welchen die Erstattung unter Einreichung der unverwendbar gewordenen Formulare und Marken zu beantragen ist. Sind die Stempelzeichen oder die Formulare nicht unversehrt, so erfolgt die Erstattung der Abgabe nur dann, wenn von denselben noch kein oder doch kein solcher Gebrauch gemacht ist, dem gegenüber durch die Steuererstattung das fiskalische Interesse gefährdet erscheint.

Der Antrag auf Erstattung muß bis zum 31. März 1886 gestellt werden. Wird die Erstattung erst nach diesem Termine beantragt, so erfolgt dieselbe nur dann, wenn die rechtzeitige Beantragung nicht thöulich gewesen oder aus entschuldbarem Versehen versäumt worden ist.

| Zu versteuern
ist für jedes
Stück:
a) der volle
Nennwerth von
oder
b) der Betrag
von
Mark. | Betrag
der
Abgabe
für jedes
Stück
Mark. | Darauf sind
anzurechnen:
a) landesgesetz-
liche,
b) Reichs-
stempel-
abgaben
Mark. | Mithin noch
zu erheben
an Abgaben
für jedes
Stück
Mark. | Gesamtbetrag
der
Abgabe
Mark. | Es wird Be-
freiung für
die Abgabe
beansprucht:
a) für wieviel
Stück?
b) aus welchem
Grunde? | Nähere Begrün-
dung der Angaben
in den Spalten
11, 13 und 16,
sowie sonstige
Bemerkungen. |
|--|--|---|--|--|---|--|
| 11. | 12. | 13. | 14. | 15. | 16. | 17. |
| | | | | | | |

Muster b.

Eingegangen den 18 ..
N^o des Anmelbungs-Registers.
N^o des Hebe-Registers.
(Schwarzstempel.)

A n m e l d u n g ,

betreffend

die Besteuerung beziehungsweise Abstempelung von **ausländischen** Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen nach dem Reichsgesetz über die Erhebung von Reichsstempelabgaben.

(Reichsgesetzbl. 1885 S. 179.)

Der Unterzeichnete beantragt die Abstempelung der anbei erfolgenden, umstehend spezifizirten Werthpapiere und ist damit einverstanden, daß dem Ueberbringer der unten ausgefertigten Empfangsbcheinigung gegen Aushändigung derselben die abgestempelten Werthpapiere zurückgegeben werden, sowie daß die Steuerbehörde zur Prüfung der Legitimation des Ueberbringers dieser Empfangsbcheinigung zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet sein soll.

....., den^{ten} 18 ..

Des Anmelbenden { Vor- und Name.
Wohnort und Wohnung.

E m p f a n g s b e s c h e i n i g u n g .

Die umstehend verzeichneten Werthpapiere sind der unterzeichneten Steuerstelle übergeben und werden nach erfolgter Abstempelung dem Ueberbringer dieser Empfangsbcheinigung ausgehändigt werden. Die Steuerstelle behält sich das Recht vor, die Legitimation des Ueberbringers dieser Empfangsbcheinigung zu prüfen, ist jedoch zu einer solchen Prüfung nicht verpflichtet.

....., den^{ten} 18 ..

(Firma, Unterschriften und Schwarzstempel der Steuerstelle.)

| Laufende Nummer. | Name
und
Wohnort
des
Anmeldehenden. | Der Werthpapiere | | | | | | |
|------------------|---|--|-----------------|-------------------------|----------|--|-------------------|-------|
| | | Gattung
(Benennung)
und
Emittent. | Stück-
zahl. | Bezeichnung nach | | | Ort | Datum |
| | | | | Serien-
Nummer
n. | Littera. | fort-
laufen-
den
Num-
mern. | der Ausfertigung. | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. | 8. | 9. |
| | | | | | | | | |

3.

N^o des Anmeldungs-Registers.

N^o des Hebe-Registers.

(Schwarzstempel.)

Vorläufige Anmeldung,

daß stempelpflichtige inländische Werthpapiere zur Zeichnung aufgelegt werden oder zu weiteren Einzahlungen auf solche aufgefördert wird.

(§. 4 des Reichsgesetzes, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben,
Reichs-Gesetzbl. 1885 S. 179.)

[illegible]



| | | | |
|-----------------------|----|-----------------------|----|
| Exkursnote. 21 | | Exkursnote. 21 | |
| , den 18 | | , den 18 | |
| Von | in | Von | in |
| An | in | An | in |

| | | | |
|----------------------------------|--|----------------------------------|--|
| Gegenstand des Geschäfts: | | Gegenstand des Geschäfts: | |
| Lieferungstermin per | | Lieferungstermin per | |
| Preis oder Kurs: | | Preis oder Kurs: | |
| Wert des Gegenstandes: | | Wert des Gegenstandes: | |
| Sonstige Bemerkungen: | | Sonstige Bemerkungen: | |

| | | | |
|--------------------------|--|--------------------------|--|
| Bermittelt durch: | | Bermittelt durch: | |
| in | | in | |
| 000 000 | | 000 000 | |

Muster d.

Kufter e.

Eingegangen den 18.....
 Nr. des Anmeldungs-Registers.
 Nr. des Hebe-Registers.
 (Schwarzstempel.)

A n m e l d u n g

zur

Abstempelung von Formularen zu Schlußnoten durch die Reichsdruckerei.

(Tarifnummer 4 zum Reichsgefeß, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben,
 Reichs-Gefeßbl. 1885 S. 179.)

| Nr. | Name und Wohnort
des
Anmeldenden. | Es sollen abgestempelt
werden: | | Steuerbetrag

Mark. | Bemerkungen. |
|-----|---|-----------------------------------|-------------------------------------|---------------------------|--------------|
| | | Stückzahl
der
Formulare. | zum
Abgabebetrag
von
Mark. | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| | | | | | |

(Schwarzstempel.)

zur

(Tarifnummer 5 zum Reichsgesetz, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben,
Reichs-Gesetzbl. 1885 S. 179.)

| Tag
der
Anmeldung. | Name
und
Wohnung
des
Anmelbenden. | An-
zahl. | Der einzelnen Loose | | Des Lotterie-
Unternehmers Sitz,
nähere Bezeich-
nung,
auch Name
und Wohnort
des
Unternehmers. | Zeit der
Ziehung der
Loose. | Abgabebetrag
a) im Einzelnen
und
b) in Summe.

Mark. |
|--------------------------|---|--------------|---|-----------------------|---|-----------------------------------|---|
| | | | Preis
einschließlich
Schreibgeld zc. in
der
fremden | deutscher
Währung. | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. | 8. |
| | | | | | | | |

Bemerkung. Die Eingangs mit B bezeichneten Bestimmungen über die Erhebung und Berechnung der nach dem Reichsstempelgesetze zu entrichtenden Reichs-Stempelabgaben sind, weil sie für das Publikum kein Interesse haben, nicht mit abgedruckt.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 42.

Den 16. Oktober

1885.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 27.) Nr. 1622. Verordnung, betreffend die Inkraftsetzung des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 69) und die theilweise Inkraftsetzung des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzbl. S. 159). Vom 25. September 1885.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidiums der Provinz Brandenburg.

10. Bekanntmachung.

Für die nach Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses vorzunehmenden Neuwahlen habe ich auf Grund der §§ 17 und 28 der Verordnung über die Ausführung der Wahl zum Hause der Abgeordneten vom 30. Mai 1849 (Gesetz-Samml. S. 205) als Wahltermine und zwar für die Wahl der Wahlmänner:

den 29. Oktober d. J.,
und für die Wahl der Abgeordneten:
den 5. November d. J.
festgesetzt, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.

Berlin, den 1. Oktober 1885.

Der Minister des Innern.

(gez.) von Puttkamer.

Mit Bezug auf die vorstehende Bekanntmachung des Herrn Ministers des Innern bringe ich die durch das Gesetz vom 27. Juni 1860 festgestellten Wahlbezirke für die Stadt Berlin, die Zahl der zu wählenden Abgeordneten sowie die von mir auf Grund des § 26 der Verordnung vom 30. Mai 1849 und des Art. I. der Verordnung vom 26. Januar 1881 zur Ausführung des § 35 des Organisationsgesetzes vom 26. Juli 1880 für die bevorstehende Wahl zum Hause der Abgeordneten ernannten Wahlkommissare zur öffentlichen Kenntniss:

| Nr. | Wahlbezirke | Zahl der zu wählenden Abgeordneten. | Wahlkommissare. |
|-----|--|-------------------------------------|--|
| 1 | linkes Spreeufer, untere Stadt, | 3 | Stadtsyndikus Ebergy,
Stellvertreter: Stadtrath Wolff. |
| 2 | linkes Spreeufer, obere Stadt | 2 | Stadtrath Voigt,
Stellvertreter: Stadtrath Hübner. |
| 3 | und der Stadttheil Berlin,
rechtes Spreeufer, untere Stadt, | 2 | Stadtrath Haack,
Stellvertreter: Stadtrath Ramroth. |
| 4 | rechtes Spreeufer, obere Stadt, | 2 | Stadtrath Friedel,
Stellvertreter: Stadtrath Merggraff. |

Potsdam, den 7. Oktober 1885.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Staatsminister Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Verlegung von Jahrmärkten.

229. Die für die Städte Brandenburg und Dahme auf den 2. September bezw. 3. September 1886 angelegten Jahrmärkte werden für Brandenburg auf den 23. September 1886, für Dahme auf den 13. und 14. September 1886 hiermit verlegt.

Potsdam, den 8. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Concessions-Urkunde und Statuten der Hanseatischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg betreffend.

230. Diesem Stück des Amtsblatts ist die unterm 21. August d. J. von dem Herrn Minister des Innern

für die Hanseatische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten ausgefertigte Concession nebst Statuten in einem Druck-Exemplar als Extrabeilage beigelegt, worauf hierdurch aufmerksam gemacht wird.
Potsdam, den 10. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Abänderung der Statuten der Stuttgarter Glasversicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stuttgart.

231. Diesem Stück des Amtsblatts sind die von der Stuttgarter Glas-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stuttgart in ihrer General-Versammlung vom 23. Mai d. J. beschlossenen Abänderungen ihrer Statuten als Extrabeilage beigelegt, worauf hierdurch mit dem Bemerkten aufmerksam gemacht wird, daß die

Conzeption und Statuten der Gesellschaft dem 35. Stück des Amtsblattes pro 1882 angeschlossen sind.

Potsdam, den 11. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

232. Die Lungenseuche ist an einem Ochsen des Gutes Heinersdorf im Kreise Teltow constatirt worden. Der Ochse ist mit einem Transport von weiteren 39 Ochsen aus Bayern eingeführt und sind von letzteren 16 auf dem benachbarten Gute Döbberitz eingestallt worden, wo dieselben gleich den in Heinersdorf verbliebenen der möglichen Ansteckung wegen unter Observation gestellt worden sind.

Potsdam, den 3. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

233. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Hufners Graetz zu Plohn im Kreise Jüterbog-Ludowalbe ausgebrochen.

Potsdam, den 12. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise pro September 1885.

80. A. Engros-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

In Berlin:

| | | | |
|---------------------------|----|------|---------|
| für 100 Kgr. Weizen (gut) | 16 | Mark | 90 Pf., |
| " " " do. (mittel) | 16 | " | — |
| " " " do. (gering) | 15 | " | 10 |
| " " " Roggen (gut) | 13 | " | 94 |
| " " " do. (mittel) | 13 | " | 53 |
| " " " do. (gering) | 13 | " | 15 |
| " " " Gerste (gut) | 16 | " | 63 |
| " " " do. (mittel) | 14 | " | 06 |
| " " " do. (gering) | 11 | " | 35 |
| " " " Hafer (gut) | 15 | " | 88 |
| " " " do. (mittel) | 14 | " | 36 |
| " " " do. (gering) | 12 | " | 91 |
| " " " Erbsen (gut) | 19 | " | 75 |
| " " " do. (mittel) | 17 | " | 25 |
| " " " do. (gering) | 14 | " | 75 |
| " " " Nichtstroh | 4 | " | 33 |
| " " " Heu | 5 | " | 09 |

B. Detail-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

1) In Berlin:

| | | | |
|---------------------------------------|----|------|--------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen) | 29 | Mark | — Pf., |
| " " " Speisebohnen (weiße) | 35 | " | 62 |
| " " " Linzen | 38 | " | 69 |
| " " " Kartoffeln | 3 | " | 91 |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 | " | 24 |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 | " | 09 |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 | " | 20 |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 | " | 24 |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 | " | 18 |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 | " | 44 |
| " 1 " Eßbutter | 2 | " | 23 |
| " 60 Stück Eier | 3 | " | 17 |

2) In Charlottenburg:

| | | | |
|---------------------------------------|----|------|---------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe z. Kochen) | 27 | Mark | 50 Pf., |
| " " " Speisebohnen (weiße) | 27 | " | 50 |
| " " " Linzen | 35 | " | — |
| " " " Kartoffeln | 3 | " | 97 |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 | " | 10 |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 | " | — |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 | " | 30 |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 | " | 10 |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 | " | 10 |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 | " | 43 |
| " 1 " Eßbutter | 2 | " | 30 |
| " 60 Stück Eier | 2 | " | 93 |

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats September 1885:

1) In Berlin:

| | | |
|--|----|--------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N ^o 1 | 36 | Pf., |
| " 1 " Roggenmehl N ^o 1 | 30 | " |
| " 1 " Gerstengraupe | 50 | " |
| " 1 " Gerstengröße | 50 | " |
| " 1 " Buchweizengröße | 50 | " |
| " 1 " Hirse | 50 | " |
| " 1 " Reis | 60 | " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 2 | Mark — |
| " 1 " " (gelb in | | |
| gebr. Bohnen) | 3 | " — |
| " 1 " Speisesalz | 20 | " |
| " 1 " Schweineeschmalz (hiefiges) | 1 | " 40 |

2) In Charlottenburg:

| | | |
|--|----|--------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N ^o 1 | 60 | Pf., |
| " 1 " Roggenmehl N ^o 1 | 30 | " |
| " 1 " Gerstengraupe | 60 | " |
| " 1 " Gerstengröße | 50 | " |
| " 1 " Buchweizengröße | 50 | " |
| " 1 " Hirse | 40 | " |
| " 1 " Reis (Java) | 80 | " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 2 | Mark — |
| " 1 " " (gelb in | | |
| gebr. Bohnen) | 2 | " 40 |
| " 1 " Speisesalz | 20 | " |
| " 1 " Schweineeschmalz (hiefiges) | 1 | " 40 |

Berlin, den 5. Oktober 1885.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Communalbezirksveränderungen.

16. Auf Grund des § 25 Nr. 1 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit § 1 Abschnitt 4 des Gesetzes über die Landgemeindevorfassungen vom 14. April 1856 haben wir genehmigt, daß die von dem Restaurateur Gustav Müller zu Hermsdorf erworbenen Gutsparzellen mit einem Flächeninhalt von 7,36 und 16,61 Ar von dem Gutsbezirk Hermsdorf abgetrennt und in den Gemeindebezirk Hermsdorf einverleibt werden.

Berlin, den 9. Oktober 1885.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Nieder-Barnim.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ausgabe direkter Tourbillets IV. Klasse nach Station Waren.

47. Vom 15. d. M. ab werden auf den Stationen Berlin (Stett. Vhf.), Fürstenberg i./M., Strelitz, Neu-Strelitz, Stargard i./M., Treptow a./E., Demmin und Stralsund direkte Tourbillets IV. Klasse nach Station Waren der Mecklenburgischen Friedrich-Franz Eisenbahn via Neubrandenburg-Malchin zur Ausgabe gelangen.

Berlin, den 5. Oktober 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Im Kreise Prenzlau ist mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ablauf seiner Dienstzeit der Rittmeister und Rittergutsbesitzer von Wedell zu Rugerow von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks X. Taschenberg ernannt worden.

Im Kreise Templin ist mit Rücksicht auf den Ablauf seiner bisherigen Dienstzeit der Gutsbesitzer Ramin zu Milbenberg von Neuem zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XIX. Badingen ernannt worden.

An Stelle des pensionirten Hauptmanns von Kunow hiersebst ist der Premier-Lieutenant a. D. von Kurowsky in der Gensdarmarie angestellt und demselben der Distrikt Potsdam überwiesen worden.

Dem Superintendenten Büchsel zu Buserhausen a./D. ist vom 1. Oktober d. J. ab die Kreis-schulinspektion über die Schulen des Inspektionskreises Buserhausen a./D. übertragen worden.

Der bisherige Pfarrer Theodor Richard Heydler zu Garlitz ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden zu Barnewitz und Buschow, Diözese Dom Brandenburg, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Louis Eduard Alexander Spengler ist zum Diakon zu Trebbin und Pfarrer bei der Evangelischen Gemeinde zu Thyrow, Diözese Posen, bestellt worden.

Der Oberlehrer, Professor Dr. Hochheim an der Oberrealschule in Magdeburg, ist zum Direktor des Realgymnasiums in Brandenburg ernannt worden.

Dem beim Kollegio der General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern beschäftigten Gerichts-Assessor Praetorius ist die interimistische Verwaltung der Spezialkommission Eberswalde vom 1. Oktober d. J. ab übertragen.

Personal-Veränderungen im Bezirke des

Kammergerichts
im Monat September 1885.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: Der Erste Staatsanwalt Fehsee in Frankfurt a./M. zum Kammergerichtsrath, der Gerichts-Assessor Dr. Stoedel und der Gerichts-Assessor Große zu Amtsrathen bei den Amtsgerichten zu Onsen bzw. Bütow.

Versetzt sind: der Amtsgerichtsrath Knoevenagel in Berlin als Landgerichtsrath an das Landgericht II. zu Berlin, der Amtsgerichtsrath Heydel zu Berlin als Landgerichtsrath an das Landgericht I. zu Berlin,

die Amtsrichter Voigt zu Alt-Landsberg und Ehme zu Insterburg als Landrichter an das Landgericht I. zu Berlin, der Amtsrichter Schulze in Wittstock an das Amtsgericht zu Sorau.

Verstorben ist: der Kammergerichtsrath Fischer.

II. Assessoren.

Zu Gerichtsassessoren sind ernannt: die Referendare Sternfeld, Greiff, Dr. Leichert, Klehmet, Moser, v. Brandis, Dr. Kriege, Schroeder, Deutschbein, Dr. Böhm.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Zugelassen sind zur Rechtsanwaltschaft die Gerichts-Assessoren Henschel, Dr. Straßmann und Hamburger bei dem Landgericht I. zu Berlin.

Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte: der Rechtsanwalt, Justizrath Neumann bei dem Amtsgerichte zu Brandenburg a./H., der Rechtsanwalt Lasfer bei dem Landgericht zu Frankfurt a./D.

Zum Notar ist ernannt der Rechtsanwalt Rann in Peitz im Bezirke des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Peitz.

IV. Referendare.

Ernannt sind zu Referendaren die bisherigen Rechtskandidaten Romberg, Hammer, v. Adro Misch, Elven, Loewy, Mas, Pigulla.

Uebernommen sind: Herzog, Thomaszewski und Graf v. Finkenstein aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Marienwerder, Zug aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Stettin.

Versetzt ist: Matting in den Oberlandesgerichtsbezirk Marienwerder.

Entlassen sind: Roetger, Graf v. Platen zu Hallermund und Gneist, Zwecks Uebertritts in den Verwaltungsdienst, Bürgermeister auf seinen Antrag.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind: der Sekretair Hartwig bei dem Untersuchungsgefängnis zu Berlin zum Inspektor bei demselben Gefängnis, der etatsmäßige Assistent Röhn zum Sekretair bei demselben Gefängnis, der Bureau-Diätar Plawert zum etatsmäßigen Assistenten bei demselben Gefängnis, der Militair-Anwärter Richter zum etatsmäßigen Assistenten bei dem Strafgefängnis bei Berlin (Plögensee), der Sekretair Sommerfeldt zum Inspektor bei demselben Gefängnis, der etatsmäßige Assistent Dastig zum Sekretair bei demselben Gefängnis, der kommissarische Ingenieur Ziemer zum etatsmäßigen Ingenieur am Strafgefängnis bei Berlin (Plögensee). Zu Gerichtsvollziehern die Militair-Anwärter Rose bei dem Amtsgericht II. zu Berlin und Grund bei dem Amtsgericht zu Croßen a./D.

Versetzt sind: der Sekretair Hillenberg beim Untersuchungsgefängnis hiersebst an das Strafgefängnis zu Glückstadt, der Sekretair Teike beim Strafgefängnis zu Glückstadt an das Untersuchungsgefängnis hiersebst.

Verstorben sind: der Sekretair Kossag bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts zu Frankfurt

a./D., der Gerichtsschreiber Kelm in Cottbus, der Kreisgerichts-Sekretär z. D. Knörcke in Angermünde, der Inspektor Schwarzer bei dem Untersuchungsgesängnis hier selbst.

Die Ernennung des Militär-Anwärters Kresschmar zum etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen bei dem Amtsgericht zu Landsberg a./B. ist auf seinen Antrag zurückgenommen.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats September sind angestellt als Telegraphenassistent: der Telegraphen-Amwärter Schwierzy;

versetzt: Ober-Postdirektionssekretär Voetscher von Posen nach Berlin, Ober-Postsekretär Falkenberg von Dortmund nach Berlin, Ober-Telegraphenassistent Stadtfeld von Berlin nach Elberfeld; in den Ruhestand versetzt: Ober-Telegraphenassistent Erdmann.

Personalveränderungen im Bezirk der Königl. Eisenbahn-Direktion Erfurt für den Monat September 1885.

Versetzt: Die Stations-Vorsteher II. Classe Ritter von Jüterbog nach Torgau und Logmann von Hoyerswerda nach Gr. Lichterfelde.

Befördert: der Stations-Assistent Wöhe in Berlin zum Stations-Vorsteher II. Classe daselbst.

In den Ruhestand versetzt: der Stations-Vorsteher II. Classe Ide in Gr. Lichterfelde.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Rang. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlusses. |
|---|--|--|---|--|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1. | Anna Müller, geborene Rade, ver Wittw. Tagearbeiter, | geboren am 2. Dezember 1847 zu Niedergeorgs-walde, Bez. Schludena, Böhmen, ortsangehörig in Schludena, | gewerbsmäßige Unzucht und Diebstahl, | Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Dresden, | 12. August 1885. |
| 2. | Johann Adolf Bergendahl, Cigarrenarbeiter, | geboren am 17. März 1836 zu Gothenburg, Schweden, wohnhaft zuletzt in Altona, Preußen, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Chef der Polizei in Hamburg, | 17. Septemb. 1885. |
| 3. | Andreas Ludwig Albert Blot, Goldarbeiter, | geboren am 25. Januar 1863 in Paris, Frankreich, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Metz, | 19. Septemb. 1885. |
| 4. | Juschko Moschko Urwitsch, Handelsmann, | geboren im März 1845 in Stawiski, Kreis Kolno, Russisch-Polen, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Strassburg, | 11. Septemb. 1885. |
| 5. | Emil Meyer, Bädergehilfe, | geboren am 2. Oktober 1865 zu Kopenhagen, Dänemark, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen, Betteln und Vandalismus, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Cöln, | 27. Juni 1885. |
| 6. | Franzisko Sojas, Müller, | geboren am 6. Dezember 1848 zu Rothay, Tirol, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 8. Septemb. 1885. |

(Hierzu drei Extra-Beilagen, die erste enthaltend die Instruktion, betreffend das Hebammenwesen im Regierungsbezirk Potsdam, vom 1. Oktober 1885, die zweite enthaltend die Abänderungen der Statuten der Stuttgarter Glasversicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stuttgart, die dritte enthaltend die Concessions-Urkunde und die Statuten der Hanseatischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg, sowie vier öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilageblätter werden der Hogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Buch- u. Hof-Buchdruckerei.

Extra-Beilage

zum 42sten Stück des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 16. Oktober 1885.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Das Hebammenwesen betreffend.

228. Die unterm 1. Oktober 1880 in der Extra-Beilage zum 43. Stück des Amtsblatts veröffentlichte Instruktion, betreffend das Hebammenwesen, wird hiermit aufgehoben und es tritt an die Stelle derselben folgende

Instruktion,

betreffend das Hebammenwesen
im Regierungs-Bezirk Potsdam,
vom 1. Oktober 1885.

§ 1. Die Ausbildung der Hebammen für den Regierungsbezirk Potsdam erfolgt in der Königl. Hebammenlehranstalt im Charitékrankenhaus zu Berlin und in der Hebammenlehranstalt zu Frankfurt a. O. In letzterer Anstalt finden die zu Bezirkshebammen für die Kreise Oberbarnim und Beeskow-Storkow bestimmten Schülerinnen Aufnahme. In der Regel können der Hebammenlehranstalt zu Berlin 26 und derselben zu Frankfurt 4 Schülerinnen aus dem diesseitigen Regierungsbezirk zugewiesen werden.

§ 2. Vorzugsweise werden solche Schülerinnen aufgenommen, welche zu Bezirks-Hebammen ausersehen oder anderweitig zur Niederlassung in einem ihnen vorher bestimmten Wohnorte verpflichtet, ferner solche, welche von Gemeinden oder Ortsarmenverbänden vorgeschlagen worden sind. Außerdem können Schülerinnen nur zugelassen werden, wenn die in § 1 genannten Zahlen noch nicht erreicht sein sollten.

§ 3. Das Gesuch um Aufnahme als Hebammen-Schülerin ist dem Landrathe des Kreises, in welchem die Ansuchende ihren Wohnsitz hat, in der Stadt Potsdam dem Polizei-Direktorium, in der Stadt Brandenburg der Polizei-Verwaltung bis spätestens zum 31. Juli einzureichen.

Dem Gesuche sind folgende Schriftstücke beizufügen:

- 1) ein Attest des Kreisphysikus von demjenigen Kreise, in welchem die Schülerin wohnt oder späterhin als Bezirks-Hebamme angenommen werden soll, beziehungsweise des Stadtphysikus, über die körperliche und geistige Befähigung der Schülerin. In diesem Atteste müssen die Wahrnehmungen, durch welche der Ausspruch der Befähigung begründet wird, angeführt werden; ferner ist in demselben zu vermerken, daß die Zeugnisse zu a., b. und c. vorgelegt haben und beigelegt worden sind. Letztere Zeugnisse müssen bei dem Physikus-

atteste verbleiben und mit demselben weiterhin eingereicht werden:

- a. ein ortspolizeiliches Zeugnis über die erforderliche Zuverlässigkeit, über unbescholtenen Ruf und darüber, daß die Ansuchende nicht außerehelich geboren hat. Personen, bei denen Letzteres der Fall gewesen ist, dürfen nicht zugelassen werden; sollte es unter besonderen Verhältnissen ausnahmsweise nothwendig erscheinen, so muß darüber unter eingehender Darlegung der bezüglichen Verhältnisse berichtet werden;
- b. ein Tauf- oder Geburtschein, durch welchen ein Lebensalter von 20 bis zu 30 Jahren nachgewiesen ist. Personen, welche nicht in diesem Lebensalter stehen, dürfen nicht als Schülerinnen aufgenommen werden. Sollte es ausnahmsweise nothwendig erscheinen, so müssen die besonderen dringenden Verhältnisse nachgewiesen werden.
- c. ein Attest über die im Laufe des Jahres erfolgte Revaccination.

Die Atteste unter a., b. und c. sind als vorbereitende, was auf denselben durch die Worte „Vorbereitendes Zeugnis Behufs Aufnahme in eine Hebammenlehranstalt“ anzudeuten ist, stempelfrei; das Physikatsattest dagegen ist mit Verwendung eines Stempels von 1 Mark 50 Pfennige auszustellen. Nur im Falle der durch ein amtliches Zeugnis des Ortsvorstandes nachgewiesenen Armut fällt diese Stempelspflicht weg und hat der Physikus in diesem Falle auf seinem Atteste zu bemerken: „wegen nachgewiesener Armut stempelfrei“.

Solchen Personen, welche sich nach dem Stande ihrer sittlichen und intellectuellen Bildung nicht in vollem Umfange als genügend befähigt erweisen, und namentlich auch solchen, welche Mangel an der unumgänglich nothwendigen elementaren Schulbildung wahrnehmen lassen, ist das Physikatsattest zu versagen und darf letzteres nicht in der Voraussetzung ausgestellt werden, daß etwa wahrgenommene Mängel noch während des Unterrichtes in der Lehranstalt zum Ausgleich gebracht werden könnten;

- 2) eine Erklärung der Ansuchenden, daß ihr die Polizeiverordnung, Verpflichtungen der Hebammen betreffend, vom 1. Februar 1884 (Amtsblatt S. 63) und diese Instruktion, betreffend das Hebammenwesen im Regierungsbezirk Potsdam vom 1. Oktober 1885 bekannt ist, daß sie sich den in diesen

Verordnungen enthaltenen Bestimmungen fügen wolle und daß sie sich bezüglich ihres späteren Verfalls den denselben regelnden Verordnungen der Königl. Behörden unterwerfe.

§ 4. Die Gesuche sind Seitens der im ersten Satz des § 3 genannten Behörden bis spätestens zum 15. August an mich einzureichen und sind denselben die Verhandlungen beizufügen, welche bezüglich der zu Bezirks-Hebammen ausersehenen Schülerinnen gepflogen worden sind. In diesen muß enthalten sein eine mit Verwahrung eines Stempels im Betrage von 50 Pfennigen auszuführende protokolllarische Erklärung der Schülerin, in welcher diese unter Zustimmung ihres Ehemannes oder, sofern sie unverheiratet und minderjährig ist, ihres Vaters oder Vormundes sich verpflichtet, daß sie in dem ihr zugewiesenen Bezirke ihre Wohnung nehmen und drei Jahre behalten, anderenfalls aber die Verhütung ihrer Ausbildung aus öffentlichen Fonds gewährten Kosten — und zwar sowohl den Betrag für Wohnung und Verpflegung, wie auch den Betrag für den Unterricht im Lehr-Institut — zurückzahlen wolle.

§ 5. Sämmtliche Schülerinnen müssen während des ganzen Lehrkursus in der Lehranstalt wohnen und den daselbst bestehenden Einrichtungen und Anordnungen sich unbedingt fügen. Der Direktor der Anstalt ist ermächtigt und verpflichtet, unfähige Schülerinnen, sowie solche, welche sich ihm anderweitig als untauglich für den Unterricht erweisen, zurückzuschicken. Auch schwangere Frauen werden vom Unterricht ausgeschlossen und wenn ihre Schwangerschaft sich erst in der Lehranstalt heranstellt, aus dieser entlassen. Im Falle einer Entlassung werden die für Verpflegung und Unterricht eingezahlten Kosten nach Abzug des Betrages, welcher beim in der Anstalt zugebrachten Zeitraum entspricht, zurückgegeben.

§ 6. 1) Der Lehrkursus der Königl. Hebammen-Lehranstalt in der Charité zu Berlin beginnt am 1. Oktober, dauert sechs Monate und hört demnach Ende März des folgenden Jahres auf. Schülerinnen, welche auf ihre eigenen Kosten an demselben theilnehmen, haben für Wohnung und Verpflegung während des ganzen Lehrkursus 260 Mark zu entrichten und diesen Betrag vor dem Beginn des Lehrkursus an die Königl. Regierungs-Hauptkasse zu Potsdam zu bezahlen. Die darüber erhaltene Quittung haben sie dem Direktor der Hebammen-Lehranstalt bei ihrem Eintritt in diese zu übergeben; ohne diese Quittung abgegeben zu haben, werden sie nicht zum Unterricht zugelassen. Schülerinnen, welche zu Bezirks-Hebammen ausersehen und unbemittelt sind, können auf Antrag des Landrathsamts beziehungsweise der Polizeidirektion zu Potsdam und der Polizeiverwaltung zu Brandenburg kostenfreie Wohnung und Verpflegung in der Lehranstalt erhalten. — Der Unterricht wird unentgeltlich erteilt; wenn jedoch in besonderen Fällen (§ 4) die Berechnung einer Gebühr für denselben erforderlich wird, so wird diese auf 51 Mark veranschlagt.

2) In der Lehranstalt zu Frankfurt beginnt der

Lehrkursus am 2. Oktober, dauert acht Monate und endigt also zu Ende Mai des folgenden Jahres. Schülerinnen, welche zu Bezirks-Hebammen ausersehen sind, haben in dieser Anstalt Unterricht, Wohnung und Unterhalt frei; sofern ihnen dafür Kosten berechnet werden müßten, werden diese auf mindestens 250 Mark festgesetzt. Schülerinnen, welche zur Ausbildung als frei practicirende Hebammen auf eigene Kosten in derselben zugelassen werden, haben für Unterricht, Wohnung und Verpflegung während des Lehrkursus 320 Mark vorauszubezahlen.

§ 7. Die Schülerinnen müssen sich pünktlich in der Lehranstalt einstellen. Diejenigen, welche an dem Tage des beginnenden Kursus Morgens um 9 Uhr in der Lehranstalt noch nicht anwesend sind, haben zu gewärtigen, daß sie nicht mehr zugelassen und bei späterem Erscheinen unnachsichtlich zurückgewiesen werden. Vor dem Beginn des Unterrichts hat jede Schülerin an den Direktor der Anstalt zur Beschaffung von Büchern und Geräthschaften, welche ihr durch Vermittelung der Lehranstalt verabsolgt werden, einschließlich der Stempelgebühr von 1 Mark 50 Pf. für das Prüfungszeugniß (§ 8) 45 Mark einzuzahlen. Der nach Vorkreitung der bezüglichen Kosten hiervon etwa verbleibende Ueberschuß wird ihr bei dem Ausscheiden aus der Lehranstalt zurückgegeben.

§ 8. Die nach Maßgabe der §§ 82 bis 85 des Reglements vom 1. Dezember 1825 abzuhaltenden Prüfungen der Schülerinnen finden gegen Ende des Lehrkursus in der Lehranstalt statt. Diejenigen Schülerinnen, welche in diesen Prüfungen bestanden sind, erhalten nach ihrer Vereidigung das von der Königl. Hebammen-Prüfungs-Kommission ausgestellte Zeugniß über ihre Qualifikation als Hebamme. Von der genannten Kommission werden die Zeugnisse der sämmtlichen zur Prüfung gelangten Schülerinnen nach Beendigung der Prüfungen an mich übersendet.

§ 9. Jede Hebamme muß, bevor sie ihre Berufsgeschäfte beginnt, den Veruseid leisten. Die Vereidigung geschieht bei dem betreffenden Landrathsamt resp. der Polizeidirektion zu Potsdam oder der Polizeiverwaltung zu Brandenburg, welche Behörden darüber eine Verhandlung stempelfrei aufzunehmen und mir einzureichen, sowie auch das ihnen vorher zugestellte Prüfungszeugniß der Hebamme mit dem Vermerk der erfolgten Vereidigung zu versehen und alsdann der Hebamme einzuhandigen haben. Die Eidesformel lautet: „Ich N. N. gelobe und schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich nach bestem Wissen und Vermögen die Hebammenkunst ausüben, Armen und Reichen mit gleicher Bereitwilligkeit helfen und mich überhaupt in jeder Hinsicht so verhalten will, wie es einer treuen und gewissenhaften Hebamme geziemt und wohl ansteht. So wahr mir Gott helfe!“ Der Schwörenden bleibt es überlassen, diesen Eidesworten die ihrem religiösen Bekenntnisse entsprechende Bekräftigungsformel hinzuzufügen.

§ 10. Jede Hebamme muß nach Maßgabe des

§ 14 der Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich vom 1. Juli 1883 dem Ortsvorstande von dem Beginn ihres Geschäftsbetriebes schriftlich Anzeige machen. Bezüglich ihrer weiteren Verpflichtungen sind die im § 3 Nr. 2 aufgeführten Bestimmungen maßgebend.

§ 11. Die Ansetzung von Bezirks-Hebammen soll ermöglichen, daß die Hälfte einer gehörig unterrichteten Hebamme in nicht zu weiter Entfernung zu erlangen sei; es wird durch diese Einrichtung weder beabsichtigt, anderen Hebammen außer der für einen Bezirk besonders angestellten die Niederlassung in demselben Bezirk unmöglich zu machen, noch steht der Bezirks-Hebamme eine Einsprache zu, wenn die Behörde für gut befindet, eine Aenderung in der Abgrenzung des Bezirks eintreten zu lassen oder mehrere Bezirks-Hebammen in demselben anzusetzen.

§ 12. Wenngleich jede Hebamme durch die Vorschrift des Lehrbuches verpflichtet wird, auch den Armen ihre Hilfe angedeihen zu lassen, so wird doch ganz besonders von den Bezirks-Hebammen Bereitwilligkeit gegen die Armen erwartet. Indessen wird nicht verlangt, daß sie in diesem Falle ihre Hilfsleistungen ohne jegliche Entschädigung ausführen sollen, da die Kommunen gehalten sind, für die bei den Ortsarmen erforderlichen Dienstleistungen, sofern sie nicht bezüglich derselben ein besonderes Abkommen getroffen haben, der Hebamme nach dem niedrigsten Gebührensätze aufzukommen.

§ 13. Der Kreisphysikus hat sich bei den vorchriftsmäßigen Nachprüfungen der Hebammen von dem Stande ihrer Kenntnisse, ihrer Eifensführung und der Beschaffenheit ihrer Geräthschaften zu überzeugen, ihnen besonders auch die Bestimmungen der vorerwähnten Polizeiverordnung vom 1. Februar 1884 in Erinnerung zu bringen. Eine Uebersicht über die im Laufe eines Jahres vorgenommenen Prüfungen und über den Ausfall derselben, begleitet mit einer Aeußerung über den Zustand des Hebammenwesens des Kreises im Allgemeinen und über etwaige dahin bezügliche besondere Vorkommnisse hat der Physikus zugleich mit der nach den Geburtslisten der Hebammen angefertigten Zusammenstellung bis spätestens zu Ende März des folgenden Jahres an das Landrathsamt, beziehungsweise die Polizeidirektion zu Potsdam und die Polizeiverwaltung zu Brandenburg einzureichen, von welchen Behörden diese Schriftstücke demnächst an mich abgegeben werden.

§ 14. Zu Hebammen-Unterstützungen, welche früher von der königlichen Regierung bewilligt werden konnten, stehen der letzteren Mittel nicht mehr zur Verfügung.

§ 15. Hinsichtlich der Belohnung der Hebammen für ihre Bemühungen hat es bei den ortsüblichen Gebräuchen sein Bewenden. In Ermangelung besonderer Verabredung gilt für die Bezirks-Hebammen folgende Tare:

- 1) für die Abwartung einer leichten, einfachen Geburt 3 bis 6 Mark,

- 2) für die Abwartung einer leichten Zwillinge-Geburt 4 1/2 bis 9 Mark,
- 3) für die Abwartung einer sich verzögernden Geburt, bei welcher Tag und Nacht zugebracht worden ist, gleichviel welcher Art die Geburt sei 4 1/2 bis 9 Mark,
- 4) für die Abwartung einer Geburt, bei welcher die Hebamme die Wendung vornehmen mußte 4 1/2 bis 9 Mark,
- 5) für die Abwartung einer unzeitigen oder frühzeitigen Geburt 2 bis 6 Mark,
(Anmerkung. Die bei Abwartung einer Geburt nöthigen Nebenverrichtungen, wie Untersuchen, Clystieren, Einspritzungen, Ablassen des Urins u. dgl. werden, als zu der Entbindung gehörig, nicht besonders bezahlt),
- 6) für die Untersuchung einer Schwangeren 1/2 bis 2 Mark,
- 7) für eine Einspritzung mit dem Irrigator oder für mehrere kurz hinter einander 1/2 bis 1 Mark,
- 8) für das Clystiersetzen 1/2 bis 1 Mark,
- 9) für Ablassen des Urins 1/2 bis 1 Mark, wenn es binnen 24 Stunden mehrmals geschieht, so wird nur die Hälfte dieser Sätze berechnet,
- 10) für die Zurückbringung eines Gebärmutter-, Scheiden- oder Mastdarm-Vorfalles 1/2 bis 1 Mark,
- 11) für das Ansetzen von Blutegeln 1/2 bis 1 Mark,
- 12) für das Schröpfen:
 - a. mit trockenen Köpfen, jeder Schröpfkopf 5 bis 10 Pfennige,
 - b. mit Anwendung des Schnäppers, jeder Schröpfkopf 10 bis 20 Pfennige,
- 13) für jeden Besuch am Tage 25 bis 50 Pfennige, bei den vorstehend genannten Hilfsleistungen werden jedoch die Besuche nicht besonders berechnet,
- 14) für jeden Besuch zur Nachtzeit, d. h. von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens 1/2 bis 1 Mark,
- 15) für eine Nachtwache 1 bis 2 Mark,
- 16) für eine Tag- und Nachtwache 2 bis 3 Mark.
Anmerkung.
- a. Der niedrigste Satz der vorstehenden Tare ist bei Leuten von bekannten geringen Vermögensverhältnissen, der höchste bei wohlhabenden, ein mittlerer in entsprechender Weise in Anwendung zu bringen,
- b. die Hebamme kann auch für Entbindungen dann die tarmäßige Gebühr fordern, wenn außer ihr noch ein Geburtshelfer hinzugezogen worden ist,
- c. bei Entfernungen von mehr als eine Viertelmeile von ihrem Wohnorte kann die Hebamme verlangen, daß ihr Fuhrwerk gestellt werde.
Für die Ortsarmen ist die Gemeinde verpflichtet das Fuhrwerk zu stellen.

Potsdam, den 1. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

1. The first part of the document discusses the importance of maintaining accurate records of all transactions and the role of the accounting system in providing reliable financial information. It emphasizes the need for transparency and accountability in financial reporting.

2. The second part of the document outlines the various components of the accounting system, including the general ledger, subsidiary ledgers, and the trial balance. It explains how these components work together to ensure the accuracy and integrity of the financial data.

3. The third part of the document focuses on the process of journalizing and posting transactions. It provides a detailed explanation of how to record transactions in the journal and how to transfer them to the appropriate ledger accounts. This section includes examples of journal entries and a step-by-step guide to the posting process.

4. The fourth part of the document discusses the importance of reconciling the accounting records with the bank statements. It explains how to identify and correct discrepancies between the two records, ensuring that the company's financial position is accurately reflected in both the accounting system and the bank's records.

5. The fifth part of the document covers the preparation of financial statements, including the income statement, balance sheet, and cash flow statement. It provides a detailed explanation of how to calculate the various components of these statements and how to present them in a clear and concise manner.

6. The sixth part of the document discusses the role of the accounting system in providing management with the information they need to make informed decisions. It explains how the accounting system can be used to analyze the company's performance, identify areas for improvement, and develop strategies for future growth.

7. The seventh part of the document covers the importance of maintaining accurate records of fixed assets and depreciation. It explains how to calculate the depreciation expense for each asset and how to record it in the accounting system. This section includes examples of depreciation calculations and a detailed explanation of the various methods used to calculate depreciation.

8. The eighth part of the document discusses the role of the accounting system in providing information to external stakeholders, such as investors and creditors. It explains how the accounting system can be used to prepare financial statements that are reliable and transparent, providing stakeholders with the information they need to make informed decisions about the company's financial health.

9. The ninth part of the document covers the importance of maintaining accurate records of taxes and the role of the accounting system in calculating and reporting tax liabilities. It explains how to calculate the various components of the tax liability and how to record them in the accounting system. This section includes examples of tax calculations and a detailed explanation of the various methods used to calculate taxes.

10. The tenth part of the document discusses the role of the accounting system in providing information to the public. It explains how the accounting system can be used to prepare financial statements that are reliable and transparent, providing the public with the information they need to make informed decisions about the company's financial health.

Extra-Beilage zum Amtsblatt.

Ministerium des Innern.

Stempel 1½ M.

Concession

zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten
für die Hanseatische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg.

Der unter der Firma:

„Hanseatische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft“

in Hamburg domicilirten Aktien-Gesellschaft wird die Concession zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten, auf Grund der in der Generalversammlung vom 26. Juni 1885 genehmigten revidirten Statuten, vorbehaltlich der in einzelnen Provinzen noch gesetzlich bestehenden Einschränkungen des Geschäftsverkehrs der Privat-Feuer-Versicherungs-Gesellschaften,

hiermit unter nachfolgenden Bedingungen ertheilt:

1. Jede Veränderung der bei der Zulassung gültigen Statuten muß bei Verlust der Concession angezeigt und, ehe nach derselben verfahren werden darf, von der Preussischen Staatsregierung genehmigt werden.
2. Die Veröffentlichung der Concession, der Statuten und der etwaigen Aenderungen derselben erfolgt in den Amtsblättern, resp. amtlichen Publikationsorganen derjenigen Behörden, in deren Bezirken die Gesellschaft Geschäfte zu betreiben beabsichtigt, auf Kosten der Gesellschaft.
3. Die Gesellschaft hat wenigstens an einem bestimmten Orte in Preußen eine Hauptniederlassung mit einem Geschäftslokale und einem dort domicilirten Generalbevollmächtigten zu begründen.

Letzterer ist verpflichtet, derjenigen Königl. Regierung, in deren Bezirk sein Wohnsitz belegen, in den ersten sechs Monaten eines jeden Geschäftsjahres neben dem Verwaltungsberichte, dem Rechnungsabschlusse und der Generalbilanz der Gesellschaft eine ausführliche Uebersicht der im verfloßenen Jahre in Preußen betriebenen Geschäfte einzureichen.

In dieser Uebersicht — für deren Aufstellung von der betreffenden Regierung nähere Bestimmungen getroffen werden können — ist das in Preußen beständige Aktivum von dem übrigen Aktivum gesondert aufzuführen.

Die Bilanz, der Rechnungsabschluß und die gedachte Uebersicht sind alljährlich durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger auf Kosten der Gesellschaft bekannt zu machen.

Für die Richtigkeit der Bilanz, des Rechnungsabschlusses (Gewinn- und Verlust-Conto) und der Uebersicht, sowie der von ihm geführten Bücher, einzustehen, hat der Generalbevollmächtigte sich persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zulänglicher Sicherheit zum Vortheile sämmtlicher inländischer Gläubiger zu verpflichten. Außerdem muß derselbe auf amtliches Verlangen unweigerlich alle diejenigen Mittheilungen machen, welche sich auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft oder auf den der Preussischen Geschäftsniederlassung beziehen, auch die zu diesem Behufe etwa nöthigen Schriftstücke, Bücher, Rechnungen u. zur Einsicht vorlegen.

4. Durch den Generalbevollmächtigten und von dem inländischen Wohnorte desselben aus sind alle Verträge der Gesellschaft mit den Preussischen Staatsangehörigen abzuschließen.

Die Gesellschaft hat wegen aller aus ihren Geschäften mit Inländern entstehenden Verbindlichkeiten, je nach Verlangen des inländischen Versicherten, entweder in dem Gerichtsstande des Generalbevollmächtigten oder in demjenigen des Agenten, welcher die Versicherung vermittelt hat, als Beklagte Recht zu nehmen und diese Verpflichtung in jeder für einen Inländer auszustellenden Versicherungspolize ausdrücklich auszusprechen. Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren, mit Einschluß des Obmannes, preussische Staatsangehörige sein.

5. Jede Erhöhung des gegenwärtig 3 000 000 M. betragenden Aktien-Kapitals (§ 2 al. 2, § 29 Nr. 3 der Statuten), jede Erweiterung des Gesellschaftszwecks (§ 29 Nr. 4), sowie die im § 29 Nr. 7 bezeichneten Beschlüsse bedürfen der Zustimmung der Preussischen Staatsregierung.

Die vorliegende Concession — welche übrigens die Befugniß zum Erwerbe von Grundeigenthum in den Preussischen Staaten, wozu es der in jedem einzelnen Falle besonders nachzusuchenden landesherrlichen Erlaubniß bedarf, nicht in sich schließt — kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermessen der Preussischen Staatsregierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

Berlin, den 21. August 1885.

L. S. Der Minister des Innern.

In Vertretung. *gez.* Herrfurth.

Revidirte Statuten

der Hanseatischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

Genehmigt in der General-Versammlung vom 26. Juni 1885.
(Die §§ 15, 17, 21 bis 24 der bisherigen Statuten fallen fort.)

1. Firma und Zweck der Gesellschaft. Capital. Actien. Bekanntmachungen.

§ 1. Die unter der Firma:

Hanseatische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft
mit dem Sitze in Hamburg gegründete Actien-Gesellschaft
hat zum Zweck die Uebernahme von Versicherungen gegen
Feuersgefahr, Explosionen, Blitz u. s. w. in Deutschland
und im Auslande, und aller Geschäfte, die sich nach dem
Ermeßsen des Aufsichtsrathes auf die Versicherung gegen
Feuersgefahr beziehen.

Auf Beschluß des Aufsichtsrathes können auch in
anderen Plätzen Zweigniederlassungen oder Agenturen
errichtet werden.

Die Dauer der Gesellschaft ist nicht beschränkt.

§ 2. Das Actiencapital beträgt M. 3,000,000 —
in 1000 Actien zu je M. 3000.

Eine Erhöhung dieses Capitals unterliegt dem Be-
schluß der General-Versammlung.

§ 3. Bei jeder Emission von neuen Actien sind
die jeweiligen Actionaire berechtigt, nach Verhältnis ihres
Actienbesitzes die Hälfte der zu emittirenden Actien al pari
zu übernehmen. Die von den Actionairen nicht über-
nommenen Actien sind vom Aufsichtsrathe freihändig,
jedoch nicht unter dem Nominalwerth zu begeben. Ein
etwaiger Gewinn auf solche Actien wird dem Reservefonds
gutgeschrieben.

Das Bezugsrecht der Actionaire erlischt, soweit es
nicht vorkommenfalls binnen einer vom Aufsichtsrath
auf mindestens vier Wochen zu bestimmenden Frist unter
Vorstellung der im einzelnen Fall vom Aufsichtsrath festzu-
stellenden Einzahlungen in Anspruch genommen wird.

§ 4. Auf jede der bisher ausgegebenen Actien sind
bis jetzt 20 % also M. 600, eingezahlt.

Die Auszahlung weiterer Einzahlungen geschieht
durch den Aufsichtsrath. Zur Sicherheit für pünktliche
Leistung derselben hat jeder Actionair für den Rest von
80 % des Nominalbetrages, also für M. 2400, vier
Solawechsel von je M. 600 an die Gesellschaft zahlbar
in Hamburg einen Monat nach Vorzeigung (vide For-
mular A) auszustellen und der Gesellschaft einzuliefern.
Derselbe ist verpflichtet die Solawechsel, welche weder zu-
rückgegeben noch bezahlt sind, nach Ablauf der im Wechsel
angegebenen Präsentationsfrist auf Verlangen des Auf-
sichtsrathes in gleicher Art zu erneuern.

§ 5. Die Actien lauten auf Namen. Die ge-
leisteten Einzahlungen werden auf denselben quittirt. Eine
Uebertragung derselben kann nur mit Genehmigung des
Aufsichtsrathes erfolgen und muß, um Gültigkeit zu haben,
nebst der Genehmigung auf den Actien selbst vermerkt
werden. Die Uebertragungsgebühr bis zur Höhe von
M. 1 wird vom Aufsichtsrath bestimmt. Dem mit Ge-
nehmigung des Aufsichtsrathes austretenden Actionair

werden die von ihm unterzeichneten noch vorhandenen
Solawechsel zurückgegeben, doch bleibt derselbe auf Höhe
derselben für alle bis dahin von der Gesellschaft einge-
gangenen Verbindlichkeiten noch auf zwei Jahre, vom
Tage des Austritts an gerechnet, subsidiär verhaftet
(Art. 219 H.-G.-B.).

Den Actien werden auf Inhaber lautende Dividenden-
scheine beigegeben, die von zehn zu zehn Jahren den
Actionairen ausgehändigt werden.

§ 6. Die Solawechsel, welche jeder Actionair zur
Sicherstellung für die pünktliche Leistung späterer Ein-
zahlungen unterzeichnet, können vom Aufsichtsrathe, auch
ohne daß im Uebrigen eine Einzahlung ausgeschrieben
wäre, zur Zahlung präsentirt und eingezogen werden:

1) wenn ein Actionair, der seine Zahlungen ein-
gestellt, oder ein Moratorium nachgesucht hat, nicht
binnen 14 Tagen,

2) wenn die Erben eines verstorbenen Actionairs, oder
die Inhaber einer aufgelösten Firma, welche Actien
besitzt, nicht binnen sechs Monaten

nach desfalls erhaltener Aufforderung einen zur Ueber-
nahme der betreffenden Actien bereiten und nach Ansicht
des Aufsichtsrathes annehmbaren neuen Actionair dem
Aufsichtsrath vorschlagen.

Die so eingezogenen Beträge werden, bis sie zur
Leistung von Einzahlungen verwandt werden, zu Gunsten
der Berechtigten, übrigens für deren Rechnung und Ge-
fahr, zinsbar belegt.

§ 7. Wenn ein Actionair (resp. die Rechtsnach-
folger eines solchen) auf die von ihm unterschriebenen
Solawechsel bei deren Fälligkeit nicht Zahlung leistet,
so ist er, unbeschadet aller gegen ihn anzuwendenden ge-
richtlichen Zwangsmittel zur Zahlung, nach desfalls in
Gemäßheit Art. 219 des H.-G.-B. an ihn ergangenen
Aufforderungen aller seiner Anrechte an die Gesellschaft
verlustig zu erklären.

Der in solches Präjudiz verfallene Actionair ist ver-
pflichtet, die in seinem Besitz befindliche Actie mit den
dazu gehörigen Coupons der Gesellschaft unentgeltlich
auszuliefern und zwar bei einer dem Betrage seiner noch
rückständigen Einzahlungen gleichkommenden Conventional-
strafe. Er hat ihr außerdem allen Schaden zu ersetzen,
den sie bei einer anderweitigen Begebung der an Stelle
seiner Actie neu zu emittirenden Actie erleiden könnte,
und bleibt für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft ver-
haftet, welche bis zur Rücklieferung der Actie an die
Letztere entstanden sind.

§ 8. An Stelle erweislich verlorener oder ver-
nichteter Actien werden dem Eigenthümer gegen Erlegung
einer vom Aufsichtsrathe zu bestimmenden Gebühr neue
Actien ausgefertigt, die als Duplicate zu bezeichnen sind
und einen Vermerk über die Veranlassung ihrer Ausstellung
enthalten sollen.

Dividendenscheine verfallen zu Gunsten der Gesell-
schaft, falls sie nicht binnen vier Jahren nach dem
Termin ihrer Fälligkeit zur Zahlung vorgezeigt sind.
Wenn jedoch der Actionair, auf dessen Namen die be-
treffende Actie lautet, binnen Jahresfrist nach Fälligkeit

des Dividendenscheines anzeigt, daß Letzterer in Verlust gerathen ist, so kann er dessen Auszahlung beanspruchen, nachdem derselbe durch Zeitablauf ungültig geworden ist.

§ 9. Die Actionaire unterwerfen sich durch die Zeichnung oder den Erwerb einer Actie den Statuten und ferner für alle Streitigkeiten mit der Gesellschaft und in allen Fällen, in denen es sich um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegen die Gesellschaft handelt, dem Gerichte für Handelsachen zu Hamburg, beziehungsweise dem für dasselbe gesetzlich bestehenden Instanzenzuge.

§ 10. Alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen werden unter der Unterschrift des Aufsichtsraths oder des Vorstandes in den Deutschen Reichs-Anzeiger, den Hamburgischen Correspondenten, die Hamburgischen Nachrichten eingedruckt und gelten als dadurch gehörig veröffentlicht.

Sollten ein oder mehrere der vorstehend genannten Blätter eingehen, unzugänglich werden oder die Aufnahme der Anzeige verweigern, so genügt die Bekanntmachung in den übrigen Blättern, resp. im Reichs-Anzeiger.

II. Organisation, Verwaltung und Vertretung der Gesellschaft.

§ 11. Die Organe der Gesellschaft sind:

Der Vorstand,
Der Aufsichtsrath,
Die General-Versammlung.

1. Der Vorstand.

§ 12. Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus einem oder mehreren Directoren, beziehungsweise einem oder mehreren Stellvertretern derselben.

Der Vorstand der Gesellschaft führt deren Geschäfte nach Maassgabe der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen und der ihm vom Aufsichtsrath erteilten Instructionen. — Derselbe wird durch einen vom Vorsitzenden oder dem stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrathes unterzeichneten Auszug aus dem Protocoll des Aufsichtsrathes bei dem Firmen-Bureau, anderen Behörden und Personen gegenüber durch Protocoll-Auszug des Firmen-Bureaus legitimirt.

In gleicher Weise werden sonstige Beamte der Gesellschaft, welchen die Befugniß zur Zeichnung der Firma der Gesellschaft vom Aufsichtsrathe erteilt werden möchte, legitimirt.

§ 13. Der Aufsichtsrath wählt und entläßt den Vorstand und bestimmt die Bedingungen seiner Anstellung, auch in Betreff von Gehalt und Tantieme.

Der Aufsichtsrath ist auch berechtigt, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Art. 225^a d. H.-G.-B., seine eigenen Mitglieder einzeln oder collectiv zur Wahrnehmung der Directionsgeschäfte oder zur Zeichnung für die Gesellschaft zu delegiren.

§ 14. Der Vorstand zeichnet für die Gesellschaft, indem er der Firma derselben seine Namensunterschrift hinzufügt.

Zur Gültigkeit der Firmenzeichnung bedarf es der Unterschrift eines Directors, eines stellvertretenden Directors oder zweier anderer zur Firmenzeichnung befugter Personen.

2. Der Aufsichtsrath.

§ 16. Der Aufsichtsrath besteht aus mindestens fünf

und höchstens zehn Personen, welche von der General-Versammlung gewählt werden. Innerhalb dieser Grenzen steht dem Aufsichtsrath die Bestimmung der Anzahl seiner Mitglieder zu.

Die Amtsdauer der Mitglieder des Aufsichtsraths ist auf fünf Jahre festgesetzt. Die Reihenfolge des Austritts wird durch die Amtsdauer, eventuell durch das Loos bestimmt. Die Ausscheidenden können wiedergewählt werden.

§ 18. Jedes Mitglied des Aufsichtsraths muß fünf Actien der Gesellschaft während der Dauer seiner Functionen bei derselben deponiren. Besoldete Beamte der Gesellschaft können nicht Mitglieder des Aufsichtsraths sein.

§ 19. Der Aufsichtsrath erwählt jährlich aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Er versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden in der Regel monatlich ein Mal. Er ist beschlußfähig, wenn drei seiner Mitglieder gegenwärtig sind. Alle Beschlüsse werden mit absoluter Majorität gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsraths wird ein Protocoll geführt, das vom Vorsitzenden unterzeichnet wird.

§ 20. Der Aufsichtsrath hat den Vorstand zu wählen, und dessen Geschäftsbetrieb zu überwachen, ihm für die Geschäftsführung, so oft es dem Aufsichtsrathe nöthig erscheint, Instructionen zu erteilen, die Geschäftsberichte entgegen zu nehmen und die jährlichen Rechnungsabschlüsse und Bilanzen und die Vorschläge zur Gewinnvertheilung zu prüfen. Er erstattet der General-Versammlung Bericht über den Gang und die Ergebnisse der Geschäfte.

Der Aufsichtsrath hat ferner alle in den Statuten vorgesehenen oder sonst im Wirkungskreis der Gesellschaft vorkommenden Beschlüsse zu fassen, welche nicht durch die Statuten dem Vorstande zugewiesen oder der General-Versammlung vorbehalten sind.

3. General-Versammlung.

§ 25. Die ordentliche General-Versammlung wird von dem Aufsichtsrath berufen, unbeschadet der Rechte des Vorstandes. (Art. 236 d. H.-G.-B.) Der Letztere hat Ort und Zeit der Versammlung mindestens 14 Tage vorher öffentlich anzuzeigen unter gleichzeitiger Mittheilung der Tagesordnung.

Die Bilanz, die Jahresrechnung und der Bericht sind mit einer Frist von mindestens 14 Tagen vor der Versammlung im Geschäftslocal der Gesellschaft zur Einsicht der Actionaire auszulegen und denselben auf Verlangen Abschriften davon zu erteilen.

§ 26. Alljährlich vor Ablauf des Monats Juni, findet eine ordentliche General-Versammlung statt. Der Aufsichtsrath kann jederzeit eine außerordentliche General-Versammlung einberufen; er ist zu solcher Berufung verpflichtet, sobald ein oder mehrere Actionaire, welche zusammen den zwanzigsten Theil des Actien Capitals besitzen, solches verlangen.

Der ordentlichen, wie der außerordentlichen General-Versammlung kann jeder Actionair beiwohnen, sich dabei auch unter Ertheilung schriftlicher Vollmacht vertreten lassen.

Jede Actie gewährt dem Inhaber eine Stimme.

§ 27. In der General-Versammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsraths oder in dessen Verhinderung sein Stellvertreter oder ein anderes Mitglied des Aufsichtsraths den Vorsitz.

Die General-Versammlung faßt ihre Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit, soweit nicht das Statut ein Anderes bestimmt (§ 29). Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Alle Wahlen erfolgen durch Stimmzettel mit relativer

Majorität. Bei Wahlen entscheidet das Loos im Fall der Stimmengleichheit.

In der General-Versammlung führt ein öffentlicher Notar das Protocoll.

§ 28. Auf die Tages-Ordnung der General-Versammlung sind außer dem Geschäftsbericht, den statutenmäßigen Wahlen und den Anträgen des Aufsichtsraths alle Anträge zu bringen, welche von einem oder mehreren, im Besiz des zwanzigsten Theils des Actienkapitals befindlichen Actionairen so rechtzeitig bei dem Aufsichtsrath angemeldet werden, daß dieser sie bei der Einberufung der General-Versammlung (§ 25) als Gegenstand der Tages-Ordnung bekannt machen kann, vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 237 und 238 des Handelsgesetzbuchs.

Gegenstände, welche nicht auf der Tages-Ordnung stehen, können nicht zur Beschlußfassung gelangen, den Antrag auf Berufung einer außerordentlichen General-Versammlung ausgenommen.

Wenn sämmtliche Actionaire in der General-Versammlung vertreten sind und es einstimmig gutheißt, daß von den Vorschriften der §§ 25 und 28 für ihre Berufung oder in Betreff der Gegenstände der Berathung und Beschlußfassung abgewichen worden oder abgewichen werde, so hat es dabei sein Bewenden.

§ 29. Der Beschlußfassung der General-Versammlung vorbehalten sind:

- 1) die Wahlen der Mitglieder des Aufsichtsraths,
- 2) die Erlebigung der an sie gerichteten Monitoren des Aufsichtsraths,
- 3) die Vermehrung des Actienkapitals über die Summe von drei Millionen Mark,
- 4) die Erweiterung des Gesellschaftszwecks auf andere als die im § 1 verzeichneten Geschäfte,
- 5) die Abänderung der Statuten,
- 6) die Auflösung der Gesellschaft,
- 7) die Uebertragung des Vermögens und der Schulden der Gesellschaft an eine andere Gesellschaft und die Vereinigung der Gesellschaft mit einer andern.

Die unter 4 bis 7 erwähnten Beschlüsse können nur in einer zu diesem Zwecke besonders ausgeschriebenen General-Versammlung nur auf Antrag des Aufsichtsraths oder auf Antrag von Actionairen, welche im Besize von mindestens einem Zwanzigstel des Actienkapitals sind, und nur bei Anwesenheit von Actionairen, welche mindestens drei Viertel des emittirten Actienkapitals vertreten, mit einer Majorität von drei Viertel der abgegebenen Stimmen gefaßt werden. — Ist jedoch eine zu solchem Zwecke angesetzte General-Versammlung beschlußunfähig, weil weniger als drei Viertel des Actienkapitals in ihr vertreten sind, so können die Anwesenden mit einfacher Majorität beschließen, daß zu demselben Zwecke eine neue General-Versammlung berufen werde, welche frühestens sechs Wochen nach der ersten stattzufinden hat. Diese zweite Versammlung kann ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Actien mit drei Viertel Majorität der abgegebenen Stimmen die sub 4 bis 7 erwähnten Beschlüsse fassen.

III. Bilanz, Gewinnvertheilung, Reservefonds.

§ 30. Das Kalenderjahr ist zugleich das Geschäftsjahr. Die Bilanz ist unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen vom Vorstand nach kaufmännischen Prinzipien aufzumachen und dem Aufsichtsrathe rechtzeitig vor der nächsten ordentlichen General-Versammlung zur Prüfung vorzulegen.

§ 31. Aus den Jahres-Einnahmen sind zu beden:

- 1) die bis zum Jahresluß definitiv festgesetzten Schäden,
- 2) die bis zum Jahresluß angemeldeten, aber noch nicht regulirten Schäden, mindestens in Höhe der angemeldeten Entschädigungsforderungen,
- 3) die Verwaltungskosten, Abschreibungen u. s. w.,
- 4) die Prämienreserve für die noch laufenden Versicherungen.

§ 32. Der aus der Bilanz eines Geschäftsjahres sich ergebende Ueberschuß bildet den Reingewinn des betreffenden Jahres und wird derselbe in folgender Weise vertheilt.

Zunächst fließt 5 % vom Reingewinn zur Bildung eines Reservefonds zum Zwecke der Deckung eines aus einer Bilanz

sich ergebenden Verlustes zu verwenden, bis solcher Reservefonds die Höhe des zehnten Theils des Gesamt-Capitals erreicht hat.

Die Zinsen dieses Fonds fließen demselben bis zu diesem Zeitpunkte zu.

Der Fonds ist in vorgeschriebener Weise zu ergänzen wenn er angegriffen worden. Derselbe ist in geeigneten Sicherheiten abgesondert zu verwalten.

Sodann erhalten die Actionaire eine Dividende bis zu 5 % des baar eingezahlten Capitals.

Von dem dann noch verbleibenden Ueberschuß erhalten:

- 1) Der Aufsichtsrath als Tantieme 10 %,
- 2) der Vorstand nach Bestimmung des Aufsichtsraths bis zu 10 %, die Beamten bis zu 5 %,
- 3) der oben erwähnte Reservefonds mindestens 10 %, bis derselbe seine Maximalhöhe erreicht hat,
- 4) der Rest wird als außerordentliche Dividende unter die Actionaire vertheilt.

§ 33. Die Anlegung der nicht zum laufenden Geschäftsbetriebe notwendigen Gelder, insbesondere der Bestände des Grundkapitals und des Reservefonds erfolgt durch hypothekarische Belegung in Grundstücken bis zur Hälfte ihres gerichtlichen Taxwerthes, durch Beleihung und Ankauf von deutschen Staatspapieren, Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen und inländischen Stadt-Obligationen, sowie durch Discontiren von Wechseln nach den Grundsätzen der deutschen Reichsbank.

Nur soweit es zur Bestellung erforderlicher Cautionen zum Zwecke der Zulassung zum Geschäftsbetriebe in auswärtigen Staaten geboten erscheint, darf von diesen Vorschriften Abstand genommen werden. Der Vorstand ist auch zur zeitweiligen nützlichen Unterbringung von Geldern bei Banken und Banthäusern befugt, insbesondere dürfen die durch den Geschäftsverkehr bei Banthäusern und Agenturen entstehenden Außenstände zeitweilig bei soliden, auch überseeischen Bankinstituten hinterlegt werden.

Immobilien kann die Gesellschaft nur erwerben, soweit dies zum eigenen Geschäftsbetriebe und zur Sicherstellung von Forderungen geboten ist.

§ 34. Die Auszahlung der Dividende an die Actionaire erfolgt spätestens 14 Tage nach der General-Versammlung, in welcher die Dividende angezeigt worden ist.

IV. Transitorische Bestimmungen.

1. Die wie vorstehend abgeänderten Statuten gelten als mit dem 1. Januar 1885 in Kraft getreten.

2. Der bisherige Verwaltungsrath fungirt weiter als Aufsichtsrath auf Grundlage der veränderten Statuten.

3. Das bisherige Reservefonds-Conto in Höhe von M. 74,544.26 sowie der Betrag des Sparfonds und des Rückversicherungs-Reserve-Conto im Gesamtbetrage von M. 22,752.31 werden auf das neue Reservefonds-Conto (§ 32) übertragen.

4. Der Aufsichtsrath ist ermächtigt, alle Zusätze und Aenderungen dieser Statuten mit bindender Wirkung für die Actionaire festzusetzen, welche zum Zwecke der Eintragung in das Firmenregister erforderlich erscheinen möchten. Zur Verkündung solcher Zusätze und Aenderungen genügt ein von zwei Mitgliedern des Aufsichtsraths unterzeichneter Auszug aus dessen Protocoll.

Der Vorstand ist beauftragt, die revidirten Statuten auf dem Firmenbureau einzureichen.

Anlage A.

Einen Monat nach Sicht zahle . . . in Hamburg gegen diesen . . . Solawechsel an die Hanseatische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft die Summe von

Sechshundert Mark Reichsmährung als Einzahlung auf die Aktie Nr. . . . der gedachten Gesellschaft.

Die Präsentation muß spätestens am 31. December 1904 erfolgen.

.....b.18

Unterschrift.

Extra-Beilage

zum Amtsblatt

der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Anhang

zum Statut der Stuttgarter Glasversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Stuttgart vom 23ten Mai 1885, genehmigt durch Ministerial-Befugung vom 14ten Juli 1885.

Nachdem durch Beschluß der Generalversammlung vom 23. Mai 1885 die §§ 12, 13, 14, 16, 18, 21, 22, 24. und 25. des vorstehenden Statuts ganz oder theilweise abgeändert worden, lauten die betreffenden Paragraphen bezw. Stellen in ihrer neuen Fassung folgendermaßen:

§ 12 Abs. 3. Die Einladung muß die zur Berathung gelangenden Gegenstände summarisch, aber verständlich enthalten und kürzestens 14 Tage vor der Generalversammlung publicirt werden.

§ 13 Abs. 1 und 2. Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsraths, sofern die Generalversammlung nicht von ihrem Recht Gebrauch macht, einen Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu wählen.

Abs. 7. Das Protokoll der Generalversammlung ist von mindestens je einem Mitglied der Direktion und des Aufsichtsraths zu unterzeichnen oder von dem Vorsitzenden der Versammlung zu beurlunden.

§ 14. 1) die Jahresrechnung und den jährlichen Geschäftsbericht der Direktion, sowie über die an die Aktionaire zu zahlende Dividende.

5) Erhöhung des Grundkapitals und weitere Einzahlungen auf dasselbe.

§ 16 Abs. 7. Sollte das Ausscheiden eines Mitglieds durch Demission, anhaltende Krankheit, Tod oder in irgend einer andern Weise erfolgen, so wählt die Generalversammlung einen Nachfolger, welcher an die Stelle des ausgeschiedenen Mitglieds tritt.

§ 18. 5) die Prüfung der Jahresrechnung („und Feststellung der Dividende“ entfällt).

(Ziff. 7 entfällt ganz als gegenstandslos, da sämtliche Aktien seit 28. Mai 1879 begeben sind.)

(An die Stelle der Ziff. 7 tritt die seitherige Ziff. 8 und an die Stelle der Ziff. 8 die seitherige Ziff. 9.)

Abs. 3. Beschlüsse ad 6. erfordern die Mitwirkung der Direktion.

§ 21. Die Veröffentlichungen der Gesellschaft, soweit sie nicht durch dieses Statut dem Aufsichtsrath vorbehalten sind, erfolgen durch den Vorstand mit bindender Wirkung für alle Aktionaire, Versicherte und Interessenten der Gesellschaft durch den Deutschen Reichs-Anzeiger.

Der Aufsichtsrath kann zu diesem Blatt, wenn er es für gut findet, noch andere Blätter treten lassen.

§ 22. Als Geschäftsjahr der Gesellschaft gilt das Kalenderjahr. Mit dessen Ablauf hat die Direktion die Bücher abzuschließen und bis längstens 31. März des folgenden Jahres die Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben im verfloffenen Jahr und die sich nach den Büchern ergebende Vermögensbilanz mit einem eingehenden Geschäftsbericht dem Aufsichtsrath und hierauf mit dessen Bemerkungen der Generalversammlung vorzulegen.

Diese Vorlagen hat die Direktion mindestens zwei Wochen vor der Generalversammlung im Geschäftslokal der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionaire auszulegen.

§ 24. Genehmigt die Generalversammlung die Bilanz, so ist dieselbe mit der Gewinn- und Verlustrechnung spätestens zwei Wochen nach der Genehmigung einmal im Deutschen Reichsanzeiger zu veröffentlichen.

§ 25 Abs. 2. Die Gesellschaft ist berechtigt, diesen Fonds abzuschließen, sobald er den zehnten Theil des Grundkapitals und die Höhe erreicht hat, welche nach dem Urtheil eines Sachverständigen gegen jede erfahrungsmäßige Differenz zwischen vorausgesetzter und wirklicher Gefahr (Risiko und Schäden) hinreichende Deckung bietet, so daß das Aktienkapital selbst nicht in Mitleidenschaft gezogen zu werden braucht, wenn derartige ungünstige Differenzen eintreten sollten.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 43.

Den 23. Oktober

1885.

Bekanntmachung.

Zur Gesefsammlung für die Königlich Preussischen Staaten ist im Verlage des unterzeichneten Amtes ein neues Hauptregister erschienen, welches die Jahrgänge von 1806 bis einschließlich 1883 gemeinsam umfaßt. Dasselbe wird auf vorherige Bestellung zum Preise von M. 6,25 für das Exemplar ohne jede Nebenkosten durch die Postanstalten innerhalb des Deutschen Reichs-Postgebiets geliefert werden.

Berlin W., den 13. Oktober 1885.

Königl. Gesefsammlungs-Amt.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Die Waaren, für welche an den Börsen des Preussischen Staats Terminpreise notirt werden, betreffend.

20. In Gemäßheit der Nr. 9 der vom Bundesrath am 15. September d. J. beschlossenen Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben, wird hierdurch bekannt gemacht, daß an den nachbenannten Börsen des Preussischen Staats für die nachstehend bezeichneten Waaren Terminpreise notirt werden:

Berlin: Weizen, Roggen, Hafer, Mais, Roggenmehl, (Nr. 0 und 1 zu gleichen Theilen), Kartoffelmehl, Kartoffelfärke, rohes Rüßöl, roher Kartoffelspiritus, und in Amerika raffinirtes Petroleum.

Stettin: gelber Weizen, Roggen, Wintererbsen, rohes Rüßöl und roher Kartoffelspiritus.

Posen: roher Kartoffelspiritus und Roggen.

Breslau: Roggen, Hafer, Rüßöl und Roh-Spiritus.

Danzig: Weizen, Roggen und roher Kartoffelspiritus.

Königsberg: Roh-Spiritus.

Frankfurt a. M.: Weizen, Roggen, Hafer und Rüßöl.

Cöln a. R.: Weizen, Roggen, Hafer und Rüßöl.

An der Hamburger Börse, deren Uenzen auch den Geschäften zwischen Hamburger und Altonaer Firmen und zwischen den letzteren unter einander zum Grunde gelegt zu werden pflegen, werden für raffinirtes Amerikanisches Petroleum und guten rohen Kartoffelspiritus Terminpreise notirt.

Berlin, den 5. Oktober 1885.

Für den Minister für Handel und Gewerbe.

gez. v. Voetticher.

Der Finanz-Minister.

In Vertretung: gez. Meinede.

M. f. D. n. 12856.

J. M. III. 12401.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Schiffahrtssperre betreffend.

234. Für die Schiffahrt und Flößerei werden gesperrt:

1) vom 15. Dezember 1885 bis einschließlich 1. Februar 1886 der Dranienburger Kanal von den Dranienburger bis zu den Pinnower Schleusen und der Ruppiner Kanal von der Hohenbruchschleuse bis zur Havel,

2) vom 15. Dezember 1885 bis einschließlich 15. März 1886 die Hohenstaatener Schleusen und der Finowkanal von der Zerpenschleuse bis zu den Kuhlisdorfer Schleusen.

In den gesperrten Kanalfreden dürfen weder Fahrzeuge noch Flöße überwintern.

Potsdam, den 11. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Prämienlotterie des Dombauvereins zu Cöln.

235. Des Königs Majestät haben dem Verwaltungsausschusse des Central-Dombauvereins zu Cöln mittelst Allerhöchster Ordre vom 21. August d. J. zu gestatten geruht, auch in den Jahren 1885, 1886, 1887 und 1888 eine Prämienlotterie nach Maßgabe des bisherigen Verloosungsplans behufs Erwerbung der zur Freilegung des Cölner Doms anzulaufenden Grundstücke resp. Gebäulichkeiten zu veranstalten.

Potsdam, den 14. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung von Brieftauben u. in Elberfeld,

236. Der Herr Minister des Innern hat der Gesellschaft Fauna zu Elberfeld unterm 9. d. M. die Erlaubniß erteilt, bei Gelegenheit der in der Zeit vom 24. bis 26. d. M. daselbst stattfindenden, mit einer Ausstellung von Brieftauben u. verbundenen Wanderversammlung des Verbandes Deutscher Brieftaubenliebhaber-Vereine eine Verloosung von Brieftauben und Geräthschaften, welche zur Zucht und Abrichtung derselben dienen, zu veranstalten und die betreffenden Loose innerhalb der zu dem genannten Verbands im dieseitigen Staatsgebiete gehörigen Vereine abzugeben.

Potsdam und Berlin, den 14. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Verloosung von Werthgegenständen zur Einrichtung der Kinderheilstätten in Soppot.

237. Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstande des Bezirksvereins Danzig des Vereins für Kinderheilstätten an den deutschen Seckläften die Erlaubniß erteilt, Loose zu 1 M. für die von dem Herrn Oberpräsidenten

der Provinz Westpreußen genehmigte öffentliche Verlosung von Berthgegenständen zur Einrichtung der Kinderheilstätten in Joppot auch in der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin absetzen zu dürfen. Die Polizeibehörden werden angewiesen, dem Vertriebe der Lose nicht entgegenzutreten.

Potsdam und Berlin, den 13. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.
Biehseuchen.

238. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Bädermeisters Robert Sasse in Dahme Stadt ausgebrochen.

Die Roggkrankheit unter den Pferden des Seilermeisters Beuchling in Dahme Stadt ist erloschen.

Potsdam, den 13. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

239. Die Roggverdorbntheit der Pferde des Gutsbesizers Dotti zu Pönow im Kreise Niederbarnim ist erloschen und sind die bezüglichen Sperrmaßregeln aufgehoben worden.

Potsdam, den 16. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

240. Ein Pferd des Rittergutsbesizers Gruner zu Grabow im Kreise Ostprignitz ist am 7. v. M. getödtet und bei der Obduktion rothkrank befunden worden.

Potsdam, den 17. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Bezirks-Ausschüsse.

Schluss der Jagd auf Rebhühner betreffend.

11. Hierdurch wird zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß bezüglich des Schlusses der Jagd auf Rebhühner in dem Regierungsbezirk Potsdam in dem durch § 1 des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Januar 1870 (Ges.-S. 120) vorgeschriebenen Termin (30. November) in diesem Jahre eine Aenderung nicht eintritt.

Potsdam, den 13. Oktober 1885.

Namens des Bezirks-Ausschusses Der Vorsitzende.

Bekanntmachungen des Staatssekretairs des Reichs-Postamts.

Postkarten mit Antwort nach Siam.

11. Denjenigen Ländern des Weltpostvereins, nach welchen Postkarten mit Antwort, zum Portosatz von 20 Pfennig, abgesandt werden können, tritt fortan Siam hinzu.

Berlin W., den 7. Oktober 1885.

Der Staatssekretair des Reichs-Postamts
v. Stephan.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion zu Potsdam.

Unbestellbare Postsendungen.

53. Bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion hieselbst lagern folgende unbestellbare Postsendungen, welche den Absendern bezw. den Eigenthümern nicht haben zurückgegeben werden können: 1) ein gewöhnliches Paket, 1 kg schwer, an Miß Terry Norden in Greifemünde, postlagernd, eingeliefert bei dem Kaiserlichen Postamte **Nr. 1 in Spandau** am 25. April d. J., 2) eine am

5. Mai d. J. bei dem Kaiserlichen Postamte in Neuruppin aufgelieferte Postanweisung über M. 3,75 an Herrn Zoowe in Bustrau, 3) eine am 11. August d. J. bei dem Kaiserlichen Postamte in Falkenrehde aufgelieferte Postanweisung über M. 3,00 an das Kaiserliche Postamt in Beeslow, 4) eine am 22. Juni d. J. bei dem Kaiserlichen Postamte **Nr. 1 in Spandau** aufgelieferte Postanweisung über M. 6,00 an die Königliche Gerichtskasse Liste B. pro 1880/81 in Glas in Schlesien.

Die unbekannten Absender bezw. Eigenthümer der vorstehend aufgeführten Postsendungen werden aufgefordert, ihre Ansprüche binnen 4 Wochen geltend zu machen, widrigenfalls mit den Gegenständen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verfahren werden wird.

Potsdam, den 13. Oktober 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

Geheime Postrath Bahl.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot einer Schuldverschreibung.

19. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungs-gesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. 281), und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1879 (G.-S. 157) wird bekannt gemacht, daß die der Schulkasse zu Glindenberg bei Wolmirstedt gehörige Schuldverschreibung der Staatsanleihe von 1853 Lit. C. Nr. 2440 über 200 Thlr. angeblich abhanden gekommen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem Evangelischen Gemeinde-Kirchenrath zu Glindenberg anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 13. Oktober 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ostdeutsch-Ungarischer Verband.

48. Mit dem 15. d. M. tritt zu Theil II. Heft 1 des Tarifs für den nebenbezeichneten Verband ein Nachtrag IX. in Kraft. Derselbe enthält die Aufnahme der Station Galgóc-Lipótvár (Freistadt-Leopoldstadt) in den Ausnahmetarif Nr. 2 (frisches Obst u. als Eilgut). Druckeremplare dieses Nachtrags sind bei unseren Güterkassen Berlin (Schles. Bf.), Frankfurt a./O., Breslau N./M., Görlitz, sowie im hiesigen Auskunftsbureau, Bahnhof Alexanderplatz, unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 13. Oktober 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Ausnahme-Tarif für Erze und Steine u.

53. In dem mit dem 1. Oktober 1885 eingeführten Deutsch-Polnischen Verbands-Tarif wird der Ausnahme-Tarif 5 bezw. 7 für Erze u. und Steine mit Gültig-

seit von sofort auch auf Erde, gewöhnliche, Mergel, Lehm, Thon (nur lose oder in Säcken verpackt), Porzellanerde (Chinaclay, Kaolin), Pfeifenerde, Wallerde, Amberger Erde, Schliß und Infusorienerde ausgedehnt. (Ausgenommen sind Tallerde, Farberde, Farbthon und japonische Erde.) Dagegen gelten die in den Tarifheften 1, 2 und 3 aufgeführten Frachtsätze des Ausnahmestarfs 21 bezw. 19 nur noch für Schiefer, Gyps, gebrannt, auch roh, wenn gemahlen.

Bromberg, den 9. Oktober 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion

Namens der Verbands-Verwaltungen.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Communalbezirks-Veränderung.

17. Auf Grund des § 25 Nr. 1 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit § 1 Abschnitt 4 des Gesetzes über die Landgemeinde-Verfassungen vom 14. April 1856 haben wir genehmigt, daß die von dem Mühlenmeister Schumacher zu Hermisdorf erworbene 17,14 ar große Gutsparzelle von dem Gutsbezirk Hermisdorf abgetrennt und in den Gemeindebezirk Hermisdorf einverleibt werde.

Berlin, den 9. Oktober 1885.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Niederbarnim.

Personal-Chronik.

Der Bürgermeister Korte in Joachimsthal ist zum Stellvertreter des Forst-Amts-Anwalts für den Königl. Forstbezirk Grumnitz auf dem Forst-Gerichtstage in Joachimsthal ernannt worden.

Die von dem verstorbenen Domainen-Rath Schulze zu Spandau wahrgenommenen domainen-fiskalischen und fiskalischen Parronats-Geschäfte in den in unserer Amtsblatts-Bekanntmachung vom 6. November 1880 — Beilage zum 46. Stüd des Amtsblatts de 1880 — unter Nr. 66 aufgeführten Ortschaften des ehemaligen Amtsbezirks Spandau sind auf den Dienstaachfolger des r. Schulze, den Forstassen-Rendanten, Domainen-Rentmeister Pohle zu Spandau übergegangen.

Dem Oberpfarrer Hähnelt zu Dahme ist vom 15. Oktober d. J. ab die Kreisschulinspektion über die Schulen des Inspektionskreises „Dahme“ übertragen worden.

Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten und des Evangelischen Oberkirchenrathes werden im Einverständnisse aller Beteiligten die Evangelischen Bewohner des Förster-Etablissements Schorfhaide aus der Kirchengemeinde Werbellin, Parochie Lichterfelde, Diözese Eberswalde, aus- und in die Kirchengemeinde Joachimsthal in derselben Diözese eingekircht.

Der bisherige Hilfsprediger Wilhelm Christoph Krazenstein zu Wuschemier ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Stülpe, Diözese Eberswalde, bestellt worden.

Der ordentliche Lehrer Dr. Werner vom Luisenstädtischen Realgymnasium in Berlin ist in gleicher

Eigenschaft am Sophien-Realgymnasium daselbst angestellt worden.

Die Lehrerinnen Lydia Troschel, Elisabeth Klehmet und Martha Krüger sind als Gemeindegemeinschaftsschullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindegemeinschaftsschullehrer Wilhelm Rüder ist als Gemeindegemeinschaftsschullehrer in Berlin angestellt worden.

Der Gemeindegemeinschaftsschullehrer Witter ist definitiv als Gemeindegemeinschaftsschullehrer in Berlin angestellt worden.

Der civilversorgungsberechtigte Ober-Lazarethgehilfe, bisherige Bureau-Hülfsarbeiter Georg Gahner ist vom 1. November d. J. ab zum Stations-Inspektor am königlichen Charité-Krankenhaus zu Berlin ernannt worden.

Bei der königlichen Ministerial-Militär- und Bau-Kommission sind

angestellt: der Sekretariats-Assistent Waegener als Buchhalter; die Bureau-Diätarien Max Wenzel und Hermann Beshorner als Sekretariats-Assistenten;

ausgeschieden: die Bureau-Diätarien Eichelbaum und Boeder in Folge ihrer Anstellung in den königlichen Ministerien resp. der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe;

entlassen: der Kanzlei-Diätarius Boettcher behufs Uebergangs zum Reichs-Versicherungs-Amt;

angenommen: der Ober-Primaner Adolf Wolff als Civil-Supernumerar, der civilversorgungsberechtigte Ober-Lazarethgehilfe Louis Fudenbach als Kanzlei-Diätarius, der Eisenbahn-Bureau-Aspirant Ferdinand Remus als Bureau-Diätarius;

verstorben: der Magazin-Depotaufseher v. Gurecki.

Bekanntmachung.

An Stelle des verstorbenen Post-Expeditors Naumann zu Briesen ist der königliche Förster a. D. Schooff als Forstassen-Unterreceptor für die Oberförsterei Staakow angestellt worden. Die Unterreceptor befindet sich im Dorfe Staakow und ist Donnerstags und Sonnabends dem Rassenverkehr geöffnet.

Berlin, den 9. Oktober 1885.

Königl. Hofkammer der Königl. Familiengüter.

Bekanntmachung.

Im Verwaltungs-Bezirk der königlichen Hofkammer der königlichen Familiengüter ist der Förster Fliedner von Groß-Wasserburg, Oberförsterei Klein-Wasserburg, nach Neuendorf, Oberförsterei Wildenbruch, versetzt und der bisherige Forstassessor Dorn zum königlichen Förster in Groß-Wasserburg ernannt.

Berlin, den 13. Oktober 1885.

Königl. Hofkammer der Königl. Familiengüter.

Vermischte Nachrichten.

Ortspolizei-Verordnung

über die Höhe der Gebäude.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizei-Verwaltung beziehungsweise § 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, verordnet die königliche Polizei-Direktion unter Zustimmung des

Magistrats für den Stadtkreis Charlottenburg Nach-
stehendes:

§ 1. Die Höhe der neu zu errichtenden Gebäude darf, unbeschadet der ausschließlich zur Dekoration der Fassade dienenden thurmartigen Aufsätze v. 22 m (zwei und zwanzig Meter) nicht übersteigen. Dabei gelten folgende Einschränkungen und näheren Bestimmungen:

- a. Gebäude dürfen überhaupt nur so hoch sein, als die betreffende Straße zwischen den Baufluchtlinien breit ist,
- b. ohne Rücksicht auf die Straßenbreite dürfen Gebäude mindestens 12 m hoch sein,
- c. für Vordergebäude, welche ganz oder zum Theil hinter die Bauflucht zurücktreten, ist die gewonnene Straßenbreite maßgebend,
- d. bei Eckbaustellen darf die in der breiteren Straße zulässige Höhe bis zu 20 m Länge in der schmaleren Straße fortgeführt werden.

§ 2. Seitenflügel und Hintergebäude dürfen in der Höhe der Vordergebäude aufgeführt werden.

§ 3. Auf die Höhe derjenigen Gebäude, deren

Baustellen nicht unmittelbar an einer öffentlichen Straße belegen, sondern mit letzterer durch eine Zufahrt verbunden sind, finden die Bestimmungen der §§ 1 und 2 mit der Bedeutung sinngemäße Anwendung, daß die für die betreffende öffentliche Straße zulässige Höhe nicht überschritten werden darf.

§ 4. Das Höhenmaß wird vom Erdboden bis zur Oberkante des Dachgesimses und bei Mansarden bis zur Oberkante des Mansardengesimses berechnet.

Ueber der zulässigen Fronthöhe dürfen die Dächer nicht steiler als 45 Grad angelegt werden.

§ 5. Für neue Gebäude, welche an Stelle bestehender Gebäude errichtet werden, sind die vorstehenden Bestimmungen (§§ 1 bis 4) ebenfalls maßgebend.

§ 6. Bei öffentlichen Bauten oder Bauten monumentalen Charakters können Abweichungen von den Bestimmungen dieser Polizei-Verordnung zugelassen werden.

§ 7. Uebertretungen werden nach § 367 des Strafgesetzbuches bestraft.

Charlottenburg, den 13. Oktober 1885.

Königl. Polizei-Direktion.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
Zahl. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Geburtsort | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|---------------------------------------|--|--|---|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1 | Gottfried Neger,
Ziegelbrenner, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:
geboren am 1. Februar 1851 zu Pfunds, Bezirk Landes, Tirol, ebendasselbst ortsangehörig, | Versuch des einfachen Diebstahls im Rückfall, (1 Jahr Zuchthaus laut Erkenntnis vom 15ten September 1884), | Königlich Bayerisches Bezirksamt Ansbach, | 7. Septemb. 1885. |
| 1 | Wilhelm Melzer,
Glaschleifer, | b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:
geboren am 8. Oktober 1849 zu Emannelsberg, Bezirk Tetschen, Böhmen, ortsangehörig zu Pargen, ebendasselbst, wohnhaft zuletzt in Berlin, | Betteln im wiederholten Rückfall und Arbeitsscheu, | Königlicher Polizei-Präsident zu Berlin, | 29. August 1885. |
| 2 | Otto Hjalmar
Nielsen,
Tischler, | geboren am 19. September 1859 in Kopenhagen, Dänemark, ebendasselbst ortsangehörig, wohnh. zuletzt in Berlin, | Unterlassene Beschaffung eines Unterkommens, | derselbe, | 3. Septemb. 1885. |

(Hierzu fünf öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Erben (G. Hagen, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 44.

Den 30. Oktober

1885.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 28.) Nr. 1623. Verordnung, betreffend die Uebertragung landesherrlicher Befugnisse auf den Statthalter in Elsaß-Lothringen. Vom 28. September 1885.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 31.) Nr. 9086. Gesetz, betreffend das Spiel in außerpreussischen Lotterien. Vom 29. Juli 1885.

Nr. 9087. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Schleswig. Vom 17. August 1885.

(Stück 32.) Nr. 9088. Abänderung des Reglements für die öffentlich anzustellenden Land(Feld)messer vom 2. März 1871 (Gesetz-Samml. 1871 S. 101 bis 112). Vom 26. August 1885.

(Stück 33.) Nr. 9089. Gesetz, betreffend Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten direkten Kommunalabgaben. Vom 27. Juli 1885.

(Stück 34.) Nr. 9090. Verordnung, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte und den Instanzenzug für Streitigkeiten, welche nach reichsgesetzlicher Vorschrift im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden sind. Vom 12. September 1885.

Nr. 9091. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Dannenberg und Otternhof. Vom 18. September 1885.

Nr. 9092. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Pinnenberg. Vom 4. Oktober 1885.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Standesamtsbezirksveränderung.

241. Der Herr Oberpräsident hat unterm 9. d. M. genehmigt, daß zum 1. Januar 1886 die Gemeinde Seiwelow im Kreise Ostprignitz von dem Standesamtsbezirk „Nr. 22 Jampow“ abgezweigt und dem Standesamtsbezirk „Nr. 23 Dranse“ zugelegt wird.

Potsdam, den 19. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Standesamtsbezirks-Veränderung.

242. Der Herr Ober-Präsident hat unterm 9. d. M. genehmigt, daß zum 1. Januar 1886 die Gemeinden

Repenle und Ruhme, sowie das Gut Ruhme und die Oberförsterei Zechlin vom Standesamtsbezirk „Nr. 24 Oberförsterei Zechlin“ abgezweigt und dem Standesamtsbezirk „Nr. 21 Fleden Zechlin“ im Kreise Ostprignitz zugelegt werden, und daß der Standesamtsbezirk „Nr. 24 Oberförsterei Zechlin“ von diesem Zeitpunkt ab die Bezeichnung „Zechlin'er Hütte“ erhält.

Potsdam, den 19. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Betreffend Einrichtung von Desinfektionsstationen im Bezirk des Königl. Eisenbahnbetriebsamts Berlin-Lehrte.

243. Nach einer Mittheilung des Königl. Eisenbahnbetriebsamts Berlin-Lehrte werden vom 1. November d. J. ab mit Genehmigung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten die auf den Stationen **Nennhausen, Buschow, Gr. Behnis, Wustermarck und Dallgow** zur Entladung kommenden Viehwagen nicht mehr auf diesen Stationen selbst, sondern auf Station Spandau, welche eigens als Desinfektionsstation eingerichtet ist und wohin die Wagen nach der Entladung mit dem nächsten Güterzuge geschickt werden, desinficirt. Station Spandau desinficirt die auf derselben zur Entladung kommenden Viehwagen selbst und Station Rathenow führt dergleichen Wagen der Desinfektionsstation Stendal zu.

Potsdam, den 27. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

244. Die Klauenseuche ist unter den Schweinen zu Liebenwalde ausgebrochen. Auch zwei Schweine des Arbeiters Heinrich Schmidt zu Damm-Haß bei Zehdenick sind an dieser Seuche erkrankt.

Potsdam, den 23. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

245. Die Roggkrankheit unter den Pferden des Ritterguts Gräfenhof im Kreise Jüterbog-Ludowalbe ist erloschen.

Potsdam, den 24. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung

des Königl. Kredit-Instituts für Schlesien. Ausreichung der Zinsscheine Serie XL zu den Schlesischen Pfandbriefen Litt. B.

Die Ausreichung der Zinsscheine Serie XL über die Zinsen vom 1. Januar 1886 bis ult. Dezember 1890 zu den Schlesischen Pfandbriefen Litt. B. wird in der Zeit vom

26. Oktober bis inkl. 10. Dezember d. J.

an den Wochentagen Vormittags in unserer Kasse, Albrechtsstraße Nr. 32 im Regierungs-Gebäude hiersebst, dergestalt stattfinden, daß von 9 bis 11 Uhr die Annahme der Pfandbriefe gegen Quittung unserer Kasse und nach einigen Tagen von 11 bis 1 Uhr deren Rückgabe erfolgt.

Bei Vorlegung der Pfandbriefe behufs Abstempelung der Zinsscheine ist ein Verzeichniß der Pfandbriefe, wozu Formulare in unserer Kasse unentgeltlich verabfolgt werden, abzugeben. Die Wiederausgabe der Pfandbriefe mit den Coupons erfolgt nur gegen Rückgabe der von unserer Kasse über die Pfandbriefe B. erteilten

Quittung ohne Prüfung der Legitimation des Empfängers. Auf einen Schriftwechsel mit Privatpersonen behufs Uebersendung der Zinsscheine können wir uns nicht einlassen, vielmehr muß die Einreichung und der Rückempfang der Pfandbriefe persönlich beziehungsweise durch einen Beauftragten erfolgen.

Die Ausgabe der Zinsscheine zu den in der oben bezeichneten Zeit nicht eingereichten Pfandbriefen kann erst in einigen Monaten stattfinden, worüber besondere Bekanntmachung erfolgen wird.

Breslau, den 15. Oktober 1885.

Königl. Credit-Institut für Schlessen.

Bekanntmachung der Ständischen General-Direktion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausitz.

Verwaltungsergebnisse der Land-Feuer-Societät für die Kurmark Brandenburg für 1884 betreffend.

In Gemäßheit des § 142 des revidirten Reglements der Land-Feuer-Societät für die Kurmark Brandenburg, das Markgrasthum Niederlausitz und die Distrikte Jüterbog und Belgig, vom 15. Januar 1855, bringen wir Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß:

I. Resultate der Jahres-Rechnungen für das Jahr 1884.

A. Rechnung über den laufenden Entschädigungs-Fonds:

| Einnahme: | | Soll. | | Haben. | | Re s. | |
|---|--|-----------|-----|-----------|-----|---------|-----|
| | | Mt. | Pf. | Mt. | Pf. | Mt. | Pf. |
| I. Bestand aus voriger Rechnung | | 230 965 | 61 | 230 965 | 61 | — | — |
| II. Ueberträge aus voriger Rechnung | Immobilien | 182 | 58 | 182 | 58 | — | — |
| | Mobilien | 127 | 84 | 127 | 84 | — | — |
| III. Beiträge | infl. 7371 M. 23 Pf.
Eintrittsgelder Immobilien | 1 588 465 | 80 | 1 588 437 | 50 | 28 | 30 |
| | infl. 1524 M. 43 Pf.
Eintrittsgelder Mobilien | 77 938 | 39 | 77 938 | 39 | — | — |
| IV. Extraordinaria infl. 22910 M. 05 Pf. Zinsen | Immobilien | 25 278 | 22 | 25 278 | 22 | — | — |
| | Mobilien | 837 | 93 | 837 | 93 | — | — |
| V. Vorschüsse aus dem eisernen Bestands-Fonds | | 208 500 | — | 208 500 | — | — | — |
| VI. Durchlaufende Posten | | 514 500 | — | 514 500 | — | — | — |
| VII. Erstattete Vorschüsse | | — | — | — | — | — | — |
| Summa | | 2 646 796 | 37 | 2 646 768 | 07 | 28 | 30 |
| Ausgabe: | | | | | | | |
| I. Ueberträge aus voriger Rechnung | Immobilien | 172 465 | 31 | 120 047 | 42 | 52 417 | 89 |
| | Mobilien | — | — | — | — | — | — |
| II. Verwaltungskosten | Immobilien | 92 372 | 87 | 92 372 | 87 | — | — |
| | Mobilien | 8 541 | 51 | 8 541 | 51 | — | — |
| III. Reisekosten | Immobilien | 5 422 | — | 5 422 | — | — | — |
| IV. Brandentschädigungsgelder | Immobilien | 1 489 691 | 99 | 1 343 617 | 36 | 146 074 | 63 |
| | infl. Spritzen und Wasserwagen-Prämien, Pertinenzschäden - Vergütungen u. Abschätzungskosten | 95 621 | 86 | 95 249 | 30 | 372 | 56 |
| V. Dem eisernen Bestands-Fonds erstattete Vorschüsse | | 208 500 | — | 208 500 | — | — | — |
| VI. Durchlaufende Posten | | 514 500 | — | 514 500 | — | — | — |
| VII. Extraordinaria infl. 27733 M. 53 Pf. Bauprämien | Immobilien | 41 325 | 02 | 41 325 | 02 | — | — |
| | Mobilien | 1 468 | 41 | 1 468 | 41 | — | — |
| VIII. Dem eisernen Bestands-Fonds überwiesene Eintrittsgelder | Immobilien | 7 371 | 23 | 7 371 | 23 | — | — |
| | Mobilien | 1 524 | 43 | 1 524 | 43 | — | — |
| IX. Vorschüsse | | — | — | — | — | — | — |
| Summa | | 2 638 804 | 63 | 2 439 939 | 55 | 198 865 | 08 |
| Die Einnahme beträgt | | 2 646 796 | 37 | 2 646 768 | 07 | 28 | 30 |
| Ergiebt Bestand | | 7 991 | 74 | 208 828 | 52 | | |

II. Rechnung über den eisernen Bestands-Fonds:**Einnahme:**

| | | | | | | |
|---|----------------|-----------|----------------|-----------|----------|----------|
| A. Bestand aus voriger Rechnung | 510 288 | 29 | 510 288 | 29 | — | — |
| B. Kapitalien | — | — | — | — | — | — |
| C. Vom laufenden Entschädigungs-Fonds erstattete Vorschüsse | 208 500 | — | 208 500 | — | — | — |
| D. Extraordinaria | — | — | — | — | — | — |
| I. Zinsen | 18 404 | — | 18 404 | — | — | — |
| II. Strafgeelder | — | — | — | — | — | — |
| III. Eintrittsgelder | 8 895 | 66 | 8 895 | 66 | — | — |
| Summa | 746 087 | 95 | 746 087 | 95 | — | — |

Ausgabe:

| | | | | | | |
|---|----------------|----------|----------------|----------|----------|----------|
| A. Kapitalien | — | — | — | — | — | — |
| B. Dem laufenden Entschädigungs-Fonds geleistete Vorschüsse | 208 500 | — | 208 500 | — | — | — |
| C. Extraordinaria | — | — | — | — | — | — |
| I. Zinsen | 18 404 | — | 18 404 | — | — | — |
| Summa | 226 904 | — | 226 904 | — | — | — |

Die Einnahme beträgt

Ergiebt Bestand

Davon in Wertpapieren: 460 100 M. — Pf.

und „ baar: 59 083 „ 95 „

II. Brand- und Blitzschäden und dafür gezahlte Entschädigungsgelder etc.

Die Societät ist im Laufe des Jahres 1884 von 375 Bränden und 54 nicht zündenden Blitzschlägen betroffen worden, durch welche 555 Versicherte an ihrem Immobilien und 57 Versicherte an ihrem Mobilien Schaden erlitten haben. Es sind 602 Gebäude total vernichtet und 582 partiell beschädigt.

Aus Anlaß dieser Brand- und Blitzschäden einschließlich der Bewilligungen für resp. aus Anlaß von Bränden aus dem Jahre 1883 und früher sind festgesetzt:

| | | |
|--------------------------------------|----------------------------|-------------------------|
| 1. Brand-Entschädigungsgelder: | für Immobilien: | für Mobilien: |
| in Klasse I. | 140 116 M. 39 Pf. | 20 555 M. 03 Pf. |
| „ „ II. | 246 887 „ 02 „ | 32 297 „ 50 „ |
| „ „ III. | 1 038 602 „ 92 „ | 36 219 „ 63 „ |
| „ „ IV. | 17 031 „ 22 „ | 5 661 „ 38 „ |
| Schaden-Abschätzungskosten | 4 653 „ 85 „ | 888 „ 32 „ |
| zusammen | 1 447 291 M. 40 Pf. | 95 621 M. 86 Pf. |

2. Spritzen-Prämien 21 863 „ — „

3. Wasserwagen-Prämien 6 807 „ — „

4. Pertinenzschaden-Vergütungen 13 730 „ 59 „

Uebershaupt 1 489 691 M. 99 Pf.

III. Beiträge der Societäts-Mitglieder:

Zur Deckung der vorbemerkten Schäden und der sonstigen Ausgaben wurden ausgeschrieben:

| | | |
|-----------------------|---|-------------------------------------|
| im I. Halbjahr 1884. | für 240 992 650 M. Immobilien-Versicherung Klasse I. 8 Pf. pro 100 M. | 192 794 M. 12 Pf. |
| | „ 122 104 550 „ „ „ „ II. 16 „ „ „ | 195 367 „ 28 „ |
| | „ 81 271 775 „ „ „ „ III. 56 „ „ „ | 455 121 „ 94 „ |
| | „ 358 775 „ „ „ „ IV. 96 „ „ „ | 3 444 „ 24 „ |
| zusammen | für 444 727 750 M. Immobilien-Versicherung | 846 727 M. 58 Pf. |
| | für 245 894 200 M. Immobilien-Versicherung | |
| | Klasse I. 7 Pf. pro 100 M. | 172 125 M. 94 Pf. |
| im II. Halbjahr 1884. | für 122 358 750 M. Immobilien-Versicherung | |
| | Klasse II. 14 Pf. pro 100 M. | 171 302 M. 25 Pf. |
| | für 79 201 900 M. Immobilien-Versicherung | |
| | Klasse III. 49 Pf. pro 100 M. | 388 089 M. 31 Pf. |
| | für 339 225 M. Immobilien-Versicherung | |
| | Klasse IV. 84 Pf. pro 100 M. | 2 849 M. 49 Pf. |
| zusammen | für 447 794 075 M. Immobilien-Versicherung | 734 366 M. 99 Pf. |
| | | zusammen 1 581 094 M. 57 Pf. |

Ferner sind im Jahre 1884 an Beiträgen der Mobiliar-Versicherten aufgebracht, nach der Hälfte der für's Immobilien gezahlten Beitragssätze:

a. für die klassifizirten Versicherungen, welche am Schlusse des Jahres 1884 betrugen

| | |
|------------------------------------|------------------|
| 15 273 825 M. in Klasse I. | 14 761 M. 68 Pf. |
| 8 355 925 " " " II. | 14 108 " 95 " |
| 9 531 050 " " " III. | 42 725 " 04 " |
| 4 550 " " " IV. | 22 " 50 " |

zusammen 33 165 350 M. 71 618 M. 17 Pf.

b. für die nicht klassifizirten Versicherungen:

(Mietthen u.) im Betrage von 757 472 M. 4 795 M. 79 Pf.

zusammen 76 413 M. 96 Pf.

Berlin, den 14. Oktober 1885.

Ständische General-Direktion der Land-Feuer-Societät der Kurmark und der Niederlausiz.

Bekanntmachung der Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Ausloosung von Rentenbriefen u. betreffend.

11. Nach Vorschrift der §§ 39, 41, 46 und 47 des Gesetzes vom 2. März 1850 über die Errichtung von Rentenbanken (Ges.-S. 1850 S. 119) wird am 13. November d. J. Vormittags 10 Uhr, in unserem Geschäftslokale Klosterstraße 76 hierselbst, die halbjährliche Ausloosung von Rentenbriefen, sowie die Vernichtung früher ausgelosener und eingelieferter Rentenbriefe nebst Coupons unter Zuziehung der von der Provinzial-Vertretung gewählten Abgeordneten und eines Notars stattfinden.

Berlin, den 17. Oktober 1885.

Rönlgl. Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Tarif,

nach welchem das Ueberfahrtsgehalt bei der Fähranstalt zu Nieder-Schönweide, Kreis Teltow, für den Spree-Übergang zwischen Berlin und Goepenitz zu erheben ist.

7. Es wird entrichtet für das Ueberfahren:

- I. von Personen, einschließlich dessen, was sie tragen, für jede Person 5 Pfennig, Personen, welche zu einem Fuhrwerke oder als Reiter, Führer oder Treiber zu Thieren gehören, wofür die Abgabe nach den Sätzen zu II. und III. entrichtet wird, sind frei;
- II. von Thieren: a. für ein Pferd, ein Stüd Rindvieh, einen Esel bis zu 2 Stüden je 25 Pfennig, für ein drittes und ferneres Stüd je 10 Pfennig, b. für eine Herde Schwarzvieh, Schafe, Ziegen oder Federvieh bis zu 60 Stüd 50 Pfennig; wenn diese Vieharten in geringerer Anzahl als 3 Stüd oder auf einem Fuhrwerke oder in einem Tragkorbe übergesetzt werden, so wird dafür keine besondere Abgabe erhoben;
- III. a. für einen Handschlitten oder Schiebefarren, beladen oder unbeladen 5 Pfennig, b. für einen Wagen oder Schlitten 25 Pfennig.

Dasjenige Fuhrwerk, dessen Gespann der Abgabe von II. unterliegt, ist frei, wenn es mit zwei oder mehr Thieren bespannt ist.

IV. Von unverladenen Gegenständen wird die Abgabe erhoben, welche die Personen, Thiere oder Fuhrwerke treffen würde, durch welche die Gegenstände zur Fährstelle gebracht worden sind.

Allgemeine Bestimmungen.

Diese Sätze gelten sowohl für die Tages- als die Nachtzeit und bei jedem Wasserstande ohne Rücksicht auf dessen Höhe, sowie bei vorhandener Eisbahn, für deren gehörigen Zustand von dem Hebungsberechtigten zu sorgen ist.

Befreiungen.

Befreit von dem Fährgehalte sind:

- 1) Equipagen und Thiere, welche den Hoffaltungen des Königl. Hauses, den Mitgliedern des Fürstlichen Hauses von Hohenzollern oder den Königl. Geflüten angehören,
- 2) öffentliche Beamte, deren Fuhrwerke und Thiere bei Dienstreisen, wenn sie sich durch Freikarten legitimiren, Steuer-, Post- und Polizei-Beamte in Uniform auch ohne besondere Legitimation,
- 3) kommandirte Militairs, einberufene Rekruten, die der Armee oder den Truppen auf dem Marsche angehörenden Fuhrwerke und Thiere, sowie Kriegsvorspann und Kriegslieferungsfahren,
- 4) Transporte für unmittelbare Rechnung des Staates,
- 5) die ordentlichen Posten nebst deren Beiwagen, die auf Kosten des Staates beförderten Etsafetten und Courire, sowie die von Postbeförderungen ledig zurückkommenden Postfuhrwerke und Postpferde, desgleichen Personenuhrwerke, welche durch Privatunternehmer eingerichtet und als Ersatz für ordentliche Posten ausschließlich zur Beförderung von Reisenden und deren Effekten und von Postsendungen benutzt werden,
- 6) Hilfsfahren bei Feuersbrünsten und ähnlichen Nothständen.

Vorstehender Tarif wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniz gebracht.

Berlin, den 16. Oktober 1885.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

18. Nachweisung
 der Seitens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Verbindung mit dem § 25 Absatz 1 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 genehmigten Veränderungen von Gemeinde- und Gutsbezirkgrenzen pro III. Viertelsjahr 1885.

| Bezeichnung des | | |
|--|--|--|
| in Betracht kommenden Grundstücks. | seitherigen | künftigen |
| | Gemeinde- resp. Gutsbezirks. | |
| Die im Anschlusse an das Grundstück des Roffäthen Friedrich August Wendel zu Neuendorf bei Potsdam belegene, Band XII, Blatt Nr. 464 des Grundbuches von Neuendorf verzeichnete, im Grundsteuerbuche von der Gemarkung Neuendorf unter dem Flächenabschnitte $\frac{594}{212}$ des Kartenblatts 4 eingetragene Parzelle der fiskalischen Dorfaue zu Neuendorf von 35 qm Flächeninhalt und die im Anschlusse an das Grundstück der verehelichten Gendarm Sommer, Marie Luise, geb. Schinke, zu Neuendorf bei Potsdam belegene, Band XII, Blatt Nr. 464, des Grundbuches von Neuendorf verzeichneten, im Grundsteuerbuche von der Gemarkung Neuendorf unter dem Flächenabschnitte $\frac{655}{180}$ des Kartenblatts 4 eingetragenen zwei Parzellen der fiskalischen Dorfaue zu Neuendorf von zusammen 36 qm Flächeninhalt, welche Parzellen der ic. Wendel und die ic. Sommer von dem königlichen Domainenfiscus käuflich erworben haben. | communalfrei | Gemeinde-Bezirk Neuendorf bei Potsdam. |
| Die dem Fabrikbesitzer Dr. Hugo Kunheim zu Berlin gehörigen Parzellen Nr. $\frac{259}{55}$ $\frac{260}{55}$ $\frac{261}{55}$ u. $\frac{263}{54}$ Kartenblatt Nr. 4 der Gemarkung Cölln'sche Heide von zusammen 44 a 5 qm Flächeninhalt. | Gemeinde-Bezirk TrepLOW. | Gemeinde-Bezirk Nieder-Schoenweide. |
| Die dem Gutsbesitzer Mosisch zu TrepLOW gehörigen Parzellen Nr. $\frac{163}{47}$ $\frac{164}{48}$ u. $\frac{165}{48}$ Kartenblatt Nr. 1 der Gemarkung Ranne von zusammen 25 a 83 qm Flächeninhalt. | Gutsbezirk königliche Coepenider Forst, Teltower Anteil. | Gemeindebezirk TrepLOW. |
| Die dem Fabrikbesitzer Dr. Hugo Kunheim zu Berlin gehörigen Parzellen Nr. $\frac{166}{48}$ u. $\frac{167}{47}$ Kartenblatt Nr. 1 der Gemarkung Ranne von zusammen 1 ha 76 a 67 qm Flächeninhalt. | Gutsbezirk königliche Coepenider Forst, Teltower Anteil. | Gemeindebezirk Nieder-Schoenweide. |

Berlin, den 7. Oktober 1885.

Namens des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow. Stubenrauch, Königl. Landrath.

Personal-Chronik.

Dem Superintendenten Spieß zu Prigwall ist die bisher provisorisch von ihm verwaltete Kreisschul-Inspektion über die Schule des Inspektionskreises „Prigwall“ definitiv übertragen worden.

Dem Küster, Organisten und ersten Lehrer Biese zu Stolpe, Pfarodie Klein-Glienede, Diözese Potsdam I., ist der Titel „Kantor“ verliehen worden.

Die Lehrerinnen Elise Maehler und Helene London sind als Gemeindegullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Verurtheilung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|--|--|---|--|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Johann Olowagki,
(alias Friedrich Holm),
Schiffer, | geboren am 2. März
1817 zu Kremutshof,
Rußland, | Diebstahl im Rückfall
(1 Jahr Zuchthaus laut
Erkenntniß vom 16ten
September 1884), | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Königsberg, | 15. August
1885. |
| 2 | Josef Bräuer
(Breier), Kellner, | geboren am 24. Okto-
ber 1864 zu Barzdorf,
Bezirk Freiwaldbau,
Oesterreichisch-Schle-
sien, ebendasselbst orts-
angehörig, | versuchter schwerer Dieb-
stahl u. (1 Jahr Zucht-
haus laut Erkenntniß
vom 8. August 1884), | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 27. Juli
1885. |
| 3 | Michael Stuber,
Schneider, | 31 Jahre, geboren zu
Deschenitz, Bezirk
Klattau, Böhmen, eben-
dasselbst ortsangehörig, | schwerer Diebstahl (1½
Jahr Zuchthaus laut Er-
kenntniß vom 21. Mai
1884), | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Ans-
bach, | 7. September
1885. |
| 4 | Franz Xaver Genfert,
Bierbrauer, | geboren am 12. No-
vember 1846 zu Hohen-
ems, Bezirk Feldkirch,
Oesterreich, ebenda-
selbst ortsangehörig, | versuchter schwerer Dieb-
stahl (1 Jahr Zucht-
haus laut Erkenntniß
vom 1. Oktober 1884), | Königlich Württem-
bergische Regierung
für den Donaukreis
Ulm, | 15. Septemb.
1885. |
| b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Die Zigeuner
Geschwister
Durianski:

a. Anton,
Parschspieler,
b. Sophie,
unverehelichte Nähterin,
c. Eva,
unverehelichte,
Koch und
Handlungsdienet, | sämmtlich geboren und
ortsangeh. in Strzyp,
Bezirk Troppau, Oes-
terreich-Schlesien,
a. 18 Jahre,
b. 22 Jahre,
c. 20 Jahre, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 22. Septemb.
1885. |
| 2 | | geboren am 3. April
1843 zu Gewitsch,
Bezirk Mährisch Trü-
bau, Mähren, eben-
selbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 23. Septemb.
1885. |
| 3 | Johann (Jano)
Stillecz-Járos, | 84 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Thur-
any, Bezirk Szent-
Marton-Blutnica, Kom-
itat Thurocz, Ungarn, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Preussische
Regierung zu
Coblenz, | 27. August
1885. |
| 4 | Wenzel Christl,
Bergmann, | geboren am 16. Mai
1851 zu Pöschau, Be-
zirk Klattau, Böhmen,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Sittlichkeitsvergehen,
Landstreichen, Betteln,
Führung falscher Legiti-
mationspapiere und An-
gabe falschen Namens, | Stadtmagistrat Nürn-
berg in Bayern, | 16. Juni
1885. |
| 5 | Josef Vennes,
Büchsenmacher, | 50 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Nor-
boznitz, Bezirk Ratowitz,
Böhmen, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Kelheim, | 9. Septemb.
1885. |

| Zus. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|----------|--|--|--|--|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 6 | Josef Donche, Schuhmacher, | geboren am 11. Mai 1850 zu Meluslin, Depart. Loire, Frankreich, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 8. Septemb. 1885. |
| 7 | Margdalena Sauer, geborene Gerhart, Ehefrau, | geboren am 28. April 1843 zu Binsgen, Baden, durch Verheirathung Schweizerin, ortsangehörig in Rümlißwyl, Kanton Solothurn, Schweiz, wohnhaft zuletzt in Hegenheim, Elßaß, | Betteln im wiederholten Rückfall und Unfug, | derselbe, | 12. Septemb. 1885. |
| 8 | Anna Traselet, geborene Gilgen, Magd, | geboren am 27. März 1852 zu Wohlen, Kanton Bern, Schweiz, ortsangehörig in Binenz, ebendaselbst, | Landstreichen, | derselbe, | 16. Septemb. 1885. |
| 9 | Dorfo Gordon, Metzger, | 26 Jahre, geboren und ortsangehörig in Wilna, Rußland, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 18. Septemb. 1885. |
| 10 | Abraham Stein, Handelsmann, | 38 Jahre, geboren in Warschau, Russisch-Polen, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 11 | Josef Mennel, Schuster, | geboren am 21. März 1866 zu Epinal, Frankreich, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 12 | Karoline Kremser, geborene Schmid, Wittwe, | geboren am 24. Januar 1852 zu Freienthal, ortsangehörig zu Zudmantel, Bezirk Freiwaldau, Oesterreichisch-Schlesien, | Betteln im wiederholten Rückfall und Gebrauch eines falschen Namens, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 13. August 1885. |
| 13 | Josef Spindler, Arbeiter, | geboren am 16. September 1849 zu Liebenthal, Bezirk Landstron, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 29. Septemb. 1885. |
| 14 | Angelika Czerwinska, Modistin, unverheiratet, | geboren am 4. April 1845 zu Andrichau, Bezirk Wadowice, Galizien, ebendaselbst ortsangehörig, | gewerbsmäßige Unzucht, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Magdeburg, | 1. Oktober 1885. |
| 15 | Therese Pösch, geb. Pfeisenberger, Schuhmachersfrau, | 42 Jahre, geboren zu Mattendorf, Bezirk Lamsweg, Oesterreich, ortsangehörig in Mittelsdorf, ebendaselbst, | Diebstahl u. Landstreichen, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Berchtesgaden, | 22. Septemb. 1885. |
| 16 | Salomon Schauer, Kürschner, | 31 Jahre, geboren und ortsangehörig in Budapest, Ungarn, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 18. Septemb. 1885. |

| 1. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|----|---|---|--|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 17 | Franz Steiner,
Bäcker, | geboren am 29. März
1860 zu Schwyz,
Schweiz, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreicherei, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Colmar, | 23. Septemb.
1885. |
| 18 | Andreas Weidemann,
(Stube),
Schuhmacher, | geboren am 26. März
1860 zu Faaborg,
Dänemark, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreicherei und Betteln, | derselbe, | 24. Septemb.
1885. |
| 19 | Thomas Trinka,
Eisenbahnarbeiter, | geboren im Oktober 1851
zu Pödsbach, Böhmen, | Landstreicherei, Betteln, An-
gabe eines falschen Na-
mens und Uebertretung
des § 373 Abs. 2 des
Strafgesetzbuchs, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Reg., | 1. Oktober
1885. |
| 20 | Johanna Cebulla
(auch Adam genannt),
unverhehl. Zigeunerin, | ca. 30 Jahre, geboren
und ortsangehörig zu
Altdorf, Bezirk Mäh-
risch-Ostau, Oester-
reichisch-Schlesien, | Landstreicherei und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 9. Septemb.
1885. |
| 21 | Cornelius van Tol,
Cigarrenmacher, | geboren am 14. März
1852 zu s'Graven-
hage, Niederlande,
ebendaselbst ortsangeh., | desgleichen, | Königlich Preussische
Regierung zu
Münster, | 23. Septemb.
1885. |
| 22 | Josef Nikolaus
Marrey, Agent, | geboren am 6. De-
cember 1861 zu Triest,
Oesterreich, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreicherei, | Stadtmagistrat Kauf-
beuren, Bayern, | 2. Oktober
1885. |
| 23 | Ferdinand Hänlein,
Tagelöhner, | 30 Jahre, geboren und
ortsangehörig zu Bu-
dapest, Ungarn, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Großherzoglich Badi-
scher Landeskommissär
zu Mannheim, | 9. Oktober
1885. |
| 24 | Michael Eduard
Pfister, Schuhmacher, | geboren am 9. August
1845 zu Troyes,
Frankreich, ortsange-
hörig zu Nancy, eben-
daselbst, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Straß-
burg, | 5. Oktober
1885. |
| 25 | Jakob Schoenen-
berger, Schlosser, | geboren am 2. Januar
1854 zu Zürich,
Schweiz, ortsangeh. zu
Biersfelden, ebenda., | desgleichen, | derselbe, | 7. Oktober
1885. |
| 26 | Jakob Chaskolewicz,
Messger, | 43 Jahre, aus Lodz,
Gouvernement Petro-
kow, Russisch-Polen, | Landstreicherei u. Fälschung
von Legitimationspa-
piere, | Kaiserlicher Bezirks-
präsident zu Colmar, | 21. Septemb.
1885. |
| 27 | Peter Jeches, ehe-
maliger Schreiber,
jetziger Tagner, | geboren am 27. Februar
1850 zu Bettembourg,
Luxemburg, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreicherei, | derselbe, | 29. Septemb.
1885. |

(Hierzu Drei Oeffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hahn'schen Erben (A. Hahn, Hof-Buchdrucker)

**Bekanntmachungen
der Königl. Ministerien.
Polizei-Verordnung**

über die Schifffahrt auf der Oder.

21. Zur Regelung des Schifffahrtbetriebes auf der Oder von der österreichischen Grenze bis zum Hafen von Stettin wird auf Grund des § 136 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 230) für den Lauf der eigentlichen Oder, sowie für deren Arme und Verzweigungen, insbesondere im Regierungsbezirk Stettin für den Rippewieser Canal, den schnellen Graben, den Garzer Canal, die Kreuzfahrt, die Schloß, die Marwiger Fahrt, die krumme Reglig, die große Reglig, die Schillersdorfer Fahrt, die kleine Reglig, die Rurower Fahrt, die Kläger Fahrt, die Bobitz, die Brednik, den kurzen Graben, die Kahnfahrt, den Brunnkenstrom und den Zollstrom, Folgendes verordnet:

Allgemeine Vorschriften zur Sicherung des Schiffsverkehrs.

§ 1. Die Führer und Mannschaften von Fahrzeugen jeder Art, die Führer von Fähren, die Besitzer von Badeanstalten oder sonstigen an oder auf der Oder befindlichen Anlagen, welche mit dem Schiffsverkehr in Berührung kommen, sowie die zur Beaufsichtigung oder Bedienung der Brücken angestellten Personen haben ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß gegenseitige Behinderungen oder Beschädigungen bei dem Schifffahrtsbetriebe vermieden werden.

§ 2. Bei jedem zur Fracht- oder Personenbeförderung dienenden Schiff muß sich während der Fahrt wenigstens ein gut und dauerhaft gebautes Boot befinden.

Vordhöhe der Fahrzeuge.

§ 3. Die wasserfreie Vordhöhe beladener Fahrzeuge muß einschließlich des Riesbords wenigstens betragen:

- a. bei offenen Fahrzeugen mit einer Tragfähigkeit
 - 1) von 25 bis 75 Tonnen 0,35 m,
 - 2) „ mehr als 75 Tonnen 0,45 m,
- b. bei verdeckten Fahrzeugen mit einer Tragfähigkeit
 - 1) von 25 bis 75 Tonnen 0,30 m,
 - 2) „ mehr als 75 Tonnen 0,40 m.

Fahrzeuge von weniger als 25 Tonnen Tragfähigkeit müssen mindestens 0,20 m wasserfreie Vordhöhe haben.

Allgemeine Bestimmungen für den Verkehr der Fahrzeuge.

§ 4. Wettfahrten sind verboten. Nur Ruder-

und Segelbooten können Wettfahrten von der zuständigen Schifffahrts-Polizeibehörde gestattet werden.

§ 5. 1) Kein Schiff darf von seiner Abfahrtsstelle aus oder auf seiner Fahrt in den Fahrweg eines anderen im Fahren begriffenen Schiffes oder Floßes hineinfahren oder dasselbe in seinem Laufe stören.

2) Fahrzeuge jeder Art, welche bei der Quersahrt über den Strom den Kurs eines Dampfschiffes mit oder ohne Anhang kreuzen, müssen von dem Bugspriet eines zu Berg fahrenden Dampfschiffes mindestens 200 Meter, von dem Bugspriet eines zu Thal fahrenden Dampfschiffes mindestens 400 Meter entfernt bleiben.

§ 6. Segelschiffe dürfen weder lose noch zusammengekuppelt nebeneinander fahren, sondern müssen in Abständen von mindestens je 50 m einander folgen. Dasselbe gilt für Dampfschiffe, wie auch für die von denselben etwa geschleppten Fahrzeuge, welche letzteren nur so an den ersteren und untereinander befestigt werden dürfen, daß sie einander folgen.

An den von der Strombau-Verwaltung bekannt zu machenden und zu bezeichnenden Stellen darf ein Dampfschiff bei der Bergsahrt nicht mehr als 4 Fahrzeuge, bei der Thalsahrt nicht mehr als ein Fahrzeug anhängen.

§ 7. Während der Fahrt müssen alle ankerfahrenden Fahrzeuge mindestens einen Anker zum sofortigen Gebrauch bereit halten; die außerbords befindlichen Anker müssen vollständig über Wasser aufgenommen sein.

Begegnen und Ausweichen der Schiffe.

a. Vorbeifahren in entgegengesetzter Richtung bei genügender Breite des Fahrwassers.

§ 8. 1) Begegnen sich zwei in entgegengesetzter Richtung fahrende Schiffe, so muß, falls sie nicht ohne Aenderung ihres Kurses an einander vorbeifahren können, das bergwärts gehende Schiff dem thalwärts fahrenden, soweit es Wind und Vertlichkeit gestatten, ausweichen. Gleichzeitig muß diejenige Seite, auf welcher das letztere Schiff vorbeikommen kann, von einem an der Spitze des ersteren aufgestellten Manne in angemessener Entfernung durch Zuruf und verständliche Zeichen angedeutet werden. Auf diesen Zuruf ist von dem thalwärts fahrenden Schiffe zum Zeichen, daß er richtig verstanden worden, in entsprechender Weise zu antworten. Thalwärts gehende Dampfschiffe haben hierbei in 400 Meter Entfernung ein Signal durch fünf Schläge an die Schiffsglocke oder mit dem

Heuler zu geben und dasselbe in 150 Meter Entfernung zu wiederholen, wenn das andere Schiff die Fahrt noch nicht frei gemacht hat.

2) Sollte ein bergwärtsgehendes Segelschiff auszuweichen nicht im Stande sein, so muß dasselbe die Segel streichen und beilegen. Unterläßt es dies, so ist das zu Thal fahrende Dampfschiff verpflichtet, zur Vermeidung eines Zusammenstoßes auszuweichen.

3) Getreidelten Fahrzeugen muß von anderen die Leinpfadseite zur Fahrt frei gegeben werden. Beim Begegnen getreidelter Fahrzeuge unter einander muß das thalwärts fahrende dem bergwärts fahrenden die Leine werfen.

b. Vorbeifahren in entgegengesetzter Richtung in der Nähe von Stromengen.

§ 9. 1) Erreicht ein Schiff eine Stelle, an welcher die Fahrinne zu schmal ist, um ein Ausweichen zu gestatten, so darf der Schiffsführer sein Fahrzeug nicht eher in die Stromenge einführen, als bis er sich davon überzeugt hat, daß kein in entgegengesetzter Richtung fahrendes Schiff sich in derselben befindet. Ist das Gegenteil der Fall, so muß das ankommende Schiff beilegen, bis das andere vorbeigefahren ist.

2) Gehen zwei Schiffe gleichzeitig an den verschiedenen Enden einer Stromenge an, so hat das thalwärts gehende Schiff den Vortritt; das bergwärts gehende legt so lange bei, bis das erstere an ihm vorbeigefahren ist.

Vorbeifahren in derselben Richtung. (Ueberholen.)

§ 10. 1) Der Führer eines Schiffes oder Schleppzuges, welcher mit einer geringeren Geschwindigkeit fährt, als ein ihm folgendes Fahrzeug, muß dem letzteren auf Anrufen oder auf ein Zeichen mit der Glode, dem Heuler oder dem Horne das Fahrwasser zum Vorbeifahren freigeben, falls der Raum dies gestattet. Die Vorbeifahrt muß in jedem Falle ohne Aufenthalt erfolgen.

2) Ist der nötige Platz zum Ueberholen nicht vorhanden, so muß das schneller fahrende Schiff seine Geschwindigkeit mäßigen und dem voruffahrenden in einem Abstände von mindestens 50 Meter so lange folgen, bis die Breite des Fahrwassers zum Vorbeifahren genügt.

3) Erreicht ein Dampfschiff ohne Anhang ein Segelschiff oder einen Schleppzug am Eingange einer der im § 9 gedachten Stromengen, so muß das Segelschiff oder der Schleppzug beilegen und dem Dampfschiff ohne Anhang die Vorfahrt überlassen.

4) Beim Ueberholen getreidelter Fahrzeuge unter einander muß das langsamere fahrende dem schneller fahrenden die Leine werfen.

5) Dreihundert Meter vor Brücken, Fahren, Anlegeplätzen, Bagger- und anderen Baustellen, sowie Schleusen oder Häfen darf ein Vorbeifahren in derselben Richtung (Ueberholen) nicht stattfinden.

Vorbeifahren

an tief beladenen Fahrzeugen u. s. w.

§ 11. Bei dem Vorbeifahren an fahrenden oder liegenden offenen tief beladenen Fahrzeugen, fahrenden Flößen und schwimmenden Holzlagern, an Baustellen für Uferbefestigungsarbeiten, Schiffsbauanstalten, schwimmenden Badehäusern, ferner an fahrenden oder liegenden Baggern, Baggerprähmen und Hebungsprähmen, sowie an allen mit Bagger- oder Wasserbauarbeiten, mit Hebungs-, Messungs- und anderen derartigen Arbeiten beschäftigten Fahrzeugen oder zu solchen Arbeiten dienenden Einrichtungen muß die Maschinenkraft der Dampfschiffe unter Berücksichtigung der Umstände so weit ermäßigt werden, daß die bezeichneten Gegenstände durch Wellenschlag nicht gefährdet oder beschädigt werden.

Verhalten der Ruder- und Segelboote, sowie Kleiner Schiffe unter 25 Tonnen Tragfähigkeit.

§ 12. 1) Ruder- und Segelboote, wie auch sonstige kleine Fahrzeuge unter 25 Tonnen Tragfähigkeit müssen gleich anderen Fahrzeugen von einem sachkundigen Führer geleitet sein.

2) Die Führer dieser Fahrzeuge müssen dieselben möglichst entfernt von den fahrenden Dampfschiffen und Schleppzügen halten und dürfen auch in den durch die letzteren verursachten Wellenschlag nicht eher hineinfahren, als bis derselbe sich so weit gemindert hat, daß ihre Fahrzeuge keinen gefährlichen Schwanlungen mehr ausgesetzt sind.

3) Im Fahrwasser müssen die bezeichneten Fahrzeuge größeren Schiffen und Flößen auf ein Zeichen mit der Glode, dem Heuler, dem Horne oder auf Zuruf ausweichen oder durch Anhalten Platz zum Passiren lassen. Kommt ein solches Fahrzeug einem Dampfschiffe oder Schleppzuge dennoch zu nahe, daß ihm augenscheinlich Gefahr droht, so hat der Führer des Dampfschiffs mit verminderter Kraft zu fahren und nöthigenfalls die Maschine still zu stellen, wenn dies ohne Gefahr für das Dampfboot und die angehängten Schiffe geschehen kann.

Passiren von Fahren.

a. Segelschiffe.

§ 13. 1) Wenn ein Segelschiff eine Fähranstalt zu einer Zeit passirt, in welcher ein Fährgefäß sich im Gange befindet, so hat der Schiffsführer, er mag zu Berg oder zu Thal gehen, die Verpflichtung, dem Fährgefäß auszuweichen, zu welchem Zwecke er hinter dem Fährgefäß hinweg steuern muß. Der Schiffsführer muß hierbei alle in seiner Macht stehenden Hilfsmittel anwenden, um einen Zusammenstoß mit dem Fährgefäß zu vermeiden, und zu diesem Zweck den Lauf seines Fahrzeuges nöthigenfalls durch Anlegen oder Ankern hemmen. Wird die Fähr unter Benutzung einer über den Strom gespannten Kette oder eines Seiles betriebe, so muß der Schiffer sein Fahrzeug so steuern, daß dasselbe die Kette oder das Seil nicht beschädigt, auch sonst keine Störung des Fährbetriebes veranlaßt.

2) Bei Dunkelheit oder Nebel hat der Führer eines Segelschiffes in mindestens 200 Meter Entfernung Signale mit dem Nebelhorn oder der Schiffsglocke zu geben, um den Führer des Fährprahms von seinem Herannahen zu benachrichtigen.

b. Dampfschiffe.

§ 14. Wenn ein Dampfschiff eine Fähranstalt passieren will, so hat es in geräumiger, mindestens 400 Meter betragender Entfernung Signale mit dem Heuler oder auf die im § 13 vorgeschriebene Weise zu geben, worauf der Führer, wenn das Fährgefaß noch nicht im Gange ist, das Abstoßen vom Ufer so lange aussetzen hat, bis das Dampfschiff vorübergefahren ist. Ist die Fähr bei der Annäherung des Dampfschiffes bereits im Gange, so hat der Führer des letzteren nicht nur die im § 13 für Segelschiffe gegebenen Vorschriften zu beachten, sondern auch durch Mäßigung der Geschwindigkeit, nöthigenfalls durch Anhalten oder Rückwärtsbewegung seines Fahrzeuges eine Annäherung an den Fährpram auf weniger als 100 Meter zu verhüten.

Fahrt durch Brücken.

§ 15. 1) Dampfschiffe dürfen durch die stehenden Brücken und die Schiffsbrücken sowohl stromauf als stromab nicht mit größerer Geschwindigkeit fahren, als zu ihrer sicheren Steuerung und zu ihrer Fortbewegung nöthwendig ist. In einer angemessenen Entfernung vor der Brücke, sowie im Bereiche derselben ist die Maschine so bereit zu halten, daß sie je nach Bedürfnis sofort still gestellt oder nach jeder Richtung hin in Thätigkeit gesetzt werden kann.

2) Segelschiffe, die stromab gehen, müssen, insofern sie einzelne Brücken nicht etwa abweichende besondere Bestimmungen erlassen sind, oberhalb sämtlicher Brücken an einem am Ufer durch eine Tafel mit entsprechender Inschrift bezeichneten Punkte umwenden (umgeben) und entweder an der Ankerleine oder bei Benützung von Haltepfählen bei freihängendem Anker rückwärts durchfaden, ausgenommen bei ganz niedrigen Wasserständen, bei welchen die erwähnte Tafel verdeckt wird.

3) Vergewärtig gehende Segelschiffe müssen an einem ebenfalls durch eine Tafel bezeichneten Punkte unterhalb jeder mit einer Durchlaßöffnung versehenen Brücke die Segel streichen und dürfen die Brücke erst durchfahren, nachdem sie beigelegt haben.

4) Zum Einsetzen von Rudern oder Stangen mit eisernen Spitzen, sowie zum Befestigen von Kloben und Tauen zur Bewegung der Fahrzeuge dürfen nur die in den Durchlaßöffnungen oder an den in der Verlängerung derselben befindlichen Eisböden und Leitwerken besonders angebrachten Vorrichtungen benutzt werden.

5) Diejenigen Brückenöffnungen, welche durch Signale als für die Schifffahrt geschlossen bezeichnet sind, dürfen nicht durchfahren werden.

6) Schiffe, welche mit leicht brennbaren Stoffen beladen sind, dürfen innerhalb 200 Meter Entfernung von hölzernen Brücken nicht über Nacht bleiben.

7) Die besonderen Bestimmungen über das Durchfahren einzelner Brücken und über die Benützung der Mastenrahne an den nicht mit Durchlaßöffnungen versehenen Brücken werden durch diese Verordnung nicht berührt.

Schutz von Querseilen, Telegraphenkabeln u. s. w.

§ 16. Beim Passiren von Brücken, Seil- oder Kettenfährten, sowie von allen durch entsprechende Zeichen kenntlich gemachten Stellen, an welchen sich Telegraphenkabel, Gas- oder Wasserleitungsrohre oder ähnliche Anlagen befinden, dürfen die Anker nicht am Grunde geschleppt, sondern müssen stets über Wasser sichtbar aufgenommen werden. Das Ankerwerfen an diesen Stellen ist untersagt.

Verhalten bei Hochwasser.

§ 17. Bei Hochwasser müssen Dampfschiffe sich möglichst in der Mitte des Stromes halten und namentlich von abbrüchigen Ufern mindestens 20 Meter entfernt bleiben.

Wird beim Landen oder während der Fahrt zur Vermeidung von Gefahr eine größere Annäherung an das Ufer nöthig, so ist mit verminderter Kraft zu fahren.

Verhalten bei ungenügender Fahrtiefe.

§ 18. Jeder Schiffsführer ist verpflichtet, sich darüber Gewißheit zu verschaffen, ob er das vor ihm liegende Fahrwasser einer Stromrinne mit seinem Fahrzeuge ohne Aufenthalt durchfahren kann. Findet er, daß die Wassertiefe für den Tiefgang seines Schiffes zu gering ist, so darf er in die Fahrrinne nicht eher einlaufen, als bis ersteres so weit abgeleichtert ist, daß die ungehinderte Durchfahrt möglich wird. Das Ableichtern, Umladen oder Ueberladen darf jedoch an Stellen des Fahrwassers, an welchem es dem Schiffsverkehr hinderlich sein würde, nicht stattfinden. Der Führer eines wegen zu großen Tiefganges festliegenden Schiffes ist verpflichtet, die weniger tief gehenden Schiffe ungehindert vorbeifahren zu lassen.

Verhalten bei Dunkelheit oder Nebel.

§ 19. 1) Bei Dunkelheit, Nebel oder starkem Schneefall darf nur mit ermäßigter Geschwindigkeit gefahren werden. Beim Begegnen zweier Schiffe hat jeder Schiffsführer sein Schiff zum jederzeitigen Stillhalten bereit zu halten, sowie sich rechtzeitig mit dem Führer des anderen Schiffes über das Ausweichen zu verständigen.

2) Ist die Dunkelheit, der Nebel oder das Schneetreiben so stark, daß keines der beiden Ufer von dem Fahrzeuge aus gesehen werden kann, so sind alle Fahrten unterlag.

3) Segelschiffe müssen während der Fahrt von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang eine hellbrennende Laterne mit weißem Lichte in der Höhe von 6 bis 7 m am Mast oder bei dem Fehlen desselben an einer anderen, ebenso hohen und von allen Seiten sichtbaren Stelle führen.

Ausgenommen hiervon sind alle mit festem Deck

versehenen, zur Seeschifffahrt dienenden Fahrzeuge, insbesondere auch derartige Fischerfahrzeuge (wie Zeesener, Tuder, Zollner, Tagler u. a. dergl.), welche die Vorschriften der Kaiserlichen Verordnung zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See vom 7. Januar 1880 Art. 6 zu beobachten haben. Der ebenfalls im Artikel 7 ausnahmsweise gestatteten tragbaren Seitenlichter dürfen sich die bezeichneten Fahrzeuge nur im äußersten Nothfalle bedienen.

4) Dampfschiffe müssen während der Fahrt von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang außer einem 6 bis 7 Meter hoch angebrachten, von allen Seiten sichtbaren hellen weißen Licht noch an der rechten Seite (Steuerbord) ein grünes und an der linken Seite (Backbord) ein rothes Licht führen. Die letzteren beiden Lichter sind so mit Blenden zu versehen, daß man von vorn beide zugleich, von der rechten Seite nur das grüne Licht, von der linken Seite nur das rothe Licht und von hinten keines derselben sehen kann.

5) Auf Dampfschiffen muß bei Dunkelheit, Nebel oder starkem Schneefall während des Fahrens ununterbrochen oder in Zwischenräumen von höchstens einer halben Minute mit dem Dampfsignalapparat ein lang gezogener Ton gegeben oder je fünfmal an die Glocke geschlagen werden. Auf Segelschiffen muß bei Dunkelheit, Nebel oder starkem Schneefall während des Fahrens in derselben Weise entweder ein gleiches Glockensignal, oder wenn sie einer Läutevorrichtung entbehren, auf einem Horn (Nebelhorn) ein lang gezogener Ton gegeben werden.

6) Die Dampfsignalapparate müssen stets als Heuler eingerichtet sein, so daß sie einen dumpfen, von den Signalen der Eisenbahn-Lokomotiven verschiedenen Ton geben. Signale mit pfeifendem Ton dürfen in keinem Falle gegeben werden.

Verhalten der Schiffsführer gegenüber den Strombau-Arbeiten.

§ 20. 1) Die Schiffsführer haben denjenigen Fahrzeugen, welche im Auftrage oder mit Genehmigung der Staatsbehörde zur Auffuchung, Bezeichnung und Beseitigung von Schifffahrtshindernissen, zur Ausführung von Strombauten, zu Baggerungen, Messungen, Peilungen und sonstigen strombaulichen Arbeiten benutzt werden, vollen Raum zu geben und jede Störung dieser Arbeiten sorgfältig zu vermeiden.

2) Die Vorbeifahrt an den erwähnten Fahrzeugen darf, wenn dieselben im Fahrwasser liegen, nur auf der durch eine rothe Flagge bezeichneten Seite stattfinden, wobei die Schiffsführer den Anordnungen der mit der Leitung der fraglichen Arbeiten betrauten Beamten unweigerlich Folge zu leisten haben.

3) Alle Schiffe müssen bei der Vorbeifahrt die Anker über Wasser so hoch aufnehmen, daß die Befestigungstau nicht gefaßt werden können.

4) Dampfschiffe müssen an den bezeichneten Fahrzeugen und Arbeitsstellen mit verminderter Geschwindigkeit vorbeifahren.

Schonung der Warnungszeichen.

§ 21. 1) Die im Strom und an den Ufern befindlichen Marken und Warnungszeichen zur Bezeichnung des Fahrwassers, der Stromengen, der vorhandenen Schifffahrtshindernisse u. s. w. dürfen nicht beschädigt, zerstört, verändert, verrückt, verwirrt, fortgeschafft oder sonst unbrauchbar gemacht werden.

2) Wird dennoch aus Vorsatz oder Fahrlässigkeit des Schiffers oder einer Person der Schiffsmannschaft ein solches Zeichen vernichtet, beschädigt oder aus seiner Lage gebracht, so hat der Schiffsführer dasselbe sofort wieder in seiner vorigen Gestalt und Stellung aufzurichten.

3) Ist die Beschädigung so erheblich, daß das Signal sich nicht sogleich wieder herstellen läßt, oder ist das letztere ganz verloren gegangen, so hat der Schiffsführer dem nächsten Stromaufsichtsbeamten oder der Polizeibehörde des nächsten am Strome gelegenen Ortes sofort Anzeige zu erstatten, bis zur Wiederaufrichtung des Signals aber dafür Sorge zu tragen, daß die vorbeifahrenden Schiffe auf andere Weise gewarnt werden.

4) Die Verpflichtung, von dem Fehlen oder der falschen Stellung, Veränderung u. s. w. eines zur Sicherung oder Regelung der Schifffahrt dienenden Zeichens die oben erwähnte Anzeige zu erstatten, liegt in gleichem Maße jedem Schiffer ob, welcher eine derartige Unordnung bemerkt.

Noth und Gefahr.

§ 22. 1) Wenn ein Fahrzeug sich in Noth oder Gefahr befindet, so ist dies durch geeignete Zeichen, insbesondere auch mit dem Heuler oder Horn anzuzeigen.

2) Im Falle eines Zusammenstoßes von Fahrzeugen, sowie in sonstigen Fällen einer erkennbaren Gefährdung von Menschenleben beim Schifffahrtsbetriebe haben der Führer und die Mannschaft jedes Fahrzeuges den nach Lage der Umstände zur Rettung und Hilfe erforderlichen Beistand zu leisten, so weit sie dazu ohne Gefährdung des eigenen Fahrzeuges und der auf demselben befindlichen Personen im Stande sind.

Bezeichnung und Beseitigung gesunkener Fahrzeuge.

§ 23. 1) Ist ein Fahrzeug im Strome gesunken, so ist der Führer und beim Unvermögen desselben jeder Mann der Besatzung verpflichtet, sofort dem nächsten Buhnenmeister oder Wasserbauinspektor, sowie der nächsten Polizei- oder Ortsbehörde hiervon Anzeige zu machen.

2) Das gesunkene Fahrzeug oder die Stelle, an welcher dasselbe sich unter Wasser befindet, muß auf Kosten des Schiffsführers bei Dunkelheit und Nebel mit einer hellbrännenden, weithin sichtbaren Laterne bezeichnet und von einem zuverlässigen Manne bewacht werden, welcher etwa vorbeipassirende Fahrzeuge vor der Annäherung zu warnen hat, so lange der zuständige Wasserbauinspektor diese Vorsichtsmaßregeln für erforderlich hält.

liegt das gesunkene Schiff ganz unter Wasser, so muß die Lage desselben auch am Tage durch eine starke, mit einem Strohwiß versehene Stange bezeichnet werden.

3) Wenn der zuständige Wasserbauinspektor die Beseitigung des gesunkenen Schiffes für notwendig hält, so sind der Führer und der Eigenthümer des letzteren verpflichtet, binnen einer von dem erwähnten Beamten festzusetzenden Frist Schiff und Ladung vollständig aus dem Stromgebiete zu entfernen. Kommen dieselben dieser Verpflichtung innerhalb der gestellten Frist nicht nach, so kann die Strombau-Verwaltung das Fahrzeug nebst Ladung auf Kosten der Säumigen beseitigen lassen.

Ankern und Anlegen.

§ 24. Fahrzeuge dürfen in der Regel nur dicht am Ufer anker und müssen stets stromrecht anlegen, so daß sie dem Schiffsverkehr nicht hinderlich sind.

2) Sind dieselben ausnahmsweise genöthigt, im Strome, d. h. zwischen den Köpfen der gegenüberliegenden Buhnen vor Anker zu gehen, so dürfen sie sich nur vereinzelt und derart aufstellen, daß das Fahrwasser nicht in störender Weise beschränkt wird.

3) An das Ufer, auf welchem sich der Leinpfad befindet, darf ein Fahrzeug nur zum Zwecke des Ladens oder Löschens sowie in dem Falle anlegen, wenn es wegen erlittenen Schadens oder durch Unwetter gezwungen ist, den Schutz des Ufers aufzusuchen. Schiffe, welche am Leinpfad liegen, müssen den Mast umlegen. Nur wenn wegen erlittenen Schadens oder in Folge von Unwetter am Leinpfad angelegt worden ist, oder wenn der Mast beim Laden oder Löschen in Ermangelung anderer geeigneter Vorkehrungen als Krahn benutzt wird, darf derselbe stehen bleiben.

4) Am Leinpfad liegende Schiffe haben nach Beendigung des Lösches oder Ladengeschäftes oder nach Beseitigung des Schadens oder nach Aufhören des Unwetters, durch welche sie zum Anlegen gezwungen wurden, das Ufer sofort zu verlassen.

5) Liegende Fahrzeuge müssen stets gehörig verankert oder uferfest vertaut sein. Das Befestigen der Schiffe an den Brücken ist untersagt, sofern an den letzteren nicht besondere Vorrichtungen hierfür angebracht sind.

6) Fahrzeuge, welche an solchen Stellen des Ufers, an welchen in der Regel keine Schiffe liegen, vor Anker gegangen sind, müssen bei Dunkelheit oder Nebel mit einer 6 bis 7 Meter hoch angebrachten, hellbrennenden Laterne versehen werden. Fahrzeuge, welche im freien Strome liegen, sind in den genannten Fällen durch zwei derartige, in etwa 1 Meter Abstand untereinander befestigte Laternen zu bezeichnen.

7) In Stromengen, in den Fahrwegen nach und aus den schiffbaren Nebenflüssen und Kanälen, auf den Ueberfahrtswegen der Fähren, in den Fahrwegen der Dampfschiffe nach und von den Landungsbrücken, sowie auf den Fahrwegen durch die Brücken dürfen Schiffe nicht anlegen.

8) Die dauernde Aufstellung von Fahrzeugen im Strome zum Zwecke ihrer Bewohnung ist nur mit Genehmigung der Stromaufsichtsbehörde gestattet.

§ 25. 1) An Brücken, Eisböden, Buhnen, Dackwerken, Pflanzungen, Deichen sowie an solchen anderen Stellen, welche durch Warnungstafeln entsprechend bezeichnet sind, darf nur mit besonderer Genehmigung der Stromaufsichtsbehörde angelegt werden. Das Ankerwerfen auf oder an solchen Bauwerken ist verboten.

2) Die Buhnen, Dackwerke und Pflanzungen dürfen von den Schiffsmannschaften nur auf den durch dieselben führenden Wegen betreten werden.

Verbot der Verunreinigung des Flussbettes.

§ 26. 1) Die Verunreinigung des Flussbettes und der Häfen durch Auswerfen von Steinen, Steinkohlenschlacken, Ballast oder sonstigen Gegenständen, welche dem Schiffsverkehr hinderlich werden oder Verschärfungen erzeugen können, ist verboten.

2) Ist der Schiffer genöthigt, derartige Gegenstände aus dem Schiffe zu entfernen, so hat er sich wegen Zuweisung eines geeigneten Platzes zum Auswerfen an den zuständigen Buhnenmeister oder Hafenausscher zu wenden.

Explosive Stoffe.

§ 27. Bei dem Transporte von Pulver und anderen explosiven oder leicht brennbaren Stoffen sind die bestehenden besonderen Vorschriften zu beachten.

Bezeichnung der Schiffe, Führung der Flagge u. s. w.

§ 28. Auf jedem Flussfahrzeuge von mehr als 25 Tonnen Tragfähigkeit mit Anschluss der Dampfschiffe muß an beiden Seiten in deutlich lesbaren schwarzen Buchstaben von mindestens 10 cm Höhe auf weißem Grunde der Vor- und Zuname des Schiffseigenthümers, sowie dessen Wohnort angegeben sein. Bei Fahrzeugen, welche eine Kajüte tragen, sind diese Angaben auf den Seitenwänden der Kajüte anzubringen. Bei Fahrzeugen ohne Kajüte müssen über dem Riesbord Tafeln zur Aufnahme der Inschrift befestigt werden. Wegen der polizeilichen Bezeichnung der übrigen Schiffe, wegen des Gebrauchs der Landesflagge, sowie wegen der Dienstabücher der Schiffsmannschaften hat es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

Schiffahrtspolizeibeamte.

§ 29. Die Schiffahrtspolizei steht im Geltungsbereich dieser Verordnung denjenigen Baubeamten für ihre Amtsbezirke zu, zu deren Geschäftsbereich die Stromaufsicht und die Stromregulierung der Ober gehört. Dieselben sind zur vorläufigen Straffestsetzung nach dem Gesetz vom 23. April 1883 befugt und bedienen sich zur Wahrnehmung ihrer Amtsverrichtungen der Buhnenmeister, Stromausscher, Pflanzungsausscher, Brücken-, Krahn- und Schleusenmeister als ihrer Diener. Auch werden die Baubeamten bei Ausübung der Strompolizei von den Orts-Polizeibehörden und Beamten, sowie den Gendarmen unterstützt. Den Anordnungen aller dieser Beamten haben die Schiffsführer unbedingte Folge zu leisten.

Strafbestimmungen.

§ 30. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark geahndet, soweit nicht nach den bestehenden Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist. Die Verbindlichkeit zu Schadenersatz wird hierdurch nicht berührt.

Aufhebung älterer Vorschriften.

§ 31. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung werden aufgehoben:

- a. die Polizei-Verordnung zur Regelung der Schifffahrt und Fiskerei auf der Oder von Ratibor bis zum Hafen von Stettin, erlassen von der Königl. Regierung zu Oppeln unter dem 6. Februar 1865, von der Königl. Regierung zu Breslau unter dem 2. Februar 1865, von der Königl. Regierung zu Liegnitz unter dem 16. Februar 1865, von der Königl. Regierung zu Frankfurt unter dem 4. Februar 1865 und von der Königl. Regierung zu Stettin unter dem 8. Februar 1865;
- b. für den Geltungsbereich dieser Verordnung die von dem Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Pommern unter dem 2. Juli 1880 erlassene Schifffahrts-Ordnung für das Stettin-Swinemünder Revier und die übrigen Binnengewässer des Regierungs-Bezirks Stettin.

§ 32. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1886 in Kraft.

Berlin, den 11. August 1885.

Für den Minister für Handel und Gewerbe.
gez. von Boetticher.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Verbote von Vereinen und Druckschriften.

246. Auf Grund des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 sind ferner folgende Bekanntmachungen im Deutschen Reichs-Anzeiger veröffentlicht worden, welche hierdurch zur Kenntnis gebracht werden.

Potsdam, den 31. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch bekannt gemacht, daß die ohne Angabe des Druckortes, des Druckers, Verlegers oder Herausgebers in der Stadt Iserlohn und einigen ländlichen Ortschaften des Kreises Iserlohn verbreitete Druckschrift: „Voll, denke nach!“ gemäß der Vorschrift des § 11 von uns verboten worden ist.

Krnsberg, den 9. September 1885.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.
Reßler.

Nachdem durch die Bekanntmachung der Königl. Sächsischen Kreishauptmannschaft zu Dresden vom 22. August d. J. („Reichs-Anzeiger“ Nr. 198) die Nummern 9 und 10 des zweiten Jahrgangs der zu

New-York in czechischer Sprache erscheinenden periodischen Druckschrift „Proletár Orgán Radikálních Socialistů Cesky.“ verboten worden ist, wird auf Grund der §§ 11 und 12 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 auch die fernere Verbreitung des Blattes „Proletár“ im Reichsgebiete hierdurch verboten.

Berlin, den 12. September 1885.

Der Reichskanzler.

In Vertretung von Boetticher.

Die unterzeichnete Königl. Kreishauptmannschaft hat auf Grund von § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 die ohne Angabe des Verlegers, Herausgebers und Druckers erschienene Druckschrift: „Aufruf an alle Männer und Proletarier. Arbeiter, Proletarier und Mitmenschen heraus!“ unterzeichnet „A. Kropotkin“, verboten.

Dresden, am 17. September 1885.

Königl. Kreishauptmannschaft.
von Koppensfeld.

Auf Grund der Bestimmungen in § 11, § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird die im Selbstverlag des Verfassers Bernhard Becker — Druck von Reinhold Baist — ohne Angabe eines Wohnortes im Jahre 1865 erschienene nicht periodische Schrift: „Der große Arbeiter-Agitator Ferdinand Lassalle, Denkschrift für die Todtenfeier des Jahres 1865“ von dem unterzeichneten Regierungs-Präsidenten hierdurch verboten.

Dreslau, den 23. September 1885.

Königl. Regierungs-Präsident.
J. B.: von Senden.

Die nicht periodische Druckschrift „Proletarier-Lieder, gesammelte Dichtungen von Maurice Reinhold von Stern, Jersey City, Januar 1885“, ist auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten worden.

Deßau, den 3. Oktober 1885.

Herzoglich anhaltische Regierung, Abtheilung des Innern.
Delze.

Auf Grund der Bestimmungen in §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird die von der Handelskammer zu Halle herausgegebene, in Magdeburg von Joh. Leuschner gedruckte, nicht periodische Druckschrift:

„Die neue Kettenschiffahrt auf der Saale“, welche auf Seite 1 bis 13 einen Abdruck der am 19. November 1878 vom Königl. Polizei-Präsidium Berlin verbotenen Druckschrift: „Das Ziel der Arbeiter-

Bewegung" und auf Seite 14 einen Abdruck der durch die Polizeibehörde Hamburg unterm 5. November 1878 und durch das Königl. Polizei-Präsidium Berlin unterm 13. November 1878 verbotenen Druckschrift:

„Programm der sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands“

enthält, von dem unterzeichneten Regierungs-Präsidenten hierdurch verboten.

Breslau, den 10. Oktober 1885.

Königlicher Regierungs-Präsident.

Freiherr Jander von Ober-Conreut.

Der von dem Großherzoglichen Bezirksamt Mannheim unterm heutigen mit Beschlag belegte Wahlaufruf des sozialdemokratischen Wahl-Comités, beginnend mit den Worten: „Mitbürger! Landtagswähler! Noch in letzter Stunde fühlen wir uns gezwungen, einen Wahlkampf zu beginnen“, unterzeichnet: „Das sozialdemokratische Wahlcomité“, wird auf Grund des § 11 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten.

Mannheim, den 8. Oktober 1885.

Der Großherzoglich badische Landeskommissär für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach.
Fresch.

Schiffahrtssperre.

247. Die Storkower Schleuse des Storkower Kanals wird vom 1. Januar bis 15. März 1886 für die Schiffahrt und Klderei gesperrt sein.

Potsdam, den 29. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Auspielung von Gegenständen der Kunst in Weimar.

248. Des Kaisers und Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 7. d. M. der Direktion der permanenten Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe zu Weimar die Erlaubnis zu erteilen geruht, zu der mit Genehmigung des Großherzoglich Sächsischen Staats-Ministeriums im Laufe des Jahres 1886 wieder zu veranstaltenden Auspielung von Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes auch im Preussischen Staatsgebiete und zwar, wie im Jahre 1885 im ganzen Bereiche desselben Loose zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 28. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Viehseuchen.

249. Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh des Bädermeisters Sachse zu Dahme und des Hufners Graeg zu Jhlow im Kreise Jüterbog-Ludowalde ist erloschen.

Potsdam, den 29. Oktober 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Verbot einer Druckschrift.

81. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen

Kenntnis gebracht, daß die nicht periodische Druckschrift: „Was der Sozialismus will und Wie er es will. Rede, gehalten vor dem Turn-Verein in Williamsburg 1885. Von Dr. Franz Gerau. Herausgegeben vom National-Executiv-Comité der Soz. Arbeiter-Partei New-York. Druck von Wegel & Dehler, 137—139 Chatham Street 1885“ nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 28. Oktober 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatschulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Aufgebot einer Schuldverschreibung.

25. Herr Louis Manfiewitz hier selbst — Dranienburgerstraße Nr. 4 — hat auf Umschreibung der Schuldverschreibung der konsolidirten vierprozentigen Staatsanleihe Lit. F. Nr. 64680 über 200 M. (Ausfertigung vom 3. Oktober 1878) angetragen, weil auf der Rückseite derselben sich ein Dintensfest befindet, unter welchem anscheinend zwei Namen mit dem Zusatz „Eigenthum“ gestanden haben.

In Gemäßheit des § 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1843 (Ges.-S. S. 177) wird deshalb Jeder, der an diesem Papier ein Anrecht zu haben vermeint, aufgefordert, dasselbe binnen 6 Monaten und spätestens am 15. Januar k. J. und anzuzeigen, widrigenfalls das Papier kassirt und dem r. Manfiewitz ein neues, umlaufsfähiges angedündigt werden wird.

Berlin, den 29. Juni 1885.

Hauptverwaltung der Staatschulden.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Erhebung von Schlacht- und Wildpretsteuer durch das Postamt zu Wildpark.

8. Zur Erleichterung der Theilnehmenden wird, wie hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird, die als Kommunalsteuer in Potsdam zu erhebende Schlacht- und Wildpretsteuer, welche von den auf dem Postamte in Potsdam ankommenden Sendungen jetzt schon durch dieses Postamt erhoben wird, von den auf dem Postamte zu Wildpark eingehenden, für die Bewohner des Stadtbezirks Potsdam bestimmten, steuerpflichtigen Gegenständen vom 1. November d. J. ab durch das Postamt zu Wildpark erhoben werden.

Demgemäß erhalten:

- 1) der durch die, im 5. Stücke des Amtsblatts Seite 41 veröffentlichte, Bekanntmachung vom 2. Februar 1876 abgeänderte, § 4 des, unter dem 27. November 1874 in der zweiten Beilage des 50sten Stücks des Amtsblatts publicirten, Schlachtsteuer-Regulativs für die Stadt Potsdam folgende Fassung:

Die Erhebung der Schlachtsteuer geschieht beim Eingange zu Wasser durch das Haupt-Steuer-Amt, beim Eingange zu Lande durch die Thortontrolleure oder, wenn der Eingang

mit der Post erfolgt, durch die Postämter in Potsdam und Wildpark. Die Postämter und die Thorkontroleure am Teltower, Brandenburger, Jäger- und Berliner Thore haben unbeschränkte Hebebefugniß, der Thorkontroleur am Nauener Thore hat nur die Befugniß zur Erhebung bis zu 45 M. auf eine Anmeldung.

- 2) Der § 42 Alinea 1 desselben Regulativs in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Februar 1876 folgenden Zusatz:

Die bei den Postämtern in Potsdam und Wildpark ankommenden steuerpflichtigen Gegenstände brauchen nicht angemeldet zu werden, sondern werden durch die genannten Postämter ohne Weiteres revidirt und gegen Erlegung der Steuer schließlich abgefertigt.

Berlin, den 26. Oktober 1885.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Einführung eines neuen Tarifs an Stelle des Galizisch-Norddeutschen bezw. Galizisch-Niederländischen Verband-Tarifs.

49. Mit dem 1. November d. J. tritt an Stelle des Galizisch-Norddeutschen bezw. Galizisch-Niederländischen Verband-Tarifs Heft 1, 2 und 3 vom 1. Oktober 1883 nebst Nachträgen ein neuer Tarif in Kraft. Derselbe umfaßt Heft 1 Klassenverkehr mit den deutschen Seehafenstationen, Heft 2 Klassenverkehr mit den norddeutschen Binnenstationen, Heft 3 Holzverkehr nach Norddeutschland und den Niederlanden. Soweit für einige deutsche Stationen Frachtsätze nicht wieder eingeführt werden, bleiben die betreffenden Sätze des seitherigen Tarifs bis zum 15. Dezember d. J. bestehen. Exemplare des neuen Tarifs sind bei unseren Güterklassen Stettin (Central-Güterbahnhof), Berlin (Schleifbahnhof), Breslau N./M., Frankfurt a./M., Götting, Dresden-Friedrichstadt, sowie im hiesigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz käuflich zu haben. Berlin, den 25. Oktober 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Einführung eines neuen Tarifs an Stelle des Tarifes für den Galizisch-Norddeutschen Getreide-Verkehr.

50. Mit dem 1. November d. J. tritt an Stelle des Tarifes für den Galizisch-Norddeutschen Getreide-Verkehr Tariffest 1 und 2 vom 20. Mai 1883 nebst Nachträgen ein neuer Tarif in Kraft. Derselbe umfaßt: Tariffest 1: Verkehr mit den deutschen Seehafen-Stationen, Tariffest 2: Verkehr mit den Binnenstationen der Eisenbahn-Direktions-Bezirke Altona, Berlin, Braunschweig, Breslau, Bromberg, Erfurt, Frankfurt a./M., Hannover, Magdeburg und den Sächsischen Staatsbahnen, Tariffest 3: Verkehr mit Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Elberfeld, Köln (links- und rechtsrheinisch). Soweit in einzelnen Relationen Tarifierhöhungen vorliegen, bezw. für einige Stationen Frachtsätze nicht wieder eingeführt sind, bleiben die betreffenden Frachtsätze des seitherigen Tarifs bis zum 15. Dezember d. J. in Kraft. Ferner bleiben

die im Tarif vom 20. Mai 1883 für Getreide, Kleie u. russischer Provenienz ab Brody und Podwolocyska transit. enthaltenen Frachtsätze bis auf Weiteres bestehen. Die Getreide- u. Sätze russischer Provenienz ab Larnopol trans., sowie die in den Anhängen zu den Tariffesten 1 und 2 vom 20. Mai 1883 enthaltenen provisorischen Tarife für Getreide u. nach Berlin und westlich davon gelegenen deutschen Binnen- und Seehafenstationen werden mit dem 16. Dezember d. J. aufgehoben. Exemplare der neuen Tariffeste sind bei den Güter-Expeditionen, sowie bei dem hiesigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz käuflich zu haben.

Berlin, den 25. Oktober 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Nachtrag III. zum Staatsbahn-Güter-Tarif Bromberg-Breslau.

51. Am 1. November 1885 tritt der Nachtrag III. zum Staatsbahn-Güter-Tarif Bromberg-Breslau in Kraft. Derselbe enthält:

- die Aenderung und Erweiterung des Vorworts und der besonderen Bestimmungen;
- Aenderungen und Erweiterungen zu den Vorbemerkungen zum Kilometerzeiger;
- Einführung direkter Frachtsätze zum Ausnahme-Tarif für Eisen und Stahl des Specialtarifs II.;
- Erweiterungen, Ermäßigungen und Berichtigungen zum Ausnahme-Tarif 5 für Holz des Specialtarifs II.;
- die Erweiterung des Tarifs durch Einbeziehung der Stationen der neu zu eröffnenden Strecken Schoeneck-Verent, Bromberg-Fordon, Johannisburg-Lyd, Czempin-Schrimm und der bisherigen Personen-Haltestelle Wiskke für den gesamten Güter-, Leichen- und Viehverkehr, der Haltestellen Lindbusch für den Wagenladungs-Güter-Verkehr und Einführung niedrigerer Sätze für einzelne Stationen in Folge der eintretenden Abkürzung durch die neu zu eröffnende Strecke Johannisburg-Lyd;
- Erweiterung des Ausnahme-Tarifs I. für Getreide aller Art;
- Berichtigungen des Tarifs und Aenderungen einzelner Stationsnamen.

Die unter c. bezeichnete Erweiterung des Tarifs ist bereits früher publicirt. Die Frachtsätze für die Stationen der Strecke Johannisburg-Lyd incl. und für die Stationen Rowahlen, Marggrabowa und Köwen unseres Direktionsbezirks, sowie für Grajewo und Proßken der Ostpreussischen Südbahn treten erst an dem Eröffnungstage der genannten Strecke, dem 16. November, in Kraft.

Exemplare dieses Nachtrags sind durch Vermittelung unserer Billet-Expeditionen zum Preise von 0,30 Mark zu beziehen.

Bromberg, den 22. Oktober 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion,
als geschäftsführende Verwaltung.



Fahrpreis-Ermäßigung.

85. Die in Gemäßheit der Bestimmung unter I. 4 h. des Nachtrags 4 zum dieseitigen Lokal-Personen-Tarif vom 1. August 1881 bei der Beförderung scrophulöser Kinder der ärmeren Volksklassen für die Zeit vom 1. Mai bis 15. Oktober zugestandene Fahrpreis-Ermäßigung wird auch für die Zeit vom 15. Oktober bis 30. April einschließlich gewährt.

Bromberg, den 28. Oktober 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Fahrplan-Änderung etc. auf der Bahnstrecke Lasowig-Tuchel.

86. Vom 11. November d. J. werden die auf der Bahnstrecke Lasowig-Tuchel kursierenden Züge auf dem zwischen Poln. Cefzin und Lnianno eingerichteten Haltepunkte Lindenbusch nach Bedarf anhalten und werden Billets für den Verkehr zwischen Lindenbusch einerseits und Tuchel, Poln. Cefzin, Lnianno, Driczmin und Lasowig andererseits ausgegeben werden. Die Züge werden wie folgt von Lindenbusch abfahren:

Richtung nach Poln. Cefzin.

Zug 632 um 9 Uhr 5 Min. Vorm.

636 8 48 Nachm.

Richtung nach Lnianno.

Zug 631 um 5 Uhr 37 Min. Vorm.

635 5 39 Nachm.

Etwaige Gepäcksstücke werden von Lindenbusch un-
erhebt mitgenommen und wird die Fracht hierfür auf
der Endstation erhoben.

Vom gleichen Tage ab wird Lindenbusch auch für
den Wagenladungs-Güterverkehr mit der Einschränkung

eröffnet, daß Einrichtungen für die Verladung schwer-
wiegender Gegenstände, Fahrzeuge und Vieh daselbst
nicht vorhanden sind.

Der diesbezüglich erscheinende Nachtrag III. zum
Kilometerzeiger des Eisenbahn-Direktionsbezirks Brom-
berg enthält die der Berechnung der Beförderungspreise
zu Grunde zu legenden Entfernungen, sowie Verächti-
gungen des Kilometerzeigers. Insoweit letztere Er-
höhungen enthalten, treten die höheren Preise erst am
15. Dezember d. J. in Kraft.

Näheres ist bei den Stationen zu erfahren.

Bromberg, den 31. Oktober 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

19.

Nachweisung

der vom Kreis-Ausschuß des Kreises Ruppin auf Grund
des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856 in Ver-
bindung mit § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August
1883 genehmigten Veränderungen an Gemeinde- und
Gutsbezirks-Grenzen.

Bezeichnung der in Betracht kommenden Grund-
stücke: Die von dem Bauergrundbesitzer Gustav Müller
zu Dierberg von der fiskalischen Dorfaue daselbst er-
worbene Parzelle von 0,0094 ha. Bezeichnung der
seitherigen Gemeinde resp. Gutsbezirke: Fiskalische
Dorfaue zu Dierberg. Bezeichnung der künftigen Ge-
meinde resp. Gutsbezirke: Gemeindebezirk Dierberg.

Neu-Ruppin, den 24. Oktober 1885.

Der Kreis-Ausschuß.

20.

Nachweisung

der Kommunalbezirks-Veränderungen in den Kreisen Templin und Niederbarnim, welche zufolge der, gemäß
§ 58 Nr. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 von dem Herrn Regie-
rungs-Präsidenten von Reese zu Potsdam getroffenen Bestimmung, auf Grund des § 25 des Zuständigkeits-
gesetzes vom 1. August 1883 und des § 1 des Landgemeinde-Verfassungsgesetzes vom 14. April 1856 von dem
Kreisausschüsse des Kreises Templin genehmigt worden sind.

| Nr. | Datum der Genehmigung. | Bezeichnung der Grundstücke. | Seitheriger Kommunalverband. | Künftiger Kommunalverband. |
|-----|------------------------|---|---|--|
| 1) | 14. Oktober 1885. | a. 0,9290 ha Wiesenparzelle des Domainenvorwerks Badingen, in der Gemarkung Grewelin belegen, verzeichnet Art. 36 der Mutterrolle Kartenblatt 3 Flächenabschnitt 76/19 der vorläufigen Grundsteuer-Festsetzungs-Verhandlungen für den Gutsbezirk Badingen, im Kreise Templin;
b. 0,3587 ha Wiesenparzellen des Domainenvorwerks Badingen, in der Mutterrolle der Gemeinde Grewelin des Kreises Templin, Art. 36 Kartenblatt 3 Flächenabschnitt 78/46 u. 79/46 verzeichnet;
c. 0,6999 ha Wiesenparzellen des Domainenvorwerks Badingen, im Kreise Niederbarnim belegen, im Flurbuche des Gemeindebezirks Hammer, Gemarkung Pröge, Nr. 124 Kartenblatt 1 Flächenabschnitte 86/82, 88/74, 89/74 und 90/74 verzeichnet.
1,9876 ha veräußert vom Königl. Domainen-Fiskus an den Gutsbesitzer Grothe zu Höpen. | Domainen-fiskalischer Gutsbezirk Borwerk Badingen, im Kreise Templin. | Gemeindebezirk Hammer, im Kreise Niederbarnim. |

Templin, den 23. Oktober 1885.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Templin.

Communalbezirks-Veränderung.

21. Auf Grund des § 25 Nr. 1 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit § 1 Abschnitt 4 des Gesetzes über die Landgemeinde-Verfassungen vom 14. April 1856 haben wir genehmigt, daß eine 4 ar 09 qm große Parzelle — Blatt 5 Nr. 332/153 der Grundsteuer-Mutterrolle — aus dem domainenfiskalischen Gutsverbande Felgentreu abgezweigt und dem Gemeindebezirk Felgentreu einverleibt werde.

Jüterbog, den 27. Oktober 1885.

Der Kreis-Ausschuß Jüterbog-Luckenwalde'schen Kreises.

Bekanntmachung

des Königl. Kredit-Instituts für Schlessen.

Ausreichung der Zinscheine Serie XI. zu den Schlessischen Pfandbriefen Litt. B.

Die Ausreichung der Zinscheine Serie XI über die Zinsen vom 1. Januar 1886 bis ult. Dezember 1890 zu den Schlessischen Pfandbriefen Litt. B. wird in der Zeit vom

26. Oktober bis incl. 10. Dezember d. J. an den Wochentagen Vormittags in unserer Kasse, Albrechtsstraße Nr. 32 im Regierungs-Gebäude hieselbst, dergestalt stattfinden, daß von 9 bis 11 Uhr die Annahme der Pfandbriefe gegen Quittung unserer Kasse und nach einigen Tagen von 11 bis 1 Uhr deren Rückgabe erfolgt.

Bei Vorlegung der Pfandbriefe behufs Abstempelung der Zinscheine ist ein Verzeichniß der Pfandbriefe, wozu Formulare in unserer Kasse unentgeltlich verabfolgt werden, abzugeben. Die Wiederausgabe der Pfandbriefe mit den Coupons erfolgt nur gegen Rückgabe der von unserer Kasse über die Pfandbriefe B. ertheilten Quittung ohne Prüfung der Legitimation des Empfängers. Auf einen Schriftwechsel mit Privatpersonen behufs Uebersendung der Zinscheine können wir uns nicht einlassen, vielmehr muß die Einreichung und der Rückempfang der Pfandbriefe persönlich beziehungsweise durch einen Beauftragten erfolgen.

Die Ausgabe der Zinscheine zu den in der oben bezeichneten Zeit nicht eingereichten Pfandbriefen kann erst in einigen Monaten stattfinden, worüber besondere Bekanntmachung erfolgen wird.

Breslau, den 15. Oktober 1885.

Königl. Kredit-Institut für Schlessen.

Bekanntmachung

des Reichs-Versicherungsamts.

Bekanntmachung, betreffend den von der Krankenkasse in der Zeit von der fünften bis zur dreizehnten Woche nach dem Unfall zu leistenden, Seitens des Betriebsunternehmers zu erstattenden Mehrbetrag an Krankengeld (§ 5 Absatz 9 des Unfallversicherungsgesetzes).

Vom 30. September 1885.

Auf Grund des § 5 Absatz 9 des Unfallversicherungsgesetzes erläßt das Reichs-Versicherungsamt die nachstehenden Ausführungsvorschriften:

§ 1. Als Krankenkassen im Sinne des § 5 Absatz 9 des Unfallversicherungsgesetzes gelten: Die Gemeindekrankenversicherung, die Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Innungs-, Baukrankenassen, die Knappschaftskassen, sowie die auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzblatt S. 125) errichteten eingeschriebenen Hülfskassen und die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hülfskassen, sofern die Mitglieder dieser Hülfskassen gemäß § 75 des Krankenversicherungsgesetzes von der Verpflichtung, einer der vorgenannten Kassen beizutreten, befreit sind.

§ 2. Der im § 5 Absatz 9 cit. vorgesehene Mehrbetrag an Krankengeld ist vom Beginn der fünften Woche (dem 29. Tage) nach Eintritt des Unfalls an bis zum Ablauf der dreizehnten Woche für jeden Tag zu gewähren, für welchen ein Anspruch auf Krankengeld gesetzlich oder statutengemäß besteht. Der Tag des Unfalls ist bei der Berechnung des Zeitablaufs nicht mit zu zählen.

Der Mehrbetrag ist nur dann zu gewähren, wenn der Verletzte gesetzlich oder statutengemäß gegen Unfall versichert und der Unfall beim Betriebe eingetreten ist. (§§ 1 und 2 des Unfallversicherungsgesetzes.)

§ 3. Ist der Verletzte in einem Krankenhause untergebracht, und hat derselbe Angehörige, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat (vergl. § 7 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes), so ist demselben ein Mehrbetrag auf Grund des § 5 Absatz 9 des Unfallversicherungsgesetzes insoweit zu leisten, als das neben der freien Kur und Verpflegung gewährte Krankengeld ein Drittel des bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohnes nicht erreicht. ¹⁾

Hat dagegen der in einem Krankenhause unterbrachte Verletzte solche Angehörige nicht, so ist demselben ein Mehrbetrag auf Grund des § 5 Abs. 9 a. a. D. nur insoweit zu leisten, als ihm nach § 21 Ziffer 3 des Krankenversicherungsgesetzes statuten-gemäß ein Anspruch auf Krankengeld zusteht, und dieses den Betrag von einem Sechstel des bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohnes nicht erreicht. ²⁾

Anmerkung ¹⁾ Nach § 7 Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes ist neben der freien Kur und Verpflegung die Hälfte des in § 6 daselbst festgesetzten Krankengeldes zu leisten. Wird das nach § 6 cit. zu gewährende Krankengeld gemäß § 5 Abs. 9 cit. auf zwei Drittel des Arbeitslohnes erhöht, so erhöht sich entsprechend das nach § 7 Absatz 2 zu gewährende Krankengeld auf die Hälfte von zwei Dritteln, d. i. auf ein Drittel des Arbeitslohnes.

²⁾ Nach § 21 Ziffer 3 des Krankenversicherungsgesetzes kann neben freier Kur und Verpflegung in einem Krankenhause ein Krankengeld bis zu einem Achtel des durchschnittlichen Tagelohnes auch Solchen bewilligt werden, welche nicht den Unterhalt von Angehörigen aus ihrem Lohne bestritten haben. Hiernach verhält

§ 4. Hülfskassen, welche an Stelle freier ärztlicher Behandlung und freier Arznei ein erhöhtes Krankengeld gewähren (§ 75 letzter Satz des Krankenversicherungsgesetzes), haben dem verletzten Kassenmitgliede für die im § 2 angegebene Zeit als Mehrbetrag auf Grund des § 5 Abs. 9 cit. so viel zu gewähren, als zur Erreichung von elf Zwölfteln des bei der Berechnung des Krankengeldes zu Grunde gelegten Arbeitslohnes erforderlich ist.³⁾

§ 5. Beträgt, abgesehen von dem Falle des § 4, das gesetzliche oder statutenmäßige Krankengeld, welches der Verletzte aus einer Krankenkasse allein oder aus mehreren Krankenkassen zusammen zu beanspruchen hat, bereits zwei Drittel des bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohnes oder mehr, so steht dem Verletzten aus § 5 Absatz 9 cit. ein Anspruch auf einen Mehrbetrag nicht zu. Ebenso wenig hat in diesem Falle die Krankenkasse auf Grund dieser Bestimmung einen Anspruch auf Erstattung gegen den Betriebsunternehmer.

§ 6. Bestehen Bedenken gegen den Anspruch des Verletzten auf den in § 5 Absatz 9 cit. vorgesehenen Mehrbetrag, so hat die Verwaltung der Krankenkasse dem Unternehmer desjenigen Betriebes, in welchem sich der Unfall ereignet hat, von dem Ansprüche Mittheilung zu machen und dessen Erklärung hierüber einzuholen. Können hierdurch die Bedenken nicht beseitigt werden, so hat die Verwaltung auch die Orts-Polizeibehörde sowie die Organe der beteiligten Berufsgenossenschaft um eine Äußerung zu ersuchen und nach dem Ergebnisse, vorbehaltlich der Entscheidung der für Streitigkeiten dieser Art zuständigen Behörde (§ 5 Absatz 11 a. a. D.), über den Anspruch nach bestem Ermessen zu beschließen.

§ 7. Die Auszahlung des Mehrbetrages Seitens der Krankenkasse hat in der gleichen Weise und an denselben Zahlterminen zu erfolgen, welche für das gesetzlich oder statutengemäß zu gewährende Krankengeld bei der Kasse eingeführt sind.

§ 8. Die der Krankenkasse in Befolgung des § 5 Absatz 9 cit. erwachsene Mehrausgabe an Krankengeld ist ungesäumt nach der Wiederherstellung des verletzten Kassenmitgliedes, nach dem etwa erfolgten Ableben

sich das dem alleinstehenden Verletzten höchstens zu gewährende Krankengeld zu dem Krankengeld, welches beim Vorhandensein von Angehörigen gemäß § 7 Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes zu gewähren ist, wie 1 zu 2. Wird nun das letztere Krankengeld gemäß der vorstehenden Anmerkung von $\frac{1}{4}$ auf $\frac{1}{2}$ des Arbeitslohnes erhöht, so erhöht sich im gleichen Verhältnis das dem alleinstehenden Verletzten zu gewährende Krankengeld von $\frac{1}{8}$ auf $\frac{1}{4}$ des Arbeitslohnes.

³⁾ Da nach § 5 Abs. 9 cit. das Krankengeld von $\frac{1}{2}$ auf $\frac{2}{3}$, also um $\frac{1}{6}$ zu erhöhen ist, so erhöht sich der im § 75 letzter Satz des Krankenversicherungsgesetzes bestimmte Mindestbetrag von $\frac{1}{12}$ auf $\frac{1}{6}$ des Arbeitslohnes, so daß die Stelle freier Kur vertritt, um $\frac{1}{6}$, mithin auf $\frac{1}{12}$.

desselben, beziehungsweise nach Ablauf der dreizehnten Woche nach Eintritt des Unfalls bei dem Unternehmer desjenigen Betriebes, in welchem der Unfall sich ereignet hat, zur Erstattung zu liquidiren.

§ 9. Der Liquidation ist das nachstehende Formular zu Grunde zu legen.

§ 10. Bei Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen und bei Knappschaftskassen kann abweichend von den Bestimmungen in §§ 8 und 9 die Liquidation nach freier Vereinbarung zwischen den Betriebsunternehmern und den Kassenverwaltungen auch in bestimmten Zwischenräumen und für mehrere Kassenmitglieder gemeinschaftlich erfolgen.

Berlin, den 30. September 1885.

Das Reichs-Versicherungsamt.

Vödker.

Liquidation

auf Grund

des § 5 Absatz 9 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884,

Krankenkasse (Name, Art, Sig): _____

Aufsichtsbehörde (Name, Sig): _____

| | |
|---|---|
| 1) Betrieb, in welchem sich der Unfall ereignet hat; Name des Unternehmers (Firma); genaue Ortsangabe (eventuell Straße und Hausnummer): | |
| 2) Vor- und Zuname des verletzten Kassenmitgliedes: | |
| Wohnort, Wohnung: | |
| 3) Datum des Unfalls: | |
| 4) a. der Wiederaufnahme der Arbeit, oder
b. des erfolgten Ablebens, oder
c. des Ablaufs der dreizehnten Woche nach Eintritt des Unfalls: | zu a: _____
zu b: _____
zu c: _____ |
| 5) Anzahl der Tage, für welche dem Verletzten vom Beginn der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls bis zur Wiederherstellung (bis zum etwa erfolgten Ableben, beziehungsweise bis zum Ablauf der dreizehnten Woche) Krankengeld gezahlt werden ist: | |

- 6) Betrag des
- a. der Berechnung des Krankengeldes zu Grunde gelegten täglichen Arbeitslohnes .. M. . . Pf.
 - b. (gesetzlichen, statutenmäßigen) Krankengeldes für den Tag .. M. . . Pf.
 - c. auf Grund des § 5 Absatz 9 des Unfallversicherungsgesetzes für den Tag gewährten Krankengeldes M. . . Pf.

7) Berechnung. — Das verletzte Rassenmitglied hat vom Beginn der fünften Woche seit Eintritt des Unfalles an Krankengeld insgesamt empfangen: und zwar für ... Tage (vergl. Ziffer 5) à .. M. . . Pf. (vergl. Ziffer 6c.), zusammen .. M. . . Pf.

Dem Rassenmitgliede stand für die gleiche Zeit (gesetzlich) (statutenmäßig) zu und zwar für ... Tage (vergl. Ziffer 5) à .. M. . . Pf. (vergl. Ziffer 6b), zusammen .. M. . . Pf.

Mehrausgabe, welche der Kasse vom Betriebsunternehmer zu erstaten ist M. . . Pf.

8) Bemerkungen:

Auf Grund des § 5 Absatz 9 des Unfallversicherungsgesetzes werden Ew. _____ zufolge Beschlusses des Rassenvorstandes vom _____ erbenst ersucht, der unterzeichneten Kasse zu Händen des Herrn _____ die vorstehend begründete Mehrausgabe zum Betrage von (in Buchstaben) .. M. . . Pf. bis zum _____ gefälligst erstatten zu wollen.

Ort und Datum _____

Unterschrift:

An

Den vorstehend liquidirten Betrag von .. M. . . Pf. erhalten.

Ort und Datum:

Unterschrift:

Zur Beachtung.

Nach § 5 Absatz 9 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 ist von Beginn der fünften Woche nach Eintritt des Unfalles bis zum Ablauf der dreizehnten Woche das Krankengeld, welches den durch einen

Betriebsunfall verletzten Personen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes gewährt wird, auf mindestens zwei Drittel des bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohnes zu bemessen. Die Differenz zwischen diesen zwei Dritteln und dem gesetzlich oder statutenmäßig zu gewährenden niedrigeren Krankengeld ist der beteiligten Krankenkasse (Gemeinde-Krankenversicherung) von dem Unternehmer desjenigen Betriebes zu erstatten, in welchem der Unfall sich ereignet hat.

Streitigkeiten, welche aus Anlaß der vorstehenden Bestimmung unter den Beteiligten entstehen, sind nach Maßgabe des § 5 Absatz 11 a. a. O. und des § 58 Absatz 1 des Krankenversicherungsgesetzes von der für die Krankenkasse zuständigen Aufsichtsbehörde zu entscheiden.

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, dem Forstassen-Rendanten Richter zu Alt-Ruppin bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter „Rechnungsrath“ beizulegen.

Der Katasterassistent Proelß zu Potsdam ist vom 1. November d. J. ab als Katasterkontrolleur nach Dortmund, Regierungsbezirk Arnsberg, versetzt.

Der Katastersupernumerar Bertram zu Potsdam ist für die Zeit vom 1. November d. J. ab zum Katasterassistenten bei der königlichen Regierung daselbst ernannt worden.

Die durch die Pensionirung des Forstassen-Rendanten Richter erledigte Forstrendantenstelle zu Alt-Ruppin wird vom 4. November d. J. ab bis auf Weiteres durch den Regierungs-Civil-Supernumerar Jonas commissarisch verwaltet.

Der bisherige Regierungs-Militair-Supernumerar Siegmund ist zum Regierungs-Hauptassistenten ernannt worden.

Bei der königlichen Ministerial-Bau-Kommission zu Berlin sind im Laufe des 3. Kalender-Quartals d. J. die Bauführer: 1) Friedrich Wilhelm Schliebs, 2) Jan Lukas Janßen, 3) Franz Eberhard Rudolf Bender, 4) Karl August Willers Jessen, 5) Karl Wilhelm Paul Bertram, 6) Friedrich Klingholz, 7) Karl Wilhelm Schiefeler, 8) Ernst Gottlob Fischer, 9) Karl Leopold Beder, 10) Paul Otto Pries, 11) Gustav Otto Kaiser vereidigt worden.

Der frühere Sergeant Hermann Lange ist als Aufseher bei der Strafanstalt zu Brandenburg angestellt worden.

Der bisherige Prediger an St. Gertrud in Stettin Eugen Gustav Schröke ist zum dritten Prediger bei der Evangelischen Gemeinde der St. Marius-Kirche in Berlin, Diözese Berlin I., bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Sauerzweig Gabriel Schmidt zu Triebel N./A. ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Zaake, Diözese Wittstock, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Paul Wilhelm Karl Maximilian Runge ist zum Diaconus bei der Evan-

gelischen Gemeinde der St. Johannis-Baptist-Kirche in Berlin, Diözese Berlin II., bestellt worden.

Die Lehrerinnen Ebel, Streibelein, Hübner, Bey, Benede, Bredow, Unterberger, Maasberg, Sadewasser, Born, Münde, Raedisch, Freidank, Kleine sind als Gemeindefchullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Hauscke und Meyer sind als Gemeindefchullehrer in Berlin angestellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Erlebigte Kreiswundarztstelle.

Die mit einem jährlichen Gehalte von 600 Mark verbundene Kreiswundarztstelle des Kreises Czarnikau ist sofort zu besetzen. Geeignete Bewerber fordern wir auf, sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufes binnen 4 Wochen bei uns zu melden.

Bromberg, den 22. Oktober 1885.

Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

Abhaltung der Gerichtstage in Velten.

In dem Geschäftsjahr 1886 werden die Gerichtstage wie bisher in dem Gastwirth Seeler'schen Grundstück in Velten abgehalten werden und zwar:

im Januar am 14. und 15., im Februar am 17. und 18., im März am 17. und 18., im April nur am 14., im Mai nur am 12., im Juni nur am 17., im Juli nur am 12., im September am 17. und 18., im Oktober am 14. und 15., im November am 17. und 18., im Dezember am 15. und 16.

Spandau, den 27. Oktober 1885.

Der aufsichtsführende Richter
des hiesigen Königl. Amtsgerichts.

Abhaltung von Gerichtstagen zu Alte-Grund.

Die Gerichtstage zu Alte-Grund werden in dem fiskalischen Beamtenhause zu Alte-Grund — Kallberge Müdersdorf — im Jahre 1886 am:

15., 16. Januar, 12., 13. Februar, 12., 13. März, 16., 17. April, 14., 15. Mai, 18., 19. Juni, 9., 10. Juli, 24., 25. September, 15., 16. Oktober, 5., 6. November, 26., 27. November, 17., 18. Dezember
abgehalten werden.

Alt-Landsberg, den 30. Oktober 1885.

Königl. Amtsgericht.

Geschenke an Kirchen etc.

Bei dem königlichen Konsistorium der Provinz Brandenburg sind in neuerer Zeit folgende an Kirchen etc. im Regierungsbezirke Potsdam gemachten Geschenke zur Anzeige gebracht worden:

Diözese Potsdam I. Der Kirche zu Bornstedt: eine altdeutsche aus Tyrol stammende Hausinschrift (Gegenswunsch auf Holztafel) für die Sakristei von J. R. R. Hohzeiten den Kronprinzipaligen Herrschaften.

Diözese Beelitz. a. Der Kirche zu Elsholz: 2 Altarteppiche von 1) Apotheker Krumholz in Potsdam, 2) Landgerichtsrath Krumholz in Potsdam, 3) Dir. Krumholz in Neusalz a./D.; b. Der Kirche zu Fresdorf: 1 weißleinenen Altardecke mit gestickter Vorte

von einer ungenannten Geberin; c. Der Kirche zu Schlunendorf: 1 schwarzwollene Taufsteindecke von einer ungenannten Geberin.

Diözese Beeskow. Der Kirche zu Cossenblatt: 1 Altarteppich von Frau Rittergutsbesitzer Buchholz auf Schloß Cossenblatt. 10 Mark für Anschaffung einer Taufkanne von Frau Rittergutsbesitzer Buchholz.

Diözese Belgig. Der Kirche zu Mörz: Geschenk von 300 Mark von Schneidermeister Haseloff und Frau.

Diözese Belgig. Der Kirche zu Buchholz: Bekleidung für Altar, Kanzel, Taufstein, Lesepult, bestehend aus schwarzem Tuch mit Silberfransen und -Borten, sowie mit Kreuzen; 1 Altarbibel nebst dazu gehörigem Pult und entsprechender Bekleidung; 2 Vasen für den Altar, versilberter Fuß mit Glasfisch, gefüllt mit künstlichen Blumen; 2 Altarkerzen, sowie 15 Kerzen für den Kronleuchter; 1 Teppich für den Altar und Altarraum; Reparatur des Altartritts; Neuanstrich und Neuvergoldung des Crucifixes vom Ortschulzen und Kirchenältesten Altkrüger.

Diözese Bernau. a. Der Kirche zu Basdorf: 1 Teppich für den Altarraum von jungen Leuten aus der Gemeinde; b. Der Kirche zu Sydow: 1 Oelbild, die heilige Familie darstellend, Copie nach dem gleichnamigen Bilde von Palma il Vecchio; die Asphaltilierung des Fußbodens der Kirche vom Patron, Rittergutsbesitzer Gravenstein; c. Der Kirche zu Wandlig: 1 Kronleuchter in Renaissance-Styl zu 6 Kerzen und 3 neue Aufhängeketten von der Gemeinde.

Diözese Neustadt-Brandenburg. a. Der St. Katharinen-Kirche zu Brandenburg: 1 Kanzelbibel vom Buchbindermeister Wedepohl; b. Der Kirche zu Regen: 1 Abendmahls-Kelch aus Bronze mit echter Silberplattirung und innen echter Vergoldung von den Geschwistern Baaz; c. Der Kirche zu Raedel: die k. Staatsanleihe N^o 64708 über 150 Mark zur Erleuchtung der Kirche von einem Ungenannten.

Diözese Osn.-Land. a. Der Kirche zu Brüg: 2 Kirchenfenster im Altarraum aus farbigem Glase im Plein-Muster mit dem Motive: „Kreuz und Passionsblume“; 1 Altar-Ueberdecke von weißleinenen Gaze mit goldschmuckender Spitze von der Patronin, Frau Rittergutsbesitzer Bertha Brede. 300 Mark zu einem Traubibelfonds vom Rittergutsbesitzer und Lieutenant b. R. E. Brede; b. Der Kirche zu Tempelhof: 2 Kupferstiche „Luther“ und „Melanchthon“ von der Gemeinde. 16 vierarmige bronzene Wandleuchter mit Krystall-Verloques von Frau Rentier Mohrbed.

Diözese Dahme. a. Der Kirche zu Gebersdorf: 1 schwarzwollene Altar-Decke mit spanischen Spitzen vom Freistrl. v. Kleist i./G.; b. Der Kirche zu Budow: 2 gläserne Vasen mit trockenen Bouquets von einem Ungenannten; c. Der Kirche zu Dahme: 30 Mark zur Verwendung für kirchliche Zwecke von einem Ungenannten.

Diözese Potsdam I. Der Kirche zu Bornstedt: zwei Cocos-Läufer für die Sitzplätze der Männer im Haupt-

schiffe der Kirche (je 45 Fuß lang) vom Königl. Hof-Frotteur Schwend auf dem Drachenberg bei Bornstedt. Copie (Delbild) von Corregio's „Schweigtuch der Veronica“ im Museum zu Berlin für den kleinen geschnittenen Heiligenschein in der Sakristei vom Hof-Malermeister André jun. in Potsdam.

Diözese Prenzlau I. Der Kirche zu Schönwerder: eine große silberplattirte, inwendig vergoldete Abendmahls-Kanne vom Bauerhofsbesitzer und Schulvorsteher Wilhelm Rühl daselbst.

Diözese Prenzlau II. Der Kirche zu Baumgarten: eine Abendmahlskanne von Neusilber, außen verfilbert, innen vergoldet, von einem Gemeindegliede.

Diözese Spandau. Der Kirche zu Staaken: 1 Belum mit Silberstickerei von Frau Bauer-Altfirger Euen und Frau Bauer-Altfirger Bafel geb. Euen.

Diözese Buxtehude a./D. Der Kirche zu Ganger: 40 Mark zur Anschaffung eines Altarteppichs vom Rittergutsbesitzer D. v. Rohr.

Diözese Königs-Buxtehude. Der Kirche zu Groß-Kienitz: ein Teppich für den Altartritt und Altarraum von Frau Krüger daselbst. 2 blauweiße, seidene damascirte und mit goldenen Franzen versehene Tücher über die Altararme von der Ehefrau des Bauern Carl Krüger I.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr.
Zahl. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Bestrafung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|--|--|--|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1 | Franz Habicht,
Dienstknecht, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:
geboren am 18. Juni 1853 zu Strachwitz-
thal, Bezirk Troppau,
Oesterreich.-Schlesien,
ortsangehörig zu Groß-
Kunzendorf, Bezirk
Freiwalbau, ebenda-
selbst, | schwerer Diebstahl im
wiederholten Rückfall,
(3 Jahre Zuchthaus
laut Erkenntnis vom
27. September 1882), | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 27. Juli
1885. |
| 2 | Melchior Mielschke,
Fleischergeselle, | geboren im Juni 1845
zu Seretynik, Gou-
vernement Kowno,
Rußland, ortsange-
hörig zu Wojciechowiec,
Rußisch-Polen, | schwerer Diebstahl (fünf-
Jahre Zuchthaus laut
Erkenntnis vom 24. Fe-
bruar 1874), | Königlich Preussische
Regierung zu Posen, | 29. August
1885. |
| 1 | Johann Georg
Bulling,
Tagner, | b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:
geboren im August 1817
zu Wiesweiler, Kreis
Saargemünd, Elsaß-
Lothringen, durch
Option Franzose, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 2. Oktober
1885. |

(Hierzu Vier Öffentliche Anzeigen.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. B. Gays'schen Erben (G. Gays, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 46.

Den 13. November

1885.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Turnlehrerinnen-Prüfung.

32. Nachstehende

Bekanntmachung:

Zur Ausbildung von Turnlehrerinnen wird auch im Jahre 1886 ein dreimonatlicher Kursus in der Königl. Turnlehrer-Bildungsanstalt zu Berlin abgehalten werden. Termin zur Eröffnung desselben ist auf Freitag, den 2. April k. J., anberaumt worden.

Für die Anmeldung gelten die Bestimmungen vom 24. November 1884, welche in dem Central-Blatte für die Unterrichts-Verwaltung pro 1885 Seite 211, sowie in den Amtsblättern der Königl. Regierungen veröffentlicht worden sind, und von welchen diese Behörden, sowie die Königl. Provinzial-Schulkollegien auf Antrag besondere Absdrücke mittheilen können.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerberinnen sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde spätestens bis zum 1. Februar k. J., Meldungen anderer Bewerberinnen unmittelbar bei mir spätestens bis zum 15. Februar k. J. unter Einreichung der in Nr. 4 der erwähnten Bestimmungen bezeichneten Schriftstücke anzubringen.

Berlin, den 28. Oktober 1885.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage: gez. Greiff.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 6. November 1885.

Königl. Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Ausreichung der Zinscheine Reihe IX. zu den Prioritäts-Obligationen Serie I, II. und III. der Niederschlesisch-Märkischen-Eisenbahn

33. Die Zinscheine Reihe IX. Nr. 1 bis 8 zu den Prioritäts-Obligationen Serie I, II. und III. der Niederschlesisch-Märkischen-Eisenbahn über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1886 bis 31. Dezember 1889 nebst den Anweisungen zur Abhebung der Reihe X. werden vom 14. Dezember d. J. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hiersebst, Dranienstraße 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Haupt-

fassen, sowie durch die Kreiskasse in Frankfurt a./M., bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechnigten Zinscheinanweisungen mit einem Verzeichniss zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserl. Postamt Nr. 2 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Einreicher der Zinscheinanweisungen eine nummerierte Marke als Empfangsbcheinigung, so ist das Verzeichniss einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbcheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinscheine zurückzugeben.

Im Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinscheine durch eine der oben genannten Provinzialkassen beziehen will, hat derselben die Zinscheinanweisungen mit einem doppelten Verzeichniss einzureichen. Das eine Verzeichniss wird, mit einer Empfangsbcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Ausbändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Prioritäts-Obligationen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheinreihe nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Prioritäts-Obligationen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzialkassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Schließlich machen wir darauf aufmerksam, daß in Zukunft 20 Stück Zinscheine für einen Zeitraum von zehn Jahren und nicht mehr 8 Stück Zinscheine für 4 Jahre werden ausgereicht werden und daß die den Zinscheinen Reihe IX. jetzt beigegebene Anweisung zur Abhebung der Zinscheine Reihe X. eine dementsprechende Fassung erhalten hat.

Berlin, den 2. November 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß Formulare zu den

Verzeichnissen von unserer Hauptkasse, den Königl. Kreis- und Forstkassen und Haupt-Steuer-Ämtern bezogen werden können.

Potsdam, den 6. November 1885.

Königl. Regierung.

Bekanntmachungen des Königl. Regierung-Präsidenten.

Die Concessions-Urkunde und Statuten der Mannheimer Rückversicherungs-Gesellschaft zu Mannheim betreffend.

250. Diesem Stück des Amtsblatts ist die unterm 7. Juli d. J. von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe für die Mannheimer Rückversicherungs-Gesellschaft zu Mannheim zum Transportversicherungsgeschäftsbetriebe in Preußen ausgefertigte Concession nebst Statuten in einem Druckeremplar als Extrabeilage beigelegt, worauf hierdurch aufmerksam gemacht wird.

Potsdam, den 7. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die vereinigte Bäcker-, Conditoren- und Pfefferkuchler-Innung zu Oberberg i. M. betreffend.

251. Auf Grund des § 100e. Ziffer 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung vom 18. Juli 1881 und der Ausführungs-Anweisung hierzu vom 9. März 1882 Ziffer I. 1 a. 2 bestimme ich hierdurch für den Bezirk der „vereinigten Bäcker-, Conditoren- und Pfefferkuchler-Innung zu Oberberg i. M.“, daß

diesemjenigen Arbeitgeber, welche ein in dieser Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören, vom 1. Januar 1886 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Ich bringe dies mit dem Bemerkten zur Kenntniß, daß der Bezirk der gedachten Innung die Gemeinde Oberberg i. M. den Amtsgerichtsbezirk Oberberg i. M., den Kreis Angermünde, sowie die Gemeinden Pöpe,

255.

Nachweisung der Markte. 2c.

| Kaufende Nr. | Namen der Städte | Getreide | | | | | | | | | | | Uebrige Markt | | |
|--------------|------------------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------------|--------|------------|------------|------------|--------|---------------|--------------|--|
| | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | | Es | | |
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer | Erbsen | Speisebohnen | Linien | Kartoffeln | Nichtstroh | Krummstroh | Heu | Rindfleisch | | |
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | von der Keule | Bauchfleisch | |
| 1 | Angermünde | 15 08 | 13 14 | 12 56 | 13 29 | 25 — | 31 — | 30 20 | 3 75 | 3 75 | 2 50 | 4 — | 1 40 | 1 10 | |
| 2 | Beeskow | — | 13 56 | 14 33 | 14 67 | 30 — | 45 — | 50 — | 3 40 | 4 — | — | 6 50 | 1 30 | 1 20 | |
| 3 | Bernau | 16 — | 13 53 | 14 13 | 14 48 | 29 — | 36 — | 39 — | 4 05 | 4 44 | — | 5 25 | 1 25 | 1 10 | |
| 4 | Brandenburg | 15 70 | 13 85 | 13 35 | 14 86 | 25 — | 27 — | 36 — | 2 60 | 3 50 | — | 4 50 | 1 20 | 1 — | |
| 5 | Dahme | 15 55 | 13 39 | 12 80 | 13 78 | 40 — | 50 — | 50 — | 2 — | 3 50 | 2 — | 7 50 | 1 — | 1 — | |
| 6 | Eberswalde | 16 60 | 13 67 | 16 60 | 15 67 | 23 — | 27 — | 31 — | 2 61 | 4 — | — | 4 — | 1 20 | 1 — | |
| 7 | Friesack | — | 13 50 | — | 15 — | 28 — | 32 — | 38 — | 2 60 | 3 50 | — | 4 — | 1 30 | 1 05 | |
| 8 | Havelberg | 15 — | 13 05 | 13 35 | 12 83 | 17 50 | 34 — | 35 — | 2 75 | 2 65 | 2 — | 3 — | 1 10 | 1 — | |
| 9 | Jüterbog | 15 75 | 14 50 | 14 — | 14 25 | 30 — | 32 — | 42 — | 3 — | 3 50 | — | 6 — | 1 20 | 1 10 | |
| 10 | Luckenwalde | 15 88 | 14 57 | 13 36 | 13 99 | 33 — | 35 — | 45 — | 3 05 | 3 75 | — | 4 50 | 1 20 | 1 20 | |
| 11 | Perleberg | 15 42 | 13 75 | 13 — | 13 34 | 15 67 | 33 — | 43 — | 3 51 | 4 60 | — | 4 — | 1 40 | 1 10 | |
| 12 | Potsdam | 16 17 | 13 88 | 15 83 | 15 19 | 28 — | 34 — | 38 — | 3 21 | 4 13 | — | 4 26 | 1 40 | 1 10 | |
| 13 | Prenzlau | 14 62 | 12 78 | 12 66 | 12 67 | 25 — | 33 50 | 38 — | 3 83 | 4 — | 3 — | 4 — | 1 30 | 1 — | |
| 14 | Prigwall | 15 — | 12 80 | 13 — | 12 36 | 15 — | 30 60 | 31 80 | 2 80 | 3 20 | 2 75 | 3 23 | 1 30 | 1 06 | |
| 15 | Rathenow | 14 75 | 13 25 | 13 50 | 14 25 | 30 — | 31 — | 38 — | 2 65 | 2 25 | — | 3 50 | 1 40 | 1 20 | |
| 16 | Neu-Ruppin | 17 — | 13 40 | 13 60 | 14 42 | 32 — | 32 — | 42 — | 2 87 | 4 — | — | 5 — | 1 35 | 1 10 | |
| 17 | Schwedt | 17 50 | 13 70 | 13 — | 14 55 | 33 33 | 40 — | 33 33 | 3 — | 3 60 | — | 5 — | 1 40 | 1 20 | |
| 18 | Spandau | — | 14 32 | 13 83 | 16 12 | 24 50 | 35 — | 32 50 | 3 75 | 3 75 | — | 3 75 | 1 40 | 1 20 | |
| 19 | Strausberg | 16 10 | 13 88 | 14 20 | 16 60 | 25 — | 30 50 | 35 — | 3 — | 6 — | — | 7 — | 1 20 | 1 10 | |
| 20 | Teltow | 16 18 | 13 59 | 14 31 | 14 46 | 29 — | 33 — | 40 — | 4 19 | 4 89 | — | 5 — | 1 29 | 1 08 | |
| 21 | Templin | 15 — | 14 — | 13 — | 13 — | 17 — | 40 — | 40 — | 3 — | 3 — | — | 5 — | 1 20 | 1 — | |
| 22 | Treuenbriezen | 15 68 | 14 02 | 12 73 | 14 — | 26 — | 26 — | 30 — | 2 78 | 3 22 | — | 3 72 | 1 20 | 1 — | |
| 23 | Wittstock | 15 30 | 12 58 | 12 50 | 12 72 | 13 51 | 30 — | 34 — | 2 29 | 3 — | 2 — | 3 50 | 1 03 | 93 | |
| 24 | Wriezen a. D. | 15 18 | 13 08 | 13 73 | 13 50 | 22 — | 28 — | 34 — | 3 01 | 3 — | 2 — | 4 50 | 1 30 | 1 10 | |
| Durchschnitt | | 15 69 | 13 57 | 13 62 | 14 17 | — | — | — | 3 07 | 3 72 | — | 4 61 | — | — | |

Potsdam, den 9. November 1885.

Niederfinow, Lunow und Hohensaathen des Kreises Angermünde und die Gemeinden Bralig, Neuenhagen, Hohen-Wugen und Neu-Gliegen des Kreises Königsberg N./O. umfaßt.

Potsdam, den 4. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Betrifft Vice-Konsulat für Peru.

252. Hiermit bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß Herr Emil Braß zu Berlin, Stechbahn Nr. 2, zum Vice-Konsul für die Republik Peru in Berlin ernannt und demselben das Exequatur erteilt worden ist.

Potsdam, den 7. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Konzession zur Auswanderungs-Beförderung betreffend.

253. Die dem Assistenten des Norddeutschen Lloyd in Bremen, H. Peters, unter dem 19. April 1877 erteilte Konzession zur Betreibung des Geschäfts der Auswanderer-Beförderung innerhalb des Preussischen

Staates mit Ausnahme der Provinz Hannover ist unter den bisherigen Bedingungen und unter dem Vorbehalte des Widerrufs auf die Beförderung von Auswanderern nach Ostasien und Australien ausgedehnt. Die von demselben bestellte Kautions haftet auch für diesen Geschäftsbetrieb.

Potsdam, den 5. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Apothekergehülfsen-Prüfung betreffend.

254. Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 23. Januar d. J. im Amtsblatt Stüd 5 Seite 33 bringe ich hiermit zur Kenntniß, daß ich an Stelle des verstorbenen Herrn Hofapothekers Hoffmann den Herrn Apotheker Scheinert hiersebst zum Mitgliede der Apothekergehülfsenprüfungs-Commission für die Jahre 1885 bis 1887 ernannt habe.

Potsdam, den 4. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Preise im Monat Oktober 1885.

| Artikel | | | | | | Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------|------------------|------------------|---------------|--------|--------|---|------------------|---------------|--------|----------------------|------------|-------|------------|---|--------|---------|-------------------------------|--|--|
| Kostet je 1 Kilogramm | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | |
| Schweine-
fleisch | Kalb-
fleisch | Lamm-
fleisch | Geflü-
gel | Butter | Eier | Weizen | | Gersten-
z | | Buchweizen-
grüße | Hafergrüße | Hirse | Reis, Java | Java-Kaffee
mittler gelber
in gebr.
Bohnen | | Schmalz | Schweine-
schmalz, hiesig. | | |
| M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | Weizen
Nr. 1. | Weizen
Nr. 1. | Gerste | Gerste | Buchweizen-
grüße | Hafergrüße | Hirse | Reis, Java | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | | |
| 1 25 | 90 | 1 10 | 1 77 | 2 30 | 4 24 | 35 | 25 | 55 | 40 | 45 | 55 | 60 | 50 | 2 40 | 3 | 20 | 1 85 | | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 80 | 2 30 | 3 60 | 40 | 30 | 60 | 60 | 65 | 80 | 60 | 65 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 20 | 1 25 | 1 20 | 1 70 | 2 25 | 3 24 | 40 | 25 | 45 | 50 | 50 | 40 | 60 | 45 | 2 80 | 2 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 10 | 90 | 1 10 | 1 80 | 2 40 | 3 52 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 45 | 50 | 50 | 2 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 | 70 | 1 | 2 | 2 | 2 80 | 32 | 26 | 60 | 60 | 40 | 40 | 50 | 50 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 40 | | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 80 | 2 40 | | 28 | 26 | 60 | 60 | 50 | | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 25 | 90 | 1 25 | 1 80 | 2 40 | 3 20 | 38 | 28 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 3 | 3 30 | 20 | 1 80 | | |
| 1 20 | 1 10 | 1 10 | 1 60 | 2 30 | 3 | 40 | 30 | 80 | | 60 | 65 | 60 | 60 | 3 80 | 3 80 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 1 80 | 2 40 | 3 20 | 25 | 19 | 60 | 50 | 70 | 70 | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 10 | 85 | 1 20 | 1 60 | 2 30 | 3 10 | 36 | 24 | 50 | 40 | 40 | 60 | 40 | 63 | 2 60 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 30 | 1 15 | 1 15 | 1 95 | 1 99 | 3 | 50 | 36 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 55 | 3 40 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 30 | 1 19 | 1 20 | 1 60 | 2 16 | 3 80 | 30 | 26 | 50 | 50 | 45 | 45 | 45 | 50 | 2 50 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 10 | 1 | 1 10 | 1 70 | 2 31 | 3 50 | 28 | 24 | 60 | 50 | 60 | 60 | 60 | 70 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 05 | 90 | 1 | 1 69 | 1 93 | 2 79 | 22 | 18 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 40 | 1 | 1 20 | 1 80 | 2 60 | 3 75 | 24 | 20 | 40 | 40 | 45 | 40 | 50 | 60 | 2 80 | 3 40 | 20 | 2 | | |
| 1 20 | 1 05 | 1 20 | 1 70 | 2 24 | 4 | 30 | 24 | 50 | 50 | 60 | 50 | 50 | 60 | 3 | 3 40 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 2 | 2 | 4 | 30 | 25 | 60 | 40 | 40 | 60 | 50 | 70 | 2 80 | 3 60 | 20 | 2 | | |
| 1 30 | 1 25 | 1 20 | 1 60 | 2 20 | 4 40 | 35 | 25 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 3 60 | 40 | 26 | 55 | 50 | 45 | 60 | 50 | 60 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 40 | | |
| 1 26 | 1 25 | 1 21 | 1 79 | 2 22 | 3 32 | 50 | 40 | 70 | 60 | 50 | 60 | 50 | 63 | 3 20 | 3 60 | 20 | 1 80 | | |
| 1 20 | 60 | 1 | 1 60 | 2 40 | 3 80 | 33 | 28 | 55 | 55 | 50 | 60 | 60 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |
| 1 20 | 90 | 1 20 | 1 80 | 2 20 | 3 20 | 30 | 22 | 50 | 40 | 40 | 60 | 30 | 50 | 3 | 3 40 | 20 | 1 80 | | |
| 1 11 | 77 | 1 | 1 80 | 2 07 | 3 09 | 26 | 20 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 2 40 | 2 80 | 20 | 1 60 | | |
| 1 15 | 1 10 | 1 15 | 1 60 | 2 20 | 3 64 | 21 | 20 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | |

Der Regierungs-Präsident.

| Datum. | Berlin. | | Spandau. | | Potsdam. | Baumgartenbrück. | Brandenburg. | | Rathenow. | | Havelberg. | Mauerbrücke. |
|--------|------------|-------------|------------|-------------|----------|------------------|--------------|-------------|------------|-------------|------------|--------------|
| | Ober-N. N. | Unter-N. N. | Ober-N. N. | Unter-N. N. | | | Ober-N. N. | Unter-N. N. | Ober-N. N. | Unter-N. N. | | |
| | Wasser. | Wasser. | Wasser. | Wasser. | | | Wasser. | Wasser. | Wasser. | Wasser. | | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. |
| 1 | 32,10 | 30,64 | 2,28 | 0,62 | 0,86 | 0,40 | 1,90 | 0,84 | 1,32 | 0,56 | 1,02 | 1,28 |
| 2 | 32,10 | 30,66 | 2,34 | 0,44 | 0,86 | 0,39 | 1,92 | 0,84 | 1,32 | 0,56 | 1,00 | 1,28 |
| 3 | 32,10 | 30,66 | 2,32 | 0,56 | 0,84 | 0,39 | 1,92 | 0,86 | 1,32 | 0,56 | 1,00 | 1,28 |
| 4 | 32,10 | 30,66 | 2,30 | 0,56 | 0,84 | 0,39 | 1,92 | 0,84 | 1,32 | 0,56 | 1,00 | 1,28 |
| 5 | 32,10 | 30,66 | 2,28 | 0,56 | 0,84 | 0,38 | 1,90 | 0,84 | 1,32 | 0,56 | 1,00 | 1,28 |
| 6 | 32,10 | 30,66 | 2,36 | 0,42 | 0,84 | 0,39 | 1,88 | 0,82 | 1,32 | 0,56 | 1,00 | 1,28 |
| 7 | 32,10 | 30,66 | 2,34 | 0,56 | 0,84 | 0,39 | 1,88 | 0,84 | 1,32 | 0,56 | 1,00 | 1,28 |
| 8 | 32,10 | 30,66 | 2,30 | 0,58 | 0,84 | 0,40 | 1,88 | 0,86 | 1,32 | 0,56 | 1,00 | 1,28 |
| 9 | 32,12 | 30,68 | 2,28 | 0,62 | 0,84 | 0,40 | 1,86 | 0,84 | 1,32 | 0,58 | 1,00 | 1,28 |
| 10 | 32,14 | 30,68 | 2,34 | 0,58 | 0,86 | 0,41 | 1,82 | 0,80 | 1,32 | 0,58 | 1,00 | 1,28 |
| 11 | 32,14 | 30,68 | 2,34 | 0,52 | 0,84 | 0,41 | 1,90 | 0,84 | 1,32 | 0,56 | 1,00 | 1,28 |
| 12 | 32,12 | 30,68 | 2,30 | 0,56 | 0,86 | 0,39 | 1,90 | 0,84 | 1,32 | 0,56 | 1,00 | 1,28 |
| 13 | 32,14 | 30,70 | 2,30 | 0,52 | 0,86 | 0,39 | 1,90 | 0,82 | 1,32 | 0,54 | 1,00 | 1,28 |
| 14 | 32,14 | 30,70 | 2,30 | 0,60 | 0,86 | 0,40 | 1,90 | 0,80 | 1,32 | 0,54 | 1,02 | 1,28 |
| 15 | 32,14 | 30,70 | 2,28 | 0,60 | 0,86 | 0,40 | 1,90 | 0,84 | 1,32 | 0,54 | 1,02 | 1,28 |
| 16 | 32,14 | 30,70 | 2,32 | 0,56 | 0,86 | 0,41 | 1,92 | 0,84 | 1,32 | 0,54 | 1,02 | 1,28 |
| 17 | 32,14 | 30,70 | 2,36 | 0,52 | 0,86 | 0,41 | 1,94 | 0,84 | 1,32 | 0,54 | 1,02 | 1,28 |
| 18 | 32,12 | 30,70 | 2,30 | 0,60 | 0,86 | 0,41 | 1,96 | 0,84 | 1,32 | 0,52 | 1,04 | 1,28 |
| 19 | 32,10 | 30,72 | 2,28 | 0,62 | 0,88 | 0,42 | 1,94 | 0,84 | 1,32 | 0,52 | 1,06 | 1,30 |
| 20 | 32,10 | 30,74 | 2,30 | 0,52 | 0,88 | 0,43 | 1,94 | 0,84 | 1,32 | 0,54 | 1,06 | 1,30 |
| 21 | 32,10 | 30,76 | 2,34 | 0,60 | 0,88 | 0,43 | 1,96 | 0,86 | 1,32 | 0,54 | 1,06 | 1,30 |
| 22 | 32,10 | 30,74 | 2,36 | 0,56 | 0,90 | 0,44 | 1,96 | 0,86 | 1,32 | 0,54 | 1,06 | 1,30 |
| 23 | 32,10 | 30,74 | 2,36 | 0,56 | 0,90 | 0,44 | 1,98 | 0,86 | 1,32 | 0,54 | 1,06 | 1,30 |
| 24 | 32,10 | 30,76 | 2,34 | 0,56 | 0,90 | 0,44 | 1,96 | 0,84 | 1,32 | 0,54 | 1,08 | 1,28 |
| 25 | 32,10 | 30,74 | 2,36 | 0,56 | 0,90 | 0,45 | 1,96 | 0,84 | 1,32 | 0,54 | 1,08 | 1,28 |
| 26 | 32,10 | 30,74 | 2,36 | 0,56 | 0,90 | 0,45 | 1,96 | 0,84 | 1,32 | 0,54 | 1,08 | 1,28 |
| 27 | 32,10 | 30,72 | 2,38 | 0,46 | 0,90 | 0,46 | 1,98 | 0,84 | 1,32 | 0,54 | 1,08 | 1,28 |
| 28 | 32,10 | 30,72 | 2,36 | 0,60 | 0,88 | 0,46 | 1,98 | 0,84 | 1,32 | 0,54 | 1,08 | 1,28 |
| 29 | 32,10 | 30,74 | 2,34 | 0,62 | 0,90 | 0,46 | 1,98 | 0,84 | 1,32 | 0,54 | 1,08 | 1,30 |
| 30 | 32,12 | 30,76 | 2,28 | 0,66 | 0,92 | 0,47 | 1,98 | 0,86 | 1,32 | 0,56 | 1,08 | 1,30 |

Potsdam, den 10. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Betreffend Einrichtung einer Desinfektions-Station in Potsdam.
257. Nach Mittheilung des Königl. Eisenbahn-Betriebsamts Berlin-Magdeburg ist mit Genehmigung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten die Station Potsdam als Desinfektions-Station für die auf den Stationen Wannsee bis einschließlich Groß-Kreuz entladenen Viehwagen bestimmt und daselbst die zu diesem Zwecke erforderliche Anlage ausgeführt worden.
 Potsdam, den 10. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung von Ausstellungsgegenständen in Kaiserwerth.
258. Der Herr Minister des Innern hat unterm 21. v. M. der Direktion der Diaconissen-Anstalt zu Kaiserwerth die Erlaubniß erteilt, zum Besten der genannten Anstalt im Laufe dieses Jahres eine Ausstellung beweglicher Gegenstände zu veranstalten und die

zu derselben ausgehenden 13000 Loose à 50 Pf. im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertheilen.

Potsdam und Berlin, den 4. November 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Viehseuchen.

259. Die Mäuse unter den Pferden des Schlächtermeisters Kretschmer zu Schönfeld im Kreise Teltow ist erloschen.

Die Klauenseuche unter den Schweinen in Liebenwalde ist erloschen.

Der Milzbrand ist unter dem Rindvieh des Riesegutes Malchow und des Ritterguts Lanke im Kreise Niederbarnim ausgebrochen.

Potsdam, den 3. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise pro Oktober 1885.

82. A. En gros-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

In Berlin:

| | |
|---------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Weizen (gut) | 16 Mark 85 Pf. |
| " " " do. (mittel) | 15 " 95 " |
| " " " do. (gering) | 15 " 06 " |
| " " " Roggen (gut) | 13 " 94 " |
| " " " do. (mittel) | 13 " 50 " |
| " " " do. (gering) | 13 " 10 " |
| " " " Gerste (gut) | 16 " 47 " |
| " " " do. (mittel) | 14 " 07 " |
| " " " do. (gering) | 11 " 36 " |
| " " " Hafer (gut) | 15 " 96 " |
| " " " do. (mittel) | 14 " 47 " |
| " " " do. (gering) | 13 " — " |
| " " " Erbsen (gut) | 19 " 75 " |
| " " " do. (mittel) | 17 " 29 " |
| " " " do. (gering) | 14 " 84 " |
| " " " Nichtstroh | 4 " 58 " |
| " " " Heu | 5 " 17 " |

B. Detail-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

1) In Berlin:

| | |
|---------------------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen | 28 Mark 83 Pf. |
| " " " Speisebohnen (weiße) | 34 " 69 " |
| " " " Linsen | 38 " 44 " |
| " " " Kartoffeln | 4 " 06 " |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 " 23 " |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 " 06 " |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 " 20 " |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 " 24 " |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 " 19 " |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 47 " |
| " 1 " Eßbutter | 2 " 24 " |
| " 60 Stück Eier | 3 " 25 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|---------------------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen | 27 Mark 50 Pf. |
| " " " Speisebohnen (weiße) | 27 " 50 " |
| " " " Linsen | 35 " — " |
| " " " Kartoffeln | 3 " 67 " |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 " 10 " |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 " — " |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 " 30 " |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 " 10 " |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 " 10 " |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 50 " |
| " 1 " Eßbutter | 2 " 30 " |
| " 60 Stück Eier | 3 " 18 " |

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats Oktober 1885:

1) In Berlin:

| | |
|----------------------------|--------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 | 36 Pf. |
| " 1 " Roggenmehl N° 1 | 30 " |
| " 1 " Gerstengraupe | 50 " |
| " 1 " Gerstengröße | 50 " |

| | |
|----------------------------------|-------------|
| für 1 Kgr. Buchweizengröße | 50 Pf. |
| " 1 " Hirse | 50 " |
| " 1 " Reis | 60 " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 2 Mark — " |
| " 1 " " (gelb in | 3 " — " |
| " 1 " gebr. Bohnen) | 3 " — " |
| " 1 " Speisesalz | 20 " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 " 40 " |
| 2) In Charlottenburg: | |
| für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 | 50 Pf. |
| " 1 " Roggenmehl N° 1 | 30 " |
| " 1 " Gerstengraupe | 60 " |
| " 1 " Gerstengröße | 60 " |
| " 1 " Buchweizengröße | 50 " |
| " 1 " Hirse | 40 " |
| " 1 " Reis (Java) | 80 " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 2 Mark 40 " |
| " 1 " " (gelb in | 2 " 60 " |
| " 1 " gebr. Bohnen) | 2 " 60 " |
| " 1 " Speisesalz | 20 " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 " 60 " |

Berlin, den 5. November 1885.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober- Post-Direktion zu Potsdam.

Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger

54. Im Interesse der ländlichen Bevölkerung besteht die Einrichtung, daß die Landbriefträger auf ihren Bestellsängen Postsendungen anzunehmen und an die nächste Postanstalt abzuliefern haben. Jeder Landbriefträger führt auf seinem Bestellsange ein Annahmeprotokoll mit sich, welches zur Eintragung der von ihm angenommenen Sendungen mit Werthangabe, Einschreibsendungen, Postanweisungen, gewöhnlichen Paketen und Nachnahmesendungen dient. Will ein Auslieferer die Eintragung selbst bewirken, so hat der Landbriefträger demselben das Buch vorzulegen. Bei Eintragung des Gegenstandes durch den Landbriefträger muß dem Absender auf Verlangen durch Vorlegung des Annahmeprotokolls die Ueberzeugung von der stattgehabten Eintragung gewährt werden. Es wird hierauf mit dem Bemerkten aufmerksam gemacht, daß die Eintragung der Sendungen in das Annahmeprotokoll das Mittel zur Sicherstellung des Auslieferers bietet.

Potsdam, den 3. November 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheime Postrath Bahl.

Bekanntmachung der Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Versicherung von Gebäuden u. gegen Feuergefahr.

12. Der Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg ist gestattet worden, Gebäude und andere Baulichkeiten auf Grundstücken, von denen an die Rentenbank für die Provinz Brandenburg Renten zu entrichten sind, gegen Feuergefahr zu versichern. Berlin, den 26. Oktober 1885.

Königl. Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Fahrplan-Änderung für die Zweigbahn Angermünde-Schwedt.

51. Vom 15. November d. J. ab wird der auf der Zweigbahn Angermünde-Schwedt verkehrende gemischte Zug № 469 in folgendem Fahrplan abgelaufen werden: ab Angermünde 3:18, ab Mürow 3:32, ab Pinnow 3:46, ab Niederlandin 3:57, an Schwedt 4:23 Nachmittags.

Berlin, im November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Gültigkeitsdauer der Tourbillets für Erwachsene und für Kinder auf der Berliner Stadt- und Ringbahn.

52. Mit dem Ablauf des 31. Dezember d. J. verlieren die für den inneren Verkehr der Berliner Stadtbahn und der Berliner Ringbahn sowie die für den Stadtring-Verkehr bestehenden Tourbillets für Erwachsene und für Kinder einschließlich der Bündelbillets, welche mit dem Ausdruck: „Gültig bis zum 31. Dezember 1885“ versehen sind, ihre Gültigkeit. Die mit demselben Ausdruck versehenen Billets für Hunde werden mit Ablauf des bezeichneten Termins ebenfalls ungültig.

Berlin, den 4. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Nachtrag VIII. zum Deutschen Eisenbahn-Güter-Tarif, Theil I 87. Der Nachtrag VIII. zum Deutschen Eisenbahn-Güter-Tarif, Theil I., findet hinsichtlich der daselbst enthaltenen Bestimmung ad 3 vom 1. November 1885 ab und hinsichtlich der Bestimmungen ad 1 und 2 vom 14. Dezember 1885 ab auch auf den Deutsch-Polnischen Verband Anwendung.

Bromberg, den 31. Oktober 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Betrifft die Station Oster der Braunschweigischen Eisenbahn.

53. Vom 1. November 1885 ab wird die Station Oster der Braunschweigischen Eisenbahn mit direkten Tariffägen in das Tarifheft № 3 des Deutsch-Polnischen Verbandes aufgenommen. Frachtfägen sind bei den Verbandstationen, sowie bei der unterzeichneten Verwaltung zu erfahren.

Bromberg, den 31. Oktober 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion,

als geschäftsführende Verwaltung.

Die Lagerung von Holz und anderen Rohmaterialien auf den Bahnhöfen betreffend.

54. Die Lagerung von Holz und anderen Rohmaterialien auf den Bahnhöfen kann, soweit hierzu Raum verfügbar ist, zum Zwecke der Ansammlung zu Wagenladungen oder zur vorübergehenden Niederlegung angekommener Wagenladungsgüter mit besonderer Genehmigung des Königl. Eisenbahn-Betriebsamts gestattet werden; das Platzgeld beträgt für je 1 qm und 10 Tage 2 Pfennige. Für Zeitbeträge unter 10 Tagen werden je volle 10 Tage und ebenso werden angefangene Quadratmeter der überwiesenen Fläche für voll berechnet. Einer Aufforderung zur Platzräumung muß binnen 3 Tagen entsprochen werden, widrigenfalls

die in den Tarifen festgesetzte gewöhnliche Lagergebühr für Lagerung der Güter im Freien in Ansatz kommt.

Bromberg, den 1. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Fahrplan-Änderung für die Bahnstrecke Berlin-Groß-Lichterfelde.

7. Vom Montag, den 9. November d. J. ab, werden die beiden Früh-Lokalzüge 252 und 253 zwischen Berlin, Südenbe und Groß-Lichterfelde wieder verkehren:

Zug № 252.

| | |
|--------------------------------|------|
| Berlin ab | 5:35 |
| Südenbe an | 5:47 |
| Groß-Lichterfelde an | 5:53 |

Zug № 253.

| | |
|--------------------------------|------|
| Groß-Lichterfelde ab | 6:0 |
| Südenbe ab | 6:6 |
| Berlin an | 6:18 |

Erfurt, den 2. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Tarifbestimmungen über die Beförderung von Kindern.

10. Mit dem 1. Januar k. J. werden, unter Aufhebung aller bisherigen bezüglich der Bestimmungen die nachstehenden neuen Tarifbestimmungen über die Beförderung von Kindern — sowohl für den Lokal-Verkehr des diesseitigen Verwaltungs-Bezirks als auch für den direkten Verkehr mit sämtlichen Deutschen Eisenbahnen — zur Einführung gebracht:

- 1) Kinder unter 4 Jahren werden frei befördert, wenn für dieselben ein besonderer Platz nicht beansprucht wird,
- 2) Kinder im Alter von 10 Jahren und darüber genießen keine Tarif-Ermäßigung,
- 3) Ein Kind im Alter von 4 bis 10 Jahren wird in allen Wagenklassen und bei allen Zugattungen zur Hälfte des Fahrpreises für Erwachsene befördert. Die Fahrpreise für Kinderbillets werden auf volle Zehnpfennig aufgerundet.
- 4) Zwei Kinder im Alter von 4 bis 10 Jahren werden in allen Wagenklassen und Zugattungen auf ein einfaches Billet der betreffenden Wagenklasse befördert,
- 5) Soweit überhaupt Freigepäd gewährt wird, werden auf ein ganzes Billet 25 kg, auf ein Billet zum halben Fahrpreise 12 kg Freigepäd zugestanden,
- 6) Die vorstehenden Bestimmungen finden sowohl auf Billets zur einfachen Fahrt als auch auf Retour-Billets, Rundreise-Billets und Billets in Form von Couponbüchern Anwendung. Für kombinierbare Rundreise-Billets gelten die dafür erlassenen besonderen Bestimmungen.

Durch die neuen Tarifbestimmungen tritt in einzelnen Fällen eine Preis-Erhöhung ein. Nähere Auskunft hierüber erteilt das diesseitige Verkehrs-Bureau hieselbst. Magdeburg, den 31. Oktober 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Rang. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum des Ausweisungs-Beschlusses. |
|-----------|---|--|--|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1 | Wladislaus Brzezinski, Arbeiter, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:
geboren am 23. April 1845 zu Czynuzniki, Gouvernement Lublin, Russisch-Polen, eben-
daselbst ortsangehörig,
wohnhaft zuletzt in
Gollup, Westpreußen, | schwerer Diebstahl (drei
Jahre Zuchthaus laut
Erkenntniß vom 31. Ok-
tober 1882), | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Marienwerder, | 12. Oktober
1885. |
| 1 | Vincenz Zbytowski,
Weber, | b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:
31 Jahre, geboren und
ortsangehörig zu In-
growiz, Mähren, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Potsdam, | 8. Oktober
1885. |
| 2 | Franz Rudolf
Werner,
Arbeiter, | geboren am 1. De-
zember 1862 zu Wien,
Oesterreich, ortsange-
hörig zu Hennersdorf,
ebendaselbst, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | derselbe, | 13. Oktober
1885. |
| 3 | Josef Schöber,
Webergeselle, | geboren 1844 zu Engels-
berg, Bezirk Freuden-
thal, Oesterreichisch-
Schlesien, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 11. Oktober
1885. |
| 4 | a. Johann
Golombek,
Schauspieler,

b. dessen Ehefrau
Anna,
geborene Minsch, | a. geboren am 24. De-
zember 1840 zu Kra-
kau, Galizien, ebenda-
selbst ortsangehörig,
b. 50 Jahre, geboren
und ortsangehörig in
Kraukau, | a. Landstreichen,

b. Diebstahl und Land-
streichen, | Königl. Preussischer
Regierungspräsi-
dent zu Oppeln, | 31. August
1885. |
| 5 | Barbara Sakalla,
Wittwe,
geborene Julewicz, | geboren im März 1841
oder 1842 zu Powo-
dawa, Bezirk Sambor,
Galizien, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 26. Septemb.
1885. |
| 6 | Die Zigeuner:
a. Anton Krause,
b. dessen Ehefrau
Pauline,
geborene Herbagky,
c. Anton Jedliczka,
d. dessen Ehefrau
Ernestine (Tina),
geborene Dolinska, | a. ca. 30 Jahre,
b. ca. 21 Jahre,

c. ca. 30 Jahre,
d. ca. 29 Jahre,
sämmlich geboren und
angehörig zu Freiberg,
Bezirk Jablonka, Oe-
sterreichisch-Schlesien, | desgleichen, | derselbe, | 6. Oktober
1885. |
| 7 | Johann Hirschbrich,
Arbeiter, | geboren am 23. August
1830 zu Alt-Reichels-
dorf, Bezirk Olbers-
dorf, Oesterreichisch-
Schlesien, ebendaselbst
ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | desgleichen. |

| Rang.
Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------|--|--|---|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 8 | Gottfried Isler,
Sattler, | geboren am 1. Mai
1862 zu Oberembrach,
Kant. Zürich, Schweiz,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Hannover, | 16. Oktober
1885. |
| 9 | Ferdinand Weiß,
Gärtnergehilfe, | geboren am 5. No-
vember 1867 zu Böh-
misch-Leipa, ortsange-
hörig zu Gills, Steier-
mark, | desgleichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Rosen-
heim, | 30. Septemb.
1885. |
| 10 | Gens Bieweile,
Bildhauer, | geboren am 11. Sep-
tember 1847 zu Oden-
see, Bezirk Laaland,
Dänemark, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Herzoglich Braun-
schweigische Kreis-
direktion Gander-
sheim, | 17. Oktober
1885. |
| 11 | Laurent Du los,
Maurer, | geboren am 1. No-
vember 1843 zu Bre-
da, Niederlande, eben-
daselbst ortsangehörig, | Diebstahl, Landstreichen,
Anzünden von Feuer an
unerlaubter Stelle, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Straß-
burg, | 16. Oktober
1885. |
| 12 | Ludwig Riß,
Blechschnied, | geboren am 3. Mai
1867 zu St. Marie,
Departement Doubs
du Rhône, Frankreich,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 18. August
1885. |
| 13 | Julius Lesbvre,
Fabrikarbeiter, | geboren am 1. März
1865 zu Amiens,
Frankreich, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 29. Septemb.
1885. |
| 14 | Eduard Perret,
Uhrmacher, | geboren am 16. Mai
1861 zu Neuchâtel,
Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | 30. Septemb.
1885. |
| 15 | Hermann Fuchs,
Schneider, | geboren am 17. Januar
1855 zu Innsbruck,
Tirol, | desgleichen, | derselbe, | 5. Oktober
1885. |
| 16 | Georg Rousse,
Maschinist, | geboren am 17. Juli
1851 zu Villefranche,
Frankreich, ortsange-
hörig zu Lyon, eben-
daselbst, | Landstreichen u. Fälschung
von Legitimationspa-
piere, | derselbe, | desgleichen. |
| 17 | Jakob Staebeli,
Metzger, | geboren am 7. Mai
1866 zu Daffersdorf,
Kant. Zürich, Schweiz,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 6. Oktober
1885. |
| 18 | Arnold Frei (Frey),
Knecht, | geboren am 30. Ok-
tober 1865 zu Gon-
tenswyl, Kanton Arg-
gau, Schweiz, ebenda-
selbst ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 19 | Benjamin Steiner,
Schuhmachergehelfe, | 21 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Tar-
now, Galizien, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Potsdam, | 23. Oktober
1885. |

| Rang. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. |
|-----------|--------------------------------------|--|----------------------------|--|-----------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1 | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 20 | Franz Dewath (Debat), Webergeselle, | geboren am 22. Januar 1848 zu Hochlig bei Hohenelbe, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam, | 23. Oktober 1885. |
| 21 | Broner Gyula, Goldarbeiter, | geboren 1861 in Waag-Bisztrig, Ungarn, ebendasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | 27. Oktober 1885. |
| 22 | Nastali Karp, Handelsmann, | geboren 1837 in Tischnin, Bezirk Rzeszow, Galizien, ortsangehörig in Horodenska, Bez. gleichen Namens, | desgleichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Frankfurt a./O., | 3. Oktober 1885. |
| 23 | Josef Bauch, Fleischer und Arbeiter, | geboren am 13. April 1846 in Jassy, Rumänien, ebendasselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 15. Oktober 1885. |

Personal-Chronik.

Die bisher von dem Forstfassenrendanten Braun zu Zehdenitz besorgten domainenfiskalischen und fiskalischen Patronats-Geschäfte in den in der Beilage zum 46. Stück des Amtsblatts de 1880 unter Nr. 42 aufgeführten Ortschaften u. des ehemaligen Amtsbezirks Liebenwalde sind mit alleiniger Ausnahme der in der Ortschaft Kreuzbruch vorkommende Geschäfte, welche der Oberförster Münnig zu Rehborn übernommen hat, dem Domainenpächter Brückner zu Hammer vom 1. Oktober d. J. ab übertragen worden.

Der versorgungsberichtigte Jäger Waldwärter Finger zu Dobbrilow in der Oberförsterei Woltersdorf ist zum Königlich. Förster ernannt und demselben die Försterstelle Caputh in der Oberförsterei Euenersdorf vom 1. Dezember d. J. ab übertragen worden.

Der bisherige Pfarrer zu Brunne, Diözese Fehrbellin, Adolf Wilhelm Otto Nathanael Gröndler ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Langenlipsdorf, Diözese Jüterbog, bestellt worden.

Der bisherige Archidiaconus Friedrich Otto Koeber in Duerfurt ist zum vierten Prediger bei der Evangelischen Gemeinde der St. Markus-Kirche in Berlin, Diözese Berlin I., bestellt worden.

Die unter magistratualischem Patronat und unter Collatur des Landesherrn stehende, und mit dem Episcopalamte der Diözese Beelitz verbundene Oberpfarrstelle zu Beelitz kommt durch die Versetzung des Oberpfarrers und Superintendents Wilke in nächster Zeit zur Erledigung.

Die Lehrer Gärtner, Trettin, Hoffmann, Jaenicke und Bloß sind als Gemeindegemeinschaftler, der

Schulamtskandidat Gudopp ist an dem Leibniz-Gymnasium als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

In Berlin ist die ordentliche Lehrerin an der Charlottenschule Anna Mantey in gleicher Eigenschaft an die Margarethenschule (höhere Mädchenschule) berufen.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats Oktober sind angestellt: als Postsekretäre die Postpraktikanten Bremer, Hedler, Münchmeyer, Jos. Schmidt, Schöne und Weber, als Kanzlisten der Postassistent Burow und der Telegraphenassistent Hollstein, als Postassistenten die Postassistenten Däslar, Hamerschmidt und Zahn;

ernannt: zu Postassistenten die Ober-Postdirektionssekretäre Colas und F. A. H. Schulze, zum Telegraphenamtsassistenten der Ober-Postdirektionssekretär von Dorries, zu Ober-Postsekretären die Postsekretäre Loschitzki und Knewel, zu Ober-Telegraphenassistenten die Telegraphenassistenten Freywald, Fröblich, Glasomersky, H. D. R. Schulz und H. H. A. Schulze;

versetzt: Postinspektor Döhning von Berlin nach Hamburg, Postassistent Röbchen von Hamburg nach Berlin, die Postsekretäre Penkel von Erfurt nach Berlin, Koclawski von Berlin nach Neumark (Westpr.), und Wagner von Berlin nach Bremen, der Ober-Postassistent Röhne von Neuhaubensleben nach Berlin und Däslar von Münsterberg nach Berlin, die Ober-Telegraphenassistenten Jos. von Berlin nach Neu-Ruppin, Gertin von Berlin nach Gleiwitz, Laubi von Berlin nach Bremen, C. A. Pietsch von Berlin nach Herlohn, Scheinmann

von Berlin nach Schwiebus, Schumann von Berlin nach Schweidnitz, und Sommer von Neu-Ruppin nach Berlin, die Telegraphenassistenten Bilecki von Berlin nach Aachen, Fortong von Berlin nach Stettin, Jankowski von Berlin nach Hildesheim, Pili von Berlin nach Gera H. J. L., W. A. Piezsch von Berlin nach Aschersleben, und Sanftleben von Berlin nach Marienburg, Westpr., die Postassistenten Frömchen von Apolda nach Berlin, Garz von Stettin nach Berlin, Günther von Dirschau nach Berlin, Heinemann von Arnberg nach Berlin, Kähler von Gützin nach Berlin, Mettenborn von Peine nach Berlin, Mietenkotte von Colmar (El.) nach Berlin, Pleisch von Schoppin nach Berlin, Poppelreuter von Call nach Berlin, Thyss von Bremen nach Berlin;
in den Ruhestand versetzt: Postsekretär Behrens, Ober-Telegraphenassistent Bürger;
entlassen: Postsekretär Höner;
gestorben: Postassistent Miram.

Personal-Veränderungen
 im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Stattmäßig angestellt sind: die Postpraktikanten Reumärker und Zahn in Prigwall als Post-Sekretaire.

Ernannt ist: der Ober-Postkasten-Buchhalter Schröder in Potsdam zum Ober-Postkastenassistenten.

Gestorben ist: der Postverwalter Brinkmann in Voigtburg (Udermark).

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Zur Neuwahl von 11 Abgeordneten und 11 Stellvertretern, welche in Gemäßheit des § 9 des Gesetzes vom 19. Juli 1861 — betreffend einige Abänderungen des Gesetzes vom 30. Mai 1820 wegen Entrichtung der Gewerbesteuer — Gesetz-Sammlung 1861, Seite 697 ff. — für die Steuerjahre vom 1. April 1886 bis Ende März 1889 die Vertheilung der Gewerbesteuer der Handelsklasse A1. im Rollenbezirke der Stadt Berlin zu bewirken haben, ist Termin auf **den 4. Dezember 1885, 5 Uhr Nachmittags**, im General-Versammlungs-Saale der hiesigen Börse (Eingang von der St. Wolfgangstraße, 1 Treppe) anberaumt worden.

Berlin, den 4. November 1885.

Der Kommissar der Königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin.
 gez. Bierbach, Regierungs-Assessor.

Bekanntmachung.

Höherer Bestimmung zufolge wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Mastenfrahn-Anlage an der Eisenbahn-Brücke bei Barby wegen ihrer äußerst geringen Benutzung Seitens der Schiffer in den letzten Jahren vom 1. April 1886 ab eingeht.

Magdeburg, den 5. November 1885.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung,
 Ober-Präsident der Provinz Sachsen von Wolff.

Abhaltung der Gerichtstage in Putlig

Während des Geschäftsjahres 1886 werden die Gerichtstage in Putlig

am 4. und 18. Januar, 1. und 15. Februar, 1. und 15. März, 5. und 19. April, 3. und 17. Mai, 7. und 21. Juni, 5. und 12. Juli, 13. und 27. September, 11. und 25. Oktober, 8. und 22. November, 6. und 20. Dezember

in dem im Rathhause zu Putlig befindlichen Gerichtshof abgehalten werden.

Prigwall, den 27. Oktober 1885.

Königl. Amtsgericht.

Abhaltung der Gerichtstage in Lehnin.

Die Gerichtstage in Lehnin für das Jahr 1886 sind auf folgende Tage festgesetzt:

den 14. und 15. Januar, den 11. und 12. Februar, den 11. und 12. März, den 15. und 16. April, den 13. und 14. Mai, den 10. und 11. Juni, den 8. und 9. Juli, den 12. und 13. August, den 16. und 17. September, den 14. und 15. Oktober, den 11. und 12. November, den 9. und 10. Dezember.

An dem ersten Gerichtstage eines jeden Monats kommen die Forstdiebstahlsachen zur Verhandlung und an jedem zweiten Gerichtstage werden Erklärungen in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit entgegen genommen.

Brandenburg a./H., den 4. November 1885.

Königl. Amtsgericht.

Abhaltung der Gerichtstage in Niemege.

An folgenden Tagen werden Gerichtstage in Niemege im Rathhause abgehalten werden und zwar für den Stadtbezirk Niemege, sowie für die Amtsbezirke Bosdorf, Dahnsdorf und Zeuden:

1) am 30. Januar, 2) am 27. Februar, 3) am 27. März, 4) am 24. April, 5) am 29. Mai, 6) am 26. Juni, 7) am 31. Juli, 8) am 25. September, 9) am 30. Oktober, 10) am 27. November und 11) am 27. Dezember 1886.

Belzig, den 5. November 1885.

Königl. Amtsgericht.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend die Concession zum Transport-Versicherungs-Geschäftsbetriebe in Preußen für die „Mannheimer Rückversicherungs-Gesellschaft“ zu Mannheim, sowie das Statut dieser Gesellschaft, ingleichen Drei Oeffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
 Beilageblätter werden der Hogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. M. Hays'schen Erben (H. Hays, Hof-Buchdrucker).

Beilage

zum

Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam.

Concession

zum

Transport-Versicherungs-Geschäftsbetriebe in Preußen für die „Mannheimer Rückversicherungs-Gesellschaft“ zu Mannheim.

Der zu Mannheim domicilirten „Mannheimer Rückversicherungs-Gesellschaft“ wird auf Grund der vorgelegten Statuten die Concession zum Geschäftsbetriebe in Preußen für die Transportversicherungsbranche unter nachstehenden Bedingungen ertheilt:

- 1) Jede Veränderung des Gesellschaftsstatuts ist anzuzeigen und bei Verlust der ertheilten Concession der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe zu unterbreiten.
- 2) Die Concession, das Statut und etwaige Aenderungen des letzteren sind in den Amtsblättern derjenigen Bezirke, in welchen die Gesellschaft durch Agenten Geschäfte betreiben will, auf Kosten der Gesellschaft zu veröffentlichen.
- 3) Die Gesellschaft hat wenigstens in einem der Preussischen Orte, in welchen sie Geschäfte betreibt, einen dort domicilirenden, zur Haltung eines Geschäftslocals verpflichteten General-Bevollmächtigten zu bestellen und wegen aller aus ihren Geschäften mit Preussischen Staatsangehörigen entstehenden Verbindlichkeiten, je nach der Wahl der Versicherten, entweder bei dem Gerichte jenes Ortes, oder im Gerichtsstande des die Versicherung vermittelnden Agenten Recht zu nehmen. Die bezügliche Verpflichtung ist in jede für Preussische Staats-Angehörige auszustellende Police aufzunehmen.

Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren mit Einfluß des Obmanns Preussische Staatsangehörige sein.

- 4) Alle Verträge mit Preussischen Staatsangehörigen sind von dem Wohnorte des in Preußen bestellten General-Bevollmächtigten, oder des Preussischen Unteragenten aus abzuschließen.
- 5) Der Königl. Landespolizeibehörde, in deren Bezirke die Geschäfts-Niederlassung sich befindet,

ist in den ersten drei Monaten jedes Geschäftsjahres von dem General-Bevollmächtigten außer der General-Bilanz eine Special-Bilanz der bezüglichen Geschäfts-Niederlassung für das verflossene Jahr einzureichen und ist in dieser Beziehung das in Preußen befindliche Activum von dem übrigen Activum gesondert aufzuführen. Der zuständigen Behörde bleibt überlassen, über Aufstellung dieser Bilanz besondere Bestimmung zu treffen. Die General-Bilanz muß eine Gegenüberstellung sämtlicher Activa und sämtlicher Passiva, letzterer einschließlich des Grund-Capitals enthalten; unter den Activis dürfen die vorhandenen Effecten höchstens zu dem Tagescours erscheinen, welchen dieselben zur Zeit der Bilanz-aufstellung haben; bloße Gründungs-, oder Verwaltungskosten dürfen nicht als Activa aufgenommen werden.

- 6) Der General-Bevollmächtigte hat sich zum Vortheil sämtlicher Gläubiger der Gesellschaft in Preußen persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung hinlänglicher Sicherheit zu verpflichten, für die Richtigkeit der eingereichten Bilanz einzustehen.

- 7) Der General-Bevollmächtigte ist verpflichtet, die von der Gesellschaft ausgehenden, oder bereits ausgegangenen, auf den Geschäftsbetrieb sich beziehenden Schriftstücke, namentlich Instructionen, Tarife, Geschäftsanweisungen, auf Erfordern des Ministers für Handel und Gewerbe, oder der Landespolizei-Behörde vorzulegen, auch alle in Bezug auf die Gesellschaft und die Niederlassung zu gebende sonstige Auskunft zu beschaffen und die betreffenden Papiere vorzulegen.

Die gegenwärtige Concession wird nur für die Transportversicherungsbranche und auch für diese nur auf so lange ertheilt, als die Gesellschaft sich auf den Betrieb dieser Branche beschränkt. Sollte sie zum Betriebe anderer Geschäftszweige übergehen, so ist dies zur Kenntniß des Ministers für Handel und Gewerbe zu bringen und die Verlängerung der Concession nachzusuchen.

Letztere kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Er-

— 2 —
messen des Ministers für Handel und Gewerbe zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

Uebrigens ist durch diese Concession die Befugniß zum Erwerbe von Grundstücken in Preußen nicht ertheilt, vielmehr bedarf es dazu in jedem einzelnen Falle der besonders nachzusuchenden ministeriellen Genehmigung.

Berlin, den 7. Juli 1885.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung:

(L. S.)

gez. v. Roellen

Statut

der

Mannheimer Rückversicherungs-Gesellschaft zu Mannheim.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Auf Grund dieses Statuts wird eine Versicherungs-Gesellschaft auf Actien gebildet.

§ 2. Dieselbe führt die Firma
Mannheimer Rückversicherungs-Gesellschaft
und hat ihren Sitz in Mannheim.

§ 3. Zweck der Gesellschaft ist die Pflege des Rückversicherungs-Geschäfts in allen seinen Branchen. Die Gesellschaft ist jedoch berechtigt, auch directe Versicherungen abzuschließen.

Ausgeschlossen sind diejenigen Branchen des Versicherungsgeschäfts, für welche die staatliche Genehmigung nach dem badiſchen Landesgesetze nothwendig ist.

§ 4. Die den Actionären zuzugebenden Entschädigungen sind in dem deutschen Reichsanzeiger bekannt zu machen.

Grundkapital.

§ 5. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 6 000 000 M., sage sechs Millionen Mark, vertheilt in 6000 auf den Namen lautende Actien à 1000 M. Es zerfällt in sechs Serien von je einer Million Mark. Mit der Ausgabe der zwei ersten Serien ist die Gesellschaft konstituiert.

Eine Erhöhung des Actienkapitals kann auch stattfinden, wenn nur 25% des Nominalbetrags auf die jeweils ausgegebenen Serien einbezahlt sind.

Die Ausgabe der beiden ersten Actien-Serien erfolgt zur Hälfte *al pari* und zur Hälfte zum Kurse von 110% bei 25% Einzahlung. Das Agio wird dem Reservefond zugewiesen.

§ 6. Die Einzahlung erfolgt in Raten. Die erste Rate beträgt 25%. Auch die folgenden Raten sollen jeweils nicht über 25% betragen.

Der Zeitpunkt der Einzahlung wird vom Aufsichtsrate in der Weise festgesetzt, daß zwischen Einforderung und Zahlung jedesmal eine Frist von mindestens zwei Monaten liegt.

§ 7. Für die zunächst nicht zur Einzahlung gelangenden 75% wird ein zwei Monate nach *Vorschau zahlbarer*, in Mannheim domizilierter Solawechsel ausgestellt.

Der hinterlegte Solawechsel ist spätestens drei Monate vor Ablauf der Verjährungszeit zu erneuern.

Der Vorstand darf die Wechsel nur nach vorheriger Zustimmung des Aufsichtsrates präsentieren lassen und ganz oder teilweise einziehen. Die Zustimmung des Aufsichtsrates wird den Wechselverpflichteten gegenüber durch eine über den Beschluß des Aufsichtsrates aufgenommene öffentliche Urkunde bewiesen.

§ 8. Die Aufforderung zur Einzahlung erfolgt gemäß § 4.

Im Falle der Verzögerung der Einzahlung kann an die säumigen Gesellschafter eine erneute Aufforderung zur Zahlung des rückständigen Betrags mit den gesetzlichen Verzugs-Zinsen unter Androhung ihres Ausschlusses mit dem Anteilsrecht erlassen werden.

Die Aufforderung erfolgt dreimal durch Bekanntmachung gemäß § 4 und unter Berücksichtigung der für die Bekanntmachungen maßgebenden Fristen des Art. 184 a des Handelsgesetzbuchs.

Ein Gesellschafter, welcher den auf die Actie zu leistenden Betrag innerhalb der durch die Aufforderung fixirten Nachfrist nicht einzahlte, wird seiner Anteilsrechte aus der Zeichnung der Actie und der geleisteten Teilzahlungen zu Gunsten der Gesellschaft verlustig erklärt. Die den Ausfluß bewirkende Erklärung erfolgt mittelst Bekanntmachung gemäß § 4. An Stelle der bisherigen Urkunde wird eine neue ausgegeben, welche außer den früher geleisteten Teilzahlungen den eingeforderten Betrag zu umfassen hat. Wegen des Ausfalls, welchen die Gesellschaft an diesem Betrag oder den später eingeforderten Beträgen erleidet, bleibt ihr der ausgeschlossene Gesellschafter verhaftet.

Soweit der ausgeschlossene Gesellschafter den eingeforderten Betrag nicht bezahlt hat, kommen ferner die Bestimmungen des Art. 184 b des Handelsgesetzbuchs in Anwendung.

Die seitens eines säumigen Gesellschafters deponirten Solawechsel können nur dann zurückgegeben werden, wenn alle aus diesem Statut und den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs sich ergebenden Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschaft erfüllt sind. Insofern und insoweit sie nicht erfüllt sind, werden die Solawechsel zur Completirung der Deckung verwendet. Ueber die Rückgabe der Wechsel beschließt der Aufsichtsrat.

§ 9. Actien und Interimsscheine können nur mit Genehmigung des Vorstands und der ständigen Commission des Aufsichtsrats übertragen oder verpfändet werden. Durch Beschluß des Aufsichtsrats kann die Übertragung von Actien oder Interimsscheinen von der Zahlung einer Übertragsgebühr abhängig gemacht werden. Die Höhe dieser Übertragsgebühr bestimmt der Aufsichtsrat. Der Vorstand zusammen mit der ständigen Commission des Aufsichtsrats

haben das Recht, die Übertragung oder Verpfändung von Actien oder Interimsscheinen ohne Angabe von Gründen zu versagen. Die Übertragung von Actien oder Interimsscheinen kann insbesondere versagt werden, wenn der seitens des Verkäufers namhaft gemachte Käufer bereits hundert Actien oder Interimsscheine der Gesellschaft nach den Büchern derselben besitzt.

§ 10. Die Actien sind nicht teilbar und die Gesellschaft anerkennt für jede Actie nur einen einzigen Eigentümer. Stirbt ein Actionär, so haben die Erben innerhalb drei Monaten denjenigen aus ihrer Mitte zu bezeichnen, auf welchen die Actie übergehen soll. Sie haben ferner sofort einen Gewalthaber zum Empfang der von dem Aufsichtsrat zu erwartenden Mitteilungen zu ernennen. Geschieht Beides oder eines von Beiden nicht, so ist der Aufsichtsrat berechtigt, das Actienrecht anderweitig zu verwerten und den Erlös, nach Abzug der für die Verwertung entstandenen Kosten, sowie der gegenüber der Gesellschaft bestehenden Verbindlichkeiten auf dem Bureau der Gesellschaft zur Disposition der Bezugsberechtigten zu stellen. Reicht der Erlös zur Deckung der gegenüber der Gesellschaft bestehenden Verbindlichkeiten nicht aus, so kann die Gesellschaft die hinterlegten Solawechsel gegen die Erben geltend machen.

Haben aber die Erben denjenigen bezeichnet, auf welchen die Actie übergehen soll, so hat letzterer den Solawechsel für die noch nicht zur Einzahlung gelangten Raten auszustellen. Die Ausstellung hat innerhalb acht Tagen zu geschehen, von dem Tage an gerechnet, an welchem derjenige bezeichnet worden ist, auf welchen die Actie übergehen soll.

Kommt letzterer innerhalb acht Tagen seinen Verbindlichkeiten nicht nach, so ist der Aufsichtsrat berechtigt, so zu verfahren, als wäre überhaupt von den Erben eine Bezeichnung eines Actiennachfolgers nicht geschehen.

Erfolgt die Wechselausstellung pünktlich, so wird dem Erben, welcher in den Besitz der Actie tritt, der Solawechsel des Erblassers zurückgegeben. Ist aber der Erblasser mit einer eingeforderten Einzahlung im Rückstand, so wird der Solawechsel erst dann zurückgegeben, wenn die Einzahlung geleistet worden ist.

Ist die für die Einzahlung in § 8 des Statuts und Art. 184^a des Handelsgesetzbuchs vorgesehene Nachfrist versäumt, so treten die in § 8 des Statuts vorgesehenen Rechtsfolgen ein.

Die obigen Bestimmungen finden auch auf die Erben der Erben Anwendung.

§ 11. Wenn der in der Actie genannte Inhaber in Concurs gerät,

wenn er außergerichtlich zahlungsunfähig wird, oder mit seinen Gläubigern arrangieren muß,

wenn sein bewegliches oder unbewegliches Vermögen ganz oder teilweise zwangsweise veräußert wird, oder wenn ihm sonstwie die freie Verfügung

über sein Vermögen ganz oder zum Teil entzogen wird, so ist der Vorstand zusammen mit der ständigen Commission des Aufsichtsrates berechtigt, den Actioninhaber seines Actienrechtes für verlustig zu erklären und dasselbe seinerseits zu verwerten. Aus dem Erlös ist die Gesellschaft mit allen ihren Forderungen zu befriedigen. Der Restbetrag wird bei der Cassé der Gesellschaft zur Disposition der Bezugsberechtigten gestellt.

§ 12. In allen den Fällen, in welchen der bisherige Inhaber seines Actienrechtes verlustig geht, und die Gesellschaft berechtigt ist, die Actie anderweitig zu verwerten, sind, falls der seitherige Inhaber, beziehungsweise seine Erben, die Actiendocumente nicht zur Ueberschreibung ausliefern, die letzteren unter Angabe ihrer Nummern durch eine dreimal in das Gesellschaftsblatt aufzunehmende Bekanntmachung für ungiltig zu erklären und es wird eine gleiche Anzahl neuer Actiendocumente ausgestellt. Die Wechsel werden jedoch dem seitherigen Inhaber der Actie, beziehungsweise seinen Erben, nicht eher zurückgegeben, als bis er die Actie eingeliefert oder einen Mortificationschein darüber ausgestellt hat. Bis zu diesem Zeitpunkt bleiben die Inhaber der für ungiltig erklärten Actien für allen der Gesellschaft etwa aus der Nichteinlieferung der Actiendocumente entstehenden Schaden mit ihren Wechseln verhaftet. Dieselben Bestimmungen gelten für Interimsscheine.

§ 13. Alle Insinuationen an die Actionäre erfolgen gültig an die in Mannheim wohnenden, von den Actionären zu bestimmenden Insinuationsmandatäre. In Ermangelung einer solchen Bestimmung erfolgen, sofern der Wohnort des Actionärs dem Vorstand nicht bekannt ist, die Insinuationen mit Rechtswirkung auf dem Bureau der Rheinischen Creditbank in Mannheim.

§ 14. Die Actionäre haben in Gesellschaftssachen ihren Wohnsitz am Sitz der Gesellschaft.

Bilanz, Reservefond, Dividende.

§ 15. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft läuft vom 1. Juli bis zum 30. Juni.

Die Bilanz wird jährlich auf den 1. Juli gezogen. Die erste Bilanz ist indessen auf den 1. Juli 1885 zu ziehen.

Die Bilanz ist innerhalb 6 Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres vorzulegen.

Zur Prüfung der Jahresrechnung ernennt die Generalversammlung aus der Mitte der Actionäre eine Revisionscommission von zwei Mitgliedern und einem Stellvertreter für die Dauer von 3 Jahren. Die Revisoren sind wieder wählbar.

Der Bericht der Revisionscommission ist dem Aufsichtsrat zu übergeben.

§ 16. Die Aufstellung der Bilanz erfolgt unter Beobachtung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs und der Grundsätze, welche bei den solidesten, deutschen Versicherungsgesellschaften sich herausgebildet haben.

weiteres Mitglied aus.

Die Ausgetretenen sind wieder wählbar.

Für die Mitglieder des ersten Aufsichtsrats sind die Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs Art. 191, 192, 224 maßgebend.

§ 36. Unbeschadet der aus Art. 191, 224 des Handelsgesetzbuchs der Generalversammlung zustehenden Rechte hat jedes Mitglied des Aufsichtsrats beim Antritt seines Amtes zehn Aktien zu hinterlegen.

§ 37. Die Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach der Wahl bekannt zu geben.

§ 38. Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei seiner Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung zu überwachen und zu dem Zwecke sich vom Gang der Angelegenheiten zu unterrichten. Er kann jederzeit über dieselben Berichterstattung vom Vorstände verlangen und selbst oder durch einzelne von ihm zu bestimmende Mitglieder die Bücher und Schriften der Gesellschaft einsehen, sowie den Bestand der Gesellschaftskasse und die Bestände von Effekten, Handelspapieren und Waaren untersuchen.

Er hat die Jahresrechnungen, die Bilanzen und die Vorschläge zur Gewinnverteilung zu prüfen und darüber der Generalversammlung Bericht zu erstatten. Zur Prüfung der Bücher und Bilanzen ist er berechtigt, Sachverständige heranzuziehen.

Er hat eine Generalversammlung zu berufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.

§ 39. Zur Beschlußfähigkeit des Aufsichtsrates ist die Anwesenheit von vier Mitgliedern erforderlich.

§ 40. Der Aufsichtsrat erwählt jährlich einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Als Schriftführer kann ein Mitglied des Vorstandes fungieren.

Der Vorsitzende beruft den Aufsichtsrat, so oft er es im Interesse der Gesellschaft für erforderlich hält, oder wenn mindestens vier Mitglieder dies verlangen.

Der Schriftführer führt in den Sitzungen das Protokoll, welches von dem Vorsitzenden und ihm selber unterzeichnet, nach der Sitzung in ein hierfür bestimmtes Buch eingetragen, in der nächsten Sitzung vorgelesen und von den in der vorigen Sitzung Anwesenden unterzeichnet wird.

§ 41. Der Aufsichtsrat faßt seine Beschlüsse nach einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen in Sitzungen, wozu alle Mitglieder schriftlich eingeladen werden.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Die der Sitzung anwohnenden Vorstandsmitglieder oder ihre Stellvertreter können verlangen, daß ihre von dem Beschlusse des Aufsichtsrats abweichende Ansicht zu Protokoll genommen werde.

§ 42. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden

nicht besolbet. Sie erhalten, abgesehen von der Erstattung ihrer Reisekosten und sonstiger im Interesse der Gesellschaft gemachten Auslagen eine Lantidme nach Maßgabe des § 17 des Statuts.

§ 43. Der Aufsichtsrat erwählt aus seiner Mitte eine ständige Commission, welche die Funktionen eines Verwaltungsrats hat.

Er ist berechtigt, noch andere Commissionen zu bilden.

Die Rechte und Pflichten der ständigen Commission, sowie der etwa weiter gebildeten Commissionen werden durch Reglemente festgestellt.

§ 44. Der Aufsichtsrat ernennt einen oder mehrere Vorstandsmitglieder (Directoren). Er genehmigt die von denselben vorgeschlagene Anstellung oder Entlassung der Gesellschaftsbeamten und Hilfsarbeiter.

§ 45. Die Ernennung des Vorstandes geschieht in einem notariellen Akt. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, dem Vorstand die Führung anderer gleichartiger oder ungleichartiger Geschäfte zu gestatten.

§ 46. Der Vorstand (die Direction) vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Seine Bestellung ist jederzeit widerruflich, unbeschadet der Entschädigungsansprüche aus bestehenden Verträgen.

Auf länger als zehn Jahre darf kein Mitglied des Vorstandes, überhaupt kein Beamter der Gesellschaft, angestellt werden.

§ 47. Die Mitglieder des Vorstandes haben beim Antritte ihres Amtes Aktien, deren Anzahl vom Aufsichtsrat bestimmt wird, als Sicherheitsleistung zu hinterlegen.

§ 48. Der Vorstand führt Dritten gegenüber die Geschäfte der Gesellschaft selbstständig.

Gegenüber der Gesellschaft ist er verpflichtet, sich an die Statuten, sowie an die für ihn vom Aufsichtsrat aufgestellte Instruktion zu halten.

§ 49. Der Aufsichtsrat bestimmt den Geschäftskreis der einzelnen Mitglieder des Vorstandes, ihr gegenseitiges Verhältniß zu einander, sowie die Normen für ihre gemeinsamen Beratungen.

§ 50. Die Unterschrift der Gesellschaft wird durch Unterzeichnung von zwei Vorstandsmitgliedern oder einem Vorstandsmitglied zusammen mit einem andern zur Zeichnung Ermächtigten oder zwei Anderen zur Zeichnung Ermächtigten zu der Gesellschaftsfirma geführt.

§ 51. Der Vorstand oder seine Stellvertreter wohnen in der Regel allen Sitzungen des Aufsichtsrates, sowie denen der ständigen Commission bei.

§ 52. Der Vorstand stellt die unter ihm stehenden Gesellschaftsbeamten und Hilfsarbeiter an; hierzu, sowie zu deren Entlassung ist indessen die Genehmigung des Aufsichtsrates erforderlich.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 47.

Den 20. November

1885.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Ergänzungsbestimmungen zu der zur Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, erlassenen Anweisung vom 26. November 1883 betreffend.

22. In Ergänzung der zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter (R.-G.-Bl. Seite 73), erlassenen Anweisung vom 26. November 1883 wird bestimmt:

1. Zu Nr. 2 Absatz 6 der Anweisung:

Bezüglich der ausschließlich für Betriebe der Reichs-Postverwaltung errichteten Betriebs- (Fabrik-) und Bau-Krankenkassen werden die Funktionen der höheren Verwaltungs-Behörde von dem Reichs-Postamt mit der Maßgabe wahrgenommen, daß die Festsetzung des ortsüblichen Tageslohnes gewöhnlicher Tagearbeiter (§ 8 des Gesetzes, Nr. 6 der Anweisung) dem Regierungspräsidenten und die Entscheidung über die Genehmigung von Abänderungen des Kassensatzes, falls das Reichs-Postamt die Genehmigung zu erteilen bedenken trägt, dem Bezirksausschusse zusteht. Wo ein Bezirksausschuß noch nicht besteht, tritt an dessen Stelle die Bezirksregierung,

2. Zu Nr. 4 Absatz 2 der Anweisung:

Die Aufsicht über die ausschließlich für Betriebe der Reichs-Postverwaltung errichteten Krankenkassen führen die Kaiserlichen Ober-Post-Direktionen.

Berlin, den 3. November 1885.

| | |
|---|--|
| Für den Minister
für Handel und Gewerbe. | Der Minister des Innern.
In Vertretung. |
| Boetticher. | Herrfurth. |

13715. R. f. S.

L. A. 8770. R. d. J.

Bekanntmachungen des Königl. Ober- Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Vollzählung am 1. Dezember 1885 betreffend.

11. Nach einem Beschlusse des Bundesraths wird am 1. Dezember d. J. eine allgemeine Vollzählung im Deutschen Reiche und insbesondere also auch in Berlin stattfinden. Indem ich dieses hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringe und auf die Wichtigkeit der Zählung für die Staats- und Gemeindeverwaltung, sowie für die Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke unter Bezugnahme auf die besonders veröffentlichte Ansprache des Königl. statistischen Bureaus an die Bevölkerung hinweise, bemerke ich, daß, wie früher so auch diesmal, bei der Anstehung, Aus-

fällung und Wiedereinsammlung der Zählpapiere eine Mitwirkung der selbstständigen Ortseinwohner in Aussicht genommen worden ist. Ich hege die zuversichtliche Hoffnung, daß es an Bereitwilligkeit hierzu nicht fehlen werde, und daß alle Theilgenommenen die freiwillig übernommenen Aufgaben mit Eifer und Sorgfalt gern erfüllen werden.

Potsdam, den 14. November 1885.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Die schußfreien Tage auf dem Schießplatze bei Cummersdorf für das Jahr 1885 betreffend.

261. Unter Hinweis auf die Polizei-Verordnung vom 2. November 1875 — Amtsblatt S. 366 — bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die schußfreien Tage auf dem Schießplatze der Königl. Artillerie-Prüfungs-Kommission bei Cummersdorf für das Jahr 1885, wie folgt, festgesetzt worden sind:

November: 22., 23., 25., 29., 30.;
Dezember: 1., 2., 6., 9., 10., 11., 13., 14., 15., 16., 20., 21., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 30., 31.

Potsdam, den 16. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

262. Nachtrag
zu den Nebenbedingungen der Equitable Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu New-York.

Es lautet fortan:

Verwaltungsraths-Sitzungen. Bericht des Präsidenten.

Wahl der Beamten und Ausschüsse.

§ 1. „Bestimmte Verwaltungsraths-Sitzungen sollen in jedem Jahre am 4ten oder 5ten Mittwoch im Monat Januar, April, Juli und Oktober, oder am 1sten oder 2ten Mittwoch des respectiven folgenden Monats abgehalten werden, wie dies der Finanz-Ausschuß von Zeit zu Zeit bestimmen wird, und es soll von dem Präsidenten ein Bericht über die Geschäfte der Gesellschaft während des unmittelbar vorhergegangenen Finanz-Quartals erstattet werden, welcher besonders die abgeschlossenen Verträge auführt, sowie die Geldebeträge, die vereinnahmt wurden, unter der Angabe, für wessen Rechnung dies geschehen ist, die Art, wie dieselben angelegt oder verwendet wurden, und den in Hand verbleibenden Betrag, sowie ferner die fälligen und unbezahlten Beträge.

Dieser Bericht muß auch eine Bilanz enthalten, welche die Einnahmen, die Ausgaben, die Kapital,

Anlagen, das neue Geschäft, den Versicherungs-Bestand, die durch Ablauf, Rücklauf oder Verfall beendeten Versicherungen zeigt, sowie alle Details, die nöthig sind, um eine allgemeine Darstellung von dem Stande der Gesellschaft am Schlusse des besagten Quartals zu liefern.

Auch soll eine jährliche Versammlung gelegentlich der Quartals-Verwaltungs-Raths-Sitzungen im Januar oder Februar eines jeden Jahres, behufs Wahl eines Präsidenten, eines Vice-Präsidenten und der ständigen Ausschüsse stattfinden. Die Protokolle des Verwaltungsraths sollen von dem Sekretär geführt werden, welcher als Schriftführer des Verwaltungsraths fungiren soll."

Verwahrung und Gebrauch des Siegels.

§ 12. „Das Korporations-Siegel soll in Verwahrung des Präsidenten sein, der bevollmächtigt sein soll, dasselbe unter die Versicherungs- und Renten-Kontrakte, unter Vollmachten zur Uebertragung von Werthpapieren, oder zur Einziehung von Dividen den zu setzen, sowie unter Certifikate über gestellte Hypotheken, Uebertragung von Hypotheken, für welche der volle Betrag eingezahlt worden ist, oder unter irgend ein schriftliches Dokument, welches er auszufertigen autorisirt ist und unter Uebertragungen von Theilen verpfändeter Grundstücke, sowie unter Akte zur Uebertragung von Grundeigenthum."

Ständige Ausschüsse. Art der Wahl.

§ 14. „Es sollen vier ständige Ausschüsse des Verwaltungsraths bestehen, nämlich:

1) ein Finanz-Ausschuß, 2) ein Agenturen-Ausschuß, 3) ein Versicherungs-Ausschuß, 4) ein Rechnungs-Ausschuß. Der Finanz-Ausschuß soll durch Ballotement in der jährlichen Verwaltungsraths-Sitzung im Februar 1885 gewählt werden und die ausscheidenden Sectionen sollen, wie im § 15 der Nebensatzungen vorgesehen, darnach durch Ballotement in den jährlichen Verwaltungsraths-Sitzungen gewählt werden, die zur Zeit ihres respectiven Ausscheidens abgehalten werden. Die anderen der besagten Ausschüsse sollen jährlich durch Ballotement gewählt werden und ihre Aemter beibehalten, bis ihre Nachfolger angesetzt sind."

Finanz-Ausschuß.

§ 15. „Der Finanz-Ausschuß soll aus zehn Direktoren und dem Präsidenten bestehen (wovon sechs ein Quorum bilden sollen), welche alle temporären oder anderen Anlagen, die von dem Gesellschafts-Vermögen gemacht werden, und die Art, in welcher das Rechnungswesen geführt werden soll, überwachen und leiten sollen und welche die Aenderungen in den Kapitalanlagen, Sicherheiten und alle mit den Finanzen und den Unkosten der Gesellschaft in Verbindung stehenden Angelegenheiten leiten sollen. Er kann selbst oder durch solche Person oder Personen, die er designiren mag, alle Rechnungen revidiren und die Kassa-Zahlungen mit den Belägen prüfen und vergleichen und er soll alle solche anderen Dinge thun, die innerhalb der Befugnisse eines Exekutiv- und Finanz-Ausschusses liegen und über seine Thätigkeit Protokoll führen. Der Ausschuß soll bald

thunlichst nach der Verwaltungsraths-Sitzung im Februar 1885 in fünf Sectionen von je zwei Mitgliedern eingetheilt werden, deren Amts-Periode am Schlusse von resp. zwei, drei, vier, fünf und sechs Jahren ablaufen soll, es sei denn, daß dieselbe durch Tod, Rücktritt, Austritt aus dem Verwaltungsrath oder durch sonstige Veranlassung früher beendigt wird.

Vor Ablauf einer jeden dieser Amts-Perioden soll der Finanz-Ausschuß zwei Mitglieder ernennen, welche die Stellen der ausscheidenden Mitglieder einnehmen, welche Erneuerungen dem Verwaltungsrath zur Genehmigung unterbreitet werden sollen. Und jede dieser Sectionen soll bei der Wiederwahl fünf Jahre in Function sein und ihre Stellen sollen wie vorgefagt besetzt werden.

Bei Eintritt einer Vakanz durch Tod, Rücktritt oder sonstige Veranlassung, kann die nicht abgelauene Zeit der Amtsperiode durch den Finanz-Ausschuß ausgefüllt werden."

Der § 19 fällt fort und die §§ 20—31 sind entsprechend umzunummeriren.

Begrenzung des Polizenbetrages.

§ 24 (demnach § 23) lautet fortan: „Keine Police soll auf das Leben einer einzelnen Person ausgefertigt werden für einen höheren Betrag als (Dollar 100000) Hundert Tausend Dollar."

Dem vorstehenden, in Folge der Beschlüsse des Verwaltungsraths der Equitable Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu New-York vom 18. Dezember 1883 und 11. Februar 1885 aufgestellten Nachtrage zu den Nebensatzungen dieser Gesellschaft wird die unter Nr. 1 der Konzession zum Geschäftsbetriebe in Preußen vom 4. Januar 1877 vorbehaltene Genehmigung hierdurch erteilt. Berlin, den 23. Oktober 1885.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage.

gez. von Jastrów.

Genehmigungsurkunde.

I. A. 80 38.

Vorstehender Nachtrag zu den Nebensatzungen der Equitable Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu New-York nebst der Genehmigungsurkunde des Herrn Ministers des Innern vom 23. Oktober d. J. wird mit dem Hinweis zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Konzession, die Statuten und die Nebensatzungen der genannten Gesellschaft dem 6. Stüd des Amtsblattes pro 1877 als Extrabeilage angeschlossen sind.

Potsdam, den 10. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidenten zu Berlin.

Bestimmung, die Schmiede-Innung in Berlin betreffend.

§§. Auf Grund des § 100e. Ziffer 3 der Reichs-Gewerbeordnung bestimme ich hierdurch für den Bezirk der Schmiede-Innung zu Berlin,

daß diejenigen Arbeitgeber, welche ein in dieser Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören, vom 15. Dezember d. J. an Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Berlin, den 12. November 1885.

Der Polizei-Präsident.

84. Statut
für die Israelitische Synagogen-Gemeinde
(Adass-Jisroël)
zu Berlin.

§ 1. Die auf Grund des Gesetzes vom 28. Juli 1876 aus der jüdischen Synagogen-Gemeinde in Berlin aus religiösen Bedenken ausgetretenen und in den gerichtlichen Verhandlungen vom 5. Februar 1877, 3., 8., 11., 15., 18., 22., 23. Dezember 1879, 17. Januar, 18. März und 15. April 1880, 18. August 1881, 25. Juli 1882, 2. März, 6., 17., 19., 20., 24., 27., 30. April, 16. Mai, 22. und 28. Juni, 10. Juli, 22. August, 12. November, 19. Dezember 1883, 5., 9. und 18. Juni 1884 und 2. Februar 1885 zu Berlin namhaft gemachten Personen vereinigen sich nach Maßgabe des § 8 desselben Gesetzes zu einer Synagogen-Gemeinde unter dem Namen

„Israelitische Synagogen-Gemeinde (Adass-Jisroël) zu Berlin“.

Der Zweck dieser Gemeinde ist, das jüdische Religions-Gesetz, wie es in der heiligen Schrift und im Talmud enthalten und in den rabbinischen Codices für das praktisch religiöse Leben zur Darstellung gelangt ist, sich zu erhalten und hiernach den Gottesdienst, ebenso alle für eine israelitische Religionsgemeinde erforderlichen Anstalten und Institutionen dauernd einzurichten.

Alle Maßnahmen und Beschlüsse der Gemeinde haben demnach nur dann Geltung, wenn sie den Bestimmungen des Religionsgesetzes nicht widersprechen.

§ 2. Zur Erreichung des im § 1 Absatz 2 angegebenen Zweckes hat die Gemeinde alle für eine israelitische Gemeinde notwendigen Institutionen herzustellen und zwar:

- a. die Synagoge,
- b. die Religionschule,
- c. das rituelle Duellbad,
- d. die Kaschruth-Anstalten (für rituelles Schlachten und Baden),
- e. den Friedhof.

§ 3. Die Mittel, welche der Gemeinde zu dem Bedenke zur Verfügung stehen, sind:

- a. das in Weissensee belegene Grundstück, als Friedhof der Gemeinde, Band II. Blatt Nr. 385 des Grundbuches von Weissensee verzeichnet, für 27600 M. käuflich erworben;
- b. das Inventar in der Synagoge (Gipsstraße 12a.) Thorarollen, silberne Geräthschaften, Betstühle, Kandelbeden und Vorhänge u. s. w. laut Aufnahme und Police im Werthe von 8000 M.;

c. das in Staatspapieren angelegte, sich gegenwärtig auf 7000 M. belaufende Kapital-Vermögen.

Für die Belegung dieses Kapital-Vermögens ist der § 39 der Vormundschafts-Ordnung vom 5. Juli 1875 (Gesetz-Sammlung Seite 439) maßgebend;

- d. die Jahresbeiträge der Mitglieder;
- e. die Schulgelber, welche von den Eltern der die Religionschule besuchenden Jüglinge an die Kasse der Gemeinde zu entrichten sind;
- f. die Einnahme für das rituelle Schlachten;
- g. die Einnahme für das rituelle Duellbad;
- h. die Einnahme aus der alljährlichen Vermietung der Synagogengegenstände;
- i. die freiwilligen Spenden beim Aufruf zur Thora und für die Gedächtnisfeier der Dahingegangenen;
- k. der Erlös aus den verkauften Mizwoth (für die Ehrenfunktionen bei der Thora-Vorlesung);
- l. die freiwilligen Beiträge, Schenkungen und Vermächtnisse.

§ 4. Alle in Berlin wohnhaften Juden, welche auf Grund des Gesetzes vom 28. Juli 1876 der hiesigen jüdischen Synagogen-Gemeinde nicht mehr angehören, mit Ausnahme der im § 5 bezeichneten, können gegen Entrichtung eines Jahresbeitrages von mindestens zwölf Mark Mitglieder der israelitischen Synagogen-Gemeinde (Adass-Jisroël) werden.

Die Aufnahme geschieht durch den Gemeinde-Vorstand (§ 12). Dieselbe kann ohne Angabe der Gründe verweigert werden.

In diesem Falle muß aber, wenn der Betheiligte, oder auch ein Mitglied des Gesamtvorstandes es beantragen, die Entscheidung der Repräsentanten-Versammlung eingeholt werden. (§ 21.) Ein zurückgewiesener Aufnahmegesuch kann erst nach Ablauf von sechs Monaten wieder erneuert werden.

§ 5. Als Mitglieder können nicht aufgenommen werden:

- a. Derjenige, an dem der religiöse Akt der Beschneidung dem Religionsgesetze entgegen nicht vorgenommen worden, oder der die Beschneidung seines Sohnes verweigert;
- b. Jeder, der in einer vom Religionsgesetze verbotenen Ehe lebt, oder der nach Vollzug der bürgerlichen Trauung nicht auch die religiöse Trauung nach dem Religionsgesetze vornehmen läßt.

Tritt einer dieser Fälle bei einem Mitgliede ein, so hat der Gemeinde-Vorstand zuvörderst den Versuch zu machen, auf gütlichem Wege bei dem Renitenten die Erfüllung der religiösen Pflicht zu erreichen. Gelingt dies nicht, so hat der Vorstand dem Betreffenden den Ausschluss aus der Gemeinde mitzutheilen. Dem Letzteren bleibt das Recht, diesen Beschluss im Rechtswege anzufechten.

Rechte der Mitglieder.

§ 6. Jedes Mitglied der Gemeinde hat das Recht, alle Anstalten derselben für sich, seine Frau und seine noch nicht selbstständigen Kinder unentgeltlich, oder, in-

sofern Gebühren dafür erhoben werden, gegen die festgesetzten Taren, innerhalb der für diese Anstalten bestehenden Reglements zu benutzen.

§ 7. Jedes männliche Mitglied ist nach erlangter landesgesetzlicher Volljährigkeit zur Teilnahme an der General-Versammlung und zur Abstimmung in derselben berechtigt, hat aktives und bei statutenmäßiger Qualifikation (§ 37) auch passives Wahlrecht.

Die von der Gemeinde-Verwaltung gewählten, mit Besoldung angestellten Gemeindebeamten besigen, insofern sie zugleich beitragende Mitglieder der Gemeinde sind, das aktive, nicht aber auch das passive Wahlrecht.

Ist gegen ein Mitglied die Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung wegen eines Verbrechens beschlossen, oder wegen eines Vergehens, welches den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen kann, die Anklage erhoben, so ruht bis zur Freisprechung die Ausübung des passiven Wahlrechts beziehungsweise die Ausübung des ihm übertragenen Ehrenamtes.

§ 8. Jedes Mitglied, das ungeachtet wiederholter schriftlicher Aufforderung mit der Zahlung seiner Beiträge länger als ein Jahr im Rückstande bleibt, verliert die Rechte eines stimmberechtigten Mitgliedes.

Verwaltung der Gemeinde und ihre Vertretung.

§ 9. Die Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten ist dem Gemeinde-Vorstande (§ 10) und den Repräsentanten (§ 18) übertragen.

A. Gemeinde-Vorstand.

§ 10. Der Gemeinde-Vorstand vertritt die Gemeinde, den Behörden und überhaupt dritten Personen gegenüber. Urkunden, welche die Gemeinde vermögensrechtlich verpflichten sollen, sind unter deren Firma von dem zeitigen Vorsitzenden und noch einem Mitgliede des Vorstandes zu vollziehen.

Zur Legitimation dieser Vorstandsmitglieder nach außen dient ein Attest des königlichen Polizei-Präsidiums hier, welchem zu dem Behufe die jedesmaligen Wahlverhandlungen mitzutheilen sind.

§ 11. Der Gemeinde-Vorstand hat die Beschlüsse der Repräsentanten-Versammlung die in der Regel für ihn bindend sind, zu vollziehen. Glaubt er jedoch, dem Beschlüsse die Befähigung versagen zu müssen, so hat er der Repräsentanten-Versammlung die Gründe dafür mitzutheilen. In diesem Falle kann zur Herbeiführung einer Verständigung sowohl von dem Gemeinde-Vorstande als auch von der Repräsentanten-Versammlung die Bildung einer gemischten Kommission, zu der der Vorstand zwei und die Repräsentanten-Versammlung drei Mitglieder entsenden, verlangt werden.

§ 12. Zum speziellen Geschäftskreise des Vorstandes gehören:

- a. die Aufnahme von Mitgliedern;
- b. die Verwaltung des Gemeinde-Vermögens;
- c. die Erhebung der Beiträge und sonstigen Revenüen durch den Rentanten zu veranlassen und auf Grund legaler Beschlüsse die Auszahlung der erforderlichen Geldbeträge anzuweisen;

d. den Rentanten zu kontrollieren,

e. alljährlich im Dezember den Voranschlag zum Haushaltsetat der Repräsentanten-Versammlung zur Feststellung vorzulegen.

§ 13. Der Gemeinde-Vorstand besteht aus drei Mitgliedern, die Zahl der Stellvertreter wird auf zwei festgesetzt.

Die Mitglieder des Gemeinde-Vorstandes werden auf sechs Jahre gewählt, von denen aber alle drei Jahre die dienstältere Hälfte ausscheidet. Von den zuerst gewählten Vorstehern scheidet nach Ablauf der ersten drei Jahre die größere Hälfte mit zwei Mitgliedern nach dem von der Hand des Vorsitzenden zu ziehenden Lose, demnächst jedesmal nach drei Jahren die dienstältere Hälfte mit 1 resp. 2 Mitgliedern aus. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Auch Vorstands-Stellvertreter, deren Wahlzeit noch nicht abgelaufen, können zu Vorstehern gewählt werden. Vater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegersohn, Brüder und Schwäger dürfen nicht zugleich Mitglieder des Vorstandes sein.

§ 14. Die Stellvertreter werden auf drei Jahre gewählt, ihre Einberufung erfolgt nur im Falle eine Stelle im Wahlvorstande während der Wahlperiode vacant wird, oder ein Mitglied des Vorstandes mindestens vier Wochen dauernd verhindert ist.

Die Reihenfolge der Einberufung wird durch die Zahl der Stimmen bedingt, welche die Stellvertreter bei der Wahl erhalten haben.

Bei Stellvertretern mit gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los hinsichtlich der Einberufung.

Ist der zu vertretende Vorsteher gänzlich ausgeschieden, so tritt der einberufene Stellvertreter auf so lange in den Vorstand ein, als sein Vorgänger zu demselben gehört haben würde.

§ 15. Der Gemeinde-Vorstand wählt alle drei Jahre nach erfolgter Ergänzungswahl einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben, wie einen Schriftführer aus seiner Mitte. Der Vorsitzende resp. dessen Stellvertreter beruft durch schriftliche Einladung und Mittheilung der Tagesordnung den Vorstand, so oft es nöthig ist, zu Sitzungen, über die vom Schriftführer ein fortlaufendes Protokoll zu führen ist.

Wenn zwei Mitglieder des Vorstandes es verlangen und den zu verhandelnden Gegenstand angeben, ist der Vorsitzende verpflichtet, binnen drei Tagen eine Vorstandssitzung anzuberaumen.

§ 16. Der Gemeinde-Vorstand fasst seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit und ist beschlussfähig, sobald mindestens zwei seiner Mitglieder anwesend sind.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 17. Die Führung des Kassenwesens wird einem von der Repräsentanten-Versammlung aus ihrer Mitte oder aus der Gemeinde zu wählenden Rentanten übertragen, welcher sämtliche Einnahmen für Rechnung der Gemeindefasse erhebt, sowie sämtliche Auszahlungen auf Grund der vom Vorstande erhaltenen Anwei-

lungen leistet und für seine Amtsführung letzterem verantwortlich bleibt. Die am Schlusse des Jahres zu legende Rechnung hat der Vorstand zu prüfen und nach richtigem Befunde der Repräsentanten-Versammlung behufs Ertheilung der Decharge zu unterbreiten. (§ 21.)

B. Repräsentanten-Versammlung.

§ 18. Die Repräsentanten-Versammlung besteht aus sieben Mitgliedern, die auf sechs Jahre gewählt werden, von denen alle drei Jahre die dienstältere Hälfte ausscheidet. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Nach Ablauf der ersten drei Jahre scheidet die größere Hälfte der Repräsentanten mit vier Mitgliedern nach dem von der Hand des Vorsitzenden zu ziehenden Loose, demnächst jedesmal nach drei Jahren die dienstältere Hälfte aus; die Zahl der Stellvertreter wird auf drei festgestellt; ihre Wahl geschieht auf drei Jahre. Vater und Sohn, sowie Brüder dürfen nicht zugleich Mitglieder der Repräsentanten-Versammlung sein. Sind dergleichen Verwandte zugleich erwählt, so wird Derjenige zugelassen, der die meisten Stimmen erhalten hatte. Bei Stimmengleichheit wird der Ältere zugelassen.

§ 19. Die Stellvertreter werden durch den Vorsitzenden zeitweise oder definitiv einberufen, wenn ein Repräsentant mindestens drei Monate an der Ausübung seines Amtes gehindert wird, beziehungsweise ausscheidet.

Im ersten Falle hört die Funktion des Stellvertreters bei dem Wiedereintritt des betreffenden Repräsentanten auf; im letztgedachten Falle erlischt seine Amtsdauer mit dem Zeitpunkte, in welchem die Amtsdauer des Repräsentanten aufgehört haben würde, für den der Stellvertreter einberufen ist.

§ 20. Die Repräsentanten-Versammlung wählt alle drei Jahre nach erfolgter Ergänzungswahl einen Vorsitzenden, wie einen Stellvertreter desselben und einen Schriftführer. Der Vorsitzende, in Behinderung der Stellvertreter, beruft zu den Sitzungen und leitet die Versammlungen in denselben.

Der Schriftführer führt das Protokoll, welches er am Schlusse mit dem Vorsitzenden unterschreibt. Ist der Schriftführer behindert, so wird vom Vorsitzenden die Protokollführung einem anderen Mitgliede übertragen.

§ 21. Zum Geschäftskreise der Repräsentanten-Versammlung gehören folgende Angelegenheiten:

- a. Feststellung des vom Vorstande alljährlich zu entwerfenden Haushalts-Etats (§ 12);
- b. Beschlussfassung über Aufnahme von Anleihen, Vermietung, An- oder Verkauf von Grundstücken, sowie Anlage der Fonds;
- c. Feststellung der Tarife für alle Anstalten;
- d. Anstellung der Gemeinde-Beamten (des Cantors, der Schächter, sowie der Religionslehrer), welche nach vorangegangener Gutheißung des Rabbiners vom Gemeinde-Vorstande vorzuschlagen sind, wie Feststellung der Gehälter für dieselben;
- e. Einleitungen in Gemeinschaft mit dem Vorstande zur Wahl des Rabbiners, um der General-Versamm-

lung (§ 46) geeignete Kandidaten zu diesem Zwecke vorzuschlagen;

f. Prüfung der Reklamationen gegen vom Vorstande zurückgewiesene Aufnahmegesuche resp. Entscheidung über dieselben wie über Reklamationen wegen Nichteintragung in die Wählerlisten und über angefochtene Wahlen;

g. Wahl der Kommissionen für die verschiedenen Verwaltungszweige und Anstalten;

h. Beschlussnahme resp. Bewilligung von Ausgaben, die im Haushaltsetat nicht vorgesehen sind;

i. Decharge-Ertheilung der vom Vorstande (§ 17) dem Gemeinde-Vorstande zu erstattenden Jahresrechnung, auch Erledigung der etwaigen Monitis.

§ 22. Die Repräsentanten-Versammlung wird durch ein Rundschreiben des Vorsitzenden mit Angabe der Tagesordnung eingeladen, so oft es die Geschäfte erfordern, oder drei der Repräsentanten es beantragen. Die Einladungen zu einer Sitzung müssen zwei Tage vorher erfolgen.

Der Gemeinde-Vorstand wird von den Sitzungen der Repräsentanten-Versammlung und deren Tagesordnung benachrichtigt und kann sich in denselben durch Abgeordnete aus seiner Mitte vertreten lassen.

Diese können an der Debatte, nicht aber an der Abstimmung Theil nehmen.

§ 23. Die Sitzungen der Repräsentanten-Versammlung sind in der Regel für die Mitglieder der Gemeinde öffentlich und muß die betreffende Tagesordnung zwei Tage vorher durch Aushang in der Synagogenvorhalle bekannt gegeben werden.

Jedoch kann durch Beschluß der Repräsentanten-Versammlung die Oeffentlichkeit einer Sitzung ausgeschlossen werden.

§ 24. Die Repräsentanten-Versammlung ist beschlußfähig, sobald vier Mitglieder derselben anwesend sind. Die Beschlussfassung erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit der Anwesenden. Der Minorität steht das Recht zu, ihr abweichendes Votum zu Protokoll zu geben. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Wahlbestimmungen.

§ 25. Die regelmäßig alle drei Jahre stattfindende Wahl des Vorstandes, der Repräsentanten und ihrer Stellvertreter findet in der Zeit zwischen dem 15. November bis zum 15. Dezember statt. Die Wahl muß mindestens 14 Tage vorher in einer Zeit, Ort und Gegenstand enthaltenden Annonce in der Boffischen und in der National-Zeitung, bei etwaigem Aufhören dieser Blätter, dafür im Staats-Anzeiger und im Intelligenz-Blatt, vom Vorsitzenden des Vorstandes angelündigt und außerdem durch besondere Einladung der Mitglieder per Circular direkt bekannt gemacht werden. Im Falle des Eingehens eines der letztgenannten Blätter ist der Vorstand berechtigt, an Stelle des eingegangenen Blattes ein anderes Blatt zu substituieren.

§ 26. Vier Wochen vor dem Wahltermine muß die Wählerliste, unterzeichnet vom Vorsitzenden des Vor-

landes, acht Tage lang zur Einsicht der Mitglieder im Gemeindebüreau offen liegen. Die Bekanntmachung der Auslegung der Wählerliste muß zuvor am Ausgange in der Synagogen-Vorhalle erfolgen. Etwaige Einsprüche gegen die Liste müssen innerhalb dieser acht Tage beim Vorstande angebracht werden.

Wer bis dahin seine Reklamation beim Vorstande nicht angebracht hat, verliert das Recht hierzu für die vorliegende Wählerliste. Sind keine Reklamationen erfolgt, so gilt die Wählerliste für korrekt; andernfalls werden die Reklamationen durch eine innerhalb drei Tagen zusammentretende Repräsentanten-Versammlung zur endgültigen Beschlussfassung geprüft, worauf der Vorstand die Drucklegung der authentischen Liste erfolgen läßt, um sie in Verbindung mit dem Circular und Stimmzettel so rechtzeitig an die Mitglieder zu versenden, daß sich diese Schriftstücke 14 Tage vor dem Wahltermine in den Händen der Wähler befinden können.

§ 27. Der Wahlakt wird durch eine aus drei Personen bestehende Kommission geleitet, welche die Repräsentanten-Versammlung aus einer Anzahl von mindestens sieben von dem Vorstande vorgeschlagenen Mitgliedern erwählt.

§ 28. Der Wahlakt ist öffentlich, jedoch nur für die Wahlberechtigten.

§ 29. Der Rabbiner weist in der Predigt an einem Sabbath vor dem Wahltermine auf die Wichtigkeit der Wahl hin und erinnert die Wähler an die Pflicht, die Stimme ohne jede Rücksicht nach bestem Wissen und Gewissen dem zur Förderung der Gemeindefürsorge ihrer Ansicht gemäß Geeignetsten zu geben.

§ 30. Den Wahlakt eröffnet der Vorsitzende des Vorstandes damit, daß er die Mitglieder der Wahlkommission in seine Hände das Gelöbniß leisten läßt, daß sie mit Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit das Wahlgeschäft ausführen wollen. Hierauf wählt die Kommission einen Vorsitzenden aus ihrer Mitte, der sodann die die Wahl betreffenden Paragraphen verlesen läßt, worauf dann jeder Wähler berechtigt ist, sein Wahlrecht auszuüben.

§ 31. Die Wahl geschieht derart, daß der Wähler einen zusammengefalteten Stimmzettel, auf welchem Vor- und Zuname, bei gleichnamigen Kandidaten auch Straße und Hausnummer, der von ihm gewählten Kandidaten geschrieben, in eine vor dem Vorsitzenden befindliche Urne wirft, zugleich aber seinen Namen zur Eintragung in die von jedem der Beisitzer geführte Wahlliste nennt.

Befinden sich auf einem Stimmzettel weniger Namen als Personen zu wählen sind, so ist derselbe für die Wahl der darin enthaltenen Namen gültig; befinden sich mehr Namen auf demselben, so werden nur die ersten, der Zahl der zu wählenden Personen entsprechend, berücksichtigt. Un deutlich geschriebene Namen, oder solche, die nicht ausreichen, um die gewählten Personen von einander zu unterscheiden, werden nicht berücksichtigt.

§ 32. Der Wahltermin beginnt Morgens zehn Uhr und dauert bis Nachmittags vier Uhr.

Hierauf wird der Wahlakt geschlossen und werden nur die daselbst noch anwesenden Wahlberechtigten zur Abgabe ihrer Stimmzettel zugelassen.

In der Regel beginnt sofort das Scrutinium und wird noch an demselben Tage beendet. Sollte dasselbe durch die dringendste Verhinderung nicht sofort stattfinden können, so muß dies doch spätestens am nächsten Tage geschehen. Es muß dann die Urne mit Anlegung des Gemeindefiegels sofort versiegelt und darf bei Beginn des Scrutiniums nur in Anwesenheit der ganzen Wahlkommission geöffnet werden.

§ 33. Die Stimmabgabe kann nur persönlich geschehen.

§ 34. Hat sich die absolute Majorität auf bestimmte Personen vereinigt, so sind diese als gewählt zu betrachten; vereinigt sich auf zwei gleiche Stimmenzahl, so entscheidet das von der Hand des Vorsitzenden der Wahlkommission zu ziehende Loos. Wurde jedoch nur relative Majorität erzielt, so wird, sobald als möglich, jedoch frühestens nach Verlauf von 14 Tagen, in einem neuen Termine, zu dem unter Mittheilung des ersten Wahlergebnisses per Circular eingeladen wird, zwischen denen, auf die sich die höchste Stimmenzahl vereinigte und zwar der doppelten Anzahl der zu wählenden Kandidaten, eine engere Wahl vorgenommen, in welcher auch einfache Majorität entscheidet. Bei diesem Wahlakte fungirt dieselbe Wahlkommission, wie bei dem ersten und gelten dieselben Wahlmodalitäten.

§ 35. Ueber jeden Wahlakt wird ein Protokoll aufgenommen, von den Mitgliedern der Kommission unterzeichnet und mit einem Exemplar der Wählerliste im Gemeindebüreau aufbewahrt.

Das Resultat der Wahl ist durch Ausgange in der Synagogenvorhalle zur Kenntniß der Mitglieder zu bringen.

§ 36. Geht innerhalb 8 Tagen nach der gemäß § 35 erfolgten Bekanntmachung Proteste ein, so hat die innerhalb drei Tagen darauf einzuberufende Repräsentanten-Versammlung hierüber zu entscheiden. Rastet diese die Wahl, so muß in den nächsten vier Wochen eine Neuwahl vorgenommen werden, bei welcher dieselbe Wahlkommission fungirt.

§ 37. Bei allen Wahlen in den Vertretungskörpern ist zu beachten, daß gemäß § 1 nur solche Mitglieder gewählt werden können, die dem Religionsgesetze in ihrem praktischen Leben nachkommen und weder durch öffentliche Schrift noch durch einen öffentlichen Akt dasselbe verleugnet haben.

Die in solchem Falle angefochtene Wahl ist nach § 36 beziehungsweise § 21 litt. f. zu behandeln.

§ 38. Gegenwärtig und bis zur statutenmäßigen Bildung der Gemeinde-Vertretung (§ 9) fungiren:

A. als Vorsteher.

Samson Rosenberg,
Hermann London,
Isaac Spiro;

B. als Stellvertreter.

Isaac Padscher,
Gustav Hirsch;

C. als Repräsentanten.

J. G. Asch,
M. Altmann,
Dr. Berliner,
Dr. Hoffmann,
D. Strud,
S. Haarbarger,
W. Brasch;

D. als Stellvertreter.

S. Archenhold,
A. Goldschmidt,
Professor Dr. Barth.

Der Rabbiner.

§ 39. Der Rabbiner ist die religionsgesetzliche Autorität der Gemeinde für alle religiösen Angelegenheiten derselben und ihrer Mitglieder. Ihm ist die Sorge für die Erkenntnis und Erfüllung des Religionsgesetzes innerhalb der Gemeinde anvertraut und hat er die Kenntnis desselben durch Lehrvorträge und Ueberwachung des Jugend-Unterrichts zu pflegen. Er überwacht ferner alle Anstalten der Gemeinde und sorgt für die pünktliche Handhabung der religionsgesetzlichen Vorschriften in denselben; er vollzieht alle religionsgesetzlichen Akte (wie Trauungen, Ehescheidungen u.) und entscheidet über casuelle Fragen der einzelnen Mitglieder wie der Gesamtheit.

Auch die Autorität des Rabbiners ist durch das Religionsgesetz begrenzt und haben sein Wort, wie sein Wirken nur dann Geltung, wenn sie mit den Bestimmungen desselben sich im Einklange befinden. Nur innerhalb der von diesem Gesetze sanktionirten Grenzen hat derselbe zu lehren und zu entscheiden, sowie die seiner Aufsicht unterstellten religiösen Anstalten zu überwachen und zu leiten.

Der Rabbiner führt das Direktorat der Religionschule und ist ständiges Mitglied des Schulvorstandes.

§ 40. Bei eintretender Vakanz hat der Gemeinde-Vorstand baldmöglichst Einleitungen wegen Neubesetzung dieses Amtes zu treffen. Er hat sich demgemäß in Gemeinschaft mit der Repräsentanten-Versammlung um geeignete Capacitäten umzusehen und längstens binnen sechs Monaten einen oder mehrere Kandidaten der General-Versammlung vorzuschlagen. Dieselbe hat entweder den Vorgesetzten zu wählen resp. aus den Vorgesetzten eine Wahl zu treffen oder den Vorstand zu einem anderen Vorschlag zu veranlassen.

§ 41. Bei einer vorzunehmenden Rabbinerwahl muß der Anzustellende von gebiegender allgemeiner und speziell jüdisch wissenschaftlicher Bildung, insbesondere aber ein gründlicher Kenner des biblischen, talmudischen und rabbinischen Schriftthums älterer und späterer Zeit sein, welches das in der Gemeinde sanktionirte religiöse Grundgesetz bildet.

Er muß den Inhalt desselben als die unverbrüchlichen Principien seines Privatlebens und rabbinischen Wirkens anerkennen und betheiligen, wie auch das Rabbinats-Diplom möglichst von zwei rabbinischen Autoritäten, von denen die Gemeinde die Ueberzeugung

hat, daß sie auf den gleichen Principien stehen, erlangt haben.

Ueber Gehalt, Dauer und Bedingungen der Anstellung treffen der Gemeinde-Vorstand und die Repräsentanten-Versammlung die nöthigen Vereinbarungen.

General-Versammlung.

§ 42. Der Vorstand ist nach erfolgter Vereinbarung mit der Repräsentanten-Versammlung berechtigt, außerordentliche General-Versammlungen der Gemeinde zu berufen.

Auch auf Antrag von $\frac{1}{4}$ aller stimmberechtigten Mitglieder ist der Vorstand verpflichtet, zur Berufung einer außerordentlichen General-Versammlung zu schreiten und zwar dergestalt, daß letztere innerhalb sechs Wochen, vom Tage der Einreichung des Antrages an gerechnet, stattfindet.

§ 43. Die Berufung zu einer General-Versammlung hat mindestens 14 Tage vor dem Zusammentritt durch Circular an die Mitglieder, in welchem zugleich die Tagesordnung anzugeben ist, und durch Bekanntmachung in der Bessischen Zeitung und National-Zeitung (nach etwaigem Aufhören dieser Blätter im Staats-Anzeiger und im Intelligenz-Blatt) zu erfolgen (vergl. § 25).

Anträge, die nicht auf der Tagesordnung stehen, können erst nach erledigter Tagesordnung zur Berathung gelangen, doch ist eine Abstimmung darüber unzulässig. Anträge, die nicht vom Vorstande oder der Repräsentanten-Versammlung gestellt werden, müssen von mindestens zehn Mitgliedern unterzeichnet, mindestens vier Wochen vor der General-Versammlung beim Gemeindevorstand eingereicht und von diesem dann auf die Tagesordnung gesetzt werden.

§ 44. Der Vorsitzende des Vorstandes, im Behinderungsfalle der Stellvertreter desselben, führt den Vorsitz in der Generalversammlung und ernennt einen Schriftführer, sowie zwei Stimmzähler aus der Mitte der Versammlung.

Das Protokoll der General-Versammlung ist vom Vorsitzenden, vom Schriftführer und von den zwei Stimmzählern zu unterzeichnen.

§ 45. Die General-Versammlung faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit und sind dieselben auch für die nicht erschienenen Mitglieder bindend. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

Bei General-Versammlungen ist die Anwesenheit von $\frac{1}{2}$ aller stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. Für die Wahl eines Rabbiners und bei Änderungen des Statuts ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte aller stimmberechtigten und die Zustimmung von $\frac{2}{3}$ der Erschienenen erforderlich. Ist jedoch in diesem Falle die Versammlung nicht beschlußfähig gewesen, so wird nach einer Frist von vier Wochen eine zweite durch Circular, in welchem ausdrücklich darauf hingewiesen werden muß, daß diese Versammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig ist, berufen, in der die absolute Majorität der anwesenden Mitglieder Beschlüsse faßt.

§ 46. Die General-Versammlung hat

- a. über die von dem Vorstande in Gemeinschaft mit der Repräsentanten-Versammlung oder von mindestens zehn Mitgliedern statutenmäßig gestellten Anträge zu entscheiden;
- b. über Änderungen der Statuten zu beschließen (§§ 45 und 47);
- c. die Wahl des Rabbiners aus dem vom Vorstande und von der Repräsentanten-Versammlung vorgeschlagenen Kandidaten zu vollziehen (§ 40).

Abänderungen der Statuten.

§ 47. Die Grundbestimmungen im § 1 sind un-
abänderlich.

Ein Antrag auf Abänderung der übrigen Paragraphen kann nur von dem Gemeinde-Vorstande und der Repräsentanten-Versammlung gemeinschaftlich oder von 50 Mitgliedern gestellt werden, in welchem letzteren Falle er mindestens sechs Wochen vor der General-Versammlung dem Gemeinde-Vorstande schriftlich einzureichen ist.

Die beschlossenen Änderungen bleiben der Genehmigung des Ober-Präsidenten vorbehalten.

Im Auftrage unterzeichnet auf Grund der ganz gehorfsamst überreichten Vollmacht.

(gez.) Samson Rosenberg.

Vorstehendes Statut wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Berlin, den 2. November 1885.

Der Polizei-Präsident.

Verbot einer Broschüre.

85. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Broschüre „Sozialdemokratische Bibliothek“ II. „Karl Marx vor den Kölner Geschworenen“. Prozeß gegen den Ausschuß der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (9. Februar 1849.) Mit einem Vorwort von Fr. Engels. Höttingen-Zürich. Verlag der Volksbuchhandlung 1885. nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin den 10. November 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Verbot einer Broschüre.

86. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Broschüre „Sozialdemokratische Bibliothek“ I. „Gesellschaftliches und Privat-Eigentum“. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms. Höttingen-Zürich. Verlag der Volksbuchhandlung 1885. nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 16. November 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Verbot einer Druckschrift.

87. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die nicht-periodische Druckschrift: „Ein Streifzug auf dem Gebiete der kulturgeschichtlichen Entwicklung im Zusammenhang mit der Idee des Sozialismus. Ein Vortrag, gehalten von Carl Langner vor dem Verein der „Liberalen Liga“ in Evansville, Indiana. Preis 10 Cents. Druck von Gutenberg & Froelich, Evansville, Ind. 1885 nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 11. November 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Bekanntmachung der Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Verlosung von Rentenbriefen betreffend.

18. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 17. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoints gezogen worden.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 118 Stüd, und zwar die Nummern:

25 770 933 1278 1447 1838 2095 2246 2250 2993
3087 3129 3791 3835 4309 4359 4686 4880 4910
5642 5690 6084 6239 6287 6463 6584 6940 7610
7831 8174 8297 8399 8751 8760 8795 8895 9060
9185 9505 9552 9562 9693 9699 9921 10125
10149 10317 10344 10456 10557 10575 10957
11040 11335 11393 11514 11576 11623 11790
11806 12034 12236 12469 12519 12573 12700
12714 12747 13197 13203 13367 13468 13698
13823 14216 14499 14720 14830 15017 15132
15206 15746 15782 15936 16031 16055 16110
16225 16358 16379 16516 16827 16910 17002
17199 17217 17314 17542 17662 18021 18039
18099 18279 18346 18363 18369 18444 18552
18559 18562 18564 18565 18570 18591 18602
18667 18670 18678.

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 41 Stüd, und zwar die Nummern:

123 220 643 948 1001 1380 1500 1737 2035 2521
2636 2680 2783 2805 2833 2898 2968 4253 4324
4395 4437 4482 4524 4543 4701 4875 5064 5066
5239 5257 5416 5420 5513 5855 6066 6118 6128
6352 6441 6652 6687.

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 153 Stüd, und zwar die Nummern:

15 305 356 433 484 656 1089 1159 1211 1294
2408 2917 3329 3712 4419 4610 4685 5103 5686
5737 5913 6027 6245 6386 6410 6744 7000 7150
7152 7245 7269 7343 7347 7392 7418 7620 7622
7842 8178 8550 8857 9002 9182 9186 9302 9313
9321 9420 9507 9527 9735 10093 10503 10687
10862 11178 11221 11256 11481 11518 11544
11574 11721 11757 11783 12071 12190 12199
12585 12586 12971 13222 13549 13853 13922

| | | | | | | |
|--------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 14028 | 14115 | 14351 | 14502 | 14595 | 14630 | 14742 |
| 14840 | 14925 | 14974 | 15089 | 16021 | 16050 | 16064 |
| 16606 | 16608 | 16764 | 16809 | 17054 | 17059 | 17162 |
| 17326 | 17353 | 17396 | 17417 | 17659 | 18035 | 18039 |
| 18098 | 18242 | 18267 | 18803 | 18833 | 18978 | 19112 |
| 19159 | 19264 | 19319 | 19459 | 19483 | 19502 | 19613 |
| 19752 | 19810 | 19939 | 19950 | 20046 | 20049 | 20211 |
| 20444 | 20793 | 20834 | 21351 | 21476 | 21597 | 21724 |
| 21801 | 21944 | 21951 | 22111 | 22113 | 22120 | 22132 |
| 22399 | 22464 | 22540 | 22674 | 23113 | 23241 | 23252 |
| 23340 | 23402 | 23427 | 23458 | 23561 | 23591 | 23616 |
| 23714. | | | | | | |

Litt. D. zu 75 R. (25 Thlr.) 116 Stück, und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|-------|------|
| 138 | 951 | 1450 | 1486 | 1536 | 1708 | 2252 | 2652 | 2820 |
| 3011 | 3030 | 3082 | 3268 | 3362 | 3539 | 3680 | 3798 | 3811 |
| 4426 | 5118 | 5256 | 5885 | 6006 | 6145 | 6268 | 6638 | 6914 |
| 6988 | 7266 | 7315 | 7331 | 7404 | 7716 | 7908 | 8035 | 8072 |
| 8261 | 8447 | 8534 | 8615 | 9188 | 9192 | 9288 | 9377 | 9717 |
| 9873 | 9918 | 10461 | 10737 | 10875 | 11057 | 11096 | 11294 | |
| 11579 | 11661 | 12020 | 12043 | 12138 | 12160 | 12182 | | |
| 12311 | 12436 | 12477 | 12655 | 12711 | 12797 | 12808 | | |
| 13270 | 13401 | 13419 | 13471 | 14220 | 14428 | 14805 | | |
| 14865 | 14930 | 15024 | 15107 | 15240 | 15268 | 15306 | | |
| 15405 | 15559 | 15608 | 15686 | 15695 | 15848 | 16230 | | |
| 16439 | 16576 | 16649 | 16706 | 16742 | 16983 | 17187 | | |
| 17269 | 17384 | 17452 | 17580 | 18227 | 18347 | 18491 | | |
| 18522 | 18539 | 18542 | 18641 | 18644 | 18690 | 18723 | | |
| 18829 | 19010 | 19113 | 19182 | 19259 | 19413 | 19492. | | |

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. V. Nr. 8—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76, vom 1. April f. J. ab an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. April f. J. ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1896 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgelassener Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei, und mit dem Antrage erfolgen, daß der Geldbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen. Berlin, den 13. November 1885.

Königl. Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Regelung der Gültigkeitsdauer der gewöhnlichen Retourbillets. Mit dem 1. Januar f. J. tritt im Lokalverkehr der Bahnstrecken des diesseitigen Direktionsbezirks eine

allgemeine Regelung der Gültigkeitsdauer der gewöhnlichen Retourbillets derart ein, daß Retourbillets bei Entfernungen bis zu 100 km einschließlich 2 Tage „ „ „ 200 „ „ 3 „ „ u. s. f. für jede 100 km um 1 Tag steigend, gelten, und für den Verkehr nach Berlin bei Entfernungen von mehr als 50 km die Gültigkeit um einen Tag verlängert wird.

Hierdurch erfahren die Retourbillets in den meisten Relationen eine Gültigkeits-Verlängerung und nur in einzelnen Relationen, für welche bisher eine ausnahmsweise lange Gültigkeitsdauer bestand, eine Verminderung.

Ferner tritt vom angegebenen Zeitpunkte ab eine Aenderung der Preise der Retourbillets in sofern ein, als die Preisberechnung im Allgemeinen auf Grundlage der normalen Schnellzug- bzw. Personenzugpreise der Staatsbahnen erfolgt, wodurch sich zum Theil Ermäßigungen, zum Theil Erhöhungen gegen die bisherigen Preise der Retourbillets ergeben.

Berlin, den 7. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ermäßigung von Retourbillets mit zweitägiger Gültigkeitsdauer im westlichen Stadtbahn-Vorort-Verkehr.

54. Mit dem 1. Januar n. J. treten in einzelnen Relationen des westlichen Stadtbahn-Vorort-Verkehrs in den Preisen der Retourbillets mit zweitägiger Gültigkeitsdauer Ermäßigungen um je 10 Pf. pro Billet bzw. in einer Relation eine Erhöhung von gleichem Betrage in Kraft. Nähere Auskunft ertheilen die Billet-Expeditionen der Stadtbahn.

Berlin, den 9. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Die Konvertirung der 4½% Thüringer-, Berlin-Anhalter- und Halle-Sorau-Gubener Prioritäts-Obligationen betreffend.

8. Die Inhaber der 4½%igen Prioritäts-Obligationen

der Thüringischen Eisenbahn II., IV., V. und VI. Emission,

der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn I. und II. Emission und La. B. und C.,

der Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn I. und II. Emission und La. B. und C.,

hinsichtlich welcher das durch die Bekanntmachung des Herrn Finanzministers vom 25. Mai d. J. auf Grund des Gesetzes vom 8. Mai d. J. (G.-G. S. 117) erfolgte Angebot der Herabsetzung des Zinsfußes dieser Obligationen auf 4% als angenommen zu gelten hat, werden hierdurch aufgefordert, ihre Obligationen, und zwar die Thüringischen, Berlin-Anhaltischen und Halle-Sorau-Gubener La. C. nebst den am 1. Januar 1886 noch nicht fälligen Zinscoupons und den Talons, ferner die Halle-Sorau-Gubener I. und II. Emission, sowie La. B. nebst den am 1. April 1886 noch nicht fälligen Zinscoupons und den Talons vom 1. Dezember d. J. ab behufs Abstempelung auf den ermäßigten Zinsfuß, sowie Empfangnahme der neuen Reihe zu

pons über die Zinsen vom 1. Januar bezw. 1. April 1886 ab einzureichen:

in **Erfurt**

bei unserer Hauptkasse,

in **Berlin**

bei der königlichen vereinigten Eisenbahn-Betriebskasse, Alankischer Platz Nr. 5,

in **Deffau**

in **Halle**

in **Weißenfels**

in **Cassel**

bei der königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kasse des Direktions-Bezirks Elberfeld daselbst;

ferner in **Altona, Braunschweig, Breslau, Bromberg, Elberfeld, Frankfurt a. M., Hannover, Köln, Magdeburg** bei den königlichen Eisenbahn-Hauptkassen, sowie in **Hamburg, Danzig, Königsberg i. Pr.** bei den königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kassen und in **Stettin** bei der königlichen vereinigten Eisenbahn-Betriebs-Kasse.

Die Obligationen sind getrennt nach den Bahnen und sonstigen Unterscheidungs-Bezeichnungen je für sich mit einem Nummer-Verzeichniß abzugeben bezw. einzusenden. In dem Verzeichniß müssen die Obligationen nach der Nummernfolge und den Werthabschnitten geordnet aufgeführt werden. Die Gesamt-Stückzahl und der Gesamtbetrag jeder Werthgattung sowie die Nummern und die Stückzahl fehlender Kupons nebst dem Werthe dieser im Einzelnen und im Ganzen sind anzugeben. Die Werthpapiere müssen gleichfalls nach der Nummernfolge geordnet sein, auch sind die Obligationen und die Kupons je für sich getrennt nach der Werthgattung mit einem Papierbunde zu umschließen, auf welchem die Stückzahl anzugeben ist.

Obligationen, welche außer Kurs gesetzt sind, bedürfen behufs der Abkempfung der Wiederinanspruchnahme nicht.

Formulare zu den Nummern-Verzeichnissen werden durch die vorgenannten Annahmestellen vom 25. November d. J. ab unentgeltlich verabfolgt und können Verzeichnisse in anderer Form nicht angenommen werden.

Ueber die abgegebenen Werthpapiere erhalten die Einlieferer eine Empfangs-Bescheinigung, gegen deren Ablieferung unter gleichzeitiger Ausstellung einer Quittung über den Rückempfang die abgestempelten Obligationen mit den neuen Kuponsbogen ausgehändigt werden. Sobald die Werthpapiere zur Abhebung bereit liegen, werden die Einlieferer portopflichtig benachrichtigt.

Den auswärtigen Einlieferern wird eine Empfangsbescheinigung nur auf Verlangen übersandt; andernfalls erhalten dieselben nach stattgehabter Prüfung und Abkempfung der eingesandten Werthpapiere ein ausgefülltes Formular für die über den Rückempfang auszustellende Quittung übermittelt, welches von den-

selben mit Unterschrift zu versehen und wieder zurückzusenden ist, wogegen ihnen alsdann die abgestempelten Werthpapiere mit den neuen Kupons übersandt werden. Die Uebersendung erfolgt unter voller Werthangabe, wenn nicht eine geringere Bewertung ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Fehlen bei Abgabe der Obligationen Zinskupons, so muß der volle Werth derselben vor Wiederabgabe der Obligationen baar eingezahlt werden.

Eine Einbehaltung der entsprechenden Zinskupons der neuen Zinsreihe kann nicht erfolgen.

Erfurt, den 7. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Benachrichtigungen der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Die Conversion der 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaften.

11. Die Inhaber der 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaften, hinsichtlich welcher das auf Grund des Gesetzes vom 8. Mai d. J. (S. S. 117) durch Benachrichtigung des Herrn Finanzministers vom 25. Mai d. J. erfolgte Angebot der Herabsetzung des Zinsfußes auf 4 Prozent als angenommen zu gelten hat, werden hierdurch aufgefordert, die Abkempfung der Obligationen auf 4 Prozent bewirken zu lassen und gleichzeitig die neu ausfertigten Zinscheine über 4 Prozent Zinsen abzuheben.

Zu diesem Zwecke sind vom 19. Dezember d. J. ab einzureichen:

1) an die königliche Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg

a. die 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft vom Jahre 1865 mit den Zinscheinen Nr. 3 bis 20 über die vom 1. Januar 1886 ab laufenden Zinsen, sowie mit dem Talon,

b. die 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der früheren Magdeburg-Wittenbergischen Eisenbahn-Gesellschaft vom Jahre 1850 mit dem Talon;

2) an die königliche Eisenbahn-Betriebs-Kasse (Berlin-Lehrte) auf dem Lehrter Bahnhofe zu Berlin

c. die 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft vom Jahre 1873 mit den Zinscheinen Nr. 6 bis 20 über die vom 1. Januar 1886 ab laufenden Zinsen, sowie mit dem Talon;

3) an die königliche Eisenbahn-Betriebs-Kasse (Berlin-M. und Berl.-Pd.) auf dem Potsdamer Bahnhofe zu Berlin

d. die 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft Litt. E. vom Jahre 1873 mit den Zinscheinen Nr. 2 bis 12 über die vom 1. Ja-

nuar 1886 ab laufenden Zinsen, sowie mit dem Talon,

- e. die 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft Litt. F. vom Jahre 1874 mit dem Zinschein Nr. 12 über die vom 1. Januar 1886 ab laufenden Zinsen, sowie mit dem Talon.

Für fehlende Zinscheine ist deren Nennwerth bei Empfangnahme der abgestempelten Obligationen baar zu bezahlen, wogegen die 4 prozentigen Zinscheine vom 1. Januar 1886 ab ausgehändigt werden. Bei Einlieferung der Obligationen durch die Post kann der Geldebetrag der fehlenden Zinscheine sofort beigefügt werden.

Die genannten Rassen sind mit der Abstempelung der Obligationen und der Ausreichung neuer Zinscheinebogen beauftragt, jede derselben nimmt aber auch als Vermittlungsstelle die von den anderen Rassen des diesseitigen Bezirks abzustempelnden Obligationen entgegen. Jedoch sind die durch eine der königlichen Eisenbahn-Betriebsklassen in Berlin abzustempelnden Obligationen nicht bei der andern Klasse daselbst einzureichen. Ebenso können sämtliche vorstehend ad a. bis e. bezeichneten Obligationen an die nachstehenden, als Vermittlungsstellen fungirenden Rassen, eingereicht werden:

- 1) an die zum diesseitigen Direktionsbezirk gehörigen Rassen
 - a. die **königliche Eisenbahn-Betriebs-Kasse zu Halberstadt,**
 - b. an die **Stationskasse auf dem Magdeburg-Leipziger Bahnhof zu Leipzig,**
- 2) an die **königlichen Eisenbahn-Haupt-Kassen zu Altona, Braunschweig, Breslau, Bromberg, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M., Hannover, Köln (rechtsrheinisch) und Köln (linksrheinisch),**
- 3) an die **königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kassen zu Hamburg, Danzig und Königsberg i. Pr., sowie an die königliche vereinigte Eisenbahn-Betriebs-Kasse zu Stettin.**

Die Obligationen und Zinscheine sind mit Verzeichnissen, in welchen die Obligationen nach den verschiedenen Werthen getrennt einzutragen und die Nummern, sowie die Fälligkeitstermine etwa fehlender Zinscheine dabei zu vermerken sind, einzureichen. Ueber jede Sorte Obligationen (also getrennt für a. b. c. d. und e.) ist ein besonderes Verzeichniß zu fertigen.

Die Werthpapiere müssen in der Reihenfolge geordnet sein, wie sie in dem Verzeichnisse eingetragen sind. Die zu einem Verzeichnisse gehörenden Obligationen und Zinscheine sind je mit einem Papierstreifen, auf welchem die Stückzahl und der Einlieferer anzugeben ist, zu umschließen. Obligationen, welche außer Cours gesetzt sind, bedürfen behufs der Abstempelung der Wiederumsatzung nicht.

Formulare zu den Verzeichnissen werden durch die vorgenannten Abstempelungs- und Vermittlungs-Stellen vom 25. November d. J. ab unentgeltlich verabfolgt. Verzeichnisse in anderer Form können nicht angenommen werden.

Der Einlieferer erhält über die eingereichten Obligationen und Zinscheine von der annehmenden Kasse eine Empfangsbescheinigung, welche er bei der Wiederausgähndigung der abgestempelten Obligationen und der neuen Zinscheinebogen, mit der Quittung über den Rückempfang versehen, zurückzugeben hat. Der Rückempfang hat bei derjenigen Kasse zu erfolgen, bei welcher die Einlieferung der Obligationen geschehen ist. Sobald die Werthpapiere zur Abholung bereit liegen, werden die Einlieferer portopflichtig benachrichtigt. Ueber die durch die Post eingehenden Obligationen wird eine Empfangsbescheinigung nur auf Verlangen ertheilt; die Rücksendung erfolgt gleichfalls durch die Post unter voller Werthangabe, falls ein Anderes nicht bestimmt wird. Soll die Rücksendung nicht unter voller Werthdeklaration erfolgen, so werden die Zinscheine und Talons getrennt von den Obligationen an zwei aufeinanderfolgenden Tagen zur Absendung gelangen. Ueber den Rückempfang der Obligationen und der neuen Zinscheinebogen ist umgehend Quittung zu ertheilen.

Bei den Abstempelungsstellen wird die Wiederausgähndigung der bei denselben direkt eingelieferten Stücke baldmöglichst erfolgen, bei den Vermittlungsstellen eingereichte Stücke werden bei diesen jedoch erst nach Ablauf einer etwa vierzehntägigen Frist in Empfang genommen werden können.

Hierbei bringen wir zur Kenntniß, daß die königliche Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg auch die auf 4 Prozent Zinsen abzustempelnden Prioritäts-Obligationen der übrigen Eisenbahn-Direktions-Bezirke und die Stationskasse auf dem Magdeburg-Leipziger Bahnhofe in Leipzig die Prioritäts-Obligationen der Cottbus-Großenhainer Eisenbahn behufs Vermittelung der Abstempelung entgegennehmen.

Magdeburg, den 3. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung
der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Altona.
Prioritäts-Obligationen betreffend.

Die Inhaber der 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen

- a. der **Berlin-Hamburger Eisenbahn III. Emission,**
- b. der **Altona-Kieler Eisenbahn II., III., und IV. Emission,**

hinsichtlich welcher das durch die Bekanntmachung des Herrn Finanz-Ministers vom 25. Mai d. J. auf Grund des Gesetzes vom 8. Mai d. J. (Ges.-S. 117) erfolgte Angebot der Herabsetzung des Zinsfußes dieser Obligationen auf 4% als angenommen zu gelten hat, werden hierdurch aufgefordert, ihre Obligationen nebst den am 2. Januar 1886 noch nicht fälligen Zinscheinen und den Talons vom 10. Dezember d. J. ab

behuft Abstempelung auf den ermäßigten Zinsfuß, sowie Empfangnahme der neuen Reihe Zinscheine über die Zinsen vom 1. Januar 1886 ab einzureichen:

in Altona

bei unserer Hauptkasse,
in Braunschweig, Breslau, Bromberg,
Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M.,
Hannover, Köln, Magdeburg

bei den königlichen Eisenbahn-Hauptkassen,
in Berlin, Danzig, Flensburg, Ham-
burg, Kiel, Königsberg i. Pr., Stettin,

bei den königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kassen,
(in Berlin bei der Betriebskasse des zum Eisenbahn-
Direktionsbezirk Altona gehörigen Betriebsamts).

Die Obligationen sind getrennt nach den Bahnen und sonstigen Unterscheidungsbezeichnungen je für sich mit einem Nummern-Verzeichniß abzugeben bzw. einzulenden. In dem Verzeichniß müssen die Obligationen nach der Nummernfolge und den Werthabschnitten geordnet aufgeführt werden. Die Gesamt-Stückzahl und der Gesamt-Betrag jeder Werthsgattung, sowie die Nummern und die Stückzahl fehlender Zinscheine nebst dem Werthe dieser im Einzelnen und im Ganzen sind anzugeben. Die Werthpapiere müssen gleichfalls nach der Nummernfolge geordnet sein, auch sind die Obligationen und die Zinscheine je für sich getrennt nach der Werthsgattung mit einem Papierbände zu umschließen, auf welchem die Stückzahl anzugeben ist.

Obligationen, welche außer Kurs gesetzt sind, bedürfen behufs der Abstempelung der Wiederinkurssetzung nicht.

Formulare zu den Nummer-Verzeichnissen werden durch die vorgenannten Annahmestellen vom 25. November d. J. ab unentgeltlich verabfolgt und können Verzeichnisse in anderer Form nicht angenommen werden.

Ueber die abgegebenen Werthpapiere erhalten die Einlieferer eine Empfangs-Bescheinigung, gegen deren Ablieferung unter gleichzeitiger Ausstellung einer Quittung über den Rückempfang die abgestempelten Obligationen mit den neuen Zinscheinbogen ausgehändigt werden. Sobald die Werthpapiere zur Abhebung bereit liegen, werden die Einlieferer portopflichtig benachrichtigt.

Den auswärtigen Einlieferern wird eine Empfangsbescheinigung nur auf Verlangen übersandt; andernfalls erhalten dieselben nach stattgehabter Prüfung und Abstempelung der eingesandten Werthpapiere ein ausgefülltes Formular für die über den Rückempfang auszustellende Quittung übermittelt, welches von denselben mit Unterschrift zu versehen und wieder zurückzulenden ist, wogegen ihnen alsdann die abgestempelten Werthpapiere mit den neuen Zinscheinen übersandt werden. Die Uebersendung erfolgt unter voller Werthangabe, wenn nicht eine geringere Werthung ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Fehlen bei Abgabe der Obligationen Zinscheine,

so muß der volle Werth derselben vor Wiederaushändigung der Obligationen baar eingezahlt werden. Eine Einbehaltung der entsprechenden Zinscheine der neuen Zinscheinreihe kann nicht erfolgen.

Altona, den 10. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Der versorgungsberechtigte Oberjäger Forstausseher Gartschod zu Birkenwerder in der Oberförsterei Schönwalde ist zum königlichen Förster ernannt und demselben die Försterstelle Krummenluch in der Oberförsterei Friedersdorf vom 1. Januar l. J. ab übertragen worden.

Die Försterstelle Lenzburg in der Oberförsterei Woltersdorf ist vom 1. Januar l. J. ab dem Förster Balke zu Krummenluch, Oberförsterei Friedersdorf, übertragen worden.

Die Baldwarterstelle Dobbrilow in der Oberförsterei Woltersdorf ist vom 1. Dezember d. J. ab dem Forstausseher Kliez, bisher zu Chausseehaus, Oberförsterei Eumersdorf, interimistisch übertragen worden.

Der bisherige Pfarrer zu Rheinsberg, Diözese Neu-Ruppin, Ferdinand Oskar Riething ist zum Pfarrer bei der Evangelischen Gemeinde zu Brunne, Diözese Fehrbellin, bestellt worden.

Der bisherige Divisionspfarrer Friedrich Wilhelm Maximilian Hähnelt hier selbst ist zum Oberpfarrer bei der Evangelischen Gemeinde zu Dahme und zum Superintendenten der Diözese Dahme bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Langenlupsdorf, Diözese Jüterbog, Traugott Hermann Scheer ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Schlalack, Diözese Treuenbriege, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer, Superintendent Heinrich Julius Hermann Büchel in Niederfinow ist zum Oberpfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Wusterhausen a. D. und zum Superintendenten der Diözese gleichen Namens bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer zu Rügen in Schlesien Carl Gustav Adolf Rürmberger ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Coethen, Diözese Eberswalde, bestellt worden.

Der bisherige Hilfsprediger Otto Hermann Julius Schoenian ist zum zweiten Prediger bei den Evangelischen Gemeinden der Parochie Dranienburg, Diözese Bernau, bestellt worden.

Der bisherige Predigtamts-Kandidat Otto Friedrich Jaentchen ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden zu Raedel, Diözese Neustadt-Brandenburg, bestellt worden.

Die Lehrerin Clara Jacoby ist als Gemeinde-schullehrerin in Berlin angestellt worden.

Dem Oberlehrer Dr. Weisenfels an dem königlichen Französischen Gymnasium in Berlin ist der Professortitel verliehen worden.

Der Schulamtskandidat Edmund Schulze ist als ordentlicher Lehrer an dem Friedrichs-Werderschen Gymnasium in Berlin angestellt worden.



Vermischte Nachrichten.

Schiffahrtssperre auf dem Bromberger Canal.

Zur Ausführung der Räumungsarbeiten im Bromberger Kanal und Reparaturen an den Bauwerken wird derselbe für die Zeit vom 1. Dezember d. J. bis Ende März 1886 für die Schiffahrt und Flößerei gesperrt sein. Bromberg, den 28. Oktober 1885.

Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung.

Die Meldung zur Erlangung der Berechtigung für den einjährig freiwilligen Militärdienst betreffend

Dieserjenigen in Berlin und dem Regierungsbezirk Potsdam wohnhaften jungen Leute, welche die Berechtigung zum einjährig freiwilligen Militärdienst nachsuchen wollen, haben sich in der Zeit vom zurückgelegten 17. Lebensjahre bis zum 1. Februar ihres ersten Militärpflichtjahres, d. i. des Kalenderjahres, in welchem sie das 20. Lebensjahr vollenden, bei der unterzeichneten Kommission schriftlich zu melden.

Dieser Meldung sind beizufügen:

- a. ein Geburtszeugniß,
- b. ein amtlich bescheinigtes Einwilligungs-Attest des Vaters oder Vormundes mit der Erklärung über die Bereitwilligkeit und Fähigkeit, den Freiwilligen während einer einjährigen aktiven Dienstzeit zu bekleiden, auszurüsten und zu verpflegen,
- c. ein Unbescholtenheitszeugniß, welches für Zöglinge von höheren Schulen (Gymnasien, Real-Gymnasien, Ober-Realsschulen, Progymnasien, Realschulen, Real-Progymnasien, höheren Bürgerschulen und den übrigen militärberechtigten Lehranstalten) durch den Direktor der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizei-Obrigkeit oder ihre vorgesetzte Dienstbehörde auszustellen ist, und
- d. ein über die wissenschaftliche Befähigung ausgestelltes Schulzeugniß.

Die Einreichung des letztgenannten Zeugnisses darf bis zum 1. April des ersten Militärpflichtjahres ausgesetzt werden.

Für diejenigen, welche den Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung durch Ablegung einer Prüfung führen wollen, finden alljährlich zwei Prüfungen statt, die eine im Frühjahr, die andere im Herbst. Das Gesuch um Zulassung zu der nächstjährigen Frühjahrsprüfung muß unter Einreichung der ad a—c erwähnten Schriftstücke, eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und einer amtlich beglaubigten Photographie, sowie mit der Angabe, in welchen zwei fremden Sprachen der sich Meldende geprüft sein will, spätestens bis zum 1. Februar l. J. angebracht werden.

Es wird ausdrücklich bemerkt, daß Meldungen zur Prüfung, welche nach dem 1. Februar l. J. eingegeben, oder welche erst nach diesem Termine durch Einreichung der beizufügenden Schriftstücke vervollständigt werden, keine Berücksichtigung finden können.

Die unterzeichnete Kommission fordert diejenigen jungen Leute, welche in Berlin und dem Regierungsbezirk Potsdam im Jahre 1886 gestellungspflichtig sind und die Berechtigung zum einjährig freiwilligen Militärdienst zu erlangen beabsichtigen, hierdurch auf, die vorgeschriebenen Meldungen möglichst bald, spätestens jedoch bis zum 1. Februar 1886, in ihrem Geschäftslokale, Niederwallstraße Nr. 39, anzubringen.

Berlin, den 7. November 1885.

Königl. Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige.

Ansprache an die Bevölkerung über Wesen und Ziele der bevorstehenden Volkszählung.

Kurze Zeit nur trennt uns noch von dem Tage, an welchem die vierte allgemeine, vom Bundesrathe des Deutschen Reiches beschlossene Volkszählung stattfinden soll. Allerorten werden in den letzten Tagen des Monats November freiwillige Zähler an die Thüren der Haushaltungen klopfen und dort mit einem Haushaltungs-Verzeichnisse ebenso viele, in einen offenen Zählbrief eingeschlagene Zählkarten übergeben, wie Personen zur Haushaltung gehören.

Die Zählung wird wiederum am 1. Dezember vorgenommen werden. Sie ist ein großes, umfassendes Werk, durch welches von jedem Bewohner des Staates, der um die Mitternachtsstunde zwischen dem 30. November und 1. Dezember d. J. lebt, der Vor- und Familienname, das Geschlecht, das Alter, der Familienstand, der Geburtsort, das Religionsbekenntniß, der Beruf und Berufszweig, die Staatsangehörigkeit u. s. w. ermittelt werden soll. Alle diese Angaben werden alsdann im königlichen statistischen Bureau zu Berlin aufbereitet und zu Uebersichten mannigfacher Art zusammengestellt, welche erfordert werden durch die Gesetzgebung und Verwaltung, durch die Wissenschaft und die Bedürfnisse des täglichen Lebens.

Die Zählbriefe, Haushaltungs-Verzeichnisse und Zählkarten sind das Handwerkszeug, mit dessen Hilfe die Volkszählung alle jene wissenschaftlichen Nachrichten sammelt, sie in vielseitigster Weise mit einander und zu einem Gesamtbilde über die Bevölkerung verbindet und einen so vollen Einblick in die innersten Verhältnisse des Volkslebens gewährt, wie er in gleicher Vollständigkeit und Zuverlässigkeit auf keine andere Weise gewonnen werden kann. Die gegenwärtige, wohl kaum noch angefochtene Erhebungsmethode hat dabei den Vorzug vor dem älteren Verfahren mit Listen, daß die Gruppierung der Millionen von Einzelangaben im Bedürfnisfalle noch während der Aufbereitung nach anderen, als den ursprünglich in das Auge gefaßten Gesichtspunkten erfolgen kann. Es ist dies ein Vorzug von hoher Bedeutung, da jetzt bekanntlich nur von fünf zu fünf Jahren neue Nachrichten über den Stand der Bevölkerung ermittelt werden, in der Zwischenzeit aber bei allen einschlagenden Untersuchungen auf die Ausnutzung der Ergebnisse der letzten Volkszählung zurückgegangen werden muß.

Es ist Sache der Pflicht und liegt im Interesse

eines jeden Staatsbürgers, und insbesondere eines jeden Haushaltungsvorstandes, zum Gelingen des Gesamtzählungswerkes nach besten Kräften beizutragen, das ihm beändigte Haushalts-Verzeichniß nebst den zugehörigen Zählarten vollständig und sachgemäß auszufüllen und den eines Ehrenamtes waltenden Zähler zu unterstützen. Möchten recht viele gemeinnützig gesinnte Männer dieses für Staat und Gemeinde gleich wichtige Amt übernehmen!

Niemand hat von der wahrheitsgemäßen Beantwortung der auf der Zählkarte gestellten Fragen für sich selbst oder seine Familie den geringsten Nachtheil zu befürchten; denn es werden seitens des königlichen statistischen Büreaus niemals durch die Volkszählung gewonnene Nachrichten über einzelne Personen veröffentlicht oder irgend wohin, auch nicht an Behörden, mitgetheilt, und ebensowig werden diese Nachrichten im Interesse der Steuerverwaltung oder sonst zu fiskalischen Zwecken verwerthet.

Dagegen stehen mit dem Ergebnisse der Erhebung die bedeutsamsten staatsrechtlichen und öffentlichen Fragen in Verbindung. So dient der durch die Volkszählung ermittelte Stand der Bevölkerung als Maßstab für die Vertheilung des Ersatzbedarfes für das Reichsheer und die kaiserliche Marine, für die Aufbringung der von den einzelnen Bundesstaaten an das Reich zu zahlenden Matrifularbeiträge, für die richtige Vertheilung mannigfacher, für Staats- und Gemeindegemeinde aufzubringender Lasten oder öffentlicher Vortheile, für die Berechnung der auf die einzelnen Bundesstaaten entfallenden Anttheile an den gemeinsamen Zöllen und Verbrauchssteuern, für die Ueberweisung eines Theiles des dem preussischen Staate zufließenden Ertrages der Getreide- und Viehzölle an die Kommunalverbände, für die Abgrenzung der Wahlbezirke, für das Ausschreiben von Städten aus dem Kreisverbände und viele andere wichtige Angelegenheiten.

Unstreitig ist die Volkszählung das beste Mittel für ein Volk, sich selbst kennen zu lernen und sich über seine Größe und Bedeutung zu unterrichten. Schätzt man doch die Wichtigkeit der einzelnen Ortsschaften, Kreise und Provinzen zunächst allgemein nach deren Volkszahl, welche, in Europa wenigstens, auch das Maß der Kraft der einzelnen Staaten ist. Wie sehr die Stärke des preussischen Staates im Laufe dieses Jahrhunderts solcher Gestalt zugenommen hat, zeigen folgende Zahlen. Die Bevölkerung Preussens betrug im Jahre 1810 4 498 000, 1820 11 272 000, 1830 12 988 000, 1840 14 929 000, 1850, 16 608 000, 1860 18 265 000, 1870 24 568 000 und 1880 27 279 000; sie wird am 1. Dezember d. J. mindestens

28 1/4 Millionen erreichen. Mit der Zunahme der Volkszahl steigt, sofern die Größe des Staatsgebietes unverändert geblieben ist, die Dichtigkeit des Zusammenwohnens; eine dichte Bevölkerung ist aber nicht bloß ein Merkmal bedeutender und stark ausgenutzter Produktivkräfte, sondern eine Produktivkraft selbst und ein höchwichtiger Antrieb zur wirtschaftlichen Benutzung der übrigen im Staate vorhandenen Kräfte. Unbestritten ist die bedeutende Bevölkerungszunahme des preussischen Staates die treibende Ursache seiner hohen Machtstellung und wirtschaftlichen Größe, wie gleichmäßig derselben des Deutschen Reiches gewesen.

In ähnlicher Weise, wie hier bezüglich der bloßen Zahl der Bevölkerung angedeutet worden ist, werden auch aus den über Geschlecht, Alter, Familienstand, Geburtsort, Religionsbekenntniß, Beruf, Staatsangehörigkeit u. s. w. der Bewohner, den über die Zusammensetzung der einzelnen Haushaltungen und den über die Wohnstätten erhobenen Angaben Nachweise gewonnen, welche sich vielseitig nutzbar machen lassen und namentlich zur Erkenntniß der Zustände und Bedingungen führen, unter welchen unser Volk lebt, schafft und arbeitet.

Da die Unterlagen für alle Untersuchungen über die Volkskraft und das Volksleben zum größten Theile nur auf dem Wege einer allgemeinen Volkszählung gewonnen und auch nur auf Grund der Ergebnisse derselben durchgeführt werden können, so leuchtet ein, daß dieser Erhebung eine große Bedeutung inne wohnt. Der 1. Dezember 1885 ist also für unser Volk und für unser Staatsleben ein Tag von besonderer Wichtigkeit! Jede im Haushalts-Verzeichniß und in der Zählkarte verlangte Auskunft ist unentbehrlich, und deshalb ist es die Pflicht eines jeden Haushaltungsvorstandes, sich der geringen Mühe zu unterziehen, diese Zählpapiere nach der Anleitung, welche auf der inneren Seite des Zählbriefes zu finden ist, nach bestem Wissen genau und möglichst vollständig auszufüllen. Bei einem innigen Zusammenwirken der Behörden, der Zählkommissionen, der Zähler und der Bewohner selbst wird auch die bevorstehende Volkszählung gleich den vorhergegangenen dem preussischen Staate verlässliche Auskunft über die Höhe und den gegenwärtigen Zustand seiner Bevölkerung geben.

Das königliche statistische Bureau seinerseits aber wird keine Mühe scheuen, um zunächst die Hauptzahlen der Erhebung, welche begreiflicher Weise allgemein mit Spannung erwartet werden, so rasch wie möglich zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, ihnen dann aber das ausführliche Ergebnis baldigst folgen zu lassen.

Berlin, im November 1885.

Königl. statistisches Bureau.

Blond.

(Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend die Anweisung für die Polizei- und Gemeindebehörden zur Mitwirkung bei Ausübung der militärischen Kontrolle, sowie Drei öffentliche Anzeiger.)

(Die Intertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.)

Bezugsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der K. M. Gays'schen Erben (G. Gays, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage

zum 47ten Stüd des Amtsblatts

der Königlischen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Den 20. November 1885.

Bekanntmachungen des Königlischen Regierungs-Präsidenten.

260.

Anweisung

für die Polizei- und Gemeindebehörden zur Mitwirkung bei Ausübung der militairischen Kontrolle.

Einleitung.

Bei Handhabung der militairischen Kontrolle ist davon auszugehen, daß regelmäßig jede männliche, im Alter vom vollendeten 20sten bis zum vollendeten 42sten Lebensjahre stehende, dem Deutschen Reiche angehörige Person sich im Besitze eines Militair-Papieres befinden muß.

Die Kontrolle hat sich vorzugsweise auf Personen im Alter vom vollendeten 20sten bis zum vollendeten 31sten Lebensjahre zu erstrecken.

I. Abschnitt.

Arten der Militair-Papiere und Gesichtspunkte, nach welchen bei Prüfung derselben zu verfahren ist.

(Die Militair-Papiere sind nachstehend in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.)

1) Annahmeschein.

Inhaber ist als legitimirt zu erachten, wenn aus dem Scheine ersichtlich ist, daß er den ihm obliegenden Meldepflichten beim Bezirksfeldwebel nachgekommen ist. Andernfalls ist gegen denselben nach den Bestimmungen im Abschnitt III. A. zu verfahren.

2) Ausmusterungsschein.

Inhaber unterliegt keiner Kontrolle und ist daher als legitimirt anzusehen.

3) Ausschließungsschein wie vorstehend zu 2.

4) Berechtigungsschein

zum einjährig-freiwilligen Militairdienst.

Inhaber ist als legitimirt zu betrachten, wenn der auf dem Scheine eingetragene Anstellungsvermerk noch nicht abgelaufen ist.

Andernfalls ist nach Abschnitt III. B. zu verfahren.

5) Ersatz-Reserve-Paß I. (in Buchform).

Inhaber ist als legitimirt zu erachten

a. wenn der im Paß angegebene Gefestigungstermin noch nicht verstrichen ist,

b. wenn derselbe den ihm auferlegten Meldepflichten beim Bezirksfeldwebel nachgekommen und dies aus dem Paße ersichtlich ist.

Andernfalls ist in dem Falle

zu a. gegen den Inhaber nach Abschnitt III. B.
zu b. " " " " Abschnitt III. A.
zu verfahren.

6) Ersatz-Reserve-Schein I.

Inhaber ist als legitimirt zu betrachten, wenn die in demselben vorgeschriebenen An- und Abmeldungen beim Bezirksfeldwebel erfolgt und bescheinigt sind, oder wenn sich auf dem Scheine der Vermerk befindet, daß Inhaber zur Ersatz-Reserve II. übergeführt ist.

Andernfalls ist nach Abschnitt III. A. zu verfahren.

7) Ersatz-Reserve-Schein II.

Inhaber unterliegt keiner Kontrolle und ist daher als legitimirt anzusehen.

8) Loosungsschein.

Inhaber ist als legitimirt zu erachten, wenn er

a. zu den Musterungsterminen erschienen,
b. den ihm in dem Scheine aufgelegten Meldepflichten nachgekommen ist.

Andernfalls ist in dem Falle

zu a. gegen den Inhaber nach Abschnitt III. B.
zu b. " " " " Abschnitt III. A.
zu verfahren.

9) Meldeschein zum freiwilligen Eintritt.

Inhaber ist bis zum Ablauf der auf dem Scheine (am Schlusse) bezeichneten Gültigkeitsdauer als legitimirt zu erachten.

Ist die Frist abgelaufen und befindet sich Inhaber bereits im militairpflichtigen Alter (vollendetes 20tes Lebensjahr), so ist mit ihm nach Abschnitt II. 3 zu verfahren.

Hat Inhaber das militairpflichtige Alter noch nicht erreicht, so unterliegt derselbe einstweilen keiner weiteren Kontrolle.

10) Militair-Paß (in Buchform).

Inhaber ist als legitimirt zu erachten, wenn sich in dem Passe einer der nachstehenden Vermerke befindet:

„dauernd ganzinvalid“,
„zum Landsturm übergetreten“,
„aus dem Seewehr-Verhältnis entlassen“,
„aus dem Heere oder der Marine ausgestoßen“.

Andernfalls ist zu kontrolliren, ob Inhaber seinen Meldepflichten beim Bezirksfeldwebel nach Maßgabe der dem Passe vorgebrachten Bestimmungen genügt hat.

Hat Inhaber diese Meldepflichten verabsäumt, so ist gegen denselben nach Abschnitt III. A. zu verfahren.

11) Seewehr-Schein.

Inhaber ist als legitimirt zu erachten, wenn sich in dem Scheine der Vermerk befindet:

„aus dem Seewehr-Verhältnis entlassen“.
Anderenfalls ist die Kontrolle und das Verfahren wie vorstehend zu 10.

12) Urlaubspass (für Rekruten).

- a. ist in demselben ein Gestellungstermin angegeben, so ist Inhaber bis zum Ablaufe dieses Termins als legitimiert zu erachten, wenn er die vorgeschriebenen Meldungen beim Bezirksfeldwebel bewirkt hat.

Wenn der angegebene Gestellungstermin verstrichen, so ist mit dem Betreffenden nach Abschnitt III. B. zu verfahren. Ist nur die Meldung beim Bezirksfeldwebel versäumt, so ist nach Abschnitt III. A. zu verfahren.

- b. ist in dem Passe kein Gestellungstermin angegeben und hat Inhaber inzwischen keine Gestellungsbefehle zum Eintritt bei einem Truppenteile erhalten, so ist nur die Erfüllung der Meldepflicht beim Bezirksfeldwebel zu kontrollieren, eventl. nach Abschnitt III. A. zu verfahren.

III. Abschnitt.

Grundsätze, nach welchen mit denjenigen innerhalb der im Eingange bezeichneten Altersgrenze befindlichen Personen zu verfahren ist, welche keine Militäripapiere haben.

- 1) Jeder Reichsangehörige, welcher sich im Alter vom vollendeten 20sten bis zum vollendeten 42sten Lebensjahre befindet und keine Militäripapiere hat oder sich über seine Militärverhältnisse nicht anderweit glaubhaft auszuweisen vermag, ist, wenn er am Orte seinen Wohnsitz hat, der mit der Führung der Rekrutirungskammrolle betrauten Behörde (Guts-, Gemeindevorsteher u.) zur Anzeige zu bringen, anderenfalls derselben zuzuführen.
- 2) Die zu 1 genannte Behörde hat alsbald eine eingehende Prüfung der Militärverhältnisse des Betreffenden zu veranlassen.
- 3) Ergiebt sich, daß derselbe noch militärpflichtig, d. h. über seine Dienstpflicht von den Ersatzbehörden noch nicht endgültig entschieden ist, so sind seine persönlichen Verhältnisse unter Benützung eines Formulars der Rekrutirungskammrolle festzustellen.

Stellt sich bei der Vernehmung heraus, daß der Militäripflichtige seiner Melde- und Gestellungspflicht (beim Stammrollenfürher bzw. bei der Ersatzkommission) nicht nachgekommen ist, und hat der Betreffende am Orte oder in dem betreffenden Aushebungsbezirke keinen festen Wohnsitz, so ist derselbe — unter gleichzeitiger Uebersendung des ausgefüllten Formulars — dem Civil-Vor-sitzenden der Ersatzkommission zuzuführen.

Hat der Militäripflichtige am Aufgreifungs-orte oder in dem betreffenden Aushebungsbezirke seinen Wohnsitz, so genügt schriftliche Anzeige und Uebersendung des Formulars an den Civil-Vor-sitzenden der Ersatzkommission.

- 4) Ergiebt sich, daß der Betreffende als Rekrut aus-
gehoben aber noch nicht zur Einstellung gebracht worden ist, so ist in einer mit demselben aufzunehmenden Verhandlung festzustellen

- a. Vor- und Zunamen,
- b. Tag und Ort der Geburt,
- c. Wohnort oder zeitiger Aufenthaltsort,
- d. In welchem Aushebungsbezirke und für welchen Truppenteil ausgehoben,
- e. Wo bisher oder zuletzt in Kontrolle.

Diese Verhandlung ist sofort dem nächsten Bezirksfeldwebel oder Bezirks-Commando zur weiteren Veranlassung zuzustellen.

Läßt sich dagegen bei der Vernehmung nicht mit Sicherheit feststellen, daß der Betreffende seiner Melde- und Gestellungspflicht nachgekommen ist, so ist derselbe — bei gleichzeitiger Uebersendung der Verhandlung — dem Bezirksfeldwebel bzw. Bezirks-Commando zuzuführen.

- 5) Ergiebt sich, daß der Betreffende seiner activen Dienstpflicht bei einem Truppenteile ganz oder theilweise genügt hat, so ist in der mit demselben aufzunehmenden Verhandlung festzustellen:

- a. Vor- und Zuname,
- b. Tag und Ort der Geburt,
- c. Wohnort oder zeitiger Aufenthaltsort,
- d. Bei welchem Truppenteile gebient,
- e. Datum des Dienst Eintritts und der Entlassung,
- f. Wo bisher oder zuletzt in Kontrolle.

Wegen Einsendung der Verhandlung oder Zuführung des Betreffenden gilt das zu vorstehend 4 Gesagte.

- 6) Ergiebt sich, daß der Betreffende der Ersatz-Reserve I. oder Seewehr angehört, so ist in der aufzunehmenden Verhandlung festzustellen:

- a. Vor- und Zunahme,
- b. Tag und Ort der Geburt,
- c. Wohnort oder zeitiger Aufenthaltsort,
- d. Wann und in welchem Aushebungsbezirke die Ueberführung zur Ersatz-Reserve I. oder Seewehr stattgefunden hat,
- e. Wo bisher oder zuletzt in Kontrolle.

Wegen Einsendung der Verhandlung oder Zuführung des Betreffenden gilt das zu 4 Gesagte.

III. Abschnitt.

Grundsätze, nach welchen mit denjenigen innerhalb der im Eingange bezeichneten Altersgrenze befindlichen Personen zu verfahren ist, welche zwar gültige Militäripapiere haben, sich aber über Erfüllung der Melde- oder Gestellungspflicht nicht ausweisen können.

A. Nichterfüllung der Meldepflicht.

Wer nach Maßgabe seines Militäripapiers zur Meldung

a. bei dem Stammrollenführer,
oder b. beim Bezirksfeldwebel
verpflichtet ist und diese Verpflichtung nicht erfüllt hat,
ist unter Abnahme und Einsendung der Militair-Papiere
bei gleichzeitiger Angabe seines Wohnsitzes oder Auf-
enthaltortes in den Fällen

zu a. bei dem Civil-Vorsitzenden der Ersagcom-
mission, in den Fällen

zu b. bei dem nächsten Bezirksfeldwebel oder Land-
wehr-Bezirks-Commando,

zur Anzeige zu bringen.

B. Nichterfüllung der Gestellungspflicht.

Wer nach Maßgabe seiner Militair-Papiere zur
Gestellung

a. vor den Ersagbehörden oder

b. vor den Militairbehörden (Landwehr-Bezirks-
Commando oder Truppentheil)

verpflichtet ist und diese Verpflichtung nicht erfüllt hat, ist
in den Fällen zu a.

unter Abnahme der Militair-Papiere dem
Civil-Vorsitzenden der Ersag-Commission,

in den Fällen zu b.

dem nächsten Bezirksfeldwebel oder Land-
wehr-Bezirks-Commando

zuführen.

IV. Abschnitt.

Sicherung der Strafvollstreckung der wegen
Verletzung der Wehrpflicht ergangenen Er-
kenntnisse. Kontrolle über die Militair-Ver-
hältnisse der Einwanderer.

- 1) Die Gemeinde- und Polizeibehörden sind verpflichtet,
von allen zu ihrer Kenntniß gelangenden Fällen,
in welchen den wegen Verletzung der Wehrpflicht
bzw. wegen unerlaubter Auswanderung verurtheilten
Personen Vermögen durch Erbschaft oder Vermäch-
t niß zufällt, im ersteren Falle dem Civil-Vorsitzenden
der Ersagcommission, im letzteren Falle dem Land-
wehr-Bezirks-Commando sofort Anzeige zu erstatten.
- 2) Wandern Personen im Alter vom vollendeten
17ten bis zum vollendeten 42ten Lebensjahre zum
Zwecke der Niederlassung vom Auslande ein, oder
kehren solche Personen nach erfolgter Auswanderung
in das Inland zurück, so sind die Betreffenden
dem Civil-Vorsitzenden der Ersag-Commission bei
gleichzeitiger Uebersendung ihrer Legitimations-
papiere (Paß, Bürgerbrief etc.) namhaft zu machen.

Vorstehende, Seitens des Herrn Ministers des
Innern unter dem 28. August d. J. erlassene An-
weisung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Potsdam, den 10. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 48.

Den 27. November

1885.

Rechtzeitige Erneuerung der Bestellung auf das Amtsblatt für das Jahr 1886.

Wenngleich die Verpflichtung der Beamten sowie der Gast- und Schankwirth, einschließlich der Krüger, zum Halten der Regierungs-Amtsblätter aufgehoben ist, so ist doch anzunehmen, daß viele derselben das Amtsblatt auch fernerhin freiwillig zu halten wünschen.

Ich bringe deshalb die rechtzeitige Erneuerung der Bestellung für das Jahr 1886, welche bei den Kaiserlichen Postanstalten zu bewirken ist, mit dem Bemerken in Erinnerung, daß bei den erst nach Ablauf dieses Jahres eingehenden Bestellungen die vollständige Nachlieferung der bereits ausgegebenen Stücke für 1886 wohl kaum mehr würde erfolgen können.

Potsdam, den 24. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Polizei-Verordnung,

betreffend die Ausführung des Feld- und Forstpolizei-Gesetzes.

263. Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. S. 195) und der §§ 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Ges.-S. S. 265) wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Regierungsbezirk Potsdam zur Ergänzung des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 (Ges.-S. S. 230) Nachstehendes verordnet:

§ 1. Mit Geldstrafe bis Dreißig Mark wird bestraft, wer sein Vieh in der Zeit von einer Stunde nach Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang (Nachtweide) außerhalb eingefriedigter Grundstücke weiden läßt.

§ 2. Bei der Ausübung von Weideberechtigungen in Forsten ist es verboten:

- 1) wenn die Berechtigung einer Hütungsgemeinschaft zusteht und das Einzelhüten nicht ausdrücklich gestattet ist, einzelne Stücke Vieh getrennt von der gemeinschaftlichen Heerde zu weiden,
- 2) das Vieh zur Nachtzeit, d. h. von einer Stunde nach Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang im Walde zu belassen oder während dieser Zeit einzutreiben,
- 3) die Aufsicht über das Vieh Kindern unter zwölf Jahren oder solchen Personen anzuvertrauen, welche wegen Forst- oder Jagdrevells dreimal bestraft sind.

Für jede zur Hütung in eine fremde Forst einzutreibende Heerde ist auf Verlangen des Eigentümers oder Verwalters der Forst bei demselben alljährlich ein Legitimationschein zu lösen, welcher die Bezeichnung der Heerde nach Vieh- und höchster zulässiger Stückzahl (falls die Berechtigung in dieser Beziehung begrenzt ist) enthalten muß.

Zuwiderhandlungen werden nach § 40 bezw. § 41 des Gesetzes bestraft.

Unter Gesetz wird hier, sowie in den nachfolgenden Paragraphen das Feld- und Forstpolizeigesetz vom 1. April 1880 (Ges.-S. S. 230) verstanden.

§ 3. Mit Geldstrafe bis Dreißig Mark wird bestraft, wer unbefugt Gemein- oder einzelne Stangen von Rothhirschen oder Dammhirschen aufammelt.

§ 4. Mit Geldstrafe bis Fünfzig Mark wird bestraft, wer unbefugt auf fremden Grundstücken Gras, Heu, Torf oder andere Bodenerzeugnisse ausbreitet oder niederlegt.

§ 5. Mit Geldstrafe bis Sechzig Mark wird bestraft:

- 1) wer abgesehen von den Fällen des § 308 des Strafgesetzbuchs ohne vorgängige Anzeige bei der Ortspolizeibehörde oder bei dem Ortsvorstande Wald- oder Wiesenflächen oder liegende oder zusammengebrachte Bodenbedeckungen in Brand setzt oder Rothheiden senkt oder die bezüglich dieses Brennens oder Sengens polizeilich angeordneten Vorsichtsmaßregeln außer Acht läßt,
- 2) wer die vorsehend zu 1) oder die in § 32 des Gesetzes vorgeschriebene Anzeige zwar macht, aber vor Ablauf von vier Wochen, ohne die polizeilichen Anordnungen abzuwarten, zur Ausführung seines Vorhabens schreitet.

§ 6. Verboten ist — auch auf eigenen Grundstücken — der Fang oder das Töden nachbenannter Vogelarten:

ammer, Bachstelze, Baumläufer, Blauehlchen, Bussard, Dompfaff, Drossel, Eule (mit Ausnahme des Uhus), Fink, Fliegenschäpper, Goldhähnchen, Grasmücke, Hänfling, Kiebitz, Kleiber, graue Krähe, Kuckuck, Laubvogel, Lerche, Mandelkrähe, Meise, Nachtigall, Pieper, Pirol, Rohrfänger, Rothkehlchen, Rothschwanz, Schwalbe, Specht, Staar, Strauß

schmäger, Stieglitz, Storch, Thurmfalke, Wendehals, Wiedehopf, Wiesenschmäger, Zaunkönig, Zeisig, Ziegenmelker (Tagtschlag);

sowie ferner das Zerstören der Nester, mit Ausnahme derer an eigenen Gebäuden, das Ausnehmen oder Feilhalten von Eiern oder das Ausnehmen von Jungen dieser Vögel. Dasselbe gilt von allen Vorbereitungen zum Fange derselben, insbesondere von dem Aufstellen von Netzen, Schlingen, Dohnen, Sprengeln, Käfigen und Leimrutschen, sowie von dem Feilhalten solcher gefangenen oder getödteten Vögel.

Zu widerhandlungen werden nach § 34 des Gesetzes bestraft.

§ 7. Ausgenommen von dem Verbote des § 6 ist die Anlage von Dohnenreihen Seitens der Jagdberechtigten zum Zwecke des Krammetsvogelfanges. Das Einbieren der Steige und der Fang ist erst nach dem 1. Oktober jeden Jahres gestattet. Ferner kann das Verbot des Einfangens oder Tödtens einzelner der im § 6 aufgeführten Vogelarten, ingleichen das Verbot des Ausnehmens ihrer Eier oder Jungen oder des Zerstörens ihrer Nester für solche Feldmarken, auf welchen jene Vogelarten in einer der Land- oder Forstwirtschaft nachtheiligen Menge auftreten, von den Landräthen bezw. den Polizeibehörden der Stadtkreise zeitweise außer Kraft gesetzt werden.

Die hierüber zu erlassende Bekanntmachung muß die Dauer der Außerkraftsetzung, welche ein Jahr nicht übersteigen darf, bestimmen und in der für Polizeiverordnungen vorgeschriebenen Weise veröffentlicht werden.

Bezüglich des Ausnehmens von Kiebigern bewendet es bei der Vorschrift im § 6 des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870.

§ 8. Sobald an einem Orte sich Heuschrecken in großer Zahl zeigen, sind die Besitzer selbständiger Gutsbezirke und die Gemeinden verpflichtet, die zur Ausführung der Vertilgungsmaßregeln nöthigen Mannschaften und Gespanne unentgeltlich zu stellen.

Der Landrath hat erforderlichen Falls den Umfang dieser Leistungen und die übrigen Vorbeugungs- oder Vertilgungsmaßregeln zu bestimmen.

§ 9. Wer von dem Vorkommen des Kartoffelkäfers, seiner Eier, Larven oder Puppen in irgend einer Weise Kenntniß erhält, ist verpflichtet, binnen 24 Stunden der Ortspolizeibehörde davon Anzeige zu machen.

Die von dem Eigentümer, Nießbraucher oder Pächter eines Grundstücks oder von den von ihm damit beauftragten Personen aufgefundenen Käfer, Eier, Larven und Puppen sind sofort zu tödten. Die Aufbewahrung in lebendem Zustande ist verboten.

Jeder Eigentümer, Nießbraucher oder Pächter eines Grundstücks ist verpflichtet, die von dem Landrath oder der Polizeibehörde angeordneten Absuchungen der Grundstücke gehörig auszuführen, und hat Jedermann die Verfügungen des Landraths oder der Polizeibehörde wegen der Absperrung von Grundstücken genau zu befolgen.

§ 10. Das Anpflanzen von Verberigensträuchern

in einer Entfernung von weniger als 100 Metern von fremden Ackergrundstücken ist verboten, und sind Sträucher dieser Art, welche sich in einer geringeren Entfernung befinden, zu beseitigen.

§ 11. Eigentümer, Nugnießer, Pächter und Verwalter von Grundstücken, auf welchen sich die gelbe Bucherblume (*senecio vernalis*), auch Frühlings-Kreuzkraut genannt, befindet, sind verpflichtet, dies Unkraut, bevor es in den Zustand des Abblühens oder Reisens eintritt, herauszunehmen und zu vernichten.

Die Absuchung der Grundstücke nach der bezeichneten Pflanze ist spätestens in der ersten Woche des Monats Mai zu beginnen und bis zur Mitte des Monats Juni so oft, wie die Umstände es erfordern, zu wiederholen. Alsdann muß die vollständige Vertilgung der Pflanze durchgeführt sein.

Diese Vorschriften beziehen sich sowohl auf angebaute landwirthschaftliche als auch auf unangebaute Grundstücke, sowie auf Wege, Wegeränder, Chausseebefestigungen, Eisenbahnkörper und ähnliche Flächen.

Auf forstwirthschaftliche Grundstücke beziehen sie sich nur, soweit dieselben aus Blößen und Kulturen bestehen, welche an landwirthschaftliche Grundstücke grenzen, und zwar nur bis zu einer Tiefe von 200 Metern vom Rande der letzteren.

Der Landrath ist bei nicht gehöriger Befolgung dieser Vorschriften, unbeschadet der Strafvorschrift des § 12, befugt, die unterlassenen Vorrichtungen auf Kosten der Säumigen im Zwangswege zur Ausführung zu bringen. Die Strafbarkeit ist ausgeschlossen, wenn die Betreffenden nachweisen, daß sie es an den erforderlichen Bemühungen zur Vertilgung der Pflanzen nicht haben fehlen lassen.

§ 12. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden §§ 8 bis 11 werden nach § 34 des Gesetzes bestraft.

§ 13. Mit Geldstrafe bis Fünfzig Mark wird bestraft:

- 1) wer unbefugt auf Forstgrundstücken Bau-, Nug-, oder Brennholz umlegt oder anderweitig sortirt,
- 2) wer die zur Bestimmung von Haide-, Streu- oder Grasflächen dienenden Merkmale vernichtet, verändert, unkenntlich macht oder nachahmt.

§ 14. Zur Ausübung einer jeden Waldbnutzung behufs Selbstgewinnung von Waldprodukten und Waldnebennutzungen jeder Art, also auch zum Sammeln von Kräutern, Beeren und Pilzen, ist ein vom Waldeigentümer oder dessen Vertreter ausgestellter Legitimationsschein im Voraus zu lösen.

Die Ausübung darf nur bei Tage, d. h. in der Zeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, und nur in den von dem Eigentümer oder Verwalter der Forst für geöffnet erklärten Theilen derselben erfolgen. Bei Zuwiderhandlungen treten die Strafvorschriften der §§ 40, 41 des Gesetzes ein.

§ 15. Mit Geldstrafe bis Fünfzig Mark wird bestraft, wer aus einem fremden Walde oder Forststück andere Gegenstände als Holz, welche er erworben oder zu deren Bezuge in bestimmten Mäßen er berechtigt ist,

unbefugt ohne Genehmigung des Grundeigentümers oder dessen Vertreters vor Rückgabe des Verabfolgungzettels oder an anderen als den bestimmten Tagen oder von einem anderen als den ihm angewiesenen Bezugsorten oder auf anderen als den bestimmten Wegen fortgeschafft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§ 16. Mit Geldstrafe bis fünfzig Mark wird bestraft, wer es unterläßt aus einem fremden Walde oder Torfstich Holz, Torf oder andere Gegenstände, welche er erworben hat, oder zu deren Bezuge in bestimmten Maaßen er berechtigt ist, innerhalb der bestimmten Abfahrtsfrist oder, in Ermangelung einer solchen, innerhalb 8 Wochen nach der Erwerbung bezw. der Zustellung des Verabfolgungzettels fortzuschaffen.

Eine Wiederholung der Bestrafung erfolgt jedesmal nach Ablauf von 14 Tagen, vom Tage der Zustellung der letzten Straffestsetzung ab gerechnet, sofern die Abfuhr bis dahin nicht besorgt ist.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§ 17. Nach § 40 des Gesetzes wird bestraft, wer als Berechtigter oder Pächtermiether in fremden Forsten:

- 1) die beim Roden von Stubben oder Stämmen entstandenen Löcher nach beendeter Arbeit unausgefüllt läßt,
- 2) unbefugt Stubben in Schonungen rodet,
- 3) Abraum aus Holzschlägen entnimmt, bevor dieselben von dem Waldeigentümer oder dem verwaltenden Beamten ausdrücklich für geöffnet erklärt sind,
- 4) bei der Werbung von Raß- und Lechholz oder Abraum, insofern die Befugnis auf diese Gegenstände beschränkt ist, Aerte, Beile, Hacken oder andere Werkzeuge, mit welchen stehende Bäume heruntergebracht werden können, mit sich führt,
- 5) das geworbene Holz, zu dessen Entnahme in unbestimmten Massen er an und für sich befugt ist, auf dem Transport nach der Feuerstelle zum Zweck der Gewinnung größerer Mengen, als er andernfalls am festgesetzten Holztage mit dem gestatteten Transportmittel an den Bestimmungsort schaffen könnte, unterwegs niederlegt und hernach die Werbung fortsetzt oder fortsetzen läßt,
- 6) Gras, Schilf, Binsen oder Rohr mit der Sense oder in Schonungen bezw. in Saat- oder Baumschulen mit der Sense oder Sichel wirbt.

Als Schonungen gelten diejenigen Forstflächen, welche als solche durch Gräben, Zäune, Tafeln, Strohwinde oder andere ortsübliche Zeichen kenntlich gemacht sind.

§ 18. Wer Brennholz, unverarbeitetes Bau- oder Nutzholz, insbesondere auch Bandstöße, Birkenreis, Reisbelen, Korbbrüthen, Faschinen, junge Nadelhölzer, Weihnachtsbäume, Maien, Raß- oder Lechholz, Rien oder frisch gefälltes, nicht forstmäßig zugerichtetes Holz transportirt oder in Wirtschaften einbringt, hat sich auf Erfordern der Polizei-, Forst- oder Steuerbeamten durch eine Bescheinigung der Polizeibehörde seines Wohnorts

oder des Waldeigentümers über den rechtlichen Erwerb dieser Hölzer auszuweisen.

Zu widerhandlungen werden nach § 43 des Gesetzes bestraft.

§ 19. Mit Geldstrafe bis fünfzig Mark wird bestraft:

- 1) wer unbefugt in Forsten schießt oder Feuerwerke oder andere explosive Gegenstände abbrennt,
- 2) wer in der Zeit vom 1. März bis 1. Oktober in Forsten ohne Erlaubnis des Forsteigentümers oder Forstverwalters außerhalb derjenigen öffentlichen Fahrwege, welche auf beiden Seiten durch Gräben gegen den Forstbestand abgegrenzt sind, Tabak anders als aus Pfeifen mit geschlossenem Deckel raucht,
- 3) wer innerhalb einer Forst oder an deren Grenze auf Gewässern mit Benutzung von Leuchtfeuern fischet oder krebst.

§ 20. Bei Waldbränden sind die männlichen Bewohner der Umgegend, bis auf acht Kilometer Entfernung von der Brandstätte, im Alter von 18 bis 50 Jahren Hilfe zu leisten verpflichtet.

In den Gemeinden hat der Gemeindevorsteher, in Gutsbezirken der Gutsvorsteher den vierten Theil der hiernach verpflichteten Mannschaften mit Spaten, Hacken und Aerten versehen, unter einem geeigneten Anführer in möglichster Eile nach der Brandstätte abzusenden, auch, soweit erforderlich, für rechtzeitige Ablösung durch freische Mannschaft zu sorgen.

Die Anführer haben sich mit ihrer Mannschaft sofort nach der Ankunft auf der Brandstätte bei der die Löschanstalten leitenden Person (Landrath, Amtsvorsteher, Forstbeamten, Forstbesitzer u. s. w.) zu melden und dessen Anordnungen Folge zu leisten.

Zu widerhandlungen werden, abgesehen von den Fällen des § 44 Nr. 4 des Gesetzes und des § 360 Nr. 10 des Strafgesetzbuches, mit Geldstrafe bis Dreißig Mark bestraft.

§ 21. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1886 in Kraft.

Mit demselben Zeitpunkte treten außer Kraft:

Die Polizeiverordnungen vom 6. Mai 1811 und vom 14. Juni 1844, betreffend das Einfangen von Nachtigallen — Amtsblatt für 1844 S. 166,

die Polizeiverordnung vom 2. Oktober 1867, betreffend das Töbten u. gewisser Vogelarten — Amtsblatt S. 369,

die Polizeiverordnung vom 22. März 1875 wegen der Anpflanzung des Verberigenstrauchs — Amtsblatt S. 111,

die Polizeiverordnung vom 24. April 1876, betreffend die Vertilgung der Heuschrecken — Amtsblatt S. 134,

die Polizeiverordnung vom 12. Dezember 1837 und vom 3. Februar 1863 wegen Vertilgung der großen Kiefernraupe — Amtsblatt für 1837 S. 420 und für 1863 S. 37,

die Forstpolizeiverordnung für den Regierungsbezirk Potsdam vom 1. Januar 1870 — Amtsblatt S. 14,

die Polizeiverordnungen vom 19. August 1857 und vom 18. Juni 1878 wegen der Hülfeleistung bei Waldbränden — Amtsblatt für 1857 S. 321 und für 1878 S. 206.

Potsdam, den 9. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die Schiefer- und Ziegelbrenner-Innung zu Angermünde betreffend. 264. Auf Grund des § 100e. Nr. 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung vom 18. Juli 1881 und der Ausführung-Anweisung hierzu vom 9. März 1882 Nr. I. 1a. 2 bestimme ich hierdurch für den Bezirk der Schiefer- und Ziegelbrenner-Innung zu Angermünde, daß diejenigen Arbeitgeber, welche ein in dieser Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören,

vom 1. Januar 1886 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Ich bringe dies mit dem Bemerken zur Kenntniß, daß der Bezirk der gedachten Innung den Kreis Angermünde umfaßt.

Potsdam, den 21. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Artikel im Novemberheft des Deutschen Handels-Archivs betr.

265. Das Handel- und Gewerbetreibende Publikum mache ich auf folgende im Deutschen Handels-Archiv Jahrgang 1885 Novemberheft abgedruckten Artikel aufmerksam: S. 675 ff., Schweiz, Schweizerisch-Deutscher Handelsvertrag, S. 687, Bulgarien, Befassung der Einfuhr von giftfreien Anilinfarben, S. 691, Salvador, Wegfall der Consulatfacturen, und S. 941 ff., Afrika, Handelsverhältnisse an der Westküste von Afrika.

Potsdam, den 24. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

266. Nachweisung der an den Pegeln der Spree und Havel im Monat Oktober 1885 beobachteten Wasserstände.

| Datum. | Berlin. | | Spandau. | | Potsdam. | Baumgartenbrück. | Brandenburg. | | Rathenow. | | Havelberg. | Plauer Brücke. |
|--------|----------------|-----------------|------------------|-------------------|----------|------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|------------|----------------|
| | Ober-
N. N. | Unter-
N. N. | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | | | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | Ober-
Wasser. | Unter-
Wasser. | | |
| | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | | Meter. | Meter. | Meter. | Meter. | | |
| 1 | 32,12 | 30,76 | 2,36 | 0,62 | 0,92 | 0,47 | 1,98 | 0,86 | 1,32 | 0,56 | 1,08 | 1,30 |
| 2 | 32,12 | 30,76 | 2,36 | 0,62 | 0,92 | 0,48 | 1,90 | 0,84 | 1,32 | 0,58 | 1,08 | 1,30 |
| 3 | 32,12 | 30,76 | 2,32 | 0,62 | 0,94 | 0,48 | 1,94 | 0,84 | 1,32 | 0,60 | 1,10 | 1,30 |
| 4 | 32,12 | 30,76 | 2,38 | 0,52 | 0,94 | 0,49 | 1,96 | 0,86 | 1,32 | 0,60 | 1,12 | 1,32 |
| 5 | 32,14 | 30,76 | 2,40 | 0,66 | 0,94 | 0,50 | 1,96 | 0,84 | 1,32 | 0,62 | 1,14 | 1,32 |
| 6 | 32,14 | 30,76 | 2,42 | 0,66 | 0,94 | 0,50 | 2,00 | 0,86 | 1,32 | 0,62 | 1,18 | 1,32 |
| 7 | 32,16 | 30,76 | 2,42 | 0,70 | 0,96 | 0,52 | 2,02 | 0,88 | 1,32 | 0,64 | 1,28 | 1,32 |
| 8 | 32,12 | 30,78 | 2,44 | 0,70 | 0,98 | 0,52 | 2,04 | 0,88 | 1,32 | 0,66 | 1,36 | 1,32 |
| 9 | 32,14 | 30,78 | 2,44 | 0,70 | 0,98 | 0,53 | 2,06 | 0,90 | 1,32 | 0,68 | 1,40 | 1,32 |
| 10 | 32,12 | 30,78 | 2,46 | 0,70 | 0,98 | 0,53 | 2,06 | 0,94 | 1,32 | 0,68 | 1,42 | 1,34 |
| 11 | 32,12 | 30,80 | 2,50 | 0,56 | 0,98 | 0,54 | 2,06 | 0,96 | 1,32 | 0,70 | 1,44 | 1,36 |
| 12 | 32,12 | 30,80 | 2,58 | 0,76 | 1,00 | 0,54 | 2,06 | 1,02 | 1,32 | 0,70 | 1,44 | 1,38 |
| 13 | 32,12 | 30,80 | 2,60 | 0,74 | 1,00 | 0,55 | 2,06 | 1,04 | 1,32 | 0,72 | 1,44 | 1,40 |
| 14 | 32,12 | 30,80 | 2,60 | 0,74 | 1,02 | 0,55 | 2,06 | 1,08 | 1,32 | 0,74 | 1,44 | 1,42 |
| 15 | 32,14 | 30,80 | 2,62 | 0,76 | 1,02 | 0,56 | 2,04 | 1,10 | 1,32 | 0,78 | 1,44 | 1,44 |
| 16 | 32,14 | 30,80 | 2,64 | 0,74 | 1,00 | 0,57 | 2,04 | 1,14 | 1,32 | 0,80 | 1,42 | 1,46 |
| 17 | 32,12 | 30,78 | 2,64 | 0,80 | 1,00 | 0,57 | 2,04 | 1,14 | 1,32 | 0,80 | 1,42 | 1,48 |
| 18 | 32,12 | 30,80 | 2,68 | 0,66 | 1,02 | 0,57 | 2,02 | 1,14 | 1,32 | 0,82 | 1,42 | 1,50 |
| 19 | 32,12 | 30,80 | 2,62 | 0,88 | 1,02 | 0,57 | 2,02 | 1,14 | 1,32 | 0,86 | 1,42 | 1,50 |
| 20 | 32,12 | 30,80 | 2,58 | 0,90 | 1,04 | 0,58 | 2,02 | 1,14 | 1,32 | 0,88 | 1,42 | 1,50 |
| 21 | 32,14 | 30,80 | 2,64 | 0,88 | 1,04 | 0,58 | 2,04 | 1,16 | 1,32 | 0,88 | 1,42 | 1,50 |
| 22 | 32,14 | 30,80 | 2,62 | 0,80 | 1,04 | 0,58 | 2,06 | 1,16 | 1,32 | 0,90 | 1,42 | 1,50 |
| 23 | 32,16 | 30,80 | 2,62 | 0,80 | 1,04 | 0,58 | 2,06 | 1,16 | 1,32 | 0,90 | 1,44 | 1,50 |
| 24 | 32,16 | 30,82 | 2,60 | 0,86 | 1,04 | 0,58 | 2,06 | 1,16 | 1,32 | 0,90 | 1,44 | 1,50 |
| 25 | 32,16 | 30,82 | 2,64 | 0,66 | 1,04 | 0,59 | 2,06 | 1,18 | 1,32 | 0,92 | 1,42 | 1,50 |
| 26 | 32,16 | 30,84 | 2,58 | 0,86 | 1,04 | 0,59 | 2,04 | 1,18 | 1,32 | 0,92 | 1,42 | 1,52 |
| 27 | 32,16 | 30,84 | 2,60 | 0,84 | 1,04 | 0,59 | 2,00 | 1,20 | 1,32 | 0,94 | 1,42 | 1,54 |
| 28 | 32,16 | 30,84 | 2,60 | 0,82 | 1,06 | 0,60 | 2,02 | 1,16 | 1,32 | 0,94 | 1,42 | 1,56 |
| 29 | 32,16 | 30,84 | 2,64 | 0,72 | 1,06 | 0,60 | 2,08 | 1,20 | 1,32 | 0,94 | 1,42 | 1,58 |
| 30 | 32,18 | 30,84 | 2,60 | 0,86 | 1,06 | 0,60 | 2,06 | 1,20 | 1,32 | 0,94 | 1,44 | 1,58 |
| 31 | 32,18 | 30,84 | 2,60 | 0,86 | 1,06 | 0,61 | 2,06 | 1,18 | 1,32 | 0,96 | 1,44 | 1,60 |

Potsdam, den 21. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

267. Die Räudekrankheit bei dem Pferde des Handelsmanns Pauliä zu Niederschönweide im Kreise Zeltow ist erloschen.

Potsdam, den 17. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

268. Der Mißbrand unter dem Rindvieh der Güter Malchow und Ranke im Kreise Niederbarnim ist erloschen.

Potsdam, den 21. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.**88. Bekanntmachung.**

betreffend Abänderungen des Statuts der Deutschen Hypothekendarb (Aktien-Gesellschaft) zu Berlin.

§ 3.

Alle Seitens der Bank zu erlassenden Bekanntmachungen gelten für gehörig erfolgt, wenn dieselben:

- 1) im Deutschen Reichsanzeiger,
- 2) in der Vossischen Zeitung,
- 3) in der National-Zeitung,
- 4) in der Berliner Börsen-Zeitung,
- 5) im Börsen-Courir,
- 6) in der Neuen Preussischen Zeitung

einmal erfolgt sind.

Wenn eines oder mehrere der unter zwei bis sechs bezeichneten Blätter unzugänglich werden, eingehen oder die Aufnahme verweigern oder verzögern, ist die Bekanntmachung durch den Deutschen Reichsanzeiger genügt.

§ 4.

Das Grundkapital der Bank ist auf Neun Millionen Reichsmark festgesetzt.

Eine Erhöhung kann nur auf Beschluß der General-Versammlung mit landesherrlicher Genehmigung stattfinden. Bei jeder Erhöhung des Grundkapitals sind die Aktienzeichner, falls sie überhaupt noch Aktionäre sind, nach Verhältnis ihrer Zeichnungen die eine Hälfte, und die übrigen jeweiligen Aktionäre nach Verhältnis ihres Aktienbesitzes die andere Hälfte der neu zu emittirenden Aktien zum Emissionskurse zu übernehmen berechtigt. Der Emissionskurs wird vom Aufsichtsrathe — jedoch nicht unter pari — festgesetzt. Die Erklärung wegen Uebernahme der Aktien muß binnen einer vom Aufsichtsrathe bekannt zu machenden auf mindestens vier Wochen zu bestimmenden Frist abgegeben werden, widrigenfalls das eingeräumte Vorrecht erlischt.

Die etwa nothwendig werdenden Ausgleichungen bei Uebernahme der Aktien werden vom Aufsichtsrath vorgenommen, dessen Entscheidung für den Berechtigten bindend ist.

§ 9.

Statt Artikel zweihundert ein und zwanzig Alinea zwei zu sagen: Artikel zweihundert neunzehn des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches.

§ 13, Satz 12.

Absatz b. und c. Statt Preussischer Bank zweimal zu sagen: Reichsbank.

§ 22.

Absatz 3. Mit dem Rückzahlungstermin hört die Verzinsung auf, die Direktion ist jedoch ermächtigt, für diejenigen Pfandbriefe, welche nach Ablauf des obigen Termins zur Rückzahlung präsentirt werden, Depositalzinsen bis zur Höhe von zwei Prozent zu gewähren.

Die Rückzahlung erfolgt gegen Einlieferung der Pfandbriefe und der am Rückzahlungs-Termin nicht fälligen Coupons und Talons.

§ 29.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Am ein und dreißigsten Dezember jeden Jahres ist die Bilanz zu ziehen und nebst der Gewinn- und Verlustrechnung innerhalb der nächsten drei Monate von der Direktion aufzustellen und dem Aufsichtsrath vorzulegen.

Der Ueberschuß sämtlicher Aktiva über sämtliche Passiva einschließlich des Grundkapitals und des Reservefonds bildet den Reingewinn. Werthpapiere dürfen höchstens zu dem Börsenpreise des letzten Tages im Dezember-Monate, sofern der Preis jedoch den Anschaffungspreis übersteigt, höchstens zu letzterem angesetzt werden. Andere Vermögensgegenstände sind höchstens zum Anschaffungspreise anzusetzen, insbesondere sind Grundstücke, welche die Bank nach § 14b. zum Zwecke der Sicherstellung einer Gesellschaftsforderung erworben hat, höchstens mit einem Preise anzusetzen, welcher dem Betrage dieser Forderung einschließlich der Kosten, gleichkommt.

An den übrigen Werthen sind, soweit dies erforderlich, jährliche Abschreibungen vorzunehmen. Der aus der Vergleichung sämtlicher Aktiva und Passiva sich ergebende Gewinn oder Verlust ist am Schlusse der Bilanz besonders anzugeben. Die Bilanz, sowie die Gewinn- und Verlustrechnung werden mit dem Geschäftsbericht für die Aktionäre bereit gehalten. Außerdem erfolgt die Veröffentlichung der festgestellten Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlustrechnung durch die Gesellschaftsblätter.

§ 30.

Von dem nach der Bilanz festgesetzten Reingewinn werden vorweg nach näherer Bestimmung des § 32 zehn Prozent zum Reservefonds abgesetzt.

Von dem verbleibenden Ueberschuß erhalten die Aktionäre zuvörderst eine Rente von vier Prozent auf das eingezahlte Grundkapital.

Von dem verbleibenden Ueberschuße werden

- a. zehn Prozent Tantieme an den Aufsichtsrath,
- b. bis zehn Prozent Tantieme an die Direktion und die Beamten der Bank nach näherer Bestimmung des Aufsichtsraths,
- c. der Rest als Super-Dividende an die Aktionäre vertheilt.

Absatz vier fällt weg.

§ 31.

Absatz 3 fällt aus. cfr. § 29 Absatz 6.

§ 32.

Dem nach Artikel 239b. (185b.) des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches zu bildenden Riservofonds werden überwiesen:

- a. die Hälfte des bisher gebildeten Riservofonds,
- b. von dem jährlichen Reingewinn zehn Prozent so lange bis der Riservofonds die gesetzliche Höhe erreicht hat,
- c. der Gewinn, welcher bei einer Erhöhung des Gesamt-Kapitals durch Ausgabe der Aktien für einen höheren als den Nominalwerth erzielt wird. Die andere Hälfte des bisherigen Riservofonds bleibt als „außerordentlicher Riservofonds“ zur Deduktion außerordentlicher Schäden bestimmt.

Durch Beschluß der General-Versammlung kann jederzeit die Verstärkung eines oder beider Riservofonds erfolgen. Beide Riservofonds werden mit dem übrigen Gesellschaftsvermögen verwaltet. Der daraus erwachsende Gewinn fließt den sonstigen Einnahmen der Gesellschaft zu.

§ 33.

An Stelle der Absätze 2, 3 und 4.

Der Aufsichtsrath kann einzelne seiner Mitglieder zu Stellvertretern von behinderten Mitgliedern der Direktion für einen im Voraus zu bestimmenden Zeitraum, jedoch nicht über sechs Monate, bestellen. Während dieses Zeitraums und bis zur ertheilten Entlastung des Vertreters darf der Letztere eine Thätigkeit als Mitglied des Aufsichtsraths nicht ausüben.

Ferner kann der Aufsichtsrath den Mitgliedern der Direktion für den Fall ihrer Abwesenheit oder Behinderung Stellvertreter aus der Zahl der Gesellschafts-Beamten bestellen.

§ 38.

Der Aufsichtsrath besteht aus mindestens sieben und höchstens zwölf Mitgliedern aus der Anzahl der Aktionäre, von welchen mindestens fünf ihren Wohnsitz in Berlin haben müssen. Die Mitglieder des Aufsichtsraths werden von der General-Versammlung auf drei Jahre bis zum Schluß der ordentlichen General-Versammlung für das dritte Jahr gewählt. Jedes Mitglied des Aufsichtsraths hat zehn Aktien der Bank als Kaution bei derselben zu hinterlegen. Die Ausgeschiedenen sind wieder wählbar. Scheidet ein Mitglied vor Ablauf der Amtsdauer aus, so bilden die übrigen Mitglieder den Aufsichtsrath, so lange die Zahl derselben nicht unter fünf sinkt.

Wenn ein Mitglied die bürgerlichen Ehrenrechte verliert, so scheidet es aus.

Die Willenserklärungen und Bekanntmachungen des Aufsichtsraths sind mit den Worten:

„Der Aufsichtsrath der Deutschen Hypothekenbank (Aktien-Gesellschaft)“

unter Beifügung des Namens des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters zu unterzeichnen.

§ 41, Absatz 2.

Den Vorsitz führt der Präsident oder sein Stell-

vertreter, und falls keiner von ihnen anwesend ist, das den Lebensjahren nach älteste Mitglied.

§ 42, Absatz 1.

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths oder sein Stellvertreter kann den Sitzungen der Direktion beiwohnen und die Bücher, Dokumente und Schriften derselben jederzeit einsehen.

§ 44.

Die ordentliche General-Versammlung findet alljährlich in einem der ersten sechs Monate des Jahres statt, eine außerordentliche kann, wenn die Direktion sie als nothwendig erachtet.

Auf Beschluß des Aufsichtsraths, oder wenn Aktionaire, deren Antheile zusammen mindestens den zwanzigsten Theil des Grundkapitals darstellen, es verlangen, muß die Direktion eine außerordentliche General-Versammlung einberufen. Das Verlangen der Aktionaire muß in der in Artikel 237 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches bezeichneten Weise erfolgen.

Die Berufung der Aktionaire geschieht durch die Direktion mittelst einer Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern, welche mindestens sieben Tage vor dem Versammlungs-Termin erfolgen, und die zur Verhandlung bestimmten Gegenstände enthalten muß.

§ 45, Absatz 9.

Anträge der Mitglieder dürfen nur dann zur Beschlußfassung gebracht werden, wenn sie von Aktionairen, welche mindestens den zwanzigsten Theil des Grundkapitals repräsentiren, unterzeichnet und mindestens fünfzehn Tage vor dem Zusammentritt der General-Versammlung der Direktion eingebracht worden sind. Hiervon ist jedoch der Beschluß über den in einer General-Versammlung gestellten Antrag auf Berufung einer außerordentlichen General-Versammlung ausgenommen.

§ 47.

Beschlüsse über Statuten-Änderungen, über Änderungen des Gegenstandes des Unternehmens, über Vereinigung mit einer andern Gesellschaft können von der General-Versammlung nur mit einer Mehrheit von mindestens drei Viertel des vertretenen Grundkapitals gültig gefaßt werden.

(Absatz 2 fällt weg.)

§ 48, Absatz 2.

Für den Fall der Behinderung oder des Ausscheidens eines Revisors sind zugleich zwei Stellvertreter zu wählen, welche nach der Reihenfolge für den ausgeschiedenen oder behinderten Revisor einzutreten haben.

§ 51, Absatz 4.

Der Auflösungsbeschluß kann in jedem Falle nur mit einer Mehrheit von mindestens drei Viertel des in der betreffenden General-Versammlung vertretenen Grundkapitals gültig gefaßt werden.

§ 52 bis incl. 55

fallen fort.

Auf Ihren Bericht vom 13. August d. J. will Ich hierdurch genehmigen, daß das der Deutschen Hypothekenbank (Aktien-Gesellschaft) zu Berlin unter dem

3. April 1872 ertheilte Privilegium auch bei Abänderung der §§ 3, 4, 9, 13, 22, 29—33, 38, 41, 42, 44, 45, 47, 48, 51—55 des Gesellschafts-Statuts, wie solche laut der wiederbeifolgenden notariellen Verhandlung vom 28. März 1885 beschlossen worden, in Kraft bleibe, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Eintragung jener Statutänderung in das Handels-Register unbeanstandet erfolgt.

Schloß Babelsberg, den 26. August 1885.

gez. Wilhelm.

ggz. v. Puttkamer. Lucius. Für den Finanz-Minister: gez. Friedberg.

An den Minister des Innern, den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und an den Finanz-Minister.

Vorstehende Änderungen des Statuts der Deutschen Hypothekenbank (Aktien-Gesellschaft) nebst der staatlichen Genehmigungs-Urkunde werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 13. November 1885.

Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Unterbrechung des Postanweisungsverkehrs mit Bulgarien.

12. Nach einer Mittheilung der Bulgarischen Postverwaltung ist der Postanweisungsverkehr mit Bulgarien bis auf Weiteres eingestellt. Postanweisungen nach Bulgarien werden daher von den Postanstalten jetzt nicht angenommen.

Berlin W., den 18. November 1885.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
von Stephan.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Post-Anweisungen.

55. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern die nachstehend verzeichneten, in Berlin an den daneben angegebenen Tagen ausgelieferten unanbringlichen Post-Anweisungen: an Brück in Lissabon über M. 13,65, 1. Dezember 1884, an Schubert in Chemnitz über M. 5,00, 15. Dezember 1884, an Enregistramts-Einnehmer in Metz über M. 1,10, 25. März 1885, an Klingner in Magdeburg über M. 9,62, 15. April 1885, an Hübner in Münsterberg über M. 11,50, 21. Mai 1885, an Bösch in Augsburg über M. 2,10, 25. Mai 1885, an Gerichtskasse in Berlin über M. 4,10, 2. Juni 1885, an Nagel in Elberfeld über M. 3,00, 8. Juni 1885, an Peters in Neumühl-Kugdorf über M. 3,10, 12. Juni 1885, an Hoffmann in Charlottenburg über M. 2,00, 17. Juli 1885, an Haupt-Steueramt in Frankfurt (Oder) über M. 3,00, 31. Juli 1885, an Hotel „Deutsches Haus“ in Berlin über M. 1,50, 7. August 1885, an Reception des Polizei-Präsidiums in Berlin über M. 5,10, 7. August 1885, an Borst in Altgarendorf über M. 5,00, 11. August 1885, an Schneemilch in Hamburg über M. 3,00, 16. August 1885, an Troll in Berlin über

M. 0,10, 14. August 1885, an Krause, Wittwe, in Berlin über M. 3,00, 4. September 1885.

B. in Charlottenburg ausgeliefert:

an Schütte in Berlin über M. 20,70, 2. Juni 1885, an Bodenberg in Berlin über M. 3,05, 23. Juni 1885.

Die unbekannten Absender der vorstehend aufgeführten Postanweisungen werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion sich zu melden, widrigenfalls die Beträge dem Post-Armenfonds anheimfallen.

Berlin C., 17. November 1885.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor,
Geheimer Postrath Schiffmann.

Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt.

56. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern folgende, bei hiesigen Postanstalten an den daneben bezeichneten Tagen ausgelieferte Briefe, in welchen bei der Eröffnung die dabei vermerkten Beträge gefunden worden sind: an Meyer in Hamburg, M. 5,00, 14. Mai 1885, an M. A. in Berlin, M. 20,00, 19. Mai 1885, an Riez in Berlin, M. 0,50, 28. Mai 1885, an D. R. 169 in Berlin, M. 10,00, 4. Juni 1885, an Engelmann in Berlin, M. 1,00, 29. Juni 1885, an Schickfuß in Ruhnsdorf bei Cottbus, M. 40,00, 30. Juni 1885, an Kargel in Dijon, M. 10,00, 14. Juli 1885, an A. E. 17 in Berlin, M. 0,90, 15. Juli 1885, an Meßner in Bremen, M. 2,20, 18. Juli 1885, an Maas in Berlin, M. 0,70, 28. Juli 1885, an Hechel, Wilhelmplatz Nr. 17, M. 10,00, 3. August 1885, an Markowsky in Berlin, M. 15,00, 7. August 1885, an Fiebag in Berlin, M. 0,30, 18. August 1885, an Schmidt in Niesbroy, M. 0,20, 20. August 1885, an Helmrich in Berlin, M. 1,00, 24. August 1885, an Bug in Berlin, M. 0,50, 29. August 1885, an Deyer in Drausendorf bei Hirschfeld, M. 0,50, 3. September 1885.

Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Briefe werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion sich zu melden, widrigenfalls die in den Sendungen aufgefundenen Beträge der Post-Armenkasse überwiesen werden.

Berlin C., den 17. November 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheimer Postrath Schiffmann.

Unbestellbare eingeschriebene Briefe.

57. Bei der Kaiserlichen Ober-Post-Direktion in Berlin lagern nachstehend verzeichnete, an den nebenbezeichneten Tagen in Berlin bezw. Charlottenburg ausgelieferte unanbringliche Einschreibbriefe.

A. In Berlin aufgegeben

und für Berlin bestimmte Briefe:

an Ritsch 6. Juni, an Ramm 6. Juni, an Dietrich 9. Juni, an Harz 12. Juni, an Savanski 18. Juni, an Hensel 22. Juni, an Schwarz 26. Juni, an Knollmeyer 26. Juni, an Rohloff 27. Juni, an

Dohmke 27. Juni, an Ball 29. Juni, an Fink 30. Juni, an Glombiga 1. Juli, an Hooff 1. Juli, an Baethge 2. Juli, an Dunkel 6. Juli, an Baumann 11. Juli, an Meyer, Prenzlauer Allee, 16. Juli, an Weimann 26. Juli, an Fleischer 29. Juli, an Wittinghof 31. Juli, an Schwarzbach 10. August, an Schulz, Große Frankfurterstraße, 11. August, an Spude 12. August, an Röckerig 20. August, an Demantowski 21. August, an Schütte 26. August, an Adermann 4. September, sowie 1 Postauftrag an Wohlenberg 6. Juli.

B. In Berlin aufgelieferte,

nach anderen Orten bestimmte Briefe:
an Funke in Ribrigau (Memorie) 7. Dezember 1884, an Raudsing in Odessa (Musterfendung) 25. Dezember 1884, an Rodrigo in Madrid 18. Februar, an Merkel in Moskau 2. April, an Eberlein in Madrid 15. April, an Eigner in Meulo Park (Californien) 26. April, an Hahn in Würzburg 6. Mai, an Zabiello in Warschau 16. Mai, an Meyer in Hamburg 24. Mai, an Martin in Karlsbad 30. Mai, an Ott in Warbelow bei Stolp (Pommern) 3. Juni, an Riengle in Leipzig 6. Juni, an v. Dönhoff in Seelesien bei Hirschberg 10. Juni, an Koch in Dobrilugk 11. Juni, an Kern in Reichenberg (Sachsen) 12. Juni, an Kern in Reichenbach (Schlesien) 12. Juni, an Randt in Bernsdorf 15. Juni, an Stechow in Dranenburg 15. Juni, an Widlisch in Friedberg 23. Juni, an Montesperetti in Florenz 27. Juni, an Wittkower in Saderode 3. Juli, an Wiser in Alexandria 3. Juli, an Ehrmann in Fürth 3. Juli, an Martin in Pommerensdorf 8. Juli, an Rupsch in Teltow 9. Juli, an Düsterdied in Neuenhaus (Hannover) 11. Juli, an Wahlig in Köffel 16. Juli, an Rosanowski in Osterode (Ostpr.) 20. Juli, an Donnerstag in Stettin 29. Juli, an Lammert in Lichterfelde 3. August, an Daubert in Altona 20. August, an Bröder in Städtig bei Zernitz 31. August, an Schulz in Stettin 31. August, an Bogter in Neubrandenburg 31. August.

C. in Charlottenburg aufgeliefert:

an Hahn in Mainz 30. Juli 1885.
Die unbekannten Absender der vorbezeichneten Briefe werden ersucht, zur Empfangnahme derselben spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der hiesigen Kaiserlichen Ober-Post-Direktion sich zu melden, widrigenfalls mit den Briefen nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren werden wird.

Berlin C., den 20. November 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

Geheime Postath Schifmann.

Bekanntmachungen des Königlichen

Provinzial-Schul-Kollegiums zu Berlin.

Entlassungs-Prüfung im Kgl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick.
15. Die Entlassungs-Prüfung im Königlichen Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird vom 1. bis 7. April F. J. abgehalten werden. Zu dieser

Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum 10. März F. J. an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung.

Berlin, den 17. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Aufnahme-Prüfung am Kgl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin.

16. Die Aufnahme-Prüfung am Königlichen Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird am 31. März, 1. und 2. April F. J. abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum 15. März F. J. an den Herrn Seminar-Direktor Schulze einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfiegl's berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nachsverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarfurlus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 1. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen

des Königlichen Ober-Bergamts zu Halle.

10. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Auf Grund der am 4. September 1885 mit Präsentationsvermerk versehenen Rührung wird dem Kaufmann Leopold Falk in Berlin unter dem Namen **Lehrendorf** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: A. B. C. D. E. F. G. H. J. K. L. M. A. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2188000,0074 qm, geschrieben: zwei Millionen einhundertachtundachtzigtausend, vierundsiebzig Zehntausendstel Quadrat-Meter umfassend, in den Gemarkungen Lössin und Forst Königswusterhausen im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.“

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a./S., den 21. November 1885.

Königl. Oberbergamt.

11. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Auf Grund der am 4. September 1885 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Kaufmann Leopold Falk in Berlin unter dem Namen **Schönau** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben A. B. C. D. E. F. G. H. J. K. L. A. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2187999,8898 qm, geschrieben: zwei Millionen einhundertsebenundachtzigtausend neunhundertneunundneunzig, Achttausendachtundachtundneunzig Zehntausendstel Quadrat-Meter umfassend, in den Gemarkungen Löpschin, Roggen und Königs-wusterhausen Forst im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.“

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Halle a./S., den 21. November 1885.

Königl. Oberbergamt.

12. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Auf Grund der am 21. August 1885 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Kaufmann Leopold Falk in Berlin unter dem Namen **Halbe** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: A. B. C. D. E. F. G. H. J. K. A. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2147892,1 qm, geschrieben: zwei Millionen einhundertsebenundvierzigtausendachtundzweiundneunzig, Ein Zehntel Quadratmeter umfassend, in den Gemarkungen Halbe, königliche Forst Hammer, Tempis und Löpschin im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.“

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Halle a./S., den 21. November 1885.

Königl. Oberbergamt.

Bekanntmachung der Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Bernichtung von ausgelassenen Rentenbriefen u. betreffend.

14. Die nachstehende Verhandlung
Geschehen

Berlin, den 13. November 1885.

Auf Grund der §§ 46, 47 und 48 des Renten-

bank-Gesetzes vom 2. März 1850 wurden an ausgelassenen Rentenbriefen der Provinz Brandenburg, welche nach dem vom mitunterzeichneten Provinzial-Rentmeister vorgelegten Verzeichnisse gegen Baarzahlung zurückgegeben sind und zwar:

| | | |
|-------------------|-----------|-------------|
| 120 Stüd Litt. A. | à 3000 M. | = 360000 M. |
| 38 „ „ B. | à 1500 M. | = 57000 „ |
| 132 „ „ C. | à 300 M. | = 39600 „ |
| 103 „ „ D. | à 75 M. | = 7725 „ |

zus. 393 Stüd über 464325 M.
nebst den dazu gehörigen, im vorgezeichneten Verzeichnisse aufgeführten 3976 Stüd Coupons und 393 Talons heute in Gegenwart der Unterzeichneten durch Feuer vernichtet.

B. 8. u.

gez. Lazarus,
als Abgeordneter des Provinzial-Landtages.

gez. Witte,
als Abgeordneter des Provinzial-Landtages.
gez. Hedder, Justizrath und Notar.

a. u. s.
gez. Küfel, gez. Schreiber,
Provinzial-Rentmeister. Rechnungs-Rath.
wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Berlin, den 18. November 1885.

Königl. Direktion
der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.
**Bekanntmachungen der königlichen
Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.**

Beförderung von Kindern.

90. Am 1. Januar 1886 treten die direkten Personen-Verkehrs zwischen Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg einseits und Stationen der Warschau-Biener und Warschau-Bromberger, sowie der Koblenz-Eisenbahn andererseits (Erlaß vom 1. August 1879) an Stelle der bisherigen folgenden Bestimmungen über die Beförderung von Kindern in Kraft: Kinder unter 4 Jahren werden frei befördert, wenn ein besonderer Platz für dieselben nicht beansprucht wird. Kinder im Alter von 10 Jahren und darüber genießen keine Tarifiermäßigung. Ein Kind im Alter von 4 bis 10 Jahren wird in allen Wagenklassen und bei allen Zugattungen zur Hälfte des Fahrpreises für Erwachsene befördert. Die Fahrpreise für Kinderbillets werden auf volle Zehnfennig bzw. auf volle Kopelen aufgerundet. Zwei Kinder im Alter von 4 bis 10 Jahren werden in allen Wagenklassen und Zugattungen auf ein einfaches Billet der betreffenden Klasse befördert. Soweit überhaupt Freigepäd gewährt wird, werden auf ein ganzes Billet 25 kg, auf ein Billet zum halben Fahrpreise 12 kg Freigepäd zugehoben. Ueberdies treten neben Ermäßigungen auch geringfügige Erhöhungen in einzelnen Fällen ein. Näheres ist bei den Verbands-Expositionen zu erfahren.

Bromberg, den 18. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Tarif-Veränderungen

91. Die direkten Frachtsätze im Verkehre mit den Stationen Ruino, Lowitz und Osrow der Warschau-

Wien-Bromberger Eisenbahn einerseits und den Deutschen Stationen der Tariffeste **Nr. 1** und **2** des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes werden mit Gültigkeit vom **20. November 1885** durch neue Sätze des Spezial-Tarifs **I.** erweitert. Die Polnischen Schnittsätze bis zur Grenze betragen pro 100 kg für **Lowicz 35,87 Kop.**; für **Rutno 25,19 Kop.**; für **Ostrowy 21,84 Kop.** Bromberg, den **18. November 1885.**

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachung

des Regierungs-Präsidenten zu Magdeburg.
Die Sperrung der **Strede Niegripp—Bergzow** des **Plauer Kanals** betreffend.

Unter Bezugnahme auf meine, im Amtsblatt der hiesigen Königl. Regierung — **Stüd 16, Seite 147, Nr. 570** — erlassene Bekanntmachung vom **10. April d. J.**, die Sperrung der **Strede Niegripp—Bergzow** des **Plauer Kanals** betreffend, bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die **Schleuse zu Niegripp** dem Betriebe jetzt wieder übergeben, und dadurch die **Kanalhaltung Niegripp—Jhleburg** dem Verkehre eröffnet ist.

Magdeburg, den **12. November 1885.**

Der Regierungs-Präsident.

Personal-Chronik.

Im Kreise **Ruppin** sind an Stelle des Amtmanns **Regendant zu Wall**, welcher den Bezirk verlassen, und des früheren Richters **Papenbrock**, welcher das Amt niedergelegt hat, der **Schulze Dehnke zu Karwe**, bezw. der **Mühlensbesitzer Heine zu Wilsberg**, zu **Amtsvorsteher-Stellvertretern** für den Bezirk **XXX. Karwe**, bezw. den Bezirk **IX. Wilsberg** ernannt worden.

Im Kreise **Templin** ist an Stelle des verstorbenen **Gemeindevorsteher Wegener zu Damm-Hast** der **Scharfrichtereibesitzer Stawenow zu Amtsfreiheit Camp** zum **Amtsvorsteher-Stellvertreter** für den Bezirk **XVI. Amt Zehdenitz** ernannt worden.

An Stelle des zeitigen **Amts-Anwalts Pfigner** ist der **Bürgermeister Peterson** vom **1. Dezember d. J.** ab zum **Amts-Anwalt** bei dem **Königl. Amts-Gericht Dranienburg** ernannt worden.

Der zum **Oberpfarrer in Dahme** berufene bisherige **Divisionspfarrer** von der zweiten **Garde-Infanterie-Division** hieselbst, **Friedrich Wilhelm Maximilian Haehnelt**, ist zum **Superintendenten der Diözese Dahme** ernannt worden.

Dem **Pfarrer Nürnberg zu Jemessin, Diözese Altpreußen-Brandenburg**, ist die **nebenamtliche Verwaltung** der **Pfarrstelle zu Bagow, Diözese Altpreußen-Brandenburg**, als **Substitut des Pfarrers Donner zu Ribbeck, Diözese Rauen**, sine spe. succedendi übertragen worden.

Der bisherige **Hilfsprediger Ehrenfried Gotthold Simon in Wittenberg** ist zum **Diakonus** bei den **Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Gramzow II./M., Diözese gleichen Namens**, bestellt worden.

Die unter **privatem Patronate** stehende **Pfarrstelle zu Dalgow, Diözese Potsdam II.**, ist durch das **Ableben des Pfarrers Blackner** am **15. Oktober d. J.** zur **Erledigung** gekommen.

Der **Oberlehrer an der Charlottenschule in Berlin**, **Professor Dr. Cochius**, ist zum **Direktor der Margarethenschule (höhere Mädchenschule)** ebenda ernannt worden.

Der **Gemeindefullehrer Trouillas** ist als **ordentlicher Lehrer an der städtischen höheren Bürgerschule in Berlin** angestellt worden.

Bermischte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Interesse der **Eigenthümer, Nießbraucher und Administratoren** der im **Reichsbilde** der Stadt **Berlin** gelegenen Gebäude wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem **Königlichen Kataster-Amt Berlin I.** — **Hinter dem Gießhause Nr. 1** hieselbst — bei **Vermeidung** der im **§ 17** des Gesetzes vom **21. Mai 1861** — (**Gesetzsammlung Seite 317**) **angedrohten Strafen**, soweit dieses noch nicht geschehen ist, gemeldet werden müssen:

1) Bis Ende **Dezember 1885:**

Die vom **1. April 1883** bis **31. März 1884** **benutzbar** bezw. **bewohnbar** gewordenen **Neubauten** resp. **Vergrößerungsbauten** (**Aufsetzen eines Stodwerkes, Anbau eines Gebäudetheiles** u.)

2) Bis Ende **Juni 1886:**

Die vom **1. April 1885** bis **31. März 1886** **eingetretenen** resp. **noch eintretenden** **Veränderungen** in der **Einrichtung** oder **Benutzung**, wonach bisher **ausschließlich** oder **vorzugsweise** zum **Gewerbebetriebe** dienende Gebäude **vorwiegend** zum **Bewohnen** verwendet werden.

Endlich sind zu melden:

3) Bis Ende **März 1886:**

Die vom **1. April 1885** bis **31. März 1886** **eingetretenen** resp. **noch eintretenden** **Veränderungen** der **Eigenthums- oder Benutzungs-Verhältnisse**, durch welche **steuerfreie** Gebäude in die **Klasse der steuerpflichtigen** übergehen.

Berlin, den **10. November 1885.**

Königliche Direktion

für die **Verwaltung der direkten Steuern in Berlin.**

Abhaltung der **Gerichtstage** in **Warnow** betr.

Für das **Geschäftsjahr 1886** werden die **Gerichtstage** in **Warnow** auf

den **4. Januar**, den **8. Februar**, den **15. März**, den **10. Mai**, den **5. Juli**, den **4. Oktober**, den **8. November** und den **6. Dezember 1886** festgesetzt und in dem **Carl Müller'schen Gasthose** abgehalten werden.

Perleberg, den **23. Oktober 1885.**

Königl. Amtsgericht.

Abhaltung der **Gerichtstage** in **Joachimsthal** im Jahre 1886 betr.

Die **Gerichtstage** für den **Gerichtstagsbezirk Joachimsthal** sind für das Jahr 1886 auf nachstehende, nöthigenfalls auf die **jedemal darauf folgenden Tage** festgesetzt:

5., 19. Januar, 2., 16. Februar, 2., 16. März,
6., 20. April, 4., 18. Mai, 1., 15. Juni, 6. Juli,
24. August, 7., 21. September, 5., 19. Oktober,
2., 16. November, 7., 21. Dezember.

Das Gerichtsfokal ist das der früheren Gerichts-
Kommission Joachimsthal.
Eberswalde, den 16. November 1885.
Königl. Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Rang-
Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurteilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
der
Ausweisung-
Beschluss. |
|---|--|--|---|--|---|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Wilhelmine Friemel,
unverheiratet, | geboren 1862 zu Böh-
misch-Petersdorf, Be-
zirk Wilbenschwerdt,
Böhmen, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Breslau, | 16. Oktober
1885. |
| 2 | Etnich Leibow
Mischonik,
Schneider, | 35 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Den-
ber, Rußland, | desgleichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 1. Septemb.
1885. |
| 3 | Matthias Obrot
(Obrog),
Arbeiter, | geboren am 24. Fe-
bruar 1848 in Jawor-
no, Bezirk Chrzanow,
Galizien, ebendasselbst
ortsangehörig, | Arbeitscheu, | derselbe, | 28. Septemb.
1885. |
| 4 | Josef Pavlik,
Glaskleber, | 16 Jahre, geboren in
Masowa, Böhmen,
ortsangehörig in Sep-
kowiz, Bezirk Semil,
ebendasselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussische
Regierung zu
Coblenz, | 19. Septemb.
1885. |
| 5 | Martus Hirsch
Fechter,
Mägenmachergeselle, | geboren 1862 in Gor-
lice, Galizien, eben-
dasselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Königlich Preussische
Regierung zu Düssel-
dorf, | 18. Septemb.
1885. |
| 6 | Franz Raly,
Müller, | geboren am 24. Juni
1837 in Spälów, Be-
zirk Semil, Böhmen,
ortsangehörig in Bi-
tonchów-Spälów, eben-
dasselbst, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Hof, | 7. Septemb.
1885. |
| 7 | Josef Taubler,
Schmiedegeselle, | 30 Jahre, geboren und
ortsangehörig in Hu-
finer, Bezirk Prachatic,
Böhmen, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Wasser-
burg, | 26. Septemb.
1885. |
| 8 | Karl Schwarz,
Tagelöhner, | geboren am 20. Januar
1866 in Prag, Böh-
men, ebendasselbst orts-
angehörig, | Beihilfe zum Diebstahl,
Hehlerei, Landstreichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Gries-
bach, | 9. Oktober
1885. |
| 9 | Benzel Menzator,
Rehger, | 25 Jahre, geboren in
Wels, Ober-Oester-
reich, ortsangehörig in
Stachau, Bezirk Schüt-
tenhofen, Böhmen, | Landstreichen, Angabe
eines falschen Namens
und Führung eines fal-
schen Zeugnisses, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Eggen-
felden, | 10. Oktober
1885. |
| 10 | Heinrich Karneth,
Glaskleber, | geboren am 13. Mai
1859 in Prichowitz,
Bezirk Böhmisches-Leipa,
ebendasselbst ortsange-
hörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Sächsisches
Kreishauptmann-
schaft Baugen, | 7. Septemb.
1885. |

| 1.
Lauf. Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|-----------------|---|---|-------------------|--|--|--|
| | 2. | 3. | | | | |
| 11 | Emil Ignaz Lorenz,
Müller-
und Bäckergehilfe, | geboren am 22. August
1853 zu Franzberg,
Bezirk Leitmeritz, Böh-
men, ortsangehörig zu
Doborn, ebendaselbst, | | Diebstahl u. Landstreichen, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Frankfurt a./D., | 6. Oktober
1885. |
| 12 | Jakob Kruppa,
Hirtensjunge, | 14 Jahre, geboren zu
Nassoburka, Bezirk
Pittowan, Mähren,
ortsangehörig zu Brze-
zowa, Bezirk Proß,
Ungarn, ebendaselbst, | | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer
Regierungspräsident
zu Oppeln, | 17. Oktober
1885. |
| 13 | a. Wenzel Ambros,
Maurer,
b. Barbara Ambros,
dessen Ehefrau,
c. Josef Peisset,
Schuhmacher,
d. Anton Machotha,
Fleischhauer,
e. Franz Machotha,
Schuhmacher, | geboren am 21. Sep-
tember 1844 zu Wil-
helmau, Bezirk Deutsch-
brod, Böhmen, eben-
daselbst ortsangehörig,
geboren 1845 zu Wil-
helmau, ebendaselbst
ortsangehörig,
geboren am 15. April
1865 zu Wilhelmau,
ebendaselbst ortsange-
hörig,
geboren am 11. März
1864 zu Wilhelmau,
ebendaselbst ortsange-
hörig,
geboren am 23. Juli
1866 zu Wilhelmau,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | | desgleichen, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Traun-
stein, | 7. Oktober
1885. |
| 14 | Gustav Spradef,
Schuhmacher, | geboren am 15. April
1852 zu Ostrow, Be-
zirk Beneschau, Böh-
men, ebendaselbst orts-
angehörig, | | Widerstand gegen die
Staatsgewalt, Ruhestö-
rung, Landstreichen, Füh-
rung falscher Legitima-
tionspapiere, falsche Na-
mensangabe, | Königliche Polizei-
Direktion zu Mün-
chen, Bayern, | 17. Oktober
1885. |
| 15 | Karl Volte,
Matrose, | geboren am 23. März
1835 zu Jersey, Coun-
try Hudson, Staat
New-Jersey, Vereinigte
Staaten von Amerika,
ebendaselbst ortsange-
hörig, | | Landstreichen, | Stadtmagistrat Kauf-
beuren, Bayern, | 26. Oktober
1885. |

Die durch Beschluß des Großherzoglich Badischen Landeskommissars zu Mannheim vom 9. Oktober d. J. verfügte Ausweisung des Tagelöhners Ferdinand Hänlein aus dem Reichsgebiet ist zurückgenommen worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß der Ausgewiesene die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

(Hierzu Drei Oeffentliche Anzeigen.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einseitige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Druckerei der A. W. Hays'schen Erben (C. Hays, Hof-Druckerei).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 49.

Den 4. Dezember

1885.

Rechtzeitige Erneuerung der Bestellung auf das Amtsblatt für das Jahr 1886.

Wenngleich die Verpflichtung der Beamten sowie der Gast- und Schankwirthe, einschließlich der Krüger, zum Halten der Regierungs-Amtsblätter aufgehoben ist, so ist doch anzunehmen, daß viele derselben das Amtsblatt auch fernerhin freiwillig zu halten wünschen.

Ich bringe deshalb die rechtzeitige Erneuerung der Bestellung für das Jahr 1886, welche bei den Kaiserlichen Postanstalten zu bewirken ist, mit dem Bemerken in Erinnerung, daß bei den erst nach Ablauf dieses Jahres eingehenden Bestellungen die vollständige Nachlieferung der bereits ausgegebenen Stücke für 1886 wohl kaum mehr würde erfolgen können.

Potsdam, den 24. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Ministerien.

Bekanntmachungen von Submissions- und Lizitations-Terminen.

25. Die durch Bekanntmachungen von Submissions- und Lizitations-Terminen entstehenden Kosten sind fortan auf Reichsfonds zu übernehmen und bei Lieferungen und Leistungen unter denselben Titeln, welchen die Kosten für jene zur Last fallen, zu verrechnen, bei Einnahmen aus Verkäufen aber vom Erlöse in Abzug zu bringen. Durch kurze Fassung und praktische Anordnung der Inserate sind die Insertionskosten in mäßigen Grenzen zu halten. Sollen Submissions- u. Termine durch die amtlichen Organe (Amtsblätter und Reichs- u. Anzeiger) bekannt gemacht werden, so sind die bezüglichen Annoncen denselben zur kostenfreien Aufnahme zu übersenden.

Berlin, den 15. Juni 1885.

Kriegs-Ministerium.

Bronsart v. Schellendorff.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Theilung eines Amtsbezirks im Kreise Oberbarnim.

269. Der Herr Minister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Bezirks-Ausschuß hieselbst unterm 10. d. M. genehmigt, daß der neugebildete selbstständige Gutsbezirk Forstrevier Eberswalde, im Kreise Oberbarnim, von dem Amtsbezirk XXVI. (Forstrevier Biesenthal) abgetrennt und aus demselben ein besonderer Amtsbezirk mit der Bezeichnung XXVIII. (Forstrevier Eberswalde) gebildet werde.

Potsdam, den 21. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung von Gold- und Silbergeräthen in Cassel betreffend.

270. Der Herr Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat dem Vorstande des Comités zum Ausbau der Thürme der St. Martinskirche in Cassel unterm 13. d. M. die Erlaubniß erteilt, die Loose zu 2 M. 50 Pf. für die von dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau unterm 4. September d. J. genehmigte

öffentliche Verloosung von Gold- und Silbergeräthen, sowie sonstigen Industrie- und Kunstgegenständen, zum Besten des Fonds zur Ausbauung der erwähnten Thürme, auch in der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin absetzen zu dürfen.

Potsdam und Berlin, den 21. November 1885.

Der Regierungs-Präsident. | Der Polizei-Präsident.

Verloosung von Schmuck- und Singvögeln in Berlin.

271. Der Herr Oberpräsident hat dem Deutschen Verein für Vogelzucht und Acclimatisation „Aegintha“ zu Berlin für den Umfang der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg die Erlaubniß erteilt, eine Verloosung von lebenden Schmuck- und Singvögeln, nach Maßgabe des dargelegten Plans, im Anschluß an die in den Tagen vom 11. bis 16. Februar 1886 stattfindende Ausstellung des Vereins zu veranstalten.

Zur Verausgabung kommen 6000 Loose zum Preise von 1 M. für das Stück.

Potsdam und Berlin, den 28. November 1885.

Der Regierungs-Präsident. | Der Polizei-Präsident.

Viehseuchen.

272. Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindvieh des Bauergutsbesizers Gustav Raue zu Staaken im Kreise Osthavelland ausgebrochen.

Potsdam, den 24. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

273. Die Maulseuche ist unter dem Rindvieh des Bauergutsbesizers Anton Polack zu Gellmersdorf, im Kreise Angermünde, ausgebrochen.

Potsdam, den 27. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Errichtung einer Schule in der Colonie Johannisthal.

34. Die in der Colonie Johannisthal bei Cöpenick neu errichtete Schule ist der Kreis-Schulinspektion Landkreis Berlin-Teltow unterstellt worden.

Potsdam, den 26. November 1885.

Rgl. Regierung, Abtheilung für Kirchen u. Schulwesen.

Bekanntmachungen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Berlin.

Unanbringliche Packete.

58. Bei der Ober-Postdirektion in Berlin lagern:

A. Packete in Berlin zur Post gegeben:

An Heine in Dirschau, $\frac{1}{2}$ kg, 15. Mai 1885, an Fredeberg in Berlin, $\frac{1}{2}$ kg, 2. Juni 1885, an Wagner in Swinemünde, 4 kg, 18. Juni 1885, an Grunow in Potsdam, $1\frac{1}{2}$ kg, 27. Juni 1885, an Dobrindt in Magdeburg, $1\frac{1}{2}$ kg, 27. Juni 1885, an Runge in Buxtehude, $\frac{1}{2}$ kg, 1. Juli 1885,

B. Gegenstände, welche in Packeten ohne Aufschrift enthalten gewesen bez. Postsendungen entfallen oder bei hiesigen Postanstalten herrenlos aufgefunden worden sind:

1 Päckchen Perlen, 1 Päckchen Eisennägel, Rattunzeug, 1 Koppstiftenbezug, 1 Schraube und 1 kleiner Schlüssel, 1 leerer Korb, 2 Photographien, 1 Gummisprize, Knöpfe, 3 Hobeleisen, 1 Paar Strümpfe, 6 kleine Eisentheile, 2 leinene Taschentücher, 2 Päckchen Stednadeln, 2 Stiefelknöpfe, 1 Heft Abbildungen von Potsdam, 1 leere Blechbüchse, Haarnadeln, Hanfzwirn, 1 Gardinenhalter, 2 Binden von Kautschuk, 3 Fußfedern, 1 Schere, 1 Etui mit Monogramm A. E., 1 Rolle Bindfaden, mehrere Schlösser, mehrere Maschinentheile, mehrere Taschenmesser, Wollgarnproben, 1 Etui, 1 Päckchen mit 1000 Stück Schußknopfbefestigern, 2 Päckchen Delfarbe, 2 Filzunterläge, Poos Nr 335 der Verloosung zum Besten armer taubstummer Kinder, 5 Gummischlauchproben, 1 Halschmuck von Metall, 1 Messingwalze, 1 Paar wildlederene Handschuhe, 12 Stück Hornnadeln, 1 Gummirohr, Eisentypen, 12 Eisentheile, 1 Fläschchen Palmkernöl, 1 Päckchen Johannisbrod, 6 Rollen rothes Band, 2 Paar Strümpfe, 35 Knöpfe, Stoffmuster, 1 Buch „Tennyson's Enoch Arden“ (Diamant Ausgabe), Lieferung 22—28 von Beckers Weltgeschichte, 1 Buch Erzählungen von Schopenhauer.

Die unbekannten Absender bz. Eigentümer der vorbezeichneten Sendungen werden ersucht, spätestens innerhalb vier Wochen — vom Tage des Erscheinens gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet — bei der Ober-Postdirektion sich zu melden, widrigenfalls die Gegenstände zum Besten des Post-Armen-Fonds werden versteigert werden.

Berlin O., den 26. November 1885.

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor,
Geheimer Postrath Schiffmann.

Bekanntmachungen des Königl. Provinzial-Schul-Kollegiums zu Berlin.

Zweite Lehrer-Prüfung im Kgl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin.

17. Die zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird vom **10. bis 15. Mai** F. J. abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die in dem Regierungs-Bezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind bis zum **10. April** F. J. durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-

Prüfungszeugniß, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit der Versicherung, daß er keine anderen als die angegebenen Quellen dazu benutzt habe, 4) eine Probezeichnung, 5) eine Probefchrift. Erfolgt auf die Meldung kein ablehnender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am **10. Mai** bei dem Herrn Seminar-Direktor zu melden.

Berlin, den 17. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Entlassungs-Prüfung im Kgl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin.

18. Die Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin wird vom **25. bis 31. März** F. J. abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Kandidaten, welche das 20ste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum **1. März** F. J. an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfeldes berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probefchrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung.

Berlin, den 17. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

Zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick.

19. Die zweite Lehrer-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird vom **1. bis 6. März** F. J. abgehalten werden. Die Anmeldungen nur solcher Lehrer, die im Regierungsbezirk Potsdam im Lehramte stehen, sind bis zum **1. Februar** F. J. durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) das Original-Prüfungszeugniß, 2) ein Zeugniß des Lokal-Schulinspektors, 3) eine von dem Examinanden selbstständig gefertigte Ausarbeitung über ein von ihm selbst gewähltes Thema, mit der Versicherung, daß er keine anderen als die angegebenen Quellen dazu benutzt habe, 4) eine Probezeichnung und 5) eine Probefchrift. Erfolgt auf die Meldung kein abweisender Bescheid, so haben sich die betreffenden Lehrer am **1. März** bei dem Herrn Seminar-Direktor zu melden.

Berlin, den 17. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick.

20. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Cöpenick wird vom **7. bis 9. April** F. J. abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum **15. März** F. J. an den Herrn Seminar-Direktor Schulrath Schaller einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfeldes berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an

dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarfursus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge. Berlin, den 19. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Lehrerinnen-Prüfung zu Potsdam betreffend.

21. Die Lehrerinnen-Prüfung zu Potsdam wird **am 26. und 27. März F. J.** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchen-schulen gewünscht wird, sind bis zum **1. März F. J.** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probeschrift auf einem halben Bogen Querfolio mit deutschen und lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 20. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Rektors-Prüfung in Berlin.

22. Die Rektors-Prüfung wird hier **am 8. und 9. resp. 22. und 23. Juni F. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind an uns spätestens bis zum **1. März F. J.** einzureichen und zwar von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren und denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist, 2) die Zeugnisse über die empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest, 4) Angabe, ob Examinand die absolute (auf Grund einer für zwei fremde Sprachen abzulegenden Prüfung) oder nur die beschränkte Befähigung für ein Rektorat an einer bestimmten Schule zu erlangen wünscht. Berlin, den 20. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Mittelschullehrer-Prüfung in Berlin.

23. Die Mittelschullehrer-Prüfung wird hier **vom 1. bis 8. Mai event. 17. bis 22. Mai F. J.** abgehalten werden.

Die Anmeldungen sind an uns bis zum **20. Februar F. J.**, von den im Amte stehenden Lehrern durch die bezüglichen Kreis-Schulinspektoren, einzureichen und denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name,

der Geburtsort, das Alter und das augenblickliche Amtsverhältniß des Kandidaten angegeben ist; 2) das Zeugniß über die bisher empfangene Schul- oder Universitätsbildung und über die bisher abgelegten Prüfungen, 3) ein amtliches Führungsattest. Diejenigen, welche noch kein öffentliches Amt bekleiden, haben noch einzureichen: 4) ein von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand, 5) Angabe, in welchen Fächern der Examinand die Befähigung zu erlangen wünscht. Berlin, den 20. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Berlin.

24. Die Entlassungs-Prüfung im Königl. Schullehrer-Seminar zu Berlin wird vom **23. bis 24. März F. J.** abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden auch nicht im Seminare gebildete Schulamts-Kandidaten, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zugelassen. Die Anmeldungen sind bis zum **1. März F. J.** an uns einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß eines zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arztes über normalen Gesundheitszustand, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) eine Probeschrift mit deutschen und lateinischen Lettern und 6) eine Probezeichnung.

Berlin, den 24. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Berlin.

25. Die Aufnahme-Prüfung am Königl. Schullehrer-Seminar zu Berlin wird vom **25. bis 26. März F. J.** an abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis zum **1. März F. J.** an den Herrn Seminardirektor Schulze einzureichen und denselben beizufügen: 1) der Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) der Impfschein, der Revaccinationschein und ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem zur Führung eines Dienstfieglers berechtigten Arzte, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) die Erklärung des Vaters oder an dessen Stelle des Nächstverpflichteten, daß er die Mittel zum Unterhalte des Aspiranten während der Dauer des Seminarfursus gewähren werde, mit der Bescheinigung der Ortsbehörde, daß er über die dazu nöthigen Mittel verfüge.

Berlin, den 24. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Aufnahme-Prüfung im Kgl. Lehrerinnen-Seminar zu Berlin.

26. Die Aufnahme-Prüfung im hiesigen Königl. Lehrerinnen-Seminar wird **am 11./13. März F. J.** abgehalten werden. Die Anmeldungen sind bis Ende Februar an den Herrn Seminardirektor Supprian, SW. Schützenstr. 8, zu richten und denselben beizufügen: 1) ein kurzer Lebenslauf, 2) der Geburtschein, 3) das Zeugniß über die bis dahin empfangene Schul- bzw. private Vorbildung, 4) ein amtliches Führungsattest (nur von denjenigen beizubringen, welche zur Zeit der Aufnahme-Prüfung keine Schule mehr besuchen), 5) ein ärztliches Attest über normalen Gesund-

heitszustand. Zugelassen werden zu der Aufnahmeprüfung nur solche Bewerberinnen, welche vor dem 1. April das 16. Lebensjahr vollenden; doch ist, wenn das Ergebnis der Prüfung ein günstiges und der Gesundheitszustand der Bewerberin ein befriedigender ist, ein Dispens wegen Mangels an dem bezeichneten Alter bis zu 3 Monaten zulässig.

Berlin, den 25. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Prüfung für Handarbeitslehrerinnen in Berlin.

27. Die Prüfung für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird in Berlin vom 7. Juni 1886 ab stattfinden. Zur Prüfung werden zugelassen: 1) Bewerberinnen, welche bereits die Befähigung zur Ertheilung von Schulunterricht vorschrittsmäßig nachgewiesen haben; 2) sonstige Bewerberinnen, wenn sie eine ausreichende Schulbildung nachweisen und wenn sie am Tage der Prüfung das 18te Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen zu derselben sind spätestens bis zum 7. Mai d. J. an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: A. von solchen, welche bereits eine Prüfung als Lehrerinnen bestanden haben: 1) das Zeugnis über diese Prüfung, 2) ein amtliches Zeugnis über ihre bisherige Thätigkeit als Lehrerinnen; B. von den übrigen Bewerberinnen: 1) ein selbstgefertigter, in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession, der Wohnort der Bewerberin und die Art der gewünschten Prüfung (ob für mittlere und höhere Mädchenschulen oder für Volksschulen) angegeben ist, 2) ein Tauf- bzw. ein Geburtschein, 3) ein Gesundheitsattest, ausgestellt von einem Arzte, der zur Führung eines Dienstfeldes berechtigt ist, 4) ein Zeugnis über die von der Bewerberin erworbene Schulbildung und die Zeugnisse über die etwa schon abgelegte Prüfung als Turnlehrerin, Zeichenlehrerin u. s. w., 5) ein Zeugnis über die erlangte Ausbildung als Handarbeitslehrerin, 6) ein amtliches Führungszeugnis, ausgestellt von einem Geistlichen oder von der Ortsbehörde. Die Prüfung ist eine praktische und theoretische. In praktischer Beziehung haben die Bewerberinnen: 1) eine Probe ihrer technischen Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten abzulegen. Zu diesem Zwecke haben sie einzureichen: a. einen neuen Strumpf, gezeichnet mit zwei Buchstaben und einer Zahl in Gitterstich, dazu ein angefangenes Strickzeug, b. ein Häkeltuch mit 70 bis 90 Maschen Anschlag, welches mehrere Muster enthält und mit einer gehäkelten Kante umgeben ist, c. ein gewöhnliches Mannshemd (Herren-Nachthemd), d. ein Frauenhemd, e. einen alten Strumpf, in welchem ein Haden neu eingestrickt und eine Gitterstoppe, sowie eine Strickstoppe ausgeführt ist, f. vier bis sechs kleine Proben von verschiedenen mittelfeinen Stoffen, wie dieselben im Hausstande vorkommen pflegen, jede etwa 12 zu 12 cm groß. Dieselben können sowohl einzeln als auch zu einem Tuche verbunden abgegeben werden und sollen enthalten: einen aufgesetzten und einen eingesehten Fliden, eine weiße und eine bunt

farrirte Gitterstoppe, eine Röcherstoppe, zwei gezeichnete Buchstaben in Kreuzstich, zwei ebensolche in Rosenstich, drei gestickte lateinische Buchstaben und zwei Ziffern in rothem Garn, drei ebensolche gothische Buchstaben und zwei Ziffern in weißem Garn und ein gesticktes Monogramm aus den Namensbuchstaben der Bewerberinnen. Die unter f. aufgezählten Arbeiten müssen vor allem dem gewählten Stoffe gemäß ausgeführt sein. Sämmtliche Arbeiten sollen schulgerecht und deshalb auch nur in Stoffen und aus Garnen von mittlerer Feinheit hergestellt werden. Die Arbeiten werden durch die Einreichung von den Bewerberinnen ausdrücklich als selbstgefertigt bezeugt; die Hemden sind indessen nicht ganz zu vollenden, damit nach Anweisung der Prüfungs-Kommission und unter Aufsicht derselben an der Arbeit fortgefahren werden kann. 2) Außerdem hat jede Bewerberin in der Prüfung eine Probelektion in der Ertheilung des Handarbeitsunterrichts in einer Schulklasse zu halten. Beim Eintritt in die Prüfung sind 6 Mark Prüfungs- und 1 Mark 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, welche letztere der Examinandin im Falle des Nichtbestehens der Prüfung wieder zurückerstattet werden.

Berlin, den 25. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Billetausgabe zwischen den Haltestellen Groß-Köris und Groß-Westen und Petershain und Leuthen.

55. Vom 1. Dezember d. J. ab werden zwischen den Haltestellen Groß-Köris und Groß-Westen Tourbillets II., III. und IV. Klasse, Retourbillets II. und III. Klasse mit zweitägiger Gültigkeit, Militärbillets und Billets für Hunde, sowie zwischen der Station Petershain und dem Haltepunkt Leuthen Tourbillets II. und IV. Klasse, sowie Retourbillets III. Klasse mit zweitägiger Gültigkeit zur Ausgabe gelangen.

Berlin, den 21. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Nachtrag I. zu dem Güter-Tarif für den Südwestrussisch-Galizisch-Norddeutschen Verkehr.

56. Am 1. Dezember d. J. tritt ein Nachtrag I. zu dem Güter-Tarif für den Südwestrussisch-Galizisch-Norddeutschen Verkehr in Kraft.

Derselbe enthält neben Abänderungen und Ergänzungen der reglementarischen Bestimmungen, Tarif-Vorschriften, besonderen Begünstigungen u. d. die Aufhebung der Sätze für Larnopol transit, die Einführung von Sätzen für Husiatyn transit, die Einführung eines Ausnahmetarifs für Eier Russischer Provenienz nach den Deutschen Seehäfen transit, sowie Verichtigungen und Kürzungen von Frachtsätzen.

Exemplare des Nachtrags sind bei unseren Güterkassen Berlin, Schlesischer Bf., Dresden-Friedrichstadt, Frankfurt a./O., Gdrlitz, Stettin, sowie im hiesigen Auskunfts-Bureau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz zum Preise von 50 Pf. pro Exemplar zu haben.

Berlin, den 29. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Die Abstempelung von Prioritäts-Obligationen verstaatlichter Eisenbahnen betreffend.

§ 7. Die Inhaber der 4½ %igen Prioritäts-Obligationen

der **Cottbus-Großenhainer Eisenbahn, I. Emission,**
• Märkisch-Posener Eisenbahn und
• Berlin-Görliger Eisenbahn I. Emission und
La. B.,

hinsichtlich welcher das durch die Bekanntmachung des Herrn Finanzministers vom 25. Mai d. J. auf Grund des Gesetzes vom 8. Mai d. J. (G.-S. S. 117) erfolgte Angebot der Herabsetzung des Zinsfußes dieser Obligationen auf 4 % als angenommen zu gelten hat, werden hierdurch aufgefordert, ihre Obligationen nebst den am 1. Januar 1886 noch nicht fälligen Zinskupons und den Talons vom 1. Dezember d. J. ab behufs Abstempelung auf den ermäßigten Zinsfuß, sowie Empfangnahme der neuen Reihe Kupons über die Zinsen vom 1. Januar 1886 ab einzureichen:

- a. in **Berlin** bei unserer Hauptkasse, Abtheilung für Werthpapiere, Leipziger Platz Nr. 17,
- b. in **Altona, Braunschweig, Breslau, Bromberg, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a./M., Hannover, Köln, Magdeburg** bei den königlichen Eisenbahn-Hauptkassen,
- c. in **Cottbus, Danzig, Görlitz, Guben, Hamburg, Königsberg i./Pr., Stettin, Stralsund** bei den königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kassen,
- d. in **Leipzig** nur die **Cottbus-Großenhainer Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen** bei der Stationskasse auf dem Magdeburg-Leipziger Bahnhofe.

Die Obligationen sind getrennt nach den Bahnen und sonstigen Unterscheidungs-Bezeichnungen je für sich mit einem Nummern-Verzeichniß abzugeben bezw. einzusenden. In dem Verzeichniß müssen die Obligationen nach der Nummernfolge und den Werthabschnitten geordnet aufgeführt werden. Die Gesamt-Stückzahl und der Gesamtbetrag jeder Werthgattung, sowie die Nummern und die Stückzahl fehlender Kupons nebst dem Werthe dieser im Einzelnen und im Ganzen sind anzugeben. Die Werthpapiere müssen gleichfalls nach der Nummernfolge geordnet sein, auch sind die Obligationen und die Kupons je für sich getrennt nach der Werthgattung mit einem Papierbände zu umschließen, auf welchem der Name des Einlieferers und die Stückzahl angegeben ist.

Obligationen, welche außer Kurs gesetzt sind, bedürfen behufs der Abstempelung der Wiederinkurssetzung nicht.

Formulare zu den Nummern-Verzeichnissen werden durch die vorgenannten Annahmestellen vom 25. November d. J. ab unentgeltlich verabfolgt und können Verzeichnisse in anderer Form nicht angenommen werden.

Ueber die abgegebenen Werthpapiere erhalten die Einlieferer eine Empfangs-Bescheinigung, gegen deren Ablieferung unter gleichzeitiger Ausstellung einer Quittung über den Rückempfang die abgestempelten Obligationen mit den neuen Kuponshogen ausgehändigt worden. Sobald die Werthpapiere zur Abhebung bereit liegen, werden die Einlieferer portopflichtig benachrichtigt.

Den auswärtigen Einlieferern wird eine Empfangs-Bescheinigung nur auf Verlangen übersandt; andernfalls erhalten dieselben nach stattgehabter Prüfung und Abstempelung der eingesandten Werthpapiere ein ausgefülltes Formular für die über den Rückempfang auszustellende Quittung übermittelt, welches von denselben mit Unterschrift zu versehen und wieder zurückzusenden ist, wogegen ihnen alsdann die abgestempelten Werthpapiere mit den neuen Kuponshogen übersandt werden. Die Uebersendung erfolgt unter voller Werthangabe, wenn nicht eine geringere Bewertung ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Fehlen bei Abgabe der Obligationen Zinskupons, so muß der volle Werth derselben vor Wiederausgabe der Obligationen baar eingezahlt werden. Eine Einbehaltung der entsprechenden Zinskupons der neuen Zinscheinreihe kann nicht erfolgen.

Zugleich bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß bei unserer Haupt-Kasse, Abtheilung für Werthpapiere hieselbst, zur Vermittelung der Abstempelung eingereicht werden können die Prioritäts-Obligationen

- 1) der **Bergisch-Märkischen Eisenbahn** Serie I., 1. und 2. Em.; Serie II., 1. und 2. Em.; Serie IV., 1. und 2. Em.; Serie V., 1. und 2. Em.; Serie VII., VIII. und IX.; der **Düsseldorf-Elberfelder Eisenbahn** Serie II., der **Dortmund-Soester Eisenbahn** Serie II., der **Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn** Serie III., der **Kuhrort-Grefelder, Kreis Gladbacher Bahn**, Serie I. und III., die **Nordbahn-Prioritäts-Obligationen** der **Bergisch-Märkischen Eisenbahn**;
- 2) der **Oberschlesischen Eisenbahn** La. G. und H., sowie Emission vom Jahre 1874 und Em. vom Jahre 1880 der **Reiße-Brieger Bahn**;
- 3) der **Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn** La. D., E., F., G. und K.;
- 4) der **Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn**;
- 5) **Rheinischen Eisenbahn** III. Em. vom Jahre 1865 und I. Serie vom Jahre 1858/60, der **Köln-Grefelder Eisenbahn**;
- 6) der **Köln-Mindener Eisenbahn** I. Em., Serie I./III. und VII., der **Münster-Essenfelder Bahn**.

Ferner können vorbezeichnete Obligationen, sowie auch die Prioritäts-Obligationen der **Altona-Kieler Eisenbahn** II., III. und IV. Emiss., der **Berlin-Hamburger Eisenbahn** III. Emiss., der **Thüringischen Eisenbahn** II., IV., V. und VI. Emiss., der **Berlin-Anhaltischen Eisenbahn** I. und II. Emiss., **La. B. und C.**; der **Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn** I. Em., II. Em., **La. B. und C.** der **Magdeburg-Halberstädter Bahn**

vom Jahre 1865 und vom Jahre 1873, der Magdeburg-Wittenbergischen Bahn vom Jahre 1850, sowie der Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahn La. E. und F. bei den unter b. genannten Rgl. Eisenbahn-Hauptkassen, sowie den Rgl. Eisenbahn-Betriebskassen zu Hamburg, Stettin, Danzig und Königsberg i./Pr.

zur Vermittelung der Abkempfung abgegeben werden.
Berlin, den 14. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausgabe von Retourbilletts zu Weihnachten 1885.

88. Zur Erleichterung des Reiseverkehrs für das bevorstehende Weihnachtsfest wird die Gültigkeitsdauer der auf den Stationen des diesseitigen Direktionsbezirks sowohl im Lokal-Verkehr als im Verkehr mit anderen Preussischen Staatsbahnen aufliegenden Retourbilletts von mindestens zweitägiger Gültigkeit dahin verlängert, daß dieselben bei Lösung am 24. oder 25. Dezember d. J. zur Rückfahrt noch am 28. Dezember benutzt werden können.

Berlin, den 26. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Erhöhungen im direkten Retourbillet-Verkehre zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Bromberg und Berlin.

92. Am 1. Januar 1886 tritt im direkten Retourbillet-Verkehre zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktionsbezirke Bromberg und Berlin (Tarif vom 1. Mai 1880) in einzelnen Relationen eine geringfügige Erhöhung dadurch ein, daß für die Bahnstrecken ab Stargard i./Pomm. westlich die Schnellzugtarifen erhoben werden. Bis zur Herausgabe des Tarifnachtrages ertheilen die Tarifbüreaus der genannten Königlichen Eisenbahn-Direktionen Auskunft.

Bromberg, den 18. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausgabe von Retourbilletts zu Weihnachten 1885.

93. Mit Rücksicht darauf, daß im laufenden Jahre der Tag nach dem Weihnachtsfeste, der 27. Dezember, auf einen Sonntag fällt, ist höheren Orts genehmigt worden, daß die am 24. oder am 25. Dezember gelösten Retourbilletts von mindestens zweitägiger Gültigkeitsdauer noch am 28. Dezember zur Rückfahrt berechneten.

Bromberg, den 26. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Einlösung fälliger Zinscoupons.

9. Vom 2. Januar 1886 ab werden die an diesem Tage fälligen Zins-Coupons

A. der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft

und zwar

Nr 10 Serie IV. der 4 1/2 % Prioritäts-Obligationen I. und II. Emission,

Nr 10 Serie IV. der 4 1/2 % Prioritäts-Obligationen Lit. B. und

Nr 10 Serie II. der 4 1/2 % Prioritäts-Obligationen Lit. C.

B. der Oberlausitzer Eisenbahn-Gesellschaft Nr 1 Serie II. der 4 1/2 % Prioritäts-Obligationen in Erfurt bei der Königlichen Eisenbahn-Hauptkasse, in Berlin bei der Königlichen vereinigten Eisenbahn-Betriebskasse am Alsanischen Platz Nr. 5, in Dessau bei der Königlichen Eisenbahn-Betriebskasse und

in Leipzig — jedoch nur vom 2. bis 15. Januar — in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr bei der Eisenbahn-Stationsskasse auf dem Thüringer Bahnhofe

eingelöst.

Außerdem werden die Coupons der Berlin-Anhaltischen Prioritäts-Obligationen Lit. C. Nr 10 Serie II. auch in Frankfurt a./Main in der Zeit vom 2. bis 15. Januar

bei den Herren M. A. von Rothschild & Söhne und bei der Filiale der Bank für Handel und Industrie eingelöst.

Die Coupons der Berlin-Anhaltischen und Oberlausitzer Obligationen sind mit besonderen Nachweisungen einzureichen, aus welchen die Stückzahl und der Werth, nach den verschiedenen Sorten geordnet, ersichtlich ist.

Erfurt, im November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Wiedererlangung von in den Wagen zurückgelassenen Gegenständen seitens des Publikums.

12. In dem Tarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck im Lokal-Verkehre des diesseitigen Verwaltungs-Bezirks ist die nachstehende Zusatz-Bestimmung zu § 33 des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands mit sofortiger Gültigkeit aufgenommen worden:

„Es wird angenommen, daß die Eigenthümer bezw. Empfangsberechtigten der im örtlichen Bezirk der Eisenbahn-Verwaltung oder in den Wagen zurückgelassenen Gegenstände, welche innerhalb dreier Monate nicht zurückgefordert oder abgenommen worden sind, auf die Wiedererlangung keinen Anspruch machen wollen und mit der Veräußerung durch die Eisenbahn-Verwaltung zu Gunsten derselben einverstanden sind.“

Magdeburg, den 28. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Der Bürgermeister, Oberstleutnant a. D. Joellner, bisher in Friedberg i./Hm., ist gemäß der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Havelberg getroffenen Wahl als Bürgermeister der Stadt Havelberg auf die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt und am 18. November 1885 in das Amt eingeführt worden.

Der bisherige Diaconus Otto Kirchner in Versow ist zum Diaconus in Angermünde, Diözese gleichen Namens, bestellt worden.

Der Diakon Johann Adolf Karl Paul Deegener zu Strausberg ist unter Beibehaltung des Diakonatsamtes zu Strausberg zum Pfarrer bei der Evangelischen Gemeinde (filia vagans) Wesendahl, Diözese Strausberg, bestellt worden.

Der bisherige Pfarrer Johannes Franz Grobe in Kopitz, Provinz Posen, ist zum Pfarrer bei den Evangelischen Gemeinden der Pfarodie Stolpe a./D., Diözese Angermünde, bestellt worden.

Die unter dem Patronat der Königl. Hofkammer hierseits stehende Pfarrstelle zu Gräbenborn, Diözese Königs-Busterhausen, kommt durch die nach altem Recht erfolgende Emeritierung des Pfarrer Mustroph zum 1. Januar 1886 zur Erledigung.

Der Gemeindefullehrer Pascal ist als ordentlicher Lehrer an der Luisenschule (höhere Mädchenschule) in Berlin angestellt worden.

Der bisherige Vorschullehrer Boesfel in Berlin ist als städtischer Gemeindefullehrer daselbst angestellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Abhaltung der Gerichtstage in Gramzow.

Für das Geschäftsjahr 1886 werden die Gerichtstage in Gramzow wie folgt, festgesetzt:

5. bis 6. Januar, 2. bis 3. Februar, 2. bis 3. März, 6. bis 7. April, 4. bis 5. Mai, 1. bis 2. Juni, 6. bis 7. Juli, 5. bis 6. Oktober, 2. bis 3. November, 7. bis 8. Dezember.

Der zweite Terminstag ist zur Aufnahme von Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, von Anträgen in Vormundschafts- und Nachlasssachen, sowie von Verhandlungen in Grundbuchsachen (auch Auflassungen) und für die Aufnahme sonstiger Anträge bestimmt.

Angermünde, den 19. November 1885.

Königl. Amtsgericht.

Abhaltung von Gerichtstagen in Voigtburg und Gerstwalde.

Im Jahre 1886 werden in den bisherigen Gerichtstagslokalen an folgenden Tagen Gerichtstage abgehalten werden:

A. In Voigtburg U./M. am Sonnabend, den 16. Januar, 13. Februar, 13. März, 10. April, 15. Mai, 12. Juni, 10. Juli, 4. September, 2. Oktober, 6. November und 4. Dezember.

B. In Gerstwalde am Sonnabend, den 23. Januar, 6. März, 17. April, 29. Mai, 3. Juli, 18. September, 23. Oktober und 11. Dezember.

Templin, den 23. November 1885.

Königl. Amtsgericht.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Verurtheilung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. |
|-----|---|--|---|--|-----------------------------------|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 1 | Johann Neumann, Häusler und Zimmermann, | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: geboren am 2. Juni 1840 zu Bullendorf, Bezirk Friedland, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | schwerer Diebstahl und Bedrohung (3 1/4 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 22. Juni 1882), | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Pless, | 31. Juli 1885. |
| 1 | Josef Weinholt, Bergarbeiter, | b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: geboren am 25. Mai 1858 in Jägerndorf, Oesterreich-Schlesien, ortsangehörig in Radstadt in Salzburg, Bezirk St. Johann, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Sächsischer Kreishauptmannschaft Zwickau, | 7. Oktober 1885. |
| 2 | Etienne Le Saint, Bäcker, | geboren am 1. April 1859 in Morlaix, Departement Finistère, Frankreich, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Metz, | 16. Oktober 1885. |
| 3 | Louis Garcia, Handlungsreisender, | geboren am 4. September 1853 in Paris, Frankreich, ebendaselbst ortsangehörig, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 4 | August Pellon, Erbarbeiter, | geboren am 15. Mai 1857 in Lavallois, Frankreich, ebendaselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 7. Oktober 1885. |

| Rang. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Anweisung beschlossen hat. | Datum des Anweisungs-Beschlusses. |
|-----------|--|--|--|---|-----------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 5 | Viktoria Marciniak, unverheiratet, | ca. 30 Jahre, geboren und ortsangehörig in Jaszewo bei Rieszawa, Gubernement Warschau, Russisch-Polen, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Marienwerder, | 6. November 1885. |
| 6 | Karl Albert Reutemann, Metzger, | geboren am 22. Oktober 1856 zu Guntalingen, Kanton Zürich, Schweiz, ebendaselbst ortsangehörig, | Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landstreichen, Betteln und Führung falscher Legitimationspapiere, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Potsdam, | 7. November 1885. |
| 7 | Franz Holecka (Holecek), Putzmachergehilfe, | geboren am 27. September 1859 zu Brünn, Mähren, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 5. November 1885. |
| 8 | Verla (Verla) geschiedene Arbeiter Gnabellmann, geborene Goldbergberger, | 35 Jahre, geboren zu Piastow, Bezirk Roden, Russisch-Polen, ortsangehörig zu Warschau, ebendaselbst, | desgleichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 30. Oktober 1885. |
| 9 | Jürgen Diedrich Carstund, Malergehilfe, | geboren am 26. März 1861 zu Kolbing, Dänemark, ebendaselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlich Preussische Regierung zu Schleswig, | 6. November 1885. |
| 10 | Gustav Straßosch, Kommiss, | geboren am 6. Januar 1867 zu Krinetz, Bezirk Nimburg, Böhmen, ortsangehörig zu Ungarisch-Ostra. | Diebstahl, Landstreichen, Betteln und Führung eines falschen Zeugnisses, | Stadtmagistrat Nürnberg, Bayern, | 27. August 1885. |
| 11 | Andreas Jasztuban, Drahtbinder, | geboren am 11. Oktober 1859 zu Budatin, Komitat Trentschin, Ungarn, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | Stadtmagistrat Erlangen, Bayern, | 27. Oktober 1885. |
| 12 | Karl Audul, Student, | geboren am 26. Dezember 1865 zu Leszajany, Bezirk Bagneski, Gubernement Grodno, Rußland, ebendaselbst ortsangehörig, | desgleichen, | Stadtmagistrat Kaufbeuren, Bayern, | 29. Oktober 1885. |
| 13 | Friedrich Fiala, Maschinenschlosser, | geboren am 22. März 1846 zu Ruttendorf, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlich Sächsische Kreishauptmannschaft Zwickau, | 21. Oktober 1885. |

(Hierzu Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf. Beilagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Verlegt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hagen'schen Buch- (L. Hagen, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 30.

Den 11. Dezember

1885.

Rechtzeitige Erneuerung der Bestellung auf das Amtsblatt für das Jahr 1886.

Wenngleich die Verpflichtung der Beamten sowie der Gast- und Schankwirthe, einschließlich der Krüger, zum Halten der Regierungs-Amtsblätter aufgehoben ist, so ist doch anzunehmen, daß viele derselben das Amtsblatt auch fernerhin freiwillig zu halten wünschen.

Ich bringe deshalb die rechtzeitige Erneuerung der Bestellung für das Jahr 1886, welche bei den Kaiserlichen Postanstalten zu bewirken ist, mit dem Bemerken in Erinnerung, daß bei den erst nach Ablauf dieses Jahres eingehenden Bestellungen die vollständige Nachlieferung der bereits ausgegebenen Stücke für 1886 wohl kaum mehr würde erfolgen können.

Potsdam, den 24. November 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Reichs-Gesetzblatt.

(Stück 29.) Nr. 1624. Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags. Vom 27. Oktober 1885.

(Stück 30.) Nr. 1625. Verordnung über das Verfahren vor den auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten. Vom 2. November 1885.

(Stück 31.) Nr. 1626. Bekanntmachung, betreffend den Beitritt Japans zu der unterm 20. Mai 1875 abgeschlossenen internationalen Meterkonvention. Vom 9. November 1885.

Gesetz-Sammlung

für die Königl. Preussischen Staaten.

(Stück 35.) Nr. 9093. Verordnung, betreffend die Verleihung der Rechte einer Synagogengemeinde an die israelitische Synagogengemeinde (Abass Jisroël) zu Berlin. Vom 9. September 1885.

Nr. 9094. Verordnung, betreffend die Kaution des Verwalters des Depositoriums des Polizei-Präsidiums in Berlin für gefundene Gegenstände. Vom 5. Oktober 1885.

(Stück 36.) Nr. 9095. Uebereinkunft zwischen Preußen und Hessen wegen Erbauung, Unterhaltung und Verwaltung einer stehenden Brücke über den Main bei Offenbach. Vom 2. Juli 1885.

Nr. 9096. Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Geseesmünde. Vom 21. Oktober 1885.

Bekanntmachungen des Staatssekretärs des Reichs-Postamts.

Die Weihnachtssendungen betreffend.

13. Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtsversendungen bald zu beginnen, damit die Päckchen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste

zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet.

Die Päckete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappplatten, schwache Schachteln, Cigarrenkisten u. dgl. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Päckete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Päcket gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Päcketaadressen für Päcketaufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsorts muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Päcketaufschrift muß sämtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbeförderung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Päcket auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Päcketen nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Päcketen nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Päckete frankirt aufgeliefert werden. Das Porto für Päckete ohne angegebenen Werth nach Orten des Deutschen Reichs-Postgebiets beträgt bis zum Gewicht von 5 Kilogramm: 25 Pf. auf Entfernungen bis 10 Meilen, 50 Pf. auf weitere Entfernungen.

Berlin W., den 3. Dezember 1885.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.

Bekanntmachungen

des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Verlosung von Pferden, Equipagen u. zu Marienburg.

274. Der Herr Minister des Innern hat unterm 27. November d. J. dem Comité des Luxuspferde-

Marktes zu Marienburg die Erlaubniß erteilt, in Verbindung mit dem im nächsten Frühjahr daselbst stattfindenden Kuruspferde-Markte eine öffentliche Verloosung von Pferden, Equipagen, Reit-Untensilien und dergleichen, zu welcher 30000 Loose à 3 M. ausgegeben werden dürfen, zu veranstalten und die betreffenden Loose in dem ganzen Bereiche der Monarchie abzuliegen.

Potsdam und Berlin, den 5. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Viehseuchen.

275. Die wegen Rogverdahts bezüglich der Pferde des Bauerngutsbesizers Gärtner zu Groß-Röhr im Kreise Teltow angeordneten veterinärpolizeilichen Maßnahmen sind, nachdem sich die Pferde gesund erwiesen haben, aufgehoben worden.

Potsdam, den 1. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präsident.

276. Wegen Regfrankheit ist ein Pferd des Schiffseigners Rothenbücher zu Gatow bei Spandau getödtet und ein zweites Pferd desselben Besitzers als der Ansteckung verdächtig unter Observation gestellt worden.

Potsdam, den 4. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Turnlehrer-Prüfung in Berlin.

35. Nachstehende

Bekanntmachung:

Für die im Jahre 1886 zu Berlin abzuhaltende Turnlehrer-Prüfung habe ich Termin auf Dienstag, den 2. März k. J., und folgende Tage anberaunt.

Meldungen der in einem Lehramte stehenden Bewerber sind bei der vorgesetzten Dienstbehörde, Meldungen anderer Bewerber unmittelbar bei mir unter Anschluß der im § 4 der Prüfungsordnung vom 10. September 1880 bezeichneten Schriftstude anzubringen.

Die Meldungen sind spätestens bis zum 15. Januar k. J. an mich einzureichen.

Berlin, den 24. November 1885.

Der Minister

der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage: gez. de la Croix.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 4. Dezember 1885.

Königl. Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Uebersicht des Aufwandes der Elementarlehrer-Wittwen-Kasse für das Rechnungsjahr 1. April 1883/84.

36. Im Verfolg der früheren Bekanntmachungen, insbesondere vom 27. Oktober 1884 — Amtsblatt von 1884 Stück 44 Seite 408 — wird in Betreff der Verwaltung der Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenkasse für das Rechnungsjahr 1. April 1883/84 gemäß § 19 der revidirten Statuten vom 7. Dezember 1871 hierdurch nachstehende Uebersicht, welche auch durch die Kreisblätter zu veröffentlichen ist, zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

| Nr. | Näherer Nachweis. | Kapital-
Vermögen
einschließl. der
Werthpapiere | | Baar | |
|-----|--|--|-----------|---------------|-----------|
| | | Mark | pf. | Mark | pf. |
| | Einnahme: | | | | |
| | A. Bestand aus dem Jahre 1882/83 | 957108 | 90 | 88621 | — |
| | B. An laufenden Einnahmen: | | | | |
| 1 | Antrittsgelder | — | — | 2532 | — |
| 2 | Gehaltsverbesserungsgelder | — | — | 9394 | 25 |
| 3 | Kapitalzinsen | — | — | 49442 | 23 |
| 4 | Beiträge der Kassenmitglieder | — | — | 44197 | 25 |
| 5 | Gemeindebeiträge | — | — | 33345 | — |
| 6 | Reubelegungen, bezw. zurückgezahlte Kapitalien | 129000 | — | 42582 | 50 |
| 7 | Sonstige Einnahmen der Kasse | — | — | 375 | 75 |
| | Summa der Einnahme | 1086108 | 90 | 270489 | 98 |
| | Ausgabe: | | | | |
| 1 | Verwaltungskosten | — | — | 42 | 81 |
| 2 | Pensionen à 250 Mark jährlich | — | — | 133208 | 33 |
| 3 | Reubelegungen, bezw. zurückgezahlte Kapitalien | 41500 | — | 129637 | 63 |
| 4 | Sonstige Ausgaben | — | — | 186 | 25 |
| | Summa der Ausgabe | 41500 | — | 263075 | 02 |
| | Wiederholung: | | | | |
| | Die Einnahme für das Rechnungsjahr 1883/84 beträgt | 1086108 | 90 | 270489 | 98 |
| | „ Ausgabe „ „ „ 1883/84 „ „ „ | 41500 | — | 263075 | 02 |
| | Bestand | 1044608 | 90 | 7414 | 96 |

Potsdam, den 4. Dezember 1885.

Königl. Regierung. Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Berliner und Charlottenburger Preise pro November 1885.

89. A. Engros-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

In Berlin:

| | |
|---------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Weizen (gut) | 16 Mark 65 Pf. |
| " " " do. (mittel) | 15 " 72 " |
| " " " do. (gering) | 14 " 80 " |
| " " " Roggen (gut) | 13 " 99 " |
| " " " do. (mittel) | 13 " 52 " |
| " " " do. (gering) | 13 " 07 " |
| " " " Gerste (gut) | 16 " 54 " |
| " " " do. (mittel) | 14 " 19 " |
| " " " do. (gering) | 11 " 69 " |
| " " " Hafer (gut) | 16 " 02 " |
| " " " do. (mittel) | 14 " 43 " |
| " " " do. (gering) | 12 " 79 " |
| " " " Erbsen (gut) | 19 " 77 " |
| " " " do. (mittel) | 17 " 53 " |
| " " " do. (gering) | 15 " 41 " |
| " " " Nichtstroh | 4 " 73 " |
| " " " Heu | 5 " 12 " |

B. Detail-Marktpreise im Monats-Durchschnitt.

1) In Berlin:

| | |
|---------------------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen | 28 Mark 56 Pf. |
| " " " Speisebohnen (weiße) | 34 " — " |
| " " " Linsen | 40 " — " |
| " " " Kartoffeln | 4 " 18 " |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 " 24 " |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 " 06 " |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 " 22 " |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 " 24 " |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 " 20 " |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 45 " |
| " 1 " Eßbutter | 2 " 33 " |
| " 60 Stück Eier | 3 " 55 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|---------------------------------------|----------------|
| für 100 Kgr. Erbsen (gelbe) z. Kochen | 27 Mark 50 Pf. |
| " " " Speisebohnen (weiße) | 27 " 50 " |
| " " " Linsen | 35 " — " |
| " " " Kartoffeln | 3 " 75 " |
| " 1 Kgr. Rindfleisch v. d. Keule | 1 " 10 " |
| " 1 " " (Bauchfleisch) | 1 " — " |
| " 1 " Schweinefleisch | 1 " 30 " |
| " 1 " Kalbfleisch | 1 " 10 " |
| " 1 " Hammelfleisch | 1 " 10 " |
| " 1 " Speck (geräuchert) | 1 " 50 " |
| " 1 " Eßbutter | 2 " 30 " |
| " 60 Stück Eier | 3 " 39 " |

C. Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats November 1885:

1) In Berlin:

| | |
|----------------------------|--------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 | 36 Pf. |
| " 1 " Roggenmehl N° 1 | 30 " |
| " 1 " Gerstengraupe | 50 " |
| " 1 " Gerstengröße | 50 " |

| | |
|----------------------------------|------------|
| für 1 Kgr. Buchweizengröße | 50 Pf. |
| " 1 " Hirse | 50 " |
| " 1 " Reis | 60 " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 2 Mark — " |
| " 1 " " (gelb in | 3 " — " |
| gebr. Bohnen) | 3 " — " |
| " 1 " Speisesalz | 20 " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 " 40 " |

2) In Charlottenburg:

| | |
|----------------------------------|-------------|
| für 1 Kgr. Weizenmehl N° 1 | 50 Pf. |
| " 1 " Roggenmehl N° 1 | 30 " |
| " 1 " Gerstengraupe | 60 " |
| " 1 " Gerstengröße | 60 " |
| " 1 " Buchweizengröße | 50 " |
| " 1 " Hirse | 40 " |
| " 1 " Reis (Java) | 80 " |
| " 1 " Java-Kaffee (mittler) | 2 Mark 40 " |
| " 1 " " (gelb in | 2 " 80 " |
| gebr. Bohnen) | 2 " 80 " |
| " 1 " Speisesalz | 20 " |
| " 1 " Schweineschmalz (hiefiges) | 1 " 60 " |

Berlin, den 5. Dezember 1885.

Königl. Polizei-Präsidium. Erste Abtheilung.

Das Anlegen von Fahrzeugen am rechten Ufer der Spree bis zum Markgrafenbamm betreffend.

90. Die Bestimmung des Publicandums vom 5. März 1850 N° 1, nach welcher jeder Schiffsführer, der auf der Spree von der Einmündung bis zur Ausmündung des Landwehrkanals mit Einschluß dieses Kanals ein Fahrzeug, welches zum Befrachten dient, aufstellen oder an die Ufer anlegen will, dazu einer polizeilichen Erlaubniß bedarf, wird dahin erweitert, daß zum Aufstellen oder Anlegen eines Fahrzeuges am rechten Ufer der Oberspree bis zum Markgrafenbamm aufwärts gleichfalls eine polizeiliche Erlaubniß erforderlich ist.

Berlin, den 20. November 1885.

Der Polizei-Präsident.

Verbot einer Druckschrift.

91. Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die nicht periodische Druckschrift „Oesterreichischer Arbeiter-Kalender für das Jahr 1886.“ Herausgegeben von der Redaktion des „Volksfreund“ in Brünn. Preis 30 Kreuzer. Brünn. Druck von Josef Schmidt in Berlin. — Verlag der Redaktion. Nach der 2. Konfiskation. — 3. Auflage.“ nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 5. Dezember 1885.

Der Königl. Polizei-Präsident.

Bekanntmachungen des Königlichen Provincial-Schul-Kollegiums zu Berlin.

Schulvorsteherinnen-Prüfung in Berlin betreffend.

28. Die Schulvorsteherinnen-Prüfung wird hier vom 1. Juni l. J. an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Lehrerinnen zugelassen,

welche den Nachweis einer mindestens fünfjährigen Lehrthätigkeit zu führen vermögen und mindestens zwei Jahre in Schulen unterrichtet haben. Die Anmeldungen sind an uns spätestens bis zum **1. März k. J.** einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatt der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest, 5) ein Zeugniß über die Lehrthätigkeit, 6) ein von einem zur Führung eines Amtssiegels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand.

Berlin, den 24. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Lehrerinnen-Prüfung in Berlin.

29. Die Lehrerinnen-Prüfung wird hier vom **3. Mai k. J.** an abgehalten werden. Zu dieser Prüfung werden nur solche Bewerberinnen zugelassen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben. Die Anmeldungen, in denen anzugeben ist, ob die Prüfung für Volksschulen oder mittlere und höhere Mädchenschulen gewünscht wird, sind spätestens bis zum **1. April k. J.** an uns einzureichen und sind denselben beizufügen: 1) ein selbstgefertigter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte der vollständige Name, der Geburtsort, das Alter, die Konfession und der Wohnort der Bewerberin angegeben ist, 2) der Geburtschein, 3) die Zeugnisse über die bisher empfangene Schulbildung und die etwa schon bestandenen Prüfungen, 4) ein amtliches Führungsattest und 5) ein von einem zur Führung eines Dienstsigels berechtigten Arzte ausgestelltes Attest über normalen Gesundheitszustand. Beim Eintritt in die Prüfung haben die Bewerberinnen eine von ihnen gefertigte Probeschrift auf einem halben Bogen Querfolio mit Deutschen und Lateinischen Lettern und eine Probezeichnung abzugeben.

Berlin, den 24. November 1885.

Königl. Provinzial-Schul-Kollegium.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.

Aufnahme der Station Polesno der Warschau-Wiener Bahn in den Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verband-Tarif

94. Mit dem **1. Dezember 1885** wird die Station Polesno der Warschau-Wiener Bahn mit direkten Sägen des Spezial-Tariffs I. in die Tariffeste Nr. 1 und 2 des Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verbandes aufgenommen. Der Schnittsatz für die Strecke Alexandrowo-Polesno (111 km) beträgt 29,46 Kopfen pro 100 kg. Gleichzeitig wird die auf Seite 6 des Tariffestes 2 angegebene Entfernung bei Kutno von 192 auf 93 km und bei Ostrowy von 179 auf 79 km ermäßigt.

Bromberg, den 1. Dezember 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Nachträge zu den Tariffesten 1 und 2 des Galizisch-Norddeutschen Getreide-Verkehrs.

89. Am **10. Dezember d. J.** tritt zu den Tarif-

esten 1 und 2 des **Galizisch-Norddeutschen Getreide-Verkehrs** je ein Nachtrag I. in Kraft. Diese Nachträge enthalten neben Berichtigungen die Aufnahme der Station Plockow der Galiz. Carl-Ludwigbahn in den Ausnahmetarif für Kleie und außerdem Nachtrag I. zu Tariffest 2 die Aufnahme der diesseitigen Stationen Dentschen, Croßen a./D., Grätz, Rohlfurt, Schwiebus, Senftenberg und Siegersdorf in den Getreide- und Kleie-Ausnahmetarif, sowie die Anwendung des Getreidesatzes für Myslowitz auch auf Kleietransporte. Exemplare dieser Nachträge sind bei unseren Güterkassen Berlin Schles. Bf., Görlitz, Breslau N./M., Dresden-Friedrichstadt, Frankfurt a./D., Stettin, sowie im hiesigen Auskunftsbureau auf dem Stadtbahnhofe Alexanderplatz unentgeltlich zu haben.

Berlin, den 30. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Die Konvertirung der 4 1/2 St. Thüringer, Berlin-Anhalter- und Halle-Sorau-Gubener Prioritäts-Obligationen betreffend.

10. Die Inhaber der 4 1/2 %igen Prioritäts-Obligationen

der Thüringischen Eisenbahn II., IV., V. und VI. Emission,

der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn I. und II. Emission und La. B. und C,

der Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn I. und II. Emission und La. B. und C,

hinsichtlich welcher das durch die Bekanntmachung des Herrn Finanzministers vom 25. Mai d. J. auf Grund des Gesetzes vom 8. Mai d. J. (G.-S. S. 117) erfolgte Angebot der Herabsetzung des Zinsfußes dieser Obligationen auf 4 % als angenommen zu gelten hat, werden hierdurch aufgefordert, ihre Obligationen, und zwar die Thüringischen, Berlin-Anhaltischen und Halle-Sorau-Gubener La. C. nebst den am 1. Januar 1886 noch nicht fälligen Zinskupons und den Talons, ferner die Halle-Sorau-Gubener I. und II. Emission, sowie La. B. nebst den am 1. April 1886 noch nicht fälligen Zinskupons und den Talons vom **1. Dezember d. J.** ab behufs Abstempelung auf den ermäßigten Zinsfuß, sowie Empfangnahme der neuen Reihe Kupons über die Zinsen vom 1. Januar bezw. 1. April 1886 ab einzureichen:

in **Erfurt**

bei unserer Hauptkasse,

in **Berlin**

bei der Königlichen vereinigten Eisenbahn-Betriebskasse, Aefanischer Platz Nr. 5,

in **Dessau**

in **Halle**

in **Weissenfels**

in **Cassel**

bei der Königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kasse des Direktions-Bezirks Elberfeld darselbst;

ferner in **Altona, Braunschweig, Breslau, Bromberg, Elberfeld, Frankfurt a./M.,**

Hannover, Köln, Magdeburg bei den königlichen Eisenbahn-Hauptkassen, sowie in **Hamburg, Danzig, Königsberg i./Pr.** bei den königlichen Eisenbahn-Betriebs-Kassen und in **Stettin** bei der königlichen vereinigten Eisenbahn-Betriebs-Kasse.

Die Obligationen sind **getrennt** nach den Bahnen und sonstigen Unterscheidungs-Bezeichnungen **je für sich** mit einem Nummer-Verzeichniß abzugeben bzw. einzusenden. In dem Verzeichniß müssen die Obligationen nach der Nummernfolge und den Werthabschnitten geordnet aufgeführt werden. Die Gesamtstückzahl und der Gesamtbetrag jeder Werthgattung sowie die Nummern und die Stückzahl fehlender Kupons nebst dem Werthe dieser im Einzelnen und im Ganzen sind anzugeben. Die Werthpapiere müssen gleichfalls nach der Nummernfolge geordnet sein, auch sind die Obligationen und die Kupons **je für sich getrennt** nach der Werthgattung mit einem Papierbände zu umschließen, auf welchem die Stückzahl anzugeben ist.

Obligationen, welche außer Kurs gesetzt sind, bedürfen behufs der Abstempelung der Wiederinkurssetzung nicht.

Formulare zu den Nummern-Verzeichnissen werden durch die vorgenannten Annahmestellen vom 25. November d. J. ab unentgeltlich verabfolgt und können Verzeichnisse in anderer Form nicht angenommen werden.

Ueber die abgegebenen Werthpapiere erhalten die Einlieferer eine Empfangs-Bescheinigung, gegen deren Ablieferung unter gleichzeitiger Ausstellung einer Quittung über den Rückempfang die abgestempelten Obligationen mit den neuen Kuponsbogen ausgehändigt werden. Sobald die Werthpapiere zur Abhebung bereit liegen, werden die Einlieferer portopflichtig benachrichtigt.

Den auswärtigen Einlieferern wird eine Empfangsbescheinigung nur auf Verlangen übersandt; andernfalls erhalten dieselben nach stattgehabter Prüfung und Abstempelung der eingesandten Werthpapiere ein ausgefülltes Formular für die über den Rückempfang auszustellende Quittung übermittelt, welches von denselben mit Unterschrift zu versehen und wieder zurückzusenden ist, wogegen ihnen alsdann die abgestempelten Werthpapiere mit den neuen Kupons übersandt werden. Die Uebersendung erfolgt unter voller Werthangabe, wenn nicht eine geringere Bewertung ausdrücklich vorgeschrieben worden ist.

Fehlen bei Abgabe der Obligationen Zinskupons, so muß der volle Werth derselben vor Wiederabshändigung der Obligationen baar eingezahlt werden.

Eine Einbehaltung der entsprechenden Zinskupons der neuen Zinscheinreihe kann nicht erfolgen.

Erfurt, den 7. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Die Convertirung der 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaften.

13. Die Inhaber der 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaften, hinsichtlich welcher das auf Grund des Gesetzes vom 8. Mai d. J. (G. S. 117) durch Bekanntmachung des Herrn Finanzministers vom 25. Mai d. J. erfolgte Angebot der Herabsetzung des Zinsfußes auf 4 Prozent als angenommen zu gelten hat, werden hierdurch aufgefordert, die Abstempelung der Obligationen auf 4 Prozent bewirken zu lassen und gleichzeitig die neu ausgefertigten Zinscheine über 4 Prozent Zinsen abzuheben.

Zu diesem Zwecke sind vom 19. Dezember d. J. ab einzureichen:

1) an die königliche Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg

- a. die 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft vom Jahre 1865 mit den Zinscheinen N^o 3 bis 20 über die vom 1. Januar 1886 ab laufenden Zinsen, sowie mit dem Talon,
- b. die 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der früheren Magdeburg-Wittenbergischen Eisenbahn-Gesellschaft vom Jahre 1850 mit dem Talon;

2) an die königliche Eisenbahn-Betriebs-Kasse (Berlin-Lehrte) auf dem Lehrter Bahnhofe zu Berlin

- c. die 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft vom Jahre 1873 mit den Zinscheinen N^o 6 bis 20 über die vom 1. Januar 1886 ab laufenden Zinsen, sowie mit dem Talon;

3) an die königliche Eisenbahn-Betriebs-Kasse (Berlin-W. und Berl.-Pb.) auf dem Potsdamer Bahnhofe zu Berlin

- d. die 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft Litt. E. vom Jahre 1873 mit den Zinscheinen N^o 2 bis 12 über die vom 1. Januar 1886 ab laufenden Zinsen, sowie mit dem Talon,
- e. die 4 1/2 prozentigen Prioritäts-Obligationen der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft Litt. F. vom Jahre 1874 mit dem Zinschein N^o 12 über die vom 1. Januar 1886 ab laufenden Zinsen, sowie mit dem Talon.

Für fehlende Zinscheine ist deren Nennwerth bei Empfangnahme der abgestempelten Obligationen baar zu bezahlen, wogegen die 4 prozentigen Zinscheine vom 1. Januar 1886 ab ausgehändigt werden. Bei Einblendung der Obligationen durch die Post kann der Geldebetrag der fehlenden Zinscheine sofort beigefügt werden.

Die genannten Kassen sind mit der Abstempelung

der Obligationen und der Ausreichung neuer Zinsscheinebogen beauftragt, jede derselben nimmt aber auch als Vermittlungsstelle die von den anderen Kassen des diesseitigen Bezirks abzustempelnden Obligationen entgegen. Jedoch sind die durch eine der königlichen Eisenbahn-Betriebskassen in Berlin abzustempelnden Obligationen nicht bei der andern Kasse daselbst einzureichen. Ebenso können sämtliche vorkommend ad a. bis e. bezeichneten Obligationen an die nachstehenden, als Vermittlungsstellen fungirenden Kassen, eingereicht werden:

- 1) an die zum diesseitigen Direktionsbezirk gehörigen Kassen
 - a. die königliche Eisenbahn-Betriebskasse zu Halberstadt,
 - b. an die Stationskasse auf dem Magdeburg-Leipziger Bahnhof zu Leipzig,
- 2) an die königlichen Eisenbahn-Hauptkassen zu Altona, Braunschweig, Breslau, Bromberg, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M., Hannover, Köln (rechtsrheinisch) und Köln (linksrheinisch),
- 3) an die königlichen Eisenbahn-Betriebskassen zu Hamburg, Danzig und Königsberg i. Pr., sowie an die königliche vereinigte Eisenbahn-Betriebskasse zu Stettin.

Die Obligationen und Zinsscheine sind mit Verzeichnissen, in welchen die Obligationen nach den verschiedenen Werthen getrennt einzutragen und die Nummern, sowie die Fälligkeitstermine etwa fehlender Zinsscheine dabei zu vermerken sind, einzureichen. **Ueber jede Sorte Obligationen (also getrennt für a. b. c. d. und e.) ist ein besonderes Verzeichniß zu fertigen.**

Die Werthpapiere müssen in der Reihenfolge geordnet sein, wie sie in dem Verzeichnisse eingetragen sind. Die zu einem Verzeichnisse gehörenden Obligationen und Zinsscheine sind je mit einem Papierstreifen, auf welchem die Stückzahl und der Einlieferer anzugeben ist, zu umschließen. Obligationen, welche außer Cours gesetzt sind, bedürfen behufs der Abstempelung der Wiederinlösung nicht.

Formulare zu den Verzeichnissen werden durch die vorgenannten Abstempelungs- und Vermittlungs-Stellen vom 25. November d. J. ab unentgeltlich verabfolgt. Verzeichnisse in anderer Form können nicht angenommen werden.

Der Einlieferer erhält über die eingereichten Obligationen und Zinsscheine von der annehmenden Kasse eine Empfangsbescheinigung, welche er bei der Wiederaushändigung der abgestempelten Obligationen und der neuen Zinsscheinebogen, mit der Quittung über den Rückempfang versehen, zurückzugeben hat. Der Rückempfang hat bei derjenigen Kasse zu erfolgen, bei welcher die Einlieferung der Obligationen geschehen ist. **Sobald die Werthpapiere zur Abholung bereit liegen,**

werden die Einlieferer portopflchtig benachrichtigt. Ueber die durch die Post eingehenden Obligationen wird eine Empfangsbescheinigung nur auf Verlangen ertheilt; die Rücksendung erfolgt gleichfalls durch die Post unter voller Werthangabe, falls ein Anderes nicht bestimmt wird. Soll die Rücksendung nicht unter voller Werthbeklaration erfolgen, so werden die Zinsscheine und Talons getrennt von den Obligationen an zwei aufeinanderfolgenden Tagen zur Absendung gelangen. Ueber den Rückempfang der Obligationen und der neuen Zinsscheinebogen ist umgehend Quittung zu ertheilen.

Bei den Abstempelungsstellen wird die Wiederaushändigung der bei denselben direkt eingelieferten Stücke baldmöglichst erfolgen, bei den Vermittlungsstellen eingereichte Stücke werden bei diesen jedoch erst nach Ablauf einer etwa vierzehntägigen Frist in Empfang genommen werden können.

Hierbei bringen wir zur Kenntniß, daß die königliche Eisenbahn-Hauptkasse zu Magdeburg auch die auf 4 Prozent Zinsen abzustempelnden Prioritäts-Obligationen der übrigen Eisenbahn-Direktions-Bezirke und die Stationskasse auf dem Magdeburg-Leipziger Bahnhofe in Leipzig die Prioritäts-Obligationen der Cottbus-Großhainer Eisenbahn behufs Vermittlung der Abstempelung entgegennehmen.

Magdeburg, den 3. November 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Personal-Chronik.

Des Kaisers und Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, dem Forstassen-Rendanten und Domänen-Rentmeister Rogge zu Potsdam anlässlich seines 50 jährigen Dienstjubiläums den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

Im Kreise Beeskow-Storkow ist an Stelle des Rittmeisters a. D. von der Schulenburg zu Ragow, welcher den Bezirk verlassen hat, der Rittgutsbesitzer Hirsch zu Degeln zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks XXII. März ernannt worden.

Im Kreise Oberbarnim ist an Stelle des verstorbenen Inspektors Klöppe in Proegel der Oberinspektor Günther daselbst zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk XVI. Proegel ernannt worden.

Der bisherige Universitäts-Professor Dr. Petersen ist als Oberlehrer beim königlichen Luisengymnasium in Berlin angestellt worden.

An der Viktoria-Schule in Berlin ist der ordentliche Lehrer Dr. Hahn zum Oberlehrer befördert worden.

Die bisherige Hülfslehrerin Clara Bauerhahn an der Viktoria-Schule in Berlin ist als ordentliche Lehrerin an derselben Anstalt angestellt worden.

Die Lehrerin Elise Dammer ist als Gemeindefachlehrerin in Berlin angestellt worden.

Die Lehrer Eichberg, Dezeliski, Scholz, Siemon, Schneider, Zimmermann, Schwemin, Rüpling, Busse, Roschke, Piske, Burghardt, Bräuer, Knapp, Bergschmidt, Bülow, Habermann, Heiseke, Köhne, Korte, Reimer, Maas, Mader, Schlauf, Stepp, Wiese, Knorr, Knoch,

Preißner, Krüger, Weinreich, Bachhaus, Frieße, Sag, Hanschmann, Horkmeier, Kiebusch, Köhler, Kroll, Marr, Nübiger, Stielies und Zieske sind als Gemeindegullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Gertrud Wubide ist als Gemeindegullehrerin in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirektion in Berlin.

Im Laufe des Monats November sind:

angestellt: als Telegraphenassistent: der Telegraphen-Anwärter Dammann;

versetzt: der Postsekretair H. W. A. D. Schulze von Berlin nach Erfurt, der Postsekretair Ronge von Berlin nach Hamburg, der Postsekretair Reil von Erfurt nach Berlin, der Ober-Telegraphenassistent Beenhase von Colmar (El.) nach Berlin;

in den Ruhestand versetzt: Ober-Telegraphenassistent Schroell;

freiwillig ausgeschieden: Telegraphenassistent Klügge;

gestorben: Postdirektor Johannesson, die Postsekretaire Chr. V. Günther, Luge, A. El. Müller und Rosenberger, die Ober-Telegraphenassistenten Enghusen und C. Fr. W. Müller.

Personal-Veränderungen im Bezirke der Kaiserl. Ober-Postdirektion zu Potsdam.

Statzmäßig angestellt ist: der Postassistent Voigt in Potsdam als Bureau-Assistent.

Ernannt ist: der Telegraphen-Assistent Oberüber in Potsdam zum Ober-Telegraphen-Assistenten.

Versetzt sind: die Postverwalter Dähnert von Gramzow nach Altlandsberg und Schöneberg von Paulinenaue nach Gramzow.

In den Ruhestand getreten ist: der Postverwalter Kühnack in Altlandsberg.

Bermischte Nachrichten.

Offene Kreiswundarztsstelle

Die mit einem jährlichen Gehalte von 600 Mk. verbundene Kreiswundarztsstelle des Kreises Kolmar in Posen ist sofort zu besetzen.

Geeignete Bewerber fordern wir auf, sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und ihres Lebenslaufes binnen 4 Wochen bei uns zu melden.

Bromberg, den 21. November 1885.

Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung.

Der bei der Elbstrom-Bauverwaltung beschäftigte bisherige Regierungs-Baumeister Kayser zu Wittenberge ist zum königlichen Wasser-Bauinspektor ernannt worden. Magdeburg, den 11. November 1885.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung,
Ober-Präsident der Provinz Sachsen.

Unterrichtskurse für praktische Landwirthe.

An der königlichen landwirthschaftlichen Hochschule in Berlin werden, wie im Winterhalbjahre 1884/85,

so auch im gegenwärtigen Semester Unterrichtskurse für praktische Landwirthe stattfinden.

Die der ersten Einrichtung zu Grunde liegende Annahme, daß in dem rascher pulsirenden Leben der Gegenwart auch auf praktisch-landwirthschaftlichem Gebiete besondere Veranlassung vorliegt, ja es sogar als ein wichtiges Erforderniß angesehen werden muß, mit den Fortschritten der Wissenschaft in engerer Verbindung zu bleiben, als es in den großen Landdistrikten bei den bisherigen Hülfsmitteln möglich, ist durch eine verhältnißmäßig starke Betheiligung an den genannten Kursen aus den verschiedensten praktisch-landwirthschaftlichen Kreisen als richtig erwiesen worden. Zahlreiche Landwirthe von nah und fern, zum Theil über die Grenzen des Landes hinaus haben ihr Interesse für die neue Einrichtung durch regelmäßige und aufmerksame Theilnahme an den Vorträgen und Uebungen bekundet. Von verschiedenen Seiten ist den betheiligten Dozenten der bestimmte Wunsch ausgesprochen, daß diese Kurse nicht auf das einzelne Jahr beschränkt bleiben, sondern wiederholt werden möchten. Ist es doch nur durch wiederholte Theilnahme möglich, die nöthige Orientirung und Erweiterung auf den verschiedenen bezüglichen Wissensgebieten sich zu eigen zu machen.

Das nachstehend mitgetheilte Programm der Unterrichtskurse für das gegenwärtige Wintersemester mag Zeugniß davon ablegen, wie man diesseits bemüht, den bezüglichen Wünschen zu entsprechen.

Betreffs der Zeiteintheilung wurde es von Theilnehmern der ersten Kurse als wünschenswerth bezeichnet, für die Vorträge und Uebungen möglichst die Vormittags- und Mittags-, weniger die Abendstunden zu benutzen, um dadurch eine mehr ökonomische Ausnutzung der Zeit möglich zu machen.

Um diesen Wünschen vollständig Rechnung tragen zu können, ist es erforderlich gewesen, die Kurse um einige Tage in den März hinein zu verschieben, so daß sie in die Zeit nach Schluß der Vorlesungen fallen und dadurch jede Kollision mit den Semestervorträgen für die Studirenden vermieden wird. Wenn dadurch auch ein paar Tage mehr nach dem Frühjahr hin in Anspruch genommen werden, so ist es andererseits nicht anders möglich, die Kurse so zweckmäßig einzurichten, daß die Zeit dafür in Berlin bestens ausgenutzt werden kann.

Eine gewisse Bekanntschaft mit den Haupt-Ergebnissen der Landwirthschafts-Wissenschaft ist für die fruchtbringende Theilnahme an diesen Kursen voranzusetzen, da dieselben in beschränkter Zeit kein in sich abgeschlossenes Bild des ganzen Umfangs der einzelnen Wissensgebiete zu geben, vielmehr nur die neuesten Ergebnisse und Fortschritte und besonders wichtige Fragen und Aufgaben der Gegenwart zu behandeln vermögen.

Die Unterrichtskurse für praktische Landwirthe werden am Donnerstag den 4. März 1886 beginnen und am Sonnabend den 13. März geschlossen werden. Zur Theilnahme an denselben ist Jeder berechtigt, der sich bei dem Rechnungsrath Müller im Sekretariat

der landwirtschaftlichen Hochschule meldet und unter Nennung seines Namens und seiner persönlichen Verhältnisse das Unterrichts-Honorar für die von ihm gewählten Vorträge entrichtet.

Wünschenswerth — wenn auch nicht Bedingung für die Theilnahme an den Kursen oder zu derselben definitiv verpflichtend — ist eine vorgängige schriftliche oder mündliche Meldung mit Bezeichnung der Vorträge, welche der Betreffende anzunehmen wünscht. Die Meldungen werden im Sekretariat, Invalidenstrasse Nr. 42, entgegengenommen. An dasselbe sind auch alle etwaigen Anfragen in Betreff der Unterrichtskurse zu richten.

Folgende Vorträge werden angemeldet:

- 1) Geheimer Regierungsrath Professor Dr. Settegast: Standpunkt, Aufgaben und Ziele der deutschen Viehzucht überhaupt und ihrer einzelnen Zweige insbesondere. (8 Stunden.)
- 2) Professor Dr. Orth: Ueber die neuesten Fortschritte in der Verwendung der künstlichen Düngemittel. (6 Stunden.)
- 3) Oekonomierath Dr. Freiherr von Canstein: a. Ausnutzung der Gewässer durch Fischzucht. (4 Stunden.) b. Anbau und Pflege des Getreides. (4 Stunden.)
- 4) Dr. Grahl: a. Kartoffelkultur. (6 Stunden.) b. Moorkultur. (12 Stunden.)
- 5) Dr. Lehmann: a. Die neueren Fortschritte auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Fütterungslehre. (8 Stunden.) b. Ueber Mollereiwiesen. (6 Stunden.)
- 6) Garteninspektor Lindemuth: Obstbau. (10 Stb.)
- 7) Ingenieur Schotte: a. Feldbahnen. (2 Stunden.) b. Kartoffelernte-Geräthe. (2 Stunden.)
- 8) Professor Dr. Rny: Einführung in den Gebrauch des Mikroskops. (12 Stunden.)
- 9) Professor Dr. Frank: Wichtige und neue Pflanzenkrankheiten. (6 Stunden.)
- 10) Professor Dr. Wittmack: a. Die wichtigsten Gräser und Futterkräuter nebst ihren Samen und deren Verfallsungen. (6 Stunden.) b. Anleitung zur mikroskopischen Untersuchung der Futtermittel. (12 Stunden.)
- 11) Geheimer Regierungsrath Professor Dr. Landolt: Ueber die atmosphärische Luft und ihre Bestandtheile (mit Experimenten.) (4 Stunden.)
- 12) Dr. Degener: a. Lage, Fortschritte und Ziele der Rübenzucker-Fabrikation. (6 Stunden.) b. Die Frage der Wasserreinigung. (5 Stunden.)
- 13) Professor Dr. Gruner: a. Die Bodenverhältnisse Norddeutschlands und deren geologisch-agronomische Kartirung. (4 Stunden.) b. Die mineralischen

Düngemittel und ihre landwirtschaftliche Verwerthung. (4 Stunden.)

- 14) Professor Dr. Börnstein: a. Das Wetter und seine Voraussagung. (8 Stunden.) b. Die elektrische Uebertragung von Arbeitskraft. (Experimental-Vortrag.) (1 Stunde.)
- 15) Professor Dr. Zung: Ueber neuere thierphysiologische Forschungen und ihre Bedeutung für die Praxis. (6 Stunden.)
- 16) Dr. Barsch: Die Reblaus und die Mittel zu ihrer Bekämpfung. (4 Stunden.)
- 17) Professor Dr. Schmoller: Ueber Getreidepreise, Getreidezölle und Getreide-Handelspolitik. (6 Stb.)
- 18) Dr. Lange: Friedrich List's nationales System der politischen Oekonomie und die gegenwärtige Wirtschaftspolitik des deutschen Reichs. (4 Stunden.)
- 19) Professor Dr. Alex. Müller: Die Behandlung der hauswirthschaftlichen Abfälle in Rücksicht auf Gesundheitspflege, Landwirtschaft und Industrie. (Private und öffentliche Reinhaltung.) (6 Stunden.)

Berlin, den 24. November 1885.

Der Rektor der Königl. landwirthschaftlichen Hochschule Orth.

Anmerkung: Außerdem finden die nachstehend verzeichneten Kurse für Mitglieder des Vereins der Spiritusfabrikanten und des Vereins der Stärke-Interessenten statt, und zwar im Anschluß an die Ende Februar 1886 abzuhaltenden General-Versammlungen der betreffenden Vereine:

- 1) Die Controle des Brennerei-Betriebes durch den Brennereibesitzer. Professor Dr. Delbrück.
- 2) Chemische Grundlagen der Preßhefefabrikation. Dr. Hayduk.
- 3) Stärkefabrikation. Dr. Saare.
- 4) Behandlung der Dampfkessel und Dampfmaschinen. Ingenieur Goslich.

Abhaltung der Gerichtstage in Biesenthal pro 1886.

Die Gerichtstage für den Gerichtstagsbezirk Biesenthal sind für das Jahr 1886 auf nachstehende, nöthigenfalls auf die jedesmal darauf folgenden Tage festgesetzt:

8. und 22. Januar, 5. und 19. Februar, 5. und 19. März, 2. und 16. April, 7. und 21. Mai, 4. und 18. Juni, 9. Juli, 17. August, 15. und 28. September, 8. und 22. Oktober, 5. und 19. November, 3. und 17. Dezember.

Das Gerichtstagslokal befindet sich im Rathhause zu Biesenthal.

Eberswalde, den 24. November 1885.

Königl. Amtsgericht.

(Hierzu Vier Oeffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einpaltige Druckzeile 20 Pf. Belagsblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der W. W. Jahn'schen Erben (G. Jahn, Hof-Buchdrucker).

Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Potsdam
und der Stadt Berlin.

Stück 51.

Den 18. Dezember

1885.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg.

Die Eröffnung des Communal-Landtages der Kurmark betreffend.

11. Der nächste Communal-Landtag der Kurmark wird am **18. Januar 1886** in Berlin eröffnet werden. Die verwaltenden Behörden der ständischen Institute, sowie der Kreise und Gemeinden haben diejenigen Gegenstände, welche sie auf diesem Communal-Landtage zur Sprache zu bringen beabsichtigen, bei dem Herrn Vorsitzenden, Major a. D. von Rosow auf Plessow bei Werder anzumelden, die königlichen Behörden aber sich wegen solcher Gegenstände an mich zu wenden. Potsdam, den 9. Dezember 1885.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister Achenbach.

Bekanntmachung.

12. Zum Mitgliede des Brandenburgischen Provinzial-Landtages ist an Stelle des Beigeordneten Roebel in Eberswalde, welcher sein Mandat niedergelegt hat, vom Kreistage des Kreises Ober-Barnim am 21. November 1885 der Kaufmann Johannes Koller in Briesen gewählt worden, was gemäß § 21 der Provinzialordnung hierdurch bekannt gemacht wird. Potsdam, den 4. Dezember 1885.

Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg,
Staatsminister Achenbach.

Bekanntmachungen des Königl. Regierungs-Präsidenten.

Berechnung des Ries bei Papierlieferungen.

277. In Folge eines Beschlusses des Bundesraths vom 14. Dezember v. J. (§ 468 der Protokolle) sind die Reichsbehörden veranlaßt worden, in Zukunft der Bestellung von Papier für ihren Bedarf das Ries zu 1000 Bogen als Einheit zu Grunde zu legen und empfiehlt es sich, daß Seitens der Preussischen Behörden gleichartig verfahren werde.

Die königliche Regierung veranlassen wir, nach diesem Grundsatz künftig zu verfahren und die ihr untergeordneten Behörden und Beamten mit entsprechender Anweisung zu versehen.

Die Papierlieferungen werden demgemäß fortan nach dem Ries zu 1000 Bogen bzw. decimalen Theilen desselben (Zehnteln und nach Bedürfnis Hundertsteln) zu verrechnen sein, und zwar sowohl bei Bestellungen, Contracten u. als auch in der Buchführung über die Papiervorräthe und deren Verwendung. Als Anfangstermin der neuen Berechnungsart ist der Beginn des

laufenden Etatsjahres anzunehmen. Die bereits gegebenen Buchungen können belassen werden, doch ist in diesem Falle die Summe derselben umzurechnen.

Berlin, den 2. Juni 1883.

Der Minister des Innern.

In Vertretung: gez. Herrfurth.

Der Finanz-Minister.

Im Auftrage: gez. von Leng.

An die königliche Regierung zu Potsdam.

M. d. J. I. A. 4381.

F. M. I. 5853. II. 5915. — III. 6582.

*

*

*

Vorstehende Anordnung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniz gebracht.

Potsdam, den 8. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die Barbier- und Friseur-Innung zu Perleberg betreffend.

278. Auf Grund des § 100e. Nr. 3 der Reichsgewerbeordnung vom 18. Juli 1881 und der Ausführungs-Anweisung hierzu vom 9. März 1882 Nr. I. 1 a. 2 bestimme ich hierdurch für den Bezirk der Barbier- und Friseur-Innung zu Perleberg, daß

diesjenigen Arbeitgeber, welche ein in dieser Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl aber der Innung nicht angehören, vom 1. Januar 1886 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Ich bringe dies mit dem Bemerken zur Kenntniz, daß der Bezirk der gedachten Innung die Kreise Ost- und West-Prignitz umfaßt.

Potsdam, den 10. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Verloosung von Kunstgegenständen in Berlin.

279. Der Herr Minister des Innern hat unterm 30. November d. J. dem Comité für die Pensionskasse des Vereins der Künstlerinnen und Kunstfreundinnen zu Berlin die Erlaubniz erteilt, zum Besten der Gründung eines Hilfsfonds der gedachten Pensionskasse im Laufe des nächsten Jahres eine öffentliche Verloosung von, dem genannten Vereine überwiesenen Kunstgegenständen, zu welcher 20000 Loose à 1 M. ausgegeben werden dürfen, zu veranstalten und die betreffenden Loose im ganzen Bereiche des Staatsgebietes abzugeben. Potsdam und Berlin, den 10. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präsident. | Der Polizei-Präsident.

| Tausende Nr. | Namen der Städte | Getreide | | | | | | | | | | Uebrige Markt | | | | |
|--------------|------------------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------------|--------|------------|-----------|------------|---------------|-------------|--------|--------|--------|
| | | Es kosten je 100 Kilogramm | | | | | | | | | | Es | | | | |
| | | Weizen | Roggen | Gerste | Hafser | Graben | Speisebohnen | Linsen | Barloffeln | Rüchstroh | Krummstroh | Heu | Rindfleisch | Schaf- | Flisch | |
| | | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| 1 | Angermünde | 15.07 | 13.10 | 12.72 | 13.45 | 28 | 31.33 | 31 | 4 | 3.75 | 2.50 | 4 | 1.40 | 1.10 | | |
| 2 | Berckow | — | 12.97 | 14.33 | 14.10 | 30 | 45 | 50 | 3.20 | 4 | — | 6 | 1.30 | 1.20 | | |
| 3 | Bernau | 15.82 | 13.51 | 14.24 | 14.38 | 29 | 33.50 | 40 | 4.25 | 4.87 | — | 5.35 | 1.25 | 1.10 | | |
| 4 | Brandenburg | 15.90 | 13.88 | 13.35 | 14.95 | 23.50 | 27 | 35 | 2.58 | 3.50 | — | 4.50 | 1.20 | 1 | | |
| 5 | Dahme | 15.29 | 13.35 | 12.80 | 14 | 40 | 50 | 50 | 2 | 3.50 | 2 | 7.50 | 1 | 1 | | |
| 6 | Eberswalde | 16.18 | 13.67 | 15.60 | 15 | 23 | 27 | 31 | 2.50 | 4 | — | 4 | 1.20 | 1 | | |
| 7 | Friesack | — | 13.50 | — | 15 | 28 | 32 | 38 | 2.60 | 3.50 | — | 4 | 1.30 | 1.05 | | |
| 8 | Havelberg | 15 | 13.10 | 13.35 | 13.25 | 17.50 | 34 | 32 | 2.75 | 2.65 | 2 | 3 | 1.10 | 1 | | |
| 9 | Jüterbog | 15.75 | 14.50 | 14 | 14.25 | 30 | 32 | 40 | 3.25 | 3.50 | — | 6 | 1.20 | 1.10 | | |
| 10 | Ludenwalde | 15.91 | 14.57 | 13.36 | 13.99 | 33 | 35 | 45 | 2.75 | 3.75 | — | 4.75 | 1.20 | 1.20 | | |
| 11 | Perleberg | 15.06 | 12.91 | 12.75 | 12.69 | 13.69 | 33 | 43 | 2.50 | 4.13 | — | 4.93 | 1.40 | 1.10 | | |
| 12 | Potsdam | 15.61 | 13.92 | 14.95 | 15.31 | 29 | 33 | 39 | 3.12 | 4.25 | — | 3.98 | 1.36 | 1.10 | | |
| 13 | Prenzlau | 14.44 | 12.79 | 12.97 | 12.96 | 25 | 33.13 | 36.31 | 3.50 | 4.50 | 3.50 | 4 | 1.30 | 1 | | |
| 14 | Prigwall | 14.95 | 12.66 | 13.24 | 12.45 | 15 | 30 | 31 | 2.85 | 3.09 | 2.83 | 3.47 | 1.30 | 1.05 | | |
| 15 | Rathenow | 14.75 | 13.25 | 13.50 | 14.25 | 30 | 31 | 38 | 2.45 | 2.75 | — | 3.50 | 1.40 | 1.20 | | |
| 16 | Neu-Ruppin | 17 | 13.44 | 13.20 | 14.58 | 32 | 32 | 42 | 2.70 | 4 | — | 5 | 1.35 | 1.10 | | |
| 17 | Schwedt | 17.50 | 13.66 | 13 | 14.60 | 33.33 | 40 | 33.33 | 3 | 4.17 | — | 5 | 1.40 | 1.20 | | |
| 18 | Spandau | 16 | 14.22 | 13.75 | 16.55 | 24.50 | 35 | 32.50 | 3.75 | 3.75 | — | 3.75 | 1.40 | 1.20 | | |
| 19 | Strausberg | 16 | 13.80 | 13.62 | 16.78 | 25 | 30.50 | 35 | 2.50 | 6 | — | 7 | 1.20 | 1.10 | | |
| 20 | Teltow | 15.39 | 13.66 | 15.07 | 15.17 | 28 | 33 | 42 | 4 | 4.75 | — | 5.40 | 1.21 | 1.08 | | |
| 21 | Templin | 15 | 14 | 13 | 13 | 17 | 40 | 40 | 3 | 3 | — | 5 | 1.20 | 1 | | |
| 22 | Trennubrien | 15.74 | 14 | 14.11 | 14.88 | 22 | 26 | 30 | 3 | 3 | — | 4 | 1.20 | 1 | | |
| 23 | Wittstock | 15.25 | 12.55 | 12.93 | 12.49 | 13.63 | 30 | 34 | 2.16 | 2.50 | 2 | 3.63 | 1.05 | 95 | | |
| 24 | Wriezen a. D. | 15.23 | 13.32 | 14.15 | 13.50 | 22 | 28 | 34 | 2.55 | 3.71 | 2.80 | 5 | 1.30 | 1.10 | | |
| Durchschnitt | | 15.58 | 13.51 | 13.65 | 14.23 | — | — | — | 2.96 | 3.78 | — | 4.70 | — | — | — | — |

Potsdam, den 11. Dezember 1885.

Die Bäcker-, Conditoren- und Pfefferkuchler-Innung zu Oberberg i. M. betreffend.

281. In Abänderung der die bezeichnete Innung betreffenden Verfügung vom 4. November d. J. (Amtsblatt S. 428) bringe ich hiermit zur Kenntniss, daß der Bezirk derselben nur: die Gemeinde-Bezirke Oberberg i. M., Liepe, Niederfinow, Lunow und Hohensaathen des Kreises Angermünde, sowie der Gemeinden Bralitz, Neuenhagen, Hohen-Buzen und Neu-Cliegen des Kreises Königsberg in der Neumark umfaßt.

Potsdam, den 8. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Die anderweite Regelung des Verdingungswesens betreffend.

282. Die Anwendung der Bestimmungen des in dem Extrablatt zum Stück 36 des diesjährigen Amtsblatts der Königl. Regierung zu Potsdam veröffentlichten Erlasses des Herrn Ministers der öffentlichen

Arbeiten vom 17. Juli d. J., die anderweite Regelung des Verdingungswesens betreffend, wird auf das Verdict der dem Herrn Minister für Landwirtschaft, Domainen und Forsten unterstellten landwirthschaftlichen und Geküt-Verwaltung und außerdem unter folgenden Aenderungen:

Zu § 1. In der ersten Zeile ist statt des Wortes „Herstellung“ zu setzen: „Ausführung“ und in der zweiten Zeile hinter „Bauwerke“ einzuschalten: „Arbeiten oder Lieferungen“. Die Worte „der betreffenden Bauwerke“ in der vorletzten Zeile des ersten Absatzes sind fortzulassen.

Zu § 2. Dem vorletzten Absatz dieses Paragraphen ist folgende Fassung zu geben: „Insoweit in den Verdingungs-Anschlägen für Nebenleistungen, sowie für das Vorhalten von Werkzeug, Geräthen und Rüstungen

Preise im Monat November 1885.

| Artikel | | | | | | Ladenpreise in den letzten Tagen des Monats | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------|-------------|-------------|--------|--------|----------------|---|--------|---------------|--------|---------------|--------|------------------|------------|--------|-----------|--|--------|------------|--------------------------|--------|
| Kostet je 1 Kilogramm | | | | | | Es kostet je 1 Kilogramm | | | | | | | | | | | | | | |
| Schweinefleisch | Rindfleisch | Lammfleisch | Speck | Butter | Ein Schod Eier | Weizen Nr. 1. | | Roggen Nr. 1. | | Gersten-Größe | | Buchweizen-Größe | Hafergröße | Hirse | Reis Java | Java-Kaffee mittlerer gelber in gebr. Bohnen | | Speisefalz | Schweinefleisch, hiesig. | |
| M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| 1 25 | 90 | 1 10 | 1 80 | 2 30 | 4 40 | 35 | 25 | 55 | 40 | 45 | 55 | 60 | 50 | 2 40 | 3 | 20 | 1 85 | | | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 80 | 2 30 | 3 60 | 40 | 30 | 60 | 60 | 65 | 80 | 60 | 65 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | | | |
| 1 20 | 1 25 | 1 20 | 1 70 | 2 40 | 3 64 | 40 | 25 | 45 | 50 | 50 | 40 | 60 | 45 | 2 80 | 2 20 | 20 | 1 60 | | | |
| 1 10 | 90 | 1 10 | 1 80 | 2 40 | 4 40 | 30 | 25 | 50 | 40 | 40 | 45 | 50 | 50 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 60 | | | |
| 1 | 70 | 1 | 2 | 2 | 2 80 | 32 | 26 | 60 | 60 | 40 | | 50 | 50 | 2 80 | 3 60 | 20 | 1 40 | | | |
| 1 20 | 1 | 1 | 1 80 | 2 40 | 3 78 | 28 | 26 | 60 | 60 | 50 | | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 80 | | | |
| 1 25 | 90 | 1 25 | 1 80 | 2 40 | 4 | 38 | 28 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 60 | 3 | 3 30 | 20 | 1 80 | | | |
| 1 10 | 1 10 | 1 | 1 60 | 2 15 | 3 38 | 40 | 30 | 80 | | 60 | 65 | 60 | 60 | 3 80 | 3 80 | 20 | 1 60 | | | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 1 70 | 2 40 | 3 60 | 25 | 19 | 60 | 50 | 60 | 60 | 60 | 60 | 3 | 3 60 | 20 | 1 70 | | | |
| 1 10 | 85 | 1 20 | 1 60 | 2 30 | 4 60 | 36 | 24 | 50 | 40 | 40 | 50 | 40 | 65 | 2 60 | 3 20 | 20 | 1 40 | | | |
| 1 30 | 1 15 | 1 15 | 1 95 | 2 06 | 3 20 | 50 | 36 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 55 | 3 40 | 3 60 | 20 | 2 | | | |
| 1 27 | 1 16 | 1 19 | 1 60 | 2 15 | 4 34 | 30 | 26 | 50 | 50 | 45 | 45 | 45 | 50 | 3 | 3 50 | 20 | 1 60 | | | |
| 1 10 | 98 | 1 10 | 1 70 | 2 40 | 3 50 | 28 | 24 | 60 | 50 | 60 | 60 | 60 | 70 | 3 20 | 3 60 | 20 | 2 | | | |
| 1 05 | 90 | 1 | 1 70 | 1 87 | 2 98 | 22 | 18 | 40 | 40 | 40 | 50 | 40 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 55 | | | |
| 1 40 | 1 | 1 20 | 1 80 | 2 60 | 3 75 | 24 | 20 | 40 | 40 | 45 | 40 | 50 | 60 | 2 80 | 3 40 | 20 | 2 | | | |
| 1 20 | 1 05 | 1 20 | 1 70 | 2 20 | 4 25 | 30 | 24 | 50 | 50 | 60 | 50 | 50 | 60 | 3 | 3 40 | 20 | 1 60 | | | |
| 1 20 | 95 | 1 20 | 2 | 2 | 4 | 30 | 25 | 60 | 40 | 40 | 60 | 50 | 70 | 2 80 | 3 60 | 20 | 2 | | | |
| 1 30 | 1 25 | 1 20 | 1 60 | 2 20 | 4 40 | 35 | 25 | 60 | 60 | 50 | 60 | 50 | 60 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | | |
| 1 20 | 1 | 1 20 | 1 60 | 2 40 | 3 65 | 40 | 26 | 55 | 50 | 45 | 60 | 50 | 60 | 2 40 | 3 20 | 20 | 1 40 | | | |
| 1 31 | 1 35 | 1 21 | 1 77 | 2 22 | 3 68 | 50 | 40 | 70 | 60 | 50 | 60 | 50 | 62 | 3 20 | 3 60 | 20 | 1 80 | | | |
| 1 20 | 60 | 1 | 1 60 | 2 40 | 4 | 33 | 28 | 55 | 55 | 50 | 60 | 60 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | | |
| 1 20 | 90 | 1 20 | 1 80 | 2 20 | 3 20 | 30 | 22 | 50 | 40 | 40 | 60 | 30 | 50 | 3 | 3 40 | 20 | 1 80 | | | |
| 1 15 | 70 | 1 02 | 1 70 | 2 07 | 3 40 | 26 | 21 | 50 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 2 40 | 2 80 | 20 | 1 60 | | | |
| 1 15 | 1 10 | 1 15 | 1 60 | 2 20 | 4 30 | 21 | 20 | 50 | 40 | 50 | 50 | 50 | 50 | 2 80 | 3 20 | 20 | 1 60 | | | |

Der Regierungs-Präsident.

und für Herstellung oder Unterhaltung von Zufuhrwegen nicht besondere Preisanläge vorgesehen oder besondere Bestimmungen getroffen sind, umfassen die vereinbarten Preise und Tagelohnsätze zugleich die Vergütung für die zur Erfüllung des Vertrages gehörenden Nebenleistungen aller Art, insbesondere auch für die Veranschaffung der zu den Bauarbeiten erforderlichen Materialien aus den auf der Baustelle befindlichen Lagerplätzen nach der Verwendungsstelle am Bau, sowie die Entschädigung für Vorrhaltung von Werkzeug, Geräthen u. s. w." Das Wort „Höhenmessungen“ in der ersten Zeile des letzten Absatzes ist fortzulassen.

Zu § 6. In der ersten Zeile ist zwischen die Worte „sich der“ das fehlende Wort „in“ zu setzen.

Ferner ist zwischen Absatz 8 und 9 der Satz einzuschalten: „Ist die Unterbrechung durch Naturereignisse herbeigeführt worden, so kann der Unternehmer einen Schadenersatz nicht beanspruchen.“

Zu § 13. In der zweiten Zeile ist statt des Wortes „Räume“ zu setzen: „Baustelle“, auf die Wasser- und Wegebauverwaltung im Bereich der Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und für Landwirtschaft, Domainen u. Forsten hiermit ausgedehnt. Die in dem Extrablatt zum Amtsblatt vom 2. Oktober 1882 Seite 385 bis 390 veröffentlichten Submissions-Bedingungen u. vom 27. September 1882 treten bezüglich der vorbezeichneten Bauverwaltungen hiermit außer Kraft.

Potsdam, den 8. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präsident.

Viehseuchen.

223. Die Klauenseuche unter den Schweinen des Arbeiters Heinrich Schmidt zu Damm-Haß im Kreise Trespeln ist erloschen.

Potsdam, den 14. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präsident.

**Bekanntmachungen
der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden
und Reichsschulden-Verwaltung.**

Die 10. Verlosung von Schuldverschreibungen der vierprozentigen Staatsanleihe von 1863 A. betreffend.

26. Bei der heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 10. Verlosung von Schuldverschreibungen der vierprozentigen Staatsanleihe von 1863 A. sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden. Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, die in den ausgelosten Nummern verschriebenen Kapitalbeträge vom 1. Juli 1886 ab, gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der nach dem 1. Juli f. J. fällig werdenden Zinscheine Reihe V. Nr. 6 bis 8 nebst Anweisungen zur Reihe VI. bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hiersebst, Taubenstraße Nr. 29, zu erheben.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags, mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a./M. bei der Kreiskasse.

Zu diesem Zwecke können die Schuldverschreibungen nebst Zinscheinen und Zinscheinanweisungen einer dieser Kassen schon vom 1. Juni f. J. ab eingereicht werden, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. Juli 1886 ab bewirkt.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird von dem Kapitale zurückbehalten.

Mit dem 1. Juli 1886 hört die Verzinsung der verloosten Schuldverschreibungen auf.

Zugleich werden die bereits früher ausgelosten, auf der Anlage verzeichneten, noch rückständigen Schuldverschreibungen wiederholt und mit dem Bemerken aufgerufen, daß die Verzinsung derselben mit dem Tage ihrer Kündigung aufgehört hat.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Zahlungsleistung nicht einlassen.

Formulare zu den Quittungen werden von den oben gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Berlin, den 2. Dezember 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

27. 2. Nachtrag

zu den unterm 22. Juni 1884 erlassenen Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz, betreffend das Staatsschuldbuch, vom 20. Juli 1883 (G.-S. S. 120).

An die Stelle der Nr. 3 des Artikel 6 tritt nachfolgende Bestimmung:

„Die Mittheilung der in Gemäßheit des § 15 zu erlassenden Benachrichtigungsschreiben geschieht mittels verschlossener Briefe durch die Post, und sofern es besonders beantragt wird, mit der Bezeichnung „Eingeschrieben“.“

Berlin, den 2. Dezember 1885.

Der Finanz-Minister.

In Vertretung gez. Reinecke.

Vorstehenden Nachtrag zu den unter dem 22. Juni 1884 von dem Herrn Finanz-Minister erlassenen Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz, betreffend das Staatsschuldbuch, vom 20. Juli 1883 (G.-S. S. 120) bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 7. Dezember 1885.

Königl. Hauptverwaltung der Staatsschulden.

**Bekanntmachungen der
Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.**

Angebot einer Schuldverschreibung.

20. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1879 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß dem Eisenbahn-Stationen-Assistenten Eduard Zimmer hier, Müdersdorferstraße Nr. 51, die Schuldverschreibung der konsolidirten 4%igen Staatsanleihe Lit. D. Nr. 552449 über 500 Mark angeblich abhanden gekommen ist. Es wird derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, hiermit aufgefordert, dies der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder dem x. Zimmer anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 9. Dezember 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

**Bekanntmachungen
des Königlichen Ober-Bergamts zu Halle.**

13. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Auf Grund der am 26. September 1885 mit Präsentationvermerk versehenen Ruchung wird dem Kaufmann Leopold Falk zu Berlin unter dem Namen **Sallun** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a. b. c. d. e. f. a. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2124062,48 qm, geschrieben: zwei Millioneneinhundertvierundzwanzigtausendzweiundsechzig Achtundvierzig Hunderstel Quadrat-Meter umfassend, in den Gemarkungen Töppin und Königswusterhausen Forst im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.“

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36

des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.
Halle a./S., den 12. Dezember 1885.

Königl. Oberbergamt.

14. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Auf Grund der am 26. September 1885 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Kaufmann Leopold Falk zu Berlin unter dem Namen **Mögen** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriss mit den Buchstaben: a. b. c. d. e. f. g. a. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 1990161,44 qm, geschrieben: eine Millionneunhundertneunzigtausendeinhunderteinundsechzig Vierundvierzig Hundertstel Quadrat-Meter umfassend, in den Gemarkungen Lössin, Colonie Spuiendorf, Gut Teupitz und Forst Königswusterhausen im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.“

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.
Halle a./S., den 12. Dezember 1885.

Königl. Oberbergamt.

15. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Auf Grund der am 4. September 1885 mit Präsentationsvermerk versehenen Muthung wird dem Kaufmann Leopold Falk zu Berlin unter dem Namen **Lössin** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsriss mit den Buchstaben: a. b. c. d. e. f. g. a. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 2107312 qm, geschrieben: zwei Millioneneinhundertsiebentausenddreihundertundzwoß Quadrat-Meter umfassend, in den Gemarkungen Lössin, Mögen und Forst Königswusterhausen im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.“

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königlichen Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.
Halle a./S., den 12. Dezember 1885.

Königl. Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ablauf der Gültigkeitsdauer von Tourbilletts.

60. Mit dem Ablauf des 31. Dezember d. J. verlieren die für den inneren Verkehr der Berliner Stadt-

bahn und der Berliner Ringbahn, sowie die für den Stadtring-Verkehr bestehenden Tourbilletts für Erwachsene und für Kinder, einschließlich der Bündelbilletts, welche mit dem Ausdruck: „Gültig bis 31. Dezember 1885.“ versehen sind, ihre Gültigkeit. Die mit demselben Ausdruck versehenen Billets für Hunde werden mit Ablauf des bezeichneten Termins ebenfalls ungültig.
Berlin, den 6. Dezember 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Ausnahme-Tarif

für den Südwestrussisch-Galizisch-Norddeutschen Getreide-Verkehr.
61. Am 10. d. M. tritt ein Ausnahme-Tarif für den Südwestrussisch-Galizisch-Norddeutschen Getreide-Verkehr in Kraft. Derselbe enthält Sätze für Getreide, Kleie und leere Säcke im Verkehr mit den galizisch-russischen Grenzstationen Podwoloczyska, Brody, Socal, Husiatyn transito für Sendungen von bzw. nach Russland.

Durch diesen Tarif werden die im Galizisch-Norddeutschen Getreide-Tarif vom 20. Mai 1883 enthaltenen Frachtsätze für Getreide u. russischer Provenienz aufgehoben.

Exemplare des Tarifs sind bei unseren Güterklassen Berlin-Schlesischer Bahnhof, Breslau N./M., Dresden-Friedrichstadt, Frankfurt a./M., Görlitz, Stettin, sowie im hiesigen Auskunfts-Bureau auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz zum Preise von 0,65 M. pro Exemplar, käuflich zu haben.

Berlin, den 7. Dezember 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.

Berlin-Anhaltische Eisenbahn-Gesellschaft.

11. Auf Grund der im § 3 des Gesetzes vom 13. Mai 1882, betreffend den Erwerb des Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Unternehmens für den Staat (Ges. S. 269 folg.) enthaltenen Ermächtigung haben die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen beschlossen, von dem im § 9 des Vertrages, betreffend den Uebergang des Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Unternehmens auf den Staat, vom 8. März 1882 dem Letzteren eingeräumten Rechte dahin Gebrauch zu machen, daß mit dem 1. Januar 1886 das **Eigenthum der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn mit ihrem gesamten unbeweglichen und beweglichen Zubehör, insbesondere mit ihrem Betriebsmaterial, überhaupt mit allen an dem Unternehmen der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn haftenden Rechten und Verpflichtungen für den Staat erworben und die Auflösung der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft herbeigeführt wird.**

Die Auflösung der Gesellschaft und der Eintritt der Liquidation zum bezeichneten Tage sind zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet worden.

Die Liquidation wird durch die unterzeichnete Behörde und gemäß den Bestimmungen des bezeichneten Vertrages für Rechnung des Staates bewirkt werden.

Die Aktionäre, welche von dem nach unserer besonderen Bekanntmachung vom 20. November d. J. bis zum 31. Dezember 1885 statthabenden Umtausche ihrer Aktien gegen Staatschuldverschreibungen (für jede Aktie 900 Mark Staatschuldverschreibungen der vierprozentigen konsolidierten Anleihe) keinen Gebrauch machen wollen, werden gemäß § 9 des Vertrages vom 8. März 1882 hierdurch aufgefordert,

vom 1. Januar 1886 ab

binnen einer Frist von drei Monaten ihre Aktien nebst dazu gehörigen Talons an die königliche Eisenbahn-Direktion zu Erfurt abzuliefern und dafür ihren Antheil an dem Kaufpreise von 51 750 000 Mark mit je 600 Mark für die Aktie in Empfang zu nehmen.

Die den Aktionären nach § 5 des Erwerbsvertrages vom 8. März 1882 zugesicherte feste jährliche Rente von 6 Prozent wird vom 1. Januar 1886 ab nicht mehr gewährt. Auch wird der Antheil an dem Kaufpreise nicht verzinst.

Die nach Ablauf der dreimonatlichen Frist nicht abgehobenen Beträge werden bei der gesetzlichen Hinterlegungsstelle mit der Maßgabe eingezahlt werden, daß die Auszahlung nur gegen Rückgabe der Aktien oder auf Grund eines die Aktien für kraftlos erklärenden rechtskräftigen Ausschlußurtheils erfolgen darf.

Erfurt, den 5. Dezember 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Kreis-Ausschüsse.

Gemeindefürsorgeveränderung.

22. Auf Grund des § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 in Verbindung mit § 1 Abschnitt 4 des Gesetzes vom 14. April 1856 genehmigen wir hiermit, daß die von dem Eigentümer Kade zu Berlin erworbene 10 a 30 qm große Gutsparzelle von dem Gutsbezirk Hermsdorf abgetrennt und in den Gemeindebezirk Hermsdorf einverleibt werde.

Berlin, den 27. November 1885.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Nieder-Barnim.

Bekanntmachungen der königlichen General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Nachweisung der Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in den Normal-Marktorien des Regierungsbezirks Potsdam für das Jahr 1885.

3. ad § 20 des Abjüngs-Gesetzes vom 2. März 1850.

| N ^o . | Namen der Städte | Getreide | | | | | | | | | | Kartoffeln | | Rauhfutter | |
|------------------|---------------------------|----------|----------|--------|----------|-------------|----------|-------|----------|--------|----------|------------|----------|------------|----------|
| | | Weizen | | Roggen | | Gr. Gerste | | Hafer | | Erbſen | | pro | | Heu | Stroh |
| | | 100 | Neu- | 100 | Neu- | 100 | Neu- | 100 | Neu- | 100 | Neu- | 100 | Neu- | pro 100 | Algr. |
| | | Algr. | ſcheffel | Algr. | ſcheffel | Algr. | ſcheffel | Algr. | ſcheffel | Algr. | ſcheffel | Algr. | ſcheffel | Algr. | ſcheffel |
| 1 | Berlin | 15 80 | 6 20 | 13 59 | 4 95 | 13 84 | 4 44 | 14 73 | 3 30 | 17 50 | 7 00 | 4 00 | 1 52 | 5 30 | 4 75 |
| 2 | Beeskow | 16 80 | 6 55 | 12 93 | 4 87 | 14 33 | 4 44 | 14 07 | 3 17 | 30 00 | — | 3 00 | 1 14 | 6 00 | 4 00 |
| 3 | Brandenburg a. H. | 15 90 | 6 20 | 14 00 | 5 04 | 13 35 | 4 27 | 14 95 | 3 44 | 23 50 | 9 64 | 2 60 | 1 17 | 4 50 | 3 50 |
| 4 | Dahme | 15 29 | 5 89 | 13 35 | 4 87 | 12 80 | 4 10 | 14 00 | 3 15 | 40 00 | 16 40 | 2 00 | — | 7 50 | 3 50 |
| 5 | Fürſtenwalde | 15 65 | 6 07 | 13 48 | 4 97 | 13 90 | 4 65 | 14 42 | 3 09 | 25 00 | — | 2 70 | 1 09 | 5 60 | 4 00 |
| 6 | Havelberg | 15 00 | 5 78 | 13 10 | 4 98 | 13 35 | 4 34 | 13 25 | 2 98 | 17 50 | 7 70 | 2 75 | 1 13 | 3 00 | 2 65 |
| 7 | Jüterbog | 15 75 | 6 06 | 14 50 | 5 37 | 14 00 | 4 34 | 14 25 | 3 28 | 30 00 | 12 30 | 3 25 | 1 37 | 6 00 | 3 50 |
| 8 | Lübſen | 17 00 | 7 14 | 14 50 | 5 66 | 14 00 | 4 90 | 14 80 | 3 40 | 26 00 | 10 92 | 3 00 | 1 41 | 6 00 | 4 00 |
| 9 | Luderswalde | 15 91 | 6 36 | 14 57 | 5 45 | 13 36 | 4 09 | 13 99 | 3 18 | — | — | 2 75 | 1 25 | — | 3 75 |
| 10 | Perleberg | 14 82 | 5 75 | 12 58 | 4 53 | 12 75 | 3 19 | 12 00 | 2 54 | 13 00 | 6 57 | 2 50 | 1 00 | 4 60 | 4 00 |
| 11 | Potsdam | 15 50 | 5 92 | 14 00 | 5 18 | 14 92 | 4 63 | 15 33 | 3 60 | 29 00 | 11 46 | 3 05 | 1 22 | 3 80 | 4 38 |
| 12 | Prenzlau | 14 38 | 5 39 | 12 85 | 4 63 | 12 98 | 4 09 | 12 82 | 2 69 | 14 25 | 5 84 | 3 50 | 1 33 | 4 00 | 4 25 |
| 13 | Prigwitz | 14 94 | 5 60 | 12 69 | 4 48 | 13 18 | 4 25 | 12 41 | 2 71 | 14 38 | 5 95 | 2 75 | 1 04 | 3 60 | 3 00 |
| 14 | Rathenow | 14 75 | 5 65 | 13 25 | 4 92 | 13 75 | 4 26 | 14 25 | 3 31 | 17 00 | 7 06 | 2 45 | 1 03 | — | — |
| 15 | Neu-Ruppin | 17 00 | 6 46 | 13 48 | 4 85 | 13 15 | 3 95 | 14 55 | 3 20 | 25 00 | 10 13 | 2 70 | 1 04 | 5 00 | 4 00 |
| 16 | Schwedt a. D. | 17 50 | 6 65 | 13 68 | 4 92 | 13 00 | 4 16 | 14 60 | 3 36 | 13 00 | 5 33 | 3 00 | 1 37 | 5 00 | 4 00 |
| 17 | Templin | 15 50 | 6 05 | 14 50 | 5 22 | 13 50 | 4 46 | 13 50 | 3 24 | 17 50 | 6 83 | 3 50 | 1 58 | 5 50 | 3 50 |
| 18 | Treuenbriege | 15 59 | 6 00 | 13 92 | 5 08 | 13 93 | 4 46 | 14 50 | 3 26 | 22 00 | 8 91 | 3 00 | 1 35 | 4 00 | 3 00 |
| 19 | Wittſtock | 15 25 | 5 95 | 12 59 | 4 39 | 12 98 | 3 92 | 12 53 | 2 84 | 14 03 | 5 64 | 2 20 | — | 3 75 | 2 50 |
| 20 | Wittenberg | 15 00 | 5 78 | 13 97 | 5 10 | Gr. Gerſte: | 13 95 | 4 46 | 13 97 | 3 07 | — | 3 00 | 1 16 | 6 00 | 3 80 |
| | | | | | | Al. Gerſte: | 11 87 | 3 62 | — | — | — | — | — | — | — |
| | | | | | | Gr. Gerſte: | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 21 | Briezen a. D. | 15 33 | 5 86 | 13 35 | 4 87 | 14 25 | 4 60 | 13 50 | 2 90 | 22 00 | 9 02 | 2 50 | 1 09 | 5 00 | 3 75 |

Frankfurt a. D., den 7. Dezember 1885.

Königl. General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Nachweisung der 24jährigen Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides in den Normal-Markttorten des Regierungsbezirks Potsdam nach Abzug der beiden höchsten und der beiden niedrigsten Jahrespreise für das Jahr 1885. ad § 19 des Abfuhr-Gesetzes vom 2. März 1850.

| Nr. | Namen
der
Städte | pro Neuschefel | | | | | | | | | |
|-----|---------------------------|----------------|-----|--------|-----|--------|-----|-------|-----|--------|-----|
| | | Weizen | | Roggen | | Gerste | | Hafer | | Erbſen | |
| | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 1 | Berlin | 7 | 67 | 5 | 79 | 5 | 07 | 3 | 38 | — | — |
| 2 | Beeskow | — | — | 6 | 00 | 4 | 88 | 3 | 56 | — | — |
| 3 | Brandenburg a. H. | — | — | 6 | 00 | 4 | 65 | 3 | 53 | — | — |
| 4 | Dahme | 7 | 80 | 5 | 77 | 4 | 75 | 3 | 07 | 11 | 72 |
| 5 | Fürſtenwalde | — | — | 5 | 87 | 4 | 95 | 3 | 39 | — | — |
| 6 | Havelberg | — | — | 6 | 02 | 4 | 86 | 3 | 26 | — | — |
| 7 | Jüterbog | 7 | 80 | 5 | 89 | 4 | 64 | 3 | 27 | — | — |
| 8 | Köbben | 8 | 55 | 6 | 19 | 5 | 25 | 3 | 33 | — | — |
| 9 | Ludenwalde | 7 | 90 | 6 | 20 | 4 | 56 | 3 | 36 | — | — |
| 10 | Perleberg | — | — | 5 | 90 | — | — | 3 | 23 | 6 | 71 |
| 11 | Potsdam | — | — | 5 | 96 | 4 | 97 | 3 | 62 | — | — |
| 12 | Prenzlau | 7 | 53 | 5 | 86 | 4 | 85 | 3 | 13 | 6 | 81 |
| 13 | Prigwall | 7 | 72 | 5 | 74 | — | — | 3 | 21 | 6 | 50 |
| 14 | Rathenow | 7 | 31 | 5 | 85 | 4 | 88 | 3 | 19 | 7 | 83 |
| 15 | Neu-Ruppin | 7 | 74 | 5 | 76 | 4 | 58 | 3 | 22 | 7 | 61 |
| 16 | Schwedt a. D. | — | — | 6 | 14 | 5 | 02 | 3 | 49 | 6 | 85 |
| 17 | Templin | 7 | 87 | 5 | 68 | 4 | 93 | 3 | 21 | — | — |
| 18 | Treuenbriezen | 7 | 71 | 5 | 88 | 4 | 52 | 3 | 21 | — | — |
| 19 | Wittſtock | 7 | 74 | 5 | 79 | 4 | 59 | 3 | 08 | 6 | 82 |
| 20 | Wittenberg | 7 | 54 | 5 | 94 | 4 | 94 | 3 | 21 | — | — |
| 21 | Wriezen a. D. | — | — | 5 | 88 | 4 | 66 | 3 | 16 | 7 | 56 |

Wegen der vorstehend fehlenden Getreide-Durchschnittspreise wird auf die für dieselben eingefegten in der Beilage zum Amtsblatt Nr. 29 der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin pro 1874 bekannt gemachten Normalpreise verwiesen.

Frankfurt a. D., den 7. Dezember 1885.

Königl. General-Kommission für die Provinzen Brandenburg und Pommern.

Personal-Chronik.

Der Bürgermeister, Oberlieutenant a. D. Joellner zu Havelberg ist zum Amtsanwalt und zum Stellvertreter des Forstamtsanwalts für den Bezirk des Amtsgerichts in Havelberg vom 1. Januar 1886 ab ernannt worden.

Dem Königl. Oberförster Herrn Biedermann zu Zechlin ist die Besorgung der domainenfiskalischen beziehungsweise fiskalischen Patronats-Geschäfte in folgenden Ortschaften des ehemaligen Amtsbezirks Zechlin vom 1. Oktober d. J. ab widerruflich übertragen worden.

a. im Kreise Ost-Prignitz: Zechlin, Flecken, Amt und Dorf, Alt- und Neu-Lutterow, Zempow mit Staderang, Weiße Glashütte, Klein-Zerlang, b. im Kreise Ruppin: Kasar, Linow, c. bezüglich der fiskalischen Gewässer Schwarzer See, Gr. Zechlin-See, Brahmin-See, Kleine Luhn-See, Refow-See, Große und Kleine Jarmitten-See und die Verbindung dieser Seen miteinander und mit dem Brahmin-See, domainenfiskalischer Antheil am Kasar-Fluß, Preussischer Antheil am Filz-See.

Der Katasterkontrolleur Oswald Müller in Neu-Ruppin ist zum Steuer-Inspektor ernannt worden.

Der Elisabeth Wähle aus Berlin, jetzt im Forsthaus Senfenthal, Kreis Angermünde, ist die Erlaubniß ertheilt, im diesseitigen Regierungsbezirk Stellen als Hauslehrerin anzunehmen.

Die Lehrerin Anna Ramlau ist als Gemeindegemeindefullehrerin in Berlin angestellt worden.

Der Lehrer Heere ist als Gemeindegemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Die Lehrerin Hedwig Buhmann ist als ordentliche Lehrerin an der Charlottenschule in Berlin angestellt worden.

Personal-Veränderungen im Bezirke des Kammergerichts in den Monaten Oktober und November 1885.

I. Richterliche Beamte.

Ernannt sind: der Gerichts-Affessor Dr. Mielde zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht I. zu Berlin, die Gerichtsassessoren Friedländer, Frommel, Plehner und Otto Müller zu Amtsrichtern bei den Amtsgerichten zu Belgig bzw. Alt-Landsberg, Wittſtock und Schildberg, der Landgerichtsrath Kießling in Berlin

zum Oberlandesgerichtsrath bei dem Oberlandesgericht in Hamm, der Landgerichtsdirektor Hagen in Frankfurt a./D. zum Präsidenten des Landgerichts in Stolp, der Staatsanwalt Lippert in Berlin zum Ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht zu Stargardt i./P., der Gerichts-Assessor Fickel zum Staatsanwalt bei dem Landgericht I. zu Berlin. Versetzt sind: die Oberlandesgerichtsräthe Schroeder in Stettin und Kereszko in Marienwerder als Kammergerichtsräthe an das Kammergericht, der Amtsrichter Meyer in Wangleben an das Amtsgericht II. zu Berlin, der Amtsrichter von Winterfeld in Dranienburg als Landrichter an das Landgericht II. zu Berlin, der Landgerichtsdirektor Wohlfromm zu Reife an das Landgericht zu Frankfurt a./Oder, der Amtsrichter Woffe in Berlin als Landrichter an das Landgericht I. zu Berlin, der Amtsrichter Henry in Magdeburg an das Amtsgericht I. zu Berlin, der Staatsanwalt Freiherr von der Red in Posen nach Berlin. Aus dem Justizdienste ist geschieden der Staatsanwalt Dr. Daube in Berlin in Folge seiner Ernennung zum Universitätsrichter bei der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin. Pensionirt sind: der Kammergerichtsrath Steinhäusen und der Landgerichtsrath von Banquet zu Neu-Ruppin. Gestorben ist: der Landgerichtsrath Kolschorn zu Berlin.

II. Assessoren.

Zu Gerichts-Assessoren sind ernannt: die Referendare Kantrowicz, Pignol, Schacht, Sauer, Hohl, Reil, Friedheim, Maag, Kühnas, Illstein, Conrad Bode, Gottfried Meyer, Dr. Johannes, Dr. Hoepfe, Marwig, Friedrich Schmidt, Dr. Reiche, Saenger, Dr. Biegens, Dr. Hartmann, Moskus, Neumann, Aronius, Michaelis. Versetzt sind: Martin Kleinschmidt, Deutschbein und Theodor Bischoff in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Marienwerder, Schacht in den Bezirk des Oberlandesgerichts zu Breslau, Werner aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Stettin in den Kammergerichtsbezirk. Entlassen sind: Dr. Georg Meyer und Kantrowicz auf ihren Antrag, Kassauf und von Syburg Behufs Uebernahme in das Ressort des Auswärtigen Amtes, Dr. Gosack in Folge seiner Ernennung zum außerordentlichen Professor und Praetorius in Folge seiner Uebernahme in die landwirthschaftliche Verwaltung.

III. Rechtsanwälte und Notare.

Zugelassen sind zur Rechtsanwaltschaft: der Rechtsanwalt Plinzner aus Berlin bei dem Amtsgericht zu Oberberg, der Rechtsanwalt Lasfer aus Sonnenburg beim Landgericht zu Landsberg a./B., die Gerichts-Assessoren Mengel, Wollner, Dr. Rohrer und der Rechtsanwalt Volkmar aus Seehausen bei dem Landgericht I. zu Berlin, der Gerichts-Assessor Dr. Scheffler bei dem Landgericht II. zu Berlin, der Rechtsanwalt Engel aus Berlin beim Amtsgericht zu Freienwalde a./D., der Gerichts-Assessor a. D. Rosenfeld beim Amtsgericht zu Brandenburg, der Rechtsanwalt Piegsch aus Neppen bei dem Amtsgericht zu Sonnenburg, der

Gerichts-Assessor Kengmann beim Amtsgericht in Berlinchen. Gelöscht sind in der Liste der Rechtsanwälte: die Rechtsanwälte Plinzner und Schend bei dem Landgericht I. zu Berlin, der Rechtsanwalt Piegsch bei dem Amtsgericht zu Neppen, der Rechtsanwalt Roedenbeck bei dem Amtsgericht zu Berlinchen. Zum Notar ist ernannt: der Amtsrichter Bathe in Croßen im Bezirke des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Brandenburg. Dem Rechtsanwalt und Notar Levy zu Berlin ist der Charakter als Justizrath verliehen.

IV. Referendare.

Ernannt sind zu Referendaren die bisherigen Rechtscandidaten Schlomann, Bormwald, Szczesny, Koetger, Hesselbarth, Sillies, Dr. jur. Richard Freiherr von Ederstein, Grunow, Riep, Böniger, Levin, Tiedge, von Erleben, Sternsdorff, von Hassell, Künzel, Winterfeldt, Lange, Neumann, Pöhm, Voewe, Singelmann, Mommsen, Hennigson, Nordenholz, von der Marwig, Klein, Weymann, Hahn, von Heineccius, Belgardt, Grosse, Kyris, von der Osten-Warnig, Hilgenstod, von Meyeren, Becker, Brandt. Uebernommen sind: Freiherr Bodo von Bodenhausen aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Raumburg, Arnheim aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Celle, Dr. Hirsch aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Hamm, Kraft aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Stettin. Versetzt ist: Kappelmann in den Oberlandesgerichtsbezirk Raumburg. Entlassen sind: Gramsch, Graf zu Dohna und Ludwig Wolff Behufs Uebertritts in den Verwaltungsdienst, Dr. Lion, von Arnim und Graf von Keyserlingk auf ihren Antrag.

V. Subalternbeamte.

Ernannt sind zu Gerichtsschreibern: der etatsm. Gerichtsvollzieher Grunow in Alt-Landsberg bei dem Amtsgericht daselbst, die etatsm. Gerichtsschreibergehilfen Rinow in Neu-Ruppin bei dem Amtsgericht in Cottbus und Hayn in Frankfurt a./D. bei dem Amtsgericht daselbst. Zu Sekretären: der etatsm. Gerichtsvollzieher Katter zu Berlin bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I. zu Berlin und der Bureauhilfsarbeiter Herrmann zu Prenzlau bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts zu Frankfurt a./D. Zu etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen: die Militairanwärter Lustig bei dem Amtsgericht zu Potsdam und Bloß bei dem Amtsgericht zu Frankfurt a./D., der Gerichtsvollzieher Zell in Neu-Ruppin bei dem Amtsgericht daselbst. Zum etatsmäßigen Gerichtsvollzieher der Gerichtsvollzieher fr. Austr. Blume beim Amtsgericht II. zu Berlin. Entlassen sind: der Gerichtsschreiber bei dem Kammergericht Pieper in Folge seiner Ernennung zum Geh. revib. Calculator bei der Königl. Ober-Rechnungskammer, der Sekretär bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts zu Landsberg a./B. Knick in Folge strafrechtlicher Verurtheilung. Verstorben ist: der etatsmäßige Gerichtsschreibergehilfe Raacke zu Seelow.

Vermischte Nachrichten.

Bekanntmachungen der Königl. Direction des Friedrich-Wilhelms-Gefüts.

Nachweisung

der im Jahre 1884 durch Königl. Brandenburgische Landbeschäler gedeckten Stuten und der im Jahre 1885 nachgewiesenen Fohlen im Regierungsbezirk Potsdam.

| Nr. | N a m e n
der
Beschäl-Station. | Dasselbst standen
im Jahre 1884
Land-Beschäler | | | Diese
haben
Stuten
gedeckt | Davon sind | | | Von den tragend
gewordenen Stuten | | | | Im Jahre
1885 | |
|--------|--------------------------------------|--|-----------|--------|-------------------------------------|-----------------------------|--------------------------|--|--------------------------------------|--------|--------|-----------------------|--|-------------------------------------|
| | | Alte | 4-jährige | Summa | | güt-
ge-
blie-
ben | tragend
ge-
worden | verkauft,
gestorben
und nicht
näher nach-
gewiesen | sind lebende | | | Es haben
verfohlen | standen
dasselbst
Be-
schäler | Diese
haben
Stuten
gedeckt |
| | | | | | | | | | Fohlen geboren | | | | | |
| | | | | | | | | | Hengste | Stuten | Summa | | | |
| Stück. | Stück. | Stück. | Stück. | Stück. | Stück. | Stück. | Stück. | Stück. | Stück. | Stück. | Stück. | Stück. | Stück. | |
| 1 | Fr.-Wilh.-Gefüt | 4 | 1 | 5 | 128 | 59 | 63 | 6 | 28 | 27 | 55 | 8 | 6 | 126 |
| 2 | Pindow | 3 | — | 3 | 151 | 73 | 68 | 10 | 34 | 26 | 60 | 8 | 3 | 143 |
| 3 | Blandisow | 3 | — | 3 | 123 | 35 | 81 | 7 | 45 | 33 | 78 | 3 | 3 | 113 |
| 4 | Frehne | 2 | — | 2 | 70 | 11 | 54 | 5 | 21 | 26 | 47 | 7 | 2 | 80 |
| 5 | Kuhbier | 2 | — | 2 | 71 | 28 | 36 | 7 | 19 | 15 | 34 | 2 | 2 | 73 |
| 6 | Dannenwalde | 2 | — | 2 | 77 | 24 | 48 | 5 | 26 | 20 | 46 | 2 | 2 | 81 |
| 7 | Lenzen | 4 | — | 4 | 246 | 86 | 156 | 4 | 70 | 71 | 141 | 15 | 4 | 216 |
| 8 | Premßlin | 2 | — | 2 | 81 | 29 | 47 | 5 | 25 | 20 | 45 | 2 | 2 | 86 |
| 9 | Wilsnack | 4 | — | 4 | 255 | 56 | 196 | 3 | 104 | 84 | 188 | 8 | 4 | 226 |
| 10 | Cumlosen ¹ | 3 | — | 3 | 181 | 56 | 119 | 6 | 52 | 60 | 112 | 8 | 4 | 189 |
| 11 | Rogen | 1 | — | 1 | 54 | 16 | 38 | — | 14 | 20 | 34 | 4 | 2 | 65 |
| 12 | Bredow | 1 | — | 1 | 28 | 5 | 22 | 1 | 11 | 10 | 21 | 1 | 1 | 23 |
| 13 | Bornstedt | 1 | — | 1 | 41 | 18 | 18 | 5 | 8 | 7 | 15 | 3 | 1 | 2 |
| 14 | Kehrbellin | 2 | — | 2 | 84 | 31 | 48 | 5 | 21 | 22 | 43 | 5 | 2 | 101 |
| 15 | Wichendorf | 2 | — | 2 | 65 | 24 | 40 | 1 | 16 | 20 | 36 | 4 | 2 | 85 |
| 16 | Wegdorf | 3 | — | 3 | 165 | 49 | 113 | 3 | 50 | 50 | 100 | 13 | 3 | 149 |
| 17 | Eberswalde | 2 | — | 2 | 139 | 62 | 73 | 4 | 32 | 36 | 68 | 5 | 3 | 113 |
| | Bernau ² | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 154 |
| 18 | Schmachtenhagen | 2 | — | 2 | 56 | 19 | 32 | 5 | 20 | 10 | 30 | 2 | — | — |
| 19 | Falkenthal | 2 | — | 2 | 122 | 30 | 89 | 3 | 39 | 45 | 84 | 5 | 3 | 193 |
| 20 | Boizenburg | 2 | — | 2 | 112 | 26 | 83 | 3 | 46 | 29 | 75 | 8 | 2 | 121 |
| 21 | Templin | 2 | — | 2 | 111 | 47 | 57 | 7 | 34 | 22 | 56 | 1 | 2 | 89 |
| 22 | Angermünde | 3 | 1 | 4 | 143 | 49 | 88 | 6 | 33 | 47 | 80 | 8 | 4 | 181 |
| 23 | Gramzow | 2 | 1 | 3 | 116 | 50 | 63 | 3 | 27 | 31 | 58 | 5 | 3 | 147 |
| 24 | Hohenlandin | 1 | — | 1 | 43 | 11 | 31 | 1 | 13 | 15 | 28 | 3 | 1 | 2 |
| 25 | Jüzen | 1 | — | 1 | 16 | 1 | 15 | — | 8 | 6 | 14 | 1 | 1 | 25 |
| 26 | Prenzlau | 2 | 1 | 3 | 150 | 53 | 94 | 3 | 46 | 39 | 85 | 9 | 3 | 114 |
| 27 | Lübbenow | 2 | — | 2 | 89 | 31 | 52 | 6 | 23 | 26 | 49 | 3 | 2 | 71 |
| 28 | Rosow | 3 | — | 3 | 118 | 20 | 91 | 7 | 40 | 45 | 85 | 6 | 3 | 142 |
| 29 | Neuensund | 1 | — | 1 | 30 | 9 | 19 | 2 | 8 | 8 | 16 | 3 | 1 | 12 |
| 30 | Malchow | 1 | — | 1 | 22 | 8 | 14 | — | 5 | 9 | 14 | — | 1 | 22 |
| 31 | Borheide | 2 | 1 | 3 | 102 | 56 | 40 | 6 | 19 | 19 | 38 | 2 | — | — |
| | Kohlsdorf ³ | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | 121 |
| 32 | Storkow | 3 | — | 3 | 89 | 32 | 55 | 2 | 21 | 29 | 50 | 5 | 2 | 91 |
| 33 | Zossen | 3 | 1 | 4 | 124 | 48 | 69 | 7 | 33 | 29 | 62 | 7 | 3 | 95 |
| 34 | Dahme | 2 | 1 | 3 | 93 | 26 | 63 | 4 | 35 | 26 | 61 | 2 | 2 | 77 |
| | Summa | 75 | 7 | 82 | 3495 | 1178 | 2175 | 142 | 1026 | 982 | 2008 | 168 | 83 | 3528 |

Bemerkungen. ¹ 1 lebende Zwillinggeburt. ² für Schmachtenhagen errichtet. ³ für Borheide errichtet.

Friedrich-Wilhelms-Gefüt, den 4. Dezember 1885.

Der Königl. Landstallmeister.
(gez.) Wettrich.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| 1.
Satz.
Nr. | Name und Stand
des Ausgewiesenen. | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|--------------------|--|--|---|---|--|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| | | a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs: | | | |
| 1 | Moriz Duda,
Schlossergeselle, | geboren am 12. März 1855 zu Salese, Bezirk Böhmisches Bistum, ortsfam in Ketten, Bezirk Reichenberg, Böhmen, | Diebstahl im wiederholten Rückfall, Unterschlagung und Betrug (2 Jahre Zuchthaus laut Erkenntnis vom 6. November 1883), | Königlich Sächsischer Kreishauptmannschaft Dargun, | 24. Oktober 1885. |
| | | Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | |
| 1 | Matthias Hurlens,
Posamentier, | geboren am 20. Februar 1858 zu Herzogenbusch, Niederlande, ebendasselbst ortsfam, | Landstreichern und Betteln, | Großherzoglich Oldenburgisches Staatsministerium, Departement des Innern, zu Oldenburg, | 30. Oktober 1885. |
| 2 | Gustav Poirier,
Erbarbeiter, | geboren am 15. April 1860 in La Tessonale, Frankreich, | Landstreichern, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 7. Oktober 1885. |
| 3 | Josefine Stouvenel,
ohne Gewerbe, | geboren am 18. Februar 1857 in Gerbeval, Frankreich, ebendasselbst ortsfam, | desgleichen, | derselbe, | 10. Oktober 1885. |
| 4 | Johann Franz Ernst
Poulet, Bäcker, | geboren am 28. Oktober 1856 zu Buffang, Frankreich, ebendasselbst ortsfam, | Landstreichern und Betteln, | derselbe, | desgleichen. |
| 5 | Josef Salin,
Erbarbeiter, | geboren am 3. Mai 1848 in Loubrien, Italien, | Landstreichern, | derselbe, | 17. Oktober 1885. |
| 6 | Elise Schaad,
Dienstmagd, | geboren am 9. Oktober 1859 zu Altiswyl, Kanton Bern, Schweiz, ebendasselbst ortsfam, | desgleichen, | derselbe, | 23. Oktober 1885. |
| 7 | Heinrich Pabst,
Seiler, | geboren am 30. Januar 1866 zu Gebenstorf, Kanton Aargau, Schweiz, ebendasselbst ortsfam, | desgleichen, | derselbe, | 28. Oktober 1885. |
| 8 | Giusseppe Bissach,
Schlosser, | geboren am 3. März 1867 zu Gorizia, Oesterreich, ebendasselbst ortsfam, | Landstreichern, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Colmar, | 29. Oktober 1885. |
| 9 | Stegfried Raubnig,
Handlungsfommis, | geboren am 14. Mai 1865 zu Prag, Böhmen, ebendasselbst ortsfam, | desgleichen, | Kaiserlicher Bezirks-Präsident zu Straßburg, | 5. November 1885. |
| 10 | Franz Krehlf,
Müller, | geboren am 1. Dezember 1862 zu Bräun, Mähren, ebendasselbst ortsfam, | Landstreichern, Betteln, Annahme eines falschen Namens und Gebrauch eines falschen Attestes, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Marienwerder, | 13. November 1885. |

| Zur. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Bestrafung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlusses. |
|----------|------------------------------------|---|--|---|------------------------------------|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 11 | Anton Ruzicka, Schuhmachergeselle, | geboren am 6. Januar 1852 zu Drewohossitz, Bezirk Holleschau, Böhmen, ortsangeh. ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 13. Oktober 1885. |
| 12 | Voniz Jaiciet, Arbeiter, | geboren am 21. Juli 1849 zu Rio de Janeiro, Brasilien, ortsangeh. ebendaselbst, | desgleichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Hannover, | 9. November 1885. |
| 13 | Franz Seraph Wenninger, Kellner, | geboren am 27. September 1857 zu Rablbrunn, Niederösterreich, ortsangeh. in Glaubendorf, Bezirk Oberhollabrunn, ebendaselbst, | Landstreichen, Führung gefälschter Legitimationspapiere u. Angabe eines falschen Namens, | Stadtmagistrat Kaufbeuren, Bayern, | 23. Oktober 1885. |
| 14 | Josef Poehner, Fleischer, | geboren am 7. März 1850 zu Engelhaus, Bezirk Graslitz, Böhmen, ortsangeh. in Reuditz, ebendaselbst, | Landstreichen, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Sontheim, | 2. November 1885. |
| 15 | Alexander Pazderka, Kellner, | geboren am 23. Februar 1862 zu Wien, Oesterreich, ortsangeh. ebendaselbst, | desgleichen, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Schrobenhausen, | 5. November 1885. |
| 16 | Emil Seidelmayr, Spengler, | geboren am 29. Januar 1829 zu Nantes, Frankreich, ortsangeh. ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Straßburg, | 11. November 1885. |
| 17 | Vincenz Porwath, Uhrmacher, | geboren am 18. September 1868 zu Vieserben, Ungarn, ortsangeh. ebendaselbst, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 18 | Josef Sottili, Mechaniker, | geboren am 4. September 1862 zu Livorno, Italien, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirkspräsident zu Colmar, | 21. Oktober 1885. |
| 19 | Theophil Schreier, Tagner, | geboren am 3. Mai 1862 zu Niedergerlafingen, Kanton Solothurn, Schweiz, ortsangeh. ebendaselbst, | Landstreichen und Betteln, | derselbe, | 30. Oktober 1885. |
| 20 | Franz Vincroin, Spengler, | geboren am 23. März 1864 zu Gmunden, Ober-Oesterreich, ortsangeh. ebendaselbst, | Landstreichen, | derselbe, | 31. Oktober 1885. |

Bekanntmachung.

betreffend die Sperre der Drehbrücke bei Gärtern.

Die Drehbrücke der über die Elbe bei Gärtern führenden Eisenbahnbrücke soll im Interesse der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes während des Monats Januar k. J. einer genauen Untersuchung hinsichtlich

aller ihrer einzelnen Theile unterzogen werden. Die Brücke kann daher in der genannten Zeit nicht geöffnet und somit von Fahrzeugen mit stehenden Massen nicht passirt werden. Magdeburg, den 28. November 1885.

Der Chef der Elbstrom-Bauverwaltung,
Ober-Präsident der Provinz Sachsen v. Wolff.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register betreffend.

Die Eintragungen in die Handels-, Genossenschafts- und Muster-Register werden im Laufe des Jahres 1886 durch den Deutschen Reichsanzeiger und die Berliner Börsenzeitung öffentlich bekannt gemacht werden. Dahme, den 7. Dezember 1885.

Königl. Amtsgericht.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register, welche im Laufe des Jahres 1886 beim hiesigen Amtsgericht vorkommen, erfolgt: durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register auch noch durch das Kreisblatt der Westprignitz. Wittenberge, den 1. Dezember 1885.

Königl. Amtsgericht.

Die auf die Führung des Handels- resp. Genossenschafts-Registers sich beziehenden Geschäfte werden für das Jahr 1886 von dem Amtsrichter von Hamm und dem Gerichts-Sekretair Busch bearbeitet und werden die bezüglichen Eintragungen: a. in Betreff des Handels- und Genossenschafts-Registers durch: den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staats-Anzeiger, durch die Berliner Börsenzeitung und durch das Westhavelländische Kreisblatt, b. in Betreff des Zeichen- und Muster-Registers nur durch: den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger veröffentlicht werden. Rathenow, den 4. Dezember 1885.

Königl. Amtsgericht I.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register, welche im Laufe des Jahres 1886 beim hiesigen Amtsgerichte vorkommen, erfolgt: durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger für das Handels- und Genossenschafts-Register außerdem 1) durch die Berliner Börsenzeitung, 2) durch das Kreisblatt für die West-Prignitz.

Perleberg, den 30. November 1885.

Königl. Amtsgericht.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts-, Zeichen-, Muster- und Modell-Register, welche im Laufe des Jahres 1886 beim hiesigen Amtsgericht vorkommen, erfolgt durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels- und Genossenschafts-Register auch noch durch die Berliner Börsenzeitung zu Berlin.

üterbog, den 1. Dezember 1885.

Königl. Amtsgericht.

Während des Jahres 1886 werden die öffentlichen Bekanntmachungen, welche die Führung unseres Handels-, Genossenschafts- und Muster-Registers betreffen, a. im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, b. in der Berliner Börsen-Zeitung, c. im Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, d. in dem zu Prenzlaue erscheinenden Udermärktischen Courier, e. in der ebendasselbst erscheinenden Prenzlaue Zeitung und Kreisblatt erfolgen.

Prenzlaue, den 5. Dezember 1885.

Königl. Amtsgericht.

Die Bekanntmachungen des unterzeichneten Gerichts, betreffend die Eintragungen in das Handels-, Genossenschafts- und Muster-Register, erfolgen im Laufe des Jahres 1886 durch 1) den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeiger, 2) das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam, 3) die Berliner Börsenzeitung, 4) die Prenzlaue Zeitung (Kreisblatt), 5) das Strasburger Volks- und Wochenblatt.

Strasburg i. A., den 3. Dezember 1885.

Königl. Amtsgericht.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß im Jahre 1886 die im Artikel 13 des Handelsgesetzbuchs vorgeschriebenen Veröffentlichungen der Eintragungen in das Handelsregister des unterzeichneten Gerichts im Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staatsanzeiger, im Baruth-Goltsener Anzeiger und in der Berliner Börsen-Zeitung erfolgen werden.

Baruth, den 10. Dezember 1885.

Königl. Amtsgericht.

Die die Führung des Handels- und Genossenschafts-Registers betreffenden Bekanntmachungen erfolgen im Jahre 1886 durch den Reichsanzeiger, den öffentlichen Anzeiger der Königl. Regierung zu Potsdam, die Berliner Börsenzeitung und durch das Kreisblatt für die Ostprignitz.

Wittstock, den 10. Dezember 1885.

Königl. Amtsgericht.

Die im Laufe des Jahres 1886 von dem unterzeichneten Amtsgerichte zur Veröffentlichung gelangenden Bekanntmachungen über die Eintragungen in die Handels-, Genossenschafts- und Muster-Register werden durch folgende Blätter publicirt werden: 1) durch den Deutschen Reichsanzeiger; 2) durch das Regierungs-Amtsblatt zu Potsdam; 3) durch die Berliner Börsen-Zeitung; 4) durch das Kreisblatt für die Westprignitz; 5) durch die Zeitung für die West- und Ostprignitz zu Lenzen. Lenzen, den 1. Dezember 1885.

Königl. Amtsgericht.

(Hierzu eine Beilage, enthaltend das Verzeichniß der in der 10ten Verloosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 2. Dezember 1885 zur baaren Einlösung am 1. Juli 1886 gekündigten Schulbverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1868 A. und das Verzeichniß der aus früheren Verloosungen noch rückständigen Schulbverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1868 A., sowie Vier Öffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.

Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königl. Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (G. Hays, Hof-Buchdrucker).

Verzeichniß

der in der 10ten Verlosung gezogenen, durch die Bekanntmachung der unterzeichneten Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 2. Dezember 1885 zur baaren Einlösung am 1. Juli 1886 gekündigten Schuldverschreibungen der

Staatsanleihe vom Jahre 1868 A.

Abzuliefern mit Zinscheinen Reihe V Nr. 6 bis 8 und Anweisungen zur Abhebung der Reihe VI.

Lit. A. zu 1000 Rthlr.

Nr 109 bis 114. 362. 364. 366 bis 369. 1575 bis 1579. 1581. 2071 bis 2076. 2134. 2135. 2138 bis 2141. 3179 bis 3181. 3183 bis 3185. 3322 bis 3325. 3330. 3331. 4906 bis 4909. 4920. 4921. 4930 bis 4935. 5235 bis 5240. 5354. 5361 bis 5371. 6468 bis 6473. 6510 bis 6515. 6564 bis 6569. 6714 bis 6719. 6954 bis 6959. 6996 bis 7000. 7001. 7020 bis 7025. 7104 bis 7109. 7314 bis 7319. 7350 bis 7355. 7380 bis 7385. 7854 bis 7859. 8004 bis 8015. 8178 bis 8183. 8712 bis 8717. 8802 bis 8807. 8946 bis 8951. 10332 bis 10337. 10371 bis 10376. 10814 bis 10819. 12412 bis 12417. 12454 bis 12459. 12590 bis 12595. 12616 bis 12621. 12837 bis 12842. 13091 bis 13096. 13414 bis 13419. 13541 bis 13544. 13547. 13550. 13863 bis 13868. 13911 bis 13916. Summa 258 Stück über 258 000 Rthlr. = 774 000 Mark.

Lit. B. zu 500 Rthlr.

Nr 217. 221 bis 231. 422 bis 433. 523 bis 534. 653 bis 660. 662 bis 665. 971 bis 974. 981. 992. 993. 997 bis 1000. 1001. 1044 bis 1055. 1222 bis 1224. 1230. 1231. 1233. 1235 bis 1238. 1243. 1244. 1369 bis 1372. 1422 bis 1425. 1432. 1434 bis 1436. 1688 bis 1699. 2751 bis 2759. 2790. 2793. 2794. 3393 bis 3404. 4104. 4106 bis 4116. 4411 bis 4422. 4483 bis 4494. 4999 bis 5000. 5001 bis 5010. 5347 bis 5358. 5683 bis 5694. 5779 bis 5790. 6188 bis 6199. 6428 bis 6439. 7608 bis 7619. 8269 bis 8280. 8293 bis 8304. 10224 bis 10235. 10320 bis 10343. 10368 bis 10379. 10560 bis 10571. 10968 bis 10979. 11292 bis 11303. Summa 360 Stück über 180 000 Rthlr. = 540 000 Mark.

Lit. C. zu 300 Rthlr.

Nr 560 bis 563. 566 bis 574. 577 bis 583. 2045 bis 2064. Summa 40 Stück über 12 000 Rthlr. = 36 000 Mark.

Lit. D. zu 100 Rthlr.

Nr 211 bis 222. 224 bis 229. 234. 236 bis 251. 254 bis 256. 258. 262 bis 272. 274 bis 279. 281 bis 284. Summa 60 Stück über 6 000 Rthlr. = 18 000 Mark.

Lit. E. zu 50 Rthlr.

Nr 86 bis 111. 119 bis 137. 343 bis 369. Summa 72 Stück über 3 600 Rthlr. = 10 800 Mark.

Zusammen 790 Stück über 459 600 Rthlr. = 1 378 800 Mark.

Verzeichniß

Zinscheinanweisungen mit einem doppelten Verzeichniß einzureichen. Das eine Verzeichniß wird, mit einer Empfangsbefcheinigung versehen, sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzialkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Prioritäts-Obligationen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinscheinreihe nur dann, wenn die Zinscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in

300000 Loose à 1 Mark ausgegeben werden dürfen, nach Maßgabe des vorgelegten Verlosungs-Planes zu veranstalten und die betreffenden Loose im ganzen Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Potsdam und Berlin, den 15. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präsident. Der Polizei-Präsident.

Bekanntmachung.

286. Die General-Versammlung der Schlesischen Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Breslau

hat beschlossen, die Zwecke der Gesellschaft auf den

Abſchluß von Kautionsverſicherungen für Beamte auszuwehnen.

Der in Folge deſſen aufgeſtellte erſte Statut-Nachtrag iſt unterm 28. Oktober d. J. ſtaatlich genehmigt, in Stück 47 des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Breslau vom 20. November d. J. publizirt und nach der Bekanntmachung in der vierten Beilage zu Nr. 232 des Deutſchen Reichs- und Preußiſchen Staats-Anzeigers vom 3. Oktober d. J. in das Handelsregiſter eingetragen.

Dies wird mit Bezug auf die in Stück 1 des Amtsblattes de 1873 Seite 1 abgedruckte Bekanntmachung vom 30. Dezember 1872 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 18. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präſident.

Viehſeuchen.

287. Die Lungenſeuche unter dem Rindvieh der Berliner Rieſelgüter Falkenberg und Birknersfelde im Kreiſe Niederbarnim iſt erloſchen.

Potsdam, den 12. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präſident.

288. Die Maul- und Klauenſeuche unter dem Vieh des Bauergrundbesizers Raue zu Staaken im Kreiſe Oſthavelland iſt erloſchen.

Potsdam, den 18. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präſident.

289. Die Maulſeuche unter dem Rindvieh des Bauergrundbesizers Anton Polack zu Gellmersdorf im Kreiſe Angermünde iſt erloſchen.

Potsdam, den 19. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präſident.

290. Der Milzbrand iſt unter dem Rindvieh des Domainenpächters Badike zu Rienberg im Kreiſe Oſthavelland ausgebrochen.

Potsdam, den 20. Dezember 1885.

Der Regierungs-Präſident.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präſidiums zu Berlin.

Die Norddeutſche Feuerverſicherungs-Gesellschaft zu Hamburg betr.

92. Dieſem Stück des Amtsblattes iſt eine Extrabeilage beigeſügt, enthaltend das in der Generalverſammlung vom 11. Mai 1885 beſchloſſene neue (revidirte) Statut der „Norddeutſchen Feuerverſicherungs-Gesellschaft zu Hamburg“, nebst der ſtaatlichen Genehmigungsurkunde deſſelben. Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerkten, daß die Conceſſion der Geſellſchaft zum Geſchäftsbetrieb in Preußen vom 3. Dezember 1879 und das frühere Statut der Geſellſchaft unterm 10. Februar 1880 in Stück 7 Seite 52 des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin bekannt gemacht worden ſind.

Generalbevollmächtigter der Geſellſchaft iſt zur Zeit Herr Baefede in Berlin W., Charlottenſtraße 84.

Berlin, den 27. November 1885.

Königl. Polizei-Präſidium.

Beſtellung des Generalbevollmächtigten der „Bayeriſchen Hypotheken- und Wechſelbank“ für das Königreich Preußen betreffend.

93. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nach dem Ableben des Dr. Weber der Ober-Inſpektor Alexander Großmann in Berlin zum Generalbevollmächtigten der „Bayeriſchen Hypotheken- und Wechſelbank“ für das Königreich Preußen beſtellt worden iſt.

Berlin, den 14. Dezember 1885.

Königl. Polizei-Präſidium.

Apothekergehilfen-Prüfung.

94. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Prüfungs-Kommiſſion für die Prüfung der Apothekergehilfen für die Jahre 1886, 1887 und 1888 aus dem Regierungs- und Medicinalrath Dr. Piſtor als Vorſitzenden und aus den Apothekenbeſitzern Kobligk und Dr. Schacht beſteht. Als Stellvertreter in Behinderungsfällen ſind beſtimmt der Stadt-Physikus Medicinalrath Dr. von Chamisso für den Vorſitzenden, ſowie der Apothekenbeſitzer Hobe für die übrigen Mitglieder.

Berlin, den 14. Dezember 1885.

Königl. Polizei-Präſidium.

Bekanntmachungen des Staatsſekretärs des Reichs-Postamts.

Beitritt des Kongostaats zum Weltpostverein.

14. Zum 1. Januar 1886 tritt der Kongostaat dem Weltpostverein bei. Von dieſem Zeitpunkt ab beträgt das Porto für Brieffendungen nach dem Kongostaat für frankirte Briefe: 20 Pfennig für je 15 Gramm, für Poſtkarten 10 Pfennig, für Drucksachen, Geſchäftspapiere und Waarenproben 5 Pfennig für je 50 Gramm, mindeſtens jedoch 20 Pfennig für Geſchäftspapiere und 10 Pfennig für Waarenproben. Für unfrankirte Briefe aus dem Kongostaat werden 40 Pfennig für je 15 Gramm erhoben.

Berlin W., den 10. Dezember 1885.

Der Staatsſekretär des Reichs-Postamts
v. Stephan.

Bekanntmachungen der Haupt-Verwaltung der Staatſchulden und Reichs-Schulden-Verwaltung.

Die Einlöſung der am 2. Januar 1886 fälligen Zinſſcheine von Preußiſchen Staatſchuldverſchreibungen betr.

28. Die am 2. Januar 1886 fälligen Zinſſcheine der Preußiſchen Staatſchuldverſchreibungen, der Aktien und Obligationen der Niederſchleſiſch-Märkiſchen, ſowie der Obligationen der Münſter-Hammer und der Taunus-Eiſenbahn werden bei der Staatſchulden-Zilgungskafſe — Taubenſtraße Nr. 29 hierſelbſt — bei der Reichsbank-Hauptkaſſe, bei den ſchon früher zur Zinſzahlung benutzten Kaſſen und bei den in unſerer Bekanntmachung vom 16. Mai 1883 bezeichneter Reichsbankanſtalten vom 24. d. M. ab in den gewöhnlichen Geſchäftſtunden eingelöst. Die Staatſchulden-Zilgungskafſe iſt für die Zinſzahlungen werktäglich von 9 bis 1 Uhr mit Ausſchluß des vorleztgen Tages in jedem Monat,

am letzten Montagstage aber von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die Zinsscheine sind, nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet, den Einlösungstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die Stückzahl und den Betrag für jeden Werthabschnitt angiebt, aufgerechnet ist und des Einliefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der Zinsen für die in das Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen nehmen wir auf den Artikel 8 der Ausführungsbestimmung n des Herrn Finanz-Ministers vom 22. Juni v. J. — N^o 154 des Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeigers für 1884 — mit dem Bemerken Bezug, daß die Auszahlung dieser Zinsen, soweit sie am 2. Januar fällig, mittels der Post, sowie ihre Gutschrift auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem 18. Dezember und 8. Januar erfolgt; die Baarzahlung aber bei der Staatsschulden-Eilgutschrift am 18. Dezember, bei den Regierungshauptkassen am 24. Dezember und bei den mit der Annahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen am 2. Januar beginnt.

Die Inhaber der vierprozentigen und viereinhalbprozentigen Preussischen Konsols, welche von der Einrichtung des Staatsschuldbuchs Gebrauch machen wollen, ersuchen wir, von den durch uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“ Kenntniß zu nehmen, welche durch jede Buchhandlung für 25 Pfennig oder von dem Verleger J. Guttentag (D. Collin) in Berlin per Post für 30 Pfennig franko bezogen werden können.

Wir machen hierbei nochmals darauf aufmerksam, daß die kostenfreie Umwandlung von Schuldverschreibungen der 4 1/2 prozentigen konsolidirten Staatsanleihe in eine vierprozentige Buchschuld nur bis zum 31. März 1886 einschließlich zulässig ist.

Berlin, den 3. Dezember 1885.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

Bekanntmachungen der Königlichen Kontrolle der Staatspapiere.

Aufgebot einer Schuldverschreibung.

29. In Gemäßheit des § 20 des Ausführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879 (G.-S. S. 281) und des § 6 der Verordnung vom 16. Juni 1819 (G.-S. S. 157) wird bekannt gemacht, daß der Firma J. Ballin & Co. zu Holzminden die Schuldverschreibung der konsolidirten 4 prozentigen Staatsanleihe Lit. F. N^o 165858 über 200 Mark angeblich abhanden gekommen ist. Es wird Derjenige, welcher sich im Besitze dieser Urkunde befindet, aufgefordert, dieselbe der unterzeichneten Kontrolle der Staatspapiere oder der gedachten Firma anzuzeigen, widrigenfalls das gerichtliche Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Urkunde beantragt werden wird.

Berlin, den 16. Dezember 1885.

Königl. Kontrolle der Staatspapiere.

Bekanntmachung der Direktion der Rentenbank der Provinz Brandenburg.

Verlosung von Rentenbriefen betreffend.

18. Bei der in Folge unserer Bekanntmachung vom 17. v. M. heute geschehenen öffentlichen Verlosung von Rentenbriefen der Provinz Brandenburg sind folgende Apoints gezogen worden.

Litt. A. zu 3000 M. (1000 Thlr.) 118 Stück, und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|
| 25 | 770 | 933 | 1278 | 1447 | 1838 | 2095 | 2246 | 2250 | 2993 |
| 3087 | 3129 | 3791 | 3835 | 4309 | 4359 | 4686 | 4880 | 4910 | |
| 5642 | 5690 | 6084 | 6239 | 6287 | 6463 | 6584 | 6940 | 7610 | |
| 7831 | 8174 | 8297 | 8399 | 8751 | 8760 | 8795 | 8895 | 9060 | |
| 9185 | 9505 | 9552 | 9562 | 9693 | 9699 | 9921 | 10125 | | |
| 10149 | 10317 | 10344 | 10456 | 10557 | 10575 | 10957 | | | |
| 11040 | 11335 | 11393 | 11514 | 11576 | 11623 | 11790 | | | |
| 11806 | 12034 | 12236 | 12469 | 12519 | 12573 | 12700 | | | |
| 12714 | 12747 | 13197 | 13203 | 13367 | 13468 | 13698 | | | |
| 13823 | 14216 | 14499 | 14720 | 14830 | 15017 | 15132 | | | |
| 15206 | 15746 | 15782 | 15936 | 16031 | 16055 | 16110 | | | |
| 16225 | 16358 | 16379 | 16516 | 16827 | 16910 | 17002 | | | |
| 17199 | 17217 | 17314 | 17542 | 17662 | 18021 | 18039 | | | |
| 18099 | 18279 | 18346 | 18363 | 18369 | 18444 | 18552 | | | |
| 18559 | 18562 | 18564 | 18565 | 18570 | 18591 | 18602 | | | |
| 18667 | 18670 | 18678 | | | | | | | |

Litt. B. zu 1500 M. (500 Thlr.) 41 Stück, und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| 123 | 220 | 643 | 948 | 1001 | 1380 | 1500 | 1737 | 2035 | 2521 |
| 2636 | 2680 | 2783 | 2805 | 2833 | 2898 | 2968 | 4253 | 4324 | |
| 4395 | 4437 | 4482 | 4524 | 4543 | 4701 | 4875 | 5064 | 5066 | |
| 5239 | 5257 | 5416 | 5420 | 5513 | 5855 | 6066 | 6118 | 6128 | |
| 6352 | 6441 | 6652 | 6687 | | | | | | |

Litt. C. zu 300 M. (100 Thlr.) 153 Stück, und zwar die Nummern:

| | | | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------|------|
| 15 | 305 | 356 | 433 | 484 | 656 | 1089 | 1159 | 1211 | 1294 |
| 2408 | 2917 | 3329 | 3712 | 4419 | 4610 | 4685 | 5103 | 5686 | |
| 5737 | 5913 | 6027 | 6245 | 6386 | 6410 | 6744 | 7000 | 7150 | |
| 7152 | 7245 | 7269 | 7343 | 7347 | 7392 | 7418 | 7620 | 7622 | |
| 7842 | 8178 | 8550 | 8857 | 9002 | 9182 | 9186 | 9302 | 9313 | |
| 9321 | 9420 | 9507 | 9527 | 9735 | 10093 | 10503 | 10687 | | |
| 10862 | 11178 | 11221 | 11256 | 11481 | 11518 | 11544 | | | |
| 11574 | 11721 | 11757 | 11783 | 12071 | 12190 | 12199 | | | |
| 12585 | 12586 | 12971 | 13222 | 13549 | 13853 | 13922 | | | |
| 14028 | 14115 | 14351 | 14502 | 14595 | 14630 | 14742 | | | |
| 14840 | 14925 | 14974 | 15089 | 16021 | 16050 | 16064 | | | |
| 16606 | 16608 | 16764 | 16809 | 17054 | 17059 | 17162 | | | |
| 17326 | 17353 | 17396 | 17417 | 17659 | 18035 | 18039 | | | |
| 18098 | 18242 | 18267 | 18803 | 18833 | 18978 | 19112 | | | |
| 19159 | 19264 | 19319 | 19459 | 19483 | 19502 | 19613 | | | |
| 19752 | 19810 | 19939 | 19950 | 20046 | 20049 | 20211 | | | |
| 20444 | 20793 | 20834 | 21351 | 21476 | 21597 | 21724 | | | |
| 21801 | 21944 | 21951 | 22111 | 22113 | 22120 | 22132 | | | |
| 22399 | 22464 | 22540 | 22674 | 23113 | 23241 | 23252 | | | |
| 23340 | 23402 | 23427 | 23458 | 23561 | 23591 | 23616 | | | |
| 23714 | | | | | | | | | |

Litt. D. zu 75 M. (25 Thlr.) 116 Stück, und zwar die Nummern:

138 951 1450 1486 1536 1708 2252 2652 2820
 3011 3030 3082 3268 3362 3539 3680 3798 3811
 4426 5118 5256 5885 6006 6145 6268 6638 6914
 6988 7266 7315 7331 7404 7716 7908 8035 8072
 8261 8447 8534 8615 9188 9192 9288 9377 9717
 9873 9918 10461 10737 10875 11057 11096 11294
 11579 11661 12020 12043 12138 12160 12182
 12311 12436 12477 12655 12711 12797 12808
 13270 13401 13419 13471 14220 14428 14805
 14865 14930 15024 15107 15240 15268 15306
 15405 15559 15608 15686 15695 15848 16230
 16439 16576 16649 16706 16742 16983 17187
 17269 17384 17452 17580 18227 18347 18491
 18522 18539 18542 18641 18644 18690 18723
 18829 19010 19113 19182 19259 19413 19492.

Die Inhaber dieser Rentenbriefe werden aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande mit den dazu gehörigen Coupons Ser. V. Nr. 8—16 nebst Talons bei der hiesigen Rentenbank-Kasse, Klosterstraße Nr. 76, vom 1. April l. J. ab an den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzuliefern, um hiergegen und gegen Quittung den Nennwerth der Rentenbriefe in Empfang zu nehmen.

Vom 1. April l. J. ab hört die Verzinsung der ausgelooften Rentenbriefe auf, diese selbst verfahren mit dem Schlusse des Jahres 1896 zum Vortheil der Rentenbank.

Die Einlieferung ausgeloofter Rentenbriefe an die Rentenbank-Kasse kann auch durch die Post, portofrei, und mit dem Antrage erfolgen, daß der Gelbbetrag auf gleichem Wege übermittelt werde. Die Zusendung des Geldes geschieht dann auf Gefahr und Kosten des Empfängers und zwar bei Summen bis zu 400 M. durch Postanweisung.

Sofern es sich um Summen über 400 M. handelt, ist einem solchen Antrage eine ordnungsmäßige Quittung beizufügen. Berlin, den 13. November 1885.

Königl. Direktion

der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

Bekanntmachungen des Provinzial-Steuer-Direktors.

Die zollfreie Ablassung von Petroleum für gewerbliche Zwecke betr. 9. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 15. Dezember 1883 wird hierdurch im Auftrage des Herrn Finanz-Ministers zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß an Stelle der dort erwähnten Bestimmungen, betreffend die zollfreie Ablassung von Petroleum für andere gewerbliche Zwecke als die Leuchtöle- und Leuchtgasfabrikation, von jetzt ab die von dem Bundesrath in der Sitzung vom 12. November d. J. beschlossenen Bestimmungen, betreffend die zollfreie Ablassung von Petroleum für gewerbliche Zwecke, in Kraft getreten sind, und daß letztere Bestimmungen bei den Amtsstellen des diesseitigen Verwaltungsbezirks eingesehen werden können.

Berlin, den 17. Dezember 1885.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Bergamts zu Halle.

16. Nachstehende Verleihungsurkunde:

„Auf Grund der am 26. September 1885 mit Präsentationsvermerk versehenen Mithung wird dem Kaufmann Leopold Falk in Berlin unter dem Namen **Sputendorf** das Bergwerkseigenthum in dem Felde, dessen Begrenzung auf dem heute von uns beglaubigten Situationsrisse mit den Buchstaben: a. b. c. d. e. f. g. h. i. a. bezeichnet ist, und welches, einen Flächeninhalt von 1684671,8 qm, geschrieben: Eine Million sechs Hundert vier und achtzig Tausend sechs Hundert ein und siebenzig acht zehntel Quadrat-Meter umfassend, in den Gemarkungen Töppchin, Colonie Sputendorf, Gut Teupitz und Forst Königswusterhausen im Kreise Teltow des Regierungsbezirks Potsdam und im Oberbergamtsbezirke Halle gelegen ist, zur Gewinnung der in dem Felde vorkommenden Braunkohlen hierdurch verliehen.“

urkundlich ausgefertigt am heutigen Tage, wird mit dem Bemerken, daß der Situationsriß in dem Bureau des Königl. Bergrevierbeamten zu Eberswalde zur Einsicht offen liegt, unter Verweisung auf die Paragraphen 35 und 36 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Halle a./S., den 18. Dezember 1885.

Königl. Oberbergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Ausgabe direkter Retourbillets II. und III. Klasse mit dreitägiger Gültigkeit nach Teterow, Malchin und Stavenhagen.

62. Vom 1. Januar l. J. ab werden bei der Billet-Expedition Berlin (Stettiner Bf.) direkte Retourbillets II. und III. Klasse mit dreitägiger Gültigkeit nach Teterow, Malchin und Stavenhagen über Neubrandenburg ausgegeben werden. Von dem oben bezeichneten Tage ab beträgt ferner die Gültigkeitsdauer der bereits bestehenden dreitägigen Retourbillets von Berlin (Stett. Bf.) nach Rostock, Bügow und Güstrow über Neubrandenburg 4 Tage.

Berlin, den 12. Dezember 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Abonnements für die Beförderung von Milch und die Rückbeförderung der leeren Milchgefäße.

63. Vom 1. Januar 1886 ab werden für die Beförderung von Milch und die Rückbeförderung der leeren Milchgefäße zwischen zwei bestimmten Stationen, unter monatlicher Frachtfundung, am Ersten jeden Monats beginnende Abonnements auf einen Monat oder einen längeren Zeitraum unter den bei den Gepäc-Expeditionen des diesseitigen Bezirks einzusehenden Bedingungen gewährt. Die Anmeldungen sind an die Gepäc-Expeditionen der Aufgabestation mindestens 8 Tage vor dem Beginn des Abonnements zu richten.

Berlin, den 16. Dezember 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Bekanntmachungen der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.

Nachtrag III zu dem Tarif für den Lokal-Güter-Verkehr.

14. Am 1. Januar 1886 tritt der Nachtrag III zu dem Tarif für den Lokal-Güter-Verkehr des Bezirks der unterzeichneten Direktion in Kraft. Derselbe enthält Ergänzungen des Tarifs für die Nebengebühren im Güterverkehr, sowie Tarif-Entfernungen bezw. Tariffsätze für die Haltestelle Gr.-Röhringen und die Station Tangermünde. Die Tariffsätze für letztere Station treten mit dem Tage der Betriebs-Eröffnung der Stendal-Tangermünder Eisenbahn in Kraft. Exemplare des Nachtrags sind bei den diesseitigen Expeditionen vom 28. d. M. ab zu beziehen.

Magdeburg, den 16. Dezember 1885.

Königl. Eisenbahn-Direktion.

Fahrplan-Änderung.

15. Vom 20. Dezember d. J. ab hält der Schnellzug 144 zur Aufnahme und zum Absetzen von Passagieren auch in Genthin, der Fahrplan dieses Zuges ändert sich von hier ab wie folgt:

| | | |
|--------------|-----|-----------------|
| in Genthin | ab | 10.3 Bm. |
| in Burg | von | 10.25—10.26 Bm. |
| in Magdeburg | von | 10.50—10.55 Bm. |

dann weiter wie bisher.

Königl. Eisenbahn-Betriebsamt
(Berlin—Magdeburg).

Personal-Chronik.

Dem Bürgermeister von Seebau zu Jüterbog ist auf Grund des § 58 der Kreis-Ordnung unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs die Wahrnehmung der Geschäfte des Amtsvorstehers für den Amtsbezirk I. (Damm) übertragen worden.

Im Kreise Beesow-Storkow sind der Hauptmann a. D. Freiherr von Rheinbaben zu Sauen, der Gutsbesitzer und Reserveleutnant Seelmann zu Busch, der Gemeindevorsteher und Lehngutsbesitzer Freudenberg zu Ahrensdorf, der Gutsbesitzer Reserveleutnant Paschke zu Görsdorf und der Administrator Bullstein zu Rablow bezw. zu Amtsvorstehern der Bezirke VII. Sauen, XII. Görsdorf, XVI. Ahrensdorf, sowie zu Stellvertretern für Letzteren und XVIII. Glienide ernannt worden.

Im Kreise Teltow ist an Stelle des Administrators Diekmann zu Kröhlendorf, welcher den Bezirk verlassen hat, der Administrator Schünemann daselbst zum Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Bezirk III. Kröhlendorf ernannt worden.

Der bisherige Oberpfarrer Friedrich Wilhelm Maximilian Haehnelt zu Dahme ist am 6. Dezember d. J. in sein Amt als Superintendent der Diözese Dahme eingeführt worden.

Der bisherige Prediger zu Roggow, Provinz Pommern, Carl Leberecht Schlecht, ist zum Pfarrer der Pfarodie Preßlau, Diözese Luckenwalde, bestellt worden.

Der bisherige Prediger in Sparsee, Provinz Pommern, August Ferdinand Paul Herold, ist zum Pfarrer der Pfarodie Reichenberg, Diözese Brieg a./D., bestellt worden.

Der Schulamtskandidat Blücher ist als ordentlicher Lehrer an dem Königl. Kaiserin-Augusta-Gymnasium zu Charlottenburg angestellt worden.

Der ordentliche Lehrer Dr. Keller aus Königsberg Nm. ist in gleicher Eigenschaft bei dem in der Entwicklung begriffenen Gymnasium in Schwedt a./D. angestellt worden.

Der Gemeindefullehrer Rieth ist als Gemeindefullehrer in Berlin angestellt worden.

Der bisherige ordentliche Lehrer am Sophien-Realgymnasium in Berlin, Dr. Wunschmann, ist an der Charlottenschule daselbst als Oberlehrer angestellt worden.

Die Lehrerinnen Grell, Fülle, Küster, Paulsen, Pichnow, von Quosch, Rauch, Sengke und Schroeder sind als Gemeindefullehrerinnen in Berlin angestellt worden.

Personalveränderungen im Bezirk der Königl. Eisenbahn-Direktion Erfurt für den Monat November 1885.

Der Güter-Expeditions-Vorsteher Pohley ist von Berlin nach Leipzig versetzt.

Personal-Veränderung im Bezirke der Königl. Eisenbahn-Direktion Magdeburg.

Der Güter-Expedient Adolph Tolkmitt zu Potsdam ist definitiv als solcher angestellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels- u. Register betreffend.

Mit der Führung des Handelsregisters einschließlich des Zeichen- und Musterregisters, sowie des Genossenschaftsregisters bei dem Königl. Amtsgericht zu Brandenburg a./H. ist der Amtsrichter Dr. Brud unter Mitwirkung des Amtsgerichts-Sekretärs Pinczowski für das Geschäftsjahr 1886 beauftragt und findet bei dem unterzeichneten Gerichte die Aufnahme der bezüglichen An- und Abmeldungen an jedem Donnerstag und Sonnabend Vormittag 11—12 Uhr statt. Die öffentlichen Bekanntmachungen der bewirkten Einrückungen erfolgen für das Zeichen- und Musterregister nur durch den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staats-Anzeiger, für das Handels- und Genossenschaftsregister außerdem auch noch durch die Berliner Börsenzeitung und den Brandenburger Anzeiger.

Brandenburg a./H., den 14. Dezember 1885.

Königl. Amtsgericht.

*

*

*

Die Handels-, Genossenschafts- und Musterregister-Sachen werden für die Amtsgerichtsbezirke Lyden, Templin und Zehdenitz im Jahre 1886, wie bisher, bei dem Amtsgericht in Templin bearbeitet, und die Eintragungen im Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, in der Berliner Börsenzeitung und im Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam bekannt gemacht werden.

Templin, den 9. Dezember 1885.
Königl. Amtsgericht.

Die Eintragungen in das hiesige Handels-, Genossenschafts- und Musterregister werden im Jahre 1886 durch 1) den Deutschen Reichs- und Preussischen Staats-Anzeiger, 2) das Regierungs-Amtsblatt, 3) das Kreisblatt für die Ostprignitz, 4) die Berliner Börsenzeitung bekannt gemacht werden.

Meppen i. Prignitz, den 15. Dezember 1885.
Königl. Amtsgericht.

Im Laufe des Jahres 1886 werden die Eintragungen in das Handels-, Zeichen- und Muster-, sowie das Genossenschafts-Register im Bezirk der Königl. Amtsgerichte zu Dranienburg und Liebenwalde durch den Deutschen Reichs-Anzeiger, den Deutschen Anzeiger des Regierungs-Amtsblatts zu Potsdam, die Berliner Börsenzeitung und die Zeitung für Nieder-Barnim zu Dranienburg von uns bekannt gemacht werden. Die Bearbeitung der betreffenden Geschäfte erfolgt durch den Amtsrichter Lauterius unter Mitwirkung des Amtsgerichts-Sekretärs Schmoock hiersebst.

Dranienburg, den 17. Dezember 1885.
Königl. Amtsgericht.

Die auf die Führung der Handels-, Genossenschafts-, Marken- und Muster-Register sich beziehenden Geschäfte in den Bezirken der Amtsgerichte in Potsdam, Werder und Beelitz werden von dem Amtsgericht, Abth. I, in Potsdam bearbeitet werden und zwar für das Jahr 1886 durch den Amtsgerichtsrath Möllendorf unter Mitwirkung des Gerichtsschreibers, Kanzleiraths Burmeister. Die Veröffentlichung der Eintragungen erfolgt: 1) durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, 2) die Berliner Börsenzeitung, 3) das hiesige Intelligenz-Blatt, für die Muster-Register jedoch nur durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger.

Potsdam, den 16. Dezember 1885.
Königl. Amtsgericht. Abtheilung I.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in dem Handels- und Genossenschafts-Register für die Amtsgerichtsbezirke Briesen, Freienwalde a./D. und Strausberg erfolgt während des Jahres 1886 durch den

Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger, das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und die Berliner Börsenzeitung. Die Bekanntmachung der Eintragungen im Muster- und Marken-Register erfolgt nur durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger.

Briesen, den 15. Dezember 1885.
Königl. Amtsgericht.

Diejenigen Geschäfte, welche die Führung des Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Muster-Registers betreffen, werden im Jahre 1886 von dem Amtsgerichtsrath Mila bearbeitet werden, und zwar die Handels- und Genossenschafts-Register-Sachen unter Mitwirkung des Amtsgerichtsschreibers Fanner, die Zeichen- und Muster-Register-Sachen unter Mitwirkung des Kanzlei-Direktors Pfauth.

Die Bekanntmachungen in Handels- und Genossenschafts-Register-Sachen erfolgen durch den Deutschen Reichs- und Königl. Preussischen Staats-Anzeiger, die Berliner Börsenzeitung, die Vossische Zeitung und die National-Zeitung, diejenigen Eintragungen aber, welche Aktien-Gesellschaften und Kommandit-Gesellschaften auf Aktien betreffen, außerdem durch die Bank- und Handelszeitung und die Neue Börsenzeitung, dagegen die Bekanntmachungen in Zeichen- und Muster-Register-Sachen nur durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger. Die Geschäftsräume befinden sich in der Neuen Friedrichstraße Nr. 13, woselbst Anmeldungen zum Handels- und Genossenschafts-Register im Zimmer Nr. 69, Anmeldungen zum Zeichen- und Muster-Register im Zimmer Nr. 135 entgegengenommen werden.

Berlin, den 18. Dezember 1885.
Königl. Amtsgericht I. Abtheilung 56.

Die Eintragungen in das Handels- und Genossenschafts-Register werden im Laufe des Jahres 1886 durch: den Deutschen Reichs- und Königlich Preussischen Staatsanzeiger, die Berliner Börsenzeitung, die Vossische Zeitung und die das Genossenschafts-Register betreffenden Eintragungen außerdem noch durch den öffentlichen Anzeiger des Regierungs-Amtsblatts zu Potsdam bekannt gemacht werden. Das Handels- und Genossenschafts-Register wird bei uns geführt für den diesseitigen Bezirk, sowie für die Bezirke der Königl. Amtsgerichte zu Göpenitz, Mittenwalde, Nixdorf, Königs-Wusterhausen und Zossen. Die auf die genannten Register sich beziehenden Geschäfte werden im Jahre 1886 von dem Amtsrichter v. Wolf unter Mitwirkung des Amtsgerichtsschreibers Weichert bearbeitet. Meldungen werden an jedem Mittwoch und Sonnabend, Vormittags von 11—1 Uhr, in dem Gerichtsgebäude hiersebst, Halle'sches Ufer 29/31, entgegengenommen.

Berlin, den 1. Dezember 1885.
Königl. Amtsgericht II. Abtheilung VIII.

Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

| Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund der Verurtheilung. | Behörde, welche die Ausweisung beschlossen hat. | Datum der Ausweisungs-Beschlüsse. |
|---|---|---|--|---|-----------------------------------|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs: | | | | | |
| 1 | Marie Alexandrowna Werner, geborene Swanoff, angeblich Näherin, (Holaczek), Schuhmachergefelle, | geboren am 16. Juli 1844 zu Moskau, Rußland, ebendaselbst ortsangehörig, | versuchter Betrug und Landstreichen, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Stettin, | 19. November 1885. |
| 2 | Johann Holaczek (Holaczek), Schuhmachergefelle, | geboren am 11. März 1859 zu Libecina, Bezirk Hohenmauth, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Breslau, | 7. November 1885. |
| 3 | Karl Flassig, Kellner, | geboren am 3. September 1859 zu Hogenplog, Bezirk Jägersdorf, Oesterreichisch-Schlesien, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen, | derselbe, | 18. November 1885. |
| 4 | Franz Görlich, Bäckergefelle, | geboren am 1. April 1866 zu Reiwiesen, Bezirk Freiwaldau, Oesterreich.-Schlesien, ortsangehörig in Rohlsdorf, ebendaselbst, | Vergehen gegen § 136 d. R.-St.-G.-B. und Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Oppeln, | 4. November 1885. |
| 5 | Josef Jurda, Drahtbinde, | ca. 55 Jahre, geboren in Niechuse (Neustadt), Komitat Trentschin, Ungarn, | Landstreichen und Führung eines falschen Namens, | derselbe, | 9. November 1885. |
| 6 | Antoni Wynants (Wynants), Gerbard, | geboren am 2. Februar 1835 zu Rotterdam, Niederlande, | Betteln im wiederholten Rückfall, | Königlich Preussischer Regierungspräsident zu Danabrad, | 19. August 1885. |
| 7 | van der Driesche, Cigarrenmacher, | 21 Jahre, geboren in Arnheim, Niederlande, ebendaselbst ortsangehörig, | Diebstahl u. Landstreichen, | Königlich Preussische Regierung zu Coblenz, | 13. November 1885. |
| 8 | a. Kaspar Dvorak, Bäckergefelle, | geboren am 6. Januar 1860 zu Wilhelmshau, Bezirk Deutschbrod, Böhmen, ebendaselbst ortsangehörig, | Landstreichen und Betteln, | Königlich Bayerisches Bezirksamt Traunstein, | 16. Oktober 1885. |
| | b. Barbara Machotka, Fleischhauersfrau, | geboren 1839 zu Wilhelmshau, ebendaselbst ortsangehörig, | | | |
| | c. Maria Machotka, unverehelicht, | ca. 18 Jahre, geb. u. ortsangeh. zu Wilhelmshau, | | | |
| | d. Maria Ambrosch, Harfenspielerin, | geboren im Juni 1866 zu Wilhelmshau, ebendaselbst ortsangehörig, | | | |
| | e. Maria Pefsa (Pefsova), Tagelöhnerin, | 46 Jahre, geb. und ortsangeh. zu Wilhelmshau, | | | |
| | f. Maria Pefsa (Pefsova), Tagelöhnerin, | geboren 1866 zu Wilhelmshau, ebendaselbst ortsangehörig, | | | |

| Zurif. Nr. | Name und Stand | Alter und Heimath | Grund
der
Verurtheilung. | Behörde,
welche die Ausweisung
beschlossen hat. | Datum
des
Ausweisungs-
Beschlusses. |
|------------|---|---|--------------------------------------|---|--|
| | des Ausgewiesenen. | | | | |
| 1 | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| 9 | Jakob
Schoenenberger,
Schlosser, | geboren am 2. Januar
1854 zu Zürich,
Schweiz, ortsangehörig
in Fischenthal, Kanton
Zürich, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Königlich Bayerisches
Bezirksamt Speyer, | 4. November
1885. |
| 10 | Isidor Linde,
Polytechniker, | geboren am 5. Januar
1861 zu Rezbant,
Gouvernement Kowno,
Rußland, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | Stadtmagistrat Kauf-
beuren, Bayern, | 12. November
1885. |
| 11 | Josef Laubacher,
Kommis, | geboren am 5. Dezem-
ber 1861 zu Muri,
Kanton Aargau,
Schweiz, ebendasselbst
ortsangehörig, | desgleichen, | Großherzoglich Hessi-
sches Kreisamt Darm-
stadt, | 9. November
1885. |
| 12 | Marie Grammont
Ewasse Antoniasse,
ohne Stand, | 70 Jahre, geboren zu
Sourigrandi, Spanien, | Betteln im wiederholten
Rückfall, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Metz, | 20. November
1885. |
| 13 | Julius Desage,
Tagner, | geboren am 1. März
1865 zu Clermont,
Frankreich, ebendasselbst
ortsangehörig, | Landstreichen, | Kaiserlicher Bezirks-
Präsident zu Colmar, | 27. Oktober
1885. |
| 14 | Karoline Erny,
Fabrikarbeiterin, | geboren am 11. Januar
1855 zu Niedergösgen,
Schweiz, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |
| 15 | Anatol Duenet,
Erbarbeiter, | geboren am 20. Mai
1860 zu Juvigny,
Departement Aisne,
Frankreich, | desgleichen, | derselbe, | 7. November
1885. |
| 16 | Viktor Hufson,
Korbmacher, | geboren am 30. Juni
1861 zu Baccarat,
Departement Meurthe
et Moselle, Frankreich, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen |
| 17 | Josef Cella,
Erbarbeiter, | geboren am 21. Juni
1847 zu Cegio Ma-
giore, Italien, | desgleichen, | derselbe, | 13. November
1885. |
| 18 | Theobald
Kirchmeyer,
Fuhrmann, | geboren am 14. Mai
1828 zu Thann, Elsaß,
durch Option Franzose, | desgleichen, | derselbe, | desgleichen. |

(Hierzu eine Extra-Beilage, enthaltend die Concession und das Statut der Norddeutschen Feuerversicherungs-
Gesellschaft in Hamburg, sowie Drei Oeffentliche Anzeiger.)

(Die Insertionsgebühren betragen für eine einspaltige Druckzeile 20 Pf.
Beilageblätter werden der Bogen mit 10 Pf. berechnet.)

Redigirt von der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Potsdam, Buchdruckerei der A. W. Hays'schen Erben (C. Hays, Hof-Buchdrucker).

Extra-Beilage

zum

Königlich Preussischen Regierungs-Amtsblatt.

Genehmigungsurkunde (L. A. 7338.)

Ministerium des Innern.

Dem eingeleiteten, in der General-Versammlung vom 11. Mai 1885 beschlossenen neuen (revidirten) Statute der

Norddeutschen Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Hamburg

wird die unter No. 1 der Concession zum Geschäftsbetriebe in Preußen vom 3. Dezember 1879 vorbehaltene Genehmigung hierdurch erteilt.

Berlin, den 18. October 1885.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

Im Auftrage:
gez. v. Gastrow.

Statut

der

Norddeutschen Feuerversicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

Revidirt nach Maßgabe des Gesetzes vom 18. Juli 1884
und angenommen durch die General-Versammlung vom 11. Mai 1885.

I. Firma, Zweck, Sitz und Dauer der Gesellschaft.

§ 1. Unter der Firma:

„Norddeutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft“

ist eine Actien-Gesellschaft gegründet, deren Zweck es ist, bewegliche und unbewegliche Gegenstände gegen Feuer-, Blitz- und Explosions-Gefahr zu versichern.

Eine Ausdehnung des Geschäftes auf andere Gefahren bleibt dem Beschluß der General-Versammlung vorbehalten.

Der Geschäftskreis der Gesellschaft umfaßt das In- und Ausland.

§ 2. Das Domicil der Gesellschaft ist Hamburg.

§ 3. Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.

II. Kapital, Einzahlung und Actien.

§ 4. Das Grundkapital der Gesellschaft besteht aus Sieben Millionen fünfhunderttausend Mark, vertheilt auf 1000 Actien, jede zu 7500 Mark.

Eine Vergrößerung des Actienkapitals bleibt dem Beschluß der General-Versammlung vorbehalten.

Dieselbe kann beschloffen werden, nachdem auf die früher ausgegebenen Actien 25% eingezahlt sind.

§ 5. Die Actien lauten auf Namen und werden mit genauer Bezeichnung des Inhabers nach Namen, Wohnort und Stand in das Actienbuch eingetragen; die Eintragung ist durch den Inhaber zu unterzeichnen. Ueber den Betrag der Actien hinaus ist kein Actionair haftbar. Auswärtige Actionaire sind in Bezug auf Erfüllung ihrer Verbindlichkeit der hamburgischen Gerichtsbarkeit unterworfen.

§ 6. Von jedem Actionair sind 20% auf die gezeichnete Actie eingezahlt.

Etwa weiter erforderliche Einschüsse sind auf Anordnung des Aufsichtsrathes und nach Maßgabe der von diesem zu erlassenden Aufforderung zu leisten.

§ 7. Uebertragungen von Actien vor voller Einzahlung ihres Betrages auf einen neuen Eigenthümer können nur mit Genehmigung des Aufsichtsrathes geschehen, und ist dieser im Verweigerungsfalle zur Angabe von Gründen nicht gehalten. Die Uebertragung gilt erst dann als vollzogen, wenn der neue Inhaber die betreffende Eintragung im Actienbuche unterzeichnet hat.

§ 8. Stellt ein Actionair seine Zahlungen ein, bevor der volle Actienbetrag eingezahlt ist, so ist der Vorstand befugt, falls nicht binnen zwei Monaten die Actie auf eine vom Aufsichtsrath genehmigte Person übertragen worden, und diese die Eintragung im Actienbuche unterzeichnet hat, dieselbe ohne Weiteres für Rechnung der Masse öffentlich oder unter der Hand zu verkaufen und verliert dadurch der bisherige Eigenthümer jedes

Anrecht auf die Actie, sowie die darauf geleisteten Einzahlungen, soweit sie zur Deckung des sich ergebenden Ausfalles erforderlich sind.

Wegen etwa ihr zustehender Forderungen hat die Gesellschaft der Masse gegenüber unbeschadet ihrer weiteren Gerechtsame gegen dieselbe ein Retentions- und Compensationsrecht auf den Werth der Actien.

§ 9. Wenn vor Einzahlung des Actienbetrages ein Actionair stirbt, so haben die Erben innerhalb dreier Monate vom Todestage an die Uebertragung der Actien auf eine dem Aufsichtsrath genehme Person und die Unterzeichnung der im Actienbuche befindlichen Eintragung durch dieselbe zu veranlassen, widrigenfalls ebenso, wie in § 8 verfahren wird. Dasselbe Verfahren tritt ein, wenn eine Firma, auf welche Actien eingetragen sind, aufgelöst wird, und die Liquidatoren oder die bisherigen Inhaber der Firma nicht innerhalb dreier Monate von der Auflösung an, die Uebertragung auf eine dem Aufsichtsrath genehme Person und die Unterzeichnung der Eintragung im Actienbuche durch dieselbe veranlassen.

§ 10. Verlorene oder zerstörte Actien können durch ein gerichtliches Aufgebot mortificirt werden und werden erst nach Beendigung des Aufgebotsverfahrens dem Eigenthümer auf seine Kosten neue Actien ausfertigt.

Dividendenscheine verfallen zu Gunsten der Gesellschaft, falls sie nicht binnen 4 Jahren nach Fälligkeit vorgezeigt werden; zeigt aber der Actionair vor Ablauf der Verjährungsfrist den Verlust von Dividendenscheinen an, so wird ihm nach Ablauf dieser Frist der Betrag des angemeldeten und bis dahin nicht präsentirten Dividendenscheins ausgezahlt.

III. Verwaltung.

§ 11. Die Organe der Gesellschaft sind:

1. Der Vorstand,
2. Der Aufsichtsrath,
3. Die Generalversammlung.

1. Der Vorstand.

§ 12. Der Vorstand besteht aus einem Director.

Dermaliger Director ist der Mitbegründer der Gesellschaft: **Herr Clemens Perger**.

§ 13. Der Director ist mit der Organisation und speciellen Leitung des Geschäftes nach Maßgabe der Statuten und Instruction des Aufsichtsrathes betraut und zeichnet für die Gesellschaft. Er ist befugt, Versicherungen abzuschließen oder abzulehnen, unterzeichnet die Policen, cassirt die Prämien ein und quittirt über diese, sowie über alle der Gesellschaft gemachten Zahlungen und Geldsendungen und regulirt die Schäden.

Er ist das ausführende Organ des Aufsichtsrathes und nimmt an den Versammlungen des Letzteren mit beratender Stimme Theil. Er ernennt und entläßt die mit einem Gehalt von nicht mehr als 2500 *A* jährlich angestellten Beamten der Gesellschaft.

Der Aufsichtsrath kann alle oder einzelne Befugnisse des Directors auch auf Bevollmächtigte außerhalb Hamburgs übertragen.

§ 14. Die Firma der Gesellschaft wird von dem Director oder von zweien, von dem Director unter Genehmigung des Aufsichtsrathes hierzu kommittirten, ihre Vertretungsbefugniß durch einen entsprechenden Zusatz zu der Firma dokumentirenden Beamten der Gesellschaft gemeinschaftlich gezeichnet.

Die Legitimation des Directors und der gemeinschaftlich zur Zeichnung der Firma befugten Beamten erfolgt dem Landgerichte gegenüber durch notarielles Protocoll, nach erfolgter Eintragung Dritten gegenüber durch Auszug aus dem Handelsregister.

§ 15. Wird die Stelle des Directors erledigt, so wählt die General-Versammlung seinen Nachfolger aus zwei vom Aufsichtsrath vorgeschlagenen Personen. Ueber die Wahl ist ein notarielles Protocoll aufzunehmen.

§ 16. Der Director bezieht ein jährliches Honorar von *A* 12000 und 10 % von dem zur Vertheilung kommenden Gewinn.

Nach seinem Tode erhalten seine Erben dieses Honorar noch für ein Jahr, vom Sterbetage an gerechnet, und ferner 10 % von dem, für das Jahr, in welchem der Tod erfolgt ist, zur Vertheilung kommenden Gewinn.

Im Falle der Liquidation erhält der Director das Honorar noch für ein Jahr, vom Tage des Liquidationsbeschlusses an gerechnet, und wenn bis dahin dieselbe noch nicht beendet sein sollte, bis zum Abschluß derselben eine, durch Uebereinkunft mit dem Aufsichtsrath festzustellende Entschädigung.

2. Der Aufsichtsrath.

§ 17. Der Aufsichtsrath besteht aus fünf Personen. Dieselben bekleiden ihr Amt fünf Jahre lang, sind jedoch nach ihrem Austritt wieder wählbar. Scheidet ein Mitglied des Aufsichtsrathes vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so erfolgt die Ersatzwahl durch die Generalversammlung für die Zeit, während welcher das ausscheidende Mitglied zu fungiren gehabt haben würde.

§ 18. Der Aufsichtsrath erwählt alljährlich nach der ordentlichen Generalversammlung einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben. Der Vorsitzende hat zu den Versammlungen einzuladen und leitet die

Verhandlungen in denselben. Die Sitzungen finden statt, wenn der Vorsitzende es für erforderlich hält, sowie auf Verlangen von zwei Mitgliedern oder des Directors. Beschlußfähig ist der Aufsichtsrath, wenn drei Mitglieder anwesend sind.

Bei Abstimmungen entscheidet die Majorität, bei Stimmengleichheit giebt der Vorsitzende die entscheidende Stimme.

Das Protocoll wird vom Director oder einem vom Aufsichtsrathe bestimmten Beamten geführt.

§ 19. Der Aufsichtsrath überwacht im Allgemeinen alle Geschäfte und Angelegenheiten der Gesellschaft.

Der Aufsichtsrath stellt die allgemeinen Grundzüge des Geschäftsbetriebes fest, disponirt über Anlegung der Fonds, für welche, sofern dieselben in Staatspapieren angelegt werden und nicht zur Belegung der etwa von fremden Staaten geforderten Cautionen dienen sollen, nur deutsche Staatspapiere und nur sicher fundirte Papiere öffentlicher Anstalten und sonstiger juristischer Personen, sowie Hypotheken mit pupillariſcher Sicherheit und gute, den von der Reichsbank befolgten Grundzügen entsprechende Wechsel angekauft werden dürfen; ferner ernennt und entläßt er auf Vorschlag des Directors die Agenten und diejenigen Angestellten der Gesellschaft, welche ein höheres Honorar als M. 2500 jährlich beziehen; er prüft die ihm vom Vorstände vorzulegende Bilanz und den Jahresbericht und berichtet der Generalversammlung über die Resultate seiner Prüfung.

Die Ausfertigungen des Aufsichtsrathes müssen von zwei Mitgliedern desselben unterzeichnet sein.

§ 20. Die Mitglieder des Aufsichtsrathes beziehen für ihre Mühewaltung eine Tantieme von 5 % von dem zur Vertheilung kommenden Gewinn.

3. Die General-Versammlung.

§ 21. Alljährlich findet spätestens im Monat Mai eine ordentliche General-Versammlung statt, in der die Bilanz, das Gewinn- und Verlust-Conto und der Jahresbericht nebst dem Bericht des Aufsichtsrathes vorzulegen und die erforderlichen Wahlen vorzunehmen sind.

Durch Genehmigung der Bilanz und des Gewinn- und Verlust-Conto erteilt die General-Versammlung dem Vorstände und dem Aufsichtsrath vollständige Decharge.

Außerordentliche General-Versammlungen können jederzeit, müssen aber berufen werden, wenn von Actionairen, deren Actienbesitz den zwanzigsten Theil des Actienkapitals darstellt, in einer von ihnen unterzeichneten Eingabe unter Angabe des Zweckes und der Gründe die Berufung einer solchen verlangt wird.

§ 22. Die Berufung der General-Versammlung geschieht mit einer Frist von zwei Wochen durch den Vorstand oder den Aufsichtsrath. Die Tagesordnung ist zugleich mit der Berufung zu publiciren.

§ 23. Auf die Tagesordnung der General-Versammlung müssen die Anträge des Vorstandes und des Aufsichtsrathes und die rechtzeitig eingereichten Anträge von Actionairen, deren Actienbesitz den zwanzigsten Theil des Actienkapitals darstellt, gebracht werden.

Ueber andere Gegenstände, als die auf der Tagesordnung stehenden, dürfen keine Beschlüsse gefaßt werden, mit Ausnahme des Antrages auf Berufung einer außerordentlichen General-Versammlung.

§ 24. Den Vorsitz in der General-Versammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrathes oder ein anderes vom Aufsichtsrath damit beauftragtes Mitglied.

Bei der Abstimmung ist das Stimmverhältniß wie folgt: Eigenthümer von

1 bis 3 Actien haben 1 Stimme,

4 bis 6 Actien haben 2 Stimmen,

jede weiteren drei Actien, sowie die bei Theilung der Actienzahl durch drei überschießenden Actien geben eine fernere Stimme.

Jeder, welcher in der General-Versammlung erscheinen will, muß sich bei seinem Eintritt als Actionair oder als durch schriftliche Vollmacht eines Actionairs legitimirter Vertreter eines Actionairs ausweisen.

Das Protocoll in der General-Versammlung wird von einem Notar geführt.

§ 25. Die Beschlüsse der General-Versammlung werden außer den Fällen der §§ 26 und 31 durch absolute Mehrheit der an der Abstimmung Theil nehmenden Stimmen gefaßt. Bei Wahlen entscheidet die relative Majorität, bei Stimmengleichheit das Loos.

Die Abstimmungen und Wahlen erfolgen schriftlich, können aber, wenn von keinem Stimmberechtigten widersprochen wird, auch durch Acclamation erfolgen.

§ 26. Beschlüsse über

- a) Abänderung oder Ergänzung der Statuten, namentlich auch über Abänderung des Gesellschaftszweckes (§ 1),
- b) Erhöhung des Actienkapitals (§ 4),
- c) Vereinigung der Gesellschaft mit einer anderen Gesellschaft

erfordern außer der absoluten Mehrheit der Abstimmenden auch die Zustimmung von drei Viertheilen des in der General-Versammlung vertretenen Actienkapitals.

§ 27. Die Revisionscommission besteht aus zwei Mitgliedern und einem Stellvertreter, welche von der ordentlichen General-Versammlung auf die Dauer eines Jahres aus der Zahl der Actionaire gewählt werden und welche den Auftrag haben, die Rechnungen und die Bilanzen vor Vorlage an die General-Versammlung

zu prüfen und über das Resultat ihrer Prüfung der General-Versammlung mündlich oder schriftlich durch Vermittlung des Aufsichtsrathes Bericht zu erstatten. — Die Mitglieder der Revisionscommission erhalten als Ehrengeschenk einen Portugalöser.

IV. Abrechnung, Festsetzung und Vertheilung der Dividenden und des Reservefonds.

§ 28. Das Rechnungsjahr fällt mit dem Kalenderjahr zusammen.

Die Bilanz ist vom Vorstand nach den allgemeinen Vorschriften des Art. 31 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetz-Buchs und des Art. 239 (Art. 185a) des Reichsgesetzes betreffend die Commandit-Gesellschaften und die Actien-Gesellschaften vom 18. Juli 1884 aufzumachen und nebst dem Gewinn- und Verlust-Conto und dem Jahresbericht dem Aufsichtsrath rechtzeitig und mit dessen Bemerkungen der General-Versammlung vorzulegen.

Die sämtlichen Vorlagen sind mindestens zwei Wochen vor der General-Versammlung in dem Geschäftslocal der Gesellschaft zur Einsicht der Actionaire aufzulegen.

§ 29. Von dem sich aus der Bilanz ergebenden Reingewinn wird ein durch den Aufsichtsrath zu bestimmender Betrag, mindestens aber der zwanzigste Theil, zur Bildung des Reservefonds verwandt und damit so lange fortgefahren, bis dieses Conto den Betrag von 750,000 Reichsmark erreicht hat.

Der verbleibende Ueberschuß wird nach Abzug der, dem Aufsichtsrath und dem Director zustehenden Tantiemen an die Actionaire als Dividende vertheilt.

V. Auflösung der Gesellschaft.

§ 30. Die Auflösung der Gesellschaft tritt ohne Weiteres ein, wenn die Jahresbilanz einen Verlust von 40 % des Grundkapitals ergibt.

§ 31. Wenn der Aufsichtsrath aus anderen Gründen den Antrag auf Auflösung der Gesellschaft stellt oder wenn von einer nach §§ 21 und 22 genügenden Anzahl von Actionairen ein desfalliger Antrag gestellt wird, so kann die Auflösung nur mit einer Majorität von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und drei Vierteln des in der General-Versammlung vertretenen Kapitals beschloffen werden.

§ 32. Ergiebt sich zu einer Zeit, daß 20 % des Grundkapitals verloren sind, so ist sofort eine General-Versammlung zu berufen und derselben die Frage, ob liquidirt werden soll, vorzulegen.

VI. Bekanntmachungen.

§ 33. Alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen werden publicirt in
dem Reichsanzeiger,
den Hamburger Nachrichten
der Hamburger Börsehalle,
der Leipziger Zeitung und
dem Dresdener Journal.

VII. Uebergangsbestimmung.

§ 34. Mit Eintragung dieses Statuts in das Handelsregister erlöschen die Funktionen der bisherigen Mitglieder des Verwaltungsrathes und es treten statt dessen die bei Feststellung dieses Statuts von der General-Versammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrathes in Funktion; von den, in der erwähnten General-Versammlung erwählten Mitgliedern des Aufsichtsrathes tritt je Eines in jedem Jahr aus; die Reihenfolge des Austritts wird durch den Aufsichtsrath selbst bestimmt.

Alphabetisches
Sach- und Namen-Register
zum Jahrgange 1885
des Amtsblatts

der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin.

Die bei den Verordnungen und Bekanntmachungen im Sach-Register und bei den Namen im Namen-Register beifolgenden Nummern bilden die Seitenzahl, und die mit einem * bezeichneten Bekanntmachungen sind im öffentlichen Anzeiger enthalten.

S a c h - R e g i s t e r.

A.

- Abgeordnetenhaus, s. Landtag.
Ablösungen.
*— Aufgebot von Ablösungssachen. 82. 541. 845. 931.
Aichungsamt zu Oberberg.
— Aufhebung der demselben erteilten Befugnis zur Aichung von Faßkörnern. 228.
Aktien-Banken.
— Abänderung des Statuts der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank zu Berlin. 74.
— Desgl. der Deutschen Hypotheken-Bank (Aktien-Gesellschaft) zu Berlin. 455.
Amtsbezirke.
— Theilung eines Amtsbezirks im Kreise Oberbarnim. 463.
Amtsblatt.
— Rechtzeitige Erneuerung der Bestellung. 451.
Amtsgerichte.
— Ferien bei dem Amtsgerichte in Templin. 289.
Anleihen, s. Stadt-, Gemeinde-Anleihen.
Apotheken.
— Eröffnung der in dem Hause Müllerstraße Nr. 26a in Berlin eingerichteten Apotheke. 14.
— Desgl. in dem Hause Bellealliancestraße Nr. 75 in Berlin. 15.
— Desgl. in dem Hause Köpnickstraße Nr. 143 in Berlin. 15.
— Anlegung einer dritten Apotheke in Charlottenburg. 50.
— Anlegung neuer Apotheken in Berlin. 103. 348.
— Eröffnung der in dem Hause Spandauerstraße Nr. 25 zu Charlottenburg eingerichteten Apotheke. 257.
— Desgl. in dem Hause Kurfürstenstraße Nr. 80 in Berlin. 296.
— Anlage einer neuen Apotheke auf dem Gesundbrunnen in Berlin. 348.
Apotheker.
— Arzneitaxe für 1885. 5.
— Apothekergehülfsen-Prüfung. 33. 429. 492.
Arbeiter.
— Ergänzung der Anweisung, betr. die Kranken-Versicherung der Arbeiter. 1. 333. 437.
— Einrichtung von Krankenkassen für die Arbeiter im Bereiche der Elbstrom-Bauverwaltung. 184.
— Mehrbetrag des Krankengeldes, welcher von den Krankenkassen in der Zeit von der 5. bis zur 13. Woche nach dem Unfalle zu leisten und von dem Betriebs-Unternehmer zu ersetzen ist. 422.

Atteste.

- Form der ärztlichen Atteste der Medizinalbeamten. 12.
Auswanderung.
— Erlassung der Konzeption des Agenten von Jausatzkewicz zu Berlin. 63.
— Ertheilung der Konzeption als Auswanderungs-Agent an den Kaufmann Apel zu Berlin. 63.
— Ausdehnung der Konzeption des Auswanderungs-Unternehmers Mattfeldt zu Berlin. 179.
— Ertheilung der Konzeption als Auswanderungs-Agent an den Kaufmann Wähler zu Berlin. 303.
— Erlassung der Konzeptionen verschiedener Auswanderungs-Agenten. 225. 257.
— Ertheilung der Konzeption als Auswanderungs-Agent an den Kaufmann Langer zu Berlin. 303.
— Erweiterung der Konzeption des Agenten Peters zu Bremen. 429.

Ausweisung

- von Ausländern aus dem Deutschen Reichsgebiete. 8. 31. 36. 53. 67. 77. 82. 94. 106. 110. 125. 137. 145. 157. 170. 185. 208. 219. 228. 237. 251. 264. 272. 282. 292. 299. 305. 311. 321. 328. 337. 346. 352. 367. 378. 394. 400. 404. 410. 426. 433. 461. 469. 488. 497.

B.

- *Bank-Obligationen; Bank-Depotscheine.
— Aufgebot verloren gegangener. 2. 45. 136. 192. 222. 662. 761. 1255.
Baubeamte.
— Aenderung von Geschäftskreisen der Baubeamten im Regierungsbezirk Potsdam. 90.
Banten.
— Die den Baugesuchen beizufügenden Situationspläne u. für den Stadtkreis Berlin. 50. 278.
— Ortspolizei-Berordnung über die Höhe der Gebäude in Charlottenburg. 403.
Belobigung
— des Fischermeisters August Dinse und des Privat-Sekretärs Hermann Rüster in Rheinsberg. 109.
— des Ackerbürgers August Grunack und dessen Sohn in Beelitz. 109.
— der Wäbner Fritz Stein und Hermann Röll, sowie des Otto Lenz in Fl. Zechlin. 272.
— der Söhne des Oberförsters Koch — Wilhelm und Karl — in Potsdam. 345.

Belobigung

- des Schiffseigners Johann Gersdorf in Fangschleuse und des Bootmanns Hellmuth Fielitz in Bergluch. 351.

Berg-Polizei.

- Allgemeine Berg-Polizei-Verordnung für den Verwaltungsbereich des Königl. Oberbergamts zu Halle a. S. vom 10. Dezember 1884. Extra-Beilage zum 7. Stück.

Bergwerks-Eigentum

- Erna zu Praeditow zc. 103. 117.
- Ortlieb zu Hammer zc. 235.
- Ottomar daselbst. 235.
- Theodorius zu Liebenwalde. 317.
- Pequena daselbst. 318.
- Kamerun daselbst. 318.
- Hammer zu Halbe zc. 336.
- Jehrensdorf zu Töppchin zc. 458.
- Schönaich daselbst. 459.
- Halbe zu Halbe zc. 459.
- Gallun zu Töppchin zc. 482.
- Mogen zu Töppchin zc. 483.
- Töppchin zu Töppchin zc. 483.
- Sputendorf zu Töppchin zc. 494.

Berichte.

- Einreichung derselben seitens der Ortspolizeibehörden durch Vermittelung der Landräthe. 347.

Berlin.

- Verbot des Einsammelns von Geldbeiträgen durch Verkauf von Miniatur-Photographien Lassalle's. 14.
- Eröffnung der in dem Hause Müllerstraße Nr. 26a eingerichteten Apotheke. 14.
- Desgl. in dem Hause Bellealliancestraße Nr. 75. 15.
- Desgl. in dem Hause Köpnickestraße Nr. 143. 15.
- Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in dem Hause Schönhauser Allee Nr. 44. 15.
- Die den Bangesuchen beizufügenden Situationspläne. 50. 278.
- Polizei-Verordnungen, betr. die Dampfschiffahrt auf dem Landwehr- und Luisenstädtischen Kanal. 102. 232.
- Anlegung neuer Apotheken. 108.
- Verbot des Einsammelns von Beiträgen durch Vertrieb von plastischen oder bildlichen Darstellungen von Lassalle oder Marr. 134.
- Polizei-Verordnung, betr. die Verwendung schädlicher Farben zum Färben von Spielwaaren. 152.
- Zulassung von Hebammen. 166.
- Warnung vor zwei Geheimmitteln gegen Trunksucht. 191.
- Hebammen-Prüfung. 192.
- Bollmarkt. 192.
- Erlöschen der Konzession der „Imperial“, Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in London. 192.
- Warnung vor einem Geheimmittel. 214.
- Errichtung eines durchgehenden Pferdebahnbetriebes aus dem Innern der Stadt nach dem Stadtbahnhof „Zoologischer Garten“. 214.
- Anmeldung unfallversicherungspllichtiger Betriebe. 286.
- Neubesezung der Stelle des Direktors der Königl. Schutzblattern-Impfungs-Anstalt. 287.
- Eröffnung der in dem Hause Kurfürstenstraße Nr. 80 eingerichteten Apotheke. 296.
- Eingaben in Markt- und Gewerbe-Angelegenheiten. 342.
- Anlage einer neuen Apotheke auf dem Gesundbrunnen. 348.

Berlin.

- Benennung neuer Straßen und Brücken. 348.
- Errichtung von Apotheken. 348.
- Polizei-Verordnung, betr. das Verbot des Aufblasens der Schlachttiere zc. 361.
- Polizei-Verordnung, betr. die Aufbewahrung und Verabfolgung von Giftwaaren. 361.
- Polizei-Verordnung, betr. die Aufbewahrung, das Feilhalten und den Verkauf von Zuckersäure (Kleesäure, Drallsäure) und Kleesalz. 364.
- Statut für die Israelitische Synagogen-Gemeinde (Adass-Jisroël). 439.
- Anlegen von Fahrwegen am rechten Ufer der Spree bis zum Markgrafenbamm. 473.
- Apothekergehülfsen-Prüfung in Berlin. 492.

Bezirksausschüsse.

- Ferien des Bezirksausschusses zu Potsdam. 242.
- Desgl. zu Berlin. 268.
- Verlegung der Geschäftsräume des Bezirks-Ausschusses zu Berlin. 268.

Bienenzucht.

- Eröffnung einer permanenten Bienenzucht-Anstalt im Biengarten von H. Gähler in Pantow. 296.

Börsen.

- Revidirte Börsen-Ordnung. Extra-Beilage zum 20. Stück.
- Waaren, für welche an den Börsen des Preussischen Staats Terminpreise notirt werden. 401.

Brücken.

- Neubau der Charlottenburgerthorbrücke in Spandau. 232.
- Benennung neuer Brücken zc. in Berlin. 348.

Bühnenmeister.

- Bestimmungen über die Vorbereitung derselben im Regierungsbezirk Potsdam. 79.

C.**Chausseen.**

- Chausseegeld-Erhebung auf der Oberbarnimer Kreis-Chaussee von Schulzendorf nach Bahnhof Wiesenthal. 191.
- Desgl. auf verschiedenen Kreis-Chausseen des Kreises Osthavelland. 225. 275.
- Desgl. auf der Oberbarnimer Kreis-Chaussee von der Berlin-Prögneler Kreis-Chaussee bei Straußberg bis zur Müncheberg-Eberswalder Provinzial-Chaussee. 253.
- Desgl. auf der Chaussee von Dranienburg über Gernsdorf bis zur Grenze mit dem Kreise Osthavelland. 325.
- Desgl. auf verschiedenen Kreis-Chausseen des Kreises Niederbarnim. 339.
- Desgl. auf der Kreis-Chaussee Straußberg-Gieselsdorf-Heidekrug. 341.

Chemisches Untersuchungsamt in Brandenburg a. S.

- Communal-Landtag der Kurmark.
- Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden desselben. 73.
- Eröffnung des Communal-Landtages der Kurmark. 479.

D.

Dampfkessel.

- Revision derselben im Kreise Templin. 49.
- Aenderung von Dampfkessel-Revisions-Bezirken im Regierungsbezirk Potsdam. 91.
- Revision der Dampfkessel im Baureise Wittstock. 307.

Dampfschiffahrt.

- Polizei-Verordnung, betr. die Dampfschiffahrt auf dem Landwehr- und Luisenstädtischen Kanal in Berlin. 102.
- Polizei-Verordnung, betr. das Befahren der dem Regierungspräsidenten zu Potsdam unterstellten Wasserstraßen mit Frachtdampfsbooten und Dampfschleppzügen. 177.
- Polizei-Verordnung, betr. die Dampfschiffahrt und die Beleuchtung der Fahrzeuge auf dem Friedrich-Wilhelms-Kanal, sowie dem Briesower See und der Spree von Neuhaus bis zur Mündung des Unterkanals der Schleuse zu Fürstenwalde. 199.

Domainen.

- Zahlungen aus Domainen- und Forst-Veräußerungs- und Ablösungs-Geschäften. 348.

Domainen-Renten.

- Versicherung der rentenpflichtigen Grundstücke bei der Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Brandenburg a. S. 1.
- Desgl. bei der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „Londoner Phönix“. 165.
- Desgl. bei der Feuer-Versicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank. 226.

Droschken-Fuhrgewerbe.

- Polizei-Reglement, betr. den Betrieb des Droschken-Fuhrgewerbes in Charlottenburg. 244.

Druckschriften u. u., verbotene.

- Das Flugblatt mit der Ueberschrift: „Daß Keiner zu kurz komme! Ersatz für das Gesohlene“, enthaltend einen Neuabdruck mehrerer Artikel aus der verbotenen Zeitschrift „Der Sozialdemokrat“. 2.
- „Vorwärts. Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk“. Verlag der Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich. 2.
- „Der Normal-Arbeitstag“, nichtperiodische Druckschrift von Aug. Geib. Schweizerische Genossenschafts-Buchdruckerei Hottingen-Zürich. 14.
- „Allgemeiner Arbeiter-Kalender für das Jahr 1885“, XIII. Jahrgang, Verlag der ungarländischen allgemeinen Arbeiterpartei zu Budapest. 22.
- „Das Recht auf Arbeit oder kritische Beleuchtung unserer kapitalistischen Produktionsweise“, von einem Sozialdemokraten. Schweizerische Genossenschafts-Buchdruckerei Hottingen-Zürich 1884. 22.
- Der Holzschnitt, enthaltend zwischen zwei Fahnen eine männliche Büste mit der auf einem verschlungenen Bande befindlichen Unterschrift: „Stellmacher. Gefallen für die Freiheit 1884“ und einen Sockel mit dem Aufruf: „An die Proletarier aller Länder“. 22.
- „Christlich-atheistische Episteln für gläubige und ungläubige Christen, gesammelt und herausgegeben von K.“, mit dem Motto: „Dem Volke zur Belehrung, dem Volke zur Bekehrung“. 49.
- „Historische Studien. Jesus von Nazareth“, von Georg Kimmel, Nürnberg 1883, Verlag von Wörlin & Comp., 9. Aufl. 49. 164.
- „Reinisches Wochenblatt.“ — Verlag: Franz Jöst in Mainz, Redaktion: Dr. Bruno Schönlan, und Druck von M. Ernst (vorm. G. Pollner), Weide in München. 49.

Druckschriften u. u., verbotene.

- „Die wahrhaftige Lebensgeschichte des Josua Davidsohn. Aus dem Englischen übersetzt von Nathalie Liebknecht“, ohne Angabe des Druckers und Verlegers. 49.
- „Briefe einer Nihilistin. Mit erklärenden Anmerkungen versehen. Aus dem Französischen übersetzt und nebst einer kurz gefassten Geschichte des Nihilismus, herausgegeben von F. Stolz, Rechtsanwalt in Appenzell. Buchdruckerei von Gebr. Meyer in Schaffhausen. 1884.“ 49.
- „Das Verbot der Süddeutschen Post“, Gedicht in 6 Strophen, beginnend: „Ja, sie hat stets das Banner hochgehalten“. 49.
- „Münchener Extrablatt und Gerichtszeitung.“ Verlag und Redaktion von Dr. Bruno Schönlan, Druck von M. Ernst in München. 73.
- „Harzer Post“. Verlag von Dr. Bruno Schönlan, Druck von M. Ernst in München. 73.
- „Die Fliegen und die Spinnen“, herausgegeben von dem National-Exekutiv-Comité der sozialistischen Arbeiterpartei in New-York. 1884. 73.
- „Reporter und Sozialist“. Ein Gespräch über Ziele und Wege des Sozialismus, von Alexander Jonas, herausgegeben von dem National-Exekutiv-Comité der sozialistischen Arbeiter-Partei in New-York. 73.
- „Der Sozialist“, Centralorgan der sozialistischen Arbeiterpartei von Nordamerika, herausgegeben von dem National-Exekutiv-Comité in New-York. 73. 114.
- „Gott und der Staat, Dieu et l'état.“ Von Michael Bakunin, übersetzt von Moriz Bachmann. Philadelphia. Verlag der Gruppe II. J. A. A. (H. Grau, 2146 N. 2 Str.). 102.
- „An die jungen Leute.“ Von Peter Krapotkin. Aus dem Französischen übersetzt von Frau J. Schulze, New-York. Verlag von Moriz Bachmann. 114.
- „Die nationale Mission der Deutschen Sozialdemokratie“, von Karl Frohme, herausgegeben bei Wörlin & Comp. in Nürnberg. 114.
- „Vorwärts! Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk.“ Verlag der Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich. 1885. 114. 268. 334.
- Das Flugblatt: „Wähler des Teltow-Beestow-Storlow-Charlottenburger Reichstags-Wahlkreises“, beginnend mit den Worten: „Auf zum Wahlkampf! Die Ersatzwahl steht bevor!“, herausgegeben und verlegt von Hyronimus Naumann in Rixdorf und gedruckt von D. Dehring in Berlin, Anhaltstraße 8. 164. 165.
- Das Flugblatt: „Arbeiter“ überschrieben, mit den Worten: „Als durch die Verhandlungsberichte über das Niederwald-Attentat“ beginnend und schließend: „Niemand gezwungen werden“. 164.
- Das Flugblatt mit der Ueberschrift: „Zur Bismarck-Feier!“, beginnend mit den Worten: „Ja, wie es wirbelt, tobt und faust!“ und endigend: „Auferstehen aber wird Freiheit und Gerechtigkeit am Tage der Befreiung des Volkes!“ 164.
- „August Reinsdorf und die Propaganda der That“, von Johannes Most. 50 erste Straße, New-York, 1885. Im Selbstverlage des Verfassers. 164.
- Die Druckschrift der Kommission der Tischler Königsbergs, beginnend: „Aufruf an die Tischler Deutschlands! Kollegen, Arbeiter, Genossen! Die erste Auszahlung, die uns gegen 4000 Mark gekostet hat, ist vorbei u. s. w.“ Verlag und Verantwortlichkeit von B. Wohlfromm. Druck von E. Erlatis in Königsberg. 211.

Druckschriften u. u., verbotene.

- Das Flugblatt mit der Ueberschrift: „An die Arbeiter der ganzen Erde!“ und der Unterschrift: „Die anar-chistische Gruppe in London: Franzosen, Italiener, Spanier, Russen, Polen, Oesterreicher, Engländer, Schweden, Dänen und Deutsche“. 226.
- Das Flugblatt mit der Ueberschrift: „An die Bürger Rathenows!“ mit den Worten: „Bürger von Rathenow“ beginnend, und mit der Unterschrift: „Die strikenden Maurer und Zimmerer Rathenows“. Druck von J. H. B. Dieß in Hamburg, Verlag von G. Kresse in Rathenow. 241.
- „Kleine Zeitung“. Druck und Verlag von E. Ulrich in Offenbach, verantwortlicher Redakteur Franz Jöst in Mainz. 241.
- „Bereinigung der Metall-Arbeiter Deutschlands, ge-gründet zu Gera im Dezember 1884. Abrechnung der Hauptkasse für das I. Quartal 1885. Mannheim, Verlag von Wilhelm Hänsler 1885“, gedruckt in der Dr. Haas'schen Buchdruckerei. 242. 330. 334.
- „Sozialdemokratische Lieder und Deklamationen“, 7. ver-mehrte und verbesserte Auflage. Zürich, Verlag der Volks-Buchhandlung 1883. Schweizerische Genossen-schafts-Buchdruckerei Hottingen-Zürich. 242.
- „Sozialdemokratisches Liederbuch“, 8. veränderte Auf-lage. Druck der Schweizerischen Genossenschafts-Buch-druckerei Hottingen-Zürich. 1885. 257. 268.
- Das Flugblatt: „Arbeiter, warum seid Ihr arm? oder: Wie kann Euch am Sichersten aus Eurer Bedrängniß geholfen werden?“ 268.
- „De Pylatusype of de Twijfelaar.“ Voordracht van F. Domela Nieuwenhuis. 268.
- „De Petrustype of de Zwakke.“ Een Vordracht van F. Domela Nieuwenhuis (uitgegeven door de Vereeniging Ter bevordering der Vrije Gedachte te's — Gravenhage. 268.
- „De Fransche Burgeroorlog van het Jahr 1871.“ Door F. Domela Nieuwenhuis, Haarlem — W. C. de Graaff. 268.
- „Eene Social-Demokratische Republiek.“ Door Erik. Den Haag — Firma B. Liebers 1884. 268.
- „Door Algemeen Stemrecht tot Beterschap uit Druck en Ellende.“ Door P. van der Stadt lba. Preis 10 Cents. Den Haag. B. Liebers & Co. 1884. 268.
- „Karl Marx (in memoriam).“ Door F. Domela Nieuwenhuis. Gedrukt bij Gebroeders Binger, Amsterdam. 268.
- „Stenografisch Verslag van het Debat tusschen F. Domela Nieuwenhuis. En A. B. Cohen Stuart, gevoert te Alkmaar, op Zondag, 11. Mai 1884. Den Haag — B. Liebers, 1884. 268.
- „Die Räthsel der Liebe“, von Julius Heinrich Franke, Verlag der E. Wortmann'schen Buchhandlung, Berlin W., Druck von Hempel & Co., Berlin SW., Koch-strasse Nr. 23. 317.
- Das Flugblatt mit der Ueberschrift: „An die Partei-Genossen“, mit den Worten beginnend: „Nachdem die erste Session der laufenden Legislaturperiode“ und endigend: „Hoch die Sozialdemokratie!“ Druck in der Genossenschafts-Buchdruckerei Hottingen-Zürich. 317.
- Karola Marxa. Wogna domowa we Francyi. Ge-newa w druckarni „Przedswitu“ rue Berger 5. 1884. 334.

Druckschriften u. u., verbotene.

- „Wrkazówki dla agitatorów pod zaborem pruskim. Genewa, wydawnictwo „Walki klas“ i „Przedswitu“. 1894. 334.
- Nr. 25 des ersten Jahrganges der in Milwaukee er-scheinenden „Amerikanischen Turnzeitung, turnerische Ausgabe des Freidenkers“. 334. 388.
- „Revolutionäre Kriegswissenschaft“, von Johann Moß, Verlag und Druck des internationalen Zeitungsvereins zu New-York. 334.
- Der in Breslau bestehende, das Buchdruckerei- und Verlagsgeschäft: Silesia, B. Kuhnert & Comp. be-treibende Verein. 334.
- „Proletár, Organ Radikalnich Socialistu Ceskych, New-York 25. Cervence 1885 und 2. Sepna 1885. 347. 418.
- Die Broschüre: „Demagogie und Sozialdemokratie“, verfaßt von Karl Frohme, Reichstagsabgeordneten. 347.
- Das Flugblatt, beginnend: „Freunde, Bürger und Arbeiter in Stadt und Land“, Druck der Schweizerischen Genossenschafts-Buchdruckerei Hottingen-Zürich. 347.
- Die Broschüre: „Himmel, Herrgott, Sakrament, oder: Fort mit den Gespenstern! von Julian Apostata Popen-gisel, Pfarrer. Im Selbstverlage des Verfassers.“ 348.
- „La Société au lendemain de la révolution“. Paris 1882. 389.
- „Organisation de la propaganda révolutionnaire Jo-hann le Vagre.“ Paris 1883. 389.
- „Le Glaneur anarchiste“, Nr. 1 und 2, Paris, den 1. Januar 1885 und Mai 1885. 389.
- „Revue anarchiste international“, imprimerie A. Rapin, 3 rue des Argentiers, Bordeaux. 389.
- „L'affamé“, organe communiste anarchiste, Nr. 4, Marseille, quai de Rive-Neuve, 1a. 389.
- „L'insurgé“, Nr. 3, 5, 7, 8 und 9, Bruxelles, rue des Alexiens. 6. 389.
- „Le droit social“, organe anarchiste, Nr. 1 und 2, Marseille, Grand rue No. 84. 389.
- „Le drapeau rouge“, organe révolutionnaire, anar-chiste, international, Nr. 1, 2 und 4, Paris, rue Geoffroy-Lasnier 25. 389.
- „Le révolté“, organe communiste-anarchiste, Nr. 1, 2, 3, 4 und 5, Paris, rue Saint-Sabin 3. 389.
- „Ni dieu ni maitre“, organe communiste-anarchiste, Nr. 1, 2, 4 und 6, Bruxelles, rue de la Vierge-Noire 28. 389.
- „Volk, denke nach!“ in der Stadt Iserlohn und einigen ländlichen Ortschaften des Kreises Iserlohn verbreitete Druckschrift. 418.
- „Aufruf an alle Männer und Proletarier. Arbeiter, Proletarier und Mitmenschen heraus!“ unterzeichnet: A. Kroemer. 418.
- „Der große Arbeiter-Agitator Ferdinand Lassalle, Denkschrift für die Todtenfeier des Jahres 1865“. Selbstverlag des Verfassers Bernhard Becker. Druck von Reinhold Baist. 418.
- „Proletarier-Lieder, gesammelte Dichtungen von Mau-rice Reinhold von Stern, Jersey City, Januar 1885“. 418.
- „Die neue Rettenschiffahrt auf der Saale“, von der Handelskammer zu Halle herausgegeben, in Magde-burg von Joh. Lenschner gedruckt. 418.

Druckschriften u. z., verbotene.

- Wahlanruf des sozialdemokratischen Wahl-Comités, beginnend mit den Worten: „Mitbürger! Landtagswähler! Noch in letzter Stunde fühlen wir uns gezwungen, einen Wahlkampf zu beginnen“, unterzeichnet: „Das sozialdemokratische Wahl-Comité.“ 419.
- „Was der Sozialismus will und wie er es will“, Rede, gehalten vor dem Turn-Verein in Williamsburg 1885 von Dr. Franz Gerau. Herausgegeben vom National-Exekutiv-Comité der Soz. Arbeiterpartei New-York. Druck von Wegel & Dehler, 137—139 Chatham Street 1885. 419.
- „Sozialdemokratische Bibliothek II.: Karl Marx vor den Kölner Geschworenen.“ Prozeß gegen den Ausschuß der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (9. Februar 1849). Mit einem Vorworte von Fr. Engels. Göttingen-Zürich. Verlag der Volksbuchhandlung 1885. 444.
- „Sozialdemokratische Bibliothek I.: Gesellschaftliches und Privat-Eigenthum.“ Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms. Göttingen-Zürich. Verlag der Volksbuchhandlung 1885. 444.
- „Ein Streifzug auf dem Gebiete der kulturgeschichtlichen Entwicklung im Zusammenhang mit der Idee des Sozialismus“, ein Vortrag, gehalten von Carl Langner vor dem Verein der „Liberalen Liga“ in Evansville, Indiana. Preis 10 Cents. Druck von Gutenberg & Froelich, Evansville, Ind. 1895. 444.
- „Oesterreichischer Arbeiterkalender für das Jahr 1886“. Herausgegeben von der Redaktion des „Volksfreunds“ in Brünn. Druck von Josef Schmidt in Berlin. — Verlag der Redaktion. Nach der zweiten Konfiskation. — 3. Auflage. 473.

E.

Eisenbahn-Aktien u.

- Auslösung von Prioritäts-Obligationen der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn. 119. 144.
- Kündigung von Prioritäts-Obligationen der 5- oder 4 $\frac{1}{2}$ -prozentigen Anleihen verstaatlichter Eisenbahnen. 216.
- Einlösung von Zinscoupons der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft. 261. 468.
- Verlosung von Prioritäts-Obligationen der Taunus-Eisenbahn. 364.
- Convertirung der 4 $\frac{1}{2}$ -prozentigen Thüringer, Berlin-Anhalter und Halle-Sorau-Gubener Prioritäts-Obligationen. 445.
- Desgl. der Magdeburg-Halberstädter und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaften. 446.
- Desgl. der Berlin-Hamburger und der Altona-Kieler Eisenbahn-Gesellschaften. 447.
- Desgl. der Rottbus-Großenhainer, Märkisch-Posener und Berlin-Görlitzer Eisenbahn-Gesellschaften. 467.
- * — Aufgebot verloren gegangener u. z. 511. 617. 962.

Eisenbahnen.

1. Allgemeines.

- Gestattung von Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Briezen a. D. über Alt-Rühnig nach Jauchendorf. 21.
- Auflösung der Berlin-Hamburger Eisenbahn. 136.
- Die vom 1. April 1895 ab festgesetzten Betriebsamtsbezirke der Staatseisenbahn-Verwaltung. Extrabeilage zum 16. Städt.

Eisenbahnen.

- Uebertragung des Baues und demnächstigen Betriebes mehrerer neuer Eisenbahnlinien an die einzelnen Betriebsämter. 223.
- Polizei-Verordnung für die Eisenbahn von Perleberg über Prigwall nach Wittstock. 224.
- Gestattung von Vorarbeiten für eine normalspurige Eisenbahn von Neu-Ruppin nach Wittstock. 308.
- Benennung der Eisenbahnhaltestelle beim Wärrerhänschen 13 der Strecke Angermünde-Freienwalde mit dem Namen „Saaten-Neuendorf“. 330.
- Konzessions-Urkunde zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Dahme nach Ucker. 356.
- Gestattung von Vorarbeiten zu dem staatsseitigen Ausbau der Eisenbahn von Loewenberg nach Templin. 361.

II. Gemeinschaftliche Angelegenheiten verschiedener Bahnen.

- Tarif für den Güter-Verkehr zum Export nach Rumänien. 7.
- Neue Ausnahmefrachtsätze für Eisen und Stahl u. z. 16.
- Ausgabe direkter Tourbillets I.—III. Klasse für Courier- und Expressezüge. 34.
- Neues Österreichisches Eisenbahn-Rucksch. 35.
- Ausnahme-Tarif für Eisen zum Export nach Serbien. 65.
- Ausgabe von direkten Tourbillets nach Station Raklo der Rechte-Ober-Ufer-Eisenbahn via Hochbern-Dels. 75.
- Nachtrag zum Lokaltarif für die Beförderung von Personen u. z. 75.
- Inkrafttreten einer Ergänzung der Controlvorschriften. 87.
- Ausnahme-Tarif für die Beförderung von Rübensamen. 93.
- Neuer Staatsbahn-Gütertarif. 118.
- Transportbegünstigungen für Ausstellungsgegenstände u. z. 118. 155. 168. 196. 205. 206. 227. 236. 261. 297. 310. 318. 344. 350.
- Nachtrag 14 zum Tarif für die direkte Beförderung von Personen und Reisegepäck zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktions-Bezirke Bromberg und Berlin. 168.
- Tarif für die Beförderung von Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren. 184.
- Neuer Tarif für Güter zum Export nach Rumänien. 196.
- Frachtsätze für Langleisen. 304.
- Nachtrag V. zum Tarif für die direkte Beförderung von Personen- und Reisegepäck zwischen Stationen der königlichen Ostbahn und Stationen der Warschau-Biener, bezw. Warschau-Bromberger Eisenbahn. 309.
- Nachtrag 15 zum Tarif für die direkte Beförderung von Personen- und Reisegepäck zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktions-Bezirke Bromberg und Berlin. 310.
- Ausnahme-Tarif für Spiritus und Sprit zum Seeexport. 332.
- Desgl. für Oberschlesische Steinkohlen und Kokes. 336.
- Ausgabe kombinirbarer Rundreisebillets. 380.
- Nachtrag III. zum Staatsbahn-Güter-Tarif Bromberg-Breslau. 420.
- Tarifbestimmungen für die Beförderung von Kindern. 432. 459.
- Erhöhungen im direkten Retourbillet-Verkehr zwischen Stationen der Eisenbahn-Direktions-Bezirke Bromberg und Berlin. 468.

Eisenbahnen.

III. Angelegenheiten der Eisenbahn-Verbände.

- Neue Tarifhefte für den Französisch-Belgisch-Deutsch-Russischen Verband. 7.
- Nachträge zum Deutsch-Ungarischen Eisenbahn-Verband-Tarif. 30. 167.
- Ermäßigung der Ausnahme-Tariffsätze für Cement im Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verband. 30.
- Tarifänderung im Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verband-Tarif. 30.
- Tariffsätze für die Beförderung von Delfuchen im Deutsch-Polnischen Verbands. 75.
- Nachträge zum Galizisch-Norddeutschen bezw. Galizisch-Niederländischen Eisenbahn-Verband-Tarif. 93. 184. 474.
- Außertrakttreten von Frachtsätzen für Holz, Getreide- und Spritsendungen im Deutsch-Französischen Verbands. 104. 184.
- Ermäßigung von Frachtsätzen im Deutsch-Polnischen Verbands. 136.
- Heft 2. Theil II. des Rumänisch-Deutschen Verband-Güter-Tarifs. 142.
- Neuer Ostdeutsch-Österreichischer Verband-Tarif. 142.
- Nachträge zum Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verband-Tarif. 144. 304. 310.
- Desgl. zum Ostdeutsch-Österreichischen Eisenbahn-Verband-Tarif. 166. 297. 351.
- Anwendung von Nachträgen des Deutschen Eisenbahn-Güter-Tarifs im Deutsch-Polnischen Verbands. 204. 236. 243. 304. 432.
- Tarif für den Südwestrussisch-Galizisch-Norddeutschen Verkehr. 216.
- Tarife des Rumänisch-Deutschen Eisenbahn-Verbandes. 260.
- Nachtrag zum Staatsbahn-Verband-Güter-Tarif Bromberg-Breslau. 270.
- Nachtrag zum Verband-Gütertarif zwischen Stationen des Eisenbahn-Direktions-Bezirks Bromberg und Stationen der Marienburg-Ilawkaer Bahn. 280.
- Böhmischnorddeutscher Braunkohlen-Verkehr. 309.
- Verbandgütertarif im Deutsch-Polnischen Verbands. 331.
- Ausnahme-Schnittsätze für Erze, Steine u. im Deutsch-Polnischen Verbands-Tarif. 344.
- Nachtrag zum Ostdeutsch-Ungarischen Getreide-Tarif. 365.
- Berichtigungsblätter zu Tarifheften des Deutsch-Polnischen Verband-Güter-Tarifs. 366.
- Getreide-Transporte im Deutsch-Polnischen Verbands. 366.
- Spezial-Tarif für die Beförderung von Holz im Preussisch-Russischen Verbands. 380.
- Ausnahme-Tarif für Mais (Kukuruz) im Ostdeutsch-Ungarischen Verbands. 392.
- Nachtrag zum Tarif für den Ostdeutsch-Ungarischen Verband. 402.
- Ausnahme-Tariffsätze für Erze und Steine u. im Deutsch-Polnischen Verbands. 402.
- Einführung eines neuen Tarifs an Stelle des Galizisch-Norddeutschen bezw. Galizisch-Niederländischen Verband-Tarifs. 420.
- Desgl. an Stelle des Tarifs für den Galizisch-Norddeutschen Getreide-Verkehr. 420.
- Aufnahme der Station Oker der Braunschweigischen Eisenbahn in das Tarifheft 3 des Deutsch-Polnischen Verbandes. 432.

Eisenbahnen.

- Tarifänderungen im Deutsch-Polnischen Verbands. 459.
- Nachtrag zum Gütertarif für den Südwestrussisch-Galizisch-Norddeutschen Verkehr. 466.
- Aufnahme der Station Pniewo der Warschau-Wiener Bahn in den Deutsch-Polnischen Eisenbahn-Verband-Tarif. 474.
- Ausnahme-Tarif für den Südwestrussisch-Galizisch-Norddeutschen Getreide-Verkehr. 483.

IV. Angelegenheiten der einzelnen Bahnen beziehungsweise Direktions-Bezirke.

a) Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

- Eröffnung der Station Thiergarten für den Lokal-Personen-Verkehr der Berliner Stadt- und Ringbahn. 3.
- Nachtrag zum Lokal-Güter-Tarif. 3.
- Anderweite Preise für Personenzug- und Retourbillets. 29.
- Ausnahme-Tarif für Eisen und Stahl. 104.
- Fahrplan-Änderung auf den Strecken Potsdam-Berlin-Erkner und Berlin-Bernau. 117.
- Personen- und Gepäckbeförderung auf der Berlin-Görlitzer Eisenbahn. 167.
- Ausgabe von direkten Tourbillets nach Seebad Warnemünde. 235.
- Desgl. nach Stationen der Mecklenburgischen Südbahn. 235.
- Beförderung von Wollsendungen nach dem Berliner Wollmarkt. 235.
- Fahrplan-Änderung auf der Strecke Stargard-Berlin. 260.
- Extra-Züge auf der Strecke Berlin-(Stettiner Bahnhof) Tranienburg. 270. 331.
- Fahrplan-Änderung auf der Strecke Berlin-(Schlesischer Bahnhof) Erkner. 279.
- Ausgabe von Tourbillets nach Roschentin via Nothberg-Dels-Lublin. 279.
- Retourbillets zwischen Sagan bezw. Sorau und Berlin. 288.
- Extra-Biehzug von Demmin nach Gesundbrunnen. 288.
- Tarif für die Beförderung von Pferden u. von Wien nach Deutschen Stationen. 309.
- Eröffnung der Haltestelle „Saaten-Neuendorf“. 331.
- Personen- und Gepäckabfertigung zwischen Lublin und Görlitz bezw. Berlin. 336.
- Ausgabe von Retourbillets zwischen Berlin und Büsum. 344.
- Fahrplan-Änderung auf der Strecke Berlin-Pasewalk-Swinemünde. 344.
- Neuerer Geleise-Anschluß der Berlin-Görlitzer Bahn an die Berliner Ring- und Stadtbahn. 366.
- Ablauf der Gültigkeit von Tourbillets. 392. 483.
- Ausgabe direkter Tourbillets IV. Klasse nach Station Waren. 399.
- Fahrplan-Änderung für die Zweigbahn Angermünde-Schwedt. 432.
- Ablauf der Gültigkeit von Tourbillets auf der Berliner Stadt- und Ringbahn. 432.
- Regelung der Gültigkeitsdauer der gewöhnlichen Retourbillets. 445.
- Ermäßigung von Retourbillets mit zweitägiger Gültigkeitsdauer im westlichen Stadtbahn-Vorort-Verkehr. 445.
- Billetaussgabe zwischen den Haltestellen Groß-Köris und Groß-Westen, Petershain und Leuthen. 466.
- Ausgabe von Retourbillets zu Weihnachten 1885. 468.

Eisenbahnen.

- Ausgabe direkter Retourbillets II. und III. Klasse mit dreitägiger Gültigkeit nach Teterow, Ralschin und Stavenhagen. 494.
- Abonnements für die Beförderung von Milch und die Rückbeförderung der leeren Milchgefäße. 494.
- b) Eisenbahn-Direktion zu Bromberg.
- Ausgabe von Billets ohne Coupons. 65.
- Transitsätze für den Transport von Eiern ab Eydtuhnen nach Berlin (Ostbahnhof). 75.
- Ausgabe von Retourbillets mit dreitägiger bezw. achttägiger Gültigkeitsdauer. 93.
- Fahrplan-Änderungen. 118.
- Erhebung der Fränkungsgebühr bei Viehsendungen. 118.
- Inkrafttreten von Nachträgen zu den Lokaltarifen ic. 119.
- Personenbeförderung IV. Klasse in dem gemischten Zuge Nr. 321 Küstrin-Krenz. 119.
- Nachtrag zum Lokaltarif für die Beförderung von Personen und Reisegepäck. 145.
- Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs. 155.
- Ausgabe von Retourbillets mit Bons nach Berlin zum Anschlusse an die daselbst zum Verkauf stehenden Rundreise- sowie Saisonbillets. 167.
- Ausgabe von kombinirbaren Rundreisebillets zu Rundreisen durch Deutschland, Holland, Belgien, Oesterreich-Ungarn und Rumänien zu ermäßigten Preisen. 167.
- Sommer-Fahrplan. 198.
- Ausnahmetarif für den Transport von Salz aller Art. 204.
- Verkauf von Retourbillets für den Besuch der Dörschbäder mit sechswöchentlicher Gültigkeit. 204.
- Ostdeutsches Eisenbahn-Kursbuch. 216.
- Inkrafttreten von Tarifen. 216.
- Ausgabe von Retourbillets. 227.
- Kleinviehtransport. 235.
- Beförderung von Wollsendungen für den Berliner Wollmarkt. 236.
- Ermäßigung der Auslieferungsgebühr für aus Russland eingehende Gütersendungen. 270.
- Neue Ausgabe des Ostdeutschen Kursbuchs. 288.
- Fahrplan-Änderung auf der Bahnstrecke Berlin-Friedersdorf. 297.
- Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Retourbillets. 297.
- Güterverkehr im Herbst. 310.
- Haltestelle Rybno. 336.
- Personenzug Nr. 12 Landsberg-Berlin. 336.
- Frachtsätze im Verkehr mit Pruszkow im Deutsch-Polnischen Verbands. 350.
- Tarif-Nachträge. 351.
- Winter-Fahrplan. 366.
- Eröffnung des Personenhaltepunkts Mischke für den gesamten Verkehr. 366.
- Neue Ausgabe des Ostdeutschen Eisenbahn-Kursbuchs. 380.
- Gültigkeitsdauer kombinirbarer Rundreisebillets. 380.
- Fahrpreisermäßigung für krophulöse Kinder. 421.
- Fahrplan-Änderung auf der Bahnstrecke Lastowicz-Luchel. 421.
- Lagerung von Holz ic. auf den Bahnhöfen. 432.

Eisenbahnen.

- Ausgabe von Retourbillets zu Weihnachten 1885. 468.
- c) Eisenbahn-Direktion zu Erfurt.
- Abend-Lokalzüge zwischen Berlin und Groß-Lichterfelde. 4.
- Fahrplan-Änderungen auf der Strecke Berlin-Groß-Lichterfelde 134. 432.
- Auflösung der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft. 483.
- d) Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a. M.
- Errichtung einer Auskunftsstelle der Eisenbahn-Direktion Frankfurt a. M. 135.
- Herbstverkehr. 344.
- e) Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg.
- Nachtrag zum Tarif für den Lokal-Güter-Verkehr. 104.
- Fahrplan-Änderungen. 135.
- Frachtkredite für Kohlentransporte nach Berlin. 196.
- Rauch- und Frauen-Koupons. 336. 392.
- Nachtrag II. zum Tarif für den Lokal-Güter-Verkehr. 351.
- Extrazüge zur Magdeburger Messe. 351.
- Einrichtung von Desinfektions-Stationen im Bezirk des Eisenbahn-Betriebs-Amtes Berlin-Lehrte. 405.
- Desgl. in Potsdam. 430.
- Wiedererlangung von in den Wagen zurückgelassenen Gegenständen seitens des Publikums. 468.
- Nachtrag III. zum Tarif für den Lokal-Güter-Verkehr. 495.
- Fahrplan-Änderung auf der Strecke Genthin-Burg-Magdeburg. 495.
- Enteignung von Grundstücken.
- Zur Regulierung der Greifswalderstraße in Berlin von der Friedensstraße bis zur Marienburgerstraße. 269.
- * — Aufgebote zur Enteignung von Grundstücken. 84. 196. 212. 344. 360. 460. 482. 508. 516. 688. 1002. 1098. 1132. 1271.
- Erben, verschollene Personen, unbekannte Interessenten.
- * Aufgebot von solchen.
- Angermünde Amtsgericht. 24.
- Beelitz Amtsgericht. 1157.
- Berlin Amtsgericht I. 18. 23. 24. 105. 166. 167. 257. 258. 287. 303. 363. 464. 485. 545. 564. 572. 733. 812. 817. 874. 894. 900. 923. 929. 982. 997. 1027. 1041. 1084. 1108. 1140. 1157. 1197. 1209. 1214.
- Bräunow Amtsgericht. 588.
- Charlottenburg Amtsgericht. 1170.
- Coepenick Amtsgericht. 257. 616.
- Fehrbellin Amtsgericht. 277. 733.
- Havelberg Amtsgericht. 760.
- Oranienburg Amtsgericht. 370. 975.
- Perleberg Amtsgericht. 484.
- Potsdam Amtsgericht. 929. 1254.
- Prignitz Amtsgericht. 434.
- Rheinsberg Amtsgericht. 851.
- Schwedt Amtsgericht. 528. 686. 761.
- Storkow Amtsgericht. 465. 549.
- Treuenbriezen Amtsgericht. 1003.
- Werder Amtsgericht. 608. 874. 1013.
- Wriezen Amtsgericht. 893.
- Königs-Wusterhausen Amtsgericht. 528.

Erbſchaften.

— Ansprüche Reichsangehöriger auf Erbſchaften in den Niederlanden. 301.

Ernte-Ertrag.

— Ermittlung deſſelben im Jahre 1884. 3.

Exploſive Stoffe.

— Polizei-Verordnung, betr. den Verkehr mit exploſiven Stoffen. 1.

F.**Feldmeſſer.**

— Bezeichnung deſſelben als „Landmeſſer“. 340.
— Abänderung des Reglements für die öffentlich anzuſtellenden Land(Feld)meſſer vom 2. März 1871. 372.

Fernſprech-Anlagen.

— Anmeldung der Anſchlüſſe an die Stadt-Fernſprech-Einrichtungen in Potsdam, Cöpenick, Groß-Lichterfelde und Stegliſ. 15. 82. 234.

Feuer-Verſicherung.

— Ausſchreiben der Beiträge der Land-Feuer-Sozietät der Kurmark Brandenburg für das 2te Halbjahr 1884. 32.
— für das 1ſte Halbjahr 1885. 306.
— Deſgl. der Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Brandenburg für das 2te Halbjahr 1884. 40.
— für das 1ſte Halbjahr 1885. 291.
— 15. Nachtrag zu dem revidirten Reglement für die Land-Feuer-Sozietät der Kurmark Brandenburg und der Niederlaußig vom 15. Januar 1855. 175.
— Revidirtes Reglement der Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Brandenburg. 217.
— Ueberſicht von den Ergebniffen der Verwaltung der Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Brandenburg im Jahre 1884. 280.
— Deſgl. der Land-Feuer-Sozietät der Kurmark Brandenburg und der Niederlaußig im Jahre 1884. 406.

Feuer-Verſicherungs-Geſellſchaften.

— Erlöſchen der Konzession der Imperial-Feuer-Verſicherungs-Geſellſchaft in London. 192.
— Konzessions-Urkunde und Statut der Hanſeatifchen Feuer-Verſicherungs-Geſellſchaft zu Hamburg. 397.
— Deſgl. der Norddeutſchen Feuer-Verſicherungs-Geſellſchaft zu Hamburg. 492.

Fiſcherei.

— Ausübung deſſelben während der Frühjahrsſonzeit. 5.

Forſt-Akademie.

— Vorleſungen ꝛ. im Sommerhalbjahr 1885 an der Forſt-Akademie in Eberswalde. 53.

Forſtdienſt.

— Notirung forſtverſorgungsberechtigter Jäger. 390.

Forſtklaſſen.

— Auflöſung der Forſtklaſſe in Joachimsthal. 101.

Forſtpolizei.

— Polizei-Verordnung, betr. die Ausführung des Feld- und Forſtpolizei-Geſetzes im Regierungsbezirk Potsdam. 451.

***Fundaſachen.**

— Aufgebot von Fundaſachen. 106 370. 432. 465. 529. 667. 727. 1042. 1058.

G.**Gebäudeſteuer.**

— Anmeldung von Neubauten ꝛ. in Berlin. 460.

Gemeinde-Anleihen.

— Allerhöchſtes Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Anleiheſcheine der Gemeinde Neu-Weißenſee, Kreis Nieder-Barnim. 211.

*— Ausgelooſte, einzutauſchende, verloren gegangene ꝛ. von Stegliſ. 360.

— Deſgl. von Rixdorf. 666.

Gemeindebezirks- ꝛ. Veränderungen.

— im Kreiſe Angermünde. 288. 392.
— im Kreiſe Ober-Barnim. 7. 98.
— im Kreiſe Weſtow-Storkow. 16. 298.
— im Kreiſe Jüterbog-Luckenwalde. 198. 280. 422.
— im Kreiſe Oſthavelland. 227.
— im Kreiſe Ruppin. 421.
— im Kreiſe Teltow. 30. 160. 227. 288. 409.
— im Kreiſe Templin. 421.
— im Kreiſe Zauch-Belzig. 150. 227.
— Vereinigung einer Wieſenfläche des Ortsbezirks der Domäne Dahme mit dem Stadtbezirk Dahme. 113.
— Errichtung der beiden fiſkalifchen Ortsbezirke Dieſen-
thaler und Eberswalder Forſt. 174.
— Vereinigung zweier Waſſergrundſtücke des Ortsbezirks Alt-Landsberg mit dem Stadtbezirk Alt-Landsberg. 276.
— Deſgl. des Etabliſſements „Scharfenberger Mühle“ mit dem Stadtbezirk Wittſtock. 285.
— Deſgl. von Parzellen des Ortsbezirks Cöpenicker Forſt mit dem Stadtbezirk Cöpenick. 302.
— Deſgl. einer Waldparzelle des Gemeindebezirks Bende-
lin mit dem Stadtbezirk Havelberg. 361.
— Veränderung des Gemeinde- und des Ortsbezirks Hermsdorf. 398. 403. 484.

Genoſſenſchafts-Regiſter, ſ. Handels-Regiſter.**General-Kommiſſion.**

— Wahl von Kreisverordneten für den Kreis Angermünde. 56. 180.

Gerichtskosten ꝛ.

— Einziehung deſſelben im Bezirk des Amtsgerichts Rixdorf. 109.
— Deſgl. des Amtsgerichts Eberswalde. 109.
— Deſgl. des Amtsgerichts Berlin II. 109.
— Deſgl. des Amtsgerichts Neu-Ruppin. 110.
— Deſgl. des Amtsgerichts Zoffen. 132.
— Deſgl. des Amtsgerichts Spandau. 132.
— Deſgl. des Amtsgerichts Meyenburg. 132.
— Deſgl. des Amtsgerichts Mittenwalde. 137.
— Deſgl. des Amtsgerichts Wendisch-Buchholz. 155.

Gerichtstage.

— Abhaltung deſſelben in Belten und Alte-Grund 425, in Putliß, Lehnin und Niemeß 436, Barnow und Joachimsthal 460, Gramzow, Boizenburg und Gerswalde 469, in Dieſenthal 478.

Geſetz-Sammlung.

— Hauptregiſter für die Jahrgänge 1806 bis 1883. 241. 401.

Inhalts-Verzeichniß

pro 1884:
— Stück 31—33. S. 11.
pro 1885:
— Stück 1—3. S. 69.
— Stück 4—6. S. 107.
— Stück 7—9. S. 151.

Gesetz-Sammlung. Inhalts-Verzeichniß

- Stück 10—13. S. 161.
- Stück 14—19. S. 223.
- Stück 20—21. S. 241.
- Stück 22. S. 253.
- Stück 23—26. S. 285.
- Stück 27—29. S. 325.
- Stück 30. S. 329.
- Stück 31—34. S. 405.
- Stück 35—36. S. 471.

Gefälle.

- Stationirung der Landbeschäler pro 1885. 18.
- Nachweisung der im Jahre 1883 durch Königlich Brandenburgische Landbeschäler gedeckten Stuten und der im Jahre 1884 nachgewiesenen Fohlen. 52.
- Verlegung der Deckstation Borsfelde nach Kohnsdorf. 53.
- Nachweisung der im Jahre 1884 durch Königlich Brandenburgische Landbeschäler gedeckten Stuten und der im Jahre 1885 nachgewiesenen Fohlen. 487.

Gewerbe-Ordnung.

- Polizei-Verordnung, betr. Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der im § 35 Abs. 2 und 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung verzeichneten Gewerbetreibenden. Extrabeilage zum 15. Stück. 203.

Gewerbesteuer.

- Neuwahl von 11 Abgeordneten und 11 Stellvertretern für Berlin. 436.

*Grundstücke.

- Aufgebot von Grundstücken. 346. 416. 640. 946. 1003. 1141. 1164. 1170.

H.

Handarbeits-Lehrerinnen, f. Lehrerinnen.

Handel.

- Artikel im Novemberheft des Deutschen Handels-Archivs. 454.

Handels- und Genossenschafts- u. Register.

- Führung derselben bezw. Veröffentlichung der Eintragungen in dieselben für die Amtsgerichtsbezirke zu Berlin II., Berlin I. 4, 495, Angermünde, Luckenwalde 10, Dranienburg 36, 495, Dahme 66, 490, Prenzlau 367, 490, Wittenberge, Rathenow, Perleberg, Jüterbog, Strasburg i. U., Baruth, Wittstock, Lenzen 490, Brandenburg a. H. 495, Templin, Meyenburg, Potsdam, Briesen 495.

Hebammen.

- Zulassung von Hebammen in Berlin. 166.
- Hebammen-Prüfung in Berlin. 192.
- Hebammen-Unterricht in Berlin und Frankfurt a. D. 307.
- Hebammen-Lehrkursus in Berlin und Frankfurt a. D. 334.
- Instruktion, betr. das Hebammenwesen im Regierungsbezirk Potsdam. Extrabeilage zum 42. Stück.

Hypotheken-Bank.

- Bestellung des Generalbevollmächtigten der „Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank“ für Preußen. 492.

*Hypotheken-Dokumente, Posten, Massen u.

- Aufgebot verlorener gegangener.
— Angermünde Amtsgericht. 1134.
- Bellingh Amtsgericht. 925.
- Desslow Amtsgericht. 340. 640. 662. 713. 745. 760. 783. 817. 879. 1040. 1132. 1187.

*Hypotheken-Dokumente, Posten, Massen u.

Aufgebot verlorener gegangener.

- Bellingh Amtsgericht. 511. 528.
- Berlin Amtsgericht I. 88. 129. 187. 191. 199. 280. 319. 320. 399. 416. 476. 486. 544. 560. 573. 617. 693. 694. 713. 775. 833. 960. 1036. 1041. 1108. 1134. 1140. 1209. 1289.
- Berlin Amtsgericht II. 129. 236. 406. 610. 817. 1119. 1288.
- Bernau Amtsgericht. 1240.
- Brandenburg Amtsgericht. 25. 52. 182. 207. 262. 465. 499. 503. 523. 625. 671. 713. 715. 1119. 1210. 1254. 1289.
- Charlottenburg Amtsgericht. 588. 694. 714.
- Coepenick Amtsgericht. 441.
- Eberswalde Amtsgericht. 442. 524.
- Fehrbellin Amtsgericht. 661.
- Freienwalde a. D. Amtsgericht. 38. 715. 1013.
- Fürstenwalde Amtsgericht. 280.
- Gransee Amtsgericht. 442. 477. 917.
- Havelberg Amtsgericht. 207. 475. 617. 1249. 1276.
- Jüterbog Amtsgericht. 502. 550. 1093. 1109. 1223.
- Kyritz Amtsgericht. 2. 137. 142. 174. 485. 1041. 1158.
- Landsberg a. B. Amtsgericht. 24.
- Lenzen Amtsgericht. 280. 511. 848.
- Liebenwalde Amtsgericht. 93. 501.
- Lieberose Amtsgericht. 371.
- Lindow Amtsgericht. 38. 262.
- Luckenwalde Amtsgericht. 72. 200. 610.
- Lyßen Amtsgericht. 596. 1187.
- Mauen Amtsgericht. 358.
- Oberberg i. M. Amtsgericht. 174. 1249.
- Oranienburg Amtsgericht. 2. 258. 320. 385. 853.
- Perleberg Amtsgericht. 262. 529. 595. 610. 754. 1058. 1135.
- Potsdam Amtsgericht. 335. 610.
- Prenzlau Amtsgericht. 72. 251. 262. 371. 442. 783. 1041. 1209.
- Prignitz Amtsgericht. 149. 415. 524. 817. 1171.
- Rathenow Amtsgericht. 316. 320. 434. 511. 617. 905. 982. 1215.
- Rheinsberg Amtsgericht. 52. 207.
- Rixdorf Amtsgericht. 1119.
- Neu-Ruppin Amtsgericht. 174. 529. 550. 833. 894. 1170.
- Schwedt Amtsgericht. 441.
- Spandau. 1255.
- Strasburg i. U.-M. Amtsgericht. 484. 625.
- Templin Amtsgericht. 415. 416. 693. 703. 1003.
- Treuenbriezen Amtsgericht. 1255.
- Werder Amtsgericht. 544.
- Wittenberge Amtsgericht. 107. 625. 997.
- Wittstock Amtsgericht. 142. 703. 713. 734. 962.
- Wriezen Amtsgericht. 428. 524. 817. 924. 946.
- Wusterhausen a. D. Amtsgericht. 72. 475. 573. 587. 760. 874. 900. 1014.
- Königs-Wusterhausen Amtsgericht. 746. 1110.
- Zehdenitz Amtsgericht. 308. 320. 661.

J.

Jagd.

- Eröffnung der kleinen Jagd für den Regierungsbezirk Potsdam. 308.

Jagd.

- Eröffnung der Jagd auf Rebhühner für den Bezirk des Stadtkreises Berlin. 315.
- Schluß der Jagd auf Rebhühner im Regierungsbezirk Potsdam. 402.

Impfung.

- Ernennung des Direktors der königlichen Schutzblattern-Impfungs-Anstalt in Berlin. 287.

Innungen.

- Bestimmungen für die Innung „Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister zu Berlin“ bezüglich des Lehrlingswesens. 7.
- Desgl. für die Barbier- und Friseur-Innung zu Berlin. 115.
- Desgl. für die Schornsteinfeger-Innung zu Berlin. 141.
- Desgl. für die Perrückenmacher- und Friseur-Innung in Berlin. 179.
- Ertheilung von Prüfungs-Zeugnissen durch die Berliner Schmiede-Innung. 191.
- Desgl. durch die Schmiede-Innung in Brandenburg a. P. 277.
- Bestimmungen für die vereinigte Bäcker-, Konditor- und Pfefferkuchler-Innung in Oderberg i. M. bezüglich des Lehrlingswesens. 428. 480.
- Desgl. für die Schmiede-Innung in Berlin. 438.
- Desgl. für die Schiefer- und Ziegeldecker-Innung in Angermünde. 454.
- Desgl. für die Barbier- und Friseur-Innung zu Perleberg. 479.

R.**Rantionen.**

- Aufgebot der Rantionen zweier Auswanderungs-Agenten. 330.
- * — Aufgebot zurückgebender. 2. 25. 52. 103. 142. 199. 236. 279. 280. 319. 503. 588. 610. 754. 828. 861. 894. 1014. 1141.

Kirchen.

- Volation eines Pastors seitens der Gemeinde der von der Gemeinschaft der Evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheraner in Berlin. 89.
- General-Kirchen-Bisitation in der Diözese Westow. 183.
- Geschenke an Kirchen u. 206. 222. 425.
- General-Kirchen- und Schul-Bisitation in der Diözese Jossen. 258.

Konsulate.

- Ernennung des General-Konsuls für Belgien und des Vice-Konsuls für Portugal in Berlin. 11.
- Desgl. des Argentinischen Vice-Konsuls in Berlin. 49.
- Desgl. des General-Konsuls für die Republik Guatemala in Berlin. 108.
- Desgl. des Konsuls für die Republik Salvador in Berlin. 141.
- Desgl. des General-Konsuls für den Freistaat Honduras in Berlin. 178.
- Desgl. des General-Konsuls der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin. 225.
- General-Konsulat für Guatemala in Berlin. 285.
- Zuständigkeit der kaiserlichen Konsulate. 341.
- Ernennung des Vice-Konsuls für die Republik Peru in Berlin. 429.

Kranken-Versicherungswesen, f. Arbeiter.**Kreis-Anleihe-Gesetze.**

- * — Verloosung derselben des Kreises Niederbarnim. 650.
- Desgl. des Kreises Westhavelland. 242. 352.
- Desgl. des Kreises Prenzlau. 68. 1294.
- Desgl. des Kreises Ostprignitz. 344.
- Desgl. des Kreises Teltow. 28.
- Desgl. des Kreises Zauch-Belzig. 649.

Kreis-Physikus.

- Erledigte Stelle desselben im Kreise Oberbarnim. 141.

Kreis-Schulinspektion.

- Zulegung der Schule in Kolonie Johannisthal zu der Kreis-Schulinspektion Landkreis Berlin-Teltow. 463.

Kreis-Bundarzt.

- Erledigte Stelle desselben in den Kreisen Templin, Osthavelland und Westprignitz. 73. 267. 377.
- Desgl. im Kreise Czarnikau. 425.
- Desgl. im Kreise Kolmar. 477.

Kummtmaße.

- Dimensionen und Einrichtung derselben. 289.

***Kur- und Neumärktisches Ritterschaftliches Kredit-Institut.**

- Aufkündigung Kur- und Neumärktischer Pfandbriefe zur Baarzahlung des Nennwerths. 126. 268. 776.

S.**Landesbaumschule in Alt-Geltow und bei Potsdam.**

- Preisverzeichnis pro 1. Oktober 1885/86. 377.

Landmesser, f. Feldmesser.**Landtag.**

- Eröffnung der beiden Häuser des Landtags. 5.
- Nachtrag zum Reglement über die Ausführung der Wahlen zum Hause der Abgeordneten für den Umfang der Monarchie mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande vom 4. September 1882. 360.
- Neuwahlen zum Hause der Abgeordneten. Extrablatt S. 381. 387. 397.

Landwirthschaft.

- Vorlesungen in der Landwirthschaftlichen Hochschule zu Berlin
 - im Sommerhalbjahr 1885. 66.
 - im Winterhalbjahr 1885/86. 291.
- Desgl. für das Studium der Landwirthschaft an der Universität Halle
 - im Sommerhalbjahr 1885. 105.
 - im Winterhalbjahr 1885/86. 320.
- Unterrichts-Kurse für praktische Landwirthe an der Königl. Landwirthschaftlichen Hochschule in Berlin. 477.

Lebens-Versicherungs-Gesellschaften.

- Nachtrag zu den Verfassungsartikeln der Berliner Lebens-Versicherungs-Gesellschaft. 22.
- Revidirtes Statut und Genehmigungs-Urkunde der Leipziger Kranken-, Invaliden- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Gegenseitigkeit“ zu Leipzig. 330.
- Nachtrag zu den Nebensatzungen der Equitable-Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu New-York. 437.
- Abschluß von Rantions-Versicherungen für Beamte durch die Schlesische Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Breslau. 491.

- * — Aufgebot verloren gegangener u. Policen. 3. 72. 175. 1158.

Lehrerinnen.

- Aufnahme in die Lehrerinnen-Bildungs-Anstalten zu Droyßig. 81.
- Lehrerinnen-Prüfung in Berlin. 194. 474.
- Prüfung von Handarbeitslehrerinnen in Berlin. 194. 466.
- Lehrerinnen-Prüfung in Potsdam. 465.

Lehrerstellen.

- Erledigte und wiederbesetzte. 4. 20. 30. 35. 51. 66. 88. 104. 105. 122. 138. 237. 262. 284. 289. 304. 345. 354. 393.

Literatur und Kunst.

- Ausführung der Uebereinkunft zwischen Deutschland und Italien über den Schutz an Werken der Literatur und Kunst. 60.

Lizitation, s. Submission.**Lotterieloose, Antheilscheine u.**

- Aufgebot verloren gegangener. 618. 644.

Lotterien

- in Stettin 5, in Frankfurt a. M. 11, in Berlin 11, 177, 191, 315, 355, 463, 479, 491, in Quedlinburg 21, in Königsberg i. Pr. 33, 114, in Cassel 33, 463, in Götting 59, in Magdeburg 90, in Neu-Brandenburg 99, in Baden-Baden 164, in Weimar 164, 419, in Jerbst 176, in Seelow 276, in Nürnberg 316, in Inowrazlaw 341, in Köln 401, in Elberfeld 401, in Kaiserswerth 430, in Marienburg 471.
- des Vereins zur Förderung der hannoverschen Landes-Pferde-Zucht. 79.
- des Berliner Comité's zur Unterstützung der Opfer der Erdbeben in Spanien. 100.
- des Central-Comité's für die Schlesischen Musikfeste 133.
- für die Zwecke der Deutschen Vereine vom Rothen Kreuz. 164.
- der Zweig-Vereine des Vaterländischen Frauen-Vereins. 285.
- des Deutschen bienenwirtschaftlichen Centralvereins. 302.
- des Vereins für die Herstellung und Ausschmückung der Marienburg. 347.
- des Bezirks-Vereins Danzig des Vereins für Kinderheilstätten an den Deutschen Seelüften. 401.
- des Unions-Klubs in Berlin. 491.

M.**Manöver.**

- Allerhöchster Erlass, betr. Dankagung für die Haltung der Bevölkerung auf dem Manöver-Terrain. 339.

Märkte.

- Verlegung eines Jahrmarkts in Teltow. 33.
- Neue Märkte in Jossen. 73.
- Verlegung von Jahrmärkten in Brandenburg und Dahme. 397.

Marktscheider.

- Erlöschen der Befugniß des königlichen Marktscheiders z. D. Petri in Fürstenwalde. 104.

Marktpreise.

- Nachweisung der Marktpreise in den Normal-Marktorthen des Regierungsbezirks Potsdam für Dezember 1884 12, Januar 1885 60, Februar 100, März 142, April 182, Mai 232, Juni 276, Juli 326, August 343, September 388, Oktober 428, November 480.

Marktpreise.

- Berliner und Charlottenburger Durchschnittsmarktpreise für Dezember 1884 14, Januar 1885 63, Februar 102, März 154, April 191, Mai 233, Juni 287, Juli 316, August 349, September 398, Oktober 431, November 473.
- Durchschnitts-Marktpreise in den Normal-Marktorthen des Regierungsbezirks Potsdam, nach welchen die Vergütung für Weizen, Roggen, Hafer, Heu, Stroh, Weizen- und Roggenmehl für 1. April 1885/86 zu gewähren ist. 72.
- Martini-Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Kartoffeln, Heu und Stroh in den Normal-Marktorthen des Regierungsbezirks Potsdam für das Jahr 1885. 484.
- 24jährige Martini-Durchschnitts-Marktpreise des Getreides dergleichen. 485.

Militair-Anwärter.

- Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staats-Verhörden mit Militair-Anwärtern. Extrabeilage zum 41. Stück.

Militairdienst.

- Meldung zur Erlangung der Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Militairdienst. 449.

Militairische Kontrolle.

- Anweisung für die Polizei- und Gemeindebehörden zur Mitwirkung bei Ausübung der militairischen Kontrolle. Extrabeilage zum 47. Stück.

Militair-Pensionen.

- Eintragung der Beschäftigungs- u. Bemerkte in die Pensions-Duittungsbücher der im Civildienste beschäftigten Militair-Invaliden und Einsendung dieser Bücher zur Pensions-Regelung. 256. 257.

Mittelschullehrer.

- Prüfung in Berlin. 195. 465.

N.

- Nachlaß des deutschen Seemanns N. Borchmann. 315.

Notte-Verband.

- Kündigung von Notte-Obligationen. 242. 1146.
- Ausreichung der 2. Zinsschein-Serie der Notte-Obligationen, Emission II. 516.

O.**Oberbruch.**

- Verlosung von Obligationen des Nieder-Oberbruchs. 6. 148. 278. 1212. 1271.

Ortsbenennung.

- Benennung des Förster-Etablissements für den Schutzbezirk Lenzenbude mit dem Namen „Bismard“. 14.
- Benennung des unweit des Münchshofe-Dahlwiger Weges entstandenen Anbaues (Trainir-Anstalt) mit dem Namen „Münchshofheim“. 244.

P.**Papierlieferungen.**

- Berechnung des Ries bei Papierlieferungen. 479.

Parochial-Verhältnisse.

- Beschäftigte Parochial-Veränderung. 15.
- Parochial-Verhältnis der in Berlin neu anziehenden evangelischen Einwohner. 278.
- Einfügung der Anhalts-Parochie Joachimsthal in die Diözese Friedrichswerder. 304.
- Umpfarrungsgebiet. 330.

Pensionen.

- Vorschriften, betr. die Bescheinigung der Quittungen über die aus Reichsfonds zu beziehenden Pensionen, Wartegelder, Wittwen- und Waisengelder, sowie Unterstützungen und Erziehungsbeihilfen. 371.

Pfandbriefe.

- Umtausch gekündigter Pfandbriefe Litt. B. des Königl. Kredit-Instituts für Schlesien. 8. 262. 332.
- Aufruf verlooster Pfandbriefe Litt. B. desselben Instituts. 87.
- 38te Verloosung von Pfandbriefen Litt. B. desselben Instituts. 227.
- Ankündigung Kur- und Neumärkischer Pfandbriefe. 126. 268. 776.
- Aufgebot verloren gegangener. 363. 662. 671. 735. 1057. 1215.

Pferdebahnen.

- Einrichtung eines durchgehenden Pferdebahn-Betriebes aus dem Innern der Stadt Berlin nach dem Stadtbahnhof „Zoologischer Garten“. 214.

Polizei-Verordnungen.

- Das von dem Geheimen Regierungsrath von Wichert verfaßte Handbuch „Die Polizei-Verordnungen des Regierungsbezirks Potsdam“, 6. Ausgabe. 73.
- Polizei-Verordnung, betr. die Abänderung der Polizei-Verordnung vom 18. April 1874 über den Erlaß von Polizei-Verordnungen. 389.

Pomologisches Institut.

- Vorlesungen im Sommerhalbjahr 1885 am pomologischen Institut in Proslau. 53.

Postwesen.**a) Allgemeines.**

- Aenderung in der Landbestellung. 92.
- Desgl. in der Gelbbestellung. 134. 364.
- Die zu Bevollmächtigten bzw. Ersatzmännern gewählten Mitglieder der Postrentenkasse. 390.
- Annahme von Postsendungen durch die Landbriefträger. 431.
- Weihnachtssendungen. 471.

b) Brief-Poststellung.

- Unbestellbare eingeschriebene Briefe. 50. 181. 303. 457.
- Unanbringliche Briefe mit Werthinhalt. 64. 192. 309. 457.
- Unanbringliche Postanweisungen. 64. 193. 308. 457.
- Unanbringliche Pakete. 64. 203. 343. 464.
- Unbestellbare Postsendungen. 108. 258. 402.

c) Postämter.

- Verlegung des Postamts in Schöneberg. 134.
- Desgl. des Postamts Nr. 14 in Berlin. 134.
- Errichtung des Postamts Nr. 69 in Berlin. 141.
- Desgl. von Postagenturen ohne Telegraphenbetrieb. 193.
- Desgl. einer Postagentur in Schönermark. 234.
- Verlegung des Postamts in Friedrichsfelde. 258.
- Errichtung einer Postagentur mit Telegraphenbetrieb in Damm-Paß. 276.

Postwesen.

- Errichtung einer Postagentur ohne Telegraphenbetrieb in Laaske. 296.
- Aenderung des Bestellbezirks der Postämter Weissen-see und Friedrichsfelde. 325.
- Errichtung eines Postamts in Nieder-Schönhausen. 376.
- Verlegung des Postamts Nr. 73 in Berlin. 376.
- Desgl. des Postamts Nr. 92 in Berlin. 376.
- Desgl. des Postamts Nr. 18 in Berlin. 376.
- Desgl. des Postamts in Weissensee bei Berlin. 377.
- Aenderung des Bestellbezirks der Postämter Pantow und Schönholz. 390.

d) Postverbindungen mit dem Auslande.

- Beitritt von Siam zum Weltpostverein. 258.
- Paketverkehr mit Spanien und Portugal 269, mit Frankreich 342, mit Portugal 349.
- Postanweisungsverkehr mit Bulgarien 269, mit Adrianopel und Philippopel 269, mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Canada 270, mit Gibraltar und Malta 308.
- Postarten mit Antwort nach den Französischen Kolonien 317, nach Siam 402.
- Einschränkung des Postverkehrs mit Portugal. 364.
- Unterbrechung des Postanweisungsverkehrs mit Bulgarien. 457.
- Beitritt des Kongostaates zum Weltpostverein. 492.

Privatschulen.

- Ertheilung der Konzession zur Verlegung derselben in einen anderen Bezirk. 152.

Provinzial-Landtag.

- Einberufung des 11. Provinzial-Landtages. 43.
- Ersatzwahl eines Mitgliedes desselben für den Kreis Beeskow-Storlow. 79.
- Desgl. für den Kreis Rhavelland. 231.
- Desgl. für den Kreis Prenzlau. 295.
- Desgl. für den Kreis Oberbarnim. 479.

Provinzial-Verband von Brandenburg.

- Haupt-Etat für 1. April 1885/86. 123.
- Erhebung der Provinzial-Abgaben für 1885/86. 279.

Q.**Quittungen.**

- Eintragung der Beschäftigungs- u. Bemerkte in die Pensions-Quittungsbücher der im Civildienst beschäftigten Militär-Invaliden und Einsendung der Bücher zur Pensions-Regelung. 256. 257.
- Bescheinigung der Quittungen über die aus Reichsfonds zu beziehenden Pensionen, Wartegelder, Wittwen- und Waisengelder, sowie Unterstützungen und Erziehungsbeihilfen. 371.

R.**Reallasten, s. Ablösungen.****Reichsbank.**

- Verwaltung der Reichsbanknebenstelle in Brandenburg a. S. 109.

Reichsgesetzblatt. Inhalts-Verzeichniß.

- Für 1884:
— Stück 32 bis 34. S. 11.
Für 1885:
— Stück 1 bis 3. S. 69.
— Stück 4 bis 8. S. 89.
— Stück 9. S. 107.
— Stück 10. S. 151.
— Stück 11 und 12. S. 161.
— Stück 13 und 14. S. 223.
— Stück 15 bis 20. S. 241.
— Stück 21 bis 22. S. 253.
— Stück 23 bis 25. S. 285.
— Stück 26. S. 329.
— Stück 27. S. 397.
— Stück 28. S. 405.
— Stück 29 bis 31. S. 471.
- Reichsstempelabgaben.**
— Erhebung derselben. 374.
— Baare Erstattung der Abgaben-Beträge für un-
wendbar gewordene Reichsstempelmarken und Schluß-
notenformulare der bisherigen Art. 375.
— Verzeichniß der Steuerstellen, welche zur Erhebung der
in der Tarifnummer 4 des Gesetzes, betr. die Er-
hebung der Reichsstempelabgaben, angeordneten Abgabe
zuständig sind. 375.
— Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze wegen Er-
hebung von Reichsstempelabgaben. 385.
- Reichstag.**
— Reichstags-Erswahl im 10. Wahlkreise des Regie-
rungsbezirks Potsdam. 139.
- Rektors-Prüfung in Berlin.** 195. 465.
- Remonte-Ankauf.** 133.
- Rentenbank.**
— Ausreichung von Entlastungsquittungen über abgelöste
Renten. 51. 296.
— Versicherung von Gebäuden u. gegen Feuergefahr
durch die Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs-Ge-
sellschaft in Hamburg. 431.
- Rentenbriefe.**
— Verloosung von Rentenbriefen. 92. 180. 214. 344.
408. 444.
— Einlösung von Rentenbriefen. 103.
— Vernichtung von ausgelosten Rentenbriefen. 215. 459.
- Renten-Versicherungs-Anstalten.**
— Nachtrag zum Statut der Berlinischen Renten- und
Kapital-Versicherungs-Bank. 22.
— Direktion der Preussischen Renten-Versicherungs-An-
stalt zu Berlin. 269.
- Rentmeister.**
— Verleihung des Amtscharakters „Königlicher Rent-
meister“ an die Verwalter der königlichen Kreis-
kassen. 6.

S.

Schießplatz bei Cummersdorf.

- Schießfreie Tage für das Jahr 1885. 21.

Schießstände.

- Polizei-Berordnung, betr. das Verbot des Betretens
der Schießstände des Garde-Schützen-Bataillons im
Grünwald. 244.

Schifffahrt.

- Sperrung der Spandauer Schleuse. 6.
— Oeffnung der Eisenbahnbrücken über die Havel bei
Potsdam und Werder. 33. 57. 138. 163. 232.
— Durchschleusen von Fahrzeugen zur Nachtzeit durch die
Charlottenburger Schleusen. 33.
— Aufhebung der Polizei-Berordnung, betr. das Passiren
der Brücke der Berlin-Hamburger Eisenbahn über die
Spree bei Charlottenburg vom 25. Juni 1870, und
derjenigen, betr. das Verbot des Pferdeschwemmens,
Biehtränkens und Anlegens von Fahrzeugen am rechten
Ufer der Spree unterhalb Charlottenburg zwischen den
beiden dort errichteten Mastentrakten vom 4. Oktober
1870. 49.
— Aufhebung der Schifffahrtssperre des Dranienburger
Kanals. 59.
— Technische u. Verwaltung der Elbfähren im Regierungs-
bezirk Potsdam. 73.
— Aufhebung der Sperre des Ruppiner Kanals. 73.
— Desgl. des Finow-Kanals und des Werbellin-Kanals. 79.
— Verlängerung von Schifffahrtssperren. 79.
— Polizei-Berordnung, betr. die Dampfschifffahrt auf dem
Landwehr- und Luisenstädtischen Kanal in Berlin.
102. 232.
— Tarif zur Erhebung der Schleusenkeusche-Gebühren an
den beiden Charlottenburger Schleusen. 132.
— Polizei-Berordnung, betr. das Schleppen von Floßholz
mittels des Kabeldampfers zwischen den Hohensaaten-
Schleusen und dem Unter-Kanal der Rieper Schleusen.
133.
— Schifffahrtssperre auf der Elbe. 136. 228.
— Technische Verwaltung der Elbfähren bei Quedlinburg. 141.
— Erhebung einer Abgabe für das Durchschleusen durch
die Schleuse bei Prieros. 141.
— Schifffahrtssperre auf der Spree. 162.
— Polizei-Berordnung, betr. die Regelung des Verkehrs
auf der Spreewasserstraße bei dem Charlottenburger
Stau. 163.
— Sperrung der Kanalstraße Riegripp-Berggaw des
Plauer Kanals. 174. 460.
— Polizei-Berordnung, betr. das Befahren der dem Re-
gierungs-Präsidenten zu Potsdam unterstellten Wasser-
straßen mit Frachtdampfsbooten und Dampfschleppzügen.
177.
— Benutzung der Leinpfade auf den Ober-Usfern durch
Schifffahrt treibendes Publikum. 190.
— Polizei-Berordnung, betr. die Dampfschifffahrt und die
Beleuchtung der Fahrzeuge auf dem Friedrich-Wilhelms-
Kanal, sowie dem Briesower See und der Spree von
Reinhaus bis zur Mündung des Unterkanals der
Schleuse zu Fürstenwalde. 199.
— Desgl., betr. den Verkehr mit Spiritus auf den dem
Regierungs-Präsidenten unterstellten Wasserstraßen. 202.
— Oeffnen der Eisenbahnbrücken der Berlin-Lehrter
Eisenbahn über die Havel bei Spandau und Werder.
226. 371.
— Neubau der Charlottenburgerthorbrücke in Spandau. 232.
— Errichtung des Brückenaufzugsgeldes. 242.
— Oeffnungszeiten der Drehbrücke der Berlin-Hamburger
Eisenbahn über die Havel bei Spandau. 258. 387.
— Polizei-Berordnung, betr. das Befahren des „schmalen
Grabens“ während der Sperrung der Kanalstraße
Riegripp-Berggaw. 284.
— Sperrung des Friedrich-Wilhelms-Kanals und der
Fürstenwalder Schleuse. 327.

Schifffahrt.

- Schifffahrtssperre an der Eisenbahnbrücke bei Charlottenburg. 371.
- Desgl. auf Theilen des Dranienburger, des Ruppiner und des Hnow-Kanals und an der Hohenstaatener Schleuse. 401.
- Tarif, nach welchem das Ueberfahrtsgehalt bei der Fähre anhalt zu Nieder-Schönweide, Kreis Teltow, für den Spree-Übergang zwischen Berlin und Coepenick zu erheben ist. 408.
- Polizei-Verordnung über die Schifffahrt auf der Oder. 413.
- Sperrung der Stortower Schleuse. 419.
- Eingehen der Rastkraft-Anlage an der Eisenbahnbrücke bei Barby. 436.
- Schifffahrtssperre auf dem Bromberger Kanal. 449.
- Anlegen von Fahrzeugen am rechten Ufer der Spree bis zum Markgrafenbamm in Berlin. 473.
- Ernennung des bei der Elbstrom-Bauverwaltung beschäftigten Regierungsbaumeisters Kayser zu Wittenberge zum Wasserbauinspektor. 477.
- Sperrung der Drehbrücke bei Hämerten. 489.

Schulen.

- Errichtung einer Schule in der Kolonie Johannisthal. 463.

Schulverhältnisse.

- Bestrafung derselben. 74.

Schulvorsteherinnen.

- Prüfung in Berlin. 194. 473.

Seminare.

- Berlin.
 - 2. Lehrer-Prüfung. 195.
 - Entlassungs-Prüfung. 465.
 - Aufnahme-Prüfung. 465.
- Coepenick.
 - Entlassungs-Prüfung. 458.
 - 2. Lehrer-Prüfung. 464.
 - Aufnahme-Prüfung. 464.
- Kyritz.
 - Aufnahme-Prüfung. 195.
 - 2. Lehrer-Prüfung. 195.
 - Entlassungs-Prüfung. 195.
- Dranienburg.
 - Aufnahme-Prüfung. 194.
 - Entlassungs-Prüfung. 194.
 - 2. Lehrer-Prüfung. 194.
- Neu-Ruppin.
 - Aufnahme-Prüfung. 458.
 - 2. Lehrer-Prüfung. 464.
 - Entlassungs-Prüfung. 464.
- Lehrerinnen-Seminar zu Berlin.
 - Aufnahme-Prüfung. 465.

Sozialdemokratie.

- Verbot des Einsammelns von Geldbeiträgen durch den Verkauf von Miniatur-Photographien Lassalle's. 14.
- Desgl. von plastischen oder bildlichen Darstellungen von Lassalle oder Marx. 134.
- Ausführung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in Berlin, Potsdam und Charlottenburg, sowie in den Kreisen Teltow, Niederbarnim und Osthavelland. Extrablatt S. 369.

Sparkassen.

- Nachweisungen über den Geschäftsbetrieb und die Resultate der städtischen und der Kreis-Sparkassen im Regierungsbezirk Potsdam für 1883/84. 43.
- Statut der Sparkasse der Stadt Putzig. 127.

Sparkassenbücher.

- Aufgebot verloren gegangener. 45. 103. 106. 433. 511. 588. 596. 668. 727. 783. 1014. 1084. 1222.

Staatspapiere, Staatsanleihen u.

- Aufgebot und Amortisation verloren gegangener u. 3. 15. 16. 51. 82. 103. 109. 141. 155. 166. 196. 259. 270. 279. 325. 331. 350. 402. 482. 493.
- * Desgl. 287. 315. 775. 894. 918. 1276.
- Wieder zum Vorschein gekommene. 75.
- Umwandlung der Schuldverschreibungen der 4½ prozentigen Staatsanleihe in solche der 4prozentigen Staatsanleihe. 107. 339.
- Verlosung von Schuldverschreibungen der 4prozentigen Staatsanleihen von 1850, 1852 und 1853. 115. 365.
- Einlösung der unterm 11. Juli 1874 ausgefertigten Deutschen Reichs-Rajenscheine. 154.
- Kündigung der zur Baarzahlung angemeldeten Schuldverschreibungen der 4½ prozentigen konsolidierten Staatsanleihe. 176.
- Liste der im Laufe des Etatsjahres 1884/85 der Kontrolle der Staatspapiere als aufgerufen und gerichtlich für kraftlos erklärt nachgewiesenen Staats- und Reichsschuld-Urkunden. 178.
- Verlosungen von Schuldverschreibungen der 4prozentigen Staats-Anleihe von 1868A. 259. 482.
- Serienziehung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855. 365.

Staatsschuldbuch.

- Nachtrag zu den Ausführungs-Bestimmungen zum Gesetz, betr. das Staatsschuldbuch, vom 20. Juni 1883. 115. 482.

Staatssteuern, s. a. Gewerbe- und Gebäudesteuern.

- Erhebung der direkten Staatssteuern in vierteljährlichen Raten. 202.
- Erhebung von Schlacht- und Wildpretsteuer durch das Postamt Potsdam zu Wildpark. 419.

Stadt-Anleihen.

- Allerhöchstes Privilegium wegen Ausgabe von Stadtanleihe-scheinen der Stadt Pritzwalk. 41.
- Desgl. der Stadt Jossen. 253.
- Desgl. der Stadt Charlottenburg. 293.
- * Ausgeloopte, einzutauschende, verloren gegangene u. u.
 - Berlin. 84. 949.
 - Bernau. 458.
 - Biesenthal. 920.
 - Brandenburg. 350.
 - Coepenick. 676.
 - Eberswalde. 622. 1192. 1294.
 - Freienwalde. 676.
 - Dranienburg. 460. 688.
 - Perleberg. 28.
 - Rathenow. 630.
 - Schwedt. 42.
 - Spandau. 112.
 - Trebbin. 8. 104. 242. 980.
 - Vierraden. 20. 1294.
 - Jossen. 718. 1046. 1116.

Standesamt.

- Veränderung von Standesamts-Bezirken. 330. 405.

Steuer-Aemter.

- Einziehung des Steueramts in Oberberg. 117.
- Desgl. in Deelitz 365.

Steuer- und Kammer-Kredit-Rajenscheine.

- Einlösung ausgeloofter. 168.

Stiftungen.

- Aufforderung zur Bewerbung um 2 Stipendien der Jacob Salingschen Stiftung. 255.

Straßen.

- Benennung von Straßen in Charlottenburg. 181.
- Desgl. in Berlin. 348.

Strom- und Schifffahrts-Polizei.

- Verwaltung derselben auf dem Plauer Kanal. 252. 302.
- Desgl. auf dem Landgraben von Freienwalde bis zur Hohenstaaten-Spandauer Wasserstraße. 285.

Submission.

- Bekanntmachungen von Submissions- und Pzitations-Terminen durch das Regierungs-Amtsblatt ic. 463.

Synagogengemeinde.

- Statut für die Israelitische Synagogengemeinde (Adass Jisroel) in Berlin. 439.

I.**Taubstummen-Anstalten.**

- Prüfung der Lehrer an solchen. 34. 204.

Telegraphie, s. a. Postwesen.

- Eröffnung neuer Betriebsstellen in Mühlenbeck 242, Riez (Elbe) 270, Lohm (Markt) 278, Altwiezen 287, Baisleben (Markt) und Dabergoß 287, Altfriedland 296, Gühlen-Glienitz, Lunow und Neukünkendorf 303, Rarstädt 325, Lasdorf 330, Holzendorf und Schmölz 377.

***Testamente.**

- Aufgebot älterer. 149. 200. 346. 1170. 1256.

Tierärzte.

- Prüfung derselben. Nachtrag zum Regulativ vom 19. Juni 1876. 74.

Tierarzneischule.

- Vorlesungen im Sommerhalbjahr 1885 an der Königl. Tierarzneischule in Hannover. 66.
- Desgl. im Winterhalbjahr 1885/86. 338.

Turnlehrer, Turnlehrerinnen.

- Bestimmungen, betr. die Aufnahme in die an der Königl. Turnlehrer-Bildungsanstalt in Berlin abzuhaltenden Kurse zur Ausbildung von Turnlehrerinnen. 6.
- Turnlehrerinnen-Prüfung in Berlin. 115. 341. 427. 472.
- Kursus für Lehrer in der Königl. Turnlehrer-Bildungs-Anstalt in Berlin. 165.

II.**Unfallversicherung.**

- Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe. 75. Beilage zum 27. Stüd. 286.
- Anweisung zur Ausführung des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885. 333.

III.**Verdingung.**

- Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 17. Juli 1885, betr. das Verdingungswesen. Extra-blatt zum 36. Stüd.
- Desgl. Anwendung desselben auf die landwirtschaftliche und Gefeüt-Verwaltung. 480.

Vereine, verbotene.

- Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands. 330.

Versicherungs-Gesellschaften ic., s. a. Feuer-Versicherungs-Gesellschaften.

- Konzeption und Statut der Norddeutschen Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg. 3.
- Desgl. der Aktien-Gesellschaft für Vermittelung zur Wiedererlangung verlorener Gegenstände „Eureka“ zu Brüssel. 23.
- Revidirtes Statut der Schweizerischen Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Winterthur. 73.
- Statut der Preussischen Hypotheken-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin. 376.
- Abänderung der Statuten der Stuttgarter Glas-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stuttgart. 397.
- Konzeption und Statuten der Mannheimer Rück-Versicherungs-Gesellschaft zu Mannheim. 428.

Viehseuchen.

- Deren Ausbruch bezw. Erlöschen in: Prenzlau, Bernau, Mariendorf, Domaine Hertefeld und Buxtermark. 3.

Rixdorf. 6.

- Senzle, Döberitz, Rittergut Kleffen, Rittergut Birkholz, Nieder-Schönhausen, Abban Herrlichenrath, Jichow und Wilhelmshagen. 11.

- Spandau, Dyroß, Biesdorf, Schmerzke, Niederlehme, Wendisch-Buchholz, Bärtnersfelde und Gocz. 21.

- Rittergut Rhinow. 33.

- Mühlenbeck, Zerpenschlense-Berg, Rixdorf und Tremmen. 34.

- Herzfelde, Mergdorf, Dalldorf, Kieselgut Falkenberg, Kieselgut Malschow, Brandenburg, Döberitz und Streganz. 50.

- Rittergut Birkholz, Rittergut Kleffen, Neu-Weißensee, Krangen, Rixdorf, Schmerzke, Bärtnersfelde, Falkenberg und Colpin. 59.

- Flatow. 74.

- Buchow-Carpzow, Garlig und Bachow. 80.

- Lichtenberg, Rixdorf, Pausin, Bantow und Rittergut Gocz I. Antheils. 90.

- Brusenroß, Hoppenrade, Tremmen, Dominium Schönfeld, Blankensfelde, Ribbeck, Riezow, Buchow-Carpzow und Weißensee. 100.

- Rixdorf. 108.

- Rittergut Gräfenroß, Rixdorf und Hoppenrade. 114.
- Börnick, Rittergut Stolpe, Flatow, Friedrichshagen und Giesendorf. 134.

- Tremmen, Blankensfelde, Niederschönhausen und Hertefeld. 141.

- Brusenroß, Hoppenrade, Reinickendorf, Buchow, Dahme und Zehdenick. 152.

- Schönefeld, Spandau und Schweinrich. 164.

- Rittergut Stolpe und Flatow. 178.

- Tremmen. 184.

- Weißensee und Brück. 191.

- Rittergut Bruchhagen, Rittergut Görlsdorf, Birkholz und Friedrichsfelde. 203.

- Bößow. 214.

- Falkenberg, Cumlosen, Lüttenwisch und Mäggendorf. 226.

- Gransee. 232.

- Rixdorf, Buchow, Falkenberg und Bärtnersfelde. 242.

- Neu-Ruppin und Prenzlau. 257.

- Pausin, Dyroß, Cumlosen, Lüttenwisch und Mäggendorf. 276.

- Obergreifenberg. 286.

Viehseuchen.

- Deren Ausbruch bezw. Erlöschen in:
 Neu-Weissenfe. 296.
 Neu-Dornim, Jüterbog, Richterfelde, Schönsfeld und
 Lüdersdorf. 302. 303.
 Paretz, Domaine Riesenberg, Neu-Bögow, Jüterbog,
 Niederschönweide und Domaine Berge. 305.
 Paretz, Bögow, Jüterbog, Rietow, Neuenhof bei Ten-
 pitz und Domaine Riesenberg. 325.
 Sachstehausen, Gremmen, Liegow und Carolinenhof. 334.
 Schwedt. 342.
 Schwedt, Paretz und Neuenhof. 347.
 Dyroß. 361.
 Neu-Weissenfe. 371.
 Heinersdorf und Jhlow. 398.
 Dahme, Bögow und Grabow. 402.
 Liebenwalde, Damm-Haß und Rittergut Gräfenhof.
 405.
 Dahme und Jhlow. 419.
 Schönsfeld, Liebenwalde, Rieselgut Malchow und Ritter-
 gut Lante. 430.
 Niederschönweide, Rieselgut Malchow und Rittergut
 Lante. 455.
 Staaten und Gellmersdorf. 463.
 Groß-Röhrß und Gatow. 472.
 Damm-Haß. 482.
 Rieselgut Falkenberg, Rieselgut Värtnersfelde, Staaten,
 Gellmersdorf und Domaine Riesenberg. 492.
 — Nachtrag zum Reglement zur Ausführung der Vor-
 schriften im § 60 des Gesetzes vom 25. Juni 1875,
 betr. die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen
 in der Provinz Brandenburg. 217.
 — Ausschreiben der Beiträge zu den Entschädigungen
 für getödtete Pferde und Rinder. 218.

Viehzahl.

- Einfuhr von Rindvieh zu Zuchtweiden aus den König-
 reichern der Niederlande und Belgien. 302.

Vollzählung.

- am 1. Dezember 1885. 339. 437.
 — Ansprache an die Bevölkerung über Wesen und Ziele
 der Volkszählung. 449.

Vollziehungsbeamte.

- Ermächtigung derselben zur Annahme der behauptenden
 Beträge. 390.

W.**Waaren-Verzeichniß.**

- Abänderung des amtlichen Waaren-Verzeichnisses. 296.

Wasser-Genossenschaften.

- Statut für die Ent- und Bewässerungs-Genossenschaft
 der Großen Gemeinde bei Mehlsdorf zu Dahme. 69.
 — Auslegung des Katasters für die Entwässerungs-Kor-
 poration des Zehdener Bruches. 300.

Wasserstand an den Pegeln der Spree und Havel.

- 1884: November 2, Dezember 43, 1885: Januar 99,
 Februar 113, März 162, April 231, Mai 286, Juni 301,
 Juli 329, August 355, September 430, Oktober 454.

***Wechsel.**

- Angebot verloren gegangener. 262. 465. 946. 1108.
 1156.

Weinbau.

- Die in den Weinbaugebieten des Deutschen Reichs
 gebildeten Weinbanbezirke. 57.

***Wertpapiere.**

- Angebot verloren gegangener. 2. 25. 102. 124. 167.
 199. 315. 389. 434. 484. 565. 667. 696. 773. 782.
 916. 958. 1040. 1084. 1107.

Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalten.

- Bedingungen für den Beitritt zur Königl. Allgemeinen
 Wittwen-Versorgungs-Anstalt. 16.
 — Wahl der Kuratoren und deren Stellvertreter für die
 Elementar-Lehrer-Wittwen- und Waisenklasse des
 Regierungsbezirks Potsdam. 101.
 — Uebersicht von dem Zustande der Brandenburgischen
 Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt für das
 Etatsjahr 1884/85. 243.
 — Angebot von Rezeptionscheinen von Wittwen-Pen-
 sionen. 42. 710.

Wohnplätze.

- Das Werk „Die Wohnplätze des Deutschen Reichs“,
 herausgegeben von Lieutenant a. D. D. Brunsow. 114.
 Bollmark in Berlin. 192.

3.**Zinscheine.**

- Ausreichung der Zinscheine Reihe IX. zu den Schuld-
 verschreibungen der Preussischen Staatsanleihe vom
 Jahre 1853. 89.
 — Desgl. neuer Zinscheine zu den Schuldverschreibungen
 der Reichsanleihen vom Jahre 1877 und 1881. 90.
 — Einlösung der am 1. April 1885 fälligen Zinscheine
 von Preussischen Staatsschuldverschreibungen. 108.
 — Ausreichung der Zinscheine Reihe IV. zu den Prioritäts-
 Obligationen der Lannus-Eisenbahn vom Jahre 1844.
 201.
 — Einlösung der am 1. Juli 1885 fälligen Zinscheine
 von Preussischen Staatsschuldverschreibungen. 242.
 — Desgl. der am 1. Oktober 1885 fälligen Zinscheine
 von Preussischen Staatsschuldverschreibungen. 349.
 — Ausreichung der Zinscheine Serie XI. zu den Schle-
 sischen Pfandbriefen Litt. B. 405.
 — Desgl. Reihe IX. zu den Prioritäts-Obligationen
 Serie I., II. und III. der Niederschlesisch-Märkischen
 Eisenbahn. 427.
 — Einlösung der am 2. Januar 1886 fälligen Zinscheine
 der Preussischen Staatsschuldverschreibungen. 492.
 — Zollabfertigung, überhaupt Zollwesen.
 — Errichtung einer zweiten Zollabfertigungsstelle in Berlin.
 303.
 — Zolltarife. 330.
 — Zollfreie Ablaffung von Petroleum für gewerbliche
 Zwecke. 494.

N a m e n = R e g i s t e r.

Erklärung der im Register vorkommenden Abkürzungen.

Amtsamw. Amtsanwalt; **Amtsvorst.** Amtsvorsteher; **Affess.** Affessor; **Affist.** Affistent; **Bergw.** Bergwerk; **Betr.-Secret.** Betriebs-Secretair; **Bür.** Bureau; **Bürgermeistr.** Bürgermeister; **Civ.** Civil; **Control.** Controleur; **Direct.** Director; **Eisenb.** Eisenbahn; **Execut.** Executor; **Garn.-Verw.** Garnison-Verwaltung; **Geh.** Geheimer; **Ger.** Gericht; **Ger.-Vollz.** Gerichts-Vollzieher; **Ger.-Vollz.-Geh.** Gerichts-Vollzieher-Gehülfe; **Gymnas.** Gymnasial; **Inspect.** Inspector; **Intend.** Intendantur; **Kalkul.** Kalkulator; **Kommiff.** Kommissarius; **Landger.** Landgerichts; **Mil.** Militär; **Minstr.** Minister; **Oberf.-Kand.** Oberförster-Kandidat; **Oberförst.** Oberförster; **ord.** ordentlich; **Präs.** Präsident; **Prov.** Proviant; **R. Rath.** Rath; **Rechn.-Revis.** Rechnungs-Revisor; **Rechtsamw.** Rechtsanwalt; **Ref.** Referendar; **Reg.** Regierung; **Rend.** Rendant; **Secret.** Secretair; **Sem.** Seminar; **Stellv.** Stellvertreter; **Strafanst.** Anst. Strafanstalts-Aufscher; **Superint.** Superintendent; **Supern.** Supernumerar; **Telegr.** Telegraphen; **Vollz.-Beamt.** Vollziehungs-Beamter; **Verw.** Verwalter; **Vorst.** Vorsteher.

Abrahamsohn, Ger.-Ref. 393.
 Adam, Ger.-Schreiber 264.
 Adelberg, Reg.-Secret. 284.
 Adelsberger, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Adrian, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Ahlemeyer, Ger.-Affess. 319.
 v. Albedyll, Telegr.-Amts-Kassirer 66.
 v. Albedyll, Post-Verw. 393.
 Alberg, Güter-Expedient 300.
 Albrecht, Dr., Ger.-Affess. 170.
 Albrecht, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Albrecht, Gemeindefschul-Rektor 304.
 Alexander, Ger.-Ref. 393.
 Alisch, Ger.-Schreiber 263.
 Altergott, Post-Secret. 198.
 Ammon, Post-Affist. 199.
 Ammon, Post-Secret. 199.
 Andre, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Andrießen, Notar 170.
 Andrießen, Rechtsamw. 219.
 Anhalt, Ger.-Schreiber 320.
 Apolant, Ger.-Affess. 35.
 Apolant, Rechtsamw. 122.
 Appelbaum, Ger.-Ref. 77.
 Arendt, Ger.-Schreiber 394.
 Arlt, Ger.-Affess. 262.
 Arlt, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Arndt, Dr. jur., Berg-R. 170.
 Arnheim, Ger.-Ref. 36.
 Arnheim, Ger.-Ref. 486.
 Arnim, Ger.-Ref. 263.
 v. Arnim, Ger.-Ref. 486.
 Aron, stellv. Mitglied bei der Kammer für Handelsfachen beim Landgerichtl. zu Berlin 393.
 Aronius, Ger.-Affess. 486.
 Aronsohn, Ger.-Affess. 262.
 Aronsohn, Rechtsamw. 319.
 Asmann, Post-Affist. 289.
 Asmann, Kreisschul-Inspect. 300.
 Asmy, Notar 263.
 Asmy, Notar 319.
 Augustin, Ger.-Ref. 122.
 Aye, Notar 36.

Bach, Amtsrichter 77.
 Bachmann, Ger.-Ref. 38.

Bachmeyer, Gemeindefschul-Lehrer 218.
 Bachhaus, Gemeindefschul-Lehrer 477.
 Bähr, Stations-Aufscher 198.
 Bär, Ger.-Vollz. 264.
 Bahlmann, Ger.-Ref. 122. 123.
 Bahusen, Frau Dr., Lehrerin 377.
 Bahr, Post-Secret. 198.
 Balde, Ger.-Affess. 35.
 Balke, Dr., ord. Lehrer 206.
 Balke, Förster 448.
 Ball, ord. Lehrer 170.
 Balzer, Gemeindefschul-Lehrerin 14.
 Balzer, Ger.-Schreiber 264.
 v. Banget, Landger.-R. 486.
 Band, Dr., Oberlehrer 392.
 Bannasch, Telegr.-Affist. 289.
 Barske, Rechn.-R. 318.
 Bartsch, Post-Secret. 199.
 Bartusch, Pfarrer 354.
 Bartusch, Kreisschul-Inspect. 367.
 Basche, Diaconus 354.
 Basche, Diaconus 392.
 Baswig, stellv. Mitglied bei der Kammer für Handelsfachen beim Landgerichtl. zu Berlin 393.
 Bathe, Notar 486.
 Battré, Gemeindefschul-Lehrer 206.
 Bauerhahn, ord. Lehrerin 476.
 Baumann, Ger.-Ref. 123.
 Baumann, Ger.-Vollz. 319.
 Baumgarte, Reg.-Secret. 392.
 Bayer, Ger.-Schreiber 263.
 Bed, Ger.-Vollz. 394.
 Becker, Telegr.-Secret. 105.
 Becker, Telegr.-Affist. 105.
 Becker, kommiff. Amtsvorst. 262.
 Becker, Ger.-Schreiber 263.
 Becker, Amtsvorst. 332.
 Becker, Dr., ord. Lehrer 345.
 Becker, Ger.-Schreiber 394.
 Becker, Bauführer 424.
 Becker, Ger.-Ref. 486.
 Beckmann, Post-Verw. 320.
 Beckhase, Ober-Telegr.-Affist. 477.
 Beermann, Ger.-Ref. 77.
 Behn, Amtsvorst.-Stellv. 180.
 Behne, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Behr, Post-Affist. 20.
 Behrends, Kreisschul-Inspect.-Affist. 392.

Behrens, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht l. zu Berlin 393.
 Behrens, Post-Secret. 430.
 Belgardt, Ger.-Ref. 486.
 Belling, Post-Secret. 320.
 Bender, Bauführer 424.
 Benede, Gemeindefschul-Lehrerin 424.
 Benke, Ger.-Schreiber 264.
 Benke, Post-Secret. 393.
 Benn, Ger.-Schreiber-Geh. 394.
 Berend, Amtsvorst. 366.
 Berg, Ger.-Schreiber 263.
 Berg, Post-Secret. 320.
 Bergemann, Ger.-Schreiber 264.
 Berger, ord. Lehrerin 345.
 Berger, Amtsvorst.-Stellv. 180.
 Berghaus, Bauführer 35.
 Bergschmidt, Gemeindefschul-Lehrer 476.
 Béringuer, Dr., Ger.-Affess. 77.
 Berlin, Diaconus 237.
 Berliner, Rechtsamw. 219.
 Berner, Kreisbau-Inspect. 190.
 Bernhard, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht l. zu Berlin 393.
 Bernhardt, Pfarrer 104.
 Bernsdorff, Gemeindefschul-Lehrerin 30.
 Bernstein, Notar 77.
 Bernstein, Rechtsamw. 219.
 Bertram, Bauführer 424.
 Bertrams, Kataster-Affist. 424.
 Beschorner, Secret.-Affist. 403.
 v. Bethmann-Hollweg, Reg.-Affess. 30.
 v. Bethmann-Hollweg, Landrath 289.
 v. Bethmann-Hollweg, Dr., Reg.-Affess. 314.
 Beughem, Stations-Vorst. II. Kl. 367.
 Bey, Gemeindefschul-Lehrerin 424.
 Beyer, Amtsvorst.-Stellv. 262.
 Biber, Amtsrichter 122.
 Biedermann, Oberf. 300.
 Biedermann, Forst-Amtsamw. 332.
 Biedermann, domänenfiskalischer Patronats-Vertreter 485.
 Biele, Ger.-Schreiber 263.

- Bienau, Post-Assist. 199.
 Biermann, Ger.-Assess. 262.
 Biledi, Telegr.-Assist. 436.
 Billerbeck, Ober-Telegr.-Assist. 66.
 Billroth, Gemeindefchul-Lehrerin 237.
 Binder, Strafanst.-Assist. 109.
 Binzer, Rechtsanw. 35.
 Binzer, Rechtsanw. 319.
 Bischoff, Feldmesser 65.
 Bischoff, Ger.-Assess. 77.
 Bischoff, Post-Kassirer 284.
 Bischoff, Ger.-Assess. 486.
 v. Bischoffshausen, Ger.-Assess. 218.
 Blaenkner, Pfarrer 460.
 Blauke, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Blawert, Gefängnis-Assist. 399.
 Bleichröder, stellv. Mitglied bei der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Bleyberg, Ger.-Ref. 77.
 Blindow, Ober-Post-R. 145.
 Bloß, Gemeindefchul-Lehrer 435.
 Bloß, Ger.-Schreiber-Geh. 486.
 Blücher, ord. Lehrer 495.
 Blüthgen, Ger.-Schreiber 263.
 Blume, Ger.-Vollz. 486.
 Boche, Gemeindefchul-Lehrerin 190.
 Boche, Ger.-Schreiber 263.
 Bode, Ger.-Schreiber 263.
 Bode, Ger.-Assess. 486.
 Frhr. v. Bodenhausen, Ger.-Ref. 486.
 Boeckelmann, Amtsvorst.-Stellv. 76.
 Boeder, Ger.-Vollz. 319.
 Boeder, Bür.-Diätar 403.
 Böckler, Reg.- u. Schul-R. 283.
 Boeger, stellv. Mitglied bei der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Böhm, Dr., Ger.-Assess. 399.
 Böhme, Schleusenmeister 138.
 Böhke, Reg.-Secret. 392.
 Boelling, Rechtsanw. 319.
 Boelling, Rechtsanw. u. Notar 319.
 Böninger, Ger.-Ref. 486.
 Boenisch, Diaconus 190.
 Boese, Ger.-Schreiber 263.
 Boesfel, Gemeindefchul-Lehrer 469.
 Boettcher, Bür.-Diätar 403.
 Boetticher, Reg.-Assess. 338.
 Bogula, Ger.-Schreiber 263.
 Bohl, Bau-R. 272.
 Böhm, Ger.-Assess. 170.
 Bohnenkengel, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Boldt, Ober-Telegr.-Assist. 105.
 Bollmann, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Bombe, Ger.-Schreiber 264.
 Borgmann, Bauführer 35.
 Born, Gemeindefchul-Lehrerin 424.
 Borrasch, Dr., Lehrer 51.
 v. Borries, Ober-Post-Direct. 199.
 v. Borries, Telegr.-Amts-Kassirer 435.
 Borstorff, Civ.-Supern. 304.
 Boschau, Ger.-Ref. 319.
 Boffe, Ger.-Ref. 319.
 Boffelmann, Amtsvorst.-Stellv. 8.
 Boffelmann, Amtsvorst.-Stellv. 283.
 Bosdorf, Amtsvorst.-Stellv. 180.
 Bouveron, Gemeindefchul-Lehrerin 30.
 Braag, Ger.-Schreiber-Geh. 170.
 Bräuer, Gemeindefchul-Lehrer 476.
 Brandenburg, Pfarrer 262.
 v. Brandes, Ger.-Assess. 399.
 Brandin, Ger.-Schreiber 263.
 Brandt, Ober-Post-Secret. 199.
 Brandt, Post-Assist. 199.
 Brandt, Ger.-Ref. 486.
 Bräuer, Ger.-Ref. 36.
 Braumann, Dr., Professor 218.
 Braun, Ger.-Schreiber-Geh. 320.
 Braun, domainenökonomischer Patronats-Vertreter 435.
 Brechert, Ger.-Schreiber 264.
 Bredered, Amtsvorst. 145.
 v. Brebow, Amtsvorst. 169.
 Brebow, Gemeindefchul-Lehrerin 424.
 Breithaupt, Post-Secret. 20.
 Breithaupt, Post-Secret. 289.
 Breittkreuz, Dr., ord. Lehrer 230.
 Bremer, Post-Secret. 435.
 Brendel, Ger.-Ref. 319.
 Brenken, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 v. Bröcke, Dr., ord. Lehrer 35.
 Brinkmann, Post-Berm. 436.
 Broja, Ober-Berg-R. 300.
 Broicher, Kammer-Ger.-R. 170.
 Brose, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Brosowsky, Post-Secret. 198.
 Brostowski, Ober-Post-Direct.-Secret. 145.
 Brückner, domainenökonomischer Patronats-Vertreter 435.
 Brunkow, Amtsvorst.-Stellv. 180.
 Bruns, Gemeindefchul-Lehrer 190.
 Brutsche, Ger.-Schreiber-Geh. 320.
 Brutsche, ord. Lehrerin 367.
 v. Buch, Amtsvorst. 283.
 v. Buch, Ger.-Ref. 319.
 Buchholz, Pfarrer 93.
 Buchholz, Ger.-Assess. 35.
 Buchholz, Ger.-Schreiber 219.
 Buder, Ger.-Ref. 319.
 Budie, Dr. phil., Diaconus 19.
 Büchfel, Superint. 300.
 Büchfel, Superint. 314.
 Büchfel, Kreisfchul-Inspect. 399.
 Büchfel, Oberpfarrer u. Superint. 448.
 Bünker, Amtsdichter 77.
 Bünker, interimist. Thiergartenförster 304.
 Bürger, Ober-Telegr.-Assist. 436.
 Buermann, Oberlehrer 30.
 Bütow, Gemeindefchul-Lehrer 476.
 Buggenhagen, stellvert. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Bunschuh, Post-Secret. 105.
 Burdhardt II., Reg.-Secret. 284.
 Burghardt, Amtsanw. 65.
 Burghardt, Bürgermeister 65.
 Burghardt, Gemeindefchul-Lehrer 476.
 Burmeister, Ger.-Ref. 399.
 Burow, Post-Kanzlist 435.
 Busch, Rassen-Secret. 157.
 Buschberg, Ober-Post-Secret. 244.
 v. Bussé, commiss. Amtsvorst. 366.
 Busmann, ord. Lehrerin 485.
 Butb, Gemeindefchul-Rector 318.
 Butb, Hauslehrer 338.
 Cahn, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Callenbach, Förster 284.
 Candler, Kantor 319.
 Carl, Ger.-Vollz. 320.
 Caspar, Rechtsanw. 170.
 Casparby, Post-Secret. 199.
 Casparv, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Cavalier, Ober-Post-Assist. 199.
 Charon, Förster 284.
 de Clerc, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Cochius, Dr., Schuldirektor 460.
 Cohen, Ger.-Assess. 319.
 Colani, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Colas, Ober-Post-Direct.-Secret. 199.
 Colas, Post-Kassirer 435.
 Colbe, Telegr.-Assist. 199.
 Coller, Gemeindefchul-Lehrerin 35.
 Collmann, Ger.-Ref. 219.
 Colomb, Ger.-Assess. 319.
 Colomb, Ger.-Assess. 393.
 Conrath, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 de Convent, Post-Secret. 198.
 Couvreur, Ger.-Schreiber 263.
 Cosack, Dr., Ger.-Assess. 486.
 Craner, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Crüger, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Daede, Ger.-Schreiber 263.
 Dähnert, Post-Berm. 477.
 Däßler, Post-Assist. 435.
 Dahl, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Dallwig, Bür.-Diätar 157.
 Damköhler, Post-Secret. 66.
 Dammann, Ger.-Schreiber-Geh. 320.
 Dammann, Telegr.-Assist. 477.
 Dammer, Gemeindefchul-Lehrerin 476.
 Dammholz, ord. Lehrer 392.
 Dannehl, Gemeindefchul-Lehrer 65.
 Dasig, Bür.-Assist. 77.

Daßig, Gefängniß-Secret. 399.
Daube, Dr., Staatsanw. 486.
Daunert, Post-Secret. 289.
Deegener, Diaconus und Superint. 244.

Deegener, Pfarrer 469.
Degar, Schlenkenmeister 138.
Dehnicke, Amtsvorst.-Stellv. 460.
Ritter v. Deligßch, Stations-Vorst. II. Kl. 123.
Dellschau, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen b. Landgericht I. zu Berlin. 393.

Demel, Post-Secret. 199.
Demoll, Post-Secret. 289.
Dentide, Dr., Oberlehrer 180.
Dessow, Ger.-Schreiber 263.
Deutschbein, Ger.-Assess. 399.
Deutschbein, Ger.-Assess. 486.
Dezelski, Gemeindefchul-Lehrer 476.
Diemann, Post-Kassirer 199.
Diedmann, Amtsvorst.-Stellv. 495.
Diebow, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Diefel, Ger.-Assess. 319.
Dieterici, Ger.-Assess. 319.
Dietrich, Dr., ord. Lehrer 122.
Dietrich, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Dieß, Pfarrer 314.
Dieß, Pfarrer 377.
Dießel, Ger.-Vollz. 320.
Dittberner, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Dittrich, Gemeindefchul-Lehrerin 122.
Dir, Post-Secret. 320.
Dobler, Post-Kassirer 199.
Dobras, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Dobrindt, Güter-Expedit 393.
Döhlert, Post-Assist. 199.
Döhring, Post-Inspect. 435.
Graf zu Dohna, Ger.-Ref. 486.
Dombrowsky, Post-Assist. 289.
Dominid, Post-Berm. 393.
Dorn, Förster 403.
Dosing, Ger.-Ref. 319.
Drachholz, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Dräsig, Gemeindefchul-Lehrer 206.
Dressel, Ger.-Ref. 170.
Dröge, Gemeindefchul-Recto 35.
Drogolin, Ger.-Schreiber-Geh. 320.
Droske, Dr., Ger.-Ref. 36.
Dzymalla, Förster 284.
Dubro, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Dührsen, Post-Secret. 198.
Düring, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Dürrkopf, Ger.-Schreiber 219.
Düvert, Ger.-Schreiber 263.
Dumbey, Hülfölehrer 138.
Dumzlaß, Postverw. 237.
During, Ger.-Schreiber 263.

Ebel, Ger.-Schreiber 263.
Ebel, Gemeindefchul-Lehrerin 425.
Eberhard, Post-Secret. 199.
Eberhard, Rechtsanw. 393.

Ebert, Ger.-Schreiber 263.
Ebhardt, Stations-Inspect. 104.
Freiherr v. Eckardstein, Ger.-Ref. 486.

Eckelt, Ger.-Rassen-Rendant 219.
Eckert, Ger.-Schreiber 264.
Eger, Amtsvorst.-Stellv. 377.
Ehlert, Förster 345.
Ehmke, Landrichter 399.
Ehrenreich, Ger.-Schreiber 319.
Ehrentraut, Ober-Telegr.-Assistent 199.

Ehrhardt, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Eichberg, Ger.-Rassen-Oberbuchhalter 219.

Eichberg, Gemeindefchul-Lehrer 476.
Eichel, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Eichelbaum, Bür.-Diätar 403.
Eichholz, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Eichner, Post-Secret. 20.
Eins, Gemeindefchul-Lehrerin 30.
Eiselen, Bauführer 180.
Eisenach, Civ.-Supern. 392.
v. Eisenhart-Rothe, Ger.-Ref. 77.
v. Eisenhart-Rothe, Ger.-Assess. 319.

Eisermann, Ranglist 4.
Eisleben, Amts-R. 345.
Eismann, Reg.-, Schul- und Con-
fistorial-R. 283.
Elscholz, Kreis-Ger.-Secret. 3. D. 394.

Elven, Ger.-Ref. 399.
Emke, Post-Berm. 145.
Engel, Post-Berm. 66.
Engel, Deconomie-Commissions-R. 218.

Engel Rechtsanw. 262.
Enge Ger.-Schreiber 263.
Enge Post-Assist. 289.
Enge Dr., Ger.-Assess. 319.
Enge Dr., Rechtsanw. 393.
Enge, Rechtsanw. 486.
Engenberg, Post-Inspect. 105.
Engelbrecht, Bauführer 180.
Engelhard, Ger.-Ref. 170.
Engelmann, Ger.-Schreiber 263.
Enghusen, Ober-Telegr.-Assist. 477.
Erdmann, Dr., Ger.-Assess. 262.
Erdmann, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Erdmann, Ober-Telegr.-Assist. 400.
Erfert, Ober-Telegr.-Assist. 199.
Erfert, Amtsvorst.-Stellv. 230.
Ernst, Prinz von Sachsen-Mei-
ningen, Ger.-Ref. 263.
v. Erxleben, Ger.-Ref. 486.
Eskens, Ober-Berg-R. 170.
Eskens, Geh. Berg-R. und vortra-
gender Rath 300.

Etter, Post-Assist. 199.
Eue, Stations-Auff. 198.
Er, Post-Assist. 199.
Eyssenhardt, Amtsvorst. 157.

Fahle, Rechtsanw. 35.
Fahle, Notar 393.

Fallenberg, Ober-Post-Secret. 400.
Fartthofer, Steuer-Inspect. 19.
Fathle, Ger.-Vollz. 394.
Feist, Post-Secret. 289.
Felle, Pfarrer 300.
Fels, Amtsanw. 35.
Fernow, Reg.-Assess. 284.
Fietkau, Gemeindefchul-Lehrer 206.
Find, Förster 345.
Grf. v. Findenstein, Ger.-Ref. 399.

Finger, Förster 435.
Fischer jun, Amtsvorst.-Stellv. 8.
Fischer, Telegr.-Secret. 66.
Fischer, commiss. Amtsvorst. 109.
Fischer, Förster 157.
Fischer, Ober-Telegr.-Assist. 199.
Fischer, Ger.-Schreiber 263.
Fischer, Ger.-Ref. 319.
Fischer, Ger.-Schreiber 319.
Fischer, Ger.-Vollz. 320.
Fischer, Amtsvorst.-Stellv. 366.
Fischer, Kammer-Ger.-R. 399.
Fischer, Bauführer 424.
Fittbogen, Superint. u. Oberpfarrer 88.

Fittbogen, Handelslehrerin 338.
Fizau, Rechn.-R. 8.
Fizau, Post-Secret. 198.
Fleck, Amts-R. 88.

Flemming, Reg.-Civ.-Supern. 326.
Flickel, Staatsanw. 486.
Fliegner, Förster 403.
Flügge, Telegr.-Assist. 20.
Flügge, Amtsvorst. 326.
Flügge, Telegr.-Assist. 477.
v. Förster, Gemeindefchul-Lehrerin 30.
Folleher, Reg.-R. 354.
Folz, Gemeindefchul-Recto 170.
Formey, Stations-Vorst. 262.
Formey, Stations-Vorst. I. Kl. 367.
Fortong, Telegr.-Assist. 436.
Fos, Ober-Telegr.-Assist. 393.
Fos, Ober-Telegr.-Assist. 435.
Franc, Ger.-Ref. 170.

v. Franc, Ger.-Schreiber 263.
Franke, Diaconus 230.
Franke, Hauslehrerin 262.
Franke, Ger.-Ref. 263.
Frehsee, Kammer-Ger.-R. 399.
Freibant, Gemeindefchul-Lehrerin 424.
Fraustadter, Gemeindefchul-Lehrerin 122.

Freier, Post-Assist. 199.
Freitag, Telegr.-Assist. 157.
Freiwald, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Frenzel, Notar 77.
Frenzel, Gemeindefchul-Lehrerin 218.
Freudenmann, Obergärtner 157.
Freudenberg, Amtsvorst. 495.
Freywald, Ober-Telegr.-Assist. 435.
Friedheim, Ger.-Assess. 486.
Friedländer, Dr., Rechtsanw. 170.
Friedländer, Rechtsanw. 219.

Friedländer, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.

Friedländer, Amtsrichter 485.

Friedrich, Gemeindefschul-Lehrerin 35.

Frieße, Gemeindefschul-Lehrer 477.

Fritzsche, Ger.-Assess. 170.

Frige Dr., Lehrer 65.

Frige Post-Assist. 199.

Frige Ger.-Ref. 319.

Frige, Amtsvorst.-Stellv. 366.

Frisschen, Amtsrichter 35.

Fröblich, Ober-Telegr.-Assist. 435.

Fröblich, Ger.-Assess. 218.

Fröblich, Rechtsanw. 393.

Frömschen, Post-Assist. 436.

Frömsdorf, Post-Secret. 198.

Frommel, Amtsrichter 485.

Frommont, Gemeindefschul-Lehrer 206.

Fürle, Ger.-Schreiber 319.

Fürle, Gemeindefschul-Lehrerin 495.

Fürstenberg, Ger.-Schreiber-Geh. 264.

Gabischewsky, Gemeindefschul-Lehrerin 122.

Gaebde, Rechtsanw. 35.

Gaebde, Gemeindefschul-Lehrer 206.

Gaebde, Ober-Telegr.-Assist. 199.

Gärtner, Gemeindefschul-Lehrer 435.

Galla, Hauslehrerin 289.

Gallert, Post-Assist. 199.

Ganz, Ger.-Assess. 170.

Ganz, Ober-Telegr.-Assist. 199.

Ganz, Post-Assist. 436.

Gasmann, Post-Secret. 284.

Gasner, Stations-Inspect. 403.

Gas, Gemeindefschul-Lehrer 477.

Ganger, Ober-Telegr.-Assist. 199.

Gayl, Ger.-Ref. 123.

Gebhardt, Pfarrer 169.

Gehride, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.

Geide, Post-Assist. 199.

Geister, Ger.-Schreiber-Geh. 319.

Gelpcke, Dr., Ger.-Ref. 36.

Gelpcke, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.

Genßke, Rector und Hülfsprediger 20.

George, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.

Gerhard, Ober-Post-Secret. 284.

Gerhardt, Wasserbau-Inspect. 19.

Gerich, Post-Assist. 289.

Geride, Gemeindefschul-Lehrer 237.

Geride, Postmeister 393.

Gerlach, Telegr.-Assist. 66.

Gerlach, Post-Assist. 199.

Gerloff, Amtsvorst. 65.

Gerloff, Gemeindefschul-Rector 327.

Gersdorf H., Notar 263.

Gerson, Dr., Ger.-Assess. 35.

Gerson, Dr., Rechtsanw. 219.

Gerstenberg, Dr., Oberlehrer 4.

Gertin, Ober-Telegr.-Assist. 435.

Geschat, Gemeindefschul-Lehrerin 30.

Gesler, ord. Lehrerin 345.

Geslaff, Ger.-Schreiber 263.

Geyer, Archidiaconus 262.

Giehlaw, Ger.-Ref. 319.

Giese, Ober-Telegr.-Assist. 199.

Giese, Ger.-Schreiber 263.

Gieseke, Post-Secret. 105.

Ginella, Kreisfchul-Inspect. 345.

Gittermann, Post-Secret. 393.

Glasomersky, Ober-Telegr.-Assist. 435.

Gleich, Ger.-Schreiber 263.

Glog, Ger.-Schreiber-Geh. 264.

Gneist, Ger.-Ref. 399.

Göhring, Amtsvorst. 157.

Göhrke, Prediger 424.

Görlig, Ober-Post-Direct-Secret. 105.

Görolbt, Pfarrer 8.

Goeschel, Ober-Reg.-R. 300.

Gottfried, Ger.-Assess. 264.

Gottschall, Post-Secret. 8.

Gottschid, Pfarrer 218.

Gottschid, Pfarrer 314.

Grabarsch, Ober-Telegr.-Assist. 199.

Gradenwig, Ger.-Schreiber 319.

Gradenwig, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.

Gralow, Amtsvorst.-Stellv. 180.

Grammelsdorf, Hauslehrerin 206.

Gramsch, Ger.-Ref. 486.

Granzow, Ger.-Assess. 264.

Grassow, Ger.-Schreiber 264.

Grassow, Ger.-Schreiber 320.

Grasmann, Förster 230.

Graul, Rechtsanw. 393.

Grebs, Ober-Post-Secret. 105.

Grefe, Gemeindefschul-Lehrerin 237.

Greiff, Ger.-Assess. 399.

Grell, Gemeindefschul-Lehrerin 495.

Grelling, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.

Greumuf, Post-Secret. 198.

Griebe, Ger.-Boll. 77.

Grimm, Ger.-Schreiber 263.

Grobe, Pfarrer 469.

Gröschke, Ger.-Schreiber 263.

Grofebert, Gefängniß-Inspect. 394.

Gromadzinski, Ger.-Assess. 35.

Grosse, Ger.-Ref. 486.

Grosch, Dr., Professor 65.

Große, Amtsrichter 399.

Groschmann, Ger.-Assess. 35.

Groschmann, Pfarrer 206.

Groschmann, Kreisphysikus 314.

Groschmann, Reg.-Secret.-Assist. 338.

Gruber, Ger.-Schreiber-Geh. 264.

Gruei, Erzieher und Lehrer 332.

Gründler, Pfarrer 230.

Gründler, Pfarrer 435.

Grüneberg, Gemeindefschul-Lehrerin 190.

Grüßmacher, Ober-Telegr.-Assist. 105.

Grund, Ger.-Boll. 399.

Grundmann, Ger.-Schreiber 263.

Gruner, Post-Assist. 199.

Grunow, Ger.-Boll. 486.

Grunow, Ger.-Ref. 486.

Gudopp, ord. Lehrer 435.

v. Gülich, Ger.-Schreiber-Geh. 263.

Günter, Amtsvorst.-Stellv. 476.

Günter, Ger.-Assess. 35.

Günter, Ober-Telegr.-Assist. 105.

Günter, ord. Lehrer 318.

Günter, Post-Assist. 436.

Günter, Post-Secret. 477.

Günzel, Post-Secret. 320.

v. Gurecki, Magazin-Depot-Auff. 403.

Gusinde, Ger.-Schreiber 263.

Gutkisch, Amtsvorst.-Stellv. 262.

Haack, Ger.-Assess. 122.

Haberland, Ger.-Schreiber 264.

Habermann, Gemeindefschul-Lehrer 476.

Hähnel, Gemeindefschul-Lehrer 190. 198.

Hähnel, Kreisfchul-Inspect. 403.

Hähnel, Oberpfarrer 436.

Hähnel, Superint. 495.

Hänert, Gemeindefschul-Lehrer 190.

Haenschke, Ger.-Assess. 77.

Hagen, Landger.-Präs. 486.

Hahn, Rechtsanw. 35.

Hahn, Dr., Oberlehrer 476.

Hahn, Ger.-Ref. 486.

Hainig, Gemeindefschul-Lehrer 190. 198.

Hamann, Ger.-Schreiber-Geh. 264.

Hamburger, Rechtsanw. 399.

Hammer, Post-Secret. 20.

Hammer, Amtsg.-R. 35.

Hammer, Ger.-Ref. 399.

Hammermeister, Post-Assist. 199.

Hammer Schmidt, Post-Assist. 435.

Hanschmann, Gemeindefschul-Lehrer 476.

v. Hansemann, Ger.-Ref. 170.

Hanson, Geh. Registrator 157.

v. Harling, Ger.-Ref. 36.

v. Harling, Ger.-Ref. 319.

Harrers, Ger.-Schreiber-Geh. 219.

Hartmann, Amtsvorst.-Stellv. 8.

Hartmann, Ger.-Assess. 170.

Hartmann, Post-Assist. 237.

Hartmann, Dr., Ger.-Assess. 486.

Hartung, Ober-Telegr.-Assist. 199.

Hartung, Ger.-Schreiber 319.

Hartwig, Schleusenmeister 138.

Hartwig, Gefängniß-Inspect. 399.

Hasse, Ger.-Schreiber-Geh. 320.

v. Hassell, Ger.-Ref. 486.

Haß, Ober-Telegr.-Assist. 199.

- Hauffe, Amtsvorst.-Stellv. 332.
 Hauptner, Gemeindefchul-Lehrerin 190.
 Hauptvogel, Ger.-Schreiber-Geh. 263. 264.
 Hausfke, Gemeindefchul-Lehrer 424.
 Hawrda, Post-Secret. 320.
 Haynn, Ger.-Schreiber 486.
 Hecht, Post-Secret. 198.
 Hedmann, Ger.-Ref. 219.
 Hedler, Post-Secret. 435.
 Heere, Gemeindefchul-Lehrer 485.
 Heese, Ger.-Ref. 319.
 Heggemann, Ger.-Ref. 170.
 Hegner, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Heiber, Eisenbahn-Güter-Kassirer 88.
 Heilbrun, Gemeindefchul-Lehrerin 35.
 Heilmann, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Heimbach, Ger.-Assess. 77.
 Heimbach, Rechtsanw. 219.
 Heimbach, Pfarrer 230.
 Heimbach, Pfarrer 392.
 Heine, Post-Assist. 199.
 Heine, Amtsvorst.-Stellv. 460.
 Heinemann, Ger.-Ref. 486.
 Heinemann, Post-Assist. 436.
 Heinholdt, Ger.-Schreiber 394.
 Heinrich, ord. Lehrerin 338.
 Heinrich, Gemeindefchul-Lehrerin 30.
 Heise, Ger.-Schreiber 263.
 Heiseke, Gemeindefchul-Lehrer 476.
 Heiter, Vollz.-Beamter 145.
 Helfft, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Hellpap, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Hempel, Dr., Rector 170.
 Hendrich, Dr., ord. Lehrer 76.
 Hengstenberg, Ger.-Ref. 77.
 Hengstenberg, Ger.-Ref. 170.
 Henke, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Henkel, Post-Secret. 435.
 Hennigson, Ger.-Ref. 486.
 Henry, Amtsrichter 486.
 Henschel, Gemeindefchul-Lehrerin 30.
 Henschel, Rechtsanw. 399.
 Henschke, Rechtsanw. 170.
 Henze, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Herfarth, Ger.-Schreiber 263.
 Herold, Pfarrer 495.
 Herper, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Herrmann, Dr., Ger.-Assess. 319.
 Herrmann, Dr., Rechtsanw. 393.
 Herrmann, Ger.-Secret. 480.
 Hertel, Gemeindefchul-Lehrerin 190.
 Herzberg, Schulvorsteherin 354.
 Herzog, Ger.-Ref. 399.
 Hesse, Ger.-Ref. 36.
 Hesselbarth, Ger.-Ref. 486.
 Heydel, Landger.-R. 399.
 Heydemann, Post-Secret. 66.
 Hrbr. v. d. Heyden-Kynsch, Berg-hauptmann und Ministerial-Direct. 20.
 v. d. Heyden-Kynsch, Ger.-Ref. 170.
 Heydler, Pfarrer 314.
 Heydler, Pfarrer 399.
 Heymann, Post-R. 199.
 Heymann, Dr., Notar 319.
 Heyne, Ger.-Ref. 263.
 Heyner, Post-Secret. 8.
 Hieber, Post-Assist. 199.
 Hiersemenzel, Ger.-Ref. 219.
 Hildebrandt, Ger.-Schreiber 219.
 Hildebrandt, Ger.-Schreiber 263.
 Hildebrandt, Ger.-Schreiber 264.
 Hildebrandt, Post-Direct. 320.
 Hildemann, Ger.-Schreiber 263.
 Hilgenstock, Ger.-Ref. 486.
 Hillenberg, Gefängnis-Secret. 399.
 Hiltmann, Gemeindefchul-Lehrer 206.
 Hingmann, Prediger 237.
 Hinkel, Ger.-Schreiber 263.
 Hinrichs, Dr., Oberlehrer 138.
 Hirsch, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Hirsch, Ger.-Schreiber 394.
 Hirsch, Amtsvorst. 476.
 Hirsch, Dr., Ger.-Ref. 486.
 Hirsforn, Dr. phil., Ger.-Assess. 393.
 Hobrecht, Ger.-Assess. 35.
 Hoft, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Höhle, Ger.-Schreiber 263.
 Höhne, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Höne, Post-Secret. 198.
 Höner, Post-Secret. 436.
 Hoepfle, Ger.-Assess. 486.
 Hoepner, Gemeindefchul-Lehrer 304.
 v. Hövel, Amtsvorst. 88.
 Hoffmann, Ger.-Schreiber 36.
 Hoffmann, Post-Secret. 105.
 Hoffmann, Post-Secret. 198.
 Hoffmann, Ger.-Schreiber 219.
 Hoffmann, Notar 319.
 Hoffmann, Gemeindefchul-Lehrer 435.
 Hoffmeyer, Schichtmeister 300.
 Hofmann, Archidiakon 262.
 Hofmann, Pfarrer 377.
 Hohenberg, Oberlehrer 377.
 Hohheim, Dr., Direct. 399.
 Hohl, Ger.-Assess. 486.
 Holland, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 v. Holleben, Ober-Landes-Ger.-Präs. 393.
 Hollstein, Post-Kanzlist 435.
 Holzhauser, Gemeindefchul-Lehrerin 30.
 Holz, Ger.-Assess. 77.
 Holz, Rechtsanw. 122.
 Homuth, Gemeindefchul-Lehrer 230.
 Hornemann, Amtsvorst.-Stellv. 262.
 Hornung, Dr., Professor 65.
 Horstmeier, Gemeindefchul-Lehrer 477.
 Horwich, Ger.-Ref. 122.
 Hofemann, Pfarrer 237.
 Hoge, Gemeindefchul-Lehrerin 218.
 Hübner, Ger.-Schreiber-Geh. 36.
 Hübner, Gemeindefchul-Lehrer 206.
 Hübner, commiss. Amtsvorst. 366.
 Hübner, Gemeindefchul-Lehrerin 424.
 Hückler, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Hüllmann, Ger.-Vollz. 264.
 Hülßen, Pfarrer 138.
 Hüttemann, Gemeindefchul-Lehrer 190. 198.
 Huhn, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Humbert, Land-Ger.-Direct. 319.
 Huot, ord. Lehrerin 345.
 Huysen, Dr., Ober-Berg-Hauptmann 20.
 Jacobs, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Jacoby, Gemeindefchul-Lehrerin 122.
 Jacoby, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Jacoby, Gemeindefchul-Lehrerin 448.
 Jaeger, Amtsvorst.-Stellv. 284.
 Jaehne, Ger.-Assess. 170.
 Jänichen, Post-Assist. 199.
 Jaenichen, Pfarrer 338.
 Jaenichen, Pfarrer 448.
 Jaenide, Gemeindefchul-Lehrer 435.
 Jaenisch, Pfarrer 300.
 Jahn, Dr., Professor 65.
 Jahn, Ger.-Ref. 77.
 Jahnert, Eisenbahn-Güter-Expedient 88.
 Jahnke, Post-Secret. 393.
 Jandke, Ger.-Schreiber 264.
 Jankowski, Telegr.-Assist. 436.
 Janowsky, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Jansen, Rechtsanw. und Notar 393.
 Jansen, Bauführer 424.
 Jantke, Ger.-Schreiber 123.
 Jantke, Ger.-Schreiber 264.
 v. Jaworski, Post-Assist. 199.
 Jde, Stationsvorst. 262.
 Jde, Stations-Vorst. II. Kl. 400.
 Jdeler, Post-Secret. 20.
 Jecht, Post-Secret. 20.
 v. Jena, Amtsvorst. 314.
 Jenichen, Ger.-Schreiber 263.
 Jenne, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Jenrich, Schulvorsteherin 354.
 Jeserich, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Jessen, Bauführer 424.
 Jilling, Gemeindefchul-Lehrerin 30.
 Jmmich, Dr., Ger.-Ref. 77.
 Joachim, Ger.-Assess. 218.
 Joachim, Rechtsanw. 262.
 Joël, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Johannes, Dr., Ger.-Assess. 486.
 Johannesson, Post-Direct. 477.
 Johansen, Gemeindefchul-Lehrerin 190.
 John, Post-Secret. 284.
 John, Amtsrichter 393.
 Jollet, Gemeindefchul-Lehrerin 237.

Jonas, commiss. Forstkassen-Kend. 424.

Jordan, Ger.-Ref. 77.
Jordan, Amtsvorst. 145.
Jordan, Ger.-Ref. 170.
Johmann, Ger.-Ref. 170.
Jensenbart, Amtsrichter 35.
Jürgens, Post-Assist. 199.
Jürgens, Post-Secret. 244.
Jung, Hauslehrerin 289.
Jung, Civ.-Supern. 304.
Jung, Pfarrer 218.
Jungbahr, Dr., Professor 109.
Jungbahr, Pfarrer 93.
Jungbahr, Pfarrer 314.

Kabisch, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Kabus, Gemeindefschul-Lehrer 206.
Kache, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Kade, Ger.-Assist. 77.
Kaebler, Ger.-Assist. 170.
Kähler, Post-Assist. 436.
Kähne, Ober-Post-Assist. 435.
Kaebrn, Gemeindefschul-Lehrerin 122.
Kaempff, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
Kämniß, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Kaeßner, Gemeindefschul-Lehrerin 237.
Kahlbaum, Ober-Telegr.-Assist. 20.
von Kahlben, Ober-Telegr.-Assist. 20.
Kaiser, Bauführer 424.
Kampe, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Kandelhardt, Kammerger.-R. 393.
Kania, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Kann, Notar 399.
Kanolb, Ger.-Assist. 77.
Kantorowicz, Ger.-Assist. 486.
Kaphengst, Ger.-Schreiber 263.
Kappelmann, Ger.-Ref. 486.
Karbe, Amtsvorst.-Stellv. 180.
Karbe, Dr., ord. Lehrer 272.
Karg, Reg.-Secret. 392.
Kariß, Postmeister 393.
Karstaedt, Civ.-Supern. 8.
Karstedt, Ger.-Ref. 36.
Karstedt, Ger.-Ref. 319.
v. Karstedt, Amtsvorst. 354.
Katter, Ger.-Secret. 486.
Kaz, Dr., Rechtsanw. 35.
v. Kaufmann, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
Kaupisch, Post-Secret. 198.
Kedor, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Kedor, Ger.-Schreiber 394.
Kehr, Post-Secret. 198.
Keil, Post-Secret. 477.
Keil, Ger.-Assist. 486.
Keller, Gemeindefschul-Lehrer 35.
Keller, Dr., ord. Lehrer 495.
Kellermann, Ger.-Schreiber 263.
Kelm, Ger.-Schreiber 400.

Kersandt, Amtsrichter 319.
Kessler, Amtsvorst. 332.
Ketrzynski, Gemeindefschul-Lehrerin 190.
Kettner, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
Graf v. Kaiserling, Ger.-Ref. 486.
Kiedbach, Ger.-Schreiber 263.
Kiebusch, Gemeindefschul-Lehrer 477.
Kielblos, Ober-Telegr.-Assist. 20.
Kienow, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Kießling, Ober-Landes-Ger.-R. 485.
Kiebusch, Schlossprediger 198.
Kiebusch, Superint. 262.
Kiebusch, Kreisfchul-Inspect. 284.
Kiebusch, Oberpfarrer 289.
Kindel, Ober-Landes-Ger.-R. 319.
Kintzsch, Ober-Telegr.-Assist. 199.
Kirbis, Gemeindefschul-Lehrer 30.
Kirchner, Lic. Dr., Oberlehrer 392.
Kirchner, Diaconus 367.
Kirchner, Diaconus 468.
Kistner, Ober-Telegr.-Assist. 199.
Klaemdt, ord. Lehrer 345.
Klaß, Ober-Telegr.-Assist. 199.
Kleemann, Bühnenmeister-Aspirant. 138.
Klehmert, Justiz-Hauptkassen-Kend. 219.
Klehmert, Gemeindefschul-Lehrerin 403.
Klehn, Reg.-Kanzlei-Diätar 190.
Klein, Post-Assist. 289.
Klein, Ger.-Ref. 486.
Kleine, Gemeindefschul-Lehrerin 424.
Kleinert, Gemeindefschul-Lehrer 304.
Kleinschmidt, Ger.-Ref. 77.
Kleinschmidt, Ger.-Assist. 486.
Kleist, Post-Secret. 198.
Klemming, Amtsvorst.-R. 393.
Kleszczewsky, Ger.-Schreiber 319.
Kliche, Kanzlei-Diätar 304.
Kließ, Forst-Auff. 436.
Klingenberg, Post-Secret. 199.
Klingholz, Bauführer 424.
Klinkert, Ger.-Schreiber 263.
Klögle, Amtsvorst.-Stellv. 476.
Klose, Gemeindefschul-Lehrer 230.
Klose, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
Klug, Gemeindefschul-Lehrer 206.
Kluwe, Reg.-Civ.-Supern. 326.
Knapp, Gemeindefschul-Lehrer 476.
Kneifel, Bürgermeister 345.
Kneifel, Amtsanw. 366.
Knewel, Ober-Post-Secret. 435.
Knick, Ger.-Secret. 263.
Knick, Ger.-Secret. 486.
Knispel, Gemeindefschul-Lehrer 230.
v. Knoblauch, Amtsvorst.-Stellv. 169.
Knoccal, Gemeindefschul-Lehrer 476.
Knock, Post-Bew. 199.
Knörcke, Kreis-Ger.-Secret. z. D. 400.
Knovenagel, Landger.-R. 399.

Knoll, Telegr.-Assist. 199.
Knoll, Rentmeister 392.
Knopff, Bauführer 304.
Knorr, Amtsrichter 35.
Knürfer, Laubstückenlehrer 304.
Knobley, Ger.-Kassen-Kend. 219.
Knobigt, Ger.-Assist. 319.
Koch, Land-Bau-Inspect. 19.
Koch, Dr., ord. Lehrer 170.
Koch, Amtsvorst.-Stellv. 180.
Koch, Ger.-Schreiber 263.
Kochaner, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
Kockstein, Bauführer 180.
Kögel, Ger.-Ref. 77.
Köhler, Pfarrer 138.
Kobler, Rechtsanw. 170.
Köhler, Pfarrer und Diaconus 243.
Köhler, Baurath 272.
Köhler, Gemeindefschul-Lehrer 477.
Köhnen, Gemeindefschul-Lehrer 206.
Köhn, Diaconus und Pfarrer 377.
Köhn, Gefängniß-Secret. 399.
Köhne, Gemeindefschul-Lehrer 476.
König, Kanzlist 320.
König, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
Könnemann, Amtsrichter 77.
Köppen, Post-Kassirer 435.
Koeppen, Buchhalter 157.
Köppen, Ger.-Schreiber 219.
Koeppen, Gemeindefschul-Lehrer 230.
Körnchen, Amtsanw.-Stellv. 377.
Koeßer, Prediger 435.
Kohlweß, Ger.-Schreiber 263.
Kohle, Bauführer 180.
Kohz, Post-Secret. 105.
Kolbe, Ger.-Schreiber 263.
Kollberg, Gemeindefschul-Lehrerin 35.
Kolpin, Ger.-Schreiber 263.
Kolrep, Ober-Telegr.-Assist. 199.
Kolsborn, Ger.-Schreiber 320.
Kolsborn, Landger.-R. 486.
Kolwasky, Ger.-Schreiber 263.
Koneffte, Gemeindefschul-Lehrer 206.
Kopetsky, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
Kopp, Amtsvorst. 145.
Kopp, Ger.-Ref. 219.
Korn, Gemeindefschul-Lehrer 206.
Korte, Amtsvorst.-Stellv. 93.
Korte, Forstamtsanw.-Stellv. 403.
Korte, Gemeindefschul-Lehrer 476.
Korth, Post-Assist. 199.
Korth, Ger.-Ref. 263.
Koschke, Gemeindefschul-Lehrer 476.
Kossag, Ger.-Secret. 399.
Koste, Rechn.-R. 476.
Kradewig, Ger.-Schreiber 263.
Kraemer, Gemeindefschul-Lehrerin 122.
Kraetsch, Dr., ord. Lehrer 218.
Krafack, Ger.-Schreiber 263.

Kraft, Ger.-Ref. 486.
 Kramm, Gemeindefschul-Lehrer 230.
 Kramme, Ger.-Vollz. 319.
 Krande, Ger.-Assess. 319.
 Kragenstein, Rechtsanw. 393.
 Kragenstein, Pfarrer 403.
 Krause I., Dr., Oberlehrer 35.
 Krause, Telegr.-Assist. 105.
 Krause, Ober-Telegr.-Assist. 237.
 Krause, Post-Secret. 244.
 Krause, Ger.-Schreiber 263.
 Krause, Pfarrer 367.
 Krausnick, Ger.-Schreiber-Geh. 36.
 Krausnick, Ger.-Schreiber 263.
 Krebs, Dr., Ger.-Assess. 319.
 Krebs, Gemeindefschul-Lehrer 327.
 Kreibitz, Lic., Pfarrer und Superint. 237.
 Krell, Ger.-Schreiber 263.
 Kremnig, Rechtsanw. und Notar 319.
 Krens, Gemeindefschul-Lehrerin 35.
 Krens, Ger.-Ref. 319.
 Krenke, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Kresschmar, Ger.-Schreiber-Geh. 394.
 Kresschmar, Ger.-Schreiber-Geh. 400.
 Krieg, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Kriege, Dr., Ger.-Assess. 399.
 Krisinger, Pfarrer 237.
 Krisinger, Pfarrer 377.
 Krönig, Dr., Amtsrichter 319.
 Krösing, Telegr.-Assist. 199.
 Krohn, Reg.-Secret. 392.
 Kroll, Post-Inspect. 66.
 Kroll, Gemeindefschul-Lehrer 477.
 Kronecker, Dr., Landrichter 319.
 Kroner, Ger.-Assess. 319.
 Krüger, Stations-Inspect. 30.
 Krüger, Gemeindefschul-Lehrerin 237.
 Krüger, Ger.-Assess. 319.
 Krüger, Land-Bau-Inspect. 338.
 Krüger, Gemeindefschul-Lehrerin 403.
 Krüger, Gemeindefschul-Lehrer 477.
 Krümmel, Ger.-Schreiber 263.
 Kruppa, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Rubale, Ger.-Ref. 263.
 Rucher, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Rudowicz, Post-Assist. 199.
 Rühling, Gemeindefschul-Lehrer 476.
 Rühn, Gemeindefschul-Lehrer 30.
 Rühn, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Rühnas, Ger.-Assess. 436.
 Rühne, Forst-Auss. 138.
 Rühnzack, Post-Verw. 477.
 Rünzel, Ger.-Ref. 486.
 Rürwig, Dr., Ger.-Assess. 170.
 Rüter, Gemeindefschul-Lehrerin 190.
 Rüter, Gemeindefschul-Lehrerin 495.
 Ruhl, Ger.-Schreiber 263.
 Rulfe, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Rullrich, Banführer 304.
 Rulfe, Rechn.-R. 105.
 Runert, Dr., ord. Lehrer 244.
 Runert, Pfarrer 289.
 Runkel, Dr., Ger.-Assess. 170.

v. Runow, Hauptmann a. D. 399.
 v. Rurowsky, Premier-Lieutenant a. D. 399.
 Ruschy, Ger.-Vollz. 319.
 Rutsche, Gemeindefschul-Lehrer 190.
 Rutscher, Kanzlei-R. 264.
 Ruttner, Ger.-Assess. 77.
 Ruzer, Post-Assist. 66.
 Ryris, Ger.-Ref. 486.
 Saasch, Prediger 272.
 Sachmann, Amtsrichter 122.
 Sahn, Rechn.-R. 170.
 van Samsen, Secret.-Assist. 157.
 Sany, Reg.-Baumstr. 190.
 Sandau, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Sandmeyer, Telegr.-Assist. 199.
 Landsberg, Ger.-Assess. 170.
 Landsberg, Rechtsanw. 262.
 Landsberg, Rechtsanw. 319.
 Landsberger, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Landt, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Lange, Gemeindefschul-Lehrer 206.
 Lange, Pfarrer 392.
 Lange, Strafsanft.-Ass. 424.
 Lange, Ger.-Ref. 486.
 Langhammer, Post-Secret. 198.
 Langhoff, Assist. 219.
 Langner, Ger.-Kassen-Rend. 219.
 Langner, Ober-Telegr.-Assist. 289.
 Langong, Baggermstr. 206.
 Lasler, Rechtsanw. 399.
 Lasler, Rechtsanw. 486.
 Lassahn, Ger.-Schreiber 263.
 Lassally, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Lau, Ger.-Assess. 218.
 Laubann, Gemeindefschul-Lehrerin 284.
 Laubi, Ober-Telegr.-Assist. 435.
 Laue, Ger.-Assess. 170.
 Lausmann, Amtsvorst.-Stellv. 262.
 Lebr. v. Leebur, Reg.-Ref. 237.
 Lehmann, Ger.-Ref. 36.
 Lehmann, Diaconus u. Pfarrer 65.
 Lehmann, Oberamtmann 104.
 Lehmann, Gemeindefschul-Lehrerin 190.
 Lehmann, Ger.-Schreiber 263.
 Lehmann, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Lehmann, Pfarrer 284.
 Leirer, Gemeindefschul-Lehrer 476.
 Lenke, Ger.-Assess. 170.
 Lenzin, Ger.-Secret. 170.
 Lenz, Amtsvorst. 230.
 Leonhardt, Ober-Post-Secret. 320.
 Lessing, Ger.-Ref. 123.
 Lettgau, Landger.-Präs. 319.
 Levin, Ger.-Ref. 486.
 Levy, Justiz-R. 486.

Lewald, Dr., Ger.-Assess. 319.
 Lewald, Ger.-Ref. 394.
 Lewettag, Buchhalter 157.
 Lewettag, Ger.-Schreiber 219.
 Lewinski, Rechtsanw. 393.
 Lewinsky, Ger.-Assess. 319.
 Licht, Rechtsanw. u. Notar 262.
 Licht, Rechtsanw. u. Notar 319.
 Liebe, Post-Secret. 157.
 Liepe, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Liese, Kantor 409.
 Liezmann, Ger.-Schreiber 219.
 Liezmann, Ger.-Schreiber 263.
 Lill, Telegr.-Assist. 436.
 Lind, Pfarrer 109.
 Lindemann, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Lindenberg, Ger.-Ref. 36.
 Lindner, Reg.-Kanzlist 145.
 Lindner, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Linkersdorf, Ger.-Schreiber-Geh. 320.
 Lion, Dr., Ger.-Ref. 486.
 Lipmann, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Lippert, Staatsanw. 486.
 Lisiecki, Rechtsanw. 77.
 Lissauer, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Lode, Ger.-Schreiber 263.
 v. Loebell, Amtsvorst. 88.
 Lochner, Ger.-Ref. 122.
 v. Loeper, Ger.-Ref. 170.
 Loescher, Ober-Post-Direktions-Secret. 400.
 Loeschin, Ger.-Schreiber 263.
 Loesener, Ger.-Assess. 319.
 Loeser, Ger.-Assess. 77.
 Loeser, Rechtsanw. 262.
 Loeser, Rechtsanw. 319.
 Löwa, Gemeindefschul-Rektor 304.
 Loewe, Amtsvorst. 35.
 Loewe, Ger.-Ref. 263.
 Loewe, Ger.-Ref. 486.
 Loewenherz, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Loewy, Dr., Ger.-Assess. 218.
 Loewy, Dr., Rechtsanw. 319.
 Loewy, Ger.-Ref. 399.
 Lohmann, Ger.-Ref. 486.
 London, Gemeindefschul-Lehrerin 409.
 Loock, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Loof, Gemeindefschul-Lehrer 230.
 Lorenz, Professor 65.
 Lorenz, Dr. phil., Lehrer 243.
 Losch, Post-Assist. 199.
 Loschigki, Ober-Post-Secret. 435.
 Losmann, Stations-Vorst. II. Kl. 400.
 v. Lucke, Ger.-Ref. 219.
 Lucke, Postverw. 393.
 Luckenbach, Kanzlei-Diätar 403.
 Ludwig, Post-Secret. 199.
 Luble, Dr., ord. Lehrer 170.
 Lüders, Pfarrer 19.

Lüders, Ober-Telegr.-Secret. 105.
 Lüders, Pfarrer 169.
 Lüders, Ober-Telegr.-Secret. 199.
 Lüdke, Ger.-Schreiber 394.
 Luer, Reg.-Rath 190.
 Lüttge, Dr., Professor 4.
 Frhr. v. Lühow, Kammer-Ger.-R. 319.
 Lustig, Rechtsanw. 170.
 Lustig, Ger.-Schreiber-Geh. 486.
 Luther, Ger.-Schreiber 263.
 Luther, Ger.-Assess. 264.
 Lütke, Post-Secret. 477.
 Frhr. v. Linder, Notar 36.

Maasberg, Gemeindefchul-Lehrerin 424.

Maas, Gemeindefchul-Lehrer 476.
 Maas, Ger.-Assess. 486.
 Maesler, Gemeindefchul-Lehrerin 409.
 Maercker, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Maerfel, Dr., ord. Lehrer 300.
 Magendanz, Post-Secret. 105.
 Mahler, Gemeindefchul-Lehrer 190.
 Mahlow, Rechn.-R. 19.
 Mahlow, Dr., ord. Lehrer 180.
 Maigatter, Post-Assist. 199.
 Mandel, Ger.-Ref. 123.
 Mantey, ord. Lehrerin 435.
 Marcard, Ger.-Ref. 319.
 Marcuse, Dr., Oberlehrer 20.
 Mart, Amtsvorst.-Stellv. 366.
 Marquardt, Ober-Telegr.-Assist. 105.
 Marquardt, Ger.-Schreiber 264.
 Mars, Post-Assist. 199.
 Marsch, Amtsvorst.-Stellv. 157.
 Marsch, Post-Secret. 198.
 v. d. Marwig, Ger.-Ref. 486.
 Marwig, Ger.-Assess. 486.
 Marx, Ger.-Schreiber 263.
 Marx, Gemeindefchul-Lehrer 477.
 Masch, Ger.-Boll. 264.
 Matting, Ger.-Ref. 399.
 Mattke, Post-Direct. 320.
 Graf Matschka v. Loppolczan, Amtsvorst.-Stellv. 180.
 Graf Matschka v. Loppolczan, Amtsvorst.-Stellv. 284.
 May, Ger.-Ref. 399.
 Mayborff, Ger.-Schreiber-Geh. 36.
 May, Ger.-Ref. 36.
 May, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Mape, Post-Secret. 198.
 v. Mayer, Stations-Vorst. 262.
 Meber, Post-Secret. 199.
 Mehl, Amtsvorst. 326.
 Mehlhorn, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Meine, Post-R. 145.
 Meister, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Meißner, Ger.-Schreiber 263.
 Meißner, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Meißner, Rechtsanw. 319.
 Mellenthin, Gendarm 138.
 Mellenthin, Ger.-Ref. 319.

Mellmann, ord. Lehrer 230.
 Melzer, Pfarrer 104.
 Mendelssohn-Bartholdy, stellv. Mitglied der Kammer für Handels-sachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Mengel, Rechtsanw. 486.
 Mengers, Dr., Ger.-Ref. 77.
 Mente, Ger.-Schreiber 263.
 Menzel, Ger.-Assess. 262.
 Menzel, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Meschelsohn, Ger.-Assess. 122.
 Meß, Ger.-Assess. 319.
 Mettenborn, Post-Assist. 436.
 Meubrand, ord. Lehrerin 367.
 Mewes, Professor 109.
 Meyer, Forstamtsanw. 109.
 Meyer, Ger.-Ref. 170.
 Meyer, Güter-Expedient 206.
 Meyer, Ger.-Assess. 218.
 Meyer, Dr., ord. Lehrer 230.
 Meyer, Post-Secret. 244.
 Meyer, Rechtsanw. 262.
 Meyer, Notar 263.
 Meyer, Ger.-Schreiber 263.
 Meyer, Notar 319.
 Meyer, Hilfslehrer 392.
 Meyer, stellv. Mitglied der Kammer für Handels-sachen beim Land-gericht I. zu Berlin 393.
 Meyer, Gemeindefchul-Lehrer 424.
 Meyer, Amtsrichter 486.
 Meyer, Ger.-Assess. 486.
 Meyer, Dr., Ger.-Assess. 496.
 v. Meyeren, Ger.-Ref. 486.
 Meyrick, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Michael, Post-Assist. 8.
 Michael, Post-Secret. 8.
 Michael, Post-Secret. 66.
 Michaelis, Ger.-Assess. 496.
 Mielde, Dr., Amtsrichter 485.
 Mierisch, Ober-Telegr.-Assist. 105.
 Mietenlotta, Post-Assist. 436.
 Miething, Pfarrer 345.
 Miething, Pfarrer 448.
 Milow, Ger.-Schreiber 264.
 Miram, Post-Assist. 436.
 Mittweide, Prediger 193.
 Moeller, Telegr.-Assist. 199.
 Moese, Ger.-Boll. 320.
 Mommsen, Ger.-Ref. 486.
 Morgenroth, Pfarrer 367.
 Moricinski, Stations-Vorst. II. Kl. 123.
 Moris, Ger.-Schreiber 263.
 Moser, Ger.-Ref. 36.
 Moser, Ger.-Assess. 399.
 Mosäus, Ger.-Assess. 486.
 Mosse, Landrichter 486.
 Mothes, Ger.-Assess. 486.
 Muder, Gemeindefchul-Lehrer 476.
 Müdley, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 v. d. Mülbe, Telegr.-Secret. 105.
 Mülensiefen, Dr., Archidiaconus 206.

Müller, Gemeindefchul-Lehrerin 30.
 Müller, Amtsrichter 35.
 Müller, Ger.-Assess. 77.
 Müller, Wasserbau-Inspect. 93.
 Müller, Telegr.-Secret. 105.
 Müller, Archidiaconus und Pfarrer 169.
 Müller, Post-Secret. 198.
 Müller, Post-Assist. 199.
 Müller, Gemeindefchul-Lehrer 206.
 Müller, Ger.-Schreiber 263.
 Müller, Telegr.-Assist. 289.
 Müller, Gemeindefchul-Rector 318.
 Müller, ord. Lehrer 392.
 Müller, Ger.-Assess. 394.
 Müller, Post-Direct. 477.
 Müller, Ober-Telegr.-Assist. 477.
 Müller, Steuer-Inspect. 485.
 Müller, Amtsrichter 485.
 Münchmeyer, Post-Secret. 435.
 Münbe, Gemeindefchul-Lehrerin 424.
 Münnig, Amtsvorst. 300.
 Murawski, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Murrmann, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Musloff, Ger.-Boll. 219.
 Mustroph, Pfarrer 469.

Naacke, Ger.-Schreiber-Geh. 486.
 Nähring, Kantor 180.
 Nagel, Rechn.-R. 219.
 Nauck, Postmstr. 393.
 Naumann, Ger.-Schreiber 264.
 Naumann, Forstassen-Unterreceptor 403.
 Nay, Ger.-Ref. 219.
 Regendanz, Amtsvorst.-Stellv. 460.
 Nelken, Ger.-Ref. 170.
 Nereschlo, Ober-Landesger.-R. 486.
 Nerger, Ger.-Schreiber 263.
 Neßter, Pfarrer 51.
 Neubauer, Dr., Professor 20.
 Neubauer, Gemeindefchul-Lehrer 122.
 Neumärker, Postpraktikant 436.
 Neumann, Telegr.-Assist. 66.
 Neumann, Ger.-Schreiber 263.
 Neumann, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Neumann, Bür.-Diätar 304.
 Neumann, Ger.-Assess. 393.
 Neumann, Notar und Rechtsanw. 393.
 Neumann, Rechtsanw. 399.
 Neumann, Ger.-Assess. 486.
 Neumann, Ger.-Ref. 486.
 Neymans, Civ.-Supern. 304.
 Nidlas, Post-Rastler 105.
 Nicolai, Post-Secret. 105.
 Nicolaus, Gemeindefchul-Lehrerin 289.
 Nied, Reg.-Secret. 392.
 Niedermeyer, Ger.-Schreiber 264.
 Nimbach, Ger.-Ref. 77.
 Ninke, Post-Secret. 198.
 Rinow, Ger.-Schreiber 486.
 Rippe, Ger.-Schreiber-Geh. 263.

Nippe, Ger.-Schreiber 320.
 Nitardy, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Nitsch, Ger.-Schreiber 36.
 Nitsche, Förster 237.
 Nordenholz, Ger.-Ref. 486.
 v. Nordenskiöld, Amtsger.-R. 319.
 Notter, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Nowka, Gemeindefschul-Lehrer 190.
 Nürnberger, Pfarrer 448.
 Nürnberg, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Nürnberg, Gemeindefschul-Rektor 327.
 Nürnberg, Pfarrer 460.

Oberbeck, Rechtsanw. u. Notar 170.
 Oberüber, Ober-Telegr.-Assist. 477.
 Dehlke, Ger.-Schreiber 263.
 Dehlschlaeger, Kammer-Ger.-Präs. 35.

Oldörp, Gemeindefschul-Lehrerin 30.
 Ollmann, Lehrerin 377.
 Olschhausen, Dr., Landger.-Direct. 319.

v. Oppen, Amtsvorst. 189.
 Oppermann, Ger.-Assess. 122.
 v. d. Osten-Warnis, Ger.-Ref. 486.
 Osterroht, Rechtsanw. u. Notar 36.
 Osterroht, Amtsvorst. 272.
 Ott, Civ.-Supern. 304.
 Otto, Amtsvorst. 65.
 Otto, Amtsvorst. 157.
 Otto, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Otto, Ger.-Schreiber 319.

Paats, Ger.-Schreiber 319.
 Paalegrimm, Notar 122.
 Paeske, Ger.-Assess. 35.
 Päsler, Ober-Post-Assist. 435.
 Paetsch, Ger.-Ref. 36.
 Pagels, Post-Rassirer 157.
 Palm, Dr., ord. Lehrer 345.
 Pankow, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Pape, Gemeindefschul-Lehrer 122.
 Papenbrock, Amtsvorst.-Stellv. 460.
 Parisius, Amtsrichter 262.
 Pascal, ord. Lehrer 469.
 Paschke, Amtsvorst.-Stellv. 495.
 Paul, Reg.-Civ.-Supern. 326.
 Paulenz, Gemeindefschul-Lehrerin 345.
 Pauling, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Paulsdorff, Bauführer 304.
 Pawlowski, Ger.-Bollz. 394.
 Penzler, Dr., ord. Lehrer 354.
 Peronne, Gemeindefschul-Lehrerin 35.
 Peronne, Pfarrer 88.
 Perius, Ger.-Ref. 319.
 Peschke, Ger.-Assess. 319.
 Pestke, Ger.-Schreiber 263.
 Peters, Amtsvorst.-Stellv. 8.
 Peters, Civ.-Supern. 157.
 Peters, Ger.-Schreiber 263.
 Peters, Civ.-Supern. 304.

Petersdorf, Ger.-Schreiber 263.
 Petersen, Ger.-Ref. 36.
 Petersen, Amtsanw. 230.
 Petersen, Diaconats- und Rectorats-Berwesser 314.
 Petersen, Dr., Oberlehrer 476.
 Peterson, Amtsanw. 460.
 Petersson, Amtsanw. 93.
 Petersson, Telegr.-Inspect. 105.
 Pezenberg, Ger.-Ref. 36.
 Pfeifer, Diaconus u. Pfarrer 169.
 Pfeiffer, Dr., Superint. u. Oberpfarrer 51.

Pfigner, Amtsanw. 230.
 Pfigner, Amtsanw. 460.
 Philipp, Ger.-Schreiber 219.
 Philippi, Ger.-Rassen-Rend. 219.
 Piate, ord. Lehrerin 345.
 Pichow, Gemeindefschul-Lehrerin 495.
 Pieper, Ger.-Schreiber 486.
 Pieroth, Pfarrer 230.
 Pieroth, Pfarrer 314.
 Pietisch, Pfarrer 314.
 Pietisch, Rechtsanw. 319.
 Pietisch, Ober-Telegr.-Assist. 435.
 Pießsch, Ger.-Assess. 262.
 Pießsch, Telegr.-Assist. 436.
 Pießsch, Rechtsanw. 486.
 Pignol, Ger.-Assess. 486.
 Pigulla, Ger.-Ref. 399.
 Pinkert, Telegr.-Inspect. 105.
 Pintsch, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Pipping, Ger.-Schreiber 263.
 Piske, Gemeindefschul-Lehrer 476.
 Graf v. Platen zu Hallermund, Ger.-Ref. 399.

Plath, Ger.-Bollz. 170.
 Plath, Ger.-Ref. 77.
 Plenz, Gemeindefschul-Lehrerin 35.
 Plesch, Post-Assist. 436.
 Plesner, Amtsrichter 485.
 Plinzner, Ger.-Assess. 262.
 Plinzner, Rechtsanw. 319.
 Plinzner, Rechtsanw. 486.
 Plog, Ger.-Schreiber 263.
 Plüddemann, Landbau-Inspect. 76.
 Plüddemann, Landbau-Inspect. 338.
 Pochhammer, Ger.-Assess. 122.
 v. Podewils, Reg.-Assess. 354.
 v. Podewils, stellv. Mitglied des Bezirksausschusses 377.
 v. Podjaski, Ger.-Ref. 319.
 Pötter, Ger.-Secret. 264.
 Pohland, Ger.-Bollz. 319.
 Pohle, Amtsvorst.-Stellv. 93.
 Pohle, Domainen-Rentmstr. 403.
 Pohle, Güter-Expeditions-Vorst. 495.
 Popiolek, Reg.-Secret. 392.
 Poppelreuter, Post-Assist. 436.
 Posemann, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Posin, Kreisger.-Secret. z. D. 394.
 Pothmann, Ger.-Ref. 393.
 Praetorius, Ger.-Assess. 399.

Praetorius, Ger.-Assess. 486.
 Pransniger, Reg.-R. 19.
 Preisigke, Post-Secret. 198.
 Preißner, Gemeindefschul-Lehrer 477.
 Prengel, Reg.-Baumstr. 30.
 Prengel, Kreisbau-Inspect. 206.
 Priebe, Ger.-Assess. 122.
 Prieß, Bauführer 424.
 Proelß, Kataster-Kontrol. 424.
 Proß, Post-Verm. 393.
 Puchert II., Förster 284.
 Puhlmann, stellv. Schloffenmstr. 169.
 Pundt, Gemeindefschul-Lehrerin 35.
 Pusch, Dr., Ger.-Ref. 123.
 v. Puttkamer, Ger.-Ref. 170.

v. Quast, Ger.-Ref. 219.
 Quast, Gemeindefschul-Lehrer 230.
 Quindt, Telegr.-Assist. 289.
 v. Duost, Gemeindefschul-Lehrerin 495.

Radau, Post-Assist. 199.
 Räßiger, Gemeindefschul-Lehrer 477.
 Raehle, Dr., Professor 4.
 Raebisch, Gemeindefschul-Lehrerin 424.
 Raffauf, Ger.-Assess. 486.
 Rahmlow, Gemeindefschul-Lehrerin 122.

Rahn, Dr., Oberlehrer 310.
 Rahs, Ger.-Schreiber-Geh. 320.
 Ramin, Amtsvorst. 399.
 Ramlau, Gemeindefschul-Lehrerin 485.
 Rauch, Gemeindefschul-Lehrerin 495.
 Rauffsen, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.

Raupert, Post-Secret. 199.
 Rauprich, Gemeindefschul-Lehrer 190.
 Rehr. v. d. Red, Staatsanw. 486.
 Redlich, Rechtsanw. 219.

Redlich, Notar 219.
 Rehfeld, Ger.-Ref. 263.
 Rehender, Ger.-Schreiber 263.
 Rehender, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Rehropp, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Reiche, Dr., Ger.-Assess. 486.
 Reichenbach, Rechtsanw. 219.
 v. Reichenbach, ord. Lehrerin 345.
 Reichert, Ger.-Ref. 123.

Reimann, Post-Secret. 198.
 Reimann, Telegr.-Secret. 199.
 Reimann, Post-Assist. 289.
 Reiniger, Ger.-Schreiber 219.
 Reis, Ger.-Assess. 262.
 Reiß, Post-Secret. 320.
 Remack, Gemeindefschul-Lehrer 35.
 Remack, Dr., Ger.-Assess. 319.
 Remling, Dr., Rechtsanw. 35.
 Remus, Bür.-Diätar 403.
 Rensmann, Ger.-Assess. 77.
 Rensmann, Rechtsanw. 486.

- Rehlaff, Ger.-Ref. 77.
 Reim, Post-Assist. 259.
 Rehr. v. Rheinbaben, Amtsvorst. 495.
 Rhode, Forstauff. 262.
 Ribbete, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Riccius, Ger.-Schreiber 219.
 Richter, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Richter, Reg.-Feldmesser 35.
 Richter, Post-Assist. 105.
 Richter, Ger.-Rassen-Rend. 219.
 Richter, Ger.-Assess. 319.
 Richter, Ger.-Ref. 319.
 Richter, Ger.-Vollz. 320.
 Richter, Assist. 399.
 Richter, Forst-Rassen-Rend. und Rechn.-R. 421.
 Rehr. v. Richthofen, Ger.-Ref. 319.
 Rieles, Post-Assist. 199.
 Riebe, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Riedel, Ger.-Assess. 170.
 Rieckmann, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Riemann, Thiergarten-Gärtner 157.
 Riemer, Rechn.-Revis. 219.
 Riep, Ger.-Ref. 486.
 Rieth, Gemeindefschul-Rektor 495.
 Rindfleisch, Ger.-Vollz. 219.
 Rintelen, Ger.-Assess. 170.
 Risch, Gemeindefschul-Lehrer 206.
 v. Risselmann, Reg.-Assess. 19.
 v. Risselmann, Ger.-Assess. 35.
 v. Risselmann, Amtsvorst. 145.
 v. Risselmann, Amtsvorst. 262.
 v. Risselmann, Amtsvorst. 283.
 v. Risselmann, Landrath 332.
 v. Rittberg, Kammer-Ger.-R. 393.
 Ritter, Dr., Professor 138.
 Ritter, Stations-Vorst. II. Kl. 400.
 v. Rochow, Amtsvorst. 198.
 Roelawski, Post-Secret. 435.
 Roedenbeck, Rechtsanw. 486.
 Roeder, Amtsvorst. 157.
 Röhl, Post-Secret. 20.
 v. Röhl, Ger.-Ref. 123.
 Roelcke, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Roetger, Ger.-Ref. 399.
 Roetger, Ger.-Ref. 438.
 Rogge, Post-Assist. 199.
 Rohden, Post-Assist. 145.
 Rohrer, Dr., Ger.-Assess. 393.
 Rohrer, Dr., Rechtsanw. 486.
 Romberg, Ger.-Ref. 399.
 Ronge, Post-Secret. 198.
 Ronge, Post-Secret. 477.
 Rose, Ger.-Vollz. 399.
 Rosenberger, Post-Secret. 477.
 Rosenfeld, Rechtsanw. 486.
 Rosenthal, Ger.-Ref. 319.
 Rosenthal, Forstamtsanw. 332.
 Rossenbaum, Bauführer 304.
 Rost, Amtsvorst.-Stellv. 76.
 Rossmann, Post-Assist. 199.
 Rothenstein, Civ.-Supern. 284.
 Rudolph, Ger.-Schreiber-Geh. 219.
 Rücker, Gemeindefschul-Rektor 403.
 Rühnick, Pfarrer 377.
 Ruhbaum, Ger.-Ref. 36.
 Ruhland II., Reg.-Secret. 284.
 Ruhnke, Ober-Post-Assist. 289.
 Rumland, Ger.-Ref. 393.
 Runt, Post-Secret. 199.
 Runnebaum, Forstmsr. 318.
 Runze, Diaconus. 424.
 Saade, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Sadewasser, Gemeindefschul-Lehrerin 424.
 Sadler, Ger.-Schreiber 263.
 Saenger, Ger.-Assess. 486.
 Saint-Pierre, Ger.-Ref. 486.
 Saling, Landger.-Direct. 319.
 Salomon, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Sander, Ger.-Ref. 36.
 Sander, Rechtsanw. 219.
 Sander, Notar 219.
 Sandrock, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Sanftleben, Telegr.-Assist. 436.
 Saran, Lic., Superint. u. Oberpfarrer 145.
 Sarre, Dr., Ger.-Assess. 319.
 Sasse, Post-Secret. 20.
 Sasse, Ger.-Schreiber 219.
 Sattler, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Sauer, Ger.-Assess. 486.
 Saure, Dr., Lehrer 170.
 Sayffaerth, Ger.-Ref. 263.
 Schaale, Ger.-Ref. 263.
 Schacht, Post-Secret. 20.
 Schacht, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Schacht, Ger.-Assess. 486.
 Schäfer, Ger.-Schreiber 263.
 Schallehn, Ger.-Ref. 319.
 Schaller, Schul-R. 190.
 Schalt, Hegemstr. 284.
 Scharffenstein, Post-Assist. 289.
 Schauer, Ger.-Schreiber 263.
 Scheele, Pfarrer 237.
 Scheele, Diaconus 272.
 Scheer, Pfarrer 76.
 Scheer, Gemeindefschul-Rektor 304.
 Scheer, Pfarrer 448.
 Scheffler, Ger.-Schreiber 219.
 Scheffler, Ger.-Secret. 263.
 Scheffler, Dr., Rechtsanw. 486.
 Scheinemann, Ober-Telegr.-Assist. 435.
 Schellbach, Dr., Professor 4.
 Schelling, Ger.-Assess. 319.
 Schelp, Förster 83.
 Schend, Rechtsanw. 35.
 Schend, Rechtsanw. 486.
 Schenke, Ger.-Ref. 170.
 Scherber, Telegr.-Assist. 199.
 Scherz, Ger.-Ref. 319.
 Scherz, Amtsvorst. 354.
 Schiche, Telegr.-Assist. 259.
 Schiche, Telegr.-Secret. 259.
 Schicht, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Schiefler, Bauführer 424.
 Schiemang, Rechtsanw. 77.
 Schilasty, Ger.-Ref. 263.
 Schildkopf, Post-Secret. 66.
 Schiller, Rechtsanw. 262.
 Schiller, Reg.-Secret. 392.
 Schindler, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Schirrmeister, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Schlaaf, Pfarrer 206.
 Schlag, Gemeindefschul-Lehrer 206.
 Schlauf, Gemeindefschul-Lehrer 476.
 Schlecht, Pfarrer 495.
 Schlegel, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Schlegel, Ger.-Schreiber 319.
 Schlesier, Ger.-Ref. 36.
 Schliebs, Bauführer 424.
 Schlieper, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsfachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Grf. v. Schlippenbach, Amtsvorst. 8.
 Schlötke, Ger.-Schreiber 319.
 v. Schlözer, Ger.-Ref. 77.
 Schlomann, Ger.-Ref. 486.
 Schlüter, Ger.-Assess. 122.
 Schlüter, Geh. Calculator 219.
 Schlüter, Ger.-Schreiber 263.
 Schlutius, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Schmah, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Schmalz, ord. Lehrer 170.
 Schmidt, Amtsvorst.-Stellv. 8.
 Schmidt, Amtsrichter 35.
 Schmidt, Ger.-Ref. 36.
 Schmidt, Pfarrer 76.
 Schmidt, ord. Lehrer 76.
 Schmidt, Oberpfarrer 104.
 Schmidt, Amtsvorst. 109.
 Schmidt, Dr., Professor 109.
 Schmidt, Amtsvorst.-Stellv. 180.
 Schmidt, Vollz.-Beamt. 190.
 Schmidt, Pfarrer 198.
 Schmidt, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Schmidt, Gemeindefschul-Lehrer 206.
 Schmidt, Ger.-Schreiber 263.
 Schmidt, Kataster-Assist. 284.
 Schmidt, Strafanst.-Assf. 304.
 Schmidt, Civ.-Supern. 304.
 Schmidt, Ger.-Schreiber 319.
 Schmidt, Pfarrer 424.
 Schmidt, Post-Secret. 435.
 Schmidt, Ger.-Assess. 486.
 Schmiele, Ger.-Assess. 170.
 Schmilinski, Rechtsanw. 219.
 Schmilinski, Post-Secret. 170.
 Schneider, Post-Secret. 105.
 Schneider, Ger.-Schreiber 123.
 Schneider, Dr., Oberlehrer 138.
 Schneider, Gemeindefschul-Lehrer 206.
 Schneider, Dr., Oberlehrer 318.
 Schneider, Ger.-Ref. 319.
 Schneider, Gemeindefschul-Lehrer 476.

- Schneiderreit, Rechn.-Revis. 219.
 Schnell, Post-Affist. 199.
 Schoeffler, Lehrerin 218.
 Schönberg, Dr., Amtsrichter 77.
 Schöne, Post-Secret. 435.
 Schöneberg, Post-Berw. 145.
 Schöneberg, Post-Berw. 477.
 Prinz v. Schönau-Carolath, Ger.-Ref. 170.
 Schönermark, Ger.-Ref. 77.
 Schönfeld, Amtsvorst.-Stellv. 76.
 Schönfeld, Ger.-Affist. 218.
 Schönfeld, Rechtsanw. 262.
 Schönhals, Post-Inspect. 199.
 Schönlan, Post-Secret. 66.
 Schoenian, Prediger 448.
 Scholz, Förster 262.
 Scholz, Gemeindeschul-Lehrer 476.
 Schoof, Forstfassen-Unterreceptor 403.
 Schorß, Ger.-Boll. 77.
 Schrader, Amtsvorst. 332.
 Schrader, Amtsrath 345.
 Schramm, Ger.-Affist. 35.
 Schramm, Rechtsanw. 122.
 Schramm, Stations-Vorst. II. Kl. 206.
 Schramm, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Schreiber, Ger.-Schreiber 170.
 Schreyer, Ger.-Affist. 170.
 Schroß, Amtsvorst.-Stellv. 180.
 Schröder, Ober-Postfassen-Buchhalter 145.
 Schröder, Ger.-Schreiber 263.
 Schröder, Ober-Post-Rassen-Kassirer 199.
 Schroeder, Ger.-Affist. 399.
 Schröder, Ober-Postfassen-Buchhalter 436.
 Schroeder, Ober-Landesger.-R. 486.
 Schroeder, Gemeindeschul-Lehrerin 495.
 Schroell, Ober-Telegr.-Affist. 477.
 Schubert, Amtsanw. 35.
 Schubert, Ober-Telegr.-Affist. 244.
 Schubert, Dr., Ger.-Affist. 319.
 Schubog, Ober-Telegr.-Affist. 20.
 v. Schudmann, Ger.-Affist. 319.
 Schüd, Ger.-Affist. 77.
 Schüller-Baudesson, Telegr.-Affist. 244.
 Schüller, Affist. 264.
 Schumann, Ger.-Boll. 320.
 Schünemann, Ger.-Boll. 394.
 Schünemann, Amtsvorst.-Stellv. 495.
 Schüze, Gemeindeschul-Lehrer 35.
 Schüze, Post-Berw. 199.
 Schuhmann, Ger.-Ref. 77.
 v. d. Schulenburg, Amtsvorst. 476.
 Schulten, Post-Secret. 20.
 Schulteß, Gemeindeschul-Lehrerin 237.
 Schulz, Post-Secret. 193.
 Schulz, Ober-Telegr.-Affist. 199.
 Schulz, Reg.-Baumstr. 218.
 Schulz, Reg.-Bauführer 218.
 Schulz, Dr. jur., Ger.-Ref. 263.
 Schulz, Deconomie-R. 318.
 Schulz III., Rentmstr. 392.
 Schulze, Amtsvorst. 157.
 Schulze, Ger.-Ref. 170.
 Schulze, Ober-Post-Direct.-Secret. 199.
 Schulze, Pfarrer 284.
 Schulze, Domainen-R. 403.
 Schulze, Post-Kassirer 435.
 Schulze, Post-Secret. 477.
 Schulzenstein, Landrichter 35.
 v. Schulz, Ger.-Affist. 35.
 Schulz, Ger.-Ref. 36.
 Schulz, Ober-Telegr.-Affist. 199.
 Schulz, Gemeindeschul-Lehrer 218.
 Schulz, Ger.-Affist. 218.
 Schulz, Förster 230.
 Schulz, Revierförster 237.
 Schulz, Telegr.-Affist. 259.
 Schu z, Ger.-Boll. 320.
 Schu z, Gemeindeschul-Lehrer 327.
 Schulz, Förster 345.
 Schulz, ord. Lehrer 367.
 Schulz, Ober-Telegr.-Affist. 435.
 Schulze, Ober-Post-Direct.-Secret. 8.
 Schu ze, Ger.-Ref. 123.
 Schulze, Ober-Post-Secret. 199.
 Schu e, Ober-Post-R. 199.
 Schu ze Landger.-Präs. 262.
 Schu z Ger.-Affist. 262.
 Schu e Ger.-Schreiber 263.
 Schulze Ger.-Schreiber 263.
 Schu e Ger.-Schreiber-Geh. 320.
 Schu e Post-Secret. 393.
 Schulze Amtsrichter 399.
 Schulze, Ober-Telegr.-Affist. 435.
 Schulze, ord. Lehrer 448.
 Schumach, Ober-Telegr.-Affist. 199.
 Schumann, Gemeindeschul-Lehrer 206.
 Schumann, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Schumann, Ober-Telegr.-Affist. 436.
 Schund, ord. Lehrer 284.
 Schupfe, Thiergarten-Förster 19.
 Schwandt, Gemeindeschul-Lehrerin 122.
 Schwanhäuser, Feldmesser 122.
 Schwarz, Telegr.-Secret. 66.
 Schwarzer, Gefängniß-Inspect. 400.
 v. Schweinitz, Landger.-Rath 393.
 Schwemin, Gemeindeschul-Lehrer 476.
 Schwierig, Telegr.-Affist. 400.
 Seeber, Ger.-Affist. 77.
 Seefluth, Ger.-Rassen-Rend. 219.
 Seefluth, Rechn.-R. 219.
 v. Seehausen, Amtsvorst. 495.
 Seelmann, Amtsvorst. 495.
 Seelow, Kastellan 377.
 Seemann, Pfarrer 230.
 Seidel, Gemeindeschul-Lehrerin 35.
 Seidel, Ger.-Boll. 394.
 Seiffert, Gemeindeschul-Lehrer 304.
 v. Selchow, Amtsvorst. 83.
 Sel, Ger.-Affist. 262.
 Seltam, Post-Secret. 244.
 Semmler, Stations-Vorst. I. Kl. 206.
 Sempfs, Ger.-Schreiber-Geh. 219.
 Sens, Post-Secret. 105.
 Senstius, Dr., Kreisphysikus 314.
 Senke, Gemeindeschul-Lehrerin 495.
 Sernow, Amtsvorst. 332.
 Seydlitz, Förster 169.
 Seyler, Ger.-Schreiber 319.
 Sber, Ger.-Affist. 122.
 Sibilski, Post-Affist. 289.
 Siegfried, Förster 230.
 Sieglösch, Förster 138.
 Siegmund, Reg.-Hauptfassen-Affist. 424.
 Siemon, Gemeindeschul-Lehrer 476.
 Sillies, Ger.-Ref. 486.
 Simon, Telegr.-Secret. 20.
 Simon, ord. Lehrer 180.
 Simon, Ger.-Ref. 219.
 Simon, Diaconus 460.
 Singelmann, Ger.-Ref. 486.
 Skalley, Post-Secret. 105.
 Snetlage, Rechn.-R. 19.
 Sobernheim, stellv. Mitglied der Kammer für Handelsachen beim Landgericht I. zu Berlin 393.
 Söhlke, Dr., Ger.-Ref. 393.
 Sommer, Post-Affist. 199.
 Sommer, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Sommer, Ober-Telegr.-Affist. 393.
 Sommer, Ober-Telegr.-Affist. 436.
 Sommerburg, Ger.-Schreiber 264.
 Sommerburg, Post-Affist. 289.
 Sommerfeld, Förster 206.
 Sommerfeldt, Gefängniß-Inspect. 399.
 Soreaux, Ger.-Schreiber 263.
 Soreaux, Ger.-Schreiber 394.
 Sparfeld, Post-Secret. 198.
 Spendelin, Ger.-Ref. 319.
 Spengler, Diaconus u. Pfarrer 399.
 Spiegel, Diaconus 318.
 Spieß, Kreischul-Inspect. 138.
 Spieß, Dr., Reg.-Affist. 157.
 Spieß, Snerint. 354.
 Spieß, Kreischul-Inspect. 409.
 Splettstöcker, Ger.-Ref. 36.
 Splettstöcker, Gemeindeschul-Lehrer 230.
 Splitt, Ger.-Schreiber 320.
 Sporberg, Ger.-Schreiber 264.
 Stadtfeld, Ober-Telegr.-Affist. 400.
 Staevie, Amtsvorst. 88.
 Stablbusch, Post-Affist. 199.
 Stamble, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Stangenberg, Ober-Telegr.-Affist. 199.
 Stassen, Telegr.-Secret. 320.
 Stawenow, Amtsvorst.-Stellv. 460.
 Stechert, Pfarrer 65.
 Stechert, Gemeindeschul-Lehrerin 237.
 v. Stechow, Amtsvorst. 169.
 Steffen, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
 Steffin, Gemeindeschul-Lehrerin 345.
 Stein, Ger.-Ref. 36.
 Stein, Ger.-Schreiber-Geh. 263.

Steinbrück, ord. Lehrerin 345.
Steiner, Revierförster 157.
Steinhauer, Gemeindefchul-Lehrer 206.
Steinhausen, Ger.-Ref. 77.
Steinhausen, Rammer-Ger.-R. 486.
Steinlopf, Amtsrichter 319.
Steltner, Ober-Post-Secret. 289.
Stepp, Gemeindefchul-Lehrer 476.
Sterling, Civ.-Supern. 304.
Stern, Dr., Rechtsanw. 35.
Sternberg, Stellv. Mitglied der Kammer für Handelsachen beim Landgericht 1. zu Berlin 393.
Sternfeld, Ger.-Assess. 399.
Sternsdorff, Ger.-Ref. 486.
Stidlies, Gemeindefchul-Lehrer 477.
Stieme, Ger.-Ref. 219.
Stier, Telegr.-Secret. 320.
Stirn, Dr., Reg.-R. 19.
Stirn, Dr., Reg.-R. 392.
Stobwasser, Obergfarrer 138.
Stoedel, Dr., Amtsrichter 399.
Stolzenberg, Ger.-Ref. 77.
Stopp, Gemeindefchul-Lehrerin 30.
Straßmann, Dr., Rechtsanw. 399.
Straube, Gemeindefchul-Lehrer 300.
Strehlow, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Streiblein, Gemeindefchul-Lehrerin 424.
Streichan, Gemeindefchul-Rector 327.
Stromeyer, Amtsanw. 35.
Struck, Amtger.-R. 319.
Strufe, Ger.-Secret. 394.
Strunß, commiff. Kreisphysikus 104.
Strunß, Dr., Kreisphysikus 283.
Strycker, Post-Assist. 199.
Stubbe, Gemeindefchul-Lehrer 230.
Stubenrauch, Landrath 338.
v. Studzienski, Post-Secret. 198.
Stüler, Dr. med., Kreiswundarzt 145.
Stümer, Ger.-Ref. 123.
Stüme, Bau-R. 19.
Sturm, Güter-Expedient 300.
Stute, Ger.-Ref. 319.
Stutte, Ger.-Ref. 170.
Sudau, Amtsanw.-Stellv. 377.
Sündermann, ord. Lehrer 170.
Süßmann, Bau-R. 218.
Sudrow, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Sulzer, Handelsrichter 262.
v. Syburg, Ger.-Assess. 486.
Sybow, Telegr.-Secret. 20.
v. Sybow, Ger.-Assess. 319.
Sybow, Ger.-Ref. 319.
Szabelski, Post-Assist. 199.
Szczesny, Ger.-Ref. 486.

Tadmänn, Förster 190.
Taeger, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Taeger, Dr., ord. Lehrer 35.
Teichert, Dr., Ger.-Assess. 399.
Teile, Ger.-Secret. 399.
Teschendorf, Ger.-Assess. 319.

Tessenborff, Senats-Präs. 393.
Teshmar, Ger.-Assess. 262.
v. Tettenborn, Kreisdeputirter 289.
Tetting, Ger.-Schreiber 263.
Teuchert, Post-Secret. 198.
Thalwiger, Ger.-Schreiber 36.
Thalwiger, Ober-Telegr.-Assist. 199.
Thiede, Amtsanw. 76.
Thiede, Bürgermstr. 93.
Thiede, Ger.-Schreiber 264.
Thiel, Ober-Post-Direct.-Secret. 105.
Thiele-Windler, Ger.-Ref. 170.
Thiele, Telegr.-Assist. 199.
Thiele, Gemeindefchul-Lehrer 230.
Thielemann, Rechtsanw. 122.
Thielemann, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Thielmann, Dr., Ger.-Assess. 77.
Thiemann, Dr., ord. Lehrer 377.
Thieme, Ger.-Schreiber 263.
Thoelbtau, Diaconus 300.
Thoelbtau, Pfarrer 367.
Thöns, Lehrer 219.
Thomas, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Thomas, Ger.-Schreiber 264.
Thomas, Ger.-Schreiber 320.
Thomas, Ober-Telegr.-Assist. 320.
Thomaszewski, Ger.-Ref. 399.
Thon, Ger.-Schreiber 263.
Thon, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Thurmann, Kreisbau-Inspect. 30.
Tiedt, Post-Direct. 244.
Tiedge, Ger.-Ref. 486.
Tiege, Ger.-Secret. 263.
Tiege, Bauführer 304.
Tilgner, Gemeindefchul-Lehrer 206.
Tobdt, Superint. 218.
Tobdt, Kreisfchul-Inspect. 230.
Tobdt, Superint. 272.
Töpler, ord. Lehrer 206.
Tollmitt, Wasserbau-Inspect. 145.
Tollmitt, Güter-Expedient 495.
Tolz, Post-Assist. 199.
Traue, Secret. 326.
Trantwetter, Ger.-Ref. 36.
Trebe, Kataster-Secret. 8.
Trepte, Pfarrer 198.
Treptow, Ger.-Schreiber-Geh. 219.
v. Treptow, Ger.-Ref. 263.
Trettin, Gemeindefchul-Lehrer 435.
Tregel, Ger.-Schreiber-Geh. 394.
Trentler, Telegr.-Inspect. 66.
Triebe, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Trieple, Ger.-Schreiber 263.
Triller, Gemeindefchul-Lehrer 30.
Trinius, Reg.- u. Schul-R. 283.
Troschel, Gemeindefchul-Lehrerin 403.
Trouillas, ord. Lehrer 460.

v. Udro-Misch, Ger.-Ref. 399.
v. Uchtritz und Steinkirch, Ger.-Ref. 36.
Udert, Ger.-Assess. 35.
v. Ullanski, Rechtsanw. u. Notar 36.

v. Ullanski, Ger.-Ref. 319.
Ulrich, Schulvorst. 332.
Ullstein, Ger.-Assess. 486.
Ulrich, Kataster-Control. 198.
Unger, Ger.-Assess. 262.
Unterberger, Gemeindefchul-Lehrerin 424.

Weit, Ger.-Ref. 219.
Wielß, Ger.-Schreiber 170.
Wierhaus, Reg.-R. 77.
Wiegens, Dr., Ger.-Assess. 486.
Willain, Ger.-Schreiber 263.
Violet, Gemeindefchul-Lehrerin 237.
Vogel, Ober-Telegr.-Assist. 199.
Voigt, Ger.-Schreiber 263.
Voigt, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Voigt, Prediger 300.
Voigt, Landrichter 399.
Voigt, Bür.-Assist. 477.
Vollmar, Rechtsanw. 486.
Vorbeck, Ober-Telegr.-Assist. 199.
Vorberg, Pfarrer 88.
Vorwald, Ger.-Ref. 486.
Voss, Civ.-Supern. 157.
Voss, Gefängniß-Inspect. 320.

Wachsmann, Dr., Archidiaconus 392.
Wächter, Ger.-Ref. 36.
Waegener, Buchhalter 403.
Wähler, Post-Berm. 145.
Waegold, ord. Lehrerin 170.
Wagener, Ger.-Ref. 319.
Wagner, Ger.-Ref. 77.
Wagner, Post-Rassirer 105.
Wagner, Pfarrer 169.
Wagner, Ger.-Assess. 262.
Wagner, Ger.-Schreiber 263.
Wagner, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Wagner, Post-Inspect. 393.
Wagner, Post-Secret. 435.
Wahle, Hauslehrerin 485.
Walter, Förster 230.
Walter, Rechn.-Revis. 263.
Wangerin, Ger.-Schreiber 263.
Wardjad, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Warmbier, Ger.-Schreiber-Geh. 263.
Wartenberg, Gemeindefchul-Rector 304.
Graf York v. Wartenburg, Ger.-Ref. 319.
Wasmund, Ger.-Schreiber 263.
Wasserfall, Ger.-Assess. 122.
Wasserfall, Ger.-Ref. 170.
Wasmannsdorf, Pfarrer 93.
Weber, Dr., Oberlehrer 138.
Weber, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
Weber, Ger.-Ref. 319.
Weber, Post-Secret. 435.
Wedemuth, Ger.-Rassen-Revd. 219.
v. Wedell, Amtsvorst. 399.
Wedig, Ger.-Schreiber-Geh. 264.

- de Weert, Ger.-Ref. 319.
 Wegener, Ger.-Ref. 36.
 Wegener, Ger.-Assess. 319.
 Wegener, Oberpfarrer u. Superint. 327.
 Wegener, Gemeindefchul-Lehrer 327.
 Wegener, Amtsvorst. 332.
 Wegener, Prediger 367.
 Wegner, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Wehr, Förster 190.
 Weigert, Dr., stellv. Mitglied der
 Kammer für Handelsachen beim
 Landgericht I. zu Berlin 393.
 Weinreich, Gemeindefchul-Lehrer 477.
 Weisse, Post-Bew. 284.
 Weissenfels, Dr., Professor 448.
 Wendorff, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Wendt, Amtsvorst.-Stellv. 300.
 Wendt, Amtsvorst.-Stellv. 314.
 Wengel, Pfarrer 35.
 Wengel, Ger.-Ref. 170.
 Wengel, Ober-Post-R. 199.
 Wengel, Ger.-Ref. 319.
 Wenglass, Gemeindefchul-Lehrer 206.
 Wenzel, Secret.-Assist. 403.
 Werner, Telegr.-Secret. 105.
 Werner, Telegr.-Assist. 105.
 Werner, Bauführer 180.
 Werner, Dr., ord. Lehrer 403.
 Werner, Ger.-Assess. 486.
 Wettstaedt, Gemeindefchul-Lehrer 206.
 Wegel, Ger.-Schreiber 263.
 Weyl, Gemeindefchul-Lehrerin 35.
 Weymann, Ger.-Ref. 486.
 Wiazowski, Post-Assist. 199.
 Wichmann, Ger.-Schreiber 263.
 Wichura, Post-Inspect. 199.
 Wiedermann, Gemeindefchul-Lehrer
 206.
 Wierling, Ger.-Schreiber 263.
 Wiese, Gemeindefchul-Lehrer 476.
 Wieser, Amtsrichter 77.
 Wiesner, ord. Lehrer 109.
 Wigmann, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Wilberg, Kanzlei-R. 157.
 Wilbrandt, Amtsvorst. 8.
 Wilde, Post-Secret. 20.
 Wille, Ger.-Ref. 319.
 Wille, Oberpfarrer u. Superint. 435.
 Willam, Ger.-Schreiber 263.
 Willmann, Förster 345.
 v. Wilnowski, Ger.-Assess. 35.
 Windler, Förster 169.
 v. Windheim, Kammer-Ger.-R. 170.
 Winkel, Rassen-Assist. 157.
 Winkel, Post-Secret. 244.
 Winkel, Ger.-Schreiber 263.
 Winkelmann, Ober-Telegr.-Assist.
 199.
 Winter, Pfarrer 326.
 v. Winterfeld, Amtsvorst. - Stellv.
 230.
 v. Winterfeld, Landrichter 486.
 Winterfeldt, Ger.-Ref. 486.
 Wingerling, Post-Assist. 199.
 Wisniewski, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Witt, Ger.-Schreiber 170.
 Witte, Förster 104.
 Witte, Förster 157.
 Witter, Gemeindefchul-Lehrer 403.
 Wöhe, Stations-Vorst. II. Kl. 400.
 Wölflerling, Ger.-Ref. 263.
 Wohlfromm, Landger.-Direct. 486.
 Wolf, Gemeindefchul-Lehrer 122.
 Wolff, ord. Lehrer 35.
 Wolff, Dr., Rechtsanw. 35.
 Wolff, Förster 230.
 Wolff, stellv. Mitglied der Kammer
 für Handelsachen beim Landgericht I.
 zu Berlin 393.
 Wolff, Civ.-Supern. 403.
 Wolff, Ger.-Ref. 486.
 Wollante, Förster 138.
 Wollner, Rechtsanw. 486.
 Wolter, Dr., ord. Lehrer 230.
 Wolter, Gemeindefchul-Lehrerin 230.
 Wrede, Gemeindefchul-Lehrerin 289.
 Wudde, Gemeindefchul-Lehrerin 477.
 Wühle, Ger.-Ref. 319.
 Wüst, Steuererheber 190.
 Wuestner, Kataster-Supern. 104.
 Wulstein, Amtsvorst.-Stellv. 495.
 Wunderlich, Ober-Telegr.-Assist. 199.
 Wunschmann, Dr., Oberlehrer 495.
 Wurm, Ger.-Ref. 263.
 Wurm, Gemeindefchul-Lehrer 304.
 Wussow, Bühnenmstr.-Aspirant 138.
 Zabel, Justiz-R. 218.
 Zachariae, Landger.-R. 170.
 Zahn, Post-Assist. 105.
 Zahn, Ger.-Schreiber-Geh. 320.
 Zahn, Postpraktikant 436.
 Zank, Ger.-Schreiber-Geh. 319.
 Zarnack, Amtsvorst. 262.
 Zaurig, Dr., Professor 318.
 Zell, Ger.-Boll. 486.
 Zerbst, Gemeindefchul-Lehrer 190.
 Ziebarth I., Gemeindefchul-Rector 180.
 Ziegel, Ger.-Assess. 218.
 Ziemer, Gefängniß-Ingenieur 399.
 Zieske, Gemeindefchul-Lehrer 477.
 Zimbard, Post-Secret. 199.
 Zimmermann, Geh. Registrator 219.
 Zimmermann, Ger.-Schreiber 263.
 Zimmermann, ord. Lehrer 393.
 Zimmermann, Gemeindefchul-Lehrer
 476.
 Zinde, stellv. Mitglied der Kammer für
 Handelsachen beim Landgericht I.
 zu Berlin 393.
 Zoellner, Bürgermeister 468.
 Zoellner, Amtsanw. u. Forstamtsanw.-
 Stellv. 485.
 Zudermann, Rechtsanw. 319.
 Züchner, Ger.-Schreiber-Geh. 264.
 Zürn, ord. Lehrer 345.
 Zuß, Ger.-Ref. 399.
 Zweg, Amtsrichter 262.

[illegible][illegible]

[illegible][illegible]

